Lehr- und Handbuch der Weltgeschichte

4. Band

22. Auflage

von

Weber-Baldamus

Presented to the
LIBRARY *of the*
UNIVERSITY OF TORONTO
by
Professor Heichelheim

Fritz Heidelheim
16. Mai 1914

Georg Webers

Lehr- und Handbuch

der

Weltgeschichte

In 21. Auflage herausgegeben von Prof. Dr. Alfred Baldamus †

Zweiundzwanzigste Auflage

Vierter Band

Neueste Zeit

Unter Mitwirkung von

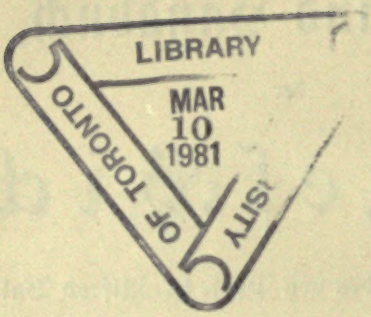
Prof. Dr. **Richard Friedrich**, Prof. Dr. **Carl Krebs** und Prof. Dr. **Ernst Lehmann**

vollständig neu bearbeitet

von

Prof. Franz Moldenhauer

Leipzig und Berlin
Verlag von Wilhelm Engelmann
1914



Alle Rechte, insbesonder das der Übersetzung, vorbehalten.

D
20
W38
1912
Bd. 4

Piererſche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co., Altenburg.

Vorwort zur 21. Auflage.

Georg Webers Lehrbuch der Weltgeschichte gehört seit seinem ersten Erscheinen im Jahre 1846 zu den am weitesten verbreiteten und bekanntesten Büchern. Es diente trotz seines Namens nicht eigentlich dem Unterricht, sondern war für die gebildeten Kreise bestimmt und hat sich in diesen sehr viele Freunde erworben. Daß es den Ansprüchen, die man an ein solches Werk zu stellen berechtigt ist, schon seit längerer Zeit nicht mehr entsprach, ist unzweifelhaft. Aus dieser Erkenntnis heraus richtete die Verlagshandlung bereits im Jahre 1890 an den Unterzeichneten das Ersuchen, eine Neubearbeitung des Werkes in Verbindung mit einigen Mitarbeitern zu übernehmen. Eine solche Aufgabe erfordert, wie jeder Kenner weiß, eine große Selbstentsagung und erweckt auch sonst ernste Bedenken. Es ist in mancher Hinsicht leichter, ein neues Buch zu schreiben, als ein altes neu zu bearbeiten, und es kann nach verschiedenen Richtungen nicht gerade erwünscht sein, seine Arbeit mindestens zum Teil unter einem andern Namen in die Welt zu senden. Genau zu bezeichnen, was neu und was alt an dem Buche ist, ist ja natürlich unmöglich, falls das Buch lesbar sein soll. Dazu aber kommt, daß man bei Übernahme einer solchen Arbeit nie weiß, wie durchgreifend die Änderung werden wird, daß man nicht weiß, ob Pietätsrücksichten die Freiheit der Arbeit hemmen werden. Andererseits hat es aber auch zweifellos einen großen Reiz, ein Werk, das für unzählig viele Deutsche eine Hauptquelle ihrer geschichtlichen Kenntnisse gewesen ist, zu übernehmen mit der Hoffnung, durch Umgestaltung ihm auch in Zukunft diese Bedeutung zu erhalten. Dazu kam, daß der Herausgeber, der eine Neigung für universalgeschichtliche Betrachtungen hat und zusammenfassende Darstellungen für sehr wünschenswert hält, an und für sich an die Abfassung einer Weltgeschichte dachte und hier die Möglichkeit der Ausführung dieses Gedankens sah, ohne zu den vorhandenen Weltgeschichten noch eine weitere hinzufügen zu müssen. Da nun die Verlagshandlung betreffs des Umfangs der Umgestaltung keine Schranken setzte, so ging er auf den Antrag ein. Im Laufe der Arbeit, die viele Jahre gedauert hat, ist die Umgestaltung freilich noch viel durchgreifender geworden, als auch die weitestgehende Annahme erwarten ließ: es ist, wie es auch sonst öfter bei Neubearbeitungen geschieht, ein in den meisten Partien ganz neues Buch entstanden.

Über die Grundsätze der Neubearbeitung nur wenige Worte. Wir sind bemüht gewesen, die Fülle des Stoffes dem deutschen Volke in einem wirklich weltgeschichtlichen Geiste darzustellen. Daraus ergab sich

erstens eine Erweiterung des Gesichtskreises. Wir halten zwar prinzipiell an dem üblichen Begriff der Weltgeschichte fest: wir erblicken einen hervorragend einigenden, einen wahrhaft universalgeschichtlichen Zug der Menschheitsgeschichte in der Tatsache, daß allmählich die ganze Erde so oder so in das Machtgebiet der europäischen Nationen hineingezogen wird, und meinen, daß eine Weltgeschichte im wesentlichen die Geschichte der Völker bieten soll, die in irgend einer Weise zur heutigen Weltkultur beigetragen haben, also die Geschichte der Völker, die wir Kulturvölker nennen. Wir halten auch daran fest, daß in einem zunächst für Deutsche bestimmten Werke vom Mittelalter an der deutschen Geschichte ein verhältnismäßig breiterer Raum als der außerdeutschen zugewiesen werden darf. Aber wir billigen es nicht, wenn die außerdeutsche und noch mehr die außereuropäische Geschichte fast nur als Anhängsel der deutschen und europäischen Geschichte behandelt werden. Wir sind der Ansicht, daß bisher die selbständige Bedeutung der außergriechisch-römischen, sodann der außerdeutschen und außereuropäischen Geschichte nicht genügend hervortrat. Deshalb widmen wir nicht nur den europäischen Staaten, sondern auch den außereuropäischen besondere Kapitel; deshalb behandeln wir die mohammedanischen nicht bloß gelegentlich, fast wie in Anmerkungen, bei den Kreuzzügen und an ähnlichen Stellen; deshalb besprechen wir Ägypten und Persien, Indien, China und Japan auch im Mittelalter. Dadurch hat sehr vieles, was bisher fehlte und heute wohl mehr als früher vermißt werden würde, Aufnahme gefunden. Dadurch wird das Werk mehr als bisher zu einer Geschichte der Kulturmenschheit, sucht aber den rechten Maßstab für die relative weltgeschichtliche Wichtigkeit der Völker zu behalten.

Neben dieser Erweiterung des Gesichtskreises sehen wir aber den weltgeschichtlichen Geist der Darstellung zweitens in einer Vertiefung der Betrachtung. Wir haben die Fülle des Stoffes, die Weber auf verhältnismäßig kleinem Raume zu bieten gewußt hatte, zu erhalten, ja zu vermehren gesucht und z. B. nach seinem Vorgange im Rahmen der deutschen Geschichte auch kurze Übersichten über die Geschichte der Einzelstaaten gegeben. Aber wir sind bemüht gewesen, dem universalgeschichtlichen Geiste immer gerecht zu werden: wir versuchen, die leitenden Gedanken, die Hauptzüge der Entwicklung herauszuarbeiten, überall die Einzelheiten unter große Gesichtspunkte zu stellen. Diesem Zwecke dienen insbesondere die Abschnitte der Darstellung, die die Überschriften „Überschau und Vorblick", „Richtlinien der Entwicklung" oder dergl. tragen. Wir hoffen damit zu erreichen, daß der Leser in der Fülle des Stoffes nicht untergeht, daß ihm die Geschichte vergeistigt wird, daß er den führenden Faden durch die Masse der Einzelheiten behält, daß er sie wahrhaft beherrscht. Neben den erwähnten Paragraphen und der ganzen Art der Darstellung, bei der wir nur noch hinweisen wollen auf die Vergleichungen verwandter Entwicklungen bei verschiedenen Völkern, dient diesem Zweck auch die Gliederung mit den Buch-, Kapitel- und Paragraphenüberschriften, auf die besonderer Wert gelegt ist.

Nach wie vor steht die politische Geschichte im Mittelpunkte der Darstellung; aber es ist daneben dem, was man unter dem Worte „Kulturgeschichte" zusammenfaßt, ein breiterer Raum als bisher zugewiesen worden. Beide Seiten des geschichtlichen Lebens sind dabei nicht

als getrennte Gebiete betrachtet, vielmehr ist auf ihre Wechselbeziehungen hingewiesen. Es ist auch versucht worden, den wirtschaftlichen Kräften, den allgemeinen Ideen und geistigen Strömungen ebenso gerecht zu werden wie dem Wirken großer Persönlichkeiten: beides steht eben in Wechselwirkung. Die Verfassungs- und Wirtschaftsentwicklung ist deshalb schon bei der politischen Geschichte als Entwicklungsfaktor herangezogen; außerdem sind beiden häufig noch besondere Abschnitte, namentlich im Altertum und bei der deutschen Geschichte, gewidmet worden. Literatur und Kunst ist überall gesondert behandelt, vom Mittelalter an durch eigne Bearbeiter, aber auch hier ist der innere Zusammenhang mit den übrigen Seiten des geschichtlichen Lebens zu wahren gesucht.

Festgehalten haben wir an der üblichen Einteilung in Altertum, Mittelalter, Neuzeit und Neueste Zeit. Wir wissen natürlich, daß der Fluß der Geschichte an sich keine Einschnitte kennt, daß die Übergänge sich allmählich vollziehen, aber wir halten diese Vierteilung noch immer für die beste und für innerlich wohlbegründet; nur muß man sich hüten, die Abgrenzung auf bestimmte Jahre festlegen zu wollen. Es handelt sich vielmehr um neue treibende Kräfte, die, wenn auch schon vorher vorhanden, nun den entscheidenden Einfluß gewinnen und damit ein neues Zeitalter heraufführen. Daß dabei ausgegangen wird von der Geschichte der europäischen Völker, ist bei der oben berührten weltgeschichtlichen Bedeutung dieser Völker gewiß berechtigt. Und auch dann behält diese Einteilung als chronologische Gliederung der gesamten Weltgeschichte ihr gutes Recht, wenn die Entwicklungsstufen der einzelnen Völker in vergleichender Betrachtung wieder mit diesen vier Namen belegt werden und eine nach Kulturperioden geordnete vergleichende Geschichte aller Völker erstrebenswert erscheint.

Der festgehaltenen Vierteilung entsprechend sind die bisherigen zwei Bände des alten Weber in vier zerlegt worden; es ergab sich das auch aus der Erweiterung des Umfangs. Der bisherige Titel „Lehrbuch" ist geändert in „Lehr- und Handbuch", weil dieser Titel dem Wesen des für alle Gebildeten bestimmten Werkes besser entspricht. Bemüht sind wir gewesen, die Brauchbarkeit des Buches auch durch Übersichtlichkeit zu erhöhen. Dahin gehört neben der Gliederung in Bücher, Kapitel u. s. w. von äußeren Maßnahmen die Durchführung der besonderen Paragraphenüberschriften, die Beifügung von Marginalien und die Anwendung verschiedenen Druckes. Der größere Druck ist benutzt für die politische Geschichte, der mittlere für Kulturgeschichtliches und zuweilen für minder Wichtiges, der kleinste endlich für Einzelausführungen. Ein ausführliches alphabetisches Register am Schlusse des Ganzen wird das Nachschlagen erleichtern.

Für die politische Geschichte haben wir auf Bilder leichten Herzens verzichtet, nicht so gerne auf Karten. Ihre Beigabe würde indes den Preis wesentlich erhöht haben; und doch würden sie lange nicht so viel bieten können, als der historische Schulatlas von Baldamus und Schwabe (früher Putzger, 25. Aufl. 1901, Verlag von Velhagen & Klasing) auf 234 Haupt- und Nebenkarten für Mk. 2,30 bietet: auf ihn mag deshalb verwiesen werden. Für die Kunst sind ja Bilder an sich sehr nötig, doch gilt hier dasselbe wie von den Karten; wir verweisen auf die

vorhandenen reichhaltigen Anschauungsmittel, z. B. die des Seemannschen Verlags.

Die Formen der fremdsprachlichen Namen mögen zuweilen willkürlich erscheinen; wir bekennen offen, daß hier kein Prinzip eingehalten ist: im allgemeinen ist versucht, dem Usus möglichst zu folgen. Zur Rechtfertigung dieses Verfahrens bitten wir in sachgemäßer Anwendung das zu beachten, was E. Meyer in seiner Geschichte des Altertums Bd. II, S. X sagt: „Eine unlösbare Schwierigkeit hat mir die Transskription der griechischen Namen geboten. Am liebsten würde ich zu den lateinischen Formen zurückgekehrt sein; da das nicht möglich ist und mir die volle Durchführung der griechischen Orthographie barbarisch erscheint, habe ich keinen anderen Ausweg gesehen, als ganz prinzipienlos zu verfahren." Wer je versucht hat, hier Prinzipien durchzuführen, wird ihm zustimmen, zumal wenn es sich um ein populärwissenschaftliches Werk handelt.

Lange geschwankt haben wir betreffs Angabe der benutzten Literatur; schließlich ist darauf wie bisher verzichtet worden. Es ist ungern geschehen, aber eine summarische Titelangabe ist wertlos, und eine Angabe im einzelnen hätte dem Buche einen ganz anderen Charakter gegeben und seinen Umfang bedeutend vergrößert. Wir sind bemüht gewesen, der Forschung sorgfältig nachzugehen und die besten Darstellungen zu benutzen, die großen, umfassenden Werke, wie zahlreiche Darstellungen der Geschichte einzelner Länder, der Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte, einzelner Institute u. s. w.; aber auf nähere Angaben müssen wir leider verzichten. Ausdrücklich wollen wir indes noch betonen, daß wir nicht die anmaßende Behauptung aufstellen, alles benutzt zu haben: hätte dies geschehen sollen, so wäre das Buch nie fertig geworden.

Bearbeitet ist und wird der erste Band von Prof. Dr. Ernst Schwabe, der zweite und dritte von dem Unterzeichneten, der vierte von Prof. Franz Moldenhauer; die Abschnitte über Literatur im zweiten bis vierten Bande stammen von Prof. Dr. Richard Friedrich, die über Kunst von Prof. Dr. Ernst Lehmann. Die Redaktion des Ganzen hat der Unterzeichnete, natürlich so, daß die Mitarbeiter für die Einzelheiten frei und verantwortlich sind.

Unsern Dank sprechen wir noch denen aus, die uns bei der Korrektur freundlich unterstützt haben, insbesondere Herrn Dr. Sperling.

Und so möge denn das Werk als Ersatz des alten Weber hinausgehen. Hoffentlich findet eine wohlwollende, die großen Schwierigkeiten der Arbeit würdigende Kritik, daß den gesteckten Zielen innerhalb der für ein Handbuch gezogenen Grenzen nicht ganz ohne Erfolg nachgestrebt worden ist; hoffentlich behauptet das Werk in seiner nun völlig neuen Gestalt die Bedeutung, die der alte Weber für weite Kreise des deutschen Volkes gehabt hat, und gewinnt sich auch darüber hinaus neue Freunde.

Leipzig, im März 1902.

Prof. Dr. A. Baldamus.

Noch vor der Ausgabe dieses vierten Bandes ist von dem zuerst erschienenen zweiten Bande ein Neudruck notwendig geworden, und gleichzeitig mit dem vierten Band erscheint ein Neudruck auch vom ersten Bande. Diese Tatsache ist um so erfreulicher, als das Werk ja leider auch jetzt noch nicht vollendet ist (es fehlt noch Band III und das alphabetische Register, das als besonderes Bändchen erscheinen wird), ein Umstand, der selbstverständlich seiner Verbreitung noch hinderlich gewesen ist.

Weil die Bände auch einzeln abgegeben werden, ist das Vorwort, das dem zuerst erschienenen Band II vorgestellt worden war, auch an der Spitze dieses vierten Bandes wieder abgedruckt. Es gilt auch für ihn, doch waren kleine Abweichungen (z. B. bei der Anwendung der drei Druckarten) nicht wohl zu vermeiden. Im Ganzen aber bin ich bemüht gewesen, so weit das bei dem Zusammenwirken mehrerer Autoren möglich ist, dem Werke einen einheitlichen Charakter zu geben. Deshalb habe ich die zusammenfassenden Paragraphen (Überschau und Vorblick), die ja das Ganze so recht zusammenhalten sollen, selbst geschrieben. Auch habe ich als Redakteur in vollem Einverständnis mit Herrn Prof. Moldenhauer auf die Gestaltung der von ihm bearbeiteten Abschnitte einen weitgehenden Einfluß geübt; ich bin meinem Herrn Mitarbeiter für das Entgegenkommen, das er dabei im Interesse der Sache bewiesen hat, sehr dankbar. Abgeschlossen ist die Darstellung mit dem Ende des Jahres 1904.

Den § 90 hat Herr Prof. Dr. Ulrich Meier in Bautzen verfaßt. Ein Wort des Dankes gebührt noch den Herren Prof. Dr. Friedrich Marcks in Putbus, Prof. Dr. Johannes Kreutzer in Cöln und Dr. Johannes Brückner in Bautzen für ihre freundliche Unterstützung bei der Korrektur.

Leipzig, im März 1905.

Prof. Dr. A. Baldamus.

Inhalt.

§ 1, 99, 120, 153, 236, 317, 365, 400 von Prof. Dr. **Alfred Baldamus.**
§ 79—94, 286—297, 299—316, 396 von Prof. Dr. **Richard Friedrich.**
§ 298 von Prof. Dr. **Carl Krebs.** § 95—98, 397—399 von Prof. Dr. **Ernst Lehmann.**
Alles Übrige von
Prof. **Franz Moldenhauer**
(vgl. Vorwort).

(Die mit ** bezeichneten Paragraphen sind der 20. Auflage gegenüber ganz neu, die mit * bezeichneten wesentlich umgearbeitet.)

Neueste Zeit.

Erstes Buch: Die französische Revolution und die Neugestaltung Europas.

Seite

** § 1. Überschau und Vorblick 1

Erstes Kapitel: Die Revolution bis zur Erklärung der Republik.

A. Die Ursachen der Revolution . . . . . 4—12
* § 2. Die französischen Zustände am Ende der Regierung Ludwigs XV. . 4
* § 3. Ludwig XVI. und Marie Antoinette 7
* § 4. Die mißglückten Reformversuche unter Ludwig XVI. 8
§ 5. Einberufung der Reichsstände 11

B. Der Ausbruch der Revolution . . . . . 12—23
* § 6. Die Konstituierung der Nationalversammlung 12
* § 7. Erstürmung der Bastille 14
* § 8. Der Sturz des Feudalstaates 16
* § 9. Die Beratung der neuen Verfassung 17
* § 10. Flucht des Königs und Abschluß der neuen Verfassung 20

C. Die Revolution und die europäischen Staaten . . . . . 23—26
** § 11. Einwirkung der Revolution auf das Ausland 23

D. Die gesetzgebende Versammlung . . . . . 26—33
* § 12. Zunahme des Republikanismus 26
* § 13. Sturz des Königtums. Herrschaft des Pariser Gemeinderates . . . 28
* § 14. Die Septembertage 31
* § 15. Kriegsbegebenheiten 32

Zweites Kapitel: Frankreich als Republik.

A. Der Nationalkonvent . . . . . 34—50
* § 16. Erklärung der Republik. Hinrichtung des Königs 34
* § 17. Der Anfang des ersten Koalitionskrieges 36

Seite

*§ 18. Sturz der Gironde 38
*§ 19. Die Schreckensregierung. a. Der Kampf gegen die Provinzen . . . 41
§ 20. b. Die Bluttaten in Paris 43
*§ 21. Robespierres Sturz 47
§ 22. Neue Verfassung 48

B. Grundlegung der französischen Militärmonarchie . . . . . 50—66

§ 23. Der Koalitionskrieg unter dem Einfluß der polnischen Frage . . . 50
§ 24. Der deutsche Feldzug von 1796 52
*§ 25. Bonapartes siegreicher Feldzug bis Leoben 53
*§ 26. Schwäche der Direktorialregierung und ihre Rettung durch Bonaparte 55
*§ 27. Friede von Campo Formio und französische Töchterrepubliken . . 57
*§ 28. Bonaparte in Ägypten 59
§ 29. Anfang des zweiten Koalitionskrieges. a. Ursprung 61
§ 30. b. Der italienische Feldzug 62
§ 31. c. Die Kämpfe in der Schweiz und in Holland 64
§ 32. Der 18. Brumaire 65

Drittes Kapitel: Napoleons und Englands Machtherrschaft.

A. Das Konsulat. Die Begründung der französischen Vorherrschaft zu Lande, der englischen zur See . . . . . 66—75

§ 33. Die Konsularverfassung 66
§ 34. Österreichs Niederlage 67
§ 35. Deutschland nach dem Reichsdeputationshauptschluß 69
*§ 36. Englands Erfolge. Der Friede von Amiens 70
§ 37. Neuer Zwist zwischen Frankreich und England 72
§ 38. Frankreich im Innern 73

B. Das französische Kaiserreich. Die Vollendung der französischen und englischen Vorherrschaft . . . . . 75—118

1. Der Fall Österreichs und der Triumph Englands . . 75—85
*§ 39. Das Kaisertum 75
§ 40. Die dritte Koalition 77
**§ 41. Trafalgar. Englands Alleinherrschaft zur See 78
§ 42. Austerlitz 79
*§ 43. Der Friede von Preßburg und seine Folgen 81
*§ 44. Der Rheinbund 83

2. Der Fall Preußens . . . . . 85—94
**§ 45. Preußens innere Verhältnisse vor dem Kriege 85
§ 46. Veranlassung zum Kriege 87
*§ 47. Jena und Auerstedt 88
*§ 48. Eylau. Friedland. Tilsit 90
**§ 49. Die Gründung des Königreiches Westfalen und die Rheinbundstaaten 93

3. Napoleons und Rußlands Gewaltherrschaft zu Lande. Englands Gewaltherrschaft zur See . . . . . 94—99
**§ 50 Wirtschaftskrieg gegen England. Kontinentalsperre 94
§ 51. Französische und russische Gewaltherrschaft in Skandinavien. . . . 95
*§ 52. Französische Gewalttaten in Italien, Portugal und Spanien . . . 97

4. Die Anfänge des nationalen Widerstandes gegen Napoleon . . . . . 99—111
§ 53. Die spanische Erhebung 99
**§ 54. Der Fürstentag von Erfurt 100
§ 55. Der spanische Volkskrieg und Englands Eingreifen. 101
§ 56. Der deutsche Krieg von 1809. a. Patriotischer Aufschwung in Österreich 103
§ 57. b. Aspern und Wagram 104
*§ 58. c. Der Volkskrieg in Tirol 106
*§ 59. Die Vorboten des norddeutschen Volkskrieges. Schill. Wilhelm von Braunschweig 109

Seite

5. Höhe des französischen Kaisertums. Bruch mit Rußland 111—118
* § 60. Napoleons Herrschaft im Innern und größte Ausdehnung des Reiches 111
* § 61. Der Krieg gegen Rußland. a. Ursachen 113
§ 62. b. Napoleons Zug nach Moskau 114
* § 63. c. Rückzug der großen Armee 116

Viertes Kapitel: Die Befreiungskriege und die Neuordnung Europas.

A. Napoleons Sturz 118—132
* § 64. Die Reformen in Preußen 118
* § 65. Preußens Erhebung 121
** § 66. Der preußisch-russische Krieg bis zum Prager Kongreß 124
** § 67. Der Krieg der großen Allianz bis zur Schlacht bei Leipzig 125
* § 68. Die Schlacht bei Leipzig und ihre Folgen 128
§ 69. Von Leipzig nach Paris 130

B. Begründung der neuen Ordnung 132—139
§ 70. Sieg der Legitimität und erster Pariser Friede 132
* § 71. Der Wiener Kongreß und seine Schöpfungen 134
§ 72. Die erste Zeit der Restauration in Frankreich 137

C. Die Herrschaft der hundert Tage 139—142
§ 73. Napoleons Wiederkunft 139
* § 74. Murats Ausgang 140
* § 75. Belle-Alliance 140
* § 76. Napoleons Ausgang 141

D. Die Restauration 142—145
* § 77. Der zweite Pariser Friede 142
* § 78. Die Heilige Allianz 144

Zweites Buch: Literatur und Kunst Europas im Zeichen der Romantik.

Erstes Kapitel: Literatur (die außerdeutsche bis zum Ende des Jahrhunderts)*).

** § 79. Der Niedergang des französischen Klassizismus 146
** § 80. Nationale Strömungen. Frühromantik 147
* § 81. Die Romantik 164
** § 82. Die deutsche Romantik 167
* § 83. Die Sänger des Freiheitskampfes 171
* § 84. Die Romantik und die neuere Literatur Rußlands 172
** § 85. " " " " " " Polens 175
* § 86. " " " " " " Dänemarks und Norwegens 177
* § 87. " " " " " " Schwedens. Finnland 180
* § 88. " " " " " " Englands u. Nordamerikas 182
* § 89. " " " " " " der Niederlande 189
* § 90. " " " " " " Frankreichs 191
* § 91. " " " " " " Spaniens und Portugals 205
* § 92. " " " " " " Italiens 207
* § 93. " " " " " " Ungarns 209
** § 94. Die neuere Literatur Griechenlands 211

Zweites Kapitel: Kunst.

** § 95. Klassizismus und Romantik 212
** § 96. Architektur 214
** § 97. Plastik 215
** § 98. Malerei 218

*) Die Erweiterung ist erfolgt, weil diese Literaturen bei der Kürze, mit der sie dargestellt werden müssen, sich nicht zerreißen lassen, und weil sie bis zum Ende des Jahrhunderts unter dem Einflusse der Romantik stehen.

Seite

Drittes Buch: Europa von der Stiftung der Heiligen Allianz bis zur Julirevolution.

** § 99. Überschau und Vorblick 228

Erstes Kapitel: Die ersten Zeiten des Deutschen Bundes.

** § 100. Die Deutsche Burschenschaft und die Karlsbader Beschlüsse 231
** § 101. Die Wiener Schlußakte und die Bundeskriegsverfassung 233
* § 102. Die Verfassungsfrage in den deutschen Mittelstaaten 234
* § 103. Österreich 236
** § 104. Preußen 238
** § 105. Die Verfassungsfrage in Preußen 239
** § 106. Der Deutsche Zollverein 240

Zweites Kapitel: Die südeuropäischen Revolutionen und die Durchbrechung der Heiligen Allianz.

A. Revolutionen des romanischen Südeuropa und Intervention der Heiligen Allianz 244–249
* § 107. Die Revolutionen in Spanien, Portugal und Italien 244
* § 108. Intervention der Heiligen Allianz a. in Italien 246
** § 109. b. in Spanien und Portugal 247

B. Das Scheitern der Interventionspolitik der Heiligen Allianz . . . . . 249—259

1. Die Unabhängigkeit der amerikanischen Kolonien . . 249—254
* § 110. Der Abfall der spanischen Kolonien und die Monroe-Doktrin . . 249
§ 111. Die Einzelstaaten 252

2. Griechenlands Freiheitskampf . . . . . 254—259
* § 112. Die Hetairien und Ypsilanti 254
§ 113. Griechenlands Ringen bis zum Fall von Missolunghi 255
* § 114. Niederlage der Allianz und Sieg Griechenlands 256

Drittes Kapitel: Großbritannien.

* § 115. Wirtschaftliche Verhältnisse 259
** § 116. Politische und kirchliche Reformkämpfe 260

Viertes Kapitel: Frankreich.

* § 117. Ludwig XVIII. 262
* § 118. Karl X. 263
* § 119. Die Julirevolution 264

Viertes Buch: Von der Julirevolution bis zur Februarrevolution.

** § 120. Überschau und Vorblick 267

Erstes Kapitel: Die belgische Revolution und Polens Erhebung.

§ 121. Die Revolution in Belgien 269
* § 122. Die Lage in Polen 271
§ 123. Der Revolutionskrieg in Polen 272

Zweites Kapitel: Die Bewegungen in Italien und in der Schweiz.

** § 124. Italien 274
** § 125. Die Schweiz 275

Drittes Kapitel: Deutschland.

** § 126. Liberale Bewegungen: a. In den norddeutschen Mittelstaaten . . 277
** § 127. b. In den süddeutschen Staaten 278
* § 128. Die Reaktion. Verfassungsbruch in Hannover und Kurhessen . . . 280
* § 129. Preußen bis 1840 283
** § 130. Die ersten Zeiten Friedrich Wilhelms IV. 284

Seite

** § 131. Preußische Kirchenpolitik 286
* § 132. Der Deutschkatholizismus. Lichtfreunde. Gustav Adolf-Verein . . 289
** § 133. Versuch des Abschlusses der Verfassungsfrage in Preußen 291
* § 134. Unruhen in den übrigen deutschen Staaten 292
** § 135. Die schleswig-holsteinische Frage 293

Viertes Kapitel: Frankreich.

* § 136. Das Julikönigtum und die Parteien 294
* § 137. Innere Geschichte bis 1840 294
* § 138. Auswärtige Politik und Ministerium Guizot. Algier 296
* § 139. Die soziale Frage 298
* § 140. Saint-Simonismus 299
* § 141. Sozialismus und Kommunismus 300

Fünftes Kapitel: Die Pyrenäenhalbinsel.

* § 142. Die letzten Zeiten Ferdinands VII. 301
* § 143. Der Kampf der Christinos und Karlisten 302
* § 144. Parteikämpfe unter der Regentschaft der Königin Christine . . . 303
* § 145. Portugal 305

Sechstes Kapitel: Die orientalische Frage.

** § 146. Die Türkei und Ägypten seit 1792 306
** § 147. Ägyptisch-türkischer Krieg 308

Siebentes Kapitel: Großbritannien.

* § 148. Englands innere Verhältnisse 310
§ 149. Irische Zustände 312
§ 150. Erfolge außerhalb Europas 313

Achtes Kapitel: Rußland.

* § 151. Russische Zustände unter Nikolaus I. 315
** § 152. Äußeres 317

Fünftes Buch: Von der Februarrevolution bis zum Jahre 1863.

** § 153. Überschau und Vorblick 319

Erstes Kapitel: Die Pariser Februarrevolution.

§ 154. Die Reformbankette 321
* § 155. Sturz des Julikönigtums 322
* § 156. Die Republik 324

Zweites Kapitel: Die Revolution in Deutschland. Das Streben nach Verfassungen und nationaler Einheit.

A. Die Revolution . . . . . 325—331

** § 157. Die liberalen und nationalen Forderungen 325
* § 158. Die Revolution in Wien 326
** § 159. Die Revolution in Berlin 328
** § 160. Posen und Schleswig-Holstein 330

B. Die Anfänge der Nationalversammlung . . . . . 331—336

* § 161. Vorparlament und Berufung der Nationalversammlung 331
** § 162. Die Zentralgewalt 332
§ 163. Die Grundrechte und die äußere Politik 334
* § 164. Der Waffenstillstand von Malmö und die Frankfurter Septembergreuel 335

Seite

C. Sieg der Regierung in Berlin und Wien . . . . . 336—346

§ 165. Die konstituierende Nationalversammlung in Berlin 336
* § 166. Die Frankfurter Nationalversammlung und das Ministerium Brandenburg-Manteuffel. Die oktroyierte Verfassung 338
* § 167. Der österreichische Reichstag und die Wiener Zustände. 339
* § 168. Die Vorgänge in Ungarn bis zu den Oktobertagen in Wien. . . 340
* § 169. Die Oktobertage in Wien. Wiens Fall 342
§ 170. Die Frankfurter Versammlung und die österreichische Frage . . . 345

D. Die Kaiserwahl und das Ende der Nationalversammlung . . . . . 346—361

§ 171. Der engere und weitere Bund 346
§ 172. Die deutsche Reichsverfassung 348
* § 173. Die Haltung Preußens und Österreichs und die Vollendung der Reichsverfassung 349
** § 174. Die Ablehnung der Kaiserkrone 352
§ 175. Die Bewegung zur Durchführung der deutschen Reichsverfassung . 353
§ 176. Das letzte Ringen der Frankfurter Reichsversammlung. Das Rumpfparlament. 355
** § 177. Die Bewegung in der Pfalz und in Baden 357
* § 178. Krisis und Ausgang 358
§ 179. Schleswig-Holstein 360

Drittes Kapitel: Die Revolutionen in Italien und Ungarn.

A. Italien . . . . . 361—366

* § 180. Der Krieg zwischen Österreich und Sardinien 361
* § 181. Die Revolution in Sizilien und Rom 364

B. Ungarn . . . . . 366—371

* § 182. Die Revolution in Ungarn 366
* § 183. Haynau und Paskiewitsch 368
* § 184. Die Katastrophe von Vilagos 370

Viertes Kapitel: Preußens Unionsversuche und Rußlands Übergewicht.

A. Preußens Unionsversuche und ihr Scheitern . . . . . 371—379

* § 185. Der Dreikönigsbund und der Abschluß der preußischen Verfassung 371
§ 186. Erfurt 373
* § 187. Union und Bundestag. Kurhessen 374
* § 188. Die Bundesexekution in Kurhessen und Preußens Niederlage. . . 376
* § 189. Der Ausgang in Schleswig-Holstein und die Herstellung des Bundestages 378

B. Die Reaktion . . . . . 379—392

1. Die deutschen Klein- und Mittelstaaten . . . . . 379—384
* § 190. Kurhessen. Detmold. Anhalt. Mecklenburg 379
* § 191. Hannover. Sachsen. Bayern. Württemberg 380
* § 192. Die religiöse Bewegung in Deutschland und der badische Kirchenstreit 382

2. Die deutschen Großmächte . . . . . 384—392
§ 193. Die inneren Schäden Österreichs 384
§ 194. Februarverfassung 386
* § 195. Die Reaktion in Preußen und Friedrich Wilhelms IV. letzte Regierungsjahre 387
** § 196. Preußens Zoll- und Handelspolitik. 390

Fünftes Kapitel: Das Ende des russischen Übergewichts und die Selbstbestimmung der Völker.

A. Das zweite französische Kaiserreich . . . . . 392—395

** § 197. Frankreich bis zum Krimkriege. 392

Seite

B. Der Krimkrieg . . . . . 395—405

* § 198. Die Stellung Rußlands in Europa und die Lage der Christen in der Türkei 395

* § 199. Der Ausbruch des russisch-türkischen Krieges 396

** § 200. Die diplomatischen Verhandlungen bis zum Tode des Kaisers Nikolaus. Österreich, Preußen und der Deutsche Bund 398

§ 201. Der Krieg bis zum Tode des Kaisers Nikolaus 401

* § 202. Eroberung von Sewastopol und Ausgang des Krieges 403

C. Die Einwirkung des Krimkrieges auf die europäischen Staaten . . . 405—423

1. Rußland und Polen unter Alexander II. . . . . 405—414

§ 203. Die Reformen in Rußland 405

§ 204. Die Reformen in Polen 407

* § 205. Der polnische Aufstand und die Haltung der Großmächte 409

* § 206. Ausgang des polnischen Aufstandes 411

§ 207. Die russische Uniformitätspolitik 413

2. Die Türkei und Griechenland . . . . . 414—417

* § 208. Die Türkei und die Donaustaaten 414

* § 209. Griechenland 416

3. Die Westmächte nach dem Krimkriege . . . . . 417—423

* § 210. England 417

* § 211. Frankreich 420

D. Die Gründung des Königreiches Italien . . . . . 423—436

1. Der Kampf gegen Österreich . . . . . 423—431

§ 212. Lage und Parteistellung in Italien 423

* § 213. Napoleons Stellung zu Italien 425

* § 214. Magenta. Solferino 426

** § 215. Der Friede von Villafranka und Zürich. Die Annexionen . . . 429

2. Die Vereinigung von Nord- und Süditalien . . . . 431—436

* § 216. Garibaldi in Sizilien und Neapel 431

* § 217. Garibaldi und Viktor Emanuel. Das Königreich Italien . . . 433

* § 218. Die Aktionspartei und Garibaldis zweite Schilderhebung 434

E. Preußen und die deutsche Frage . . . . . 437—444

** § 219. Die neue Ära und der Konflikt: a. Die ersten Regierungsjahre Wilhelms I. 437

** § 220. b. Der Eintritt Bismarcks in das Ministerium 440

** § 221. Die deutsche Frage 442

Sechstes Kapitel: Die außereuropäischen Staaten.

A. Die Empörung im indobritischen Reiche . . . . . 444—447

* § 222. Ursachen und Anfänge 444

* § 223. Unterdrückung des Aufstandes 446

B. Mexiko . . . . . 448—453

* § 224. Die französische Invasion 448

§ 225. Das Kaisertum 450

* § 226. Maximilians Ausgang 452

C. Die übrigen Staaten von Mittel- und Südamerika . . . . . 453—462

§ 227. Öffentliche Zustände 453

* § 228. Brasilien 454

§ 229. Zentralamerika 455

§ 230. Venezuela, Neu-Granada, Ecuador 455

§ 231. Peru, Bolivia, Chile 457

§ 232. Die La Plata-Staaten 459

Seite

D. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas . . . . . 462—468
* § 233. Die Parteistellungen 462
* § 234. Der Bürgerkrieg 464
* § 235. Ausgang des Krieges. Die nächsten republikanischen Präsidenten . 467

Sechstes Buch: Die Gründung des neuen Deutschen Reiches und die Vollendung der italienischen Einheit.

** § 236. Überschau und Vorblick 469

Erstes Kapitel: Schleswig-Holstein.

A. Der Krieg . . . . . 472—478
§ 237. Der diplomatische Krieg 472
* § 238. Der Waffengang. Danewerk und Düppel 473
* § 239. Die Londoner Konferenz. Alsen. Friede von Wien 476

B. Österreich und Preußen bis zum Vertrage von Gastein . . . . . 478—482
* § 240. Schleswig-Holstein 478
* § 241. Die Gasteiner Konvention 480

Zweites Kapitel: Der Krieg von 1866 und seine Folgen in Deutschland und Italien.

A. Der Waffengang . . . . . 482—495
§ 242. Verhandlungen und Kriegsbeschluß 482
§ 243. Der Krieg in Norddeutschland 487
* § 244. Der Krieg in Böhmen 488
* § 245. Der Waffengang in Italien 490
* § 246. Die Kämpfe am Main 491
* § 247. Von Königgrätz nach Nikolsburg. Der Prager Friede 492
§ 248. Ausgang des Krieges und Friedensschlüsse 494

B. Ergebnisse des Krieges . . . . . 496—499
§ 249. Vereinigung Venetiens mit dem Königreich Italien 496
* § 250. Das Ende des Konflikts in Preußen 497
* § 251. Der Norddeutsche Bund 498

C. Deutschland und Österreich 1867—1870 . . . . . 499—503
** § 252. Die süddeutschen Staaten und die luxemburgische Frage 499
** § 253. Das Zollparlament. Ausbau der norddeutschen Bundesverfassung 501
* § 254. Der österreichisch-ungarische Ausgleich und das Ministerium Auersperg 502

Drittes Kapitel: Der deutsch-französische Krieg und das neue Deutsche Reich.

A. Entstehung des deutsch-französischen Krieges . . . . . 503—521
* § 255. Frankreich 503
§ 256. Spanien von 1848—1865 507
* § 257. Die spanische Revolution vom Jahre 1868. Portugal 508
* § 258. Die spanische Thronkandidatur und die Vorgänge in Ems 511
* § 259. Die Vorgänge in Paris und die Kriegserklärung 514
* § 260. Die Haltung der süddeutschen Staaten und des Auslandes . . . 516
* § 261. Das Vatikanische Konzil. Die Unfehlbarkeitslehre 518

B. Der Beginn des Krieges . . . . . 521—527
* § 262. Der Aufmarsch der Heere. Weißenburg. Wörth. Spichern . . . 521
* § 263. Colombey-Nouilly. Mars-la-Tour 523
* § 264. Gravelotte, St. Privat 525
* § 265. Die Belagerung von Metz 526

Seite

C. Die Katastrophe von Sedan und der Sturz des französischen Kaisertums 527—531
*§ 266. Die Schlacht bei Sedan . . . 527
*§ 267. Der revolutionäre Staatsstreich in Paris . . . 530

D. Der Krieg gegen das republikanische Frankreich . . . 531—548
1. Bis zum Fall von Metz . . . 531—538
**§ 268. Waffenstillstandsverhandlungen . . . 531
**§ 269. Die Einnahme von Straßburg . . . 533
*§ 270. Die Einschließung von Paris . . . 533
*§ 271. Gambetta in Tours. Die Kämpfe bei Orleans bis Ende Oktober 535
*§ 272. Die Kämpfe im Osten bis Ende Oktober . . . 536
**§ 273. Die Kapitulation von Metz . . . 537
2. Bis zum Falle von Paris . . . 538—548
*§ 274. Kommunistische Unruhen in Paris. Der Entsatzversuch der Loirearmee 538
*§ 275. Die Zersprengung der Loire- und Westarmee . . . 541
*§ 276. Die Kämpfe im Norden . . . 542
**§ 277. Die Kämpfe im Osten . . . 544
*§ 278. Die Ausfälle und das Bombardement von Paris . . . 545
*§ 279. Die „Konvention" von Paris . . . 546
§ 280. Der Krieg zur See . . . 547
3. Vom Untergang der Ostarmee bis zum Frieden . . . 548—553
*§ 281. Untergang der Ostarmee . . . 548
*§ 282. Belfort und der Präliminarfriede von Versailles . . . 549
*§ 283. Die Pariser Kommune. Friede von Frankfurt . . . 552

E. Die Gründung des deutschen Kaisertums und Vollendung der italienischen Einheit . . . 553—556
*§ 284. Kaiser und Reich . . . 553
*§ 285. Rom die Hauptstadt Italiens . . . 555

Siebentes Buch: Literatur und Wissenschaft Deutschlands im 19. Jahrhundert (außer der romantischen und modernen Literatur).

Erstes Kapitel: Literatur.

1. Die Literatur unter dem Einflusse der Meinungskämpfe 557—564
*§ 286. Aristokratische und liberale Richtungen . . . 557
*§ 287. Das junge Deutschland . . . 559
*§ 288. Die Dichtung im Dienste politischer und sozialer Streitfragen . . . 562
2. Gegensätzliche Kunstrichtungen . . . 564—571
*§ 289. Romantische Nachzügler . . . 564
*§ 290. Die schwäbische Dichterschule . . . 565
**§ 291. Die Realisten. Roman und Novelle . . . 566
*§ 292. Anhänger der klassischen Überlieferung . . . 569
3. *§ 293. Österreichs Sänger . . . 571
4. *§ 294. Frauenliteratur . . . 573
5. Die übrige Literatur . . . 574—590
*§ 295. Der deutsche Norden . . . 574
*§ 296. Die Rheinlande und Süddeutschland . . . 583
*§ 297. Österreich und die Schweiz . . . 587
6. *§ 298. Die Tonkunst . . . 590

Zweites Kapitel: Die deutsche Wissenschaft.

§ 299. Allgemeines . . . 593
1. Philologie und Sprachwissenschaft . . . 593—599
*§ 300. Klassische Philologie . . . 593
*§ 301. Sprachvergleichung . . . 595
*§ 302. Germanistik . . . 597
*§ 303. Semitische Sprachwissenschaft . . . 598

Seite

2. § 304. Geschichtswissenschaft 599
3. Rechtswissenschaft . . . . . 603—609
*§ 305. Romanisten und Germanisten 603
*§ 306. Strafrecht und Strafverfahren 605
*§ 307. Staatsrecht und Politik 607
*§ 308. Kirchen- und Völkerrecht 609
4. Philosophie und Erziehungswesen . . . . . 610—615
*§ 309. Philosophie 610
*§ 310. Erziehungswesen 612
5. Mathematik und Naturwissenschaften . . . . . 615—624
*§ 311. Bedeutung und Pflege der Naturwissenschaften 615
*§ 312. Erdkunde. Geologie. Mineralogie 616
*§ 313. Mathematik. Himmelskunde 617
*§ 314. Physik. Chemie 619
*§ 315. Botanik und Zoologie 621
*§ 316. Medizin 622

Achtes Buch: Europa unter dem Einfluß der Friedenspolitik Kaiser Wilhelms I. und Bismarcks.

**§ 317. Überschau und Vorblick 625

Erstes Kapitel: Deutschland.

A. Deutschland und das Ausland . . . . . 628—634
**§ 318. Die Zeit des Dreikaiserbündnisses 628
**§ 319. Die Zeit des mitteleuropäischen Dreibundes 631

B. Deutschlands inneres Leben . . . . . 634—665
1. Ausbau des Reiches . . . . . 634—640
**§ 320. Die inneren Neuordnungen 634
*§ 321. Heer und Marine 637
2. Die kirchlichen Verhältnisse . . . . . 640—651
**§ 322. Das Deutsche Reich und die katholische Kirche 640
*§ 323. Der Beginn des Kulturkampfes in Preußen 641
*§ 324. Die Maigesetze 643
**§ 325. Höhepunkt des Kulturkampfes 645
*§ 326. Abbruch der Maigesetze 647
*§ 327. Die evangelisch-protestantische Kirchengesetzgebung 650
3. Wirtschafts- und Kolonialpolitik . . . . . 651—659
**§ 328. Wirtschaftsentwicklung bis 1879 651
**§ 329. Schutzzollpolitik. Neue Parteigruppierung 654
**§ 330. Kolonialpolik 656
4. Sozialpolitik . . . . . 659—665
**§ 331. Die Sozialdemokratie 659
**§ 332. Die Sozialistengesetze 661
*§ 333. Die soziale Gesetzgebung 663

Zweites Kapitel: Die orientalische Frage.

1. Der russisch-türkische Krieg . . . . . 665—676
*§ 334. Insurrektionen. Andrassysche Note. Berliner Memorandum . . 665
*§ 335. Die bulgarischen Greuel und der serbisch-türkische Krieg 667
*§ 336. Rußlands Ultimatum und die Botschafterkonferenzen 669
*§ 337. Der russisch-türkische Krieg 671
*§ 338. Der Friede von San Stefano und der Berliner Kongreß 674
2. Weitere Konflikte . . . . . 676—679
*§ 339. Bulgarien 676
**§ 340. Griechenland und Montenegro 678

Seite

Drittes Kapitel: Österreich-Ungarn.

*§ 341. Ministerium Hohenwart und Auersperg 679
*§ 342. Ministerium Taaffe 681

Viertes Kapitel: Rußland und die nordischen Staaten.

*§ 343. Rußland bis 1878. Asiatische Politik 682
*§ 344. Rußland nach dem russisch-türkischen Kriege 684
*§ 345. Dänemark. Schweden-Norwegen 687

Fünftes Kapitel: England.

*§ 346. Inneres Staatsleben Großbritanniens 687
*§ 347. Englands Erfolge außerhalb Europas. a. West- und Südafrika . 690
*§ 348. b. Ägypten 691
*§ 349. c. Asien 693

Sechstes Kapitel: Belgien und die Niederlande.

*§ 350. Belgien 694
*§ 351. Die Niederlande 695

Siebentes Kapitel: Frankreich.

*§ 352. Die Republik unter Thiers 696
*§ 353. Die Republik unter Mac Mahon. a. Der Kampf zwischen Monarchie und Republik 697
*§ 354. b. Klerikale und Republikaner 700
*§ 355. Die Republik unter Grévy bis 1881 702
*§ 356. Ministerium Gambetta und Ferry bis 1885 703
*§ 357. Frankreich in Afrika und Asien 705
*§ 358. Verfassungsrevision. Präsidentenkrisis. Boulanger 706

Achtes Kapitel: Spanien.

*§ 359. Das republikanische Spanien 708
*§ 360. Diktatur und Herstellung der Monarchie 710
*§ 361. Das konstitutionelle Königtum 711

Neuntes Kapitel: Die Schweiz.

*§ 362. Revision der Bundesverfassung. Klerikale Händel 713

Zehntes Kapitel: Italien.

*§ 363. Italien, der Vatikan und die Großmächte 715
*§ 364. Kolonialpolitik 717

Neuntes Buch: Die Zeit der neuen Weltpolitik und Weltwirtschaft.

**§ 365. Überschau und Vorblick 718

Erstes Kapitel: Die internationalen Fragen.

A. Wirtschaftsentwicklung . . . . . 723—734
1. Verkehr und Handel . . . . . 723—730
**§ 366. Verkehrswesen 723
**§ 367. Handelspolitik 727
2. Forschungsreisen und Kolonisation . . . . . 730—734
*§ 368. Erforschung Afrikas 730
*§ 369. Erforschung Australiens, Amerikas, Asiens und der Polargegenden 732

Seite

B. Die religiösen und kirchlichen Fragen . . . . . 734—739
** § 370. Die evangelische Kirche 734
** § 371. Die katholische Kirche 735

C. Die internationalen politischen Fragen . . . . . 739—752
1. Dreibund und Zweibund . . . . . 739—743
** § 372. Kaiser Wilhelms II. Friedenspolitik 739
** § 373. Dreibund und Zweibund 741
2. Die orientalische Frage . . . . . 743—744
** § 374. Armenien und Kreta 743
3. Der ferne Osten . . . . . 744—752
** § 375. China 744
** § 376. Japan 747
** § 377. Japanisch-chinesischer Krieg 749
** § 378. Der Boxeraufstand 750

Zweites Kapitel: Die Einzelländer.

1. Europa . . . . . 752—785
** § 379. Deutschland. a. Inneres Staatsleben 752
** § 380. b. Deutsche Kolonialpolitik 760
** § 381. c. Verhältnis zu den Großmächten 762
** § 382. Österreich-Ungarn 763
** § 383. Rußland 765
** § 384. Dänemark. Schweden-Norwegen 767
** § 385. Großbritannien 769
** § 386. Belgien und die Niederlande 773
** § 387. Frankreich 774
** § 388. Die Pyrenäenhalbinsel 778
** § 389. Die Schweiz und Italien 779
** § 390. Die Balkanhalbinsel 781
2. Amerika . . . . . 785—789
** § 391. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas 785
** § 392. Mittel- und Südamerika 787
3. ** § 393. Afrika. Der Stille Ozean und Australien . . . 789
4. Asien . . . . . 791—795
** § 394. Der Gegensatz zwischen Rußland, England und Frankreich. Persien 791
** § 395. Der russisch-japanische Krieg. Tibet 792

Drittes Kapitel: Die Moderne (Literatur Deutschlands, Kunst Europas).

A. **§ 396. Die jüngstdeutsche Literatur . . . . . 795—802

B. Kunst . . . . . 802—835
** § 397. Architektur 802
** § 398. Plastik 805
** § 399. Malerei 810

Rückblick und Ausblick.

** § 400 836

Anhang. Die Jahre 1905—1913.

A. Die internationalen Fragen . . . . . 845—884
I. § 401. Die allgemeine Weltlage 845
II. Europa
§ 402. 1. Der Dreibund . . . . . 845—846
§ 403. 2. Der Dreiverband . . . . . 846—847
§ 404. 3. Die Balkanfrage. a) Die Revolution in der Türkei . . . 847—849
§ 405. b) Bulgarien, Serbien, Bosnien und die Herzegowina; türkischer Thronwechsel, fortdauernde innere Kämpfe . . . . . 849—852

Seite

§ 406. c) Der Balkanbund und seine Vorgeschichte 853–854
§ 407. d) Der Balkankrieg. 1. Der Krieg des Balkanbundes mit der Türkei 854–856
§ 408. 2. Der erste Friedensschluß und die inneren Bedrängnisse der Türkei 857–859
§ 409. 3. Der Krieg der Balkanstaaten unter sich 859–862

III. Asien
§ 410. 1. Russisch-Japanischer Krieg 862–863
§ 411. 2. Japan 863–866
§ 412. 3. China. a) Die Erneuerung und Wiedergeburt Chinas . . 866–868
§ 413. b) Die Revolution 868–871
§ 414. 4. Persien 871–873

IV. Afrika
§ 415. 1. Die marokkanische Frage; a) bis 1909 873–876
§ 416. b) bis 1910 876
§ 417. c) bis 1913 876–880
§ 418. 2. Der italienisch-türkische Krieg 880–882

V. Amerika
§ 419. Venezuela. Der Panamakanal 882–883

VI. § 420. Die Haager Friedenskongresse 883–884

B. Die Einzelländer 884–929

I. Deutschland
§ 421. 1. Das innere Staatsleben Deutschlands 884–902
§ 422. a) Die soziale Frage 885–888
§ 423. b) Die deutsche Wehrkraft 888–892
§ 424. c) Die Parteikämpfe. Blockbildungen 892–896
§ 425. d) Die Bundesstaaten 896–899
§ 426. e) Staat und Kirche 899–902
§ 427. 2. Die auswärtige Politik Deutschlands 902–906

II. § 428. Österreich 907–910
III. § 429. Rußland 910–914
IV. § 430. Schweden, Norwegen, Dänemark 914–915
V. § 431. Großbritannien 915–919
VI. § 432. Frankreich 919–923
VII. § 433. Die Pyrenäenhalbinsel. 1. Spanien 923–924
§ 434. 2. Portugal 924–925
VIII. § 435. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika . . . 925–928
IX. § 436. Mexiko 928–929

Erstes Buch.
Die französische Revolution und die Neugestaltung Europas.

---

§ 1. Überschau und Vorblick. Die Geschichte der Neuzeit wird eingeleitet durch die Renaissance und die Reformation, die der neuesten Zeit beginnt mit der Aufklärung und der Revolution. Mußten wir in jenen Bewegungen eine Emanzipation des Individuums von der mittelalterlichen Gebundenheit erblicken (III, § 1), so wurzeln auch diese in dem wieder erstarkenden Geiste des Individualismus oder, um den für seine schärfere Ausprägung üblichen Ausdruck zu gebrauchen, in dem des Subjektivismus. Aufklärung und Revolution

Seit etwa der Mitte des 16. Jahrhunderts hatte die Reformation ihre ursprüngliche Größe zum guten Teil eingebüßt. An die Stelle des evangelischen Glaubens trat die evangelische Kirche; die damit unvermeidliche Tendenz nach festen Formen und Formeln führte zu einer lutherischen Orthodoxie, die nicht weniger engherzig war als der katholische Autoritätsglaube. Dem Kalvinismus war ein ähnlicher Charakter schon von seinem Stifter aufgeprägt. Auf der anderen Seite gewann in der Gegenreformation der ebenso autoritative Geist des Katholizismus unter Führung der Jesuiten neue Kraft. Die große Idee der Reformation, die Idee der persönlichen Glaubens-, Gewissens- und Gedankenfreiheit, ging darüber zwar nicht verloren, aber wirklich siegreich war sie nirgends.

Von zwei Seiten wurde sie nun im 18. Jahrhundert wieder aufgenommen: aus den Bedürfnissen des Gefühls und aus den Forderungen des Verstandes. Jenes geschah im Pietismus, dieses im Rationalismus (der Aufklärung). Während nun aber im 16. Jahrhundert von der Auflehnung der religiösen Empfindung, die in Luther ihren Führer fand, die große Umgestaltung ausgegangen war, ging sie diesmal von der des Verstandes aus. Die Aufklärung beschränkte sich nämlich nicht auf die kirchlichen Zustände, sondern unterwarf ihrer Kritik auch die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Die Aufklärung setzte fort, was die Reformation begonnen; man könnte das 16. und 17. und einen großen Teil des 18. Jahrhunderts eine Übergangsperiode zur vollen Überwindung des Mittelalters (zur neuesten Zeit) nennen, ähnlich wie man das 14. und 15. Jahrhundert als eine solche Übergangszeit zur halben Überwindung des Mittelalters (zur Neuzeit) bezeichnen könnte.

Die Aufklärung entstand in England, ergriff die ersten Geister Frankreichs, fand einen Vertreter auf dem Thron in Friedrich dem Großen, dem sich Joseph II. und Katharina II. anreihten, und lieferte das geistige Rüstzeug für den nordamerikanischen Freiheitskampf. Da die englische Verfassung den Aufklärungsideen in gewissem Grade entsprach, Friedrich der Große und Joseph II. sie anerkannten, ohne freilich ihren dauernden Sieg zu bewirken, führten diese Ideen an diesen Stellen nicht zur Revolution. Das geschah dagegen in Frankreich, wo die öffentlichen Zustände ihnen durchaus widersprachen. Und erst diese Revolution verschaffte jenen Ideen den vollen Sieg, bewirkte die Emanzipation des dritten Standes, d. h. also nach der bisherigen sozialen Gliederung der breiten Volksmassen, und den gründlichen Umsturz, aus dem die neueste Zeit erwuchs: deshalb setzt man mit Recht an den Anfang dieser Periode nicht schon die Zeit, in der die neuen Ideen entstanden, sondern erst die französische Revolution, in der sie siegten. Zum ersten Male seit der Reformation wurde einmal wieder das Volk in seinen tiefsten Tiefen von einer großen Bewegung ergriffen, und eben dieses Eingreifen der Massen in das geschichtliche Leben bleibt ja eine der charakteristischen Erscheinungen des neuen Jahrhunderts im Gegensatz zum 17. und 18., der Zeit reiner Kabinettspolitik; auch in dieser Hinsicht erscheinen diese Jahrhunderte als eine Übergangsperiode, die zwei große Massenbewegungen (die der Reformation und die der Revolution) scheidet.

Ursachen der Siege Frankreichs

Man darf über die entsetzlichen Greuel der großen Revolution ihren wertvollen Gedankeninhalt nicht vergessen. Erwägt man nun aber weiter, daß Frankreich aus seiner Entwicklung seit Franz I., Heinrich IV., Richelieu, Mazarin und Ludwig XIV., verglichen mit dem Zentrum Europas, schon ein Plus an nationaler Kraft mitbrachte und jetzt als Vorkämpferin der neuen, für ganz Europa bedeutsamen staatlichen Ideen ein gewaltiges Plus an geistiger Kraft gewann, so erkennt man leicht die innersten Ursachen seiner Überlegenheit. Daß sich aber die durch die Revolution gemehrte nationale Kraft sofort gegen das Ausland wandte, wird verständlich, wenn man bedenkt, daß die neuen Ideen an sich Bedeutung für ganz Europa hatten, und daß Frankreich im 18. Jahrhundert, insbesondere durch den Siebenjährigen Krieg, von der Vormachtsstellung, die es zur Zeit Ludwigs XIV. besaß, viel eingebüßt hatte. Ebendiese Einbuße ist ja eine der Ursachen des in der Revolution durchbrechenden Hasses gegen das Königtum gewesen. Die siegreiche Revolution mußte also in Verbindung mit der nationalen Machttendenz das wieder einzubringen suchen, was das sinkende Königtum verloren hatte. Aus der alten nationalen Kraft, die zuletzt geschlummert hatte, aber nun wieder erwachte und sich auch in dem Ersatz des Söldnerheeres durch das Volksheer bekundete, in Verbindung mit den neuen Ideen erwuchs eine „moralische Energie", der Frankreich seine Siege über das alte Europa verdankt: geistige Potenzen bestimmen eben doch in erster Linie die weltgeschichtliche Entwicklung.

Erhebung der Nationen

Der Siegeszug Napoleons erweckte einen Gedanken zu neuem Leben, der seit lange überwunden schien, nämlich den römisch-mittelalterlichen Gedanken der Universalmonarchie; wenigstens suchte Napoleon sein Weltreich an diesen Gedanken anzuknüpfen. Während nun die alten Staaten des europäischen Kontinents vor Napoleon zusammengebrochen

waren, die Fürstenhäuser sich vor dem Emporkömmling hatten beugen müssen, erhob sich gegen diese Universalmacht für die Freiheit der Nationen die elementare Kraft der Völker. Wie elementar und eigenständig diese nationale Kraft war, beweist am besten die verschiedene Färbung der dabei hervortretenden nationalen Ideale, für die gekämpft wurde. Diese entsprach in Spanien, Rußland und Deutschland durchaus der durch die geschichtliche Entwicklung bedingten Verschiedenheit des Nationalcharakters. Vorbedingung für den vollen Sieg dieser Erhebung aber war, daß das oben dargelegte Plus an geistiger Kraft Frankreichs beseitigt wurde. Dies geschah hauptsächlich durch die Reorganisation Preußens, die in den Stein-Hardenberg-Scharnhorstschen Reformen die dauernd wertvollen Gedanken der Revolution übernahm. Seitdem wurde diese gewissermaßen mit ihren eigenen Waffen bekämpft, und nun erlag das Weltreich einer Volkserhebung, einer „moralischen Energie", die geistig und sittlich weit höher stand als die französische der Revolutionszeit.

Aufsteigen Englands

Aber man darf im Zeitalter Napoleons den Blick nicht ausschließlich auf die kontinentalen Kriege richten. Nicht nur Frankreich erfuhr eine gewaltige Machterweiterung, sondern auch England und Rußland, und bei diesen beiden Staaten blieb sie bestehen. Es ist schon gesagt worden, daß die Verfassung Englands in gewissem Sinne den Aufklärungsideen entsprach; außerdem aber war es durch seine insulare Lage und durch die Schwäche der französischen Seemacht gegen Napoleons Angriffe geschützt. So blieb es von revolutionären Stürmen verschont und war während der Niederlage des Kontinents der unbesiegte Gegner des Weltherrn; es erwarb sich das große Verdienst, Zufluchtsstätte der Völkerfreiheit zu sein; ja, man kann sagen, daß in gewissem Sinne der Kampf gegen England der Mittelpunkt der napoleonischen Politik war. Der Vorteil, den das unbesiegte England aus dieser seiner Stellung zog, war sehr groß. Es gewann überall die unbedingte Seeherrschaft. Für Nordeuropa wird sie bezeichnet durch die Besetzung Helgolands und die Behandlung Kopenhagens, für Südeuropa durch die Erwerbung Maltas, die Kämpfe um Ägypten und die Beschützung Portugals; für die übrige Welt durch die Erwerbungen in Australien und Westindien, vor allem aber durch die Verdrängung der Holländer aus Ostindien und Südafrika. Wie einst Portugal wegen seiner Personalunion mit Spanien Ostindien an die gegen Spanien kämpfenden Holländer verloren hatte, so verlor jetzt Holland wegen seiner Verbindung mit Frankreich dasselbe Ostindien an die gegen Frankreich kämpfenden Engländer. Zugleich machte der Niedergang Spaniens, der ältesten europäischen Kolonialmacht, reißende Fortschritte: es begann der Abfall seiner süd- und zentralamerikanischen Kolonien. Auch das war schließlich der englischen Seeherrschaft vorteilhaft.

Aufsteigen Rußlands

Als dritter Staat endlich stieg Rußland mächtig empor, weil es der napoleonischen Machtsphäre entrückt blieb. Da seine Bevölkerung kulturell um Jahrhunderte hinter Westeuropa zurückstand, konnten hier die Aufklärungsideen gar nicht in Frage kommen. Dazu kam die geographische Lage: wie England aus seiner insularen Lage Nutzen zog, so Rußland aus der weiten Entfernung und Ausdehnung. Deshalb blieb es zuerst, als es gegen Frankreich kämpfte, trotz der schweren Demütigung seiner Verbündeten doch selbst von Verlusten verschont, konnte sodann mit

Napoleon die Herrschaft über Europa teilen und vermochte endlich den Befreiungskampf Mitteleuropas einzuleiten. Die Folge war, daß es seine Westgrenze in ihrer ganzen nord-südlichen Ausdehnung nach Westen, d. h. bis zum Bottnischen Meerbusen, ins Warthegebiet und zur Donaumündung vorschieben und nun entscheidend in die Geschicke Europas eingreifen konnte: dabei wurde es, eben weil es dem kaiserlichen Erben der Revolution nicht erlegen war, die Schutzmacht der konservativen Interessen.

So bringt das Zeitalter der Revolution und Napoleons in West- und Mitteleuropa den Sieg neuer Ideale in Staat und Gesellschaft, während die politische Gesamtlage charakterisiert wird durch das Aufsteigen nicht Frankreichs allein, sondern auch Englands und Rußlands. Aber nur diese beiden behaupteten die errungene Machtstellung; das napoleonische Weltreich brach wieder zusammen durch die Verbindung dieser von Napoleon nicht besiegten Staaten mit der elementaren Volkskraft der von ihm besiegten.

Erstes Kapitel.

Die Revolution bis zur Erklärung der Republik.

A. Die Ursachen der Revolution.

Ludwig XV. 1715—1774

§ 2. Die französischen Zustände am Ende der Regierung Ludwigs XV.

Der Siebenjährige Krieg hatte den einstigen Ruhm Frankreichs vernichtet; die militärische und politische Unfähigkeit dieses Staates lag klar zutage, und mit dem äußeren Niedergange hielt der innere Verfall des Hofes von Versailles gleichen Schritt. Um den „Vielgeliebten", wie das französische Volk anfangs den nunmehr wegen seiner Ausschweifungen tief verachteten und wegen der durch die ungeheuren Schulden verursachten Bedrückungen bitter gehaßten Ludwig XV. genannt hatte, war es einsam

† 1764 geworden. 1764 war auch die Marquise von Pompadour gestorben, die ihre mächtige Stellung wenigstens noch mit Würde zu benutzen verstanden hatte; an ihre Stelle war die vierundzwanzigjährige, bildschöne Gräfin Dubarry getreten, eine Frau aus der niedrigsten Volksklasse. Unter ihrem Einfluß verlor der Hof den letzten Rest von Ansehen und Achtung. Choiseul wurde entfernt, doch verstanden es die Männer der neuen Richtung Maupeou, seit 1768 Kanzler von Frankreich und sein Freund Abbé Terrai, seit 1769 Generalkontrolleur der Finanzen, ebenfalls nicht, die innere Verwaltung in feste Bahnen zu leiten; trotz aller Sparsamkeitsbemühungen konnten auch sie den finanziellen Niedergang des Landes nicht aufhalten. Derselbe hatte seinen Grund in der unglaublichen Verschwendung des Hofes, der durch die Privilegien des Adels und der Geistlichkeit bewirkten falschen Besteuerung und der durch dieselbe hervorgerufenen Teilnahmslosigkeit des dritten Standes, des Bürgertums, am öffentlichen Leben.

Der Hof und die höheren Stände

Des Königs ziviler Haushalt zählte fast 4000, sein militärischer 9—10 000, der seiner Verwandten 2000, zusammen 15 000 Personen, die 40—45 Millionen jährlich verschlangen, d. h. ungefähr den zehnten Teil des Staatseinkommens. Dementsprechend waren die Ausgaben des hohen Adels und der Geistlichkeit, die, von dem Hofe zu der Verschwendung veranlaßt, ihrerseits die Mittel zu der-

selben unmittelbar durch Geschenke des Königs oder mittelbar durch die Übertragung der reichen Ämter und Pfründen zu erlangen wußten. Dabei schwand zugleich jeder Gedanke an die Verpflichtungen, die die höhere Stellung dem herrschenden Stande auferlegen muß, wie der Gedanke an die gesellschaftlichen Leistungen, auf denen allein die sittliche Berechtigung einer solchen Herrschaft beruht. Statt dessen machte sich eine Lebensansicht geltend, für welche der Besitz der Macht lediglich ein Mittel zur Befriedigung des krassesten persönlichen Interesses war. Schon rein äußerlich gab sich das kund in den immer starrer werdenden Formen der Etikette, der Verschiedenheit der Kleidung, der gesellschaftlichen Abzeichen, durch die auf die Schaustellung der Macht und des Reichtums das größte Gewicht gelegt wurde. Immer schlimmer war der Mißbrauch geworden, unliebsame Personen im Gefängnis verschwinden zu lassen durch die Lettres de cachet, d. h. Haftbefehle, die im Namen oder im Auftrage des Königs ohne andere Kontrolle als die Signatur eines Ministers auf Papier geschrieben und mit dem kleinen königlichen Siegel geschlossen waren.

Finanzielle Lasten und ihre Verteilung

Die Verschwendung des Hofes, die hohen Pensionen und Gnadengelder, die kostspieligen Kriege erschöpften die Staatskasse und vermehrten die Schuldenlast. Im Jahre 1759 waren fast 504 Millionen aufgewendet und nur 286 1/2 Millionen eingenommen worden. *Steuern* und *Anleihen* waren die einzigen Mittel, das mit jedem Jahre zunehmende Defizit zu decken; aber beide waren für das Land drückend. Denn da die Regierung ohne Vertrauen und Kredit war, so wurden die Darlehen nur gegen hohe, die Finanzverlegenheit stets mehrende Zinsen dargereicht, was aber die Steuern und Auflagen betrifft, so waren zwar die dadurch erlangten Summen im Vergleich mit der heutigen Besteuerung gering, allein ihre *Erhebung durch die Generalpächter* und deren blutsaugenden Unterbeamten wie ihre *Verteilung auf den Bürger- und Bauernstand* machten sie für die unteren Stände, die ohnedies mit Zehnten, Fronden und anderen ihren Gutsherren schuldigen Abgaben belastet waren, höchst drückend, während der *Adel* und die *Geistlichkeit Steuerfreiheit* genossen. Dabei war das Vermögen der Kirche durch Stiftungen und Schenkungen, durch Kauf und kluge Politik gewaltig angewachsen — man konnte beim Beginn der Revolution das liegende Besitztum der toten Hand auf mindestens 4 Milliarden Frank berechnen, — indes das kam nur der höheren Geistlichkeit zugute, während der niedere Klerus, dem die ganze Seelsorge und die kirchlichen Arbeiten überlassen blieben, zum größten Teile in der bittersten Armut lebte und nicht die geringste Aussicht hatte, einmal in bessere Stellen zu kommen. Der Bürgerstand aber war in der Entwicklung des Handels, Gewerbes und der Industrie durch das *Zunftwesen* völlig gelähmt: Geschäft und Handwerk vererbten oder wurden von der Zunft vergeben, bei der Gunst und Geld ebenso wie im staatlichen Leben die ausschlaggebenden Faktoren waren. Die große Zahl der namentlich in Paris wohnenden unzünftigen Handwerker und Arbeiter wurde später von der größten Bedeutung für die von den Vorstädten St. Marceau und St. Antoine ausgehenden revolutionären Bewegungen.

Taille

Die wesentlichste der direkten Steuern, eine Grund- und Vermögenssteuer, die *Taille*, lastete allein, die Zuschläge zur Taille fast allein auf dem Bauernstand. Der Adel war, wie gesagt, von dieser drückendsten Steuer unberührt gelassen, und auch die Geistlichkeit hatte sich von derselben fernzuhalten gewußt. Als Korporation mit Versammlungen konnte sie mit dem Könige unterhandeln, sich loskaufen, die Einschätzung durch andere vermeiden, sich selbst einschätzen und geltendmachen, daß ihre Zahlungen nicht obligatorisch, sondern freiwillige Geschenke seien. Dafür gab man ihr eine Menge Vorrechte; sie setzte ihre „freiwilligen Gaben" (don gratuit) oft herab, oft leistete sie dieselben gar nicht; in allen Fällen aber beschränkte sie diese auf 16 Millionen für jeden Zeitraum von 5 Jahren. Unter den indirekten Steuern wirkte die *Salzsteuer* wie eine Kopfsteuer, d. h. sie drückte den Armen unverhältnismäßig schwerer als den

Salzsteuer

Reichen, da sie auch noch mit dem Zwang verbunden war, jährlich eine bestimmte Menge Salz zu kaufen. Die Weinsteuer und die Getreidezölle belasteten die produktiven Stände außerordentlich. Die Folge war, daß das Land auf weite Strecken hin nicht mehr angebaut wurde, die Weinstöcke von den Besitzern selbst herausgerissen wurden, daß Hungersnot und Brotaufstände sich regelmäßig wiederholten. Außer dem Staate forderten aber auch noch der Gutsherr und die Kirche das Ihrige von den Bauern; so ging etwa die Hälfte des Ertrages eines Bauerngutes an den Staat, je ein Siebentel an die Gutsherren und die Kirche. Dazu kamen mancherlei andere Schädigungen, unter denen die durch den überreichen Wildstand hervorgerufene nicht die geringste war. Das schlimmste aber war, daß die Eintreibung der Steuern in den Händen von Generalpächtern lag, denen die Regierung alle Abgaben gegen bestimmte Summen überließ. Sie schlugen in kurzer Zeit so viel heraus, daß sie Millionäre wurden. Dazu kam ferner, daß die meisten Intendanten, die unter den adeligen Gouverneuren in den Provinzen die ganze Verwaltung, Justiz und Besteuerung in Händen hatten, ihre mächtige Stellung ebenfalls nur zu ihrem eigenen Vorteile ausbeuteten und durch Rücksichtslosigkeit, Übermut und Härte sich allgemein verhaßt machten.

Sonstige Lasten

Generalpächter

Pariser Parlament

Nun bestand die Sitte, daß alle Steuererlasse und Gesetze bei dem obersten Gerichtshof in Paris (Parlament) in Register eingetragen werden mußten. Daraus folgerte dieser, daß in Ermangelung der Generalstände des Reichs, die seit 1614 nicht mehr einberufen waren, die Gültigkeit der Auflagen und Verordnungen von seiner Bestätigung abhänge, und daß er somit auch das Recht habe, durch Verweigerung der Eintragung sich den Steuererlassen und Gesetzen zu widersetzen. Dies erzeugte bei jeder neuen Auflage einen heftigen Streit zwischen dem Parlament und der Regierung, der gewöhnlich dadurch geendigt wurde, daß der König eine Thron- oder Kissensitzung (lit de justice) hielt und dadurch den Widerstand niederschlug. Ludwig XV. war nicht gewillt, die königliche Machtvollkommenheit, wie sie sein Vorgänger geschaffen und geübt, zu vermindern und zwischen sich und sein Volk eine beaufsichtigende Behörde eintreten zu lassen. In einem königlichen Erlasse vom 24. November 1770 bezeichnete er scharf die Grenzen der Macht des Parlaments und nahm für sich allein das Recht in Anspruch, Gesetze zu geben „ohne Abhängigkeit und ohne Teilung". Als nun das Pariser Parlament in einem Prozesse gegen den Herzog von Aiguillon, den der Hof in seinen Schutz genommen hatte, mit den übrigen Parlamenten sich vereinigte und in einem Protest an den Hof denselben des Umsturzes der Verfassung beschuldigte und durch Einstellung der Rechtsprechung der Regierung seinen Willen aufzwingen wollte, da ließ der König durch seinen Kanzler Maupeou einen wohldurchdachten Schlag in der Nacht vom 19./20. Januar 1771 ausführen. Den Räten des Pariser Parlamentes wurde durch zwei Musketiere einzeln eine Erklärung abverlangt, ob sie den Dienst wieder aufnehmen wollten oder nicht. Die verneinenden, über 150, wurden verbannt, dafür aber in dem Sprengel des Pariser Parlamentes sechs neue Obergerichte eingesetzt. Zugleich wurde eine Zahl schreiender Mißbräuche abgeschafft: die Käuflichkeit der Richterstellen sollte ganz abgestellt, die vom König ernannten und aus dem Staatsschatz bezahlten Richter sollten kein Geld mehr von den Parteien empfangen, das Gerichtsverfahren selbst sollte schneller, einfacher und wohlfeiler werden. Die leidenschaftlichen Proteste der privilegierten Kaste, aus der die Parlamente sich ergänzten, änderten an dem Geschehenen nichts, die neue Gerichtsverfassung schien der Anfang einer wirklichen Reform zu sein.

24. Nov. 1770

Abschaffung der Parlamente 1771

Leider wurden auf dem andern für das dem Bankerott nahe Land so wichtigen Gebiete der Finanzen ähnliche Reformen nicht durchgeführt. Der Generalkontrolleur der Finanzen, der Abbé Terrai, hatte sich vergeblich bemüht, durch Ersparungen die Einnahmen zu vermehren und das Volk nach und nach zu entlasten. Der König war solchen Mahnungen unzugänglich: so verschlang z. B. die Vermählung des Dauphins mit der österreichischen Erzherzogin Marie

Antoinette durch die mit derselben verbundenen glänzenden Festlichkeiten ungeheure Summen. Das Budget des königlichen Hauses stieg von 28 auf 31 Millionen, um im Jahre 1774 die Höhe von 42 471 000 Livres zu erreichen, d. h. ein Siebentel etwa der für dieses Jahr vorgesehenen Staatseinnahme von 305 588 669 Livres.

§ 3. Ludwig XVI. und Marie Antoinette. Überblickt man diese sozialen und politischen Zustände Frankreichs und stellt ihnen die Gedanken der Aufklärung gegenüber, nach denen das Volk der Träger der Souveränität ist, der Staat durch Vertrag zwischen dem souveränen Volke und der Regierung (dem König) entsteht und dem allgemeinen Wohl zu dienen hat (vgl. Bd. III), so ergibt sich zwischen beiden ein schroffer Gegensatz. Da das Königtum es nicht vermocht hat, durch Reformen diesen Gegensatz zu überwinden, so kam es zur Revolution.

Ludwig XVI. 1774—1792 † 1793

Als Ludwig XV. im Mai 1774 nach einem verächtlichen Leben an den Blattern starb, war die große Frage, ob Ludwig XVI. fähig sein würde, die Zustände zu bessern. Kaum 20 Jahre alt, seit 1770 mit der österreichischen Prinzessin Marie Antoinette, der Tochter Maria Theresias, vermählt, war er bisher wenig hervorgetreten, galt aber für wohlmeinend und dem Volke gut gesinnt. Indes, im Denken schlaff, langsam und unbeholfen, besaß er keine Willenskraft, wenig Wissen und Interesse an den großen, weltbewegenden Dingen. Am liebsten weilte er auf der Jagd oder verbrachte die Zeit in seiner Schlosserwerkstatt.

Marie Antoinette

Die Königin war ihm an Geist weit überlegen, viel mehr befähigt zu politischem Wirken, aber sie war erst 17 Jahre alt, unerfahren, spielend, tändelnd mit der furchtbaren Zeit und handelte nur nach augenblicklichen Launen und Einfällen. Das traurige Vermählungsfest, wobei infolge eines Feuerwerks auf dem Platze Louis-Quinze (Revolutionsplatz, Konkordienplatz) ein solches Gedränge entstand, daß mehrere hundert Menschen erdrückt und zertreten wurden, erschien als eine verhängnisvolle Vorbedeutung. Durch ihr stolzes Wesen zog sie sich die Ungunst des Volkes in hohem Grade zu, weshalb dieses nur zu geneigt war, die Freiheiten, die sie sich im Privatleben gestattete, mochten sie auch noch so unschuldig sein, übel zu deuten. War man doch schon lange gewohnt, nur Unsittlichkeit am Hofe zu sehen; und in der Lebhaftigkeit ihres Geistes vermied sie nicht immer den bösen Schein. Außerdem liebte man sie nicht als „Österreicherin"; ihre Ehe mit Ludwig XVI. wurde als ein Symbol des für Frankreich so verhängnisvollen Bündnisses mit dem Hause Habsburg angesehen. Sie galt nie als wirkliche Französin. So schrieb man ihr alle unvolkstümlichen Maßregeln zu und mischte ihren Namen überall ein, wie später die berüchtigte, geheimnisvolle Halsbandgeschichte zeigte. Ihre Gegner, vor allem der Herzog von Orleans, waren beflissen, gehässige Nachreden, Gassenlieder, Karikaturen, Pasquille in Umlauf zu setzen, geeignet, die letzte Spur von Ehrfurcht gegen die Königin und den ganzen Hof aus dem Herzen des Volkes zu tilgen.

16. Mai 1770

Halsbandgeschichte 1785

Ein kostbarer Halsschmuck war der Königin zum Kauf angeboten, aber als zu teuer zurückgewiesen worden. Dies benutzte eine Schwindlerin, eine gewisse Lamotte — sie nannte sich Gräfin La Motte-Valois —, zu einem nichtswürdigen Betruge. Durch gefälschte, im Namen Marie Antoinettes ausgestellte Handschreiben machte sie den sittenlosen, verschwenderischen Kardinal Rohan, Bischof von Straßburg, den die Ungnade der Königin von der ersehnten Ministerstelle fernhielt, glauben, daß er durch den Ankauf dieses Schmuckes die verscherzte Hofgunst wiedererlangen könne. Ein gewisser Balsamo, ein unter dem Namen eines Grafen von Cagliostro ganz Europa durchreisender italie-

nischer Gaukler und Abenteurer, der mit Zauberkünsten, Geisterbeschwörungen und einer vorgeblichen Geheimlehre die leichtgläubige vornehme Welt betrog, unterstützte durch Weissagungen die Absichten der Lamotte, die den betörten Kardinal zuletzt noch durch ein Stelldichein mit einer als Königin verkleideten Buhlerin vollends sicher machte. Der Schmuck wurde gegen einen Wechselbrief gekauft und der Lamotte eingehändigt, welche die Edelsteine in England einzeln verkaufen ließ. Als aber sowohl die versprochene Zahlung seitens der Königin als die gehoffte Ministerstelle ausblieb, und der Kardinal den fälligen Wechsel der Juweliere nicht einlösen konnte, kam der Betrug durch einen ärgerlichen Prozeß an den Tag. Rohan wurde nach langer Haft freigesprochen, die Lamotte gebrandmarkt und zu lebenslänglicher Einsperrung verurteilt; sie entkam durch die Flucht. Das Volk aber glaubte gern an die Mitschuld der unbeliebten Königin und wurde durch verschiedene Denkschriften Übelwollender, besonders der schwerbeleidigten Familie Rohan, in seiner Meinung bestärkt.

Reformversuche

§ 4. Die mißglückten Reformversuche unter Ludwig XVI. Die Mißregierung seit Ludwig XIV. war derart gewesen, daß man im Volke jede Veränderung mit Hoffnung begrüßte und den neuen König als den „Ersehnten" (le désiré) empfing. Man jubelte auf, als man von der sofortigen Entfernung der Dubarry erfuhr, und noch weit größer wurde die Freude, als Ludwig XVI. zwei Männer in das Ministerium berief, die den Willen und die Kraft zu haben schienen, durch gründliche Reformen
1774 den gänzlich verworrenen und zerrütteten Staatshaushalt zu ordnen: Turgot und Malesherbes.

Turgots Reformen 1774–1776

Turgot war ein begeisterter Anhänger des physiokratischen Systems, das in dem von der Natur (Physis) dargebotenen Reichtum, im Ertrage der Landwirtschaft, die Hauptquelle des Volkswohlstandes sah und deshalb Befreiung des Bodens von allen drückenden Lasten und volle Freiheit des Verkehrs forderte. Er hatte als Intendant von Limoges die in einem Zustande der tiefsten wirtschaftlichen Zerrüttung befindliche Landschaft durch eine dreizehnjährige rastlose Arbeit und lautere, hingebungsvolle Menschenliebe, die den Grundzug seines Charakters bildete, so weit nur die Verhältnisse es gestatteten, zu einer alle Welt in Erstaunen setzenden Ordnung zurückgebracht. Zum „Generalkontrolleur der Finanzen" ernannt, entwickelte er in einem denkwürdigen Briefe an den König seine Ideen zur Hebung der Finanznot und zur Herbeiführung einer besseren Zeit in Frankreich. Er erklärte sich gegen jede mißbräuchliche Ausbreitung des Staatskredites, die zum geheimen oder öffentlichen Staatsbankerott führen müsse; er sprach sich besonders gegen jede Erhöhung der Steuerlast und gegen jeden Abschluß einer Staatsanleihe aus. Die bestehenden Steuern sollten allmählich durch eine neue, auch den Adel und Klerus umfassende und auf einer Landvermessung (Kataster) beruhende Besteuerungsweise ersetzt werden; die Abstellung der Fronden und Ablosung der Feudallasten, die Aufhebung der Zünfte, Innungen und Binnenzölle und die Einführung von gleichem Maß und Gewicht sollten die Hebung des Bürger- und Bauernstandes befördern; Duldung gegen die Protestanten, Beschränkung der Klöster, Verbesserung des Unterrichtswesens und Freigebung der Presse sollten eine zeitgemäße Volksaufklärung begründen; Verminderung oder Abstellung der Haftbriefe sollte der Beamtenwillkür steuern, durch Verminderung des Zinsfußes der Staatsschuld und durch Sparsamkeit sollte Ordnung in die zerrütteten Finanzen gebracht werden. Auch an eine Volksvertretung dachte Turgot, die von den kleineren Gemeinden aufsteigend sich zu einer allgemeinen staatlichen Körperschaft ausbilden sollte. Ein allgemeines Gesetzbuch sollte den Schlußstein bilden. Der Kriegsminister St. Germain, ein durch ein wechselvolles Leben geprüfter Greis, wollte die Käuflichkeit der Offizierstellen und den Vorrang der königlichen Garden vor den übrigen Heeresabteilungen abschaffen. Turgots erste Tat war die Freigabe des Handels mit Getreide und Mehl in Frankreich, der bisher zum Schaden der Produzenten und Konsumenten an bestimmte Orte gebunden

gewesen war und nur den Aufkäufern Nutzen gebracht hatte. Der von den Interessenten veranlaßte sogenannte Mehlkrieg (la guerre des farines) bewies, wie scharf Turgot ihre Macht angegriffen hatte. Dann übernahm er im Juli 1775 den bisher verpachteten Postbetrieb ebenso wie den auf den Wasserstraßen auf den Staat, und 1776 folgte die Aufhebung der Wegfronden, der Zünfte und Meisterrechte. Die Aufhebung der letzteren mußte erst gegen das Parlament durch eine Kissensitzung (lit de justice) am 12. März 1776 erzwungen werden.

Entlassung Turgots

Aber all diese Vorschläge und Maßregeln fanden die heftigste Gegnerschaft an der Königin, die unter dem Einflusse des auf Turgots Veranlassung aus gutem Grunde entlassenen französischen Gesandten in London stand, an den Prinzen, den übrigen Ministern, dem Klerus und den privilegierten Ständen. Dem König fehlte die Festigkeit, einen Mann wie Turgot zu unterstützen, den Privilegierten der Wille, auf ihre Vorrechte zu verzichten. Bereits am 12. Mai 1776 wurde Turgot entlassen, 12. Mai 1776 nachdem er wenige Tage vorher dem schwachen und wankelmütigen Ludwig XVI. ein gleiches Ende, wie es Karl I. von England auf dem Schafott genommen, vorhergesagt hatte. Turgots Sturz vernichtete auch seine Schöpfungen, indem seine Edikte durch einen vom Könige genehmigten Parlamentsbeschluß schon im August desselben Jahres aufgehoben wurden. *Durch die Vereitelung dieser Reformen wurde die Revolution heraufbeschworen.*

Necker 1777—1781

Nicht besser als Turgot erging es dem Bankier *Necker*, der 1777 die Verwaltung der Finanzen, jedoch nicht als vortragender Minister, übernahm. Durch seine kaufmännischen Kenntnisse und Erfahrungen vorteilhaft unterstützt, brachte er zwar Ordnung und Methode in die Führung der öffentlichen Finanzen, verringerte auch die königliche Dienerschaft um ein beträchtliches und nützte seinen unbeschränkten Kredit zur Aufnahme von Staatsanleihen unter den günstigsten Zins- und Amortisationsbedingungen aus, konnte aber trotzdem nicht dem drohenden Staatsbankrott Frankreichs erfolgreich entgegentreten. Als er nun 1781 einen *finanziellen Rechenschaftsbericht* („compte rendu au roi") veröffentlichte, in dem er durch eine künstliche Verschleierung der kolossalen ungedeckten Verbindlichkeiten des Schatzes einen Überschuß von 10 Millionen nachwies, gewann er allerdings in hohem Grade die Volksgunst, erregte aber den ganzen Zorn der durch die darin enthaltenen Enthüllungen erbitterten privilegierten Stände. Die Intendanten, Generalpächter, Parlamentsräte, die Geistlichkeit, die ihn auch wegen seines protestantischen Glaubens haßte, feindeten ihn auf das heftigste an. Demgegenüber verlangte er als Vertrauensvotum Sitz und Stimme im Ministerium, erhielt aber von Ludwig XVI., der sich hier auch von der Königin beeinflussen ließ, statt des Ministertitels seine Entlassung. Sein Abgang befreite den Hof von Mai 1781 langweiliger Sparsamkeit, mehrte aber die Unordnung im Staatshaushalte. Die Ausgaben überstiegen jedes Jahr die Einnahmen um viele Millionen; Anleihen konnten bei dem schlechten Kredit und der schon hohen Staatsschuld nur unter unvorteilhaften Bedingungen erlangt werden und brachten bloß eine kurze Erleichterung, ohne das Übel zu heben. Der amerikanische Krieg (Bd. III, § 407, 408) verschlang die Einkünfte von drei Jahren und schuf dem Thron außer der finanziellen Verlegenheit mächtige unbekannte Feinde durch Erweckung des Bürgerstolzes, des Republikanersinnes und des Freiheitsgefühles bei Hohen und Geringen. In dieser kritischen Zeit übernahm

Calonne 1783—1787

der leichtsinnige, verschwenderische Calonne die bedenkliche Finanzverwaltung. Er wich von Neckers Sparsystem ab, kam den Wünschen der Königin und den Bedürfnissen der Prinzen und Hofleute völlig entgegen und täuschte eine Zeitlang die Welt durch verheißene Finanzreformen, die aller Not ein Ende machen sollten. Bald jedoch waren seine Mittel erschöpft, und die aus Adel und Klerus, hohen Staatsbeamten, Parlamentsräten und einigen Städteabgeordneten bestehende Notabelnversammlung, die seit dem Jahre 1626 nicht mehr berufen war, sollte Rat schaffen. Aber statt der erwarteten Hilfe fand Calonne in ihr die heftigsten Gegner. Sein Vorschlag einer allgemeinen, auch den Adel und Klerus umfassendenden Grundsteuer wurde von diesen Privilegierten entschieden verworfen, und der Sturm über das bei der Gelegenheit zutage gekommene Defizit wurde so heftig, daß Calonne seiner Stelle entsagte und sich nach London begab, um der ihm drohenden Anklage zu entgehen. Sein eifrigster Gegner in der Notabelnversammlung, Lomenie de Brienne, Erzbischof von Toulouse, wurde sein Nachfolger.

22. Febr. 1787

Lomenie de Brienne 1787—1788

Brienne hatte einen schweren Stand. Der König hatte gleich im Anfange seiner Regierung den Fehler begangen, das Parlament in seine alten, 1771 verlorenen (§ 2) Rechte wieder einzusetzen. Als Brienne nun zwei neue Steueredikte bei dem Parlamente einzeichnen lassen wollte, stieß er auf so hartnäckigen Widerstand, daß der König nach dem vergeblichen

Aug. 1787

Versuch, denselben durch eine Kissensitzung zu brechen, die kühnsten Räte nach Troyes verwies. Bei diesen Streitigkeiten, bei denen auch das Volk mit größter Lebhaftigkeit teilnahm, wurde der Ruf nach der Einberufung der Generalstände laut. Umsonst traf Brienne mit den

Nov. 1787

älteren, bedächtigen Gliedern des Parlaments eine Übereinkunft, wonach die Steueredikte zurückgenommen, dagegen aber eine Anleihe von 440 Millionen bewilligt werden sollte; kaum wurde in einer königlichen Sitzung auf Bestätigung des Anlehens angetragen, als mehrere Mitglieder, vor allem Philipp von Orleans, gegen diese Maßregel protestierten und nach des Königs Entfernung sich in so heftigen Reden ergingen, daß der Hof zu neuen Verhaftungen schritt, dadurch aber nur die Erbitterung und den Widerstand vermehrte. In einer von dem

Mai 1788

Parlamentsrate Duval d'Epréménil entworfenen und von allen seinen Amtsgenossen angenommenen Erklärung wurde die seit Richelieu herrschende Ansicht, daß dem Monarchen nicht bloß die ausübende, sondern auch die gesetzgebende Gewalt innewohne, erschüttert und sowohl das Steuerbewilligungsrecht der Stände als die Ungesetzlichkeit der Haftbriefe und die Gültigkeit der Rechte und Privilegien der Magistrate und Provinzen so klar und energisch dargetan, daß der König und die Minister, ergrimmt über die Vermessenheit und beunruhigt über den neuen Geist, von dem der ganze Gerichtshof erfüllt zu sein schien, mit den Parlamenten ähnlich zu verfahren beschlossen, wie es Ludwig XV. getan hatte. So wurden

1788

die kühnsten Räte verhaftet, die übrigen durch aufgestellte Truppen und eine Thronsitzung zur Annahme der neuen Organisation gezwungen. Nach dieser sollte statt des Parlaments eine aus dem hohen Adel und einigen Hofleuten gebildete cour plénière die Eintragung der Gesetze und Steuererlasse vornehmen; die Parlamente der Provinzen wurden in ihrem richterlichen Geschäftskreise verkürzt, indem fast alle bürgerlichen Streitigkeiten und alle peinlichen Sachen, bei denen weder Geistliche noch

Edelleute beteiligt waren, mittleren Gerichtshöfen zur Erkenntnis anheimgestellt wurden.

Die Reichsstände

§ 5. Einberufung der Reichsstände. Aber die Proteste der Räte und die Unzufriedenheit des Volkes, das seine Gesinnung durch Aufstände und wilde Ausschreitungen in der Provence, Languedoc, Dauphiné und besonders in der Bretagne und durch Verbrennung des Ministers im Bilde kundgab, nötigten den König, in Briennes Entlassung einzuwilligen. Aug. 1788
Da die Geldnot so groß geworden war, daß alle Barzahlungen eingestellt werden mußten, berief der König von neuem Necker zum Finanzminister. Necker 1788—1789
Kaum hatte dieser durch Freilassung der gefangenen Parlamentsräte und durch Zurücknahme der Edikte gegen die Parlamente die Aufregung beruhigt und der Regierung wieder Zutrauen verschafft, als er die für die Wahlen zu den Reichsständen (états généraux) nötigen Anordnungen traf. Nun zeigte sich bald, daß die Parlamente nur insofern dem Geiste des Fortschritts huldigten, als dieser ihre Standesinteressen nicht gefährdete. Denn sowohl sie als die von Necker abermals befragten Notabeln Nov. 1788
waren der Meinung, die neue Versammlung solle sich in der Zahl der Abgeordneten und in dem Geschäftsgange nach den Ständen des Jahres 1614 richten, während Necker dem Bürgerstand (tiers état) die doppelte Anzahl Abgeordnete zugestehen wollte. Da man mit den Körperschaften nicht weiter kam, bestimmte eine königliche Verordnung die Zahl der adeligen und geistlichen Mitglieder auf je dreihundert, die der bürgerlichen auf sechshundert und setzte den 1. Mai des folgenden Jahres (1789) als Zeitpunkt der Eröffnung fest.

Der Wahlkampf entbrannte nun in ganz Frankreich auf das heftigste. Wahlkampf
Von ganz besonderer Bedeutung war dabei die von den alten Generalständen beibehaltene Einrichtung, daß die Wählerschaften ihren Abgeordneten Instruktionen und Wünsche schriftlich mitgaben. In diesen „cahiers de doléance“ war nächst den Klagen über die obwaltenden Mißstände die ganze Fülle von Reformvorschlägen niedergelegt, die weit über das, was die Regierung wollte, hinausgingen. Hier wurde von der Abschaffung des absoluten Königtums, Aufhebung der Feudalverhältnisse, Verbesserung der Rechtspflege durch Vereinfachung der Prozeduren und Verringerung der Partikular- und Gewohnheitsrechte, Minderung der Macht und des Reichtums der Hierarchie gesprochen. Außerdem wurde das Land von einer Anzahl von Flugschriften überschwemmt, unter denen keine einen größeren Eindruck machte als die des Abbé Sieyès: „Was ist der dritte Stand?“

Er berechnete die Zahl der Geistlichen auf 80000, die des Adels auf 120000, des dritten Standes auf 25 Millionen Köpfe und beantwortete die Fragen: „Was bedeutet dieser dritte Stand? was hat er seither bedeutet? was will er in Zukunft bedeuten?“ mit den kurzen aber schlagenden Antworten: „Alles, nichts, etwas“: zugleich stellte er den Hauptsatz der beginnenden Revolution auf, „daß der dritte Stand die Nation selbst sei, die Nation in ihrer wahren Souveränität und Machtvollkommenheit“.

Am heftigsten wogte der Wahlkampf in den südlichen Provinzen Frankreichs, besonders in der Provence. Hier trat ein Mann hervor, der wohl der hervorragendste unter allen Wahlbewerbern gewesen ist und fast allein von Anfang an einen völlig klaren Blick für die Fragen des Tages und die kommenden Ereignisse gehabt hat, Honoré Gabriel Victor Riquetti Graf von Mirabeau.

Mirabeau 1749—1791

Geboren am 9. März 1749 in der Provence, hatte er das Unglück, in einem Familienleben groß zu werden, das durch einen sich zwischen den Eltern 15 Jahre lang hinziehenden skandalösen Ehescheidungs- und Vermögenteilungsprozeß auf das schwerste gestört worden war. In seiner vernachlässigten Erziehung findet auch die stürmische, an anstößigen Liebesaffären reiche Jugend Mirabeaus wenigstens teilweise ihre Erklärung. Durch die Entführung der Sophie Ruffey, der jugendlichen Gattin eines älteren Edelmannes in Pontarlier, reizte er den Zorn seines Vaters dergestalt, daß dieser den Sohn durch einen königlichen Siegelbrief auf mehrere Jahre in das Gefängnis von Vincennes einsperren ließ. „In der dumpfen Kasemattenluft dieses Kerkers, wo die alte Monarchie ihre ultima ratio ausspielte, hat sie sich auch ihren Rächer großgezogen: als er die Wände seines Gefängnisses hinter sich hatte, war über den Charakter seiner politischen Zukunft unwiderruflich entschieden." Nach einjähriger Haft erlangte Mirabeau seine Freiheit wieder und bewirkte dann durch seine Beredsamkeit, daß bei Wiederaufnahme seines Prozesses das früher gefällte Todesurteil aufgehoben und er mit einer kurzen Gefängnisstrafe belegt wurde. Nachdem er noch durch seine Selbstverteidigung in der Anklage gegen seine Gemahlin aus dem angesehenen Geschlecht derer von Marignan die ganze Provinz in Bewunderung versetzt hatte, begab er sich, um nicht wegen seiner Schrift „Über den Despotismus" eine neue Verhaftung zu erleiden, nach England. Nach seiner Rückkehr bereiste er Deutschland und hielt sich längere Zeit in Berlin auf, wo er auch eine Begegnung mit Friedrich dem Großen hatte. Ein bedeutendes Werk über die preußische Monarchie war die Frucht der gewonnenen Eindrücke. Durch diese und andere Schriften war der Name Mirabeaus in weiten Kreisen bereits bekannt geworden, als ihn die Wahlbewegung auf einen größeren Schauplatz rief. Von dem Adel zurückgewiesen, trat er als Bewerber für den dritten Stand auf und wurde zu Aix und Marseille gewählt; für Aix nahm er an. Durch seine Reisen in der Schweiz, in England, in Holland und Deutschland hatte er die politischen Verhältnisse kennen und mit seinem scharfen, durchdringenden Verstande verstehen gelernt; begabt mit einem außergewöhnlichen Rednertalent, das durch eine alles beherrschende Stimme mächtig unterstützt wurde, verstand er es, auf die Massen einzuwirken; besonders seine Schlagworte, wie das: „die Privilegien ändern sich, das Volk ist ewig," gingen rasch von Mund zu Mund. Dabei war er einer der wenigen Staatsmänner, denen von vornherein die ganze Natur der Bewegung klar war, der wußte, was eine Revolution war, der den Mut und die Kraft hatte, sie zu leiten und im gegebenen Augenblick in die rechten Bahnen zu lenken.

Solchen zielbewußten Männern wie Mirabeau stand die Regierung schwankend gegenüber, ohne festen Entschluß über die Art und Weise, wie die einmal entfesselten Volkskräfte geleitet werden sollten. Das sollte sich sofort bei der Eröffnung der Reichsstände zeigen.

B. Der Ausbruch der Revolution.

Eröffnung der Reichsstände

§ 6. Die Konstituierung der Nationalversammlung. Am 5. Mai 1789 wurde in feierlicher Weise die so sehnlich erwünschte Versammlung der Reichsstände in Versailles eröffnet. 1118 Abgeordnete, 291 vom Klerus, 270 vom Adel, 557 vom dritten Stande, waren erschienen. Noch einmal zeigte sich in ihrer Behandlung der schroffe Gegensatz der Stände nach Maßgabe der alten Zeit. Durch eine Seitentür traten die Vertreter des dritten Standes in einfachen schwarzen Mänteln, mit Hüten ohne Knöpfe und Federn ein, durch die weit geöffneten Flügeltüren die Privilegierten, der Klerus in seiner reichen Pracht, der Adel in schwarzen, mit Gold und Spitzen besetzten Sammetmänteln und Federhüten. Solche Äußerlichkeiten sind verhängnisvoll, wenn sie die Symbole eines Gegensatzes sind, der einen Staat auf allen seinen Lebensgebieten erfüllt, und besonders, wenn sie den gefährlichen Irrtum nähren können, der in den Kreisen des Hofes und Adels seine Rolle spielt, daß den Schein retten die Sache retten heiße. Die Eröffnungsrede des Königs war

wohlwollend, aber ohne politischem Inhalt; der Siegelbewahrer Barentin blieb mit seinen schwülstigen Worten den meisten Zuhörern wegen seiner schwachen Stimme unverständlich; dann ergriff Necker, der Mann des allgemeinen Vertrauens, unter großer Spannung das Wort. In unbegreiflicher Selbsttäuschung trug er drei Stunden lang trockene Zahlen von Ein- und Ausgaben vor, deren Ergebnis war, daß Frankreich nur eine Schuld von 56 Millionen habe, die man durch Ersparnisse decken könne. Die Wahrheit war wiederum versteckt, denn in diesem Augenblick betrug die wirkliche Schuld 551 1/2 Millionen, zu deren Deckung alles fehlte. Am folgenden Tage, dem 6. Mai, begannen die Sitzungen; jeder Stand begab sich in den ihm angewiesenen Saal. Es mußte das erste Geschäft einer Versammlung, die Prüfung der Vollmachten, vorgenommen werden. Hier zeigte sich, wie unklug es war, daß die Regierung in der allerwichtigsten Frage, ob Abstimmung nach Ständen oder Köpfen stattfinden sollte, keine Entscheidung getroffen hatte. Es war ein innerer Widerspruch, eine doppelte Vertretung des dritten Standes anzuordnen und doch eine Abstimmung nach Ständen zu wünschen. So forderte denn der dritte Stand gemeinsame Beratung und Abstimmung nach Köpfen. Da der Adel und die Geistlichkeit sich diesem Verlangen widersetzten, wurde mehrere Wochen hartnäckig darüber gestritten, bis die Frage durch einen kühnen Schritt zum Vorteile des dritten Standes entschieden wurde. Dieser nämlich, der den Abgeordneten von Paris, den Astronomen Bailly zum Vorsitzenden gewählt hatte, erklärte sich als Nationalversammlung, d. h. als Vertretung der ganzen Nation, und lud die andern Stände zum Beitritt ein. Die Verpflichtung, welche die Nationalversammlung nach diesem wichtigen Schritt übernahm, sich nicht eher zu trennen, als bis sie dem Volke seine alten Rechte wiedergegeben, und indessen dafür zu sorgen, daß die bestehenden Abgaben, so ungesetzlich sie auch seien, forterhoben und die Zinsen der Staatsschuld entrichtet werden sollten, solange die Stände nicht aus irgendeinem Grunde aufgelöst würden, war klug berechnet, um den Hof zu schrecken und das Volk, besonders die Staatsgläubiger, für das Fortbestehen der Versammlung zu interessieren.

Nationalversammlung 17. Juni 1789

Diese Vorgänge beunruhigten den Hof und gaben ihm den Gedanken ein, dem Volke selbst eine neue Verfassung zu verleihen und die Reichsstände dadurch entbehrlich zu machen. Zu diesem Zweck wurde auf den 23. Juni eine königliche Sitzung anberaumt und unterdessen, um die nötigen Vorkehrungen zu treffen, der Versammlungssaal geschlossen. Als nun Bailly, der erst ganz spät von dem Vorhaben in Kenntnis gesetzt worden war, mit sämtlichen Abgeordneten erschien, wurde ihnen der Eintritt versagt. Sie zogen deshalb unter dem Geleite einer unermeßlichen Menschenmenge in den leeren Saal des Ballhauses und schwuren hier den feierlichen Eid, daß sie sich nicht trennen wollten, bevor sie dem Reiche eine neue Verfassung gegeben hätten. Schon in der nächsten Versammlung in der Ludwigskirche schloß sich die größere Hälfte der Geistlichkeit, mehrere Erzbischöfe an der Spitze, dem dritten Stande an. Am 23. Juni fand dann die königliche Sitzung statt. Die mit Mißbilligungen, Vorwürfen und Drohungen gefüllte Deklaration des Königs erregte um so mehr Verdruß, als die Abwesenheit Neckers, von dem der erste Entwurf herrührte, zu beweisen schien,

Haltung des Hofes

Schwur im Ballhause 20. Juni 1789

Königliche Sitzung 23. Juni 1789

daß er die späteren Änderungen nicht billigte; deshalb wurde auch die entworfene Staatsreform sehr kalt aufgenommen. Namentlich fand der Satz, daß niemand in seinem Eigentum gekränkt werden sollte, Anstoß, weil die privilegierten Stände gerade alle die Rechte als Eigentum beanspruchten, die der dritte Stand abgeschafft wünschte. Zum Schluß erklärte der König: „Ich befehle Ihnen, meine Herren, sofort auseinanderzugehen und sich morgen früh in den abgesonderten Beratungszimmern, Stand für Stand, zur Wiederaufnahme Ihrer Arbeiten einzufinden!" Die Regierung gewährte in Worten viel, behielt aber die Sonderung nach Ständen, die den Gegnern der Reform zwei, ihren Anhängern eine Stimme gab, bei. Nachdem der König den Saal verlassen hatte, fast alle Bischöfe und der größte Teil des Adels sofort gefolgt waren, blieben die übrigen wortlos zurück, doch ein dumpfes Murren zeigte die Erregung. Als dann der Zeremonienmeister zum Gehorsam aufforderte, rief Mirabeau, nachdem er die Versammlung an ihren Eid erinnert und zum festen Widerstand ermahnt hatte, dem erschreckten Höfling zu: „Sie haben hier nicht Sitz noch Stimme; übrigens sagen Sie Ihrem Herrn (maître), daß wir hier sind kraft der Macht des Volkes, und daß wir nur der Macht der Bajonette weichen werden." Der gutmütige König wagte es nicht, die Bajonette anzuwenden. Die Versammlung erklärte sich für unverletzlich, und bald schloß sich wiederum ein Teil des höheren Klerus (darunter Talleyrand-Périgord, Bischof von Autun, und Henry Grégoire, nachmals Bischof von Blois) und des Adels (den lasterhaften, reichen und ehrsüchtigen Herzog von Orleans an der Spitze) dem dritten Stande an, so daß
27. Juni 1789 nunmehr der König selbst zu einer vollständigen Vereinigung riet.

§ 7. Erstürmung der Bastille. Einen Weg gab es noch, vieles wieder gutzumachen: der König mußte aus den mächtigsten und bedeutendsten Mitgliedern der Nationalversammlung, wie Mirabeau schon am 10. Juni geraten hatte, ein Ministerium bilden und mit der Mehrheit regieren. Mirabeau wäre dazu der rechte Mann gewesen; er war ein Todfeind des alten Staates, aber auch der Anarchie. Aber seine Bemühungen, mit Necker in nähere Verbindung zu treten, blieben erfolglos. Das war um so bedenklicher, weil nun als neuer Faktor die Bevölkerung von Paris in die Bewegung eingriff und ihren von Versailles unabhängigen Willen geltendzumachen begann.

Versuch eines Staatsstreichs

Es geschah, als man in Hofkreisen auf den Gedanken eines gewaltsamen Einschreitens kam. Ein rascher, auffallender Truppenwechsel fand statt; wallonische, vlämische, deutsche Regimenter wurden zusammengezogen. Die Nationalversammlung verlangte den Abzug dieser Truppen. Aber ihre Adresse wurde sehr kühl aufgenommen, und ehe sie noch einen weiteren Schritt tun konnte, war schon die schlimmste Befürchtung wahr geworden. Am 11. Juli sollte der Staatsstreich geschehen; bis zuletzt war alles geheimgehalten worden, Necker ohne jede Ahnung. Als er eben zu Tische gehen wollte, überreichte ihm ein königlicher Lakai den Befehl, sich sofort an die Grenze zu begeben; erst als er den Genfer See erreicht

Necker entlassen 12. Juli 1789 hatte, erfuhr Paris seine Entlassung. Das neue Ministerium Foulon, Broglie, Breteuil war übel gewählt; Foulon hatte sich als Intendant verhaßt gemacht; man erzählte, daß er bei einer Hungersnot gesagt habe: „das Volk solle Heu und Stroh fressen, es sei ja doch nur Vieh". Die Antwort des Volkes auf diesen Ministerwechsel war rasch und

grauenvoll. Bei der Ohnmacht der Polizei hatte sich eine neue Gewalt gebildet, Wahlmännerkollegien der einzelnen Distrikte von Paris, die sich gewissermaßen an die Stelle der machtlos gewordenen Monarchie gesetzt hatten. Die unzufriedenen Massen begannen sich zusammenzurotten. Die größte Versammlung fand im Palais royal statt, einem Komplex von Wirtshäusern, Kaufläden, Spielhöllen, aus denen der Eigentümer, der Herzog von Orleans, ein gutes Einkommen bezog. Hier bestieg der Advokat Camille Desmoulins, einen Tisch und reizte die Masse auf. Dabei riß er ein Blatt vom nächsten Baume und machte eine Kokarde daraus. Alle Welt ahmte Desmoulins nach und zog lärmend hinter den Büsten Neckers und des Herzogs von Orleans durch die Straßen von Paris. Die Sturmglocken wurden geläutet, die Werkstätten der Waffenschmiede geplündert; Tumult und Verwirrung herrschte überall.

Eintritt der Stadt Paris in die Bewegung

In diesen sturmerregten Tagen war es notwendig, eine bewaffnete Autorität, einen Selbstschutz für die besitzende und ruheliebende Bürgerschaft zu schaffen. Aus den Wahlmännerkollegien ging der Entwurf zu einer Bürgergarde, einer Sicherheitswache gegen die wilden Pöbelrotten, hervor. Den Kern dieser Bürgergarde, die unter dem Namen der Nationalgarde an den späteren Ereignissen einen so wesentlichen Anteil hatte, bildete ein abgefallenes Garderegiment; für sie wurde die Nationalkokarde geschaffen aus den Farben von Paris (blau, rot) und dem Weiß der bourbonischen Lilien. Durch diese Maßregel geriet die Hauptstadt ganz in die Gewalt der Wahlmännerkollegien, die nach dem Bastillesturm eine neue demokratische Munizipalität (Gemeinderat und Magistratsbehörden) einsetzten und durch die Vorsteher der sechzig Distrikte (Sektionen), in die damals die Hauptstadt geteilt war, fortwährend das untere Volk und den Pöbel der Vorstädte bearbeiten konnten.

Nationalgarde

Am Morgen des 14. Juli war die Bürgergarde ziemlich waffentüchtig, aber auch die Banden der Vorstädte (§ 2) waren schlagfertig. Das Invalidenhotel war mit Gewalt geöffnet und 30000 Flinten und einige Kanonen waren mitgenommen worden. Da ertönte plötzlich der Ruf: nach der Bastille! Das Wort zündete. Dieser burgartige Rest der Stadtmauer, am Eingang der Vorstadt St. Antoine gelegen, war besonders verhaßt; man sah in ihr die Fronfeste der alten Regierung, die hier ihre Opfer verschwinden ließ. Tatsächlich aber barg die Bastille damals nicht mehr als sieben solcher „Opfer", von denen einer wegen Blödsinn, einer auf Ansuchen seiner eigenen Familie, vier wegen Fälschungen eingesperrt waren. Hierhin zogen nun die Pöbelmassen. Der entmutigte Kommandant Delaunay, der mit seinen 32 Schweizern und 92 Invaliden auf keinen Entsatz hoffen konnte, übergab endlich am Nachmittag die Burg. Und da man die Opfer des Despotismus nicht fand, so zögerte das Volk in seiner einmal entfesselten Wut nicht, sich andere Opfer zu suchen. Delaunay und sieben Mann der Besatzung wurden ermordet; ihre Köpfe wurden auf Stangen unter lärmendem Jubelgeschrei durch die Straßen getragen, und der Pöbel gab durch Ermordung mehrerer als Aristokraten bekannter Männer, wie des Bürgermeisters Flesselles, zu erkennen, daß Gesetz und Obrigkeit machtlos und die Gewalt bereits in seinen Händen sei.

Sturm auf die Bastille

14. Juli 1798

Erst um Mitternacht erhielt die Nationalversammlung in Versailles genauere Nachrichten von den Vorgängen in Paris. Sie schickte eine Abordnung zum König, der nun ohne Wachen in der Versammlung erschien und sich ihrem Schutze anvertraute. Hier wurde er mit Jubel empfangen; namhafte Mitglieder der Versammlung eilten mit der freudigen Kunde von der Versöhnung der Regierung mit den Vertretern des Volkes sofort nach Paris, und unter dem Eindruck derselben wurden Bailly an des

Haltung der Versammlung und des Königs

ermordeten Flesselles Stelle zum Bürgermeister der Hauptstadt und Lafayette zum Befehlshaber der Nationalgarde erhoben. Auf den Wunsch Baillys kam dann auch der König nach Paris, wo er sich mit der Kokarde am Hut auf dem Söller des Rathauses dem versammelten Volke zeigte. Die wichtigste Frage war nun, ob eine neue Gewalt stark genug sein würde, nach dem Sturz der bisherigen Ordnung die wilden Elemente, die bei dem Sturm auf die Bastille ihre Macht gezeigt hatten, zu bewältigen. Das haben die persönlich edlen Männer, die jetzt die Leitung hatten, nicht vermocht. So mußte es zu immer weiterer Überstürzung gehen, bis das französische Volk ermattet niedersank und reif war zur Militärdiktatur. Darin liegt die ungeheure Bedeutung des 14. Juli 1789. Nach Versailles zurückgekehrt, rief der König Necker zurück, der in einem wahren Triumphzuge wieder an den Hof kam.

§ 8. Der Sturz des Feudalstaates. Die Menge, die einmal in ihrer Ruhe aufgestört war, wollte nicht mehr zur gewöhnlichen Tätigkeit zurückkehren. Das erschwerte der Nationalversammlung die Arbeit um so mehr, als Necker der Lage durchaus nicht gewachsen war. Der rechte Mann wäre jetzt Mirabeau gewesen; er allein trug reif und fertig die Gedanken dieser gewaltigen Bewegung im Kopfe: eine gemäßigte Monarchie mit gleichen Rechten für alle. Aber diesem Manne fehlte eins, wie er selber schmerzlich klagte: eine reine Jugend und ein makelloser Name. Die Versammlung beherrschte er mit seiner mächtigen Beredsamkeit, aber der Hof fürchtete ihn, mißtraute ihm, der König stieß sich an dem, was Mirabeau selbst die Infamie seiner Jugend nannte. Am 1. August nahm die Nationalversammlung ihre Arbeiten wieder auf. Von einer Hausordnung, der Einteilung, Abgrenzung und Leitung der Angelegenheiten war keine Rede. Die beste, längst vorhandene Hausordnung, die des englischen Parlamentes, verschmähte man trotz des Rates Mirabeaus mit der allen Neulingen eigenen Anmaßung. So war es kein Wunder, daß die Versammlung entgegen der staatsmännischen Weisheit Mirabeaus, die Verfassung zuerst zu Ende zu bringen, dem schwärmerischen Lafayette folgend

Beratung der Menschenrechte

nach dem Vorgange der amerikanischen Freistaaten mit der Beratung der Menschenrechte begann. Diese Verhandlungen wurden aber noch einmal durch die Nachrichten von den Mord- und Raubtaten in den Provinzen unterbrochen.

Bauernaufstände

Hier war ein greuelvoller Bauernkrieg ausgebrochen, in dem ein furchtbarer Haß gegen alles, was bisher Geltung gehabt hatte, zutage trat. In den Städten begannen die schlimmsten Ausschreitungen, um sich dann auf das Land auszudehnen. Die Bauern rissen das verhaßte Jagdrecht an sich; jeder, der sich eine Flinte verschaffen konnte, ging hinaus aufs Feld. Die Schlösser der „Seigneurs" wurden niedergebrannt oder verwüstet, die schlimmsten Mordtaten begangen. Vor diesen wilden Zerstörungen ergriffen nun die Männer, die dem Könige zum Staatsstreiche geraten hatten, wie Broglie, Breteuil, Artois, Condé, Polignac usw., allgemein die Flucht; es begann die verhängnisvolle Auswanderung derselben, die Emigration.

Nachtsitzung des 4. Aug. 1789

Bei der Besprechung dieses fürchterlichen Bauernkrieges in der Versammlung regte der Vicomte von Noailles, Lafayettes Schwager, den Gedanken an, die bevorzugten Stände sollten dem Volke, um es zu beruhigen, durch die Tat beweisen, daß man seine Lasten erleichtern wolle, und zu dem Ende aus eigenem Antriebe allen aus dem Mittelalter stammenden

Feudalrechten entsagen. Dieser Vorschlag rief einen Sturm von Begeisterung hervor. Niemand wollte in der Selbstentsagung zurückbleiben. Die Anträge drängten einander in fieberhafter Eile und Lebendigkeit, so daß eine einzige in die Nacht verlängerte Sitzung den Bau einer mehr als tausendjährigen Ordnung vernichtete und den bisherigen Zustand Frankreichs gänzlich umgestaltete.

Abschaffung der Feudallasten

Der Adel entsagte ohne alle Entschädigung den Frondiensten und allen Feudallasten, die der Grundherr von den Bauern zu beanspruchen hatte, dem Jagdrechte und der damit verbundenen barbarischen Bestrafung der Jagdfrevler und der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit; die Geistlichkeit opferte ihre sich jährlich auf 60–80 Millionen belaufenden Zehnten; die bürgerlichen Abgeordneten willigten in die Aufhebung des Ämterverkaufs, der Zünfte und Innungen und aller provinziellen und städtischen Vorrechte. Dabei wurde gleichmäßige Verteilung der Steuern und Zulassung aller Bürger zu den Staats- und Militärämtern als Grundsatz aufgestellt. — Mirabeau nahm an der Sitzung des 4./5. August keinen Teil; er sah in den Beschlüssen „eine Bartholomäusnacht des Eigentums", nannte die epidemische Opferwilligkeit der Versammlung einen „elektrischen Wirbelwind" und tadelte es, daß man „von einer großherzigen Empfindung zu einem epigrammatischen Effekt überging".

Zug nach Versailles

Nachdem so der alte Staat tatsächlich und rechtlich beseitigt war, begann man den Neubau desselben mit der „Erklärung der Menschenrechte" (§ 10). Da der König mit deren Anerkennung zögerte, so verbreitete man das Gerücht von einem beabsichtigten Gewaltstreiche. Dasselbe gewann an Stärke, als das Regiment Flandern nach Versailles berufen wurde, und bei einem Feste, das die Leibgarde den neu angekommenen Offizieren bereitete, der König die Unvorsichtigkeit beging, sich während des Mahles mit der Königin und dem Dauphin in den Speisesaal zu verfügen und dadurch der vom Wein erhitzten Versammlung zu unklugen Äußerungen, Trinkreden und Liedern Veranlassung zu geben. Diese Vorgänge steigerten die Aufregung des Volkes, das ohnedies durch die herrschende Teuerung, die man der Abwesenheit des Hofes von Paris zuschrieb, gereizt war. So zogen am 5. Oktober Pöbelhaufen, größtenteils Weiber, unter Anführung des Bastillenhelden Maillard und eines mit dem Namen „Kopfabschneider" gekennzeichneten Metzgerknechts (Jourdan) nach Versailles, um von dem König Abstellung des Brodmangels und Verlegung der Residenz nach Paris zu verlangen. Nachdem sie in die Nationalversammlung eingedrungen waren und hier wüste Szenen aufgeführt hatten, schickten sie eine Abordnung an den König: dieser suchte sie durch eine begütigende Antwort zu beruhigen. Aber in der Nacht wurde ein Flügel des Schlosses gestürmt; die den Eingang bewachenden Leibgarden wurden niedergemacht. Zitternd flüchtete sich die Königin mit ihren Hofdamen in die Gemächer ihres Gemahls; erst die etwas verspätete Ankunft Lafayettes mit der Nationalgarde verhütete weiteres Unheil. Der Herzog von Orleans hatte die Hände im Spiele gehabt, aber seine Absicht, den König ermorden zu lassen, nicht erreicht. Am andern Tage mußte der König einwilligen, mit seiner Familie unter dem Geleite dieser schrecklichen Scharen nach Paris zu fahren und seinen Wohnsitz in dem seit vielen Jahren unbewohnten Tuilerienschloß zu nehmen. Bald folgte auch die Nationalversammlung, für welche die in der Nähe des Schlosses gelegene Reitschule eingerichtet wurde. Dadurch gerieten die Regierungsorgane immer mehr unter den Einfluß des hauptstädtischen Pöbels.

5. Okt. 1789

König und Nationalversammlung nach Paris

§ 9. Die Beratung der neuen Verfassung. Wie der 4. August die Macht des Adels brach, der 5. Oktober den Glanz des Königtums in

den Staub zog, so wurden im November und den folgenden Monaten die unabhängige Stellung des Klerus und die Gerichtsbarkeit der Parlamente vernichtet und durch Entfernung aller Schranken, die das historische Recht und die kirchliche Gesetzgebung aufgerichtet, der Weg zur „Freiheit und Gleichheit" aller französischen „Bürger" gebahnt.

Charakter der Nationalversammlung

Dem alten französischen Staatswesen, das, innerlich unhaltbar, von allen Seiten angegriffen, von niemand verteidigt wurde, stand in der Nationalversammlung eine Gesellschaft gegenüber, die von rein abstrakter und doktrinärer Bildung erfüllt und durchdrungen war von den Ideen Rousseaus über die unverwüstliche Güte und Aufopferungsfähigkeit der menschlichen Natur, der man ein Übermaß von Freiheit zumuten dürfe. In keinem französischen Parlamente, mit Ausnahme der zwei nächstfolgenden, hat es, wie Taine in seinem Werke: „Die Entstehung des modernen Frankreich" mit vollem Recht sagt, weniger politische Geister gegeben, als in der Nationalversammlung. Die Mehrzahl der Abgeordneten bestand aus unbekannten Advokaten, untergeordneten Justizbeamten, einfachen Sachwaltern, die sich von Jugend auf im engen Kreise einer mittelmäßigen Gerechtigkeitspflege bewegt hatten und über ihre bureaukratische Routine nur hinausgingen, um unter der Anleitung Rousseaus philosophische Spaziergänge durch die Regionen der Phantasie zu machen. So war dieser Versammlung die Beseitigung der unmittelbaren Ursachen der schlimmen Lage ihres Vaterlandes (die Aufhebung des Defizits der Finanzen und die Linderung der materiellen Not der niederen Klassen, der hauptsächlichsten Ursache der eigentlichen Revolution) Nebensache; hier glaubte man mit halben und augenblicklichen Mittel helfen zu können. Dagegen ging man mit glühendem Eifer daran, ohne jede Rücksicht auf die geschichtliche Entwicklung einen völlig neuen Staat zu schaffen, einen idealen Staat, wie ihn Rousseau dem Volke vorgezaubert hatte, einen Staat, in dem alle Bürger gleichberechtigt sein, nur die Freiheit des einzelnen Individuums herrschen und jede wirklich starke Regierung und Zentralgewalt beseitigt werden sollten.

König und Kammer

Die Rechte des Königs der Franzosen wurden durch die neue Verfassung über Gebühr beschränkt. Man entschied sich für eine Kammer, die nicht unter, sondern neben dem König stehen, allein die gesetzgebende Macht besitzen und mit dem Recht der Initiative ausgerüstet sein sollte. Das Zweikammersystem, das für die französischen Verhältnisse so nötig gewesen wäre, verwarf man, weil eine erste Kammer zu sehr im Widerspruch mit dem antiaristokratischen Eifer stand, der sich aller Gemüter bemächtigt hatte. Nur mit Mühe wurde dem Könige statt des anfangs beantragten und von Mirabeau verteidigten absoluten Vetos ein aufschiebendes (suspendierendes) Veto zugestanden, durch dessen Gebrauch ein von der Kammer beschlossenes Gesetz auf vier Jahre verschoben werden konnte. Die zu beschließende Verfassung sollte der königlichen Bestätigung nicht bedürfen.

Neuordnung der Verwaltung

Zur Neuordnung der Verwaltung erhielt Frankreich eine neue geographische Einteilung in 83 nach Flüssen, Gebirgen und andern natürlichen Beschaffenheiten benannte Kreise (Departements), womit die alte Provinzeinteilung aufgegeben wurde; man wollte den engen Provinzialgeist bekämpfen, eine allgemeine Vaterlandsliebe hervorrufen. Die Departements zerfielen in Unterabteilungen, diese in etwa 40 000 Gemeinden, ohne Scheidung von Stadt und Dorf. Die Departements und die Gemeinden erhielten volle Selbstverwaltung, die sich nicht nur auf ihre lokalen Interessen, sondern auch auf die Vertretung von Staatsinteressen erstreckte. Es wurde ihnen die

Verfügung über die Nationalgarde und die freie Wahl ihrer Beamten gegeben, auf die der Regierung jeder Einfluß versagt wurde. So wurde die ausführende Gewalt des Königs tatsächlich aufgehoben und die Anarchie vorbereitet; die Einheit des Staates löste sich in eine Föderation von 40 000 souveränen Gemeinden auf; die Beamten, Offiziere der Nationalgarde, Richter, später die Geistlichen wurden von der Masse der Wähler abhängig, und der Staat schließlich, da in solchen Zeiten stets die radikalen Elemente die Oberhand gewinnen, einer selbstsüchtigen demagogischen Minderheit ausgeliefert. Doch darf man nicht übersehen, daß neben den Schattenseiten auch manche lichte Punkte sich befinden. So wurde Gleichheit des Maßes, Gewichtes, Münzfußes, Gleichförmigkeit des Gerichtswesens hergestellt. Wie die Departements in Kreise und Gemeinden, so zerfielen die Gerichte — die Parlamente waren ohne jedes Aufsehen aufgehoben worden — in Kriminalgerichte mit Geschworenen (Assisen, Kreisgerichte), in Tribunale (Bezirksgerichte) und in Friedensgerichte (Kantonalgerichte). Überall sollten Öffentlichkeit und Mündlichkeit herrschen, die Folter und die grausamen Strafarten des Mittelalters abgeschafft werden. Auch die Zensur wurde aufgehoben und Preßfreiheit gestattet. Dann hob die Nationalversammlung, um die volle Gleichheit aller Bürger zur Wahrheit zu machen, den Erbadel und alle Bezeichnungen eines Standesunterschiedes, als Titel, Wappen, Livree u. dgl., sowie die Quelle des Vermögensunterschiedes, das Recht der Erstgeburt (Majorat) auf.

Aufhebung der Standesunterschiede

Auch die kirchliche Verfassung wurde umgebildet. Das Kirchengut wurde auf Talleyrands Antrag eingezogen und zum Staatseigentum erklärt, die Besoldung der Geistlichkeit aber sehr verkürzt und, wie die Sorge für Kultus und Armenpflege, auf die Staatskasse übernommen. Bald folgte auch die Aufhebung der Klöster und geistlichen Orden und im nächsten Jahre eine neue Organisation der Bistümer (10 Erzbischöfe und in jedem Departement ein Bischof) mit der Bestimmung, daß die Wahl des Geistlichen dem Volke zustehen und vollkommene Religionsfreiheit herrschen solle. Das Gesetz, daß alle Kleriker die neue Ordnung (constitution civile du Clergé genannt) beschwören sollten, teilte die Geistlichkeit bald in zwei große Heerlager. Der größere Teil weigerte sich, den vom Papste verworfenen Bürgereid zu leisten, und opferte lieber seine Stellen; nur ein Drittel des Klerus unterzog sich dem Eide. Seitdem war in Frankreich eine Menge von geistlichen Stellen unbesetzt, und man unterschied zwischen beeidigten und unbeeidigten Priestern, welche letztere nun nicht länger für Priester gelten sollten, aber in den Augen der Gläubigen um so mehr dafür galten.

Kirchliche Ordnungen

Doch wenn auch die Nationalversammlung fast aufging in der Herstellung der bürgerlichen Freiheit und Gleichheit, konnte sie ihre Augen nicht völlig vor der immer größer werdenden Finanznot verschließen. Das Defizit war durch die Verminderung der öffentlichen Einnahmen, welche der Aufruhr zur Folge gehabt hatte, ins Ungeheure gesteigert worden. Da half man sich durch die Einziehung des Kirchengutes und später der Besitzungen der Emigranten; weil jedoch der Verkauf dieser Güter nicht sogleich vollzogen werden konnte, teilte man schriftliche Anweisungen oder Scheine (Assignaten) auf dieselben als Papiergeld aus. Aber abgesehen von dem Raub, den man beging, den nur die politische Notwendigkeit entschuldigen konnte, deckte man doch nur augenblickliche Staatsausgaben durch Opferung des Nationalvermögens; man bezahlte mit dem Kapital, nicht mit den Zinsen des Kapitals. Und diese Einrichtung wurde in der Folge eine tyrannische, den Ruin von Tausenden herbeiführende Maßregel. Denn da die stets wachsende Geldnot die Regierung zwang, dergleichen Geldscheine im Übermaß auszugeben (im Laufe der Jahre fast 60 Milliarden, während die eingezogenen Güter nur $3^1/_5$ Milliarden wert waren), so verlor das Volk, das ohnehin an den Bestand der Dinge wenig Glauben hatte, alles Zutrauen und verweigerte die Annahme. Vergebens setzte später der Konvent in den Tagen

Finanzreformen

des Schreckens einen Zwangskurs fest; im täglichen Verkehr sank ihr Wert von Tag zu Tag, bis endlich der Staatsbankerott erfolgte. Dennoch ist die Einziehung von Gütern der Kirche und der Emigranten und die durch dieselbe bewirkte Verteilung des Grundbesitzes eine der wohltätigsten Folgen der Revolution gewesen. Ein außerordentlich großer Teil des Bodens, der sich bis dahin in festen Händen befunden hatte, wurde dem freien Verkehr übergeben: der Bürger- und Bauernstand erhielt Grundeigentum, es vollzog sich eine der größten Umwälzungen im Grundbesitz, die die neuere Geschichte überhaupt kennt.

Macht der Massen

Während die Nationalversammlung mit diesen Verfassungsarbeiten beschäftigt war, kam allmählich die eigentliche Macht an die Massen. Sowohl in der Hauptstadt als in den Provinzen riß das durch Volksredner und aufreizende Zeitschriften in steter Aufregung gehaltene Volk die Leitung der Polizei und Rechtspflege an sich und wurde zugleich Richter und Henker.

Unter diesen Zeitschriften hat keine einen so verderblichen Einfluß ausgeübt als der die Leidenschaften und dämonischen Triebe des Pöbels weckende und aufreizende „Volksfreund" des häßlichen, blutdürstigen und gemeinen Arztes Marat aus Neuchatel. Übrigens zeitigte der Freiheitstaumel manche wunderlichen Erscheinungen. Der deutsche, in Frankreich erzogene Baron Anacharsis Cloots, ein verschrobener, schwärmerischer Anhänger des republikanischen Gleichheitsprinzipes, dankte an der Spitze einer aus verkleideten Vertretern verschiedener
19. Juni 1790 Nationen bestehenden Deputation im Namen der Menschheit der Nationalversammlung für ihre alles gleichmachenden Beschlüsse. Die Folge war die oben erwähnte Aufhebung der Titel und die Einführung der Anrede „Bürger". Neben Cloots machte sich auch eine Amazone von großer Schönheit, Théroigne de Méricourt aus Lüttich, durch ihr tolles Gebaren bemerkbar und berüchtigt, indem sie z. B. die Pöbelmassen auf den Galerien der Nationalversammlung bei Beifalls- und Mißfallsäußerungen leitete.

Macht der Klubs

Viel schlimmer aber und gefährlicher, als diese zum Teil doch schließlich harmlosen Auswüchse des Freiheitstaumels, war die Bildung der Ausschüsse der unter selbstgewählten Vorstehern tagenden Sektionen in Paris. Sie trotzten den Gesetzen und der Obrigkeit und wurden geleitet von den demokratischen Klubs, die nach den Klöstern, wo sie ihre Versammlungen hielten, die Namen Jakobiner (Dominikaner) und Cordeliers (Franziskaner) erhielten.

Die letzteren, an deren Spitze der furchtbare, durch seine gewaltige Stimme und seine Furchtlosigkeit die Massen beherrschende Danton und der talentvolle, als Volksredner ausgezeichnete Advokat Camille Desmoulins standen, übten den größten Einfluß auf den Pöbel und wirkten im Interesse des lasterhaften Herzogs von Orleans. Der Jakobinerklub, ursprünglich von den Deputierten der Bretagne gegründet, war der zahlreichste und umfaßte Männer von verschiedener Bildung und Charakter, die aber von dem gleichen Streben beseelt waren, einen Zustand der Gleichheit und Freiheit zu begründen und zu dem Zwecke die alten Einrichtungen gänzlich zu zertrümmern. Die Jakobiner von Paris standen mit ihren Meinungsgenossen in den Provinzen, wo über 150 ähnliche Klubs gebildet wurden, in Verbindung. — Neben diesen beiden Gesellschaften hatte der nach Begründung einer konstitutionellen Monarchie mit freien Grundgesetzen strebende und der Pöbelgewalt hemmend entgegentretende Klub der Feuillants, zu dem sich Lafayette hielt, wenig Bedeutung und ging bald ganz ein.

§ 10. Flucht des Königs und Abschluß der neuen Verfassung.

Verfassungsweihe

Noch einen schönen Tag feierte das französische Volk vor dem Einbruch der furchtbaren Zeit: die Verfassungsweihe, zu der auf den Jahrestag des Bastillensturmes ein großartiges Versöhnungs- und Verbrüderungs- (Föderations-)fest angeordnet wurde. Es war ein ergreifender und für alle Beteiligten unvergeßlicher Anblick, als auf dem durch den Wetteifer
14. Juli 1790 freiwilliger Arbeiten mit einem Amphitheater versehenen Marsfelde von Paris der Bischof von Autun (Talleyrand) an der Spitze von dreihundert mit dreifarbigen Schärpen umgürteten Priestern vor dem in der Mitte des Platzes sich erhebenden Altare des Vaterlandes die Weihe der

83 Departementsbanner vornahm, als Lafayette im Namen der Nationalgarde, der Präsident der Nationalversammlung und endlich der König selbst der Verfassung Treue schworen, als die ganze, aus einer halben Million Menschen bestehende Versammlung die Hände feierlich emporstreckte und den Bürgereid nachsprach und selbst die Königin, von der Begeisterung fortgerissen, den Dauphin in die Höhe hob und in den Jubel einstimmte. Aber die Begeisterung ging rasch vorüber, die Jakobinerklubs begannen sofort wieder ihre alle Ordnung untergrabende Tätigkeit, die Lage des Königs wurde immer schwieriger. Necker, völlig unfähig, die Bewegung nach seinem Sinne zu leiten, verließ Frankreich und begab sich nach der Schweiz, und der einzige Mann, der zu helfen und zu retten imstande gewesen wäre, Mirabeau starb am 2. April 1791.

Mirabeau †2. April 1791

Mirabeau hatte ernsthafter als je daran gearbeitet, seinen Plan eines verjüngten monarchischen Verfassungsstaates zu verwirklichen. Er gab sich unendliche Mühe, dem Könige die Revolution im rechten Lichte darzustellen und ihn auf den richtigen Weg zu bringen. Im November hatte er versucht, das Ministerium selbst zu übernehmen, aber der törichte Beschluß der Nationalversammlung, der allen Abgeordneten den Eintritt in das Ministerium untersagte, hatte ihn daran gehindert. Dazu kamen seine völlig zerrütteten Geldverhältnisse. Am Hofe glaubte man ihn daher kaufen zu können; er hat sich nicht verkauft, aber er ließ sich doch bezahlen. So erschien er dem König nicht mehr als der uneigennützige Helfer, und in der Versammlung sank sein Ansehen. Es waren Geistesqualen, die ihn aufs Krankenlager warfen, wo sein durch ein regelloses Leben und durch das Übermaß der Arbeit geschwächter Körper rasch dem Tode verfiel. Der Eindruck seines Todes auf die Versammlung und das ganze Land war doch ein gewaltiger. Noch einmal verständigten sich die Parteien an seinem Grabe; der schon früher lautgewordene Gedanke, ein Pantheon zur Bestattung der großen Männer des Volkes zu schaffen, wurde jetzt ausgeführt: Mirabeau war der erste große Franzose, der in ihm beigesetzt wurde.

Unter diesen schlimmen Verhältnissen reifte in dem König der verzweifelte, von Mirabeau stets widerratene Entschluß zur Flucht. Eine beabsichtigte, aber von dem Pariser Volke verhinderte Reise in der Osterwoche nach St. Cloud hatte ihn überzeugt, daß seine persönliche Sicherheit gefährdet sei. Bouillé, ein entschlossener, dem König ergebener General in Lothringen versprach, mit seinen Truppen die Flucht, zu deren Ausführung der schwedische Graf Fersen behilflich war, zu unterstützen. Mit Hinterlassung einer Schrift, die eine Schilderung der unzähligen Kränkungen und einen Protest gegen alle seit Oktober 1789 ihm abgedrungenen Erlasse enthielt, entkam der König mit seiner Familie in einem großen Wagen glücklich aus Paris. Aber nur zu bald mißlang das ungeschickte Unternehmen. In St. Menehould wurde der König von dem Postmeister Drouet erkannt, von der Bürgergarde in Varennes festgehalten und auf Befehl der Nationalversammlung, die auf die erste Kunde von der heimlichen Entweichung die Suspension des Königs ausgesprochen und sich die vollziehende Gewalt und das Reichssiegel beigelegt hatte, zurückgeführt. Drei Deputierte (Pétion, Barnave, Latour-Maubourg) nahmen die Gefangenen in Empfang und begleiteten sie auf der traurigen Rückreise nach Paris, wo sie von einer tausendköpfigen Volksmenge mit Still-

Flucht des Königs

21. Juni 1791

schweigen empfangen und in scharfem Gewahrsam fast wie Gefangene bewacht wurden. Eine große Partei verlangte, daß Ludwig in den Anklagezustand versetzt und gerichtlich verhört werde, die Feinde der Monarchie erregten einen Volksaufstand, um des Königs Absetzung zu erzwingen; dies wurde zwar durch die Anstrengungen der konstitutionellen Partei und durch Lafayettes Einfluß auf die Volksmassen glücklich vereitelt und der Grundsatz der königlichen Unverletzlichkeit aufrechterhalten, aber die Suspension blieb über den König verhängt, bis er die im September vollendete Reichsverfassung beschworen und bekanntgemacht hatte. Da erst erlangte die Krone wieder einen Schimmer von Macht.

Französische Verfassung

Diese erste Verfassung Frankreichs vom 3. September 1791 ist mehr oder weniger das Vorbild aller Verfassungen des 19. Jahrhunderts geworden. Sie enthält als Einleitung die Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers und bestimmt in den ersten Paragraphen: Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es. Der Endzweck aller politischen Gesellschaft ist die Erhaltung der natürlichen und unverjährbaren Menschenrechte. Diese Rechte sind die Freiheit, das Eigentum, die Sicherheit, der Widerstand gegen Unterdrückung. Der Ursprung aller Souveränität ruht in der Nation (Volkssouveränität). Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was einem andern nicht schadet. Der erste Abschnitt gibt die Grundeinrichtungen, welche die Konstitution gewährleistet. Diese verbürgt als natürliche und bürgerliche Rechte, daß alle Staatsbürger zu Ämtern und Anstellungen, ohne andere Unterschiede als die der Tugenden und Talente, zuzulassen sind; daß alle Abgaben unter alle Staatsbürger gleich und im Verhältnisse ihres Vermögens verteilt werden sollen; daß einerlei Verbrechen mit einerlei Strafen belegt werden sollen, ohne Unterschied der Personen. Es soll eine öffentliche Erziehung eingerichtet und organisiert werden, die für alle Bürger gemeinschaftlich und umsonst sorgt und ohne Kosten für denjenigen Lehrunterricht ist, den alle Menschen notwendig haben müssen. Es sollen Nationalfeste eingeführt werden, um das Andenken an die französische Revolution zu erhalten und die Bürger brüderlich zu verbinden. Es wird ein allgemeiner Zivilkodex für das ganze Königreich verfertigt werden. Der zweite Abschnitt handelt von der Einteilung des Königreiches und dem Stande der Staatsbürger, in ihm wird auch die Zivilehe eingeführt; der dritte von den verschiedenen Zweigen der öffentlichen Gewalt. Die Souveränität ist danach einzig, unteilbar, unveräußerlich und unverjährbar (imprescriptible). Sie gehört der ganzen Nation; kein Teil des Volkes, keine einzelne Person kann sich die Ausübung derselben zueignen. Die Nation, von welcher allein alle Arten der Gewalt ausgehen, kann sie nur durch Übertragung ausüben; die französische Konstitution ist repräsentativ. Ihre Repräsentanten sind das gesetzgebende Korps und der König. Dann folgen die einzelnen Kapitel mit den Unterabteilungen des dritten Abschnittes, in denen die Bestimmungen über die gesetzgebende Nationalversammlung getroffen sind, die aus einer Kammer besteht und alle zwei Jahre durch eine neue Wahl gebildet werden soll, vom Könige aber nicht aufgelöst werden kann. Es wird verfügt über die Anzahl der Repräsentanten (745), die Primärversammlung, Ernennung der Wählenden (25 Jahre alt muß der Wähler sein, wenigstens seit einem Jahre in der Stadt oder im Kanton wohnen, eine direkte, wenigstens dem Werte von drei Tagen Arbeit entsprechende Steuer zahlen, kein Dienstbote sein), die Wahlversammlungen, Ernennung der Repräsentanten, Haltung und Errichtung der Primär- und Wahlversammlungen, Vereinigung der Repräsentanten zur gesetzgebenden Nationalversammlung. Das zweite Kapitel enthält die Bestimmungen über die königliche Würde, die Regentschaft und die Minister: die Person des Königs ist unverletzlich und geheiligt. Sein einziger Titel ist: König der Franzosen. Der vermutliche Thronerbe soll den Namen „königlicher Prinz" (prince royal) führen.

Wahl und Entlassung der verantwortlichen Minister gebühren dem Könige; die Mitglieder der aktiven Nationalversammlung und einer Reihe von Korporationen können nicht Minister werden. Es folgen dann die Kapitel von der Ausübung der gesetzgebenden, exekutiven und richterlichen Gewalt. Der vierte Hauptabschnitt behandelt die öffentliche Gewalt, die Landarmee, die Flotte und die Nationalgarde, der fünfte die öffentlichen Abgaben, der sechste das Verhältnis der französischen Nation zu den fremden Nationen. Hier heißt es: Die französische Nation entsagt allen Unternehmungen eines Krieges, um Eroberungen zu machen, und wird nie ihre Heere gegen die Freiheit irgendeines Volkes gebrauchen. Der letzte, siebente Hauptabschnitt enthält die Revision der konstitutionellen Dekrete. (Vgl. über Einzelheiten auch § 9). Unterzeichnet ist diese denkwürdige Urkunde von Vernier, Präsident; Pourgeard, Couppé, Vailly-Chateau-Renaud, Chaillon, Aubry, Bischof im Departement von der Maas; Darche, Sekretär.

C. Die Revolution und die europäischen Staaten.

§ 11. Einwirkung der Revolution auf das Ausland. Es war natürlich, daß eine solch gewaltige Bewegung, wie sie Frankreich durchbebte, nicht ohne Einfluß auf die übrigen Staaten Europas bleiben konnte. Waren doch auch hier die Zustände sehr der Besserung bedürftig und hatte doch die Versammlung, indem sie die „Menschenrechte", nicht Rechte französischer Bürger, verkündete, ausgesprochen, daß die neuen Ideen für die Welt gelten sollten. Zuerst wurde von der Revolution das kleine Nachbarland Belgien berührt, wo längst die klerikale Opposition gegen den freisinnigen Despotismus des Kaisers Joseph II. im Kampfe stand. In unnatürlichem Bunde schlossen sich mit den Klerikalen die durch die Ereignisse in Frankreich aufgeregten demokratischen Elemente zusammen und zwangen die Österreicher zur Räumung des Landes. Am 13. Dezember 1789 wurde in Brüssel die Unabhängigkeit Belgiens erklärt, doch gelang es den Österreichern noch vor Ende des Jahres 1790 das Land zurückzuerobern, zumal die Geistlichen einer Versöhnung mit dem Kaiser Leopold II., der 1790 auf Joseph II. gefolgt war, eher zugänglich waren.

Revolution in Belgien

13. Dez. 1789

1790—1792

Von besonderer Bedeutung aber für das Verhalten der europäischen Mächte wurde das Treiben der Emigranten, an deren Spitze die königlichen Prinzen standen. Sie versuchten auf alle Weise, die monarchischen Staaten zum Einschreiten für das bedrohte Königtum Frankreichs und für die Wiederherstellung ihrer alten Vorrechte zu bestimmen. Das schien ihnen zunächst an zwei der kleinen Höfe zu gelingen, im Königreich Sardinien, dessen König Victor Amadeus III. Schwiegervater des Grafen von Artois war, und in Schweden, wo König Gustav III., eine romantische Natur, sich für die Beschützung der Königin Marie Antoinette begeisterte. Sein Gesandter von Fersen hatte auch bei dem Fluchtversuch der königlichen Familie eine Rolle gespielt (§ 10). Er wußte sogar ein Bündnis mit der Kaiserin Katharina II. von Rußland zustande zu bringen, um in die Verhältnisse Frankreichs einzugreifen, doch wurde Schweden vor einem kostspieligen Kriege durch die am 17. März 1792 erfolgte Ermordung des Königs bewahrt. Er fiel als das Opfer einer Adelsverschwörung: der Hauptmann Ankarström erschoß ihn auf einem Maskenballe. Auch die bourbonischen Verwandten Ludwigs auf dem spanischen Throne wünschten dem bedrängten Könige ihre Hilfe zu leisten, aber bei dem tiefen Verfall dieser Macht konnte von einer tatkräftigen Unterstützung keine Rede sein.

Emigranten

1773—1796

1771—1792

1762—1796

Stellung der europäischen Großstaaten

Es kam also darauf an, wie sich die Großmächte England, Rußland, Österreich und Preußen zu der französischen Revolution stellen würden.

Rußland

Von diesen wurde Rußland schon durch die räumliche Entfernung am wenigsten von den Ereignissen in Frankreich berührt, auch hatte die Kaiserin Katharina II. für eine Einmischung gar kein persönliches Interesse; dennoch konnte es der russischen Politik nur erwünscht sein, wenn durch einen zwischen Frankreich und den deutschen Großmächten ausbrechenden Krieg die Aufmerksamkeit und die Macht derselben von den polnischen und türkischen Verhältnissen abgezogen würde. (Band III, § 413—416.) Deshalb schickte Katharina wohl einen Gesandten nach Koblenz, das der Hauptsitz der Emigranten geworden war, war aber zu einer wirklichen Unterstützung derselben nicht zu bewegen.

England

Auch England hielt sich zunächst von jeder Einmischung fern. In dem an öffentliches Staatsleben gewöhnten englischen Volke bildeten sich bald zwei Parteien, wovon die eine, Edmund Burke und die aristokratischen Tories an der Spitze, die Vorgänge in Frankreich mit Haß und Abscheu betrachtete und mit den ärgsten Schmähungen verfolgte, die andere, die den genialen, an Geistesgröße wie an regelloser Lebensweise dem Grafen Mirabeau ähnlichen Staatsmann und Redner Fox zum Oberhaupte und in dem Verfechter der demokratischen Verfassung von Nordamerika, Thom. Paine, einen eifrigen Wortführer hatte, die Grundsätze der Revolution billigte. Burke, der während der amerikanischen Freiheitskriege ein warmer Verteidiger der Volksrechte und mit Fox die Seele der Opposition gegen die Regierung gewesen war, hatte seine Meinung völlig geändert, und stellte nun in seinem 1790 erschienenen, vielgelesenen Buche: „Betrachtungen über die französische Revolution" die große Bewegung als das heillosesteste und fluchwürdigste Ereignis dar, zu dessen Bekämpfung alle Fürsten Europas ausziehen sollten. Der leitende Staatsmann jedoch, der jüngere William Pitt, der Sohn des großen

1760—1820

Lord Chatham (Bd. III, § 342, 381 ff.), sah die Dinge viel kühler an. Er wie seine Gesinnungsgenossen, die Tories, und der ihnen gewogene König Georg III. und sein gleichnamiger Sohn, der Prinz von Wales (der während des Vaters langer Geisteszerrüttung als Prinz-Regent den Staat leitete und nach dessen Tode 1820 als Georg IV. den Königsthron erlangte), waren den republikanischen Ideen an und für sich nicht freundlich gesinnt. Dazu kam noch, daß das englische Volk so rasch nicht den Verlust der nordamerikanischen Kolonien verschmerzen konnte, mit denen der französische König im Bündnis gestanden hatte.

Stellung Deutschlands

Anders dagegen verhielt es sich mit dem deutschen Reiche und seinen beiden größten Staaten, Österreich und Preußen, die wegen der Nachbarschaft unmittelbar durch die französische Revolution in Mitleidenschaft gezogen werden mußten, wie das schon für Österreich in seinen Niederlanden, in Belgien, geschehen war. Mit welcher Stimmung man in den deutschen Landen, besonders in den gebildeten und gelehrten Kreisen, auf die gewaltige Erschütterung in Frankreich sah, das zeigte sich am deutlichsten in den Erscheinungen der Literatur (Bd. III), das erhellt am besten aus Goethes Worten in „Hermann und Dorothea":

„Denn wer leugnet es wohl, daß hoch sich das Herz ihm erhoben,
Ihm die freiere Brust mit reineren Pulsen geschlagen,
Als sich der erste Glanz der neuen Sonne heranhob,

Als man hörte vom Rechte der Menschen, das allen gemein sei,
Von der begeisternden Freiheit und von der löblichen Gleichheit!
Damals hoffte jeder, sich selbst zu leben; es schien sich
Aufzulösen das Band, das viele Länder umstrickte,
Das der Müßiggang und der Eigennutz in der Hand hielt."

Doch von diesen theoretischen Betrachtungen zu einem tatsächlichen Eingreifen war noch ein sehr weiter Weg. Zwei Fragen schienen indes einen Konflikt mit Frankreich herbeizuführen: das Treiben der Emigranten auf deutschem Boden und die auch für deutsche Verhältnisse bedeutungsvolle Aufhebung der Feudalrechte in der Nacht vom 4./5. August 1789. Bis dahin hatten noch viele deutsche Landeshoheiten sich auf französischem Gebiete, namentlich im Elsaß, geltendgemacht; sie waren mit Zehnten, Fronden, Patrimonialgerichten, Leibeigenen ausgestattet und durch Staatsverträge geschützt gewesen; von dem allen sollte nun nicht mehr die Rede sein. Die hauptsächlich verletzten deutschen Reichsstände waren die drei geistlichen Kurfürsten, die rheinischen Bischöfe, die Häuser Hessen-Darmstadt, Baden, Nassau, Württemberg, Zweibrücken, ein Teil der Reichsritterschaft, die alle nach ihrer Angabe Verluste von mindestens 100 Millionen Livres erlitten. Für diese nun richtete Kaiser Leopold II. am 14. Dezember 1790 eine Note an die französische Regierung. Die letztere beantwortete diese Note dahin, daß die ganze Frage das deutsche Reich nichts anginge, da die betreffenden Gebiete, innerhalb der französischen Grenzen gelegen, auch der Wandlung der französischen Gesetzgebung folgen müßten, doch wollte sie, um alle Gerechtigkeit zu erfüllen, den Geschädigten eine entsprechende Entschädigung darbieten. Davon wollten aber die meisten nichts wissen, doch war das deutsche Reich viel zu ohnmächtig, um deswegen einen Krieg zu beginnen. Schlimmer lag die Emigrantenfrage. Diese hatten von Koblenz aus ihre die Staaten aufreizende Tätigkeit fortgesetzt; sie erhielten aus den kurfürstlichen Zeughäusern Waffen, stellten an mehreren Orten des Rheins Werbungen an und bildeten eigene Truppenkorps, setzten dabei aber das ganze liederliche Treiben des alten französischen Hofes in der unverschämtesten Weise fort. Jetzt, wo die Verfassung in ihrem Vaterlande fertig, vom Könige angenommen und eine Amnestie erlassen war, unter deren Schutze sie hätten zurückkehren können, wie der König sie damals dringend und mit allem Ernst aufforderte, wäre es ihre Pflicht gewesen, dem Rufe zu folgen und, alte, verkehrte und lästige Vorrechte aufgebend, die Elemente der Ordnung in Frankreich verstärken und Ruhe und Sicherheit in die Verwaltung zurückführen zu helfen. Statt dessen suchten sie die deutschen Mächte zum Kriege gegen ihr Vaterland zu treiben.

Aufhebung der Feudalrechte

14. Dez. 1790

Emigrantenfrage

Der Kaiser Leopold II., ein ruhiger, besonnener, hellblickender Staatsmann, kam dadurch in eine schwierige Lage, in einen schweren Kampf zwischen seinem Herzen und der Politik. Trieb ihn auf der einen Seite das Schicksal seiner Schwester auf dem Throne Frankreichs zur Hilfe an, so hielten ihn auf der andern Seite die verwirrten Verhältnisse seines eigenen Reiches von einem weitaussehenden Kriege mit Frankreich ab. Noch waren seine Erbstaaten in unruhiger Bewegung, Ungarn in drohender Haltung, die niederländischen Provinzen kaum wieder gewonnen, noch war der Türkenkrieg im Gang, mit Preußen bestand ein gespanntes Verhältnis voll Mißtrauen und Eifersucht, in Polen tobten bürgerliche Kämpfe, in Petersburg regierte eine herrschsüchtige Kaiserin welche die Bundesgenossenschaft mit

Österreichische Verhältnisse

dem Wiener Hofe und die Rivalität der beiden deutschen Großmächte zur Ausbreitung ihrer Herrschaft in der Türkei wie in Polen zu benutzen gedachte. So konnte er sich zu einem entscheidenden Eingreifen zugunsten des Königs und seiner Schwester nicht entschließen; seine Absicht ging nur dahin, durch das moralische Gewicht eines europäischen Vereines auf das
6. Juli 1791 französische Volk einzuwirken. Deshalb erließ er aus Padua am 6. Juli 1791 eine ziemlich drohende Erklärung an alle Souveräne Europas, in der er sie aufforderte, die Sache des Königs von Frankreich als ihre eigene zu betrachten und gegebenenfalls mit den Waffen einzuschreiten. Es war natürlich, daß diese Drohnote in Paris den ganzen Grimm der Feinde des Königtums erregte; noch mehr aber wurde dieser gesteigert, als man
27. Aug. 1791 erfuhr, daß bei einer Zusammenkunft mit dem Könige von Preußen in Pillnitz bei Dresden auch dieser in eine gemeinsame Deklaration eingewilligt habe. Friedrich Wilhelm II. von Preußen war anfangs, von seinem Minister, dem Grafen Hertzberg, beraten, einer solchen Einmischungspolitik abgeneigt gewesen. Aber als im Mai 1791 dieser Minister sein Amt niedergelegt hatte, gelang es der zugleich obskurantischen und frivolen Richtung eines Wöllner und Bischoffswerder (Bd. III, § 401), den König für die Idee der Gemeinsamkeit der fürstlichen Interessen Europas empfänglicher zu stimmen. So willigte er denn bei der Zusammenkunft in Pillnitz in die Deklaration ein, in der alle europäischen Mächte aufgefordert wurden, zur Wiederherstellung der monarchischen Ordnung in Frankreich mitzuwirken; doch beabsichtigten beide damit keine tätige Einmischung in die französischen Angelegenheiten, zumal sie sehr wohl wußten, daß England zu einer solchen nicht zu haben war. Und als die französische Verfassung am 3. September 1791 zustandegekommen war, mußte auch der Kaiser erklären, daß jeder Grund zu einer europäischen Einmischung beseitigt sei. Aber das französische Volk erblickte in dem Pillnitzer Kongreß, an dem auch die Emigranten, unter ihnen der Graf von Artois und der einstige Minister Calonne (§ 4), teilgenommen hatten, eine versteckte Kriegsdrohung. Ein tiefes Mißtrauen gegen die Restaurationspolitik des Auslandes faßte in den Herzen der Franzosen Wurzel und hat bedeutungsvoll auf den weiteren Gang der französischen Bewegung, vor allem auf die Beschlüsse der neuen gesetzgebenden Versammlung, eingewirkt.

Stellungnahme Preußens

D. Die gesetzgebende Versammlung.

§ 12. Zunahme des Republikanismus. Nach Vollendung der Ver-
30. Sept. 1791 fassung löste sich die konstituierende Versammlung auf und machte einer andern Platz, die den Verfassungsbau durch Hinzufügung einer neuen Gesetzgebung vollenden sollte und daher den Namen der Gesetzgebenden (legislativen) annahm. Da die Mitglieder der konstituierenden Versammlung auf Robespierres Antrag durch einen Akt edler, aber unkluger Selbstentsagung sich von dem Eintritt in die neue Kammer ausgeschlossen hatten, fiel die nach Departements angeordnete Wahl größtenteils auf Neulinge, die unter dem Einflusse des Pariser Pöbels in republikanische Bahnen einlenkten.

Gesetzgebende Versammlung

Charakter der Gesetzgebenden Versammlung

„Die Nationalversammlung", schrieb der schwedische Gesandte de Staël unterm 6. Oktober nach Hause, „umfaßte große Talente, große Reichtümer,

große Namen; dadurch imponierte sie dem Volke, wenngleich dieses jeder persönlichen Auszeichnung abhold war. Die gegenwärtige Versammlung ist kaum mehr als eine Beratung von Advokaten aus allen Städten und Dörfern Frankreichs." Und in der Tat: 400 von den 745 Abgeordneten waren Advokaten, die zumeist den untersten Stufen ihres Standes entstammten, etwa zwanzig waren beeidigte Priester und ebenso viele unbedeutende Dichter und Literaten. Alle diese Leute besaßen kein Vermögen. Die meisten zählten weniger als dreißig Jahre; sechzig waren weniger als sechsundzwanzig Jahre alt. Fast alle hatten ihre politische Ausbildung in Klubs und Volksversammlungen erlangt. Es war kein einziger Prälat oder Aristokrat aus dem vorrevolutionären Frankreich, kein einziger Großgrundbesitzer, kein hervorragender Fachmann auf dem Gebiete der Verwaltung, der Finanzen, Diplomatie und des Kriegswesens vorhanden. In einer solchen Versammlung erhielt rasch der schroff und rücksichtslos vorgehende Teil das Übergewicht. Trotz der Agitation der Jakobiner waren ungefähr hundert Anhänger der konstitutionellen Monarchie gewählt worden, unter ihnen Vaublanc, Beugnot, Dumas u. a., die sogenannten Feuillants. Sie bildeten die Rechte und suchten den Jakobinern Widerstand zu leisten. Anfangs schien ihnen die Mehrheit sicher, denn 164 von den 400 Mitgliedern des Zentrums gehörten ebenfalls dem Vereine der Feuillants an. Die Linke umfaßte eigentlich bloß 136 Mitglieder des Jakobinerklubs und hundert andere Abgeordnete, die fast stets mit ihnen stimmten, allein sie ersetzten die geringe Zahl durch die Schroffheit ihrer Meinungen. In erster Linie standen hier Guadet, Brissot, Gensonné, Vergniaud, Ducos, Condorcet, die künftigen Führer der Girondisten (viele Mitglieder dieser Partei stammten aus Bordeaux und dem Departement Gironde), lauter Advokaten oder Schriftsteller, die in ihrem Doktrinarismus auf ihren politischen Glauben stolz und von ihren Überzeugungen vollkommen durchdrungen waren. Sie waren der Ansicht, daß man verpflichtet sei, die einmal als richtig erkannten Grundsätze rückhaltlos zur Anwendung zu bringen; sie wollten keine Halbheiten, wie die Nationalversammlung sie begangen hätte. Sie scheuten nicht vor dem Bündnis mit den ärgsten Demagogen der äußersten Linken, der Bergpartei, zurück, einem Chabot, Couthon, Merlin, Bazire, Thuriot, Lacointre, die von außen noch durch Danton, Robespierre und Marat getrieben wurden. Sie glaubten sich dieser Zerstörer und Gleichmacher als ihrer Werkzeuge bedienen zu können; in Wirklichkeit wurden sie selbst bald deren Werkzeuge. Da sie ihre Anträge um jeden Preis durchsetzen wollten, so bedienten sie sich dazu des allerschlimmsten Mittels, des Pöbels und der Mitwirkung der Galerien. So gelang es den Jakobinern bald, die Rechte, die Feuillants, zu sprengen. Und noch ein anderes, viel wirksameres Mittel, die besseren und vernünftigeren Elemente niederzuzwingen, wurde außerhalb des Sitzungssaales angewendet. Die Pariser Bürgerschaft, die an Bailly's Stelle den Republikaner Pétion zu ihrem Maire machte und Robespierre und Danton in den Gemeinderat wählte, übte eine furchtbare Gewalt auf die Deputierten aus. Der Jakobinerklub nahm an Macht und Bedeutung zu und mehrte seinen Anhang in den Provinzen. Robespierre, Marat (der in seinem „Volksfreund" (§ 9) allen, die durch Geburt oder Vermögen über dem Pöbel standen, Untergang und Verderben drohte), der gewesene Schauspieler Collot d'Herbois, der Journalist Tallien, der

Girondisten

Berg

wegen Unsittlichkeit aus dem Kloster verstoßene Billaude-Varennes u. a. führten daselbst das große Wort. Auch Danton und Camille Desmoulins, die Häupter der Cordeliers, nahmen an den Sitzungen des Jakobinerklubs teil; von ihm gingen die Aufhetzungen des Pöbels aus, der durch Verwünschungen, Drohungen und offene Gewalt auf den Straßen die Abstimmung der gesetzgebenden Versammlung zu beeinflussen verstand.

Jakobinermütze

Die rote Jakobinermütze wurde ein allgemeines Kennzeichen der Republikaner. Als am 15. April 1791 die Nationalversammlung die Prägung des neuen Geldes beriet, wurde nach einem Entwurfe von Dupré über den auf den Münzen geprägten Fasces, dem Sinnbilde der Einigkeit und der Macht, schwebend eine phrygische Mütze angebracht, wie sie die Galeerensklaven trugen. So wurde diese Mütze zur Freiheitsmütze erhoben. Zwar wurde am 19. März 1792, auch unter Zustimmung Robespierres, das Tragen derselben verboten, aber schon vier Tage später, am Schlusse einer Vorstellung von „Cäsars Tod", wurde Voltaires Büste auf der Bühne mit dieser roten Mütze bedeckt; so kam sie wieder auf und blieb fortan das geheiligte Abzeichen der Freiheit. Die später entstandene Marseillaise von Rouget de l'Isle (§ 80) erweckte Begeisterung und Kampflust, das Ah, ça ira! reizte zum Sturm gegen die Aristokraten, und die Errichtung der Freiheitsbäume gab oft genug zu lärmenden Versammlungen und aufregenden Reden Gelegenheit.

Priesterdekret 1791

§ 13. Sturz des Königtums. Herrschaft des Pariser Gemeinderats. Die neue Versammlung richtete ihre Angriffe hauptsächlich wider die eidweigernden Priester (§ 9), die das Volk zur Unzufriedenheit und zum Mißtrauen gegen seine Vertreter aufzureizen suchten, und wider die Emigranten, die das Ausland zu einem Kriege gegen Frankreich zu bewegen trachteten (§ 11). Im November erschien ein Dekret, „wonach die unbeeidigten Priester ihre Pensionen verlieren, und im Fall sie Empörung gegen das Gesetz oder böse Gesinnung gegen das Vaterland erzeugten, in zweijährige Haft kommen sollten". Gegen diesen Beschluß legte der König sein Veto ein, ebenso gegen den gleichzeitigen Antrag, daß alle Emigranten, die nicht bis zum Januar 1792 nach Frankreich zurückgekehrt wären, als Hochverräter und Verschwörer gegen ihr Vaterland zum Tode verurteilt, ihre Güter und Einkünfte aber der Nation überwiesen werden sollten. Der Gebrauch des königlichen Veto bei den Strafbestimmungen gegen die notorischen Feinde der neuen Ordnung erzeugte eine sehr feindliche Stimmung in der Versammlung. Man schrieb den Widerstand des Königs den geheimen Hoffnungen des Hofes auf Hilfe der fremden Mächte und auf Siege der Emigranten zu. Wußte man doch, daß die Königin mit dem deutschen Kaiser, ihrem Bruder, in Verbindung stand und in dem ausgewanderten Adel ihre Stütze und ihr Heil sah.

Kriegserklärung an das deutsche Reich

Mit der Emigrantenfrage im engen Zusammenhange stand, wie schon gesagt, das Verhältnis zum deutschen Reiche. Die Girondisten trieben zum Bruche mit demselben, einige vielleicht, weil sie glaubten, daß vor der gemeinsamen Gefahr die Parteigegensätze verstummen würden, die meisten aber, weil sie den Krieg zur Propaganda der revolutionären Ideen wollten. „Eure Feinde", rief Brissot, „sind die Könige, ihr seid Volk, sie sind Despoten, und ihr seid frei: es gibt keine aufrichtige Kapitulation zwischen der Tyrannei und der Freiheit." Doch gingen die extremsten Jakobiner — Couthon, Collot d'Herbois, Danton, Robespierre — in dieser Frage nicht mit ihnen. Es wurde der Beschluß durchgesetzt, die elsässischen Beschwerden durch eine Geldentschädigung rasch zu erledigen (§ 11), den Kurfürsten von Trier zur Entwaffnung der Emigranten aufzufordern und, um dem allen Nachdruck zu geben, ansehnliche Streitkräfte an den Grenzen aufzu-

stellen. Leopold II. lehnte zwar die Geldentschädigung ab, nötigte aber den Kurfürsten von Trier zur Auflösung der bewaffneten Emigrantenhaufen und ließ das in Paris mitteilen, mit dem Zusatze, er werde nunmehr alle etwaigen Ausschreitungen gegen den Kurfürsten energisch, selbst mit Waffengewalt, zurückweisen. Da richtete die französische Versammlung am 25. Januar 1792 an den Kaiser die Aufforderung, sich bis zum 1. März zu erklären, ob er sich noch an das Bündnis von 1756 (Bd. III, § 381) gebunden erachte und demgemäß auf jede Verbindung gegen die Unabhängigkeit Frankreichs verzichten wolle. Entrüstet über diese offenbare Herausforderung schloß Leopold am 7. Februar 1792 ein Verteidigungsbündnis mit Preußen ab. Dazu raffte nun ein plötzlicher Tod am 1. März 1792 den Kaiser fort; den Thron bestieg sein Sohn Franz II., ein unerfahrener und eigensinniger junger Mann (er war 1768 geboren) von geringer Begabung und ganz erfüllt von dem Hasse gegen die Jakobiner. Unter dem Eindrucke dieser Nachrichten zwangen die Girondisten den König, aus ihren Reihen ein neues Ministerium zu bilden, in welchem Roland, Dumouriez, Clavière und Servan das Wort führten. Ihnen gab eine neue Note des Kaisers Franz II. den Grund oder den Vorwand zur Kriegserklärung. In dieser Note erklärte der Kaiser, daß die Rüstungen aufhören würden, wenn in Frankreich die Verfassung so eingerichtet würde, wie sie der König im Juni 1789 selbst entworfen habe, wenn dem Papst die 1791 entrissenen Territorien Venaissin und Avignon und den deutschen Fürsten und Edelleuten ihre elsässischen und lothringischen Güter, Rechte und Einkünfte zurückerstattet würden. Als Antwort mußte Ludwig seine Einwilligung zu einem Kriege geben, der für ihn und die Seinigen nur verhängnisvoll werden konnte. In Frankreich herrschte bei der Kriegserklärung die größte Verwirrung; die Nation war zerrissen, die Kassen leer, die Führer unfähig und unzuverlässig, Mißtrauen allenthalben; nur die Langsamkeit der beiden deutschen Großmächte beim Rüsten und Angreifen, sowie die Rücksichtnahme auf die polnische Frage bewahrte die Franzosen im Anfang vor Niederlagen und entscheidenden Unfällen.

25. Jan. 1792

7. Febr. 1792

Leopold II. † 1. März 1792
Franz II. 1792—1806 —1835

20. April 1792

Mit der Kriegserklärung begann auch sofort der offene Angriff auf den Thron selbst. Um die Hauptstadt und die gesetzgebende Versammlung gegen jede Gefahr zu schützen, beschloß man 20000 Nationalgarden (Föderierte) aus den südlichen Provinzen zu berufen und ihnen die Sicherheit und Beschützung von Paris zu übertragen. Aber sowohl diesem Beschluß als einem neuen Dekret, das den eidweigernden Priestern Verbannung und Deportation auflegte, versagte Ludwig standhaft die Bestätigung. Da legten die Girondistenminister ihre Stelle nieder, nachdem ein von der Frau Roland entworfener Brief dem Könige in höchst unangemessenem Tone scharfe Verweise und strenge Lehren über seine Pflichten gegeben hatte. Dieser Brief, der sich bald in aller Händen befand, brachte eine solche Aufregung hervor, daß es den über die Verwerfung der Dekrete und die Entfernung der Girondistenminister ergrimmten Republikanern leicht wurde, einen Volksaufstand hervorzurufen. Am 20. Juni, dem Jahrestage des Schwurs im Ballhause (§ 6), zog der mit Piken bewaffnete Pöbel der Vorstädte unter der Leitung des Brauers Santerre, des Fleischers Legendre und des Kupferschmiedgesellen Rossignol zuerst in die Gesetzgebende Versammlung, dann in den königlichen Palast, um den Monarchen zu zwingen,

18. Juni

Sturm auf die Tuilerien 20. Juni

die Dekrete gegen die unbeeidigten Priester und für die Berufung der Föderierten zu bestätigen. Auch hier blieb Ludwig standhaft. Er trotzte mehrere Stunden lang allen Gefahren und Drohungen und ertrug mit dem Mute eines Märtyrers den Hohn des Pöbels, der ihm sogar die rote Jakobinermütze aufsetzte und aus einer Flasche zu trinken gab. Die etwas verspätete Ankunft Pétions mit der Bürgergarde befreite ihn endlich aus der entsetzlichen Lage. Dieser Auftritt erfüllte alle, die noch einige Achtung vor Gesetzlichkeit und Ordnung hatten, mit Entrüstung und bewog Lafayette, der sich seit Auflösung der konstituierenden Versammlung bei der Nordarmee befand, eigenmächtig nach Paris zu reisen, um die verachtete Verfassung zu beschützen, die Urheber des Frevels zur Strafe zu ziehen und den König zu retten. Aber teils die Abneigung der Königin gegen den „Bürgergeneral", teils seine eigene Unschlüssigkeit machten den Plan scheitern. Er kehrte zur Nordarmee zurück, verfolgt von dem Haß und dem Mißtrauen der Jakobiner.

Hatte der König durch die Pöbelexzesse in den Tuilerien bei den Besseren an Ansehen gewonnen, so beförderten die verkehrten Schritte der Emigranten und die Hoffahrt der feindlichen Anführer die Absichten der Republikaner. Der Krieg war endlich ausgebrochen, zum großen Jubel der preußischen Offiziere, die von dem „militärischen Spaziergang", wie sie den französischen Feldzug ansahen, sich leichte Mühe und schönen Gewinn versprachen. Unter der Anführung des Herzogs Ferdinand von Braunschweig, der, in der Schule Friedrichs des Großen gebildet und von dem Glanz der Siege des Siebenjährigen Krieges mitverherrlicht, bei den Zeitgenossen im höchsten Ansehen stand, rückte eine preußische, durch eine Abteilung Hessen verstärkte Armee in Lothringen ein. Das österreichische, von Clairfait kommandierte Heer war ihm untergeordnet, und 12000 Emigranten, die sich anschlossen, brannten vor Begierde, das „Advokatenregiment" zu stürzen und Rache an ihren Widersachern zu nehmen. Bei seinem Aufbruch erließ der Herzog ein von einem Emigranten entworfenes, höchst ungeschicktes Kriegsmanifest. Es war erfüllt von beleidigenden Drohungen gegen die Gesetzgebende Versammlung, die Stadt Paris, die Nationalgarde und alle der Neuerung ergebenen Franzosen, wenn dem König noch ferner Zwang oder Gewalt angetan würde; sollten sich aber die Bewohner von Paris unterwürfig zeigen und ihr Unrecht bereuen, so würden Ihre Kaiserlichen und Königlichen Majestäten nach dem Einzuge des Heeres in die Hauptstadt sich bei König Ludwig verwenden, daß er ihnen ihre Verirrungen verzeihe. Diese hochmütige Sprache machte auf das französische Volk einen sehr schlechten Eindruck.

Ausbruch des Krieges

25. Juli 1792

Die Bewegungspartei hatte den Beschluß der Gesetzgebenden Versammlung, „das Vaterland sei in Gefahr", benutzt, um zur Zeit des zweiten Bastillenfestes aus Marseille, Brest und andern Seestädten Scharen des verworfensten Pöbels, selbst Galeerensklaven nach Paris zu berufen und in allen Städten und Dörfen eine neue Militärmacht zu gründen; jetzt errichteten die Jakobiner ein Aufstandskomitee und bearbeiteten die handfesten Bewohner der Vorstädte für den großen Sturm gegen das Königtum. Am 10. August erschallte um Mitternacht die Sturmglocke. Der Auswurf der Seestädte, an ihrer Spitze Danton und Camille Desmoulins, und der Pariser Pöbel, von Westermann und Santerre geführt, rückten zuerst gegen das Rathaus, um einen neuen, aus den furchtbarsten Demokraten

Sturm auf die Tuilerien 10. Aug.

wie Chaumette, Hebert, Billaud-Varennes u. a., bestehenden Gemeinderat einzusetzen, ehe sie den Sturm gegen die von 900 Schweizern und der Pariser Nationalgarde unter Mandats Anführung verteidigten Tuilerien unternahm. Der neue Gemeinderat ließ den rechtlichen Mandat, der entschlossen war, mit der Nationalgarde die immer drohender andringende Masse gewaltsam zurückzudrängen, zu sich bescheiden und auf dem Wege ermorden, worauf die Nationalgarden, ungewiß, was zu tun sei, und verstimmt über die vielen im Schlosse anwesenden Edelleute, sich größtenteils zerstreuten. Immer drohender wurde die Volksmenge; Kanonen waren auf das Schloß gerichtet; laut verlangte das Volk die Entsetzung des Königs. Da ließ sich Ludwig von dem Syndikus Röderer bereden, mit seiner Familie in dem Sitzungssaale der Gesetzgebenden Versammlung Schutz zu suchen. Sechzehn Stunden brachten sie hier in einer engen Seitenloge zu, indes durch die Vertreter der Nation „die Krone von Frankreich vor den Augen des Königs zerbrochen wurde" und das Volk außen die letzten Verfechter des Thrones hinmordete. Kaum hatte nämlich der König das Schloß verlassen, so drang die wogende Menge heftiger vor; die Schweizergarde leistete tapferen Widerstand und wahrte die Eingänge des Schlosses. Als der Donner des Geschützes in der nahen Versammlung gehört wurde, zwangen die erzürnten Deputierten den eingeschüchterten König, seinen Truppen das Feuern zu untersagen. Sobald nun der Pöbel merkte, daß die feindlichen Gewehre ruhten, erstürmte er das Schloß, mordete die Anwesenden und zerstörte allen Hausrat. Tausende von Menschen, darunter 750 Schweizer, blieben im Kampfe oder fielen nachher als Opfer der Volkswut. Mittlerweile faßte die Gesetzgebende Versammlung auf Vergniauds Antrag den Beschluß, „die königliche Gewalt zu suspendieren, den König mit seiner Familie unter Aufsicht zu stellen, dem Prinzen einen Erzieher zu geben und einen Nationalkonvent einzuberufen", von dessen Entscheidung die künftige Verfassung Frankreichs ausgehen sollte. Bald umfing der Temple, ein von den Tempelherren erbautes festes Schloß, die königliche Familie als Gefangene. Von den Wächtern mit Kränkungen überhäuft, auf das strengste von dem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten, verlebte sie hier bittere, kummervolle Tage, bis der Tod sie erlöste.

Suspension des Königs

§ 14. Die Septembertage. Nach der Suspension des Königs wurde von der Gesetzgebenden Versammlung, die bis zu der Beendigung der Wahlen für den Konvent das Regiment in der Hand behielt, ein neues Ministerium ernannt. Die früheren Girondistenminister (Roland, Servan, Clavière) und der Mathematiker Monge waren in ihm vertreten; aber die Seele desselben war Danton als Justizminister. Er und der neue Gemeinderat von Paris teilten sich nunmehr in die Macht. Der Gemeinderat ließ die Polizei der Hauptstadt durch Pikenmänner verwalten, und bald waren alle Kerker mit Verdächtigen und Aristokraten gefüllt. Gestützt auf die Macht der städtischen Verwaltung, welcher Marat als Zeitungsschreiber diente, führte nun Danton seine Schreckensmaßregeln aus. Der erste Streich traf die eidweigernden Priester, die teils des Landes verwiesen oder deportiert, teils (zu Hunderten) in den Klöstern und Kerkern durch gedungene Mörder niedergemacht wurden. Die Nachrichten von den Fortschritten der Verbündeten — diese hatten am 23. August Longwy, am 2. September Verdun genommen (§ 15) — erhöhten die Furcht vor einer

Danton Justizminister

Reaktion. Außerdem standen die Wahlen zum Konvent bevor, und diese durften nicht bei einer gemäßigten Stimmung der Franzosen erfolgen, wenn die Herrscher des Tages sich am Ruder, vielleicht am Leben erhalten wollten. „Il faut faire peur aux royalistes," sagte Danton in der Versammlung mit einer sehr bezeichnenden Gebärde und erklärte am 28. August, daß, wenn sich das Volk in Massen dem Feinde entgegenwerfen solle, es sicher vor den Feinden im eigenen Hause sein müsse. Demgemäß traf er mit kaltem Blute die Vorbereitungen zu einem entsetzlichen Schlage.

Die Septembermorde 1792

Vom 2. bis 7. September zogen Banden gedungener Mörder und Bösewichte in die Gefängnisse. Zwölf von ihnen, den schrecklichen Maillard an der Spitze, fungierten als Geschworne und Richter, die andern als Henker. Von diesen entmenschten Scharen wurden dann unter der Form eines Gerichtsverfahrens die Verhafteten ermordet. Gegen 3000 Menschen wurden durch diese Mordbanden, die für ihre „Arbeiten" von dem Gemeinderat einen Tagelohn erhielten, entweder einzeln hingeschlachtet oder in Masse getötet.

Unter ihnen befand sich die durch Adel der Geburt wie der Gesinnung ausgezeichnete Prinzessin Lamballe, die intimste Freundin der Königin; ihren Kopf trug ein Schwarm Pikenmänner auf einer Stange an den Temple und hielt ihn an Marie Antoinettens Fenster.

Ein von Marat u. a. unterzeichnetes Rundschreiben forderte die Bewohner der Departements zur Nachahmung auf, damit nicht, während die Patrioten ihre Waffen gegen den äußern Feind kehrten, Verräter in ihrem Rücken lauerten. In vielen Städten kam man der Aufforderung nach (in Versailles am 9. Sept.). Die Errichtung des außerordentlichen Gerichtshofes nebst dem städtischen Ausschuß der Wache (comité de surveillants), wobei neben den Schreckensmenschen Tallien, Mehée de la Touche, Sergent u. a. der schmutzige, in seiner ganzen Erscheinung ekelhafte Marat ein tätiges Glied war, die Übertragung des Oberbefehls der Nationalgarde an Santerre und die wilde Zerstörung aller Statuen, Wappen, Inschriften und anderer Zeichen der alten Zeit bildeten den Schluß der August- und Septembertage, die den Übergang aus dem monarchischen Frankreich in das republikanische bezeichnen.

Lafayette

Lafayette sah diesen Wechsel der Dinge nicht mehr im Vaterland. Sein rechtlicher Sinn und seine Anhänglichkeit an die konstitutionelle Monarchie machten ihn dem Umsturz abgeneigt. Er ließ die Abgesandten der Nationalversammlung, die das Heer durch einen Eid an die neue Ordnung knüpfen wollten, verhaften. Aber bald überzeugte er sich, daß seine Truppen mit den Republikanern übereinstimmten. Von der Nationalversammlung als Hochverräter erklärt und zur Verantwortung vorgeladen, blieb ihm nichts übrig als Flucht. Seine Absicht war, sich mit einigen Gleichgesinnten (Alex. Lameth, Latour-Maubourg) über Holland nach Nordamerika zu begeben, aber er fiel in die Hände der
20. Aug. 1792 Feinde, die ihn unedel als Kriegsgefangenen festhielten und fünf Jahre lang in den Kerkern von Magdeburg und Olmütz schmachten ließen. Talleyrand ließ sich von Danton einen Paß nach England geben und wartete dann in Amerika ruhigere Zeiten ab.

§ 15. Kriegsbegebenheiten. Während dieser grauenvollen Ereignisse

Feldzug in der Champagne

in Paris und den Provinzen war das preußische Heer unter dem Herzog Ferdinand von Braunschweig über Lothringen langsam und methodisch der Champagne zugezogen. Umsonst suchte Friedrich Wilhelm II., der mit einer gewissen Romantik vor Verlangen brannte, einen ritterlichen Kampf gegen die Revolution zu führen, die verletzte Majestät zu rächen und den gestürzten Königsthron wieder aufzurichten, den Herzog zu einem schleunigen Zug gegen Paris zu bewegen. Dieser, an kunstgerechte und bedächtige Kriegsweise gewöhnt, vergeudete die Zeit mit der Eroberung unbedeutender Festungen (Longwy und Verdun) und betrat die Champagne in der ungünstigsten Jahreszeit, als die Wege durch den Regen ungangbar

Valmy 20. Sept. 1792

geworden waren. Die günstige Stellung, in der sich die Preußen bei Valmy an den Argonnen Dumouriez und Kellermann gegenüber befanden,

wurde nicht benutzt, und die viel genannte „Kanonade" lief ohne Ergebnis aus. Ferdinand von Braunschweig gab den Plan eines weiteren Vordringens auf. Nach sechstägigen, fruchtlosen Verhandlungen, die Dumouriez benutzte, um zwischen Preußen und Österreich Mißtrauen und Uneinigkeit zu erzeugen, traten die Deutschen, entmutigt und entkräftigt durch die schlechte Witterung und Verpflegung, durch Hunger und Ruhr, den Rückzug an, ohne von den Feinden verfolgt zu werden. So endigte der Zusammenstoß bei Valmy zum Vorteil der Franzosen und führte eine für die Geschicke Europas entscheidende Wendung herbei. Aber die Verteidigung des „Thermopylenpasses", wie die Franzosen großsprecherisch das Argonner Gehölz nannten, war kein Heldenkampf gewesen.

Nach dem Abzug der preußischen Truppen wandte sich Dumouriez gegen das österreichische Heer in Belgien, gewann die Schlacht bei Jemappes 6. Nov. 1792 und eroberte nicht allein die österreichischen Niederlande mit Lüttich, sondern bemächtigte sich auch der Grenzfestungen gegen Holland und bedrohte dies Land mit ähnlichem Schicksal. Ebenso rasch und glänzend waren die Fortschritte der französischen Armee gegen das Königreich Sardinien, das sich den Feinden Frankreichs angeschlossen hatte. Savoyen und Nizza wurden mit leichter Mühe erobert und gleich Belgien als neue Departements dem französischen Staate einverleibt.

Nicht minder siegreich waren die Franzosen in den mittleren Rheingegenden gewesen. Hier hatte der Husarengeneral Custine mit einem kleinen Heere sich bei der Schwäche der geistlichen Fürsten ohne Mühe der Städte Speyer, Worms und Mainz bemächtigt und sogar Frankfurt besetzt. Die Untertanen der deutschen Grenzländer, von unbilligen Steuern, von Jagdunwesen und Feudallasten schwer gedrückt, empfingen die Fremdlinge, welche die Herrschaft der Menschenrechte und einen Zustand von Freiheit und Gleichheit verhießen, mit lauter oder stiller Freude. Die lebhafte Bürgerschaft von Mainz, vom Kurfürsten, von den Domherren und vom Adel verlassen und sich nach Befreiung von dem geistlichen Regimente sehnend, wurde leicht zum Anschluß an Frankreich und zur Errichtung einer republikanischen Verfassung und eines Jakobinerklubs bewogen, als die hilflose und schlechtbefestigte Stadt von dem mutlosen Festungskommandanten Gymnich und dem Oberstleutnant Eickemeyer, der den neuen Ideen zugetan war, den Franzosen vertragsweise übergeben worden 21. Okt. 1792 war. Unter den „Klubisten von Mainz" befand sich auch Georg Forster, der Weltumsegler, ein Mann von hochfliegendem Geiste, beseelt von der Idee der Freiheit, aber wie viele andre deutsche Professoren und Gelehrte „von staatsverderblichem Weltbürgersinn angesteckt". Von Mainz aus machte Custine Streifzüge über den Rhein und brandschatzte die Gegend der Wetterau und der Lahn, bis er durch die Tapferkeit der hessischen Truppen vor den Toren Frankfurts eine Niederlage erlitt, die ihn nötigte, 2. Dezbr. sich auf Mainz und Castel zu beschränken. Dieser Sieg war die einzige kräftige Waffentat im ganzen Feldzug des Jahres 1792. Derselbe war kläglich mißlungen. Inzwischen war eine völlige Verschiebung der politischen Lage Europas eingetreten, hervorgerufen besonders durch die Ereignisse in Frankreich.

Krieg am Rheine

Zweites Kapitel.

Frankreich als Republik.

A. Der Nationalkonvent.

Charakter des Nationalkonvents 20. Sept. 1792

§ 16. Erklärung der Republik. Hinrichtung des Königs. Mit der Eröffnung der neuen Versammlung, des Nationalkonventes, begann die zweite Periode der französischen Revolution. War bisher, namentlich in der Gironde, der individualistische Standpunkt maßgebend gewesen, und hatten hinter den Ansprüchen der Freiheit und Gleichheit der Einzelpersönlichkeit die Anforderungen der Allgemeinheit zurücktreten müssen, so machte sich nunmehr ein sozialpolitischer Standpunkt geltend, der den Interessen der Allgemeinheit vor denen der Einzelpersönlichkeit den Vorrang zuerkannte. Die Männer, die das neue Staatsideal vertraten, ein Robespierre, Danton, Marat, Couthon, Fouché, St. Just, Collot d'Herbois, Fabre d'Eglantine, Barère, suchten, wieder von den Ideen Rousseaus ausgehend, zur politischen Gleichheit die wirtschaftliche hinzuzufügen. So erklärt sich ihr glühender Haß gegen die wirtschaftlich Bevorrechtigten, die Reichen, während vorher nur die Privilegien der Geburt und des Ranges beseitigt worden waren. Sie suchten alle Zweige des gesellschaftlichen Lebens, alle wirtschaftliche Produktion, selbst das geistige Leben, wie sie sagten, dem Staate, der Allgemeinheit, in Wirklichkeit aber den Interessen und der Macht ihrer kleinen Minderheit unterzuordnen und glaubten Geist und Charakter des Menschen durch entsprechende Zwangsmaßregeln in eine neue Form zwingen zu können. Sie waren um so furchtbarer, als viele von ihnen, vor allen Robespierre, von der Wahrheit ihrer Ideen überzeugt waren. „Lacht nicht über ihn," hatte einst der scharfblickende Mirabeau der über den eigentümlichen Mann spottenden Nationalversammlung zugerufen: „er glaubt an das, was er sagt."

Abschaffung des Königtums

In der neuen Versammlung, zu welcher jeder 25 Jahre alte und nicht in Diensten eines andern stehende Franzose ohne Rücksicht des Vermögens wahlfähig und wählbar war, hatten die Girondisten, die jetzt die Gemäßigten waren, anfangs das Übergewicht, aber sehr bald siegten unter dem Einfluß der Hauptstadt die Schreckensmänner. Beide Gruppen waren Republikaner und beschlossen schon in der ersten Sitzung des Nationalkonventes mit Einstimmigkeit die Abschaffung des Königtums. Aber in der Frage, was mit dem abgesetzten Könige geschehen solle, trennten sich die Girondisten und die Jakobiner. Die Girondisten wünschten, als sie den Prozeß „Ludwig Capets" verlangten, die Monarchie für alle Zukunft unmöglich zu machen, aber sie wollten nicht den Tod des Königs. Die Jakobiner aber, die sich über alle sittlichen und Verfassungsbedenken hinwegsetzten, wußten sie durch die Pöbelmassen zu dem Königsmorde zu bestimmen. Sie beherrschten mit den Cordeliers den Gemeinderat von Paris, und dieser besaß in der Nationalgarde und in dem als „Sansculotten" (§ 18) bezeichneten Pöbel der Sektionen eine furchtbare, allezeit fertige Waffe, mit der er den Konvent zu allem zwingen konnte. Und schon arbeitete auch die schreckliche Enthauptungsmaschine, die Guillotine.

21. Sept. 1792

Entstehung der Guillotine

Die Guillotine trägt ihren Namen eigentlich zu Unrecht, denn der französische Arzt und Deputierte Guillotin hat bei ihr nur Pate gestanden. Vorher war die Todesstrafe in

Frankreich auf verschiedene Weise vollstreckt worden: durch Enthauptung bei den Adligen, durch Hängen bei gewöhnlichen Sterblichen. Guillotin brachte nun den Antrag ein, daß die Todesstrafe an allen Franzosen ohne Unterschied des Standes auf dieselbe Weise zu vollstrecken sei; und ein Ausschuß der Nationalversammlung beauftragte den berühmten Chirurgen Dr. Louis, eine unfehlbare, rasche und weithin sichtbare Art der Enthauptung zu finden. Das Ergebnis der Studien Louis' war das Fallbeil, die heute unter dem Namen „Guillotine" bekannte Hinrichtungsmaschine. Als der Antrag auf Einführung dieser Hinrichtungsart in der Nationalversammlung zur Beratung kam, wurde Guillotin zum Berichterstatter gewählt, und in seiner die Annahme empfehlenden Rede kam der bekannte Satz vor: „Mit meiner Maschine schneide ich Ihnen so schnell den Kopf ab, daß Sie es gar nicht merken." Guillotin war übrigens kein blutdürstiger Wüterich, er gehörte vielmehr zu den gemäßigteren Mitgliedern der Versammlung. Er hat es auch nie verschmerzen können, daß sein Name mit diesem Mordwerkzeuge verbunden war, und trug sehr schwer an seiner unfreiwilligen Berühmtheit.

Prozeß des Königs

In einer Wand der Tuilerien hatte man einen eisernen Schrank mit geheimen Briefen und Aktenstücken entdeckt, aus denen hervorging, daß der französische Hof nicht nur mit Österreich und den Emigranten in Verbindung gestanden und mit ihnen Pläne zum Umsturz der von Ludwig beschworenen Verfassung entworfen hatte, sondern daß er auch durch Jahrgelder, Bestechungen und andere Mittel einzelne Glieder der Nationalversammlung (Mirabeau [§ 10]) zu demselben Zwecke zu gewinnen gesucht habe. Darauf gründeten die Republikaner vor dem Nationalkonvent die Anklage gegen den König auf Verrat und Verschwörung gegen Land und Volk. Unter dem Beistande zweier Rechtsanwälte, denen sich aus freiem Antriebe der edle Malesherbes (§ 4) anschloß, erschien Ludwig zweimal vor dem Konvent (11. und 26. Dez.). Aber trotz seiner würdevollen Haltung und Verteidigung, trotz der Bemühungen der Girondisten, die das Urteil dem gesamten Volke in Urversammlungen anheimgestellt wissen wollten, wurde Ludwig in einer stürmischen, tief in die Nacht verlängerten Sitzung mit 387 gegen 334 Stimmen zum Tode verurteilt. Die Jakobiner hatten alle Mittel aufgeboten, um durch Schrecken dieses Ergebnis zu erlangen; aber sie wären doch nicht zum Ziele gekommen, hätten sie nicht zuvor auf Dantons Betrieb die gesetzliche Bestimmung, daß bei einem peinlichen Gerichtsverfahren nur dann auf Todesstrafe erkannt werden dürfe, wenn zwei Drittel der Geschworenen dafür seien, dahin abgeändert, daß die bloße Majorität genügend sei. So wurde die Ermordung des Königs, aus der, wie es Vergniaud mit voller Klarheit aussprach, ein Weltkrieg gegen Frankreich emporflammen würde, in eine gerichtliche Form gehüllt. Vergebens bemühten sich zuletzt noch die Girondisten und Gemäßigten, einen Aufschub der Hinrichtung zu erlangen. Schon am 21. Januar bestieg der unglückliche König das Blutgerüst auf dem Revolutionsplatze. Der Trommelwirbel der Nationalgarde übertönte seine letzten Worte: „Franzosen, ich sterbe unschuldig. Ich vergebe meinen Feinden und wünsche, daß auch Gott ihnen vergebe, und daß mein Tod das Wohl Frankreichs fördern möge." „Robespierres Weiber" begrüßten sein blutendes Haupt mit dem Ausruf: „Es lebe die Republik!"

17. Jan. 1793

Hinrichtung 21. Jan.

„Der Saal war schwach beleuchtet," so erzählt Sybel, „die Deputierten gingen umher in schweigender Unruhe oder leisem Gespräch; auf den Galerien drängten sich, trinkend und rauchend, mit fanatisierten Weibern untermischt, die bewaffneten Banden und warfen ihre Schmähungen jedem freisprechenden Votum aus dem Dunkel entgegen. Niemand war im Zweifel, was erfolgen würde, wenn das Todesurteil nicht die Mehrzahl erlangte: einige wenige erhoben sich in dem Gefühl des Zwanges zu entrüstetem Trotze, die meisten aber erlagen der Furcht, teils für ihr eigenes Leben, teils für die Zukunft des Landes. Vergniaud hatte tags zuvor mit den Verteidigern des Königs geredet und seinen Abscheu

Verurteilung und Tod des Königs

gegen ein Todesurteil ausgesprochen. Er war unter den ersten der Stimmenden, sah die drohenden und knirschenden Massen vor sich und votierte den Tod. Mehr als zwanzig Gleichgesinnte folgten dem Beispiele; man konnte, haben sie später versichert, doch um des einen Menschen willen nicht den Bürgerkrieg entzünden. ‚Mein Gott,' sagte noch in den glanzvollen Tagen des Kaisertums Graf Cochon, ‚ich hielt Ludwig für ganz unschuldig, aber sollte ich mich als Volksverräter mißhandeln lassen?' Der Aufruf ging fort, die Nacht und den folgenden Tag hindurch. Abends um acht Uhr schloß im Konvent der Namensaufruf: von 721 Anwesenden hatten 387 (nicht, wie früher angenommen, 361) für den Tod gestimmt, unter ihnen Philipp von Orléans, der sich jetzt „Bürger Gleichheit" nannte. Er stimmte unter dem Murren und Lachen der Galerie für den Tod, wie er sagte, ‚einzig aus Pflichtgefühl'. 26 hatten sich diesem Urteil angeschlossen, dabei aber eine Verhandlung gefordert, ob die Vollziehung nicht aus politischen Rücksichten aufzuschieben wäre. 13 hatten den Aufschub zur Bedingung des Todesurteils gemacht, 321 für Gefängnis oder sonstige Strafe gestimmt. — Der König hatte seit Wochen keinen Zweifel über den Ausgang und war bereitet auf den letzten Augenblick. Die erste Nachricht über das Urteil brachte ihm einer seiner Verteidiger, der ehrwürdige Malesherbes, in hellen Tränen. Der König umarmte ihn völlig gefaßt mit den Worten: ‚Der Tod erschreckt mich nicht; ich baue auf die Barmherzigkeit des Himmels.' In dieser Stimmung blieb er die Tage hindurch, ohne Schmerz und Zorn, beinahe heiter; was ihn selbst betraf, so hatte er alle Wünsche, alle Hoffnungen dieser Erde weit hinter sich. ‚Ich fürchte den Tod nicht,' sagte er zu seinem Kammerdiener Clery, ‚aber ich schaudere, wenn ich an die Königin, an meine unglückseligen Kinder denke.' Er überwand auch das, er fand selbst ein tiefes Mitgefühl für die Nation, die ihn unter den Griff seiner Peiniger geworfen: ‚Ich sehe die Greuel in langer Reihe sich folgen, den endlosen Hader Frankreich zerfleischen.' So ging er durch den letzten, bittersten Schmerz hindurch, den Abschied von den Seinen, die er wehrlos und freundlos in der Hand der Barbaren zurückließ — ein Ausbruch langgehäuften Jammers zwei Stunden hindurch, eine einzige, nicht endende, mit Schluchzen erfüllte Umarmung — ‚Nun ist auch das überwunden,' sagte er nachher; ‚warum muß man lieben und geliebt werden in solchen Schmerzen! Denken wir jetzt an das Eine, was nottut, an das ewige Heil.' Nach ruhigem Schlafe erwachte er am Morgen des 21., im Gefühle körperlicher Schwäche, mit Mühe sich der Morgenkälte erwehrend; dann aber schnell gestärkt durch die Erinnerung an Gottes ewige Gerechtigkeit, unberührt von den rohen Schimpfreden seiner Wächter, mit einem letzten Blick auf die Fenster der Seinen bestieg er den Wagen, der ihn zum Blutgerüste führte."

Der erste Koalitionskrieg 1793—1797

§ 17. Der Anfang des ersten Koalitionskrieges. Das Entsetzen Europas über Ludwigs XVI. Ermordung, sowie die Verbreitung der Revolutionsideen durch Einführung republikanischer Verfassungen, durch Errichtung von Jakobinerklubs und Freiheitsbäumen in den eroberten Ländern, die Aufrufe an die Untertanen monarchischer Staaten, die neue Ordnung der Freiheit und Gleichheit einzuführen, brachten eine **Koalition** unter Englands Panier gegen das republikanische Frankreich zustande. Großbritannien, die Niederlande, Preußen, Österreich, das deutsche Reich, Italien und Spanien verbündeten sich gegen Frankreich. Aber diese Koalition, die fast ganz Europa unter Waffen rief, hatte keinen Erfolg, weil das gemeinsame Handeln fehlte und jeder Staat nur seine eigenen Interessen zu verfolgen suchte. Zwischen Österreich, dessen Politik durch den Preußen hassenden Minister Thugut bestimmt wurde, und Preußen bestand Mißtrauen und Neid wegen der Gebietserweiterungen der Preußen in **Polen** (Bd. III, § 415). Preußen wünschte, durch diese polnische Frage beschäftigt, den Krieg lediglich auf die Befreiung und Deckung des deutschen Gebietes zu beschränken; für Österreich und die Seemächte war der Hauptzweck die Wiedereroberung Belgiens.

Krieg in Belgien und den Niederlanden 1793

Ein österreichisches Heer unter dem Prinzen von Koburg, dem Clairfait und der junge Erzherzog Karl beigegeben waren, drängte die Franzosen an der Maas zurück und besiegte Dumouriez bei **Neerwinden**. Der französische General, der das wilde Treiben des Konventes verabscheute, schrieb die Niederlage hauptsächlich den Jakobinern zu, die sein Heer verführt

18. März

und die Lieferungen der Kriegsbedürfnisse aus Gewinnsucht schlecht besorgt hätten. In seinem Verdruß gab er nicht undeutlich zu erkennen, daß er auf den Sturz des Konvents und die Wiederherstellung einer monarchischen Verfassung mit dem Sohne des Herzogs von Orleans, Louis Philipp (später König der Franzosen), der sich bei seinem Heere befand, als König sinne. Der Konvent, von allem unterrichtet, setzte Dumouriez in Anklagestand und lud ihn zur Verantwortung nach Paris. Aber dieser hatte bereits Unterhandlungen mit Clairfait eingeleitet. Er ließ daher die Abgeordneten des Konvents verhaften und den Feinden ausliefern, dann begab er sich selbst mit Louis Philipp und etwa 1500 Mann seiner Truppen in das feindliche Lager, aber die Koalition verschmähte ihre Dienste. Dumouriez, von dem Konvent geächtet, lebte fortan bald auf dänischem, bald auf englischem Gebiet und starb am 14. März 1823 in der Nähe von London, selbst von dem royalistischen Frankreich ausgestoßen; Louis Philipp fand in der Schweiz eine Zufluchtsstätte.

Belgien kam durch den Sieg bei Neerwinden wieder in die Hände der Verbündeten und büßte schwer für seine republikanischen Sympathien. Die Österreicher aber, welche Condé und Valenciennes an der belgischen Grenze dem General Custine abnahmen, der für diesen Verlust später auf der Guillotine bluten mußte, wünschten, von Thuguts preußenfeindlicher Politik geleitet, sich in dem französischen Flandern festzusetzen, und betrachteten mit Mißtrauen die polnischen Pläne der Preußen. Die Engländer hatten ihre Blicke auf Dünkirchen gerichtet, das sie einst besessen hatten und nun wieder zu gewinnen hofften. Unter solchen Umständen konnten die Kriegsunternehmungen der Verbündeten nur geringen Fortgang nehmen, wenngleich im Anfang die bessere Übung der österreichischen und preußischen Truppen und die tapfere Haltung ihrer Reiterei über die Feinde manchen Vorteil davontrugen. In den Niederlanden wurde das englisch-holländische Heer von den mißtrauischen Österreichern nicht gehörig unterstützt, so daß es dem republikanischen General Houchard möglich wurde, bei Hondschooten einen nicht unbedeutenden Sieg zu erfechten. 8. Sept.

Noch nachteiliger war die Wirkung dieser zwieträchtigen und mißtrauischen Haltung bei der Rheinarmee. Zwar war Mainz wieder in die Hände der Verbündeten gefallen — die Übergabe kostete dem General Beauharnais, der zu spät zum Entsatz gekommen war, das Leben —, und die preußischen Truppen unter dem Herzog von Braunschweig hatten das Gebiet an der Queich und Lauter bis zur Saar besetzt und mit alter Tapferkeit die Franzosen bei Pirmasens und in dem blutigen Treffen bei Kaiserslautern zurückgeschlagen, aber der österreichische General Wurmser führte im Elsaß den Krieg auf eigne Hand und suchte im Einvernehmen mit den Royalisten und Aristokraten in Straßburg und andern Orten eine Gegenrevolution zu bewirken. Dieses Vorhaben hinderte den Herzog, seine Siege rechtzeitig auszunutzen; zudem schlug es gänzlich fehl und zog die blutige Rache der Republikaner auf die Unzufriedenen und Verdächtigen im Elsaß herab. Denn der Konvent, jede Niederlage und jedes Mißgeschick als die Folge aristokratischer Verräterei ansehend, entwickelte eine furchtbare Tatkraft, um durch Schrecken über alle Feinde und Widersacher zu triumphieren. Houchard, der Sieger bei Hondschooten, blutete, wie schon vorher Custine und Beauharnais, auf der Guillotine, weil er der feindlichen Übermacht bei Courtray hatte weichen müssen.

Krieg am Rheine
23. Juli 1793
14. Sept.
28.—30. Nov. 1793

Fall von Mainz

Die in Mainz Belagerten hatten die verfallenen Festungswerke wieder in guten Stand gesetzt und, von zwei Konventsmitgliedern, die sich in ihrer Mitte befanden, zum Widerstand angefeuert, mit großem Mute gegen die preußischen und deutschen Truppen verteidigt, 23. Juli 1793 mußten aber zuletzt, von der furchtbarsten Hungersnot gedrängt, die Stadt den Preußen vertragsweise übergeben. Die deutschen Freiheitsmänner in Mainz, für welche die Franzosen keine Begnadigung zu erwirken vermochten, büßten größtenteils ihren republikanischen Traum mit mehrjähriger Haft und Verlust ihrer Habe. „So unvernünftig und wüste das Treiben der Mainzer Demokraten gewesen war, so roh und zügellos waren die Anfänge der wiedereingesetzten legitimen Gewalt. Der hohe Stiftsadel, der seinen Staat so schmachvoll preisgegeben hatte, weidete sich mit widrigem Hohne an den Opfern der siegreichen Reaktion. Die schalen Komödien des demokratischen Klubs, seine Umzüge, Freiheitsbäume und Brüderlichkeitsfeste wurden durch ebenso abgeschmackte Schaustellungen der Gegner parodiert"; eine Verordnung vom 31. Juli z. B. bestimmte, die Reste des Freiheitsbaumes seien dergestalt zu verbrennen, „daß hierbei die Schindersknechte adhibiert, ein etwas höheres Gerüst verfertigt, eine rote Kappe darauf gesetzt, durch Zuziehung einiger Musikanten mehr Zuschauer herbeigelockt und die verhafteten Hauptklubisten unter Bedeckung preußischer Soldaten mit auf den Platz geführt würden".

Carnots allgemeines Aufgebot

Waren schon vorher die deutschen und englischen Truppen unvermögend, das zerrissene, von innen und außen bedrohte republikanische Frankreich zu überwältigen, so konnte dies noch weit weniger geschehen, als der tatkräftige Carnot (§ 20) die Kriegsangelegenheiten nach einem neuen, kühnen System organisierte. Alles, Gut und Leben, mußte nun dem Zwecke der Selbstverteidigung dienen. Dadurch nahm der Gang des Krieges bald eine andere Wendung. Allenthalben wurden Waffen geschmiedet und Geschütze gegossen; durch das allgemeine Aufgebot (levée en masse) wurde die ganze Nation an dem Kriege beteiligt; fanatische Scharen wurden nun massenweise, nicht mehr in kleinen Heerabteilungen, dem Feinde entgegengestellt; aus den Reihen gemeiner Krieger erstanden die größten Feldherren des Jahrhunderts. Gegen solche einheitliche Kräfte konnten die alten Generale mit ihrer methodischen Kriegsweise und mit Soldaten, die um Sold, nicht für Vaterland und Freiheit kämpften, nicht standhalten, zumal da die Kriegsunternehmungen der Verbündeten immer wieder durch politische Rücksichten, besonders durch die polnischen Verhältnisse, gelähmt und durchkreuzt wurden.

15. 16. Okt. 1793

Bei Wattignies maßen die neuen Heere in einer Reihe von Gefechten zuerst ihre Kräfte mit den Österreichern; und wenn auch die Kriegsübung der alten Truppen noch im ganzen die Oberhand behauptete, so betrachteten es die Franzosen doch mit Recht als einen Sieg, daß ihre Feinde beim Eintreten des Winters die Belagerung von Maubeuge aufgaben und sich über die Sambre in ihre alten Linien zurückzogen. Noch entscheidender waren die Vorteile der französischen Truppen am Rhein, wo die Uneinigkeit zwischen dem Herzog von Braunschweig und dem Grafen Wurmser mehr und mehr zunahm, seitdem Friedrich Wilhelm II. die Armee verlassen hatte, um die preußischen Interessen an der Weichsel und in Polen durch seine Anwesenheit zu fördern. Wurmser mußte nach den Verlusten Dez. 1793 von Hagenau die lange verteidigten Weißenburger Linien aufgeben und über den Rhein ziehen, und die Preußen vermochten Landau nicht zu erobern.

§ 18. Sturz der Gironde. Durch den Königsmord war in Frankreich die Herrschaft des Schreckens eingeleitet worden. Bald sollten auch die Girondisten, die im Widerspruch mit ihrer Überzeugung sich durch die Angst vor den tobenden Pöbelmassen zu dem Todesurteil hatten bestimmen

lassen, inne werden, daß sie dadurch die moralische Selbstvernichtung ihrer Partei und den Anfang ihres Endes herbeigeführt hatten.

Ausschüsse und Revolutionstribunal

Nach dem Tode des Königs legte sich der Konvent die ausübende und gesetzgebende Gewalt bei und teilte die verschiedenen Arbeiten verschiedenen Ausschüssen (Comités) zu. Diese wurden allmählich mit immer größerer Gewalt ausgerüstet und auf eine immer kleinere Zahl beschränkt, bis zuletzt der Ausschuß der öffentlichen Sicherheit alle Gewalt an sich riß und der aus neun Mitgliedern bestehende Wohlfahrtsausschuß die Schreckensgesetze entwarf, die dann der Konvent bestätigte. Diese Ausschüsse, besonders der letztere, beherrschten Frankreich mit unerhörter Despotie. Das Hauptmittel ihrer Tyrannei war das aus zwölf Geschworenen und fünf Richtern bestehende Revolutions-Tribunal, bei welchem Fouquier Tinville das Amt eines öffentlichen Anklägers versah. Dieser Gerichtshof, dem nach einem Gesetze vom 8. April auch die Konventsmitglieder unterworfen waren, fällte nur Todesurteile, bei denen weder Appellation noch Begnadigung stattfand. Marat, der neben Robespierre im Jakobinerklub das meiste Ansehen hatte, forderte immer kecker die Armen zum Kampfe gegen die Reichen, den Pöbel zur Vernichtung aller Gebildeten auf. Bald sah sich jedoch Marat überboten von Hebert, der in dem Volksblatte père Duchesne die äußerste Grenze des Zynismus betrat, indem er in seinem von unflätigen Ausdrücken strotzenden Journale die Hefe des Volkes zu Mord und Aufständen zu reizen suchte. Nach ihren Grundsätzen handelte der Gemeinderat von Paris, an dessen Spitze nach dem Sturze Pétions der Jakobiner Pache als Maire und Chaumette als Syndikus standen. Schlagfertige Fäuste fanden sie teils in der Nationalgarde, die unter Henriots Oberbefehl sich in eine Schar von „Sansculotten" („Ohnehosen", weil die langen Pantalons als demokratisch galten im Gegensatz zu den aristokratischen culottes [Kniehosen]) verwandelte, teils in zwei im Mai ausgehobenen Revolutionsarmeen, wovon die eine die Aristokraten in Ordnung halten, die andere gegen die Vendée (§ 19) ziehen sollte. Für Pöbeltumulte sorgten die Ausschüsse der Sektionen, an die sich Marat, Danton, Camille Desmoulins u. a. wendeten, wenn sie den Konvent zu einer Maßregel zwingen wollten. Die aus je zwölf Mann bestehenden Sektionsausschüsse übten die Polizei in ihren Distrikten, teilten Sicherheitskarten aus und berieten in nächtlichen Versammlungen über die zu ergreifenden Maßregeln. Durch diese von den Jakobinern im ganzen Reiche begründete Einrichtung kam die Macht gänzlich in die Gewalt der untersten Volksklassen. Alle Wohlhabenden schwebten in steter Gefahr, beraubt zu werden, und mußten sich zur Erhaltung der brodlosen Menge hohen Zwangsanleihen und Progressivsteuern unterwerfen. Die Bäckerläden und Krämerbuden wurden häufig von den Weibern der Vorstädte und den „harten Fäusten" der Proletarier geplündert, was den Wohlfahrtsausschuß endlich bewog, ein Maximum des Preises für Getreide, Brod und andere Lebensmittel festzusetzen und so die Verfügung über Hab und Gut der Besitzenden vollständig in die Hand zu nehmen. Diese Herrschaft der Pariser Gemeinde brachte die Brissotisten auf den Gedanken, Frankreich in einen aus mehreren kleinen Republiken bestehenden Föderativ-Staat umzuwandeln, um das Unheil der Zentralisation abzuwenden. Daraus ging ein Kampf auf Leben und Tod zwischen den Föderalisten (Brissotisten, Gironde) und Jakobinern hervor.

1793

Revolutionsarmeen

Sektionsausschüsse

Verhaftung der Girondisten

Kaum war durch Dumouriez' Flucht und Verrat (§ 17) die Partei Orleans gesprengt und der Herzog selbst in Haft gebracht, da richteten die Demokraten des Bergs ihre Angriffe gegen die Gironde, um durch den Sturz aller Gemäßigten und Lauen mehr Einheit und Kraft in den Konvent zu bringen und Frankreich vor der drohenden Zerstückelung zu bewahren. Ihr Wortführer Robespierre stellte daher den Antrag: die Häupter der Girondistenpartei als Mitschuldige Dumouriez' vor das Revolutions-

tribunal zu stellen. Als sein Vorschlag an der überlegenen Beredsamkeit der Angegriffenen scheiterte, forderte Marat den Pöbel, dem um dieselbe Zeit die bisher genossenen Unterstützungen aus der Staatskasse entzogen wurden, zum Aufstand gegen die Feinde der Republik und zur Selbsthilfe gegen die Urheber der Teurung auf, was den Girondisten Anlaß gab, wider diesen Wüterich vor dem Revolutionstribunal eine Anklage zu erheben. Dies brachte in den Sektionen eine heftige Bewegung hervor. Drohend verlangte das Volk wiederholt die Verhaftung der Girondisten,
24. April 1793 und als Marat von dem aus Jakobinern bestehenden Gerichtshofe losgesprochen wurde, gab dasselbe seine Gesinnung dadurch zu erkennen, daß es seinen Abgott im Triumph in den Konvent trug. Von dieser Zeit an drängte ein Aufstand den andern. Da setzten die Girondisten und ihre
Mai 1793 Meinungsgenossen im Konvente ein Dekret durch, daß zur Untersuchung der täglichen Unruhen und zur Erforschung ihrer Urheber eine aus zwölf Mitgliedern bestehende Kommission ernannt werde. Diese ließ den Journalisten Hebert, „den Liebling der Straßendemokratie", und einige andere Wortführer des großen Haufens als Urheber der Tumulte und Mordpläne verhaften. Aber am nächsten Tage erzwang der tobende Pöbel ihre Freilassung, worauf Hebert und seine Genossen aus Rache den Aufstand vom 31. Mai veranstalteten, nachdem sie zuvor Henriot, der früher Lakai, dann Schleichhändler und zuletzt Polizeispion gewesen war, zum Anführer der Nationalgarde gemacht hatten. An diesem und den beiden folgenden Tagen umlagerte eine ungeheure Volksmasse die Tuilerien, wo jetzt der Konvent seine Sitzungen hielt, und forderte laut und drohend die Aufhebung der Kommission der Zwölfe („Dezemvirn") und die Ausschließung der Girondisten und Gemäßigten. Vergebens boten diese die ganze Kraft ihrer Beredsamkeit auf, um durch Schilderung der schrecklichen Folgen einer solchen Schwäche und Nachgiebigkeit auf die Versammlung zu wirken; der Pöbel, von der Bergpartei ermutigt, drängte sich in den Saal und auf die Galerien und verlangte mit wildem Toben und Geschrei seine Opfer. Vergebens versuchte die Mehrzahl der Versammlung, den Präsidenten Herault de Sechelles an der Spitze, in Masse den Sitzungssaal zu verlassen, wo sie nicht mehr in Freiheit beraten könnten; — von Henriot zurückgetrieben, blieb ihnen nichts übrig, als in die Forderungen des Volks und der Bergpartei zu willigen. Vierunddreißig
2. Juni Girondisten wurden sofort ausgeschlossen und in Haft gebracht; dreiundsiebzig Konventsglieder, die gegen die Ausschließung der Girondisten Protest eingelegt hatten, wurden einige Monate später ebenfalls ausgestoßen, so daß der Konvent nunmehr zum bloßen Werkzeug des Wohlfahrtsausschusses herabsank. Zwanzig der Ausgeschlossenen (worunter Pétion, Guadet, Barbaroux) entkamen und riefen die Bewohner der Bretagne, der Normandie und der Seestädte des Südens zu den Waffen gegen die Jakobiner. Aber die Empörung hatte keinen glücklichen Fortgang und
Marat ermordet beschleunigte den Untergang ihrer Urheber, besonders als Marats Er-
13. Juli 1793 mordung durch die edle, von Barbaroux' Reden angefeuerte Charlotte Corday den Gliedern des Bergs eine willkommene Gelegenheit bot, durch Schilderung von Verschwörungen das Volk in angstvoller Gärung zu halten. Charlotte Corday starb auf dem Blutgerüste; Marats Leiche dagegen wurde im Pantheon beigesetzt, nachdem sie zu theatralischen Schaustellungen gedient hatte. Am 31. Oktober wurden die in Paris anwesenden

Girondisten zur Guillotine geschleppt; aber auch von den Entflohenen starben viele eines gewaltsamen Todes, Roland, Pétion, Buzot, Condorcet (§ 80), Rebequi durch Selbstmord; Frau Roland (§ 80) blutete auf dem Schafott.

§ 19. Die Schreckensregierung. a. Der Kampf gegen die Provinzen. Die Blutherrschaft der Jakobiner mit ihren Zwangsanleihen, Pöbelbewaffnungen und Aushebungen erzeugte Aufstände des Mittelstandes in den Provinzen, die nur durch die unmenschlichste Grausamkeit unterdrückt wurden. Der mißlungene Versuch der Einwohner der Normandie und Bretagne, die ausgeschlossenen Girondisten wieder in ihre Rechte einzusetzen, gab dem Wohlfahrtsausschuß Gelegenheit, die Gegend von der Seine bis zur Loire und zur äußersten Meeresküste durch den schrecklichen Carrier mit Mord und Blut heimzusuchen. Dieses Ungeheuer ließ in Nantes seine Opfer hundertweise erschießen oder vermittelst Schiffen mit Fallböden in der Loire ertränken (Noyaden), so daß nach der niedrigsten Berechnung seine viermonatliche Tätigkeit fünfzehntausend Menschenleben hinraffte. — Noch entsetzlicher waren die Greueltaten der Jakobiner in den Städten des Südens, in Lyon, Marseille und Toulon. In der ersten Stadt hatte der ehemalige Priester Chalier als Vorsteher des Jakobinerklubs durch Maueranschläge, worin der Pöbel zur Beraubung und Ermordung der als Gegner der neuen Ordnung bezeichneten reichen und angesehenen Bürger aufgefordert wurde, solche Erbitterung bei allen ehrbaren und wohlhabenden Einwohnern hervorgerufen, daß die in Eigentum und Leben Bedrohten sich gegen die Jakobiner erhoben, in einem heftigen Straßenkampf siegten und Chalier hinrichten ließen. Diese Tat füllte die Pariser Schreckensmänner mit furchtbarer Wut. Eine republikanische Armee rückte vor die Mauern der Stadt; nach hartnäckigem Kampfe wurde dieselbe eingenommen und mit Mord und grauenhafter Verwüstung heimgesucht. Collot d'Herbois, Ronsin, Fouché, Couthon u. a. ließen die Einwohner massenweise erschießen, weil die Guillotine zu langsam wirkte; ganze Straßen und Häuser wurden eingerissen oder mit Pulver gesprengt; in die Habe der wohlhabenden Bürger teilte sich der Pöbel; Lyon sollte vertilgt werden und Marseille zu einer Gemeinde ohne Namen herabsinken. Auf ähnliche Weise wüteten die Republikaner in Toulon. Die Royalisten von Toulon hatten die Engländer zu Hilfe gerufen und ihnen Stadt und Hafen übergeben. Zugleich hatten sie spanische und italienische Truppen, zwölftausend an der Zahl, bei sich aufgenommen. Im Vertrauen auf diesen Beistand und auf die Stärke der Festungswerke trotzten die Touloner Bürger ihren republikanischen Widersachern. Aber die Armee der Sansculotten, bei welcher der junge Korse Napoleon Bonaparte die ersten Proben seines militärischen Talents ablegte, überwand alle Hindernisse. Toulon wurde erstürmt. Die Engländer, außerstande, die Stadt zu halten, steckten die Flotte in Brand und gaben die unglücklichen Bewohner der entsetzlichen Rache des Konvents preis. Die ehrbaren Einwohner entflohen und überließen die Stadt, deren Bevölkerung von 28 000 auf 7000 herabsank, dem Gesindel und den Galeerensklaven. Achthundert gefangene Bürger bluteten unter den Kugeln einer savoischen Mörderbande; dann erst folgte die Einsetzung eines Revolutionsgerichts, welches binnen drei Monaten über 1800 Menschen ohne Beweis und Untersuchung hinwürgte. Zur Feier eines republikanischen Festes schickte man elf junge und schöne Frauen auf das Schafott. — Nicht viel besser verfuhr Tallien in

Bretagne

Verwüstung Lyons

Belagerung von Toulon

Bordeaux, und im nördlichen Frankreich zog Lebon mit der Guillotine von Ort zu Ort und häufte Greuel auf Greuel. „Für die Jakobiner gab es keine Rettung, wenn sie nicht schrankenlos herrschten; es gab aber keine Sicherheit ihrer Herrschaft, wenn sie nicht weit um sich her das Land zur Einöde machten. Sie waren tollkühn und blutdürstig aus Todesfurcht."

Napoleon Bonaparte

Napoleon Bonaparte (Buonaparte), zweiter Sohn eines korsischen Advokaten, der sich als Freund von Paoli in den Kriegen, die der Besitznahme der Insel durch die Franzosen vorangingen, ausgezeichnet hatte, und der Lätitia Ramolini, wurde angeblich am 15. August 1769, vielleicht schon am 7. Januar 1768, zu Ajaccio geboren, zwei Monate nach der Unterwerfung der Insel unter Frankreich. „Ich wurde geboren, als mein Vaterland starb," schrieb er 1789 an Paoli: „das Geschrei der Sterbenden, die Wehklagen der Unterdrückten, die Tränen der Verzweiflung umgaben meine Wiege seit der Stunde meiner Geburt." Als zehnjähriger Knabe wurde er in die Kriegsschule zu Brienne aufgenommen, wo er fünf Jahre verblieb (1779—1784); dann ging er in die Pariser Militärschule über. An beiden Orten widmete er sich besonders mathematischen und geschichtlichen Studien, an denen er auch in der Folge fortwährend das meiste Gefallen fand. Seine Lehrer erkannten sein Talent und seine raschen Fortschritte in den Kenntnissen an, die seinem Sinne entsprachen, tadelten aber auch seine Ungelehrigkeit in allem, was ihm keine Neigung abgewann, besonders aber seine Hinterlist und unbeugsame Hartnäckigkeit. Daher bemerkte schon damals einer der Lehrer bei Napoleons Namen: „Ein Korse von Geburt und Charakter; er wird es weit bringen, wenn die Umstände ihn begünstigen." Nach seinem Eintritt in die französische Armee machte er sich als Artillerieleutnant im südlichen Frankreich und auf der Insel Korsika durch Mut und militärisches Geschick bald bemerklich, so daß er schon im Februar 1792 zum Artilleriehauptmann befördert wurde. Den Revolutionsideen und den demokratischen Freiheitsbestrebungen mit Eifer zugetan, war er den neuen Machthabern Frankreichs ein willkommener Gehilfe, und auch seine von Ehrgeiz erfüllte Seele erkannte schnell die Vorteile, die ihm die Verbindung mit den Männern des Berges bringen könnte. Als Paoli für die Lostrennung Korsikas von Frankreich wirkte, trat er dem alten Freunde scharf entgegen, und in einer kleinen Gelegenheitsschrift aus jener Zeit: „Das Souper der Beaucaire" machte er den Schutzredner des Staatsstreiches gegen die Gironde.

Verwüstung von Lyon

Über die Verwüstung von Lyon sagt Taine in seinem Werke: „Die Entstehung des modernen Frankreich": „Seit der Mongolenwirtschaft im fünften und im dreizehnten Jahrhundert ist eine so ungeheure und sinnlose Zerstörungssucht, eine solche blinde Wut gegen die nützlichsten Werke des menschlichen Fleißes und der menschlichen Kultur nicht wieder vorgekommen. Und bei den nomadischen Mongolen war es dabei noch begreiflich, denn sie wollten die ganze Erde in eine große Steppe verwandeln. Aber nur ein Jakobinerhirn konnte den widersinnigen Plan fassen, eine Stadt wie Toulon zu vernichten, dabei jedoch ihr Arsenal und ihren Hafen bestehen zu lassen oder in einer Stadt wie Lyon, deren Arbeiter und Fabriken angeblich bestehen bleiben sollten, die Häupter der Industrie und ihre Häuser aus der Welt zu schaffen. Nur ein Jakobiner kann so heißblütig und kurzsichtig sein, nicht einzusehen, welcher Widerspruch darin liegt, daß man einen Bach beibehält, dessen Quelle aber verstopfen läßt, und umgekehrt. In dem erhitzten Kopfe des Jakobiners ist die Dummheit und Grausamkeit des Barbaren mit der fixen Idee des Inquisitors verbunden, daß auf der Erde nur für ihn und die Rechtgläubigen seines Schlages Raum sei. Mit übel angebrachtem, unheilvollem Nachdruck ordnet er die Ausrottung der Ketzer an. Nicht nur ihre Personen, ihre Wohnplätze und ihre Werke fallen der Vernichtung anheim, auch die letzten Spuren ihres Daseins müssen verschwinden und selbst die Namen ihrer Städte aus dem Gedächtnis der Menschheit getilgt werden. Der Konvent beschließt: „Der Name Toulon wird unterdrückt werden; die Gemeinde trage von nun an den Namen Port-la-Montagne („Berghafen") .... Der Name Lyon werde aus dem Verzeichnis der Städte der Republik gestrichen; die Gruppe von stehengebliebenen Gebäuden führe in Zukunft den Namen Ville-Affranchie („Befreite Stadt"). Auf den Trümmern von Lyon erhebe sich eine Säule mit der Inschrift: „Lyon bekriegt die Freiheit, Lyon ist nicht mehr." „Ursprünglich wollten die Konventskommissare auch den Namen der Stadt Marseille ausrotten; in ihrem Beschlusse vom 17. Nivose des Jahres II heißt es: „Der Name Marseille, den die verbrecherische Stadt noch immer trägt, soll geändert werden. Wir werden den Nationalkonvent einladen, ihr einen andern Namen zu geben; mittlerweile bleibe sie namenlos (sans nom) und werde so genannt." In einigen späteren Schriftstücken wird Marseille in der Tat als „commune sans nom" bezeichnet.

Am schrecklichsten war das Schicksal der Vendée. Hier lebte ein zufriedenes Volk in ländlicher Stille und in der Einfalt alter Zeit. Die Bauern und Pächter hatten Anhänglichkeit an ihre Gutsherren, die sie nicht drückten, sie liebten den König, von dem sie nichts zu leiden hatten, und hingen mit Verehrung an der Geistlichkeit und den kirchlichen Gebräuchen, die ihnen von Jugend auf teuer und heilig gewesen waren. Als nun ihre unbeeidigten Priester vertrieben und ermordet wurden, als der König auf der Guillotine blutete, als die Bauernsöhne durch das allgemeine Aufgebot zur Verteidigung des Vaterlandes in die Armee einberufen wurden, da vereinigten sich alle Geister des Zorns und der Rache in den Gemütern der Vendéer Bauern und trieben sie zum Widerstand und zum Bürgerkrieg. Unter geschickten, kühnen, durch den Krieg gebildeten Führern aus geringem Stande, wie Charette, Stofflet und Cathelineau, denen sich einige Edelleute, wie La Roche-Jaquelin, d'Elbée u. a., beigesellten, schlugen sie anfangs die von Santerre und andern Jakobinern befehligten republikanischen Heere zurück, eroberten Saumur und bedrohten Nantes. Da schickte der Konvent die aus dem Auswurf des Volks bestehende Revolutionsarmee unter Westermann und den Jakobinern Ronsin und Rossignol nach der Vendée ab. Diese fielen wie reißende Wölfe über die unglücklichen Bewohner her, steckten Dörfer, Städte und Meierhöfe in Brand und suchten durch Schrecken und Greuel den Widerstand der „Royalisten" zu brechen. Aber der Mut des Vendéer Landvolks blieb ungebeugt. Weder die Schreckniſse des vielgestaltigen Todes, noch die Verwüstungen waren imstande, ihre Gesinnung zu ändern. Als jedoch die nach der Übergabe von Mainz (§ 17) in die Heimat zurückgekehrten tapfern Truppen unter fähigen, kriegskundigen Anführern, wie Kleber, gegen die Rebellen der Vendée geschickt wurden, erlag nach der furchtbaren Niederlage bei Cholet das unglückliche Volk allmählich den Streichen seiner Gegner. Aber beruhigt wurde die Vendée erst, als nach Robespierre's Sturz der eben so tapfere als menschenfreundliche Hoche an die Spitze des Heeres trat und denen, die des Kampfes müde waren, Frieden bot, die Widerstrebenden aber durch die Schärfe seines Schwerts und die Überlegenheit seiner Kriegskunst zur Unterwerfung brachte. Stofflet und Charette wurden zu Kriegsgefangenen gemacht und erschossen. Mittlerweile war das Regiment des Schreckens zu Ende gegangen (§ 21) und eine mildere Gesinnung herrschend geworden.

Kämpfe in der Vendée

1793

17. Okt. 1793

März 1796

§ 20. b. Die Bluttaten in Paris. Ein volles Jahr (vom Juli 1793 bis Juli 1794) beugte sich Frankreich unter die Tyrannei des Wohlfahrtsausschusses. An der Spitze des neun bis elf Mitglieder zählenden Ausschusses standen drei Männer, deren Namen lange der Schrecken des Landes waren, der ehrgeizige Robespierre, der blutdürstige Couthon und der Schwärmer für republikanische Freiheit und Gleichheit St. Just. Neben ihnen bewahrte bloß Carnot eine selbständige Haltung; damit dieser aber dem blutigen Gebaren seiner Amtsgenossen, das er nimmermehr gebilligt haben würde, nicht im Wege stehe, übertrugen ihm die Triumvirn die Leitung des Kriegswesens, um ihn vom Innern abzulenken. Die übrigen Mitglieder des Ausschusses waren größtenteils Geschöpfe Robespierres (Barère, Billaud-Varennes, Collot d'Herbois, Prieur, Lindet, Jean Bon de St. André). Die äußerst demokratische Verfassung, die man in der Eile entworfen und nach der Annahme durch das Volk am

1793 10. August mit großer Feierlichkeit verkündigt hatte (wobei der Maler David (§ 98), ein republikanischer Schwärmer, Festordner war), wurde einstweilen beiseitegelegt und eine revolutionäre Regierung unter Aufsicht des Wohlfahrtsausschusses begründet. Ihre Schreckensherrschaft äußerte sich zunächst in der Vergewaltigung der persönlichen Freiheit. Wie diese Regierung ihre Gewalt zur Vernichtung der Anhänger des Alten gebrauchte, mag der einzige Umstand lehren, daß in den Monaten Juni und Juli nicht weniger als 1285 Menschen auf der Guillotine starben. Das wirksamste Mittel, alle zu verderben, die der herrschenden Partei im Wege standen, war das schreckliche Gesetz gegen die Verdächtigen, das alle „Feinde des Vaterlandes", alle, die Anhänglichkeit an den frühern Zustand oder an die Priesterschaft und den Adel an den Tag legten, mit dem Tod bedrohte. Infolge dieses und ähnlicher Gesetze wurden alle Gefängnisse mit Tausenden von sogenannten Aristokraten gefüllt und jeden Tag durchschnittlich 29 Menschen zur Schlachtbank geschleppt. Nach einer von Taine zitierten Quelle belief sich die Menge der Verhafteten kurz vor Robespierres Sturz auf 400000 bei einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen. Alle anständigen Leute, die sich durch Rang, Vermögen, Bildung und Adel der Gesinnung von den herrschenden Demokraten unterschieden, schwebten in steter Lebensgefahr. Die boshafte Verleumdung eines Feindes, die Anzeige eines Spähers, der Haß eines Sansculotten war hinreichend, einen Unschuldigen in den Kerker und vom Kerker aufs Schafott zu bringen. Der Übergang war so rasch, daß der Tod seine Schrecken verlor und die Gefängnisse die Sammelplätze heiterer, feiner Gesellschaft und geistvoller Unterhaltung wurden. Man scherzte noch in den Krallen des Todes und vergaß allen Rangunterschied. Unter den Schlachtopfern waren die edelsten und ausgezeichnetsten Männer Frankreichs, der frühere Minister Malesherbes (§ 4, 16), die Mitglieder der konstituierenden Versammlung Bailly (§ 6), Barnave, Linguet u. a., viele republikanische Abgeordnete von gemäßigter Gesinnung; Gelehrte und Schriftsteller, wie der Chemiker Lavoisier, die Dichter André Chénier (§ 80), Roucher u. a. m. Florian verfaßte seinen „Wilhelm Tell" kurz vor seinem Tod im Kerker; alle, die dem alten Königtum angehörten und sich nicht durch die Flucht gerettet hatten, starben unter dem Fallbeil. Unter ihnen war die schwer geprüfte Königin Marie Antoinette, die bei ihrem Verhör und ihrem Tode alle ihrer Geburt und ihrer Bildung würdige Standhaftigkeit und Seelenstärke bewies, so daß sie bei dem ewigen Einerlei des Mordens noch einige Aufmerksamkeit zu erregen vermochte. Nach der Königin starb Ludwigs XVI. fromme Schwester Elisabeth auf dem Blutgerüste. Wenige Wochen nach der Hinrichtung der Girondisten fiel auch das Haupt des ruchlosen Herzogs von Orleans, den selbst Dantons Gunst nicht gegen Robespierres Neid zu schützen vermochte.

Hinrichtungen

1794

17. Sept. 1793

16. Okt. 1793

10. Mai 1794

6. Nov. 1793

Leiden und Tod der Königin

Bis Ende Juli 1793 befand sich Marie Antoinette mit ihren beiden Kindern im Temple. Da wurde vom Wohlfahrtsausschuß die Trennung der Mutter von ihrem Sohne verfügt. „Der Gemeinderat vollzog diesen Beschluß," erzählt Sybel, „mit jubelnder Grausamkeit. Seine Beamten erschienen inmitten der Nacht, um der aus dem Schlafe aufgerissenen Mutter den Befehl zu verkünden. Eine entsetzliche Szene folgte. Länger als eine Stunde leistete sie den Schergen verzweifelten Widerstand, warf sich über das Bett des Knaben und deckte ihn so mit ihrem Leibe gegen die Angreifer. Kein Zureden, keine Drohung half, sie wich und wankte nicht, — bis plötzlich einer der Unmenschen ihre Tochter ergriff: er werde das Mädchen niederstoßen, wenn sie nicht den Sohn überliefere. Da brach die Arme zusammen und ließ sich ein Kind entreißen, um das andere

zu erretten. Nach dieser grauenvollen Nacht gab es für sie kein Schlimmeres mehr: bei allen weiteren Qualen hatte sie nur noch stille Ergebung und sichere Todeshoffnung." Die Verfolger ließen sie nicht lange darauf harren. Am 1. August verfügte der Wohlfahrtsausschuß durch den Konvent die Abführung der Königin in die Conciergerie und ihre Überweisung an das Revolutionsgericht. Am 14. Oktober wurde, nach einer von Mißhandlungen aller Art erfüllten achtwöchentlichen Haft in der Conciergerie, die Königin vor die Schranken des Revolutionsgerichts geführt. „Sie erschien in zerlumptem Kleide mit grau gewordenem Haare, aber in so ruhiger Würde und leuchtender Resignation, daß selbst das Publikum dieses Tribunals sich der Ehrfurcht und des Mitleidens nicht erwehrte. Ihren Höhepunkt erreichte diese Stimmung, als Hebert unter den Belastungszeugen auftrat. Er hatte den achtjährigen Sohn und die zwölfjährige Tochter der Angeklagten mit einem Verhöre gepeinigt, ob die Mutter mit jenem in unzüchtigem Verkehr gestanden; es war ihm gelungen, von dem Knaben, welchen sein Wärter, der Schuster Simon, bald mit Schlägen quälte, bald mit Branntwein berauschte, die Unterzeichnung eines mit solchem Inhalte besudelten Protokolls zu erschleichen; es hatte, damit ja die ganze Partei sich mit dem Brandmal dieser Abscheulichkeit belaste, der Gemeinderat seine Bemühungen gebilligt, der Jakobinerklub seine Erzählung beklatscht. Jetzt kam er zu dem Gerichte, um die Königin vor der Hinrichtung noch mit der Anklage unnatürlicher Wollust zu entehren. Sie aber schwieg zuerst, und dann, zur Antwort aufgefordert, vernichtete sie ihn mit den halberstickten Worten: ‚Eine Mutter kann auf solche Dinge nichts entgegnen; ich rufe jede Mutter an, die etwa hier anwesend ist.' Ein tiefes Murren ging durch den Saal, und die Richter wagten keine weitere Frage. Das Schlußurteil verstand sich von selbst; am 16. Oktober fiel das Haupt der Königin auf dem Blutgerüst."

Vergewaltigung des Eigentums

Jede Stadt hatte einen oder mehrere Terroristen, die Robespierre und die übrigen „großartigen Bösewichter" nachahmten, mit der wandernden Guillotine umherzogen, und durch ihre bewaffneten Banden über Freiheit und Leben aller Bürger nach Willkür schalteten. Dazu kam die Vergewaltigung des Privateigentums. Sie begann mit dem Verbot, die Assignaten, deren Kurs stetig sank, unter dem Nennwert zu kaufen und zu verkaufen; der Zuwiderhandelnde wurde zuerst mit schwerer Kerkerstrafe, dann mit dem Tode bedroht. Es folgte die Feststellung eines Preismaximums für das Getreide (§ 18), durch das man der Teurung entgegenwirken wollte; das aber konnte nur den Getreidehandel lähmen, so daß die Bauern sich weigerten, ihr Korn zur Stadt zu bringen und die Teurung immer schlimmer wurde. Deshalb wurden weitere Strafmaßregeln gegen diejenigen verfügt, die sich weigerten, ihre Waren zu verkaufen: der Tod bedrohte den Privatmann, der mehr Brot bei sich bewahrte, als er zum Unterhalt brauchte, den Bauern, der sein Getreide nicht wöchentlich zum Markte brachte, den Kaufmann, der den Bestand seines Lagers nicht öffentlich anzeigte oder seinen Laden nicht offenhielt. Auch für andere Waren wurden Preismaxima festgesetzt. So wurde jeder kaufmännische Unternehmungsgeist gewaltsam unterdrückt. Den Gipfel dieses Systems bildeten die ausgedehnten Requisitionen der verschiedensten Gegenstände „für die Bedürfnisse des Staates", insbesondere der versteckten Kostbarkeiten und des baren Geldes, für das man teilweise entwertete Assignaten gab: nach Sybel wurden binnen sechs Monaten allein in Metallgeld drei- bis vierhundert Millionen geraubt. So zogen Eulogius Schneider, ein verlaufener deutscher Gelehrter, in Straßburg, Maignet in Orange und andere Konventskommissare mit Revolutionsheeren in allen Provinzen umher, verhafteten oder töteten alle „Aristokraten, Egoisten und Fanatiker" und schickten die geraubten Güter und Schätze an den Konvent in Paris. So wirtschaftete Dumont in der Picardie, Isoré in Flandern, Ruhl in der Champagne, Lacoste in Lothringen, Bassal und Lamarque im Süden des Reiches u. a. m. Dazu kamen die Güterkonfiskationen: außer

der Kirche und den Emigranten wurden die Hospitäler, Wohltätigkeitsanstalten, Erziehungsinstitute beraubt mit der Begründung, daß diese Dinge von nun an Sache des Staates seien, dann wurde das Vermögen der Verurteilten, Guillotinierten, Deportierten, endlich sogar das der Verdächtigen eingezogen.

Stellung Dantons

Die Wut und Grausamkeit empörte zuletzt die Häupter der Cordeliers, Danton und Camille Desmoulins. Danton, mehr genußsüchtig als leidenschaftlich und gemütlicher Regungen fähig, war des Mordens müde und begab sich auf einige Monate in die Provinz, um mit einer jungen Gattin das Glück und den Reichtum zu genießen, den ihm die Revolution verschafft hatte. Camille Desmoulins aber wendete in seinem geistreichen, vielgelesenen Blatte: „Der alte Cordelier" (§ 80), die Stellen, worin der römische Geschichtschreiber Tacitus die Tyrannei und Grausamkeit des Tiberius in den grellsten Farben schildert, so treffend auf seine Zeit an, daß die Beziehungen auf die drei Häupter des Wohlfahrtsausschusses und ihre Gesetze gegen die Verdächtigen nicht zu verkennen waren. Dies setzte die Jakobiner in Wut, und da um dieselbe Zeit mehrere Freunde und Anhänger Dantons (der ehemalige Kapuziner Chabot und der niederträchtige Fabre d'Eglantine, sein Werkzeug bei allen Geschäften, welche das Tageslicht scheuten, u. a.) sich bei Aufhebung der Ostindischen Kompanie Betrügereien und Bestechlichkeiten zuschulden kommen ließen und andere durch ihre kirchenschänderischen Freveltaten Anstoß gaben, so benutzte der Wohlfahrtsausschuß die Gelegenheit, um Dantons ganze Partei zu verderben.

Maßregeln gegen das Christentum

Seitdem nämlich der Konvent den Kalender und die Benennung der Monate*) geändert, den Anfang des Jahres und der neuen Zeitrechnung auf den 22. September 1792, den ersten Tag der Republik (§ 16), verlegt, Sonn- und Feiertage abgeschafft und dafür die Dekaden und Sansculottenfeste eingeführt hatte, gaben mehrere Jakobiner, wie Hebert, Chaumette, Momoro, Cloots u. a., in ihrer Wut gegen das Christentum viel Ärgernis. Sie entweihten die Kirchen, trieben mit den Meßgewändern und kirchlichen Gerätschaften, die sie in gotteslästerlichen Aufzügen durch die Straßen führten, Spott, rasten mit vandalischer Wut gegen alle Denkmale des Christentums, schändeten die Königsgräber in St. Denis und setzten endlich im Konvent den Beschluß durch, daß an die Stelle des katholischen Gottesdienstes der Kultus der Vernunft treten solle.

Feier der Vernunft 19. Nov. 1793

Eine festliche Feier, wobei Momoros schöne Frau die Göttin der Vernunft in Notre-Dame vorstellte, bezeichnete den Anfang dieser Verirrung. Die Kirchen wurden geschlossen, der Bischof von Paris (Gobel) und andere entsagten dem Christentum; selbst die christlichen Namen wollte man vertilgen. An diesem Treiben nahm selbst ein Robespierre Anstoß. Er beschloß, die republikanischen Stürmer zu verderben und Camille Desmoulins und Danton in ihren Sturz zu verwickeln. Kaum hatte daher Danton im Februar 1794 seinen Sitz in dem Konvent wieder eingenommen,

März 1794

als St. Just mit einem merkwürdigen Berichte, worin er die

*) Die republikanischen Monatsnamen waren: 1. für den Frühling: Germinal (22. März—21. April usw.), Floreal, Prairial; 2. für den Sommer: Messidor, Thermidor, Fructidor; 3. für den Herbst: Vendemiaire, Brumaire, Frimaire; 4. für den Winter: Nivose, Pluviose, Ventose.

Feinde der Republik in drei Klassen, in Korrupte, Ultrarevolutionäre und Gemäßigte, teilte und auf ihre Bestrafung drang, den gewaltigen Kampf begann. Dieser Bericht hatte zur Folge, daß schon am 24. März neunzehn Ultrarevolutionäre, darunter Cloots, Hebert, Momoro, Ronsin (der Sansculottenheld von Lyon [§ 19]) und mehrere Glieder des Gemeinderats zur Guillotine geführt wurden. Am 31. März wurden die Korrupten vor das Revolutionstribunal gestellt und Danton, Camille Desmoulins, Herault de Sechelles u. a. boshaft als ihre Teilnehmer bezeichnet. Aber Danton und Desmoulins verlangten mit drohendem Ungestüm und unter dem wilden Toben der Masse, die den angeklagten kühnen Frevlern mehr zugetan war als den kalten, gemeinen Jakobinern, aus denen ihre Richter bestanden, daß die Ankläger ihnen gegenübergestellt würden. Dreizehn Entlastungszeugen, die sie vernehmen wollten, wurden kurzweg abgewiesen. Der Vorsitzende des Revolutionstribunals, Herman, und der öffentliche Ankläger Fouquier-Tinville ließen sich vom Konvent einen Erlaß ausstellen, wonach jeder, der der Verschwörung angeklagt war und der nationalen Justiz Widerstand leistete oder sie beschimpfte, unverzüglich von der Verhandlung ausgeschlossen werden sollte. Daraufhin wurde trotz des lebhaften Widerspruchs Dantons und Desmoulins die Sitzung geschlossen. Am andern Tag ließen sich die Geschworenen durch erlogene geheime Aktenstücke bestimmen, Danton und seinen Genossen wider die einfachsten Rechtsformen zum Tode zu verurteilen. Sie starben mit Mut und Entschlossenheit.

Sturz der Hebertisten 24. März

Sturz der Dantonisten

5. April 1794

§ 21. Robespierres Sturz. So war Robespierre unumschränkter Diktator. Nun konnte er seine Ideen zur Herrschaft bringen, die er aus seinem politischen und stilistischen Meister, Rousseau, geschöpft hatte. Neben ihm stand sein erster Helfershelfer, St. Just. Wie er sich die neue Gesellschaft gedacht hatte, die nun unter der Herrschaft des Triumvirates Robespierre, St. Just, Couthon geschaffen werden sollte, dafür geben die „Institutionen" St. Justs Auskunft. Auf den Trümmern der bisherigen Gesellschaftsordnung sollte eine neue, sozialistisch-demokratische Gesellschaft begründet werden, deren Bestehen man durch die Einimpfung des demokratischen Geistes in die Herzen der neuen Generation zu sichern hoffte. Die Kindererziehung sollte eine staatliche sein, Ackerlose an die Bürger verteilt, die Vermögensverhältnisse möglichst gleichgestellt werden — il ne faut ni riches ni pauvres —, jeder Luxus war verboten, Dienstboten durften nicht mehr gehalten werden: kurz, das Ziel war die Vernichtung des Individuums, die Zerstörung alles persönlichen Sonderlebens zugunsten des unumschränkten Gesamtwillens der Gesellschaft und ihrer Organe, d. h. der jeweiligen Machthaber.

Robespierres neue Gesellschaft

Den ersten Schritt zu dieser Neuschaffung des Staates tat Robespierre, indem er im Mai durch den Konvent erklären ließ „das Dasein eines höchsten Wesens und die Unsterblichkeit der Seele sei eine Wahrheit". Bei der Feier dieses höchsten Wesens im Tuileriengarten erschien er als Oberpriester in Galatracht — Nankinghosen, kornblumblauem Rock, dreifarbigem Gürtel, Federbuschhut, einen Ähren- und Blumenstrauß in der Hand tragend. So machte er sich durch seinen Hochmut zugleich verhaßt und lächerlich. Er fühlte jedoch bald, daß er mit seinen Genossen durch die immer mehr zunehmenden Hinrichtungen und Verhaftungen selbst bei seiner Umgebung Gegenstand des Hasses und

Feier des höchsten Wesens 8. Juni 1794

des Abscheus geworden war; daher ging er nie ohne Waffen und ohne Begleitung handfester Leute aus. Schon erschien die Macht, die Robespierre zur Ausführung seiner Pläne forderte, der Mehrheit der Bergpartei, die ihres eigenen Lebens nicht mehr sicher war, selbst gefährlich.

Zu seinen Gegnern gehörte Tallien, der früher in Bordeaux gewütet (§ 19), den aber die reizende Fontenay-Cabarrus auf andere Grundsätze gebracht hatte. Mit ihm verbanden sich Fréron und Fouché, die Wütriche von Lyon und Toulon (§ 19), Vadier, Collot d'Herbois, Billaud-Varennes und zuletzt der glatte Redekünstler Barère. Am 9. Thermidor begann im Konvent ein Kampf auf Leben und Tod. Robespierre und seine Anhänger kamen nicht zum Wort; die Gegner überschrieen sie und setzten in einer stürmischen, von Toben und Geschrei vielfach gestörten Sitzung den Beschluß durch, daß die drei Häupter des Wohlfahrtsausschusses und Henriot in Anklagestand gesetzt und nach dem Palast Luxembourg in Haft geführt werden sollten. Auf dem Wege wurden sie von dem Pöbel befreit, worauf der betrunkene Henriot den Konvent mit der Nationalgarde bedrohte, indes Robespierre, Couthon, St. Just u. a. auf dem Rathause auf Rache sannen. Aber der Konvent kam ihnen durch raschen Entschluß zuvor. Eine laut ausgerufene Achtserklärung zerstreute plötzlich Henriots Armee, während die den Jakobinern abgeneigten Bürger sich um den Konvent scharten. Die Angeklagten wurden auf dem Rathause aufs neue verhaftet. Henriot verkroch sich in eine Kloake, aus der man ihn mit Haken hervorzog. Der 19jährige Gendarm Charles André Meder, gefolgt von einer Schar Grenadiere, brach in das Zimmer, in welchem Robespierre an einem Tische saß, ein, traf mit einem wohlgezielten Schusse seiner Pistole die rechte Wange und zerschmetterte ihm die Kinnlade. Schrecklich entstellt wurde Robespierre unter den Flüchen und Verwünschungen des Volkes zuerst vor das Revolutionstribunal geführt und dann mit 21 seiner Anhänger guillotiniert. An den beiden folgenden Tagen teilten noch 72 Jakobiner das Schicksal ihrer Häupter.

Der 9. Thermidor des Jahres II 27. Juli 1794

28. Juli

§ 22. Neue Verfassung. War auch der Sturz Robespierres und seiner Freunde durch die Thermidorianer nur ein Werk persönlicher Rache, so ward er doch der Anfang einer Rückkehr zur Ordnung und Mäßigung. Der bisher niedergehaltene Mittelstand hatte gesiegt. Man brach die Macht des Wohlfahrts- und Sicherheitsausschusses, indem man ihnen einige andere Ausschüsse zur Seite stellte und die Arbeit wie die Gewalt gleichmäßiger verteilte; man beschränkte die Volksversammlungen der Sektionen, entzog dem Pöbel die für seine Anwesenheit in den Versammlungen oder bei Tumulten bezahlten Tagegelder (2 Fr.), wodurch die Wohlhabenden bald in der Mehrzahl waren, und benutzte die spätern Aufstände, um dem Gesindel die Waffen zu entziehen. Die Macht des Pariser Gemeinderats wurde durch die neue Einteilung der Stadt in zwölf Distrikte mit besondern Maires und Munizipalräten vernichtet. Fréron, aus einem republikanischen Wüterich in einen Aristokraten umgewandelt, versammelte die vornehmen Jünglinge, die von ihrer Kleidung die vergoldete Jugend (Jeunesse dorée) genannt wurden, um sich. Diese griffen bei jeder Gelegenheit mit den schweren Stöcken, die sie gewöhnlich bei sich führten, die Jakobiner auf den Straßen und in ihrem Klub an und setzten der Marseillaise das Lied vom Erwachen des Volks (le réveil du peuple) entgegen. Dadurch wurde allmählich die Macht

Maßregeln gegen den Schrecken

der Jakobiner so gebrochen, daß der von der Partei der Thermidorianer beherrschte Konvent im November es wagen konnte, den Klub zu schließen und im nächsten Jahr das Jakobinerkloster niederreißen zu lassen. Der Konvent verstärkte sich durch Einberufung der ausgestoßenen Mitglieder und der noch vorhandenen Girondisten und bekundete seinen Abscheu vor dem Schreckensregiment durch Aufhebung der furchtbarsten Blutgesetze und durch Hinrichtung der ärgsten Blutmenschen, eines Carrier (§ 19) und Genossen, dann des greulichen Staatsanklägers Fouquier Tinville nebst elf Richtern des Revolutionstribunals. Als aber vier der tätigsten Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses (Barère, Vadier, Collot d'Herbois und Billaud-Varennes) in Anklagestand versetzt wurden, rafften die Jakobiner ihre letzten Kräfte zusammen und trieben das durch die Teurung der Lebensmittel und die große Masse wertloser Assignaten in Verzweiflung gebrachte Volk zu einem furchtbaren Aufstand. Scharen Gesindels umstellten das Versammlungshaus und forderten mit drohendem Geschrei die Freilassung der Patrioten, Brot und die Konstitution von 1793. Von dem Reste der Bergpartei unterstützt, hätten die Terroristen wahrscheinlich obgesiegt, wäre nicht der in Paris gerade anwesende Pichegru dem bedrängten Konvent mit Soldaten und Bürgern zu Hilfe gekommen. So wurde der Aufstand unterdrückt und die vier Angeklagten deportiert.

Aufstand der Jakobiner

1. April 1795

Am 8. Juni 1795 starb der **Dauphin Ludwig** (geb. 27. März 1785). Er war auf Empfehlung Marats einem rohen Menschen, dem Schuster Simon, übergeben worden, der durch eine nichtswürdige Behandlung, wobei er ihn auch zwang, sich in Branntwein zu berauschen, rasch den schwachen Körper des Knaben zugrunde richtete. Nach dem Tode Robespierres wurde er in den Temple zurückgebracht, aber die Sorge der Ärzte konnte ihm nicht mehr das Leben erhalten. Sein Leichnam wurde am 10. Juni in die gemeinsame Gruft des Begräbnisplatzes der Margaretenpfarrei geworfen und mit ungelöschtem Kalk bedeckt, weshalb die von Ludwig XVIII. im Jahre 1815 angestellten Nachforschungen nach den Überresten des Dauphin vergebens waren. Das hat wohl mit den Anlaß gegeben, daß später verschiedene Personen auftraten, die sich für den Dauphin ausgaben. Unter diesen erregte das größte Aufsehen der Uhrmacher **Karl Wilhelm Naundorf** aus Potsdam, dessen Gesichtszüge eine auffallende Ähnlichkeit mit denen der Bourbonen hatten. Er wurde 1836 aus Frankreich ausgewiesen, aber nach seinem Tode 1845 nahmen seine Kinder den Namen de Bourbon an und führten 1851 und 1874 einen vergeblichen Prozeß gegen den Grafen Chambord vor den Gerichten von Paris.

Tod des Dauphin

Die Tochter Ludwigs XVI. wurde am 25. Dezember 1795 gegen Konventskommissäre, die von Dumouriez den Österreichern übergeben waren (§ 17), ausgeliefert und vermählte sich 1799 mit dem Herzog von Angoulême; sie trug aus der Leidenszeit für immer einen finsteren Geist und ein verbittertes Herz davon.

Der noch gefährlichere **Aufstand vom 1. Prairial**, wo der Pöbel von sieben Uhr morgens bis zwei Uhr nachts den Konvent von außen und im Innern umstellt hielt, um die Wiederherstellung des Schreckenssystems zu erzwingen, scheiterte ebenfalls teils an der Festigkeit des mutigen Präsidenten Boissy d'Anglas, teils an der rechtzeitigen Hilfe der Bürger und der Truppen. Von der Zeit an war die Macht der Terroristen dahin.

20. Mai

Ein weit mächtigerer Feind erstand aber jetzt den Thermidorianern des Konvents in den Royalisten, die immer kühner ihr Haupt emporhoben. Damit sie nun nicht bei der Einführung der am 5. Fructidor beschlossenen und vom Volke bestätigten neuen (**dritten**) **Verfassung** aus ihrer Macht gedrängt würden, suchten sie sich durch eine höchst eigenmächtige Klausel die Wiederwahl zu sichern. Nach dieser Verfassung sollte die **vollziehende Gewalt** einem **Direktorium** von

Direktorialverfassung

17. Aug. 1795

fünf Personen, die gesetzgebende dem aus 250 Mitgliedern gebildeten Rate der Alten und dem Rate der Fünfhundert zustehen. Der Konvent beschränkte aber die freie Wahl dadurch, daß er festsetzte, zwei Dritteile dieser beiden gesetzgebenden Räte müßten aus den Konventsgliedern gewählt werden, und wenn zwei oder mehrere Wahlbezirke denselben Abgeordneten wählten, so stehe die Besetzung der freigewordenen Stelle nicht dem Volke (durch eine neue Wahl), sondern dem Konvente zu. Gegen diese „Nachfugen" erhob die von Royalisten bearbeitete und den Konventsgliedern feindselig gesinnte Pariser Bürgerschaft Einsprache, und als diese erfolglos blieb, ergriffen die Sektionen, wo nunmehr die Gemäßigten und Royalisten die Oberhand hatten, die Waffen gegen den Konvent. Da nahm dieser seine Zuflucht zur Armee und übertrug auf Antrag des vom Konvent mit dem Kommando der bewaffneten Macht betrauten Deputierten Barras die Bekämpfung der im Aufstand begriffenen Sektionen an Napoleon Bonaparte (§ 19), der nach Robespierres Sturz durch den Direktor des Kriegsausschusses Aubry sein Artilleriekommando verloren hatte und sich nun ohne Anstellung in Paris befand. Der in den Straßen von Paris erfochtene blutige Sieg vom 13. Vendemiaire verschaffte den Republikanern die Oberhand und dem sechsundzwanzigjährigen Bonaparte den Oberbefehl über die italienische Armee (§ 25). Einige Tage nach seiner Ernennung feierte er seine Hochzeit mit der Witwe des enthaupteten Generals Beauharnais, Josephine, der schönen und anmutsvollen Tochter des französischen Hafenkapitäns auf der Insel Martinique Tascher de la Pagerie, die er durch Barras hatte kennen lernen, und die er leidenschaftlich liebte, obwohl sie mehrere Jahre älter war als er.

Aufstand der Pariser Bürgerschaft

5. Okt. 1795

8. März 1796

Josephine geb. 3. Juni 1763

B. Grundlegung der französischen Militärmonarchie.

§ 23. Der Koalitionskrieg unter dem Einfluß der polnischen Frage.

Die neugeschaffene Regierung der fünf Direktoren (§ 22), Barras, Reubel, Letourneur, Larévellière-Lépeaux und Sieyès, nach dessen Ablehnung Carnot in das Kollegium eintrat, hatte im Innern eine sehr schwierige Aufgabe zu erfüllen: sie mußte den Bürgerkrieg beendigen, Handel und Verkehr wieder heben, Ruhe und Sicherheit schaffen. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit lag aber doch in den äußern Angelegenheiten. Der Feldzug des Jahres 1793 hatte damit geendet, daß nur ein kleiner Landstrich auf dem linken Rheinufer von den Verbündeten behauptet werden konnte und der Herzog von Braunschweig verstimmt und „moralisch krank" den Oberbefehl niedergelegt hatte. An seine Stelle trat der Feldmarschall Möllendorf. Dabei legten Manstein, Kalkreuth, und Lucchesini dem König von Preußen den Gedanken eines Friedens mit Frankreich nahe, besonders mit Rücksicht auf die Vorgänge in Polen, wo unter Kosciusko ein Nationalkrieg ausgebrochen war (Bd. III, § 416); die finanzielle Erschöpfung Preußens verlieh ihren Bemühungen Nachdruck. Schon war in Berlin die Abberufung der Truppen bis auf das vertragsmäßige Reichskontingent beschlossen, als es den Seemächten England und Holland gelang, durch den Subsidienvertrag im Haag den König noch länger bei der Koalition zu halten. Dies hatte zur Folge, daß Möllendorf und der Husarenoberst Blücher an den Vogesen und am Haardtgebirge, wo sich die Franzosen und die Deutschen so oft in Waffen begegnet waren, noch einmal

Kämpfe gegen die Preußen

19. April 1794

den Feinden tapfer widerstanden und auf den blutgetränkten Höhen von Kaiserslautern abermals ihre Kräfte maßen; allein die Weigerung des Feldmarschalls, auf den Ruf der Seemächte in die Niederlande zu ziehen, um die Franzosen, die um dieselbe Zeit bei Tourcoing über die österreichisch-englische Kriegsmacht einen glänzenden Sieg erfochten, von weiterem Vordringen abzuhalten, löste die Haager Übereinkunft, die dem preußischen Ehrgefühl eine tiefe Wunde geschlagen hatte, wieder auf und gab Flandern den Feinden preis. — Im Juni eroberte Pichegru Ypern, während Jourdan, nachdem er viermal über die Sambre zurückgedrängt worden war, endlich die Feinde bei Fleurus schlug und die Räumung Belgiens erzwang. Unter Jourdan dienten die ausgezeichnetsten Feldherren der nächsten Kriegsjahre, wie Marceau, Kleber, Lefebvre, Championnet, Bernadotte, Marescot u. a. Der österreichische Minister Thugut schien nicht abgeneigt, die Niederlande zu opfern und im Osten, in Bayern oder Polen, günstiger gelegene Entschädigungen zu suchen. Mißmutig über diese lähmende Politik, reichte der Prinz von Koburg sein Entlassungsgesuch ein und verließ das Heer. Sein Nachfolger Clairfait führte alsdann die erschöpften Truppen über den Rhein zurück. Beim Eintritt des Herbstes waren nicht nur die österreichischen Niederlande im Besitz der Franzosen, sondern auch Trier und die holländischen Grenzfestungen. Die eroberten Länder wurden mit wertlosen Assignaten überschwemmt, durch Kriegssteuern und Auflagen ausgesogen und durch ein unerhörtes Raubsystem in Elend und Verzweiflung gestürzt.

23. Mai. 18. Mai. Kämpfe gegen die Österreicher 1794. 26. Juni. Okt. 1794.

Unter solchen Umständen war es dem General Pichegru, in dessen Heer sich Moreau, Souham, Macdonald, Vandamme u. a. befanden, möglich, im Dezember und Januar über die beeisten Gewässer einen kühnen Kriegszug gegen die holländischen Generalstaaten zu unternehmen, sich des ganzen Landes zu bemächtigen und die englischen Truppen unter dem Herzog von York zu einem höchst beschwerlichen und gefahrvollen Rückzug zu zwingen. Der Erbstatthalter Wilhelm V., seit seiner Einsetzung durch die preußischen Armeen (Bd. III, § 401) und der mit ihrer Hilfe bewirkten Vermehrung seiner Hoheitsrechte im Lande wenig beliebt, entsagte seiner Würde und begab sich nach dem befreundeten England; die Franzosen aber, unterstützt von niederländischen Gesinnungsgenossen, verwandelten das Land in die Batavische Republik. Freiheitsbäume wurden errichtet, die Menschenrechte verkündigt, republikanische Gesellschaften gegründet und die Regierung der französischen Partei übergeben. Aber nur zu bald empfanden die Holländer die Nachteile dieses Löwenbundes. Die ausgehungerten und zerlumpten Truppen mußten ernährt, gekleidet und besoldet werden; ein am 16. Mai mit Frankreich abgeschlossener Vertrag sicherte diesem Staate nicht nur freie Schiffahrt auf den Gewässern und Benutzung der Seehäfen, sondern überließ ihm Flandern, Mastricht und das Besatzungsrecht in den wichtigsten Festungen nebst 100 Millionen als Entschädigung der Kriegskosten, und während nun unter dem neuen republikanischen Regiment und seinen französischen, vom Mark des Landes zehrenden Beschützern die Staatskasse erschöpft wurde und die Finanzverwaltung in Verwirrung kam, bemächtigten sich die Engländer nicht nur der Handelsschiffe der Holländer, sondern brachten auch viele Kolonien derselben an sich.

Eroberung Hollands 1794—1795. Batavische Republik Febr. 1795. 1795.

Ebenso erfolgreich wie in Holland waren die französischen Waffen

Kämpfe am Rhein

am Rhein, zumal Preußen mit Rücksicht auf Polen sich nicht tief in den französischen Krieg verwickeln lassen wollte. Nach mehrjährigen wechselvollen Kämpfen wurde das sogenannte Schänzel bei Edenkoben, der

15. Juli 1794

wichtigste Punkt der Gebirgspostenlinie der Pfalz, von den französischen Truppen erstürmt und damit ein Keil zwischen die Armeekorps der Verbündeten getrieben. Im Oktober zogen sich die preußischen Truppen, nach-

18.—20. Sept. 1794

dem sie unter Hohenlohe zum dritten Male in der Nähe von Kaiserslautern rühmlich gestritten hatten, über den deutschen Strom zurück und überließen das jenseitige Gebiet den Feinden.

Dann aber wirkten noch entscheidender als bisher schon auf das Schicksal dieses Feldzuges die polnischen Verwicklungen ein (Bd. III). Um für die dritte Teilung freie Hand zu bekommen, knüpfte die preußische Re-

Friede von Basel

gierung durch Hardenberg mit Frankreich Unterhandlungen an, die

5. April 1795

den Frieden von Basel herbeiführten. In diesem wurde das linke Rheinufer den Feinden preisgegeben und der Rhein als „natürliche

17. Mai

Grenze" Frankreichs festgesetzt; außerdem wurde durch eine Demarkationslinie das nördliche Deutschland für neutral erklärt und damit gewissermaßen

22. Juli

unter preußischen Schutz gestellt. Spanien schloß ebenfalls Frieden. Toskana hatte sich schon früher mit der Republik vertragen. So war die Koalition gesprengt und der Grundsatz der solidarischen Interessen sämtlicher monarchischen Staaten gegenüber der Revolution aufgegeben. „Der Bund von Königen, der einen Kreuzzug für Thron und Altar angekündigt hatte, war frühe in einen selbstsüchtigen Kampf um Sonderinteressen umgeschlagen, und keiner von den Teilnehmern konnte vor dem andern sich rühmen, daß er größere Treue und Aufopferung für den Grundsatz bewährt, um dessen willen der Krieg unternommen war."

§ 24. Der deutsche Feldzug von 1796. Die in Preußen gehegte Hoffnung, der Baseler Friede würde die Grundlage eines allgemeinen Weltfriedens werden, erwies sich als eitel. Nicht nur England beharrte

Kämpfe gegen die Österreicher 1795

bei dem Krieg, auch die Österreicher, durch englische Subsidien gewonnen, setzten den Kampf im Süden Deutschlands fort, das somit in zwei Lager (ein friedliches unter Preußen, ein kriegerisches unter Österreich) geteilt war. Unter der Anführung von Clairfait und Wurmser widerstanden sie mit Erfolg den französischen Heeren, die den Rhein überschritten, sich der pfälzischen Stadt Düsseldorf bemächtigten und am Main und Neckar Eroberungen zu machen suchten. Erschreckt flüchteten sich wie drei Jahre früher die geistlichen und weltlichen Höfe am Rhein in das Innere des Reichs; alle Straßen waren mit Auswanderern und Fliehenden gefüllt. Aber bald führten die österreichischen Waffen eine Wendung herbei. Nach Clairfaits

24. Sept.

Sieg bei Handschuchsheim über Pichegru und nach den glücklichen

Okt.

Gefechten unter Wurmser an der Nidda mit Jourdan zogen sich die Franzosen über den Rhein zurück, ihre Flucht mit Raub, Verwüstung und

29. Okt.

tierischen Ausschweifungen bezeichnend. Der glorreiche Sieg bei Mainz

22. Nov.

verschaffte dem österreichischen Oberfeldherrn den Besitz des überrheinischen Landes und setzte ihn in den Stand, den Franzosen Heidelberg wieder zu entreißen und nach einem furchtbaren, mehrtägigen Bombardement die Stadt Mannheim zu besetzen, die der pfalzgräfliche Befehlshaber Oberndorf bei der ersten Aufforderung mit den reichen Vorräten an Kriegsbedarf schmachvoll dem Feinde übergeben hatte. Trotz dieser Erfolge begehrte und erhielt der siegreiche Feldherr, verstimmt über die ränkevolle Regierung

Thuguts und die Vorwürfe des Kriegsrats seine Entlassung. Sein Nachfolger wurde Erzherzog Karl, des Kaisers Bruder.

Doppelkrieg des Jahres 1796

Nach dem Kriegsplane des Direktoriums sollten Jourdan und Moreau durch Deutschland, Bonaparte von Italien aus auf Wien gehen, um im konzentrischen Angriff den Feind niederzuwerfen. Jourdan ging Anfang Juni über den Rhein, um die Österreicher über die Sieg und Lahn zurückzuwerfen, wurde aber vom Erzherzog Karl wieder über den Rhein getrieben. Als dann Moreau durch den Schwarzwald und Württemberg auf München vordrang, ging Jourdan zum zweiten Male vor, um sich durch die Oberpfalz mit ihm zu vereinigen, wurde aber vom Erzherzog Karl, der von der Donau Verstärkungen an sich herangezogen hatte, bei Amberg und bald nachher bei Würzburg so entscheidend geschlagen, daß sein Heer in voller Auflösung über den Rhein zurückwich. Dadurch wurde auch Moreau, dessen rückwärtige Verbindungen nun bedroht waren, zum Rückzuge an den Rhein genötigt. Er vollführte ihn, ohne große Verluste zu erleiden, in bewundernswerter Weise durch das schwierige Höllental bei Freiburg im Breisgau. Die deutschen Regierungen aber, weit entfernt, den Erzherzog Karl gegen die Reichsfeinde zu unterstützen, ahmten größtenteils das Beispiel Preußens nach und suchten durch Verträge mit Frankreich sich von der Kriegslast zu befreien und Erweiterung ihres Gebiets und andere Vorteile zu erlangen. Schon im August hatten Württemberg und Baden ihren Frieden mit der Republik geschlossen und sich gegen die abgetretenen überrheinischen Besitzungen Entschädigungen in geistlichen Gütern versprechen lassen. Es waren die Vorboten des Rheinbundes. Im September erkaufte die bayrische Regierung in Abwesenheit des Kurfürsten durch den Vertrag von Pfaffenhofen von Moreau um Geld und Naturallieferungen Schutz und Frieden, obgleich dieser sich bereits zum Rückzug vor den Österreichern anschickte.

Feldzug in Deutschland

Amberg 24. Aug. Würzburg 3. Sept. 1796

19. Sept. bis 24. Okt.

§ 25. Bonapartes siegreicher Feldzug bis Leoben. Während der Ruhmesglanz der Siege Erzherzog Karls die Herzen der Bevölkerung Süddeutschlands von Preußen ab- und Österreich zuwandte, war die Entscheidung in Oberitalien schon gegen Österreich gefallen. Viktor Amadeus III., König von Sardinien, hatte ein prunkendes Heerwesen eingerichtet; als aber die republikanischen Heere der Franzosen in Savoyen und Nizza einrückten, erlagen seine Truppen den Schlägen der begeisterten Scharen. Indes der Regierungswechsel in Paris (§ 22) und die Betrügereien der Lieferanten brachten bald schreckliches Elend über die französische Armee in Italien. Die Soldaten litten an allem Mangel; sie hungerten, und ihre Kleidung war im jämmerlichsten Zustande; seitdem der Schrecken sie nicht mehr vorwärtstrieb, schien ihre Kraft gewichen; — da erschien Napoleon Bonaparte als Obergeneral. Er wußte die mutlosen Truppen, bei denen sich talentvolle Unterfeldherren und Offiziere befanden, bald so zu begeistern und an sich zu fesseln, daß sie unter seiner Leitung jeder Gefahr trotzten und ihm von Sieg zu Sieg folgten. Und darin liegt denn auch die Bedeutung dieses italienischen Feldzuges, daß er die weltgeschichtliche Größe Bonapartes begründet hat. „Der erste Aufruf, mit dem er sein Heer begrüßte, ließ die ganze Virtuosität des Mannes ahnen; in wenig Sätzen von antiker Kraft und Einfachheit war darin zugleich dem Selbstgefühle des Soldaten geschmeichelt, die Zuversicht des Siegs in ihm geweckt und

Feldzug in Italien

1796

1796

die blühenden Ebenen Italiens ihm als Siegesfeld gezeigt, wo statt Not und Entbehrung nur Genuß und Ruhm seiner warte." Auf dem dunkeln Hintergrunde der Niederlagen in Deutschland erstrahlten Bonapartes Erfolge in um so hellerem Lichte.

1796 Am 11. und 12. April schlug Bonaparte bei Millesimo und am 13. und 14. bei Montenotte den fast achtzigjährigen österreichischen Feldherrn Beaulieu, trennte durch diese Siege die Österreicher von den
22. April Sardiniern und setzte, nach dem siegreichen Treffen von Mondovi, den König Viktor Amadeus durch einen raschen Zug gegen Turin so sehr in Schrecken, daß dieser in einen schimpflichen Frieden willigte, in dem
15. Mai er Savoyen und Nizza an die Republik abtrat, dem französischen Heerführer sechs Festungen seines Landes überließ, große Geldsummen bezahlte und die drückende Verpflichtung einging, den französischen Heeren jederzeit den Durchzug durch sein Land und während desselben die nötigen Lebensmittel zu gewähren und an keinem Bunde gegen Frankreich teilzunehmen.

Schicksal Piemonts

Durch diesen Frieden wurden die Franzosen die eigentlichen Gebieter von Piemont. Fünf Monate nachher starb Viktor Amadeus und überließ den Thron seinem frommen, aber schwachen Sohne Karl Emanuel IV. (1796—1802), einem Schwager des unglücklichen Ludwig XVI. Diesem trotzten die Sieger noch die Zitadelle von Turin ab, als Österreich und Neapel von neuem mit Krieg drohten, und mißhandelten ihn so lange, bis er
1798 der Regierung über Piemont entsagte und sich mit seiner Familie nach Sardinien begab. Die französische Regierung nahm Besitz von seinem Lande, das mit Frankreich vereinigt
1802 und in sechs Departements geteilt wurde, als Karl Emanuel seinem Sohne Viktor Emanuel seine Rechte abgetreten und sich nach Rom begeben hatte.

Nach dem Frieden mit Piemont setzte Bonaparte rasch seinen Siegeslauf fort. Er erzwang den Übergang über die Brücke von Lodi, zog mit königlichem Glanz und unter dem Jubel des leichtsinnigen Volkes in
10. Mai 1796
15. Mai das österreichische Mailand ein und schreckte die kleinen Fürsten von Italien so sehr durch sein Waffenglück und seinen Übermut, daß sie um jeden Preis den Frieden von dem kühnen und klugen Sieger zu erhalten strebten.

Bonapartes Plünderungen

Bonaparte erpreßte von den lombardischen Städten, den Fürsten von Parma, Modena, Toskana ungeheure Summen und die wertvollsten Gemälde, Kunstschätze und Manuskripte. Er verfuhr, wie einst die römischen Feldherren, die er aus Plutarchs Lebensbeschreibungen kannte. Er bereicherte die französische Hauptstadt mit den Werken des Genius, um das schaulustige und eitle Pariser Volk zu ergötzen. „Weder Geld noch Proviant, noch Werke der Kunst und Wissenschaft, noch Erzeugnisse der Industrie und des Ackerbaues, nichts entging einem Plünderungssystem, das bisher in der modernen Völkergeschichte ohnegleichen war" (Lanfrey). Das Direktorium billigte alle diese Erpressungen.

Kämpfe um Mantua

An die Stelle des alten Beaulieu trat nun Wurmser. Aber auch dieser wurde, als er das feste, von Bonaparte belagerte Mantua zu entsetzten suchte, bei Castiglione geschlagen. Auch seine weiteren Versuche,
5. Aug. 1796 Mantua zu retten, waren vergeblich; nach einer neuen Niederlage bei
8. Sept. Bassano mußte er froh sein, sich mit noch 16000 Mann nach Mantua werfen zu können. Die dann von Osten aus Kärnten und von Norden über den Brenner zum Entsatz der Festung heranziehenden österreichischen
15.—17. Nov. 1796 Heere erlitten (bei Arcole, Rivoli und La Favorita) blutige Nieder-
14./15. Jan. 1797 lagen. Dies nötigte den wackern Wurmser, Mantua an den glorreichen
2. Febr. Sieger, dessen Name bereits in aller Munde war, zu übergeben. Bonaparte, des Feindes Tapferkeit ehrend, gewährte dem greisen Feldherrn mit seinem Generalstab und einem Teil der mutvollen Besatzung freien Abzug. Erschreckt über diese raschen Erfolge, eilte Papst Pius VI.,

durch den nachteiligen Frieden von Tolentino (in dem er auf Avignon und Venaissin verzichtete, Bologna, Ferrara u. a. O. abtrat, 30 Millionen Livres bezahlte und eine Anzahl wertvoller Gemälde lieferte) das siegreiche Heer von dem Einzug in den Kirchenstaat abzuhalten. 2. Febr. 1797

Bald nachher übernahm Erzherzog Karl als „Generalissimus" die Führung der österreichischen Truppen in Italien, aber ohne besseren Erfolg. Auch er mußte sich nach großen Verlusten mit den entmutigten Truppen zurückziehen, worauf Bonaparte ihn bis nach Klagenfurt verfolgte, in der Absicht, auf Wien vorzugehen. Kaiser Franz, besorgt über das Schicksal seiner Hauptstadt, ließ sich durch weiblichen Einfluß, Besorgnis vor einer Volkserhebung und durch Thuguts ränkevolle und ehrlose Politik gerade in dem Augenblicke zum Abschluß des nachteiligen Präliminarfriedens von Leoben bestimmen, als die Lage der französischen Armee durch die schlimmen Verhältnisse in Paris (§ 26) und das Ausbleiben der erwarteten Hilfstruppen, durch die unruhigen Bewegungen der kräftigen Tiroler, Steirer und Kärntner und durch den neuerwachten Kriegsmut in Österreich selbst bedenklich zu werden anfing. Die in Leoben festgesetzten Grundbedingungen sicherten den Franzosen den Besitz von Belgien und der Lombardei und stellten ihnen die Erfüllung des Lieblingsgedankens „der natürlichen Grenzen am Rhein" in Aussicht, wenngleich noch zum Schein von der „Integrität des Reichs" die Rede war. Vormarsch auf Wien. Friede von Leoben 18. April 1797

§ 26. Schwäche der Direktorialregierung und ihre Rettung durch Bonaparte. Inzwischen rang das Direktorium in Paris in täglichem Kampfe um sein Dasein; überall regten sich die alten Parteien, um wieder zur Herrschaft zu gelangen. Den ersten Versuch eines Umsturzes machten die Jakobiner; er war um so gefährlicher, als die Mitschuldigen sich im Rate der Fünfhundert befanden. Es war ein Komplot zwischen den Resten der alten Terroristen und dem Anhange des Kommunisten Gracchus Baboeuf. Dieser gehörte zu jenen Weltverbesserern, die mit blindem Fanatismus das Universalmittel gegen alle Leiden der Gesellschaft in deren Zertrümmerung gefunden zu haben meinen. Das Direktorium duldete zuerst die maßlose Sprache des von Baboeuf redigierten Blattes „Le tribun du peuple", in dem er der bestehenden Gesellschaft den Krieg ankündigte, das Privateigentum als die Quelle aller Übel der Welt erklärte und allein den Willen des Volkes als den gerechten und gesetzlichen bezeichnete, weil es in ihm ein Gegengewicht gegen die Royalisten sah. Als aber die Angriffe Baboeufs sich unverhohlen auch gegen das Direktorium richteten, da unterdrückte es diese Verschwörung mit rascher Entschlossenheit. Baboeuf wurde gefangen genommen. Nach einem Aufsehen erregenden Gerichtsverfahren wurde er zum Tode verurteilt und, nachdem er sich vergebens mit einem Dolche zu töten gesucht hatte, am 27. Mai 1797 guillotiniert. Die übrigen wurden teils hingerichtet, teils verbannt. Größer war noch die Gefahr, die von den Royalisten drohte. Es machte sich doch allmählich eine Strömung in dem französischen Volke geltend, die auf die Schaffung einer einheitlichen Gewalt hindrängte, um endlich aus der furchtbaren wirtschaftlichen Not herauszukommen, gegen die auch das Direktorium keine Hilfe hatte finden können. Lage des Direktoriums. Mai 1796. Baboeuf

Der Verfall der Volkswirtschaft war zu sichtbar geworden, um nicht bei den besonnenen Elementen die größte Sorge um die Zukunft Frankreichs hervorzurufen. Die Produktion und der Verkehr waren völlig lahmgelegt: bei Wirtschaftliche Zustände

der allgemeinen Unsicherheit des Eigentums, der durch die Preismaxima und die endlosen Requisitionen hervorgerufenen Ungewißheit des Arbeitseinkommens wollte niemand sein Geld wagen; denn wer wußte, ob ihm der Ertrag seiner Arbeit auch zugute kommen würde! Die größeren Vermögen waren vernichtet, und der sich neben den innern Wirren hinziehende äußere Krieg hatte die frühere blühende Exportindustrie, besonders die der französischen Luxuswaren,

Finanzen zerstört. Dazu kam dann noch der volle Verfall der Staatsfinanzen; von den bisherigen Einnahmequellen hatte man den größeren Teil — drei Viertel des bisherigen Einkommens — aufgegeben oder verfallen lassen, während zugleich die öffentlichen Ausgaben in unerhörtem Maße gesteigert wurden. Das schlimmste Übel aber, das zum Staatsbankerott führen mußte, war die heillose Assignatenwirtschaft (§ 9).

Assignaten Die Assignaten waren sehr bald als wirkliches Papiergeld behandelt und ins Ungemessene vermehrt worden, so daß kein realer Wert mehr dahinterstand. Die Abschnitte wurden immer kleiner bis auf 3 Livres, das Maximum immer größer; nach 1793 war überhaupt kein Maximum mehr festgesetzt worden. In diesem Jahre zirkulierten fast 3 Milliarden, am 1. Januar 1795: 7 1/4 Milliarden, am 1. Januar 1796: 27 1/2, am 7. Sept. 1796: 45 1/2 Milliarden, natürlich nur Nominalbetrag, während der Staat hiervon im Durchschnitt schwerlich mehr als 10 % an Wert wirklich erhalten hatte. Der Kurs der Assignaten hielt sich noch im März 1791 auf 90 %, sank aber im gleichen Jahre auf 77 % und bewegte sich dann 1792 zwischen 73 und 57 %, 1793 zwischen 52 und 22 %, 1794 zwischen 40 und 20 %; 1795 fiel er endlich auf 1/2 % und stand im März 1796 ca. 1/8 %. Das grenzenlose Unheil, das diese Entwertung des allgemeinen Zahlungsmittels für das ganze Land mit sich brachte, konnte niemandem verborgen bleiben. Das Mißtrauen gegen dieses Papiergeld vermochte man auch nicht zu beseitigen durch Vermehrung des als Pfand dienenden Domanialbesitzes mittelst fortgesetzter Konfiskationen und noch weniger durch harte, ja blutige Zwangs- und Strafdekrete, unter denen das 1793 erfolgte Verbot der Barzahlung eines der unsinnigsten war. Dasselbe wurde erst nach dem Ende der Schreckensherrschaft 1795 wieder aufgehoben. Das Direktorium versuchte durch Vernichtung der Assignatenplatten im Februar 1796 dem Mißtrauen zu steuern; das hatte aber nicht mehr viel zu bedeuten, da der Kurs damals kaum noch die Herstellungskosten deckte. Auch das Mittel, die Assignaten 1796 zu 50 % gegen Mandats territoriaux und Anweisungen auf Emigranten- und Nationalgüter umzutauschen, half nichts, da diese Anweisungen doch im Grunde nichts anderes als Assignaten waren. Am 21. Mai 1797 wurden alle Assignaten für ungültig erklärt, die noch nicht gegen Mandate umgetauscht waren. Als der Zwangskurs der letzteren im Februar 1797 aufgehoben wurde und die öffentlichen Kassen die Mandate zum Tagespreis annahmen, stand der letztere auf 1/4000 ihres Nominalbetrags.

Royalisten Da das Direktorium allen diesen Verhältnissen ohnmächtig gegenüberstand, schien den Royalisten die Gelegenheit, die Monarchie wieder zurückzuführen, günstig zu sein. Sie hatten den Klub von Clichy gegründet und zählten auch unter den gesetzgebenden Räten und selbst im Direktorium (Carnot, Barthélemy) Gesinnungsgenossen.

Staatsstreich des Direktoriums Als nach Ablauf des ersten Jahres auf Grund der Verfassungsurkunde ein Drittel der Räte ausschied und die Zahl durch neue Wahlen ergänzt wurde, gelang es den Royalisten, fast lauter Leute ihrer Farbe in die gesetzgebende Versammlung zu bringen. Unter ihnen befand sich Pichegru, der schon früher als Oberfeldherr der Rheinarmee mit den Emigranten in Verbindung gestanden hatte und jetzt als Präsident des Rats der Fünfhundert die Zurückführung des Königtums zu bewirken suchte. Dies machte die Republikaner im Direktorium und in den gesetzgebenden Kammern besorgt. Sie suchten zuerst durch den tapfern Feldherrn Hoche die royalistische Bewegung niederzuschlagen; als aber die Hitze dieses Generals und ihre eigene Unentschlossenheit den Plan vereitelten, wandten sie sich an Bonaparte. Dieser schickte eine Abteilung seines Heeres unter dem klugen Bernadotte und dem Haudegen Augereau nach Paris, angeblich um die eroberten Fahnen zu überbringen, in der Tat aber, um den

4. Sept. 1797 Direktoren gegen die Royalisten zu dienen. Am 18. Fructidor des Jahres V umstellte Augereau mit seinen Truppen die Tuilerien und bemächtigte sich der roya-

listischen Deputierten, worauf elf Glieder des Rats der Alten, 42 der Fünfhundert (darunter Pichegru und Willot) und zwei Direktoren (Barthélemy und Carnot) zur Deportation nach Guyana (Cayenne) in Südamerika verdammt wurden. Durch ein von dem neuen Direktor Martin entworfenes Dekret wurden dann die royalistischen Wahlen kassiert, die zurückgekehrten Emigranten und einige noch anwesende Verwandte des Königshauses aus dem Lande getrieben, eine Reihe von Zeitschriften zugunsten des Königtums unterdrückt und deren Eigentümer, Redakteure und Mitarbeiter zur Deportation verurteilt.

§ 27. Friede von Campo Formio und französische Tochterrepubliken.

So war die Republik aufs neue (vergl. § 22) mit Gewalt erhalten worden und dankte ihre Fortdauer demselben Bonaparte, der ihr soeben die glänzendsten Erfolge nach außen verschafft hatte. Inzwischen hatte dieser die mit Österreich geschlossene Waffenruhe zur Demütigung des einst so stolzen und mächtigen Venedig benutzt.

Vernichtung der Republik Venedig

Der morsche Freistaat, dessen oligarchische Verfassung den Forderungen der Zeit nicht mehr entsprach, hatte bisher zwischen den kriegführenden Mächten Neutralität beobachtet, die von beiden Seiten wenig geachtet worden war, weil sie nur als Folge der Ohnmacht erschien. Die Franzosen trugen großes Gelüste nach der reichen Handelsstadt und hatten bereits mit vielen nach dem Umsturz der bestehenden Verfassung strebenden Demokraten Verbindungen angeknüpft, als die Unbesonnenheit des Senats einen willkommenen Anlaß zur Vernichtung des Freistaats bot. Die im Rücken der französischen Armee entstandene Volksbewegung erfüllte nämlich die venezianische Regierung mit der Hoffnung, die Feinde würden den Streichen des rüstigen Landvolks erliegen; sie nährte daher die unter den Bewohnern des venezianischen Festlandes herrschende Aufregung und rief dadurch einen drohenden Aufstand hervor. Am 17. April fiel das ergrimmte Volk von Verona und der Umgegend über die zurückgebliebenen Franzosen her und ermordete sie. Der Senat nahm im Vertrauen auf Österreich eine kriegerische Haltung an, als plötzlich die Nachricht von dem Abschluß des Vertrags von Leoben eintraf. 1797

Statt nun dem kriegdrohenden Feinde mutig Widerstand zu leisten und mit Ehren zu fallen, flehten die Ratsherren von Venedig demütig die Gnade des Siegers an und willigten, unter Vorbehalt ihrer Pensionen, in die Entlassung der tapfern Truppen (Slavonier) und in die Übertragung der Staatsgewalt an einen vom Volke neugewählten demokratischen Rat. Dies war das Vorspiel zum gänzlichen Untergang des Freistaats, denn Bonaparte hatte die Absicht, Venedig auszuplündern und dann die ausgeleerte Stadt als Entschädigung an Österreich zu überlassen. Zu dem Ende zogen im Mai die Franzosen in die Lagunenstadt ein, führten die Schiffe und die Vorräte des Zeughauses weg, beraubten die Kirchen, Galerien und Bibliotheken ihrer kostbarsten Schätze und hielten die Stadt so lange besetzt, bis die Unterhandlungen mit Österreich zum Abschluß kamen. Dieser hatte sich durch die Hoffnung der verbündeten Mächte auf einen in Paris zu erwartenden royalistischen Umschwung verzögert; als dann diese Hoffnung vereitelt war (§ 26), wurde der Friede von Campo Formio abgeschlossen.

Friede von Campo Formio 17. Okt. 1797

In diesem Frieden wurde das venezianische Gebiet östlich der Etsch nebst Istrien und Dalmatien an Österreich überlassen, wogegen dieses die aus der österreichischen Lombardei, aus Mantua, Modena, Ferrara, Bologna gebildete und nach Art der französischen Republik durch ein Direktorium und zwei gesetzgebende Räte verwaltete Cisalpinische Republik anerkannte, in die Abtretung Belgiens an Frankreich willigte und den entsetzten Herzog von Modena durch den Breisgau zu entschädigen verhieß. Das ganze linke Rheinufer, mit Ausnahme der preußischen Gebiete von Kleve, Mörs und Geldern, sollte an Frankreich überlassen werden. Die preußischen Besitzungen wurden ausgeschieden, um Preußen an den geplanten Entschädigungen nicht teilnehmen zu lassen. Die auf dem linken Rheinufer geschädigten Fürsten sollten nämlich auf dem rechten entschädigt werden; hierüber, sowie über die anderen Deutschland betreffenden Punkte sollte der Kongreß von

Kongreß zu Rastatt 9. Dez. 1797 bis 23. April 1799

Rastatt Näheres bestimmen. Diesen Kongreß eröffnete Bonaparte selbst, übertrug dann aber die Leitung einigen Diplomaten und begab sich im Dezember nach Paris, wo er vom Volke mit Jubel begrüßt und von der Direktorialregierung mit Ehren empfangen wurde.

Englands Erfolge

Auf den andern Kriegsschauplätzen war nichts geschehen, was die in Italien und Österreich gefallene Entscheidung hätte beeinflussen können. Auf dem Meere war England glücklich und siegreich, und es konnte sich nunmehr rücksichtslos gegen die holländischen Kolonien wenden, da die Batavische Republik im Bunde mit Frankreich war (§ 23). Auch das

19. Aug. 1796

Bündnis, welches das bourbonische Spanien in Ildefonso mit Frankreich abschloß, bot den Engländern nur die Gelegenheit, sich diesen Rivalen zur See und in der Kolonialwelt vom Halse zu schaffen. Der kühne Plan, den der General Hoche mit dem Direktorium verabredet hatte, in Irland mit einer französischen Flotte zu landen und den dort ausgebrochenen Befreiungskampf der Iren gegen die brutale Unterdrückung der

Dez. 1797

englischen Zwingherrschaft zu unterstützen, scheiterte an der Ungunst der Witterung. Die Schiffe des Generals Hoche wurden durch Stürme und Nebel getrennt und verschlagen, und nach schweren Verlusten mußte er unverrichteter Dinge wieder nach Frankreich zurückkehren. Aber andrerseits zerschlugen sich auch die Friedensunterhandlungen zwischen Frankreich und England. Ein voller Frieden lag auch nicht im Interesse des Direktoriums; denn sonst kamen die Soldaten und die unbequemen siegreichen Generale zurück und bereiteten der Regierung neue Schwierigkeiten und Gefahren. So mußten diese weiter beschäftigt werden.

Republikanischer Propagandakrieg

Der Gedanke, Frankreich mit einem Wall von Tochterrepubliken gegen das monarchische Europa abzuschließen, lag durchaus im Geiste der siegreichen Revolution und bot den Direktoren willkommene Gelegenheiten zu einem systematischen Propagandakrieg. Eine batavische und cisalpinische Republik bestanden schon; nun sollte eine Römische und Helvetische geschaffen werden. Ein Grund zur Einmischung war schnell

Römische Republik

gefunden. Im Winter 1797 entstanden in Rom und andern Teilen des Kirchenstaats republikanische Bewegungen, zum Teil aus Unwillen über den von der päpstlichen Regierung geübten Druck, zum Teil durch französische Einwirkungen. Bei ihrer Unterdrückung kam der französische General Duphot ums Leben. Dies gab der französischen Regierung Veranlassung, Berthier mit einem Heer in Rom einrücken zu lassen. Auf

11. Febr. 1798

dem römischen Forum wurde ein Freiheitsbaum errichtet; die weltliche Gewalt wurde dem Papste entzogen und einer aus Konsuln, Senatoren und Tribunen bestehenden und der französischen Verfassung nachgebildeten republikanischen Regierung übertragen. Dann legten die neuen Befreier

15. Febr.

(besonders der harte Massena) der Stadt drückende Kriegssteuern auf, plünderten Kirchen und Paläste und schleppten die öffentlichen Kunstwerke als Trophäen nach Paris. Ja, als das Volk Anstalt machte, sich der aufgedrungenen Freiheit wieder zu entledigen, wurde der greise Papst

20. Febr.

Pius VI. nach Frankreich abgeführt und über die Kardinäle schwere Verfolgung verhängt.

Schweiz

Um dieselbe Zeit wurde auch die Verfassung der Schweiz geändert. In diesem Lande war schon seit lange die Herrschaft über die einzelnen Kantone in den Händen einiger weniger Patrizierfamilien, die nicht nur ihren minder angesehenen Mitbürgern der Hauptstädte, sondern auch den Bewohnern des Landes allen Anteil an der Regierung versagten und sie als Untertanen behandelten. Am drückendsten war dieses Verhältnis in Bern. Hier herrschten

einige Ratsherren, die nur aus gewissen Familien gewählt wurden, nicht bloß über den ganzen Kanton, sondern auch über das seit 1536 unterworfene (Bd. III), an Sprache und Gesinnung den Franzosen verwandte Waadtland und über Aargau. Die nach Unabhängigkeit und Selbstregierung strebenden Waadtländer suchten sich mit Hilfe der Franzosen der fremden Herrschaft zu entziehen. Es entstanden demokratische Volksbewegungen, die, von Frankreich genährt, endlich in einen Aufstand gegen die Berner Aristokraten ausgingen. Unter dem Beistand einer französischen Armee machte sich Waadt nach einigen unbedeutenden Gefechten von der Berner Herrschaft frei. Da aber bei dieser Gelegenheit einige Franzosen getötet wurden, so gab dies dem General Brune den gewünschten Vorwand, Bern zu besetzen, sich des reichen Schatzes und Zeughauses zu bemächtigen und durch Kriegssteuern dem Lande, dem man ohnedies wegen Duldung der Emigranten grollte, große Summen abzupressen. Zwietracht und Parteihaß erzeugten auch in Basel und andern Kantonen der Schweiz Volksbewegungen und brachten den Plan der Direktorialregierung, in der Schweiz eine der französischen nachgebildete Verfassung zu begründen, schnell zur Reife. Febr. 1798

Die Bundesrepublik der Schweiz wurde für aufgelöst erklärt, um der einen und unteilbaren Helvetischen Republik mit fünf Direktoren (darunter die Urheber der Umwälzung, Ochs von Basel und Laharpe von Waadt) und zwei gesetzgebenden, vom gesamten Volke in Urversammlungen gewählten Räten Platz zu machen. Genf wurde dem französischen Gebiete beigefügt, Zürich, Luzern u. a. O. durch Raub und Erpressung schwer heimgesucht. Umsonst lehnten sich die katholischen Kantone am Vierwaldstättersee auf Anstiften ihrer Priester gegen diese Bestimmung auf; nach heftigem Widerstand und vielen blutigen Kämpfen wurden sie gezwungen, dem Beschlusse der übrigen beizutreten. Helvetische Republik 22. März 1798

In Italien verwandelte die Republik Genua durch eine Konvention mit Bonaparte die aristokratische Verfassung in eine demokratische (Ligurische Republik) und schloß ein Schutz- und Trutzbündnis mit Frankreich. Lucca wurde im Februar 1799 von den Franzosen in Besitz genommen. Ligurische Republik 6. Juni 1797

§ 28. Bonaparte in Ägypten. Bonaparte war nach seiner von dem Volke mit Begeisterung begrüßten Rückkehr nach Paris (§ 27) von dem Direktorium mit Mißtrauen beobachtet worden. Man gedachte ihn wieder auswärts zu beschäftigen, und zwar sollte er das Werk Hoches (§ 27) wieder aufnehmen und den Versuch auf Irland erneuern. Nicht ungelegen für Bonapartes Zukunft war Hoche kürzlich bei Wetzlar gestorben. Es schien in der Tat so, als ob Bonaparte große Rüstungen in den Seehäfen gegen England ins Werk setzte, doch wurde eine Landung auf englischem Boden oder ein Angriff auf Hannover für eine gelegenere Zeit aufgeschoben. In aller Stille dagegen traf er die Vorbereitungen zu einem Zuge nach Ägypten; in Toulon sammelte sich der Rest seines italienischen Heeres. Doch hatte er trotz aller Vorsicht die Engländer nicht täuschen können. Nelson, ihr bedeutendster Admiral, setzte alles daran, die französische Flotte bei ihrer Abfahrt von Toulon zu überfallen. Aber ein Sturm vereitelte sein Vorhaben, und Bonaparte gelangte ungefährdet über Malta, das er nach einem geheimen Vertrage mit Österreich dem Johanniterorden entriß, nach Ägypten und eroberte am 2. Juli die Hauptstadt Alexandrien. Große Pläne leiteten ihn bei diesem abenteuerlichen Unternehmen. Von Ägypten aus konnte das Mittelmeer beherrscht werden, wo Frankreich seit dem Frieden von Campo Formio bereits das Plan einer Landung in England und Zug nach Ägypten 18. Mai 1798 2. Juli 1798 Pläne Bonapartes

Protektorat über die jonischen Inseln besaß; von Ägypten aus konnte man die morsche Herrschaft der Türken in Kleinasien und Griechenland erschüttern; von Ägypten aus konnte Frankreich seine Arme nach Ostindien ausstrecken und Englands Macht in seinen Kolonien vernichten. Von solchen weitgehenden Plänen erfüllt, führte Bonaparte das Heer durch die ägyptische Wüste nach Kairo. In der Schlacht an den Pyramiden, „von deren Höhen vier Jahrtausende auf die französischen Kämpfer herabblickten", wurden die Mameluken, die damals unter türkischer Oberhoheit Ägypten beherrschten, besiegt. Darauf konnte Bonaparte in Kairo einziehen.

Schlacht an den Pyramiden 21. Juli 1798

Ein glänzender Erfolg war errungen, aber er wurde wett gemacht, als Nelson nach längerem Umhersuchen im mittelländischen Meere endlich die französische Flotte bei Abukir fand und sie in einer Seeschlacht bis auf vier Schiffe vernichtete. Dadurch wurde Napoleons Lage, der nun von Frankreich abgeschnitten war, äußerst schwierig. Auf sich angewiesen, mußte er versuchen, die Mittel für den Krieg aus Ägypten selbst zu gewinnen; er errichtete deshalb eine neue Verwaltung, Polizei und Besteuerung nach europäischem Zuschnitt, während die Künstler und Gelehrten, die sich beim Heere befanden (Bertholet, Comte), die Merkwürdigkeiten der Natur und Kunst in diesem Wunderlande vortrefflich erforschten. Indes so sehr Napoleon und seine Soldaten auch die Religionsgebräuche der Mohammedaner schonten und ihren Priestern, Moscheen und Gebräuchen alle äußere Achtung zollten, so entbrannte doch der Fanatismus bei den Muselmännern. Als Steuern und Kriegsumlagen auferlegt wurden und die Pforte, die sich durch Bonapartes Vorspiegelungen von Freundschaft nicht täuschen ließ, die Mohammedaner Ägyptens und Syriens zum Kampf wider die Christen aufrief, entstand in Kairo eine fürchterliche Empörung, die nur mühsam unterdrückt wurde, nachdem gegen 6000 Menschen erschlagen worden waren. Bonaparte benutzte den Sieg zu Erpressungen und zog dann nach Syrien, um die von der Pforte abgeschickten Truppen vom Eindringen in Ägypten abzuhalten. Nach Besiegung der Mameluken bei El Arisch eroberte Bonaparte Jaffa (wo er an 2000 rüstige Arnauten, die früher gefangen und unter der Bedingung, nicht ferner gegen Frankreich zu dienen, entlassen, jetzt aber wieder ergriffen worden waren, als Meineidige erschießen ließ) und schritt zur Belagerung von Jean d'Acre (Akkon). Hier erfuhr Bonapartes Glück den ersten Stoß. Die Türken, von dem englischen Schiffsobersten (Commodore) Sidney Smith mit Belagerungsgeschütz vortrefflich ausgerüstet, schlugen alle Stürme der Franzosen glücklich zurück. Zugleich bedrohte ein türkisches Entsatzheer die Belagerer im Rücken. Es wurde zwar bei Nazareth von Junot und am Tabor von Kleber besiegt und zersprengt, aber dennoch sah sich Bonaparte genötigt, als die Pest unter seinen Truppen zu wüten begann, Jean d'Acre aufzugeben, und trat nach furchtbarer Verwüstung des Landes den Rückzug an. Alle Pferde wurden mit Kranken und Verwundeten beladen; die Soldaten litten den schrecklichsten Mangel. Bonaparte teilte alle Mühseligkeit mit dem Geringsten seines Heeres; er soll auch ein mit Pestkranken gefülltes Hospital besucht haben. Die Angabe, daß er den Stabsarzt Desgenettes aufgefordert habe, die Pestkranken, die in Jaffa zurückgelassen werden mußten, durch Opium aus der Welt zu schaffen — eine Zumutung, welche dieser mit den Worten zurückgewiesen

Seeschlacht bei Abukir 12. Aug. 1798

21. Okt.

Zug nach Syrien

20. Febr. 1799

17. März

16. April

Rückzug

habe, „sein Beruf sei, die Menschen zu heilen, nicht sie zu töten" — hat sich als eine verleumderische Nachrede seiner Feinde herausgestellt. Im Juni erreichte Bonaparte Kairo wieder, und schon im folgenden Monat schlug er bei Abukir eine dreimal stärkere türkische Armee und richtete 25. Juli 1799
durch diesen Sieg, der zu seinen glorreichsten Waffentaten gehört, den sinkenden Mut der Soldaten wieder auf. Bald nachher erfuhr er aus einigen von Sidney Smith ihm aus Schadenfreude zugesandten Zeitungsblättern die Unfälle in Italien (§ 30). Das brachte ihn zu dem Entschluß, so rasch als möglich nach Frankreich zurückzukehren.

§ 29. Der Anfang des zweiten Koalitionskrieges. a. Ursprung. In Europa hatte sich inzwischen eine neue, zweite Koalition gegen Frankreich gebildet. Das Glück der französischen Waffen, verbunden mit dem Übermute der Republikaner, die in allen Ländern das Alte umzustürzen und neue Verfassungen einzuführen drohten (§ 27), führte die meisten europäischen Mächte zu diesem zweiten großen Bunde zusammen.

Zustände in Neapel

Der Anstoß zu diesem neuen Kriege ging von Neapel aus. König Ferdinand IV. befaßte sich zwar nur mit Jagd und Fischerei, aber seine stolze, leidenschaftliche Gemahlin Karoline, eine Tochter der Maria Theresia, die sich ganz von dem britischen Gesandten und dessen Gemahlin, der zweideutigen Lady Hamilton, leiten ließ, war von tödlichem Hasse gegen Frankreich und die königsmörderischen Republikaner erfüllt. Mit der ungemessensten Freude vernahm sie die Kunde von dem Schicksal der französischen Flotte bei Abukir. Sie wartete aber die Zeit nicht ab, bis der große Kriegsbund gegen Frankreich fertig war, sondern bestimmte ihren Gemahl, trotz der Warnungen des österreichischen General Mack, mit einem Heer ungeübter Truppen in den Kirchenstaat einzurücken. Rom wurde besetzt und von den neapolitanischen Soldaten ebenso mißhandelt wie früher von den französischen. Nach einigen Tagen rückten jedoch die 23. Nov. 1798
zurückgedrängten republikanischen Truppen unter Championnet wieder vor, schlugen die Neapolitaner in die Flucht, bemächtigten sich Roms und drangen in das Gebiet ihrer Feinde ein. Bestürzt und ratlos flüchtete sich der neapolitanische Hof nach Sizilien, ließ seine eigene Kriegsflotte 21. Dez.
in Brand stecken und gab die Hauptstadt den Siegern preis. Mack und der königliche Statthalter teilten die Ratlosigkeit ihrer Gebieter; sie schlossen einen Vertrag, vermöge dessen sie die Festungen den Franzosen zu überliefern und zehn Millionen durch Kriegsumlagen herbeizuschaffen versprachen. Dies setzte das von dem Klerus geleitete Volk in Wut. Scharen zerlumpten Gesindels (Lazzaroni), mit Bauern und Galeerensklaven verbunden, bemächtigten sich Neapels und erzeugten solchen Schrecken, daß der königliche Statthalter sich nach Sizilien flüchtete und Mack Schutz bei den Franzosen suchte und als Kriegsgefangener nach Paris wanderte. Über Blut und Leichen bahnte sich alsdann Championnet einen Weg in die hartnäckig verteidigte Hauptstadt, nach deren Eroberung er im Einvernehmen mit den einheimischen, den gebildeten Ständen angehörenden Republikanern die Parthenopäische Republik mit einer der französischen Direktorialregierung ähnlichen Verfassung einrichtete. Alle angesehenen, gebildeten und von vaterländischem Gefühl durchglühten Neapolitaner schlossen sich, erfreut über die Erlösung von dem langjährigen Drucke des königlichen und priesterlichen Despotismus, den Fremdlingen an. Die kurze Frist, während welcher sie ihrem schönen Traum leben konnten, hinderte die edlen Schwärmer, sich ihrer

Parthenopäische (Neapolitanische) Republik Jan. 1799

Täuschung bewußt zu werden. Championnet beleidigte die Direktorialregierung, als er die neue Republik vor der Habsucht ihrer Abgesandten schützen wollte; er mußte daher den Oberbefehl an Macdonald abtreten, wurde zurückgerufen und verhaftet.

Österreich

Diese Vorgänge in Italien hatten besonders in Österreich Besorgnis erregt; es befand sich zudem schon lange mit dem Direktorium in Spannung, weil in Wien bei einem Volksfeste die Wohnung des französischen Ge-

13. April 1798

sandten Bernadotte gestürmt und die dreifarbige Fahne, die er wie zum Trotz ausgehängt hatte, abgerissen und verbrannt worden war, ohne daß die österreichische Regierung die verlangte Genugtuung gegeben hatte. —

England

England fürchtete von der ägyptischen Unternehmung Gefahr für seine ausländischen Besitzungen und streute daher Geld mit vollen Händen aus, um Frankreich neue Feinde zu bereiten. Auch hatte es gegründete Ursache zum Zorn, da das Direktorium in Paris die in Irland herrschende Gärung durch Zusage bewaffneter Unterstützung zur Empörung steigerte (§ 27). Im Vertrauen auf diese Hilfe griffen die durch die harte Verwaltung und das strenge Gerichtsverfahren der Engländer in Verzweiflung gesetzten Irländer zu den Waffen, konnten aber, trotz der Hilfeleistung des

Mai 1798

tapfern Generals Humbert, der überlegenen Kriegsmacht Englands und der Kriegskunst des Feldherrn Cornwallis nicht widerstehen. Nach einem blutigen Bürgerkrieg wurde der Aufstand unterdrückt, Humbert, der nur eine geringe Mannschaft bei sich hatte, zur Kapitulation genötigt und dann das ganze Land unter strenges Kriegsrecht gestellt. Wolf Toun, ein geistvoller politischer Schriftsteller und Haupturheber des französischen

Juli 1800

Bündnisses, starb durch kriegsrichterlichen Spruch. Die Vereinigung Irlands mit England in Verwaltung und Gesetzgebung war die letzte

Rußland

Maßregel zur Unterwerfung des unruhigen Landes. — In Rußland herrschte seit 1796 Katharinas einziger Sohn, der menschenfeindliche, arg-

1796—1801

wöhnische Paul I., ein Fürst von etwas zerrüttetem Geiste, der gegen die das göttliche Recht der Selbstherrschaft gefährdenden Grundsätze der Revolution den größten Haß hegte und in seinem Eifer für das Alte so weit ging, daß er, gleich der Königin Karoline von Neapel, die neumodischen Trachten als Erzeugnisse der Revolution strenge verbot. Als großer Verehrer des Malteserordens, zu dessen Großmeister er sich ernennen ließ, obwohl er einer andern Kirche angehörte, sah er in der Wegnahme Maltas durch Bonaparte einen hinreichenden Grund zum Kriege. Mit ritterlichem Sinn begann er den Kampf für die gestörte Legitimität und für die

Türkei

Wiederherstellung der alten Zustände und Ansichten. — Selbst der Sultan schloß sich der Koalition an, als Napoleon das türkische Reich von Ägypten

Preußen

und Syrien aus bedrohte. Nur Preußen, wo am 16. Nov. 1797 Friedrich Wilhelm III. den Thron bestiegen hatte, hielt sich neutral, wie sehr auch Rußland und England sich Mühe gaben, es zum Beitritt zu bewegen.

24. Jan. 1799

§ 30. b. Der italienische Feldzug. Die Wegnahme von Ehrenbreitstein, dessen tapfere Besatzung mitten im Frieden von den Franzosen durch Hunger zur Übergabe gezwungen wurde, eröffnete den neuen, blutigen Krieg, der indessen bald eine für Frankreich ungünstige Wendung nahm.

Kriegsereignisse in Deutschland 21. 25. März

In Deutschland wurde Jourdan von Erzherzog Karl bei Osterach und Stockach geschlagen und zum Rückzug über den Rhein genötigt. Auch Massena, der durch Graubünden und das Engadin gegen Tirol vordrang

und sich dann mit Jourdan vereinigen wollte, wurde bei Feldkirch von Hotze zurückgeworfen. Durch Jourdans Vorgehen wurde aber die Auflösung des Kongresses in Rastatt (§ 27) herbeigeführt. Die französischen Gesandten (Roberjot, Bonnier und Jean Debry), die durch Trotz und Übermut sich allgemein verhaßt gemacht hatten, zögerten auf Anweisung Talleyrands mit ihrer Abreise, um so lange als möglich ihren Einfluß auf die deutschen Staaten geltend zu machen. Erst als ihnen von Österreich eröffnet wurde, daß man ihnen keine Sicherheit mehr gewähren könne, schickten sie sich zur Abreise an. Aber kaum hatten sie bei Anbruch der Nacht die Stadt verlassen, als sie wider alles Völkerrecht von Szekler Husaren angefallen, ihrer Papiere beraubt und so mißhandelt wurden, daß zwei sogleich starben und der schwerverwundete Jean Debry sich nur dadurch rettete, daß er in einen Graben kroch. Die entsetzliche Bluttat, deren geheime Fäden trotz aller Mühen nicht mehr haben entwirrt werden können, erzeugte überall Abscheu und wurde von dem Direktorium benutzt, um das Volk zur Rache zu entflammen.

23. März
Ende des Rastatter Kongresses
28. April

In Italien erlagen darauf, während Napoleon in dem glühenden Sande Ägyptens stand, seine Schöpfungen den Streichen der von dem ruhmgekrönten Suworow geführten russischen Truppen. „Ein fast siebenzigjähriger Veteran, jedoch von dem Feuer und der Kraft eines Jünglings, in den Formen geschmeidig wie ein russischer Höfling, aber in seinem Wesen zäh, schroff und eigensinnig wie wenige, ein geschulter Feldherr und doch wieder wilder, genialer Naturalist, in seinen Entwürfen kühn bis zur Verwegenheit, aber von beispielloser Ausdauer und Kaltblütigkeit in ihrer Durchführung, besaß Suworow eine Macht über die Soldaten, wie sie wenigen Feldherren gegeben war. Er konnte dem Soldaten das Ungeheuerste zumuten, denn der gemeine Mann war von dem Aberglauben beherrscht, daß der Sieg an seine Fahne geknüpft sei.“ In wenigen Wochen eroberten die Russen und die von Kray geführten Österreicher die Cisalpinische Republik, nachdem der Kriegsminister Scherer bei Magnano, südlich von Verona, der wieder angestellte Moreau bei Cassano und der aus dem Neapolitanischen herbeigerufene Macdonald an dem durch Hannibals Sieg berühmten Flusse Trebbia überwunden worden waren. Die blutige Niederlage der Franzosen in der Schlacht von Novi, wo der von der mißtrauischen Direktorialregierung als dermaleinstiger Rivale und Gegner Napoleons ausersehene junge General Joubert den Heldentod starb, vollendete den Verlust Italiens. Die Cisalpinische Republik geriet in volle Auflösung; alles, was an die neue Ordnung geknüpft war, ergriff die Flucht. Auch die Parthenopäische Republik sank schnell zusammen, als nach dem Abzug der Franzosen der Kardinal Ruffo mit Banden von Bauern und Lazzaroni die Stadt erstürmte und seinen Weg mit Leichen und Brandstätten bezeichnete, während im Norden Neapels Michael Pazza (Fra Diavolo [Bruder Teufel] genannt, weil er schlau wie ein Mönch und stark wie ein Teufel wäre) den Guerillakrieg führte.

Feldzug Suworows in Italien 1799
5. April 1799
27. April
17.—19. Juni
15. Aug.
Reaktion in Neapel
19. Juni

Die Republikaner Neapels widerstanden lange mit Heldenmut und schlossen endlich unter fremder Vermittlung einen Vertrag, der ihnen Sicherheit und freien Abzug gewährte. Aber kaum war die königliche Familie unter Nelsons Beistand aus Sizilien zurückgekehrt, als infolge des Grundsatzes, daß man Rebellen keine Treue schuldig sei, blutige Verfolgungen nicht nur über die Urheber der Republik, sondern über alle Gebildeten und Wohlhabenden verhängt wurden. Der Sieger von Abukir, umstrickt von den Reizen der Lady Hamilton,

schändete seinen ruhmgekrönten Namen durch den Beistand, den er der rachsüchtigen Königin und ihrer Umgebung gewährte. Taten, vor denen die Greuelszenen der französischen Schreckenszeit in Schatten treten, wurden von der königlichen Regierung und der Priesterschaft verübt.

Kirchenstaat

Pius VI. hatte sein von Alter und Kummer gebeugtes Haupt zu Valence (§ 27) ins Grab gelegt (29. Aug. 1799), aber wenige Tage nach seinem Tode wurde ein unter Österreichs Schutze in Venedig gewählter Nachfolger, Pius VII., von den verbündeten Mächten (Russen, Engländern, Türken) wieder nach dem Vatikan geführt.

§ 31. c. Die Kämpfe in der Schweiz und in Holland. Nach den von der Schweiz aus unternommenen vergeblichen Angriffen unter Massena (§ 30) behaupteten sich die Franzosen, obgleich sie von Erzherzog Karl

4. Juni

in einer Reihe von Gefechten, die man als die erste Schlacht bei Zürich bezeichnet, zum Rückzug genötigt wurden, am Vierwaldstättersee und im Reußtal bis zum Gotthardpaß. Da erhielt Suworow den Befehl, seinen Siegeslauf in Italien zu verlassen und sich mit den Österreichern und einem zweiten russischen Heer unter Korsakow in der Schweiz zu vereinigen.

Suworows Alpenzug

Mit diesem törichten Befehl begann der Niedergang der Koalition. Er entsprang dem Mißtrauen Rußlands und Englands gegen die österreichischen Eroberungspläne in der Schweiz. Suworow hielt den Befehl für unsinnig (er wollte Genua angreifen), gehorchte aber und überstieg

Ende Sept.

mit wunderbarer Kühnheit die unwegsamen Eisberge der Alpen, um die Franzosen aus ihrer Stellung bei Zürich zu verdrängen. Auf diesem Zuge kämpften die russischen Heere mit Beschwerden und Gefahren, die selbst die Leiden der französischen Armee in Ägypten und Syrien überstiegen. Auf dem Gotthard, an der Teufelsbrücke wurden gegen Natur und Feinde Kämpfe bestanden, die zu den kühnsten Waffentaten in der Weltgeschichte gehören. Die abgehärteten, an Mühseligkeit und Krieg gewöhnten russischen Soldaten folgten ihrem tatkräftigen, beharrlichen Anführer mit stummem Gehorsam über Eis und Schnee. Aber trotz der unglaublichen Anstrengung vermochten sie doch die Franzosen nicht aus der

26. 27. Sept. 1799

Schweiz zu verdrängen. Korsakow war in der zweiten Schlacht bei Zürich geschlagen worden und der tapfere Hotze in einem Plänklergefecht gefallen. Suworow konnte sich deshalb bei seiner Ankunft im Muottatal mit der zweiten russischen Armee (Korsakow) nicht vereinigen und führte, mit dem kaiserlichen Feldherrn und dem Wiener Kabinett gänzlich entzweit,

Anf. Okt.

nach einem zweiten Zuge über die schneebedeckten Alpenhöhen von Graubünden im Dezember den Rest seiner Armee in die Heimat zurück, wo er einige Monate nachher in Kummer über die unverdiente Ungnade

18. Mai 1800

seines Kaisers starb. Kutaissow, früher Kammerdiener, dann Vertrauter Pauls, war bei einer Begrüßung von dem General verächtlich behandelt worden und hatte aus Rache seinem Gebieter hinterbracht, daß einige Kleinigkeiten des Gamaschendienstes, die er während des Krieges anbefohlen hatte, bei der Armee in Italien nicht beachtet worden seien.

„Am Morgen des 25. Sept.," erzählt Häusser, „war Suworow an dem Urner Loch angelangt; seine Soldaten drängten vor, Hunderte fanden an dem geöffneten Abgrund der Teufelsbrücke ihren Tod, und es schien nicht denkbar, selbst gegen die viel schwächere Zahl der Franzosen den Durchgang zu erzwingen, als die Russen den kühnen Entschluß wagten, mitten im Feuer des Feindes einzeln den steilen Rand der Reuß hinabzuklettern, durch den wildschäumenden Fluß zu waten und, indem sie am andern Ufer mühsam hinaufstiegen, die Franzosen zu umgehen. So wurde die Brücke gewonnen, der Übergang über den gesprengten Bogen mit Brettern und Baumstämmen hergestellt. Am 26. Sept. langte Suworow zu Altdorf an, wo die Gotthardstraße in die Wellen des Vierwaldstättersees mündet und kein Fahrzeug bereit lag, ihn nach dem andern Ufer zu bringen. Eine unwegsame Gebirgsmasse trat ihm

entgegen und streckte ihren nackten Felsenarm in das finstere Schächental hinaus wie ein riesiger Wegweiser des Schicksals. Nur auf den Hirten- und Jägerpfaden dieser engen Talschlucht und der Bergübergänge im Hintergrunde war es möglich, zu wirtlicheren Gegenden zu gelangen, und selbst dies war zweifelhaft, wenn der Ausgang des Kampfes, der in denselben Stunden am Zürchersee gefochten wurde, den Feind in den Besitz dieser Alpenpässe brachte. Ohne den Truppen Ruhe und Rast zu gönnen, schlug der unerbittliche Feldherr am 27. Sept. den Weg ins wilde Schächental ein, um von da über die steile Höhe des Kinzigkulm den Weg ins Tal der Muotta zu finden. Der Zug des ganzen Heeres, das sich raupenartig über die öden Felsmassen hinbewegte, dauerte sechzig Stunden. Am Abend des 29. Sept. war die ganze Masse, nach unnennbaren Anstrengungen, in Muotta angekommen. Als Suworow das Schicksal der verbündeten Heere erfuhr und die Unmöglichkeit einer Verbindung mit denselben einsah, entschloß er sich, wenngleich mit innerem Widerstreben, zu einem nicht minder beschwerlichen Rückzug über die Bündner Alpen, mit einem ermatteten Heere ohne Fußbekleidung und ohne zureichende Lebensmittel. — Ein frischgefallener, zwei Fuß tiefer Schnee, der mit jedem Schritte wich, deckte die schmalen Fußwege, auf welchen die Felsmassen des Gebirgsrückens einzeln und mühsam erklettert werden mußten. Von der Höhe herab, soweit das Auge reichte, zeigten sich Graubünden und Tirol als eine ungeheure Schneewüste: keine menschliche Spur, kein Pfad war zu sehen; kein Strauch gewährte die Möglichkeit, Feuer zu machen. Auf dem jenseitigen Abhange war der Schnee durch die kalten Winde so hart gefroren, daß nur der Sturz der vorderen Menschen und Pferde die folgenden warnen konnte, den gefährlichen Steig mit einem andern, ebenso gefährlichen zu vertauschen. — Wohl war der Verlust an Menschen und Material, den die drei Wochen gekostet, einer verlorenen Schlacht gleich, aber der moralische Eindruck sah eher einem Siege ähnlich."

Holland

Hatte in Italien und der Schweiz die Besorgnis vor Österreichs Gewinnsucht den Fortgang der russischen Waffen gehemmt, so bewiesen die Engländer, als der unfähige Herzog von York in Verbindung mit den Russen die Franzosen unter Brune aus Holland vertreiben und den Erbstatthalter wieder einsetzen wollte, daß auch sie nur von Selbstsucht und Eigennutz geleitet wurden. Nachdem der ungeschickte Oberfeldherr die Russen den Feinden geopfert hatte, erkaufte er sich und den Seinigen durch eine schmachvolle Kapitulation die Rückkehr. Dieses unedle und selbstsüchtige Benehmen erbitterte den über den Untergang so vieler tapfern Krieger bekümmerten Kaiser Paul so sehr gegen die Koalition, daß er von ihr zurücktrat und einige Zeit nachher sich an Bonaparte anschloß (§ 34), dessen straffes militärisches Regiment mit Ordnung und Gehorsam bald seine Bewunderung erregte. So waren die schlimmsten Gefahren für Frankreich schon geschwunden, als Bonaparte in Frankreich landete.

Waffenstillstand von Alkmaar 18. Okt. 1799

Rücktritt des Zaren

§ 32. Der 18. Brumaire. In aller Stille und mit der größten Eile hatte Bonaparte nach Empfang der schlimmen Nachrichten aus Europa seine Abreise aus Ägypten betrieben. Nach Übertragung des Oberbefehls über die ägyptische Armee an Kleber (unter dem der allgemein geachtete Desaix, der sich als Befehlshaber von Oberägypten selbst bei den Eingeborenen den Beinamen des gerechten Sultans erworben hatte, der zum Islam übergetretene Menou u. a. m. standen) fuhr er mit etwa 500 Begleitern (darunter Murat, Marmont, Duroc, Berthier, Lannes, der Geheimschreiber Bourienne, die Gelehrten Monge, Bertholet u. a.) auf zwei Fregatten und einigen kleinen Fahrzeugen aus dem Hafen von Alexandrien ab und erreichte unentdeckt von den Engländern die französische Küste, wo er bei Frejus unter dem Jubel des Volks ans Land stieg.

Rückkehr Bonapartes

24. Aug. 1799

8. Okt.

Die Direktorialregierung hatte damals schon alles Ansehen verloren. Die ausübenden Direktoren, bei denen Sieyès den Republikaner Reubel ersetzt hatte, lagen mit der gesetzgebenden Versammlung der Fünfhundert im Hader. Die Unfälle im Kriege, die Steuergesetze, die Beschränkungen

Lage des Direktoriums

der Preßfreiheit durch Unterdrückung der Journale u. a. m. dienten der Opposition, an deren Spitze Bonapartes Bruder Lucian Bonaparte stand, zu Angriffen gegen die Regierung. Die durch die sogenannte Re-
20. Juni 1799 volution des 30. Prairial bewirkte gewaltsame Ausschließung des wackern Laréveillère-Lepeaux und zweier seiner Amtsgenossen aus dem Direktorium, und ihre Ersetzung durch drei ganz unbedeutende Männer erhöhte die allgemeine Unzufriedenheit. In den Provinzen regten sich die Royalisten; in Paris hielten die Jakobiner Versammlungen in der Reitschule und erneuerten den alten Klub unter andern Formen. Zu ihnen hielten sich die Feldherren Augereau, Bernadotte und Jourdan, von denen der letztere sich als Mitglied der Fünfhundert durch Begründung des später auch in Deutschland und andern Staaten eingeführten Konskriptionsgesetzes um Frankreichs Kriegsmacht verdient machte. Die Unfälle in Italien wurden der Abwesenheit Bonapartes zugeschrieben, den das Direktorium aus Neid „deportiert" habe. Nirgends hatte die bestehende Regierung Freunde, und jedermann war von der Notwendigkeit einer Änderung der Verfassung überzeugt, als die Kunde von Bonapartes Landung aller Augen auf diesen lenkte. Die „Heimkehr des Helden" bildete den Inhalt aller Gespräche; an seinen Namen knüpften sich die kühnsten Hoffnungen.

Sturz des Direktoriums

Bald nach seiner Ankunft in Paris faßte Bonaparte, in Verbindung mit Sieyès und seinem zum Präsidenten der Fünfhundert gewählten Bruder Lucian, den Entschluß, die Direktorialverfassung zu stürzen. Zu dem Ende versicherte er sich der in Paris anwesenden Truppen und Offiziere und ließ dann durch Lucian unter dem Vorwande eines jakobinischen Komplotts die Sitzungen nach St. Cloud verlegen. Die Direktoren waren entweder, wie Sieyès und Roger-Ducos, in die Verschwörung eingeweiht, oder sie wurden zur freiwilligen oder gezwungenen Entsagung gebracht. In St. Cloud versuchte Bonaparte zuerst, durch Überredung die Deputierten für seine Pläne zu gewinnen; als ihm dies nicht gelang und die Versammlung der Fünfhundert ihn mit Vorwürfen und Drohungen überschüttete, erteilte er seinen Grenadieren den Befehl, mit gefälltem Bajonett den Sitzungssaal zu leeren. Die Republikaner suchten durch Türen und Fenster ihr Heil; die Trotzigsten wurden von den Grenadieren fortgetragen. Die Ausschließung von 61 Mitgliedern aus dem Rate der Fünfhundert, die Errichtung einer vorläufigen Konsularregierung, wozu Sieyès, Roger-Ducos und Bonaparte bestimmt wurden, und die Ernennung einer Kommission von fünfzig Personen, die während der Vertagung der Ratssitzungen die Rechte der Gesetzgebung üben und den Entwurf einer neuen Verfassung und eines Gesetzbuches anfertigen sollten,
9. u. 10. Nov. 1799 machten den Beschluß des Gewaltstreiches vom 18. und 19. Brumaire.

Drittes Kapitel.

Napoleons und Englands Machtherrschaft.

A. Das Konsulat, die Begründung der französischen Vorherrschaft zu Lande, der englischen zur See.

§ 33. Die Konsularverfassung. Die neue, hauptsächlich aus Sieyès' Kopf hervorgegangene, aber von Bonaparte veränderte (vierte) Verfassung,

die durch Abstimmung von der ganzen Nation angenommen wurde, ließ den Schein einer Republik bestehen, schuf aber in der Tat eine Militärmonarchie, indem sie den ersten Konsul mit solcher Macht bekleidete, daß er von einem Monarchen nicht sehr verschieden war. Die wesentlichen Bestimmungen der neuen, mit dem Anfang des Jahrhunderts in Wirkung tretenden Verfassung waren folgende: I. Alle großjährigen Einwohner Frankreichs (damals 5 Millionen) sollten aus ihrer Mitte ein Zehntel als Kandidaten zu den kommunalen Ämtern (Kommunalnotabeln) wählen; diese 500000 wählten wieder ein Zehntel zu Departementsnotabeln als Kandidaten für die Ämter der Departements, und aus diesen 50000 gingen dann 5000 Nationalnotabeln hervor, aus deren Mitte allein alle höheren Staatsdiener und Abgeordneten ernannt wurden. Alle Ernennungen aber waren der obersten Staatsleitung vorbehalten. II. Dem aus 80 Mitgliedern bestehenden (Erhaltungs-)Senat stand die Befugnis zu, aus den von den Departements einzuschickenden Namenslisten die Glieder der gesetzgebenden Macht und die obersten Beamten und Richter zu wählen. Unter der Zahl der reichbesoldeten und wenig beschäftigten Senatoren befanden sich auch Sieyès und Roger-Ducos. „Der Senat wurde die Zufluchtsstätte von Berühmtheiten, denen das Alter die tätige Laufbahn versagte, oder der Lohn gewisser Anhänger, die nicht nützlicher verwendet werden konnten." III. Die gesetzgebende Gewalt, die keine Initiative besaß, zerfiel a) in das Tribunat, das 100 Mitglieder zählte und die Vorschläge der Regierung zu prüfen und darüber zu debattieren hatte, und b) in den gesetzgebenden Körper zu 300 Mitgliedern, die diese Vorschläge ohne Diskussion annehmen oder verwerfen durften; von beiden Räten sollte jährlich ein Fünftel erneuert werden. IV. Die Regierung bestand aus drei auf zehn Jahre gewählten Konsuln, von denen der erste, Bonaparte, unmittelbar oder durch den Senat alle Stellen besetzen, über Krieg und Frieden allein entscheiden und einen Staatsrat zur Seite haben sollte, indes die beiden andern Konsuln (Cambacérès und Lebrun) nur als Beiräte zu fungieren hatten.

Konsularverfassung

In den Staatsrat und zu Ministern wählte Bonaparte die talentvollsten und erfahrensten Männer, die mit der Bildung der alten Zeit die Tätigkeit und Geschäftsgewandtheit der Revolutionszeit verbanden. Der kluge Diplomat Talleyrand ward Minister des Äußeren; Gaudin (später Herzog von Gaëta) stand den Finanzen vor; der verschlagene Fouché besorgte die Polizei; der energische Carnot, der sich der Deportation (§ 26) durch die Flucht nach Deutschland entzogen hatte und nun zurückgerufen wurde, wurde Kriegsminister, nachdem Berthier als Chef des Generalstabes den Oberbefehl über die italienische Armee übernommen hatte, da Bonaparte nach den Worten der Verfassung die Grenzen Frankreichs nicht verlassen sollte. Der arbeitsame Maret (Herzog von Bassano) besorgte die Geschäfte eines Generalsekretärs. Das französische Gesetzbuch (Code Napoleon), bei dessen Abfassung der als Jurist ausgezeichnete zweite Konsul Cambacérès, sowie Merlin, Lebrun, Röderer u. a. tätig waren, ist ein durchschlagender Beweis von der Einsicht des Staatsrates. Die Einsetzung von Präfekten in den Departements und von Unterpräfekten in den Arrondissements brachte das Land in die Hände der Regierung und begründete die für Frankreich so verhängnisvolle Zentralisation.

Die neuen Beamten

Code Napoleon 21. März 1804

§ 34. Österreichs Niederlage. „Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Aufgabe eines Friedensstifters der Republik, eines obersten Vermittlers der Parteien dem Geiste Napoleons vorgeschwebt hat, ehe ihn der Taumel des Ehrgeizes fortriß." Dieses Urteil Lanfreys findet in den ersten Unternehmungen des neuen Herrschers eine scheinbare Bestätigung. Nach Einrichtung der neuen Verfassung schrieb nämlich Bonaparte eigenhändig an den König von England einen mit hochklingenden Redensarten angefüllten Brief, in dem er die Hand zum Frieden bot, ebenso an den Kaiser. Aber

Fortgang des Krieges

der ungewöhnliche Schritt fand wenig Anklang; eine kalte diplomatische Antwort sprach von Wiedereinsetzung der Bourbonen und von Rückkehr zu den alten Grenzen. Der Gegensatz zwischen der scheinbaren Wärme, Offenheit und Großmut Bonapartes und der abweisenden Kälte der Kabinette von London und Wien erfüllte die feurigen Franzosen mit neuer Kampflust. Von allen Seiten strömten dem Konsul tapfere Krieger zu, aus denen er ein streitbares Heer bildete und in der Nähe des Genfer Sees sammelte, indes die in Dijon aufgestellte sogenannte Reservearmee unter Berthier die Welt täuschte und den Spott der Engländer erregte. Zugleich gelang es Bonaparte, den russischen Kaiser auf seine Seite zu ziehen. Pauls Vorliebe für die Soldaten und seine Verstimmung gegen die eigennützigen Bundesgenossen, welche die gefangenen Russen nicht eintauschen wollten (§ 31), klug benutzend, schickte Bonaparte etliche Tausend dieser Gefangenen neu gekleidet und bewaffnet ohne Lösegeld unter eigenen Anführern durch Frankreich und Deutschland nach Rußland zurück und gewann dadurch diesen launenhaften Kaiser in solchem Grade, daß er in brieflichen Verkehr mit dem Konsul trat und dessen Unternehmungen gegen Österreich und England begünstigte.

Übergang über den Gr. St. Bernhard 16.—20. Mai

Nach Beendigung der Rüstungen eilte Bonaparte nach Genf und unternahm dann mit der Hauptarmee den kühnen Zug über den Großen St. Bernhard, indes andere Heeresabteilungen über den Simplon, St. Gotthard und andere Pässe nach Italien drangen. Das Heer zog an dem zwischen Schnee- und Eisbergen gelegenen Hospiz vorüber in das Flußtal der Dora Baltea hinab, wo ihm das von den Österreichern besetzte Fort Bard unüberwindliche Schwierigkeiten zu bereiten schien. Aber Bonapartes Geist fand Auswege. Auf einem Hirtensteig überschritten die Truppen die nahe Berghöhe, indes das Geschütz zur Nachtzeit mit großer Vorsicht unter den Batterien des Forts durchgeführt wurde. So kamen die Franzosen ganz unerwartet in Oberitalien an in demselben Augenblicke, als ihre letzte Besitzung, Genua, nach der entsetzlichsten Hungersnot, die über fünfzehntausend Menschen dahinraffte, von

4. Juni 1800

den tapfern, aber gefühllosen Feldherren Massena und Soult den Österreichern übergeben wurde. Indes das Erscheinen Bonapartes in ihrem Rücken hob diesen Erfolg wieder auf. Fünf Tage nach Genuas

9. Juni

Fall erlitten die Österreicher bei Montebello durch Lannes' Tapferkeit eine Niederlage, und kurz darauf wurde unweit Alessandria die

Schlacht bei Marengo 14. Juni

entscheidende Schlacht von Marengo geliefert. Zweimal behaupteten die Österreicher unter Melas das Schlachtfeld und nötigten die Franzosen zum Rückzuge, und der Feldmarschall war seines Sieges so gewiß, daß er schon Boten mit der frohen Nachricht nach Wien abfertigte; als aber der alte, kränkliche Feldherr einer kurzen Ruhe pflegte, erneuerte Bonaparte nachdem er den General Desaix, der einige Tage zuvor aus Ägypten zurückgekehrt war (§ 32), mit seinen Truppen an sich gezogen hatte, das Treffen zum drittenmal und erlangte den Sieg, hauptsächlich durch das rechtzeitige Eingreifen des jungen Kellermann, der aus eigenem Antrieb einen Reiterangriff in die Flanke des Feindes machte. Desaix fiel, aber die Niederlage der Österreicher war vollständig, und das Wiener Kabinett

Waffenstillstand von Alessandria 15. Juni

eilte, durch den Waffenstillstand von Alessandria den Rest des Heeres zu retten, und gab die Lombardei zum zweitenmal preis. — Gleichzeitig war eine Armee unter Moreau in Schwaben und Bayern

eingedrungen, hatte die Österreicher bei Stockach, Möskirch und auf dem berühmten Schlachtfelde von Höchstädt und Blindheim (Bd. III, § 318) zurückgeschlagen und zu dem Waffenstillstand von Parsdorf genötigt, der den Süden von Deutschland den Franzosen preisgab, wie der Vertrag von Alessandria Italien. Auf diesem Zuge fiel der tapfere Latour d'Auvergne, der „erste Grenadier von Frankreich".

3. Mai 1800

Waffenstillstand von Parsdorf 15. Juli

Bonaparte ehrte das Andenken des Helden, indem er dessen Stelle im Grenadierkorps unbesetzt ließ und bestimmte, daß beim Aufruf des Namens Latour ein Grenadier vortreten und antworten mußte: „Gefallen auf dem Felde der Ehre."

Frankreich wünschte einen Separatfrieden mit Österreich; da jedoch das Wiener Kabinett Bedenken trug, ohne England abzuschließen, so wurde der Krieg bald wieder erneuert. Aber der glorreiche Zug Macdonalds und Monceys über die Graubündner Alpen nach Trient und Moreaus glänzender Sieg in der blutigen Schlacht von Hohenlinden, der den Franzosen den Weg nach Wien öffnete, nötigte die Österreicher, in dem Frieden von Luneville die in Campo Formio (§ 27) eingegangenen Bedingungen zu erneuern und den Talweg der Etsch und des Rheins als die Grenzen des zur Machtsphäre Frankreichs gehörenden Gebiets anzuerkennen. In Italien bildete sich die Italienische Republik unter Bonapartes Präsidentschaft; für Deutschland verfügte der Luneviller Friede, daß die auf der linken Seite des Rheins zu Verlust gekommenen weltlichen Fürsten durch säkularisierte Kirchengüter und aufgehobene Reichsstädte auf dem rechten Ufer entschädigt werden sollten. Die nähere Ausführung dieser Bestimmung erfolgte dann durch den sogenannten Reichsdeputationshauptschluß, die Ergänzungsakte des Luneviller Friedens.

Schlacht bei Hohenlinden 3. Dez. 1800

Friede von Luneville 9. Febr. 1801

Januar 1802

Aus der Cisalpinischen Republik wurde eine Italienische Republik, deren nach Lyon berufene und von Talleyrand schlau geleitete Vertreter (Consulta) Bonaparte zum Präsidenten wählten und ihm die Regierungsgewalt gänzlich anheimgaben. Die gesetzgebende Macht wurde einem aus verschiedenen Ständen gewählten Rat und dessen Ausschüssen (Staatsconsulta) übertragen. Der Herzog von Modena, dem österreichischen Kaiserhause verwandt, erhielt den Breisgau und die Ortenau. Toscana wurde zu einem Königreich Etrurien umgeschaffen und dem spanisch-bourbonischen Herzog von Parma Ludwig I. übergeben, auf den zwei Jahre später sein unmündiger Sohn Karl Ludwig unter Vormundschaft seiner Mutter Marie Louise von Spanien folgte. Der österreichische Großherzog von Toscana erhielt das Erzstift Salzburg mit der Propstei Berchtesgaden, einen Teil des Hochstifts Passau und des Bistums Eichstädt und die Kurwürde.

Folgen des Friedens für Italien

§ 35. Deutschland nach dem Reichsdeputationshauptschluß. Die deutschen Erbfürsten, die durch die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich Länder und Rechte eingebüßt oder durch rechtzeitigen Anschluß an den mächtigen Nachbar Bonapartes Gunst erlangt hatten, erhielten durch den Reichsdeputationshauptschluß reichliche Entschädigung in den säkularisierten Bistümern und Stiftern und in den aufgehobenen Reichsstädten auf dem rechten Rheinufer. Eine heilsame Folge dieses Vorgangs war, daß die Kleinstaaterei Deutschlands verringert wurde und in den süddeutschen Staaten sich ein frisches bürgerliches Leben zu regen begann. Die katholische Kirche erfuhr dabei eine für die Zukunft bedeutungsvolle Umgestaltung: der durch die Beseitigung der geistlichen Fürstentümer und damit der aristokratischen Bischöfe erlittene Verlust war nur scheinbar, in der Tat gewann die Kirche durch den nun auch aus den niedrigsten Kreisen aufstrebenden neuen plebejischen Klerus an Kraft und Volkstümlichkeit.

Reichsdeputationshauptschluß 25. Febr. 1803

Bei der Aufteilung traten Niederträchtigkeit, Kriecherei und Bestechungskünste in häßlichster Form zutage und in Paris begann ein nichtswürdiger Handel um die deutschen Länder.

Auch Rußland, das Ostpreußen zu erlangen hoffte, machte seinen Einfluß geltend und vereinbarte am 6. August 1802 mit Frankreich einen Entwurf zur Verteilung des deutschen Landes. Und dieser wurde dann auch in der Hauptsache die Grundlage der Bestimmungen des Reichsdeputationshauptschlusses. Schlau wußte der französische Machthaber die einzelnen Fürsten und Staaten zu trennen und sie zu Sonderverträgen mit Frankreich zu bringen. Dies hatte zur Folge, daß sich Preußen und Bayern in den Besitz der ihnen von Frankreich zugesicherten und von Rußland gebilligten Entschädigungsgebiete setzten, ehe noch der Reichstag in Regensburg seine Zustimmung gegeben und die Änderungen durch den Reichsdeputationshauptschluß gutgeheißen hatte.

Preußen

Preußen erlangte die Bistümer Hildesheim und Paderborn, den größten Teil des Hochstifts Münster nebst der Stadt, mehrere Abteien und Reichsstädte (Mühlhausen, Nordhausen, Goslar), die mainzischen Besitzungen in Thüringen (Erfurt) und das Eichsfeld.

Bayern

Bayern, wo der neue Kurfürst Maximilian Joseph von Pfalz-Zweibrücken (seit Febr. 1799) teils aus wohlberechneter Politik, teils durch englische Subsidien gewonnen, anfangs an der Koalition gegen Frankreich eifrig Anteil genommen und dadurch die Unabhängigkeit seines bedrohten Landes vor Österreichs Eroberungsgelüsten geschützt hatte, empfing zum Lohn für das Bündnis, das es am 24. Aug. 1801 mit Frankreich abgeschlossen hatte, und als Entschädigung für die großen Verluste auf beiden Seiten des Rheins die geistlichen Fürstentümer Würzburg, Bamberg, Augsburg, Freising und einen Teil des Hochstifts Passau, eine Anzahl Abteien (u. a. Kempten) und Reichsstädte (Schweinfurt, Kempten, Memmingen, Kaufbeuren, Nördlingen, Rothenburg, Windsheim usw.). Der zum Kurfürsten erhobene Markgraf Karl Friedrich von

Baden

Baden bekam die pfälzischen Ämter Bretten, Heidelberg und Ladenburg mit der Stadt Mannheim; ferner die diesseitigen Gebiete der Bistümer Konstanz, Basel, Straßburg und Speyer, die Herrschaft Lahr, mehrere Reichsstädte (Pfullendorf, Offenburg, Zell, Gengenbach u. a.) und viele Klöster und Stifter (Salem, Lichtenthal, Allerheiligen, Ettenheimmünster u. a.). Baden war bei den Entschädigungen am reichlichsten bedacht, weniger wohl, wie Bonaparte vorgab, „wegen der Regententugenden des Markgrafen Karl Friedrich, die ihm seit lange die Achtung Europas erworben", als weil hier die Wünsche des Kaisers Alexander für das verwandte Haus und das Interesse Frankreichs, einen befreundeten Nachbar zu haben, zusammentrafen. Der tyrannische, aber kluge Herzog Friedrich von Württemberg erhielt für seine Verluste in Frankreich (Mömpelgard u. a.) eine große Anzahl Abteien und Klöster und mehrere Reichsstädte (Reutlingen, Hall, Gmünd, Rottweil, Heilbronn, Eßlingen, Giengen u. a.). Auf ähnliche Weise

Württemberg

Mittel- und norddeutsche Staaten

wurden entschädigt und vergrößert: **Hessen-Kassel** (durch Fritzlar, Amöneburg, Gelnhausen u. a.); **Hessen-Darmstadt** (mit den Mainzer Ämtern Gernsheim, Bensheim, Lorsch, Heppenheim u. a., mit dem Reste des Bistums Worms, mit einigen pfälzischen Ämtern [Lindenfels u. a.], mit mehreren geistlichen Stiftern, als Hirschhorn, Seligenstadt u. a., und mit der Reichsstadt Friedberg); **Nassau** (mit mehreren mainzischen und pfälzischen Ämtern am Rhein, als Höchst, Rüdesheim, Oberlahnstein, ferner Hochheim am Main, Bad Soden, mehrere Kapitel und Abteien, wie Limburg u. a.); **Hannover** (durch das Bistum Osnabrück); einige nachmals mediatisierte Fürsten, wie die von **Leiningen** (mit den Abteien Amorbach und Gerlachsheim und einigen Mainzer und Würzburger Ämtern, als Miltenberg, Buchen, Boxberg, Tauberbischofsheim u. a.), **Bretzenheim** (mit Lindau), **Isenburg, Hohenlohe, Löwenstein** und mehrere **Reichsgrafen**. Wilhelm von **Oranien**, der Sohn des flüchtigen Erbstatthalters von Holland erhielt die Stifter Fulda und Corvey. Auch der **Deutschherren-** und der **Johanniterorden** erhielten Entschädigungen, letzterer besonders im Schwarzwald und im Breisgau. Sonst blieb von geistlichen Fürsten nur der Erzbischof von **Mainz** Karl von Dalberg als Kurerzkanzler und erhielt Aschaffenburg, Wetzlar und Regensburg; von den **Reichsstädten** blieben nur Hamburg, Bremen, Lübeck, Frankfurt, Nürnberg, Augsburg. Baden, Württemberg und Hessen-Kassel wurden zu **Kurfürstentümern** erhoben.

Ritterorden

Kurerzkanzler

Reichsstädte

§ 36. Englands Erfolge. Der Friede von Amiens. Während dieser Vorgänge war des Zaren Verhältnis zu Österreich und England in demselben Grade feindselig geworden, als seine Verbindung mit Bonaparte sich freundlicher und inniger gestaltet hatte (§ 34). Er nahm den Plan seiner Mutter wieder auf, durch einen **bewaffneten Neutralitätsbund** mit Dänemark, Schweden und Preußen die britische Seeherrschaft zu brechen, und suchte in Verbindung mit dem französischen Konsul die italienischen Angelegenheiten gegen Österreichs Vorteil zu ordnen.

Nordischer Neutralitätsbund

Doch England kam der Ausführung der feindlichen Pläne des Zaren, auch in Indien die englische Machtstellung zu erschüttern dachte, zuvor, indem es im März 1801 eine Flotte von 18 Linienschiffen unter Parker nach Kopenhagen vorgehen ließ. Da die Dänen sich weigerten, aus dem Neutralitätsbund auszutreten, griff Nelson, der die zweite Stelle im Komando hatte, die dänische Flotte im Hafen zwischen Amegar und Seeland an, schlug sie nach heftigem Kampfe und zwang Dänemark zu einem Waffenstillstand von 14 Tagen. Der Plan der Engländer aber, nach Petersburg zu fahren, um die russische Ostseeflotte unschädlich zu machen, wurde durch die Ermordung Pauls unnötig. Da die meisten Handlungen dieses sonderbaren Monarchen, der in krankhafter Überspannung von einem Äußersten zum andern übersprang, bald Großmut und ritterliches Wesen kundgab, bald in unmenschliche Grausamkeit und tyrannische Wut ausbrach, bewiesen, daß sein Geist an unheilbarer Zerrüttung leide, so bildeten einige durch seine wilden Launen verletzte oder durch seinen Argwohn bedrohte Große eine Verschwörung, deren Seele der mächtige Graf Pahlen, Polizeiminister und Gouverneur von Petersburg, war. Kaiser Paul wurde in seinem Schlafzimmer von Subow, Orlow, Bennigsen u. a. überfallen und unter heftigem Widerstand grausam mit einer Schärpe erwürgt; dann wurde dessen Sohn Alexander, der der Entthronung des Vaters zugestimmt, von dem Mordplan aber nichts gewußt hatte, zum Kaiser ausgerufen. Die Mörder trugen Ehren davon, und in den höhern Kreisen feierte man den Todestag als einen „Tag des Ruhmes und der Zufriedenheit". Aus Alexanders Gemüt verschwand aber nie die Erinnerung an die entsetzliche Katastrophe. Die Aussöhnung mit England und die Auflösung des Neutralitätsbundes war ihre nächste Folge; doch wurde auch das gute Vernehmen mit Frankreich aufrechterhalten und durch einen förmlichen Friedensschluß befestigt. Seitdem wurden die deutschen Angelegenheiten teils durch französischen, teils durch russischen Einfluß bestimmt (§ 35). Nachdem auch Spanien und Portugal mit Frankreich Frieden geschlossen hatten, war nur noch England von der großen Koalition unter den Waffen. Dieses hatte durch den Krieg zur See und in den Kolonien ebenso an Macht gewonnen wie Frankreich auf dem Festlande. Aber auch hier wünschte das Volk Ruhe und Erholung. Es wurden Unterhandlungen eingeleitet, die aber lange zu keinem Ergebnis führten, weil man sich über Ägypten nicht vereinigen konnte. Indes der am 14. März 1801 an Pitts Stelle getretene Lord Addington neigte dem Frieden zu, und da Pitt selbst sich für denselben aussprach, weil Ägypten den Franzosen doch verloren war, so entschloß sich das englische Kabinett zu dem Frieden von Amiens, worin die Herausgabe des größten Teils der auswärtigen Eroberungen bedungen wurde.

England und Dänemark

März 1801

2. April 1801

Ermordung Pauls I.

23. März 1801

Alexander I. 1801—1825

8. Okt. 1801

Englands Machtstellung

Friede von Amiens 27. März 1802

Nach Bonapartes Weggang hatte der darüber erbitterte Kleber mit dem englischen Commodore Sidney Smith und den Türken einen Vertrag auf freien Abzug abgeschlossen. Als aber die englische Regierung den Vertrag nicht bestätigte, sondern auf Kriegsgefangenschaft der französischen Armee bestand, brach Kleber unwillig alle Verhandlungen ab, besiegte die Türken in der Schlacht bei Heliopolis mit einem sechsmal geringeren Heere und eroberte wieder die ihm mittlerweile von den Mameluken entrissene Hauptstadt Kairo unter blutigen Kämpfen. Aber am Schlachttage von Marengo erlag er in dem Garten seines Palastes dem Dolch eines fanatischen Mohammedaners. Bei dem Mangel an Zufuhr und Unterstützung aus Frankreich konnte sich Klebers Nachfolger, der unfähige Menou, nur mit großer Mühe und Anstrengung gegen die von dem General Abercromby befehligten englischen Truppen behaupten, so tapfer sich auch die französischen Krieger und ihre Führer

Ägypten

20. März 1800

14. Juni

(besonders Reynier und Belliard) benahmen. Erst als der siegreiche Abercromby an den
21. März 1801 in dem Treffen bei Canopus erhaltenen Wunden gestorben war, kam ein Vertrag zustande, infolge dessen die französischen Truppen (24000 Mann) mit Waffen, Kriegsbedarf und allen Schätzen der Wissenschaft und Kunst auf englischen Schiffen nach Frankreich geführt wurden. In dem Frieden von Amiens versprachen die Engländer, die den Franzosen entrissene Insel Malta dem Johanniterorden zurückzugeben, und willigten ein, daß Ägypten, sowie die Republik der Jonischen Inseln wieder unter die Oberhoheit der Pforte zurückkehre, sie behielten aber die Insel Trinidad und die Besitzungen auf Ceylon.

§ 37. Neuer Zwist zwischen Frankreich und England.

Der Friede von Amiens verschaffte den Engländern ebenso die Vormacht zur See, wie der von Lunéville den Franzosen die zu Lande. Trotzdem hätte England noch mehr erreichen können; deshalb erhob die Presse laut ihre Stimme dawider und nahm dabei einen feindlichen Ton gegen Bonaparte an. Das Protektorat, das sich die französische Regierung damals nicht nur über Italien (§ 34), sondern auch über Holland (§ 23) und über die Schweiz beilegte, wurde als unerträgliche Tyrannei dargestellt.

Ordnung der Schweiz

In der Schweiz benutzte Bonaparte den Streit zwischen den Anhängern der alten Kantonalverfassung und den Freunden der neubegründeten Einheit und Unteilbarkeit (§ 27), um durch die sogenannte Vermittlungs (Mediations-)akte die Verfassung nach der französischen umzubilden. In dieser richtete der erste Konsul als Protektor der Schweiz die alte Kantonalunabhängigkeit wieder auf, doch so, daß das Land als Gesamtstaat durch einen Landammann und eine Tagsatzung repräsentiert wurde. „Die Vermittlungsakte, eines der wohltätigsten politischen Werke Napoleons, stellte somit die Kantone her und schlang um die Eidgenossenschaft einen bundesstaatlichen Verband, der zwischen Einheit und Besonderheit eine verständige Mitte hielt."

Spannung mit England

Die Angriffe einer freien Presse, die ohne Verletzung der Verfassung von der englischen Regierung nicht gehindert werden konnten, erregten in Bonaparte, der weder Tadel noch Widerspruch zu ertragen wußte, großen Mißmut. Die französische Staatszeitung, der Moniteur, in welche Bonaparte selbst Artikel lieferte, antwortete in einem gereizten Tone, der immer bitterer und höhnischer wurde, als England mit der Räumung Maltas zögerte. Große Tätigkeit auf den französischen Schiffswerften und die Reise des französischen Marschalls Sebastiani in den Orient schienen auf ein feindliches Unternehmen gegen Britannien hinzudeuten. Selbst die Friedliebenden in Großbritannien überzeugten sich bald von der Notwendigkeit eines fortgesetzten Kampfes gegen Bonaparte. Der Krieg
18. Mai 1803 wurde daher von neuem an Frankreich erklärt, und der Wiedereintritt Pitts ins Ministerium, an dessen Spitze er bis zu seinem Tode (1806) blieb, konnte als Beweis gelten, daß die englische Regierung entschlossen sei, den neuen Militärherrscher und sein angemaßtes Protektorat über die Nachbarstaaten ebenso tatkräftig zu bekämpfen wie vorher die Revolution.

San Domingo

Durch diesen neuen Krieg wurde die französische Regierung an der Wiedereroberung ihrer Kolonie San Domingo gehindert. Dort waren infolge der Erklärung der Menschenrechte und der Freilassung der Sklaven furchtbare Unruhen ausgebrochen, indem sich die Mulatten und Neger gegen die weißen Pflanzer erhoben, gleiche Rechte mit ihnen beanspruchten und zuletzt eine Negerrepublik unter dem schlauen und unternehmenden Neger Toussaint-Louverture errichteten. Dieser, welcher auf San Domingo dieselbe Rolle spielte wie Bonaparte in Frankreich, wurde zwar von Napoleons Schwager Leclerc treu-
8. Juni 1802 los gefangengenommen und nach Frankreich abgeführt, wo er bald starb, aber die Tapferkeit der Neger und das ungesunde Klima rafften in zwei Jahren gegen 40000 Land- und Seesoldaten, darunter den Anführer selbst, dahin. Als bei der Erneuerung des englischen Krieges die französische Regierung ihre Seemacht gegen England kehren mußte, erhoben sich die Farbigen und Schwarzen wieder, errichteten die Republik Haiti und stellten den Neger Dessalines, einen blutdürstigen Tyrannen, an ihre Spitze. Nach dessen Ermordung
Okt. 1805—1808 entstanden innere Kämpfe, die mit einer Trennung der Insel in eine (Neger-)Monarchie

(Negerkönig Christoph) und in eine (Mulatten-)Republik unter dem Mulatten Alex. Pétion endigten, bis nach König Christophs Selbstmord der Präsident Boyer im Jahre 1820 die ganze Insel vereinigte und einen Freistaat begründete.

§ 38. Frankreich im Innern. Bonaparte strebte darnach, das Alte mit dem Neuen zu versöhnen (§ 80) und die Errungenschaft der Revolution mit den Einrichtungen des Königtums zu verbinden. Am Hofe des ersten Konsuls in den Tuilerien sah man bald wieder die ehemaligen Trachten und Moden, die Formen der alten Etikette und die Eleganz der royalistischen Zeit. Bonapartes eitle und putzsüchtige, dabei aber liebenswürdige Gemahlin Josephine, ihre Kinder (Eugen und Hortense Beauharnais), seine Schwestern, besonders Pauline, und sein Schwager Murat förderten durch ihre geselligen Gaben das Streben des Herrschers. Die Verminderung der Emigrantenlisten führte viele Royalisten in die Heimat zurück, und die Gunst, die ihnen erwiesen wurde, machte sie willfährig zum Dienste am neuen Hof. Frau von Staël (Neckers Tochter [§ 80]) versammelte wieder, wie in alter Zeit, einen Kreis gebildeter und berühmter Männer (darunter den Maler Benjamin Constant [§ 399]) in ihrem Salon. Der Eitelkeit der Franzosen kam besonders die Rückführung der persönlichen Auszeichnung durch Orden und Titel entgegen; als Bonaparte den Orden der Ehrenlegion stiftete, bewarben sich Republikaner und Royalisten um denselben in gleicher Weise. Haltung der Royalisten 1802

Wie er die Royalisten zu versöhnen suchte, so auch die Klerikalen. Wenn auch selbst gleichgültig gegen jede Religion, erkannte er doch die Notwendigkeit der katholischen Kirche zur Beruhigung des Staates. Nachdem er die republikanischen Feste (10. August [§ 13] und 21. Januar [§ 16]) abgeschafft und die Feier des Sonntags wiederhergestellt, wurden Unterhandlungen mit dem römischen Hofe eingeleitet, die endlich zum Abschluß des Konkordats führten. Um die Kirche und ihre Diener sich ebenso gefügig zu machen wie die Beamten, wünschte Bonaparte weder die Wiederherstellung der alten gallikanischen Kirche mit ihren Synoden und ihrer trotzigen Selbständigkeit noch den Fortbestand des beeidigten demokratischen Klerus der Revolutionszeit. Eine neue kirchliche Einteilung sollte die alten Erinnerungen verwischen und die Besoldung der höheren und niederen Geistlichkeit durch den Staat und ihre Bestätigung durch die Kurie in Rom die frühere Unabhängigkeit vernichten. Der Bund des weltlichen und geistlichen Gebieters war indes weder heilsam noch dauerhaft. Jeder strebte nach ausschließlicher Gewalt, und der römische Bekehrungseifer nahm bald Ärgernis an der Bestimmung der Verfassung, daß nicht bloß alle christlichen Konfessionen, sondern auch die Juden bürgerliche Rechtsgleichheit haben und sich vollkommener Toleranz erfreuen sollten. Haltung des Klerus 15. Juli 1801

Das Konkordat, dessen Abschluß mit dem päpstlichen Minister Consalvi am ersten Ostertag durch ein öffentliches Dankfest gefeiert wurde, enthält folgende wesentliche Bestimmungen: 10 Erzbischöfe und 50 Bischöfe werden von der Regierung ernannt und besoldet und vom Papste bestätigt. Alle Geistlichen, sowohl die unbeeidigten als die beeidigten und verheirateten, entsagen ihren Stellen, können aber aufs neue eingesetzt werden. Die Ausgeschlossenen werden wieder in den Schoß der Kirche aufgenommen und erhalten bis zu ihrem Tode vom Staate ein Gehalt. Das eingezogene Kirchengut verbleibt in den Händen der gegenwärtigen Besitzer; die Zahl der Feiertage wird beschränkt. 18. April 1802

Große Gewalt und bedeutenden Einfluß erhielt der monarchische Staat durch die Überweisung des Unterrichtswesens an die weltliche Regierung. Dadurch, daß alle Lehrer und Schulanstalten vom Staate abhängig waren, erlangte dieser auf die Geistesrichtung des Volkes denselben Einfluß, den früher die Kirche besessen hatte. Unterrichtswesen

Die Sorgfalt des Konsuls war hauptsächlich den höhern Lehranstalten (besonders der von Monge eingerichteten polytechnischen Schule in Paris) zugewendet. Diese wurden von der Staatskasse reich fundiert, während man die Bürger- und Elementarschulen (Primär- und Sekundärschulen) den Gemeinden überwies, sie aber der Aufsicht der Staatsbehörde unterwarf. Zur Zeit des Kaisertums wurde die von der Regierung abhängige

kaiserliche Universität an die Spitze des gesamten Schulwesens gestellt, mit der Befugnis, alle Lehranstalten zu organisieren und zu überwachen, die Lehrer zu prüfen und das ganze Unterrichtswesen zu leiten, eine Maßregel, wodurch die Herrschaft über den Unterricht der Geistlichkeit entzogen und der Regierung anheimgegeben wurde. Das von dem Direktorium an der Stelle der aufgehobenen Akademie errichtete Nationalinstitut zur Pflege der Künste und Wissenschaften wurde von Bonaparte neu organisiert, war aber nur eine gelehrte Prunkanstalt, in der dem Konsul und nachmals dem Kaiser Weihrauch gestreut wurde.

Verschwörungen

Bonaparte besaß eine despotische Natur. Er beschränkte daher immer mehr die Freiheit und politischen Rechte der Bürger, verfolgte die Jakobiner und theoretischen Republikaner („Ideologen") und setzte sein Vertrauen auf seine Garde und seine strenge dreifache Polizei, die unter der Leitung des schlauen, mit allen Ränken und Pfiffen vertrauten Fouché (§ 19) stand. Diese Verfolgungen nahmen zu, als der kühne Korse Arena und der talentvolle Bildhauer Ceracchi mit einigen Gefährten den Entschluß faßten, den ersten Konsul
2. Dez. 1800 niederzustoßen, aber, von Fouché entdeckt, mit dem Leben büßten. Von da an wurden alle Verschwörungen zum Verderben der demokratischen Republikaner benutzt, auch wenn diese dabei nicht beteiligt waren; so das verwegene Unter-
21. Dez. 1800 nehmen, vermittelst der sogenannten Höllenmaschine, eines mit Pulver, Kugeln und Brennstoff künstlich gefüllten Fasses, Bonaparte bei einer Fahrt nach dem Opernhaus in die Luft zu sprengen. Der Konsul entging nur durch die Schnelligkeit seines Kutschers dem Tode, aber mehrere Häuser wurden zerstört und viele Menschen getötet. Infolge dieser Freveltat wurden 130 als Terroristen und Septembermörder bezeichnete Jakobiner zur Deportation verurteilt und selbst dann nicht begnadigt, als sich herausstellte, daß der Anschlag von Royalisten aus der Umgebung des Grafen von Artois (Cadoudal, Hyde de Neufville u. a.) ausgegangen sei.

Gefährlicher und ausgedehnter wurden die Verschwörungen gegen Bona-
2. Aug. 1802 parte, als ihm durch Volksabstimmung das Konsulat auf Lebenszeit übertragen und das Recht zuteil wurde, seinen Nachfolger zu ernennen. Dadurch wurde den Bourbonen die letzte Hoffnung abgeschnitten, weshalb die Emigranten, von dem englischen Ministerium mit Geld unterstützt, alles aufboten, um Bonaparte zu verderben. Als Werkzeuge ließen sich George Cadoudal und General Pichegru, der sich seit seiner Flucht aus Südamerika in England aufhielt, gebrauchen. Sie begaben sich heimlich nach Frankreich, hielten eine Zusammenkunft mit Moreau, der, obwohl an dem Staatsstreich des 18. Brumaire beteiligt (§ 32), Bonapartes Zwingherrschaft haßte, wurden aber entdeckt und mit etwa vierzig Mitverschworenen verhaftet. Noch ehe über ihr Los entschieden war, ließ sich Bonaparte, dem man vorgestellt hatte, daß der

Verhaftung Enghiens

Herzog von Enghien, der ritterliche Enkel des Prinzen von Condé, die Seele aller royalistischen Verschwörungen sei, zu einer empörenden Handlung hinreißen. Auf seinen Befehl wurde der junge, talentvolle Edelmann in dem
15. März 1804 badischen Städtchen Ettenheim durch eine Schar Bewaffneter in der Nacht ergriffen, in größter Eile über Straßburg nach Paris geführt, durch ein hastiges Kriegsgericht zum Tode verurteilt und trotz seiner hochherzigen Verteidigung, in der er jeden Anteil an dem Komplott entschieden zurückwies, in der Graben von
21. März Vincennes erschossen. Diese Tat, die Bonaparte in eine Reihe mit den Schreckensmännern vom Jahre 1793 stellte, empörte ganz Europa und machte das Lob seiner Bewunderer verstummen. Der romantische Dichter Chateaubriand (§ 80), der Verfasser des berühmten Werkes „Genius des Christentums", das die Rückkehr des christlichen Kultus und den Abschluß des Konkordats angebahnt hatte, entsagte dem Staatsamte, das ihm Bonapartes Schwester Elisa verschafft hatte, und begab sich nach der Schweiz. In Regensburg suchten Rußland, Schweden (für Pommern) und England (für Hannover) eine Erklärung zu erwirken, wie sie die Würde und Selbständigkeit des Reiches bei solcher Rechtsverletzung zu

fordern schien, aber die Bevollmächtigten der deutschen Regierungen zögerten mit der Abgabe ihrer Stimmen so lange, bis die Reichstagsferien ihre schleunige Abreise gestatteten. So stark war die Furcht vor dem mächtigen Nachbar. Bald nachher erfüllte sich das Schicksal der Verschworenen. Pichegru war bereits im Gefängnis eines gewaltsamen Todes gestorben, ob durch eigene Hand oder 10. Juni 1804
fremde, ist ungewiß. George Cadoudal bestieg mit elf Mitverschworenen die 25. Juni
Guillotine, und der schwache, von seiner Frau und Schwiegermutter geleitete Moreau fügte sich in eine freiwillige Verbannung nach Amerika, nachdem er durch ein höchst willkürliches Gerichtsverfahren zu zweijähriger Haft und Tragung der Gerichtskosten verurteilt worden war. Die übrigen wurden teils eingekerkert, teils unter polizeiliche Aufsicht gestellt. — Furcht vor der geheimen Macht der Legitimität bewirkte, daß Bonaparte fortwährend mit Unruhe und Besorgnis auf die emigrierte Königsfamilie blickte, und die Enthüllung seiner Versuche, im Anfang des Konsulats mit dem in Warschau weilenden Ludwig (XVIII.) in Unterhandlungen zu treten, reizte den Zorn des Machthabers gegen die Bourbonen. Sowohl die Ermordung Enghiens als die spätere Entthronung der Bourbonen in Neapel und Spanien (§ 52) gingen aus diesem Gefühl des Zorns und der Rache hervor.

B. Das französische Kaiserreich. Die Vollendung der französischen und englischen Vorherrschaft.

1. Der Fall Österreichs und der Triumph Englands.

§ 39. Das Kaisertum. Die Verschwörungen wurden von Bonaparte Napoleon, Kaiser der Franzosen
zur Ausführung seines langgehegten Planes der Errichtung einer Erbmonarchie benutzt. Der Stolz des Franzosen auf seine Kriegserfolge, aber auch die Sehnsucht, endlich zu einer Sicherung der neuen Ordnung zu gelangen, begünstigten die Bestrebungen der unbedingten Anhänger Bonapartes, und so wurde die Übertragung der erblichen Kaiserwürde mit dem Rechte einer entsprechenden willkürlichen Verfassungsänderung an den ersten Konsul von dem Tribunat in Vorschlag gebracht, von dem 30. April 1804
Senat bestätigt und von dem Gesamtvolke mittelst Listen mit Namens- 18. Mai
unterschriften gutgeheißen. Während noch die Gemüter von den blutigen Ende Sommer 1804
Hinrichtungen in angstvoller Aufregung befangen waren, wurde Bonaparte als Napoleon I. zum erblichen Kaiser der Franzosen ausgerufen und am Ende des Jahres von dem Papste in der Notre-Dame-Kirche feier- 2. Dez. 1804
lich gesalbt. Die Krone jedoch setzte er sich und seiner vor ihm knieenden Gemahlin Josephine selbst aufs Haupt (vergl. II, § 74). Das glänzende Krönungsfest war der Schluß der Revolution. Nachdem Frankreich zur Monarchie zurückgekehrt war, konnte auch in Italien die Republik nicht mehr bestehen bleiben. Hier aber wurde die Verfassungsänderung einfach bestimmt und Napoleon am 28. Mai 1805 in Mailand zum König von Italien gekrönt. König von Italien

Der neue Kaiser umgab seinen Thron mit einem glänzenden Hofstaat, an dem die alten Titel und Rangstufen unter anderer Form wieder auflebten. Er selbst blieb zwar stets militärisch einfach, aber die Glieder seiner Familie*) wurden zu Prinzen und Prinzessinnen erhoben, seine Generale, fast sämtlich aus bürgerlichen Lebenskreisen und aus den Reihen gemeiner Soldaten emporgestiegen, wurden Marschälle, ergebene Diener und Förderer seiner Pläne wurden als Großwürdenträger der Krone oder als Senatoren

*) Siehe Stammtafel auf nächster Seite.

mit großen Einkünften an den neuen Kaiserthron geknüpft. Die Begründung eines neuen Adels mit den alten Titeln von Fürsten, Herzögen, Grafen, Baronen vollendete den neuen Prachtbau eines glänzenden Kaiserhofes. Der neue Lehnsadel durfte Majorate gründen. Heimgekehrte Royalisten und Republikaner drängten sich um die Wette in den Kaiserpalast, der bald an Glanz nicht nur den ehemaligen Hof von Versailles, sondern alle Fürstenhöfe überstrahlte. Der alte Kalender wurde wieder eingeführt. Der Klerus und die Ordensgeistlichkeit griff wieder in die Erziehung ein, die Presse wurde strenge überwacht, die politische Tätigkeit des Volkes und das Wahlrecht der Bürger immer mehr beschränkt. Jeder Widerspruch war dem Herrscher unerträglich; er bedurfte des einheitlichen Machtgebrauches und konnte nicht wollen, daß ständische Körperschaften über die Mittel der Macht verfügten. Darum hatte er schon 1802 die Zahl der Tribunen auf 50 vermindert, verbot dann die allgemeinen Beratungen und hob zuletzt das ganze Institut des Tribunats auf. Fortan galt nur Gehorsam, und Frankreich stand unter einer Zwingherrschaft, die gewaltiger war als die des alten Königtums. Aber dieser Zwingherr bewahrte doch die großen Errungenschaften der Revolution. Es galt Gleichheit vor dem Gesetze, gleiche Besteuerung, Freiheit der Arbeit. Wohl war das Konskriptionsgesetz während der blutigen Kriege eine schwere Zuchtrute und die direkten und indirekten Steuern (Droits réunis) eine große Last, aber dennoch mehrte sich die Bevölkerung und der Wohlstand, weil der gemeine Mann ein Eigentum besaß und das Gefühl persönlicher Freiheit ihn zur Tätigkeit anspornte. Wohl war später die Kontinentalsperre, durch die der englische Handel ruiniert werden sollte (§ 50), eine harte Plage, die das unsittliche Gegengift eines großartigen Schleichhandels hervorrief, aber im Innern des mächtigen Kaiserreiches blühte der Handel ohne hemmende Schranken, und an Geld war Überfluß. Die Industrie ging mit Riesenschritten vorwärts, bürgerliche Künste nahmen einen gewaltigen Aufschwung, Gewerbeschulen bildeten Handwerker, die bei dem allgemeinen Wohlstand Glück hatten und wohlhabend wurden. Die praktischen Wissenschaften fanden Schutz und Beförderung und erreichten eine hohe Blüte, und selbst Poesie und dramatische Kunst ermangelten nicht der Aufmunterung. Großartige Straßen, wie die über den Simplon von Brieg nach Domo d'Ossola, Kanäle, Brücken und Anlagen aller Art sind noch heutzutage sprechende Denkmale der rastlosen Tätigkeit dieses merkwürdigen Mannes. In Paris erhoben sich glänzende Paläste, majestätische Brücken und herrliche Straßen; im Louvre war alles vereinigt, was die Kunst irgendwo Großes und Schönes geschaffen hatte.

Stammtafel der Familie Bonaparte.

Carlo Bonaparte ∞ Lätitia, geb. Ramolini († 1836 zu Rom).

1. Joseph Bonaparte, Graf von Survilliers, König von Neapel, von Spanien, † 1844. (Gem. Julie Marie Clary).	2. **Napoleon B. I.**, † 1821. (Gem. Marie Luise von Österreich.)	3. Lucian B., Fürst von Canino, † 1840. (Gem. Christine Boyer)	4. Elisa (Gem. Felix Bacciochi), † 1820.
	Napoleon (II.), Herzog von Reichstadt, † 1832.		
5. Ludwig B., König von Holland, Herzog v. St. Leu, † 1846. (Gem. Hortense Beauharnais.)	6. Pauline (1. G. Leclerc, 2. G. Camillo Borghese), † 1825.	7. Karoline (Gem. Joachim Murat), Gräfin v. Lipona (Napoli), † 1839.	8. Hieronymus B., König von Westfalen, Herzog v. Montfort, † 1860. (1. Gem. Elisabeth Patterson. 2. Gem. Katharina von Württemberg.)
Ludwig, Großherzog v. Berg, † 1831.	**Napoleon III.** † 1873. (Gem. Eugenie von Montijo.)		

Kinder der Josephine Beauharnais (geb. Tascher de la Pagerie) erster Ehe.

Eugen, Vizekönig von Italien, Herzog von Leuchtenberg, † 1824.	Hortense (Gem. Ludwig Bonap.), † 1837.

Der Ruhm, der von dem Kaiser der Nation verliehen wurde, machte diesen das Joch leicht; sie vergaß, daß unter dem Geräusche der Waffen und unter dem Schall der Trompeten die Sprache der Freiheit verhallte, und daß der hochtrabende Ton der Schlachtberichte (Bulletins) und die Prunkreden des Senats und des gesetzgebenden Körpers Wahrheit und Aufrichtigkeit vertilgten. „Die Zöglinge und Erben der Demokratie überboten sich in Schmeichelei und Weihrauch der Verehrung; der ‚große' Napoleon genügte nicht mehr, — es ward ein ‚heiliger' Napoleon erfunden, in dessen Kultus zugleich die Wiederherstellung der Religion und die Geburt des Kaisers vereinigt war."

Die europäischen Höfe bemühten sich im Juli 1804 um die Wette, dem neuen Kaiser durch ihre Gesandten ihre Glückwünsche darzubringen. Im September 1804 erschien er in den Rheinlanden und wurde in einem wahren Triumphzuge in Aachen, Köln und Mainz von den Fürsten und dem Volke jubelnd empfangen. Franz II. aber hatte, um seinem Hause mindestens den kaiserlichen Rang für alle Zeiten zu sichern, am 14. August 1804 unter Beibehaltung des Titels eines erwählten Kaisers von Deutschland „dem Hause von Österreich in Rücksicht auf dessen unabhängige Staaten den erblichen Kaisertitel gleichfalls beigelegt." Kaiserreich Österreich

§ 40. Die dritte Koalition. Während die Engländer den Wiederausbruch des Kriegs mit Frankreich benutzten, um holländische und französische Schiffe unerwartet wegzunehmen, ließ Bonaparte seine Truppen unter Mortier an die Weser rücken, um das neutrale, aber mit England in Personalunion verbundene Kurfürstentum Hannover zu besetzen. Der selbstsüchtige Adel im Geheimratskollegium und die feige Beamtenwelt zogen eine schmachvolle Kapitulation, die das ganze Land bis an die Elbe den Franzosen preisgab, einem ehrenvollen, möglicherweise mit Verlusten verbundenen Kampfe vor. Die tapfere Armee unter Wallmodens Oberbefehl mußte sich nach dem schmählichen Vertrag von Suhlingen zuerst über die Elbe ins Lauenburgische zurückziehen und dann auf Grund der Elbkonvention in die von der mattherzigen Regierung befohlene Auflösung willigen. Waffen, Kriegsvorräte und treffliche Pferde kamen in die Hände der Franzosen, die nunmehr das Land mit schweren Einquartierungen heimsuchten und durch Kriegssteuern und Lieferungen aussogen. Viele von Mut und Ehrgefühl erfüllte und von Vaterlandsliebe beseelte Männer flüchteten sich nach England, wo sie in die Reihen der „Deutschen Legion" traten und die angestammte Tapferkeit in manchen Gefechten fern von der Heimat bewährten. „In dieser neuen Gestalt haben die braven Truppen im Kampfe gegen die Bonapartesche Zwingherrschaft die Scharte rühmlichst ausgewetzt, die nicht sie selber, sondern eine unfähige Regierung verschuldet hatte." Besetzung Hannovers. 3. Juni 1803. 5. Juli.

Man hat berechnet, daß die 26 Monate französischer Besetzung dem Lande 26 Millionen Taler gekostet haben, während man die jährlichen Einkünfte des Landes damals höchstens zu 5 Millionen anschlug. „Der Zustand war so mitleiderregend, daß die Nachbarn Hannovers, die Hansestädte und selbst der Kurfürst von Hessen, unter der Form eines Anlehens der Lande, eine Beisteuer zusammenbrachten, die sich auf mehr als zwei Millionen Taler belief, aber doch nur einen kleinen Teil des Bedürfnisses deckte. Es ist schwer zu sagen, welch größeren Druck man hätte fürchten müssen, wenn man sich den Franzosen gewaltsam widersetzte und als Überwundener nach der Strenge des Kriegsgesetzes behandelt ward."

Die drohende Haltung, die Napoleon von Hannover aus gegen den ganzen Norden annahm, verbunden mit seinen Übergriffen in Italien (siehe unten), trug dazu bei, das schon seit der Ermordung Enghiens erkaltete Bündnis zwischen dem französischen und russischen Kaiser vollends

Abschluß der Koalition

zu zerreißen. Als daher Pitt, durchdrungen von der Ansicht, daß für England und Europa keine Ruhe bestehen könne, solange Frankreich von einem despotischen, allezeit schlagfertigen Soldatenkaiser regiert würde, den von Napoleon nach Errichtung des Kaiserreichs abermals angebotenen Frieden zurückwies und mit Rußland über den Abschluß einer neuen Koalition Unterhandlungen anknüpfte, fand er eine günstige Stimmung. Kaiser Alexander, besorgt über Napoleons wachsende Macht in Italien, Deutschland, Spanien und in Holland (wo der wackere Schimmelpenninck gegen seinen Willen zur Errichtung einer monarchischen Verfassung behilflich sein mußte) und gereizt durch mancherlei Kränkungen des russischen

11. April 1805

Gesandten in Paris, schloß mit England ein Bündnis, um Europa vor Napoleons Herrschsucht und Ländergier sicherzustellen und Frankreich in seine früheren Grenzen zurückzudrängen. Bald trat Österreich und wenige Wochen später Schweden bei, und auch Neapel wurde leicht zum Anschluß gebracht, als eine englisch-russische Flotte an der kampanischen Küste erschien. England bezahlte mit Subsidiengeldern die Vorteile, die es durch

Preußen

die Koalition zu gewinnen hoffte. Preußen dagegen blieb neutral, so sehr auch die kriegerisch gesinnte Partei, die hochherzige, mit allen königlichen und bürgerlichen Tugenden geschmückte Königin Luise und den tapfern und lebensfrohen Prinzen Louis Ferdinand an der Spitze, den vaterländischen Sinn zu beleben und den unentschlossenen König Friedrich Wilhelm III. zum Anschluß an die Koalition zu bewegen bemüht war. Ein zwischen dem König und dem Staatsministerium stehendes Kabinett, in dem die Kabinettsräte Haugwitz, Lombard und Beyme herrschten, besaß des Königs Vertrauen und übte einen verderblichen Einfluß. Eine Denkschrift des Freiherrn vom Stein, der damals die Stelle eines Ministers für Zoll-, Handels- und Banksachen bekleidete und den König durch eine „Darstellung der fehlerhaften Organisation des Kabinetts und der Notwendigkeit der Bildung einer Ministerialkonferenz" zur Entlassung seiner Räte und zur Änderung seiner Politik zu bewegen suchte, blieb vorerst ohne Erfolg.

Umwälzungen in Italien

In Italien wurde nicht nur die Italienische Republik in ein Königreich Italien umgewandelt und als Stellvertreter des Kaisers sein Sohn Eugen Beauharnais zum Vizekönig eingesetzt, sondern Napoleon vergrößerte dasselbe durch Beifügung von Parma und verlieh die Republik Lucca mit Piombino seiner als Gönnerin der Gelehrten und romantischen Dichter gepriesenen Schwester Elisa und ihrem korsischen Gemahl Bacciochi als erbliches Fürstentum, bis sie später (§ 43), als auch Toscana als Königreich Etrurien mit Frankreich vereinigt wurde, die Verwaltung dieses Landes erhielten. Auch der römische Fürst Borghese, der zweite Gemahl der schönen, leichtfertigen Pauline

4. Juni 1806

(Leclercs Witwe), erhielt bedeutende Länderstrecken, und Genua wurde gezwungen, um Einverleibung der Republik Ligurien in Frankreich zu bitten. Piemont, auf dessen Rückerstattung an den ehemaligen Besitzer der Kaiser von Rußland fortwährend gedrungen hatte, blieb bei dem Kaiserreich.

Landungsplan

§ 41. Trafalgar. Englands Alleinherrschaft zur See. Napoleon ließ am Kanal Schiffe ausrüsten, um eine Landung an der englischen Küste zu unternehmen, nachdem er durch eine nach Westindien gesandte Flottenabteilung die englische Flotte auf eine falsche Fährte gelockt hatte. Jedoch glückten diese Pläne nicht. Die Engländer gaben die Blockade der französischen Häfen nicht auf; nur Nelson folgte dem französischen Admiral Villeneuve, der, von einem spanischen Geschwader unterstützt, von Toulon nach Westindien gesegelt war, jedoch ohne ihn zu erreichen. Er kehrte deshalb nach Plymouth zurück. Inzwischen war Villeneuve ebenfalls

zurückgekommen, um in den Kanal zu fahren und Napoleons Landung in England zu decken, aber nördlich des Kap Finisterre durch eine englische Flottille unter Admiral Calder gezwungen worden, zuerst nach Ferrol, dann nach Cadiz zu segeln. Hier blieb er über einen Monat untätig liegen und wurde deshalb von Napoleon seines Kommandos entsetzt. Nun suchte der Admiral eine Gelegenheit, sich durch eine kühne Tat die Achtung des Kaisers wiederzuerwerben, ehe sein Nachfolger angelangt sei; und diese Gelegenheit wurde ihm durch Nelson geboten, der von England wieder ausgefahren war, um die französische Flotte aufzusuchen. Auf der Höhe von Trafalgar zwischen Cadiz und Gibraltar trafen sich am 21. Oktober 1805 die Gegner. Kurz vor dem Zusammenstoß gab Nelson nach der früheren Deutung des Zeigertelegraphen von der „Viktory" das unsterblich gewordene Schlachtzeichen*): England erwartet, daß jedermann seine Pflicht tun wird. Der erbitterte Kampf endigte mit dem vollen Siege der Engländer und der Vernichtung der französischen Flotte. Villeneuve mußte sich gefangen geben; er wurde zwar im nächsten Jahre freigelassen, wollte aber das Unglück nicht überleben und gab sich selbst den Tod. Aber auch die Engländer konnten nicht ungetrübt triumphieren. Nelson war auf der Hinterschanze der „Victory" stehend von einer Flintenkugel tödlich getroffen worden; er starb nach wenigen Stunden; seine letzten Worte waren: „Laßt am Abend die Flotte vor Anker gehen."

Schlacht bei Trafalgar 21. Okt. 1805

Auf ein Menschenalter hinaus gab es keine französische Seemacht mehr. Englands Herrschaft zur See war ohne Nebenbuhler und sein Übergewicht in den andern Weltteilen für lange Zeit festgestellt.

§ 42. Austerlitz. Aber dieser glänzende Sieg der Engländer änderte nichts an den Ergebnissen des Krieges auf dem Festlande. Als Napoleon in Boulogne erkannte, daß eine Landung in England unmöglich sei, traf er für den Landkrieg in aller Stille seine Anordnungen. Des Beistandes der meisten süddeutschen Fürsten versichert, setzte er mit sieben, von den erfahrensten Feldherren, wie Ney, Lannes, Marmont, Soult, Murat u. a., befehligten und aus den geübtesten Truppen bestehenden Heeresabteilungen über den Rhein, um den Österreichern, welche in Bayern eingerückt waren und München besetzt hatten, entgegenzuziehen. Indes Bernadotte, um sich mit den Bayern zu verbinden und den Österreichern in den Rücken zu kommen, ohne Rücksicht auf Preußens Neutralität durch das Gebiet der brandenburgischen Markgrafschaft Ansbach nach der Donau vordrang und dadurch den schwankenden Friedrich Wilhelm III., der sich bisher bald den Franzosen, bald dem ihm persönlich befreundeten Kaiser von Rußland genähert hatte, aufs tiefste beleidigte, rückte Napoleon in Schwaben ein. Schon im Oktober waren die Franzosen Meister der beiden Donauufer, nachdem sie bei Donauwörth diesen Fluß überschritten und die Österreicher bei Wertingen, Günzburg und Albeck überwunden hatten. Sie besetzten Augsburg und München, indes der österreichische Obergeneral Mack in unglaublicher Kurzsichtigkeit und Verblendung mit seinem Heere in der Festung Ulm verharrte und die Feinde sich ringsum ausbreiten ließ. So geschah denn das Unglaubliche. Nach

Krieg in Deutschland

Sept. 1805

6.—11. Okt. 1805

*) Diese Deutung muß aufgegeben werden. Sie ist dem schon über ein Jahr vor der Schlacht außer Gebrauch gesetzten Zeichenbuch für die Flotte entnommen worden. Das 1805 geltende Zeichenbuch ergibt für die Zahlen eine andere Deutung.

14. Okt. dem glücklichen Treffen, das Ney bei Elchingen bestand, wurde Mack in Ulm gänzlich eingeschlossen. Ratlos und an aller Rettung verzweifelnd knüpfte der unfähige, von mutlosen Edelleuten umgebene Feld-
Kapitulation von Ulm herr mit dem Sieger Unterhandlungen an, welche die schmachvolle Kapitu-
20. Okt. lation zur Folge hatten. Durch diesen Vertrag gerieten 23,000 Österreicher, darunter 18 Generale, in Kriegsgefangenschaft. Beschämt zogen die tapfern Krieger an Napoleon vorüber, streckten das Gewehr vor dem Sieger, legten vierzig Fahnen vor ihm nieder und überlieferten ihm sechzig bespannte Kanonen. Zu spät sah man in Wien ein, daß Mack der hohen Stelle nicht gewachsen sei, und ließ ihn durch ein Kriegsgericht seiner Ehren und Würden entsetzen. Die eigentliche Schuld traf die österreichische Regierung selbst. Denn schon seit Jahren hatte man in Wien alle selbständigen Persönlichkeiten beseitigt und lenksame Mittelmäßigkeiten begünstigt.

Die Ulmer Katastrophe entschied auch den italienischen Kriegszug.
30. Okt. Trotz der Tapferkeit, mit der Erzherzog Karl gegen Massena bei Caldiero die österreichische Kriegsehre herstellte, mußten sich die kaiserlichen Truppen über den Isonzo zurückziehen nnd Oberitalien den Feinden überlassen.

Während Friedrich Wilhelm III. von Preußen, erbittert über die rücksichtslose Verletzung seiner Neutralität und angespornt durch die patriotische Kriegspartei, den Russen und Schweden den Durchgang durch sein Gebiet gestattete und Haugwitz mit der drohenden Forderung an Napoleon abordnete, die früheren Verträge in Deutschland, Italien, Holland und der Schweiz als Friedensgrundlage herzustellen, zogen die Franzosen unter blutigen Gefechten mit den Österreichern und mit den von Kutusow und Bagration geführten Russen längs der Donau den österreichischen
11. Nov. Staaten zu. Hatte das blutige Treffen von Dürrenstein und Stein den Franzosen bewiesen, daß sie an den Russen ebenso tapfere als kriegskundige und umsichtige Gegner hatten, so erfüllte sie dagegen die Leichtig-
13. Nov. keit, mit der Murat sich der Hauptstadt Wien bemächtigte, die Willfährigkeit der feigen Beamten und die Kopflosigkeit des Fürsten von Auersperg, der sich durch eine kecke List der französischen Befehlshaber und durch vorgespiegelte Friedensunterhandlungen berücken ließ, die befestigte Donaubrücke unversehrt und unverteidigt den Feinden zu überlassen, mit der größten Zuversicht. Nun konnte Napoleon dem russisch-österreichischen Heere nach Mähren folgen. Hier kam es am Jahrestag der Kaiserkrönung
Schlacht bei Austerlitz zu der mörderischen Dreikaiserschlacht von Austerlitz, wo die
2. Dez. 1805 Wintersonne den glänzendsten Sieg Napoleons beschien.

Während Napoleon mit aller Umsicht die Anordnungen für die Schlacht traf und am 1. Dezember die Aufstellung der Truppen auf das genaueste überwachte, wurden die Weisungen Kutusows erst spät in der Nacht erteilt, und da sie in deutscher Sprache den Generalen vorgelesen wurden, entweder gar nicht verstanden oder bei der gegen die Österreicher herrschenden Abneigung nicht genug beobachtet. Als Napoleon noch bei Anbruch der Nacht durch sein Lager ging, trat ein alter Grenadier zu ihm und sagte im Namen seiner Kameraden: „Ich verspreche dir, daß wir dir morgen die Kanonen der russischen Armee bringen, um den Jahrestag deiner Krönung zu feiern.“ Dies ging vollständig in Erfüllung. Die Russen verloren den größten Teil ihrer Artillerie und ihres Heeres, wohl an dreißigtausend Mann, und zogen sich in eiliger Flucht mit ihrem Kaiser über die March zurück, um sich durch neue Truppen zu verstärken. Statt diese abzuwarten und im Verein mit ihnen den Feind aufs neue anzugreifen, ließ sich Kaiser Franz durch den
Waffenstillstand mit Österreich Fürsten Johann von Liechtenstein bereden, Napoleon einen demütigen Besuch im französischen
6. Dez. Lager abzustatten und in einen Waffenstillstand zu willigen, der den Russen die Rückkehr in ihre Heimat auflegte und Österreich der Willkür des Siegers preisgab.

§ 43. Der Friede von Preßburg und seine Folgen. Haugwitz, der mit drohenden Vermittlungsvorschlägen in Napoleons Hauptquartier abgeschickt worden war und sich nach einer lange verzögerten, langsamen Reise durch Napoleons Klugheit und berechnete Höflichkeit hatte hinhalten lassen, bis der entscheidende Schlag bei Austerlitz gefallen war, wagte nicht, seine Aufträge, die den Zorn des ohnedies auf Preußens kriegerische Haltung ergrimmten Siegers noch mehr gereizt hätten, vorzubringen, sondern ließ sich ohne Genehmigung seines Hofes teils durch die Drohungen, teils durch die gewinnende Freundlichkeit des französischen Kaisers zur Unterzeichnung des Vertrages von Schönbrunn bewegen, in dem Preußen mit Napoleon ein Schutz- und Trutzbündnis abschloß, an Frankreich den auf dem rechten Rheinufer gelegenen Teil des Herzogtums Kleve nebst der Festung Wesel und das Fürstentum Welsch-Neuenburg (Neuchatel), an Bayern aber die Markgrafschaft Ansbach in Franken abtrat und dafür Hannover erhalten sollte, mit der Verpflichtung, die Engländer von den Häfen der Nordsee auszuschließen.

Vertrag von Schönbrunn

15. Dez. 1805

Wie Napoleon auf Haugwitz durch den übereilten Waffenstillstand eingewirkt hatte, so benutzte er nun den Schönbrunner Vertrag, um Österreich zum Preßburger Frieden zu zwingen. Die österreichischen Bevollmächtigten unterzeichneten ihn, obgleich er Vorderösterreich, Tirol und das venezianische Gebiet von Österreich losriß, das deutsche Reich aber der Auflösung zuführte und unter den unbedingten Einfluß des französischen Machthabers stellte. Umsonst sträubte sich anfangs der König von Preußen gegen den Schönbrunner Vertrag, der ihn mit England zu verfeinden drohte; durch den schnellen Abschluß des Preßburger Friedens blieb ihm nichts übrig, als sich zu fügen. Zwei Jahre früher hatte der König von England vergebens Preußen aufgefordert, das Kurfürstentum zu besetzen, ehe die heranrückenden Franzosen sich desselben bemächtigen könnten (§ 40), in der Neutralitätspolitik befangen, hatte man es unterlassen; nun tat man es auf Napoleons Befehl zur unrechten Stunde. Und selbst jetzt strebte man noch den Boden der Neutralität zu behaupten und sein Heil in halben Maßregeln zu suchen. Bei der Besitznahme erklärte Graf Schulenburg-Kehnert, daß das Kurfürstentum Hannover bis zum Abschluß des Friedens von Preußen „in Verwahrung und Administration" genommen werden sollte. Dieses Verfahren erbitterte Napoleon aufs neue, indem er darin das Bemühen sah, „Hannover als Prämie von der Koalition, nicht von ihm zu erlangen", ohne jedoch England und Hannover zu versöhnen, die vielmehr entschieden Protest gegen die Besetzung einlegten und bald nachher dem preußischen Handel durch Wegnahme seiner Fahrzeuge eine schwere Wunde schlugen.

Frieden von Preßburg

27. Dez. 1805

Haltung Preußens

In dem Preßburger Frieden erlangten Bayern und Württemberg den Königstitel mit Landessouveränität, ohne daß sie jedoch aufhören sollten, dem deutschen Staatenbund (Confédération) anzugehören. Der neue König von Bayern, Max Joseph, wurde für seine Anhänglichkeit an Frankreich belohnt mit dem österreichischen Tirol nebst Brixen, Trient u. a. O., mit dem preußischen Ansbach und mit der Reichsstadt Augsburg, wogegen das Herzogtum Berg an Frankreich überlassen wurde. Eine glänzende Vermählungsfeier zwischen Eugen Beauharnais, Napoleons adoptiertem Stiefsohn, und der Tochter des Königs vollendete den engen Bund des bayerischen Hauses mit dem französischen Hofe. Abzuweisen ist die Fiktion, mit der man anfangs der Nationaleitelkeit schmeichelte, als sei der von Napoleon verliehene Königstitel nur die „Wiederherstellung" des „uralten" bayerischen Königtums. — Der neue König von Württemberg, Friedrich I., der die österreichischen Besitzungen in Schwaben nebst fünf Donaustädten und andern

Bestimmungen des Preßburger Friedens

Bayern

Württemberg

Gebieten erhielt, benutzte seine Souveränität zur Abschaffung der alten, mit großen Rechten versehenen Stände, zur Errichtung eines hohen und niedern Adels und einer Beamtenaristokratie, die er auf alle Weise seine Willkürherrschaft fühlen ließ. Einige Zeit nachher wurde des Königs Tochter Katharina an Napoleons leichtfertigen Bruder Hieronymus vermählt, der vorher auf des Kaisers Befehl von seiner bürgerlichen Gattin geschieden worden war. Mit seinem Sohne, dem Kronprinzen Wilhelm, der den deutschen Interessen zugetan
Baden war, lebte der König in offenem Zwiespalt. — Baden, bald nachher zum Großherzogtum erhoben (§ 44), erhielt eine neue Vergrößerung durch den österreichischen Breisgau, die Stadt Konstanz und andere Gebietsteile. Unter dem alten, trefflichen Karl Friedrich gelangte das Großherzogtum zu hoher Blüte. Der Universität Heidelberg wurde der frühere Glanz zurückgegeben, den sie im achtzehnten Jahrhundert verloren hatte; das französische Gesetzbuch verdrängte die verschiedenartigen Territorialrechte; Gewerbe, Industrie und Ackerbau fanden Aufmunterung. Karl Friedrichs Enkel Karl wurde mit der von Napoleon adoptierten Stephanie Beauharnais, einer Nichte der Kaiserin Josephine, vermählt. — Die von Preußen abgetrotzten Kleveschen Lande mit Wesel wurden nebst dem von Bayern abgetretenen
Großherzogtum Berg Herzogtum Berg zu einem Großherzogtum umgewandelt und dem Schwager Napoleons Joachim Murat übergeben; am 25. März 1806 hielt der prachtliebende Reiterführer seinen glänzenden Einzug in Düsseldorf. Nach dessen Erhebung auf den Thron von Neapel kam dieses Gebiet teils an Frankreich, teils wurde es dem unmündigen Sohne Ludwig Bonapartes zugewiesen. — Wie Murat wurde auch ein anderer Verwandter des französischen Kaisers in das Reich eingeschwärzt, indem der Reichskanzler Dalberg den Kardinal Fesch, Napoleons Oheim, zu seinem Koadjutor und Nachfolger ernannte, eine Tat, die selbst dem Reichstag von Regensburg eine Erklärung voll Unwillen und Mißbilligung abzwang. —
Neuenburg Welsch-Neuenburg (Neuchatel mit Valengin) wurde dem Marschall Berthier verliehen — Für das an Österreich gefallene Salzburg erhielt der frühere Großherzog von
Würzburg Toscana (§ 34), Bruder des österreichischen Kaisers, das den Bayern weggenommene Würzburg als Kurfürstentum.

Holland Holland von dem ehrenhaften, vaterländischen Ratspensionarius Schimmelpenninck bisher musterhaft regiert, wurde durch Napoleons Ränke und Drohungen dahin gebracht, daß es sich einen Napoleoniden als König erbat. Der französische Kaiser bestimmte dazu seinen mit Hortense Beauharnais vermählten Bruder Ludwig Bonaparte. Schimmelpenninck, der die Umwandlung Hollands in eine konstitutionelle Erbmonarchie umsonst zu hindern gesucht hatte, dankte ab. Vlissingen und andere Orte kamen an Frankreich; dagegen wurde später (§ 47) Ostfriesland samt der Herrschaft Jever mit Holland verbunden. Die holländischen Besitzungen in Hindostan und auf dem Kap waren von 1795 bis 1797 an England übergegangen, ferner Malacca, Ceylon, Amboina, Ternate und andere Inseln. Von den westlichen Niederlassungen nahmen die Engländer Demerara und Essequibo; im Januar 1799 Surinam, 1800 Curaçao und 1801 St. Eustach und Saba.

Italien Das Streben Napoleons, gleich Karl dem Großen eine Universalmonarchie zu gründen und alle europäischen Staaten von Frankreich abhängig zu machen, die Krone als Erblehen seinen Verwandten zu übertragen und die nach französischem Muster eingerichtete Staatsverwaltung und Rechtspflege durch Franzosen oder französisch gesinnte Eingeborne leiten zu lassen, kam am deutlichsten in Italien zum Vorschein. Hier wurde nicht bloß das den Österreichern entrissene venezianische Gebiet mit dem Königreich Italien verbunden und dem Vizekönig Eugen untergeordnet, auch Napoleons Schwestern Elisa und Pauline erlangten Erweiterungen ihrer Ländergebiete (jene Massa und Carrara). Bald
27. Okt. 1807 hernach wurde auch das zum Königreich Etrurien erhobene Toscana dem französischen Kaiserreich beigefügt und in drei Departements geteilt. Marie Louise von Spanien, Vormünderin ihres Sohnes Karl Ludwig, verlor Toscana wieder, das man ihrem Gemahl als Ersatz für das entrissene Parma verliehen hatte (§ 34). Statt eines in Aussicht gestellten neuen Königreichs in Portugal erhielt sie ein Kloster zum Kerker angewiesen. Zwei Jahre später wurde Elisa Bacciochi, Napoleons Schwester, bisher Herzogin von Lucca, als Regentin eingesetzt, war aber eigentlich nur Statthalterin des Kaisers. — Das Königreich Neapel wurde an Joseph Bonaparte unter des Kaisers Oberlehnsherrlichkeit verliehen. Die Königin Karoline, die ihren Groll gegen die Franzosen und deren Machthaber nicht ersticken konnte, hatte beim Wiederausbruch des Kriegs, gegen den mit Napoleon eingegangenen Vertrag, eine russisch-englische Flotte landen lassen und die gelandeten Truppen mit Freuden aufgenommen. Da unterzeichnete, am Tag nach dem Abschluß des Preßburger Friedens,
27. Dez. 1805 Napoleon in Schönbrunn das Dekret, das die berüchtigte Formel enthielt: „Die Dynastie der Bourbonen in Neapel hat aufgehört zu regieren.“ Umsonst suchte die Königin zuerst durch eine demütige Gesandtschaft an Napoleon, dann, als diese nicht angenommen wurde,

durch Aufwiegelung der Lazzaroni und Kalabresen den Verlust ihrer Krone zu verhindern. Als die Franzosen unter Joseph und Massena anrückten, flüchtete sich der Hof mit seinen 15. Febr. 1806
Schätzen, Kostbarkeiten und Freunden nach Sizilien. Unter blutigen Kämpfen mit empörten Pöbelscharen, die abermals (§ 30) das Leben und Eigentum der Wohlhabenden bedrohten, nahm Joseph Besitz von der neapolitanischen Königskrone, die er jedoch schon nach zwei Jahren an seinen Schwager Murat abtreten mußte, als ihn der Machtspruch des Kaisers auf den Thron von Spanien berief (§ 52). Neue Gesetze, eine neue Verwaltungsform, Einziehung vieler Klöster und viele den Franzosen nachgebildete Einrichtungen und Besteuerungsarten traten überall ein, wo Glieder der bonapartischen Familie die Herrschaft erhielten; nicht durch milde Regierung, schrieb Napoleon an seinen Bruder, könne er sich die Liebe seiner italienischen Untertanen erwerben, sondern nur durch „heilsamen Schrecken" ihnen imponieren. Auch mit Pius VII., welcher weder den englischen Schiffen seine Seehäfen verschließen noch Rom
der Lehnsherrlichkeit über Neapel entsagen wollte, wurde um diese Zeit ein Streit begonnen, der nach zwei Jahren mit der Gefangennahme des Papstes endigte (§ 52). Vorerst begnügte sich Napoleon mit der Besetzung einiger Festungen des Kirchenstaats und mit der Verleihung der zwischen Rom und Neapel streitigen Gebiete von Benevent und Pontecorvo an Talleyrand und Bernadotte als Reichslehen mit dem Herzogsrang.

§ 44. Der Rheinbund. Durch die Erhebung der Kurfürsten von Stiftung des Rheinbundes
Bayern und von Württemberg zur souveränen Königswürde war bereits die Verfassung des deutschen Reichs aufgelöst. Napoleon vollendete diese Auflösung, indem er durch Stiftung des Rheinbundes den Süden und Westen Deutschlands dem Einflusse des Kaisers ganz entrückte und und an sich kettete. Bei der Selbstsucht der meisten deutschen Fürsten und bei der Furcht vor dem gewaltigen Gebieter, auf dessen Seite immer das Schlachtenglück war, fiel es dem schlauen Talleyrand und dem Kurfürsten-Erzkanzler Karl Theodor von Dalberg nicht schwer, durch die Aussicht auf Ländergewinn sechzehn Reichsstände zur Trennung vom deutschen Reiche und zum Anschluß an Frankreich zu bewegen. Am 12. Juli 1806 wurde in Paris der Grundvertrag unterzeichnet. Sämtliche 12. Juli 1806
Bundesstaaten traten aus dem deutschen Reichsverbande aus. Sie beschickten eine Bundesversammlung zu Frankfurt, auf der unter dem Vorsitze des Fürst-Primas alle Streitigkeiten der Bundesmitglieder ausgetragen werden sollten. Der Kaiser der Franzosen wurde Protektor des Bundes. Zwischen dem französischen Reiche und dem Bunde wurde eine Allianz errichtet, vermöge deren jeder Krieg auf dem festen Lande, den einer der vertragschließenden Teile zu führen hatte, für alle andern unmittelbar zur gemeinschaftlichen Sache wurde. Zum Bundeskontingent stellte Frankreich 200000 Mann, Bayern 30000, Württemberg 12000, Baden 8000, Berg-Kleve 5000, Hessen-Darmstadt 4000, die übrigen Fürsten samt dem Primas 4000 Mann. So lieferten diese Rheinbundstaaten die deutsche Wehrkraft an Napoleon aus, und ihre Landeskinder mußten dann für seine Eroberungspolitik auf den Schlachtfeldern Spaniens und Rußlands ihr Leben lassen. Durch neue Gebietsvermehrung und durch Unterordnung (Mediatisierung) vieler kleinen, vordem unmittelbaren Reichsstände unter die Oberhoheit der größeren Fürsten, von deren Gebiete sie eingeschlossen waren, nahm die Macht der Bundesglieder bedeutend zu. Der französische Gesandte in Regensburg übergab am 1. August dem Reichstage eine Note Napoleons, worin dieser erklärte, daß er den deutschen Reichskörper als solchen nicht mehr anerkenne.

Die Gesandten von Bayern, Württemberg, des Erzkanzlers, von Baden, Hessen-Darmstadt, Hohenzollern-Hechingen, Salm-Kyrburg und Isenburg begründeten den Austritt ihrer Herren durch folgendes Schriftstück: „Die Begebenheiten der drei letzten Kriege, welche Deutschland beinahe ohnunterbrochen beunruhigt haben, und die politischen Veränderungen, welche daraus entsprungen sind, haben die traurige Wahrheit in das hellste Licht gesetzt,

daß das Band, welches bisher die verschiedenen Glieder des deutschen Staatskörpers miteinander vereinigen sollte, für diesen Zweck nicht mehr hinreiche, oder daß es in der Tat schon aufgelöst sei; das Gefühl dieser Wahrheit ist schon seit langer Zeit in dem Herzen jedes Deutschen, und so drückend auch die Erfahrung der letzten Jahre war, so hat sie doch im Grunde nur die Hinfälligkeit einer in ihrem Ursprunge ehrwürdigen, aber durch den allen menschlichen Anordnungen anklebenden Umstand fehlerhaft gewordenen Verfassung bestätigt. Nur diesem Umstande muß man ohne Zweifel die im Jahre 1794 im Reiche selbst sich hervorgetane Trennung zuschreiben, die eine Absonderung des nördlichen und südlichen Deutschlands zur Folge hatte. Von diesem Augenblicke an mußten notwendig alle Begriffe vom gemeinschaftlichen Vaterlande und Interesse verschwinden; die Ausdrücke: Reichskrieg und Reichsfrieden wurden Worte ohne Schall; vergeblich suchte man Deutschland mitten im deutschen Reichskörper. Die Frankreich zunächst gelegenen, von allem Schutz entblößten und allen Drangsalen eines Krieges, dessen Beendigung in den verfassungsmäßigen Mitteln zu suchen nicht in ihrer Gewalt stand, ausgesetzten Fürsten sahen sich gezwungen, sich durch Separatfrieden von dem allgemeinen Verbande in der Tat zu trennen. Der Friede von Luneville und mehr noch der Reichsschluß von 1803 hätten allerdings hinlänglich scheinen sollen, um der deutschen Reichsverfassung neues Leben zu geben, indem sie die schwachen Teile des Systems hinwegräumten und die Hauptgrundpfeiler desselben befestigten. Allein die in den letztverflossenen zehn Monaten unter den Augen des ganzen Reichs sich zugetragenen Ereignisse haben auch diese letzte Hoffnung vernichtet und die gänzliche Unzulänglichkeit der bisherigen Verfassung aufs neue außer allem Zweifel gesetzt. Bei dem Drange dieser Betrachtungen haben die Souveräne der Fürsten des mittäglichen und westlichen Deutschlands sich bewogen gefunden, einen neuen und den Zeitumständen angemessenen Bund zu schließen . . . Vergeblich aber würden sie sich geschmeichelt haben, den gewünschten Endzweck zu erreichen, wenn sie sich nicht zugleich eines mächtigen Schutzes versichert hätten, wozu sich nunmehr der nämliche Monarch, dessen Absichten sich stets mit dem wahren Interesse Deutschlands übereinstimmend gezeigt haben, verbindet. Eine so mächtige Garantie ist in doppelter Hinsicht beruhigend. Sie gewährt die Versicherung, daß Se. Majestät der Kaiser von Frankreich, Allerhöchstdero Ruhms halber ebensosehr als wegen des eigenen Interesses des französischen Kaiserstaates, die Aufrechterhaltung der neuen Ordnung der Dinge in Deutschland und die Befestigung der innern und äußern Ruhe sich angelegen sein lassen werden. Daß diese kostbare Ruhe der Hauptzweck des rheinischen Bundes ist, davon finden die bisherigen Reichsminister der Souveräns, in deren Namen die gegenwärtige Erklärung geschieht, den deutlichen Beweis darin, daß jedem unter ihnen, dessen Lage ihm eine Teilnahme daran erwünschlich machen kann, der Beitritt zu demselben offen gelassen ist."

Ende der deutschen Kaiserwürde

6. Aug. 1806

Kaiser Franz II., der schon vorher durch Übertragung der Kaiserwürde auf die österreichischen Erbstaaten (§ 39) sein geringes Vertrauen auf den Fortbestand des Reichs kundgegeben hatte, entsagte der deutschen Kaiserwürde, nannte sich Franz I., Kaiser von Österreich, und entzog seine sämtlichen Staaten dem deutschen Reichsverband.

„Bei der Überzeugung von der gänzlichen Unmöglichkeit, die Pflichten Unseres kaiserlichen Amtes länger zu erfüllen, sind Wir es Unsern Grundsätzen und Unserer Würde schuldig, auf eine Krone zu verzichten, welche nur so lange Wert in Unsern Augen haben konnte, als Wir dem von Kurfürsten, Fürsten und Ständen und übrigen Angehörigen des Deutschen Reichs Uns bezeigten Zutrauen zu entsprechen und den übernommenen Obliegenheiten ein Genügen zu leisten imstande waren. Wir erklären demnach durch Gegenwärtiges, daß Wir das Band, welches Uns bis jetzt an den Staatskörper des Deutschen Reichs gebunden hat, als gelöst ansehen, daß Wir das reichsoberhauptliche Amt und Würde durch die Vereinigung der konföderierten rheinischen Stände als erloschen und Uns dadurch von allen übernommenen Pflichten gegen das Deutsche Reich losgezählt betrachten und die von wegen desselben bis jetzt getragene Kaiserkrone und geführte kaiserliche Regierung hiermit niederlegen."

Der Krone zu entsagen, hatte der österreichische Kaiser wohl das Recht, aber nimmermehr, das reichsoberhauptliche Amt und Würde als erloschen zu erklären. So wurde das heilige römische Reich deutscher Nation aufgelöst; durch innere Zwietracht und machtlose Vielherrschaft war es schon längst zum Schatten herabgesunken. Jetzt wurden seine Glieder die Vasallen eines fremden Zwingherrn. Wohl drückte das Gefühl der Schmach

manche deutsche Brust, und E. M. Arndt (§ 83) gab in dem „Geist der Zeit" diesem Gefühle Worte, aber wie wenige wagten es noch ferner zu sprechen, seitdem der wackere Buchhändler Palm von Nürnberg auf Befehl des despotischen Machthabers das Opfer eines schmachvollen Justizmordes in Braunau geworden war, nur weil er eine kleine Schrift „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung" buchhändlerisch vertrieben hatte. 26. Aug. 1806

Der Rheinbund umfaßte noch einige Reichsglieder, die später mediatisiert wurden, nämlich Salm, Isenburg, Arenberg und Dalbergs Neffen, den Fürsten von der Leyen. Wie das Wort „Mediatisierung" verlautete, „drängte man sich wie im J. 1802 und 1803 bei den Säkularisationen (§ 35) eifrig nach Paris, bettelte, bestach, intriguierte mit allen Kräften. Deutsche Länder und Stämme wurden wieder verkauft; wer zahlte, war seiner Existenz zunächst sicher, und die hohen Würdenträger des Kaiserreichs sackten Millionen ein. Die Trinkgelder und diplomatischen Geschenke wurden nach dem Ausdruck eines Franzosen wie Börsengeschäfte verhandelt." So wurde „ohne Rechtstitel, lediglich durch einen Akt revolutionärer Gewalt von einem fremden Eroberer und einer Anzahl ihnen gleichgestellter Mitstände im Reiche, eine Reihe fürstlicher Familien eingeschmolzen, die nicht so glücklich gewesen waren, brauchbare Werkzeuge für die Bonapartesche Politik zu sein oder durch Geld, Protektion, Familienverbindung ihre bedrohte Existenz zu retten". Als Preis für den Verrat am deutschen Lande erzielten einzelne der Rheinbundfürsten außer der Gebietsvergrößerung auch noch Rangerhöhungen. Der Kurerzkanzler wurde Fürst-Primas. Der Kurfürst von Baden, der Herzog von Cleve und Berg, der Landgraf von Hessen-Darmstadt wurden Großherzöge mit den Ehren und Vorrechten königlicher Würde, das Haupt des Hauses Nassau erhielt den Titel Herzog, und der Graf von der Leyen die Fürstenwürde. — Zu den mediatisierten Fürsten gehörten Fürstenberg, Schwarzenberg, Thurn und Taxis, Löwenstein, Öttingen, Hohenlohe, Leiningen, Nassau-Oranien, Wied-Runkel, Metternich, Fugger, Bentheim, Solms, Sayn-Wittgenstein u. a.; ferner die Grafen von Castell, Erbach, Stolberg, Isenburg, Sternberg, Plettenberg, Wartenberg, Waldbott-Bassenheim u. a. Auch der Johanniterorden, die sämtlichen Reichsgrafen und Reichsritter, unter ihnen der Reichsgraf Metternich und der Reichsfreiherr vom Stein verfielen demselben Geschick. Die Mediatisierten (Standesherren) behielten ihr Patrimonial- und Privateigentum, das Recht der niederen und mittleren Gerichtsbarkeit und das Jagd-, Fischerei- und Patronatsrecht, Zehnten, Lehngefälle u. a.

2. Der Fall Preußens.

§ 45. Preußens innere Verhältnisse vor dem Kriege. Die einzige Macht, welche in Deutschland dem übermütigen Eroberer noch hätte gegenübertreten können, Preußen, der scheinbar kräftigste und gesundeste Staat, brach noch in demselben Jahre morsch in sich zusammen. Der Staat, wie ihn Friedrich der Große geschaffen hatte, setzte das unmittelbare Eingreifen einer ganz ungewöhnlichen Persönlichkeit, eines genialen und kraftvollen Herrschers voraus. Die Nachfolger Friedrichs II., Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III., hatten aber von den Eigenschaften des großen Königs sehr wenig geerbt.

Friedrich Wilhelm II. 1786–1797
Friedrich Wilhelm III. 1797–1840

Die engherzige Erziehung seiner Jugend hatte dem von Natur gesunden Geiste Friedrich Wilhelms III. nicht die volle Stärke verliehen und die angeborene Schüchternheit und Unsicherheit seines Wesens genährt. So war das scharfe persönliche Regiment Friedrichs II. mehr und mehr zu einer Kabinettsregierung geworden, bei der an die Stelle der verantwortlichen Minister unverantwortliche Ratgeber getreten waren, die ihren unheilvollen Einfluß auf den König um jeden Preis zu erhalten suchten. Diese aus unbedeutenden, am Kleinlichen und Herkömmlichen haftenden Männern bestehende Umgebung des Königs, wie General v. Köckeritz und Kabinettsrat Beyme, hielt ihn von jedem kräftigen Handeln zurück. Die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten blieb nach wie vor Männern ohne Ehrgefühl und Charakterstärke überlassen, dem sittenlosen Haugwitz und dem leichtfertigen, genußsüchtigen Lombard.

Kabinettsregierung

Nur Wöllner, der Urheber des hochkirchlichen Religionsediktes (Bd. III), der durch Überwachung, Gewissenszwang und theologische Zensur die Hoforthodoxie im ganzen Lande zu verbreiten bemüht war, war in Ungnade entlassen worden. Aber die Wirkungen der Heuchelei und der zu gleicher Zeit genährten sittlichen Schlaffheit gaben sich deutlich im Volke kund.

Verwaltung

Zwar hatte der preußische Staat eine ansehnliche territoriale Vergrößerung erfahren (er erstreckte sich durch Erwerbung Hannovers fast ununterbrochen vom Niederrhein zum Njemen und Bug), ein wirtschaftlicher Aufschwung war wohl ersichtbar, aber aus dem früheren auf gesunden, natürlichen Grundlagen ruhenden Staate war ein künstliches, schwerfälliges Mischreich geworden. „Alle diese Vergrößerungen waren," wie Gustav Freytag treffend bemerkt, „nicht unter den Impulsen einer starken, treibenden Kraft gemacht, sie waren zum Teil widerwillig, nach ruhmlosen Feldzügen von einem übermütigen Feinde aufgedrängt worden. Und Deutschland machte die merkwürdige Erfahrung, daß Preußen unter fortgesetzten Demütigungen und Niederlagen anschwoll, und daß seine Zunahme an Landgebiet und die Abnahme seines Ansehens in Europa gleichen Schritt hielten." Der Vergrößerung des Staates war die Verwaltung nicht gewachsen; es fehlte an Einheit der Oberleitung. Eine Teilnahme der Bürgerschaft an dem politischen Leben war durch die Bureaukratie unmöglich gemacht worden. Der Bestechlichkeit und den Übergriffen der Beamten war freier Spielraum gelassen. Die Finanzen des Staates waren infolge der Verschwendung Friedrich Wilhelms II. zerrüttet, die Besteuerung eine durchaus ungleiche; sie lastete hauptsächlich auf den Städten und ließ den Adel fast frei.

Heerwesen

Am allerschlimmsten sah es in dem Heerwesen aus. Gegenüber den Riesenfortschritten, welche unter der genialen Leitung Napoleons und seiner Generale die französische Truppenzahl, Zusammensetzung, Bewaffnung, Leitung, Taktik und Verpflegung gemacht hatten, war hier alles auf dem Standpunkte der Armee Friedrichs des Großen geblieben, ohne aber noch dessen Geist zu besitzen. Trotz der Verdoppelung der Bevölkerung waren die nötigen Verstärkungen nicht getroffen; die wohlhabenden und gebildeteren Klassen entzogen sich dem Dienste und wälzten ihn auf den ärmsten Teil der Bevölkerung ab; die Lücken wurden durch Ausländer ausgefüllt, die kein Band der Vaterlandsliebe an den preußischen Staat zu fesseln vermochte. Die Erfahrungen der letzten Feldzüge waren unbenutzt geblieben; Bewaffnung, Verpflegungssystem, Taktik, alles war noch so, wie es unter Friedrich dem Großen gewesen war; aber während dort die Manöver durch ihre kriegsähnliche Ausführung das Staunen der Welt erregt hatten, waren sie nun zu gekünstelten Paradeschaustellungen herabgesunken. Und während in Frankreich der Offizierstand aus dem Volke hervorging, indem dort, wie man sagt, jeder Soldat den Marschallstab im Tornister trug, hatte er in Preußen sich in einer festgeschlossenen Kaste hochmütig und dünkelhaft vom Volke abgesondert. Nur aus dem Adel wurden die Offiziere genommen; kaum daß bei der Artillerie, der Hauptwaffe der Franzosen, Bürgerliche zugelassen wurden. „Es war eine harte Ironie," sagt Freytag, „daß ein französischer Artillerieoffizier als Kaiser von Frankreich in derselben Zeit darauf sann, das preußische Heer und seinen Staat in Trümmer zu werfen, in welcher man in Preußen darüber stritt, ob ein Offizier der Artillerie in den Generalstab aufzunehmen sei, und den bürgerlichen Oberstleutnant Scharnhorst um diese Bevorzugung sehr beneidete." Die Generale waren durchweg alt, eingebildet auf die einstigen Triumphe des preußischen Heeres, unfähig und unentschlossen. Für diesen in sich zerfallenden Staat stand nun die schwerste Zeit vor der Tür.

Kränkungen Preußens

§ 46. Veranlassung zum Kriege. Hatte die schwankende Haltung Preußens während des österreichischen Krieges und die Unschlüssigkeit des friedfertigen, aber übel beratenen Königs den französischen Kaiser mit tiefem Groll erfüllt, so erzeugte die Demut und Willfährigkeit, mit der

sich Haugwitz und andere Minister allen Machtsprüchen Napoleons fügten, in ihm die Ansicht, daß man gegen Preußen alle Rücksicht beiseitesetzen dürfe, daß der König als Freund unzuverlässig, als Feind zaghaft und unschädlich sei. In dieser Voraussetzung behandelte Napoleon die preußischen Staatsmänner mit Übermut und gab bei jeder Gelegenheit seine Mißachtung zu erkennen. Die vielfachen Kränkungen, die Napoleon absichtlich der preußischen Regierung zufügte, namentlich seitdem sie durch die zweideutige Haltung bei Besetzung des Kurfürstentums Hannover „die letzte Probe", die er ihr in dem Schönbrunner Vertrage gesetzt hatte, in seinen Augen nicht bestanden hatte (§ 43), überzeugten diese endlich, daß der französische Kaiser den Krieg wünsche, und daß der Friede nicht länger mit Ehren aufrecht erhalten werden könne. Hatte man doch in Berlin dem Kanzler Hardenberg, der dem von Napoleon erzwungenen französischen Bündnis nicht unbedingt ergeben schien und als geborener Hannoveraner mehr zu England neigte, bereits einen Urlaub auf unbestimmte Zeit bewilligt und Haugwitz an seine Stelle gesetzt; war man 15. Febr. 1806
doch schon mit England und Schweden in ein offenes Kriegsverhältnis getreten, ohne dennoch das Vertrauen und die Zufriedenheit des französischen Machthabers zu gewinnen. Zwei Ursachen erweiterten den schon bestehenden Zwiespalt. Noch ehe der Rheinbund zum Abschluß gekommen war, gedachte Preußen mit Sachsen und Hessen-Kassel in einen „engeren Verband" zu treten. Diesem Vorhaben kam Napoleon fördernd entgegen, indem er in Berlin den Plan eines „norddeutschen Bundes" oder, wie die Franzosen sich lockend ausdrückten, eines „norddeutschen Kaisertums" anregen ließ, um dadurch zum voraus alle Einsprache gegen den Rheinbund zu beseitigen. Diesem Bunde sollten außer Sachsen und Hessen-Kassel alle am Rheinbunde noch unbeteiligten Reichsstände im Norden, als Mecklenburg, Oldenburg, die Hansestädte, Holstein und andere, beitreten. Kaum war aber der rheinische Bund abgeschlossen, so suchte die französische Diplomatie die preußischen Unionsbestrebungen, die ohnedies schon an der eigennützigen und zwieträchtigen Gesinnung der einzelnen Staaten unbesiegbare Hindernisse fanden, auf alle Weise zu vereiteln, eine Doppelzüngigkeit, die Preußen tief verletzen mußte, zumal da man es bei der Bildung des Rheinbundes ohne Mitteilungen gelassen hatte. Zweitens aber brachte das Berliner Kabinett in Erfahrung, daß Napoleon bei Erneuerung der Friedensunterhandlungen mit dem englischen Ministerium diesem die Zurückgabe des an Preußen abgetretenen Kurfürstentums Hannover in Aussicht gestellt habe, ohne mit der preußischen Regierung darüber Rücksprache zu nehmen.

Diese Erfahrungen, verbunden mit mannigfaltigen Grenzverletzungen ultimatum
(Besitznahme von Wesel nebst den Abteien Elten, Essen und Werden durch den Großherzog von Berg) und dem sichtlichen Bestreben, Preußen immer mehr zu isolieren, brachten endlich die Regierung in Berlin zu der Überzeugung, daß sie sich von Frankreich des Schlimmsten zu versehen habe. Sie gab ihren Unwillen auf diplomatischem Wege zu erkennen, setzte die Heere auf Kriegsfuß und brach, als das sogenannte Ultimatum, 1. Okt. 1806
in dem die unverzügliche Räumung Süddeutschlands von den Franzosen, die ungehinderte Zulassung des norddeutschen Bundes und die Schlichtung der noch übrigen streitigen Interessen gefordert war, mit Hohn und unziemlichen Ausfällen zurückgewiesen wurde, alle Verhandlungen mit

Frankreich ab. Die Verstimmung und Besorgnis, die sich bei einem großen Teil der Nation über die wachsende Übermacht der Fremdlinge kundgab, mochte Preußen in der Hoffnung bestärken, daß es berufen sei, der Retter des bedrängten Vaterlandes zu werden.

Beginn des Krieges

§ 47. Jena und Auerstedt. Indes man aber in Berlin noch die letzte Antwort von Frankreich erwartete und in der trügerischen Hoffnung auf Friedensbotschaften die Kriegsunternehmungen lässig betrieb, standen die französischen Truppen unter Napoleon und seinen kriegskundigen Marschällen schon im Herzen von Thüringen und Sachsen, dessen Kurfürst sich nach einigem Sträuben an Preußen angeschlossen hatte, während der Kurfürst Wilhelm von Hessen in einer höchst zweideutigen Neutralität verharrte. Ein taktloses Manifest von Haugwitz, das der französischen Nation ein großes Sündenregister vorhielt und das Übermaß der eigenen Demütigungen zur Rechtfertigung des unternommenen Krieges aufführte, reizte Napoleons Rachsucht aufs äußerste. Schon das erste Bulletin des Kaisers vom 8. Oktober zeigte, wie haßerfüllt er gegen die Königin und die Kriegspartei war: „Man hat uns auf den 8. zu einer Zusammenkunft eingeladen; niemals hat ein Franzose bei einer Einladung, an der die Ehre beteiligt ist, gefehlt; aber da man sagt, daß eine schöne Königin Zeugin des Kampfes sein will, so wollen wir höflich sein und nach Sachsen marschieren, ohne ins Bett zu gehen."

Gefecht bei Saalfeld 10. Okt. 1806

Gleich das erste Treffen bei Saalfeld, in dem der tapfere Prinz Louis Ferdinand seinen Tod fand, entschied wider die Preußen. War dieser Schlag von schwerer moralischer Wirkung auf die Stimmung des preußischen Heeres, so entschied die Niederlage in der großen Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt über das Schicksal der Monarchie und der Länder zwischen Rhein und Elbe.

Schlacht bei Jena und Auerstedt 14. Okt. 1806

Nach dem Gefecht bei Saalfeld hatten sich die Hauptarmee unter dem Befehl des 71jährigen Ferdinand von Braunschweig und der andere Teil unter dem Fürsten von Hohenlohe-Ingelfingen am 12. Okt. vereinigt; da aber die Franzosen schon am 13. Okt. Jena nahmen, so hob der Herzog von Braunschweig diese Vereinigung wieder auf in der Absicht, erst zwischen Saale und Elbe die Schlacht anzunehmen. Als dann bei dem Linksabmarsch die ganze Armee die Stellungen änderte, stieß der Vortrab am 13. Okt. bei Kösen auf die Feinde. Hohenlohe erhielt daher den Befehl, bei Jena stehen zu bleiben und die Hauptarmee in ihrem Abmarsch in der Flanke zu decken. Da wurde er am 14. Okt. von Napoleon selbst angegriffen und geschlagen. Zugleich erlitt auch die Hauptarmee bei Auerstedt durch Davoust eine halbe Niederlage. Beide Schlachten begannen, ohne daß man darauf vorbereitet war, ohne Kenntnis von der Stellung und der Stärke des Gegners, ohne jede Einheit der Leitung, ohne jeden Zusammenhang. Trotz der großen Verluste bei Auerstedt war die Haltung der preußischen Soldaten eine vorzügliche, aber die schwere Verwundung des Herzogs von Braunschweig, der durch beide Augen geschossen worden war, wurde für die Schlacht verhängnisvoll. Dennoch wurde in ziemlicher Ordnung der Rückzug angetreten, ohne Ahnung von dem Schicksal Hohenlohes. Als nun die von Auerstedt zurückziehenden Truppen auf die in wilder Unordnung fliehenden Scharen von Jena stießen, da ergriff auch sie ein panischer Schrecken; die einzelnen Verbände lösten sich in voller Fahnenflucht auf, und jeder suchte, wie er nur konnte, sich zu retten. Da auch keine Vorkehrungen zu einem Rückzuge getroffen waren, so trennten sich die Heere in mehrere Abteilungen und wurden einzeln die Beute des rasch vordringenden Siegers.

Am 17. Oktober erlitt Herzog Eugen von Württemberg bei Halle eine Niederlage, welche die unter seinem Kommando stehende Reservearmee gänzlich zersprengte. Fürst von Hohenlohe, der mit der Hauptarmee auf Umwegen nach Magdeburg zog, mußte, als er sich bei der herrschenden Verwirrung in dieser Stadt nicht halten konnte und den Weg weiter nach Stettin verfolgte, getäuscht durch Vorspiegelungen Murats und Lannes'

und irregeleitet durch falsche Beobachtungen des Oberst Massenbach, bei Prenzlau mit 12000 Mann die Waffen strecken und die ermatteten und hungernden Truppen in Kriegsgefangenschaft liefern. Die Festungen, die fast sämtlich unter dem Kommando alter, körperlich und geistig abgestumpfter Generale standen, ergaben sich mit solcher Eile, daß man bei vielen Befehlshabern Verrat argwöhnte, weil der gänzliche Mangel an Selbstvertrauen unbegreiflich war. Yorks glückliches Gefecht bei Altenzaun an der Elbe und vor allem Blüchers Zug durch Mecklenburg und sein Kampf in Lübeck waren die einzigen Lichtblicke in dieser trüben Zeit. Dreizehn Tage nach der Schlacht bei Jena zog Napoleon in Berlin ein. Der Stadtkommandant Graf Schulenburg hatte in der berüchtigt gewordenen Proklamation „ruhige Fassung als die erste Bürgerpflicht und das einzig höhere Interesse" empfohlen und war mit allen Truppen und den meisten Beamten abgezogen, ohne die großen Vorräte an Pulver und Waffen fortzuschaffen, wozu er genug Zeit gehabt hätte.

Kapitulation bei Prenzlau 18. Okt. — 26. Okt. — 27. Okt.

Schon zwei Tage nach der Schlacht fiel Erfurt mit der Besatzung von 10000 Mann und vielen Vorräten durch die übereilte Kapitulation des alten Feldmarschalls Möllendorf und des dem königlichen Hause verwandten Prinzen von Oranien in die Hände des Feindes; am 24. und 25. Okt. wurden Spandau und Potsdam ohne Schwertstreich übergeben. Wenige Tage später kapitulierten die mit Mannschaft und Kriegsvorrat aufs beste versehenen Festungen Stettin und Küstrin beim ersten Anblick einiger französischer Reiter; und am 10. Nov. übergaben Kleist und Wartensleben an der Spitze von 20 Generalen die Festung Magdeburg, das Bollwerk des Staates, mit einer Besatzung von 24000 Mann, 6563 Pferden, 577 Stück Geschütz und Munition und Lebensmitteln in Überfluß. Nicht besser ging es in Hannover, wo man die Franzosen als „Befreier" begrüßte, in der Hoffnung, im Frieden an England zurückgegeben und dadurch in der alten „Selbständigkeit" erhalten zu werden. In Hameln ergab sich die Besatzung von 10000 Mann einem Belagerungskorps von 6000; am 26. November wurde die gut ausgerüstete Festung Nienburg von den Franzosen vertragsmäßig eingenommen.

Übergabe der Festungen

Nur Blücher rettete in den blutigen Kämpfen in und bei Lübeck die preußische Ehre, doch konnte er die Erstürmung der schlecht befestigten Stadt nicht hindern und mußte endlich bei Ratkau mit seinem auf 8000 Mann zusammengeschmolzenen Heere kapitulieren, „weil er kein Brot und keine Munition mehr habe". „Alle diejenigen," sagt Häusser, „die an der Zukunft noch nicht verzweifelten, erbauten und hoben sich an den Taten eines Führers, der jeder Ungunst der Lage mit jugendfrischem Mute neue Mittel des Widerstandes entgegengestellt, der mit einem unglücklichen Verhängnis hartnäckig gerungen hat, um erst im letzten, äußersten Fall der Not — und auch da grollend und mit Ehren — die Waffen niederzulegen." — Ähnlich war die Haltung der pommerschen Festung Kolberg, wo der tapfere und entschlossene Kommandant Major Gneisenau, ein Mann von genialem Geiste, schöpferischer Tatkraft und edler Bildung, unterstützt von dem verwegenen, unternehmenden und ritterlichen Husarenleutnant Ferdinand von Schill und von dem wackern Bürger Joachim Nettelbeck, einer kräftigen Seemannsnatur von vaterländischer Gesinnung und ehrenfestem Charakter, jeden Kleinmut fernhielt und die Stadt gegen das überlegene Belagerungsheer der Franzosen so lange verteidigte, bis der Waffenstillstand den Angriffen ein Ende machte. Auch Graudenz hielt sich durch die Entschlossenheit des alten Kommandanten Courbière bis zum Frieden.

Blücher 6. Nov. — 7. Nov. — Kolberg — Graudenz

Von Berlin aus ließ Napoleon seine Machtsprüche ergehen, durch die der Norden Deutschlands in noch größere Abhängigkeit kommen sollte als der Süden. Der Kurfürst von Hessen, der beim Ausbruch des Krieges durch seine ihm und den Bundesgenossen gleich verderbliche Neutralität seine Armee dem Kampfe entzogen hatte, mußte Heer und Land dem Feinde überlassen und in der Fremde (Prag) Sicherheit suchen. Der schwerverwundete und des Augenlichts beraubte Herzog von Braunschweig ließ sich auf holsteinisches Gebiet bringen, als Napoleon mit unedler Strenge den unglücklichen Anführer der preußischen Heere aus seiner Haupt-

Schicksal der andern Staaten

stadt trieb, wohin er sich nach der Jenaer Schlacht auf einer Bahre hatte tragen lassen. In der Fremde fand er sein Grab. Mecklenburg und Oldenburg wurden besetzt, Jever und Ostfriesland mit Holland verbunden, die Hansestädte wie auch Leipzig durch Wegnahme aller englischen Waren und durch schwere Kriegssteuern gedrückt und aus allen Gegenden Schätze der Kunst und Wissenschaft und die Trophäen früherer Siege weggeführt. Nur dem Kurfürsten von Sachsen, dessen Truppen in den preußischen Heeren bei Jena mitgefochten hatten, ließ der Sieger Gnade widerfahren. Er setzte die kriegsgefangenen Sachsen in Freiheit und gewährte
11. Dez. 1806 dem Kurfürsten den günstigen Frieden von Posen, worauf dieser, mit dem Königstitel geziert, gleich den übrigen sächsischen Herzögen dem Rheinbunde beitrat. Seitdem fühlte sich Friedrich August zu seinem und seines Volkes Unglück durch die Bande der Dankbarkeit an Napoleon gefesselt. Karl August von Sachsen-Weimar hatte als preußischer General bei Jena und auf dem Rückmarsch mit Mut und Entschlossenheit gekämpft und dadurch Napoleons Unwillen erregt, aber die würdige Haltung, mit der die Herzogin dem Sieger entgegentrat, machte Eindruck und bewog ihn zu dem Ausspruch, wenn der Herzog die Armee verlasse und seine Truppen zurückrufe, solle ihm verziehen und seine Souve-
Haltung Preußens ränität erhalten werden. — Der König von Preußen war zuerst nach Graudenz und dann nach Königsberg geflüchtet. Waffenstillstandsverhandlungen scheiterten an den sich maßlos steigernden Forderungen Napoleons: er verlangte den Rückzug der Preußen hinter die Weichsel, Übergabe von Glogau, Thorn, Graudenz, Danzig und Trennung von Rußland. Diese schmachvollen Bedingungen, die von Lucchesini und
17. Nov. Zastrow in der Charlottenburger Konvention unterzeichnet worden waren, lehnte der König, beraten von seiner edlen Gemahlin und den Ministern
16. Dez. vom Stein und von Voß, ab, ja er entließ Lombard und wollte Stein
Entlassung Steins zum Minister des Auswärtigen machen. Aber da dieser auch die Entlassung der unverantwortlichen Kabinettsräte verlangte und in unumwundener Sprache den König auf die bisher gemachten Fehler aufmerksam machte, so erhielt er bald in den ungnädigsten Ausdrücken den
3. Jan. 1807 Abschied.

„Mit großem Leidwesen habe ich erfahren müssen, daß ich mich leider nicht anfänglich in Ihnen geirrt habe, sondern daß Sie vielmehr als ein widerspenstiger, trotziger, hartnäckiger und ungehorsamer Staatsdiener anzusehen sind, der, auf sein Genie und Talente pochend, weit entfernt das Beste des Staates vor Augen zu haben, nur durch Kapricen geleitet, aus Leidenschaft und aus persönlichem Haß und aus Erbitterung handelt." So mußte der einzige Staatsmann, den der König noch besaß, den Hof verlassen.

§ 48. Eylau. Friedland. Tilsit. Indessen hatte Rußland, durch Napoleons Umtriebe auch mit der Türkei in Streitigkeiten verwickelt (er suchte die russischen Absichten auf die Moldau und Walachei zu hintertreiben), zwei Heere unter Bennigsen und Buxhöwden nach Ostpreußen abgeschickt, um die Franzosen von dem Übergang über die Weichsel abzuhalten.
Napoleon und Polen Da erließ Napoleon einen von Dombrowski u. a. unterzeichneten Aufruf an die Polen, in dem diese zum Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit aufgefordert wurden. Fälschlich stand darunter auch der Name Kosciuskos, des Helden der letzten Unabhängigkeitskämpfe (Bd. III, § 416).
1807 Unter dem Jubel des polnischen Volkes zog Napoleon am 2. Januar in Warschau ein, aber seine Erwartungen auf tatkräftige Unterstützung der „berühmten polnischen Nation" erfüllten sich nicht. Dazu kam, daß die Polen bald

merkten, daß sie ihre Hoffnungen auf die Wiedererrichtung eines selbständigen Reiches sehr herabstimmen müßten, daß der fremde Sieger, dessen Soldaten sie nährten und kleideten, für den sie ihr Blut lassen sollten, nur auf die Befriedigung seines Ehrgeizes bedacht sei. Mit ihren Gütern bereicherte er seinen kriegerischen Lehnsadel, aber nicht einmal der Name „Polen" kehrte ins Dasein zurück.

Österreich zum Anschlusse an Rußland und Preußen zu bringen, gelang nicht. Die Entscheidung mußte also in Preußen fallen. Nachdem an den Ufern der Weichsel bei Pultusk und Mohrungen gekämpft war, fiel ein Hauptschlag in der Schlacht von Preußisch-Eylau, wo der Kriegsmut der Franzosen und Russen und die tapfere Haltung der Preußen unter dem braven, entschlossenen Lestocq einen Kampf herbeiführte, der den blutigsten Ereignissen der Weltgeschichte gleichkommt. Gegen 60000 Tote und Verwundete deckten die weite Schneefläche der Walstatt; beide Teile sprachen sich den Sieg zu, und die Erschöpfung war so groß, daß der Krieg eine viermonatliche Unterbrechung erlitt. Während dieser Zeit wurden neue Unterhandlungen eingeleitet; allein, so sehr auch der mit seiner Familie in Memel weilende König die Beendigung des Krieges wünschte, um sein Volk von der furchtbaren Bedrückung der Franzosen und den Gewalttaten der Russen zu befreien, so war er doch zu treu und redlich, seine Sache von Rußland und England (mit diesem hatte er zu Anfang des Jahres einen Friedensvertrag geschlossen, in welchem er auf Hannover verzichtet hatte) zu trennen. Er wies die ihm von Bertrand gemachten sehr günstigen Friedensvorschläge entschieden zurück. Auch hoffte er auf eine glückliche Wendung des Krieges, da sich in Österreich neue Kriegslust zeigte und der zwischen Preußen und Rußland abgeschlossene und von England und Schweden gebilligte Vertrag von Bartenstein eine europäische Koalition gegen die französische Übermacht erwarten ließ.

Dez. u. Jan.

Schlacht bei Pr.-Eylau 7. u. 8. Febr. 1807

26. April

In dem Bartensteiner Vertrag verpflichteten sich Preußen und Rußland, den Krieg fortzuführen, bis Preußen sein Gebiet von 1805, also ohne Hannover, wiedererlangt habe, der Rheinbund vernichtet und das linke Rheinufer wieder erobert sei. Dann sollte Deutschlands Verfassung den neuen Verhältnissen angepaßt, eine Konföderation der ehemaligen Reichsstände mit Einschluß Österreichs angestrebt werden. Jeder Anlaß zur Eifersucht zwischen Österreich und Preußen solle beseitigt, zwischen beiden Mächten eine dauernde Eintracht hergestellt und die Leitung des deutschen Bundes zu gemeinsamer Verteidigung in ihre Hand gegeben werden. Dieser friedliche Dualismus, dem Hardenberg jetzt unbedingt anhing, ist für die Zukunft Deutschlands verhängnisvoll geworden.

Vertrag von Bartenstein

Als dann aber auch in Schlesien, ungeachtet der mutigen Gesinnung und vaterländischen Hingebung der Bevölkerung, durch die Feigheit der Befehlshaber die Festungen Glogau, Brieg, Schweidnitz und Breslau in die Hände der Franzosen kamen, als selbst das schwerbedrängte Danzig, aller Hilfe von außen beraubt, von dem tapfern Kommandanten Kalckreuth dem Marschall Lefebvre (daher Herzog von Danzig) übergeben werden mußte, und als der Kaiser von Rußland, durch schlimme Ratgeber verleitet, eine Versöhnung mit Napoleon zu wünschen schien, da verlor der König alles Vertrauen auf einen glücklichen Ausgang. Man hatte sich noch so wenig mit dem Gedanken eines Volkskrieges vertraut gemacht, daß die preußischen Beamten die den Feinden Verderben drohenden Bewegungen der schlesischen Bürger und Bauern unterdrückten. Als nun die Franzosen bei Wiedereröffnung des Kriegs nach dem blutigen, aber

25. Mai

10. Juni Schlacht bei Friedland 14. Juni 1807

unentschiedenen Treffen bei Heilsberg am Jahrestage von Marengo über die Russen unter Bennigsen in der Schlacht von Friedland einen glänzenden Sieg erfochten, Königsberg besetzten und die russische Grenze bedrohten, da hielten es die verbündeten Monarchen für ratsam, nach einer persönlichen Zusammenkunft mit Napoleon in einem Schiffs-

7.–9. Juli

pavillon auf dem Njemen (Memel) in den Frieden von Tilsit zu willigen, so drückend auch die Bedingungen waren. Alexander, von seinem Bruder Konstantin, von dem ränkevollen Bennigsen u. a. zum Frieden beredet und von Napoleon in einer vertraulichen Unterredung durch die Aussicht auf Teilung der Weltherrschaft gewonnen, opferte seinem Ehrgeiz die Waffenbrüderschaft mit Preußen und brach den Freundschaftsbund, den er mit Friedrich Wilhelm unter den heiligsten Versicherungen ewiger Treue geschlossen hatte. Ja, er scheute sich nicht einmal, von dem preußischen Polen den Grenzdistrikt Bialystock als Geschenk Napoleons anzunehmen und sich somit auf Kosten seines niedergeworfenen Bundesgenossen zu vergrößern.

Frieden von Tilsit 9. Juli 1807

„Aus Rücksicht auf Kaiser Alexander" gab Napoleon an Preußen die kleinere Hälfte des Staatsgebietes zurück, die fortan, „wie die drei Blätter eines Kleeblattes", nur durch schmale Streifen verbunden war. Es verlor alles Land westlich der Elbe und ungefähr die Gebiete der zweiten und dritten polnischen Teilung. Südpreußen und Neu-Ostpreußen fielen an das zu errichtende Herzogtum Warschau, das dem König von Sachsen übergeben wurde; Danzig mit seiner Umgebung wurde unter dem Schutze Preußens und Sachsens und mit französischer Garnison freie Stadt; die Herzöge von Sachsen-Koburg, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin wurden in den Besitz ihrer Staaten wieder eingesetzt, doch sollten die Häfen von Oldenburg und Mecklenburg so lange durch französische Garnisonen besetzt bleiben, bis die Ratifikationen des „künftigen Defensiv-Friedensvertrages zwischen Frankreich und England" ausgewechselt seien. Rußland und Preußen erkannten Joseph Napoleon als König von Neapel und Louis Napoleon als König von Holland, den rheinischen Bund, die gegenwärtigen und künftigen Mitglieder desselben an. Zwischen Rußland und Frankreich wurde außerdem ein besonderer Allianzvertrag geschlossen, in dem England vorgeschrieben wurde, unter Anerkennung der freien Schiffahrt auf allen Meeren und Rückgabe aller seit 1805 gemachten Eroberungen den Frieden mit Frankreich zu schließen. Sollte England sich weigern, so verpflichtete sich Rußland, mit Napoleon gemeinsame Sache zu machen; es sollten dann Dänemark, Schweden und Portugal aufgefordert werden, den Engländern ihre Häfen zu verschließen und ihnen den Krieg zu erklären. Außerdem trat Rußland der Kontinentalsperre (§ 50) bei und vernichtete dadurch seinen Handel und seine Finanzen, da fast alle seine Rohprodukte nach England gingen. Sollte aber England Frieden schließen, so würde es Hannover zurückerhalten; sollte die Pforte binnen drei Monaten keinen Frieden schließen, so wollten Frankreich und Rußland ihr alle Gebiete in Europa außer Konstantinopel und Rumelien nehmen. Eine Teilung derselben wurde zwischen beiden vorgesehen.

Preußens Lage

Preußen verlor durch den Frieden von Tilsit 16825 □kilometer und 4808117 Einwohner und wurde zu einem Mittelstaat von 150031 □kilometer mit 4310582 Einwohnern herabgedrückt. Selbst die Bitten der Königin Luise, die man nach Tilsit berufen hatte, vermochten den rücksichtslosen Sieger nicht in seinen Forderungen herabzustimmen. Aber auch wirtschaftlich wollte Napoleon Preußen zugrunde richten, und das gelang ihm durch die am 12. Juli vom Grafen Kalckreuth in Königsberg „mit beispiellosem Leichtsinn und Gedankenlosigkeit" unterzeichnete Konvention. Kalckreuth war an Stelle des auf die Forderung Napoleons verabschiedeten Hardenberg getreten. Nach der Konvention, die Hardenberg mit Recht die Quelle alles Elendes der nächsten Jahre genannt hat, sollte am 20. August die Provinz Preußen bis zur Weichsel, am 1. Oktober alles übrige mit Ausnahme von Stettin, Prenzlau, Pasewalk und dem am rechten Elbeufer gelegenen Teile des Herzogtums Magdeburg geräumt werden, wenn bis dahin die vom 1. Nov. 1806 bis zum Friedensschlusse aufgelegten Kontributionen bezahlt oder nach der Überzeugung des französischen Generalintendanten genügende Sicherheit für deren Eingang geboten war. Dabei aber war weder die Höhe dieser Kontributionen noch die Zeit der Abtragung vorgesehen, und Kalckreuth überließ es dem Gutdünken der Beamten Napoleons, die Rechnungen so auszustellen, daß Preußen die unerschwinglichen Summen nicht zahlen konnte und durch das Verbleiben der französischen Truppen in Preußen auch Österreich und Rußland in

Schranken gehalten wurden. Napoleons Generalintendant Graf Daru wußte nun ganz im Sinne Napoleons zu handeln. Zwar zahlte Preußen bis zum 12. Juli 1807 schon 55 Millionen Franken mehr an Frankreich, als es an Kontributionen usw. verpflichtet war, dennoch räumte der Kaiser das Land nicht, sondern ließ zu den erhaltenen 207½ Millionen durch Daru noch 154 505 497 Franken fordern. Da Preußen diese Summe nicht zahlen konnte, Daru aber aus „politischen Gründen" darauf bestand, so mußten 160 000 Mann französischer Truppen von Preußen ernährt werden. Auch die Bemühungen des edlen Bruders des Königs, des Prinzen Wilhelm, der als Unterhändler in Paris im Januar 1808 sich mit seiner Gemahlin bis zur Abtragung der Kriegsschuld als Geisel anbot, blieben erfolglos. So hat während der zweijährigen Okkupation Napoleon in dem völlig verarmten Preußen an Kontributionen, Verpflegung und Lieferungen 1 129 000 000 Franken erpreßt. Prinz Wilhelm wurde ferner in Paris gezwungen, am 8. Sept. eine neue Konvention zu unterzeichnen, 1808
nach der bis zur Abzahlung der festgesetzten Summen Glogau, Küstrin und Stettin von zusammen 10 000 Mann französischer Truppen besetzt blieben. Militärstraßen von Magdeburg nach Glogau, von Dresden nach Pommern, Danzig und Warschau mußten Frankreich und seinen Verbündeten eingeräumt werden. Außerdem wurde Preußen verpflichtet, im Falle es zu einem Kriege zwischen Frankreich und Österreich komme, 12 000 Mann Hilfstruppen zu stellen, seine eigene Streitmacht aber innerhalb der nächsten zehn Jahre nicht über 42 000 Mann zu erhöhen. Dadurch wurde auch die militärische Abhängigkeit von Napoleon herbeigeführt.

§ 49. Die Gründung des Königreichs Westfalen und die Rheinbundstaaten. Die von Preußen abgetretenen Gebiete nebst Kurhessen, Braunschweig und Südhannover vereinigte Napoleon zu einem neuen Königreich Westfalen mit der Hauptstadt Kassel und setzte daselbst seinen jüngsten Bruder Hieronymus (Jerome) als König ein mit der Verpflichtung, in Magdeburg eine Besatzung von 12 000 Mann zu unterhalten, dem Kaiser die Hälfte des Ertrages der Kammergüter abzugeben und als Genosse des Rheinbundes sein Truppenkontingent zu den ferneren Kriegen zu stellen.

Der ausschweifende, leichtfertige, im übrigen aber gutmütige König „Lustik", wie ihn das Volk nannte, drückte das Land, um seine verschwenderische Hofhaltung aufrechtzuerhalten, schwer mit Abgaben und Staatsschulden. Die leichtsinnige, aus Abenteurern und Glücksrittern aller Nationen bestehende Umgebung des Königs übte eine schlimme Wirkung auf die Sitten aus und verdrängte Tugend und ehrbares Leben aus der Hauptstadt. Die Königin Katharina, eine Tochter König Friedrichs von Württemberg, konnte trotz ihrer Liebe zu Jerome keine Änderung in diesen schlimmen Zuständen herbeiführen; sie wußte sich keine Stellung an diesem Hofe zu verschaffen; erst später im Unglück hat man ihr tiefes Gemüt und ihren trefflichen Charakter schätzen gelernt. Fremde Minister und Beamte, mit Ausnahme des tätigen Siméon größtenteils Leute ohne Talent, Kenntnisse und Verdienste, verwalteten den Staat in ihrem und ihres Gebieters Interesse, verschleuderten die Staatseinkünfte und hemmten den Einfluß der deutschen Minister, eines Bülow (Hardenbergs Neffe), Malchus und Johannes Müller. Trotzdem kamen dem neuen Königreiche doch die Vorteile der französischen Revolution zugute: Gleichheit der Besteuerung, Abschaffung der persönlichen Privilegien, Beseitigung der Grundlasten, landständische Verfassung, Gewerbefreiheit und Rechtsgleichheit aller Staatsbürger. Königreich Westfalen

Sonst wurde am radikalsten in Bayern vorgegangen. Unter König Max Joseph (1799—1825) suchte der Minister Graf Montgelas, ein kluger, aufgeklärter Mann savoyischer Abkunft, die französischen Verwaltungsgrundsätze einzuführen und mit ihrer Hilfe ein unbeschränktes Fürstenregiment zu begründen, ohne auf die Eigenart des bayerischen Volkes irgendwelche Rücksicht zu nehmen. Um die Finanznot zu mindern, wurden viele Klöster säkularisiert. Die Regierung wurde neuorganisiert, die verschiedenen Herzogtümer wurden zu einem Ganzen verschmolzen, das Heerwesen umgestaltet, der öffentliche Unterricht verbessert, kirchliche Toleranz eingeführt und nach französischem Vorbilde die alten ständischen Vorrechte beseitigt. Seinen für Bayerns Zukunft recht wichtigen Bestrebungen, durch Berufung fremder Gelehrter (Jacobi, Friedrich Jacobs, von Feuerbach, Thiersch u. a.) die allgemeine Bildung zu heben, setzte das von der katholischen Geistlichkeit aufgereizte Volk erbitterten Widerstand entgegen, der sogar zu Pöbeltumulten Anlaß gab. In Baden suchte der Großherzog Karl Friedrich in weiser Regierung die schweren Zeiten des Napoleonischen Bündnisses zu mildern, während in Württemberg König Friedrich I. mit einer beispiellosen absoluten Herrschaft jede Freiheit Bayern Baden Württemberg

unterdrückte (§ 43) und durch seine Prachtliebe und Verschwendung das Land wirtschaftlich ruinierte. In allen Staaten des Rheinbundes aber zeigte sich eine völlig undeutsche, Napoleon knechtisch huldigende Gesinnung.

3. Napoleons und Rußlands Gewaltherrschaft zu Lande, Englands Gewaltherrschaft zur See.

§ 50. Wirtschaftskrieg gegen England. Kontinentalsperre. Während Deutschland zu Füßen des französischen Eroberers lag, war England unbesiegt geblieben und hatte seine See- und Handelsherrschaft sehr erweitert.

Englands Eroberungen in Ostindien

Der in den Jahren 1789—1790 in Ostindien von Tippu-Sahib (Bd. III, § 410, 432) wiederbegonnene Krieg wurde durch die Geschicklichkeit Cornwallis' und Abercromby's so glücklich zum Vorteil Englands geführt, daß jener in die Abtretung der Hälfte seines Reiches und in die Entrichtung einer hohen Entschädigungssumme willigen mußte. Doch von neuem
1792 empörte sich Tippu-Sahib, als Napoleon in Ägypten landete; zugleich war er mit Persien in Verbindung getreten. Indes die Tatkraft und Raschheit der Engländer beseitigte die
1799 drohende Gefahr. Bei Einnahme seiner Hauptstadt Seringapatam verlor der indische Fürst Thron und Leben; die Engländer erbeuteten ungeheure Reichtümer, fügten den größten Teil des eroberten Gebietes ihrem Reiche hinzu und setzten über den Rest einen zinspflichtigen Rajah ein. Mit den Mahrattenfürsten, die die einzigen mächtigen Gegner der Engländer blieben, wurden seit 1803 blutige Kriege geführt, durch die allmählich ein Staat nach dem andern den Engländern als Beute zufiel. Auch Delhi kam in ihre Gewalt, und der Großmogul wurde gänzlich abhängig von ihnen. 1817 war die Unterwerfung der Mahrattenstaaten beendet, so daß die britische Macht in Ostindien vom Himalaya bis zu dem den Holländern abgenommenen Ceylon und vom Indus bis zum Iravaddy sich erstreckte und ein Gebiet von 140 000 Quadratmeilen mit mehr als 120 Millionen steuerbarer und 50 Millionen tributpflichtiger Einwohner umfaßte. Nach der Besiegung des Bergvolkes der Siks (Sikh) war der indisch-europäische Handel allen Engländern erschlossen; der chinesische blieb noch ein Monopol der Ostindischen Gesellschaft.

Englischer Handel

Der Handel Englands hob sich durch die Erwerbung der neuen Kolonien in dieser Zeit außerordentlich. Der Verlust der nordamerikanischen Kolonien (Bd. III) wurde durch den Aufschwung der englischen Industrie tausendfach aufgewogen. Infolge der Erfindung der Spinnmaschine machte die Baumwollfabrikation mächtige Fortschritte. Manchester, Glasgow usw., daneben Liverpool und Hull, die Häfen, über welche die Rohbaumwolle der Levante, Ägyptens und Persiens, sowie Brasiliens und Westindiens bezogen und über welche die Fabrikate wieder ausgeführt wurden, wuchsen zu Städten ersten Ranges empor. Ähnlich war es in der Wollen- und Leinenfabrikation, der Leeds, Leicester, Bradford, Nottingham, Belfast und Dundee ihre zunehmende Bedeutung verdankten. Nicht minder schritten der Eisen-, Kupfer- und Kohlenbergbau, die Eisenwerke und Metallfabriken voran. Dieser erblühenden Industrie kamen noch hohe Einfuhrzölle auf manche ausländische Fabrikate zu Hilfe, Prämien bei der Ausfuhr englischer Waren und Ausfuhrverbote gegen die meisten in der Leinen-, Seiden- und Baumwollenindustrie angewandten Maschinen. Die Ausfuhr der englischen Waren war selbst während der Kriege eine ganz enorme. Die an einem Punkt verschlossenen Absatzkanäle öffneten sich stets wieder an einem andern. Für die Verringerung des Handels mit Deutschland fand England vergrößerten Absatz in Spanien und Schweden, vor allem aber in Amerika. Im Jahre 1800 sandte England z. B. für 140½ Mill. Mark Waren nach den Vereinigten Staaten. Noch wichtiger wurde der Bezug der ostindischen Produkte, Zucker, Kaffee, Tee. Die indischen Kolonien lieferten Indigo, Salpeter, Gewürze. Von China wurden Rohseide und Tee bezogen. Eine notwendige Folge der so riesig gesteigerten Umsätze im englischen Handel war die Einführung von Geldsurrogaten an Stelle der Münze und die Ausbildung eines geordneten Kreditsystems. Die Anfänge desselben waren ja schon da, als 1644 die Bank von England die Genehmigung zur Ausgabe von Banknoten erhielt. Nun drohte während der Kriege am Ende des 18. und am Anfang des 19. Jahrhunderts eine schwere Krisis, da die Bank, die der Regierung große Vorschüsse gemacht hatte, ohne Metalldeckung für ihre zirkulierenden Noten war. Aber sie wurde durch das rasche Vorgehen der Regierung wie das bereitwillige Eintreten von 3000 der ersten Bankiers und Kaufleute rasch über-
1797 wunden. Das Parlament faßte am 3. Mai 1797 den Beschluß, die Bareinlösung der Noten der Bank von England zu suspendieren. Infolgedessen erhielten die englischen Banknoten tatsächlich im Jahre 1810 auch gesetzlichen Zwangskurs. Derselbe dauerte bis zum Jahre 1821.

Seit der Schlacht von Trafalgar erkannte Napoleon, daß eine Landung in England oder ein weiterer Seekrieg unmöglich sei. Der Tod Pitts, 23. Jan. 1806
der den freisinnigen, den Ideen der Revolution befreundeten Fox ins Ministerium führte, erweckte in ihm zwar die Hoffnung eines Friedensschlusses, aber ehe solche Verhandlungen zum Ziel gekommen waren, starb Fox, und die Kriegspartei bekam wieder die Oberhand. Deshalb wollte 13. Sept. 1806
Napoleon den verhaßten Gegner wirtschaftlich verderben; das Mittel dazu sollte die schon erwähnte **Kontinentalsperre** sein.

Bereits durch ein Dekret des französischen Konventes vom 1. März 1793 Kontinentalsperre
war der handelspolitische Krieg gegen England eröffnet worden. Es verbot ausdrücklich die Einfuhr vieler Fabrikate, die ausschließlich aus dem Inselreiche kamen, und außerdem allgemein die Einfuhr von Fabrikaten jeder Art, die nicht nachweislich aus Staaten stammten, mit denen Frankreich in Frieden lebte. Diese Verbote wurden später noch verschärft. Dagegen wehrten sich die Engländer durch einen weit ausgedehnten Schmuggelhandel, taten aber 1806 einen unberechtigten Schritt, indem sie für die ganze Küstenstrecke von Brest bis zur Elbe den Blockadezustand erklärten, obwohl nur die Strecke von der Seinemündung bis Ostende wirklich blockiert war. Das Vorgehen Englands benutzte nun Napoleon, um den vernichtenden Schlag gegen diesen bitter gehaßten Staat zu führen, wobei er die herkömmlichen völkerrechtlichen Anschauungen noch rücksichtsloser mißachtete als England. Am 21. November 1806 erging **von Berlin aus das Blockadedekret.**

Er bezeichnete in demselben das Verfahren Englands als würdig der ersten Zeiten der 21. Nov. 1806
Barbarei und erklärte es für ein natürliches Recht, dem Feinde mit den Waffen entgegenzutreten, die er selbst anwende, wenn er jede Idee der Gerechtigkeit und alle anständigen Empfindungen, die Früchte der menschlichen Zivilisation, außer acht lasse. Deshalb wurden nun die britischen Inseln in Blockadezustand erklärt; aller Verkehr und aller Briefwechsel mit ihnen wurde verboten; jeder englische Untertan, der sich in einem von den Truppen Frankreichs oder seiner Verbündeten besetzten Gebiete befand, wurde Kriegsgefangener; alle Vorräte und Waren, die englischen Untertanen gehörten, überhaupt alles Eigentum derselben wurden für gute Prise erklärt; die Hälfte des Ertrages dieser Konfiskation sollte zur Entschädigung der Kaufleute für die ihnen durch die englischen Schiffe verursachten Verluste dienen; Schiffe, die direkt aus England oder einer englischen Kolonie kamen oder nach Erlaß des Dekretes dort gewesen waren, sollten in keinem Hafen aufgenommen und bei dem Versuche, diese Bestimmung durch falsche Deklarationen zu umgehen, konfisziert werden. Dieses Dekret sollte dann den Königen von Spanien, Neapel, Holland, Etrurien und den übrigen Alliierten Frankreichs, „deren Untertanen ebenfalls Opfer der Ungerechtigkeit und Barbarei der englischen Seegesetzgebung sind", mitgeteilt werden, d. h. es sollte in allen von Frankreich abhängigen Staaten zur Ausführung gebracht werden. Über alle entstehenden Streitfälle entschied für alle von französischen Truppen besetzten Länder das kaiserliche Prisengericht in Paris, für Italien das königliche Prisengericht in Mailand.

So versuchte Napoleon, durch die Ausdehnung dieser Sperre auf fast das ganze festländische Europa den Handel und Reichtum und dadurch auch die politische Macht Englands an der Wurzel zu vernichten. Im Tilsiter Frieden mußten Rußland und Preußen die Kontinentalsperre annehmen. Es galt noch das System in ganz Europa durchzuführen; diesem Zwecke dienten die Gewalttaten der nächsten Jahre.

§ 51. Französische und russische Gewaltherrschaft in Skandinavien.

König **Gustav IV. von Schweden**, der bisher im Bunde mit Preußen Schweden. Gustav IV. 1792—1809
und Rußland den Krieg gegen die Franzosen geführt hatte, trat dem Frieden in Tilsit nicht bei, sondern setzte, von England mit Subsidiengeldern unterstützt, den Kampf allein fort. Aber bald zeigte sich, daß sein Geist sich in zerrüttetem Zustande befand. Nicht nur daß er dem durch das Schwert, nicht durch Gottes Gnade zum Beherrscher Frankreichs

emporgestiegenen „General Bonaparte" den Kaisertitel versagte, glaubte er sich auch von der Vorsehung berufen, die Bourbons wiederherzustellen und das apokalyptische Tier (Napoleon) zu stürzen. Er ging in seinem Hasse gegen Napoleon so weit, daß er Preußen und Rußland, weil sie mit dem Usurpator Frieden geschlossen, durch Zurücksendung ihrer Orden und Verweisung ihrer Gesandten aus Stockholm tödlich beleidigte. Durch dieses unkluge Betragen zog er über sein Volk das Unglück herab und
Febr. 1807 brachte sich selbst um den Thron. Die Franzosen eroberten Stralsund und die Insel Rügen und raubten den Schweden die letzten Besitzungen
Nov. in Deutschland, indes die Russen mit Heeresmacht in Finnland eindrangen und sich mit leichter Mühe dieses Landes bemächtigten.

Dänemark Die Engländer, besorgt, die Franzosen möchten an der Ostsee festen Fuß fassen und durch Sperrung des Sundes ihre Schiffe von allem Verkehr mit den dortigen Küstenländern ausschließen, stellten nun an Dänemark den Antrag, sich mit ihnen zu verbinden und seine stattliche Flotte ihnen in Verwahrsam zu geben. Diese Zumutung wurde mit
Bombardement Kopenhagens 2.—5. Sept. 1807 Entrüstung abgelehnt. Da erschien eine englische Kriegsflotte im Sund, beschoß Kopenhagen, legte die Stadt in Asche und führte die ganze dänische Seemacht (18 Linienschiffe und 15 Fregatten nebst vielen kleinen Fahrzeugen) als Beute weg. Dieser Bruch des Völkerrechts erzeugte eine solche Entrüstung in Dänemark, daß sich der im Namen seines geistes-
1766—1808 kranken Vaters, Christians VII., regierende Kronprinz Friedrich eng an Frank-
31. Okt. 1807 reich anschloß, den Engländern und ihrem Bundesgenossen, dem Schwedenkönig, den Krieg erklärte und der Kontinentalsperre beitrat. Die Engländer nahmen dafür Helgoland und die dänischen Kolonien weg.

Sturz Gustav IV. v. Schweden Gustav IV. von Schweden hielt zwar auch ferner zu England, benahm sich aber so sonderbar und zweideutig, daß dieses ihn seinem Schicksal überließ. Die Russen näherten sich bereits der Hauptstadt, die Dänen und die ihnen von Napoleon zu Hilfe geschickte spanische Truppenabteilung unter La Romana bedrohten die schwedischen Grenzen; Heer und Kriegswesen waren durch Gustavs Nachlässigkeit und gänzlichen Mangel an Feldherrntalent im erbärmlichsten Zustande; die hohen, ohne Bewilligung der Stände aufgelegten Steuern konnten von dem erschöpften Lande nicht aufgebracht werden, und dennoch wies der König jeden Friedensvorschlag starrsinnig zurück. Da bildete sich in der Hauptstadt und in der Armee eine Verschwörung, infolge deren Gustav IV. im Schlosse gewaltsam verhaftet und nach Unterzeichnung der Thronentsagung auf ein altes Inselschloß gebracht wurde. Der eilig versammelte Reichstag, gestützt auf sein
13. März 1809 früheres Wahlrecht, erklärte hierauf Gustav IV. und alle seine Nach-
Karl XIII. 1809—1818 kommen des Thrones verlustig, rief dessen Oheim Karl (XIII.) von Südermanland zum König aus und beschränkte die monarchische Verfassung durch Erhöhung der Macht der Stände und des Reichsrates. Dieser Umwälzung folgte ein rascher Friede mit Rußland, Dänemark und Frank-
1809 reich. An die Russen überließ Schweden Finnland bis zum Torneå und die Alandsinseln, erhielt dagegen von Frankreich die pommerschen Besitzungen zurück mit der Bedingung, dem englischen Bunde zu entsagen und der Kontinentalsperre beizutreten. Die bei dem kinderlosen Alter des Königs notwendige Wahl eines Thronfolgers fiel anfangs auf einen holsteinischen Prinzen und, als dieser plötzlich starb, auf den Marschall Bernadotte (Ponte-Corvo [§ 43]), der sich im preußischen Kriege durch sein

menschenfreundliches Benehmen gegen die schwedischen Truppen bei ihrem Rückzug aus Lauenburg viele Freunde unter den Offizieren gewonnen hatte. Bernadotte wurde mit Napoleons ungern erteilter Bewilligung zum schwedischen Thronfolger erklärt und nach seinem Übertritt zur lutherischen Staatskirche von Karl XIII. als Karl Johann adoptiert. 21. Aug. 1810

Die Hoffnung der Schweden, sich durch diese Wahl Napoleon zum Freunde zu machen, erwies sich als eitel. Die Forderung des Gebieters, allen Verkehr mit England abzubrechen, wozu sich der Kronprinz nicht bequemen wollte, führte bald zu Feindseligkeiten. Napoleon besetzte Pommern abermals, reizte aber dadurch seinen ehemaligen Kriegsgenossen so sehr, 1811
daß dieser beim Ausbruche des russischen Krieges mit Alexander den Bund von Åbo schloß und sich den Engländern noch mehr näherte. Durch ihren Beistand befestigte der kluge Jakobiner aus der Gascogne die schwedische Krone auf seinem Haupte und bereitete den Besitz von Norwegen vor. Nach Durchführung der neuen Verfassung erhielt der abgesetzte König Gustav IV. unter Zusicherung beträchtlicher Einkünfte die Erlaubnis, sich nach Deutschland zu begeben. Er führte fortan unter dem Namen Oberst Gustavson ein unstetes Leben und starb erst 1837 in St. Gallen. Der plötzliche Tod des vor Bernadottes 28. Mai 1810
Wahl zum Thronfolger bestimmten holsteinischen Prinzen Christian August wurde einer Vergiftung zugeschrieben, als deren Urheber der Graf Fersen (§ 10) und seine Schwester, die Gräfin Piper, galten. Bei der Beerdigung entstand daher ein Volksaufstand, in dem Fersen grausam ermordet und der Palast seiner Schwester zerstört wurde.

§ 52. Französische Gewalttaten in Italien, Portugal und Spanien. Vergewaltigung des Papstes

Wie Nordeuropa, so suchte Napoleon auch die südlichen Länder in die Kontinentalsperre hineinzuzwingen. Die Weigerung des Papstes, den englischen Schiffen die Häfen des Kirchenstaates zu schließen und mit Frankreich ein Schutz- und Trutzbündnis einzugehen, beantwortete er mit der Drohung, alle Länder einzuziehen, die einst Karl der Große, „sein erlauchter Vorfahr", dem Bischof von Rom verliehen habe; dann forderte er einen Patriarchen für Frankreich, Einführung des französischen Gesetzbuches (also Zivilehe), freie Übung jeder Religion im Kirchenstaate, Reform des Bistumswesens und Abschaffung der Mönchsorden und des Zölibats. Als Pius VII. sich nicht fügen wollte, riß Napoleon Ancona, Urbino und andere Gebietsteile vom Kirchenstaate los und verband sie mit 1808
dem Königreich Italien. Nach dem Kriege von 1809, in dem die Kurie zu England und Österreich neigte, dekretierte er von Schönbrunn aus (§ 57), daß die weltliche Macht des Papstes aufgehört habe zu be- 17. Mai 1809
stehen. Pius VII. sprach nun gegen den Kaiser den Bann aus, der 10. Juni 1809
auf die Volksstimmung der katholischen Länder seine Wirkung nicht verfehlte. Darauf ließ ihn Napoleon gewaltsam von Rom fortführen und über Grenoble nach Savona bringen, verbannte die Kardinäle nach verschiedenen Städten und vereinigte den in zwei Departements geteilten Kirchenstaat mit dem französischen Gebiete. Rom wurde für eine freie kaiserliche Stadt erklärt. Da auch jetzt noch der Papst den Bitten wie den Drohungen Napoleons gegenüber fest blieb und als unfrei und des Rates der Kardinäle beraubt die Bestätigung aller ernannten Bischöfe verweigerte, so suchte dieser in Verbindung mit dem Erzbischof von Paris die Freiheiten der gallikanischen Kirche zurückzuführen und schaltete eigenmächtig über die Bistümer. Von Savona, wo Pius VII., von dem General Sommer 1812
Berthier überwacht, bis 1812 lebte, wurde er nach Fontainebleau in Frankreich gebracht, ohne sich beugen zu lassen. Erst nach dem russischen Feldzuge gelang es dem Kaiser, den Papst zu einem Konkordat zu bewegen, durch das die Einsetzung der Bischöfe der Bestimmung des Papstes entzogen 25. Jan. 1813
wurde.

Portugal

Nicht minder gewaltsam verfuhr Napoleon in Portugal. Die Weigerung der portugiesischen Regierung, dem Bunde mit England zu entsagen und den britischen Schiffen das Land zu verschließen, gab ihm die gewünschte Veranlassung, im Einverständnis mit dem spanischen Minister Godoy den Marschall Junot mit einem Heere in Portugal einrücken zu lassen. Der Hof von Lissabon wartete die Ankunft der
27. Mai 1807 Franzosen nicht ab, sondern flüchtete sich mit allen Schätzen auf englischen Schiffen nach Brasilien, worauf Junot, zum Herzog von Abrantes
30. Nov. erhoben, sich der Hauptstadt und des ganzen Landes bemächtigte und im
1. Febr. 1808 Namen seines Gebieters erklärte, „das Haus Braganza habe aufgehört zu regieren".

27. Okt. 1807 Infolge eines (in Fontainebleau) abgeschlossenen Teilungsvertrags mit dem spanischen „Friedensfürsten" Godoy sollte diesem der südliche Teil (Algarbien) als selbständiges Fürstentum zufallen, der unmündige König Karl Ludwig von Etrurien für sein an den französischen Kaiser abzutretendes Land (§ 43) im Norden Portugals entschädigt werden, die mittlere Landschaft Napoleons weiterer Verfügung vorbehalten bleiben.

Vergewaltigung Spaniens

In dem Vertrag von Fontainebleau lieferte Godoy, der ohne alle Tugend, Verdienst und Talent durch die bloße Gunst der sittenlosen Königin Marie Luise und die grenzenlose Schwachheit Karls IV. zum eigentlichen Regenten in Spanien emporgestiegen war, sein Vaterland ganz in Napoleons Hände. Während die spanischen Heere der Fahne des französischen Machthabers folgten und in Portugal und Dänemark ihr Blut für dessen Eroberungspläne vergossen, besetzten allmählich 100,000 französische Krieger das Land. Der Friedensfürst, besorgt über die kriegerischen Anstalten, die er in diesem Umfange nicht erwartet hatte, und zitternd vor dem Haß des aufgeregten Volks, faßte den Entschluß, mit dem Hof nach Sevilla und von da nach Amerika zu entfliehen. Aber ehe dieser Plan zur Ausführung kam, entstanden in Aranjuez und Madrid
18. März 1808 stürmische Volksbewegungen, wobei der Palast des verhaßten Friedensfürsten geplündert und zerstört, er selbst mit dem Tode bedroht wurde. Erschreckt durch diese Vorgänge, suchte Karl IV. die Volkswut zu beruhigen,
19. März indem er dem Throne zugunsten seines ältesten Sohnes Ferdinand, der als Gegner Godoys bei der Nation beliebt, seinen Eltern aber gerade darum tödlich verhaßt war, entsagte. Mit Jubel begrüßte das Volk den neuen Herrscher, aber die gleichzeitige Besetzung Madrids durch Murat, den Oberbefehlshaber der französischen Kriegsmacht in Spanien, erweckte große Befürchtungen. Umsonst hoffte Ferdinand durch das demütige Ansuchen, der Kaiser möge seine Thronbesteigung genehmigen und ihn mit der Hand einer seiner Verwandten beglücken, diesen in sein Interesse zu ziehen: Napoleon hatte bereits beschlossen, Spanien zu einem Lehnsreich seiner Familie zu machen. Er benutzte daher den Umstand, daß auch Karl IV. und Godoy sich klagend an ihn wandten und ihn somit zum Schiedsrichter zwischen Vater und Sohn machten, um die ganze Familie mit den Stricken einer falschen und heimtückischen Politik zu umgarnen. Ohne seine Gesinnung und Absicht kundzugeben, lud er sowohl das alte Königspaar mit dem Friedensfürsten, als Ferdinand zu einer persönlichen Unterredung nach Bayonne. Vergebens warnten die Freunde des letzteren vor diesem Gange, vergebens suchte das Volk im Vorgefühl des kommenden Unheils durch Ausspannung des Wagens den Prinzen an der Fortsetzung der verhängnisvollen Reise zu hindern, der kraftlose Ferdinand wagte nicht, dem Gewaltigen zu widerstreben. Er begab sich nach Bayonne, wo er den

Friedensfürsten und seine Eltern bereits vorfand. Hier wurde der schwachsinnige Karl IV. durch den von Napoleon gewonnenen Godoy beredet, die Thronentsagung zurückzunehmen, aber nur, um sich der wiedererlangten Krone für sich und seine Nachkommen zugunsten Napoleons und seines Geschlechts abermals zu entäußern und den verhaßten Sohn seines Erbes 5. Mai 1808
zu berauben. Der charakterlose Ferdinand, eines kräftigen Entschlusses unfähig, wurde durch Napoleons Drohungen zur Anerkennung dieses diplomatischen Gewaltstreichs gebracht. Im Genusse einer Jahresrente lebte er fortan in Frankreich, unbekümmert um den großen Kampf, den sein Volk um Freiheit und Nationalität führte (§ 53). Napoleon ließ durch eine Versammlung spanischer Notablen (Konstitutionsjunta) seinen Bruder Joseph als König von Spanien anerkennen, umgab ihn mit 6. Juni 1808
einem klug gewählten Ministerium und suchte die Nation durch eine freisinnige, an die alte Cortesverfassung sich anschließende Konstitution und ein treffliches Gerichtswesen für die neue Ordnung zu gewinnen; allein der fürchterliche Aufstand in Madrid, bei dem noch vor Beendigung 2. Mai
des diplomatischen Spiels in Bayonne gegen zwölfhundert französische Krieger aus Murats Heer der Volksrache zum Opfer fielen, bewies, daß die Nation sich der fremden Zwingherrschaft nicht so leicht fügen werde als das kraftlose Königshaus. Karl IV. allerdings starb ruhmlos und vergessen in Rom (1819), wohin er sich mit seiner Familie und dem Friedensfürsten zurückgezogen hatte.

4. Die Anfänge des nationalen Widerstandes gegen Napoleon.

§ 53. Die spanische Erhebung. Noch ehe Joseph Bonaparte, nach Abtretung des Königreichs Neapel an seinen Schwager Murat (§ 43), mit einem französischen Heer seinen feierlichen Einzug in Madrid 20. Juli
hielt, hatte sich das von einem Teil des Adels und der zahlreichen Priesterschaft geleitete Volk allenthalben erhoben und durch Errichtung von Junten in den bedeutendsten Städten und durch blutige Aufstände seinen Haß gegen die neue Ordnung zu erkennen gegeben. Erstaunt blickte Europa auf die ungewohnte Erscheinung eines Volkskrieges, der sich von Spanien nach Portugal ausdehnte. Hier zuerst zeigten sich die Kräfte, denen Napoleon schließlich erliegen sollte.

Guerillakrieg in Spanien

In allen Landschaften bildeten sich bewaffnete Scharen von Bauern unter kühnen Führern, die, begünstigt durch die Schluchten und Berghöhen ihres Landes, den französischen Truppen hart zusetzten; die Städte verschlossen ihre Tore, und der Heldenmut, mit dem Saragossa unter Palafox, Girona unter Alvarez, Hostalrich, Murviedro (das alte Sagunt), Valencia u. a. O. die stürmenden Franzosen zurückschlugen, erinnerte an Numantia und Sagunt (I, § 191, 201). Die Engländer, erfreut, daß dem französischen Gebieter ein neuer mächtiger Feind erstanden war, leisteten den Spaniern und Portugiesen kräftigen Vorschub und begannen dann, von den Eingebornen unterstützt, auf der pyrenäischen Halbinsel den ersten erfolgreichen Landkrieg wider ihre Gegner. Während der gebildete Teil der Nation (die Josephinos) der neuen Ordnung, die ihnen ein freies Staatsleben und politische Rechte gewährte, mehr zugetan war als der absoluten Monarchie der alten Zeit, war die große Masse des Volkes unempfänglich für die Güter der Revolution und wurde von den Priestern im glühendsten Franzosenhaß erhalten. Es entsprach das dem in den Maurenkämpfen entstandenen Volkscharakter der Spanier (II, § 336). Der ausbrechende Kampf wurde den Franzosen um so verderblicher, als ihnen die Feinde selten in offener Feldschlacht entgegentraten, vielmehr einen ununterbrochenen Bandenkrieg (Guerilla) führten und einzelne Abteilungen an ungünstigen Orten überfielen; und wie sehr auch Joseph sich bemühte, durch eine verständige, gemäßigte und freisinnige Regierung die Spanier für die neue Verfassung zu gewinnen, — die Junten, die in der Zentraljunta von Sevilla

ihren Mittelpunkt hatten, erlangten trotz ihrer Zwietracht beim Volke mehr Macht und Ansehen; besonders als der französische Machthaber ohne Rücksicht auf die königliche Würde seines Bruders über Spanien ganz eigenmächtig schaltete und somit die pyrenäische Halbinsel von Frankreich abhängig machen wollte. Doch wäre bei der innern Zwietracht und dem angeerbten Haß der einzelnen Provinzen und Junten Napoleon zuletzt wohl Sieger geblieben, hätte nicht seine unersättliche Herrschbegierde ihn zu gleicher Zeit in andere Kriege verwickelt, und wären nicht die Armeen der Engländer den Insurgenten zu Hilfe gekommen. Übrigens war die Anarchie, die während des Krieges sich über die Halbinsel lagerte, den Spaniern mehr förderlich als nachteilig; denn bei dem Mangel aller Zentralisation und einer gebietenden Hauptstadt und einheitlichen Regierung mußte jede einzelne Stadt und Landschaft besonders erobert werden, was den Krieg ins Endlose verlängerte. Der Widerstand wuchs mit den Niederlagen.

14. Juli 1808

So entbrannte auf einmal in allen Provinzen der Kampf, nachdem die Wegnahme einer französischen Flotte in Cadix das Signal zu demselben gegeben hatte. Zwar erfocht Bessières bei Medina del Rio-Secco einen glänzenden Sieg über die ungeübten Scharen, aber bald erscholl die Kunde von Duponts Kapitulation bei Baylen (in Andalusien), durch welche zwanzigtausend Franzosen in Kriegsgefangenschaft gerieten. Dieser Schlag erfüllte die ganze Nation mit großer Begeisterung; mehrere Minister verließen die Sache des Königs und schlossen sich den Insurgenten an. Joseph wurde zur Flucht nach dem Norden seines Reichs genötigt, und die französischen Heere gingen über den Ebro zurück. Als bald darauf die Nachricht kam, daß auch in Portugal die Franzosen den vereinten Kräften der Junten und der unter Wellesley (Wellington), Moore, Napier und anderen Feldherren gelandeten Engländer hatten weichen müssen und ein ähnliches Schicksal wie Duponts Armee würden erfahren haben, wenn nicht die Engländer durch die übereilte Kapitulation von Cintra den Truppen Junots freie Überfahrt nach Frankreich zugestanden hätten, da schien die Sache der Franzosen auf der pyrenäischen Halbinsel verloren.

Kapitulation von Baylen 22. Juli

Kapitulation von Cintra 30. Aug.

§ 54. Der Fürstentag von Erfurt. Die Vorgänge in Spanien erfüllten Napoleon mit Unruhe. Um die Erhebung niederzuschlagen, mußte er größere Mittel anwenden und wo möglich persönlich eingreifen. Dazu aber bedurfte er der vollen Freundschaft Rußlands, um gegen eine etwaige Schilderhebung Österreichs und Preußens gedeckt zu sein. So lud er denn den Kaiser Alexander, der für solche Feiern sehr empfänglich war, zu einem Fürstentage nach Erfurt ein. Am 27. September trafen beide Herrscher dort ein; Napoleon erwies dem Zaren die höchsten Ehren und suchte ihn für seine Pläne zu gewinnen.

27. Sept. 1808

Vor einem „Parterre von Fürsten" — vier Könige und vierunddreißig Fürsten aus Deutschland huldigten dem Gewaltigen in Erfurt — spielten die Schauspieler des Théâtre français. Die Fürsten behandelte Napoleon mit absichtlicher Geringschätzung. Während z. B. die beiden Kaiser in dem Orchesterraum des Theaters allen sichtbar auf einer besonderen Estrade saßen, mußten jene sich, niedriger sitzend, mit schlichten Sesseln begnügen. Auch Goethe erschien auf eine Aufforderung Napoleons in Erfurt und hatte eine längere Unterredung mit ihm hauptsächlich über literarische Gegenstände, den „Werther", die Schicksalstragödien und Voltaires „Julius Cäsar". In Weimar wurde dann einige Tage später Wieland dem Kaiser vorgestellt, der mit ihm namentlich über Tacitus sprach.

Mit dem russischen Kaiser, der aber zugleich auch heimlich mit Österreich verhandelte, traf Napoleon in vertraulichen Besprechungen, ohne sich um die andern Fürsten zu kümmern, schwerwiegende Abmachungen. Alexander gab Spanien preis, um selbst freie Hand gegen die Türken zu behalten und mit Napoleons Zustimmung die Moldau und die

Walachei zu nehmen. Eine Unterstützung sagte Napoleon für diesen Fall nicht zu; nur wenn Österreich sich einmische, werde er eingreifen. Am 12. Oktober schlossen die beiden Kaiser ein Abkommen, in dem sie sich verpflichteten, mit England nur dann Frieden zu schließen, wenn es die durch diese Erfurter Bestimmungen in Aussicht genommene staatliche Veränderung Europas anerkenne; im Fall eines englischen Krieges aber wollten sie einander beistehen.

§ 55. Der spanische Volkskrieg und Englands Eingreifen. So durch Rußland in Deutschland gedeckt, richtete nunmehr Napoleon seinen Angriff gegen Spanien. Nachdem er durch neue Aushebungen seine Truppen verstärkt hatte, rückte er selbst an der Spitze mächtiger, wohlgerüsteter und von trefflichen Führern, wie Soult u. a., befehligter Heere über die Pyrenäen. Die aller Zucht, Ordnung und Übung ermangelnden Scharen der Spanier, die ohne Kriegsplan dem größten Schlachtengewinner entgegentraten, wurden leicht überwunden (bei Burgos, Espinosa, Tudela, Somosierra), so daß der Kaiser schon nach vier Wochen als Sieger in Madrid einziehen und seinem Bruder Joseph den Thron zurückgeben konnte. Während Napoleon in der Hauptstadt neue Einrichtungen traf, die Spanier durch Milde und Drohungen zur Anerkennung Josephs zu bewegen suchte und über einige der Schuldigsten strenges Strafgericht hielt, bestanden seine Feldherren blutige Kämpfe gegen Bandenführer und Engländer. Saragossa konnte erst nach der verzweifeltsten Gegenwehr, die durch Palafox geleitet wurde, eingenommen werden. Das englische Heer wurde, obwohl es in Spanien eingedrungen war und unter Wellesley bei Talavera einen glänzenden Sieg erfochten hatte — Wellesley erhielt von dieser Schlacht den Titel „Viscount Wellington von Talavera" —, doch wieder nach Portugal zurückgeworfen und auf die Verteidigung desselben beschränkt; auch Sevilla, ganz Andalusien und Granada gerieten in die Hände der Franzosen. Und dennoch hielt sich Spanien aufrecht. Je siegreicher die Feinde im Felde waren, desto planmäßiger bildete sich der kleine Scharenkrieg aus, besonders als es dem von Napoleon absichtlich nach dem fernen Dänemark (§ 51) entsendeten Marquis La Romana auf die Kunde von der Erhebung seines Vaterlandes gelungen war, mit achtzehntausend Spaniern auf englischen Schiffen von Dänemark aus in die Heimat zu entweichen. Der kriegerische Geist der alten Spanier erwachte immer mehr. Die Nationalregierung (höchste Regentschaft) in Cadix (das allein allen Stürmen der Feinde Trotz bot und darum nach dem Falle von Sevilla zur politischen Hauptstadt des Landes erhoben wurde) schleuderte ihre Dekrete gegen Joseph und seine Anhänger und führte durch Einberufung einer Nationalrepräsentation die für Spaniens Zukunft so folgenreiche neue Cortesverfassung herbei; verwegene Bandenführer hielten Kriegsmut, Fanatismus und Selbstvertrauen im Volke wach.

Napoleon in Spanien

1. Dez. 1808

21. Dez. 1808 bis 20. Febr. 1809

27. Juli

Es war ein merkwürdiges Geschick, daß in demselben Augenblick, da das Volk mit Wut und Begeisterung gegen die Franzosen und ihre Einrichtungen kämpfte, die durch Volkswahl bestimmten und größtenteils dem gebildeten und gelehrten Stande angehörigen Vertreter der Nation, die sich in Cadix den alten Namen der Cortes beilegten, eine Verfassung entwarfen, die in vielen Dingen der französischen Konstitution entsprach. Durch die Konstitution vom Jahre Zwölf, bei deren Beratung die der neuen Ordnung huldigenden Liberalen über die als Servile bezeichneten Anhänger des altspanischen Wesens

Cortesverfassung 1812

den Sieg davontrugen, wurde die Souveränität des Volks über die durch regelmäßige Cortes beschränkte Königsmacht gesetzt, die katholische Religion zur Staatsreligion erklärt, aber der Übermacht des Priesterstandes durch Aufhebung der Inquisition und Beschränkung der Zahl der Klöster gesteuert und der weißen Bevölkerung der Kolonien gleiche politische Rechte mit den Bürgern des Mutterlandes gewährt. Dabei wurde die Trennung der drei Gewalten (der gesetzgebenden, ausübenden und richtenden), eine neue Distriktseinteilung und Gemeindeordnung, Aufhebung der Ständevorrechte und der mittelalterlichen, den Ackerbau und die Viehzucht drückenden Lasten beschlossen und die Freiheit der Presse anerkannt. Durch den Einfluß der Geistlichen blieb jedoch die neue Verfassung einem großen Teile des Volks fremd und verhaßt.

Ausgang des spanischen Krieges

Als im Jahr 1809 der neue Krieg mit Österreich den Kaiser aus Spanien abrief (§ 56), ließ er eine großenteils aus Deutschen bestehende zahlreiche Armee zurück. Diese wurde nach Beendigung jenes Krieges (§ 57) beinahe auf 300,000 Mann vermehrt, welche unter den erfahrensten Feldherren (Soult, Massena, Suchet, Ney, St. Cyr, Marmont, Macdonald u. a.) die verschiedenen Provinzen der Halbinsel durchzogen und den Ruhm der französischen Waffen erhöhten. Aber die Siege mehrten nur den Franzosenhaß; der kleine Krieg gestaltete sich unter geschickten und kühnen Führern (wie Ballesteros, Empecinado, Morillo, Odonnel, Mina, Moreno) immer blutiger, und gegen Meuchelmord, zu dem Mut und Fanatismus den rachsüchtigen Spanier antrieb, schützte keine Tapferkeit. Die größten Heldentaten, die Napoleons kriegskundige Soldaten unter der Glut der spanischen Sonne bald auf dem Schlachtfelde, bald auf mühsamen Märschen durch Gebirge und Schluchten, bald bei Belagerungen und Erstürmungen (Valencia, Gerona, Ciudad Rodrigo u. a.) vollbrachten, führten nicht zum ruhigen Besitz des Landes. Der kühne Kriegszug Massenas nach Portugal, um die Engländer aus der Halbinsel zu verdrängen und den Insurgenten ihre Hauptstütze zu entziehen, wurde durch den umsichtigen Wellington vereitelt, der auf den Höhen von Torres Vedras am Tajo Verschanzungen und Festungswerke errichtet

Winter 1810/1811

hatte, an denen alle Angriffe der Franzosen zerschellten. Massena mußte mit seinen erschöpften Truppen den Rückzug antreten. Erzürnt über die Mißerfolge, entzog der Kaiser dem hochverdienten Veteranen das Kommando und übertrug den Oberbefehl über sämtliche Streitkräfte in Spanien dem Marschall Soult. Der russische Feldzug (§ 61) nötigte den Kaiser, das spanische Heer zu vermindern, während gleichzeitig die englischen Truppen vermehrt wurden und, mit Geschütz und Lebensmitteln trefflich versehen, unter Wellingtons Oberbefehl in Spanien eindrangen. Von den Guerillabanden unterstützt, gewannen die britischen Heere bald Vorteile über ihre an allem Mangel leidenden Gegner. Nach Marmonts Nieder-

22. Juli 1812

lage bei Salamanca durch Wellington besetzten die Engländer Madrid und vertrieben den französischen König. Noch hielten Suchet und Soult, beide gleich tapfer und gleich hart und raubsüchtig, das weichende Kriegsglück bei ihren Fahnen fest, und Joseph konnte noch einmal den wankenden

Okt. 1812

Thron in Madrid einnehmen, aber die schreckliche Katastrophe, die der russische Feldzug herbeiführte, brachte auch die französischen Heere in der westlichen Halbinsel zum Weichen und zwang Joseph, den spanischen

21. Juni 1813

Boden zu verlassen. Nach dem glorreichen Sieg bei Vittoria und der Eroberung der hartnäckig verteidigten und darum schwer gezüchtigten

Febr. 1814

Festungen San Sebastian und Pampelona folgte Wellington den

Abziehenden über die Pyrenäen, drängte Soult bei Orthez zurück und 27. Febr. 1814
besetzte Bordeaux. Heldenmütig widerstand der waffenkundige Marschall
noch am 10. April, als die Alliierten schon auf den Elyseischen Feldern
in Paris lagerten, dem anrückenden Feind bei Toulouse, mußte aber 10. April 1814
schließlich doch der Übermacht das Feld lassen. Napoleons Sturz führte
den heuchlerischen Ferdinand VII. (den der französische Kaiser noch vor
seiner Abdankung in Freiheit setzte, um den Bürgerkrieg auf der Halbinsel
von neuem anzufachen) auf den spanischen Thron zurück, aber die Nation,
die des Landes Freiheit mit ihrem Herzblut erkämpft hatte, erntete schlechten
Lohn (§ 107).

§ 56. Der deutsche Krieg von 1809. a. Patriotischer Aufschwung in Österreich. Der spanische Volkskrieg, gegen den der französische Kaiser bedeutende Streitkräfte wenden mußte, erfüllte das Wiener Kabinet, wo seit dem Preßburger Frieden die schmiegsame, charakterlose Politik eines Thugut und Cobenzl in die verdiente Dunkelheit zurückgetreten war und der kraftvolle, für Ehre und Vaterland begeisterte Graf Stadion die auswärtigen Angelegenheiten leitete und durch zeitgemäße Reformen kräftigend zu wirken suchte, mit der Hoffnung, durch eine neue Schilderhebung die verlorene Macht wiederzuerlangen.

Reformversuche in Österreich

Napoleons Gewaltstreiche in Italien und sein wachsender Einfluß in Deutschland erregten in Österreich Neid und Besorgnis; die durch die drückende Handelssperre und die Kriegsnot hervorgerufene Unzufriedenheit und die tiefe Bewegung der Gemüter in Norddeutschland ließen hoffen, daß sich das deutsche Volk an dem Kriege gegen die fremde Zwingherrschaft beteiligen werde. Aber noch war der Glaube an die Unüberwindlichkeit der Franzosen und die Furcht vor dem Eroberer zu groß, als daß die Fürsten des Rheinbundes es gewagt hätten, dem Gewaltigen, in dessen Macht es stand, sie zu erhöhen und zu stürzen, entgegenzutreten. Der Zauber des kaiserlichen Namens wirkte noch zu mächtig; die süddeutschen Soldaten wurden in den Rausch des Ruhms, der die Franzosen begeisterte, hineingerissen. Noch waren auch die nötigen Reformen nicht durchgeführt, die der elementar hervortretenden nationalen Kraft das Übergewicht über die geistige Kraft Frankreich geben mußten (§ 1). In Österreich selbst suchte man durch Errichtung einer Landwehr die Teilnahme des Volks für den neuen Krieg zu erregen und durch Aufrufe voll schöner Verheißungen Begeisterung und Vaterlandsliebe zu wecken, während zugleich eine neue Anleihe zur Deckung der Armeebedürfnisse alles bare Metall einforderte, die „totliegenden Geldvorräte" sowohl wie das „entbehrliche Gold- und Silbergeräte". Im Heere ging man darauf aus, durch geistige und sittliche Mittel das Ehrgefühl zu beleben und in Bewaffnung und Ordnung zweckmäßige Änderungen einzuführen. Das ganze Land glich einem großen Heerlager; „niemals war dies Reich von einem frischeren Strom patriotischer und kriegerischer Begeisterung durchdrungen gewesen." Die Rüstungen wurden mit verdoppeltem Eifer betrieben; durch Nationalsubskriptionen suchte man die Familien der Landwehrmänner zu unterstützen, reiche patriotische Gaben wurden dargebracht „zum Bedürfnis und zum Schmuck der Vaterlandsverteidiger"; aus der Fahnenweihe der Freiwilligen in Wien wurde ein kriegerisches Nationalfest. Der Erzherzog Karl, Österreichs talentvollster Feldherr, übernahm den Oberbefehl. In seinem Hauptquartier verfaßten Gentz und Friedrich Schlegel (§ 82), damals kaiserlicher Hofsekretär, jene berühmten Proklamationen, die in ganz Europa Aufsehen erregten und als Vorboten glorreicher Taten betrachtet wurden.

Österreichische Erklärung

Zuerst erschien am 27. März eine von Kaiser Franz unterzeichnete Deklaration, worin alle Beschwerden aufgezählt waren, die Österreich seit dem 26. Dez. 1805 gegen Napoleon zu erheben hatte: „die unvollständige Erfüllung des Preßburger Friedens, die Weigerung,

Braunau zu räumen, der Abschluß des Rheinbundes, die fortdauernde Besetzung Deutschlands vor und nach dem preußischen Kriege, der aufgedrungene Bruch mit England, die drohende Aussicht einer Teilung des türkischen Reichs und das Verfahren in Spanien, welches Österreich das Schicksal zeigte, das seiner wartete, wenn es künftig nicht in sich selbst gegen alle äußeren Gefahren die Gewährleistung seiner politischen Existenz fände. Schon 1808 habe Napoleon Österreich durch Drohungen einzuschüchtern, ihm neue Feinde zu erwecken gesucht und durch das Begehren, die Wendung der Dinge in Spanien anzuerkennen, den Wiener Hof bedrängt. Dem seien dann die kriegerischen Rüstungen, der Aufruf der Rheinbundskontingente und der beleidigende Krieg gefolgt, den die Zeitungspresse in Frankreich und einem Teile von Deutschland gegen Österreich habe führen müssen. Österreich verlange nichts als Frieden, aber einen wahrhaften Frieden, welcher, statt täglich durch Drohungen, feindliche Vorkehrungen und fremdartige Begehren unterbrochen zu werden, den Völkern des Kaisers in Ruhe die Wohltaten einer väterlichen Verwaltung und ihm selbst vergönne, das Glück seiner Völker zu genießen".

Österreichische Aufrufe

Merkwürdiger als diese Staatsschrift waren die Proklamationen, welche den nahen Ausbruch des Kampfes verkündigten. In einem Armeebefehl vom 6. April wandte sich der Erzherzog zuerst an sein Heer, um es zum Kampfe für das Vaterland und seine Unabhängigkeit aufzurufen. „Auf euch," sagte er, „meine teuern Waffengefährten, ruhen die Augen der Welt und aller, die noch Sinn für Nationalehre und Nationaleigentum haben; ihr sollt die Schmach nicht teilen, Werkzeuge der Unterjochung zu werden; ihr sollt nicht unter entfernten Himmelsstrichen die endlosen Kriege eines zerstörenden Ehrgeizes führen; ihr werdet nie für fremdes Interesse und fremde Habsucht bluten; euch wird der Fluch nicht treffen, schuldlose Völker zu vernichten, um auf den Leichen erschlagener Vaterlandsverteidiger den Weg zum geraubten Throne einem Fremdling zu bahnen. Auf euch wartet ein schöneres Los; die Freiheit Europas hat sich unter eure Fahnen geflüchtet. Eure Siege werden ihre Fesseln lösen, und eure deutschen Brüder, jetzt noch in feindlichen Reihen, harren auf ihre Erlösung." Einen Aufruf gleichen Sinnes richtete der österreichische Oberfeldherr an die „deutsche Nation". „Wir kämpfen," hieß es darin, „um die Selbständigkeit der österreichischen Monarchie zu behaupten, um Deutschland die Unabhängigkeit und Nationalehre wieder zu verschaffen, die ihm gebühren. Dieselben Anmaßungen, die uns jetzt bedrohen, haben Deutschland bereits gebeugt. Unser Widerstand ist seine letzte Stütze zur Rettung; unsere Sache ist die Sache Deutschlands. Mit Österreich war Deutschland selbständig und glücklich; nur durch Österreichs Beistand kann es wieder beides werden. Deutsche! würdigt eure Lage! Nehmt die Hilfe an, die wir euch bieten! Wirkt mit zu eurer Rettung!" — Noch kühner lautete die Sprache einiger Aktenstücke, die ohne Unterschrift zugleich mit dem Vorrücken der österreichischen Armee verbreitet wurden. Die Demütigung Deutschlands seit 1805 und 1806 war darin mit feurigen Worten geschildert; die Beraubung und Knechtschaft, die westfälische Schmach, das Aufdringen fremder Gewalten und Ordnungen, das Wegführen deutscher Jugend in den spanischen Vernichtungskrieg. „Es sind", heißt es in einem derselben, „nicht die gewöhnlichen Armeen, die zu eurer Hilfe herbeieilen. Nein! Sie sind von Vaterlandsliebe, von Abscheu gegen fremde Unterjochung und Tyrannei entflammt! Sie kämpfen für sich, für Freiheit und Eigentum, für Nationalexistenz, für Vaterland und Recht, für ihren angebeteten und gerechten Fürsten! die Masse der Nation selbst hat sich in ihrem gerechten Unwillen erhoben und die Waffen ergriffen! . . . . . Der jetzige Augenblick kehrt nicht zurück in Jahrhunderten! Ergreift ihn, damit er nicht für euch auf immer entflieht! Ahmt Spaniens großes Beispiel nach!"

Beginn des Krieges 1809

§ 57. b. Aspern und Wagram. Österreich erneuerte erst im April den Krieg gegen Frankreich, indem seine Heere in Bayern, in Italien und in das Herzogtum Warschau vordrangen, wo die Russen als Napoleons Verbündete und die Polen unter Poniatowski Galizien bedrohten. Hatten die Österreicher schon durch dies Zaudern die beste Zeit verloren, den noch ungerüsteten Feind zu überraschen und die deutschen Bundesgenossen durch schnelle Besetzung ihrer Länder vom Anschluß an die Franzosen abzuhalten, so wurde noch dadurch gefehlt, daß der Erzherzog Karl seine eigenen Streitkräfte allzusehr zersplitterte und seinem gewandten Gegner Zeit ließ, die verschiedenen Heeresabteilungen seiner Marschälle und die deutschen, durch geschickte Ansprachen gewonnenen, Bundestruppen an den Ufern der Donau zu konzentrieren. Von Württemberg, Bayern und

andern Staaten des Rheinbundes kräftig unterstützt, zog Napoleon die Donau hinab, drängte durch einen meisterhaften fünftägigen Feldzug in einer Reihe siegreicher Gefechte (bei Hausen oder Tann, bei Abensberg, Landshut, Eckmühl, Regensburg) die Feinde über den Inn und rückte zum zweitenmal in das Herz der österreichischen Staaten ein. 12.—24. April
Aber trotz dieser Niederlagen war nicht zu verkennen, daß ein neuer Geist über die kaiserlichen Heere gekommen war; heldenmütig wurde überall gekämpft, die Verluste waren meistens auf beiden Seiten gleich groß; mit Aufopferung des eigenen Lebens erkaufte auf dem Rückzuge von Landshut ein österreichischer Grenadier durch Anzündung eines Pulverwagens seinen bedrohten Kameraden Rettung und sichern Abzug. Bei Ebelsberg an 3. Mai
der Traun kämpften die Österreicher mit wunderbarer Tapferkeit, wenn sie auch am Ende Stadt und Schloß vor dem überlegenen Feinde räumen mußten.

Napoleon auf der Lobau
Am 10. Mai stand der französische Kaiser vor den Mauern der Hauptstadt, in die er schon nach drei Tagen als Sieger einzog. Ein Aufruf an die Ungarn, sich einen andern König zu wählen und die alte Unabhängigkeit wieder zu erringen, konnte als Vorbote der gänzlichen Auflösung der österreichischen Monarchie gelten. Unterhalb Wiens, auf dem alten Marchfelde, wo einst der Ahnherr der Habsburger seinem Geschlechte die Herrschaft des Landes erstritten hatte (II, § 283), wurde das nördliche Ufer der Donau, über die mehrere Brücken führten, vom Erzherzog Karl verteidigt. Als nun die französischen Heere von der Strominsel Lobau aus über den Fluß setzen wollten, fanden sie in der zweitägigen Schlacht von Aspern und Eßling solchen Widerstand, daß Aspern und Eßling 21. u. 22. Mai 1809
sie von ihrem Vorhaben abstehen mußten. Diese Schlacht, wo über fünfzehntausend französische Krieger, unter ihnen der tapfere Marschall Lannes und die Generale d'Espagne und St. Hilaire, die Walstatt deckten, erschütterte zum erstenmal die Meinung von Napoleons Unüberwindlichkeit und hob das Selbstvertrauen der gedrückten Völker. Furchtbar war die Not der ermatteten Armee auf der Lobauinsel. Erst als dem Kaiser neue Verstärkungen zugekommen waren und Eugen Beauharnais zu der Hauptarmee stieß, wurde die Lage wieder günstiger. Eugen war von Italien aus über die karnischen und julischen Alpen, indem er den heldenmütigen Widerstand der österreichischen Truppen bei Malborghetto und Predil durch Übermacht überwältigte, nach Niederungarn vorgerückt und hatte am Schlachttag von Marengo und Friedland den Erzherzog Johann (dem er früher bei Sacile hatte weichen müssen) in dem Treffen 16. April
an der Raab überwunden. Nun setzte das französische Heer abermals und 14. Juni
diesmal mit mehr Erfolg über die Donau und nötigte den Erzherzog Karl nach der Schlacht bei Wagram zum Rückzug. Der Verlust war 5., 6. Juli
wie bei Aspern auf beiden Seiten ziemlich gleich, und es kam deutlich zutage, daß die französischen Heere, die durch die ununterbrochenen Kriege ihre geübtesten Soldaten und fähigsten Offiziere eingebüßt hatten, während ihre Gegner mittlerweile die neue Kriegskunst erlernt hatten, nicht mehr das frühere Übergewicht im Felde besaßen. Nur Napoleons überlegenes Feldherrntalent, seine unermüdliche Tätigkeit und das wunderbare Geschick, jede Schwäche des Feindes zu benutzen und jeden erlittenen Schaden rasch wieder zu heilen, fesselten noch den Sieg an seine Fahnen. Aber verloren war der Feldzug noch nicht. Der einige Tage nach der Schlacht von dem

Erzherzog Karl unter Vermittlung des Fürsten Johann von Liechten-
12. Juli 1809 stein in Übereilung abgeschlossene Waffenstillstand von Znaim be-
freite Napoleon aus einer bedenklichen Lage, da die Bewegungen in Nord-
deutschland und der Aufstand der Tiroler einen Volkskrieg wie in Spanien
14. Okt. herbeizuführen drohten. Der nun folgende Friede von Wien oder
Schönbrunn schmälerte das österreichische Reich abermals um mehr als
2000 Q.-M. und drei Millionen Einwohner und zwang die Regierung,
dem Kontinentalsystem beizutreten.

Wiener Frieden

In dem Wiener Frieden verzichtete Österreich auf Salzburg, Berchtesgaden und das Innviertel, welche an Bayern kamen; auf Westgalizien und einen Teil von Ostgalizien mit der Stadt Krakau, die teils mit dem Herzogtum Warschau verbunden wurden, teils an Rußland fielen; auf den Villacher Kreis in Kärnten, sowie auf Krain, das Triester Gebiet, Friaul, Kroatien, Gebiete, die, mit Dalmatien, Istrien und Ragusa verbunden, nun den neuen, vom Königreich Italien getrennten Staat der Illyrischen Provinzen unter Napoleons Oberhoheit bildeten. Zugleich wurde die Auflösung des Deutschordens, die schon im Mai ausgesprochen worden war, vollzogen und die Besitzungen desselben den Landesfürsten zugewiesen, in deren Gebiet sie lagen; so Mergentheim an Württemberg. — Im nächsten Jahre hörte Napoleons
Weitere Änderungen 1810 Stellvertreter beim Rheinbund, Fürst-Primas Dalberg, auf geistlicher Fürst zu sein. Er erhielt die zu einem Großherzogtum Frankfurt erhobenen Städte und Gebiete Frankfurt, Hanau, Fulda, Wetzlar und Aschaffenburg. Sein Nachfolger sollte Eugen Beauharnais werden. Regensburg fiel wie schon früher Nürnberg an Bayern. — Seit der Schlacht von Wagram war Napoleon mit Macdonald, der unter dem Vizekönig
Bernadotte Eugen aus Italien herbeigezogen war, innig befreundet, wogegen Bernadotte sich des Kaisers Ungnade zuzog, da er als Anführer der Sachsen in einem Schlachtberichte dieser Armee bedeutenden Anteil am Siege zuschrieb und prahlerisch behauptete, sie hätten gestanden „wie Erz", während sie doch aus dem brennenden Wagram hinausgeworfen wurden und einen eiligen Rückzug gegen Aderklaa nahmen. Seines Kommandos enthoben, verließ er alsbald den Kriegsschauplatz.

Erhebung Tirols

§ 58. c. Der Volkskrieg in Tirol. Fast wichtiger als der Hauptkrieg waren die daneben hergehenden Kämpfe, weil sich in ihnen der neue Volksgeist zeigte; so zunächst in Tirol. Das Tiroler Gebirgsland, dessen biedere, einfache Bewohner mit großer Treue an Österreich hingen, war im Preßburger Frieden (§ 43) an Bayern gefallen. Ein neuer Name (Südbayern), eine neue Einteilung in Kreise, die veränderte Organisation der Verwaltung, der Justiz, des Stiftungswesens, Eingriffe in das Kirchenvermögen und in die Besetzung der geistlichen Stellen, Wegführung der drei widerstrebenden Landesbischöfe, höhere Besteuerung (Stempel), Abschaffung der alten Verfassung, neue Mautverhältnisse und vor allem die verhaßte Konskription erzeugten den größten Unwillen. Grobe Beamte steigerten durch Rücksichtslosigkeit und brutales Benehmen die Unzufriedenheit dermaßen, daß es den Österreichern nicht schwer fiel, beim Wiederausbruch des Kriegs die Tiroler durch Versprechungen zum Aufstand gegen die Bayern und Franzosen zu bewegen, zumal da die über Bayerns religiöse Neuerungen gereizte Priesterschaft ihren großen Einfluß auf das bigotte Bauern- und Jägervolk zugunsten des stammverwandten Nachbarvolks anwendete und alle Änderungen des Herkömmlichen, auch wenn sie vorteilhaft waren, in dem gehässigsten Lichte darstellte. Durch zuverlässige Boten wurde eine geheime Verbindung mit Erzherzog Johann, dem Liebling der Gebirgslande, unterhalten. Im Vertrauen auf österreichische Hilfe griffen Tirols Söhne zu ihren Büchsen und richteten gleich den Spaniern von den Berghöhen und Schluchten ihres Landes das sicher treffende Rohr auf die Franzosen und Bayern. Der österreichische Feldherr Chasteler zog ihnen mit einer Heeresabteilung durch das Pustertal

zu Hilfe. An der Spitze der Insurgenten stand Andreas Hofer, „der Bärtige", Sandwirt im Passeyertale, ein Mann von hohem Ansehen bei seinen Landsleuten, sowohl wegen seiner Körperstärke und Tapferkeit als wegen seines religiösen Eifers, seiner vaterländischen Gesinnung, seines ehrenfesten Charakters und seines geraden, treuherzigen Wesens. Klügere und tieferblickende Männer, wie Hormayr, der Geschichtschreiber seines Vaterlandes und dieses Krieges, benutzten Hofers Einfluß auf die Tiroler, um die Volksbewegung über das ganze Land und das benachbarte Vorarlberg zu verbreiten. Er und der Erzherzog Johann erließen beredte Aufrufe, worin sie zur Ehre und zum Heil des Vaterlandes verlangten: „Waffen und ein alttirolisches Herz und so viel männlichen Entschluß, um einige Mühseligkeiten und Gefahr der bisherigen Knechtschaft und einer noch ärgeren Zukunft vorzuziehen". Neben Hofer waren der kühne Speckbacher, „der Mann von Rinn", Martin Teimer von Schlanders und Joseph Straub die Seele des Aufstandes. In festlichen Aufzügen mit Jubelruf und Glockengeläute empfingen die Tiroler die österreichischen Truppen als Befreier, und wie ein Blitz zuckte der Aufstand durch das ganze Land; Feuerzeichen auf den Bergen kündigten die Stunde der Erhebung an. Die Unternehmungen mit wunderbarer Verschwiegenheit und Übereinstimmung zu gleicher Zeit an verschiedenen Orten begonnen, waren von dem glücklichsten Erfolg gekrönt. Während die bayerischen und französischen Truppen nach einem unglücklichen Gefechte bei Sterzing unter steten Kämpfen und großen Beschwerden über den steilen Schellenberg und Brenner gen Innsbruck zogen, die Niederlage durch Verwüstung und Taten des Schreckens rächend, wurde die bayerische Besatzung der Hauptstadt nach dem tapfersten Widerstande am Berge Isel zur Ergebung gezwungen und Innsbruck selbst eingenommen. Unter diesen Umständen blieb dem französischen General Bisson bei seiner Ankunft am Isel nichts übrig, als durch schimpfliche Kapitulation mit den Bauern seine ganze Heeresabteilung, 4000 Mann stark, in Kriegsgefangenschaft zu liefern. Zugleich wurde auch im Vintschgau und im Etschtal das verhaßte Joch abgeworfen und Trient und Roveredo den Franzosen entrissen.

Die Führer

Erste Erhebung

11. April 1809

12. April

Ganz Europa blickte mit Bewunderung auf die Heldentaten eines Bauernvolkes, das innerhalb fünf Tagen das Land von seinen Drängern befreite, gegen 6000 Gefangene, darunter zwei Generale, mit Geschütz und Feldzeichen in seine Gewalt brachte und, ohne den Sieg durch irgendeine Grausamkeit oder Untat zu beflecken, die alte Ordnung herstellte und das zerrissene Band mit Österreich wieder anknüpfte, das, wie der Kaiser versicherte, nun nicht mehr gelöst werden sollte. Aber die Siegesfreude wurde bald gedämpft durch die Nachricht von den Unfällen des österreichischen Donauheeres und von der Annäherung frischer Truppen unter Wrede und Lefebvre. Chasteler, in seinem militärischen Stolze der Verbindung mit den aufrührerischen Bauern ohnedies abgeneigt, war weder an Truppenzahl noch an Kriegskunst dem Feinde gewachsen. Als die Bayern den tapfer verteidigten Strubpaß erstürmt, den österreichischen General bei Wörgl zurückgedrängt und den blühenden Marktflecken Schwatz in Asche gelegt hatten, zog sich Chasteler nach dem Brenner und überließ die Hauptstadt nebst dem nördlichen Tirol den bayerischen und französischen Feldherren, die am 19. Mai ihren Einzug in Innsbruck hielten. Furchtbar wüteten die erbitterten Franzosen gegen das bezwungene

Sieg der Bayern und Franzosen

11. Mai

13. Mai

16. Mai 1809

19. Mai

Volk. Diese Schandtaten, über welche selbst Wrede und Lefebvre ihre Entrüstung aussprachen, riefen die Tiroler von neuem unter die Waffen.

Zweite Erhebung

Andreas Hofer besetzte mit sechstausend Mann den Iselberg; umsonst unternahm der bayerische General Deroy, der an Wredes Stelle trat,

29. Mai

einen heftigen Angriff; die Bauern und Jäger, vor deren Reihen der unerschrockene Kapuziner Joachim Haspinger mit dem Kruzifix einherschritt, leisteten in Verbindung mit einigen österreichischen Truppen so tapfern Widerstand, daß die Bayern nach großen Verlusten den Rückzug antreten mußten und in der folgenden Nacht Innsbruck zum zweitenmal räumten. Um dieselbe Zeit, als die Tiroler nach dem Sieg am Iselberg von neuem in die Hauptstadt einzogen, drängten die Bauern und Schützen auch in Vorarlberg die französisch-württembergischen Truppen zurück und besetzten Bregenz. In dem Advokaten Anton Schneider fand der Vorarlberger Volksstamm einen unerschrockenen und umsichtigen Führer. Über diesen Erfolgen vergaß man den fluchtähnlichen Abzug des rat- und mutlosen Chasteler aus dem unheimlichen Lande des Aufruhrs und freute sich der erneuerten Zusicherung des Kaisers, „daß er in keinen Frieden willigen werde, der das treue Land Tirol von dem Körper des österreichischen Kaiserstaates losreißen würde".

Preisgabe Tirols

Aber die Zuversicht sollte schrecklich getäuscht werden. Wie ein Blitzstrahl aus heiterer Luft traf die Nachricht von dem Waffenstillstand von Znaim das Tiroler Gebirgsland. Die Österreicher räumten das Land den Franzosen und Bayern, deren rachesprühende Proklamationen bald durch Taten des Schreckens und wilder Grausamkeit ihre Bestätigung fanden.

Dritte Erhebung

Verzweiflungsvoll griff das getäuschte Volk zum drittenmal zu den Waffen. Unter der Leitung von Hofer, Speckbacher, Mayr und Haspinger

1. Aug. 1809

besetzten sie eine Anhöhe bei Brixen und vernichteten die von Innsbruck durch die Talschlucht anrückenden Feinde mittelst herabgestürzter Baumstämme und Felsblöcke oder durch die sicher treffenden Kugeln der Schützen. Das Jammergeschrei der Verstümmelten und Sterbenden und der Hilferuf der in die brausende Eisack Geschleuderten wirkte so betäubend auf die Überlebenden, daß sie sämtlich, größtenteils sächsische Rheinbundstruppen, die Waffen streckten. Noch jetzt heißt die Talschlucht im Mund des Volks die „Sachsenklemme". Ähnlich erging es einer bayerischen Heeresabteilung

9. Aug.

an der Pontlatzer Brücke in einer Felsenschlucht des Inn, wo die Weiber durch Herabwälzen von Steinmassen und Holzstämmen die Schützen unter-

15. Aug.

stützten. Am Napoleonstag zog der Sandwirt von Passeyer zum drittenmal in Innsbruck ein und regierte als kaiserlicher „Oberkommandant in Tirol" das Land nach altem Herkommen, ohne die Einfachheit der Sitten im mindesten zu ändern. Kaiser Franz selbst beschenkte ihn mit einer goldenen Kette und schien ihn dadurch in seiner Würde zu bestätigen.

Unterwerfung der Tiroler

Aber der Traum der Unabhängigkeit war von kurzer Dauer. Als nach dem Abschluß des Wiener Friedens die Feinde in verstärkter Truppenzahl von drei Seiten in das unglückliche Land eindrangen, da wurde endlich der Widerstand des tapfern, aber geopferten Volkes gebrochen. Das

Okt. 1809

dreimal eroberte und befreite Innsbruck fiel wieder in die Gewalt der Bayern; Speckbacher und andere Führer suchten ihr Heil in der Flucht,

12. Nov.

aber Hofer, der nach verheißener Amnestie anfangs die Waffen niedergelegt, dann, durch falsche Ratgeber und unbesonnene Hitzköpfe verführt,

Vierte Erhebung Hofers

wieder zum Krieg aufgefordert hatte, wurde wahrscheinlich durch

seinen ehemaligen Vertrauten, den Fürsten Donay und einen verlumpten Bauern namens Raffl verraten, in einer Sennhütte, wo er sich zwei Monate lang mit seiner Familie versteckt gehalten hatte, ergriffen und, da ihn das Völkerrecht nicht mehr schützte, in Mantua erschossen. „Ade, schnöde Welt," schrieb er wenige Stunden vor seinem Tod; „so leicht kommt mir das Sterben vor, daß mir nicht einmal die Augen naß werden." Er starb mit dem Mute eines Helden und Märtyrers, hochgeehrt von seinem Volke. Tirol wurde in drei Teile geteilt, von denen der eine an das Königreich Italien, der andere an Illyrien kam, der dritte bei Bayern verblieb. So wurde das tapfere Bergvolk geopfert und mit gebundenen Händen dem dreimal überwundenen Gegner preisgegeben.

Hofer † 20. Febr. 1810

§ 59. Die Vorboten des norddeutschen Volkskriegs. Schill. Wilhelm von Braunschweig. Einen ähnlichen Geist, wie er in Tirol herrschte, bekundeten auch die Versuche, die in Norddeutschland zur Abschüttelung des fremden Joches gemacht wurden. Eine über das ganze Königreich Westfalen verbreitete und bis nach Preußen verzweigte Verschwörung sollte durch gleichzeitige Aufstände die Unternehmungen Österreichs fördern. Während der preußische Offizier v. Katt Anstalten treffen wollte, sich der Festung Magdeburg durch einen Handstreich zu bemächtigen, sollte der Oberst v. Dörnberg, der früher in preußischen Diensten gestanden hatte, dann aber von Jerome zum Kommandanten der neuerrichteten Jägergarde ernannt worden war, den König von Westfalen gefangen nehmen und nach Vertreibung der fremden Truppen und Beamten den in Prag weilenden und von dem Plane unterrichteten Kurfürsten wieder zurückführen. Jedoch beide Unternehmungen scheiterten. Die ungeordnete Schar hessischer Bauern, die von Homburg aus nach Kassel zog, wurde durch einige Kanonenschüsse leicht zur Flucht gebracht; Katt und Dörnberg begaben sich nach Österreich und traten dann in fremde Kriegsdienste, jener in spanische, wo er seinen Tod fand, dieser in russische, aus denen er später zurückkehrte. Durch Jeromes mildes und versöhnendes Verfahren ging das Unternehmen ohne große Nachteile in kurzem spurlos vorüber. Ein neuer Aufstandsversuch, der zwei Monate später von Marburg aus unternommen wurde, hatte die Erschießung des Urhebers, des Professors Sternberg, zur Folge.

Aufstand in Hessen

3. April 1809

22. April 1809

Das Fehlschlagen des hessischen Aufstandes schreckte den jungen, tapfern Schill, der in Katts und Dörnbergs Pläne eingeweiht war, nicht ab, Ähnliches zu wagen. Nach dem in Kolberg (§ 47) bewiesenen Heldenmut zum Major erhoben und als Befehlshaber eines neuen Husarenregiments nach Berlin versetzt, war Schill hier der Gegenstand einer begeisterten Verehrung, die betäubend auf ihn wirkte. Im Vertrauen auf diese Volksgunst glaubte er sich berufen, eine deutsche Nationalerhebung zu leiten. Getäuscht durch die falsche Kunde von österreichischen Siegen, zog er ohne Befehl seines Königs, also mit Verletzung der Disziplin, mit einer ihm ergebenen Reiterschar von einigen hundert Mann über Potsdam und Wittenberg nach Dessau und Halle, entwaffnete daselbst eine kleine westfälische Besatzung und bestand, durch neue Mannschaft verstärkt, bei Dodendorf unweit Magdeburg ein glückliches Treffen gegen einen französischen Oberst. Aber die Nachricht von den Unfällen der Österreicher, die Furcht der Völker vor dem gewaltigen Imperator und die Mißbilligung des Königs, der in einem Parolebefehl den preußischen Soldaten untersagte, sich an der „unglaublichen

Ferdinand v. Schill

28. April 1809

5. Mai

Tat" zu beteiligen, wirkten lähmend auf seine Unternehmung. Nach dem glücklichen Gefechte bei Damgarten an der Recknitz, wo er sechshundert Mecklenburger zu Gefangenen machte, warf er sich mit seiner getreuen Schar in das feste Stralsund, entschlossen, die Stadt zu einem zweiten Saragossa zu machen oder sich darin so lange gegen den Feind zu behaupten, bis er seine Einschiffung nach England bewerkstelligt hätte. Aber von
31. Mai General Gratien mit einem Belagerungsheer eingeschlossen, fiel er bei Erstürmung der Stadt. Sein Kopf, auf den ein Preis von 10000 Franken gesetzt war, wurde vom Rumpf getrennt und zuerst nach Kassel, dann nach Leyden geschafft; von dort ist er 1837 nach Braunschweig gebracht worden. Von seinen zu Kriegsgefangenen gemachten Gefährten wurden die Offiziere, sämtlich junge Männer unter dreißig Jahren, in Wesel und Braunschweig durch kriegsrichterlichen Spruch zum Tode verurteilt und erschossen, die Gemeinen auf französische Galeeren gebracht. Nur eine kleine Schar von 180 Reitern erzwang sich durch ihre todesmutige Entschlossenheit freien Abzug nach Preußen. Mit heroischer Kraft ertrugen die elf Offiziere in Wesel ihr Geschick. „Zwei und zwei aneinander gefesselt, erwarteten sie stehend und mit unverbundenen Augen die feindlichen Kugeln; sie brachten ihrem König noch ein Hoch und kommandierten dann Feuer! Im nächsten Augenblick lagen zehn am Boden; der elfte war nur am Arm verwundet; er riß die Weste auf und rief, auf sein Herz deutend: „Hierher, Grenadiere!" Einen Moment später hatte auch er ausgelebt."

Friedrich Wilhelm von Braunschweig

Glücklicher war der Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig, der Sohn des bei Auerstedt verwundeten Feldmarschalls (§ 47). Von leidenschaftlichem, stolzem Charakter, verschmähte er es, sich „in der Geduld des Ertragens zu üben". Er haßte in Napoleon den Urheber des öffentlichen und seines häuslichen Leidens, und dieser Haß, verstärkt durch den Tod seines Vaters und seiner Gemahlin, gab ihm etwas Düsteres und Verbittertes. So sammelte er im Bunde mit Österreich als „deutscher Reichsfürst" in Öls, seinem kleinen schlesischen Erbe, und in Böhmen eine berittene Freischar, die man von dem schwarzen Waffenrock und dem weißen Totenkopf auf dunklem Tschako als „schwarze Legion der Rache" bezeichnete. Mit dieser fiel er in Sachsen ein, drängte den General Thielemann
Juni 1809 zurück und nahm Dresden, Meißen und Leipzig. Als dann König Jerome mit überlegenen Streitkräften herbeizog, mußte er nach Franken weichen, wo er im Verein mit den Österreichern mit Erfolg die unter Junot heranrückenden Franzosen bekämpfte, bis der Waffenstillstand von Znaim ihn zwang, mit seinen 2000 Mann sich einen Weg an die Nordsee zu bahnen und bei England Hilfe zu suchen. So zog die kühne Schar über Leipzig
29. Juli 1809 und Halle in das westfälische Königreich, erstürmte Halberstadt und nahm die ganze Besatzung unter Meyronnet (Graf Wellingerode) gefangen. Nach kurzem Aufenthalt in Braunschweig, wo er mit Jubel aufgenommen wurde, zog der Herzog unter steten Kämpfen mit zwei feindlichen Heeresabteilungen
7. Aug. 1809 über Hannover der Weser zu und bewerkstelligte bei Elsfleth und Brake die Einschiffung nach Helgoland, von wo die „Schwarzen" auf britischen Schiffen nach England gerettet wurden, um günstigere Zeiten zur Rache abzuwarten.

Stimmung in Süddeutschland

Nicht nur im Norden, auch in den südlichen Rheinbundstaaten gab sich während dieses Krieges eine tiefe Aufregung der Gemüter kund.

In Nürnberg, Bamberg und vor allem in dem preußischen Frankenlande kamen bei Gelegenheit eines österreichischen Streifzugs Stimmungen zum Vorschein, die von der bayerischen Gesinnung sehr verschieden waren; und als nach Auflösung des Deutschherrenordens Mergentheim dem strengen 25. Juni
König von Württemberg verliehen wurde, suchten die Bauern durch einen Aufstand die Besitznahme zu verhindern, zogen sich aber ein blutiges Strafgericht von seiten des ergrimmten Tyrannen zu, der durch „heilsamen Schrecken" ähnlichen Vermessenheiten vorzubeugen suchte. — Ein Beweis von der in ganz Deutschland herrschenden Bewegung der Gemüter war auch der von dem Naumburger Jüngling Friedrich Staps unternommene 12. Okt.
Mordversuch gegen Napoleon in Schönbrunn. Von General Rapp ergriffen und seines Vorhabens geständig, wurde er zum Tode geführt. Bei seinem Verhör wie auf dem letzten Gang zeigte er eine kaltblütige Entschlossenheit. Diese Erscheinungen, verbunden mit der tiefen Aufregung in Preußen, wo die patriotische Partei zu einem Anschluß an Österreich drängte und der Freiherr vom Stein den Gedanken einer allgemeinen Volkserhebung in der Nation zu wecken suchte, waren wohl geeignet, Napoleon zu dem Ausspruch zu bringen: „Fort aus diesem Krieg, sonst sind wir von tausend Vendéen umringt."

Die Engländer auf Walcheren

War in diesen, wenngleich fruchtlosen Bewegungen das Erwachen eines Heldensinnes nicht zu verkennen, so trug dagegen die Unternehmung der Engländer gegen die Niederlande den Charakter des engherzigsten Egoismus und der ratlosesten Kleinmütigkeit an sich. Sie landeten mit 40 000 Mann und 144 schweren Geschützen auf der Insel Walcheren, Juli 1809
um sich Antwerpens und der Scheldemündungen zu bemächtigen, führten aber ihre Sache so schlecht, daß die Zerstörung der Festungswerke von Vlissingen die einzige Frucht dieser kostspieligen Unternehmung war. Eine solche Truppenmacht, zur rechten Zeit an der Weser- und Elbemündung gelandet, hätte auf den ganzen Gang des Krieges entscheidend wirken, hätte der norddeutschen Bewegung einen Halt geben, Preußen aus seiner Unschlüssigkeit reißen und den Riesenkampf in Österreich zu einem glücklichen Ausgang führen können. „Es war aber das Verhängnis dieses Krieges, daß alles, was die große Politik der Gegner Napoleons versuchte, an den Mängeln der Anlage oder der Ausführung Schiffbruch litt."

5. Höhe des französischen Kaisertums. Bruch mit Rußland.

Vermählung mit Marie Luise von Österreich

§ 60. Napoleons Herrschaft im Innern und größte Ausdehnung des Reiches. Nach dem Wiener Frieden stand Napoleon auf dem Gipfel der Macht und Größe. Nur der Gedanke, keinen Erben zu haben, quälte ihn; darum ließ er sich, auf Grund eines bei der Trauung begangenen Formfehlers, von der Kaiserin Josephine scheiden und vermählte sich, nachdem seine Werbung um eine russische Prinzessin abgelehnt worden war, mit Marie Luise, der Tochter des Kaisers von Österreich. Hier, wo Metternich an Stelle Stadions und des Erzherzogs Karl getreten war, kam man Napoleon freundlicher entgegen, weil Rußland und Preußen als natürliche Gegner Österreichs im Orient und in Deutschland gefährlicher erschienen. Am 2. April 1810 fand unter unerhörter Pracht die Vermählung statt, aber der Ehebund war dem österreichischen wie dem französischen Volke gleich verhaßt; darum wurde der Brand bei dem Ballfeste, das der österreichische Botschafter Fürst Schwarzenberg zu Ehren der Vermählung veranstaltete, und bei dem dessen Schwägerin in den Flammen umkam, ebenso als unheilverkündende Vorbedeutung genommen, wie einst das Unglück bei dem Hochzeitsfeste Ludwigs XVI. mit Marie Antoinette im Jahre 1770 (§ 3). Im nächsten Jahre wurde dem Kaiser ein Sohn

20. März 1811 geboren, der in der Wiege schon den Namen eines Königs von Rom erhielt. Damit schien sein Glück vollendet und Frankreichs Zukunft für immer an das Haus Bonaparte gekettet zu sein.

Frankreich im Innern

Im Innern kannte seine Herrschaft keine Grenzen mehr; die von Savary (Herzog v. Rovigo) geleitete Staatspolizei unterdrückte den letzten Rest von Freiheit und bedrohte, wie einst die Siegelbriefe (§ 2), jeden Verdächtigen mit willkürlicher Haft in den Staatsgefängnissen; die Preßfreiheit war durch eine rücksichtslose Zensur auf das äußerste beschränkt. Die verfassungsmäßige Unabsetzbarkeit der Richter war schon im Jahre 1807 beseitigt worden. Der Geist der strengen militärischen Disziplin drang auch in die Schulen ein, in ein Gebiet, auf dem nur die Freiheit Gedeihen bringen kann. Das ganze niedere und höhere Schulwesen wurde unter der stolzen Bezeichnung „Université de France" zusammengefaßt. Alle Schulen wurden verstaatlicht und der Stoff des Unterrichts streng vorgeschrieben. Höherer Unterricht wurde in den Lyzeen und Kollegien erteilt. Wohl erkannte Napoleon die hohe Bedeutung der höheren Schulen im Staatsleben, aber er setzte sie nur als Machtfaktor in seine Rechnung ein und war darauf bedacht, durch militärische Zucht und Ordnung sie seinen Herrscherzwecken dienstbar zu machen. Bezüglich des Lehrstoffes forderte er vor allem Pflege der Mathematik und des Lateinischen. Auch die im Jahre 1806 gegründete kaiserliche Universität konnte unter solchen Verhältnissen nichts von dem freiheitlichen Geiste der deutschen Hochschulen erhalten. Dagegen bewies Napoleon sein reiches organisatorisches Talent in der Umgestaltung der finanziellen Verhältnisse und in den Verbesserungen des Steuerwesens, wobei ihn seit 1806 der Finanzminister Mollien trefflich unterstützte.

Einverleibung Hollands

Nach außen schaltete der Kaiser mit vollster Willkür. Die wirtschaftlichen Maßregeln gegen England drohten das Königreich Holland, dessen Wohlstand unter der Fremdherrschaft schon so sehr gelitten hatte, vollends zugrunde zu richten. König Ludwig, dem die Leiden seines Volks zu Herzen gingen, machte seinem Bruder Vorstellungen und suchte ihn zu einer Milderung der Handelssperre zu vermögen, erhielt aber von demselben die merkwürdige Antwort, daß er zuerst das Interesse des Kaisers, dann den Vorteil Frankreichs im Auge haben müsse, und daß die Pflichten gegen sein Volk erst nach diesen kämen. Als dessenungeachtet Ludwig die Umgehung der Handelssperre mit Nachsicht strafte, ließ Napoleon durch eine bewaffnete Seemacht die holländischen Küsten bewachen und verband Seeland, Nordbrabant und das Südufer der Waal mit dem französischen Kaiserreich. Diese Mißhandlung empörte den wohlmeinenden Ludwig. Unwillig entsagte er zugunsten seines Sohnes einem Throne, den er nicht länger mit Ehren einnehmen konnte, gab aber dadurch nur dem Kaiser Gelegenheit, ohne Rück-

9. Juli 1810 sicht auf seines Bruders Verfügungen das Königreich Holland mit Frankreich zu vereinigen.

Dies hatte auch den Verlust der noch übrigen Pflanzungen der Holländer in Ost- und Westindien zur Folge. Der König von Holland lebte fortan als Graf von St. Leu teils in Österreich, teils in Italien († 1846). — Holland, von dem man geltend machte, daß es nur aus Anschwemmungen französischer Flüsse, des Rheins, der Maas und der Schelde, entstanden sei und somit zu Frankreich gehöre, wurde nebst dem seit 1807 damit verbundenen Fürstentum Ostfriesland und der Herrschaft Jever (§ 43) in sieben Departements geteilt.

Weitere Einverleibungen

Nach der Einverleibung von Holland verband Napoleon, um die Kontinentalsperre wirksamer zu machen, die Hansestädte Hamburg,

13. Dez. 1810 Bremen, Lübeck, das dem Rheinbunde zugehörige Herzogtum Oldenburg und einen Teil des kurz vorher an das Königreich Westfalen abgetretenen Hannover mit Frankreich. Hamburg wurde zur Hauptstadt des neuen Regierungsbezirks (Gouvernement) erhoben und der harte,

ungerechte Davoust, „Norddeutschlands Wächter und Quäler", als Befehlshaber eingesetzt. Nirgends ist die Geißel der Fremdherrschaft bitterer gefühlt worden als in dieser Stadt. Auch der Kanton Wallis mit der 12. Nov. 1810
Simplonstraße wurde dem neuen Weltreiche beigefügt, „damit die Anarchie daselbst ein Ende nehme".

Stimmung in Deutschland

Die große Mißstimmung über das Regiment der Willkür und des Despotismus, die sich in Deutschland kundgab, war selbst den Franzosen kein Geheimnis, wie man aus dem merkwürdigen Brief des Hieronymus Bonaparte vom Dezember 1811 ersieht. „Die Gärung", schreibt er an seinen kaiserlichen Bruder, „ist auf dem höchsten Gipfel; die törichtsten Hoffnungen werden unterhalten und mit Begeisterung gepflegt; man stellt sich das Beispiel Spaniens vor Augen, und wenn der Krieg zum Ausbruch kommt, werden die Gebiete zwischen Rhein und Oder der Herd eines gewaltigen Aufstandes werden. Die mächtige Ursache dieser Bewegung ist nicht allein der Haß gegen die Franzosen und die Ungeduld, das fremde Joch zu tragen; sie liegt noch stärker in dem Unglück der Zeiten, dem Ruin aller Klassen, der Überbürdung mit Auflagen, Kriegssteuern, Unterhaltung der Truppen, Durchmärschen und Quälereien aller Art, die sich ohne Unterlaß wiederholen. Die Verzweiflung der Völker, die nichts mehr zu verlieren haben, ist zu fürchten."

Entfremdung zwischen Frankreich u. Rußland

§ 61. Der Krieg gegen Rußland. a. Ursachen. Die Erweiterung des französischen Reichs bis zur Küste der Ostsee, wobei der Herzog von Oldenburg, ein naher Verwandter des russischen Kaiserhauses, seines Landes beraubt wurde, die unerfüllt gebliebene Hoffnung auf die Erwerbung der Türkei, die vereitelte Werbung Napoleons um eine russische Prinzessin gab der Freundschaft der beiden Kaiser, die schon seit der Vergrößerung des Herzogtums Warschau im Wiener Frieden erkaltet war, einen weiteren Stoß. Die Forderung Napoleons, daß Rußland auch die Einfuhr des Zuckers und Kaffees, der einzigen überseeischen Handelsartikel, deren Zugang unter neutraler Flagge gestattet war, verbieten sollte, beantwortete Alexander mit einem neuen Zolltarif, der die Einführung französischer 31. Dez. 1810
Waren erschwerte, während er die englischen begünstigte. Dazu kam der innere Gegensatz zwischen dem Wesen des eitlen und leicht empfindlichen Zaren und des rücksichtslosen französischen Kaisers. So scheute Alexander, hauptsächlich von Stein (§ 64), den er an seinen Hof berufen hatte, und der dort für Deutschlands Errettung unablässig bemüht war, beraten, den Kampf mit Napoleon nicht mehr und gab das Zeichen dazu durch die trotzige Forderung, daß die französischen Besatzungen Pommern und Preußen räumen sollten. Es gelang ihm, auch die Türkei durch den Abschluß des Friedens von Bukarest von Frankreich zu trennen und 28. Mai 1812
den von Napoleon beleidigten Bernadotte von Schweden (§ 51, 57) durch Aussicht auf die Erwerbung Norwegens als Bundesgenossen zu gewinnen.

Lage Preußens

In welcher Lage aber befand sich Preußen, das mitten zwischen den sich zum gewaltigen Entscheidungskampfe rüstenden Ländern lag? Die Patrioten, Blücher, Gneisenau, Scharnhorst, Boyen, Stein u. a. drängten zum Kriege, sie vertrauten auf die durch denselben im ganzen Preußenlande zu entfachende Begeisterung und erwarteten die Hilfe Österreichs und Rußlands, doch der König Friedrich Wilhelm III. hatte dieses Vertrauen nicht und verweigerte jeden Schritt, der ihn in einen „revolutionären Volkskrieg" getrieben haben würde. Zudem brachte

Scharnhorst, der im tiefsten Geheimnis nach Petersburg gereist war, vom Kaiser Alexander nur ungenügende Zusicherungen (Rußland wollte nicht bis zur Elbe vorgehen, sondern den Krieg im eignen Lande erwarten); Österreich aber hielt sich ganz zurück. Der kalte, engherzige, nur österreichisches Interesse verfolgende Fürst Metternich (§ 60) haßte die deutschen Patrioten, fürchtete sich vor einem etwaigen Volkskriege und wollte Preußen nicht wieder zu einer machtvollen Stellung in Deutschland gelangen lassen. Damit war Preußens Los entschieden; von anrückenden französischen Heeren fast umschlossen, in Gefahr von den im Lande liegenden Truppen Napoleons aufgehoben zu werden, mußte der König in das am 24. Februar
24. Febr. 1812 in Paris von Krusemarck abgeschlossene Bündnis mit Frankreich einwilligen. Er mußte ein Korps von 20000 Mann und 60 Geschützen stellen; der Rest seiner Truppen erhielt bestimmte Garnisonen zugewiesen. So schien denn alles verloren zu sein, was seit 1807 in Preußen zum Befreiungskampfe vorbereitet worden war (§ 64), nirgendwo eine Hoffnung auf bessere Zeiten. Da verzweifelten die treusten Patrioten an der Rettung des Vaterlandes, und in wildem Grimme rief Blücher aus: „Nach der unglücklichen Schlacht schrieb Friedrich II.: alles ist verloren, nur die Ehre nicht; jetzt schreibt man: alles ist verloren und die Ehre auch.“ Mancher Offizier nahm seinen Abschied, um nicht gezwungen zu sein, unter Napoleons Fahnen zu kämpfen; Gneisenau ging über Österreich nach Rußland und dann nach England, Blücher auf seine Besitzungen in Pommern, Boyen und Clausewitz nach Rußland, um in die deutsche Legion einzutreten. Nur Scharnhorst blieb;
Österreichs Stellung er hielt die Hoffnung auf die Zukunft aufrecht. Metternich dagegen wurde
14. März 1812 es leicht, das Bündnis mit dem Schwiegersohn seines Kaisers abzuschließen, bei dem er noch Vorteile für Österreich erzielen konnte. Österreich verpflichtete sich, 30000 Mann zu stellen; dagegen versprach Napoleon insgeheim, Galizien oder ein anderes Gebiet an Österreich zurückzugeben; sollte Galizien mit dem wiederhergestellten Polen vereinigt werden, so werde Illyrien an Österreich zurückfallen; Rußland sollte nichts von der Türkei, Österreich aber im Falle eines glücklichen Krieges eine große Gebietserweiterung erhalten. Das Hilfskorps sollten nur Österreicher befehligen und sein Höchstkommandierender, Fürst Schwarzenberg, unmittelbar Napoleon unterstehen. Außerdem blieb Österreich von den Durchzügen der französischen Truppen verschont.

§ 62. b. Napoleons Zug nach Moskau. Im Mai erschien Napoleon mit seiner Gemahlin in Dresden, wo sich alle Fürsten des Rheinbundes sowie der Kaiser von Österreich und der König von Preußen einfanden, um dem Mächtigen, der jetzt halb Europa gegen Rußland unter die Waffen rief, ihre Huldigungen darzubringen. Nach einem zehntägigen Aufenthalt
28. Mai 1812 in der glänzenden Fürstenversammlung eilte Napoleon zu seinem über eine halbe Million starken, aus verschiedenen Nationen gemischten Heere, das mit mehr als 1000 Kanonen und 20000 Packwagen zwischen Weichsel
Die Große Armee und Njemen (Memel) zerstreut aufgestellt war. Der linke Flügel, größtenteils aus Preußen und Polen unter Macdonalds Führung bestehend und zur Eroberung Kurlands und Livlands bestimmt, berührte die Gestade der Ostsee; der rechte, den das von Schwarzenberg geführte österreichische Hilfsheer mit einer französischen und sächsischen Truppenabteilung unter Reynier bildete, stand am untern Bug der russischen Südarmee gegenüber; das Hauptheer, das Napoleon selbst befehligte und

unter ihm die geübtesten Feldherren aus seiner Schule, setzte im Juni über den Njemen und rückte in Wilna, die ehemalige Hauptstadt Litauens, ein. Die Erscheinung der Franzosen weckte in den Polen die Hoffnung einer Wiederherstellung ihres Reiches. Hatte doch Napoleon selbst in einer Ansprache seinen Heerzug als „zweiten polnischen Krieg" bezeichnet! Am Tage seines Einzugs in Wilna sprach daher der Reichstag von Warschau die Wiederherstellung des Königreichs Polen aus. Mit Jubel wurde Napoleon als Retter begrüßt, und es wäre ihm leicht gewesen, den kriegerischen Geist des Volkes zu einem Nationalkampfe wider Rußland zu entflammen. Aber Volksbewegungen waren nicht nach seinem Sinn; er dämpfte den Enthusiasmus der Polen bedeutend, als er ihren Abgeordneten erklärte, aus Rücksicht für Österreich könne er nicht in die Wiederherstellung der alten Republik in ihrer ganzen Ausdehnung willigen. Dennoch stritten polnische Heere unter Poniatowski und andern Führern unter Napoleons Adlern gegen den Erbfeind ihrer Nation, und das polnische Volk unterstützte aus allen Kräften die fremden Krieger, die jetzt bei furchtbaren Regengüssen von Wilna nach Witebsk zogen.

24. Juni
28. Juni
Haltung der Polen
16.—27. Juli

Moskau, „das Herz von Rußland", war Napoleons Ziel; bald aber merkte er, welchen gewaltigen Bundesgenossen die Russen an der Natur ihres Landes hatten. Die Wege waren ungangbar, die Zufuhr blieb aus oder reichte nicht hin; das arme, schlecht angebaute Land bot wenig Lebensmittel; das Fleisch von gefallenem Vieh und das Wasser aus den Pfützen war oft die einzige Nahrung und Labung; Krankheiten, durch das Klima und den Genuß unreifen Roggens herbeigeführt, lichteten die Reihen der Krieger und füllten die Hospitäler. Ob die russischen Feldherren Barclay de Tolly und Bagration nur gezwungen oder nach einem vorgefaßten Plane handelten, mag zweifelhaft sein; jedenfalls führten sie den Krieg „nach Partherart": sie mieden eine Hauptschlacht und zogen den Kaiser, der mit Ungeduld ein entscheidendes Treffen wünschte, immer tiefer in das unwirtliche Innere des Landes. Schon bei Witebsk hatten sich die Russen nach Murats kühnem Angriff auf das befestigte Lager in aller Ordnung zurückgezogen, was den Kaiser sehr bedenklich machte, so daß er ernstlich an eine Überwinterung in Polen dachte. Allein Ehrgeiz und Leidenschaft rissen ihn fort. Bei Smolensk kam es zuerst zum blutigen Kampfe: nachdem man einen ganzen Tag ohne Entscheidung gefochten hatte, verließen die Russen in der Nacht die in Brand geratene Stadt und setzten ihren Marsch nach Moskau fort. Der Sieger fand am andern Morgen nur eine mit Leichen bedeckte Brandstätte. In Smolensk wurde Kriegsrat gehalten; aber so viele Stimmen sich auch gegen die Fortsetzung des unheilverkündenden Zuges erklärten, Napoleon bestand auf der Eroberung von Moskau, wo er zu überwintern und Alexander zu einem Frieden zu zwingen gedachte. Die Russen murrten über Barclays Kriegführung, wie einst die Römer über das Zaudern des Fabius, weshalb Alexander den Waffengenossen Suworows (§ 31) Kutusow zum Oberanführer ernannte, der als Eingeborner dem Volke näher stand und wegen seiner Anhänglichkeit an die religiösen Gebräuche und die altrussischen Sitten bei dem gemeinen Russen sehr beliebt war. Nun gestaltete sich der Kampf zu einem Nationalkriege. Überall flohen die Einwohner vor dem heranrückenden Feinde, nachdem sie zuvor ihre Wohnungen und Dörfer in Brand gesteckt und ringsum alles verwüstet hatten. Die heilige Stadt

Art der Kriegführung
Schlacht bei Smolensk 17. Aug. 1812

Moskau aber durfte Kutusow nicht kampflos in die Hände der Franzosen fallen lassen, wenn er nicht alle Volksliebe verlieren wollte. Darum machte er Halt und führte dadurch die mörderische Schlacht von Borodino an der Moskwa herbei, in der die Franzosen zwar die Walstatt behaupteten, aber die Russen in Ordnung abziehen lassen mußten. Über 70 000 Tote und Verwundete deckten das Schlachtfeld; Ney („Fürst von der Moskwa") war der Held des Tages. Zehn französische Generale und eine nicht minder große Zahl russischer (unter ihnen Bagration) waren gefallen; die Verwundeten wurden fast sämtlich das Opfer der Kälte, des Hungers oder der Verblutung. Am 14. September zogen die Franzosen in die alte Hauptstadt Moskau ein, die aber vorher von der Bürgerschaft verlassen worden war. Schon beim Einzug überfiel ein unheimliches Grauen die Soldaten, als sie in den Straßen bloß einiges Gesindel herumschleichen sahen; wer aber schildert ihr Entsetzen, als der viertägige Brand von Moskau, der beim Fehlen aller Löschanstalten bald zu einem Flammenmeer sich gestaltete, neun Zehntel der aus Holz gebauten Stadt in Asche legte und mit einem Schlag alle ihre Hoffnungen zunichte machte; auch die alte Zarenburg (Kreml), Napoleons Wohnstätte, war in Brand geraten. Der Statthalter von Moskau, Rostoptschin, „ein echter Russe, der unter der glatten Hülle abendländischer Formen die ganze Wildheit und Leidenschaft eines Barbaren barg", hatte ohne des Kaisers Befehl diese entsetzliche Tat angeordnet, um der großen Armee die Winterquartiere zu rauben und sie zu einem verderblichen Rückzuge zu zwingen. Dieser bisher geltenden Annahme wird jedoch neuerdings die Ansicht entgegengesetzt, daß das Feuer nicht angelegt worden sei.

Schlacht bei Borodino 7. Sept.

Brand von Moskau 15. Sept. u. flg. 1812

§ 63. c. Rückzug der großen Armee. Aus allem ging hervor, daß die Russen einen Vernichtungskampf führten, und dennoch ließ sich Napoleon in unbegreiflicher Verblendung durch die Hoffnung eines Friedens zu einem Aufenthalte von 34 Tagen in Moskau verleiten, ohne begreifen zu wollen, daß Kutusow ihn bis zum Eintritt des Winters hinzuhalten suche, damit die Kälte die schlecht gekleideten und am Notdürftigsten Mangel leidenden Soldaten auf dem Heimweg vernichte. Kutusow erreichte seinen Zweck. Ende Oktober wurde der verhängnisvolle Rückzug angetreten, der in der Geschichte der Kriegsleiden seinesgleichen nicht hat. Der anfängliche Plan, nach Kaluga zu ziehen, wurde nach der Schlacht von Malo-Jaroslavetz aufgegeben und der Weg über das Schlachtfeld von Borodino nach Smolensk eingeschlagen. Nach ungewöhnlich milden Herbsttagen brach am 11. November plötzlich der russische Winter herein, der zwar nicht besonders streng war, aber dennoch für die an solches Klima nicht gewöhnten Soldaten furchtbar werden mußte. Kutusow, der in einer Proklamation den Brand von Moskau den Franzosen zuschrieb, um das Volk noch mehr zum Haß gegen diese zu entflammen, wich mit seinen durch Pelzmäntel wider Sturm und Kälte geschützten Truppen den Feinden nicht von der Seite. Wer vermöchte alle Leiden, Kämpfe und Mühseligkeiten zu schildern, durch welche die große Armee allmählich aufgerieben wurde? Hunger, Frost und Ermattung richteten größere Verheerungen an als die Kugeln der Russen und die Lanzen der Kosaken. Es war ein Anblick zum Entsetzen, Tausende von verhungerten und erfrorenen Kriegern an der Heerstraße und auf den öden, grausigen, mit Schnee und Glatteis überdeckten Steppen, untermischt mit gefallenen Pferden, weggeworfenen

Rückzug

24. Okt.

Waffen und Trümmern aller Art und den reichsten, nun zur Last gewordenen Beutestücken, liegen zu sehen! Als um die Mitte des Novembers Smolensk erreicht wurde, zählte das Heer noch etwa 40000 streitbare Soldaten; über 30000 wehrlose Nachzügler folgten ohne Zucht und Führung den Spuren der Vorangegangenen, ein Bild des Jammers und Grauens. Und doch begann das größte Elend erst jetzt, weil die erwartete Zufuhr von Waffen, Kleidern, Schuhwerk und Lebensmitteln sich in Smolensk nicht vorfand und die durch neue Truppen verstärkten Russen überall den Weg verlegten. Die größten Heldentaten, die unter Napoleons Augen von Eugen, Davoust, Murat, Oudinot, Victor u. a. vollführt wurden, hatten keinen weitern Erfolg, als daß sie den Untergang des ganzen Heeres um wenige Tage hinausschoben. Der Held des Rückzugs war Ney, der Führer der Nachhut, „der Tapferste der Tapfern". Sein Übergang über den gefrorenen, aber an beiden Ufern aufgetauten und von den Russen bewachten Dnjepr zur Nachtzeit war eine der kühnsten Waffentaten, deren die Weltgeschichte gedenkt. Freilich konnte er von 6000 Mann nur 2000 zu dem Heere führen, das unterdessen bei Krasnoi den Feind zurückgeschlagen und sich den Weg zur Beresina freigemacht hatte. Hier wurden im Angesicht der feindlichen Armee zwei Brücken geschlagen und der kleine Rest, der sich noch in Reih und Glied bewegte, unter unzähligen Gefahren hinübergeführt, aber gegen 18000 Nachzügler, die nicht zeitig genug ankamen, fielen in die Hände der Feinde. Wie viele in den kalten Fluten des Flusses zwischen den Eisschollen ertranken oder bei dem entsetzlichen Gedränge zertreten und zerdrückt wurden, konnte niemand berechnen. Nach dem Übergang über die Beresina hatte Napoleon noch 9000 kampffähige Soldaten, und selbst diese trugen den Keim des Todes in sich; aus ihren bleichen Gesichtern sprach Stumpfsinn und Verzweiflung. Doch schon in Wilna standen 17000 Mann frischer Truppen; Österreicher, Sachsen und Preußen hatten wenig gelitten und aus Italien zog neuer Ersatz heran, so daß immerhin noch beinahe 80000 Mann den kaum mehr als 100000 zählenden Russen die Verfolgung wehren konnten. Auf den Flügeln hatte Schwarzenberg die Russen bis zur Beresina verfolgt, nun deckte er auf Napoleons Befehl Warschau. Macdonald, unter ihm die Preußen, zog im Dezember gegen Tilsit hin zurück.

15.—20. Nov. 1812

26.—29. Nov.

Napoleons Heimkehr

Am 3. Dezember erließ Napoleon das berühmte 29. Bulletin, das den harrenden Völkern, die seit Monaten ohne Nachricht geblieben waren, die Kunde brachte, daß der Kaiser gesund, die große Armee aber so gut wie vernichtet sei. Zwei Tage später übergab er den Oberbefehl an Murat und eilte nach Paris, um neue Rüstungen anzuordnen und durch seine persönliche Anwesenheit jede Bewegung niederzuhalten; hatte er doch erfahren, wie kurz zuvor das Gerücht, er sei in dem brennenden Moskau umgekommen, einen Aufstandsplan hervorgerufen hatte, der unter der Führung des Generals Malet, eines alten Republikaners, und weniger Mitverschwornen beinahe den Umsturz seines Thrones zur Folge gehabt hätte. Die kriegsgerichtliche Erschießung der Schuldigen vermochte nicht den Eindruck zu tilgen, daß seine Dynastie keineswegs so fest gegründet sei, wie er geglaubt hatte. Die Nation schien nicht mehr geneigt, dem besiegten Feldherrn mit derselben Unterwürfigkeit zu folgen wie dem siegreichen.

Die Verlustzahlen veranschaulichen am deutlichsten das furchtbare Schicksal des französischen Heeres. Am 18. Okt. verließen Moskau 103000 Mann; nach 14 Tagen kamen

in Wjasma 60 000 an, in Smolensk am 10. November 42 000. Dort erhielten sie eine Verstärkung von 5000 Mann; an die Beresina gelangten von diesen 47 000 aber nur noch 11 000. Sie vereinigten sich hier mit den Resten dreier Korps, die ursprünglich 80 000 Mann stark gewesen waren, aber nur noch 19 000 zählten. Drei Tage nach dem Übergange über die Beresina waren von den 30 000 noch 9000 schlagfertig. Sie wurden durch 13 000 Mann der Division Durutte verstärkt, aber am 11. Dezember marschierten nur 4000 von Wilna ab, und 1600 überschritten am 13. Dezember den Njemen. Mit allen Nachschüben sind wohl im ganzen 619 000 Mann nach Rußland gezogen; von diesen sind mit Einschluß der Österreicher und Preußen 58 000 zurückgekehrt; in Rußland sind tot oder gefangen geblieben 552 000 Menschen. Von 182 000 Pferden sind etwa 25 000 zurückgekommen, von 1108 Geschützen 150.

Viertes Kapitel.

Die Befreiungskriege und die Neuordnung Europas.

A. Napoleons Sturz.

§ 64. Die Reformen in Preußen. Talleyrands angebliche Äußerung, daß der russische Feldzug der Anfang vom Ende sei, erwies sich bald als wahr. Der Ausgang des Kriegs wurde wie ein Gottesgericht angesehen, und überall faßte man nun Hoffnung auf endliche Erlösung von der Gewaltherrschaft Napoleons. Am meisten zündeten die Nachrichten aus Rußland in Preußen, in dem Staate, den Napoleon am tiefsten gedemütigt, dessen Lebensquellen er für immer verstopft zu haben glaubte. Hier war schon lange alles zur Befreiung vorbereitet worden. Bald nach den furchtbaren Schlägen von Jena und Auerstedt hatte sich das preußische Volk wiedergefunden und bewiesen, wie sittliche, in harter Arbeit gewonnene Kräfte einer Nation wohl durch Fehler geschwächt werden können, dann aber mit um so größerer Gewalt wieder hervorbrechen und zum Siege gelangen. Bald nach den Niederlagen des Jahres 1806 zeigte sich ein Umschwung in der Stimmung des preußischen Volkes. Das anfangs schmiegsame Berlin ließ es sich trotz des französischen Verbotes nicht nehmen, am Geburtstage der Königin Luise zu illuminieren; die Heldentaten in Kolberg, Graudenz, in den schlesischen Festungen waren nicht minder leuchtende Zeichen des wahren preußischen Nationalgeistes. Und nun gelang es, den Mann an die Spitze des Staates zu rufen, in dessen unbeugsamem Willen „die sittliche Macht des deutschen Gedankens" am allerlebendigsten lebte: den Reichsfreiherrn Karl vom Stein. Napoleon selbst, der in eine Zurückberufung Hardenbergs (§ 48) nicht einwilligen wollte, hatte auf Stein hingewiesen: „Prenez le baron de Stein, c'est un homme d'esprit." So gelang es den Bemühungen der Königin wie Hardenbergs und Blüchers, den König umzustimmen und den schwergekränkten Mann (§ 47) zur Rückkehr in den preußischen Dienst zu bewegen. Und der hochsinnige, wahrhaft deutsche Mann vergaß alles; er kämpfte das Fieber, an dem er in Nassau krank daniederlag, nieder und eilte zum Könige.

Karl vom Stein 1757—1831

Unter den Mitgliedern der für die Reformen eingesetzten Immediatkommission war Altenstein ein entschiedener Anhänger der Steinschen Ideen; auch Schön stand auf dem Boden der Smithschen Volkswirtschaftslehre und Kantschen Naturrechte. Nicht minder brachte der Minister für Alt- und Neuostpreußen, Schrötter, den Reformplänen Steins ein volles Verständnis entgegen. Unterstützt von solchen Männern, begann Stein seine Reformen, die das Volk und den Bürgerstand zum Bewußtsein seiner Rechte und Pflichten

Steins Reformen

führen sollten. Die dauernd wertvollen Gedanken der französischen Revolution kamen in diesen Reformen zum Siege und das in Frankreich gewonnene Plus an geistiger Kraft konnte nun mit denselben Mitteln bekämpft werden (§ 1). Am 9. Oktober 1807 erschien der Erlaß betreffend den erleichterten Besitz und den ferneren Gebrauch des Grundeigentums, sowie die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner. Durch ihn wurde die Bauernbefreiung ausgesprochen; am 19. November 1808 wurde die Selbstverwaltung der Städte dekretiert und am 24. November 1808 die volle Umgestaltung der Staatsverwaltung verfügt. „Den Bürgern und Bauern wurde vergönnt, Grundbesitz zu haben, den Adeligen, Gewerbe und Handel zu treiben, ohne sich etwas zu vergeben; die Lasten, welche ausschließend auf den geringeren Klassen ruhten, wurden aufgehoben, so laut auch alle, welche vom alten Zustand Vorteil zogen, murrten. Die Verpflichtung der Landleute, denen, die in königlichen Geschäften reisten, gegen geringe Vergütung Vorspann zu geben, hörte auf, Zwangs- und Bannrechte von Mühlen, Brennereien und Brauereien wurden abgeschafft oder sehr beschränkt und besser als vorher bestimmt. Das Verhältnis der Rittergutsbesitzer zu den Bauern wurde geordnet und die Ablösung mancher lästigen Dienste und Entrichtungen den Bauern möglich gemacht. Innungen und Zünfte wurden aufgehoben und Gewerbefreiheit gewährt, die Gemeinderäte und deren Wahl anders eingerichtet und viele Klostergüter, Propsteien, Kapitel, deren Einkünfte nicht für Kirchen und Schulen nötig waren, säkularisiert." Nach der neuen Kommunalordnung waren die Städte nach der Zahl ihrer Einwohner in drei Gruppen geteilt, in große, mittlere und kleine. Es gab fortan nur ein Bürgerrecht, das niemandem versagt werden konnte, der sich in der Stadt häuslich niedergelassen hatte und von unbescholtenem Wandel war. In jeder Stadt stand ein Magistrat an der Spitze und ihm zur Seite eine von der Bürgerschaft gewählte Vertretung, die Stadtverordneten. Das Amt der letzteren war ein unbesoldetes Ehrenamt, zu dem jeder Bürger berechtigt, aber auch verpflichtet war; der Bürgermeister sollte aus drei Vorgeschlagenen von der Regierung ernannt werden.

Bauernbefreiung

Städteordnung

Staatsverwaltung

Bei der Umgestaltung der Verwaltung wurde das Generaldirektorium mit seinen schwerfälligen Ministerien aufgehoben. An die Spitze der Verwaltung traten fünf verantwortliche Ressortminister für Inneres, Äußeres, Finanzen, Krieg und Justiz. Als höchste Behörde der Monarchie und begutachtende Instanz für Akte der Gesetzgebung schuf Stein den Staatsrat, der aus den Prinzen, aktiven und verabschiedeten Ministern und Generalen sowie Personen des königlichen Vertrauens bestehen sollte, aber erst später gebildet wurde. In der Provinzialregierung blieben die bewährten Kriegs- und Domänenkammern als „Regierungen" bestehen, wurden aber als reine Verwaltungsbehörden von allen Gerichtssachen befreit. Die schwachen Regierungsbezirke wurden in lebenskräftige Provinzen verwandelt und unter Oberpräsidenten gestellt, im bewußten Gegensatz zu dem alle Selbstverwaltung zerstörenden Departementssystem Napoleons. Ferner wurden die Abgaben gleichmäßiger verteilt, durch Sparsamkeit, Gehalts- und Pensionsverminderung und guten Staatshaushalt die Kriegslasten gemindert und eine Repräsentation des Volks mit Zuziehung beratender, wissenschaftlich-technischer Deputationen empfohlen, um die Wünsche und Bedürfnisse der Nation an den König zu bringen, „da unter den damaligen Umständen an neue Stände nicht gedacht werden konnte". Diese „neuen Stände" oder vielmehr eine dem Zeitgeiste entsprechende reichsständische Verfassung mit einem freisinnigen und gerechten Wahlgesetz und mit der Befugnis, bei der Gesetzgebung und Besteuerung des Landes mitzuwirken, die Verwaltung des Staatshaushaltes zu überwachen und Beschwerden und Petitionen einzubringen, sollte den Schlußstein zu dem großartigen Organisationswerke des Freiherrn vom Stein bilden. Aber dieser letzte Plan kam nie zur Ausführung; anfangs hinderten ihn die Umstände und Steins Flucht, später

reaktionäre Einflüsse. Auch von den übrigen Entwürfen wurden manche gar nicht verwirklicht, andere verstümmelt und geschwächt. Aber dennoch waren diese Anordnungen der Kern, aus welchem sich fast alles entwickelte, was seit jener Zeit die preußische innere Verwaltung in vieler Hinsicht vor andern Regierungen ausgezeichnet hat.

Steins Ächtung

Durch seine Reformen machte sich Stein unter der altpreußischen Aristokratie viele Feinde; diese verbanden sich mit der französischen Partei und suchten durch Ränke und Verdächtigungen die Entlassung des Ministers zu bewirken. Ein aufgefangener Brief Steins an den Fürsten von Wittgenstein, in welchem unter anderm geäußert war, man müsse den Geist der Unzufriedenheit im Königreich Westfalen unterhalten und Preußen zu einem Anschluß an Österreich bewegen, wurde zu seinem Verderben benutzt. Stein wurde dem König als der Mittelpunkt einer großen Verschwörung geschildert und dadurch seine Entlassung

24. Nov. 1808

aus dem Staatsdienst erwirkt. Kaum war diese erfolgt, als ein Machtspruch Napoleons den „Namens Stein" ächtete und seine innerhalb des Rheinbundes gelegenen Güter für verfallen erklärte. Zur Betrübnis aller echten Patrioten verließ nun der Freiherr eilig die preußischen Lande und flüchtete sich zuerst nach Böhmen, dann nach Rußland, nachdem er noch in einer Denkschrift, die man in der Folge als „Steins Testament" verehrte, seine freisinnigen politischen Grundsätze kundgegeben hatte.

Hardenberg

Sein Nachfolger, der Staatskanzler von Hardenberg, wirkte indessen nach Kräften in Steins Geiste fort. Schon im September 1807 hatte er von Riga aus dem Könige eine Denkschrift „über die Reorganisation des preußischen Staates" übersandt. In dieser forderte er ganz im Sinne des modernen Liberalismus eine Regierung, die in Harmonie mit dem Zeitgeiste verfahren müsse und nicht zurückschrecken dürfe vor dem, was dieser als Hauptgrundsatz aufstelle, vor möglichster Gleichheit und Freiheit.

Geistiger Aufschwung

Unter Hardenbergs Auspizien wurde 1810 durch Wilhelm von Humboldt, Altenstein, Niebuhr, Schleiermacher u. a. die

Universität Berlin

Berliner Universität gegründet, die für Erweckung einer freimütigen vaterländischen Gesinnung einflußreich wirkte. Das Pflichtbewußtsein für die Aufgaben des Staates erwachte und verband sich mit ernstern Anschauungen religiösen Lebens. Schleiermachers (§ 82) Predigten in der Dreifaltigkeitskirche prägten den sittlichen Grundgedanken der neuen Zeit ein, daß aller Wert des Menschen in der Kraft und Reinheit des Willens, in der freien Hingabe an das große Ganze liege.

Fichte

Unter dem Lärmen der französischen Trommeln hielt Fichte seine „Reden an die deutsche Nation", geißelte mit scharfen Worten die Sünden der tiefgesunkenen Zeit, zeigte aber den Weg zur Rettung, indem er den Zuhörern zurief: nicht mit einem Schlag könne man aus so langem Dunkel an das Licht nationalen Bewußtseins heraustreten. Es sei eine durchgreifende Erziehung der gesamten Nation notwendig, eine Volkserziehung, nicht zu idealer Schwärmerei, sondern

Arndt

zur Tat. In gleichem Sinne wirkte Ernst Moritz Arndt (§ 83), er griff mit begeisterten Worten die „übergeistige, überzärtliche Bildung an, die da wähne, daß Kriegsruhm wenig, daß Tapferkeit zu kühn, daß Männlichkeit trotzig und

Jahn

Festigkeit beschwerlich sei". Auf Ludwig Jahns Turnplatz in der Hasenheide lernte die Jugend unter der Führung des kerndeutschen Mannes Schlaffheit und Verzärtlung ablegen und für den bevorstehenden Freiheitskampf Körper und Geist vorbereiten; sein Buch über das deutsche Volkstum pries die Kraft und Gesundheit altgermanischer Sitten. Und alle diese deutschen Bestrebungen

Königin Luise

fanden den besten Rückhalt an der Königin Luise. Während sie früher jede Einmischung in die Staatsangelegenheiten vermieden hatte, war sie seit dem Tilsiter Tage bemüht, durch ihr Gottvertrauen und ihren Mut den König aufzurichten, bewog ihn, Stein wieder zu berufen, und war völlig eins mit den

Tugendbund

Reformen Scharnhorsts und Gneisenaus. 1808 bildete sich auf Anregung des Professors Lehmann in Königsberg der Tugendbund, dem viele Offiziere,

Gelehrte und Beamte beitraten. Stein und Scharnhorst gehörten ihm nicht an, benutzten ihn aber zur Stärkung der öffentlichen Meinung. Der Tugendbund hat über 350 Mitglieder besessen; seine Bedeutung ist später übertrieben worden. Nach dem Abzuge der Franzosen löste er sich auf den Wunsch des Königs am 31. Dezember 1809 wieder auf.

Heeresorganisation

Den großen sozialen und politischen Reformen Steins und Hardenbergs trat die Reorganisation des Heeres würdig zur Seite, deren Leitung dem Generalmajor v. Scharnhorst übertragen wurde. Gerhard Scharnhorst wurde den 12. November 1755 zu Bordenau unweit Celle in Hannover geboren. Sein Vater war Landwirt; er bestimmte, in wirtschaftliche Bedrängnis geraten, den Sohn trotz seiner Begeisterung für das Soldatenwesen ebenfalls für den Landbau. Dennoch gelang es ihm, in die Militärschule des Grafen Wilhelm zu Lippe-Bückeburg zu kommen (1773—1777). Hier zeichnete er sich durch seinen Fleiß und seine gediegenen Kenntnisse aus. In dem Rheinfeldzuge 1793—1795 bewies er auch in hervorragender Weise seine persönliche Tapferkeit. Im Jahre 1801 trat er als Oberstleutnant in preußische Dienste, wo er in dem Generalstabe sich um das militärische Unterrichtswesen hoch verdient machte. Nach dem Kriege von 1806, in dem er sich rühmlich hervortat, schuf er nun in Verbindung mit Gneisenau, Grolman, Boyen und Clausewitz das preußische Heerwesen gänzlich um. Der Militärverwaltung wurde durch die Einrichtung der Generalkriegsdepartements die bisher fehlende Einheitlichkeit und Schnelligkeit gegeben. Für die Bearbeitung der ökonomischen und finanziellen Angelegenheiten wurde ein eigenes Departement gebildet, dessen Dirigent aber bei jedem Vortrage vor dem Könige immer zugegen sein mußte, um einheitlich und schnell verfahren zu können. Der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht wurde wenigstens im Prinzip aufgestellt, und damit mußten die entehrenden Strafen aufgehoben werden. Das Vorrecht des Adels zu den Offizierstellen wurde beseitigt und die Erlangung derselben nicht nur von der Tapferkeit, sondern auch von einem bestimmten Maß von Kenntnissen abhängig gemacht.

Scharnhorst

Da Preußen nach dem Vertrage vom September 1808 (§ 48) nur 42 000 Mann unter Waffen halten durfte, so richtete Scharnhorst das „Krümpersystem" ein, nach welchem bei jeder Kompanie der Infanterie und Fußartillerie 3—5 Mann nach kurzer Dienstzeit beurlaubt und für sie andere Rekruten aus dem Kanton, aus welchem das Regiment seine Ergänzung bezog, eingestellt wurden. Schon nach einmonatlicher Einübung konnte der Wechsel wiederholt werden. Diese beurlaubten Rekruten, die den von den überschüssigen Pferden der Kavallerie herkommenden Namen „Krümper" bekamen, wurden dann an ihrem Wohnort durch dahin entsendete Exerziermeister weitergebildet. So wurden, wenn auch nur notdürftig, so viel Soldaten heimlich ausgebildet, daß aus ihnen 1813 die Reserveregimenter und -bataillone aufgestellt werden konnten; diesem Krümpersystem verdankt Preußen seine Reservearmee.

§ 65. Preußens Erhebung. Die Stunde war gekommen, wo die Probe auf alle diese Reformen gemacht werden sollte. Das preußische Heer, das auf dem linken Flügel der „Großen Armee", von Macdonald befehligt, gestanden hatte, war unter der Führung des Generals York bis in die Nähe von Memel zurückgegangen (§ 63). Hier schloß am 30. Dezember dieser strenge Mann, der, wie Arndt gesagt hatte, „scharf wie gehacktes Eisen" war, mit dem russischen Feldherrn Diebitsch die Konvention von Tauroggen ab. Sie bestimmte, daß die preußischen Truppen innerhalb des Landstreifens zwischen Memel, Tilsit und dem Kurischen Haff eine neutrale Stellung einnehmen sollten, falls nicht der König ihren Rücktritt zu den Franzosen befehle, jedoch werde dann das preußische Korps bis zum 1. März nicht gegen die Russen kämpfen. York

Konvention v. Tauroggen 30. Dez. 1812

hatte auf alle seine Anfragen in Berlin, wie er sich dem Drängen der Russen gegenüber verhalten solle, keine Instruktion erhalten; nur die Antwort war ihm zuteil geworden: er solle „nach den Umständen handeln". Als er dann aber, durch diese Umstände, militärische wie patriotische, bewogen, sich schweren Herzens zu der Konvention entschloß, wurde er von dem Könige, der eine Vergewaltigung durch die Franzosen fürchtete, seines Kommandos enthoben. Doch wurde der Adjutant des Königs, der diese Befehle an York bringen sollte, von den Russen nicht zu den preußischen Truppen durchgelassen, und so entschied sich York, der ohne offizielle Nachricht geblieben war, an der Konvention festzuhalten und den ihm vom Könige vor dem Abschluß derselben übertragenen Posten des Gouverneurs der Provinz Preußen zu übernehmen. Hier kam ihm die erwünschte Hilfe durch die Ankunft des Freiherrn vom Stein, der mit andern vaterländisch gesinnten Männern in der von der größten Begeisterung erfüllten Versammlung der Stände der Provinz Preußen in Königsberg eine allgemeine Volksbewaffnung, bestehend in Landwehr und Landsturm, durchsetzte. Napoleon geriet über die Konvention Yorks in heftigen Zorn; er benutzte dieselbe, die wohlbegründeten Schuldforderungen Preußens nunmehr entschieden abzuweisen.

Erhebung Ostpreußens

6.—9. Febr. 1813

Am 22. Januar hatte auch der König Potsdam verlassen und war nach Breslau geeilt, um aus dem drohenden Bereich der Franzosen zu kommen; er wurde dort von der Bevölkerung mit dem größten Jubel empfangen, denn man fühlte, daß nunmehr die Entscheidung nahe sei. Und obwohl er noch ein offenes Bündnis mit den Russen vermied, so zeigte doch die am 12. Februar befohlene Mobilmachung aller Feldtruppen in Schlesien und Pommern dem Volke, daß der Krieg vorbereitet werde. Auch ein Aufruf zur Bildung freiwilliger Jägerbataillone erging, und die bisherigen Ausnahmen von der Wehrpflicht wurden aufgehoben. Eine unglaubliche Kampfeslust erwachte in dem bisher so schwer geknechteten preußischen Volke; in kurzem stand nicht nur ein starkes, zum großen Teil aus Freiwilligen gebildetes Kriegsheer unter den Waffen, sondern eine in allen Städten und Dörfern organisierte und auf eigene Kosten ausgerüstete Landwehr war zum Aufbruch bereit, wenn das Vaterland sie ins Feld rufen würde. Diese Hingebung des Volkes, diese aus dem tiefsten Herzen kommende Begeisterung und Vaterlandsliebe ließen auch den König den Glauben an sein Volk wiederfinden. Und so schloß er denn am 27. Februar in Kalisch das Bündnis mit Rußland ab. Rußland verpflichtete sich, Preußen in dem Umfange von 1806 wiederherstellen zu helfen und dazu alle norddeutschen Gebiete, die im Laufe des Krieges den Franzosen abgenommen würden, zu verwenden, mit Ausnahme Hannovers; dagegen verzichtete Preußen auf seine polnischen Besitzungen bis auf einen Landstrich, der die Provinz Preußen militärisch und geographisch mit Schlesien verbinde. Zur Erreichung dieser Ziele sollte Preußen 80 000, Rußland 150 000 Mann stellen. Österreich, England und Schweden sollten sofort von dem Bündnisse unterrichtet werden.

Maßnahmen des Königs in Breslau

3. Febr.

Bündnis von Kalisch 27. Febr. 1813

Damit waren die Würfel gefallen. Am 15. März erschien Kaiser Alexander in Breslau, am 16. überreichte Hardenberg dem französischen Gesandten die Kriegserklärung, und am 17. erfolgte des Königs „Aufruf an mein Volk", der in seiner einfachen, ergreifenden Sprache eine wunderbare Wirkung hervorbrachte. Die Begeisterung ergriff alle Stände

Aufruf an mein Volk

17. März

und Alter; Jünglinge und Männer entzogen sich den gewohnten Beschäftigungen und den Kreisen der Lieben, um der Befreiung des Vaterlandes ihre Kräfte zu widmen. Studenten und Lehrer verließen die Hörsäle, Beamte ihre Stellen, junge Edelleute den elterlichen Wohnsitz; sie ergriffen Flinte und Tornister und stellten sich mit großartiger Selbstentsagung als gemeine Krieger in eine Reihe mit dem Handwerker, der aus der Werkstätte ausgezogen, und mit dem Bauer, der die Pflugschar mit dem Schwerte vertauscht hatte. Wer nicht ins Feld ziehen konnte, teilte von seiner Habe mit; selbst die Armen und Geringen im Volk brachten dem Vaterlande bereitwillig ihre Gaben und Opfer dar. Es waren Tage der Erhebung, welche die Schmach und das Elend vieler Jahre vergessen ließen. Diese Erhebung beschränkte sich aber auf Preußen; nur in den Freikorps nahmen auch andere Deutsche an derselben teil. Unter ihnen war das bedeutendste das zum großen Teil aus Studierenden gebildete Lützowsche Freikorps, dem Theodor Körner durch seine Lieder und seinen Tod eine höhere Weihe verlieh (§ 83). Der Orden des Eisernen Kreuzes, gestiftet am Geburtstage der Königin Luise, die diese Herrlichkeit der Erhebung ihres Preußens nicht mehr erleben sollte, (geb. 10. März 1776, gest. 19. Juli 1810), war den Tapfern ein Sporn, und der Aufruf von Kalisch, der außer der Auflösung des Rheinbundes und der Befreiung Europas die „Herstellung der deutschen Verfassung in lebenskräftiger Verjüngung und Einheit, ohne fremden Einfluß, allein durch die deutschen Fürsten und Völker und aus dem ureigenen Geiste des deutschen Volkes" verhieß, erhöhte die Hoffnungen der Patrioten und steigerte die Begeisterung. Neben der vaterländischen Erhebung ging ein religiöser Ernst durch die Gemüter; aus der Predigt und vom Genuß des Abendmahls hinweg zogen die Freiwilligen in den „heiligen" Krieg.

Erhebung Preußens

10. März

25. März

Sehnsüchtig wartete man auf den Vormarsch der Russen von Ostpreußen her. Doch erst nach längerem Zögern ging Wittgenstein mit viel zu geringer Truppenzahl über die Weichsel. Ihm schlossen sich York und Bülow mit den Westpreußen, Borstell mit den Pommern an. Schon am 20. Februar erschienen die ersten Kosaken vor Berlin; am 4. März wurde es von dem Vizekönig geräumt, am 11. März zog Wittgenstein, am 17. York, mit der größten Begeisterung empfangen, in die Hauptstadt ein. Inzwischen war der russische Oberst Tettenborn, ein geborener Thüringer, nach Norden gezogen, hatte den Herzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin zum Abfall von Napoleon bewogen und dann die Franzosen aus Hamburg vertrieben. Zu gleicher Zeit zog ein anderes russisches Korps unter Tschernitschew über die Elbe und drängte die Franzosen aus Hannover und Oldenburg heraus. Norddeutschland war mit Ausnahme einiger Festungen frei.

Vordringen der Verbündeten von Preußen her nach Nordwestdeutschland

Die Russen in Hamburg 18. März 1813

Indes nicht gleichen Schritt mit diesem Vordringen hielt die Armee der in Schlesien unter Blüchers Oberbefehl stehenden Verbündeten. Zwar war er am Tage der Kriegserklärung aus Breslau abmarschiert, hatte die Franzosen über die Elbe getrieben und war nach der Besetzung Dresdens am 30. März bis nach Altenburg vorgerückt, aber hier mußte er warten, bis die russische Hauptarmee herankam. Den Oberbefehl übernahm nun nach dem am 28. April erfolgten Tode Kutusows Wittgenstein, dem auch die märkische Armee unter York, Bülow und Borstell unterstellt worden war. Diese hatte am 5. April bei Möckern unweit Magdeburg

Blüchers Vormarsch

5. April

Haltung Sachsens

in einem siegreichen Gefechte mit dem Vizekönig Eugen die erste „Bluttaufe" empfangen. Trotz aller Versuche war es aber nicht gelungen, den König von Sachsen zum Anschluß an die Verbündeten zu bewegen. Friedrich August, den Napoleon durch Freundlichkeit und manche Beweise von Gunst und Vertrauen an sich zu ketten gewußt (§ 47), dem er das Herzogtum Warschau verliehen hatte, „eine Demütigung für Preußen, eine Drohung für Rußland", widerstand ihrer Aufforderung, so sehr auch Volk und Heer die vaterländische Begeisterung teilten. Er flüchtete zuerst nach dem Vogtlande und begab sich dann nach Böhmen, in der Absicht, mit Österreich und Bayern einen Neutralitätsbund zu schließen. Als aber das Wiener Kabinett, dem die Wiedergewinnung der verlorenen Länder mehr am Herzen lag als die Befreiung Europas, und das bereits über die Volkserhebung in Norddeutschland, die „jakobinische Gärung", bedenklich zu werden anfing, mit seiner Erklärung zögerte und Napoleon den König unter Androhung der Absetzung zur Rückkehr aufforderte, folgte er seinem Geschicke und stellte sein Land, seine Festungen und seine Truppen dem Kaiser, „seinem großen Alliierten", zur Verfügung. Auch die andern Rheinbundfürsten hielten an Napoleon fest, obwohl Kutusow sie einige Wochen vor seinem Tode im Namen der beiden verbündeten Monarchen aufgefordert hatte, „Napoleons Protektorat abzuschütteln und sich dem großen Kampfe anzuschließen."

§ 66. Der preußisch-russische Krieg bis zum Prager Kongresse. Von Mainz aus war Napoleon mit seiner gewohnten Tatkraft und Schnelligkeit nach Thüringen vorgedrungen, wo es zwischen ihm und den

Schlacht bei Gr.-Görschen 2. Mai 1813

Verbündeten am 2. Mai zu der Schlacht bei Groß-Görschen (unweit Lützen) kam, in der der Kaiser trotz der glänzenden Tapferkeit seiner Gegner durch seine Übermacht Sieger blieb. Hier wurde Scharnhorst verwundet; er starb, als er, seine Wunde nicht achtend, nach Österreich geeilt war, um den Beitritt des Kaiserstaates zum Bündnisse Rußlands und Preußens zu bewirken, in Prag am 28. Juni 1813. Die Verbündeten

Schlacht bei Bautzen 20., 21. Mai 1813

gingen bis nach Bautzen zurück und wurden dort von Napoleon von neuem mit weit überlegener Truppenzahl angegriffen. Die Schlacht ging wiederum verloren, aber keine Gefangenen, keine Geschütze und Feldzeichen waren in die Hände der Franzosen gefallen. Die Lage der Verbündeten, die nach der Schlacht bei Bautzen bis zur Oder zurückgegangen waren, wurde nun bedenklich. Nordwestdeutschland war auch wieder in die Hände der Franzosen gefallen. Hier rächte sich die mit unzulänglichen Kräften unternommene Befreiung schwer. Davoust war von Holland her vorgerückt und hatte Vandamme die Exekution der abgefallenen Gebiete übertragen. Hamburg fiel am 31. Mai, nachdem die Dänen, statt sich den Verbündeten anzuschließen und die Stadt zu schirmen, mit Napoleon den Bund erneuert und den Franzosen den Weg gebahnt hatten. Dazu kam, daß bei den Russen die Friedenspartei ihre geheime Tätigkeit wieder begann und die Befürchtung einer Trennung des Bündnisses nahelag. Diese Hoffnung veranlaßte auch Napoleon, auf den trotz seiner Siege der gewaltige Widerstand der Verbündeten großen Eindruck gemacht hatte, in den mit Österreichs Hilfe zustande gebrachten Waffenstillstand von

Waffenstillstand von Poischwitz 4. Juni 1813

Poischwitz einzuwilligen. Da aber noch am 12. Juni das Lützowsche Freikorps sich hinter der in dem Waffenstillstand festgesetzten Demarkationslinie links der Elbe befand, so wurde es, obwohl es sich aller Feindseligkeiten

enthielt, von dem württembergischen General Normann am 17. Juni in der Nähe von Leipzig bei Kitzen überfallen und völlig zersprengt. Theodor Körner wurde schwer verwundet, aber doch heimlich gerettet und nach seiner Heilung nach Böhmen gebracht. 17. Juni

Die Waffenruhe, die von der öffentlichen Volksstimmung verurteilt wurde, benutzten beide Teile zu neuen Rüstungen, die Verbündeten vor allen Dingen, um Österreich auf ihre Seite zu ziehen. Doch gelang es zunächst nur, dieses Reich zu dem Vertrage von Reichenbach zu bringen, in dem es sich den Verbündeten anzuschließen versprach, wenn Napoleon die von Österreich angebotenen Bedingungen verwerfen sollte. Napoleon aber konnte, wenn er nicht seinen Thron verlieren wollte, selbst auf diese für Deutschland überaus kümmerlichen Vorschläge nicht eingehen. Es wurde gefordert Teilung des Herzogtums Warschau zwischen Preußen, Österreich und Rußland, Rückgabe Danzigs an Preußen, der illyrischen Provinzen an Österreich, Wiederherstellung Hamburgs und Lübecks und Herausgabe der deutschen Nordseeküste, wenn England dem Frieden beiträte; als weniger wichtig Verzicht Napoleons auf das Protektorat im Rheinbund, Auflösung desselben und Vergrößerung Preußens in möglichstem Anschluß an den Umfang vor 1805. In der berühmten neunstündigen Unterredung in Dresden mit Metternich äußerte Napoleon unter anderm: „Ihre Souveräne, die auf dem Throne geboren sind, können die Empfindungen nicht begreifen, die mich bewegen; sie kehren überwunden in ihre Hauptstadt zurück und sind nicht weniger, als sie vorher waren. Aber ich bin Soldat, ich bedarf der Ehre und des Ruhmes; ich kann mich nicht geschwächt inmitten meines Volkes zeigen; ich muß groß, ruhmvoll und bewundert bleiben." Doch bat er selbst um die Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 10. August und die Einberufung eines Friedenskongresses nach Prag. Dagegen gelang es Hardenberg, in Reichenbach mit England einen Subsidienvertrag abzuschließen, dem dann ein solcher zwischen England und Rußland folgte. Auch Schweden war auf die Seite der Verbündeten getreten. Als dann der Prager Kongreß ergebnislos verlief, erließ auch Österreich, zwei Tage nach Ablauf des Waffenstillstandes, die Kriegserklärung an Frankreich.

Abschluß der großen Allianz

27. Juni

28. Juni 1813

30. Juni bis 10. Aug.

14. Juni

12. Aug. 1813

§ 67. Der Krieg der großen Allianz bis zur Schlacht bei Leipzig.

Der Kriegsplan

Nach dem schon am 12. Juli in Trachenberg vereinbarten Kriegsplane stellten die Verbündeten drei große Heere auf: eine böhmische oder Hauptarmee, aus Österreichern, Russen und Preußen bestehend, im ganzen 237 000 Mann mit 764 Geschützen unter dem österreichischen Feldmarschall Fürsten Karl zu Schwarzenberg, dessen Generalstabschef Radetzky war; eine schlesische, Preußen und Russen, 99 000 mit 340 Geschützen unter Blücher, dem als Generalstabschef Gneisenau beigegeben war; eine Nordarmee, Schweden, Russen und Preußen, 112 000 mit 291 Geschützen unter Bernadotte, dem Kronprinzen von Schweden; ihm unterstanden Bülow und Tauentzien sowie das Korps des Grafen Wallmoden, ferner die russisch-deutsche und die englisch-deutsche Legion, die preußischen Freikorps und Truppenkontingente der kleinen norddeutschen Staaten mit 27 000 Mann und 62 Geschützen. Diese Heere sollten gleichzeitig in konzentrischem Angriffe gegen Napoleon vorgehen, sich aber nicht einzeln in eine Entscheidungsschlacht einlassen. Den verbündeten Heeren gegenüber hatte Napoleon etwa 440 000 Mann mit 1200 Geschützen zur Verfügung, aber

er beherrschte die ganze Elblinie und führte nicht Koalitionstruppen, sondern ein Heer, das seinem einheitlichen Willen folgen mußte und von trefflichen Generalen befehligt war. Mit gewohntem Scharfblick richtete er den ersten Angriff gegen die ihm am schwächsten erscheinende und zugleich begehrenswerteste Stelle, gegen Berlin, das nur matt durch die schwankende und zweideutige Haltung Bernadottes geschützt schien. Aber in der gegen den Willen Bernadottes durch Bülow herbeigeführten Schlacht bei Großbeeren („Unsere Gebeine sollen diesseits der Spree bleichen, nicht jenseits der Spree!" hatte Bülow ingrimmig im Kriegsrat gerufen) erlitt Oudinot eine völlige Niederlage. Die von Napoleon so verächtlich behandelte preußische Landwehr erhielt hier ihre Bluttaufe und fand ihren ersten Ruhmestag. Durch diese Niederlage wurden auch die von Magdeburg und Hamburg entsandten französischen Truppen zur Umkehr gezwungen. Die erstern unter General Girard wurden bei Hagelberg von den kurmärkischen Landwehrmännern unter Hirschfeld aufgerieben. In einem der Gefechte mit den von Hamburg aus unter Davoust operierenden Franzosen fand Theodor Körner bei Gadebusch den Heldentod.

Angriffe auf Berlin
23. Aug. 1813
27. Aug.
26. Aug.

Napoleon selbst hatte sich mit seiner Hauptmacht von Dresden nach Schlesien gegen Blücher gewandt. Dieser war nach dem Trachenberger Schlachtplane dem Stoße ausgewichen, um dem böhmischen Heere Zeit zum Vorrücken zu geben. Als dann aber Napoleon auf die Nachricht von dem Herannahen Schwarzenbergs nach Dresden selbst zurückeilte und nur Macdonald in Schlesien zurückließ, war Blücher wieder vorgegangen und hatte in der glänzenden Schlacht an der Katzbach (in der Nähe der Walstatt der Mongolenschlacht [II, § 234]) die französischen Truppen völlig geschlagen. Es war ein Kampf, der Blücher, dieser volkstümlichen Heldengestalt voll kriegerischen Ungestüms und treuherzigen Wesens, den Titel eines Fürsten von Wahlstatt verschaffte und 18000 Gefangene und eine große Masse Geschütz in die Hände lieferte. „Schlesien ist vom Feinde befreit," rief Blücher in einem Tagesbefehl seinen Soldaten zu; „eure Bajonette stürzten ihn den steilen Talrand der wütenden Neiße und der Katzbach hinab. Seitdem habt ihr Flüsse und angeschwollene Regenbäche durchwatet, ohne der Kälte und Nässe, des Mangels und der Entbehrungen zu achten." Schwarzenberg dagegen hatte mit der böhmischen Armee vor Dresden in denselben Tagen eine schwere Niederlage erlitten. Die böhmische Armee war ohne besondere Eile über das Erzgebirge in Sachsen eingerückt und hätte wohl Dresden überrumpeln können. Durch ihre Langsamkeit aber erhielt Napoleon Zeit, aus Schlesien zurückzukommen und seine Truppen zu sammeln; als dann am 26. August die Verbündeten den Angriff auf Dresden begannen, vermochte er sie zurückzuschlagen, am 27. August selbst zu kräftigem Angriff vorzugehen und ihnen eine schwere Niederlage beizubringen. Er erlebte hier den Triumph, daß sein Gegner Moreau (§ 38), den Alexander unter Bernadottes Vermittlung aus Amerika herbeigerufen hatte, tödlich verwundet wurde.

Kampf in Schlesien
Schlacht an der Katzbach
26. Aug.
Schlacht bei Dresden
26., 27. Aug.

Der Rückzug Schwarzenbergs nach Böhmen würde bei den grundlosen Wegen sehr verhängnisvoll geworden sein, wenn nicht die heldenhafte Tapferkeit des Herzogs Eugen von Württemberg Vandamme's Versuch, von Königstein her dem Heere den Rückzug abzuschneiden, vereitelt hätte. Napoleon hatte seinen in das Tal von Teplitz vorgedrungenen Feldherrn nicht genügend unterstützt. Hier kam es zu dem blutigen Treffen bei

Kämpfe in Böhmen

Kulm, wo nur durch den standhaften Mut der russischen Garden unter Eugen und Ostermann die Gefahr einer verhängnisvollen Niederlage der Verbündeten abgewendet wurde. Dann aber gelang es dem preußischen General v. Kleist durch einen kühnen Zug über den Kamm des Gebirges, die „Nollendorfer Höhen", dem Feinde in den Rücken zu kommen. Zugleich griffen am Morgen des zweiten Schlachttages die Österreicher und Russen mit verstärkten Streitkräften von neuem an und zwangen nach verzweifeltem Kampfe die Franzosen, sich mit ihrem General in Kriegsgefangenschaft zu geben. Um dieselbe Zeit hatte Napoleon einen neuen Vorstoß gegen Berlin unternommen: er schickte den Marschall Ney gegen die Nordarmee. Doch auch dieser wurde in der blutigen Schlacht bei Dennewitz von den Preußen unter Tauentzien und Bülow vollständig geschlagen. Nachdem der Sieg gewonnen war, erschien auch der Kronprinz von Schweden auf dem Schlachtfelde, der vorher der Schlacht sehr vorsichtig ausgewichen war.

Kulm 29. Aug. — Nollendorf 30. Aug. — Zweiter Angriff auf Berlin — 6. Sept.

Nach diesen großen Ereignissen trat ein Stillstand in den Kriegsoperationen ein. Metternich gelang es, in dem in Teplitz zwischen Rußland, Preußen und Österreich abgeschlossenen Vertrage, in welchem das Zusammengehen der drei Mächte von neuem bestätigt wurde, auch Bestimmungen durchzusetzen, die über die Zukunft Deutschlands entschieden haben. Der österreichische und preußische Staat sollten in möglichst gleichem Maßstabe wie im Jahre 1805 wieder hergestellt werden; der Rheinbund sollte aufgelöst, aber den etwa wiederhergestellten Staaten, die zwischen den Grenzen der neuaufgerichteten österreichischen und preußischen Monarchien einerseits, Rhein und Alpen anderseits lägen, völlige und gänzliche Unabhängigkeit gewährt werden, außerdem war die Rückgabe Hannovers und seiner anderen deutschen Gebiete an das welfische Haus beschlossen. Die Hoffnungen der Patrioten, eines Stein, Blücher, Gneisenau, ein deutsches Kaisertum wiederherzustellen, ein einiges mächtiges Deutschland zu schaffen, waren mit diesem Vertrage zerstört. Und nun entschlossen sich einige der Rheinbundstaaten, deren Truppen noch unter Napoleons Befehl gegen die deutschen Brüder im Felde standen, sich diese günstigen Verhältnisse zunutze zu machen und ihre bei weiteren Erfolgen der Verbündeten gefährdete Existenz zu sichern. Bayern erlangte in dem Vertrage von Ried volle und unbedingte Unabhängigkeit und trat als gleichberechtigte Macht in die Koalition ein. Seine Truppen vereinigten sich allerdings erst nach der Schlacht bei Leipzig mit den Verbündeten.

Stillstand der Kriegsoperationen 9. Sept. — Teplitzer Verträge — Haltung des Rheinbundes — 8. Okt.

Inzwischen hatte Blücher die Bewegungen wieder eröffnet. Er war bis Bautzen vorgegangen, rückte in einem kühnen Rechtsabmarsch nach der Elbe, um sich mit der Nordarmee zu vereinigen und dann Napoleon anzugreifen, während zu gleicher Zeit die böhmische Armee von Süden aus ihm in den Rücken kommen sollte. In blutigem Kampfe erzwang York, unterstützt von dem tapfern Horn, bei Wartenburg den Übergang über die Elbe. Die Vereinigung mit Bernadotte war dadurch erreicht. Als nun Napoleon mit aller Macht einen Vorstoß nach Norden machte und Bernadotte, schwankend wie immer, zu einem Kampfe nicht geneigt war, ging Blücher über die Saale nach Halle, wo er begeistert empfangen wurde. Napoleon wurde durch diesen meisterhaften Zug, der seine linke Flanke bedrohte, zum Rückmarsch nach Leipzig gezwungen, während Bernadotte hinter der Armee Blüchers Stellung nahm, um so weit als möglich von

Vormarsch Blüchers — 3. Okt.

dem Schlachtfelde, auf dem die Entscheidung nun erfolgen mußte, entfernt zu sein.

§ 68. Schlacht bei Leipzig und ihre Folgen. Die böhmische Armee war so weit nach Leipzig vorgerückt, daß sie im Südwesten der Stadt mit
14. Okt. den Truppen Blüchers Fühlung hatte nehmen können. Schon am 14. Oktober kam es zwischen ihr und Murat zu Gefechten, in denen es aber den Verbündeten nicht gelang, das Dorf Liebertwolkwitz zu nehmen; der 15. Oktober verging ohne weiteren Zusammenstoß; erst am 16., einem Sonnabend, begann das furchtbare Ringen. Napoleon, der über 177 000 Mann mit 700 Geschützen verfügte gegenüber einer Zahl von ungefähr 300 000 Gegnern, ließ sich durch keine Vorstellungen und Bitten seiner bewährtesten Generale von seinem Vorsatze in der Ebene von Leipzig die Schlacht anzunehmen, abbringen. „Sein guter Stern war, wie der General Bertrand sagte, erloschen, das Glück, das ihn früher, verbunden mit seinem großen Genie, so sehr begünstigte, hatte ihn verlassen. Er ging von einer unglücklichen Katastrophe zur andern über. Er und mit ihm Frankreich wird nun unterliegen." Umsonst entfaltete in der Ebene von Leipzig der gekrönte Sieger, dem der Schlachtengott so oft beigestanden hatte, sein hohes Talent; umsonst strengten die ausgezeichnetsten Feldherren seiner Schule, Ney, Murat, Augereau, Macdonald, der Pole Poniatowski u. a. m., ihre Kräfte und ihre Kriegserfahrung an; die dreitägige Völkerschlacht bei Leipzig in den nahen Dörfern Wachau, Probstheida, Liebertwolkwitz, Connewitz, Lindenau, Möckern u. a. O. war das Grab des französischen Kaiserreichs.

Die Ereignisse des ersten Schlachttages schieden sich in drei Gruppen: in die furchtbaren Kämpfe, die das böhmische Heer unter Schwarzenberg, Kleist, Eugen von Württem-
Wachau und Möckern 16. Okt. berg u. a. im Süden von Leipzig um das Dorf Wachau bestand, in die Angriffe, die der österreichische General Giulay im Westen auf Lindenau und eine andere Abteilung gegen die Polen um das alte Schloß von Dölitz unternahmen, und in das außerordentlich heiße und blutige Treffen, das die schlesische Armee unter York im Norden der Stadt bei Möckern ausfocht. Im Süden wurde durch die Fehler Schwarzenbergs, der in das von den Flüssen Elster und Pleiße eingeschlossene, von zahlreichen Wasseradern durchzogene und mit Wald und Busch bedeckte Gelände, wo größere Truppenmassen nicht zu entwickeln waren, den entscheidenden Angriff zu verlegen gedachte, die böhmische Armee in die schwierigste Lage gebracht, so daß Napoleon sogar gegen Mittag eine allerdings voreilige Siegesnachricht nach Leipzig schickte. Hier kam es dann zu der berühmten Reiterattacke Murats bei Güldengossa, die er mit angeblich 45 Regimentern — es waren tatsächlich nur 4000 Reiter — ausführte, die aber durch die Übermüdung der Pferde scheiterte und sich an den festgeschlossenen Gliedern der schlesischen Reiterei unter Oberst von Hake brach. Im Westen gelang es Giulay nicht, Lindenau zu nehmen, den Franzosen den Rückzug abzuschneiden und der Nordarmee die Hand zu reichen. Diese dagegen hatte im Norden bei Möckern einen glänzenden Sieg über Marmont erfochten und dadurch Napoleons Plan vereitelt, den rechten Flügel der Verbündeten zu umfassen und auf das schwer mitgenommene Zentrum zu drängen. Bernadotte hielt am 16. seine Truppen hinter Blücher, ohne, wie es leicht gewesen wäre, an dessen linker Seite vorzugehen und die Franzosen von Osten, von der Parthe her zu umfassen. So verlief der erste Tag ohne Entscheidung, doch konnte Napoleon auf einen Sieg nicht mehr rechnen. Er versuchte am 17., wo die Waffen ruhten — nur Blücher rückte unter Gefechten näher an Leipzig heran —, Unterhandlungen anzuknüpfen, die jedoch bei den verbündeten Monarchen kein Gehör fanden. Während dieses Tages gelang es, Bernadotte zu einer neuen Aufstellung an der Parthe zu bringen, damit er von Osten her in den
Probstheida 18. Okt. Kampf eingreifen könne. Zu dem Zweck hatte Blücher ihm in uneigennütziger Weise einen Teil seiner Truppen gesandt, so daß er an dem 18. Okt. nicht mehr entscheidend sich an der Schlacht beteiligen konnte. Napoleon hatte seine Truppen näher nach Leipzig in einem Halbkreise in Süden und Osten der Stadt zusammengezogen. In dem Mittelpunkt dieser Schlachtordnung, bei den Dörfern Stötteritz und Probstheida, wo Napoleon selbst von einer Anhöhe aus die Schlacht leitete, wütete der Kampf am furchtbarsten. Auch die Nord-

armee griff nun ein, und Benningsen schloß den Ring, der in Norden, Süden und Osten Napoleon festhielt. Als der Sieg noch schwankte, gingen die Württemberger unter General Normann, der den Überfall bei Kitzen (§ 66) geleitet hatte, und der größte Teil der sächsischen Truppen zu den Verbündeten über. Doch benutzte Schwarzenberg die ihm gebotene günstige Lage, sowie seine Überlegenheit an Truppen — 300000 gegen kaum 200000 — nicht, um Napoleon mit seinem ganzen Heere gefangen zu nehmen. In voller Täuschung über die Absicht Napoleons, der, wie er glaubte, nach Osten zur Elbe abziehen würde, gab er ihm die einzige Rückzugslinie nach Westen nach dem Rheine hin frei. So konnte Napoleon noch in der Nacht des 18. diesen Rückzug antreten, der aber, sehr mangelhaft vorbereitet, bei der völligen Verwirrung der Truppen außerordentliche Verluste brachte. Am 19. wurde Leipzig von den Verbündeten erstürmt. Gegen 10 Uhr Vormittag verließ 19. Oktober
Napoleon selbst die Stadt, in der der König von Sachsen gefangengenommen wurde. Der übereilte Abbruch der Elsterbrücke lieferte 12000 kampffähige Soldaten und 23000 Kranke und Verwundete in die Hände der Verbündeten. Tausende fanden in den Wellen der Pleiße und Elster ihren Tod, unter ihnen der tapfere, während der Schlacht zum Marschall ernannte Poniatowski; Macdonald rettete sich durch Schwimmen. Der Verlust der Verbündeten betrug 53000 Mann; Napoleon führte höchstens 100000 Mann noch nach Lützen und Weißenfels, 90000 hatte er an den drei Schlachttagen an Toten, Verwundeten und Gefangenen verloren, dazu 300 Geschütze und 900 Munitionswagen. Unsäglich war das Elend nach der Schlacht in Leipzig und auf der weiten Ebene des Kampfplatzes; bei der völlig unzulänglichen Einrichtung der Pflege der Verwundeten und Kranken starben noch Tausende dahin, und grauenvoll sind die Schilderungen des Berliner Arztes Neil, der selbst dem Lazarettthyphus erlag.

Die Verfolgung der fliehenden Franzosen wurde nur matt aufgenommen, sonst wäre eine völlige Auflösung ihres Heeres möglich gewesen. So konnte Napoleon Erfurt erreichen und seine Truppen dort wieder ordnen. Die ersten Tage seiner Flucht boten allerdings den traurigsten Anblick. „Die Truppen waren erschöpft und ausgehungert, die Stimmung finster und zum Teil schon gegen den Urheber alles dieses Elends gewendet. Napoleon selbst, dessen stolze Haltung bis dahin unverändert geblieben, war jetzt erschüttert.“ Er hatte einst gesagt: „Im Kriege bezeichne immer ein großes Unglück einen großen Schuldigen;“ er hatte damit sein eigenes Urteil gesprochen. Bei Hanau verlegte General Wrede mit einem aus Bayern und Österreichern bestehenden Heer frischer Truppen den Rückziehenden den Weg, gab aber dadurch dem „sterbenden Löwen“ noch einmal Gelegenheit, sein kriegerisches Talent zu zeigen. Der in der Schlacht bei Hanau über den verwundeten Wrede, freilich mit schweren Opfern, erfochtene Sieg öffnete dem Rest der französischen Armee, 70,000 Mann stark, den Weg über Frankfurt nach dem Rheine. Rückzug zum Rhein

In Deutschland hatte die Schlacht bei Leipzig eine große Umwandlung 30., 31. Okt. 1813
der Dinge zur Folge; die Auflösung des Königreichs Westfalen, die Rückkehr des Kurfürsten von Hessen und der Herzöge von Braunschweig und Oldenburg in ihre Staaten, die Wiederherstellung Auflösung des Rheinbundes
des Adels- und Beamtenregiments in Hannover, die Haftnehmung des Königs von Sachsen waren die ersten Wirkungen dieses denkwürdigen Sieges. Rasch lösten sich auch völlig die Bande des Rheinbundes: Dalberg entsagte seinem Großherzogtum Frankfurt; Württemberg (dessen König noch kurz zuvor den General Normann wegen seines Übertritts bei Leipzig aus seinen Diensten entlassen hatte), Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau schlossen nach einigem Zaudern Verträge mit Österreich und stellten ihre Truppen unter die Fahnen der Verbündeten. Ihnen, sowie allen übrigen Gliedern des Rheinbundes, wurden gegen Steins Rat ihre Besitzungen und ihre Oberherrlichkeit zugesichert (§ 67) und nur die Verpflichtung auferlegt, sich der für Deutschland zu treffenden künftigen

Ordnung zu fügen. Ein Zentral-Verwaltungsrat, unter der Leitung des Freiherrn vom Stein, verwaltete einstweilen bis zur neuen Ordnung die den Franzosen und ihren treugebliebenen Verbündeten entrissenen Gebiete. Seine Tätigkeit erstreckte sich hauptsächlich über Sachsen und über die herrenlosen Länder Westdeutschlands. Hamburg, durch Haxo vortrefflich befestigt, wehrte sich unter dem harten Davoust noch bis zum Mai 1814 gegen die Verbündeten. Nirgends übten die Franzosen solche Bedrückungen und Erpressungen wie hier; Davoust war der Fluch und die Geißel der Hamburger.

Dänemark u. Schweden 14. Jan. 1814

Dänemark vermochte den Angriffen Bernadottes nicht zu widerstehen. Es entsagte in dem Kieler Frieden dem französischen Bündnisse und willigte in die Abtretung von Norwegen an Schweden und von Helgoland an England, sollte aber dafür Schwedisch-Vorpommern erhalten. Die Norweger weigerten sich anfangs, Schwedens Oberherrschaft anzuerkennen; sie wollten nicht, „daß über sie wie über eine Herde verfügt werde". Ein eigenmächtig zusammengetretener Reichstag (Storthing) wählte den dänischen Prinzen Friedrich Christian (nachherigen König von Dänemark) zum König und gab dem Lande eine freie Ständeverfassung. Erst als die Mächte mit Krieg drohten und der Schwedenkönig ihnen eine unabhängige Verwaltung und Bestätigung ihrer fast republikanischen Verfassung zusicherte, erkannten sie denselben als ihren Herrscher an.

Italien

Auch in Italien stürzten die Napoleonischen Schöpfungen zusammen. Der Vizekönig Eugen überließ nach tapferer Gegenwehr der österreichischen Übermacht das Feld und begab sich zu seinem Schwiegervater nach Bayern, indes die Lombardei von den Österreichern in Besitz genommen wurde. Der Wunsch des Volks, ein selbständiges Königreich unter Eugen zu bilden, wurde nicht berücksichtigt. Murat blieb in Neapel, weil er sich rechtzeitig von Napoleon losgesagt hatte (§ 74). Nach Toscana kehrte der Großherzog Ferdinand zurück, und der Kirchenstaat empfing den schwergeprüften Papst Pius VII. wieder. Die Rückkehr des Greises aus der französischen Gefangenschaft glich einem Triumphzug.

Friedensverhandlungen

§ 69. Von Leipzig nach Paris. In Frankfurt hielten die verbündeten Monarchen mit ihren Ministern und Feldherren Rat, ob man über den deutschen „Grenzstrom" setzen solle. Umsonst drangen vaterländische Männer, wie Blücher und Gneisenau, auf rasche Fortsetzung des Krieges; Österreichs Stimme setzte es durch, daß man noch einmal den Weg der Unterhandlung betrat. Ein Friedensentwurf sicherte dem französischen Kaiser den Besitz von Frankreich innerhalb seiner sogenannten natürlichen Grenzen (Rhein, Alpen, Pyrenäen) zu, wenn er in die Unabhängigkeit Deutschlands, Hollands und Italiens und in die Wiederherstellung der alten Dynastie in Spanien willigen würde. Als aber eine ausweichende Antwort erfolgte und die großen Rüstungen, die Napoleon veranstaltete, die verbündeten Mächte überzeugten, daß des Gegners Stolz noch nicht gebrochen sei, da wurde hauptsächlich auf Betreiben des Freiherrn vom Stein, der auf Kaiser Alexander großen Einfluß hatte, der Übergang über den Rhein beschlossen.

Übergang üb. den Rhein 1. Jan. 1814

In der Neujahrsnacht setzte Blücher bei Mannheim, Kaub und Koblenz mit seiner schlesischen Armee über den Rhein, indes Schwarzenberg mit der Hauptarmee durch Baden und die Schweiz, der man die geforderte Neutralität nicht zugestand, über das Plateau von Langres dem

südöstlichen Frankreich zuzog, um im Seinetale auf Paris zu marschieren. Die Nordarmee wurde aufgelöst; Bülow, der Sieger von Groß-Beeren, wurde zur Befreiung Hollands entsandt und bewirkte die Rückkehr des Erbstatthalters in seine Staaten. Tauentzien erhielt den Befehl, die noch von den Franzosen besetzten Elbfestungen zu nehmen. Bernadotte, der sich als Vermittler zwischen Frankreich und Europa zudrängte, zog nach Norden ab und suchte sich durch Schonung die Gunst seiner französischen Landsleute zu gewinnen, um vielleicht durch dieselben Mittel, die ihm die Krone von Schweden verschafften, sich den Weg zum französischen Thron zu bahnen, und nahm nach dem Frieden von Kiel (§ 68) am Kampfe nicht mehr teil.

In der Champagne trafen die Heere Blüchers und Schwarzenbergs zusammen, und der Sieg bei La Rothière, der auf den blutigen, aber unentschiedenen Kampf von Brienne folgte, versprach den Verbündeten einen schnellen glücklichen Ausgang. Das französische Heer, an des Kaisers weiterem Glück verzweifelnd, verlor den Mut. Fürchterlich zugerichtet, den Strapazen und dem Hunger fast erliegend, zog es nach Troyes zurück, wobei ein großer Teil der jungen Soldaten die Fahne verließ. Aber die zögernde Kriegsführung der Sieger ließ dem Kaiser Zeit, sich aufzuraffen, und da die Schwierigkeit der Verpflegung mitten im Winter in Feindesland eine Trennung der beiden Armeen nötig machte, indem Schwarzenberg an der Aube und Seine, Blücher längs der Marne auf die Hauptstadt zog, so gelang es dem französischen Kaiser, dessen Feldherrntalent von neuem in vollem Glanze strahlte, den gebeugten Mut der Franzosen wieder aufzurichten. Er ließ „mit unerhörter Kühnheit" nur eine kleine Truppenzahl zur Beschäftigung des Schwarzenbergschen Heers zurück; mit der übrigen Streitmacht warf er sich rasch auf Blüchers Armee, schlug sie, getrennt und überrascht, innerhalb fünf Tagen in fünf glücklichen Treffen (bei Champaubert, Montmirail, Château-Thierry und Vauchamps) und zwang sie zum Rückzug. Dann wandte er sich blitzesschnell gegen die Hauptarmee und nötigte auch diese durch die Siege von Nangis und Montereau zur Rückkehr nach Troyes. Blücher mußte sich mit der Hauptarmee wieder vereinigen. Diese Vorgänge machten auf die Verbündeten solchen Eindruck, daß es bei den neuen Friedensunterhandlungen, die in Châtillon eröffnet worden waren, dem Kaiser nicht schwer geworden wäre, sich im Besitz des französischen Thrones zu erhalten, wenn er auf die übrigen mit Frankreich verbundenen oder von seinen Verwandten beherrschten Länder verzichtet hätte. Die allgemeine Furcht vor einer Volkserhebung in Frankreich, die Abneigung Alexanders gegen die Bourbonen, die Rücksichten der Österreicher für den Schwiegersohn ihres Kaisers legten ein großes Gewicht in die Wagschale der Friedenspartei. Aber die mit jeder günstigen Wendung gesteigerten Forderungen Napoleons, die beschränkten Vollmachten seines Diplomaten Caulaincourt und seine eigenen zweideutigen Erklärungen verzögerten den Abschluß eines endgültigen Abkommens. Die Verbündeten erneuerten in dem Vertrag von Chaumont den Beschluß, nur einen gemeinschaftlichen Frieden einzugehen.

Erste Kämpfe in Frankreich 1. Febr. 1814

29. Jan.

10.–14. Febr.

17.–18. Febr.

Friedensunterhandlungen 5. Febr.

1. März

Schon vorher hatte Blücher den ersehnten Befehl erhalten, sich von der Hauptarmee zu trennen, die Verbindung mit Bülow, der aus den Niederlanden heranzog, zu bewerkstelligen und auf Paris zu marschieren. Dadurch wurde auch Schwarzenberg veranlaßt, seinen Rückmarsch einzustellen und am 27. Februar bei Bar sur Aube zum Angriff gegen

Wiederbeginn des Kampfes

27. Febr.

Oudinot vorzugehen. In diesem siegreichen Treffen erhielt der sechszehn Jahre alte Prinz Wilhelm von Preußen, der spätere deutsche Kaiser, die Feuertaufe: für seine im vollen Kugelregen bewiesene Tapferkeit wurde ihm vom Kaiser Alexander der St. Georgs-Orden und von seinem Vater das eiserne Kreuz verliehen. Als Napoleon sich dann auf Blücher, seinen ge-
7., 9. u. 10. März fährlichsten Feind, warf, kam es zu schweren Kämpfen bei Craonne und Laon. Blücher behielt die Oberhand, doch einen vollständigen Sieg verhinderte seine Krankheit und die dadurch herbeigeführte Unsicherheit in der obersten Leitung. Inzwischen waren endlich alle Verhandlungen abgebrochen; der Kaiser von Österreich, der aus Rücksichten der Verwandtschaft eine vermittelnde Stellung eingenommen hatte, opferte seinen Eidam und seinen Enkel; der Prinz-Regent von England, der eifrigste Fürsprecher der Bourbonen, drang mit seinem Plane einer Herstellung der legitimen Königsfamilie durch; der Marsch auf Paris und die Entthronung
13. März Napoleons wurde beschlossen. Der siegreiche Kampf bei Reims, wo der französische Emigrant St. Priest, der Führer einer preußisch-russischen Heeresabteilung, mit der Hälfte seiner Soldaten fiel, war der letzte Licht-
20., 21. März strahl für Napoleon. Das Treffen bei Arcis an der Aube überzeugte ihn bald, daß sein vermindertes und erschöpftes Heer nichts mehr gegen die Reihen der Feinde auszurichten vermochte. Während die feindlichen Armeen auf Paris losrückten, machte er den verzweifelten Versuch, zwischen ihnen hindurch in ihren Rücken zu kommen, in der Hoffnung, daß wenigstens Schwarzenberg den Vormarsch einstellen werde. Infolge eines von Kosaken Blüchers aufgefangenen Briefes Napoleons gelang es indes, einen solchen Rückmarsch zu verhindern. Schwarzenberg erhielt den Befehl, direkt nach Paris zu gehen, wohin Blücher schon auf dem Wege war.
25. März Bei Fère-Champenoise stieß der der großen Armee weit vorangehende Kronprinz von Württemberg auf die Truppen Marmonts und Mortiers
30. März und zwang sie, auf Paris zurückzugehen. Hier kam es am Montmartre noch zu blutigen Kämpfen gegen die beiden Marschälle. Sie mußten der Übermacht weichen und die Stadt vertragsweise übergeben. Napoleons Bruder Joseph, der den Oberbefehl über die Nationalgarde führte, hatte
Einzug in Paris 31. März Paris schon verlassen. Am 31. März zogen die Verbündeten in Paris ein.

B. Begründung der neuen Ordnung.

§ 70. Sieg der Legitimität und erster Pariser Friede. Die Kaiserin, die an der Spitze der Regentschaft stand, hatte sich schon früher mit ihrem vierjährigen Sohne nach Blois begeben. Dadurch wurde es dem schlauen Talleyrand sehr erleichtert, im Interesse der vertriebenen Königsfamilie zu wirken, zumal nun Kaiser Alexander in seinem Palast Wohnung nahm und sich von den Ratschlägen des klugen und gewandten Diplomaten leiten ließ. Die während der Kaiserzeit zurückgekehrten Emigranten, die Napoleon umsonst durch Begünstigungen aller Art an seine Sache zu knüpfen gesucht hatte, und die unbeeidigten Geistlichen der Revolution, die infolge des Konkordats wieder ihre Stellen erlangt hatten, waren eifrig bemüht, die Sympathien des Volkes für die alte Königsfamilie und die geheiligte Ordnung der Vergangenheit zu wecken. Diese vereinten Bemühungen und die Sehnsucht der erschöpften Nation nach Frieden gaben

den Ausschlag. Schon am 1. April sprachen auf Talleyrands Betreiben die in Paris anwesenden Senatoren die Entthronung Napoleons aus mit Schmähungen auf den, vor dem sie kurz zuvor im Staube gekrochen waren. Mit „stockender Stimme" hatte Talleyrand den Antrag gestellt, indem er „wenigstens einmal in seinem Leben verlegen war". Eine provisorische Regierung, die Talleyrand zum Haupt und mehrere Gegner Napoleons zu Mitgliedern hatte, leitete die Geschäfte bis zur neuen Ordnung der Dinge. Die verbündeten Fürsten hatten noch nicht offiziell ausgesprochen, wem die Krone Frankreichs verliehen werden sollte, und Alexander hatte wiederholt erklärt, daß der Wunsch der französischen Nation den Ausschlag geben würde; deshalb waren auch die Agenten der Bourbonen eifrig bemüht, bei dem Einzug der Verbündeten in die Hauptstadt royalistische Demonstrationen hervorzurufen. Da nun die Stimmung des Volks, besonders im Süden und Westen, den Bourbonen günstig schien, so wurde die Restauration der legitimen Königsfamilie bald die Losung des Tages; mochte sie auch im Anfang von den Häuptern der Verbündeten nicht beschlossene Sache gewesen sein, so wurde sie durch die Umstände als die einzige Lösung aller Schwierigkeiten angesehen. Die Menschen änderten sich in diesen Tagen noch schneller als die Dinge: Napoleon erfuhr, wie die Volksliebe kurz und unheilvoll sei, während der Graf Artois seine tiefe Verwunderung aussprach über diese unverhoffte und „zauberhafte Bekehrung von schwarz zu weiß".

Entthronung Napoleons 1. April 1814

Neuordnung in Frankreich

Unterdessen weilte Napoleon mit seiner Garde und seinen Getreuen, deren Zahl sich täglich verminderte, in Fontainebleau. Ratlos schwankte er in seinen Plänen hin und her, bis ihn die Nachricht von Marmonts Abfall zu dem Entschluß brachte, dem Throne zugunsten seines Sohnes zu entsagen. Aber diese bedingte Entsagung wurde von den verbündeten Mächten nicht angenommen; den Kampf konnte er nicht fortsetzen, da selbst seine nächsten Freunde, wie Berthier, Ney, Oudinot u. a. ihn verließen und sich der neuen Sonne zuwandten. Da unterzeichnete Napoleon die unbedingte Entsagungsakte, wie die Verbündeten sie entwarfen. Er erhielt die Insel Elba zum Eigentum mit einem jährlichen Einkommen von zwei Millionen Franken und der Vergünstigung, 400 Mann seiner treuen Garde um sich zu haben.

Abdankung Napoleons

6. April 1814

11. April 1814

Am 20. April ließ Napoleon die Grenadiere im Schloßhof von Fontainebleau antreten und nahm unter dem Schluchzen der alten Helden Abschied. Dann fuhr er der Südküste zu, verfolgt von den Schmähreden desselben Volkes, das ihn im nächsten Jahre wieder mit Frohlocken aufnehmen sollte.

Der Kaiserin wurde das Herzogtum Parma mit dem Erbrecht für ihren Sohn (Herzog von Reichstadt, † 1832 [§ 76] verliehen; Josephine, die wenige Wochen nachher starb, und alle Glieder der Bonaparteschen Familie bekamen reiche Dotationen und fürstliche Titel. Eugen wurde Herzog von Leuchtenberg und erhielt Eichstädt in Bayern.

Bald nachher wurde zum Jubel der kriegsmatten Völker der erste Pariser Friede abgeschlossen. Frankreich erhielt Ludwig XVIII. zum König, eine neue Verfassung und die Grenzen vom 1. Januar 1792, in die aber noch Avignon, Venaissin und die deutsche Grafschaft Mömpelgard hineingezogen wurden. Außerdem wurde ihm noch die Festung Landau, Saarlouis und Saarbrücken zugesprochen. Das vergrößerte Holland sollte unter dem Hause Oranien ein Königreich bilden.

Erster Pariser Friede 30. Mai 1814

Die Staaten Deutschlands wurden für unabhängig erklärt und sollten durch ein föderatives Band verbunden sein, die Schweiz blieb selbständig. Italien sollte außer den an Österreich fallenden Ländern aus souveränen Staaten bestehen. England behielt Malta und die eroberten französischen Kolonien Tabago, St. Lucie und Isle de France, Spanien bekam den im Frieden von Basel an Frankreich gefallenen Teil von St. Domingo, alle übrigen Kolonien erhielt Frankreich zurück. Die Verbündeten und Ludwig XVIII. verzichteten gegenseitig auf alle Summen, auf die sie aus den Kriegen seit 1792 Anspruch machen könnten. Von einer Kontribution, die Frankreich hätte bezahlen müssen, war keine Rede, die geraubten Kunstschätze blieben in Paris, nur die Siegesgöttin vom Brandenburger Tor in Berlin und der Degen Friedrichs des Großen wurden zurückgegeben: man machte Napoleon allein und nicht das französische Volk für die furchtbaren Jahre verantwortlich, die es über ganz Europa heraufgeführt hatte. So verließen die fremden Heere den französischen Boden, indes der Kaiser von Rußland und der König von Preußen ihren Verbündeten in London besuchten; der Kongreß von Wien sollte die neue Ordnung der Dinge in Europa fest begründen.

Sept. 1814—Juni 1815

§ 71. Der Wiener Kongreß und seine Schöpfungen. Zum Wiener Kongreß sammelten sich Kaiser und Könige, Fürsten und Edelleute und die talentvollsten Staatsmänner aller Nationen. Die Rückführung der legitimen Fürstenhäuser auf die verlornen Throne und möglichste Beseitigung der republikanischen Verfassungen waren die zwei Grundsätze, über die man sich schnell einigte. Schwieriger war die Lösung der Frage, wie es mit den Ländern gehalten werden sollte, die man von den Franzosen und ihren Bundesgenossen erobert und unter provisorische Verwaltung gestellt hatte, und wie die Entschädigungen der kriegführenden Mächte zu ordnen seien? Bald standen die fünf Hauptmächte einander feindlich gegenüber, indem die von Preußen geforderte Vereinigung Sachsens mit der preußischen Monarchie und die Absicht Rußlands, das Königreich Polen sich gänzlich zuzueignen und ihm eine eigene Verfassung zu geben, von England, Frankreich und Österreich bekämpft wurden. Arglistig streute Metternich den Samen der Zwietracht, um Preußens Absichten auf Sachsen zu durchkreuzen, und Talleyrand benutzte geschickt die Zerwürfnisse zum Vorteil der bourbonischen Höfe. Schon drohte die Zwietracht einen neuen Krieg herbeizuführen, so daß die Heere auf dem Kriegsfuß belassen wurden und am 3. Januar 1815 Österreich, Frankreich und England einen Vertrag miteinander abschlossen gegen Rußland und Preußen, als die Nachricht von Napoleons Landung bei Cannes die Fürsten schnell zur Versöhnung und zum einträchtigen Handeln trieb. Sie beantworteten seine Friedensversicherungen mit der Achtserklärung Napoleons und mit dem Aufgebot einer neuen großen Kriegsmacht zur Aufrechthaltung des Pariser Friedens.

Sächsisch-polnische Frage

1. März 1815

Die vornehmsten Gesandten und Minister beim Wiener Kongreß waren: vom Papst Kard. Consalvi, von Österreich Metternich (und Gentz als Protokollführer); von Rußland Rasumowsky, Stackelberg, Capodistria und Nesselrode; von Großbritannien Castlereagh und Wellington; von Preußen Fürst Hardenberg und Wilhelm v. Humboldt; von Frankreich Talleyrand und Dalberg; für Nassau v. Gagern; von Hannover Graf Münster; von Sachsen Graf v. der Schulenburg; von Bayern Fürst Wrede und Rechberg; für Württemberg Winzingerode u. a. m. Bedeutenden Einfluß auf alle, namentlich auf die deutschen Verhältnisse, übte der Freiherr v. Stein,

mächtig durch seine persönlichen Eigenschaften, wie durch Alexanders Gunst und Vertrauen, obwohl er von keiner Regierung als Vertreter aufgestellt war. Der alte Prinz v. Ligne ergötzte die vornehmen Gäste durch seine Witze und Einfälle, und die Feste, Bälle, Mahlzeiten und Lustbarkeiten aller Art nahmen kein Ende. „In einem steten Rausche wechselten Privatbälle und Hofredouten, Maskeraden und lebende Bilder, Feuerwerke und Karussells, Jagden, Wagen- und Reiterzüge, Musterungen und Feldübungen der Truppen; heute ein wenig passendes Totenamt für Ludwig XVI., am Abend Ball, am andern Tag eine prachtüberladene Schlittenfahrt."

Die territoriale Neuordnung

Nach dem Grundsatz der Legitimität und der Bevorzugung der monarchischen Verfassung vor der republikanischen wurden folgende Bestimmungen getroffen: 1. Österreich erhält zurück: (von Rußland) Ost-Galizien, (von Bayern) Tirol und Salzburg und, als Entschädigung für Belgien und Vorderösterreich, in Italien das Lombardisch-Venetianische Königreich, Dalmatien und die Anwartschaft auf Parma. 2. Um eine starke Nordgrenze gegen Frankreich zu erhalten, wurde die Vereinigung sämtlicher niederländischen Provinzen zu einem Königreich der Niederlande beschlossen und Wilhelm von Oranien als souveräner König eingesetzt; auch wurde ihm das zum Deutschen Bunde gehörende Herzogtum Luxemburg zugeteilt. Aber die besten Kolonien Hollands in Guyana, die indischen Comptoirs, Ceylon und das Kap blieben im Besitz der Engländer. 3. In Italien bekamen die von Napoleon ihrer Territorien beraubten Fürstenhäuser ihre ehemaligen Besitzungen mit Gewinn zurück: a) Das Königreich Sardinien, das dem König Viktor Emanuel zurückgegeben wurde, erhielt eine Gebietserweiterung durch Einverleibung der Republik Genua und im zweiten Pariser Frieden (§ 77) durch Rückerstattung des anfangs bei Frankreich verbliebenen Teils von Savoyen. b) Das Herzogtum Modena und das Großherzogtum Toskana wurden Gliedern des österreichischen Hauses verliehen, das somit das Übergewicht in Italien erlangte. Modena kam an den absolutistisch gesinnten Herzog Franz IV., den Sohn einer Tochter des vertriebenen Herkules von Este, Toskana an den Großherzog Ferdinand, Bruder des Kaisers Franz. c) Lucca wurde dem spanisch-bourbonischen Prinzen statt des an Maria Luise, Napoleons Gemahlin, abgetretenen Herzogtums Parma überlassen und demselben durch einen späteren Vertrag die Anwartschaft auf Parma zugesichert. d) Der Kirchenstaat, wohin Papst Pius VII. aus seiner Gefangenschaft znrückkehrte, wurde in seinem frühern Umfange wiederhergestellt. e) Neapel wurde nach Murats tragischem Ausgange (§ 74) mit Sizilien zu einem Königreiche beider Sizilien vereinigt und dem frühern König Ferdinand zurückgegeben. f) Die Republik der sieben ionischen Inseln wurde, mit einer freien Verfassung beschenkt, unter den Schutz Großbritanniens gestellt, das dadurch und durch den Besitz von Malta und Gibraltar die Seeherrschaft im Mittelmeer erlangte. 4. Der Thron von Spanien wurde dem noch von Napoleon der Haft entlassenen König Ferdinand VII. (§ 52) zurückgegeben, und in Portugal trat wieder die Königsfamilie von Braganza in ihre alten Rechte. 5. Dänemark mußte das im Kieler Frieden (§ 68) ihm zugesicherte schwedische Vorpommern an Preußen überlassen und erhielt als geringen Ersatz das Herzogtum Lauenburg von Hannover, das dafür Hildesheim bekam. 6. Rußland ging gestärkt und vergrößert (durch Finnland, Bessarabien, einen Teil der Moldau u. a. m.) aus dem großen Kampfe hervor; das mit Rußland als Königreich Polen verbundene Herzogtum Warschau erhielt von Alexander eine konstitutionelle Verfassung, wonach der Senat und die Landbotenkammer mit dem Monarchen die gesetzgebende Gewalt teilten, eine getrennte, von einem Vizekönig und einem verantwortlichen Ministerium geleitete Verwaltung, unabhängiges Gerichtswesen, Preßfreiheit mit Rechtsschutz gegen Mißbräuche, eine städtische Kommunalordnung mit selbstgewählten Munizipalbeamten und andere gute Einrichtungen. Auch blieb die Leibeigenschaft, die schon bei der Gründung des Herzogtums Warschau infolge des daselbst eingeführten Code Napoléon aufgehoben worden war, für alle Zukunft abgeschafft. Krakau wurde aus Verlegenheit zu einem Freistaat unter dem Schutze Österreichs, Rußlands und Preußens erhoben. 7. Die Schweiz erhielt eine Territorialvergrößerung durch die Beifügung der ihr von Napoleon entrissenen Kantone Wallis, Genf und Neuchatel (letzterer unter Preußens Oberhoheit) und die Anerkennung ihrer beständigen Neutralität und ihrer republikanischen Föderativ-Verfassung, deren Reform, nach Aufhebung der Vermittlungsakte, ihrer von Abgeordneten der 22 Kantone gebildeten Tagsatzung überlassen blieb. 8. Auf große Schwierigkeiten stieß die neue Organisation Deutschlands. Nachdem man die Gebietsstreitigkeiten dahin geschlichtet hatte, daß Preußen für seine Opfer, Anstrengungen und Verluste nicht nur durch Zurückgabe der im Tilsiter Frieden abgetretenen deutschen Landesteile, sondern auch noch durch Verleihung eines Teils von Polen (Posen, Danzig u. a. O.), der Hälfte des

Königreichs Sachsen, des bisherigen Großherzogtums Kleve-Berg und der schönen, gewerbsamen, mit blühenden Städten bedeckten Länder am Mittel- und Unterrhein (die ehemals den geistlichen Kurfürsten zugehörten) sowie des schwedischen Vorpommern belohnt, Bayern für seine an Österreich überlassenen Gebietsteile mit der Rhein-Pfalz entschädigt, Hannover zu einem Königreich erhoben und durch den Erwerb des vorher preußischen Ostfriesland vergrößert und die übrigen Fürsten im Verhältnisse ihrer Verluste oder Verdienste befriedigt werden sollten, wurde zur inneren Organisation von Deutschland geschritten.

Verfassung Deutschlands

Da sich die deutschen Staaten ihrer Souveränetätsrechte nicht wieder entäußern wollten, so wurde das Deutsche Reich mit seinem Wahlkaisertum nicht wiederhergestellt, sondern alle Staaten, die entweder ganz aus deutschen Ländern zusammengesetzt waren oder zu Deutschland gehörige Länder besaßen (wie Dänemark und Niederland), vereinigten sich für alle diese Länder in einen unauflöslichen Deutschen Bund zur Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands und Unverletzlichkeit der einzelnen Bundesstaaten.

Die Zahl dieser souveränen Bundesstaaten betrug 39: ein Kaiserreich (Österreich); fünf Königreiche (Preußen, Bayern, Hannover, Sachsen, Württemberg); ein Kurfürstentum (Hessen-Kassel), sieben Großherzogtümer (Baden, Hessen-Darmstadt, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Weimar, Luxemburg, Oldenburg); zehn Herzogtümer (vier sächsische: Meiningen, Koburg, Gotha, Altenburg; drei anhaltische: Dessau, Köthen, Bernburg; Nassau, Braunschweig, Holstein); zehn Fürstentümer (zwei Hohenzollern, zwei Schwarzburg, zwei Reuß, zwei Lippe, Waldeck, Liechtenstein); die Landgrafschaft Hessen-Homburg und vier freie Städte (Frankfurt, Hamburg, Bremen, Lübeck).

Die Angelegenheiten des Bundes sollten durch die Versammlung der Bundestagsgesandten unter Österreichs Vorsitz gemeinschaftlich beraten werden, der Sitz des Bundestages Frankfurt a. M. sein. Der deutsche Bund soll gegen das Ausland eine Gesamtmacht darstellen mit einem durch Kontingente gebildeten Bundesheer von 300 000 Mann und den drei Bundesfestungen Mainz, Luxemburg und Landau (wozu noch Rastatt und Ulm gekommen sind); Streitigkeiten der Bundesglieder untereinander müssen friedlich durch Austrags-(Austrägal-)Gerichte geschlichtet werden; für Streitigkeiten zwischen Regierungen und Untertanen dagegen wurde keine unparteiische Gerichtsbehörde eingesetzt.

Preußens Vorschläge zur Neugestaltung Deutschlands waren abgelehnt worden. Nach diesen sollte das Reich in sieben Kreise geteilt werden, je zwei unter Leitung Österreichs und Preußens, je einer unter der Bayerns, Württembergs und Hannovers. In jedem sollte einem Kreisoberst der Heeresbefehl und das höchste Gericht übergeben werden, den fünf Kreisobersten sollten dann die Reichsregierung unter dem Ehrenvorsitz Österreichs und der Geschäftsleitung Preußens überlassen werden. Aus diesen fünf Kreisobersten sollte ein Oberhaus, aus den übrigen Fürsten und Abgeordneten der einzelnen Staaten ein Unterhaus gebildet werden. Den einzelnen Staaten sollte eine ständische Verfassung, dem Bürger freiheitliche Rechte gewährt werden. Aber weder Österreich noch die übrigen Staaten waren gewillt, solchen Vorschlägen, die Preußens Macht stärkten und den Untertanen Freiheitsrechte einräumten, zuzustimmen.

Charakteristik der Bundesakte

Trefflich beurteilt Heinrich von Sybel die statt dessen entstandene deutsche Bundesakte: „Am Maße der Anforderungen eines realen Staatswesens gemessen, besaß die mit so großer Anstrengung zustande gebrachte deutsche Bundesakte ziemlich vollständig alle Mängel, durch welche eine Verfassung unbrauchbar werden kann. Anstatt einer geordneten Bundesregierung setzte sie als einziges Gesamtorgan Deutschlands eine von damals 39 souveränen Staaten beschickte Bundesversammlung ein. Als deren Beruf war angegeben, daß sie die äußere und innere Sicherheit zu wahren habe, im übrigen war ihre Kompetenz, inwieweit sie zu diesem Zwecke gesetzgebende Gewalt oder Befugnis zu Verwaltungsmaßregeln habe, völlig unbestimmt. Zu weiterer Ähnlichkeit mit dem ehemaligen polnischen Reichstag war auf königlich-sächsische Anregung festgesetzt, daß alle wichtigeren Gegenstände, wie

Verfassungsänderungen und bleibende Landeseinrichtungen, nur durch einstimmigen Beschluß aller Staaten zustande kommen konnten. Ebenso blieben gemeinnützige Anordnungen, welche nicht unter den Bundeszweck fielen, der freien Vereinbarung aller Staaten überlassen. Es leuchtet ein, daß schon durch dies Erfordernis der Einstimmigkeit das Wirken des Bundestags für alle Zukunft mit Unfruchtbarkeit geschlagen war. Die von Preußen und mehreren Kleinstaaten so eifrig beantragten Freiheitsrechte der Deutschen waren in der Bundesakte auf wenige inhaltsleere und schlecht definierte Sätze zusammengeschrumpft. Auch nach dieser Seite hatte die Souveränität der fürstlichen Regierungen möglichst geringe Beschränkung erleiden dürfen. In jedem Bundesstaate oder Staatenbunde, welcher stärkere und schwächere Mitglieder vereinigt, wird man den kleineren zum Schutze ihrer Selbständigkeit etwas weiteres Stimmrecht zusichern, als es dem Verhältnis der Macht entspräche. Hier aber war diese Regel durch Übertreibung zum lächerlichen Zerrbilde geworden. Im gewöhnlichen Geschäftsgange führten die elf größeren Staaten je eine Stimme, die 28 kleineren waren in sechs Kurien gruppiert, eine jede mit einer Stimme. Hienach war es möglich, daß, wenn die Großherzoge und die übrigen Kleinstaaten einmal zusammenhielten, sie den vereinten Widerspruch von Österreich, Preußen und den andern Königreichen, ein Zehntel gegen neun Zehntel, überstimmen konnten. So weit wie möglich lagen innerhalb dieser Versammlung Berechtigung und Macht auseinander. Nur für wenige Gegenstände war eine andere Art der Abstimmung vorgesehen. Dann verwandelte sich der engere Rat, wie die Vereinigung der siebenzehn Stimmen amtlich genannt wurde, in ein Plenum, in welchem zum Beschlusse entweder Einstimmigkeit oder eine Mehrheit von zwei Dritteln erforderlich war, und die sechs größern Staaten, welche zusammen 28 Stimmen unter 70 führten, mithin jeden ihnen mißliebigen Beschluß verhindern konnten. Der Geschäftsgang war, wie es bei Verhandlungen zwischen 39 Regierungen nicht anders sein konnte, äußerst schleppend. Jede Sache ging zur Vorberatung an einen Ausschuß; nach dessen Bericht hatten die Gesandten die Instruktion ihrer Höfe einzuholen; über dieselbe hatten in je der sechs letzten Kurien zwei, vier, sechs Regierungen sich zu verständigen, worüber oft Monate vergingen; war die ganze Sache einer Regierung lästig, so ließ sie ihren Gesandten unendlich lange ohne Instruktion; sollte schließlich zur Abstimmung geschritten werden, so erschienen neue Vorstellungen und Einwände, neue Instruktionen wurden nötig, oder die Sache ging wieder an den Ausschuß zurück und wurde dann nicht selten jahrelang in dessen Akten begraben. Notgedrungen trat sehr häufig an die Stelle sachlicher Beratung im Bundestage diplomatische Bearbeitung der kleinen Höfe durch die großen, und wo Preußen und Österreich gleiches Ziel verfolgten, wagte sich nur in seltenen Fällen ein Widerspruch hervor. Wie in der alten Zeit entschied also nicht das Verfassungsrecht, sondern das Verhalten der Wiener und Berliner Politik über Deutschlands Geschicke. Was die Stellung Deutschlands zum Auslande betraf, so waren die Bestimmungen der Bundesakte darüber nicht weniger ungenügend als über das innere Staatsrecht. Jeder Souverän war berechtigt, stehende Gesandtschaften zu halten und zu empfangen; er durfte auch mit nichtdeutschen Regierungen Bündnisse jeder Art unter der einzigen Beschränkung abschließen, daß dieselben nicht gegen die Sicherheit Deutschlands gerichtet seien. Diese Befugnis der Partikularstaaten war um so mißlicher, als drei fremde Könige Mitglieder des Bundes waren: England für Hannover, Niederland für Luxemburg, Dänemark für Holstein. Ohne Zweifel wurde die Regierung dieser Bundeslande nicht nach deutschen, sondern nach fremden Interessen geführt. Daß die Präsidialmacht des Bundes, Österreich, bei dem Übergewicht ihrer außerländischen Kronlande kaum ein wärmeres Herz als jene drei Höfe für die deutschen Interessen haben konnte, braucht nicht weiter erörtert zu werden. Vollendet wurde die Unsicherheit aller dieser Dinge durch die Aufnahme des deutschen Verfassungsgesetzes in die Wiener Kongreßakte, welche die fünf Großmächte nebst Schweden, Spanien und Portugal zur Regelung des gesamten europäischen Zustandes vereinbarten. Österreich und Preußen hatten diese Maßregel in dem guten Glauben betrieben, daß damit die Sicherung des Bundes gegen fremde Eingriffe durch Europa gewährleistet sei. Ganz anderer Meinung aber war man in Petersburg, Paris und London; nachdem die Bundesakte als Teil der Kongreßakte unter den Schutz der Mächte gestellt sei, dürfe auch Deutschland ohne die Erlaubnis der Garanten daran nichts ändern, stehe also unter europäischer Vormundschaft, genau so wie im 18. Jahrhundert Polen unter der russischen gestanden habe. *Die wichtigste Forderung eines großen Volkes, die nationale Unabhängigkeit, war somit für Deutschland, am Abschluß seines glorreichen Befreiungskrieges, aus einem Rechtssatz zu einer offenen Machtfrage geworden.*“

§ 72. Die erste Zeit der Restauration in Frankreich. Die provisorische Regierung in Frankreich hatte in der Eile eine *Verfassung* entworfen, in der

den Bourbonen die Königsmacht, den Senatoren Erblichkeit und Unabsetzbarkeit, dem Heer Erhaltung aller Grade und Ruhegehalte und dem Volke Unantastbarkeit der verkauften Nationalgüter, Sicherheit der Personen, Glaubens- und Preß-
12. April 1814 freiheit zuerteilt war. Als jedoch der Graf von Artois in Paris erschien und einstweilen die Statthalterschaft übernahm, gab er bald zu erkennen, daß der Grundsatz der Revolution, wonach die königliche Würde von der Nation vertragsweise verliehen, nicht durch Gottes Gnade dem Erkorenen beschieden worden sei, in den Augen der Bourbonen keine Geltung habe. Darum verwarf Ludwig XVIII. gleich nach seiner Ankunft die Verfassung der provisorischen Regierung; aber zu der Überzeugung gelangt, daß eine Regierung ohne Zuziehung des Volks dem Geiste der Zeit widerstrebe, und von Kaiser Alexander, Talleyrand, Pozzo di Borgo und andern wohlmeinenden Ratgebern beredet, verlieh er der französischen Nation aus eigenem Antrieb ein Staatsgrundgesetz
Französische Charte 4. Juni 1814 (Charte), das, wäre es „eine Wahrheit" gewesen, die Billigung der Nation erlangt hätte, wenn es auch in vielen wesentlichen Punkten und in den Prinzipien von der „Senatsverfassung" abwich.

Nach diesem Staatsgrundgesetz, das der „König von Gottes Gnaden" bewilligt hatte und das nur die Kammern beschwören sollten, ist der konstitutionelle König mit der Fülle der ausübenden Macht bekleidet und die Quelle der Gesetzgebung; diese Gesetzgebung üben gemeinschaftlich mit ihm, aber nur nach den Vorlagen der Regierung, zwei Kammern, eine vom König ernannte Kammer erblicher, mit dem Majoritätsrechte versehener Pairs, aus deren Reihe man jedoch alle strich, die als Bonapartisten oder Republikaner bekannt waren, und eine durch Wahl gebildete Deputiertenkammer; dieser steht das Recht der Steuerbewilligung und die Einsicht in die Verwendung der Staatsgelder zu. Der Zensus eines Deputierten betrug 1000 Fr. direkter Steuer, der eines Wahlherrn 300 Fr. Die übrigen Hauptpunkte waren: Verantwortlichkeit der Minister, Unabhängigkeit der Gerichte mit Geschwornen, Religions- und Preßfreiheit, Anerkennung des Verkaufs der Nationalgüter, der Staatsschuld und des alten und neuen Adels, gleiche Berechtigung aller Bürger zu den Staats- und Kriegsämtern u. dgl. Auch sollte niemand seiner bisherigen Meinungen und Abstimmungen wegen verfolgt und beunruhigt werden. Aber alle freisinnigen Bestimmungen konnten durch den Artikel 14 der Charte, der den König ermächtigte, „die Verordnungen zu erlassen, die zur Ausführung der Gesetze und für die Sicherheit des Staates nötig seien", unter Umständen vernichtet werden.

Reaktion

Nur zu bald zeigte es sich, „daß die Bourbonen nichts gelernt und nichts vergessen hatten". Die Erinnerungen der Revolution und der Kaiserzeit wurden so viel als möglich vertilgt, die dreifarbige Nationalkokarde wurde durch die weiße ersetzt, die alten Aristokraten behandelten die neuen Emporkömmlinge mit Hohn und Übermut und verdrängten sie aus der Nähe des Hofes, wo der beschränkte Graf von Artois und die finstere, mit Haß gegen die Revolutionsmänner erfüllte Herzogin von Angoulême (Tochter Ludwigs XVI. [§ 22]) den Ton angaben. Die verabschiedeten Garden mußten gutbezahlten Schweizern weichen, die Offiziere der großen Armee wurden mit halbem Solde entlassen, die Ehrenlegion durch Verleihung zahlloser Kreuze an Unwürdige verächtlich gemacht, dem verbannten Kaiser selbst und seiner Familie der Vertrag von Fontainebleau nicht gehalten. Der Hof lebte im Überfluß, indes das Volk von der Last der unverminderten Abgaben und von den Folgen der Kriegsleiden schwer gedrückt wurde, der Klerus und die Emigranten dachten an die Wiedererlangung ihrer verlornen Güter, Zehnten und Feudalrechte, obschon die Güter durch Kauf meist schon in andere Hand gekommen waren; man sprach davon, alles seit fünfundzwanzig Jahren Geschehene für nichtig zu erklären. Dabei war Ludwig XVIII. ein körperlich unbeholfener Mann, ohne Würde und Ansehen, wenn auch nicht ohne Verstand und Herzensgüte, eigensinnig und voll Vorurteile gegen die neuen Zeitideen, und sein Günstling Blacas, von dem alle Staatsgeschäfte geleitet wurden, ein beschränkter Kopf. Eine große Verstimmung bemächtigte sich der Nation, der Wunsch einer Änderung wurde aufs

neue rege, besonders als gegen 100 000 Soldaten teils aus der Kriegsgefangenschaft, teils aus den fremden Festungen in die Heimat zurückkehrten und ihre bonapartistische Gesinnung im ganzen Land verbreiteten.

C. Die Herrschaft der hundert Tage.

§ 73. Napoleons Wiederkunft. Als Napoleon, der von den Streitigkeiten des Wiener Kongresses wohl unterrichtet war und auf diese Zwietracht baute, nun die Fehlgriffe der Bourbonen erkannte, als er vernahm, daß man den Emigranten ihre Güter zurückgeben wollte, „weil sie auf der geraden Bahn gewandelt", als er von Fouché, Davoust, Carnot, Maret, der Herzogin von St. Leu und andern seiner Anhänger, die mit ihm in ununterbrochenem Verkehr standen, über die Stimmung des Volks unterrichtet wurde, sprach er: „Noch ist Frankreich mein" und versuchte abermals sein Glück. Mit neunhundert Mann seiner Getreuen landete er bei Cannes an Frankreichs Südküste. Durch mehrere klug berechnete und rasch verbreitete Proklamationen, in denen er dem Volke den Fortbesitz seines Eigentums und aller durch die Revolution erworbenen Vorteile, dem Soldaten Kriegsruhm und die Tricolore und dem gebildeten Bürgerstande eine den Forderungen der Zeit angemessene Verfassung und Regierungsweise verhieß, gewann er sich schnell aller Herzen. Pomphaft verkündete er, „daß sein Adler von Turm zu Turm bis Notre Dame fliegen werde," und diese vermessene Weissagung erfüllte er in einem Triumphzuge, in welchem sich ihm das Heer und das Landvolk wie in einem Rausche der Erlösung an die Fersen hing. Überall prangte wieder die dreifarbige Kokarde: die zu seiner Bekämpfung ausgeschickten Truppen gingen scharenweise zu ihm über, die Bürger von Grenoble schlugen die Tore ein, als er in ihre Nähe kam, und der Obrist Labedoyère führte ihm die Besatzung zu. Umsonst eilte Artois nach Lyon und suchte durch Vertraulichkeit die Soldaten zu gewinnen. Der Ruf: „Es lebe der Kaiser!" schallte ihm entgegen, und als auch Ney, der sich vermessen hatte, den Usurpator gefesselt nach Paris zu bringen, zu dem frühern Waffengenossen überging, als sich Soult, Massena u. a. für ihn erklärten und unter allen Ständen eine Begeisterung laut wurde, wie in den schönsten Tagen der vergangenen Siegeszeit, da verließen die Bourbonen ratlos und bestürzt zum zweitenmal den heimatlichen Boden. Ludwig XVIII. nahm mit wenigen Getreuen seine Residenz in Gent, indes Napoleon am 20. März in die Tuilerien einzog und ein größtenteils aus Männern der Revolutionszeit wie Carnot, Maret (Bassano), Fouché, Davoust, Caulaincourt, Cambacérès u. a. bestehendes Ministerium bestellte.

Landung Napoleons 1. März 1815

7. März 1815

8. März

Flucht Ludwigs XVIII.

So begann die Herrschaft der hundert Tage unter den glücklichsten Vorzeichen für Napoleon, und eine neue Revolution in anderer Gestalt schien Europa zu bedrohen. Schon bildeten sich wieder die Klubs und boten dem Kaiser ihre starken Arme. Schon schallten die Gesänge der Revolutionszeit wieder, die Arbeiter in Paris verlangten Waffen, patriotische Verbindungen traten ins Leben. Aber Napoleon hatte seine Abneigung gegen Volksbewegungen noch nicht abgelegt, auch er hatte nichts gelernt und nichts vergessen. Er war düster und zerstreut in dieser ganzen Zeit und hatte das Selbstvertrauen und das Gefühl des Gelingens verloren. Er haßte und fürchtete die Freiheit der Straße. Mochte er es

Die hundert Tage

auch anfangs über sich gewinnen, durch Gewährung der Preßfreiheit, durch Begründung eines selbständigen Gemeindelebens, durch Einführung einer konstitutionellen Staatsform u. a. m. dem Zeitgeiste einige Huldigung zu bringen, so erkannte man doch leicht, daß es ihm nicht Ernst damit sei, daß er nicht aufrichtig auf das parlamentarische Staatswesen, auf die Selbstregierung des Volkes eingehe. Deshalb widerstrebten die gebildeten Mittelklassen des Volks, die für die Unterdrückung der konstitutionellen Regungen weder in der am 22. April veröffentlichten Zusatzakte zu der Reichsverfassung, so große Zugeständnisse dieselbe auch dem Liberalismus machte, noch in dem Schaufeste des Maifeldes, wo diese beschworen wurde, einen genügenden Ersatz fanden. So blieb dem Kaiser zu seinem unbedingten Anhang nichts als das Heer und ein Teil des niedern Volkes.

§ 74. Murats Ausgang. Nicht der Wunsch, der von der Nation verworfenen Königsfamilie der Bourbonen den Thron wiederzuerkämpfen, auch nicht allein die Besorgnis vor neuen Eroberungszügen Napoleons, sondern die Furcht vor einer demokratischen Regierung Frankreichs, einer Selbstbestimmung des französischen Volks hat die Herrscher in Wien schnell wieder geeinigt. Dazu kam Murats Unbesonnenheit, die den kaum geschaffenen Bau des europäischen Staatensystems von neuem umzustürzen drohte. Murat hatte noch vor Napoleons Abdankung sich von seinem Schwager, mit dem er nach dem russischen Feldzug in Zwist geraten war, getrennt und mit Österreich einen Vertrag geschlossen, vermöge dessen er Neapel als Königreich behalten, dafür aber den Vizekönig von Italien bekriegen sollte. Aber Murat fühlte bald das Unnatürliche dieses Verfahrens. Seinem militärischen Sinn widerstrebte ein solcher Verrat der gemeinschaftlichen Sache. Napoleons Landung und Siegeszug war für ihn das Signal zu einer neuen Schilderhebung. Umsonst warnte ihn der Kaiser vor übereilten Schritten; wie einst die Königin Karoline (§ 29) konnte auch er nicht abwarten, wie sich die Dinge gestalten würden. Er erklärte an Österreich den Krieg und rief die Völker Italiens zu den Waffen, um die Einheit und Unabhängigkeit des schönen Apenninenlandes zu begründen. Die Schlacht von Tolentino entschied jedoch wider ihn, und während er als Flüchtling nach dem südlichen Frankreich eilte, zogen die Österreicher in seine Hauptstadt ein und gaben den erledigten Thron dem früheren Besitzer Ferdinand I. zurück. Nach der Schlacht von Waterloo irrte Murat eine Zeitlang an der französischen Südküste umher. Endlich entkam er nach Corsika und unternahm von da aus mit einigen Anhängern eine Landung in Kalabrien, um das Volk zum Aufstand gegen Ferdinand zu bewegen. Aber er wurde mit seinen wenigen Begleitern leicht überwältigt und gefangen. Bald darauf wurde der Mann, der durch Kriegsmut und Glück von dem Sohne eines Gastwirts zum König des schönsten Landes emporgestiegen war, zu Pizzo erschossen.

Murats Haltung

2., 3. Mai 1815

13. Okt. 1815

§ 75. Belle Alliance. Murats Kampf und Talleyrands diplomatische Tätigkeit, die der Legitimitätslehre abermals den Sieg brachten, entschieden auch Napoleons Schicksal. Der Usurpator wurde von dem Wiener Kongreß für einen „Feind und Störer des Weltfriedens" erklärt, welcher der „öffentlichen Rache" verfallen sei, und ihm der Schutz der Gesetze entzogen (§ 71). Über eine halbe Million Krieger setzten die europäischen Mächte wider ihn in Bewegung. Von Italien her drangen Österreicher und Piemontesen, vom Oberrhein und der Schweiz Österreicher und Süddeutsche,

Neuer Kriegsbeschluß

vom Mittelrhein Russen vor, während in Belgien die Preußen unter Blücher und die Engländer unter Wellington aufmarschierten. Gegen diese richtete Napoleon seinen ersten Angriff. Er wollte sich zwischen beide schieben und sie einzeln schlagen, ehe sie sich vereinigen konnten. Es war das erste preußische Heer, das nach dem Gesetze vom 3. September 1814 auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht aufgeboten war. Leider hatte Blücher die Sachsen nach Westfalen zurückschicken müssen, weil diese durch die Verhandlungen über die Zukunft ihres Vaterlandes irregeführt, sich zu einer schweren Meuterei hatten verleiten lassen. Schon am 14. Juni kam es zu Gefechten, denen am 16. die Schlacht bei Ligny folgte, in der Blücher geschlagen wurde, während Ney bei Quatrebras das aus Engländern, Holländern, Hannoveranern u. a. zusammengesetzte Heer Wellingtons an einem Eingreifen in die Schlacht bei Ligny erfolgreich hinderte. Dort kam Blücher durch den Sturz seines verwundeten Pferdes in die größte Gefahr, aus der ihn nur der standhafte Mut seines Adjutanten Nostitz rettete, hier fand der ritterliche Friedrich Wilhelm von Braunschweig (§ 59) den Tod. Trotz der Niederlage bei Ligny war aber die Haltung der preußischen Truppen unerschüttert geblieben; gegen Gneisenaus Rat nahmen sie ihren Rückzug in guter Ordnung nach Norden, um in Verbindung mit Wellington zu bleiben. So konnte der englische Feldherr den Kampf mit Napoleon am 18. Juni bei Belle-Alliance oder Waterloo im Vertrauen auf die preußische Hilfe annehmen.

Ligny 16. Juni 1815

Napoleon hatte den 17. unbenutzt gelassen; er scheint es nicht für möglich gehalten zu haben, daß ein geschlagenes Heer seine Verbindungslinie aufgäbe, um in der Nähe des Siegers zu bleiben. Deshalb schickte er in der Richtung auf Namur nur Grouchy mit 33000 Mann gegen Blücher aus, während er selbst mit dem Hauptheere von 72000 Mann sich gegen Wellington wandte. Lange schwankte der Sieg; Wellingtons Reihen lichteten sich stark vor den wütenden Angriffen der Franzosen. Furchtbar tobte der Kampf auf der Höhe von Mont St. Jean, wonach die Franzosen die Schlacht benennen. „Unser Plan ist ganz einfach," rief Wellington seinen Offizieren zu, „die Preußen oder die Nacht. Aushalten bis auf den letzten Mann." Und wirklich erreichten die Preußen trotz der furchtbaren Strapazen und Hindernisse, die sie in den von dem strömenden Regen völlig aufgeweichten, fast ungangbaren Wegen und Feldern zu überwinden hatten, das Schlachtfeld. Gegen ½5 Uhr erschien Bülow in der rechten Flanke Napoleons, und um das Dorf Planchenoit wurde in mörderischem Kampf gerungen. Endlich gab das Eingreifen Ziethens den Ausschlag. Trotz der heldenmütigen Tapferkeit der alten Krieger — dem General Cambronne wurden später die Worte in den Mund gelegt: „Die Garde stirbt, aber ergibt sich nicht!" — wandten sich die Franzosen zur Flucht, die unter der von Gneisenau geleiteten schnellen und scharfen Verfolgung der Preußen zu ihrer völligen Auflösung und Vernichtung führte. Bleich und verwirrt ließ sich Napoleon, von dem mit dem Glück auch die alte Spannkraft und die Gabe der raschen Erfindung gewichen zu sein schien, von Soult aus der Schlacht führen und eilte, von den Feinden in Genappe überrascht, ohne Hut und Degen sich auf ein Pferd werfend nach Paris. Sein kostbares Geräte, seine goldenen und silbernen Teller, sein Kriegsschatz und seine Diamanten fielen den Verfolgern in die Hände.

Belle-Alliance 18. Juni

Zugleich mit der Schlacht bei Belle-Alliance hatte zwischen den preußischen Truppen unter Thielemann und den Franzosen unter Grouchy ein Gefecht bei Wavre stattgefunden, dem die Nacht erst ein Ende machte, ohne daß aber Grouchy am Abmarsch gehindert werden konnte. Später ist Grouchy ohne Grund einer zweideutigen oder gar verräterischen Haltung beschuldigt worden.

§ 76. Napoleons Ausgang. In Paris trieb nun Fouché ein frevelhaftes Spiel von Trug und Intrigue. Er wirkte im Interesse der Bourbonen, mit denen er schon lange, sowie mit Wellington und Metternich, geheime Verbindungen angeknüpft hatte, ließ aber die Kammern nichts

Stimmung in Paris

davon merken. Er ging mit allen, um es mit keinem zu verderben, bereit gegen jeden zu gehen, um jeden zu verderben, gegen den das Glück sich wenden würde. Die Repräsentanten des Volks waren dem kaiserlichen Despotismus Napoleons eben so abhold wie den Bourbonen. Ihr Streben war bürgerliche Freiheit mit Volkssouveränetät, sei es in monarchischer oder republikanischer Form. Das Bürgertum, das in dieser Kammer zum erstenmal wieder seinen Ausdruck fand, stieß Napoleon von sich als das Hindernis des Friedens. Die Kammern stellten deshalb an den zurückgekehrten Kaiser die Forderung, daß er dem Throne entsage.

Abdankung Napoleons 22. Juni 1815

Nach einigem Widerstreben fügte sich der gebeugte Herrscher diesem Ansinnen; er legte die Regierung nieder zugunsten seines Sohnes Napoleon II. und flüchtete sich dann, als der siegreiche Feind zum zweitenmal vor den Mauern von Paris erschien, nach Rochefort. Dort übergab er sich den Engländern, die den Hafen besetzt hielten, in der Hoffnung, in England

15. Juli

als Privatmann leben zu können. Doch wurde er auf dem Schiffe Bellerophon sofort als Kriegsgefangener behandelt und dann auf Anraten Englands unter Zustimmung der übrigen Mächte als Staatsgefangener nach der Insel St. Helena gebracht, um dort sein Leben zu beschließen.

Napoleon in St. Helena

Am 18. Okt. landete er an dem Ort seiner Verbannung. Hier lebte er, getrennt von den Seinen, in ungesundem Klima und unter der harten Wache des unfreundlichen, pedantischen Statthalters Hudson Lowe. Wenige Freunde, darunter Bertrand mit seiner Familie, Montholon, Las Cases, teilten seine Verbannung. Gram über seinen Sturz, Mangel an gewohnter Tätigkeit und Ärger über die unwürdige Behandlung brachen seinen

5 Mai 1821

gesunden Körper und beugten seinen starken, stolzen Geist vor der Zeit. Nach sechs peinvollen Jahren fand er im Grabe die Ruhe, die ihm im Leben fremd geblieben war. Das Schicksal hatte sich grausamer gewendet, als Napoleons düsterste Ahnungen ihm vorgespiegelt. „Verlasse meinen Sohn nicht," hatte er einst an seinen Bruder Joseph geschrieben, „und denke daran, daß ich ihn lieber in der Seine wüßte, als in den Händen meiner Feinde; das Los des Astyanax ist mir immer als das unglücklichste in der Geschichte erschienen." Und diesem Sohn, dem er einst die Krone der Welt in die Wiege gelegt hatte, „war ein milderes, aber kein besseres Geschick bestimmt, als dem unglücklichen Königskinde von Troja. Die Prinzessin aber, die er zu sich emporgehoben, hatte kein Gefühl davon, was es heißt, Hektors Gattin zu sein." Napoleons Sohn, Franz Joseph Karl, war schon 1814 nach dem Schlosse Schönbrunn in Wien gebracht worden. Als seine Mutter Marie Luise im März 1816 die Regierung von Parma übernahm, blieb er unter der persönlichen Obhut des Kaiser Franz in Wien. Ein zwischen den verbündeten Mächten 1817 abgeschlossener Vertrag beraubte ihn des Erbrechts auf Parma, wofür ihm Kaiser Franz die Herrschaft Reichstadt in

Der Herzog v. Reichstadt †22. Juli 1832

Böhmen verlieh. Seinen Wünschen, den Thron seines Vaters wieder einzunehmen, trat Metternich entgegen. Schon im Juli 1832 starb der Herzog von Reichstadt in Schönbrunn. Napoleons Gemahlin hatte sich schon 1822, ein Jahr nach seinem Tode, mit dem Grafen Neipperg vermählt, den man ihr von Wien aus als Oberhofmeister mit nach Parma ge-

Marie Luise

geben hatte. Sie starb am 17. Dezember 1847.

D. Die Restauration.

Blücher in Paris

§ 77. Der zweite Pariser Friede. Blücher beschleunigte nach der Schlacht bei Belle-Alliance den Marsch der preußischen Truppen so sehr,

29. Juni

daß er schon nach 11 Tagen am 29. Juni in St. Denis war, während Wellington langsamer nachgezogen kam. Nach einigen Gefechten im Süden

2. Juli

von Paris wurde Davoust zur Übergabe der Stadt gezwungen, die nun von Blücher als eine eroberte behandelt und schärfer als im Jahre 1814 angefaßt wurde. Er wollte auch eine Kriegskontribution von 100 Millionen Franken erheben und die Brücke von Jena sprengen lassen; Wellington suchte das so lange zu verhindern, bis die Monarchen nach Paris kamen.

Dagegen setzte Blücher die Zurückgabe der von Napoleon geraubten Kunstschätze durch.

Die Sprengungsarbeiten an der Brücke hat Blücher selbst einstellen lassen, nachdem ihm durch Beugnot, der mit Talleyrand am 28. Juni in die Regierungskommission berufen worden war, mitgeteilt worden war, daß der Name der Brücke geändert werden solle. Die Erzählung von der Drohung Ludwigs XVIII., sich selbst mit der Brücke in die Luft sprengen zu lassen, ehe er eine solche Schändung der französischen Ehre zugebe, gehört in das Reich der Sage.

„Der Apoll kehrte", wie Pertz sagt, „ins Belvedere, die Venus in das Haus der Medici, der Löwe nach Venedig, das Viergespann auf die Markuskirche zurück; die Archive des Vatikans, Turins, Spaniens, Hollands, die Tausende kostbarer Handschriften und Drucke der deutschen, niederländischen, italienischen Bibliotheken wanderten in ihre Heimat; und der lebhaften Verwendung der preußischen Staatsmänner, besonders Humboldts und Eichhorns, verdankte es Deutschland, daß ein kostbarer Teil der pfälzischen Bibliothek, welche durch Tilly und Maximilian von Bayern nach Rom gekommen war (Bd. III), der Universität Heidelberg zurückgegeben wurde."

Rückkehr Ludwig XVIII.

Blücher konnte nicht verhindern, daß die Bourbonen, als deren Schützer Wellington von vornherein aufgetreten war, mit dem englischen Feldherrn nach Paris zogen. Auch die französischen Kammern hatten sich getäuscht in ihrer Meinung, daß nach der Entfernung Napoleons ihnen die Wahl der neuen Regierung überlassen werden würde. Nach einer Unterredung mit Ludwig XVIII. in St. Denis löste Fouché, den Talleyrand dem König vorgestellt hatte, die provisorische Regierung auf und ließ in der Nacht das Sitzungshaus der Kammern, die sich für permanent erklärt hatten, schließen. Dann zog wenige Tage nach der Übergabe von Paris Ludwig XVIII. unter fremden Bajonetten abermals in die Tuilerien ein. Das Volk war 8. Juli 1815 still und teilnahmlos. Die Truppen wurden entlassen, die Kammern aufgelöst und durch Proskriptionen eine Anzahl hervorragender Männer in die Verbannung gestoßen oder ihrer Ämter beraubt oder zum Tode verurteilt. Fouché, den Ludwig XVIII. zum Polizeiminister ernannte, stellte die Proskriptionsliste auf!

Schicksal der Anhänger Napoleons

Zu denen, welche zum Tode verurteilt wurden, gehörten Ney und Labedoyère. Die Verurteilung des ruhmgekrönten Marschalls von der Moskwa war ein Schandfleck des Gerichtshofs der Pairs, und seine Erschießung, wobei er mit militärischem Geiste selbst 7. Dez. 1815 kommandierte, galt für eine Verletzung der mit Wellington abgeschlossenen Übereinkunft. Was die Hinrichtung um so peinlicher machte, war, daß man daneben einen Mann wie Davoust frei, in Ehren und bald zur Pairswürde erhoben sah, weil er noch zeitig genug seinen frühern Herrn und Meister verraten hatte. Auch Lavalette, der als Direktor der Posten für Napoleons Wiedereinsetzung gewirkt hatte, wurde als Hochverräter zum Tode verurteilt, aber durch seine treue Gattin Emilie Louise Beauharnais, eine Nichte der Kaiserin Josephine, aus dem Kerker und nach einigen Wochen wunderbarer Verborgenheit durch einige englische Offiziere aus Paris gerettet. Unter den Verbannten befanden sich alle Glieder der Napoleonischen Familie, alle sogenannten Königsmörder, d. h. die Abgeordneten des Konvents, die für Ludwigs XVI. Tod gestimmt hatten; darunter war auch Fouché, der daher genötigt wurde, das ihm von den Bourbonen anfangs gelassene Amt eines Polizeiministers niederzulegen und sich ins Ausland zu begeben; dasselbe taten Sieyès, Carnot, Barère, Cambacerès, ferner die Feldherren und Staatsmänner, die sich während der hunderttägigen Regierung an Napoleon angeschlossen hatten, als Soult, Maret, Thibaudeau, Arrighi, Mouton u. a. Die meisten nahmen ihren Aufenthalt in Belgien, Fouché dagegen, der vor der Bekanntmachung des Verbannungsdekrets als Gesandter nach Dresden gegangen war, begab sich zuerst nach Prag und starb am 25. Dez. 1820 in Triest.

Mittlerweile zog über eine halbe Million verbündeter Truppen in das französische Reich ein und nahm Rache an den Bewohnern für die Kriegsleiden, mit denen Frankreich so lange und so schwer andere Völker heimgesucht hatte. Die verbündeten Monarchen schlugen abermals ihren Wohnsitz in Paris auf und standen den Bourbonen bei Begründung der

neuen Ordnung mit Rat und Tat zur Seite. Endlich, als die Restauration gesichert schien und das französische Staatswesen nach Alexanders Wunsch geordnet war, kam der zweite Pariser Friede zustande, in welchem Frankreich auf die Grenzen von 1790 beschränkt wurde, 700 Millionen Franken Kriegsentschädigung zahlen und in 17 Grenzfestungen fünf Jahre lang ein Bundesheer von 150,000 Mann unterhalten mußte. Der Antrag Preußens, dem sich die Niederlande und Württemberg anschlossen, die ehemals deutschen Provinzen Lothringen und Elsaß nebst Straßburg wieder mit Deutschland zu vereinigen, ein Antrag, der mit den gewichtigsten Gründen von deutschen Staatsmännern und Feldherren (Gneisenau, Stein, Hardenberg, Humboldt, Münster u. a.) unterstützt wurde, scheiterte an dem Widerstande Rußlands und Englands, die zur Ruhe Europas und zu einem dauernden Frieden das bourbonische Königtum nicht entbehren wollten. Auch der Plan, den christlichen Orient vom Joche der Türken zu befreien, womit Alexander schon damals umging und zu dessen Verwirklichung er eines mächtigen Frankreichs bedurfte, und die Besorgnis, Deutschland möchte zu stark werden und seine freien Kräfte wider Rußland kehren, bestimmten den russischen Kaiser, sich der Schmälerung des französischen Gebiets zu widersetzen.

Zweiter Pariser Friede 20. Nov. 1815

So war Frankreich, wenn es gleich im zweiten Pariser Frieden an Preußen Saarlouis und Saarbrücken, an Bayern das linke Ufer der Lauter mit Landau, an die Niederlande das Herzogtum Bouillon und an Sardinien einen Teil von Savoyen abtreten mußte, doch an Umfang größer als vor der Revolution, weil die Enklaven (Avignon, Mömpelgard u. a. O.) ihm überlassen und alle Feudalrechte in Lothringen und Elsaß aufgehoben blieben. „Für Deutschland (sagt Pertz in „Steins Leben") ging aus diesen Kämpfen und Verhandlungen die teuer erkaufte Lehre hervor, daß keine der großen europäischen Mächte aufrichtig sein Heil, seine Sicherheit und Kraft wünschte, daß jede derselben unter allen Umständen bereit ist, mit deutschem Blute und deutschen Waffen ihre Kriege zu führen, daß deutsche Mächte, die großen wie die kleinen, in der Stunde der Not gesucht und gefeiert und mit den bündigsten Versprechungen zur Hingebung ermuntert werden, daß aber, sowie deutsche Heere den Sieg errungen haben und der gemeinschaftliche Feind niedergeworfen ist, keine deutsche Macht, weder große noch kleine, auf gerechte Entschädigung und auf die notwendigen Bedingungen der Unabhängigkeit rechnen darf, sondern erwarten muß, daß die andern Mächte sich über Deutschlands Verluste die Hände reichen. Deutschland darf seine Hoffnung so wenig auf England als auf Rußland oder Frankreich setzen; es darf auf niemand rechnen als auf sich selbst, erst wenn kein Deutscher mehr sich zu des Fremden Schildknappen erniedrigen mag, wenn vor dem Nationalgefühl alle kleinen Leidenschaften, alle untergeordneten Rücksichten verstummen, wenn infolge einträchtiger Gesinnung ein starker Wille Deutschlands Geschicke lenkt, wird Deutschland wieder, wie in seinen früheren Zeiten, kräftig, stolz und gefürchtet in Europa stehen."

§ 78. Die Heilige Allianz. Noch vor dem Abschluß des zweiten Pariser Friedens wurde in Paris zwischen den drei verbündeten Herrschern, Alexander I. von Rußland, Friedrich Wilhelm III. von Preußen und Franz II. von Österreich die sogenannte „Heilige Allianz" geschlossen. Auf den russischen Kaiser hatte Frau Juliane v. Krüdener großen Einfluß gewonnen und seinen an und für sich romantisch angelegten Charakter in eine mystisch-religiöse Richtung zu führen gewußt, die sehr gut auch zu seiner Idee paßte, der Hort und Schützer des europäischen Friedens zu sein.

26. Sept. 1815

Das merkwürdige Schriftstück, das den europäischen Nationen den ewigen Frieden bringen und alle christlichen Völker zu einer großen Familie vereinigen sollte, lautet:

„Im Namen der heiligen und untrennbaren Dreieinigkeit. Ihre Majestäten der Kaiser von Österreich, der König von Preußen und der Kaiser von Rußland haben infolge der großen Ereignisse der letzten Jahre und insbesondere der Wohltaten, welche die göttliche Vorsehung den Staaten erwiesen hat, die ihr Vertrauen und ihre Hoffnung allein

auf sie setzten, die innige Überzeugung von der Notwendigkeit gewonnen, ihre gegenseitigen Beziehungen auf die erhabenen Wahrheiten zu gründen, welche uns die Religion des göttlichen Heilandes lehrt. Sie erklären feierlich, daß der gegenwärtige Akt nur den Zweck hat, im Angesichte der ganzen Welt ihren unerschütterlichen Entschluß zu bekunden, zur Richtschnur ihres Verhaltens im Innern der Staaten wie nach außen nur die Vorschriften dieser heiligen Religion, die Vorschriften der Gerechtigkeit, Liebe und Friedseligkeit zu nehmen, welche, weit entfernt, nur für das Privatleben bestimmt zu sein, im Gegenteil besonders die Entschlüsse der Fürsten beeinflussen und alle ihre Pläne bewahren müssen, nur ein Mittel zu sein zur Befestigung der menschlichen Einrichtung und zur Heilung ihrer Unvollkommenheiten. Infolgedessen haben Ihre Majestäten sich über folgende Artikel geeinigt:

Art. I. In Gemäßheit der Worte der Heiligen Schrift, welche allen Menschen befiehlt, sich als Brüder zu betrachten, werden die drei Monarchen vereinigt bleiben durch die Bande einer wahren und unauflöslichen Brüderlichkeit, sich als Landsleute ansehen und sich bei jeder Gelegenheit Hilfe und Beistand leisten; sie werden sich ihren Untertanen und Armeen gegenüber als Familienväter betrachten und dieselben im Geiste der Brüderlichkeit lenken, um Religion, Frieden und Gerechtigkeit zu schützen.

Art. II. Infolgedessen soll als der einzige Grundsatz, sei es zwischen den genannten Regierungen, sei es zwischen ihren Untertanen, gelten, sich gegenseitige Dienste zu erweisen, durch unveränderliches Wohlwollen die Zuneigung zu bezeugen, zu der sie sich verpflichtet haben, sich nur als Glieder der einen christlichen Nation zu betrachten. Die drei verbündeten Fürsten sehen sich nur an als die Bevollmächtigten der Vorsehung, um drei Zweige einer und derselben Familie zu regieren: Österreich, Preußen und Rußland, damit bekennend, daß die christliche Nation, zu der sie und ihre Völker gehören, in Wahrheit keinen andern Souverän hat als den, dem allein die Macht gehört, weil in ihm alle Schätze der Liebe, der Erkenntnis und der unbegrenzten Weisheit liegen, d. h. Gott, unsern göttlichen Erlöser Jesus Christus, das Wort des Höchsten, das Wort des Lebens. Ihre Majestäten empfehlen daher ihren Völkern mit der pünktlichsten Sorgfalt als das einzige Mittel, dieses Friedens teilhaftig zu werden, welcher aus dem guten Gewissen entspringt und allein von Dauer ist, sich täglich mehr zu befestigen in den Grundsätzen und der Erfüllung der Pflichten, welche der göttliche Heiland die Menschen gelehrt hat.

Art. III. Alle Mächte, welche sich feierlich zu diesen heiligen Grundsätzen bekennen wollen und erkennen, von welchem Einfluß es auf das Glück der so lange beunruhigten Nationen ist, daß diese Wahrheiten fortan ihren ganzen gebührenden Einfluß auf die menschlichen Geschicke ausüben, werden mit großer Freude in diese Heilige Allianz aufgenommen werden.

Paris im Jahre der Gnade 1815, den 14./26. September.

Franz, — Friedrich Wilhelm, — Alexander."

Zweites Buch.

Literatur und Kunst Europas im Zeichen der Romantik.

Erstes Kapitel.

Literatur (die außerdeutsche bis zum Ende des Jahrhunderts)*).

Deutschlands Einfluß auf die übrigen Länder

§ 79. Der Niedergang des französischen Klassizismus. Bis gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts erhielten die Literaturen ganz Europas ihr Gepräge durch den französischen Klassizismus. Deutschland warf unter Lessings Führung zuerst die beengenden Fesseln eines irreführenden Regelwerks ab. Was der Dichter der „Emilia Galotti" begonnen hatte, förderten und vollendeten Goethe und Schiller. Durch ihre Jugenddichtungen erhielt dann zunächst in England das wiedererwachte Heimatsbewußtsein neue Antriebe und Anregungen. Auch der ferne Osten empfand die Rückwirkung der deutschen Kunstblüte. In Rußland wurden die Werke Schillers, Klopstocks, Bürgers, Herders u. a. m. übersetzt; nach deutschem Vorbilde erstand eine Balladendichtung, und, statt der französischen Künstelei, knüpfte u. a. Oserow an Schillers Bühnenstücke an. Anders lagen die Verhältnisse in Polen, wo die mit den Jesuiten gekommene lateinische Sprache noch bis 1800 einen Hemmschuh für die nationale Entwickelung der Dichtkunst bildete, den auch die am Ausgange des Jahrhunderts einsetzende Nachahmung der Franzosen nicht beseitigte. Dagegen behauptete sich in Dänemark das deutsche Vorbild, wie ehedem mit dem Anschluß an die Schlesische Schule, so jetzt durch den Einfluß des heiteren Wieland und des würdigen Klopstock, der neben Goethe auch in Schweden bereitwillige Nachfolge fand, während Norwegen, soweit es nicht an der dänischen Bewegung unmittelbar teilnahm, sich wenigstens auf sein Volkstum und seine heimischen Muster besann. Holland nahm auch Anläufe zur Unabhängigkeit. Wie weit es dazu Hilfe bei Deutschland suchte und fand, des ist außer anderen Rhijnvis Feith Zeuge, mochte auch der deutschfeindliche Bilderdijk noch so laut poltern (§ 80). In ihrem Stammlande Frankreich selbst war die klassische Richtung nicht unangefochten geblieben, wie ja bekanntlich Diderot z. B. als Mitstreiter Lessings gelten darf. Nach dem Sturme des politischen Umsturzes und noch im Lärme der anspruchsvollen Hofdichter des ersten Kaiserreichs wob Frau von Staël (§ 90) zarte Fäden zur geistigen Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen. Ihr

*) Diese Erweiterung ist erfolgt, weil diese Literaturen bei der Kürze, mit der sie behandelt werden müssen, sich nicht zerreißen lassen, und weil sie bis zum Ende des Jahrhunderts unter dem Einflusse der Romantik stehen.

schönes Ziel hat sie wenigstens insoweit erreicht, als ihr Stiefvaterland von den Erzeugnissen deutschen Geistes Kenntnis nahm. Spanien ist durch deutsche Forscher erst wieder auf die literarischen Größen seiner Vergangenheit aufmerksam geworden, so durch August Wilhelm von Schlegel auf Calderon; auch Lessings Lehre wies dem Schauspiel den Weg zu reinerer Kunst. Ebenso bewährte in Portugal, wenn auch sehr spät, das deutsche Schrifttum seine befreiende Kraft, und Italien, unsere ehemalige Lehrmeisterin, nahm jetzt als Gegengabe fruchtbare Ideen für nationale Schöpfungen von Deutschlands Klassikern an. Ungarns Literatur machte in den deutschschreibenden Dichtern natürlich den von Jena und Weimar aus angebahnten Aufschwung mit; aber auch der nationalste Dichter, Vörösmarty (§ 93), trägt den Stempel deutscher Kunst gleich dem weltbürgerlichen Vermittler fremdländischer Dichtung und Goethe-Übersetzer Kazinczy (§ 93). Selbst Griechenland vermochte sich den Einflüssen der deutschen Geistesbildung nicht zu entziehen, so tief es in den französischen Anschauungen befangen war. Lessings und Goethes Stücke fanden doch schließlich auch dort Eingang.

§ 80. Nationale Strömungen. Die Frühromantik. In Deutschland war die Herrschaft der klassischen Kunst Frankreichs durch Lessing tief erschüttert und während der Blütezeit in ihren letzten Spuren beseitigt worden. Auch das bleibt ein unvergängliches Verdienst unserer großen Dichter, daß sie in der Zeit ärgster politischer Zerfahrenheit ein einigendes Band um die fast der Auflösung verfallene Nation geschlungen haben, indem sie ihr in ihrem bildungsdurstigen Teile ein gemeinsames ästhetisches Empfinden einimpften. Jena und Weimar waren die Brennpunkte, von denen die literarische Bildung unseres Volkes ausstrahlte, die Geburtsstätten unserer Kultur. Hier entfaltete sich eine Tätigkeit, so gespannt, wirkten Kräfte, so zahlreich wie noch nie auf gleich beengtem Raume. Aber als der Tod die großen Dichter und Denker einen nach dem anderen abgerufen, die Schlacht von Jena (§ 47) den ruhigen Frieden dieses still schaffenden Kreises unverwindbar gestört hatte, da war es um Weimars Vorherrschaft geschehen: alle Städte und Landschaften begannen jetzt in eigenem Lichte zu strahlen. Nun erst gewahrte man die Riesenfortschritte der Bildung im ganzen Vaterlande. Hatten die Deutschen durch Jahrhunderte hindurch ihre geistigen Bedürfnisse an fremdem Abfall gesättigt, so wandte sich nun die Aufmerksamkeit der Welt dem deutschen Volke zu, das seinen früheren Lehrmeistern Muster und Vorbild ward. Nur der humoristisch-sentimentale Roman lehnte sich an englische Erzähler an. 1. Deutschland

Der Roman, die noch am wenigsten durch strenge Regeln bestimmte Literaturgattung, erschien der Gärung in den siebziger Jahren als die geeignetste Form, in der Grundsätze und Ansichten, Gefühle, Betrachtungen und Erfahrungen in die Öffentlichkeit gebracht werden konnten. Die Tendenzromane aus der Zeit des Sturms und Dranges, wie „Klingers Faust", auch Goethes „Werther", hatten der nüchternen Wirklichkeit eine dichterische Idealwelt, ein poetisches Gefühls- und Geistesleben entgegengesetzt. Jetzt stellte diesen „Genialen" und dem „Weltschmerze" eine Reihe Schriftsteller einen allgemeinen „Weltscherz" gegenüber. Sie wollten nicht das ganze Leben umgestalten, sondern nur einige Mängel beheben; sie bekämpften nicht wie jene alles Kleine und Schwächliche, sahen vielmehr „des Menschen größte Zwecke und Bestrebungen oft an die kleinsten Anlässe, Beweggründe und Mittel geknüpft und fanden des Menschen Schwäche liebenswürdig, seine Kleinheit rührend. Daher setzten sie in ihren Romanen eine humoristische, heitere, ja beschränkte Lebensbetrachtung an die Stelle des tragischen Ernstes der Genialen." Der Roman

Diese humoristischen Romane, die sich an die der Engländer Sterne, Smollet, Fielding und Goldsmith (Bd. III) oder an „Don Quixote" und „Gil Blas" lehnten, schilderten am liebsten Sonderlinge und Originale, Menschen mit närrischen Leidenschaften, Launen und Schwächen. Zahlreiche Übersetzungen förderten die Verbreitung dieser Literaturgattung und Humoristischer Roman

ihre Nachahmung in Deutschland. Da aber hier das freie öffentliche Leben Englands fehlte, so drehen sich die deutschen humoristischen Romane hauptsächlich um Meinungen, Gelehrsamkeit, Wissenschaft, besonders aber um Religion und Theologie. Johann Timotheus Hermes aus der Gegend von Stargard brachte in einer Folge breiter Romane, von denen Sophiens Reise von Memel nach Sachsen am bekanntesten ist, seine Ansichten und Lehren über Ehe, Haus und weibliche Erziehung, namentlich seine Gedanken über den geistlichen Stand und seine Hebung an. Abhold aller Gefühlseligkeit, preist er alte Sitte, Zucht und Ehrbarkeit, aber auch Spießbürgerlichkeit. Der in Leben und Werken gleich widerspruchsvolle, seine Schriftstellerei ängstlich geheimhaltende Theodor Gottlieb von Hippel aus Gerdauen, der als Stadtpräsident von Königsberg starb, ließ in den Lebensläufen nach aufsteigender Linie nebst Beilagen A. B. C. und in den Kreuz- und Querzügen des Ritters A bis Z Phantasie und Humor frei walten. Ein scharfer Beobachter und nachdenklicher Mann — er war Kantianer —, verarbeitete er in seinen Romanen eigene wie fremde Schicksale, seine religiösen, politischen und wissenschaftlichen Ansichten, seine Ideen und Beobachtungen über Gesellschaft, Ehe, Frauenleben u. a. m., Gegenstände, die er dann auch in Einzelaufsätzen, wie Über die Ehe, Über die bürgerliche Verbesserung der Weiber, behandelte. Johann Karl August Musäus aus Jena, zuletzt Professor am Gymnasium in Weimar, kämpfte als Jünger Wielands und in des Meisters gefälliger Art gegen die Empfindsamkeit (Der deutsche Grandison) und in den Physiognomischen Reisen gegen Lavater. Hier seine Stärke, ward die Ironie seine Schwäche in der wohlgemeinten Sammlung Volksmärchen der Deutschen. Ein ausgesprochener Gegner aller Phantastik und Kraftgenialität vom Standpunkte der Aufklärung war der satirische Johann Gottwerth Müller, Buchhändler in Itzehoe, mit seinen Romanen, besonders dem Siegfried von Lindenberg. Viele Angriffe hatte der preußische Feldprediger August Heinrich Julius Lafontaine wegen seiner spießbürgerlich-empfindsamen Art zu erdulden. Ein Vielschreiber, nützte er sein Talent bald ab, so gut seine Absichten im Quinctius Heymeran von Flamming (gegen die Standesvorurteile) und in seinen erzieherischen Schriften waren. Johann Karl Wezel aus Sondershausen, einst gefeiert wegen seiner freilich stark auftragenden Darstellung, besonders in dem Roman Lebensgeschichte Tobias Knauts des Weisen, eines Sonderlings, starb, aus verletztem Ehrgefühl krank geworden, in Geistesumnachtung. — In diesen Kreis gehört auch der in Band III erwähnte Moritz August von Thümmel.

Hermes 1738—1821

von Hippel 1741—1796

Musäus 1735—1787

Joh. Gottw. Müller 1743—1828

Lafontaine 1759—1831

Wezel 1747—1819

Den ersten Rang unter den humoristischen Romanschreibern nimmt Johann Paul Friedrich Richter, Jean Paul, wie er sich selbst nannte, ein. Er war in Wunsiedel geboren, vertauschte nach 1781 das theologische Studium in Leipzig mit dem freien Berufe des Schriftstellers, wurde aber durch die Not zur Lehrtätigkeit gezwungen. Bald glaubte er wieder von der Feder leben zu können. Er besuchte Bayreuth, Weimar, wo er seiner „Titanide", Charlotte von Kalb, näher trat als dem großen Dichterpaare, dann Leipzig, verweilte wieder an den thüringischen Höfen, ließ sich aber nach seiner Verheiratung mit Karoline Meyer endlich in Bayreuth nieder, unterstützt durch Dalberg und König Max I. Die ländliche Einsamkeit, in der der Pfarrersohn geboren wurde, überließ den Knaben seiner regen Kinderphantasie und einem reichen Gefühlsleben. Dadurch wurde seine Vorliebe für das Klein- und Stilleben geweckt, die ihn nie verlassen hat und verbunden mit der Empfindsamkeit und ewig jungen Gefühlswärme seiner Natur den Grundton seiner Schriften bildet. Schon auf der Schule in Hof begann er in einer Zettelsammlung allerhand Lesefrüchte und Aufzeichnungen für zukünftigen Gebrauch aufzuspeichern. Später zwang ihn des Vaters Tod zur Schriftstellerei. Er begann eine ausgedehnte Lektüre, namentlich der Werke Rousseaus. Doch eignete er sich nur an, was seiner Natur, seiner Denk- und Empfindungsweise entsprach. So blieb seine Bildung bei aller Breite einseitig. Sein ganzes Leben bewegte sich in dem Sinnes- und Empfindungskreise der Jugend, und die Sentimentalität, die Allmacht schöner Gefühle und die Begeisterung und Schwärmerei für ideale Zustände, wie sie bei der Jugend vorherrschen, bei ihm aber in erhöhtem Maße lebendig waren, übertrug er in seine Schriften. In ihnen finden sich jene Grundsätze einer leuchtenden Tugend, jener Sinn für Reinheit und Unschuld der ersten Jahre, jene gesteigerten Begriffe von Freundschaft und Liebe, endlich der stürmische Freiheitsdrang, wie sie sich in edlen Jünglingen zeigen.

Jean Paul 1763—1825

Charakter der Romane Jean Pauls

Der Gegensatz dieser idealen Welt mit ihren „hohen Menschen" zur Wirklichkeit bildet die Grundlage aller Romane Jean Pauls, die daher einen doppelten Charakter tragen. Humoristisch sind sie, indem sie die Außenwelt mit Spott und Ironie verfolgen, aber auch die Höhen und Tiefen des menschlichen Daseins mit sonnenhellen Blicken betrachten, idealistisch, insofern die Helden als Muster aller Vollkommenheit und Seelenreinheit dargestellt werden. Arm an Handlung, schwelgen die Romane in Gefühl und Gesinnung; ihr Hauptreiz liegt in der Kleinmalerei, in den idyllischen Schilderungen aus dem einförmigen Leben der Landpfarrer, Dorfschullehrer und Amtleute, auch aus den gesellschaftlichen Zuständen an kleinen Höfen. Jean Paul hat es verschmäht, sich an den großen Mustern der Hellenen zu bilden. Daher verlor er sich in alle Irrgänge der Formlosigkeit. Seine phantastische Manier der Darstellung, in die er allerlei fremdartige Kenntnisse, dunkle Bilder, Vergleiche und Anspielungen aus seinen gelehrten Sammlungen oder aus seiner unerschöpflichen Einbildungskraft einstreute, schmälert unleugbar den Genuß. Dagegen haben ihn seine Idealität und Gefühlsinnigkeit, das „liebevolle Versenken in die innere Entwickelung der Persönlichkeit und sein aufgeschlossener Sinn für das Leben der Natur" zum Liebling der weiblichen Leserwelt gemacht, die leicht über Dunkelheit und Regellosigkeit hinwegsah. Doch hat auch Herder, mit dem Jean Paul während seines ersten Aufenthalts in Weimar 1796 Freundschaft schloß, günstig über ihn geurteilt. Am gelungensten sind seine Naturschilderungen, seine Landschaftsbilder, worin Berge und Täler, Dörfer und Lustgärten, der stille Haushalt der Natur mit Sonnenauf- und Sonnenuntergang, die Beleuchtung und landschaftliche Stimmung mit zarter Kunst gezeichnet werden. Dagegen verflüchtigt der Dichter die Liebe häufig zu bloßer Empfindelei ohne alle sinnliche Unterlage.

Jean Paul begann mit der Satire nach dem Vorgange Swifts (Bd. III). 1783 erschienen die Grönländischen Prozesse. Bald ging er zum humoristischen Romane über. Die Unsichtbare Loge, eine Erziehungs- und Bildungsgeschichte, zeigt zuerst die Vermischung von Ernst und Scherz, die verschwommene Gefühlseligkeit, die zu Tränen rühren, und den Witz und Humor, die Lachen erregen. In der Vereinigung beider haben Jean Pauls Romane fortan ihre charakteristische Grundlage. Im Hesperus treten die weichmütigen Züge der neuen Art: Wohlgefallen am Ruhenden und gefühlvolles Verweilen beim menschlichen Elende, noch stärker auf. Ebendadurch aber errang das Buch einen außerordentlichen Erfolg. Der Anlage des Dichters zur humoristischen Verklärung idyllischer Zustände entsprach in glücklichster Weise die Schilderung des Kleinlebens im Lehrerhause, das er ja selbst erlebt hatte. So berichtet er sowohl im Leben des Quintus Fixlein als in den Blumen-, Frucht- und Dornenstücken oder Ehestand, Tod und Hochzeit des Armenadvokaten F. N. Siebenkäs im Grunde von sich, seinen Kümmernissen und Freuden, bei aller Wehmut doch mit großer Wirklichkeitstreue und scharfer Erfassung des Lebens, wie es ist. Im Kampanertal wandte er sich dagegen den letzten Fragen, der Lehre von Gott und Unsterblichkeit, zu. Am vollständigsten offenbart sich seine Eigenart in den zwei Hauptwerken Titan und Flegeljahre. Jenes schildert die „titanischen Naturen des Zeitalters", edle, die sich auf ihrem Lebensgange zur menschlichen Vollkommenheit läutern, wie andere grenzenlos verdorbene. Bemerkenswert sind im Romane die begeisterten Bilder von Italien. In den unvollendeten Flegeljahren wird an zwei verschiedengearteten Brüdern, von denen der eine das rührende Abbild der träumerischen Jugendunschuld, der andere ein Weltkenner und Humorist ist, die Doppelnatur der Dichtung Jean Pauls in gelungenster Weise anschaulich gemacht und der tragikomische Zusammenstoß des Jugendideals mit der prosaischen Welt vorzüglich geschildert. In diesen zwei Werken scheint der Dichter „das Übermaß seiner Phantasiekräfte ausgetobt zu haben". Was folgte, war ruhig gehalten, so Dr. Katzenbergers Badereise, Der Komet oder Nikolaus Markgraf, Leben Fibels u. a. Nebenher gingen wissenschaftliche Werke: Vorschule der Ästhetik, Levana oder Erziehungslehre. Am Ende seines Lebens wandte er sich noch einmal, wie schon im Kampanertale dem Jenseits zu mit dem erst nach seinem Tode veröffentlichten Buche Selina oder über die Unsterblichkeit der Seele.

Keine Literaturgattung fand mit der fortschreitenden Bildung soviel Pflege und einen so ausgedehnten Leserkreis wie der Roman. In ihm spiegelte sich

der ganze geistige Fortschritt bis an seine letzten Grenzen ab, alle Richtungen, Tendenzen und Farben. Staat, Kirche, Gesellschaft und Familie bezog er in den Kreis seiner Gegenstände ein; die Stoffe erschöpften in ihrer Zusammenfassung das gleichzeitige Leben. Freilich zeigte auch keine Gattung soviel Mittelmäßigkeit und Unfähigkeit, keine soviel sklavische Nachahmung des Auslandes wie eben der Roman.

Langbein 1757—1835 von Knigge 1752—1796 E. Wagner 1769—1812 Vulpius 1762—1827

Der humoristischen Art Jean Pauls erstanden wenige Nachfolger. Nur Ernst Langbein aus Radeberg, zuletzt Zensor in Berlin, Adolf von Knigge, der weltkundige Verfasser des noch heute gelesenen Buchs Über den Umgang mit Menschen, und vor anderen der meiningische Kabinettsekretär Ernst Wagner gelangten zu Namen. Übermäßig wuchs dagegen die Zahl geschichtlicher Romane, die dem Geschmacke der Zeit für Romantik und Rittertum entgegenkamen. Die Palme errang Goethes Schwager Vulpius mit Rinaldo Rinaldini, der recht eigentlich die Hochflut heraufbeschwor.

Romane Schillers und Goethes

Immerhin waren Novelle und Roman zu solcher Bedeutung gekommen, daß selbst unsere großen Dichter diese literarische Form nicht verschmähten. Rückwirkend hat ihre Teilnahme an der Prosadichtung ihr Mannigfaltigkeit und Tiefe gebracht. Schillers unvollendeter Roman Der Geisterseher hatte zwar zunächst die üble Wirkung, daß sich neben dem Strome der Räuber- und Ritterromantik über Deutschland eine Flut von Zauber- und Geisterromanen ergoß. Doch Goethe vereinte die ganze geistige Bewegung, den vollen Bildungsgehalt der Zeit zu einem kunst- und planvollen Gesamtbilde und zeigte dadurch der verflachten Erzählungsliteratur höhere Ziele und neue Wege, wie andererseits Die Wahlverwandtschaften, das eigentliche Muster für regelrechte Darstellung, den Blick der Schriftsteller auf die Familie und ihre besonderen Grundlagen lenkten. Sein Vorgang ist jedenfalls wenigstens darin maßgebend gewesen, daß der Roman, nachdem der Sturm der Romantik verbraust war, in der Gegenwart sein Stoffgebiet erkannte.

2. Rußland

In Rußland hatte die französische Regelrichtigkeit an Katharina II. einen mächtigen Rückhalt gehabt. Männer wie Sumarokow, Knjaschnin, Derschawin, Kapnist u. a. blieben in der Nachahmung französischer Vorbilder stecken. Einen Merkstein in der Geschichte der russischen Literatur bezeichnet Karamsin.

Karamsin 1765—1826

Auch er ist freilich noch Schüler des Westens, von dem er in den Briefen eines russischen Reisenden seinem Volke ein wahres, Kern und Wesen der Sache treffendes Bild geben wollte. In seiner Zeitschrift Der europäische Bote erscheint er als Vermittler zwischen der fremden Bildung und dem Stockrussentume, mit dem er sich schließlich in eine langwierige Fehde verwickelte. Ohne geistig hervorzuragen, gab er doch Anstoß zu zwei folgeschweren Neuerungen. Gegen die vom Auslande abhängigen Klassiker der Zeit verhalf er der sentimentalen Dichtung zum Siege, treulich unterstützt von seinem Freunde Schukowsky, der dann weiterhin durch zahlreiche Übersetzungen die deutsche und die englische Literatur zur Anerkennung brachte und die Romantik eingeführt hat. Das zweite Verdienst erwarb sich Karamsin um die Sprache, die er mit Dimitrijew bis zu solcher Anmut und Leichtigkeit vervollkommnete, daß nunmehr erst das nationale Schrifttum ein würdiges und gefügiges Mittel des Ausdrucks erhielt. Seinen Ruhmestitel als erster russischer Geschichtschreiber hat er selbst durch die liebedienerische Verherrlichung der zarischen Willkürherrschaft geschmälert.

Schukowsky 1783—1852 Dimitrijew 1760—1837

Die verheißungsvollen Ansätze zu einer Weiterentwickelung im nationalrussischen Sinne verkümmerten in ärgster Weise unter dem Drucke der Regierung Alexanders I. Der Haß gegen den Rückschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens äußerte sich in verbittertem Hohne, wo nicht weichliche Tatlosigkeit sich in schwermütige Klage und stumpfen Verzicht verlor. Beides mag zu den Grundzügen des Volkscharakters gehören. Jedenfalls gibt nunmehr die Satire, die sich gleich in den Anfängen der Literatur bei Kantemir geregt hatte, für die russische Dichtung den Grundton.

Kantemir 1708—1744

Krylow 1768—1844

Ganz einsam steht Krylow da, der mit seinen zahlreichen Fabeln ein harmloses, weitverbreitetes Volksbuch schuf. Sonst aber verschärften die erwachende Abneigung gegen die abendländische Bildung und der bewußte Anteil am eigenen Volkstume den satirischen

Ton der Schriftsteller. Puschkin und Gribojedow können sich gar nicht genugtun in eifernden Ausfällen gegen die aus der Fremde eingeführte Gesittung (§ 84).

3. Polen

Der Gang der Literaturentwickelung in Polen war in sonderbarster Weise durch das Wiederaufleben der lateinischen Sprache und Dichtung in den Schulen und Werken der Jesuiten beeinflußt worden. Gleich ungünstig war für das nationale Schrifttum die Herrschaft der französischen Klassiker vor und nach 1800. Der Widerstand gegen das Jesuitenlatein ging von dem Piaristenorden, besonders dem Priester Konarski aus im Sinne einer nationalen Erziehung und Kunst. Auf französischen Anschauungen fußte dagegen der „Dichterfürst" Krasicki.

Konarski 1700—1773
Krasicki 1735—1801

Schon seine Stellung als Erzbischof sicherte seinen satirischen Heldengesängen Mäusekrieg, Monachomachia, Antimonachomachia und seinen ebenfalls satirischen Sittenromanen die allgemeine Beachtung. Ihm zur Seite standen u. a. der Odendichter Kniaznin, der königliche Kammerherr Trembecki und der Verfasser Poetischer Briefe, Wegierski.

Kniaznin 1750—1807
Trembecki 1723—1812
Wegierski 1755—1787

Da brachte der furchtbare Schlag der Teilung Polens die Nation zur Selbstbesinnung und ihre Schriftsteller von literarischer Tändelei ab zu schlichter Wahrheit im Ausdruck ihres Schmerzes und vaterländischen Zornes.

Karpinski 1741—1825

Die Umkehr zeigt sich zuerst in Karpinskis volksliederartigen Gesängen, dann bei dem Erzbischofe Woronicz, ganz ausgesprochen endlich in den leidenschaftlichen Schauspielen eines Adjutanten von Kosciuszko, Niemcewicz. Die Töne, die er anschlägt, klingen fortan weiter, und „Vaterland!" wird die Losung alles dichterischen Schaffens, so vor allem bei dem größten Sänger der Polen Mickiewicz.

Woronicz 1775—1819
Niemcewicz 1758—1841
Mickiewicz 1798—1855

4. Dänemark und Norwegen

Dänemark hatte mit Norwegen von jeher wenig Beziehungen zur französischen Kunstdichtung. Deutsche Einflüsse überwogen bei weitem. Auch die Spuren der klassischen Regelrichtigkeit, die sich z. B. in des trefflichen Ewald Dramen Der Tempel des Glücks, Adam und Eva, Rolf Krake, Die Hagestolzen usw. nicht verkennen lassen, berechtigen nicht, von einer Herrschaft der Französelei zu sprechen. Doch fand sie einen scharfen Gegner in Wessel mit dem Lustspiele Liebe ohne Strümpfe. Ewald gehört mit Holberg (Bd. III) dem sog. goldnen Zeitalter an.

Ewald 1743—178[illegible]
Wessel 1742—1785

Als Bühnendichter dem älteren Zeitgenossen ebenbürtig, dazu hervorragender Lyriker, war Wessel durchaus national. Im Trauerspiele bevorzugte er Stoffe aus der heimischen Vergangenheit und durch das Nationallied „König Christian stand am hohen Mast" lebt er unvergessen fort in allen Schichten seines Volkes. — Nicht gleich sicher begründet ist der literarische Ruf des älteren Heiberg. Treffend sind jedenfalls seine Satiren und Lustspiele. Aber als Anhänger der französischen Staatsumwälzung eiferte er gegen die bestehende Ordnung der Dinge mit solcher Heftigkeit, daß seines Bleibens im Vaterlande nicht sein konnte. Er starb in Paris.

Peter Andr. Heiberg 1758—1841

Inzwischen war in Deutschland die Blütezeit für die Literatur gekommen und entfaltete ihre menschlich bedeutendsten Wirkungen durch die Vereinigung der Geister in Heimat und Fremde.

Ihren rührigsten und beredtesten Apostel fand sie in dem seiner Gesinnung nach wie durch den Gebrauch unserer Sprache ganz deutschen Norweger Henrik Steffens, der als Novellist überaus fruchtbar war, besonders aber Schellings Naturphilosophie allerorten bekannt machte. Sein Leben hat er selbst erzählt in dem Buche Was ich erlebte. Sein Vaterland vertauschte er mit Deutschland, zu dem er innere Verwandtschaft fühlte, machte den Freiheitskrieg im deutschen Heere mit und lebte dann in Berlin der erzählenden, philosophischen und politischen Schriftstellerei. Gleiche Ziele verfolgte Jens Baggesen. Auch er schrieb dänisch und deutsch. Doch litt seine schöne Begabung unter dem ewigen Schwanken in der Wahl seiner Vorbilder und der Dichtungsgattungen. So wechselte er ab in der Nachfolge Wielands und Klopstocks, dann auch Vossens, um sich danach wieder an vaterländischen Stoffen zu versuchen. Am besten gelangen ihm noch komische Erzählungen, auch die poetische Epistel. Dagegen stehen seine Lieder und Singspiele zurück. Stilgewandtheit zeigen seine bändereichen, in Prosa verfaßten Dichterfahrten in Europa.

Steffens 1773—1845
Baggesen 1764—1826

5. Schweden

In Schweden war neben der Dichtung im französischen Stile, der die Gunst des Hofes bedeutenden Vorschub leistete, mit Bellmann, Lidner, Hallmann (Bd. III) u. a. ein frischer, freier Zug in die Literatur gekommen.

Thorild 1759—1808

Als Vorläufer der Romantik kann Thorild gelten, der den französischen Klassikern zum ersten Male Klopstock und Goethe, auch die englischen Dichter als Muster entgegenstellte. Seine maßvoll freisinnige Abhandlung Die allgemeine Freiheit des Verstandes, brachte ihm die Verbannung ein. Im Kampfe gegen die Ausländerei standen ihm zur

Ehrensvärd 1745—1800 Höijer 1767—1812

Seite der Admiral Ehrensvärd und der Universitätslehrer Höijer. Der entscheidende Feldzug gegen die noch immer maßgebende Geschmacksrichtung wurde 1810 durch die Zeitschriften „Phosphorus“ und „Polyphem“ eröffnet.

6. Holland

Der Rückschlag gegen die französische Richtung kam auch in Holland von England her und durch die erstarkte deutsche Literatur. Freilich vollzog sich der Umschwung nur langsam und mühselig. Denn einerseits hatte der Klassizismus, seit langem eingewurzelt, zahlreiche und zähe Anhänger; andererseits besaßen die Träger der neuen, geläuterten Kunstauffassung kaum die Kraft, den gealterten Gegner im raschen Anlaufe niederzuwerfen.

Nieuwland 1764—1794 Feith 1753—1824 Helmers 1767—1813 Staring 1767—1840 da Costa 1798—1860 Tollens 1780—1856 Kinker 1764—1845 Bilderdijk 1756—1831

Die Wiedergeburt nationaler Dichtung angebahnt zu haben, das bleibt ein Verdienst von Nieuwland und Rhijnvis Feith. Dieser ahmte Klopstocks Schwung und Innigkeit in seinen geistlichen Gesängen und in dem Lied auf de Ruyter, in seinen Romanen Goethes Werther nach. Auch der volkstümliche Helmers schlug in „De Hollandsche natie“ den Ton warmer Vaterlandsliebe an, der überhaupt der gleichzeitigen Lyrik eigen ist, so der Dichtung Starings, dem auch Humor nicht fehlte, so in den Politischen Liedern und dem Sange vom Schlag bei Nieuwport von da Costa, so bei Hendrik Tollens, dessen Overwintering der Hollanders op Nova Zembla eine kraftvolle Schilderungsgabe bezeugt, endlich bei Jan Kinker, dem philosophischen Dichter des Alllebens. Kaum waren so die ersten Schritte zu einer Besserung getan, da drohte die allgemeine Beliebtheit des noch heute vielgepriesenen Bilderdijk die junge Saat zu ersticken und dem französischen Geschmacke wieder das Feld zu bestellen. Anlage, Bildung und Sprachgewandtheit bestimmten ihn vor anderen zum Erneuerer der holländischen Literatur, aber nationales Vorurteil gegen England und besonders Deutschland, sowie einseitige Bewunderung der französischen Art verblendeten seinen Blick und ließen ihn nicht zu wahrhaft großen Leistungen kommen. Nur seine Geschichte des Vaterlandes erhebt ihn über die Mittelmäßigkeit, die sonst allenthalben das Kennzeichen seiner handwerksmäßigen Schriftstellerei bleibt, auch in De ziekte (Süchte, Krankheiten) der geleerden, mag dieses Lehrgedicht von seinen Landsleuten noch so überschwenglich gerühmt werden.

7. Belgien

Belgien stand mit seiner zum größten Teile französischen Literatur unter dem Zeichen des Klassizismus im Nachbarlande. Erst nach der Trennung von Holland im Jahre 1830 erstarkte das nationale Bewußtsein des germanischen Teiles der Bevölkerung, der Flamen, und rief eine Bewegung hervor, die auf Entwickelung der Sprache und ihren Gebrauch als gleichberechtigte Landessprache abzielte (§ 89).

8. England und Schottland

In der zweiten Hälfte des 18ten Jahrhunderts machte sich die englische Literatur allmählich frei von dem französischen Einflusse und Regelzwange und kehrte zu ihrer nationalen Eigentümlichkeit, zu einheimischen Stoffen und Vorbildern zurück. Für diesen Wandel im Geschmacke war die Romantik von grundlegender Bedeutung. Daß aber die Literatur Englands vor der krankhaften Entartung, in die sowohl die deutsche wie die französische Romantik verfielen, bewahrt blieb, das verdankte sie dem gesunden, allem Übermaße abholden Gefühle der Nation. Man begnügte sich, das Mittelalter mit seinem dichterischen Reichtume dem jüngeren Geschlechte wieder nahezubringen; Sammlungen von Balladen und Volksliedern, wie Macphersons Ossian (II, § 362), Percys Volksballaden u. a. m., Romane und geschichtliche Erzählungen sollten die untergegangene Welt in all ihren Erscheinungen veranschaulichen. Der unter der Herrschaft des französischen Geschmacks ganz vernachlässigte Shakespeare kam wieder zu Ehren, zumal seitdem Deutschland seine Werke verstehen und glühend

Garrick 1716—1779

bewundern lehrte. Doch hatte bereits Jahrzehnte zuvor David Garricks meisterhaftes Spiel bewirkt, daß die Nation von der Bühne herab mit der ganzen Tiefe und dem unendlichen Reichtume ihres größten Dramatikers vertraut wurde. Schließlich hat auch der Aufschwung der deutschen Literatur, namentlich die jugendliche Leidenschaft der Dichtung Schillers und Goethes, anregend und befruchtend auf England eingewirkt.

Schottland, wo die heimische Volksdichtung mit ihrer Fülle von Sagen, Balladen und Liedern, gepflegt von einem „musikliebenden, heimatfrohen Volke, das noch sehr entfernt war von der eintönigen Mühsal des englischen Fabrikarbeiters", geschützt auch durch die Abgelegenheit des Landes, nie ganz durch fremde Muster und Einflüsse verdrängt worden war, ging zuerst vom französischen Geschmacke ab. Ihm und der englischen Kunstpoesie trat eine einfache, gemütvolle Naturdichtung gegenüber, die in den von Geschlecht zu Geschlecht überlieferten Nationalgesängen ihre unversiegbare Quelle hatte.

Zuerst schlug diese Bahn Allan Ramsay mit seinem Hirtenspiele in schottischer Sprache The gentle shepherd (der artige Schäfer) und mit einer Sammlung altschottischer Lieder ein. Seinem Vorgange folgten später der infolge einer Gehirnerschütterung im Irrenhause gestorbene Robert Fergusson, ein Dichter von großer Innigkeit, und Lady Anna Barnard, geborene Lindsay, mit der schönen Ballade The auld (alt) Robin Gray. — Der eigentliche Nationalsänger und Volksliebling wurde Robert Burns. Der Armut und Entbehrung reiches Maß war ihm zeit seines Lebens zugeteilt; nichts aber vermochte den Strom seiner Dichtung zu hemmen. Was er selbst erlebte oder andere erleben sah, alles sprach er im Liede aus. Echte Naturlaute sind seine Gedichte voll Wärme, Frische und Klarheit und von einer Mannigfaltigkeit der Gefühle, Stimmungen und Beobachtungen, daß weichste Liebessehnsucht wie stolzer Mannessinn, rührendes Mitleid mit den Enterbten und Verlorenen, wie übermütige Laune in seinen Liedern zu gleich vollendetem Ausdrucke kommen. So empfänglich sein Herz, so kräftig seine Phantasie; beides befähigte ihn, die Lebensäußerungen seines Volkes, besonders der niedersten Schichten, zu erfassen, und hat ihm seinen Platz in der Weltliteratur gesichert, der seine Dichtung in vielen Übersetzungen einverleibt wurde. Nicht minder zahlreich waren die Nachahmungen, so in den schottischen Liedern der Joanna Baillie, einer Freundin Walter Scotts, die sich auch durch moralische Dramen Ansehen erwarb, bei dem ehemaligen Maurer Allan Cunningham und dem sogenannten Ettrick-Schäfer James Hogg, der, angeregt durch alte Sagen und Volkslieder, als Hirtenjunge zu dichten begann, noch ehe er lesen und schreiben konnte. Von Scott ermutigt, entfaltete er große Fruchtbarkeit, die in The Queen's Wake (Die Wache der Königin) gipfelte. Es ist diese Sammlung von Balladen und Märchen eine Art Sängerkrieg um den von der Königin gebotenen Preis, eine goldene Harfe. — In Walter Scott aus Edinburg hat die schottische Literatur den zweiten großen Vertreter, einen Erzähler von Weltruf und zugleich ihren bedeutendsten Romantiker. Vielseitig, mit fruchtbarer Schöpferkraft begabt, versenkte sich Scott mit hingebender Liebe in die Vergangenheit seines Vaterlandes. Ihr entnahm er seine geschichtlichen Stoffe, die er durch phantasievoll-freie Malerei der Sitten, Gebräuche, Einrichtungen und nicht zuletzt durch trefflich erfaßte Naturschilderungen, endlich aber mit Hilfe seiner Charakteristik zu kunstvollen Gesamtbildern ausgestaltete. Neben dieser Begeisterung für Altschottland ist es seine Vorliebe für ritterliches Wesen, die ihn als Romantiker erscheinen läßt. Sie entsprach wohl auch seiner aristokratischen Lebensanschauung und Stellung, so wenig er beiden in der Wahl und Zeichnung seiner Helden je Zugeständnisse macht. Nach seinen Erstlingswerken begann er (1814) in Waverley „die Träume seiner Kindheit", die durchaus romantischer Natur gewesen waren, „zu beleben, die Einsicht auszubeuten, die ihm seine anfängliche juristische Tätigkeit in das Kleinleben seiner Landsleute verschaffte, die Kenntnis der Natur und des Volkes, die er auf seinen Wanderungen in die Grenz- und Gebirgslande und auf den Inseln erworben hatte, die massenhaften Studien vergessener Traktate und Volkslieder zu verwerten, die ihn befähigten, die Vergangenheit seines Volkes in seinen verschiedenen Perioden lebenstreu nachzubilden". Auf der Hochschule zu Edinburg legte sich Walter Scott neben den klassischen Studien auf neuere Sprachen und begann dann seine Dichterlaufbahn mit Nachbildungen und Übersetzungen aus dem Altertume, die er später beseitigt hat, und aus dem Deutschen, wie Bürgers Lenore und Wilder Jäger, Goethes Götz und Erlkönig, bis er, schon längst durch Percys Balladensammlung und von Burns angeregt, sein Heimatland zum Hintergrund für seine Schöpfungen nahm. Lebhaften Beifall fand The Minstrelsy of the Scottish Border (Minnesang von Schottlands Grenzen), größtenteils der mündlichen Überlieferung entnommene Volksballaden des schottischen Grenzlandes mit geschichtlichen Erläuterungen, und Lay of the last minstrel (des letzten Minnesängers Lied). Das ermutigte ihn zu weiteren Versuchen auf den verwandten Gebieten des romantischen Nationalepos: Marmion, a tale of Flodden-field, einer Erzählung von der Niederlage der Schotten 1513 (II, § 361) und The Lady of the Lake (Die Jungfrau vom See) mit herrlichen Landschaftsbildern aus Hochschottland. Damit hatte Scott den Höhepunkt der romantisch-epischen Gattung erreicht, unter dem die

Ramsay 1686—1758
Fergusson 1750—1774
Barnard 1750—1825
Burns 1759—1796
Baillie 1762—1851
Cunningham 1784—1842
Hogg 1770—1835
Scott 1771—1832

folgenden Dichtungen The Vision of Don Roderick, Rokeby, The Lord of the Isles (Der Herr der Inseln) u. a. m. nach Anlage und Ausführung bleiben. Über Englands Grenzen hinaus bekannt, ja gefeiert in der ganzen gebildeten Welt ward Scott durch seine geschichtlichen Romane, eine Gattung, als deren Begründer er gelten darf. Ein Mann von gelassener Natur, mit einem wackeren Teile des volkstümlichen, gesunden englischen Humors ausgestattet, ein guter Unterhalter und Erzähler von Jugend auf, schrieb er für die harmlose Unterhaltung des Volkes ohne höheren Zweck. Er arbeitete ohne bestimmten Plan; es genügte ihm ein dünner Faden, um daran „hübsche Dinge aufzureihen". Den Anfang machte Waverley, wie die nächsten Romane anonym erschienen und bald so beliebt, daß die ganze Folge ähnlicher Erzählungen, die Scott kurz nacheinander veröffentlichte, als Gattung mit jenem Namen bezeichnet wurde. All diese Werke beruhen auf liebevoller Beobachtung der schottischen Natur und tiefer Kenntnis der Volksseele. Weniger frisch fielen die späteren Erzählungen des übermäßig fruchtbaren Dichters aus, besonders Count Robert of Paris, eine Geschichte aus dem ersten Kreuzzuge, Castle dangerous (Das gefährliche Schloß) aus der Zeit des Black Douglas u. a. Vom größten Einflusse auf diese Vielschreiberei waren die Verluste Scotts bei dem Bankrott seiner Geschäftsteilhaber, zweier Buchhändler, sowie die Kosten für seinen Landsitz Abbotsford. Als Geschichtschreiber hatte Scott Erfolg, wo er seiner dichterischen Anlage folgte, wie in Tales of a grandfather, während die History of Scotland, die etwa den gleichen Stoff wie jene Großvatererzählungen behandelt, trotz beifälliger Aufnahme ohne Wert ist. Viel besser, auch als das parteiisch-einseitige Life of Napoleon, sind die literaturgeschichtlichen Arbeiten über Richardson, Fielding, Smollet, Dryden und Swift.

Naturdichtung

Gleichzeitig wurden auch in England glückliche Versuche gemacht, den französischen Geschmack und die Kunstdichtung durch gemütvolle Naturpoesie und volkstümliche Balladen und Lieder zu verdrängen. Nach Thomson und Young (Bd. III), die zuerst das Leben der Natur und des Menschenherzens mit Gefühl und Innigkeit darstellten, sang der religiös-schwärmerische und trübsinnige William Cowper zuerst in warmen Tönen von Recht, Freiheit und Vaterland in The Task, die Aufgabe, als die ihm eine Dame ein Lehrgedicht vom Sofa gestellt hatte. Darin betrachtet er Natur und Menschen von verschiedenen Standpunkten aus. Mit seiner humoristischen Ballade John Gilpin erneuerte er die altenglische Volksdichtung. Noch berühmter wurde die Ballade Admiral Hosier's ghost (Geist) von Richard Glover, einem auch als Lyriker und Dramatiker bekannten Kaufmanne und Parlamentsmitgliede. Thomsons elegische Naturschilderung lebte fort in Thomas Grays Elegy written in a country churchyard (Elegie auf einen Dorfkirchhof) ist bis zur Stunde eine Lieblingsdichtung der Engländer. Auch der vielseitige, als Geschichtschreiber, Kritiker und gemütvoller Romanschriftsteller berühmte Oliver Goldsmith (Bd. III) hat in Balladen, Liedern und dem elegischen Gemälde The deserted village (Das verlassene Dorf) den Ton der Volksdichtung und empfindungsinnigen Naturschilderung angeschlagen. Sein Vicar of Wakefield gehörte zu den meistgelesenen Werken der Weltliteratur. Bekanntlich hat ihn auch Goethe hochgeschätzt. Der begabte und phantasievolle Thomas Chatterton aus Bristol, den gekränkter Stolz und unerträgliche Not in den Tod trieben, gab Balladen in altertümlicher Sprache, angeblich Werke eines altenglischen Dichters Rowley, heraus, deren Beliebtheit durch die Entdeckung ihres Ursprunges nicht geschmälert wurde. George Crabbe, zuerst Wundarzt, dann Geistlicher, war „der Dichter der Wirklichkeit des niederen Lebens" in Dörfern und Burgflecken. Seinen klaren, lebendigen und wahren Naturschilderungen fehlt „das sonnige Lächeln" Goldsmiths. Hervorragend ist er in der Kenntnis des menschlichen Herzens, das er mit der Sicherheit des Arztes zergliedert. Auf The village (Das Dorf) folgten The parish register (Kirchspielregister), The borough, tales in verse (Erzählungen vom Marktflecken) u. a. m.

Cowper 1731—1800

Glover 1712—1785

Gray 1716—1771

Goldsmith 1728—1774

Chatterton 1752—1770

Crabbe 1754—1832

Die Seeschule

Gehobener und veredelter erscheint die Naturdichtung bei William Wordsworth und der sogenannten Seeschule, deren Dichter mit Vorliebe die reizenden Seen von Westmoreland und Cumberland schilderten und ihre Bewunderung der Schönheiten der Natur bis zur Belebung und Beseelung einzelner Erscheinungen steigerten. Ihr gehörten außer dem Führer Wordsworth weiter an Coleridge, Southey und Wilson.

Wordsworth 1770—1850

William Wordsworth war später durch glückliche Verhältnisse in der Lage, sich ganz der Dichtkunst und dem Nachdenken über ihr Wesen zu widmen. Wurden seine „Lyrischen Balladen" kühl aufgenommen, so fanden die auf eine größere philosophische Dichtung The excursion folgenden Werke The white doe of Rylstone (Das weiße Reh von R.), Peter Bell, The waggoner (Fuhrmann) ungeteilten Beifall, der wie des Dichters religiös-sittliche Richtung ihm das Hofamt eines gekrönten Poeten erwarb. Mit ihm befreundet, aber von verschiedenem Charakter war Samuel Taylor Coleridge. Seine

Coleridge 1772—1834

leidenschaftliche Empfindung, in der seine dichterische Eigenart und Stärke begründet liegen, wohl auch Nahrungssorgen mögen sein wandelvolles Leben erklären, das ihn anfänglich als feurigen Bewunderer der französischen Staatsumwälzung und schließlich als konservativen Zeitungsleiter zeigt. Auf einer Reise nach Deutschland lernte er unsere Dichtung, besonders die Klopstocks, kennen, die für seine künstlerische wie politische Entwickelung bedeutsam geworden ist. Doch hat er auch, von Schillers Dichtung mächtig ergriffen, den Wallenstein übersetzt. Schauerlich-schön ist sein unvollendetes Hauptwerk Christabel; durch Freiligrath wurde The ancient mariner (der alte Seemann) auch bei uns bekannt. Außer Dramen veröffentlichte er zahlreiche epische und lyrische Gedichte, die in drei Sammlungen erschienen. Auch Robert Southey wurde aus einem begeisterten Freiheitsmanne zum königlichen Hofdichter. Er ist ein gewandter und fruchtbarer Sänger von lebhafter Phantasie und bilderreicher Sprache. Mehr als sein umstürzlerisches Jugendstück Wat Tyler (II, § 358) machte ihn die epische Erzählung Joan of Arc berühmt. Seinen Reisen nach Spanien und Portugal mögen die Anregungen zu Roderick, the last of the Goths (II, § 58) und zu dem Heldengedicht Thalaba, the destroyer (Zerstörer), einer wundersamen arabischen Geschichte in unregelmäßigen Versen, entstammen. The curse of Kehama ist eine phantastische Hindusage mit treuen Schilderungen aus Natur- und Menschenwelt. Madoc erzählt von der Amerikafahrt Walliser Abenteurer. Als Hofdichter schrieb er die matte Vision of judgment, die von Byron scharf mitgenommen wurde, und einige Loblieder auf hohe Personen. Doch wies ihn die Abnahme seiner dichterischen Kraft mehr auf die Prosa hin. Sehr gut sind History of Brazil und The life of Nelson, während die History of the war in Spain and Portugal und sein Buch über die englische Hofkirche Vindiciae ecclesiae anglicae unter des Verfassers vorurteilsvoller Einseitigkeit leiden. Auch der Schotte John Wilson, Professor der Moralphilosophie in Edinburg, wird der Seeschule beigezählt, besonders wegen The isle of palms, einer zart erzählten Geschichte zweier Liebender, die durch Schiffbruch auf eine Palmeninsel verschlagen sind. Erschütternd dagegen ist das Familienbild aus der Londoner Pestzeit 1666 The city of the plague. Viel Anklang fanden seine Erzählungen aus dem schottischen Volksleben Lights and shadows of Scottish life (Lichter und Schatten aus dem schottischen Leben). Gehaltreiche Aufsätze über Kunst und Politik schrieb er unter dem Namen Christopher North für Blackwood's Magazine.

Southey 1774—1843

Wilson 1785—1854

Anmut und Geschmack, sowie ein sanfter, elegischer Zug kennzeichnen Samuel Rogers, dessen beschreibendes Lehrgedicht The pleasures of memory (Die Freuden der Erinnerung) auch des Auslandes Beifall fand. Über The voyage of Columbus und der zarten Erzählung Jacqueline steht doch noch sein Hauptwerk, die dichterische Reisebeschreibung Italy mit ihren glänzenden Schilderungen. Formschöne Gedichte schuf Thomas Campbell. Berühmt ist sein Lehrgedicht The pleasures of hope, das durch die eingeflochtene Klage über Polens Teilung Kosciuszko zu Tränen gerührt haben soll. In Deutschland entstanden Ye mariners of England an die englischen Seeleute, dann die Schlacht von Hohenlinden, der er selbst beiwohnte, u. a. m. In der Heimat wandte er sich der den Engländern besonders zusagenden dichterischen Erzählung zu mit O'Connors's child, Gertrude of Wyoming, einem Stoffe aus Amerikas Urwäldern, und Theodoric. Daneben schrieb er über Geschichte und in Zeitungen, wie James Montgomery aus Ayrshire. Des letzteren Herkunft – der Vater war Prediger einer mährischen Brüdergemeinde — mag wohl seiner Dichtung ihre religiös-sittliche Richtung in dem Andachtsbuche Songs of Zion, einer Psalmenbearbeitung, The wanderer of Switzerland, The world before the flood (Die Welt vor der Sintflut) usw. gegeben haben. In der Frömmigkeit mit ihm verwandt, aber von höherem romantischem Fluge ist Felicia Hemans aus Liverpool, die unter den vielen dichtenden Frauen Englands durch Gefühlstiefe und Formvollendung hervorragt. Ihre vielseitige Anlage bekundete sich in Balladen, Lyrik, politischen und kulturgeschichtlichen Dichtungen. Herders Anregungen entstammen Songs of Cid und die Lays of many lands (Stimmen der Völker). The Forest sanctuary (Das Waldheiligtum) erzählt von den Seelenkämpfen und Leiden eines spanischen Märtyrers, der in den Urwald von Amerika geflüchtet ist. Neben ihr nimmt die unglückliche Lätitia Elisabeth Landon als Verfasserin von Romanen und romantischen Dichtungen The improvisatrice, The troubadour u. a., die erste Stelle ein. Sie starb durch Selbstmord oder von einer Dienerin vergiftet. Ihr Schwanengesang war der Polarstern. Sarah Norton, die durch ihren ärgerlichen Eheprozeß bekannte Enkelin Sheridans, wird bisweilen der „weibliche Byron" genannt, vielleicht wegen jenes Ärgernisses, da sich sonst verwandte Züge kaum auffinden lassen. Mit 17 Jahren schrieb sie das Idyll The sorrows of Rosalie (Rosaliens Kümmernisse), dem The

Rogers 1763—1855

Campbell 1777—1844

Montgomery 1771—1854

Hemans 1794—1835

Landon 1802—1838

Norton 1808—1877

undying One (Die Sage vom ewigen Juden), The dream (Der Traum) und The child of the islands auf den jungen Prinzen von Wales folgten. — Elisabeth Barrett-Browning, Gattin des Dichters Browning, übersetzte den Prometheus des Äschylus. Ihr Hauptwerk ist A drama of exile, ein Mysterium in lyrisch-dramatischer Form, in dem „die Einbuße der Jugendideale der Menschheit an dem Mythus der Vertreibung Adams und Evas aus dem Paradiese sehr schön veranschaulicht wird". Ihr Gatte Robert Browning stand als Dramatiker mit Pacchiarotto, Marino Faliero, Paracelsus, einer englischen Faustdichtung, u. a. zu sehr unter Shelleys (§ 88) Einflusse, als daß er bühnengerechte Stücke mit scharfumrissenen Gestalten und straffer Handlung hätte schaffen können. Seine lyrisch-epische Dichtung zeugt durchweg von gründlicher Seelenkunde, sonst bietet sie in blühender Mannigfaltigkeit bei stets eigenartiger Auffassung Charakterbilder, Bekenntnisse, abenteuerliche Geschichten, Vaterlandslieder, Künstlergeschichten, endlich eine Reihe an Brownings italienischen Aufenthalt anknüpfender Schilderungen und Gesänge. Ein anderes Dichterpaar sind William und Mary Howitt, von denen außer ihren gemeinsamen Gedichtsammlungen jener Romane, besonders aber kulturgeschichtliche Werke auch über Deutschland schrieb, diese, einer Quäkerfamilie entstammend, vorzugsweise Jugendschriftstellerin ward.

Barrett-Browning 1806—1861

Browning 1812—1889

Will. Howitt 1795—1871

Mary Howitt geb. 1806

9. Frankreich

Für die Entwicklung der französischen Literatur am Schlusse des achtzehnten Jahrhunderts und weiterhin ist die dauernde Steigerung des literarischen Interesses auch in den nicht bevorrechteten Gesellschaftsklassen von der größten Bedeutung gewesen. Die Beschäftigung mit literarischen Dingen gehört bereits im genannten Jahrhunderte zum guten Tone; in den Salons werden ästhetische und philosophische Fragen, die sich mehr und mehr mit politischen und sozialen verquicken, mit Eifer, oft auch mit Geist und Geschmack besprochen, und es nehmen an diesen Erörterungen auch Frauen tätigen Anteil. Mit dieser ungemein wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung der Literatur erringt sie auch politische Wichtigkeit; sie erhebt sich zu einer Großmacht, mit der die Staatsmänner rechnen müssen, zumal sie rasch das Zeitungswesen als Waffe gebrauchen lernt. So gewinnt sie in steigendem Maße die Herrschaft über die Gesellschaft und drängt sich in die Politik; sie gibt aber dafür ihr freies, unbefangenes Wachstum auf, sucht stets innige Beziehung zu den öffentlichen Zuständen und wird dabei wohl auch zur Dienerin der jeweiligen Machthaber. In den letzten Zeiten vor der großen Umwälzung zeigt das französische Schrifttum das allgemeine Gepräge der Verwirrung und des sittlichen Zerfalls, in den Tagen der Republik hören wir die Klänge wilder Freiheitsbegeisterung, worauf die Masse der Schriftsteller unter dem Soldatenkaiser in die Posaune des Ruhmes stößt und ihm mit schmeichelnder Prunkrede huldigt. Unter der Restauration wiederum tritt die Literatur für die Rückkehr zur Gläubigkeit und den Gehorsam gegen das legitime Königtum ein. Freilich ging jederzeit neben diesen Richtungen eine kräftige Opposition einher, die zuerst von dem Romantismus aus den veräußerlichten Klassizismus bekämpfte, als jener aber selbst zur Herrschaft kam, als Wiederaufleben des Klassizismus erscheint, während weiterhin liberale und demokratische Bestrebungen sich lebhaft geltend machen, bis der Sozialismus auch in der Literatur breiten Boden gewann und sich vielfach mit der neuen Kunstrichtung des Naturalismus verband.

Zeit des ausgehenden Königtums

Je mehr um 1780 das Lesepublikum aus allen Schichten mit den verschiedensten Bildungsgraden anschwoll, und je vielfältiger die Fragen wurden, die auf allgemeine Teilnahme rechnen konnten, um so größer mußte das literarische Übergewicht der Dichtungsart werden, die, ohne der Masse der Leser allzugroße Mühe des Denkens zuzumuten, fähig war, alles in sich aufzunehmen und in einem vorbedachten Sinne wiederzugeben, was den verschiedenen Geistesrichtungen entsprach und an Tagesfragen und Zeitidealen auftauchte.

Roman

Der Roman herrscht, in Frankreich wie in England, fortan in der Literatur. Den Tendenzroman (roman philosophique) hatte Voltaire geschaffen und hatte es verstanden, durch geschickte Angriffe auf die religiösen und sittlichen Anschauungen der alten Zeit ebenso zu fesseln wie durch vortreffliche Erfindung und niemals langweilenden Plauderton. Während es der durch den Grafen von Tressan erneuerte Ritterroman und der

Tressan 1705—1793

historische Roman jener Tage, wie ihn Marmontel und Florian pflegten, zu keiner bleibenden Bedeutung brachte, erreichte der Sittenroman mit seinen realistisch-getreuen Bildern gesellschaftlicher Auflösung dauernden Erfolg und verkehrte die Begriffe von Tugend und Ehrbarkeit um so gründlicher, als er in alle Klassen drang. Choderlos de La Clos mit seinen Liaisons dangereuses (1782), Louvet de Couvray mit seinem Chevalier de Faublas (1787) und Jolyot de Crébillon mit seinen frivolen Erzählungen hatten den Boden der Gesellschaft bereits untergraben, als die Revolution wie ein göttliches Strafgericht sie vollends niederwarf.

Marmontel 1723—1799
Florian 1755—1794
La Clos 1741—1803
Couvray 1760—1797
Crébillon 1707—1777

Ähnlich nach Zweck und Wirkung waren die in Anlage und Ausführung meisterhaften Lustspiele von P. A. Caron de Beaumarchais.

Beaumarchais 1732—1799

Wie Rousseau Sohn eines Uhrmachers, hat er mit dem Genfer Philosophen ein äußerst wechselvolles Leben gemein. Durch seine Fertigkeit auf der Harfe gelangte er an den Hof, wo er Amt und Adel kaufte. Die weitere Laufbahn des unternehmenden Mannes ist ein steter Kampf gegen Vorrechte und Mißstände, in den er durch persönliche Erfahrungen geführt wurde. Ein von ihm verlorener Prozeß ließ ihn 1773 die schweren Schäden der französischen Rechtspflege in den vier Mémoires (gegen den Parlamentsrat Goëzmann) aufdecken. Diesen wie seinen lebendigen Lustspielen: Le Barbier de Séville (1775), Le Mariage de Figaro (1784) und La Mère coupable (1792) verdankt er seine europäische Berühmtheit. Ein ganz neues Element von grundlegender Bedeutung wurde durch ihn in das Tendenzlustspiel hineingetragen: das politisch-soziale. Seine beiden Hauptdramen waren von den neuen Ideen so erfüllt, führten eine so unerhörte Sprache, daß ihre Aufführung als eine Umwälzung im Drama zu betrachten ist. Mit feurigem Wort und scharfem Witz greift er besonders den Adel an, „der sich nur die Mühe gab, zur Welt zu kommen" und doch alle Vorteile für sich heischt, und so kann man behaupten, daß Beaumarchais, ohne ein Apostel der Revolutionspartei zu sein, zum Sturze des ancien régime ebensoviel beigetragen hat wie Voltaire und J. J. Rousseau.

Rousseau hatte der Verdorbenheit seiner Zeit und der gedrückten und mißachteten Lage weiter Volkskreise das Glück und die Tugend eines erträumten Urzustandes mit Freiheit und Gleichheit aller Menschen entgegengesetzt, die große, schöne und reine Natur als das Heilmittel für alle Qual des Lebens gepriesen. Er hatte der Empfindung unzähliger, edelgerichteter Gemüter entsprochen. Dieser Unzufriedenheit mit der Gegenwart, dem Drange, sich wenigstens in der Phantasie durch die Flucht in eine glückliche räumliche oder zeitliche Ferne dem Drucke der Wirklichkeit zu entziehen, dankte die Literatur zu einem guten Teile die Schöpfungen zweier Dichter, de Saint-Pierres und Barthélemys.

Der sinnige Bernardin de Saint-Pierre, der als Knabe von Defoes Robinson begeistert und durch die Eindrücke eines abenteuerlich bewegten Lebens innerlich mächtig gefördert worden war, ward mit einem Schlage berühmt, als er 1788 im vierten Bande seiner Études de la Nature den idyllischen Roman Paul et Virginie veröffentlichte. Die einfache, rührende Erzählung läßt die beiden Kinder zweier französischer Mütter auf einer Insel des Indischen Ozeans in Unschuld und völlig anspruchslos aufwachsen, bis Virginie zur Vollendung ihrer Erziehung nach Frankreich gebracht wird. Inmitten des üppigen Pariser Treibens erfaßt sie die Sehnsucht nach der Tropenheimat, die sie jedoch nicht wieder betritt: angesichts der Insel geht ihr Schiff unter. Das liebliche Bild unschuldigen Glückes, der Reiz der Sprache wie die gefühlssatten Naturschilderungen brachten in der abgestumpften Gesellschaft jener Tage einen tiefen Eindruck hervor, den des Dichters gleichgerichtetes Idyll Die indische Hütte (1791) noch verstärkte.

Bernardin de St. Pierre 1737—1814

Paul und Virginie ist eine Kunstbildung ohne klassische Einkleidung oder Erinnerung, doch spürt man an der Art der Charakterzeichnung das sich im Laufe des 18ten Jahrhunderts vollziehende Aufleben des Geschmackes am griechischen und römischen Altertum, besonders an seiner Kunst. Das ernste Studium der Alten war zwar durch die Académie des Inscriptions et Belles-Lettres seit ihrer Gründung (1664) stets gepflegt worden, jetzt vollzog sich aber eine Steigerung der allgemeinen Teilnahme unter dem Eindrucke der zahlreich werdenden Reisen nach Italien, Griechenland und der Levante, ihrer Schilderungen und der archäologischen Forschungen, die sich an die Aufdeckung von Herkulaneum (1711) und Pompeji (1755) anschlossen. Darum trug der gelehrte Abbé J.-J. Barthélemy kurz vor dem Ausbruche der Revolution einen Erfolg ähnlich dem von Paul und Virginie davon, als er 1788 auf Grund gewissenhafter Forschungen den archäologischen Roman Voyage du jeune Anarcharsis en Grèce veröffentlichte. Er läßt darin einen jungen

Barthélemy 1716—1795

Skythen, einen Zeitgenossen Philipps von Mazedonien, die griechische Welt bereisen und gibt so ein für jene Zeit getreues Gemälde der hochentwickelten griechischen Kultur.

Chénier 1762—1794

Durch dieselbe auf das Altertum gerichtete Strömung wurde der bedeutendste Dichter des ausgehenden 18ten Jahrhunderts, André Chénier, getragen.

Er wie sein später zu nennender Bruder Marie-Joseph waren in Konstantinopel als Söhne eines französischen Generalkonsuls und einer griechischen Mutter geboren und schlugen in Frankreich die militärische Laufbahn ein. André hielt sich dann auf Reisen in der Schweiz, Italien und England auf und schuf in den Jahren 1785 bis 1791 die meisten seiner (jedoch erst 1819 in den Oeuvres complètes gedruckten) Idyllen, Elegien und Oden, die durch ihre antike Reinheit und Harmonie großen Eindruck auf die Dichtung der Romantik gemacht haben. Im Gegensatz zu seinem jüngeren Bruder sprach André offen seinen Abscheu vor den Ausschreitungen der Schreckensherrschaft aus (Elegie auf den Tod der Charlotte Corday [§ 18]) und mußte diese Opposition zwei Tage vor Robespierres Sturz auf dem Schafott büßen (§ 20), obwohl sein Bruder als Konventsmitglied alles zu seiner Rettung tat. Kurz vor seinem Tode dichtete A. Chénier zu Ehren seiner schönen Mitgefangenen, Mlle Aimée de Coigny, die herrliche Elegie La jeune Captive, die Lamartine „den melodischsten Seufzer, der je aus den Spalten eines Gefängnisses hervordrang," genannt hat.

Frau Roland 1754—1793

Als eine der edelsten Naturen der anhebenden Revolutionszeit erscheint Frau Roland, die als Mädchen (Mlle Phlipon) im elterlichen Hause am Pont-Neuf zu Paris aus Plutarch eine feurige Bewunderung des republikanischen Heldensinns der alten Welt gewonnen und dann von Rousseaus Idealismus ergriffen worden war.

Ihre politischen Aufsätze wie ihr erst 1841 bekannt gewordener Briefwechsel beweisen eine für Freiheit, Vaterland und die Wiedergeburt des Menschengeschlechtes begeisterte Seele, deren Lauterkeit und Kraft auch angesichts des Schafotts (§ 18) nicht versagte.

de Condorcet 1743—1794

Gleich ihr wurde der ausgezeichnete Mathematiker N. C. de Condorcet in den Strudel der Politik und in den Untergang der Girondisten hineingerissen.

Er nahm Gift, um dem Beile zu entgehen (§ 18). Von ihm stammt neben einer Vie de Turgot und einer Vie de Voltaire eine Reihe politischer und staatswirtschaftlicher Schriften, in denen er die Befähigung des Menschen zu einer unbegrenzten Vervollkommnung darzutun versucht und damit notwendig zur Bekämpfung des Bestehenden gelangen mußte (Esquisse d'un tableau historique des progrès de l'esprit humain).

So verspürt man in der Literatur der ausgehenden monarchischen Zeit ein Sehnen nach Befreiung und Verjüngung, das jedoch gegen eine Reihe bedeutsamer Hindernisse stieß. Diese Hemmnisse bestehen hauptsächlich in einer Gesellschaft, deren festgefügte Formen der freien Entfaltung jeder Persönlichkeit widerstrebten, in einem durch überlieferte Regeln bestimmten, kraftvolle Gefühlsäußerungen ablehnenden Geschmack und einer zwar fein ausgebildeten und klaren, dabei aber kühl und farblos gewordenen Sprache. Sollte eine Erneuerung der Literatur sich vollziehen, so mußte der Dichtung eine neue Sprache von Fülle und Kraft erschlossen, die alten, erstarrten Regeln mußten gebrochen werden, eine erneuerte Gesellschaft mußte ein neues Publikum bieten.

Literatur der Revolutionsjahre

Der große politische Umschwung warf nun zwar die alte Gesellschaft über den Haufen, wirkte aber nicht durchgreifend umgestaltend auf die Dichtung der Zeit, weil der alte Geschmack und vor allem die bisherigen literarischen Formen vorerst zum guten Teil blieben. Das in seinen Tiefen aufgewühlte Volk hatte anderes zu tun, als über die Berechtigung und den Wert des literarisch Überkommenen nachzudenken. So finden denn während der Staatsumwälzung nur die Männer der politischen Rede und die Sänger ungestümer Freiheitslieder Gehör und Beifall. Dann aber wurden die Männer der schwertgewaltigen Tat zur führenden Rolle berufen, der siegreiche Bonaparte riß die erregte Nation in die Bahnen äußeren Ruhmes und zwängte alle ihre Kräfte in seinen Dienst. Nachdem er dem Lande die Hegemonie in Europa verschafft hatte, erkannte sein Scharfblick die Notwendigkeit, das neue Frankreich wieder mit dem alten zu verknüpfen (§ 38); so begünstigte er denn in der Literatur den alten Klassizismus, dessen Regelrechtigkeit, feierliche Art und vornehme Form den Schwung unabhängiger Geister in einer dem Cäsar willkommenen Weise hemmen mußte. Darum erscheint diese Zeit zunächst als eine Zeit des Übergangs, mit einer

massenhaften, aber mittelmäßigen Literatur, deren Erzeugnisse vorübergehend packen mochten, aber nur vereinzelt dauernden Wert besaßen.

Die später zum Nationalsang erhobene Marseillaise (im April 1792 zu Straßburg von dem Artillerieoffizier Rouget de l'Isle als Marschlied für das Rheinheer gedichtet und durch Marseiller Föderierte zuerst nach Paris getragen [§ 12]) dankt ihr glänzendes Geschick nur geschichtlichen Zufälligkeiten. Neben Rouget steht, aus der königlichen Zeit in die folgende hineinragend und alle politischen Wandlungen, alle Machthaber mit seinen rhetorischen Oden feiernd Écouchard Lebrun, den der Konvent als den französischen Pindar begrüßte. Dem Konvente diente ebenfalls als Odensänger und Festdichter der begabte Marie Joseph de Chénier, ungleich seinem Bruder André ein Verherrlicher der Staatsumwälzung. Sein Chant de Départ ist eines der bekanntesten Revolutionslieder gewesen. Auch seine zehn Trauerspiele (von Charles IX ou l'école des rois, 1789, bis zu dem nachgelassenen Tibère) sind voll von freiheitlichen Deklamationen und guten Lehren für Monarchen, weswegen Chéniers Versuch fehlschlug, sich 1804 Napoleons Gnade mit seinem Cyrus zu erwerben. In seinen letzten Jahren wandte sich der Dichter hauptsächlich geschichtlichen und literarischen Studien zu (Tableau historique de la littérature française depuis 1789).

R. de l'Isle 1760—1836

E. Lebrun 1729—1807

J. de Chénier 1764—1811

Trat die gebundene Rede einstweilen nach Wert und Bedeutung zurück, so verliehen die Zeitverhältnisse der Prosa um so größere Wichtigkeit. Wir beobachten damals eine ungeahnte Entwicklung des Zeitungswesens und eine mächtige Entfaltung der politischen Beredsamkeit. Wohl hatte Frankreich bereits im 17. Jahrhundert seine Gazette de France, das Journal des Savants, den Mercure de France u. a. m. besessen, doch steigert sich nunmehr rasch die Zahl der Zeitungen, auch die Häufigkeit des Erscheinens. Die Gründlichkeit und der Geschmack der Darlegung, die Besonnenheit des Urteils nehmen freilich rasch ab; die wildesten Artikel werden unter die Massen geworfen. Für das geistige Leben der Zeit verdienen Beachtung die Décade philosophique, die den Franzosen die literarische und wissenschaftliche Bewegung des Auslandes vermittelte und zur Bildung der romantischen Strömung beitrug, ferner das 1789 gegründete Journal des Débats, das die liberale Meinung des Bürgertums vertrat, das Journal de Paris, in das André Chénier kraftvolle Artikel lieferte. Neben ihm sind in der Journalistik jener Tage J. B. S. Suard, A. Rivarol zu nennen, besonders aber der trotz wilden Wortes milden Regungen zugängliche Camille Desmoulins (§ 7, 20), dessen Zeitungen Révolutions de France et de Brabant und Le Vieux Cordelier und dessen Briefe noch heute Interesse erwecken.

Suard 1733—1817

Rivarol 1753—1801

Cam. Desmoulins 1762—1794

In der Kunst der politischen Rede zeichneten sich neben dem feinen Dialektiker E. J. Sieyès, dem Verfasser der Flugschrift Qu'est-ce que le Tiers-état? (§ 5), dem Grenobler Anwalt Barnave, dem platten Girondisten Vergniaud bei der königlichen Partei der schlagfertige Abbé Maury († 1817) und der gemessene J. A. de Cazalès († 1805) aus. Als glänzender Meister erscheint aber Honoré Riquetti, Graf von Mirabeau (§ 5, 10), der beim Beginn der Revolutionsbewegung in der Hauptstadt das Journal des Etats-Généraux" gründete und als Abgeordneter trotz einer wenig anziehenden Erscheinung durch die packende Kraft seiner klangvollen Beredsamkeit bald den größten Einfluß gewann. Unter seinen Reden ragen die über die Kultusfreiheit, das Vetorecht, das Recht der Kriegserklärung und die hinreißende Bankrottrede vom 26. Sept. 1789 hervor. — Nach dem 18. Brumaire (§ 32) ertönte 15 Jahre lang nur eine gebieterische, aber beredte Stimme, die des großen Korsen, der bei den Montagnards (dem Berge [§ 12]) in die Schule gegangen war und eine wohlberechnete Beredsamkeit bei der Verfolgung seiner Absichten entfaltete, mochte er sich in seinen zahlreichen Proklamationen an Volk oder Heer wenden, sich in Briefen äußern (Correspondance de Napoléon in 28 Bänden) oder auf St. Helena seine Gedanken diktieren.

Sieyès 1748—1836

Mirabeau 1741—1791

Napoleon

Wie Mirabeau danken der Prosa ihre alles überragende Stellung in der Literatur der Kaiserzeit zwei Schriftsteller, die nicht viel miteinander gemein zu haben glaubten und doch in gleicher Richtung anregend wirkten: Frau von Staël und Chateaubriand, „diese doppelte Triumphsäule an der Pforte des Jahrhunderts."

Konsulat u. Kaiserreich

Germaine Necker wurde in Paris als Tochter des Genfer Bankiers und späteren Ministers Necker (§ 4) geboren und wuchs unter den Anregungen der besten Pariser Gesell-

Frau v. Staël 1766—1817

schaft auf. Im Jahre 1786 schloß sie mit dem schwedischen Baron von Staël-Holstein († 1802) eine liebeleere Verstandesehe, die ihr jedoch eine noch glänzendere gesellschaftliche Stellung verlieh und ihr ermöglichte, durch ihren Salon einen bedeutenden, reformfreundlichen Einfluß auf die politische und literarische Bewegung auszuüben. Nachdem sie bereits unter dem Direktorium zeitweilig gezwungen gewesen war, sich nach Coppet am Genfer See zurückzuziehen, verbannte Napoleon sie 1803 aus Paris und Umgebung und umgab dadurch ihren Namen mit dem Glanze des Märtyrertums. Sie wählte ihren Aufenthalt abwechselnd in Deutschland (1803, 1807), Italien, der Schweiz, Rußland, Schweden und England und kehrte erst nach dem Siege der Verbündeten nach Frankreich zurück, wo sie 1817 starb. Ihrer Erziehung und Bildung nach der alten Zeit angehörend, war ihr Geist elastisch genug, sich in die durch die Revolution veränderten Verhältnisse zu finden und auch dem geistigen Leben fremder Völker Verständnis entgegenzubringen. Nachdem die vielseitige Frau 1793 die Reihe ihrer politischen Schriften mit den Réflexions sur le Procès de la Reine begonnen, auch durch Abhandlungen allgemeinen Inhalts (Über den Frieden) Aufmerksamkeit erregt hatte, eröffnete sie 1800 den Franzosen Ausblicke auf die auswärtigen Literaturen durch ihr Buch: De la littérature considérée dans ses rapports avec les institutions sociales. Es folgte 1810 das bekannte Werk De l'Allemagne, dessen erste Ausgabe von der kaiserlichen Polizei als „unfranzösisch" vernichtet wurde und der Verfasserin Landesverweisung eintrug. Erst 1813 konnte die Schrift ungestört in London erscheinen. Von ihren vier Teilen beschäftigen sich die beiden ersten (Über Deutschland und die deutschen Sitten; Von Literatur und Kunst) eingehend mit dem Lande Goethes und Schillers und der damaligen Glanzzeit deutscher Dichtung und Wissenschaft. Sie erschlossen den Franzosen die deutsche Geistesbildung und führten ihrer Dichtung ganz neue Anschauungen zu. Im dritten Teil tritt Kant als Erneuerer des Pflichtgefühls hervor, während im vierten der tiefe religiöse Sinn des deutschen Volkes neben seiner Duldsamkeit und aller Geistesfreiheit des einzelnen gepriesen wird. Schon vorher hatte die Dichterin ihre Leser ins Sonnenland Italien versetzt, und zwar durch die Romane Delphine (1802) und Corinne (1807), in denen sie Reiseeindrücke und Erfahrungen ihres Herzens verarbeitete. Die in den Titeln genannten Heldinnen, unabhängig fühlende, freie und starke Weiblichkeiten, verlieren Liebes- und Lebensglück, da der Geliebte sich nicht stark genug erweist, sich über die Gesellschaft und ihre hergebrachten Gesetze zu erheben. Durch diese Romane, besonders durch die Corinna, „in welcher das Ideal eines nach gesellschaftlicher Berechtigung ringenden Weibes mit glühender Phantasie gemalt" und zugleich ein reizendes Bild von Italien entworfen wird, wurde Frau v. Staël die Vorläuferin der sozialen Romane der George Sand.

Chateaubriand 1768—1848

Während Frau von Staël auf eine Erneuerung der französischen Dichtung hinarbeitete, indem sie auf die „Poesie des Herzens" verwies und die Zeitgenossen veranlaßte, über die engen Grenzen der heimischen literarischen Anschauungen hinauszublicken, strebte François René Vicomte de Chateaubriand demselben Ziele durch Wiederbelebung des religiösen Sinnes und die Ausbildung einer neuen, ausdrucksvollen und farbenreichen Dichtersprache entgegen.

Zu Saint-Malo wurde ihm, dem jüngeren Sohne einer alten bretonischen Familie „das Leben auferlegt". Der von einem stolzen und strengen Vater in sich gescheuchte Knabe war erst zum Geistlichen bestimmt; dann ward er mit einer Leutnantstelle versorgt, die er mehrere Jahre einnahm. Nach seines Vaters Tod und dem Sturze des Königtums verwirklichte er einen Jugendtraum und ging 1791 nach Amerika, angeblich um die nordwestliche Durchfahrt zu suchen. Er zog durch die Urwälder zum Niagara und will den Mississippi befahren, sogar Florida besucht haben. Auf diesen Wanderungen streifte er alles konventionelle europäische Empfinden ab, bildete sich jene Vorstellungen von einem religiösen Naturleben, fand jene neuen, zauberischen Töne, die seinen ersten Schöpfungen ihren Reiz gaben. Dann kämpfte er 1792 in Frankreich gegen die Revolution, worauf er sieben Jahre lang in England das überaus entbehrungsvolle Leben eines Flüchtlings führte. Dabei beschäftigte ihn zunächst ein unklar durchgeführter Essai sur les révolutions, dann sein Indianerepos Les Natchez, aus dem er bei seiner Rückkehr ins Vaterland die Abschnitte Attala (1801) und René (1802) veröffentlichte. Im ersten wird mit glühenden Farben die tragische Liebe einer christlichen Indianerin zu einem Indianerkrieger geschildert, während durch das zweite Bruchstück, den „französischen Werther," dessen Held den Goetheschen jedoch nicht erreicht, der Weltschmerz in die Literatur Frankreichs einzieht. Die Zeitereignisse, sowie der Tod der Mutter und einer Schwester hatten inzwischen dem Gemüte des Dichters eine entschieden christliche Richtung gegeben und ihn veranlaßt, zur Bekehrung eines aus dem Unglauben sich aufraffenden Geschlechtes sein größtes Werk, den „Geist des Christen-

tums" (1802), zu schreiben, ein sprachliches Meisterwerk, das auf weite Kreise einen tiefen Einfluß ausgeübt hat. Freilich spielt es das Christentum ganz in das Gebiet der Schönheit hinüber; es erregte aber damals durch seinen glänzenden Stil, die bilderreiche Sprache und die vollendete Darstellung nicht minder Bewunderung wie durch den christlichen Inhalt und Ton. Vor allem kam ihm die herrschende Stimmung jener Tage zustatten, wo sich durch den Abschluß des Konkordats (§ 38) alle frommen Seelen gerettet glaubten und selbst die Nüchternen nicht ohne eine freudige Rührung zu den unvergessenen Gefühlen und Gebräuchen der Religion zurückkehrten.

Um Chateaubriand, den hervorragendsten Dichter der Zeit, sammelte sich eine Gruppe ergebener und einflußreicher Freunde, darunter der durch beschreibende Dichtungen (Le Verger, Les Tombeaux de Saint-Denis), mehr noch durch seine Prunkreden auf Napoleon bekannt gewordene Louis de Fontanes, der feine Kritiker und Ästhetiker Joubert, geistvolle Damen, wie Frau von Custine, Frau von Mouchy, Frau Récamier; auch der Kaiser wandte ihm seine Gunst zu und ernannte ihn zum ersten Sekretär der Botschaft in Rom, dann zum Gesandten in Wallis, doch veranlaßte der Mord des Herzogs von Enghien 1804 (§ 38) den Dichter, seine Entlassung einzureichen. Zwei Jahre später begab sich Chateaubriand nach Italien, dann weiter nach Griechenland, Palästina und Ägypten und veröffentlichte als Früchte seiner Pilgerfahrt das in malerischer Prosa abgefaßte christliche Epos Les Martyrs (1809) und den Itinéraire de Paris à Jérusalem (1811). Nach den Gedanken des Verfassers sollten die „Märtyrer" ein Bild des über das untergehende Heidentum triumphierenden Christenglaubens geben, während die „Reise nach Jerusalem" in sorgfältiger Ausführung die von den Denkmälern des Altertums und Mittelalters im Dichter erweckten Eindrücke und seine Empfindungen an den heiligen Stätten wiedergibt und daran schwungvolle Betrachtungen schließt. Damit endet die eigentliche literarische Schaffenszeit Chateaubriands; er betätigt sich fürder als Staatsmann und Publizist. Als solcher nähert er sich in seinen Flugschriften den wieder eingesetzten Bourbonen, denen er auch als Minister und Gesandter diente, bis die Julirevolution seiner politischen Tätigkeit ein Ende setzte. Den Abend seines Lebens verbrachte er mit literarischen Studien und der Abfassung seiner ausführlichen und ziemlich ruhmredigen Mémoires d'outre-tombe, die erst lange nach seinem Tode veröffentlicht werden sollten, aber bereits, kaum daß er achtzigjährig die Augen geschlossen hatte, erschienen.

Fontanes 1757—1821
Joubert 1754–1824

10. Spanien

Für Spanien bedeutet die Herrschaft der Bourbonen die Herrschaft des französischen Klassizismus, der „die literarische Nationalität getötet hat".

Cañizares 1670—1750
Zamorra um 1660 bis 1740

Vergeblich war der Widerstand eines Cañizares und de Zamorra gewesen. Die überwiegende Mehrheit der Dichter blieb der vom Hofe begünstigten französischen Mode auch später treu. Einigermaßen selbständig erhielt sich die Salmantinische Schule, so genannt nach ihrer Geburtsstätte Salamanca. Ihre Mitglieder, Fernandez de Moratin, Bühnendichter gleich Cadalso, de Ayala und de Yriarte, als Fabeldichter für de Samaniego vorbildlich, und das Haupt der Schule Melendez Valdez waren ehrlich beflissen, die vaterländischen Überlieferungen und Muster festzuhalten, doch ohne daß ihr Vorgang für die zeitgenössischen Epiker, Lyriker und Dramatiker Frucht gebracht hätte. Nachdrücklicher nahmen den Kampf gegen die akademische Franzosenlei auf der beißend satirische Ramon de la Cruz und Garcia de la Huerta. Mit ihm begegneten sich in scharfer Abwehr des französischen Eindringlinges die Dramatiker Moratin der Jüngere, Alvarez de Cienfuegos und Quintana, der Vater der spanischen Romantik.

Yriarte 1750—1791
Samaniego † 1801
Valdez † 1817
de la Cruz 1731—1799
Huerta 1730—1787
Moratin d. J. 1760—1828
Cienfuegos 1764—1809
Quintana 1772—1857

11. Portugal

Die portugiesische Literatur aus dem Ende des 18ten und dem Beginn des 19ten Jahrhunderts macht den Eindruck der Müdigkeit und der Erschöpfung. Der Nährboden nationaler Dichtung ist abgebaut. Selbst die Nachfolgerin des französischen Klassizismus, der auch in Portugal übermächtige Geltung behauptet hatte, vermag nur allmählich und doch nicht mit durchschlagendem Erfolge neues Leben zu wecken.

Anlage zum echten Lyriker zeigt Manuel de Nascimento, genannt Filento Elysio. Aber unter der Glätte der Form in seinen Obras (Werken) verkümmert die Wahrheit und Tiefe des Gefühls, wie in den vollendeten Sonetten des Barbosa de Bocage, dem freilich vor den Zeitgenossen die Volksgunst zufiel. Ganz unberührt von der Romantik blieben allerdings weder das Schauspiel bei Pimenta de Aguiar noch die Ansätze zum Epos oder die überaus kunstvolle Lyrik. In dieser Gattung bleiben Sarmento, Semedo, Magalhaens u. a. hinter Antonio de Castilhos zart-elegischen Dichtungen, wie Liebe und Schwermut, Briefe der Echo an Narziß, und hinter dem Vaterland und Freiheit verkündenden Ernste des Herculano de Carvalho e Araujo zurück. Vor allem fand

Castilho 1809—1875
Carvalho 1810—1877

seine Stimme des Propheten verdiente und reiche Anerkennung. Als Gelehrter bewies er in der Geschichte Portugals und in dem vielangefochtenen Werke Vom Ursprung und von der Einrichtung der Inquisition in Portugal unerbittliche Wahrheitsliebe und hervorragenden Scharfsinn. Für seinen Freimut in Forschung und Lied büßte er gleich Castilho mit der Flucht aus dem Vaterlande. Bemerkenswert ist die Epik

Almeida-Garrett 1794—1854

de Almeida-Garrets, der liebevoll zuerst wieder auf das Volkslied zurückging und es dem Verständnisse seiner Zeit näherzubringen suchte. Gleich bestimmt tritt die Richtung

Correa Garçao † 1772

auf die glänzende Vergangenheit Portugals bei Correa Garçao hervor, der sich freilich erfolglos als ausgesprochenen Gegner des französischen Geschmacks bekannte. Über den Tiefstand der damaligen ästhetischen Bildung spricht übrigens der Beifall, den José de Macedó, ein dürftiger Epiker, für seine dünkelhafte Kritik des Camoëns erntete, ein vernichtendes Urteil.

12. Italien

Italien hatte nie die klassische Überlieferung aus dem Altertume vergessen. Gleichwohl herrschte besonders auf der Bühne die französische Kunst, soweit nicht das allbeliebte Singspiel und die Oper mit ihrem verweichlichenden Sinnenreize die Geister einschläferten. Großes Aufsehen erregten die Trauer-

Alfieri 1749—1803

spiele von Alfieri.

Ihn hatten Erziehung, Studium und die gärende Zeit zum Dichter gemacht. Empörung gegen jede mißbrauchte Gewalt, begeisterter Freiheitsdrang und tiefer Groll über die Schlaffheit seines Volkes, das sich weder gegen inneren noch äußeren Druck stemmte, waren die Hauptzüge, die sich seinem Charakter aufgedrängt hatten und die auch die Seele seiner Dramen ausmachten. Aber ihm fehlten die Wärme des Herzens, die Kenntnis der menschlichen Natur und das lebendige Interesse dafür. Daher war es ihm nicht möglich, lebendige Gestalten in ihrem Kampfe mit dem Geschicke und den Leidenschaften vorzuführen. Seine Charaktere sind nur kalte und magere Ausführungen abstrakter Ideen, die an einer notdürftig im Gange gehaltenen Handlung verkörpert werden. Von seinen Trauerspielen sind die besten Saul und Philipp II. Sein Buch Von der Tyrannei kennzeichnet seine Denkart mit unverhohlener Offenheit. „Im skandinavischen Norden war ihm die düstere Melancholie Ossians verständlich geworden, aus Englands politischen und religiösen Zuständen fiel ihm zuerst Licht auf die Lage seines Vaterlandes, und Shakespeare war ihm ins Blut gegangen, obgleich sich Alfieri im italienischen Stolze gegen die nordische Barbarei seiner erwehrte. Mit diesem vorsätzlichen Eigensinne blieb er an den französischen Formen und dem Bekenntnisse des Klassizismus hangen, im grellsten Widerspruche mit den Richtungen und Zwecken seiner Dichtung."

Goldoni 1707—1793

Im Lustspiel dagegen schuf der bühnenkundige Goldoni durchgreifend Wandel.

Mit ebensoviel Geschick wie Behaglichkeit weiß er Sitten und Zustände seines Volkes naturgetreu darzustellen. Aber seine Personen ermangeln der Würde, Erhebung und des Ehrgefühls in zu hohem Grade, als daß sie den Geschmack oder Verstand zu interessieren vermöchten. Die Italiener feiern ihren „großen Goldoni", doch das Genie, das den Dichter über sein Zeitalter erhebt, geht ihm darum nicht minder ab. Immerhin verdankte er nur sich und nicht

Gozzi 1720—1806

mehr der Fremde, was ihm eine Volkstümlichkeit erwarb, die nur Gozzis Erfolge noch übertrafen. Dieser bewies eine sehr glückliche Hand, als er mit seinen Bühnenscherzen und Volkspielen auf die commedia dell' arte zurückgriff, die ehedem nach einem nur leicht angedeuteten Plane von stehenden Masken aus dem Stegreife aufgeführt wurde. So ausgelassen, derb, beißend und wohl schlüpfrig diese Gattung war, so allgemein beliebt war sie auch. — In Metastasios (Bd. III) Fußstapfen trat sein Nachfolger im Amte eines Hofdichters

Casti 1721—1803

in Wien, Giambattista Casti. Anfangs widmete er sich dem musikalischen Drama, nur daß er nicht seines Vorgängers heroische Oper wählte, sondern die komische (opera buffa). Mehr Ruhm erwarb Casti jedoch mit seinen in Stanzen geschriebenen Galanten Novellen im Geiste Boccaccios voll altitalienischer Leichtfertigkeit und Mutwillens, vor allem aber durch sein satirisches Epos Die redenden Tiere mit scharfen Beziehungen auf das Hof- und Staatsleben, auf die politischen und gesellschaftlichen Ideen und Zustände der Zeit.

Maffei 1675—1755

Das Trauerspiel, dem noch Maffei mit der Merope einen gewissen Aufschwung gegeben hatte, nahm im 18ten Jahrhunderte unter dem Einflusse der französischen Bühnendichtung eine neue Richtung zu kunstmäßiger Form und strenger Regelrichtigkeit.

Giov. Pindemonte 1751—1812

Ihnen blieb, wie erwähnt, Alfieri trotz seiner vaterländischen Gesinnung treu. Erst Giovanni Pindemonte, ein Dichter von großer Zartheit und abgeklärter Empfindung, der

auch der Phantasie neue Bahnen wies, wagte davon abzuweichen. Auch sein Bruder Ippolito Pindemonte dichtete in einer vielbewegten Zeit weiche, schwermütige Naturschilderungen voll idyllischer Anmut und lyrische Gedichte und Episteln, in denen sich neben altklassischer Bildung Tiefe und Innigkeit des Gemüts und religiöser Sinn aussprechen. Als Übersetzer alter Dichter, besonders Homers, haben sich beide Brüder bekannt gemacht. Dagegen sind Ippolitos Dramen mit Chören und lyrischen Einlagen, darunter ein Arminio, größtenteils vergessen. Alfieris begabtester Nachfolger, aber ohne des Meisters Freiheitsgefühl und Charakterstärke, war Monti. Erst schmeichelte er sich beim Papst ein durch Basvilliana, sein vollendetstes Gedicht, in dem er nach der Ermordung (1793) des französischen Gesandten in Rom, Basville, die Freiheitsideen verketzerte; dann von Napoleon in Mailand zum Hofdichter und Geschichtschreiber des Königreichs ernannt, pries er den Überwinder seines Vaterlandes, bis er sich zuletzt durch seine Kantate auf Kaiser Franz auch dieses Fürsten Gunst erschlich und so seine Pension rettete. Sein Nachfolger in der Professur für italienische Literatur in Pavia war Ugo Foscolo, ebenso leidenschaftlich als Dichter wie in seinem Kampfe für Italiens Wiedergeburt. Als Ausdruck dieser Gesinnung, nicht wegen künstlerischer Vorzüge haben seine Schauspiele Bedeutung. Sein politischer Freimut, den er auch als Mitglied der Consulta in Lyon (§ 34) durch seine später gedruckte Rede an Bonaparte bewährte, zog ihm allerhand Verfolgungen zu. Als er dann alle Hoffnungen vereitelt sah, verwob er seinen Schmerz um das tiefgesunkene Vaterland mit eigenem Liebesleide in dem Romane Lettere di due amanti (Briefe zweier Liebenden), in der späteren Bearbeitung Ultime lettere di Jacopo Ortis (Letzte Briefe des J. O.) genannt. Nicht unpassend hat man das Buch als den „italienischen Werther" bezeichnet; denn der Held „vereinigt deutsche Sentimentalität mit italienischem Patriotismus und geht an beiden zugrunde". Dieser Briefroman fand ungeheueren Beifall, besonders bei der Jugend, nicht minder das Lehrgedicht voll strafender Wahrheit und hoffnungslosen Schmerzes Dei sepolcri (Von den Gräbern). Trotz mancher Verirrungen ist Foscolo der bedeutendste und einflußreichste Dichter der politischen und nationalen Richtung geworden, die mit Giuseppe Parini aus dem Mailändischen, dem Manne, der „in Italien ohne Neid und Tadel steht", begonnen hatte und in Leopardi, Niccolini, Berchet und Silvio Pellico würdige Vertreter fand (§ 92). In der Schwärmerei für Dante, dessen vaterländischer Sinn und geistige Kraft in Leiden und Verbannung den nachgeborenen Geschlechtern ein Leitstern war, begegnete sich diese politische Dichtung mit der neuerwachten Romantik. Parini geißelte zuerst Sitten- und Lebensweise der höheren Kreise, in deren Genußsucht und Gleichgültigkeit gegen alles Hohe und Ideale er die Quelle des sittlichen und politischen Verfalles in Italien erblickte, mit dem satirischen Gedichte Der Tag, das tatsächlich in edleren Gemütern die Sehnsucht nach einer nationalen Wiedergeburt geweckt hat. An dem freilich bald gehemmten geistigen Aufschwunge hat wesentlichen Anteil die Romantik.

Ipp. Pindemonte 1753—1828

Monti 1754—1828

Foscolo 1778—1827

Parini 1729—1799

Ungarns Sprache und Literatur hatten unter der Regierung Josephs II. einen guten Schritt vorwärts zu nationaler Entwickelung getan.

13. Ungarn

Der Beginn des Aufschwungs ist eng verknüpft mit dem Namen des um die Nationalsprache hochverdienten Georg Bessenyei. Neben ihm behauptete sich als ebenbürtiger Mitarbeiter der vielseitige Kazinczy, der außer seinen Bemühungen um die Sprache eine ausgedehnte Übersetzertätigkeit entfaltete, um seinem Volke Ersatz für die französischen Vorbilder zu schaffen. So trat nun der bestehenden französischen Schule eine nationale zur Seite, zu der sich eine große Anzahl namhafter Dichter bekannte, wie die Brüder Alexander und Karl Kisfaludy, jener mit seinem lyrischen Hauptwerke Himfys Liebe, einer an Goethes Werther erinnernden, erst ohne des Verfassers Namen erschienenen Dichtung, die den großen Unbekannten rasch allgemein beliebt machte. Sein Märchen Aus Ungarns Vorzeit steigerte noch die Bewunderung für den Dichter; für seine geschichtlichen Dramen, wie Johann Hunyady (II § 377), war sein Vorbild Schiller. Der jüngere Bruder Karl gilt durch seine Stücke, z. B. Brautwerber, Täuschungen u. a., als Begründer des ungarischen Lustspieles und der ungarischen Nationalbühne. Eine bleibende Erinnerung an ihn ist die Kisfaludy-Gesellschaft, eine Art schönwissenschaftlicher Akademie in Pest. Gesinnungsverwandt waren ihnen ferner der leidenschaftliche Csokonai Vitéz, bekannt vornehmlich durch seinen originellen Gruß an seinen Weinschlauch, dann der Odendichter Berzsenyi, der feurige Vaterlandsfreund Kölcsey, der den Ungarn eine Art Nationallied gab, der Benediktiner Czuczor, endlich Garay, beide mit Liedern im Volkstone, jener auch politischer Lyriker.

Bessenyei 1747—1811
Kazinczy 1759—1831
Alex. Kisfaludy 1772—1844
Karl Kisfaludy 1788—1830
Csokonai Vitéz 1773—1805
Berzsenyi 1776—1836
Kölcsey 1790—1838
Czuczor 1800—1866
Garay 1812—1853

Sie alle überragt sowohl durch die politische Wirkung wie durch die

Volkstümlichkeit seiner Schöpfungen der aristokratische Sänger der Sammlung
Vörösmarty 1800–1855 für den Unabhängigkeitskampf, Vörösmarty.

Seine Dramen, wie Die Bluthochzeit, Arpads Erwachen, Die Schatzgräber, und seine romantischen Epen, Der Sieg der Treue, Zalans Flucht usw., fanden mehr bei den Gebildeten Verständnis und Anklang. Wahrhaft volkstümlich aber machte ihn der Aufruf (Szozat), der den „ungarischen Gedanken" begeisternd zum Ausdruck brachte und in der Zeit unmittelbar vor 1848 durch ganz Ungarn widerhallte. Doch war dieses Gedicht nur für eine Bewegung innerhalb des Rahmens der Gesetze geschaffen. Auf dem Schlachtfelde selbst wurden andere Lieder gesungen, leidenschaftdurchglühte Lieder, die als Begleitung Schwerterklang und Kanonendonner erheischten. Sie sind auch verdeutscht worden unter dem Titel Nationallieder der Ungarn. Gleichfalls vor das Jahr
Eötvös 1813–1871 1848 fällt die literarische Tätigkeit des Barons Joseph Eötvös. Später diente er seinem Vaterlande als Staatsmann und Unterrichtsminister (§ 182 ff.). Seinen Ruf verdankt er Romanen, wie Der Kartäuser, Der Dorfnotar und Ungarn im Jahre 1514, einer lebensfrischen Schilderung des damaligen Bauernaufstandes (II § 377). Zu der großen Bedeutung, die vor allem durch Kossuth die Presse erlangte und die sich in der Gründung einflußreicher Tageblätter und Zeitschriften kundgab, hat auch Eötvös ein gut Teil beigetragen.

Entstehung der Romantik **§ 81. Die Romantik.** Der Rückschlag, der sich gegen den französischen Klassizismus im ganzen literarischen Europa vollzog, war zum größten Teile die weltgeschichtliche Wirkung der deutschen Blütezeit gewesen. Doch sollte nicht ihr die Führerrolle in der weiteren Entwickelung verbleiben.

Schon für Deutschland gilt, daß der großen Meister Werke in den breiten Schichten der Nation nicht recht Wurzel gefaßt hatten, daß ihre Absichten nicht allgemein verstanden wurden und daß trotz ihrer hingebenden Mühe der Unterhaltungstrieb stärker blieb als das Bedürfnis nach Bildung. Manch schwermütige Klage erklang aus Goethes Munde über die Gleichgültigkeit seines Volkes. Schillers hoher Ton und begeisterndes Vaterlandsgefühl sichern zwar seinen Bühnenstücken immer gleichen Beifall; doch seine Gedankensaat auf dem Felde der Ästhetik und der Erziehung zur Kunst hat auch er nicht reifen sehen. Dafür waren noch immer für weite Kreise die harmlosen Erzeugnisse der Kraftgenies der bevorzugte Lesestoff und nur die Wucherpflanze der Ritter- und Räubergeschichte vermochte mit ihnen zu wetteifern. Woher sollte nun vollends dem Auslande die Reife und Empfänglichkeit für das deutsch-klassische Ideal kommen? Es ist auch eine in den menschlichen Verhältnissen begründete Erfahrung, daß der Blüte ein Verfall, dem Aufschwunge ein Niedergang folgen muß, daß vollendete Kunst nach kurzem Bestande durch Einseitigkeit und Übermaß, durch Übertreibung von Einzelheiten auf Kosten des Ganzen getrübt und gefälscht wird. Bei uns insbesondere wirkte mancherlei zusammen zur Abkehr von den Bahnen Schillers und Goethes. Zunächst war die Philosophie von Kants mannhafter, sittlicher Wahrheitsliebe zur Mystik Schellings und zur weltsetzenden Allmacht des Ichs in Fichtes subjektivem Idealismus fortgeschritten; jener entfremdete dem Leben und der Tat, dieser schien die Schranken zerbrochen zu haben, die der individuellen Freiheit und Phantasie des Dichters gesetzt sind. Was dagegen Goethes Abstecher in östliche und östlichste Literaturen anlangt, so war das doch eher Wirkung als eine der Ursachen der Romantik. Richtiger ist, daß das bewundernde Verhältnis beider Klassiker zum Altertume als seinen Gegensatz eine Abwendung vom Griechen- und Römertume heraustreiben mußte, zumal da die Fremdherrschaft den vaterländischen Sinn geweckt und die Blicke auf deutsche Art und deutsches Volkstum hingelenkt hatte (§ 99). Freilich, die Gegenwart bot dem Dichter keinen würdigen Stoff, seiner Einbildungskraft keinen fruchtbaren Anhalt, seinem Auge nichts als den Anblick des Elends und der Verkommenheit. Hier erwuchs einer hochgesinnten Jugend die schönste Aufgabe, nämlich das dürftige bürgerliche Dasein mit Hilfe der Poesie zu heben, das Alltagsleben durch einen Anhauch dichterischer Schönheit zu verklären und dem ganzen Volke die Fähigkeit, künstlerisch zu empfinden und zu genießen, zurückzugeben. Denn darüber kam dem schwärmerischen Eifer kein Zweifel: bestanden hatte eine solche Zeit liedurchwobenen Daseins; das sollte im Mittelalter gewesen sein unter der alten Kaiserherrlichkeit und im Frieden der Glaubenseinheit. So wurde ein willkürlich idealisiertes Mittelalter zum Vorbild der neuen Dicht- und Denkart. Es erschien zudem als der ruhige Hafen für alle, deren Hoffnungen auf die französische Staatsumwälzung in niederschmetternder Weise enttäuscht worden waren. Jubelnder Beifall war glühendem Abscheu gewichen. Geängstigt, ja entsetzt wandten sich die Blicke und Gedanken von den Stätten des Greuels, und, einmal irre geworden an der Freiheit, verwarf man mit der ganzen Bewegung auch ihre Errungenschaften und die tatsächlichen Fortschritte. Zuletzt und zumeist

aber ist die Romantik aus dem zur Tat erstarkten Widerspruche gegen die nüchterne, alles Schwunges bare, verstandesdürre Aufklärung erwachsen (§ 99). Rationalismus und Romantik sind polare Gegensätze.

Wesen der Romantik

Diese romantische Schule ist nun weder ein geschlossener Begriff noch eine meteorgleich unvermittelte Erscheinung, weder örtlich noch zeitlich scharf begrenzt, endlich etwa ein Menschenalter hindurch Herrscherin nicht nur auf dem Gebiete der Dichtung, sondern ebensosehr in der bildenden Kunst (§ 95) und in der Musik (§ 298).

Räumlich hat sie ihren Siegeszug über ganz Europa erstreckt und durch die Vermittelung der Literaturen Spaniens und Englands bis in die amerikanischen Tochterstaaten beider Länder. Zeitlich reicht sie mit ihren Ursprüngen zurück bis in die Tage des kraftgenialischen Aufruhres gegen jede Beschränkung des dichterischen Schaffens, bis zu dem Sturm und Drang, der auch das vieldeutige Halbdunkel dem hellen Lichte in den Werken der Klassiker vorzog und die scharfumrissene Charakteristik der Verworrenheit und Verschwommenheit in Handlung und Menschenschilderung opferte. Eine andere Eigentümlichkeit der Romantik lag in der Art vorgedeutet, wie Heinse (Bd. III) seine Kunstansichten mit romanhafter Handlung umkleidete und verschmolz. Er hatte auch den Ton unverhüllter Sinnlichkeit angeschlagen, der dann keineswegs gedämpft bei dem und jenem Romantiker nachklingt. Endlich gab Wielands glänzender Erfolg mit dem Oberon einen verlockenden Hinweis auch auf das Stoffgebiet. — Nach der anderen Seite hin, also was den Ausgang der Romantik betrifft, reichen ihre Ausläufer bis in die jüngste Zeit. Zwar hat sich von Eichendorff selbst als den letzten Romantiker bezeichnet, insofern mit Recht, als sie nach ihm ausgesprochene Vertreter kaum mehr gefunden hat. Aber die zahlreichen und vielnamigen, doch in der Pflege und Bewertung des Individualismus einigen Schulen der Gegenwart vermögen ihre Abkunft von der romantischen Mutter nicht zu verleugnen.

Selbst den Begründern der Romantik, wie Tieck und den Gebrüdern von Schlegel standen anfangs Begriff und Ziele der neuen Kunst nicht klar und bestimmt vor der Seele. Von der Kritik gingen sie aus und mit ihr haben sie im Kampfe gegen literarische Flachheit und Geschmacksverirrung Erhebliches geleistet; ja, wenn heute unsere Kritik geistreich und fein geworden ist, so ziemt der Dank dafür nicht zuletzt der Romantik. August Wilhelm von Schlegel vor anderen hat das Kunstrichteramt auf unanfechtbare Grundlagen gestellt, indem er alle kleinkrämerische Krittelei ausschloß und das Kunstwerk als ein einheitliches Ganzes ansehen lehrte. Hierin war ihm der feinfühlige Herder ebenso vorangegangen wie in der liebevollen Teilnahme für das Schrifttum fremder Völker. Aus solchem mitempfindenden Verständnisse für den Geist anderer Nationen erwuchs der Romantik eine zweite Stärke, ihre Übersetzerkunst, die Goethes Traum von einer Weltliteratur nahezu verwirklicht hat und seitdem ebenfalls ein Vorzug unseres Volkes geblieben ist. Sie steht in Wechselwirkung zu der erstaunlichen Formgewandtheit der Romantiker, der sie entsproß, die sie aber ihrerseits wiederum bis zu solchem Grade steigerte, daß jene, geblendet von ihrem Können, dem Irrtume anheimfielen, mit der vollendeten Form und einer aufs höchste gesteigerten Leichtigkeit des Ausdrucks allein etwas Mustergültiges schaffen zu können auch ohne das künstlerische Maß und die Objektivität der Klassiker, auf deren Pfaden zu wandeln sie ursprünglich gesonnen waren. Und tatsächlich zeigt die Romantik in ihren Anfängen bei Tieck, den Schlegels und auch Novalis ein ganz anderes Gesicht als z. B. bei Brentano, Arnim und in ihrem weiteren Verlaufe. In leisen, aber immer deutlicheren Abweichungen von der hohen Kunst kündigte sich der Abfall zum Subjektivismus an. Der gefühlsmäßige Gegensatz zur Aufklärung oder „Abklärung", wie es in der Schulsprache hieß, äußerte ebenfalls seine Wirkung. War aber die Selbstherrlichkeit des persönlichen Gefühls einmal zum Durchbruch gelangt, so ergab sich die Absage an die Objektivität des klassischen Kunstideals nur als notwendige Folge. Und so begann etwa seit Schillers Tode „die Flucht in über- und unterirdische Regionen, in das Reich der Träume und Geister, in die Fernen der Zeiten und Völker, die Verleugnung der Gegenwart, der Neuzeit und alles wirklichen Lebens". Hand in Hand damit ging eine fast verwunderliche Überschätzung der Poesie. Sie war der Mittelpunkt des Lebens, der Dichter allein der wahre Mensch, allein berufen und fähig, die Schönheit in jeder Form empfindend zu genießen. Daraus entsprang ein förmlicher Dichterhochmut. Der angemaßte Vorzug des Dichters vor andern Sterblichen ließ ihn als das Gefäß unmittelbarer überirdischer Eingebung erscheinen. Jetzt begann man das eigene Innere zu belauschen und zu belauern, um der Gottheit Stimme in rein persönlichen Gefühlsäußerungen zu vernehmen. Blieben sie aber doch aus, so wurden selbstgeschaffene Wahngebilde als höhere Offenbarung ausgegeben. Nur eines Schrittes bedurfte es noch, und der selbstherrliche Dichter nahm sich

Gefahren der Romantik

das Recht, über die Geschöpfe der eigenen Phantasie zu spötteln und sich lustig zu machen, und meinte geistreich zu sein und geistesfrei, wenn er die eigenen Gebilde und Ideen höhnisch zersetzte. Das war die letzte Folgerung aus dem künstlerischen Subjektivismus: die romantische Ironie, „die Offenbarung der Freiheit" nannte man es. Schön und verheißungsvoll hatte die Ankündigung der Romantiker geklungen, alle Lebensverhältnisse dichterisch erhöhen, mit dem Dufte der Poesie durchhauchen zu wollen. Schließlich gelangten sie dahin, Pflicht, Sittlichkeit und alle Grundlagen des Daseins durch den ästhetischen Genuß zu ersetzen. So erlosch das Dreigestirn, das ihnen die Nacht des Mittelalters erhellte, das auch über den Anfängen der Romantik freundlich strahlte: Dichtkunst, Vaterland, Glaube. Köstliche, ja bestrickende Erzeugnisse der Schule vermochten lange die Gefahren der romantischen Idee zu verschleiern. Als dann aber der und jener dem Protestantismus abtrünnig wurde, andere in Wunder- und Aberglauben verfielen, da waren die Folgen der entfesselten Subjektivität mit Händen zu greifen. Aber auch der Vaterlandsgedanke wurde gefälscht, bis er zum Zerrbild ward im Dienste rückschrittlicher Staatskunst. Wirr wie in Träumen sprach die phantastische Nacht zu der in politischem und wirtschaftlichem Jammer befangenen Zeit. Trunken redete die Ferne einem von allen Seiten geängstigten Volke von der Wiederkehr einer großen, herrlichen Vergangenheit. Die mondbeglänzte Zaubernacht und die wundervolle Märchenpracht fanden die Volksseele nur zu willig, sich einwiegen, einschläfern und aus trüber Gegenwart in ein Reich kunstverklärter Schönheit retten zu lassen. So wurden in Deutschland die Augen von der Wirklichkeit und den nationalen Fragen abgelenkt. Aus der neuen Ästhetik aber, die ihren Schöpfungen einen freilich kaum dem Gemüte entnommenen religiösen Anstrich zu geben liebte und die Dichtung heillos mit Glauben und Mystik verquickte, zog der Rückschritt seinen Vorteil (§ 99). Der von seiner Kirche abgefallene Adam Müller predigte in seiner Schrift Von der Notwendigkeit einer theologischen Unterlage der gesamten Staatswissenschaft (1813) die Rückkehr zum Katholizismus, ständische Gliederung wie im Mittelalter und den Kampf gegen alle Ideen des 18ten Jahrhunderts. Der ebenfalls übergetretene Karl Ludwig von Haller befehdete in seiner berüchtigten Restauration der Staatswissenschaft allen Fortschritt. In Frankreich fand die christlich-katholische Bewegung wohlgewappnete Vertreter in Louis de Bonald (§ 90) und Joseph de Maistre, während Chateaubriand (§ 80) die Religion in ästhetische Schwärmerei verflüchtigte. Selbst aus Walter Scotts (§ 80) rückwärtsgewandter Dichtung vermochte das zeitgenössische England schwerlich Antriebe zu tatkräftigem Fortschritte zu gewinnen, so maßvoll übrigens und so national die britische Romantik auftrat.

Ad. Müller 1779—1829

L. von Haller 1768—1854

Bonald 1753—1840 de Maistre 1754—1821

Lichtseiten der Romantik

Immerhin hat die Romantik gerade um Nationalgefühl und Vaterlandsliebe auch unleugbare Verdienste (§ 99).

Sie hat, als Österreich die Kaiserkrone von sich warf, treulich gesungen und gesagt von des deutschen Reiches Herrlichkeit und die Erinnerung daran im deutschen Volke festgehalten. Und der „Kaiserherold" Max von Schenkendorf war mehr Romantiker als Freiheitsänger. In ihrem liebevollen Interesse für deutsche Volkslieder ging die Romantik wiederum auf Herders Spuren. Aber auch die Ergebnisse der deutschen Altertumswissenschaft, die damals zuerst helleres Licht über die Vorzeit unseres Volkes verbreitete (§ 302), nahm sie mit warmem Anteile auf. Und noch in der Zeit des Verfalles erklang aus dem Lager des Nordheeres vor dem Entscheidungskampfe August Wilhelm von Schlegels weihevoller Aufruf an unser Volk, während in Österreich sein Bruder, wie aus bösem Traum erwacht, für die deutsche Sache mit Wort und Feder eintrat. Ferner haben die Romantiker den Sinn für die schönen Künste und für das Naturleben in seinen mächtigen Wirkungen auf Gemüt und Seelenstimmung weithin verbreitet und die Literatur in engere Beziehung zum Leben gesetzt. Neben der Kritik begründeten sie eine kunst- und geschmackvollere Behandlung der Literaturgeschichte, verliehen der Sprache Geschmeidigkeit und Schmelz, der Darstellung Anmut und brachten in unser Schrifttum die außerordentliche Mannigfaltigkeit von Kunstformen, die vordem ein Sonderbesitz des Morgenlandes und des romanischen Südens gewesen waren.

Nie wieder vor- noch nachher hat eine Dichtung die innigen und trauten oder kraftvollen und hehren Töne, die in der deutschen Volksseele den freudigsten Widerhall finden, mit solcher Wirkung angeschlagen wie die Romantik; nie wieder war über die Poesie ein so sonniger Glanz ausgebreitet wie in der Blütezeit der Romantik. Nie wieder aber auch hat schrullenhafter Künstlereigensinn sich selbst, seine Schöpfungen und die heiligsten Begriffe mit gleicher Leichtfertigkeit zersetzt wie die Romantik.

§ 82. Die deutsche Romantik. Zu den Begründern und Häuptern der romantischen Schule gehört der frühverstorbene Novalis (Friedrich von Hardenberg aus dem Mansfeldischen). Novalis 1772—1801

Wie er in den Hymnen an die Nacht und in geistlichen Liedern sein tiefes, durch schmerzliche Verluste bis zur Todessehnsucht gesteigertes Gefühlsleben ausströmte, so sollte eine Folge von Romanen seine Anschauung von der Kunst und der Welt darstellen. Doch ist es bei dem unvollendeten Heinrich von Ofterdingen geblieben. Dieses romantische Gegenstück zu Goethes Wilhelm Meister zeigte zuerst all die Merkmale der neuen Kunst: die Vorliebe für Märchenhaftes, Übersinnliches, Geheimnisvolles, für Mittelalter und Katholizismus. Am bezeichnendsten ist aber, daß der Roman die Poesie als Kern und Ziel des Lebens, „als die eigentümliche Handlungsweise des menschlichen Geistes" hinstellt.

Vielseitiger war die Wirksamkeit der Brüder August Wilhelm und Friedrich von Schlegel, der Söhne des Bremer Beiträgers Johann Adolf, und ihres Freundes Ludwig Tieck aus Berlin.

August Wilhelm von Schlegel, der nach einem vielbewegten Leben im Vaterlande und in der Fremde zuletzt als Professor in Bonn lebte und starb, vereinigte in seinem Wesen ein ungewöhnliches Maß von Geschmack und Urteil in allen ästhetischen Dingen. Als Kritiker und Kunstrichter hat er denn auch seinen Ruhm begründet, so mit den Vorlesungen über dramatische Kunst und Literatur und Über Theorie und Geschichte der bildenden Kunst. Durch seine literaturgeschichtlichen Forschungen und seine feinfühlige Würdigung fremder Dichtungen hat er den Gesichtskreis der Zeitgenossen ebensosehr wie durch meisterhafte Übersetzungen von siebzehn Stücken Shakespeares, fünf Schauspielen Calderons und südlicher Lyrik in Blumensträußen italienischer, spanischer und portugiesischer Poesie erweitert. Nicht auf gleicher Höhe stehen, abgesehen von einzelnen Romanzen wie Arion, seine eigenen Schöpfungen: Elegien und das antike Trauerspiel Jon. Seine Arbeiten über indische Literatur und Sanskrit ergänzte sein Bruder mit der grundlegenden Schrift Über Sprache und Weisheit der Inder. A. W. von Schlegel 1767—1845

Dieser, Friedrich von Schlegel, der Verfasser des frivolen Romans Lucinde, in dem ausgesuchte Sinnlichkeit zu ästhetischer Empfindung verklärt werden soll, bekehrte sich in Köln zur Sühne für frühere Leichtfertigkeit zum Katholizismus und verleugnete dann als Eiferer für die römische Kirche und im Dienste des politischen Rückschrittes seinen ehemaligen Freisinn durch die Vorlesungen über die neuere Geschichte und die Geschichte der alten und neuen Literatur. Jetzt ist sein Ideal das einträchtige Zusammenwirken von Papst- und Kaisertum; daraus floß seine Vorliebe für das Mittelalter und schließlich für Österreich. Zuletzt pries er die tatenlose Beschaulichkeit des Morgenlandes als höchste Tugend. Doch ließ auch ihn, wie seinen Bruder in Bernadottes Lager, der deutsche Freiheitskrieg mannhafte Worte gegen den Zwingherrn finden (§ 56). Zum Dichter fehlte auch ihm die Tiefe und Einfalt der Empfindung. Das beweisen die meisten seiner Gedichte und sein verkünsteltes Schauspiel Alarcos. Beider Brüder Leistungen liegen eben mehr nach der wissenschaftlichen Seite hin, in ihrer feinsinnigen Kritik, die durch die Charakteristiken und Kritiken, durch die Zeitschrift Athenäum und ungezählte Einzelaufsätze und Beiträge für andere literarische Blätter gegen Flachheit „mit göttlicher Grobheit" kämpfte, ferner in ihren vielseitigen, geradezu unberechenbaren Anregungen. Fr. von Schlegel 1772—1829

Umgekehrt bestehen die Verdienste Ludwig Tiecks, der meistens in Berlin, wo er geboren ward und starb, und in Dresden lebte, gerade in seinem dichterischen Schaffen, daneben in seinen Bemühungen um das Theater. Tieck 1773—1853

Bleibenden Wert schon als Muster kunstvoller Erzählung behaupten seine Märchen, die er im Phantasus mit einer Reihe von Märchenschauspielen sammelte. Zu jenen gehören u. a. Der getreue Eckardt, Die Elfen, Der Pokal, Der blonde Eckbert. Echt romantisch in ihrer schillernden Pracht sind das Trauerspiel Leben und Tod der heiligen Genoveva, das Lustspiel Kaiser Oktavianus und das Märchenschauspiel Fortunat. Die Richtung zum Wunderbaren, Geheimnisvollen und Phantastischen in diesen Werken machte sie zur Lieblingslektüre gewisser vornehmer Kreise, die sich nunmehr ebenso willig dem Religiösen und Mystischen, dem Wunder- und Aberglauben zuwandten wie früher dem Unglauben und der Freigeisterei. Die Märchen- und Volksbücher des Mittelalters waren der eigentliche Boden für die romantische Poesie: hier lag die unbegrenzte Welt des Gefühls und der Phantasie in „mondbeglänzter Zaubernacht, die den Sinn gefangen hält"; hier erreichen die Romantiker ihren Zweck, den Leser „in die Empfindungen eines Träumenden hineinzuwiegen", am besten.

Tieck schwankte lange in seiner Richtung, ehe er die seiner Eigenart entsprechenden Stoffe und Formen ergriff. Seine ersten Romane, das Schauergemälde Abdallah und der in Rousseaus Sinne verfaßte Briefroman William Lovell, erinnern in nichts an die spätere Art des Dichters, die erst mit den Volksmärchen von Peter Lebrecht, einer Sammlung phantastischer, auf humoristische Weise dramatisierter Märchen mit Anspielungen auf lebende Schriftsteller (Ritter Blaubart, Der gestiefelte Kater, Die verkehrte Welt, Prinz Zerbino oder die Reise nach dem guten Geschmacke) hervortritt. Seine Richtung auf das Mittelalter entschied sein frühverstorbener Freund

Wackenroder 1773—1798

Wilhelm Heinrich Wackenroder mit den Herzensergießungen eines kunstliebenden Klosterbruders. Auf seine Anregung, vielleicht auch unter seiner Beihilfe verfaßte Tieck die ausgesprochen romantische Erzählung Franz Sternbalds Wanderungen, die zuerst die Grundsätze von der religiösen Heiligung der Künste, von der Vollendung des Künstlers durch den „unmittelbaren göttlichen Beistand" aufstellte. Ihr Einfluß auf die „sternbaldisierende" deutsche Malerschule in Rom (Friedrich Overbeck und Peter von Cornelius § 95. 98) ist bekannt. In seinen Dramen vernachlässigte Tieck vollständig die Anforderungen der Bühne, — eine Willkür, die um so auffälliger erscheint, als er in Dresden eifrig und verständnisvoll für Theater und Bühnenwesen tätig war, sowohl durch die Fortsetzung der Schlegelschen Übersetzung Shakespeares und eigene Aufsätze über diesen Dichter und das Altenglische Theater als durch seine Dramaturgischen Blätter. Zahlreich waren seine Novellen, wie Der junge Tischlermeister, Dichterleben (Shakespeare), Des Dichters Tod (Camoëns), Vittoria Accorombona, doch ungleich an Wert. Neben Kabinettstücken der Erzählerkunst finden sich Erzeugnisse fast lehrhafter Redseligkeit. Ein träumerischer, energieloser Zug haftet allen Gestalten Tiecks an.

Berliner Kreis

Mit den Gebrüdern von Schlegel hatte sich Tieck in Berlin zusammengetan. Dadurch wurde die Hochburg der Aufklärung zur Geburtstätte der Romantik, die sich erst später Jena zum Sitz auserkor.

Die Verehrung Goethes hatte in Berlin eine Reihe hervorragender Geister und schöner Seelen zu einer ästhetischen Gemeinde vereint, zu der der Philosoph und Prediger Schleiermacher (§ 64), der neben seinen begeisternden Reden über die Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern auch die seltsamen Vertrauten Briefe über Schlegels Lucinde zur Rechtfertigung des leichtfertigen Dichters verfaßte, ferner der Prinz Ludwig Ferdinand von Preußen (§ 47), die beiden Komponisten Goethischer Lieder Reichardt und Zelter, endlich die gefeierten Jüdinnen Rahel Levin, die spätere Gattin Varnhagens von Ense, Henriette Herz, deren Verehrer Schleiermacher war, Moses Mendelssohns Tochter Dorothea, die Friedrich von Schlegel ihrem Gatten Veit entführte, zählten.

Schleiermacher 1768—1834

Lyriker

Tiedge 1752—1841

Während seiner Tätigkeit in Dresden wurde Tieck wieder der Mittelpunkt eines literarischen Kreises, zu dem Christoph August Tiedge, der vielgepriesene Sänger der Urania und Seelenfreund Elisas von der Recke, einen gewissen Gegensatz bildete.

Seine Begeisterung stammt „aus Nächten tiefer Trauer"; seine Poesie wird nur „in Einsamkeit und Natur" rege. Immerhin ist seinem Lehrgedichte von der Unsterblichkeit Wohllaut und Glätte nachzurühmen.

Matthisson 1761—1831

Die nämlichen Vorzüge zeigen die Gedichte seines Landsmannes und Freundes Friedrich von Matthisson, der sich sogar Schillers Anerkennung errang.

In seinen klangreichen elegischen Naturschilderungen weht „eine duftige Mondscheinpoesie voll sanfter Schwermut, voll beschaulicher Schwärmerei, voll Naturinn und weicher melancholischer Anklänge".

Chamisso 1781—1838

Der Hang zur Schwermut, eine Vorliebe für das Herzerschütternde mischt sich mit harmloser Heiterkeit und französischer Schalkhaftigkeit in den Gedichten Adalberts von Chamisso. Mit seinen Eltern war er vor der Staatsumwälzung von dem Stammschlosse Boncourt nach Preußen geflüchtet.

Allbekannt ist sein berühmtes Märchen Peter Schlemihl, das sich manche Deutung hat gefallen lassen müssen. In seinen Balladen, Romanzen und sonstigen Gedichten erscheint er durchaus als deutscher Sänger. Zu der ergreifenden Erzählung in Versen Salas y Gomez, in dem „der Ausdruck schroffster Öde und Weltverlassenheit in marmorharte Verstafeln gegraben ist", wurde er auf seiner Reise um die Welt angeregt.

Eichendorff 1788—1857

Zu den gewinnendsten Erscheinungen der Romantik gehört Joseph von Eichendorff, der seit 1831 eine Ratstelle im preußischen Kultusministerium bekleidete.

In seiner gefühlsweichen Lyrik liegt etwas geradezu Verführerisches. Seine Novellen, z. B. Das Marmorbild, Aus dem Leben eines Taugenichts u. a. m., spiegeln mit großer Anschaulichkeit das Sehnen und die Stimmung der Schule, gleichwie sein Roman Ahnung und Gegenwart, in dem er ein dichterisches Bild seiner eigenen Entwickelung gab. Später kehrte Eichendorff seinen Katholizismus zu absichtsvoll hervor. Dadurch wird sowohl der Wert seiner literaturgeschichtlichen Arbeiten wie die Wirkung seiner erzählenden Dichtungen beeinträchtigt.

Salis 1762—1834

Ein Nachfolger Matthissons ist Johann Gaudenz von Salis-Seewis aus Graubünden. Seine gemütvollen Gedichte und Naturschilderungen entstanden zum Teil während eines bewegten Kriegslebens. Der Mecklenburger Kosegarten schädigte seine fruchtbaren Anlagen durch die Sucht, Erhabenes schaffen zu wollen. Unter seinen Werken Gedichte, Romantische Dichtungen, Rhapsodien usw. steht obenan Jukunde.

Kosegarten 1758—1818

Dramatiker Heinr. von Kleist 1777—1811

Heinrich von Kleist ist der bedeutendste Bühnendichter der Romantik, vielleicht überhaupt der größte nach Schiller. Nach dem Höchsten strebend, aber unstet und nie von seinem Schaffen befriedigt, dazu in Verzweiflung über die politische Lage, schied der hochgemute Mann 1811 freiwillig aus dem Leben.

Seine Dramen, wie Die Familie Schroffenstein, Guiskard, das Kleist zum größten Teil eigenhändig verbrannt hat, Penthesilea, Käthchen von Heilbronn, Prinz Friedrich von Homburg, zeugen durchweg für eigenständige, schöpferische Kraft, während Der zerbrochene Krug noch heute als Muster echt deutscher Lustspieldichtung gilt. Trefflich ist die Erzählung Michael Kohlhaas. Seinen Ingrimm gegen die Fremdherrschaft strömte Kleist in dem Drama Die Hermannsschlacht und in dem Ergusse einer unbändigen Leidenschaft Germania an ihre Kinder aus.

Jos. von Collin 1772—1811

Matth. von Collin 1779—1824

Weit hinter ihm blieben die Brüder von Collin aus Wien zurück, Joseph mit hauptsächlich antiken Stoffen, wie Regulus, Coriolan usw., Matthäus mit der Befreiung Wiens, Marius, den Feindlichen Brüdern u. a. In die Sagengeschichte der germanischen Vorzeit führte der Däne Adam Oehlenschläger (§ 86), der dänisch und deutsch dichtete, zurück z. B. mit Palnatoke (II, § 108), Hakon Jarl u. a.

Oehlenschläger 1779—1850

Am lebensfähigsten sind sein dramatisiertes Märchen Aladdin oder die Wunderlampe und die Künstlertragödie Correggio gewesen, diese das Vorbild einer ganzen Reihe derartiger Stücke, jenes ein echtes Kind der Romantik, zu der sich der Dichter auch in den Lebenserinnerungen bekennt.

Zach. Werner 1768—1823

Zacharias Werner trägt die Hauptschuld daß „die Dramatik des Tages ganz verwilderte und den Schauspielern jeder Sinn für Natur und Wahrheit wieder entwöhnt ward".

Ein regelloser Geist in Kunst wie Leben, erntete er doch für seine wüsten, spukhaften Stücke, wie Die Söhne des Tals, Das Kreuz an der Ostsee, Attila, den Erfolg, um den ein Kleist vergeblich rang. Haltlos, wie er war, verstand er sich dazu, nach dem Übertritte zum Katholizismus sein beifällig aufgenommenes Drama Martin Luther oder Die Weihe der Kraft durch die schwächliche Weihe der Unkraft zu widerrufen. Seitdem bearbeitete er nur katholische Stoffe.

Schicksalstragödie

Sein Trauerspiel in einem Akt Der 24. Februar wurde der Ausgangspunkt für die Schicksalstragödie, die den hehren Begriff des Altertums vom Fatum in kindlicher Weise veräußerlichte. Freilich meinten ihre Vertreter sich auf Schillers Braut von Messina berufen zu dürfen.

Müllner 1774—1829

Houwald 1778—1845

Am ärgsten trieb es der poesielose, aber dünkelhafte „Advokat von Weißenfels" Adolf Müllner mit dem 29. Februar, der Schuld, König Yngurd, der Albaneserin. Er verfaßte auch viele Lustspiele und spielte sich in seinen literarischen Zeitschriften als Kunstrichter in Deutschland auf. — Der als Jugendschriftsteller bekannte Ernst von Houwald aus der Niederlausitz huldigte mit den Dramen Das Bild, Der Leuchtturm u. a. ebenfalls dem Schicksalsglauben, dem er innerlich ganz fremd war, wie

sein Spott in einem anderen Stücke beweist. Auch Grillparzers Ahnfrau läßt sich aus diesem Zusammenhang nicht lösen.

Schonungslos bekämpfte August von Platen (§ 292) mit aristophanischem Witz in seinen formvollendeten Satiren Die verhängnisvolle Gabel, Der romantische Ödipus diesen literarischen Unfug. — Mit merkwürdiger Unbefangenheit trug de la Motte Fouqué das romantische Ideal von Heldenmut und den eignen Tatendrang in die germanische Sagenwelt und das Rittertum hinein.

Fouqué 1777–1843

Seiner leichtbeweglichen Phantasie ohne Tiefe entsprachen Menge und Art seiner Werke, Rittertragödien und „Heldenspiele", darunter die Trilogie Der Held des Nordens mit den drei Teilen Sigurd der Schlangentöter, Sigurds Rache, Aslauga, auf Grund der Edda und der Nibelungensage, dann der Romane Der Zauberring, Sintram und seine Gefährten, Die Fahrten Thiodulfs des Isländers u. a. m.; der epischen Gedichte Corona, Karls des Großen Geburt und Jugendjahre, ferner kleiner Erzählungen, wie Die Normannen auf Lesbos, besonders Undine, die in Lortzings Oper noch heute gefällt.

Nicht durch seine Bühnendichtungen wie Lacrimas, Der Graf und die Gräfin von Gleichen usw., sondern als Bearbeiter der Denkwürdigkeiten Casanovas behauptet sich der preußische Landrat Wilhelm von Schütz in der Geschichte unseres Schrifttums. So ist auch der Name des Leipziger Ratsherrn Johann August Apel, dessen Schauspiele und Romane übrigens Sinn für Formenreinheit bekunden, mit dem Freischütz M. von Webers (§ 298) verknüpft.

von Schütz 1776–1847

Apel 1771–1816

Den Stoff zu dieser Oper entlehnte der Dresdner Romantiker Johann Friedrich Kind dem Gespensterbuch, das Apel mit Friedrich Laun, eigentlich Friedrich August Schulze, der Lustspiele und Romane auch bedenklicher Art schrieb, herausgegeben hat.

In dem Enkel der Sophie Laroche, Clemens Brentano, verkörpern sich Vorzüge und Mängel der romantischen Schule am augenscheinlichsten. Eine empfängliche, gefühlvolle und begabte Natur, war er in Leben und Kunst zerfahren und schwankend.

Novelle und Roman Brentano 1778–1842

In ihm besitzt die Romantik vielleicht ihren farben- und phantasievollsten Erzähler, dessen Geschichte vom braven Kasperl und vom schönen Annerl unbestritten zu den Perlen dieser Gattung gehört. Freilich achtete seine übersprudelnde Einbildungskraft keine Kunstgesetze. Das beweisen der gewagte Roman Godwi oder das steinerne Bild der Mutter, das Lustspiel Ponce de Leon u. a. m. Seiner Lyrik sind dagegen seine Innerlichkeit und sein Sinn für das Volkslied nur förderlich gewesen. Ein Bruch kam in sein Schaffen durch seine Bekanntschaft mit der Nonne Katharine Emmerich, die ihn zu schroffer Kirchlichkeit bekehrte. Beachtenswerte Erzeugnisse aus dieser späteren Zeit sind nur das Drama Die Gründung Prags und das Märchen Gockel, Hinkel und Gackeleia. Ein bleibendes Verdienst erwarb sich Brentano durch die Sammlung von Volksliedern Des Knaben Wunderhorn, die er mit seinem späteren Schwager Achim von Arnim veranstaltete.

Arnim hat bei gleich reicher Phantasie und Empfänglichkeit für die versunkene Herrlichkeit der mittelalterlichen Romantik vor Brentano männliche Festigkeit voraus, die freilich auch ihn nicht immer vor Phantastik bewahrt.

Arnim 1781–1831

Vollendet sind seine Novellen und kleinen Erzählungen. Der Roman Armut, Reichtum, Schuld und Buße der Gräfin Dolores und mehr noch das Prachtstück geschichtlicher Erzählerkunst Die Kronenwächter, Bertholds erstes und zweites Leben verraten auch das Vaterlandsgefühl des Dichters. Seine Dramen, wie Halle und Jerusalem und andere in der Schaubühne gesammelte, leiden unter phantastischer Willkür und beabsichtigter Formlosigkeit.

In der Fähigkeit, die Grenzen zwischen Traum und Wirklichkeit in sinnverwirrender Weise zu verwischen, überragt alle Mitstrebenden Ernst Theodor Hoffmann. Den Vornamen Amadeus scheint er selbst sich in Erinnerung an Mozart beigelegt zu haben.

E. Th. Hoffmann 1776–1822

Gleich begabt für Dichtung, Musik und Malerei, führte er ein regelloses und wechselvolles Leben, ohne darum im mindesten seine Beamtenpflichten zu verletzen. Seine Laufbahn im preußischen Staatsdienste erfuhr im Jahre 1806 eine Unterbrechung, infolge deren er die Stelle eines Musikdirektors an den Theatern zu Bamberg, dann Dresden und Leipzig

annahm. Mannhafter Widerstand gegen die Willkür des rachesüchtigen Rückschrittes verwickelte ihn selbst in Verfolgungen, als ihn 1822 die Rückenmarkschwindsucht dahinraffte. Hoffmanns wild-phantastische Schöpfungen haben etwas Gespenstisches, Dämonisches und Grausenerregendes, so treffend und anschaulich auch einzelne Charaktere darin gezeichnet sind; sie gleichen einem „Hohlspiegel, in dem alle Gestalten zu Doppelbildern und Fratzen werden und den Leser mit einem wunderlichen Grauen durchrieseln". Dagegen bezeichnet Hoffmanns Art zu erzählen, rein technisch und formell angesehen, den Höhepunkt dieser Kunst in und außerhalb der Romantik. Seine Werke, wie die Phantasiestücke in Callots Manier, Die Elixiere des Teufels, Die Serapionsbrüder, eine Frucht seines Verkehrs mit den Berliner Freunden Hitzig, Contessa u. a., Meister Floh, fanden Beachtung und Verbreitung weit über Deutschlands Grenzen hinaus. Er selbst hat den Lebensansichten des Kater Murr nebst fragmentarischer Biographie des Kapellmeisters Kreisler in zufälligen Makulaturblättern, den Preis zuerkannt. In mancher Hinsicht steht vielleicht Klein Zaches, genannt Zinnober, noch höher.

Freiheitsänger

§ 83. Die Sänger des Freiheitskampfes. Romantik und Vaterlandsliebe standen in den Anfängen der neuen Kunst in Wechselwirkung. Viel hat sie für die Erweckung und Kräftigung des deutschen Gedankens getan; aber dieses verinnerlichte und vertiefte Vaterlandsgefühl hat andererseits auch ihren Siegeszug durch die deutschen Lande wesentlich gefördert. Ihr gehören denn auch, abgesehen von Theodor Körner, all die Rufer im Streit gegen die Fremdherrschaft, zum Teil als namhafte Mitglieder, an, allen voraus Heinrich von Kleist (§ 82), dann der schwärmerische Max von Schenkendorf, der aber auch auf dem Schlachtfeld, wie Fouqué und auf anderem Boden Ernst Moritz Arndt, für Deutschlands Ehre focht. In Geharnischten Sonetten redeten Friedrich Rückert, Stägemann durch schwungvolle Oden und der wackere Ludwig Uhland mit schlichter Innigkeit zu ihrem Volke, das aber keiner wieder so nachhaltig und tief erschütterte wie Theodor Körner. Er schlug auch am reinsten die Töne wahrer Gottesfurcht und männlichen Gottvertrauens an, die wie Glockengeläut die Erhebung der Nation ankündigten und begleiteten.

Schenkendorf 1783—1817

Max von Schenkendorf, zuletzt Regierungsrat in Koblenz, nahm selbst am Kampfe teil. Seine ganze Dichtung bewahrt allenthalben die sittlich-religiösen Eindrücke seiner ersten Lebenszeit. Wie alles ergriff er auch den vaterländischen Gedanken mit der schwärmerischen Innigkeit des Gefühls, die ihn zum „Kaiserherold" gemacht hat. — Ernst Moritz Arndt, geboren auf Rügen, ist die männlichste Erscheinung unter den Freiheitsängern. Als Professor in Greifswald mußte er wegen seines Buches Geist der Zeit (§ 44) flüchten und wirkte dann mit dem Freiherrn vom Stein in Rußland für die deutsche Sache (§ 64). Selbst die Waffen zu führen, hinderte ihn eine Verletzung im Zweikampfe für des Vaterlandes Ehre. Sein späteres Leben wurde getrübt durch Verfolgung wegen seines politischen Freimutes. Erst nach zwanzig Jahren erhielt er die Professur in Bonn zurück. Er schrieb eine Reihe Werke zur Kultur- und politischen Geschichte, auch zu der seines Lebens. Unvergeßlich aber lebt er fort in seinen mannhaften, durch und durch volkstümlichen Gedichten, z. B. Was ist des Deutschen Vaterland?, Der Gott, der Eisen wachsen ließ, Was blasen die Trompeten? und vielen anderen mehr. — Friedrich Rückert aus Schweinfurt griff als „Freimund Reimar" mit Geharnischten Sonetten, die wohl die Stimmung der gebildeten Stände am besten widerspiegeln, andererseits am meisten beeinflußt haben, und Deutschen Gedichten in die Bewegung ein, an der mit der Tat teilzunehmen ihm versagt blieb. Der romantische Zug seiner Natur tritt mehr in der Sorglosigkeit seines der Poesie und Wissenschaft geweihten Lebens als in seiner Dichtung hervor. Ja, so unmittelbar und tief empfunden seine Lyrik, z. B. im vielgepriesenen Liebesfrühling und in den Kindertotenliedern, ist, leidet sie doch vielfach an nüchterner Künstelei, die den Mangel eigenen Gefühls schlecht verhüllt. Rückert ließ sich eben von seiner fabelhaften Sprachgewandtheit fortreißen, die ihn freilich auch zu einer Übersetzerarbeit befähigte, die nach Umfang und Wert einzig dasteht. 1826 war er nämlich als Professor der orientalischen Sprachen nach Erlangen, das er später mit Berlin vertauschte, berufen. In dieser Stellung bereicherte er unser Schrifttum mit einer erstaunlichen Menge von Übertragungen, Nach- und Neudichtungen hauptsächlich indischer und persischer, aber auch hebräischer und sogar chinesischer Literaturwerke: Epen, Lehrgedichte, Sagen u. dgl. Dramatische Gestaltungskraft war ihm versagt, wie u. a. sein Heinrich II., Saul und David zeigen. — Friedrich

Arndt 1769—1860

Rückert 1788—1866

Stägemann 1763—1840 August von Stägemann aus der Ukermark, unter Stein (§ 64) verdienter Staatsmann, verfehlte in seinen schwungvollen Oden den volkstümlichen Ton, der allein die Massen mit

Körner 1791—1813 fortreißt. Gerade dieser aber war die Stärke Theodor Körners, der mit einem glücklichen Worte dem Kampfe sein Gepräge aufdrückte, das des „Kreuzzugs". Die liedumwobene Jünglingsgestalt des Sängers von Leier und Schwert war von jeher und wird in alle Zeit der Liebling, das leuchtende Vorbild der deutschen Jugend bleiben. Unberechenbar sind die Wirkungen seiner Kriegslyrik, um so mehr, da er als Lützowscher Jäger durch den Heldentod bei Gadebusch mit seinem Blute besiegelte, was seine Lieder gepredigt, verkündigt und gefordert hatten (§ 67). Durch ihn kam das feurige Jugendungestüm zum Wort, wie in Arndts Gedichten der gereifte Mannesmut. Die Liebe zur Kunst war frühe in Körner erwacht. Freudig nahm er darum die Stelle eines Theaterdichters in Wien an, für die ihn seine ersten Bühnenwerke empfahlen. Dem Lustspiel gehören u. a. Der grüne Domino, Der Nachtwächter, Der Vetter aus Bremen an. In seinen Tragödien, wie Toni, Hedwig und besonders dem erfolgreichen Zriny, erscheint er als Schüler Schillers, in dem er den Freund seines Vaters verehrte.

Puschkin 1799—1837 **§ 84. Die Romantik und die neuere Literatur Rußlands.** Die Richtung auf Heimat und nationale Eigenart gibt der Poesie Puschkins ihr eigentümliches Gepräge. Seine Werke spiegeln das Volksleben in allen seinen Erscheinungen ab. Darum gilt er auch den Russen als ihr Nationaldichter. Jedenfalls bedeutet er einen Wendepunkt im Schrifttume seiner Heimat, das erst durch ihn eine beachtliche Höhe erreichte und bestimmte Ziele erhielt.

Es ist oft bemerkt worden, daß Puschkin im Leben wie in der Dichtung manche Ähnlichkeit mit Byron (§ 88) hatte. Beiden gemeinsam war das kurze, rasche Leben, das sich rastlos verzehrte und mit einem tragischen Ausgange in jungen Jahren endete. Puschkin ward im Zweikampfe erschossen. Beiden gemeinsam war die bittere Spottsucht, durch die sie sich den Haß der vornehmen Welt zuzogen, aber auch, daß sie den Roman in Versen zum Träger und Spiegelbild ihrer Lebensanschauungen zu machen wußten. Der Eugen Onägin ist der „Don Juan der russischen Sitten". Aber damit schließt der Vergleich. In allen übrigen Dingen ist Puschkin der Sohn seines Landes, und während Byrons Held stets das stolze Bewußtsein des britischen Edelmannes abspiegelt, ist Eugen Onägin ein blasierter, kraft- und saftloser Salonmensch, ein romantischer Faust ohne ideale Züge. Auf heimatlichem Boden bewegen sich die übrigen Erzählungen Puschkins, z. B. Der Gefangene im Kaukasus, das düstere Familienstück Poltawa mit der heldenhaften Gestalt des Hetmanns Mazeppa. Auch seine Lyrik fand viel Anerkennung, die Ode an die Freiheit sogar bei Alexander I., der dem Dichter die staatsmännische Laufbahn eröffnete. Doch vermochte Puschkin seine satirische Anlage nicht zu beherrschen. Er wurde verwiesen und schließlich der Teilnahme an der Verschwörung von 1825 angeklagt, freilich bereits ein Jahr darnach dem Ministerium wieder zugeteilt.

Minder glücklich war Bestuschew.

Bestuschew 1797—1837 Wie seine drei Brüder wurde er als Dekabrist verbannt, während sein Freund, der Dichter Rylejew, 1826 als Hochverräter hingerichtet ward. Die Öde des Garnisonlebens im Kaukasus machte Bestuschew zum Erzähler. In Romanen, Novellen und kleinen Geschichten, wie Amallat Beg, Skizzen aus dem Kaukasus, Mullah Nur, schildert er die gewaltige Natur, das Leben und Treiben der Bewohner in erkennbarer Anlehnung an Walter Scotts Humor und behagliche Breite. Die ihm eigene Neigung, Betrachtungen anzustellen, tritt besonders in der Liebesgeschichte Die Fregatte Nadeschda hervor, die auch gut angeschaute Bilder aus dem Seeleben enthält. Bestuschew besitzt eine ungewöhnliche Anlage zum Beschreiben, dazu guten Humor. Wissenschaftlich hat er sich betätigt durch die Geschichte der russischen Literatur. — Lebensschicksal und

Lermontow 1814—1841 Kunstrichtung stellen Lermontow neben, dichterische Anlage noch über Puschkin. Eine überschäumende Natur, erlag der stutzerhafte Gardeleutnant in jähem Wechsel den Anwandlungen pessimistischen Lebensüberdrusses, wie in dem Gedichte Dankbarkeit, und tiefer Melancholie, wie in Dämon, oder stürmischsten Lebensdranges. So ließ ihn innere Verwandtschaft in Byron ein entsprechendes Vorbild auch für seine Dichtung erblicken. 1837 wurde Lermontow wegen seines Gedichtes auf Puschkins Tod in den Kaukasus verbannt und hier fiel er 1841 im Zweikampf. Die erhebenden Eindrücke aber, die er von der gewaltigen Herrlichkeit der Natur und der ungezügelten Leidenschaft der Bergstämme erhielt, hat er niedergelegt in seinen Werken, deren farbenprächtige Schilderungen, besonders in den Helden unserer Zeit, Kaukasische Lebensbilder ihm den ersten Platz unter seinen Zeitgenossen anweisen. Nicht minder hoch stellen ihn die Eigenart und

die Fülle seiner oft überraschenden Betrachtungen sowie die Wahrheit der Charakteristik, ein Ergebnis seiner quälerischen Selbstbeobachtung. Außer dem erwähnten Hauptwerke verfaßte Lermontow zahlreiche Epen, wie Ismail Bey, Der Tscherkessenknabe, ein ergreifendes Lied vom Heimweh, Hadschi Abrek mit allen Schrecken der Blutrache. In seiner reichen Lyrik mögen neben dem Wiegenlied der Kosakin die Gaben des Terek, das Hohelied von der Frauenschönheit, den Preis behaupten.

Gribojedow 1793—1829

Auch dem hochgestellten Beamten und späteren Gesandten in Persien Gribojedow wurde ein unfreiwilliger Aufenthalt im Kaukasus Anlaß, in einem Lustspiel Gore ot umà (etwa: Mißgeschick eines Verständigen) seinen Ingrimm über den Mischmasch russisch-nationaler und westlicher Gesittung auszuschütten.

Das Stück, das einzige Werk Gribojedows, ist ein satirisches Charakterbild, das zu solcher Volkstümlichkeit gelangte, daß einige Personen zu feststehenden Gattungsbegriffen, einzelne Kernsätze sprichwörtlich wurden. Erst 1831, sieben Jahre nach seiner Entstehung und zwei Jahre nach des Dichters Tode, durfte es aufgeführt werden.

Es liegt im Wesen der Romantik überhaupt, auf die Quellen unverfälschter Volksdichtung zurückzugehen. Ihr wandte sich auch in Rußland im Anfange des 19ten Jahrhunderts das Interesse von Dichtern und Forschern zu.

Einem glücklichen Funde von Volksepen, Bylina, der gerade um diese Zeit erfolgte, fügte rühriger Sucherfleiß bald aus allen Gegenden des Reiches eine Menge Volkslieder hinzu, die, durchweg alt, zum Teil bis auf die Blütezeit Kiews zurückgehen und ihrem Stoffe nach verschiedenen Sagenkreisen angehören.

Gogol-Janowsky 1809—1852

Der Begründer der realistisch-humoristischen Sozialliteratur war Gogol-Janowsky, der größte Humorist Rußlands, unter dessen Schilderungen man freilich den Schmerz erkennt, den der Verfasser über das sittliche Elend, über die Torheiten und verkommenen Zustände des Volkes, des Adels und der Beamtenwelt empfindet.

Mit seinem Lehramte an der Universität Petersburg scheiterte er bald. Das Ende seines Lebens verdüsterten religiöse Wahnvorstellungen. Unter seinen Werken, den Erzählungen Abende auf einem Meierhofe, der Sammlung Mirgorod u. a. m., haben zwei Schöpfungen seinen Namen am bekanntesten gemacht: Die toten Seelen, ein satirisch-komisches Zeitbild des Landadels, das den eigentlichen Ausgangspunkt der später vorherrschenden Anklage- und Enthüllungsliteratur bildet, und das Lustspiel Der Revisor, das sich besonders gegen die Bestechlichkeit des nichtsnutzigen Beamtentums wendet.

Weit leidenschaftlicher indessen gebärdete sich die schriftstellerische Tätigkeit des Herausgebers der „Glocke“ (Kolokol), Herzen.

Herzen 1812—1870

Von der Mutter her deutschen Geblütes, ein Schüler Hegels, vereinte er deutsche Wissenschaftlichkeit und Idealität mit der Leidenschaft des für sein Vaterland begeisterten Russen. Schon früh zog er sich politische Verfolgungen zu, war vorübergehend wieder Beamter, ist aber doch in der Verbannung gestorben. Das Erbarmen mit der Not seines Volkes machte ihn zum Aufrührer und Aufwiegler (§ 203). Seine freiheitlichen Ideen verfocht er in Flugschriften aller Art, wie in dem Offenen Brief an Kaiser Alexander II. wegen Aufhebung der Leibeigenschaft, gegen Napoleon III. Vom andern Ufer usw., besonders aber in seiner Zeitschrift Kolokol (Glocke), die von ungemessenem Einflusse war. Schließlich stehen auch seine Novelle Dr. Krupow und sein ernster Roman Wer ist schuld? im Dienste seiner politischen Bestrebungen. Den erbitterten Kampf gegen das zarische Rußland hat er selbst durch eine Übersicht der unter Nikolaus dahingegangenen Dichter zu rechtfertigen gesucht. Er sagt: „Die Geschichte unserer Literatur ist ein Verzeichnis von Märtyrern oder ein Register von Sträflingen. Rylejew wurde auf Nikolaus' Befehl gehenkt. Puschkin ward im Duell getötet. Gribojedow ist in Teheran ermordet worden. Lermontow fiel im Duell im Kaukasus. Wenewitinow ging durch die Gesellschaft zugrunde. Kolzow wurde von seinen nächsten Verwandten zu Tode geärgert. Belinski kam im Elend um. Poleschajew starb im Militärhospitale, nachdem er gezwungen gewesen, acht Jahre im Kaukasus zu dienen. Baratynski starb in der Verbannung, Bestuschew erlag noch ganz jung im Kaukasus nach vorausgegangener Zwangsarbeit in Sibirien.“ Von den hier erwähnten Dichtern war Poleschajew Lyriker, Wenewitinow hatte sich an deutschen und englischen Vorbildern geschult; Kolzow, ursprünglich Hirt und Viehhändler, sang Lieder im Volkstone; Belinsky entlehnte von Hegel und Schopenhauer das Wissen, mit dem er die ästhetische Kritik in Rußland begründete; Baratynski schloß sich der romantischen Richtung Puschkins an.

Poleschajew 1810—1838
Kolzow 1809—1842
Belinsky 1811—1848
Baratynski 1800—1844

Die furchtbare Erschütterung des Zarenreichs durch den Krimkrieg (§ 203) hatte gleich einem gewaltigen Gewitter wie für andere Lebensbetätigungen auch für die Literatur den Fruchtboden wohltätig gelockert. Das Zeitungswesen wurde beengender Fesseln ledig, die Zensur maßvoll gehandhabt.

Dieser freieren Entwicklung setzten jedoch die nihilistischen Anschläge der jüngsten Vergangenheit jäh ein Ziel. Und unter dem Einflusse des allgewaltigen Vorsitzenden des Synod, Pobedonoszew (§ 384), begann eine rückschrittliche Bewegung, die mit ertötendem Drucke auf Geistesfreiheit und Bildungswesen lastet. Wie für die Politik ergab sich für die Literatur im Anfange dieses Zeitraumes ein dreifaches Verhältnis. Auf der einen Seite stand das jedem Fortschritte und Zugeständnisse an die europäische Kultur abholde Stockrussentum, das nur in der Rückkehr zur altväterischen Ordnung der Dinge das Heil des Zarenreiches sah und die Vereinigung aller slawischen Völker unter dem russischen Zepter predigt (Panslawismus). Nicht ohne Geist und mit großem Geschick vertraten die Führer dieser Richtung, Katkow und Aksakow, in Wort und Schrift ihre Sache. Ihrem unbelehrbaren Starrsinne gegenüber mußten die Vermittlungsversuche der an Bildung reichen, an Einfluß armen Verfassungspartei ebenso scheitern wie bei den alles verneinenden, nicht Schranken noch Gesetze anerkennenden Umsturzmännern des Nihilismus, der sich aus der satirisch-pessimistischen Anschauung mit verwegenster Folgerichtigkeit entwickelt hatte. Seine absichtsvolle Schwarzmalerei, seine lärmenden Anklagen gegen Regierung und Gesellschaft und seine stürmische Forderung einer Umgestaltung der bestehenden, freilich oft unerträglichen Verhältnisse rissen Gebildet und Ungebildet, vor allem die entzündliche Jugend mit sich fort. Und es läßt sich behaupten, daß alles, was die neueste Literatur Bedeutendes aufzuzeigen hat, selbst Turgenjew nicht ganz ausgenommen, nihilistische Farbe trägt. Aus dem Kreise

Pisenski 1820—1881

der immerhin beachtlichen Schriftsteller dieser Richtung, wie Pisenski mit dem Roman Tausend Seelen, Uspenski, Fürst Meschtscherski mit den Realisten der großen Welt und Fürst Noni, Tschernischewski mit dem Roman Was tun?

Dostojewski 1821—1881

u. a., hob sich deutlich ab Dostojewski durch feinste Beobachtung und Kenntnis des Menschenherzens, die seinen packenden Erzählungen, Tagebuch des Totenhauses, das die Leiden des Verfassers in den Bergwerken Sibiriens schildert, Verbrechen und Strafe,

Garschin 1855—1888

Raskolnikow einen eigenen Wert verleiht. In seinem Sinne schrieb Garschin Vier Tage und Aufzeichnungen des Gemeinen Iwanow.

Bekannter noch als Dostojewski ist Graf Leo Tolstoi geworden.

Leo Tolstoi geb. 1828

Anscheinend in stetem Wandel begriffen, ruht seine reichbegabte Natur doch auf dem bleibenden Untergrunde reinsten Wollens und sittlicher Lauterkeit. Nach seinen ersten Werken Der Krieg und der Friede und Anna Karenina wandte er sich der Reform der wichtigsten Lebensgebiete zu, bis er schließlich in der Rückkehr zum Urchristentume das Heilmittel gegen alle Schäden und Gebrechen der bestehenden Gesellschaft zu finden glaubte, deren Spiritismus trotz alles Bildungsdünkels das satirische Lustspiel Früchte der Bildung verspottet. Einen Einblick in seine schwärmerisch überhobene Denkweise gewährt die Kreuzersonate, aus der sich Folgerungen ergeben, die den Bestand des menschlichen Geschlechtes überhaupt in Frage stellen. Einige Jahre später widerrief Tolstois Sohn in Chopin-Prélude die unhaltbare Auffassung und pries eine frühe Ehe als großen Segen. — Gleiches Aufsehen erregte Auferstehung. Sein älterer Bruder Alexei

A. Tolstoi 1818—1875

Tolstoi hat sich als Dramatiker durch die Trilogie Der Tod Iwans des Schrecklichen, Zar Fedor Iwanowitsch und Zar Boris ausgezeichnet.

Der größte Erzähler Rußlands, der mehr als irgendeiner seiner Landsleute der Weltliteratur angehört, ist Iwan Turgenjew.

Turgenjew 1818—1883

Zwar treten auch bei ihm die dunkeln Seiten des russischen Volks- und Gesellschaftslebens mit schneidender Schärfe zutage, doch ist der trübe Pessimismus der Wirklichkeit durch idealistische Streiflichter aufgehellt und durch dichterische Gestaltungskraft verklärt. Das Hauptübel des russischen Volkes sieht Turgenjew in dem durch die Leibeigenschaft hervorgerufenen sittlichen und wirtschaftlichen Elende, daher auch ein großer Teil seiner leidenschaftlichen Schriftstellerei diesen Krebsschaden zum Angriffsziele nahm, so gleich sein erstes Hauptwerk Aus dem Tagebuche eines Jägers, so Mumu u. a. Auf dem Boden des Nihilismus, für den übrigens die vornehme und auf sich gestellte Natur Turgenjews ebensowenig Neigung bekundet wie für die Form der unbeschränkten Herrschaft, bewegen sich mehrere seiner späteren Romane, wie Väter und Söhne, Rauch, endlich das hoffnungsvollere Neuland. Auch in der Lyrik und dem Drama, z. B. Das Frühstück beim Adelsmarschall bewährt sich Turgenjew als wahrer Künstler.

Auch in Rußland wuchert gegenwärtig die erzählende Dichtung. In Deutschland bekanntere Namen sind Potapenko (Die ersten Schritte, Im praktischen Dienst), Corolenko (Sibirische Geschichten), auch der Sittenschilderer Worborykin (Kitai Gorod), der Fürst Galizyn, der Tolstois Kreuzersonate mit der Erzählung Du sollst nicht töten entgegentrat, neuerdings endlich der lustige Kleinmaler Anton Tschechow. Zuletzt hat Maxim Gorki durch seine starken Schildereien allgemeines Aufsehen erregt. Aus der Frauenliteratur mögen erwähnt werden Frau Pawlow, Frau Chwoschtinska (eigentlich Krestowski) und Olga Schapira.

Erzählung

Gorki geb. 1862

Daneben blüht eine ziemlich ausgedehnte Lyrik, die selbst einen Großfürsten Konstantin Konstantinowitsch zu ihren Vertretern zählt. Ein hochbegabter Dichter von tiefer Empfindung war Nekrassow. Leider wurde seiner Muse der Nihilismus zum Verhängnisse. Echte Gefühlsdichtung findet sich in den Abenden und Nächten von Fett und bei dem vielseitigen, zugleich hervorragendsten Lyriker der Neuzeit, Maikow (Zu Hause, Römische Skizzen), der auch im Epos (Savonarola, Die Beichte der Königin) und in den lyrischen Dramen Die Fürstin, Die zwei Welten Werke reinster Kunst geschaffen hat.

Lyrik

Nekrassow 1821—1887

Fett geb. 1825

Die namhaftesten Geschichtschreiber sind Ustrialow mit der „Geschichte Rußlands", der anerkannte Forscher Solowjew, Universitätslehrer in Moskau, den der Tod hinderte, seine Geschichte des Russischen Reiches über den 30ten Band und Kaiser Pauls Regierungsantritt hinauszuführen. Eine russische Geschichte in Lebensbildern schrieb Kokomarow. Um die wissenschaftliche Kritik machten sich Pogodin und der in Zweifel und Verneinung kühne Begründer der „skeptischen Schule", Katschenowski, verdient.

Geschichtschreibung

Ustrialow † 1870

Solowjew † 1879

Kokomarow 1817—1885

Pogodin † 1875

§ 85. Die Romantik und die neuere Literatur Polens. Der Sturz des französischen Kaisertums hatte 1813 den politischen Bestrebungen der Polen jede Aussicht auf Erfolg benommen. Es galt nunmehr die Rettung ihres Volkstums auf anderem Wege. Hier setzte die Literatur ein mit dem Bestreben, dem Volke seine Vergangenheit neu zu beleben und gegenwärtig zu halten, um so den nationalen Gedanken an ihrem Teile zu pflegen. Daraus ergab sich von selbst der Bruch mit dem französischen Klassizismus, der denn auch überraschend schnell von einer gemäßigten, nirgends von der polnischen Erde losgelösten Romantik verdrängt wurde. An ihrer Spitze steht der gefeiertste Dichter Polens, Mickiewicz.

Mickiewicz 1798—1855

Mit ihm beginnt die Blütezeit der Literatur seines Vaterlandes, das er schon 1825 mit Rußland vertauschen mußte. 1829 ging er in das Ausland, immer für sein Volk tätig. So hielt er 1840 in Paris eine Folge von Vorträgen über Literatur und Volkstum Polens. Den ersten großen Erfolg hatte er mit der Totenfeier. Thaddäus oder der letzte Sajasd in Litauen, wohl sein Meisterwerk, schloß im ganzen seine Schaffenstätigkeit ab. Sehr nahe kommen diesem umfangreichen Epos seine beiden Vorgänger Konrad Wallenrod und Grazyna. Außer den Gedichten veröffentlichte er 1822 noch Sammlungen seiner Balladen und Romanzen mit einer „Vorrede", die für den Entwickelungsgang der polnischen Literatur von entscheidender Bedeutung wurde. Sie läutete nämlich die neue literarische Bewegung ein, die Romantik, als Gegenstoß gegen den sich immer noch behauptenden kalten Klassizismus. Die Goethischen und Byronischen Einflüsse, die Mickiewicz selbst nie in Abrede gestellt hat, vereinigen sich in der polnischen Romantik mit den dieser Geistes- und Dichtungsrichtung auch anderwärts eigenen Zügen, auch mit dem Interesse an Liedern und Erzählungen des Volkes. Nur wird die nationale Seite alles Kunstschaffens aufs kräftigste betont. Der Dichter ist zuerst Vaterlandsfreund, Pole, und so erhält diese Romantik einen fast politischen, aufwieglerischen Charakter. Auch sie hat ihre Theoretiker gehabt in Brodzinski, Odyniec und Korsak, die durch eigene Schöpfungen, wie durch Übersetzungen, besonders aus deutscher und englischer Literatur, und anderen Schriften, die neuen Ideen verfochten und verbreiteten. Die eigentlich schöpferischen und führenden Geister waren mit Mickiewicz der anfangs mißachtete, vielgereiste Slowacki und Graf Krasinski. Beide haben, zumeist im Auslande, Hervorragendes geschaffen, Slowacki neben empfindungsvollen Gedichten eine stattliche Reihe von Schauspielen, darunter den Beniowski im Geiste des Don Juan von Byron, die den französischen Stücken zum ersten Male nationale Kunst siegreich entgegensetzten, und Krasinski stark sozialistisch gefärbte Lieder und Dramen. Ebenbürtig darf sich ihnen zur Seite stellen der Freiheitskämpfer und -sänger Garczynski, der in Waclaws Taten den Gefühlen des polnischen Herzens den glühendsten Ausdruck verleiht. Neben dieser litauischen Schule, zu der man die

Litauische Schule

Brodzinski 1791—1835

Odyniec 1804—1885

Korsak 1807—1855

Slowacki 1809—1849

Krasinski 1812—1859

Garczynski 1806—1833

Ukrainische Schule

ebengenannten Dichter und Strebensgenossen vereinigt hat, trieb die Romantik einen andern Zweig, die ukrainische Schule, die keine wesentlichen Unterschiede zu jener aufstellte, ihren Namen vielmehr nur von ihrem Stoffgebiete, der Natur und dem Leben im Lande der Kosaken, erhielt. Ihr werden beigezählt Bohdan Zaleski, nach Mickiewicz der größte slawische Dichter, jedenfalls in überaus volkstümlichen Romanzen, auch schwungvoller Epiker in dem Geiste der Steppe, dann Goszczynski ebenfalls mit epischen Gesängen, der Lyriker Padura, der Prosaerzähler Michael Czaykowski, der als Sadyk Pascha zum Islam übertrat, endlich die wissenschaftlichen Vorkämpfer der Romantik Grabowski und Mochnacki, der Über die polnische Literatur des 19ten Jahrhunderts schrieb.

Zaleski 1802—1886
Goszczynski 1803—1876
Padura †1871
Grabowski 1805—1868

Aus der schwer übersehbaren Vielheit auch nur der bemerkenswerten Männer und Frauen von der Feder mögen vier Gestalten herausgegriffen werden, die sich zugestandenermaßen stark von den übrigen abheben.

Orzeszko geb. 1842

Unter den Schriftstellerinnen ist die gefeiertste Elise Orzeszko. Sie steht mitten in der Gegenwart sowohl als naturalistische Schilderin in ihren zahlreichen Romanen wie durch ihre eifrige Teilnahme an der Frauenbewegung. Noch bekannter sind auch außerhalb Polens die Namen zweier keineswegs deutschfreundlicher Erzähler, Ignaz Kraszewski und Heinrich Sienkiewicz. Kraszewski war zweimal Gegenstand des öffentlichen Gesprächs. Den erfreulicheren Anlaß dazu gab das 1879 von den Polen allerorts begeistert gefeierte Jubelfest seiner fünfzigjährigen Wirksamkeit als Schriftsteller. Er hat eine ungeheure Fruchtbarkeit vor allem in der erzählenden Dichtung, daneben in der Epik und Lyrik entfaltet. Auch seine Bühnenstücke fanden den Beifall seiner Landsleute, deren Schrifttum er überdies durch eine Reihe von Aufsätzen zur Geschichte, Kunst, Literatur u. a. bereichert hat. Sienkiewicz hat mit mehreren seiner Romane Aufsehen erregt. Meister der Seelenkunde und Seelenzergliederung, bewegt er sich auf diesem seinem eigensten Gebiete fast mit der Vorliebe des Virtuosen. Doch mögen sich für solche Feinheit minder empfängliche Leser wohl auch am Übermaße seiner Kunst, z. B. an der endlosen Selbstanalyse des Helden im Roman Ohne Dogma, stoßen. Der katholisch-christliche Zug des polnischen Nationalcharakters tritt besonders in Domine quo vadis? hervor. Einen Reiz eigener Art haben Sienkiewiczens Romane in des Verfassers selbständigem Urteile und ausgedehnter Kenntnis der Kunst. Sittenbilder aus der Gegenwart Polens zeichnete der Herausgeber des Warschauer Kuriers, Anton Petkiewicz, eigentlich Adam Pflug.

Kraszewski 1812—1887
Sienkiewicz geb. 1846
Petkiewicz 1823—1903

Geschichtschreibung

Das goldene Zeitalter vermochte auch für die Geschichtschreibung, über deren Anfänge hier in Kürze gesprochen werden mag, den einheitlichen Gebrauch der Nationalsprache nicht durchzusetzen. Polnisch schrieben Martin Bielski seine Weltchronik, sein Sohn Joachim eine Chronik Polens, Gornicki Die Geschichte der Krone Polens bis 1572 und das auch im Stil hochzustellende Sittengemälde Der polnische Demokrit als Hofmann, während Die Geschichte Polens bis 1506 des Ermländer Bischofs Kromer, die Annales für die Zeit von 1548 bis 1552 des in Wittenberg unter Luther und Melanchthon gebildeten Orzechowski und des Erzbischofs von Lemberg Solikowski Denkwürdigkeiten aus den Jahren 1572 bis 1590 in lateinischer Sprache abgefaßt sind. Sie behauptet sich nicht nur vereinzelt auch fernerhin, so bei Starowolski in Polonia sive status regni Poloniae und De rebus Sigismundi, in Annalium Poloniae ab obitu Wladislai IV. climacteres vom Reichshistoriographen Kochowski, weiter in der trefflichen Historia Lithuaniae von Kojalowicz, endlich in den sehr ergiebigen Epistulae historico-familiares des Reichskanzlers Zaluski.

Bielski †1575
Kromer 1512—1589
Orzechowski geb. 1513
Solikowski † 1603
Starowolski † 1656
Kochowski 1633—1699
Kojalowicz 1609—1677
Zaluski 1650—1711

Die Geschichtswissenschaft begründete der bischöfliche Oden- und Idyllendichter Naruszewicz, indem er die Forschung streng auf das Quellenstudium stellte. Dadurch ist seine Geschichte des polnischen Volkes zum Vorbild für alle Nachfolger geworden, von denen Albertrandi Heinrich von Valois, Stephan Bathori und König Kasimir, Niemcewicz (§ 80) Sigismund III., Graf Czacki die Gesetze Polens und Golembiowski die Sittengeschichte behandelten. Die Kulturgeschichte fand in dem freisinnigen Reichskanzler Kallontaj, dem „polnischen Danton", einen berufenen Bearbeiter, und der auch als Hochschullehrer verdienstvolle Lelewel vervollkommnete in geistvoller Weise das kritische Verfahren von Naruszewicz. Seine zahlreichen Werke sind gesammelt unter dem Titel Polen, seine Geschichte und Geschäfte. Auf den von beiden Meistern gewiesenen Pfaden schritt die Geschichtschreibung des 19ten Jahrhunderts fort. Durch glänzenden Stil zeichnete sich Szajnocha in Einzelschriften, wie in der Geschichte Polens von 1646 bis 1648 aus. In der Auffassung der Geschichte Polens steht Szujski mitten zwischen dem freisinnigen Verteidiger der Volksherrschaft Moraczewski und seinem politischen Gegenfüßler Morawski. Das weitausschauende Sammelwerk Monumenta Poloniae historica angelegt zu haben, ist Bielowskis Verdienst.

Naruszewicz 1733—1796
Albertrandi 1731—1808
Golembiowski 1773—1849
Lelewel 1786—1861
Szajnocha 1818—1868
Moraczewski 1802—1855
Morawski † 1879
Bielowski † 1876

Für die unübersehbare Literatur der Denkwürdigkeiten muß hier die Bemerkung genügen, daß sie von den ältesten Zeiten bis heute ein wohlgepflegtes Feld der Schriftstellerei bildet.

Literaturgeschichtsforscher sind bereits gelegentlich erwähnt mit Brodzinski, Kraszewski und Grabowski. Aus der sonstigen Menge können wiederum nur einige Namen herausgegriffen werden. Als Entwickelungsgeschichte faßte diesen Zweig der Wissenschaft zuerst Bentkowski in seiner Polnischen Literaturgeschichte vom Jahre 1814. An dieses grundlegende Werk reichen weder Maciejowski noch Wojcickis gleichnamige Werke und der geschätzte Wiszniewski ist nicht über das goldene Zeitalter hinausgekommen. Den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts entstammen u. a. die Literaturgeschichten von Bartoszewicz, Nehring, Mochewzynski und Sowinski. Neben diesen Gesamtdarstellungen erschien eine Fülle von Abhandlungen, Einzelschriften und Lebensbildern.

Maciejowski 1793—1883

§ 86. Die Romantik und die neuere Literatur Dänemarks und Norwegens.

Dichtung Oehlenschläger 1779—1850

Durch Oehlenschläger (§ 82) war der Sieg der Romantik in Dänemark und damit auch für Norwegens Dichter entschieden.

Dänemark

Oehlenschläger war begeistert für deutsche Kunst und Wissenschaft. Beiden wurde er in seinem Vaterlande ein getreuer Vermittler. Schaffensfreudig und fruchtbar, gab er neben Nordischen und Heldengedichten, Romanzen u. a., besonders Schauspiele heraus, die schon durch ihre Stoffe auf nationale Absichten schließen lassen, auch ein Künstlerdrama Correggio, mit dem er den Geschmack des Tages glücklich traf. Allbekannt ist endlich sein unsterbliches Märchenspiel Aladdin oder die Wunderlampe. Oehlenschläger hatte den Ehrgeiz, der deutschen Literatur zugerechnet zu werden. Damit vertrug sich recht wohl sein Versuch, die altgermanische Sagenwelt wieder zu beleben. Seine nationalen Bestrebungen nahm der ebenfalls an deutschem Schrifttume genährte Theologe Grundtvig mit Entschiedenheit auf, stellte sie aber in den Dienst einer strengkirchlichen Richtung, deren Ziele dann die geistvollen Brüder Paul und Sören Kirkegaard, beide in der ersten Hälfte des 19ten Jahrhunderts, weiterverfolgten, Sören in die pessimistische Lehre vom „Evangelium des Leides" setzte.

Grundtvig 1783—1872

Abseits von der Tagesströmung hielt sich der jüngere Heiberg, den Geistreichtum und dramatisches Verständnis für längere Zeit zum tonangebenden Kunstrichter machten.

Heiberg d. J. 1791—1860

Als Dichter war er anfangs bemüht, sich Calderons, dann Tiecks Manier anzueignen; später warf er sich auf das niedere Unterhaltungsdrama, mit dem er großen Erfolg hatte.

Darin ist sein Gegensatz der Norweger Hauch, ein gleichfalls romantisch angehauchter Dichter und Denker, der Oehlenschlägers Nachfolger auf dem Lehrstuhle für Ästhetik an der Universität Kopenhagen war.

Hauch 1790—1872

Seine ernste Lebensanschauung spiegelt sich in der vornehmen Kunst seiner Dramen. Im Leben wirkte er in Grundtvigs religiösem Sinne. Vornehm ist auch die durchaus philosophische Dichtung Schack von Staffeldts, dessen gedankenreiche Lyrik in der nordischen Literatur nicht ihresgleichen hat.

Schack von Staffeldt 1769—1826

Die politische Trennung der beiden Länder durch den Kieler Frieden (§ 68) machte sich auf dem Gebiete der Literatur zunächst nicht bemerklich.

In Dänemark faßte der begabte Henrik Hertz die bisher gepflegten Gattungen in seinem Schaffen ziemlich vollständig zusammen. Im Lehrgedichte, Liede, Schau- und Lustspiele bewährte er gleichmäßig seine vielseitige Kunst. Sein anmutigstes Stück, König Renés Tochter, hat ihn auch in Deutschland bekannt gemacht. Unter den Vaterlandsliedern des Lyrikers Ingemann hat Dänemark dem „Danebrog" den Preis zuerkannt. Der jütländische Pastor Steensen Blicher, der das dürftige Leben der Bauern seiner Heimat vortrefflich beobachtet und dargestellt hat, führte die Bauernnovelle in die dänische Literatur ein. Einer der anziehendsten Dichter Dänemarks ist der auch bei uns vielgelesene und vielgeliebte Andersen, der in seinen Märchen Töne anschlug, die weder vor noch nach ihm in der Literatur gehört wurden, zugleich echt kindlich, schalkhaft, tief und von unverwelklichem Reize. Seine Romane, wie Der Improvisator, Nur ein Geiger, O. T., kommen an Wert den Märchen und den Reise- und Naturbildern im Bazar eines Dichters so wenig gleich wie seine Schauspiele. Mit einem ganz eigentümlichen Werke erreichte Paludan-Müller den Höhepunkt seiner nachdenklichen und formschönen Dichtung. Es ist sein humoristisches Epos Adam homo, das wohl an Byrons Don Juan gemahnen mag. Im Gegensatze zur pessimistischen Weltanschauung in diesem Werke verherrlicht das Schauspiel Kalanus griechische Bildung und griechischen

Hertz 1798—1870

Ingemann 1789—1862

Blicher 1782—1848

Andersen 1805—1875

Paludan-Müller 1809—1876

Sinnenreiz auf Kosten indischen Büßerlebens. — Neben der feinen Novellistik des auch durch seine Lyrik bemerkenswerten Winther und der Mutter des jüngeren Heiberg, Frau Gyllemberg-Ehrensvärd kam mit den Romanen und Novellen Peter Jacobsens auch in Dänemark der Naturalismus zum Worte. Er hat es seitdem behalten, in wenig gefälliger Weise selbst im Kreise der Erzählerinnen, wie bei Amalie Skram.

Winther 1796—1876
Frau Gyllenberg 1773—1856
Jacobsen 1847—1885
A. Skram † 1905

Die Zierde der dänischen wissenschaftlichen Literatur in der Gegenwart ist der geistvolle Kritiker, Ästhetiker und Literaturforscher Georg Brandes.

G. Brandes geb. 1842

Nach umfassender Vorbildung im Verkehre mit den führenden Geistern des In- und Auslandes griff er seit Mitte der 70er Jahre als ganz auf sich gestellter, vorurteilsloser Denker in die kirchlichen und wissenschaftlichen Kämpfe seines Vaterlandes ein. Mit seinen Vorträgen wie durch sein Hauptwerk Die Hauptströmungen der Literatur im 19ten Jahrhunderte stieß er bei seinen Landsleuten gewaltig an. So führte ihn der Haß rechtgläubiger Kreise und politischer Großmannsucht, weniger eigene Neigung nach Deutschland. In hohem Grade werden auch Menschen und Werke selbst den anregen, der des Verfassers Standpunkt nicht zu teilen vermag.

Island

Auf dem fernen Island regte sich die literarische Tätigkeit besonders auf dramatischem Felde, u. a. schrieb Indridi Einarsson ein nach Sprache und Inhalt offenbar ursprüngliches Stück Schwert und Krummstab. — Doch genüge hier ein Hinweis auf die Geschichte des isländischen Dramas von Poëstion und auf Küchlers Geschichte der isländischen Dichtung der Neuzeit.

Norwegen

In Norwegen wandelten ebenfalls bis etwa 1830 sowohl die Lyrik eines Schwach, Wolff, Foß u. a. wie die Erzählung z. B. bei Hansen vorerst in den gewohnten Bahnen weiter. Nur das Drama erhielt durch Bjerregaard nationales Gepräge. Der Wegweiser in die Romantik war für das ganze Zeitalter der ebenso in Dänemark erfolgreiche Henrik Steffens geworden, der auch Oehlenschläger für die neue Schule gewonnen hatte.

Hansen 1794—1842
Bjerregaard 1772—1842
Steffens 1773—1845

Auf diesen unermüdlichen Werber, der selbst Novellen u. a., auch Lebenserinnerungen, Was ich erlebte, in deutscher Sprache schrieb, ist eigentlich der Umschwung, der im Norden den gealterten Klassizismus durch die deutsche Romantik und Philosophie ablöste, zurückzuführen. Von einem anderm Norweger, Hauch, ist schon gesprochen.

Zur Selbständigkeit gelangte das norwegische Schrifttum erst durch Wergeland und Welhaven.

Wergeland 1808—1845

Wergeland, voll idealen Feuers, unduldsam gegen jede Fessel, dabei von freiheitlichem Nationalgefühle, ging in seinem Widerspruche gegen die Zustände der Zeit bis zur Ablehnung jeder Kunstregel. Von der Volkstümlichkeit seiner Lieder und Schauspiele wie Schöpfung, Menschheit und Messias drohte Gefahr, die seinen literarischen und politischen Ansichten einen gewappneten Gegner in Welhaven erstehen ließ. Dieser entzündete durch seine Streitschrift Wergelands Charakter als Dichter und Mensch einen förmlichen literarischen Krieg, der, in Zeitungen und Flugschriften geführt, durch die Teilnahme der Studentenschaft noch verschärft und nun von zwei Lagern aus fortgeführt wurde. Zwar ermatteten schließlich die Parteien, doch klafft der Riß bis heute. Abseits hielt sich mit anderen der weiche Munch, dessen stimmungsvolle Elegik auch durch seine Dramen klingt.

Welhaven 1807—1873

Munch 1811—1884

Es folgte eine dichterreiche Zeit der Sammlung und der Versuche zu gegenseitiger Verständigung. Nur das jugendliche Unterfangen, eine neue Nationalsprache schaffen zu wollen, störte die verhältnismäßige Ruhe.

Vinje † 1870

Der Plan entsprach der grundstürzenden Denkweise des Führers der Neuerer, Vinje, aus dessen heißem Kopfe er anscheinend entsprungen ist.

Da traten wenige Jahre vor 1860 zwei Männer auf, deren Werke nicht nur die gespannteste Teilnahme aller Kulturvölker finden, sondern für sie sogar literarische Vorbilder werden sollten. Es sind Björnson und Ibsen.

Björnson 1832–1910

Björnstjerne Björnson ist eine hoffnungsfreudige Natur, stark wie das Raubtier, das zweimal in seinem Namen vorkommt, sagt Brandes. Er ist der große Säemann Norwegens, zugleich auch Volksredner und Vorkämpfer der Volksherrschaft. Seine Werke zerfallen in drei Gruppen: lebensvolle und künstlerisch vollendete Erzählungen aus dem norwegischen Bauernleben, ferner Schauspiele mit altnordischen und geschichtlichen Gestalten, z. B. Zwischen zwei Schlachten, Sigurd der Böse und Maria Stuart,

endlich die Bühnenstücke mit Stoffen aus der Gegenwart, wie Die Neuvermählten, das berühmte Fallissement und das gedankenschwere, fast mystische Über unsere Kraft. Henrik Ibsen ist eine düstere Grüblernatur, vielfach verbittert und mit seinem Volke zerfallen. Jahrelang wohnte er in Rom und anderswo, während er sich doch in heißer Sehnsucht „zu den Hütten des Schneelandes aus südlicher Pracht" zurückträumte. Seine Hauptwerke sind Brand, Peer Gynt, Der Bund der Jugend, Kaiser und Galiläer, Stützen der Gesellschaft, Nora, Wildente, Gespenster, Hedda Gabler, Rosmersholm, Baumeister Solneß, Klein Eyolf und Wenn wir Toten erwachen, eine Art Vermächtnis und Schwanenlied, wie es heißt. Ibsen zergliedert mit unheimlicher Kunst die seelischen Vorgänge; immer tiefer steigt er hinab in die Abgründe des menschlichen Herzens, immer dunkler aber und rätselhafter wird auch das Gebiet, dem er seine Vorwürfe entnimmt, so daß z. B. in den Gespenstern die Grenze schon überschritten zu sein scheint, wo das Reich der Kunst aufhört und Medizin und Naturwissenschaft anfangen. Immerhin verdiente der große „Wahrheitsucher" ob seiner Wirklichkeitstreue vorbildlich zu werden. Und er ist tatsächlich geraume Zeit der viel nachgeahmte Meister der Charakteristik gewesen. Wenn sich aber bei uns vornehmlich die Jugend vorbehaltlos Ibsens grüblerische, geheimnisvolle Manier zu eigen machte, mit Vorliebe sein zerstückelndes, bloß andeutendes Verfahren und seine mit winzigen, oft kaum zu enträtselnden Strichelchen arbeitende Charakterzeichnung nachäffte, so bliebe zu erörtern, ob das deutsche Bühnenstück durch Ibsen gefördert oder in seiner Entwickelung gehemmt worden ist, zumal die alte Forderung der Kunst, der Dichter solle auch die aufgeworfenen Fragen beantworten, bei Ibsen vielleicht grundsätzlich, jedenfalls ausnahmelos unberücksichtigt bleibt. Seinen pessimistischen Glaubensgenossen Alexander Kjelland läßt in seinen Novellen Schiffer Worse, Arbeiter, Gift usw. unversöhnlicher Radikalismus und Naturalismus den Widerspruch übersehen, der nach dem Literaturforscher Stern aller pessimistischen Dichtung anhaftet, daß nämlich nicht darstellenswert sein kann, was nicht einmal lebenswert ist. Ebenso unerquicklich mutet der schrankenlose Naturalismus eines Arne Garborg und auch Knut Hamsun an.

Ibsen 1828—1906

Kjelland 1849—1906

Garborg geb. 1851

Lie geb. 1833

Sehr groß ist die Zahl der realistischen Erzähler. Bei uns erfreut sich ziemlicher Beliebtheit Jonas Lie, der außer Sittenschilderungen ansprechende Naturbilder gibt, wie Flood und mit großer Anschaulichkeit Konrad Dahl. Mit ihnen wetteifert Magdalena Thoresen und in der kunstvollen Erzählung die Frauenrechtlerin Kamilla Collet, während die nicht minder gewandte Marie Colban das Leben der höheren Gesellschaft abspiegelte.

Flood geb. 1837
Thoresen geb. 1819
Collet geb. 1813
Colban 1814—1884

In Dänemark setzt wie anderswo die Überlieferung mit Reimchroniken ein, von denen die des Bruders Niels von Soröe (vor 1500) wesentliche Bedeutung hat. Von 1600 ab wird die Geschichte des Volkes mehrfach, und zwar lateinisch wie dänisch, geschrieben, in der Landessprache u. a. von Lyskander in der Dänischen Chronik. Schon vorher hatten die älteste Zeit Runolf, Johnsen u. a. behandelt; ihre Forschung setzten später Ole Worm, Peder Syv und Sperling fort, der auch wie sein Zeitgenosse Nielsen in der Kirchengeschichte arbeitete. Im 19ten Jahrhundert förderte vor anderen Magnussen, nach ihm Nyerup das Studium des nordischen Altertums. Das gleiche Ziel verfolgte der erwähnte Grundtvig, der es insbesondere unternahm, in das Dunkel der Götter- und Heldensage Licht zu bringen. Der Wert seiner gelehrten Weltgeschichte wird durch seinen strenggläubigen Standpunkt beeinträchtigt. Die Geschichte Dänemarks fand in Petersen ihren ersten und zugleich mustergültigen Bearbeiter, den auch die nach 1814 erschienenen gleichnamigen Werke von Baden, Werlauff und Wegener bei allen sonstigen Vorzügen nicht übertroffen haben; nur Allens Geschichte der drei nordischen Reiche in der Zeit von 1497 bis 1536 dürfte nach Stil und Inhalt ein Gegenstück bieten. Auf die Masse von Erzählern der eigenen oder fremder Lebensschicksale kann nur hingedeutet werden.

Geschichtschreibung

Lyskander † 1623

Magnussen † 1847

Petersen † 1862

Die Literaturgeschichte begründete um die Zeit der politischen Trennung der genannte Nyerup mit der Dänischen Dichtkunst im Mittelalter; die aus der Zeit Friedrichs V. und Christians VII. (zweite Hälfte des 18ten Jahrhunderts) behandelte Rahbeck, endlich Ström die gesamte dänische Literatur. Für die urkundlichen Grundlagen sorgte Jens Worms durch Gelehrtenverzeichnisse, andere, wie Wahl und Gad, durch Bücherlisten, so auch Brun in der Bibliotheca Danica.

Literaturgeschichte

Auch in Norwegen befaßte sich die Wissenschaft mit Vorliebe mit der fernen Vergangenheit. Die Geschichte des Landes in ältester Zeit schrieb Falsen; und die norwegische Schule, die durch Keyser, Munch und Christian Lange gebildet wurde, fand im nordischen Altertume ihr eigentliches Arbeitsfeld. — Einer Übersicht über die Geschichte

Norwegens von Sars folgten verwandte Werke in größerer Zahl, wie von Blom, Birkeland, Rygh. — Ausgedehnte Pflege erfuhren die Hilfswissenschaften der Geschichtschreibung: Münzen-, Denkmäler- und Bautenkunde. — Endlich fehlte es in Norwegen auch nicht an Denkwürdigkeiten.

1. Schweden

§ 87. Die Romantik und die neuere Literatur Schwedens. Finnland.

In Schweden verfochten die neubekehrten Jünger der romantischen Schule in den Zeitschriften Polyphem und Phosphorus ihre Ideen. Jene leitete Askelöf, diese Atterbom. Jetzt vermochte sich die Auseinandersetzung mit der alten Richtung öffentlich und darum für die von Deutschland überkommenen Anschauungen vom Wesen der Kunst und vom Rechte der Einbildungskraft um so wirksamer und erfolgreicher zu vollziehen.

Dichtung Atterbom 1790—1855

Atterbom, ein Schüler Hegels und Schellings, verstieg sich freilich in seiner Dichtung, und zwar im Vogel Blau mehr als in den Romanzen Blumen und in der Insel der Glückseligkeit, ebenso in seinen Kunstansichten zu einer nebelhaften Phantastik, die auch seiner Schule, den Phosphoristen, wie Hammerskiöld, Palmblad, Elgström, Dahlgrén, dem Verfasser des alle Ausländerei scharf durchhechelnden komischen Epos Markalls schlaflose Nächte, das Gepräge der Überspanntheit gab. Neben diesem Zweig der Romantik entwickelte sich im Anschlusse an den Herausgeber des Polyphem, Askelöf, der in seinen Anschauungen und Zielen gesündere Gotische Bund, der sich später eine eigene Zeitschrift Iduna schuf. Ähnlich wie Oehlenschläger in Dänemark auf altnordische Stoffe zurückgegriffen hatte, waren nun die Häupter der Goten

Palmblad 1788—1852

Dahlgrén 1791—1844

Geijer 1783—1847

beflissen, ihr Volk wieder für seine Vergangenheit zu erwärmen. Erik Geijer, der sich als Geschichtsforscher europäischen Rufes erfreute, hat in wenigen, aber meisterhaften Balladen und Romanzen den echt nordischen Ton in unerreichter Weise erneuert und dem Bischofe

Tegnér 1782—1846

Esaias Tegnér sichern vor allem seine Nachtmahlskinder, die Frithjofsage und der Sonnengesang Namensdauer und eine Beliebtheit, die sich nicht auf Schweden beschränkt. Rein nationale Töne schlug er im Kriegslied für die Landwehr von Schonen und in der Romanze Axel an. Sein Heldenideal feiert sein Karl XII. Das Epos Gerda zu vollenden, hinderten ihn geistige Umnachtung, dann der Tod.

Almquist 1793—1866

In der langen Reihe der nun folgenden Dichter hebt sich Almquist merklich ab durch seine entschiedene Richtung auf religiöse, politische und soziale Fragen. Er ist ganz modern realistisch in seiner Kunst, dazu gleich phantasievoll wie Meister der Form. Der volle Gegensatz zur gotischen Schule, war der hochgebildete, in der Wissenschaft wohlbewanderte Mann vor anderen berufen, für die schwedische Literatur eine neue Zeit, die das Nationale in der Gegenwart entdeckt hätte, heraufzuführen. Aber er zersplitterte seine Kraft, so daß seine Muse nie ein einheitliches Kunstwerk zu schaffen vermochte. Am vollendetsten sind die im Dornröschenbuch gesammelten Erzählungen und unter seinen größeren Romanen Amalie Hiller, Drei Frauen in Smaland und die Mühle Skällnora. —

Fred. Bremer 1801—1865

Aus der gleichzeitigen Novellistik hat sich in Deutschland Fredrika Bremer am bekanntesten gemacht. Ihre Romane, wie Die Nachbarn, Das Haus, stellen schwedisches Familienleben schlicht und wahrheitsgetreu dar. Ein frömmelnder Zug macht diese Bilder aus dem

Flygare-Carlén 1807—1892

Alltag kaum schmackhafter. Die Behandlung sozialer Fragen war vollends ein Mißgriff. Bändereicher, dafür auch phantasievoller war die Verfasserin der Rose von Tistelön,

von Knorring 1797—1848

Frau Flygare-Carlén, die mit der Freiin von Knorring auch in Deutschland viel Beifall erntete, wie die ernste Kämpferin für Menschenrechte Ellen Key.

Beskow 1796—1868

Böttiger 1807—1878

Grafström 1790—1870

Strandberg 1818—1877

Malmström 1816—1865

Rydberg 1828—1895

Snoilsky 1841—1903

Neuere Dichter von Namen sind außer Runeberg, der mit seinen Stammesgenossen in der Übersicht der finnischen Literatur zu besprechen ist, der Lyriker und Dramatiker Beskow, der Balladendichter Böttiger, der Elegiker Grafström, der Sänger geharnischter Lieder und Übersetzer Byrons Strandberg, dann Malmström, ferner der streitbare Freidenker Rydberg, der auch Goethes Faust in die Sprache Schwedens übertrug, endlich die Könige Karl XV. (1826—72) und sein feinsinniger, aufgeklärter Bruder Oskar (geb. 1829), der Herders Cid und Goethes Tasso übersetzte, mit seinen Gedichten und Gedanken. Als größter Lyriker der jüngsten Zeit galt Graf Snoilsky, Schwedens „letzter Klassiker".

Mit auffälliger Empfänglichkeit kam Schweden dem Realismus und seinem derberen Ableger, dem Naturalismus, entgegen. In ihrem Gefolge haben dann all die jüngeren Literaturrichtungen mit pessimistischer, sozialistischer und individualistischer Spitze ihren Einzug gehalten; auch das Übermenschentum fand Anhänger. Sie bestimmen noch heute Schwedens Schrifttum, trotz der

Abwehr und des Widerspruches des wackeren af Wirsén. Es genügt, auf den Führer und Apostel der naturalistischen Schule etwas näher einzugehen, auf August Strindberg.

In ihm treten bereits die Stärken und Schwächen der neuesten Kunst insgesamt vollkommen deutlich hervor: ausgebildete Beobachtungsgabe, größte Anschaulichkeit in Charakteristik und Naturmalerei, spannende Handlung und unverblümte Absicht, aber auch vollständige Preisgabe sittlicher Grund- und Leitsätze, ungescheute Darstellung nicht nur des Unschönen, vielmehr geradezu des Menschenunwürdigen bis hinab zu dem krassen Selbstbekenntnisse Die Beichte eines Toren. Ernste Fragen behandelt Strindberg, wenn auch natürlich in seinem Sinne und zumeist aus rein persönlicher Erfahrung, in seinen ungleichwertigen Dramen. Strindberg war der Mann dazu und offenbar auch willens, ganz eigene Wege zu gehen; die er aber einschlug, führten ihn in die Irre. Ähnlich wie Ibsen wich er der freilich selbstverschuldeten Erbitterung seiner Landsleute. Für erfahrene Enttäuschung — vgl. die Beichte eines Toren — suchte und fand er dem Vernehmen nach Trost in einem neuen Glücke. Strindberg geb. 1849

Zu den Geschichtsforschern zählen außer den bereits erwähnten Geijer, der eine grundlegende Geschichte seines Volkes schrieb, und Malmström, der auch das Schrifttum in seine Studien einbezog, Strinnholm mit der Schwedischen Geschichte von den ältesten Zeiten bis zur Mitte des 14ten Jahrhunderts; 300 Jahre weiter reichte die volkstümliche Darstellung von Fryxell, die gleich trefflich ist wie seine Beiträge zur Geschichte der Literatur. Eine Vaterlandsgeschichte verfaßte das Mitglied des Gotenbundes Afzelius, der hochverdiente Herausgeber der Edda und mit Geijer Sammler der alten Volkslieder. Einzelne Abschnitte aus der Geschichte Schwedens behandeln Cronholm in Gustav Adolf, von Beskow in Gustav III., den Zeitraum von 1650 bis 1750 Carlson und den von 1808 bis 1814 der Anwalt König Karls XIV., Johann Sweberus. Wertvolle Beiträge lieferte außer Tengberg und Hammerstrand der tüchtige Svedelius auch zum Staatsrecht. Endlich sind noch nennenswerte Vertreter der geschichtlichen Forschung Lundblad, Monselius, Mellin und Hallenberg. — Dem Schrifttume galt die wissenschaftliche Arbeit von Schück in der Literaturgeschichte, Lenström in der Geschichte der Literatur und Kunst, Claëson in der Übersicht über die Geschichte der Sprache und Literatur Schwedens. Atterbom schrieb Schwedens Seher und Dichter. Mit der schönen Literatur befaßten sich außer dem mehrerwähnten Malmström besonders Wieselgrén, mit dem Schauspiele Ljunggrén und Dahlgrén. Die Hilfswissenschaften vertritt u. a. Linnströms Bücherlexikon. Geschichtschreibung Strinnholm 1786—1862 Fryxell 1795—1881 Afzelius 1785—1871

In Finnland kann von einer kunstmäßigen Literatur erst seit dem 19ten Jahrhunderte die Rede sein. 2. Finnland

Die finnische Sprache ist, wie die der Ungarn, ein Zweig des altai-uralischen Stammes. Um ihre Erforschung und grammatische Darstellung haben sich zuerst einige Gelehrte des 17ten Jahrhunderts, Petræus und Matthias Martinus, bemüht. Aus dem vorigen Jahrhunderte stammen die Wörterbücher der Finnen Renwall und Lönnrot. Dieser vereinigte 1835 auch die uralten, bis dahin nur mündlich überlieferten Volkslieder zu der Sammlung Kalewala (II § 364), so genannt nach dem Lande des Kalewa, des Ahnherrn der besungenen Helden. In den 23 000 Versen der zweiten Fassung von 1849 werden die Kämpfe zweier Brüder, des Sängers und Zauberers Weinemeinen und des Schmiedes Ilmarinen mit Lemminkeinen erzählt. Neuerdings wird das ganze Epos für eine Fälschung Lönnrots erklärt. Die Kunst und Lust an volkstümlichem Gesange hat sich bis in die Gegenwart lebendig erhalten. All solche Runen sind auf den Ton innigster Heimatliebe gestimmt. Unter anderen Sammlungen verdient Kanteletar, in dem 600 Volkslieder enthalten sind, aus dem Jahre 1840 eine Erwähnung. Sonstige Sprachdenkmale liegen in Agricolas finnischem Neuem Testament aus dem Jahre 1548 und in der Bibelübersetzung von 1542 vor. Lönnrot 1802—1884 Kalewala

Bis ins 19te Jahrhundert schrieben Finnlands Dichter und Denker schwedisch und sind in ihrer Mehrzahl achtbare Mitarbeiter am Schrifttume des Nachbarstaates geworden.

Das gilt vor anderen wie Franzén, einem Dichter idyllischer, frommer Lieder, der auch Epen und Dramen verfaßte, dann dem Erzähler Snellman und dem Psalmendichter Choræus, namentlich von dem als Lyriker durch seine Heideblüten und Neuen Gedichte, wie als Geschichtsforscher hervorragenden Topelius. Doch bekundet sich seine Anhänglichkeit an die Heimat durch seine Fürsorge um die Volksepik, von der Franzén 1772—1847 Snellmann 1806—1881 Choræus 1774—1806 Topelius 1818—1898

er eine Blumenlese veranstaltete, wie nach ihm Tengström u. a. Mit gleicher Innigkeit ging Rudbäck den Volkssagen nach, die er 1854 veröffentlichte. — Für alle nationalen Bestrebungen bildete die 1831 gegründete finnische Literaturgesellschaft zu Helsingfors einen mächtigen Rückhalt. Sie gibt auch neben dem Literaturblatt Suomi (Name Finnlands in der Landessprache) eine Zeitschrift für Geschichte heraus. Rettung der Volkssprache erhoffte der Führer der Nationalpartei, der Fenomanen, und vielseitige Schriftsteller Yrjö Koskinen, eigentlich Forsmann und geborener Schwede, von der Nachgiebigkeit gegen Rußland. Seine Geschichte des finnischen Volkes ist auch ins Deutsche übersetzt. Umgekehrt wurde die vorliegende Weltgeschichte Webers in finnischer Sprache bis 1903 in mehr als 5000 Exemplaren verkauft. Der Abkömmling eines sächsischen Geschlechtes, Emil von Ovanken gab den Finnländern ihr Nationallied Suomi sang, das Friedrich Pacius in Musik setzte. Ein finnisches Trauerspiel dichtete Lagerwall in Anlehnung an Shakespeare; ihm ist der Romandichter Alexis Kivi nachgefolgt, während Adolf Paul, der obwohl Finne, erst schwedisch, dann deutsch schrieb, sich mit der Doppelgängerkomödie dem Lustspiele zuwandte.

Koskinen 1830—1903

Ahlquist 1826—1889

Schön vertreten ist die Lyrik in den Funken des Schiller-Übersetzers Ahlquist, der wegen seines gründlichen Wissens als Hauptstütze der Sprachbewegung galt, dann durch die anziehenden Gedichte von Julius Krohn, der sich wie der Bauer Päivärinta auch als Erzähler auszeichnete. Mit dem erwähnten Kivi pflegte Brofeld, dessen Roman Einsam als der „finnische Werther" bezeichnet wird, das Prosaepos.

Unter den finnischen Dichtern in schwedischer Sprache nimmt weitaus den ersten Platz ein Ludwig Runeberg.

Runeberg 1804—1877

In seinen idyllischen Dichtungen wie Elchjäger, Weihnachtsabend, vereinigt sich die Schilderung finnischen Landes und Volkes mit gesunder Anschauung vom wirklichen Leben und mit großer Einfachheit im Ausdrucke zu trefflichen Leistungen. Wie mit diesen Werken blieb er im fremden Gewande dem Vaterland treu durch eine Folge dichterisch ausgestalteter Kriegserlebnisse Fähndrich Stahls Erzählungen. Dieses Meisterwerk Runebergs besingt den ehrenvollen Kampf Finnlands gegen die russische Übermacht; dabei aber voll warmer Anhänglichkeit an Schweden, knüpfen die Erzählungen auch für die Zukunft als finnisch-schwedisches Nationalgedicht ein festes Band zwischen beiden Völkern.

Welche Folgen der neuerliche politische Druck auf Finnland für die doch erst im Aufblühen begriffene Nationalliteratur bringen wird, läßt sich vorerst nicht absehen.

England

§ 88. Die Romantik und die neuere Literatur Englands und Nordamerikas.

Der gefeiertste Dichtername der englischen Literatur neben Shakespeare ist Lord Byron, George Gordon-Byron, wie er vollständig lautet.

Lyrik

Byron 1788—1824

Unglückliche Kindheitseindrücke, körperliche Gebrechen — den sonst so schönen Mann entstellte ein Klumpfuß — anfängliche Enttäuschungen seines Stolzes legten den Grund zu der Zweifelsucht und zu der Weltverachtung, mit der später der geniale Dichter die über ihn verhängte Acht der sogenannten Gesellschaft erwiderte. Begabt mit einer unerschöpflichen, alles dichterisch umfassenden Phantasie, aber reizbar und außer stande, das Übermaß der Gefühle in seinem Innern zu beherrschen, ergab er sich einem ziellosen Wanderleben auf der Pyrenäen- und der Balkanhalbinsel, nahm dann plötzlich seinen Sitz im Oberhause wieder ein und überraschte nun, ermutigt durch den ungeheueren Eindruck von Childe Harold's Pilgrimage (Ritter Harolds Pilgerfahrt), die Welt mit einer Reihe leidenschaftdurchglühter, farbenreicher, aber auch düsterer und schwermütiger Dichtungen The Giaour, The Bride of Abydos, (Braut von A.), The Corsair mit seiner Fortsetzung Lara, endlich die Hebrew Melodies. Die Lösung seiner Ehe wurde zum öffentlichen Ärgernisse, das ihn nach der Herausgabe von The Siege of Corinth und Parisina abermals und diesmal für immer außer Landes trieb. Dem ziellos Umhergetriebenen war das Dasein zum Überdrusse, und solche Stimmungen bilden die Grundlage seiner meisten Dichtungen, wie der am Genfer See entstandenen Erzählung The Prisoner of Chillon (der Gefangene von Ch.), des grauenvollen Darkness (Finsternis), aber auch des Prometheus und des in den tiefsten Rätseln des Menschendaseins wühlenden Dramas Manfred, eines Gegenstückes zu Goethes Faust. In Venedig vollendete Byron den Childe Harold, die schönste und hinreißendste aller poetischen Schilderungen, zu denen die unvergänglichen Reize Italiens je einen Dichter begeistert haben. Mitten in seinem üppigen Sinnengenusse dichtete er ferner die humoristische Erzählung Beppo und das epische Gemälde Mazeppa, die freiheitglühende Ode to Venice und in Ferrara The Lament of Tasso, dem er später auf Wunsch seiner Geliebten, der Gräfin Therese

Guiccioli, The prophecy of Dante gegenüberstellte, begann auch sein genialstes Werk, den unvollendeten Don Juan in 16 Gesängen von achtzeiligen Versen. „In diesem Gedichte herrscht eine gewisse Universalität, die sich alle Tonarten des Lebens zu eigen gemacht, in allen Abgründen und auf allen Höhen heimisch ist. Byron hat den höchsten Aufschwung und die höchste Erschöpfung seines Geistes darin gemalt; er hat gezeigt, daß er alles Große und Erhabene der Welt erkannt und sich mit dieser Erkenntnis in den Abgrund der Vernichtung gestürzt hat." Diese Zerrissenheit, der „Weltschmerz", ward nun der Grundton der Poesie in der Neuzeit. Geschmäht und verfolgt von seinen Standesgenossen, übersättigt an den Genüssen des Sinnenlebens, zerfallen mit aller Kultur, griff Byron zu Hohn und Spott, klagte voll Wehmut über sein verlorenes Glück und flüchtete seinen Seelenschmerz in ein erträumtes Land der reinen Natur und der freien Empfindung. Und ebendarin liegt die Macht seiner alles bewältigenden, alle Regungen der Menschenseele durchdringenden und in bezaubernder Sprache ausdrückenden Poesie, daß man überall den unmittelbaren Eindruck seines eignen Seelenzustandes empfindet. In Ravenna entstand sein Trauerspiel Marino Faliero, bald danach Sardanapalus mit der herrlichen Frauengestalt der Jonerin Myrrha, weiter The Two Foscari und endlich das Mysterium Cain. Den § 80 erwähnten Southey, der ihn und seine Freunde in der Vision of Judgment hart angegriffen hatte, vernichtete er durch die heftige Satire gleichen Namens. Verdächtig des Carbonarismus, flüchtete er nach Pisa, dann nach Genua. Unter den in dieser Zeit verfaßten Werken verdient The island hervorgehoben zu werden, daneben The Irish avatar (Avatar in der indischen Götterlage das Herabsteigen der Götter auf die Erde), ein Spottgedicht auf Georg IV. 1824 fand er während des Kampfes für Griechenlands Unabhängigkeit in Missolunghi (§ 113) den Tod. Seine Asche ruht in einer englischen Dorfkirche, da die hochkirchliche Geistlichkeit ihre Aufnahme in die Westminsterabtei verbot.

Moore 1779—1852

Thomas Moore aus Dublin begründete nach einträglichen, aber unselbständigen Jugendwerken, einer Übersetzung Anakreons und den anonym veröffentlichten Tom Little's poems in der Art des griechischen Sängers, seine Stellung in der Literatur mit den Irish melodies zu den von Stevenson gesammelten irischen Volksweisen.

Die ganze Folge von Gefühlen, vom freiheittrunkenen Bardensang bis zum hinschmelzenden Klagelied über Irlands verschwundene Herrlichkeit, findet in den „Melodien" ihren allezeit meisterhaften Ausdruck, wie auch die eigentümliche Schönheit der Natur und die Leiden des Volkes ergreifend geschildert sind. Eine Stelle im englischen Kolonialdienste gab Moore bald wieder auf. Die Abwehr eines übelwollenden Kritikers führte zu einem Zwiste auch mit Byron; doch erwuchs aus dem Mißverständnisse ein herzlicher Freundschaftsbund. Den „Melodien" stehen die National airs und Sacred songs ebenbürtig zur Seite. Vaterländischer Ingrimm über die Hartherzigkeit der Torys gegen das unglückliche Irland gab seinen politischen Satiren, z. B. Intercepted letters of the two-penny postbag (Aufgefangene Briefe aus dem Postbeutel) und Letters of the Fudge family in Paris, angeblichen Briefen einer in Paris lebenden Familie mit scharfen Ausfällen auf die Heilige Allianz, den Charakter haßvoller Leidenschaft. Mit Lalla Rookh (Tulpenwange) nach einer indischen Erzählung, nach der die Prinzessin Lalla Rookh ihr Herz an einen Sänger verliert, schließlich aber in ihm ihren Bräutigam erkennt, kehrte Moore zur reinen Kunst zurück. In diesem seinem Hauptwerke sind dem Sänger vier Erzählungen in den Mund gelegt The Veiled Prophet of Khorassan (der verschleierte Pr.), The Paradise and the Peri, The Fire-Woreshippers (Feueranbeter) und The Light of the Harem (Haremslicht), die wahre Perlen malender Dichtung sind. Als Seitenstück zu Lalla Rookh können die mehr lyrisch gehaltenen Loves of the angels (Engelliebe) gelten. Ein Lehrgedicht ist der sentimentale Roman Epicurean. Mit den Memoirs of the life of Captain Rock, Memoirs of Lord Edw. Fitzgerald, schätzbaren Beiträgen zur irischen Geschichte, und andern Denkwürdigkeiten wandte sich Moore der Prosa zu, in der auch seine Schutzrede des Katholizismus Travels of a Irish gentleman in search of religion, ein wunderliches Buch voll glänzender Mystik, verfaßt ist. Erwähnenswert bleibt noch die Lebensbeschreibung Sheridans, der als Dichter und Redner im Parlament gleich unabhängig erscheint. In dem witzigen Lustspiel The school for scandal (Lästerschule) lebt er noch heute auch bei uns fort.

Sheridan 1752—1816

Ein anderer Freund Byrons, der seine Zweifelsucht bis zur Gottesleugnung steigerte, war der hochbegabte, aber innerlich zerrissene Percy Bysshe Shelley.

Shelley 1792—1822

Schon in den Schülerjahren wurde ihm sein Unglaube zu einer Quelle des Leides. Verfolgungen, Seelenkämpfe und körperliche Leiden verdüsterten sein Leben, bis er auf einer

Fahrt über das Mittelländische Meer ertrank. Seine Asche bestattete Byron an der Pyramide des Cestius in Rom. Der innere Unfriede seines Lebens gibt auch seinen Dichtungen das eigentümliche Gepräge. In seinem Hauptwerk Queen Mab, das er angeblich schon im 17ten Lebensjahre mit wilder Genialität verfaßte, legt er den Maßstab philosophischer Spekulation an die politischen, religiösen und gesellschaftlichen Zustände an, die er im Sinne schrankenloser Freiheit des einzelnen umzugestalten sucht, und schildert mit flammenden Worten den Gegensatz zwischen Ideal und Wirklichkeit, wobei ein Pantheismus an Stelle des Christentums tritt. Fester in der Form und bestimmter im Inhalt ist das elegisch-schwermütige Gedicht Alastor or the spirit of solitude, in dem „das phantastische Traumleben eines Jünglings von keuschem Gemüte und abenteuerlichem Geiste geschildert wird, den ein überschwengliches Sehnen nach einem unerreichbaren Ideal in ein frühes Grab treibt". Besonders gegen die philosophisch verflüchtigte „Königin Mab" gehalten, bleiben seine dramatischen Dichtungen mehr auf dem Boden der Wirklichkeit. Prometheus unbound (der entfesselte Pr.) verherrlicht die Freiheit, wie Hellas den griechischen Unabhängigkeitskampf. In den Cenci wird ein grausiger Stoff aus der Geschichte Italiens zu einem künstlerisch vollendeten Trauerspiele gestaltet. The revolt of the Islam in 12 Gesängen, Shelleys umfassendstes Werk, schildert in großartigen Gemälden die mächtigen Wirkungen einer für Freiheit und Menschenbeglückung begeisterten Seele und die Elegie Adonais betrauert den frühen Tod des in Rom gestorbenen Dichterjünglings John Keats, des Verfassers der düsteren Dichtungen Endymion, Hyperion u. a. Shelleys zweite Gattin, Mary Godwin, an deren Seite ihm ein kurzes Glück erblühte, machte sich durch den Roman Frankenstein or the modern Prometheus nicht rühmlich bekannt. Ein begeisterter Vorkämpfer der Freiheit war auch Walter Savage Landor. Ihr galten seine Heroic Idylls, Imaginary Conversations, Hellenics u. a. m.; für sie focht er auf den spanischen Schlachtfeldern. Der als Kritiker, Satiriker und freisinniger Tagesschriftsteller tätige Leigh Hunt dichtete nach Dante The story of Rimini, eine sehr feine Erzählung von großer Seelenkunde, und gab Erinnerungen aus Byrons Leben heraus. Ein heftiger Aufsatz gegen den Prinz-Regenten Georg (IV.) im Examiner brachte ihm Geld- und Haftstrafe, nachdem ihm sein Freimut schon früher Verdrießlichkeiten bereitet hatte. In Byrons und Moores Bahnen wandelte die politisch-soziale Lyrik des ebenerwähnten Landor, des Sängers der Cornlaw rhymes (Korngesetzlieder) Ebenezer Elliott und des Thomas Hood, besonders in dem ergreifenden Song of the shirt (Lied vom Hemde), während Robert Pollock, in dem religiösen Lehrgedichte The course of time (der Lauf der Zeit), der lahme William Tennant, Verfasser des komischen Heldengedichtes Anster fair in Oktaven, und William Motherwell, ein gefühlvoller Elegiker und Herausgeber der Minstrelsy ancient and modern, durch Burns, Scott und die Naturdichter beeinflußt wurden. Southeys Art lebte fort in dem Verteidiger der Hochkirche, William Bowles.

Keats 1795—1821
Landor 1775—1864
Hunt 1784—1859
Elliott 1781—1849
Hood 1779—1845
Pollock 1798—1827
Tennant 1786—1848
Motherwell 1797—1835
Bowles 1762—1850

Nach Anlage und Ruf steht allen seinen Zeitgenossen voran Alfred Tennyson, der Sohn eines englischen Geistlichen. Er ist der Nachfolger Wordsworths und Southeys im Hofamt des poeta laureatus, ohne dieser Stellung erheblicheren Einfluß auf seine durch ganz individuelle Empfindung und persönliche Betrachtungsweise bestimmten Schöpfungen zuzugestehen. In seinen Balladen erklingt das Glück wie der Schmerz leidenschaftlicher Liebe in allen Tonarten. Seine lyrischen Ergüsse, epischen Erzählungen, Klagegesänge über die Vergänglichkeit, auch über den Materialismus seiner Zeit, dazu sittlich-lehrhafte Stücke, Gesichte, Phantasien haben ihren außerordentlichen Reiz in der klassischen Vornehmheit von Form und Sprache, in der stimmungsvollen Färbung und Empfindungsweise. Ihr Grundton ist elegisch, manchmal fast weltschmerzlich; doch hält sich der Dichter von Byrons Zerrissenheit frei. Prachtvolle Stimmungsbilder aus der Natur erinnern an die Seeschule; aber lebhaftes Gefühl für die Bedürfnisse der Gegenwart macht Tennyson zum durchaus modernen Dichter. Von seinen Gedichten veranstaltete er selbst mehrere Sammlungen. Die tiefempfundene Totenklage auf einen Freund In memoriam erschien aber erst 1850. Nach den drei Romanzenfolgen The Princess, Maud und The Idylls of the King (des sagenhaften Arturs [§ 362]) errang das Fischeridyll Enoch Arden außerordentlichen Beifall, gerade weil es aus einfachstem Stoffe eine unerschöpfliche Fülle dichterischer Schönheiten, fesselnde Bilder des menchlischen Herzens zu entwickeln weiß. Der mehr malerischen Kunst des Dichters blieb die dramatische Kraft und damit seinen Schauspielen, Queen Mary u. a., der Erfolg versagt, wie auch den meisten Bühnendichtungen

Tennyson 1809—1892

Algernon Charles Swineburnes. Seine kunstvolle Dichtung hat etwas vom Geiste Byrons, ist aber so sinnenfreudig und kühn, daß er als Haupt einer „satanischen Schule" vielfache Angriffe erfuhr. Als Student hatte er sich zu den Präraffaeliten (§ 399)

Swineburne geb. 1837

gehalten, die in Anlehnung an Gedanken von William Blakes zunächst für die Malerei eine Wiedergeburt zur Einfachheit, Natürlichkeit und Wahrheit von der Rückkehr zur Kunst Raffaels, Dürers, Michelangelos und somit zur Frührenaissance, ja zur Gotik erhofften. Auf die Dichtkunst wandte diese Lehren zuerst Rosetti an, dessen Sonette, Balladen in vornehmer Form und voll Empfindung nur zu den Kreisen gesinnungsverwandter Leser sprechen. Schon diese Beschränkung auf den Anteil Eingeweihter, rein ästhetisch Genießender verrät, wie viel Gekünsteltes, Unnatürliches bei diesem Streben nach Natur unterlief. Die nächste Stufe seiner Entwicklung bezeichnet die neupräraffaelitische Schule, die School of Culture (Schule der Verfeinerung), die an Stelle der Ungebundenheit und Leidenschaft der Präraffaeliten eine peinlich sorgfältige Behandlung des Verses, größte Feinheit und Zartheit des Gefühls verlangte, unleugbare Vorzüge, die freilich zumeist nur um den Preis der Unmittelbarkeit und Originalität dichterischen Empfindens erkauft werden. Ihr Haupt hat die Schule in Matthew Arnold, den seine vielfach rein verstandesmäßige, gelehrte Art zum „Dichter der Universitäten" gestempelt hat. Der Vater des nicht recht faßlichen „mystischen Realismus", Robert Buchanan, ein Schotte, knüpfte in seinem Drama of kings an den deutsch-französischen Krieg an. Seinen Gedanken über Kunst fehlte die werbende Kraft, nicht zuletzt darum, weil neuerdings mit den Salondichtern wiederum französische Einflüsse für England maßgebend werden.

Blakes 1757—1827

Rosetti 1828—1882

Arnold 1822—1888

Buchanan geb. 1841

Dem redlichen Bestreben der dramatischen Dichtung lohnte so wenig wie anderwärts in England wahre Teilnahme der Nation. Drama

Doch sind vor anderen der irische Parlamentsredner Richard Lalor Sheil und der Schauspieler James Sheridan Knowles zu nennen, der sich sowohl in seinen geschichtlichen Trauerspielen Virginius, Cajus Gracchus, Tell, Alfred the Great als auch in seinen Lustspielen, z. B. The love chase, Old maids Shakespeare zum Vorbilde nahm. Neben ihnen behaupten ihren Platz Henry Hart Milman mit biblischen Stoffen: Belshazzar, Fall of Jerusalem und dem Trauerspiel Fazio, der Rechtsgelehrte Thomas Talfourd mit Tragödien im altgriechischen Stile, wie Jon, The Athenian Captive, endlich auch die durch treffliche Bilder aus dem englischen Landleben bekanntere Miß Mary Mitford mit Rienzi und anderen Stücken. Als präraffaelitisch bezeichnet Bernard Shaw, geboren 1856 zu Dublin, sein Drama Candida. Er gehört zur jüngstenglischen Schule, die in Ibsen ihren Meister verehrt. Shaws Stücke, gesammelt unter dem Titel Plays, pleasant and unpleasant, bekunden schon durch ihre sozialistische Färbung, daß sie für die „freie Bühne", The independent theatre, bestimmt sind.

Knowles 1789—1862

Milman 1791—1868

Talfourd 1795—1854

Shaw geb. 1856

War so immerhin die literarische Tätigkeit auf lyrischem, epischem und dramatischem Gebiet rege und mannigfaltig, so bildete doch die Lieblingslektüre der gebildeten Klassen die erzählende Dichtung. Dem Romane wandten sich die bedeutendsten Schriftsteller zu und wußten ihn durch den Reiz der Darstellung und durch die verschiedensten Stoffe aus dem Leben und aus dem Bereiche der Wissenschaft anziehend und lehrreich zu machen. Im geschichtlichen Roman blieb Walter Scott (§ 80) das unerreichte Vorbild. Roman und Novelle

Viel gelesen wurde der allzu fruchtbare George P. R. James. Dauerndes Interesse hat jedoch nur der Amerikaner James Fenimore Cooper durch die Schilderung der Natur und der Sitten seiner Heimat, durch anschauliche Bilder aus dem Indianer- und Ansiedlerleben, auch durch die glückliche Wahl vaterländischer Stoffe geweckt. Am bekanntesten sind die Romane The Spy (Spion), ein Gemälde aus dem amerikanischen Unabhängigkeitskriege, The Waterwitch (Wasserhexe) und die Lederstrumpfgeschichten wie Pathfinder, Last of the Mohicans u. s. w. Unabhängig von Cooper schrieb der Kapitän Frederick Marryat seine Seeromane. Unter ihm stehen in der langen Reihe eifriger und schreibseliger Vertreter dieser Gattung Basil Hall und Charles Wilson und zahlreiche Schriftstellerinnen, die mit schnellem Blicke den Geschmack des Tages erkannten, wie Lady Morgan wegen ihrer irischen Zeit- und Sittenbilder mehr als durch gelungene Reisebeschreibungen. Das Volks- und Familienleben in all seinen Abstufungen vom Hofe und der hohen Gesellschaft bis zum Räuber- und Piratentume bilden den unerschöpflichen Stoff für die zahllosen Romane, mit denen Theodor Hook, Samuel Warren, z. B. im Diary of a late physician (Tagebuch eines verstorbenen Arztes), Ainsworth, Wilkie Collins, dessen seltsame, sinnverwirrende Kunst in The woman in white (Frau in Weiß) gipfelt, Charles Kingsley, ein hochkirchlicher Geistlicher, der für seine Kirche mit den Romanen Hypatia, Westward Ho und Two years ago eintrat, wie der Kardinal Wiseman mit der Novelle Fabiola für das Papsttum, Anthony Trollope, der mit Kingsley

James 1801—1832

Cooper 1789—1851

Marryat 1792—1848

höhere Ansprüche auf Beachtung erheben darf, Charles Reade, Holme Lee, endlich der in seinem Leben etwas abenteuerliche Benjamin Disraeli, später Premierminister und zum Lord Beaconsfield erhoben, der in seinen Romanen auf eine Besserung der Verhältnisse im Sinne des „jungen Englands" hinarbeitete, im Endymion aber sich selbst verherrlicht haben soll, und eine Menge anderer die lesebegierige Welt unterhielten. Daneben überfluteten und überfluten noch ungezählte Damen den Büchermarkt mit wohlgemeinten, moralischen, aber tatsächlich jede tatkräftige Sittlichkeit lähmenden und echte Frömmigkeit verwässernden Novellen. Diese Art ist von den Predigtromanen Hannah Mores an, die dereinst durch Walter Scott zurückgedrängt wurden, bis in die Gegenwart durch eine lange Reihe von Namen wie Jane Austen, Miß Martineau, Lady Blessington, Mrs. March, Mrs. Wood, Miß Yonge, Mrs. Gaskell u. s. w. vertreten. Schlimmer sind Lady Fullerton und Miß Braddon. Jene hat die dünne Scheidewand, die den Puseyismus noch vom Katholizismus trennt, durchbrochen und sucht nun andere denselben Weg zu leiten; diese fabriziert unermüdlich sogenannte Sensationsromane, meist Kriminalgeschichten, bei denen das einzige Interesse in einem gut versteckten Geheimnisse liegt. Weit begabter sind Charlotte Brontë, Currer Bell mit ihrem Schriftstellernamen, die Verfasserin des durch Frau Birch-Pfeiffer auf unserer Bühne eingebürgerten Gouvernantenromans Jane Eyre und die als George Eliot schriftstellernde Lebensgenossin von Lewes, der sich durch ein Leben Goethes bekannt gemacht hat. Ihre Erzählungen besitzen ihre Stärke in der Beobachtung des menschlichen Herzens und in der Darlegung der Seelenvorgänge, z. B. Adam Bede, Middlemarch, Mill on the floss, Silas Marner, Felix Holt the radical. Achtbare Leistungen sind die frommen Romane der beiden Amerikanerinnen Elisabeth Wetherell The wide, wide world (die weite, weite Welt) und Mrs. Beecher-Stowe, deren Uncle Tom's cabin (Onkel Toms Hütte) ungeheueres Aufsehen erregte und das Seinige dazu beigetragen hat, die öffentliche Meinung für die Abschaffung der Sklaverei zu gewinnen.

Nach Scott erstanden erst wieder in dem Dreigestirne Bulwer, Dickens und Thackeray der englischen Literatur Erzähler von Weltruf.

Bulwer 1803—1873

Wenn den ersten seine vielseitige, durch Studien und Reisen erworbene Bildung hoch über den Durchschnitt erhebt, so den zweiten trefflicher, mit rührendem Pathos verbundener Humor und Witz, während Thackerays Stärke auf der schneidenden Schärfe seiner Satire beruht. Edward Lytton Bulwer verdankt seinen Ruhm dem Romane, für den ihn Sprachgewalt, scharfer Verstand, Menschenkenntnis und Beobachtungsgabe durchaus bestimmt erscheinen lassen. Diese Vorzüge, weniger dagegen Macht und Fülle der Erfindung, Mannigfaltigkeit der Charakteristik oder gar entfesselte Leidenschaft, kennzeichnen seine mit künstlerischer Berechnung aufgebauten Prosadichtungen, besonders soweit sie englische Verhältnisse schildern, wie Paul Clifford, Eugene Aram, Alice, Night and Morning. Sein Erstlingswerk in dieser Art, Pelham, leidet unter dem Übergewichte verstandesmäßiger Betrachtung, einem Grundzuge in des Dichters Natur, der ihn auch für die Pilgrims of the Rhine nicht die entsprechend innigen Farben und Töne finden ließ. Selbst die gefeierten Last Days of Pompeii lassen die Anschaulichkeit und Schärfe der Charaktere vermissen, die erst die englischen Sittenbilder The Caxtons, My-Novel, What will he do with it? wieder zeigen. Auch Bulwer mußte sein privates Leben in die Öffentlichkeit zerren lassen und zwar durch seine geschiedene Frau in dem Roman Cheveley. Sein Sohn Robert versuchte sich unter dem Namen Owen Meredith in Lyrik und Epik.

Dickens 1812—1870

Charles Dickens, anfangs Boz genannt, begründete schon durch seine ersten Werke Sketches of London, wozu ihm das bewegte Volksleben der englischen Hauptstadt den Stoff bot, und die Pickwick Papers seinen Ruf als witziger und zugleich gemütvoller Volksschriftsteller. Große Anschauungskraft, heitere Laune, treffende Satire und ergötzliche Komik im Bunde mit ergreifendem Pathos spiegeln in der Schilderung des Abenteurerlebens des Herrn Pickwick und seiner drei Freunde das Leben und Treiben des englischen Volks überhaupt, besonders in seinen unteren und mittleren Klassen. Die Kraft und Naivität der Pickwickier vermochten die zahlreichen folgenden Werke nicht zu überbieten, mögen auch einige wie Nicholas Nickleby, Oliver Twist in künstlerischer Hinsicht durchgebildeter sein. Eine neue Gattung bilden Dickens Weihnachtsschriften Christmas Carol, Cricket on the Hearth, Battle of Life, worin er, zum Teil auf phantastischem Hintergrunde reizende kleine Bilder voll Gemüt und mit moralischem Zwecke entrollt. Dickens volkstümlicher Sittenroman voll lebendiger Gestalten aus dem wirklichen Leben gewährt nicht bloß Unterhaltung, er rügt auch Mißstände aller Art, z. B. die Schwerfälligkeit englischer Gerichtshöfe, und sucht allenthalben Teilnahme für die Armen und Gedrückten zu erwecken. Diese seine Wirksamkeit gehört zu den wohltätigsten, die je ein Schriftsteller geübt hat, und unterscheidet ihn von William Makepeace Thackeray.

Thackeray 1811—1863

Seine Lebens- und Charakterbilder haben alles, was außerordentliche Seelenkunde, durchdringende Beobachtung und bei aller Feinheit vernichtender Sarkasmus geben können. Aber von der warmen Menschenliebe Dickens, von seinem unerschütterlichen Glauben an den guten Kern im menschlichen Herzen und an die angeborne Menschenwürde, so seltsam sie bisweilen verhüllt ist, weiß er nichts. Die bedeutendsten von seinen Werken sind Vanity Fair und History of Arthur Pendennis. Jener „Jahrmarkt der Eitelkeit" ist die realistisch-herbste Schilderung, die bitterste Satire auf die selbstsüchtige, herzlose, scheinheilige Gesellschaft in England, doch als ein Gemälde nur mit Schatten und ohne jegliches Licht jedenfalls einseitig und darum falsch. In den Pendennis hat Thackeray viele Tatsachen aus seinem eignen Leben verarbeitet. The Newcomes und The Virginians, eine Fortsetzung des geschichtlichen Romans Henry Edmond, der ein Bild Englands unter Königin Anna entwirft, erinnern durch satirische Züge an den „Jahrmarkt".

Trefflich erschaute Bilder aus dem englischen Leben gibt das Sketch-Book des Amerikaners Washington Irving, der den Ertrag seiner vieljährigen Reisen durch Europa in Tales of a Traveller und The Alhambra, einem begeisterten Gemälde der Zeit Spaniens unter den Mauren, niederlegte. Ganz humoristisch ist eins seiner ersten Werke Humorous history of New York by Dietrich Knickerbocker. Später schuf er in Life and Voyage of Christopher Columbus und in The Life of Washington seiner Helden würdige Werke. Irving 1783—1859

Humorist wie er ist Charles Lamb in den Essays. Sie und die mit seiner Schwester gemeinsam verfaßten Tales from Shakespeare brachten ihm die Anerkennung, die auch seine Lieder, z. B. The Old Familiar Faces (die alten bekannten Gesichter), übersetzt von Freiligrath, verdienen. Seine Aufsätze in Zeitungen unterzeichnete er mit Elia. Lamb 1775—1834

Eine wahre Flut von Romanen und Novellen aus England ergießt sich alljährlich auch über unser an Prosadichtungen wirklich nicht armes Vaterland. Wenn jetzt einige bekanntere Namen herausgegriffen werden, so darf daraus kein abfälliges Urteil über Ungenannte abgeleitet zu werden. Ausgeschlossen bleibt freilich ganz der frömmelnde, kindlich lehrhafte Sittenroman. Als der größte Stilist gilt in seiner Heimat Stevenson, der Verfasser von New Arabian Nights, Catriona, Underwood u. a. spannenden Erzählungen. Stevenson 1850—1894

Grant Allen schrieb Kriminalgeschichten, Clark Russel kehrte zum Seeroman zurück. Hall Caine suchte seine Abenteurererzählungen annehmbar zu machen durch die Darstellung der Seelenvorgänge, eine Kunst, in der George Meredith, auch als Lyriker formgerecht und voll Tiefe, und Mark Rutherford als Meister gelten. Von Romanschriftstellerinnen verdienen erwähnt zu werden Miß Ouida, Mary Oliphant, Elisa Braddon, Mrs. Humphrey Ward, die sich mit ihrem Romane Robert Elsmere zu gleich freien Ansichten in religiösen Dingen bekannte wie Mrs. Deland in John Ward und Preacher. Meredith geb. 1829

Neuerdings sind Versuche bemerkbar, die gälische Sprache wieder literaturfähig zu machen. An der Spitze der Bewegung steht der betagte Forscher Withlny Stockes mit zahlreichen Übersetzungen. Douglas Hyde schrieb die erste irische Literaturgeschichte, das vorchristliche Schrifttum behandeln die Essays von Alfred Nutt. Mit eigenen Schöpfungen traten der Lyriker und Dramatiker Yeats und die Gattin des Schriftstellers Mac Manus, Ethna Carberg, auf, während Frau Fiona Macleod Sagen in dichterische Form kleidete. Irische Dichter

Auch für Lyrik und Epik müssen wenige Namen genügen. An die Faustsage wagte sich in Festus James Bailey. Namhafte Balladendichter sind Cox Benett, George Macdonald, der tiefempfindende Mystiker Roden Noel. Durch Kriegslieder hat sich neuerdings der farbenreiche Erzähler der Tiergeschichten, des Neuen Dschungelbuchs u. s. w., Rudyard Kipling auch im Auslande bekannt gemacht.

Wertvolle Beiträge zur Welt- und Staatengeschichte lieferten Malcolm mit der History of Persia, Mill mit der History of India und Alison mit der History of Europa, die durchaus im konservativen Sinne geschrieben ist, während in dem allgemein anerkannten Hauptwerke der Zeit History of Grece von George Grote der whigistische Standpunkt sich eben nur durch eine gerechte Würdigung des vielgeschmähten athenischen Volkstaates bemerkbar machte. Weit ausgedehntere Pflege fand die Landesgeschichte, so bei Sharon Turner in The history of the Anglo-Saxons und History of England from the Norman Conquest to the reign of Elizabeth, bei Palgrave in Rise and Progress of the English Commonwealth und bei James Lingard in A history of England from the first invasion of the Romans. Gegenüber dem Hochkirchler Turner und dem Katholiken Lingard erhob sich erst James Makintosh zu voller Unparteilichkeit in der unvollendeten History of England, die auch Thomas Knightley behandelte, und in der History of the Revolution in England in 1688. Eine

Geschichte
Malcolm 1769—1833
Mill 1775—1836
Alison 1792—1867
Grote 1794—1871
Turner 1768—1847
Palgrave 1788—1861
Makintosh 1765—1832

H. Allan 1777—1859 Napier 1785—1860 Tytler 1828—1893 Macaulay 1800—1858

Constitutional History of E. schrieb Henry Allan. Gleich wertvoll sind History of the War in the Peninsula von Napier und History of Scotland von Tytler. Über diese verdienstvollen Forscher erhebt sich doch weit der als Staatsmann und Redner, als Kritiker und Dichter berühmte Lord Thomas Babington Macaulay mit seiner lebensvollen History of E. from the ascension of James II., dem leider unvollendeten Hauptwerke der Zeit. Unter seinen ebenfalls vielgepriesenen Dichtungen Lays of Ancient Rome ist neben The Armada und The Battle of Ivry das Puritanerlied The Battle of Naseby am vollendetsten. Doch sind seine Essays, kritische Aufsätze über literarische und politische Personen, das Gebiet, auf dem er unerreicht blieb. In der streng wissenschaftlichen History of Civilisation in England versuchte Thomas Buckle die naturwissenschaftliche Methode im Sinne der französischen Positivisten auf die Geschichtsforschung anzuwenden. Mag hierbei viel Gezwungenes und manche Willkür mitunterlaufen, so bleibt diese Kulturgeschichte doch eine gewaltige Leistung des menschlichen Geistes.

Buckle 1821—1862

Lecky 1838—1903

Buckle wurde das freilich unerreichte Vorbild für Lecky in History of Rationalism in Europa und H. of European morals from Augustus to Charlemagne; beider Werke Wert schmälert des Verfassers nationaler Dünkel, der ihn geradezu parteiisch macht, wie den Nachahmer Macaulays James Anthony Froude in History of E., die dennoch das gleichnamige Buch von Lord Mahon weit hinter sich läßt. Daneben sind zu nennen Kinglake mit The Invasion of the Crimea und History of our own times, Martin mit Life of the Prince Consort, John Richard Green mit History of the English people, Stubbs mit Constitutional history of E. u. a. m.

Froude 1818—1894 Mahon 1805—1875

Carlyle 1795—1881

Eine besondere, nach vielen Seiten einflußreiche Stellung nahm der ernstgerichtete Schotte Thomas Carlyle ein, der sich auch dadurch von seinen Landsleuten abhob, daß er sich zu Goethes Lebensanschauung bekannte und zum Herold deutscher Art und deutschen Geistes ward.

Aus seinem Studium unseres Schrifttums erwuchsen Life of Schiller, die Übersetzung des „Wilhelm Meister" und Specimens of German Romance. Ein weiteres Zeugnis seiner politischen Unbefangenheit ist die bändereiche History of Frederick the Great, neben die sich mit Recht Oliver Cromwells Letters and speeches stellen dürfen. Als seine Hauptwerke gelten French Revolution, Chartism, Past and Present. Als feinen Beurteiler zeigen ihn die kritisch-literarischen Essays und als satirischen Sittenschilderer die humoristischen Romane Sartor Resartus or Life and Opinions of Herr Teufelsdroekh, zum Teil ein wunderliches Bild seines eigenen Lebens.

Nordamerika Dichtung

Ein kurzer Überblick mag die gelegentlichen Angaben im Vorhergehenden zu einem Gesamtbilde der Literatur Nordamerikas vervollständigen. Am Aufschwunge der Poesie im englischen Mutterlande nahm Amerika eifrig teil. Dichter wie Pierpont, Alfred Street, James Percival und Morris, die Humoristen Halleck und Holmes, sämtlich um die Wende des Jahrhunderts, verraten kaum mehr Abhängigkeit von fremden Mustern. Fast nationale Stoffe ergreift John Whittier in seinen Liedern gegen die Sklaverei Voices of Freedom. Allein, wie sehr auch Bryant, der Sänger des Stilllebens in Natur und Menschenherz, mit The Ages, Poems, Thanatopsis u. s. w., Richard Henry Dana, der in der Romanze The Buccaneer und in The dying raven die Romantik des Naturlebens glücklich erfaßte, auch in der Alten Welt Anerkennung fanden, so erhielt doch die Dichtung erst in des phantastischen, unglücklichen Edgar Allan Poe Lyrik und Romanzen, z. B. Annabel Lee, The Raven u. a., vornehmlich aber durch Longfellow, der mehrere Jahre in Deutschland lebte, ihren amerikanischen Sondercharakter.

Whittier 1794—1878 Bryant 1794—1878 Dana 1787—1879 Poe 1811—1849 Longfellow 1807—1882

Mehr als von seinen Poems, The divine tragedy und The golden legend u. a. m. gilt das von dem Song of Hiawatha, einer Art indianischen Heldenliedes, das wie ein Schwanengesang empfunden und gedichtet ist aus der Seele der untergehenden Ureinwohner. Neben diesem ersten und ursprünglichsten Werke Amerikas begründete den Ruhm Longfellows der Roman in Hexametern Evangeline, eine Schilderung der Schicksale französischer Pflanzer, die englische Härte nach anderen Kolonien verschleppt. In dem Prosaromane Hyperion heben sich die Bilder aus deutschem Leben deutlich ab. Einen weiteren Schritt zur Eigenständigkeit, ja, die schließliche Loslösung von europäischen Einflüssen bedeuten die Poems and Ballads des vielgereisten Richard Taylor, die Abenteurergeschichten und Bilder aus dem kalifornischen Leben von dem humorvollen Realisten Bret Harte, endlich Mark Twains gleich launige Schilderungen von seltsamen Menschen und seltsamen Zuständen. Diese Erzähler haben der Hochflut von Novellen und Romanen, denen eigentlich nur eben dieser besondere amerikanische Humor das nachgerade unerträglich gleichartige Gepräge gibt, förmlich die Schleusen geöffnet. Auch Eggleston folgte dem Zuge der Ansiedler

Taylor 1825—1878 Bret Harte 1839—1902 Twain 1838—1910

nach dem Westen in seinem End of the world. Trotz der gerade in Deutschland massenhaft gebotenen Übersetzungen ist es doch nur einigen der ungezählten Schriftsteller und Schriftstellerinnen gelungen, bei uns bekannter zu werden, so Bellamy durch Looking backward, dem sinnigen Robert Wallace durch eine Erzählung aus der Geburtzeit des Christentums Ben Hur und dem sozialistisch angehauchten Henry Lloyd z. B. durch A strike of millionairs.

Im Hinblicke auf solche Fülle von Lesestoff und bei der Richtung des Amerikaners auf das wirkliche Leben mag es überraschen, daß die Lyrik bis zur Gegenwart reich blüht. Wie anderwärts sind auch jenseits des Weltmeeres die Dichterinnen in der Überzahl. Doch bewegt sich alles, was uns von drüben in Proben, Blumenlesen und sonstigen Sammlungen nähergebracht wird, auf einer guten, mittleren Linie. Namen herauszuheben, erscheint als eine etwas heikle Aufgabe. Darum mögen einige Sänger genügen: die liebevollen Beobachter der Natur Peacock mit Poems of the Plains und Auringer mit Voices of a Shell, Scythe and Sword, dann James Russel Lowell, dessen Heartsease and Rue (Stiefmütterchen und Raute) anziehendste Innigkeit einen eigentümlichen Reiz verleiht, vor allem der Bannerträger idealistischer Weltanschauung in der neuen Welt, Ralph Waldo Emerson, ein Dichter und Denker von größter Innerlichkeit und wahrhafter Frömmigkeit. Emerson

Mit dem S. 187 besprochenen Irving und in gewissem Sinne auch Lamb trat Amerika zuerst in den Kreis der Geschichtswissenschaft. Jenen beiden dichterisch beanlagten Vorläufern folgt auf dem Fuße die anerkannte Größe unter den Forschern auf diesem Gebiete William Henry Prescott, dessen History of the Reign of Ferdinand and Isabella, The conquest of Mexico und Conquest of Peru, endlich The reign of Philipp II. durch Quellenkunde, Schärfe des Urteils und die reiche Erfahrung ihres Verfassers für seine Landsleute vorbildlich wurden. Ihm gleichzustellen ist nicht sowohl sein Zeitgenosse George Bancroft, der sich zuerst an eine History of the United States wagte, als vielmehr der in Deutschland herangebildete John Lothrop Motley, der Verfasser von The Rise of the Dutch (holländisch) Republic mit der Fortsetzung History of the United Netherlands und eines Lebensbildes von Barneveldt. Wie er verdankte George Ticknor seiner deutschen Bildung die streng wissenschaftliche Art, die seiner History of Spanish Literature hohen Wert verleiht. Der Einsicht in solche Erfolge deutscher Geisteszucht hätte sich selbst das Übelwollen nicht verschließen können. Um so weniger darf es bei der damaligen politischen Unbefangenheit wundernehmen, daß Ralph Waldo Emerson seinen Landsleuten die Kenntnis der deutschen Philosophie zu vermitteln suchte und ihnen mit liebevollem Verständnisse Goethes Bild zeichnete. Die weiteren Geschichtschreiber von Ruf wandten sich zumeist mit ihrer Forscherarbeit dem Vaterlande zu, so Francis Parkman in France and England in North America, Henry Adams in History of the United States und Mac Master in History of the people of the United States. Zu Europa kehrten zurück John William Draper mit der einseitigen History of the intellectual development of Europe und der gewissenhafte Herbert Tuttle in der History of Prussia under Frederick the Great.

Geschichtschreibung

Prescott 1796—1859

Bancroft 1800—1891

Motley 1814—1877

Ticknor 1791—1871

Parkman 1823—1893

§ 89. Die Romantik und die neuere Literatur der Niederlande. In die auch auf dem literarischen Gebiete kleinen holländischen Verhältnisse brachte wie anderwärts erst die Romantik frisches Leben. Holland

Von Byron und Walter Scott beeinflußt, sagte Jakob van Lennep der klassischen Richtung Frankreichs ab und wies in Nederlandsche legenden, geschichtlichen Romanen u. a. m. seinem Volke neue Wege. In seine Fußstapfen traten van der Hage mit Romanen und Adrian Bogaers, ebenso die beliebte Erzählerin Bosboom-Toussaint mit der langen Folge ihrer „Leicester-Romane". Noch über sie wird Beets wegen seiner Bilderchen in Camera obscura gestellt, während Dekker unter dem Schriftstellernamen Multatuli (= viel hab ich ertragen) die Mißstände in der holländischen Kolonialverwaltung kraft eigner Erfahrung brandmarkte. Seine Werke wurden verschwiegen, ihr Verfasser aber bitter angefeindet, so daß er nach Deutschland flüchtete. Die Gefühlsdichtung fand berufene Vertreter in Potgieter und de Genestet. Über dem Durchschnitte steht jedenfalls Jan ten Kate, mag auch das philosophische Lehrgedicht De schepping (Schöpfung) seinen Zweck, Glauben und Wissenschaft zu versöhnen, nicht erfüllen.

van Lennep 1802—1868

van der Hage † 1854

Bogaers 1795—1870

Bosboom-Toussaint 1812—1886

Beets geb. 1814

Dekker 1820—1888

Potgieter 1808—1875

de Genestet 1829—1861

ten Kate 1819—1889

Bis in die jüngste Zeit herrscht auf allen Gebieten der Literatur große Rührigkeit. Alle Gattungen und Arten, in erster Linie die Erzählung in jeder Gestalt, Schilderungen von Land und Leuten, Bilder aus der Künstlerwelt, auch die kunstvolleren Formen der Lyrik,

endlich ernste und heitere Bühnendichtung, zeigen bemerkenswerte, selbständige Leistungen auf. Nur der Humor blieb Holland fast ganz versagt. Seit den sechziger Jahren etwa machte Jung Holland all die Übertreibungen und kraftgenialen Verirrungen mit, die den Naturalismus allerorten kennzeichnen. Daß seine ärgsten und anstößigsten Sünden gegen Form und Geschmack durch die impressionistische Schule wesentlich herabgemildert sind, das läßt sich so wenig verkennen wie der Mangel an urwüchsiger Kraft, auf die der Naturalismus Anspruch erhob und sein Recht gründete, bei seiner Erbin. Aus der Gegenwart mögen noch genannt werden van Deyssel, Franz Netscher, Frederik van Eeden, Couperus und die Schriftstellerin Helene Swarth.

Belgien

Um die Zeit, wo sich Belgien politisch von Holland loslöste, erwachte das nationale Bewußtsein der Vlamen.

Vlämische Dichtung

Ihre Sprache bildet mit dem Holländischen den niederländischen Zweig des deutschen Sprachstammes. Die ersten kraftvollen Vorstöße gegen das von der Gesellschaft bevorzugte, auch für wissenschaftliche Veröffentlichungen übliche Französisch unternahmen die in ihrem Volkstume bedrohten Vlamen unter Führung des vaterländisch gesinnten Willems. Sein Gedächtnis bewahrt der Willems fonds, eine Unterstützungskasse für alle Bewegungen, die auf nationale Selbständigkeit der Vlamen, ihre politische Gleichstellung mit dem französisch sprechenden Teile der Bevölkerung, den Wallonen, insbesondere aber auf die Pflege der Sprache und ihren Gebrauch als gesetzlich gleichberechtigte Landessprache abzielen. In diesem Kampfe blieb Willems nicht allein. In Zeitschriften und Gedichten suchten die Vorkämpfer der Volkssache das Nationalbewußtsein zu heben und den französischen Einfluß zurückzudrängen, so der gelehrte Blommaert in Vermischten Gedichten, die Brüder Jan und August Snieders, die in Romanzen und Novellen das Eigenleben ihres Stammes anschaulich schilderten, dann die volkstümlichen Sänger van Ryswyck, van Duyse, der auch in Oden und Dithyramben sein Verständnis und seine Herrschaft über die verschlungenen Gebilde der Lyrik erwies, und Jan van Beers, fast mehr noch gepriesen wegen seiner Romanzen. Andere gefeierte Namen aus jener ersten Zeit sind Dautzenberg, der Gedichte schrieb, Bernaert, Dedecker und Delacourt, der seinen Namen als Vandenhoven in das Vlämische zurückübersetzte. Er verfaßte eine vlämische Grammatik, wie der erwähnte Romanzendichter Jan van Beers und Heremans, einer der Väter der ganzen Bewegung. Seiner Sprachlehre gab er eine Sammlung von Musterstücken aus der Dichtung bei, die Dichterhalle. Über Belgien hinaus hat Hendrick Conscience den vlämischen Namen zu Ehren gebracht durch lebendigste, farbenreiche Schilderungen des Lebens seines Volkes und der Natur seines Landes. Die Behaglichkeit und Innigkeit seiner Darstellungskunst weist ihm wohl bis heute den ersten Platz im vlämischen Schrifttume an.

Blommaert 1809—1871
J. Snieders 1812—1888
August Snieders geb. 1825
van Ryswyck 1811—1849
van Duyse 1804—1859
Dautzenberg 1808—1869
Bernart geb. 1818
Heremans 1825—1884
Conscience 1812—1883

Den nationalen Bestrebungen leistete das stammverwandte Holland brüderlich Vorschub. Auf „Sprachkongressen“, die seit dem Sturmjahre aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts abgehalten werden, vereinigen sich Vertreter beider Stämme, um gemeinsame Angelegenheiten zu beraten und zu fördern.

Unter dem dichterischen Nachwuchse gelten neben Rooses, van Thielt, van Soust und Coopmann als die bedeutendsten Liedersänger Hiel und Pol de Mont. In der Lyrik, den epischen Abarten, Erzählungen in gebundener und ungebundener Rede mit Sittenbildern, Schilderungen der heimatlichen Zustände in Gegenwart und Vergangenheit findet vorläufig, wie es scheint, der dichterische Drang unseres Bruderstammes sein Genüge. Doch ist auch die Bühnendichtung sicherlich nur eine Frage der Zeit.

Hiel geb. 1834
Pol de Mont geb. 1857

Französische Dichtung

Wenn auch der belgischen Literatur in französischer Sprache durch ihre Abhängigkeit vom Schrifttume des Nachbarlandes ihr Platz in seinem Gefolge angewiesen wird, so muß doch aus dem jüngsten Dichterkreise, bei dessen Mitgliedern die von Paris ausgegebenen Anregungen willige Aufnahme finden, oft aber in zarteste Schöpfungen ausklingen, eine vielbesprochene Gestalt herausgehoben werden.

Verhaeren geb. 1855

Was die Belgier Huysmans und Eekhond in Vers und Prosa, Verhaeren, van Lerberghe, auch Giraud, Reucy, Eskamp u. a. m. in ihrer Lyrik Formschönes, Zierliches, dem Inhalte nach Durchgeistigtes und Innerliches bieten: alles übertraf Maurice Maeterlinck, geboren 1862 in Brügge, bis 1898 Rechtsanwalt in Gent und seitdem in Paris lebend. Selbständiger als seine Zeitgenossen durch eine versonnene, nach innen gekehrte Eigenart, die in ihren Grundzügen wohl an die verträumte Heimlichkeit seiner Vaterstadt gemahnen mag, schlug Maeterlinck in Ausdruck, Darstellung und Auffassung ungeahnte Wege ein. Bestimmt werden bei ihm Gefühl und Denken in erster Linie durch den Gegensatz

Maeterlinck geb. 1862

zum alles verstehenden Rationalismus. Diese Abneigung wurzelt in der Romantik, die dem Dichter durch die Werke von Novalis nähergebracht wurde und wohl auch den Anstoß gab zu der fast übersteigerten Feinheit seiner im Wohlklange schwelgenden und in Tönen förmlich verschwimmenden Sprache. Ihr entspricht die Schilderungsweise Maeterlincks. Seine grüblerische, weltschmerzlich angehauchte Natur sträubt sich geradezu gegen die Klarheit der Umrisse, feste Formen und anschauliche Deutlichkeit. Wunderbar gelingt ihm dagegen alles Sinnige, Träumerische, besonders das Unheimliche. Aber Maeterlinck ist auch Philosoph. Er hat den Neuplatoniker Plotin studiert und sich in die Mystik versenkt. Er glaubt an ein Unbewußtes, den geheimnisvollen Urgrund des Alls. Ihm in der eigenen Seele lauschend, vernimmt er Töne, die anderen unhörbar bleiben, und entdeckt Beziehungen von Seele zu Seele, die nur der seherhafte Blick des inneren Auges zu gewahren vermag. Auf dramatisch bewegte Handlung verzichtet seine Dichtung. Das innere Leben, durch das der Mensch mit dem Weltganzen in Verbindung tritt, ist der Hauptgegenstand seiner Kunst. Maeterlincks Erstlingswerk war die Gedichtsammlung von 1889 Serres chaudes (Treibhaus); es folgten Douze chansons und ein Märchendrama La princesse Madeleine. Im höchsten Grade sind die eigensten Reize seiner um die dramatischen Gesetze unbekümmerten, wie im Traume versunkenen Innerlichkeit in seinen Schauspielen wirksam. Es sind Die Blinden, Der Eindringling, Die sieben Prinzessinnen, Intérieur, das er selbst als Marionettendrama bezeichnet hat, wie den Tod des Tintagiles und Alladine und Palomides, dann das Liebesdrama Pelleas und Melisande, aus letzter Zeit Schwester Beatrix und die vielangefochtene Monna Vanna. Seine philosophischen Ansichten entwickelte er zuerst im Schatz des Armen, der den Menschen ganz unter ein vorher bestimmtes Schicksal stellt. Eine Umkehr kündigte sich mit Sagesse et destinée an; auf den Boden der Wirklichkeit stellte sich Maeterlinck mit dem Bienenstaate, pessimistisch endlich ist Der begrabene Tempel.

Geschichtschreibung

Vor Bilderdijk (§ 80), der eine wissenschaftliche Geschichte des Vaterlandes schrieb, hatte Cluit die Historia comitatus Hollandiae et Zeelandiae und die Geschichte der holländischen Staatsregierung, jene vor, diese nach 1800, verfaßt und Meermann das Leben des Grafen Wilhelm von Holland behandelt. Ein Riesenwerk ist Romeinsche geschiedenis von Stuart. An des verdienstvollen Reichsarchivars von Wijn Forschungen schlossen sich Groen von Prinsterers Archives (Urkundensammlung), die Beiträge zur vaterländischen Geschichte von Nijhoff, die Arbeiten Fruins, der beiden de Jonge, van den Brinks, van Vlotens und vieler anderer. Kirchengeschichte schrieben Dermout, Kist und van Hammelswald in der Allgemeinen Geschichte der christlichen Kirche. Die Literaturforschung wurde gefördert durch Kok mit dem Vaterländischen Wörterbuche, durch Saxe im Onomasticon und durch van der Aa, dessen Biographisches Wörterbuch Schotel weiterführte. Die Geschichte der niederländischen Literatur behandelten u. a. Jonkbloet und van Vloten. — In Belgien schrieb der namhafteste Geschichtsforscher Gachard in der Sprache seines Geburtslandes Frankreich.

Hammelswald † 1812

Gachard 1800—1885

§ 90. Die Romantik und die neuere Literatur Frankreichs. Mag auch manches in der dichterischen Tätigkeit Chateaubriands (§ 80) nur kurze Wirksamkeit gehabt haben, wie seine philosophischen Ideen und die malerische Vorstellung, die er von der alten Welt gab, so liegen doch in ihr bereits all die Antriebe zu dem neuen literarischen Leben, das sich seit dem Sturze Napoleons in Frankreich regte. So wird er, wiewohl ein Verehrer des großen Jahrhunderts Ludwigs XIV. und in diesem Sinne ein „Priester der Vergangenheit", durch seinen religiösen Enthusiasmus, seine Begeisterung für Ossian (II § 362) und Shakespeare, seine reiche und kühne Sprache doch zu einem Propheten der Zukunft, der Romantik (§ 81), deren gesunde und kranke Elemente sich alle bei ihm vorfinden. Wir sehen hier davon ab, die Fülle der mannigfaltigen geistigen und materiellen Lebensäußerungen darzutun, die man mit dem dehnbaren Begriffe der Romantik umfaßt; es genügt darauf hinzuweisen, daß diese mit den ausgehenden zwanziger Jahren in der französischen Literatur zur Herrschaft gelangende Richtung überaus Wertvolles dadurch leistete, daß sie die Lyrik wiederbelebte, das Drama erneuerte und zu einer fruchtbaren Erkenntnis und Ausbeutung der nationalen Vergangenheit anregte. Böse Früchte dagegen zeitigte die krankhafte Abwendung von der Wirklichkeit, die notwendigerweise zum Skeptizismus, zu einem an Gott und Menschheit

Romantik in Frankreich

verzweifelnden Weltschmerze oder dem entgegengesetzten Seelenzustande, einem alles hinnehmenden Autoritätsbedürfnisse führen mußte. Dieses fand dann in einer überspannten Gläubigkeit Befriedigung, mit der eine gefährliche Unklarheit des Denkens einhergehen mußte und für die eine dunkle, ungewöhnliche Sprache bevorzugtes Ausdrucksmittel wurde.

Bonald 1754—1840

Chateaubriands (§ 80) Eifer, durch Kunst und packende Überredung die Gemüter für den Katholizismus und das legitime Königtum zu gewinnen, hatte durch seinen Freund Louis de Bonald (§ 81) (Recherches philosophiques, 1818) Unterstützung gefunden, der ein ebenso tätiger Verfechter der unbeschränkten Monarchie und des orthodoxen Glaubens war wie der feurige und talentvolle Bretone Robert de Lamenais in seinem Essai sur l'indifférence en matière de religion (1817). An Geist und strenger Logik war ihnen Joseph-Marie de Maistre aus Chambéry in Savoyen noch überlegen, der in seinem Buche Du Pape (1819) die Päpste zu den einzigen Herrschern in der Welt machen möchte. Ihm sind sie die „Ordner, Schützer und Retter, die wahrhaft konstituierenden Genien Europas". Die Religion selbst dient ihm als Bollwerk für die Verteidigung der sozialen Zustände, wie er auch 1821 die gesellschaftliche Ordnung in seinen Soirées de Saint-Pétersbourg (wo er fünfzehn Jahre als sardinischer Gesandter weilte) auf den Henker gründete. Sein Bruder Xavier stand übrigens solcher Auffassung der Religion fern. Nachdem er bereits 1794 im leichten Plaudertone des 18ten Jahrhunderts den Voyage autour de ma chambre geschrieben hatte, schilderte er 1811 die tröstende Macht des Glaubens in der rührenden Erzählung Le Lépreux de la Cité d'Aoste, während in der Jeune Sibérienne die alle Schwierigkeiten überwindende Kindesliebe, in den Prisonniers du Caucase standhafte Treue im Rahmen russischer Verhältnisse vorgeführt wird. Gleich Xavier de Maistre lag alle religiöse Überspannung dem als vielseitigen Sprachforscher und Literaturkenner bekannten Charles Nodier aus Besançon fern, der als Bewunderer deutscher Dichtkunst zu einem Verpflanzer deutscher Anschauungen nach Frankreich und so zu einem Förderer der dortigen romantischen Schule geworden ist, im übrigen durch reizvolle Märchen und zahlreiche phantastische Novellen (Stella, Smarra, Trilby) Bedeutung erlangte.

Lamenais 1782—1854

J. de Maistre 1754—1821

X. de Maistre 1764—1852

Nodier 1780—1844

Lamartine 1790—1869

Chateaubriands (§ 80) unmittelbarer Nachfolger in der Pflege der christlichen Poesie ward Alphonse de Prat de Lamartine. In Macon geboren, wuchs er in ländlicher Einfachheit auf und verlebte dann ungebundene Jahre in Italien und der Schweiz, wo er auch, von Chateaubriand mächtig beeinflußt, seine ersten Lieder schuf. Die Veröffentlichung der Poetischen Betrachtungen machte ihn 1820 zum Lieblinge der damaligen religiös-sentimental gestimmten höheren Gesellschaft, in deren Gunst er sich durch die Nouvelles méditations (1823) und die Harmonies poétiques et religieuses (1830) noch befestigte. Die schwärmerische Innigkeit seiner Lyrik mit ihrer Sehnsucht nach Gott und Unsterblichkeit, ihrer Wehmut über die Schwäche des Menschen und sein unbefriedigendes Dasein, die süße Melancholie seiner gefühlvollen Naturschilderungen begeisterten die Jugend: „Endlich die Poesie eines Dichters!" rief der junge Viktor Hugo aus. In der Tat finden sich in jenen Sammlungen neben Dichtungen mit etwas gesuchter Erhabenheit und lässigen Versen zahlreiche Perlen wahrer Poesie (Le Lac, Le Chrétien mourant, La Foi). Bald nach seinem Eintritte in die Akademie unternahm Lamartine mit seiner englischen Gemahlin und seiner Tochter auf prunkvollem Schiffe eine Reise nach dem Oriente (1832—34), die er nach seiner Rückkehr mit dichterischem Geiste geschildert hat. Seitdem wandte er sich mehr und mehr der Politik zu und steigerte seinen dichterischen Ruhm nur noch durch zwei epische Werke Jocelyn (1832) und La Chute d'un Ange (1838). Ersteres erzählt, wie Jocelyn, ehe er die Priesterweihe empfangen hat, durch die Stürme der Revolution in die Berge des Dauphiné getrieben wird und in seiner „Adlergrotte" mit der von ihm geborgenen Tochter eines auf der Flucht verstorbenen Emigranten gleich Paul und Virginie ein unschuldvolles Leben führt. Eigentümliche Fügungen zwingen ihn, seiner reinen Liebe zu entsagen, worauf er als Dorfgeistlicher sich im Dienste seiner Gemeinde aufopfert. Der Wohlklang der Verse und die prächtigen Beschreibungen des Lebens in den Alpen und in der Pfarre zu Val-Neige erklären den großen Beifall, den dieses rührende Epos einst fand und noch findet. Weniger sagt, trotz einzelner Schönheiten, wegen seiner phantastischen Überschwenglichkeit der „Fall eines Engels" zu, der die Prüfungen Cedars schildert, nachdem ihn die Liebe zu einem irdischen Mädchen aus dem Himmel verwiesen hat. Seit 1834 gehörte Lamartine als Abgeordneter der zweiten Kammer an, wo er immer mehr seinen legitimistischen Ansichten entsagte und den Republikanern näher trat. In diese Zeit des Wandels seiner politischen Gesinnung fällt die unzuverlässige Histoire des Girondins (1847). Die darin gegebene legendenhafte und rhetorische Darstellung des dem Volke teueren Revolutionskampfes von

1789 erwarb dem Dichter derart die Gunst der Menge, daß er in den stürmischen Tagen des Jahres 1848 vorzugsweise geeignet erschien, den schäumenden Wogen der neuen Umwälzung Einhalt zu tun. Er hat sein Ansehen nicht mißbraucht; Cavaignacs Diktatur und der Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 setzten aber bald dieser politischen Tätigkeit ein Ziel. Die spätere Muße hat Lamartine zur Abfassung einer ganzen Reihe von Schriften benutzt, zu denen ihn eine aus übertrieben glänzender Lebensführung hervorgehende Notlage zwang. Davon seien nur die ziemlich selbstgefälligen Confidences und Nouvelles Confidences (mit der italienischen Fischeridylle Graziella, 1852) erwähnt.

Kurz nach dem Erscheinen der Méditations trat der Lamartine innerlich am nächsten verwandte Vertreter der Romantik hervor: Graf Alfred de Vigny, der von 1822 bis 1835 einer der bedeutendsten Streiter wider den Klassizismus sowohl in der Lyrik wie im Roman und Drama gewesen ist. Von 1835 ab hielt er sich fast völlig vom literarischen Kampfe fern. A. de Vigny 1797—1863

Schon als junger Offizier hatte de Vigny, ohne sich zu nennen, Poèmes herausgegeben, die bereits romantische Richtung verrieten; es folgten Eloa, mystère (worin mit religiösem Mystizismus die Geschichte des Engels der Liebe und des Mitleids gegeben wird, den Luzifer verführt) und 1826 die Poèmes antiques et modernes, deren kraftvolle Schönheit vor allem seinen Ruf als Lyriker sichert. Des Dichters Studien über die englische Literatur, aus denen auch vortreffliche Übersetzungen aus Shakespeare (Othello, 1829) hervorgingen, regten ihn zu historischen Romanen an — so zu dem lyrisch gefärbten, fein stilisierten Cinq-Mars, der den Untergang dieses Edelmannes im Kampfe gegen den Kardinal Richelieu zum Gegenstande hat — anderseits zu Dramen. Der 1835 dargestellte Chatterton erzielte einen bedeutenden Bühnenerfolg der Romantiker, indem er in rührender Weise das harte Schicksal des frühreifen englischen Dichters dieses Namens vorführte (der 1770 in bitterer Notlage Gift nahm) und es benutzte, um im Namen des nach Brot schreienden Genius die fühllose, materialistische Gesellschaft anzuklagen.

All die mannigfachen, tief in die Entwicklung der französischen Dichtkunst eingreifenden Strömungen, die man mit dem Gesamtnamen der Romantik belegt: die Einflüsse von den fremden Literaturen her, die Anregungen, die man dem Mittelalter, seiner Kunst und seinem Glaubensleben entnahm, der Drang nach Befreiung der dichterischen Persönlichkeit, die eigenste Seelenerfahrung frei von den Fesseln der Überlieferung in einer verjüngten Sprache und einer abwechslungsreichen Verskunst zu gestalten verlangt, treten vollständig und in voller Kraft bei Victor Hugo zutage, dem Haupte des französischen Romantizismus, der auf nahezu allen Gebieten der Dichtung tätig gewesen ist und mit Recht zu den größten Dichtern seines Jahrhunderts gezählt wird. V. Hugo 1802—1885

Sein Geburtsort ist Besançon, wo sein republikanisch denkender Vater 1802 als Offizier in Garnison stand; die aus der Vendée stammende Mutter war königlich gesinnt. Da die Familie jahrelang durch die Feldzüge Napoleons zu einem unsteten Leben genötigt war, sah das reichbegabte Kind einen großen Teil Frankreichs, Italiens und Spaniens, entbehrte aber der heilsamen Zucht einer regelrechten Schulbildung. Schon den frühreifen Jüngling beherrschte der Gedanke, Schriftsteller zu werden: Chateaubriand war sein Ideal (Je veux être Chateaubriand ou rien). In den ersten Bänden seiner Oden (1822 und 1826), die dem eifrigen Royalisten ein königliches Jahrgeld und den Orden der Ehrenlegion einbrachten, steht er zwar noch mit einem Fuße im Lager der Klassiker, doch zeigt sich andererseits der neue Geist in seiner Vorliebe fürs Mittelalter, in der Ungeheuerlichkeit seiner Erfindungen und Gleichnisse und im Überschwang der Begeisterung für Thron und Altar. Bald sammelte sich um ihn eine Gruppe von Künstlern und Dichtern der Zukunft, die den Nachklassizismus bekämpften und als sog. Cénacle den eigentlichen Kern der romantischen Schule abgegeben haben. Des Dichters bis ins hohe Alter nie versiegende lyrische Begabung bekundeten weiterhin die formell meisterhaften, aber ganz subjektiven, farbenglühenden Orientalischen Gedichte (1829), die in das morgenländische und spanische Leben einführen, und die Liedersammlungen Herbstblätter (1831), Dämmerungsgesänge (1835), Innere Stimmen (1837), Strahlen und Schatten (1840). Nach 1850 drängten die politischen Geschicke des Vaterlandes nnd das eigene Schicksal den Dichter zur Herausgabe der Gedichtbändchen Les Châtiments (1853) und L'Année terrible (1872). Die Kampfeslyrik der Züchtigungen zeigt den gewaltigen Ausbruch seines Ingrimms gegen das Kaiserreich „Napoleons des Kleinen" während der Verbannung nach Guernsey; das Schreckensjahr dagegen ging aus den traurigen Eindrücken der

Kriegszeit 1870/71 hervor. Inzwischen war ein mehr persönliches Werk erschienen, die Contemplations (1856), zum Teil früheren Abschnitten in Hugos Leben zugehörig, deren rührendste Dichtungen einer dem Dichter jäh entrissenen Tochter gelten. Die 1859 veröffentlichte Légende des Siècles stellt mit geschichtsphilosophischem Zug eine Reihe epischer Bilder vor den Leser, die das Gesetz des Fortschrittes in der Menschheitsentwicklung veranschaulichen. — Kann man V. Hugo in seiner vielseitigen und unvergänglichen Lyrik einen tiefen und sicheren Blick für das Seelenleben der Menschen und eine gemütvolle Empfänglichkeit für alle Stimmungen des Herzens nicht absprechen, so erscheint er dagegen als Dramatiker oft gesucht, unnatürlich und abschreckend, und doch ist er gerade als solcher Führer der neuen Schule gewesen, deren Grundsätze er 1827 in der glänzend geschriebenen, umfangreichen Vorrede zu seinem Schauspiel Cromwell aufstellte. Darin tritt der bisherige höfische Odendichter als Neuerer im Drama auf, für das er Freiheit und Wahrheit verlangt. Die alten, willkürlichen Regeln, die enggesteckten Grenzen sollen nicht mehr den Flug der Phantasie hemmen, vor der Sprache der Leidenschaft und der Natur soll die künstliche Rede des klassischen Dramas das Feld räumen. Nicht das Schöne, sondern die Fülle alles Wirklichen ist Gegenstand der Dichtung. Dieses Wirkliche aber besteht aus einer Kreuzung des Erhabenen (le sublime) mit dem Wunderlichen (le grotesque). Damit mochte Hugo zu einer inhaltreicheren Dichtung hinleiten, aber auch zu einer Verletzung der Gesetze der Schönheit und des Geschmackes; die Anwendung des Kontrastes mußte zum Widerwärtigen führen. Die Bühne selbst war nun freilich mit Cromwell und seinen 6000 Versen nicht zu erobern, doch konnte der Sieg der Romantik erst als vollständig gelten, nachdem auf den Brettern eine Entscheidung erfolgt war. Diesem Ziele strebte Hugo 1829 mit Marion Delorme zu, und als die Zensur diese wegen der würdelosen Gestalt Ludwigs XIII. verbot, schrieb er im selben Jahre mit einer seltsamen Mischung von Räuberromantik und Staatsaktion das leidenschaftliche Drama Hernani ou l'honneur castillan nieder. Die im Februar 1830 trotz heftigen Widerstandes im Théâtre Français erfolgende Aufführung dieses „Cids der Romantiker" bekundete den Sieg der neuen Richtung. Danach entfaltete der Dichter in den Dramen Le Roi s'amuse, Lucrèce Borgia, Marie Tudor, Ruy Blas, Les Burgraves (1843) den Reichtum seiner beweglichen Einbildungskraft, doch zeigte sich bald, daß er für das Drama eine viel zu subjektive Natur war; keines jener Stücke hat sich auf der Bühne erhalten können. — Das Haschen nach dem Gezwungenen, Effektvollen gibt sich auch in V. Hugos Romanen kund. Unter diesen vermochten nur Notre-Dame de Paris (1831), worin ein höchst anschauliches Bild der Kunst und des Lebens im spätmittelalterlichen Paris entrollt wird, und 1862 Les Misérables mit erschütternden Zeichnungen des Pariser Elends unter Louis Philipp sich dauernd die Gunst der Leser zu sichern. Die auf den Kanalinseln spielenden Travailleurs de la Mer (1866), L'Homme qui rit und Quatre-vingt-treize (1874), eine Darstellung des Kampfes der ersten Republik gegen die Vendée, wurden trotz prächtiger Partien minder beifällig aufgenommen. — Die politische Wirksamkeit und Wandlungsfähigkeit teilte V. Hugo mit Chateaubriand und Lamartine. Aus dem feurigen Royalisten ward ein begeisterter Verehrer Napoleons I.; die Regierung Louis Philipps brachte ihm einen Sitz in der Akademie und die Erhebung zum Pair de France, womit für den Dichter eine wenig erfolgreiche Tätigkeit als Politiker anhob. Zu Ansehen führte ihn erst 1851 sein mutiger Widerstand gegen den Staatsstreich Napoleons III., der ihn zur Flucht nach Brüssel und den Kanalinseln nötigte. Von da sandte Hugo die Pfeile seines Hasses gegen den Rechtsbrecher, bis er nach Sedan sein Vaterland wieder betreten durfte. Von allgemeiner Verehrung umgeben, verlebte der zum entschiedenen Republikaner Gewordene in Paris seinen Lebensabend. Dort starb er am 22. Mai 1885; die Leiche wurde unter großartiger Teilnahme am 1. Juni im Pantheon beigesetzt. Seine eigene Gattin hat ihm in Victor Hugo raconté par un témoin ein literarisches Denkmal geschaffen.

Anhänger der Romantik

Durch die vorgenannten Hauptdichter hatte die Romantik eine derartige Geltung erlangt, daß sie die meisten Talente in ihre Gefolgschaft zog, wennschon einige unter ihnen nicht ganz ihre Eigenart aufgegeben, sich vielmehr später dem Banne des Romantizismus entzogen haben.

Unter sie gehören mit ihren Balladen und Romanzen die Brüder Emile († 1871) und Antony Deschamps († 1869), die sich auch durch bedeutsame Übersetzungen aus dem Deutschen, Italienischen und Spanischen hervortaten; der Bretone A. Brizeux († 1858); der in schlichter und doch edler Sprache dichtende Bäckermeister Jean Reboul aus Nîmes († 1864); die schwergeprüfte Dichterin Marceline Desbordes-Valmore († 1859; Les Pleurs, Poésies d'enfance); sodann Gérard de Nerval (1808—1855), der von der deutschen Dichtung stark beeinflußt ward (Faust-Übersetzung, 1828; Poésies

allemandes, 1830) und der die Phantastereien Hoffmanns (§ 82) als genre hoffmannesque in seine Romane hinübernahm. Auch der bedeutende Literarhistoriker Sainte-Beuve (1804—1869), ein Freund Viktor Hugos, erscheint 1829 ungenannt mit den Poésies et Pensées de Joseph Delorme und weiterhin als romantischer Dichter, ehe er seine kritische Befähigung recht erkannte. Während bei ihm Sinnigkeit und eine etwas mystische Gläubigkeit hervortreten, lehnt der Südfranzose Théophile Gautier jedwede sittliche Aufgabe der Dichtung ab; die Kunst ist sich Selbstzweck, wofür er das Schlagwort l'art pour l'art prägt. Von seinen frühen Poésies (1830) an bis zu seiner letzten Gedichtsammlung Émaux et Camées (1852) ist er ein farbenprächtiger Wortmaler von vollendeter sprachlicher Kunst, als der er sich auch mit einem Zug zum Phantastisch-Schauerlichen in der Comédie de la Mort und in dem Roman Capitaine Fracasse (1861) erwies. — Die deutsche Romantik suchte als begeisterter Verehrer Edgar Quinet in Frankreich einzubürgern. Aber weder sein wirres Erstlingsdrama Ahasver, noch seine Dichtungen Prometheus und Napoleon hätten seinem Namen Bedeutung gesichert ohne seine geschichtlichen Arbeiten, durch die er in den vierziger und fünfziger Jahren einen unermüdlichen Kampf gegen die ultramontane Herrschsucht und das reaktionäre Kaisertum führte.

Gautier 1811—1872

Quinet 1803—1875

Ein lyrisches Talent ersten Ranges ward dem romantischen Cénacle in Alfred de Musset gewonnen, dem Reichtum des Gedankens, Anmut der Sprache und eine bewunderungswürdige Freiheit des Versbaus eigen war, und der daher von manchen noch über V. Hugo gestellt wird.

A. de Musset 1810—1857

Leider vergeudete er Kraft und Geist in einem Genußleben, und der Absinth führte sein Ende in einem Alter herbei, da V. Hugo die reichste lyrische Begabung erst entfaltete. Man hat Musset oft, und nicht ohne Grund, mit Byron verglichen, an den schon die Contes d'Espagne et d'Italie (1830) mit ihren sinnlichen und blutigen Liebeserzählungen aus dem Süden ebenso erinnern wie die Erzählungen La Coupe et les Lèvres und Rolla (1833), vielleicht des Dichters höchste Leistung, die jedoch sein krankhaftes Innenleben schon offenbart. Rolla erschien in der — 1829 gegründeten — Revue des Deux Mondes, die auch die berühmte Romanschriftstellerin George Sand zur Mitarbeiterin zählte. Mit ihr verbrachte Musset 1834 einige Monate in Italien, worauf ein jäher Bruch folgte, den der Dichter nie ganz verschmerzt hat. 1836 ließ dieser, der sich übrigens vom Cénacle bereits geschieden hatte, die offene Beichte eines Kindes der Zeit erscheinen, die neben der tiefen Unzufriedenheit mit dem eigenen verwüsteten Dasein auch das damalige Gesellschaftsleben gut zeichnet. Die Schöpfungen jener Jahre kehren sich von den Übertreibungen der Romantik ganz ab, die Empfindungen erscheinen geläutert, und mit immer tieferer Wehmut sucht der Dichter das Glück im Vergangenen. Neben der vollendeten Lyrik der Nuits, der Lettre à Lamartine stehen reizvolle Novellen und eine Reihe geisterfüllter Prosalustspiele und Proverbes, in denen echt französische Anmut und treffender Witz sich paaren (Un caprice; Il ne faut jurer de rien; On ne badine pas avec l'amour; Il faut qu'une porte soit ouverte ou fermée). Bekannt ist, wie Musset im aufgeregten Jahre 1840 durch seine stolze Erwiderung auf das Beckersche Rheinlied: „Nous l'avons eu, votre Rhin allemand" das deutsche Empfinden verletzte.

War bei manchen Anhängern des Romantizismus eine spätere Abwendung zu beobachten, so sei bemerkt, daß nie der Widerspruch völlig verstummte. Mochte die klassische Richtung in der Literatur zeitweilig schier überwunden erscheinen, so entsprach sie mit ihrer glatten Regelrechtigkeit und ihrem kunstvollen Pathos doch dem nationalen Wesen, und eine gewisse Gemeinde blieb ihr immer treu. Zum Nachteil gereichte ihr freilich zunächst die Mittelmäßigkeit ihrer Vertreter (z. B. der Dramatiker Arnault, de Jouy, Baour-Lormian, Lemercier, im Roman der Frau von Genlis). Am bedeutsamsten regte sich ein scharfer Widerstand gegen die politisch und kirchlich reaktionäre Richtung des von der Restauration gehegten Romantizismus. In diesem Ankämpfen des Liberalismus ragt als Verfasser politischer Flugschriften Paul Louis Courier hervor, der als napoleonischer Offizier besonders in Italien gedient, sich dann altsprachlichen Studien gewidmet hatte, 1820 aber wegen seiner Ablehnung durch die Akademie in die öffentlichen Kämpfe gerissen wurde. Durch leidenschaftliche, in einer klassischen Sprache geschriebene Satiren (1824 Pamphlet des Pamphlets) hat er viel zum Sturze des bourbonischen Königtums beigetragen. Mit gleicher Unerbittlichkeit und noch größerer Wirkung bekämpfte Bourbonen wie Pfaffen Frankreichs volkstümlichster Liederdichter Jean Pierre Béranger. Seiner Abstammung nach dem Pariser Volke zugehörig, ist er in Anschauungen und Gewohnheiten immer ein Kind dieses Volkes geblieben. Nach einer unruhigen und entbehrungsvollen

Gegner der Romantik

Courier 1772—1825

Béranger 1780—1857

Jugend ward er 1809 (bis 1821) Kanzlist im Unterrichtsministerium, hielt sich aber von aller Umschmeichelung des Kaisers fern. So ist denn seine erste Sammlung: Chansons morales ou autres (1815) — mit dem Roi d'Yvetot an der Spitze — noch unpolitischer Natur. Er besingt Liebchen und lustiges Leben nach der überlieferten Weise, wie sie damals der witzige, aber leichte Désaugiers († 1827) in seinen epikureischen Chansons vertrat. Erst als unter der schwächlichen Bourbonenwirtschaft der Hochmut des heimgekehrten Emigrantenadels und die Anmaßung bigotter Priester und ihres Anhanges das Volk tief erbitterten, da nahm Béranger mit seinen an bekannte Volksweisen angelehnten, aber kunstvoll gestalteten Chansons den Kampf gegen die Unterdrücker der politischen wie der Gewissensfreiheit auf (Sammlungen von 1821, 1825, 1828, 1833). Er führte ihn trotz mehrfacher gerichtlicher Verurteilungen weiter, bis 1830 der Sturz der Dynastie erfolgte. Der bescheidene und bedürfnislose Mann ließ sich jedoch weder nach diesem Siege, noch 1848 zur Annahme von Ämtern und Ehren bestimmen, hielt sich vielmehr, ebenso stolz auf seine ungeheure Volkstümlichkeit wie auf seine Unabhängigkeit, vom öffentlichen Leben fern, sich jedoch weiter bestrebend, durch seine lebensfrohen und liebenswürdigen Lieder den Armen und Unterdrückten Trost zu spenden und Mut zuzusprechen und so am Ausgleich der sozialen Gegensätze zu arbeiten. Goethe konnte mit Recht sagen, daß Béranger „jahraus, jahrein Millionen froher Menschen gemacht hat". Übersehen darf freilich nicht werden, daß der Dichter durch seine Napoleonslieder (Les deux grenadiers; Les souvenirs du peuple; Le cinq mai; Il n'est pas mort) wesentlich zur Vergötterung des ersten Napoleon beigetragen und jenem Epigonen den Weg zum Kaiserthron mit geebnet hat, der Frankreich nach Sedan führte.

Neue Regungen im Drama

Am wenigsten hatte die Romantik Dauer auf dem Gebiete des Dramas.

Delavigne 1793—1843

Weder Victor Hugo noch der romantische Ideen mit einer klassischen Form geschickt verbindende Casimir Delavigne mit seinen Trauerspielen Les Vèpres Siciliennes (1819), Louis XI, Les Enfants d'Édouard (1833) und seinen Charakterlustspielen (Les Comédiens, L'École des Vieillards), noch endlich der ältere Alex. Dumas mit seinen zahlreichen Dramen über alte und neue Stoffe (Henri III et sa cour, Antony [1831], Caligula) vermochten am Ausgange der dreißiger Jahre mehr zu befriedigen. Eine zeitweilige Reaktion führte Neigung zum klassischen Drama zurück. Die ernsten Gestalten der Tragödien Corneilles und Racines, die seit dem Tode des großen Schauspielers Talma († 1826) nicht wieder belebt worden waren, wurden besonders durch das kunstreiche Spiel der Jüdin Elise Rachel (1820—58) seit 1838 wieder anziehend gemacht, für die eigens Tragödien geschrieben wurden (Frau von Girardins Judith). Ihre Bühnenerfolge regten die ersten Versuche von François Ponsard an, dessen Römertragödie Lucrèce (1843) zwar als Anfang einer neuen Zeit begrüßt wurde, dessen „Schule des gesunden Menschenverstandes" aber keine Belebung der klassischen Verstragödie erzielte, sich überhaupt wegen ihrer Nüchternheit nicht lebenskräftig erwies. Bei dem weiteren Beginnen Ponsards, mit den Verskomödien L'Honneur et l'Argent und La Bourse an Diderot anzuknüpfen, offenbarte sich sein Mangel satirischer Kraft; die rechte Schilderung des Gründertums sollte erst Augier gelingen. — Unter dem erstarkenden Einfluß des Realismus zeigte sich überhaupt, daß auf der Bühne die Zukunft dem Schauspiel (drame) und dem Lustspiel in Prosa gehörte. Darin entwickelte schon seit der Julirevolution eine ungeheure Fruchtbarkeit der „dramatische Herkules" der Zeit, Eugène Scribe, der vorher eine Menge Vaudevilles und Operntexte (La Dame Blanche, La Muette de Portici, Fra Diavolo, Robert le Diable) geliefert hatte. Unterstützt durch zahlreiche Helfer (Germain Delavigne, Duveyrier, Legouvé), schrieb dieser französische Kotzebue, „le plus grand amuseur de son siècle", schier fabrikmäßig eine unglaubliche Menge von Dramen ohne höheren dichterischen Wert, jedoch ausgezeichnet durch geschickten technischen Aufbau, scharfe Schilderung der Zeitsitten und witzigen Dialog (Mariage d'argent, Bertrand et Raton, Camaraderie, Verre d'eau).

A. Dumas 1803—1870

Ponsard 1814—1867

Scribe 1791—1861

Legouvé 1807—1908

Roman

Auch im Roman hatte die von W. Scott geleitete Romantik aus der Vergangenheit geschöpft, ohne auf geschichtliche Wahrheit und Treue großen Wert zu legen. Die endlosen Romane des bereits genannten A. Dumas (wie Les trois mousquetaires, Le Comte de Monte-Christo, La reine Margot, zwischen 1835 und 1850) zeigen keinen nennenswerten Fortschritt. Sie sind kurzweilig erzählt, haben aber nur geringen Kunstwert. Der neuzeitige Roman, der einen scharf ausgebildeten Wirklichkeitssinn zur klaren und sicheren Zeichnung der Charaktere und ihrer Umgebung, eine tief eindringende Beobachtung des Herzenslebens verlangt und Weitschweifigkeit wie Wortprunk verwirft, kündigte sich dagegen in den Romanen Beyle-Stendhals an (Le Rouge et le Noir, 1830), dessen „Psychologie" jedoch erst nach seinem Tode Anerkennung fand, und bei dem gelehrten Prosper Merimée

Beyle-Stendhal 1783—1842

Merim'e 1803—1870

(La Jacquerie, Chronique du règne de Charles IX), der auch in scharfgeprägten Novellen (Colomba, Carmen) die leidenschaftlichsten Vorgänge mit Ironie und Kühle zeichnet. Noch vor der Mitte des Jahrhunderts prägte sich dann der Realismus völlig bei H. de Balzac aus.

Philosophie

Die gewaltigen Erschütterungen, die Frankreich am Ausgange des 18. Jahrhunderts durchmachte, und ferner die vom Auslande kommenden geistigen Einflüsse brachten wie in die Dichtung, so auch in die Philosophie und Geschichtschreibung der Nation neues Leben. Man suchte sich von dem trostlosen Sensualismus und Materialismus der vorausgegangenen Zeit zu befreien.

Royer-Collard 1763—1845

Royer-Collard vermittelte an der Sorbonne den Franzosen das System des Schotten Reid; sein beredter Schüler und Nachfolger, der schöngeistige Victor Cousin, fügte die Lehren Kants, Fichtes, Schellings und Hegels hinzu und verschmolz, was er darin an Wahrheiten zu finden meinte, in seinem Eklektizismus. Durch den Hinweis auf die Denkarbeit der anderen ward er in seinem Lande zum Begründer der Geschichte der Philosophie. Seinen Spiritualismus bekämpfte Auguste Comte, ein Schüler von Henri de Saint-Simon († 1825), dem Begründer des modernen Sozialismus, durch die positive Philosophie (Cours de philosophie positive, 1839). Er lehrte, daß nur Tatsachen der Erfahrung Gegenstand der Wissenschaft sein könnten, und machte die Mathematik zum Grunde alles wirklichen Wissens. Diese Lehre wurde im materialistischen Sinne von dem als Geschichtsforscher noch zu nennenden H. Taine (Philosophes français du XIXième siècle, Philosophie de l'Art, L'Intelligence) und von Emile Littré weiter entwickelt, der sich durch seinen großartigen Dictionnaire historique de la langue française (1863) auch als ausgezeichneter Sprachforscher bewährt hat. Littré leitete als Übersetzer des „Lebens Jesu" von Strauß (1840) zur Kritik der theologischen Überlieferung und damit zum religiösen Skeptizismus über, der leidenschaftliche Streitigkeiten hervorrief, als der gelehrte Orientalist Ernest Renan die Vie de Jésus (1863) herausgab, die einen Vorläufer der umfassenden Histoire des origines du christianisme (1883) darstellt. Den pessimistischen Strömungen der neueren Philosophie gegenüber ward der Spiritualismus von zwei Lehrern der Sorbonne vertreten: von dem wortgewandten E. M. Caro (Le Pessimisme au 19e siècle; Le Matérialisme et la Science; Philosophie de Goethe), sowie von dem vielbelesenen Paul Janet in zahlreichen Schriften, während der gemäßigte Rationalist Jules Simon in Wort und Schrift als Ethiker und Nationalökonom eifrig und fruchtbringend tätig war (Le Devoir; L'Ouvrière).

Cousin 1792—1867

Comte 1798—1857

Taine 1828—1893

Littré 1801—1881

Renan 1823—1892

Caro 1826—1887

J. Simon 1814—1896

Geschichtschreibung

Die Geschichtschreibung wie die Literaturgeschichte des 19. Jahrhunderts bieten eine Reihe der glänzendsten Namen. Dabei finden sich im Laufe der Jahre zu den alten Vorzügen französischer Darstellung, der Klarheit und dem Glanze der Schilderung, der Übersichtlichkeit der Anordnung, der Feinsinnigkeit in der Charakterzeichnung eine solche Gründlichkeit der Vorstudien, ein solcher Ernst der Forschung hinzu, daß die französischen Geschichtschreiber, vor allem die der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, hinter keinen anderen zurückstehen.

Daru 1767—1829

Michaud 1767—1839

Lacretelle 1766—1835

Ségur 1780—1873

Unter dem ersten Kaiserreiche behandelten Pierre Daru, Napoleons ehemaliger Minister, Simonde de Sismondi, ein Freund der Frau von Staël, ebenso François Michaud (Histoire des Croisades) ältere Zeitabschnitte in teilweise noch heute geschätzten Werken, während Dominique de Lacretelle in seiner Histoire du 18e siècle (1808) und Graf Philippe de Ségur, der als Brigadegeneral den Feldzug gegen Rußland mitmachte, in der anschaulichen und in der Hauptsache getreuen Histoire de Napoléon et de la Grande Armée (1824) die jüngstvergangene Zeit, teilweise nach eigenen Erlebnissen, bearbeiteten. Unter der Restauration glänzten dann gleichzeitig mit V. Cousin an der Sorbonne als Lehrer der Geschichte der geistvolle Literarhistoriker François Villemain, dessen stilistisch musterhafte Vorträge über die Literaturen des Abendlandes als Tableau de la littérature au moyen âge und Tableau du dix-huitième siècle erschienen sind, und der protestantische F. P. G. Guizot, der spätere Minister des Bürgerkönigtums. Dieser erscheint in der Histoire de la civilisation en Europe (1828) und der Histoire de la révolution d'Angleterre als Haupt der doktrinären Schule, die durch philosophische Betrachtung aus dem Vergangenen allgemeine Ideen zu ziehen und für die Gegenwart nutzbar zu machen suchte. Gleichfalls doktrinär, politisch jedoch demokratisch gerichtet, schrieb Jules Michelet von 1833 ab seine umfangreiche und schwungvolle Histoire de la France, bei deren Abfassung ihm als Vorstand der Staatsarchive reiche Quellen zu Gebote standen. Mit großer sprachlicher Kraft gibt er ein fesselndes, doch stark subjektives

Villemain 1790—1870

Guizot 1787—1874

Michelet 1798—1874

Bild vom Werdegang seines Volkes. Nach seiner Amtsentsetzung durch den Staatsstreich hat er eine Reihe gefühlswarmer Bücher naturwissenschaftlich-philosophischer Art veröffentlicht: L'oiseau, L'amour, La femme ꝛc. Aufsehen erregte er auch 1843 durch ein Quinet 1803—1875 Werk gegen den Jesuitismus: Des Jésuites, das er mit Edgar Quinet verfaßte. — Mit Vorliebe hatte sich die Geschichtschreibung bereits in der unbefriedigenden Restaurationszeit der Revolution und dem Kaiserreich zugewandt. Jene stellte 1824 der Provençale Mignet 1796—1884 François Auguste Mignet in der meisterhaft klaren Histoire de la révolution française als ein mit Notwendigkeit heranziehendes, befreiendes und befruchtendes Gewitter dar, so daß man ihn den Fatalisten der Revolutionsgeschichte genannt hat. In glänzender, aber unzuverlässiger, Napoleon als Nationalhelden vergötternder Darstellung schilderte dessen Thiers 1797—1877 Kaisertum der kluge Staatsmann und beredte Schriftsteller Adolphe Thiers aus Marseille in der Histoire du Consulat et de l'Empire (1845 bis 62; eine Histoire de la Révolution française war 1823 bis 27 vorausgegangen). Statt des objektiven Forschers hören wir darin immer den feurigen Patrioten mit einer starken Hinneigung zu jenem Fehler des französischen Wesens, den man seit jener Zeit mit dem Worte Chauvinismus benennt. Im Gegensatz zu diesen Männern sucht die beschreibende Schule die Vergangenheit in ihrer wahren Gestalt mit Unbefangenheit und möglichst im Stile der Zeitgenossen wiederzugeben: Aug. Thierry 1795—1856 so die Brüder Augustin Thierry (Histoire de la conquête de l'Angleterre par les Am. Thierry 1797—1873 Normands, 1825, Récits des temps mérovingiens, 1840) und Amédée Thierry (Histoire des Gaulois; Histoire d'Attila), der Baron de Barante (Tableau de Barante 1782—1866 la littérature française au 18e siècle; Histoire des ducs de Bourgogne; Histoire Martin 1810—1883 de Jeanne d'Arc), endlich Henri Martin, der gleichfalls ein Lebensbild der Jungfrau von Orléans schuf, schon vorher aber mit dem bibliophile Jacob (Paul Lacroix) ein Familienwerk der Franzosen begann, die gewissenhaft gearbeitete Histoire de France (1833), die auch die Literatur berücksichtigt. Wie Martin ragt ferner der verdienstvolle Toqueville 1805—1859 Graf de Toqueville in das zweite Kaiserreich herein. Er erregte, mehr noch als durch sein Buch De la démocratie en Amérique 1856 Aufsehen, als er in seinem Meisterwerk L'ancien régime et la révolution nachwies, daß die Revolution die monarchische Zentralisation Frankreichs nur fortgesetzt und die Freiheit nicht gesichert, sondern die Gefahr einer demokratischen Gewaltherrschaft im neuen Frankreich herangeführt hat. Darzustellen, wie dieses letztere aus den Trümmern des alten erstand, blieb dem großen Denker und Taine 1828—1893 Forscher Hippolyte Taine vorbehalten. Dieser hat seine naturwissenschaftlich-positivistische Methode sowohl auf literarische Aufgaben (La Fontaine et ses Fables; Histoire de la littérature anglaise) wie auf rein historische gerichtet, indem er den Ausgang des Königtums, die Revolution, das Kaiserreich und die Entstehung des neuen Frankreichs mit strenger Kritik und unbestechlicher Wahrheitsliebe in den Origines de la France contemporaine (1875—1894) schilderte. Die bis dahin entweder verdammte oder vergötterte Revolution wurde bei ihm zum Gegenstand einer physiologischen Studie. Lanfrey 1828—1877 Gleich Taine zerstörte den Zauber der revolutionären und napoleonischen Legende mit rücksichtsloser Kritik der Savoyarde Pierre Lanfrey, der entschiedene Gegner Thiers' und seiner Geschichtsauffassung. Nach einem Essai sur la Révolution française und einer Histoire politique des Papes trat er an die — unvollendet gebliebene — Histoire de Napoléon Ier heran, in der er die schweren, aus der Herrschaft des Korsen für Frankreich entstandenen Nachteile entwickelt, dem Lande selbst bittere Wahrheiten nicht erspart. — In sozialistische Beleuchtung rückte endlich die große Staatsumwälzung Louis Blanc 1813—1882 Blanc durch seine tüchtige Histoire de la Révolution française, blieb auch eifrig literarisch tätig (Lettres sur l'Angleterre, L'État et la Commune), nachdem ihn Napoleon III. aus Frankreich verwiesen hatte. Dieser Herrscher trat 1865 selber mit einer Histoire de César schriftstellerisch hervor; neben ihm bearbeiteten das Altertum und die ältere französische Geschichte Napoleons mehrjähriger Unterrichtsminister und Mitarbeiter Victor Duruy 1811—1894 Victor Duruy (Histoire de la Grèce ancienne; Histoire des Romains; Histoire Boissier geb. 1823 de France), Fustel de Coulanges († 1889) und Gaston Boissier (Cicéron et ses Lavisse geb. 1842 amis; L'Opposition sous les Césars), während Ernest Lavisse sich vorzüglich dem Studium der deutschen Geschichte zugewandt hat (Origines de la monarchie prussienne; Jeunesse de Frédéric II) und die Herausgabe des großen Sammelwerkes Histoire Literaturgeschichte générale du IVe siècle à nos jours leitet. — Auch die literarische Kritik hat sich seit Villemain durch feinsinnige und gründliche Forschung weiter gehoben. Aus der Sainte-Beuve 1804—1869 romantischen Schule ging der vielseitige Ästhetiker Sainte-Beuve hervor (Portraits littéraires; Nouveaux-Lundis; Histoire de Port-Royal); an seiner Seite standen Gustave Planche († 1857) und Désiré Nisard (Histoire de la littérature française), während sich seitdem auf diesem Felde eine einflußreiche Stellung sicherten: Francisque

Sarcey (durch seine Theaterbesprechungen im Temps und als conférencier), Emile Faguet und Jules Lemaître, zwei den neueren Literaturrichtungen meist wohlwollend gegenüberstehende, feine Kunstrichter, und der Leiter der Revue des Deux Mondes, Ferdinand Brunetière, ein entschiedener Bekämpfer des französischen Naturalismus (Le Roman naturaliste, 1883). Sarcey 1828—1899

Die Memoirenliteratur, für die die Franzosen jederzeit ein außerordentliches Geschick entwickelt haben, hat sich auch im 19. Jahrhundert reichlich gemehrt und der Unterhaltung nicht weniger als der Forschung gedient. Sie ward an alle bedeutsamen Epochen des Jahrhunderts angeschlossen; literarischer Wert kann jedoch nur wenigen Werken dieses Schlages zugesprochen werden. Beachtenswert erscheint, daß noch am Schlusse des ganzen Zeitraums die Teilnahme für den ersten Napoleon und seine Taten außerordentlich lebendig war, wie die Aufnahme der Mémoires des Generals Marbot (1891) erwiesen hat. Memoiren

Wenn man schon im allgemeinen zutreffend sagen mag, daß der Romantizismus die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts beherrscht, nach 1850 der Realismus und Naturalismus in der Kunst überwiegen, so darf doch nicht übersehen werden, daß realistische Strebungen auch unter der Romantik anzutreffen sind. Sie haben sich aber mit dieser beim Kampfe gegen die klassische Überlieferung verbunden, teilweise verschmolzen, um die Rechte der künstlerischen Freiheit und Wahrheit zu vertreten. Nach dem Siege der romantischen Sache um 1830 trennt sich jedoch die realistische Richtung deutlich vom romantischen Überschwang und sucht das Motto zu verwirklichen, das Stendhal in diesem Jahre für Le Rouge et le Noir wählte: La vérité, l'âpre vérité! (Wahrheit, herbe W.!) Während des Julikönigtums, dieser Zeit hastigen Jagens nach Gewinn und Genuß, gewinnt der Realismus, der weiter objektive Wiedergabe des Beobachteten fordert, rasch an Geltung, wobei naturgemäß die Lyrik zurücktreten, der Roman, den die billig gewordenen Tageszeitungen im Feuilleton massenhaft verbrauchen, und das Drama ein ungeheures Übergewicht erlangen mußten. Bereits für die Mitte des Jahrhunderts gilt die Formel: „Les chants ont cessé; l'heure est à la critique, à l'observation." Zeit des Realismus

Der Roman der Romantik hatte sich der Vergangenheit angenommen; er wird nun Gegenwartsroman, der von der eigenen Zeit lebt und nur zu sehr für sie. Sein Hauptvertreter ist der geniale Honoré de Balzac, der große Zeichner der nach Geld und Macht gierigen Bourgeoisie. Die robuste Natur Balzacs hatte sich durch eine schwere Jugend hindurchgerungen. Nachdem er bereits eine Anzahl nichtiger Romane veröffentlicht hatte, trat er 1829 mit einem Roman historischer Art hervor: Le dernier Chouan, dem ersten von den vielen, die er 1842 unter dem Gesamttitel La comédie humaine vereinte. Dieser gewaltige Zyklus sollte „eine Psychologie und Physiologie aller Klassen der bürgerlichen Gesellschaft seiner Zeit und seines Landes" bieten; daher führt uns der Dichter durch ganz Frankreich, vor allem nach Paris, und zugleich durch alle Berufe, und zwar mit einer solchen Kraft in der Beschreibung der Personen und des Beiwerkes, daß wir alles mitzuerleben meinen (vgl. besonders La peau de chagrin, La femme de trente ans, Eugénie Grandet, Le Père Goriot, Un ménage de garçon, 1842, ebenso die ältere Physiologie du mariage). Seiner gewaltigen Einbildungskraft entspricht freilich wegen der ruhelosen Hast seines Arbeitens nicht immer der Stil, der öfters nachlässig ausfiel. Trotz seiner Geschäftsunkenntnis stürzte sich der Dichter in unaufhörliche Spekulationen, die ihn bis kurz vor seinem Tode zu rastloser Schriftstellerei zwangen, um die Gläubiger abzuwehren. Balzacs Erfolg war in ganz Europa außerordentlich; in Frankreich wurde dieses Kraftgenie mehr noch als im Leben nach seinem Tode bewundert als der erste Begründer der „wissenschaftlichen Methode" in der Dichtkunst, der analysierenden Beobachtung, aus der der Naturalismus erwuchs. — Während Balzac objektiver Realist ist, gebraucht den Roman zur Verfechtung ihrer Tendenzen (Gleichberechtigung der Frauen, Freiheit der Liebe, Saint-Simonismus) die eigentliche Schöpferin des sozialen Romans, Aurora Dudevant (geb. Dupin), eine für das dichterische Schaffen hochbegabte Frau, die unter dem Namen George Sand weltbekannt geworden ist. Wegen der unglücklichen Eheverhältnisse der Eltern wuchs sie bei der feingebildeten Großmutter zu Nohant in der Landschaft Berry in Ungebundenheit auf und lernte vor allem Byron, J. J. Rousseau und Chateaubriand kennen, deren Einfluß in ihren gefühlswarmen Werken unverkennbar ist. Eine 1822 mit Roman Balzac 1799—1850 G. Sand 1804—1876

dem Obersten Dudevant geschlossene Ehe machte sie unglücklich; sie trennte sich daher 1831 von ihm und lebte zunächst sehr einfach im Quartier latin zu Paris dem Gelderwerb, in Männertracht einhergehend, um in den Gasthäusern usw. nicht aufzufallen. Erst 1836 erlangte sie durch eine Scheidung ihr Vermögen und ihre beiden Kinder, mit denen sie von 1839 ab, von häuslichem Glück und literarischem Ruhm umgeben, zumeist Nohant bewohnte. Ihren Freundschaftsbeziehungen zu Jules Sandeau ist der gemeinsam verfaßte Roman Rose et Blanche (1831) zu danken, ein byronisch-pessimistisches Werk, das unter dem Namen Jules Sand erschien. Selbständige Berühmtheit erwarb die junge, künftig George Sand zeichnende Schriftstellerin 1832 mit Indiana, worin sich heißes Gemütsleben ausprägt in einer „wahren, lebendigen Welt, 100 Meilen entfernt von den historischen Szenen und den Lappen aus dem Mittelalter" (Sainte-Beuve). Es folgten Valentine und eine ganze Reihe lyrisch-idealistischer Romane für die vom Schweizer Buloz gegründete und geleitete Revue des Deux Mondes, z. B. Lélia, André, Léoni, Maître Simon, Mauprat, Le compagnon du tour de France, Consuelo, La Comtesse de Rudolstadt (1844). Teils wird darin die Unmoral der Gesellschaft hinsichtlich der Ehe, die Sklaverei der in ihrem Empfinden vergewaltigten Frau dargetan und um Anerkennung des Rechtes der Liebe gekämpft, teils spricht der gefühlselige, deklamatorische Sozialismus jener Tage zu uns, der ein goldenes Zeitalter durch Verschmelzung der Stände träumt. Seitdem die große Dichterin wieder in Nohant siedelt, tritt ihre Leidenschaftlichkeit, auch der doktrinäre Vortrag zurück: G. Sand beginnt ihre meisterhaften, freilich idealisierenden Dorfgeschichten (Mare au Diable, 1846; Petite Fadette, 1848; François le Champi, 1850) mit anmutigen Zeichnungen einfacher, ländlicher Bilder. Im abgeklärten höheren Alter endlich sind alle leidenschaftlichen Erregungen aus der Seele dieser außerordentlichen Frau geschwunden; sie spricht nun als liebevolle und liebenswürdige Großmutter zu ihrer ausgedehnten Leserwelt. Zuweilen wortreich werdend schuf sie mit noch immer kraftvollem Talent Idyllen aus der bürgerlichen und vornehmen Welt, reizvolle Herzensgeschichten ohne Herbigkeit im Rahmen französischer Landschaft (Jean de la Roche; Marquis de Villemer, 1861 usw.). Wie Balzac hat auch sie Versuche auf der Bühne gewagt, ohne rechten Erfolg zu erzielen; bedeutenden Eindruck machte dagegen 1854 ihre Autobiographie Histoire de ma vie, wobei die nach pikanten Enthüllungen Ausschauenden nicht ihre Rechnung fanden, während die Beleuchtung ihres einstigen Verhältnisses zu A. de Musset in Elle et Lui (1859) durch die sonst hochsinnige Frau so wenig schonend erfolgte, daß Paul de Musset für den verstorbenen Bruder mit Lui et Elle eintrat. —

Sandeau 1811—1883

Der bereits genannte weltschmerzliche Roman Rose et Blanche war das einzige Ergebnis der gemeinsamen literarischen Tätigkeit von G. Sand mit Jules Sandeau geblieben. Nach dem Vorbilde seiner großen Freundin vereinigte dieser weiter realistisch scharfe Beobachtung mit Idealismus der Gesinnung in seinen feinen Sittenromanen, deren beste den vierziger Jahren angehören und sich vielfach durch gemütreichen Humor mit einem Anflug von Schwermut auszeichnen (Le docteur Herbeau; Mlle de la Seiglière, 1844; Catherine; Valcreuse; L'héritage; Sacs et Parchemins, 1851). Später folgten noch La Maison de Penarvan und der vaterländische Roman Jean de Thommeray (1873). Die meisten dieser Werke spielen inmitten der französischen Provinz und behandeln in immer anziehender Weise den Gegensatz zwischen dem alten und dem neuen Frankreich, zwischen dem ahnenstolzen alten Adel und dem neuemporgekommenen, auf seine Leistungen stolzen Bürgertum. Einige von ihnen hat der Verfasser mit Erfolg dramatisiert (Mlle de la Seiglière, 1851), teilweise im Verein mit seinem Freunde Augier (La pierre de touche; Le gendre de M. Poirier). In gleicher Weise arbeitete der weltmännische Octave Feuillet aus der Normandie einzelne seiner Novellen und Romane (Roman d'un jeune homme pauvre, 1854; Histoire de Sibylle; Monsieur de Camors; Julia de Trécœur) zu Bühnenstücken um. Dieser mehr und mehr vom Realismus ergriffene Romantiker gibt trefflich die Stimmung jenes Teiles der französischen Gesellschaft um 1860 wieder, die noch zwischen dem modernen Sensualismus und Egoismus und der mit einer gewissen Religiosität und edelmütigen Ritterlichkeit verbundenen sentimentalen Überlieferung schwankt, zeichnet daher als Moralist der Salons gern glänzende Persönlichkeiten, deren Korrektheit durch leidenschaftliche Liebe gebrochen wird. Die Zustände der leichtfertigen Schichten des französischen Volkstums, insbesondere der Demi-monde, schilderte, dem Vater nacheifernd, bereits um die Mitte des Jahrhunderts in zahlreichen Romanen Alexander Dumas Sohn, der damit seine bedeutenden Schulden zahlte. Den ersten großen Erfolg brachte ihm 1848 die Kameliendame, die ebenso wie Diane de Lys auch zum Drama umgewandelt wurde und die Herrschaft des realistischen Ehebruchdramas auf der französischen Bühne herbeiführen half. Dumas ließ dann auf

Feuillet 1821—1890

A. Dumas Sohn 1824—1895

den Brettern eine ganze Anzahl Thesenstücke folgen (Demi-monde, 1855; Question d'argent; Fils naturel; Femme de Claude; Princesse de Bagdad; Denise; Françillon, 1887), in denen er unter großem Aufwand von glänzender Beredsamkeit, von Witz und geschickter Technik ernste sittliche und gesellschaftliche Angelegenheiten — die gemeingefährliche Macht der Courtisane, die Rechte unehelicher Kinder, die Ehescheidung usw. — erörtert, ohne bei aller Aufrichtigkeit seines Moralisierens in Wirklichkeit der Verderbnis Einhalt zu tun. — Ausgezeichnet durch großartige Einbildungskraft und äußerst spannenden Vortrag, erwarb europäische Berühmtheit Eugène Sue, weniger durch seine anfänglichen See- und historischen Romane, als vielmehr durch vielbändige, mit sozialistischen Tendenzen verfaßte Sittengemälde aus der Hauptstadt. Der selber einem luxuriösen Freudenleben sich hingebende Verfasser malt darin in nervenkitzelnder Weise das Elend des Proletariers wie alle Scheußlichkeiten des Lasters (Mystères de Paris, 1842; Le Juif errant; Mystères du peuple). Noch mehr werden alle künstlerischen und sittlichen Rücksichten geopfert in den seichten Unterhaltungsromanen des Paul de Kock, während einem Henri Murger Eigenart nicht abzusprechen ist, wenn er in den Scènes de la Vie de Bohême (1848) mit scharfer Realistik und übermütigem Humor das Pariser Künstlerproletariat und Grisettentum festzuhalten wußte. Als anmutiger und humorvoller Schriftsteller der vierziger Jahre sei der Schweizer Rodolphe Toepffer mit den Voyages en zigzags und Nouvelles genevoises nicht vergessen, ebensowenig Alphonse Karr, einst leitender Redakteur des Figaro, mit Romanen, Novellen und seinen vielfach aufsehenerregenden, teils humoristischen, teils satirischen Aufsätzen (Les Guêpes). Endlich verdienen des menschenfreundlichen Familienschriftstellers Emile Souvestre Schilderungen der heimatlichen Bretagne (Les derniers Bretons) und seine schlichten, die Menschen und die Dinge liebevoll betrachtenden Romane und Erzählungen (Confessions d'un ouvrier; Philosophe sous les toits; Au coin du feu) ebenso Erwähnung, wie die vielgelesenen nationalen Volksromane und Dorfgeschichten des lothringischen Schriftstellerpaares Emile Erckmann und Alex. Chatrian (L'illustre docteur Mathéus, 1859; Histoire d'un conscrit de 1813; Waterloo; Histoire d'un paysan, 1868), die den Leser sämtlich in die Zeit der großen Revolution und des Kaiserreichs führen. Auch auf der Bühne haben sich Erckmann-Chatrian mit Erfolg versucht, so mit den Lustspielen L'ami Fritz und Les Rantzau (1882). — Einen eigenartigen Schlag von Romanen rief das Jahrhundert der Naturwissenschaften und der Technik in Jules Vernes' zahllosen, phantastischen wissenschaftlichen Romanen hervor (Cinq semaines en ballon; Enfants du capitaine Grant; Tour du monde en 80 jours; Michel Strogoff), von denen einige als „drames à grand spectacle" auf die Bühne gebracht worden sind und die Theaterkassen gefüllt haben.

E. Sue 1804—1857

P. de Kock 1794—1871

H. Murger 1822—1861

R. Toepffer 1799—1846

A. Karr 1808—1890

Souvestre 1806—1854

Erckmann 1822—1899

Chatrian 1826—1890

J. Verne 1828—1905

Gleich dem realistischen Roman hat auch das moderne Drama (das nur als Lustspiel bedeutende Leistungen aufweist) das historische Gewand beiseite gelegt und beschäftigt sich mit der Gegenwart und in ihr besonders mit den im Vordergrunde des Lebens stehenden, äußerlich glänzenden Schichten der Pariser Gesellschaft, deren Sittenzustände freilich nur zu oft nichts Vorbildliches haben.

Drama

Muß nun auch bei vielen der realistischen Dramatiker zugestanden werden, daß es ihnen des äußeren Erfolges wegen um Sinnenkitzel zu tun ist, so fühlen sich doch einzelne als Träger einer ernsten Aufgabe, keiner mehr als der ehrliche Emile Augier, der neben Dumas Sohn (vgl. oben) als der begabteste, jedenfalls als der wertvollste dieser Bühnendichter dasteht. Ein Jahr nach dem Falle von V. Hugos Burgraves hat er sich mit der noch auf antikem Boden spielenden Ciguë (Schierlingstrank) einen Namen gemacht; bald darauf erkennt er seinen Beruf als Maler der modernen französischen Familie (Gabrielle, 1849), und schildert nun, wie die vor oder in der Ehe begangenen Fehltritte von Mann und Weib ins Haus Sturm oder Vernichtung tragen. Die mit J. Sandeau verfaßten Lustspiele La pierre de touche und Le gendre de Monsieur Poirier (1853/54) bezeichnen den Eintritt Augiers in seine reife Zeit, in der er durch Le mariage d'Olympe (einen Einspruch gegen die Kameliendame), Les lionnes pauvres, Les Effrontés, Le fils de Giboyer, Paul Forestier, Les Fourchambault (1878) mit Wahrheitsmut, straffer Logik und kraftvollem Wort für die Heiligkeit und Unantastbarkeit der Familie, gegen Börsen- und Preßschwindel, Geldheiraten usw. auftritt. — Hinter Augier und Dumas steht der erstaunlich fruchtbare und bewegliche Victorien Sardou bedeutend zurück. Doch hat er am Letztgenannten und an Scribe eine derartige technische Fertigkeit erlernt und weiß mit solcher Findigkeit durch alle möglichen und unmöglichen Zwischenfälle Spannung zu erzeugen, daß er seit seinem ersten Erfolge mit dem witzigen Schwanke Pattes de Mouche (1860) dreißig Jahre lang Beifall fand (so mit Nos Intimes, Séraphine,

Augier 1820—1889

Sardou 1831—1908

Fernande, Dora, Féodora, Divorçons, Thermidor 1891). Nicht viel wertvoller für die Literatur als Sardous auf den Augenblick berechnetes Feuerwerk sind die anmutig plaudernden Einakter Le monde où l'on s'amuse und L'étincelle von Edouard Pailleron, der jedoch ein recht lebenswahres Gesellschaftsbild in Le monde où l'on s'ennuie geschaffen hat, diesem „Hôtel de Rambouillet en 1881", wie sich denn unter den sehr zahlreichen, meist geschickt erfundenen und witzigen, oft pikanten Possen und Schwänken eines Eugène Labiche, Ludovic Halévy, Henri Meilhac zuzeiten ein ernsthafteres Stück einstellte.

Pailleron 1834—1899

Labiche 1815—1888

Lyrik

Die Lyrik stand während des zweiten Kaiserreichs zunächst unter dem Einflusse des kräftig weiterschaffenden V. Hugo und des Formenkünstlers Th. Gautier.

Daneben erlangte als origineller Schüler Lamartines der philosophische Victor de Laprade (Poèmes évangéliques, 1852; Symphonies; Mort d'un chêne) und der anmutige Sänger des Land- und Seelebens Jos. Autran Bedeutung. Sie wurden, zum mindesten in der Form, durch Leconte de Lisle (Poèmes antiques; Poèmes et poésies; Poèmes tragiques) übertroffen, den gelehrten Übersetzer der Alten, der alles Persönliche zurückdrängt und die Dinge durch ihre eigene Schönheit wirken lassen will. Von 1860 an stand dieser an Malherbe erinnernde, seinem Volke ziemlich fremd gebliebene Dichter an der Spitze einer Gruppe Jüngerer, die, ihm und Gautiers Schlagwort „l'art pour l'art" folgend, den Ausdruck eigener Herzensempfindung ablehnten und sorgfältigste Pflege der reinen Form verlangten. Die Dichtungen dieses neuen, anfangs 37 Namen umfassenden Cénacles wurden 1866 (und wiederum 1871 und 1876) unter Leitung von Catulle Mendès und Xavier de Ricard in der Sammlung Parnasse contemporain gedruckt, woher der Schulname der Parnassiens stammt. Aus der Schar dieser Feinde des art prêcheux und Vertreter einer gemachten „olympischen" Teilnahmlosigkeit des Herzens ragt — auch über den in gekünstelten, öfters altertümelnden Formen sich behagenden Banville, über Arsène Houssaye, Hérédia u. a. — zunächst der gehaltvolle, schwermütig philosophierende Sully-Prudhomme mit Les Épreuves; Solitudes; Vaines Tendresses (1875) hervor. Am selbständigsten verfährt der zugleich volkstümlichste unter allen, François Coppée, der mit sehr ausgeprägtem Realismus etwas einseitig das Leben der vom Schicksal in den Schatten Gestellten schildert: in Bühnendichtungen (Le Passant, Luthier de Crémone, Severo Torelli), Prosaerzählungen (Contes en prose, Vingt contes nouveaux) und in seiner Lyrik (Poèmes modernes mit der bekannten Grève des Forgerons; Les Humbles; Contes en vers; Paroles sincères, 1891). Ihm steht als ernster Schilderer der Pariser sozialen Zustände Eugène Manuel (Pages intimes; Poèmes populaires) nahe; die echt naturalistische Lyrik bahnte aber Charles Beaudelaire und seine École satanique an (in der Jean Richepin durch La chanson des gueux; Les Blasphèmes; La mer, 1886 Aufmerksamkeit erregte). An die Stelle des Grotesken der Romantik setzte sie das Ungesunde, Häßliche, gemein Sinnliche; ihr „Weltschmerz" äußerte sich in einer allgegenwärtigen, krankhaften Todesstimmung mit bitterer Verwerfung des Irdischen. Beaudelaire, der sich gern auf den Vereinsamten aufspielte, hat — neben der Übersetzung von Edgar Poe — seinem wenig umfangreichen Talent ein Bändchen dieses Caïnisme oder Satanisme abgewonnen: „Die Blumen der Sünde" (1857), die viel mit den Empfindungen des Tast- und Geruchsinns operieren, auch sonst das Bizarre bevorzugen, andererseits entschiedene künstlerische Begabung beweisen. Aus der Schule der Parnassiens zweigten sich ferner, ihre Ausschreitungen zu launenhafter Willkür entwickelnd die Symbolisten (Impressionisten oder Décadents) ab, deren Produkte in den achtziger Jahren zu einem guten Teile in Eintags-Zeitschriften wie Le Décadent, La Revue décadente, Le Symboliste erschienen sind. Mit Pessimismus findet sich hier eine wunderliche Schwärmerei für das Übersinnliche und Spukhafte verbunden und das Bestreben, durch Wortsymbolik, durch eine bestimmte Klangfolge und Rhythmik des Ausdrucks bestimmte Seelenempfindungen auszulösen. Technische Genauigkeit wird verworfen; durch „Musik und Nuance" erstreben ihre Wortführer, der verwahrloste Paul Verlaine (Poèmes saturniens u. a.) und der völliger Formlosigkeit zusteuernde Stéphane Mallarmé (Vers et Prose, 1892) eine neue, nur den Eingeweihten recht verständliche Sprache. Der nervöse Ehrgeiz, Ungewöhnliches zu schaffen, opfert aber dabei phantastischen Harmonien zulieb die Sprache selbst und gelangt oft genug nicht nur zur Rätselhaftigkeit, sondern zur Sinnlosigkeit.

Laprade 1812—1883

Autran 1813—1877

L. de Lisle 1818—1894

Parnassiens

Hérédia 1842—1905

Sully-Prudhomme 1839—1907

Coppée geb. 1842

Manuel geb. 1823

Beaudelaire 1821—1867

Richepin geb. 1849

Symbolisten

Verlaine 1844—1896

Mallarmé 1842—1898

Naturalismus

Die Reaktion gegen den Romantismus erreichte ihre schärfste Ausgestaltung im entschiedenen Naturalismus der letzten Jahrzehnte, dem echten Kinde einer

Zeit vorherrschender materieller Interessen und des ausgeprägten wissenschaftlichen Positivismus. Nach Zola, dem Theoretiker dieser Richtung, deren Führer er nie hat heißen wollen, ist der Naturalismus nur die literarische Form der wissenschaftlichen Evolution; er studiert nach streng wissenschaftlicher Methode den natürlichen Menschen (la bête humaine), der gleich allen anderen Lebewesen dem Mechanismus der chemisch-physikalischen Gesetze unterliegt und durch sein Milieu bestimmt wird. Um zur „Wahrheit" zu gelangen, eignete sich Zola die Regeln der Introduction à l'étude de la médecine expérimentale des hervorragenden Physiologen Claude Bernard († 1878) an; Physiologie und Pathologie tritt an Stelle der Psychologie. Eine falsche Auffassung der Wahrheit in der Kunst drängte zugleich diesen materialistischen und pessimistischen Naturalismus zu einer oft brutal-nüchternen Darstellung des Häßlichen und Gemeinen, und damit ist der Ausgang erreicht, der sich bereits 1852 im Feuilleton d'Aristophane angedeutet findet: „Faire vrai ce n'est rien pour être réaliste: C'est faire laid qu'il faut!" Zola besonders meint aber damit einer Pflicht zu genügen, und man muß ihm zugestehen, daß er das Schmutzige auch abstoßend wirken läßt und somit sittlicher ist als manche Moralisten, die mit Behagen und in anmutigem Stile die raffinierten Laster der Gesellschaft darstellen. Übrigens haben die Naturalisten in ihrem Ringen nach deutlichem sprachlichen Ausdruck besonders durch Aufnahme volkstümlicher Wendungen zur Bereicherung des Sprachschatzes manches beigetragen.

Flaubert 1821—1880

Der begabte und sittlich ernste Gustave Flaubert fühlte noch zwei Seelen in seiner Brust, deux bonshommes, wie er zu sagen pflegte. Den Romantiker erweist sein Haß gegen alles Moderne (Eisenbahn, Industrie, Politik) und der Roman Salammbo (1862; während des Kampfes zwischen Rom und Karthago spielend). Der Naturalist „qui voudrait faire sentir presque matériellement les choses" ist der bedeutendere: mit den Romanen Madame Bovary (1857) und L'éducation sentimentale hat der peinlich gewissenhaft arbeitende Mann der naturalistischen Schule die Bahn gebrochen. Die beiden Goncourt, Edmund und Julius, haben zuerst ihr Schrifttum als soziale „Enquête" aufgefaßt und aus dem Material (den documents humains) 1860—69 sechs Romane geschaffen, unter denen Germinie Lacerteux (Geschichte eines in Paris von Stufe zu Stufe sinkenden Dienstmädchens) die méthode scientifique folgerichtig durchführt. Die Gebrüder Goncourt brachten auch den style impressionniste auf, worin die nur verbindenden Wörter ausfallen und einzig diejenigen Wendungen nebeneinander verbleiben oder durch Punkte aneinandergereiht werden, die Sensationen zu bewirken geeignet sind. — Nach dem Tode Jules Goncourts trat der Großmeister des französischen Naturalismus auf den Kampfplatz, der Pessimist Emile Zola (als Sohn eines italienischen Ingenieurs in Paris geboren), der bis dahin mit seinen Novellen (Contes à Ninon) und Romanen (Thérèse Raquin) wenig Anklang gefunden hatte. Er beschloß, in dem zwanzigbändigen Riesenepos Les Rougon-Macquart, histoire naturelle et sociale d'une famille sous le second empire (1871–93), einem Seitenstück zu Balzacs Comédie humaine, ein umfassendes, auf „wissenschaftlicher" Grundlage ruhendes Gesamtgemälde der Jahre 1851—70 zu liefern. Als erster Band erschien 1871 Das Vermögen der Rougon, unter den folgenden, die höchste Abneigung und lautesten Beifall wachriefen, ragen hervor: Le Ventre de Paris (das Leben der Pariser Markthallen), L'Assommoir (der Totschläger: Untergang einer Arbeiterfamilie durch den Schnaps), Nana (Kokottenleben), Germinal (Keimmonat: Welt der Bergarbeiter) Le Rêve (ein keusches Idyll), La Débâcle (Zusammenbruch des Kaisertums), endlich Le docteur Pascal (mit der Genealogie der Rougon). In diesen Romanen (von denen einige dramatisiert worden sind) will der Dichter eine Familie des Volkes abkonterfeien und an den Schicksalen ihrer durch alle Schichten des Gesellschaftskörpers dringenden Ausläufer die Einwirkung der Vererbung und der Umgebung als entscheidend erweisen. Nur die Tatsachen sollen wirken; Zola fragt nicht nach den herrschenden Begriffen des Schönen und Häßlichen, auch in bezug auf die Sprache nicht nach dem, was für geschmackvoll gilt; es genügt ihm die eigene Überzeugung, sittliche Forderungen zu erfüllen. So malt er vorwiegend das Abstoßende, zweifellos in einer kraftvollen, deutlichen, an Taine erinnernden Sprache, die aber nirgends Rücksichten noch Maß kennt, und fand trotz allen Widerspruchs einen ungeheuren Leserkreis in der gesamten Kulturwelt. Seine späteren Leistungen — die Romantrilogie Les trois villes: Lourdes, Rome, Paris; auch Fécondité — bewährten

Edm. de Goncourt 1822—1896

J. de Goncourt 1830—1870

Zola 1840—1902

nicht ganz die alte Anziehungskraft; andererseits erscheint Zola darin weniger als Misanthrop in der Auffassung der Menschennatur und bekennt ein herzhaftes Vertrauen auf den sittlichen und materiellen Fortschritt durch selbstlose, unermüdliche Arbeit. Der oft scharfen Kritik gegenüber hat er wiederholt und ebenso heftig seine Kunstanschauungen verteidigt (Le Roman expérimental; Les Romanciers naturalistes), sich auch mehrfach in politischen Broschüren geäußert: La République et la littérature; J'accuse! im Dreyfushandel. — Von Zolas Anhängern, die mit ihm auf seiner Besitzung im Dorfe Médan diskutierten und 1880 die Soirées de Médan veröffentlichten, seien neben Céard und Hennique der später zu den Décadents übergehende Holländer Huysmans und

Maupassant 1850—1893

der meisterhaft klar und mit kühler Psychologie schildernde Guy de Maupassant genannt, der leider im Irrenhause endete. Dieser begann mit der verfänglichen Novelle Boule de suif und ist Meister in der kurzen Erzählung (über die gewagtesten Stoffe) geworden; eine größere Leistung ist der überaus traurige Roman Une vie (1883). Gleichfalls unter

Daudet 1840—1897

Zolas und Goncourts Einfluß entwickelte sich Alphonse Daudet aus Nimes. Auch er sammelte seine Beobachtungen in Heftchen und baute darauf seine Romane, denen er vor allem seinen Ruhm dankt; aber dieser Sammler hat ein tieffühlendes Herz, und er, der selbst viel erlebt und erlitten hat, lebt und leidet mit seinen Gestalten, mögen uns seine lebenswahren Schilderungen in die sonnige Provence oder in die lärmenden Straßen von Paris führen. Nachdem er seine unfreundliche Jugend im Petit Chose geschildert, gab er 1869 die Früchte seiner Reisen in Südfrankreich, Korsika und Algier in den Lettres de mon Moulin heraus, worauf er die südfranzösische Ruhmredigkeit mit köstlicher Laune im Löwentöter und Alpenjäger Tartarin verspottete (Aventures prodigieuses de Tartarin de Tarascon, 1872; Tartarin sur les Alpes, 1888). Die in die kaufmännische Welt (Fromont jeune et Risler aîné), die Kreise der Arbeiter (Jack, histoire d'un ouvrier) oder die der Politiker führenden Romane, wie Le Nabab, Les Rois en Exil, Numa Roumestan, münden schon mehr in die Richtung Zolas, und L'Évangéliste wie Sapho (1884) sind naturalistisch in Stimmung und Ausführung. Auch auf dem Felde der Lyrik und des Dramas (Lise Tavernier; L'Arlésienne, 1878) hat Daudet gearbeitet, ohne jedoch durchschlagende Erfolge zu erzielen. — Neben den vorgenannten ragenden Häuptern der Dichtung betätigten sich, besonders auf dem Gebiete der Prosa, noch eine Unzahl von Schriftstellern, die zu einem guten Teile nur die Tagesblätter zu versorgen und ein Geschäft zu machen strebten. Teils haben sie in einer pornographischen Literatur den Naturalismus auf das äußerste getrieben, teils ohne ausgesprochene Originalität und ohne Ausschreitungen die Teile des Publikums mit „spannenden" Romanen versehen, die den Naturalismus nicht mochten. Zu den vielgelesenen Romandichtern der sechziger Jahre sind E. About († 1885) und Gustave Droz († 1895) zu rechnen; später herrschte George Ohnet, ferner der gewandt plaudernde Genfer Victor Cherbuliez, gleich dem durch liebliche Heimatslieder und zahlreiche Romane zu verdientem Ruf gelangten André Theuriet ein angesehener Gegner des pessimistischen Naturalismus.

Schluß des Jahrhunderts

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist für Frankreich mit der Wende des Jahrhunderts auch eine literarische Wandlung nähergekommen. Schon spricht man vom Zusammenbruch des Naturalismus, ohne daß jedoch bereits von einem Ersatz geredet werden könnte. Man beobachtet daher ein zeitweiliges Aufleben alter literarischer Bestrebungen und daneben eine auffallende Teilnahme an den Erzeugnissen fremder Literaturen: die französische Welt liest George Eliot, studiert Dostojewski und Tolstoi, ebenso wie Ibsen und Björnson.

Bourget geb. 1852

Im Roman rief die Übersättigung mit naturalistischen Schöpfungen Paul Bourgets psychologische Romane (Cruelle énigme; Mensonges; Le disciple; Cosmopolis) hervor, die uns wieder in das high life führen. Ebenso wandte sich Paul Margueritte

Margueritte geb. 1860

1889 mit Jours d'épreuve vom Naturalismus ab und hat seine Selbständigkeit in La force des choses, Ma Grande und der Trilogie aus den Kriegsjahren: Le Désastre; Tronçons du glaive; La Commune gewahrt. Als eine merkwürdige Erscheinung

Loti geb. 1850

ist Pierre Loti zu erwähnen, wie sich der Seeoffizier Julien Viaud nach seiner Erzählung Mariage de Loti (1880) genannt hat. Er führt die Leser in etwas schwermütiger Betrachtungsweise durch alle Breiten und hat sich ohne große Erfindungsgabe oder psychologische Kunst durch prächtige Wortmalerei (z. B. in Mon frère Yves; Pêcheur d'Islande) neben Chateaubriand gestellt. — Im Drama ist man ebenfalls des Demi-monde- und Ehebruchmotivs und der Erörterung der bekannten sozialen und moralischen Thesen sichtlich müde geworden und tastet unsicher nach Neuem. Das brutal pessimistische Lustspiel konnte

Becque 1837—1899

nicht Boden gewinnen. Der talentvolle, aber bittere Henri Becque hatte mit seinen

verstimmenden Bildern aus der Gegenwart: Les Corbeaux und La Parisienne (1885), die auf Exposition, Verwicklung und Abschluß verzichten, bald gesagt, was er zu sagen hatte, und das seinen Bahnen folgende Théâtre libre von Antoine mit seiner ins Obszöne gehenden comédie rosse hat den Untergang des Naturalismus auf dem Theater besiegelt. So war dieses wirklich frei geworden. Es hatte nun den Versuchen von Lemaître, Hervieu, Brieux, de Curel gedient, ohne tiefer zu fesseln, als in unserer Prosazeit 1897 Edmond Rostand mit einer „heroischen Komödie" in Versen ungeheures Aufsehen erzielte. Der romantische Cyrano de Bergerac führte durch diese Dichtergestalt von einst die Franzosen in das ihnen teure „große Jahrhundert" zurück und brachte die „rote Hose", d. h. das französische Heer, wieder einmal auf die Bühne, Wagemut und geistreiche Galanterie zugleich preisend. Mit gleichem Geschick bediente sich der Dichter der Begeisterung seines Volkes für eine große, vergangene Zeit in L'Aiglon (1900), der als „jungen Aar" den Herzog von Reichstadt (§ 70) und dessen Ende im Käfig Metternichs schildert. — In der eigentlichen Lyrik hat der „Frühling der Kunst", wie V. Hugo die jungen Dichter nannte, zwar in den letzten Jahren auch manche anmutige Schöpfung gebracht, ohne jedoch ein Urteil zu ermöglichen, bei welchen Namen des nördlichen Frankreichs den Versprechungen eine ruhmvolle Erfüllung folgen wird. Im Süden hat sich seit Jahrzehnten innerhalb des Bundes der Dichter in provençalischer Zunge, der Felibre, Frederi Mistral (Mirèio, 1859) den Ruhm des größten bewahrt.

Rostand geb. 1868

Mistral geb. 1830

§ 91. Die Romantik und die neuere Literatur Spaniens und Portugals.

Auch in Spanien hat erst der Siegeszug der Romantik die Machtstellung des Klassizismus gebrochen.

1. Spanien

Es sind im wesentlichen deutsche Einflüsse, die eine Wendung zum Besseren anbahnten, doch gewannen im weiteren Verlaufe der Bewegung die spanischen Romantiker Zorilla, de Saavedra, der deutsche Hartzenbusch, José de Castro und der Jesuit Salas y Quiroja ein enges Verhältnis zu den französischen Schulhäuptern. Auf die Verteidiger der klassischen Richtung wirkte die Romantik insofern zurück, als im Sinne de Quintanas (§ 80) die Meisterwerke aus Spaniens Vergangenheit wieder verdienter Beachtung gewürdigt wurden. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß sich mannigfach die Romantik in eine Regel- und Gesetzlosigkeit verlor, die den befremdlichen Erscheinungen der Gegenwart erfolgreich vorgearbeitet hat.

Zorilla 1817—1893
Saavedra 1791—1865
Hartzenbusch 1806—1880

José de Quintana fand für sein berühmtes Schauspiel Pelayo zahlreiche Nachfolger, so de la Rosa, der auch Epiker war, mit Zaragoza, den fruchtbaren und mit Recht hochgestellten Breton de los Herreros, Zarata und die eben mit Zorilla genannten Dichter. Das romantische Lustspiel vertrat de Burgos.

Rosa 1789—1862
Herreros 1800—1875
Zarata 1793—1861
Burgos † 1843

Auch die Lyrik trieb im neunzehnten Jahrhunderte duftige, farbenschöne Blüten, besonders in den Vaterländischen Liedern des Juan de Arriaza, des Freiheitsdichters in der Franzosenzeit; außer den genannten Quintana und de la Rosa gelangten ferner die Legendos de Moras, die geistlichen und philosophischen Gedichte von Lista und die Elegien von Gallego zu hoher Anerkennung. Doch trug über alle den Preis davon der geschickte Vermittler der landesfremden Romantik mit nationaler Kunst José de Espronceda. Nach ihm behaupteten unter vielen anderen der weltschmerzlich angewehte philosophische Dichter von El drama universal, Roman de Campoamor, der hochbegabte Gefühlsdichter de Arce und der jung verstorbene Adolfo Becquer, „der spanische Heine", den Ehrenplatz. — In der Vergangenheit wurzelt die blühende, echt volkstümliche Dichtung Andalusiens, deren durchaus singbare, empfindungsreiche Lieder (cantares, peteneras) nach den drei Pflegestätten dieser Volkslyrik als Sevillanas, Granadinas und Malgueñas bezeichnet werden.

Arriaza 1770—1837
Mora 1785—1863
Lista 1775—1848
Gallego 1777—1853
Espronceda 1810—1842
Campoamor geb. 1857
Arce geb. 1834
Becquer 1836—1870

Wesentlichen Anteil am Aufschwunge der nationalen Dichtung nahm Katalonien, einst die Wiege und der Sitz der gaya sciencia (Bd. II § 355, 345).

Um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts erwachte die alte Sangeslust und Liederkunst mit ihren Blumenspielen und Sängerkriegen zu neuem Leben. Am gefeiertsten unter diesen trobadors moderns ist Viktor Balaguer, dessen Erfolge seine Dichtungsgenossen, wie den schwungvollen Verdaguer (Atlantida), Aquiló, Querol, den Faust-Übersetzer Briz, Lorente, den Dramatiker Soler und die Mallorquinen Rosella, Ferrá und José Taronji, einigermaßen in Schatten stellen.

Balaguer geb. 1824

Taronji geb. 1847

Mehr Pflege als das Epos fand die Romanze durch Zorilla, Campoamor, Pacheco und Sanchez. Legenden schrieben Becquer, Maraver und Ruiz Aguilera.

Aguilera † 1881

In der ausgedehnten Erzählungsliteratur ragen Fernan Caballero (Deckname der Frau Cecilie de Arrom, deren Vater, Böhl von Faber aus Hamburg, in Cadix die spanische

Caballero 1797—1877

Literatur studierte) mit den Romanen La Gaviota, Lagrimas, Sola, Clemencia, dann die Erzählerin Gomez de Avellaneda, endlich der auch im Schauspiel bewährte Fernandez y Gonzalez hervor. Beliebter noch als seine Romane, z. B. Don Juan Tenorio, Die sieben Kinder Laras, Violeta da Umbria usw., wurden das Ärgernis (escandalo) und der Dreispitz (El sombrero de tres picos) des vielgerühmten Essayisten und geistvollen Satirikers de Alarcon.

Avellaneda 1816—1873
Gonzalez geb. 1830
Alarcon 1833—1891

Aus der sonstigen unübersehbaren Fülle der Unterhaltungsliteratur muß es genügen neben Juan Valera und Perez Galdós zwei politisch bekannte Namen, nämlich Canovas del Castillo und Emilio Castellar, zu nennen. Von den jüngsten Richtungen fand der Realismus u. a. Vertreter in Juan Garcia, Valdés, dessen gedankenschwerer Roman La fé (Glaube) verboten wurde, und in dem humoristischen Frontaura. Stark satirisch schilderte die Gesellschaft der Jesuit Coloma, das Priestertum und die Frauen Picon. Dem Naturalismus huldigen in voller Unbeschränktheit Munilla, Sawa, die Frauenrechtlerin de Bazan, besonders der Zolaschüler Blasco Ibañez.

Drama

Das Drama, für das „der Spanier von Natur geschaffen zu sein scheint", verbietet schon wegen der Masse der einschlägigen Erzeugnisse jedwedes nähere Eingehen.

Beachtlich sind die Lustspiele von Tamayo y Baus und die ernsten Stücke von Lopez de Ayala. Großes Aufsehen erregte auch in Deutschland die rückhaltlose, im Entsetzen schwelgende Bühnendichtung José Echegarays, der, Meister in der Beobachtung und Ergründung des Seelenlebens, als Stifter der dramatischen Schule in der Gegenwart gelten darf. Sein Bruder Michel Echegaray verfaßte beifällig aufgenommene Lustspiele. Als Zeichen der Zeit mag des Priesters Pey Ordeix jesuitenfeindliches Stück Paternidad gelten.

Ayala 1829—1879
Echegaray geb. 1832

Geschichtschreibung

Munoz schrieb die wissenschaftliche Geschichte der Entdeckung Amerikas, Conde die Geschichte der arabischen Herrschaft in Spanien, französisch und im Auslande der geächtete Llorente die vielgenannte Geschichte der spanischen Inquisition. Auf die Geschichte Spaniens von Ascargota im Jahre 1807 folgten die Werke gleichen Inhalts von Masdeu, de la Peña, Quintana (Lebensbilder der berühmten Spanier) und Lafuentes Allgemeine Geschichte von Spanien. Balaguer gab eine Geschichte seiner Heimat heraus, deren Literatur er ein besonderes Werk widmete. Die Anfänge der kastellanischen Dichtung behandelt auch Velasquez, wie Sarmiento die Dichtung Spaniens und de la Rosa seine Epik. Gesamtübersichten des spanischen Schrifttums boten Ochoa, Zarate und de los Rios. Kulturgeschichtsforscher sind vornehmlich Tapia und Gonzalo Moron.

Geschichtschreibung
Munoz 1745—1799
Conde 1770—1820
Llorente 1756—1823

Nicht unerwähnt dürfen bleiben die unermüdlichen Bemühungen des Deutschen Fastenrath um die Verbreitung der Kenntnis spanischen Schrifttums zunächst in Deutschland.

2. Portugal

Dichtung

In Portugal steht Gomez de Armorim unter seinen Zeitgenossen der Romantik am nächsten.

Armorim 1827—1892

Sie gibt seiner Lyrik, z. B. den Morgenliedern, seinen Schauspielen und Erzählungen voll Vaterlandsgefühl ein eigenes Gepräge. Seine Dichtung ist aber zugleich das Schwanenlied der Romantik in Portugal, wo nun die zeitbewegenden Gedanken wie anderwärts poetischen Ausdruck heischten und die jüngsten Kunstrichtungen sich Einlaß erzwangen. Ein Führer in ganz unbekanntes Gebiet wurde Diniz durch seine Dorfnovellen und Schilderungen des Volkslebens überhaupt. Ihm folgte u. a. Coelho. Volksliedartigen Charakter tragen die Feldblumen u. a. m. von João de Deus. Flammende Leidenschaft atmen die politischen Gedichte und Volkslieder des Luiz Palmeirim. Philosophischer Gedankenschwung gab dem Literaturforscher Braga den Stoff zu Visão (Vision) dos tempos. Neben des unglücklichen de Quental Odas modernas und Sonetos verdienen die Impressões de natureza von Luso de Silva und Livro intimo von Alfredo Campos Beachtung. Freiwillig wie de Quental schied Castello-Branco aus dem Leben. Der Gefühlsinnigkeit seiner Lieder steht überraschende Wirklichkeitstreue in seinen geschichtlichen Romanen und Sittenschilderungen etwas befremdlich gegenüber. Als Erzähler haben sich ferner einen Namen gemacht Pinto und Fialho de Almeida.

Diniz 1839—1871
Deus geb. 1830
Palmeirim 1825—1893
Braga geb. 1843
Quental 1842—1891
Castello-Branco 1826—1890

Geschichtschreibung

Für die erfolgreich durch Herculano de Carvalho (§ 80) mit der viel angefeindeten Geschichte der Inquisition in Portugal begründete Geschichtschreibung schuf das große Urkundenwerk der Akademie von Lissabon seit 1835 die quellenmäßigen Unterlagen. Namhafte Forscher sind Visconde de Santarem, Ferreira de Freitas und der Verfasser der Historia do Brasil, Solano Constancio. Die wissenschaftliche Kritik hat ihren vornehmsten Vertreter in da Cunha Seixas. Für die Literaturgeschichte

kommen neben dem erwähnten Braga in Betracht Francisco da Silvas Dicionario bibliografico portuguez, das von 1858 bis 1862 erschien, und der literarische Überblick Parnasso lusitano, den de Almeida-Garrett seiner Blumenlese vorausschickte.

§ 92. Die Romantik und die neuere Literatur Italiens. Italien hat es verstanden, der aus der Fremde überkommenen Romantik einen durchaus nationalen Charakter zu geben. Immerhin sind romantische Einflüsse maßgebend gewesen für die Beachtung, die jetzt Italiens Mittelalter fand, und haben dadurch wesentlichen Anteil an dem freilich bald gehemmten geistigen Aufschwunge erlangt. Italien. Dichtung

An griechischer Weisheit und römischem Freiheitsinne hatte der Freund und Gesinnungsgenosse unseres Platen, Graf Giacomo Leopardi, seinen Geist genährt. Seine Canti (Gesänge), wie All' Italia, ferner „An Angelo Mai, als er Ciceros Bücher de republica aufgefunden hatte", auch das Hochzeitlied für seine Schwester sprechen in klassischer Form des Dichters verzehrenden Schmerz über die unwürdigen Söhne und Verhältnisse seines Vaterlandes aus, dessen ruhmvolle Vergangenheit er den Zeitgenossen als begeisterndes Vorbild darstellt. Der Dramatiker Giovanni Battista Niccolini wandte sich nach seinen Erstlingstücken in Alfieris Art der Romantik zu und behandelte in dieser zweiten Periode seines Wirkens besonders vaterländische Stoffe in nationalem Sinne und freiem Geiste; namentlich auf den Arnaldo da Brescia gründet sich sein Ruhm. Auch Silvio Pellico aus Saluzzo, eine weiche, elegische Natur, begann mit Trauerspielen, unter denen Francesca da Rimini, zu der Dante den Stoff geliefert hat, am meisten gefeiert ist. Von Foscolos Dichtungen angeregt, trat Pellico für die nationale Sache mit einer Zeitschrift ein, büßte aber für seinen Freimut, gleich dem Dichter Maroncelli, unter den Bleidächern Venedigs und auf dem Spielberg, wovon sein Buch Le mie prigioni (Meine Haft) eine ergreifende Schilderung gibt. Als er die Freiheit zurückerlangte, war er an Geist und Körper gebrochen. Mit ihm und Tommaso Grossi, dem Verfasser von Novellen in Versen und echt romantischen Dichtungen, wie Ildegonda, auch eines Epos I Lombardi alla prima crociata (Die Lombarden auf dem ersten Kreuzzuge), das sich gegen Tassos heidnisches Hauptwerk richtete, gehörte u. a. der Mailänder Giovanni Berchet dem „Jungen Italien" an, dessen Bestrebungen die Zeitschrift Il conciliatore (Der Vermittler) vertrat. Nach dem Scheitern der Aufstände von 1820 und 1821 lebte Berchet als Flüchtling in Frankreich, Belgien, England und Deutschland, bis ihm die Heimkehr gestattet wurde. Mehr als seine aufreizenden politischen Gedichte begründeten seine Romanzen, vor allem I profughi di Parga, worin der Untergang dieses christlichen Freistaates an der albanesischen Küste mit tiefer Empfindung geschildert wird, seinen Ruhm. Den feurigsten Fürsprech fand der nationale Gedanke in Giuseppe Giusti aus Monsummano bei Lucca, dessen tiefverletztes vaterländisches Gefühl sich in zähneknirschendem Spotte auf die allgemeine Versunkenheit und Selbsterniedrigung entlud. Wahrhaft prophetenhafter Zorn spricht aus dem kleinen Bande seiner Gedichte und dazu die sittlichste Trauer um Italien, das vivo sepolcro a un popolo di morti, das lebendige Grabmal für ein Volk von Toten.

Leopardi 1798—1837

Niccolini 1782—1861

Silvio Pellico 1789—1854

Grossi 1791—1853

Berchet 1783—1851

Giusti 1809—1850

Fern von den gefahrvollen politischen Bestrebungen, wenn auch nicht ohne Gefühl für Freiheit und Vaterland, wandelte der größte Dichter Italiens in der neueren Zeit, Alessandro Manzoni aus Mailand, seine literarische Laufbahn.

Manzoni 1785—1873

Echte Frömmigkeit, Wahrheit des Gefühls und lyrischer Schwung geben seiner Dichtung das besondere Gepräge. Mit den Inni sacri (geistlichen Liedern) wie durch seine Dramen Il conte di Carmagnola und Adelchi trat er als Befreier von französischen Vorbildern und als Begründer der nationalen Romantik auf. Die Wiederaufnahme des antiken Chors zeitigte wenigstens herrliche Blüten seiner Gefühlspoesie, die ihre gefeiertste Aussprache in der von Goethe u. a. übersetzten Ode auf Napoleons Tod, Il cinque Maggio, gefunden hat. Am bekanntesten wurde jedoch sein Name durch den Roman I promessi sposi (Die Verlobten), eine Schilderung der politischen Zustände unter spanischer Herrschaft in der Art Walter Scotts, der seitdem das Vorbild des auf literarischem Gebiete vorherrschenden geschichtlichen Romans, wie der Fortsetzung der Promessi sposi, La monaca di Monza (Die Nonne von M.) von Rosini, Ettore Fieramosca von Massimo d' Azeglio, Marco Visconti von dem erwähnten Tommaso Grossi u. a., geworden ist. — Die Abkehr von der Romantik vollzog sich mit dem Auftreten des Francesco Guerrazzi aus Livorno, der seine wilden Schöpfungen Battaglia di Benevento (Schlacht von B.), Assedio di Firenze (Belagerung

Geschichtlicher Roman

Guerrazzi 1804—1873

Ranieri 1809—1888

von Florenz) usw., in den Dienst der jungitalienischen Ideen stellte. Ein anderer Gegner erstand der Gefühlseligkeit in dem Sittenschilderer Antonio Ranieri aus Neapel, der sich durch seinen Roman Ginevra o l' orfana della Nunziata (Die Waise aus dem Hospiz d. N.), eine Anklageschrift gegen die Mißwirtschaft in dieser Anstalt, wie durch die wissenschaftlich wertvolle Storia d' Italia dal quinto al nono secolo (Geschichte Italiens vom 5ten bis 9ten Jahrhundert) den erbitterten Haß der Geistlichkeit zuzog.

Geschichtschreibung

Die Geschichtschreibung mußte unter den gegebenen Verhältnissen für den wahrheit- und vaterlandliebenden Forscher zur gefahrvollen Aufgabe werden.

Muratori 1672—1750

Trotzdem fand sie würdige Vertreter in Lodovico Antonio Muratori, der durch seine sorgfältigen Sammelwerke Antiquitates Italicae medii aevi und Rerum Italicarum scriptores den Grund zu einer Gesamtgeschichte Italiens legte und mit seinen Annali d' Italia dal principio dell' era volgare sino all' anno 1749 in Guicciardinis (Bd. III) Fußstapfen trat; in Pietro Giannone, der vor der Rachsucht des durch die Storia civile del regno di Napoli gereizten Klerus zwar zunächst im Auslande Schutz fand, schließlich aber doch im Kerker starb; in Girolamo Tiraboschi aus Bergamo, der in der Storia della letteratura italiana das geistige Leben seiner Landsleute von den Anfängen wissenschaftlicher Bildung bis zum Jahr 1700 mit umfassender Gelehrsamkeit darstellte. Die Zeit der Umwälzungen und der napoleonischen Herrschaft fand einen freimütigen und kenntnisreichen Bearbeiter in dem piemontesischen Staatsmanne und Mitgliede des gesetzgebenden Körpers in Paris, Carlo Botta, durch die Storia d' Italia dal 1789 al 1814. Beruf und Anlage machten ihn in der Storia d'Italia dal 1490 al 1814 zum geeignetsten Fortsetzer Guicciardinis. Sein Zeit- und Gesinnungsgenosse war der Neapolitaner Pietro Colletta. In die Geschicke seines Vaterlandes tief verflochten, wurde er trotz seiner wackeren Haltung als Generalkommandant von Sizilien in Brünn eingekerkert. Seine geschwächte Gesundheit brachte ihm endlich die Freiheit, die er zu wissenschaftlichen Forschungen verwandte. Seine Storia del reame di Napoli dal 1734 al 1825 erschien erst nach seinem Tode. Michele Amari kämpfte in Guerra del vespro Siciliano gegen die Bedrücker der Volksfreiheit, mußte aber flüchten und schrieb in Paris die quellenmäßige Storia de' Musulmani in Sicilia. Erst die Gründung des Königreichs Italien gewährte ihm die Rückkehr ins Vaterland und den Eintritt in die Dienste des Staates. Eine eigentümlich schwankende Stellung nahm Cesare Cantù als Dichter und Geschichtschreiber ein. Wegen seines Freisinnes in der Storia Lombarda nel secolo XVII zu Gefängnis verurteilt, vertritt er in der wissenschaftlich beachtenswerten Storia universale nahezu ultramontane Anschauungen. Und demselben Österreich, dem seine Storia degli Italiani den Eintritt in einen italienischen Staatenbund vorbehielt, entrann er nur durch die Flucht. In seinen zahlreichen, vielfach übersetzten Werken erscheint er durchweg als abhängig von Manzonis Romantik.

Giannone 1676—1748

Tiraboschi 1731—1794

Botta 1766—1837

Colletta 1775—1831

Amari 1806—1889

Cantù 1807—1895

Giustis nationales Empfinden lebte in maßvoller, gehobener Form fort in den Gedichten des Aleardo Aleardi aus Verona.

Aleardi 1812—1878

Als er seine Gesinnung im Aufstande von 1848 mit der Tat bewährte, wurde er in Mantua gefangen gesetzt, nachdem seine politischen Lieder außer Il monte Circello behördlich vernichtet waren. Die ganze vornehme Zartheit seines Gefühls machte die Lettere a Maria zum Lieblingsbuch der weiblichen Leserkreise. Nach der Einigung des Vaterlandes bekannte er sich zu dem Freiheitskämpfer Garibaldi durch die Zueignung von I sette soldati, während sich sein Canto politico gegen Papst Pius IX. richtete. Unter den gleichzeitigen Dichtern, z. B. den Dramatikern Praga mit La moglie ideale, Cavalotti, den Lyrikern Mazzoni, Zanella, der in Microscopio e Telescopio, La conchilia fossile die Ergebnisse der Naturwissenschaft für die Dichtkunst ausbeutete, dem Schillerübersetzer Andrea Maffei, ragen Giovanni Prati aus Südtirol weniger durch seine galligen Ausfälle auf die deutschen Siege von 1870 als mit seiner Erzählung in Versen Edmenegarda, dann einem phantastischen Epos Armando, der als Übermensch gleich Faust geschildert wird, und mit der Sonettensammlung Anima e mondo (Seele und Welt), ferner Marco Rapisardi, Verfasser der Palingenesi (Wiedergeburt), die den religiösen Gedanken durch die Vermählung mit der neuen Weltanschauung neubeleben sollte, und des satirischen Zeitspiegels Lucifero, unvergleichlich höher aber Giosuè Carducci aus Toscana hervor. Auch er ist Satiriker, aber aus den niederen Gebieten des Witzes und Spottes schwingt sich sein Gedankenflug auf zu den Höhen reiner Begeisterung, die freilich von einem mehr als heidnischen Standpunkte aus im

Prati 1815—1884

Rapisardi geb. 1843

Carducci 1836—1907

Inno a Satana eben diesen Geist, der stets verneint, als allbewegende, schaffende Kraft verherrlicht. Den gleichen Geist der Auflehnung gegen die bestehende christliche Weltanschauung atmen seine übrigen Gedichte, und seine Verehrung für das Altertum gab ihm in den Odi barbare den Gebrauch antiker Formen an die Hand, worin ihm Ragusa mit dem Intermezzo barbaro und Razzetti in Carmi e odi barbare folgten. — Unverkennbar zeigt Carduccis Geistesrichtung eine gewisse Verwandtschaft mit Heinrich Heine, dessen Buch der Lieder wie andere deutsche Dichtungen Bernardino Zendrini mit feinem Verständnisse übersetzt hatte. Deutlicher tritt Heines Einfluß bei Lorenzo Stecchetti hervor, bei dem auch anscheinend wahre Empfindung jäh in Ironie umschlägt.

Zendrini 1839–1879
Stecchetti geb. 1845

Mit ihm beginnt der Verismus, die naturwahre Darstellung, seinen Einzug in Italien. Schon Carduccis Rückkehr zu den Kunstformen des Altertums und die Übertreibungen seiner Gedankenpoesie, aber auch Stecchettis ratlose Nachahmung Heines waren Zeugnisse dafür, daß sich die bisher tonangebenden Richtungen abgelebt hatten. Tatsächlich hatte die Einigung Italiens dem politischen Liede seinen eigentlichen Inhalt genommen, die Romantik aber vermochte in dem hellen Lichte und der alle Kräfte anspannenden Rührigkeit des neuerwachten staatlichen Lebens nicht mehr zu gedeihen. So war der realistischen Kunst, die in Frankreich durch Zola begründet wurde, auch in Italien der Boden bereitet.

Verismus

Hier erreichte sie vorläufig einen Höhepunkt in Gabriele d' Annunzios Lyrik und Romanen, dessen fabelhafte Darstellungsgabe und Sprachfülle selbst scheinbar unlösbare Aufgaben bewältigt. Seine im höchsten Grade malerische Prosa wirkte zuerst überraschend. Jetzt gewahrt eine ruhigeres Urteil auch die Schwächen seiner Romane, wie Piacere, Trionfo della morte, Fuoco, La città morta (Die tote Stadt), die zum Teil durch ihren Inhalt geradezu abstoßend wirken. — Aus der langen Reihe von Schriftstellerinnen mögen die Neapolitanerin Matilda Serao, die Gattin des Redakteurs vom „Mattino", Scarfoglio, und die Lehrerin Ada Negri herausgehoben worden. Jene bekehrte sich von der Romantik zur realistischen Kunst, die durch ihre Romane und Novellen, wie Fantasia, Cuore infermo (Herzkrank), Vita e avventure di Riccardo Joanna, Il ventre di Napoli (Der Bauch von N.), All' erta, sentinella! (Auf der Wacht) um gute Schilderungen aus Natur und Menschenwelt bereichert wurde. Ada Negri dagegen trat, unerwartet wie ein Meteor, mit abgeschlossener Weltanschauung und als Meisterin in der Kunst, aus der Abgeschiedenheit ihres kümmerlichen Wirkungskreises vor die Öffentlichkeit, die dem Liederbuche Fatalità der warm für die untersten Volksklassen fühlenden, kaum noch besseren Hoffnungen zugänglichen Dichterin erstaunten Beifall spendete.

d'Annunzio geb. 1864
Serao geb. 1856
Negri geb. 1870

Das Epos ist wohl noch in einzelnen Erzeugnissen vertreten, hat aber doch wie anderwärts dem Romane und der Novelle den Platz räumen müssen. Beide, der Menge nach unübersehbar, bieten viel Gutes, aber kaum Hervorragendes.

Roman
Castelnuovo geb. 1839

Beachtung verdienen die Sittenromane Castelnuovos und Salvatore Farinas. Gute Novellen verfaßte der durch seine Schriften zur Erziehung bekannte Edmondo de Amicis, während der vielgelesene Paolo Mantegazza seine Beliebtheit vorzugsweise starken Eindrücken auf die reizlüsterne Sinnlichkeit verdankt.

Farina geb. 1846
de Amicis geb. 1846
Mantegazza geb. 1831

Anerkennenswerter Leistungen darf sich die Geschichtschreibung rühmen, die durchweg wissenschaftliche Forschung in angemessener, wohl auch künstlerischer Form bietet, so Ercole Ricotti in der Storia della monarchia piemontese, Gino Capponi in der Storia della repubblica fiorentina. Eine Storia di Roma unternahm Ruggero Bonghi zu schreiben. Nach Inhalt und Form gleich vorzüglich ist die Storia di Carlo V. von Giuseppe de Leva, dem andere, wie Adolfo Bartoli, Francesco Novati, Francesco d' Ovidio, kaum nachstehen. — Um die Literaturgeschichte und Kritik erwarben sich der Dichter Carducci und der Hegelianer Francesco de Sanctis, jener mit Studi letterari, Confessioni et battaglie (Bekenntnisse und Schlachten), dieser mit Saggi critici und Storia della letteratura italiana, ein Verdienst.

Geschichtschreibung
Ricotti 1816–1883
Capponi 1792–1876
Bonghi 1826–1895
Leva 1821–1895
de Sanctis 1818–1883

Endlich blühte auch der Literaturzweig der Lebenserinnerungen, Denkwürdigkeiten und Lebensbilder im Schutze des Einheitstaates kräftig.

§ 93. Die Romantik und die neuere Literatur Ungarns. Die Wurzeln, die die Romantik mit Vörösmartys (§ 80) schwungvoller Lyrik in Ungarn geschlagen hatte, sind unter den Stürmen des Aufstandes von 1848 bald abgestorben. Man

Dichtung

Petöfi 1823—1849

müßte denn Anklänge an die romantische Dichtweise in Petöfis phantastischen Märchen finden wollen.

Alexander Petöfi, eigentlich Petrovics, war serbischer Abkunft. Und doch hat niemand Eigenart und Volkstum der Magyaren getreuer abgespiegelt, als er in seinen Werken. Er ist der Dichter der ungarischen Erhebung, aber auch der Volksherrschaft. Sohn eines Metzgers und Wirtes in der Pußta, erschien er in der Literatur und später auf der politischen Bühne wie die Verkörperung des Ungartums und der unterdrückten Massen. Seine Trink- und Liebeslieder, seine Bilder aus der Pußta sind die Frucht eines jahrelangen Wanderlebens und Umhertreibens mit Hirten, Bauern, Schauspielern und Zigeunern, Soldaten und Räubern, das ihn umstrickte und festhielt bis zum ersten Erscheinen seiner Gedichte, seiner glücklichen Heirat und seiner Niederlassung in Pest 1846. Außer den verschiedenen Sammlungen seiner Lieder sind von ihm zu erwähnen die märchenhaften humoristischen Epen Held Janos, Der Hammer des Dorfes, das Phantasiestück Die Wahnsinnige, das Drama Tiger und Hyäne, endlich der Roman Der Strick des Henkers. So vielseitig sein dichterisches Schaffen war, so ungeteilten Beifall erntete er für jede Gabe seiner Muse bei seinen Landsleuten, deren leichtentzündlichen Sinn vor allem sein Aufruf An das Magyarenvolk entflammt hat.

Mit gutem Erfolge vermochte sich neben Petöfi eine Reihe zeitgenössischer Dichter zu behaupten.

Arany 1817—1882

Arany gewann die öffentliche Anerkennung und einen Staatspreis mit dem komischen Epos Die verloren gegangene Verfassung, dem die Toldi-Trilogie, Der Zigeuner von Nagy Ida u. a. folgten. Gleich hoch stehen seine Balladen. — Die Lyrik

Tompa 1819—1868

und das Märchen fanden einen Vertreter in Tompa, während Koloman Toth, der in

Kol. Toth 1831—1881

Liedern den Volkston glücklich traf, als Dramatiker mit den Stücken Eine Königin,

Gyulai geb. 1826

Frauen im Verfassungsleben, Der König heiratet u. a. den Lorbeer errang.

Bajza 1804—1858

— Auf dem Gebiete des Essays und der Kritik wirkten zwei Männer vornehmlich bahnbrechend, Gyulai und der elegisch gesinnte Bajza. Mit diesem teilten die pessimistische

Bajda geb. 1828

Gesinnung Bajda und Joseph Kiss. Aus den Kleinen Gedichten Bajdas spricht tiefe

Kiss geb. 1843

Schwermut in vollendeten Versen, während seine erzählenden Dichtungen den Naturalismus nicht verleugnen. Mit Kiss, z. B. im Jehovah, setzt eine stark philosophisch angehauchte

Madach 1823—1864

Dichtung ein, die Der Tragödie des Menschen von Madach eine besondere Stelle zuweist und Teilnahme weit über Ungarns Grenzen hinaus sicherte. Doch hat sich neben

Jokai 1825—1904

Petöfi eigentlich nur sein Jugendfreund Jokai die Aufnahme in die Weltliteratur errungen. Begabt mit einer üppigen Phantasie, überaus sprachgewandt, ein gefälliger Erzähler, fesselte Jokai gleich mit seinem ersten Romane Werktage und dann fort und fort, bis der Erfolg ihn zur Vielschreiberei verleitete, die dem Gehalte und Werte seiner Werke abträglich sein mußte. Doch wurden sie von Staatswegen gesammelt und in hundert Bänden veröffentlicht, nachdem sie bis zuletzt ihrem Verfasser Geld und Ehre in vollem Maße eingebracht hatten. — Überhaupt beherrschen gerade der Roman und die Novelle heute auch in Ungarn den Büchermarkt, zumal sich dort wie allerwärts rührige Frauenfedern der Befriedigung des Unterhaltungsbedürfnisses widmen zu müssen glauben. Es muß genügen, zwei Künstler in dieser Gattung zu nennen: den Kenner des menschlichen Herzens und Meister der Darstellung

Kemény 1816—1875

Kemény mit Mann und Weib, Wilde Zeit usw. und den wahrhaft klassischen Vertreter der Dorfgeschichte

Mikszath 1849—1910

Mikszath mit den Gänsen von Brezó, den Guten Palóczen und Slowakischen Dorfgeschichten.

Drama

Demgegenüber kommen die eifrigen Bemühungen und Versuche auf dem Gebiete des

Szigligeti 1814—1878

nationalen Dramas kaum in Betracht, abgesehen von den Volksstücken Szigligetis, wie

Ed. Toth 1844—1876

Der Deserteur, Der Findling, Csikós, und Eduard Toths, dessen Dorflump zum eisernen Bestande der Schaubühne Ungarns gehört.

Geschichtschreibung

Die Anfänge der wissenschaftlichen Geschichtsforschung liegen im 18ten Jahrhunderte. Da schrieben Michael Cserey eine Geschichte und Peter Apor eine Kulturgeschichte Siebenbürgens. Im 19ten Jahrhunderte erhoben dann Georg Fehér, Johann Czech, Benedikt

Horváth 1809—1878

Virág, Jesaias Budai und Stephan Horváth die Geschichtschreibung auf die Höhe der Wissenschaft. Besonderen Wert haben Horváths Ungarische Geschichte, Fünfundzwanzig Jahre und Der Unabhängigkeitskrieg. Unvollendet blieb die Geschichte des ungarischen Reiches von

Szalay 1813—1864

Szalay. Eine Geschichte Ungarns zur Zeit der Türkenkriege schrieb Franz Salomon, Koloman Thaly die Geschichte Rakoczys, Weltgeschichte u. a. Bajza, Maar und Somhegyi. Lebensbilder sind gleich zahlreich wie die Denkwürdigkeiten, unter denen Mein Leben und mein Zeitalter von Franz

Pulszky 1814—1897

Pulszky begreifliche Beachtung fand.

Namhafte Literaturforscher sind außer den erwähnten Kemény und Paul Gyulai noch Johann Erdélyi, in erster Linie aber der Deutschungar Franz Toldy mit der Geschichte der ungarischen Literatur und der ungarischen Dichtung. Erdélyi 1814—1868. Toldy 1805—1875.

§ 94. Die neuere Literatur Griechenlands. Die Anfänge der nationalen Dichtung in Griechenland fallen in die zweite Hälfte des 18ten Jahrhunderts, wo die Freiheitsgedanken das Volk in allen seinen Schichten gleichmäßig in fiebernde Aufregung versetzten und sich zur Tat zu verdichten begannen. Dichtung

Damals befaßte sich zuerst Adamantios Korais mit der griechischen Sprache und Dichtkunst, um die beide er sich unschätzbare Verdienste erwarb. Während seines Aufenthaltes in Paris wurde er mit den Lehren der französischen Klassiker vertraut, die er dann nicht müde ward seinen Landsleuten als Muster anzupreisen. So ist er der Begründer der klassischen Richtung geworden, die ziemlich bis ins letzte Jahrhundert die nationale Wiedergeburt des griechischen Schrifttums gehemmt hat. Ohne Anhänger der altertümelnden, auf die Wiederaufnahme der altgriechischen Sprache gerichteten Bestrebungen zu sein, bekämpfte Korais doch die Mundarten zugunsten einer Schriftsprache. Gleiches Ziel vereinte mit ihm die Sprachgelehrten Mavromatis und Konstantinos Oikonomos in der Pflege der Sprache, im Anschlusse an die klassische Kunst aber und an die französische Bildung überhaupt Michael Kumas. Ein älterer Zeitgenosse dieser Männer, Dapontes, blieb in dem Sturme und Drange der Zeit mit seinem Lehrgedichte vereinsamt. Er starb als Mönch in der Abgeschiedenheit eines Athosklosters. Ebensowenig fand die Liebesepik des Manos einen Widerhall im Herzen des nach Freiheit verlangenden Volkes, das dafür die Werke zweier Vaterlandsfreunde, des Fürsten Ypsilanti (§ 112) volksliedartige Klage des verbannten Vöglein s und das romantische Gedicht Dimos (das Volk) von Trikupis, um so freudiger begrüßte. Korais 1748—1833. Mavromatis 1771—1817. Oikonomos 1780—1857. Kumas 1777—1836. Dapontes 1707—1789. Ypsilanti 1792—1828. Trikupis 1788—1873.

Durch die französische Staatsumwälzung war die Ungeduld des gedrückten Volkes aufs höchste gesteigert worden. Der Rufer im Streit, zugleich der tatkräftige Verfechter der Idee der Freiheit erstand in Konstantinos Rigas. Rigas 1754—1798.

Nach persönlichen Verhandlungen mit Bernadotte, später mit Napoleon selbst griff er zu den Waffen. Aber die Zeit der Befreiung war noch nicht gekommen. Er wurde gefangen und in der Donau ertränkt, gefeiert von den Seinen als Vater der griechischen Freiheit und als ihr erster Blutzeuge. Sein literarisches Denkmal ist die „griechische Marseillaise", sein Kriegslied „Auf, ihr Söhne der Hellenen!" Den Ruhm des anderen, gleichgefeierten Aufrufs „Wie lange, Pallikaren?" macht ihm Korais streitig. Einmal erwacht, trieb nun die Lyrik zahlreiche Blüten. Über Kanelos, dem formvollendeten Karasutsas und dem gefälligen Anakreontiker Christopulos steht durch Empfindung und künstlerische Eigenart Zalokostas. Neben Elegien dichtete Manusis, ein ausgeprägter Schüler des Westens, schwungvolle Hymnen. Von der Liebe sang der gelehrte Vilaras, der auch Äsops Fabeln und den altgriechischen Froschmäusler in die epirotische Mundart übertrug, wie er überhaupt auf Erhaltung der Volkssprachen bedacht war. Darin begegnete er sich mit Risos Nerulos, der mit einer Posse sogar öffentlich gegen die vermeintliche Einseitigkeit des Korais auftrat. Er verfaßte auch dramatische Satiren und Lustspiele. Besondere Anerkennung ernteten seine Trauerspiele Aspasia und Polyxena, so sehr in beiden die Anlehnung an die Franzosen sich bemerkbar macht, wie bei Pikkolos im Tode des Demosthenes u. a. Durchschlagenden Erfolg erzielte Nerulos mit dem komischen Heldengedichte Der Raub des Truthahns. — Italienische Einflüsse zeigen die Stücke des Zampelios, wie Timoleon, Konstantinos Palaiologos u. a. Der Freiheitskampf fand seinen Dramatiker in Theodoros Alkaios mit dem Trauerspiele Botsaris. Endlich kehrten Karydis mit den Drei Gräbern und Bernardakis mit den Kypseliden und der Merope zur altgriechischen Kunst zurück. Kanelos 1792—1823. Christopulos 1772—1847. Vilaras 1771—1823. Nerulos 1758—1850.

Die glänzendsten Namen in dem bisherigen Schrifttume der Neugriechen sind Alexander und Panagiotis Sutsos, denen sich Rangawis als ebenbürtig zur Seite stellen darf.

In des Alexander Sutsos Trauer- und Lustspielen, Satiren, epischen Dichtungen, wie Der Umherirrende, und Romanen, wie Der Verbannte, glüht durchweg die politische Leidenschaft, die sich geradezu bis zum Hasse gegen den staatsmännisch-vorsichtigen Präsidenten Capodistria steigert. Diese Gesinnung teilte sein Bruder Panagiotis Sutsos, nur daß durch seine maßvollere Anlage die Verbitterung zu fast elegischer Klage gedämpft wird, wie im Roman Leandros und im Drama Der Wanderer so auch in den politischen Liedern. Risos Rangawis (Rangabé) nimmt durch seine Trauerspiele Der Vor- Alex. Sutsos 1803—1863. Panag. Sutsos 1806—1868. Rangawis 1810—1892.

abend, Die Dreißig, Dukas u. a. unter den Bühnendichtern den ersten Platz ein. Aristophanischer Witz sprudelt in seinem Lustspiele Die Hochzeit des Kutrulis, während das Epos Der Volksverführer Zeugnis von seinem Unabhängigkeitssinne ablegt. Als trefflichen Novellisten zeigen ihn Der Notar und Der Fürst von Morea. Wie er Nathan und Tell übersetzte, so Vlachos den Clavigo, Heines Gedichte und ebenfalls Nathan. Seine eigenen Schöpfungen gehören dem Lustspiele, der Lyrik und der Epik an. Die letzten zwei Gattungen sind noch bevorzugt, z. B. von Paraschos, Drosinis und Valbis. Dagegen bleibt der Mangel an Erzählungen auffällig.

Vlachos geb. 1838

Geschichtschreibung

Dem Kreise des Korais gehörte als Geschichtschreiber Mustoxidis an. Den Freiheitskampf behandelten Abriß der Geschichte der Wiedergeburt Griechenlands von Phrantzis aus dem Jahre 1834, die Erinnerungen aus dem Aufstande Griechenlands vom Metropoliten Germanos (1837), die Taten der Hydrioten von Homerides und der Sulioten von Perrävos. Sie alle überragt Trikupis mit der Geschichte des griechischen Aufstandes. Die gesamte Geschichte des griechischen Volkes schrieb Paparrigopulos. Die Archäologie behandelte Rangawis, daneben Antiquités helléniques in französischer Sprache, wie Alexander Sutsos Histoire de la révolution grecque und Rifos Nerulos Cours de la littérature grecque moderne. Eine Geschichte der griechischen Dichter und Schriftsteller verfaßte Asopios. Die bändereiche Bibliothek des Mittelalters von Konstantinos Sathas ist ein umfassendes Sammelwerk der Schriftdenkmäler dieses Zeitraumes.

Mustoxidis 1785—1860

Zweites Kapitel.

Kunst.

§ 95. Klassizismus und Romantik. Die Wurzeln der Kunst des neunzehnten Jahrhunderts liegen, mannigfach verzweigt, bereits auf dem Boden des vorhergehenden. Zwar steht am Eingange des neuen Jahrhunderts die Romantik; diese fußt aber wieder im Klassizismus, dessen Machtsphäre sich bis über die Jahrhundertmitte hin erstreckt. Mit ihm ist demnach hier zu beginnen.

Klassizismus

Um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts schwindet allmählich die Herrschaft des Rokoko; die tändelnde Grazie weicht einem ernsteren Genius, dem Geist der Antike, der schon einmal in den Battisterien von Pisa und Florenz umging, der Dante geleitete und Giotto berührte. War auch sein Einfluß seit den Tagen der Wiedergeburt nie ganz geschwunden, so bedurfte es doch kräftiger Anregungen, um ihm zur neuen Besitzergreifung die Einzugspforten zu öffnen. Denn das Geschlecht, das ihn bei seiner Wiederkehr empfing, war anderer Art, als das der italienischen Humanisten: keine Gestalten von starkem Persönlichkeitsgefühl oder gar von monumentaler Größe, sondern ein mehr empfindsames Bürgertum wird jetzt der Träger seiner Ideen. Daraus erklärt sich manche Schwäche des neuen Kultus der Antike: des Klassizismus.

Montfaucon 1655—1741

1719—1724

Christ 1755

Der neuen Strömung fehlte es nicht an Vorläufern, die ihr den Weg bereiteten. In Frankreich wies der gelehrte Benediktinermönch Bernard de Montfaucon in seinem fünfzehnbändigen Werke L'antiquité expliquée et représentée en figures auf die Alten hin, und in Deutschland wurde Johann Friedrich Christ zum Lobredner der Antike, noch ehe Lessing den französischen Klassikern den Dichter der Antigone gegenüberstellte und Winckelmann seine Betrachtungen über die Nachahmung der Alten veröffentlichte. Und wie einst die farnesischen Kunstwerke und die Laokoongruppe den römischen Thermen entstiegen, so tun sich jetzt vor den Augen der erstaunten Welt die Schätze von Herkulaneum und Pompeji auf. Im Jahre 1719 hatte der österreichische General Fürst Elbeuf auf dem Grunde eines Schachtes eine Anzahl Porträtstatuen gefunden, aber erst 1737 wurden unter Karl III. von Neapel neue Funde dem verschütteten Herkulaneum entrissen. Die Bergung der Schätze Pompejis begann im Jahre 1748, als ein Bauer aus Resina Statuen und Bronzegeräte entdeckte, die die Aufmerksamkeit des Königs erregten und zu Nachgrabungen veranlaßten. So feierte die Antike eine greifbare Auferstehung, und Italien, und hier besonders Rom, aber auch Griechenland und der Orient werden das Ziel kunstbeflissener Reisenden. Der Archäologe Robert Wood sucht die Stätten der Ilias

Wood † 1771

und Odyssee und schildert die Ruinen von Baalbek und Palmyra; der Architekt Charles Clérisseau untersucht die Baudenkmäler Südfrankreichs, Italiens und Dalmatiens, vor allem den Palast Diokletians in Spalato; der Altertumsforscher James Stuart vertieft sich in die Tempelbauten Athens, und der Zeichner und Kupferstecher Giambattista Piranesi schafft seine Prachtwerke über Rom und Unteritalien (29 Bände mit über 2000 Kupfern). Eine die Geister machtvoll erregende Kraft erstand aber erst in Johann Joachim Winckelmann, dem Sohne eines Flickschusters aus Stendal; er schreibt in Rom eine Geschichte der Kunst und Monumenti antichi inediti; er zieht Künstler, Dichter und Gelehrte in seinen Bann und wird der eigentliche Begründer der Archäologie der klassischen Kunst. Hauptsächlich unter seinem Einfluß entwickelt sich in Deutschland die neue Richtung, die die Nachahmung der Antike, „keusche Einfalt und stille Größe", und neben der Schönheit der Form die Richtigkeit der Zeichnung als Grundsatz aufstellt. Damit tritt sie aber zugleich einer heimisch nationalen Kunstentwicklung feindlich entgegen. In seinen Anfängen zeigt sich das Neue hohl und äußerlich, akademisch und eklektisch, und gewinnt erst später an Vertiefung.

Clérisseau † 1820
† 1788
Piranesi 1720—1778
Winckelmann 1717—1768
1755

In Frankreich hatte — nach der Wiederentdeckung griechischer Tempelbauten und Theater in Italien und Griechenland — die klassische Schule schon unter Ludwig XV., nicht ohne den Einfluß der Marquise von Pompadour, einen kurzen Erfolg davongetragen. Indes, ungeachtet der energischen Bestrebungen des Jesuitenpaters Laugier, der in seinem Essai sur l'Architecture die griechische Kunst als das wirklich schöpferische Element hinstellte, gelangte in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts der Zopf- oder Perückenstil, der Stil Louis XVI. zur Geltung. Gänzlich verlassen von natürlicher Schönheit, imponierende Grandezza und Affektiertheit zur Schau tragend, verbannt er andrerseits die verschnörkelnden und unsymmetrischen Zierarten, strebt nach natürlicher Einfachheit, bevorzugt die gerade Linie und gefällt sich dabei in rührseligen Sinnbildern (Urnen, Altären und Fackeln). Dieselben Formen zeigen sich auch im Kunstgewerbe, besonders in der Möbeltischlerei, bei Sofa und Kommode, deren geradlinige Stützen sich nach unten zu verjüngen. Das Ornament zeigt antike Motive, namentlich Eierstab, Perlenband und Akanthusranke, an Uhren, Türen und prächtigen Goldschmiedearbeiten von Germain, Meissonier u. a. In diese Zeit fällt auch die Einführung chinesischen Porzellans durch die Holländer und die Entdeckung des Weichporzellans (pâte tendre, Sèvres).

Laugier 1713—1769

Der Hauptvertreter dieser Architektur ist Jacques Germain Soufflot, der das Hôtel-Dieu und das Theater in Lyon errichtete. Sein Hauptwerk ist das Pantheon (St. Geneviève) in Paris, ein griechisches Kreuz mit mächtiger Kuppel, auf der sich eine Laterne und auf dieser noch eine kleinere Kuppel befindet.

Soufflot 1713—1781

Später brandmarkt die Revolution das Rokoko als „sittenlose Kunst der Tyrannen und Sybariten"; und die Sehnsucht nach reiner Natur, von Rousseau entfacht, mit dem „Evangelium der Vernunft" und der Begeisterung für altrömische Bürgertugend im Bunde, ebenen den klassizistischen Bestrebungen den Weg. Die strengen dorischen Tempel von Pästum, Agrigent und Selinunt werden zu Vorbildern moderner Bauten und erzeugen namentlich unter dem Einflusse von Jacques Louis David, eines Führers, der sich sämtliche Künste dienstbar machte, den herben und schweren Dorismus, den Style Messidor (Directoire) der Revolution. Ihm folgt am Anfang des neuen Jahrhunderts der phantasielose, pathetische Style de l'empire, der die Einfachheit der Linien bis zur Ärmlichkeit herabdrückte. Er sollte dem gallischen Eroberer als römischem Cäsaren huldigen. Nach dessen Sturze schuf die Begeisterung für das Griechentum, die namentlich den Erfolgen der archäologischen Forschungen entsprang, eine kurze Wandlung, die im Hellenismus, unter dem Einflusse von Winckelmann, Lessing und Goethe, auf deutschem Boden am ausgeprägtesten hervortrat. Der ägyptische Feldzug Bonapartes und die Entzifferung der Hieroglyphen ließen für kurze Zeit in Architektur und Kunstgewerbe eine Vorliebe für ägyptische Ornamentik (Sphinxe, Obelisken, Göttergestalten mit Tierköpfen) aufkommen.

David 1748—1825

Während der Klassizismus bereits üppig emporwuchs, begann sich leise neben ihm eine andere Strömung zu regen: die Romantik. In der Architektur

Romantik

und ähnlich auch bei den anderen bildenden Künsten zeigte sich ihr Wesen in der Verwertung christlich-mittelalterlicher Stile oder Stoffe, wodurch sie ihre Verwandtschaft mit der Schwester im Reiche der Dichtkunst bekundet (§ 81). Namentlich war es deutscher und englischer Boden, auf dem „die blaue Blume der Romantik" gedieh: in Deutschland wurde sie durch Sturm und Drang begünstigt, in England durch den Einfluß der bürgerlichen Kunst und der englischen Gotik. Aber bald nach Beginn des neuen Jahrhunderts geht die Bewegung wieder zurück; 1770 schreibt Goethe seinen begeisterten Aufsatz über das Straßburger Münster, sein Aufenthalt in Italien zwingt ihn jedoch vollständig zur Nachfolge Winckelmanns. Der Versuch, den Klassizismus mit der Romantik zu verquicken, blieb ein vergebliches Unterfangen der Dichter und Gelehrten; ebenso war das Preisausschreiben der Akademie, das König Maximilian II. anregte, die Gotik durch
1851 die italienische Renaissance zu veredeln, ohne praktischen Erfolg.

1. Deutschland 1699—1753 **§ 96. Architektur.** Als Vorläufer des klassizistischen Stiles in Deutschland sind zu nennen: Georg Wenzel von Knobelsdorff, als Erbauer des Berliner Opernhauses (nach Brand erneut), Schloß Sanssouci bei Potsdam in äußerer Gestalt erhalten, Karl
1733—1808 Gotthard Langhans, als Schöpfer des Brandenburger Tores (dorisch, Propyläen front).
1788—1791 † 1811 Später baut Heinrich Gentz das Mausoleum in Charlottenburg. In Süddeutschland
1810 1766—1826 baut Friedrich Weinbrenner, nach langjährigem Aufenthalte in Italien, in seiner Vaterstadt Karlsruhe die katholische Kirche, das Rathaus, das (alte) Hoftheater in nüchternem
1767—1845 Dorismus. Friedrich von Thouret, 1793 bis 1796 in Rom, baut unter Goethes Beirat
1774—1854 das Schloß in Weimar. In Wien baut Peter von Nobile das Burgtor und das Theseion (im Volksgarten) in dorischem Charakter. Zu derselben Zeit, als Thorwaldsen den Jason schuf, betrat auch der feinsinnigste Vertreter neuhellenischer Baukunst, Karl Friedrich

Schinkel 1781—1841 1771—1800 Schinkel, angeregt durch seinen Lehrer, den Architekten Friedrich Gilly (Romantiker), den klassischen Boden. In seinen Werken verfügt er mit genialer Sicherheit über die antiken Formen und weiß sie den praktischen Anforderungen seiner Zeit ungezwungen anzupassen und der beabsichtigten Stimmung dienstbar zu machen. Das alte Museum (Wandelhalle mit ionischen Säulen), die Hauptwache (römisches Kastell mit dorischer Tempelfront), das Schauspielhaus in Berlin und die Pläne zum Schloß Orianda (Krim) und zum Berliner Dom sind dafür sprechende Zeugen, während Schloß Charlottenhof bei Potsdam, Schloß Babelsberg (normannisch), die Bauakademie (Backstein, Baumaterial des deutschen Nordens) in Berlin, das Palais des Grafen Redern (florentinisch), die Werdersche Kirche (gotisch) und die Nikolaikirche in Potsdam sein vielseitiges Können beweisen. In den Jahren deutscher Schmach war er auch als Maler tätig (Veduten nach seinen italienischen Studien und Phantasielandschaften mit gewaltigen Bauformen, wie das Panorama von Palermo); von seinen plastischen Werken ist die Bronzestatue Drakes vor der Bauakademie das gelungenste. Literarisch-künstlerische Arbeiten sind eine Sammlung architektonischer Entwürfe (26 Hefte), Werke der höheren Baukunst (36 Blätter), Grundlagen der praktischen Baukunst und die von Lohde herausgegebenen Möbelentwürfe.

Leo v. Klenze 1784—1864 1782—1820 Streng stilgetreu, aber nüchterner und weniger genial schuf der Architekt Ludwigs I., Leo von Klenze in München Bauten nach antiken Vorbildern; nachdem bereits Karl von Fischer im Hof- und Nationaltheater und in Privatgebäuden (Palais Salabert am Englischen Garten) neben dem Renaissancestil (Palladio) auch römischem Klassizismus gehuldigt hatten. Unter den Klenzeschen Bauten ragen besonders hervor: die Glyptothek (außen und innen griechisch vornehm), die alte Pinakothek, der Typus moderner Museumsarchitektur (Bramantische Renaissance), der Königsbau nach dem Vorbilde des Palazzo Pitti in Florenz und die Propyläen in München, die Walhalla, „der Tempel teutscher Ehren" bei Regensburg; dagegen ist der griechische Bau der Eremitage in Petersburg ziemlich

Friedrich v. Gärtner 1792—1847 Ziebland 1800—1873 unbedeutend. Neben ihm erbaut Friedrich von Gärtner nach italienischen Vorbildern die Ludwigskirche, die Staatsbibliothek, die Feldherrnhalle (Kopie der Loggia dei Lanzi in Florenz) und später Georg Friedrich Ziebland die Bonifatius-Basilika (im Stile der ältesten christlichen Kirchenbauten) und das Kunstausstellungsgebäude (Prosthylos mit korinthischen Säulen). Klassizistisch (Schinkels Schule) sind auch die Schloßbauten Karl

1800—1843 1804—1886 Theodor Ottmers in Braunschweig und Adolf Demmlers in Schwerin (Großherzogliches Schloß, französischer Renaissance-Hochbau, ähnlich dem Schloß Chambord von Pierre Nepveu).

1795—1863 In Karlsruhe baut der Romantiker Heinrich Hübsch, ein Schüler Weinbrenners, in florentiner Rundbogenstil die Kunsthalle, das Hoftheater, sowie die Trinkhalle in Baden-
1788—1865 Baden, und Karl Alexander von Heideloff führt in Nürnberg gotische Kirchenbauten aus.

2. Frankreich

In Paris entwirft François Chalgrin den Arc de Triomphe auf der Place de l'Etoile (vollendet 1836), Alexandre Théodose Brogniard baut mit Labarre die Börse nach dem Muster des Vespasianstempels in Rom, und Vignon beginnt die Madeleine (korinthischer Peripteros). Die tonangebenden Architekten Napoleons I., Charles Percier und Pierre Fontaine, errichten den Triumphbogen des Karussells nach dem Vorbilde des Severusbogens und die Chapelle expiatoire, Lepère und Jacques Gondouin die Vendômesäule in Anlehnung an die Trajanssäule in Rom. Der ungemein fruchtbare Jakob Ignaz Hittorff aus Köln, Gegner der Gotik, erbaut mit Lepère die Kirche St. Vincent de Paul (fünfschiffige altchristliche Basilika), den Cirque Napoléon und den Nordbahnhof (erste Eisenkonstruktion in ausgedehntem Umfange). Mit seinem Schüler Wilhelm Zanth, Erbauer der Wilhelma (maurisch) bei Kannstadt, entdeckte er auf der Reise in Italien und Sizilien (1822 bis 1824) an den alten griechischen Tempeln die Spuren bunter Bemalung und legte 1830 seine Beobachtungen in dem Werke Architecture polychrome chez les Grecs nieder; außerdem schrieb er: Architecture antique de la Sicile, Architecture moderne de la Sicile und Restitution du temple d'Empédocle à Selinunte. Zugleich mit den Orleans zieht die Renaissance in Paris ein: Felix Duban baut die Ecole des Beaux Arts und Josephe Louis Duc errichtet die Julisäule auf dem Bastilleplatz, sowie das Palais de Justice.

1739—1811
1739—1813
1761—1828
1764—1838
1762—1855

Hittorff 1792—1867

Zanth 1796—1857

Duban 1798—1870

Duc 1802—1878

3. Italien

Die italienische Baukunst des achtzehnten Jahrhunderts lehnt sich an palladianische Traditionen an und führt fast gleichzeitig unter dem Einfluß des Kupferstechers Giambattista Piranesi (§ 95), des Erbauers von S. Maria del Priorato auf dem Aventin in Rom, den Klassizismus ein. M. Simonetti erbaut unter Clemens XIV. und Pius VI. das Museo Pio-Clementino am Nordende des Vatikans, und Luigi Cagnola errichtet den Arco della Pace in Mailand. In Venedig verbindet G. M. Soli die Prokurazien des Markusplatzes, in Mailand vollendet Carlo Amati auf Veranlassung Napoleons I. die Fassade des Domes (gotisch), Raffael Stern baut unter Pius VII. den Braccio Nuovo des Vatikans, und 1833 beginnt Luigi Poletti den eleganten Neubau der Basilica S. Paolo fuori le mura bei Rom.

Piranesi 1720—1778
1724—1781
1762—1833
1745—1823
1776—1852
† 1820
1792—1869

4. England

Die Baukunst Englands steht im 18. Jahrhundert zunächst unter italienischem Einfluß (Palladio und Vignola), gewährt aber später auch der Romantik (Gotik) freien Spielraum. Robert Adam führt den antikisierenden Stil (Adam-Stil) ein, George Dance der Jüngere baut das Gefängnis in Newgate, John Soane die Bank von England, William Inwood die St. Pancras-Church (attisch), Robert Smirke das gewaltige British-Museum und das Coventgarden-Theater (mit ionischem Portikus), W. H. Playfair in Edinburg die Royal-Institution mit dem Altertumsmuseum (dorischem Peripteros) und die Nationalgalerie (ebenfalls dorisch). Horace Walpoles Roman The Castle of Otranto und später Walter Scotts Werke (§ 80) erhielten die Vorliebe für das Mittelalter wach und bahnten der Gotik den Weg; sie selbst gingen „mit gutem Beispiele" voran, indem sie ihre Wohnhäuser gotifizierten. Das Haupt der Neugotiker ist der verständnisvolle Kenner Augustus Welby Pugin, dessen rastloser Bautätigkeit über 60 Kirchen in den vereinigten Königreichen und in den Kolonien ihre Entstehung verdanken; sein Werk ist auch die innere Ausgestaltung des gewaltigen Londoner Parlamentsgebäudes, das von Sir Charles Barry im Perpendikularstil ausgeführt wurde. Er schrieb: Glossary of ecclesiastical ornament and Costume William Adam und William Morris führten die ersten Schloßbauten in Gothic Revival, in englischer Neugotik, auf. Beider Tätigkeit ist zugleich von großem Einfluß auf kunstgewerblichem Gebiete.

Adam 1728—1792
1740—1825
1752—1837
1771—1843
1780—1867
Playfair 1780—1857
Walpole 1717—1797
Pugin 1812—1852
Adam 1795—1860
Morris 1834—1896

5. Rußland

In Petersburg ist der Klassizismus durch das Marmorpalais (1770—1783) und durch Leo von Klenzes Eremitage (1840—1852), durch das Michailowsche Palais von Domenico Rossi und durch eine große Anzahl öffentlicher Gebäude (Holländische Börse, griechisch, mit vierundvierzig römischen Säulen in der Fassade), die Renaissance durch Resanows Palais des Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch vertreten. Die Kathedrale der Mutter Gottes von Kasan, nach dem Vorbilde von S. Pietro in Vaticano, aber mit versilberter Kuppel, von Woronichin, besitzt wie diese halbkreisförmige Kolonnaden. Die Isaakskathedrale mit vergoldeter Hauptkuppel, vier Glockentürmen und Säulenvorhallen ist ein Werk von Ricard de Montferrand.

Woronichin † 1814

6. Amerika

In Washington wurde das Regierungsgebäude, das Weiße Haus, namentlich aber das Kapitol (Parlamentsgebäude) mit korinthischen Vorhallen, mit Kuppel (früher Holz-, jetzt Eisenkonstruktion) von Thornton in klassizistischer Bauart aufgeführt.

Thornton 1793—1830

§ 97. Plastik. Die deutsche Bildhauerkunst steht am Ende des achtzehnten Jahrhunderts zwar auch im Banne des Klassizismus, zeigt sich jedoch durch eingehendes Naturstudium gekräftigt und geschult. Frankreich und Italien

wirken namentlich durch David und Canova vorbildlich für die Anlehnung an die Antike.

1. Deutschland und Dänemark

Der hervorragendste deutsche Bildhauer dieser Gruppe ist Gottfried Schadow, Schüler Jean Tassaerts; in Rom, im Verkehr mit Alexander Trippel, dem Schöpfer der bekannten Goethebüste, und dem schwedischen Klassizisten Johann Sergel (Amor und Psyche im Nationalmuseum in Stockholm), beugt er sich ganz dem Einflusse Canovas (Tongruppe Perseus und Andromeda, Grabmal des Grafen von der Mark, Quadriga auf dem Brandenburger Tor und dessen Metopen). Sein gesunder Realismus und damit das beste seiner Kunst kommt zur Geltung in den lebensvollen Standbildern Ziethens und des alten Dessauers (von Kiß in Bronze übertragen) in Berlin, weicht aber später unter Goethes persönlichem Einfluß wieder einer gezwungenen und antikisierenden Form (Blücherdenkmal in Rostock, Lutherstatue in Wittenberg). Er war auch literarisch tätig: Polyklet (1834) und Kunstwerke und Kunstansichten (1849). Von seinem Schüler Christian Friedrich Tieck (in Paris bei David d'Angers) rührt eine Statue Ifflands im Berliner Schauspielhaus und eine Goethebüste her, zu der ihm (zugleich mit dem Bildhauer Rauch) der Dichter in Jena im August 1820 mehrere Sitzungen gewährte. Johann Heinrich von Dannecker, in Paris Schüler von Pajou, schließt sich in Rom an Canova an und bildet dort die Gruppe Ceres und Bacchus. Seine Hauptwerke sind Ariadne auf dem Panther (Frankfurt a. M.) und die Kolossalbüste Schillers (1793, Weimar, Bibliothek). Von nun ab übt die Persönlichkeit des Dänen Bertel Thorwaldsen gewichtigen Einfluß auf die gesamte Künstlerwelt. Während seines langjährigen Aufenthaltes in Rom (1797—1838, anfangs im Verkehr mit dem dänischen Archäologen Johann Zoëga und mit Carstens) wurde er zum Hauptvertreter des reinen, einseitigen Hellenenkultus, in dem die Antike der Natur jeden unmittelbaren Einfluß versagt und selbst das moderne Gewand sich in klassische Falten werfen muß. Wenn seine Kunst in der Darstellung des Starken und Kraftvollen versagte und ihm nur das weiblich Zarte wirklich gelang, so wuchs er doch über Canova hinaus. Beiden hat es die Kunst zu danken, daß sie sich von unklarem Schwulst und prahlerischer Gespreiztheit freimachte; und wenn die moderne Kritik Thorwaldsen wie Canova nicht mehr das hohe und überschwengliche Lob spendet, was ihnen ihre Zeit entgegenbrachte, — Thorwaldsen, c'est l'inconnu, „das Unergründliche" — wenn man mit Recht Schematismus und weichliche Anmut an ihnen tadelt, so darf doch ihrer Kunst die reinigende Macht nicht abgesprochen werden; ihnen beiden, ebenso wie Carstens, wird nur gerecht, wer sich die geistigen Strömungen ihrer Zeit vergegenwärtigt. Hauptwerke Thorwaldsens sind: Jason (für Thomas Hope), Reliefs: Achilles und Briseis, Alexanders Siegeszug zu Ehren Napoleons (Quirinal und Villa Carlotta am Comersee), Tag und Nacht, die Jahreszeiten, Ganymed und der Adler, Statue des Grafen Potocki (Grabkapelle in Krakau), das Grabmal Pius' VII. (Peterskirche in Rom), Christus und die Apostel für die Frauenkirche in Kopenhagen. Seine sämtlichen Werke (Originale oder Abgüsse) sind im Thorwaldsenmuseum (erbaut von Bindesböll in Anlehnung an etruskische Grabbauten) vereinigt. Zu seinen Schülern zählen außer den Dänen Freund und Bissen (Wiederbelebung der nordischen Mythen), die Deutschen Ludwig von Schwanthaler (Bavaria, München) und Emil Wolff (Venus, Sappho) sowie Tenerani und Bienaimé.

Tieck 1776—1851

v. Dannecker 1758—1841

Thorwaldsen 1770—1844

1799—1840

1798—1868

Schwanthaler 1802—1848

1802—1879

In Schadows Fußtapfen tritt Christian Daniel Rauch, er arbeitet erst in der Bildhauerwerkstatt Ruhl in Kassel, wird dann Kammerdiener am preußischen Hofe, geht 1805 nach Rom und wird auf Canovas Empfehlung 1811 nach Berlin berufen, um das Grabmal der Königin Luise auszuführen, dessen Büste er schon bei ihren Lebzeiten modelliert hatte. 1839 bis 1851 entsteht das Denkmal Friedrichs des Großen, 1833—1840 die sechs Viktorien in der Regensburger Walhalla, 1840 die Dürerstatue für Nürnberg. Unter seinen Schülern arbeiten für Berlin August Kiß (Amazonen mit einem Panther kämpfend, auf der Treppenwange des Berliner Museums) und Friedrich Johann Drake (Porträtstatuen, Nike und Sieger an der Berliner Schloßbrücke.) In Dresden schafft Ernst Rietschel, ebenfalls Schüler Rauchs: Kompositionen für die Giebelfelder des Dresdner und Berliner Theaters, Statuen Lessings für Braunschweig, Schillers und Goethes für Weimar, Büste Rauchs, das Lutherdenkmal in Worms (von Donndorf und Kietz vollendet). Ernst Julius Hähnel schmückt das alte Theater in Dresden mit seinem Bacchuszug (1840) und den Georgsplatz ebenda mit dem Denkmal Theodor Körners; besonderen Ruhm brachte ihm sein Raffael (Leipzig, Museum) ein. Von Johannes Schilling, Schüler Drakes und Hähnels, stammen die vier Jahreszeiten, Originale jetzt in Chemnitz, Kopien an der Brühlschen Terrasse, die Büste Rietschels ebenda und das Nationaldenkmal auf dem Niederwald. Wien erhält neuen plastischen Schmuck durch Franz Zauner (Grabmal Leopolds II., Reiterstandbild Josephs II., klassizistisch).

1802—1865

1805—1882

Rietschel 1804—1861

Donndorf geb. 1835

Kietz 1826—1908

Hähnel 1811—1891

Schilling 1828—1910

Zauner 1746—1822

2. Frankreich

Lemot 1757—1827

Houdon 1741—1828

Pradier 1792—1852

Rude 1784—1855

David d'Angers 1788—1856

3. Italien

Canova 1757—1822

Marchesi 1789—1858

Tenerani 1789—1869

Bartolini 1777—1850

4. Belgien

Kessels 1784—1836

5. England

Flaxman 1755—1826

Gibson 1790—1866

Stevens 1817—1878

Foley 1818—1874

Baily 1788—1867

Chantrey 1781—1842

Westmacott 1775—1856

6. Amerika

Powers 1805—1873

Greenough 1805—1852

Auch in Frankreich steht die Plastik anfangs im Zeichen des Klassizismus: Lemots Statue Heinrichs IV. auf dem Pont-Neuf in Paris, die aus der Bronze des Chaudetschen Napoleon gegossen wurde, der einst die Vendômesäule krönte; bald zeigt sich aber mit Anlehnung an Canova wieder die Liebe zu den verlassenen Stilformen (Pajous Bacchantin, Chaudets Sterbender König, Bosios Nymphe Salmacis in der Chapelle expiatoire) und zu realistischer Darstellung (Rolands Homer), die in Jean Antoine Houdon trotz der antiken Gewandung seiner Gestalten — er hielt sich von seinem zwanzigsten Jahre in Rom auf — zur höchsten Meisterschaft gelangt (S. Bruno in S. Maria degli Angeli in Rom, „der sprechen würde, wenn es ihm die Ordensregel nicht verböte", Büsten Mirabeaus, Franklins, Rousseaus, Voltaires und Glucks, Statue Voltaires im Théatre français in Paris). Später, nach der Julirevolution, hebt der Akademiker Jacques Pradier die verfeinerte Antike von neuem auf den Schild (Viktorien am Grabmal Napoleons I.), während François Rude in phantastisch bewegten Gestalten (Napoleons Wiedererwachen, im Park von S. Fizin, die etwas überladene, stürmisch erregte Gruppe des Auszugs von 1792 am Arc de l'Etoile in Paris) stark romantische Neigungen bekundet und zugleich lebensvolle Charaktergestalten schafft (Denkmal Cavaignacs auf dem Montmartrefriedhof und des Mathematikers Monge in Beaune). Halb Klassizist, halb Romantiker ist Jean David d'Angers (Grabgestalten, Philopoemen), bekannt vor allem durch seine zahlreichen Porträtgestalten (General Jefferson, Büste Rauchs und Goethes in der Bibliothek in Weimar).

Mit Antonio Canova überkam Italien die führende Stellung in der plastischen Kunst. Das Streben nach Anmut und Zierlichkeit gibt den Werken des Künstlers, trotz der Nachahmung der Alten bei eifrig geübtem Vorarbeiten nach der Natur, etwas Weibliches und Empfindsames. Seine Zeitgenossen aber wurden vor allem von dem vermeintlichen großen Zug und der unverfälschten glatten und kalten antiken Formenschönheit hingerissen, mit denen er selbst moderne Bildnisgestalten zu umkleiden suchte. Sein Hauptwerk ist das Denkmal der Herzogin Maria Christine in der Augustinerkirche in Wien, das mehrere Schüler in seinem eigenen Grabmal (in S. Maria dei Frari in Venedig) getreu nachbildeten. Außerdem kennzeichnen seine Kunst Amor und Psyche in Possagno (nicht zu verwechseln mit der affektierten Gruppe, der sogenannten „Spinne", in der Villa Carlotta am Comersee); die Statue Napoleons (nackt, im Hofe der Brera in Mailand), Paolinas, der Schwester Napoleons (in der Villa Borghese in Rom), und die der Kaiserin Marie Louise. Von seinen Schülern kommen hier Pompeo Marchesi wegen seiner Bildnisgestalten und seiner allegorischen Figuren (Grabmal des Grafen Emanuel von Savoyen in Turin) und Pietro Tenerani, der spätere Jünger Thorwaldsens, in Betracht. Unbeeinflußt von der klassischen Richtung bringt Lorenzo Bartolini in seinen Schöpfungen (Denkmal Napoleons I. in Bastia auf Corsica und des Fürsten Demidow in Florenz am Fuße von San Miniato) eine charakteristische Wiedergabe des Stofflichen zur Geltung.

In Belgien vertritt Matthias Kessels die klassizistische Plastik. Girodet-Trioson und Thorwaldsen, für den er die Reliefs „Tag" und „Nacht" ausführte, waren seine Lehrmeister. Er schuf einen heiligen Sebastian, einen Diskuswerfer und eine Szene aus der Sintflut.

Trotzdem die Kathedralen und Abteien Englands überreich mit plastischem Schmucke versehen wurden, kann es sich doch hierin nicht mit dem Festlande messen; ein volles Jahrhundert hindurch behielt ein kraftlos süßlicher Klassizismus die Oberhand. Neben seinem Führer John Flaxman (Umrißzeichnungen zu Homer und Standbild Nelsons in St. Pauls in London) kommen nur noch in Betracht: John Gibson, der von den Zeitgenossen vielgepriesene Jünger Canovas (Grabmal der Herzogin von Leicester in Longford, polychrome Statuen), Alfred Stevens, der sich in allen bildenden Künsten als Meister und Lehrer betätigte (Denkmal Wellingtons in St. Pauls) und die von französischer und italienischer Kunst beeinflußten Schöpfer des Albert-Memorial (John Foley u. a.). Als klassizistische Porträtbildhauer seien noch genannt: Edward Hodges Baily, Schüler Flaxmans (Statue Nelsons für die Säule auf dem Trafalgar Square), Francis Legatt Chantrey (Bronzestatuen von William Pitt und Richard Westmacott (Statuen von Addison, Pitt, Fox, Nelson, York).

Auch die Plastik der neuen Welt hat sich unter die Herrschaft des Klassizismus beugen müssen, wenn er sich dort auch ein halbes Jahrhundert später entwickelte als in Europa. Neben Hiram Powers, der seine Begeisterung zur Antike in Florenz einsog („griechische Sklavin"), tat sich besonders Horatio Greenough hervor. Er bildete sich in Rom unter Thorwaldsen und Tenerani aus und schuf neben einer Reihe von Idealgestalten die Reiterstatue Washingtons (1843) und andere Kolossalgruppen für das Washingtoner Kapitol.

7. Rußland

Auf russischem Boden findet der Hellenismus in Iwan Petrowitsch Martos, der sich unter Pompeo Batoni und Raffael Mengs ausbildet (Bronzegruppe der Helden Minin

Martos 1752–1835

und Posharsky in Moskau, Statue Potemkins in Cherson und Reliefs) und dem Thorwaldsenschüler B. J. Orlowsky seine besten Vertreter.

Orlowsky 1799–1837

1. Deutschland

§ 98. Malerei. Die neue Richtung der deutschen Kunst nahm ihren Ausgangspunkt in Rom. Hier fand Winckelmann, der, wie Goethe, durch Adam Friedrich Oeser die

a. Klassizismus

ersten klassizistischen Anregungen empfangen hatte, in Anton Raffael Mengs nicht nur einen aufopfernden Freund, sondern auch einen begeisterten Anhänger seiner Kunstanschauungen, die durch des Künstlers Schaffen ihre Bestätigung erhalten sollten. Nach

Oeser 1717–1799

R. Mengs 1728–1779

des Vaters Wunsche sollten einst die Werke des Sohnes den seelischen Ausdruck Raffaels mit dem harmonischen Linienflusse Correggios vereinigen; er selbst wollte ihnen noch die Schönheit der Antike und die Farbenglut Tizians einhauchen. Die Bewunderung, die seine Gemälde erregten, sowie die Nachfolge, die sie weckten, wird vor allem durch den Kontrast verständlich, den der Ernst der neuen Darstellungen, die sich in strengen Formen bewegten, mit dem zierlichen, aber unruhigen Linienspiele und den mehr dekorativen Vorwürfen des Rokoko bildeten. Dazu gesellte sich eine meisterhafte, gefällige Technik, die freilich den Mangel an Natur und innerem Leben nicht zu verdecken imstande war. Sein Hauptwerk ist das Deckengemälde des Parnaß im Kasino der Villa Albani in Rom. Außerdem malte er Fresken in der Camera dei Papiri der vatikanischen Bibliothek und Wand- und Deckengemälde im Schlosse in Madrid. Ölgemälde besitzen die Galerien von Dresden, München (Selbstbildnis) und Madrid, sowie die Hofkirche in Dresden (Himmelfahrt Christi), Pastellbilder (Amor) die Dresdener Galerie. Sein bedeutendster Schüler ist

Tischbein 1751–1829

Wilhelm Tischbein (Biographie von Goethe), dessen bestes Werk (Goethe auf den Ruinen Roms) sich im Städelschen Museum in Frankfurt a. M. befindet: jeder moderne Künstler, dem die Aufgabe zufällt, einen Goethe im Zenith seines Lebens zu bilden, wird auf dieses (und das Lipssche) Porträt zurückgreifen müssen. Die meisten von Tischbeins Gemälden

A. Kauffmann 1741–1807

besitzt die Galerie in Oldenburg. Werke von liebenswürdiger Anmut schuf Angelika Kauffmann (Vestalin und Sibylle, Galerie in Dresden).

Diese Kunstrichtung, in der das Studium der Antike den Mängeln der Natur abhelfen und nachbessern sollte, wegen Mangels an schöpferischer Phantasie aber nur zu einer unvollkommenen, gezwungenen Ausdrucksweise führte, stieß mehrfach auf entschiedenen Widerspruch. Ein Hauptgegner erwuchs ihr in dem autodidaktisch gebildeten Müllerssohn Jakob

Carstens 1754–1798

Asmus Carstens, der allein die Antike als sichern Leitstern wahrer Kunst anerkannte und in ihrem Geiste tiefgründiger und selbständiger als die Mengssche Schule seine meist farblosen oder nur leicht aquarellierten Zeichnungen schuf, in denen der Adel der Linien und die harmonische Gruppierung der plastisch empfundenen Gestalten bewundernswert erscheint, das malerische Prinzip dagegen, in Übereinstimmung mit Winckelmanns und Lessings Vorschriften, vollständig zurücktritt. Eine große Anzahl seiner Werke befindet sich in Weimar: die Geburt des Lichts, die Nacht mit ihren Kindern, die Parzen, die Einschiffung des Megapenthes, Zeichnungen zu Homer, in Berlin (Nationalgalerie): die Griechenfürsten, Priamos vor Achilles.

Hetsch 1758–1839

Mehr unter französischem (Davids) Einflusse stehen Philipp Friedrich Hetsch

Schick 1776–1812

(Griechische Mythen und biblische Stoffe), Gottlieb Schick, der Vater der heroischen Landschaft, und dessen Nachfolger in der Landschaftsmalerei Joseph Anton Koch (Bilder im

Koch 1768–1839

Geiste Carstens zu Dante, Ossian und Shakespeare). Als letzter der Klassizisten taucht

Genelli 1798–1868

Bonaventura Genelli auf, der in seinen Zeichnungen (Leben eines Wüstlings, einer Hexe) eine von Natur und Antike abweichende Proportion der menschlichen Gestalten verwendet.

So übte die Antike noch weit über die Jahrhundertwende hinaus ihre Macht über die deutsche Kunst, aber sie herrschte nicht mehr unbeschränkt. Ja, es fehlte sogar nicht an Künstlern, die sich ganz auf die Natur und sich selbst stellten — unsere ersten Impressionisten —

Chodowiecki 1726–1801

und von dem Zug der klassizistischen Bewegung gänzlich unberührt blieben: Daniel Chodowiecki, Zeichner, Maler, Kupferstecher und Radierer, schildert das Leben seiner Zeit mit scharf beobachtendem Auge und lebendiger Auffassung („Reise nach Danzig", Akademie in Berlin, Sammlung von Zeichnungen auf der Veste Coburg; Stiche und Radierungen, über 2000 Nummern; „Leben eines Liederlichen", Straßenbilder, Familiengruppenbild, Illustrationen zu Minna von Barnhelm und Werther; Bildnisse; Ölgemälde in den Museen von Berlin und

A. Graff 1736–1813

Leipzig). Anton Graff, der einzige deutsche Bildnismaler seiner Zeit, der getreue und geschmackvolle Wiedergabe mit vorzüglicher Technik verband, hinterließ der Nation eine wertvolle Porträtgalerie (26 Bildnisse berühmter Deutscher, darunter Schiller und Lessing, Universitätsbibliothek und Museum in Leipzig; Selbstporträts, Galerie in Dresden; Familien-

Hackert 1737–1807

bildnis, Schloß Sagan). Philipp Hackert, tüchtiger, aber nüchterner Landschafter, von

Goethe allzu günstig beurteilt, gab sein Bestes in fünf Campagnalandschaften (Villa Borghese in Rom). Christian Leberecht Vogel brachte seinen Namen durch die naturwahre Kindergruppe in der Dresdener Galerie auf die Nachwelt, während seine geschichtlichen und allegorischen Darstellungen unfrei und gekünstelt erscheinen. Philipp Otto Runge wird zum Vorläufer der modernen Impressionisten: er malt zuerst farbige Schatten (Kindergruppe in der Hamburger Kunsthalle, 1825) und erfindet Ornamente, in denen sich Naturgefühl und konstruktive Schönheit vereinigen.

Vogel 1759—1816

Runge 1777—1810

b. Romantik

In demselben Rom, in dem die deutsche Kunst wie in einem Gesundbrunnen Läuterung bei der Antike suchte, sollte eine zweite Strömung ihren Ausgang nehmen; der Hang zum Mystisch-religiösen, die Vorliebe für das Mittelalter und den Katholizismus und unter dem Einfluß der Befreiungskriege das Altgermanische, wie es sich in der Literatur kundgab (in Wackenroders Herzensergießungen eines kunstliebenden Klosterbruders) und bereits im Volksgemüt Wurzel gefaßt hatte, ergreift auch die deutsche Kunst. Und wenn sie ihr Gewand nicht mit einem durchaus neuen vertauscht, sondern die alten deutschen und italienischen Meister (Fra Angelico und Luca Signorelli) zum Vorbild wählt, so nimmt sie doch, im zweiten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts, befruchtende, wenn auch nicht immer durchaus gesunde, neue Keime in sich auf, die einem anderen Boden als dem der Antike entstammten: der deutschen Romantik (§ 81). Damit geht Hand in Hand ein sinniges, gemütvolles Eindringen in die biblischen und mittelalterlichen Stoffe, sowie ein entschiedener Widerspruch gegen die klassizistischen Dogmen und den Schematismus des akademischen Studiums.

In den Zellen des ehemaligen Klosters S. Isidoro am Monte Pincio wurde das Neue vorbereitet, ehe es sich in den sechs Darstellungen aus der Geschichte Josephs in der Casa Bartholdy in die Tat umsetzte. Dabei galt es nicht nur, zur Schlichtheit der Maler vor Raffael zurückzukehren, sondern auch die alte verschollene Freskotechnik wieder aufleben zu lassen. Das Haupt der Präraffaeliten oder Nazarener war Friedrich Overbeck, aus dessen Werken die ganze naive Innigkeit seines religiösen Empfindens spricht (Verkauf Josephs, jetzt in der Nationalgalerie in Berlin; Ölgemälde: Christi Einzug in Jerusalem in der Marienkirche in Lübeck, Bund der Künste und der Religion im Städelschen Museum in Frankfurt a. M., Zeichnungen zu den Evangelien, die sieben Sakramente). Mit ihm wirkte außer anderen Philipp Veit, der Sohn der Dorothea Schlegel (der Traum von den sieben fetten Jahren in der Casa Bartholdy; die Einführung der Künste durch das Christentum, Frankfurt a. M.). Peter von Cornelius, wie Carstens Verächter der Farbe, der Begründer der Kartonkunst, dessen Vorbilder Dürer und später die Italiener der Hochrenaissance ihn über das Nazarenertum hinausheben, versucht das Großzügige klassischer Formen mit der Empfindungsweise der Romantik zu vereinigen. Er lebte 1811 bis 1819 in Rom, wurde 1821 Direktor der Düsseldorfer, 1825 Direktor der Münchener Akademie, zerfiel aber mit König Ludwig, der ihm zurief: „Ein Maler muß malen können", und ging 1841 nach Berlin. Von ihm stammen die Fresken: Zur Geschichte Josephs in der Casa Bartholdy, jetzt in Berlin, Bilder zu Dante und Tasso in der Villa des Fürsten Camillo Massimo in Gemeinschaft mit Overbeck, Schnorr und Führich, desgl. in der Glyptothek „Die vier Elemente" im Gewande der griechischen Mythen und Darstellungen aus der Iliade, das jüngste Gericht in der Ludwigskirche in München; außerdem Entwürfe zur Ausschmückung der Hohenzollerngruft, einer vierseitigen offenen Halle im Campo Santo in Berlin, Kartons mit rechteckigem Hauptbilde nebst Lünetten und Pretellendarstellungen, darunter die gewaltigen Apokalyptischen Reiter; Illustrationen zu Faust, Typus der Gretchengestalt. In seinem Gefolge vertritt Heinrich Heß (Freskenzyklen in der Allerheiligenkirche und in der Bonifatiuskirche in München, Kartons in Regensburg und Leipzig) und Johann Schraudolph das religiöse, Jul. Schnorr von Carolsfeld das historische Gebiet, obwohl sich sein Name erst durch die Zeichnungen zur Bibel, in kräftiger Holzschnittmanier, dem deutschen Volke eingeprägt hat (Fresken zu Ariosts rasendem Roland in der Villa Massimi in Rom, zur Nibelungensage im Münchener Königsbau u. a., Ölgemälde in der Dresdener Galerie). Ebenso ruht Joseph von Führichs Bedeutung in seinen Zeichnungen, deren verschummerte, weiche Linien die zartsinnig fromme Absicht des Künstlers trefflich unterstützen (das Vaterunser, der Bethlehemitische Weg, Ruth, der verlorene Sohn, der arme Heinrich). Eduard Steinle, der Schwiegersohn Philipp Veits, fesselt durch anmutige farbige Bilder (Türmer, Violinspieler, Loreley in der Schackgalerie in München; außerdem Kirchengemälde a fresco im Kölner Dom, in Rheineck u. a. O. der Rheinlande, Tafelbilder zu Cl. Brentano und zahlreiche duftige Aquarelle zu rhein-

Overbeck 1789—1869

Veit 1793—1877

P. v. Cornelius 1783—1867

Heß 1798—1863

Schraudolph 1808—1879

Schnorr v. Carolsfeld 1794—1872

G. v. Führich 1800—1876

Steinle 1810—1886

v. Schwind 1804—1871

ländischen Sagen). Moritz von Schwind, dem Freunde Schuberts und Mörickes, war es gegeben, in seinen Zeichnungen und Aquarellen sonnigste Märchendichtung zu verkörpern (die sieben Raben, in Weimar; die schöne Melusine, in Wien, Ritter Kurt Undine,

L. Richter 1803—1884

Fresken auf der Wartburg). Ludwig Richter, der Maler des deutschen Hauses, malt erst italienische und deutsche Landschaften, verdankt aber seinen Ruf den herzerfreuenden Zeichnungen in Volks- und Kinderbüchern, in denen er Landschaft und Lebewesen gleich liebevoll und anmutig naiv darstellt (Erbauliches und Beschauliches, das Vaterunser, Fürs Haus, der Sonntag, die Glocke, Illustrationen zu Hebels Allemannischen Gedichten, zur

W. v. Kaulbach 1805—1874

Spinnstube u. a.). Der Nachfolger und Rivale von Cornelius, Wilhelm von Kaulbach, lehnt sich als Geschichtsmaler an die Franzosen und Belgier an, überragt zwar seine Lehrer in technischer Beziehung, vermag aber den Mangel an Tiefe und künstlerischem Ernste trotz des blendenden, geistvollen und satirischen Beiwerks nicht auf die Dauer zu verdecken (Fresken an der alten Pinakothek in München, desgl. im Treppenhause des neuen Museums in Berlin; Kartons: Friedrich der Große, Napoleon, Alexander von Humboldt; Illustrationen zu Reinecke Fuchs; Goethes Frauengestalten).

A. Rethel 1816—1859

Von monumentaler, schlichter Hoheit sind die geschichtlichen Fresken Alfred Rethels (Karls des Großen Leben im Rathaus zu Aachen, die von Kehren zu Ende geführt wurden, Kaiserbildnisse im Römer in Frankfurt a. M.), während seine Zeichnungen die ganze Staffel der Empfindungen von freundlich-gemütvoller Innigkeit bis zum Dämonisch-Grausigen durchlaufen (Neujahrswunsch, Hannibals Zug über die Alpen, im Dresdener Kupferstichkabinett, Totentanz, der Tod als Freund, die Cholera). Der Freude am Malerischen, an Farbe und Stimmung, kommt noch im Sittenbild und im Bildnis, im Genre und in

Spitzweg 1808—1885

der Landschaft zum Ausdruck: Karl Spitzweg malt den Spießbürger der Kleinstadt, den Briefträger, den Kaktusfreund und den Bücherwurm in behaglicher Umgebung, Albrecht

A. Adam 1786—1862

Adam schildert die Schlachten der napoleonischen Feldzüge, J. C. Stielers und F. X.

1781—1858

Winterhalters Bildnisse bestechen durch Routine, zeigen aber bedenklichen Mangel an

1806—1873

Vertiefung. Heroisch stilisierte Landschaften malen Karl Rottmann (in den Arkaden des

1798—1850

Münchener Hofgartens, a fresco, und in der Pinakothek, mit Harzfarben auf Zement),

F. Preller 1804—1878

Friedrich Preller (Odysseelandschaften in Weimar, Kartons in Leipzig) und Johann

1807—1863

Wilhelm Schirmer (Biblische Landschaften in der Nationalgalerie, Berlin, Hain der

1789—1862

Egeria, Leipzig). In Düsseldorf kommen bereits unter Wilhelm Schadows Leitung, später von den Franzosen beeinflußt, Genre und Sittenbild zur Blüte; Karl Friedrich

Lessing 1808—1880

Lessing wendet sich vom Genre zur Historie und Landschaft (Hussitenpredigt, Huß zu

Bendemann 1811—1889

Kostnitz, Huß auf dem Scheiterhaufen, Eifellandschaften), Eduard Bendemann, der Nachfolger Schadows, verliert sich in sentimentalen Darstellungen alttestamentlicher Stoffe

1805—1875

(Jeremias, Trauernde Juden). Adolf Schrödter malt Leute aus dem Volke (Leier-

1810—1853

kastenmann, Bilder zu Eulenspiegel, Fallstaff und Don Quixote), Peter Hasenclever

1810—1887

Bilder zur Jobsiade (die Weinprobe, das Lesekabinett), Rudolph Jordan Seemannsbilder (Wochensuppe), Jakob Becker Genrebilder seiner Zeit, die großen Beifall fanden (die

1810—1872

vom Gewitter überraschten Landleute), der realistische Autodidakt Franz Krüger, der Pferde-

1797—1857

Krüger genannt (Pferdebildnisse, Parabebilder, Reiterbildnis des Kaisers Nikolaus), Julius

1806—1882

Hübner, Schüler von Schadow, später Direktor der Dresdener Galerie, Bilder meist biblischen Inhaltes (Boas und Ruth, Hiob und seine Freunde, das goldene Zeitalter). Karl Wilhelm

Wach 1787—1845

Wach, Schüler der Berliner Akademie, bildet sich unter Gros in Paris und eröffnet in Berlin 1819 ein Lehratelier; seine Bilder (Christus mit seinen Jüngern, in der Galerie Raczynski, viele Bildnisse) zeigen den Einfluß der französischen Klassizisten. Karl Begas, ebenfalls

K. Begas 1794—1854

Schüler Gros', später Mitbegründer der Berliner Malerschule, versucht sich sowohl in klassizistischer wie in romantischer Art (Taufe Christi in der Garnisonkirche in Potsdam, Christi Auferstehung in der Werderschen Kirche, Heinrich der vierte in Canossa, Mohrenwäsche, Bildnisse berühmter Zeitgenossen).

Der hervorragendste der Wiener Klassizisten ist der Schüler Oefers, Friedrich Hein-

Füger 1751—1818

rich Füger, der in Rom in Mengs aufging und später die republikanische Kunst Davids nach Wien übertrug (Rückkehr des Camillus, Abschied Coriolans, Tod des Germanikus).

Krafft 1780—1856

Johann Peter Krafft, Schüler Davids, malt Historienbilder (Zrinys Ausfall aus Szigeth) und schildert in feinen Genrebildern (des Landwehrmanns Abschied und Rückkehr) bereits

Kupelwieser 1796—1862

das Volks- und Soldatenleben. Leopold Kupelwieser, der den Nazarenern nacheifert, malt neben guten Bildnissen Fresken in ein Statthaltereigebäude und in der Altlerchenfelder

Daffinger 1790—1849

Kirche in Wien. Moritz Michael Daffinger, ursprünglich Porzellanmaler, wird wie

1751—1830

Johann Baptist Lampi und später Friedrich Amerling der Porträtmaler der Wiener

1803—1887

Aristokratie (Kaiser Franz Josef als Kind, Erzherzogin Sophie, Herzog von Reichstadt,

Koch 1768—1839

Grillparzer und Kathi Fröhlich). Joseph Anton Koch, eine satirisch angelegte Natur

(„die Rumfortische Suppe"), entflieht, von dem eklektisch-akademischen Geiste der Stuttgarter Karlsschule angeekelt, nach Rom, widmet sich dort dem Studium Poussins und malt in Wien seine besten heroischen Landschaften (Tivoli, Olevano, das Tibertal). Der Altwiener Joseph Danhauser bildet sich an den holländischen Kleinmeistern und wird später in Anlehnung an englische Genremaler (Wilkie) der Schilderer des Wiener Mittelstandes (Testamentseröffnung, die Pfändung, der Prasser). Ihm und Mathias Ranftl, dem „Hunderaffael", verdankt man übrigens die Gesichtsmaske des lebenden Beethoven. Der bedeutendste Vertreter des Sittenbildes, Ferdinand Georg Waldmüller, ist zugleich der erste Wiener Sezessionist: um glänzende Farben zu erhalten, verfiel er auf den Rat, in der Sonne zu malen, und in seinen Andeutungen zur Belebung der vaterländischen bildenden Kunst verlangte er die Aufhebung aller Kunstakademien (die Klosterfuppe, Pfändung, Sonntagsnachmittag). Franz Steinfelds Landschaften (der Hallstätter See, Verlassene Mühle) zeigen tiefes Versenken in die Natur und in Ruysdaelsche Vorbilder. In Ignaz Raffalts Landschaften machen sich zuerst atmosphärische Stimmungen geltend (Nach dem Regen). Friedrich Gauermann schildert das Tierleben in den Alpen (Gemälde im Museum, Ölstudien in der akademischen Galerie in Wien) und Anton Straßgschwandtner Kriegs- und Zirkusszenen (Allerlei Rassen, Pferdekopfstudien, Pferdelaunen und Reiterabenteuer).

Danhauser 1805—1845
Ranftl 1805—1854
Waldmüller 1793—1865
Steinfeld 1787—1868
Raffalt 1800—1857
Gauermann 1807—1862
Straßgschwandtner 1820—1881

In der Schweiz malen François Diday (Gemälde im Musée Rath in Genf) und sein Schüler Alexandre Calame romantische Alpenlandschaften (Montblanc, Gewittersturm an der Handeck, die Ruinen von Pästum im Leipziger Museum).

2. Schweiz. 1802—1877 1810—1864

In Kopenhagen war Nikolai Abraham Abildgaard, in Stockholm Frederik Westin den Spuren der Antike und der italienischen Renaissance gefolgt. Mit Christoph Wilhelm Eckersberg, Schüler von Abildgaard und David, stellt sich die dänische Malerei auf heimischen, realistischen Boden. Im folgen seine Schüler Wilhelm Bendz (Fincks Kaffeehaus, im Thorwaldsenmuseum), der Genre- und Schlachtenmaler Jörgen Sonne und der humorvolle, vielseitige Wilhelm Marstrand (Bilder zu Stollbergs Lustspielen und zum Don Quixote, Sonntag am Siljansee, der Besuch, Gastgebot Christi). Der Norweger Adolf Tidemand, Schüler von Hildebrandt und W. Schadow, schildert in Anlehnung an die Düsseldorfer Schule, aber ohne jeden sentimentalen Anflug, das Bauernleben seiner Heimat (Brautfahrt im Hardanger Fjord, Düsseldorf; die Brautkrone der Großmutter, in Karlsruhe). Ferdinand Fagerlin, Offizier, Schüler von Karl Sohn und Couture aus Stockholm, nimmt sich das Leben der Schiffer und Fischer zum Vorwurf. Der Schwede Karl Johann Fahlcrantz, Autodidakt, schildert die landschaftliche Natur seines Vaterlands in idealisierten Formen. Peter Christian Skovgaard malt Wald und See seiner dänischen Heimat ohne verschönernde Zutaten wie sein Landsmann Johann Thomas Lundbye (die Kühe auf der Weide). Anton Melbye aus Kopenhagen ist ein vortrefflicher Marinemaler, und Nils Anderssson schildert Land und Leute, ohne die Natur zu zivilisieren.

3. Skandinavien 1743—1809 1782—1862 1783—1853 1804—1832 1801—1890 1810—1873
Tidemand 1814—1876
Fagerlin 1825—1907
1774—1861
Skovgaard 1817—1875
1818—1848
1818—1875
1817—1865

Die Kunst der Revolutionszeit gefiel sich in einer herberen Form und einem strengeren Aufbau der Darstellung; sie sollte sich von der schwächlichen Kunst des alten Regiments auch äußerlich unterscheiden und griff deshalb zu derselben Maske, deren sich bereits die Pariser Mode bediente: zur Tracht der alten Römer und Römerinnen. Die Gestalten der umfangreichen Gemälde werden zu gemalten Statuen, die in ihren theatralischen Stellungen, in der akademisch korrekten Zeichnung und Komposition erkaltend und nüchtern wirken.

4. Frankreich

Das Haupt der gesamten klassizistischen Richtung ist Jacques Louis David. Vorläufer waren u. a. sein Lehrer Joseph Marie Vien, dessen Geschichtsbilder in allen größeren Galerien Frankreichs anzutreffen sind, und Jean Baptiste Regnault, dessen mythologische Bilder seinerzeit großes Aufsehen erregten. Mit beiden Künstlern gründete David die neuklassische Schule. Als er 1781 mit seinem Belisar auf den Plan trat, begann der Siegeslauf des französischen Klassizismus, dessen weitere Etappen durch den Schwur der Horatier (1784) die Sabinerinnen (1795—99) und den Leonidas (1814), im Louvre, gekennzeichnet werden. David war ein Maler von hoher Begabung und Schaffenskraft; um so mehr rächte sich an ihm das Suchen nach einem allgemeinen Schönheitsideale, das er trotz mehrfacher Wandlungen in der Antike zu finden glaubte. Der Raffael der Sansculotten, der als Konventsmitglied für die Hinrichtung Ludwigs XVI. gestimmt hatte, blieb auch als Verherrlicher Napoleons seinem künstlerischen Programm treu (Reiterbildnis des ersten Konsuls, Krönung Napoleons). Von seinem wirklichen künstlerischen Können zeugen die naturalistischen Bildnisse des sterbenden Marat (in Pariser Privatbesitz), Michel Gérards und des ermordeten Lepelletier, des Chemikers Lavoisier und seiner Frau, Madame Récamier, namentlich aber die an seinem

a. Klassizismus
David 1748—1825
Vien 1716—1809
Regnault 1754—1822

Lebensabend in belgischer Verbannung gemalten Porträte (die Töchter Josephe Bonapartes, Madame Morel de Tanguy und ihre beiden Töchter, im Louvre). In der Verherrlichung des Kaisers begleiten ihn zwei Schüler. Jean Antoine Gros, der Märtyrer des Klassizismus (Bonaparte an der Brücke von Arkole, Napoleon bei den Pestkranken in Jaffa, die Schlacht von Eylau) zeigt unverkennbare realistische Neigungen, unterliegt aber im Kampfe mit den Eingebungen Davids sowie den Vorwürfen seiner bereits der Romantik huldigenden Gegner und endigt in der Seine. François Pascal Gérard, Bildnismaler der Napoleonischen Familie, ist der Maler des Belisar in der Leuchtenbergischen Galerie in Petersburg und von Amor und Psyche (im Louvre), aber auch des Porträts der Madame Récamier und des vortrefflichen Bildnisses des Malers Isabey mit dessen Töchterchen (im Louvre). Pierre Narcisse Guérin, Schüler Regnaults, malt dramatisch bewegte, pathetische Szenen aus der Antike (Hippolyt und Phädra, Andromache und Pyrrhos, Klytämnestra und Agamemnon, im Louvre). Jean Auguste Dominique Ingres, Schüler und Nachfolger Davids, und wie dieser „Tyrann der Künste," ist Schöpfer großer Kompositionen von trefflicher Zeichnung, die uns kalt lassen. In einigen Gemälden (Übergabe der Schlüssel an Petrus, im Louvre, Martyrium des heiligen Symphorian, in der Kathedrale von Autin, Apotheose Homers, im Louvre) finden sich Gestalten von edler Einfachheit, die von gewissenhaftestem Naturstudium zeugen; seine „Quelle" ist von Falguière ins Plastische übertragen worden. Das Beste hat er in seinen Bildnissen (Bertin ainé und Madame Devaucay) und vortrefflichen Bleistiftzeichnungen hinterlassen. Anne Louis Girodet-Trioson, ebenfalls Schüler Davids, leitet bereits zur Romantik hinüber, die sich unter der Restauration (Louis XVIII.), getragen von neuem religiösen und geschichtlichen Interesse, allmählich neben dem Klassizismus Geltung verschafft (Szene aus der Sintflut, Begräbnis Atalas, im Louvre).

Gros 1771—1835

Gérard 1770—1837

Guérin 1781—1867

Ingres 1780—1867

Girodet-Trioson 1767—1824

b. Romantik

Die Romantik begnügte sich nicht mit der korrekten Zeichnung, sondern belebte und erwärmte ihre Schöpfungen durch Licht und Farbe. Bereits Pierre Prudhon wurde durch das Studium der großen Italiener, namentlich Leonardos und Correggios, von der Davidschen Schule abgelenkt und gab sich in seinen Idyllen und Allegorien (Weisheit und Wahrheit, der Verbrecher, Psyches Entführung, Schaukelnder Zephyr) als träumerischer Poet. Seine Freundin war die Malerin Konstanze Mayer (der Traum vom Glück), nach deren selbstgewähltem Tode er noch eine Himmelfahrt Mariae und eine Kreuzigung Christi malte. Elisabeth Vigée Lebrun malt anmutige Frauenbildnisse (Selbstbildnis mit ihrer Tochter, Madame Molé-Raymond, im Louvre, Maria Antoinette, in Versailles) nach Art des achtzehnten Jahrhunderts. Machtvoll und leidenschaftlich erhob sich die romantische Bewegung und mit ihr starkes malerisches Empfinden, als Théodore Géricaults Reiterbilder (Offiziere, Gardejäger, Verwundeter Küraſſier, im Louvre) — eine offene Kriegserklärung gegen den klassischen Formalismus — im Salon erschienen. Diese Bilder sind nicht frei von gezwungenen Stellungen, an denen auch sein bekanntes Floß der Medusa (mit dem Kopf Delacroix', links überhängend) im Louvre leidet. Die Absicht, den französischen Rückzug aus Rußland auf einem großen Gemälde darzustellen, verhinderte ein unglücklicher Sturz vom Pferde, der ihm das Leben kostete. Der Hauptgegner der klassischen Richtung Davids ist der phantasievolle und rastlose Eugène Delacroix, wie Géricault Schüler Guérins; schon sein erstes bedeutendes Bild, die Dantebarke, zeigt ihn als entschiedenen Koloristen, noch mehr tut dies sein Gemetzel auf Chios (beide im Louvre) und seine zahlreichen Bilder aus dem Orient und der heiligen Geschichte. Sein großes Lebenswerk umfaßt außer Ölgemälden und monumentalen Malereien auch zahlreiche Radierungen und Lithographien (u. a. Illustrationen zu Faust und Götz, die auch Goethen zu Gesicht kamen), sowie schriftstellerische Arbeiten. Unter den Malern des Juste milieu, des Bürgerkönigtums, dem auch das Versailler Museum à toutes les gloires de la France seine Entstehung verdankt, erweckte Paul (eigentlich Hippolyte) Delaroche, Schüler von Gros und Schwiegersohn von Horace Vernet, am meisten die Bewunderung seiner Zeitgenossen, besonders durch seine Historienbilder: Filippo Lippi und Lucrezia Buti, Tod der Königin Elisabeth, Cromwell am Sarge Karls I., Die Söhne Eduards IV. in Tower (im Louvre), Ermordung des Herzogs von Guise, Napoleon in Fontainebleau (Leipzig) mit seinen eigenen Napoleon ähnelnden Zügen. Trotz der Einsprache des Kunstkritikers J. B. Planche, daß alle die geschichtlich treuen Kostüme und Interieurs von verzweifelter Neuheit seien und die Opfer seiner historischen Katastrophen aussähen, als hätten sie sich für einen Maskenball kostümiert, bildeten diese geleckten Gemälde mit ihrem bestechenden Kolorit noch lange das Entzücken der großen Menge. Sein Hemizykle (Darstellung der Kunstheroen bis zum 17. Jahrhundert), das durch den vortrefflichen Stich von Henriquel Dupont weithin Verbreitung fand, diente u. a. Kaulbachs Zeitalter der Reformation zum Vorbild. Ähnliches gilt von dem bekannten Schlachtenmaler Horace Vernet, dessen kolossale, dekorativ prahlerische Gemälde

Prudhon 1758—1823

† 1821

Vigée Lebrun 1755—1842

Géricault 1791—1824

Delacroix 1799—1863

Delaroche 1797—1856

Planche 1808—1857

H. Vernet 1789—1863

in Versailles (die Schlachten von Jena, Wagram, Fontenoy, Marschall Moncey an der Barrière von Clichy, Einnahme von Konstantine, die Erstürmung der Smala [d. h. des Lagers] u. a.) ihm die Gunst der Fürsten und des Volkes lange Zeit sicherten. Wie Schrader und Menzel das typische Bild des alten Fritz schufen, so gaben die Zeichnungen Vernets zu Laurents Werke der Gestalt des kleinen Korporals das volkstümliche Gepräge. Neben Vernet stehen die Militärmaler Toussaint Charlet, Schüler von Gros und Freund Delacroix', der durch seine Soldaten- und andere humoristische Szenen (Vor der Kantine) großen Anklang im Volke fand, ebenso der gemütvolle Auguste Raffet (der alte Soldat, die nächtliche Heerschau, durch Zedlitz' Gedicht angeregt), vor allem aber Hippolyte Bellangé (Heimkehr des Soldaten u. a., in Versailles und Leipzig; das Schlachtfeld von Waterloo u. a.), dessen Einfluß bei Meissonier, sowie bei Neuville und Detaille zu erkennen ist.

Charlet 1792—1845
Raffet 1804—1860
Bellange 1800—1866

Zu Delaroches Nachfolgern zählen: Nicolas Robert Fleury, Schüler von Gros, Horace Vernet und Girodet (Szene aus der Bartholomäusnacht, Religionsgespräch zu Poissy, Luxembourg; die Leiche Tizians Museum in Antwerpen), Léon Cogniet, Schüler von Guérin (Marius auf den Ruinen von Karthago, der Bethlehemitische Kindermord, Tintoretto seine auf dem Totenbett liegende Tochter malend, im Museum in Bordeaux), Léon Benouville (Tod des heiligen Franz von Assisi), Eugène Devéria, Schüler von Girodet (Geburt Heinrichs IV., Louvre), Charles Gleyre (Verlorene Illusionen, Louvre, Herkules und Omphale, Pentheus und die Mänaden), Ary Scheffer, Schüler von Guérin, pathetisch in seinen Historien- und Schlachtenbildern, in Versailles, empfindsam und elegisch in seinen Genrebildern und Illustrationen (Augustin und seine Mutter, Szenen aus Faust, Francesca da Rimini), Thomas Couture, Schüler von Gros und Delaroche (Der verlorene Sohn, die Römer der Verfallzeit, Luxembourg; der Falkner, in der Galerie Ravené in Berlin), Jean Gigoux (Tod Leonardos, Kleopatra und Malereien in der Kirche St. Gervais in Paris), Octave Tassaert, der Correggio der Mansarde, der sentimentale Maler des menschlichen Elends (Unglückliche Familie, die Waisen), Alexandre Antigna, und endlich auch Leopold Robert, Schüler von Girardet und David, dessen italienischen Genrebildern (Ankunft der Schnitter in den Pontinischen Sümpfen, Rückkehr vom Feste der Madonna dell' Arco, Louvre, und Galerie Raczinsky in Posen, die Fischer von Chioggia) Theophil Gautier und Heinrich Heine einst begeistertes Lob spendeten; den übertrieben empfindsamen Künstler trieb eine hoffnungslose Liebe zu einer Prinzessin aus bonapartischem Geschlechte in Venedig in den Tod. Sie alle und noch viele andere mit Ruhm überschüttete Künstler dieser Zeit sind bereits fast ganz der Vergessenheit anheimgefallen: es fehlte ihren Schöpfungen vor allem an wahrem, innerem Leben. Hin und wieder waren sie im Bildnis glücklich, wie Louis Dubufe, Larivière, Winterhalter und Trutat (Weibliche Figur im Louvre). Endlich bot die Eroberung von Alger neuen Stoff zu koloristischem Studien und romantischen Genrebildern. Alexandre Decamps, der Entdecker des Orients, fruchtbar in der Erfindung und technisch gewandt, schildert orientalisches Familienleben und legt sich auf das Tierstudium (Hundebildnisse, Singes experts, d. i. Menschen mit Affenköpfen als Kunstkenner). Er lebte lange Zeit unter den Künstlern von Fontainebleau, in dessen Wäldern er durch einen Sturz vom Pferde seinen Tod fand. Prosper Marilhat malt Nilufer, Ägyptische Stadt in der Dämmerung, Araber; Eugène Fromentin, Schüler von Cabat, vielseitig begabt, illustriert seine eigenen schriftstellerischen Arbeiten (ein Sommer in der Sahara, ein Jahr im Sahel) und schreibt Les maîtres d'autrefois (über die alten vlämischen und holländischen Künstler); auf ihn gehen alle unsere heutigen Orientmaler von Guillaumet und Benjamin Constant bis Bompard und Dinet zurück.

Fleury 1797—1890
Cogniet 1794—1880
Benouville 1821—1859
Devérin 1805—1868
Gleyre 1807—1874
Scheffer 1795—1858
Couture 1815—1879
Gigoux 1806—1894
1800—1874
1818—1878
1794—1835
Dubufe 182 —1883
Winterhalter 1806—1873
Decamps 1803—1860
Marilhat 1811—1852
Fromentin 1820—1876

Die wirkliche dekorative Malerei, die sich der Architektur harmonisch einordnet, findet ihre Vertreter in Viktor Orsel, der die Fresken des Camposanto in Pisa eingehend studierte und mit den Brüdern von S. Isidoro in Rom verkehrte; er schmückte Notre Dame de Fournières in Lyon und, vereint mit Alfons Parin, zwei Kapellen von Notre Dame de Lorette in Paris (das irdische Leben und himmlische Wirken der heiligen Jungfrau, Gemälde in Wachsfarben). Die Freskenmalereien von Viktor Mottez in der Vorhalle der ehemaligen Hofkirche St. Germain l'Auxerrois in Paris sind leider infolge der mangelhaften Technik zum größten Teil bereits vernichtet. Der große Plan Paul Chenavards, das Pantheon mit Wandgemälden zu schmücken, die die kulturelle Entwicklung der Menschheit schildern sollten, wurden zwar von der Regierung der zweiten Republik angenommen, aber später, unter Napoleon III., durch den Einfluß des Klerus vereitelt. Seine Gemälde (Verhör Ludwigs XVI., Zurechtweisung des Marquis de Dreux-Brezé durch Mirabeau) waren einst wegen ihrer Tendenz von der Jury abgelehnt worden. Théodore Chassériau, Schüler von Ingres, malt das Tepidarium (römische Badeszene im Louvre), Macbeth und die Hexen und treffliche Bildnisse; seine figurenreichen monumentalen Wandgemälde im Treppen-

Orsel 1795—1850
Mottez 1809—1897
Chenavard 1808—1895
Chassériau 1819—1856

hause des Rechnungshofes sind mit diesem zugrunde gegangen. — Die großen Karikaturisten und Sittenschilderer fanden erst spät die verdiente Würdigung, trotzdem sie Bleibendes schufen:

Bailly 1810—1879 Daumier 1801—1866 1818—1879 1827—1892

Bailly, der die Revolution und das Kaiserreich humoristisch beleuchtete, der geniale und kühne Honoré Daumier, der in der Figur des Robert Macaire eine ganze Klasse verkörperte, wie später Henri Monniers in seinem Monsieur Prudhomme und Gavarni in Thomas Virelogue, sowie endlich Cham de Noë und A. Grevin.

5. Belgien 1739—1822 1743—1827

In Belgien halten sich Lens und Herreyns, der eine süßlich in der Farbe, der andere in Form und Farbe übertreibend, noch an die Rezepte van Dycks und Rubens'. Ihnen folgen die von den Franzosen (David Delacroix und Delaroche) beeinflußten

Navez 1787—1869

Klassizisten. Josephe Navez, Schüler Davids, in Paris und Brüssel, ist nicht ohne realistische Züge, die dem Studium der Italiener und der Natur entsprangen (Hagar und Ismael, Isaak und Rebekka, im Museum in Brüssel; Sokrates' Zeichnungen). Gustave

Wappers 1803—1874

Wappers kehrt nach klassizistischem Anlaufe (Regulus) zur altvlämischen farbenprächtigen Malerei zurück (Selbstaufopferung des Bürgermeisters van der Werff, Szene aus der belgischen Revolution). Antwerpen wird durch ihn zum Mittelpunkt der belgischen Kunst, nachdem auch ausländische, besonders deutsche Künstler wallfahrten. Weniger kraftvoll und selbständig

N. de Keyzer 1813—1887

ist sein Rivale Nicaise de Keyzer (Sporenschlacht von Courtray im Museum von Courtray; Schlacht bei Worringen in Brüssel, die Kindesmörderinnen, in Genf). Affektiert und theatralisch sind auch die einst von der Mitwelt hochgepriesenen Gemälde von

E. de Biefve 1809—1882 Gallait 1810—1887 Slingeneyer 1823—1894

Edouard de Biefve (Kompromiß des niederländischen Adels gegen die Inquisition, Museum in Brüssel und in Berlin), von Louis Gallait (Abdankung Karls V., in Brüssel, Egmonts letzte Augenblicke u. a.) und des technisch gewandten Ernste Slingeneyer (Schlacht bei Lepanto, in Brüssel, Untergang des Vengeur, Kolossalbilder Gloires de la Belgique in der

Leys 1815—1869

Brüsseler Akademie). Hendrik Leys malte seine geschichtlichen Darstellungen anfangs in der Weise der Holländer (Rembrandt, Ostade, van Dyck) und vertiefte sich später in das Studium der älteren Niederländer (Quinten Massys u. a.), deren Stil er auf seine eigenen Schöpfungen übertrug (Wandgemälde aus der Geschichte Antwerpens, im dortigen Stadthause).

J. von Regemorter 1785—1873 F. de Braekeleer 1792—1883 J. van Brée 1780—1871 Madou 1796—1877

Ignaz von Regemorter und Ferdinand de Braekeleer, Schüler von Phil. Jak. van Brée, malten Genrebilder nach bekanntem holländischem Muster (Volksszenen in der Art von Teniers). Jean Baptiste-Madou, unerschöpflich in geistreichen und humoristischen Einfällen, zeichnet und aquarelliert komische Gestalten und Szenen aus dem Volke, besonders aus dem Wirtshausleben und wendet sich in seinen Werken Physiognomie de la société en Europe de Louis IX à nos jours und Scènes de la vie des peintres de l'école flamande et hollandaise dem geschichtlichen Anekdotenbilde zu. Eugène

Verboeckhoven 1799—1881

Verboeckhoven schildert Schafe, Pferde und Rinder (in den Museen Belgiens, in Leipzig und Berlin), in Gemälden und Radierungen von korrekter Zeichnung und glatter, geleckter Manier.

Wiertz 1806—1865

Der überspannte Anton Wiertz sucht Michelangelo und Rubens den Rang abzulaufen; seine Kolossalgemälde (Kampf um Patroklos, Napoleon in der Hölle, die Romanleserin u. a.) befinden sich im Musée Wiertz in Brüssel; er ist der Erfinder der peinture-mate (Teigmalerei), in der z. B. der „Leuchtturm von Golgatha" gemalt ist. Jan

Swerts 1820—1879

Swerts, angeregt durch die deutschen Nazarener und Kartonmaler, versucht im Verein mit seinem Freunde Godfried

Guffens 1823—1901

Guffens die religiöse Monumentalmalerei und Freskotechnik zu neuem Leben zu erwecken. (die sieben Leiden der Maria in Notre Dame zu St. Nicolas in Antwerpen [1858 durch Brand zerstört], Annenkapelle in St. Veit in Prag, Wandgemälde der Börse in Antwerpen u. a.).

6. Italien Appiani 1754—1817 Camuccini 1773—1844

In Italien vertreten Andrea Appiani, der Hofmaler Napoleons (Fresken in vielen Mailänder Palästen, in der Peterskirche in Mainz, Mythus der Psyche im Schloß in Monza) und der Historien- und Porträtmaler Vincenzo Camuccini einen schwächlichen theatralischen Klassizismus.

7. Spanien J. Madrazo 1781—1859 geb. 1815

In Spanien macht sich José Madrazo y Agudo, Schüler von David, um Malerei und Lithographie in gleicher Weise verdient (Colleccion lithographica de cuadros del rey de España); dessen Sohn Federigo de Madrazo, Schüler seines Vaters und Winterhalters, malt historische Bilder (Gottfried von Bouillon, in Versailles) von sorgsamer Zeichnung und gewandter Technik.

8. England Haydon 1786—1846 B. West 1738—1820 Barrys 1741—1806

Am wenigsten hatte England unter dem Einflusse des Klassizismus zu leiden, wenn er auch hier Opfer forderte: Benjamin Haydon, unermüdlich nach Stilveredelung ringend, geht gleich Gros an ihm zugrunde (Volksszene vor der Expedition des Punch, National Gallery in London). Die klassizistische Malerei war nach dem Auftreten des Amerikaners Benjamin West (Orest und Pylades vor Iphigenie, Alexander und sein Arzt), dessen Schülers James Barrys (Fest der Ceres, Tod des Generals Wolfe, Fresken in dem Haupt-

saal der Adolphe Society of Arts) und John Flaxmans (Umrißzeichnungen zu Homer) fast ganz von der Bühne verschwunden, und Wests Tod des Generals Wolfe im Grosvenor House zeigte noch mit leisem romantischen Anfluge deutliches Streben nach Natürlichkeit und Verinnerlichung. John Singleton Copley übertrifft seinen Landsmann B. West in realistischer Darstellung (Tod des Grafen Chatam und Tod des Majors Pearson in der National Gallery). Thomas Lawrence, schon mit zwölf Jahren berühmter Bildnismaler, mit dreiundzwanzig Hofmaler, mit sechsundzwanzig Mitglied der Akademie, der Maler der vornehmen Welt, zeigt in seinen Bildnissen (Mrs. Siddons, Miß Farren, Lady Gower mit ihrem Kinde, Red boy bei Lord Durham, dem Gegenstück zu Gainsboroughs Blue boy, John Angerstein und Frau, im Louvre) eine gefällige Grazie, steht aber hinter Henry Raeburn, dem schottischen Reynolds, zurück, der ihm an Kraft und Tiefe überlegen ist (Lord Newton). James Northcote (Ermordung der Kinder Eduards IV. für Boydells Shakespearegalerie) schreibt das Leben Tizians und Reynolds', William Etty versucht mit mehr Fleiß als Glück den großen Venetianern und Rubens gleichzukommen (Venus auf Paphos, Kleopatra), während der phantasievolle Schweizer Johann Heinrich Füßli in London Dante, Milton und Shakespeare (Titania in der National Gallery) illustriert. Charles Eastlake, Historienmaler und Kunstgelehrter (Materials for a history of oil-painting), malt Genrebilder aus dem italienischen Volksleben und Gemälde biblischen Inhaltes von zartem Ausdruck (Pilger vor Rom, Christus segnet die Kinder u. a.). Edward Armitage, Schüler von Delaroche, und John Herbert gehören zur Gefolgschaft der französischen und belgischen Historienmaler (Wandmalereien im Parlamentshause).

Copley 1737—1826
Lawrence 1769—1830
Raeburn 1756—1823
1746—1831
1787—1849
Füßli 1741—1825
Eastlake 1793—1865
Armitage 1817—1896
Herbert geb. 1810

Der volkstümlichste Genremaler wird John Wilkie (Dorfpolitiker, Pfändung, Testamentseröffnung). George Morland, eine unstete Künstlernatur, der Maler ländlicher Szenen, der Dorfschänken und Pferdeställe (National Gallery), vereinigt gewandte Technik mit scharfer Beobachtungsgabe für Licht- und Farbeneindrücke, die ihn über seine Zeit hinaushebt. Gleiches gilt von den Landschaftsmalern William Turner und John Constable, deren Bilder in der Wiedergabe der Natur bereits den kommenden Impressionismus verkünden (Turnersäle in der National Gallery). John Crome, Old Crome, der Begründer der Schule von Norwich, malt die Szenerien der Grafschaft Norfolk. Als Illustratoren haben Thomas Shethard und William Blake Vortreffliches geleistet; jener wird wegen seiner Zartheit als englischer Fra Angelico gepriesen; dieser schmückt seine eigenen schwärmerischen Dichtungen Songs of Innocence and Experience und Youngs Nachtgedanken mit phantastischen Zeichnungen. Die Karikaturisten Thomas Rowlandson, George Cruikshank und John Leech, die beide für den Punch zeichneten, waren, wie Charles Keene, vorzügliche Schilderer des Volkes. Aus der Künstlerfamilie des Kupferstechers John Landseer ragt der Tiermaler Sir Edwin Landseer, Schüler Haydons, hervor, der schottisches Hochwild, Rassehunde und Löwen malt, später hie und da mit humoristischer Anspielung auf menschliche Verhältnisse (Brüllender Hirsch, der Letzte an des Schäfers Grab, Jack als Schildwache, Alexander und Diogenes), und die vier Löwen für die Nelsonsäule auf Trafalgar Square modelliert.

Wilkie 1785—1841
Morland 1763—1804
Turner 1775—1851
Constable 1776—1837
Crome 1768—1821
Shethard 1755—1834
Blake 1757—1827
1756—1827
1792—1848
1817—1864
1823—1889
1769—1852
E. Landseer 1802—1873

Die Maler Amerikas besitzen in ihren Reihen nur einen einzigen Vertreter des Klassizismus, einen Schüler Wests, Washington Allston, dessen Gemälden (Jeremias und der Schreiber) neben straffer Zeichnung eine gewisse Großzügigkeit innewohnt. Ein anderer Schüler Wests ist der fruchtbare Historienmaler und Adjutant Washingtons, John Trumbull, der das Kapitol von Washington mit Bildern aus dem amerikanischen Befreiungskriege schmückte. Durch Emanuel Leutze wird die amerikanische Malerei mit Zügen der Düsseldorfer Schule durchsetzt (Kolumbus vor dem Rat von Salamanka, Übergang Washingtons über den Delaware). William Mount vertritt in Szenen aus dem Farmerleben das Genrebild.

9. Amerika
Allston 1779—1843
Trumbull 1756—1843
Leutze 1816—1868
Mount 1806—1868

Nach einigen gewaltsamen Versuchen der Petersburger Akademie, den Klassizismus in Rußland einzubürgern, wird die Reihe der von ihrer Zeit gefeierten nüchternen Mengs- und Davidschüler (Alexei Egorow, Andreas Iwanow u. a.) von selbständigeren, realistischen Künstlern durchbrochen: der vielseitige Theodor Tolstoi entwirft anmutige Zeichnungen zu den Märchen von Amor und Psyche, Orest Kiprensky (eigentlich Schwalbe) nimmt sich die großen Vlamen zum Vorbild, Alexander Orlowsky, erst Soldat und später Gaukler, entwickelt sich zum russischen Wouwermann, Alexei Wenezianow gibt das russische Bauernleben in ungeschminkten Schilderungen wieder, und Alexander Iwanow ringt in seiner Erscheinung des Messias im Volke nach natürlichem, kraftvollem Ausdruck des Seelenlebens. Paul Andreewitsch Fedotow, ursprünglich Offizier, ist ein trefflicher Vertreter des sozialistischen Tendenzbildes (die Brautwerbung des Majors, der neubackene Ordensrichter u. a.), Karl Pawlowitsch Brülows Untergang von Pompeji, von Walter Scott einst als

10. Rußland
1776—1851
1775—1848
1783—1836
1777—1882
1779—1846
1806—1858
Fedotow 1815—1852
Brüllow 1799—1852

Epopöe der Malerei gepriesen, ist dagegen nur ein theatralisches Effektstück, das gleichwohl die Wiederbelebung des Farbensinnes fördern half.

11. Japan

Die Liebe zu Natur und Kunst ist dem Japaner eingeboren; frische Luft und Sonnenlicht sind ihm unentbehrlich. Sein luftiges, zierliches Wohnhaus (Yashiki) ist ein einstöckiger Fachwerkbau mit Zimmern, in denen drei Papierwände, deren starke Holzrahmen in Nuten laufen, eine Vergrößerung oder eine Verbindung mit der um das Haus laufenden Terrasse gestatten. In der festen, vierten Wand befindet sich eine Nische (Tokonoma), wo das nach Belieben auszuwechselnde Rollbild (Kakémono) aufgehängt ist und neben Götterbildern und Räuchergefäßen Vasen und Blütenzweige stehen, die nach bestimmten Regeln der japanischen Blumenkunst gewählt und angeordnet sind. Ein Ölbild oder gar ein Öldruck als Zimmerschmuck wäre dem Japaner ein Greuel; seine farbigen Bilder sind auf seidenweiches Papier mit Wasserfarben gemalt und mit buntem Stoffe eingerahmt. In Japan lernt schon das Kind mit dem Pinsel schreiben und im Zeichenunterricht das Weiße aussparen, um den sinnfälligen Eindruck eines Gegenstandes oder auch einer Bewegung hervorzurufen: es wird zum Dilettanten im eigentlichen Sinne des Wortes erzogen. Das geübte Auge des Japaners nimmt die charakterisierenden Eindrücke einer Bewegung intensiver wahr und hält sie sicherer fest als der Europäer, der über die Naturtreue dieser mit den denkbar einfachsten Mitteln hergestellten Momentbilder in Entzücken gerät oder sie nicht versteht. Der japanische Impressionismus ist älter als der unserige; er ist der Erbe einer langen Reihe von Generationen, die die Kunst übten, in wenigen Strichen und farbigen Flächenzügen nicht nur wundervolle dekorative Wirkungen hervorzubringen, sondern auch dem entzückten Auge das volle Leben des vielgestaltigen Naturbildes vorzutäuschen. „Wenn der Japaner einen Blütenzweig malt, so ist es der ganze Frühling!" beteuerte schon der Wiener Dichter Peter Altenberg. Die japanische Kunst geht fast nur auf den Wohllaut von Form und Farbe aus, das Motiv, der stoffliche Inhalt ist ihr meist ziemlich gleichgültig; daraus erklärt sich der völlige Mangel einer eigentlichen Bildniskunst. Ehrfurcht vor dem Stil der alten Meister ist der Grund, weshalb die Künstlerhand dem richtigen Sehen zum Trotz die korrekte Perspektive noch lange vernachlässigt und Schlagschatten, Helldunkel und Glanzlichter grundsätzlich vermeidet, — ein Grund mehr, warum der Europäer geraume Zeit braucht, ehe er zum vollen Genuß japanischer Zeichnungen gelangt. Umgekehrt erschwerte der dunkle Galerieton unserer Gemälde dem Japaner das Verständnis für abendländische Kunst, und erst als sie sonnigflutendes Licht reflektierte, fand man sie im Lande der aufgehenden Sonne genießbar.

Wie die Japaner seit den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in die Geheimnisse unserer Industrie eingedrungen sind, so verdanken unsere Künstler den ostasiatischen Holzschnitten und Malereien eine neue kinematische Ausdrucksform der Linie und vordem ungekannte Harmonien farbigen Lichtes. Die Besten der Modernen, wie Manet, Monet, Degas, Whistler, Max Klinger, Orlik, Thomas Theodor Heine und Toulouse Lautrec, ließen die geistvollen Schöpfungen auf sich wirken.

In das 18. Jahrhundert reichen mehrere bedeutende Vertreter der Kanoschule (nach ihrem Begründer Kano Montonobu, der 1476—1559 blühte). Das Heimatland dieser Kunstrichtung ist China, ihre Kennzeichen: Konturen von eminenter Charakteristik der Bewegung, mächtige dekorative Wirkung, daneben stilistische Eigentümlichkeiten, die der Anlehnung an chinesische Gepflogenheiten entspringen. Sosen, der Maler der Tiere, nach dem Leben, namentlich der Affen, Yosen (Genshisai) der Landschaften, und Buntshio sind die hervorragendsten. Unter den Meistern der realistischen Schule (Ukiyoe-riu), besonders der Farbenholzschnitte, befinden sich die auch im Abendland oft genannten Namen: Tokitaro Katsushika Hokusai, der Schüler Shiunshos, der fruchtbare, treffsichere, originelle Zeichner, dessen meisterhafte Pinselführung und unerschöpfliche Erfindungsgabe zu höchster Bewunderung zwingt. „Der Mensch des Schicksals", der japanische Menzel, wie man ihn nannte, bezeichnet sich selbst als Gwakiojin Hokusai, als den verrückten Zeichennarren; er geht schon

Sosen 1746—1821
1752—1808
1773—1841
Hokusai 1760—1849

als Kind ganz in der Natur auf; er zeichnet alles, was sich ihm bietet, nicht nur die Dinge, sondern auch die Stimmungen; die Prosa und die Poesie des Lebens sieht er bald mit dem Auge des begeisterten Dichters, bald mit dem des humoristischen Philosophen und Satirikers; Zeugen seiner Vielseitigkeit und seines Arbeitsdranges sind außer seinen Surimonos (Neujahrskarten, Reklamen bis zum Formate von 18 : 52 cm), sein fünfzehnbändiges Mangwa (Sammlung von Vorlegeblättern), seine zahlreichen Skizzenbücher, sowie 500 Bände von Buchillustrationen. Von seinen Werken sind im Okzident die Farbendrucke der Promenaden von Yedo, die 36 Ansichten des Vulkans Fuji und die Fugakei Yakukei, die 100 Ansichten des Fuji, die Wasserfälle und die Brücken (Schwarzdrucke) am bekanntesten. Sein Schüler Uwoya Hokkei, sowie Keisai Yeisen, Shiriusai Hirósighe, dessen poesievolle Landschaftsbilder durch die zarte farbige Abtönung die Schönheiten aller Zeiten des Jahres aufs reizvollste wiedergeben, während seine Menschengestalten ans Karikaturenhafte streifen, Utagawa Kunisada, der Landschaften und Schauspielerbilder malt, Shofu Kiōsai, der beste der Hokusaischüler, scharfäugig und humorvoll in seinem Mangwa und Gwafu, und Kikúchi Yōsai, der Herausgeber des Holzschnittwerkes Zenken Kójitsu, einer 20bändigen Sammlung von Biographien berühmter Männer, waren fast alle auf dem Gebiete des Surimono tätig und folgten mehr oder weniger den Spuren des großen Meisters.

1780—ungefähr 1855

Hirósighe 1792—1848

Kunisada 1797—1858

Kiōsai 1787—1865

Yōsai 1831—1890

1787—1878

Mit den fünfziger Jahren begann die Zersetzung der japanischen Kunst durch europäische Einflüsse, Illustrationen und Maltechniken. Hirósighe verwendete bereits Anilinfarben, die festen Regeln schwanden, und nach dem Sturze des letzten Shogunen (1868) ging die alte intime Kunst des Nipponlandes unaufhaltsam ihrer Auflösung entgegen.

Drittes Buch.

Europa von der Stiftung der Heiligen Allianz bis zur Julirevolution.

---

§ 99. Überschau und Vorblick. Wie im Leben des einzelnen auf Zeiten übergroßer Anspannung Zeiten der Erschlaffung folgen, so auch in dem der Völker: hier wie dort vollzieht sich die Entwicklung nicht in geradem Fortschritt, sondern in Zickzacklinien. Das beweist für die Völkergeschichte auch die Zeit nach dem Zusammenbruch der napoleonischen Macht.

Romantischer Geist

Die Ursache dafür liegt in dem Schrecken, den die Greuel der französischen Revolution und die Lasten der napoleonischen Zwangsherrschaft über das alte Europa gebracht hatten: unter diesem Eindruck erstarkte jene Geistesrichtung, die wir die romantische (§ 81) nennen. Die Ideen der Aufklärung und der Revolution kamen in Mißkredit: hatte man sich hier nur vom Verstande leiten lassen, eine neue Weltordnung konstruiert und dem historisch Gewordenen kein Recht zuerkannt, so trat jetzt das Gemüt wieder in sein Recht, so erschien jetzt eben das Historische wieder als wertvoll. An die Stelle der Freigeisterei trat eine sich verschiedenartig äußernde Frömmigkeit und Kirchlichkeit: sie zeigte sich ebensosehr in schwärmerisch-mystischen Empfindungen, wie in der Union der preußischen Landeskirche und in der Wiederherstellung des von der Aufklärung beseitigten Jesuitenordens. Auf wissenschaftlichem Gebiete nahm die Geschichtsforschung einen gewaltigen Aufschwung, und die historische Auffassung des Rechts verdrängte das Naturrecht. In der Kunst wandte man sich ab vom Klassizismus und kehrte zu nationalen Gedanken zurück, wie denn der nationale Gedanke aus dem historischen Sinne der Romantik überhaupt Nahrung zog.

Heilige Allianz

Gestützt auf diesen Geist konnten die vor der Revolution allmächtigen Kreise der Gesellschaft die Früchte der großen Befreiung der Masse des Volkes entziehen und für sich pflücken. Diesem Geiste entsprach die Heilige Allianz; in ihm fand sie ihren Verbündeten. So erhaben der Gedanke einer christlichen Völkerfamilie mit allgemeiner Bruderliebe auch sein mochte, so ideal das Gelöbnis der Herrscher, ihre Völker als Familienväter zu beherrschen, erschien: die Heilige Allianz bekundete doch zunächst die Absicht, die Geschicke Europas nicht durch die Völker, die in der Revolution und den Befreiungskämpfen die Entscheidung gebracht hatten, sondern wie im 18. Jahrhundert durch die Regie-

rungen zu bestimmen. Über die Richtung, die diese patriarchalische Regierungsweise zu verfolgen habe, war damit an sich noch nichts entschieden. Alexander und Friedrich Wilhelm mochten beim Abschluß des Bundes von den edelsten, auch volksfreundlichen, Absichten beseelt gewesen sein, — Kaiser Franz faßte die Verhältnisse von Anfang an viel nüchterner auf, und sein staatskluger Minister Metternich, der den ganzen Vertrag zuerst für „bloßes Geschwätz" erklärte, benutzte ihn dann unter dem (romantischen) Schlagwort der Legitimität und des monarchischen Prinzips zur Unterdrückung aller nationalen und freiheitlichen Bestrebungen. Metternichs Politik erklärt sich aus der schwierigen Lage Österreichs, denn zugeben muß man, daß solche Bestrebungen für keinen Staat gefährlicher waren als für das vielsprachige Österreich, dessen Nationen bei einem Siege nationaler Selbstbestimmung auseinanderstreben mußten. Von österreichischem Standpunkte hatte Metternich also nicht unrecht, wenn er den mystisch-patriarchalisch gefärbten Bund, der zunächst an sich nicht antiliberal gemeint war, in eine allen nationalen Zielen und dann auch allem freiheitlichen Staatsleben feindliche Bahn lenkte.

Nationale und liberale Ideen

Und doch hatte gerade aus den nun verfolgten Ideen das Volk die Kraft geschöpft zur Abschüttelung der Fremdherrschaft, waren gerade diese Ideen das dauernd wertvolle Ergebnis der Revolutions- und Blutjahre. Nicht die Kräfte, deren Wortführer Metternich war, hatten Napoleon überwunden, sondern die von Stein, Scharnhorst und den übrigen preußisch-deutschen Patrioten vertretenen nationalen und liberalen Gedanken. In diesen lag die „moralische Energie", die die moralische Energie der französischen Revolution überwunden hatte (§ 1); für diese Ideen hatte das Volk in edler, bewundernswürdiger Aufopferung sein Alles eingesetzt: eben deshalb hatten diese Ideen in moralischer Wertung das Recht auf ihrer Seite, ebendeshalb konnten sie nicht untergehen. Wie in früheren Zeiten die Spanier im Kampf gegen die Araber (II, § 336), die Franzosen in dem gegen England (II, § 274, 350), die Schweden gegen Dänemark (II, § 369), die Russen gegen die Mongolen (II, § 374) sich zur Nation hindurchrangen, so wurden auch die Deutschen im Kampf gegen die französische Unterdrückung erst recht zur Nation.

Auf dem Wiener Kongreß nicht befriedigt und auch weiterhin von den Gewalthabern unterdrückt, lebten die nationalen Ideen gerade in den geistig hochstehenden Kreisen der Völker fort, aber diese wurden leider in Opposition gegen die Regierungen gedrängt, und ihre Bestrebungen erhielten notgedrungen einen revolutionären Anstrich. Während die alten, aus der Geschichte überkommenen Machtgegensätze zwischen den großen Staaten blieben, spaltete sich zugleich ganz Europa gewissermaßen in zwei große Lager: auf der einen Seite standen die reaktionären Regierungen, gestützt auf die konservativen Kräfte und den gekennzeichneten romantischen Geist, auf der anderen Seite die Vertreter der unbefriedigten, aber berechtigten nationalen und freiheitlichen Wünsche, von denen jedoch die nationalen ebenfalls von der hierbei in beiden Lagern wirkenden Romantik befruchtet wurden. Dieser Zustand ist verhängnisvoll geworden vor allem in den beiden Ländern, die im Wiener Kongreß am wenigsten befriedigt worden waren, und deren nationale Ausgestaltung Österreich im eignen Interesse am schärfsten bekämpfen mußte: in Deutschland und Italien. Fast zwei Generationen sind durch diesen Gegensatz verbittert worden, bis

endlich unter der Führung großer Staatsmänner die konservativen Kräfte der Staaten unter Ausschluß Österreichs zur Erfüllung der so lange bekämpften nationalen und liberalen Ideale mitwirkten. Zunächst jedoch gelang es Metternich mit Hilfe der Heiligen Allianz, die auf mehreren Kongressen gefestigt wurde, überall die nationalen und liberalen Bewegungen zu unterdrücken. So geschah es durch die Interventionen in Italien und auf der Pyrenäenhalbinsel, so in Deutschland durch die Karlsbader Beschlüsse. Dabei traten der Allianz alle christlichen Regierungen bei mit Ausnahme des praktisch-klugen England und des die Gemeinschaft mit Ketzern ablehnenden Papstes; Frankreich wurde auf dem Kongreß zu Aachen (Okt. 1818) aufgenommen.

England

Während so die kontinentalen Mächte mit der reaktionären Interventionspolitik beschäftigt waren, erweiterte England, fortschreitend auf der zur Zeit Napoleons eingeschlagenen Bahn, seine Seeherrschaft, trat im Dienste seiner Machtpolitik nach Beseitigung der ausschließlich konservativen Regierung für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein und begann im Innern, wenn auch sehr langsam, eine Reihe notwendiger Reformen. Es erschien so in gewissem Sinne im Gegensatz zu den Mächten der Allianz als Träger des Liberalismus. Etwas Ähnliches gilt von den aus der Revolution geborenen Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Erschütterung der Heil. Allianz

Als die Heilige Allianz über ein Jahrzehnt die Geschicke der Völker Europas bestimmt hatte, erfuhr ihr System nach einem Mißerfolg in Portugal von zwei Seiten her schwere Erschütterungen, von

a) Amerika

Amerika und von Griechenland. Der Abfall der spanischen Kolonien vom Mutterlande war im Sinne der Heiligen Allianz auch eine Revolution gegen die legitime Regierung und hätte also auch eine Intervention gefordert. Dem aber widersetzte sich der junge nordamerikanische Freistaat unter seinem Präsidenten Monroe; durch die sogenannte Monroe-Doktrin wurde den neuen Republiken eine von europäischer Einmischung freie Entwicklung gewährleistet.

b) Griechenland

Schwerer als dieser Vorgang traf die Allianz der griechische Freiheitskrieg. In den Beziehungen zwischen Asien und Europa (vgl. II, § 1) hatte seit 1683 eine neue Periode eingesetzt: das Osmanische Reich wurde allmählich nach Asien zurückgedrängt. Bisher war das geschehen durch die beiden Nachbarstaaten, durch Österreich und Rußland; jetzt erhoben sich die von den Türken unterworfenen christlichen Völker. Sie vertrauten dabei auf das glaubensverwandte Rußland. Nach Metternichs Meinung war auch diese Erhebung eine Rebellion gegen den legitimen Herrn, und zunächst schien es, als würde sich Rußland dieser Anschauung fügen. Aber der große Gegensatz zwischen Christentum und Islam erwies sich doch als stärker: Rußland mußte im Dienste seiner natürlichen Machterweiterung seinen Glaubensgenossen die erhoffte Hilfe leisten; England, wo ein liberaler Minister die auswärtige Politik leitete, schloß sich, einem ähnlichen Machtinstinkte folgend, an, und Frankreich konnte und wollte, dem gleichen Instinkte nachgebend, nicht zurückbleiben. Dazu kam die Erregung des Philhellenismus, in der sich die neuhumanistische Begeisterung für das klassische Altertum, der Kreuzzugseifer der christlichen Romantiker und die liberale Gegnerschaft gegen die heimischen Regierungen zusammenfanden.

Der Sieg der Griechen und die Anerkennung ihres Staates durch die europäischen Mächte bedeutete das politische Ende der Heiligen

Allianz. An dieser entscheidenden Wendung kräftigten sich die liberalen und nationalen Gedanken des Bürgertums, das auch in der geistigen, wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung eine Stärkung erfuhr, und dieses Bürgertum triumphierte dann über die Allianzideen vollständig in der Julirevolution.

Erstes Kapitel.

Die ersten Zeiten des Deutschen Bundes.

§ 100. Die Deutsche Burschenschaft und die Karlsbader Beschlüsse. Die Deutschen sollten zuerst erfahren, wie Metternich den Zweck der Heiligen Allianz, die innere Sicherheit der europäischen Staaten zu schützen, auffaßte, und wie das Ruhebedürfnis, die konservativ-romantische Stimmung, benutzt wurde. Mit dem Abschluß des zweiten Pariser Friedens kehrten die Krieger, die voll vaterländischer Begeisterung freiwillig zu den Waffen geeilt waren, zu ihrer alten Tätigkeit zurück. In den Nöten der Zeit hatte eine weihevolle Stimmung, eine ernste Auffassung des Lebens besonders auch die jüngeren Männer ergriffen, die nun auf den Universitäten ihre Arbeiten wieder aufnahmen. Auf sie hatten auch die Ideen des Turnvaters Ludwig Jahn eingewirkt, der schon 1811 auf der Hasenheide bei Berlin einen Turnplatz eröffnet und nach dem Kriege unter reger Beteiligung der Jugend die Turnkunst weitergepflegt hatte. Was Jahn in seinem „Deutschen Volkstum" anstrebte, die deutsche „Volkkleinerei", d. h. die deutsche Kleinstaaterei, zu beseitigen, das wollte er auch auf den Universitäten durch den Zusammenschluß aller getrennten Landsmannschaften zu einer Burschenschaft erreichen. Schon 1812 hatte er dem Rektor der Berliner Universität, Fichte, eine „Ordnung und Einrichtung deutscher Burschenschaften" vorlegen lassen. Nun, noch in der ersten Begeisterung der gemeinsam durchlebten Kampf- und Siegesjahre, beschlossen in Jena die Landsmannschaften, sich zu einer einzigen Verbindung, der „Burschenschaft", zu verschmelzen. Ihre Konstitution und die Farben nahm dieselbe von der Landsmannschaft der Vandalen her.

Ludwig Jahn 1778—1852

Burschenschaft 12. Juni 1815

Die herrschende Ansicht läßt diese Farben von den Uniformfarben des Lützower Freikorps stammen, die durch die schwarze Farbe des Waffenrocks, den roten Vorstoß und die gelben Knöpfe andeuten sollten, daß die Lützower das Vaterland aus der Nacht der Knechtschaft durch Blut zur goldnen Freiheit führen wollten: es ist aber festgestellt worden, daß den Führern der Freikorps erlaubt worden war, die verschiedenfarbigen Röcke, in denen die Freiwilligen eintrafen, durch Schwarzfärben gleichmäßig zu machen. Man hat ferner behauptet, Schwarz-Rot-Gold seien die Farben des alten Deutschen Reichs gewesen: es hat aber keine derartigen Reichsfarben gegeben. Diese Herleitungen werden auch dadurch hinfällig, daß die Farben der ersten Deutschen Burschenschaft nicht Schwarz-Rot-Gold, sondern Schwarz-Rot (mit goldner Einfassung oder Stickerei) waren, und daß das Gold erst nach dem Wartburgfest in das Band aufgenommen worden ist: natürlich bleibt trotzdem die nationale Bedeutung, die diese Farben erlangt haben (§ 157), bestehen.

Unter dem Einfluß der von Jahn gepflegten „teutonischen Richtung" lud die Jenenser Burschenschaft alle evangelischen Universitäten zum 18. Oktober 1817 auf die Wartburg, um die Leipziger Schlacht und das dreihundertjährige Jubelfest der Reformation zu feiern. 468 Studenten von 12 Universitäten erschienen in Eisenach. Man zog am 18. Oktober

Wartburgfest

in feierlichem Zuge auf die Wartburg, wo eine begeisterte Rede gehalten wurde; dann folgte ein Festgottesdienst in der Stadt und am Abend ein Fackelzug auf den Wartberg. Als hier die Fackeln zusammengeworfen waren und die meisten Studenten sich schon entfernt hatten, warfen einige, unter ihnen der Berliner Maßmann, in studentischem Übermute Luthers Beispiel (Verbrennung der Bannbulle) nachahmend, die Titel verschiedener ihnen als unfrei erscheinender Bücher nebst den Zeichen der alten absolutistischen Zeit, wie Zopf, Schnürleib, Korporalstock u. dergl., in das Feuer. Am nächsten Tage, 19. Oktober, fanden noch Beratungen über die Gründung der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft und einer Burschenzeitung statt. Die Aufregung, welche diese angeblich politische Umsturzideen kundgebende Wartburgfeier hervorgerufen hatte, legte sich bald, wurde aber wieder entfacht durch eine Denkschrift des russischen Staatsrats Stourdza. In dieser Schrift, die er dem Kaiser Alexander
1818 auf dem Kongresse der Heiligen Allianz in Aachen überreichte, folgerte er aus dem ungebundenen Freiheitssinn der Universitäten den bevorstehenden Ausbruch einer Revolution in Deutschland und forderte dagegen den Eingriff der Regierungen. Dazu kam, daß die preußische Regierung die Turnplätze schloß und Maßregeln gegen die Burschenschaft ergriff.

Alle diese Ereignisse trieben einen der Wartburggenossen, den Theologen Karl Ludwig Sand aus Wunsiedel, einen frommen, vaterlandsliebenden,
Ermordung Kotzebues aber von Schwärmerei erfüllten Jüngling, zu einer unseligen Tat, der
23. März 1819 Ermordung des russischen Staatsrats von Kotzebue. Sand stand der von Karl Follen in Gießen geführten Gruppe der „Unbedingten oder Schwarzen" nahe, die mit kaltem Fanatismus den Tyrannenmord zur Erreichung der großen Ziele für erlaubt erklärten. Kotzebue hatte sich durch seine gehässigen Berichte an den russischen Hof über die in Deutschland herrschende Stimmung, durch seine leichtfertigen Schriften und besonders durch seine der Fürstengewalt und den Adelsvorrechten dienende Zeitschrift, worin er das Treiben der jugendlichen Weltverbesserer mit dem bittersten Spott überschüttete, den Haß der Studenten zugezogen. Vor ihren Drohungen war er von Weimar nach Mannheim gegangen, und hier traf ihn, „den russischen Spion, den Verräter am Vaterlande", der Dolch Sands; sein Versuch, sich selbst zu töten, wurde vereitelt. Sand wurde im Mai 1820 hingerichtet. Ob er Mitwisser gehabt hat, ist nicht erwiesen; seine Tat aber wurde von der öffentlichen Meinung bewundert und Sand als ein Märtyrer der Freiheit angesehen. Bald darauf machte
1. Juli 1819 ein Apotheker Löning, der ebenfalls dem Kreise Follens angehörte, einen Mordversuch auf den herzoglich nassauischen Präsidenten von Ibell. Gefangengenommen, tötete er sich im Gefängnis.

Die beiden Mordtaten riefen eine ungeheure Aufregung in Deutschland hervor, und Metternich war sofort bei der Hand, um sie in seinem Sinne zur vollen Niederdrückung jeder freiheitlichen Bewegung auszubeuten. Er fand an der preußischen Regierung eine willkommene Hilfe. Sie verfügte nicht nur eine strenge Untersuchung des Demagogentums auf den Universitäten, sondern ließ sich auch von den reaktionären Elementen dazu drängen, Männer wie Arndt, Schön, Schleiermacher, Jahn u. a., deren Wort und Beispiel in den Zeiten der Not von so großer Wirkung gewesen war, als Förderer demagogischer Umtriebe zu verfolgen
29. Juli 1819 und ihrer Ämter zu entsetzen. Friedrich Wilhelm traf mit Metternich

in Teplitz zusammen, und dann wurden auf Vorschlag des letzteren in Karlsbad unter Zuziehung einiger sicherer deutscher Regierungen, Hannover, Sachsen, Mecklenburg, Bayern, Baden, Nassau und Württemberg, strenge Maßregeln gegen das „rote Gespenst" beschlossen. Karlsbader Beschlüsse 6.—31. Aug. 1819

In vier Entwürfen wurden folgende Bestimmungen vereinbart: 1. Eine Exekutionsordnung wurde festgesetzt, welche die Vollziehung der Bundesbeschlüsse überwachen, und wenn nötig, mit Gewalt durchsetzen sollte; 2. die Universitäten sollten streng beaufsichtigt, der Geist der Vorlesungen beobachtet und demselben eine heilsame Richtung gegeben werden. Universitätslehrer, die durch erweisliche Abweichung von ihrer Pflicht oder Überschreitung der Grenzen ihres Berufs, durch Mißbrauch ihres rechtmäßigen Einflusses auf die Gemüter der Jugend, durch Verbreitung verderblicher, der öffentlichen Ordnung und Ruhe feindseliger oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen untergrabender Lehren ihre Unfähigkeit im Amte gezeigt, sollten abgesetzt und in keinem Bundesstaate wieder angestellt werden; alle geheimen oder nicht autorisierten Verbindungen, besonders die Allgemeine Burschenschaft, wurden verboten; keiner, der noch darin bliebe oder zuträte, sollte ein öffentliches Amt erlangen. 3. Preßerzeugnisse unter 20 Bogen sollten nicht ohne Genehmigung der Landesbehörde gedruckt, alle andern nach den einzelnen Landesgesetzen behandelt werden. Dieses vorbeugende Gesetz sollte über den Landesgesetzen stehen und jeder Bundesstaat für die Verletzung desselben verantwortlich gemacht werden. 4. Eine aus den Vertretern Österreichs, Preußens, Bayerns, Hannovers, Badens, Nassaus und Darmstadts bestehende Zentraluntersuchungskommission wurde in Mainz eingesetzt, um die in mehreren Bundesstaaten entdeckten revolutionären Umtriebe weiter zu untersuchen. Der österreichische Kaiser verhinderte wenigstens noch, daß dieser Kommission auch richterliche Befugnisse übertragen wurden. Den Versuch, auch gegen die Ständeverfassungen der einzelnen Bundesstaaten Bestimmungen zu treffen, mußte Metternich bei dem entschiedenen Widerspruche der süddeutschen Höfe, besonders Württembergs, die mit besorgter Eifersucht über der ihnen zugestandenen Souveränität wachten, fallen lassen.

Diese Karlsbader Beschlüsse wurden dann dem Bundestage in Frankfurt vorgelegt und unter dem Hochdrucke der größeren Staaten scheinbar einstimmig angenommen; die abweichenden Meinungen verschwanden in einer geheimen Registratur. 20. Sept.

§ 101. Die Wiener Schlußakte und die Bundeskriegsverfassung.

Was Metternich in betreff der Verfassungen der einzelnen Staaten in Karlsbad nicht hatte erreichen können, das hoffte er auf der nach Wien berufenen Konferenz aller Bundesstaaten durchzusetzen. 25. Nov.—24. Mai 1820

In der Wiener Schlußakte wurde über die landständischen Verfassungen bestimmt, daß der Artikel 13 der Wiener Bundesakte (§ 71): „in allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden" überall ausgeführt werden solle, jedoch unter Einhaltung folgender Grundsätze: die gesamte Staatsgewalt sollte im Souverän vereinigt bleiben, der durch die Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Stände gebunden sein solle; keine Verfassung dürfe die Fürsten in der Ausübung ihrer Bundespflichten hindern oder beschränken; die Redefreiheit in den öffentlichen Kammerverhandlungen sollte durch die Geschäftsordnung so gebunden sein, daß keine öffentliche Gefährdung des einzelnen Staates oder des gesamten Bundes erwachse; auf Antrag eines Bundesgliedes solle der Bund die Gewähr von Landesverfassungen übernehmen; im übrigen würde sich der Bund von Einmischungen fernhalten, soweit nicht Unruhen aus Streitigkeiten zu befürchten seien. Wiener Schlußakte

Am Bundestage wurde diese Schlußakte in der Plenarversammlung zum Grundgesetz des Bundes erhoben und so der Bund zu einem unauflöslichen Verein nicht eigentlich der deutschen Staaten, sondern der souveränen deutschen Fürsten und freien Städte gemacht; an eine Stärkung der Bundesgewalt dachte man mithin höchstens den etwa liberalen Einzelregierungen, nicht aber dem Auslande gegenüber. 8. Juni 1820

Diesen Beschlüssen entsprach auch völlig die erbärmliche Gestaltung

Bundeskriegsverfassung

der Bundeskriegsverfassung. Preußen hatte schon 1816 Anträge auf eine wirksame Bundeskriegsverfassung gestellt; indes fanden diese von Österreich wenig Unterstützung und bei den übrigen Staaten den heftigsten Widerwillen. Man scheute die Lasten eines stehenden Heeres und fürchtete Eingriffe in seine souveränen Rechte; in einem Kriegsfalle aber baute man auf die Bereitschaft Österreichs und Preußens. So schleppten die Verhandlungen sich bis 1821 hin, wo man endlich über eine provisorische Bundeskriegsverfassung übereinkam.

Es wurde eine Bevölkerung von 30 1/10 Millionen herausgerechnet, danach das Kontingent auf 1/100 derselben bestimmt, jedoch so, daß ein weiteres 1/2 Prozent im Maximum, 1/6 Prozent im Minimum nach dem Ausrücken als Ersatzmannschaft aufgestellt werden sollte. Zu diesem Bundesheer sollten Österreich und Preußen je drei Armeekorps, Bayern eines stellen; das achte sollte aus Württemberg, Baden und Hessen gebildet werden, das neunte von Sachsen, Kurhessen, Nassau, Luxemburg und Limburg, das zehnte von Hannover, Braunschweig, Holstein, Lauenburg, den beiden Mecklenburg, Oldenburg und den Hansestädten; die übrigen Staaten sollten eine Reserveinfanteriedivision stellen. Dabei war nun die Einrichtung dieser Kontingente, die Ausbildung, Bewaffnung, Disziplin usw. den Einzelstaaten völlig überlassen; es war verboten, ein kleines Kontingent in den Verband eines großen aufzunehmen. Für den Krieg wählte der Bundestag einen Bundesfeldherrn, der nur von dem Bundestage und dessen Militärausschuß Befehle empfangen durfte, in dessen Hauptquartier die Kontingentsherren ihre souveränen Sonderrechte durch unabhängige höhere Offiziere ausüben konnten. Das alles stand aber erst auf dem Papier; der Ausführung stellten fast alle deutschen Fürsten außer Preußen die größten Hindernisse in den Weg. In betreff der Landesfestungen einigte man sich erst 1825 über Mainz, das mit 20000 Mann aus Österreich, Preußen und den kleinsten Staaten besetzt werden sollte, über Luxemburg und Landau 1830, über den Bau von Ulm und Rastatt 1841 und 1843. Glücklicherweise ist das Bundesheer als Ganzes niemals gegen einen äußern Feind aufgeboten worden; es wäre womöglich noch hinter der Reichsarmee des 18. Jahrhunderts zurückgeblieben.

§ 102. Die Verfassungsfrage in den deutschen Mittelstaaten.

Konservative und Liberale

Die Ideen von der Teilnahme des Volkes am Staatsleben wurden indes durch die Metternichsche Politik nicht unterdrückt (§ 99). Ihnen schien eine auf der vernünftigen Verbindung der Fürsten- und Volksrechte beruhende Monarchie oder „gemischte Staatsordnung" am meisten zu entsprechen: denn sie nähre die Würde des Königtums, sichere dem Volke die ihm gebührenden Rechte, Steuerbewilligung, Mitaufsicht über die Verwendung der Staatseinkünfte und Teilnahme an der Gesetzgebung, und gebe durch die Freiheit der Presse der Nation und Regierung Gelegenheit zur Entwicklung und Ausbildung des Staatslebens und zur Abstellung von Mißbräuchen, Ungerechtigkeiten und unzeitgemäßen Einrichtungen. So begann in den einzelnen Staaten der Kampf um das Repräsentativsystem, nach dem die Regierungsgewalt an die Zustimmung der Landstände (Volksrepräsentanten, Volksvertreter) gebunden ist; es bildeten sich die Parteien der Konservativen und Liberalen (§ 99). Die ersteren (bald Aristokraten, auch Servile, Reaktionäre genannt) wünschten dem Volke möglichst wenige, die andern (als Demokraten oder, wenn sie das Äußerste anstrebten, auch als Radikale bezeichnet) möglichst viele Rechte einzuräumen; sie wollten, daß wenigstens der kümmerliche Artikel 13 der Wiener Bundesakte (§ 101) zur Wahrheit werde; zugleich befanden sich in ihren Reihen die Vertreter der nationalen Ideen, die eine bessere politische Einheit Deutschlands erstrebten.

Nord- und Süddeutschland

In dem Verfassungskampfe trat nun ein scharfer Gegensatz zwischen dem Norden und Süden Deutschlands zutage. Dort herrschte meist starre Unbeweglichkeit, Rückkehr zu den aristokratisch-absolutistischen Staats-

ordnungen, zum Adels- und Beamtenregiment, die Politik einer Restauration, die über die Umwälzungen der Zeit einfach hinwegsehen zu können glaubte; die süddeutschen Staaten dagegen waren in voller Bewegung, Neuerung und Unruhe. Dort bestanden die neuen Grundgesetze, wenn sie überhaupt zustande kamen, bestenfalls aus einzelnen Bestimmungen über die Zusammensetzung und die Rechte der Stände, hier aus einer Zusammenfassung des gesamten öffentlichen Rechts. Dort beruhte das ständische Wesen meist auf der mittelalterlichen Grundlage der Vertretung einzelner bevorrechtigter Körperschaften und Klassen, hier auf dem Grundsatz einer Vertretung des gesamten Volkes bei Ausübung der Staatsgewalt, nach dem Muster der französischen Charte (§ 72), die meist auch in der Errichtung doppelter Kammern nachgeahmt wurde. Dieser Gegensatz entsprang einmal aus der leichteren, erregbareren, heißblütigeren Volksnatur der Süddeutschen gegenüber der konservativeren und ruhigeren Anschauung der Norddeutschen. Er erklärt sich aber auch aus den verschiedenen Schicksalen, die die napoleonische Zeit über die deutschen Länder gebracht hatte. Im Nordwesten waren die meisten Fürstenhäuser verdrängt worden; es fand hier eine Rückführung der legitimen Dynastien statt, die ihren Haß gegen die Franzosenzeit in der rücksichtslosesten Wiederherstellung des alten Staates auch in seinen vertrocknetsten Formen auf Kosten vieler entschieden wohltätiger Neuerungen kundgaben. Anders im Süden, wo die Fürsten, unter der Fremdherrschaft groß geworden, eher Sehnsucht nach jener Zeit als Haß gegen dieselbe trugen, wo die neuen Gestaltungen im wesentlichen nur eine Sanktion eines seit 1803 verfolgten Entwicklungsprozesses, nicht einen plötzlichen Umschwung darstellten, wo die Verbindung der verschiedenartigsten Staatsbestandteile die Rückkehr zum Alten unmöglich machte, wo es galt, in den bunt zusammengewürfelten Gebietsteilen das staatliche Gemeingefühl zu wecken, wo die Reaktion gegen die napoleonischen Umwälzungen alle Ansprüche der mediatisierten Reichsstände wieder hätten aufleben lassen. Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß gerade jene Fürsten, die auf dem Wiener Kongreß im Gegensatz zu Preußen alles Verfassungswesen mit Eifer bekämpften, zuerst auf der Bahn freierer Staatsordnungen voranschritten. Es erklärt sich dies aus den angedeuteten Tatsachen: es war hier eben mit den alten Zuständen so völlig aufgeräumt worden, daß eine Anknüpfung an dieselben ganz unmöglich war. Zugleich aber wirkte man damit dem nationalen Einheitsgedanken entgegen: man wollte die anfangs befürchtete Einmischung des Bundes in die Verfassungsfrage vermeiden; und wie sollte Sehnsucht nach weiterer Unterordnung unter den Bund oder die Großmächte entstehen, wenn man dort nur öden Stillstand erblickte? Der Süden fühlte sich so dem Norden gegenüber als das Land der Freiheit und Aufklärung. Es wurde ein Glaubenssatz, daß es das Interesse und der Vorzug der kleineren deutschen Staaten sei, im Gegensatz zu den Großmächten freiere Verfassungen zu geben.

Der erste deutsche Fürst, der sein Land mit einer ständischen Verfassung beschenkte, war 5. Mai 1816
der Großherzog Karl August von Sachsen-Weimar, derselbe hochgebildete Fürst, der die 1758–1828
Zierden deutscher Poesie um sich versammelte: eine einzige, aus Rittergutsbesitzern, Bürgern und Bauern gebildete Versammlung vertritt alle Staatsbürger und besitzt die Teilnahme an der Gesetzgebung mit dem Recht der Initiative, das Steuerverweigerungsrecht, Preßfreiheit und viele andere wichtige ständische Rechte. Etwas später erfüllte der Herzog Friedrich August 1818
von Nassau sein schon 1814 gegebenes Versprechen. — In Württemberg trat die neue Repräsentativverfassung erst nach langen Kämpfen mit den Untertanen Alt-Württembergs,

die auf Wiedereinführung ihrer alten, mit großen Rechten ausgestatteten Stände drangen,
1816—1864 ins Leben. Friedrich I. (§ 43) hatte diese aufgehoben, erst sein Nachfolger Wilhelm I.
26. Sept. 1819 brachte die neue Verfassung zustande, als die Karlsbader Beratungen die Alt-Württemberger von längerem Widerstand abschreckten. — Im Jahre 1818 wurden auch in Bayern
26. Mai 1818 durch Maximilian Joseph und in Baden durch Großherzog Karl landständische Verfassungen
22. Aug. 1818 eingeführt. In diesen drei süddeutschen Staaten besteht die Landesrepräsentation aus zwei Kammern, aus der Ersten Kammer (in Bayern Reichsräte), worin der hohe Adel, die Vertreter der beiden Landeskirchen u. a. Sitz und Stimme haben, und der durch Volkswahl gebildeten zweiten Kammer. — Auch das Großherzogtum Hessen-Darmstadt erhielt
17. Dez. 1820 eine den Nachbarstaaten ähnliche Konstitution, aber mit einem minder demokratischen Wahlsystem. — In Hannover wurde eine allgemeine Landesversammlung auf Grund der alten
7. Dez. 1819 Landesverfassung eingerichtet mit überwiegendem Einfluß des Adels und der Beamten. Bei dieser nach Ständen gesonderten Vertretung war die Mitverwaltung der Steuern und die Mitberatung der Landesgesetze von wenig Belang. Da die Unterhaltungskosten (Diäten) der Deputierten den Gemeinden zur Last fielen, so wählten diese meistens Beamte der
25. April 1820 Residenz, um der Ausgaben überhoben zu sein. — In Braunschweig wurde während der Minderjährigkeit des Herzogs Karl (eines Sohnes des bei Quatrebras gefallenen Friedrich Wilhelm [§ 75]), von der Regentschaft eine „revidierte Landschaftsordnung" eingeführt. Diese mißfiel dem Herzog; er gestattete sich nach seiner Volljährigkeit vielerlei Eingriffe in die Verfassung, die er als eine Beschränkung seiner Hoheitsrechte ansah, und behandelte Land und Volk mit großer Härte. — Auch in Mecklenburg, wo der Bauernstand noch leibeigen und die Bürgerschaft ohne Bedeutung war, blieb die landständische Vertretung aus aristokratischen Elementen zusammengesetzt und ohne gesetzgebende Macht. — Im Königreich Sachsen regierte bis zum Jahre 1827 der vielgeprüfte Friedrich August milde und gerecht
1827—1836 mit Zuziehung der alten Stände des Reichs. Sein hochbetagter Bruder Anton, der ihm nachfolgte, war ein wohlgesinnter Herr, wurde aber durch seine Anhänglichkeit an die katholische Kirche dem lutherischen Lande entfremdet; Übergriffe der Polizei und allzu große Bevormundung des Volkes durch die Regierung nährten den Unmut gegen diese. —
1760—1821 In Kurhessen erhielten die Soldaten von dem zurückgekehrten Kurfürsten Wilhelm I. die Zöpfe und das Land die aus dem Mittelalter stammende Ständeversammlung wieder; alle Beförderungen, die seit 1807 in Amt und Heer eingetreten waren, wurden rückgängig gemacht, und die Käufer der unter französischer Regierung veräußerten Kammergüter, wozu man auch die eingezogenen Besitzungen der Deutschherren in Marburg u. a. O. rechnete, wurden zur Rückerstattung des erworbenen Eigentums ohne Entschädigung gezwungen; die alte Gemeindeordnung, das Feudalwesen, die früheren Rechte und Titel wurden wiederhergestellt und im großen und kleinen alles auf den alten Fuß gesetzt. Die zahlreichen Kinder, die dem Kurfürsten die Gräfin Hassenstein geboren hatte, versorgte er mit Apanagen, welche das Land durch eine Salzsteuer aufbringen mußte. Ihm folgte sein Sohn
1821—1847 Wilhelm II., ein habsüchtiger, jähzorniger Mann; die Maitressenwirtschaft der Reichenbach, der Skandal seines häuslichen Lebens, seine gewalttätige Herrschaft steigerten die Mißstimmung seines Volkes bis zum Haß. Vergebens suchte der Landtag die Trennung des fürstlichen Hausvermögens vom Staatsvermögen, der Justiz von der Verwaltung durchzusetzen. — Die sächsischen Herzogtümer und die meisten kleinern Staaten Deutschlands erhielten ständische Vertretungen entweder durch Wiederbelebung oder Verbesserung des alten Ständewesens oder durch Einführung neuer Verfassungen.

(1792) 1804—1835 **§ 103. Österreich.** An Kaiser Franz I. waren die gewaltigen Ereignisse, deren Zeuge er gewesen war, ohne Lehre für die Zukunft seines Landes vorübergegangen. Seiner kleinlichen Auffassung vom Leben eines Volkes, seinem für alles höhere Streben verständnislosen Geiste waren neue Einrichtungen, Fortschritte des geistigen und wirtschaftlichen Lebens gleich unangenehm; vor allem war er ein abgesagter Feind jeder Verfassung. „Totus mundus stultizat et vult habere constitutiones novas" (Die ganze Welt ist verrückt und will neue Verfassungen haben) hörte man ihn oft sagen. Trotzdem genoß er eines hohen Maßes von Popularität, da er geflissentlich eine Gutmütigkeit und leutselige Herablassung zur Schau trug, auch im echten „Weaner" Deutsch mit den gewöhnlichen Leuten redete, während er doch von Natur gefühllos, kalt berechnend und mißtrauisch war, wie denn unter ihm das unwürdigste polizeiliche Spionen-

wesen sein Spiel trieb. Unter einem solchen Herrscher konnte ein Metternich seine langdauernde, für Österreich und Deutschland wie für die übrigen europäischen Staaten gleich verderbliche Wirksamkeit ausüben. Seinem Herrn kam er in dem Streben, das innere Staatsleben Österreichs völlig veröden und versumpfen zu lassen, willig entgegen; nach dem Scheitern des 1809 gemachten Versuches (§ 56), die aus der josephinischen Zeit noch herüberklingenden freieren Regungen weiterzufördern, wurde in keinem anderen Lande der Grundsatz des Stillstandes, der Ruheseligkeit so entschieden durchgeführt als in Österreich. Allerdings muß auch beachtet werden, daß wenigstens die nationalen Ideen für keinen Staat gefährlicher waren (§ 99).

Metternich Minister 1809—1848

Die Verwaltung arbeitete träge und lässig, die einzelnen Verwaltungskörper, Hofkanzlei, Hofkammern, oberste Justizstelle, Hofkriegsrat, Staatsrat usw., waren ohne Zusammenhang, der amtliche Verkehr fast nur schriftlich und überaus schleppend. Die ständischen Vertretungen, die in den einzelnen Provinzen sich erhalten hatten oder hergestellt wurden, die sogenannten Postulatenlandtage, d. h. die zur Bewilligung von Steuern einberufenen altständischen Vertretungen, erregten bei ihrem geringen Wirkungskreis nur Hohn und Spott. An der Gesetzgebung oder Steuerbewilligung hatten sie keinen Teil; nur Bekanntmachungen, Verteilung und Erhebung der auf die Provinz entfallenden direkten Steuern, Rekrutenaushebung, Polizeigeschäfte waren ihre Obliegenheiten. Adel und Geistlichkeit hatten in ihnen weitaus das Übergewicht; städtische Abgeordnete wurden nur ganz vereinzelt zugelassen. In dem lombardisch-venezianischen Königreich war jede Volksvertretung beseitigt.

Verwaltung

Landtage

Um nun aber das Eindringen eines freieren Geistes in diese tote Ruhe abzuhalten, wurde Österreich durch eine strenge Grenzkontrolle vom Ausland möglichst abgeschlossen, der geistige Verkehr durch behutsame Überwachung der eingeführten Bücher und Zeitschriften, ja sogar der Briefe gehemmt. Dem geistigen Leben Deutschlands wurde dadurch Österreich auf lange Zeit entfremdet. Im Innern überwachten Polizeibeamte und Spione sorgsam jede freiere Regung, besonders seit 1817 das Polizeiwesen unter die Leitung des Grafen Sedlnitzky kam. Die Kerker des Spielbergs bei Brünn wissen genug von diesen Zeiten zu erzählen. Zwar blieben Wissenschaften und Künste nicht ganz ohne Pflege, es wurde manches für die Universitäten und höheren Schulen getan, dagegen geschah so gut wie nichts für die Ausbildung des Volks. In religiöser Beziehung wurde der Grundsatz der Duldung nur in sehr beschränktem Maße anerkannt, das protestantische Bekenntnis in jeder Weise zurückgesetzt: dem Einfluß der Mönchsorden und der Jesuiten, die den Jugendunterricht übernahmen, wurde Tür und Tor geöffnet, wenn auch der Kaiser die ihm als Bundesgenossin gegen den liberalen Zeitgeist sehr willkommene Macht der katholischen Kirche sich politisch nicht über den Kopf wachsen ließ. Die Klöster und geistlichen Schulen, der Verkehr mit Rom, die Verwaltung des Kirchen- und Stiftungsvermögens standen unter staatlicher Aufsicht; bei der Besetzung der Bischofsstühle wahrte die Regierung trotz der Klagen der Kurie entschieden ihre Rechte. In wirtschaftlicher Beziehung geschah wohl auch manches für die Hebung der Verkehrsmittel, für Landstraßen, Kanäle, Flußverbesserungen u. dgl., aber eine wirkliche fruchtbare Tätigkeit war unmöglich bei dem kleinlichen und viel zu engen Schutzzollsystem nach außen und den Zollschranken, die die einzelnen Provinzen von einander trennten. Erst 1825 wurden die meisten binnenländischen Zolllinien aufgehoben. Und während andere Staaten durch Ablösung der Feudallasten die wachsende Ungleichheit des Besitzes zu mindern und der Verarmung der Massen beizeiten zu begegnen suchten, blieben in Österreich die Fronden (Roboten), feudalen Dienstbarkeiten und alle Verhältnisse einer unfreien Zeit in den drückendsten Formen bestehen und verstärkten dadurch den

Geistiges Leben

Wirtschaftliches Leben

Gegensatz zwischen den Gutsherren und Bauern. Für die Befreiung des Grundeigentums, die sonst überall die wichtigste Aufgabe der politischen und sozialen Reformen war, geschah in Österreich nichts. Diesen schlimmen wirtschaftlichen
Finanzwesen Verhältnissen entsprach vollkommen das Finanzwesen des Reiches. Der Staatshaushalt geriet wiederholt in solche Verwirrung, daß die Staatsgläubiger schwere Verluste erlitten, die Staatsschulden und das Papiergeld in bedenklicher Art vermehrt wurden und die Steuern, Zölle und Abgaben auf eine drückende Höhe stiegen. Schon 1811 waren durch ein Patent des Ministers Vallis die im Umlaufe befindlichen Bankzettel auf ein Fünftel ihres Wertes und die Zinsen der öffentlichen Staatsobligationen auf die Hälfte herabgesetzt worden. So war seit 1811 ein chronischer Bankerott vorhanden, gegen den auch die Gründung der Nationalbank 1816 wenig half. Hob sich der Staatskredit durch Verbindung der Regierung mit großen Bankhäusern und finanzielle Transaktionen, so führte die dauernde Anleihewirtschaft doch schließlich zu vollständiger Zerrüttung der
Heerwesen Finanzen. Selbst das Heerwesen Österreichs wurde nicht auf der Höhe der Zeit gehalten. Der Kaiser hatte in seinem Wesen nichts Militärisches, kaum daß er einmal Uniform trug. So verfiel auch das Heer und wurde nur eine bequeme Versorgung für die Offiziere, eine Strafanstalt für die Soldaten.

Nationale Regungen Bei einer so schlaffen Regierung war auch eine völlige Verschmelzung der verschiedenen in dem Kaiserstaate vereinigten Landesteile unmöglich. Trotz der mechanischen Zentralisation war von einem gesamt-österreichischen Staatsbewußtsein keine Rede. Vielmehr begannen gerade damals die verschiedenen Nationalitäten in einen schärferen Gegensatz zu treten, der die künftige Gefahr einer Zersetzung und Auflösung des Reiches in sich barg. In den zwanziger Jahren begannen Bewegungen zur Belebung der ungarischen und slawischen Sprachen, die man anfangs für eine philologische Spielerei hielt, die aber von hoher politischer Bedeutung wurden als Äußerungen des wachsenden Nationalbewußtseins der Völker. Auch im lombardo-venezianischen Königreiche machte sich eine starke nationale Strömung geltend, in Ungarn aber forderten die Magyaren auf Grund ihres alten Reichsgrundgesetzes und ihrer Komitatsverfassung die Berufung des Reichstages, der endlich 1825 zusammenkam und in einen heftigen Gegensatz zu der Regierung trat. Nach fast zweijähriger Dauer wurde er geschlossen, ohne seine Forderungen durchgesetzt zu haben. Die einzige Frucht des Reichstages war die schärfere Fassung der ständischen Rechte, die weniger verklausulierte Anerkennung der alten Konstitution.

§ 104. Preußen. Metternichs voller Triumph wäre es gewesen, wenn er auch Preußen zu demselben Stillstande im Staatsleben hätte bringen können, wie er ihn in Österreich erreicht hatte. In der äußeren Politik wie in der Aufrechterhaltung der Ruhe in den deutschen Staaten schien ihm das gelungen zu sein; Preußen war hier völlig im Schlepptau der diplomatischen Kunst Metternichs, in seiner eignen inneren Entwicklung aber ging es eigene Wege.

Verwaltung Die erste und schwierigste Aufgabe, die die Regierung nach dem Frieden zu lösen hatte, war die Neuordnung der Verwaltung, die Eingliederung der neuerworbenen, völlig verschiedenartigen und zum Teil widerwilligen Landesteile, wie der Provinzen am Rhein, Sachsen und Posen. Schon am 30. April 1815 wurde die Einteilung in Provinzen vorgenommen; es wurden 10 Provinzen gebildet, von denen aber später Ost- und Westpreußen und der Niederrhein mit Jülich-Kleve-Berg zu je einer Provinz vereinigt wurden. In jeder Provinz unterstanden die Zivilangelegenheiten einem Oberpräsidenten, die militärischen einem General. Die Provinzen ihrerseits zerfielen wieder in

23, später 25 Regierungsbezirke unter Regierungspräsidenten mit kollegialischen Räten, die Regierungsbezirke in Kreise unter Landräten. Im großen und ganzen verfuhr die preußische Regierung mit Schonung der Eigentümlichkeiten der neuhinzugekommenen Landesteile, wenn es auch nicht ausbleiben konnte, daß die preußischen Beamten, namentlich wenn sie evangelischer Konfession waren, bei den französischen Sympathien und den katholischen Gesinnungen der Rheinländer wie bei dem katholischen Polentum nur sehr langsam Boden gewinnen konnten. In Posen führte man allmählich preußische Gesetze durch und begünstigte die deutsche Einwanderung, der Rheinprovinz ließ man das französische Gerichtsverfahren nach dem Code Napoléon, sorgte aber entschieden für einen tüchtigen deutschen Unterricht, besonders seit unter dem Minister Altenstein Johannes Schulze die Leitung des höheren Schulwesens übernommen hatte; auch das Volksschulwesen wurde durch Lehrerseminare und die Errichtung zahlreicher Volksschulen außerordentlich gehoben. Durch die Verordnung vom 20. März 1817 wurde ein Staatsrat ins Leben gerufen, der die höchste beratende Behörde sein sollte. In ihm führte der König oder der Staatskanzler (Ministerpräsident) den Vorsitz; berufen wurden in denselben die Prinzen, die Minister und Chefs der andern Zentralbehörden, Feldmarschälle, kommandierende Generale und Oberpräsidenten, sowie 34 durch das Vertrauen des Königs ausersehene Männer. Diesem Staatsrate waren die Beratung aller Gesetze und Verwaltungsgrundsätze, die Streitigkeiten der Minister, Entsetzung von Beamten und Beschwerden der Untertanen, soweit sie der König ihm zuwies, vorbehalten.

Heer

Zu einem der wichtigsten Bindemittel für die verschiedenen Bestandteile des Staates sollte das Heer werden. Die großen volkstümlichen Schöpfungen der Freiheitskriege (§ 64) wurden zu dauernden Einrichtungen erhoben, die im wesentlichen noch heute bestehen und sich in Krieg und Frieden trefflich bewährt haben. Die allgemeine Wehrpflicht wurde zum festen Grundgesetz gemacht, die Landwehr sorgsam fortgebildet. Es war das Verdienst des Kriegsministers v. Boyen, dem Werke Scharnhorsts und Gneisenaus Bestand und Dauer auch über die Kriegsjahre hinaus zu sichern. Was einst Friedrich Wilhelm I. angestrebt hatte, daß jeder Preuße zur Verteidigung des Vaterlandes verpflichtet sei, wurde nun durchgeführt. Allen Wehrfähigen wurde für neunzehn Jahre die Waffenpflicht auferlegt, fünf Jahre im stehenden Heere, darunter drei bei der Fahne, zwei Jahre als beurlaubte Reservisten, dann je sieben Jahre beim ersten und zweiten Aufgebot der Landwehr. Das stehende Heer war die militärische Schule des Volks; aus ihm ging die Landwehr hervor und stand mit ihm in enger Verbindung: sie bestand nicht aus Milizen, sondern aus ausgebildeten, auch außerhalb der Landesgrenzen verwendbaren Truppen. Endlich umfaßte der für die äußersten Notfälle vorgesehene Landsturm alle irgend Waffenfähigen vom siebzehnten bis zum fünfzigsten Jahr. Die sich selbst ausrüstenden Söhne der gebildeten Stände blieben nur ein Jahr bei der Fahne. Auf diesen Grundlagen erwuchs das preußische Volksheer, eine Erziehungsschule körperlicher und geistiger Zucht, sittlicher Hebung und militärischer Tüchtigkeit; in dem Heere wurde „der Staat erst diesem staatenlosen Geschlecht lebendig; wie den Bürgervölkern des Altertums trat er mit seiner begeisternden Majestät und herben Strenge in jedes Haus hinein". Es war zugleich die einzige Art, wie Preußen seine Stellung als militärische Großmacht aufrechthalten konnte, ohne doch unter den finanziellen Schwierigkeiten seiner damaligen Lage zugrunde zu gehen. Die Versuche der reaktionären Partei, diese volkstümliche Gestaltung des Heerwesens zu verhindern, blieben zum Glück ohne nachhaltigen Erfolg.

3. Sept. 1814

§ 105. Die Verfassungsfrage in Preußen. Dagegen errangen die reaktionären Kräfte einen vollen Sieg auf dem Gebiete der Verfassung. Was Stein einst gewollt und mit der Selbstverwaltung der Städte (§ 64) begonnen hatte, dem ganzen Volke Anteil an der Verwaltung des Landes zu

Kgl. Kabinettsorder 22. Mai 1815

geben, blieb dem preußischen Volke versagt. Am 22. Mai 1815 hatte der König in einer Kabinettsorder das berühmte Versprechen gegeben: „Es soll eine Repräsentation des Volkes gebildet werden. Aus den Provinzialständen wird die Versammlung der Repräsentantenkammer gewählt, die in Berlin ihren Sitz haben soll. Die Wirksamkeit der Landesrepräsentanten erstreckt sich auf die Beratungen über alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche die persönlichen und Eigentumsrechte der Staatsbürger mit Einschluß der Besteuerung betreffen." Aber erst 1817 wurde eine Verfassungskommission unter Hardenbergs Vorsitz ernannt, welche durch genaue Umfrage in den einzelnen Provinzen die Verhältnisse erforschen und die Wünsche der Bevölkerung kennen lernen sollte. Das Ergebnis war nur ein wirres Durcheinander der Ansichten. Einen bessern Fortgang schienen die Verfassungsarbeiten zu nehmen, als 1819 **Wilhelm von Humboldt** zum Minister des Innern ernannt wurde. Aber die Eifersucht Hardenbergs gegen ihn, die Treibereien der Adelspartei und der in ihrer Herrschaft gefährdeten Bureaukratie, die Uneinigkeit der Reformer, die Gleichgültigkeit des Volks, die verhängnisvollen Ereignisse der Ermordung Kotzebues und des Mordversuches auf Ibell (§ 100), die in Teplitz durch Metternich bewirkte Umstimmung des Königs und die Karlsbader Beschlüsse (§ 100) zwangen Humboldt schon am 31. Dezember 1819, sein Amt wieder niederzulegen. In der neuen Verfassungskommission begann aber nun der Einfluß des **Kronprinzen Friedrich Wilhelm** sich geltendzumachen, der für die mittelalterlichen Stände schwärmte (§ 130) und eine „Reichsverfassung" für

11. Juni 1821

unmöglich erklärte. So wurde durch eine Kabinettsorder die Bildung von Reichsständen auf eine spätere Zeit verschoben. Als dann Hardenberg

26. Nov. 1822

starb, erhielt die Rückschrittspartei völlig freie Hand, und das Gesetz über **Anordnung der Provinzialstände** machte jeder Hoffnung einer

5. Juni 1823

wirklichen Volksvertretung ein Ende. Die **acht streng voneinander geschiedenen Provinziallandtage** hatten nur **beratende Stimme** bei der allgemeinen Gesetzgebung und auch in provinziellen Angelegenheiten eine sehr beschränkte Zuständigkeit, keine Mitwirkung bei der Führung des Staatshaushaltes; die Verhandlungen waren geheim und damit jede fruchtbare Anregung auf das Volk ausgeschlossen; in der Zusammensetzung der Mitglieder erhielt der Großgrundbesitz, der Adel ein unbilliges Übergewicht. So wurde hier mit Verkennung aller tatsächlichen Verhältnisse und Bedürfnisse ein mittelalterlich-ständisches Prinzip, gegründet auf die gesonderten Volksklassen eines Herren-, Ritter-, Bürger- und Bauernstandes, mühsam wieder ins Leben gerufen und anstatt des energischen Bewußtseins eines Gesamtstaates ein provinzieller Sondergeist großgezogen, dem entgegenzuwirken gerade die Aufgabe einer weisen und zeitgemäßen Staatskunst hätte sein müssen.

§ 106. Der Deutsche Zollverein. Während so das Bürgertum des preußischen Staates von der Beteiligung am Staatsleben so gut wie ausgeschlossen blieb, übernahm es das Beamtentum, eine neue Idee im Dienste der **wirtschaftlichen Wohlfahrt** des Volks zur Erfüllung zu bringen und den Boden für die einstige politische Einigung Deutschlands zu bereiten.

Die Notwendigkeit forderte, das **Steuerwesen** so rasch wie möglich in gesunde Bahnen zu leiten, da die wirtschaftliche und finanzielle Lage Preußens nach dem Kriege die denkbar schlechteste war. Trotz der gewissenhaftesten und

sparsamsten Finanzpolitik und der Herabsetzung der Friedenspräsenz des Heeres auf 120 000 Mann belief sich noch 1820 die Staatsschuld des verarmten Landes auf mehr als 217 Millionen Taler, verzinsliche, unverzinsliche und übernommene Provinzialschulden. An 60 Millionen Staatsschuldscheine behielt die Regierung noch in der Hand, um ihre Bedürfnisse zu decken. Doch hielt sie das vorläufig geheim, um den Kredit nicht zu vernichten. Dazu kam, daß die Zollverhältnisse bei der Zerrissenheit des preußischen Staates so ungünstig wie möglich waren. Es gab allein in den altpreußischen Landesteilen 67 verschiedene Zoll- und Akzistarife, der Verkehr zwischen Stadt und Land und den einzelnen Provinzen war durch Binnenzölle gehindert, die westlichen Provinzen führten ausländische Erzeugnisse ganz oder ziemlich frei ein, die östlichen schlossen sich durch Prohibitivzölle ab. Da brachte das Zollgesetz des Generalsteuerdirektors K. G. Maaßen eine völlige Wendung in die bisherige Zollpolitik. „Die Einfachheit und Übersichtlichkeit des durch dieses Gesetz aufgestellten Tarifes, wie sie durch die Erhebung der Zölle nach dem Gewichte, nicht nach dem Werte der Waren erreicht wurde, ermöglichte die Kontrolle der 1073 Meilen (8047,50 km) langen Zollgrenze, die geringe Abgabe von 10% der Manufakturwaren einen Schutz der einheimischen Gewerbsamkeit, ein Finanzzoll von 20% für die Kolonialwaren die wirksame Besteuerung dieser Produkte." Eine Erwiderung von Zollerleichterungen, deren sich preußische Untertanen in andern Ländern zu erfreuen hätten, wurde in Aussicht gestellt: der Grundsatz der Gegenseitigkeit war dadurch von vornherein zum Eckstein des Baues einer Handelspolitik gemacht worden. In kurzer Zeit zeigte sich ein Aufschwung einzelner Industriestädte des Westens, eine Erhöhung des Umsatzes ausländischer Waren, eine Steigerung gewisser Zweige der Konsumtion. Auch das Steuerwesen wurde durch ein Gesetz vom 30. Mai 1820 geordnet. Neben den alten Realsteuern, der Grund-, Gebäude- und der neugestalteten Gewerbesteuer wurde eine allgemeine Personalsteuer in der Form einer Klassensteuer eingeführt, die damals allerdings noch sehr wenig im Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Besteuerten stand; außerdem wurde den Städten zur Durchführung der Selbstverwaltung die indirekte Mahl- und Schlachtsteuer zugewiesen. 1821 kam ein neues Münz- und 1822 ein Stempelgesetz zustande. Das erstere bestimmte 14 Taler auf eine feine Mark, 1 Taler gleich 30 Silbergroschen zu 12 Pfennigen.

Zollpolitik

26. Mai 1818

Steuerwesen

Sollte das Zollsystem des Jahres 1818 aber einen wirklichen Erfolg haben, so mußte Preußen bei der Zerrissenheit seines Gebietes dasselbe auch auf die übrigen deutschen Staaten ausdehnen. Hier aber stieß es bei der Angst vor einer Beschränkung der Souveränität und dem Widerstand, den die freihändlerischen westlichen und die im wesentlichen schutzzöllnerischen Südstaaten entgegensetzten, auf die größten Schwierigkeiten, die nur die schrittweise vorrückende Zähigkeit der preußischen Staatsmänner und der immer unerträglicher werdende Zustand der Verkehrs- und Handelsverhältnisse in den meisten deutschen Staaten überwinden konnten. Der § 19 der deutschen Bundesakte hatte Verhandlungen wegen des Handels und Verkehrs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten in Aussicht genommen, und in bemerkenswerten Schriften traten der schwäbische Volkswirt Friedrich List, sowie der badische Staatsmann Nebenius für eine wirtschaftliche Einigung Deutschlands ein. Allein, beide erwarteten das Heil von dem Deutschen Bunde, der dazu völlig unfähig war, und fanden für das praktische Vorgehen Preußens erst dann das Verständnis, als schon die Früchte der preußischen Politik handgreiflich vor Augen lagen. Entsprechend seinem Bestreben, die von seinem Gebiete eingeschlossenen kleineren deutschen Staaten mit seinem Zollgebiete zu ver-

Zollanschlußverhandlungen

1789—1846

1784—1857

25. Okt. 1819 einigen, hatte Preußen mit Schwarzburg-Sondershausen den ersten Zollanschlußvertrag abgeschlossen, nach welchem diesem Staate ein der Kopfzahl seiner Bevölkerung entsprechender Anteil am Reinertrag der Zölle zugestanden wurde. Dann aber vergingen fast zehn Jahre, ehe es gelang, die Halsstarrigkeit der anderen Kleinstaaten zu überwinden. Der Zollkrieg mit Anhalt-Köthen, das durch einen ausgiebigen Schmuggelhandel der preußischen Staatskasse jährlich mehr als eine halbe Million Taler vorenthielt, zeigte die ganze Unnatürlichkeit dieser Verhältnisse. Doch da die preußische Regierung sich weder durch die Klagen des Bundestages noch durch die geheimen Machinationen Österreichs beeinflussen ließ, so mußten die kleinen Staaten sich zum Zollanschluß an Preußen bequemen. Dagegen versuchten die Mittelstaaten, sich gegen die preußische Zollpolitik durch eignen Zusammenschluß zu wehren. Aber weder die Stuttgarter noch die Darmstädter Verhandlungen im Jahre 1825 führten zu einem Ergebnis; erst am 18. Januar 1828 kam ein Zollverein zwischen Bayern und Württemberg zustande auf der Grundlage gleichen Stimmrechtes und selbständiger Zollverwaltung der Verbündeten. So auf sich selbst angewiesen, suchte Hessen-Darmstadt Zuflucht bei Preußen und wurde am 14. Februar 1828 in dessen Zollsystem aufgenommen.

Bayerisch-Württembergischer Zollverein 18. Jan. 1828

Zollvertrag mit Hessen-Darmstadt 14. Febr. 1828

Dieser Vertrag wurde die Grundlage für die Verfassung des späteren Deutschen Zollvereins: er verhielt sich, wie Treitschke sagt, zu den späteren Zollvereinsverträgen genau so, wie sich die Verfassung des Norddeutschen Bundes zu der heutigen Reichsverfassung verhält. Nach diesem Vertrage wurde in jedem Lande die Zollverwaltung völlig selbständig, jedoch gleichmäßig nach preußischem Vorbild geführt, die Verteilung der Zollerträge sollte nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer erfolgen. Die Dauer des Vertrags wurde bis zum 31. Dezember 1834 ausgedehnt, mit einer Verlängerung auf weitere sechs Jahre im Falle der Nichtkündigung. Obgleich durch diesen Zusammenschluß Preußens und Darmstadts die wirtschaftliche Lage Kurhessens ganz unhaltbar geworden war, widerstrebte der Kurfürst noch lange der Anerkennung der tatsächlichen Notwendigkeit. Zugleich drohte eine neue Gefahr. Unter österreichischer Befürwortung kam auf Anregung Sachsens, dessen Lage zwischen der preußisch-darmstädtischen und der süddeutschen Gruppe immer schwieriger wurde, ein mitteldeutscher Handelsverein zustande. Wie ein Keil schob sich dieser, aus Sachsen, Hannover, Kurhessen, Oldenburg, Nassau, Braunschweig, den meisten thüringischen Fürstentümern, Bremen und Frankfurt bestehende Verein zwischen die beiden Zollverbände hinein, zusammengehalten nur durch die Angst und den Neid gegen Preußen, ohne irgendwelche gemeinsame Interessen, ohne Zolleinigung und erhebliche Verkehrserleichterungen, mit der einzigen Absicht, die Erweiterung des preußischen Zollvereins zu hintertreiben. Da faßte der preußische Finanzminister Motz den kühnen Plan, über diesen Bund hinweg den süddeutschen Staaten die Hand zu einer Vereinigung zu reichen. Und König Ludwig I. von Bayern, der anfangs in seiner Erbitterung über den preußisch-hessischen Zollverband sich sogar an Frankreich um Hilfe gewandt hatte, erkannte dann doch die großen Vorteile und schlug in die dargebotene Hand ein. Hauptsächlich durch die geschickte Vermittlung des Stuttgarter Buchhändlers Cotta wurde der Vertrag am 27. Mai 1829

Mitteldeutscher Handelsverein 24. Sept. 1828

Wirtschaftliche Überbrückung des Mains

unterzeichnet: Preußen-Hessen und Bayern-Württemberg gewährleisteten gegenseitige Zollfreiheit bis 1841 für alle Produkte des Binnenlandes, für einige Waren vorläufige Zollerleichterung und die möglichst übereinstimmende Ausgestaltung ihrer Zollsysteme. Das Schicksal des mitteldeutschen Handelsvereins aber wurde besiegelt, als Motz in kluger Berechnung für einen auf preußische Kosten für Gotha und Meiningen übernommenen Straßenbau von Langensalza über Gotha nach Zella und weiter über Meiningen nach Würzburg und über Suhl, Hildburghausen nach Bamberg den freien Durchgangsverkehr erlangte. Motz hatte am klarsten die große nationale Bedeutung dieser Verbindung erkannt; in seiner Denkschrift vom Juni 1829 heißt es: „Die kommerzielle Einheit der zum Zollverein zusammengetretenen deutschen Staaten muß notwendig zur Ausgleichung und schließlich zur Einheit ihres politischen Systems führen; die Verbindung Preußens namentlich mit den süddeutschen Staaten wird die militärische Sicherheit des deutschen Südens vollenden und den Gegensatz des Südens und des Nordens beseitigen, daß so erst wieder ein in Wahrheit verbürgtes, im Innern und nach außen festes und freies Deutschland unter dem Schirm und Schutz Preußens entstehen kann." Der mitteldeutsche Handelsverein zerfiel wieder; doch entwickelte sich aus ihm durch den **Einbecker Vertrag** ein neuer Sonderbund, dem Hannover, Kurhessen, Oldenburg und Braunschweig angehörten. Aber sehr rasch schon mußte sich **Kurhessen**, das in der äußersten wirtschaftlichen Bedrängnis war, von diesem Bunde lossagen und dem preußischen System beitreten, das seit dem Tode Motz' in demselben finanzpolitischen Sinne von seinen Nachfolger **von Maaßen** unter der Mitarbeit **Kühnes** und **Eichhorns** fortgeführt wurde. Es verging dann wieder eine längere Zeit voll unerquicklicher Verhandlungen, die besonders durch Baden hervorgerufen waren, bis sich der preußisch-hessische und der württembergisch-bayerische Verband zu einem vollständigen einheitlichen Zoll- und Handelssystem vereinigten. Wenige Tage später kam man auch mit **Sachsen** zum Ziel; das gewerbreiche Land trat dem Bunde bei und einige Wochen später der Verein der **thüringischen Staaten**.

Vertrag mit Bayern-Württemberg 27. Mai 1829

Einbecker Vertrag 27. März 1830

25. Aug. 1831

30. Juni 1830

22. März 1833

30. März 1833

Mai 1833

Der **Deutsche Zollverein** umfaßte nunmehr ein Gebiet von 18 Staaten mit 42498 Quadratkilometer und 23 Mill. Einwohnern; er erfreute sich einer nahezu ausschließlichen Verkehrsfreiheit im Innern und eines gleichmäßigen Tarifes für den Außenhandel. Es konnte nur eine Frage der Zeit sein, wann die noch fehlenden Mittel- und Kleinstaaten sich dem großen Bunde anschließen würden. **Baden** trat am 12. Mai 1835 bei, **Nassau** am 10. Dezember 1835, **Frankfurt** am 2. Januar 1836. Die beiden letzteren Staaten hatten sich durch unwürdige und lächerliche Verträge, jenes mit Frankreich, dieses durch den auf 10 Jahre mit England vereinbarten „Handels- und Schiffahrtsvertrag" vor der preußischen Zollpolitik zu retten gesucht. Das Zollgebiet erweiterte sich dadurch auf 454380 Quadratkilometer mit 25 Millionen Einwohnern. 1841 und 1842 folgten Braunschweig, Lippe und Luxemburg, und durch den Septembervertrag des Jahres 1851 wurde auch endlich der von Hannover und Oldenburg am 1. Mai 1834 gegründete **Niedersächsische Steuerverein** mit dem Deutschen Zollverein verschmolzen. Damit war die geniale Zoll- und Wirtschaftspolitik, eine der hauptsächlichsten Voraussetzungen zur künftigen staatlichen Einigung Deutschlands, wie sie die preußischen Staatsmänner Motz, Maaßen, Kühne und Eichhorn eingeleitet hatten, zum Abschluß gebracht worden. Und was Hoffmann von Fallersleben in seinem Scherzgedicht gesungen, entsprach der Wahrheit:

Deutscher Zollverein 1834

7. Sept. 1851

„Schwefelhölzer, Fenchel, Bricken,
Kühe, Käse, Krapp, Papier,
Schinken, Scheren, Stiefel, Wicken,
Wolle, Seife, Garn und Bier,
Pfefferkuchen, Lumpen, Trichter,
Nüsse, Tabak, Gläser, Flachs,
Leder, Salz, Schmalz, Puppen, Lichter,
Rettich, Rips, Raps, Schnaps, Lachs, Wachs!

Und ihr andern guten Sachen,
Tausend Dank sei euch gebracht!
Was kein Geist je konnte machen,
Ei, das habet ihr gemacht.

Denn ihr habt ein Band gewunden
Um das deutsche Vaterland,
Und die Herzen hat verbunden
Mehr als unser Bund dies Band!

Österreichs Stellung

Österreich hatte diese wirtschaftliche Einigung auf alle mögliche Weise zu hindern gesucht, indem es die kleinen Staaten in ihrem Widerstande gegen die preußische Zollpolitik unterstützte; da es jedoch selbst keine positiven Vorschläge zu bieten hatte, seine wirtschaftlichen Verhältnisse durchaus nicht geeignet waren, die übrigen deutschen Staaten zu einer Zollvereinigung zu verlocken, es noch manche deutsche Erzeugnisse völlig von seinem Markte ausschloß, so waren alle Intriguen schließlich vergebens gewesen. Wirtschaftlich wurde Österreich aus Deutschland herausgedrängt; hier mußte es die Führung an Preußen abtreten.

Zweites Kapitel.

Die südeuropäischen Revolutionen und die Durchbrechung der Heiligen Allianz.

A. Revolutionen des romanischen Südeuropa und Intervention der Heiligen Allianz.

§ 107. Die Revolutionen in Spanien, Portugal und Italien. Metternichs System der starren Ruhe schien in Europa zu triumphieren, als plötzlich in den romanischen Ländern des Südens die Flammen der Revolution von neuem ausbrachen. Hier waren die Ideen der französischen Revolution nicht in die unter dem Banne der Priesterschaft stehenden Volksmassen gedrungen, sondern lebten nur in den Köpfen der Gebildeten und wurden, da es gefährlich war, sich offen zu ihnen zu bekennen, in geheimen Gesellschaften fortgepflanzt. Das waren die Verbindungen der Freimaurer in Spanien und Portugal, der Karbonari in Italien. Abstellung der Priestermacht, Einführung freier Verfassungen, Aufklärung des Volkes, Erweckung des Nationalgefühles war ihr Hauptziel.

Spanien 1814—1833

Ihr Einfluß machte sich zuerst in Spanien geltend, wo Ferdinand VII. durch einen Gewaltstreich die Cortesverfassung (§ 55) beseitigt

10. Mai 1814

und mit dem unbeschränkten Königtum alle Übelstände der alten Zeit zurückgeführt hatte. Adel und Klerus erlangten ihre Vorrechte und Steuerfreiheiten wieder, die Klöster wurden hergestellt, die Jesuiten, deren

7. Aug. 1814

Orden durch Papst Paul VII. erneuert war, durften einziehen, die Inquisition kehrte zurück. Eine furchtbare Verfolgung erging über die Anhänger Frankreichs (Afrancesados) wie über die der Cortes. Viele der heldenmütigen Kämpfer, denen der König seine Rückkehr verdankte, starben unter der Hand des Henkers oder mußten in das Ausland flüchten. Eine Hofdienerschaft (Camarilla) von Privilegierten, Priestern und Höflingen trieb den König zur immer schlimmeren Verfolgung der Liberalen. Verwaltung und Rechtspflege waren in jammervollem Zustande, die Staatskasse trotz des Steuerdrucks gänzlich erschöpft. Es bedurfte nur eines Anstoßes, um die schon hier und dort ausbrechenden Empörungen über das ganze Land zu verbreiten. Und dieser kam von den Regimentern, die in Cadiz

versammelt waren, um nach den Kolonien Südamerikas zur Niederwerfung des dort ausgebrochenen Aufstandes (§ 111) geschickt zu werden.

Sie erhoben am 1. Januar 1820 die Fahne der Empörung und riefen die Konstitution der Cortes aus. Der Oberst Riego war die Seele des Unternehmens; die Leitung des Ganzen übernahm der aus der Haft befreite Quiroga. In kurzem wurde in verschiedenen Provinzen und Städten die Cortesverfassung verkündet, aber der Aufstand behielt doch den Charakter einer Verschwörung, deren Gelingen nur der Kraftlosigkeit einer Regierung zu danken war, welcher ein belastetes Gewissen die Entschlossenheit zum Widerstande raubte; das Volk verstand nicht, um was es sich handelte, und nahm an dem Kampfe wenig Anteil. Der König versuchte, die Bewegung durch Waffengewalt niederzuschlagen; indes die Aufstände mehrten sich, und dem erschreckten Herrscher blieb schließlich nichts übrig, als in das Verlangen der Insurgenten zu willigen, die Cortes einzuberufen und die konstitutionelle Verfassung, die ihn aus einem absoluten König zum Vollstrecker der Beschlüsse der Volksrepräsentanten machte, zu beschwören. Drei Jahre bestand die neue Staatsform unter heftigen Stürmen und Kämpfen. Der König haßte die ihm gewaltsam abgetrotzte Konstitution, die Deputierten, an die sich mehrere demokratische Klubs mit republikanischen Bestrebungen anlehnten, erfüllten durch die Schläge, die sie wider die Klöster, die privilegierten Stände und die altherkömmlichen Einrichtungen führten, die Camarilla, die Priesterschaft und alle Anhänger des Alten mit tiefem Haß; im Reden und Tun hatten die Cortes, besonders die Partei der „Aufgeregten" (Exaltados), die französische Nationalversammlung vom Jahre 1789 im Auge. Um Geld zu erhalten, verkauften sie eine Milliarde frommer Stiftungen. Bald erhoben sich von verschiedenen Seiten mächtige Stürme gegen die ihren Sieg mißbrauchenden Liberalen in Madrid. Zuerst errichteten die Anhänger des absoluten Königtums eine eigene Regentschaft und eine Glaubensarmee, um den König aus den Banden der Konstitutionellen zu befreien; dann griff das von Priestern und Mönchen aufgereizte Volk abermals zu den Waffen. Rachsucht und Parteiwut erstickten alle menschlichen Gefühle, zerrissen die Bande der Landsmannschaft und brachten Gesetz und Recht in Verachtung.

Empörung in Cadiz 1. Jan. 1820

7. März 1820

Mai 1823

Die Siege der spanischen Demokraten feuerten ihre Meinungsgenossen in Portugal zur Nachahmung an. In Lissabon und Oporto entstanden Volksbewegungen, welche die Entfernung des im Namen des in Brasilien weilenden Königs Johann VI. und im englischen Interesse herrschenden Lord Beresford, die Bildung von Regierungs-Junten und die Einberufung der Stände (Cortes) zur Folge hatten. Eine der spanischen nachgebildete Verfassung mit Preßfreiheit, Abschaffung der Inquisition, der Feudallasten u. dergl. m. wurde eingeführt und von dem Könige für Portugal und Brasilien beschworen.

Portugal August 1820

1816—1826

26. Jan. 1821

Auch nach Italien schlugen die Flammen dieser Revolutionen herüber, vereinigten sich aber hier mit den nationalen Bestrebungen der Karbonari, deren Ziel die Verschmelzung aller italienischen Staaten zu einem Gesamtreiche war. Durch das Beispiel der spanischen Cortes ermutigt, erhoben sie zuerst in Neapel gegen die zwischen Willkür und Schlaffheit schwankende absolute Herrschaft des Bourbonen Ferdinand I. die Fahne des Aufstandes. Eine Militärverschwörung in Nola nahm

Italien

1759—1825

bald solchen Fortgang, daß der König sich genötigt sah, in die Einführung der spanischen Cortesverfassung von 1812 einzuwilligen. Triumphierend zogen Wilhelm Pepe und Carascosa, die Häupter der Verschwörung, an der Spitze der aufständischen Truppen
9. Juli 1820 und der mit ihnen verbundenen Karbonari in Neapel ein. Aber eine in Sizilien zu gleichem Zwecke entstandene Erhebung wurde in törichter Weise von den Patrioten in Neapel mit Waffengewalt verhindert.

Karbonari

Die Karbonari bildeten einen Geheimbund, der zur Zeit der französischen Gewaltherrschaft von den in die Gebirge Kalabriens geflohenen Patrioten gebildet worden war. Ihre Einrichtungen entlehnten sie dem Freimaurerorden, dessen Ursprung noch nicht ganz aufgeklärt ist, die Losungsworte aber und den Namen dem Gewerbe der Kohlenbrenner (carbonari). Als ihren Zweck bezeichneten sie die Reinigung des Waldes von wilden Tieren, namentlich von Wölfen; symbolisch meinten sie damit den Kampf um die Freiheit durch Ausrottung der Tyrannei, späterhin wurde ihr Ziel die nationale Einigung Italiens in einer freisinnigen Staatsform.

Metternichs Politik

§ 108. Intervention der Heiligen Allianz: a. In Italien. Metternich erkannte sofort mit sicherm Gefühle, daß diese Aufstände in Spanien und Italien nicht nur gegen die absolute Herrschaft des Königtums in diesen Ländern gerichtet seien, sondern sein politisches System bedrohten. Jede konstitutionelle Kundgebung sah er als eine Auflehnung an, der man aufs entschiedenste entgegentreten müsse. Statt den Ursachen der Erregung nachzuforschen und wirklich begründete Wünsche nach Möglichkeit zu erfüllen, dadurch aber sich das Recht zu erwerben, unbilligen Forderungen mit ruhiger Entschlossenheit zu widerstehen, griff er ohne weiteres zur Gewalt. Hier wußte er sich eins mit Kaiser Franz, der von einem tiefen Hasse gegen alles, was auf die Zulassung einer auch noch so bescheidenen Anteilnahme der Bevölkerung an dem Gang der öffentlichen Angelegenheiten hindeutete, erfüllt war (§ 103). Er rechnete auch auf die Unterstützung des russischen Kaisers; Preußens König Friedrich Wilhelm III. war ebenfalls allmählich von den Ideen Metternichs gewonnen worden. Diese drei Mächte waren von der Berechtigung der Heiligen Allianz, auch in fremden Ländern demokratische Bewegungen gewaltsam zu unterdrücken, überzeugt. So war denn Kaiser Alexander sofort entschlossen, in die spanischen Wirren einzugreifen, aber hiervor scheute Metternich doch noch zurück, weil er die Empfindlichkeit der spanischen Nation kannte und andererseits die Westmächte von solcher Einmischung nichts wissen wollten. So blieben einst-
Troppau 28. Okt. bis 24. Dez. 1820 weilen die Spanier sich selbst überlassen. Dagegen wurde zur Regelung der italienischen Angelegenheiten ein Kongreß nach Troppau berufen. Hier wußte Metternich es durchzusetzen, daß der König von Neapel zu einem neuen Kongresse in Laibach eingeladen wurde, um seine Sache selbst vertreten zu können. In dem von Österreich, Rußland und Preußen unterzeichneten Protokoll hieß es: „Die verbündeten Mächte verpflichten sich, illegalen Reformen ihre Anerkennung zu versagen. Um Staaten, in denen dergleichen vorgekommen, in den Schoß der Allianz zurückzuführen, behalten sie sich gegen dieselben zunächst freundschaftliche Schritte, nötigenfalls aber Zwangsmaßregeln vor. Dieses Verfahren soll gegen das Königreich beider Sizilien angewendet werden." Zu solcher Politik gaben die Westmächte England und Frankreich ihre Zustimmung nicht und verweigerten die Unterschrift unter das Protokoll. Da sie es indes nur bei Worten bewenden ließen, so konnte Metternich auf dem
Laibach Januar 1821 Kongreß in Laibach doch seinen Willen durchsetzen. Hier fand sich

der König von Neapel ein, dem sein Volk, nachdem er noch einmal die Verfassung beschworen hatte, die Reise dorthin gestattete. Kaum in Sicherheit, brach er den Eid, und der Kongreß beschloß, die konstitutionelle Verfassung in Neapel gewaltsam zu beseitigen. Ein österreichisches Heer rückte ein; vergebens stellten sich Pepe und Carascosa den anrückenden Feinden entgegen; die feigen Soldaten des erstern wurden nach einem leichten Gefechte zersprengt, die andern zwangen ihren Anführer zu einer schmachvollen Kapitulation. Ohne Mühe besetzten die Österreicher Neapel und Capua und gaben dem König, der nun alles seit der Umwälzung Vorgefallene für ungültig erklärte, die absolute Königsmacht zurück. Jubelnd begrüßte das leichtsinnige und unwissende Volk den Umsturz der konstitutionellen Verfassung, dessen Bedeutung es nicht begriff. Von da an verband sich die Priestermacht und das auf Mietsoldaten und Polizeiwesen gestützte absolute Königtum noch fester zur Unterdrückung jeder freien Regung; schreckliche Rache wurde an den Teilnehmern der Verschwörung und allen Verfassungsfreunden geübt. 24. März 1821

Der Ausgang der neapolitanischen Revolution entschied auch das Schicksal der konstitutionellen Bewegung in Piemont. Hier war Viktor Emanuel I. bemüht, die Erinnerung an die französische Herrschaft durch Rückführung aller alten Zustände und Lebensformen zu tilgen. Die Jesuiten erhielten den Jugendunterricht, Klerus und Adel traten wieder in Besitz ihrer alten Vorrechte, bürgerliche Freiheit und Volksaufklärung wurden durch alle Mittel beschränkt. Dies erregte Unzufriedenheit; ein von Militär und Studenten gewagter Aufstand, bei dem mehrere hochgestellte Personen, ja selbst der mutmaßliche Thronerbe, Karl Albert von Carignan, beteiligt waren, nahm so raschen Fortgang, daß der König dem Thron zugunsten seines Bruders entsagte und bis zu dessen Ankunft dem Prinzen von Carignan die Regentschaft übertrug. Dieser bewilligte den Insurgenten, die im Besitz der Hauptstadt und der Zitadelle waren, die verlangte spanische Konstitution. Aber ehe diese von dem neuen noch in Modena abwesenden König Karl Felix verworfene Verfassung ins Leben treten konnte, hatte sich die Lage der Dinge geändert. Den in das Land einrückenden österreichischen Truppen widerstanden zwar die von Santa Rosa begeisterten Liberalen nicht ohne Ruhm bei Novara, aber ihre Kraft war bald gebrochen. Turin und Alessandria wurden von den Österreichern besetzt und der Absolutismus in seiner strengsten Form und mit allen Greueln der Reaktion wieder hergestellt. Der patriotische Edelmann Georgio Pallavicino-Trivulzio, einem berühmten Adelsgeschlechte aus Mailand angehörig, büßte seine Tätigkeit bei dieser revolutionären Erhebung mit mehrjähriger Gefangenschaft auf dem Spielberg bei Brünn (§ 103), ein Leidensgefährte Silvio Pellicos (§ 92). Gegen die Österreicher, die hier die Schergendienste der Reaktion besorgten und Sizilien bis 1827 besetzt hielten, wendete sich der grimmigste Haß der Italiener, der zugleich in den „Tedeschi“ auch die Deutschen überhaupt traf, als deren Führerstaat Österreich der Welt damals erscheinen mußte. Piemont 1802–1821 † 1824 3. März 1821 18. März 1821 1821–1831 April 1821

§ 109. b. In Spanien und Portugal. Nach der Niederwerfung der Aufstände in Italien wandte Metternich seine Aufmerksamkeit den Verhältnissen der Pyrenäenhalbinsel zu. In Verona versammelte sich von neuem der Kongreß der Heiligen Allianz, zu dem die Kaiser von Rußland Kongreß in Verona Okt. u. Nov. 1822

und Österreich, der König von Preußen, die Könige von Sardinien und Neapel, die Kleinfürsten Italiens und eine große Schar Diplomaten erschienen. Besonders auf das Drängen Kaiser Alexanders erging an die Cortes in Madrid die Aufforderung, die Verfassung zu ändern. Da die demokratischen Stände diese Zumutung trotzig zurückwiesen, wurde trotz des Einspruchs des von Canning (§ 116) geleiteten Englands Frankreich, gegen das einst die Heilige Allianz geschlossen worden war, als das Werkzeug ausersehen, den Absolutismus in Spanien wiederherzustellen. Als der liberale Deputierte Manuel in Paris in der Kammer seine Stimme gegen die spanische Invasion erhob, wurde er als ein Verteidiger des Königsmordes von der ultraroyalistischen Mehrheit (§ 117) aus der Kammer ausgestoßen. Ein französisches Heer unter dem Herzog von Angoulême rückte über die

Krieg in Spanien 1823

Pyrenäen. Umsonst riefen die Cortes das Volk unter die Waffen; die konstitutionelle Freiheit war für die von Priestern und Mönchen geleitete Masse ein unverstandenes Wort und die neue Ordnung ihren Gewohnheiten zuwider; der Guerillakrieg, auf den die Cortes ihr Vertrauen gesetzt hatte, erhob sich nicht. Der Pöbel und die Camarilla begrüßten die Franzosen als Retter von dem verhaßten Regiment der Freimaurer; umsonst widerstanden einzelne Führer, wie Mina in Barcelona, Quiroga in Leon u. a. mit Tapferkeit dem fremden Kriegsheer; die Soldaten zeigten wenig Kampflust und suchten sich durch Kapitulation zur rechten Zeit sicherzustellen.

23. Mai 1823

Die Franzosen zogen als Sieger in Madrid ein und ernannten, da die Cortes mit dem König sich nach dem Süden geflüchtet hatten, eine Regentschaft. Das feste Cadix war der letzte Zufluchtsort der Verfassungsfreunde; vor diese Stadt rückten nunmehr die Franzosen. Da entsank den Cortesmitgliedern der Mut; statt, wie sie früher großsprecherisch geäußert hatten, sich unter den Trümmern dieses Geburtsortes ihrer Ver-

15 Aug. 1823

fassung zu begraben, schlossen sie mit den Belagerern einen Vertrag, in dem sie in ihre Auflösung willigten. Durch fremde Bajonette wurde Ferdinand nunmehr wieder in seine Machtfülle eingesetzt, die Verfassung trat außer Wirksamkeit, und die apostolische Partei ließ alle Wut- und

7. Nov.

Rachegeister auf ihre Gegner los. Riego starb durch die Hand des Henkers, seine Meinungsgenossen fanden teils dasselbe Schicksal, teils entzogen sie sich der Volkswut durch die Flucht und irrten als heimatlose Verbannte in der Fremde umher; die Zurückgebliebenen mußten in den Kerkern das Streben büßen, dem Volke die Institutionen zu rauben, an die es durch einen dreihundertjährigen Despotismus gewöhnt worden war. In Spanien wurde mit derselben Wut für die Erhaltung des Alten gekämpft, wie in Frankreich früher für dessen Vernichtung; in beiden Ländern diente der Pöbel als Werkzeug, hier gelockt durch die Worte „Freiheit und Gleichheit", dort fanatisiert für Religion, Königtum und die Einrichtungen der Väter.

Portugal

In Portugal dagegen erlitt die Heilige Allianz eine entschiedene Niederlage. Hier suchten die Königin Carlotta (Ferdinands VII. Schwester) und ihr zweiter Sohn Dom Miguel durch einen Gewaltstreich sich der dem Adel, der Priesterschaft und dem Hofe verhaßten Konstitution zu entledigen. Ermutigt durch einen von Dom Miguel geleiteten Aufstand des Militärs und Pöbels zugunsten des absoluten Königtums hob der nach

Mai 1823

Portugal zurückgekehrte König Johann VI. die Cortesverfassung auf und gestattete die Verfolgung der Konstitutionellen und Freimaurer. Als er

aber mit den Plane umging, das Volk durch Erteilung eines auf Anerkennung gegenseitiger Rechte gegründeten Staatsgrundgesetzes zu versöhnen, erregte Dom Miguel einen Aufstand gegen den eigenen Vater. Nur das kräftige Einschreiten des englischen Gesandten verhinderte den Staatsstreich, Dom Miguel mußte Portugal verlassen. Nach dem Tode 10. März 1826
Johanns war sein Sohn Dom Pedro der eigentliche Erbe; da er aber Kaiser von Brasilien war und nach der für Brasilien beschworenen Konstitution (§ 110) nicht zugleich König von Portugal sein konnte, so übertrug er die Regierung über sein Mutterland seiner unmündigen Tochter Donna Maria da Gloria, zugleich verlieh er den Portugiesen eine 2. Mai 1826
auf freisinnigen Grundsätzen aufgebaute Verfassung. Dies Vorgehen erregte den vollen Zorn Metternichs, der selbst den Königen das Recht absprach, ihrem Volke eine Verfassung zu geben, den für die Sicherheit seiner Regierung besorgten König Ferdinand von Spanien in seinen Machinationen gegen die Liberalen Portugals unterstützte und die Heilige Allianz zum Einschreiten bewegen wollte. Da trat England für die freie Englische Einmischung
Selbstbestimmung der Völker ein. Der Minister Canning hielt seine be- 12. Dez. 1826
rühmte Rede im englischen Parlament, in welcher er eine Einmischung der Heiligen Allianz in die portugiesischen Verhältnisse entschieden zurückwies; sie fand in ganz Europa einen gewaltigen Widerhall.

Die Lage Englands mitten zwischen dem Kampfe politischer Meinungen verglich er mit britischem Stolze mit der des „Lenkers der Winde" und zitierte Vergils Worte*):

„Celsa sedet Aeolus arce,
Sceptra tenens, mollitque animos et temperat iras;
Ni faciat, maria ac terras caelumque profundum
Quippe ferant rapidi secum, verrantque per auras." (Aeneis I, 56 fg.)

Dann schilderte er die Schrecken des Bürgerkriegs, dessen Schuld er nicht übernehmen wolle, und schloß mit den Worten: „Wir gehen nach Portugal, nicht um dort zu herrschen, nicht um dort zu befehlen, nicht um Konstitutionen vorzuschreiben — sondern um die Unabhängigkeit eines Verbündeten zu verteidigen und zu bewahren. Wir gehen, um die Standarte Englands auf den wohlbekannten Höhen Lissabons aufzupflanzen; wo diese Standarte aufgepflanzt ist, dahin kann fremde Herrschaft nicht dringen."

Eine englische Flotte lief in den Tajo ein, und englische Truppen verschafften der Verfassungspartei wieder die Macht. Das System der Heiligen Allianz schien durchbrochen; selbst Dom Miguel leistete in Wien den Eid auf die Verfassung. Allein sobald die Engländer wieder Portugal verlassen hatten und Miguel nach seiner Rückkehr sich im Besitze der Regentschaft 1828
und der Macht sah, da stürzte er mit Hilfe seiner Mutter und der apostolischen Partei die von ihm beschworne Verfassung, ließ sich zum unumschränkten König erklären und wütete mit Verbannung, Kerker 28. Juni 1828
und Hinrichtungen gegen die Freunde konstitutionellen Ordnung. Miguel 1828—1834 † 1866

B. Das Scheitern der Interventionspolitik der Heiligen Allianz.

1. Die Unabhängigkeit der amerikanischen Kolonien.

§ 110. Der Abfall der spanischen Kolonien und die Monroedoktrin. Drei Jahrhunderte trugen die unermeßlichen Ländermassen Südamerikas

*) Auf ragender Burg mit dem Zepter
Äolus thront, zur Ruhe sie stimmt und ihr Zürnen beschwichtigt.
Tut er es nicht, so rissen sie Meer und Land und des Himmels
Tiefen dahin im Flug und schleiften sie mit durch die Lüfte.

und Mexicos das schwere Joch des spanischen Mutterlandes, so drückend auch das Abhängigkeitsverhältnis, so schreiend auch die Mißbräuche waren.

Spanische Kolonien

Nur in Europa geborene Spanier, nicht Kreolen (in Amerika geborene Fremde), bekleideten die Staatsämter und Kirchenwürden; sie benutzten sie zu ihrer Bereicherung, ohne auf die Hebung und Heranbildung der Bevölkerung im mindesten bedacht zu sein. Der Handel war in enge Fesseln geschlagen, indem die Erzeugnisse der Kolonien nur an Spanier abgegeben und nur spanische Waren in die Kolonien eingeführt werden durften, jeder fremde Zwischenhandel aber verboten war. Der Anbau des Tabaks galt als königliches Monopol und befand sich hauptsächlich in den Händen der Spanier, Produkte des Mutterlandes, wie Wein, Öl u. a., durften in den Kolonien nicht gebaut werden, der Anbau des Zuckerrohrs, die Zucht des Seidenwurms, die Bearbeitung der Eisenminen waren untersagt, die auf spanischen Schiffen eingeführten Waren wurden mit hohen Zöllen und Abgaben belegt. Dem Gouverneur der Provinz, einem geborenen Spanier, stand das Recht der „Repartimientos" oder Warenverteilung zu, d. h. er sandte jedem Dorfe eine Partie Waren zur Übernahme ohne weiteres zu und setzte dafür einen beliebigen Preis fest, der mit Strenge und Gewalt von der Gesamtheit der Ortseinwohner eingetrieben wurde. Diese Waren wurden ohne Rücksicht auf das Bedürfnis verteilt. Bei der dünnen Bevölkerung der großen Länderstrecken, bei der gänzlichen Unwissenheit der Eingeborenen, denen aller Schulunterricht versagt war, und bei der strengen Wachsamkeit der Inquisition fiel es den Spaniern nicht schwer, durch wenige Truppen jede unruhige Bewegung fernzuhalten, so daß sowohl der spanische Erbfolgekrieg, als die nordamerikanischen Befreiungskämpfe keine Änderung in den Zuständen Südamerikas hervorbrachten, wie sehr auch die mehr und mehr anwachsende kreolische Bevölkerung die Übelstände fühlte und größere Ansprüche geltendzumachen begann, und der Verkehr mit Frankreich während jenes Krieges den Amerikanern die Augen öffnete über die ungeheuern Vorteile, welche die Spanier bisher aus den Kolonien durch das Monopolsystem gezogen hatten. Die Versuche des gewandten, in europäische Anschauungsweise eingeweihten Kreolen Miranda aus Caracas (geb. 1754) in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts, mit Hilfe von Engländern und Franzosen die südamerikanischen Landschaften zur Empörung zu bringen, scheiterten an der Unreife des Volkes, an der Zwietracht und Eifersucht der Stämme und Stände und an der Verschiedenheit der Interessen der einzelnen Provinzen. Noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts bestanden die spanischen Besitzungen in Amerika, wenn auch durch Schleichhandel und fremde Einwirkungen, wie durch die gesteigerten Mißbräuche in der alten Ergebenheit für das Mutterland geschwächt, aus vier Vizekönigreichen (Neugranada, Neuspanien oder Mexico, Rio de la Plata oder Buenos Aires und Peru) und aus fünf Generalhauptmannschaften (Chile, Venezuela, Guatemala, Havanna und Portorico); aber mit der Verdrängung der Bourbonen vom spanischen Thron (§ 52) kamen die Unabhängigkeitsbestrebungen der Patrioten zur Ausführung.

Aufstände in den Kolonien 1808

Die Parteikämpfe des Mutterlandes fanden bald ihren Weg nach den Kolonien. In der beweglichen Weltstadt Buenos Aires suchte Mariano Moreno, ein unternehmender und für Bildung und Aufklärung eingenommener Mann, den Zwiespalt unter den Behörden zur Bildung einer patriotischen Partei zu benutzen und das Volk für die Unabhängigkeit zu gewinnen. Aber den Bewohnern der Hauptstadt erstand bald ein furchtbarer Gegner in den „Gauchos", den wilden Söhnen der Steppe. Ähnliche Abfallsversuche fanden in Mexico durch einige unzufriedene Kreolen statt; der Vizekönig Iturrigarai, ein Günstling Godoys, wurde, als er sich mit den Neuspaniern entzweite, gefangen nach Europa geschickt und der Grundsatz aufgestellt, „daß nach der Auflösung der spanischen Regierung das Volk der Quell der Souveränität geworden sei und eine eigene Regierung zu bilden habe". In Chile wirkte Mardinez de Rosas im Interesse der Revolution gegen den Statthalter Carrasco; ähnliche Erscheinungen zeigten sich in Venezuela, wo eine lebhafte, mit europäischer Bildung vertraute Partei unter Simon Bolivars Einfluß nach Unabhängigkeit von Spanien strebte.

16. Sept. 1808

Napoleons Aufforderungen an die Südamerikaner, den neuen König Joseph (§ 52) und die durch ihn begründete Ordnung der Dinge anzuerkennen, fanden in den Kolonien dieselbe Aufnahme wie im Mutterlande: die josephinischen Statthalter wurden verjagt und in den meisten Städten Junten gebildet, die scheinbar im Namen Ferdinands VII. handelten, aber ihrer Mehrheit nach für die Unabhängigkeit wirkten. In den meisten Orten wurde der Abfall ohne Blutvergießen und Gewaltsamkeiten durchgeführt, nur in Quito wurden 28 Patrioten von der spanischen Besatzung niedergehauen und ihre Häuser geplündert, und in Mexico erhob sich die eingeborne Bevölkerung unter dem Priester Hidalgo gegen Spanier und Kreolen, Mord und Brand in die Nähe der Hauptstadt tragend, bis auf einem unerwarteten Rückzug der Führer getötet und die Empörung grausam niedergeschlagen wurde. Mit diesem Vorfall war die Losung zum blutigen Bürgerkriege gegeben, so sehr sich auch die folgenden Führer Rayon und Morelos bemühten, die Revolution aus dieser Verwilderung zur Menschlichkeit zurückzurufen. Als die Cortes in Cadix für Spanien die neue, auf liberalen Grundsätzen beruhende Verfassung entwarfen (§ 55), verlangten die amerikanischen Abgeordneten, welche sich auf die Einladung der Versammlung zur Beratung eingefunden hatten, Gleichstellung der Rechte der Kolonien mit dem Mutterlande, gleiche Vertretung in den Cortes und volle Handelsfreiheit. Diese Forderungen, deren Gewährung das politische Übergewicht in die Hände der Amerikaner gebracht und dem gewinnreichen Handel von Cadix einen tödlichen Stoß versetzt hätte, fanden keine Erhörung. Nicht zufrieden mit den Zugeständnissen, daß alle Rassen gleiche Rechte haben und die alten Beschränkungen des Landbaues und der Industrie aufhören sollten, sagten sich daher die meisten Staaten von der Herrschaft der Cortes los und richteten eigene selbständige Regierungen ein, die, wenn auch nicht überall siegreich, doch lange mit Ehren gegen die spanischen Statthalter das Feld behaupteten, und noch größere Erfolge gehabt hätten, wenn nicht die Eifersucht der Städte und die Ortszwietracht hemmend im Wege gestanden hätte.

Kämpfe zur Zeit Napoleons

1810

1811

1811

Nach Ferdinands Wiedereinsetzung (§ 55) wären auch die Kolonien zum Gehorsam zurückgekehrt, hätte nicht der übelberatene König ihnen die Gewährung ihrer zeitgemäßen Forderungen versagt und unbedingte Unterwerfung unter seine königliche Gnade verlangt, er, der eben durch die greuelhafte Verfolgung der Cortesfreunde seinen Haß gegen jede Neuerung beurkundete (§ 107). Statt der königlichen Aufforderung nachzukommen, wiederholten sie ihr Verlangen um Rechtsgleichheit mit dem Mutterlande, und als sie abgewiesen wurden, ergriffen sie das Schwert, um sich Unabhängigkeit von Spanien zu erkämpfen. Ein Krieg auf Tod und Leben begann (§ 111), in dem die Südamerikaner die moralische Unterstützung Nordamerikas und Englands fanden.

Unabhängigkeitskampf

1814

1814—1829

Die Staaten der Heiligen Allianz blickten mit Entsetzen auf diese Ereignisse und zeigten Lust, auch in Südamerika ihre Macht geltendzumachen. Sie wollten entweder die unbedingte Wiederherstellung der spanischen Herrschaft oder wenigstens die Aufrechterhaltung des monarchischen Prinzipes durch die Einsetzung bourbonischer Prinzen und dachten durch einen Kongreß zum Ziele zu gelangen. Da trat ihnen der Präsident der Nordamerikanischen Staaten James Monroe mit einer scharfen

Haltung der Heiligen Allianz

1817—1825

Erklärung entgegen, die seitdem als Monroedoktrin eine hohe Bedeutung
Botschaft Monroes erlangt hat. In der Jahresbotschaft vom 2. Dezember 1823 wurde
2. Dez. 1823 der Entschluß ausgesprochen, keine Einmischung europäischer Regierungssysteme auf Amerika zu dulden. „Amerika für die Amerikaner!" Die Union werde jeden Versuch der Heiligen Allianz, ihr System auf einen Teil Amerikas auszudehnen, als eine Gefährdung ihres Friedens und ihrer Freiheit ansehen, sie werde die Einmischung irgendeiner europäischen Macht, um einen von ihr als unabhängig anerkannten amerikanischen Staat zu unterdrücken, als einen Akt unfreundlicher Gesinnung gegen sich selbst betrachten und es nicht dulden, wenn eine europäische Regierung den Kontinent Amerikas als ein Gebiet für Anlegung von Kolonien ansehen
Haltung Englands würde. Auch England wies durch seinen Minister Canning jede europäische Intervention entschieden zurück, ernannte 1823 britische Konsuln für die neuen Staaten, um die Interessen des englischen Handels dort zu wahren, und ließ dieser mittelbaren Anerkennung am 1. Januar 1825 die förmliche von Mexico, Columbia und Buenos Aires folgen.

Brasilien Auch die Unabhängigkeit Brasiliens wurde von England anerkannt, wo der älteste Sohn Johanns VI. von Portugal, Dom Pedro,
1822—1831 † 1834 von dem Volke zum selbständigen Kaiser ausgerufen wurde. In einem geheimen Artikel des mit Johann abgeschlossenen Vertrags war bestimmt, daß die Kronen Brasiliens und Portugals nie wieder vereinigt werden sollten (§ 109). „Ich rief die neue Welt ins Dasein," so sagte Canning mit Stolz im Parlament, „um das Gleichgewicht der alten herzustellen." Die Macht der Heiligen Allianz war durchbrochen.

§ 111. Die Einzelstaaten. Der Freiheitskampf in den Vizekönigreichen Neugranada
1782—1830 und Peru ist an den Kreolen Bolivar von Caracas geknüpft. Dieser als Feldherr und Staatsmann ausgezeichnete Mann, der sich Washington zum Vorbild gewählt hatte, widmete seine Tatkraft und sein Vermögen der Befreiung seiner Landsleute und ließ sich durch deren
Venezuela und Neugranada teilweisen Undank nicht von seinem großen Ziel ableiten. Venezuela mit Neugranada hatte schon im Jahre 1811 seine Unabhängigkeit ausgesprochen; ein furchtbares Erdbeben,
26. März 1812 das die Hauptstadt Caracas fast gänzlich zerstörte und in Valencia 20000 Menschen tötete, wurde von der Geistlichkeit als Strafe des Himmels für den Abfall gedeutet und zur Rückführung Venezuelas unter spanische Herrschaft benutzt. Die schonungslose Härte aber, mit der die rachedürstenden Spanier die Republikaner verfolgten, brachte das erstickte Feuer von neuem zum Ausbruch. Bolivar führte 600 Mann von Cartagena aus über die Anden, Tausende von Unzufriedenen strömten seiner Fahne zu, um den Tod der hingerichteten Patrioten zu rächen; von der venezolanischen Bundesversammlung als „Retter" zum Diktator ernannt,
2. Jan. 1814 organisierte er einen Krieg „bis zum Messer", indem er das Schauderdekret von Trujillo unterzeichnete, welches jeden des Royalismus überführten Spanier zum Tode verurteilte. Ein furchtbarer, wechselvoller, an Beschwerden, mühseligen Kämpfen und Entbehrungen reicher Krieg entstand nun zwischen Bolivar, dem der waffenkundige Paez, ein Farbiger, zur Seite stand, und dem von Ferdinand entsandten General Morillo. Die Spanier erlangten eine furchtbare Hilfsmacht an den Llaneros, die wie die Gauchos der Pampas auf den Grassteppen der Tierra Firma als Hirten und Fleischer ein Beduinenleben führten und, auf den sonnigen Weiden an Abhärtung und Genügsamkeit gewöhnt, als Reiterscharen mit der Pike, dem Fangseil und dem Steppenbrand den Republikanern großen Schaden und blutige Niederlagen bereiteten. Bolivar sah sich genötigt, den Oberbefehl
1814 niederzulegen und sein Heil in der Flucht nach St. Domingo zu suchen; 1816 war auch Neugranada wieder in den Händen der Spanier, die in grausamster Weise gegen die Unter-
1817 worfenen verfuhren. Allein Bolivar kehrte zurück, seine Erscheinung hob den gesunkenen Mut der Republikaner wieder, glückliche Waffentaten erhöhten sein Ansehen. Venezuela und Neugranada schlossen einen Bund, wählten Bolivar zum Generalkapitän und erklärten auf
Columbia 7. Dez. 1819 einem Kongreß zu Angostura, daß sich die beiden Republiken zu einem einzigen Freistaate Columbia vereinigt hätten. Ein neues Heer sollte sich in Cadix nach Amerika einschiffen. Es war dasselbe, welches durch Aufpflanzung der Fahne des Aufruhrs (§ 107) die Herrschaft der Cortes in Spanien herbeiführte. Auch die Cortesregierung wollte jedoch

die Selbständigkeit der Kolonien nicht anerkennen, und der Krieg begann aufs neue, aber zum Nachteile der zwieträchtigen Spanier. Die Republik Columbia erkämpfte ihre Freiheit und wählte Bolivar zum Präsidenten. Ein Handelsvertrag verband bald den jungen 1824
Freistaat mit Nordamerika. — Von Columbia aus erschien Bolivar als Retter und Befreier
in Peru. Auch dieses Land hatte sich unter dem Beistande St. Martins, des verschlagenen Peru
Befreiers von Chile (siehe unten), und des Engländers Cochrane eine republikanische
Verfassung gegeben und Martin zum Protektor ernannt. Zwietracht schwächte jedoch die 1817
Macht der Republikaner. Martin legte sein Amt nieder und kehrte nach Chile zurück,
die Spanier gewannen wieder die Oberhand, die Republik schien verloren. Da kam Bolivar
dem gefährdeten Freistaat zu Hilfe. Die uneinigen Spanier wurden geschlagen und zum
Abzug genötigt, der Befreier vom Kongreß in Lima zum lebenslänglichen Pro- 1825
tektor ernannt. Die Häufung der Macht auf Bolivars Haupt erregte indes den Neid
und die Besorgnis der Republikaner. Verschworene trachteten ihm mehrfach nach dem Leben,
man warf ihm vor, er wolle Bonapartes Rolle spielen. Gekränkt durch den Undank und
bekümmert über den innern Hader der Freistaaten, die sich zuletzt in sechs unabhängige
Republiken (Venezuela, Columbia, Ecuador, Peru, Bolivia, Chile) spalteten, legte er sein 27. April 1829
Amt nieder. Der Tod befreite ihn bald darauf von allen Sorgen, stellte aber die Einig- 10. Dez. 1830
keit der Staaten nicht her. Ober-Peru, zu einer selbständigen Republik eingerichtet, trägt Bolivia
des Befreiers Namen: Bolivia. — Chile hatte sich schon 1812 für unabhängig erklärt, Chile
wurde aber nach zwei Jahren von den Spaniern zurückgenommen. Da führte General
St. Martin von Buenos Aires aus ein Heer ausgewanderter Chilenen über die Anden
und befreite 1818 Chile von der Herrschaft der Spanier. Doch erst 1828 wurden die letzten
Spanier aus Chile vertrieben. — In Buenos Aires war der Aufstand 1816 ausgebrochen; Argentinien
es bildete sich die Argentinische Republik. — Der frühere Jesuitenstaat Paraguay Paraguay
machte sich 1811 unabhängig und stand von 1814 an bis 1840 unter dem schlauen Advo-
katen John Francia, der mit diktatorischer Gewalt herrschte und das Land gegen alle Fremden
streng abschloß. — Uruguay befreite sich 1814, kam aber 1821 unter die Herrschaft Brasiliens, Uruguay
aus der es sich 1828 wieder löste. Am 10. November 1829 bildete sich dann die Republika
Oriental del Uruguay.

In Neu-Spanien (Mexico) büßten die ersten Kämpfer für Gleichstellung mit Mexico
dem Mutterlande ihre Unternehmungen durch den Tod. Hidalgo, Morelos und Mina fielen
als Märtyrer der Freiheit, aber ihre Grundsätze lebten im Volke fort. Die Einführung der
Cortes in Spanien beförderte die Unabhängigkeit Mexicos. Der Befehl der Cortesregierung,
die Konstitution vom Jahre 1812 auch in Neuspanien einzuführen, wurde von dem Vizekönig, 1815
geheimen Weisungen der Camarilla zufolge, nicht vollzogen, vielmehr der Kreole Iturbide,
dem der Oberbefehl über das Heer erteilt wurde, zur Bekämpfung der Konstitutionellen
aufgefordert. Durch diese Doppelzüngigkeit der Regierung glaubte sich Iturbide zum Bruch
der ihr gelobten Treue berechtigt. Er gab durch den „Ruf von Iguala“ die Losung Aug. 1821
zum Aufstand. In kurzem waren die meisten Provinzen in seiner Gewalt. Der neue
Vizekönig sah sich zu einem Vertrag genötigt, in welchem die Unabhängigkeit Mexicos
anerkannt und der Thron dieses konstitutionellen Kaisertums dem König Ferdinand
oder, wenn dieser ihn ausschlüge, einem Infanten zugeteilt wurde. Da die spanische Regierung
diesen Vertrag verwarf, sprach der Kongreß die Trennung Mexicos von Spanien aus und
erhob Iturbide zum Kaiser. Der Beschluß erbitterte die Republikaner wie die Roya- 18. Mai 1822
listen; es bildete sich eine mächtige Gegenpartei gegen den neuen Kaiser Augustin I. Da
löste dieser im Vertrauen auf die ihm ergebene Armee den Kongreß gewaltsam auf und
ernannte eine Regierungsjunta. Dadurch vermehrte er die Zahl seiner Gegner; einige Heeres-
abteilungen fielen von ihm ab, und als sein General Antonio Lopez de Santa Anna 8. April 1823
in Vera-Cruz die Republik ausrief, erhob sich ein solcher Sturm gegen den Kaiser, daß er
sich zur Thronentsagung und zur Entfernung nach Italien genötigt sah. Mexico wurde März 1823
zum Freistaat umgewandelt und ihm eine der nordamerikanischen nachgebildete Verfassung
verliehen. Die fortdauerde Parteiung und Verwirrung erfüllte Iturbide mit der Hoffnung, die
verlorene Macht wiederzuerlangen. Trotz der von dem Kongresse gegen ihn ausgesprochenen
Acht landete er in seinem Vaterlande, wurde aber ergriffen und erschossen. Mexico be- 19. Juli 1824
hielt seine republikanische Verfassung mit einem Präsidenten an der Spitze. Der Ver-
such der altspanischen Partei, durch eine Gegenrevolution die neue Ordnung umzustürzen, 1829
gab ihren Gegnern, den Kreolen, Veranlassung, den Volkshaß wider sie zu entflammen.
Ein Beschluß des Kongresses beraubte die geborenen Spanier mit Ausnahme derer, die
für die Republik gestritten hatten, aller Ämter und verwies sie dann aus dem Gebiete des
Freistaates; 22000 mußten sofort auswandern. Aber Ruhe und Eintracht kehrten darum
nicht in den Vereinigten Staaten von Mexico ein. Zwei Parteien, die eine mehr demo-

kratisch (Yorkinos), die andere mehr aristokratisch (Escoseses), kämpften um die Herrschaft, jene unter dem Banner Santa Annas, diese unter der Führung Bustamentes.

1836 Zum großen Nachteil für die Wohlfahrt des Landes erhielt jene die Oberhand, aber ihre Unfähigkeit führte Anarchie im Innern und Ohnmacht nach außen herbei. Im Streite mit den Vereinigten Staaten Nordamerikas und mit den Franzosen, welche wegen der Ermordung einiger Landsleute Vergeltung nahmen, zeigte sich Santa Anna schwach und charakterlos. Er mußte dulden, daß sich wegen der Aufhebung der Sklaverei in Mexico

1839 Texas von der Föderation lossagte und sich einige Jahre später an die nordamerikanische

1845 Union anschloß. Santa Anna wurde mehrmals verdrängt, da aber seine Nachfolger nicht besser waren, so kam er immer wieder in die Höhe. Das mexicanische Staatsleben ging zuletzt in ein elendes Parteitreiben auf. Ein zweiter Krieg mit den Vereinigten Staaten

2. Febr. 1848 endete mit dem Frieden von Guadalupe-Hidalgo, welcher der Union ein Gebiet von 12000 Quadratmeilen, nämlich die Staaten Kalifornien, Neu-Mexico und Tamaulipas, Cohahuila und Chihuahua überlieferte.

Die Republiken Zentralamerikas

Auch Guatemala errang 1821 seine Selbständigkeit und gründete 1823 mit Honduras, S. Salvator, Nicaragua, Costarica die Bundesrepublik von Zentralamerika, die bis 1839 bestand. Während der inneren Parteikämpfe setzten sich die Engländer auf der Ostküste von Honduras in Belize fest, von wo sie das kostbare Mahagoniholz holen und zugleich die Landenge von Panama überwachen konnten, fanden aber bei weiterem Fortschreiten heftigen Widerstand an den republikanischen Staaten Nord- und Südamerikas.

2. Griechenlands Freiheitskampf.

§ 112. Die Hetärien und Ypsilanti. Wie in Amerika brach auch in Griechenland die Macht der Heiligen Allianz zusammen. Während die Vertreter derselben noch auf dem Kongreß in Laibach (§ 108) versammelt waren, erhielt Metternich zu seinem nicht geringen Schrecken die Nachricht von der Erhebung der Griechen. Mit ihr kam zugleich die orientalische Frage wieder in Fluß.

Rigas

Durch die französische Revolution und den Handelsverkehr mit Frankreich war schon um die Wende des Jahrhunderts der Gedanke der Befreiung von dem Türkenjoch geweckt und durch Konstantin Rigas (§ 94) belebt und verbreitet worden. Er besprach zuerst in Wien mit Bernadotte, dann mit Bonaparte selbst Pläne zur Befreiung Griechenlands, aber die Zeit war noch nicht gekommen. Er wurde gefangen und auf Befehl des Paschas in der

1798 Donau ertränkt, gefeiert von den Nachgeborenen als Vater der griechischen Freiheit und als ihr erster Märtyrer. Auch seine patriotischen Dichtungen gingen nicht unter; seine Kriegsgesänge, feurig wie die tyrtäischen, erschallten auf den Gebirgen und in den Tälern der Halbinsel und gaben der patriotischen Gesinnung Ausdruck und Schwung. Im Jahre 1814 wurde dann zu Athen eine Gesellschaft gegründet, die wegen ihrer scheinbar nur auf

Philomusen wissenschaftliche Ausbildung gerichteten Bestrebungen sich den Namen Hetärie der Philomusen (Verein der Musenfreunde) gab. Capodistrias aus Korfu, damals russischer Bevollmächtigter auf dem Kongreß zu Wien, ein kluger, feingebildeter Mann von warmer Anhänglichkeit an sein Volk, wenn auch nicht frei von Ehrgeiz und Selbstsucht, übernahm die Vorsteherschaft derselben und suchte die Fürsten und Monarchen Europas zum Beitritt oder zur Förderung zu bewegen. Gegen Ende desselben Jahres bildete sich auf russischem Boden,

Philiker in Odessa, eine andere, rein politische Gesellschaft, die Hetärie der Philiker. Die Mitglieder derselben, Männer ohne Namen und Bedeutung, spiegelten nun, um mehr Anhang und Vertrauen zu finden, den leichtgläubigen Griechen vor, daß sie mit der Philomusengesellschaft in Zusammenhang ständen, und daß die geheime Spitze ihres Bundes der Kaiser von Rußland sei. Im Jahre 1820 trugen die Philiker die Vorsteherschaft ihres Bundes dem Grafen Capodistrias an, der damals Minister Kaiser Alexanders war. Dieser lehnte ab, redete aber dem Fürsten Ypsilanti zu, die Stelle anzunehmen.

Ypsilanti

So trat Alexander Ypsilanti, ein in russischen Kriegsdiensten stehender Edelmann, der Sohn des 1805 von den Türken hingerichteten Hospodars (Fürsten der Moldau und Walachei), an die Spitze der Hetärie. Er gehörte zu der Partei der Fanarioten, einer aus den Verwaltungsbeamten zu Einfluß gekommenen Aristokratie, die ihren Namen von dem hauptsächlich von Griechen bewohnten Stadtteil Konstantinopels (II, § 383) Fanar (Leuchtturm) erhalten hatte. Sein Vater hatte den Söhnen sterbend die weise Mahnung hinterlassen:

Vergeßt es nie, daß die Griechen, um frei zu werden, sich nur auf sich selber stützen müssen. Er beschloß trotz der Abmahnungen einsichtiger Freunde, in den Donaufürstentümern loszuschlagen, überschritt gleich nach dem Tode des Hospodars A. Soutzos den Pruth und erließ mit Hinweis auf russischen Schutz einen Aufruf an die Hellenen, das türkische Joch abzuschütteln. Durch dies Auftreten eines russischen Untertanen sah sich das Kabinett von St. Petersburg der Pforte und den europäischen Mächten gegenüber in große Verlegenheit gesetzt. Der Kaiser ließ dem Fürsten durch Capodistrias die strengste Mißbilligung ausdrücken und entließ ihn aus seinen Diensten. Dieser Schlag wirkte lähmend auf Ypsilanti; er begann zu unterhandeln und unsicher hin und her zu ziehen, in seiner Umgebung brach Zwietracht aus. Die heilige Schar der Griechen unter der Führung seines Bruders Nikolaus Ypsilanti wurde in dem Verzweiflungskampf bei Dragatschan, wo sie mit dem Heldenmut eines Leonidas fochten, gänzlich aufgerieben. Ypsilanti verließ heimlich seine Waffengefährten und flüchtete nach Österreich. Beinahe sieben Jahre lang wurde er zu Munkacz und Theresienstadt in ungroßmütiger Haft gehalten und starb später, da unter veränderten Verhältnissen auf Kaiser Nikolaus' Verwendung seine Freilassung erfolgte, in Wien an den Folgen einer Herzerweiterung. Der Heldenkampf bei Dragatschan und der Fall der heiligen Schar bewiesen, daß die Griechen von einem andern Geist beseelt seien, als die spanischen und italienischen Freiheitsstreiter, wenn auch der Führer Alexander Ypsilanti der hohen Aufgabe eines Befreiers des Vaterlandes nicht gewachsen war.

7. März 1821

19. Juni 1821

1. Aug. 1828

§ 113. Griechenlands Ringen bis zum Fall von Missolunghi.

Wichtiger für die Sache der Griechen als der Aufstand in den Fürstentümern war die Empörung des mächtigen Vasallen der Pforte, Ali Paschas von Janina (§ 146). Diese ward erst im Jahre 1822 gewaltsam zu Boden geschlagen und nahm bis dahin die Kerntruppen der Türkei in Anspruch. Fast gleichzeitig mit Alexander Ypsilanti hatte aber auch die Halbinsel Morea (Peloponnes) zu den Waffen gegriffen; die griechischen Inseln, Rumelien und Thessalien folgten ihrem Beispiel. Die Türken schäumten vor Wut und nahmen blutige Rache. Der Patriarch Gregorios von Konstantinopel, das Oberhaupt der griechischen Kirche, wurde nach der Feier der Ostermesse verhaftet und wenige Stunden später am Tor der Patriarchenkirche aufgeknüpft. Um dieselbe Zeit erlitten die Metropolitane von Ephesus, Nikomedien und Anchialos in andern Stadtteilen das gleiche Schicksal. Mitglieder der vornehmsten griechischen Familien starben eines gewaltsamen Todes oder mußten in die Verbannung wandern. Der Fanatismus verbreitete sich von der Hauptstadt auf die Provinzen.

Morea März 1821

Besonders die Greuel, welche in Chios verübt wurden, waren geeignet, das Entsetzen der ganzen zivilisierten Welt zu erwecken. Diese blühende, glückliche Insel wurde durch die Truppen des Kapudan Pascha in eine Wüste verwandelt. Auf 5000 nur schätzte man die Zahl der Entflohenen, 23000 wurden ermordet, 47000 an die Douane verkauft. Die türkische Flotte wurde aber sofort von der griechischen, welche die drei kleinen Inseln Hydra, Spezzia und Ipsara ausgerüstet hatten, angegriffen, und es gelang dem unerschrockenen vaterländisch gesinnten Brandenführer Canaris, das türkische Admiralschiff in die Luft zu sprengen. Auch auf dem Festland waren die Griechen im Vorteil. Die wilden, streitbaren Mainoten (im Süden Moreas) erhoben sich unter der Anführung ihres angestammten Beys Mauromichalis; allein die Seele des Kampfes war der alte schlaue Klephtenhäuptling Kolocotronis aus Messenien. Es gelang ihm, die Türken in immer engeren Kreisen zu umziehen, bis sie im Mittelpunkt des Peloponneses in Tripolizza vollkommen eingeschlossen waren. Nach dem siegreichen Gefecht von Valtezi fiel die Stadt in die Hände der Griechen, die nun nach diesem bedeutenden militärischen Erfolg daran denken konnten, den Grund ihrer politischen Unabhängigkeit zu legen.

Chios

Erfolge der Griechen

Okt. 1821

In Piadha, unweit vom alten Epidauros, trat am 1. Januar 1822 die erste griechische Nationalversammlung unter dem Vorsitz des europäisch gebildeten A. Maurocordato zusammen. Dort entwarf man eine Verfassung, welche die Rechte der ausübenden Gewalt allzu eifersüchtig für ein junges Staatswesen, dem Einheit und Stärke not tat, beschränkte. Demetrius Ypsilanti, der Bruder Alexanders, dessen Ankunft zuerst mit überschwänglicher Freude begrüßt worden war, überwarf sich mit der Nationalversammlung, trat völlig vom

Griechische Nationalversammlung 1. Jan. 1822

politischen Schauplatz zurück und leistete dem Vaterlande fortan als Soldat redliche und unerschrockene Dienste.

Anteilnahme Europas

Die Tapferkeit, mit der die Griechen bisher gefochten hatten, weckte Teilnahme und Bewunderung unter den europäischen Völkern. Sie eilten, durch Philhellenenvereine (§ 99) Geldmittel und Streitkräfte zu sammeln, um den Mut der Kämpfer aufrechtzuerhalten. Galt es doch, Kultur und Christentum gegen rohe Barbaren zu schützen und zugleich gegen die eignen Regierungen zu protestieren! Während die Fürsten, die den heiligen Bund geschlossen, aus Scheu vor jeder gewaltsamen Lösung der bestehenden Zustände ein christliches Volk den Streichen der Mohammedaner bloßstellten, während der religiös empfindsame Kaiser Alexander in Metternichs Ideenkreis festgebannt, seine Hilfe den Bedrängten vorenthielt,

1822

zogen Scharen fremder Philhellenen unter Führung des württembergischen Generals Normann (den jedoch schon im nächsten Jahre das Klima wegraffte) in die alte Heimat europäischer Gesittung. Der berühmte englische Dichter Lord Byron (§ 88) widmete sein Talent, sein Vermögen und seine Tatkraft der Sache Griechenlands, wo Klima und Anstrengung ihm bald den Tod gaben, und der reiche Genfer Eynard förderte den hellenischen Freiheitskampf mit großen Geldsummen. Die ganze liberale Partei des Abendlandes begeisterte sich für das hellenische Volk; es war der erste Aufschwung freiheitlicher Ideen. Die Schwärmerei der Philhellenen wurde nicht ausgelöscht durch die Bemühungen der Gelehrten und Staatsmänner, den Beweis zu liefern, daß die moderne Bevölkerung Griechenlands kein hellenisches Blut in sich habe, sondern wesentlich slawischer, sarmatischer und albanischer Abkunft sei. Es konnte anderseits dargetan werden, daß in den Küstenländern und Inseln zu aller Zeit sich Abkömmlinge der alten Hellenen erhalten hatten und daß durch Sprache und Religion stets das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit gerettet worden sei.

Mehemed Ali

Trotz der Zwietracht der Führer war bis zum Jahr 1825 der Sieg größtenteils auf Seiten der Griechen, und es schien, als ob auf den blutgetränkten Stätten ein christliches Reich mit geordnetem Staatswesen sich in Freiheit und Selbständigkeit erheben würde. Da aber erlangte die Pforte einen mächtigen Bundesgenossen. Sie wandte sich schon zu Anfang des Jahres 1824 an ihren Vasallen, den Vizekönig Mehemed Ali, der auf den Trümmern der Mamelukenherrschaft in Ägypten eine Staatsverwaltung und Kriegsmacht nach europäischem Muster gebildet hatte (§ 146), und gewann durch das Versprechen, ihm Kreta und Morea abzutreten, seinen Beistand. Mehemed Ali sandte seinen Sohn Ibrahim mit

1825

einem beträchtlichen Heer nach dem Peloponnes. Die kleinen, zwieträchtigen Griechenscharen hielten nicht stand vor der wohlgerüsteten Armee des sieggewohnten Ägypters, eine Stadt um die andere fiel in seine Hände, über Blut, Leichen und Brandstätten ging sein Zug. Von dem festen Tripolizza aus, das er sich zum Stützpunkt gewählt hatte, wurde der Peloponnes zwei Jahre lang grausam verwüstet. Städte und Dörfer sanken in Asche, die Leichen der Gemordeten lagen unbeerdigt umher, die Kirchen wurden zerstört, die Priester

Missolunghi

einem martervollen Tode überliefert. Vor Missolunghi vereinigte sich Ibrahim mit dem Heere des türkischen Feldherrn Kiutagi, der die Stadt schon zweimal vergebens belagert hatte und verzweifelte, sie allein einzunehmen. Den vereinten Anstrengungen der Türken und Ägypter konnten die heldenmütigen Bewohner auf die Dauer nicht widerstehen, zumal da sie von der uneinigen griechischen Regierung nur schwach unterstützt wurden. Als die Stadt unhaltbar geworden war, wagten sie mit Weibern und Kindern einen Ausfall auf

22. April 1826

die ringsum anstürmenden Feinde: fast der dritte Teil wurde erschlagen, die Stadt selbst ging in Flammen auf, und alle Zurückgebliebenen fanden in den Trümmern ihren Tod. Der Fall von Missolunghi schreckte die europäischen Kabinette aus ihrer Untätigkeit auf.

§ 114. Niederlage der Allianz und Sieg Griechenlands. Die Erfolge der Türken waren möglich gewesen, weil es bisher Metternich gelungen war, nicht nur Preußen, sondern auch England und selbst Rußland

Stellung Rußland, Englands u. Frankreichs

von der Gefährlichkeit des griechischen Aufstandes zu überzeugen. Doch Kaiser Alexander konnte sich der Stimmung seines Volkes nicht völlig entziehen, das in dem Freiheitskampfe der Griechen zugleich einen Kampf um die Befreiung der griechisch-katholischen Religion von der Gewalt des Mohammedanismus erblickte. Er nahm der Pforte gegenüber eine unfreundliche Haltung an und näherte sich England, wo durch den Eintritt Cannings in das Ministerium (§ 116) sich ebenfalls ein Wechsel der Stimmung vorzubereiten begann. Doch vermochte Metternich noch durch diplomatische Ränke Zwietracht zwischen den beiden Mächten zu erwecken und eine Intervention

zugunsten der Griechen zunächst zu verhindern. Da starb unerwartet Kaiser Alexander zu Taganrog am Asowschen Meer, und sein zweiter Bruder 1. Dez. 1825
Nikolaus I. folgte ihm in der Herrschaft, da der ältere Konstantin schon 1825–1855
früher dem Throne entsagt hatte. Nikolaus mußte zuerst eine Militärverschwörung blutig niederschlagen (§ 151), die angeblich auf Übertragung der Krone an Konstantin und Beschränkung der absoluten Zarenmacht durch konstitutionelle Formen gerichtet war; ohne Rückhalt im Volke selbst mußte sie scheitern. Tatkräftig verfolgte Nikolaus nun eine rein russische Politik und sagte sich von Metternichs Einflusse los. Er zwang den Sultan Mahmud II., dessen militärische Kraft durch die blutige Niederwerfung des Aufstandes der Janitscharen geschwächt war (§ 146), zu dem Vertrage von
Akjerman. Der Sultan verzichtete auf die Ernennung der Hospodaren 7. Okt. 1826
in den Donaufürstentümern und erkannte das Recht der russischen Flagge auf dem Schwarzen Meere an. Sein Ingrimm über diese Zugeständnisse loderte aber zum heftigsten Zorne auf, als er durch England von dem schon vorher im geheimen zwischen Rußland und England
in Petersburg abgeschlossenen Protokolle erfuhr, in welchem die beiden 4. April 1826
Mächte sich verbanden, die Vermittlung zwischen der Türkei und Griechenland auf einer für die Griechen allerdings noch unvorteilhaften Basis zu übernehmen (Tribut, enge Grenzen). Die französische Regierung wurde ebenfalls durch die laute Stimme der philhellenischen Opposition gedrängt, sich den beiden Mächten anzuschließen, während sich Preußen durch Metternich vom Beitritt abhalten ließ. Zwischen England, Frankreich und Rußland kam nun auf Grundlage des Petersburger Protokolls der
Londoner Vertrag über die griechischen Angelegenheiten zustande, der Londoner Vertrag
freilich bezüglich der Ausführung des Vermittlungsgeschäftes, wie Metter- 6. Juli 1827
nich sich ausdrückte, „von Lügen und Unbestimmtheiten wimmelte".

Die Instruktionen, welche infolge dieses Vertrags an die verbündeten Flottenkommandanten in der Levante geschickt wurden, schrieben diesen vor, jeden Zusammenstoß zwischen den beiden Parteien zu verhüten, doch ließen sie ihnen bei der Ausführung dieses Pazifikationsgeschäftes im „voraus einen weiten Spielraum". Die Admirale sahen ein, daß sie ihren Zweck nur erreichen könnten, wenn sie Ibrahim nötigten, sein barbarisches Verwüstungssystem in Messenien aufzugeben und die Flotte, die er im Hafen von Navarino hatte, nach Alexandrien zurückzusenden; sie liefen, um ihrer Forderung Nachdruck zu geben, in den Hafen von Navarino ein, wo sie die türkisch-ägyptische Flotte in Schlachtordnung aufgestellt fanden. Schüsse, die (vielleicht zufällig) von türkischer Seite auf das englische Seeschlacht von Navarino
Admiralschiff fielen, gaben das Signal zum Kampf. Nach vier Stunden 20. Okt. 1827
war die Flotte der Osmanen vernichtet. Während sich die Diplomatie der Westmächte zu Konstantinopel in fruchtlosen Unterhandlungen erschöpfte, während Fürst Metternich, durch Cannings Tod ermutigt, die 8. Aug. 1827
Pforte zu veranlassen wußte, sich vertraulich an Österreich zu wenden, um die Vermittlung des Kaiserhofes zwischen ihr und den Verbündeten nachzusuchen, erfolgte diese gewaltige Entscheidung auf dem Kriegsschauplatze, die alle Pläne der Diplomatie vernichtete. Sie kam so rasch, daß die englische Regierung über „das unwillkommene Ereignis" (untoward event) in Bestürzung geriet. Denn die öffentliche Meinung in dem Rücktritt Englands
für seinen Handel besorgten England sprach sich auf das entschiedenste gegen einen Krieg mit der Pforte aus, und man glaubte, daß man durch

die Wehrlosmachung eines alten Verbündeten indirekt nur das Interesse Rußlands befördert habe. So fiel das englische Kabinett wieder in seine griechenfeindliche Haltung zurück. Es trat dem im Jahre 1827 durch russischen Einfluß erwählten Präsidenten Griechenlands, Capodistrias, kühl, ja feindselig entgegen und sah mit Mißtrauen, daß eine französische Expeditionsarmee nach Morea geschickt wurde, um die Räumung des Landes durch Ibrahim zu erzwingen. Diese erfolgte im Frühjahr 1828.

Russisch-türkischer Krieg

Um dieselbe Zeit aber hatte schon Kaiser Nikolaus dem Sultan, welcher unter beleidigenden Ausdrücken gegen Rußland den europäischen
26. April 1828 Mächten alle Verträge kündigte, den Krieg erklärt. In Asien waren die Russen unter Paskiewitsch siegreich (sie eroberten 1828 Achalzich, 1829 Erzerum; auch zwang Paskiewitsch Persien zur Abtretung von Eriwan [§ 152]); dagegen mißglückte der Feldzug in Europa anfangs völlig. Erst
11. Juni 1829 1829 drang der russische Feldherr Diebitsch nach einem Siege bei Kulewtscha erobernd über den Balkan bis Adrianopel vor. Allein Krankheiten hatten seine Armee sehr gelichtet; mit kaum 13000 Mann war seine Lage mitten in feindlichem Gebiete völlig unhaltbar; ein mutiger Entschluß der Pforte wäre ihm verhängnisvoll geworden. Diesen unmöglich zu machen, war das Bemühen der Diplomatie, vor allem des preußischen Militärbevollmächtigten Müffling. Die Pforte willigte denn auch in den Frieden
14. Sept. 1829 von Adrianopel, der ihr die Abtretung von Achalzich und des Küstenstrichs bei Poti an Rußland (§ 152), die Öffnung des Bosporus für alle Mächte, das Zugeständnis halber Unabhängigkeit für Serbien (§ 146) und die Donaufürstentümer (nur Tributpflicht), sowie die Anerkennung der Londoner Konferenzbeschlüsse für Griechenland auferlegte.

Bald darauf brachte die Londoner Konferenz die griechischen
3. Febr. 1830 Angelegenheiten zur endgültigen Erledigung. Sie sprach die Unabhängigkeit Griechenlands aus, setzte die Grenzlinie vom Busen von Volo nach der Mündung des Aspropotamos fest und übertrug die Königskrone dem Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg. Dieser nahm zuerst an, lehnte aber nach einigen Monaten wieder ab. Da man in Griechenland diese Abdankung den Intriguen des Präsidenten Capodistrias zuschrieb, so wurde dessen Stellung unhaltbar. Es kam zum Bürgerkriege; der griechische
31. Aug. 1831 Admiral Miaulis sprengte die griechische Flotte in die Luft, damit sie nicht in die Hände des dem Grafen Capodistrias ergebenen russischen Admirals Ricord falle; bald darauf wurde der Präsident auf der Schwelle der Hauptkirche von Nauplia von Konstantin und Georg Mauromichali
8. Okt. 1831 ermordet. Diese Verwirrung zu enden, entschloß sich die Londoner Konferenz, die Grenzen, die in Griechenland als zu eng angesehen wurden, bis zum
1832–1862 Busen von Arta zu erweitern, und Otto I. aus dem bayerischen Fürsten-
1. Juni 1835 haus als König einzusetzen. Bis zu seiner Mündigkeitserklärung führte eine Regentschaft die Regierung des auch weiter noch unter Verschwörungen und Aufständen leidenden Landes.

Obgleich die Erwartung einer Verdrängung der Osmanen aus Europa getäuscht worden war (selbst das nie unterworfene Samos kam wieder in ihre Hände), war die Befreiung Griechenlands doch ein bedeutsamer Wendepunkt in der Geschichte Europas. Durch den Freiheitskampf war die orientalische Frage wieder aufgerollt, um nunmehr bis zur Gegenwart einen schwerwiegenden Faktor in allen europäischen Verwicklungen zu bilden; es war aber auch die Unhaltbarkeit der Heiligen Allianz

zur Erscheinung gekommen: das Metternichsche System der polizeilichen Überwachung und politischen Ruhehaltung in den Staaten des Festlandes war unwiderruflich zerstört worden. Die Begeisterung für den Freiheitskampf war die erste große und erfolgreiche Manifestation der öffentlichen Meinung gewesen; in den Herzen der Völker begann der Glaube an den Wert und die Kraft der idealen Güter der Nationen wieder Boden zu fassen. Entscheidend aber war in dieser Beziehung die Haltung Englands gewesen.

Drittes Kapitel.

Großbritannien.

§ 115. Wirtschaftliche Verhältnisse. England war aus dem zwanzigjährigen Kampfe mit Frankreich siegreich hervorgegangen. Es hatte die Flotten der Franzosen, der Spanier, der Holländer und anderer mit Frankreich verbundenen Völker in mehreren glorreichen Seeschlachten vernichtet und seine eigene Marine in solchen Stand gesetzt, daß ihm die Herrschaft zur See von niemand streitig gemacht werden konnte; es hatte seine Besitzungen in Westindien vergrößert (§ 70), den Süden Afrikas gewonnen (§ 71) und hatte in Ostindien ein Reich geschaffen, das an Größe und Volkszahl das Mutterland weit übertraf (§ 50); ferne Inseln des Stillen Ozeans, Tasmanien, die Ostküste Australiens (§ 369), durch kühne Seefahrer, wie Cook u. a., der staunenden Welt erschlossen, beugten sich unter das Zepter des meerbeherrschenden Inselvolkes. Auch der wechselvolle Krieg zu Land und Wasser, den die Briten zur Zeit des russischen Feldzugs und während der Befreiungskämpfe gegen Napoleon mit den Vereinigten Staaten Nordamerikas führten, vermehrte den Ruhm des Inselreichs. Verstimmt darüber, daß die Engländer von ihrer Überlegenheit zur See auf Kosten der freien Schiffahrt der Amerikaner einen rücksichtslosen Gebrauch machten und von Canada aus die Indianer zu feindseligen Angriffen auf das Unionsgebiet reizten, hatten nämlich die Amerikaner den Krieg erklärt und hofften ihr Bundesgebiet auch über Canada auszudehnen. Indes diese Hoffnung erfüllte sich nicht; wenn sie auch zur See nicht unrühmlich kämpften, so standen doch ihre Landtruppen an Kriegstüchtigkeit den britischen weit nach. Nachdem der englische General Roß die Bundesstadt Washington erobert hatte, kam unter russischer Vermittlung der Friede von Gent zustande, nach dem alles in dem Zustand verblieb, wie er vor dem Krieg gewesen war, und die Amerikaner ihre Mitwirkung zur Abstellung des Negerhandels versprachen. — Der Besitz von Gibraltar und Malta sowie der Jonischen Inseln (§ 71) sicherte dem britischen Reiche die Herrschaft des Mittelmeers und den Verkehr mit der Levante. Vorteilhafte Handelsverträge mit den meisten Staaten Europas und Amerikas gewährten der britischen Industrie, die einen nie gesehenen Aufschwung nahm, einen großen Markt.

Seeherrschaft Englands

Englisch-nordamerikanischer Krieg 1812—1814

1812

24. Aug. 1813

24. Dez. 1814

Doch trotz dieser hohen Macht nach außen und trotz der festbegründeten Verfassung litt der englische Staat an schweren Gebrechen. Während ein kleiner Teil des Volks unermeßliche Reichtümer aufhäufte, sank die große Masse zur drückendsten Armut herab. Die jahrelangen Kriege hatten die Staatsschuld von 228 Millionen Pfd. Sterling im Jahre 1783 auf 800 Millionen im Jahre 1815 gesteigert, so daß die Jahreszinsen gegen 34 Millionen betrugen. Diese hohe Schuldenlast, verbunden mit einer verschwenderischen Hofhaltung, trieb die Staatsausgaben zu solcher Höhe, daß nur durch eine stets zunehmende Besteuerung der Handelsartikel, Lebensmittel, Einkünfte (Einkommensteuer), der Häuser und des Grundbesitzes die nötigen Summen aufgebracht werden konnten. Dies hatte die Verarmung des kleineren Landeigentümers und der Gewerbetreibenden von geringem Kapital zur Folge; der Grundbesitz kam in

Volksverarmung

die Hände begüterter Edelleute, die durch gesteigerten Pachtzins und durch Erwirkung von Korngesetzen gegen jede Einfuhr fremden Getreides ihre Einkünfte zu mehren wußten; die Industrie fiel den reichen Fabrikherren anheim, die durch Ausdehnung des Geschäfts die weniger Bemittelten überflügelten. So verschwand allmählich der Handwerkerstand, während die Zahl der Fabrikarbeiter, die von der Hand zum Munde lebten, auf bedenkliche Weise sich mehrte. Schwere, den Gemeinden auferlegte Armensteuern und zeitweise Zuschüsse der Regierung vermochten dem Elende nicht zu wehren; zumal da das Festland, das während der Kontinentalsperre (§ 50) seine Kräfte brauchen gelernt hatte, sich eine eigne Industrie schuf und allmählich den englischen Waren einen weniger günstigen Markt bot.

Die Toryregierung

§ 116. Politische und kirchliche Reformkämpfe. Die bevorzugten Stände, Regierung und Parlament standen dieser innern Mißwirtschaft gleichgültig gegenüber. Der Prinzregent Georg, der im Namen des geisteskranken Königs Georgs III. regierte, war ein moralisch tief gesunkener, intellektuell unfähiger Mensch; durch seine Roheit gegen seine Gemahlin Karoline von Braunschweig verscherzte er die Achtung seines Volkes und zog sich dessen Haß zu, als er im ersten Jahre seiner selbständigen

Georg IV. 1820—1830

Regierung durch den Ehescheidungsprozeß gegen die Königin vor dem Oberhause seine ganze moralische Verkommenheit aufdeckte; als die

1821

unglückliche Frau im nächsten Jahre starb, folgte ihr die Teilnahme der Nation ins Grab, so wenig vorwurfsfrei auch ihre Sitten gewesen waren.

Die Opposition

Die Tory-Minister (Lord Liverpool, Castlereagh und seit 1819 Wellington) waren engherzige Anhänger des Alten. Es ist begreiflich, daß sich der Widerstand gegen die Regierung regte. Jener Teil des Mittelstandes, der durch den Aufschwung der Industrie und des Handels materiell und geistig gehoben worden war, wollte den beiden großen Adelsparteien, den Tories und Whigs, nicht mehr allein die politische Tätigkeit überlassen, das Proletariat der Fabrikstädte aber fand einen hervorragenden

1762—1835

Führer in William Cobbet, einem publizistischen Talent von äußerst populärer Beredsamkeit.

Cobbets Programm

Sein Programm enthielt alle die großen Fragen der Zukunft. Nicht die Maschinen verschulden den herrschenden Notstand, und darum sind Gewalttätigkeiten gegen dieselben wie überhaupt alle Ungesetzlichkeiten schädlich und verwerflich; die wahre Ursache alles Elends ist die unerhörte Mißregierung und das einzige Mittel gegen diese die auf gesetzlichem Wege, durch einmütige Kundgebung des Volkswillens, durchzusetzende radikale Parlamentsreform durch allgemeines Stimmrecht, geheime Abstimmung, Diäten für das Unterhaus und jährliche Parlamente.

Aber er konnte die politisch noch nicht geschulten Massen nicht im Zaum halten; es kam zu erheblichen Ausschreitungen, die die Regierung zu strengen Gegenmaßregeln veranlaßten. Eine Massenversammlung

16. Aug. 1819

in Manchester ließ die Regierung durch ein nutzloses Gemetzel zersprengen und verschiedene der dabei beteiligten Demagogen schwer bestrafen, dann wurden die sogenannten „Knebelbills" erlassen. Doch allmählich begann die Besserung, und zwar zuerst auf dem Gebiete der materiellen Not. Hier nahm die Bank die seit 1797 eingestellten Barzahlungen wieder auf, und auf Robert Peels Antrag wurde als allgemeines Tauschmittel das

1816

Gold angenommen und so die Goldwährung streng durchgeführt. Sodann erfolgte durch den Präsidenten des Handelsamtes, William Huskisson ein völliger Umschwung in der englischen Wirtschaftspolitik. Er

erkannte die Gefahren der einseitigen starren Schutzzölle und bahnte durch einen neuen freihändlerischen Zolltarif, Einführung der Gleichheit der Gebühren für Waren, mochten sie auf englischen oder fremden Schiffen ins Land kommen, Gewährung von Freizügigkeit und Genossenschaftsrecht an die Arbeiter, Beseitigung von Monopolen und andere Maßregeln die wirtschaftliche freisinnige Gesetzgebung an, in der England den Staaten des Festlandes noch lange überlegen blieb. Der hierdurch herbeigeführte große Aufschwung der Industrie rief allerdings eine starke Überproduktion und infolgedessen eine schwere Handelskrisis hervor, aber die gesunde wirtschaftliche Kraft des englischen Volkes überwand dieselbe bald wieder.

Freisinnige Wirtschaftspolitik

1823

1825

Vor allem erstrebte der Mittelstand eine wirkliche Volksvertretung im Parlamente. Infolge der alten Wahlgesetze befanden sich die Parlamentssitze fast ausschließlich in den Händen der Aristokratie. Auf dem Lande (in den Grafschaften) beherrschten die Edelleute als die alleinigen Grundbesitzer und Inhaber wichtiger Ehrenämter die Wahlen unbedingt, so daß sie stets die jüngeren Söhne hoher Familien oder Anhänger ihrer Grundsätze ins Parlament brachten. Bei der Vertretung der Städte herrschten Übelstände anderer Art. Orte, die mit der Zeit zu geringen Burgflecken (rotten boroughs, „verrotteten") herabgesunken waren und sich in der Gewalt des Adels befanden, besaßen das alte Recht, einen oder mehrere Abgeordnete ins Parlament zu schicken, indes andere Orte, unter ihnen die bedeutendsten Städte des Landes, entweder das Recht der Absendung von Vertretern gar nicht hatten, weil sie zu der Zeit, als die Priviligien erteilt waren, noch nicht bestanden, oder nur in solcher Beschränkung, daß die Zahl ihrer Parlamentsglieder mit der gegenwärtigen Bevölkerung im schreiendsten Mißverhältnis stand. Die Tories wiesen alle Reformversuche entschieden ab, und nur mit der größten Mühe gelang es dem jungen Lord Russel, dem unermüdlichen Vorkämpfer der Parlamentsreform, 1821 einem solchen verrotteten Flecken das Wahlrecht zu entreißen.

Parlamentsreform

Nicht minder schwere Kämpfe verursachte die kirchliche Reform. Alle Versuche, die alle Katholiken von der Teilnahme am politischen Leben ausschließenden gesetzlichen Bestimmungen aufzuheben, waren bisher gescheitert; nun zwangen die Verhältnisse Irlands die englische Regierung zur Nachgiebigkeit. Die Mißhandlungen früherer Zeiten hatten zwischen England und Irland eine Kluft geschaffen, welche die Vereinigung der beiden, durch Natur, Religion und Einrichtungen verschiedenen Völker nie vollkommen werden ließ. Die durch geheime Einverständnisse mit Frankreich genährte Unzufriedenheit der Irländer drohte wiederholt in Empörung überzugehen; zwei Dinge, durch ein altes Unrecht erzeugt, erregten dabei besonders den Haß des irischen Volks: die harte Behandlung des armen Landvolks durch die Grundherren, die, einst aus England in der eroberten Nachbarinsel angesiedelt, fast die alleinigen Besitzer des Grund und Bodens geworden waren, und die unnatürlichen Zustände der Kirche, da eine unbeschäftigte (anglikanische) Geistlichkeit im Besitz alles irischen Kirchenvermögens war, während das katholische, in Armut lebende Volk seine unbezahlten Priester von seinen kargen Mitteln erhalten mußte. Da die Gewalttätigkeiten der Iren, die von Zeit zu Zeit die Insel in einen Zustand der Anarchie versetzten, und

Kirchliche Reform

Irland

die geheimen Verschwörungen den Starrsinn der Tories nicht brechen konnten, so faßten die Führer der nationalen Partei den Entschluß, durch eine katholische Vereinigung und planmäßige Agitation auf dem Boden der Gesetze die Gleichberechtigung zu erlangen. An die Spitze dieser im Jahre 1823 gegründeten katholischen Assoziation trat der Advokat Daniel O'Connell, Abkömmling eines altirischen Clangeschlechts, ein Mann von großem agitatorischem Talent und glänzender Redekunst. Seiner unermüdlichen Tätigkeit gelang es, trotz des Widerstandes einiger Mitglieder des Toryministeriums Wellington, die Aufhebung der alten Korporations- und Testakte, welche den Genuß des vollen Staatsbürgerrechts an das anglikanische Bekenntnis knüpfte, zugunsten der „Dissenters" durchzusetzen. Als nämlich O'Connell selbst zum Unterhausmitgliede gewählt worden war und Wellington nunmehr vor der Wahl stand, nachzugeben oder den Bürgerkrieg zu entfesseln, da schreckte der Hochtory doch vor einem solchen folgenschweren Entschlusse zurück. So kam es, daß die von dem Minister Robert Peel eingebrachte Emanzipationsakte, die die Aufhebung der staatsbürgerlichen Beschränkungen der Katholiken verfügte, in beiden Häusern angenommen wurde. Dadurch trat das englische Volk in eine neue Epoche seiner Entwickelung ein; zur Parlamentsreform freilich kam es erst in Rückwirkung der äußeren Ereignisse.

Katholische Assoziation

18. April 1829

In die auswärtige Politik war durch den liberal gesinnten Lord Canning schon länger ein frischer Zug gekommen. Es war ein Zugeständnis an die öffentliche Meinung, daß er nach Castlereaghs Tode 1822 ins Ministerium trat: er löste, wie wir wissen (§ 109. 110. 114), England aus der Gefolgschaft der Heiligen Allianz und erhöhte damit das Ansehen des Staates ganz gewaltig. 1827 wurde er Ministerpräsident, starb aber, bevor er im Innern entscheidend wirken konnte.

Canning 1822—1827 † 8. Aug. 1827

Viertes Kapitel.

Frankreich.

§ 117. Ludwig XVIII. In Frankreich führte der Schrecken über die Revolution und die Sehnsucht nach Ruhe einen völligen Umschwung der Denkweise herbei. Die den Revolutionsideen entgegengesetzten Richtungen siegten so vollständig, daß der wohlmeinende König sein von ihm entworfenes Staatsgrundgesetz (Charte, § 72) nur mit großer Mühe gegen die ungemäßigte Royalistenpartei (Ultras, von ihren Gegnern als „weiße Jakobiner" bezeichnet) zu schützen vermochte.

Ludwig XVIII. 1814—1824

Diese Hochroyalisten hatten die Mehrheit in der Kammer und verfuhren dort so, daß diese Kammer als die unauffindbare (chambre introuvable) bezeichnet wurde. Die Sitze in der Pairskammer wurden für erblich erklärt und die Diäten der Deputierten beseitigt. Bei der Wiederherstellung der aufgelösten Armee hielt man Republikaner und Bonapartisten von der Offiziersliste fern. Zu den Beamtenstellen und in die Gemeindeverwaltungen wurden nur Männer von anerkannt royalistischer Gesinnung ernannt und bestätigt. Das Kommando über die gesamte Nationalgarde erhielt der Bruder des Königs, Karl von Artois. Die Polizeimaßregeln gegen alle Verdächtigen wurden mit der größten Rücksichtslosigkeit gehandhabt. An die Stelle der freigeistigen Gesinnung trat eine fanatisch-religiöse Gläubigkeit, die, verbunden mit glühendem Royalismus, im südlichen Frankreich Greuelszenen hervorrief, welche mit den blutigsten Auftritten

Ultraroyalisten

der Revolutionszeit in eine Linie traten („weißer Schrecken"). In Marseille, Sept. 1815
Toulon, Nîmes, Avignon, Toulouse und anderen Städten fielen fanatisierte Pöbelscharen über die als Protestanten, Napoleonisten oder Republikaner bekannten Einwohner her und mordeten sie zu Hunderten auf grauenhafte Weise. In Avignon erschossen sie den General Brune im Gasthause und warfen seine Leiche in die Rhone; in Toulouse fiel General Ramel als ein Opfer der Volkswut. Der Terrorismus war jetzt die Waffe der Königlichen, die Protestanten mußten sich verbergen, ihre Kirchen wurden geschlossen; Mord, Plünderung, Brand waren an der Tagesordnung; das Land war unter der Willkür der Banditenhäupter, die ihr Handwerk ungehindert unter den Augen der Präfekten und wohl selbst in ihrem Auftrag übten. Unter ebensoviel Raub und Mord, wie der Freiheitsbaum, ist das Kreuz wieder aufgerichtet worden, bemerkt Ranke; die christlichen Armeen, wie sie sich nannten, haben sich so gut mit Blut besudelt, wie die republikanischen. Im englischen Parlament suchte Lord Castlereagh übertriebene Schilderungen der Greuelszenen damit zu widerlegen, daß er einen Brief aus Südfrankreich vorlas, worin es hieß, daß in Nîmes nicht mehr als dreihundert, in den Departements nicht mehr als tausend Menschen ermordet seien. Die Geistlichkeit erlangte großen Einfluß, besonders durch den Schutz des Grafen von Artois und der Herzogin von Angoulême (§ 72), der Häupter der Rückschrittspartei („Pavillon Marsan", so genannt von der Wohnung des Grafen von Artois). Der Kirche wurde das Recht zurückgegeben, Vermächtnisse und Stiftungen anzunehmen; man wollte ihr sogar das entwendete Grundeigentum wiederherstellen. „Thron und Altar!" wurde die Losung der royalistischen Eiferer, welche Rechte und Vorteile der Krone besser zu verstehen behaupteten, als der König.

Da löste der König auf den Rat seines Ministers Decazes die Sept. 1816
Chambre introuvable auf und leitete ein System der Versöhnung ein. Aber das Drängen der Ultraroyalisten und die Leidenschaft der Oppositionspartei, die das ehemalige Konventsmitglied, den „Königsmörder" Gregoire, in die Deputiertenkammer wählten, endlich die Ermordung des 13. Febr. 1820
Herzogs Karl Ferdinand von Berry, desjenigen königlichen Neffen, auf dem bei der Kinderlosigkeit Ludwigs XVIII. und seines ältesten Brudersohnes (Angoulême) die Hoffnung der Bourbonen ruhte (Stammbaum Bd. III), durch Louvel, einen von Haß gegen die Königsfamilie erfüllten politischen Schwärmer, stürzten das Ministerium Decazes und brachten März 1820
den Pavillon Marsan und die reaktionäre Partei wieder zur Herrschaft. In dem neuen Ministerium unter dem Herzog von Richelieu waren die beiden Ultraroyalisten Villèle und Cortière die bestimmenden Männer: sie zwangen den König, in eine Beschränkung der persönlichen Freiheit (durch die den Ministern eingeräumte Befugnis zu außerordentlichen Verhaftungen), der Preßfreiheit und der Wahlberechtigung einzuwilligen. Schließlich mußte sogar Richelieu abdanken, und Villèle erhielt die Leitung 1821
des Ministeriums. Dieser erregte eine weitere tiefgehende Erbitterung, als Frankreich im Interesse der Heiligen Allianz die Niederwerfung der spanischen Revolution übernahm (§ 109).

§ 118. Karl X. Am 16. September 1824 schloß Ludwig XVIII. Karl X. 1824—1830
sein vielgeprüftes, wechselvolles Leben. Sein Bruder, der Graf von Artois, wurde als Karl X. König von Frankreich. Durch seine feierliche Krönung und Salbung in Reims schien er anzudeuten, daß er im 29 Sept. 1825
Sinne der alten „allerchristlichsten" Monarchen zu regieren gedenke. Da zu Reaktionäre Gesetzgebung
befürchten war, daß die so sehr gewünschte Zurückerstattung der Emigrantengüter, die eine gänzliche Umgestaltung der Besitzverhältnisse zur Folge

gehabt haben würde, eine neue Staatsumwälzung herbeiführen möchte, so gab der König und die Reaktionspartei diesen Plan zwar auf, erwirkte
Dez. 1824 aber von der Kammer, daß den durch die Emigration zu Verlust gekommenen Royalisten eine Entschädigungssumme von 1000 Millionen Franken bewilligt wurde. Machte schon dies Gesetz auf die Nation einen schlimmen Eindruck, so riefen das durch jesuitischen Einfluß erwirkte berüchtigte
4. Jan. 1825 Sakrilegiengesetz (wider Entweihung kirchlicher Gegenstände) und der Beschluß zur Einführung schwesterlicher Vereine als Vorboten der Herstellung klösterlicher Orden den heftigsten Unwillen in den Reihen der Liberalen hervor. Noch mehr wurde die Opposition verstärkt, als der König, der unter dem Einfluß der streng kirchlichen Herzogin von Angoulême in der kirchlichen Wiedergeburt Frankreichs den stärksten Damm gegen die Revolutionsideen sah, den Jesuiten, wenn gleich noch nicht öffentlich, die Rückkehr erlaubte. Sie gründeten Vereine für fromme Verrichtungen (Kongregationen) und suchten den Jugendunterricht in ihre Gewalt zu bringen. Die Opposition gegen dieses Vorgehen der Regierung
1827 glaubte dieselbe durch ein scharfes, die Freiheit der Presse knebelndes Gesetz niederwerfen zu können; aber sie erlitt in der Pairskammer eine Nieder-
6. Nov. 1827 lage. Als sie nun die Kammer auflöste, brachten die Wahlen eine solche liberale Mehrheit, daß Villèle seine Entlassung erhielt und ein liberales
4. Jan. 1828 Ministerium unter Martignac gebildet wurde. Zugleich wuchs gegen die überkirchlichen Bestrebungen des Königs die liberale Strömung im Volke immer mehr an. Die Jugend lauschte den freisinnigen Lehren der aufgeklärten Professoren an der Pariser Universität (Guizot, Villemain, Roger-Collard u. a.) oder den kühnen Aufsätzen der Oppositionspresse (Globe, National, Constitutionnel u. a.), begeisterte sich an den Freiheitsliedern Bérangers und erheiterte sich an den Satiren des Hellenisten Paul Louis Courier (§ 90); der Bürger las die durch billige Ausgaben leicht zugänglichen Schriften Voltaires und der Enzyklopädisten oder die Geschichtswerke und Denkwürdigkeiten über die „unsterbliche Revolution" und die Ruhmeszeit Napoleons (Thiers, Mignet u. a. [§ 90]).

§ 119. Die Julirevolution. Indessen Karl X. schritt, ohne die veränderte Gesinnung der Nation zu beachten, auf der betretenen Bahn der Reaktion fort. Das liberale Ministerium Martignac mußte einem ultra-
8. Aug. 1829 royalistischen unter Polignacs Vorsitz weichen; die Richter, welche die Zeitungen der Opposition freisprachen, wurden bei ihrem Neujahrsbesuch in den Tuilerien ungnädig behandelt, und als die Kammer in der Eröffnungsadresse ihr Mißfallen über die dem Volksgeiste feindselige Politik
16. Mai 1830 der Regierung zu erkennen gab, erfolgte ihre Auflösung und eine neue Wahl. Umsonst! Die Männer der Opposition erschienen in verstärkter Zahl und bestätigten somit das Mißtrauen des Volks in das neue Ministerium. Karl X. ließ sich nicht belehren. Er hoffte vergebens, der Kriegsruhm, mit dem die französischen Truppen sich zu derselben Zeit in Afrika bedeckten, würde in der Nation eine günstigere Stimmung erzeugen und ihren Sinn von den inneren Angelegenheiten ablenken.

Algier In Algier hatte der Dey Hussein den französischen Generalkonsul mit dem Fliegenwedel ins Gesicht geschlagen. Diese Beschimpfung rächte ein französisches Korps von 42000 Mann unter General Bourmont, der nach viertägigem Bombardement am 4. Juli 1830 das befestigte Kaiserschloß von Algier einnahm. Am 5. Juli kapitulierte Algier, und eine ungeheure Beute fiel den Siegern in die Hände

Da entschloß sich der König auf den Rat Polignacs zum Staatsstreich.

Auf Grund des Artikels 14 der Charte, der den König zum Erlaß von Verordnungen, die zur Ausführung der Gesetze und zur Sicherheit des Staates nötig seien, bevollmächtigte, sollte die parlamentarische Opposition niedergeworfen werden. So erschienen im Moniteur, mit der größten Heimlichkeit vorbereitet, die fünf Ordonnanzen, nach welchen die Preßfreiheit aufgehoben, die neue Kammer vor ihrem Zusammentritt aufgelöst, die Wahlordnung zur nächsten willkürlich abgeändert, das Recht der direkten Verbesserungsvorschläge beseitigt und die Zahl der Deputierten von 430 auf 262 herabgesetzt wurde. Der Widerstand gegen diesen Staatsstreich wurde von den Redakteuren der Oppositionsblätter begonnen; Adolf Thiers entwarf den Protest gegen „die schreiendste Verletzung der Gesetze“: energisch und doch maßvoll erklärte er, daß mit den verfassungswidrigen Ordonnanzen die Herrschaft des Gesetzes unterbrochen sei, das Regiment der Gewalt begonnen habe und damit die Pflicht des Gehorsams aufhöre. Sehr bald kam es nun zu Gewalttätigkeiten; in einem dreitägigen blutigen Straßenkampfe gegen die königlichen Truppen unter Marmont bemächtigten sich die Aufständischen des Louvre und des Stadthauses und richteten hier als Munizipalkommission eine Art provisorischer Regierung ein. Da erkannte der König die Notwendigkeit einzulenken; durch die Berufung des Herzogs von Mortemart, eines Mannes von gemäßigt freisinnigen Grundsätzen, zum Minister hoffte er des Aufstandes Herr zu werden. Doch die nach dem Stadthause abgesandten Unterhändler empfing schon der Ruf: „Keine Bourbonen mehr!“ In der provisorischen Regierung, an der der reiche und vaterländisch gesinnte Bankier Lafitte, der abermals zum Anführer der neugeschaffenen Nationalgarde erhobene Lafayette, ferner Casimir Périer, Odilon Barrot u. a. teilnahmen, gewann nun die Bourgeoisie (der Bürgerstand) größeren Einfluß. Sie wollte die Herrschaft der Massen nicht und fand den ihr genehmen Thronkandidaten in der Person des Herzogs Ludwig Philipp von Orleans.

Die Ordonnanzen 26. Juli 1830

Die große Woche und der Kampf der drei Tage

28.—30. Juli 1830

29. Juli

Der am 6. Okt. 1773 geborene Sohn „Philipp Egalités“ (§ 16) hatte während der Verbannung in der Schweiz als Lehrer sein Leben gefristet, war dann nach London gezogen und hatte, da die Thronfolge der Bourbons nur auf wenigen Augen stand, in der Stille auf den Thron gewartet. Nach seiner Übersiedlung nach Paris war sein Haus und sein Familienkreis ein Muster von Einfachheit und bürgerlicher Ordnung gewesen; er selbst, den man oft mit dem Regenschirm unter dem Arm in bürgerlicher Kleidung durch die Straßen von Paris gehen sah, war eine populäre Figur der Hauptstadt geworden. Mit schlauer Berechnung hatte er, ohne sich bloßzustellen, mit den Männern der liberalen Opposition Beziehungen unterhalten.

Louis Philipp

Ihm übertrug nun die provisorische Regierung die Würde eines General-Leutnant-Statthalters des Königreichs. Durch einen Brief Lafittes herbeigeholt, traf der Herzog in bürgerlicher Kleidung, eine dreifarbige Schlinge um den Hut des Nachts im Palais Royal ein, mit sich selbst noch über seine weitern Schritte im ungewissen. Er erließ von hier zunächst eine Proklamation, welche die Annahme des ihm übertragnen Amtes, die Wiederherstellung der dreifarbigen Fahne und die Berufung der Kammern ankündigte und mit der Versicherung schloß, daß die Charte künftig eine Wahrheit sein werde. Ermutigt durch eine heimlich überbrachte Zusage Lafayettes, bei dem als Oberbefehlshaber der Nationalgarden die Entscheidung lag, begab er sich dann nach dem Stadt-

30. Juli

31. Juli

hause und wußte die noch recht bedenkliche Stimmung der Menge dadurch zum unermeßlichen Jubel umzuwandeln, daß er Arm in Arm mit La-
31. Juli fayette auf den Balkon des Stadthauses heraustrat. Hier küßte er ihn und schwenkte die dreifarbige Fahne. Der König hatte sich inzwischen von St. Cloud nach Rambouillet begeben und entschloß sich wegen der zunehmenden Desertion der Truppen, die Anerkennung Ludwig Philipps als Generalstatthalter auszusprechen; als dieser darauf antwortete, er sei
Abdankung des Königs 2. Aug. Statthalter durch die Wahl der Abgeordneten, entsagte Karl dem Throne zugunsten seines Enkels Heinrich, des Herzogs von Bordeaux, und forderte den Generalstatthalter auf, bis zur Mündigkeit desselben die Regentschaft zu übernehmen. Ludwig Philipp kam durch diesen Schritt des Königs in große Verlegenheit; er half sich, indem er dem Könige antworten ließ, er werde die Rechte des Herzogs von Bordeaux nicht aus den Augen verlieren; der am 3. August zusammengetretenen Kammer teilte er nur die Entsagung des Königs mit. Zu gleicher Zeit hatte er durch die Inszenierung eines ähnlichen Zuges wilder Gesellen nach Rambouillet, wie er 1789 nach Versailles marschiert war (§ 8), dafür gesorgt, daß der ihm durch seine Anwesenheit unbequeme König mit
16. Aug. seiner Familie Frankreich verließ und sich nach London begab. In der Kammer wurde nun das neue Staatsgrundgesetz mit aller Hast durchberaten und angenommen, indem man im Eingang die Erklärung voranstellte, daß der Thron in Tat und Recht erledigt sei, und am Schlusse den Satz hinzufügte, daß, wenn der Herzog-Statthalter die Charte in ihrer neuen Gestalt beschwöre, die Stimme der Nation ihn auf den Thron berufe. So
9. Aug. 1830 übernahm denn Ludwig Philipp, nachdem er diesen Schwur geleistet hatte, als König der Franzosen, nicht mehr als König von Frankreich, die Herrschaft.

Neue Verfassung In dieser Charte war der Anfang der alten Verfassung, welcher die ganze Staatsgewalt als Kronrecht dem König beilegte und die Verfassung als königliche Verleihung bezeichnete, beseitigt, so daß die neue Charte im Sinne des liberalen Doktrinarismus den Charakter eines Staatsvertrages zwischen Nation und Oberhaupt erhielt. Ferner wurde der Artikel beseitigt, welcher die katholische Religion für die Religion des Staats erklärte. Um aber den Wühlereien der Ultramontanen keine Handhabe zu geben, wurde einem späteren Artikel ein Zusatz beigefügt, der die katholische Religion als „von der Mehrzahl der Franzosen bekannt" bezeichnete. In einem andern Artikel wurde die Preßfreiheit hergestellt und die Wiedereinführung der Zensur untersagt. Das früher so hartnäckig bestrittene Recht der Initiative wurde den Kammern gewährt. Die Wiederherstellung der dreifarbigen Nationalfahne wurde das äußere Zeichen des neuen, vom Volke geschaffenen Bürgerkönigtums.

Die im Auslande weilenden Verbannten, wie Soult, Sieyès, Maret (Bassano) u. a., kehrten in die Heimat zurück, indes Marmont (Herzog von Ragusa), der Befehlshaber der Pariser Besatzung, ins Exil mußte. Am 6. Nov. 1836 starb Karl X. in Görz; ebendaselbst auch sein Sohn, der Herzog von Angoulême (Graf von der Marne), am 3. Juni 1844. Seine Gemahlin Therese, die Tochter Ludwigs XVI. (§ 22), überlebte ihn noch sieben Jahre; sie starb am 19. Oktober 1851 in Frohsdorf unweit Wien. Dort weilte auch bis zu seinem am 24. August 1883 erfolgten Tod der letzte Sprosse des ältern Hauses Bourbon, der Herzog von Bordeaux, nach einem Schlosse an der Loire Graf von Chambord genannt, welcher, einige Monate nach der Ermordung seines Vaters, des Herzogs von Berry (§ 117), in Paris geboren (29. Sept. 1820), der Königsfamilie ins Exil gefolgt war und von seinen Anhängern als Heinrich V. bezeichnet wurde.

Viertes Buch.

Von der Julirevolution bis zur Februarrevolution.

---

§ 120. Überschau und Vorblick. Die Julirevolution endete mit dem Siege des dritten Standes, des gebildeten und begüterten Bürgertums: in der Erhebung Louis Philipps entwand es den Barrikadenkämpfern die Frucht ihrer Anstrengungen, und der neue „Bürgerkönig" regierte in seinem Sinne. Zustatten kam diesem Bürgertum, das schon lange der Hauptträger des wissenschaftlichen Aufschwungs gewesen war, auch die Ausdehnung, die Industrie und Handel durch Anwendung des Dampfes erfuhren: Natur- und Menschenkräfte wurden ihm dienstbar und hoben seine wirtschaftliche Stellung. Bürgertum

Der neue König gab sich als der Erwählte der Nation; die Verfassung knüpfte an die Ideen der großen Revolution an, ging von dem Gedanken der Volkssouveränität aus, nahm aber als Volk eben nur den gebildeten Mittelstand und beachtete nicht die viel zahlreicheren unter diesem ruhenden Schichten. Trotzdem oder gerade deshalb wurde das neue Frankreich den konservativ-klerikalen Kräften gegenüber ein Vertreter liberaler Ideen. In derselben Richtung bewegten sich die Reformen des englischen Staatswesens, so daß auch dieser Staat mehr noch als bisher als liberaler Staat erschien. Westmächte

Den beiden europäischen Westmächten standen nun die Ostmächte Rußland, Preußen und Österreich gegenüber. Für das System der Heiligen Allianz war die Julirevolution eine Verletzung der Legitimität; eine Intervention in Frankreich war zwar zu Metternichs Leidwesen nicht möglich, aber im Prinzip hielt trotz der Lösung der Allianz jede einzelne Macht an ihrem bisherigen Regierungsprogramm fest. Das zeigte sich, als die französische Revolution über Frankreichs Grenzen hinauswirkte und überall die niedergehaltenen Kräfte auslöste. Im Machtgebiet der Westmächte hatten die neuen Revolutionen mehr oder weniger Erfolg, in dem der Ostmächte nicht. Ostmächte

Als auf dem Wiener Kongreß das Königreich der Niederlande geschaffen worden war, hatte man keine Rücksicht genommen auf die nationalen und religiösen Gegensätze, die einst im 16. Jahrhundert bei dem Befreiungskampfe gegen Spanien zu der Trennung des Nordens und Südens geführt hatten. Besonders stark war in Belgien der Klerikalismus, zumal er hier die für Revolutionen

a) Belgien

den modernen Ultramontanismus so charakteristische demokratische Färbung annahm und damit zu dem sich leise regenden neuen Arbeiterstande in Beziehung trat. Der gegen das oranische Königtum gewandte belgische Liberalismus ging mit diesem Ultramontanismus ein unnatürliches Bündnis ein, und das Ergebnis war die Lossage vom Hause Oranien. Ermöglicht wurde dieser Erfolg durch die wohlwollende Haltung der Westmächte, und die Ordnung des neugeschaffenen Staates erfolgte dann im Sinne des Liberalismus; Belgien wurde sogar der liberale Musterstaat, doch blieb die ultramontane Massenbewegung sehr stark.

b) Spanien und Portugal

In Spanien wurde der erbitterte Thronstreit zwischen Isabella und Don Carlos zugleich zu einem Kampfe zwischen Liberalen und Klerikalen; das Ergebnis war schließlich eine gemäßigt liberale Verfassung bei völliger Zerrüttung des Landes. Auch der Sturz des portugiesischen Usurpators Dom Miguel erschien als ein Sieg des Liberalismus: in beiden Ländern waren die Sieger von England und Frankreich unterstützt.

c) Polen

d) Italien

Anders als in Belgien verliefen die Revolutionen in Polen und Italien, wo sie auf die alten Großmächte stießen. Sie hatten hier auch einen nationalen Charakter, aber Rußland auf der einen und Österreich auf der andern Seite waren stark genug, sie zu bändigen; Frankreich stellte Hilfe in Aussicht, gewährte sie aber nicht: in Polen standen die Interessen der Teilungsmächte auf russischer Seite, und in Italien sahen die Kleinfürsten einschließlich des Papstes in Österreich ihre Schutzmacht.

Deutschland

Auch in Deutschland zündete die Julirevolution: die nationalen Wünsche sprachen sich lebhafter aus, und in einer Reihe deutscher Staaten wurden mit oder ohne vorhergehende Revolten Verfassungen gegeben. Indes eine größere Wirkung hatte das nicht. Preußen blieb der reaktionären Politik Österreichs treu und schloß sich eng an Rußland an; die Demagogenverfolgungen sollten die liberalen Ideen ersticken. Zugleich erlagen in der katholischen Kirche die nationalkirchlichen Gedanken vollständig; es entstand der demokratische Ultramontanismus und zog auch die Bischöfe, die nicht mehr so aristokratisch waren wie vor der großen Säkularisation (§ 35), in seine Bahnen: er machte im preußischen Kirchenstreit einen siegreichen Vorstoß gegen den Staat und fand in dem neuen Papste Pius IX. oder vielmehr in der von den Jesuiten geleiteten päpstlichen Politik einen entschiedenen Vorkämpfer.

Ultramontanismus und moderne Bildung

Diese ultramontane Richtung war der Gegenschlag gegen die moderne Bildung, die ihre Nahrung aus dem Aufschwung ebenso der Naturwissenschaften wie der historischen Wissenschaften zog und ihrem Wesen nach im Gegensatz stand zu dem katholischen Autoritätsglauben und der evangelischen Orthodoxie. Der immer wieder niedergehaltene Subjektivismus fand in ihr eine Stärkung und die erbittertste Gegnerschaft in dem mit den Jesuiten eng verbundenen Papsttum. Dieselben Kreise aber, in denen diese Wissenschaft gepflegt wurde, die sich literarisch im jungen Deutschland betätigten, waren auch die Träger der neuen wirtschaftlichen Entwicklung, der Großindustrie, des Großhandels und des Kapitalismus. So geistig und materiell gestärkt, hielt das Bürgertum an den von den Regierungen verfolgten liberalen und nationalen Ideen fest.

Wirtschaftliche Entwicklung

Während eine politische Einheit Deutschlands noch in weiter Ferne lag, wurde hierdurch die geistige Einheit der Gebildeten immer enger,

und zugleich bahnte sich die wirtschaftliche Einheit an. Auf letzterem Gebiete tat Preußen den ersten großen Schritt vorwärts, indem es allen Gegenbemühungen zum Trotz, unterstützt durch die Macht der Notwendigkeit, den Zollverein schuf. Auch das nationale Empfinden erfuhr eine Stärkung, als sich 1840 französische Rheingelüste regten.

Orientalische Frage

Diese Rheingelüste hingen zusammen mit der kriegerischen Wendung, die die orientalische Frage zu nehmen drohte. Sie war aufgerollt durch ein Zerwürfnis innerhalb der mohammedanischen Welt, durch die Erhebung Mehmed Alis von Ägypten gegen den Sultan. In der Haltung der Großmächte machte sich zuerst die Gruppierung in Ost- und Westmächte geltend: die letzteren traten für den ägyptischen Pascha ein, Rußland deckte im Einvernehmen mit Österreich und Preußen den Sultan und mehrte dadurch sein Ansehen bedeutend, zumal es damals auch die Kaukasusländer unterwarf. Beim zweiten Zusammenstoß Mehmeds mit dem Sultan war nur Frankreich für den Ägypter, wagte aber trotz allen Kriegslärms doch nicht den übrigen Mächten entgegenzutreten, und überließ die Entscheidung einem europäischen Kongreß.

Rückwirkung auf Frankreich

In Frankreich empfand man diesen Ausgang vielfach als Demütigung; das enge Einvernehmen (entente cordiale) mit England, dem übrigens auch die Eroberung Algiers nicht günstig war, lockerte sich, und Louis Philipp näherte sich den Ostmächten. Im Zusammenhang damit lenkte er im Innern in konservativ-klerikale Bahnen ein, verleugnete aber damit seinen Ursprung, ohne die Klerikalen zu gewinnen: so fand ihn die Februarrevolution.

Erstes Kapitel.

Die belgische Revolution und Polens Erhebung.

§ 121. Die Revolution in Belgien. Wie 1789, so wirkte auch 1830 die französische Revolution zuerst auf die benachbarten Niederlande ein. Mühsam hatte die Heilige Allianz fünfzehn Jahre lang diesen auf dem Wiener Kongreß künstlich geschaffenen Staat aufrechterhalten. Da erregten die Nachrichten aus Paris in Belgien, das ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit der Religion, der Sprache und der Interessen mit den holländischen Provinzen zu dem Königreich der Niederlande vereinigt worden war, die Hoffnung einer Änderung.

Stimmung in Belgien

Da sich die Holländer als das herrschende Volk betrachteten und die Belgier nicht nur zur Teilnahme an der großen holländischen Nationalschuld und dem dadurch bewirkten Steuerdruck zwangen, sondern auch ihre Sprache und Gesetze ihnen aufzudrängen suchten und den Unterricht des katholischen Volks unter die Aufsicht protestantischer Staatsbehörden stellten, so hatten sich in den brabantischen und flandrischen Provinzen Parteien von Unzufriedenen gebildet. Der charakterfeste, aber starrsinnige König Wilhelm I. hoffte durch Bestrafung der Zeitungsredakteure den Geist des Widerstandes zu bändigen, vermehrte aber nur die Zahl seiner Gegner. Die französisch-liberale Partei, welche Abstellung des Preßzwangs und der holländischen Beamtenmacht, Einführung der Schwurgerichte und ein freies Staatsleben verlangte und mit den Häuptern der Pariser Opposition in Verbindung stand, schloß mit der katholisch-ultramontanen Partei (die nach Freiheit des Unterrichts von der Beaufsichtigung des Staates strebte, um die Volksbildung gänzlich in die Hände der Geistlichkeit zu bringen)

1815—1840

ein unnatürliches Bündnis zur Bildung einer Nationaloppositon; die Mißstimmung des Volkes über den Steuerdruck verschaffte dieser Koalition, deren Gebaren der König in einer Thronrede als „infam" bezeichnete, einen kräftigen Rückhalt.

Ausbruch der Revolution

Die Unzufriedenheit hatte bereits einen sehr hohen Grad erreicht, als die Nachricht von den Julivorgängen in Brüssel eintraf. Sie brachte die Bewegung zum Ausbruch. Am Abend des 25. August zerstörten Volks-
25. Aug. 1830 haufen die Druckerei einer im holländischen Sinne geführten Zeitung, den Palast des verhaßten Justizministers und die Wohnung des Polizeidirektors; am nächsten Tag traf ihre Wut mehrere Fabrikgebäude. Um den weiteren Verwüstungen des Pöbels Einhalt zu tun, bildete sich eine Bürgergarde, ein
28. Aug. Bürgerausschuß übernahm die Regierungsgewalt, in wenigen Tagen wehte in ganz Belgien die brabantische Fahne. Aber diese von dem angesehenen Teile des Volks getroffenen Einrichtungen befriedigten die Stimmführer der demokratisch-republikanischen und der ultramontanen Partei keineswegs; mit Hilfe des Pöbels bemächtigten sie sich selbst der höchsten Macht und übergaben einem aus Radikalen und Papisten gemischten
20. Sept. Zentralausschuß die Leitung der Dinge. Da machten die Holländer im Vertrauen auf die Hilfe der angesehenen Bürger einen bewaffneten
21. Sept. Angriff auf Brüssel, wurden aber nach einem hartnäckigen Kampfe zum Rückzug nach Antwerpen genötigt. Umsonst suchte der Prinz Wilhelm von Oranien, der Sohn des Königs, die Belgier durch die Verheißung einer unabhängigen Verwaltung unter seiner Regentschaft zur Niederlegung der Waffen zu bewegen; die Erbitterung gegen Holland und das Selbstvertrauen der siegestrunkenen Hauptstadt waren zu groß, als daß versöhnende Worte Eingang gefunden hätten. Gänzliche Trennung von Holland war das Ziel der Belgier, die jetzt auf Antwerpen losrückten, um auch diese Stadt dem verhaßten Nachbar zu entreißen. Da zog sich der entschlossene
27. Okt. holländische General Chassé nach der festen Zitadelle zurück und beschoß aus dreihundert Kanonen sieben Stunden lang die unglückliche Stadt.

Trennung Belgiens und Hollands

Es war eine natürliche Folge der hierdurch noch mehr erbitterten Stimmung, daß der unter Leitung Louis de Potters, des bedeutendsten Führers der Opposition, gebildete Nationalkongreß die Unabhängigkeit Belgiens
18. Nov. 1830 und die Ausschließung des Hauses Oranien von dem belgischen Throne aussprach. Da man aber an der konstitutionellen Monarchie festhielt,
13. Nov. so entsagte Potter, der nach einer republikanischen Verfassung gestrebt hatte, allen Würden und begab sich nach Paris.

Nun mischten sich die fünf Hauptmächte, die in London wegen der Ordnung der griechischen Angelegenheiten zu einer Konferenz versammelt waren (§ 114), ein und erkannten nach langen Verhandlungen, an denen der alte Talleyrand im Interesse der französischen Juliregierung teilnahm,
20. Dez. die Unabhängigkeit Belgiens an. König Wilhelm hatte sich durch sein abstoßendes Betragen und durch die sophistische Auslegung, daß der Wiener Konferenzbeschluß, wonach der Rhein bis zum Meer (jusqu'à la mer) frei sein solle, die Anlegung eines Zolles an der Mündung dieses Flusses nicht verwehre, unter den europäischen Fürsten viele Gegner gemacht. Um so weniger war die Londoner Konferenz geneigt, durch längere Zurückhaltung ihrer Anerkennung des belgischen Staats
26. Juni 1831 die in Europa herrschende Aufregung zu vermehren. Es wurde daher beschlossen, daß der dem englischen Königshaus verwandte und bald

darauf in zweiter Ehe mit einer Tochter Louis Philipps vermählte Leopold von Sachsen-Koburg die belgische Krone tragen und die Liberalen durch Verleihung einer freisinnigen Repräsentativverfassung, die katholische Geistlichkeit durch völlige Unabhängigkeit der Kirche vom Staat versöhnen solle. Umsonst versuchten die Holländer nochmals, mit Kriegsmacht die Abgefallenen zur Unterwerfung zu zwingen. Trotz der Tapferkeit des Landheers und des Muts der Seemannschaft sahen sie sich zum Rückzug genötigt, als eine englische Flotte die holländische Küste bedrohte und ein französisches Heer unter General Gérard den Belgiern zu Hilfe kam und die Zitadelle von Antwerpen dem mutigen Chassé entriß. Aber noch lange stritt man sich über die Grenzen, bis endlich auch hierüber ein Ausgleich vermittelt wurde. Ein neues Staatsleben mit nationalen Tendenzen entwickelte sich nun in Belgien; eine durch patriotische Männer in Brüssel gegründete Hochschule förderte die freie Wissenschaft und Forschung im Gegensatz zu der klerikalen Universität in Löwen; Industrie, Handel und Fabrikwesen kamen in Flor.

Leopold I. 1831—1865

1831

24. Dez. 1832

1834 und 19. April 1839

§ 122. Die Lage in Polen. Der Ausgang der französischen und belgischen Revolution ermunterte auch die Polen zum Aufstand. Die Erinnerung an die frühere Größe des Staates hielt die Sehnsucht nach einer Wiedergeburt des Vaterlandes wach; man hoffte dabei auf den Beistand Frankreichs.

Zwar war Polen, besonders unter dem milden Zepter Kaiser Alexanders, zu einer höheren Blüte gelangt, als unter der alten Anarchie: die Konstitution mit Reichstagen, mit einer geordneten Verwaltung und unparteiischen Rechtspflege, mit einem geregelten Staatshaushalt und einem nationalen Heere gewährte den Polen eine weitgehende Freiheit, die Industrie kam in Aufschwung, die Literatur hob sich (§ 85), gangbare Heerstraßen erleichterten den Verkehr, der Wohlstand wuchs, und zwischen Edelmann und Bauer bahnte sich ein besseres, auf persönliche Freiheit gegründetes Verhältnis an. Dennoch fand die russische Herrschaft viele Widersacher unter den höheren Ständen, es entstand eine starke Opposition in der Presse und im Reichstage, die dann, als die Regierung die Zensur einführte und die Öffentlichkeit der Verhandlungen untersagte, in geheimen patriotischen Verbindungen sich fortpflanzte, wie sie damals in den südlichen Ländern Europas (§ 107) bestanden. Umsonst warnte der Kaiser den Reichstag vor solchen Verschwörungen und verbot alle Verbindungen, auch den Freimaurerorden: die Zahl der Unzufriedenen mehrte sich, die Jugend wurde begeistert für die Unabhängigkeit Polens, Schriftsteller und Dichter, wie Lelewel u. a. (§ 85), weckten die nationale Gesinnung, die jungen Offiziere, verletzt durch die eiserne Strenge des Großfürsten Konstantin, des Militärgouverneurs von Warschau, schlossen geheime Verbrüderungen, die selbst in der russischen Armee ihre Verzweigungen hatten.

Polens Stellung unter Alexander I.

Febr. 1825

Nach dem Tode Alexanders zog Kaiser Nikolaus I. die Zügel straffer an. Der Ausgang der Untersuchung, die nach dem gescheiterten Militäraufstand in Petersburg (§ 151) auch über die Mitglieder der geheimen Verbindungen in Polen angestellt wurde, aber mit der Freisprechung endete, erfüllte ihn mit Mißtrauen gegen das ganze Volk. Wie in den übrigen Ländern seines Reiches suchte er nun auch in Polen den vollen Absolutismus zur Herrschaft zu bringen, unterstützt von seinem Bruder Konstantin, dem Generalgouverneur des Landes, der durch mancherlei Eingriffe in die Verfassung und die verbrieften Rechte wie durch strenge polizeiliche Überwachung und Zensur immer größere Erbitterung hervorrief. Mißvergnügte Edelleute,

Polen unter Nikolaus I.

wie der Fürst Adam Czartoryski, der, von der alten Königsfamilie der Jagellonen entsprossen, die russenfeindliche Gesinnung als Erbteil seines Hauses überkommen und als Alexanders Jugendfreund sich Hoffnungen auf die Statthalterwürde in Polen gemacht hatte, wie der in den litauischen Landschaften einflußreiche Graf Plater u. a., unterstützten die nationalen Bestrebungen. Da kam die Nachricht von der Pariser Julirevolution; sie vereinigte die noch geteilten Interessen der einzelnen Parteiführer. Die Meldung, daß in Petersburg der Befehl gegeben worden sei, eine Anzahl verdächtiger polnischer Studenten und junger Militärs zu verhaften, beschleunigte noch den Ausbruch der Revolution.

Ausbruch der Revolution

§ 123. Der Revolutionskrieg in Polen. Am 29. November 1830
20. Nov. 1830 abends sechs Uhr drangen zwanzig Jünglinge der Kadettenschule in Warschau in das Belvedere, den Palast des Generalgouverneurs, ein, um diesen zu töten, während andere Verschworene das Volk zu den Waffen riefen, andere sich des Arsenals bemächtigten. Nur mit Mühe entging Konstantin dem Tode; dagegen wurden mehrere Personen aus seiner Umgebung und einige angesehene Generale niedergemacht. Zwei Tage nachher verließ er mit den russischen Soldaten und Beamten das Land. Damit nicht die radikale Revolutionspartei sich der Gewalt bemächtige, traten die Häupter der verschiedenen geheimen Genossenschaften zu einem engeren Ausschusse
4. Dez. zusammen und bildeten eine provisorische Regierung. Sie gingen aber, indem sie nur Abstellung der Mißbräuche unter Beibehaltung der bisherigen Verfassung erstrebten, der radikalen Partei, die das alte Polenreich mit demokratischer Einrichtung herstellen wollte, zu langsam vor. So entstand eine die Revolution von vornherein lähmende Zwietracht. Die aristokratisch-konstitutionelle Partei ernannte den alten
5. Dez. General Chlopicki zum Diktator, der den Volkskrieg und eine Empörung der unter österreichischer, preußischer und russischer Herrschaft stehenden Provinzen des ehemaligen Polenreiches entschieden zurückwies und mit dem Zaren in Unterhandlung trat. Indes rüstete Kaiser Nikolaus ein Heer von 120 000 Mann mit 400 Kanonen unter Feldmarschall Diebitsch zum Einmarsch in Polen. Der in Eile zusammenberufene Reichstag bestätigte
20. Dez. 1830 die Diktatur Chlopickis, stellte ihm aber eine aus Senatoren und Landboten bestehende Aufsichtskommission zur Seite. Zugleich wurde ein Manifest verbreitet, in dem alle Gründe zum Aufstande enthalten waren. Da aber Chlopicki, dem Zustande des polnischen Heeres mißtrauend, nur einen Verteidigungskrieg führen wollte und deshalb von den Demokraten heftig angegriffen wurde und sich mit dem Aufsichtsrat entzweite, so legte er
18. Jan. 1831 die Diktatur nieder, blieb jedoch der freiwillige Ratgeber seines Nachfolgers, des Fürsten Radziwil, der des Krieges unkundig war. Die Verwaltung leitete ein Kollegium von fünf Räten, unter denen Czartoryski das meiste Ansehen besaß und auch die Volkspartei in dem Geschichtschreiber Joachim Lelewel (§ 85) ihren Vertreter hatte. Wenige Tage nachher sprach der
25. Jan. 1831 Reichstag die Absetzung des Kaisers Nikolaus und des Hauses Romanow in Polen aus und die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie auf neuer Grundlage. So schnitt man jede Versöhnung mit Rußland ab, gewann aber auch nicht das Volk für sich,
April 1831 weil der Reichstag den Antrag verwarf, den Bauern Grundeigentum zu erteilen und die Fronden in einen ablösbaren Bodenzins zu verwandeln. Die Hoffnung auf französische Hilfe erwies sich als eitel.

Trotzdem bewährte sich im Felde die polnische Tapferkeit. In den Gefechten vom 17.—19. Februar blieben die Polen meistens Sieger; umsonst drang Diebitsch bis in die Nähe von Warschau vor, die blutige Schlacht bei Grochow nötigte ihn zum Rückzuge. Nunmehr trat, da Radziwil den Oberbefehl niederlegte und Chlopicki verwundet war, Skrzynecki an die Spitze des polnischen Heeres. Aber so tapfer er auch im Felde war, schadete er der polnischen Sache durch seine Unschlüssigkeit und versäumte es, die zur Erhebung bereiten Litauer in den Kampf zu ziehen und dadurch den Russen einen mächtigen Feind im Rücken zu schaffen. Dwernicki aber, der Wolhynien zum Anschluß bringen wollte, fand keine Unterstützung und mußte sich auf österreichisches Gebiet retten, wo er mit 6000 Mann als Kriegsgefangener zurückgehalten wurde. Erst im April ging Skrzynecki über den Bug, wurde aber von Diebitsch erreicht und trotz des tapfersten Kampfes bei Ostrolenka besiegt. Das war der Wendepunkt der polnischen Revolution. Diebitsch starb zwar an der Cholera, die damals zum ersten Male ihren verderblichen Rundgang durch Europa hielt, sein Nachfolger Paskiewitsch Eriwanski (§ 114) aber ging, unterstützt von Preußen, das für seine östlichen Provinzen besorgt war, über die preußische Weichsel und rückte an Warschau heran, wo die größte Ratlosigkeit herrschte. Hier kam es durch die Demokratie, die fortwährend Verrat argwöhnte, zu so entsetzlichen Bluttaten an mehreren Generalen und andern als Aristokraten gehaßten und als Russenfreunde verdächtigen Personen, daß Czartoryski verkleidet in das Lager entfloh, wo Dembinski den Oberbefehl führte. In Warschau wurde nun Kruckowiecki, ein General aus der napoleonischen Zeit und ein Feind Skrzyneckis, vom Reichstage zum Regierungspräsidenten mit diktatorischer Gewalt ernannt. Aber er war der Lage nicht gewachsen. Trotz der Tapferkeit der polnischen Truppen, namentlich des später vielbesungenen vierten Regiments, bei Wola übergab Kruckowiecki Warschau und Praga den Russen und überlieferte sich selbst, von dem fliehenden Heere als Verräter ausgestoßen, als Kriegsgefangenen. Regierung und Reichstag begaben sich mit der Armee nach Modlin. Unter sich entzweit und von den Russen bedroht, traten sie, noch 24000 Mann stark, auf preußisches Gebiet über, wurden hier entwaffnet und so lange verpflegt, bis später Kaiser Nikolaus durch eine Amnestie den meisten die Rückkehr erlaubte. Dasselbe Schicksal hatte Romorino, einer der bedeutendsten Führer der Polen, der sich schon vorher mit seinem Heere nach Galizien geflüchtet hatte. Tausende von Polen wanderten nach Frankreich, England, der Schweiz und andern Ländern aus; über die zurückbleibenden ergingen schwere Strafgerichte, Sibiriens Bergwerke bevölkerten sich mit Verurteilten. Die Ausgewanderten büßten Vermögen, Rang und Bürgerrecht ein. Durch das „organische Statut" verlor Polen seine Verfassung, seinen Reichstag und Reichsrat und wurde als russische Provinz mit abgesonderter Verwaltung und Rechtspflege dem russischen Reiche einverleibt und der strengsten Polizeiaufsicht unterworfen. Die Universitäten Warschau und Wilna wurden aufgehoben, das polnische Wappen zerbrochen, die nationale Armee aufgelöst. Paskiewitsch herrschte bis zu seinem Tode am 1. Februar 1856 als kaiserlicher Statthalter mit eiserner Strenge in dem gedemütigten Warschau.

Polnisch-russischer Krieg

19. u. 25. Febr. 1831

26. Mai 1831

Unterwerfung Polens

16. Aug.

6. Sept.

7. Sept. 1831

5. Okt.

1. Nov. 1831

14.(26.)Febr. 1832

Zweites Kapitel.

Die Bewegungen in Italien und in der Schweiz.

§ 124. Italien. Seit dem Scheitern der revolutionären Erhebungen in Neapel und Piemont (§ 108) waren die Hoffnungen der italienischen Patrioten auf Frankreich gerichtet. Dort hatten die Flüchtlinge Aufnahme gefunden, und in Paris bestand ein Komitee derselben, das mit den Patrioten der Halbinsel in fortwährender Fühlung blieb. Die Seele desselben war
1805—1872 Giuseppe Mazzini aus Genua, ein Mann von hohem schriftstellerischem Talent, der das Konspirieren mit dem glühenden Eifer eines Apostels der Freiheit betrieb. Was war natürlicher, als daß die Nachrichten von der Julirevolution in Paris die in Italien vorhandene Gärung von neuem
Ausbruch der Revolution im Kirchenstaat Febr. 1831 zum Ausbruch brachten. In Bologna, wo sich eine provisorische Regierung bildete, las man in einem Anschlag, die dankbare Welt werde die drei Pariser Julitage neben die sechs Schöpfungstage stellen. Die Romagna, die Marken, die meisten Städte des östlichen Kirchenstaates fielen in die Gewalt der Aufständischen; nur mit Mühe wurde in Rom selbst die Engelsburg der geistlichen Herrschaft erhalten. Aber die von Frankreich erhoffte Unterstützung blieb aus; Metternich hatte den italienischen Aufstand als ein Werk bonapartistischer und karbonarischer Wühlereien darzustellen gewußt, deren Niederwerfung sowohl Frankreichs wie Österreichs Interesse fordere. Auch in den übrigen Staaten Italiens, in Neapel, Toskana und Sardinien, fanden die freiheitlichen Aufrufe keinen Widerhall.
Einschreiten Österreichs März 1831 So rückten österreichische Regimenter unter General Frimont in die aufständischen Provinzen ein und besetzten Modena, Parma und Ferrara. Dann verlangten die fünf Großmächte von dem Papste Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung, des Steuer- und Finanzwesens. Papst Gregor XVI. wies zwar mit Entrüstung alle Vorstellungen zurück, „da der Heilige Vater besser als jeder andere wisse, was er seinen Völkern
5. Juli schuldig sei", traf aber doch, von den Mächten gezwungen, einige Scheinreformen. Zugleich wurde ein Heer aus verwilderten und aus allen Nationen zusammengelaufenen Menschen geworben, um die aus dem päpstlichen Ge-
15. Juli biet abziehenden Österreicher zu ersetzen. Aber diese „Papalini" begingen solche Untaten, daß die Österreicher wieder umkehren mußten, um die päpstliche Regierung vor den eigenen Soldaten zu retten. Die Bürgerschaft empfing nunmehr die österreichischen Soldaten wie Retter. Diese Machtentfaltung Österreichs erweckte aber das Mißtrauen Frankreichs; deshalb
Einmischung Frankreichs 1832 erschien von Toulon aus ein Schiffsgeschwader, das in der Nacht des 22. auf den 23. Februar Ancona durch einen Handstreich nahm. Eine Proklamation verkündete den überraschten Bewohnern, Frankreich sei gekommen, die Sache der Völker gegen den Despotismus zu führen und Österreich, welches unter lügnerischen Versprechungen seine ewigen Vergrößerungsabsichten verfolge, aufzuhalten. Trotz der Aufregung, in welche die europäischen Staaten durch die Besetzung Anconas durch die Franzosen versetzt wurden, und des Protestes der Kurie gegen die Verletzung des Völkerrechts blieb die französische Regierung bei ihrer Erklärung, die in Italien eingenommene Stellung nicht wieder zu verlassen, ehe die Österreicher die Legationen geräumt hätten. Ancona wurde so eine Stätte des italieni-

schen Liberalismus und ein Bollwerk gegen reaktionäre Gewalttat und österreichische Schutzherrschaft und blieb es noch, als nach sechs Jahren bei dem äußerlich ungestörten Friedensstand der Halbinsel die fremde Überwachung als überflüssig erachtet wurde, und die österreichischen und französischen Truppen fast gleichzeitig das päpstliche Gebiet verließen. Nov., Dez. 1838

Im Juni 1846 starb Papst Gregor XVI.; ihm folgte im rüstigen Mannesalter Mastai Feretti als **Pius IX.**, dem der Ruf einer freiheitlichen Gesinnung voranging. Seine ersten Regierungsmaßregeln schienen das Vertrauen, das man in ihn setzte, zu rechtfertigen. Er begann Ersparnisse im eigenen Haushalt, gestattete der Presse eine freie Bewegung, genehmigte den Bau von Eisenbahnen, berief aus den Provinzen erwählte Notabeln zu seinem Staatsrate und gab der Stadt Rom eine freisinnige Verfassung. Auch gestattete er die Errichtung einer Bürgerwehr und schien sich so an die Spitze der Nationalbewegung zu stellen. Pio nono wurde der Ruf des Tages, die Hoffnung der Patrioten und Liberalen. Pius IX. (geb. 1792) 1846—1878

Eine mächtige Aufregung ging durch Italien, die zuerst in dem geknechteten Königreiche Neapel und Sizilien zum revolutionären Ausbruch kam. Sizilien empörte sich im Januar 1848 gegen König Ferdinand II.; die Besatzung von Palermo mußte froh sein, als ihr freier Abzug gewährt wurde. Infolgedessen nahm auch die Bevölkerung Neapels eine drohende Haltung an; das bestimmte den König, eine landständische Verfassung zu gewähren und ein liberales Ministerium zu berufen. Diesem Beispiel folgten, freiwillig oder gezwungen, Leopold II. von Toskana und Karl Albert von Piemont und Sardinien, der der Beherrscher eines mächtigen und unabhängigen Italiens zu werden hoffte. Der Herzog Franz IV. von Modena, ein eifriger Vorfechter der „von Gottesgnaden-Theorie," entzog sich der Revolution durch die Flucht, und der Tod der Maria Luise von Parma, die in einer zweiten, unebenbürtigen Ehe mit General Neipperg (§ 76) den Kaiser Napoleon und sein Geschick vergessen zu haben schien, steigerte die Hoffnungen des italienischen Volkes auf nationale Einheit und politische Freiheit. Gegen die Jesuiten und gegen Österreich, das im August 1847 in einer Note herausfordernd erklärte, daß Italien nur ein geographischer Begriff sei, aus souveränen und von einander unabhängigen Staaten zusammengesetzt, richtete sich der allgemeine Haß. Evvivas für Gioberti, der als Schriftsteller gegen die Jesuiten auftrat, und der gegen Österreich gerichtete Ruf „Tod den Deutschen" (Tedeschi) mischten sich in das Jubelgeschrei für Pio nono, namentlich als dieser gegen die Besetzung Ferraras durch eine österreichische Garnison entschieden Verwahrung einlegte. In Padua, Mailand und ganz Oberitalien gab sich eine so furchtbare Erbitterung der Bevölkerung gegen Österreich kund, daß die österreichischen Soldaten wie in Feindesland lebten, und die österreichische Regierung endlich die Lombardei in Kriegszustand erklärte, um durch Strenge die Bewegung niederzuschlagen. Sizilien 10. Febr. Toskana 17. Febr. 1848 Piemont 8. Febr. 1848 Modena 17. Dez. 1847 17. Juni 1847 23. Febr. 1848

§ 125. Die Schweiz. Auch die Schweiz erlitt durch die Julirevolution große Erschütterungen, indem in den meisten Kantonen die aristokratischen Regierungen und Verfassungen durch demokratische verdrängt wurden. In Basel erhob sich das Land gegen die Stadt, der Kampf mit den Waffen fiel für die Städter ungünstig aus, und durch die Trennung in Basel-land und Baselstadt wurde ein neuer kleiner Staat geschaffen. Auch Schwyz trennte sich in ein inneres und äußeres, Wallis in das französische 18. März 1833

untere und das deutsche obere. Als die Tagsatzung den Antrag auf Revision des Bundesvertrages verwarf, schlossen die liberalen Kantone Bern, Aargau, Zürich, Thurgau, St. Gallen, Luzern und Solothurn, um sie durchzusetzen,
17. März 1832 das sogenannte Siebenerkonkordat, wogegen die drei Urkantone nebst
14. Nov. 1832 Wallis und Neuenburg zum Sarnerbund zusammentraten. In die darauffolgenden blutigen Händel griff die Tagsatzung ein, löste den Sarnerbund auf und zwang die hadernden Hälften von Wallis und Schwyz, sich wieder zu vereinigen. Nach außen hin kam die Schweiz in manche
Flüchtlingsfrage unliebsame Berührung durch die Flüchtlingsfrage. Sie wurde, nachdem die auf die Julirevolution in den einzelnen europäischen Ländern, namentlich in Polen und in Deutschland, folgenden Erhebungen niedergeschlagen waren, der Aufenthalt aller politischen Flüchtlinge, die von hier aus ihre revolutionären Wühlereien weiter fortzusetzen suchten. Das zog der Schweiz Drohungen der benachbarten Mächte zu, weil die Tagsatzung die politischen Umtriebe ihrer Schützlinge nicht hindere und ruhig zusehe, wie das Asylrecht mißbraucht werde, um das Land zu einem „Herd der Propaganda" zu machen (§ 128).

Konfessionelle Kämpfe 1834 Sehr bald brachten dann die kirchlichen Verhältnisse neue Verwirrungen. Als auf der Konferenz zu Baden die Partei der Bewegung beschloß, daß die Kirche unter die Aufsicht des Staates gestellt, freie Nationalerziehung eingeführt und die Klöster zu gemeinnützigen Zwecken herangezogen werden sollten, brach ein Aufstand der katholischen Partei im Aargau aus. Die Regierung benutzte die Gelegenheit, acht Klöster
20. Jan. 1841 „als Sammelplatz des Aufruhrs" durch einen Beschluß des Großen Rats „für allgemeine Zwecke des Unterrichts und der Wohltätigkeit" in Beschlag zu nehmen und trotz aller Proteste zu behalten. So spaltete sich die Schweiz in zwei Heerlager: in Radikale und Konservative. Den Kern der letzteren bildeten die sieben katholischen Kantone: die drei Waldstätten Schwyz, Uri, Unterwalden, ferner Luzern, wo mit Hilfe des Landvolks die Konservativen die Oberhand gewannen, Zug, Freiburg und
März 1843 Wallis, wo die radikale Partei von der Priesterpartei in einem mörderischen Treffen überwältigt wurde. Ein Freischarenzug der Radikalen gegen Luzern, das den Jesuiten den Jugendunterricht überwiesen hatte, mißlang. Die sieben katholischen Kantone forderten strenge Bestrafung der Freischaren und gesetzlichen Schutz gegen ähnliche Unternehmungen und schlossen, als ihrem Verlangen nicht entsprochen wurde, einen
Sonderbund Sept. 1843 „Sonderbund" zu gegenseitiger Abwehr äußerer Überfälle und innerer Unruhen. Dagegen suchten die Radikalen durch einen Handstreich die Regierungen der noch übrigen konservativen Kantone zu stürzen, um auf der nächsten Tagsatzung der Majorität sicher zu sein. In Genf und
Okt. 1846 Waadt glückte der Anschlag, die radikale Partei erhielt das Übergewicht; sie erwirkte auf der Tagsatzung einen Beschluß, der den Sonderbund als unverträglich mit dem Bundesvertrag der Eidgenossenschaft auflöste und die Ausweisung der Jesuiten anordnete. Da nun die Mitglieder des Sonderbundes sich diesem Beschlusse nicht fügten, kam es zum Kampfe.
4. Nov.— 1. Dez. 1847 Die unter dem General Dufour vor Genf stehende eidgenössische Armee eroberte unter geringem Widerstande Freiburg und Luzern, worauf die anderen Kantone sich freiwillig den Beschlüssen der Tagsatzung fügten. Dieser rasche Ausgang machte die drei Großmächte Österreich, Frankreich und Preußen, die, den Radikalen abgeneigt, bereits über eine gemeinsame Ver-

mittlung übereingekommen waren, nicht wenig betroffen. Nur England befolgte in der Schweiz wie in Italien eine volkstümliche Politik. Die Tagsatzung setzte nun in einer Verfassungsrevision an Stelle der bisherigen Vertretung der Kantonalregierungen eine mit größerer Macht ausgerüstete Föderativverfassung. 12. Sept. 1848

Dem Bundesrat, der in Bern seinen ständigen Sitz hat und die höchste Regierungsgewalt im Namen der ganzen Eidgenossenschaft übt, steht ein Ständerat als Vertreter der einzelnen Kantonregierungen und ein von allen Kantonen nach Maßgabe der Völkerzahl gewählter Nationalrat zur Seite. Zugleich wurden Maßregeln zur Begründung einer größeren Zentralisation und nationalen Einheit in Beziehung auf Militärwesen (Volksheer), Münze, Maß und Gewicht u. a. getroffen.

Drittes Kapitel.

Deutschland.

§ 126. Liberale Bewegungen. a) In den norddeutschen Mittelstaaten. Lage in Deutschland

Die französische Julirevolution schreckte auch das deutsche Volk aus dem Schlummer auf, in den es durch Metternichs diplomatische Zauberkunst versetzt worden war. Der Moment schien gekommen, wo die kranken Zustände des deutschen Staatslebens geheilt werden könnten, wo die deutsche Nation zur Einheit, Freiheit und Größe zurückkehren werde. Aber dieses seit Jahrhunderten politisch und kirchlich getrennte Volk konnte sich nicht plötzlich über allgemeine Nationalinteressen, über die Wege des übereinstimmenden Handelns vereinigen. So suchte jeder Staat und jede Landschaft zunächst Abstellung der eigenen Nöte, unbekümmert um den Nachbar, und die Regierungen eilten, durch Zugeständnisse die Sonderinteressen wachzuhalten und eine gemeinsame Verständigung zu hintertreiben. In den noch ständisch verwalteten norddeutschen Mittelstaaten erfolgte der Übergang zu der modernen konstitutionellen Staatsform unter mehr oder minder heftigen Volksaufständen.

In Braunschweig hatte der Herzog Karl, „einer der nichtsnutzigsten Fürsten der Zeit," ein Schandregiment geführt. Als er die Bitten um Abstellung seiner verderblichen Geldwirtschaft bei seiner Rückkehr aus Paris — er war vor der Revolution von dort geflohen — höhnisch zurückwies, kam es zum Aufstande. Feige entwich er aus seinem Schlosse, das nun von dem Volke gestürmt wurde und in Flammen aufging. Der Herzog begab sich nach England, während sein Bruder Wilhelm die Regentschaft übernahm. Auf Preußens Rat bestieg dieser auch den Thron, und der Bundestag erkannte ihn 1832 an. Der vertriebene „Diamantenherzog" lebte fortan im Auslande und vermachte bei seinem Tode 1873 sein großes Vermögen der Stadt Genf. Herzog Wilhelm blieb unvermählt, da die Erbfolgefrage unentschieden blieb und die großen Höfe deshalb in eine Eheverbindung nicht einwilligten. Die Verfassung wurde 1832 neu geregelt, und Ruhe und Ordnung kehrten in das Land zurück. — In Kurhessen rief die Mißwirtschaft des Kurfürsten Wilhelm II. und die wirtschaftliche Not einen Volksaufstand hervor; besonders richtete sich die Erbitterung gegen die den Kurfürsten völlig beherrschende Maitresse Gräfin Reichenbach (§ 102). Das Landvolk verweigerte die Steuern und stürmte die Schlösser, die Stände traten zusammen und setzten unter der Leitung Jordans (§ 128) eine neue Verfassung durch. Da der Kurfürst mit der Gräfin Reichenbach in das Hanauer Ländchen gegangen war und lieber dem Thron als dieser Frau entsagen

Braunschweig Karl 1815—1830
6. Sept. 1830
7. Sept.
1830—1844
Kurhessen 1841—1847
Sept. 1830
5. Jan. 1831

wollte, wurde der Kurprinz Friedrich Wilhelm zum Mitregenten ernannt. —
Hannover In Hannover, wo es nur zu geringen Aufständen kam, ließ der zum Vizekönig erhobene Herzog von Cambridge die Stände einberufen und unter Dahlmanns (§ 128) Mitwirkung eine Verfassung ausarbeiten, die am 26. September 1833 verkündigt wurde und ein durchaus konservatives Gepräge behielt, aber doch die
Sachsen Trennung der Staatskasse und der Zivilliste anordnete. — In Sachsen, wo schon im Juni 1830 bei der Jubelfeier der Augsburger Konfession Unruhen entstanden waren, kam es im September in Leipzig und bald nachher in Dresden zu Volksaufläufen, die sich zunächst gegen die Mißbräuche in den Stadtverwaltungen richteten. Dann aber ging das liberale Bürgertum selbst vor und
1827—1836 forderte von der ratlosen Regierung eine Verfassung. König Anton bewilligte darauf, nachdem durch militärisches Einschreiten die Unruhen unterdrückt waren, verschiedene Reformen und nahm seinen Neffen Friedrich August zum Mitregenten an. Eine neue Verfassung wurde am 4. September 1831 vereinbart, und unter ihr wie später noch infolge einer Reihe guter Gesetze be-
Altenburg gann das Land aufzublühen. — In Altenburg gelang es, das Grundgesetz vom
Oldenburg 29. April 1831 festzustellen, in Oldenburg entstand wenigstens eine neue
Schleswig-Holstein Gemeindeordnung, und in Schleswig-Holstein wurden beratende Provinzial-
Mecklenburg landtage nach preußischem Vorbilde eingeführt. In Mecklenburg währte die
Hansestädte Erstarrung des feudal-aristokratischen Staatswesens weiter fort, die Hansestädte sonderten sich wirtschaftlich von Deutschland ab und nahmen an dem politischen Leben der Nation wenig Anteil. Hamburg erlitt 1842 einen furcht-
5.—8. Mai baren Schlag durch den dreitägigen Brand; es gehörten die ganze Tatkraft, der Reichtum der Bürger und die glücklichen äußeren Umstände dazu, um die Stadt rasch wieder aufzubauen und das kaufmännische Geschäft kaum einen Tag ruhen zu lassen.

§ 127. b. In den süddeutschen Staaten. In den konstitutionellen süddeutschen Staaten zeigte sich die Erregung hauptsächlich auf den versammelten Landtagen.

Bayern In Bayern kam es zu Studentenunruhen und zu stürmischen Debatten gegen den Minister Schenk, der durch den weit konservativeren Fürsten Wallerstein ersetzt wurde. Dieser schloß sich dann der reaktionären Bundespolitik an.
Württemberg Württemberg blieb, da der Landtag nicht einberufen war, ruhig. In
Hessen-Darmstadt Hessen-Darmstadt mußten Aufstände der Bauern, die sich gegen den Steuerdruck erhoben, niedergeschlagen werden, in
Nassau Nassau herrschte so allgemeine Empörung gegen die Willkürherrschaft des Herzogs, daß 1832 aus dem Landtag die Mehrheit austrat; unter dem Rumpfparlament blieben die verfassungswidrigen
Baden Zustände. — Das regste politische Leben herrschte in Baden, wo unter der
1830—1852 volkstümlichen Regierung des Großherzogs Leopold die liberalen Führer Rotteck, Welcker, Mittermaier durch ihre politische Tätigkeit und ihre Reden die Blicke Deutschlands auf sich zogen. Im offenen Gegensatze gegen den Bundestag wurde fast vollständige Preßfreiheit durchgesetzt, und wenn diese auch auf einen Beschluß des Bundestages wieder aufgehoben werden mußte, so erregte dieser Versuch, sich über die Zwangsmaßregeln des Bundes hinwegzusetzen, doch das größte Aufsehen. Auf demselben Landtage stellte auch
Okt. 1831 Welcker seinen in ganz Deutschland begeistert aufgenommenen Antrag auf organische Entwicklung des Deutschen Bundes, indem er ein deutsches Parlament forderte. Das Ministerium half sich aus der Verlegenheit, in die es dieser Antrag versetzte, dadurch, daß es ihn in die Abteilungen verwies und so in der Stille begrub. Doch wirkte er im geheimen fort. Am rührigsten war in den süddeutschen Staaten die Presse, die aber weniger für die nationale Einheit als für Freiheiten aller Art eintrat. In Verbindung mit Gleichgesinnten suchte besonders Dr. Wirth aus Hof durch die „Deutsche Tribüne", durch Flugschriften, Reden und Vereine die Deutschen für konstitutionelles Staatswesen, Volksfreiheit, für „Deutschlands Wiedergeburt" zu begeistern. Doch trotz der

überall vorhandenen Unzufriedenheit mit der reaktionären und unfruchtbaren Bundespolitik und trotz der sich immer mehr regenden liberalen Ideen war der großen Masse der Bevölkerung jede Neigung zu revolutionärer Gewalt damals noch fremd. Ihre politischen Wünsche waren billig und gemäßigt, und sobald die Regierung ein entsprechend billiges Entgegenkommen zeigte, halfen Bürger und Bauern bereitwillig zur Erhaltung oder Herstellung der Ordnung mit.

Preußen

Auch in Preußen sah man die Dinge ruhig an, zumal in diesem Staate, abgesehen von einigen Ausschreitungen in rheinischen Städten, sich nirgend revolutionäre Erscheinungen gezeigt hatten. Dennoch verstand es Metternich, den unter dem Einfluß des russischen Kaisers Nikolaus stehenden König Friedrich Wilhelm III. in Teplitz, wo er auch einst seine Zustimmung zu den Karlsbader Beschlüssen gegeben hatte (§ 100), zu einem reaktionären Einschreiten gegen die gar nicht vorhandene Revolution zu bestimmen. Er willigte in den Bundesratsbeschluß, welcher wider die 27. Okt. 1831
in mehreren Bundesstaaten eingetretenen oder zu besorgenden Unruhen besonders die Zensoren der Presse zur Wachsamkeit ermahnte. Das rief eine große Aufregung unter den Zeitungsschreibern hervor, die ihren Höhepunkt in dem auf der Hambacher Schloßruine bei Neustadt a. d. 27. Mai 1832
Haardt abgehaltenen Konstitutionsfest erreichte.

Hambacher Fest

Hier wurden vor einer aus allen Teilen des südwestlichen Deutschlands zusammengeströmten Volksmenge, unter der sich auch Franzosen und Polen befanden, feurige Reden voll „regenden Freiheitsdranges" gehalten, die „Tyrannei" der Fürsten, die „Servilität" und „Despotie" der Beamten, die Brutalität des Militärs, der Aristokratismus der Vornehmen mit hochtönenden Worten und schwungvollen Redensarten bekämpft, besiegt, vernichtet; man gebärdete sich, als ob der Feind schon bezwungen sei, als ob die den Männern der französischen Revolutionszeit abgelernten begeisterten Reden, glühenden Phrasen, heftigen Angriffe Throne umzustürzen, Heere zu überwältigen imstande wären. Von einer Revolution aber war hier so wenig wie anderswo die Rede, und auch der von München mit 4000 Mann dorthin gesandte Feldmarschall von Wrede konnte in der Pfalz eine solche nicht auffinden.

Einschreiten Metternichs

Doch half das Hambacher Fest Metternich, seine reaktionären Pläne weiterzuverfolgen; er soll erfreut ausgerufen haben: „Das Hambacher Fest, wenn es gut benützt wird, kann das Fest der Guten werden." Nachdem schon am 28. Juni der Bundestag in die ihm von Österreich 28. Juni 1832
und Preußen vorgelegten sechs Artikel eingewilligt hatte, durch welche den konstitutionellen Staaten eingeschärft wurde, daß die Landesgesetze nicht im Widerspruch mit den Bundespflichten stehen dürften und gegen widerspenstige Landtage sofort Bundeshilfe zugesandt würde, traf er am 5. Juli 5. Juli
weitere Beschlüsse über Druckschriften politischen Inhalts, verbot die politischen Vereine und politischen Reden, das Kolportieren von Adressen, gestattete nur das Tragen von Bändern und Kokarden in den Landesfarben, rief die früheren Beschlüsse gegen die Universitäten (§ 100) ins Gedächtnis zurück und ordnete die genaue polizeiliche Überwachung verdächtiger Einheimischer und Auswärtiger sowie die Auslieferung flüchtiger politischer Verbrecher an. Und als dann der Frankfurter Putsch 3. April 1833
erfolgte, konnte Metternich sein Reaktionssystem mit den schlimmsten Maßregeln krönen.

Frankfurter Putsch

Die Bundestagsbeschlüsse vergrößerten überall die Unzufriedenheit. So von der Ansicht ausgehend, daß auf dem friedlichen Wege der Verständigung keine durchgreifende Staatsreform erzielt werden könne, beschlossen einige jugendliche Brauseköpfe, Studenten, Literaten und polnische Flüchtlinge, einen gewaltsamen Umsturz zu versuchen und mit

Frankfurt, dem Sitze des Bundestages, den Anfang zu machen. Eine Verschwörung, die der Stuttgarter Buchhändler Frankh und ein Leutnant Koseritz in Württemberg angezettelt hatten, erhöhte den Mut der Unbesonnenen. Im Vertrauen auf einige Mitverschworene der Stadt und getäuscht durch lügenhafte Vorspiegelungen gewissenloser Verführer, die ihnen zahlreiche Zuzüge aus der Ferne und die sichere Hilfe des Landvolks in Aussicht stellten, wagten die Verblendeten unter der Führung des Göttinger Privatdozenten von Rauschenplatt den Angriff auf die Konstablerwache, töteten einige Soldaten und riefen das Volk zur Freiheit auf. Als aber die Frankfurter Bürgerschaft sich von dem Freiheitsruf nicht begeistern ließ und die erwarteten Zuzüge ausblieben, wurden die Verschworenen von der anrückenden Linientruppe rasch übermannt. Die meisten entkamen sofort oder später; nur sechs Studenten wurden schließlich nach Mainz gebracht und abgeurteilt.

Verhalten der Ostmächte

§ 128. Die Reaktion. Verfassungsbruch in Hannover und Kurhessen. Dieses törichte Unterfangen und sein kläglicher Ausgang versetzte dem Liberalismus eine tiefe Wunde und führte über seine Anhänger eine schwere Verfolgung herbei. Da die Fäden der sogenannten Frankfurter Verschwörung nach der Schweiz und Italien wiesen, wo Mazzini sein unheimliches Wesen trieb (§ 124), also eine europäische Gefahr vorzuliegen schien, so traten die Minister Rußlands, Österreichs und Preußens in Teplitz und bald darauf die beiden Kaiser und der Kronprinz von Preußen

Aug. 1833 in Münchengrätz zusammen und versprachen sich gegen jede Empörung, besonders eine polnische, gegenseitigen Beistand. Dann beschloß der

30. Juni 1833 Bundestag auf Österreichs Antrag die Einsetzung einer neuen Zentraluntersuchungskommission in Frankfurt, die ihrer Vorgängerin in Mainz (§ 100) in nichts nachstand und sich fast ein Jahrzehnt abmühte, den geheimen politischen Verbindungen und revolutionären Anschlägen auf die

Demagogenverfolgungen Spur zu kommen. Verhaftungen, gerichtliche Prozeduren und Untersuchungen wurden über die Schuldigen und Verdächtigen verhängt; insgesamt wurden ungefähr 1800 Personen in Untersuchung gezogen; das preußische Kammergericht verurteilte bis 1836 204 Studenten. Kerker und Festungen füllten sich mit „politischen Verbrechern"; auch Todesstrafe wurde in vielen Fällen gegen verirrte Jünglinge ausgesprochen, wenn auch aus Gnade in langwierige Gefängnisstrafe verwandelt; ein Opfer dieser Peinigungen, Fritz Reuter, hat uns mit ergreifender Anschaulichkeit in seiner „Festungstid" ein Bild jener Verfolgungen entworfen. Ein ehrloses, Treue und Vertrauen aus der Menschenbrust tilgendes System von Angeberei, Spionage und Polizeidruck wurde geduldet oder begünstigt; Ausschreitungen des Militärs blieben ungeahndet; liberale Staatsdiener wurden versetzt, entlassen, gekränkt. Den Schlußstein in dem Gebäude der

Jan. bis Juni 1834 Reaktion bildete dann die geheime Ministerkonferenz in Wien, deren Schlußprotokoll, das im Widerspruch mit allen gesetzlichen und geschäftlichen Formen zustande kam, den Charakter regelmäßiger Bundestagsbeschlüsse haben sollte. Der Bundestag selbst hat nie den geringsten Widerspruch dagegen erhoben, daß seine Zustimmung zu dem Ergebnis dieser Ministerkonferenz vorausgesetzt war, und daß von Bundes wegen danach gehandelt wurde.

Schlußprotokoll

Dieses Schlußprotokoll, das trotz seiner Geheimhaltung doch bald bekannt wurde, erkannte von neuem die Bestimmungen der Bundesgesetze an, daß die gesamte Staatsgewalt den Fürsten innewohne, die Regierungen sich durch ständische Einsprüche in ihrem Gange nicht stören lassen sollten und die Kammern die Gültigkeit der Bundesbeschlüsse keiner Beratung unterwerfen dürften. Das Steuerbewilligungsrecht der Stände sank zu einem Schein herab, die Beeidigung des Militärs auf die Verfassung wurde untersagt und den Regierungen der Grund-

satz empfohlen, daß Staatsdiener zu ihrem Eintritt in die Kammer der obrigkeitlichen Erlaubnis bedürften. Dabei wurden Bestimmungen getroffen, wie die Rede-, Lehr- und Preßfreiheit auf die sicherste und unanstößigste Weise beschränkt und die Überwachung der Universitäten in ihren Lehrern und Zöglingen zuverlässig bewerkstelligt werden könne, und endlich zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Regierungen und Ständen ein vom Bundestag einseitig angeordnetes Schiedsgericht bestellt, das, nur aus Bevollmächtigten der Regierungen bestehend, seinem Namen nicht entsprach.

Preßgesetze

Keine Schrift unter zwanzig Bogen durfte ohne Druckerlaubnis (Imprimatur) verlegt, keine Zeitung ohne Durchsicht eines dazu bestellten Beamten (Zensors) verschickt werden; auswärtige Blätter unterlagen einer Nachzensur; innere Angelegenheiten durften in vielen Ländern gar nicht besprochen werden; Oppositionsblätter wurden durch Zensurstrenge, Chikanen und Preßprozesse so lange verfolgt, bis sie eingingen; andern versagte man die Versendung durch die Staatsposten; noch andere unterdrückte man auf polizeilichem Wege. Am 10. Dezember 1835 erließ der Bundestag ein Interdikt gegen eine ganze Gruppe von Schriftstellern, die man „das junge Deutschland" nannte, unter ihnen Laube, Gutzkow Heine, Mundt und Wienberg. (§ 287.) Als die meisten Flüchtlinge sich nach der Schweiz wandten und hier in Verbindung mit dem von Mazzini gestifteten Bunde des „Jungen Europa" traten, zwangen die Ostmächte durch scharfe Drohungen die Schweiz zu der berüchtigten Flüchtlingshatz.

Hannover

Der Groll gegen den Bundestag, der Haß gegen die gewaltsame Unterdrückung jeder freiheitlichen Regung erhielt neue Nahrung durch die schmählichen Vorgänge in Hannover. Im Jahre 1837, im hundertsten Stiftungsjahre der Universität Göttingen, starb Wilhelm IV., König von 20. Juni 1837
England und Hannover, und hatte zur Nachfolgerin in England seine Nichte Viktoria; da aber nach deutschem Fürstenrecht weibliche Erbfolge unstatthaft ist, so fiel die Krone von Hannover an den Oheim der Königin, Ernst August, Herzog von Cumberland. Das ganze Land jubelte 1837—1851
über die gewonnene Selbständigkeit, aber die Freude verkehrte sich bald Verfassungsbruch
in Schmerz, als der neue König seinen Regierungsantritt mit der Aufhebung des Staatsgrundgesetzes vom Jahre 1833 (§ 126) bezeichnete, „wegen 1. Nov. 1837
mangelnder agnatischer Zustimmung, und weil es eine wesentliche Verletzung der Regierungsrechte enthalte", und die alte ständische Verfassung vom Jahre 1819 wiederherstellte. Alsbald erging an alle Beamten („königliche Diener") die Aufforderung zur Leistung eines neuen Dienst- und Huldigungseides. Manche Staatsdiener mögen dadurch mit ihrem Gewissen in Zwiespalt geraten sein, aber sie kamen der Aufforderung nach: Nur sieben Professoren von Göttingen weigerten den Eid.

Erklärung der Göttinger Professoren 18. Nov. 1837

Es waren der Historiker F. C. Dahlmann, die Germanisten E. Albrecht, Jakob und Wilhelm Grimm, der Literarhistoriker G. Gervinus, der Theologe H. Ewald und der Physiker W. Weber, die bei aller schuldigen Ehrfurcht vor dem königlichen Worte sich in ihrem Gewissen gedrungen fühlten, den König an die Bedeutung des von ihnen früher geschworenen Eides zu erinnern. Denn „das Gelingen unsrer Wirksamkeit ruht nicht so sehr auf dem wissenschaftlichen Wert unserer Lehre als auf unserer persönlichen Unbescholtenheit. Sobald wir vor unserer studierenden Jugend als Männer erscheinen, welche mit unserem Eide ein leichtes Spiel treiben, so bald ist der Segen unserer Wirksamkeit dahin. Und was würde Sr. Maj. dem Könige der Eid unserer Treue und Huldigung bedeuten, wenn er von Männern ausginge, die eben erst ihre eidliche Versicherung freventlich verletzt haben?"

Sie wurden ihrer Stelle enthoben und drei von ihnen, Dahlmann, Jakob Grimm und Gervinus, des Landes verwiesen. Trotz der überall in Deutschland kundgegebenen Teilnahme für das Schicksal der „Sieben", trotz aller Proteste aus seinem Lande ließ der König die Wahlen nach

dem Gesetz von 1819 anordnen und vertagte die Stände, als sie sich für
1838 inkompetent erklärten, die Abschaffung des Staatsgrundgesetzes von 1833
anzuerkennen. Ihre Beschwerde lehnte der Bundestag ab, indem er den
1839 Streit für eine innere Angelegenheit Hannovers erklärte. Als im nächsten
Jahre viele Abgeordnete den Eintritt in die neue Kammer verweigerten,
wurden ihre Stellen durch Minoritätswahlen besetzt, um die beschlußfähige
Zahl zur Steuerbewilligung zu erhalten. So erreichte die Regierung
6. Aug. 1840 ihren Zweck: die Annahme einer neuen, in aristokratischem, altständischem
Sinne gehaltenen Verfassung.

Kurhessen

Noch schlimmer gestalteten sich die Verhältnisse in Kurhessen, wo
der Kurprinz-Mitregent Friedrich Wilhelm I. (§ 126), auf der Bahn
seines Vaters fortschritt, namentlich seitdem im Jahre 1832 Hassen-
pflug an die Spitze der Verwaltung getreten war, ein hervorragender
Beamter von eiserner Willenskraft, aber ein unerbittlicher Feind des
konstitutionellen Staates.

Regiment Hassenpflugs u. Schäffers

Durch ihn nahm der Streit zwischen der Regierung und den Ständen eine
Schärfe an, die das Land der tiefsten Zerrüttung zuführte. Hassenpflug, „der
Hessen Fluch," entwürdigte die Volksvertretung, wo er nur konnte, unterdrückte
die Presse, erniedrigte die Beamten zu servilen Werkzeugen, beugte die Rechts-
pflege und suchte tatsächlich den reinen Absolutismus durchzuführen. Die Ver-
fassung wurde zu unerhörten Auslegungskunststücken mißbraucht, jedes formale
Recht bis zur äußersten Grenze ausgenutzt oder auch völlig verdreht, durch Kammer-
auflösungen, Beamtenmaßregelungen, allerlei Ränke der ständischen Opposition
entgegengearbeitet. Dabei wurde der starrste Pietismus gefördert und in klein-
lichen und lächerlichen Äußerlichkeiten das Muster der früheren Regierungen
nachgeahmt, so in dem Verbote des Tragens von Schnurrbärten für alle Zivil-
beamten. Noch furchtbarer wurde der reaktionäre Druck, als nach dem haupt-
Juli 1837 sächlich aus persönlichem Zerwürfnis mit dem Prinzregenten erfolgten Rücktritt
Hassenpflugs Männer wie Schäffer und von Hanstein dies System der ver-
fassungswidrigen Unterdrückung fortsetzten. Eine der schnödesten Taten derselben war
das Verfahren gegen den Abgeordneten Jordan (§ 126), Professor der Rechte in
Marburg, einen hervorragenden Kämpfer der Opposition, einen freisinnigen und
Juni 1839 hochbegabten Mann: er wurde vom Amte suspendiert und wegen versuchten
Hochverrats auf die nichtswürdigsten Indizien hin zu einem Haupt der Revolutions-
partei gestempelt und in langer, seine Gesundheit zerrüttender Haft gehalten.

Liberale Bewegung und Preußen

Doch trotz all dieser schmachvollen Versuche, das konstitutionelle Leben
zu vernichten, hielten die liberalen Männer Kurhessens, unter ihnen vor
allen der Abgeordnete Friedrich Ötker, unerschütterlich fest an ihren Ideen;
und wie hier, so erfüllte durch alle deutschen Länder die liberalen Parteien
immer mehr nur der eine Gedanke, den Bundestag, den Hort aller Reaktion,
zu stürzen und einen liberalen und nationalen Einheitsstaat zu
begründen. Indes bei der tiefen Kluft, die Volk und Regierungen schied,
war man noch weit entfernt, in einem Zusammengehen mit diesen den
richtigen Weg zur Einheit und Größe Deutschlands zu finden. Besonders
gegen Preußen, das völlig in den Dienst Metternichs getreten zu sein
schien, war man von bitterstem Hasse erfüllt, wenngleich schon damals
und zwar aus dem liberalen Süddeutschland mit aller Klarheit das künftige
Schicksal des deutschen Vaterlandes vorausgesagt wurde.

Paul Pfizer 1801–1867

Paul Pfizer, ein Schwabe, Justizassessor in Stuttgart, schrieb damals in dem
Briefwechsel zweier Deutschen: „Österreich ist Deutschland fremd geworden, hat seinen
deutschen Namen gegen einen europäischen vertauscht und steht nun allem, was wir von
deutschem Eigentum noch gerettet haben, allem, worauf Deutschland noch einen Stolz setzen

darf, seinem geistigen Leben, seiner Literatur, seinen Hochschulen, schroff, man könnte sagen feindselig gegenüber. In Deutschland ist für Österreich und für Deutschland ist von Österreich forthin nichts mehr zu erwarten. Soll es nun aber dahin kommen, daß Deutschland in die Reihe der Nationen wieder eintritt, so muß eine neue Zukunft sich uns öffnen, ein neuer Kern und Mittelpunkt sich bilden, woran das neue Deutschland sich sammeln, sich erkennen und gestalten kann; dieser Kern ist bereits vorhanden: in Preußen. In dem Maße, als Österreich aus einem deutschen Staat ein ausschließlich europäischer geworden, hat Preußen den Charakter eines allgemein europäischen Staates mit dem eines deutschen vertauscht. Für das alte und starre Österreich tritt nun das junge und bewegliche Preußen ein. Dieser Staat besitzt ein wohlwollendes Fürstenhaus, eine aufgeklärte Regierung, eine musterhaft geordnete Verwaltung, ein System der Volksbewaffnung, das, indem es den Beruf des Kriegers mit dem des Bürgers identifiziert, in seinen Grundsätzen gerechter und in seinen Erfolgen wirksamer ist als irgendein Militärsystem Europas, endlich — und dies ist das wichtigste — ein Volksgefühl, wodurch die Preußen vor allen deutschen Stämmen sich auszeichnen und ihren Anspruch auf die erste Stelle unter denselben bekunden. Kein Staat leistet mit gleich beschränkten Mitteln so viel, als der preußische bis jetzt geleistet hat. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so ist Preußen auf das Protektorat über Deutschland durch dasselbe Verhängnis angewiesen, das ihm einen Friedrich den Großen gab." Einstweilen allerdings schienen, vom Zollverein (§ 106) abgesehen, die Verhältnisse in diesem Staate Friedrichs des Großen den zukunftsvollen Worten Pfizers wenig Aussicht auf Erfüllung zu bieten.

§ 129. Preußen bis 1840. In Preußen wurde bis zum Tode Friedrich Wilhelms III. der alte Zustand mit möglichster Gleichförmigkeit festgehalten, nur daß mit dem Alter das Mißtrauen des Königs gegen die freisinnigen Bestrebungen der Zeit wuchs und eine zunehmende Strenge wider die Liberalen sich kundgab. Die Beschlüsse des deutschen Bundestags zur Beschränkung des freien Staatslebens in den konstitutionellen Ländern (§ 128) wurden meistens von Preußen beantragt oder doch unterstützt. Was der König in anderen Staaten unterdrücken ließ, duldete er noch weniger in seinem eigenen. 7. Juni 1840

Weit entfernt, durch Einführung einer reichsständischen Verfassung sein Königswort (§ 105) in vollem Maße zu lösen, minderte er die Befugnisse der Provinzialstände (§ 105); eine übermütige Beamtenhierarchie („Bureaukratie"), wenngleich aus intelligenten Männern bestehend und die Regierungsmaschine mit Geschick führend, hüllte ihre Handlungen in Heimlichkeit und verletzte durch den absprechenden, „bureaukratischen" Ton einer gebieterischen Amtssprache*); die Finanzverwaltung war, wenn auch gewissenhaft geführt, von geheimnisvollem Dunkel umgeben, und in der Besteuerung blieb eine nach Provinzen, Ständen und herkömmlichen Rechten waltende, den geringen Mann schwer drückende Verschiedenheit herrschend. Im Gerichtswesen behielt man das alte schriftliche und geheime Verfahren bei und bemühte sich nicht, durch Eingehen in den Geist der Zeit, der auf Öffentlichkeit, Mündlichkeit und Geschworene drang, das Zutrauen des Volks zu erhöhen; vielmehr unterließ man nicht, eine gewisse Abneigung gegen diese in den Rheinprovinzen heimischen volkstümlichen Institutionen zu bekunden und Umänderungen damit vorzunehmen. Der „eximierte Gerichtsstand" und die „Patrimonialgerichtsbarkeit" der Bevorrechteten standen der allgemein geforderten Rechtsgleichheit aller Staatsbürger hemmend im Wege. Zwar besaß Preußen als Errungenschaft aus der unglücklichen und doch für dasselbe so großen Zeit der fremden Vorherrschaft Preußische Verwaltung

*) Besonders berüchtigt ist das Wort vom „beschränkten Untertanenverstand"; es ist abgeleitet aus einem Schreiben des Ministers des Innern von Rochow vom 15. Januar 1838 an Jacob von Riesen in Elbing, der ihm die von Elbing aus an Prof. Albrecht, einen der Göttinger Sieben (§ 128), gerichtete Zustimmungsadresse in Abschrift übersandt hatte, und lautete ursprünglich: „Es ziemt dem Untertanen nicht, an die Handlungen des Staatsoberhauptes den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen und sich in dünkelhaftem Übermute ein öffentliches Urteil über die Rechtmäßigkeit derselben anzumaßen."

(§ 64) demokratische Einrichtungen, die es über viele andere Staaten emporhoben: einen von Grundlasten großenteils entfesselten Boden, einen des Zunftzwangs ledigen Gewerbstand, eine volkstümliche Wehrverfassung, eine freisinnige Gemeindeordnung, — allein an strenger Überwachung der Kirche, Schule und Presse gab es dem österreichischen Regierungssystem wenig nach. Die Universitäten standen unter Aufsicht der Regierung; die Lehrfreiheit wurde durch das Verbot des Besuchs mancher Hochschulen und durch die Einstellung mißliebiger Vorträge vielfach beeinträchtigt; das Unterrichtswesen unterlag der strengsten Beaufsichtigung. Die periodische Presse wurde nicht nur durch die Zensur und Nachzensur aufs äußerste beschränkt, sondern es durften auch innere Angelegenheiten keiner kritischen Beleuchtung unterworfen werden, und gefährlich scheinende Bücher kamen nicht in den Buchhandel. Besonders unterlagen Kirche und Glaubenslehre einer genauen Überwachung, was in der vorherrschend religiösen Richtung des Königs seinen Grund hatte.

Politische Ruhe in Preußen

Dennoch war in Preußen das ungestüme Verlangen nach der Anteilnahme am staatlichen Leben, wie es sich in den anderen deutschen Staaten kundgab, nicht in demselben Maße zu spüren, weil das preußische Volk in Friedrich Wilhelm III. die wohlmeinende landesväterliche Gesinnung, das stille Dulden so vielen Unglücks, eine aufrichtige Frömmigkeit und ein schlichtes, bescheidenes Wesen achtete. Wenn man mit den politischen Zuständen unzufrieden war, so gab man den unerquicklichen Gang der öffentlichen Dinge nicht dem Könige persönlich schuld, sondern seinen Ratgebern, die auch in der Tat ihren Herrn oft weiter fortrissen, als es in dessen Neigung lag. Friedrich Wilhelm III. wollte ein absoluter Herrscher sein und von dem göttlichen Recht seiner Krone nichts preisgeben, aber er wollte so regieren, daß das Volk nach einer verfassungsmäßigen Beschränkung des wohlwollend patriarchalischen Regiments sich nicht zu sehnen brauche. So zog eine wahrhafte Trauer durch das ganze
7. Juni 1840 Land, als die Kunde von dem Ableben des Königs erscholl. Zugleich aber traten die Parteien des politischen Fortschrittes, die sich bei Lebzeiten des alten Königs zurückgehalten hatten, jetzt um so energischer hervor. Mit Macht erhoben sich die zurückgedrängten Wünsche und Hoffnungen, deren Erfüllung man von dem Thronfolger, dem König Friedrich Wilhelm IV., erwartete.

Charakter Friedrich Wilhelms IV. 1840—1858. geb. 15. Okt. 1795, †2. Jan. 1861

§ 130. Die ersten Zeiten Friedrich Wilhelms IV.

Friedrich Wilhelm IV., in dessen empfänglicher Seele die Strahlen aller in Berlin, der „Metropole der Intelligenz", sorgfältig gepflegten Wissenschaften wie in einem Brennpunkt sich vereinigten, war eine romantisch angelegte Natur voll genialer Züge, voll geistigen Lebens und Feuers und vielseitiger Begabung, voll Witz und Laune, von ungewöhnlicher Redegabe, dabei aber voll von Widersprüchen und Gegensätzen, wechselnden Eindrücken und Anwandlungen zugängig, leutselig, gewinnend und mit dem Nimbus eines gewissen Kronprinzenliberalismus umgeben, aber im Innern doch hocharistokratisch, ein gläubiger Absolutist, von mystischer Geistesrichtung und strengkirchlicher Gesinnung, von phantastischer Schwärmerei für die mittelalterliche Welt und Gesellschaftsordnung, mit dem höchsten Bewußtsein von seiner königlichen Würde erfüllt.

Er hatte eine ganz patriarchalische, alttestamentliche Auffassung vom Königtum und nahm die Königsherrschaft durchaus persönlich. Darum hat er seine Minister niemals als selbständige Persönlichkeiten angesehen, die ein politisches Programm darstellten, sondern nur als Vorsteher ihrer besonderen Verwaltungen,

die in der Leitung ihres Geschäftskreises so viel Freiheit besaßen, als es dem Könige in jedem Augenblicke beliebte. Bei seinen selbstherrlichen Anwandlungen mit oft jähem Wechsel der Ansichten, bei der Unregelmäßigkeit in Geschäften und bei der Zugänglichkeit für unberufene Hintertreppeneinflüsse von politischen Intriganten waren, wie Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen" sagt, die Minister nie sicher vor plötzlicher unerwarteter Änderung ihrer verantwortlichen Ratschläge. Sein lebhafter Geist und sein rasches Wesen fand an dem ruhigen Gange der Staats- und Kirchenverwaltung kein Wohlgefallen; er wollte wirken und schaffen, aber nach eigener Einsicht; er wollte reformieren, aber nur soweit sein Herrschersinn es für gut fand; daher das Schwanken zwischen Stillstand und Bewegung, das vielverspottete Schaukelsystem des „gehemmten Fortschritts". Viele große Gedanken und Pläne keimten in seiner Seele, aber die Ausführung scheiterte bald an seinem Königsstolz, der dem Zeitgeist keine Zugeständnisse machen wollte, bald an seinen mittelalterlichen Vorurteilen, die am historischen Rechte festhielten und den reformierenden Liberalismus als ein Erzeugnis der Revolution haßten, bald an seiner Strenggläubigkeit, welche die Freiheit des religiösen Lebens und den kirchlichen Fortschritt nur insoweit gestatten wollte, als die symbolischen Bücher die Grundlage und Schranke bildeten. Das große Ziel aller volkstümlichen Staatskunst, Deutschlands Einheit, fand in seiner patriotischen Gesinnung Anklang; allein ein ernstes, energisches und auch opferwilliges Eingehen auf die Forderungen der öffentlichen Meinung, ein klares und festes Erkennen der Bedürfnisse der Zeit war von einem so schwankenden Charakter nicht zu erwarten. Von wesentlicher Bedeutung für die Regierung des Königs war der Kreis seiner täglichen Umgebung. „Als Kronprinz war er auch in den Freundeskreis der ‚Erweckten' eingeführt worden; das waren junge Männer der vornehmen Gesellschaft von tadellosem Charakter, makellosen Sitten, voll Begabung und von selbständiger Gesinnung, die als Offiziere im Befreiungskriege ‚zum Herrn geführt worden waren'. Hier hatte sich der Kronprinz bei seiner dem flachen Rationalismus abgeneigten Religiosität schnell sympathisch berührt gefühlt; hier hatte er auch für die Verwirklichung seines auf Werke der Wohltätigkeit und Barmherzigkeit gerichteten praktischen Christentums hingebende und verständige Helfer gefunden. Diese Männer, wie von Rochow, von Radowitz, Jorke, von Gerlach, General von der Gröben u. a., genossen, als er König wurde, sein besonderes Vertrauen. Ihnen galt auch die agrarische Gesetzgebung eines Stein oder Hardenberg (§ 64), welche die Bauern zu Eigentümern ihres Bodens gemacht hatte, als eine kommunistische Revolution. Die Städteordnung war ihnen ein Anbeginn des Aufhörens aller Ordnung in den Städten. Durch die Landwehr war nach ihrer Meinung ein ungehöriges, das populäre Prinzip in die Armee gekommen. Nur auf der Reorganisation der ständischen Verhältnisse sollte eine ständische Vertretung zur Teilnahme an den Staatsgeschäften neben der als souverän gedachten Krone gebildet werden."

Erste Regierungsmaßregeln

Trotzdem diese feudalen Anschauungen sich völlig mit denen des Königs berührten, so schienen doch seine ersten Regierungsmaßregeln einen ganz anderen Geist zu atmen. Er lockerte gegen die Vorstellungen Metternichs die Fesseln der Presse; verfolgte und zurückgesetzte Vaterlandsfreunde wie Arndt, die beiden Grimm, Jahn wurden wieder angestellt und in ihrer bürgerlichen Ehre anerkannt. Eine allgemeine Amnestie für Hochverrat, 10. Aug. 1840
Majestätsbeleidigungen und andere politische Verbrechen wurde erlassen, und so die Pforte des Kerkers Hunderten von Männern geöffnet, die jugendliche Torheiten oder Unvorsichtigkeiten mit jahrelanger Haft und zerstörtem Lebensglück gebüßt hatten. Die sogenannte Ministerialkommission, welche das traurige Amt hatte, über die gute politische Gesinnung von Beamten zu wachen, wurde aufgehoben. Auch in den aus-

wärtigen Angelegenheiten fanden die ersten Handlungen des Königs die volle Zustimmung seines Volkes. Als infolge der in der orientalischen Frage erlittenen Niederlage des Ministeriums Thiers (§ 147) das französische Volk nach Rache schrie und der Ruf „An den Rhein!" von Paris nach Deutschland herüberscholl (§ 138), da zeigte sich in allen deutschen Landen eine einmütige Begeisterung, mit gemeinsamer Kraft den frechen Störenfried in seinen Grenzen zu halten. Damals erklang Nikolaus Beckers Rheinlied „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein", damals dichtete Max Schneckenburger das Sturmlied, das allerdings erst in der Zeit der Zukunft Gemeingut des deutschen Volkes wurde, „Die Wacht am Rhein". Und da selbst Metternich den Wunsch gemeinsamer Schritte gegen diese Kriegsgefahr aussprach, benutzte Friedrich Wilhelm die Gelegenheit, um die Frage der Bundeskriegsverfassung (§ 101) wieder in Fluß und zum Abschluß zu bringen. Doch ließ er dabei schon klar seine Stellung Österreich gegenüber erkennen, dem er die römische Kaiserwürde und selbst den Bundesschutz für dessen italienische Besitzungen zusprach. Nachdem aber die Kriegsgefahr vorübergegangen war, ließ Metternich sehr bald all diese Pläne, auch die von dem Könige angeregte Reform der Bundesverfassung, fallen, und nur Ulm und Rastatt wurden 1841 befestigt und Inspektionen der Bundesarmeekorps eingeführt.

Kriegsbegeisterung 1840

Verfassungsfrage

Als nun aber mit der nationalen Erregung zugleich auch die lange unterdrückten Wünsche nach der repräsentativen Verfassung laut wurden, da zeigte sich sofort, daß die Hoffnungen, die man in dieser Beziehung auf die neue Regierung gesetzt hatte, eitel waren. Der König verhielt sich gegenüber dem auf dem Königsberger Huldigungslandtage ausgesprochenen Verlangen nach einer Verfassung völlig ablehnend und gestand nur den Provinziallandtagen (§ 105) eine zweijährige periodische Wiederkehr, beschränkte Öffentlichkeit und die Einrichtung ständischer Ausschüsse zu. Die liberale Opposition, die sich in diesen im Oktober 1842 zusammengetretenen „Vereinigten Ausschüssen" kundgab, verstimmte den König. Besonders das ungestüme Drängen der Presse veranlaßte ihn, auf dem Wege der Verfassungsfrage anzuhalten; dadurch nährte er von neuem die Unzufriedenheit der Liberalen. Diese wurde noch gesteigert durch seine Haltung in den kirchlichen Angelegenheiten.

Sept. 1840

18. Okt. 1842

§ 131. Preußische Kirchenpolitik. Die kirchlichen Verhältnisse Preußens waren 1815 durch den Hinzutritt der neuen Provinzen, in denen teils (Posen und Rheinland) das katholische, teils (Sachsen) das streng lutherische Element überwog, recht schwierig geworden. Für die evangelische Konfession hatte Friedrich Wilhelm III. durch die Einsetzung eines besonderen Kultusministeriums und evangelischer Provinzialkonsistorien einen geeigneten Mittelpunkt der Verwaltung geschaffen.

1817

Union 1817

In demselben Jahre brachte er dann anläßlich der Jubelfeier der Reformation einen alten Plan der Hohenzollern und einen eigenen Herzenswunsch zur Ausführung. Er erließ einen Aufruf zur freien Einigung der so lange getrennten lutherischen und reformierten Konfession in eine unierte Kirche. Ganz besonderes Gewicht legte der König dabei auf die Reform des kirchlichen Kultus, die er durch eine in seinem Kabinett verfaßte Agende nach und nach fast überall in den alten Provinzen durchzuführen suchte. Da dieser Agende von vielen Geistlichen und Laien Widerstand entgegengesetzt wurde, so ließ der

1822

König die schon 1813 geregelte Presbyterial- und Synodalverfassung in der protestantischen Kirche fast ganz fallen. Sie wurde 1835 nur in Rheinland und Westfalen eingeführt; im übrigen wurden 1829 neun Generalsuperintendenten eingesetzt und 1834 die Agende als Gesetz verkündigt. Doch der Widerspruch verstummte nicht, und seit 1835 begannen sich besondere lutherische Gemeinden zu bilden, die sich 1841 eine gemeinsame Ordnung gaben. Doch sind dieselben niemals über eine sektenartige Existenz herausgekommen und seit 1862 wieder in sich selbst zerfallen.

Katholische Kirche

Die Verhältnisse der katholischen Kirche waren nach langen, durch den berühmten Staatsmann und Geschichtsforscher Niebuhr geführten Verhandlungen in der Bulle de salute animarum geordnet worden. Die einzelnen Kirchensprengel wurden neu begrenzt, die bischöfliche Kirche zu Aachen aufgelöst, die erzbischöfliche von Köln wiederhergestellt und derselben die bischöflichen Kirchen von Trier, Münster und Paderborn untergeordnet. Die bischöfliche Kirche zu Posen wurde zum Range einer Metropole erhoben und mit der gleichfalls erzbischöflichen Kirche zu Gnesen vereinigt und ihr die bischöfliche Kirche von Kulm untergeordnet. Die bischöflichen Kirchen von Breslau und Ermeland blieben dem Heiligen Stuhle unmittelbar unterworfen.

11. Juli 1821

Alle diese Kirchen wurden so reichlich ausgestattet, die Geistlichen in ihrem Gehalte so sichergestellt, daß Papst Leo XII. damals äußerte, wenn ein katholischer Fürst so viel für die protestantische Kirche täte, wie der König von Preußen für die katholische, würde er den Bann verdienen. Das Verhältnis von Staat und Kirche wurde allerdings nicht grundsätzlich geregelt, doch hatte die preußische Regierung sich den gebührenden Einfluß zu wahren gewußt. Dem Könige stand das Recht zu, bei einer Bischofswahl die ihm nicht genehmen Kandidaten von der Liste zu streichen; er nahm den Treueid der Gewählten entgegen. Die Geistlichen wurden zwar von den Bischöfen angestellt, aber der Regierung mußte die Anzeige gemacht werden, auch hatte sie sich die Genehmigung vorbehalten. Der Unterricht wurde, so weit er nicht rein staatlich war, vom Staate überwacht.

Katholische Reformbewegungen

Diese guten und friedlichen Verhältnisse der katholischen Kirche riefen auch eine freiere Bewegung innerhalb derselben selbst hervor, wie sie sich in den Bestrebungen gegen die strengkirchliche, (ultramontane) Partei kundtat, die ihren Hauptsitz in Bayern, ihren Halt an Österreich und den Rheingegenden hatte. Das Haupt dieser Partei war Görres, Professor in München, geworden, der von freisinniger Opposition zum papistischen Absolutismus übergegangen war. Gegen ihn erklärte sich eine große Anzahl katholischer Geistlicher, die im Umgang mit Protestanten Duldung gelernt und durch eine freiere Erziehung auf gemischten Universitäten von manchen Vorurteilen geheilt worden waren. Diese drangen auf Landessynoden, um zeitgemäße Reformen zu erzielen, bekämpften den Zölibat und verlangten ein sich dem Protestantismus annäherndes Kirchenwesen durch Gestattung der Landessprache beim Gottesdienst, durch Freigebung der Heiligen Schrift, durch Abstellung der Werkheiligkeit mittelst eines aufklärenden Volksunterrichts u. dgl. m. Im badischen Oberland fand diese Richtung viel Anhänger, und da man diese Erscheinung der Wirksamkeit des trefflichen Freiherrn v. Wessenberg beimaß, so wurde er von der bischöflichen Verwaltung in Konstanz verdrängt, ein Beweis, „daß kein Verdienst um die Kirche groß genug sei, um für eine freie und deutsche Gesinnung in Rom Verzeihung zu finden". In Bonn wollte Prof. Hermes im Gegensatz zu dem römischen Autoritätsglauben, „der nicht über den Zweifel zu erheben vermöge," den Katholizismus dadurch stärken, daß er mit Mitteln der Philosophie einen Vernunftglauben herzustellen suchte, welcher dem Offenbarungsglauben zur Voraussetzung und Befestigung dienen sollte. Seine Anhänger erlangten

Görres geb. 1776, † 1848

Wessenberg geb. 1777, † 1860

Hermes geb. 1775 † 1831

das Übergewicht in den rheinischen Unterrichtsanstalten. In Regensburg, Ingolgeb. 1757, † 1832 stadt u. a. Orten Bayerns übte der fromme Bischof Sailer eine große Wirksamkeit in ähnlichem Geiste aus, die noch nicht ganz verschwunden ist.

Streit über die gemischten Ehen

Seit dem Westfälischen Frieden war die Scheidewand, die jede Verbindung zwischen den beiden christlichen Konfessionen gehindert hatte, beseitigt, und die deutsche Volkssitte hatte, wenn auch nicht mit ausdrücklicher Einwilligung, so doch ohne Widerspruch der Kirche, gemischte Ehen zugelassen, wobei sich das Gewohnheitsrecht bildete, daß, wo nicht ausdrückliche Eheverträge anders bestimmten, die Kinder je nach dem Geschlechte dem Glauben der Eltern folgten. Dieses Gewohnheitsrecht hatte in der Gesetzgebung verschiedener Länder von gemischter Bevölkerung, so auch im preußischen Landrecht von 1794, als dem Grundsatze der Rechtsgleichheit entsprechend, Eingang gefunden. 1825 aber wurde in Preußen dieses Gesetz dahin abgeändert, daß bei Mischehen die Kinder sämtlich im Glauben des Vaters erzogen werden sollten, wenn nicht der einmütige Wille beider Eltern anders verfügte. Da nun in der Rheinprovinz und Westfalen häufiger der Fall eintrat, daß protestantische Männer aus den älteren Provinzen sich mit katholischen Mädchen vermählten, als umgekehrt, so geriet die katholische Geistlichkeit in Besorgnis, die katholische Kirche möchte dadurch geschädigt werden. Die rheinischen Bischöfe holten 25. März 1830 in Rom Verhaltungsbefehle ein, und ein Breve des Papstes erklärte gemischte Ehen für unerlaubt, doch für gesetzlich gültig, gestattete aber die kirchliche Einsegnung nur unter der Bedingung, daß das Brautpaar die katholische Erziehung sämtlicher Kinder vorher gelobe; sei dies nicht der Fall, so könne die Trauung zwar in Gegenwart des Geistlichen stattfinden, aber ohne alle kirchliche Feier. Durch Verhandlungen mit den rheinischen Bischöfen, besonders dem milden Erzbischof von Köln, Friedrich August von Spiegel, erlangte jedoch die preußische Regierung, daß dieser das Breve in dem Sinne auslegte, daß die Mischehen eingesegnet würden, wenn die Frau nicht wisse, daß die Kinder protestantisch erzogen werden sollten.

1836 Nach Spiegels Tode erhob trotz aller Warnungen die preußische Regierung den bisherigen Weihbischof von Münster, Freiherrn Klemens Droste zu Vischering, zum Erzbischof von Köln.

Verfolgung der Hermesianer

Was man von ihm zu erwarten hatte, bewies er sofort durch sein Vorgehen gegen die Hermesianer. Ihre Gegner hatten in Rom ein Breve

1835 erwirkt, das die Schriften des verstorbenen Hermes verdammte. Vergebens suchten seine Schüler den Papst von der Rechtgläubigkeit ihres Meisters zu überzeugen und nachzuweisen, daß die Prüfung seiner Schriften ungenau und ohne Kenntnis deutscher Sprache und Wissenschaft geschehen sei, — das Verdammungsurteil blieb in Kraft, und der Erzbischof ließ im Beichtstuhl verbieten, bei Hermesianern Vorlesungen zu hören. Einige Jahre später wurden die beiden

1844 tätigsten Hermesianer, die Professoren Braun und Achterfeld, ihrer Ämter in Bonn enthoben.

Opposition der Bischöfe

Hatte der Kölner Erzbischof in der hermesianischen Frage schon seinen starren Standpunkt bewiesen, so sollte nun die Regierung in der Frage der gemischten Ehen gewahr werden, wie sehr sie sich in der Wahl dieses Mannes, welche selbst nicht einmal die Kurie erwartete, getäuscht hatte. Klemens August hatte zwar vor seiner Erhebung zum Erzbischof versprochen, das ihm bekannte Übereinkommen des Erzbischofs Spiegel mit der preußischen Regierung im Geiste der Liebe und Friedfertigkeit anzuwenden; aber kaum war er im Besitz der Würde, als er seiner Geistlichkeit gebot, sich genau an das Breve zu halten und die Trauung nur nach voraus-

gegangener Zusage katholischer Kindererziehung zu verrichten. Umsonst erinnerte die preußische Regierung an das Versprechen und drohte mit Amtsentsetzung; der Erzbischof beharrte auf seinem Sinne. Da wurde er verhaftet und nach der Festung Minden abgeführt, „weil er sein Wort gebrochen, die Gesetze untergraben und unter dem Einflusse revolutionärer Parteien die Gemüter aufgeregt habe". Dies gab das Zeichen zu einem heftigen Streite sowohl zwischen der preußischen Regierung und dem römischen Stuhle, der vor jeder Unterhandlung die Wiedereinsetzung des gefangenen „Märtyrers" verlangte, als zwischen den streitlustigen Gelehrten beider Konfessionen. Die öffentliche Meinung war geteilt. Die Katholiken sahen in dem Verfahren eine Unterdrückung der Kirche durch den Staat und erhoben den Ruf nach Unabhängigkeit der Kirche vom Staat, die Protestanten faßten den Streit auf als „Kampf deutscher Freiheit und römischer Herrschaft". Die „kirchlichen Wirren" nahmen noch zu, als der Erzbischof Dunin von Gnesen und Posen ein ähnliches Verbot der kirchlichen Trauung von Mischehen ergehen ließ und, nach Berlin geladen, sich der ihm auferlegten Haft durch die Flucht entzog, dann aber nach der Festung Kolberg abgeführt wurde. 20. Nov. 1837 — Okt. 1839

Als die Erregung noch sehr groß war, geschah etwas ganz Unerwartetes: Friedrich Wilhelm IV. setzte den Erzbischof Dunin auf eine sehr zweideutige Zusage hin in Freiheit, gestattete den unmittelbaren Verkehr der Bischöfe mit Rom, entließ den Erzbischof Droste seiner Haft und sprach ihn in einem ehrenvollen Briefe von aller Schuld an revolutionären Umtrieben frei, nachdem er mit dem Prälaten und dem römischen Stuhl übereingekommen war, daß er selbst wegen Kränklichkeit von einer Rückkehr nach Köln abstand und den Bischof von Speyer, Johannes Geißel, zum Koadjutor mit dem Rechte der Nachfolge annahm. Der preußische Staat hatte eine schwere Niederlage erlitten. Der Ultramontanismus triumphierte und schöpfte aus diesem Vorgang seine Siegeszuversicht für alle Zukunft. Aug. 1840 — Mai 1841 — 4. Mai 1841

§ 132. Der Deutschkatholizismus. Lichtfreunde. Gustav-Adolf-Verein. Inmitten dieser Gärung veranstaltete der Bischof Arnoldi von Trier als Gegengewicht gegen die dreihundertjährige Jubelfeier der Königsberger Universität (Fest der „reinen Vernunft" [Kant]) die Ausstellung des „ungenähten heiligen Rockes Christi" in Trier. Der Jubel über diese Gottesfahrt, an der sich über eine Million Pilger beteiligt hatten, wurde gestört durch ein Schreiben aus Laurahütte „gegen das Götzenfest zu Trier an den dasigen Bischof als den Tetzel des neunzehnten Jahrhunderts". Das offene Schreiben kam von Johannes Ronge, einem jungen, wegen Ungehorsams von der kirchlichen Behörde suspendierten Priester aus Schlesien. Dem Briefe folgten Flugschriften, die zur Gründung einer katholischen Nationalkirche aufforderten und bei der Aufregung der Gemüter ihres Eindrucks nicht verfehlten. Bald sammelte sich um Ronge in Breslau eine Anzahl freidenkender Katholiken, die eine von Rom und der bischöflichen Gerichtsbarkeit unabhängige Kirchengemeinde bildeten. Etwas Ähnliches geschah in dem preußisch-polnischen Städtchen Schneidemühl, wo der junge Vikar Joh. Czerski, weil er ein polnisches Mädchen heiraten wollte, sich von der römischen Kirche und mehreren ihrer Lehrsatzungen lossagte und, ohne sein Priesteramt aufzugeben, mit einigen gleichgesinnten Gemeindegliedern eine christlich-apostolisch-katholische Gemeinde gründete. Nach dem Vorbilde von Breslau bildeten sich in kurzer Zeit in vielen Städten des nördlichen, später auch des südlichen Deutschlands deutsch-katholische Gemeinden, Ausstellung des h. Rockes 18. Aug. bis 16. Okt. 1844 — Deutsch-Katholizismus

die in der Aufstellung eines nüchternen Glaubensbekenntnisses und in der Forderung des freien Schriftgebrauchs und der Kirchengewalt für die Gemeinde einig waren. Die von Breslau ausgehende rationalistische Richtung entsprach dem demokratischen Zeitgeiste und fand unter den mit ihrer Kirche zerfallenen Katholiken mehr Anklang, als das Glaubensbekenntnis der von Czerski ausgegangenen christ-katholischen Gemeinde, die an den Grundzügen altkirchlicher Orthodoxie festhielt. So trat mit dem Entstehen auch die Spaltung ein, die durch das um Ostern 1845 in Leipzig veranstaltete, von fünfzehn Gemeinden beschickte Konzil nicht gehoben wurde. — Die Regierungen zeigten sich den Deutschkatholiken abhold. In Bayern und Österreich wurden die katholischen „Dissidenten" durch Ausweisungen von den Grenzen ausgeschlossen, in andern Staaten untersagte man ihnen den Gebrauch der Kirchen und entzog ihnen die staatsbürgerliche Rechtsgleichheit, in Kurhessen verweigerte man ihnen ein ehrliches Begräbnis. Überall erhoben sich die zweiten Ständekammern für ihr Recht, aber in Baden führte der Antrag auf Religionsfreiheit die Auflösung
15. Dez. 1845 des Landtags herbei. Nach einer vorübergehenden Anerkennung oder Duldung durch die bedrängten Regierungen in den Jahren 1848 und 1849 wurden später die mittlerweile zusammengeschwundenen deutsch-katholischen und lichtfreundlichen (siehe unten) Gemeinden in einigen Ländern ihres religiösen und kirchlichen Charakters verlustig erklärt und den Gesetzen über politische und gesellschaftliche Vereine unterworfen. Erst die kirchlich bewegtere Zeit der sechziger Jahre brachte auch hie und da in diese Bestrebungen wieder neues Leben.

Diese Bewegungen blieben nicht ohne Einfluß auf die protestantischen Kreise. Von Friedrich Wilhelm IV. erwarteten die Orthodoxen und Pietisten ein neues goldenes Zeitalter, und in der Tat begünstigte er die strengkirchliche Richtung, aber er beteiligte sich auch an der Stiftung des Bistums Jerusalem nach anglikanischer Kirchenlehre, erbaute sich bei der
4. Sept. 1842 Feier zum Wiederbeginn des Dombaus in Köln am katholischen Prachtkultus und erneuerte den von Kurfürst
1843 Friedrich II. gestifteten Schwanenorden als eine freie Vereinigung von Männern und Frauen jeden Standes und Bekenntnisses zum Behuf der Linderung physischen und moralischen Elends. Bei Besetzung von Kirchen-, Schul- und Lehrämtern, vor allem von theologischen Professuren, ja selbst bei Verwaltungs- und Richterstellen wurde freilich immer ausschließlicher die kirchliche „Gesinnungstüchtigkeit" der Bewerber berücksichtigt. — Im Gegensatz zu dieser
Lichtfreunde sogenannten Hof- und Konsistorialkirche bildete sich ein Verein protestantischer
1841 Lichtfreunde zur Beförderung eines vernunftgemäßen praktischen Christentums. Die Seele dieses Vereins war der Prediger Uhlich in Magdeburg, sein Panier „der Rationalismus des gesunden Menschenverstands", seine Stütze der Mittelstand und die mächtige „Partei des Fortschritts". Beunruhigt durch den Anklang, den diese Richtung im Bürgerstande fand, schritt das Kirchenregiment mit Verboten ein, machte allen Geistlichen das unbedingte Festhalten an dem Buchstaben der symbolischen Bücher und Konfessionsschriften zur heiligen Pflicht und verfuhr mit Zensuren, Suspensionen und Amtsentsetzungen gegen die Widerstrebenden. Dies Los traf Wislicenus in Halle und Rupp in Königsberg, die sich beide
Freie Gemeinden sofort von der Staatskirche lossagten und „freie Gemeinden" um sich
1846 sammelten. Uhlich wurde, weil er sich Abweichungen von der Agende erlaubte, von der Kirchenbehörde verwarnt, suspendiert und, als er trotz eines am Vorabend der Einberufung des Vereinigten Landtags (§ 133) erlassenen Toleranzedikts, das den vom Staate anerkannten Sekten bürgerliche Rechte zuerkannte, nicht aus
Sept. 1847 der Landeskirche ausscheiden wollte, seines Amtes entsetzt, was auch in Magdeburg die Gründung einer freien Gemeinde zur Folge hatte. — Eine nach Berlin
1846 entbotene Generalsynode, die zwischen Lehrfreiheit und Symbolzwang einen Mittelweg einschlug, wurde eben deshalb von der Regierung vertagt und war nicht imstande, durch eine Synodal- und Presbyterialverfassung die Gemeinden an dem kirchlichen Leben stärker zu beteiligen.

Dagegen fand der in Sachsen bei der zweihundertjährigen Feier des Todes Gustav Adolfs entstandene Gedanke der Gründung des Gustav-Adolf-Vereins „zur Aufrechterhaltung evangelischer Gemeinden, welche in katholischer Umgebung der Mittel zum kirchlichen Leben entbehren", großen Anklang. Seit der Versammlung zu Frankfurt, wo die Satzungen entworfen, ein Zentralvorstand (in Leipzig) angeordnet und periodisch wiederkehrende Hauptversammlungen von Abgeordneten des in viele Zweigvereine gegliederten Bundes festgesetzt wurden, wuchs der Verein zu einer volkstümlichen Macht empor, als bedeutungsvoller Gegensatz zu dem zum Aufbau der Domtürme gegründeten Dombauverein in Köln. Von der bayerischen Regierung geächtet, von Preußen nur nach einigem Bedenken unterstützt, gewann der Gustav-Adolf-Verein desto größere Bedeutung durch die massenhafte Beteiligung des Volks, das darin „ein heiliges neutrales Gebiet für alle Parteien in der evangelischen Kirche" erkannte, „die sich hier wieder zum erstenmal als eine einzige Macht darstelle".

Gustav Adolf-Vereine 6. Nov. 1832 — 1834 — 1840

§ 133. Versuch des Abschlusses der Verfassungsfrage in Preußen. Friedrich Wilhelm IV., den alle diese Vorgänge aufs tiefste berührten, entschloß sich nun auch die Verfassungsfrage zu dem ihm genehmen Abschluß zu bringen. Er wollte das von seinem Vater gegebene Versprechen (§ 105) wahr machen; vor allem aber zwang die für den Bau der Ostbahn von Berlin nach Königsberg nötige Anleihe zur Berufung der Reichsstände. Denn nach der Verordnung vom 17. Januar 1820 über die Behandlung des Staatsschuldenwesens durfte der König nur unter Mitgarantie der Reichsstände neue Anleihen aufnehmen. An den Kommissionsberatungen, die über diese Angelegenheit gehalten wurden, nahm auch des Königs Bruder, Prinz Wilhelm, als Vorsitzender des Staatsministeriums teil. Er hat damals, als die Mehrheit die Frage bejahte, ob eine zentralständische Versammlung ein Bedürfnis sei oder nicht, die sachlich in seinem Sinne zwar nicht zutreffenden, aber doch in einem anderen Sinne prophetischen Worte gesprochen: „Ein neues Preußen wird sich bilden. Das alte geht mit Publizierung dieses Gesetzes zu Grabe. Möge das neue so erhaben und groß werden, wie das alte mit Ehre und Ruhm geworden ist." Durch das Patent vom 3. Februar 1847, welches, von keinem Minister gegengezeichnet, „als Ausfluß der persönlichen Entschließung des Königs" angesehen werden sollte, wurden alle acht Provinziallandtage (§ 165) als Vereinigter Landtag der Monarchie auf den 11. April 1847 nach Berlin berufen.

Patent vom 3. Febr. 1847

Die allgemeine Stimme bezeichnete diesen Vereinigten Landtag mit einer beziehungsvollen (§ 4) Anspielung als „Notabelnversammlung", viele Stimmen sprachen von „Ablehnen" einer Verfassung, die so weit hinter den früheren Verheißungen zurückblieb, die nicht einen durch freie Volkswahl gebildeten Reichstag gewährte, sondern nur eine Vereinigung der mit engherziger Festhaltung der Standesunterschiede und nach sehr beschränktem Wahlrecht zusammengesetzten Provinzialstände; die ohne festgesetzte Periodizität, Zeit und Ort des Zusammentritts der jedesmaligen Bestimmung der Regierung anheimgab; die das Recht der Gesetzgebung und Steuerbewilligung durch eine Menge von Ausnahmen zu einem leeren Schein machte; die das Petitionsrecht beschränkte und durch Aufstellung eines ständischen Ausschusses die künftige Einberufung des vereinigten Reichstages in Frage stellte. Trotz aller beengenden Formen gab sich auf der in eine Herrenkurie und eine Ständekurie geschiedenen Versammlung eine so mächtige, von den bedeutendsten Männern aller Stände gebildete Opposition kund, wurden so nachdrücklich die Ansprüche auf Preßfreiheit und die andern Güter eines freien Staatswesens dargetan, daß

Vereinigter Landtag 11. April—26. Juni 1847

die Vertreter der Regierung, den Minister von Bodelschwingh allein ausgenommen, nur einen schwachen Widerstand zu leisten vermochten und die Unhaltbarkeit des alten Systems, zu dessen Erhaltung dieser Landtag der letzte Versuch war, jedem unbefangenen Beobachter einleuchtend war.

Wie wenig der Vereinigte Landtag der Anfang eines neuen Preußens war, zeigte schon die Thronrede, in welcher der König feierlich erklärt hatte: „Keiner Macht der Erde soll es je gelingen, das natürliche Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu verwandeln; ich werde es nun und nimmermehr zugeben, daß sich zwischen unsern Herr Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt, gleichsam eine zweite Vorsehung eindränge." Zwar siegte dann auch des Königs Wille mit Einsetzung der Ausschüsse über die Opposition, welche die periodische Einberufung des Landtags verlangte; desto größer war aber die moralische Wirkung der Reden und Verhandlungen auf die Nation.

§ 134. Unruhen in den übrigen deutschen Staaten. Auch in den übrigen deutschen Staaten, besonders den süddeutschen, zeigten sich die
Sachsen Vorboten des politischen Sturmes. In Sachsen rief das scharfe Vorgehen der Regierung gegen die Lichtfreunde eine solche Erbitterung hervor, daß in Leipzig 1845 das Militär mit scharfer Waffe einschreiten mußte. —
Bayern In Bayern regierte seit 1837 das absolutistisch-ultramontane Ministerium Abel, das alle freiheitlichen Regungen niederhielt und die Protestanten in
16. Febr. 1847 der mannigfachsten Weise beunruhigte. Es wurde entlassen, als der bejahrte
Lola Montez König Ludwig I., von den Reizen einer spanischen Tänzerin, Lola Montez, umstrickt, deren Erhebung zu einer Gräfin von Landsfeld verlangte und das Ministerium das entschieden verweigerte. Mit dem neuen liberalen Ministerium Wallerstein eröffnete sich die Aussicht auf längst gewünschte Reformen. Aber eine Nachgiebigkeit gegenüber der Tänzerin, deren Standeserhöhung vollzogen wurde, sowie die rastlosen Angriffe der ultra-
Febr. 1848 montanen Partei führten einen Aufstand in München herbei. Der König hatte, erzürnt darüber, daß die Studenten eine von der Mätresse begünstigte Studentenverbindung in Verruf taten, die Universität schließen lassen. Nach einem kurzen Straßenkampfe, den die Bürgerschaft, die Studenten und der Pöbel vereint gegen die Polizeimannschaft und das mild verfahrende Militär bestanden, sah sich der König zur Zurücknahme der
11. Febr. Suspension der akademischen Vorlesungen und zur Entfernung der Lola Montez gezwungen. Das monarchische Ansehen hatte damit in Bayern einen schweren Schlag erhalten, zugleich aber war eine liberale Regierung
Baden unmöglich geworden. — In Baden hatte der reaktionäre Minister v. Blittersdorf eine scharfe Opposition, vertreten besonders durch Itzstein, Welcker, Mathy, Hecker, Bassermann, Soiron hervorgerufen, die 1843 zur Entlassung des Ministers führte.

Presse und Volksversammlungen Die nationale Bewegung erhielt dann neue Nahrung durch die seit 1847 in Heidelberg erscheinende „Deutsche Zeitung" unter der Redaktion der Historiker Gervinus und Häusser; durch sie sollte das Gefühl der Einheit in der Nation gestärkt werden. In einer Volksversammlung in
12. Sept. 1847 Offenburg wurden sehr weitgehende Forderungen erhoben, wie Abschaffung aller Vorrechte, progressive Einkommensteuer, Selbstregierung des Volkes, Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, volkstümliche Miliz statt des stehenden Heeres, Vertretung des

deutschen Volkes beim Bundestag, Beeidigung des Militärs auf die Verfassung. Einige Wochen später tagten die badischen Liberalen mit Abgeordneten anderer deutschen Staaten in Heppenheim; hier wurde eine gesamt-deutsche Volksvertretung gefordert. Nicht wenig trugen auch zu der allgemeinen politischen Bewegung die großen Wanderversammlungen der Gelehrten (§ 299) bei, in denen neben allen fachmännischen Erörterungen der nationale und politische Ideenaustausch eine bedeutsame Rolle spielte, wie z. B. im Herbst 1846 unter den Augen des Bundestages auf der Versammlung der Germanisten im „Römer" zu Frankfurt die Gebrüder Grimm, Arndt, Uhland, Gervinus dem nationalen Gedanken einen begeisterten Ausdruck gaben.

10. Okt. 1847

Wanderversammlungen

§ 135. Die schleswig-holsteinische Frage. Dieser nationale Gedanke wurde nun in ganz Deutschland mächtig angeregt durch die schleswig-holsteinische Frage. Schon unmittelbar nach der Julirevolution war der Landvogt Lornsen auf der Insel Sylt in einer Schrift für eine die beiden Herzogtümer umschlingende Repräsentativverfassung und eine bloße Personalunion mit Dänemark eingetreten, wofür er mit Amtsentsetzung und Festungshaft büßen mußte. Die dänische Regierung suchte dann die immer stärker werdende Bewegung durch Einführung provinzialständischer Verfassungen zu beschwichtigen. Aber die Versuche, die dänische Sprache als Amtssprache einzuführen, die Bestrebungen der Partei der „Eiderdänen", die allenfalls Holstein eine selbständigere Stellung einräumen, Schleswig aber mit dem Königreiche in einer Gesamtverfassung vereinigen, also die Eider zur Grenze Dänemarks machen wollten, vor allem aber die Unsicherheit der Erbfolge steigerten nicht nur hier die Aufregung, sondern weckten auch in Deutschland die öffentliche Meinung. In Dänemark galt die weibliche Thronfolge, in Holstein, mit dem Schleswig „up ewich ungedelt" verbunden war (II, § 320) nur männliche: danach mußte voraussichtlich (Stammbaum Bd. III) eine Trennung der Herzogtümer von Dänemark eintreten. Als nun König Christian VIII. in dem „Offenen Briefe" die Erbfolgefrage in der Weise löste, daß er die Einverleibung Schleswigs in Dänemark aussprach, für Holstein zwar die Erbfolgefrage etwas zweifelhafter ließ, aber auch hier die Unverletzlichkeit des dänischen Gesamtstaates und die Untrennbarkeit der unter dem dänischen Zepter vereinigten Landesteile betonte, da durchbrauste ein Sturm der Entrüstung die Herzogtümer und ganz Deutschland; allenthalben ertönte das Lied: „Schleswig-Holstein, meerumschlungen", in Adressen, Petitionen, Protesten wurde das gute Recht der Schleswig-Holsteiner verfochten. Selbst der Bundestag vermochte sich der Macht der nationalen Stimmung nicht ganz zu entziehen, wenn er auch nur die „vertrauensvolle Erwartung" aussprach, daß der König alle Rechte, besonders die des deutschen Bundes, beachten werde. In den Herzogtümern selbst wurden durch das gehässige Verfolgungssystem der Regierung wie durch den von Beseler, Olshausen und anderen patriotischen Männern geleiteten tatsächlichen Widerstand der deutschen Partei die Gegensätze so auf die Spitze getrieben, daß ein gewaltsamer Zusammenstoß unvermeidlich war.

Bewegung in Holstein

1830

1834

8. Juli 1846

17. Sept. 1846

So lag überall über dem deutschen Lande eine gewitterschwüle Stimmung, aus der schon hier und da die Blitze hervorzuckten; der Sturm selbst aber sollte wieder von Westen her hereinbrechen, diesmal mit gewaltigerer Kraft, als es 1830 geschehen war.

Viertes Kapitel.

Frankreich.

§ 136. Das Julikönigtum und die Parteien. Die rasche Gestaltung der neuen Ordnung (§ 119. 120) war das Werk des Bürgerstandes, der, auf Erwerb und Genuß des Erworbenen bedacht, nur in einer von freien Institutionen getragenen konstitutionellen Monarchie sein Heil und Ziel finden konnte. Verstimmt über diesen Ausgang, traten sowohl die Anhänger der Bourbons (Legitimisten) als die eifrigen Republikaner und Sozialisten (§ 139) der neuen Ordnung feindlich entgegen, jene, indem sie sich vom Hof und von den Staatsämtern fernhielten und in legitimistischen Journalen alle Handlungen und Pläne der Regierung verdächtigten, diese, indem sie durch geheime Verbindungen und Aufstandsversuche in Paris, Lyon u. a. O., später auch durch Mordanfälle auf Louis Philipp die Herrschaft der „Bourgeoisie" zu stürzen suchten. Dazu kamen als dritte Gruppe die Bonapartisten. Solange der König den Grundsätzen der Julirevolution treu blieb und sich auf den Mittelstand stützte, war seine Regierung ziemlich sicher. Selbst daß er nicht durch bewaffnete Intervention in Polen und Italien (§ 123. 124) die Losung zu einem europäischen Kriege gab, sah ihm der Bürgerstand mit Freuden nach, da er das Ziel seiner Lebenstätigkeit mehr bei friedlicher Entwicklung als in stürmischen Kriegszeiten erreichen konnte. Dagegen entfremdete sich Louis Philipp das Herz des Volkes, als er sich in Nachwirkung der orientalischen Vorgänge (§ 147) immer mehr den Grundsätzen der Bourbons und der alten Höfe näherte.

Bildung der Opposition

Nachdem die Legitimisten vergeblich die Uneinigkeit der herrschenden Parteien zu einer Demonstration zu benutzen versucht hatten, indem sie einen Trauergottesdienst für den ermordeten Herzog von Berry (§ 117) abhielten, wurde ein royalistischer Aufstand durch die Herzogin von Berry veranlaßt. Um ihrem Sohn, dem Herzog von Bordeaux, als Heinrich V. (§ 119) die Herrschaft wieder zu verschaffen, erschien sie im Mai 1832 in der Vendée und erhob von hier aus den Aufstand. Aber die Regierung unterdrückte denselben und hielt die Herzogin, die durch Verrat verhaftet worden war, so lange gefangen, bis sie eine Tochter geboren hatte, die aus einer heimlichen Ehe mit einem sizilischen Grafen Lucheſi-Palli stammte. Dadurch wurde sie bei den französischen Legitimisten unmöglich und erhielt ihre Freiheit wieder. Die Legitimisten zogen sich nun schmollend in die Vorstadt St. Germain zurück und warteten der Zukunft.

13. Febr. 1831 Royalistischer Aufstand in der Vendée

10. Mai 1833

Auch die Erhebung der Bonapartisten hatte keinen Erfolg. Am 31. Oktober 1836 machte der Prinz Louis Napoleon Bonaparte (§ 39), der mit seiner Mutter Hortense auf dem Schloß Arenenberg am Zeller See bei Konstanz lebte, unterstützt von einigen Anhängern seines Oheims, in Straßburg den Versuch, durch einen Militäraufstand den Julithron zu stürzen. Mit leichter Mühe überwältigt, wurde er, ohne vor Gericht gestellt zu werden, nach Amerika gebracht. Am 6. August 1840 wiederholte Louis Napoleon den törichten Versuch, den bonapartistischen Adler wieder aufzupflanzen, indem er von England aus eine Landung in Boulogne machte. Diesmal büßte er sein abenteuerliches Unternehmen mit mehrjähriger Festungshaft im Schloß Ham, aus der er sich am 25. Mai 1846 in den Kleidern des Maurers Badinguet (daher kam sein späterer Spottname) durch glückliche Flucht befreite. So sicher fühlte sich aber die Regierung vor dem Gelingen bonapartistischer Umtriebe, daß sie es gleichzeitig wagte, die Asche Napoleons von St. Helena abholen und im Invalidendome beisetzen zu lassen.

Louis Napoleon

15. Dez. 1840

§ 137. Innere Geschichte bis 1840. Dem ersten Ministerium der Julimonarchie fehlte die Einheit, weil alle, die zur Erhebung Louis Philipps beigetragen hatten, berücksichtigt werden sollten. Neben dem Grafen Molé und dem Herzog von Broglie, Männern von gemäßigt konservativen Grundsätzen,

Ministerium Broglie

saßen Gérard, Sebastiani, Louis, die in der Kaiserzeit tätig gewesen waren; Dupont war überzeugter Republikaner, Casimir Périer und Lafitte gehörten der hohen Finanz an, Lignon und Dupin der Gelehrtenwelt. Talleyrand wurde Gesandter in London, und Lafayette erhielt den Befehl über die Nationalgarden. Die Hauptschwierigkeit fand dies so bunt zusammengesetzte Ministerium in der wirtschaftlichen Not, in dem Prozeß gegen die vier bei der Revolution gefangenen Minister Karls X., in der Wahlrechtsfrage und der Organisation der Nationalgarde. Der Not suchte man durch Beschäftigung der brotlosen Arbeiter zu steuern, wobei die Finanzen völlig herunterkamen; für die auf Hochverrat angeklagten Minister forderte die Menge das Todesurteil, und als die Kammer in Übereinstimmung mit der Regierung die Abschaffung der Todesstrafe beschloß, kam es zu sehr ernsten Ausschreitungen der Massen, die die in Vincennes gefangengehaltenen Männer zu töten versuchten. Da die Minister konservativer Richtung aus ihrem Amt ausschieden und andere ihnen folgten, so bildete Lafitte ein neues Ministerium, in dem die Einheitlichkeit nicht größer war, als in dem ersten. Nun wurde der Prozeß gegen die Minister Karls X. vor der Pairskammer beendigt, Polignac zu lebenslänglichem Gefängnis und bürgerlichem Tod, die übrigen zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Dann wurde die Aufhebung des Generalkommandos der Nationalgarde beschlossen und hierdurch der dem König unbequeme Lafayette veranlaßt, seine Entlassung zu nehmen. Als dann der König den Ratschlägen Lafittes zum Eintreten für Polen (§ 123) nicht beistimmen konnte, während er, ohne Lafitte Mitteilung zu machen, die Intervention der Österreicher in Italien (§ 124) guthieß, nahm Lafitte seine Entlassung; an seine Stelle kam Casimir Périer. Doch hatte Lafitte noch ein Gemeindegesetz, ein Wahlgesetz durchgebracht und die Nationalgarde neu organisiert. Die Gemeinderäte wurden auf sechs Jahre von den Höchstbesteuerten und den sogenannten Kapazitäten (Ärzten, Rechtsanwälten, Notaren usw.) gewählt; aus ihnen ernannte die Regierung den Maire. Das Wahlgesetz ermäßigte den Steuerzensus von 300 nur auf 200 Franken und ließ die politische Macht den Reichen; auch in der Nationalgarde herrschte der besitzende Bürgerstand, da zu ihr nur Franzosen Zutritt hatten, die direkte Steuern bezahlten und sich selbst ausrüsten konnten. Diesem besitzenden Bürgertum nun wollte Casimir Périer vor allem Ruhe und Ordnung schaffen, um endlich die schlimme finanzielle Lage zu heben. Er suchte durch eine Politik „der rechten Mitte" (juste milieu) das Staatsschiff zwischen den Rückschrittsneigungen des Königs und den revolutionären Bestrebungen der Fortschrittspartei mit fester Hand hindurchzusteuern. In der auswärtigen Politik wußte er das Ansehen Frankreichs zu wahren, wenn auch der von Frankreich nicht verhinderte Fall Warschaus (§ 123) große Aufregung im Lande hervorrief. Bedenklich jedoch war es, daß der König durch die Forderung, seine Zivilliste zu erhöhen, und durch seine gewinnsüchtigen Geldspekulationen im In- und Auslande die heftigste Opposition in der Kammer erregte. Vor allem aber vermochte Casimir Périer die wirtschaftliche Not nicht zu überwinden. In Lyon brach infolge der völligen Stockung der Seidenindustrie und der dadurch verursachten Arbeitseinstellungen ein Aufstand aus, der sich auch in andere Städte fortpflanzte und nur durch ansehnliche Truppenmacht niedergeworfen werden konnte.

Ministerium Lafitte 2. Nov. 1830

Lafayette † 20. Mai 1834

12. März 1831

Ministerium Casimir Périer

Politik der rechten Mitte

Aufstand in Lyon Nov. 1831

Gefährlicher wurden für den Julithron die Unternehmungen der Republikaner, besonders als die auch nach Paris vordringende Cholera (§ 123) Casimir Périer dahinraffte. In Paris kam es bei dem Leichenbegängnis des liberalen Generals Lamarque, der mit Lafayette und Lafitte den Mittelpunkt der Opposition gebildet hatte, zu Ruhestörungen, die jedoch von den Truppen und der Nationalgarde unterdrückt wurden. Nach längerem Zögern berief der König ein neues Ministerium, in dem der Marschall Soult nominell den Vorsitz erhielt, die leitenden Männer indes Thiers, Guizot und de Broglie waren. Dieses Ministerium, das man spottend das „Ministerium aller Talente" nannte, hielt

Périer † 16. Mai 1832

Ministerium Soult 11. Okt. 1832

sich mit kleinen Änderungen bis zum 6. Februar 1836, obwohl es auch dem Könige nicht sehr genehm war, da besonders Thiers, der doktrinären Richtung des Parlamentarismus angehörend, sich ihm nicht unterordnen wollte. Man sprach ihm das bekannte Wort zu: „Le roi règne, mais il ne gouverne pas“ (der König dürfe nur König sein, nicht das Ruder des Staates lenken). Gleichzeitig mit dem neuen Ministerium ernannte Louis Philipp 62 neue Pairs aus den bedeutendsten und angesehensten Männern. Nun begannen sich wieder die Republikaner zu regen, die in dem „Verein der Menschenrechte“ sich durch ganz Frankreich verbreiteten. Da der Verein sich aus lauter kleinen Abteilungen zusammensetzte, konnte ihn die Regierung nach der bestehenden Vereinsgesetzgebung
25. März 1834 nicht treffen. Als nun ein neues Vereinsgesetz alle Vereine, auch die nichtpolitischen, unter die scharfe Kontrolle der Regierung stellte, kam es zu einem
Aufstand in Lyon viertägigen Aufstand in Lyon; auch in Paris wie in andern großen Städten
9. April 1834 brachen Unruhen aus, und Barrikaden wurden errichtet. Nur durch Aufwendung großer Truppenmassen konnte die Regierung dieser sozialen und politischen Bewegungen Herr werden; die Teilnehmer wurden hart bestraft. Von da wagten
Attentate auf Louis Philipp die Republikaner keine offenen Umsturzversuche mehr; sie glaubten durch gewaltsame Beseitigung des Königs ihr Ziel, die soziale Republik, am besten erreichen zu können. Acht Mordanschläge wurden gegen Louis Philipp unternommen; allen entging er mit wunderbarem Glück. Der schrecklichste war das bei der
Fieschi 28. Juli 1835 Feier der Julitage von dem Korsen Fieschi mittelst einer sogenannten „Höllenmaschine“ auf dem Boulevard ausgeführte Attentat, wodurch 21 Personen in der Nähe des Königs, unter ihnen der greise Marschall Mortier, umkamen. Fieschi und seine beiden Mitschuldigen starben unter der Guillotine. De Broglie
Septembergesetze 9. Sept. 1835 aber benutzte diese Gelegenheit, durch Erlaß der „Septembergesetze“ die durch die Charte gewährleisteten bürgerlichen Rechte so weit wie möglich zu beschränken. Diese Gesetze fesselten die periodische Presse durch hohe Kautionen, führten geheime Abstimmung bei den Schwurgerichten ein und dehnten die Befugnis der Strafe auch auf Abwesende (in contumaciam) aus. Vergebens widersetzte sich diesen reaktionären Maßregeln die von Odilon Barrot geleitete Linke, diesmal unterstützt durch den royalistischen Staatsmann und Philosophen Roger-Collard. Die Regierung schien Herr der Revolution geworden zu sein, und auch in der äußeren Politik, in der Bildung der Quadrupelallianz mit England, Spanien und Portugal (§ 144. 145) wie in den Kämpfen mit Algier (§ 138), errang sie Erfolge. Der Bestand der Dynastie schien sich, auch nachdem de Broglie wegen einer Finanzfrage 1836 gestürzt war und Thiers für kurze Zeit ein neues Ministerium gebildet hatte, noch mehr zu festigen durch das besser gewordene
6. Nov. 1836 Verhältnis zu den Ostmächten und den Tod Karls X (§ 119). Dazu entsproß dem König am 24. April 1838 aus der Ehe seines ältesten Sohnes, des Herzogs von Orleans, mit der Prinzessin Helene von Mecklenburg-Schwerin der erste Enkel, und auch die Erhebungen Louis Napoleons schlugen fehl (§ 136).

§ 138. Auswärtige Politik und Ministerium Guizot. Algier.

Die Lage des Julikönigtums wurde erst ernster, als im Jahre 1840 Frankreich in der orientalischen Frage eine diplomatische Niederlage erlitt (§ 147) und die Gefahr eines Krieges mit Deutschland drohte (§ 130). Da Louis Philipp sich entschieden gegen einen Krieg aussprach, mußte Thiers abdanken, und ein „Ministerium des Friedens“ unter dem greisen
Ministerium des Friedens Marschall Soult, dessen Seele aber Guizot oder vielmehr der König selbst war, übernahm die Leitung der Geschäfte. Das Ministerium Guizot hielt sich, nachdem Soult 1847 zurückgetreten war, bis zum Sturz des Julikönigtums. Guizot brachte in der orientalischen Frage den Frieden zustande und näherte sich den europäischen Großmächten (§ 147).

Befestigung von Paris 1840 Der König setzte nun seinen Lieblingsplan, den namentlich Thiers unterstützt hatte, durch, ganz Paris mit Festungswerken einzuschließen, angeblich zum

Schutz gegen den äußeren Feind, in Wahrheit aber zur Unterdrückung revolutionärer Bewegungen. Mit unermeßlichen, die Finanzen des Reichs schwer belastenden Kosten wurde das Werk ausgeführt, doch wenige Tage im Februar 1848 zeigten, wie wenig dem Julikönigtum auch die stärksten Festungswerke helfen konnten.

Ein schwerer Schlag traf damals die Dynastie Louis Philipps, als sein ältester Sohn Ferdinand Philipp, der beliebte Herzog von Orleans, durch einen Sturz aus dem Wagen starb. Da sein Enkel Ludwig Philipp, der Graf von Paris, 13. Juli 1841
der nunmehrige Thronfolger, noch ein Kind war, so wurde für den Fall, daß der König vor dessen Volljährigkeit sterben sollte, durch ein Gesetz die Regentschaft nicht der Mutter des Prinzen, Helene von Mecklenburg, sondern seinem Oheim, dem wenig beliebten Herzog Louis von Nemours, übertragen.

Hatte das Julikönigtum sonst auch in den internationalen Fragen keine bedeutenden Erfolge zu verzeichnen: durch die Eroberung Algiers wurde ihm ein solcher doch zuteil. Algier

Nach der Besiegung des Deys (§ 119) hatten die Franzosen die Eroberung Algiers unter steten Kämpfen fortgesetzt, schon war Oran durch einen Vertrag gewonnen und Bone besetzt, als der Sturz Karls X. eine Stockung in den Operationen verursachte. Louis Philipp nahm dann den Kampf wieder auf, fand aber an dem Emir Abd-el-Kadér einen Abd-el-Kadér
Gegner wie einst die Römer an Jugurtha (I. § 208). Schlau und unternehmend, reich an Plänen und Hilfsmitteln, als Priester (Marabut) und Heerführer mächtig durch sein unbegrenztes Ansehen bei den Eingebornen und den Fremdlingen, überlegen durch Kenntnis der Gegend und der Natur der Bewohner, widerstand Abd-el-Kadér lange Jahre den französischen Heeren. Nach vielen wechselvollen Kämpfen in den Jahren 1834 bis 1837 unter Clauzels Statthalterschaft, wobei die Franzosen zwei Niederlagen (an der Makta und Tafna) erlitten, dagegen aber Maskara, des Emirs Hauptstadt, niederbrannten, gelang es endlich dem General Bugeaud, durch den Frieden an der Tafna den Häuptling zur An- 30. Mai 1837
erkennung der Oberherrlichkeit Frankreichs über die Regentschaft Algerien zu bringen. Aber während die Franzosen nunmehr ihre Streitkräfte nach der östlich gelegenen Provinz Konstantine richteten und nach Erstürmung der Hauptstadt, wobei der tapfere General 13. Okt. 1837
Damrémont den Heldentod starb, das Land allmählich unter der Leitung des Marschalls Valée bewältigten, unterwarf sich Abd-el-Kadér alle arabischen Stämme südlich bis zur Wüste und steigerte seine Macht zu einer furchtbaren Höhe. Einen von Valée nach dem Engpaß des Eisernen Tores unternommenen Streifzug betrachtete der Emir als eine Verletzung seines Gebiets und begann von neuem den „heiligen Krieg". Die Niederlassungen der Europäer auf dem offenen Lande wurden überfallen und verwüstet, auf der Metidscha-Ebene lagerten sich 40000 Araber und streiften bis vor die Tore Algiers, die Frucht aller Kämpfe schien verloren: da erhielt Bugeaud das Oberkommando. Im Verein mit dem 1841
tapferen General Lamoricière gelang es ihm, die Macht Abd-el-Kadérs zu brechen, indem er durch unaufhörliche Streif- und Beutezüge und die bei den Arabern sehr wirksamen Künste der Bestechung die einzelnen Stämme zum Abfall zu bringen suchte und zugleich durch größere Unternehmungen die Streitkräfte des Emirs aufzureiben und durch Zerstörung seiner Festungen und Stützpunkte im Innern (Saida) sein Ansehen zu untergraben und seine Hilfsquellen zu vernichten trachtete. Nach der zweiten Einnahme Maskaras fielen die 16. Mai 1843
meisten Kabylenstämme von Abd-el-Kadér ab; der Emir selbst sah sich endlich zur Flucht auf das marokkanische Gebiet genötigt. Aber unerschöpflich an Hilfsmitteln baute er auf den Religionshaß der Mohammedaner und auf den Wankelmut der Kabylenstämme frische Kriegspläne. Er erschien von neuem am Saum der Wüste und brachte die Araber zur Erneuerung des Kampfes, und als er nach wiederholten Niederlagen abermals auf marokkanischem Boden Schutz suchen mußte, wandte er, wie einst Jugurtha bei Bocchus von Mauretanien, alle Künste an, um den Beherrscher von Marokko zu einem Krieg gegen Frankreich zu bewegen, und suchte alle Mohammedaner zu einem heiligen Krieg wider die Franzosen zu bewaffnen, die nunmehr den Krieg mit großer Grausamkeit führten. Gab doch z. B. der Oberst Pelissier (der spätere Herzog von Malakoff, § 202) einen Araberstamm, der mit Weib und Kind in einer weiten Höhle Schutz suchte, dem Erstickungstode preis. 20. Juni 1845
Das System des Schreckens hatte die Wirkung, daß zuletzt Abd-el-Kadér, von allen verlassen, den Franzosen sich unterwarf mit der Bedingung, in Ägypten seinen Aufenthalt nehmen 21. Dez. 1847
zu dürfen. Allein die Regierung der „zivilisierten Nation" bestätigte den von dem eigenen Sohn des Königs eingegangenen Vertrag nicht, sondern ließ Abd-el-Kadér mit seiner Familie

und seinem Gefolge nach Frankreich bringen, wo er mehrere Jahre zu Amboise in strenger
Okt. 1852 Aufsicht gehalten wurde, bis ihn Napoleon III. unter prunkenden Aufzügen nach Bursa im türkischen Kleinasien entließ und ihm ein Jahrgehalt anwies.

Otaheiti Eine kleinliche, von dem Neid gegen England eingegebene Politik befolgte Frankreich gegen Otaheiti (Tahiti), eine der Gesellschaftsinseln. Die harmlose Bevölkerung war durch englische Missionare allmählich dem Christentum gewonnen und in einen gewissen Kulturzustand gebracht worden. Da kamen 1835 unter dem Schutze eines französischen Konsuls katholische Missionare in das Land und streuten den Samen der religiösen Zwietracht aus.
1840 Umsonst vertrieb die Königin Pomare die Störenfriede; zwei Jahre später führten einige französische Schiffe die Missionare zurück, erzwangen die Erlaubnis zum Bau katholischer Kirchen und suchten die Insel unter Frankreichs Protektorat zu bringen. Trotz des Widerspruchs der Königin wurde die französische Flagge gehißt, sie selbst wurde dann der
1842 Regierung verlustig erklärt. Von da an herrschten Zwietracht und Aufruhr im Lande. Die Königin, die sich auf eine andere Insel begeben hatte, und die von den englischen Missionaren beeinflußten Einwohner beharrten im Widerstand gegen Frankreichs Schutzherrschaft.

§ 139. Die soziale Frage. Die blutigen Ereignisse in Lyon (§ 137) eröffneten in Frankreich die schwierigste Frage des 19. Jahrhunderts, die soziale. Die große französische Revolution hatte, nach Verwirklichung des Grundsatzes der Freiheit und Gleichheit strebend, die politischen Fesseln, welche die früheren Geschlechter dem Niedriggebornen angelegt hatten, zersprengt und die unteren, auf Erwerb durch Handarbeit angewiesenen Klassen als vollberechtigt den höheren Ständen zur Seite gestellt. Als die Stürme der Revolution vorübergegangen waren, als Ackerbau, Gewerbefleiß, Industrie wieder aufblühten, da zeigten sich bald auch die Schattenseiten der Auflösung der früheren gesellschaftlichen Bande. Die unbegrenzte Teilbarkeit der Güter und die gleiche Erbberechtigung aller Kinder vermehrte den Stand der Grundbesitzer ins unendliche
Bauernstand und schuf einen freien Bauernstand von kleinem Grundeigentum. Diese anfangs erfreuliche Erscheinung wurde die Quelle großen Elends. Durch die mit jeder Generation sich mehrenden Teilungen wurde der Grundbesitz dermaßen gespalten, daß nur wenige Familien von dem Ertrag leben konnten; aus freien Bauern wurden daher allmählich Taglöhner, die oft ungünstiger gestellt waren als früher die Leibeigenen, denen der durch Feudalgesetze und Pietätsverhältnisse gebundene Gutsherr in den Zeiten der Not Hilfe gewährte, während jetzt der selbständige Tagelöhner lediglich auf die eigenen Kräfte angewiesen war und für sein Gütchen und seine Lehmhütte noch Abgaben an den Staat zu leisten und zu Gemeindelasten beizutragen hatte. Die Not trieb zum Schuldenmachen; fiel der Bauer Wucherern in die Hände, so war er in wenigen Jahren um sein Eigentum gebracht. Noch schlimmer gestalteten sich die Zustände in
Handwerker und Arbeiter den Städten. Die Aufhebung aller beschränkenden Zunft- und Innungsverhältnisse vermehrte den freien Handwerker- und Gewerbstand dergestalt, daß eine übermäßige Konkurrenz eintrat, die, verbunden mit der größeren Wohlfeilheit der Fabrikerzeugnisse, den Absatz beeinträchtigte oder den Preis der Arbeit allzusehr herabdrückte und somit bewirkte, daß das Handwerk die Familie nicht mehr ernährte. Die geringen Handwerker und die große Menge selbständig frei-
Fabrikbetrieb gewordener Gesellen traten daher in die Dienste reicher Fabrikherren, deren Zahl mit jedem Tage sich mehrte, denn durch die Verwertung des Dampfes als Betriebskraft von Maschinen und zur Fortbewegung zu Wasser und zu Lande entwickelte sich Fabrikwesen und Großbetrieb gewaltig, und in Produktion, Gewerbe, Handel und Verkehr erfolgte bald ein ungeahnter Aufschwung (§ 366.) Der Fabrikarbeiter, der von seinem täglichen Lohn sich und eine Familie ernähren mußte, war nicht viel mehr als der Sklave des Fabrikherrn, dem er als Staatsbürger gleichstand; kein Gesetz schützte ihn vor der willkürlichen Entlassung; nahmen seine physischen Kräfte ab, so minderte sich
Kapital sein Lohn. Das Kapital erlangte eine Herrschaft und eine Macht, wie sie kaum ein bevorrechteter Stand früher besessen hatte. Dazu kam, daß durch das Kreditwesen der Wert des Geldes sich sehr verminderte, der Lohn des Tag-

löhners und Arbeiters mit dem Gewinn des Handels- und Fabrikherrn in keinem Verhältnis stand, daß der Preis der Lebensbedürfnisse und der gesteigerte Luxus die Kluft zwischen Reichen und Armen, zwischen den bevorzugten Ständen, die sich im Besitz von Kapital, Bildung und Talent befanden, und dem Arbeiterstande, der sich nur auf die physische Kraft stützte, immer auffallender zutage kehrte. Das Bürgertum regierte im Sinne der wohlhabenden Kreise, und die sozialen Mißstände nahmen während der langen Friedensjahre, die das Gebiet der Industrie, die Macht der Bildung und die Zahl der Bevölkerung unermeßlich steigerten, bedeutend zu und mehrten die Klagen über wachsende Verarmung (Pauperismus). Das kommunistische System des republikanischen Schwärmers Baboeuf (§ 26), das auf eine neue Ackerverteilung mit Gütergleichheit und auf eine materielle und geistige Gleichmachung aller Menschen hinausging, galt den Besitzenden für eine der vielen unreifen Ideen, welche die aufgeregte Revolutionszeit geboren hatte. Als aber die Schäden der bürgerlichen Gesellschaft mehr und mehr zutage traten, da wurden immer neue Stimmen laut, die eine Umgestaltung der sozialen Zustände als gerecht und notwendig darstellten. Sozialistische und kommunistische Ideen machten sich geltend, die die Menschheit anscheinend zum Zustande des allgemeinen Glückes führen sollten.

Saint-Simon 1760—1825

§ 140. Saint-Simonismus. Die erste Sozialreform wurde angebahnt durch den Grafen Saint-Simon, einen Mann, der als geborener Pair von Frankreich und Grande von Spanien den höchsten Kreisen der Gesellschaft angehörte, der, mit Gütern und Talenten in seltener Fülle ausgerüstet, als beneidetes Schoßkind des Glücks in die Welt trat, dann aber, in der Revolution seines Vermögens beraubt, in einem wechselvollen Leben alle Verhältnisse der menschlichen Gesellschaft aus eigener Erfahrung kennen lernte und infolge eines versuchten Selbstmords endete. Er war der erste, der den Gegensatz des arbeitenden, besitzlosen Standes, von ihm Volk (peuple, plebs) genannt, zu dem wohlhabenden, besitzenden Mittelstand (bourgeoisie) hervorhob und in der Versöhnung dieses Gegensatzes durch das christliche Gebot der Liebe und durch den Versuch, mittelst „Erhebung der Industrie zur höchsten gesellschaftlichen Berechtigung das Los des Handarbeiters zu bessern," die Aufgabe des „neuen Christentums" sah. Die in seinen anregenden Schriften zerstreut liegenden Ideen, während der Restauration von seinem Lieblingsjünger Olinde Rodrigues treu bewahrt, fanden in den Tagen der Aufregung nach der Julirevolution zahlreiche Anhänger. Bazard, ein beredter, für Freiheit und Volksbeglückung begeisterter Mann, trug vor einer empfänglichen Zuhörerschaft die neue politisch-soziale Lehre vor, daß „die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" aufhören müsse, daß durch eine gerechtere Ausgleichung des Eigentums dem Zufall, der jetzt das Los der Menschen lenke, abgeholfen werden solle, und daß zu dem Zweck das Erbrecht der Familie aufgehoben, das hinterlassene Vermögen in die Hand des Staates gelegt und vermittelst eines verzweigten Banksystems nach dem Grundsatze verteilt werde: „Jedem nach seiner Fähigkeit, jeder Fähigkeit nach ihrer Arbeit," so daß die Stellung des Individuums nicht von dem Zufalle seiner Geburt, sondern von seinem Verdienste abhänge. Zugleich verkündete Enfantin das neue Evangelium der Harmonie des Fleisches und Geistes und stellte der christlichen Lehre von der Unterwerfung des Fleisches unter den Geist die Berechtigung aller menschlichen Triebe auf Befriedigung entgegen. Eine Priesterschaft, an deren Spitze ein Oberpriester oder Vater als das lebendige Gesetz stand, sollte die nach ihrer Beschäftigung in mehrere Ordnungen geteilte menschliche Familie wie eine gesellschaftliche Vorsehung in Liebe regieren. Durch Predigten, Missionen und Flugschriften fand diese theokratisch-industrielle Staatsordnung große Verbreitung und begeisterte Anhänger. Eine Saint-Simonistische Familie mit einer Menge von Werkstätten entstand in Paris als ein Bild der Welt im kleinen. Als aber Enfantin seine Fürsorge vornehmlich auf die Frauen wandte, nicht bloß ihre soziale Gleichstellung begehrte, sondern auch den Grundsatz der Weibergemeinschaft in der St.-Simonistischen Familie aufstellte, da schied Bazard aus der Familie. Der Schmerz über das Scheitern seiner menschenbeglückenden Hoffnungen brach ihm das Herz. Ihm folgten noch andere Jünger, und als nun Enfantin immer weiter auf dem schlüpfrigen Gebiet fortschritt, das freie Weib, das als Offenbarungsfrau mit dem Oberpriester die Leitung der Familie übernehmen sollte, zu finden suchte und dazu anstößige Mittel und Wege wählte, da trennten sich alle besonnenen und ernsten Männer von einer Schule, die sich von ihrer industriellen Mission so weit verirrt

Bazard 1791—1832

Enfantin 1796—1864

1829

hatte. Ihr Vermögen schwand durch Luxus der Häupter, und als endlich die Regierung ihren Saal schloß und sie wegen Verbreitung sittengefährlicher Grundsätze vor Gericht zog, trennte sich auch Rodrigues von ihr aus Widerwillen gegen die gänzliche Vernichtung der Familienbande. Enfantin zog sich hierauf mit wenigen Getreuen in klösterliche Einsamkeit zurück, wo sie sich durch ihre Lebensweise, ihre sonderbare Tracht und ihre eigentümliche
1832 mystische Sprache die Verachtung und den Spott der Welt zuzogen, bis ihre gerichtliche Verurteilung sie mit einem unverdienten Märtyrertum bedeckte.

Fourier 1772–1837

§ 141. Sozialismus und Kommunismus. Ein bis ins einzelne durchgeführtes System der Umgestaltung der sozialen Verhältnisse stellte Karl Fourier aus Besançon auf. Als Kaufmann erzogen und durch Unglück seines ererbten Vermögens verlustig, mußte er als Buchführer eines fremden Handelshauses mit untergeordneten Geschäften sein Leben fristen, wobei er seine freie Zeit zur Ausbildung seines in dunkler Sprache und selbstgeschaffenen Terminologien verfaßten Sozialsystems verwendete, das trotz seiner vielen Sonderbarkeiten und wunderlichen Träumereien großes Aufsehen erregte. Nach ihm besteht das Heil der Welt in der Vereinigung (Assoziation) der Kräfte und Individuen zu gemeinsamen Zwecken oder in der sozialen Harmonie, deren Herstellung die Aufgabe der Menschheit sei. Diese soziale Harmonie könne nur erzielt werden durch richtige Erkenntnis der menschlichen Triebe und durch zweckmäßige Verteilung der Tätigkeiten nach diesen Trieben und Seelenanlagen. Das menschliche Glück, das Endziel alles irdischen Strebens, beruhe wesentlich auf Befriedigung der Neigungen sowohl in der Arbeit als im Genuß; diese Befriedigung könne aber nur durch Vereinigung verschiedener Individuen von verschiedener Natur, Alter und Geschlecht zu gemeinschaftlichem Haushalt erreicht werden. An die Stelle der getrennten Familienwirtschaften und des unzusammenhängenden Gemeindelebens sollte deshalb

Phalansterien

der vereinigte Haushalt der Phalanx in einem großen, 1200—1800 Familien fassenden Gebäude (Phalanstère) treten mit einem entsprechenden Grundbesitz von etwa einer Quadratmeile. Die Kosten werden durch Aktien gedeckt, die ein vererbbares Eigentumsrecht auf den Grund und Boden sichern. Die Arbeit zerfällt nach ihrer Gattung in verschiedene Klassenserien mit mancherlei Unterabteilungen, als Haushalt, Bodenkultur, Fabrikation, Erziehung, Wissenschaft, Kunst u. dgl., woran sich die Glieder der Phalanx je nach ihren Neigungen und Fähigkeiten beteiligen. Ebenso solle auch bei der Konsumtion der individuellen Neigung Rechnung getragen werden, soweit es der mit Rücksicht auf Einlagekapital, Arbeit und Talent berechnete Anteil eines jeden am Gesamteinkommen zuläßt. Durch eine solche Einrichtung würden alle bösen Leidenschaften aus der Welt verschwinden, nicht mehr die Selbstsucht, sondern die Bruderliebe die Triebfedern der Handlungen bilden und durch die vereinten Kräfte und Neigungen alle Arbeit zu solcher Vollenduug gebracht werden, daß aller Not abgeholfen würde. Ein gewählter Rat der Alten steht dem Ganzen vor. — Fourier war überzeugt, daß es nur eines Beispiels bedürfe, um seinem System eine allgemeine Verwirklichung zu verschaffen. Er ließ daher eine öffentliche Aufforderung an einen Menschenfreund ergehen, ihn mit einer Million zu unterstützen, und ging zwölf Jahre lang täglich zu einer bestimmten Stunde an den bezeichneten Ort, um zu sehen, ob sich dieser Menschenfreund nicht einstellen würde. Spätere Versuche, eine Phalanstère einzurichten, scheiterten an der Unzulänglichkeit der Mittel. Fouriers talentvollster Jünger

Considérant

war V. Considérant, der seines Meisters System von manchen Auswüchsen befreit und gegen viele Angriffe verteidigt hat.

Kommunistische Gesellschaften

Die von Buonarotti, einem Genossen Baboeufs, herausgegebene „Geschichte der Verschwörung Baboeufs“ gab den Anstoß zur Bildung kommunistischer Vereine mit Baboeufs Grundsätzen, nur daß sie nicht wie jener ausschließlich der Landwirtschaft ihre Aufmerksamkeit zuwendeten, sondern mehr der Industrie. Unter verschiedenen Namen (als Volksfreunde, Gesellschaft der Menschenrechte, der Jahreszeiten; zuletzt als Gesellschaft der Gleichheitsarbeiter, Egalitaires) predigten sie in Reden und Zeitschriften einen Kommunismus, der die Aufhebung des Eigentums, der Familie, der Ehe forderte, die Zivilisation und ihre Träger, die Städte, der Zerstörung preisgeben wollte und nur in völliger Gemeinschaft der Arbeit, der Güter und der Genüsse das Glück der menschlichen Gesellschaft erblickte. Diese aller Gesittung und Humanität hohnsprechende Lehre, zu deren Verwirklichung die Mitglieder der geheimen Verbindung alle, auch die blutigsten und gewaltsamsten Mittel billigten und empfahlen, schreckte die Gemäßigten zurück und erzeugte Spaltungen, namentlich seit dem Aufstandsversuche vom Jahre 1839. Es bildete sich die

Reformisten

gemäßigte Kommunistenpartei der Reformisten, die ihr Ziel in politischer Gleichheit und in gerechter Verteilung der durch gemeinsame Arbeit erworbenen Erzeugnisse suchten, während die Baboeufisten nach einer Revolution strebten, um unter einer republikanischen Staatsform die Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft nach ihren Grundsätzen zu bewirken. — Auf

die unbestimmten Ansichten der Reformisten gründete Cabet durch seine „Reise in Ikarien" und durch Flugschriften den ikarischen Kommunismus, der zwar auch völlige politische Gleichheit und Gütergemeinschaft vermittelst einer Verteilung der Erzeugnisse des Bodens und der Industrie verlangt, aber die Ehe und Familie bestehen läßt und nicht durch Gewalt, sondern auf dem Wege der Belehrung seine Grundsätze verwirklichen will. Eine demokratische Staatsform gilt ihm als Anfang, ein Übergangsstaatsrecht mit allmählicher Verminderung der Ungleichheiten der Güter und Bildung, durch Abänderung der Erbrechte und Einführung einer gemeinsamen und freien Erziehung, als vermittelnde Periode zu der von Christus gelehrten brüderlichen Gleichheit. — Einen eigentümlichen Standpunkt nahm der kritische Kommunismus des scharfen Dialektikers Proudhon ein, der, das Eigentum als die Ausbeutung des Schwachen durch den Starken bekämpfend („Eigentum ist Diebstahl"), aber auch die Gütergemeinschaft als Ausbeutung des Starken durch den Schwachen darstellend, mit Aufhebung der Erblichkeit ein individuelles Eigentum nach den Leistungen eines jeden verlangte. — Das eigentliche Programm der kommunistischen Bewegung schuf erst Louis Blanc in seinem Buche „Organisation der Arbeit". Er forderte zuerst das „Recht auf Arbeit", das aber von den Arbeitern nur durch die Erlangung der politischen Macht gewonnen werden könne. Vom Staate organisierte Werkstätten (Ateliers sociaux) sollten mit Staatshilfe Produktionsgenossenschaften bilden, die sich gegenseitig über die Produktion verständigen sollten. Allmählich sollte daraus der reine Kommunismus entstehen mit dem Grundsatze: Produktion nach den Fähigkeiten, Konsumtion nach den Bedürfnissen.

Cabet 1788—1856

Proudhon 1809—1865

Louis Blanc 1811—1882

Staatliche Arbeitsstätten

Fünftes Kapitel.

Die Pyrenäenhalbinsel.

§ 142. Die letzten Zeiten Ferdinands VII. Als die letzten französischen Truppen im Dezember 1828 aus Spanien abzogen, verließen sie ein durch die Bürgerkriege völlig erschöpftes Land (§ 109). Die Julirevolution erregte den inneren Kampf von neuem, da die nach Frankreich und England geflüchteten Liberalen im Vertrauen auf französische Unterstützung zurückkehrten. Doch erlagen sie bald den königlichen Freiwilligen. Um so tatkräftiger suchte nun Ferdinand VII. sein reaktionäres Regiment durchzuführen, ohne jedoch Ruhe und Ordnung im Lande schaffen zu können.

Ferdinand VII. 1814—1833

Obwohl das spanische Volk der großen Mehrheit nach für ständische Staatseinrichtungen wenig Sinn hat, obwohl es sich eher für einen kühnen Heerführer und Bandenhauptmann begeistert als für konstitutionelle Staatsformen und parlamentarische Verhandlungen, und obwohl der mächtige Einfluß der Geistlichkeit auf das unwissende und abergläubische Volk einer freien politischen Entwicklung nicht förderlich ist, so fanden doch alle Formen des modernen Staatslebens in der pyrenäischen Halbinsel ihre Anhänger. Die unteren Volksklassen, namentlich die Landbewohner, die ohne alle Einsicht und politische Bildung, ganz den Eingebungen der Priester und Mönche folgten, hielten an den alten hierarchischen und monarchischen Einrichtungen fest und dienten der Aristokratie und dem Klerus zur Erhaltung der apostolischen Königsmacht gegen die Reformbestrebungen der „Liberalen", während der aufgeklärte Mittelstand in den Städten, die studierte und gebildete Klasse und viele Offiziere der Armee den aus Frankreich überkommenen konstitutionellen Ansichten huldigten.

Einige Monate vor den Julitagen hatte sich Ferdinand von seiner vierten Gemahlin, Marie Christine von Neapel, bewegen lassen, durch ein aus königlicher Machtvollkommenheit erlassenes Hausgesetz („pragmatische Sanktion") das in allen bourbonischen Staaten geltende salische Gesetz, welches die Frauen von der Thronfolge ausschließt, aufzuheben und dadurch seiner in demselben Jahre geborenen Tochter Isabella die (nach altkastilischem Rechte zulässige) Thronfolge zu sichern. Diese Änderung mißfiel

Pragmatische Sanktion 3. April 1830

10. Okt. 1830

der apostolischen Partei, die ihr Vertrauen auf Ferdinands jüngeren Bruder Don Carlos geworfen hatte und von ihm goldene Tage für die Anhänger des monarchisch-hierarchischen Absolutismus erwartete. Sie bewog Don Carlos zu einem Proteste gegen jenen Akt, der ihn seines Thronrechts berauben würde, und benutzte den Augenblick, als der König in einen Zustand körperlicher und geistiger Schwäche verfiel und sein baldiger Tod
18. Sept. 1832 zu erwarten stand, um die Aufhebung der pragmatischen Sanktion zu erlangen. Allein Ferdinand erholte sich wieder, verbannte, empört über das treulose Spiel, das seine Vertrauten mit ihm getrieben hatten,
1. Okt. seinen Bruder und übertrug seiner Gemahlin während seiner Krankheit die Regentschaft. Diese bildete eine gemäßigte Regierung unter der Leitung
7. Okt. von Zeo Bernudiz, erließ eine Amnestie für alle politischen Vergehungen und besetzte alle wichtigeren Stellen mit Konstitutionellen. Im Januar 1833 übernahm der König wieder die Regierung; er befolgte die Anord-
20. Juni 1833 nungen seiner Gemahlin, berief die alten Cortes zusammen und ließ durch sie das neue Hausgesetz bestätigen.

§ 143. Der Kampf der Christinos und Karlisten. So lange der König noch lebte, wagte die apostolische Partei keine Erhebung; als er aber
29. Sept. 1833 plötzlich starb und nun Isabella II. folgte, rief sie Don Carlos als
Isabella II. 1833—1868 Karl V. zum König von Spanien aus. Seine als Karlisten bezeichneten Anhänger fanden Unterstützung in den nördlichen Landschaften, namentlich bei den rauhen Bergbewohnern der baskischen Provinzen, die ihre alten, verbrieften Rechte und Freiheiten (Fueros, II, § 178), besonders die Selbstbesteuerung und die Befreiung von militärischer Aushebung und vom Salzmonopol, durch die Cortesverfassung gefährdet sahen. Angefeuert von Priestern und Mönchen und geleitet von kühnen und unternehmenden Anführern, erhoben die streitbaren Basken das Schwert für Karl, der aus seiner Verbannung
1834 in ihre Mitte flüchtete. Die Regentin Christine übertrug Martinez de la Rosa, einem gemäßigtliberalen Manne, die Neubildung des Ministeriums; die Güter des Prätendenten wurden mit Beschlag belegt und eine neue der französischen Charte nachgebildete Verfassung mit Zweikammersystem
10. Juli 1834 gegeben. Aber da dieselbe nur wenig befriedigte, so spalteten sich die Liberalen in Moderados (Gemäßigte) und Progressisten (Fortschrittler), die als Idealverfassung die von 1812 (§ 55. 107) ansahen. Das hielt
1834—1840 aber den Bürgerkrieg nicht auf, der nun sieben Jahre lang die Pyrenäenhalbinsel mit all seinen Greueln erfüllte und auch die fremden Mächte zur Einmischung veranlaßte. Auf Seite der Karlisten standen die absoluten Mächte, die italienischen Höfe, Dom Miguel und sein Anhang in Portugal, die hohe Aristokratie aller Länder und die kleine Zahl romantischer Verehrer mittelalterlicher Zustände und eines unbeschränkten Königtums „von Gottes Gnaden". Die „Christinos" fanden Beschützer an Frankreich und England, an Maria da Gloria von Portugal (§ 145), an dem aufgeklärten Bürgerstand und an den Konstitutionellen und Liberalen aller Länder Europas.

Waren die Truppen der Königin an Zahl den Gegnern überlegen, so wurden diese mit fremdem Gelde desto reichlicher versehen, und die aus verschiedenen Ländern ihnen zueilenden Freiwilligen brachten Kriegszucht in die Karlistenbanden. Auch stach die Tatkraft des heroischen Zumalacarregui, des kühnen Priesters Merino, der bald mit dem Meßbuche, bald mit der Flinte in der Hand die Bauern und Hirten der Gebirgstäler für Thron und Altar entflammte, und des unermüdlichen Gomez vorteilhaft ab gegen die Unfähigkeit der meisten Christinosführer, worunter selbst der vom Alter gebeugte

Mina keine Ausnahme bildete. Als dann Zumalacarregui vor Bilbao die Todeswunde empfing, stellte sich ein von der Universität entflohener Jüngling, Cabrera, an die Spitze der Insurgentenscharen und behauptete sich gegen die Truppen der Königin. Erst gegen das Ende der dreißiger Jahre trat eine Wendung der Dinge ein. Die Christinos erhielten einen tüchtigen Oberfeldherrn in Espartero, indes im Heere der Gegner eine Spaltung eintrat. Die baskischen Insurgenten, unzufrieden mit der Unfähigkeit, Charakterschwäche und fanatischen Grausamkeit des Prätendenten Don Carlos, trennten ihre Sache von der seinigen und strebten nur nach Sicherstellung ihrer Fueros. Sie erhielten einen verschlagenen Führer an Maroto, der, während er sich das Vertrauen des mißtrauischen Infanten zu erhalten wußte, mit Espartero geheime Unterhandlungen anknüpfte, die endlich zu dem Vertrag von Vergara führten, worin die Insurgenten Niederlegung der Waffen versprachen, Espartero Amnestie gelobte und Bestätigung der baskischen und navarresischen Fueros in Aussicht stellte. Umsonst erließ Don Carlos einen Aufruf, worin er Maroto für einen Verräter erklärte, sein Ansehen war dahin und das Vertrauen seiner Umgebung auf einen erfolgreichen Ausgang dermaßen geschwächt, daß die meisten seiner Offiziere und gegen dreihundert Priester nach Frankreich flüchteten, worauf er selbst mit seiner Familie den Schutz der französischen Regierung nachsuchte. In Katalonien setzten die Karlisten den Kampf noch ein Jahr lang fort, bis auch sie, von Espartero überwältigt, auf französischem Gebiete Zuflucht suchen mußten. An 30000 Karlisten überschritten mit ihrem Führer Cabrera die Pyrenäen und sprachen, an allem Mangel leidend, die Hilfe des Nachbarvolkes an.

15. Juni 1835

31. Aug. 1839

Sept. 1839

6. Juli 1840

Don Carlos wurde von Louis Philipp in Bourges interniert. Nach Abtretung der Ansprüche an seinen ältesten Sohn Carlos (Graf von Montemolin) erhielt er 1847 die Erlaubnis, sich nach Italien zu begeben. Am 10. März 1855 starb er in Triest.

§ 144. Parteikämpfe unter der Regentschaft der Königin Christine. Bald nach der Niederlage des Don Carlos wurde Espartero, nunmehr zum Herzog von Vittoria erhoben, der Verteidiger der spanischen Volksrechte gegen dieselbe Königin-Regentin, in deren Namen er gegen die Karlisten gekämpft hatte.

Christine geb. 1806, † 1878. Regentin 1833—1840

Christine nämlich war weit entfernt, dem Freiheitsbedürfnis des Volkes durch zeitgemäße Reformen Rechnung zu tragen. Sie bediente sich der Cortes nur, um die Ausschließung des Infanten Don Carlos und seiner ganzen Linie von der Erbfolge und die Einziehung seiner Güter dekretieren zu lassen, im übrigen regierte sie nach dem alten absolutistischen System, und beleidigte dazu das Ehrgefühl des Volkes durch ihre rücksichtslose Hingebung an den schönen Leibgardisten Fernando Muñoz, mit dem sie schon seit 28. Dez. 1833 in morganatischer Ehe lebte, und den sie später zum Herzog von Rianzares erhob. In vielen Städten kam es zu unruhigen Auftritten; Klöster wurden zerstört, Mönche verfolgt und ermordet, Greuel aller Art begangen; der Ruf nach der Konstitution vom Jahre zwölf (§ 55. 107) ertönte durch das ganze Land. Die Regentin suchte durch einen Ministerwechsel den Sturm zu beschwören, aber die Opposition der Cortes war so mächtig, daß sich die Regierung zu wiederholten Kammerauflösungen gezwungen sah. Immer entschiedener wandte sie sich von den Exaltados zu den Moderados (§ 143), brachte durch erneute Kammerauflösungen und Wahlumtriebe diese in die Cortes und in die Regierung und erließ ein unvolkstümliches Gemeindegesetz.

1844

Fortgang der Parteikämpfe 1840

Da erhoben sich in Madrid und in verschiedenen Städten Aufstände und bildeten sich Junten, wodurch sich die Regentin genötigt sah, das Haupt der Exaltados, Espartero, zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Am 26. September 1840 hielt der Herzog von Vittoria seinen feierlichen Einzug in die Hauptstadt und stellte alsbald an die Königin die Forderung, das Gemeinde-(Ayuntamiento-)Gesetz zurückzunehmen, die Camarilla zu entfernen und die Cortes aufzulösen. Dadurch in ihrem Herrscherstolz gekränkt und doch außerstande, die Zumutung zurückzuweisen, dankte die Königin-

Okt. 1840

Espartero Regent 8. Mai 1841

Regentin ab und begab sich nach Frankreich, worauf Espartero von der neugewählten Cortesversammlung zum Regenten ernannt wurde. Die Regierung des Herzogs-Regenten, vorteilhaft für Handel, Industrie und inneren Verkehr, war aber nur von kurzer Dauer. Die Intrigen der von Frankreich unterstützten Christine, der Neid seiner mit jedem Tag sich mehrenden Gegner und der Haß, den sich der englisch gesinnte Herzog und seine als Anglo-Ayacuchos*) bezeichneten Anhänger durch die blutige Unterdrückung aller Aufstandsversuche zuzogen, erzeugten, als er zuletzt auch noch mit dem Papst und der Geistlichkeit zerfiel, eine solche Gärung, daß er sich nicht länger halten konnte. Als der von Christine gewonnene General Narvaez in Valencia landete und auf die Hauptstadt losrückte, zog sich Espartero mit seinen Truppen nach der Sierra Morena und dann, auf die Kunde von der Übergabe Madrids, nach Cadix zurück; von dort begab er sich nach England.

30. Juli 1843

Isabella II. Nov. 1843

Bald nachher wurde die junge Königin Isabella II. für volljährig erklärt, Narvaez zum Herzog von Valencia und zum Ministerpräsidenten erhoben und Marie Christine nach Spanien zurückgerufen. Von der Zeit an herrschte die französische Politik in Madrid. Nach französischer Eingebung wurde durch Marie Christine und die wieder zur Herrschaft gelangten Moderados die Verfassung zugunsten der Königsmacht abgeändert, die Volkssouveränität gestrichen, die Preßfreiheit beschränkt und wegen eines Konkordats mit dem päpstlichen Stuhle verhandelt. Louis Philipp krönte dann seine Politik durch die spanische Doppelheirat. Nachdem nämlich die europäische Diplomatie jahrelang beschäftigt gewesen war, der jungen Königin von Spanien einen passenden, die Interessen keiner der Großmächte gefährdenden Gemahl auszusuchen, und deshalb bald einen neapolitanischen Prinzen (Prinz von Trapani), bald den Grafen von Montemolin, bald andere eingeborene und fremde Bewerber vorgeschlagen hatte, brachte es Louis Philipp in Verbindung mit Marie Christine dahin, daß die von ihrer Mutter sittlich und geistig verwahrloste Isabella II. mit ihrem Vetter Franz von Assisi vermählt wurde, und zu gleicher Zeit ihre jüngere Schwester Luise ihre Hand und damit die Anwartschaft auf den spanischen Thron dem Herzog Philipp Louis von Montpensier, dem jüngsten Sohne Louis Philipps, reichte. Dieses durch die Ränke des französischen Königs und der herzlosen Mutter Isabellas zu selbstsüchtigen Zwecken geschmiedete Ehebündnis, das eine merkliche Spannung zwischen der englischen und französischen Regierung erzeugte, erwies sich nur zu bald als unheilvoll. Die junge Königin, aller höheren und edleren Gefühle unfähig, wurde ihres körperlich und geistig schwachen Gemahls bald überdrüssig. Sie entfernte sich von ihm und wandte ihre Gunst dem General Serrano, einem Exaltado, zu. Palastintrigen und Ohrenbläsereien vergrößerten den Zwiespalt, und wenngleich Marie Christine es für geraten fand, sich dem Haß des spanischen Volkes zu entziehen und nach Frankreich zu gehen, so dauerte doch das eheliche Mißverhältnis noch lange fort. Immerhin hatte

Französische Politik

10. Okt. 1846

1854

*) Der Name geht auf die Schlacht von Ayacucho (9. Dez. 1824) in dem Kriege zwischen Peru und Spanien (§ 111) zurück. In der Kapitulation legten sich die spanischen Offiziere, unter ihnen Espartero, höhere militärische Grade bei, als sie bekleideten. Bei der Armee wurden sie nun spottweise Ayacuchos genannt und dann der Spottname auf die Anhänger Esparteros mit dem Zusatz Anglo angewandt, weil man in dem Falle des Regenten zugleich einen Sieg der französischen über die englische Politik erblickte.

die Entfernung der Königin-Mutter zur Folge, daß sich das konstitutionelle Regiment befestigte und den Einfluß der Camarilla zurückdrängte.

§ 145. Portugal. In Portugal war die Herrschaft des eidbrüchigen Dom Miguel (§ 109) nur von kurzer Dauer. Dom Pedro I. (§ 111), in Brasilien zur Übergabe der machtlosen Kaiserkrone an seinen unmündigen Sohn Dom Pedro II. gezwungen, landete, von England und Frankreich unterstützt, mit einem größtenteils im Auslande geworbenen Heere in Portugal und trieb seinen Bruder in einem zweijährigen Kriege so sehr in die Enge, daß dieser sich zuletzt genötigt sah, dem Throne zu entsagen. Er lebte eine Zeitlang in Genua und Rom und ließ sich dann seit seiner Vermählung mit Adelheid von Löwenstein-Wertheim in Heubach bei Miltenberg am Main nieder, wo er am 14. November 1866 starb. Nach der Flucht seines Bruders stellte Pedro die Cortesverfassung wieder her. Sein früher Tod, der die Regierung in die schwachen Hände seiner Tochter Maria II. da Gloria brachte, war für das durch Parteien zerrissene, von Geldmangel gedrückte Land unheilvoll. Die Dinge nahmen einen ähnlichen Gang wie in Spanien, nur daß hier nicht französischer, sondern englischer Einfluß vorherrschte. Die Königin zeigte, wie Christine von Spanien, Vorliebe für das unbeschränkte Königtum und eine unverkennbare Abneigung gegen ständische Rechte, besonders seitdem nach dem schnellen Tode des volksbeliebten ersten Gemahls der Königin, August von Leuchtenberg, der zweite Gatte, Ferdinand von Sachsen-Koburg, die Aristokratie begünstigte. Eine aus Frauen und Höflingen bestehende Camarilla versäumte dabei nicht, ihren schlimmen Einfluß geltendzumachen. Schon hatten wiederholte Kammerauflösungen (namentlich wegen der Weigerung, dem königlichen Gemahl den Oberbefehl über das Heer zu übertragen) das Volk in Aufregung gesetzt, als die Kunde von den Vorgängen in Spanien ähnliche Auftritte in Portugal hervorrief. Am 9. September 1836 ertönte von Tausenden der Ruf: „Es lebe die Konstitution von 1820" (§ 107)! Maria da Gloria sah sich genötigt, dem Sturme nachzugeben, als die Truppen größtenteils zum Volke übergingen. Sie erkannte die demokratische Verfassung an und ernannte ein neues, aus „Septembristen" zusammengesetztes Ministerium. Als sie aber bald nachher durch die Proklamation von Belem die Zugeständnisse wieder zurücknahm und sich an die (minder liberale) Charte Dom Pedros (§ 109) halten zu wollen erklärte, griffen die Nationalgarden zu den Waffen und erzwangen die Einberufung einer konstituierenden Cortesversammlung, welche dann die durch Einführung des Zweikammersystems und durch Verleihung eines absoluten Veto an die Krone ermäßigte Verfassung vom Jahre 1820 zum Staatsgrundgesetz erhob. Aber noch immer gelangte die Nation zu keiner dauernden Ruhe. Moderados und Exaltados kämpften mit steigender Wut um die Herrschaft. Im Jahre 1842 siegte unter Costa Cabral, Grafen von Thomar, die erstere Partei und setzte ein Ministerium ein, das, den Herzog von Terceira an der Spitze, nach dem Staatsgrundgesetz Dom Pedros regierte; der Druck der Regierung und die zunehmende Geldnot erzeugten jedoch bald neue Aufstände und wiederholte Ministerwechsel. Endlich erregte das Verwaltungssystem Terceiras und Costa Cabrals eine solche Gärung im ganzen Lande, daß der Thron der Königin in Gefahr kam und Donna Maria sich entschloß, die Leitung der Regierung dem volkstümlichen Herzog von Palmella zu

Miguel 1828–1834
1831
1832–1834
7. Juni 1834
Dom Miguel † 14. Nov. 1866
24. Sept. 1834
Maria II. 1834–1853
1836
1836
1838
Bürgerkrieg 1846–1847

Aug. 1846 übertragen. Allein dem Hofe war die demokratisch-konstitutionelle Staatsform und Verwaltung so verhaßt, daß im folgenden Jahr Palmella durch eine Palastrevolution gestürzt und das Regierungssystem umgestaltet wurde. So trieb die Königin, beherrscht von Leidenschaft und Vorurteilen und geleitet von den Einflüsterungen einer aristokratischen Umgebung, ein vermessenes Spiel mit der Ruhe des Landes, mit dem Glück ihres Volkes und mit der Sicherheit des Thrones. Als darauf in Oporto und anderen Orten neue Aufstände erfolgten, wandte sich Maria da Gloria um Hilfe an England und Spanien, welche durch bewaffnetes Einschreiten die Insurrektion niederschlugen, zugleich aber auch die Königin
1847 zum Erlaß einer Amnestie bewogen. Doch blieb das Land von weiteren Erschütterungen nicht verschont.

Sechstes Kapitel.

Die orientalische Frage.

Selim III. 1789–1807 † 1808

§ 146. Die Türkei und Ägypten seit 1792. Sultan Selim III. hatte nach dem Frieden von Jassy (Bd. III) vergebens seine Reformversuche zu verwirklichen gesucht. Seine Stellung gegenüber den Janitscharen, deren Macht er durch europäisch organisierte Regimenter (Nizam Djedid) einschränken wollte, machte ihn unbeliebt, dazu kam der Krieg mit Frankreich wegen des Einfalls Bonapartes in Ägypten (§ 28) und schließlich
Russisch-türkischer Krieg 1806 ein neuer Kampf mit Rußland. Mehr und mehr unter dem Einflusse Frankreichs stehend sperrte er den Bosporus und die Dardanellen für die russischen Schiffe und verletzte dadurch den Frieden von Jassy. Darüber brach 1806 der Krieg mit Rußland aus, das seine Truppen bereits in
23. Dez. die Donaufürstentümer hatte einrücken lassen. Sie siegten bei Grodau
27. Dez. und besetzten Bukarest. Schon vorher hatten sich auch die Bulgaren und die Serben erhoben. Die letzteren eroberten unter Georg Petrowitsch (Kara Georg = der schwarze Georg) und den Halbbrüdern Milan und Miloſch
12. Dez. 1806 Obrenowitsch nach glücklichen Kämpfen Belgrad. Da wurde Selim III. auf
29. Mai 1807 Betrieb der Ulemas, der Geistlichkeit, abgesetzt und Abdul Hamids I. Sohn
Mustafa IV. 1807–1808 Mustafa IV. zum Sultan ernannt. Napoleon gab im Frieden von Tilsit die Donaufürstentümer an Rußland preis, wenn er auch eine weitere Schwächung der Türkei nicht wünschte. Als sich nun der Seraskier (Kriegsminister) Mustafa Bairaktar, Pascha von Rustschuk, für Selim erhob, wurde
28. Juli 1808 dieser im Gefängnis ermordet; Bairaktar zog trotzdem nach Konstantinopel, erstürmte das Serail und setzte an Mustafas Stelle dessen jüngeren Bruder,
28. Juli Mahmud II. Dieser schlug einen neuen Aufstand des von den Janit-
Nov. 1808 scharen aufgereizten Volkes blutig nieder und ließ Mustafa IV. hinrichten; sein Großwesir Bairaktar, von dem Volke in einem Turm eingeschlossen, sprengte sich mit diesem in die Luft.

Mahmud II. 1808–1839 Mahmud II., der nun von den Türken als rechtmäßiger Herrscher anerkannt wurde, hatte außer mit Rußland mit den Unabhängigkeitsbestrebungen der Paschas und der christlichen Stämme zu tun, deren er nur teilweise Herr werden konnte. Als Österreich sich 1809 gegen den in Spanien bedrängten Napoleon erhob (§ 56), bestimmte es den Sultan zum Kriege gegen das mit Frankreich verbündete (§ 58) Rußland. Indes die türkischen
1809 Heere wurden geschlagen, und nur durch die in Aussicht stehenden kriege-

rischen Verwicklungen mit Napoleon (§ 61) wurde der Zar Alexander gezwungen, unter englischer Vermittlung den Frieden von Bukarest abzuschließen, in dem nur Bessarabien bis zum Pruth, einschließlich der Donaumündungen, an Rußland kam. 28. Mai 1812

Zu gleicher Zeit hatten die Türken auch in Serbien kämpfen müssen, das Kara Georg 1808 unter den Schutz Rußlands stellte. Kara Georg plante sogar ein Groß-Serbien, fiel 1809 in die Herzegowina ein und knüpfte Verbindungen mit Montenegro an. Aber die Türken behielten die Oberhand und bedrohten Belgrad. Da retteten ihn die russischen Siege an der unteren Donau; indes nun brachen innere Unruhen aus, da Kara Georg eine Alleinherrschaft errichten wollte; unter seinen Gegnern war auch Miloschˇ Obrenowitschˇ. Der Friede von Bukarest stellte Serbien wieder unter die Türkei, aber es behielt seine selbständige Verwaltung. Nach einem neuen, vergeblichen Aufstande Kara Georgs (er mußte nach Österreich entfliehen) wurde die türkische Herrschaft mit aller Grausamkeit wieder aufgerichtet. Miloschˇ Obrenowitschˇ erhielt den Auftrag, das Land zu beruhigen, beteiligte sich aber im folgenden Jahre an einer neuen Empörung. Trotzdem bewirkte der russische Druck auf die Pforte, daß er in den nächsten Jahren die Gewalt mit dem türkischen Pascha teilte und die Würde eines Oberknes (Fürsten dreier Bezirke) erlangte. 1816 wurde er von den Türken als Oberhaupt der Serben faktisch anerkannt, 1817 von den anderen Knesen und der Geistlichkeit zum Fürsten erwählt und am 15. August als solcher vom Sultan bestätigt.

Serbien
Kara Georg 1809—1813 † 1817
1811
1813
Miloschˇ 1817—1839, 1858—1860

Auch in Albanien hatte Mahmud schwere Kämpfe zu bestehen, nämlich gegen den „schwarzen Pascha" Ali von Janina, der eine Gewaltherrschaft über Albanien, Thessalien und einen Teil von Mazedonien ausübte und sich durch seine kulturellen Einrichtungen wie durch seine drakonische Strenge einen Namen in Europa machte. Im Jahre 1820 sprach der Sultan über ihn die Acht aus, doch erst nach zweijährigem Kampfe gelang es, ihn zu besiegen. Ali, in seiner Felsenburg Janina von den Türken eingeschlossen und ohne Aussicht auf Rettung, ließ sich durch das Versprechen der Begnadigung herauslocken, wurde aber während der Unterhandlung getötet. In Arabien gelang es dem Sultan, die aufständischen Wachabiten mit Hilfe Mehmed Alis von Ägypten wieder zu unterwerfen.

Albanien
5. Febr. 1822
Arabien
1818

Im Innern suchte er Reformen durchzuführen: er vernichtete das sich jeder Neuerung widersetzende Janitscharenkorps, an dessen Stelle eine nach europäischem Muster eingerichtete Truppe trat. Straßenbauten wurden angeordnet, eine Post eingerichtet, selbst eine Zeitung in Konstantinopel gegründet, der Osmanische Moniteur, der in türkischer und französischer Sprache erschien; aber Mahmud griff nicht konsequent durch, und seine Befehle blieben trotz seiner oft barbarischen Strafen unausgeführt.

Innere Reformen 1826

Ebenso gelang es ihm nicht, den äußeren Bestand des Reiches zu wahren. Zu dem Verlust Bessarabiens an Rußland, der halben Lossage Serbiens, kam die Befreiung Griechenlands (§ 112—114); im Anschluß daran drohte dann der Verlust Ägyptens. Hier hatten die Mameluken nach Menous Niederlage bei Canopus (§ 36) den Versuch gemacht, mit Hilfe der Engländer die alte Herrschaft wiederzugewinnen, waren aber nach dem Abzuge derselben von dem Sultan unterworfen worden; 1805 wurde dann Mehemed Ali Statthalter Ägyptens.

Ägypten
1801
1805

Dieser vernichtete die Mameluken und richtete Heer und Verwaltung nach europäischem Muster ein. Die Landwirtschaft wurde in rationeller Weise verbessert, junge Ägypter wurden nach Paris und London geschickt, um die

1811

europäischen Einrichtungen kennen zu lernen, der Mahmudjekanal zwischen Alexandria und Kairo wurde angelegt, eine Verbindung zwischen dem Mittelmeer und dem Roten Meere geplant. Die bedeutenden Kosten dieser Neuschaffungen bestritt Mehemed Ali aus dem Ertrage der ungeheuren Steuern, die er den Einwohnern, namentlich den Bauern (Fellahs), auferlegte. Sie lieferten ihm auch die Soldaten und Matrosen. Nach der Unterwerfung der Wachabiten
1818 erhielt er als Belohnung das Paschalik Mekka und beherrschte ganz Türkisch-Arabien. Dazu eroberte er Nubien und Sannaar und dehnte seit 1822 die ägyptische Herrschaft selbst über Kordofan aus. Dann erhielt er für seine dem Sultan in Griechenland geleistete Hilfe (§ 113. 114) die Herrschaft über Kreta und 1824 für seinen Sohn Ibrahim Pascha noch das Paschalik Morea. Nach dem Frieden von Adrianopel (§ 114) verlangte Mehemed Ali nun als Entschädigung für den Verlust Moreas das Paschalik Damaskus für seinen Sohn Ibrahim und begann, da der Sultan ihm das verweigerte, den Krieg gegen seinen Oberherrn.

Erster Krieg in Syrien Nov. 1831

§ 147. Ägyptisch-türkischer Krieg. Mit starker Macht rückte Ibrahim in Syrien ein. Gaza, Jaffa, Jerusalem unterwarfen sich; ohne Widerstand kam er bis Akka, wo er den Pascha von Syrien, Abdallah, belagerte. Die Absetzung seines Vaters durch den Sultan hielt den Fall
25. Mai 1832 der Festung nicht auf; Ibrahim erschien vor Damaskus, das keinen Wider-
9. Juli 1832 stand versuchte, schlug die Türkei bei Homs, besetzte die Tauruspässe und hatte Ende des Sommers 1832 ganz Syrien und Cilicien in seiner Gewalt. Am 18. November öffnete Konieh (Ikonium) dem ägyptischen Sieger die Tore, und am 21. Dezember erlag hier das letzte Heer des Sultans der überlegenen Feldherrnkunst Ibrahims. In dieser Not nahm der Sultan

Stellungnahme der Großmächte

die bereitwillig angebotene Hilfe Rußlands an. Nun aber erwachte die Eifersucht der Westmächte, Englands und Frankreichs, und auf das
4. Mai 1833 Drängen derselben erfolgte der Frieden von Kutahia, in welchem Mehemed Ali die Forderung des syrischen Landes im wesentlichen zugestanden wurde. Rußland mußte seine Flotte aus den Gewässern des Bosporus abrufen und sein Heer zurückziehen, doch wußte Kaiser Nikolaus trotzdem die Lage der Türkei für sich auszubeuten: er schloß mit dem
8. Juli 1833 Sultan den Defensivvertrag von Hunkiar Iskelessi, mit dem geheimen Versprechen der Pforte, den fremden Mächten die Meerenge der Dardanellen zu schließen. Der Einspruch der Westmächte blieb erfolglos.

Zweiter Krieg in Syrien

Sultan Mahmud aber war nicht gewillt, den Übermut seines Vasallen zu ertragen, zumal dieser sich anschickte, die von ihm beherrschten Länder zu einer Erbmonarchie zu vereinigen. Nachdem er sein Heer mit Hilfe preußischer Instruktoren, unter ihnen Hellmuth von Moltke, einigermaßen wieder kriegstüchtig gemacht hatte, begann er 1839 von neuem den
24. Juni 1839 Krieg gegen Mehemed Ali, wurde aber bei Nisib am Euphrat von Ibrahim entscheidend geschlagen. Moltke und die preußischen Offiziere hatten von der Schlacht abgeraten und, da man ihrem Rate nicht folgen wollte, einige Tage vor der Schlacht ihre Aufgabe als erledigt erklärt. Noch ehe die Nachricht von dieser neuen Niederlage in Konstantinopel anlangte,
1. Juli 1839 war Mahmud gestorben, und sein erst 16jähriger Nachfolger Abdul

Abdul Medschid 1839–1861

Medschid stand wehrlos den Plänen Mehemed Alis gegenüber. Da mischten sich wiederum die europäischen Mächte ein, aber bei diesen Vermittlungsversuchen trennte sich Frankreich unter dem Ministerium Thiers (§ 137) von ihnen und neigte einem Bündnis mit Mehemed Ali zu. Louis Philipp glaubte dem französischen Nationalstolz durch ein solches Bündnis, das Ägypten in eine Art Klientelverhältnis zu Frankreich

gebracht haben würde, zu schmeicheln; zugleich aber hoffte er sich dadurch an Kaiser Nikolaus für die ihm von demselben seit seiner Thronbesteigung bewiesene verächtliche Behandlung rächen zu können. Er erreichte aber nichts anderes, als daß das „herzliche Einvernehmen" mit England sich löste, England sich Rußland näherte, und diese beiden Mächte nach wechselvollen, intriguenreichen Verhandlungen auf einer Konferenz in London mit Österreich und Preußen eine Quadrupelallianz zum Schutze der Türkei abschlossen: der Status quo der Türkei sollte erhalten und Mehemed Ali zur Zurückgabe Syriens gezwungen werden. Vorher hatte der Sultan die Forderungen der Mächte, vor allem Englands, nach zeitgemäßen Reformen durch den Hattischerif (Kabinettsorder) von Gülhane zu befriedigen gewußt: in ihm wurde Reform der Rechtspflege, Besteuerung, Gesetzgebung nach europäischem Vorbilde versprochen, Gleichstellung aller Untertanen, Sicherheit des Lebens und Eigentums, Abschaffung der Monopole, und was dergleichen schöne Dinge mehr waren, durch die die Pforte von nun an in trügerischem Spiele die Einmischungen der fremden Mächte in ihre verrotteten inneren Angelegenheiten fernzuhalten suchte. In England tat der „Theatercoup", wie man diese Reform spottend nannte, seine volle Wirkung. In Frankreich aber geriet die ganze Nation wegen der erlittenen Niederlage in eine unbeschreibliche Aufregung, die sich jedoch mehr gegen Deutschland richtete als gegen England. Doch wurde das Kriegsgeschrei der Franzosen und ihr lautes Begehren nach der Rheingrenze rasch still, als sich im deutschen Volke eine einmütige nationale Begeisterung regte (§ 130). In der ägyptischen Angelegenheit aber glaubten Louis Philipp und sein Minister Thiers bei der kriegdrohenden Haltung verharren zu müssen, in der Meinung, daß die Kriegsmacht und Widerstandskraft des Vizekönigs von Ägypten bedeutender wären, als sie sich in Wirklichkeit erwiesen. Denn als nun im Namen der vier verbündeten Mächte die Engländer Beirut bombardierten und Alexandria mit einer Einschließung bedrohten, da willigte Mehemed Ali in die von den Mächten vorgelegten Friedensbedingungen ein, worin ihm und seinen Nachkommen Ägypten mit Nubien als erbliche Statthalterschaft gegen Entrichtung eines Tributs an die Pforte zugesichert, dagegen die Abtretung von Syrien und Kreta und die Zurückgabe der Flotte auferlegt wurde, die ihm der türkische Großadmiral verräterisch überliefert hatte.

Sonderstellung Frankreichs

Quadrupelallianz 11. Juli 1840

3. Nov. 1839

1841

Nun mußte auch Louis Philipp, trotz der immer lauterwerdenden kriegerischen Kundgebungen der Franzosen, einlenken; Thiers wurde entlassen, und das Ministerium Soult-Guizot (§ 138) erhielt die Aufgabe, die Zerwürfnisse im Orient ohne Schädigung der Ehre und der politischen Machtstellung Frankreichs beizulegen. Diese Aufgabe wurde der Regierung erleichtert sowohl durch die Kammermehrheit, deren Interesse auf Erhaltung des Friedens hinwies, als durch das britische Kabinett, Österreich und die deutschen Staaten, welche nicht wünschten, daß Frankreich aus der Reihe der vermittelnden Großmächte ausgestrichen, Rußlands Protektorat aber über die Türkei verstärkt würde. So kam denn in London der „Dardanellenvertrag" zwischen den fünf europäischen Großmächten und der Türkei zustande, nach welchem die Dardanellen und der Bosporus für die Kriegsschiffe aller Nationen geschlossen, dagegen das Rote Meer und der Persische Golf der freien Schiffahrt geöffnet werden sollten. Das Gebiet und die Unabhängigkeit des Ottomanischen Reiches wurden ge-

29. Okt. 1840

Dardanellenvertrag 13. Juli 1841

währleistet und die Pforte als europäische Macht anerkannt, unter der Voraussetzung, daß der Hattischerif von Gülhane ausgeführt und den christlichen Völkerschaften Syriens freie Religionsübung zugestanden werde. Guizot hielt mit der Zustimmung Frankreichs nur so lange zurück, als nötig war, um den Schein der Ehre zu retten. Aber in der Nation blieb das Gefühl haften, daß Frankreich die Wiederaufnahme in die europäische Staatengesellschaft durch einen wenig ehrenvollen Rückzug erkauft habe. Louis Philipps Thron wurde nicht fester durch diesen Ausgang der orientalischen Frage, während Rußland sich die Alleinherrschaft auf dem Schwarzen Meere gesichert hatte und Mehemed Ali für die dauernde Schwäche der Türkei sorgte.

Siebentes Kapitel.

Großbritannien.

§ 148. Englands innere Verhältnisse. Auch auf England blieb die Julirevolution nicht ohne Einwirkung. Zum Glück für das Land war der
26. Juni 1830 verächtliche und verhaßte (§ 116) Georg IV. gestorben, und sein beliebter
1830—1837 Bruder Wilhelm IV. (der „Matrosenkönig", so genannt wegen seiner volkstümlichen Geradheit) hatte den Thron bestiegen.

Parlamentsreform
1. März 1831 Die ersten Wahlen seiner Regierung brachten ein Whigministerium mit dem Grafen Grey an der Spitze, und unter ihm legte Lord John Russel seine Parlamentsreform-Bill dem Unterhause wieder vor. Durch sie sollte den „verrotteten Flecken" (§ 116) das bisherige Wahlrecht entrissen, die Parlamentswahlen den veränderten Verhältnissen entsprechend neu geordnet und das Einkommen (der Zensus) für die Wahlberechtigung ermäßigt werden. Diese Reformbill stieß auf den hartnäckigsten Widerstand der Aristokratie, selbst ein Robert Peel fürchtete Gefahr für Altengland. Der Antrag wurde wiederholt verworfen; das Parlament wurde darüber aufgelöst, das Ministerium gewechselt, aber die entschiedene Haltung der Opposition erzwang nach langem Kampfe die
7. Juni 1832 Parlamentsreform. An Stelle von 56 verrotteten Flecken erhielten 42 bisher nicht vertretene Städte das Wahlrecht; es wurde zu der Gesamtzahl der im Jahre 1820 wahlberechtigten 400 000 (auf 22 000 000 Einwohner) etwa eine halbe Million hinzugefügt. An Mitgliedern sandte England 471, Wales 29, Schottland 53, Irland 105 in das Unterhaus. Für dieses nicht der Einwohnerzahl entsprechende Verhältnis war nicht die Kopfzahl maßgebend, sondern die Wählbarkeit wurde von einem Zensus abhängig gemacht: 300 Pfd. St. reines Jahreseinkommen für die Vertreter der Flecken und Städte (für burgesses), 600 Pfd. St. für Grafschaftsvertreter (knights of the shire). Das aktive Wahlrecht war an eine Menge von Bedingungen geknüpft; im allgemeinen wurde jeder 21jährige männliche Brite wahlberechtigt (qualified), der bis zu einer gewissen Minimalgrenze Eigentum hatte. Diese Parlamentsreform öffnete den mittleren Klassen den Weg in das Parlament, und der Schwerpunkt der Verfassung wurde so immer mehr in das Unterhaus verlegt, sie zersetzte aber auch die bisherigen Parteien der Whigs und Tories; die gemäßigten Mitglieder der letzteren folgten dem Beispiel ihres Führers Robert Peel und stellten sich offen und ehrlich auf den Boden der Reform, und statt der bisherigen Parteinamen erscheinen nunmehr die Bezeichnungen der Liberalen und Konservativen. Dagegen blieben die geringeren Klassen dem Parlamente fern, einmal, weil die Mitglieder des Unterhauses keine Tagegelder (Diäten) erhielten, dann aber, weil die Wahlkosten für einen Kandidaten außerordentlich hohe waren und das englische Volk

sich als seine Stellvertreter nur Gentlemen, unabhängige, gebildete, angesehene Männer vorstellen kann.

Chartisten

In diesen niederen, von schwerer Not und Armut gedrückten Volksklassen erstand den Siegern bald eine neue Opposition, die eine völlige Demokratisierung des Unterhauses anstrebte. Diese Radikalen, deren Führer bis zum Jahre 1835 Cobbet (§ 116) war, verbanden mit den politischen Reformen auch soziale und legten ihre Grundsätze in einer Volkscharte nieder, welche die arbeitenden Klassen in stand setzen sollte, durch Einwirkung auf die Gesetzgebung ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Davon erhielten sie den Namen Chartisten; ihre einflußreichsten Führer waren der später in Geisteskrankheit verfallene Advokat Feargus O'Connor, ein Ire, und der talentvolle, in Deutschland erzogene Ernest Jones. Doch trat diese innere soziale Bewegung erst nach dem Tode Wilhelms IV., als sich die Industrie stärker entwickelte, hervor.

Peel

Unter dem zweiten Whigministerium — Peel war 14. November 1834 von dem König mit dem Vorsitz des Ministeriums betraut worden, hatte aber nach wiederholten Niederlagen im Unterhause am 8. April 1835 seinen Rücktritt erklärt —, in dem Lord John Russel und Lord Palmerston die bedeutendsten Männer waren, wurde die Parlamentsreform durch eine Munizipalbill ergänzt, welche die städtische Verwaltung in England und Wales in bessere Ordnung brachte, indem sie eine neue Städteordnung sowie eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Gemeindevertretung schuf. Das Stadtregiment wurde unter volkstümliche Kontrolle gestellt und die Verwaltung des Vermögens sowie die Wahl der Beamten in die Hand der Bürger gelegt.

John Russel Palmerston

Munizipalbill 19. Sept. 1835

Sklavenbefreiung

Die größte Tat der neuen Männer, welche durch die Parlamentsreform zur Leitung des Staates und der Gesetzgebung berufen wurden, war die Sklavenbefreiung in den englischen Kolonien Westindiens; sie war vor allem ein Verdienst der edlen Menschenfreunde Wilberforce, Buxton u. a. m. Mit großen Entschädigungskosten für die Pflanzer setzte England in diesen Kolonien die Skaven in Freiheit und suchte seitdem auch die anderen Nationen zu einem ähnlichen Schritte zu bewegen und den Sklavenhandel gänzlich zu unterdrücken. Aus ähnlichem Geiste ging auch das Gesetz über die Verwendung von Kindern in Fabriken hervor, das für Unerwachsene Abkürzung der Arbeitszeit festsetzte und staatliche Fabrikinspektoren anstellte, um das Arbeiterproletariat vor Mißbräuchen zu schützen. Auch auf dem Gebiete der Armenverwaltung wurden von der Regierung Reformen vorgenommen; ebenso wurden die Gefängnisse und Strafanstalten verbessert, Rettungshäuser für die verwahrloste Jugend gegründet; auch suchte man die Sträflinge durch Unterricht und Arbeit zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen.

Fabrikarbeitergesetz 1. Jan. 1834

Armenbill 14. Aug. 1834

Vor den auswärtigen Angelegenheiten (§ 144. 147) und dem Einfluß des Thronwechsels, der die jugendliche Prinzessin Viktoria zur Regierung brachte, trat die Bedeutung dieser inneren sozialen Bewegung zunächst zurück. Dann wurde die Ehe der Königin mit dem Prinzen Albert von Sachsen-Koburg dem englischen Volke ein leuchtendes Vorbild einer glücklichen Häuslichkeit; zugleich machten die Entwicklung des Wohlstandes und der geistigen Regsamkeit aber Fortschritte auf allen Gebieten.

Viktoria 1837—1901

10. Febr. 1840

In dem Verkehrsleben wurde durch die von Rowland Hill eingeführte Herabsetzung des Briefportos mittelst der Penny-Post eine tief einschneidende Reform geschaffen, die mit der Zeit auch in den übrigen Staaten Europas Eingang fand. Nach dem Sturze des Whigministeriums übernahm Robert Peel wieder die Leitung, und unter ihm begannen die sozialen Fragen stärker hervorzutreten. Die Gründung des Konsumvereins der Pioniere von Rochdale zeigte den Weg der genossenschaftlichen Bestrebungen, die dann von der größten Bedeutung für das ganze soziale Leben des 19. Jahrhunderts geworden sind. Ungefähr ein Dutzend armer Flanellweber zu Rochdale

Briefporto 1840

1841—1846

1843 Genossenschaftswesen

verpflichteten sich zu wöchentlichen Einzahlungen von 2 Pence und verfolgten den Zweck und die Absicht, „Einrichtungen für das materielle Wohl und die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder zu treffen"; sie verteilten den Reingewinn nicht mehr wie früher nach den Geschäftsanteilen, sondern nach Einkäufen und wurden dadurch bahnbrechend für die spätere Entwicklung des Genossenschaftswesens. Zugleich begann der Kattundrucker Richard

Freihandel 1804—1865

Cobden, ein Schüler Adam Smith's, von Manchester aus (Manchesterschule) die Bewegung für den Freihandel. Peel, welcher sich mehr und mehr von den engherzigen Ansichten der Hochtories befreit hatte, brachte zunächst

Einkommensteuer 1842

durch eine hauptsächlich die Wohlhabenden treffende Einkommensteuer von drei Prozent das Staatsbudget ins Gleichgewicht, dann ermäßigte er, von der

Kornzollgesetz 1842

Richtigkeit der Forderungen Cobdens durchdrungen, die Kornzölle, bis es endlich der Anti-Kornzesetz-Agitation gelang, den Kornhandel vollständig freizumachen. Auch der Handel, der Nerv des englischen Volkes, erhielt durch die Bewegung des Freihandels einen neuen Schwung: das bisherige Zollsystem wurde geändert und die alten, lästigen Schiffahrtsakte beseitigt. Nach der

1846

Durchbringung des Kornzollgesetzes trat Robert Peel zurück, und ein Whigministerium unter John Russel übernahm wieder die Leitung der englischen Angelegenheiten; sein bedeutendstes Mitglied war Lord Palmerston. Unter diesem wurde auch der Gesetzesantrag auf Zulassung der Juden in das Parlament ohne die christliche Eidesleistung, der lange von dem hochkirchlichen Oberhause hartnäckig bekämpft war, endlich, wenn auch noch in einer beschränkenden Form angenommen. Dagegen gelang es nicht, die irischen Verhältnisse zu bessern.

§ 149. Irische Zustände. Seitdem die Emanzipation der Katholiken dem irischen Volke gestattete, Stimmführer seines eigenen Bluts und Glaubens ins englische Parlament zu schicken, verhallten seine Klagen nicht mehr so er-

1775—1847

folglos wie früher, besonders als Daniel O'Connel, (§ 116) der mit einem „Schweif" von vierzig und mehr gleichgesinnten Irländern ins Parlament ein-

Repealbewegung

zog, den Klagen durch die Drohung eines Widerrufs der Union von 1801 (Repeal), d. h. einer Trennung Irlands von der Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit der „Sachsen", Nachdruck verschaffte. Die trotz der zahlreichen Auswanderung nach Amerika zunehmende Verarmung der Bevölkerung erheischte dringend die Beseitigung von Mißständen. Bei der Reizbarkeit der Irländer fiel es einem so hochbegabten Manne wie O'Connel nicht schwer, das Land in steter Gärung zu halten und durch das Losungswort Repeal die ganze Kraft des Volks nach einem Ziel zu lenken. Überall bildeten sich Repealvereine, die katholische Geistlichkeit stand in O'Connels Dienst, sein Wort gebot über Irland, aber vorsichtig und gewandt mißbrauchte er nie seine Gewalt zu ungesetzlichen Schritten, die ihm hätten verderblich werden können; gehaßt und gefürchtet von den Engländern als der „große Agitator" Irlands, hielt er das in Bewegung gebrachte Volk doch stets in den Schranken des Gesetzes, wenngleich die von ihm veranstalteten Riesenversammlungen (Monster Meetings) bisweilen von hunderttausend Menschen besucht waren.

Aufhebung des an die anglikanische Geistlichkeit in Irland zu entrichtenden Zehnten war die erste Forderung des irischen Volkes nach der Reformbill. Als man im englischen Parlament den Bitten der Irländer nicht Rechnung trug, weigerten die Pächter den Zehnten, und als die Engländer Gewalt anwendeten, setzten sie ihnen Gewalt entgegen. Scharen bewaffneter Banden, von einem Abzeichen, das sie trugen, Weißfüße genannt, durchzogen das Land, ihren Weg mit Blut und Brand bezeichnend. Zwei Gesetzesvorschläge,

Irische Gesetzgebung 1833

die irische Kirchenbill und die irische Zwangsbill, schienen dem englischen Ministerium die geeigneten Maßregeln zur Herstellung der Ruhe; die erstere hob die Kirchenabgaben auf, verminderte die Zahl der anglikanischen Bistümer und Pfründen, übertrug den Zehnten vom Pächter mit einer Ermäßigung

auf den Grundbesitzer und wollte (durch die sogenannte Appropriationsklausel) die dadurch gewonnenen Überschüsse als Staatsgut zur Unterhaltung der Kirchen, dann aber auch zu nichtkirchlichen Zwecken, namentlich zur Errichtung von Schulen für Katholiken wie für Protestanten, verwendet wissen; die zweite ermächtigte den Lordstatthalter, alle Versammlungen und Vereine, die er der öffentlichen Ruhe für nachteilig erachte, zu unterdrücken und jeden aufrührerischen Distrikt unter das Kriegsrecht zu stellen. Beide Vorschläge fanden heftigen Widerstand, jener an der hochkirchlichen Partei, welche die Verwendung des Kirchenguts zu nichtkirchlichen Zwecken als einen Raub am Altare bezeichnete und sich der Appropriationsklausel mit solcher Macht widersetzte, daß man diesen Zusatz von der Kirchenbill zu trennen beschloß, der andere an O'Connel, der ihn eine „Saat von Drachenzähnen" nannte, aus welcher bewaffnete Männer hervorgehen würden. Dennoch wurde die Bill angenommen und das Zwangsgesetz zunächst auf zwei Jahre eingeführt und dann von Zeit zu Zeit wiederholt. Während dann die Whigs darauf bedacht waren, die zwischen den Irländern und Briten bestehende nationale und kirchliche Feindschaft zu mildern, stifteten die Tories und die Eiferer für anglikanisches Kirchentum die sogenannten Orangelogen, nach dem Namen Wilhelms von Oranien, die die Hebung des protestantischen Übergewichts in Irland zum Zweck hatten. Diese mit jedem Jahre zunehmenden Orangistenverbindungen erreichten zuletzt eine solche Macht, daß das Parlament gegen sie einschreiten mußte. Alle Versuche der englischen Liberalen und namentlich des humanen Lord-Statthalters Mulgrave (Marquis von Normanby), Irland von dem Joch, das die religiöse Unduldsamkeit einer harten, verfolgungssüchtigen Zeit dem Volke aufgeladen hatte, zu befreien, scheiterten einesteils an der Indolenz der Irländer selbst, anderenteils an der kirchlichen und aristokratischen Engherzigkeit der Tories Die Zehntenbill konnte nur nach Aufhebung der Appropriationsklausel durchgesetzt werden, und die von den Whigs beantragte liberale Gemeindeordnung (Munizipalreformbill), die, nach den Grundsätzen der im J. 1835 in England eingeführten Städteordnung (§ 145) entworfen, mit den entsprechenden Modifikationen auch in Irland in Anwendung kommen sollte, wurde von dem Oberhause so verstümmelt zurückgeschickt, daß die Regierung das ganze Gesetz fallen ließ. So blieb, als König Wilhelm 1837 starb, die irische Frage ungelöst. Orangisten 1836

Da die Hoffnungen des katholischen Irland auch unter der neuen Regierung sich nicht erfüllten, so erneuerte O'Connel seine Repealbewegungen; die Pächter verweigerten Zins und Abgaben, bewaffnete Scharen durchzogen abermals die grüne Insel und trugen Mord und Brand in die Landgüter und Schlösser der Reichen, die ihre Einkünfte größtenteils außerhalb Irlands verzehrten. Alle Mittel, welche die Tories in Anwendung brachten (Erneuerung der Zwangsbill, Verbot der Volksversammlungen, Anklage und kurze Verhaftung des „Agitators") waren nicht imstande, mehr als eine vorübergehende Stille zu erzeugen: es half nichts, daß England bei der großen Hungersnot, die infolge der Mißernte im Jahre 1846 eintrat, öffentlich und durch Privatmildtätigkeit die größten Opfer brachte, — die Irländer, die in den Engländern die Urheber ihrer Armut und ihres Elends erblickten, sprachen diese Mildtätigkeit als Pflicht an und setzten ihre Repealbewegungen fort. Der Tod des großen Agitators raubte zwar diesen Bewegungen Nerv und Halt, allein, die französische Februarrevolution warf einen Feuerbrand in die entzündliche Masse und erzeugte einen Zustand von Gesetzlosigkeit, der endlich in einen revolutionären Aufstand überging (§ 156). 1847

§ 150. Erfolge außerhalb Europas. Nach außen befolgte England eine glückliche und großartige Politik, für welche die mächtige Entwicklung des Handels und der Industrie vor allem mitbestimmend war. Um sich den Absatz in allen Weltteilen zu sichern, den Weltmarkt sich und seinen vielen Kolonien offenzuhalten, mußte es für den Weltfrieden sorgen,

ohne dabei doch von der rücksichtslosen englischen Weise, die nur das Interesse des eigenen Landes kennt, abzulassen, und hin und wieder, wie in China, den Schwächeren mit Füßen zu treten. In Asien begann in Afghanistan die russisch-englische Frage ihre Schatten vorauszuwerfen, und deshalb wurde die Annäherung Frankreichs, das „herzliche Einvernehmen" gern gesehen, das aber durch die Ereignisse in Spanien und den türkisch-ägyptischen Krieg bald einen vollen Bruch erlitt (§ 144. 147).

Kanada

In Kanada, besonders in dem einst zu Frankreich gehörenden und größtenteils von Franzosen bewohnten Unterkanada, waren viele Beschwerden über Druck der Regierung, über Bevorzugung der englischen Ansiedler vor den altfranzösischen laut geworden und hatten, namentlich seitdem der talentvolle Papineau das Haupt der Oppositionspartei geworden war, eine große Aufregung erzeugt. Angestiftet von den Nordamerikanern, die diese
1837 nördlichen Staaten ihrer Union beizufügen wünschten, verlangten die Kanadier drei Punkte, die ihre Selbständigkeit sicherstellen sollten: Wählbarkeit des bisher von dem englischen Statthalter aus Beamten und Richtern ernannten Gesetzgebungsrats (Oberhauses), Ausdehnung des dem Hause der Gemeinen (Assembly) zustehenden Steuerbewilligungsrechts, Verantwortlichkeit des den Gouverneur umgebenden Verwaltungs-Rats gegenüber der gesetzgebenden Gewalt. Als diese Forderungen abgelehnt wurden, erfolgte von den untercanadischen Ständen eine Steuerverweigerung. Dazu brachen an verschiedenen Orten Aufstände aus, amerikanische Freiwillige erhöhten den Mut der Kinder der Freiheit (Independenten), Englands Herrschaft über Kanada schien zu wanken. Aber durch Klugheit und Tatkraft schlug die britische Regierung die drohende Bewegung nieder. Sie nährte die Nationaleifersucht der britischen Bevölkerung gegen die französische und erzeugte dadurch Spaltung unter den Kanadiern, sie nahm eine kriegerische Haltung gegen die
1837 Amerikaner an und schickte den tatkräftigen Lord Durham als Gouverneur mit diktatorischer Gewalt nach Kanada. Dieser stellte durch Kraft und Milde die Ordnung wieder her. In der Folge wurden Einleitungen getroffen, sämtliche britische Besitzungen in Nordamerika durch eine gemeinsame Repräsentativverfassung zu einem Staatsganzen zu vereinigen.

Ostindien

In Ostindien war es den Engländern durch kluge Einmischung in die Thronkämpfe der mohammedanischen Fürsten gelungen, ihr Gebiet über das rechte Indusufer auszudehnen und sich der wichtigen Handelsstädte Peschaur, Kabul, Ghasni, Kandahar u. a. durch Besatzungen
Afghanistan zu versichern: da glückte es dem russischen Einflusse, das streitbare Bergvolk der Afghanen
1840 zum Kampf gegen die Engländer zu reizen. In Kabul, Ghasni u. a. O. wurde die britische Besatzung vertrieben und unter der Anführung Dost Mohammeds und seines energischen Sohnes Akbar alles Land bis zum Indus mit wilder Kriegswut erfüllt; nur in Dschellabad
1841 hielt sich der tapfere General Sale durch die heldenmütigste Verteidigung. Afghanistan war unhaltbar, aber die beleidigte Nationalehre Englands forderte Rache; darum unternahm der
1842 Gouverneur Ellenborough einen neuen Feldzug. Istalif und Kabul gingen in Flammen auf, und alles Land der Afghanen vom Indusufer bis an den Hindukusch wurde mit Feuer und Schwert schwer heimgesucht. Dann verließen die britischen Heere Afghanistan, um ihre Waffen gegen nähere Feinde zu kehren. Sind, ein großes Land am südlichen Indus, dessen Emir mit den Afghanen verbunden gewesen war, wurde vom General Napier
1849 bekriegt und nach Eroberung der Hauptstadt Hyderabad dem englischen Gebiet angegliedert. Lord Ellenborough, dessen kriegerischer Sinn dem Handelsgeiste der ostindischen Kompanie nicht zusagte, wurde zwar auf deren Betreiben zurückgerufen und durch Sir W. Hardinge ersetzt, allein so friedfertig des letzteren Instruktionen waren, so konnte er doch einem hartnäckigen Kriege mit den Sikhs nicht ausweichen, einem Kriege, der nach vielen mörde-
Krieg gegen die Sikhs rischen Schlachten, wobei der tapfere Sale den Heldentod starb, mit dem Siege der britischen Waffen endigte. Die Sikhs, in ihrer kriegerischen Macht gebrochen und von einem lasterhaften Weib (Rani) regiert, mußten sich den Frieden von Lahore gefallen lassen, der
1846 die Selbständigkeit ihres Reichs vernichtete. Zwei Fürsten regierten seitdem Lahore nebst dem reizenden Tale von Kaschmir unter der Oberhoheit der ostindischen Kompagnie. Umsonst versuchten die Unterworfenen zwei Jahre später noch einmal das Glück der Waffen,
1848—1849 nach einem wechselvollen Kriege wurden sie von General Gough abermals besiegt, worauf der neue Gouverneur Lord Dalhousie dem Reiche der Sikhs ein Ende machte. Die unermeßlichen Schätze des alten Herrschers Rundschid Sing wurden die Beute der Engländer. Darunter befand sich der größte Diamant Kohinur (Lichtberg), welcher, nachdem er in der
1851 großen Londoner Ausstellung (§ 366) geprangt hatte, dem britischen Kronschatz übergeben wurde. Die innere Zwietracht zwischen Mohammedanern und Hindu, der Neid und die Feindschaften

der eingebornen Fürsten untereinander und der Haß der gedrückten Völker gegen die einheimischen Despoten erleichterten den Engländern die Ausbreitung ihrer Herrschaft. Im Jahre 1856 entsetzte Dalhousie den König von Audh, der in Lahore seine Residenz hatte, des Thrones und fügte das Reich den britischen Besitzungen bei.

Auch über einen Teil Hinterindiens wurde die britische Herrschaft ausgedehnt durch den im Jahre 1825 begonnenen Krieg mit den Birmanen. Schon im nächsten Jahr wurden die Birmanen durch Campbell und Sale, welche von Rangun aus den Irawaddy aufwärts zogen und die Hauptstadt Ava bedrohten, genötigt, die Landschaften Arakan und Assam abzutreten. Im Jahre 1852, als die parteiische Rechtspflege der Engländer einen neuen Aufstand hervorrief, fiel auch Pegu samt dem Küstenreich in die Gewalt der europäischen Großmacht. Birma 1826

Nicht minder wichtig und erfolgreich für die Ausbreitung der englischen Herrschaft und des englischen Handels war der Krieg mit China. Zwischen den Chinesen und der Ostindischen Kompanie bestanden alte Handelsverbindungen, die von Canton und Macao aus unter Vermittlung der chinesischen Hong-Kaufleute (Mäkler) unterhalten wurden. Solange die Ostindische Kompanie unbedingt in den östlichen Meeren herrschte, kamen nur selten einige Störungen der Handelsverhältnisse vor, indem die klugen Kaufleute dem kindischen Hochmut und Nationaldünkel der Chinesen, die auf die fremden „rotborstigen Barbaren" mit Verachtung herabsahen, nicht schroff entgegentraten. Als aber die englische Regierung den ostindischen Handel unter ihre eigene Leitung nahm und dadurch zu dem Beherrscher des „himmlischen Reichs" in eine veränderte völkerrechtliche Beziehung trat, führten Handelskonflikte einen mehrjährigen Krieg zwischen den beiden Reichen herbei, der eine Erschließung des chinesischen Weltreichs für den europäischen Verkehr zur Folge hatte. China

Im Jahre 1836 erließ die chinesische Regierung, besorgt über die gefährliche Wirkung der wachsenden Opiumkonsumtion, ein strenges Verbot gegen den Verbrauch und Verkauf des Opiums, eine Maßregel, welche dem Handel der Engländer, die aus der Einführung dieses Artikels unermeßliche Summen zogen, schwere Wunden schlug. Infolge dieses Verbots verlangte der chinesische Gouverneur Lin die Auslieferung alles in Canton vorrätigen Opiums und ließ 28000 Kisten Opium im Werte von vier Millionen Pfd. St. vernichten. Dies war der Anfang der Feindseligkeiten. Die britische Flotte befuhr die chinesischen Gewässer, um den Forderungen der Handelsherren auf Entschädigung Nachdruck zu geben. Da aber der Krieg aus Rücksicht für den Teehandel, der dadurch eine Störung erleiden konnte, von den Engländern anfangs kraftlos geführt wurde, so suchte die kaiserliche Regierung von Peking die feindliche Macht hinzuhalten, indem sie stets über Friedensbedingungen unterhandeln, aber nie abschließen ließ. Endlich erkannten die Engländer ihre fehlerhafte Politik und schritten zu tatkräftigen Maßregeln. Sie besetzten die Insel Tschusan und bedrohten die wichtige Stadt Nanking. Dies brach den Widerstand der Chinesen. Es kam ein Friede zustande, welcher den Engländern fünf chinesische Häfen eröffnete, 22 Millionen Dollars zusprach und die Insel Hong-Kong überließ. Der Opiumhandel bestand fort. Opiumkrieg 1839—1842 1839 11. Aug. 1842

Achtes Kapitel.

Rußland.

§ 151. Russische Zustände unter Nikolaus I. Erst nach Bewältigung einer Militärrevolution, deren Urheber teils auf dem Schafott starben, teils in Sibiriens Bergwerken schmachten mußten, gelangte Kaiser Nikolaus I. zum ruhigen Besitze des Thrones und regierte nun als vollendeter Autokrat. Nikolaus I. 1825—1855

Die auch in Rußland verbreiteten Ideen der französischen Revolution richteten bei dem politisch unreifen Volke nur Verwirrung an. Geheime Gesellschaften bildeten sich besonders unter den jüngeren Offizieren, ein nördlicher Bund in Petersburg, ein südlicher in der Festung Tultschin. Die Unklarheit über die Thronfolge beim Tode Alexanders wurde dadurch hervorgerufen, daß Konstantin wegen unebenbürtiger Heirat auf den Thron verzichtet hatte, ohne daß dies Nikolaus wußte und sich daher nicht zur Thronfolge berufen glaubte; dies schien den Verschworenen die beste Gelegenheit, die Revolution zu beginnen. In Petersburg meuterte das moskauische Garderegiment, andere Garde- Dekabristenaufstand 26. Dez. 1826

truppen schlossen sich an. Nach vergeblichen Beschwichtigungsversuchen ließ der Zar mit Kartätschen in die Meuterer feuern, die in jäher Flucht auseinanderstoben. Die Teilnehmer der Bünde von Petersburg und Tultschin, die „Dekabristen" (vom Monat Dezember sogenannt) wurden hart bestraft, die meuterischen Truppen nach dem Kaukasus gesandt.

Innere Zustände

Mit derselben Entschlossenheit, Kraft und Energie, womit Nikolaus I. dieser Verschwörung Meister geworden war, führte er seitdem die Zügel der Herrschaft. Die liberalen Grundsätze Alexanders, welcher der Presse eine freie Bewegung gestattet, die Fesseln der Leibeigenschaft, soviel er vermochte, zu lösen gesucht und feierlich erklärt hatte: „Die freisinnigen Prinzipien allein können das Glück der Völker begründen," fanden keine Gnade vor den Augen des neuen Machthabers, der den Absolutismus in seiner vollendetsten Gestalt zu seinem ausschließlichen Regierungsprinzip erhob. Der Cäsaropapismus, seit Peter dem Großen der Grundgedanke des russischen Kaisertums, wurde von Nikolaus mit aller Konsequenz durchgeführt. Als Oberhaupt der Kirche ging sein Bestreben dahin, zunächst „innerhalb des Reiches eine Propaganda der Orthodoxie zu organisieren, alle abweichenden Elemente mehr und mehr in der Staatskirche aufgehen zu lassen", und sodann: „alle außerhalb Rußlands befindlichen Elemente der griechisch-orthodoxen Kirche an das weltliche Oberhaupt derselben in Rußland, also an den Zaren zu ketten". Als Oberhaupt des Staates war der Kaiser die Quelle aller Macht und Gesetzgebung; die Zivil-, Justiz- und Militärbeamten waren kaiserliche Diener, die nur die höheren Befehle vollzogen, sich aber für die Knechtschaft, in der sie dienten, durch grenzenlosen Betrug, Unterschleif und Bestechlichkeit schadlos zu halten suchten. Der Adel war im Besitze großer Güter, blieb aber dem Kaiser gegenüber ebenso rechtlos wie der leibeigene Bauer gegenüber dem Edelmann; ja, es war stets klugberechnete Politik, den Adel durch die Furcht vor den Leibeigenen in Gehorsam zu halten; deshalb durften alle Erleichterungen, die das Los der Leibeigenschaft nach und nach milderten, nur vom Thron ausgehen, damit sie als Ausfluß der kaiserlichen Gnade erschienen, und damit es nicht in der Macht eines Edelmanns stehe, sich durch Humanität die Liebe seiner leibeigenen Untertanen zu erwerben. Die Todesstrafe war dem Namen nach abgeschafft, aber entehrende, unmenschliche, das Leben vernichtende Strafen sicherten den kaiserlichen Befehlen (Ukasen) und Gesetzen Gehorsam; die Knute des Zuchtmeisters und lebenslänglicher Soldatendienst hielten jede Widerspenstigkeit nieder. Dieser Soldatendienst, wozu der Leibeigene auf zwanzig und mehr Jahre ausgehoben wurde, war ein die Zuchthausstrafe zivilisierter Länder an Härte übertreffendes Los. — In die Lehmhütte des Leibeigenen drang kaum ein Strahl von Zivilisation; in einem Zustand von Sklaverei und blindem Aberglauben brachte er unter Schmutz und stumpfer Gewöhnung sein düsteres, freudenleeres Dasein hin. Die höheren Klassen des Volks eigneten sich allerdings den äußeren Anstrich der Kultur an, die wahre Bildung aber blieb dem größten Teile fremd.

Die russische Politik hatte zum Zweck: Erweiterung der Macht und Herrschaft nach außen, Einförmigkeit im Innern. In Polen wurden deshalb seit dem organischen Statut (§ 123) alle Mittel angewendet, um die Nationalsitten, die Religion der Vorfahren, die polnische Sprache, Literatur und Geschichte in Vergessenheit zu bringen; den unierten Polen, die sich mit Beibehaltung ihrer alten Kirchenverfassung mit der römischen Kirche wieder vereinigt hatten, suchte man den katholischen Glauben zu rauben; den Juden verbot man die Nationaltracht und die Bärte. Ähnlich verfuhr man mit den Ostseeprovinzen: den evangelischen Bauer bestrebte man sich durch trügerische Versprechungen, durch Geld und persönliche Vorteile zur griechisch-katholischen Kirche zu locken, und bei Mischehen duldete man nur griechisch-katholische Kindererziehung; auf den Universitäten Dorpat und Wilna, auf den Schulanstalten wurde die russische Sprache und mit ihr der militärisch-russische Organismus immer fester begründet und die ein-

Polen

Ostseeprovinzen

heimische Literatur, Lehrweise und Wissenschaft verdrängt. Alle Einrichtungen wurden nach einer Form getroffen; das ganze geistige und religiöse Leben sollte sich in gleicher Richtung bewegen; eine militärische Uniformität mit soldatischer Unterordnung und Zucht sollte allenthalben herrschend sein.

§ 152. Äußeres. In der äußeren Politik war der Kaiser Nikolaus bestrebt, die russische Macht zu verstärken, wie seine Haltung in der orientalischen Frage es schon gezeigt hat (§§ 114. 146. 147). Die deutschen Fürsten wußte er durch Ehebündnisse an sich zu ketten; Preußen ließ sich wiederholt zu einer der öffentlichen Meinung sehr widerstrebenden Folgsamkeit bewegen. Dies zeigte sich zum Beispiel in der Krakauer Angelegenheit. Seitdem das Königreich Polen den russischen Waffen erlegen war (§ 123), richtete sich die Hoffnung der Emigranten auf Krakau, das, als Freistaat (§ 71) unter den Schutz Rußlands, Österreichs und Preußens gestellt, mit seinen altpolnischen Königsgräbern und nationalen Erinnerungen einen mächtigen Zauber auf die Flüchtlinge ausübte. Es wurden daher von der polnischen Propaganda mehrere Versuche gemacht, durch Verschwörung sich der Stadt zu bemächtigen und sie als Mittelpunkt einer Revolution zur Wiederbelebung des alten Polenreichs zu gebrauchen. Das erste Unternehmen der Art hatte eine vorübergehende Besetzung des Freistaats durch die Schutzmächte zur Folge; als aber zehn Jahre später der Versuch wiederholt wurde, besetzten russische und österreichische Truppen Krakau; auch Preußen beteiligte sich auf Wunsch Rußlands an der Niederwerfung des Aufstandes und willigte trotz der in Europa sich erhebenden Empörung über diese Vorgänge in die Einverleibung des Freistaats in die österreichische Monarchie. Ein gleichzeitiger Plan der polnischen Propaganda, Galizien zum Abfall von Österreich zu bringen, scheiterte an dem Hasse der ruthenischen Bauern gegen die Gutsherren. Statt dem Rufe des Adels zu folgen, fielen die Leibeigenen mit Dreschflegeln und Sensen über ihre Dränger her und erschlugen sie massenweise. Eine weitverzweigte Verschwörung in Posen wurde durch Verrat und durch die Wachsamkeit der preußischen Regierung im Keime erstickt.

Krakau

1836

1846

Gleichzeitig mit dem Eingreifen Rußlands in den griechischen Freiheitskrieg (§ 114) hatte es auch am Kaukasus Fortschritte gemacht. Es hatte von der Türkei im Frieden von Adrianopel die Stadt Achalzik gewonnen und dem Schah von Persien die Stadt Eriwan entrissen. Ein langer Krieg begann nun gegen die streitbaren Bergbewohner des Kaukasus, die ihre Freiheit mit wunderbarer Ausdauer verteidigten. Noch zwei Jahrzehnte versuchten die Russen vergebens, das ritterliche Räubervolk der in verschiedene Stämme gespaltenen, unter patriarchalisch-feudalen Einrichtungen lebenden und größtenteils der Lehre Mohammeds folgenden Tscherkessen zur Unterwerfung zu bringen. Streitbare Fürsten, unter denen Schamyl (wie Abd-el-Kadér [§ 138] Priester und Stammhäuptling) sich den größten Namen erwarb, trotzten lange der russischen Militärmacht.

1839—1859

In den Gebirgen des Kaukasus wohnten Völker verschiedenen Ursprungs: Tscherkessen, die für Ureinwohner des Landes galten, Tschetschenzen, Nachkommen der Albanen, Lesghier, deren Abstammung auf die Hunnen zurückgeführt wird, und andere mehr. Alle diese Stämme waren tapfer und freiheitsliebend und führten ein Hirten- oder Jägerleben, am liebsten waren sie auf Räuberzügen. Rußland hatte schon seit Katharina II. im Kaukasus, der als Übergangsland nach Asien für die asiatische Politik des Zarenreiches von hoher Bedeutung war, Eroberungen gemacht. 1785 war am Ausflusse des Terek aus dem Gebirge als Operationsbasis für weitere Eroberungen eine Festung angelegt worden, die den bezeich-

Kämpfe im Kaukasus

nenden Namen Wladikawkas, Herrin des Kaukasus, erhielt. Auf den Frieden von Adrianopel (§ 114) sich stützend, in dem Rußland den ganzen Küstenstrich, der von der Mündung des Kuban nördlich bis zur südlichen Grenze von Imeretsi reicht, erhalten hatte, erhob es nun Ansprüche auf das Binnenland bis zur Küste des Kaspischen Meeres, obwohl die Türkei diese Gebiete niemals besessen hatte. Da brach im Osten, in Daghistan, der Aufstand unter
1831 der mohammedanischen Bevölkerung der Tschetschenzen und Lesghier aus, Schiiten und Sunniten einigten sich zum heiligen Kriege gegen die Giaurs, die Russen. Ein Murschid (Priester, Prophet) Kasi-Mollah stand an der Spitze der Mohammedaner, er wurde bei der Eroberung seines festen Heimatsdorfes Himry getötet. An seine Stelle trat 1834 Schamyl. Eines Hirten Sohn, war er durch seinen Lehrer Dschelal-Eddin in die mohammedanische Lehre von der Verzückung eingeweiht worden, durch die man in den unmittelbaren Verkehr mit Allah treten zu können glaubte. So war er ein begeisterter Murschid geworden, der seinen Stammesgenossen wie ein göttlicher Held erschien. Von den Engländern erhielten die Tscherkessen Waffen und Munition, und der damals im Kaukasus weilende englische Gesandtschaftssekretär in Konstantinopel, David Urquhart, der mit den Sitten des Morgenlandes völlig vertraut war, gab den dortigen Volksstämmen das Symbol der Vereinigung. Er wählte das Grün, die Farbe des Islams; darauf zeichnete er ein Bündel Pfeile, die Waffe des Volkes, und einen Sternenkranz, das Zeichen ihrer Unabhängigkeit am Himmel. In dem gewaltigen Kampfe erlitten die Russen schwere Verluste. Im Mai 1842 wurde General Grabbe besiegt; auch seine Nachfolger v. Neidhardt und Fürst Woronzow kämpften unglücklich, obgleich z. B. in den Jahren 1843 und 1844 120000 Mann gegen Schamyl im Felde standen, erst dem General Fürsten Barjäntiski gelang es mit hundertfacher Übermacht, den Führer der Tscherkessen in dem Felsenneste Gunib
6. Sept. 1859 einzuschließen und nach erbittertem Widerstande mit seiner ganzen Familie gefangen zu nehmen. Schamyl wurde edelmütig behandelt; Kaiser Alexander II. wies ihm einen ehrenvollen Aufenthalt in Kaluga an. Hochbetagt starb er 1871 in Medina auf einer Wallfahrt nach dem Grabe Mohammeds. Nach dem Rücktritt ihres Helden begann die Kraft der Tscherkessen zu erlahmen, doch erst 1864 konnte Großfürst Michael, der Statthalter im Kaukasus, seinem kaiserlichen Bruder die volle Unterwerfung des ganzen Kaukasus melden.

Turkestan Auch nach Turkestan versuchten die Russen damals vorzudringen, aber der in Orenburg mit dem größten Eifer und im tiefen Geheimnis betriebene Zug schlug völlig fehl. General Perowsky zog mit einem Heere von 20000 Mann und 10000 Kameelen durch
Nov. 1834 die Steppen zwischen dem Aralsee und dem Kaspischen Meere aber ein ungewöhnlich strenger Winter zwang ihn nach schweren Verlusten zur Umkehr. Das russische Ansehen sank infolgedessen in Mittelasien, doch mußte der Zar, so lange der Krieg im Kaukasus dauerte, auf eine neue Unternehmung in diesen Gegenden verzichten.

Fünftes Buch.

Von der Februarrevolution bis zum Jahre 1863.

§ 153. Überschau und Vorblick. Schon bei der Julirevolution hatte der vierte Stand mitgewirkt, hatte aber den Gewinn nicht für sich behaupten können. Inzwischen hatte dieser Stand durch die Entwicklung von Industrie und Handel eine bedeutende Verstärkung erfahren; er begann größeren Anteil an den Erträgnissen der Arbeit zu verlangen; Ideen über eine staatliche Organisation der Arbeit traten auf: es erhob sich die soziale Frage. Lag darin für das Bürgerkönigtum eine Gefahr, so hatte es außerdem Gegner in den Legitimisten und Bonapartisten: als es nun durch den Gang der orientalischen Frage eine Demütigung erlitt und sich dann auch durch konservativ-klerikale Neigungen das liberale Bürgertum entfremdete, ohne anderswo eine Stütze zu finden, brach es in der Februarrevolution zusammen. Mit ihm war zunächst auch das Bürgertum unterlegen: der vierte Stand erzwang die Republik. Da aber die sozialistischen Experimente keine Erfolge hatten, ermannte sich die Bourgeoisie: in blutigem Ringen wurden die Arbeiter niedergeworfen, Cavaignac ward der Retter der Gesellschaft und Louis Napoleon Präsident der Republik. Indes, schon sein Name wies über diese hinaus; indem er geschickt verstand, die Klerikalen zu sich hinüberzuziehen, ohne seinen demokratischen Ursprung zu verleugnen, stieg er zum Kaiser empor: Demokratie und Cäsarentum sind ja keine Gegensätze. Republik u Kaisertum

Der Eindruck der Februarrevolution auf Europa war noch stärker als der der Julirevolution. In Deutschland wurden die nationalen und liberalen Forderungen lauter als je erhoben. Während ihnen bereits Zugeständnisse gemacht wurden, trieben die Radikalen in Wien und Berlin zur Revolution. In Berlin erholte sich die Monarchie bald wieder, vermochte die Revolution niederzuwerfen und gewährte dann die durchaus notwendige Verfassung. In Wien wurde die Ordnung auch wiederhergestellt, aber der Nationalitätenhader ergriff die ganze Monarchie. Revolution in Deutschland

Zugleich versuchte das liberale Bürgertum, durch die Frankfurter Nationalversammlung dem deutschen Volke die ersehnte Einheit zu schaffen, aber das Unternehmen scheiterte, besonders deshalb, weil in der Versammlung die politischen Theoretiker zuviel Einfluß übten, weil der Widerstreit der beiden deutschen Großmächte noch ungelöst war, und weil Einheitsstreben des deutschen Volkes

die Versammlung sich nicht rechtzeitig mit den Regierungen verständigte. Obgleich damit der Versuch des deutschen Volkes, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, keine Erfolge zeitigte, erfuhr der Gedanke der deutschen Einheit doch eine bedeutende Stärkung, blieben die Arbeiten der Versammlung, in der die geistige Blüte des deutschen Volkes vereinigt gewesen war, für die Zukunft unverloren.

Unionsversuch Preußens

Nun schickte sich Preußen an, von sich aus eine deutsche Union zu schaffen. Das schien nicht aussichtslos, solange Österreich in Ungarn und Italien beschäftigt war. Als dieses aber der Revolution an beiden Stellen Herr geworden war, lähmte es die preußischen Bestrebungen und fand dabei einen Verbündeten in Rußland. Zar Nikolaus rühmte sich, daß an den Grenzen seines Reiches die Revolution Halt gemacht, daß er sie in Ungarn gebändigt habe, und wollte auch in Deutschland das revolutionäre Feuer ersticken. Er erschien den preußischen Konservativen als Hort ihrer Sache und gewann eine Art Vorherrschaft in Mitteleuropa. Über Deutschland lag der Druck einer neuen Reaktion.

Vorherrschaft Nikolaus I.

Vorherrschaft Napoleons III.

Um dieselbe Zeit verkündete Kaiser Napoleon das Selbstbestimmungsrecht der Völker und suchte eine ähnliche Vormachtstellung, wie sie Zar Nikolaus als Vorkämpfer der konservativen Interessen übte, als Förderer der nationalen und liberalen Bestrebungen zu gewinnen.

a) Krimkrieg

Beide Mächte stießen nun aufeinander, allerdings nicht wegen dieses Gegensatzes, sondern wegen der Machtfragen im Orient. Rußland versuchte im Verfolg der seit der Neugründung des Reichs (II, § 374) bestehenden und immer wieder aufgenommenen Ansprüche auf Konstantinopel ein Protektorat über die Türkei zu erlangen und sich den Weg ins Mittelmeer zu bahnen. Dem traten die Westmächte entgegen. Der Krimkrieg vereitelte nicht nur die russischen Pläne, sondern brach auch darüber hinaus die russische Übermacht und verschaffte Frankreich die führende

b) Italien

Rolle in Europa. Diese übte es aus und steigerte sie noch, indem es die von Sardinien aufgenommenen italienischen Einheitsbestrebungen gegen Österreich förderte. Es suchte dann zwar diese Erfolge einzuschränken, aber das italienische Volk scharte sich um die einzige nationale Dynastie der Halbinsel und schuf das Königreich Italien, dem nur noch Venezien und Rom fehlten.

Konflikte in Deutschland

Während so in dem einen der beiden auf dem Wiener Kongreß nicht befriedigten Völker der nationale Gedanke triumphierte, flammte er auch in dem andern, bei den Deutschen, lebhafter auf; und nun begann Preußen in der „neuen Ära" sich für dessen Erfüllung zu kräftigen. Dabei aber entstand als Erbschaft der bisherigen inneren Verstimmungen und Enttäuschungen ein schwerer Konflikt, den auszufechten Otto v. Bismarck ins Ministerium eintrat. In Verfolg der deutschen Pläne drohte dazu der Zusammenstoß mit Österreich, das wie in Italien auch in Deutschland Hauptgegner des nationalen Gedankens war.

Asien

Während so das Zentrum Europas mit sich vollauf beschäftigt war und teils unter russischem, teils unter französischem Einfluß stand, dehnten England und Rußland und daneben auch Frankreich ihre Macht über andere Erdteile weiter aus. Besonders wichtig waren die Kämpfe der Engländer in Vorderindien, die Festsetzung der Franzosen in Hinterindien und das Vordringen der Russen an die Grenzen Chinas. Zu-

gleich erfolgte die Öffnung Chinas und Japans, der ostasiatischen Kulturländer. Damit trat auch der letzte der alten großen Kulturkreise (II, § 397) dauernd in Beziehung zu dem europäischen. Dabei schickte Japan sich an, wie einst unter dem Einfluß der höheren chinesischen Kultur (II, § 395), so jetzt unter dem der europäischen eine innere Erneuerung zu vollziehen, ein Vorgang, der für die Zukunft bedeutungsvoll werden sollte.

Nordamerika

In Amerika erlangten die Vereinigten Staaten durch Angliederung des Westens und durch Verträge mit England und Mexiko ihre gewaltige territoriale Ausdehnung zwischen beiden Ozeanen. Politisch kam jedoch zunächst nur die östliche Hälfte in Betracht. Hier aber blieb der schon in der Art der ersten Kolonisation begründete Gegensatz zwischen dem aristokratisch-föderalistischen Süden und dem demokratisch-unionistischen Norden bestehen und wurde immer mehr verschärft durch die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Interessen, wie sie sich daraus ergab, daß im Süden Plantagenwirtschaft herrschte, im Norden Handel und Industrie aufblühten. Die Frage der Abschaffung der Sklaverei führte zu einem furchtbaren Bürgerkriege, in dem der Norden Sieger blieb. Die innere Kraft des Staates, dessen Bevölkerung zumeist germanischen Ursprungs ist, war aber so groß, daß er den durch den Krieg gehemmten Aufschwung bald wieder aufnahm.

Mexiko

Viel weniger glänzend entwickelten sich die romanischen Staaten Zentral- und Südamerikas, in denen Bürgerkriege nur zu häufig waren. Während die Vereinigten Staaten durch den Sezessionskrieg gelähmt waren, mischte sich Frankreich in Mexiko ein. Napoleon vertrat dabei die Interessen Europas gemäß der führenden Stellung, die er nach dem Krimkrieg und den italienischen Kämpfen beanspruchte. Um so empfindlicher war es, daß er nach dem Ende des Sezessionskrieges vor der erneuerten Monroedoktrin zurückwich und den Tod des von ihm eingesetzten Kaisers nicht hindern konnte; diese moralische Einbuße hat auch auf seine Stellung in Europa zurückgewirkt.

Wirtschaft

Das wirtschaftliche Leben steht in dieser Zeit überall unter dem Zeichen des durch Dampfkraft bestimmten Fabrikbetriebs und des durch Eisenbahnen, Dampfschiffe und Telegraphen sich entwickelnden Weltverkehrs: das Handwerk geht vielfach zurück, und der Weltmarkt fängt an, die Preise zu bestimmen; die Kapitalmacht wächst, aber ebenso die Zahl der unzufriedenen Arbeitermassen.

Erstes Kapitel.

Die Pariser Februarrevolution.

§ 154. Die Reformbankette. Es war ein Unglück für die Julidynastie, daß bald nach Erneuerung der Kammer, in welcher Guizot die Majorität besaß (§ 138) der Ruf der Käuflichkeit, der auf der Juliregierung lastete, in einem Bestechungsprozeß gegen den General Cubières und den Minister Teste seine Bestätigung fand, und daß die scheußliche Ermordung der Herzogin Praslin durch ihren eigenen Gatten die ganze Sittenlosigkeit der um den Julithron gescharten höheren Stände in ein furchtbares Licht setzte. Zugleich stieg mit dem Anwachsen des sozialen Elends — Mißernten des Jahres 1846 legten der Landbevölkerung schwere Entbehrungen auf, zu deren Linderung die Regierung nichts tat — und dem Eindringen der sozialistischen und kommunistischen Ideen (§ 141)

1847

in den Arbeitermassen die Erbitterung dieser Kreise über die besitzenden Klassen. Der vierte Stand begann politische Rechte zu verlangen, um die Staatsregierung durch gesetzliche Maßregeln, oder wenn diese nicht zu erlangen wären, durch eine Revolution zur Abhilfe seiner Not zu zwingen. Dadurch wurde auch außerhalb dieses Kreises das Gefühl, daß das herrschende Regierungssystem unhaltbar sei, immer lebhafter. Nur durch Erneuerung der Volksrepräsentation vermittelst einer Ausdehnung des Wahlrechts schien eine Besserung zu erzielen. In dem Rufe nach einer Wahlreform vereinigten sich Legitimisten, Konstitutionelle und Republikaner. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen,

Reformbankette

ordneten die Männer der Bewegung in mehreren Städten Reformbankette an, wo kühne Toaste die Gebrechen des herrschenden Regierungssystems schonungslos aufdeckten. Die Vorgänge in Italien und der Schweiz, wo die Sympathien des französischen Volks mit der von der Regierung befolgten Politik (§ 124. 125) im entschiedensten Widerspruch standen, die Mißstimmung über die Haltung des Königs in der orientalischen Frage (§ 147) vermehrten die Aufregung. Unter

28. Dez. 1847

dieser Stimmung fand die Eröffnung der Kammer statt; die Opposition beschloß, in Paris selbst ein solches Reformbankett zu veranstalten. Dies suchte die Regierung zu hintertreiben. Die Thronrede sprach von einer „Bewegung, die durch feindliche oder blinde Leidenschaften angefacht werde", und ein verjährtes Gesetz vom Jahre 1790 mußte einem Verbot aller Reformbankette als Grundlage dienen. Diese Verletzung des sogar unter der Restauration geachteten Vereinsrechts erregte großen Unwillen, die Diskussionen über die Adresse auf die Thronrede waren daher äußerst stürmisch. Man beschuldigte Guizot des Ämterverkaufs, man rügte die richterliche Parteilichkeit gegen die Oppositionspresse, und Thiers unterwarf die Politik gegen die Schweiz, wo man die Jesuiten beschützt, mit Österreich ein Bündnis geschlossen und das seit Jahrhunderten befreundete helvetische Volk verraten habe, einer scharfen Kritik. Nichtsdestoweniger konnte sich

12. Febr. 1848

die ministerielle Partei den Triumph nicht versagen, in die Antwortsadresse eine tadelnde Rüge einzuflechten „gegen die Wühlereien, welche feindliche Leidenschaften oder blindes Sichfortreißenlassen (entrainements) hervorriefen", und trotz des heftigsten Widerstandes der Linken durchzusetzen. Einen ähnlichen Sieg würde die Regierung auch in der Bankettfrage erlangt haben, hätte sie es allein mit der Kammeropposition zu tun gehabt. Denn wie sehr auch die Häupter der Linken, ein Odilon Barrot, Garnier-Pagès, Arago u. a., das Vereinsrecht verfochten, stand doch die Opposition, als die Regierung militärische Maßregeln

20. Febr.

traf und die Versammlung und das Festmahl verbot, von dem Reformbankett ab und beschloß dafür, das Ministerium wegen Verletzung der Verfassung in Anklagestand zu versetzen.

§ 155. Sturz des Julikönigtums. Allein die Unterschichten des Volkes waren bereits zu aufgeregt, als daß sie sich durch das schwankende Benehmen der Kammermitglieder von den beabsichtigten Demonstrationen hätten abhalten lassen. Scharen von Arbeitern, Studenten, Zöglinge der polytechnischen Schule, die kecke Gassenjugend der Hauptstadt durchzogen unter dem Rufe: „Reform! Nieder mit Guizot!" die Straßen; das Linienmilitär trat schonend auf, die Nationalgarde sympathisierte mit dem Volke, die Polizeimannschaft (Munizipalgarde) war der Menge nicht gewachsen, Barrikaden wurden errichtet. Da entbot der König den früheren Minister Molé in

Entlassung Guizots

die Tuilerien, entließ das Ministerium Guizot und versprach die Reform.

23. Febr. 1848

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich gegen Abend diese Kunde und erzeugte einen unermeßlichen Jubel. Unter Freudenrufen wogte die Menge durch die Straßen, die Barrikaden verschwanden, die Häuser wurden beleuchtet, man schwelgte im Hochgefühl des Sieges. Aber damit war den Leitern der geheimen Gesellschaften nicht gedient. Von den Arbeitervierteln ging

ein Fackelzug von ungefähr 500 Arbeitern aus, um Guizot eine Katzenmusik zu bringen. Ihre Zahl schwoll unterwegs mehr und mehr an. Straßenkampf
Auf dem Boulevard des Capucines wurden sie von den Truppen aufgehalten, und als nun einer der Arbeiter unter höhnenden Worten dem befehlenden Offizier die Fackel an den Bart hielt, da drückte, nachdem eine dreimalige Aufforderung zum Zurückgehen vergeblich gewesen war, ein Sergeant sein Gewehr los; dies war das Zeichen zum Feuern der ganzen Kompanie, und 52 Tote und Verwundete lagen am Boden. Entsetzt stob die Menge auseinander. Sofort benutzten die radikalen Führer diesen „Glücksfall". Man belud eine Bahre mit Leichnamen und durchzog mit Fackelschein und unter dem Ruf: „Zu den Waffen! Man tötet uns!" die Straßen. Um Mitternacht wurde die Sturmglocke von Notre-Dame geläutet, und am Morgen des 24. Februar war ganz Paris durch Barrikaden abgesperrt. Umsonst nahm jetzt der König seine Zuflucht zur Linken und berief Thiers, Odilon Barrot u. a. ins Ministerium. Es war zu spät! Ihre Aufforderungen zur Ruhe fanden kein Gehör, ihre Verheißungen keinen Glauben. Der Sieg neigte sich immer mehr auf die Seite des Volkes, die Linientruppen fielen zum Teil ab, zum Teil wurden sie überwältigt, die Nationalgarde, unter General Lamoricières Oberbefehl gestellt, wirkte nur abwehrend, weigerte aber den Kampf gegen das Volk.

Da dankte Louis Philipp zugunsten seines Enkels Ludwig Philipp, des Abdankung Louis Philipps
Grafen von Paris, ab, ernannte die Herzogin Helene von Orleans zur Regentin und flüchtete um ein Uhr, als auch dieser Akt keine Wirkung hatte und die empörten Scharen immer drohender vordrangen, mit seiner Gemahlin durch eine Hinterpforte der Tuilerien. Mehrere Tage irrte das königliche Paar an der Küste umher, ehe es nach England segeln konnte. Die Herzogin von Orleans hatte, von dem Herzog von Nemours begleitet, mit ihren beiden Kindern Schutz in der Deputiertenkammer gesucht, allein der Andrang bewaffneter Scharen und der drohende Ruf nach einer Republik nötigte sie zur Flucht. Es folgte in der Kammer die Einsetzung einer provisorischen Regierung unter dem Vorsitz des 83jährigen Dupont de l'Eure, deren bekannteste Glieder Lamartine, Ledru-Rollin, Arago, Garnier-Pagès und Crémieux waren. Aber auch die sozialistischen Republikaner hatten eine eigene provisorische Regierung gebildet, das Stadthaus besetzt und die Republik erklärt. Nur mit Mühe gelangten die in der Deputiertenkammer gewählten Minister in das Stadthaus und konnten sich nur dadurch behaupten, daß sie die Mitglieder der sozialistischen Regierung als Staatssekretäre in das Ministerium aufnahmen. Louis Blanc (§ 141), einer derselben, setzte dann die endgiltige Provisorische Regierung 24. Febr.
Verkündigung der Republik durch. Sie schloß mit den Worten: „Die Republik
Regierung will die Republik, mit dem Vorbehalte der Genehmigung durch die Nation, die sofort befragt werden soll." Indessen wurden die Tuilerien eingenommen, Möbel und Zieraten verbrannt, der Thron auf den Bastilleplatz getragen und unter der Julisäule zertrümmert. Aber die Wut des aufgeregten Proletariats begnügte sich damit nicht: fast alle Eisenbahnstationen der Umgegend von Paris wurden zerstört, die Brücken gesprengt, die Schienen aufgerissen. In den Fabriken vernichteten die Arbeiter die Maschinen, denen sie in ihrem Unverstand ihre Not zuschrieben. Wenige Stunden hatten hingereicht, die Monarchie umzustürzen und den König zu einem hilfesuchenden Flüchtling zu machen: die Dynastie Orleans hatte

eben keine opferfähigen Anhänger, keine Partei: ihre Herrschaft war auf Selbstsucht gegründet, ihr Fall fand keine Teilnahme.

§ 156. Die Republik. Eine aus freiester Volkswahl zu bildende Nationalversammlung sollte die Verfassung der künftigen demokratischen Republik bestimmen und bis zu deren Zusammentritt im Mai die provisorische Regierung dem Staatswesen vorstehen. Da aber die Revolution das Werk der arbeitenden Klasse war, so mußte man deren Besserstellung zur Hauptaufgabe der neuen Verwaltung machen.

24. Febr. 1848

Man fügte der provisorischen Regierung einen Arbeiter, Albert, bei und gab Louis Blanc freie Hand, nach seinen Ideen („Recht auf Arbeit" [§ 141]) die Arbeit zu organisieren und die ärmeren Klassen zu beglücken. Bald jedoch zeigten sich die sozialistischen Systeme in ihrer ganzen Undurchführbarkeit. Die Zusicherung der Arbeit durch den Staat machte die Erhaltung einer Legion brotloser und arbeitsscheuer Menschen nötig und führte

Nationalwerkstätten 25. Febr.

die Errichtung von Nationalwerkstätten herbei, die Millionen verschlangen, ohne etwas Namhaftes zu leisten. Die Unterstützung von zwei Franken, die dem Arbeitslosen täglich gereicht wurde, steigerte die Staatsausgaben ins unendliche und mehrte die Zahl der bettelnden Proletarier

Nationalversammlung

mit jedem Tage. Die inzwischen gewählte Nationalversammlung trat am 4. Mai zusammen und war in ihrer überwiegenden Mehrheit wohl für die demokratische Republik, aber den Arbeitern von Paris direkt feindlich gesinnt. Das zeigte sich bei der Wahl eines Vollziehungsausschusses, in der Arago, Garnier-Pagès, Marie, Lamartine und Ledru-Rollin gewählt wurden, während Louis Blanc durchfiel. Auch sein Antrag, an Stelle des am 27. Februar eingesetzten, aus Meistern und Gesellen verschiedenster Gewerbe bestehenden Arbeitsparlamentes, das keine Erfolge aufzuweisen hatte und aufgelöst worden war, ein Arbeiterministerium zu wählen, wurde einstimmig abgelehnt. Das erregte unter den Arbeitern die größte Unzufriedenheit. Bei einer Demonstration zu gunsten der Polen sollte diese der Nationalversammlung kund gemacht und dabei eine neue

Sozialistischer Aufstand 15. Mai

Revolution hervorgerufen werden. Zwei Haufen besetzten das Palais Bourbon, wo die Versammlung tagte, und das Stadthaus. Eine provisorische Regierung wurde aus den Führern der verschiedenen sozialistischen Parteien (Louis Blanc, Barbès, Blanqui, Albert u. a.) gebildet und die Versammlung für aufgelöst erklärt. Aber die National- und Mobilgarde befreite die Versammlung und verhaftete Albert und Barbès; Louis Blanc ging in die Verbannung. Die Nationalversammlung schloß nun, da auch die Finanzlage der Republik immer schlechter wurde und die fortwährenden Arbeiterunruhen jede wirtschaftliche Tätigkeit verhinderten, die Nationalwerkstätten und entzog den Arbeitern die Staatsunterstützung. Da versuchten die Arbeiter eine neue Umwälzung, um dem vierten Stande die Herrschaft zu erwerben; Legitimisten und Bonapartisten machten insgeheim mit ihnen gemeinsame Sache und unterstützten sie mit Geld. Dies führte die Greuelszenen vom Juni herbei; die Anhänger der „roten Republik" mordeten den General Bréa und den Erzbischof d'Affre von Paris, als er ihnen Worte des Friedens brachte, füllten die Barrikaden mit den Leichnamen ihrer Gegner und trugen Fahnen mit der Inschrift: „Leben durch Arbeit oder Sterben im Kampf!" Entsetzt über die bei dem Aufstande sich kundgebende Verwilderung bekleidete die Nationalversammlung den General Cavaignac mit dikta-

20. Juni

Cavaignac

torischer Gewalt. Dieser besiegte die Empörer nach viertägigem furchtbarem Straßenkampfe, wobei viele Tausende ihren Tod fanden und fast 3000 Barrikaden erstürmt werden mußten. Am 27. Juni gab Cavaignac dann seine Vollmacht der Nationalversammlung zurück, erhielt sie aber sofort aufs neue übertragen unter dem Namen eines Präsidenten des Conseils und mit dem Rechte, seine Minister selbst zu ernennen. Junischlacht 23.—27. Juni

Mächtiger als einst die Julirevolution schien die neue Bewegung die übrigen europäischen Staaten erschüttern zu müssen, da überall in den unteren Volksklassen, der revolutionäre Brandstoff aufgehäuft lag. Dennoch erregte sie in den Ländern, die 1830 am meisten aufgerührt worden waren, vielfach nur kurzatmige Bewegungen. In England blieben einzelne Volkstumulte in den Fabrikstädten ohne Folge, eine große Demonstration der Chartisten ging ruhig vorüber, und ein Aufstand in Irland wurde rasch unterdrückt. In Belgien legte sich die Aufregung bald, als der König freiwillig die Krone niederlegen zu wollen erklärte. In der Schweiz führte die Kunde von der Februarrevolution die völlige Lossage des Kantons Neuenburg von Preußen und den Sieg der Radikalen herbei. In Spanien kam es im Süden zu Aufständen und in Madrid zu Straßenkämpfen; in Schweden nahm nach unruhigen Auftritten König Oskar selbst die Reform der Verfassung in die Hand; auch auf der Balkanhalbinsel, namentlich in den Donaufürstentümern, zeigten sich die Wirkungen der Revolution. Alle diese Bewegungen blieben aber ohne größere Folgen. Dagegen war die Revolution in Deutschland und in Italien von der höchsten Bedeutung, weil in diesen Ländern mit den Freiheitsbestrebungen sich das Verlangen nach nationaler Einigung verband. Wirkungen der Revolution in den andern europäischen Staaten — England — Belgien — Schweiz — Spanien — Schweden — Balkanhalbinsel

Zweites Kapitel.

Die Revolution in Deutschland. Das Streben nach Verfassungen und nationaler Einheit.

A. Die Revolution.

§ 157. Die liberalen und nationalen Forderungen. Die Februarrevolution regte in Deutschland die politischen Leidenschaften mächtig auf: politische Freiheit und nationale Einheit wurden die Schlagworte; verstärkt aber wurde die Erregung durch die sozialen Mißstände.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands hatten sich überaus traurig gestaltet. Infolge eines übermäßig gesteigerten Kredit- und Wechselverkehrs hatte eine große Zahl bedeutender Handelshäuser falliert: dadurch waren Tausende um Hab und Gut gekommen. Dazu war durch zwei Jahre (1846 und 1847) schwerer Mißernte eine schlimme Verteuerung der Nahrungsmittel eingetreten, welcher bei den damaligen schwierigen Verkehrsverhältnissen nicht so leicht abgeholfen werden konnte. Berichte über furchtbaren Mangel, der in Oberschlesien Hungerseuchen erzeugt und in vielen Fabrik- und Gewerbegegenden fast an irische Verhältnisse erinnernde Notszenen hervorgerufen hatte, veranlaßten, verbunden mit einer aufreizenden Proletarierliteratur, besonders in den größeren Städten, wie Berlin, Stuttgart usw., Aufstände, die sozialistischen Charakter trugen. Diese wurden zwar durch Militär und Polizei unterdrückt, und die Mildtätigkeit der Wohlhabenden brachte vorübergehende Erlösung aus der augenblicklichen Not, aber die zunehmende Verarmung und die große Ungleichheit des Besitzes und der Lebensgenüsse waren doch zum erstenmal in ihrer vollen Höhe zum Bewußtsein gekommen. Die Notwendigkeit einer Abhilfe durch politische Wirtschaftliche Lage — 1847

und soziale Reformen wurde immer fühlbarer; auch die massenhaften Auswanderungen nach Amerika hatten keine Hilfe bringen können.

Die Märzerrungenschaften

So war der seit 1815 vorhandene politische Zündstoff durch die sozialen Zustände gemehrt, und wurde nun durch die Nachrichten aus Paris zuerst in Süddeutschland in Flammen gesetzt. Schon vor der Februarrevolution hatten die Versammlungen in Offenburg und Heppenheim liberale und nationale Forderungen gestellt (§ 134), jetzt verlangte man in Petitionen an die Landstände Preßfreiheit, Schwurgerichte, Bürgerwehr unter freigewählten Führern und ein deutsches Parlament. Einen Antrag auf Bildung eines solchen Parlaments stellte am 5. Februar der Abgeordnete Bassermann in der badischen zweiten Kammer: „der Großherzog solle ersucht werden, auf geeignete Weise dahin wirken zu wollen, daß durch Vertretung der deutschen Ständekammern am Bundestage ein sicheres Mittel zur Erzielung gemeinsam deutscher Gesetzgebung und einheitlicher Nationaleinrichtungen geschaffen werde". Dieser Antrag fand

Baden

in allen deutschen Landen den freudigsten Widerhall. Die badische Regierung bewilligte ihn nicht nur, sondern erließ auch ein Gesetz zur Aufhebung aller Feudallasten mit künftiger Entschädigung der Beteiligten aus der Staatskasse und entfernte mehrere bei dem Volke unbeliebte Beamte. Das Beispiel Badens wirkte auf die übrigen Staaten. In Württemberg, Sachsen und anderen Staaten wurden die Häupter der liberalen Opposition in die Ministerien berufen und die Zügel der Regierung in ihre Hände gelegt; ständische Mißbräuche wurden abgeschafft, beschränkte Wahlgesetze einer Umänderung unterworfen. Auch auf den

Haltung des Bundestages

Bundestag wirkte die Erregung. Er erklärte am 9. März den alten deutschen Reichsadler zum Bundeswappen und die „Farben des alten deutschen Reichspaniers", Schwarz-Rot-Gold, als Bundesfarben (§ 100) und genehmigte am 10. die Heranziehung von 17 Vertrauensmännern zur Be-

Versammlung in Heidelberg 5. März

ratung einer neuen Bundesverfassung. Schon vorher hatten sich in Heidelberg 51 Männer aus Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Nassau, Frankfurt und Rheinpreußen, fast sämtlich Mitglieder von Ständekammern, versammelt; sie erklärten, daß der Zusammentritt einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl zu wählenden Nationalvertretung unaufschiebbar sei, und beriefen zunächst die jetzigen und früheren Mitglieder deutscher gesetzgebender Körperschaften, die Stadtverordneten der preußischen Städte und andere angesehene Männer für den 31. März zu einer Vorversammlung (Vorparlament) nach Frankfurt a. M. Es kam nun alles darauf an, was die beiden Großmächte Österreich und Preußen tun würden. Sie schienen die Einheitsbewegung in die Hand nehmen zu wollen. Denn auf Veranlassung Preußens ersuchte Metternich in einem Rundschreiben vom 7. März die Bundesregierungen, am 25. März zu einem Kongreß in Dresden zu erscheinen, um die Leitung der Reform in die Hände des Königs von Preußen zu legen: da griff der Ausbruch der Revolution in Österreich und Preußen verhängnisvoll in den Gang der Ereignisse ein.

§ 158. Die Revolution in Wien. Kaiser Ferdinand I. hatte, wie wir wissen (§ 103), die Zügel der Regierung völlig dem Fürsten Metternich überlassen. Dieser galt als der größte Staatsmann der Zeit; aber unter dem Sturme der Revolution brach jetzt sein Staatsgebäude jäh zusammen.

Bewegung in Ungarn

Die Nachrichten aus Paris erzeugten im ganzen Kaiserstaat eine fieberhafte Aufregung. Die Stände von Ungarn, die eine selbständige Nationalregierung

unter dem Erzherzog Palatin, eine Reform ihrer Verfassung, Minderung der Steuern, Befreiung von den Beiträgen zur österreichischen Staatsschuld und für das ungarische Militär das Vorrecht verlangten, nicht außerhalb ihres Königreichs dienen zu müssen, bestürmten die kaiserliche Regierung mit dringenden Petitionen; dasselbe geschah in Prag durch die böhmischen Stände und endlich in Wien selbst, wo im März die österreichischen Landstände zusammentraten. Der ungewisse Zustand der in den Schleier des Geheimnisses gehüllten Finanzen hatte hier ein tiefes Mißtrauen erweckt. Man weigerte hie und da die Annahme des Papiergeldes, Handel und Gewerbtätigkeit gerieten ins Stocken, die Zahl unbeschäftigter und darbender Arbeiter mehrte sich. Unter diesen Umständen hatte das jugendlich überstürzende Beginnen der Wiener Studenten einen überraschenden Erfolg. Durch Petitionen an die Stände, an die Minister, an den Kaiser, in lärmender Weise verfaßt und überreicht, und durch stürmische Versammlungen brachten sie die Wiener Bevölkerung in eine solche Aufregung, daß Metternich, als das mit Schonung handelnde Militär an einigen Orten zurückgedrängt und die Studenten bewaffnet wurden, seine Stelle niederlegte und eine Zufluchtsstätte in England suchte. Aber die Unruhe blieb, und das Metternichsche System zeigte sich in seinen traurigsten Folgen. Ein in der größten politischen Unwissenheit gehaltenes, für ein freies Staatsleben ganz unreifes Volk forderte und erlangte Freiheiten und Rechte, die es nicht zu gebrauchen verstand. Die Preßfreiheit erzeugte in kurzem eine revolutionäre Tagesliteratur, die durch aufreizende Blätter und Maueranschläge alle Verhältnisse erschütterte und die Neugestaltung des Staats auf dem Wege der Reform störte; das freie Vereinsrecht wurde zu lärmenden Volksversammlungen und zur Bildung demokratischer Verbindungen benutzt, welche die Tätigkeit des neuen, aus volkstümlichen Männern zusammengesetzten Ministerrats lähmten. Die Studenten (Studentenlegion, Aula) und eine in der Eile gebildete Bürgerwehr führten das Regiment in der Stadt; beredte Demokratenführer übten mit Hilfe der zahlreichen, unbeschäftigten Arbeiter eine große Macht aus. Unter diesen Umständen fiel es nicht schwer, die Unzufriedenheit des Volks mit dem ministeriellen Verfassungsentwurf, der einer nach Ständen geordneten Reichsversammlung zur Beratung vorgelegt werden sollte, zu einem neuen Aufstand und Straßenkampf zu steigern und von der Regierung die Einberufung eines konstituierenden Reichstages mit einer einzigen Kammer zu erzwingen, zu welchem von allen der österreichischen Gesamtmonarchie angehörigen Staaten und Volksstämmen die Abgeordneten nach dem allgemeinen Stimmrechte frei gewählt werden sollten.

Böhmen Wien

Abdankung Metternichs 13. März

15. Mai

Zu gleicher Zeit brachen Unruhen in Ungarn, Böhmen und Italien aus. In Ungarn beschloß unter dem Eindrucke der Pariser und Wiener Ereignisse der Reichstag die Ablösung aller bäuerlichen Grundlasten ohne Entschädigung, führte die allgemeine Steuerpflicht ohne Unterschied des Standes ein und gewährte Preßfreiheit, Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Schwurgerichten und ein Wahlgesetz auf demokratischer Grundlage. Obwohl die österreichische Regierung durch Nachgeben die Ruhe zu erhalten suchte, glaubte doch die streng magyarische Partei den günstigen Augenblick gekommen, Ungarn zu einem unabhängigen, mit den übrigen Teilen des Kaiserstaats nur in „Personalunion" stehenden Reich umzuschaffen. Die Wiener Regierung willigte ein, daß mit dem Palatin Erzherzog Stephan als Vizekönig ein liberales Ministerium unter dem Vorsitz des Grafen Louis Batthyanyi die Leitung der Dinge in die Hand nahm. In diesem Ministerium war der Advokat Ludwig Kossuth, der in Wort und Schrift als Vorkämpfer für Ungarns Freiheit auftrat, das einflußreichste Mitglied. Da aber die österreichische Regierung hinsichtlich des Finanz- und Kriegswesens in die Sonderstellung Ungarns nicht einwilligen wollte, so stand der Krieg vor der Tür. Die Sachsen in Siebenbürgen fügten sich, aber die slawischen Kroaten und Slowenen wollten von der Herrschaft der Magyaren durchaus nichts wissen und regten die Berufung eines Slawen-

Unruhen in den Kronländern

7. Sept. 1848

22. März

Slawenkongreß in Prag

kongresses an, um eine allgemeine Stammesverbrüderung herbeizuführen. Dieser trat am 2. Juni in Prag zusammen, wo die Tschechen, nicht zufrieden mit den großen Zugeständnissen, die ihnen die kaiserliche Regierung in Aussicht stellte, ebenfalls die auf konstitutionelle Freiheit gerichtete Bewegung zur Erlangung der nationalen Unabhängigkeit zu benutzen versuchten und einen Aufstand erregten.

Aufstand in Italien

In Italien erhob sich Mailand am 18. März; der österreichische Feldmarschall Radetzky mußte nach einem hartnäckigen Kampfe mit seinen Truppen die Stadt verlassen und sich nach dem Festungsviereck zurückziehen. Auch Venezien schloß sich nach der Kapitulation des österreichischen Festungskommandanten Grafen Zichy der Erhebung an. Zu gleicher Zeit rückten die Piemontesen unter Karl Albert in die Lombardei ein (§ 180). So war der Kaiserstaat vollkommen gelähmt und zunächst unfähig, in die deutsche Bewegung bestimmend einzugreifen.

§ 159. Die Revolution in Berlin. Der Sturz Metternichs und die Ereignisse in Österreich riefen auch in Preußen eine gewaltige Bewegung hervor. In Schlesien, Ostpreußen, Sachsen und im Rheinlande wurden erregte Volksversammlungen abgehalten; aus vielen Städten, besonders aus Breslau und Köln, gingen Petitionen an den König. Aber Friedrich Wilhelm IV. konnte sich nicht entschließen, in der Verfassungsfrage den Forderungen seines Volkes rechtzeitig nachzugeben. Die am 7. März vom Könige bei der Entlassung der vereinigten Ausschüsse (§ 133) angekündigte regelmäßige Einberufung der Vereinigten Landtage befriedigte nicht mehr; und obwohl der König schon am 14. März im Prinzip den verfassungsmäßigen Staat als notwendig anerkannt hatte, zögerte er mit dessen Verkündigung, weil die Zusammenrottungen, die mehrere Abende hintereinander in Berlin stattfanden, und zu deren Zerstreuung militärisches Einschreiten angeordnet werden mußte, den Verdacht schmählicher Nachgiebigkeit erzeugen konnten. Inzwischen stieg die Aufregung immer mehr, und die radikalen Elemente beschlossen am 18. März eine große Demonstration vor dem Schlosse. Da erschien am Morgen des 18. März das in der Nacht entworfene „Patent wegen beschleunigter Einberufung des Vereinigten Landtags". Es enthielt ein klares Programm sowohl für die deutsche wie für die preußische Reform: für Deutschland forderte es den Bundesstaat, vorläufige Bundesrepräsentation, aus den Ständen aller deutschen Länder gebildet und unverzüglich einzuberufen, allgemeine Wehrverfassung nach dem Muster der preußischen, ein Bundesheer unter Bundesfeldherren, eine Bundesflagge, deutsche Flotte, Bundesgericht, Beseitigung aller Zollschranken, Preßfreiheit. Für Preußen enthielt es das Anerkenntnis, „daß eine Bundesrepräsentation eine konstitutionelle Verfassung aller deutschen Staaten notwendig erheischt, damit die Mitglieder jener Repräsentation ebenbürtig nebeneinander sitzen." Als dieses Patent bekannt wurde und die weitere Nachricht kam, daß die Minister des absolutistischen Regimentes entlassen und Männer liberaler Gesinnung, wie Camphausen, Auerswald u. a., ernannt seien, herrschte in Berlin großer Jubel. Von allen Seiten strömten die Bürger vor dem Schlosse zusammen, um der allgemeinen Freude über die Zugeständnisse lauten Ausdruck zu geben. Dem König, der mit dem Bürgermeister Naunyn auf dem Balkon erschien, wurde eine große Ovation dargebracht.

Verhalten Friedrich Wilhelms IV.

Einberufung des Vereinigten Landtags

Danach gingen die Bürger nach Hause; zurück blieben die Arbeiter und jene Elemente, welche die Demonstration geplant hatten. Als nun

um zwei Uhr die Wache aufzog, ertönte der Ruf: „Fort mit dem Militär!" Bei dem Versuche der Soldaten, den Schloßplatz durch langsames Vorgehen von der lärmenden Menschenmenge zu räumen, fielen durch einen unglücklichen Zufall schnell aufeinander zwei Schüsse, die aber niemand trafen. Dennoch hatten sie eine furchtbare Wirkung. Entsetzt stürzte die wie von rasender Wut erfaßte Menge unter dem lauten Ruf auseinander: „Verrat, man mordet uns! Zu den Waffen!" Mit unbeschreiblicher Schnelligkeit wurden Barrikaden errichtet, und dann erfolgte ein vierzehnstündiger blutiger Straßenkampf. Trotz des Mutes, mit dem jede Barrikade, jede Straße, jedes Haus verteidigt wurde, blieben die Soldaten, obgleich unter namhaften Verlusten, Sieger: die wichtigsten Stadtteile und Gebäude befanden sich in ihren Händen. Aber der König besaß nicht die Entschlossenheit, diesen Sieg auszunutzen. Die Vorgänge im Schlosse während der Nacht bis zum Morgen des 19. März werden sich allerdings nicht mehr völlig aufhellen lassen. Um Mitternacht schrieb der König die Proklamation „An meine lieben Berliner", in welcher für den Abbruch der Barrikaden der Rückzug der Truppen nach dem Schlosse versprochen wurde. Dann drängten eine städtische Deputation und Ratgeber aller Art den schwankenden und über das Blutvergießen entsetzten König, den Truppen den Befehl zur Räumung ihrer Stellung zu geben. Trotz des heftigen Widerstandes des Bruders des Königs, des Prinzen Wilhelm, und des kommandierenden Generals von Prittwitz, wobei der Prinz seinen Degen auf den Tisch geworfen haben soll mit den Worten, er könne ihn nun nicht mehr mit Ehren tragen, erging wirklich dieser Befehl zum Rückzug der Truppen von allen Straßen und Plätzen. Dieser Rückzug erfolgte aber nicht nach dem Schlosse, sondern aus der Stadt. Damit hörte der König auf, in seiner Hauptstadt, ja, in seinem eigenen Schlosse Herr zu sein. Nun folgten rasch die weiteren Demütigungen. Nach dem Abzuge der Soldaten trug man die Leichen der Barrikadenkämpfer in den Schloßhof und nötigte den König, mit entblößtem Haupte seine Achtung zu bezeugen. Dann erließ dieser eine unbedingte „Vergebung allen denen, die wegen politischer oder durch die Presse verübter Vergehen und Verbrechen angeklagt oder verurteilt worden waren". Diese Amnestie, die auch in den übrigen deutschen Staaten gewährt wurde, gestattete den flüchtigen Liberalen die Rückkehr in das Vaterland; sie öffnete aber auch die Gefängnisse den vor kurzem verurteilten polnischen Verschworenen, unter ihnen auch Mieroslawski, die nunmehr nach Polen eilten und ihre Stammesgenossen zum Kampfe gegen die Deutschen aufriefen (§ 160).

Vorgänge auf dem Schloßplatze 18. März

Straßenkampf

Im Schlosse

Rückzug der Truppen

Leichenparade

Aber die verderblichen Entschlüsse des 19. März brachten den König auch um seine Geltung in Deutschland; der Prinz Wilhelm hatte recht, wenn er sagte, daß am 19. März Preußen aufgehört habe, eine Großmacht zu sein. Am 21. März erließ der König eine Proklamation: „An die deutsche Nation", worin er verkündete, daß er sich „zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamtvaterlandes gestellt", daß er als neuer, konstitutioneller König „Führer der freien, wiedergeborenen deutschen Nation" sein wolle; an demselben Tage hielt er, mit den schwarz-rot-goldenen Farben geschmückt, in Begleitung der Minister einen festlichen Umzug durch Berlin und versicherte, daß er „Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einheit" wolle. Aber dieses Vorgehen mußte in Süddeutschland Verstimmung erregen. Denn die Regierungen von München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt und Dresden waren durch Max von Gagern, den Bruder Heinrichs von Gagern, des ersten Präsidenten der Nationalversammlung in Frankfurt (§ 161 ff.) gewonnen worden, Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone anzubieten. Doch er schlug sie aus. Als später in Frankfurt in der Paulskirche ein pommerscher Abgeordneter den König von Preußen als Reichsverweser vorschlug, erscholl Hohngelächter von den Bänken der Linken (§ 162). Die Idee einer preußischen Vorherrschaft, mochte damit auch „ein Aufgehen Preußens in Deutschland" verbunden sein, war damals höchst unvolkstümlich und der Augenblick, wo sie verkündigt wurde, unglücklich gewählt.

Deutsche Politik Friedrich Wilhelms IV.

König Friedrich Wilhelm IV. empfing die Bevollmächtigten der süddeutschen Höfe am 28. März 1848 mittags um 12 Uhr im Stadtschlosse im kurzen Waffenrock; er sah traurig und abgespannt aus; er hatte offenbar viel gelitten. Der König erzählte die Berliner Ereignisse und betonte, daß der Abzug der Truppen ohne seinen Befehl erfolgt sei, und daß es ihm auch bis jetzt noch nicht gelungen sei, zu ermitteln, wie und durch wen dieser Befehl gegeben worden sei. Dann fuhr der König eindringlich fort: „Aber

noch eine Rechtfertigung, eine Entschuldigung bin ich meinen Mitfürsten schuldig und ich gebe sie mit aller Offenheit und Wahrheit und verbürge sie mit meinem königlichen Wort: Ich war verlassen von meinen Truppen, höchstens eine und eine halbe Kompanie blieb mir im Innern des Schlosses zum Schutze meiner Person und der königlichen Familie — die Zeit drängte, da wurde jenes Patent aufgesetzt, das zu Mißdeutungen hat Anlaß geben können. Aber, wenn ich gesagt habe, daß ich mich an die Spitze Deutschlands stellen wolle, so, ich schwöre es (und der König erhob die Hände zum Himmel), nie ist es mir in den Sinn gekommen, einen meiner Mitfürsten berauben zu wollen. Ich strebe nach keiner Krone, der goldene Reif soll nie meine Stirn schmücken. Wird, soll diese Krone, Deutschlands Krone, erstehen, so soll sie Österreichs Herrscher zieren, der persönlich eine Null ist, aber das nötigste Anrecht besitzt, und mit Freuden will ich das silberne Waschbecken dem Kaiser bei seiner Krönung halten. Nur in dem Augenblick der Gefahr wollte und will ich mich gern an Deutschlands Spitze stellen, das deutsche Banner Deutschland vorantragen. Dies war auch der Sinn, der mich die drei Farben: Schwarz, Rot, Gold, hat wählen lassen; nicht sollen sie meine Kokarde, die meiner Preußen, die ruhmvollen Farben Schwarz und Weiß verdrängen; neben den Landesfarben sollte die dreifarbige Fahne als Banner der deutschen Nation jeder Heeresabteilung vorangetragen werden." Max von Gagern entwickelte nun noch den abenteuerlichen Plan, durch eine Ablenkung nach außen, durch die Befreiung Polens und durch einen Krieg gegen Rußland Deutschland vor der Anarchie zu bewahren. Der König erwiderte: ‚Nie und nimmermehr, bei Gott, werde ich den Degen gegen Rußland ziehen.' Max von Gagern erwiderte: ‚Dann halte ich Deutschland für verloren!' So scheiterte das bundesstaatliche Werben um eine rettende Tat Preußens an der romantischen Schwärmerei des Königs, der sich an Worten berauschte, aber mit seiner Phantasie in der mittelalterlichen, ehrwürdigen Kaiserherrlichkeit des Hauses Habsburg lebte.

Beisetzung der Gefallenen

Die feierliche Beisetzung der gefallenen Volkskämpfer in ein gemeinsames, von den Barrikadenstreitern eigenhändig gegrabenes Riesengrab auf der höchsten Stelle des Friedrichshaines am 22. März bildete den Schluß dieser ereignisvollen Berliner Märztage, die Preußen im entscheidenden Augenblicke lähmten, seinen deutschen Beruf zu erfüllen. An demselben Tage (es war sein Geburtstag) begab sich Prinz Wilhelm, auf den sich bei der Nachgiebigkeit des Königs der Haß der Massen besonders richtete („Kartätschenprinz"), und dessen Palast nur mit Mühe durch die Kreideaufschrift „Nationaleigentum" vor Zerstörung gerettet worden war, auf Befehl des Königs nach England.

Posen

§ 160. Posen und Schleswig-Holstein. Die in die Amnestie eingeschlossenen Polen, unter ihnen Mieroslawski, schürten nun in Posen den Aufstand. Nicht zufrieden mit einer von der preußischen Regierung verheißenen und angeordneten Reorganisation des Landes, wonach die deutschen Distrikte abgelöst und mit den benachbarten Provinzen vereinigt, die polnischen Landesteile dagegen unter eine nationale Verwaltung gestellt werden sollten, machten die Polen Ansprüche auf Wiederherstellung des ganzen Reiches, wie es vor der ersten Teilung gewesen war. Selbst die weitgehenden Zugeständnisse des von der Regierung in die Provinz gesandten Generals von Willisen vermochten die Polen nicht zum Frieden zu bringen. So kam es denn zu einer Reihe von Kämpfen, die bis zum 13. Mai dauerten. Die Insurgenten erlagen schließlich der Tapferkeit der preußischen Truppen; über die Provinz wurde das Kriegsrecht verhängt.

Schleswig-Holstein

Noch schwieriger gestaltete sich die schleswig-holsteinische Frage (§ 135). Der König von Dänemark, Christian VIII., war am 20. Januar 1848 gestorben, und sein Nachfolger, Friedrich VII., wurde durch eine revolutionäre Bewegung in Kopenhagen von der Partei der Eiderdänen

22. März 1848 gezwungen, die Einverleibung des Herzogtums Schleswig in das Königreich auszusprechen. Dagegen bildete sich in den beiden Herzogtümern

24. März unter dem Eindrucke der Märztage eine provisorische Landesregierung, an deren Spitze Wilhelm Beseler stand; dies wurde die Losung zu einer Trennung von Dänemark und zu einem blutigen Kriege. Das deutsche Volk nahm sich des von den Dänen angegriffenen Landes an, als die kleine, aus regulären Truppen und Freiwilligen bestehende schleswig-

9. April holsteinische Armee bei Bau geschlagen worden war und sich nach der Festung Rendsburg zurückziehen mußte. Infolge eines Bundesbeschlusses vom 3. April, welcher die Wahrung der deutschen Rechte auf Holstein in die Hände Preußens und der Staaten des X. Armeekorps legte, rückte ein

23. April preußisches Korps unter Wrangel über die Eider, schlug die Dänen bei Schleswig und eroberte das Danewerk. Am 1. Mai überschritt Wrangel auch die Grenze Jütlands. So war Preußen und Deutschland hier vor

eine schwere europäische Verwicklung gestellt, da sehr bald Rußland, Schweden, England und Frankreich in diesen Krieg sich einzumischen begannen.

B. Die Anfänge der Nationalversammlung.

§ 161. Vorparlament und Berufung der Nationalversammlung. Inzwischen hatte auch die Umwälzung in den mittleren und kleineren Staaten und die nationale Bewegung weitere Fortschritte gemacht.

In Bayern wich König Ludwig I. der öffentlichen Meinung (§ 134) und legte das Zepter in die Hand des Kronprinzen Maximilian II. Auch in Hessen-Darmstadt gab der alte Großherzog Ludwig II. einige Monate vor seinem Tode die Regierung seinem Sohne Ludwig III. ab; in Kurhessen bildete der liberale Oberbürgermeister Eberhard von Hanau ein neues Ministerium; in Hannover wurde der hart verfolgte Advokat Stüve von Osnabrück in den Rat des Königs gerufen; in Nassau wurden die Domänen für Staatsgut erklärt und alle Forderungen des Volkes gewährt. Die Liberalen hatten hier überall den Sieg errungen: Preßfreiheit, Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, Abänderung der ständischen Wahlgesetze im demokratischen Sinne, Volksbewaffnung und Vereinsrecht waren die wichtigsten Zugeständnisse der neuen Regierungen. Aber bald kamen Erscheinungen zutage, welche bewiesen, daß die politischen Grundsätze der Liberalen nicht mehr die Wunden der kranken Zeit zu heilen vermochten, daß die sozialen Bestrebungen Frankreichs auch dem deutschen Volke oder wenigstens den radikalen Elementen kein Geheimnis geblieben waren, daß man der Freiheit und Gleichheit nicht bloß eine rechtliche, sondern auch eine materielle Verwirklichung zu verleihen trachtete. In dem Main- und Taubergrund, im Odenwald und den Neckargegenden, dem alten Boden des Bauernkrieges, wurden die Rentbeamten der Standesherren und Edelleute verjagt, die Grund- und Zehntbücher vernichtet, die Schlösser der Gutsbesitzer zerstört, die Jagdrechte verletzt. In Sachsen loderte das Schönburgische Schloß Waldenburg in Flammen auf.

20. März 1848

5. März († 16. Juni)

7. März

20. März

Bauernaufstände

Auch in den nationalen Fragen machte sich der Radikalismus geltend. Die nach dem Beschluß von Heidelberg (§ 157) in Frankfurt a. M. zusammengetretene vorberatende Versammlung für ein deutsches Parlament, das sogenannte Vorparlament, übrigens eine reine Privatversammlung, stellte den Grundsatz der Volkssouveränität auf und beschloß, daß eine aus dem breitesten demokratischen Wahlmodus ohne Rücksicht auf Stand, Vermögen und Glaubensbekenntnis hervorgehende Nationalversammlung zu Anfang des Mai zusammentreten und über die künftige Verfassung Deutschlands entscheiden solle, und daß ein ständiger Ausschuß von Fünfzigmännern über die genaue Ausführung dieses Beschlusses von seiten der Regierungen zu wachen habe. Indes selbst diese weitgehenden Beschlüsse genügten den Männern des äußersten Fortschritts, unter denen Hecker und Struve hervorragten, noch nicht. Als ihre Anträge auf Permanenzerklärung der gegenwärtigen Versammlung und Beseitigung des Bundestags nicht die Majorität erhielten, schieden sie aus und riefen einige Wochen nachher im badischen Oberlande das aufgeregte Volk zur Gründung einer Republik mit gewaffneter Hand auf. Aber die republikanische Schilderhebung hatte wenig Erfolg. Nach den Gefechten von Kandern, wobei der tapfere Bundesgeneral Friedrich von Gagern seinen Tod fand, und bei Dossenbach wurden die durch Zuzüge fremder Republikaner und deutscher Arbeiter aus Frankreich unter Führung des Dichters Georg Herwegh verstärkten Freischaren von den Bundestruppen zerstreut und der Aufstand unterdrückt. Die Idee einer deutschen Republik, unter welcher der gemeine Mann sich einen Zustand paradiesischen Glückes träumte, wo der Grundsatz „Freiheit, Wohlstand, Bildung für alle" zur Geltung kommen würde, schwand aber in Süddeutschland noch nicht, und Heckers Name erklang noch längere Zeit im Liede.

Vorparlament 31. März 1848

Aufstand in Baden

20. April

26. April

Der Bundestag aber und die einzelnen Regierungen erkannten die Beschlüsse des Vorparlamentes an, wonach die Provinzen Schleswig, Ost- und Westpreußen und die deutschen Teile der Provinz Posen in den deutschen Bund aufgenommen werden, und am 1. Mai eine deutsche Nationalversammlung in Frankfurt a. M. zur Bildung einer neuen deutschen Verfassung zusammentreten solle, zu der von dem deutschen Volke auf ca. 50000 Seelen ein Abgeordneter zu wählen wäre.

Charakter der Nationalversammlung

Am 18. Mai wurden die Sitzungen dieser verfassunggebenden Nationalversammlung eröffnet. Die durch Talent, Bildung und Beredsamkeit ausgezeichnete Versammlung in der Paulskirche zu Frankfurt sowie die würdevolle Gestalt und Haltung ihres ersten, kraft- und taktvollen Präsidenten, Heinrich von Gagern, waren ein ehrenvoller Ausdruck deutscher Kultur und Gesinnung. Aber in seiner Zusammensetzung war dieses erste deutsche Parlament doch eine etwas einseitige Vertretung des deutschen Volks. Der Gelehrtenstand überwog durchaus unter den 586 Abgeordneten (es sollten 605 sein, doch verweigerten die österreichischen Slawen die Wahl), während der größere Grundbesitz, die Industriellen und Kaufleute nur sehr schwach vertreten waren. Man zählte 104 Gelehrte, 12 Literaten, 100 richterliche Beamte, 95 Advokaten, 124 Verwaltungsbeamte, 18 Geistliche, 15 Ärzte, 10 Militärs, 34 Gutsbesitzer, 13 Industrielle und 15 Kaufleute.

§ 162. Die Zentralgewalt. Die deutsche Bewegung, obwohl von Grund aus demokratisch, „hielt doch ehrfurchtsvoll still vor den Thronen", ein Beweis, daß das Streben der Nation im großen und ganzen nicht auf republikanische Staatsformen hinausging, sondern nur auf ein freies Staatsleben mit nationaler Einheit, unter welcher die Einzelstaaten in ihren gewohnten, mannigfaltigen Formen fortbestehen könnten. Die Mehrzahl der Nationalversammlung in Frankfurt erkannte dieses Ziel und vermied die Abwege, auf welche die rührige radikale Minderheit die Versammlung zu reißen versuchte, indem sie fremdartige Gegenstände vor ihr Forum führte, wie z. B. den Streit zwischen der Bürgerschaft und dem preußischen Militär in Mainz, worüber die Versammlung zur Tagesordnung überging. Aber bei dem heftigen Widerspruch, welchen der von den 17 Vertrauensmännern (§ 157) ausgearbeitete Verfassungsentwurf bei einem großen Teil der Nation erfuhr, und bei den stürmischen Ereignissen, denen sich die von allen Seiten angerufene Versammlung nicht ganz zu entziehen vermochte, rückte das Werk nur langsam voran. Wurden die Beratungen anfangs durch die Unbekanntschaft der Mitglieder mit den parlamentarischen Formen und die Unklarheit des Zieles gehemmt, so störte später, nach Ausbildung der Parteistellung, auch die Verschiedenartigkeit der Zwecke das einmütige Handeln. Diese Parteistellung trat zuerst scharf hervor bei der Beratung über die Zentralgewalt.

Parteistellungen

Die Linke (Robert Blum, Vogt, Ruge u. a.), auf eine republikanische Staatsordnung ausgehend und auf dem Grundsatze der Volkssouveränität fußend, verlangte eine aus dem Schoße der Nationalversammlung hervorgehende und ihr verantwortliche Vollziehungsgewalt ohne Mitwirkung der Regierungen; die Rechte (v. Radowitz, v. Vincke, Fürst Lichnowsky) und ein Teil der Mitte (Dahlmann, Gervinus, Arndt, Beseler, Bassermann, Jakob Grimm u. a.), eine Vereinbarung der Regierungen und der Volksrepräsentanten erstrebend, kamen in dem Grundsatz überein, daß bei der Einsetzung einer Zentralgewalt die Regierungen und die Nationalversammlung Hand in Hand gehen müßten. Zu dem Behufe

sollte ein Direktorium von drei Personen, die beiden Großmächte Österreich und Preußen und die Gesamtheit der mittleren und kleineren Staaten darstellend, eingesetzt werden. Dieses Direktorium sollte von sämtlichen Regierungen, die sich zuerst über die Personen zu einigen hätten, der Versammlung vorgeschlagen und nach deren Einwilligung von denselben auch ernannt werden, so daß „in die Mitte zwischen Bezeichnung und Ernennung die zustimmende Erklärung der Nationalversammlung fiele". Zwei Bedenken führten nach langen, bewegten Debatten endlich zum Aufgeben dieses Vorschlags: die Furcht, daß die Regierungen zur Einigung über die drei Personen eine lange Frist brauchen würden, und die Gewißheit, daß die vorgeschlagenen Direktoren von den Gegnern einer so schonungslosen Kritik unterworfen werden würden, daß ihr Ansehen darunter leiden müßte. Man kam daher im Laufe der Verhandlungen zu der Ansicht, daß es besser sei, statt eines dreiteiligen Direktoriums („Trias") ein einziges, unverantwortliches Oberhaupt („Monas") mit der höchsten Gewalt zu bekleiden, das, von den Regierungen vorgeschlagen und ernannt, von der Versammlung ohne Diskussion angenommen werden sollte.

Der „kühne Griff" Gagerns

Von diesem Wege der Vereinbarung wurde die Nationalversammlung unerwartet durch das gewichtige Wort des Präsidenten Heinrich von Gagern zu dem „kühnen Griff" hingerissen, dieses unverantwortliche Oberhaupt selbst zu wählen. Unter dem tobenden Beifall der Linken und größtenteils auch der Mittelpartei rief Gagern in die Versammlung hinein: „Ich tue einen kühnen Griff und sage Ihnen: wir müssen die Zentralgewalt selbst schaffen." Nach langen, aufregenden Debatten, bei denen die Erbitterung des größten Teiles der Vertreter des deutschen Volkes gegen Friedrich Wilhelm IV. zum Ausdruck kam (§ 159), vereinigte man sich zuletzt zu folgendem Beschluß: „Die provisorische Zentralgewalt wird einem nicht regierenden Mitgliede eines deutschen Regentenhauses als Reichsverweser übertragen. Die Nationalversammlung wählt denselben im Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen." Gagern glaubte nach den Verhandlungen mit dem preußischen Bundestagsgesandten von Usedom, der nicht den Mut hatte, die wahre Stimmung der preußischen Regierung zu vertreten, der Zustimmung Friedrich Wilhelms IV. sicher zu sein; er meinte durch diese Wendung die Regierungen einer großen Verlegenheit zu überheben, dem Reichsverweser in den Augen des Volkes eine größere Popularität zu verleihen und zugleich den Regierungen durch die Person des Gewählten eine Bürgschaft zu geben; auch hoffte er dadurch alle Parteien zu versöhnen und zu einem einmütigen Beschluß hinzureißen. Daß der volksbeliebte und, wie es schien, ganz bürgerlich gesinnte Erzherzog Johann von Österreich der Erwählte sein würde, war schon längst außer allem Zweifel. Es schien, als ob die Anträge mit Rücksicht auf ihn gestellt worden wären. So wurde denn dieser am 29. Juni mit glänzender Mehrheit gewählt. Am 11. Juli hielt er seinen feierlichen Einzug in Frankfurt und erklärte sich zur Übernahme des hohen Amtes bereit. Aber trotz der anfänglichen Begeisterung über dieses Ergebnis bezeichneten doch viele mit Recht den „kühnen Griff" als einen Fehlgriff, durch den sich die Versammlung auf den Standpunkt der Revolution gestellt und den Regierungen die Möglichkeit gegeben habe, sich später der Zentralgewalt zu entziehen. Es zeigte sich das sogleich bei dem Beschlusse der Nationalversammlung, daß alle deutschen Truppen dem Reichsverweser huldigen sollten. Österreich, Hannover und Bayern verweigerten dies, in Preußen wurde hinzugefügt:

24. Juni

28. Juni

Erzherzog Johann Reichsverweser

„sobald der König die Truppen unter den Oberbefehl des Reichsverwesers stellen würde". Hier fühlte man sich ganz besonders über die Wahl verletzt; den preußischen Patrioten schien eine, wenn auch nur vorübergehende, Unterordnung Preußens unter einen österreichischen Prinzen undenkbar. Nachdem der Reichsverweser aus den Händen des Bundestagspräsidenten, Herrn von Schmerling, ohne daß die Nationalversammlung etwas von den Winkelzügen erfuhr, mit denen der Bundestag sich erst nach Vollendung der Reichsverfassung für nicht mehr vorhanden erklärte und dem Reichsverweser die Ausübung der bundestäglichen Rechte übertrug, diese Gewalt entgegengenommen hatte, umgab er sich mit einem verantwortlichen Ministerium, in welchem unter der kurzen Präsidentschaft des Fürsten von Leiningen Schmerling, Peucker, Robert von Mohl, Heckscher, Duckwitz und von Beckerath den verschiedenen Geschäftskreisen vorstanden, und ernannte eine Anzahl Unterstaatssekretäre aus dem Schoße der Versammlung.

Reichsministerium 12. Juli 1848

§ 163. Die Grundrechte und die äußere Politik. Am 4. Juli begann die „Beratung über die Grundrechte des deutschen Volkes", eine Beratung, die gerade wie in Frankreich 1789 lange dauerte und von Ereignissen mannigfacher Art gestört und unterbrochen wurde.

Grundrechte des deutschen Volkes

Diese Grundrechte entfernten oder ermäßigten die Schranken und Hemmnisse, die bisher der persönlichen Freiheit im Wege gestanden hatten, begründeten die Rechtsgleichheit aller Deutschen durch Aufhebung ständischer Bevorzugungen, gewährten Sicherheit gegen richterliche und polizeiliche Übergriffe, stellten das freie Vereins- und Versammlungsrecht außer Frage, entzogen die Presse jeder unbefugten Überwachung, verliehen Religions- und Lehrfreiheit, gewährleisteten Schutz und Sicherheit des Eigentums, trafen Bestimmungen über die Aufhebung und Ablösung ständischer Vorrechte und veralteter Grundlasten, verlangten Schwurgerichte mit Öffentlichkeit und Mündlichkeit, Unabhängigkeit des Richterstandes und brachten durch die Abschaffung der Todesstrafe der Humanität eine Huldigung dar.

Äußere Politik

Daneben waren es dann die Fragen der äußeren Politik, die zu den lebhaftesten Parlamentskämpfen Veranlassung gaben. Die Partei der Bewegung drang auf ein Schutz- und Trutzbündnis mit Frankreich und wünschte mit Ungeduld, „die Bruderhand des Volkes über dem Rhein zu ergreifen". Allein, die Mehrheit der Versammlung verwarf das beantragte Bündnis, nahm aber die Anerkennung Frankreichs als Republik als selbstverständlich an. — Bei den Verhandlungen über den österreichisch-italienischen Krieg (§ 180) verfocht die Linke den Grundsatz der nationalen Unabhängigkeit, selbst auf Kosten des eigenen Vorteils, und verlangte, daß man dem Kriege Einhalt tue, während die Mehrheit, hingerissen von der Beredsamkeit des Herrn von Radowitz, der das Land bis zum Mincio als unentbehrlich für die militärische Sicherheit Deutschlands dem Reiche erhalten wissen wollte, damit nicht Oberitalien der Hegemonie Frankreichs, Unteritalien dem Einflusse Englands verfalle, die Angelegenheit der Zentralgewalt anheimgab, in der Erwartung, daß sie die Interessen Deutschlands wahren werde. Freilich fand dann sogar die später geforderte Abtretung von Welsch-Tirol, was nach Radowitz' Worten so viel hieß, als wenn man von jemand verlangte, er solle die Türe seines Hauses abtreten, in den kosmopolitischen Volksrednern eifrige Verfechter. — Heftig entbrannte der Kampf bei den Verhandlungen über die Zulassung der Abgeordneten, die in den damals von den polnischen

abgelösten Distrikten Posens (§ 160) zur Nationalversammlung gewählt worden waren.

Zulassung der Abgeordneten aus Posen

Die Linke glaubte den Polen, den eifrigsten und mutigsten Förderern politischer Verschwörungen, ihren Dank nicht besser abtragen zu können, als wenn sie die Herstellung Polens forderte. Trotz des anfänglichen Widerstrebens der Mehrheit der Versammlung beschloß man aber doch nach den warmen Worten der deutschen Abgeordneten aus Posen, die halbe Million bedrohter Landsleute nicht zu verstoßen. Man kam überein, die zwölf Abgeordneten aus dem zu Deutschland gefügten Teile von Posen zuzulassen und die Grenzlinie des Generals Pfuel, wodurch die Provinz in eine deutsche und eine polnische Hälfte geteilt wurde, vorläufig zu bestätigen.

§ 164. Der Waffenstillstand von Malmö und die Frankfurter Septembergreuel. Von ganz besonderer Wichtigkeit aber wurde nun die schleswig-holsteinische Frage (§ 160). Bei dem Mangel einer deutschen Kriegsflotte, für deren Errichtung sich die öffentliche Meinung durch Privatbeiträge und die Nationalversammlung durch Bestimmung einer Summe von sechs Millionen aussprach, war der Kampf zwischen den Dänen und Deutschen ein ungleicher geworden; auch erlitt der Seehandel der nördlichen deutschen Länder empfindliche Verluste, und dazu kam die drohende Haltung der europäischen Mächte. Friedrich Wilhelm IV. schloß deshalb den Waffenstillstand von Malmö. Dadurch erreichte die Verstimmung zwischen Frankfurt und Berlin den höchsten Grad. Man gab dem Könige schuld, daß er die von der Versammlung ausgesprochene Erwartung, „daß bei dem Friedensabschlusse das Recht der Herzogtümer und eben damit die Ehre Deutschlands werde gewahrt werden" nicht erfüllt habe; der Waffenstillstand enthalte unehrenhafte Bedingungen, indem darin die provisorische Landesverwaltung durch eine neue von Preußen und Dänemark gemeinschaftlich ernannte Regierung ersetzt und die schleswigschen Truppen von den holsteinischen getrennt worden seien. Der Unwille stieg durch die Kunde, daß Graf Karl Moltke, der eifrigste Verfechter des dänischen Gesamtstaats, an die Spitze dieser provisorischen Regierung treten sollte, und durch die Wahrnehmung, daß in dem Vertrage von der Frankfurter Zentralgewalt keine Rede sei, sondern Preußen im Namen des „Deutschen Bundes" gehandelt habe. Nicht allein die Linke widersetzte sich der Bestätigung des Waffenstillstands, sogar ein Mitglied des rechten Zentrums, Dahlmann, beantragte seine Verwerfung durch Sistierung der militärischen Rückbewegungen. Mit einer geringen Mehrheit wurde Dahlmanns Antrag zum Beschluß erhoben. Aber der Ausführung stellten sich unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Das gesamte Reichsministerium, das den Konflikt mit Preußen fürchtete, trat ab, und weder Dahlmann noch irgendein andrer Gegner des Vertrags war imstande, ein neues Ministerium zu bilden. Inzwischen begannen die preußischen Truppen ihren Rückzug und vollzogen somit tatsächlich die Übereinkunft. Unter diesen Umständen bildete sich allmählich eine Änderung der Parteistellung. Die Erwägung der Verluste, die aus einer Erneuerung des Krieges den Ostseebewohnern erwachsen würden, vor allem aber die Schwierigkeit, ohne Preußen den Krieg mit Erfolg fortzusetzen, und die Furcht, den Förderern der Revolution in die Hände zu arbeiten, zogen die gemäßigten Gegner auf die andere Seite. Nach einem neuen Redekampf, in dem die holsteinischen Abgeordneten selbst für die Annahme sprachen, die Linke in ihrem redefertigsten Gliede, Karl Vogt, durch Hinweis auf einen „Konvent" die Schwankenden auf die Friedensseite zog und die Rechte durch Vincke und

Malmö 26. Aug. 1848

Haltung der Versammlung

4. Sept. 1848

5. Sept.

14.–17. Sept.

Lichnowsky die Notwendigkeit eines Zusammenhaltens mit Preußen und einer Versöhnung der Parteien in der Paulskirche wie im Reiche dartat,
16. Sept. 1848 wurde der frühere ablehnende Beschluß verworfen und die Vollziehung des Waffenstillstandes gutgeheißen, aber dabei der provisorischen Zentralregierung die Erwirkung der notwendigen Modifikationen und die schleunige Einleitung von Friedensunterhandlungen zur Aufgabe gestellt. Dieser Verlauf bewies, wie ohnmächtig die Reichsregierung den Großstaaten gegenüber war.

Aufruhr in Frankfurt

Der unvolkstümliche Beschluß über den Waffenstillstand war der Bewegungspartei ein willkommener Vorwand, die Revolution der Märztage zu erneuern. Bei einer Volksversammlung auf der Pfingstweide in der Nähe Frankfurts, wo ein Mitglied der Linken die Notwendigkeit hervorhob, „in Frakturschrift zu reden", wurde der Widerstand gegen die Nationalversammlung gepredigt. Die Überreichung einer Sturmadresse, worin die Mehrheit des Parlaments für Hochverräter erklärt und zum Austritt aufgefordert wurde, sollte als Einleitung zu dem großen Schlag gegen die Paulskirche dienen. Durch die von Mainz herübergerufenen Truppen in ihrem Vorhaben gehindert, schritten die Republikaner zum
18. Sept. Barrikadenkampf, der zwar bald vom Militär unterdrückt wurde, aber eine greuelvolle Freveltat im Gefolge hatte. Lichnowsky und General Auerswald wurden vor den Toren Frankfurts von einem Pöbelhaufen unter entsetzlichen Mißhandlungen ermordet; Heckscher, damals Minister des Äußern, entging nur mit Mühe in Höchst einem ähnlichen Schicksal.

Radikalismus und Reaktion

Die Frankfurter Septembertage bildeten einen bedeutsamen Abschnitt in dem Parlamentsleben der Paulskirche. Die schönen Tage der Hoffnung und Begeisterung gingen damit zu Ende. Die ernsten Worte der Rüge wie die Ermahnungen zur Versöhnung, womit der Präsident die nächste Sitzung eröffnete, waren ohne dauernde Nachwirkung. Der Belagerungszustand, den das Ministerium unter Schmerlings Leitung über Frankfurt verhängte, das Gesetz zum Schutz der Nationalversammlung gegen ähnliche Vorfälle, der dem Militär votierte Dank, die von dem Frankfurter Gericht begehrte und von der Versammlung in einer stürmischen Sitzung zugestandene Bewilligung zum gerichtlichen Verhör dreier Parlamentsglieder wegen Aufreizung zum Aufstand: alle diese Schritte weckten den Zorn der Demokraten und erweiterten die Kluft zwischen der linken und rechten Seite der Versammlung. Die Linke, früher auf die ausschließliche Souveränität der Nationalversammlung pochend, jetzt aber ergrimmt, daß sie dieselbe nicht mit sich fortreißen konnte, näherte sich immer mehr dem Partikularismus, der die Einheitsbestrebungen der Paulskirche zu brechen suchte. Unter diesen Kämpfen erstarkte die Reaktion, die, anfangs als Retterin gegen die maßlosen Ausschweifungen des demokratischen Geistes von den Gemäßigten freudig begrüßt, bald den konstituierenden Versammlungen über den Kopf wuchs und alle erworbenen und gehofften Errungenschaften der sturmvollen Zeit in Frage stellte. Von ganz besonderem Einfluß wurden hier die Vorgänge in Berlin und Wien.

C. Sieg der Regierung in Berlin und Wien.

§ 165. Die konstituierende Nationalversammlung in Berlin. Die Nationalversammlung in der Paulskirche hatte die bedeutendsten politischen Kräfte in Deutschland an sich gezogen, so daß die übrigen konstituierenden Reichs- und Landtage Spuren der geistigen Erschöpfung der Nation an

sich trugen. Das übte auch seine Wirkung aus auf die nach Berlin einberufene „Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung". Die Rechte hatte in ihr die Mehrheit (zu ihren Mitgliedern gehörte auch Otto v. Bismarck); aber die Linke war rühriger, und die Versammlung stand unter dem Einflusse des Berliner „Volks", das seit dem Abzuge des Militärs in schrankenloser Ungebundenheit das Regiment in Preußens Hauptstadt führte. Statt den von der Regierung vorgelegten Entwurf einer Verfassung, der alle Grundbedingungen eines freien Staatslebens darbot, einer schleunigen Beratung zu unterwerfen, schürte man zuerst die Leidenschaften durch den Antrag, „die hohe Versammlung wolle in Anerkennung der Revolution erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl um das Vaterland verdient gemacht hätten", ein Antrag, der, weil er nicht angenommen wurde, die Wut des Pöbels dermaßen reizte, daß der Minister Heinr. Arnim und der Prediger Sydow beim Ausgang aus der Versammlung mißhandelt wurden. Von der Zügellosigkeit der Volksmasse Berlins gab dann auch der *Zeughaussturm* ein erschreckendes Zeugnis. Am 14. Juni brach die Menge in das Zeughaus ein, um sich Waffen zu verschaffen. Der dort kommandierende Hauptmann von Natzmer verlor den Kopf und zog ohne Verteidigung des Hauses ab. Erst die heranrückende Bürgerwehr vertrieb den Pöbel, der in schimpflichster Weise mit den in dem Zeughause aufbewahrten Trophäen des preußischen Heeres gehaust hatte. Trotzdem bekämpfte die Nationalversammlung jede gesetzliche Beschränkung demokratischer Freiheit und vergeudete die kostbare Zeit mit nutzlosen Debatten über die Befugnisse und Stellung der Frankfurter Nationalversammlung zu den einzelnen Regierungen und Landtagen und über die Frage, ob eine Adresse an den König zu richten sei oder nicht. Eine solche Haltung der Mehrheit der preußischen Nationalversammlung wäre allerdings undenkbar gewesen ohne die Schlaffheit der Minister und ohne die zweideutige, bald sogar provozierende Stellung der Militärpartei. Die Wahrnehmung dieser Gesinnung vergrößerte die Kluft zwischen der Versammlung und der Regierung. Als man endlich nach vielen Interpellationen, Anfragen und Abschweifungen zur Beratung des Verfassungsentwurfs überging, entbrannte gleich über die ersten Sätze ein so heftiger Kampf, daß eine Beendigung kaum zu erwarten stand. Die Linke bekämpfte die Benennung „König von Preußen" und die Formel „Von Gottes Gnaden". In der Posener Frage wurde dann in einer stürmischen Sitzung mit einer Mehrheit von einer einzigen Stimme die von der Regierung angeordnete Teilung des Landes durch eine Demarkationslinie (§ 160) verworfen und somit der Beschluß der Frankfurter Nationalversammlung (§ 163), gegen die sich überhaupt eine gewisse Rivalität nicht verkennen ließ, aufgehoben. Als die Nachricht von den Wiener Ereignissen (§ 169) nach Berlin kam, stellte *Waldeck*, das Haupt der Linken, den Antrag, „das Reichsministerium aufzufordern, zum Schutz der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte aufzubieten". Während der Beratung umstellten Volkshaufen lärmend das Sitzungshaus, bedrohten mißliebige Abgeordnete mit Messern und Stricken und widersetzten sich sogar der zum Schutz der Versammlung aufgebotenen Bürgerwehr.

2. April 1845

Die Versammlung u. die Volksmassen

9. Juni 1848

14. Juni

23. Okt.

31. Okt.

Da reifte bei dem König und seiner Umgebung der Entschluß, solchen Vorgängen für die Zukunft vorzubeugen. Der Sieg der Reaktion in Wien

(§ 169) ermutigte auch in Berlin zu ähnlichen Schritten. Das Ministerium Pfuel wurde zum Rücktritt bewogen und Graf Brandenburg, ein Sohn Friedrich Wilhelms II. und der Gräfin Sophie Dönhoff, mit der Bildung
Ministerium Manteuffel eines neuen Ministeriums betraut. Am 1. November war dieses Ministerium „der rettenden Tat", dessen Seele der Minister des Innern, von Manteuffel, war, gebildet, und seine erste Handlung war eine königliche Bot-
8. Nov. schaft, worin die Nationalversammlung, „um ihre Beratung vor dem Scheine der Einschüchterung zu bewahren", nach Brandenburg verlegt und bis zum 27. des Monats vertagt wurde. Umsonst hatte die Versammlung durch eine Adresse den König zur Änderung seines Vorsatzes zu bewegen gesucht: die Worte des Abgeordneten Jacobi bei Überreichung der Adresse, „das sei das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nie hören wollten", konnten den König in seinem Entschluß nur bestärken. Umsonst legte die Versammlung Verwahrung gegen die Vertagung ein: der Ministerpräsident untersagte jede weitere Beratung, und als die Versammlung die Sitzungen nicht einstellte, erhielt General Wrangel, der schon seit dem 15. September
10. Nov. 1848 zum Oberbefehlshaber der Marken ernannt worden war, den Befehl, mit den Truppen wieder in Berlin einzurücken. Das Sitzungshaus wurde vom Militär besetzt, die Bürgerwehr aufgelöst, und als die protestierenden Mitglieder unter dem Präsidenten v. Unruh sich an anderen Orten ver-
12. Nov. sammelten, wurde der Belagerungszustand über Berlin verhängt. Die Abgeordneten, etwa 120 an der Zahl, beschlossen, durch eine Steuerverweigerung den passiven Widerstand im ganzen Lande zu organisieren. Doch verkannten sie völlig ihre Macht und die Stimmung des Volkes. Ihrem Beschlusse wurde mit einigen Ausnahmen keine Folge gegeben.

§ 166. Die Frankfurter Nationalversammlung und das Ministerium Brandenburg-Manteuffel. Die oktroyierte Verfassung. Die Berliner
Haltung der Frankfurter Versammlung Vorgänge erregten einen neuen Sturm in der Frankfurter Versammlung. Ein Antrag, daß die preußische Krone sich mit einem Ministerium umgeben solle, welches das Vertrauen des Landes besitze und die Besorgnisse vor Beeinträchtigung der Volksfreiheiten beseitige, wurde am 14. November angenommen. Aber ehe er noch zur Ausführung kommen konnte, kehrte der Staatssekretär Bassermann, der die Aufgabe gehabt hatte, als Reichskommissar das Verhältnis Preußens zur Zentralgewalt zu klären und als Vermittler in den Zerwürfnissen der preußischen Regierung mit ihrer Versammlung aufzutreten, nach Frankfurt zurück und bewirkte durch seine Darstellung der Berliner Straßenzustände („Bassermannsche Gestalten") bei der Mehrheit der Parlamentsglieder einen Umschwung. Das rechte Zentrum trat entschieden auf die Seite der Krone. Aber der Wunsch, die Partei des linken Zentrums im „Augsburger Hof" zu gewinnen, und einige Rücksicht auf die öffentliche Volksstimmung, führten zu dem Be-
20. Nov. 1848 schlusse, die Zentralgewalt aufzufordern, in Berlin auf Ernennung eines Ministeriums hinzuwirken, welches das Vertrauen des Landes besitze. Dagegen wurde der auf Suspension der Steuererhebung gerichtete Beschluß für nichtig erklärt, zugleich jedoch versprochen, „die dem preußischen Volke gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung zu schützen".

Trotz dieses Beschlusses blieb natürlich das Ministerium Manteuffel
27. Nov. und eröffnete die Nationalversammlung an dem bestimmten Tage in der Domkirche zu Brandenburg. Da aber die Zahl der hier eingetroffenen

Mitglieder zu einer Beschlußfassung nicht hinreichte und ein Teil der Opposition nur erschien, um gegen das Verfahren nochmals zu protestieren, so wurde die Auflösung der Versammlung ausgesprochen und zugleich von der Regierung selbst eine Verfassung bekannt gemacht, welche einer neu zu wählenden Versammlung mit zwei Kammern zur Durchsicht und Annahme vorgelegt werden sollte. Diese „oktroyierte" Verfassung und das Wahlgesetz hatten nach allen Beziehungen einen möglichst freien Standpunkt. Beide Kammern sollten durch Volkswahl vermittelst Wahlmänner (indirektes Wahlverfahren) gebildet werden, nur daß für die erste eine bestimmte Steuersumme (Zensus) und ein höheres Alter festgesetzt war, indes für die zweite das Wahlrecht unbeschränkt sein sollte. Darum versöhnte sich auch die öffentliche Meinung schnell mit der dargebotenen Verfassung, und selbst die Demokraten fügten sich in die Verhältnisse, die sich über Erwarten günstig für sie gestaltet hatten, und rüsteten sich zum neuen Wahlkampf. Die preußische Krone hatte ihre Kraft gezeigt: der Sieg war erfochten, das Königtum herrschte wieder in Preußen und war den liberalen Forderungen sehr entgegengekommen.

Auflösung der preußischen Nationalversammlung. Oktroyierte Verfassung 5. Dez. 1848

§ 167. Der österreichische Reichstag und die Wiener Zustände. Fast zu derselben Zeit errang auch in Österreich die Monarchie den entscheidenden Sieg. Der Kaiser hatte sich, beunruhigt über die Vorgänge in Wien (§ 158) nach Innsbruck begeben. Dieser unerwartete Schritt erfüllte 19. Mai 1848
die Hauptstadt mit Bestürzung und bewirkte einen kurzen Umschlag in der Gesinnung. Als aber die Regierung diese veränderte Stimmung zur Auflösung der Studentenlegion benutzen wollte, erfolgte die dritte Erhebung, drohender und gewaltiger als die vorhergehenden. 26. Mai
Endlich einigte man sich dahin, daß das Militär abziehen und ein aus Bürgern, Nationalgarden und Studenten gebildeter Sicherheitsausschuß die Ordnung in der Stadt erhalten sollte. Während dieser Vorgänge begannen die Wahlen zum österreichischen konstituierenden Reichstag, und am 22. Juli wurde die Nationalversammlung vom Erzherzog Johann im Namen des abwesenden Kaisers eröffnet. 22. Juli
Ein neues Ministerium war gebildet worden unter Wessenburgs Vorsitz, in dem Doblhoff (Inneres), Latour (Krieg), Schwarzer (Arbeiten), Hornbostel (Handel) die bedeutendsten Mitglieder waren.

Österreichische Nationalversammlung

Die Nationalversammlung bot einen merkwürdigen Anblick. Abgeordnete, den verschiedensten Volksstämmen und Ständen angehörend, darunter 32 galizische Bauern in leinenen oder härenen, an die Steppe erinnernden Kitteln, die nicht lesen und schreiben konnten und die deutsche Sprache nicht verstanden, waren zur Anfertigung einer gemeinsamen Reichsverfassung vereinigt, von deren Beschaffenheit nur wenige einen klaren Begriff hatten. Daß bei einer so wunderbar zusammengesetzten Versammlung ein solches Unternehmen scheitern mußte, lag in der Natur der Sache, wären auch die Zustände der Hauptstadt und des Reichs minder schwierig gewesen, als sie in der Tat waren. Auch kam die Versammlung eigentlich nicht zur Vornahme ihrer Aufgabe; die äußeren Verhältnisse drängten so mächtig an sie heran, daß sie den Gang ihrer Beratung stets mit Tagesfragen unterbrechen mußte. Die Verhandlungen nahmen bald einen heftigen Charakter an, der auch nach des Kaisers halb erzwungener Rückkehr nicht gemildert wurde und 12. Aug. 1848
mit dem unruhigen Treiben der unteren Volksklassen der Hauptstadt in Übereinstimmung war. Namentlich führte der Antrag des Abgeordneten Kudlich für Aufhebung der Robot- und Untertänigkeitsverhältnisse heftige Kämpfe und stürmische Auftritte herbei. Dieser Antrag hatte eine ähnliche Tragweite wie die Beschlüsse

Robotgesetz

der französischen konstituierenden Versammlung am 4. August 1789, indem er auf Abschüttlung aller Feudallasten, auf Vernichtung aller grundherrlichen Rechte und auf Ablösung aller Untertänigkeitsverhältnisse und dgl. m. ohne Entschädigung hinauslief. Zwar wurde der Antrag nach vierwöchigen Debatten dahin ermäßigt, daß für einige der abzulösenden Lasten Entschädigung gewährt werden solle, für andere nicht, aber immerhin war der am 9. September durch kaiserliche Bestätigung mit Gesetzeskraft versehene Beschluß ein folgenreicher Eingriff in die Gerechtsame und Vermögensverhältnisse der österreichischen Grundbesitzer.

31. Aug.

Bei der großen Mannigfaltigkeit dieser Lasten, Abgaben und Leistungen und bei den Schwierigkeiten, die der Ablösung im Wege standen, konnte das Gesetz nicht sogleich zur Ausführung kommen, zumal da durch die Übernahme der Entschädigungen auf die Staatskasse der mißlichen Finanzlage des Kaiserreichs neue unabsehbare Belastungen in Aussicht gestellt wurden. Auch bei der Revision des „Rekrutierungsgesetzes" huldigte der Reichstag dem Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetze, indem er die Befreiung des Adels von der Militärpflicht aufhob, die Dienstzeit von acht auf fünf Jahre herabsetzte und an die Regierung das Verlangen stellte, den bisher üblichen Vorbehalt der Offiziersstellen für den Adel aufzuheben. Nicht minder stürmisch waren die Verhandlungen bei Prüfung des Staatshaushalts und Bewilligung der Steuern und Anlehen, und ehe die beabsichtigte Beratung der „Grundrechte" vor sich gehen konnte, trat eine Wendung ein, die auf das Schicksal des Reichstags entschiedenen Einfluß hatte. (§ 169.)

Einfluß der Arbeiter

Während dieser Beratungen war die Kaiserstadt der Schauplatz unaufhörlicher Bewegungen. Bei der durch die Stockung der Geschäfte in eine verzweifelte Lage gekommenen unteren Volksklasse fanden die radikalen Volksredner eine günstige Gelegenheit, durch Bildung von Arbeitervereinen, durch Reden, Zeitungsartikel, Maueranschläge und Flugblätter eine stete Aufregung zu erhalten. Weder der „Sicherheitsausschuß" mit der „Sicherheitswache" noch die „Studentenlegion", noch auch die Wiener „Nationalgarde" traten diesem Treiben kräftig entgegen; alle diese Körperschaften bestanden großenteils aus Demokraten, die entweder mit den Arbeitern sympathisierten oder doch Scheu trugen, ihre Popularität aufs Spiel zu setzen. So kam es, daß Pöbelscharen mehr und mehr Einfluß auf das Staatsleben übten: sie hemmten die Anwerbungen für die italienische Armee, damit ihre Menge nicht vermindert würde, sie ertrotzten Zuweisung öffentlicher Arbeiten von seiten der Regierung und bestimmten den Taglohn. Als die Beschäftigung der brotlosen Arbeiter an den öffentlichen Werken dem Staat und der Gemeinde unerschwingliche Lasten zu bereiten drohte, setzte der Minister Schwarzer den Arbeitslohn um fünf Kreuzer herab. Diese Maßregel führte die blutigen Auftritte vom 23. August herbei, bei welchen jedoch die Bürger selbst ohne militärische Beihilfe die öffentliche Ruhe wiederherstellten.

Ungarn und Südslawen

§ 168. Die Vorgänge in Ungarn bis zu den Oktobertagen in Wien.

Da riefen die Vorgänge in Ungarn in Wien eine neue, furchtbare Empörung hervor. Gegen den von Ungarn (§ 158) drohenden Krieg fand die österreichische Regierung einen unerwarteten Bundesgenossen in den slawischen Volksstämmen des Südens, den Kroaten, Slavoniern und Grenzern, welche, bisher mit den Magyaren zu einem Königreich, Ungarn verbunden und im ungarischen Reichstag vertreten, jetzt, durch die panslawistischen Bestrebungen (§ 158) aufgereizt und durch die Parteilichkeit der Magyaren in ihrem Nationalgefühl verletzt, Trennung von Ungarn und ein selbständiges Staatswesen unter dem kaiserlichen Reichsministerium verlangten. Für Ungarn drohte der Abfall aller nichtmagyarischen Stämme.

Nationale Bestrebungen

„Gleichberechtigung der Nationalitäten" wurde nun die Losung aller Volksstämme von den Karpaten bis zur Save und Donau. Der Übermut der Magyaren, welche die beim Reichstage und in obrigkeitlichen Erlassen

übliche lateinische Sprache durch ihre eigene verdrängt hatten und ihre besonderen Einrichtungen allenthalben auf Kosten des Heimischen und Herkömmlichen zu verbreiten bemüht waren, hatte den Samen des Nationalhasses ausgestreut. Eine kroatische und ungarische Deputation bestürmten die kaiserliche Regierung in Wien zu gleicher Zeit mit dringenden Forderungen, März 1848
jene um Vereinigung der drei Königreiche Kroatien, Slavonien, Dalmatien und der Militärgrenze zu einem selbständigen Staatswesen, diese um Fortbestand der bisherigen Verbindung und Erhaltung der Integrität des Königreichs Ungarn. Die österreichische Regierung suchte diesen Rassenhaß zur Schwächung ihrer Gegner zu benutzen. Den Bitten der Kroaten willfahrte man dadurch, daß man den Magyarenfeind Jellachich, eine bei Hof beliebte Juli 1848
Persönlichkeit, zum Ban (Statthalter) ernannte, und die Ungarn suchte man durch Versprechungen und Zugeständnisse zu besänftigen. Im Vertrauen auf den hohen Schutz schritt Jellachich in seinem Streben, die südslawischen Staaten von Ungarn zu trennen, eilig fort. Eine letzte Unterhaltung zwischen Jellachich und dem ungarischen Minister Batthyanyi zu Wien führte nicht zur Vereinigung; die Frage, ob das neugestaltete Ungarn in seinem bisherigen Umfang fortbestehen oder zu einem kleinen magyarischen Königreich zusammenschwinden solle, mußte mit den Waffen entschieden werden.

Und schon hatte dieser Nationalkrieg im südöstlichen Ungarn seinen Kampf der Grenzer und Serben
blutigen Anfang genommen. Von slawischen Aufwieglern und fanatischen Geistlichen aufgereizt, kündigten die Bewohner desselben den ungarischen Behörden den Gehorsam und unternahmen verheerende Streifzüge in die benachbarten Komitate. Den Anfang bildete ein mit entsetzlichen Greuelszenen, Mord und Raub begleiteter Aufstand in dem Städtchen Kikinda. Durch Zuzüge verstärkt und Aug. 1848
von den noch ungerüsteten Ungarn nicht kräftig genug bekämpft, gewannen die Insurgenten schnell Boden. Die Städte Neusatz, Karlowitz, Pancsova, Weißkirchen u. a. O. waren der Schauplatz der entsetzlichsten Greueltaten. Monatelang dauerte dieser verheerende Rassenkampf ohne Feldschlacht und Kriegsplan, Nationalhaß und Rachsucht reizten die Leidenschaften; die Erhebung der Tschechen in Prag (§ 158) und die Gärung unter allen slawischen Stämmen des Kaiserreichs erhöhten die Wut der rohen Grenzer und Serben. Erst im August gelang es den ungarischen Heeren bei den Schanzen von St. Thomas und in der Stadt Weißkirchen, die empörten Gegner im heißen Kampf zu schlagen und den serbischen Aufstand zu unterdrücken.

Mittlerweise war auch die Aufregung der Kroaten und Slavonier Kroaten und Slavonier
gegen die „asiatische Horde", deren Joch sie nicht länger tragen wollten, immer höher gestiegen. Im Einverständnis mit dem Hofe und der Reaktionspartei pflanzte daher der Banus Jellachich die Fahne der kroatischen Unabhängigkeit auf und überschritt im September mit seinen wilden Heerscharen die Drau. Ohne Widerstand drang er bis zum Plattensee vor; die ungarischen Truppen, größtenteils unter österreichischen Anführern, waren an Zahl schwach und keineswegs zum Kampfe begierig, und da weder von den Ungarn noch von der österreichischen Regierung das letzte, entscheidende Wort gesprochen war, so mußte in die ungarischen Heere eine schwankende, kraftlähmende Haltung kommen. Die Magyaren betraten noch einmal den Weg friedlicher Vermittlung mit Österreich. Sie wendeten sich an den Wiener Reichstag, stießen aber auf Sept. 1848
den gleichen Stammesgroll, so daß sie zurückgewiesen und durch die Schritte der Regierung mehr und mehr in der Meinung befestigt wurden, daß die österreichische Regierung die slawischen Aufstände offen oder geheim begünstige. So trafen sie kriegerische Anstalten. Die Erscheinung Jellachichs mit seinen Kroatenscharen Erhebung der Ungarn
in der Nähe der Hauptstadt steigerte die Wut und bewirkte, daß Kossuths volkstümliche Beredsamkeit über die warnenden Worte der Besonnenen den Sieg davontrug. Der ungarische Landsturm trat ins Leben, die Aufregung des leidenschaftlichen Volks wurde zum Fanatismus gesteigert, ein Nationalkrieg der heftigsten

und blutigsten Art nahm seinen Anfang. Durch den Rücktritt des Erzherzogs
21. Sept. Stephan von der Würde eines Palatins und durch Batthyanyis und
Eötvös' freiwilligen Verzicht auf ihre Ministerstellen kam die Leitung gänzlich in
die Hände Kossuths und der magyarischen Eiferer. Die Ermordung des zum
28. Sept. 1848 Oberbefehlshaber der ungarischen Truppen ernannten Grafen Lamberg auf der
Schiffbrücke gab ein schreckliches Zeugnis von der in Ungarns Hauptstadt herrschenden
Wut. Diese Schreckenstat sowie die fast gleichzeitige Kunde, daß Graf Zichy,
des Kaisers Kommissar bei Jellachich und seiner Armee, von dem Magyarenführer
Görgey als Verräter standrechtlich durch den Strang hingerichtet worden sei,
3. Okt. hatte die Auflösung des ungarischen Reichstages, die Erklärung des Kriegs-
zustandes über das ganze Königreich und die Übertragung der Oberbefehlshaber-
würde über alle kaiserlichen Truppen in Ungarn und den Nebenländern an den
Banus Jellachich zur Folge.

Aufruhr in Wien

§ 169. Die Oktobertage in Wien und Wiens Fall. Diese Er-
eignisse in Ungarn und den slawischen Ländern gaben in Wien die Ver-
anlassung zu einer Erhebung, die alle früheren Auftritte an Umfang und
Wut weit überbot. Die Wiener Bevölkerung, voran die Studentenlegion,
die Zöglinge der polytechnischen Schule und viele Nationalgarden, suchte
6. Okt. den Abmarsch der nach Ungarn beorderten Truppen gewaltsam zu hindern;
die Eisenbahn wurde teilweise zerstört, einige Kanonen erobert und ein
blutiger Kampf eröffnet. Die ganze Stadt war in Aufruhr; allenthalben
wurden Barrikaden errichtet. Das Militär, verführt und dem ungarischen
Kriege abhold, ging zum Teil zum Volke über; andere waren lau im Wider-
stand. In der Stephanskirche und im Hofe des Kriegsgebäudes war der Kampf
am heftigsten, der Boden mit Leichen bedeckt. Das Kriegsgebäude wurde
endlich erstürmt und der im vierten Stockwerk in einem Versteck entdeckte
Minister Latour von dem rasenden Haufen in unmenschlicher Weise er-
mordet; der Leichnam wurde, in ein Tuch gehüllt, an einen Laternen-
pfahl aufgeknüpft. Diese schrecklichen Ereignisse machten auf den in
Schönbrunn weilenden Kaiser einen erschütternden Eindruck und ver-
anlaßten ihn von neuem zur Flucht. Mit Hinterlassung eines Manifestes,
worin er sich beklagte, daß alle Beweise von Liebe und Güte, ohne An-
erkennung geblieben seien, und kundgab, daß er die Nähe der Hauptstadt,
„wo die Anarchie ihr Äußerstes vollbracht habe", verlasse, „um Mittel
7. Okt. 1848 zu finden, dem unterjochten Volke Hilfe zu bringen", reiste der Kaiser
nach der mährischen Stadt Olmütz, die sich der Hof zur neuen Residenz
ausersehen hatte. Die Entfernung des Kaisers war der Anfang einer
fluchtähnlichen Auswanderung der vornehmen und wohlhabenden Ein-
wohner; dafür strömten die Männer der Bewegung, die neuen Apostel
der Anarchie zu allen Toren ein. Das Ministerium war seit Latours
tragischem Ende zerstoben, nur der Minister Kraus verharrte auf seinem
gefahrvollen Posten. Der Reichstag hatte einen großen Teil seiner Mitglieder
durch die Flucht eingebüßt, die übrigen hielten unter dem Vizepräsidenten
Smolka ihre Sitzungen in Permanenz und suchten durch Ernennung
einer Sicherheitskommission dem wilden Treiben der Demokraten-
vereine und der Legionäre der Aula einige Schranken zu setzen.

Gegen-maßregeln

Inzwischen nahm der in Wien kommandierende General v. Auers-
perg mit seinen Truppen auf dem kaiserlichen Belvedere und im
Schwarzenbergschen Garten eine feste, drohende Stellung; zu gleicher
Zeit näherte sich Jellachich mit einem großen Heer von Kroaten und
Grenzern, und in Böhmen machte der Fürst Windischgrätz kriegerische

Bewegungen. Dieser hatte den Aufstand in Prag (§ 158) durch einige Kanonenschüsse niedergeworfen und das Heer zur Stütze der Ordnung und des Zusammenhalts der Monarchie gemacht; der Slawenkongreß (§ 158) hatte sich während dieser unruhigen Tage ohne Ergebnis aufgelöst. — Die Anzeichen eines Angriffs von drei Seiten setzten die Bevölkerung Wiens in eine fieberhafte Aufregung. Die Weigerung des Kaisers, den Ban Jellachich dem österreichischen Ministerium unterzuordnen, nahmen die Demokraten in Wien als einen Beweis, daß es auf eine Militärdiktatur abgesehen sei; die Adressen des Reichstages zur Erwirkung der Rückkehr des Kaisers blieben erfolglos; so kam es, daß die Leitung der Dinge gänzlich in die Hände der Revolutionspartei geriet. Der ehemalige Leutnant Messenhauser wurde zum Oberbefehlshaber der Nationalgarde gewählt, der polnische General Bem, der später in Ungarn glänzende Beweise kriegerischer Befähigung ablegte (§ 182—184), leitete an der Spitze der Artilleristen die Verteidigungsanstalten, Freischaren, die von allen Seiten in die Hauptstadt strömten, standen unter eigenen Führern, die sich meistens als Klubredner und Literaten einen Namen gemacht hatten, feste Barrikaden waren an geeigneten Orten aufgerichtet und das Pflaster in den Straßen gelockert worden. Was vor allem den Mut und die Hoffnung der Wiener Insurgenten belebte, war der erwartete und verheißene Zuzug der Magyaren, deren Hilfstruppen man schon von der Warte auf dem Stephansturm zu bemerken glaubte. 17 Juni

Unterdessen hatte der Ban die südliche Seite der Stadt am Wienerberg mit 50000 Mann kaiserlicher Truppen der verschiedensten Waffengattungen und Nationalitäten besetzt: ein buntes Völkergemenge, das an Wallensteins Lager erinnerte, aber durch militärische Zucht zu einem festen Körper verbunden, gegenüber einer beweglichen, an Gehorsam und Unterordnung nicht gewöhnten Insurgentenmasse. Graf Auersperg räumte seine bisherigen Standorte und vereinigte sich mit Jellachich. Bald erschien auch Fürst Windischgrätz, den der Kaiser zum Oberbefehlshaber aller Truppen ernannt und zur Züchtigung der empörten Hauptstadt mit unumschränkter Vollmacht ausgerüstet hatte, mit großer Heeresmacht. Eine kaiserliche Proklamation suchte die aufgeregten Gemüter zu beruhigen, indem sie die Versicherung gab, daß die gewährten Freiheiten ungeschmälert erhalten, die verheißene Verfassung durchgeführt und das Gesetz über die Ablösung der bäuerlichen Lasten zur Ausführung gebracht werden sollte. Der besonnenere Teil der Wiener Bevölkerung hätte gern eingelenkt, zumal da die schwankende Haltung der ungarischen Armee, die bald zaudernd stillhielt, bald rückgängige Bewegungen machte, wenig Aussicht auf kräftige Unterstützung bot, allein die Leitung der Dinge war schon zu sehr in die Hände der äußersten Partei geraten, als daß noch eine Vermittlung möglich gewesen wäre. Windischgrätz hatte bereits alle Anstalten zur völligen Einschließung der Stadt getroffen. Eine Proklamation „an die Bewohner Wiens", die die Stadt und Umgebung in Belagerungsstand erklärte, alle Zivilbehörden den Militärbehörden unterordnete und gegen die Übertreter der Verfügungen das Standrecht verkündete, bewies den Ernst des Fürsten. Vermittlungsversuche wurden noch von dem städtischen Gemeinderat, den noch anwesenden Gliedern des Reichstages und den Kommissaren aus der Frankfurter Nationalversammlung (§ 170) unternommen; allein die Bedingungen, die der strenge Feldherr am 23. Oktober

Belagerung von Wien

12. Okt. 1848

20. Okt.

20. Okt.

23. Oktober stellte, waren so hart, daß sie verworfen wurden. Die Entscheidung beruhte jetzt auf den Waffen.

Wiens Fall

Von beiden Seiten wurden daher die kriegerischen Kräfte aufs äußerste angespannt. Bem, Messenhauser und Fenneberg leiteten die Verteidigungsanstalten, der demokratische Zentralausschuß bildete zwei Freikorps, die mobile Garde und das Elitenkorps, worin auch die Frankfurter Parlamentsmitglieder Robert Blum und Julius Fröbel Dienste versahen. Über eine Woche wurde der Kampf mit der größten Erbitterung Tag und Nacht fortgeführt. Der Zorn der Soldaten wuchs mit dem Widerstand; besonders brannte das Regiment Latour, das mit umflorten Fahnen einherzog, vor Verlangen, den Tod des Generals zu rächen. Am 28. und 29. Oktober war der Kampf am heißesten; schon waren die Außenwerke und Vorstädte erobert, den Insurgenten gebrach es an Lebensmitteln und Kriegsvorrat, die Stadt war unhaltbar. Der Gemeinderat, nunmehr die einzige gesetzliche Obrigkeit, da der Reichstag durch kaiserliche Botschaft geschlossen und auf den 15. November nach dem mährischen Städtchen Kremsier einberufen worden

29. Okt.

war, beschloß, die Stadt auf Gnade und Ungnade, wie der Sieger verlangte, zu übergeben. Am Abend begann schon die Ablieferung der Waffen, und am 30. Oktober rückten die Truppen von allen Seiten bis zum Glacis vor. Da sah um zwei Uhr ein Wächter vom Stephansturm gegen die ungarische Grenze hin Pulverdampf aufsteigen. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht: „Die Ungarn kommen!“ und weckte von neuem den Kriegsmut. Der Vertrag wurde gebrochen, die abgelieferten Gewehre den Zeughäusern wieder entnommen, die Kanonen auf die Wälle gepflanzt und neue Ausfälle gewagt. Die Stadt war gänzlich in den Händen des Proletariats und verzweifelter Rotten von Freischaren. Aber die Hoffnung der Insurgenten wurde getäuscht. Zwar waren die Ungarn wirklich im Anmarsch, aber ihr großenteils aus einem raschgebildeten Landsturm von jungen Leuten bestehendes Heer

30. Okt.

wurde von den Kroaten und dem österreichischen Militär an der Schwechat mit großem Verlust geschlagen und zum schnellen Abzug nach Preßburg gezwungen. Mit doppelter Wut wurde

31. Okt.

nunmehr die Kaiserstadt von den über den Treubruch empörten Soldaten von neuem bestürmt. Der Widerstand war schwach und von kurzer Dauer. Die Truppen drangen bis zum Stephansplatz vor und auf den Hof des Kriegsgebäudes, wo der Laternenpfahl, an dem Latours Leiche gehangen, umgestürzt und zertrümmert wurde. Wien bot einen Anblick des Schreckens und Jammers dar.

Am 2. November hielt Jellachich seinen Einzug in die eroberte Stadt. Windischgrätz wie Schwarzenberg wußten wohl, daß die Bürger Wiens unter dem furchtbaren Terrorismus der Radikalen sich von dem Kampfe gegen das Heer gar nicht hatten ausschließen können; trotzdem aber begann die eiserne Herrschaft des Schwertes.

Messenhauser, der von der Wiedererneuerung der Feindseligkeiten ernstlich abgemahnt hatte, und viele Barrikadenhelden fanden ihr blutiges Ende. Am meisten erregte

R. Blum 9. Nov. 1848

aber die Deutschen die Erschießung Robert Blums, des Führers der Frankfurter Linken. Blum, in Köln unter ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen, hatte sich durch seine außerordentlichen Fähigkeiten zum beredten Vorkämpfer der religiösen und politischen Freiheit herangebildet, hatte sich in dem Leipziger Aufstande 1845 (§ 134) durch die Besonnenheit, mit welcher er ihn einzudämmen verstand, hervorgetan und war dann von der Stadt Zwickau in das Parlament gewählt worden. Hier hatte er durch sein ganzes Auftreten und die Macht seiner agitatorischen Tätigkeit großen Einfluß gewonnen. Von dort war er nun, nicht von dem Frankfurter Parlament, sondern von der Fraktion der Linken mit einer Deputation abgesandt, nach Wien gekommen und hatte an den Kämpfen teilgenommen. Bei seiner Verhaftung und bei dem gerichtlichen Verhör berief er sich auf seine Eigenschaft als Mitglied der Frankfurter Reichsversammlung. An ihm besonders aber glaubten Windischgrätz und Schwarzenberg ein abschreckendes Beispiel geben zu müssen; sie ließen ihn zum Tode verurteilen, wozu ihnen das formale Recht wohl zustand. Robert Blum ist mit derselben Ruhe, die er so oft auf der Tribüne bewiesen hatte, den Todesweg gegangen. „Seine Totenfeier“ aber wurde für seine ganze Partei eine Art Erkennungszeichen, und die großartige Unterstützung, die seiner Frau und seinen Kindern zuteil wurde, bewies die Bedeutung, welche er und sein Tod für die Demokraten hatte. Julius Fröbel wurde nach angstvollen Schweben zwischen Leben und Tod einige Tage später unverletzt entlassen. Bem rettete sich nach Ungarn.

Reichstag zu Kremsier

Am 22. November wurde dann zu Kremsier der Reichstag von dem neuen Ministerpräsidenten Felix von Schwarzenberg mit einem

Programm eröffnet, in welchem er freiheitliche Institutionen zusagte, z. B. 22. Nov. 1848
Trennung der Verwaltung von der Justiz und Beseitigung der Patrimonialgerichtsbarkeit, aber auch den revolutionären Elementen seinen festen Entschluß zeigte, die alte Ordnung wiederherzustellen. In den deutschen Angelegenheiten (§ 171) bewies er sich zunächst zuwartend, ließ aber keinen Zweifel, daß sein Ideal der zentralisierte österreichische Einheitsstaat und dessen unumschränkte Herrschaft über Deutschland und Mitteleuropa sei. Diese entscheidende Wendung in Österreich wurde noch verstärkt durch die von Schwarzenberg durchgesetzte Abdankung Kaiser Ferdinands zugunsten seines Neffen Franz Josef. Die Franz Josef 2. Dez. 1848
Besorgnis, die neue Regierung möchte die Zusagen der vorgehenden nicht achten, wurde zwar durch ein Manifest des jungen Kaisers einigermaßen beruhigt, aber die Unvereinbarkeit dieser Versammlung und der auf Befestigung der monarchischen Macht bedachten Regierung wurde bei der Beratung der Grundrechte immer klarer. Als dann der Reichstag Freiheiten in Anspruch nahm, die für das politisch noch so unreife österreichische Volk viel zu weit gingen, reifte in Olmütz der Entschluß der Auflösung des Reichstages. Am 7. März 1849 wurde der erz- Auflösung des Reichstags
bischöfliche Palast in Kremsier, das Sitzungslokal des Reichstages, vom Militär besetzt, und die Abgeordneten zur Abreise genötigt. Eine Reihe ministerieller Erlasse erteilte eine „oktroyierte Verfassung", ein „Gesetz über die Grundrechte" und ein „Robotentschädigungspatent" (§ 167), die gegen die früheren Zustände nicht geringe Freiheit gewährten und gute Reformen auf allen Gebieten des kirchlichen, staatlichen und bürgerlichen Lebens verhießen.

Oktroyierte Verfassung
Die Verfassung schuf für die einzelnen Länder Provinzialstände und verhieß für die Gesamtmonarchie einen aus dem Senat und der Kammer der Abgeordneten bestehenden Reichstag. Der letztere sollte jedoch erst dann ins Leben treten, wenn in sämtlichen Kronländern die Landesverfassungen und Landtage eingeführt sein würden, eine Bestimmung, durch welche die für Österreichs verschiedenartige Staatenmasse fast unausführbare Einrichtung eines Reichstags wo nicht in Frage gestellt, doch notwendig weit hinausgezogen wurde. Bei der Rechtspflege sollten Öffentlichkeit und Mündlichkeit und in bestimmten Fällen Schwurgerichte stattfinden und ein oberstes Reichsgericht in letzter Instanz über politische Verbrechen entscheiden und zugleich als oberstes Schiedsgericht dienen. Der ausübenden Macht tritt ein vom Kaiser bestellter Reichsrat zur Seite. Vor allem aber erklärte die Verfassung Österreich als eine selbständige, unteilbare und unauflösliche Erbmonarchie und stellte sich so als eine Gesamtverfassung des Staates dar.

§ 170. Die Frankfurter Versammlung und die österreichische Frage.

Durch die Ereignisse in Österreich wurde auch die deutsche Frage entscheidend beeinflußt.

Die ersten Nachrichten von den Wiener Oktobertagen trafen das Frankfurter Parlament bei der Beratung über die Reichsverfassung. Wie sehr auch die gemäßigte Partei auf Beschleunigung dieses Hauptwerkes ihrer Tätigkeit drang, man konnte sich der Frage über das Verhalten der deutschen Zentralgewalt zu diesen Vorgängen nicht entziehen. Zwar widerstand die Versammlung auch diesmal dem Antrag der Linken, welche an die Reichsgewalt das Ansinnen stellte, die Bewegung zu unterstützen und die österreichische Regierung nötigenfalls mit Waffengewalt zur Entfernung aller nichtdeutschen Truppen zu zwingen, aber man sandte doch zwei Kommissare, Mosle und Welcker, nach Olmütz und in das Lager des kaiserlichen Feldherrn und empfahl ihnen aufs dringendste „die Geltendmachung des Ansehens der Zentralgewalt, den Schutz der Interessen Deutschlands in Österreich, die Sorge für friedliche und unblutige Lösung der

österreichischen Wirren und die Wahrung der im März und Mai den österreichischen Völkern zugestandenen Rechte und Freiheiten"; und als die Vermittlungsversuche zurückgewiesen worden waren, glaubte die Versammlung doch insoweit die Entrüstung der Linken über den Tod ihres Führers besänftigen zu müssen, daß sie das Ansinnen einer „Todesfeier" für Robert Blum nicht ganz von der Hand wies.

Österreichische Frage

Diese Vorgänge drängten auch, was wichtiger war, die Frage über die künftige Stellung Österreichs zum deutschen „Bundesstaat" in den Vordergrund der Beratung. Je zweifelhafter es wurde, ob sich die österreichische Regierung den Beschlüssen der Frankfurter Nationalversammlung unterwerfen werde, desto notwendiger erschien eine klare Auseinandersetzung. Bei der Beratung wurden drei Möglichkeiten erwogen: 1. Österreich löst sich in seine nationalen Bestandteile auf, dann werden die deutsch-österreichischen Lande dem Deutschen Reiche zufallen. 2. Österreich bleibt als ein Ganzes beisammen, dann wird der deutsche Teil Österreichs sich von dem deutschen Bundesstaat ablösen müssen. 3. Der deutsche Bundesstaat und die österreichische Gesamtmonarchie werden zu einem großen mitteleuropäischen Reich in fester Union verbunden. Außer diesen drei Hauptrichtungen tauchten noch mehrere Vermittlungsvorschläge auf, die entweder das gegenseitige Verhältnis noch einige Zeit unbestimmt lassen oder eine Ausnahmestellung Österreichs auf dem Wege der Vereinbarung mit bestimmten „Modifikationen" begründen wollten. Gegen die Ablösung der deutschen Lande von Österreich sprach die begründete Furcht, daß dann die nichtdeutschen Staatengebiete dem germanischen Elemente immer mehr entfremdet und dem Einflusse Rußlands gänzlich anheimfallen würden; gegen die Herbeiziehung des gesamten Österreichs sträubte sich der Begriff einer natürlichen Staatsordnung und das Gefühl der Unmöglichkeit eines gesunden politischen Organismus. Daher erschien der Plan einer friedlichen Auseinandersetzung der allein ausführbare, und diesem Gedanken gab Heinrich v. Gagern eine bestimmte Gestaltung und mildere Fassung.

D. Die Kaiserwahl und das Ende der Nationalversammlung.

Engerer und weiterer Bund

§ 171. Der engere und weitere Bund. Von der Ansicht ausgehend, daß das deutsche Element in Österreich das einflußreichste bleiben müsse, daß aber die Staatseinheit der deutschen und nichtdeutschen Provinzen nicht gelöst werden dürfe, glaubte Gagern doch ein Band zwischen Österreich und Deutschland in der Gemeinschaft der materiellen Interessen zu finden. Seinem Antrag gemäß sollte ein doppeltes Bundesverhältnis stattfinden, ein engerer deutscher Bundesstaat und eine österreichisch-deutsche Union mit gemeinsamen Handelsinteressen und mit Gründung eines gleichmäßigen Zollvereins. Die weiteren Diskussionen über diese Anträge wurden aufgeschoben, bis von Österreich eine Antwort auf die Anfrage eingelaufen wäre, wie es sich in bezug auf Deutschland zu verhalten gedenke. Diese Anfrage aber unterblieb, weil der Leiter des Frankfurter Ministeriums, Schmerling, nur im Interesse seines Vaterlandes, Österreich, handelte; er zog die Sache unter allerlei Vorwänden hin, auch dann noch, als das Ministerium Schwarzenberg in einem dem Reichstage von Kremsier vorgelegten Programm seinen Standpunkt zu der deutschen Frage kundgegeben hatte. Darin wurde ein „Zerreißen der Monarchie" entschieden verworfen, dagegen ausgesprochen, daß man die „natürliche Entwicklung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesses" beider Staaten abwarten wolle; erst, „wenn das verjüngte Österreich und das

27. Nov.

verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt seien", würde es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Aber das deutsche Verfassungswerk konnte nicht zu Ende geführt werden, solange das Verhältnis Österreichs ungeordnet blieb, weil von seinem Verbleiben oder Ausscheiden die Oberhauptsfrage bedingt war.

Oberhauptsfrage

Im ersteren Falle konnte man nicht füglich eine einheitliche Spitze aufstellen, sondern mußte einem Fürstendirektorium den Vorzug geben, im letzteren Falle schien es natürlich, daß das Oberhaupt des mächtigsten der verbündeten Staaten an die Spitze des Bundesstaats trete. Die Verfechter eines Bundesstaats mit klaren konstitutionellen Formen und mit einer starken Exekutivgewalt suchten Deutschland von Österreichs Einfluß zu befreien und mit Preußen so zu verbinden, daß demselben nicht nur die „Hegemonie" zukäme, sondern daß das deutsche und preußische Oberhaupt in einer Person vertreten wäre. Diesem Streben, das erst allmählich in seiner ganzen Konsequenz und Klarheit hervortrat, erstanden viele Gegner. Nicht bloß daß die österreichischen Abgeordneten einem Plane abhold waren, der 13 Millionen Deutsche von dem künftigen Reiche ausschloß, auch die Mitglieder aus Bayern und aus den meisten Staaten Süddeutschlands waren teils aus konfessionellen Bedenken, teils aus Partikularismus oder Abneigung gegen Preußen dieser Bevorzugung Norddeutschlands entgegen, und die ganze Linke widerstrebte einer Staatsform, die von ihrem republikanischen Ideale so fern als möglich lag.

Groß- und Kleindeutsche Partei

So schuf die österreichische Frage eine veränderte Parteistellung; die Gegner der Ausschließung Österreichs nannten sich die „großdeutsche" Partei und zogen dadurch ihren Widersachern den mit einer leisen verächtlichen Nebenbeziehung beladenen Namen der „Kleindeutschen" zu.

Ministerium Gagern 16. Dez. 1848

Der Austritt des Führers der Großdeutschen v. Schmerling aus dem Reichsministerium und die Übertragung der ministeriellen Vorstandschaft an Heinrich von Gagern bildete einen bedeutsamen Abschnitt in der Lebenstätigkeit der Frankfurter Staatsgewalten. Eduard Simson aus Königsberg wurde Gagerns Nachfolger auf dem Präsidentensitze der Paulskirche.

Gagerns Verhandlungen mit Österreich

Gagern stellte nun sofort die österreichische Frage als die Lebensfrage seiner ministeriellen Wirksamkeit hin, indem er, von dem Nichteintritt Österreichs in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat ausgehend, nur ein Unionsverhältnis zwischen den beiden Reichen herstellen wollte, wozu durch Unterhandlungen auf gesandtschaftlichem Wege, die sich jedoch nicht auf die Verfassung des deutschen Bundesstaates erstrecken dürften, Einleitungen getroffen werden sollten. Aber als er die Nationalversammlung um Ermächtigung zu dieser „gesandtschaftlichen" Verbindung anging, erfuhr er 18. Dez. 1848 heftigen Widerspruch; zudem begab sich Schmerling, damit nicht der Vorwurf dieser „Teilung" auf Österreich falle, nach Wien und Olmütz, um andere Ansichten, als das Ministerprogramm von Kremsier aufgestellt hatte, zur Geltung zu bringen. Zum Bevollmächtigten Österreichs bei der Zentralgewalt ernannt, überreichte dann der gewesene deutsche Ministerpräsident, der vor seinen Wiener Wählern das Bekenntnis abgelegt hatte, daß ihm die Aufrechthaltung der Integrität des österreichischen Staats „das Höchste und Wichtigste im Leben sei", nach seiner Rückkehr eine Note seiner Regierung, worin sich diese ohne sich über die künftige Gestaltung der österreichischen Monarchie im geringsten auszulassen, die Freiheit des Eintritts in den Bundesstaat vorbehielt, sich den bloß „gesandtschaftlichen Verkehr" verbat und der Zentralgewalt sowie der Nationalversammlung die Lehre gab, „daß die gedeihliche Lösung des deutschen Verfassungswerks nur auf dem Wege der Verständigung mit den deutschen Regierungen, unter welchen die kaiserliche den ersten Platz einnehme, zu erreichen sei". Der

Eindruck, den diese Note und das versteckte Benehmen Schmerlings auf die Nationalversammlung machten, war dem Gagernschen Plan günstig. Der Weg der Vereinbarung, der hier vorgezeichnet war, verletzte die Verfechter der Nationalsouveränität. Und als nun Gagern selbst die Schärfe seines Programms milderte, indem er das Ausscheiden Österreichs nicht als bereits erklärt annahm und den Antrag vom 18. Dezember dahin abänderte, „daß das Ministerium ermächtigt werde, zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der Regierung des österreichischen Kaiserreichs, namens der Zentralgewalt, über das Verhältnis Österreichs zu Deutschland in Verhandlung zu treten", da traten noch mehr Abgeordnete auf seine Seite. Zwar war der zur Prüfung des Antrags niedergesetzte Ausschuß der Mehrzahl nach noch gegnerisch gesinnt, aber Beckeraths warnende Worte, daß „das Warten auf Österreich das Sterben der deutschen Einheit" sei, Vinckes kräftige Unterstützung und vor allem Gagerns versöhnende und überzeugende Rede selbst verschafften seinem Antrag den Sieg.

5. Jan. 1849

13. Jan. 1849

§ 172. Die deutsche Reichsverfassung. Mittlerweile war die deutsche Reichsverfassung ihrem Abschluß nahegekommen, und auch die zweite Lesung der „Grundrechte" (§ 163) wurde noch vor Ablauf des Jahres 1848 zu Ende geführt. Trotz des Sträubens der Rechten, die vor der eigenmächtigen und gesonderten Bekanntmachung dieses Teils der Verfassung mit guten Gründen warnte, wurde die Publikation der Grundrechte beschlossen und durch das Reichsgesetzblatt vollzogen. Die Linke betrieb die Separatveröffentlichung. Man hatte schon am 24. November auf ähnliche Art eine „deutsche Wechselordnung" als Reichsgesetz bekanntgemacht, und die Regierungen hatten dasselbe fast ohne Ausnahme angenommen; sollte nicht hier der gleiche Fall eintreten? So wurden die Grundrechte als Weihnachtsgabe in zahllosen Abdrücken der deutschen Nation dargeboten, doch verhehlte man sich nicht, daß die Regierungen ihrer Anerkennung Schwierigkeiten entgegenstellen möchten.

Grundrechte 28. Dez. 1848

Verfassung

Was die Verfassung anbelangt, so suchte man bei Begründung der Reichsgewalt sowohl die „zentripetale" Richtung, die einen Einheitsstaat anstrebte, als den „zentrifugalen" Partikularismus, der den losen Staatenbund zurückführen wollte, zu vermeiden; man sicherte den deutschen Staaten ihre Selbständigkeit und alle staatlichen Hoheiten, aber man suchte zugleich durch Schaffung einer starken Reichsgewalt der Sehnsucht der deutschen Nation nach Einheit und Macht Befriedigung zu gewähren. „Aus einem losen, mechanischen Nebeneinander der Staaten sollte ein organisch Gegliedertes erwachsen". Darum sollte der Reichsgewalt vor allem übertragen werden: 1. die Vertretung nach außen durch Gesandtschaften und Konsuln und das ausschließliche Recht, Staatsverträge zu schließen; 2. die Kriegsmacht: das Reichsoberhaupt bestimmt über Krieg und Frieden und verfügt über die militärischen Kräfte der Einzelstaaten wie über die Seemacht und die Reichsfestungen; 3. die Beschaffung der finanziellen Hilfsmittel, wozu außer den Reichszöllen und den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten auch das Recht eigenmächtiger Besteuerung und Reichsanleihen gehörte. Im Interesse der staatlichen Einheit wurde das gesamte deutsche Land zu einem Zoll- und Handelsgebiet umgestaltet und daher die Öffnung der Verkehrswege, die Befreiung der deutschen Ströme, die oberste Leitung der Eisenbahnen, Posten u. dgl. der Reichsgewalt zugeteilt und ihrer Sorge zugleich die Einführung eines gleichen Münz-, Maß- und Gewichtssystems anheimgegeben. — Die Aufrichtung eines obersten Reichsgerichts, welches, allen Verfassungsgewalten übergeordnet, den Streit zwischen Ständen und Regierung, zwischen Staat und Staat, zwischen Reichsgewalt und Einzelregierungen schlichten sollte, verlieh der Verfassung „die Bürgschaft ewiger Rechtsordnungen." — Unter großen Parlamentskämpfen kamen die Satzungen über den „Reichstag" zustande. Die Anträge der Linken zugunsten des Einkammersystems gingen nicht durch. Man beschloß eine zweigegliederte Vertretung: ein Staatenhaus, auf dem Grundsatz der Selbständigkeit der Einzelstaaten beruhend, dessen Mitglieder aus der gemeinsamen Wahl der Regierungen und Ständeversammlungen hervorgehen und sich an Zahl nach dem Umfang der absendenden Einzelstaaten richten sollten, und ein Volkshaus, das, auf dem Boden der Nationalsouveränität erwachsen, der Einheit des Volks als Träger und Erhalter dienen und aus freier Volkswahl

nach einem besonderen Wahlgesetz hervorgehen sollte; für jenes wurde eine sechs-, für dieses eine dreijährige Erneuerungsperiode festgesetzt. Die Regierung erhielt nur ein aufschiebendes Veto: ein Reichstagsbeschluß, der in drei einander folgenden Sitzungsperioden gefaßt werde, sei Gesetz auch ohne Zustimmung der Regierung.

Reichsoberhaupt

Die Verhandlungen über den schwierigsten Punkt der deutschen Verfassung, das Reichsoberhaupt, nahmen erst im Januar 1849 ihren Anfang, als das Gagernsche Programm in betreff Österreichs bereits von der Nationalversammlung anerkannt worden war.

Gagern selbst hatte sich für ein „einheitliches und erbliches Oberhaupt" ausgesprochen; gelang es nun, Österreich von dem deutschen Bundesstaat fernzuhalten, so war kein Zweifel, daß in diesem vielgegliederten „Westreich" „der Schwerpunkt dahin fallen müsse, wo er faktisch liegt". Zum Abschluß konnte die Frage aber nicht geführt werden, solange die Unterhandlungen mit Österreich noch in der Schwebe waren. Man mußte sich also vorerst damit begnügen, alle der Idee eines „preußischen Erbkaisertums" widerstrebenden Ansichten zu beseitigen und somit den Boden zu bestellen, in dem dann bei der zweiten Lesung diese erbkaiserliche Schöpfung gedeihen könne. Die verschiedenartigsten Vorschläge tauchten auf; von einer Umgestaltung des Bundestages, wie die Altkonservativen verlangten, bis zu einer Präsidentschaft, wozu jeder volljährige Deutsche sollte gelangen können, was die Republikaner erstrebten, lag eine bunte Reihe mittlerer Vorschläge vor. Die einen bestanden auf einem Direktorium („Fürstenkollegium") von mehr oder weniger Gliedern unter dem abwechselnden Vorsitz von Österreich und Preußen, oder wollten eine dreiheitliche Oberleitung („Trias", aus Österreich, Preußen, Bayern bestehend). Da man an diesem kollegialischen Reichsregiment hauptsächlich den Mangel eines raschen und einmütigen Handelns und einer „konstanten Politik" rügte, so gewann allmählich die Ansicht, daß eine „einheitliche Spitze" größere Vorzüge habe, einen festen Boden; ob aber die Oberhauptswürde in den mächtigeren Herrscherfamilien abwechseln, d. h. ein „Turnus" eintreten sollte, oder ob das Reichsoberhaupt eine längere oder kürzere Reihe von Jahren zu dieser Würde gelangen, oder endlich, ob ein erbliches Kaisertum geschaffen werden solle, darüber waren die Meinungen sehr gespalten. Allein, wie viele Stimmen auch gegen die hauptsächlich von Dahlmann und Beseler verfochtene „romantische Kaiseridee" ankämpften, wie sehr der ultramontane Katholizismus (in E. v. Lasaulx) Verwahrung einlegte gegen die „historische Sentimentalität" einer Erneuerung des Kaisertums, wie stark sich der Partikularismus der verschiedenen Stämme und Länder und die „Großstaatssucht" der Bayern gegen die Bevorzugung eines einzelnen Staats vor den übrigen ereiferten: die Verfassungsparagraphen, daß die Würde des Reichsoberhaupts einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen werde, und daß dieser den Titel „Kaiser der Deutschen" führe, wurden schließlich von der Mehrheit der Versammlung angenommen; nur über die Erblichkeit konnte 23. Jan. 1849
vorerst nicht die erforderliche Stimmzahl erlangt werden. — Der Reichsrat, den der Verfassungsentwurf als „begutachtende Behörde" zur Wahrung der Interessen der Einzelstaaten dem Reichsministerium zur Seite gestellt hatte, schien als „Hemmschuh für die Wirksamkeit der Zentralgewalt" gefährlich und wurde daher in der Folge beseitigt.

§ 173. Die Haltung Preußens und Österreichs und die Vollendung der Reichsverfassung. Am 3. Februar 1849 war die erste Lesung der deutschen Reichsverfassung vollendet. Nunmehr kam es auf die Haltung der Regierungen an, an die einige Tage vorher von der Zentralgewalt die Einladung ergangen war, etwaige Bedenken dem Reichsministerium für die zweite Lesung mitzuteilen. Schon vorher hatte Preußen an sämtliche deutsche Regierungen eine Zirkularnote erlassen, welche, wenngleich behutsam abgefaßt, einem Plane, wie ihn das Gagernsche Programm vor-

28. Jan.

Preußische Note 23. Jan.

zeichnete, beizustimmen schien. Es war darin angedeutet, daß man den bestehenden Deutschen Bund aufrechterhalten wissen wolle, daß aber der nach Einigung strebenden Nation nicht verwehrt sein solle, innerhalb des Bundes sich zu einem engeren Verbande, zu einem Bundesstaate, zusammenzuschließen. Das von der Versammlung angesprochene Souveränitätsrecht wurde zwar nicht anerkannt, aber ihr Verfahren mit der Lage der Dinge entschuldigt. Damit das Verfassungswerk zum Ziele komme, sollten sämtliche Regierungen ihre Erklärungen darüber der Nationalversammlung „zur Erwägung" übergeben, um so „auf dem Wege der Verständigung" zu einem gemeinsamen Resultat zu gelangen. Schließlich versicherte die Note, daß Preußen nach keiner Machtvergrößerung oder Würde für sich selbst strebe und eine angebotene Stellung „nur mit freier Zustimmung der verbündeten Regierungen" annehmen werde, daß Sr. Majestät dem König die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde nicht als notwendig erscheine und wohl eine andere Form gefunden werden dürfte, welche das Verlangen der Deutschen nach wahrhafter Einigung befriedigen könnte. Gegen diese preußische Note bildete die österreichische vom 4. Februar einen scharfen Gegensatz. Sie verwarf das Doppelverhältnis eines engeren und eines weiteren Bundes und „jede Unterordnung des Kaisers von Österreich unter eine von einem andern Fürsten gehandhabte Zentralgewalt". Die kleineren Staaten erkannten unter Mitteilung von Verbesserungsvorschlägen die Reichsverfassung an, die vier Königreiche sprachen sich gegen einen Bundesstaat ohne Österreich aus.

Österreichische Note 4. Febr.

Allgemeines Wahlrecht

Nichtsdestoweniger war die „großdeutsche" Partei aufs eifrigste beflissen, das preußische Erbkaisertum und den Gagernschen Verfassungsplan scheitern zu machen. Während die „Erbkaiserlichen", die sich zur „Weidenbuschpartei" (so genannt von dem Sitzungslokal) zusammenschlossen und auf die zweite Lesung drängten, setzten die „Großdeutschen", welche Zeit zu gewinnen suchten, noch vorher die Beratung über das „Wahlgesetz" durch. Durch unnatürliche Verbindung der „Großdeutschen" mit den Männern der Linken wurde nicht nur das „allgemeine Wahlrecht" für jeden unbescholtenen Deutschen, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt habe, angenommen, sondern auch die indirekte und öffentliche Wahlart verworfen und durch eine direkte, vermittelst Stimmzettel ohne Unterschrift vorzunehmende ersetzt. Dieses Wahlgesetz auf „breitester demokratischer Unterlage" wurde die „Achillesferse" der Nationalversammlung; es gab den Gegnern einen festen Standpunkt zum Angriff gegen das ganze Verfassungswerk.

Haltung Österreichs

So war wenig Aussicht zu einem befriedigenden Abschluß desselben vorhanden: da führte die Nachricht, daß der Reichstag von Kremsier aufgelöst und durch die österreichische Regierung eine Verfassung für die Gesamtmonarchie eigenmächtig verliehen (oktroyiert) worden sei (§ 169), eine Wendung der Dinge herbei.

7. März

Ohne Rücksicht auf Deutschland waren darin die sämtlichen Länder der Monarchie zu einem unteilbaren, unauflöslichen Einheitsstaat zusammengefaßt; kein Wort von einer Ausnahmestellung der deutschen Gebiete; nirgends eine Silbe von einer Unterordnung oder Anbequemung an die deutsche Reichsverfassung! Und dann erfuhr die Versammlung durch Schmerling die besonderen Forderungen Österreichs betreffs der deutschen Reichsverfassung:

anstatt des Kaisers ein Direktorium von sieben Mitgliedern, in dem ursprünglich der Vorsitz Österreichs beabsichtigt, dann aber die Möglichkeit eines Wechsels mit Preußen eingeräumt war; anstatt des Reichstags ein durch kein Volkshaus gelähmtes Staatenhaus, bestehend aus siebenzig Mitgliedern, von den Regierungen und Kammern der Einzelstaaten gesandt, so daß auf je eine Million Einwohner ein Abgeordneter komme, also auf Österreich 38, auf das übrige Deutschland 32. Dazu eine kurze Erwähnung des Gruppensystems: Deutschland werde in sechs Kreise zerfallen, deren jeder einen der Könige zum Oberhaupte erhielte.

Stellung der Nationalversammlung

Dieses Auftreten Österreichs machte in Frankfurt einen mächtigen Eindruck. Die Regierung von Olmütz hatte dem Reichsparlament den Fehdehandschuh hingeworfen, und während sie ihre verschiedenen Landesteile zu einem „konstitutionellen Reich" zusammenfaßte, wollte sie den Vertretern der deutschen Nation ein gleiches Verfahren wehren. Diesem Eindruck verlieh Welcker Worte, indem er unvermutet den Antrag stellte, 12. März „die gesamte deutsche Reichsverfassung, so, wie sie jetzt nach der ersten Lesung mit Berücksichtigung der Wünsche der Regierungen von dem Verfassungsausschusse redigiert vorliege, durch einen einzigen Gesamtbeschluß anzunehmen, die erbliche Kaiserwürde dem Könige von Preußen zu übertragen und die sämtlichen deutschen Fürsten einzuladen, großherzig und patriotisch mit diesem Beschlusse übereinzustimmen und seine Verwirklichung nach Kräften zu fördern". Welcker war bisher ein Vorkämpfer der Großdeutschen gewesen, um so größer war der Eindruck seiner Worte, die er mit dem warnenden Rufe schloß: „Das Vaterland ist in Gefahr, retten Sie das Vaterland!" Aber die Zeit der enthusiastischen Hingebung war vorüber. Als einige Tage nachher die Anträge zur Abstimmung gebracht 21. März wurden, fielen sie durch, — ein überraschendes Ergebnis selbst für diejenigen, die dagegen gestimmt hatten. Man hatte gehofft, die österreichischen Abgeordneten würden austreten oder sich der Abstimmung enthalten, aber nur zwei hatten dies getan, und die Linke hatte ihre Unterstützung von Bedingungen abhängig gemacht, in welche die „kaiserliche" Partei nicht willigen konnte. Der Unmut und die Verlegenheit der „Kaiserlichen" war groß. Bei der herrschenden Verbitterung und der festen Verbindung der „Direktorialen" mit der „Linken" schien die Lösung der Oberhauptsfrage und der Abschluß des Verfassungswerkes eine Unmöglichkeit. An einen freiwilligen Austritt der Österreicher war nicht zu denken; ein Protest gegen ihr ferneres Mitstimmen, wie er hie und da in Vorschlag kam, hatte keine rechtliche Grundlage. Ein Trost für die erbkaiserliche Partei war die Wahrnehmung, daß die Gegner wohl einig genug waren, einen Plan scheitern zu machen, aber nicht Kraft genug besaßen, selbst einen positiven Antrag durchzuführen. Dies gab den „Kaiserlichen" neuen Mut; sie ergriffen daher begierig einen von einem Mitglied der Linken (Eisenstuck) gestellten Antrag auf beschleunigte zweite Lesung der Verfassung ohne Diskussion, um „im einzelnen zu erreichen, was sie im großen und mit einem Schlag hatten erobern wollen". Aber nicht ohne schwere Opfer kamen sie zum Ziel. Sie mußten der Linken das suspensive Veto zugestehen und sogar erleben, daß die unbedingte Einsprache selbst bei Verfassungsänderungen verworfen wurde (durch dreimaligen Reichstagsbeschluß hätte also das Kaisertum wieder abgeschafft werden können); sie mußten sich auch entschließen, für das demokratische Wahlgesetz zu stimmen. So wurde denn

27. März 1849 endlich mit einer Mehrheit von vier Stimmen (267 gegen 263) die Erblichkeit der Würde des Reichsoberhauptes durchgesetzt und beschlossen, daß dasselbe den Titel: „Kaiser der Deutschen" führen solle. Am

Kaiserwahl 28. März folgenden Tage wurde dann in namentlichem Aufruf mit 290 Stimmen (die übrigen enthielten sich) Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum Kaiser der Deutschen gewählt. Glockengeläute und Kanonendonner trugen die so lange ersehnte frohe Botschaft in die deutschen Lande hinein. Eine Deputation von 32 Mitgliedern unter der Führung des Vorsitzenden Simson wurde bestimmt, dem Könige die Wahl anzukündigen und die erhoffte Annahme entgegenzunehmen. Leider beging Simson noch vor der Abreise den schweren Fehler, die von dem über diesen Ausgang der Dinge schwer erzürnten Erzherzog Johann ausgesprochene Abdankung als Reichsverweser zu verhindern.

§ 174. Die Ablehnung der Kaiserkrone. Am 3. April 1849 empfing König Friedrich Wilhelm IV. im Rittersaale des Schlosses zu Berlin die Deputation, die ihm im Namen der deutschen Nationalversammlung die erbliche Würde eines Kaisers der Deutschen antrug, vorausgesetzt, daß er damit auch die Reichsverfassung, das Ergebnis so heftiger Kämpfe, nach allen ihren Bestimmungen anzunehmen entschlossen sei. Es war ein großer geschichtlicher Moment. Aber die Hoffnungen der Erbkaiserlichen

2. April wurden vereitelt. Der König hatte am Vorabend in einer Sitzung des Ministerrates erklärt, daß nur durch Beratung mit den deutschen Fürsten, einschließlich Österreichs, der Neugestaltung Deutschlands eine sichere Grundlage gegeben werden könne, und daß er die Annahme des Kaisertitels unter allen Umständen für unangemessen halte. Dementsprechend erhielt die Deputation die ebenfalls schon am 2. April fest-

Vorläufige Ablehnung der Kaiserkrone 3. April gesetzte Antwort: „der König erkenne in dem Beschlusse der Nationalversammlung die Stimme des deutschen Volkes; dieser Ruf gebe ihm ein Anrecht, das er zu schätzen wisse, aber er könne ohne das freie Einverständnis der deutschen Regierungen keinen Entschluß von solcher Bedeutung für alle deutschen Staaten fassen; an den Regierungen also werde es jetzt sein, in gemeinsamer Beratung zu prüfen, ob die Verfassung dem deutschen Volke fromme und eine kräftige Reichsregierung möglich mache". Diese Erklärung war weder eine Annahme noch Ablehnung; sie enthielt nur einen Aufschub bis nach näherer Prüfung der Verfassung durch die deutschen Fürsten, aber sie verstimmte die Deputation vollständig, die von der schon einmal erfolgten Ablehnung der deutschen Kaiserkrone durch den König (§ 159) nichts wußte. Bekümmert über das Fehlschlagen ihrer Hoffnungen, verletzt durch die laue Aufnahme, die ihr allenthalben zuteil wurde, wofür nur die wohlwollende Behandlung im Hause des Prinzen Wilhelm von Preußen einigen Ersatz gewährte, kehrte sie nach einigen Tagen nach Frankfurt zurück, nachdem sie noch in einer Zuschrift an den Minister von Brandenburg die Erklärung abgegeben hatte, daß die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung mit der Annahme der Kaiserwürde unzertrennlich verbunden wäre. So scheiterte die deutsche Reichsverfassung, das mühevolle Werk heißer Arbeiten und Kämpfe; die Hoffnungen der Nation auf Einheit waren abermals in die ungewisse Zukunft verwiesen.

Urteil Bismarcks Und doch war es gut, daß Friedrich Wilhelm, sei es durch den revolutionären Ursprung des Anerbietens oder durch den Mangel eines staatsrechtlichen Mandates des Frankfurter Parlamentes bei mangelnder Zustimmung der Regierungen bewogen, damals nicht deutscher Kaiser wurde, und Bismarck hat vollkommen recht, wenn er in seinen „Gedanken und

Erinnerungen" sagt: „Aber auch wenn alle diese Mängel nicht oder in den Augen des Königs nicht vorhanden gewesen wären, so würde unter ihm eine Fortbildung und Kräftigung der Reichsinstitutionen, wie sie unter Kaiser Wilhelm stattgefunden hat, kaum zu erwarten gewesen sein. Die Kriege, welche der letztere geführt hat, würden nicht ausgeblieben sein; nur würden sie *nach* der Konstituierung des Kaisertums, als Folge desselben, und nicht *vorher*, das Kaisertum vorbereitend und herstellend, zu führen gewesen sein."

Preußische Note 3. April

Hatte der König gehofft, trotz der Ablehnung der vom Volke gebotenen Kaiserkrone die Führung der deutschen Einheitsbewegung übernehmen zu können, so sah er sich bitter getäuscht. Die preußische Regierung forderte noch an demselben Tage, an dem die Kaiserdeputation die Krone anbot, in einer Note die Regierungen auf, Bevollmächtigte nach Frankfurt zu senden, um sich untereinander und mit der Versammlung über Abänderungen der Verfassung zu verständigen: indes Österreich lehnte ab und rief seine Abgeordneten aus Frankfurt zurück, die Königreiche antworteten überhaupt nicht, und die Nationalversammlung verwarf jede Änderung der Verfassung. Auch der Reichsverweser, dessen Abdankung Simson in dem geeigneten Augenblicke (§ 173) verhindert hatte, wies die Note Preußens ab.

5. April

11. April

Inzwischen suchte die erbkaiserliche Partei in Frankfurt so lange zu „temporisieren", als noch Hoffnung auf eine günstige Wendung vorhanden war. Der von einer kleinen Zahl Vereinbarungsmänner auf der Rechten gemachte Vorschlag der Vertagung, um den Regierungen Zeit zur Beratung zu lassen, fand wenig Unterstützung, auch die Änderungsvorschläge der Direktorialpartei konnten nicht durchgeführt werden, und da die meisten österreichischen Abgeordneten ausschieden, so verlor diese Partei ihre Bedeutung. Desto mehr Macht gewann die Linke. Die erbkaiserliche Partei mußte zu gemeinsamer Wirksamkeit mit ihr die Hand bieten und erlangte dadurch die Volksgunst wieder. Daher waren von neuem die Blicke der deutschen Nation erwartungsvoll auf Frankfurt gerichtet, und von allen Seiten gingen der Versammlung Zustimmungsadressen von Landständen und Vereinen zu. Die Linke aber ging noch schärfer vor; sie setzte den Beschluß durch, daß in allen deutschen Landtagen Anträge auf Anerkennung der Verfassung gestellt werden sollten, um durch eine allgemeine Volksbewegung die Regierungen hierzu zu zwingen.

Endgültige Ablehnung

Bis zum 14. April erklärten 28 Regierungen, voran der Großherzog von Baden, ihren Zutritt zu der Reichsverfassung; in Württemberg gab der König nach längerem Zögern nach, aber die Königreiche Bayern, Hannover und Sachsen hielten sich zurück. Der König von Hannover löste die Stände auf, um nicht zu einer Anerkennung gedrängt zu werden. Auch die preußische Regierung löste die zweite Kammer, die die Annahme der Reichsverfassung empfohlen hatte, auf (§ 185). Die *endgültige Ablehnung* der Krone erfolgte dann in einer durch den preußischen Bevollmächtigten Camphausen der Zentralgewalt mitgeteilten Note vom 28. April.

24. April

27. April

Diese preußische Note verschaffte der Linken in Frankfurt immer mehr das Übergewicht. Ihre weit über das Maß hinausgehenden Beschlüsse gaben dann den Regierungen die willkommene Veranlassung zur Abberufung ihrer Mitglieder. Dahin gehört der mit einer Mehrheit von zwei Stimmen angenommene Antrag *Wydenbrugk*, der die Anerkennung der Reichsverfassung durch die Regierungen, die Festsetzung der Wahlen auf den 1. August, den Zusammentritt des neuen Reichstags und, wenn Preußen nicht vertreten sein sollte, die Ernennung des mächtigsten zustimmenden Fürsten zum Reichsstatthalter verlangte.

4. Mai

§ 175. Die Bewegung zur Durchführung der deutschen Reichsverfassung. Der Wydenbrugksche Antrag löste die Bande der National-

Wachsender Einfluß der Demokraten

versammlung; jeder Tag brachte neue Austrittserklärungen, die Demokraten triumphierten: wie wenig sie auch bisher mit dem Frankfurter Reichsparlament übereingestimmt hatten, wie sehr ihre Wortführer auf der linken Seite der Paulskirche das Verfassungswerk bekämpft hatten, die Weigerung der Regierungen, dasselbe anzuerkennen, gab ihnen den erwünschten Vorwand, „zur Durchführung der Reichsverfassung" die Fahne der Volksempörung aufzupflanzen.

Durch lärmende Versammlungen wurde das Volk in Aufregung gesetzt; Volksvereine forderten zum Kampfe auf gegen die „rebellischen" Fürsten, die den Beschlüssen der Reichsversammlung zu trotzen wagten, an vielen Orten wurde die Bürgerwehr, hie und da sogar das Militär, auf die Reichsverfassung beeidigt, städtische Behörden sprachen deren Anerkennung aus, die Zahl der Adressen und Petitionen war endlos. Der erste Artikel des Wydenbrugkschen Antrags konnte als Rechtsgrund für jede Erhebung gelten. Mochte auch die Bewegung schon vor dem 4. Mai hervorgerufen worden sein, mochte auch die Mehrheit der Nationalversammlung in Verbindung mit dem Reichsministerium jenen Beschluß dahin erläutern, daß die Durchführung der Reichsverfassung nur durch friedliche und gesetzliche Mittel, keineswegs durch Gewalt zu bewerkstelligen sei: die Losung war gegeben; wie sollten sich die demokratischen Aufwiegler die günstige Gelegenheit entschlüpfen lassen, unter einer ehrbaren Fahne für die Revolution und die Republik zu wirken? In dem preußischen Rheinland und Westfalen jedoch bemächtigten sich die städtischen Behörden der Agitation für die Reichsverfassung in dem gesetzlichen Sinne, wie er dem Parlamentsbeschluß zugrunde lag; wo es, wie in Elberfeld, Düsseldorf und Iserlohn, zu bewaffneten Aufständen kam, wirkten noch andere Beweggründe mit.

Sachsen

Die gewaltigste all dieser Erhebungen entstand in Sachsen. Hier waren die beschränkenden Einrichtungen des alten Polizeistaats den Märzstürmen erlegen. Eine ungezügelte Presse und ein fast unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht diente der demokratischen Partei zur Verbreitung ihrer Grundsätze. Der nach einem durchaus demokratischen Wahlgesetze gewählte Landtag, der mit Recht als „Repräsentation des souveränen Unverstandes" bezeichnet wurde, drang auf

30. April 1849

Anerkennung der Reichsverfassung: die Regierung antwortete mit der Auflösung. Die Deputationen der Städte und Körperschaften, die dasselbe Verlangen stellten, richteten nicht mehr aus: der König rechtfertigte seinen Widerstand mit Preußens

Aufstand in Dresden 3. Mai

Weigerung. Dies gab die Losung zum Aufstand in Dresden. Ein Volkshaufe stürzte sich auf das Zeughaus, um die Waffen herauszuschaffen, wurde aber von dem dort aufgestellten Militär mit Gewehrfeuer zurückgetrieben. Nun wurden die Sturmglocken geläutet, in den Straßen erhoben sich Barrikaden. Als am

4. Mai

folgenden Tag der Aufstand wuchs, begab sich der König unter militärischer Bedeckung nach der Festung Königstein. Dadurch geriet die Hauptstadt in die Hände der Demokratenführer. Eine provisorische Regierung, den Advokaten und Landtagsabgeordneten Tzschirner an der Spitze, übernahm die Leitung der Dinge; sie erließ eine Proklamation, daß der Kampf die Anerkennung der Reichsverfassung zum Zweck habe, zeigte ihre Einsetzung der Frankfurter Nationalversammlung an und stellte sich unter deren Schutz. Aber bald nahm die Erhebung einen fremdartigen Charakter an; neben den deutschen Fahnen

Leipzig

erschienen die roten. In Leipzig, wo die Bürgerschaft ebenfalls für die Reichsverfassung war und sich „bis zu Austrag der Konflikte zwischen Krone und Volk" unter den Schutz der deutschen Zentralgewalt stellte, zog die entschlossene Kommunalgarde zum Schutze der öffentlichen Sicherheit gegen die Insurgenten in den Kampf. Die sächsische Regierung, außer stande, mit eigenen Kräften den Aufstand zu unterdrücken, wendete sich nach Berlin um Hilfe, und schon am 6. Mai eröffneten preußische Truppen einen lebhaften Kampf gegen die Dresdener Barrikadenmänner. Drei Tage verteidigten sich die Auf-

ständischen hinter ihren festen Stellungen; das alte Opernhaus und ein Teil des Zwingers mit wertvollen Sammlungen gingen in Flammen auf. Schrittweise mußten die Truppen die Stadt erobern, von den Dächern und aus den Fenstern der Häuser unterhielten die Scharfschützen der Aufständischen ein ununterbrochenes Gewehrfeuer, und die Barrikaden boten einen sicheren Schutz und Hinterhalt. Endlich siegte die Tapferkeit und überlegene Kriegskunst des preußischen Militärs über die ungeordneten, schlecht geleiteten Freischaren; als die Truppen, vom Dunkel der Nacht begünstigt, am 9. Mai den Postplatz und die große Barrikade am Eingang des Altmarktes erstürmt hatten, minderte sich allmählich der Widerstand. In kurzem waren die Straßen geöffnet und die Stadt in der Gewalt des Militärs. Ein über Dresden und die Umgegend verhängter Belagerungszustand erleichterte der Regierung die Wiederherstellung der Ruhe und die Unterdrückung der Pöbelherrschaft. Einige der Schuldigsten, darunter Tzschirner, entkamen durch die Flucht, andere, wie Heubner und der Russe Bakunin, einer der tätigsten Förderer des Aufstandes, wurden zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglicher Haft begnadigt; jener wurde später freigelassen, dieser an Rußland ausgeliefert.

Eingreifen Preußens

§ 176. Das letzte Ringen der Frankfurter Reichsversammlung. Das Rumpfparlament. Die ersten Gerüchte von den Vorgängen in Sachsen trafen die Frankfurter Nationalversammlung bei der aufgeregten Beratung über den Antrag der Linken, daß das Militär der zur Reichsverfassung haltenden Staaten auf diese Verfassung vereidigt werden solle. Das Reichsministerium bekämpfte diesen Vorschlag. Die Nachrichten von dem Einrücken der Preußen in Sachsen steigerten die Aufregung und brachten die Reichsminister und die Fürsprecher gesetzlicher Mittel in eine schlimme Lage gegenüber der Linken, die zu entschiedenem Handeln drängte. Vor einer Unterstützung der Revolution durch das moralische Gewicht der Versammlung schreckte Gagern doch zurück. Auch in der bayerischen Pfalz war eine Bewegung „zur Durchführung der Reichsverfassung" ausgebrochen. Die Linke verlangte, die Versammlung solle die Erhebung Sachsens und der Pfalz, die eine Durchführung der Reichsverfassuung und folglich die Herstellung des Reichsfriedens gegen die „renitenten Regierungen" bezweckte, aufs kräftigste schützen; die „Weidenbuschpartei" machte den Versuch, mit der Zentralgewalt gemeinschaftlich einen mittleren Weg zu gehen, indem sie erklärte, daß sie nur gesetzliche Mittel zur Geltendmachung der Reichsverfassung gestatten, dagegen aber jedem Einzelstaate, der in einem andern Lande eine zu diesem Zwecke entstandene Bewegung unterdrücken wolle, entgegentreten würde; der Erzherzog versagte diesem Gagernschen Programm seine Zustimmung. Dadurch verlor die gemäßigte Partei ihren letzten Halt; so kam es, daß in der Sitzung vom 10. Mai ein Beschluß durchging, welcher der Nationalversammlung den Todesstoß versetzte.

7. Mai 1849

Sieg der Linken

Der Beschluß lautete: 1. „Dem schweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preußische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im Königreich Sachsen sich hat zuschulden kommen lassen, ist durch alle zu Gebote stehenden Mittel entgegenzutreten. 2. Neben Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit sind diejenigen Bestrebungen des Volks und seiner Vertreter, welche zur Durchführung der endgültig beschlossenen Reichsverfassung geschehen, gegen jeden Zwang und Unterdrückung in Schutz zu nehmen. Die provisorische Zentralgewalt ist zur Ausführung dieser Beschlüsse aufzufordern."

Reichstagsbeschluß gegen Preußen 10. Mai

Noch einige Zeit lebte die Nationalversammlung im Siechtum dahin. Projekte und Anträge tauchten in Menge auf, scheiterten aber alle an ihrer Unausführbarkeit. Aller Augen waren auf Gagern gerichtet, der bei der obwaltenden Schwierigkeit, ein neues Ministerium zu bilden, immer

noch provisorisch sein machtloses Amt fortführte. Manche dachten ihm die Rolle des Diktators zu, auf daß er die Leitung der immer mächtiger ausbrechenden Bewegung in die Hand nehme und in den Schranken der Gesetzlichkeit halte; andere rieten, sich Österreich zu nähern und, als ersten Schritt dazu, dem Reichsverweser selbst die Oberhauptswürde provisorisch zu übertragen. Aber dieser Fürst berief gerade jetzt gemäßigte Männer in das Ministerium (Grävell, Detmold, Jochmus), deren Ernennung die Versammlung für eine „Beleidigung der Nationalrepräsentation" erklärte.

14. Mai 1849 Mittlerweile war die Abberufung der preußischen Abgeordneten zur Nationalversammlung nach Berlin (§ 185) erfolgt. Noch blieb jedoch ein fester Kern der „Weidenbuschpartei", um Gagern und Dahlmann geschart, beisammen. Indes sie überzeugten sich immer mehr, daß sie zwischen den beiden Gewalten, die sich jetzt blutig bekämpften, der Revolution und der Reaktion, keine haltbare Stellung einnehmen könnten; sie beschlossen daher ihren

Austritte der Partei Gagern. freiwilligen Austritt. Fünfundsechzig Männer, darunter Gagern, Simson (der schon vorher dem Präsidentenstuhl entsagt hatte), Dahlmann,

20. Mai Moritz Arndt, unterzeichneten eine Austrittserklärung und verließen die Paulskirche, den Schauplatz ihrer ruhmvollen Wirksamkeit und ihres vaterländischen Strebens. Durch den Austritt der Gagernschen Partei gewann die Linke immer mehr Boden für ihre revolutionären Bestrebungen. Als die Versammlung den Antrag auf Vertagung verwarf, schieden abermals zweiundzwanzig Mitglieder aus. Eine Ansprache an das deutsche Volk, in der schönsten Form von dem schwäbischen Dichter Uhland verfaßt, war der letzte edle Laut aus der Versammlung, das Schwanenlied des Frankfurter Reichstages. Die Verwerfung eines von Welcker u. a. beantragten Zusatzes, „welcher die Reichsverfassung als das nicht zu überschreitende Ziel der Bewegung hinstellte und jede Einmischung Fremder in die Angelegenheiten Deutschlands zurückwies", verscheuchte abermals eine große Zahl von Mitgliedern.

Der Rest beschloß nun die Übersiedlung nach Stuttgart, um dem Herde der Bewegung näher zu sein und für seine revolutionären Bestrebungen in den Demokraten und Anarchisten des Südens einen Rückhalt

Rumpfparlament 6. Juni zu haben. Die hundert und etliche Männer, die am 6. Juni im Saal der Abgeordnetenkammer zu Stuttgart ihre Sitzung unter dem Präsidium des Abgeordneten Löwe-Calbe aufs neue eröffneten, führten noch immer den Namen „konstituierende deutsche Nationalversammlung", aber da nunmehr auch Bayern und andere Regierungen die ihren Staaten angehörigen Mitglieder abberiefen, so gestaltete sich das „Rumpfparlament" immer mehr zu einem „macht- und autoritätslosen Konvent, der den Rest von Würde, welcher an dem Namen der Nationalversammlung haftete, in einigen unglücklichen Aufwiegelungsversuchen verzettelte". Eine „Reichsregentschaft" von fünf Mitgliedern, darunter Raveaux, Vogt, Heinr. Simon, wurde ernannt, die badische und pfälzische Erhebung gutgeheißen, und um auch das württembergische Land in die Bewegung hineinzuziehen, wurde ein Gesetz zur „Organisation der Volkswehr" angenommen. Nun konnte Römer, der damalige württembergische Ministerpräsident, das revolutionäre Treiben nicht länger gewähren lassen. Obwohl dem linken Zentrum in der Paulskirche angehörig und mit einigen der gemäßigteren Mitglieder, die wie Uhland aus gewissenhafter Konsequenz nicht ausgeschieden waren, befreundet, mußte er zur Sicherheit des eigenen Landes

an das Rumpfparlament und die Regentschaft die Forderung stellen, ihren Sitz außerhalb Württembergs aufzuschlagen. Am 18. Juni wurde das Sitzungshaus gesperrt und die sich gemeinschaftlich dahin begebenden Abgeordneten mit Gewalt zurückgetrieben. Ein letzter stenographischer Bericht meldete die Tatsache, daß sie der Gewalt gewichen seien.

Auflösung des Rumpfparlaments 18. Juni

Diesen kläglichen Ausgang nahm das erste deutsche Parlament. Zwar scheiterte sein Einigungswerk, die Hoffnung des deutschen Volkes, an den Schwierigkeiten, die ihm von innen und außen entgegentraten, an der Verschiedenheit der Prinzipien und Parteibestrebungen, an dem maßlosen Treiben der auf Umsturz und Republikanismus lossteuernden Demokraten, am tiefgewurzelten Partikularismus, am Widerwillen der Fürsten und der Reaktionspartei, Opfer zu bringen, an der nicht rechtzeitig erstrebten Verständigung mit den Regierungen: der höchste Ruhm dieser Männer der Paulskirche besteht aber doch darin, daß sie Deutschlands Zukunft in die Bahnen des heutigen Reiches zu lenken versucht haben, das ihnen damals durch ein tragisches Geschick noch verschlossen bleiben mußte. Das ist die große Tat dieser ersten deutschen Nationalversammlung gewesen, daß sie die Republik verwarf, das Sonderleben der einzelnen Staaten wahrte, aber hoch über sie als Leitstern für die Zukunft die politische Einheit des Vaterlandes stellte.

Bedeutung der Nationalversammlung

§ 177. Die Bewegung in der Pfalz und in Baden. Inzwischen setzten in einigen Staaten die radikalen Elemente ihren Versuch fort, durch Schilderhebungen die Errichtung der Republik zu erreichen.

In der bayerischen Rheinpfalz, schon im Jahre 1832 der Herd der liberalen Agitation (§ 127), war, wie gesagt, der Aufstand bereits ausgebrochen. In Kaiserslautern war eine provisorische Regierung eingesetzt und eine „Volkswehr" eingerichtet; Freiwillige strömten von allen Seiten herbei, flüchtige Barrikadenkämpfer, Demagogen und Polen, untermischt mit allen möglichen, zum Teil sehr fragwürdigen Elementen. Der Übergang vieler Soldaten aus den beiden Festungen Landau und Germersheim erhöhte das Vertrauen der Demokraten. Der Versuch der Zentralregierung durch Absendung eines Mitgliedes der Linken, Eisenstuck, als Reichskommissar die Bewegung in den Schranken der Gesetzlichkeit zu halten, war ohne Erfolg. Eisenstuck handelte so sehr im Sinne seiner Partei, daß ihn das Frankfurter Ministerium wieder abberief; er hatte die preußischen Truppen, die auf Anordnung der Reichsregierung von Mainz aus in die Pfalz einrückten, zum Rückzug genötigt und dadurch die Macht in die Hände der provisorischen Regierung gegeben.

Aufstand in der Pfalz

Mai 1849

Einen noch schlimmeren Verlauf nahmen die Dinge in Baden. Obwohl dieses Land, von einer gut liberalen Regierung geleitet, unter den ersten gewesen war, welche die Frankfurter Verfassung anerkannt hatten, wußten dennoch die demokratischen Führer das Volk gegen die Regierung aufzuhetzen. Heckers (§ 161) Aufstand und Herweghs Versuch, an der Spitze deutscher Arbeiter, die in Paris auf den Barrikaden gefochten hatten, die Volksmassen zur Republik zu entflammen, wirkten noch nach; das „Heckerlied" blieb die Marseillaise dieser Republikaner. Schon im September 1848 hatte Gustav Struve von der Schweiz aus einen neuen Einfall in Baden gewagt, jedoch wenig Teilnahme gefunden; von den Landleuten selbst verhaftet und ausgeliefert, wurde er im Zellengefängnisse zu Bruchsal gefangen gehalten, bis die nun ausbrechende Mairevolution ihm die Freiheit brachte. Durch zahlreiche Volksvereine, an deren Spitze der Advokat Brentano stand, wirkten nämlich die Demokraten für ihre Sache weiter; sie verlangten die Auflösung der Kammern und die Einberufung eines konstituierenden Landtages. Überzeugt jedoch, daß sie nicht zum Ziele kommen

Baden

würden, solange das Militär der Regierung treu blieb, suchten sie die Soldaten zum Abfall zu verführen. Dabei kam ihnen die Einreihung vieler junger Leute,
11. Mai 1849 die den Heckerzug mitgemacht hatten, zu statten, und so erfolgte denn in Rastatt eine Soldatenempörung. Die Anstrengungen des Kriegsministers Hofmann, die Revolte niederzuwerfen, blieben erfolglos; er mußte mit den meisten Offizieren fliehen und die Festung in den Händen der Meuterer lassen. Am 13. Mai
13. Mai wurde auf einer großen Volksversammlung in Offenburg von dem „Landeskongreß" die alsbaldige Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr unter selbstgewählten Führern beschlossen und ein Landesausschuß errichtet, der die Durchführung der Reichsverfassung, „wie sie nun nach der durch die Ereignisse beseitigten Oberhauptsfrage feststehe", bewirken sollte. An demselben Tage kam es auch in Karlsruhe zu schlimmen Exzessen der trunkenen Soldaten; die Offiziere suchten Rettung in schneller Flucht; der mutige Prinz Friedrich schwebte in Lebensgefahr, und der Großherzog mußte das Schloß verlassen. Geschützt durch die Nacht gelangte er nach dem elsässischen Städtchen Lauterburg; am nächsten Tage folgten die Staatsminister. So war der Landesausschuß Herr des Landes; er nahm von der Hauptstadt Besitz, und Brentano, das Haupt der
14. Mai provisorischen Regierung, gab vom Balkone des Rathauses die Versicherung, der Landesausschuß werde seine Tätigkeit auf die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und die Durchführung der Reichsverfassung beschränken.

§ 178. Krisis und Ausgang. Der Sieg der Radikalen in Baden konnte nur dann der republikanischen Sache zur Herrschaft verhelfen, wenn es gelang, die benachbarten Staaten in den Strom der Bewegung hineinzureißen. Darum wurde sogleich mit der Pfalz ein Bruderbund geschlossen und Hessen-Darmstadt, Nassau und Württemberg durch demokratische Aufwiegler in Gärung versetzt. In Zusammenhang damit stand auch die revolutionäre Bewegung am Niederrhein und in Westfalen, obwohl deren Führer besonders der durchweg monarchisch gesinnten Bevölkerung Westfalens, die nur die Annahme der Reichsverfassung und der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. wollte, ihre eigentlichen Pläne geheimgehalten hatten.

Hessen-Darmstadt Eine Volksversammlung in Ober-Laudenbach an der Bergstraße sollte der Ausgang der revolutionären Bewegung in Hessen sein. Aber die greuliche Ermordung eines geachteteten Darmstädter Beamten (Regierungsdirigent Prinz), der die Versammlung in den Schranken der Gesetzlichkeit halten wollte, empörte so sehr alles sittliche und menschliche Gefühl, daß die Bevölkerung und vor allem das Militär sich von einer solchen Sache abwandte, und die badischen Truppen, die mit klingendem Spiele in das Land einrücken wollten, mit Kartätschen empfangen wurden und in eiliger Flucht nach Heidelberg zurückkehren mußten. —

Württemberg Einen geeigneteren Boden für die Revolution schien Württemberg zu bieten, als Heckers Freund, Fickler, und andere Aufwiegler aus Baden sich dort einfanden, das Rumpfparlament nach Stuttgart übersiedelte und eine auf den Pfingstmontag nach Reutlingen ausgeschriebene Volksversammlung die Rolle der Offenburger zu spielen drohte. Da rettete Minister Römer durch energisches Handeln das Land vor der Revolution. Das Rumpfparlament wurde ausgewiesen (§ 176), Fickler verhaftet und auf den Asperg gebracht, den Umtrieben der fremden und einheimischen Demagogen Einhalt getan, und das Volk, im Vertrauen auf Römer, dessen Name ihm die Bürgschaft war, daß keine freiheitgefährdende Reaktion im Spiele sei, widerstand der Empörung.

So blieb die Revolution auf die Pfalz und Baden beschränkt; aber während man sich hier ohne Erfolg abmühte, eine irgendwie haltbare Form für alle revolutionären Elemente zu finden und die aus demokratischen
27. Mai Minderheitswahlen hervorgegangene konstituierende badische Landesversamm-

lung nur das Abbild der unfähigen provisorischen Regierung war, sammelten sich schon die preußischen Truppen, um wieder Ordnung in die schwer heimgesuchten Landschaften zu bringen. Der Großherzog von Baden hatte sich um Hilfe an die Zentralgewalt und, als diese keine hinreichende Truppenmacht zur Verfügung hatte, an die preußische Regierung gewendet. Diese gewährte die verlangte Unterstützung unter der Bedingung, daß Baden dem „Dreikönigsbunde" (§ 185) beitrete. Und als auch das bayerische Ministerium, dessen Leitung der frühere Professor und sächsische Minister v. d. Pfordten übernommen hatte, trotz seines Widerstandes gegen den „Dreikönigsvertrag" das Einrücken preußischer Truppen in die Pfalz nachsuchte, wurde ein kombinierter Angriff auf das revolutionäre Land beschlossen. Während hessische und mecklenburgische Reichstruppen die Bergstraße bis Weinheim besetzt hielten, rückten preußische Truppen unter dem Prinzen Wilhelm nach Süden vor. Nun riefen die Häupter der provisorischen Regierung in Baden und der Pfalz den Polen Mieroslawski herbei und übertrugen ihm den Oberbefehl über die Insurgentenmacht. Mieroslawski brachte zwar mehr Plan in die Unternehmungen, war aber doch schließlich in Baden nicht glücklicher als vorher in Posen (§ 160) und Sizilien (§ 181). Gegen Mitte Juni rückte eine preußische Truppenabteilung in die Pfalz ein, wo die Insurgenten lange umsonst versucht hatten, die von Militär fast entblößte Festung Landau in ihre Gewalt zu bringen, und durchzog das Land fast ohne Schwertstreich. Nach Einnahme der Pfalz setzten die Preußen bei Philippsburg über den Rhein, während zugleich ein anderes Armeekorps an der Bergstraße vordrang und die deutschen Reichstruppen nach ihrem Übergang über den Neckar an der württembergischen Grenze hinzogen. So von allen Seiten bedroht, mußten sich die Insurgenten nach dem unglücklichen Treffen von Waghäusel südwärts ziehen, um sich hinter den Wällen der Festung Rastatt zu verteidigen. Bald war alles Land bis zum Bodensee und zur schweizerischen Grenze in der Gewalt der Preußen und Reichstruppen. Rastatt hielt sich noch einige Wochen unter Kämpfen und Ausfällen. Als aber Mangel an Lebensmitteln und Kriegsbedarf eintrat, mußte sich die eingeschlossene Stadt auf Gnade und Ungnade ergeben. So wurde der Aufstand niedergeworfen. Der Großherzog kehrte zurück, die alte Ordnung wurde wiederhergestellt und den Gesetzen durch strenge Bestrafung der Schuldigen neues Ansehen verschafft. Aber während die Kasematten und die Gefängnisse sich mit vielen Verhafteten füllten und einige Freischarenführer (darunter das Parlamentsmitglied von Trützschler) durch die Kriegsgerichte in Mannheim und Rastatt zum Tode verurteilt wurden, retteten sich die Anstifter dieses unendlichen Jammers nach der Schweiz oder nach Amerika. Hecker, von der provisorischen Regierung zur Rückkehr eingeladen, fand bei seiner Landung in Frankreich die Revolution bereits unterdrückt; es blieb ihm nichts übrig als neue Flucht über den Ozean. Der Dichter Gottfried Kinkel, mit Wort und Tat ein eifriger Förderer der republikanischen Erhebung, wurde von der über ihn verhängten Todesstrafe befreit und nach einer preußischen Zwangsanstalt abgeführt, rettete sich aber im nächsten Jahre mit Hilfe von Karl Schurz (§ 235) durch glückliche Flucht nach England. Auf das Gemüt des bürgerfreundlichen Großherzogs Leopold hatten diese Ereignisse einen so erschütternden Eindruck gemacht, daß er bald nachher erkrankte und nach schweren Leiden am 24. April 1852 ins Grab sank.

Eingreifen Preußens

Juni 1849

13. Juni

15. Juni 1849

22. Juli

Leopold † 24. April 1852

Fortgang des Krieges

§ 179. Schleswig-Holstein. In diesen Sturz der Revolution wurde auch Schleswig-Holstein hineingezogen. Während des Waffenstillstandes von Malmö (§ 164) waren auf beiden Seiten die Truppen verstärkt worden. Im März 1849 hatte dieser sein Ende erreicht, und da die Friedensverhandlungen zu keinem Ergebnis geführt hatten, so kündigte ihn Dänemark zu einer Zeit, wo es von seiner Seemacht Gebrauch machen konnte. Die von Preußen und Dänemark gemeinschaftlich für die Dauer des Waffenstillstandes in den Herzogtümern ernannte Regierung legte ihre Vollmacht nieder, worauf die Frankfurter Zentralgewalt eine Statthalterschaft für beide Lande bestellte (Wilh. Beseler, Graf Reventlow-Preetz). Nun rückten die Reichstruppen von neuem in Schleswig ein; der patriotische Herzog Ernst II. von Koburg-Gotha war bei ihnen, ebenso Prinz Albert von Sachsen; mutvoll und ohne Stammesneid fochten hier Preußen und Bayern, Hannoveraner und Württemberger, Norddeutsche und Süddeutsche gegen den gemeinsamen Feind, ein schönes Bild deutscher Eintracht. In jenen trüben Tagen, als durch die schwankende Haltung der preußischen Regierung gegenüber der Reichsverfassung eine beklommene Stimmung sich aller Gemüter bemächtigt hatte, wurden die Patrioten durch die unerwartete Nachricht erfreut, daß die deutschen Truppen siegreich gegen die

5. April 1849 Dänen gefochten, daß sie im Hafen von Eckernförde durch Strandbatterien das dänische Linienschiff Christian VIII. in Grund geschossen, die stolze Fregatte Gefion nach Vernichtung ihres Steuerruders zur Ergebung gezwungen und die deutsche Flagge auf derselben aufgepflanzt hätten. Die Nachricht war ein Lichtstrahl in das Dunkel der deutschen Angelegenheiten. Bald nachher wurden im Sundewitt, der Insel Alsen

13. April gegenüber, die festen Düppeler Schanzen von bayerischen und sächsischen Truppen erstürmt und die Dänen zurückgeworfen. Bei diesem Unternehmen erkämpfte sich der bayerische Oberstleutnant v. d. Tann, schon im vorigen Jahr als Anführer des Freikorps durch ritterliche Tapferkeit hervorragend, neue Lorbeeren. Der General v. Bonin, Oberkommandant der schleswig-

20. April holsteinischen Truppen, erstürmte die jütische Grenzstadt Kolding, schlug, als die dänische Armee ihn daraus verdrängen wollte, diese in einer blutigen

24. April Schlacht und erzwang sich mit seiner kleinen Schar durch einen neuen

7. Mai Sieg bei Gudsoe den Einmarsch in Jütland. Aber die preußischen und deutschen Truppen unter General v. Prittwitz zauderten. Während die schleswig-holsteinischen Soldaten, welche den geschlagenen Feind kampfbegierig bis unter die Wälle der Festung Fridericia verfolgt hatten, vor dieser Stadt dem Feinde blutige Gefechte lieferten, blieben die Preußen in ihren Quartieren in Schleswig. Kein Wunder, daß das Mißtrauen von neuem rege wurde, daß man Zweifel aufwarf, ob es den Preußen mit dem Kriege Ernst sei. Und als Prittwitz endlich langsamen Zuges nach Jütland bis Veile vorrückte, gingen die Preußen so schonend zu Werke, daß man deutlich die Absicht erkannte, nur so lange einen Scheinkrieg zu führen, bis es den Diplomaten gelungen sein würde, die bereits angekündigten Friedensunterhandlungen zum Abschluß zu bringen. Die Bewegung in Deutschland selbst hatte nämlich einen so drohenden Charakter angenommen, daß die preußische Regierung nichts sehnlicher wünschte, als des nordischen Krieges entledigt zu sein, zumal da England und Rußland Dänemark begünstigten und in die Trennung der vereinigten Herzogtümer von dem dänischen Königreiche nicht willigen wollten. Auch galt König

Friedrich Wilhelm und den ihn beeinflussenden Kreisen die schleswig-holsteinische Sache nur noch als revolutionär. Dies alles führte einen lähmenden Stillstand in den Kriegsoperationen herbei; die Dänen, deren Truppen unter General Rye von dem viermal stärkeren Heere des preußischen Feldherrn nicht angegriffen wurden, faßten neuen Mut. Nur die Schleswig-Holsteiner, die Fridericia belagert hielten, verloren weder den Kriegsmut noch die Kriegslust. Wiederholte Ausfälle der Dänen wurden siegreich zurückgeschlagen, schließlich erfolgte aber doch der langgefürchtete Schlag. General Rye hatte sich von Jütland nach Fünen eingeschifft, ohne daß Bonin davon Kenntnis erhalten hatte, und war dann nach Fridericia übergesetzt. So verstärkt, unternahmen die Dänen zu einer Zeit, als schon die Bedingungen eines neuen Waffenstillstandes zwischen Preußen und Dänemark in Berlin zum Abschluß fertig waren, einen Ausfall in solcher Übermacht, daß Bonins Truppen dem plötzlichen Andrang nicht zu widerstehen vermochten. Nach hartem Kampfe, dem blutigsten unter allen, wurden sie zum Weichen gebracht, worauf sich die Dänen des ganzen Be- 6. Juli 1849
lagerungsgeschützes und der Schanzen bemächtigten.

Die Nachricht von diesem Unfalle erregte in Deutschland einen allgemeinen Schrei der Entrüstung. Im Rücken des preußischen Heeres war der Überfall bewerkstelligt worden, und Prittwitz hielt sich nach wie vor ruhig. Diesmal waren es nicht die Demokraten, die eine Staatskunst verwünschten, die das gezückte Schwert zu gebrauchen verbot: alle Vaterlandsfreunde, die Preußens Ruhm und Ehre strahlend sehen wollten, trauerten über den in Berlin abgeschlossenen Waffenstillstand, zu dem weder 10. Juli 1849
Bevollmächtigte der Reichsregierung noch der Herzogtümer zugezogen wurden. Darin wurde vorläufig die Trennung Schleswigs von Holstein ausgesprochen; das letztere sollte, wie bisher, unter der von der deutschen Zentralgewalt angeordneten „Statthalterschaft" stehen, Schleswig aber von einer dreiköpfigen „Landesregierung" unter dem Vorsitz eines englischen Kommissars im Namen des Königs von Dänemark regiert werden und im Süden eine preußische, im Norden eine schwedische, auf den Inseln eine dänische Besatzung erhalten. Mit Unwillen vernahm man in den Herzogtümern diese die Fundamentalsätze ihres Staatsrechts (nach denen die Herzogtümer selbständige Staaten, fest und dauernd miteinander verbunden sein sollten und nur der Mannesstamm des oldenburgischen Hauses zur Erbfolge berechtigt war [§ 135]) gefährdenden Bedingungen: die Statthalterschaft wie die Landesvertretung legten Protest ein und versuchten trotz des Abzugs der deutschen Truppen den Kampf allein fortzusetzen (§ 189).

Drittes Kapitel.

Die Revolutionen in Italien und Ungarn.

A. Italien.

§ 180. Der Krieg zwischen Österreich und Sardinien. Die Nachricht von der Februarrevolution brachte die in Oberitalien, in Venedig und der Lombardei, schon lange bestehende Erregung zum Ausbruch. Der Haß gegen Österreichs Gewaltherrschaft (§ 124) loderte hier in hellen

Erster Teil des österr.-sardinischen Krieges

Flammen auf, man hoffte nun endlich mit Hilfe des Papstes Pius IX., der als der nationale Retter angesehen wurde, zur Befreiung zu gelangen; auch von Karl Albert, dem Könige Sardiniens, erwartete man den Kampf

17. März 1848 gegen Österreich. In Venedig brach auf die Kunde von der Wiener Revolution (§ 158) der Aufstand los, eine provisorische Regierung unter dem aus dem Gefängnis befreiten Manin wurde gebildet; gleichzeitig kam es in Mailand zu Barrikadenkämpfen: aus beiden Städten mußten die Österreicher weichen. Ohne Kriegserklärung rückte nun sofort Karl Albert, „das Schwert Italiens", dem zahlreiche Freischaren (Crociati d. h. Kreuzfahrer) des mittleren Italiens folgten, in die Lombardei ein, besetzte

8. April Mailand und zog nach dem siegreichen Treffen von Goito gegen das feste Peschiera. Doch bald änderte sich die Lage: Radetzky, der mehr als achtzigjährige österreichische Feldmarschall (geb. 2. Nov. 1766), besiegte bei

6. Mai Santa Lucia unweit Verona die an Zahl überlegenen Feinde; bedenklich war auch, daß die Mazzinisten in Mailand den König nicht unterstützten, aus Besorgnis, daß ihr republikanisches Ideal nicht erfüllt würde, und daß der Papst die anfangs gesandten Hilfstruppen zurückzog. Allerdings erschien nun Garibaldi mit Freischaren aus Amerika und marschierte nach den Voralpen, doch brachte das wenig Gewinn.

Garibaldi

Giuseppe (Josef) Garibaldi, am 4. Juli 1807 in Nizza als Sohn eines Seemanns geboren und selbst zu dem Geschäft des Vaters erzogen, schloß sich 1834 an Mazzini an und mußte daher nach Frankreich flüchten. In der Heimat zum Tode verurteilt, führte er jahrelang ein unstetes Wanderleben, zuerst in Tunis, dann in Südamerika, wo er Oberbefehlshaber der Marine von Montevideo und Chef einer italienischen Legion wurde. Dort verband er sich mit einer Brasilianerin, Anita, die er aber, weil sie vermählt war, nicht rechtskräftig heiraten konnte. Sie begleitete ihn treu auf seinen abenteuerlichen Zügen. Auf die Nachricht vom Ausbruch der nationalen Bewegung in Italien kam Garibaldi im April 1848 nach Nizza zurück und organisierte ein Freischarenkorps.

27. Mai Gegen Ende des Monats durchbrach Radetzky die Linie von Curtatone und öffnete sich den Weg nach Mantua, um dieselbe Zeit, als Karl

31. Mai Albert nochmals bei Goito siegte und Peschiera einnahm. Dafür nahm

10. Juni dann der Feldmarschall die Stadt Vicenza, während der piemontesische

14. Juni König sich zum König von Oberitalien ausrufen ließ. Verhandlungen, die dann auf Veranlassung des österreichischen Kaisers unter englischer Vermittlung angeknüpft wurden, führten nicht zum Ziel, obgleich der Kaiser in die Abtretung der Lombardei willigen wollte. Der tatkräftige Radetzky

25. Juli drängte auf energische Fortsetzung des Krieges und erfocht bei Custozza einen Sieg, der Österreichs Waffenehre aufs glänzendste herstellte. In raschem

27. Juli Siegeslauf rückte er dann, die bei Goito und Volta nochmals geschlagenen Feinde vor sich hertreibend, in die Lombardei ein und hielt

6. Aug. seinen Einzug in Mailand. Bedroht von der Volksmasse und als Verräter geschmäht, hatte Karl Albert unter dem Dunkel der Nacht die

9. Aug. Stadt verlassen und schloß nun den Waffenstillstand von Vigevano. Radetzky, ebenso mild und menschenfreundlich als tapfer und tatkräftig, schändete seinen Sieg durch keine Grausamkeit. Die flüchtigen Mailänder kehrten allmählich still und gedemütigt zurück. Garibaldi zog noch einige Zeit mit seinen Freischaren oberhalb Como umher, bis er von den Feinden bedroht zuerst in der südlichen Schweiz eine Zufluchtsstätte suchte, dann aber in dem aufgeregten Rom (§ 181) einen günstigen Boden für seine kriegerische Tätigkeit fand.

Damit war jedoch der sardinisch-österreichische Krieg noch nicht zu

Ende. Karl Albert, von den Radikalen, die das gemäßigt-liberale Ministerium Gioberti verdrängt hatten und in der Kammer das Übergewicht besaßen, fortgerissen, von der republikanischen Propaganda, die in Rom triumphierte (§ 181) in seiner Herrschaft bedroht, faßte in der Verzweiflung den Entschluß, das Kriegsglück abermals zu versuchen. Im März 1849 drang ein großes sardinisches Heer, bei dem sich mehrere polnische Anführer (Ramorino, Chrizanowski u. a.) befanden, über die lombardische Grenze. Aber ein viertägiger Feldzug Radetzkys, in dem er die blutigen Siege bei Mortara und Novara über die ausgedehnten Truppenabteilungen der Feinde erfocht, setzte den Unternehmungen ein schnelles Ziel und vereitelte die Hoffnungen der italienischen Patrioten. Ramorino aus Genua, seit dem Falle Polens (§ 123) als unsteter Abenteurer umhergetrieben, geriet in Verdacht der Verräterei und wurde kriegsrechtlich zum Tode verurteilt und erschossen. Karl Albert, an seinem Glücke verzweifelnd, entsagte der Krone zugunsten seines Sohnes Viktor Emanuel II., flüchtete sich auf verborgenen Wegen aus dem Lande seiner Väter und suchte im fernen Portugal eine Ruhestätte; wenige Monate nachher befreite ihn der Tod von allen Leiden. Der junge König Viktor Emanuel schloß mit dem siegreichen Feldmarschall einen Waffenstillstand und dann unter englischer Vermittelung den Frieden von Mailand, der seinem Lande keine Gebietsabtretung, wohl aber eine hohe Schuldenlast für Kriegskosten auferlegte. Von da an schritt die sardinische Regierung auf dem Wege liberaler Reformen und innerer Entwicklung ohne Störung fort.

Zweiter Teil des österr.-sardinischen Krieges

20., 23. März 1849

23. März

26. Juli

6. Aug.

Ein im Rücken des österreichischen Heeres erfolgter Aufstand in Brescia wurde von dem schonungslosen Feldmarschalleutnant Haynau, einem natürlichen Sohne des Kurfürsten Wilhelms I. von Hessen, mit so blutiger Strenge unterdrückt, daß dieser den Beinamen „Hyäne von Brescia" erhielt. — Nur die Lagunenstadt Venedig war durch die unüberwindliche Festigkeit ihrer Lage vermögend, dem österreichischen Belagerungsheere noch monatelang zu widerstehen. Man hoffte auf Zuzug von Ungarn; erst als nach der Kapitulation von Vilagos (§ 184) jede Hoffnung auf einen erfolgreichen Ausgang des Kampfes verschwunden und die Stadt durch die innere Zerrissenheit und den äußeren Feind in die höchste Not gebracht war, ergab sich auch Venedig vertragsweise den Österreichern. Am 30. August hielt Radetzky seinen feierlichen Einzug in die stolze Lagunenstadt. Manin, der an der heldenmütigen Verteidigung Venedigs den größten Anteil hatte, floh nach Frankreich, wo er, jede Unterstützung von sich weisend, als Sprachlehrer seinen Unterhalt suchte. Er sollte den Tag der Unabhängigkeit Italiens nicht mehr erleben; er starb am 22. Sept. 1857. Ein Jahrzehnt nachher wurde seine Asche nach Venedig geführt und in der befreiten Vaterstadt beigesetzt. Daniel Manin und Georg Pallavicino Trivulzio, einem der ältesten milanesischen Adelsgeschlechter entsprossen, der einst seine patriotische Freiheitsbegeisterung mit vieljähriger leidensvoller Haft auf dem Spielberg gebüßt hatte (§ 108), waren die Begründer des italienischen Nationalvereins, in welchem in den fünfziger Jahren sich Republikaner und Konstitutionelle zur Befreiung und Einigung des Vaterlandes um das Kreuz Savoyens scharten.

31. März

Venedig

24. Aug.

Aug. 1857

Die Revolution in der Lombardei und Venetien schlug auch ihre Wellen in die benachbarten Staaten. Der Herzog von Modena, Franz V., entfloh im März 1848, eine provisorische Regierung wurde ernannt, der Herzog des Thrones für verlustig erklärt und

Modena

29. Mai

Parma der Anschluß an Sardinien beschlossen. — In Parma zwang die drohende Haltung des Volkes den Herzog Karl II. Ludwig von Bourbon zur Bewilligung aller liberalen
19. April Forderungen, worauf derselbe, nachdem er eine Regentschaft eingesetzt hatte, das Land verließ. Dann schloß sich auch Parma an Sardinien an und wurde von sardinischen Truppen
Toskana besetzt. — In Toskana hatte zwar der Großherzog Leopold II. schon an 17. Februar eine liberale Verfassung verkündigt, aber die revolutionäre Partei war damit nicht zufrieden.
25. Aug. 1848 Als dann bei einem Aufstande in Livorno, wo der Advokat Guerazzi der Hauptführer war, das Militär gemeinschaftliche Sache mit den Aufständischen machte, da berief der
23. Jan. 1849 eingeschüchterte Großherzog ein Ministerium Montenelli-Guerazzi, flüchtete aber nach
4. Febr. Gaeta. Eine provisorische Regierung wurde nun eingesetzt, die eine konstituierende Versammlung einberief. Diese übertrug Guerazzi die exekutive Gewalt in Form der Diktatur.

Niederwerfung der Revolution Die Siege Österreichs in Oberitalien wirkten auf diese mittelitalischen Bewegungen bestimmend ein. Schon am 10. August 1848 wurde Franz V. von Modena von den Österreichern in sein Land zurückgeführt. Österreichische Truppen besetzten auch Parma und richteten hier eine Militärherrschaft ein, da der Herzog noch nicht zurückzukehren wagte. Nach Kündigung des Waffenstillstandes zwischen Sardinien und Österreich (siehe oben) zogen noch einmal die sardinischen Truppen in Parma ein, mußten aber nach der Schlacht bei Novara den Österreichern wieder weichen. Inzwischen hatte der Herzog zugunsten seines
14. März 1849 Sohnes Karl VI. die Regierung niedergelegt, der sie im August antrat und sofort die Reaktion begann. — Leopold II. von Toskana wandte sich aus Gaeta an den Kaiser von Österreich um Hilfe. Als dieser damit zögerte, gab eine in Florenz ausgebrochene Bewegung dem Großherzog die Freiheit des Handelns wieder. Guerazzi wurde verhaftet und die
27. Juli provisorische Regierung gesprengt; Leopold ließ sich von österreichischen Truppen zurückführen. Die freisinnige Verfassung wurde trotz der entgegengesetzten Versprechungen aufgehoben, Guerazzi einige Jahre eingekerkert und dann aus dem Lande gewiesen.

§ 181. Die Revolution in Sizilien und Rom. Ebenso wie in Oberitalien wurde die in Unteritalien schon ausgebrochene Revolution (§ 124) durch die Nachrichten von der Februarrevolution verstärkt. Sizilien verlangte ein eignes Parlament und eine eigene Armee, schuf sich, als König Ferdinand II. das verweigerte, eine provisorische Regierung unter Ruggiero
15. März Settimo und sprach die Entthronung der Bourbonen aus. Als dann König Ferdinand, ermutigt durch den österreichischen Sieg bei Santa Lucia (§ 180), einen Staatsstreich zur Beseitigung der für Neapel erlassenen Verfassung (§ 124) unternahm, eine Erhebung der Bürgerschaft von Neapel
15. Mai 1848 unterdrücken ließ und, wie vor fünfzig Jahren die Königin Karoline (§ 43), die wohlhabende Bevölkerung seiner Hauptstadt der Mord- und Raubsucht der Lazzaroni preisgab, stieg der Haß gegen ihn noch mehr: Sizilien wählte
11. Juli Albert Amadeus, Herzog von Genua, einen Sohn Karl Alberts von Piemont, zum König. Aber trotz des Anerbietens Englands, diesen auf einem englischen Kriegsschiffe nach Sizilien überzuführen, schlug Karl Albert die Krone für seinen Sohn aus, da die Kriegslage in Oberitalien für ihn nicht mehr günstig war (§ 180). Die Siege Radetzkys erweckten in König Ferdinand die Hoffnung, Sizilien wieder unterwerfen zu können. Noch lag in der Zitadelle von Messina eine starke neapolitanische Besatzung;
4. Sept. dorthin sandte er den General Filangieri, und es erfolgte von der Zitadelle
6., 7. Sept. und der Flotte aus eine furchtbare Beschießung Messinas, die dem König den Beinamen Il rè bomba oder bombatore („Bombenkönig") verschaffte. Zwar kam nun unter französischer und englischer Vermittlung eine Waffenruhe zustande, aber die Verhandlungen hatten trotz der Bewilligung eines besonderen Parlaments keinen Erfolg, da die provisorische Regierung an der Forderung eines eigenen Heeres festhielt. Als dann im Frühjahr 1849 der König von Sardinien den Krieg wieder eröffnete (§ 180), begann auch in Sizilien der Kampf von neuem. Eine zahlreiche von dem
April 1849 Polen Mieroslawski (§ 178) befehligte Fremdenlegion zog den Sizi-

lianern zu Hilfe; allein die Kriegskunst und bessere Ausrüstung der neapolitanischen Miettruppen trug den Sieg davon. Nach dem Siege bei Catania rückte das neapolitanische Heer unter Filangieri über Syrakus nach der Hauptstadt Palermo. An einem erfolgreichen Widerstand verzweifelnd ließ sich die Bürgerschaft in Unterhandlungen ein und übergab, nachdem sich die Häupter der Revolution auf die Insel Malta geflüchtet hatten, die Stadt dem Sieger gegen die Zusage einer Amnestie. Am 14. Mai hielt das neapolitanische Heer seinen Einzug in Palermo, und die unglückliche Insel wurde von neuem an das bourbonische Militärkönigtum gekettet. 6. April

Im Kirchenstaat setzte Pius IX. weltliche Minister ein und kündigte eine Verfassung an, aber die Begeisterung für ihn nahm ab, als er in einer Allokution die geforderte Kriegserklärung gegen Österreich als unverträglich mit seiner Stellung zurückwies. Um der infolge der Siege Radetzkys (180) immer stärker werdenden Aufregung entgegenzukommen, ernannte der Papst einen Liberalen, Pellegrino Rossi aus Carrara, der in Paris bei Louis Philipp und Guizot eine einflußreiche Stellung bekleidet hatte, zum Minister. Aber durch die Maßregeln, die Rossi gegen die wachsende Anarchie ergriff, zog er sich so sehr den Haß der römischen Demokraten zu, daß er bei Eröffnung der Kammern auf der Treppe des Ständehauses durch einen Dolchstoß ermordet wurde, worauf der Pöbel, geleitet vom Fürsten von Canino (Lucian Bonaparte), einem Neffen Napoleons I., den Quirinal umstellte und den Papst durch Drohungen zur Ernennung eines radikalen Ministeriums unter Mamianis Leitung zwang. Empört über diese Vorgänge entfloh der Papst verkleidet nach Gaeta, bildete ein neues Ministerium und legte gegen alle Vorgänge in Rom Protest ein. Dieser Schritt verschaffte vorerst der republikanischen Partei den vollständigen Sieg. Eine neue konstituierende Versammlung wurde einberufen, die das Papsttum seiner weltlichen Macht entkleidete und die römische Republik erklärte. Der Bannstrahl des Papstes wurde mit einem höhnenden Aufzug beantwortet. Eine provisorische Regierung unter der Leitung von drei Männern (Triumvirat) übernahm die Verwaltung des Freistaats, indes die konstituierende Versammlung Hand an das Kirchenvermögen legte, um kleine Pachtgüter für die Armen daraus zu bilden, und Garibaldi aus Freischaren und Demokraten eine Volkswehr organisierte. Der unglückliche Ausgang des erneuerten Kampfes in Oberitalien (§ 180), der eine Menge Flüchtlinge nach Rom führte, und die Ankunft Mazzinis, der so lange das tätige Oberhaupt des „jungen Italiens" und die Seele der demokratischen Propaganda gewesen war (§ 124), steigerten die revolutionäre Aufregung in Rom. Der Kirchenstaat sollte als letzte Zufluchtsstätte der Freiheit mit aller Kraft verteidigt und als Mittelpunkt für weitere Unternehmungen benutzt werden. Truppen und Freischaren waren in großer Masse vorhanden, an Waffen und Geschütz war kein Mangel, und ein revolutionärer Terrorismus der wildesten Art schaffte die nötigen Hilfsmittel herbei. Diese Vereinigung revolutionärer Kräfte bestimmte die katholischen Mächte, deren Hilfe der Papst angerufen hatte, zu bewaffnetem Einschreiten. Während die Österreicher sich nach harten Kämpfen in den Besitz von Bologna und Ancona setzten, die Spanier in Terracina landeten, die Neapolitaner von Süden her in das römische Gebiet einrückten, kam ein französisches Heer unter General Oudinot nach Civitavecchia und umstellte die Hauptstadt. Umsonst erklärten die Franzosen, Kirchenstaat 14. März 1848. 29. April. 15. Nov. 24. Nov. 9. Febr. 1849. 24. April.

daß sie als Freunde kämen, um die Ordnung und die gesetzliche Freiheit zu schirmen und die Besetzung des Kirchenstaats durch die Österreicher und Neapolitaner zu verhüten — die Demokraten bereiteten den anstürmenden Feinden einen hartnäckigen Widerstand. Der erste Angriff der Franzosen
30. April bei der Porta San Pancrazio scheiterte. Um ihre Gegner zu trennen, knüpften hierauf die Triumvirn mit dem französischen Befehlshaber Unterhandlungen an und schlossen eine achttägige Waffenruhe, die Garibaldi
9., 19. Mai 1849 klug benutzte, um die neapolitanischen Truppen bei Palestrina und Velletri anzugreifen und über die Grenze zurückzuschlagen. Als die Unterhandlungen nicht zum Ziele führten, begannen die Franzosen von neuem zu stürmen. Aber auch diesmal stießen sie bei dem Pancraziotore und an andern Orten auf den heftigsten Widerstand, so daß sie erst nach wochen-
3. Juli langen blutigen Kämpfen endlich vertragsweise in den Besitz der Stadt kamen. Die Barrikaden wurden sofort geräumt, die provisorische Regierung aufgelöst und eine militärische Fremdherrschaft errichtet. Mazzini floh, Garibaldi führte einen Teil der Truppen nach San Marino und ging dann wieder nach Amerika. Der Papst beharrte noch lange in seiner freiwilligen Verbannung und in seinem Groll gegen die Stadt; erst am 12. April 1850 erfolgte seine Rückkehr. Seitdem wurde in Rom die Ruhe durch eine französische Besatzung aufrechterhalten, allein die Räuberbanden, die unter verwegenen Anführern das Land durchstreiften, gaben Zeugnis von dem tiefen Verfall der gesellschaftlichen Ordnung und von der Ohnmacht der Regierung.

Ergebnis So war die liberale und nationale Bewegung überall unterlegen. Seit dem Falle Mailands und Venedigs breitete der Doppeladler seine Flügel aufs neue über das lombardisch-venezianische Königreich, in Mittel- und Unteritalien prangten wieder die Fahnen der legitimen Herrscher, und die hoffnungsreiche italienische Tricolore hatte nur noch in Sardinien eine Freistätte. Pius IX. gab durch öffentliche Bußgänge seine tiefe Reue über seine liberalen Sünden kund, und in Neapel herrschte ein finsteres, von Rachsucht und Grausamkeit geleitetes Reaktionssystem.

B. Ungarn.

Beginn des Krieges **§ 182. Die Revolution in Ungarn.** Herstellung der österreichischen Monarchie in ihrer früheren Gestalt und mit der ganzen Zentralgewalt der alten Reichsregierung war seit dem Falle Wiens das Ziel der „schwarzgelben" Partei, die nunmehr die Leitung der Dinge in die Hand nahm. Der Thronwechsel in Wien (§ 169) rückte den Ungarn die Gefahr näher, die ihnen von dem Kaiser Ferdinand erteilten Zugeständnisse (§ 168) wieder zu verlieren. Deshalb protestierte der ungarische Reichstag gegen denselben und verwahrte sich gegen alle Regierungshandlungen des neuen Kaisers Franz Joseph, ehe derselbe dem Herkommen gemäß in Ungarn gekrönt wäre und die Verfassung und Rechte beschworen hätte. Und um dem drohenden Kriege, zu dem in Österreich die ausgedehntesten Rüstungen gemacht wurden, kräftig begegnen zu können, erließ Kossuth glühende Aufrufe an Ungarns waffenfähige Mannschaft und bewirkte dadurch, daß in kurzer Frist ein Heer von 200 000 Mann, teils reguläres Militär, teils Landwehr (Honved), unter den Waffen stand. Am 16. Dezember brach Fürst Windischgrätz gegen Ungarn auf. Unter leichten Gefechten wurden

die Städte Ödenburg, Preßburg, Raab u. a. ohne sonderlichen Widerstand eingenommen, dann näherten sich die kaiserlichen Truppen der Hauptstadt Buda-Pesth. Als Windischgrätz die von Graf Batthyanyi begehrten Unterhandlungen ablehnte, verließ Kossuth in der Nacht vom 4. auf den 5. Januar die Hauptstadt und zog nach Debreczin, die Krone des heiligen Stephan, die Reichsinsignien und die Banknotenpresse mit sich fortnehmend. Der Landesverteidigungsausschuß und die Deputierten des Reichstags begleiteten ihn. Am folgenden Tage hielt der Feldmarschall mit dem Banus Jellachich seinen Einzug in Buda-Pesth. 4., 5. Jan. 1849

Mittlerweile ging der Kampf gegen die Serben an der Donau und Theiß weiter, und nicht minder wütete der Nationalkrieg in Siebenbürgen (§ 168). Die Sachsen riefen zu ihrem Schutze die österreichische Armee unter General Puchner ins Land; doch konnte dieser wenig ausrichten, da der polnische General Bem, der den Oberbefehl über die ungarischen Truppen in Siebenbürgen erhielt, ihm an Streitkräften überlegen war. Kronstadt und Klausenburg fielen in die Hände der Magyaren, und Hermannstadt wurde von Bem hart umschlossen. Da riefen die Ausschüsse des sächsischen und walachischen Landtages unter österreichischer Vermittlung die Russen zu Hilfe. Diese folgten bereitwillig dem Rufe. General Engelhardt rückte mit 60000 Mann in Siebenbürgen ein und besetzte nach heftigen Gefechten Kronstadt und Hermannstadt. Dadurch erlangten die österreichischen Trupen freie Hand zu weiteren Unternehmungen. Kampf an der Donau. Febr. 1849. Hilfe der Russen. 19. April

Da die österreichische Regierung mit der Einnahme von Buda-Pesth den ungarischen Aufstand beendet zu haben glaubte, ernannte sie den Banus Jellachich zum Gouverneur von Dalmatien, bewilligte die Absonderung der Woiwodschaft Serbien und stellte die Auflösung der Union zwischen Ungarn und Siebenbürgen in Aussicht. Das erregte aber die für den Fortbestand des Königreichs besorgten Ungarn zu neuem heftigem Kampfe. Polnische Emigranten, unter ihnen Dembinski, schlossen sich den Ungarn an, in der Hoffnung, dadurch die Wiederherstellung Polens zu erlangen. Freischaren und Abenteurer strömten in Masse zu Kossuths Fahnen. Nach der zweitägigen, unentschiedenen Schlacht von Kapolna zogen die ungarischen Heere wieder in die Niederungen der Theiß zurück. In Olmütz überschätzte man den Sieg, oktroyierte die österreichische Gesamtverfassung (§ 169) und hob damit tatsächlich die ungarische Verfassung auf. Das steigerte die Erregung der Ungarn, die auch dadurch wuchs, daß nun Siebenbürgen wieder in Bems Gewalt kam. Die Russen mußten Hermannstadt und Kronstadt räumen und sich über die Grenze zurückziehen; Puchner, von Bem bis zum Rotenturmpaß verfolgt, suchte Schutz in der Walachei. Erneuerung des ungarischen Kampfes. 26., 27. Febr. 1849

Mit dem Beginne des Frühlings unternahm Windischgrätz von der Hauptstadt aus einen Gesamtangriff auf die Ungarn; durch einen vereinigten Vormarsch aller Truppenabteilungen hoffte er die Festungen zu Fall zu bringen und dann die magyarischen Heere in den sumpfigen Niederungen der Theiß zu erdrücken. Aber seine Pläne scheiterten: in mehrfachen Kämpfen wurden die Österreicher bis nach Gödöllö und Jfaszeg zurückgedrängt und hier auf dem Rakosfelde völlig geschlagen. Die Donaufestung Komorn trotzte den heftigen Angriffen des kaiserlichen Belagerungsheeres mit solchem Erfolg, daß Feldzeugmeister Welden zuletzt von der Beschießung abließ und die Festung durch enge Umlagerung auszuhungern beschloß. Immer mehr näherten sich nun die Magyaren, Siege der Ungarn. 6. April 1849

die mit erhöhter Begeisterung allenthalben zum Angriffskrieg schritten, der aufgeregten Hauptstadt. Während Windischgrätz und Jellachich darauf bedacht waren, Pesth vor einem Überfall zu schützen, umging die ungarische Armee unter Damjanics und Klapka das feindliche Heer und erstürmte nach einem furchtbaren Kampfe mit der österreichischen Besatzung, wobei der General Götz fiel, die in strategischer Hinsicht höchst
10. April wichtige Stadt Waitzen. In raschem Zuge setzte sodann Görgei mit den beiden Generalen Damjanics und Klapka über die Gran, siegte über
19. April den österreichischen Feldherrn Wohlgemuth bei Nagy-Sarlo und entsetzte Komorn, auf dessen Türmen die schwarze Fahne als Zeichen der verzweifelten Entschlossenheit der Besatzung zum Todeskampf aufgepflanzt war. Diese Unfälle überzeugten den Hof von Olmütz, daß Windischgrätz der großen Aufgabe nicht gewachsen sei. Eine kaiserliche Botschaft brachte die Abberufung des fürstlichen Feldherrn, Welden trat an seine Stelle. Aber die Hauptstadt war nicht mehr zu halten. In der Nacht des
23. April 23. April verließen die österreichischen Truppen Pesth; nur in Ofen verblieb eine österreichische Besatzung. Noch an demselben Vormittage zogen die Magyaren unter dem Jubel des Volks in die festlich geschmückte Stadt ein. Um Ofen entspann sich dann ein heftiger Kampf, als Görgei anfangs Mai mit seinen tapferen, wohlgerüsteten Truppen herankam. Der Befehlshaber, General Hentzi, ein Schweizer, traf alle Vorkehrungen zu einer hartnäckigen Verteidigung. Indes durch ein furchtbares, täglich wiederholtes Bombardement, durch unterirdische Minen und durch häufige Angriffe vernichtete Görgei allmählich die Verteidigungsanstalten. Es half nichts, daß Hentzi, um den Feind zum Einstellen der Belagerung zu zwingen, ganze Quartiere der jenseitigen Hauptstadt Pesth in Brand schießen ließ; als Ofen durch das unaufhörliche Feuern mit
21. Mai glühenden Kugeln in Brand geriet, brachte ein während der Verwirrung unternommener Sturm die Festung zu Fall. Hentzi fand bei der Erstürmung den Heldentod, die Überlebenden gerieten in Gefangenschaft. Die österreichischen Heere zogen sich nach Preßburg zurück, Ungarn war frei.

Ungarn Republik
14. April Im stolzen Vertrauen auf die Erfolge hatte der Reichstag in Debreczin bereits die Unabhängigkeit Ungarns von Österreich ausgesprochen und eine provisorische Regierung unter der Leitung Kossuths als Gubernator bestellt. Dieser entscheidende Schritt zur Begründung einer magyarischen Republik vergrößerte aber die schon längst zwischen Kossuth und Görgei bestehende Spaltung und trug den Geist des Zerwürfnisses in die Reihen der Ungarn, da die Gemäßigten von der Republik nichts wissen wollten. Görgei, von Neid erfüllt über die hohe Stellung des Gubernators, folgte von da an den Eingebungen seines Ehrgeizes und nahm eine von der Regierung immer mehr unabhängige Haltung an. Weder der Rang eines Oberbefehlshabers, noch die damit verbundene Würde eines Kriegsministers waren vermögend, ihn mit Kossuth und der Landesregierung zu versöhnen: er verachtete die Befehle der Regierung und handelte im Bewußtsein des überlegenen Talents eigenmächtig und rücksichtslos.

Rußlands Hilfe
§ 183. Haynau und Paskiewitsch. In ihrer Bedrängnis wendete sich die österreichische Regierung an Rußland um Hilfe. An demselben Tage, wo Görgei Ofen erstürmte, war zwischen dem Kaiser von Rußland und dem jungen Beherrscher von Österreich in einer persönlichen Besprechung

zu Warschau über Ungarns Schicksal beschlossen worden. Ein siegreicher Ausgang der ungarischen Erhebung hätte die Partei des Umsturzes in ganz Europa ermutigt und alle monarchischen Staaten erschüttert; die begeisterte Teilnahme der Polen an dem ungarischen Kriege und die laute Freude der polnischen Grenzländer über die siegreichen Waffen der Insurgenten zeigte zudem die besondere Gefahr für Rußland. So griff der Zar zu den Waffen. Die russischen Heere unter dem Oberkommando des ruhmgekrönten Paskiewitsch (§ 114) überschritten von Krakau her die ungarische Grenze, während die österreichischen Truppen, durch neue Zuzüge verstärkt, unter General Haynau (§ 180) im Westen vorrückten, und der Ban Jellachich von Süden her aufs neue in Ungarn eindrang; günstig für Österreich war auch, daß der italienische Krieg so gut wie beendet war (§ 180). Kossuth, der am 6. Juni mit der Regierung nach Pesth zurückgekehrt war, entwickelte damals eine wunderbare Tätigkeit, um einen allgemeinen Volkskrieg zu erregen und die Nation zu den größten Opfern anzufeuern, durch die sie allein zu Sieg, Freiheit und Unabhängigkeit gelangen könne. Seine flammenden Worte, durch die er das ungarische Volk zum schonungslosen Guerillakrieg, wie ihn einst die Spanier gegen Napoleons Heere geführt hatten, aufrief, hatten aber keinen durchschlagenden Erfolg, besonders nach den ersten Siegen der Feinde. Görgei wurde von Wohlgemuth und Haynau an der Waag und bei Raab nach mehreren Gefechten zurückgedrängt und genötigt, sich hinter den Mauern von Komorn zu verteidigen, worauf Haynau durch eine strenge Proklamation vom 1. Juli die Ungarn zur Niederwerfung der Waffen aufforderte und alle, die bei dem Aufstande beharrten, mit den härtesten Strafen bedrohte. Kossuths Versuch, Görgei vom Oberkommando zu entfernen, schlug fehl; nur das Kriegsportefeuille mußte er abgeben. Bald fielen Ofen und Pesth wieder in die Hände des kaiserlichen Befehlshabers. Die schweren Strafen, die der unbarmherzige Haynau über die Hauptstadt verhängte, waren das Vorspiel der kommenden Schreckenstage. Besitz, Verausgabung oder Annahme der ungarischen Banknoten (Kossuthnoten) wurden unter Todesstrafe verboten, eine Maßregel, die schwere Verluste herbeiführte, da diese Noten bisher allgemeinen Kurs hatten und sogar bei den öffentlichen Kassen angenommen worden waren.

21. Mai — Eingreifen Rußlands — Haynau — 20., 27. Juni 1849 — 12. Juli

Ähnliche Erfolge wie Haynau hatte anfangs auch Jellachich im Süden. Der ungarische General Perczel wurde zurückgedrängt, Neusatz von Peterwardein aus in Brand geschossen, die Römerschanzen erstürmt und endlich der Übergang über die Theiß bewerkstelligt. Doch war auf dieser Seite der Sieg von kurzer Dauer. Auf die Nachricht von dem Vorrücken des Banus wendete sich Bem plötzlich gegen ihn, den Kampf in Siebenbürgen den Szeklern überlassend. Er gewann die Festung Arad durch Vertrag, zwang das Heer Jellachichs zum eiligen Rückzug über die Theiß und Donau und drang siegreich bis Peterwardein vor. Nur der Plan, die hartbedrängte Stadt Temesvar zu erobern, scheiterte an dem standhaften Mut des österreichischen Kommandanten Rukavina. Ende Juli erschien Bem wieder in Siebenbürgen, das mittlerweile zum großen Teil in die Hände des russischen Befehlshabers Lüders gefallen war. Bem wurde bei Schäßburg geschlagen und floh, nachdem bei Groß-Scheuern die ungarischen Truppen völlig zersprengt worden waren, nach dem Banate.

Jellachich — Ende Juni — 1. Juli — 31. Juli 5. Aug.

Während dieser Zeit befand sich Kossuth mit den Ministern und Gliedern des Reichstags in Szegedin, welches, als die Österreicher Pesth bedrohten, zum vorläufigen Sitz der Regierung bestimmt worden war. Hier hielt der ungarische Reichstag gegen Ende Juli seine letzten Sitzungen, und die Regierung faßte Pläne und Vorschläge, welche die innere Zerrissenheit, Ratlosigkeit und Parteispaltung sattsam bekundeten.

§ 184. Die Katastrophe von Vilagos. Der gewaltige Kampf näherte sich seinem Ende. Ein kühner Ausfall der Komorner Besatzung unter
30. Juli dem tapferen Klapka war das letzte für die Ungarn glückliche Ereignis. Bald zogen sich die vereinten Streitkräfte der Feinde an der Theiß und Maros zusammen. Von Norden her waren nämlich die Russen unter Paskiewitsch, Osten-Sacken, Grabbe u. a. schon im Juli bis nach Tokay und Miskolcz vorgerückt, während Görgei noch in Komorn weilte. Auf die Kunde hiervon brach dieser sogleich auf, um wo möglich die Verbindung der Russen
Rückzug Görgeis nach Vilagos mit den von Westen vordringenden Österreichern zu verhindern. Dieser Plan mißlang, aber nach dem glücklichen Gefechte bei Waitzen entging Görgei durch einen meisterhaften Marsch über die Karpaten dem russischen Armeekorps und erreichte die obere Theiß. Die Kriegsmacht der Feinde war der seinigen weit überlegen; nach einem unglücklichen Kampfe bei Debreczin mußte er sich daher immer weiter nach Osten und Süden zurückziehen, langsam verfolgt von den nachrückenden Russen, bis er am 8. August in Vilagos, einem Flecken unweit Arad, sich in einer Lage befand, welche ihm die Fortsetzung des Kampfes unmöglich zu machen schien. Zu gleicher Zeit hatte General Haynau mit österreichischen und russischen Truppen von Pesth aus einen Zug nach der unteren Theiß unternommen, hatte bei Szegedin den Übergang über den Fluß bewerkstelligt und war dann südostwärts gezogen, bis er in die Nähe der belagerten Stadt Temesvar kam, wo er ein glückliches Treffen mit den Magyaren bestand und dadurch die Befreiung dieser von Hungersnot und
9. Aug. Cholera schwer heimgesuchten Stadt bewirkte. Nach der Schlacht von Temesvar konzentrierten sich die ungarischen Streitkräfte um Arad, wo sich Kossuth mit der provisorischen Regierung befand, und wohin auch Görgei gezogen war. Dieser hatte schon während des Marsches von russischen Parlamentären Anträge zur Niederlegung der Waffen unter bestimmten Bedingungen empfangen, jetzt scheint die verzweifelte Lage und die Mißstimmung gegen Kossuth den Entschluß, den er schon längere Zeit gehegt haben mochte, rasch zur Reife gebracht zu haben: durch seine
11. Aug. Ergebung dem Kriege ein Ende zu machen. In dem letzten zu Arad abgehaltenen Kriegsrat sprachen sich die überwiegenden Stimmen dahin aus, daß Kossuth die Gewalt niederlegen und Görgei die Diktatur
Kapitulation 13. Aug. 1849 übernehmen sollte. Beides geschah, und schon am 13. August streckte der neue Diktator nach einem Beschluß des Kriegsrats mit einer Armee von 30 000 Mann und 120 Kanonen vor dem russischen General Rüdiger in Vilagos die Waffen. Triumphierend berichtete Paskiewitsch seinem Herrn: „Ungarn liegt besiegt zu den Füßen Eurer Majestät." Nicht ohne Verdruß über den Erfolg der Russen vernahmen die Österreicher die Kunde der Übergabe, gerade, als sie im Begriff standen, dem ungarischen Heere die letzte Hauptschlacht anzubieten. Nach der Kapitulation von Vilagos ging der ungarische Krieg bald zu Ende. Die Festungen Arad, Peterwardein u. a. ergaben sich, die Honveds zogen in ihre Heimat, Kossuth, Bem,

Dembinski, Meszaros und viele andere suchten Schutz auf türkischem Gebiet, in Siebenbürgen wurden die Szekler und Magyaren von den Walachen und Slawen beraubt und ermordet, bis endlich die Russen und Österreicher Einhalt taten. Nur Komorn, wo Klapka den Oberbefehl führte, hielt sich noch über einen Monat. Erst als sich der kühne Feldherr überzeugt hatte, daß der ungarische Aufstand überwunden sei, übergab er die Festung 27. Sept. unter ehrenhaften Bedingungen.

Bestrafung des Aufstandes

Während die österreichische und russische Diplomatie den Flüchtlingen die Zufluchtsstätte auf türkischem Boden zu entziehen bemüht war, ließ Haynau, der Unerbittliche, in Ungarn selbst ein furchtbares Strafgericht ergehen. Die Glieder der edelsten Familien hatten die Erhebung begünstigt und teils als Anführer im Felde, teils als Beamte und Ratgeber bei der Regierung oder dem Reichstag ihrem Vaterlande zu nützen gesucht. Sie alle wurden hart behandelt; die Schuldigsten fanden ihren Tod am Galgen oder durch Pulver und Blei, so der Graf Ludwig Batthyanyi, der Minister Csányi und der greise Perenyi, Präsident des Oberhauses, so ferner die Generale Karl Vecsey, Nagy-Sandor, Ludwig Aulich, Graf Karl Leiningen, Dessöffy, Török, Pöletnberg. Andere wurden als Gemeine oder Fuhrleute in die österreichischen Heere eingereiht und in die Fremde geschickt. Zwei Jahre später begab sich Kossuth nach England, wo ihn das Volk mit 1851 Begeisterung aufnahm. Die heilige Krone der Ungarn samt den Reichskleinodien hatte er vergraben, aber im September 1853 wurde sie wieder entdeckt und dem Kaiser zurückgestellt.

Viertes Kapitel.

Preußens Unionsversuche und Rußlands Übergewicht.

A. Preußens Unionsversuche und ihr Scheitern.

Die Pläne Preußens

§ 185. Der Dreikönigsbund und der Abschluß der preußischen Verfassung. Die Siege Österreichs in Italien und Ungarn wurden gekrönt durch den Triumph über die Unionsversuche Preußens. Entsprechend den bei der Ablehnung der Kaiserkrone abgegebenen Erklärungen (§ 174) plante König Friedrich Wilhelm IV. durch Vereinbarungen mit den deutschen Fürsten die nationale Neugestaltung Deutschlands selbst in die Hand zu nehmen. Preußen war dabei in keiner ungünstigen Lage; es hatte durch die bei den Aufständen gewährte Waffenhilfe (§ 175. 178) an Ansehen nach außen sehr gewonnen und schickte sich an, den inneren Verfassungskampf endgültig zu schlichten. Bei seinen deutschen Plänen hätte Friedrich Wilhelm dem Hause Habsburg, dessen älteres Recht er in seiner romantischen Auffassung der deutschen Geschichte nicht verwerfen wollte, am liebsten die Kaiserkrone erhalten; er wollte das übrige Deutschland in einem engeren Bunde unter seiner Führung vereinigen und dessen Heer führen als Reichsverweser und „Erzfeldherr der Teutschen" oder als deutscher König. Nüchterner lauteten dann aber die Vorschläge, die Preußen in Wien machte: Das außerösterreichische Deutschland solle einen Bundesstaat Mai 1849 unter preußischer Leitung bilden; dieser Bundesstaat solle mit Österreich eine ewige Union eingehen mit der Verpflichtung, sich gegenseitig volle

Unterstützung zum Schutz der äußeren und inneren Sicherheit zu gewähren und alles zur Förderung der inneren Wohlfahrt und der Erleichterung des Verkehrs zu tun. Je zwei von beiden Mitgliedern ernannte Vertretungen sollten die Unionsregierung bilden und diese die auswärtige Politik der Gesamtheit durch Ernennung aller Gesandten und Konsuln
16. Mai 1849 führen. Schwarzenberg wies diese Vorschläge ab. Er nahm dabei noch einen sehr freundschaftlichen Ton an, weil Österreich, in die Kriege mit Ungarn und Italien verwickelt, damals zu einem feindlichen Zusammenstoß mit Preußen nicht fähig war. Die meisten deutschen Fürsten aber beeilten sich unter dem Eindrucke der Mairevolutionen, dem Plan eines engeren Bundes im Prinzip zuzustimmen, allerdings mit der Hoffnung, so bald als möglich sich dem Einflusse Preußens wieder entziehen zu können.

Dreikönigsbund
26. Mai 1849 Am 26. Mai vereinigten sich die Regierungen von Preußen, Hannover und Sachsen zu dem „Dreikönigsbunde".

Dieser Bund sicherte den drei Staaten sowie allen später Beitretenden gegenseitigen Schutz und Beistand, gab Preußen die Oberleitung der Bundesangelegenheiten, setzte einen gemeinsamen Verwaltungsrat ein, verhieß dem deutschen Volke eine Verfassung nach einem Entwurf, der von einer demnächst einzuberufenden Reichsversammlung geprüft werden sollte, und verfügte die Bildung eines provisorischen Bundesschiedsgerichts. Die Verfassung und das Wahlgesetz wurden dann in einer besonderen Zirkularnote allen deutschen Regierungen mit der Einladung zum Beitritt vorgelegt.

Nachparlament Wenn auch dieser neue Entwurf einer deutschen Verfassung den Beschlüssen der Frankfurter Versammlung (§ 172) in vieler Hinsicht nicht entsprach, so kam doch der Kern der erbkaiserlichen Partei, Gagern und Dahlmann an der Spitze, in einer Ende Juni in Gotha abgehaltenen Besprechung (sogenanntes „Nachparlament") überein, für seine Verwirklichung und das Zustandekommen eines Reichstags nach Kräften zu wirken. Anfangs nahm die Sache einen günstigen
Verwaltungsrat Fortgang. Ein Verwaltungsrat, bestehend aus den Bevollmächtigten der drei Königreiche und aller derjenigen Staaten, die allmählich dem Dreikönigsbunde beitraten, befaßte sich unter dem Vorsitz des früheren preußischen Ministers v. Bodelschwingh in Erfurt mit den Angelegenheiten dieses entstehenden Bundesstaates und tat zugleich die vorbereitenden Schritte für den künftigen Reichstag, und wenn auch vorerst Bayern und Württemberg sowie einige kleinere Staaten weder den Verwaltungsrat beschickten noch das gleichzeitig errichtete „Bundesschiedsgericht" anerkannten, so stand doch zu erwarten, daß, sofern nur Preußen und seine Bundesgenossen bei dem Vorhaben unwandelbar beharrten, dennoch ein deutscher Bundesstaat, wie ihn einst Gagern im Auge gehabt hatte, wenn auch in loserer Gestalt, mit der Zeit ins Leben treten würde. Günstig für das Ansehen Preußens bei den nationalgesinnten Deutschen war es auch, daß es damals in die Reihe der konstitutionellen Staaten eintrat.

Preußische Verfassung
31. Jan. 1850 Am 26. Februar 1849 waren nämlich in Berlin die neugewählten Kammern zusammengetreten, um die oktroyierte Verfassung (§ 166) im Einverständnis mit der Regierung einer Revision zu unterziehen. In der zweiten Kammer hatte die demokratische Partei zwar nicht die Mehrheit, bildete aber durch ihre Einigkeit eine starke, geschlossene Opposition. Die Verhandlungen waren so überaus stürmisch, vor allem bei der Beratung der Adresse an den König und der „deutschen Frage", daß die Regierung die zweite Kammer, als sie die „deutsche Reichsverfassung" am 21. April für rechtsgültig erklärte, am 27. April wieder auflöste (§ 174).
30. Mai 1849 Nun wurde das sogenannte Dreiklassenwahlgesetz erlassen und nach

diesem die Wahlen für eine neue zweite Kammer vorgenommen. Da die demokratische Partei sich hierbei gar nicht mehr beteiligte, so fielen die Wahlen überwiegend konservativ aus, und die am 1. August 1849 neu zusammentretenden Kammern vereinbarten nun mit der Regierung eine neue Verfassung, die an die Stelle der oktroyierten trat.

Die neue preußische Verfassung wurde am 31. Januar 1850 verkündet; am 6. Februar beschwor sie der König mit einer Rede, in der er sagte: „Seine (des Schwures) Lebensbedingung ist die, daß Mir das Regieren mit diesem Gesetz möglich gemacht werde — denn in Preußen muß der König regieren, und Ich regiere nicht, weil es also mein Wohlgefallen ist, Gott weiß es, sondern weil es Gottes Ordnung ist; darum aber will Ich auch regieren." Die bis zur Gegenwart mit einigen durch die Zeitverhältnisse notwendig gewordenen Abänderungen in Kraft gebliebene Verfassung enthält in dem Titel von den Rechten der Preußen die Artikel, daß alle Preußen vor dem Gesetze gleich sind, die Freiheit des religiösen Bekenntnisses gewährleistet wird und der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte von dem religiösen Bekenntnisse unabhängig ist, daß die Wissenschaft und ihre Lehre frei ist und für die Bildung der Jugend durch öffentliche Schulen gesorgt werden soll; ferner daß jeder Preuße das Recht hat, durch Wort und Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern, daß eine Zensur nicht eingeführt werden darf; schließlich, daß alle Preußen wehrpflichtig sind. Titel IV handelt von den 9 Ministerien, die eine kollegialisch eingerichtete oberste Behörde bilden, vom Könige ernannt und entlassen werden und ihn bei Ausübung der Regierungsgeschäfte zu unterstützen und zu vertreten haben. Titel V gibt die Artikel über die Kammern: Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt; die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich. Die erste Kammer (seit 1855 Herrenhaus genannt) wird zusammengesetzt aus geborenen, gewählten und vom König berufenen Mitgliedern. Die zweite Kammer (Haus der Abgeordneten) besteht aus 352 (jetzt 433) Mitgliedern, welche in mittelbarer (indirekter) öffentlicher Wahl nach dem Dreiklassensystem (jede der drei Vermögensklassen hat gleich viel Stimmen) auf drei (seit dem Gesetz vom 27. Mai 1888 auf 5) Jahre gewählt werden. Das aktive Wahlrecht beginnt mit dem 25. Lebensjahre, das passive mit dem 30. Titel VI handelt von der richterlichen Gewalt, die im Namen des Königs durch unabhängige, keiner andern Autorität als der des Gesetzes unterworfene Gerichte ausgeübt wird.

§ 186. Erfurt. Je näher nun aber die Entscheidung heranrückte, den von Preußen geplanten Bundesstaat wirklich zu begründen, desto schwieriger wurden die Regierungen. Österreich hatte sich zwar mit Preußen zu einer kurzdauernden interimistischen Bundesregierung, die aus den Händen des Erzherzog-Reichsverwesers die Befugnisse des alten Bundestages erhalten sollte, vereinigt, bereitete aber, als es nach Niederwerfung der italienischen und ungarischen Erhebung (§ 180. 184) wieder freie Hand hatte, der Bildung eines deutschen Bundesstaates, von dem es selbst ausgeschlossen sein sollte, unüberwindliche Schwierigkeiten. Dazu kam die feindliche Haltung des russischen Kaisers Nikolaus, der sich als den Hüter der alten Staatsordnung betrachtete und Preußens Bundesbestrebungen als ein Ergebnis der Revolution haßte. Durch diese Einwirkungen wurden nicht nur Bayern und Württemberg in ihrer feindseligen Stellung gegen Preußen bestärkt, sondern auch Sachsen und Hannover zum Abfall von dem Dreikönigsvertrage bewogen.

Haltung Österreichs u. Rußlands

30. Sept. 1849 bis 1. Mai 1850

Als nun die Zeit herbeikam, wo nach der Übereinkunft von den verbündeten Regierungen die Wahlen zu dem Reichstage in Erfurt, auf welchem der Verfassungsentwurf vereinbart werden sollte, anzuordnen waren, schickten diese beiden Königreiche nicht nur keine Abgeordneten nach Erfurt, sondern Hannover sagte sich auch förmlich von dem Bündnisse des 26. Mai los. Um dann die Verwirrung vollständig zu machen, trat zuletzt Bayern noch mit einem neuen Bundesverfassungsentwurf hervor, der, angeblich auch von Hannover, Sachsen und Württemberg gebilligt, sich als „Vierkönigsbündnis" geltendzumachen suchte,

1850

Vierkönigsbündnis 27. Febr. 1850

aber von Hannover gleichfalls verworfen wurde. Im Vertrauen auf den Beistand Österreichs, welches die süddeutschen Regierungen durch die Aussicht auf Zollverträge zu gewinnen suchte, löste dann der König von Württemberg die der Mehrheit nach demokratische Ständeversammlung in Stuttgart auf, berief an die Stelle von Römer vormärzliche Staatsmänner in seinen Ministerrat, nannte bei Wiedereröffnung des Landtages in der Thronrede den deutschen Einheitsstaat „das gefährlichste aller Traumbilder", das Bündnis vom 26. Mai einen „künstlichen Sonderbundsversuch, auf den politischen Selbstmord der Gesamtheit berechnet", und gebrauchte gegen Preußen so verletzende Worte, daß die Berliner Regierung sich bewogen fühlte, auf einige Zeit allen diplomatischen Verkehr mit Württemberg abzubrechen. Auch in Kurhessen wurde die Stimmung des Hofes immer ungünstiger für den Bundesstaat, und als der Kurfürst, der früher feierlich gelobt hatte, „nur mit Männern des öffentlichen Vertrauens den Thron umgeben zu wollen", plötzlich an die Stelle des liberalen Ministeriums Eberhard-Wippermann den in ganz Hessen verhaßten ehemaligen Minister Hassenpflug (§ 128) in seinen Rat berief und die Kammer, die denselben mit einem Mißtrauensvotum empfing und ihm die verlangte Kreditbewilligung verweigerte, auf unbestimmte Zeit vertagte, so sahen viele in diesem Verfahren den ersten Schritt zu einer Lossagung von dem Bunde des 26. Mai.

Württemberg — 15. März 1850 — Kurhessen — 3. Febr. 1850 — 15. März

Ungeachtet dieser entmutigenden Vorgänge schien jedoch Preußen auf dem begonnenen Wege fortschreiten zu wollen, und sein Beispiel war für die übrigen Glieder des Bundes so wirksam, daß am 20. März in Erfurt die Sitzungen des Staaten- und Volkshauses eröffnet werden konnten. Bei den Wahlen zu diesem „Festungsparlament" hatten sich die Demokraten jeder Teilnahme enthalten, so daß die radikale Partei unvertreten blieb. Eine Versammlung von vorherrschend konservativer und aristokratischer Färbung (Mitglied des Volkshauses war auch Otto v. Bismarck), aber reich an Einsicht und Talent und dem Kerne nach von deutscher Vaterlandsliebe durchdrungen, schien das Erfurter Reichsparlament berufen und befähigt, die gefährliche Spaltung zwischen Volk und Regierungen wieder auszugleichen und auf dem Boden einer deutschen „Union", wie in der nachträglichen „Additionalakte" der neuzuschaffende Bundesstaat bezeichnet wurde, eine allmähliche Versöhnung herbeizuführen. Trotz der Bemühungen einiger gegnerisch gesinnten Abgeordneten wurde durch die Anstrengungen der „Gothaer Partei" (§ 185), der viele vaterländische Männer beitraten, im Erfurter Volks- und Staatenhaus die Annahme des Verfassungsentwurfs vom 26. Mai im ganzen (en bloc) beschlossen und bei den nachfolgenden Verhandlungen über die einzelnen Punkte die Wünsche der Regierungen sämtlich berücksichtigt, so daß in wenigen Wochen die Unionsverfassung zu einem befriedigenden Abschluß kam und nur noch der Annahme seitens der Bundesregierungen bedurfte.

Erfurter Reichstag — 20. März — 27. April 1850

§ 187. Union und Bundestag. Kurhessen. Aber das deutsche Unionswerk sollte scheitern. Um dieselbe Zeit, als der Erfurter Reichstag seine Aufgabe löste, lud Österreich die deutschen Regierungen zu einer außerordentlichen Plenarversammlung des alten deutschen Bundes nach Frankfurt a. M., um die von Preußen und Österreich gemeinschaftlich eingesetzte provisorische Zentralgewalt (§ 186) durch ein endgültiges Bundesorgan zu ersetzen. Einige Regierungen folgten der österreichischen Einladung, Preußen antwortete ablehnend und erließ am 1. Mai Einladungsschreiben an sämtliche Unionsfürsten zu einem Fürstenkongreß in Berlin, um sich über die Annahme der Maiverfassung zu erklären. Hier wurden aber in den vom 9. bis 16. Mai abgehaltenen Verhandlungen manche Bedenken gegen die Ausführbarkeit des Planes laut; namentlich trat die der Union abgeneigte Gesinnung des Kurfürsten von Hessen, den Hassenpflug begleitet hatte,

26. April — Fürstenkongreß in Berlin 9.—16. Mai

immer deutlicher hervor. Hassenpflug unternahm es, „die Union von innen heraus zu sprengen". Alles, was erzielt wurde, war die nur von den kleineren Bundesgliedern anerkannte Schöpfung des provisorischen Fürstenkollegiums, das an Stelle des bisherigen Verwaltungsrates treten sollte. Fürstenkollegium u. Bundestag
Ermutigt durch diese Kundgebung innerer Uneinigkeit, erließ Österreich auf Vorschlag der Mitglieder der in Frankfurt tagenden Plenarversammlung ein Rundschreiben zur Wiedereröffnung des Bundestages auf den 1. September, „da in der Rückkehr zu einem durch die bisherigen Vorgänge nur verdunkelten, aber nicht erschütterten Rechtsboden das einzige Mittel zur Lösung der Verfassungsfrage in Deutschland erkannt werden müsse". Preußen lehnte es jedoch abermals ab, zur Wiederherstellung der alten Bundesverfassung, die sich als unzureichend für die Bedürfnisse der Nation erwiesen habe und den feierlichen Verheißungen so vieler Regierungen entgegen sei, die Hand zu bieten. So kam es, daß vom 1. September an zwei Bundesregierungen ohne allgemeine Anerkennung nebeneinander bestanden, das Fürstenkollegium, aus dem jedoch mittlerweile auch die beiden Hessen und einige kleinere Staaten ausgeschieden waren, und der Bundestag in Frankfurt, jenes unter Preußens, dieser unter Österreichs Leitung. Beide Großmächte nahmen eine drohende Haltung an, und es schien, als ob die Waffen den Ausschlag geben müßten, namentlich seitdem die Monarchen von Österreich, Bayern und Württemberg in einer persönlichen Zusammenkunft in Bregenz sich zu gemeinsamem Handeln verbunden hatten. Dazu drängten zwei Fragen, der Verfassungskampf in Kurhessen und der Krieg in Schleswig-Holstein, zur Entscheidung, denn beide Angelegenheiten zog die Frankfurter Bundesversammlung vor ihr Forum.

19. Juli 1850

25. Aug.

11. Okt.

Kurhessen

Hassenpflug hatte die Ständeversammlung, die seine ungesetzlichen Forderungen verwarf, mehrmals aufgelöst und, da sie trotzdem fortfuhr, die ohne ihre Mitwirkung getroffene Verfügung über die Steuererhebung für gesetzwidrig zu erklären, das für einen Verfassungsbruch erklärt und Maßregeln gegen „diesen ersten Schritt zur Rebellion" getroffen: obgleich das ganze Land ruhig blieb, verhängte er über sämtliche kurhessischen Gebiete den Kriegszustand. Aber auch jetzt beharrten die Behörden in ihrem passiven Widerstand und hielten sich streng an das Gesetz und die beschworene Verfassung. Da beredete Hassenpflug den Kurfürsten durch Vorspiegelung bevorstehender Gefahren, sich mit dem Ministerium heimlich nach Wilhelmsbad in der Provinz Hanau zu begeben, um dem wiederhergestellten Bundestage näher zu sein. Als auch dieses Vorgehen das hessische Volk nicht aus seiner ruhigen Haltung brachte und sich in ganz Deutschland Erbitterung über Hassenpflugs Verfahren kundgab, wendete sich dieser an die Frankfurter Bundesversammlung, die sich in einen „Engeren Rat" verwandelt hatte, aber von der Mehrheit der deutschen Staaten noch nicht anerkannt war. Er selbst nahm als kurhessischer Gesandter an den Sitzungen teil und erwirkte bei der Versammlung, die durch dieses Entgegenkommen den Beitritt des wegen seiner Lage wichtigen Kurstaats erzielen wollte, den Ausspruch, daß das Verfahren der kurhessischen Ständeversammlung einer Steuerverweigerung gleichkomme, daß allen Anforderungen der Regierung Folge zu leisten sei, und daß, falls der Widerstand fortdauere, der Bundesversammlung die Verpflichtung obliege, der Landesregierung die zur Wiederherstellung der Ordnung erforderliche Hilfe zu leisten. Gestützt auf diesen Beschluß (dem eine Bestimmung der Wiener Schlußakte vom Jahre 1834 [§ 128] zur Grundlage diente, obwohl im Jahre 1848 alle Ausnahmsbeschlüsse aufgehoben worden waren), schritt nun die Regierung in Wilhelmsbad zu neuen Zwangsmaßregeln. Eine Steuerverordnung vom 5. September war durch die Weigerung der Behörden unausführbar geworden und die Durchführung des Kriegszustandes vom 7. September hatte an den Gerichten, welche die erlassenen Verordnungen durch Rechtssprüche für ungültig erklärten, unüberwindliche Hindernisse gefunden; dieser Widerstand sollte jetzt gebrochen werden. Eine landesherrliche Verordnung untersagte den Gerichten jede der Politik des Ministeriums widerstreitende Tätigkeit und verschärfte den Kriegszustand, indem sie das Land einer Militärdiktatur unterwarf, mit deren Handhabung der

7. Sept.

Nacht 12./13. Sept.

21. Sept.

28. Sept.

2. Okt. greise General v. Haynau, der Bruder des Besiegers der Ungarn (§ 183), betraut wurde, Aber auch dieses Mittel scheiterte an der Verfassungstreue des hessischen Volkes und Militärs. Die gebotene Auflösung der Bürgerwehr in Kassel hatte keinen Erfolg, das Militärauditoriat gab der Anklage des Ständeausschusses gegen den Oberbefehlshaber Haynau wegen Verfassungsverletzung Folge, und als der wiederholte Versuch, den Kurfürsten durch Deputationen zur Änderung seiner Politik zu bewegen, fehlschlug, vielmehr Haynau mit verstärkten Vollmachten ausgerüstet wurde, da gab das gesamte hessische Offizierkorps, mit wenigen Ausnahmen, seine Entlassung. Damit waren alle Zwangsmittel Hassenpflugs erschöpft; von den Verwaltungs- und Finanzbehörden, von den Gerichten, vom Militär zurückgewiesen, blieb ihm nichts anderes übrig, als fremde Hilfe anzurufen, um mit Gewalt den Widerstand niederzuschlagen.

Bundesexekution und Einmarsch der Preußen

§ 188. Die Bundesexekution in Kurhessen und Preußens Niederlage. Die Vorgänge in Kurhessen bedrohten in den Augen der Fürsten und Regierungen das landesherrliche Ansehen. In Bregenz wurde daher von den Monarchen Österreichs, Bayerns und Württembergs beschlossen, kraft der von der kurhessischen Regierung angerufenen Gesetze

11. Okt. 1850 des Bundes dem „Aufruhr" entgegenzutreten. Demgemäß überschritt ein

1. Nov. aus Bayern und Österreichern bestehendes Bundes-Exekutionsheer die Grenzen des Kurstaats. Aber Preußen, das die Unionsidee noch nicht aufgegeben hatte und demnach der von ihm nicht anerkannten Bundesversammlung in Frankfurt nicht das Recht einräumen konnte, ohne seine Zustimmung in einem befreundeten Lande eigenmächtig einzuschreiten, hatte bereits die ihm bundesrechtlich zustehenden Militärstraßen sowie die Hauptstadt Kassel

2. Nov. besetzt und nahm eine kriegerische Haltung an, indem es das Heer auf den Kriegsfuß stellte und die in Baden liegenden Truppen (§ 178) zurückzog. Der Eintritt des der Union ergebenen Generals von Radowitz in das Ministerium schien die Absicht der preußischen Regierung, an der Idee eines Bundesstaates festzuhalten, zu bekunden. In der Nähe von Fulda standen Anfang November die preußischen Truppen dem bayerisch-österreichischen Bundesheer etliche Tage gegenüber; da aber das Berliner Ministerium, aus dem Radowitz bald wieder ausschied und durch Manteuffel ersetzt wurde (siehe unten), lange zu keinem festen Entschluß kommen konnte, so erhielt der preußische Befehlshaber Graf v. d. Gröben so unbestimmte und schwankende Verhaltungsbefehle, daß er nichts zu unternehmen wagte; das Zusammentreffen der beiderseitigen Vorposten bei dem

8. Nov. Dorfe Bronzell, bei dem nur einige österreichische Jäger und auf preußischer Seite ein Pferd, der berühmt gewordene Husarenschimmel von Bronzell, verwundet wurden, wurde als ein „Mißverständnis" erklärt. General v. d. Gröben zog sich aus „strategischen Rücksichten" nach Hersfeld zurück und überließ Fulda den Bundestruppen, und sofort begann man, die Richter und Beamten zu zwingen, den landesherrlichen Verordnungen hinsichtlich der Steuererhebung Folge zu leisten.

Graf Brandenburg in Warschau

Dieses Zurückweichen Preußens hing zusammen mit dem Eingreifen des Zaren Nikolaus, welcher Bevollmächtigte Österreichs und Preußens

17. Okt. nach Warschau eingeladen hatte. Dorthin war der Graf Brandenburg entsandt worden, um den Zaren zu überzeugen, daß Preußen mit seinem Widerstande gegen den Bundestag durchaus keine demokratische oder gar revolutionäre Politik betreibe. Aber der russische Kaiser trat auf Österreichs Seite. Da nun Graf Brandenburg sah, daß Preußen bei einem Kriege Österreich, Süddeutschland und Rußland gegen sich, keinen Bundesgenossen neben sich und das völlig unsichere Frankreich im Rücken haben würde, so

31. Okt. riet er bei seiner Rückkunft nach Berlin zum Nachgeben durch Anerkennung

des Bundestages in Frankfurt. Trotz der kriegerischen Stimmung in Berlin und im Lande — besonders Prinz Wilhelm von Preußen forderte die sofortige Mobilmachung und bewaffnete Unterhandlung, bei der Preußens Ehre unverletzt bleiben werde — sprach sich der König für die Ansicht des Grafen Brandenburg aus. Darauf reichte sofort der General von Radowitz, der Vertreter der Unionspolitik, seine Entlassung ein; wenige Tage nachher starb nach kurzer Krankheit Graf Brandenburg. Die Erzählung, daß er über die Preußen und ihm in Warschau widerfahrene Demütigung an gebrochenem Herzen gestorben sei und in seinen Fieberphantasien nach Helm und Schwert gerufen habe, ist aber endgültig in das Gebiet der Sage zu verweisen.

2. Nov.

6. Nov.

Auflösung der Union

Den Vorsitz im Ministerium übernahm Otto von Manteuffel. Wir wissen, wie er nach Bronzell zurückwich; nun ließ er auf Aufforderung Österreichs dem Fürstenkollegium der Union erklären, daß Preußen die Union als vollständig aufgehoben betrachte. Als dann die weiteren Verhandlungen über die Regelung der hessischen Frage scheiterten und am 25. November ein die Räumung Hessens verlangendes Ultimatum aus Wien einlief, da hatte Manteuffel schon einen Vertrauten dorthin gesandt, um eine persönliche Besprechung mit Schwarzenberg zu veranlassen. Diese Zusammenkunft fand in Olmütz statt. Manteuffel war entschlossen, „mit der Revolution zu brechen", und wünschte deshalb einen Krieg, bei dem sich Preußen auf die konstitutionelle und demokratische Partei der Nation hätte stützen müssen, zu vermeiden. Auch hatte der Kriegsminister General von Stockhausen erklärt, daß Preußen in diesem Augenblick den Feinden nicht gewachsen sei. Schwarzenberg verstand es sehr gut, die Schwächen seines Gegners auszuspähen und seine Pläne darauf zu bauen. Diese gingen dahin, „Preußen aus allen seinen vorgeschobenen Stellungen zu verdrängen, es zu isolieren, ihm die Sympathien nicht nur der Bevölkerungen, sondern auch der Regierungen der deutschen Staaten zu entziehen, in ganz Deutschland, bis an dessen nördlichste Grenzen, die Fahnen und damit die Macht des österreichischen Kaiserstaats zu entfalten und alle Spuren der nationalen und freiheitlichen Bestrebungen des Jahres 1848 überall zu vernichten". „Il faut avilir la Prusse et après la démolir! Preußen muß erst völlig gedemütigt und dann vernichtet werden!" Der erste Teil seines Planes, die Demütigung, gelang vollständig. Manteuffel überließ Kurhessen, in dessen „Zerwürfnissen widerwärtigster Art" er nur eine revolutionäre Auflehnung der Demokraten gegen das landesherrliche Ansehen erblickte, seinem Schicksal und willigte am 29. November in die Olmützer Punktation. Diese setzte fest, daß Preußen in Kurhessen „der Aktion der von dem Kurfürsten herbeigerufenen Truppen kein Hindernis entgegenstelle", nur solle ein preußisches Bataillon in Kassel bleiben, um in Verbindung mit den Bundestruppen die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten; in Schleswig-Holstein (§ 189) solle durch Preußen und Österreich vereint der Friedenszustand hergestellt und eine teilweise Entwaffnung des Heeres vorgenommen werden; zur schließlichen Entscheidung der Bundesverhältnisse aber sollten freie Konferenzen sämtlicher Regierungen in Dresden stattfinden. Trotz des heftigen Widerstandes des Prinzen von Preußen, besonders gegen die Abrüstung, den schwächsten Punkt der Abmachungen, während Österreich keineswegs die gleichen Verpflichtungen einging, nahm der König die Punktation an.

15. Nov.

Olmütz 28. Nov.

Olmützer Punktation 29. Nov.

Prinz Wilhelm und Olmütz

Der Prinz hat diese Schmach von Olmütz nie vergessen; in einem Schreiben aus dem April 1851 sagt er: „es sollte noch nicht sein. Aber sobald sehe ich jetzt dazu keine Aussicht; es muß wohl noch verfrüht gewesen sein, und ich glaube, wir sehen die gehoffte Stellung für Preußen nicht mehr. Ich bin gewiß für den Frieden und für ein Hand-in-Handgehen mit Österreich; doch beides muß mit Ehre geschehen und wir dürfen uns nicht, wie es geschieht, an das Gängelband nehmen lassen." Ein Olmütz war aber damals kaum zu umgehen. „Es war ein Grundirrtum der damaligen preußischen Politik", urteilte Bismarck später, „daß man glaubte, Erfolge, die nur durch Kampf oder durch Bereitschaft dazu gewonnen werden konnten, würden sich durch publizistische, parlamentarische und diplomatische Heucheleien in der Gestalt erreichen lassen, daß sie als Preußens tugendhafter Bescheidenheit zum Lohne oratorischer Betätigung seiner deutschen Gesinnung aufgezwungen erschienen. Man nannte das später „moralische" Eroberungen; es war die Hoffnung, daß andere für uns tun würden, was wir selbst nicht wagten."

Bestrafung Kurhessens

Nach dem Tage in Olmütz rückten die Exekutionstruppen ungehindert in die noch übrigen Teile des Kurstaats vor. Durch Einquartierungen und Entlassungen „renitenter" Beamten kamen im Anfang des Dezember die Septemberordnungen in Oberhessen zur Ausführung. In Niederhessen gab das Oberappellationsgericht wider Erwarten in der zwölften Stunde nach, indem es unter dem Einfluß des preußischen Kommissars Peucker die Steuerverordnung bis zur endgültigen Ordnung der kurhessischen Angelegenheiten auf den bevorstehenden Konferenzen für gültig erklärte. Die dabei eröffnete Aussicht, der Einquartierungslast zu entgehen, war trügerisch. Österreichische und bayerische Bundestruppen („Strafbayern")
21. Dez. 1850 zogen in Kassel ein und ermöglichten dem Bundeskommissar, „die Ordnung herzustellen". So endigte „das Trauerspiel in Kurhessen" oder, wie Manteuffel sich ausdrückte, „die Revolution in Schlafrock und Pantoffel". Nach Wiederherstellung des „landesherrlichen Ansehens" kehrte Kurfürst Friedrich Wilhelm mit seinem Ministerium in die Hauptstadt zurück.

Vergewaltigung Schleswig-Holsteins

§ 189. Der Ausgang in Schleswig-Holstein und die Herstellung des Bundestages. Einen ähnlichen Ausgang wie der Verfassungskampf in Kurhessen nahm auch der Nationalkrieg in Schleswig-Holstein. Wurde schon während der Waffenruhe unter der „Landesregierung" (§ 179) die deutschgesinnte Partei in Schleswig in ihren heiligsten Rechten verletzt, so stand noch Schlimmeres zu erwarten, als Preußen im Namen des Deut-
2. Juli 1850 schen Bundes den Frieden von Berlin abschloß, wonach es dem König von Dänemark überlassen bleiben sollte, alle zur Bewältigung des Widerstandes in Schleswig-Holstein dienlichen Mittel zu gebrauchen. Im Vorgefühl der bevorstehenden Drangsale beschlossen die Herzogtümer, nachdem Verhandlungen mit Dänemark gescheitert waren, den Krieg mit eigenen Kräften und mit freiwilliger Unterstützung der Deutschen fortzusetzen. Unter Führung des
14. Juli ehemaligen preußischen Generalleutnants v. Willisen rückten ihre Truppen
24., 25. Juli zugleich mit den Dänen in Schleswig ein. Hier kam es bei Idstedt zu einer zweitägigen Schlacht, die nach anfangs siegreichem Kampfe mit dem Rückzug der Schleswig-Holsteiner nach der Festung Rendsburg endigte.
12. Sept. Ebenso wenig Erfolg hatten diese in dem Gefecht bei Missunde und
4. Okt. bei dem Versuche, die stark befestigte Stadt Friedrichstadt zu erstürmen. Die Statthalterschaft, aus diesen Vorgängen auf Willisens Unfähigkeit schließend, entließ nunmehr den Oberbefehlshaber und übertrug dessen Würde dem General von der Horst. Indes die beiden deutschen Großmächte waren bereits auf der Olmützer Konferenz übereingekommen, den Nationalkrieg im Norden zu beendigen und damit die Revolution in ihrem
Jan. 1851 letzten Ringen zu unterdrücken. Im Namen des Deutschen Bundes forderten

sie die Einstellung der Feindseligkeiten, unter Androhung derselben Zwangsmaßregeln, die soeben in Kurhessen angewandt worden waren. Nach ernster Erwägung der Sachlage erklärte die Landesversammlung ihre Unterwerfung unter die Beschlüsse des Deutschen Bundes. Nun wurde die schleswig-holsteinische Armee aufgelöst; die Statthalter legten ihre Stelle nieder und machten einer von Dänemark und den beiden deutschen Großmächten gemeinsam ernannten Regierung Platz. Die Dänen suchten fortan in Schleswig jede Verbindung mit Holstein zu verhindern und das Deutschtum zu vernichten. Durch das von allen europäischen Großmächten unterschriebene Londoner Protokoll wurde die Integrität der dänischen Monarchie als einziger und unteilbarer Staatskörper festgestellt und der Prinz Christian von Glücksburg als Thronfolger anerkannt; die Linie Augustenburg wurde mithin ausgeschlossen. 11. Jan. Londoner Protokoll 8. Mai 1852

Inzwischen waren die in Olmütz zur Regelung der deutschen Bundesverhältnisse vorgesehenen Konferenzen in Dresden abgehalten worden. Sie führten zur Wiederherstellung des alten Bundestages; die wichtigsten nationalen Bedürfnisse, die Kriegsverfassung, die Schaffung einer deutschen Flotte, fanden keine Berücksichtigung; auch dem Wunsche Preußens nach der Gleichstellung mit Österreich im Bundespräsidium wurde nicht nachgegeben. Österreich blieb auch in Dresden Sieger. Hätten nicht England und Frankreich entschieden gegen den Eintritt von Gesamtösterreich in den Bund Verwahrung eingelegt, so wäre das einst von den Großdeutschen (§ 171) gewünschte Siebzigmillionenreich in der Mitte Europas wirklich geschaffen und die deutschen Interessen wären unbedingt allen österreichischen Forderungen preisgegeben worden. Jedoch gelang es Schwarzenberg noch, einen geheimen Allianzvertrag mit Preußen zustande zu bringen, der dessen Waffenhilfe auch für die Regelung der italienischen Wirren in Aussicht stellte. Und um dem deutschen Volke recht fühlbar zu machen, daß es auf alle großen Hoffnungen verzichten müsse, verfügte am 2. April 1852 der Deutsche Bund die Auflösung der einst mit so großer Begeisterung begrüßten (§ 164) ersten deutschen Flotte. Durch den oldenburgischen Staatsrat Hannibal Fischer wurde sie für eine Million Taler in öffentlicher Auktion verkauft. Die Schiffe gingen bis auf die Barbarossa und Gefion, die von Preußen angekauft (§ 196) wurden, in Privatbesitz über; in besserer Zeit ist dem ersten deutschen Admiral, Karl Bromme, in Kiel ein Denkmal gesetzt worden. Dresdener Konferenzen Dez. 1850—Mai 1851 Wiederherstellung des Bundestages 16. Mai 1851 2. April 1852 1904

B. Die Reaktion.

1. Die deutschen Klein- und Mittelstaaten.

§ 190. Kurhessen, Lippe-Detmold, Anhalt, Mecklenburg. Der Bundestag in Frankfurt nahm nun seine alte Tätigkeit wieder auf; es war, als ob das Jahr 1848 ausgelöscht sei, es schien alles nur ein schöner Traum gewesen zu sein.

Die Regierungen waren um die Wette beflissen, die Einrichtungen der Sturmjahre zu beseitigen oder in reaktionärem Sinne umzugestalten. Die liberalen Minister wurden in den meisten Staaten durch Männer der konservativen oder reaktionären Richtung ersetzt, die Verfassungsurkunden von den demokratischen Bestandteilen und Reformen gereinigt, die freien Wahlgesetze umgeändert, die Tagespresse durch Gesetze, Verordnungen und Strafbestimmungen in enge Schranken gewiesen, so daß die freie Meinungsäußerung fast ebensosehr Charakter der Reaktion

gefesselt war, wie unter der vormärzlichen Zensur; die politischen Vereine wurden unterdrückt oder streng überwacht und alle liberalen Ideen und Institutionen in ihrer Entwicklung und Tätigkeit gehemmt. Diesen Charakter hatte die Politik der fünfziger Jahre, mehr oder minder schroff ausgeprägt in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau und in fast allen kleineren Staaten. Nur wenige Fürsten hatten, wie die Großherzöge Karl Friedrich und Karl Alexander von Sachsen-Weimar und der Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha, den Mut, bei der besiegten Sache des Fortschritts auszuharren. Wo die Einzelregierungen nicht den Willen oder die Kraft besaßen, das Staatsleben
23. Aug. 1851 zurückzuschrauben, da griff der Bundestag ein. Er hob die Grundrechte des deutschen Volkes (§ 163) auf und bestellte eine „Bundeszentralkommission" (vom Volke Reaktionsausschuß genannt) zur Prüfung der Verfassungsangelegenheiten in den einzelnen Staaten. Auf diese Weise wurden nicht nur beschworene Staatsgrundgesetze beseitigt, wie in Hessen-Kassel, Hessen-Homburg, Lippe-Detmold, andere durch einschneidende Revisionen ihrer liberalen Bestimmungen entkleidet: in einigen Ländern, wie in Hannover, Württemberg, Mecklenburg, wurden die feudalen Zustände selbst über den Wunsch der Regierungen hinaus zugunsten der Ritterschaft und Standesherren wiederhergestellt. Das Bestreben dieser privilegierten Stände, die sich durch die sozialen Bewegungen der Revolution in ihren materiellen Interessen bedroht sahen, den neuen Zeitgeist durch Rückführung vergangener Zustände auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu bannen, wurde durch den Bundestag unterstützt. Damit nicht in einzelnen Staaten dem Geiste des Fortschritts eine Freistätte geschaffen würde, erließ er ein
6. Juli 1854 Bundespreßgesetz, das überall die freie Bewegung der Presse und des Vereinswesens in enge Fesseln schlug.

Kurhessen Für Kurhessen erklärte auf Hassenpflugs Veranlassung ein Bundesbeschluß die
27. März 1852 Verfassung vom Jahre 1831 (§ 126) für unvereinbar mit den Bundesgesetzen. Unter dem
18. April noch immer andauernden Kriegszustand wurde dann eine Verfassungsurkunde aufgestellt, aus welcher alle seit Jahrhunderten landesverfassungsmäßigen Rechte weggelassen wurden. Nach diesem noch nicht zu Recht bestehenden Wahlgesetz wurden nun die Stände einberufen, um ein Staatsgrundgesetz zu vereinbaren. Allein die Abgeordneten beharrten bei der Gültigkeit der Verfassung vom Jahre 1831. Statt aber diesem Wunsche des Volkes sich zu fügen, wurde in Kassel nach der reinsten Willkür gewirtschaftet; und wie Hassenpflug das bürgerliche Recht beugte, so suchte der zum Konsistorialrat erhobene Gymnasialdirektor und Literarhistoriker Vilmar die Gewissensfreiheit unter eine streng lutherische Kirchenzucht zu beugen. Hassenpflug, der auch bei dem Kurfürsten sehr wenig beliebt war, wurde dann
16. Okt. 1855 zwar in Ungnaden entlassen; aber die Verfassungskämpfe dauerten noch jahrelang fort, bis Preußen und Österreich 1862 gegen den Kurfürsten einschritten. Doch erst die volle Umgestaltung der Verhältnisse brachte dem seinem alten, guten Rechte treu anhangenden Volke
Lippe-Detmold die langersehnte Ruhe. — Hassenpflugs Lorbeeren ließen einen andern Staatsmann wenig erfreulichen Andenkens, den ehemaligen oldenburgischen Regierungsdirektor in Birkenfeld Hannibal Fischer, den Versteigerer der deutschen Flotte (§ 189), nicht schlafen. Zum Minister in Lippe-Detmold ernannt, setzte er selbst die Staatsmänner in Frankfurt in Erstaunen durch die Rechtsdeduktionen, durch die er zu beweisen suchte, daß die bisherige Ständeversammlung „eine usurpierte Landesvertretung von ungesetzlicher Stellung sei". Als
1854 Fischer wegen einer Majestätsbeleidigung gegen den Herzog Ernst von Coburg-Gotha seines Dienstes enthoben werden mußte, trat v. Oheimb an seine Stelle, der den Kampf gegen die
Anhalt liberalen Richtungen fortsetzte. — Ähnliche Vorgänge spielten sich in Anhalt ab, wo eine
1855 Landschaftsordnung von strengster ständischer Gliederung über fünfzehn Jahre in Geltung
Mecklenburg blieb. — In Mecklenburg war der Großherzog Friedrich Franz II., obwohl zunächst der neuen Ordnung zugetan, außer stande, der konservativen Ritterschaft zu widerstehen. Vergebens strengte die liberale Partei unter Führung des Landtagsabgeordneten Moritz Wiggers alle Kräfte an, das beschworene Recht vor der Reaktion zu retten: der Großherzog wurde genötigt, „wieder einen Landtag nach dem Erbvergleich von 1755 auszuschreiben". Mecklenburg wurde das ausgesprochene Land des Junkertums. Die Folge war eine starke Auswanderung, so daß sich bald ein Mangel an Arbeitskräften einstellte.

Hannover **§ 191. Hannover. Sachsen. Bayern. Württemberg.** In den stürmischen Tagen des
Ernst August Jahres 1848 hatte auch der alte König Ernst August von Hannover seinen harten Sinn
1837—1851

gebeugt und unter dem Ministerium Stüve (§ 161) dem Lande nicht nur eine liberale 5. Sept. 1848
Verfassung mit zwei Kammern gegeben, sondern auch zeitgemäße Reformen gewährt. Kaum
aber hatte sich die revolutionäre Flut in Deutschland verlaufen, so faßte auch die Hannoversche
Ritterschaft wieder neuen Mut. Als die Regierung mit Zustimmung des an seinem Wort
festhaltenden Königs die alten Provinziallandschaften, in denen bisher die ritterschaftlichen
Grundbesitzer die entscheidende Stimme geführt hatten, so umgestalten wollte, daß sie als
eine Vertretung der Stadt- und Landgemeinden gelten konnten, erwirkten die Ritterschaften Okt. 1851
einen Beschluß des Bundestages, „daß vorerst mit Gesetzen und Verfügungen gegen die be-
stehenden Provinziallandschaften innezuhalten sei". Der König und das Ministerium hätten
ein solches Einschreiten des Bundes wohl nicht ruhig hingenommen, aber schon im nächsten 18. Nov.
Monat starb Ernst August, und sein Sohn Georg V., ein durch seine Blindheit von Georg V.
äußeren Einflüssen abhängiger und in aristokratischen und hochkirchlichen Gedankenkreisen sich 1851—1866
bewegender Fürst, bestieg den Thron. Nun unterblieb die beabsichtigte Reorganisation der
Provinziallandschaften, und die Regierung war auch sonst beflissen, den Interessen des Herren-
standes Rechnung zu tragen. Aber mit den Zugeständnissen stiegen die Forderungen des
Adels; das ganze Verfassungswerk sollte fallen, und dazu sollte der Bundestag helfen. Auf
Grund von Beschwerden, welche die Ritterschaft bei ihm erhob und auf Grund einer Denk-
schrift der Hannoverschen Regierung richtete der Bundestag an diese die Aufforderung, die 12. April 1858
Verfassung so abzuändern, daß sie mit den Grundgesetzen des Bundes übereinstimme und
die ritterschaftlichen Beschwerden daraus entfernt würden. So war die Regierung ermächtigt,
die verhaßte Verfassung, deren Rechtsgültigkeit von dem König beschworen und wiederholt
versichert worden war, aufzuheben. Die Ausführung wurde einem neuen Ministerium über-
tragen, dessen Seele Herr v. Borries war. Nach Veröffentlichung des Bundesbeschlusses
über Presse und Vereinswesen, durch den man der aufgeregten Stimmung des Landes, die
sich in zahllosen Adressen für Aufrechterhaltung der Verfassung aussprach, sicherer begegnen
konnte, erfolgte die Einberufung der Stände in der bisherigen Ordnung. Man wollte gern 16. Juni 1855
einen Teil der Schuld auf die Versammlung wälzen und legte den Ständen die Grundzüge einer
Revision der bestehenden Verfassung vor, welche das innerste Wesen derselben veränderte.
Indes der unter der Leitung von Adolf Elliffen stehende Verfassungsausschuß richtete an 10. Juli
den König die Bitte, er möge Maßregeln ergreifen, um die Souveränität der Krone, die
Selbständigkeit des Königreichs und die Rechtsbeständigkeit der Verfassung sicherzustellen.
Als Antwort darauf wurde die Versammlung vertagt. Bald erfolgte die Auflösung, und
nun wurde durch königliche Verordnung eine Reihe von Gesetzen oktroyiert, welche die Staats-
einrichtungen von 1840 (§ 128) herstellten und die Verfassung des Jahres 1848 außer Geltung 1. Aug.
setzten. Das Volk nahm die königlichen Verordnungen ruhig hin, wenn auch hie und da
unter Rechtsverwahrungen bei neuen Wahlen; die Beamten und Richter, welche die Rechts-
gültigkeit der oktroyierten Verfassung in Frage zu stellen wagten, wurden durch Maßregelungen
und durch eine strenge Staatsdienerordnung zum Schweigen gebracht.

In Sachsen, wo dann im Jahre 1854 dem auf einer Reise in Tirol verunglückten Sachsen. Friedrich August II. (1830) 1836—1854 Johann 1854—1873
König Friedrich August II. sein Bruder Johann folgte, wurde durch die „Juniordonnanzen"
von 1850 die Verfassung vom 15. November 1848 aufgehoben und die von 1831 (§ 126)
mit einigen konservativen Änderungen wieder eingeführt; der gewandte Minister von Beust
verstand es, sich gefügige Landstände zu schaffen.

Ebenso lenkte Bayern, wo durch den geistreichen König Maximilian II. dem Bayern Maximil. II. 1848—1864
einstigen sächsischen Märzminister v. d. Pfordten die Leitung der Geschäfte übertragen
wurde, in die reaktionären Bahnen ein. Eine Vorlage zur Veränderung des Wahlgesetzes
im Sinne der ständischen Gliederung führte 1854 einen heftigen Parteikampf herbei, in 9. Aug. 1854
welchem die Opposition fest gegen die Regierung stand, bis auf den Rat des Prinzregenten
von Preußen 1859 König Max diesen Streit mit den Worten niederschlug: „Ich will Frieden
haben mit meinem Volke und den Kammern," und den Minister v. d. Pfordten entließ.
Die neue Regierung unter Schrenk stellte sich freundlicher zu den Kammern und brachte mit
denselben eine Reihe wichtiger Reformen, wie die Trennung der Justiz von der Verwaltung,
die Einführung eines neuen Strafgesetzbuchs u. a., zustande.

In Württemberg löste König Wilhelm I. 1850 die mit der Revision der Ver- Württemberg Wilhelm I. 1816—1864
fassung beauftragte „Landesversammlung" auf, setzte 1851 und 1852 die Verfassung von
1819 (§ 102) wieder in Kraft und regierte, soweit er es irgend konnte, nach absolutistischen
Grundsätzen; doch hat er in den letzten Jahren seiner Regierung viel zur Hebung der
wirtschaftlichen Verhältnisse und des Unterrichtswesens getan. Daneben freilich schloß er mit
der katholischen Kirche das Konkordat vom 21. Dezember 1857, welches wesentliche Rechte
der Staatsaufsicht preisgab (§ 192). Durch die darüber im Lande entstehende Aufregung
und die scharfe Opposition der Kammer wurde er jedoch bewogen, es wieder fallen zu lassen.

§ 192. Die religiöse Bewegung in Deutschland und der badische Kirchenstreit.

Die katholische Kirche

Die katholische Kirche bot sich nach Niederwerfung der Revolution den Regierungen als die „beste Stütze" an, die wiederhergestellte alte Ordnung für immer festzuhalten, und wollte zugleich den Zustand der Erschlaffung der Völker zur Erhöhung ihrer Herrschaft verwerten. Siegesfreudig durchzogen die Jesuiten die deutschen Lande, und Rom suchte die Lage zur Abschließung günstiger Konkordate und Konventionen im hierarchischen Sinne zu benutzen. Die Reste der deutsch-katholischen und lichtfreundlichen Gemeinden (§ 132) wurden mehr und mehr in ihrer Existenz bedroht. Das katholische Vereinswesen mit seiner tausendfachen, in alle Verhältnisse des menschlichen Lebens hineinreichenden

1848, 1849 Wirksamkeit begann sich zu entwickeln. Der Pius- und Vinzenzverein

1849 sollte durch innere Mission den Aufschwung der Kirche fördern, die Bonifatiusvereine den Katholizismus in den protestantischen Ländern weiterverbreiten.

Dez. 1854 Das Dogma der unbefleckten Empfängnis, durch eine glänzende Kirchenversammlung unter dem Vorsitze des Papstes feierlich festgestellt, sollte das katholische Volk mit mystischen Vorstellungen erfüllen und mithelfen, die Forderungen der Wissenschaft im Interesse der Kirchenherrschaft zurückzudämmen und das katholische Volk allmählich von dem freien geistigen Leben der Nation auszuschließen.

Evangelische Kirche

Bestrebungen zur Belebung des kirchlichen Sinnes gaben sich auch in dem evangelisch-protestantischen Deutschland kund. Der Kirchentag, eine freie Ver-

1848 sammlung gläubiger Geistlichen und Laien, der zuerst in Wittenberg, dann in Frankfurt als Ergänzung des Reichsparlaments auftrat und seitdem in verschiedenen Städten tagte, suchte kirchliche Gesinnung und evangelische Gläubigkeit zu stärken. Da die Union (§ 131) mit ihrer freien Schriftforschung die symbolischen Bücher nicht hoch genug zu stellen schien, so richtete in Preußen, Mecklenburg (Kliefoth), Kurhessen (Vilmar) und anderwärts das strenge Luthertum seine Angriffe wider dieselbe und suchte sie durch Geltendmachung der Bekenntnisschriften und durch Stärkung der geistlichen Amtsgewalt und Kirchenzucht zu untergraben oder ihr einen andern Charakter aufzudrücken. Um der geschlossenen römisch-katholischen Kirche in größerer Einheit entgegentreten zu können, strebte der Protestantismus in der Evangelischen Allianz (1846 gegründet) eine Verbrüderung evangelischer Christen aus allen Ländern zu schaffen mit einer dogmatischen Grundlage, die jedoch weder die Strenggläubigen noch die Männer der freien Richtung befriedigte. Auch auf dem Gebiete der inneren Mission entfaltete die evangelische Kirche eine mannigfache Tätigkeit, um mit der Milderung des Elends der leidenden Menschheit zugleich eine Erweckung des Glaubens zu erzielen.

Badischer Kirchenstreit

Während jedoch die protestantische Kirche ihre Kräfte zur Bekämpfung der Gegenpartei im eigenen Lager verbrauchte, gewann die römische Hierarchie immer mehr Boden im Staate. In ihrem Siegesbewußtsein träumte sie bereits von einer „Selbstauflösung des Protestantismus". Im März 1851 erklärten die

März 1851 Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz in einer Denkschrift, daß die seit dem Rheinbunde in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Gesetze, die dem Staate ein festgeordnetes Aufsichtsrecht über die Kirche gewährten, mit den von Gott geordneten Rechten der Kirche in Widerspruch ständen. Sie forderten Beseitigung des Rechtes, wonach kirchliche Beschlüsse nicht ohne Genehmigung des Landesherrn (Placet) Rechtskraft erhielten, ferner die Aufhebung des staatlichen Einspruchsrechts gegen Mißbrauch der kirchlichen Gewalt, der Mitwirkung bei der Anstellung der Pfarrer, des Rechtes des Staates auf die Schule und der Vorschrift, daß die Theologen an der Landesuniversität studieren sollten. Zur Durchführung dieser dem Staate den Fehdehandschuh hinwerfenden Forderungen ersah sich die ultramontane Partei das Land, das von den Revolutionsstürmen am meisten gelitten hatte, und das somit den geeignetsten Boden zur Aufrichtung des hierarchischen Regimentes zu bieten schien, das Großherzogtum

Baden. Der Erzbischof von Freiburg, Hermann v. Vicari, ein mehr als achtzigjähriger Greis, wurde der Führer der Bewegung. Sein Alter konnte als Schild gegen den Feind, als Gegenstand der Verehrung bei dem Volke dienen, und als endlich die Regierung scharfen Widerstand erhob, war das weiße Haupt des Märtyrers ein trefflicher Stoff für die volltönende ultramontane Dichtung (Oskar v. Redwitz [§ 286]), wie für rhetorische Deklamationen. Das eigentliche Haupt der ultramontanen Partei war jedoch der streitbare Bischof von Mainz, Freiherr v. Ketteler, der schon die katholische Fakultät in Gießen beseitigt 1850–1877
und den Nachwuchs seines Klerus im Mainzer Priesterseminar unter seine unmittelbare Aufsicht genommen hatte. Von Mainz aus ergingen die wichtigsten Erklärungen in dem badischen Kirchenstreite.

Am 24. April 1852 erlag der Großherzog Leopold von Baden einer langen Krankheit. Die Regierung verlangte von der Geistlichkeit beider Konfessionen eine Totenfeier, wie sie bei den früheren Landesfürsten stattgefunden hatte. Der Erzbischof von Freiburg aber gestattete nur ein Trauerfest ohne Hochamt und verurteilte alle Priester, welche den Geboten der weltlichen Behörden Folge geleistet hatten, zu Bußübungen. Die Regierung war zwar im Unrecht, als sie von dem katholischen Klerus ein Totenamt forderte, welches die römische Kirche nur ihren Angehörigen gewährt; daß aber die der weltlichen Gewalt gehorsamen Geistlichen der strafenden Hand der Kurie preisgegeben wurden, steigerte die Ansprüche der letzteren. Als die in einer Denkschrift verlangten Rechte eine Zurückweisung erfuhren, wurde Okt. 1853
im Namen des Erzbischofs und der mitunterzeichneten Bischöfe von Mainz, Rottenburg, Fulda und Limburg eine Erklärung veröffentlicht, worin es unter anderm hieß, „man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen“. Dieser Erklärung begegnete die Regierung mit der Bestimmung, daß kein Erlaß des Erzbischofs an die Geistlichkeit seiner Diözese ferner Gültigkeit haben solle ohne Unterschrift des ersten Beamten in Freiburg als Regierungskommissars. Die Folge war ein heftiger Streit zwischen der Kurie und der weltlichen Obrigkeit. Wie jene den Regierungskommissar und den gesamten katholischen Oberkirchenrat mit dem Banne 14. Nov.
belegte und einen Hirtenbrief zu ihrer Rechtfertigung erließ, so verbot die Staatsbehörde das Vorlesen desselben auf der Kanzel, sperrte den ungehorsamen Geistlichen die Gehaltsbezüge (Temporalien), schloß das Priesterseminar, das der Erzbischof allein unter seine Obhut genommen hatte, und übertrug die Aufsicht über die frommen Stiftungen dem Staat. Widerspenstige Gemeinden wurden durch Einquartierung zum Gehorsam gebracht, der Erzbischof selbst in seinem Palast einige Tage unter Aufsicht gestellt; aber schließlich blieb die 22. Mai 1854
Kurie doch Siegerin. Von den Katholiken geschmäht, ließ sich die Regierung mit Rom in Unterhandlungen ein, in deren Folge jene Verordnungen bis auf weiteres außer Kraft gesetzt wurden, obgleich der damalige Bundestagsgesandte Preußens in Frankfurt, Bismarck, der die hohe Bedeutung der Frage erkannte, mit Nachdruck die Autorität des Staates zu wahren riet.

Das Selbstvertrauen, das diese Vorgänge bei dem katholischen Klerus erzeugten, Konkordate
und das sich im Juni 1855 bei der elfhundertjährigen Erinnerungsfeier des heiligen Bonifatius (II, § 65) in Fulda am zuversichtlichsten aussprach, gewann noch an Stärke, als im August desselben Jahres Österreich mit Rom ein Konkordat abschloß, wodurch die Reste des josephinischen Systems gänzlich beseitigt wurden. Dieses Konkordat, welches der Kirche zu- 18. Aug. 1855
sicherte, „daß sie alle ihr nach der Anordnung Gottes und nach den Bestimmungen der Kirchengesetze zukommenden Rechte genießen sollte“, und über dessen praktische Ausführungen ein Nationalkonzil unter dem Vorsitze des päpstlichen Nuntius in Wien Beratungen pflog, April 1856
verlieh der Kirche die Selbstverwaltung ihres Vermögens, dem Klerus die Leitung des religiösen Unterrichts und die Zensur aller in das Gebiet der Religion einschlagenden Bücher, den Bischöfen den freien Verkehr mit Rom und die ausschließliche Leitung der Priesterseminare, dem Jesuitenorden die Errichtung eigener Lehranstalten und gestattete nicht, daß die Leichen von Protestanten auf katholischen Kirchhöfen beerdigt würden. Und so sehr lagen die Regierungen während dieser Reaktionsjahre unter dem Einfluß der Kirche, daß dieses Konkordat, gegen welches die gesamte freisinnige Presse und die öffentliche Meinung ihre Stimme erhoben, selbst in dem zum größten Teil protestantischen Königreich Württemberg Eingang fand (§ 191) und die Regierung von Hessen-Darmstadt die Ansprüche der römischen Kirche durch eine ähnliche Konvention mit dem Bischof von Mainz zu befriedigen suchte. 28. Aug. 1854

Auch in **Baden**, wo bei der unheilbaren Geisteskrankheit des Thronerben Ludwigs II. der zweite Sohn des Großherzogs Leopold, Friedrich, der sich im September 1856 mit der

Friedrich von Baden (1852) 1856 —1907 Prinzessin Luise von Preußen, der Tochter des Prinzen Wilhelm, vermählte, zuerst als Prinzregent, dann seit 1856, als keine Aussicht auf Genesung seines Bruders († 1858) mehr war, als Großherzog die Regierung führte, wurde eine Konvention mit Rom abgeschlossen, wodurch 28. Juni 1859 der Kirche eine von der Staatsregierung fast unabhängige Stellung eingeräumt und Wissenschaft, Unterricht, ja das gesamte geistige Leben unter die Aufsicht des Klerus gestellt wurden. Aber der Großherzog, der die Verfassungstreue und den volksfreundlichen Geist des Vaters als Erbteil übernommen hatte, gewann die Überzeugung, daß ein Staatsvertrag von so tiefgreifender Wirkung zu seiner gesetzlichen Geltung der Zustimmung des Landtags bedürfe. Er legte daher die Konvention seinen Ständen vor, und als diese in überwiegender Mehrheit sich 30. März 1860 dagegen aussprachen, hob er dieselbe auf und berief Männer in seinen Ministerrat (Lamey, Roggenbach, Stabel, etwas später Mathy), welche das Vertrauen des Volkes besaßen und geeignet waren, das Staatsleben im Geiste der Verfassung und auf dem Boden gesetzlicher Freiheit und Ordnung zu halten. Mit ihrer Beihilfe gewährte der Großherzog der Kirche seines Landes, ohne Unterschied der Konfession, eine selbständige Stellung und ordnete das Verhältnis zwischen der geistlichen und weltlichen Macht auf neuen, gerechten Grundlagen. 20. Nov. 1861 Mit der erzbischöflichen Kurie wurde eine Übereinkunft über die Besetzung der Pfarrstellen getroffen und in der evangelisch-protestantischen Kirche den Gemeinden eine größere Beteiligung am kirchlichen Leben, Freiheit in Gebrauch und Anwendung der neuen Agende, welche die der Mehrheit nach aus orthodoxen Mitgliedern zusammengesetzte Generalsynode vom Jahre 1855 entworfen hatte, und eine Mitwirkung bei der Anstellung der Prediger eingeräumt. Da infolge der Selbstregierung der Kirche die Schule nun nicht länger in ihrer bisherigen Abhängigkeit von der Geistlichkeit verbleiben konnte, wenn nicht der Staat sein Oberaufsichtsrecht aufgeben sollte, so wurde auch eine Schulreform in Angriff genommen und von 1864 Regierung und Ständen ein Schulaufsichtsgesetz aufgestellt, durch welches die Volksschulen mit Beibehaltung des konfessionellen Charakters und mit gebührender Berücksichtigung der Rechte und der Mitwirkung der Geistlichen der Leitung und Beaufsichtigung der Staatsbehörden unterstellt sein sollten. In gleichem Geiste wurden Verwaltung und Rechtspflege durch Heranziehung bürgerlicher Beisitzer neu geordnet, die Gewerbefreiheit mit dem Rechte freier Niederlassung eingeführt, die rechtliche Gleichstellung der Juden zum Gesetz erhoben und dem ganzen Staatsleben der Charakter eines volkstümlichen Selbstregiments verliehen. Auch in den allgemeinen deutschen Angelegenheiten ging seitdem Baden durch liberale Anträge am Bundestage voran, so in dem kurhessischen Verfassungsstreit, bei dem Fürstentage, in den Anliegen Schleswig-Holsteins u. a. m.

2. Die deutschen Großmächte.

§ 193. Die inneren Schäden Österreichs. Die reaktionären Bestrebungen in den deutschen Klein- und Mittelstaaten fanden einen starken Rückhalt an den beiden Großmächten Österreich und Preußen. Der Kaiserstaat hatte den Riesenkampf der Jahre 1848 und 1849 glücklich überwunden und war noch stark genug gewesen, den Bundestag wieder von den Toten zu erwecken, den verhaßten Rivalen im Norden zu demütigen, den verlassenen Bruderstamm an den nördlichen Meeren gefesselt der Fremdherrschaft auszuliefern und das Ringen der deutschen Völker nach einem freien und würdigen Staatsleben zu erdrücken. Aber diese Erfolge waren mit schweren Opfern erkauft worden.

Finanzielle Not Die Unterhaltung einer großen Militärmacht, die zur Unterdrückung der inneren Bewegungen und nach dem Siege zur Überwachung der mißvergnügten Völker und zur Beschützung der Grenzen unter den Waffen stehen mußte, legte dem Staate unerschwingliche Kosten auf, welche, verbunden mit den hohen Ausgaben für Polizei und Verwaltung, den Staatshaushalt in unheilbare Zerrüttung brachten. Die Staatsschulden mehrten sich ins endlose, und da die Zinsen größtenteils ins Ausland flossen, so verschwand im Kaiserreiche selbst alles Metallgeld aus dem öffentlichen Verkehr und mußte bis auf die Scheidemünze herab durch Papierscheine ersetzt werden. Der Kredit sank immer tiefer, und die Noten der Nationalbank hielten sich nur durch Zwangskurs. Selbst die Überlassung von Staatsgütern an die Bank im Betrage der Schuld war nicht vermögend, eine dauernde Abhilfe zu schaffen. Wie mannigfaltig auch

die Hilfsmittel des großen Staats sein und wie hoch auch die Summen sich belaufen mochten, welche die schwere Besteuerung aller Güter, Einkünfte und Erwerbsquellen sowie die Zölle und Abgaben aller Art in die Staatskassen lieferten, die Ausgaben überstiegen die Einnahmen um viele Millionen; alljährlich nötigte ein beträchtliches Defizit die Finanzverwaltung, neue Wege zur Deckung zu suchen. Bei der Abneigung der österreichischen Aristokratie gegen Staatspapiere, bei dem durch nationale Gegensätze erklärbaren Mangel an Gemeingeist konnten die Versuche, durch freiwillige Nationalanlehen die Bedürfnisse zu decken, nicht den Erfolg haben wie in England oder Frankreich. Auch die Überlassung der Eisenbahnen auf eine lange Reihe von Jahren an französische Gesellschaften, die Veräußerung von Kohlengruben, Staatsländereien u. dgl. m. brachten nur eine vorübergehende Erleichterung, welche durch die fruchtlose Teilnahme Österreichs an dem russisch-orientalischen Kriege (§ 200) wieder dahinschwand.

Reaktionäre Bestrebungen † 11. Juni 1850

Bei alledem war, wie überall, auch in Österreich die reaktionäre Partei bemüht, alles, was die Revolutionsjahre ins Leben gerufen hatten, in das Grab der Vergessenheit zu senken. Fürst Metternich, der wieder nach Wien zurückgekehrt war, lebte noch lange genug, um die Wiedererrichtung des alten Regiments zu sehen. Die kaiserlichen Patente vom 31. Dezember 1851, durch welche die von Franz Josef noch nicht beschworene Reichsverfassung (§ 169) außer Wirksamkeit gesetzt, die absolute Monarchie wieder eingeführt, die Ministerverantwortlichkeit nur gegenüber der Person des Kaisers festgestellt und der Staatsrat zum Rat des Kaisers und der Krone erklärt wurde, erzeugten keine Aufregung: trotzdem war die Aufhebung der Reichsverfassung für den Kaiserstaat verderblich, weil dadurch jedes Bewußtsein der Zusammengehörigkeit unter den Stämmen erstickt wurde, während das National- und Stammesgefühl in voller Macht blieb, weil die zentrifugale Strömung fortdauerte, während der zentrale Absolutismus nicht mehr die alte Kraft besaß. Umsonst versuchte man durch strenge Gesetze über die Presse und das Vereinswesen die Geister in die alten Bande zu schlagen und gelegentlich das Kriegsrecht walten zu lassen: es waren Mächte wach geworden, die sich nicht unterdrücken ließen; es waren Ideen von Freiheit und nationaler Selbstbestimmung in die Welt getreten, welche die Fesseln des alten Polizeistaates sprengten.

Reformen

Die Regierung erkannte denn auch, daß Reformen nicht länger zu umgehen seien, und ließ es an Eifer nicht fehlen. Die Rechtspflege wurde durchgängig verbessert. In Ungarn

Ungarn

suchte man durch eine neue Einteilung in fünf Verwaltungsgebiete mit einem Oberstatthalter einen gesicherten Rechtszustand zu begründen und die nationale Abneigung durch mancherlei Zugeständnisse zu tilgen; man betrachtete es als ein glückliches Vorzeichen, daß die von Kossuth einst vergrabene uralte ungarische Königskrone entdeckt und dem Habsburger Herrscherhaus wieder zugestellt wurde (§ 184). Aber in diesem Lande hatte das Schwert der Rache zu tiefe Wunden geschlagen, hatte die siegende Reaktion das Ehrgefühl der alten Familien zu schwer verletzt, als daß die Nation sich hätte entschließen können, über dem Grabe ihres Glücks, ihres Wohlstandes und ihrer Freiheit die Hand zur Versöhnung zu reichen. Oftmals ging die Flut des Widerstandes so hoch, daß neue Erhebungen zu befürchten standen, und mancher ungarische Patriot hat sich den Gefahren und Versuchungen in dem sturmbewegten politischen Leben und dem Zwiespalt der Parteiung durch Selbstmord entzogen (Graf Szechenyi † 8. April 1860, Graf Teleky 8. Mai 1861). — Auch in andern Ländern hatte die Regierung heftige Widersacher zu bekämpfen, doch schnitt man hier nicht, wie in Ungarn und Italien, die Wege der Verständigung ab: man erkannte den guten Willen der Regierung an, durch neue Kreiseinteilungen, durch Verbesserung der Verwaltung und des Gerichtswesens, durch Wiederbelebung der Provinziallandtage die inneren Schäden allmählich zu heilen, den Bedürfnissen der Zeit und den Forderungen des Kulturlebens gerecht zu werden; die mittleren Stände ergriffen mit Freude die Vorteile, die ihnen die Auflösung des Urbarialverbandes (Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen Gutsherrschaft und Gutsuntertanen) und die Entlastung des Grund und Bodens brachten: es war eine großartige soziale Umgestaltung aller Besitzverhältnisse, welche die Regierung in jahrelanger Arbeit mit unverdrossenem Fleiß und manchen schweren Opfern ins Leben rief. Und wenn auch die hochgestellten katholischen Ultras, welche als eine mächtige Camarilla den Kaiserthron umstanden, Einfluß genug besaßen, das schon erwähnte Konkordat (§ 192) mit dem päpstlichen Stuhle zuwege zu bringen, mußten sie doch geschehen lassen, daß durch ein kaiserliches Patent die kirchlichen Verhältnisse der ungarischen Protestanten geregelt und im ganzen Reiche den Bekennern der evangelischen Konfessionen bürgerliche Rechtsgleichheit mit den Katholiken und die Ausbildung ihres kirchlichen Glaubens- und Gemeindelebens eingeräumt

8. Sept. 1853

Reformen in den andern Kronländern

Sept. 1859

wurden. Freilich besaßen sie immer noch Macht genug, der Ausführung des geschriebenen Rechts durch Ränke und Umtriebe, durch Aufstellung von Ausnahmen und durch parteiische Entscheidungen in streitigen Fragen manches Hindernis zu schaffen.

§ 194. Die Februarverfassung. Mehr als alles andere drängte die schlimme finanzielle Lage gebieterisch zu Reformen. Als nach dem italienischen Kriege von 1859 (§ 212 ff.) es an den Tag kam, daß die österreichische Regierung heimlich das Nationalanlehen um 111 Millionen Gulden überschritten habe, als Gerüchte über Unterschleife hochgestellter Personen durch gerichtliche Untersuchungen sich als
8. März 1860 Wahrheit herausstellten, als die Kunde kam, daß der verhaftete General Cynatten
23. April im Gefängnis Hand an sich selbst gelegt, der Finanzminister Bruck sich kurz nach seiner Entlassung den Tod gegeben, daß der Bankdirektor Robert gleichfalls durch Selbstmord geendet habe, daß mehrere angesehene Kaufleute in Haft genommen seien, da wurde es jedermann klar, daß Österreich nur durch einen gründlichen Bruch mit der Vergangenheit vom Untergange gerettet werden könne. Aber so mächtig waren noch immer die alten Anschauungen, daß noch ein ganzes Jahr mit halben Maßregeln vergeudet wurde, ehe man sich entschloß, das Volk zur Teilnahme an dem Staatshaushalt und der Gesetzgebung heranzuziehen.
Verfassungsentwurf Erst am 20. Oktober brachte ein kaiserliches Manifest die Grundzüge der zu-
20. Okt. 1860 künftigen Verfassung Österreichs, welche die Ansprüche des Gesamtreichs und die Autonomie der einzelnen Länder möglichst zu vereinigen suchte. Ungarn sollte seine alte Verfassung, soweit sie sich mit den neuen Verhältnissen vereinigen ließ, zurückerhalten, alle anderen Kronländer für ihre besonderen Angelegenheiten eigene Landtage bekommen und die gemeinsamen Interessen mit einem zum Teil vom Kaiser, zum Teil von den Landtagen zu beschickenden Reichsrate verhandelt und erledigt werden. Aber selbst jetzt noch verkümmerte man die Gabe durch beschränkende Bestimmungen über die Zusammensetzung der einzelnen Landtage, indem darin dem Adel und Klerus ein unverhältnismäßiger Anteil an der Vertretung eingeräumt wurde. Wie wenig die Landesstatuten für die einzelnen Kronländer den Anschauungen der Zeit entsprachen, ließ sich aus der allgemeinen Unzufriedenheit erkennen, mit der die öffentliche Meinung dieselben aufnahm. Diese Erregung und die Finanznot ließen endlich in der Wiener Hofburg die Erkenntnis reifen, daß man entschiedener mit dem absolutistisch-feudalen System brechen müsse.

Dez. 1860 So entschloß sich der Kaiser, den Ritter v. Schmerling, dessen Name für eine liberalere Richtung Bürgschaft leistete, an die Spitze der inneren Verwaltung zu stellen. Sein von dem Kaiser gebilligtes Programm setzte für die Landtage an die Stelle der ständischen Vertretung die Vertretung der Interessen, besonders des Grundbesitzes, verstärkte die Mitgliederzahl des Reichsrates und verlieh beiden das Recht selbständiger Vorschläge und das der Öffentlichkeit, sowie den Landtagen direkte Wahl für den Reichsrat. Die Vertretung des Gesamtstaats sollte aus zwei Häusern, einem Herren- und einem Abgeordnetenhause, bestehen, letzteres aus Delegierten der Landtage der einzelnen Kronländer zusammengesetzt.
Februarverfassung Auf der Grundlage dieses Programms wurde dann die Februarverfassung
26. Febr. 1861 ausgearbeitet, durch welche Österreich in die Reihe der konstitutionellen Staaten eintrat, und welche die Grundgedanken der jetzt in der österreichischen Reichshälfte gültigen Verfassung enthielt. Es bedurfte der ganzen Energie des Staatsministers v. Schmerling, die Ausführung eines Werkes durchzusetzen, gegen das
Widerstand gegen die Verfassung sich von manchen Seiten hartnäckiger Widerstand erhob. Den Anhängern des Absolutismus war die bloße Idee von verfassungsmäßigen Volksrechten ein Greuel, und sie waren wenigstens in Tirol noch einflußreich genug, die Durchführung der liberalen Grundgedanken, vor allem die Gleichberechtigung der Protestanten, zu hintertreiben und das „getreue" Volk zu dem Bittgesuche an den Kaiser zu bewegen, daß er sie vor der „Besudelung durch den Pesthauch einer schlechten Zeit" bewahren möge. Ein noch heftigerer Gegner erstand jedoch dem neuen Reichsgesetze in der nationalen Abneigung der nichtdeutschen Stämme

gegen jede Gesamtstaatsverfassung. Nicht nur in Venetien, wo die Einführung einer Landesverfassung einem „geeigneteren Zeitpunkt" vorbehalten werden mußte, und in Ungarn, wo man die dargebotene Organisation mit der darin enthaltenen Gesamtstaatsverfassung „achtungsvoll beiseite legte" und auf ein von den Erblanden Österreichs völlig getrenntes Staatswesen hinarbeitete, das nur in dem gemeinsamen Oberhaupte einen Vereinigungspunkt haben sollte (Personalunion), erhob sich ein heftiger Widerspruch gegen die Februarverfassung, — auch in Böhmen, Galizien und andern Provinzen trat die nationale Partei mehr oder minder heftig dagegen auf, so daß die Wahlen zum Reichsrat nur unvollständig und unter Verwahrungen vorgenommen wurden. In Ungarn erreichte die nationale Erregung eine solche Höhe, daß die Verwaltung und Rechtspflege gänzlich gelähmt wurden, daß man der Regierung die Steuern und die Aushebung zum Militär verweigerte, solange nicht ein für das Königreich Ungarn nebst Siebenbürgen und Kroatien frei gewählter Landtag seine Einwilligung dazu gegeben habe. Die Regierung ließ sich jedoch nicht irre machen. Die Thron- 1. Mai 1861
rede, mit der der Kaiser die Sitzungen der beiden Kammern des Reichsrates eröffnete, verkündete den festen Entschluß, „jede Verletzung der Gesamtverfassung als einen Angriff auf den Bestand der Monarchie und auf die Rechte aller seiner Länder und Völker nachdrücklich zurückzuweisen." Um jedoch den schwierigen Verhältnissen möglichst gerecht zu werden, schuf man zunächst eine zwiefache Gesamtrepräsentation in dem engeren und weiteren Reichsrate, also daß jener nur für die deutsch-slawischen Länder der Träger der Reichsidee sein, dieser durch den Beitritt der ungarischen Vertreter das Parlament des Gesamtreiches darstellen sollte. — Das ganze Verfassungswerk wurzelte nur in Deutsch-Österreich; die slawische und magyarische Bevölkerung widerstrebte einer Einrichtung, welche dem deutschen Elemente das Übergewicht zu erhalten oder zu verschaffen drohte. Aber wie unvollkommen immer das Institut des Reichsrats zur Ausführung gebracht werden konnte, dennoch wurde durch dasselbe ein wichtiger Schritt zur Begründung eines Rechts- und Verfassungsstaates getan. Die Finanzlage besserte sich, das Abgeordnetenhaus war aufs eifrigste bemüht, die Regierung zur Minderung des Defizits durch Sparsamkeit zu bewegen und eine feste Grundlage für einen gesunden Staatshaushalt zu schaffen.

Engerer und weiterer Reichsrat

§ 195. Die Reaktion in Preußen und Friedrich Wilhelms IV. letzte Regierungsjahre. Aus den Worten, mit denen Friedrich Wilhelm IV. den auf die Verfassung geschworenen Eid begleitete (§ 185), konnte man seine innerste Denkweise erkennen. „Der König feierte nicht den Geburtstag einer neuen Freiheit, sondern die Grablegung der fürstlichen Willkür in der Hoffnung ihrer Auferstehung." Dieser Widerwillen gegen die Verfassung, die seine freie von der Gnade Gottes hergeleitete Königsgewalt in konstitutionelle Schranken bannte, und die Abneigung gegen deren Urheber durchzog die ganze weitere Regierung Friedrich Wilhelms IV. Er hinterließ sogar ein politisches Testament, daß jedem Thronfolger bei Regierungsantritt vorgelegt werden mußte. Es enthielt eine in den stärksten und beweglichsten Wendungen gehaltene Mahnung, die Verfassung noch vor der Beeidigung umzustoßen. Erst Kaiser Wilhelm II. hat dieses Testament vernichtet. (§ 372). Wenn er auch nicht in allem den Eingebungen der „kleinen, aber mächtigen" Partei folgte, welche unter der Leitung von Stahl, Gerlach, Wagener in der 1848 gegründeten Neuen preußischen Zeitung (nach dem † in der Aufschrift „Kreuzzeitung" genannt) das öffentliche Leben in Staat und Kirche in streng reaktionärem Sinne zu beeinflussen und die Leitung der Dinge in die Hände der Feudalen zu bringen bemüht war; wenn auch der Satz, den diese Staatssophisten bald nach dem königlichen Schwur aufstellten, „daß eine Kassierung der gesamten Verfassungsurkunde durch

Stellung des Königs zur Verfassung

Kabinettsbefehl ein geringeres Unrecht sein würde als die Ablösung feudaler Grundlasten gegen Entschädigung", wie das Gesetz über die gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse vom 2. März 1850 sie feststellte, nicht zur vollen Anwendung kam, so wurde doch über dem Suchen nach Heilmitteln gegen den „verderblichen Geist des Umsturzes" der Ausbau der Verfassung gehemmt und die notwendigen Konsequenzen des konstitutionellen Systems umgangen: die Gesetzesreformen der vorhergehenden Jahre wurden außer Wirkung gesetzt, die ständischen Privilegien wiederhergestellt, die Willkür des Beamtentums und die hierarchische Macht der Kirche auf neuen Grundlagen aufgerichtet. Wie in Hannover und Mecklenburg trat auch hier die feudale Partei, der kleine Grundadel, mit dem landläufigen Ausdruck „Junker" bezeichnet, in den Vordergrund des politischen Lebens und suchte im Anschluß an den Hof, an den höheren Offizierstand und an die Gesinnungsgenossen in der Regierung und in den Beamtenkreisen das preußische Staatsleben wieder in den Zustand des alten Absolutismus und des privilegierten Ständewesens zurückzuführen.

Reaktionäre Verwaltung

Kreis- und Provinzialordnung

Auf Grundlage eines umfassenden Organisationsgesetzes vom 11. März 1850 hatte man gesucht, „ein harmonisches Gesamtgefüge aller Kräfte der Selbstverwaltung" von den Gemeinden bis zur höchsten Gewalt des Staates hinauf zu erzielen: man erließ eine Gemeindeordnung, welche alle persönlichen Privilegien innerhalb der Gemeinde aufhob und die Gleichberechtigung aller Gemeindebürger feststellte; aus den Gemeinden sollte mittelst Wahl die Kreisversammlung mit einem Kreisausschuß hervorgehen, diesen wieder in jedem Regierungsbezirk ein Bezirksrat und endlich in jeder Provinz eine Provinzialvertretung übergeordnet sein. Diese zweck- und zeitgemäße Organisation wurde auf Antrag der Ersten Kammer durch drei Ministerialverordnungen im Mai 1851 außer Wirksamkeit gesetzt; die alte ständische Kreis- und Provinzialordnung mit Bevorrechtigung der Rittergutsbesitzer wurde wiederhergestellt und drei verschiedene Städteordnungen für die einzelnen Teile der Monarchie geschaffen mit der Dreiteilung bei den Gemeindewahlen, mit einzelnen Befreiungen oder Bevorzugungen in der Gemeindebesteuerung und mit großen Beschränkungen der städtischen Gerechtsame. Gerne hätte man auch die Gewerbefreiheit, welche eine Verordnung vom 9. Februar 1849 durch Abgrenzung der verschiedenen Gewerbe und Aufstellung von Gewerberäten zu beschränken gesucht hatte, um den unzufriedenen Handwerkerstand auf die Regierungsseite zu ziehen, durch eine Zunftordnung ersetzt. Indes die einleitenden Maßregeln scheiterten an dem Widerstand der Fabrikanten und Kaufleute und an der erwachenden besseren Einsicht des Handwerkerstandes selbst: aller angewandten Bemühungen ungeachtet gelang es nicht, die Zünfte wiederzubeleben. Auch in andern Gebieten der Gesetzgebung ließ sich die reaktionäre Tendenz leicht erkennen. In dem neuen Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 sind die harten Bestimmungen bemerkenswert, wodurch man nicht nur jedem Widerstand gegen die Staatsgewalt, jedem Vergehen gegen die öffentliche Ordnung zu begegnen, sondern auch jede ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlung zu verhindern bemüht war, sowie die „puritanischen Anschauungen" bei allen Verbrechen und Vergehen gegen die Heiligkeit der Ehe, gegen die Sittlichkeit, über Gotteslästerung u. dgl. m. Ein neues Preßgesetz vom 12. Mai 1851 mit einer dem Zensurzwang nahekommenden Präventivpolizei hielt die scharfen Federn in ehrerbietigen Schranken. Trotzdem führten die freiheitliche Presse und die Zeitschriften den Kampf mutig weiter; unter ihnen namentlich das „Preußische Wochenblatt", die neugegründeten „Preußischen Jahrbücher" und das berühmte, 1848 entstandene Witzblatt, der „Kladderadatsch", dessen kecke und scharfe Satire auch seinen heftigsten Gegnern wohl manchmal ein herzliches Lachen entlocken konnte. Die Beamten

Gewerbefreiheit

Strafgesetz

Preßgesetz

Beamtendisziplin

wurden durch weitgreifende Disziplinargesetze ihrer Selbständigkeit beraubt und sollten zu willenlosen Werkzeugen der Regierungsmaschine herabgedrückt werden. Staatsverbrechen wurden an einen Staatsgerichtshof verwiesen und den Schwurgerichten entzogen. Ein strenges Gesetz über den Belagerungszustand gab den militärischen Befehlshabern und den Kriegsgerichten eine die Freiheit und die Rechte der Staatsbürger schwer bedrohende Gewalt in die Hände. Und statt der evangelischen Kirche, wie die Verfassung verheißen hatte, eine selbständige Stellung einzuräumen, gründete man in dem nur der Krone verantwortlichen „evangelischen Oberkirchenrat" ein Staatskirchentum, welches in die religiöse Lebens- und Gewissensfreiheit stark eingriff. Auch die berüchtigten Schulregulative des Kultusministers v. Raumer vom Jahre 1854 waren ein Ausfluß der strengkirchlichen und reaktionären Richtung.

Evangelischer Oberkirchenrat 1850

Schulregulative

Haltung der Kammern

Solchen Feinden gegenüber war die Verfassungsurkunde „eine schwache Verteidigungslinie, eine Festung ohne Graben und Geschütz". Die Rückschrittsbewegung wurde aber auch durch den Landtag nur wenig gehemmt; die Demokratie hielt sich vom politischen Leben fern, und die liberal-konstitutionelle Partei zeigte, ihrer Schwäche sich bewußt, das größte Entgegenkommen. Schon die Wahlen von 1852 gaben der Reaktionspartei ein starkes Übergewicht, das zur vollen Macht wurde bei der folgenden Wahl im Oktober 1855. In dieser sogenannten Landratskammer befanden sich unter 350 Mitgliedern 72 Landräte, 42 Staatsanwälte und sonstige abhängige Beamte. Die Opposition hatte nur ungefähr ein Viertel der Stimmen und zerfiel noch in drei Gruppen: die sehr gemäßigt liberale Linke, das noch mehr rechtsstehende Zentrum und die katholische Fraktion, aus der später das ultramontane Zentrum sich gebildet hat.

Kleinliche Mittel

Das System des Manteuffelschen Ministeriums stützte sich auf kleinliche, unsittliche Mittel, auf Korrumpierung des Beamtenstandes, auf Beförderung religiöser Heuchelei, auf Verfolgung, Verdächtigung und Schmähung freisinniger Männer und gehässige Tendenzprozesse. Dagegen wurden die Denunzianten durch königliche Gnadenakte geschützt, wie denn z. B. der berüchtigte Lindenberg, durch den Gerlach sogar den Prinzen von Preußen überwachen ließ, sechzehn- oder sogar achtzehnmal begnadigt worden ist. Der Polizeidirektor v. Hinckeldey wurde, weil er eine adelige Spielhölle im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit schließen ließ, von einem jungen Edelmann (v. Rochow-Plessow) im Duell erschossen, und aus der nächsten Umgebung des Königs wurden wichtige Depeschen an die französische Gesandtschaft verkauft. Es war eine schmachvolle Zeit, die 1861 in der Schrift eines hohen richterlichen Beamten mit folgenden Worten charakterisiert wurde: „Nach außen Feigheit und Verrat am deutschen Vaterlande, im Innern Zensur, Gesetzlosigkeit, Willkür; in der Religion Heuchelei und Unversöhnlichkeit ... Die Justiz war zur untertänigen Dienerin der Polizei herabgewürdigt."

10. März 1856

Erkrankung des Königs

Daß die Reaktion nicht völlig die Verfassung beseitigte, wurde durch den Zwiespalt in ihrem eigenen Lager vereitelt. Hier standen sich Gerlach und Manteuffel mit ihrem Anhange scharf gegenüber; den Zusammenstoß beider Gruppen hielt nur der König auf, der in seinen unbegreiflichen Widersprüchen bald mit der einen bald mit der andern zusammenging. Aber bei dem Könige selbst begannen immer mehr Zeichen von Krankheit und Schwäche sich zu zeigen. Der Widerspruch der Zeitideen mit seinen Vorstellungen vom göttlichen Rechte der Könige, der in den Jahren 1848 und 1849 so schroff hervorgetreten war, hatte zuerst seinen hochfliegenden Geist geknickt; von der Zeit an hatte sich „der nagende Wurm der Zerstörung" in sein Gemütsleben eingenistet. „Die ganze Zeit erschien ihm, gerade in ihren mächtigsten und lebensvollsten Richtungen, als ein Abfall von der Wahrheit und vom Rechte, den anzuerkennen ihm unmöglich war, den er aber auch nicht zu überwinden vermochte." Und wenn er auch die Befriedigung hatte, die Revolution an ihrem eigenen Übermaß scheitern zu sehen, die Wahrnehmung, daß ihre Prinzipien

noch fortlebten, verhüllte den Herbst seines Lebens mit düsteren Nebelbildern. Die Schwächung Rußlands durch den Krimkrieg (§ 202) und der Tod des Kaisers Nikolaus, der einen mächtigen Einfluß auf den König und den Gang der preußischen Politik geübt hatte, steigerte noch seine trübe Weltanschauung: nun war in seinen Augen der letzte starke Damm gegen die revolutionäre Sintflut zerrissen. Schon im Oktober 1857 zeigten sich Spuren eines Gehirnleidens, das bald so sehr zunahm, daß er die Regierungsgeschäfte nicht mehr erfüllen konnte. Nach der Verfassungsurkunde mußte bei dauernder Verhinderung des Königs eine Regentschaft eintreten. Dies suchte aber der Kreis von Vertrauten, die den Monarchen schon seit Jahren als eine mächtige, einflußreiche Kamarilla umgaben, auf alle Weise zu verhindern. Nicht kraft der Verfassung, sondern durch den Willen des Königs sollte die Regierung fortgeführt werden, damit weder in den Personen noch im System ein Wechsel eintrete. Darum
23. Okt. 1857 wurde Prinz **Wilhelm von Preußen**, der Bruder des kinderlosen Königs, durch königliche Vollmacht zum Stellvertreter auf drei Monate ernannt und dieser Termin noch zweimal verlängert. Während dieser Zwischenzeit erfolgte die Vermählung des einzigen Sohnes des Prinzen,
25. Jan. 1858 **Friedrich Wilhelm**, mit **Viktoria**, der Tochter der Königin von England, eine Verbindung, welche das preußische Volk als die Bürgschaft einer glücklicheren Zukunft begrüßte. Da in dem Gesundheitszustand des Königs keine Besserung zu erwarten war, so mußte endlich der Verfassung Genüge geschehen. Manteuffel hat im Gegensatz zu der Partei Gerlachs den richtigen, verfassungsmäßigen Weg innegehalten. Am
Wilhelm Prinzregent 8. Okt. 1858 8. Oktober 1858 übertrug der König dem Bruder die volle Regierungsgewalt unter dem Titel eines **Prinzregenten**, ein Staatsakt, zu dem zwei Wochen später die beiden Häuser des Landtags ihre Zustimmung erteilten. Der kranke König unternahm hierauf in Begleitung
20. Okt. seiner Gemahlin Elisabeth Luise von Bayern, welche ihm mit treuer Liebe zur Seite stand, eine Reise nach Italien, die aber seinem geschwächten Geist keine Heilung brachte. Bald zwang der Ausbruch des Krieges (§ 214) das Königspaar zur Rückkehr in die Heimat. Am 23. November 1859 traf Friedrich Wilhelm wieder in Sanssouci ein, um es nie mehr zu verlassen. Im August des folgenden Jahres verschlimmerte sich der Zustand durch wiederholte Gehirnschläge, so daß das Bewußtsein mehr und mehr schwand. Er überlebte noch seine Schwester Charlotte, die Kaiserin-Mutter von Rußland, die ihn im Sommer 1860, drei Monate vor ihrem Tode, in Sanssouci besucht hatte. Erst gegen Ende des Jahres
Friedrich Wilhelm IV. † 2. Jan. 1861 nahte sich ihm die Erlösung; in der Nacht auf den 2. Januar 1861 ging endlich sein bewußtloser Zustand in den Tod über.

§ 196. Preußens Zoll- und Handelspolitik. Trotz der unheilvollen inneren Politik vermochte Preußen doch in einer der wichtigsten Fragen des deutschen Volkes große Erfolge zu erzielen, in der **Erweiterung und Neubildung des Zollvereins**, des Vorläufers der politischen Einheit Deutschlands. Österreich empfand es mit Verdruß, daß Preußen durch die Zollverträge mit den meisten Bundesstaaten eine feste und überwiegende wirtschaftliche Stellung in Deutschland besaß (§ 106). Um dasselbe auch aus dieser zu verdrängen, suchte es mit Hilfe einiger süddeutschen Regierungen in den Zollverein aufgenommen zu werden. Im
Zollkonferenzen 1852 Laufe des Jahres 1852 wurden in Wien und Darmstadt Zollkonferenzen

abgehalten, welche wenigstens die Folge hatten, daß mehrere Staaten (Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen, Nassau) sich verpflichteten, nach Kräften für die Zollvereinigung mit Österreich zu wirken und in die Erneuerung des unter solchen Verhältnissen von Preußen gekündigten und 1854 ablaufenden deutsch-preußischen Zollvereins nur unter der Bedingung einzuwilligen, daß derselbe auch auf Österreich ausgedehnt werde. Auf solche Bedingung konnte das Berliner Kabinett unmöglich eingehen; nicht nur, daß dadurch Preußens politische Machtstellung auf diesem Gebiete gebrochen worden wäre, die zerrüttete Finanzlage des Kaiserreichs mit seinen schwankenden Valutaverhältnissen, der geringe Konsum an Zollwaren, die Bestechlichkeit der Zollbeamten hätten große materielle Nachteile gebracht. Bei diesen Verhandlungen fiel schon die Stimme des preußischen Bundestagsgesandten Otto v. Bismarck schwer ins Gewicht, der es weder damals noch später für ratsam hielt, einem solchen Streben Österreichs entgegenzukommen. „Zu den notwendigsten Unterlagen einer Zollgemeinschaft", so erklärt er in seinen „Gedanken und Erinnerungen", „gehört ein gewisser Grad von Gleichartigkeit des Verbrauchs. Zwischen Ungarn und Galizien einerseits und dem Zollverein anderseits ist die Verschiedenheit des Verbrauchs zollpflichtiger Waren zu stark, um eine Zollgemeinschaft durchführbar erscheinen zu lassen. Der Verteilungsmaßstab für die Zollverträge würde stets für Deutschland nachteilig bleiben, auch wenn die Ziffern es für Österreich zu sein scheinen". Preußen verlangte daher auf der Berliner Zollkonferenz, daß seine Übereinkunft mit dem „Steuerverein" von allen Zollvereinsgliedern anerkannt werde, und wollte erst nach der Wiederherstellung der deutschen Zolleinigung in Unterhandlungen mit Österreich eintreten. Eine so feste Haltung machte doch Eindruck; auch waren die Drohungen, den Zollverein aufzulösen, nicht so ernsthaft gemeint gewesen. Die deutschen Regierungen wußten zu gut, welche Vorteile ihnen der Zollverein brachte; sie hatten gehofft, Preußen einzuschüchtern, zu einem Bruch wollten sie es aber nicht kommen lassen; dazu wollte nicht einmal Österreich die Hand bieten. Da Österreichs Eintritt zu einem neuzugründenden Gesamtzollverein also nicht zu erreichen war, begnügte man sich in Wien, wo an Stelle des plötzlich durch einen Schlagfluß dahingerafften Fürsten Schwarzenberg Buol-Schauenstein als Minister des Auswärtigen trat, vorläufig mit dem Abschluß eines Handelsvertrages auf die Dauer von zwölf Jahren, der die Möglichkeit eines künftigen Eintritts in den deutschen Zollverein offen ließ, aber weit hinausschob. Nun zögerten auch die Bevollmächtigten der übrigen Staaten nicht länger, den Zollverein zu erneuern. Auf einer neuen Zollkonferenz in Berlin wurde am 4. April 1853 die Fortdauer und Erweiterung des Zollvereins durch die Aufnahme des Steuervereins auf zwölf Jahre, bis zum 31. Dezember 1866, beschlossen. Er umfaßte nunmehr ein Gebiet von 485830 qkm mit 32,7 Millionen Einwohnern. Deutschlands nationale Wirtschaftseinheit unter preußischer Führung war der Vollendung nahe.

Zollvereinsverhandlungen

April 1852

5. April 1852

19. Febr. 1853

Erneuerung des Zollvereins 4. April 1853

Um dieselbe Zeit legte Preußen auch den Grund zu einer Seemacht, indem es bei der Versteigerung der deutschen Flotte (§ 189) zwei Schiffe an sich brachte und von Oldenburg trotz des Widerspruchs Hannovers den Jahdebusen und damit einen Hafen an der Nordsee erwarb. Bald wurde Preußen auch Gelegenheit gegeben, in der großen orientalischen

Gründung der Seemacht

1854

Frage, dem Krimkriege, seine Selbständigkeit zu zeigen und die deutschen Staaten vor einer gefährlichen, den deutschen Interessen verderblichen Politik zu bewahren (§ 200).

Fünftes Kapitel.

Das Ende des russischen Übergewichtes und die Selbstbestimmung der Völker.

A. Das zweite französische Kaiserreich.

§ 197. Frankreich bis zum Krimkriege. Nachdem Cavaignac in der Julischlacht die bürgerliche Gesellschaft gerettet hatte und ihm wieder die Präsidentschaft des Conseils übertragen worden war (§ 156), begannen für diesen wenig erfahrenen, nicht weitsehenden Staatsmann erst die eigentlichen Schwierigkeiten; maßgebend war die Furcht vor der Anarchie und das Verlangen nach einer festen Regierung. Zunächst wurden gegen die Klubs und die Presse die strengsten Maßregeln getroffen; die Urheber und Teilnehmer der Aufstände, die sozialistischen Führer und Klubredner wurden verhaftet und durch Deportation beseitigt, so Blanqui, Albert, Barlès u. a. m., Louis Blanc und Caussidière entzogen sich der gerichtlichen Verfolgung durch die Flucht nach England. Unter dem Eindrucke dieser Vorgänge kam die neue Staatsverfassung zustande, die am 12. Nov. mit dem Datum des 4. November feierlich in Kraft gesetzt wurde. Die Mehrheit hatte das Recht auf Arbeit und die progressive Besteuerung abgelehnt, dagegen das Einkammersystem mit allgemeinem Stimmrecht und direkter Wahl angenommen. Auf Antrag Lamartines war auch beschlossen worden, daß der Präsident der Republik nicht von der Nationalversammlung, sondern direkt vom Volk in allgemeiner Abstimmung (Plebiszit) auf vier Jahre gewählt werden solle. Diese Präsidentenwahl wurde auf den 10. Dezember bestimmt. Zuerst schien Cavaignac der einzige Kandidat zu sein; dann aber trat der Prinz Louis Napoleon immer mehr hervor. Der Komödienheld von Straßburg und Ham (§ 136), der italienische Carbonaro und sozialistisch angehauchte Schriftsteller war anfangs wenig beachtet worden: die Deputiertenkammer hatte am 26. Mai die Verbannung der Prätendentenfamilie fast einstimmig aufgehoben. „Die Familie Bonaparte," so rief der „Bürger" Ducoux aus, „hat heute nur noch eine historische Bedeutung; sie ist nur noch die Tradition einer glorreichen Epoche, die wir gewiß bewundern können, die aber niemand so toll sein wird wiederbeleben zu wollen." Er täuschte sich: Louis Napoleon wurde am 4. Juni nicht nur in Paris zum Abgeordneten gewählt, wo er 84000 Stimmen erhielt, sondern auch noch in drei andern Departements. Doch hielt der Prätendent den richtigen Augenblick noch nicht für gekommen. In einem Schreiben vom 15. Juni verzichtete er auf das Mandat, um nicht Anlaß zu Unruhen zu geben. Aber der Sturm der Entrüstung, mit dem die Kammer die weiteren Worte dieses Schreibens vernahm: „Wenn das Volk mir Pflichten auferlegt, so werde ich sie zu erfüllen wissen," verhallte draußen im französischen Volke, das nur noch einen „Mann" wollte. So wurde er bei den Ergänzungswahlen im

Staatsverfassung 4. Nov. 1848

Napoleon Abgeordneter

September in fünf Departements wiedergewählt und vereinigte nicht weniger als 275000 Stimmen auf sich.

Eine mächtige Wahlagitation begann nun für die Präsidentenwahl. Alle Feinde der Republik sahen in dem Prinzen nur die Hoffnung der Zukunft. „Louis Napoleon ist die Zukunft; er vereinigt alles und schließt nichts aus," so formulierte Emil de Girardin, der treue Parteigänger des Prinzen, die Wahlparole. Schon hörte man überall in Paris wie in den Provinzen das „Vive Napoléon", sogar das „Vive l'Empereur". Aber selbst die hoffnungsvollsten Bonapartisten überraschte das Ergebnis: von 7½ Millionen Stimmen fielen 5½ Millionen auf den Prinzen. Am 20. Dezember trat er sein Amt an und leistete den Eid auf die Verfassung der Republik, indem er noch die Worte hinzufügte: „Meine Pflicht ist mir vorgezeichnet; ich werde sie als Mann von Ehre erfüllen. Ich werde einen Feind des Vaterlandes in jedem sehen, der, was Frankreich aufgerichtet hat, auf ungesetzlichem Wege zu ändern suchen würde." Er zog die Zügel von vornherein fest an. Nach außen setzte er zunächst die friedliche Politik der provisorischen Regierung fort, ergriff aber die Gelegenheit, durch die Wiederherstellung der päpstlichen Herrschaft in Rom sich die Freundschaft der Kurie zu erwerben (§ 181). Im Mai 1849 löste sich die konstituierende Versammlung auf und machte einer legislativen, gesetzgebenden, Platz. In dieser hatten die Monarchisten und Klerikalen die Mehrheit, aber dem in sich gespaltenen Legitimismus und Orleanismus stand fest geschlossen die Minorität der sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber, die die Grundsätze „der roten Republik" vertraten und sich sehr bezeichnend den alten Namen „Der Berg" beilegten. Diese Bergpartei erregte in den Junitagen, als am Rhein, an der Donau und am Tiber der Kriegssturm tobte, in Paris und Lyon neue Aufstände, die aber schnell unterdrückt wurden und die Flucht der Führer (Ledru-Rollin u. a.) und die Verschärfung der Strafgesetze zu Folge hatten. Die schnelle Unterdrückung dieses Aufstandes der Radikalen beschleunigte auch die Niederlage der deutschen Gesinnungsgenossen in Baden und in der Pfalz (§ 178).

Napoleon Präsident 10. Dez. 1848

13. Juni 1849

Von der Zeit an blieb in Frankreich die Ruhe äußerlich ungestört. Aber die Sozialisten gaben die Hoffnung auf den Sieg ihrer Ideen nicht auf und suchten ihn mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts allmählich auf gesetzlichem Wege zu erlangen. Bei jeder Wahl hielten sie Heerschau über ihre Streitkräfte, und meistens sahen sie ihre Zahl wachsen. Dies bestimmte die Nationalversammlung, durch ein neues Wahlreformgesetz das allgemeine Stimmrecht aufzuheben, das Wahlrecht an eine direkte Steuer und zweijährigen Aufenthalt zu binden und so die Zahl der Wähler von neun auf sechs Millionen zu vermindern. Auch die Freiheit der Presse wurde beschränkt, nicht nur durch Erhöhung der Kautionen und der Geldstrafen, sondern auch durch die Verfügung, daß alle Artikel, die politische, religiöse und philosophische Betrachtungen enthielten, mit der Namensunterschrift des Verfassers versehen sein mußten. Anfang 1850 wurde dann die Schule dem Klerus überliefert. In dem neuen Unterrichtsgesetz Falloux' wurde das Aufsichtsrecht über das Schul- und Unterrichtswesen zwischen der Regierung und der Geistlichkeit geteilt. Bei den aufgeregten Verhandlungen über das Gesetz sah man Thiers, den Wortführer des republikanischen Liberalismus, der angesichts der vermeintlichen Gefahr einer sozialen Revolution erklärte: „Sozialismus oder Katechismus; ein Drittes gibt es nicht!" mit dem ultramontanen Montalembert Hand in Hand gehen.

Wahlgesetz

31. Mai 1850

Klerikalisierung

Während die Nationalversammlung sich durch dies Verhalten immer unpopulärer machte, gewann der Prinzpräsident auf wiederholten Reisen

Haltung Napoleons

durch das Land die Gunst des Volkes, besetzte die Präfekturstellen und andere einflußreiche Ämter mit ihm ergebenen Männern und ließ keine Gelegenheit vorbeigehen, sich als den Beförderer der nationalen Wohlfahrt und der Volksrechte hinzustellen, die Gebrechen seiner Regierung dem hemmenden Widerstand der Versammlung schuldzugeben und durch militärische Schauspiele die Sympathien des Volks für die napoleonische Kaiserzeit zu wecken. Als nun in den Provinzen der Ruf nach einer Revision
4. Nov. 1851 der Verfassung sich erhob, da forderte Louis Napoleon in seiner Botschaft vom 4. November 1851 die Zurücknahme des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1850, d. h. die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts. Die Versammlung lehnte diese Forderung ab. Nun schritt der Prinz zum Staatsstreich, dessen wohlüberlegten Plan Graf Fleury mit großem Geschick zur Ausführung brachte.

Staatsstreich Napoleons

Zuerst fiel Changarnier, der Oberbefehlshaber der Pariser Garnison, der den Truppen verboten hatte, den Prinzen mit dem Zuruf „Vive Napoléon" zu begrüßen; er wurde seines Postens als Gouverneur enthoben. Dann wurde Generalmajor de Saint-Arnaud, der bisher in Algier kommandiert hatte, zum Kriegsminister ernannt. Am 26. November fand die entscheidende geheime Sitzung der „Verschworenen" statt. Sämtliche Generale der Pariser Garnison — man hatte dafür gesorgt, daß die richtigen Leute dorthin versetzt wurden —, 21 an der Zahl, schworen hierbei in die Hand des General Magnan „Treue und Ergebenheit dem Prinzen an dem Tage, an welchem es ihm belieben würde, zu handeln". Am 1. Dezember wurden die letzten Vorbereitungen getroffen. An dieser Sitzung nahmen nur teil der Prinz, Morny, Maupas, Mocquard und als der einzige Minister Saint-Arnaud. Während der Nacht wurden die erforderlichen Aktenstücke unter strenger militärischer Bewachung gedruckt und dann 60 Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten waren Cavaignac, Changarnier, Lamoricière, Leflô, Thiers und Victor Hugo, welche ins Gefängnis von Mazas gebracht wurden. Nicht eine der 60 Verhaftungen war fehlgeschlagen; alle Parteien sollten durch das Verschwinden ihrer
2. Dez. 1851 Häupter zum Widerstand unfähig gemacht werden. Am Morgen des 2. Dezember las man an den Mauern die Verfügung über die Auflösung der Nationalversammlung, die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts und die Verhängung des Belagerungszustandes über Paris: in den Urversammlungen solle das Volk zwischen dem Präsidenten und der Nationalversammlung wählen. Als sich die Abgeordneten in der Kammer versammeln wollten, fanden sie diese militärisch besetzt; der Versuch, an einem anderen Orte zu tagen, wurde durch die Truppen vereitelt. Als der Prinz sich zeigte, wurde er von den Truppen überall mit lebhaften Zurufen begrüßt. Bis zum 5. Dezember fanden wiederholt kleine Straßenkämpfe statt, in denen jedoch die Truppen ohne große Mühe Sieger blieben. Das „Volk" zeigte keine große Lust zum Kampfe. In der Provinz blieb während des Staatsstreichs, abgesehen von einigen Ausschreitungen, die sich aber bezeichnenderweise meistens gegen das Eigentum richteten, alles ruhig: der Staatsstreich war vollkommen gelungen.

Neue Verfassung

Der Prinz verkündete nun die Grundzüge der neuen, der Konsularverfassung von 1799 (§ 33) nachgebildeten Verfassung, die einen Präsidenten der Republik auf zehn Jahre mit allen Herrscherattributen, aber dem Volke verantwortlich, einen gesetzgebenden Körper, durch das allgemeine Stimmrecht erwählt, aber ohne jede legislative Initiative, und einen vom Präsidenten ernannten Senat vorsah. Die Gesamtabstimmung des Volks,
20./21. Dez. 1851 das sich nach Ruhe sehnte, das „Plebiszit" ergab 7½ Millionen für und 650 000 gegen diese neue Verfassung, die am 14. Januar 1852 verkündet wurde. Napoleon bezog die Tuilerien und strebte nun offen nach der

Wiederherstellung des Kaiserreichs, zumal die Wahlen zu dem gesetzgebenden Körper ganz für die Regierung ausgefallen waren. Pomphafte Reisen, glänzende Feste, Gnadenbezeigungen und Geschenke aller Art bereiteten die öffentliche Meinung vor. Die ihm als Monarchen dargebrachten Huldigungen nahm Napoleon wohlgefällig entgegen und stellte in Bordeaux durch die Worte: „Das Kaiserreich ist der Friede" schon für dessen europäische Politik ein Programm auf. Ein Senatskonsult beschloß, Napoleon zum Kaiser zu ernennen, und ein zweites 7. Nov. 1852
Plebiszit entschied mit 7 824 189 gegen 253 145 Stimmen für das Kaiser- 21./22. Nov.
reich. Am 2. Dezember 1852 wurde dann Napoleon III. als durch Napoleon Kaiser 2. Dez.
Gottes Gnaden und des Volkes Willen Kaiser der Franzosen ausgerufen. Seine Bemühungen, durch Heirat mit den alten, legitimen Dynastien Europas in engere Beziehung zu treten, scheiterten; namentlich Zar Nikolaus wollte ihn nicht als ebenbürtig ansehen. So vermählte er sich denn mit der spanischen Gräfin Eugenie 29. Jan. 1853
von Montijo.

In der Rede, in welcher er dem in den Tuilerien versammelten Senate, gesetzgebenden 22. Jan. 1853
Körper und Staatsrate diesen Entschluß mitteilte, erklärte er: „Wenn man angesichts des alten Europa durch die Kraft eines neuen Staatsgedankens auf die Höhe der alten Herrschergeschlechter gehoben worden ist, so verschafft man sich nicht dadurch Aufnahme, daß man sein Wappen älter macht und um jeden Preis in die Familie der Könige einzudringen sucht. Besser gelingt das, wenn man seines Ursprunges stets eingedenk bleibt, sein eigentümliches Gepräge nicht verleugnet und vor Europa sich offenherzig zur Rolle des Emporkömmlings bekennt, ein Ruhmesanspruch, wenn man emporkommt durch die freie Abstimmung des Volkes."

B. Der Krimkrieg.

Machtstellung Nikolaus I. 1825—1855

§ 198. Die Stellung Rußlands in Europa und die Lage der Christen in der Türkei. Die Revolution hatte auf ihrem Zuge durch Europa die Grenzen des russischen Reiches nicht berührt; selbst das polnische Volk, sonst bereit, jede Gelegenheit zu seiner Befreiung mit Begierde zu ergreifen, hatte sich unter den Herrscherwillen des strengen Gebieters in Petersburg gefügt. Österreich hatte der Zar aus den schlimmsten Gefahren gerettet (§ 183), den preußischen König aus den Schlingen der unionistischen Politik gerissen (§ 188): die deutschen Fürstenhöfe betrachteten ihn als den Hort ihrer Selbständigkeit und die preußischen Reaktionäre als Schirmherrn der konservativen Interessen. So besaß Nikolaus I. eine gewisse Vorherrschaft in Mitteleuropa; von dem französischen Kaiser, den er mit berechneter Verachtung behandelte, brauchte er, wie er meinte, nichts zu befürchten, und mit England stand er in gutem Einvernehmen.

Türkische Politik

So glaubte er denn den Zeitpunkt gekommen, den kühnen Eroberungsgang Katharinas II. zu wiederholen, die Fürstentümer an der Donau in ein engeres Schutz- und Abhängigkeitsverhältnis zu Rußland zu bringen und die Herrschaft der Türken auf Asien zu beschränken. Das türkische Reich war seit den Kämpfen mit Mehemed Ali (§ 147) und den Reformbestrebungen, an die die sogenannten Jungtürken anknüpften, zerrüttet, der Zar selbst nannte in einem vertraulichen Gespräche den Sultan einen „kranken Mann", eine Teilung schien leichter zu bewerkstelligen als dereinst in Polen, wenn er sich mit einigen Großmächten verständigen konnte. So versuchte er zunächst, da er Österreichs und Preußens völlig sicher zu sein glaubte

und Frankreich nicht fürchtete, England in sein Interesse zu ziehen. Er gab dem britischen Gesandten in Petersburg, Lord Seymour, zu verstehen, daß England als Preis eines Bündnisses Ägypten und Kandia gewinnen könnte. Allein das kluge Inselvolk ließ sich durch die lockende Aussicht nicht blenden: der Fortbestand der Türkei schien ihm für das Gleichgewicht Europas eine notwendige Bedingung: mit dem Besitze Konstantinopels wäre der levantische Handel ausschließlich in die Hände der Russen gekommen; eine Machtvergrößerung, wie sie Rußland durch die Eroberung der Balkanländer erlangt hätte, bedrohte die Sicherheit aller übrigen Staaten. Dennoch beharrte der Zar auf seinem Plane. Er baute auch auf den Zwiespalt zwischen der mohammedanischen und christlichen Bevölkerung des türkischen Reiches, welch letztere ihn als ihren Schirmherrn verehrte. Zwar durften die christlichen Untertanen des Sultans ungestört ihres Glaubens leben, wenn sie nur die Kopfsteuer entrichteten, aber das schwache Regiment Abdul Medschids konnte in den entlegeneren Provinzen nicht immer dem Fanatismus der Mohammedaner Einhalt tun. Nun bestanden alte Verträge (z. B. Kütschük-Kainardschi, Bd. III, § 393), die dem russischen Kaiser ein gewisses Schutzrecht über die Christen griechischen Bekenntnisses einräumten, und Nikolaus ließ keine Gelegenheit vorübergehen, kraft der sehr unbestimmten Festsetzungen sich in die religiösen Streitigkeiten des türkischen Reiches einzumischen. In Konstantinopel führte der russische Botschafter eine Sprache, als ob der Zar der rechtmäßige und anerkannte Protektor der griechischen Christenheit des Orients wäre. Auf solchen Schutz bauend betrachteten sich die Christen griechischer Konfession in Jerusalem als die alleinberechtigten Besitzer der heiligen Stätten und wollten die Wallfahrer römisch-katholischen Glaubens entweder von diesen ausschließen oder nur unter gewissen Bedingungen zum Besuch zulassen. So kam es in der heiligen Grabkapelle oft zu blutigen Händeln zwischen den beiden Konfessionen. Frankreich, das seit dem Jahre 1740 ein ähnliches Schutzrecht über die römisch-katholischen Christen Palästinas besaß wie Rußland über die griechischen, kümmerte sich nur selten um diese Pilger, so daß die letzteren die Oberhand erlangt hatten. Dies tatsächliche Verhältnis suchte nun Nikolaus zu einem rechtlichen zu erheben. Aber eine solche Stellung als alleiniger Protektor aller Christen im Türkenreich hätte dem Sultan die Herrschaft über dieselben entzogen und ihn in den Augen der Mohammedaner herabgewürdigt. Es waren gerade vier Jahrhunderte verflossen, seit Mohammed II. dem byzantinischen Reiche ein Ende gemacht hatte (II, § 383): eine alte Prophezeiung, die jetzt geflissentlich ausgestreut wurde, daß nach vierhundert Jahren der Halbmond von der Hagia Sophia verschwinden würde, sollte die Welt auf ein großes Ereignis vorbereiten und enthüllte die letzten Pläne des russischen Kaisers.

Abdul Medschid 1839—1861

Frage der heiligen Stätten

§ 199. Der Ausbruch des russisch-türkischen Krieges. Trotz der kühlen Haltung Englands beschloß der Zar, gegen die Türkei vorzugehen. Er stellte seine Pontusflotte in Sewastopol zum Auslaufen bereit und zog in Bessarabien ein starkes Heer zusammen. Dann erschien der Admiral Fürst Menschikow als außerordentlicher Gesandter in Konstantinopel. Ohne sich mit dem Minister des Auswärtigen, Fuad Effendi in Unterhandlungen einzulassen, forderte er Audienz bei dem Sultan selbst und trat, als ihm dieselbe bewilligt wurde, im Reisekleid und mit bestaubten Stiefeln in den festlich geschmückten Diwan. Diesem Auftreten entsprachen

2. März 1853

seine Forderungen. Der Sultan hatte Napoleons Anspruch, daß den Lateinern (römischen Katholiken) gleiche Rechte an den heiligen Stätten zuständen, wie den Griechen, für berechtigt erklärt. Nun verlangte Menschikow die Zurücknahme dieses Firmans, die Anerkennung der Vorrechte der Griechen an diesen Stätten und die Schirmvogtei über alle griechischen Christen des türkischen Reiches. Das wäre der Tod des kranken Mannes gewesen, denn bei der innigen Verflechtung von weltlichen und geistlichen Interessen im osmanischen Reiche würde in sehr vielen Fällen die Entscheidung dem russischen Kaiser zugestanden haben. Der friedliebende Sultan hätte vielleicht nachgegeben, wenn nicht die Ulemas, die Gesetzeskundigen, die Wächter des Glaubens und Rechtes, mit einer Revolution gedroht, und England und Frankreich ihren Schutz in Aussicht gestellt hätten. So wies die Pforte das russische Ultimatum ab. Sofort rückten die russischen Truppen unter dem Befehl des Fürsten Michael Gortschakow in die Moldau und Walachei ein, nicht in kriegerischer Absicht, wie der Zar in einem Manifeste erklärte, sondern nur, um die Donaufürstentümer als materielles Unterpfand in Besitz zu nehmen, bis die Pforte seine Forderungen befriedigt haben würde. Um das russische Volk für die Sache zu begeistern, suchte der Zar dem Kriege einen religiösen Charakter aufzuprägen. Ehe die Heere über den Pruth gingen, veranstaltete er in Petersburg eine große Militärparade und einen feierlichen Gottesdienst, wobei er als Patriarch der russischen Kirche das griechische Kreuz in der Hand in die Isaakskirche zog, um den Beistand des Himmels für den heiligen Kampf zu erflehen. Die einrückenden Russen fanden in den Donaufürstentümern selbst keinen Widerstand (die Hospodare Ghika von der Moldau und Nirbey von der Walachei entflohen auf österreichisches Gebiet), wohl aber erhob sich in Paris und in London die öffentliche Meinung gegen ihr Vorgehen. Napoleon, gut beraten, hatte schon bei Menschikows Auftreten eine französische Flotte in die griechischen Gewässer entsandt; dann langte auch ein englisches Geschwader an und vereinigte sich mit dem französischen in der Besika-Bai (unweit des alten Troja). Auch Österreich fühlte sich bedroht, da die Schiffahrt auf der Donau vollständig in die Macht Rußlands geraten mußte; es hatte außerdem kurz vorher schon in Montenegro die russischen Pläne durchkreuzt.

Russische Forderungen

10. Mai 1853

Besetzung der Donaufürstentümer

26. Juni

Haltung der Westmächte

14. Juni

Österreich

Die Bewohner des „Schwarzen Gebirges“ (Montenegro), ein streitbares Räubervolk griechischer Konfession, dessen Fürst (Wladika) die geistliche und weltliche Obermacht in seiner Person vereinigte (II, § 383), standen ganz unter Rußlands Einfluß. Der junge Fürst Danilo I. begab sich nach seinem Regierungsantritt sogleich nach Petersburg. Als nach seiner Rückkehr die geistliche Würde von der weltlichen getrennt wurde und bald darauf die Montenegriner einen Kriegszug gegen das türkische Gebiet unternahmen, glaubte man darin die Hand des russischen Kaisers zu erkennen: der erste Schritt sollte die Montenegriner dem Patriarchen von Konstantinopel entziehen und der russischen Kirchenaufsicht unterstellen, der zweite das Signal zu einem allgemeinen Aufstand der slawischen Christen geben. Die Türken begegneten aber dem Einfall mit großer Energie. Von Skutari aus drang der Renegat Omer Pascha, ein ehemaliger österreichischer Unteroffizier aus Kroatien, in das Land ein und übte die größten Gewalttaten aus. Da legte sich Österreich, das weder die christliche Bevölkerung unter seinen Augen hinmorden lassen noch den Russen Gelegenheit zu einer Intervention geben wollte, ins Mittel. Der Feldmarschallleutnant v. Leiningen verlangte drohend die Einstellung der Feindseligkeiten, und die Pforte erkannte die Absichten Österreichs, das Einschreiten Rußlands zu verhindern, und willigte in die Forderungen des Gesandten. Die türkischen Truppen wurden zurückgezogen, und Fürst Danilo dankte persönlich dem Wiener Kabinett für die geleistete Hilfe. Montenegro blieb in dem früheren Zustande.

Montenegro

Danilo I. 1852—1860

Jan. 1853

Febr. 1853

Vermittelungsversuche

In der Frage der Donaufürstentümer suchten die Mächte zunächst zu vermitteln. Die Pforte wurde auf Englands Veranlassung bewogen, den Einmarsch der Russen nicht als Kriegsfall zu betrachten, und von Österreich und Frankreich erging eine Note, nach welcher der Sultan gehalten sein sollte, die russischen Forderungen mit einigen Beschränkungen zu gewähren. Als aber nun der russische Kaiser sich zur Annahme der Note bereit erklärte, jedoch ihren Inhalt zugleich „als eine volle Gewährung seiner Ansprüche auslegte", da erhob in England die Presse laut ihre Stimme gegen diese mattherzige Politik. Noch heftiger war der Unwille der alttürkischen Partei: sie ließ dem Sultan nur die Wahl zwischen Verwerfung der Note oder Abdankung. Nach dem Beschlusse des Diwans,
26. Sept. 1853 des großen Rates, entschied er sich für das erstere und verlangte die Räumung der Donaufürstentümmer binnen 14 Tagen, widrigenfalls er den Krieg erklären müsse. Da Kaiser Nikolaus das verweigerte,
23. Okt. erfolgte die Kriegserklärung. Sofort gingen die Türken unter dem
28. Okt. 4. Nov. kühnen Omer Pascha über die Donau und schlugen bei Oltenitza den Angriff des russischen Generals Dannenberg siegreich ab.

§ 200. Die diplomatischen Verhandlungen bis zum Tode des Kaisers Nikolaus. Österreich, Preußen und der Deutsche Bund. Kaiser
Sept. 1853 Nikolaus hatte dem österreichischen Kaiser, mit dem er in Olmütz zusammengekommen war, und dem preußischen Könige, den er in Berlin besucht hatte, die Zusicherung gegeben, vorerst die Donau nicht zu überschreiten: dadurch wurden die deutschen Großmächte zunächst zu einer
27. Nov. neutralen Haltung bewogen. Dagegen schlossen Frankreich und England einen Vertrag mit der Pforte, in welchem sie sich zur bewaffneten Hilfe verpflichteten, falls Rußland billige Friedensvorschläge zurückweisen würde.
Schlacht bei Sinope 30. Nov. Zugleich ließen sie ihre vereinigte Flotte nach dem Bosporus segeln. Bald darauf vernichtete Admiral Nachimow mit der in Sewastopol liegenden Flotte ein türkisches Geschwader, das Osman Pascha im Hafen von Sinope geborgen hatte, und das bestimmt gewesen war, die Kaukasusvölker (§ 152) gegen Rußland zu unterstützen. Dieser Schlag war von
Die Westmächte entscheidender Wirkung. Besonders fühlte sich das englische Volk tief beleidigt, zumal Rußland auch mit Persien und Afghanistan anknüpfte, um einen Feldzug nach Indien vorzubereiten: der friedliche Lord Aberdeen erfuhr heftige Angriffe, und der Eintritt Lord Palmerstons in den Rat der Königin war das Zeichen eines schärferen Vorgehens. Noch ein-
5. Dez. mal trat in Wien eine Konferenz der vier Großmächte zusammen, um die für einen dauernden Frieden erforderlichen Grundlagen festzustellen: Unverletzlichkeit des türkischen Gebietes und Räumung der Donaufürstentümer durch die Russen, Zusicherung des Sultans, den christlichen Kirchen aller Konfessionen seinen Schutz zu gewähren. Zugleich aber ließen die Westmächte ihre Flotten in das Schwarze Meer einlaufen und kündigten an, daß sie jedes russische Kriegsschiff, das gegen die Türkei feindselig vorgehe, in den Grund bohren würden; als dann der Zar die Räumung der
27. März 1854 Donaufürstentümer verweigerte, erklärten sie den Krieg.

Stellung Österreichs

Natürlich versuchten sie Österreich und Preußen zu dem gleichen Schritte zu bestimmen. In Wien war man geneigt, mit den Westmächten zusammenzugehen, da die österreichischen Interessen durch das Vorgehen der Russen an der Donau schwer geschädigt werden mußten; man konnte sich aber zu einem festen Anschluß nicht entschließen, wünschte

vor allem, Preußen und den Deutschen Bund in diesen Krieg hineinzuziehen, und beschränkte sich vorläufig auf die Aufstellung eines Beobachtungskorps an der serbischen Grenze. In Preußen neigte die Volksstimmung zu dem Kriege gegen Rußland, und sogar hochstehende Kreise — man nannte diese Gruppe nach dem von ihr begründeten Organ „Wochenblattspartei" —, unter ihnen die Grafen Goltz und Portalès, Bethmann-Hollweg, Matthes und der Gesandte in London, v. Bunsen, forderten denselben. Auch der Prinz von Preußen war mit dem Anschluß an die Westmächte, besonders an England, einverstanden; er wollte Rache für Olmütz haben, faßte diesen Krieg gewissermaßen als einen liberalen Kulturkampf des Westens gegen den Osten auf und trat im Verlaufe der Verhandlungen so entschieden gegen den König auf, daß dieser ihn für den „Absagebrief" auf einen vierwöchentlichen „Urlaub" nach Baden-Baden entfernte. Auf der anderen Seite waren die Konservativen und die „Kabinettsregierung", die reaktionäre Umgebung des Königs, Gerlach, Graf Dohna, v. der Gröben, der Flügeladjutant Edwin von Manteuffel, der Kabinettsrat Niebuhr, für den Anschluß an Rußland. Den richtigen Weg der preußischen Politik wies der Bundesgesandte in Frankfurt, Otto v. Bismarck; er riet, daß Preußen sich keiner der europäischen Parteien hingeben solle: es solle in fester, bewaffneter Neutralität auf sich selber stehen, Deutschland um sich schließen, vor allem aber sich nicht von Österreich mißbrauchen lassen, dem gegenüber gerade diese europäische Verwicklung der unbeteiligten und ausschließlich deutschen Macht Preußens zugute kommen müßte; niemals dürfe Preußen sich in einen Kampf gegen Rußland treiben lassen, der nur andern, nie Preußen von Nutzen sein könne. Trotzdem schloß die preußische Regierung, als die Westmächte den Krieg erklärt hatten, mit Österreich einen Vertrag, der noch einmal die ganze Übermacht des österreichischen Einflusses auf den preußischen Hof zeigte.

Preußens

Österreichisch-preußischer Vertrag 20. April

Beide Mächte garantierten sich ihren gesamten Besitzstand für die Dauer des Krieges, verpflichteten sich auch zum Schutze der Rechte und Interessen Deutschlands. Jede der beiden Mächte sollte gegen jeden Angriff auf ihre Gebiete auch in dem Falle eintreten, wenn eine von ihnen im Einverständnis mit der andern sich veranlaßt finden sollte, aktiv vorzugehen. Alle deutschen Bundesregierungen sollten aufgefordert werden, dem Bündnis beizutreten. Preußen versprach Waffenhilfe, wenn Rußland auf eine österreichische, von Preußen unterstützte Aufforderung die Donaufürstentümer nicht räumen würde.

Der Deutsche Bund

Auf Grund dieses Vertrages glaubte nun der österreichische Minister Buol auch die deutschen Bundesstaaten für Österreichs Interesse in den Krieg hineinziehen zu können. Bei ihnen aber fand Bismarck, der über den Vertrag auf das höchste erbittert war, die beste Unterstützung seiner Politik. Auf einer Konferenz in Bamberg beschlossen die deutschen Mittelstaaten strenge Neutralität (am Bundestage, dem Österreich und Preußen die Frage vorlegten, stimmten später freilich doch alle Mitglieder außer Mecklenburg für den Vertrag). Graf Buol sandte trotzdem eine drohende Note nach Petersburg und schloß, ohne in Berlin anzufragen, mit der Türkei einen Vertrag über die gemeinsame Besetzung der Donaufürstentümer. Da erklärte der Zar sich bereit, die Fürstentümer zu räumen, wenn Österreich die Gewähr übernähme, daß auch die Gegner von weiteren Feindseligkeiten gegen russisches Gebiet abließen. Aber Graf Buol war damit nicht zufrieden; er verlangte die bedingungslose Räumung, ließ österreichische Truppen einrücken und drängte Preußen zur Mobilmachung.

25. Mai 1854

24. Juli

14. Juni

21. Juni

20. Aug.

Die preußische Regierung indes handelte jetzt ganz im Sinne Bismarcks: sie fand die russische Antwort befriedigend, ihre Forderung billig, eine Mobilmachung überflüssig. Auf der anderen Seite verlangten nun die Westmächte von Österreich den sofortigen Eintritt in den Krieg.

Preußen und Österreich

Da räumte der Zar aus „strategischen" Gründen die Donaufürstentümer (§ 201). Für Preußen war damit die am 20. April vorgesehene Voraussetzung der Waffenhilfe beseitigt. Aber Buol beharrte dabei, daß Preußen und der Deutsche Bund auch in Zukunft verpflichtet seien, Österreich ihre Streitkräfte zur Verfügung zu stellen: ohne erst in Berlin anzufragen, zeigte er den deutschen Regierungen an, daß Österreich und Preußen gemeinsam beim Bunde den Antrag auf Mobilmachung der halben Bundeskontingente stellen würden. Auf Bismarcks Rat teilte nun die preußische Regierung den deutschen Regierungen die gesamte diplomatische Korrespondenz mit und erklärte, nur in Gemeinsamkeit mit den Bundesgenossen vorgehen zu wollen. Übrigens hatte Österreich vorher noch einen andern Vertragsbruch des Bündnisses vom 20. April begangen, durch welches

8. Aug. 1854 Sonderverhandlungen mit fremden Mächten verboten waren: es hatte sich mit den Westmächten zu vier Forderungen an Rußland verständigt, in denen eine europäische Aufsicht über die Donaufürstentümer, freie Schiffahrt auf der Donau bis zum Meere, Revision des Vertrages von 1841 (§ 147) und die Beseitigung des russischen Protektorates über die christlichen Untertanen der Pforte verlangt wurde. Obwohl man in Berlin auf das äußerste erbittert war über die Schaffung eines solchen neuen Kriegsfalles, der auch Deutschland in den Krieg hineinziehen konnte, so empfahl doch der König dem Kaiser Nikolaus die Annahme der vier Punkte, ließ aber gleichzeitig in Wien erklären, daß er durch die Ablehnung derselben nicht zu einem kriegerischen Vorgehen gegen Rußland sich veranlaßt sehen würde.

28. Nov. In der Tat nahm der Zar die vier Punkte an. Trotzdem schloß Buol mit den Westmächten einen engeren Allianzvertrag ab und hielt Preußen

2. Dez. den Eintritt in dieses Bündnis, das nur noch die volle Demütigung Rußlands bezweckte, offen. Die Aufregung über diesen Schritt war ungeheuer. In Rußland sah man das Wort Schwarzenbergs in Erfüllung gehen: „Österreich werde die Welt durch seine Undankbarkeit in Erstaunen setzen", und die russischen Staatsmänner vergaßen diese Vergeltung für die in Ungarn (§ 184) und Warschau (§ 188) geleistete Hilfe nicht mehr. Am 16. Dezember forderten die drei Mächte Preußen zum Beitritt in das Bündnis auf; der König, der keinen festen Entschluß finden konnte, wandte sich durch einen besonderen Vertrauten, v. Usedom, mit einem Schreiben an die Königin Viktoria von England, Preußen nicht dem Schicksal der Isolierung zu überlassen. Diese Sendung scheiterte vollständig.

Österreichs Niederlage

Doch auch Österreich erfuhr nun eine schwere Niederlage in Deutschland. Seine Macht ohne Preußen und den Deutschen Bund war zu schwach, die Bedingungen des Vertrages vom 2. Dezember zu erfüllen, und alle seine Versuche, diese noch in den Krieg hineinzuziehen, wurden zurückgewiesen. Nur zum „Schutze der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Deutschlands", aber nicht in Ausführung des Vertrages vom 20. April

8. Febr. 1855 beschloß der Bund die Bereitstellung des Bundeskontingentes. Ein Vertreter der bisher Preußen so feindselig gesinnten Mittelstaaten begrüßte Bismarck zu diesem Siege wahrhaft deutscher Politik mit den bezeichnenden Worten: „die Mittelstaaten seien fest überzeugt, Preußen werde durch die

Anerkennung und das Vertrauen, mit welchem die Leitung der Bundespolitik jetzt in seine Hand gelegt werde, eine Ehrenpflicht erkennen, diese hegemonische Stellung festzuhalten, denn ein Verlust dieser herrschenden Stellung würde für Deutschland eine große Kalamität sein". Bismarcks Ratschlägen war es auch zu danken, daß der Plan, französische Truppen durch Deutschland auf den Kriegsschauplatz zu führen, scheiterte. Während Österreich so untätig bleiben mußte, war ein ihm sehr unwillkommener Bundesgenosse, sein Todfeind in Italien, Sardinien, in das Bündnis der drei Mächte eingetreten. 15. Jan. 1855

§ 201. Der Krieg bis zum Tode des Kaisers Nikolaus. Diese diplomatischen Verhandlungen hatten den Krieg selbst nicht zum Stillstand gebracht. Die Erwartungen des Kaisers Nikolaus auf eine allgemeine Erhebung der Christen gingen freilich nicht in Erfüllung. Die Serben, Bulgaren, Bosnier verhielten sich ruhig. Nur in Griechenland waren die Aufwiegelungen russischer Parteigänger wirksam genug, einige Aufstände zu erregen; indes bei der vorsichtigen Zurückhaltung des Königs Otto blieben sie ohne weiteren Einfluß auf den Krieg selbst. Aber auch sonst entsprach dessen Verlauf den großsprecherischen Verkündigungen der Russen keineswegs. Das alte Sinnbild von dem schweren Koloß auf tönernen Füßen schien sich zu bewähren.

Landfeldzug

Da Rußlands bisherige Machtstellung hauptsächlich auf dem Glauben der Welt an dessen unerschöpfliche Kräfte beruhte, so mußte der Krieg mit mehr Nachdruck geführt werden. Deshalb wurden Rüstungen in großer Ausdehnung veranstaltet und der greise Fürst Paskiewitsch (§ 183) als Oberbefehlshaber aufgestellt. März 1854

Mitte März ließ dieser nicht weit von der Mündung des Pruth seine Heere über die Donau gehen; General Lüders besetzte die Dobrudscha, drang über den Trajanswall und vereinigte sich, während Omer Pascha sich vor der Übermacht nach der Festung Schumla zurückzog, mit der Heeresabteilung, welche General Schilder vor die Mauern von Silistria geführt hatte. Dieses Vorgehen trieb die Westmächte zu größerer Tätigkeit. Im April segelten ein englisches Heer von 20000 Mann unter Lord Raglan und ein mehr als doppelt so starkes französisches Heer unter dem Marschall St. Arnaud (§ 197) nach dem Oriente und bewiesen durch die Beschießung der Handelsstadt Odessa den Ernst ihrer Absichten. 22. April

Die Haltung Österreichs, dessen Truppen zur Besetzung der Walachei und Moldau vorrückten (§ 200), sowie die Landung einer Truppenabteilung der Verbündeten bei Varna bestimmten Paskiewitsch, nachdem seine gegen Silistria unternommenen Stürme durch die Tapferkeit des Kommandanten Mussa Pascha und die Geschicklichkeit des früheren preußischen Artillerieoffiziers Grach abgeschlagen worden waren, sein geschwächtes Heer über die Donau und dann über den Pruth zurückzuführen. 28., 29. Mai u. 9. Juli August

Damit waren die Donaufürstentümer geräumt (§ 200). Aber auch die Verbündeten erlitten schwere Verluste. Bei einem Versuch der Franzosen, in die Dobrudscha vorzurücken, wurden zweitausend Mann durch die Hitze und die Cholera dahingerafft, auch im Lager von Varna wütete diese fürchterliche Krankheit.

Krieg in der Ostsee

Unterdessen segelte eine englische Flotte, begleitet von einigen französischen Schiffen, unter dem alten Admiral Charles Napier nach der Ostsee, in der Absicht, Schweden zum Anschluß zu bewegen, die Inselfestung Kronstadt, welche den Zugang der russischen Hauptstadt beschützt,

zu erobern und Petersburg zu belagern. Aber die Erfolge entsprachen nicht den Erwartungen. Schweden ahmte das Beispiel Preußens nach und blieb neutral, die Mauern von Kronstadt aber spotteten aller Angriffe;
16. Aug. außer der Eroberung der kleinen Festung Bomarsund auf den Alandsinseln durch Baraguay d'Hilliers hatte dieser Seekrieg keine andern Trophäen aufzuweisen, als einige gekaperte Handelsfahrzeuge und die Brandstätten friedlicher Städte und Dörfer an der Küste Finnlands.

Landung in der Krim

In Varna wurde nun Kriegsrat gehalten; man empfahl eine Landung in Asien, um die Russen aus dem Kaukasusgebiet zu verdrängen, was den Engländern besonders zusagen mußte, da sie hier die russischen Pläne in Persien und Afghanistan kreuzen konnten. Aber St. Arnaud stimmte für einen Angriff auf Sewastopol, den mächtigen Kriegshafen in der Krim, und Lord Raglan, dem die Vernichtung der russischen Seemacht im Schwarzen Meer vor allem am Herzen lag, gab seine Zustimmung. 15000 Mann der verbündeten Armee waren bereits ins Grab gesunken;
4. Sept. 1854 mit etwas über 50000 Mann nebst 6000 Türken landete die Flotte bei Eupatoria an der Westküste der Krim. Der erste Angriff richtete sich gegen den Fürsten Menschikow, der mit 30000 Mann das von der Alma durchbrochene westliche Randgebirge besetzt hielt. Trotz der festen Stellung und der Tapferkeit der Russen gelang es dem französischen
20. Sept. General Bosquet, mit den Zuaven in der blutigen Schlacht an der Alma den Sieg zu gewinnen. Dieser Sieg ließ eine rasche Beendigung des Feldzuges hoffen, und eine falsche Botschaft, welche ein Tatar überbracht haben soll, verkündigte schon den ängstlich harrenden Völkern die Einnahme der Festung Sewastopol. Aber so schnell sollte das Bollwerk der russischen Herrschaft im Schwarzen Meere nicht fallen.

Belagerung Sewastopols

Da die Verbündeten, geschwächt durch den furchtbaren Kampf an der Alma, nicht sofort zum Angriff schritten, fand Menschikow Zeit, die Besatzungstruppen zu verstärken und die Stadt mit neuen Festungswerken zu umgeben, wobei ihm der Deutschrusse Totleben aus Mitau, ein genialer Artillerieoffizier, treffliche Dienste leistete. Zugleich ließ er sieben große Kriegsschiffe im Hafen versenken, um der feindlichen Flotte das Einlaufen unmöglich zu machen. Als die Verbündeten in die Nähe der Stadt gelangten, überzeugten sie sich bald, daß sie zu einer regelrechten Belagerung schreiten müßten. Die Engländer setzten sich an der Bucht von Balaklawa, die Franzosen westwärts an der von Kamiesch fest.
17. Okt. Bald nachher starb St. Arnaud auf dem Schiffe, das den siechen Feldherrn nach Konstantinopel führen sollte. An seiner Stelle übernahm General Canrobert den Oberbefehl. Nun begann ein Belagerungskrieg, auf den alle Welt mit Staunen blickte. Der erste Ver-
25 Okt. such, durch einen vereinten Angriff des Landheeres und der Flotte die Stadt zu erstürmen, endete mit einem verlustvollen Rückzug der Verbündeten. Acht Tage später wurden die Engländer in ihrer festen Stellung bei Balaklawa von General Liprandi angegriffen, wobei die Reiterei unter Lord Cardigan schweren Schaden litt. Am 5. November wurde dann unter den Augen der beiden Großfürsten Nikolaus und Michael die mörderische Schlacht
5. Nov. von Inkerman geliefert, die nach furchtbaren Kämpfen endlich zugunsten der Verbündeten entschied. Auch in ihren Reihen befanden sich zwei fürstliche Personen, der Herzog Charles von Cambridge und Prinz Jerome Napoleon, Enkel des ehemaligen Westfalenkönigs Jerome. Die blutige Schlacht von Inkerman mehrte nur die Leiden, brachte aber in der Lage keine Änderung hervor. Man mußte sich zu einem Winterfeldzuge entschließen, zu dem aber keine Vorbereitungen getroffen waren. So wurde die Not immer größer. Schon im Herbst traten Stürme und Regengüsse ein, wodurch die Laufgräben in Kanäle verwandelt, die Zelte oft fußhoch mit Wasser gefüllt wurden. Krankheiten aller Art (Cholera, Typhus) entstanden und hielten unter den Truppen reichliche Ernte. Am meisten litten die Türken und Engländer; bei den letzteren traten große Mängel in der Verwaltung zutage. Barmherzige Schwestern und englische Jungfrauen, vor allen Miß Nightingale, waren mit edler Aufopferung bemüht, die Leiden der unglücklichen Soldaten nach Kräften zu mildern. Der russische Widerstand war am Jahresschluß noch ungebrochen.

Neue Rüstungen

Da traten mit dem Jahre 1855 Ereignisse ein, welche dem Gang der Dinge bald eine entscheidende Wendung gaben. Österreich freilich vermochte trotz des Vertrages vom 2. Dezember nicht energisch einzugreifen (§ 200), dagegen sandte Sardinien 15000 Mann unter Lamarmora nach dem Kriegsschauplatze. Vor allem aber sprach sich in England die Entrüstung über die Mißstände in der Kriegsverwaltung so scharf aus, daß Lord Aberdeen gänzlich aus dem Ministerium schied, mit dessen Leitung 29. Jan. 1855 nunmehr Lord Palmerston betraut wurde. Dieser betrieb den Krieg mit großer Tatkraft; der Not wurde durch Zufuhren abgeholfen, neue Mannschaft füllte die Lücken, Kriegsbedarf wurde eingeschifft. Eine ähnliche Regsamkeit trat in Frankreich zutage, als der zurückgekehrte Prinz Napoleon über die Lage Bericht abstattete. Dieser Tätigkeit begegnete der russische Kaiser mit gleichen Anstrengungen. Eine allgemeine Aushebung im ganzen Reich ermöglichte es ihm, große Heermassen nach der Krim zu senden; indes ein Angriff, den General Chrulew auf Eupatoria machte, scheiterte an 10. Febr. 1855 der Festigkeit der Verschanzungen und an der Tapferkeit der türkischen Besatzung unter Omer Pascha. Nun starb unerwartet Zar Nikolaus. 2. März 1855 Sein Sohn Alexander II. war ein menschenfreundlicher Fürst von Alexander II. 1855–1881 milderer Gesinnung und friedlicherer Natur als der Vater.

Friedensverhandlungen

§ 202. Eroberung von Sewastopol und Ausgang des Krieges. Alexander erklärte zwar bei seinem Regierungsantritt, daß er die Politik im Sinne seines Vaters fortführen werde, ließ aber doch seine Bevollmächtigten Alexander Gortschakov und Titow an neuen Friedens- 15. März– unterhandlungen in Wien teilnehmen. Preußen wurde dazu nicht 4. Juni eingeladen, weil es dem Vertrage vom 2. Dezember 1854 nicht beigetreten war. Die Verhandlungen scheiterten an dem Streben der Westmächte, die russische Seemacht auf dem Schwarzen Meer zu beschränken, an der Revision des Vertrags von 1841 (§ 147), welcher den fremden Kriegsschiffen die Dardanellen und den Bosporus verschloß. Die unentschiedene Haltung Österreichs gab Napoleon, der darin einen Bundesbruch sah, Anlaß zu starker Verstimmung, die sich später in der italienischen Frage äußerte (§ 213).

Fortgang der Belagerung Sewastopols

Inzwischen ging der furchtbare Kampf auf der Krim weiter. Napoleon hatte schon im Januar den Artilleriegeneral Niel nach der Krim geschickt. Dieser erkannte alsbald die richtige Stelle, wo der Hauptangriff geschehen müsse, und nach seinem Rat suchte man durch Laufgräben und Verschanzungen sich der südlichen Vorstadt Karabelnaja zu nähern. Aber Totleben begegnete dem Vorhaben durch gewaltige Befestigungen und schuf in dem sogenannten Malakowturm ein sehr starkes, fast uneinnehmbares Bollwerk.

Die Streitkräfte waren auf beiden Seiten bedeutend verstärkt worden. Die Armee der Verbündeten betrug 174500 Mann (100000 Franzosen, 14500 Sardinier, 32000 Engländer, 28000 Türken), die der Russen über 150000. Durch die zuwartende Stellung Österreichs, das einen Teil seiner Truppen entlassen hatte, wurde Rußland instand gesetzt, die gegen Österreich aufgestellten Streitkräfte gleichfalls nach der Krim zu entsenden, wo Michael Gortschakow, ein Bruder des Diplomaten, an Stelle Menschikows zum Oberbefehlshaber ernannt worden war. An Stelle des Generals Canrobert, der mit Lord Raglan sich nicht vertrug, erhielt General Pélissier den Oberbefehl; mit edler Selbstentsagung stellte sich 16. Mai Canrobert unter die Befehle seines bisherigen Untergebenen. Einzelne Festungswerke, wie der grüne Mamelon auf der Ostseite, wurden zwar erstürmt, dagegen der am Schlachttag von Waterloo unternommene allgemeine Sturm mit unermeßlichem Menschenverlust zurück- 18. Juni geschlagen. Zehn Tage nachher wurde Lord Raglan von der Cholera hingerafft, worauf 28. Juni General Simpson den Oberbefehl übernahm, und am 11. Juli traf eine feindliche Kugel

den russischen Admiral Nachimow. Pélissier verfolgte seinen Plan, die Laufgräben bis dicht vor die feindlichen Schanzen zu führen und so die Festung „wie in einem Schraubstock" zu fassen, mit der größten Tatkraft. Ein Versuch Gortschakows, von der Tschernaja aus mittelst eines Flankenangriffs die feindlichen Linien zu durchbrechen, endigte mit einem verlustvollen Rückzug; in diesem Gefechte zeichnete sich die piemontesische Mannschaft durch kriegerische Tüchtigkeit aus. Ermutigt durch den Erfolg an der Tschernaja, verdoppelte Pélissier seine Anstrengungen. Vom 17. August an dauerten die Angriffe fast ohne Unterbrechung fort, und nachdem vom 5. September ab ein furchtbares, Tag und Nacht fortdauerndes Bombardement schreckliche Verheerungen angerichtet und gegen 5000 Russen hingerafft hatte, begann am 8. September Schlag zwölf Uhr der Hauptsturm. Der schwerste Teil der Arbeit fiel den Franzosen zu, welche den Malakowturm als Ziel gewählt hatten; die Engländer richteten ihren Angriff gegen den sogenannten Redan. Die Sturmkolonnen der Generale Bosquet und Mac Mahon erstiegen bald die Höhe, aber im Innern setzten die Russen, durch viele ineinander laufende bedeckte Gänge geschützt, den Eindringlingen einen verzweifelten Widerstand entgegen, bis nach fünfstündigem Kampfe die Franzosen Meister des Turmes wurden. Die Engländer bemächtigten sich zwar des Redan, wurden aber wieder zum Weichen gebracht. Ihr Verlust betrug 2400 Mann, indes der der Franzosen sich auf 7300 belief und die russische Kriegsmacht an diesem und dem folgenden Tage mehr als 13000 Streiter einbüßte. Mit dem Falle des Malakowturms war das Schicksal von Sewastopol entschieden. Während der Nacht ließ Gortschakow alle Festungswerke der südlichen Stadt, die noch in russischen Händen waren, in die Luft sprengen und die noch übrigen Schiffe der Kriegsflotte bis auf einen einzigen Dampfer im Hafen versenken. Darauf führte er den Rest des Heeres auf die Nordseite des Meerbusens, die Schiffbrücke hinter sich zerstörend.

16. Aug.

Sturm auf den Malakow 8. Sept.

Kämpfe in Asien

So endete der denkwürdige Belagerungskrieg von Sewastopol. Aber noch hielt der russische Doppeladler die Halbinsel Krim fest, da Gortschakow auf den Höhen im Osten der Stadt eine beherrschende Stellung genommen hatte. Es änderte wenig an der Sachlage, daß die verbündete Flotte zuerst die kleinen russischen Festungen Taman und Phanagoria gegenüber von Kertsch zerstörten und dann von Kinburn an der Dnjeprmündung aus Oczakow bedrohte. Je lauter sich überall der Wunsch nach Frieden aussprach, desto mehr wünschte Rußland, um nicht als überwundene Macht zu erscheinen, durch einen neuen Erfolg die Niederlage von Sewastopol auszugleichen. Dieser Wunsch wurde auf dem Kriegsschauplatz in Asien erfüllt. Dort hatten die Türken den Krieg mit der Überrumpelung des Forts St. Nikolaus, unweit Batum, eröffnet, wurden aber von Orbalian bei Karaklissi geschlagen, von Andronikow bei Achzur und Achalzich, dann entscheidend von Bebutow bei Ughusli, so daß sie von da ab sich auf die Verteidigung beschränken mußten. Die letzten Kämpfe fanden vor Kars statt. Diese von General Murawiew belagerte türkische Festung wurde nach der heldenmütigen Verteidigung unter Wassif Pascha, dem der Engländer Williams und der ungarische General Kmety mit Rat und Tat zur Seite standen, durch Hunger zur Übergabe gezwungen. Die kaukasischen Bergvölker, die Tschetschenzen unter Schamyl (§ 152) im Osten, die Abchasen Tscherkessen u. a. im Westen, hatten sich kaum geregt. So hätte Murawiew im Frühjahr 1856 den Marsch auf Erzerum antreten können, — da kam der langersehnte Friede.

14. Nov. 1855

19., 26. Nov.

27. Nov.

Österreich, dessen Finanzen unter der Kriegslast schwer litten, drängte am meisten auf die Beendigung des Krieges. Graf Buol richtete im Einverständnis mit den Westmächten eine Depesche nach Petersburg, in der er die vier Punkte vom 8. August (§ 200) näher auseinandersetzte und zugleich die Neutralisierung des Schwarzen Meeres und eine kleine Gebietsabtretung in Bessarabien forderte, durch welche die Donaumündungen der russischen Macht ganz entzogen werden sollten. Zuerst zögerte der russische

16. Dez. 1855

Kaiser mit der Annahme dieser Forderungen, gab dann aber auf die Drohung des österreichischen Gesandten, Petersburg zu verlassen, nach und ließ die Präliminarien in Wien unterzeichnen. Als Sitz des künftigen Friedenskongresses wurde aber Paris bestimmt, nicht Wien, wie Buol gewünscht hatte, denn nun trat das Übergewicht Frankreichs mehr und mehr hervor. Von diesem Kongresse blieb Preußen zuerst ausgeschlossen, und man gestattete ihm schließlich nur, den von den andern Mächten gefaßten Beschlüssen seine Unterschrift beizufügen. Der Minister Manteuffel bettelte geradezu um die Zulassung zu dem Kongreß. „Seine Ungeschicklichkeit in dem Krimkriege", urteilte Bismarck, „hatte dazu geführt, Preußen für Österreich, England, Frankreich auszuspielen und einzusetzen, um demselben in Paris diese demütigende Zulassung zum Kongreß und eine mention honorable als europäische Macht zu verdienen." Am 26. Februar 1856 trat der Friedenskongreß in Paris zusammen, unter dem Vorsitze des französischen Ministers des Auswärtigen, des Grafen Walewski, eines Verwandten Napoleons. Am 30. März erfolgte der Friedensschluß.

Friedensschluß — 1. Febr. — 26. Febr. 1856 — 30. März

Kars, Sewastopol und die übrigen besetzten Plätze wurden geräumt; Rußland trat ein Stück von Bessarabien ab, welches die Donauschiffahrt freimachte. Die durch diesen Teil Bessarabiens vergrößerten Fürstentümer Moldau und Walachei sowie Serbien wurden neben der Oberherrlichkeit (Suzeränität) des Sultans noch unter den Schutz der Vertragsmächte gestellt; über die Gleichberechtigung der Christen mit den Mohammedanern sollten sämtliche Großmächte wachen; die Donauschiffahrt wurde für unbedingt frei, das Schwarze Meer für neutral erklärt, den Handelsschiffen aller Nationen geöffnet, aber ihrer Kriegsflagge untersagt; Rußland und die Türkei dürfen für den Küstendienst je 10 kleine Schiffe dort halten, dagegen keine See-Zeughäuser beibehalten oder gar errichten. Die Türkei wurde in den Rat der Großmächte aufgenommen. Die von Napoleon gewünschte Beratung anderer europäischer Fragen wurde fallen gelassen; nur eine humane Reform des Seerechts kam zum Abschluß.

Das Ergebnis des Krieges war sehr bedeutungsvoll. Rußlands Übergewicht war gebrochen, an seine Stelle hatte das französische Kaisertum das Schiedsrichteramt in Europa übernommen. Von allen Seiten wurden dem „Emporkömmling" an der Seine Huldigungen dargebracht, dessen Glück um diese Zeit noch durch die Geburt eines Sohnes erhöht wurde, des „Kindes von Frankreich", dessen Thronfolge zu sichern nun Napoleons höchstes Streben wurde. Zwischen Rußland, das über die Undankbarkeit des Donaustaates schwer erzürnt war, und Österreich hatte sich eine tiefe Kluft geöffnet, auch zwischen Österreich und Preußen, das einen nicht unwichtigen Schritt zur selbständigen Politik getan hatte, war der Zwiespalt offen hervorgetreten. Sardinien endlich hatte durch die geleistete Hilfe sich die Gunst der Westmächte erworben.

Ergebnis des Krieges — 16. März 1856

C. Die Einwirkung des Krimkrieges auf die europäischen Staaten.

1. Rußland und Polen unter Alexander II.

§ 203. Die Reformen in Rußland. Der Krimkrieg hatte der Welt die Schwäche des russischen Selbstherrschertums gezeigt. In Rußland selbst hatte man schon während des Krieges begonnen, in zahlreichen Schriften eine scharfe Kritik an den bestehenden Verhältnissen auszuüben. Man verlangte Sühne für das Unheil, das dieser Krieg über das Land gebracht hatte, und einen unbedingten Bruch mit dem alten System der

Alexander II. 1855—1881

allgemeinen Knechtung. Diese Stimmung fand ein entgegenkommendes Verständnis bei Alexander II.

7. Sept. 1856

Schon bei dem glänzenden Krönungsfest in Moskau bewies er durch eine Reihe von Gnadenakten, welche vielen Verbannten Heimat, Ehre und Namen wiedergaben, eine ungewohnte Milde. Während die feudale Partei in Deutschland wehklagte, daß mit Kaiser Nikolaus „der Vater der reaktionären Weltordnung" aus dem Leben geschieden sei, dachte der Sohn „das ererbte Reich zum Boden eines wichtigen Aufstrebens zu machen, wo der Fortschritt in Förderung des Volkswohles und Bildung des Volksgeistes bestehen sollte". Zunächst galt es, die schweren Wunden zu heilen, die der verheerende Krieg geschlagen hatte. Eine bedeutende Verminderung des Heeres verringerte die Ausgaben; durch Handelsverträge mit mehreren Staaten Europas wurde das Prohibitivsystem mit dem demoralisierenden Schleichhandel gegen die mildere Form der Schutzzölle vertauscht; Dampfschiffahrts- und Handelsgesellschaften nahm der Kaiser unter seinen besonderen Schutz. Durch Verträge mit einheimischen und fremden Bankhäusern ermöglichte er den Bau großer Eisenbahnen. Zugleich wurden in Asien dem Verkehr neue Wege geschaffen durch Beförderung der Schiffahrt auf dem Kaspischen Meere, durch Gründung oder Erweiterung neuer Handelsstationen, durch diplomatische Verhandlungen mit den Reichen Ostasiens, durch Sicherung und Ausdehnung der Grenzen in Tscherkessien und am Südrande Sibiriens. Innerhalb zehn Jahren wurden im Stromgebiet des Jaxartes (Syr-Darja) die russischen Besitzungen nach Khokand ausgedehnt, drangen die russischen Waffen siegreich gegen Chiwa und Samarkand vor, wurde das nordwestliche Turkestan in ein russisches Generalgouvernement Taschkend verwandelt. Schamyl wurde so sehr in die Enge getrieben, daß er als Gefangener nach Rußland wandern mußte (§ 152). Um sich gegen die englische Politik, welche den Russen in Mittelasien wie in Griechenland vielfach feindlich entgegentrat, zu stärken, unterhielt das Petersburger Kabinett nähere Verbindung mit der Regierung der Vereinigten Staaten Nordamerikas, eine Verbindung, die, genährt durch den Verkauf der russisch-amerikanischen Besitzungen an die Union, mit den Jahren an Festigkeit zunahm.

Handelsverträge

Erwerbungen in Asien

1856

1867

Volksaufklärung

Der von Nikolaus ausgeübte Geistes- und Gewissensdruck widerstrebte dem Charakter Alexanders II., und wenn er auch nicht alle Fesseln abstreifen konnte, so suchte er doch Raum zu schaffen für freiere Geistesregungen und räumte dem Gewissen größere Rechte ein. Nicht nur der römisch-katholischen und der evangelisch-protestantischen Kirche gestattete er, nach ihren Lehr- und Glaubensformen zu leben, auch die Zwangsgesetze gegen die Juden wurden gemildert. Noch wirksamer waren die Maßregeln zur Beförderung der Volksaufklärung. Man erleichterte die Einführung fremder Druckwerke und wandte die Zensur in liberalerer Weise an, wodurch der deutschen Wissenschaft und Literatur eine größere Verbreitung möglich wurde; auch gegen die Presse des Inlandes wurden die Verordnungen des früheren Regiments in milderem Sinne gehandhabt, so daß die Zahl der Zeitungen und periodischen Schriften in russischer Sprache bedeutend zunahm. Die Reisen nach dem Auslande mehrten sich, seitdem die Pässe nicht mehr um so hohe Summen erworben werden mußten, und auch die Zahl der nach Rußland reisenden oder einwandernden Fremden stieg, seitdem die Polizei nicht mehr jeden Ausländer mit Argusaugen überwachte. Dadurch wurde der Austausch der Gedanken, Kenntnisse und Erfahrungen erleichtert. Zugleich war man auf Hebung des Unterrichts bedacht, teils durch Verbesserung und Mehrung der Schulen, besonders der Mittelschulen, teils durch Aussendung von Lehrern, welche mit Staatsunterstützung in Deutschland und anderen Ländern sich weiter ausbilden sollten. Dies hatte zur Folge, daß deutsche Schuleinrichtungen und Methoden mehr und mehr Anerkennung und Geltung fanden. Erst der polnische Aufstand (§ 207) unterbrach den Gang dieser friedlichen Entwicklung.

Auch eine Reform der Rechtspflege durch Einführung von Friedens- und Geschworenengerichten wurde in Angriff genommen, durch welche die Sicherheit des Eigentums eine größere Bürgschaft erhalten und der Bestechlichkeit, die bis in die Gerichtssäle hinauf ihren entsittlichenden Einfluß übte, gesteuert werden sollte; in den neuen Einrichtungen der Kreis- und Gouvernementsvertretungen (Semstwos) durfte man das geeignete Mittel erblicken, die verschiedenen Klassen der Bevölkerung nach und nach zu größerer politischer Tätigkeit und Selbständigkeit zu erziehen und den Übergang zu einer ständischen Reichsverfassung anzubahnen. Die eingreifendste Reform aber fand auf sozialem Gebiete statt; durch die Aufhebung der Leibeigenschaft und Gründung freier Bauerngemeinden mit Grundeigentum, eine Maßregel, welche eine vollständige Umwälzung in allen gesellschaftlichen, finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Staates herbeizuführen geeignet war. Rechtspflege 1864 Soziale Reform

Waren auch schon früher Schritte zur Verbesserung der Lage der Bauern getan worden, so wagte doch erst Alexander II., allem Widerstande der Grundherren zum Trotze, die Umgestaltung der bäuerlichen Verhältnisse an der Wurzel anzugreifen. Nachdem in den Gouvernements Wilna, Grodno, Kowno und Petersburg der Adel auf erhaltenen Wink um die Ermächtigung gebeten, die Lage seiner Leibeigenen zu erleichtern, und diese Erlaubnis erhalten hatte, trat unter des Kaisers eigener Leitung ein großes Leibeigenschaftskomitee ins Leben, welches das Werk der Bauernbefreiung in die Hand nahm. Nach den vom Kaiser aufgestellten Grundsätzen sollte das Eigentumsrecht der Grundherren sichergestellt bleiben, doch so, daß der Bauer eine umzäunte Wohnstätte erhält und in den Stand gesetzt wird, innerhalb zwölf Jahren sich durch Geld oder Leistungen von den Verpflichtungen gegen den Gutsherrn freizumachen. Nach Ablauf dieser Frist sollte der Leibeigene frei werden und unter den mit dem Grundherrn verabredeten Bedingungen das Eigentumsrecht an sein Gehöfte und seine Landstücke erhalten. Die so befreiten Bauernschaften sollten dann in Landgemeinden verteilt werden, wobei dem Grundbesitzer die polizeiliche Aufsicht als Vorrecht verbleiben, aber eigene Friedensrichter über die Ausführung der Gesetze und Verträge wachen sollten. Um den Bauern die Erwerbung des Landes zu freiem Eigentum zu erleichtern, sollte die Regierung durch Darlehn Unterstützungen bewilligen. Nach diesen Grundsätzen wurde nun das große Werk der allmählichen Ablösung in Angriff genommen, eine Arbeit, die bei der Abneigung der meisten Adelsversammlungen gegen die Bauernbefreiung mit unendlichen Schwierigkeiten verbunden war. Der Kaiser beharrte jedoch bei seinem Entschluß und gab durch die gänzliche Freierklärung der Bauern auf den Gütern des kaiserlichen Hauses und die unentgeltliche Überweisung der von ihnen bebauten Grundstücke ein hochherziges Beispiel uneigennütziger Menschenliebe. Vor diesem ernsten Willen beugte sich der Adel, und wenn er auch der Ausführung alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg legte, so konnte er doch nicht verhindern, daß die Gubernialausschüsse alle vorbereitenden Arbeiten ins Werk setzten und die statistischen Aufnahmen zur Aufstellung der Zahl und Zustände der Leibeigenen zusammenbrachten. Aus diesen Aufstellungen ergab sich, daß im russischen Reiche, ohne die Ostseeprovinzen, wo die Leibeigenschaft bereits aufgehoben war, und ohne das Gebiet der Kosaken am Schwarzen Meer, wo sie nie bestanden hatte, auf den Adelsgütern 20 158 231 leibeigene Bauern lebten, wozu noch 1 467 378 Hausbediente kamen, die noch rechtloser waren als die Bauern, weil sie keinen Anteil am Gemeindelande und am Gemeinderecht hatten. Außerdem gab es etwa 20 Millionen Kron- oder Reichsbauern, die etwas mehr Freiheit und etwas mehr Land hatten als jene. Von dem großen Gedanken, dieser unfreien Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen, ließ sich Alexander auch dadurch nicht abbringen, daß die Bauern, in der Meinung, der Kaiser habe ihnen volle Freiheit und den freien Besitz der Felder und Wiesen zugesprochen, sich zu Aufständen hinreißen ließen. Diese Bauernaufstände wurden durch Waffengewalt niedergeschlagen und die Rädelsführer schwer bestraft. Zugleich aber bewies ein kaiserliches Manifest, daß auch die Opposition der Bevorrechteten den Zaren nicht wankend machte. Aufhebung der Leibeigenschaft 1857 1858 1862 19. Febr. 1861

§ 204. Die Reformen in Polen. Kaiser Alexander II. dehnte die Reformtätigkeit, die er in Rußland begonnen hatte, auch über Polen aus, wo an die Stelle des alten Fürsten Paskiewitsch, der kurz vor Abschluß des Pariser Friedens aus der Welt geschieden war, Fürst Michael Gortschakow, der Verteidiger von Sewastopol, als Statthalter trat. 1. Febr. 1856

Reformen 1856

Ein Amnestieerlaß gewährte den meisten polnischen Flüchtlingen die Rückkehr in die Heimat und die Wiedereinsetzung in ihre bürgerlichen Rechte, im folgenden Jahre wurde eine neue, der russischen nachgebildete Gerichtsorganisation eingeführt und an jedem Gymnasium ein Kursus zur Ausbildung im polnischen
1857 Recht errichtet. Sodann wurden die Gutsbesitzer aufgefordert, sich wegen Ablösung der bäuerlichen Fronden innerhalb fünf Jahren auseinanderzusetzen; nach Verlauf dieser Frist werde die Regierung die Ablösung durchführen. Mehrere Jahre lang unterblieben die Aushebungen zum Militär; die Schranken, welche das Reich von dem Auslande abgeschlossen hatten, fielen auch in Polen wie in
1858 Rußland, und Warschau wurde wie Petersburg in das große Eisenbahnsystem aufgenommen, durch welches alle Teile des Reiches unter sich und mit dem übrigen Europa in Verbindung gesetzt werden sollten. Zugleich wurden die Satzungen einer Landwirtschaftlichen Gesellschaft in Warschau genehmigt. Bei der Postverwaltung trat an die Stelle der russischen Sprache die polnische, den Städten wurde die freie Wahl ihrer Gemeindebehörden eingeräumt, in der Verwaltung wurden Reformen in Aussicht gestellt. Auch in kirchlichen Dingen machte sich ein duldsamer Geist geltend, nur der Übertritt von der griechischen zur römisch-katholischen Kirche blieb untersagt.

Stimmung in Polen

Trotz alledem gab sich unter den Polen eine aufgeregte Stimmung kund. Die Schwächung Rußlands durch den Krimkrieg erweckte in der Nationalpartei die Hoffnung, durch einen Aufstand die Unabhängigkeit Polens zu erlangen; auch die Vorgänge in Italien (§ 212), sowie der von Frankreich aus verkündete Grundsatz der nationalen Selbstbestimmung (§ 211) übten einen unverkennbaren Einfluß auf die Gemüter aus. Unter der Einwirkung der im Ausland weilenden Emigranten, welche, den veränderten Verhältnissen entfremdet, an den Ideen der Vergangenheit festhielten (§ 123), bildete sich eine Partei des nationalen Widerstandes, die, durch Geheimbünde über das ganze Land verbreitet, jede Gelegenheit zu Demonstrationen benutzte. Doch waren die Gesinnungen noch sehr geteilt, besonders zeigten sich die Bauern zurückhaltend, ja vielfach russenfreundlich.

Polnische Demonstrationen

Im Herbst 1860, als Alexander mit den Herrschern von Österreich und Preußen in Warschau eine Zusammenkunft hatte, trat zuerst ein unheimlicher Geist zutage: der Adel hielt sich von den Festen fern, welche durch die Anwesenheit der hohen Herrschaften veranlaßt wurden. Da nun aber trotz mancher Anzeichen eines Aufstandes die Regierung sich untätig verhielt, wurde am Jahres-
25. Febr. 1861 tage der Schlacht von Grochow (§ 123) eine größere Demonstration veranstaltet; die zusammengeströmte Menge mußte mit Säbelhieben auseinandergetrieben werden. Am andern Tage kam es zu neuen blutigen Zusammenstößen mit dem Militär. Fürst Gortschakow suchte in einer Proklamation versöhnend einzuwirken; er gestattete die Bildung einer Bürgerwehr, des „Sicherheitskomitees", und die Absendung einer Adresse an den Kaiser, in der beklagt wurde, daß die polnische Nation eines gesetzlichen Organs entbehre, durch das sie unmittelbar
26. März dem Zaren ihre Wünsche vortragen könnte. Schon am 26. März erschien ein Ukas, in dem den Polen die Errichtung einer selbständigen Sektion für Kultus und Unterricht in Warschau unter der Leitung des allgemein geachteten polnischen Magnaten Alexander Wielopolski sowie die Einsetzung eines polnischen Staatsrats und die Organisation von wählbaren Gemeinde-, Kreis- und Gubernialräten zugestanden wurden. Es war der Anfang einer staatlichen Neubildung auf nationaler Grundlage.

Aber die Polen wollten mehr: sie wünschten die Herstellung ihres alten Staates. Die Aufregung wuchs, als die Regierung die Bürgerwehr entließ und den Landwirtschaftlichen Verein auflöste, den sie nicht ohne Grund als
7. April 1861 die Seele der ganzen Bewegung ansah. Vor dem Gebäude dieses Vereins sammelte sich die Menge an und sang das Nationallied: „Noch ist Polen nicht verloren!" Als man dann vor das Schloß des Statthalters zog, ließ Fürst Gortschakow Militär ausrücken und forderte das Volk zum Auseinandergehen auf. Die

Menge aber verlangte zuerst die Entfernung der Soldaten, und der Fürst befahl diesen, abzuziehen. Am folgenden Tag wiederholten sich die Auftritte. Wieder verfuhren die Truppen mit der größten Langmut und Schonung; erst als zwei Soldaten getötet worden waren, gaben sie Feuer, und nun blieben allerdings dreißig Tote und eine große Anzahl Verwundeter auf dem Platze. Am folgenden Tage wurde die militärische Besetzung der Stadt vorgenommen, der Gemeinderat aufgelöst und Anordnungen getroffen, die einem Belagerungszustande nahekamen. Durch diese Maßregeln wurde jedoch die nationale Bewegung nicht erstickt. Von den Straßen flüchtete sie in die Kirchen, wo sie an der Geistlichkeit Schutz fand. Schon am 22. April sah sich Wielopolski genötigt, einen Erlaß gegen die Agitationen der polnischen Priester zu veröffentlichen, die er beschuldigte, „in der Nation offenen Haß gegen die Regierung zu erwecken". Umsonst stellte der Statthalter an den Erzbischof von Warschau das Verlangen, einen beruhigenden Hirtenbrief an die Geistlichkeit zu erlassen: es wurde abgelehnt; und trotz des Verbotes wurden in den Kirchen national-religiöse Lieder gesungen, in denen die Herstellung Polens vom Himmel erfleht wurde. Endlich schritt Graf Lambert, der Nachfolger des am 30. Mai gestorbenen Gortschakow zu energischeren Maßregeln: er verhängte den Kriegszustand über das ganze Königreich und verbot alle national-polnischen Kundgebungen. Als dessenungeachtet am folgenden Tage die Todesfeier Kosciuszkos begangen wurde, verhafteten Soldaten die aus den Kirchen heraustretenden Männer. Auf die Kunde davon weigerten sich die übrigen, die Kirchen zu verlassen; Tausende verharrten die ganze Nacht in denselben, bis sie am Morgen durch eintretendes Militär vertrieben wurden. Nun erklärte aber die gesamte Geistlichkeit, daß die Kirchen entweiht seien und geschlossen bleiben sollten. So wurde die Stadt gleichsam unter Interdikt gelegt. Die Regierung gab jedoch nicht nach. An die Stelle des Grafen Lambert trat General Lüders. Dieser ließ alsbald eine Reihe der angesehensten Männer, darunter fast alle Mitglieder des ehemaligen Sicherheitsausschusses, verhaften. Auch der Bistumsverwalter wurde ins Gefängnis gebracht und durch kriegsrichterlichen Spruch zum Tode verurteilt, jedoch unter Vermittlung des Papstes vom Zaren zu einem Jahr Festungshaft begnadigt. Felinski, ein einfacher Priester, der bisher in St. Petersburg gelebt hatte, wurde zum Erzbischof von Warschau ernannt, worauf sich die Kirchen den Gläubigen wieder öffneten.

9. April

14. Okt. 1861

15. Okt.

7. Nov.

Trotz alledem verlor der Kaiser sein Ziel nicht aus dem Auge: er ernannte seinen Bruder, den Großfürsten Konstantin, zum Statthalter und stellte ihm Wielopolski als Leiter der Zivilverwaltung zur Seite. Nun traten die Reformen rasch ins Leben. Die neue Organisation der Verwaltung mittelst gewählter Gemeinde-, Kreis- und Gubernialräte, die durch die Unruhen verschoben worden war, kam zur Ausführung; an die Spitze der Regierung in den einzelnen Gouvernements sowie in den zur Vorberatung der Gesetze errichteten polnischen Staatsrat wurden Polen gewählt, das Unterrichtswesen wurde in nationalem Sinne umgestaltet, die Universität Warschau auf neuer Grundlage ausgebaut, die Gleichstellung der Juden mit geringen Ausnahmen durchgeführt. Aber so wertvoll auch diese Errungenschaften waren: die unter dem Einfluß einer geheimen Verschwörung stehende Bevölkerung verharrte in dem revolutionären Widerstande. Auch der städtische Adel, den Grafen Andreas Zamoyski an der Spitze, trat in die nationale Strömung ein, teils aus Überzeugung, teils aus Furcht vor den Häuptern der Revolutionspartei im Inlande und Auslande, indem er an den Großfürsten eine Adresse richtete, worin nicht nur eine nationale Verwaltung, sondern auch eine nationale Vertretung verlangt wurde. Selbst in den Landschaften des russischen Reiches, die ehemals zu Polen gehört hatten, regten sich altpolnische Gefühle.

Ausführung der Reformen Juni 1862

§ 205. Der polnische Aufstand und die Haltung der Großmächte. Die russische Regierung mußte suchen, dieser Aufregung Meister zu werden, wollte sie sich nicht fortwährend in der Einführung der neuen Staats-

organisation gestört sehen. Sie beschloß daher, die Militäraushebung, die nach mehrjähriger Unterbrechung für das Jahr 1863 wieder angeordnet war, als Mittel zur Unterdrückung der Bewegungen zu benutzen, indem sie dieselbe hauptsächlich über die Städte verhängte, die Landbevölkerung dagegen schonte.

Ausbruch des Aufstandes

Die Kunde von diesem Vorhaben versetzte Warschau in die größte Erregung: trat die Aushebung ins Leben, so schwebte die ganze städtische Jugend in beständiger Gefahr. Der Magistrat ersuchte daher den Großfürsten um Abwendung der Maßregel. Umsonst. Die Regierung bestand auf ihrem Plan; und zwar

1863

sollten in der Nacht des 14. Januar in Warschau alle jungen Leute, die im Verdacht standen, der Bewegung Vorschub zu leisten, oder beschäftigungslos in der Stadt verweilten, ergriffen und ins Militär eingereiht werden. Diese strenge Maßregel wurde ausgeführt. Der Schrecken, der sich infolgedessen über das ganze Land verbreitete, vermehrte die Zahl der Flüchtigen. Nun hielten die Häupter der revolutionären Partei den Zeitpunkt für geeignet, zum offenen Widerstand überzugehen. Sie sammelten die flüchtigen Scharen und alle Teilnehmer der patriotischen Verbrüderungen in Wäldern und organisierten, indem sie sich als

22. Jan.

provisorische Nationalregierung aufstellten, einen Volkskrieg gegen die Russen. Um die Landbevölkerung für die nationale Sache zu gewinnen, erließ das „Zentralkomitee als provisorische Nationalregierung" eine Proklamation, worin den Bauern das erbliche Eigentumsrecht der von ihnen bisher besessenen Grundstücke samt Wirtschaftsgebäuden zugesichert wurde, ohne alle weiteren Verbindlichkeiten, als die davon entfallenden Steuern zu bezahlen und den Landesdienst zu verrichten. Den bisherigen Eigentümern wurde eine Entschädigung aus Nationalfonds vermittelst der Staatsschuld und den Hintersassen, Knechten und Tagelöhnern, sofern sie in die Reihen des Heeres eintraten, ein Grundbesitz von mindestens drei Morgen aus den Nationalgütern in Aussicht gestellt.

Stellung der Mächte

So war denn abermals die Losung zum Kampf zwischen Polen und Russen gegeben, der rasch die Aufmerksamkeit der europäischen Völker auf sich zog. In England und Frankreich lebten die alten Gefühle für die Polen mit solcher Stärke auf, daß auch die Regierungen nicht umhin konnten, sich für Polen zu verwenden, insbesondere da die beiden andern Teilungsmächte, für ihre eigenen polnischen Länder besorgt, kriegerische Vorkehrungen in den Grenzgebieten trafen, und Preußen sich anschickte,

8. Febr. 1863

mit Rußland gemeinsame Sache zu machen. Zwischen diesen beiden Mächten wurde eine Konvention abgeschlossen, wonach die russischen und preußischen Truppen sich zur Bekämpfung der polnischen Rebellen Hilfe leisten und nötigenfalls zur Verfolgung von Banden, die aus dem eigenen Lande in das andere überträten, die Grenze überschreiten dürften. Bismarck hielt es für die vornehmste Pflicht eines wahrhaft preußischen Staatsmannes, die Errichtung eines Polenreiches im Osten des preußischen Staates zu verhindern. Er führte diese Politik auch gegen die leidenschaftlichen Angriffe der polenfreundlichen Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses durch, der er die Worte zurief: „Die Neigung, sich für fremde Nationen und nationale Bestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränkt." Napoleon machte nun, gedrängt von der öffentlichen Meinung, den vergeblichen Versuch, Preußen einzuschüchtern und England und Österreich zu gemeinsamen Vorstellungen in Berlin wegen der Konvention zu bewegen. Doch lehnte Österreich nach dem Vorgange Englands diese Zumutung ab. So beschränkten sich die

drei Mächte auf die Absendung gleichlautender Schriftstücke nach Peters- 10. u. 12. April 1863
burg, worin mit Berufung auf die Wiener Verträge der Wunsch ausgesprochen wurde, die Angelegenheiten in solcher Weise zu ordnen, „daß dem polnischen Volke der Friede wieder geschenkt und auf dauernder Grundlage befestigt werden möchte". Als der Minister des Auswärtigen, Fürst Alexander Gortschakow, erklärte, daß die russische Regierung 26. April
keineswegs abgeneigt sei, in eine Verständigung auf dem Boden der Verträge einzugehen, begnügten sich schließlich die drei Kabinette mit der 27. Juni
Vorlegung von sechs Forderungen (vollständige Amnestie, nationale Vertretung, Verwaltung und Sprache, gesetzliche Ordnung der Rekrutierung und Kultusfreiheit), von denen die russische Regierung bereits einige gewährt hatte, andere zu gewähren entschlossen war.

§ 206. Ausgang des polnischen Aufstandes. Als die Depeschen in Petersburg anlangten, war der Aufruhr, soweit er auf offenem Felde raste, bereits im Verschwinden. Der Aufruf der „Nationalregierung" an die Bauernschaften hatte keinen Erfolg gehabt: diese setzten in die Zusagen der russischen Regierung mehr Vertrauen als in die Verheißungen ihrer Landsleute. Statt eines Nationalheeres konnten daher die Insurgenten nur einige Kriegshaufen aufbringen. Dazu kam noch das alte Grundübel: Hader und Parteisucht. Jede Schar stand unter einem besonderen Führer, der unabhängig von den andern, auf eigene Hand den Krieg führte. General Mieroslawski, der bekannte Abenteurer der Revolutionsjahre von 1848 und 1849 (§ 160. 181), war im Februar in seinem Vaterlande eingetroffen und von der Nationalregierung zum Dik- 10. Febr. 1863
tator ernannt worden, indes bald nachher von den Russen geschlagen, 22. Febr.
flüchtete er sich über die preußische Grenze und lähmte dann durch Schriftstücke voll Verdächtigungen die Unternehmungen seiner Landsleute. Rühmlicher war das Auftreten des aus dem Posenschen stammenden Insurgentenführers Langiewicz. Nachdem er im Sandomirschen einige erfolgreiche Gefechte gegen die Russen bestanden hatte, erklärte er sich eigenmächtig, 10. März
aber mit nachträglicher Bestätigung der geheimen Nationalregierung zum Diktator. Allein auch sein Glück war von kurzer Dauer. Durch innere Zerwürfnisse unter seinen Scharen geschwächt, sah er sich genötigt, vor den überlegenen Streitkräften der Feinde auf österreichisches Gebiet zu 19. März
flüchten. Aber wenn es der Nationalregierung, deren Mitglieder und Terrorismus der Nationalregierung
Aufenthalt von den Russen trotz aller Anstrengungen und Machtmittel nicht entdeckt wurden, auch nicht gelang, eine ansehnliche Truppenmacht ins Feld zu stellen, so war sie doch imstande, das Königreich durch einen Bandenkrieg in Unsicherheit zu halten und, unterstützt von dem Adel und der Geistlichkeit, den Terrorismus auf die Spitze zu treiben. Sie erließ gedruckte Verfügungen und Gesetze, sie ordnete durch das ganze Land ihr eigenes Steuerwesen und untersagte jede Zahlung an die russischen Behörden, sie errichtete in Warschau und in den Provinzstädten Revolutionstribunale, um alle Handlungen, welche den revolutionären Anlauf hemmen könnten, als Staatsverbrechen zu strafen. So standen sich zwei Regierungen feindlich gegenüber; die eine stützte sich auf die offene Gewalt, die andere auf die Macht des Terrorismus: wer der russischen Obrigkeit zu widerstehen wagte, war den Mißhandlungen des Militärs und der Polizei ausgesetzt; wer der revolutionären Regierung nicht zu Willen war, lief Gefahr, vom Dolch ihrer Agenten, von den sogenannten „Hänge-

Gendarmen", erreicht zu werden. Es war von beiden Seiten ein Ringen auf Leben und Tod, doch waren die Mittel der russischen Regierung ungleich nachhaltiger als die der Revolution. Wenn auch an verschiedenen Orten der kleine Krieg noch lange fortdauerte, so war doch schon im Juli das Petersburger Kabinett des baldigen Sieges so gewiß, daß es jede weitere Einmischung der Wiener Vertragsmächte ablehnte und den von Frankreich und England vorgeschlagenen Waffenstillstand zur Abhaltung von Konferenzen als mit der Würde des Kaisers unverträglich
7. Juli zurückwies. Zugleich berief man an Stelle Wielopolskis den General v. Berg, einen Mann von militärischer Strenge und Festigkeit, der durchgreifender verfahren konnte, an die Spitze der Regierung in Warschau.

Damit wurde die Sache auf einen Punkt geführt, wo den drei Mächten nur die Wahl blieb, die russische Regierung gewähren zu lassen oder das Schwert zu ziehen. Österreich, dem seine schiefe Stellung schon längst unbehaglich gewesen war, zog sich zurück; England, das sich nicht zum zweiten Male mit Frankreich zu einem russischen Krieg verbinden
Haltung Napoleons wollte, folgte bald dem Beispiele. Nun mußte auch Napoleon suchen, sich mit Ehren aus der Sache zu ziehen. Die öffentliche Meinung des katholischen Frankreich war zu entschieden auf seiten Polens getreten, als daß der Kaiser ihr nicht einen Schein von Genugtuung hätte gewähren
5. Nov. 1863 müssen. So erklärte er in einer alle Welt in Erstaunen setzenden Thronrede, daß die Verträge von 1815 aufgehört hätten zu bestehen, und daß durch einen Kongreß, auf dem alle europäischen Mächte zu einem obersten Schiedsgerichte sich vereinigen sollten, ein neuer Zustand der Dinge geschaffen werden sollte, in dem das wohlverstandene Interesse der Herrscher und Völker zusammenträfe. Dieser Weg führe durch Versöhnung und Frieden zum Fortschritt, während hartnäckiges Festhalten an einer überwundenen Vergangenheit früher oder später einen verhängnisvollen Krieg erzeugen würde. Es war ein kühner und doch kluger Schachzug Napoleons, auf diesem Kongreß in Paris als höchste Autorität in Europa die Gründung eines neuen europäischen Staatsrechts einleiten zu wollen. Die europäischen Mächte zeigten aber wenig Neigung, nach Paris zu dem Kongreß zu gehen, zu dem Napoleon sofort sämtliche Höfe eingeladen hatte; und so scheiterte sein Versuch und führte zu einer Minderung seines Ansehens. Da bald nachher der Tod des Königs von Dänemark die Blicke Europas nach einer andern Seite lenkte (§ 237), so konnte Rußland in der Unterdrückung der polnischen Insurrektion ohne alle Einmischung von außen fortschreiten. Bald war der Widerstand gebrochen und die Tätigkeit der Nationalregierung unterdrückt.

Russifizierung Polens Kaiser Alexander zog zwar die früher dargebotenen Reformen nicht zurück, suchte aber zugleich durch einschneidende Maßregeln die polnische Nationalität zu zersetzen und den Einfluß der katholischen Kirche zu mindern. Während die ländliche Bevölkerung durch Verleihung des Eigentumsrechts auf die bisher in Zins oder Erbpacht besessenen Grundstücke fester an Rußland gefesselt wurde,
22. Dez. 1865 verbot ein Ukas Personen polnischer Herkunft, in den westlichen Gouvernements Güter zu erwerben, und zwang die polnischen Edelleute, deren Besitzungen infolge des Aufstandes mit Beschlag belegt waren, diese innerhalb zweier Jahre an Personen nichtpolnischer Abkunft zu verkaufen oder gegen Güter im Innern Rußlands zu vertauschen. Zugleich wurden viele Polen geringerer Stände zur Auswanderung in rein russische Landschaften bewogen und an ihrer Stelle russische und deutsche Kolonisten angesiedelt. Die höheren Ämter kamen in die

Hände von Nationalrussen; in den oberen Regierungsbehörden wurde die polnische Sprache durch die russische ersetzt, die Verwandlung der Warschauer Hochschule in eine russische Universität angebahnt. Im eigentlichen Polen schien die russische Regierung den Plan zu verfolgen, einerseits in dem Bauernstand sich eine Generation zu erziehen, die den Dank für ihre Freiheit durch Anhänglichkeit abtragen werde, anderseits durch rücksichtslose Strenge gegen Adel und Geistlichkeit die Wiederkehr unzeitgemäßer „Träumereien" zu verhindern. Durch einen kaiserlichen Ukas, welcher das Kirchengut unter die Verwaltung des 26. Nov. 1865
Staats stellte und den Klerus auf feste Besoldungen anwies, wurde die bisherige Unabhängigkeit der katholischen Geistlichkeit gebrochen. Die Einsprache des Papstes dagegen führte zu bitteren Auseinandersetzungen zwischen Rom und St. Petersburg, welche endlich den Abbruch aller diplomatischen Verbindungen zur Folge hatten.

§ 207. Die russische Uniformitätspolitik. Auf die russische Reformpolitik übte der polnische Aufstand einen nachteiligen Einfluß. Seitdem erfuhr die milde Praxis in der Presse, im Vereinswesen, im geistigen Verkehr manche Einschränkungen, wie sehr auch Härte und Despotismus dem humanen Sinn Alexanders widerstehen mochten.

Wie einst unter Kaiser Nikolaus ging das Bestreben nun hauptsächlich dahin, allem politischen, kirchlichen und nationalen Leben den Charakter der russischen Uniformität aufzuprägen. In Finnland allerdings wurde die Finnland
alte Landesverfassung hergestellt. Der Kaiser berief den allgemeinen Landtag Juni 1862
der Städte Finnlands und eröffnete ihn im September des Jahres mit einer Thronrede, in der für das Großfürstentum das konstitutionelle Prinzip aufgestellt und die regelmäßige Wiederkehr dieser Versammlungen in Aussicht genommen wurde. Die Stadt- und Landgemeinden erhielten nach schwedischem 1865
Muster die Selbstverwaltung; doch wurde die städtische Verwaltung schon 1873 und 1883 reformiert. Die Ostseeprovinzen aber, Livland, Esthland und Ostseeprovinzen
Kurland, hatten schwer unter der Feindschaft der altrussischen Partei zu leiden. Trotz des Reformeifers, mit welchem die baltischen Deutschen bemüht gewesen waren, durch Einführung einer neuen, freisinnigen Gemeindeordnung (Oktober 1866), durch Aufhebung des adeligen Güterbesitzrechts (in Kurland Juni 1865, in Livland März 1866, in Esthland Sommer 1867), durch Beseitigung des ausschließlich adeligen Rechts zur Richterwahl jeden Vorwand zu Eingriffen in die Provinzialverhältnisse zu entfernen, erklärte der Kaiser in einer auf dem Juni 1866
Schlosse zu Riga gehaltenen russischen Rede, der enge Zusammenhang zwischen allen Gliedern der „russischen Familie" mache Umgestaltungen im Sinne größerer Annäherung an die Einrichtungen des übrigen Reiches notwendig: wenige Wochen später wurde die Einführung der russischen Sprache in die Regierungsbehörden verfügt und der Protest des livländischen Landtages gegen diese Verletzung der Landesprivilegien durch einen kaiserlichen Machtspruch beseitigt.

Zu dieser reaktionären Schwenkung trug neben dem polnischen Aufstand Attentate auf den Zaren
vor allem ein Attentat auf das Leben des Kaisers bei, das eine Folge der durch die Reformen und politischen Vorgänge erzeugten Aufregung war. Am Tore des Schloßgartens richtete ein junger Russe, Karakasow, eine 16. Aug. 1866
Pistole auf die Brust des heraustretenden Monarchen; nur durch die schnelle Entschlossenheit eines der Zuschauer, des jungen Handwerkers Kommissarow, welcher den Arm des Täters durch einen Stoß ablenkte, wurde die verbrecherische Absicht vereitelt. Die unermeßliche Freude der ganzen Nation über die glückliche Rettung und die große Teilnahme des Auslandes gaben Zeugnis von der allgemeinen Liebe und Achtung, deren sich der Zar erfreute. Ein harter Schlag für den Monarchen war im Jahre vorher der Tod des Großfürsten-Thronfolgers Nikolaus gewesen, welcher kurz vor seiner beabsichtigten Vermählung mit der dänischen Königstochter Dagmar in Nizza einem Brustleiden erlag. Nachdem die 24. April 1865

Trauer um den Gestorbenen vorüber war, reichte die dänische Braut dem zweiten Sohne, Alexander, die Hand zum Ehebund. Am 1. Juni 1867 traf Kaiser Alexander, einer Einladung Napoleons Folge leistend, zur Besichtigung der Weltausstellung in Paris ein. Hatte er sich zu der Reise nur schwer entschlossen, so wuchs seine Verstimmung, als bei verschiedenen Gelegenheiten, wo er sich öffentlich sehen ließ, selbst im Justizpalast, die Franzosen ihre Begeisterung für Polen laut werden ließen. Den höchsten Grad erreichte aber seine Erbitterung, als bei einer Fahrt vom Boulogner Wäldchen ein junger
6. Juni 1867 Pole, Berezowski, nach dem Wagen schoß, worin die beiden Kaiser saßen. Das Attentat hatte keine Folge, und der Verbrecher fiel dem Arme der Strafgerechtigkeit anheim, allein die Freveltat war nicht geeignet, in der Brust des Zaren versöhnlichere Gefühle gegen die Polen zu wecken. Sein Groll ermutigte die moskowitische Partei, in ihren Uniformitätsbestrebungen rücksichtslos fortzuschreiten. Ihr Plan ging dahin, in den süd- und nordwestlichen Provinzen, in Litauen und Podolien, in Kiew und Wilna die polnischen Elemente gänzlich zu vertilgen, die polnische Bevölkerung „lebendig zu begraben", im eigentlichen Königreich Polen die russische Sprache und die griechisch-orthodoxe Kirche zur Herrschaft zu bringen. Auch in den deutschen Ostseeprovinzen ging das System der Russifizierung ungehindert fort. Als ein deutscher Professor der Dorpater Hochschule, Schirren, gegen Juri Samarin, einen Wortführer der moskowitischen
Juni 1869 Partei, eine „Livländische Antwort" veröffentlichte, wurde er seines Lehramtes entsetzt. Bei dem leidenden Zustand Alexanders erlangte der slawische Fanatismus immer freiere Hand.

2. Die Türkei und Griechenland.

§ 208. Die Türkei und die Donaustaaten. Als Rechtfertigung für
Reformen die tatkräftige Hilfe im Krimkriege forderten die Westmächte von der
8. Febr. 1856 Türkei die Durchführung innerer Reformen. So sah sich der Sultan gezwungen, in einem Hatti-Humajun (d. i. Kabinettsorder) allen seinen Untertanen bürgerliche Gleichstellung zu gewähren, die Bevorzugung einer Religionsgenossenschaft vor einer andern zu verbieten, allen Staatsbürgern gleiches Recht zur Anstellung im Dienst der Pforte zu geben, gemischte (mohammedanisch-christliche) Tribunale einzusetzen, die Wehrpflicht der Christen bei Befugnis des Stellvertreterkaufs anzuordnen u. a. m. Ebenso mußte die Türkei unter dem Druck der Westmächte neue Heerstraßen anlegen, die Posten besser einrichten und Telegraphenlinien ziehen. Aber diese Einrichtungen brachten dem an und für sich geldarmen
Finanznot Reiche eine völlige Zerrüttung der Finanzen, so daß 1861 eine Handelskrisis ausbrach, der man durch Ausgabe von 1250 Mill. Piaster Papiergeld mit Zwangskurs zu steuern suchte. Die hohen Steuern bedrückten zudem die Bevölkerung aufs äußerste und führten in den Provinzen eine allmähliche Verarmung herbei, während die hohen Beamten und die Bankiers sich übermäßig bereicherten. Dazu kamen Verwicklungen nach außen. In Syrien erhob sich der alttürkische Fanatismus zu grauen-
1860 vollen Christenverfolgungen, welche dem französischen Kaiser Gelegenheit zu bewaffneter Intervention gaben; es war dann nur dem energischen Widerstande Englands zuzuschreiben, daß sich die Intervention nicht wie in Rom (§ 181) zu einer dauernden Besetzung des Landes gestaltete; indes erst im Juni 1861 kehrten die französischen Truppen zurück.

Bald darauf starb der Sultan Abdul-Medschid; ihm folgte sein
25. Juni 1861 Bruder Abdul-Aziz, dessen Regierungsantritt mit großen Hoffnungen

begrüßt wurde, da er für nüchtern, sparsam und tatkräftig galt. Doch sehr bald verfiel auch er nach kurzem Anlauf zur Beseitigung mancher Übelstände der herkömmlichen Schlaffheit, dem Regiment der Günstlinge und der Verschleuderung der Geldmittel. Trotzdem genoß die Regierung Abdul-Aziz's noch eines gewissen Ansehens in Europa, solange tüchtige Staatsmänner, wie Fuad Pascha und sein langjähriger Freund und Gesinnungsgenosse Ali Pascha durch Annäherung an die europäische Kultur dem Verfalle der Türkei entgegenzuarbeiten suchten. Fuad Pascha begleitete den Sultan auf einer großen Reise nach Paris, London, Wien und benutzte die mächtigen Eindrücke, die sein Herr hierbei empfing, zu freisinnigen Reformen. Der Sultan zeigte auch ein lebhaftes Verlangen, sein Reich nach dem Vorbilde der christlichen Staaten zu heben durch Verbesserungen in der Organisation der Provinzen, durch die Gründung eines neuen Staatsrats aus Christen und Mohammedanern sowie eines obersten Justizrates und durch die Aufnahme einer Anzahl Christen selbst in die höchsten Stellen der Regierung. Aber bei der Unwissenheit der Beamten, bei den Vorurteilen des Volkes, bei dem Christenhaß der Armee und bei der wirtschaftlichen Zerrüttung des Reiches zeigte sich die Durchführung solcher Reformen im Geiste des modernen Staates kaum noch möglich; sie wurde um so zweifelhafter, als ihnen durch den Tod Fuad Paschas die beste Stütze genommen wurde. In der Folge erweckte der Versuch, die altmohammedanische Senioratsordnung in der Thronfolge (II, § 385) zu beseitigen und dafür die in den übrigen europäischen Staaten geltende Sukzession nach dem Majoratsrecht einzuführen, unter den Bekennern des Islams große Aufregung.

Abdul-Aziz 1861—1876

1867

11. Febr. 1869

Die meisten Schwierigkeiten bereiteten der Pforte aber die nach Unabhängigkeit strebenden Vasallenstaaten. Die Donaufürstentümer Moldau und Walachei vereinigten sich gegen den Willen der türkischen Regierung zu einem Fürstentum Rumänien, unter Bedingungen, welche die Oberhoheitsrechte des Sultans zu einem wesenlosen Schein herabdrückten. Die Landstände wählten den moldauischen Edelmann Alexander Cusa zum gemeinschaftlichen Herrscher, ohne sich um den Einspruch der Pforte gegen die Union zu kümmern. Als dieser sich jedoch durch despotische Regierung Haß zuzog, entstand in Bukarest eine Empörung, welche die Vertreibung Cusas und die Wahl eines dem preußischen Königshause verwandten Fürsten, Karls von Hohenzollern, zur Folge hatte. Cusa starb im Mai 1873 zu Heidelberg.

Vasallenstaaten

Rumänien Jan. 1859

Febr. 1866

Karl seit 1866

In Serbien wurde, gegen die ausdrückliche Bestimmung der Traktate, von dem Fürsten und der von ihm einberufenen Nationalversammlung eine Volksbewaffnung unter dem Namen „Nationalmiliz" gegründet. Auch hier blieb der Einspruch der Pforte ohne Wirkung. Alexander Karageorgiewitsch, der im Jahre 1842 nach Vertreibung Michaels, des zweiten Sohnes von Milosch Obrenowitsch (§ 146), von der Nationalversammlung (Skupschtina) zum Fürsten von Serbien erhoben und von der Pforte bestätigt worden war, entfremdete sich jedoch durch seine Hinneigung zu Österreich die slawische Nationalpartei, die zu Rußland hielt. Es bildete sich daher eine starke Opposition, welche in der Skupschtina die Absetzung des Fürsten Alexander aussprach. Er flüchtete sich auf österreichisches Gebiet, während den serbischen Thron der alte, verbannte Fürst Milosch Obrenowitsch wieder einnahm, dem dann auch die

Serbien

Michael 1839—1842

Alexander 1842—1858

23. Dez. 1858

Milosch 1858—1860

Pforte auf Verwendung Rußlands und Frankreichs nach einigem Sträuben
1859 die Investitur erteilte. Als er im nächsten Jahre starb, erlangte sein
Michael 1860—1868 Sohn Michael (Obrenowitsch) zum zweitenmal die Herrschaft, die in seinem Hause erblich erklärt wurde. Heftige Streitigkeiten zwischen den christlichen Bewohnern und den Türken nötigten die Pariser Vertragsmächte zu vermittelndem Einschreiten, infolge dessen die türkischen Einwohner mit Ausnahme der Besatzungstruppen das Land verlassen mußten.
März 1867 Aber selbst dieses genügte den Serben nicht. Sie forderten und erlangten endlich die Räumung aller serbischen Festungen, wodurch das Suzeränitätsrecht der Pforte zu einem wesenlosen Schatten herabsank. Im folgenden
10. Juni 1868 Jahr wurde Michael Obrenowitsch im Park von Topschider bei Belgrad von drei Verschworenen ermordet. Die Volksstimme bezeichnete den verbannten Fürsten Alexander Karageorgiewitsch als den geheimen Anstifter der blutigen Tat. Von der Nationalversammlung wurde darauf der junge
Milan 1868—1889 Neffe des Ermordeten, Milan Obrenowitsch, der in Paris seinen Studien oblag, zur Herrschaft berufen, bis zu seiner Volljährigkeit eine Regentschaft eingesetzt und die Verfassung in liberalem Sinne verändert. Vier Jahre dauerte die Regentschaft, während welcher Zeit Kultur, Industrie und Handel sich hoben und ein wohltätiger Friede herrschte.
Aug. 1872 Dann übernahm Fürst Milan selbst die Regierung, ein junger Mann von vorherrschend russischen Neigungen.

Montenegro In Montenegro, wo Fürst Danilo I. (§ 199) am 11. August 1860 von einem Eingeborenen ermordet und durch den Einfluß seiner Witwe sein
Nikita seit 1860 Neffe Nikita unter dem Namen Nikolaus I. zum Fürsten ausgerufen wurde, kam es wegen der offenen Parteinahme der Montenegriner für die von der Türkei abgefallene Herzegowina wieder zum Kriege mit der
1862 Pforte. Aber die Siege der Türken zwangen den Fürsten, die Friedensbedingungen anzunehmen, nach denen er mehrere Punkte an der Straße von der Herzegowina nach Skutari durch das Innere Montenegros türkischen Besatzungen (bis 1870) einräumen mußte.

§ 209. Griechenland. Der zunehmende Verfall der osmanischen
Entthronung König Ottos Macht erfüllte die Griechen mit der Hoffnung, daß die „große Idee" durchgeführt werden könnte, wenn ein tatkräftiger König auf dem Throne säße; bei der Schwäche König Ottos (§ 201) wurden daher die gesamthellenischen Agitationen immer gefahrdrohender für die bayerische Dynastie.

Schon im Februar 1862 brach in Nauplia eine Militärempörung aus, die erst im April unterdrückt werden konnte. Die Nachsicht, die der König dabei bewies, ermutigte zur Nachahmung: so kam es, als er auf
Okt. 1862 einer Rundreise durch den Peloponnes begriffen war, zu Aufständen in Vonizza, Patras, Korinth und endlich in Athen; es bildete sich eine provisorische Regierung, deren erster Akt die Thronentsetzung Ottos war. Auf die Kunde davon eilte der König nach dem Piräus, gab aber auf den Rat der Gesandten bald den Gedanken an Widerstand auf und bestieg ein englisches Schiff, das ihn nach Triest brachte. Die Umwälzung ging ohne Blutvergießen vor sich und wurde von den europäischen Mächten als vollendete Tatsache hingenommen, hatte aber auch keine weiteren Folgen, als daß sich die Griechen nach einem andern König umsahen. Ohne die Bestimmung der Verfassung zu beachten, nach welcher der jüngere Bruder des kinderlosen Königs Otto, Adalbert von Bayern, zum Thronfolger berufen war, richteten die Griechen zuerst ihre Blicke

auf den englischen Prinzen Alfred. In England schien man dem Vorhaben nicht abgeneigt zu sein; als aber Rußland für den Herzog von Leuchtenberg wirkte, den auch Frankreich begünstigte, gab man den Gedanken auf. Vergebens bemühte sich nun die englische Regierung, unter den Gliedern des Hauses Sachsen-Coburg, dem der Gemahl der Königin angehörte (§ 148), einen König zu finden, indem sie zuerst den König Ludwig von Portugal (§ 145), dann den Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha vorschlug. Beide lehnten die Krone ab. Endlich wurde der zweite Sohn des durch den Londoner Vertrag (§ 189) zum König von Dänemark bestimmten Christian von Glücksburg, ein Bruder der Gemahlin des Prinzen von Wales, zur Annahme der griechischen Krone bewogen. Von der griechischen Nationalversammlung und von den drei Schutzmächten anerkannt, bestieg er als Georg I. den Thron. Großbritannien entsagte nunmehr seiner Schutzherrschaft über die Republik der Jonischen Inseln und willigte in deren Vereinigung mit dem griechischen Königreich. Allein auch jetzt blieb Griechenland im Zustande der Zerrüttung. Statt im Innern ein festes Staatswesen auszubilden, richteten die Griechen ihre Blicke stets nach außen und suchten die Schwäche der Türkei zu ihrer eigenen Vergrößerung zu benutzen; die Aufrichtung eines Hellenenstaates auf den Trümmern des Osmanenreichs blieb die „große Idee" der Nation. Als das Einigungswerk Italiens durch die Erwerbung Venetiens seinem Abschluß nahegebracht wurde (§ 249), regten sich auch in der griechischen Welt neue Unabhängigkeitsbestrebungen. Auf der nach Vereinigung mit dem griechischen Königreich strebenden Insel Kandia (Kreta) kam es zu einem allgemeinen Aufstand, welcher durch türkische und ägyptische Truppen zwar niedergehalten, aber nicht gänzlich unterdrückt werden konnte. Die Vermählung des Königs Georg mit der russischen Prinzessin Olga knüpfte das Band zwischen Rußland und Griechenland noch enger. Aber alle Bemühungen der Petersburger Regierung und anderer Mächte, die Pforte zur Abtretung der Insel Kandia zu bewegen, blieben erfolglos. Und als nun die Griechen fortfuhren, die aufständischen Kandioten zu unterstützen, da schritten die Türken zu energischen Maßregeln; die türkischen Häfen wurden den griechischen Schiffen verschlossen und alle griechischen Untertanen von dem türkischen Gebiete ausgewiesen. England, Frankreich und Österreich standen auf seiten der Türkei, Rußland aber befand sich vor der Frage, ob es durch Unterstützung der Griechen einen neuen Weltkrieg hervorrufen oder durch deren Preisgebung seinen Einfluß im Orient gefährden sollte. Da machte Preußen den Vorschlag, die Sache auf einer europäischen Konferenz in Paris zum Austrag zu bringen. „Wozu sich Griechenland der Pforte gegenüber nicht hatte verstehen wollen, das glaubte es ganz Europa nicht verweigern zu können": es unterwarf sich den Mächten, nachdem ein patriotischer Aufruf zu einer Geldanleihe für den Krieg ohne Erfolg geblieben war. So wurde die Insel Kandia wieder unter die Botmäßigkeit der Türkei zurückgebracht.

Georg I. 6. Juni 1863 — 1913.

Kreta 1866

27. Okt. 1867

1868

Jan. 1869

Febr.

3. Die Westmächte nach dem Krimkriege.

§ 210. England. Die englische Regierung blickte, obwohl sie das neue Kaisertum in Frankreich alsbald anerkannte, doch nicht ohne Sorgen auf die Wiederherstellung der Bonaparteschen Dynastie mit ihren Tradi-

Viktoria 1837–1901

tionen. Sie unterließ daher nicht, über den Werken des Friedens, denen sie fortwährend ihr Augenmerk zuwandte, wie die großartige Ausstellung der Weltindustrie im Sommer 1851, die Beförderung des Handels durch
1851 Herabsetzung oder Aufhebung der Zölle, durch unterseeische Telegraphenverbindungen und dergleichen mehr kundtaten, auch die Wehrkraft des Landes zu heben. Sie verstärkte die Kriegsflotte, setzte die Seehäfen in Verteidigungszustand, erleichterte die Anwerbung fremder Kriegsmannschaft und traf Vorkehrungen zur Errichtung einer Landwehr. Und allerdings trat auf dem Festlande eine gereizte Stimmung gegen England zutage, als aus allen Ländern politische Flüchtlinge in dem Inselreiche eine sichere Zuflucht fanden. Durch Klugheit und Mäßigung beschwichtigte jedoch die Regierung das Ausland, ohne das Asylrecht zu beschränken, und da die orientalischen Verwicklungen die Blicke Europas auf andere Dinge richteten und Englands Mitwirkung zur Bekämpfung der russischen Eroberungssucht nicht entbehrt werden konnte, so wurde das gute Einvernehmen zwischen dem Inselreiche und den Kontinentalmächten bald wiederhergestellt; ja, die Regierungen von Frankreich und England traten in ein enges Bundesverhältnis, das, durch wiederholte persönliche Zusammenkünfte der regierenden Häupter befestigt, während des russischen und italienischen Krieges ungestört fortbestand. Das auf britischem Boden vorbereitete Attentat Orsinis (§ 211) war nicht vermögend, das Freundschaftsbündnis zu zerreißen, wenn auch eine vorübergehende Trübung entstand. Der Versuch Palmerstons, durch Einführung strengerer Strafbestimmungen über Teilnahme an Mordtaten, die sogenannte Murder-bill,
1858 die Franzosen zu beruhigen, erregte bei Volk und Parlament lauten Unwillen, so daß ein Ministerwechsel eintrat. Als dann auf eine Anfrage des neuen Ministeriums aus Paris die Erklärung erfolgte, der Kaiser verlange nichts, was mit der Ehre Englands unvereinbar sei, wurde das alte Verhältnis wieder hergestellt. Auch später führte die Weigerung Englands, an dem von Napoleon vorgeschlagenen Kongreß zur Herstellung des europäischen Friedens (§ 202) teilzunehmen, nur eine vorübergehende Entfremdung herbei.

Inneres Die Engländer hatten alle Ursache, mit Frankreich in gutem Einvernehmen zu bleiben, da sie im übrigen durch Übermut, Herrschsucht und Eigennutz sich heftige Feindschaften bereitet hatten, ohne freilich für solche Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten die Folgen bewaffneten Auftretens zu ziehen. Im Innern folgte dabei die englische Politik nach wie vor freisinnigen Ideen, mochten die Ministerien, wie Lord Stanley (Graf Derby), Malmesbury, d'Israeli in den Jahren 1852 und 1858, den Grundsätzen der Tories huldigen oder, wie Lord Palmerston, John Russel u. a. (um das Jahr 1855 und später), der Partei der Whigs angehören oder, wie im Jahre 1853 unter Lord Aberdeen und Gladstone in dem „Ministerium aller Talente" aus einer Koalition beider Parteien zusammengesetzt sein. Das Wort Macaulays: „Die Geschichte von England ist vorwiegend die Geschichte des Fortschritts" darf als Wahrheit gelten; die Regierung Großbritanniens arbeitete an der Unterdrückung des Sklavenhandels, trat dem Versuche Napoleons, durch Einführung sogenannter freier Neger nach den französischen Kolonien der Sklaverei unter einer anderen Form wieder Eingang zu verschaffen, entschieden entgegen und ließ eine zeitgemäße Reform des Seerechts zu, indem sie den Grundsatz annahm, daß

auch in Kriegszeiten die neutrale Flagge jede Ware, Waffen und Kriegsbedarf ausgenommen, decke.

In der äußeren Politik dagegen hielt England oft einen einseitigen Standpunkt fest; materielle Vorteile und Handelsinteressen drängten großartige politische Anschauungen zurück, nationale Vorurteile trübten oft den Blick; nicht selten wurden dieselben Erscheinungen nach einem ungleichen Maßstabe beurteilt, je nachdem sie bei einer starken oder schwachen Nation zutage traten. Das Königreich Griechenland wurde von der englischen Regierung mit Mißtrauen und Ungunst behandelt, solange König Otto, dem sie größere Hinneigung für Rußland und Frankreich schuldgab, auf dem Throne saß. Als die Jonische Republik auf Vereinigung mit Griechenland drang, wies die englische Regierung, im Widerspruch mit den in Italien kundgegebenen Grundsätzen, das Begehren zurück. Erst als der Bruder der Prinzessin von Wales den Thron in Athen eingenommen hatte (§ 209), willigte England in die Vereinigung der Jonischen Inseln mit dem griechischen Königreich. Mit den Vereinigten Staaten Nordamerikas nahmen die Streitigkeiten kein Ende und erreichten bisweilen einen Grad der Erbitterung, daß mehrmals der Ausbruch eines Krieges zu erwarten stand. Auch das auffallende Verfahren, welches die englische Regierung in dem deutsch-dänischen Streite wegen der Herzogtümer Schleswig-Holstein einschlug (§ 237 ff.), indem sie zuerst versuchte, durch Drohnoten und unhöfliche Schriftstücke die Deutschen einzuschüchtern und schließlich die Dänen im Stiche ließ, machte auf Freund und Feind keinen guten Eindruck.

Äußeres

März 1861

In Ostindien erzeugten die Rücksichtslosigkeiten der englischen Beamten einen Nationalkrieg, welcher das anglo-indische Reich im Tiefsten erschütterte und unmenschliche Greuel im Gefolge hatte (§ 222. 223). Doch diente die Empörung auch wieder zur Verherrlichung Englands und zur Befestigung seiner Macht; die Tapferkeit und heldenmütige Haltung der europäischen Heere gab ein glänzendes Zeugnis von ihrer Überlegenheit, und die Unterwerfung des indobritischen Reiches unter die unmittelbare Herrschaft der Königin begründete eine neue Ära in dem öffentlichen Leben Ostindiens. Einige Jahre nachher wurde das englische Volk durch die Nachricht von einer Negerverschwörung auf der Insel Jamaika erschreckt. Durch das rasche, energische Einschreiten des Statthalters Eyre und der weißen Pflanzer wurde die Bewegung bald unterdrückt und die bisherige selbständige Verwaltung durch eine neue Verfassung wesentlich eingeschränkt. Dabei kamen aber solche Grausamkeiten zutage, daß die öffentliche Meinung eine Untersuchung verlangte und die Regierung sich veranlaßt sah, den Gouverneur vor Gericht zu stellen; seine Freisprechung vermochte nicht, den öffentlichen Unwillen zu beschwichtigen.

Ostindien

1857

Jamaika 1868

Die gewissenhafte Treue, mit der die Königin Viktoria in England dem parlamentarischen Regimente und dem Gesetze freien Lauf ließ, vereinigte Krone und Volk durch das Band des Vertrauens und der Liebe. Dagegen kam es in Irland zu einer neuen nationalen Erhebung, als die in Amerika entstandene Fenierverbindung die Losreißung Irlands von Großbritannien und die Errichtung einer irischen Republik auf dem ersten fenischen Kongreß zu Chicago als ihr Ziel aussprach. Das Haupt der Fenier, John Stephens, kam 1864 nach Irland, um durch den Geheimbund den Aufstand vorzubereiten. Die englische Regierung beugte dessen Ausbruch vor, indem sie 1865 die Habeaskorpusakte für Irland aufhob, das Hauptorgan der Fenier, den „Irish People", unterdrückte und zahlreiche Verhaftungen vornahm. Der Versuch der Fenier,

Irland

1863

13. Dez. 1867 durch eine Pulverexplosion die Mauern des Gefängnisses Clarkenwell in London zu sprengen, wobei 40 Personen der Nachbarschaft ums Leben kamen, verbreitete solchen Schrecken, daß sich 40000 außerordentliche Schutzmänner einschwören ließen. In Irland aber hörten die Brandstiftungen und mörderischen Überfälle nicht auf. Diese Vorgänge hatten die Wirkung, daß die liberale Partei
26. Juli 1869 der Whigs, die nach dem Toryministerium Derby-Disraeli unter Gladstones Leitung ans Ruder kam, ein Gesetz durchbrachte, welches die anglikanische Kirche als Staatskirche in Irland aufhob. Allein auch nach diesem Gesetz blieb sie noch im Besitz eines großen Teils des irischen Kirchenvermögens, und die Hoffnungen auf Versöhnung wurden nur sehr unvollständig erfüllt. Auch die Versuche einer Reform der Agrargesetzgebung, welche zwischen Gutsherren und Pächtern billigere Rechtsverhältnisse begründen und durch Zuschüsse oder Darlehen des Staats die Pächter in stand setzen sollte, das Pachtgut in Grundeigentum zu verwandeln, waren zu wenig durchgreifend, um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen. Selbst die gemäßigten Iren, die sich unter Führung von Butt und Sullivan im Unterhause als Fraktion konstituierten, betrachteten solche Zugeständnisse nur als Abschlagszahlung, die sie ermutigte, die alte Repealbewegung
Home-rule (§ 149) mit dem Stichwort Home-rule (Heimatsregierung) aufzunehmen. Ja, die irischen Parlamentsmitglieder begannen sich für die regelmäßige Ablehnung ihrer Homerule-Anträge durch Obstruktion zu rächen, indem sie bei der außerordentlich schwerfälligen Geschäftsordnung des Parlamentes die Erledigung der Geschäfte systematisch zu hintertreiben suchten.

Albert † 14. Dez. 1861 Ein schwerer Schlag für die Königin war der Tod ihres Gemahls, des Prinzen Albert, der durch seine in der Stille entfaltete politische Tätigkeit sowie durch die liebevolle Förderung der Wissenschaften und Künste allmählich die gegen ihn als Ausländer gehegten Vorurteile beseitigt und große Popularität erlangt hatte. Ihre Trauer wurde noch vermehrt, als vier Jahre später auch des Prinzen
10. Dez. 1865 Oheim, König Leopold von Belgien, starb. Die Königin versenkte sich immer mehr in die Tage der Vergangenheit, die sie mit ihrem Gemahl verlebt hatte, und die liebevolle Aufnahme, welche die von ihr verfaßten „Blätter aus dem Tagebuche über unser Leben in den Hochlanden" fanden, konnte als Beweis der Hochachtung des englischen Volkes für das Herrscherpaar angesehen
Palmerston † 18. Okt. 1865 werden. Auch der Tod des Ministers Palmerston, dessen Hand so oft das englische Staatsschiff geführt, der durch sein freundschaftliches Verhältnis zu Napoleon das Bündnis der beiden Staaten erhalten hatte, war ein großer Verlust für England, zumal in dem Augenblick, wo die Frage der Weiterführung der Parlamentsreform die Parteien heftig aufregte.

Abessinien Einen großen Triumph feierte das englische Volk durch die rasche Beendigung eines Feldzugs nach Abessinien. Als der König Theo-
1855—1868 doros, der sich vom niederen Stande zum Beherrscher des afrikanischen Alpenlandes emporgeschwungen hatte, die Aufrichtung eines großen äthiopischen Reiches anstrebte, einige Missionare und andere englische
1864 Staatsangehörige ins Gefängnis warf und alle Verwendung der Londoner Regierung hartnäckig zurückwies, wurde unter Führung Sir Robert Napiers eine Expedition abgeschickt, welche nach einem kurzen Kriege der nationalen Ehre und dem europäischen Völkerrecht volle Genugtuung
3. April 1868 verschaffte. Bei der Erstürmung der Festung Magdala fand König Theodoros selbst seinen Tod, wie es heißt, durch Selbstmord. Seine Söhne wurden unter Aufsicht gestellt. Nach längeren inneren Wirren unter-
Johannes 1872—1889 warf der Fürst Kassai von Tigru fast ganz Abessinien und ließ sich unter dem Namen Johannes zum Negus Negesti, d. i. König der Könige, krönen.

Napoleon III. 1852—1870 **§ 211. Frankreich.** Napoleon stand nach dem Krimkriege auf der Höhe seiner Macht. Mit Spannung lauschte Europa auf jedes Wort des

geheimnisvollen Mannes in Paris; seine Reden bei der Eröffnung einer Parlamentssession wurden wie Orakelsprüche betrachtet: „man erwog, was er gesagt und verschwiegen, was er mit seinem Schweigen habe sagen und mit seinem Sagen verschweigen wollen." Selbst der russische Hof, der dem neuen Kaiser Frankreichs anfangs die fürstliche Anrede „Mein Bruder" verweigert hatte, bewarb sich um Napoleons Freundschaft. Eine persönliche Zusammenkunft Alexanders II. mit Napoleon in Stuttgart gab dieser versöhnten Gesinnung Ausdruck. In die europäische Politik griff der französische Kaiser bestimmend ein, indem er dem neuen Grundsatz von der Selbstbestimmung der Völker, wonach bei dem Wechsel einer Herrschaft der Wille des Volkes durch Abstimmung erforscht werden sollte, durch die er ja selbst zum Throne gekommen war, auch in andern Staaten Geltung zu verschaffen suchte. So leitete er die Annexion von Savoyen und Nizza durch eine Volksabstimmung ein (§ 215), führte in Mexiko (§ 225) die Errichtung eines Kaisertums auf den angeblichen Volkswillen zurück, erkannte in Italien (§ 215) die Kundgebungen der Bewohner als Rechtstitel für die Einverleibung der kleineren Staaten an und empfahl auch bei dem Erbfolgestreit in Schleswig-Holstein (§ 237) die Anwendung desselben Verfahrens. War auch diese Abstimmung meistens nur ein Schein, so diente dieser Grundsatz doch dazu, das alte Legitimitätsprinzip, wonach Völker und Staaten als dynastisches Eigentum angesehen wurden, zu erschüttern und dem Grundsatz der Volkssouveränität in einer neuen Gestalt Eingang zu verschaffen.

Äußere Politik

27. Sept. 1857

Mit dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker gewann Napoleon auch in der Neuenburger Frage gegen Preußen einen Erfolg. Während der Revolutionsstürme 1848 und 1849 hatte das seit 1707 der preußischen Krone gehörende Fürstentum Neuenburg am Jura sich an die Schweizer Eidgenossenschaft angeschlossen. Nun machten die in der Hauptstadt ansässigen altadligen Familien, die fest an Preußen hielten, besonders die Pourtalès und Meuron, den Versuch, durch einen Aufstand das alte Verhältnis wiederherzustellen. Sie bemächtigten sich des Neuenburger Schlosses, aber schon nach zwei Tagen ging der „royalistische Putsch" zu Ende. Die Republikaner, unterstützt von eidgenössischen Truppen, machten die Royalisten zu Gefangenen. Nun sollten die Häupter der Verschwörung als Rebellen vor Gericht gestellt werden. Da forderte Preußen die Freilassung und machte Miene, seine Truppen durch Süddeutschland vorzuschicken, um Basel und Schaffhausen zu besetzen. Die Schweiz aber beharrte in ihrem Widerstande, bestärkt durch Österreich, das im geheimen an den süddeutschen Höfen alles in Bewegung setzte, die Gewährung zum Durchmarsch der preußischen Truppen zu verhindern. So schien ein Krieg bevorzustehen: da legte sich Napoleon ins Mittel. Die europäische Diplomatie trat in Paris zusammen; und die Schweiz verstand sich nun zur Freilassung der Gefangenen, wogegen Friedrich Wilhelm IV. seinen Rechten auf Neuenburg entsagen mußte. Von der Zeit an war der französische Einfluß in der Schweiz vorherrschend.

Neuenburg

2. Sept. 1856

Mai 1857

In der inneren Politik suchte Napoleon auf jede Weise Frankreichs Wohlstand zu heben. Große Sorgfalt wendete er den sozialen Fragen zu. Wir haben gesehen, daß die Revolutionsstürme der Jahre 1848 und 1849 ihre Hauptquelle in dem Mißverhältnisse der arbeitenden und besitzenden Volksteile hatten (§ 139). So erkannte er die Notwendigkeit, dem Arbeiterstande entgegenzukommen. Als im Jahre 1853 Brotmangel und Teuerung entstanden, wurde in Paris eine „Bäckereikasse" ins Leben gerufen, wobei durch Zuschüsse der Stadt ein mäßiger Brotpreis erzielt werden sollte. Durch Wasserbauten, Dämme und Flußkorrektionen suchte er den verheerenden Wirkungen der häufig eintretenden Rhoneüberschwemmung zu begegnen. Straßen, Brücken und Eisenbahnen erleichterten und belebten den inneren Verkehr. Großartige Bauunternehmungen, vom Staat und von den Städten ausgehend, dienten dazu, den unbemittelten Volksklassen lohnende Beschäftigung zu geben. Paris erhielt

Innere Politik

durch die eingreifende Tätigkeit des Stadtpräfekten Haußmann eine neue Gestalt; die engen Gassen wurden zerstört, und durch Anlegung neuer Stadtteile und Straßen wurden nicht nur gesündere Wohnungen geschaffen, sondern auch die Stützpunkte der Revolutionen weggeräumt. Die große Kunst- und Industrieausstellung (§ 366), welche nach dem Vorbilde der Londoner (§ 210) im Mai 1855 in Paris eröffnet wurde, und Handelsverträge mit verschiedenen Staaten förderten Industrie und Verkehr und mehrten den Absatz französischer Erzeugnisse. Napoleon tat hierbei durch Minderung oder Beseitigung der Zollschranken einen bedeutenden Schritt zum Freihandel. Auch die Begünstigung der Kreditvereine und Aktiengesellschaften hatte die Hebung der Industrie zum Zweck, führte aber auch den Nachteil mit sich, daß die Spekulationssucht zu einer gefährlichen Höhe stieg. Zudem wuchsen die Staatsausgaben ins unermeßliche, und da der Ausfall nur durch neue Anlehen gedeckt werden konnte, so erlangten die Finanzwelt und die Spekulation eine bedenkliche Macht. Jedes politische Ereignis beeinflußte den Stand der Staatspapiere; man gewöhnte sich, Millionäre auf der Verbrecherbank zu sehen. Es war nur ein geringes Abhilfsmittel gegen den zunehmenden Spekulationsgeist, daß die Regierung zweimal zu Nationalanlehen schritt; die Börse behielt dennoch die Oberhand. Der Versuch hatte nur die Wirkung, daß die große Beteiligung aus allen Ständen als Beweis dienen konnte, daß die kaiserliche Regierung sich eines hohen Vertrauens bei der Nation erfreute.

Gegner

Aber so sehr sich Napoleons Herrschaft bei dem Volke befestigte, die Zahl seiner erbitterten Gegner blieb doch noch groß. Die Legitimisten beharrten in ihrer Zurückgezogenheit, wenngleich bei der passiven Natur ihres Hauptes, des kinderlosen Grafen von Chambord (§ 119), die Hoffnungen auf eine Restauration mehr und mehr sanken. Freilich weckte Napoleons Streben, aus politischen Rücksichten den Papst zu schützen, sowie das Wachsen des durch die Kaiserin begünstigten Jesuitismus scharfe Opposition. — Von den Orleanisten hatte sich Guizot in ein literarisches Stilleben zurückgezogen und sich seinen religiösen „Meditationen" hingegeben (§ 90), Thiers aber, durch seine geschichtliche Darstellung des ersten Kaiserreichs der napoleonischen Familie innerlich mehr befreundet (§ 90), nahm erst nach mehreren Jahren des Schweigens wieder am öffentlichen Leben teil und ließ in der parlamentarischen Opposition seine Geistesfunken von neuem blitzen. — Schroffer standen die Republikaner der napoleonischen Herrschaft entgegen. Viele hervorragende Persönlichkeiten, wie Ledru-Rollin und Louis Blanc, wie Victor Hugo und Quinet, wie Charras, Changarnier, Lamoricière u. a. warteten in England, Belgien und der Schweiz einen neuen Umschwung in dem tiefbewegten Lande ab, und in Frankreich selbst traten bei manchen Gelegenheiten, wie bei dem Begräbnis des Volks-

17. Juli 1857

dichters Béranger (§ 90), antibonapartistische Gesinnungen zutage.

Polizeiherrschaft

Indes Napoleon III. war auf seiner Hut: wie sein Oheim suchte auch er sich durch eine weitverzweigte Polizei zu schützen und setzte sein Vertrauen auf sein schlagfertiges Heer, auf seine stolze Garde, auf seine Generale und Offiziere. Für Nationalgarden war die Zeit zu ernst; auch waren die bürgerlichen Kreise, aus denen sie hervorgingen, dem neuen Kaisertum zu wenig hold, als daß Napoleon seine Herrschaft auf sie hätte stützen mögen: das goldene Zeitalter der Bourgeoisie war mit dem Julikönigtum zu Ende gegangen. Ein mit großer Klugheit entworfenes Vereinsgesetz gab der Regierung die Mittel in die Hand, das Genossenschaftswesen sorgfältig zu überwachen, und die strengen Maßregeln gegen die Presse stellten den Ausdruck der öffentlichen Meinung unter die Aufsicht des Staats. Trotz aller Wachsamkeit kam es aber doch zu

Orsini 14. Jan. 1858

Attentaten auf die Person des Kaisers, das schlimmste derselben, das Attentat Orsinis, sollte auch auf die auswärtige Politik nicht ohne wichtige Folgen bleiben. Die von dem italienischen Verschwörer gegen den kaiserlichen Wagen geschleuderte Bombe tötete oder verwundete über hundert Personen, ließ aber

die Kaiserin unversehrt und verletzte den Kaiser nur leicht durch einige Glassplitter des Wagenfensters. Am 13. März wurden Orsini und sein Genosse Pieri hingerichtet; in einem Briefe aus dem Gefängnisse hatte er dem Kaiser die Sache, die ihn zum Verbrechen getrieben habe, ans Herz gelegt, die Sache der Unabhängigkeit Italiens. Napoleon verstand die ihm von den italienischen Fanatikern drohende Gefahr und ging auf deren Ideen ein (§ 213); zunächst aber benutzte er das Attentat Orsinis zu dem Erlaß des Sicherheits- 18. Febr. 1858
gesetzes, das jeden „Verdächtigen" der Polizeigewalt preisgab. Durch die Errichtung von fünf Marschallkreisen und durch die Ernennung des Generals Espinasse, der einst bei dem Staatsstreiche mitgewirkt hatte, zum Minister des Innern wurde das ganze Reich unter das Schwert gebeugt; ein militärisch-polizeilicher Terrorismus, wie ihn Europa lange nicht gesehen, verbunden mit Verhaftungen und Deportationen — 2000 politisch Verdächtige wurden so bestraft —, füllte alles mit Furcht und Zagen. Nur allmählich wurde dies System durch Maßregeln der Versöhnung gemildert. Doch blieb die freie Meinungsäußerung fortwährend großen Beschränkungen unterworfen; die Zentralisation, die alle Macht in die Hände des Beamtentums legte, leitete das ganze öffentliche Leben und hielt jedes Selbstregiment nieder.

D. Die Gründung des Königreichs Italien.

1. Der Kampf gegen Österreich.

§ 212. Lage und Parteistellung in Italien. Auf dem Friedens- Viktor Emanuel II. 1849—1878
kongreß in Paris (§ 202) war Sardinien durch den großen Staatsmann Camillo Cavour, Viktor Emanuels ersten Minister, vertreten. Sein Cavour geb. 1810 gest. 1861
Staat hatte sich die Teilnahme Frankreichs und Englands durch die von ihm veranlaßte Hilfeleistung im Krimkriege erworben. Es geschah daher wohl nicht ohne deren geheime Zustimmung, wenn Cavour der Versammlung zu beweisen suchte, daß kein dauernder Friede in Europa begründet werden könne, solange Italien nicht die nationale Selbständigkeit errungen habe. Mochte das auch bei dem Kongreß vorerst keine unmittelbare Folge haben, so war damit doch angedeutet, daß König Viktor Emanuel bereit sei, an die Spitze der italienischen Nation zu treten. Das aber konnte nur geschehen, wenn es ihm gelang, die Macht Österreichs zu brechen, das Lombardei-Venetien besaß und zugleich der Hort aller reaktionären Elemente in ganz Italien war. Zum Kriege gegen diese Großmacht rüstete sich das kleine Sardinien, das kaum fünf Millionen Einwohner zählte, durch die Verbindung mit den Westmächten und durch die Sammlung seiner eigenen geistigen und wirtschaftlichen Kräfte.

Innere Reformen
Schon im Jahre 1850 wurde die geistliche Gerichtsbarkeit aufgehoben, die nichtkatholischen Untertanen unter den Schutz der Staatsgesetze gestellt, die kirchlichen Einkünfte beschränkt und dadurch der Herrschaft des Klerus schwere Schläge versetzt. Um die vermehrten Ausgaben zu decken, wurden in den nächsten Jahren Reformen im Steuerwesen auf Grund der Gleichberechtigung aller Untertanen durchgeführt, durch Eisenbahnen und Handelsverträge der Verkehr gehoben, die Zahl der Klöster beschränkt, die freie Bewegung der Presse gestattet, die Auflösung der Zehnten eingeleitet und dergleichen mehr. Zugleich wurde die Wehrkraft des Landes auf alle Weise erhöht. Durch all dies erlangte Piemont den Vorteil, daß es, während die übrigen Staaten Italiens dem revolutionären Treiben einen kraftlosen Damm entgegensetzten, die Bewegung bei sich selbst in geregelte Bahnen leitete, im übrigen Italien aber für seine Pläne benutzen konnte.

Österreichs Stellung

Die österreichische Regierung blickte mit Unruhe auf das bewegte politische Leben des Nachbarlandes; sie sah mit Besorgnis auf die wachsende Auswanderung angesehener Männer nach diesem Lande der Freiheit. Schon im Februar 1853 kamen nach einem mißlungenen Aufstand in Mailand verschärfte Maßregeln in Anwendung. Österreich verlangte, daß die lombardischen Flüchtlinge von den Grenzgebieten entfernt (interniert) werden sollten, und belegte zugleich deren Güter in der Lombardei und Venetien mit Beschlag. Schon damals stieg die Spannung zwischen beiden Staaten zu solcher Höhe, daß der diplomatische Verkehr abgebrochen wurde. Wie verstimmt aber auch Österreich durch die Teilnahme Sardiniens an dem Krimkriege und am Pariser Kongreß sein mochte: bei der schwankenden Haltung, die es selbst im Kriege (§ 200) beobachtet hatte, mußte es mit Rücksicht auf die von den Westmächten für Sardinien bewiesene Sympathie einzulenken suchen. Im Winter 1856—1857 machte deshalb der Kaiser mit seiner jungen, schönen Gemahlin, Elisabeth von Bayern, eine Reise durch seine italienischen Staaten. Dieser „fröhliche Einzug", mit der Aufhebung der Gütersequestration aller politischen Flüchtlinge und mit einer Amnestie im Gefolge, war noch vermögend, einige Kundgebungen von Loyalität hervorzurufen. Aber die Leidenschaften waren bereits zu sehr aufgestachelt, als daß ein leidliches Verhältnis hätte zurückgeführt werden können. Die sardinische Presse hatte schon lange einen feindlichen Ton angeschlagen; über ganz Italien waren Verbindungen organisiert worden, welche, wenn auch in Zwecken und Motiven vielfach gespalten, doch vorerst die nationale Einigung durchzuführen bemüht waren. Vor allem wirkte in diesem Sinne der italienische Nationalverein (§ 180) unter der Leitung des hochsinnigen Patrioten Pallavicino und des tätigen Messinesen La Farina; ihm schloß auch Garibaldi sich später an, der nach wechselvollen Lebensgeschicken wieder nach Italien zurückgekehrt war und auf der kleinen Insel Caprera eine Zufluchtsstätte gefunden hatte. Dieser Verein erstrebte, im Anschluß an die sardinische Regierung die Befreiung Italiens von der Fremdherrschaft und bemühte sich, die dahinzielenden Pläne des Grafen Cavour auf alle Weise zu unterstützen. Der radikale „Bund der Tat" (Aktionsverein), der von Mazzini (§ 124. 181) seine Weisungen empfing, verfolgte republikanische Gedanken, war aber nicht vermögend oder nicht willens, den nationalen Aufschwung unter den volkstümlichen Namen Cavour und Garibaldi zu lähmen. In ganz Italien gab sich in dieser oder jener Form eine allgemeine Gärung kund.

Mordtaten

Schon im März 1854 war Herzog Karl III. von Parma, ein Todfeind der Demokraten und Patrioten, der den ehemaligen englischen Stallmeister Ward zu seinem allvermögenden Minister erhoben hatte, auf offener Straße ermordet worden, ohne daß der Täter ergriffen werden konnte. Zwei Jahre später bluteten an demselben Orte der Strafhausdirektor Cereali und der Kriegsauditor Bordi unter Mörderhänden. Die allgemeine Unsicherheit erreichte einen solchen Grad, daß die Herzogin Marie Luise, die während der Minderjährigkeit ihres Sohnes Robert die Regentschaft führte, den Kriegszustand über Parma verhängte. In Mailand wurden österreichische Soldaten einzeln überfallen und erdolcht; in Pavia wurde ein kaiserlich gesinnter Professor getötet.

Neapel u. Sizilien

Am schrecklichsten war der Zustand im Königreich Neapel und Sizilien. Ferdinand II. (§ 181), der „König Bomba", benutzte die Jahre der europäischen Reaktion, um mit Hilfe seiner Schweizergarde und seiner Miettruppen jede Regung der Freiheit niederzudrücken, die Gefängnisse und Galeeren mit seinen politischen Widersachern zu füllen und, auch vom Klerus unterstützt, ein Regiment

des Schreckens zu führen. Eine Reihe von Briefen des englischen Staatsmannes Gladstone machte das gebildete Europa mit diesen heillosen Zuständen bekannt und erregte einen so allgemeinen Unwillen, daß sich die englische und französische Regierung zu ernsten Vorstellungen gedrungen fühlten. Diese machten jedoch auf den König keinen Eindruck, worauf beide Regierungen ihre Gesandten abriefen. Von der Zeit an lagen die revolutionären und absolutistischen Kräfte in blutigem Zweikampf; in Sizilien erhob Baron Bentivegna die Fahne der Empörung, um die Rückführung der Verfassung von 1812 (§ 107) zu erzwingen, erlag aber den königlichen Truppen und wurde hingerichtet. Bald darauf wurde der König bei der Parade von dem Soldaten Milano, einem Teilnehmer mazzinistischer Verbindungen, verwundet. Bewaffnete Banden, in einen Geheimbund, Camorra, vereinigt, durchzogen das Land und benutzten die allgemeine Verwirrung zu Raub und Mord; eine über das ganze Königreich verbreitete Partei wirkte im Interesse des Prinzen Lucian Murat, eines Sohnes des ehemaligen Königs Joachim (§ 74). Zu alledem kam noch ein Erdbeben in der Provinz Basilikata, das 2000 Wohnungen zerstörte und gegen 10000 Menschen verschüttete. Der König wagte nicht länger in der Hauptstadt zu leben; er bezog das Schloß Caserta, wo er, von Truppen bewacht, nur den nächsten Vertrauten den Zugang gestattete. Mazzinis Versuch, sich Genuas durch einen Handstreich zu bemächtigen, wurde zwar durch die sardinische Regierung vereitelt, aber die Nachwirkungen dieses Aufstandes gaben sich in Livorno und im Neapolitanischen kund. Eine Anzahl politischer Flüchtlinge fuhr nach der neapolitanischen Insel Ponza, befreite unter Führung Pisicane's die dort bewachten politischen Gefangenen und pflanzte dann mit denselben vereinigt bei Sapri die Fahne der Empörung auf. Das Unternehmen schlug fehl und veranlaßte den König zu immer härteren Maßregeln. Als er schon auf dem Krankenlager dem Tode entgegensiechte, ließ er, um in den Gefängnissen Raum zu schaffen, eine bedeutende Anzahl politischer Verhafteten nach Amerika einschiffen. Diese zwangen jedoch unterwegs den Kapitän zu einer Landung in Irland, wo sie sich befreiten und großenteils in die sardinische Armee eintraten.

Ferdinand II. 1830—1859

Okt. 1856

Nov. 1856

Dez. 1856

Dez. 1857

29. Juni 1857

§ 213. Napoleons Stellung zu Italien. Die wachsende Gärung in der Halbinsel machte es der sardinischen Regierung, wollte sie nicht durch die Tätigkeit der geheimen Vereine in ihrem Einfluß auf die nationale Partei gelähmt werden, zur Pflicht, mit den Männern des Fortschritts Hand in Hand zu gehen. Es kam dem König dabei zustatten, daß das savoyisch-piemontesische Herrscherhaus die einzige eingeborene Dynastie war, während in Neapel, Toscana, Parma Abkömmlinge der Bourbonen und Habsburger auf den Thronen saßen. Bei dem bevorstehenden Kriege aber war es günstig, daß Österreich damals ganz allein stand. Seine Haltung im orientalischen Kriege hatte ihm die Feindschaft Rußlands zugezogen, ohne ihm die Freundschaft der Westmächte erworben zu haben (§ 200); auf Preußen konnte es bei der eingewurzelten Rivalität nicht hoffen; dazu war es Napoleons eifrigstes Bemühen, Rußland mit Frankreich und Sardinien auszusöhnen. Als im Herbst 1856 die Kaiserin-Mutter Alexandra die Bäder in Nizza besuchte, wurde sie von Viktor Emanuel mit Beweisen von Hochachtung überhäuft, und als im nächsten Jahr eine russische Dampfschiffahrtsgesellschaft im geheimen Auftrag der Regierung den Hafen von Villafranca, unweit Nizza, angeblich als Kohlenlager, zu kaufen wünschte, kam ihr die sardinische Regierung mit aller Willfährigkeit entgegen. Die Zusammenkunft Napoleons mit Alexander II. in Stuttgart war doch ein Beweis, daß die durch den Krimkrieg hervorgerufene Spannung überwunden war. Wenn auch allen diesen Schritten

Sardinien und die Mächte

27. Sept. 1859

Napoleons Pläne

unzweifelhaft der Gedanke zugrunde lag, Österreichs Macht in Italien zu brechen und eine Regierung zu unterstützen, die die Stimmung des Volkes für sich hatte, und so seinen Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker (§ 211) zu betätigen, so rechnete Napoleon zugleich darauf, daß Sardinien nach seiner Schätzung nie mächtig genug werden könnte, sich des Dankes gegen ihn zu entschlagen, und erstrebte daneben eine Vergrößerung Frankreichs. Indessen, wie beunruhigend auch die Zustände in Italien waren, der vorsichtige Kaiser hätte sich vielleicht noch nicht so schnell bestimmen lassen, abermals „für Ideen" ins Feld zu ziehen, wenn nicht das Attentat Orsinis (§ 211) ihn zum raschen Handeln gedrängt hätte. Doch ehe Napoleon sich anschickte, im Verein mit Cavour das Testament Orsinis zu vollstrecken, mußte er erst wieder das etwas getrübte Verhältnis zu England bessern. Es gelang durch gegenseitiges Entgegenkommen (§ 210). Napoleon bedurfte eben der Neutralität Englands zur Ausführung seiner Pläne in Italien, und die britische Regierung, damals mit der Unterdrückung des Aufstandes in Indien beschäftigt, ergriff gern die dargebotene Hand. Palmerston, Napoleons Freund, beredete die Königin Viktoria, der Einweihung des neubefestigten Kriegshafens von
5. Aug. 1858 Cherbourg beizuwohnen, obwohl derselbe bestimmt war, in vorkommenden Fällen als Stützpunkt gegen England zu dienen, und durch diesen Beweis von Vertrauen die gestörte Harmonie wiederherzustellen. Kurz vorher hatte
20. Juli Graf Cavour mit Napoleon in dem Vogesenbade Plombières eine geheime Zusammenkunft gehabt und mit ihm die erforderlichen Verabredungen über Italiens Zukunft getroffen. An Sardinien sollten die Lombardei, Venetien, die päpstlichen Legationen, Parma und Modena fallen, Frankreich aber für seine Hilfe Savoyen und Nizza erhalten. Die übrigen Verhältnisse sollten nach der Vertreibung der Österreicher geordnet werden. Napoleon dachte dabei an einen italienischen Staatenbund unter dem Ehrenvorsitze des Papstes. Das Band zwischen den beiden Herrscherhäusern wurde dann noch fester geknüpft durch die Vermählung des Prinzen Jérôme Napoleon, des Sohnes des Königs von Westfalen, mit Clotilde, der sechszehnjährigen Tochter Viktor Emanuels.

1. Jan. 1859 Bei der nächsten Neujahrsansprache richtete Napoleon an den österreichischen Gesandten in Paris, Baron von Hübner, die Worte: „Ich bedaure sehr, daß unsere Beziehungen zu Ihrer Regierung nicht mehr so gut sind wie früher; ich bitte Sie aber, dem Kaiser zu sagen, daß meine persönlichen Gefühle für ihn immer dieselben sind."

§ 214. Magenta und Solferino. Dieser ganz Europa in Aufregung versetzenden Ansprache folgte bald die keinen Zweifel an ihrer Deutung
10. Jan. 1859 lassende Erklärung Viktor Emanuels bei Eröffnung der Kammer in Turin, daß Sardinien nicht länger unempfindlich sein könne gegen den „Schmerzensschrei", der sich von allen Seiten Italiens hilfeflehend erhebe. Österreichs Lage war schwierig. Die Finanzen befanden sich in schlechtem Zustande, in Ungarn herrschte noch immer ein friedloser Zustand, und die italienischen Provinzen warteten nur auf das Zeichen zur Erhebung. Dennoch mußte es den Fehdehandschuh aufnehmen: es verstärkte seine Heere in Italien, stellte die Lombardei unter Kriegsrecht und wies eine „Revision der Verträge", welche in der Presse Sardiniens und Frankreichs als notwendig hingestellt wurde, ebenso entschieden ab, wie das von Frankreich aufgestellte neue Prinzip „der Berechtigung der Nationalitäten",

Friedensversuche

Ehe jedoch das Schwert gezogen wurde, machte die Diplomatie noch einige vergebliche Versuche, eine Verständigung und friedliche Ausgleichung zu bewirken. Wie wenig auch Europa der Versicherung Napoleons, daß der früher (§ 197) verkündigte Satz: „Das Kaisertum ist der Friede," noch seine Geltung habe, Glauben beimaß, so begab sich dennoch der englische Gesandte in Paris, Lord Cowley, mit Zustimmung des französischen Hofes nach Wien, um die österreichische Regierung zu Zugeständnissen zu bewegen. Während noch die Unterhandlungen im Gange waren, trat plötzlich Rußland mit dem Vorschlag eines Kongresses zur Entscheidung der italienischen Frage hervor. Da aber Österreich verlangte, daß die Verträge von 1815 die Grundlage der Verhandlungen bilden sollten, die Teilnahme Piemonts an dem Kongresse verweigerte und auf eine allseitige Entwaffnung drang, so kam der Kongreß nicht zustande. Vielmehr stellte nun das Wiener Kabinett an die sardinische Regierung in einem Ultimatum die Forderung, binnen drei Tagen das Heer auf den Friedensfuß zu setzen und die Freikorps aufzulösen. Als von Turin eine ablehnende Antwort erfolgte, erhielten die österreichischen Truppen sofort den Befehl, über den Tessin zu gehen. Cavour war hocherfreut über diesen Schritt, da er nun der österreichischen Regierung den Friedensbruch zuschieben konnte. So sprachen denn auch die neutralen Mächte ihre Mißbilligung gegen Österreich aus, und Napoleon stellte es als seine Pflicht hin, dem Ehrgeize eines Staates entgegenzutreten, der bis zu den Alpen gebieten wolle und in jedem unabhängigen Lande eine Gefahr für seine Macht fürchte.

Febr. 1859

Österreichisches Ultimatum 23. April 1859

26. April

29. April

Ausbruch des Krieges

Wohl waren im österreichischen Heere noch tüchtige Männer vorhanden, die, wie Heß, Benedek u. a., sich als Heerführer bewährt hatten, aber Hofgunst und Geburt gingen über Talent und Erfahrung, und diesen Vorzügen verdankte Franz Gyulay den Oberbefehl über die österreiche Kriegsmacht in Italien. In Sardinien und Frankreich hatte man den Ausbruch des Krieges noch nicht erwartet, es wäre also dem österreichischen Feldherrn nicht gar schwer gefallen, durch rasches Vordringen dem Krieg von vornherein eine günstige Wendung zu geben. Statt aber mit Entschlossenheit auf die Hauptstadt loszugehen, setzte sich Gyulay in der Landschaft Lomellina, zwischen Tessin und Sesia, fest. Durch dieses Zögern gab er den Sardiniern Zeit, ihre Truppen, etwa 80000 Mann, um die Festung Alessandria zu vereinigen, wo im Mai mehrere französische Heeresabteilungen zu ihnen stießen, während Garibaldi mit seinen „Alpenjägern" sich am Fuß des Gebirges aufstellte, um von dort aus den rechten Flügel der Österreicher zu beunruhigen. Um die Mitte des Mai erschien Napoleon selbst in Italien; er hatte durch Einführung der gezogenen Kanonen mit einer bis dahin noch unerhörten Schußweite seiner Artillerie einen großen Vorteil verliehen, und wenn er auch die strategische Führung seinen erfahrenen Generalen überließ, so weckte doch sein glorreicher Name alte Erinnerungen bei Franzosen und Lombarden, so war doch seine Person der feste Mittelpunkt, von dem alle Bewegungen ausgingen. Dieser einheitlichen Kriegführung gegenüber zeigte sich der österreichische Oberfeldherr seiner Aufgabe nicht gewachsen. Er hatte den günstigen Augenblick zum Angriff versäumt, jetzt blieb ihm nur der Verteidigungskrieg übrig. Da er über die Stellung der verbündeten Armee gänzlich im unklaren war, so sandte er den Grafen Stadion mit 12000 Mann zum Rekognoszieren aus. Dieser stieß bei Montebello auf die Franzosen und wurde nach tapferer Gegenwehr zum Rückzug gezwungen. Nun richtete Gyulay seine Aufmerksamkeit nach jener Seite, in der Meinung, von dort würde der Angriff erfolgen. Allein Napoleon hatte beschlossen, sich auf den rechten, schwächeren Flügel der Österreicher zu werfen und möglichst bald nach Mailand vorzurücken. Während die Hauptarmee von Alessandria aus nach Vercelli zog, und Canrobert nach dem hartnäckigen Widerstande des österreichischen Generals Zobel die Sesiabrücke bei Palestro besetzte, drang Garibaldi den Bergen entlang nach Como vor und war bereits auf dem Wege nach Monza, als Gyulay den General Urban zur Deckung der lombardischen Hauptstadt absandte und dann den Rückzug über den Ticino anordnete.

Mai 1859

20. Mai

31. Mai

1. Juni

Napoleons rasches Vordringen an der Spitze seiner Garde hätte ihm an der Brücke von Buffalora verderblich werden können, wären nicht die Truppenabteilungen unter Mac Mahon, Canrobert und Niel noch
Magenta 4. Juni 1859 rechtzeitig eingetroffen. Nun erfolgte die Schlacht von Magenta, in welcher, da auf seiten der Österreicher jede einheitliche Führung fehlte und die einzelnen Befehlshaber, Clam-Gallas, Liechtenstein, Zobel, sich völlig selbst überlassen waren, die Franzosen den Sieg davontrugen. Die Lombardei war der Preis des Kampfes: schon an den beiden nächsten Tagen wurde Mailand geräumt, die Festungswerke von Pavia und Piacenza gesprengt, die Besatzungstruppen aus allen Städten abberufen. Am 8. Juni zog Napoleon an der Seite Viktor Emanuels unter dem Jubel des Volkes in Mailand ein, während die österreichischen Truppen erst am Mincio eine neue Stellung nahmen, wo sie durch das Festungsviereck (Peschiera, Mantua, Verona, Legnago) gedeckt waren.

Erhebung in den mittelitalischen Staaten

Die Unfälle Österreichs führten den Sturz der von ihm geschützten Regierungen herbei. Schon im April war Großherzog Leopold II. von Toscana durch einen allgemeinen Abfall von Heer und Beamten in die Notwendigkeit versetzt worden, Florenz zu verlassen, worauf eine provisorische Regierung unter dem Protektorat Viktor Emanuels eingesetzt wurde. Nach

Toscana

Parma

der Schlacht von Magenta verließ auch die Herzogin Luise von Parma mit ihrem minderjährigen Sohne Robert ihr Land und wandte sich nach

Modena

der Schweiz, und bald nachher suchte der Herzog Franz V. von Modena Schutz im österreichischen Lager jenseits des Mincio. Überall wurde die italienische Fahne aufgepflanzt und der Anschluß an Sardinien verlangt.

Bologna

Auch Bologna sagte sich von dem Papste los und rief die Diktatur des sardinischen Königs aus; und schon damals wären die päpstlichen Besitzungen größtenteils von Rom abgefallen, hätte nicht die blutige Er-
20. Juni stürmung der Stadt Perugia durch die Schweizertruppen des Papstes solchen Schrecken verbreitet, daß in Ancona, Ravenna, Ferrara und anderwärts die römische Herrschaft vorerst noch erhalten blieb.

Stimmung in Deutschland

Während dieser Vorgänge herrschte in Deutschland große Erregung. Österreich bemühte sich, Preußen und die deutschen Bundesregierungen zur Teilnahme an dem Kriege zu bewegen und die Unterstützung des österreichischen Reichs als eine deutsche Angelegenheit darzustellen: der Krieg, der jetzt am Po geführt werde, könne bald an den Rhein verlegt werden. Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als ob die öffentliche Meinung, die sich besonders in Bayern und in ganz Süddeutschland laut für Anschluß an Österreich aussprach, die Regierungen fortreißen würde: es wurden Kriegsrüstungen gemacht; Preußen stellte nach und nach sein ganzes Heer auf den Kriegsfuß. Aber bei den deutschen Bundesregierungen wurden diese kriegerischen Anwandlungen bald beschwichtigt, als an gar manchen Orten ein kläglicher Zustand im Heerwesen zutage trat, als das englische Ministerium, das den Einfall Österreichs in das sardinische Gebiet eine „verbrecherische Handlung" genannt hatte, die drohende Erklärung gab, daß es die deutschen Handelsschiffe gegen die französischen Kriegsschiffe und Kaper nicht in Schutz nehmen würde, wenn der Bund, ohne von Frankreich angegriffen zu sein, Österreich Beistand leisten sollte; als der russische Minister Gortschakow in Frankfurt den Satz geltend machte, daß der Bund nur defensiver Natur sei und mithin gar nicht das Recht habe, in einer fremden Kriegssache angriffsweise vorzugehen. Rußland hatte nicht ver-

gessen, daß ihm Österreich in den Tagen der Not die früheren Dienste mit Undank gelohnt hatte (§ 200). In Preußen hatte der Prinzregent eine schwere Stellung. Auf der einen Seite gedachte er mit Groll an den Tag von Olmütz und zeigte keine Lust, einem Staate beizustehen, der stets mit Eifersucht gegen Preußen erfüllt war. Anderseits stand er Napoleon mit Mißtrauen und Abneigung entgegen; auch widerstrebte es ihm (wozu Bismarck geraten hatte), aus der Notlage Österreichs Vorteil zu ziehen. So schlug er den Mittelweg ein: die preußische Kriegsbereitschaft sollte nur den Zweck haben, das eigene Land und das Bundesgebiet zu schützen, ohne die bisherige Politik „der freien Hand" zu verlassen, zumal da von Frankreich aus die Versicherung gegeben wurde, der Krieg würde „lokalisiert", d. h. auf Italien beschränkt bleiben.

Fortgang des Krieges

Unterdessen ging der Krieg in Italien weiter. Um den Mut der Truppen zu beleben, übernahm nach dem Beispiel Napoleons Kaiser Franz Joseph selbst den Oberbefehl. Aber wie sehr auch die Soldaten, deren Tapferkeit auch von den Feinden anerkannt wurde, vor Verlangen brannten, die Niederlage von Magenta zu rächen, so daß der Kaiser die gedeckte Stellung in dem Festungsviereck aufzugeben und, den Mincio überschreitend, angriffsweise vorzugehen beschloß, das zweite Zusammentreffen mit den Verbündeten brachte abermals infolge strategischer Fehler einen für Österreich unglücklichen Ausgang. Das österreichische Heer, an Zahl den Gegnern überlegen, hatte sich in einem Halbkreis aufgestellt, um von drei Seiten konzentrisch auf den Feind zu drücken. Aber die Linie war zu weit ausgedehnt; die beiden Flügel nahmen einen Raum von vier Stunden ein, während das Zentrum verhältnismäßig schwach und ohne Reserve war. Napoleon, von der Aufstellung genau unterrichtet, wendete seine Hauptstärke gegen das feindliche Zentrum auf einer Höhe bei dem Dorfe Solferino. Nach einem mörderischen Kampfe, in welchem der französische Heerführer immer neue Massen gegen den entscheidenden Punkt in Bewegung setzte, während auf der andern Seite aus Mangel an einheitlicher Führung nicht die nötigen Verstärkungen eintrafen, wurde endlich die Höhe erobert, die feindliche Schlachtlinie durchbrochen und die Gesamtarmee in zwei getrennte Heeresabteilungen zerschnitten. Ein zweiter Stoß, den Napoleon rasch gegen Cavriano richtete, hatte gleichen Erfolg. Das Schicksal der Schlacht war in der Hauptsache entschieden, als zwischen vier und fünf Uhr ein furchtbares Gewitter eintrat, welches dem Kampfe ein Ende machte und den Österreichern Gelegenheit gab, sich in guter Ordnung zurückzuziehen. Nur Benedek, der die Sardinier bei San Martine zweimal zurückgeschlagen hatte, setzte den Kampf noch einige Stunden fort. Auf französischer Seite hatte sich General Niel durch Umsicht und Tapferkeit vor allen hervorgetan. Die Österreicher hatten den Verlust von 13000 Toten und Verwundeten zu beklagen und mußten 9000 Gefangene in den Händen der Feinde lassen; die Franzosen verloren gegen 12000, die Piemontesen 5521 Mann.

Solferino 24. Juni 1859

§ 215. Der Friede von Villafranca und Zürich. Die Annexionen.

Preußens Haltung

In Deutschland steigerten die Nachrichten aus Italien die Aufregung immer mehr. Der Prinzregent von Preußen stellte sein ganzes Heer in Kriegsbereitschaft und beantragte bei dem Deutschen Bunde, daß die Oberleitung sämtlicher deutschen Streitkräfte der Krone Preußens unterstellt werde. Damit wäre der Krieg gegen Frankreich gegeben gewesen. Aber Österreich,

4. Juli

das selbst in seiner Bedrängnis die Rivalität gegen Preußen nicht vergaß, verlangte, daß dieser nur zum Bundesfeldherrn ernannt werden solle, eine Bedingung, die der Prinzregent geradezu als eine persönliche Beleidigung ansah, da er dadurch vom Bundeskriegsrat in Frankfurt abhängig geworden wäre. Trotzdem kam er dem zu weiteren Unterhandlungen nach Berlin gesandten Fürsten Windischgrätz auf das freundlichste entgegen.

Waffenstillstand 8. Juli

Da traf beide gleich unerwartet die Nachricht von dem in Villafranca zwischen Franz Joseph und Napoleon abgeschlossenen Waffenstillstande. Die Lage Österreichs in Italien war eine sehr bedenkliche geworden. Ein meist aus Ungarn bestehendes Armeekorps mußte als unzuverlässig in das innere Österreich zurückgeschickt werden; brauchbare Ergänzungen waren nicht vorhanden. Zugleich hatte sich die schlimme Verfassung der Verpflegungs- und Kriegsverwaltung herausgestellt. Dazu kam noch, daß der junge Kaiser vor dem furchtbaren Blutvergießen zurückschauderte; hatte er doch, als am Tage nach der Schlacht bei Solferino Benedek zu einem neuen Kampfe riet, mit Tränen in den Augen gerufen: „Lieber eine Provinz verloren als noch einmal so gräßliche Dinge erleben!" Von auswärtigen Mächten war keine Hilfe zu erwarten; die von Preußen angebotene hatte Österreich ja abgelehnt. Auch Napoleon neigte zum Frieden. Das französische Heer war durch den italienischen Feldzug hart mitgenommen; außerdem scheute er vor einem längeren Festungskriege mit den Österreichern zurück; vor allem aber sah er Preußen gerüstet, um ihm am Rhein in den Arm zu fallen. Er hatte zwar die Losung in die Welt erlassen: „Italien frei bis zur Adria!", da aber die Verfolgung dieses Zieles für den Augenblick allzu gewagt gewesen wäre, begnügte er sich

11. Juli

mit einem geringeren Siegespreis. Drei Tage nach Abschluß des Waffenstillstandes erfolgte eine persönliche Zusammenkunft beider Kaiser, bei welcher die Präliminarien des Friedens festgestellt wurden. Österreich sollte die Lombardei mit Ausnahme von Peschiera und Mantua an Frankreich abtreten, Napoleon sie dann an Sardinien übergeben; Italien solle sich zu einem Staatenbund zusammenschließen unter dem Ehrenvorsitze des Papstes, Venetien einen Teil dieses Bundes bilden, jedoch unter der Krone des Kaisers von Österreich bleiben; der Wiedereinsetzung der Souveräne von Toscana und Modena solle kein Hindernis in den Weg gelegt werden, sofern diese von ihren Untertanen selbst zurückgerufen würden. Zur völligen Erledigung dieser Punkte sollten Bevollmächtigte beider Reiche in Zürich zusammentreten.

Viktor Emanuel und sein Minister Cavour waren aufs tiefste erbittert über den Bruch der Versprechungen von Plombières, und Cavour forderte

14. Juli

sofort seine Entlassung. Er arbeitete nun als Privatmann auf die Errichtung eines nationalen Einheitsstaates hin, und sein Beispiel hielt die italienischen Patrioten aufrecht. Der Waffenstillstand vermochte die volkstümliche Einheitsbewegung nicht mehr aufzuhalten. Das „Italia farà da se!" („Italien wird ganz allein fertig werden") erklang überall, und

Volksabstimmungen 16. Aug. 19. Aug. 6. Sept. 14. Sept.

schon im August und September beschlossen Toscana, Modena, Bologna und Parma durch Volksabstimmungen ihre Angliederung an Piemont und übersandten dem König Viktor Emanuel ihre Huldigung. Da dieser zunächst genötigt war, die Sache hinzuhalten, schlossen die vier Landschaften ein Bündnis unter sich und stellten Truppen

10. Nov. 1859

auf. Der nun abgeschlossene Friede von Zürich bestätigte zwar die

Abmachungen von Villafranca, aber Napoleon erkannte doch, daß er durch Preisgabe seines ursprünglichen Programms an Ansehen sehr eingebüßt hatte, zumal ihm auch Savoyen und Nizza entgangen waren. So erließ er Erklärungen gegen den Papst, der in einem Rundschreiben, dem sich 19. Jan. 1860
127 Bischöfe anschlossen, entschieden Einspruch gegen die Wegnahme auch des geringsten Teiles seines weltlichen Schutzes erhoben hatte, und knüpfte wieder mit Piemont an. Sofort übernahm Cavour wieder den Vorsitz im 20. Jan. 1860
Ministerium; die Einheitsbewegung in Italien geriet von neuem in Fluß, und zahlreiche Bittschriften gingen nach Paris um endliche Befreiung Italiens. Napoleon ließ darauf Viktor Emanuel eröffnen, daß Frankreich ihm gegen jeden Angriff beistehen würde, wenn er sich mit Parma und Modena begnügen, daneben die Romagna als päpstlicher Vikar verwalten wolle, „sollte er weitergehen, so tue er das auf seine eigene Gefahr; Frankreich aber werde seinen Anspruch auf Nizza und Savoyen erneuern". Viktor Emanuel entschloß sich zu dem letzteren Wege, und so erfolgten Annexionen
im März 1860 die Volksabstimmungen, die Annexionen, kraft deren Nizza und Savoyen sich für den Anschluß an Frankreich, 24. März
Toscana und die Emilia, wie jetzt Parma, Modena und die Romagna 22. März 18. März
genannt wurden, für die Einverleibung in das Reich des Königs von Sardinien aussprachen. Noch in demselben Monat nahm Viktor Emanuel in den annektierten Staaten persönlich die Huldigung entgegen, und am
2. April wurde in Turin das erste italienische Parlament er- 2. April 1860
öffnet, in welchem neben den Abgeordneten Sardiniens und der Lombardei auch die der annektierten Staaten erschienen. Zur vollen Einigung Italiens fehlten nur noch Venetien, Neapel und der Kirchenstaat.

2. Die Vereinigung von Nord- und Süditalien.

§ 216. Garibaldi in Sizilien und Neapel. Da das Gebiet von Rom durch die französischen Okkupationstruppen (§ 181) geschützt war, so richteten sich die Einheitsbestrebungen der Patrioten zunächst auf das Königreich Neapel und Sizilien, wo kurz zuvor dem König Ferdinand II., dem unversöhnlichen Feinde des Fortschritts, sein junger, in den Regierungsgeschäften völlig unerfahrener Sohn Franz II. auf den Thron gefolgt war.

Es war ein kühnes Unterfangen, ein Königreich anzugreifen, das über ein Neapel Franz II. 1859—1861
gut organisiertes, mit besonderer Vorliebe gepflegtes Heer von 150 000 Mann zu gebieten hatte. Aber die Tyrannei der Regierung hatte den geheimen Gesellschaften den Boden bereitet, und die Entlassung der Schweizer Söldnertruppen, die, wegen Meuterei in Neapel bestraft und durch einen Beschluß der Bundesregierung in Bern gegen das Reislaufen in ihren bürgerlichen Rechten bedroht, den Abschied begehrten, beraubte den Thron seiner stärksten Stütze in einem Augenblick, wo die Genossen Mazzinis und Garibaldis sich zu einem Hauptschlage die Hand reichten. Einzelne Aufstände in Messina und Palermo wurden noch unterdrückt; da segelte Garibaldi mit 1062 italienischen und fünf 6. Mai 1860
ungarischen Freiwilligen (den hochgepriesenen „Tausend") nebst 4 Geschützen auf zwei Dampfern von Genua ab, ohne von der sardinischen Regierung gehindert zu werden, und landete am 11. Mai bei Marsala, an der Westküste Garibaldi in Sizilien
Siziliens. Nachdem er, von zwei englischen Korvetten gedeckt, die Ausschiffung bewerkstelligt hatte, zog er sich in die Berge und sammelte bei Salemi die zerstreuten Freischaren um sich. Am 14. Mai, als die Mannschaft bereits auf 4000 angewachsen war, erließ er eine Proklamation, kraft welcher er die Diktatur über Sizilien im Namen Viktor Emanuels, Königs von Italien, übernahm.

Unter großen Beschwerden rückte er sodann auf die Hauptstadt los und stand
27. Mai 1860 am 27. Mai vor Palermo. In wenigen Stunden war die Stadt, wo die Bevölkerung sich in Masse erhob, zur Hälfte in den Händen Garibaldis. Nun aber ließ der neapolitanische General Lanza von der Zitadelle und von den im Hafen liegenden Kriegsschiffen aus die Stadt bombardieren. Um der Zerstörung Einhalt zu tun, wurde unter Vermittlung des englischen Admirals ein Waffenstillstand geschlossen, der mit dem Abzug der neapolitanischen Truppen
6. Juni und der Übergabe der Stadt endigte.

Die Einnahme von Palermo erschütterte die Monarchie in ihren Grundfesten und trug den Ruhm Garibaldis in alle Welt. Umsonst suchte der König seinen Thron mit neuen Stützen zu umgeben, indem er die von seinem Vater im Jahre 1848 erteilte, später aber wieder beseitigte Verfassung (§ 181) herstellte und sich mit einem liberalen Ministerium umgab. Es war zu spät! Sechs
18. Juli Wochen nach der Einnahme von Palermo brach der „Diktator" gegen Messina auf, ohne, wie man in Turin verlangte, die Annexion der Insel an Sardinien zu verkündigen. Wo er erschien, fiel ihm die Bevölkerung zu, und der Befehls-
28. Juli haber von Messina mußte die Stadt mit Ausnahme der Zitadelle räumen. Noch
Erfolge auf dem Festlande wunderbarer waren die Erfolge auf dem Festlande. Kaum hatte Garibaldi, fast im Angesicht der in der Meerenge kreuzenden neapolitanischen Flotte, seine
21. Aug. Landung mit 4300 Mann bewerkstelligt, so übergab die Besatzung von Reggio Stadt und Burg unter der Bedingung freien Abzugs. Allenthalben lösten sich die Truppenkörper auf, bildeten sich provisorische Regierungen: wie ein Triumphator durchzog Garibaldi den Süden der Halbinsel, ohne auf Widerstand zu stoßen. Der bloße Name Garibaldi übte auf die Bevölkerung eine zauberhafte Wirkung aus. Am 6. September verließ Franz II. seine Hauptstadt und zog sich mit den noch treugebliebenen Truppen, etwa 40000 Mann, hinter den Volturno und in die Festungen Gaëta und Capua zurück, und schon am nächsten Tage
17. Sept. feierte Garibaldi unter dem begeisterten Jubelruf der ganzen Bevölkerung seinen Einzug in Neapel. Die fremden Mächte hielten sich an den Grundsatz der Nichtintervention. Napoleons Versuch, ein gemeinsames Einschreiten Englands und Frankreichs zu bewirken, scheiterte an der Abneigung Palmerstons und Russels.

Römische Frage Unter diesen Vorgängen stieg die Aufregung des italienischen Volkes zu einer fieberhaften Höhe. Die Erklärung Garibaldis, daß er „vom Quirinal aus" das Königreich Italien in seiner natürlichen Hauptstadt verkündigen wolle, fand einen vollen Widerhall in dem Herzen des Volkes. Je mehr aber dieses Ziel zutage trat, desto verwickelter wurden die Verhältnisse wegen der schwierigen Lage Roms. Die päpstliche Regierung setzte dem Drängen des französischen Kaisers auf innere Reformen eine unüberwindliche Weigerung entgegen und bedrohte jeden Versuch einer Schmälerung des Kirchenstaats im voraus mit dem Fluch der Kirche. Je mehr es zutage trat, daß Umbrien, die Marken, ja selbst die Stadt Rom mit Ungeduld dem Augenblicke entgegensahen, frei von der geistlichen Herrschaft „in den Schoß der gemeinsamen italienischen Familie aufgenommen zu werden", desto lauter wurde der Hilferuf der Ultramontanen, desto kühner erhob der französische Klerus seine Stimme, um die kaiserliche Regierung zu beschwören, daß sie den Heiligen Vater schütze gegen die verschlingenden Mächte der Hölle. Von den Geringen sammelte man den „Peterspfennig", den Wohlhabenderen machte man die Beteiligung an einer päpstlichen Anleihe-Lotterie zur Pflicht, an die Wehrhaften erging der Ruf zum Eintritt in die heiligen Scharen, welche als Streiter Christi das gefährdete Reich des Apostelfürsten schirmen sollten. Der Kriegsminister Merode bewog den verbannten französischen General Lamoricière (§ 211), den Oberbefehl über die buntgemischte päpstliche Armee zu übernehmen. Napoleon befand sich in einer schwierigen Lage. Kämpften die französischen Besatzungstruppen Roms (§ 181) gegen Garibaldi, so verscherzte er die Sympathien Italiens, ließ er der italienischen

Revolution freien Lauf, dann verfeindete er sich den französischen Klerus; auch lag dann die Gefahr nahe, daß Mazzini und die Aktionspartei die Oberhand gewinnen und alle bisherigen Errungenschaften durch republikanische Bewegungen in Frage stellen würden. Ähnlich schwierig war die Lage Viktor Emanuels. Sie kamen daher überein, daß sardinische Truppen die römischen Marken und Umbrien besetzen und durch sie nach Neapel vorrücken sollten, um hier statt der Diktatur Garibaldis ein geordnetes, monarchisches Regiment zu errichten, wogegen Rom und das sogenannte Patrimonium Petri, das die Franzosen besetzt halten würden, unangetastet bleiben müsse. Demgemäß rückten zwei sardinische Anfang Sept.
Heeresabteilungen unter dem Kriegsminister Fanti und General Cialdini an die Grenzen des Kirchenstaats. Ihre Ankunft gab das Zeichen zu einer allgemeinen Volkserhebung. Der sardinische Oberfeldherr stellte an General Lamoricière und an den römischen Hof die Forderung, daß man allen päpstlichen Städten gestatte, den Volkswillen ungehindert kundzugeben. Als man dieses Verlangen zurückwies, rückte General Fanti in Umbrien vor, während Cialdini die Marken besetzte. Dem letzteren zog Lamoricière entgegen, wurde aber bei Castelfidardo 18. Sept. 1860
geschlagen und rettete sich nach Ancona. Als dann Cialdini diese Seestadt zu Lande einschloß, während gleichzeitig der sardinische Admiral sie von der Seeseite angriff, mußte sie sich ergeben. Wenige Tage nachher erschien Viktor 29. Sept.
Emanuel in Ancona und übernahm selbst den Oberbefehl. Ein Manifest schloß mit der Versicherung, „seine Politik werde dazu dienen, den Fortschritt der Völker mit der Stabilität der Regierungen zu versöhnen".

§ 217. Garibaldi und Viktor Emanuel. Das Königreich Italien. Die Garibaldis Rücktritt
Absicht des Königs war, in Verbindung mit Garibaldi das Königreich Neapel vollends zu erobern. Denn so rasch die Freischaren bis in die Hauptstadt vorgedrungen waren, so langsam waren die Fortschritte an der Volturnolinie. Die Erwartung, daß das ganze neapolitanische Heer zu den Insurgenten übertreten oder sich auflösen würde, war nicht in Erfüllung gegangen; Garibaldi konnte, obwohl seine Freischaren auf etwa 25 000 Mann angewachsen waren, nicht daran denken, ohne die Hilfe Sardiniens die Festungen Capua und Gaëta zu erobern. Gegen Cavour freilich, der auf eine Volksabstimmung drängte, hegte Garibaldi eine tiefe Abneigung; er verzieh ihm nicht, daß er seine Vaterstadt Nizza (§ 180) den Franzosen überliefert hatte. Dazu wirkten in Neapel Mazzini und Crispi gegen Cavour und den greisen Pallavicino (§ 180), der für Cavours Pläne eintrat. Es kam in Neapel sogar zu einem Aufstand, schließlich aber entschied doch die Volksabstimmung in Neapel und Sizilien für den 21. Okt.
Anschluß an Sardinien. Als nun Viktor Emanuel in Sessa erschien, legte Garibaldi mit den Worten: „Sire, ich gehorche" die diktatorische Gewalt in die 26. Okt.
Hand des Königs. An des Königs Seite zog er in Neapel ein und kehrte 7. Nov.
dann nach der einsamen Insel Caprera zurück, jeden Lohn und jede Auszeichnung von sich weisend.

Nun wurden die Kriegsoperationen erfolgreicher. Nach der Eroberung von Capua durch die Piemontesen wurde König Franz mit dem Reste seiner 2. Nov.
besten Truppen in die Festung Gaëta gedrängt. Die tapfere Verteidigung Gaëta
dieser Seestadt, wobei die junge Königin Maria, eine Prinzessin von Bayern, einen heroischen Mut zeigte, bildet den Glanzpunkt in dem kurzen Regentenleben Franz II. Er hoffte dabei noch auf auswärtige Hilfe. Napoleon suchte den Verdacht von sich abzuwälzen, als sei er mit der revolutionären Politik des Königs von Sardinien einverstanden; deshalb schickte er eine Flotte nach dem Nov. 1860
Tyrrhenischen Meer, welche den Hafen von Gaëta besetzt hielt und dadurch dem König die Möglichkeit gewährte, sich fortwährend mit Lebensmitteln und Kriegsbedarf zu versehen. Als aber dessen Hilferufe an die Mächte Europas ohne Wirkung blieben, und die einzelnen reaktionären Aufstände in den Abruzzen den Charakter eines wilden Banditenkrieges annahmen, rief Napoleon, nachdem er einen Waffenstillstand zu vermitteln versucht hatte, seine Flotte zurück. Nun zwangen 20. Jan. 1861

13. Febr. 1861 endlich die Fortschritte der Belagerer, Mangel an Lebensmitteln und Kriegsmunition den König zur Kapitulation. Er begab sich nach Rom und blieb hier noch zehn Jahre, von der Hoffnung getragen, durch eine Gegenrevolution wieder in seine Königsrechte eingesetzt zu werden.

Königreich Italien

Damit nahm das Königreich beider Sizilien sein Ende. Schon am 18. Februar versammelte König Viktor Emanuel die Abgeordneten aller Staaten, die seine Oberhoheit anerkannten, in Turin um seinen Thron
17. März 1861 und legte mit ihrer freudigen Zustimmung sich und seinen rechtmäßigen Nachfolgern den Titel „König von Italien" bei.

So war denn das unglaubliche Ereignis eingetreten, daß sämtliche Staaten Italiens, mit Ausnahme des österreichischen Venetiens und der Stadt Rom mit ihrer Umgebung, zu einem Königreich vereinigt waren. Wie weit waren die Ergebnisse über die Bestimmungen des Züricher Friedens und über die anfänglichen Absichten des französischen Kaisers hinausgegangen! Aber das Erworbene zu befestigen, die äußerlich verbundenen Glieder auch innerlich zu verschmelzen, war eine schwierigere Aufgabe als das Erwerben selbst. Während hier ein mächtiger nationaler Aufschwung unerwartet rasch zu einem Ziele führte, mußte man jetzt mühsam bald auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen das Mißtrauen der auswärtigen Höfe zu beseitigen suchen, bald dem Ungestüm der vorwärts strebenden Revolutionspartei wehren, bald die reaktionären Bewegungen, die von Rom aus unterstützt wurden, mit starker Hand niederhalten. Diesen Cavours Politik schwierigen Aufgaben gegenüber entfaltete Graf Cavour dieselbe staatsmännische Gewandtheit, die er von jeher an den Tag gelegt hatte. Sollte die große Idee der nationalen Einigung Italiens nicht wie ein schönes Traumbild nach kurzer Zeit wieder entschwinden, so bedurfte es einiger Jahre des Friedens, um das Gewonnene zu ordnen, um das Zerstreute zu sammeln, um dem Auslande den Glauben einzuflößen, daß die rasche, zum Teil mit ungesetzlichen Mitteln zustande gebrachte Schöpfung auch Dauer habe und würdig sei, als ein neues, starkes Mitglied der europäischen Staatenfamilie anerkannt zu werden. Mit Napoleons Stellung Frankreichs Hilfe war das Werk der Befreiung und Einigung geschaffen worden; daß es aber eine viel größere Ausdehnung angenommen, als Napoleon gewünscht hatte, ließ sich aus seiner auffallenden, unberechenbaren Haltung bei den raschen Vorgängen schließen. Eine unbesonnene Handlung des Turiner Kabinetts hätte ihn leicht zu andern politischen Gängen führen können, man mußte die Erreichung des Zieles: „Italien frei bis zur Adria" der Zukunft überlassen, wenn nicht alles wieder in Frage gestellt werden sollte. Hatte
Okt. 1860 Napoleon doch bei einer persönlichen Zusammenkunft der drei Monarchen von Österreich, Rußland und Preußen die Versicherung gegeben, daß Piemont für den Fall eines Angriffs auf Venetien von Frankreich keinen Beistand erhalten werde. Nicht minder große Schwierigkeiten standen einem Vorgehen gegen Rom im Wege. Hier wäre die päpstliche Armee zwar kaum imstande gewesen, bei der geringsten Hilfe Sardiniens die Volksaufstände im eigenen Lande niederzuwerfen, aber die französische Besatzung in Rom hatte den Befehl, jeden Angriff mit den Waffen zurückzuweisen. Nur wenn der römische Stuhl selbst die Hand zu einer Übereinkunft bot, konnte die „römische Frage" gelöst werden; aber Cavours Anerbieten, dem Papste und der katholischen Kirche gegen den Verzicht auf die weltliche Herrschaft vollkommene Freiheit und Unabhängigkeit vom Staate in allen geistlichen Dingen zugestehen („Chiesa libera in libero stato"), wurde mit Entrüstung zurückgewiesen.

§ 218. Die Aktionspartei und Garibaldis zweite Schilderhebung. Bei dieser Lage kam dem Grafen Cavour das Drängen der italienischen Heißsporne, der „Italianissimi", sehr ungelegen. Indem sie das Volk durch den großsprecherischen Ruf „Rom und Venedig" in Aufregung hielten, erregten sie die Gemüter auch gegen die Regierung. Inmitten dieser Schwierigkeiten starb

Cavour. Sein früher Tod war ein schwerer Verlust für Italien, obwohl sein Nachfolger, der Toskanese Ricasoli, beflissen war, in seine Bahnen einzutreten. Er wiederholte den Versuch, mit Rom auf Grund einer freien Kirche im freien Staat eine Übereinkunft zu treffen, hatte aber ebensowenig Erfolg wie sein Vorgänger; Frankreich verweigerte die Vermittlung, welche Ricasoli angerufen hatte. Um so tatkräftiger wurde gegen das Bandenwesen in Neapel eingeschritten; General Cialdini wurde als Oberstatthalter des Königs dahin abgeschickt, und seinen tatkräftigen Maßregeln gelang es, das Ansehen der Obrigkeit wieder fester zu begründen. Ricasolis Regiment war jedoch nur von kurzer Dauer. Schon im März 1862 reichte er seine Entlassung ein, worauf Rattazzi die Leitung des Ministeriums übernahm. Er trat der Aktionspartei näher, nahm den Rest der Freischaren Garibaldis in das Heer auf und erklärte, daß der Beschluß des Parlaments vom 27. März 1861, worin Rom feierlich als künftige Hauptstadt des Reichs verkündigt worden war, als ein von der Nation dem König übertragenes Mandat anzusehen sei, das ausgeführt werden müsse. Zugleich wurden Schützenvereine errichtet und die Organisation einer Volksbewaffnung in Aussicht genommen. Hierbei wollte sich die Regierung der Unterstützung Garibaldis bedienen, der zu dem Zweck von seiner Insel nach dem Festlande berufen wurde. Diese Vorgänge erfüllten die Partei der Aktion mit kühnen Erwartungen. Nicht nur Rom und Venedig wollte man mit stürmender Hand erobern, auch die italienischredende Bevölkerung im südlichen Tirol und jenseit der Adria sollte in den Reichsverband aufgenommen werden. Bald gingen die Wogen der Bewegung so hoch, daß die Regierung, welche keinen Krieg wollte, durch Verhaftungen einschreiten mußte.

Cavour † 6. Juni 1861
Ricasoli
Rattazzi

Da beschloß Garibaldi, den Waffengang, den er vor zwei Jahren wider Neapel gerichtet hatte, nunmehr gegen Rom zu wiederholen. Im Juni segelte er von Genua nach Palermo; die tatendürstende Jugend schloß sich ihm um so eifriger an, als die Aktionspartei die Meinung zu verbreiten wußte, daß die Regierung insgeheim mit dem Unternehmen einverstanden sei, eine Ansicht, die Garibaldi vielleicht selbst gehegt hat, und die auch im Ausland Glauben fand. Gerade darum mußte die Regierung um so entschiedener auftreten. Indes Garibaldi ließ sich durch eine scharfe Proklamation des Königs gegen unbesonnene Agitationen nicht von seinem Vorhaben abbringen. Als die Besatzung von Messina ihm den Weg verlegte, bog er nach Catania ab und schiffte sich hier mit etwa 2000 Freiwilligen ein, um „in Rom als Sieger einzuziehen oder unter seinen Mauern zu sterben". In fieberhafter Aufregung blickte Italien, ja ganz Europa auf das Vorgehen des volkstümlichen Helden. Am 24. August landete er zu Melito und rückte sofort, da er das wohlverteidigte Reggio nicht anzugreifen wagte, in die kalabrischen Berge. Aber sein Lauf war bald zu Ende. General Cialdini schickte eine Abteilung des Hauptheeres unter dem Oberst Pallavicino gegen die Freischaren aus. Bei Aspromonte kam es zu einem Zusammenstoß; nach kurzem Gefechte wurde Garibaldi verwundet und mit den Seinen gefangen. Ein Regierungsdampfer brachte ihn nach Varignano im Golf von Spezzia, wo er sich einer schmerzvollen Operation unterziehen mußte. Während der langsamen Heilung hatte er wenigstens den Trost, daß man auch im übrigen Europa mit inniger Teilnahme die Nachricht entgegennahm, die Todesgefahr sei beseitigt und er könne wieder frei, wenn auch leidend, nach seiner Felseninsel zurückkehren.

Neuer Aufstand Garibaldis Juni 1862
24. Aug
29. Aug.

Der Tag von Aspromonte war eine schwere Niederlage für die Revolutionspartei und schob die Erwerbung Roms als Hauptstadt in weite Ferne. Nach mehreren vergeblichen Versuchen der französischen Diplomatie, zwischen dem Papst und Viktor Emanuel eine Verständigung herbeizuführen, kam zwischen Frankreich und Italien ein Vertrag zustande (Septemberkonvention), welcher die Verlegung der Residenz von Turin nach Florenz und die allmähliche Entfernung der französischen Besatzung aus Rom festsetzte und der päpstlichen

Septemberkonvention
15. Sept. 1864

Regierung kein Hindernis in den Weg zu legen versprach, wenn sie während der auf zwei Jahre bestimmten Abzugszeit eine Armee bilden würde, „genügend zur Aufrechterhaltung der Autorität des Heil. Vaters und der Ruhe im Innern und auf der Grenze, aber nicht so stark, daß sie in ein Angriffsmittel gegen die italienische Regierung ausarte." Diese Übereinkunft erzeugte in der Hauptstadt Turin, die wohl zugunsten von Rom, aber nicht von Florenz auf ihren Vorrang verzichten wollte und sich durch die Entfernung des Hofes und der Regierungsbehörden mit schweren materiellen Verlusten bedroht sah, große Unzufriedenheit. Gegen die Aufruhrversuche schritt das Ministerium scharf ein; aber dem König ging das Schicksal der Stadt, die seinem Hause so viel Hingebung bewiesen hatte, zu Herzen. Er entließ das Ministerium und übertrug
22. Sept. dem General Lamarmora, einem Piemontesen von Geburt, die Bildung eines neuen Kabinetts. Als sich aber auch das Parlament für die Verlegung der Hauptstadt erklärte, kam es zu Ausschreitungen des Pöbels, und nun verließ
3. Febr. 1865 Viktor Emanuel ohne Abschied seine bisherige Hauptstadt und nahm seinen Aufenthalt in Florenz.

Kundgebungen des Papstes

In Rom zürnte man heftig über die ohne Beiziehung der päpstlichen Regierung abgeschlossene französisch-italienische Konvention. Da die Kurie aber an eine baldige Rückgewinnung der verlorenen Länder nicht denken konnte, so suchte sie um so mehr die geistliche Herrschaft über die ganze Welt zu befestigen.
8. Dez. 1864 Wie man diese zu verstehen hatte, das zeigten die „Enzyklika" und der „Syllabus". Die Enzyklika verdammte die freien Ansichten der Zeit über Religion und bürgerliche Gesellschaft; der „Syllabus complectens praecipuos nostrae aetatis errores" enthielt ein Verzeichnis von 80 auf Religion, Wissenschaft und bürgerliches Leben bezüglichen Irrlehren und verlangte die völlige Unterordnung des Staates und der Wissenschaft unter die päpstliche Autorität. Die hohe Bedeutung dieser beiden Kundgebungen, der Vorbereitung auf die spätere Lehre von der Unfehlbarkeit, wurde damals übersehen. Die italienische Regierung ließ ihre Verkündigung ruhig geschehen, obwohl jeder der ausgesprochenen Sätze die Rechtshoheit des Staates, d. h. den Staat selbst, leugnete, der ohne Rechtshoheit nicht bestehen kann. Man glaubte durch die Einführung der Zivilehe, durch Aufhebung der Klöster und Säkularisation der geistlichen Güter, durch Abschaffung der Todesstrafe u. a. m. die Wirkungen der Enzyklika unschädlich zu machen. Der Papst selbst sah sich zunächst gezwungen, den realen
6. März 1865 Verhältnissen insoweit Rechnung zu tragen, daß er an Viktor Emanuel ein eigenhändiges Schreiben richtete, um die Wiederbesetzung der verlassenen Bischofssitze zu erwirken. Der König sandte einen gewandten Staatsmann, Vegezzi, nach Rom, mit dem Auftrage, über kirchliche Angelegenheiten wo möglich eine Verständigung mit der Kurie herbeizuführen, die Erörterung politischer Fragen aber zu vermeiden. Trotz der schwierigen Finanzlage, in welche Italien durch den Befreiungskrieg und durch seine staatliche Reorganisation geraten war, zeigte sich doch Viktor Emanuel bereit, gegen die Anerkennung des neuen Staats einen entsprechenden Anteil der römischen Staatsschulden zu übernehmen, allein der Papst setzte allen Ausgleichungsversuchen ein „non possumus" entgegen. Wie groß indessen auch die Schwierigkeiten waren, mit denen das junge Königreich zu kämpfen hatte, die Nation und die Regierung lebten der festen Zuversicht, daß in nicht gar ferner Zeit sich für Italien Gelegenheit bieten würde, „seine Geschicke zu erfüllen". Im Gefühle des neuen geistigen und politischen Lebens
Mai 1865 feierte Italien das sechshundertjährige Jubelfest seines großen Dichters Dante Alighieri (II, § 288. 330), gleichsam als Erfüllung der heißesten Wünsche des alten Florentiners für ein großes und einiges Italien.

Diese Vorgänge in Italien hatten auch jenseits der Alpen eine starke Nachwirkung: sie enthüllten aller Welt, daß die Interessen Deutschlands mit der Freiheits- und Einheitsbewegung des italischen Volkes zusammengingen. Die Wiener Hofburg und die römische Kurie standen offen da als Hort der Reaktion, um die Selbstbestimmung zweier Nationen zu bedrohen.

E. Preußen und die deutsche Frage.

§ 219. Die neue Ära und der Konflikt. a. Die ersten Regierungsjahre Wilhelms I. Als Wilhelm, der Prinz von Preußen, am 8. Oktober 1858 als Prinzregent die volle Regierungsgewalt übernahm (§ 195), hatte er schon das 61. Lebensjahr vollendet. Wilhelm I. (1858) 1861—1888

Geboren am 22. März 1797 als zweiter Sohn Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise, hatte er nach menschlicher Voraussicht keine Aussicht, zum Throne zu gelangen. Sein Beruf war der militärische geworden; in ihm war er vollkommen zu Hause, und er hatte so durch gründliche Arbeit auf einem Gebiete gelernt, sich auch in anderen, unbekannten Fragen zurechtzufinden. Da seinem Bruder, dem Kronprinzen, Kinder versagt blieben, hatte er dem staatlichen Interesse seine Jugendliebe zu der nicht als ebenbürtig angesehenen Prinzessin Elisabeth von Radziwill geopfert und war die Verbindung mit Auguste von Sachsen-Weimar eingegangen. Dieser Ehe entsprossen zwei Kinder, Friedrich Wilhelm, geb. 18. Oktober 1831, und Luise, geb. am 3. Dezember 1836 (später Großherzogin von Baden [§ 192]). Der Prinzregent hatte in der schweren Zeit der preußischen Geschichte ein staatsmännisches Urteil gewonnen, das ihn wahre preußische und damit von selbst auch deutsche Politik zu treiben wohl befähigte. Fern von der namentlich in den letzten Zeiten seines Bruders, des Königs, zur Schau getragenen äußeren Frömmigkeit der Hofpartei, aber durchdrungen von echter christlicher Liebe, von einem unbedingten Gottvertrauen in allen Lebenslagen beseelt, völlig furchtlos in jeder Gefahr, keine geniale, alles mit sich fortreißende Natur, aber durch und durch praktisch und gutem Rate gern mit seiner fast nie fehlgehenden Menschenkenntnis folgend, konservativ und doch den nötigen Reformen der neuen Zeit nicht abgeneigt, niemals in der Arbeit für sein Volk und sein Land ermüdend, übernahm er die Regierung zu einer Zeit, wo Preußen, in Parteien zerrissen, in Deutschland und im Auslande erst wieder mühsam begonnen hatte, aus der mißachteten Stellung nach Olmütz sich herauszuarbeiten. Prinz Wilhelm

11. Juni 1829

Gleich nach der Übernahme der Regentschaft wurde der Minister Manteuffel entlassen, mit dessen Namen die auch für den Prinzregenten schmachvollste Zeit Preußens unzertrennbar war, und unter dem Fürsten Anton von Hohenzollern-Sigmaringen ein gemäßigt liberales Ministerium berufen, in das v. Auerswald, v. Schleinitz, v. Bethmann-Hollweg, v. Flottwell und einige Zeit nachher Graf Schwerin eintraten. Mit Freude begrüßte man im preußischen Volke diesen Anfang der neuen Ära; nur die Kreuzzeitungspartei arbeitete im stillen dagegen. Bald trat an den Prinzregenten die schwere Aufgabe heran, in dem italienisch-österreichischen Kriege Stellung zu nehmen, sich zu entscheiden, ob er diesen Krieg für eine deutsche Frage halten oder ob er eine rein preußische Politik treiben solle. Sein Herz zog ihn zu Österreich hinüber, gegen den von ihm mit Mißtrauen angesehenen Erben des ersten Napoleon. Er entschied sich aber, wie wir gesehen haben (§ 215), einen Mittelweg zu gehen: nicht für Österreich, wohl aber für preußisches und deutsches Interesse am Rhein gegen etwaige Eroberungsgelüste Frankreichs einzutreten und die Führung der deutschen Truppen zu verlangen. Der rasche Friedensvertrag zwischen Franz Joseph und Napoleon enthob ihn zunächst der Gefahr äußerer Verwicklungen. Erste Regierungsmaßregeln

Nov. 1858

In Deutschland war durch den italienischen Krieg das nationale Gefühl wieder mächtig erregt worden, und der 1859 unter Rudolf v. Bennigsens Führung gegründete Deutsche Nationalverein suchte durch den Zusammenschluß aller gemäßigt liberalen und nationalen Männer die Ideen von Deutschlands Freiheit und Einheit immer weiter zu verbreiten. Besonders rührig für diese Bestrebungen zeigte sich der Herzog Ernst II. von Koburg-Gotha, und zu mächtiger Erscheinung kam Nationale Bewegung in Deutschland

16. Sept. 1859

10. Nov. 1859 diese nationale Bewegung bei dem von allen Deutschen begangenen 100 jährigen Geburtstag Schillers. Der Prinzregent gewährte dem Nationalverein Zutritt in Preußen, während Österreich ihn sofort als revolutionär zu verdächtigen suchte und mehrere Mittelstaaten ihn geradezu verboten. Nun lagen die Schäden der deutschen Bundesverfassung, besonders in den Heeresfragen, so offen zutage, daß überall der Wunsch einer Reform sich äußerte. Dabei kam der Plan der Trias (§ 172) wieder zum Vorschein: das Zusammenschließen der Mittel- und Kleinstaaten zu einer selbständigen Gruppe neben Österreich und Preußen. Besonders der sächsische Minister von Beust und der bayerische v. d. Pfordten traten mit solchen Anträgen hervor; diesen aber stellte der Prinzregent sofort seine Wehrpläne entgegen: die norddeutschen Kontingente sollten sich an Preußen, die süddeutschen an Österreich anschließen. Bei der Abstimmung im Bundestage blieben beide
Mai 1860 Parteien in der Minderheit, und so ging Preußen selbständig vor, indem
1861, 1862 es durch besondere Militärkonventionen mit Waldeck, Lippe-Detmold und Koburg-Gotha deren Truppenteile an das preußische Heer angliederte und so in ähnlicher Weise die künftige deutsche Heeresverfassung vorbereitete, wie früher die Zolleinheit eingeleitet worden war.

Auswärtige Politik des Prinzregenten

Auch in der auswärtigen Politik trat der Prinzregent fest auf. Als Napoleon ihn zu einer persönlichen Zusammenkunft nach Baden-Baden
15. Juni 1860 einlud, da empfing ihn der Prinzregent an der Spitze der wichtigsten deutschen Fürsten, um so aller Welt zu zeigen, daß er nur als Vertreter Gesamtdeutschlands mit Napoleon verkehren wolle, wie er denn in diese Zusammenkunft nur unter der Bedingung gewilligt hatte, daß von den Andeutungen Napoleons, Preußen könne wohl Gebietserwerbungen an der Nord- und Ostsee erhalten, wenn es Frankreich im Westen ähnliche gestatte, keine Rede sein dürfe. Napoleon hatte Neigung, die gegen Sardinien befolgte Politik (§ 213) gegen Preußen zu wiederholen; davon wollte der Prinzregent nichts wissen. Um aber für alle Fälle sicher vorgehen zu können, hielt er eine Umgestaltung des preußischen Heeres für dringend geboten; diese führte zu einem schweren Konflikt zwischen der Regierung und der Volksvertretung.

Heeresreform

Die preußische Heeresverfassung beruhte auf dem Gesetz von 1814 (§ 104), nach welchem jeder waffenfähige Mann zu einer dreijährigen aktiven Dienstzeit verpflichtet war; es wurden aber jährlich nur 40000 Mann ausgehoben. Diese Ziffer war für die Bevölkerung Preußens von etwa 10 Millionen Seelen des Jahres 1820, in welchem die Organisation des stehenden Heeres vollendet wurde, berechnet; mit der Zunahme der Bevölkerung mußten daher viele wehrfähige junge Leute wegen Mangels an Raum dienstfrei bleiben: es waren das 1859, bei einer Bevölkerung von etwa 18 Millionen, mehr als 23000. Im Jahre 1833 hatte man, um mehr Leute einstellen zu können, die zweijährige Dienstzeit bei der Infanterie versuchsweise eingeführt, war aber 1852 zur 2½jährigen übergegangen und 1856 zur dreijährigen Dienstzeit zurückgekehrt. So konnten alljährlich Tausende von jungen Männern nicht in das Heer eingestellt werden; wer sich aber nicht freiloste, der mußte in der Linie, Reserve und Landwehr 19 Jahre zum Kriegsdienst bereit sein; das zweite Aufgebot der Landwehr bestand fast ausschließlich und auch das erste zu einem großen Teile aus verheirateten Männern. Diese Mißstände waren bei der Mobilmachung von 1859 besonders scharf hervorgetreten. In den 5 Armeekorps befanden sich unter den einberufenen Landwehrleuten ersten Aufgebots 55277 Familienväter, deren Angehörige oft der Gemeinde zur Last fielen, während Hunderttausende gesunder junger Leute dienstfrei umhergingen. Hier wollte der Prinzregent, der wie kein anderer in diesen Heeresfragen zu Hause war, bessernd eingreifen; die Heeresreform war sein „eigenstes Werk". Ihre beiden Grundgedanken waren die vollständige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Ersetzung der Landwehr ersten Aufgebots in der mobilen Feldarmee durch Reservisten: es sollten deshalb statt 40000 jährlich 63000 Mann ausgehoben und die drei jüngsten Jahrgänge der Landwehr noch in die Reserve auf-

genommen werden. Dadurch stieg bei Festhaltung der dreijährigen Dienstzeit die Friedensstärke des Heeres von etwa 150000 Mann auf etwa 213000; die Pflicht, in der Reserve zu dienen, wurde um zwei Jahre verlängert, mithin die Gesamtdienstpflicht in der Linie von fünf auf sieben Jahre erhöht, dagegen die Verpflichtung zum Dienst in der Landwehr von 14 (erstes Aufgebot 7, zweites Aufgebot 7) auf 9 Jahre herabgesetzt, also die Gesamtdienstpflicht in der Linie und Landwehr von 19 auf 16 Jahre verkürzt. Für die gewöhnliche Mobilmachung genügte dann künftig die Heranziehung der Leute bis zum 27. Jahre; selbst wenn ein größerer Krieg ausbrach, genügte zunächst die Mobilmachung des stehenden Heeres; die Landwehr, die Männer vom 27. bis zum 31. bzw. 36. Jahre, der eigentliche Kern des Volkes, konnte lange geschont werden. Die ganze Reform erforderte jährlich nur eine Mehrausgabe von 9½ Millionen Talern.

Roon Kriegsminister, geb. 1803, gest. 1879

Zur Durchführung der Reform berief der Prinzregent an Stelle Bonins den Generalleutnant v. Roon als Kriegsminister, der die Einzelheiten ausarbeitete. Roon gehörte zu den hervorragendsten Offizieren des Heeres; man kannte seine große wissenschaftliche Bildung, man kannte ihn aber auch als einen streng monarchisch gesinnten und konservativen Mann, der für die Ideen des Prinzregenten mit seiner ganzen Persönlichkeit einzutreten gewillt war. Am 10. Februar 1860 wurde die neue Heeresorganisation dem Landtage vorgelegt, stieß aber hier auf erhebliche Bedenken der liberalen Partei. Denn in den liberalen Kreisen Preußens wie ganz Deutschlands hatte sich allmählich ein schroffer Gegensatz zum stehenden Heere herausgebildet; man unterschätzte die Bedeutung der allgemeinen Wehrpflicht und erwartete Wunderdinge von der Landwehr, die in den Freiheitskriegen das meiste zu den Erfolgen beigetragen haben sollte. Ein Verständnis von der Tragweite der Heeresreform für die Einigung Deutschlands, die doch der sehnlichste Wunsch dieser liberalen Männer war, besaßen nur sehr wenige; aus dem Kampf um die Heeresorganisation wurde bald ein Kampf darum, ob das Parlament oder die Krone die Macht im preußischen Staate besitzen solle. Dazu kam, daß die liberale Partei verstimmt wurde durch die im Herrenhause erfolgte Ablehnung des Grundsteuergesetzes, aus dessen Erträgen die geplanten Änderungen bestritten werden sollten, und durch die Verwerfung des Gesetzes über die Zivilehe. Andererseits waren die Bedingungen, unter denen die liberalen Politiker die Verstärkung der Truppenzahl zugestehen wollten, vor allem Reduzierung der Dienstzeit von 3 auf 2 Jahre, für den Prinzregenten unannehmbar. Da nun die dreijährige Dienstzeit wie die Zurückschiebung der Landwehr schon in der Kommission des Abgeordnetenhauses verworfen wurden, zog die Regierung ihren Entwurf zurück und forderte die Mehrkosten auf Grund des Gesetzes von 1814, nach dem sie die Stärke des Heeres frei bestimmen könne. Dabei beging aber der Finanzminister v. Patow den Fehler, dieses Geld zunächst auf ein Jahr zu fordern. Das wurde vom Landtage in der Voraussetzung bewilligt, daß die Reorganisation auch wieder rückgängig gemacht werden könne, wenn es zu keiner Verständigung mit der Regierung käme, von dem Prinzregenten aber als ein Pfand angesehen, daß die Grundzüge seiner Heeresreform später gewürdigt und die gesetzliche Feststellung leichter durchgebracht werden würde. Das sprach er auch beim Schluß des Landtages am 23. Mai 1860 aus und begann sofort die Neubildung der Regimenter.

Haltung des Landtages

Beginn des Konfliktes

Am 2. Januar 1861 starb König Friedrich Wilhelm IV. (§ 195), der Prinzregent bestieg als König Wilhelm I. den Thron und legte am 7. Januar in einer Kundgebung an sein Volk noch einmal seine Grundsätze dar. Es erregte dann zwar die Zufriedenheit der liberalen Partei, daß durch einen Pairsschub das Herrenhaus gezwungen wurde, seine Zustimmung zu den Grundsteuervorlagen der Regierung zu geben, aber die Bewilligung dieser Mittel für die Heeresorganisation wurde doch nur wieder provisorisch auf ein Jahr ausgesprochen und die Streitfrage über die Dienstzeit spitzte sich immer mehr zu. Diese schärfere Richtung des Liberalismus führte dann unter Waldecks Führung zur Bildung der Fortschrittspartei; sie verlangte für Deutsch-

31. Mai 1861

Programm vom 9. Juni 1861

land eine starke Zentralgewalt nebst Volksvertretung, im Innern eine Reihe tiefgehender Änderungen in Gesetzgebung und Verwaltung, Verantwortlichkeit der Minister, Trennung des Staats von der Kirche, größte Sparsamkeit im Militäretat, zweijährige Dienstzeit und Reform des Herrenhauses. Dagegen regten sich auch die konservativen Elemente kräftiger, und der Zweikampf zwischen dem Abgeordneten Twesten und dem Vetter des ehemaligen Ministerpräsidenten Otto v. Manteuffel, General Edwin von Manteuffel, konnte als das Vorspiel des bevorstehenden großen Kampfes der Regierung und der liberalen Partei angesehen werden. Die durch diese Vorgänge in Preußen hervorgerufene Aufregung übertrug sich auch auf die übrigen deutschen Länder. Es kam so weit, daß in
14. Juli 1861 Baden-Baden ein Student, Oskar Becker, ein Attentat auf den König von Preußen beging, weil er die Einheit Deutschlands hindere.

Der König aber ließ sich in dem begonnenen Werke nicht beirren. Bei der
18. Okt. 1861 Krönung in Königsberg betonte er scharf das starke Königstum von Gottes Gnaden und verwarf entschieden einen nach englischem Muster gestalteten Parlamentarismus. Indes die Neuwahlen verschafften der Fortschrittspartei den vollen
6. März 1862 Sieg; der Antrag Hagen, daß die Regierung gehalten sein solle, das Budget der Ausgaben in größerer Spezialisierung vorzulegen, da bei der Weise, wie bisher der Staatshaushalt geordnet werde, das wesentlichste Recht der Volksvertretung, die Einnahmen und Ausgaben des Staates zu bewilligen und zu überwachen, fast bedeutungslos sei, führte solche Zerwürfnisse zwischen Regierung und Landesvertretung herbei, daß das gemäßigt-liberale Ministerium
11. März von den Geschäften zurücktrat und der Landtag aufgelöst wurde. Unter dem Präsidium des Prinzen von Hohenlohe-Ingelfingen wurde ein konservatives Ministerium gebildet, dem u. a. der Justizminister Graf zur Lippe und der Kultusminister v. Mühler, sowie aus dem bisherigen Kabinett der Finanzminister v. d. Heydt und der Kriegsminister v. Roon angehörten. Der Konflikt nahm einen immer gereizteren Charakter an, als die nächsten Wahlen trotz der Erlasse der Minister an alle ihre Untergebenen, „die Rechte der Krone mit Entschiedenheit zu wahren und nicht zuzugeben, daß der Kraft des königlichen Regiments zugunsten einer sogenannten parlamentarischen Regierung Abbruch geschehe",
Mai 1862 doch gegen die Regierung ausfielen, als die Majorität des Abgeordnetenhauses zurückkehrte, an Zahl noch verstärkt und durch die Zustimmung der großen Mehrheit der Nation gekräftigt. Diese fortschrittliche Mehrheit stellte sich nun auf den Boden des strengen formalen Rechtes. Darauf fußend konnte sie allerdings die Gesetzmäßigkeit der größtenteils bereits durchgeführten Reform anfechten, aber sie konnte sie ohne schweren Schaden des Staates nicht mehr rückgängig machen. Gleichwohl wurde die Bewilligung der Reorganisationskosten
23. Sept. mit ungeheurer Mehrheit abgelehnt.

§ 220. b. Der Eintritt Bismarcks in das Ministerium.

König Wilhelm litt schwer unter diesem Konflikte mit seinem Volke, und da selbst seine Gemahlin und sein Sohn nicht mehr auf seiner Seite standen, vielmehr zur Nachgiebigkeit in einer Frage rieten, wo Nachgeben für den König nach seiner festen Überzeugung gleichbedeutend war mit einer schweren Schädigung Preußens, so erwog er sehr ernstlich seine Abdankung. Da gelang es Roon, den König zur Berufung Otto v. Bismarcks zu bestimmen.

Bismarck geb. 1. April 1815, gest. 30. Juli 1898

Otto v. Bismarck wurde am 1. April 1815 auf dem väterlichen Gute Schönhausen in der Altmark geboren. Nach der in Berlin auf der Plamannschen Anstalt und dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium und dem Gymnasium zum Grauen Kloster verbrachten Vorbildungszeit bezog er 1832 die Universität Göttingen, um die Rechte zu studieren. Seit Ablegung der Prüfung arbeitete er an den Gerichten in Berlin, in Aachen und Potsdam an der Regierung. Er genügte in Greifswald seiner Militärpflicht und wandte sich dann, durch die Familienverhältnisse gezwungen, der Bewirtschaftung der väterlichen Güter zu. In Schönhausen wurde er Deichhauptmann und war seit 1846 Mitglied des Provinzial-

landtages der Provinz Sachsen. Als solcher nahm er 1847 an den Verhandlungen des ersten vereinigten Landtages (§ 133) teil und trat damit in die politische Laufbahn ein. Hier zeigte sich der von streng monarchischem Gefühl durchdrungene junge Mann als ein ebenso geistvoller wie energischer Vorkämpfer konservativer Anschauungen; 1848 drang er mit allen Kräften darauf, daß der König Herr im Lande sei und nicht nur die Macht, sondern auch das Recht habe zu herrschen. 1850 nahm er teil an dem Unionsparlamente in Erfurt (§ 186); seine Politik in der deutschen Frage war die großdeutsche; es verstand sich für ihn von selbst, daß Österreich mit all seinen Kronländern zu Deutschland gehöre. Der Mut, die Geistesgegenwart, die unverbrüchliche monarchische Gesinnung, die er in dem Kampfe der Revolutionsjahre bewies, machten den König Friedrich Wilhelm IV. auf Bismarck aufmerksam; der König hätte ihn am liebsten ganz nach seinen Anschauungen geleitet, er sah, nach Bismarcks drastischem Worte, in ihm ein Ei, das er selbst gelegt hatte und ausbrütete. So schickte er ihn im Mai 1851 als Bundestagsgesandten nach Frankfurt. Hier rang sich Bismarck unter den Kläglichkeiten der deutschen Bundesverhältnisse zu der für die Zukunft Preußens und Deutschlands entscheidenden Auffassung durch, in der Politik nur die Wirklichkeit in Betracht zu ziehen und in dem Verhältnis zu den andern Staaten, zunächst zu Österreich, deren Wünschen nicht aus Gefälligkeit, sondern nur gegen gleichwertige Zugeständnisse zu entsprechen. Diesen Grundsatz, preußische und damit deutsche Politik zu treiben, nicht österreichische, französische, englische oder russische, betätigte er in der Zollvereinskrisis (§ 196) und im Krimkriege (§ 200). Auf dem Gesandtschaftsposten in Petersburg 1859—1862 und in Paris 1862 hatte er dann Gelegenheit genug, tiefe Einblicke in die staatlichen Verhältnisse der beiden Großmächte zu tun und durch persönliche Beziehungen, besonders zu dem russischen Kaiser, wertvolle Verbindungen für Preußen anzuknüpfen.

Berufung Bismarcks

Schon in den Jahren 1858 und 1859 sowie im Sommer 1861 und im März 1862 war die Rede davon gewesen, Bismarck zum Leiter der auswärtigen Politik zu berufen, aber der Gedanke scheiterte an der Weigerung des Königs. Nun jedoch, wo die Not auf den höchsten Punkt gekommen war, und nur noch ein eisenfester Charakter helfen konnte, gab er Roons Drängen nach, und Bismarck eilte auf dessen Telegramm: „Periculum in mora. Dépêches-vous“ von Paris nach Babelsberg zu seinem Könige. Hier entschied sich das Schicksal Preußens und des deutschen Volkes. Der König wies auf das auf dem Tische liegende Aktenstück, 22. Sept. 1862
das seine Thronentsagung enthielt, hin und stellte schließlich die Frage, ob Bismarck bereit sei, als Minister für die Militärreorganisation einzutreten, und nach deren Bejahung die weitere Frage, ob auch gegen die Majorität des Landtages. Auf Bismarks Zusage erklärte er: „dann ist es meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen, und ich abdiziere nicht.“ Damit war der Bund der beiden großen Männer geschlossen, den nur der Tod noch trennen konnte.

Bismarck wurde an Stelle des zurückgetretenen Hohenlohe Ministerpräsident und übernahm bald auch an Stelle des Grafen Bernstorff das Auswärtige. Die Berufung des Mannes, den man eigentlich nur aus seiner Haltung während der Revolution kannte, wurde als schärfste Kriegserklärung gegen die Opposition aufgefaßt; man fürchtete, Bismarck wolle die preußische Verfassung umstürzen, der Militärkonflikt biete ihm dazu den Vorwand. Zunächst geschah auch nichts, um Vertrauen in die neue Regierung hervorzurufen. Der Konflikt, den Bismarck nicht gewollt oder, wie die Erbitterung des Parteikampfes ihn beschuldigte, absichtlich zu eigenen Zwecken geschürt hat, den er vielmehr vorfand und zu beseitigen bemüht war, dauerte fort und spitzte sich immer mehr zu. Die Regierung bestand auf der neuen Heeresorganisation mit der dreijährigen Dienstzeit; und als die Abgeordneten den Militäretat verwarfen und die geforderten 7. Okt. 1862
Summen herabsetzten, das Herrenhaus dagegen dem verkürzten Budget seine Zustimmung versagte und die Vorlagen der Regierung wieder- 13. Okt.

23. Sept.

Verschärfung des Konflikts

herstellte, erklärte der Minister, daß die Verfassung, welche über den vorliegenden Fall keine Bestimmungen enthalte, eine „Lücke" habe, und führte die Staatsgeschäfte ohne Budgetgesetz in der herkömmlichen Weise fort, die vermehrten Ausgaben aus den laufenden Einnahmen, dem Staatsschatz und den Kassenbeständen bestreitend. Die Regierung
1. Juni 1863 suchte durch eine Preßverordnung die immer stärker anschwellende Bewegung zurückzudämmen, dadurch stieg die Erbitterung nur noch mehr, so daß sogar der Kronprinz Friedrich Wilhelm in einer öffentlichen Kundgebung
5. Juni in Danzig seine Mißbilligung über diese Maßregel aussprach. Der Nationalverein (§ 219) strich „die preußische Spitze" aus seinem Programm, und doch hatte Bismarck an andern Stellen schon durch die Tat bewiesen, daß sein ganzes Streben der Größe Preußens und damit Deutschlands galt.

§ 221. Die deutsche Frage. Schon 1861 hatte Graf Bernstorff eine Note an die deutschen Höfe gerichtet, in welcher die Unionspolitik Friedrich Wilhelms IV. wieder aufgenommen und ein engerer deutscher Bund unter Führung Preußens in Vorschlag gebracht wurde. Jedoch besaß Bernstorff trotz seines deutschen Patriotismus nicht Entschlossenheit genug, um die großen Schwierigkeiten, die sich der Lösung der deutschen Frage in den Weg stellten, zu überwinden; es bedurfte dazu eines Bismarck, der wohl wußte, daß nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse die großen Fragen der Zeit entschieden werden könnten, sondern nur durch „Blut und
18. Dez. 1862 Eisen", der in einem rückhaltlosen Gespräche mit dem österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Karolyi, erklärt hatte: Preußen werde eine Überschreitung der Bundeskompetenz durch Mehrheitsbeschluß als Bundesbruch betrachten und seinen Gesandten aus dem Bundestag abberufen müssen, und der schon 1851 auf eine Anspielung des Grafen Thun, daß Preußen durch Friedrich den Großen einmal das große Los gewonnen habe und sich dadurch verleiten lasse, seinen Haushalt jährlich auf die Wiederkehr dieses glücklichen Zufalls einzurichten, die schneidende Antwort gegeben hatte, wenn diese Ansicht in Wien vorherrsche, dann werde Preußen nochmals in der bewußten Lotterie setzen müssen. Sein erster Schritt in den deutschen Angelegenheiten zeigte, daß Preußen entschlossen war, Ernst zu machen mit seinen
Kurhessen Forderungen. Der Kurfürst von Hessen hatte sein altes Spiel (§ 188) wieder begonnen, der Streit zwischen ihm und dem Landtage war aufs neue ausgebrochen; er übte einen passiven Widerstand, indem er kein Aktenstück mehr unterschrieb und so die Staatsgeschäfte lahmzulegen suchte. Da schickte Preußen nicht mehr einen hohen Beamten als Beauftragten, sondern einen einfachen Feldjäger und drohte ihm energisch mit Anrufung der Agnaten des hessischen Hauses und mit Absetzung durch Familienbeschluß. Das half rasch: die Verfassung von 1831 (§ 126) wurde wiederhergestellt.
Zollverein Ebenso entschieden ging die preußische Regierung in der Angelegenheit
29. März 1862 des Zollvereins vor. Sie schloß mit Frankreich einen Handelsvertrag auf freihändlerischer Grundlage und forderte die Mitglieder des deutschen Zollvereins zur Zustimmung zu den durch denselben nötig gewordenen Zollveränderungen auf. Als diese, durch geheime Intriguen Österreichs, das den ihm verhaßten Zollverein zu sprengen hoffte, aufgestachelt, Schwierigkeiten machten, da verlangte die preußische Regierung, die in dieser Sache von dem Abgeordnetenhause unterstützt wurde, entweder Annahme des Handelsvertrages oder Auflösung des Zollvereins. Und als die Mittelstaaten noch zögerten, kündigte sie die Zollverträge. Aber der Zollverein

war nicht nur allen Patrioten in ganz Deutschland eine Einrichtung geworden, auf welche sie die Hoffnung der Zukunft des deutschen Volkes setzten, er war auch für die materiellen Interessen nicht mehr zu entbehren. So gaben die Mittelstaaten nach. Nach längeren Verhandlungen wurde der Zollverein auf 12 Jahre erneuert und der Handelsvertrag mit 1. Okt. 1864
Frankreich allgemein angenommen. Auch in der polnischen Frage (§ 205) zeigte Preußen eine feste Haltung. Trotz der scharfen Opposition des Landtages, die Bismarck vorwarf, er verbrauche das preußische Heer als Scherge der Russen und verachte freie Völker, verharrte er, ohne dem Ansehen des preußischen Staates irgend etwas zu vergeben, fest an der Seite Rußlands und sicherte dadurch seinem Lande für die Zukunft dessen überaus wertvolle Freundschaft, die er bei der von ihm ins Auge gefaßten Abrechnung mit Österreich nicht entbehren konnte.

Dieses hatte die durch die Zollvereinsverhandlungen hervorgerufene Un- Bundesreform
zufriedenheit der deutschen Mittelstaaten wiederum benutzt, um mit Bundesreformvorschlägen hervorzutreten, die auf volle Hegemonie Habsburgs in Deutschland abzielten. Als Bismarck in das preußische Ministerium eintrat, war gerade das „Delegiertenprojekt" Österreichs an den 14. Aug. 1862
Bundestag gebracht; danach sollte ein Bundesdirektorium eingesetzt und ihm zur Seite eine Delegiertenversammlung, ausgewählt aus den Vertretungen der einzelnen Staaten, gestellt werden. Nach dem Bundesrechte erforderte dieser Antrag zu seiner Annahme Einstimmigkeit. Preußen versagte seine Stimme; es erklärte, daß nicht eine Delegiertenversammlung, sondern nur eine grundsätzliche Umgestaltung des Bundes mit einer „gekräftigten Exekutionsgewalt sowie einer damit zusammenhängenden Nationalrepräsentation jenes tiefe und berechtigte Bedürfnis der Nation nach einer heilsamen einheitlichen Gestaltung ihrer öffentlichen Verhältnisse" befriedigen könne. So fiel der Antrag Österreichs beim 22. Jan. 1863
Bundestage; aber es glaubte Preußen durch den inneren Konflikt so gelähmt, daß es alsbald mit einem neuen Reformplane hervortrat, den es auf einem allgemeinen Fürstenkongreß durchbringen wollte. König Wilhelm wurde, als er zur Kur in Gastein weilte, durch einen Besuch des Kaisers Franz Josef überrascht, der ihm eine längere Denkschrift über die Bundesreform überreichte und ihn dann auf den 16. August nach Frankfurt zu einem Fürstenkongreß einladen ließ. Doch der König lehnte die Einladung ab: ehe die Fürsten zusammenträten, müßten eingehende Beratungen der Minister stattfinden, und Bismarck erklärte das Projekt weder mit der berechtigten Stellung Preußens noch mit den Interessen des deutschen Volkes vereinbar. Trotzdem erschienen in Frankfurt fast sämtliche deutschen Fürsten, Fürstenkongreß
der Kaiser Franz Josef leitete selbst die Verhandlungen. Nach dem Projekte 16. Aug. 1863
sollte an der Spitze des Bundes ein Direktorium stehen, neben demselben ein Bundesrat und eine Versammlung von Delegierten; die letztere sollte aber nur alle drei Jahre zusammentreten; Österreich behielt sich den Vorsitz im Direktorium und Bundesrat vor. Obwohl König Johann von Sachsen im Namen der deutschen Fürsten den in Baden-Baden weilenden König Wilhelm 19. Aug.
persönlich noch einmal dringend zur Teilnahme am Kongresse zu bewegen suchte, blieb dieser auf den entschiedenen Rat Bismarcks seinem ablehnenden Standpunkte treu. Auch als trotzdem am 1. September die Bundesakte, obwohl Baden, Mecklenburg und Weimar dagegen stimmten, im Sinne Österreichs festgestellt und König Wilhelm abermals zum Beitritt

aufgefordert wurde, blieb die preußische Regierung fest. In einem Gesamt-
22. Sept. schreiben an die deutschen Fürsten legte sie die Bedingungen dar, unter denen sie einer Reform zustimmen könne: den beiden Großmächten müßte wenigstens bei der Abstimmung über eine Kriegserklärung die ausschlaggebende Stimme eingeräumt werden, Preußen müsse in betreff des Vorsitzes Österreich gleichgestellt sein, und an Stelle der Delegierten müsse eine aus der direkten Wahl hervorgehende Nationalvertretung gesetzt werden. Österreichs Reformplan war damit gescheitert: als es auf einer Ministerkonferenz in Nürnberg forderte, daß die Staaten, die den Frankfurter Plan angenommen hatten, auch ohne Preußen sich zu einem festeren Bunde
23. Okt. vereinigen sollten, da versagten die Mittelstaaten, die ebensowenig an Preußen wie an Österreich ihre Souveränität verlieren wollten. Die Verstimmung Österreichs über diese Weigerung der Mittelstaaten führte dann zunächst wieder zu einer Annäherung an Preußen. Da aber wurde die Aufmerksamkeit von den inneren deutschen Verhältnissen abgelenkt auf die schleswig-holsteinische Frage (§ 237).

Sechstes Kapitel.

Die außereuropäischen Staaten.

A. Die Empörung im indobritischen Reiche.

Lage in Indien

§ 222. Ursachen und Anfänge. Schon seit Jahren gab sich in dem angloindischen Reiche eine große Unzufriedenheit kund.

Man klagte, daß die mit den einheimischen Fürsten geschlossenen Verträge nicht gehalten würden, daß die englischen Gerichtshöfe das Recht beugten, daß die Besteuerung drückend sei, daß die Beamten, Richter und Offiziere durch Erpressungen aller Art sich große Reichtümer verschafften und trotz eines ungeheuren Luxus noch unermeßliche Summen in die Heimat zurückbrächten, daß sie die Eingeborenen mit tiefer Verachtung behandelten und den aus allen Völkern und Ländern zusammengeworfenen Truppen jeden Frevel ungestraft hingehen ließen. Alle Mißbräuche eines orientalischen Despotismus zeigten sich und wurden um so böser empfunden, als sie von fremden Machthabern eines andern Glaubens ausgingen. Hierin lag der hauptsächlichste Grund zur Empörung. Denn wenn auch die Regierung die äußerste Rücksicht gegen die religiösen Gebräuche der Hindus und Mohammedaner empfahl und den Eifer der Missionare in Schranken hielt, ja manche Großbeamte diese Schonung so weit trieben, daß man sie fast einer Begünstigung des Heidentums oder des Islams beschuldigen konnte, so hegten die Engländer doch im allgemeinen eine zu tiefe Verachtung gegen das indische Religionswesen mit seinem krassen Aberglauben und seinem knechtischen Kastenzwang, als daß sie nicht tausendfach Anstoß gegeben und die Leidenschaften gereizt hätten. So war ein brennender Haß gegen die fremden Herrscher entstanden. Es bildete sich eine geheime Verschwörung, an welcher Mohammedaner und Hindus mit gleichem Eifer sich beteiligten; kleine Brötchen, von Hand zu Hand gereicht, dienten als Erkennungszeichen. Diese Verschwörung war um so gefahrvoller, als sie Eingang in das Heer gefunden hatte, das zum größten Teil aus Eingeborenen, Sipahis (Sepoys), bestand. Ein Umstand eigener Art förderte den Aufruhr im Heer. Man hatte für die neue Enfieldbüchse Patronen eingeführt, bei denen die Kugeln mit Schweine- und Ochsenfett eingerieben waren. Dies erregte Anstoß, da den Mohammedanern das Schwein ein Greuel ist, den Hindus Rinder so heilig gelten, daß ihre Verletzung die Ausstoßung aus

der Kaste nach sich zieht. In kurzem waren die Truppen mehr oder minder von der Verschwörung angesteckt, ohne daß die sorglosen Anführer eine Ahnung davon hatten.

Ausbruch des Aufstandes

Es waren gerade hundert Jahre verflossen, seit Lord Clive durch die siegreiche Schlacht bei Plassey (III, § 410) die Eroberung des Landes begonnen hatte: nun sagte eine alte Prophezeiung, daß die Fremdherrschaft nicht über ein Jahrhundert dauern würde. Lord Ch. J. Canning, ein Sohn des berühmten Ministers (§ 116), der Oberstatthalter, besaß für die schwierigen Verhältnisse nicht die erforderliche Kraft und Umsicht. Der Aufstand begann am 10. Mai 1857 in Mirat, im oberen Gangesgebiet, wo eine Anzahl Sipahis, welche die Fettkugeln nicht annehmen wollten, verhaftet, aber sofort von ihren Kameraden befreit wurde. Schon zwei Tage nachher tobte wilder Aufruhr in der großen Stadt Delhi. Alle Engländer, die sich nicht zeitig genug durch die Flucht retteten, wurden auf die martervollste Weise getötet und unermeßliche Geldsummen aus den Schatzkammern geraubt; die großen Kriegsvorräte fielen in die Hände der Aufständischen. Der mehr als neunzigjährige ehemalige Großmogul Mohammed Bahadur, dessen Macht bisher nur Schein gewesen war, wurde aus seiner Vergessenheit gezogen und sein ältester Sohn Mirza Mogul dem Greise an die Seite gestellt. Gleichzeitig brach der Aufruhr, von unmenschlichen Greueln begleitet, in den bengalischen Garnisonstädten aus. Am schrecklichsten waren die Vorgänge in Chanpur. Hier stellte sich Nana Sahib, den der letzte Peischwa (d. i. ursprünglich Minister, zu Ende des 18. Jahrhunderts Herrscher) der Mahratten an Kindes Statt angenommen hatte, an die Spitze der Empörung, ein ebenso kluger als treuloser Mann, der sich europäische Bildung angeeignet hatte, aber die Engländer tödlich haßte, weil sie seine Ansprüche auf das Erbe seines Adoptivvaters nicht anerkannten. Er bedrängte den General Wheeler, welcher alle englischen Einwohner in ein mit aller Eile notdürftig befestigtes Lager gesammelt hatte, mit den abgefallenen Sipahiregimentern so lange, bis der Hunger die Eingeschlossenen zur Übergabe zwang. Nana Sahib versprach dem Führer und allen seinen Schutzbefohlenen freien Abzug. Kaum aber hatten sie, etwa 450 Personen, die Kähne bestiegen, um den Ganges hinabzufahren, da wurden sie mit Feuerkugeln beschossen: viele kamen dabei um; Wheeler selbst und etwa fünfzig seiner Begleiter wurden gefangen nach Chanpur zurückgebracht, wo sie sämtlich erschossen wurden. Die Frauen und Kinder, etwa 130 an Zahl, wurden zuerst in dem „gelben Hause" eingeschlossen, in dem sie kaum nebeneinander Platz hatten, dann herausgerissen, entkleidet und niedergestoßen. Rasch verbreitete sich der Aufruhr über Audh und Gwalior; dagegen blieb das Pandschab (Fünfstromland) ruhig, und auch in den Präsidentschaften Madras und Bombay schlossen sich die Truppen der Bewegung nur vereinzelt an. Dadurch fanden die Engländer, die bei der wachsenden Gefahr die größte Tatkraft bewährten, Gelegenheit, die unsichern Regimenter zu entwaffnen, einzelne Aufstände im Keime zu ersticken und durch die furchtbarste Bestrafung Schrecken zu verbreiten. Viele starben durch den Strang, andere wurden vor die Kanonen gebunden und „weggeblasen". So gelang es, die wichtigen Städte Benares, Agra, Patna, Firangpur u. a. in Unterwürfigkeit zu halten; die Entscheidung aber knüpfte sich an den Besitz von Delhi, das als ehemalige Residenz des Großmoguls in den Augen des Volkes besondere Verehrung genoß.

10. Mai 1857

Nana Sahib

Juni 1857

Eroberung von Delhi

§ 223. Unterdrückung des Aufstandes. Schon im Juni zog eine Armee aus dem Pandschab in das Gebiet von Delhi. Aber schwach an Mannschaft und Geschütz und hart mitgenommen von der Cholera, welche einen der Heerführer nach dem andern dahinraffte — auf Anson folgte Barnard, auf diesen Reed, dann Wilson — vermochte sie nichts gegen die große, mit allem Kriegsbedarf reich versehene Stadt. Erst im September war das Belagerungsheer durch die Ankunft neuer Truppen aus Sikh (Eingeborenen des Pandschab), Ghurka (Bergbewohnern des Himalaya), und Europäern bestehend, so weit verstärkt, daß General Wilson zum Angriff schreiten konnte. Nun wurde von beiden Seiten mit größter Wut
20. Sept. 1857 gestritten, bis die Stadt durch einen allgemeinen Sturm wieder in die Gewalt der Engländer kam.

Lakhnau

In der Landschaft Audh hatte sich inzwischen der hochherzige Sir Henry Lawrence in der Zitadelle von Lakhnau gegen die Rebellen, die Nana Sahibs Fahnen folgten, mit wunderbarer Tapferkeit verteidigt, bis am 2. Juli eine Bombe seinem Heldenleben ein Ziel setzte. Bei seinem Tode hatte die Not schon einen hohen Grad erreicht; die Eingeschlossenen, darunter vierhundert Frauen und Kinder, erwarteten täglich, das Schicksal ihrer Landsleute von Chanpur zu erleiden. Neben den Geschossen der Aufrührer forderte auch die Cholera ihre Opfer, und immer enger wurde der Raum, der noch gegen die Rebellenhaufen verteidigt werden konnte. Im Augenblicke der höchsten Not kam endlich Hülfe. Auf die erste Kunde von den Vorgängen in Delhi und Chanpur war General Havelock mit einer kleinen Kriegerschar von Kalkutta aufgebrochen, aber die große Entfernung und die Schwierigkeit des Marsches in der glühenden Hitze machten es unmöglich, den Kriegsschauplatz vor Ende
12. Juli Juni zu erreichen. Bei Fatihpore (Futtipur) stießen sie auf den Feind und erfochten einen glänzenden Sieg. Drei Tage später standen sie vor Chanpur, und nun wurde Nana Sahib trotz der großen Menge und der mutigen Haltung der Sipahis durch die überlegene Kriegskunst der Europäer geschlagen; er zog nach Audh, um der Besatzung von Lakhnau dasselbe blutige Schicksal zu bereiten wie den Unglücklichen in Chanpur. Havelock folgte ihm trotz der ungeheuren Leiden, die seine Truppen in dem ungewohnten Klima und auf den vom Regen aufgeweichten Wegen zu bestehen hatten. Endlich stieß General Outram mit Verstärkungen zu Havelock. Vereint rückten sie nun gegen Lakhnau vor. Mit Gefühlen, die
Ende Sept. sich nicht beschreiben lassen, vernahmen die Eingeschlossenen den „Pibroch" der Hochländer, jenen hellen Ton der schottischen Sackpfeife, der ihnen die Stunde der Rettung verkündete. Aber noch war die Gefahr nicht vorüber. Havelock und Outram gelangten zwar unter
26. Sept. schweren Verlusten in den Festungsraum, waren aber nicht im Stande, mit der geringen Mannschaft, mit den Frauen, Kindern und Kranken in der Mitte, die Schwärme der Rebellen zu durchbrechen. Man mußte sich entschließen, gemeinsam auszuharren, bis neue Verstärkungen eintreffen würden. Nun gingen aber die Lebensmittel zur Neige, und man war in Gefahr, ausgehungert zu werden. Zu diesem äußersten sollte es jedoch nicht kommen. Bereits war Sir Colin Campbell, der neue Oberbefehlshaber, mit 7000 Mann frischer, wohlbewaffneter Truppen auf dem Wege. Er erreichte Lakhnau am 14. November, und ihm gelang es, freilich
16. Nov. ohne Eroberung der Stadt, die Eingeschlossenen zu befreien. Acht Tage nachher starb Havelock
24. Nov. an der Cholera: sein Andenken wurde in England hochgeehrt.

Unterdrückung des Aufstandes

Seit dem Falle von Delhi war die Unterdrückung des Aufruhrs mit Sicherheit vorherzusehen. Zwar überfielen die Rebellen den General Windham und eroberten sein Lager mit 3000 Zelten, aber Campbell und Outram
1858 rächten die Schmach durch wiederholte Siege. Im Frühjahr langten neue Verstärkungen aus dem Pandschab und von Kalkutta im oberen Gangesgebiet an, während die Reihen der Insurgenten mehr und mehr zusammenschwanden. Sir Hugh Rose entriß den Gwaliorrebellen die festen Städte Dschansi und Kalpi und ließ Hunderte von Gefangenen vor die Kanonen binden oder am Galgen sterben. Im März eroberte der Oberbefehlshaber
19. März 1858 nach einem fünftägigen mörderischen Kampfe die Stadt Lakhnau und ließ die Truppen nach Herzenslust plündern und morden. Solange Tantia Topi, ein strenggläubiger Brahmane und Nana Sahibs Gefährte, die Scharen führte, hatte der Aufstand noch immer einigen Halt; als aber auch

dieser kühne Rebellenführer im Felde überwunden und am Galgen gestorben war, wurden die noch übrigen Banden wie Räuber verfolgt. Über ein Jahr dauerte noch die Menschenjagd in Audh fort, fast alle Rebellenhäupter fanden ihren Tod, die einen durch Selbstmord, die andern am Galgen. Nana Sahib entkam nach Nepal; hier starb er in den Dschungeln am Fieber, ehe die Verfolger ihn erreichten. Im Laufe des Jahres 1858 kehrte die alte Ruhe und Ordnung im angloindischen Reiche zurück, und die Regierung konnte auf Mittel der Versöhnung denken.

Neuorganisation

Durch eine Proklamation der Königin Viktoria wurde allen Aufständischen, die an der Ermordung britischer Untertanen nicht unmittelbar teilgenommen hatten und bis zum Januar 1859 zum Gehorsam zurückgekehrt sein würden, Amnestie zugesichert. Diese Proklamation brachte zugleich die große Kunde, daß die Königin mit Zustimmung ihres Parlaments beschlossen habe, das Privilegium der Ostindischen Kompanie aufzuheben, die Regierung in die eigene Hand zu nehmen und durch einen besonderen Staatssekretär und Rat für Indien besorgen zu lassen. Alle Beamten der Kompanie wurden in ihren Stellen bestätigt, der Oberstatthalter als „Vizekönig" zum Stellvertreter der Königin ernannt und den Untertanen die Versicherung gegeben, daß für alle, ohne Rücksicht auf Religion oder Abstammung, vollkommene Glaubensfreiheit und Rechtsgleichheit bestehen und niemand in seinem Besitz oder Recht, in seinen Sitten und Lebensordnungen verletzt werden sollte. Das Reformgesetz entsprach der Überzeugung, daß bei der Größe des indischen Reiches die Kräfte der Gesellschaft nicht mehr genügten, daß nur die Regierungsgewalt einer europäischen Großmacht die Eroberungen im fernen Osten behaupten könne; es begründete in der Verwaltung und im gesamten öffentlichen Leben Indiens eine neue Ära. Unter der Oberhoheit der Königin verschmerzten die mediatisierten Dynastien, durch Gesetze in ihrem Eigentum, ihren Lehen und Vorrechten sichergestellt, mit der Zeit den Verlust der Herrscherrechte. Durch die Reformen, welche die englische Regierung durchführte, stieg Indien „aus der Stufe der Zwingherrschaft zu dem Range von Kolonien" empor. Die Regierung suchte durch zweckmäßige Einrichtungen nach europäischem Vorbild das Staats- und Rechtsleben zu heben, durch Eisenbahnen und Bildungsanstalten die Industrie und Kultur zu fördern, eine einheimische Grundaristokratie heranzubilden und das Prinzip der Selbstregierung, wodurch England selbst groß geworden war, zur Geltung zu bringen.

India bill 2. Aug. 1858

So kehrte die Ruhe in das Land zurück, wenn auch unter den Mohammedanern die Gährung noch eine Zeitlang fortdauerte, so daß in Patna eine Verschwörung erstickt werden mußte, und die fanatischen Sekten der Wahabi im Pandschab und der Mogsla in Malabar nur durch strenge Ausnahmegesetze im Zaum gehalten werden konnten. Der Krieg im Himalajalande Bhutan, im Nordosten Bengalens, diente zur Sicherung des Reiches gegen räuberische Einfälle. 1866 wurde Birma mit Ostindien vereinigt. Schwer litt Ostindien durch die mehrmals auftretende Hungersnot (1873—74 in Lihar, 1877—78 und wiederum 1899 in Dekhan), die Tausende von Menschen dahinraffte, obwohl die Regierung nach Möglichkeit zu helfen bestrebt war. Fast 3 Milliarden Mk. wurden seit 1873 dafür verausgabt, dazu wurde 1877 bestimmt, daß besondere Steuerzuschläge erhoben und ihr Ertrag als Hilfsfonds für Hungersnöte kapitalisiert werden solle. So befestigte sich die englische Herrschaft immer mehr, sodaß der Prinz von Wales bei seiner Rundreise im Orient in glänzendster Weise in Indien empfangen wurde. Die Krönung erhielt das neue Regierungssystem durch die Parlamentsakte vom 29. April 1876, durch welche sich die Königin Viktoria den Titel „Kaiserin von Indien" („Empress of India, Kaiser-i-Hind") beilegte. Am 1. Januar 1877 verkündigte der Vizekönig Lord Lytton unter großen Feierlichkeiten in Delhi die Errichtung des indischen Kaiserreichs. In den auswärtigen Kriegen konnte England später sogar indische Truppen verwenden.

1863

1864—1865

1875—76

B. Mexiko.

Parteikämpfe

§ 224. Die französische Invasion. Durch die Parteikämpfe zwischen Liberalen (Puros) und Klerikalen, zu denen sich der Gegensatz zwischen Kreolen und Indios gesellte, hatte Mexiko viele Wechselfälle erlitten. Als
Aug. 1855 Santa Anna (§ 111) zur endgültigen Abdankung gezwungen wurde, erlangte Alvarez, ein Indianergeneral, die Präsidentenwürde, jedoch wurde er, weil er die Vorrechte (Fueros) der Geistlichkeit aufhob, bald wieder von
Dez. 1855 Comonfort, dem 36. Präsidenten seit Bestehen der Republik, gestürzt. Diesem gelang es, sich eine längere Zeit zu behaupten; als aber eine neue Verfassung, welche die Jesuiten aus dem Lande verwies und den Einwanderern die
Dez. 1857 Häfen öffnete, beschworen werden sollte, da weigerte die Geistlichkeit den Eid, mehrere Generale schlossen sich ihr an, und so wurde nach siebentägigem
22. Jan. 1858 Kampfe Comonfort vertrieben und der General Felix Zuloaga zum Präsidenten ausgerufen. Die Verfassung von 1857 wurde beseitigt. Die Partei der Puros aber erhob Benito Juarez, den Vizepräsidenten Comonforts, der einem alten Aztekengeschlechte entstammte, zum Gegenpräsidenten. Dieser nahm seinen Sitz in Veracruz und organisierte den Guerillakrieg gegen Zuloaga und dessen General Miramon. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas suchten aus dieser Lage Gewinn zu ziehen; sie verlangten, daß ihnen das Recht des Transits über die Landenge von Tehuantepec auf ewige Zeiten abgetreten werde, eine Forderung, die mit der Auslieferung des gesamten mexikanischen Handels an die Union gleichbedeutend war. Da Zuloaga diese Anmaßung zurückwies, erkannte die Regierung von Washington
Mitte Jan. 1861 Juarez als Präsidenten an. Diesem gelang es, die Hauptstadt zu gewinnen, und nun nahm er, um sich den Spekulationen seiner „Beschützer" gefällig zu zeigen, eine ausgedehnte Veräußerung der Kirchengüter zum
11. Juni 1861 Vorteil des Staates vor. Ein neugewählter Kongreß bestätigte Juarez
1. Juli als Präsidenten und bekleidete ihn mit unumschränkter Diktatur; doch hielten sich die klerikalen Gegner in den Provinzen. Dazu kamen jetzt ernstliche Verwicklungen mit dem Auslande. Miramon und seine Genossen hatten wie verzweifelte Spieler gewirtschaftet und sich bares Geld gegen unerschwingliche Schuldbriefe verschafft. Waren nun schon während des Bürgerkrieges die Rechte der Fremden häufig verletzt worden, ohne daß die Reklamationen der Regierungen beachtet wurden, so erließ jetzt der Kongreß
Juli 1861 ein Gesetz, nach dem alle Zahlungen an das Ausland, also auch die Zinsen der englischen Schuld, auf zwei Jahre eingestellt und die Binnenzölle auf
Eingreifen der europäischen Mächte fremde Waren verdoppelt werden sollten. Da gelang es der Regierung von Spanien, wo die Königin Isabella und ihre klerikale Camarilla (§ 256) mit Verdruß auf die kirchenfeindliche Richtung ihrer früheren Untertanen blickten und wo man wegen Wegnahme eines Schiffes durch Juarez vergebens eine Entschädigung verlangt hatte, England und Frankreich
31. Okt. 1861 zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen. Durch die Konvention von London erklärten die drei Mächte, daß sie sich durch die Unzuverlässigkeit der mexikanischen Behörden in die Lage versetzt sähen, für ihre Untertanen und ihren Besitz größeren Schutz zu verlangen. Drei Geschwader wurden abgeschickt, die Landungstruppen besetzten die Stadt Veracruz, und
Ende 1861 es lagerten sich die Spanier unter General Prim in Orizaba, die Franzosen unter Jurien de la Gravière in Tehuacan, während der englische Befehlshaber, Sir Charles Wyke, Cordova wählte. Da aber die

Expedition keinen Oberfeldherrn hatte, so fehlten der Unternehmung Kraft und Einheit. Juarez wies ein Ultimatum nach langem Zuwarten mit Worten zurück, die wie eine Verhöhnung klangen, und legte Einheimischen und Fremden eine hohe Kriegssteuer auf. Dennoch schlossen die Befehlshaber durch den Vertrag von La Soledad eine Art Waffenstillstand. 19. Febr. 1862
Bald nachher langte Don Juan Almonte, der Sohn des Freiheitskämpfers Morelos (§ 111), der mehrere Jahre in Paris verlebt hatte, begleitet von Pater Miranda und andern Häuptern der Kirchenpartei, im Lager an und führte sich als Vertrauensperson des Kaisers Napoleon ein. Seine Anwesenheit wurde dem englischen und spanischen Befehlshaber bald unbequem, weil dadurch die Intervention größere Dimensionen anzunehmen drohte, als in ihrer Absicht lag, und sie in eine feindliche Parteistellung gegen die Liberalen gedrängt wurden. Als nun Juarez Almontes Auslieferung verlangte, hielten Prim und Wyke die Forderung für gerecht, stießen jedoch bei Jurien de la Gravière auf Widerstand. Der Verdruß darüber sowie die geringen Streitkräfte, die ihnen zu Gebote standen, bewogen sie zum Abzug. Ohnedies hatte der Eifer, mit dem Napoleon sich der Geldforderung des französischen Bankiers Jecker, eines naturalisierten Schweizers, annahm, bereits den Verdacht erweckt, daß die Geldsache nur als Vorwand gebraucht werden solle, um Mexiko zu erobern. Schon im April 1862 segelten die spanischen und englischen Schiffe der Heimat wieder zu.
Rückkehr der Spanier und Engländer
April 1862

Diesem Beispiel wollten die Franzosen nicht folgen. Die Ehre des Kaisers schien zu fordern, daß das Unternehmen nicht unrühmlich aufgegeben werde, und der religiöse Eifer der Kaiserin Eugenie bestärkte ihren Gemahl in einem Vorhaben, durch das er seine Mitwirkung an der Beraubung des Kirchenstaats (§ 215) einigermaßen sühnen könne. Um dieselbe Zeit, da die andern ihre Einschiffung vornahmen, langte General Lorencez mit Verstärkungen an. Trotzdem war die Lage der Franzosen während der Sommermonate sehr bedenklich. Almonte ließ sich zum Haupt der Republik erklären, aber die Zahl der Streiter, die General Miramon und andere Anhänger ihm zuführten, belief sich nur auf etwa 5000, und die französische Mannschaft wurde durch das gelbe Küstenfieber stark mitgenommen. Dem gegenüber hatte Juarez beträchtliche Streitkräfte gesammelt und erschien zudem als der Vorkämpfer für Freiheit und Nationalität. Ein Angriff, den Lorencez auf das von General Zaragoza besetzte Puebla de los Angelos unternahm, scheiterte, und es blieb ihm nichts weiter übrig, als im Lager von Orizaba auf neue Verstärkungen zu warten. Im August langten diese an, aber der neue Oberfeldherr, General Forey, der nun eine Armee von 30000 Mann zur Verfügung hatte, konnte doch erst im nächsten Jahre zum Angriff vorgehen.
Die französische Okkupation
Anfang Mai
5. Mai

Am 23. Februar 1863 brach er gegen das von den Mexikanern stark befestigte Puebla auf, dessen Verteidigung nach dem Tode Zaragozas General Ortega leitete. Erst am 16. März konnten die Franzosen die Belagerung beginnen; nachdem dann Belagerungsgeschütz aus Frankreich gekommen war, wurde Ortega nach einem 50tägigen Kampfe zur Übergabe gezwungen. Der Fall Pueblas beendete Juarez' Herrschaft. Ein Aufstand nötigte ihn, die Hauptstadt zu verlassen und San Luis de Potosi zum Sitz der Regierung zu erheben. Forey hielt an der Seite Almontes seinen Einzug in Mexiko, und ohne erheblichen Widerstand besetzten die französischen Generale weite Teile des Landes. Nun schritt man
Eroberung Pueblas
19. Mai 1863
10. Juni

Gründung des Kaiserreiches

zur Begründung einer neuen Staatsordnung, welche dem Lande den langentbehrten Frieden zurückgeben und die „größte Idee“ Napoleons (§ 227) verwirklichen sollte. Eine aus den angesehensten Männern bestellte Regierungsjunta wählte aus ihrer Mitte ein Triumvirat, bestehend aus Almonte, Labastida, dem Erzbischof von Mexiko, und Mariano Salas, und berief eine Notabelnversammlung. Darauf wurde in gemeinsamer Beratung der Beschluß gefaßt, statt des republikanischen Regierungs-

11. Juli 1863

systems die gemäßigte erbliche Monarchie unter einem katholischen Fürsten einzuführen, der den Titel Kaiser von Mexiko annehmen sollte, und die Krone dem Erzherzog Ferdinand Maximilian von Österreich, einem jüngeren Bruder des Kaisers Franz Joseph (über dessen Gesinnung sich Napoleon durch vertrauliche Anfrage zuvor versichert hatte), für sich und seine Nachkommen anzutragen.

Durch eine treffliche Erziehung mit vielen Kenntnissen ausgerüstet, durch große Reisen mit manchen Erfahrungen über Politik, Volkswirtschaft und Verwaltung bereichert und erfüllt von Tatendrang, zu dessen Befriedigung ihm die Heimat keine Gelegenheit bot, schien der Erzherzog die geeignetste Persönlichkeit für eine Stellung, welche männlichen Mut, Unternehmungsgeist und ritterlichen Sinn verlangte. Auch seine Gemahlin Marie Charlotte, Tochter des Königs Leopold von Belgien, bekümmert, daß sie dem Eheherrn keine Kinder gab, begünstigte jedes Unternehmen, das geeignet schien, dessen Sinn durch höhere Ziele zu zerstreuen, und war bereit, alle Gefahren mit ihm zu teilen. Dazu kam noch die große Bewunderung, welche beide für den politischen Geist des französischen Kaisers empfanden. Eine Gesandtschaft überbrachte den gefaßten Beschluß dem

3. Okt.

Erzherzog. Er empfing sie in dem schönen Schloß Miramare bei Triest und erklärte sich bereit, die Krone anzunehmen, „sobald die ganze Nation in freier Kundgebung ihres Willens den Wunsch der Hauptstadt bestätigt habe“.

§ 225. Das Kaisertum. Als die Deputation in die Heimat zurückkehrte, konnte zu einer Abstimmung in den Gemeinden geschritten werden. Zwar hatte Juarez alle Kräfte angestrengt, den Beschluß der Regentschaft zu vernichten, aber seine Anhänger schwanden mit jedem Tage mehr zusammen; die Union, deren Beistand er angerufen und für deren Hilfe er die goldreiche Landschaft Sonora angeboten hatte, war durch den Krieg mit den Südstaaten (§ 234) außerstande, den vorteilhaften Antrag anzunehmen. General Comonfort hatte ins Ausland gehen wollen, wurde aber

13. Nov.

überfallen und getötet; Ortega, welcher, der Gefangenschaft entflohen, sich wieder mit Juarez vereinigt hatte, zerfiel bald mit ihm und stellte sich dem General Bazaine, der anstatt des zum Marschall beförderten Forey zum Oberbefehlshaber ernannt worden war, zur Verfügung. Verlassen von seinen getreuesten Anhängern, flüchtete Juarez nach Texas und stellte sich unter den Schutz der Union. Dem Erzherzog Maximilian konnte gemeldet

Febr. 1864

werden, daß nahe an 2000 Gemeinden sich für ihn ausgesprochen hätten, daß mithin der allgemeine Wunsch des Landes, „unter dem milden Zepter eines weisen Fürsten zu neuem Leben zu gelangen“, keinem Zweifel unterliege. Nun trug der Habsburger nicht länger Bedenken, die dargebotene „Krone Montezumas“ anzunehmen. Nach einer Zusammenkunft mit Napoleon in Paris, wo nähere Verabredungen über die Sicherheit des neuen Kaiserthrones getroffen wurden, nahm er mit seiner Gemahlin seinen Weg nach Mexiko über Rom, wo er den Segen des Papstes empfing.

12. Juli 1864

Am 29. Mai landete er in Veracruz und zog am 12. Juni als Kaiser Maximilian I. in Mexiko ein.

Es war vorauszusehen, daß das monarchische Prinzip in Amerika Anfechtungen zu bestehen haben würde. Die friedliche Entwicklung des Staatswesens wurde denn auch gestört sowohl durch die Republikaner, welche das gewohnte Parteitreiben nicht aufgaben, als auch durch die Priesterschaft und die reaktionäre Partei, welche versuchte, die Einziehung der geistlichen Güter rückgängig zu machen. Dazu kam, daß die Staatskasse leer und die Finanzverhältnisse zerrüttet waren. Maximilian I. 1863—1867

Die Vereinigten Staaten aber, die schon längst ihre Blicke auf Mexiko gerichtet hatten und nur durch den Bürgerkrieg im eigenen Land abgehalten waren, der europäischen Intervention entgegenzutreten, benutzten bald die schwierige Lage des jungen Kaiserstaates, um die neue Monarchie, durch welche, nach Napoleons eigenem Geständnis, der amerikanischen Union „ein materielles und moralisches Gegengewicht" geschaffen werden sollte, wieder zu stürzen und die „Monroe-Doktrin" (§ 110) zur Geltung zu bringen. Stellung der Vereinigten Staaten

Das Repräsentantenhaus in Washington hatte schon am 7. April die Erklärung abgegeben, „daß das Volk der Vereinigten Staaten es nicht mit seinen Grundsätzen vereinbar finden könne, eine in Amerika unter den Auspizien einer europäischen Macht auf den Trümmern der republikanischen Staatsform errichtete monarchische Regierung anzuerkennen", und wenn auch der Senat dem Beschlusse nicht beitrat und der Präsident Lincoln den Eindruck dieser Sätze zu mildern bemüht war, so täuschte sich doch niemand darüber, daß ein Konflikt zwischen der Union, welche fortwährend den Präsidenten Juarez als den gesetzmäßigen Vertreter der Republik Mexiko betrachtete, und Frankreich, welches den Kaiserthron mit Darlehen und Hilfstruppen unterstützte, nur eine Frage der Zeit sei. Und diese Zeit trat bald ein. Wie sehr auch Kaiser Maximilian alle Kräfte anstrengte, Sicherheit und Ordnung in seinem Reiche zu begründen, die verwahrloste Volksbildung zu heben, durch eine neue Gerichtsorganisation der Rechtspflege aufzuhelfen, Handel und Verkehr zu fördern, durch Verheißung eines Reichsstatuts mit Volksvertretung Vertrauen bei den Liberalen zu erwecken, das Los der gedrückten Indianer („Peons"), die von harten Gutsbesitzern und Geistlichen in Leibeigenschaft und Schuldhaft gehalten wurden, zu erleichtern: weder die französische Okkupationsarmee noch seine durch Freiwillige aus Belgien und Österreich verstärkten einheimischen Truppen waren imstande, den Kriegshaufen Juarez' die von ihnen besetzten nördlichen Landschaften zu entreißen. Chihuahua blieb mit kurzer Unterbrechung der Regierungssitz des Präsidenten, und selbst der Süden wurde von republikanischen Kriegsscharen unsicher gemacht. Die Geldmittel, die durch zwei unter den ungünstigsten Bedingungen in Frankreich bewerkstelligte Anleihen zusammengebracht wurden, waren bald erschöpft; die Einkünfte des Landes reichten nicht hin. Diese Umstände schienen der Regierung in Washington, die seit der Beendigung des Bürgerkriegs (§ 235) wieder freie Hand hatte, geeignet, der monarchischen Schöpfung in Mexiko ihr Ende zu bereiten. Sie verlangte auf Grund der Monroe-Doktrin, daß Napoleon seine Truppen zurückrufe und dem mexikanischen Volke möglich mache, sich durch freie Selbstbestimmung zu entscheiden, welche Regierungsform in Zukunft Geltung haben solle. Umsonst versuchte der französische Gesandte in Washington, die Union zu bestimmen, die in Mexiko begründete Monarchie wenigstens als faktisch bestehende anzuerkennen, unter welcher Bedingung die Abberufung der französischen Truppen zu geeigneter Zeit in Zwischenräumen erfolgen solle: die Regierung der Vereinigten Staaten gab deutlich zu verstehen, daß sie eine Monarchie, die nach ihrer Meinung nicht auf dem Volkswillen beruhe, sondern durch fremde Bajonette gewaltsam eingeführt worden sei, in Mexiko nicht dulden würde, und daß die bisherigen freundlichen Beziehungen zwischen der Union und Frankreich in Gefahr geraten könnten. Von der Zeit an war Napoleon, der die Abneigung der fran- 1864 9. Febr. 1865 Dez. 1865

zösischen Nation gegen die mexikanische Expedition wohl kannte, nur darauf bedacht, eine Form für einen ehrenvollen Rückzug zu finden. Die Befehle, welche Bazaine erhielt, ließen erkennen, daß man in Paris die Sache des Kaisers Maximilian aufzugeben entschlossen sei; daher trat der französische General, der sich mit einer reichen Mexikanerin verheiratet hatte, immer weniger entschieden auf.

Haltung Napoleons

§ 226. Maximilians Ausgang. Die Folgen dieser Politik gaben sich bald kund. Von den Tausenden, die den Habsburger einst mit Jubel begrüßt hatten, harrten nur wenige aus; und zum Abfall gesellten sich Verschwörungen gegen das Leben des Kaisers. Es half nichts, daß sein General

3. Okt. 1865 Mendez zwei republikanische Anführer, Arteaga und Salazar, erschießen ließ: der Terrorismus verfehlte seine Wirkung; die Guerillabanden mehrten sich durch den Beitritt freiwilliger Kriegsleute aus den Vereinigten Staaten. Selbst der alte Santa Anna verließ sein bisheriges Asyl in Havanna, um sich noch einmal auf den politischen Schauplatz zu begeben. Die Sendung Almontes nach Europa brachte keine Änderung: Napoleon hatte das Kaisertum Mexiko bereits aufgegeben. In den ersten Wochen des Jahres 1866 hatte er dem jungen Herrscher eröffnet, daß er sich genötigt sehe, die französischen Truppen aus Mexiko fortzunehmen; dazu verweigerte der Papst das vorgeschlagene Konkordat, welches den Verkauf der Kirchengüter sanktio-

Sommer 1866 nieren sollte. Vergebens reiste die Kaiserin Charlotte selbst nach Paris und Rom; in ihren Hoffnungen getäuscht, verfiel sie in einen Zustand von Seelenstörung. Während sie in dem herrlichen Miramare trübe Tage verlebte, von dem schrecklichen Wahn gefoltert, daß sie von Mördern bedroht sei, geriet ihr Gemahl jenseits des Ozeans in eine immer schwierigere Lage. Eine Abdankung, wozu ihn Bazaine zu bewegen suchte, hätte ihm unter dem Schutze französischer Truppen eine Rückkehr nach Europa gewähren können, aber die Vorstellungen seiner Getreuen, daß sein Abzug das Verderben auf ihr Haupt herabziehen würde, und der peinliche Gedanke, wie ein Fahnenflüchtiger den Schauplatz seiner Taten zu verlassen, machten auf den ritterlichen Geist des hochsinnigen Fürsten solchen Eindruck, daß er den Vorschlag verwarf; auch schmeichelte er sich mit dem Gedanken, daß es ihm gelingen würde, sein Reich auch ohne französische Hilfe zu be-

16. März 1867 haupten. Nun schifften sich die französischen Truppen ein; die letzten verließen Veracruz am 16. März 1867, obgleich Napoleon sich einst verpflichtet hatte, sie bis 1872 in Mexiko zu lassen.

Maximilian in Queretaro

Sofort drängten die Armeen der Liberalen und die Guerillascharen heran. Die Bewohner der Hauptstadt, für ihre Sicherheit besorgt, beredeten den Kaiser, sich nordwärts zu ziehen und nur eine kleine Besatzung zu ihrem Schutze zurückzulassen. Begleitet von Prinz Felix von Salm, der sich nach Beendigung des amerikanischen Krieges zu ihm begeben hatte, und von wenigen Getreuen, zog Maximilian an der Spitze eines kleinen Heeres nach Queretaro. Es dauerte nicht lange, so wurde Queretaro durch Escobedo und andere Bandenführer eingeschlossen. Hier vollzog sich dann rasch das Schicksal des Kaisers.

Die Maximilian treu gebliebenen Anhänger beschlossen, einen Durchbruch durch die Gegner zu versuchen, und bestimmten dazu die Nacht vom 14. Mai. Maximilian war innerlich gegen das Unternehmen und sandte im geheimen seinen Günstling Lopez zu Escobedo. Er sollte von diesem freies Geleit für den Kaiser erwirken, der Mexiko verlassen und sein Ehrenwort geben wollte, nie mehr zurückzukehren. Sollte dieser Vorschlag abgelehnt werden, so würde der Kaiser sich auf Gnade und Ungnade ergeben. Escobedo sollte ferner bedeutet werden, daß, wenn er um 3 Uhr morgens vorrücken wolle, er die von Lopez befehligte, die Stadt beherrschende Stellung offen finden werde; der Kaiser würde sich alsdann ergeben, in

der Hoffnung, daß ihm Juarez erlauben würde, das Land zu verlassen. Lopez traf um 7 Uhr abends im Lager Escobedos ein und wurde sofort zu diesem geleitet. Escobedo nahm die Vorschläge entgegen, erklärte aber, er habe genaue Befehle und müsse unbedingt Ergebung verlangen. Während dieser Unterhandlung hielt Maximilian mit seinen Generalen Rat und gab, als endlich Lopez um 11 Uhr wieder eingetroffen war, nach einer mit ihm abseits von den anderen geführten Unterhandlung, trotz des Widerspruches Miramons, eines seiner treusten Freunde, den Befehl, den Ausfall bis zum nächsten Tage zu verschieben. Gegen 1 Uhr begab sich der Kaiser zu Bett. Escobedo hatte den General Velez beauftragt, die Stelle, die verraten werden sollte, zu besetzen; dieser fand sie tatsächlich ohne Verteidigung; nur Lopez war noch dort und ergab sich ohne Widerstand, wußte es jedoch noch möglich zu machen, in aller Eile einen Boten zu Maximilian zu schicken. Maximilian verließ sofort das Haus und übergab bald darauf Escobedo seinen Degen. Die erhoffte Rückkehr in sein Vaterland wurde ihm nicht bewilligt. 14. Mai

In Queretaro trat ein Kriegsgericht zusammen, um die Beseitigung des Kaisers in die Form eines Justizverfahrens zu kleiden. Das Blut des hohen Gefangenen sollte für alle Zukunft monarchische Gelüste von dem amerikanischen Weltteil fernhalten. Darum beeilte sich auch die Regierung von Washington nicht, durch ihre Verwendung Maximilian zu retten, und europäische Vermittlung fand keine Beachtung. Am 19. Juni wurde Maximilian mit seinen Leidensgefährten, den Generalen Miramon und Mejia, erschossen. An demselben Tage fiel auch die Hauptstadt Mexiko in die Hände des Bandenführers Porfirio Diaz, und nun konnte der Präsident Juarez nach vieljähriger Verbannung wieder seinen Einzug in die alte Aztekenstadt halten. Bald darauf wurde er durch Wiederwahl von neuem in sein hohes Amt eingesetzt und behauptete sich bis zu seinem Tode (1872). Ende Maximilians. 19. Juni 1867. Juarez 1867—1872.

Erst nach langen Unterhandlungen vermochte die österreichische Kaiserfamilie die Herausgabe der Leiche des Kaisers zur Bestattung zu erwirken; in der Kapuzinergruft zu Wien wurde sie beigesetzt. Noch ehe Admiral Tegetthoff die teuren Reste in die Heimat brachte, wurde die Kaiserin Charlotte, von der Nacht des Wahnsinns umhüllt, in das Land ihrer Geburt zurückgeführt. Dort lebt sie noch heute. Seitdem man ihr das tragische Geschick ihres Gatten mitgeteilt hatte, ist ihr Geist nur selten durch lichte Augenblicke erhellt worden.

C. Die übrigen Staaten von Mittel- und Südamerika.

§ 227. Öffentliche Zustände. Die Vorgänge in Mexiko mußten in allen Staaten des mittleren und südlichen Amerika, die einst unter spanischer Herrschaft gestanden hatten, einen aufregenden Eindruck hervorbringen. Litten sie doch alle an denselben Parteikämpfen, an denselben finanziellen und sozialen Gebrechen, welche dort die europäische Einmischung hervorgerufen hatten. Wäre es gelungen, in Mexiko eine neue Staatsordnung auf monarchischer Grundlage aufzurichten, so hätte vielleicht das Beispiel in den südlichen Staaten Nachahmung gefunden, und Napoleons „größte Idee“ wäre kein Traum gewesen. Das Scheitern dieses Planes hat die Republiken der Mitte und des Südens vor solchen Erschütterungen bewahrt, aber nur, um sie den Stürmen, denen ihr öffentliches Leben schon seit Jahrzehnten ausgesetzt war, noch länger preiszugeben.

Es ist ein klägliches Bild politischer Unfähigkeit, das die Bewohner der großen und reichen Länder im Westen und Süden des Mexikanischen Golfs seit der Losreißung von der spanischen Herrschaft darbieten. Von wilden Parteikämpfen und leidenschaftlichem Rassenhaß zerrissen, stürzten sie von einer Revolution in die andere und konnten sich zu keiner glücklichen Kulturentwicklung emporarbeiten. Wohl bewegten sich alle in republikanischen Formen, aber diese sind nicht aus der Natur des Volkes hervorgegangen: es sind Nachbildungen der Parteitreiben

nordamerikanischen Unionsverfassung, mechanisch entlehnte Staatsordnungen, denen jede Unterlage fehlt. Die südamerikanischen Republiken hatten gegen die spanische Herrschaft im Grunde nur die Diktatur ehrgeiziger, habsüchtiger Generale eingetauscht. Wie in den Vereinigten Staaten des Nordens ist auch in den Republiken des Südens und der Mitte die Staatsgewalt zwischen einem gewählten Präsidenten und einem aus Senat und Deputiertenhaus bestehenden gesetzgebenden Kongreß geteilt, bald mit direktem, bald mit indirektem Wahlmodus: aber unter dieser Decke tummelten sich die verschiedenartigsten Leidenschaften. Nicht nur, daß Kreolen, eingeborne Indianer und Mischlinge in unaufhörlichem Kampfe um die Herrschaft rangen: neben den sich anfeindenden Rassen bekriegten sich die politischen Parteien der Föderalisten und Zentralisten oder des republikanischen Staatenbundes und der einheitlichen Republik, und zwischen diesen widerstrebenden Tendenzen bewegten sich wieder die leidenschaftlichen Konflikte der Konservativen und Liberalen, der Aristokraten, Klerikalen und Demokraten. Die Kreolen, einst die herrschende Klasse im spanischen Amerika, hatten nicht nur das frühere Übergewicht verloren und Mischlingen und Indianern weichen müssen: sie hatten auch an Geist und Seele Schaden genommen. Zu den kläglichen Zuständen in den südamerikanischen Staaten bildete „der traurige Fehler sinkender Nationen, Dünkel und jene tragikomische Ruhmredigkeit, die sich über den eigenen Unwert durch prahlerischen Redeschwall so vortrefflich zu täuschen versteht", einen eigentümlichen Gegensatz. — Die katholische Kirche war die herrschende geblieben, und die in den Grundrechten aufgestellte Religionsfreiheit tat ihr bei der romanischen Bevölkerung keinen Abbruch; dagegen erlitt die klerikale Partei mit ihren hierarchischen Bestrebungen durch die Liberalen manchen harten Stoß. Die Sklaverei wurde unter den bürgerlichen Kämpfen abgeschafft.

§ 228. **Brasilien.** Brasilien nahm als konstitutioneller Kaiserstaat unter einem Sprößling des portugiesischen Königshauses Braganza, als einzige Monarchie auf amerikanischem Boden, in vieler Hinsicht eine besondere Stellung ein. Nachdem Dom Pedro 1823 als Kaiser anerkannt worden war (§ 110), wollte sein Ministerpräsident Andrada die Portugiesen aus dem ganzen Lande verbannen. Der Kaiser entließ ihn, und nun versuchte jener mit Hilfe der Demokraten die Verfassung fast republikanisch zu gestalten. Da löste Dom Pedro die konstituierende Versammlung, die ihn zum Kaiser ausgerufen hatte, auf, gab aber dann selbst eine neue, ziemlich freisinnige Verfassung. Ein Versuch der nördlichen Gebiete, sich unabhängig zu machen, wurde niedergeschlagen, und von da an entwickelte sich das Land in langsamem Fortschritt, doch konnte der Kaiser den Abfall von Uruguay nicht verhindern, das er als selbständige Republik anerkennen mußte (§ 111). Als sich Schwierigkeiten wegen der Thronfolge in Portugal erhoben, und Dom Pedro die gewünschte Unterstützung nicht erhielt, mußte er zu gunsten seines sechsjährigen Sohnes, Dom Pedro II., abdanken und kehrte nach Europa zurück (§ 145). Unter der von den Kammern ernannten Regentschaft wurde die Verfassung von 1824 liberal umgewandelt: Ministerverantwortlichkeit, Zweikammersystem, Teilung der gesetzgebenden Gewalt zwischen Kaiser und Volksvertretung, Geschworenengerichte, Unentgeltlichkeit des öffentlichen Unterrichts wurden eingeführt. Doch dauerten die Parteikämpfe fort. 1840 wurde Dom Pedro für volljährig erklärt und im folgenden Jahre feierlich gekrönt. Er stützte sich ganz auf die aristokratische Partei. Unter seiner verständigen Herrschaft begann Brasilien trotz der mannigfachen Parteiwirren sich trefflich zu entwickeln. Der Handel nahm seit 1852, wo Uruguay wieder unter die Schutzherrschaft Brasiliens trat (§ 232), einen großen Aufschwung: Verkehrswege und Eisenbahnen wurden gebaut und eine Dampfschiffahrtsgesellschaft für den Marañon gebildet. Die 1854 im Norden des Landes entdeckten reichen Goldminen zogen viele Einwanderer an. Insbesondere hat das seit 1857 wiederholt im Amte befindliche Ministerium Olinda viel zur wirtschaftlichen Hebung des Reiches getan. 1864 kam es zu einem Kriege mit Uruguay (§ 232), in den auch Paraguay eingriff; erst 1870 wurde derselbe für Brasilien glücklich beendet. Zwar erhielt das Kaiserreich keine Gebietsvergrößerung, doch wurde sein Ansehen in Südamerika dadurch bedeutend erhöht. Von der größten Wichtigkeit für die Zukunft Brasiliens wurde die Frage der Sklavenemanzipation. Im Juni 1871 wurde ein Gesetz erlassen, wonach fortan niemand mehr als Sklave geboren und allmählich sämtliche Sklaven freigelassen werden sollten; zur Entschädigung der Besitzer wurde ein besonderer Fond gebildet,

Pedro I. 1822—1831 † 1834

12. Nov. 1823

24. März 1824

1824

1828

Dom Pedro II. 1831—1889 † 1891

7. April 1831

18. Juli 1841

aber die Durchführung dieser Emanzipation wurde jahrelang verhindert, da die Kammern die erforderlichen Mittel nicht bewilligten.

§ 229. Zentralamerika. Nach dem Vorgange von Mexiko hatten sich die Staaten Guatemala, San Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa-Rica zu einer Republik der Vereinigten Staaten Zentralamerikas mit einem gewählten Präsidenten konstituiert (§ 111). Aber die Eintracht dauerte nicht lange. Zuerst entstand ein heftiger 1. Juli 1821
Meinungskampf und Bürgerkrieg zwischen der Aristokratenpartei von Guatemala und den
Demokraten mit dem Hauptsitz San Salvador. Die letzteren trugen den Sieg davon: 1829
der neue Präsident Don José Francesco gehörte ihrer Partei an. Bald jedoch gewann
die aus Indianern und Mischlingen (Ladinos) bestehende eingeborene Bevölkerung das
Übergewicht und suchte den Weißen, Kreolen und Europäern die Herrschaft zu entreißen.
Ein halbblütiger Indianer, Carrera, begann einen blutigen Rassenkrieg, in dessen Folge die 1838
Union sich 1839 auflöste; der Präsident Morazan von Guatemala (seit 1832), der von Costa-
Rica aus sein System des Zentralismus mit den Waffen zu behaupten suchte, wurde über-
wältigt und erschossen. Von der Zeit an besaß jeder der fünf Staaten seine eigene Regie- 15. Sept. 1842
rung; alle Versuche, die Union wiederherzustellen, scheiterten an der inneren Uneinigkeit
oder wurden mit Waffengewalt vereitelt; so brachte Carrera bei Arada den Föderalisten 2. Febr. 1851
eine schwere Niederlage bei. In den einzelnen Staaten herrschten dabei Streitigkeiten und
Parteikämpfe. Daher konnte es geschehen, daß William Walker, ein nordamerikanischer Aben-
teurer, mit einem Haufen zusammengelaufener Kriegsleute in Nicaragua sich zum Ober- 1853
befehlshaber aufwarf und mehrere Jahre lang eine diktatorische Gewaltherrschaft gründete,
bis er bei einem Angriff auf Honduras von den Engländern den Behörden dieses Staates
ausgeliefert wurde, die ihn dann in Truxillo erschießen ließen. Das Unternehmen Walkers 12. Sept. 1860
stand im Zusammenhang mit den Bestrebungen der Vereinigten Staaten, in Mittelamerika
festen Fuß zu fassen. 1848 hatten die Engländer an der Hondurasküste die Stadt San
Juan besetzt und die Kolonie Greytown angelegt. Der Einspruch der Vereinigten Staaten,
die sich auf die Monroe-Doktrin beriefen, drohte einen Krieg herbeizuführen. Der Streit
wurde aber beigelegt durch den Clayton-Bulwervertrag, in dem beide Mächte von den 19. April 1850
ausschließlichen Rechten über den zu erbauenden Kanal zwischen dem Busen von Mexiko
und dem Großen Ozeane abzustehen versprachen. Dennoch versuchten die Vereinigten Staaten
auf indirektem Wege durch zwei bedeutende New-Yorker Handelshäuser, namentlich durch
Vanderbilt, den maßgebenden Einfluß auf Nicaragua zu erlangen. Der Krieg in Mexiko
übte dann auch in Zentralamerika seinen Einfluß; auch hier standen Liberale und Konservative
einander feindlich gegenüber. Unter diesen Umständen gelangte der gewandte Carrera von Okt. 1851
Guatemala zu einer diktatorischen Autorität. Im Gegensatz zu dem mexikanischen Partei-
führer Juarez, mit dem er in Herkunft und Schicksalen viele Ähnlichkeit hatte, stützte er
sich auf die klerikale und konservative Partei, so daß man ihn eines Einverständnisses mit
Kaiser Maximilian und eines Strebens nach monarchischer Gewalt beschuldigte. Aber noch
ehe das blutige Trauerspiel in Queretaro zu Ende war, starb Carrera plötzlich. Einige
Monate nachher wurde sein langjähriger Gegner und Nebenbuhler Barrios von San 15. Okt. 1865
Salvador, als er die verlorene Präsidentenstelle wieder zu erlangen strebte, auf Befehl seines
siegreichen Nachfolgers Duenas in seiner ehemaligen Hauptstadt erschossen.

Die Insel Haiti bildete seit 1820 eine Republik (§ 37) unter dem Präsidenten
Boyer; nach dessen Vertreibung 1843 sagte sich der östliche, bis 1795 spanische Teil als 1844
Republik San Domingo los und behauptete seine Unabhängigkeit gegen den Nachbarstaat
Haiti. In diesem nahm der Negergeneral Soulouque 1849 als Faustin I. den Kaisertitel
an und führte ein sehr grausames Regiment, bis er 1859 durch den Mulatten Geffrard ver-
trieben und die Republik wieder hergestellt wurde. Die Republik San Domingo stellte sich
1861 nochmals unter spanische Herrschaft (§ 256), doch erhoben sich die Republikaner 1863
wieder, eroberten die Hauptstadt und verkündeten von neuem die Republik. Die Spanier
erlitten dann eine weitere Niederlage bei La Canela und räumten das Land, in dem aber 1864
die Parteikämpfe fortdauerten.

§ 230. Venezuela, Neu-Granada, Ecuador. Aus der schon seit 1829 (§ 111) sich auflösenden Republik Kolumbien bildeten sich 1831 drei selbständige Freistaaten Venezuela, Neu-Granada und Ecuador mit Verfassungen, die im allgemeinen der nordamerikanischen nachgebildet waren. Ein gewählter Präsident stand an der Spitze der exekutiven Gewalt, die Gesetzgebung lag in den Händen des aus Senat und Repräsentanten bestehenden Kongresses.

In Venezuela war in den vierziger Jahren die Republik in Oligarchen (Konser- Venezuela
vative) und Föderalisten (Liberale) gespalten, durch deren Feindseligkeiten ein Zustand von
Anarchie eintrat, welchen die Familie Monágas zu einer Art diktatorischer Gewaltherrschaft

1847 bis Anfang 1858 zu benutzen suchte. Zehn Jahre lang wußten Glieder dieser Familie sich in der Macht zu erhalten, bis General Juliano Castro durch die Oligarchen auf den Präsidentenstuhl erhoben wurde und durch einen „Nationalkonvent" die Verfassung revidieren ließ. Aber Castro, der sich zwischen den Parteien durchzuwinden suchte, konnte keiner Genüge tun, und die Präsidentenwürde ging in drei Jahren viermal in andere Hände über. Endlich erlangte das Föderalistenhaupt Falcon die höchste Würde und brachte mit einer neu einberufenen konstituierenden Versammlung eine Verfassungsrevision zustande, welche sich aufs engste an die der nordamerikanischen Union anlehnte und dem Föderativsystem den Sieg verlieh. Achtzehn Staaten, in ihrem inneren Staats- und Gerichtsleben voneinander unabhängig, bildeten die Bundesrepublik oder die „Vereinigten Staaten von Venezuela", mit einem Präsidenten und Kongreß zu Caracas als oberster Gesamtstaatsgewalt. Indes die Parteiungen hörten nicht auf, wenn sie sich auch meist nur um Personenwechsel und Privatinteressen drehten; der Präsident Falcon wurde durch einen Aufruhr aus dem Lande getrieben. In den Parteikämpfen der siebziger und achtziger Jahre stand der General Guzman Blanco im Vordergrund, der in unaufhörlichen Bürgerkriegen mehrmals den Präsidentenstuhl mit dem Exil vertauschte; er regierte so bis 1887.

Neu-Granada

In Neu-Granada wechselten die Parteien der Klerikalen und Konservativen in der Regierung, doch blieben die Verhältnisse infolge des Gleichgewichtes derselben im allgemeinen ruhig. Erst 1853 kam es nach der Verkündigung einer neuen, streng föderalistischen Verfassung zum Bürgerkriege. 1857 löste sich die Republik in acht nur locker verbundene Staaten auf und nahm den Namen „Granadische Konföderation" an; doch schon 1860 begann der Kampf von neuem. Mosquera, an der Spitze der Liberalen, behielt den Sieg und gab nun eine neue Verfassung im Sinne des Föderalismus, infolge deren die Republik Neu-Granada sich durch einen Unionsvertrag als „Vereinigte Staaten von Kolumbien" konstituierte. 1863 wurde die Verfassung wieder geändert; sie verlieh zwar der Generalregierung ziemlich ausgedehnte Befugnisse, gab aber auch durch die ungenaue Regelung des Verhältnisses der Generalregierung zu den einzelnen Staaten ehrgeizigen Männern genug Gelegenheit zu Unruhen. So versuchte Masquera 1867 eine militärische Diktatur zu errichten; er wurde aber besiegt und verbannt.

1858 1859 1863 1868 18. Juli 1861 20. Sept. 1861

Ecuador

Auch in Ecuador, das sich unter der Präsidentschaft des Generals Juan José de Flores auf dem Kongreß zu Riobamba als unabhängige Republik konstituierte, wechselten Revolution und Reaktion, wozu noch Kämpfe mit den Nachbarstaaten, insbesondere mit Peru traten. Flores, das Haupt der Konservativen, welche die Regierungsgewalt zu stärken suchten, wußte sich fünfzehn Jahre lang teils als Präsident, teils als Oberbefehlshaber der Armee in der Macht zu halten, freilich in stetem Kampf gegen seine zahlreichen Gegner, unter denen Vicente Rocafuerte, der Führer der Liberalen, den ersten Rang einnahm. Schließlich mußte sich Flores zu einem Vertrage verstehen, der ihn mit Belassung der Generalswürde und der Bewilligung eines hohen Gehaltes zwang, das Land zu verlassen. Doch nicht Rocafuerte wurde zum Präsidenten gewählt, sondern ein Farbiger, Vicente Roca. Der Verdruß über diese Täuschung trug wohl dazu bei, daß der alte Volksführer bald darauf zu Lima ins Grab sank. Aber auch die Bemühungen Flores', wieder ans Regiment zu kommen, scheiterten an der Macht seiner Gegner und an der Einmischung Englands und Frankreichs. Nach längeren Parteikämpfen wurde dann Diego Noboa, der Kandidat der Klerikalen, zum Präsidenten gewählt. Die Jesuiten wurden zurückgerufen, und die aus Neu-Granada flüchtig gewordenen Konservativen fanden ein freundliches Asyl. Indes die drohende Haltung der Regierung von Neu-Granada verschaffte der Gegenpartei wieder die Oberhand. Eine in Guayaquil konstituierte Junta sprach die Absetzung Noboas aus. General José Maria Urbina, das Haupt der Radikalen, trat nunmehr als Präsident an die Spitze des Staates. Der gänzliche Umschwung, der damit eintrat, flößte dem alten Parteiführer Flores die Hoffnung ein, mit Hilfe der erbitterten Konservativen sich wieder in die Höhe zu bringen. Unter dem Vorwand, den rechtmäßigen Präsidenten Noboa zurückzuführen, landete er mit einem kleinen Geschwader im Hafen von Guayaquil, sah sich aber bald durch den Verrat seiner eigenen Mannschaft aufs neue zur Flucht gezwungen. Auf Urbina folgte General Franzisco Robles als Präsident; unter ihm führten Grenzstreitigkeiten zu einem Kriege mit Peru. Zugleich erhob sich die konservative Partei gegen Robles und nötigte ihn, nach Chile zu flüchten. Nach längeren Wirren wählte dann ein Nationalkongreß den Klerikalen Professor Garcia Moreno zum Präsidenten. Flores, der sich wieder in diese Kämpfe eingemischt hatte, wurde zum Gouverneur von Guayaquil ernannt. Moreno suchte nun durch Anlegung von Straßen und Hafenorten den Handel und den gesunkenen Wohlstand zu heben, durch Beförderung europäischer Ansiedelungen dem Staate neue Kräfte zu gewinnen, durch Reformen in der Verwaltung die besseren Elemente des Volks zu versöhnen. Aber die

1830 8. Dez. 1850 1851 12. Juni 1845 14. März 1852 1856 1858 Jan. 1861

Demokraten trachteten unaufhörlich nach seinem Sturze. Aus einer Korrespondenz mit einem französischen Staatsmann, die in Peru veröffentlicht wurde, schloß man, daß er den Plan hege, die Republik Ecuador unter das Protektorat Frankreichs zu stellen (§ 231), um dadurch den sich immer erneuernden Revolutionen mit europäischer Militärmacht kräftiger entgegentreten zu können. Es war nur ein Traum, der nie verwirklicht werden konnte und an dessen Ausführung Moreno wohl selbst kaum jemals geglaubt hat: aber seine Gegner benutzten die Sache, um ihn bei den auf ihre Selbständigkeit höchst eingebildeten Republikanern zu verdächtigen. Dazu kam, daß er mit Rom ein Konkordat abschloß, welches demselben weit- 1863
gehende Rechte einräumte und den Jesuiten den Unterricht überlieferte. Diese Lage benutzte der Präsident von Neu-Granada, Mosquera, um von Moreno die Vereinigung beider Republiken zu verlangen, und erklärte, als dieser den Plan ablehnte, den Krieg; er erreichte aber, obgleich Flores geschlagen wurde, seinen Zweck nicht. Moreno hielt sich durch seine geistige Überlegenheit noch mehrere Jahre; ein Entlassungsgesuch wurde durch die Tätigkeit seiner Freunde von dem Kongresse zurückgewiesen. Erst als seine Haltung in dem zwischen Peru und Spanien (§ 231) ausgebrochenen Kriege bei den südamerikanischen Republiken allgemeine Mißbilligung fand, die Demokraten unter der Führung des früheren Präsidenten Urbina an der Grenze Kriegsrüstungen machten, gerade als Flores in Guayaquil in hohem Alter starb: da konnte er sich nicht länger behaupten. Nach einem heftigen Wahl- 1864
kampf wurde Hieronymus Carrion zum Präsidenten gewählt. Auch er gehörte der konser- 1. Mai 1865
vativen Partei an, schlug aber in der äußeren Politik einen andern Weg ein. Während Moreno aus Mißtrauen gegen Peru, welches in seinen kriegerischen Verwicklungen mit Spanien die südamerikanischen Republiken zu einer Art von Konföderation zu vereinigen suchte, den Spaniern Vorschub geleistet hatte, trat Carrion dem Bündnisse Perus und Chiles gegen das ehemalige Mutterland bei. Die Rolle Morenos war aber noch nicht ausgespielt. Er erregte gegen den am 13. Januar 1868 gewählten Präsidenten Espinosa einen erfolgreichen Aufstand und gelangte abermals zum Regiment, das er nun in ganz klerikaler Richtung ausübte, indem er der Republik den Charakter eines theokratischen Staates zu verleihen suchte und den Jesuiten eine ungehinderte Wirksamkeit gestattete. Als er durch Meuchelmord geendigt hatte, kamen die Liberalen wieder ans Ruder. Aber auch der Präsident 6. Aug. 1875
Borrero mußte vor einer Empörung außer Landes fliehen, deren Urheber General Veintimilla 1876
sich alsdann an die Spitze der Republik schwang. Unter ihm wurde die Verfassung in liberalem Sinne umgeändert und 1878 das Konkordat mit Rom aufgehoben. Durch eine Verbindung der gemäßigt Liberalen mit den Klerikal-Konservativen wurde Veintimilla 1883 wieder gestürzt.

§ 231. Peru, Bolivia und Chile. Seitdem die Spanier nach der Niederlage bei Peru
Ayacucha (§ 144) ihre letzte Position, Callao, aufgegeben und Peru geräumt hatten, bot 1824
das Land zwanzig Jahre lang das traurigste Bild von Umwälzungen und Bürgerkriegen, welche seine Entwicklung hemmten, den Wohlstand untergruben und kein einziges segensreiches Gut als Entschädigung brachten. Erst in den vierziger Jahren trat eine bessere Zeit ein, als Ramon Castilla den Präsidentenstuhl bestieg; als seine Amtszeit ablief, ging 1845—1851
zum erstenmal seit dem Bestehen der Republik die höchste Staatsgewalt an den gesetzlich gewählten Nachfolger Don José Rufino Echénique über. Er rief indes durch die von ihm 20. März 1851
angeordnete Herabsetzung des Zinsfußes von der Nationalschuld einen Aufstand hervor, 1853
dem sich auch Castilla anschloß. Dieser verkündete die Befreiung der Sklaven und die Auf- 1854
hebung der Kopfsteuer der Indianer und gewann dadurch das Übergewicht. Er siegte bei Lima, erlangte die Präsidentenwürde und ließ eine Revision der Verfassung vornehmen, eine 5. Jan. 1855
Arbeit, die zwar durch neue Aufstände und durch einen Mordversuch auf das Staatsoberhaupt jahrelang hingezogen wurde, endlich aber doch zu einem neuen Staatsgrundgesetz führte. 1858
Unter dem Präsidenten Pezet, der 1862 auf Castilla folgte, kam Peru in einen Streit mit Spanien. Eine aus baskischen Auswanderern bestehende Kolonie in Talambo war gewalttätig angegriffen und mißhandelt worden, ohne daß die peruanische Regierung gegen die Schuldigen eingeschritten wäre. Daher hatte ein zu Pisco ankerndes spanisches Geschwader unter Admiral Pinzon die zu Peru gehörenden, wegen des Guano wichtigen Chincha-Inseln als Unterpfand für die Entschädigungsforderungen in Besitz genommen. Da aber 1864
weder die Spanier noch Pezet einen wirklichen Krieg wollten, auch der in Lima zusammengetretene südamerikanische Kongreß zwar seine Mißbilligung über das Auftreten Spaniens aussprach, aber zur Mäßigung mahnte, so kam ein Vertrag zu stande, nach welchem 28. Jan. 1865
Peru die spanische Schuldforderung anerkannte, dagegen die Chinchainseln zurückerhielt. Indes das einmal erregte Nationalgefühl der Peruaner wurde dadurch nicht beruhigt, und die Erbitterung gegen den Präsidenten war im ganzen Lande groß. Pezet wurde als Landesverräter erklärt, und als auch die Truppen, die in der Nähe der Hauptstadt im Lager standen,

sich der Insurrektion anschlossen, sah er sich zur Flucht auf ein englisches Schiff genötigt.
26. Nov. 1865 Eine Volksversammlung rief den Oberst Mariano Ignacio Prado, den Leiter des Aufstandes,
5. Dez. 1865 zum Diktator aus. Darauf schloß die Republik mit Chile ein Bündnis und erklärte an Spanien den Krieg; bald traten auch Ecuador und Bolivia dem Bunde bei. Nachdem Admiral Nuñez mit der spanischen Flotille das chilenisch-peruanische Geschwader in der Ancudbai angegriffen und dann die wehrlose Handelsstadt Valparaiso durch ein mehrtägiges Bombardement geschädigt hatte, suchte er Callao, die Hafenstadt von Lima, in seine Gewalt zu bringen, mußte aber nach einer vierstündigen Beschießung sein Vorhaben aufgeben. Selbst verwundet zog er mit seinen stark beschädigten Schiffen ab und hob damit
1866 die Blockade der peruanisch-chilenischen Küste tatsächlich auf. Prado aber wurde zum Dank
1867 für die glorreiche Verteidigung mit großer Mehrheit zum Präsidenten der Republik gewählt, nachdem bereits vorher in Peru und Bolivia die Ausweisung aller Spanier erfolgt war. Die nächsten Jahre brachten schwere Zeiten über Peru. Nicht genug, daß infolge eines Erdbebens die blühendsten Hafenorte an der ganzen Westküste zerstört wurden, auch politische
Febr. 1868 Unruhen schlugen tiefe Wunden. Prado wurde durch einen Aufruhr gestürzt; an seine Stelle
28. Juli 1868 trat Balta, der mehrere Eisenbahnlinien anlegte und den Hafen von Callao erweiterte. Er wurde 1872 in einem Militäraufstande ermordet und Pardo als erster Nichtmilitär zum Präsidenten gewählt. Während seiner Amtszeit wurde die öffentliche Ruhe nicht gestört und das Gemeinwesen durch mancherlei Reformen verbessert. Desto größeren Stürmen ging die
1876 Republik unter Pardos Nachfolger, dem von neuem gewählten Prado, entgegen, als Peru, Chile
April 1879 und Bolivia in einen heftigen Krieg um den Besitz der Landschaft Atacama gerieten, die wegen ihres Reichtums an Guano, Salpeter und Silber von den drei Staaten begehrt wurde. Peru verbündete sich mit Bolivia, aber Chile verfocht mit großer Energie sein Recht auf die streitige Küstenlandschaft. Die Republiken maßen in einem heftigen See- und Landkrieg, dem
1879—1881 sogenannten „Salpeterkrieg", ihre Kräfte. Indessen neigte sich der Sieg mehr und mehr auf die Seite der tatkräftigen Chilenen; nach verschiedenen Erfolgen im Felde konnten sie sogar in die peruanische Hauptstadt Lima einziehen und den im Juli 1881 gewählten Prä-
Jan. 1881 sidenten Calderon gefangen nehmen. Unter Vermittlung der Unionsregierung fanden alsdann lange Ausgleichsverhandlungen statt, welche aber erst 1883 zum förmlichen Friedens-
20. Okt. 1883 schluß und zur Abtretung eines großen Teils des streitigen Gebiets an Chile führten.

Bolivia Nachdem Bolivia durch Bolivar eine republikanische Repräsentativverfassung erhalten hatte (§ 111), traten dieselben Erscheinungen wie in den übrigen Republiken zutage: Parteikämpfe zwischen Konservativen und Liberalen, Aufstände und Bürgerkriege, Verfassungsveränderungen im Sinne der siegenden Partei und ihrer Führer. Schon in der Neujahrsnacht auf 1829 wurde General Blanco, der 1828 zum Präsidenten gewählt worden war, bei
1829 einem Aufstand ermordet. Erst als der Großmarschall Santa-Cruz den Präsidentenstuhl einnahm und durch ein neues Gesetzbuch eine Ausgleichung der Parteigegensätze bewirkte, kamen bessere Jahre. In dem von inneren Kämpfen zerrissenen Peru trat er als Friedens-
1836 stifter auf und brachte zwischen beiden verwandten Staaten eine Union zustande, wonach er als Protektor an der Spitze der Zentralgewalt stehen sollte. Damit war aber die Saat zu neuen Bürgerkriegen ausgestreut. Sowohl in Peru als in Bolivia fand die Konföderation heftige Gegner. Dort erhob General Gamarra die Fahne der Empörung gegen den Protektor und brachte ihm, von den eifersüchtigen Chilenen unterstützt, in der Schlacht bei
20. Jan. 1839 Yungay eine Niederlage bei, und in Bolivia fand General Velasco so viele Anhänger, daß es Santa-Cruz für geraten hielt, die Republik zu verlassen. In Bolivia dauerten die Parteistürme fort; erst als die Peruaner unter Gamarra sich die Verwirrung des Nachbarstaates zunutze machten, um die reiche Landschaft La-Paz am Titicaca-See an sich zu reißen,
1839 vereinigten sich die Bolivier und wählten den General Ballivian zum Präsidenten. Nach
18. Nov. 1841 einer siegreichen Schlacht auf der Pampa von Ingavi unweit Viacha, worin Gamarra blieb,
7. Jan. 1842 erzwang Ballivian den Frieden und die Herstellung des früheren Zustandes. Aber mit der Gefahr verschwand auch die Eintracht wieder; neue Aufstände verwirrten den Staat, bis sich
31. März 1858 endlich Dr. Linares, der in mehreren Aufständen eine Rolle gespielt hatte, zum Diktator aufwarf und durch strenge Maßregeln die Ordnung aufrecht zu erhalten suchte, doch wurde
1860 er bald beseitigt. General Cordova trat an seine Stelle, aber schon nach kurzer Zeit
15. Jan. 1861 wurde er von José Maria de Acha gestürzt. Die Grausamkeit, mit der durch den Oberst
Okt. 1861 Placido Yanez eine Verschwörung in La-Paz unterdrückt wurde, und die Wachsamkeit Achas sicherten einige Zeit seine Herrschaft. Er verwandte diese Ruhe zur wirtschaftlichen Hebung des Landes; er schloß Handelsverträge mit mehreren Staaten und wußte den Küstenstrich Mexillones am Stillen Ozean mit den ergiebigen Guanolagern, den Chile in Anspruch nahm, bei Bolivia zu erhalten. In dem Kriege zwischen Spanien und Peru stand Acha zu dem Nachbarstaat, obwohl er auf dem Kongreß zu Lima von allen Beschlüssen ab-

riet, welche den europäischen Mächten als eine Herausforderung erscheinen könnten. Aber trotz seiner klugen Verwaltung konnte Acha den Geist der Anarchie nicht lange unterdrücken. Ein Aufstand unter Melgarejo war erfolgreich: Acha wurde geschlagen, der Gegner fast 28. Dez. 1864
vom ganzen Land als Präsident anerkannt. Obwohl er verschiedene Versuche, ihn zu stürzen, vereitelte und seit 1869 eine wirkliche Diktatur ausübte, wurde er doch von Morales ver- 20. Juli 1871
trieben. Dieser wurde 1872 ermordet. Fortwährende Aufstände und Parteikämpfe ehr- 27. Okt. 1872
geiziger Bandenführer haben den Staat bis zum Ende des Jahrhunderts nicht zur Ruhe kommen lassen.

Chile hatte sich einer stetigeren politischen Ordnung zu erfreuen, als die übrigen Chile
Republiken Südamerikas; es war reich an den mannigfaltigsten Naturprodukten, insbesondere an Kupfer, und seine Bevölkerung ist vorwiegend europäischer Abkunft; die Bewohner gemischten Blutes und die Ureinwohner, die Indianer und Araukaner, konnten keinen großen Einfluß auf das politische Leben ausüben. Freilich blieb auch Chile von bürgerlichen Unruhen nicht verschont. Die Staatsverfassung wurde von dem Präsidenten Prieto zuerst
1828 und dann zum zweitenmale nach fünf Jahren so umgestaltet, daß die öffentliche Gewalt 1833
zwischen der aus Präsident, Ministerium und Staatsrat gebildeten Regierung und dem aus Senat und Abgeordnetenhause bestehenden Kongreß verteilt wurde. Prieto traf manche nützliche Einrichtungen und suchte besonders den Handel zu fördern. Aber neue Unruhen brachen aus, als der bolivianische Präsident Santa-Cruz (siehe oben), nachdem er auch in Peru die höchste Staatsgewalt in seine Hände gebracht hatte, Chile mit den Waffen zum Eintritt in die peruanisch-bolivianische Konföderation zwingen wollte: der zweijährige Krieg endigte 1837—1839
mit der Verbannung des Generals Santa-Cruz. Dieser Erfolg erhöhte das Nationalgefühl der Chilenen, so daß die Republik in den vierziger Jahren eine geachtete Stellung einnahm. Spanien erkannte Chile als unabhängigen Freistaat an und schloß einen Handelsvertrag mit April 1844
ihm ab; auch Frankreich und Belgien traten mit ihm in Verbindung; dazu suchte die Regierung Chiles durch Verträge mit Peru und Neu-Granada dem Handel und Verkehr neue Absatzwege zu schaffen. Der Präsident Bulnes, der nach Ablauf seiner ersten fünfjährigen 1841—1846
Amtszeit zum zweitenmal gewählt wurde, förderte durch seine zehnjährige konservative Verwaltung wesentlich die Wohlfahrt des Staats, und sein Nachfolger Manuel Montt schritt 1846
auf derselben Bahn fort. Zwischen Copiapó und Caldera wurde eine Eisenbahn geführt, der 1851
bald eine zweite, von Santiago nach Valparaiso folgte; ein neues Zivilgesetzbuch, eine Diskonto- und Depositenbank in Valparaiso, Umwandlung der Zehnten in eine Grundsteuer für Kirche und Schule, Handelsgerichte und Gemeindeordnungen erweckten Vertrauen und mehrten die Einwanderungen aus Europa. Mit Großbritannien wurde ein Handels- und Schiffahrtsvertrag geschlossen. Auch Montt wurde nach Verlauf seines ersten Amtslustrums zum zweiten- 1851—1856
mal auf den Präsidentenstuhl erhoben, und seine Regierung war stark genug, einen von General Vidaurri Leal geleiteten Aufstand siegreich niederzuwerfen. Da nach der Verfassung die höchste Amtsgewalt nur zweimal nacheinander in dieselben Hände gelegt werden darf, so trat bei seinem Abgang José Joaquin Perez an die Spitze der Regierung. Seine Prä- 1861
sidentschaft war weniger friedlich. Die Araukanen, altindianische Stämme im Süden der Republik, teils seßhafte Bauern, teils schweifende Jäger, entzogen sich der chilenischen Hoheit und führten eine Zeit lang unter der Leitung eines französischen Abenteurers, de Tonnens aus Perigueux, einen Bandenkrieg, bis es den Chilenen gelang, den „König" gefangen wegzuführen. Daß Chile in den spanisch-peruanischen Krieg gezogen wurde, haben wir schon gesehen. Der Präsident Perez benutzte die nationale Aufregung, um die Küste in Verteidigungszustand zu setzen und die Kriegsmarine zu verstärken; doch konnte weder diese Rüstung noch 1865
die gemäßigte Politik, welche Regierung und Kongreß einhielten, die von Spanien verhängte Küstenblockade verhindern. Da der Handelsverkehr dadurch sehr gehemmt wurde, so suchte die englische und französische Regierung einen Ausgleich herbeizuführen. Aber ehe die Unterhandlungen zum Ziele geführt werden konnten, wurde der spanische Admiral Pareja geschlagen. Als nun Peru sich gegen Spanien erklärte, erschoß sich Admiral Pareja, und sein Nachfolger Mendez Nuñez konnte sich nur durch die grausame Beschießung von Valparaiso und Callao rächen. Später wurde unter Vermittlung der Regierung von Washington ein 1869
Waffenstillstand geschlossen und für Valparaiso ein Schadenersatz festgesetzt. Nach einigen Jahren kam auch ein Friede zustande; und nun konnte unter liberalen Präsidenten die innere Entwicklung Chiles einen stetigen, ungehinderten Fortgang nehmen; schon Ende 1866 war die wichtige Eisenbahn von San Fernando nach Curico dem Verkehr übergeben worden. Der „Salpeterkrieg" endete mit dem vollen Siege der Chilenen (siehe oben).

§ 232. Die La Plata-Staaten. Die Hoffnung, daß der 1816 (§ 111) gebildete Staatenbund, der zuerst den Namen „Vereinigte Staaten von Rio de la Plata" führte, später Argentinische Republik genannt wurde, das ganze spanische Vizekönigreich umfassen würde,

Argentinien scheiterte an der Verschiedenartigkeit der Interessen. Es standen sich gegenüber die Unitarier oder Zentralisten, die eine starke Zentralgewalt feststellen wollten, und die Föderalisten, die die Unabhängigkeit der einzelnen Provinzen erstrebten und nur eine Verbindung für die auswärtigen Angelegenheiten anerkannten. Durch die erbitterten Kämpfe dieser beiden Parteien drohte sich der Staat gänzlich aufzulösen, bis ein Generalkongreß in Buenos Aires diesen Staat mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betraute und der Unitarier Rivadavia Präsident der Föderation wurde. Aber schon nach zwei Jahren gelang es dem Gauchohäuptling Don Manuel de Rosas mit Hilfe des Landvolkes, die Unitarier aus dem Regiment zu verdrängen und sich selbst zum Gouverneur von Buenos-Aires und somit zum Haupt der Konföderation wählen zu lassen. Durch harte Strenge wußte er sich viele Jahre im Regiment zu halten und eine diktatorische Gewalt zu üben. Nachdem er über die Unitarier triumphiert hatte, füllten die Föderalisten das Repräsentantenhaus und dienten seinem Ehrgeiz als willfähriges Werkzeug. Und da er im Innern Ordnung zu erhalten, durch seinen gewandten Minister Felipe Arana nach Außen seine Würde zu behaupten wußte, so ertrug man lange seinen Terrorismus, der mit blutiger Strenge alle Widersacher niederwarf und mit dem Leben und Vermögen von Tausenden ein frevelhaftes Spiel trieb. Schon hatte Rosas diktatorisches Regiment fünfzehn Jahre gedauert, als er durch seine Einmischung in den Bürgerkrieg von Uruguay (siehe unten) sich in schwierige Verhältnisse stürzte. Er leistete dem Präsidenten Oribe bewaffneten Beistand gegen dessen Rivalen Ribera, für den England und Frankreich Partei nahmen. Die Unzufriedenheit mit einer Politik, welche den Argentinischen Staatenbund in Kriegs- und Finanznot brachte, führte zu Abfall und Aufständen. Die Landschaften Corrientes und Entre-Rios sagten sich los, und während er die Abtrünnigen mit Gewalt bei der Konföderation zu halten suchte, wuchs ihm die Opposition in Argentina allmählich über den Kopf. Die Gegenpartei unter Don José de Urquiza, Gouverneur von Entre-Rios, wurde unterstützt von Brasilien, Uruguay und Paraguay, und ihren vereinten Anstrengungen war der Diktator nicht gewachsen. In der Schlacht von Monte-Caceros aufs Haupt geschlagen, mußte er das Land verlassen und Zuflucht in England suchen; sein unermeßliches Vermögen, in Ländereien und Viehherden bestehend, wurde zum Besten des Staates konfisziert. Urquiza, vor kurzem noch ein Gauchohäuptling, trat nun an die Spitze der Verwaltung in Buenos-Aires. Er erkannte die Unabhängigkeit Paraguays an und sicherte die freie Schiffahrt auf allen in den La Platastrom sich ergießenden Flüssen. Als er sich aber zu dem Kongresse nach Santa-Fé begab, brach während seiner Abwesenheit in Buenos-Aires eine Empörung aus, infolge deren Valentin Alsina zum Gouverneur erwählt wurde und das Stadtgebiet sich von der Konföderation lossagte und als selbständiger Staat konstituierte. Umsonst suchten die übrigen Staaten die abtrünnige Stadt durch Gewalt und Zugeständnisse bei dem Bunde zu erhalten, indem sie Urquiza beauftragten, den Aufruhr mit Waffengewalt niederzuschlagen, zugleich aber in der neuen Konstitution, die der Kongreß nach dem Vorbilde der Unionsstaaten aufstellte, Buenos-Aires ausdrücklich zur Hauptstadt der Konföderation bestimmten: die Vereinigung konnte vorerst nicht erzielt werden. Die Argentinische Bundesrepublik erhob Bajada del Parana in der Landschaft Entre-Rios zum Sitz der Regierung, und Buenos-Aires gab sich eine eigene Verfassung, in welcher jedoch ebenfalls die Rückkehr zur Konföderation vorgesehen war. Alle Versuche, die verderbliche Spaltung auszugleichen, scheiterten; es entspann sich sogar wieder ein Kampf zwischen der Konföderation und dem ausgeschiedenen Staat, bis infolge der unglücklichen Schlacht bei Cepada Buenos-Aires sich der Konföderation wieder anschloß und als Hauptstadt zum Sitz des Kongresses und der Bundesregierung bestimmt wurde. Die Vereinigung war jedoch keine aufrichtige. Buenos-Aires konnte die hervorragende Rolle, die es so lange gespielt hatte, nicht vergessen; es wollte das Haupt des Staates sein und von seiner selbständigen Stellung so wenig als möglich an die Bundesregierung unter dem Präsidenten Derqui abgeben. Bald kam es zu neuen Streitigkeiten, als Buenos-Aires eine Ausnahmestellung in der Zollgesetzgebung beanspruchte. Diese wurden zwar durch ein Kompromiß ausgeglichen, aber der Haß zwischen Unitariern und Föderalisten dauerte fort. Es kam bald wieder zum Kampfe: die Truppen von Buenos-Aires unter General Mitre trugen in einem Gefechte bei Kagon den Sieg über die Föderalisten unter Urquiza davon, ein Ereignis, das die Auflösung der Zentralregierung in Parana zur Folge hatte. Derqui entfloh nach Montevideo, Mitre wurde zum Präsidenten gewählt und entbot den Kongreß nach Buenos-Aires. Die Unitarier hatten die Oberhand, aber bewaffnete Banden durchzogen die Provinzen, das ganze Land lag im Parteikampf und Anarchie. Zugleich nahm die Bundesrepublik unter dem vorwiegenden Einfluß von Buenos-Aires teil an dem Bürgerkrieg, der in Uruguay ausgebrochen war, indem sie den General Flores, ehemaligen Präsidenten dieses Nachbarstaats, der seine frühere Stellung mit Waffengewalt wieder erkämpfen wollte, durch

1829—1852 1845 3. Febr. 1852 Sept. 1852 1. Mai 1853 23. Okt. 1859 11. Nov. 1860 17. Sept. 1861 1862

24. Dez. 1826 1829

freiwillige Hilfsmannschaft unterstützte, ohne sich um den Einspruch mehrerer europäischer Mächte zu kümmern. Die Fürsorge des Präsidenten Mitre für die materielle Wohlfahrt der Konföderation durch Förderung von Eisenbahnen, Handelsstraßen und Dampfschiffahrt, durch Begünstigung europäischer Einwanderungen besonders in die aus Hoffnung auf eine gute Entwickelung „Esperanza" genannte Ackerbaukolonie in Santa Fé, durch zweckmäßige Bank- und Finanzgesetze, verschaffte ihm Vertrauen und minderte die Opposition, sodaß bei einem neuen Kriege mit Uruguay und Paraguay, in den auch Brasilien hineingezogen wurde (§ 228), der Parteihader zwischen Unitariern und Föderalisten auf längere Zeit verstummte. Auch unter dem Nachfolger Mitres, dem Präsidenten Sarmiento, einem gemäßigten Föderalisten, nahm das Land materiellen Aufschwung, obgleich bald wieder Aufstände und Bürgerkriege ausbrachen. Die Einwanderung aus Europa trug wesentlich dazu bei, Ackerbau und Industrie, Handel und Gewerbe zu heben. Straßen und Eisenbahnen wurden gebaut, der Streit mit Chile über die Grenzen in Patagonien durch einen Vertrag im Jahre 1881 geschlichtet.

April 1865

1868

In Uruguay (§ 111) übernahm 1835 General Manuel Oribe die Präsidentschaft, wurde jedoch schon im Oktober 1838 von Ribera gestürzt. Der nun entbrennende Streit schied das ganze Land in zwei Heerlager, indem die Konservativen, die großen Grundbesitzer in den Provinzen (Estancieros), zu Oribe hielten, die Liberalen, die Stadt- und Landbevölkerung dagegen zu Ribera. Jene wurden in Uruguay Blancos (Weiße), diese Colorados (Rote) genannt. Die Parteikämpfe nahmen an Bedeutung zu, als die von dem Diktator Rosas verfolgten Unitarier aus Buenos-Aires (siehe oben) nach Uruguay flüchteten und sich an Ribera anschlossen, wogegen Rosas und Oribe gemeinsame Sache machten. Daraus entwickelte sich ein verheerender Bürgerkrieg, der nach sechsjähriger Dauer mit der Flucht Riberas endigte. Aber die Gegner Oribes und Rosas gaben den Widerstand nicht auf. Selbst als England und Frankreich sich mit dem Diktator von Buenos-Aires ausglichen und dann einen Frieden zwischen beiden Republiken zu begründen suchten, hatte der Krieg seinen Fortgang. Nicht einmal der Sturz Rosas und die dadurch herbeigeführte Niederlage und Flucht Oribes oder die seit 1852 bestehende Schutzherrschaft Brasiliens waren vermögend, dem zerrütteten Staate Ruhe zu schaffen. Der neue Präsident, durch den Einfluß von Oribes Anhängern gewählt, mußte einer Triumviralregierung weichen, in welcher neben dem General Ribera der Oberst Banancio Flores den größten Einfluß besaß, und als im nächsten Jahr Ribera starb, wurde Flores zum Präsidenten gewählt. Damit war der Gegenpartei das Signal zu neuen Aufständen gegeben. Montevideo wurde durch Oribe abermals in Blockadezustand erklärt, Flores zur Abdankung bewogen. An seine Stelle trat Manuel Justamente. Da 1864 keine Präsidentenwahl zustande kam, so wurde der Vizepräsident Aguirre mit der provisorischen Präsidentschaft betraut. Den mit Brasilien ausgebrochenen Krieg (§ 228) benutzte General Flores, der sich bisher in Buenos-Aires aufgehalten hatte, zu einer neuen Schilderhebung, um mit Hilfe der Liberalen (Colorados) die Präsidentenwürde an sich zu bringen. Von einer brasilianischen Flotte unterstützt, eroberte er die Stadt Paysandu, so daß der nach dem Rücktritt Aguirres zum Präsidenten gewählte Senator Vilalba sich gezwungen sah, mit ihm in La Union einen Friedensvertrag abzuschließen. Flores zog triumphierend in Montevideo ein und übte als Gouverneur und Oberbefehlshaber eine unumschränkte Herrschaft. Nun schloß Uruguay mit Brasilien und Argentina einen Kriegsbund wider Paraguay, dessen Präsident Lopez diese Friedensübereinkunft nicht zugeben wollte, weil er darin eine Gefährdung der Handelsinteressen seiner Republik erkannte. Indessen gegenseitiges Mißtrauen lockerte den Bund, und da die Paraguayiten sich mit Heldenmut verteidigten, so gingen nach einigen Gefechten die argentinischen und uruguayschen Truppen zurück und überließen den Krieg allein den Brasilianern. Flores versuchte vergeblich, im Innern die Parteien zu versöhnen und Ordnung zu schaffen; er wurde auf der Fahrt nach dem Regierungspalast von vier Blankos ermordet. Empört über diese ruchlose Tat, wandte sich die Volkswut gegen die ganze Partei und übte blutige Verfolgung. Unter diesen Eindrücken übertrug der Senat dem Bruder des Ermordeten, Don Manuel Flores, die höchste Gewalt, der den Kriegszustand über die Republik verhängte und alle der Blancopartei angehörenden Offiziere aus der Armeeliste streichen ließ. Aber kaum waren einige Tage vergangen, so starben plötzlich einundzwanzig hervorragende Anhänger des ermordeten Generals, darunter auch sein Bruder, der provisorische Präsident, ob an Gift oder an der Cholera, blieb unentschieden. Fortan ging die Geschichte von Uruguay immer mehr in kleinlichem Parteihader auf, der sich nicht selten zum Bürgerkrieg steigerte. Handel und Wandel stockten, die Landwirtschaft verfiel und die Staatskassen waren stets leer.

Uruguay

1839—1845

Okt. 1851

12. März 1854

9. Sept. 1855

1865

2. Jan. 1865

20. Febr. 1865

19. Febr. 1868

22. Febr.

In Paraguay trat nach dem Tode des Diktators Francia (§ 111) ein Nationalkongreß zusammen, beschloß ein Staatsgrundgesetz und ernannte Don Carlos Antonio Lopez, einen

Paraguay

13. März 1844 Neffen des Diktators, zum Präsidenten. Und so sehr war die einherrliche Gewalt dem Volke von Paraguay zur andern Natur geworden, daß auch Lopez die Präsidentenwürde mit
1844—1862 diktatorischer Gewalt bis zu seinem Tode bewahrte. Die Anstrengungen Rosas, Paraguay zum Eintritt in die Argentinische Republik zu zwingen, blieben erfolglos. Lopez aber öffnete das fruchtbare und wohlhabende Land durch Handels- und Schiffahrtsverträge und war bestrebt, den Staat im Geiste der Neuzeit durch Reformen zu heben. Als der Präsident nach einer beinahe 18jährigen Regierung, der zu einer monarchischen nichts als der Name fehlte,
10. Sept. 1862 aus dem Leben schied, gab der Kongreß seine Zustimmung, daß dessen Sohn Francesco Solano Lopez, dem Testament des Vaters zufolge, die Präsidentschaft übernahm. Mit ihm gingen die Jahre des Friedens und der inneren Wohlfahrt zu Ende. Die Kriege mit Brasilien führte Lopez mehrere Jahre mit Ruhm und Tapferkeit: trotz der großen Kriegsmacht der Brasilianer zu Land und zur See konnten die Verbündeten Paraguay nicht bezwingen (siehe oben). Freilich gewann während der Zeit auch in Paraguay die Opposition gegen das bisherige diktatorische Regiment an Boden und brachte Salano Lopez zu mancher terroristischen Maßregel. Am 1. März 1870 fand Lopez im Kampfe gegen die Brasilianer am Ufer des Aquidaban einen ruhmvollen Tod, und das Land kam faktisch in Besitz der Verbündeten, die durch
Dez. 1870 Gebietsabtretungen entschädigt werden mußten. Eine provisorische Regierung gab dann der Republik eine liberale Verfassung.

D. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Aufsteigen der Vereinigten Staaten

§ 233. Die Parteistellungen. Im Anfange der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts, als in Europa die Reaktion ihre Herrschaft wiederhergestellt hatte, wurde das freie Amerika als das Land der Zukunft gepriesen, und viele, die in der alten Heimat ihre Ideale vernichtet sahen, viele Flüchtlinge und politisch Verdächtige, viele Bedrängte, die zuhause ein kümmerliches Auskommen hatten, viele ruhelose Leute, die ihr Glück in der Ferne suchten, fuhren über das Meer, um in der neuen Welt ein neues Dasein zu beginnen. Manchem gelang es, dort unter harten Kämpfen emporzukommen, Güter zu erwerben und eine ehrenvolle Stellung zu erlangen; aber gar viele erkannten, daß auch in Amerika das Leben voller Mängel und Unvollkommenheiten ist. Besonders aber hatten alle Ankömmlinge mit dem Eigennutz, dem Neid und dem Mißtrauen der Natives, der Eingeborenen, zu kämpfen. Allerdings war dies Selbstgefühl der Amerikaner, verbunden mit dem Unternehmungsgeist junger Völker, von großartigen Erfolgen begleitet: sie hatten in rascher Folge durch
1803. 1819 Kauf Louisiana von Frankreich und Florida von Spanien erworben, sie gewannen das westliche Oregon durch Besiedelung der Stromtäler des Columbia
1845. 1848 und nahmen den Mexikanern Texas, Neu-Mexiko und das Goldland Kalifornien ab; sie schufen einen Riesenstaatenbund, der von den canadischen Seen bis an den Golf von Mexiko, von dem Atlantischen Ozean bis zu dem Stillen Weltmeer reichte, und dies alles weniger durch das Schwert als durch Verträge. Gegen eine Einmischung des Auslandes wußten sie, wie einst gegen das englische Mutterland, ihre Selbstbestimmung zu wahren; die Monroe-Doktrin, Amerika für die Amerikaner (§ 110), wurde seit dem Jahre 1823 die Richtschnur ihrer Politik.

Dabei waren sie bemüht, in ihrem innern Staatsleben Freiheit und Selbstbestimmung mit Gesetz und obrigkeitlicher Autorität in Einklang zu halten, indem sie den ursprünglichen Grundsatz, daß nur die gemeinsamen Angelegenheiten der Union von der Zentralregierung besorgt werden, die innere Verwaltung der einzelnen Staaten dagegen mit Einschluß der Gerechtigkeitspflege jedem Staate überlassen bleiben sollte, streng durchzuführen suchten. Aber mit diesen Vorzügen, in welchen die Blüte im Innern, wie das Ansehen und die Macht nach außen wurzelten, waren auch Gebrechen verbunden. Nicht immer hielt sich die Erwerbs- und Vergrößerungssucht in den Schranken der Gerechtigkeit und der Anerkennung
1856—1857 fremder Rechte; die rechtswidrigen Unternehmungen der Flibustier (Freibeuter)-banden, durch welche Kuba und die Küstenländer Zentralamerikas für das Bundesreich gewonnen werden sollten, fanden in den Vereinsstaaten Förderer,

wenn auch die Unionsregierung selbst ihnen keinen Vorschub leistete. Und wie sehr immer patriotische Staatsmänner bestrebt waren, den Staat einig zu halten, so schlummerten doch im Innern tiefwurzelnde politische und soziale Gegensätze, die verborgen blieben, so lange die Gesamtkraft mehr nach außen, auf Abrundung des Gebietes, auf Erweiterung des Handels und der Erwerbstätigkeit gerichtet war, die aber scharf zutage traten, als der gesteigerte Bildungsstand zu innern Reformen, zu neuen Entwicklungsstufen drängte. Seit lange hatte eine einschneidende Rivalität zwischen den Nord- und Südstaaten sich geltend gemacht, die auf der Verschiedenheit der Interessen und Anschauungen beruhend, schließlich in der Sklavenfrage durchbrach.

Nord- und Südstaaten

Über ein halbes Jahrhundert hatten die Männer des Südens den maßgebenden Einfluß auf die Unionsregierung; im Besitze großer Ländereien mit Zucker- und Indigoplantagen, mit Reis- und Maisfluren, mit ausgedehnten Tabak- und Baumwollefeldern, die sie durch Sklaven bebauen ließen, lebten sie in großem Wohlstande, und die meisten Staatsmänner gingen aus den Reihen der südstaatlichen Gutsbesitzer hervor. Virginien, das einst den großen Washington ins Feld gestellt hatte, wo seit den Tagen der Gründung ein aristokratisches, ritterliches Wesen heimisch war, wurde als das „Mutterland der Präsidenten" gerühmt; die Erweiterung der Vereinigten Staaten durch Louisiana und Florida war dem Süden zugute gekommen. Aber schon im zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts trat im Kongreß eine Opposition der Nordstaaten gegen das südländische Übergewicht zutage. Da nun der Strom der europäischen Einwanderer sich vorzugsweise dem Norden zuwandte, wo die Erwerbung kleiner Eigengüter leichter bewerkstelligt werden konnte, die Arbeit geachtet war und ein mannigfaltigeres Industrieleben dem Fleißigen und Geschickten Gelegenheit zum Erwerb bot, so kam der Süden, wo die Beschaffenheit des Grundeigentums, das Klima und die Art der Bebauung die Niederlassung freier Ansiedler erschwerte, und der instinktive Widerwille gegen das Sklavenwesen und die Verachtung des geringen, auf Arbeit angewiesenen Mannes die Europäer fernhielt, in Gefahr, allmählich sein Übergewicht einzubüßen. Er suchte daher bei der Ausdehnung des Bundesgebiets nach Westen die neugegründeten Staaten in seine Lebensordnung hineinzuziehen und insbesondere dem Sklavensystem, das die Grundbedingung und Basis seiner Existenz in den bisherigen Formen bildete, weitere Ausdehnung zu verschaffen. Diese widerstrebenden Richtungen gaben sich zuerst kund, als Missouri um Aufnahme in das Staatengebiet der Union nachsuchte. Eine ansehnliche Partei im Kongreß verlangte, daß man die Zulassung des neuen Staates nur unter der Bedingung gewähre, daß die Sklaverei darin ausgeschlossen bleibe. Zwei Jahre lang dauerte der Kampf; endlich siegten die Männer des Südens: durch die Vermittelungsakte Clays, „Missourikompromiß" genannt, sollte das Sklavensystem in Missouri gestattet, aber in Zukunft über keinen Staat, der sich nördlich des 36°, 30′ Breitengrades bilden würde, ausgedehnt werden. In diesem Sinne wurde zu St. Louis die Konstitution aufgestellt und Missouri somit in die Zahl der sklavenhaltenden Staaten eingereiht. Unter gleichen Bedingungen trat auch das von Mexiko abgefallene Texas den Vereinigten Staaten bei. Nun bildeten die Sklavenstaaten ein geschlossenes Ganzes, und da in der Unionsverfassung die Auslieferung entlaufener Sklaven gesetzlich vorgeschrieben war, so waren die Plantagenbesitzer des Südens in ihrem Eigentum sichergestellt, solange die Verfassung unverändert blieb.

Sklavenfrage

3. März 1820

1821

1845

Noch einige Jahrzehnte bewahrte der Süden das Übergewicht in der Union trotz des Widerstandes der „Abolitionisten", die aus Gründen der Humanität, Religion und Politik die Abschaffung der Sklaverei herbeizuführen suchten, und der „Freibodenmänner" (Freesoilers), welche der Ausdehnung der Sklaverei auf Territorien, d. h. auf die erst in Zukunft zu bildenden Staaten der Union, widerstrebten. Um den Gegnern des Sklaventums, die sich später

Republikaner u. Demokraten

zu der großen Partei der „Republikaner" vereinigten, die Stirne bieten zu können, machten die Sklavenhalter gemeinsame Sache mit den „Demokraten", den Verteidigern der Sklaverei, denen die Reichen und viele abhängige Leute der unteren Volksklasse angehörten, und wußten mit deren Hilfe in der Regel bei der Präsidentenwahl die Leitung des Ganzen in ihre Hände zu bringen. Dabei trugen sie in allen sonstigen wirtschaftlichen und politischen Fragen auch den Interessen der Nordstaaten Rechnung, in der Sklavenfrage aber ließen sie sich auf keine Zugeständnisse ein. Sie waren auch klug genug, die Sklaven, deren Zahl sich auf vier Millionen belief, so zu behandeln, daß nur selten Klagen über die Verletzung der Humanität erhoben werden konnten. Aber das von ihnen so oft betonte patriarchalische Verhältnis zu den Sklaven war doch nur das Ergebnis des freien Willens der Herren, das sie nicht in dem vollen Eigentumsrechte beschränkte; der Sklave blieb ein Kauf- und Handelsobjekt, das man zu der dem Weißen durch das Klima unerträglichen Arbeit unbedingt in dieser Weise nötig zu haben glaubte. Deshalb wurde unter den Republikanern des Nordens die Antisklavereibewegung immer stärker, ihr Mittelpunkt war Boston, und ihre moralische Macht steigerte sich mit jedem Jahre durch die Einwanderungen aus Europa. Da nun die nördlichen Staaten hauptsächlich von den neuen Ansiedlern bevölkert wurden, so war auch dort bald der Hauptherd des Prinzipienkampfes. Deshalb suchten die Männer des Südens durch die demokratischen „Knownothings" (so genannt von dem Eide, mit dem sie schwuren, nichts wissen zu wollen [to know nothing], was sich nicht mit ihren Pflichten gegen das Land vertrüge), welche das echte Yankeetum gegenüber den Irländern und Deutschen wahren wollten, der Aufnahme der Fremden in das Bürgerrecht entgegenzuarbeiten. Aber sie konnten doch nicht hindern, daß die humanen Ideen Europas immer mehr Einfluß gewannen, und in den vierziger und fünfziger Jahren die Opposition gegen die Sklaverei besonders in der Kirche und in der Literatur bedeutungsvoller wurde. Gewaltiges Aufsehen erregte im Jahre 1852 der Roman „Onkel Toms Hütte" von Harriet Beecher Stowe. Immer heftiger wurde die Schmach der Sklaverei angegriffen, man fand Beispiele in Menge, wo die Gesetze nicht hinreichten, die unfreien Arbeiter gegen Brutalität zu schützen, ja man entdeckte, daß bei der Erschwerung der Sklaveneinfuhr durch die europäischen Mächte in Amerika selbst „Züchtungsanstalten" zur Vermehrung der Sklavenbevölkerung bestanden. Je stärker aber die Angriffe wurden, desto hartnäckiger beharrten die Männer des Südens auf ihrem „Recht und Eigentum". Seit

24. Mai 1854

durch die „Kansas-Nebraska-Bill" das Missouri-Kompromiß aufgehoben worden war und der Grundsatz aufgestellt wurde, daß auch in den Territorien die Zulassung oder Ausschließung der Sklaverei von der Abstimmung der Bewohner ohne Rücksicht auf irgend eine geographische Scheidelinie abhängig sein sollte, waren Kansas und die angrenzenden Teile von Missouri der Schauplatz scharfer Kämpfe zwischen den Sklavenhaltern und Freibodenmännern. Als die letzteren sich zu dem Beschlusse einigten, daß Kansas als Freistaat der Union beitreten sollte, wußten die Sklavenhalter und die Demokraten durch blutige Raufhändel die Entscheidung hinauszuziehen; auch gelang es ihnen, die Wahl

4. Nov. 1856

Buchanans zum Präsidenten durchzusetzen und im Kongreß die Oberhand zu behaupten. Als dann doch Kansas vom Kongreß für einen freien Staat

1859

erklärt wurde, erreichte die Parteiwut einen solchen Grad, daß es im Repräsentantenhaus zu Tätlichkeiten zwischen den Abgeordneten kam.

Die Präsidenten seit 1789

Präsidenten der Vereinigten Staaten waren George Washington 1789—1797, John Adams 1797—1801, Thomas Jefferson 1801—1809, James Madison 1809—1817, James Monroe 1817—1825, John Quincy Adams 1825—1829, Andrew Jackson 1829—1837, Martin van Buren 1837—1841, William H. Harrison 1841, John Tyler 1841—1845, James K. Polk 1845—1849, Zachary Taylor 1849—1850, Millard Fillmore 1850—1853, Franklin Pierce 1853—1857, James Buchanan 1857—1861.

§ 234. Der Bürgerkrieg. Bei der Präsidentenwahl im Jahre 1860

6. Nov. 1860

siegten die Republikaner: Abraham Lincoln, der Kandidat des Nordens

erhielt die Mehrheit der Stimmen. Mit diesem Ereignis begann eine neue Periode in dem Leben der Vereinigten Staaten. Im Süden reifte der Entschluß, aus der Union auszutreten und einen Sonderbund zu bilden, weil durch das neue Regiment der Zweck der Verfassung, „Förderung der allgemeinen Wohlfahrt", vereitelt sei. Die Republikaner verwarfen diese Auffassung, erklärten die Union für einen durch gesetzliche Vereinbarung und Verfassungsverträge fest geordneten Staatskörper, von dem kein Glied gelöst werden dürfe, und bezeichneten jeden Versuch einer Trennung als Rebellion. So trat zu der Sklavenfrage und der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Interessen eine tiefgreifende Spaltung in den politischen Grundsätzen, indem die einen das partikularistische und föderalistische Sonderleben, die andern den republikanischen Einheitsstaat erstrebten. Die Südstaaten ließen sich nicht abschrecken. Am 20. Dezember 1860 sprach Südcarolina das verhängnisvolle Wort der Trennung; bald folgten Georgia, Florida, Alabama und Mississippi. Am 18. Februar 1861 bildeten sie eine unabhängige Konföderation in Montgomery, gaben sich eine vorläufige Verfassung und wählten den früheren Kriegsminister Jefferson Davis aus Kentucky zu ihrem Präsidenten. Die Regierung in Washington zögerte noch, den entscheidenden Schritt zur Gewalt zu tun; erst als Beauregard, der General des Südens, sich des von einer Bundesbesatzung bewachten Forts Sumter bei Charleston bemächtigte, begann der Bürgerkrieg.

Sonderbund der Südstaaten

14. Ap 11861

1861—1865

Auf beiden Seiten rüstete man mit aller Anstrengung; um den Heeren der Union, die durch die zahlreichen Freiwilligen bereits im ersten Jahre über eine halbe Million Streiter zählten, gewachsen zu sein, rief Jefferson Davis fast die ganze weiße Bevölkerung des Südens unter die Waffen und organisierte, um in den Grenzstaaten Virginien, Tenessee, Kentucky und Missouri den Sklavenhaltern das Übergewicht zu verschaffen, ein System des Schreckens. Beide Parteien bemühten sich, die europäischen Seemächte, deren Handelswelt ein großes Interesse an der baldigen Herstellung des Friedens haben mußte, auf ihre Seite zu ziehen. Der Süden erfreute sich in London und Paris größerer Sympathien: England und Frankreich stellten sich zwar nicht öffentlich auf seine Seite, aber erkannten doch beide Teile als kriegführende Mächte an und erklärten sich vorerst für neutral; sie gaben dabei zu verstehen, daß es Brauch geworden sei, „neugebildeten Regierungen die Anerkennung nicht vorzuenthalten, wenn die geeigneten Bedingungen zu einer solchen vorhanden seien". In Washington war man sehr ungehalten über diese Haltung, und bald trat ein Fall ein, wo die Anerkennung dieser Neutralität auf eine gefährliche Probe gestellt wurde.

Stellung der europäischen Mächte

Der Anfang des Landkrieges brachte den Unionstruppen keine Lorbeeren; als sie gegen Richmond vorrückten, erlitten sie bei Bull Run durch Beauregard eine Niederlage. Um so eifriger suchte die Regierung von Washington die günstigere Lage des Nordens für den Seekrieg auszunutzen. Sie erklärte die ganze West- und Südküste in Blockadezustand; bis an die Küsten Englands und in das Mittelmeer verfolgten sich die Kreuzer der beiden Parteien. Als nun zwei südländische Abgesandte, Mason und Slidall, trotz der Blockade nach Havanna gelangten und sich dort auf dem englischen Dampfer „Trent" einschifften, um in London und Paris für ihre Sache zu werben, wurde dieses Schiff, das auch die Post führte, von einer nordischen Kriegsfregatte unter Kapitän Wilkes im Bahamakanal festgehalten. Trotz aller Einsprüche des Befehlshabers gegen diesen „illegalen Akt mutwilligen Seeraubs" wurden die beiden Agenten gefangengenommen und nach New York gebracht. Die Kunde brachte in England, wo man ohnedies wegen Stockung der Baumwollezufuhr höchst mißgestimmt war, eine gewaltige Aufregung hervor. Die Regierung durfte eine so augenfällige Beleidigung der englischen Flagge nicht ruhig hinnehmen; sie verlangte daher die Herausgabe der Gefangenen und rüstete für den Fall, daß diese Genugtuung verweigert würde, zum Krieg. Ganz Europa blickte mit Spannung auf den Ausgang dieses verhängnisschweren Streithandels, der geeignet schien, einen Weltkrieg zu erzeugen. Im Kongreß verlangten die Heißsporne, daß man das Geschehene gutheißen solle; aber die Regierung des Präsidenten Lincoln wollte den Bogen nicht zu scharf spannen. Der geringe Fortgang der Unionswaffen hatte bereits zu der Überzeugung geführt, daß die Unterwerfung der Südstaaten, denen sich

17. Juli 1861

8. Nov.

Konflikt mit England

auch noch Virginien, Nordcarolina und Arkansas angeschlossen hatten, kein leichtes Unternehmen sei: man konnte unmöglich dem Feinde noch einen mächtigen Bundesgenossen zuführen. So drang denn in Washington die Meinung durch, daß man den von den übrigen
1861 Großmächten unterstützten Forderungen Englands nachgeben solle. Schon am 30. November, noch ehe die englische Note in Washington überreicht war, wies daher der Staatssekretär Seward jede Verantwortlichkeit für die Handlungsweise des Kapitäns Wilkes zurück, und am 26. Dezember erklärte die Unionsregierung, daß sie bereit sei, die Gefangenen herauszugeben.

Sklavenfrage

Mittlerweile wurde der Land- und Seekrieg mit großer Heftigkeit fortgeführt. Auch auf das wirtschaftliche Gebiet übertrug sich der leidenschaftliche Kampf. Wenn Lincoln allen Handelsverkehr mit den rebellischen Südstaaten verbot und ihr Eigentum mit Beschlag belegte, so untersagte Davis alle Ausfuhr von Zucker und Reis auf dem Landwege, um der Union diese unentbehrlichen Lebensmittel zu entziehen. Nur in der Sklavenfrage schritt Lincoln noch nicht zu entscheidenden Maßregeln, um nicht jede Brücke der Versöhnung ab-
1861 zubrechen. Die Kongreßakte vom 3. August, die allen im sonderbündischen Armee- und Flottendienst gefangenen Negern die Freiheit gewährte, war nur eine drohende Hindeutung auf weitergehende Beschlüsse, wenn die „Rebellion" fortdauerte. Im März 1862 erklärte darauf der Kongreß, daß die Union jeden Staat unterstütze, der die Sklaverei gegen Entschädigung abschaffen wolle; im Juni wurde in den Territorien die Sklaverei untersagt. Erst als alle diese Schritte nicht zu dem erstrebten Ziele führten, verkündigte eine ProklaSept. 1862 mation des Präsidenten, daß in allen Staaten, die am 1. Januar 1863 noch in der Rebellion verharren würden, die Sklaverei abgeschafft sein solle. Doch blieb diese Verfügung ohne namhafte Wirkung.

Krieg zu Lande

Auch militärisch brachte das Jahr 1862 keine Entscheidung. Wenn in den ersten Monaten die Unionstruppen an verschiedenen Orten Vorteile errangen, sich sogar der Stadt
28. April 1862 New Orleans bemächtigten und mit einem Geschwader den Mississippistrom bis nach Vicksburg beherrschten, so stellte sich im Sommer und Herbst das Gleichgewicht der Waffen wieder her. Im Mai bis Juli maßen die Feinde unter M'Clellan und Beauregard ihre Kräfte in der Gegend von Richmond, und eine Reihe von Treffen tränkte den Boden von Yorktown und Williamsburg, vom Rappahannock bis zum Jamesfluß, mit dem Blute zahl-
26. Juni bis 3. Juli loser Krieger aus beiden Heerlagern, bis die siebentägige mörderische Schlacht bei Richmond eine solche Erschöpfung herbeiführte, daß M'Clellan den Gedanken einer Eroberung dieser Hauptstadt des Südens aufgab und die Bundestruppen über den Potomac zurückführte. Nun drangen die Konföderierten in die Nordstaaten ein, bedrohten die Hauptstadt Washington und streiften
16. Sept. bis Maryland. Als aber M'Clellan herbeieilte, erlitten sie in der Schlacht von Antietam eine Niederlage, die sie zum Rückzug zwang. Auch zur See waren die Verluste auf beiden

Krieg zur See

Seiten gleich beträchtlich. Die Unionsflotte verlor durch das Panzerschiff „Merrimac" zwei Fregatten, bis sie in dem „Monitor" einen würdigen Gegner aufstellte. Es machte einen gewaltigen Eindruck unter allen seefahrenden Nationen, als die beiden eisernen Kolosse auf
9. März 1862 der Reede von Norfolk wider einander kämpften, mit so gleicher Wucht und Stärke, daß keiner über den andern einen Vorteil erlangte. Die Bedeutung der Panzerschiffe für den Seekrieg war damit für die Zukunft entschieden. Einige Zeit nachher setzten die Südbündischen selbst den Merrimac in Flammen, damit er nicht in die Hände der Feinde fiele. Sie hatten ihn zu Fahrten auf dem Jamesfluß einrichten wollen, ihn aber dadurch zum Seekampf wider den Monitor untauglich gemacht. Da die Volksstimme im Norden sich unzufrieden über die Kriegführung M'Clellans aussprach, wurde General Burnside an seiner Stelle zum Ober-
13. Dez. feldherrn ernannt. Dieser überschritt den Rappahannock, verlor aber die Schlacht bei
2.—6. Mai 1863 Fredericksburg und mußte über den Fluß zurück. In einer zweiten Schlacht an demselben Orte büßte General Jackson das Leben ein. Einige Zeit nachher drangen die Südbündischen unter General Lee in Pennsylvanien und Maryland vor, sodaß Washington zum
1.—3. Juli zweitenmal bedroht war; aber nach der dreitägigen Schlacht bei Gettysburg gegen den Unionsgeneral Meade sah sich Lee zum Abzug genötigt. Doch blieb das blutgetränkte Land im Westen Virginiens noch lange der Schauplatz eines von wechselndem Waffenglück begleiteten Krieges.

Erschöpfung der Streitenden

Die Lasten des Krieges wurden inzwischen immer schwerer. Die Nationalschuld der Union wuchs zu einer unermeßlichen Höhe, und die Anwerbungen zu freiwilligem Militärdienst deckten den Menschenbedarf nicht mehr; der Kongreß mußte neben der Werbung noch die Konskription einführen. Dabei stockte Handel und Gewerbtätigkeit, die Steuerlasten mehrten sich, das Metallgeld verschwand aus dem täglichen Verkehr, die Staatspapiere sanken auf ein Drittel ihres Nominalwertes, die Einwanderung ging zurück und damit die aus dem Verkauf von Staatsländereien fließende Einnahme. Noch größer waren die Schwierig-

keiten, mit denen der südliche Staatenbund zu kämpfen hatte. Durch die Blockade an der Ausfuhr der Baumwolle und der übrigen Rohstoffe gehindert, gerieten die Plantagenbesitzer in bittere Not. Die Finanzen waren zerrüttet, die Lebensbedürfnisse stiegen auf eine unerschwingliche Höhe, die ganze weiße männliche Bevölkerung mußte zu den Waffen gerufen werden; schon sprach man davon, sogar Neger in die Heere einzureihen. Die Absperrung nahm noch zu, als sich die Stadt Vicksburg nach längerer Belagerung an General Grant ergeben mußte und somit die Union den ganzen Lauf des Mississippi beherrschte und die Konföderierten auch noch vom Westen trennte. Aber obwohl der Kreis, der den südlichen Sonderbund auf allen Seiten umschloß, sich enger und enger zusammenzog und die Hilfsquellen mehr und mehr zu versiegen begannen, wehrte er sich dennoch mit Löwenkraft gegen den überlegenen Feind. Viele Monate lang belagerten die Truppen der Union die von Beauregard verteidigte feste Stadt Charleston zu Wasser und zu Land, ohne dieselbe einnehmen zu können. So ging auch das Jahr 1863 ohne Aussicht auf Frieden zu Ende. Ein am 17. Dezember von einem demokratischen Abgeordneten eingebrachter Antrag auf Friedensunterhandlungen wurde verworfen; man erklärte vielmehr in Washington, daß der Krieg rücksichtslos bis zur Wiederherstellung der Bundeshoheit über das ganze Nationalgebiet fortgesetzt würde. Durch solche Entschiedenheit glaubte die Unionsregierung die in Europa mehr und mehr hervortretende Ansicht, daß es schließlich doch zu einer Trennung in zwei Bundesrepubliken kommen werde, niederschlagen und alle Vermittlungsversuche, zu denen besonders Kaiser Napoleon während des mexikanischen Krieges seine Dienste anbot, abschneiden zu müssen. Auch das folgende Jahr änderte in der Lage der Dinge wenig. Doch wurden durch Shermans genialen Zug vom Herzen Georgiens auf Savannah und durch die Eroberung dieser Seestadt dem Süden „die Flechsen durchhauen".

Fortgang des Krieges

4. Juli 1863

12. Nov. bis 14. Dez. 1864

§ 235. Ausgang des Krieges. Die nächsten republikanischen Präsidenten. Je mehr die Zeit der neuen Präsidentenwahl heranrückte, desto mehr wurde die Aufmerksamkeit vom Krieg abgelenkt. Die Partei der Ausgleichung wendete ihre Blicke auf M'Clellan: um so energischer betrieben die Republikaner die Wiederwahl Lincolns. Sie trugen einen entscheidenden Sieg davon: am 8. Nov. 1864 wurde Abraham Lincoln zum zweitenmal an die Spitze der Unionsregierung berufen.

Damit war die Losung zur Fortführung des Krieges gegeben, bis die Einheit der Union hergestellt und der Grundsatz der Freiheit der Neger allgemein gültig geworden sei. Dieser Grundsatz erhielt seinen gesetzlichen Ausdruck durch die Abstimmung des Repräsentantenhauses in Washington, durch die die allgemeine Abschaffung der Sklaverei mit einer Mehrheit von über zwei Dritteln der Versammlung beschlossen und in die Verfassung aufgenommen wurde. Um dieselbe Zeit ging auch die Konferenz, welche der Präsident mit den Vertretern der Südstaaten abgehalten hatte, fruchtlos auseinander, weil sich der Norden nicht zur Anerkennung der Konföderation verstehen wollte. Die Erbitterung hatte noch nicht ausgetobt, aber die Kräfte des Südbundes waren erschöpft. Selbst das äußerste Mittel, die Aushebung der Sklaven zum Militärdienst, war nicht mehr vermögend, den entscheidenden Schlag abzuwenden. Nach einem Kriegsrat des Präsidenten Lincoln mit den Feldherren der Nordarmee wurde ein gemeinschaftlicher Angriff Grants und Sheridans auf die Doppelfestung Richmond-Petersburg unternommen, welche General Lee deckte. Die Stadt mußte nach den größten Anstrengungen geräumt werden. Präsident Lincoln nahm Besitz vom Kapitol in Richmond, und kurz nachher schloß Lee mit Grant eine Kapitulation, infolge deren die virginische Armee aus dem Felde verschwand. Am 14. April wehte wieder das Sternenbanner auf Fort Sumter, von dem es vor vier Jahren herabgestürzt worden war. Einige Wochen nachher ergab sich auch General Johnson mit der Südarmee der Konföderierten dem Unionsfeldherrn Sherman, und als im nächsten Monat noch die letzte Heerabteilung die Waffen streckte, konnte der Bürgerkrieg als beendigt angesehen werden.

31. Jan. 1865

März 1865

3. April

4. April

26. Mai

Allein die letzten Zuckungen sollten noch von einer blutigen Greueltat begleitet sein. Am Karfreitag wurde der Präsident Abraham Lincoln in der Theaterloge von Wilkes Booth durch einen Pistolenschuß getötet. Mit dem Ausruf sic semper tyrannis! flüchtete der Mörder von der Bühne, er wurde jedoch ergriffen und büßte sein Verbrechen mit dem Leben. Ein gleichzeitiges Attentat auf den kranken Staatssekretär Seward hatte keinen tödlichen Ausgang; Grant und mehrere andere zum Opfer bestimmte Männer wurden nicht in ihren Wohnungen aufgefunden. Vier der Schuld überwiesene Verschworene wurden zum Strang, die übrigen zu schweren Kerkerstrafen verurteilt und die meisten Mitglieder der konföderierten Regierung als Mitwisser des Komplottes verhaftet. Die erbitterte Stimmung

Ermordung Lincolns 14. April 1865

wandte ihren Verdacht, wenn auch ohne Grund, auch auf die Führer des Südens. Jefferson Davis, der nach seiner Flucht aus Richmond gefangen worden war, wurde in einen Prozeß verwickelt, aber 1866 wieder freigelassen.

Neugestaltung der Vereinigten Staaten

Der Verfassung gemäß übernahm der bisherige Vizepräsident Andrew Johnson die Präsidentschaft der Union. Nun begann das schwierige Werk der Neugestaltung nach dem Grundsatze der Freiheit und Gleichberechtigung aller, wobei die Amerikaner ebensoviel Mäßigung als Umsicht an den Tag legten. Trotz der entsetzlichsten Parteiwut, womit der Krieg geführt worden war, wurde der Sieg durch keine Rachetat befleckt. Die Armeen wurden ohne Störung aufgelöst, die verabschiedeten Mannschaften kehrten zu ihren friedlichen Geschäften zurück, die Zahl der Kriegsschiffe wurde durch Verkauf gemindert, und bei der Opferwilligkeit des amerikanischen Volkes, das sich den schwersten Steuerlasten bereitwillig unterzog, konnte bald ein großer Teil der enormen Kriegsschuld abgetragen werden. Trotzdem aber bestanden zwischen dem republikanischen Kongreß und dem mehr in südstaatlichen Anschauungen sich bewegenden Präsidenten Johnson ernste Differenzen über die Gewährung des Stimmrechts an die Neger und die Versagung desselben an die südstaatlichen „Rebellen", über die Besetzung der Ämter u. a. Als sich Johnson bei der Entlassung des Kriegssekretärs ohne Zustimmung des Senats eine Verletzung des Gesetzes zuschulden kommen ließ, wurde

Mai 1868 er vom Kongreß in Anklagestand versetzt. Er wurde zwar im Senat freigesprochen, war aber seitdem ein politisch toter Mann. Nach langem Zögern entschloß sich der Kongreß,

28. Juli 1868 den Farbigen das Stimmrecht zu gewähren, und unter wesentlicher Beihilfe derselben wurde

3. Nov. 1868 der Kandidat der republikanischen Partei, General Grant, zum Präsidenten gewählt.

Alabamafrage

Auch in Europa machte sich das Ende des Krieges bald fühlbar in dem Wiederaufleben des Handels, und die glückliche Vollendung der unterseeischen Telegraphenverbindung (§ 366) wurde von den Völkern beider Hemisphären als ein neues Friedensband freudig begrüßt. Frankreich und England gegenüber verhielt sich die Union zunächst in Erinnerung an die im Kriege bewiesene Haltung nicht gerade freundlich; sie wies die französische Einmischung in die mexikanischen Angelegenheiten zurück (§ 225) und forderte von England Schadenersatz für die Verluste, welche die Unionsstaaten durch die in England gebauten oder aus englischen Seehäfen ausgelaufenen Kaperschiffe der Konföderierten, besonders die „Alabama", erlitten hatten. Mehrere Jahre lang wurde diesseits und jenseits des Weltmeers in Konferenzen und Denkschriften die „Alabamafrage" und das damit zusammenhängende völkerrechtliche Prinzip zum Gegenstand eingehender Untersuchungen gemacht. Da man sich nicht einigen konnte, stieg die Verstimmung und Erbitterung zu solcher Höhe, daß ein Krieg zwischen beiden Seestaaten zu befürchten stand. In Amerika vergalt man die Konnivenz der englischen Regierung gegen die Konföderation mit einer gleichen Nachsicht gegen die Umtriebe der

Sept. 1872 irischen Fenier (§ 210). Erst durch ein in Genf festgesetztes Schiedsgericht kam die Alabamafrage zur Entscheidung; die Engländer wurden zu einer Entschädigung von 15 Millionen Dollars (63 Millionen Mark) verurteilt.

Inneres Leben 1867

Zugleich war die Union bemüht, ihre Besitzungen abzurunden und durch Eisenbahnen zu verbinden. So erwarb sie durch Kaufverträge von Rußland das Territorium Alaska und beabsichtigte ein Gleiches bezüglich der im dänischen Besitz befindlichen Inseln St. Thomas und St. Jean, was durch Nichtgenehmigung seitens des dänischen Parlaments verhindert wurde. Auch verband sie die fernen Westländer durch die Pacific-Eisenbahn mit dem östlichen Hauptlande, ein Unternehmen, das die Indianerstämme aufschreckte

1872 und unter die Waffen trieb. Obwohl die Präsidentschaft Grants nicht frei war von Mißbräuchen aller Art, wurde der populäre Mann doch bei Ablauf seines Amtes wiedergewählt. Als die zweite Präsidentschaft Grants, welche durch die Weltausstellung in

1876 Philadelphia und die hundertjährige Jubelfeier der Gründung der Republik ausgezeichnet war, zu Ende ging, entbrannte zwischen den „Republikanern" und „Demokraten" ein erbitterter Kampf um die Präsidentenwürde. Doch siegten auch jetzt wieder, wenn auch mit knappster Mehrheit und durch eine anfechtbare Berechnung, die „Republikaner", und ihr

Nov. 1876 Kandidat, Hayes, bestieg den Präsidentenstuhl. Unter dem neuen Staatsoberhaupt leitete Karl Schurz, ein wegen Teilnahme an der Revolution von 1849 geflohener Rheinländer (§ 178), das Ministerium des Innern. Reform des Beamtentums, Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung, Schutzzölle waren das Programm der neuen Regierung.

Sechstes Buch.

Die Gründung des neuen Deutschen Reiches und die Vollendung der italienischen Einheit.

---

§ 236. Überschau und Vorblick. Das weltgeschichtlich bedeutsamste Ereignis der Zeit von 1863 bis 1871 ist darin zu erblicken, daß Deutschland und Italien durch Vollendung des Nationalstaates die politischen Nachwirkungen ihrer mittelalterlichen Geschichte, d. h. ihrer Verbindung im heiligen römischen Reiche, überwanden.

Deutschland und Italien im Mittelalter

Es ist früher (II, § 274, 347 u. a.) betont worden, daß sich seit dem 14. Jahrhundert an der Peripherie Europas nationale Staaten bildeten, während in Deutschland und Italien aus dem Zusammenbruch des Kaisertums eine große Anzahl Kleinstaaten hervorging. Eine der Hauptursachen für diese entgegengesetzte Entwicklung fanden wir darin, daß jene peripherischen Staaten von vornherein auf enger begrenzte Aufgaben gestellt waren (II, § 154), die deutsch-römischen Kaiser aber als Herren der Christenheit und Erben des römischen Weltreichs die nationalen Aufgaben weder des deutschen noch des italienischen Volkes lösten. Während dort die Feudalgewalten dem Königtum schließlich erlagen, siegten sie hier über das Kaisertum. In Deutschland hat dann die Reformation, die an sich eine nationale Tat war, die politische Spaltung vertieft, eben weil die Deutschen keine nationale Zentralgewalt besaßen; in England und Skandinavien stärkte sie von Anfang an das Königtum, in Frankreich vereinigte dieses schließlich die religiösen Parteien im nationalen Staate, und in Spanien entsprach der katholische Gedanke der nationalen Entwicklung.

Preußen und Sardinien

Als dann Frankreich unter Napoleon I. zum Weltkaisertum wurde, brach die Kleinstaaterei Deutschlands und Italiens zusammen. Unter dem fremden Druck erstarkte aber das nationale Empfinden, und den elementaren Kräften des Volkes erlag die napoleonische Gewaltherrschaft. Die hierbei siegreichen Ideen waren seitdem niedergehalten (§ 99), bis sie endlich in Italien von Sardinien, in Deutschland von Preußen aufgenommen wurden. Damit übernahmen die konservativen Kräfte die Erfüllung der ursprünglich liberalen, bisher in revolutionärer Form auftretenden nationalen Ideen: daß das geschah, ist das große Verdienst dort Cavours, hier Bismarcks. Beide Staaten waren aber für diese nationalen Aufgaben

geeignet, weil das Königshaus von Sardinien in Italien die einzige nationale Dynastie war, Preußen schon seit dem 17. Jahrhundert in Verfolgung seiner speziell preußischen Interessen zugleich deutsche Aufgaben gelöst hatte. Auch jetzt ging es vom Standpunkte der preußischen Machtpolitik aus und nahm von hier aus den deutschen Gedanken auf, der dann allmählich überwog: schneller bei Bismarck und dem Kronprinzen, langsamer bei König Wilhelm.

Schleswig-Holstein

Preußen hatte zuerst im Zollverein die wirtschaftliche Einheit des künftigen Deutschland hergestellt, war aber bei den Versuchen, die Bundesverfassung zu reformieren, auf den starken Widerstand Österreichs gestoßen. Es wurde immer klarer, daß zwei rivalisierende Großmächte in dem neuen Deutschland nicht nebeneinander bestehen konnten, daß der preußisch-österreichische Dualismus eine gewaltsame Lösung heischte. Schon schien es dazu zu kommen, da vereinigte die schleswig-holsteinische Frage die beiden Mächte noch einmal zu einem gemeinsamen Kampf. Das Ergebnis war die Sicherung Holsteins für Deutschland und die Erwerbung Schleswigs, das zwar weder zum alten Deutschen Reiche noch zum Deutschen Bunde gehört hatte, aber seit dem 15. Jahrhundert fest mit Holstein verbunden gewesen (II, § 320) war und überwiegend deutsch war.

Preußen und Österreich

Indes, gerade die gemeinsame Erwerbung verschärfte den Konflikt der beiden deutschen Großmächte. Schon nach zwei Jahren brach der Krieg zwischen ihnen aus, und dieser Krieg machte nun die Bahn frei für eine Neugestaltung des außerösterreichischen Deutschland. Es bedeutete das allerdings den Ausschluß zahlreicher Deutscher vom neuen Reich, aber dieser schwere Verlust mußte in den Kauf genommen werden. Er wäre nur dann zu vermeiden gewesen, wenn der österreichisch-ungarische Staat in seine nationalen Bestandteile aufgelöst worden wäre. Daran war aber naturgemäß gar nicht zu denken; auch hätte dann das südöstliche Deutschtum seine historische Stellung den Slawen und Magyaren gegenüber ganz eingebüßt, während anderseits die Begründung des Deutschen Reiches unter einem protestantischen Kaiser durch eine so beträchtliche Mehrung der Katholiken, wie sie eine Aufnahme der Deutschösterreicher gebracht hätte, erschwert worden wäre. Es war doch die beste Lösung der Schwierigkeiten, daß der habsburgische Staat von der politischen Neugestaltung des neuen Deutschland ausgeschlossen wurde, im übrigen aber an dieses keine Einbuße erlitt: dadurch wurde die Möglichkeit eines späteren Bündnisses eröffnet, also das zerschnittene Band in anderer Form wieder angeknüpft.

Norddeutscher Bund

Der Norddeutsche Bund unter preußischer Führung in Verbindung mit dem Zollverein und den Kriegsbündnissen mit den süddeutschen Staaten war ein gewaltiger Schritt vorwärts zur Erfüllung der seit 1815 so lebhaften nationalen Hoffnungen. Er fiel zusammen mit der Lösung des inneren, aus den liberalen Forderungen herausgewachsenen preußischen Konflikts. Mit der Indemnitätsvorlage bot die preußische Regierung die Hand zum Frieden; sie wurde gern ergriffen, und in der neugebildeten nationalliberalen Partei hatte die Regierung für ihre weiteren Ziele eine feste Stütze.

Italien

Es entsprach der oben erwähnten Gleichartigkeit der deutschen und italienischen Geschichte, daß Italien der Verbündete Preußens gegen

Österreich gewesen war und trotz eigner Niederlagen durch die Erwerbung Venetiens den Einheitsstaat fast vollendete.

Österreich

Österreich verlor damit in der Hauptsache seine italienischen Untertanen. Der hierin und in der Gründung des Norddeutschen Bundes ausgesprochene Sieg des nationalen Gedankens, verbunden mit dem politischen Ausscheiden des Donaustaates aus dem neuen Deutschland, mußte naturgemäß den nationalen Gedanken auch bei den andern Völkern der habsburgischen Monarchie stärken, bei den Slawen und Magyaren. Im Gegendruck ist dadurch aber doch auch das Nationalgefühl der Deutschösterreicher gekräftigt, und trotz oder wegen der Lösung des staatsrechtlichen Bandes das Bewußtsein des geistigen Zusammenhangs mit den außerösterreichischen Deutschen vertieft worden.

Frankreich

Keinen Gewinn von diesen Umgestaltungen hatte Frankreich gehabt. Aus den Anfängen der italienischen Einheit hatte einst Napoleon Nutzen gezogen; gern hätte er die hier befolgte Politik in Deutschland fortgesetzt, aber Preußen hatte sich nicht, wie Sardinien, die Erlaubnis für seine Erfolge von ihm erkaufen müssen und lehnte Entschädigungen dafür ab. Blickt man noch weiter zurück, so hatte die europäische Machtstellung Frankreichs seit Jahrhunderten auf der Schwäche des europäischen Zentrums, insbesondere Deutschlands, beruht. Nun hatte Preußen diese Vorbedingung der Größe Frankreichs beseitigt; daher galt es für Frankreich, den preußischen Staat von seiner Höhe wieder herabzustürzen, zumal die Niederlage in Mexiko durch neue Erfolge wettgemacht werden mußte.

Klerikalismus

In derselben Richtung drängte auch die klerikale Strömung. Die Gründung des Königreichs Italien erschien dem Papsttum als eine Beeinträchtigung seiner Machtstellung; ein Deutschland unter einem protestantischen Oberhaupt schien den antiklerikalen Zeitgeist stärken zu müssen. Die Entwicklung der historischen und Naturwissenschaften, der Umschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse kräftigten den Individualismus und beeinträchtigten den Autoritätsglauben. Der das Papsttum leitende ultramontan-jesuitische Geist hatte den Kampf hiergegen schon lange aufgenommen und schickte sich an, den stolzen Bau der katholischen Kirche durch die Unfehlbarkeit des Papstes zu krönen. Das französische Kaisertum hatte sich mit den Klerikalen verbündet, und so wirkten diese im Sinne der nationalfranzösischen Machtinstinkte auf einen Krieg gegen Preußen hin.

Deutsches Reich

So verleugnete Napoleon die Grundsätze, denen er seine Erhebung und seine führende Stellung in Europa verdankte: er trat dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in Spanien und Deutschland entgegen. Bismarck ergriff gern den gebotenen Anlaß zu einem Kriege, der, unter allen Umständen unvermeidlich, jetzt als Abwehr einer Verletzung der nationalen Ehre Preußens und — so weit war man schon — auch Deutschlands empfunden wurde. Der Krieg scharte die Deutschen um den greisen Preußenkönig, bewirkte den Sturz des französischen Kaisertums und endete mit der Errichtung des Deutschen Reiches in Versailles, an der Stätte, die so recht als Symbol deutscher Schwäche und französischer Überhebung erschien; als Morgengabe erhielt das neue Reich einen wertvollen Teil seiner früher verlorenen Gebiete zurück.

Italien

Es war nur die Konsequenz der bisherigen gemeinsamen Geschichte, daß zugleich Italien den Rest des Kirchenstaates gewann und Rom zu seiner Hauptstadt erhob.

So hatten beide die politischen Nachwirkungen ihrer mittelalterlichen Geschichte überwunden: Italien war dabei zu einem Einheitsstaat, Deutschland zu einem Bundesstaat geworden. Weshalb das? In Italien war das Haus Savoyen die einzige nationale Dynastie: die Beseitigung aller übrigen erschien als Befreiung von der Fremdherrschaft. Deutschland dagegen hatte nur eingeborene Herrscherhäuser, die im Volke fest wurzelten. Dazu aber kam, daß seit dem Beginne der deutschen Geschichte zwei Strömungen in ihr bemerkbar sind, die partikularistische Verneinung und die unitarische Forderung des nationalen Staates (II, § 116): ihre Versöhnung ist eben der Bundesstaat. Bald erkannten auch die der Einheit früher so abgeneigten deutschen Fürsten, daß die Erfüllung der nationalen Wünsche in bundesstaatlicher Form auch ihnen Gewinn brachte: es ergab sich, daß sie als Stützen des Reiches mit ihren Untertanen noch viel innniger verwuchsen, als das der Fall gewesen war, solange sie als Feinde der Einheit erschienen.

Erstes Kapitel.

Schleswig-Holstein.

A. Der Krieg.

Die Erbfrage

§ 237. Der diplomatische Krieg. Durch das Londoner Protokoll von 1852 (§ 189) war dem für Dänemark erbberechtigten Thronfolger, dem „Protokollprinzen" Christian von Glücksburg, auch die Erbfolge in Schleswig-Holstein zugesichert, weil „die Integrität der Monarchie für die Bewahrung des Friedens von hoher Wichtigkeit sei, und die beabsichtigte Kombination das geeignetste Mittel sein dürfte, diese Integrität sicherzustellen". Diese Neuordnung war für die Herzogtümer ohne Rechtsgültigkeit, da sie deren Grundrechten (§ 135, 179) widersprach, den Ständen nicht zur Beschlußfassung vorgelegt worden war und von den nächstberechtigten Agnaten, dem Hause Holstein-Augustenburg, verworfen wurde. Für die Herzogtümer begann nun eine Zeit der bittersten Drangsal. Wenn man in Holstein und Lauenburg aus Rücksicht für das deutsche Bundesverhältnis, dessen Fortbestand im Londoner Vertrag ausdrücklich festgestellt war, noch einige Schonung walten ließ, so verfuhr man um so rücksichtsloser in Schleswig. Dänische Beamte wurden angestellt und die deutschen zur Flucht genötigt; dänische Sprache, dänische Einrichtungen in Rechtspflege und Verwaltung, in Kirche und Schule machten sich überall geltend; alle Regungen des Deutschtums wurden mit kleinlichem Haß verfolgt.

Danksierungspolitik

Im Deutschen Reiche fand in den Tagen der Reaktion der „Schmerzensschrei" vom Norden nur schwachen Widerhall, und Dänemark machte nun den Versuch, durch eine Gesamtstaatsverfassung für das ganze

1854

Königreich das Werk der „Pazifikation" zu schließen: über dem dänischen Reichstag in Kopenhagen und den Provinzialständen von Schleswig und von Holstein-Lauenburg sollte ein Reichsrat stehen, der so zusammengesetzt war, daß die Herzogtümer stets in der Minderheit bleiben mußten; zugleich wurden sie in ihren besonderen landständischen Rechten hinsichtlich der Steuerbewilligung beeinträchtigt und ihre Domänen für den Gesamtstaat in Anspruch genommen. Aber auch unter dieser den Ständen aufgezwungenen

Reichsverfassung wurde der deutsche Sinn im Norden der Elbe nicht gebrochen. Elf deutsche Mitglieder des Reichsrates — an ihrer Spitze Scheel-Plessen — verlangten, daß die Gesamtverfassung den Ständen der Herzogtümer vorgelegt und auf Grund ihrer Gutachten ein neuer Entwurf aufgestellt werde. Nach Ablehnung dieser Forderung protestierten sie gegen die Gültigkeit der Verfassung. Dieses Auftreten deutscher Männer veranlaßte die deutschen Großmächte zu einem Notenwechsel mit Dänemark, der sich über ein Jahr hinzog, bis endlich die Sache an den Bund gebracht wurde. Lange sträubte sich Dänemark gegen die Forderung des Bundestages, die Gesamtverfassung zu beseitigen; erst als derselbe mit Exekutionen drohte, wurde die Reichsverfassung für Holstein und Lauenburg aufgehoben, dabei aber erklärt, „daß die gedachte Verfassung für die nicht zum Deutschen Bunde gehörenden Teile der Monarchie weiter fortbestände". Damit war die Einverleibung Schleswigs bis auf den Namen verwirklicht. Den Einspruch der holsteinischen Stände wies die dänische Regierung ab, aber trotz aller Bedrückungen blieb die deutsche Bevölkerung der Herzogtümer fest; auch die öffentliche Meinung in Deutschland sprach sich immer entschiedener für die alte Vereinigung der beiden Länder aus. Das wollten die Dänen aber in keiner Weise zugeben; ihr Ziel war, Dänemark und Schleswig bis zur Eider unter einer Verfassung zu vereinigen, Holstein ihnen anzuschließen und nach dänischen Interessen zu regieren. So wurde für Holstein in Plön eine neue Provinzialregierung eingesetzt, zugleich aber erließ das Kopenhagener Kabinett eine Bekanntmachung, welche die Vereinigung Schleswigs mit Dänemark unter einer Verfassung aussprach und die Rechte der holsteinischen Stände auf das geringste Maß herabdrückte. Da endlich, als alle Einsprüche vergeblich blieben, beschloß der Bundestag auf Antrag Preußens die längst angedrohte Exekution; zugleich legte Roon dem preußischen Landtage einen Plan zur Gründung einer Flotte vor, der freilich abgelehnt wurde.

März 1856 — Nov. 1858 — 30. März 1863 — 1. Okt. 1863

§ 238. Der Waffengang. Danewerk und Düppel. Bevor noch die letzte Hand an die neue Verfassung gelegt werden konnte, ereilte den König Friedrich VII. plötzlich der Tod. Nun bestieg der durch den Londoner Vertrag zum Nachfolger bestimmte Prinz von Holstein-Glücksburg als Christian IX. den Thron und vollzog, von den Kopenhagenern gedrängt, das neue Verfassungsgesetz. Zugleich nahm der Erbprinz Friedrich von Augustenburg, auf den sein Vater Christian sein Recht übertragen hatte, als Herzog Friedrich VIII. durch eine Proklamation von Gotha aus Besitz von Schleswig-Holstein, hielt sich aber im übrigen durchaus zurück. Das deutsche Volk dagegen, die Wichtigkeit des Augenblicks erkennend, trat für ihn ein. Ein Abgeordnetentag, aus den verschiedenen Landtagen beschickt, stellte einen Zentralausschuß von 36 Mitgliedern auf, welcher die nationale Bewegung mit allen gesetzlichen Mitteln unterstützen und die freiwilligen Geldbeträge auf zweckmäßige Weise anwenden sollte. Das Lied „Schleswig-Holstein, meerumschlungen" wurde gleichsam zur Nationalhymne. Beim Bundestage freilich hatte erst eine gleichlautende Note Österreichs und Preußens die Wirkung, daß sich eine geringe Majorität für Vollzug der schon beschlossenen Exekution aussprach.

14. Nov. 1863 — Christian IX. v. 1863—1906 — 18. Nov. — 16. Nov. — 31. Dez. — 7. Dez.

Nun rückten sächsische und hannöverische Bundestruppen unter dem Oberbefehl des sächsischen Generalleutnants v. Hake über die Elbe, um die deutschen Herzogtümer Holstein und Lauenburg zu besetzen. Die Dänen

7. Dez. 1863

Einrücken der Bundestruppen

betrachteten auf den Rat der Großmächte die Exekution nicht als Kriegsfall und räumten alles Land südwärts der Eider, so daß die beiden Bundeskommissare, welche dem Heere auf dem Fuße nachfolgten, einstweilen die Verwaltung Holsteins übernahmen. Mit dem Einrücken der deutschen Truppen begannen die Kundgebungen für den Erbprinzen Friedrich von Augustenburg. Nachdem sich die holsteinischen Stände in großer Mehrheit zu einer Bitte an den Bund um Einsetzung desselben in sein Recht geeinigt
27. Dez. hatten, riefen ihn nach und nach alle Städte und eine große Volksversammlung zu Elmshorn als Herzog aus. Ermutigt durch diese Vorgänge, reiste
30. Dez. Friedrich inkognito nach Kiel, wo er mit großer Begeisterung empfangen wurde, enthielt sich jedoch auch jetzt noch jeder Regierungshandlung.

Bismarcks Politik

So fügsam sich die Dänen in Holstein erwiesen hatten, so trotzig beharrten sie auf dem Besitze von Schleswig. Sie vertrauten auf England, wo Regierung und Volk einstimmig für Dänemark Partei nahmen, und hofften, die deutschen Regierungen würden bald in Zwietracht auseinandergehen oder aus Furcht vor einem europäischen Krieg, vielleicht auch aus Scheu vor dem Danewerk und den Düppeler Schanzen, nicht wagen, das Bundesgebiet zu überschreiten. Aber die Dinge nahmen einen anderen Gang. Bismarck beabsichtigte nicht, um idealer Ziele willen gegen Dänemark Krieg zu führen; er wollte entweder direkten Machtzuwachs für Preußen oder aber einen Staat, der im innigsten Zusammenhange, nicht im Widerspruche zu Preußen stände; deshalb wollte er sich nicht für irgendeinen Thronanwärter verpflichten. Um aber gegen die anderen europäischen Mächte sicher zu gehen, mußte er Österreich, dessen Interessen am wenigsten durch die Dinge in den Herzogtümern berührt wurden, in seine Bahnen hineinziehen. Es gelang ihm auch, auf dem Londoner Protokoll fußend, Österreich zur Beteiligung an der Bundesexekution und zu der Erklärung zu bestimmen, daß die neue dänische Gesamtverfassung ein Bruch des Londoner Vertrages sei. Trotz der scharfen Angriffe im preußischen Abgeordnetenhause gegen seine antinationale Politik behielt Bismarck seine besonnene Haltung, so daß auch die bei den übrigen Großmächten auftauchenden Befürchtungen beschwichtigt wurden. Als dann sein Antrag, Schleswig für die Erfüllung der dänischen Verpflichtungen in Pfand zu nehmen, vom Bundestage abgelehnt worden war, brachte er Österreich am Bundestage zu
14. Jan. 1864 der Erklärung, daß beide Mächte sich für den Fall der Ablehnung eines an Dänemark zu richtenden Ultimatums zu gemeinsamem bewaffnetem Vorgehen, und zwar unabhängig vom Bunde, verpflichteten. Die Frage der Erbfolge sollte dann später nur in gemeinsamem Einver-
16. Jan. ständnisse entschieden werden. Als dieses Ultimatum, das die Rücknahme der Novemberverfassung binnen 48 Stunden forderte und im Weigerungs-
18. Jan. falle mit der Besetzung Schleswigs drohte, von Dänemark zurückgewiesen
20. Jan. worden war, begannen die österreichischen und preußischen Truppen den Vormarsch. Der Protest des Bundestages gegen das eigenmächtige Verfahren wurde beiseitegeschoben. Eine von England vorgeschlagene Konferenz scheiterte schon an Napoleons Weigerung, sich daran zu beteiligen. Die

Einmarsch in Schleswig

verbündeten Österreicher und Preußen standen unter dem gemeinsamen Befehle des alten Feldmarschalls Wrangel, dessen Feldherrngabe seiner persönlichen Tapferkeit nicht entsprach, so daß gegen den Rat des in Berlin zurückgebliebenen Chefs des Generalstabes, v. Moltke, manche schwere strategische Fehler in dem Kriege gemacht wurden. Die Preußen, 37 000

Mann, führte der Prinz Friedrich Karl, die Österreicher, 23000 Mann, der Feldmarschalleutnant Freiherr v. Gablenz. Diese Truppenmacht war den 40000 Dänen weit überlegen; dafür aber besaßen diese sehr starke Befestigungen zur Verteidigung Schleswigs. Das Danewerk und die Düppler Schanzen schienen einen lange währenden Defensivkrieg zu ermöglichen.

Danewerk

Am 1. Februar rückten die Preußen von Kiel aus über die Eider und setzten bei Arnis auf einer rasch geschlagenen Brücke über die Schlei, während die Österreicher von Neumünster aus über die von den Dänen gänzlich geräumte Festung Rendsburg nordwärts marschierten und nach den hitzigen Treffen bei Gottorf, Oberselk u. a. O. sich dem Danewerk näherten, das im Süden der Stadt Schleswig sich in weiter Ausdehnung von Westen nach Osten hinzog. Da fürchtete der dänische Oberfeldherr de Meza, daß er nicht imstande sein dürfte, die weitgezogene Festungslinie mit gehörigem Nachdruck zu verteidigen, und daß die Preußen gegen Flensburg ziehen und ihm den Rückweg abschneiden würden, und gab in der Nacht das Danewerk auf. Während nun Gablenz mit der österreichischen Armee dem Feinde auf dem geraden Wege nachsetzte, sollte Prinz Friedrich Karl von Kappeln aus auf Flensburg losrücken, um wo möglich die Dänen abzuschneiden, und General von Mülbe weiter westwärts auf dem sogenannten „Ochsenweg" über Husby und Schuby dieselbe Richtung einschlagen. Da aber letzterer den Marschbefehl zu spät erhielt, der Weg von Kappeln weiter und bei dem eingetretenen Frost und Glatteis beschwerlicher war, so erhielten die Dänen einen Vorsprung. Nur die österreichische Vorhut erreichte den dänischen Nachzug bei dem Dorfe Oeversee und erfocht hier nach heftigem Kampfe einen glänzenden Sieg. Darauf wurde Flensburg ohne Widerstand besetzt, nachdem die dänische Armee teils im Sundewitt hinter den Düppeler Schanzen eine feste Stellung eingenommen, teils ihren Rückzug auf Fridericia fortgesetzt hatte.

3. Febr.

5./6. Febr.

6. Febr

7. Febr.

Unsicherheit der Lage

In Kopenhagen war die Volksmasse so aufgeregt, daß das Ministerium sich veranlaßt sah, durch die Entlassung des Oberfeldherrn de Meza der Volkswut ein Opfer zu bringen. Mit dem Vorrücken der deutschen Truppen in Schleswig mehrten sich auch hier die Manifestationen zugunsten des „Herzogs"; daß aber trotzdem dessen Zuversicht auf einen glücklichen Ausgang noch nicht fest wurzelte, bewies sein Schreiben an Napoleon, in welchem er die Unterstützung des französischen Kaisers zur Geltendmachung seiner Ansprüche anrief. Die beiden Großmächte, vor allem Preußen, untersagten alle Kundgebungen für den Augustenburger und erweckten die Befürchtung, daß die Herzogtümer doch schließlich wieder in irgendeiner Form mit Dänemark vereinigt würden. Zugleich litten die deutschen Seestädte große Verluste, da die Dänen die Seehäfen in Blockade erklärten und die deutschen Schiffe wegfangen ließen. Aus all dieser Ungewißheit und all diesen Schwierigkeiten trat die deutsche Waffenehre um so glänzender hervor.

Doppelter Vormarsch

In Flensburg beschloß Wrangel, zwei Operationen zu gleicher Zeit auszuführen: während das preußische Hauptheer unter Friedrich Karl Befehl erhielt, gegen die Düppeler Schanzen vorzurücken, sollte die österreichische Armee in Verbindung mit einer Abteilung preußischer Garden ganz Schleswig bis zur Königsau besetzen. Diesem Plane entsprechend zogen die Preußen auf der Nordseite des Flensburger Meerbusens nach Gravenstein, wo der Prinz sein Hauptquartier aufschlug, pflanzten gegenüber, auf der Landspitze von Holnis, eine Batterie auf, um gegen die dänischen Fahrzeuge, besonders das starke Panzerschiff „Rolf Krake", zu feuern, und besetzten, nachdem sie über den Ekensund eine Brücke geschlagen hatten, die Halbinsel Broacker, so daß sie zu gleicher Zeit von Süden und Norden gegen die Düppeler Schanzen vorgehen konnten. Die andere Hauptabteilung rückte, fast ohne auf Widerstand zu stoßen, über Apenrade, Hadersleben und Christiansfeld an die Grenze vor und zog am 18. Februar sogar in Kolding, die erste Stadt auf jütischem Boden, ein. Die Bedenken Österreichs gegen ein weiteres Vorrücken wurden durch den nach Wien gesandten General Manteuffel zerstreut und die Eroberung Jütlands beschlossen. Während Gablenz nach einem hitzigen Gefechte sich des Ortes Veile bemächtigte und den Feind nach Horsens drängte, rückten die Preußen, nachdem sie durch die Treffen von Gudsöe und Heisekrug die kleine Niederlage gerächt hatten, welche die Husaren acht Tage

8. März

zuvor bei einem Überfall erlitten hatten, auf Fridericia los. Die Hoffnung, durch ein
21., 22. März zweitägiges Bombardement die Stadt zur Übergabe zu bringen, ging jedoch nicht in Erfüllung; man mußte zur Einschließung schreiten. Damit wurden die österreichischen Truppen beauftragt, während die Preußen bis auf einen kleinen Teil nach Schleswig zurückkehrten, um bei dem beabsichtigten Sturm auf Düppel mitzuwirken.

Erstürmung der Düppeler Schanzen

Hier war während dieser Zeit ein scharfer Belagerungs- und Verteidigungskrieg mehrere Wochen hindurch geführt worden ohne eine entscheidende Wendung. Erst gegen Ende des
15. März März, als die Kunde von der kühnen Landung preußischer Mannschaften auf der Insel Fehmarn und von dem rühmlichen Seegefecht, das ein kleines preußisches Geschwader unter
10. März Kapitän Jachmann gegen die dänische Kriegsflotte auf der Höhe von Rügen bestanden hatte, den Mut der Armee neu belebt hatte, wurde beschlossen, aus dem Belagerungskampf zum Sturmangriff überzugehen. Schon am 15. März hatten die Strandbatterien den „Rolf Krake" in die Flucht getrieben und das Städtchen Sonderburg auf Alsen beschossen; zwei Tage später eroberten einige Bataillone unter schweren Kämpfen die festen Stellungen von Rackebüll und Wester-Düppel. Am 28. März wurde die erste Parallele eröffnet, und in drei Wochen stand man unmittelbar vor den sechs stärksten, durch Graben, Palisaden, Sturmpfähle und
18. April andere Hindernisse geschützten Schanzen, auf welche dann am 18. April der Hauptsturm eröffnet wurde. Es war ein furchtbarer Tag, der an 1100 tapfere Krieger der preußischen Armee, darunter 70 Offiziere, tot oder verwundet in den Schanzwerken niederwarf, aber es war ein Tag des Ruhmes in der Kriegsgeschichte Preußens. Am Abend waren die blutig erkämpften Düppeler Schanzen in preußischen Händen und die Dänen auf die Insel Alsen zurückgeworfen. Mit gehobenem Gefühle vernahm man in ganz Deutschland die frohe Botschaft von den glorreichen Kämpfen; und je mehr die Einzelheiten des kühnen Schanzenkrieges in die Öffentlichkeit drangen, desto mehr stieg die Bewunderung der Todesverachtung, welche alle, Linie und Landwehr, Offiziere und Gemeine, in gleicher Weise an den Tag gelegt hatten. Die Heeresabteilungen hatten um die Ehre gestritten, bei der Anordnung der Sturmkolonnen vorangestellt zu werden, so daß das Los die Reihenfolge entscheiden mußte, und als die Palisaden den Anstürmenden eine unüberwindliche Schranke entgegenstellten, wobei jede Minute Aufenthalt bedeutende Opfer forderte, da bahnte der westfälische Landwehrmann Klinke seinen Kameraden eine Gasse, indem er unter Selbstaufopferung mittelst einer Pulverexplosion einen Teil der Schanzpfähle einriß. König Wilhelm selbst eilte auf den Kriegsschauplatz, um der siegreichen Armee seine Zufriedenheit auszusprechen.

Besetzung Jütlands

Die Dänen machten nun keine Anstrengungen mehr, das Festland zu behaupten. Ihre ganze Aufmerksamkeit war auf die Inseln und den Seekrieg gerichtet. Als daher ein Teil der preußischen Truppen aus dem Sundewitt wieder nach Jütland zog, um, mit den Österreichern vereinigt, auch dieses Land in Besitz zu nehmen, leisteten sie fast keinen Widerstand mehr. Ehe noch die Verbündeten Anstalten zur Belagerung von Fridericia trafen,
28. April verließen die dänischen Besatzungstruppen die Festung. Da konnte nun Wrangel von Veile aus die gesamte Streitmacht in zwei Flügeln nach Norden entsenden, damit der rechte die Stadt Aalborg, der linke Skive besetze. Als am 12. Mai zur Abhaltung der Londoner Konferenzen eine Waffenruhe eintrat, war die ganze Halbinsel bis zum Limfjord in den
Seekrieg Händen der Deutschen. Nur zur See erlebten die Dänen noch einen kleinen Triumph. Ein österreichisches Geschwader unter Admiral Tegethoff segelte aus dem Mittelmeer in die
9. Mai Nordsee; in der Nähe von Helgoland traf es mit einem stärkeren dänischen Kriegsgeschwader zusammen, und es kam zu einem Seetreffen, in welchem zwei österreichische Schraubenfregatten (Schwarzenberg und Radetzky) einigen Schaden litten. Aber wie sehr auch in England dieser dänische Sieg gepriesen wurde, die Tüchtigkeit der deutschen Seeleute war dabei so glänzend zutage getreten, daß die Dänen eine Verfolgung nicht wagten.

Londoner Konferenz

§ 239. Die Londoner Konferenz. Alsen. Friede von Wien.

Als dies Gefecht stattfand, waren die Bevollmächtigten der europäischen
25. April 1864 Staaten bereits in London versammelt, um auf einer Konferenz „die Mittel zu suchen, dem Norden Europas die Segnungen des Friedens wiederzubringen". Auch der Deutsche Bund war durch den sächsischen Minister v. Beust vertreten. Während der Verhandlungen sollte eine Waffenruhe eintreten, die, am 12. Mai beginnend, zuerst auf einen Monat festgesetzt, dann noch um weitere vierzehn Tage verlängert wurde. In einer Note vom 15. Mai erklärte Bismarck, daß, nachdem preußisches Blut geflossen, für Preußen das Londoner Protokoll hinfällig geworden

sei, und ließ dies am 17. Mai unter Zustimmung Österreichs auch auf der Konferenz bekannt geben; dann schlugen Österreich und Preußen vor, aus Schleswig und Holstein einen Sonderstaat zu bilden, der mit Dänemark nur durch Personalunion verbunden sei. Aus Deutschland erhob sich lautes Wutgeschrei bei dieser Kunde; Beust verlangte die Bildung eines selbständigen deutschen Bundesstaates. Alle diese Vorschläge wurden aber abgewiesen, ebenso eine Teilung Schleswigs nach der Sprachgrenze, eine Einsetzung Herzog Friedrichs und eine Volksabstimmung nach Napoleons Vorschlag, dem Bismarck entgegenkam, ohne bindende Zusagen zu machen. Bei der Abneigung Dänemarks, das auf den Beistand Englands vertraute, irgendwelche Zugeständnisse zu machen, ging die Konferenz erfolglos auseinander. 25. Juni
Indes die dänischen Hoffnungen auf Englands Unterstützung erwiesen sich als trügerisch. Weder der Einfluß der dänischen Gemahlin des Prinzen von Wales, Alexandra, noch Schmähreden, die in England ertönten, waren vermögend, das Ministerium Palmerston-Russel zum bewaffneten Eintreten zu bewegen. Der erneuerte Waffengang nahm daher rasch eine für die Dänen ungünstige Wendung.

In der Nacht vom 28. auf den 29. Juni schritt Prinz Friedrich Karl, der an der Stelle Wrangels den Oberbefehl über die gesamte Streitmacht erhalten hatte, zum Angriff auf Alsen, eine Kriegstat, die dem Düppeler Schanzensturm an Kühnheit kaum nachstand. In aller Stille setzten die Truppen unter dem Befehle des Generals Herwarth v. Bittenfeld gegenüber von Arnkiels (nördlich von Sonderburg) auf zahlreichen Booten über den Alsensund, während die Dänen aus den Batterien und Schützengräben ein heftiges Feuer unterhielten, und rückten auf Ulkebüll, wo General Steinmann die dänischen Streitkräfte an sich gezogen hatte; das Panzerschiff „Rolf Krake" wurde durch die preußischen Strandbatterien in Schach gehalten. Bei Kjär von den Preußen zurückgeschlagen, wichen die Dänen südwärts, Sonderburg in Flammen setzend, nach dem Hörup-Haff, um die stark befestigte und schwer zugängliche Halbinsel Kekenis zu gewinnen. Aber so sehr hatten sie alle Zuversicht verloren, daß sie in der nächsten Nacht und am folgenden Tage nach der Insel Fünen hinübergingen, so daß die Preußen auch die Halbinsel Kekenis ohne Widerstand nahmen und somit im Besitz der ganzen Insel Alsen waren. Ähnlich erfolgreich waren die Unternehmungen in Jütland. Als General Heydermann-Lindencrone den Fall von Alsen und das Anrücken der österreichisch-preußischen Truppen nach Skive und Aalborg vernahm, schiffte er in Frederikshavn seine Mannschaften nach Seeland ein. Ungehindert drangen nun die Preußen bis nach Skagen, dem nördlichsten Punkte der Halbinsel, vor, indes die Österreicher über den Limfjord setzten und von der Insel Mors mit der Stadt Nykjöbing Besitz nahmen. Zu gleicher Zeit brachte das österreichische Kriegsgeschwader die westfriesischen Inseln Romöe, Sylt, Amrum, Föhr u. a. in seine Gewalt, zwang den dänischen Seekapitän Hammer, wegen seiner Wut gegen alle Deutschen „der Tyrann von Sylt" genannt, zur Ergebung und bemächtigte sich der Fahrzeuge, welche so lange der Schrecken der Inseln und der westlichen Küstenländer gewesen waren.

Alsen
1. Juli
Krieg in Jütland
Mitte Juli
19. Juli

Diese Unfälle brachen endlich den Starrsinn der Dänen. Eine Landung auf Fünen oder Seeland lag nun nicht mehr außer dem Bereiche der Möglichkeit. Darum beschloß Christian IX., durch unmittelbare Verhandlungen mit Österreich und Preußen einen Ausgleich herbeizuführen. Die Entlassung des „eiderdänischen" Ministeriums Monrad war die Einleitung zu einem Waffenstillstand, während dessen in Wien über die Grundlagen eines Friedens verhandelt werden sollte. Bei diesen Konferenzen war der Deutsche Bund nicht vertreten. Dieser Mangel an Rücksicht, verbunden mit dem Vorgehen der Preußen in Rendsburg, wo infolge von Streitigkeiten zwischen Preußen und hannöverisch-sächsischen Bundestruppen Prinz Friedrich Karl den Bundesgeneral v. Hake zum Abzug nötigte, erhöhte die zwischen den deutschen Großmächten und dem Bundestage obwaltende Spannung. Ein tiefes Mißtrauen, Preußen trage sich mit der Idee, die Herzogtümer zu

Die Großmächte u. der Bundestag
8. Juli
20. Juli
21. Juli

„annektieren" oder doch unter eine Art Schutzherrschaft zu stellen, griff immer weiter um sich. Dennoch wagte man in Frankfurt in der Erbfolgefrage keine Entscheidung zu treffen. Vielmehr erging, wie früher an den Augustenburger, so nun auch an den Großherzog von Oldenburg, der gleichfalls als Thronbewerber aufgetreten war und seine eigenen Anrechte durch die ihm von dem verwandten russischen Herrscherhaus durch Zession übertragenen verstärkte, die Aufforderung, seine Erbansprüche in einer genealogischen Begründungsschrift nachzuweisen. Die Friedenspräliminarien, auf deren Grundlage der Friede von Wien zum Abschluß kam, waren nicht geeignet, dieses Mißtrauen zu heben.

1. Aug.

30. Okt.

Wiener Frieden

Ohne über das künftige Schicksal der besetzten Länder eine Bestimmung oder nur eine Andeutung zu enthalten, sagten die Friedensartikel nur, daß der König von Dänemark auf alle Rechte an die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zugunsten des Königs von Preußen und des Kaisers von Österreich Verzicht leiste und sich dabei verpflichte, die Dispositionen anzuerkennen, welche die genannten Majestäten hinsichtlich dieser Herzogtümer treffen würden; sodann wurde festgesetzt, wie die Grenze zwischen Schleswig und Jütland gezogen, wie die Enklaven ausgeglichen, und welche Inseln als zu Schleswig gehörend und in die Abtretung einbegriffen betrachtet werden sollten, und endlich, wie die Staatsschulden und Kriegskosten zu verteilen und die Entschädigungen für die weggenommenen deutschen Schiffe zu leisten seien.

Bedeutung des Friedens

So manche Bedenken auch gegen einen solchen Friedensschluß laut werden mußten, der für die Herzogtümer den Kondominat der beiden deutschen Großmächte schuf, aber gerade hierin die schwierigste Frage der Zukunft in sich barg, eine große Errungenschaft hatte der Krieg und der Friede doch gebracht: die deutsche Nordmark war wiedergewonnen. Für Preußen bedeutete er noch mehr: Bismarck hatte die Zügel in Deutschland übernommen, Österreich hatte sich sogar gegen seine Interessen von ihm führen lassen, die Schmach von Olmütz war gesühnt.

B. Österreich und Preußen bis zum Vertrage von Gastein.

Kondominat

§ 240. Schleswig-Holstein. Obwohl über das endliche Schicksal der Herzogtümer in dem Friedenstraktat nichts gesagt worden war, hatte Bismarck doch durchblicken lassen, daß Preußen auf die durch den rühmlichen Kampf gemachten Eroberungen nicht so leicht verzichten und vor allen Dingen sich nicht durch den deutschen Bundestag bestimmen lassen werde.

Nov. 1864

Demgemäß forderte das Berliner Kabinett, da die fernere Besetzung des Landes durch Bundesmilitär „gegenstandlos" geworden sei, daß die Exekutionstruppen abziehen sollten. Da dieser Aufforderung nicht sogleich Folge geleistet wurde, so zogen die Preußen um Altona, den Sitz der Bundeskommissare, eine ansehnliche Streitmacht zusammen. Darauf wurde an Hannover und Sachsen das Verlangen gestellt, ihre Truppen und Kommissare abzurufen, ohne auf die Entscheidung des Bundestages zu warten. In Hannover zeigte man sich bereit; dagegen erklärte Sachsen, es werde nur einem Bundesbeschluß Folge geben. Nun legte sich Österreich ins Mittel, um in Frankfurt eine annehmbare Form zum Nachgeben zu schaffen.

5. Dez.

Die beiden Großmächte stellten den Antrag, das Exekutionsverfahren für beendigt zu erklären, und erwirkten die Abberufung der Truppen und der Kommissare des Bundes; anstatt der hannöverisch-sächsischen Bundeskommissare übernahmen nun die Zivilkommissare der deutschen Großmächte

11. Dez.

die Verwaltung. Doch galt Preußen als die gebietende Macht: das Post- und Telegraphenwesen in Holstein wurde unter preußische Leitung gestellt, in Schleswig unter v. Zedlitz eine neue Landesregierung eingesetzt und nach Lauenburg ein preußisches Garderegiment gelegt. In Wien war man von dieser Wendung der Dinge wenig erbaut und suchte wieder zu einer selbständigen Politik zu gelangen: der Minister des Auswärtigen, Graf Rechberg, wurde durch den Grafen von Mensdorff-Pouilly ersetzt; aber mit überlegener Staatskunst wußte Bismarck auch jetzt noch den alten Rivalen bei der bisherigen Politik festzuhalten. Ohne sich über seine Absichten näher auszusprechen, lehnte das Berliner Kabinett den Vorschlag Österreichs, die durch den Frieden erworbenen Souveränitätsrechte vorläufig an den Prinzen Friedrich zu übertragen, ab, indem es erklärte, als Vorbedingung müsse Preußen „zur Sicherung seiner staatlichen Interessen und der allgemeinen Interessen Deutschlands verlangen, daß die Militärorganisation der Herzogtümer zu der seinigen in ein festes Verhältnis gesetzt und die Seestreitkräfte derselben für die preußische Marine nutzbar gemacht würden". Wie laut auch die Oppositionspresse sich gegen die „Gewaltpolitik" des Ministers aussprach, im Bewußtsein seiner hohen Ziele blieb Bismarck fest; mit dem neuen Jahre erfolgte die Verkündigung des zwischen den beiden Mitbesitzern vereinbarten Provisoriums mit einer gemeinsamen schleswig-holsteinischen Landesregierung. Allmählich aber befreundete sich dann die öffentliche Meinung auch mit dem Gedanken, die Herzogtümer in engere Verbindung mit Preußen zu setzen. 12. Jan. 1865

Die öffentliche Meinung

Man machte geltend, daß nur ein starker Staat das eroberte Land für alle Zukunft der deutschen Nation zu erhalten vermöge; man hatte nichts gegen das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung, meinte aber, dasselbe dürfe den berechtigten Forderungen Preußens keinen Abtrag tun. Diese Strömung wurde verstärkt, als die Zweifel über die Erbberechtigung des Augustenburgers wuchsen und die Zahl der Prätendenten sich mehrte. Es half nichts, daß durch gründliche Schriften der Nachweis geliefert wurde, daß Friedrich von Augustenburg der erbberechtigte Herzog sei, daß die juristischen Fakultäten der angesehensten deutschen Universitäten sich für sein Recht aussprachen. Die Ansicht, daß auf genealogisch-historischem Wege sich kein sicherer Rechtsanspruch auf das gesamte Land nachweisen lasse, daß Rechtsdeduktionen aus verjährten Vertragsbestimmungen vor der Macht realer Verhältnisse weichen müßten, gewann immer breiteren Boden. Eine Äußerung Preußens auf der Londoner Konferenz zugunsten der Augustenburger Ansprüche wurde als „diplomatischer Schachzug" erklärt. Und um den Ansprüchen der Juristenfakultäten ein Gegengewicht zu bieten, holte man das Gutachten der preußischen Kronjuristen ein. Diese sprachen sich in ihrer Mehrheit dahin aus, daß nur Preußen und Österreich kraft des Wiener Friedens ein Anrecht auf die Herzogtümer hätten. Selbst in Schleswig-Holstein wurde für die Verbindung mit dem preußischen Staat agitiert. Aber die Erklärung der siebzehn Rittergutsbesitzer, welche auf Anregung des Freiherrn von Scheel-Plessen sich für den „engsten Anschluß" an Preußen aussprachen, und der „nationalen" Partei, welche die volle Militärhoheit zu Land und zu Wasser, die diplomatische Vertretung und die handelspolitische Führung der Krone Preußen für alle Zeiten übertragen wissen wollte, wurde durch zahlreiche Gegenerklärungen überboten. Die Mehrzahl der Bevölkerung wünschte, daß Friedrich von Augustenburg auf Grund des Erbrechts und des Volkswillens zum Herzog von Schleswig-Holstein eingesetzt werde, und daß es dann ihm überlassen bleiben sollte, im Verein mit der legalen Ständeversammlung sich über einen „näheren Anschluß" mit Preußen zu verständigen. Aber in Berlin war man nicht gewillt, die Modalitäten dieses näheren Anschlusses 2. Dez. 1864 12. Febr. 1865

Die Forderungen Preußens

von dem guten Willen des Landesherrn und der Stände abhängig zu machen und den Preis der kriegerischen Anstrengungen gegen unsichere Hoffnungen aus der Hand zu geben, zumal da in den Herzogtümern bei einer großen Partei der dynastische und landschaftliche Partikularismus die deutsch-nationalen Gesichts-

1. Juni 1864 punkte überwog. Auch hatte der Augustenburger in einer Unterredung mit Bismarck in Berlin keinen Zweifel darüber gelassen, daß er in den Fußstapfen des alten Deutschen Bundes weiterwandeln wolle. Er hatte die ihm für seine Anerkennung gestellten Bedingungen: eine Militärkonvention mit Preußen, Beitritt zum Zollverein, Bau eines Nord-Ostseekanals, Erhebung Rendsburgs zur Bundesfestung und Kiels zur preußischen Marinestation, abgelehnt und erklärt, daß er ohne Zustimmung der schleswig-holsteinischen Stände sich keiner Schmälerung seiner Souveränetät unterwerfen könne, sondern alles der Zukunft

22. Febr. 1865 anheimstelle und sich gegenwärtig zu nichts verpflichte. Bismarck legte nun dem Wiener Kabinett die Bedingungen vor, unter denen die preußische Regierung geneigt sei, über die Zession der Herzogtümer an einen eigenen Souverän sich mit Österreich zu verständigen. Das kaiserliche Ministerium erklärte jedoch, ein Herzog von Schleswig-Holstein, der mit den von Preußen verlangten Beschränkungen eingesetzt würde, könne unmöglich als gleichberechtigtes Mitglied in den Deutschen Bund eintreten. Da Preußen diese „Februarforderungen" nicht durchzusetzen hoffen konnte, weder bei den augustenburgisch gesinnten Schleswig-Holsteinern, noch bei Österreich, das sich ohne eine „äquivalente Abfindung" nicht aus seinem Mitbesitzungsrecht drängen lassen wollte, noch auch bei dem Herzog, so hielt es die Besitzungen zunächst als materielles Pfand fest, bis günstige Umstände den näheren Anschluß gestatten würden.

Innere Lage Preußens

§ 241. Die Gasteiner Konvention. Ebenso fest wie nach außen blieb Bismarck in der inneren Politik. Allerdings erfüllte sich die Hoffnung, daß unter dem Eindruck des Kriegsruhmes nunmehr die durch die Tat bewährte Heeresorganisation bewilligt werden würde, nicht. Als die Volksvertretung nicht nur bei den Vorlagen der Regierung über die Kriegskosten in der alten Opposition verharrte, sondern auch den geforderten Kredit zur Befestigung des Kieler Hafens verweigerte, weil derselbe noch nicht in festem Besitze Preußens sei, da wurden die Ab-

17. Juni 1865 geordneten wiederum ungnädig entlassen und der Staatshaushalt nach der Lückentheorie (§ 220) fortgeführt. Zugleich aber bekundete die Verlegung der preußischen Flottenstation von Danzig nach Kiel, daß Preußen entschlossen war, im Besitz dieses Hafens zu bleiben. Ungeachtet dieses inneren Kampfes blieb Bismarck Österreich gegenüber fest, selbst auf die Gefahr eines Krieges. Zu einem solchen freilich war Österreich wegen seiner inneren Lage wenig gerüstet. Wir wissen, daß die Februarverfassung der

Österreich nichtdeutschen Bevölkerung widerstrebte (§ 194). Als nun der Reichsrat in den Verhandlungen über die Finanzlage an dem Ministerium Schmerling eine scharfe Kritik übte, reifte in den Hofkreisen, wo der aus dem bürgerlichen Mittelstande hervorgegangene Ministerpräsident wenig Gönner zählte, der Plan, sich des unbequemen Reichsrates zu entledigen und mit Ungarn eine Verständigung zu versuchen.

Ungarn

Was Bismarck einst in einer vertraulichen Unterredung geäußert hatte, Österreich möchte den Schwerpunkt des Reichs von Wien nach Ofen verlegen, schien jetzt zur Wahrheit zu werden. Ein mit großer Feierlichkeit unternommener

Juni 1865 Besuch des Kaisers in Pesth und die Erhebung des Grafen Mailath zum ungarischen Hofkanzler war die Einleitung zu einem Systemwechsel. Schmerling und seine gleichgesinnten Amtsgenossen nahmen ihre Entlassung, und der böhmische

27. Juli Graf Belcredi erhielt den Auftrag, ein neues Ministerium zu bilden. Nun

traf man einleitende Schritte, um Siebenbürgen und Kroatien, welche seit der Revolution aus dem ungarischen Reichsverbande ausgeschieden waren, wieder in das alte Verhältnis zurückzuführen, so sehr auch diese slawisch-deutschen Provinzen die Herstellung der magyarischen Vorherrschaft fürchteten, und durch ein kaiserliches Manifest wurde der engere und weitere Reichsrat, mithin die Februar- 20. Sept verfassung „sistiert". Die Rückkehr zum Absolutismus mit Einzellandtagen in den Kronländern und die Fortdauer des Konkordats versetzten dem deutschen Element und der liberalen Partei harte Schläge; vergeblich baten die Landtage der deutschen Reichsgebiete um Wiederherstellung der Februarverfassung. Seitdem bildeten die „Autonomisten" in allen nichtdeutschen Kronländern eine geschlossene Partei gegen die „Zentralisten". Aber die Versöhnung mit Ungarn ging doch nicht so rasch von statten, als man in Wien gehofft haben mochte. Zwar wurde bei der Eröffnung des ungarischen Landtages die Theorie der „Rechts- 14. Dez. 1865 verwirkung durch die Revolution" aufgegeben und die „Rechtskontinuität", sowie die formelle Gültigkeit der Gesetze von 1848 anerkannt, aber während die Regierung verlangte, daß dieselben vor der Einführung einer Revision unterworfen werden sollten, drangen die Ungarn darauf, daß ihre Ausführung der Revision vorauszugehen habe; nur auf diese Weise werde die Rechtskontinuität außer Frage gestellt.

Diese Zerwürfnisse in Österreich, verbunden mit der schwierigen Finanzlage des Kaiserstaats, kamen dem Berliner Kabinett in der Frage der Elbherzogtümer zu statten. Umsonst hatte schon im März der Bund die 27. März 1865 „vertrauensvolle Erwartung" ausgesprochen, es möge den Regierungen von Österreich und Preußen gefallen, dem Erbprinzen von Augustenburg das Herzogtum Holstein in eigene Verwaltung zu geben; und wie sehr die Opposition auch die innere Politik Bismarcks bekämpfte: wo die Machtstellung Preußens in Frage kam, trug sie doch Bedenken, sich auf die gegnerische Seite zu stellen. Das preußische Volk befreundete sich sogar mehr und mehr mit dem Gedanken einer „Annexion", besonders seitdem auch der letzte Versuch Bismarcks, durch Vermittlung des bayerischen Ministers v. d. Pfordten, den Herzog zur Anerkennung der Februarbedingungen zu bewegen, erfolglos geblieben war; die Rechtsfrage kam schließlich doch weniger in Betracht, als das vaterländische Interesse. Freilich mußte Bismarck auch darauf Rücksicht nehmen, daß der König einem Kriege mit Österreich widerstrebte. In Karlsbad, wohin er den König begleitete, suchte er des- Juli halb das Wiener Kabinett durch Klagen über die Umtriebe der augustenburgischen Partei und durch Andeutungen eines möglichen Krieges zu neuen Zugeständnissen zu bewegen, und während des Aufenthaltes des Königs in Gastein willigte Österreich, um nicht in einen ungelegenen Krieg hineingerissen zu werden, in die Gasteiner Konvention. Darin kam Gastein 14. Aug. man überein, daß die Herzogtümer noch ferner im gemeinschaftlichen Besitz bleiben sollten, in der Art, daß die Verwaltung Schleswigs an Preußen, die Holsteins an Österreich überlassen, das Herzogtum Lauenburg dagegen an Preußen um die Summe von $2^1/_2$ Millionen dänischer Reichstaler abgetreten würde. Außerdem sollte Preußen den Kieler Hafen mit dem Rechte der Befestigung, die Mitbesetzung von Rendsburg und die Oberaufsicht über den zu erbauenden Nord-Ostseekanal erhalten.

Die Konvention von Gastein fand viel Widerspruch: viele waren un- Wirkung der Konvention zufrieden über ein Abkommen, welches die Herzogtümer auseinanderriß und Land und Volk von Lauenburg „wie eine Herde" um harte Taler verkaufte; die thüringischen Fürsten protestierten gegen die Verfügung über

Lauenburg und beantragten ein Austrägalverfahren (§ 71), England und Frankreich beschwerten sich über die Nichtbeachtung des Nationalitätsprinzips in Schleswig und wahrten sich das Recht, bei der endgültigen Entscheidung ein Wort mitzureden; und obwohl der König die für Lauenburg festgesetzte Summe aus seiner Privatkasse bezahlte, bestritt ihm später das Abgeordnetenhaus das Recht des Erwerbs ohne Zustimmung der Volksvertretung, da nach der Verfassung der König nicht Herrscher „fremder Reiche" sein könne. Aber wie viele Anstände auch erhoben wurden: vielfach regte sich doch bereits die Ahnung, daß die Ereignisse, so wirr dermalen auch noch die Lage schien, zum Heile der Nation sich wenden würden. In Schleswig richtete der neue Gouverneur, General Edwin v. Manteuffel, ein strenges Regiment auf, indem er den Beamtenstand in preußischem Sinne „purifizierte" und allen augustenburgischen Demonstrationen scharf entgegentrat. Holstein dagegen hatte sich unter dem österreichischen Statthalter, dem leutseligen Feldmarschallleutnant v. Gablenz, einer nachsichtsvolleren Behandlung zu erfreuen; er wolle nicht, äußerte er mit unverkennbarer Anspielung, daß man einst bei seinem Abgange sage, „er habe wie ein türkischer Pascha regiert". Aber Preußens Einfluß war überwiegend, und
15. Sept. 1865 der König erhob den Ministerpräsidenten v. Bismarck zum Zeichen seiner Zufriedenheit in den Grafenstand.

Zweites Kapitel.

Der Krieg von 1866 und seine Folgen in Deutschland und Italien.

A. Der Waffengang.

Preußen u. Österreich

§ 242. Verhandlungen und Kriegsbeschluß. Die Übereinkunft von Gastein schuf nur eine kurze Friedenspause. Bismarck wußte das und
Okt. 1865 suchte in einer Zusammenkunft mit Napoleon in Biarritz sich über dessen Absichten zu unterrichten, ein Vorgang, der vielfach, wenn auch fälschlich, mit Cavours Reise nach Plombières (§ 213) verglichen wurde. In der Frage der Herzogtümer betonte Österreich mehr und mehr den „bundesrechtlichen" Standpunkt und duldete in Holstein Kundgebungen zugunsten
23. Jan. 1866 des Prinzen von Augustenburg. Als in Altona eine Massenversammlung ihre Sympathien für den „rechtmäßigen, geliebten Herzog Friedrich" kund-
26. Jan. gegeben hatte, unterwarf Bismarck in einer scharfen Note an das österreichische Kabinett dessen Verhalten einer einschneidenden Kritik. Er verlangte, daß der Status quo in Holstein aufrecht erhalten werde, gleichwie auch Preußen verpflichtet sei, denselben in Schleswig zu beobachten. Sonst müßte Preußen die Überzeugung gewinnen, daß Österreich nicht auf die Dauer gemeinsame Wege mit ihm gehen wolle, und die volle Freiheit zurücknehmen, um von derselben den seinen Interessen entsprechenden
7. Febr. Gebrauch zu machen. Die Antwort des Grafen Mensdorff wies die preußischen Klagen energisch zurück. Nun hatte Preußen die Regierungen des
Dez. 1865 Zollvereins zu einem Handelsvertrag mit Italien veranlaßt. Dies wurde in Wien als Einleitung zu einer politischen Allianz angesehen, und als
28. Febr. 1866 bald nach einer Ministerberatung unter des Königs Vorsitz, zu welcher

auch der Chef des Generalstabs v. Moltke, der Gouverneur von Schleswig v. Manteuffel und der preußische Gesandte in Paris, Graf v. d. Goltz, berufen waren, der italienische General Govone in Berlin ankam, hegte man keinen Zweifel mehr, daß ein Bündnis zwischen Preußen und Italien gegen Österreich im Werke sei. Die Antwort Bismarcks auf die freundschaftliche Erkundigung des österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Karolyi, über den Sinn seiner Erklärung: „Österreich und Preußen träten nun wieder in das Verhältnis zurück, in dem sie sich vor dem dänisch-deutschen Krieg befunden", bestärkte die kaiserliche Regierung in ihrem Glauben. In einem von dem Kaiser versammelten Marschallsrate, dem Feldzeugmeister Benedek anwohnte, gewann die Kriegspartei die Oberhand. Es wurden ausgedehnte Rüstungen angeordnet, um zu gleicher Zeit gegen Italien und gegen Preußen auftreten zu können. Der schwere Konflikt des Ministeriums Bismarck mit dem Abgeordnetenhaus, welcher in der Anklage Twestens und Frentzels wegen ihrer Kammerreden und in der Gutheißung dieser dem Art. 84 der Verfassungsurkunde widersprechenden Klage durch das Obertribunal seinen Höhepunkt erreichte und den vorzeitigen Schluß des Landtags herbeiführte, der Widerwille gegen einen „Bürgerkrieg", der sich an vielen Orten Preußens laut kundgab, die Abneigung der meisten deutschen Bundesregierungen gegen die preußische Politik, dies alles erfüllte Österreich mit der Hoffnung, der Überhebung Preußens eine ähnliche Demütigung bereiten zu können wie im Jahre 1850 (§ 188).

10. März

11. März

9. Mai

Zu dem Zwecke näherte sich Österreich immer mehr dem Bundestage; es ließ den Bundesregierungen mitteilen, daß es in Berlin die bestimmte Anfrage stellen werde, ob Preußen die Gasteiner Konvention gewaltsam zu zerreißen gedächte, und bat um eine Mitteilung, ob man in Wien auf ihre Unterstützung rechnen könne für den Fall, daß man gegenüber dem drohenden Auftreten Preußens zu kriegerischen Maßregeln für Erhaltung des Friedens genötigt sein würde. Bismarck setzte dagegen in einer Zirkulardepesche die Entstehung des Konfliktes auseinander und wies nachdrücklich auf den Ernst der Lage hin.

16. März

24. März

„Schon durch die geographische Lage wird das Interesse Preußens und Deutschlands identisch;" heißt es wörtlich, „dies gilt zu unsern wie zu Deutschlands Gunsten. Wenn wir Deutschlands nicht sicher sind, ist unsere Stellung gefährdeter als die der anderen europäischen Staaten; das Schicksal Preußens aber wird das Schicksal Deutschlands nach sich ziehen, und wir zweifeln nicht, daß, wenn Preußens Kraft gebrochen wäre, Deutschland an der Politik der europäischen Nationen nur noch passiv beteiligt bleiben würde. Dies zu verhüten, sollten alle deutschen Regierungen als eine heilige Pflicht ansehen und dazu mit Preußen zusammenwirken. Wenn der Deutsche Bund in seiner jetzigen Gestalt und mit seinen jetzigen politischen und militärischen Einrichtungen den großen europäischen Krisen, die aus mehr als einer Ursache jeden Augenblick auftauchen können, entgegengehen soll, so ist nur zu sehr zu befürchten, daß er seiner Aufgabe erliegen und Deutschland vor dem Schicksale Polens nicht schützen werde."

Er fragte darum zugleich bei den einzelnen Regierungen an, ob und in welchem Maße Preußen auf ihre Unterstützung rechnen dürfe, wenn es von Österreich angegriffen oder durch unzweideutige Drohungen zum Kriege genötigt würde. Auf diese Depesche antworteten die deutschen Regierungen teils ausweichend, teils mit Verweisung auf die Bundesverfassung. Ohne Rücksicht auf die in ganz Deutschland sich kundgebenden Demonstrationen für Erhaltung des Friedens erließ nun die preußische Regierung Befehle zu Rüstungen in den am meisten bedrohten Provinzen. Zugleich wurden die Unterhandlungen mit Italien so weit geführt, daß ein Vertrag

Rüstungen

27.–29. März

Vertrag mit Italien 8. April

unterzeichnet werden konnte, worin die Regierung Victor Emanuels sich verpflichtete, den König von Preußen zur Durchführung der von ihm beabsichtigten Reform der deutschen Bundesverfassung selbst mit Waffengewalt zu unterstützen; Preußen dagegen versprach, die Abtretung Venetiens an Italien zu erwirken. Während nun Sachsen und Württemberg durch geheime Rüstungen ihr geringes Vertrauen auf einen friedlichen Ausgleich bewiesen, gewann es nochmals den Anschein, als sollte das blutige Kriegsspiel vermieden oder verschoben werden.

Neue Verhandlungen

Österreich stellte die Absicht eines offensiven Auftretens gegen Preußen in Abrede: die geringfügigen Truppenbewegungen in Böhmen seien durch Judenkrawalle hervorgerufen worden. Preußen erwiderte diese friedlichen Kundgebungen durch die Versicherung, daß auch ihm nichts ferner liege als ein Angriffskrieg, und erklärte sich bereit, die zur Grenzverteidigung erlassene Mobilisierungsorder zurückzunehmen, wenn Österreich, welches mit den Rüstungen vorangegangen sei, auch mit der Abrüstung beginnen wolle. Das kaiserliche Kabinett erklärte sich bereit dazu, sofern Preußen an dem nämlichen Tag oder doch am nächstfolgenden dasselbe tun werde; und als dieses damit einverstanden war, wurde der 25. April als der Anfangstermin der Abrüstungen festgesetzt. Aber ehe dieser Zeitpunkt eintraf, fand man in Wien, daß Venetien von Victor Emanuel bedroht sei, und beschloß daher in einer militärischen Beratung, die Abrüstung nur gegen Preußen eintreten zu lassen, die italienische Armee dagegen auf den Kriegsfuß zu setzen. Dieser Umschlag mußte in Berlin Bedenken erregen: fühlte sich Preußen bedroht, so war es einerlei, auf welcher Seite des Kaiserstaats die Truppenverstärkung stattfand. Eine entschuldigende Depesche des Wiener Kabinetts war nicht vermögend, die Besorgnisse zu zerstreuen, zumal da gleichzeitig der Vorschlag gemacht wurde, „Preußen und Österreich möchten die durch den Wiener Friedensvertrag erworbenen Rechte auf die nordelbischen Herzogtümer demjenigen Prätendenten weiter übertragen, welchem der deutsche Bund die überwiegende Berechtigung zur Erbfolge in Holstein zuerkennen würde". Für den Fall einer Ablehnung auch dieses Vorschlages würde der kaiserlichen Regierung kein anderes Mittel übrigbleiben, als dem deutschen Bund den ganzen Stand der Sache offen darzulegen und ihm anheimzugeben, welche Wege einzuschlagen seien, um zu einer bundesmäßigen Regelung der holsteinischen Angelegenheit zu gelangen. Zugleich würde man die holsteinischen Stände einberufen müssen, um die Stimme des Landes zu vernehmen. Bismarck antwortete, wenn Österreich nicht seine gesamte Heeresmacht in allen Teilen der Monarchie auf den Friedensfuß setze, könne auch von einer Abrüstung Preußens keine Rede sein; er bedauerte, daß die kaiserliche Regierung nicht auch die übrigen Bundesstaaten zur Einstellung ihrer militärischen Vorkehrungen bewogen habe, und erklärte in bezug auf den Vorschlag, die Entscheidung über die Herzogtümer dem Bunde zu übertragen, Preußen sei nicht gesonnen, den in Gemeinschaft mit Österreich erkämpften und durch völkerrechtliche Verträge erworbenen Besitz von anderer Entscheidung als der eigenen freien Entschließung abhängig zu machen, aber stets bereit, mit dem Kaiserstaat direkt über die Bedingungen einer Verzichtleistung auf seinen Anteil zu verhandeln und in der Bundesreform mit demselben zusammenzugehen.

23. April

26. April

30. April

Mittlerweile nahmen die Rüstungen überall immer größere Ausdehnung an. In Preußen wurde die gesamte Heeresmacht in Kriegsbereitschaft gesetzt, und in Italien trat der Minister Lamarmora den Vorsitz des Ministeriums an Ricasoli ab, um den Befehl über die Truppen zu übernehmen. Österreich lehnte die Abrüstung gegenüber Italien ab und übertrug den Oberbefehl in Venetien dem Erzherzog Albrecht, während Feldzeugmeister Benedek zur Nordarmee berufen wurde. Welche Höhe die preußenfeindliche Stimmung und der Haß gegen Bismarck damals erreicht hatte, ging aus dem Mordversuch hervor, den ein irregeleiteter Jüngling, Karl Cohn, gegen den Grafen in Berlin auf offener Straße wagte; nur wie durch ein Wunder entging der Angefallene den Kugeln, die auf ihn abgefeuert wurden. Durch leidenschaftliche Agitationen war der Name Bismarck der Gegenstand des blindesten Volkshasses geworden; seine frühere Reise nach Biarritz gab seinen Gegnern eine Handhabe, ihn eines Einverständnisses mit Napoleon zu beschuldigen. Gegenüber der allgemeinen

8. Mai

7. Mai

Aufregung blieben die Kundgebungen, die sich in Sachsen und andern Staaten für Erhaltung des Friedens oder für Neutralität hervorwagten, ohne alle Wirkung. Die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses 9. Mai verstärkte noch die erbitterte Stimmung. Vergebens versuchte eine zahlreiche Versammlung deutscher Abgeordneten in Frankfurt die andern 20. Mai Staaten, besonders die südwestdeutschen, von einer Teilnahme am Kampfe abzuhalten. Bald sah sich auch Baden, wo die liberale Regierung schon lange von der ultramontanen „Kasino"-Partei angegriffen wurde, zu einer Annäherung an die Nachbarstaaten genötigt, zumal jetzt an Stelle des Freiherrn von Roggenbach der Minister v. Edelsheim die auswärtigen Angelegenheiten im Sinne der österreichischen Bundespolitik leitete. Da tauchte noch einmal die Hoffnung auf, der Frieden könne erhalten werden. Frankreich, England und Rußland ließen eine Einladung zu einem Kon- 28. Mai greß ergehen, auf dem die Fragen der Elbherzogtümer, des italienischen Streites und der Bundesreform gelöst werden sollten. Zugleich wurde von neun Mittelstaaten infolge einer zu Bamberg abgehaltenen Ministerkonferenz 24. Mai ein gemeinsamer Antrag auf gleichzeitige Abrüstung sämtlicher Bundesglieder beim Bundestage eingebracht, und der Großherzog von Baden begab sich nach Pillnitz, um zwischen Sachsen und Preußen eine 2. Juni Verständigung zu vermitteln. Aber König Johann, der kurz zuvor bei Eröffnung des Landtages erklärt hatte, daß auch der Mindermächtige sich entehren würde, wenn er unberechtigten Drohungen nicht mit männlichem Mut entgegenträte, beharrte, besonders durch Beust beeinflußt, bei dem Bunde mit Österreich. Die vorgeschlagene Pariser Friedenskonferenz aber, auf welche Preußen und Italien einzugehen bereit waren, vereitelte das Wiener Kabinett durch den Vorbehalt, „daß keine Kombination auf der- 1. Juni selben zur Verhandlung komme, welche einem der eingeladenen Staaten Gebietserweiterung oder einen Machtzuwachs zuzuwenden berechnet sei". Da unter dieser Beschränkung das Zusammentreten des Kongresses ohne Nutzen sein mußte, erklärte Napoleon denselben für „unmöglich".

So bedurfte es nur eines Anstoßes, um den drohenden Sturm zum Ausbruch zu bringen. Diesen gab die österreichische Regierung, indem sie die schleswig-holsteinische Frage, trotz der ausdrücklichen Erklärung Preußens, daß es die Kompetenz des Bundes in dieser nationalen Sache nicht gelten lasse, dem Bundestag zur Entscheidung vorlegte und zugleich Gablenz 1. Juni 1866 den Befehl sandte, die Stände Holsteins auf den 11. Juni nach Itzehoe einzuberufen, „um die Stimme des Landes über sein künftiges Geschick zu hören". Preußen protestierte gegen dieses Vorgehen, welches einen Bruch 3. Juni des Gasteiner Vertrags in sich schließe; da somit in den Herzogtümern wieder der frühere Zustand des Kondominats eintrete, so erhielt v. Manteuffel Befehl, seine Truppen nach Holstein einrücken zu lassen und zugleich dem österreichischen Statthalter anheimzugeben, Schleswig zu besetzen; doch sollte alles in friedlicher Weise vor sich gehen. Gablenz wartete jedoch die Ankunft der Preußen nicht ab, sondern zog unter Protest mit seinen 11. Juni Truppen nach Altona, begleitet von dem Herzog und der holsteinischen Regierung. Nun nahm Manteuffel, da Gablenz seine Mitwirkung zur Herstellung einer österreichisch-preußischen Verwaltung in früherer Art ablehnte, auch von Holstein Besitz, verhinderte den Zusammentritt der nach Itzehoe berufenen Landstände und stellte den Baron v. Scheel-Plessen als „Oberpräsidenten" an die Spitze der Verwaltung. Gablenz aber erklärte,

Schleswig-Holstein und der Bundestag

daß er seine Streitkräfte nicht nutzlos im ungleichen Kampfe opfern wolle,
11. Juni und begab sich mit ihnen auf der Eisenbahn über Hamburg, Hannover, Hessen-Kassel und Frankfurt zur Nordarmee nach Böhmen. Bayern stellte nun im Bundestage den Antrag auf schleunige Mobilmachung des ganzen Bundesheeres mit Ausnahme der preußischen Armeekorps. In einer außerordentlichen Sitzung am 14. Juni sollte über den österreichischen Antrag entschieden werden. Vergebens protestierte der preußische Gesandte bei Beginn der Sitzung gegen die den Bundesgesetzen und Bundesgebräuchen widerstrebende Behandlung des Antrages, in dessen Annahme seine Regierung eine Kriegserklärung erblicken müßte: der Antrag auf „Kriegs-
14. Juni bereitschaft" kam dennoch zur Verhandlung und wurde mit einfacher Majorität, wobei sich in der Folge noch eine Mandatsüberschreitung des Geheimrats Victor v. Strauß von Lippe-Schaumburg ergab, zum Beschluß erhoben. Darauf erklärte Preußen, daß durch diese verfassungswidrige Abstimmung der Bund aufgelöst sei, und machte zugleich die schon am 10. Juni
Bundesreform den deutschen Regierungen zur Erwägung mitgeteilten Grundzüge der Bundesreform bekannt: ein aus direkter Volkswahl zusammenberufenes Parlament, die Ausschließung Österreichs und die Errichtung einer nördlichen und südlichen Bundesarmee, jene unter Preußens, diese unter Bayerns Führung, bildeten die Hauptpunkte des neuen Verfassungsentwurfes.

Parteien und Volksstimmung Mit dem Beschlusse vom 14. Juni fand der Bundestag sein Ende, und die ganze Nation schied sich in zwei große Heerlager. Zur „großdeutschen" Fahne unter Österreichs Führung scharten sich alle Elemente, die in der Erhaltung des alten Bundes, in der Niederwerfung Preußens, in der Zerrissenheit und Ohnmacht Deutschlands, in der Herrschaft der Reaktion und des Ultramontanismus ihre Zukunft sahen; sie bildeten mit Österreich und den Dynastien der meisten Mittel- und Kleinstaaten die große Phalanx, der sich die Volksmasse in ihrer Mehrheit anschloß, teils angetrieben von instinktiven Antipathien, teils aufgestachelt durch die demokratische und ultramontane Presse, teils fortgerissen durch Erinnerungen aus dem Jahre 1849, teils geleitet von der Furcht vor einer Mehrung der Staatslasten durch höhere Besteuerung und allgemeine Wehrpflicht. Und selbst das preußische Volk ging nicht mit Begeisterung in den Kampf. Die Bittgesuche um Erhaltung des Friedens waren zahllos; in der Presse und in Vereinen erhoben sich Proteste gegen die Politik von „Blut und Eisen"; der Abzug der Landwehrmänner war an vielen Orten von sehr erregten Szenen begleitet. Die Stockung aller Geschäfte und die Klemme am Geldmarkt, der weder die Aufhebung der Wuchergesetze noch die Errichtung einer Darlehenskasse „zur Abhilfe des Kreditbedürfnisses" zu steuern vermochten, führten Bankrotte und Verarmung in viele Häuser. Als dann aber die Würfel gefallen waren, als es sich um die künftige Machtstellung Preußens, ja um seine staatliche Existenz handelte, da trat ein Umschwung ein, da wurde es sichtbar, wie mächtig das Bewußtsein, einem großen Ganzen anzugehören, den Gemeinsinn weckt, die Individualitäten unter den Begriff der Gesamtheit beugt, das Zerstreute und Eigenwillige zusammenfaßt und der höheren Idee dienstbar macht. Auch in den übrigen deutschen Staaten wirkte langsam die Macht der Tatsachen: die nationale Einheit, das Ziel aller patriotischen Bestrebungen seit einem halben Jahr-

hundert, konnte eben nur unter Führung eines starken Staats, konnte nur durch Vernichtung des Dualismus erzielt werden.

§ 243. Der Krieg in Norddeutschland. Als der Beschluß der Kriegsbereitschaft in Frankfurt gefaßt wurde, war Preußen mit seinen Rüstungen schon so weit vorgeschritten, daß es den Kampf alsbald aufnehmen konnte. Die Elb-Armee unter General Herwarth v. Bittenfeld war als rechter Flügel zwischen Halle und Torgau aufgestellt und bereit, in Sachsen einzurücken; den linken Flügel bildete bei Neiße die zweite schlesische Armee unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm, während die erste schlesische Armee unter dem Oberbefehl des Prinzen Friedrich Karl das Zentrum innehatte. In Berlin stand ein Reservekorps unter General Mülbe. Noch in der Bildung begriffen war die Westarmee unter Vogel von Falckenstein, welche Westfalen und Rheinland decken und gegen Hannover, Hessen und Nassau operieren sollte; dazu gehörten die Divisionen Goeben, Beyer und Manteuffel. Dem gegenüber stand die österreichische Armee unter dem Oberbefehl des Feldzeugmeisters Benedek (§ 214) in einem weiten Bogen von Krakau bis an das linke Elbufer, so daß die Hauptstärke zwischen Olmütz und Josephstadt konzentriert war. Benedek wurde vielfach durch fremde Einflüsse in seinen Unternehmungen gehindert, bewies sich aber auch selbst seiner großen Aufgabe nicht gewachsen. Der Aufmarsch

An Hannover, Sachsen und Kurhessen richtete Preußen die Forderung, sich bis zum nächsten Tage zu erklären, ob sie von dem Bundesvotum zurücktreten und sich dem neuen Bunde auf Grund des Entwurfs vom 10. Juni anschließen wollten. Für den Fall der Zustimmung wurde ihnen der Fortbesitz ihrer Länder und ihrer Souveränitätsrechte innerhalb der Grenzen der Bundesreform zugesichert, im Fall einer Weigerung wurde mit militärischen Maßregeln gedroht. In einer Proklamation „an das deutsche Volk" sprach König Wilhelm den Entschluß aus, „für die im Interesse einzelner bisher gewaltsam gehemmte nationale Entwicklung Deutschlands den Kampf aufzunehmen." Diese Eile war um so mehr geboten, als auch in Süddeutschland die Mobilmachung der Bundestruppen eifrig betrieben wurde und Preußen viel daran gelegen sein mußte, die Vereinigung derselben mit den norddeutschen Gegnern zu verhindern. Die drei Regierungen wiesen die Aufforderung zurück, worauf die Kriegserklärung und am folgenden Tag der Einmarsch der Preußen erfolgte. 15. Juni

15., 16. Juni 1866

In Kurhessen erreichte der General Beyer seinen Zweck nicht völlig. Wie sehr er auch seinen Marsch nach Kassel beschleunigte, so vermochte doch die Garnison nach Hanau abzuziehen, wo sie sich anfangs mit dem achten Armeekorps (§ 246) vereinigte, in der Folge aber zur Besetzung der Bundesfestung Mainz verwendet wurde. Dagegen wurde der Kurfürst Friedrich Wilhelm, welcher die dargebotenen Bedingungen nochmals zurückwies, als Staatsgefangener nach Stettin weggeführt. — Gleichzeitig setzte General v. Manteuffel mit seiner schleswig-holsteinischen Division über die Elbe und zog auf Hannover, während König Georg V. sich zu den bei Göttingen stehenden Truppen begab, nachdem er zuvor sein Privatvermögen und über eine Million Landesgelder nach England geschafft hatte. Als Manteuffel nach Hannover kam, war die Stadt bereits von Minden aus durch Vogel v. Falckenstein besetzt. König Georg versuchte mit seiner etwa 19000 Mann starken Armee nach Süden durchzubrechen, um sich mit

Kurhessen

23. Juni Hannover 17., 18. Juni

den Bayern, welche Koburg besetzt hatten, zu vereinigen. Da aber die Bayern, die nichts von dem Marsch der Hanoveraner wußten, nicht kamen, und diese ihrerseits ohne Kenntnis blieben, daß in Gotha und Eisenach nur je 2000 Mann feindlicher Truppen standen — denn Vogel von Falckenstein hatte trotz der Weisungen aus Berlin die Hannoveraner nicht energisch verfolgt —, so ließen sie sich unter Vermittlung des Herzogs Ernst von
20.—25. Juni Gotha auf einen Waffenstillstand ein, der zu Unterhandlungen über eine Kapitulation benutzt wurde. König Georg lehnte jedoch die preußischen Bedingungen ab, und nun dachten die Hannoveraner unter dem Oberfeld-
26. Juni herrn v. Arendsschildt an den Abzug. Um den zu verhindern, wagte General v. Flies mit der preußischen Avantgarde trotz der großen Über-
Langensalza 27. Juni legenheit des Feindes bei Langensalza ein Treffen, erlitt aber eine Niederlage. Indes dieser Sieg blieb unfruchtbar; schon am nächsten Tage waren die Hannoveraner von der preußischen Übermacht eingeschlossen, und
29. Juni so wurde die Kapitulation unvermeidlich. Die Mannschaft wurde nach Ablieferung der Waffen in die Heimat entlassen, die Offiziere behielten ihre Degen, verpflichteten sich aber, in diesem Kriege nicht gegen die Preußen zu kämpfen. König Georg und der Kronprinz begaben sich nach Wien. —
Sachsen Während dieser Vorgänge war Sachsen bereits im Besitze der Preußen. Gleich nach der Kriegserklärung hatte das sächsische Heer, nachdem es die
18. Juni Eisenbahnbrücke bei Riesa zerstört hatte, das Königreich geräumt, um sich, begleitet von dem König Johann, dem Kronprinzen Albert und dem Minister v. Beust, in Böhmen mit den Österreichern zu vereinigen, wo es bald Gelegenheit fand, seinen alten Kriegsmut zu bewähren. Nur die Festung Königstein, wo man die Schätze und wertvollsten Gegenstände geborgen hatte, blieb noch besetzt. Herwarth von Bittenfeld nahm Besitz von Dresden, indes Prinz Friedrich Karl einzelne Abteilungen der ersten Armee nach Bautzen und Zittau vorschob.

Moltkes Plan **§ 244. Der Krieg in Böhmen.** Der Besitz Sachsens gewährte Preußen den Vorteil, daß ein konzentrisches Vorgehen der drei Armeen durch die Grenzpässe und eine rasche Vereinigung aller Heerkörper in Böhmen möglich wurde. Dieser von Moltke entworfene Operationsplan wurde mit großer Schnelligkeit und Genauigkeit ins Werk gesetzt, obwohl die Preußen in weit voneinander getrennten Kolonnen über das Gebirge einbrechen und überall den Gegner in gut gewählten, starken Positionen angreifen mußten. Benedek hatte erst am 17. Juni mit seiner gesamten Macht den Marsch nach der oberen Elbe angetreten, um die zweite schlesische Armee abzuwehren, die des Prinzen Karl zu schlagen und durch Sachsen auf Berlin zu gehen. Einzelne Reiterpatrouillen streiften zwar nach Sachsen hinein, indes wurde den Preußen beim Überschreiten der schwierigen Pässe nirgendwo ein ernster Widerstand entgegengesetzt. So rückten sie
Die Kämpfe an der Iserlinie von drei Seiten in Böhmen ein. Während General Mülbe Sachsen besetzt hielt und Graf Stolberg mit der Landwehr Oberschlesien deckte, zog General Herwarth über den Paß von Schluckenau und Gabel
26. Juni auf Hünerwasser, wo er ein siegreiches Treffen lieferte, Prinz Friedrich Karl aber marschierte über Reichenberg und erreichte nach dem heißen
26. Juni Gefecht bei dem Dorfe Podol gegen die „eiserne Brigade" Gondrecourts die Iserlinie, welche Clam-Gallas mit unzureichenden Streitkräften zu halten suchte. Vereinigt warfen beide die Österreicher in heftigem
28. Juni Gefecht aus Münchengrätz heraus; Clam-Gallas wich nun nach Gitschin

zurück, Prinz Friedrich Karl folgte. Die Preußen stürmten zuerst mit großer Anstrengung die der Stadt benachbarten Anhöhen und eroberten dann in einem nächtlichen Angriff das von Österreichern und Sachsen besetzte Gitschin — ein schwer erkaufter Besitz, aber von entscheidender Wichtigkeit für den ganzen Feldzug. Denn während Clam-Gallas von Nordwesten her nach der Oberelbe gedrängt wurde, wo Benedeks Hauptarmee, auf Josephstadt und Königgrätz gestützt, ihre Stellungen genommen hatte, war bereits von Osten her die Armee des Kronprinzen, dem General v. Blumenthal als Chef des Generalstabs zur Seite stand, ebendahin im Anmarsch begriffen. Ihr in drei Kolonnen erfolgender Vormarsch aus der Grafschaft Glatz durch die Pässe des Riesengebirges war allerdings sehr erschwert worden durch das ungünstige Gelände und durch den tapferen Widerstand der Österreicher. Als General Steinmetz die engen langgestreckten Gebirgsausgänge von Nachod durchzog, wurde er beim Hervorbrechen von General Ramming angegriffen; dank der tapferen Haltung der Avantgarde unter Löwenfeld konnte jedoch nach den heißen Kämpfen bei Nachod und Skalitz der Marsch fortgesetzt werden. Gleichzeitig war eine andere Abteilung der schlesischen Armee unter General v. Bonin von Liebau nach Trautenau vorgerückt, wo sie auf das Gablenzsche Korps stieß. Nach einem heftigen Kampfe nahmen die Preußen Besitz von Trautenau; da es schon spät am Tage war, hielt Bonin das Treffen für beendigt und lehnte die angebotene Hilfe des Gardekorps ab, das (als dritte Abteilung), auf dem Marsche von Braunau nach Königinhof begriffen, eine Meile von Trautenau stand. Diese Zuversicht sollte den Preußen verderblich werden. Gablenz griff unerwartet Trautenau wieder an und nötigte die Preußen zum Abzug. Der kleine Triumph war indessen nur von kurzer Dauer. Sofort rückte das Gardekorps unter Prinz August von Württemberg dorthin, und nun wurde Gablenz nach den Gefechten von Bunkersdorf und Soor (auch als zweites Gefecht bei Trautenau bezeichnet) zum Rückzug genötigt. Am folgenden Tag eroberten die Preußen dann die tapfer verteidigte Stadt Königinhof; hierher bahnte sich auch Steinmetz durch den über Graf Festetits bei Schweinschädel erfochtenen Sieg den Weg.

29. Juni

Anmarsch der zweiten schlesischen Armee

27. Juni
28. Juni

27. Juni

28. Juni

29. Juni

So war Ende Juni, als König Wilhelm in Reichenberg ankam und den Oberbefehl in Person übernahm, ein Zusammenwirken aller drei Armeen möglich, und um die Zeit, da der königliche Heerfürst sein Hauptquartier in Gitschin aufschlug, vernahmen die Wiener, daß Benedek durch das Zurückweichen Clams sich genötigt sehe, seine Armee um Königgrätz zusammenzuziehen. In dieser Gegend durfte man somit in kurzem der Entscheidungsschlacht entgegensehen.

2. Juli

Auf preußischer Seite war nach den bisherigen anstrengenden Märschen und Gefechten der 3. Juli zum Ruhetag bestimmt worden. Da aber genaue Erkundigungen die Absicht Benedeks ergaben, vor der Elbe zu schlagen, so berief König Wilhelm noch in der Nacht zum 3. Juli in Gitschin den Kriegsrat und beschloß, an demselben Tage die Entscheidungsschlacht zu liefern. Sofort gingen die Befehle an die einzelnen Armeen ab: die erste Armee sollte den Feind festhalten, daß er nicht hinter die Elbe zurückginge, die dritte (Elbarmee) sollte den linken Flügel der Österreicher angreifen und der Kronprinz auf dem rechten Flügel die Entscheidung herbeiführen. Die erste und dritte Armee waren zusammen 124000 Mann stark, die zweite aber nur 97000 Mann. Das gesamte österreichische Heer mit den Sachsen, 206000 Mann, stand, durch die sumpfigen Niederungen der Bistritz in der Front gedeckt, auf den Höhen zwischen diesem Fluß und der Elbe; ihr Hauptstützpunkt war die Hochfläche von Chlum. Die Dörfer auf dem Schlachtfelde waren verbarrikadiert,

Königgrätz

Verhaue waren angelegt, die Schießentfernungen vorher ausgemessen. Gegen 8 Uhr morgens begann der Kampf. Der Elbarmee gelang es, über die Bistritz zu kommen und die Sachsen in schwerem Kampfe zurückzudrängen. Die erste Armee ging bei Sadowa über die Bistritz und stand hier sechs Stunden lang in unentschiedenem Ringen. Um 9 Uhr war der König auf dem Schlachtfelde erschienen und leitete von einem Sadowa gegenüberliegenden Hügel aus, im heftigsten Granatfeuer befindlich, die Schlacht. Wie einst Wellington auf Blücher wartete (§ 75), so wartete man jetzt sehnsüchtig auf das Eintreffen der Armee des Kronprinzen. Diese hatte erst um 4 Uhr morgens den Schlachtbefehl erhalten und stieß, in gewaltigen Eilmärschen über den morastigen Boden sich durcharbeitend, erst gegen Mittag bei Horcenowes und Benatek auf die rechte Flanke des Feindes. Nach mehrstündigem furchtbarem Kampfe gelang es der ersten und zweiten Division des Gardekorps in eine von den Österreichern gelassene Lücke einzudringen und die Anhöhen von Lipa, Chlum und Rosberitz zu nehmen. Zugleich konnte nun auch die erste Armee vorgehen. Um 3 Uhr war die Niederlage der Österreicher entschieden, und Benedeks ganze Sorgfalt nur noch darauf gerichtet, die Trümmer der geschlagenen Armee nach Königgrätz zu retten, von wo aus sie dann an beiden Ufern der Elbe ihren Weg nach Pardubitz suchten. Der König selbst an der Spitze der Reservekavallerie leitete die Verfolgung, und erst die Nacht und die Festung Königgrätz hielten die Sieger auf.

Wohl hatte der Sieg große Opfer gefordert — unter den 9000 Preußen, welche als Leichen und Verwundete das weite Schlachtfeld bedeckten, waren der tapfere General Hiller von Gärtringen und der junge Prinz Anton von
3. Juli Hohenzollern —, aber mit der Schlacht bei Königgrätz (oder Sadowa) war, wie Moltke auf dem Schlachtfelde dem Könige erklärte, der ganze Feldzug entschieden. Nicht bloß die überlegene Waffe, das Zündnadelgewehr, mehr noch der überlegene Geist, die Genialität der Entwürfe, der die Schnellkraft der Ausführung entsprach, die Intelligenz, die taktische Übung, die verständige Kampfweise des „Volkes in Waffen" hat den böhmischen Krieg zu einem für Preußen so ruhmvollen Ausgang geführt. Der König drückte dem Kronprinzen noch auf dem Schlachtfelde seinen Dank durch Überreichung des Ordens pour le mérite aus. 5 Fahnen, 187 Geschütze und 12000 unverwundete Gefangene fielen in die Hände der Sieger. Mit Recht durfte der königliche Führer in seinem Tagesbefehl an die Armee sagen: „Der Tag bei Königgrätz hat schwere Opfer gekostet, aber er ist ein Ehrentag für die ganze Armee, auf welche das Vaterland mit Stolz und Bewunderung blickt."

Italienischer Kriegsplan

§ 245. Der Waffengang in Italien. Die Trauerbotschaft vom Schlachtfelde bei Königgrätz verbreitete in Wien um so größere Bestürzung, als man kurz zuvor durch günstige Nachrichten vom italienischen Kriegsschauplatz erfreut worden war. Italien hatte am 20. Juni den Krieg erklärt, und seine Truppen waren gleichzeitig mit den Preußen ins Feld gerückt. Viktor Emanuel selbst befand sich bei dem Hauptheer, das unter Führung des Generals und Kriegsministers Lamarmora den Mincio überschreiten und mitten durch das Festungsviereck nach der Etsch vordringen sollte, um dort, mit dem von Bologna über den unteren Po heranziehenden Armeekorps Cialdinis vereinigt, die Eroberung Venetiens zu vollbringen. Zugleich sollte Garibaldi mit seinen Freischaren auf dem linken Flügel westlich vom Gardasee in Tirol einbrechen. Moltke hatte empfohlen, den Hauptangriff nicht auf das starke Festungsviereck zu richten, sondern mit den Truppen Cialdinis als Hauptarmee im Rücken dieser Festungen auf Padua zu unternehmen. Indes dieser Plan war verworfen worden, und man glaubte zudem dem Gerücht, die Österreicher wollten nur das Gebiet jenseits der Etsch verteidigen. An Zahl der Truppen waren die Italiener den Österreichern weit überlegen, und sie brannten vor Verlangen, sich mit

dem verhaßten Gegner, dessen Kräfte sie unterschätzten, zu messen. Aber die blutgetränkte Wahlstatt von Custozza, wo einst Radetzky den österreichischen Adler zum Siege geführt hatte (§ 180), sollte dem Kaiserstaat neue Lorbeeren bringen. Als das italienische Heer Villafranca in der Ebene besetzte, ohne sich zugleich des nordwestlichen Höhenkranzes zwischen Verona und Peschiera zu versichern, auf dessen südöstlichem Abfall Custozza und Somma Campagna liegen, machte sich Erzherzog Albrecht, der Sohn des Erzherzogs Karl, des Helden von Aspern (§ 57), die Unvorsichtigkeit des Gegners zunutze, indem er das zerklüftete Hügelland in Besitz nahm. Unterstützt durch die natürliche Beschaffenheit der Gegend, welche den Österreichern aus früheren Militärübungen genau bekannt war, erfocht der Erzherzog an einem glühend heißen Junitag in der Schlacht bei Custozza einen glänzenden Sieg über das feindliche Heer. Obgleich Lamarmora nach dem ersten Zusammenstoß das Schlachtfeld verließ, und es dadurch an einer einheitlichen Leitung fehlte, hielten die Italiener mit der größten Tapferkeit unter des Königs Augen den Kampf bis gegen drei Uhr aufrecht; schließlich aber mußte der Rückzug über den Mincio angetreten werden; doch waren auch die Sieger so erschöpft, daß die Verfolgung unterblieb. Auf die Kunde von dieser Niederlage gab Cialdini den beabsichtigten Übergang über den Po auf und zog sich in seine frühere Stellung bei Bologna zurück. Seitdem wurden auf dem italienischen Kriegsschauplatz längere Zeit alle militärischen Operationen eingestellt, da die Italiener mit der Herstellung ihres geschlagenen Heeres beschäftigt waren, die Österreicher aber wegen der preußischen Siege Venetien preisgeben wollten (§ 247). Garibaldi behauptete seine Stellung am Iseosee; aber die geringfügigen Gefechte und Streifzüge, die er mit seinen Freiwilligen und einigen Nationalgarden unternahm, entsprachen keineswegs den Erwartungen, die man auf ihn setzte, und seinem früheren Ruhme.

Custozza 24. Juni 1866

§ 246. Die Kämpfe am Main. Gegen die süddeutschen Staaten vermochte Preußen, da die Hauptmasse seiner Truppen in Böhmen verwendet wurde, nicht mit derselben Schnelligkeit wie dort vorzugehen. Erst nach der Kapitulation der Hannoveraner war Vogel v. Falckenstein imstande, die verschiedenen Truppenteile, die ihm die Generale Goeben, Manteuffel und Beyer zugeführt hatten, zu einer Mainarmee zu vereinigen. Ihr gegenüber waren die Bundesheere in das siebente und achte Armeekorps geteilt; jenes umfaßte die bayerischen Streitkräfte, etwa 50000 Mann stark, unter dem Prinzen Karl, dem der aus dem schleswig-holsteinischen Kriege von 1849 (§ 179) bekannte Generalleutnant v. d. Tann als Generalstabschef beigeordnet war; dieses, aus den Kontingenten von Württemberg, Darmstadt, Baden bestehend, und durch die Nassauer und eine aus der Garnison von Mainz gebildete österreichische Brigade verstärkt, stand in mindestens gleicher Stärke wie das andere unter dem Oberbefehl des Prinzen Alexander von Hessen. Die preußischen Truppen waren kaum halb so stark (etwa 47000 Mann), hatten aber den Vorteil einheitlicher Leitung; auch als dann das Oberkommando über sämtliche Bundestruppen in die Hände des bayerischen Oberfeldherrn gelegt wurde, konnte die gewünschte Einheit doch nicht erzielt werden.

Aufmarsch

Die Bayern standen im nördlichen Franken zwischen Rhön und Thüringerwald, während das achte Armeekorps nördlich von Frankfurt in der Wetterau aufgestellt war. Falckenstein faßte den Plan, sich zwischen die beiden Heerkörper in der Art einzuschieben, daß sie sich zu

Mainfeldzug

keinem gemeinsamen Handeln verbinden könnten. Zu dem Ende schickte er die Division Goeben ostwärts gegen die Bayern, welche aus der Gegend von Koburg und Meiningen nordwestlich
4. Juli 1866 bis Kaltennordheim vorgerückt waren. Bei Dermbach kam es zu einem blutigen Zusammenstoß: obwohl die Bayern weit in der Mehrzahl waren, blieb das Treffen ohne Entscheidung. Dennoch aber gab Prinz Karl den Gedanken auf, sich in dieser Richtung mit dem achten Armeekorps zu vereinigen, und zog südwärts an die fränkische Saale, begleitet von dem preußischen Heer, welches weiter westwärts durch das Fuldatal auf Hanau losrückte, so daß nach einem mehrtägigen Parallelmarsch beide im Maingebiet anlangten. Um der lästigen Begleitung ledig zu werden, beschloß General Falckenstein einen neuen Angriff. Nach einem beschwerlichen Marsche durch das Rhöngebirge erreichten die preußischen Truppen die Bayern
10. Juli im Saaletale und zwangen sie nach den scharfen Gefechten in und bei Kissingen und Hammelburg, wo der bayerische General von Zoller den Tod fand, zum Rückzug nach Schweinfurt und hinter den Main. Nun wendete sich Falckenstein gegen das achte Armeekorps, das bisher in seinen geschützten Stellungen ruhig abgewartet hatte, bis man es angreifen würde. Als man im Hauptquartier zu Bornheim die Kunde von dem Anrücken der preußischen Mainarmee empfing, geriet man wegen Frankfurts in Besorgnis; daher schickte Prinz Alexander rasch eine hessische und eine österreichische Division unter General Neipperg nach Aschaffenburg, um die von Gemünden her anrückenden Preußen aufzuhalten, und besetzte zugleich die Pässe bei Gelnhausen. Aber das siegreiche Gefecht der Division Goeben mit der
13. Juli Brigade Wrangel bei Laufach und die Eroberung Aschaffenburgs nach einem heißen
14. Juli Treffen und einem blutigen Häuser- und Straßenkampf setzten den Oberfeldherrn so sehr in Bestürzung, daß er seine Stellungen bei Frankfurt und die Bundesstadt selbst aufgab und nach dem Odenwald zurückzog. Mit ihm verließen auch die noch anwesenden Bundestagsgesandten den Ort ihrer bisherigen Wirksamkeit; sie nahmen „vorläufig“ ihren Sitz in Augsburg, wo sie noch einige Zeit als deutscher Bundestag ein wenig bemerktes Dasein fristeten. Nun stand den Preußen der Weg nach Frankfurt offen, und General v. Falckenstein zog ohne jeglichen Widerstand in die Bundesstadt ein. Die preußenfeindliche Haltung der Bürgerschaft veranlaßte ihn, der Stadt eine Kriegskontribution von sechs Millionen Gulden aufzuerlegen und sie mit schwerer Einquartierung zu belasten; man ängstigte die Bewohner auch durch weitere Forderungen und durch Androhung von Gewaltmaßregeln, so daß der Bürgermeister Fellner, um nicht bei gehässigen Schritten mitwirken zu müssen, sich selbst das Leben nahm. Falckenstein nahm im Namen des Königs von Stadt und Land Besitz, ebenso von ganz Nassau und Oberhessen, eine Maßregel, die als Vorbedeutung künftiger Beschlüsse gelten konnte. Bald darauf wurde er wegen der bei Langensalza begangenen Fehler (§ 243) abberufen
19. Juli und zum Gouverneur von Böhmen ernannt; an seiner Stelle übernahm v. Manteuffel den Oberbefehl über die Mainarmee.

Abtretung Venetiens an Napoleon

§ 247. Von Königgrätz nach Nikolsburg. Der Prager Friede.

Die Schlacht bei Königgrätz hatte die Widerstandskraft Österreichs gebrochen: das Ansehen des früher so hochgepriesenen Benedek war erschüttert, man hatte dem siegreichen preußischen Heere keine neue Armee entgegenzustellen, der Weg nach Wien, in das Herz des Kaiserstaats, stand offen. Das Gesuch um einen Waffenstillstand von vier Wochen, welches Gablenz am Tage nach der Schlacht dem König persönlich vortrug, wurde abgewiesen. Da faßte Kaiser Franz Joseph einen Plan, der an den Frieden von Villafranca (§ 215) erinnerte. Er beschloß, Venetien an Napoleon abzutreten, in der Hoffnung, sich dadurch die Bundesgenossenschaft Frankreichs zu erwerben, das preußisch-italienische Bündnis zu sprengen und die Südarmee zur Verwendung in Böhmen freizubekommen. In der Nacht nach der Königgrätzer Schlacht meldete eine Depesche nach Paris, daß Franz Joseph, nachdem die Ehre der österreichischen Waffen in Italien gewahrt sei, Venetien an den Kaiser der Franzosen abtrete. Aber der politische Schachzug hatte nicht den erwarteten Erfolg. Napoleon erklärte, daß er in der Abtretung Venetiens nur die Aufforderung erkenne, zwischen den
5. Juli kriegführenden Mächten einen Frieden zu vermitteln, und wandte sich an die Könige von Preußen und Italien, um zunächst einen Waffenstillstand herbeizuführen. König Wilhelm wies Frankreichs Friedensvermittlungen

nicht von der Hand, ohne sich jedoch zu irgend etwas zu verpflichten, und schickte den Prinzen Reuß nach Paris, um Napoleons Vorschläge entgegenzunehmen: so behielt er Zeit zur Verfolgung der errungenen Vorteile. Viktor Emanuel aber berief sich auf den mit Preußen geschlossenen Allianzvertrag, kraft dessen keiner von beiden Teilen einen einseitigen Frieden oder Waffenstillstand eingehen dürfe; er mußte um so mehr jedes unehrenhafte Abkommen zurückweisen, als das durch die Niederlage von Custozza gereizte Nationalgefühl des italienischen Volkes sich sträubte, das venetianische Land als Gnadengeschenk hinzunehmen. So wurde die Absicht Österreichs, sich mittelst Venetiens den Waffenbund Frankreichs zu erkaufen, durch die Bundestreue Viktor Emanuels und durch die Zurückhaltung Napoleons vereitelt. Selbst manche Freunde Österreichs wurden bedenklich über eine Politik, welche die Einmischung Frankreichs in die deutschen Angelegenheiten herbeizuführen suchte und eine Provinz wegwarf, von der man so oft behauptet hatte, daß sie zum Schutze Deutschlands notwendig sei, und daß ihre Hingebung einem politischen Selbstmord gleichkäme. Der Haß gegen Preußen überwog aber in den Wiener Hofkreisen jede andere Regung: die Anträge Bismarcks auf direkte Unterhandlungen mit Fernhaltung Napoleons fanden keinen Anklang. So hatten denn die Kriegsoperationen ihren Fortgang.

Marsch der Preußen zur Donau

In Österreich fühlte man schwer das große Unglück, das über das Reich hereingebrochen war. In den Hofkreisen faßte man anfangs den Gedanken, eine allgemeine Volksbewaffnung hervorzurufen, schrak aber bald vor der Entfesselung der Volkskraft zurück. Man begnügte sich, die Männer, welche die öffentliche Stimme als die Haupturheber des Unglücks bezeichnete, während dasselbe doch seinen tieferen Grund in dem mangelhaften Heerwesen und in den überkommenen Mißständen hatte, zurückzusetzen, und übertrug den Oberbefehl dem Erzherzog Albrecht. Während dieser damit beschäftigt war, die Truppen aus Italien nach Wien zu ziehen, war die preußische Kriegsmacht im Vorrücken nach der Donau begriffen. Die Armee des Kronprinzen hielt Benedek, der nach Olmütz zurückgezogen war, hier fest, indes die Elbarmee und die Armee des Prinzen Friedrich Karl auf dem kürzesten Wege gegen Wien marschierten. Bald nahmen die Preußen solche Stellungen ein, daß der Verbindung zwischen Wien und Olmütz eine Unterbrechung drohte; daher erteilte Erzherzog Albrecht dem Feldzeugmeister Benedek den Befehl, seine sechs Armeekorps auf der Eisenbahn nach Wien zu befördern. Aber nachdem die Hälfte abgegangen war, wurde der Weg verlegt, so daß Benedek die andere Hälfte in der Richtung auf Preßburg führen mußte, ein Plan, der nur nach empfindlichen Verlusten durch die bei Tobitschau und Prerau kühn anstürmende preußische Kavallerie ausgeführt werden konnte. Um die Zeit, da König Wilhelm sein Hauptquartier in dem mährischen Städtchen Nikolsburg nahm, standen die preußischen Truppen an der Grenze des in Österreichs Geschichte so berühmten Marchfeldes, und ihre Wachtfeuer leuchteten bis in die Hauptstadt. Die von Gablenz besetzten Schanzen von Florisdorf bei Wien und Preßburg waren die einzigen festen Stellungen, welche die Österreicher noch auf dem Norduser der Donau innehatten. Die letztere wurde von den Generalen Fransecky und Bose von der Armee Friedrich Karls bei Neudorf und Blumenau so erfolgreich angegriffen, daß Preßburg, der Schlüssel zwischen Wien und Ungarn, unfehlbar in die

15. Juli

18. Juli

22. Juli

Hände der Preußen gefallen wäre, wenn nicht ein Parlamentär sie mitten im Siegeslauf gehemmt hätte durch die Botschaft, daß in Nikolsburg ein
21. Juli Waffenstillstand geschlossen worden sei. Nachdem dann Viktor Emanuel zu-
26. Juli gestimmt hatte, folgte die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien mit folgenden Bedingungen: Ausschluß Österreichs aus dem deutschen Staatsverband, Verzichtleistung auf das Kondominatsrecht in den Elbherzogtümern und Einwilligung, daß das an Napoleon abgetretene Venetien von diesem dem Königreich Italien überlassen werde.

Nikolsburg

Diese Tage der diplomatischen Verhandlungen in Nikolsburg waren die kritischste Zeit des ganzen Krieges. Die wiederholten Anforderungen Napoleons mußte Bismarck dilatorisch behandeln, um eine alles gefährdende Einmischung Frankreichs zu verhindern, besonders da auch eine solche des russischen Kaisers zu fürchten war, der die ihm verwandten deutschen Fürstenhäuser zu schützen und deshalb einen Kongreß der Großmächte zu berufen wünschte. Napoleon wurde einstweilen damit beruhigt, daß Preußen darauf verzichtete, schon jetzt Süddeutschland in den geplanten Norddeutschen Bund aufzunehmen; es wurde ihm auch zugestanden, seine Zustimmung zu den Friedensbedingungen zu geben, besonders zu der von Preußen geforderten Annektierung deutscher Gebiete. Bismarck mußte alles daran gelegen sein, so rasch wie möglich mit Österreich zum Abschluß des Friedens zu kommen. Hier aber fand er die größten Schwierigkeiten bei dem Könige Wilhelm selbst. Während es die größte Mühe gekostet hatte, den König zu diesem Kriege mit dem alten Waffengenossen Österreich zu bewegen, hatte nun auf der Höhe des Sieges sich bei ihm die Überzeugung festgesetzt, daß er den großen Opfern entsprechende Entschädigungen nicht nur von den deutschen Mittelstaaten, sondern vor allem auch Landabtretungen von Österreich und, wenn möglich, ganz Sachsen verlangen müsse. Bismarck aber hatte schon auf dem Schlachtfelde von Königgrätz den Entschluß gefaßt, Österreich einen ehrenvollen Frieden anzubieten: „Nicht vernichten und demütigen dürfen wir Österreich; wir müssen es zum Freunde und Bundesgenossen gewinnen für das unter Preußen zu einigende Deutschland." Da der König aber fest auf seinen Absichten beharrte, so kam es in Nikolsburg zu so erregten Szenen zwischen ihm und seinem Minister, daß Bismarck sich entschloß, seinen Abschied zu nehmen. Erst den eindringlichen Vorstellungen des Kronprinzen Friedrich Wilhelm gelang es, den König umzustimmen und zur Einwilligung der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien zu bewegen. In dem Augenblicke, als Bismarck dieselben am 26. Juli unterzeichnen wollte, erschien der französische Gesandte Benedetti und verlangte für die Zustimmung Napoleons zu der Vergrößerung Preußens in Deutschland entsprechende Entschädigungen für Frankreich auf dem linken Rheinufer. Bismarck ließ ihn nicht ausreden, sondern bat ihn, ein andermal darüber zu sprechen, und setzte seinen Namen unter den Vertrag mit Österreich. In ähnlicher Weise wußte er auch spätere Forderungen Napoleons, die auf Abtretung rheinischer Gebiete gingen, abzuwehren.

Der Friede von Prag 23. Aug.

Auf Grund der Nikolsburger Präliminarien wurde dann vier Wochen später der Prager Friede vereinbart. Österreich verlor nur Venetien, hatte aber zwanzig Millionen Taler Kriegskosten zu entrichten, das Bundesverhältnis, welches Preußen nördlich des Mains begründen werde, nebst den beabsichtigten Territorialveränderungen anzuerkennen und die im Wiener Frieden erworbenen Rechte auf die Elbherzogtümer dem König Wilhelm zu übertragen; dem von Frankreich befürworteten Nationalitätsprinzip trug man insoweit Rechnung, daß die nördlichen Distrikte Schleswigs mit Dänemark vereinigt werden sollten, falls sie in freier Abstimmung diesen Wunsch aussprächen. Preußen verpflichtete sich, den Territorialbestand des Königreichs Sachsen bestehen zu lassen und den König Viktor Emanuel zur Annahme der Friedensbedingungen zu bewegen, sobald durch Erklärung Napoleons Venetien zur Verfügung Italiens gestellt sein würde.

Fortgang des süddeutschen Krieges

§ 248. Die übrigen deutschen Friedensschlüsse. Als die Nikolsburger Waffenruhe zum Abschluß kam, hatte sich das achte Bundesarmeekorps durch den Odenwald an die Tauber gezogen, wo es mit der bayerischen Armee bei Würzburg Verbindungen unterhalten konnte. Man hatte gehofft, der Waffenstillstand würde auch auf die Bundesstaaten

Österreichs ausgedehnt werden, aber die kaiserliche Regierung hatte nur für Österreich gehandelt. So wurde denn noch im Main- und Tauber-gebiet ein kurzer, zweckloser Krieg geführt.

Obwohl hierbei die badische Division unter Prinz Wilhelm bei Hundheim und Werbach durch ihre tapfere Haltung sich rühmlich hervortat, obwohl die Württemberger unter General v. Harddegg bei Tauberbischofsheim ihren alten Kriegsmut trefflich bewährten und die Bayern bald allein, bald mit andern vereinigt bei Gerchsheim und Helmstadt, bei Uettingen und Roßbrunn mit Ehren im Kampf standen, war doch das Ergebnis aller dieser Einzelgefechte, wobei die Bundestruppen in meistens gut gewählten Stellungen vorzugsweise ihre überlegene Artillerie wirken ließen, schließlich der Rückzug der gesamten „Reichsarmee" hinter den Main und die Besitznahme der Stadt Würzburg mit Ausnahme der Feste Marienberg durch die Preußen. Nachdem noch das zweite preußische Reservekorps unter dem Oberbefehl des Großherzogs Friedrich Franz von Mecklenburg in Bayreuth eingezogen und nach dem siegreichen Gefechte bei Seybothenreuth nach Nürnberg vorgedrungen war, erfolgte der Abschluß von Waffenstillständen. 23., 24. Juli 1866 — 24. Juli — 25., 26. Juli — 27. Juli

Die Waffenstillstandsverträge mit Baden, Bayern und Württemberg wurden einige Wochen später in Friedensschlüsse verwandelt. Nicht ohne Einfluß waren dabei Bismarcks Eröffnungen über Napoleons Gelüste nach rheinischem Gebiete gewesen; auch war er wieder von dem Grundsatze ausgegangen, daß den Besiegten keine Landabtretungen zugemutet würden, sondern nur solche Bedingungen, aus denen ein starkes und einiges Deutschland hervorgehen könnte. 29., 30. Juli — 2. Aug.

Württemberg, Baden und Bayern erkannten in diesen Friedensschlüssen zu Berlin sowohl die Errichtung des Norddeutschen Bundes als die Territorialveränderungen an, welche Preußen vornehmen würde. Als Kriegskostenentschädigung mußte Württemberg acht, Baden sechs, Bayern dreißig Millionen Gulden entrichten, dafür blieben die beiden ersten ganz, Bayern bis auf zwei kleine Distrikte, die zur Grenzregulierung dienten, von Gebietsabtretungen verschont. Ein Schutz- und Trutzbündnis zu gemeinsamem Handeln im Falle eines auswärtigen Krieges blieb vorerst Staatsgeheimnis. Der Großherzog von Hessen-Darmstadt mußte Hessen-Homburg mit Meisenheim und ein Stück Land zur besseren Verbindung der Enklave Wetzlar abtreten und zugeben, daß Oberhessen dem Norddeutschen Bunde beigefügt und die bisherige Bundesfestung Mainz ausschließlich von preußischen Truppen besetzt wurde. Länger dauerten die Verhandlungen mit Sachsen. Erst als der preußenfeindliche Minister v. Beust seines Amtes enthoben worden war, wurde auch zwischen Preußen und Sachsen „Frieden und Freundschaft auf ewige Zeiten" geschlossen. König Johann willigte ein, daß nach Dresden und auf den Königstein neben der sächsischen Besatzung eine preußische gelegt werde, zahlte eine Kriegskostenentschädigung von zehn Millionen Taler und erklärte sich bereit, dem Norddeutschen Bunde beizutreten und die damit verbundene Militärorganisation vorzunehmen. Da sich inzwischen auch die Regentin Karoline in Reuß älterer Linie in die Notwendigkeit gefügt und der Herzog Bernhard von Sachsen-Meiningen, der sich nicht zur Anerkennung der neuen Zustände entschließen konnte, durch die freiwillige Übertragung der Regierung an seinen Sohn Georg eine Ausgleichung möglich gemacht hatte, waren alle Hindernisse beseitigt, die der Konstituierung des Norddeutschen Bundes noch im Wege gestanden hatten. 13., 17., 22. Aug. — 3. Sept. — 21. Okt. — 26. Sept. — 20. Sept.

Alle übrigen norddeutschen Regierungen hatten sich gleich anfangs zur Annahme der preußischen Bundesreform bereit gezeigt. In betreff der südlich der Mainlinie gelegenen deutschen Staaten erklärte sich Österreich in Nikolsburg einverstanden, „daß dieselben in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt", und im Prager Frieden wurde auf besondere Anregung Frankreichs diesem Verein der süddeutschen Staaten „eine internationale unabhängige Existenz" zugesichert. Am Ende des Jahres trat in München Freiherr v. d. Pfordten aus dem Ministerium aus; an seine Stelle berief der junge König Ludwig II. den Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, welcher eine Allianz mit Preußen und im Falle eines Kriegs dessen militärische Oberleitung, jedoch mit ausdrücklicher Wahrung der bayerischen Souveränitätsrechte und der Unabhängigkeit des Landes, als sein Programm aufstellte. Auf einen Frieden mit Liechtenstein, das 90 Mann zur österreichischen Armee geschickt hatte, verzichtete Preußen. Norden und Süden

B. Ergebnisse des Krieges.

Fortgang des italienischen Krieges

§ 249. Vereinigung Venetiens mit dem Königreich Italien. Die Abtretung Venetiens an den Kaiser der Franzosen brachte den Österreichern nicht einmal den Vorteil, daß sie ihre Streitkräfte ungefährdet aus dem Lande ziehen konnten. Denn Napoleon betrachtete die Abtretung als unvollkommen, solange nicht Franz Joseph auf die als Gegenbedingung gestellten Friedensvermittlungen eingegangen wäre, und gebot daher den Kriegsoperationen der Italiener keinen Einhalt. So trat denn das eigentümliche Schauspiel ein, daß die Österreicher das siegreich verteidigte Land als ein ihnen nicht mehr gehöriges räumten und sich nur auf Bewachung der Festungen beschränkten, die Italiener dagegen bei dem Vorsatze beharrten, das Land mit Waffengewalt zu erobern.

Als Cialdini, dem jetzt die Führung des Offensivkrieges übertragen war, den Übergang über den Po bewerkstelligte, stieß er nirgends auf Hindernisse. Mitte Juli stand seine Armee
17. Juli 1866 in Padua und Vicenza, und als auch das feste Borgoforte am Po vom General Nunziante erobert wurde, war alles Land zwischen der Lagunenstadt und dem Festungsviereck in den Händen der Italiener. Die Österreicher zogen sich ohne Gegenwehr über den Tagliamento zum Isonzo; Cialdini drang nach Treviso vor, indes sein rechter Flügel unter Cugia seinen Marsch nach Mestre nahm, und General Medici mit dem linken auf Bassano rückte, um Garibaldi bei der Eroberung Südtirols zu unterstützen. Die Italiener wollten sich nämlich schon nicht mehr mit Venetien begnügen: alles Land, wo Italienisch gesprochen wurde, sollte mit dem Königreich vereinigt werden. Vergebens ließ der französische Kaiser durch Jérôme Napoleon, Viktor Emanuels Schwiegersohn (§ 213), den König zur Mäßigung ermahnen, die Volksstimme trieb die Regierung zu weiteren Forderungen und verhinderte den Beitritt zu den Verhandlungen von Nikolsburg. Und doch entsprachen die Erfolge Garibaldis sehr wenig den Erwartungen, die der Name des Führers erregt hatte; der Nationalheld, der einst ein Königreich im Fluge erobert hatte (§ 216), konnte nur einige Meilen in dem Gebirgstale Judicarien vordringen. Erfolgreicher war das Vorgehen Medicis, der von Bassano aus über das Gebirge zog und nach einem siegreichen Gefechte über die
22. Juli Österreicher bei Levico sich der Stadt Trient auf wenige Meilen näherte. Aber bereits war eine neue Niederlage erfolgt, nicht minder empfindlich als der Schlag bei Custozza. Dieser
20. Juli Unfall war die unglückliche Seeschlacht bei Lissa. Von dem Marineminister dringend aufgefordert und von der ungeduldigen Volksstimme gedrängt, verließ Admiral Persano mit der italienischen Flotte, aus 10 Panzerfregatten und 13 Holzschiffen bestehend, den Hafen von Ancona, um die Insel Lissa, welche die Österreicher durch Strandbatterien stark befestigt hatten, zu erobern. Zwei Tage lang versuchte er durch ein heftiges Bombardement das feindliche Geschütz zum Schweigen zu bringen; als er dann im Begriff stand, die Landungstruppen auszuschiffen, kam die österreichische Flotte unter dem Vizeadmiral Tegetthoff herbei. An Gesamtzahl der italienischen gleich, übertraf sie dieselbe durch die Stärke ihrer Panzerschiffe und ihrer Schiffsartillerie. Nach einem vierstündigen heftigen Seekampf sah sich Persano, nachdem sein größtes Panzerschiff „König von Italien", von dem gepanzerten österreichischen Widderschiff „Erzherzog Max" in den Grund gebohrt und ein gepanzertes Kanonenboot in Brand geschossen worden war, zum Rückzug in den Hafen von Ancona genötigt. Wie Benedek in Österreich wurde Persano in Italien von dem Unwillen des Volkes betroffen und in der Folge einer gerichtlichen Untersuchung unterworfen.

Erwerbung Venetiens

So hatte der italienische Krieg mit einer Niederlage begonnen und mit einer Niederlage geendigt. Dennoch legte das Glück dem Königreich die schönsten Gaben in den Schoß. Wenige Tage nach der Schlacht bei
25. Juli Lissa trat Viktor Emanuel den Abmachungen von Nikolsburg bei, und da Napoleon erklärt hatte, daß er die Abtretung Venetiens nur in der Absicht angenommen habe, das Land nach erfolgtem Frieden an Italien zu geben, vorausgesetzt, daß die Bevölkerung damit einverstanden sei, so schien dem Frieden nichts mehr im Wege zu stehen. Aber weit entfernt, daß die erlittenen Unfälle die Italiener zur Bescheidenheit geführt hätten, erhoben sie auch jetzt noch Ansprüche auf Südtirol und Friaul, weil diese

Länder zur Zeit des Waffenstillstandes in ihrem Besitz gewesen seien. Erst als Österreich durch neue Truppensendungen die ernstliche Absicht kundgab, die Grenzstriche selbst mit Waffengewalt zu verteidigen, und Preußen erklärte, daß es nur für den Erwerb von Venetien, nicht aber von Südtirol eintreten werde, gelang es Kaiser Napoleon, den König Viktor Emanuel zur Annahme der Bedingungen Österreichs zu bestimmen. Die Truppen wurden nun aus dem Trientinischen zurückgezogen und der Waffenstillstand zum 12. Aug.
Abschluß gebracht, dem dann der Wiener Friede folgte. Eine Volks- 3. Okt.
abstimmung sprach den einmütigen Willen aus, mit dem Königreich Italien vereinigt zu werden, und so hielt Viktor Emanuel seinen Einzug in Venedig;
mit einem feierlichen Huldigungsakte auf dem Markusplatze schloß der zweite 7. Nov.
Teil des italienischen Einigungswerkes.

Im letzten Monat dieses tatenreichen Jahres verließen auch infolge des Garibaldis Angriff auf den Kirchenstaat
Septembervertrags vom Jahre 1864 (§ 218) die französischen Besatzungstruppen die Stadt Rom, die sie siebzehn Jahre in Besitz gehabt hatten. Die Regierung von Florenz begnügte sich vorerst mit den errungenen Erfolgen. Aber die nationale Partei, Garibaldi an der Spitze, trachtete auch nach dem Besitze des Kirchenstaats: Rom mit seinem Kapitolium sollte die Hauptstadt des geeinigten Italiens werden. Garibaldi wagte daher einen
neuen Einfall in die Besitzungen des Papstes. Aber eine französische Hilfs- Herbst 1867
armee unter General de Failly, mit den neuen Chassepotgewehren bewaffnet,
vereinigte sich mit den päpstlichen Truppen unter dem deutschen General
Kanzler und brachte den schlecht gerüsteten Freischaren bei Mentana 3. Nov. 1867
eine Niederlage bei. Garibaldi wurde nach kurzer Haft wieder nach seinem Asyl auf Caprera zurückgebracht. „Das Chassepot hat Wunder getan," meldete der französische General frohlockend nach Paris. Das unüberlegte Unternehmen hatte zur Folge, daß der Kirchenstaat aufs neue mehrere Jahre hindurch von einer französischen Besatzung in der Hafenstadt Civitavecchia beschützt wurde, bis endlich — wiederum durch deutsche Siege — die ewige Stadt dem Königreich Italien zufallen sollte (§ 285).

§ 250. Das Ende des Konflikts in Preußen. Die überraschenden Indemnitätsvorlage
Erfolge des Krieges, die vorzügliche diplomatische Leitung Bismarcks führten in Preußen endlich einen Umschlag der Volksstimmung herbei. Die Früchte der so viel bekämpften Heeresorganisation waren auch den weitesten Kreisen sichtbar geworden; man hatte gesehen, daß die Lasten des Krieges bei weitem geringer gewesen waren, als bei den früheren Mobilmachungen: die jüngere Reserve hatte ausgereicht, der Landwehr hatte es kaum bedurft. So fielen die Neuwahlen zum Landtage am 3. Juli, dem Tage von Königgrätz, regierungsfreundlich aus; es wäre vielleicht noch mehr der Fall gewesen, wenn sie einige Tage nach der Siegesnachricht erfolgt wären. Am 4. August kam König Wilhelm vom Kriegsschauplatze nach Berlin, um am folgenden
Tage den Landtag feierlich zu eröffnen. Und nun vollzog sich einer der 5. Aug. 1866
bedeutungsvollsten Momente der neuen Geschichte. Auf der Höhe seiner Taten, im Vollgenusse glänzender Siege baten der König und sein Minister im Gegensatz zu der Kreuzzeitungspartei, die die Lage in ihrem Sinne ausnutzen wollte, die preußische Volksvertretung um Indemnität, d. h. um nachträgliche Anerkennung ihrer verfassungswidrigen Schritte. Damit war der Weg bezeichnet, auf welchem das Abgeordnetenhaus, sollte es der Ausdruck der Volksstimmung sein, mit der Regierung zusammengehen konnte: der Weg der inneren Verständigung und der Machtvergrößerung nach außen.

Das Abgeordnetenhaus begriff in seiner Mehrheit die Bedeutung der nachgesuchten Indemnität. Mochten auch einzelne Mitglieder in starrer Konsequenz bei der Ansicht beharren, daß man diesem Ministerium in keinem Falle Geld bewilligen dürfe, so gab sich doch bald die Absicht der Mehrheit kund, die dargebotene Hand zu ergreifen. Als der bisherige Präsident Grabow vernahm, daß ein Wechsel im Präsidium bei Hofe als ein Symptom einer versöhnlichen Gesinnung des Hauses angesehen werden würde, lehnte er die Wiederwahl ab, worauf v. Forckenbeck zum Präsidenten gewählt wurde. Eine Reihe Mitglieder trat aus der Fortschrittspartei aus und bildete die nationalliberale Partei. Das Indemnitätsgesetz und nach einigem Sträuben auch der von dem Finanzminister v. d. Heydt geforderte Kredit von 60 Millionen Taler wurden bewilligt, und dann bei Beratung des Budgets zum erstenmal seit 1862 (§ 220) wieder ein gesetzlich geordneter Staatshaushalt geschaffen.

3. Sept. 25. Sept.

Die Einverleibungen

Noch geringeren Widerspruch setzte das Abgeordnetenhaus den Vorlagen der Regierung über die Machtvergrößerung des Staats und über die deutsche Bundesreform entgegen. Am 17. August legte die Staatsregierung dem Landtage die königliche Botschaft über die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentums Hessen, des Herzogtums Nassau und der freien Stadt Frankfurt mit Preußen vor, und am 7. September wurde der Gesetzentwurf über die Einverleibung der genannten Staaten mit 273 gegen 14 Stimmen angenommen. Einige Zeit nachher erfolgte auch die Annexion der Herzogtümer Holstein und Schleswig. Am 20. September, an demselben Tage, da das siegreiche Heer unter seinem königlichen Oberfeldherrn durch eine prachtvolle, kunstgeschmückte Via triumphalis seinen feierlichen Einzug in Berlin hielt, wurde durch ein Gesetz die Vereinigung der neuen Landesteile mit der preußischen Monarchie ausgesprochen und zugleich verkündet, daß mit dem 1. Oktober 1867 die preußische Verfassung darin in Kraft trete. Den Generalen und auch Bismarck wurden reiche Dotationen beschlossen. Ein königlicher Amnestieerlaß für alle wegen Preß- und politischer Vergehen unter Strafe gestellten Personen bildete den Schluß dieser denkwürdigen Tage. Von den entthronten Fürsten, denen Entschädigungssummen bewilligt wurden, fügte sich der Herzog Adolf von Nassau; der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Hessen entband seine Truppen, Beamten und Untertanen des Treueids, gab aber seine Ansprüche auf das Kurfürstentum nicht auf; König Georg von Hannover, der in Hietzing bei Wien weilte, lehnte jedes Zugeständnis ab.

Welfenfonds

Als er sogar eine eigene Kriegsmannschaft, „die Welfenlegion", im Auslande unterhielt, wurde die Auszahlung der Abfindungssumme, welche ohnedies wegen ihrer Höhe von 16 Millionen Taler großen Widerspruch im Abgeordnetenhause gefunden hatte, 1868 suspendiert und auch sein übriges Vermögen, soweit man dessen habhaft werden konnte, mit Beschlag belegt. Die Gelder sollten in der Hand des preußischen Ministeriums bleiben „zur Abwehr feindlicher welfischer Bemühungen gegen Preußen". Diese Gelder waren der Ursprung des später viel besprochenen „Reptilienfonds". Seit 1879 erhielt nach dem Tode Georgs die Königinwitwe Maria nebst ihren Töchtern eine jährliche Rente von 240 000 Mark aus diesem Welfenfonds ausbezahlt. Nachdem dann Georgs V. Sohn, Herzog Ernst August von Cumberland, am 10. März 1892 in einem Briefe an Kaiser Wilhelm II. jede Absicht feindseliger Unternehmungen von sich abgewiesen hatte, wurde die Beschlagnahme des Welfenfonds aufgehoben; seitdem werden die Einkünfte desselben dem Herzog ausgezahlt.

Norddeutscher Bund

§ 251. Der Norddeutsche Bund. Die Hauptfolge des Krieges aber war die Begründung des Norddeutschen Bundes. Nachdem sämtliche Regierungen nordwärts des Mains ihren Beitritt auf Grund der Reformvorlage vom 10. Juni (§ 242) erklärt hatten, wurden Bevollmächtigte der Regierungen

nach Berlin geladen, um den von Preußen aufgestellten Verfassungsentwurf des Norddeutschen Bundesstaates zu beraten. Die aus diesen Beratungen entstandene Verfassungsurkunde wurde dann dem Reichstag vorgelegt, der, aus unmittelbaren Volkswahlen hervorgegangen, unter dem Vorsitz des Abgeordneten Simson, des ehemaligen Präsidenten des Frankfurter Parlaments (§ 171), in Berlin tagte, und von diesem mit verschiedenen Abänderungen im Sinne parlamentarischer und politischer Freiheiten und Rechte angenommen. 15. Dez. 24. Febr. bis 17. April 1867

Verfassung des Bundes

Nach dieser neuen Bundesverfassung bildeten sämtliche Staaten nordwärts des Mains einen Bundesstaat mit gemeinsamen Bundesgesetzen, allgemeinem Bundesbürgerrecht, freiem Niederlassungsrecht aller Bundesangehörigen, gemeinsamem Militärwesen nach der preußischen Heeresordnung, gemeinsamen Verkehrsanstalten u. a. mehr. Auf den wichtigsten Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens, Vertretung nach außen, Militär-, Heimat-, Zoll-, Handels- und Gewerbewesen, Maß, Münze und Gewicht, Post und Telegraphie u. a., wurden sonach gemeinsame Einrichtungen hergestellt. Zur Leitung der Bundesangelegenheiten wurde neben den König von Preußen als erblichen Bundespräsidenten ein von sämtlichen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Größe und Bevölkerung beschickter Bundesrat (43 Stimmen, darunter 17 preußische) bestellt, in welchem ein vom Bundespräsidenten ernannter Bundeskanzler den Vorsitz führt; der Bundesrat übt mit dem Bundespräsidenten die Exekutivgewalt und in Verbindung mit dem Reichstag die Bundesgesetzgebung. Die Abgeordneten zu diesem Reichstag sollten in allgemeinen, gleichen und direkten Volkswahlen gewählt werden und keine Tagegelder (Diäten) beziehen. Das norddeutsche Bundesheer, auf Grund allgemeiner Wehrpflicht organisiert, wurde dem Oberbefehl des Königs von Preußen als Bundesfeldherrn und den preußischen Militärgesetzen unterstellt. Für die nächsten Jahre, bis Ende 1871, wurde ein „eisernes Militärbudget" angenommen, eine feststehende, nicht an jährliche Bewilligung des Reichstags gebundene Friedenspräsenzstärke von 1 Prozent der Bevölkerungszahl. Zur Bestreitung des Aufwandes hatte jede Bundesregierung so viel mal 225 Taler in die Bundeskasse zu entrichten, als die von ihr zu stellende Kopfzahl der Friedensstärke des Bundesheeres betrug. Wenn die Bedürfnisse des Bundes aus den Zöllen, den Verbrauchssteuern, den Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung nicht vollständig bestritten werden könnten, sollten den einzelnen Bundesstaaten nach ihrer Volkszahl „Matrikularbeiträge" auferlegt werden.

Als der Reichstag den von ihm vielfach verbesserten Verfassungsentwurf mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen hatte, konnte die Thronrede beim feierlichen Schluß mit Recht hervorheben: „Wir alle, die wir zum Zustandekommen des nationalen Werkes mitgewirkt, die verbündeten Regierungen ebenso wie die Volksvertretung, haben bereitwillig Opfer unserer Ansichten, unserer Wünsche gebracht; wir durften es in der Überzeugung tun, daß diese für Deutschland gebracht sind, und daß unsere Einigung derselben wert war." Es war viel erreicht worden, aber noch war das ganze Reich nicht fertig. Am Main hatte man vorläufig Halt machen müssen, aber auch hier war durch den Zollverein und die geheimen Schutz- und Trutzbündnisse (§ 248) schon die Brücke gebaut worden. 16. April 1868 17. April

C. Deutschland und Österreich 1867—1870.

§ 252. Die süddeutschen Staaten und die luxemburgische Frage. Bayern, Württemberg, Baden und der südliche Teil von Hessen-Darmstadt waren jetzt zunächst ganz auf sich gestellte Staaten, nur wirtschaftlich und für den Kriegsfall waren sie mit dem Norddeutschen Bunde verbunden. Daß ein süddeutscher Bund, wie ihn wohl Napoleon und auch Österreich gern gesehen hätten, wenig Aussicht hatte, daß Süddeutschland ein „geographischer Begriff" bleiben würde, trat schon in der Stuttgarter Militärkonferenz hervor, zu welcher der bayerische Minister Hohenlohe die 5. Febr. 1867

vier Staaten einlud: nicht einmal in der Heeresorganisation konnte eine Einigung erzielt werden. Dagegen begannen die nationalen Ideen sich auch im Süden stärker zu regen, als Napoleon auf seine Kompensationen zurückkam.

Kompensationen

Wir haben gesehen (§ 247), wie Bismarck während der Verhandlungen in Nikolsburg unter dem Druck der Verhältnisse Napoleons Ansinnen auf Gebietsvergrößerungen am Rhein dilatorisch behandeln mußte. Als dann noch während der Friedensverhandlungen der französische Gesandte Benedetti von neuem die Abtretung rheinischer Gebiete mit Einschluß von Mainz anregte, wurde er von Bismarck abgewiesen; zugleich reiste General von Manteuffel nach Petersburg, und es ertönte der einmütige Ruf aus Deutschland, „daß jeder Zollbreit deutschen Bodens in gemeinsamer Anstrengung mit dem letzten Blutstropfen zu verteidigen sei." Da lenkte Napoleon ein: der Minister des Auswärtigen, Drouyn de Lhuis, wurde seines Amtes enthoben, und es wurde außerdem verbreitet, daß die drohende Instruktion des Botschafters dem Kaiser während seiner Krankheit entrissen worden sei. Indes der Mißmut des französischen Volkes über Preußens Ruhm (§ 255) forderte weitere Schritte, und die Gelegenheit dazu schien die luxemburgische Frage zu bieten. Das mit Holland durch Personalunion verbundene Land war Mitglied des Deutschen Bundes und des Zollvereins gewesen, seine Hauptstadt hatte als Bundesfestung eine preußische Besatzung gehabt. Durch die Auflösung des Deutschen Bundes war nun die Lage sehr unklar geworden. Das Land gehörte dem Norddeutschen Bund nicht an, aber die preußische Besatzung und die Zugehörigkeit zum Zollverein war geblieben. Da verbreitete sich die Nachricht, daß König Wilhelm III. von Holland, der zugleich Großherzog von Luxemburg war, im Begriff stehe, das Land um eine Geldsumme an Napoleon abzutreten. Napoleon wünschte dadurch den „patriotischen Beklemmungen" der Franzosen Rechnung zu tragen; er gedachte dann später Preußens Zustimmung zu erlangen. Aber diese Pläne waren zu früh ruchbar geworden, und in Deutschland gerieten die Gemüter in eine gewaltige Aufregung. Es fehlte nicht an Stimmen, die laut auf einen Krieg drangen, der ja doch unvermeidlich sei, ein Ruf, in den auch die Gegner Preußens hoffnungsfroh einstimmten, wurden doch in Holland schon Werbungen für eine zum Kampf gegen Preußen bestimmte hannöversche Legion vorgenommen. Aber der König und Bismarck hielten den Zeitpunkt für einen Krieg mit Frankreich noch nicht für gekommen. In seiner Antwort auf die von nationaler Begeisterung getragene Anfrage des Reichstagsabgeordneten v. Bennigsen wies Bismarck darauf hin, daß die Frage einen europäischen Charakter habe, da Luxemburg in dem Londoner Teilungsvertrag vom Jahre 1839 (§ 121) unter die Garantie der Großmächte gestellt sei. Er erreichte seinen Zweck. Der König von Holland erschrak vor der Verantwortung eines Krieges und lenkte ein. Und so empfindlich es auch für Napoleon war, von seinem Plane abzustehen, so scheute auch er noch vor einem Kriege zurück und ging auf den Vorschlag einer europäischen Konferenz in London ein. Auf dieser gelang es den Bemühungen Österreichs, Englands und Rußlands, eine Verständigung herbeizuführen. Frankreich trat von der Erwerbung, Preußen von seinem Besatzungsrecht zurück gegen die von den Großmächten übernommene Gesamtgarantie einer „Neutralisierung des Großherzogtums Luxemburg" unter Schleifung der Festungswerke. Im Zusammenhang

Anfang Aug. 1866

1. Sept. 1866

Luxemburg

1867

1. April 1867

7.–11. Mai 1867

mit diesen Vorgängen hatte Bismarck die geheimen Kriegsverträge mit den süddeutschen Staaten veröffentlicht, und schon im Februar war hier der Beschluß gefaßt worden, die preußische Heeresverfassung, also hauptsächlich den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht, einzuführen.

Zollvertrag

§ 253. Das Zollparlament. Ausbau der norddeutschen Bundesverfassung. Diesem Schritte von großer Tragweite folgte bald ein zweiter, ebenso bedeutungsvoller. Durch den Krieg wurde auch der Zollverein aufgehoben; nach demselben wurden zwar rasch die Zollverträge erneuert, aber mit sechsmonatlichem Kündigungsrecht. Eine solche unsichere Einrichtung konnte nicht aufrechterhalten werden, ohne die wichtigsten Interessen der Nation zu gefährden. Deshalb lud Bismarck die süddeutschen Minister (Fürst von Hohenlohe für Bayern, v. Varnbüler für Württemberg, v. Freydorf für Baden, v. Dalwigk für Hessen-Darmstadt) zu einer Konferenz nach Berlin. Noch weniger aber als von der Teilnahme am politischen Leben durfte das Volk von der Mitberatung seiner großen wirtschaftlichen Fragen ausgeschlossen bleiben, da nirgends mehr ein Regieren vom grünen Tisch schadet, als auf diesem Gebiete, wo nur ein enges Zusammengehen mit den maßgebenden wirtschaftlichen Kräften den richtigen Weg weisen kann. Nun hatte die norddeutsche Bundesverfassung dem Bundesrat und Reichstag die Zollgesetzgebung übertragen. Da aber die süddeutschen Staaten den Bundesrat und den Reichstag nicht beschicken konnten, einigte man sich dahin, für Gesamtdeutschland außer Österreich einen Zollbundesrat und ein Zollparlament ins Leben zu rufen. Der auf Grund dieser Präliminarien geschlossene neue Zollvertrag, dem auch Bayern nach einigem Sträuben ohne das anfangs geforderte Veto beitrat, bildete die Vorlage für das Zollparlament, das aus allgemeinen, direkten Volkswahlen hervorgehend, Ende April 1868 in Berlin zusammentrat.

Mai 1867

8. Juli 1867

Zollparlament

Wohl fielen die süddeutschen Wahlen meist in antipreußischem Sinne aus, aber in Berlin mußte doch der ärgste Preußenfeind zu der Erkenntnis kommen, daß auch in Norddeutschland dasselbe warme Gefühl für das Wohl des deutschen Vaterlands vorhanden sei. Die Thronrede machte großen Eindruck: Die Macht des nationalen Gedankens hat den Zollverein von kleinen Anfängen bis zu seiner jetzigen Gestalt entwickelt. „Es ist die Frucht einer naturgemäßen Entwicklung, wenn heute Vertreter der ganzen Nation sich zur Beratung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands vereinigen. Halten Sie das gemeinsame deutsche Interesse fest im Auge, vermitteln Sie von diesem Gesichtspunkte aus die einzelnen Interessen, und ein Erfolg, der Ihnen den Dank der deutschen Nation gewinnt, wird Ihre Anstrengungen krönen.“ Unter dem jubelnden Beifall des Zollparlamentes konnte der bayerische Abgeordnete Völck denen, welche noch immer mit Schneebällen würfen, sein hoffnungsfrohes Wort entgegenrufen, der Schnee würde bald ausgehen, „denn es muß doch bald Frühling werden in deutschen Landen“. Die Thronrede am Schlusse des Zollparlaments konnte mit Recht sagen: „Diese Session des deutschen Zollparlaments hat dazu gedient, das gegenseitige Vertrauen der deutschen Stämme und ihrer Regierungen zu kräftigen und manche Vorurteile zu zerstören oder doch zu vermindern. Es lebt ein brüderliches Gefühl der Zusammengehörigkeit in der Gesamtheit des deutschen Volkes, das an Kraft zunehmen wird, wenn wir allseitig bestrebt bleiben, in den Vordergrund zu stellen, was uns eint, und zurücktreten zu lassen, was uns trennen könnte.“

27. April 1868

28. Mai 1868

Das Scherzwort, „das Zollparlament müsse zum Vollparlament werden“, hatte doch bedeutende innere Wahrheit. Das zu erzielen, die unnatürliche Mainlinie zu beseitigen, war nun das Bestreben der nationalgesinnten

Männer im Norden und Süden. Dieser nationale Geist war auch auf dem ersten ordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes hervorgetreten, welcher im September 1867 abermals unter Simsons Präsidium seine Arbeiten begonnen hatte. Die nationalliberale Partei erfuhr, besonders aus den neuen preußischen Provinzen, eine bedeutsame Verstärkung und hatte in Rudolf von Bennigsen einen Führer von echt nationaler Gesinnung.

Erster norddeutscher Reichstag

In dieser ersten Legislaturperiode des norddeutschen Reichstages wurden eine freisinnige Gewerbeordnung, Gesetze über Unterstützungswohnsitz und Freizügigkeit, über die Verpflichtung zum Kriegsdienst, über Gleichberechtigung der Konfessionen in staatsbürgerlicher Beziehung, ein Handelsgesetzbuch, eine Wechselordnung, ein Aktiengesetz, eine Maß- und Gewichtsordnung, ein Gesetz über das Konsulatswesen, über Errichtung eines Bundesoberhandelsgerichts (in Leipzig) und andere Bundesgesetze erlassen, die die gemeinsamen Interessen förderten und das Gefühl in allen Gliedern erweckten, daß sie einem organischen, im Wachsen und Fortschreiten begriffenen Staatsganzen angehörten. — Auch die Kraft und Umsicht, welche die preußische Regierung im eigenen Staate entfaltete, erzeugten nun immer größeres Vertrauen: die Ernennung des gemäßigt liberalen Camphausen zum Finanzminister, die verständigen Finanzmaßregeln des neuen Ministers zur Beseitigung des Defizits sowie der Eintritt des Präsidenten des Bundeskanzleramtes, Delbrück, in das Ministerium wurden freudig begrüßt; nur die engherzige Politik des Kultusministers v. Mühler schien den hohen Aufgaben der Regierung nicht zu entsprechen; sein neues Unterrichtsgesetz fand keine Annahme.

Okt. 1869

Verhältnis zu den Südstaaten

In den Beziehungen zu den süddeutschen Staaten ging der Bundeskanzler sehr vorsichtig zu Werke. Bei der Eifersucht, mit welcher Frankreich und die preußenfeindlichen Elemente in Deutschland alle Versuche eines Anschlusses als Symptome preußischer Eroberungspolitik verdächtigten, hielt sich Bismarck strenge innerhalb der durch den Prager Frieden gesetzten Grenzen und vermied jeden Schein eines Druckes auf die Südstaaten. Als im Reichstag von einigen Mitgliedern der Antrag auf Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund gestellt wurde, wies Bismarck ihn entschieden zurück. Er hielt es für wirksamer für die nationale Sache in Süddeutschland, wenn Baden dort bliebe: mußte doch in der süddeutschen Bevölkerung erst noch viel Widerstand auf ultramontaner und demokratischer Seite überwunden werden. In Bayern mußte sogar der patriotische Fürst Hohenlohe dem Ansturm der Ultramontanen weichen und dem Grafen Bray-Steinburg Platz machen, der in den nationalen Fragen eine weit zurückhaltendere Stellung einnahm. Es bedurfte noch einer neuen, gewaltigeren Kraft, um das einige Deutschland zu schaffen.

Febr. 1870

Mai 1870

Rückwirkung auf Österreich

§ 254. Der österreichisch-ungarische Ausgleich und das Ministerium Auersperg. Österreich war durch den Krieg von der Neugestaltung Deutschlands ausgeschlossen; naturgemäß drohten damit die nichtdeutschen Elemente einen stärkeren Einfluß zu gewinnen. Man hielt es deshalb für notwendig, wenigstens mit Ungarn zu einem festen Abkommen zu gelangen. Da das Vertrauen zu den heimischen Staatsmännern erschüttert war, wurde dem bisherigen sächsischen Minister und Preußenfeind v. Beust die Leitung des Ministeriums übertragen. Die Konföderationspolitik Belcredis, welche die Monarchie in fünf, fast nur durch Personalunion verbundene Königreiche zerlegen wollte (§ 241), wurde aufgegeben, aber den Ungarn kam man so weit entgegen, daß sich das Reich in eine östliche und westliche Hälfte spaltete, in ein deutsch-slawisches Ländergebiet diesseits der Leitha und in ein ungarisches Königreich jenseits dieses Flusses. Der ungarische Staatsmann Deak vereinbarte mit Beust den Ausgleich, durch den Ungarn die alten Rechte, welche durch die Revolution von 1848 verwirkt sein sollten, zurückgegeben, Siebenbürgen, Kro-

Okt. 1866

Ausgleich 1866

atien und die Militärgrenze dem Königreich jenseits der Leitha einverleibt und die Bedingungen festgesetzt wurden, unter welchen die gemeinsamen Angelegenheiten, zu denen namentlich Krieg und auswärtige Politik gehörten, behandelt werden sollten. Die Einsetzung eines neuen ungarischen Ministeriums aus der Deakschen Partei unter dem Grafen Julius Andrassy und die feierliche Krönung Franz Josephs als König von Ungarn 8. Juni 1867 bildeten den Schluß des Ausgleichswerkes, durch welches der Versuch gemacht wurde, auf Grund eines konstitutionellen Doppelreiches mit militärischer, diplomatischer und handelspolitischer Einheit und einem vertragsmäßigen Beitrag Ungarns zu den gemeinsamen Staatsausgaben dem erschütterten Österreich neue Lebenskraft einzuflößen, durch Errichtung eines höchsten Reichsministeriums samt Reichsvertretung (Delegationen aus den parlamentarischen Körperschaften der beiden Reichshälften) für die Gesamtinteressen der Monarchie gesetzliche Organe zu schaffen und ein friedliches Zusammenleben der Nationalitäten zu begründen.

Im „cisleithanischen" Österreich wurde die Februarverfassung (§ 194) wiederhergestellt und das erste konstitutionelle Ministerium trat ins Leben, welchem Fürst Karlos Auersperg als Präsident, Giskra als Minister des Innern, Herbst als Justizminister angehörten, während der Reichskanzler v. Beust als gemeinsamer Minister des Auswärtigen waltete. Dieses sogenannte „Bürgerministerium" machte ernste Anstrengungen, das Konkordat (§ 192) zu brechen und den Einfluß der Hierarchie zu beschränken, vornehmlich dadurch, daß es die Eheschließung und die Schule von der Kirche befreien wollte. Aber es fand bei den Klerikalen heftigen Widerstand; noch größere Schwierigkeiten erwuchsen ihm aus den Sonderansprüchen der slawischen Nationalitäten, welche die Verfassung zu zentralistisch fanden und die weitestgehende Autonomie der einzelnen Kronländer erstrebten. Deshalb nahm Auersperg bald seine Entlassung, an seine Stelle trat Graf Taafe. Nach einem Zwischenministerium unter Hasner übernahm der Graf Potocki die Leitung, versuchte aber vergebens, mit den Polen und Tschechen zu einem Ausgleich zu gelangen.

Bürgerministerium 1. Jan. 1868 — Mai 1868 — April 1869 — April 1870

In der auswärtigen Politik verfolgte Beust das Ziel, in Deutschland die Zustände vor 1866 wiederherzustellen und vor allen Dingen Preußen niederzuzwingen. Er wartete auf eine Gelegenheit zu einem glücklichen Kriege gegen diesen ihm so verhaßten Staat und wies alle Annäherungsversuche Bismarcks zurück. Seine Rechnung war auf die Unvermeidlichkeit eines Krieges Preußens mit Frankreich gerichtet, in dem er als Frankreichs Verbündeter Preußen in den Rücken fallen könnte.

v. Beust

Drittes Kapitel.

Der deutsch-französische Krieg und das neue Deutsche Reich.

A. Entstehung des deutsch-französischen Krieges.

§ 255. Frankreich. Das große Ansehen, das Napoleon als Vertreter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker seit dem Krimkriege besaß (§ 211), hatte der französischen Nation sehr geschmeichelt. Auch die italienische Einheit war noch gegen eine Kompensation (Savoyen und Nizza), wenn auch nicht in den von Napoleon gezogenen Schranken (§ 213), zustande

Frankreich u das Ausland

gekommen; nun aber scheiterte das mexikanische Unternehmen (§ 226), wagte es Preußen durch den Norddeutschen Bund die Ohnmacht Deutschlands, auf der das französische Übergewicht zum guten Teil beruht hatte zu beseitigen. Besonders hierüber empfand man patriotische Beklemmungen; man forderte „Rache für Sadowa". Die verlangten Kompensationen am Rhein wurden nicht erreicht und auch Luxemburg wurde nicht gewonnen (§ 252). Um so fester stand den Franzosen die Notwendigkeit eines Krieges gegen Preußen; aber ohne Verbündete fürchtete man nicht zum Siege kommen zu können. Das Verhältnis zu Rußland war seit 1863 (§ 205) getrübt. Auch die im Frühjahr 1867 in Paris eröffnete Weltausstellung, bei der die Franzosen die Genugtuung hatten, die mächtigsten Herrscher in ihrer Hauptstadt zu sehen — auch König Wilhelm traf dort mit dem Kaiser von Rußland zusammen — hatte keine Besserung gebracht; vielmehr hatte der Zar unter dem Eindruck des polnischen Attentates (§ 207) Paris mit dem größten Widerwillen verlassen. Um so leichter erschien eine Annäherung an das grollende Österreich. In Salzburg trafen sich die
18.—23. Aug. 1867 beiden Kaiser unter dem Scheine einer Beileidsbezeigung wegen der Katastrophe in Mexiko. Der eigentliche Zweck aber war eine Verständigung über das Verhalten in der orientalischen Frage gegen Rußland und über eine Vereinbarung gegen Preußen; doch kam kein Bündnis zustande: Napoleon kehrte unbefriedigt nach Paris zurück; soll ihm doch das Wort entfahren sein, „mit dem österreichischen Leichnam sei keine Allianz möglich". Trotzdem blieben die Kriegsgelüste. Zwar gelang es der diplomatischen Tätigkeit, die Kriegsgefahren, die im Jahre 1868 eine Zeitlang in der orientalischen Frage (§ 209) drohten, durch ausgleichende Vermittlung zu beseitigen und den Weltfrieden zu erhalten, aber Vertrauen hatte man
Herbst 1869 nirgendwo zu diesem bewaffneten Frieden. Auch die Einweihung des Suezkanals konnte die finsteren Wolken des Kriegs nicht bannen. An dieser Feier nahmen die Kaiserin Eugenie, der Kaiser Franz Josef, Friedrich Wilhelm, der Kronprinz von Preußen, teil. Dieselben machten dann auch einen Besuch in Konstantinopel, der um so angemessener erschien, als der Sultan den „Vizekönig" (Chedive) Ismail Pascha in Verdacht hatte, er wolle sich zum unabhängigen Herrscher machen: es gelang indes, die türkische Oberlehnshoheit zu erhalten.

Belgien In demselben Jahre wurde auch wieder eine „Kompensation" versucht. Das Streben der französischen Ostbahngesellschaft unter Begünstigung der Regierung die Eisenbahn nach Brüssel durch Kauf an sich zu bringen, wurde als erster Schritt zur Einverleibung Belgiens angesehen. In der
1869 Tat war der Prinz Napoleon in Berlin gewesen, um über eine Einverleibung Belgiens in Verhandlung zu treten, war aber entschieden abgewiesen worden. Darauf versuchte man auf einem Umwege, durch den Kauf der Eisenbahnen, in den Besitz Belgiens zu kommen. Aber die belgische Regierung war wachsam; dem belgischen Minister Frère-Orban gelang es, zu erwirken, daß Napoleon sich mit einem Betriebsvertrage begnügte, der Belgien in keiner Weise zu nahe trat. Der Kaiser erlitt dadurch eine diplomatische Niederlage, welche die Franzosen noch mehr gegen alles aufreizte, was von Preußen und vom Norddeutschen Bunde ausging; selbst den Plan einer Gotthardtbahn, welche von Deutschland, der Schweiz und Italien ausgeführt werden sollte, suchte man zu durchkreuzen.

Innere Lage

Im Innern hatte Napoleon die immer stärker werdende Mißstimmung über die verschwenderische Finanzwirtschaft, sowie über die Strenge, womit die Bewegung der Geister niedergehalten, die Freiheit der Rede und der Presse gezügelt, jedes Streben nach einem volkstümlichen Selbstregiment unterdrückt wurde (§ 211), nicht zu bannen vermocht. Der Rat des Herzogs von Morny, der zehn Jahre lang die Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers leitete und bei seinem Tode den kaiserlichen Halbbruder ermahnte, die langverheißene „Krönung des Gebäudes" durch eine liberale Gesetzgebung auszuführen, war zunächst nicht befolgt. Befriedigung erweckte nur die Heeresorganisation; erst in den folgenden Jahren lenkte Napoleon dann in liberale Bahnen.

10. März 1865

1867

Die mit großem Eifer vorgenommene Heeresorganisation vermehrte die Streitmacht durch Ausdehnung der Konskriptionspflicht und Errichtung der mobilen Nationalgarde und versah die Truppen mit einer verbesserten Waffe, dem weittragenden, leichten Chassepotgewehr, welches bei Mentana (§ 249) „Wunder" tat. Durch dieses, wie es schien, wohlgerüstete Heer unter der Leitung des Kriegsministers, Marschalls Niel, schien Frankreich „in den Falten seiner Toga Krieg oder Frieden zu tragen".

Liberale Reformen

Bei der wachsenden Opposition gegen das „persönliche Regiment" lenkte Napoleon schließlich doch in freiere Bahnen ein, wenn er auch in dem „Leben Cäsars", das er nach gründlichen Studien ausarbeitete, zugleich dem napoleonischen Regierungssystem ein Denkmal zu stiften, eine Apotheose des Cäsarismus zu geben suchte. Als im Frühjahr 1869 neue Wahlen zum gesetzgebenden Körper ausgeschrieben wurden, fühlte man, daß eine neue Ära im Anbruch sei; der Kaiser selbst ließ sich von dem liberalen Deputierten Ollivier über die Stimmung und Wünsche des Volks berichten. Der Ausfall der Wahlen in den größeren Städten, namentlich in Paris, wo mehrere „Unversöhnliche", Radikale und Republikaner, über die Männer konstitutioneller Freiheit den Sieg davontrugen, machte den Kaiser betroffen. Als im Juli 1869 116 Abgeordnete Verantwortlichkeit der Minister und freie parlamentarische Bewegung mit Initiative für den gesetzgebenden Körper verlangten, gab er zustimmenden Bescheid und vertagte die Sitzungen, bis der Senat die beabsichtigten Gewährungen geprüft und beraten haben würde. Zwar erregte diese unerwartete Vertagung einige Mißstimmung, allein die Entlassung des Ministers Rouher, des gewandten Verfechters des Absolutismus, bewies, daß es dem Kaiser Ernst sei mit den Reformen. Nach einigen unruhigen Monaten, während welcher der leidende Zustand des Kaisers große Besorgnisse erweckte, eröffnete dieser den gesetzgebenden Körper mit einer Thronrede, worin er als Ziel seiner künftigen Politik „Freiheit und Ordnung" bezeichnete. Ein neues Ministerum unter der Leitung Emil Olliviers sollte dieses Programm durchführen und ein konstitutionelles Regiment anstatt des bisherigen persönlichen begründen. Sehr zur unrechten Zeit kam ein Vorfall in der napoleonischen Famlie. Peter Bonaparte, Lucians Sohn, hatte einen Journalisten, Viktor Noir, niedergeschossen, wurde aber durch einen außerordentlichen Gerichtshof in Tours freigesprochen, weil er sich im Zustande der Notwehr befunden habe. Die Republikaner benutzten den Wahrspruch der Geschworenen als Beweis, daß es gegen die Verwandten des Kaisers keine Gerechtigkeit gebe; Napoleon veranlaßte den Prinzen, Frankreich zu verlassen. Um die Opposition, die sich bei dieser Gelegenheit sehr scharf äußerte, niederzuhalten und die Volkssouveränität, die er so gern als seinen Rechtstitel zum Regieren betonte, aufs neue hervortreten zu lassen, beschloß der Kaiser, die parlamentarische Verfassung durch eine allgemeine Volksabstimmung, ein Plebiszit, bestätigen zu lassen. Zu dem Zwecke erhielt jeder wahlberechtigte Franzose einen kaiserlichen Brief mit der Frage: „Billigt das französische Volk die liberalen Reformen, die seit 1860 von dem Kaiser unter Mitwirkung der großen Staatskörperschaften

Juli 1869

Jan. 1870

10. Jan. 1870

März

an der Verfassung vorgenommen worden sind, und genehmigt es das Senatskonsult vom 20. April 1870?" An diesem Tage hatte nämlich der Senat das Programm der Verfassungsrevision, welches verantwortliche Minister, Erteilung des Rechts zu Gesetzesvorschlägen, Interpellationen, Annahme von Petitionen an den gesetzgebenden Körper, kurz, Ersetzung des persönlichen durch ein konstitutionelles Regiment verhieß, einstimmig angenommen. Unter starkem Druck
8. Mai 1870 der Regierungsbehörden stimmten gegen $7\frac{1}{4}$ Millionen Wähler mit Ja. Daß in mehreren der größeren Städte die Opposition in der Mehrheit war und in der Armee über 45 000, in der Marine 6000 Nein abgegeben wurden, dämpfte wohl die Freude, war aber nicht vermögend, die Bedeutung des Plebiszits als eines Vertrauensvotums für Napoleon zu beseitigen. Ein neues, festes Band schien damit um Thron und Volk geschlungen, zumal als im nächsten Monat die Wahl der Generalräte in den Departements im Sinne des Kaisertums ausfiel und gewissermaßen das Plebiszit ergänzte.

Kriegslust

Aber es war noch unerfüllt die „Rache für Sadowa"; die Abstimmung im Heer wies auf den Krieg hin, und ebendahin drängte die klerikale Partei, die in der Kaiserin Eugenie eine Fürsprecherin fand. Alle Opposition konnte am besten durch einen nationalen Krieg unterdrückt werden, der den Franzosen die Rheingrenze brachte. Das Heer war, nach der Versicherung des
Seit 21. Aug. 1869 Kriegsministers Leboeuf, „vollkommen bereit", die Arsenale waren mit Chassepotgewehren gefüllt und die Mitrailleuse, die 25 Kugeln aus einem kanonenartigen Rohr auf einmal gegen den Feind zu schleudern vermochte, schien vernichtend wirken zu müssen. Noch war auch Deutschland nicht ge-
Falsche Ansichten über Deutschlands Stimmung einigt. Geheime Agenten wußten viel zu melden von der Antipathie der Demokraten, der Ultramontanen, der Partikularisten gegen das eroberungssüchtige, gewalttätige Preußen, gegen den alles verschlingenden Militarismus. Das schien die Entlassung des liberalen Ministeriums Hohenlohe in Bayern zu bestätigen (§ 252); in Hessen und Württemberg machten Dalwigk und Varnbüler aus ihren preußenfeindlichen Gesinnungen kein Hehl, in Hannover und anderen annektierten Staaten gab sich in manchen Kreisen
Seit 15. Mai 1870 eine große Verbissenheit kund. Der neue Minister des Auswärtigen, Herzog von Gramont, der als französischer Gesandter in Wien die deutschen Zustände durch die trübe Atmosphäre der aristokratisch-klerikalen Hofkreise der Kaiserburg angeschaut hatte, glaubte mit dieser preußenfeindlichen Stimmung entschieden rechnen zu können. Umsonst warnte der französische Militärbevollmächtigte in Berlin, Oberst Stoffel († 1907), vor einem Kriege, indem er die Vorzüge der preußischen Heeresverfassung darlegte und zugleich die Überzeugung aussprach, daß Bismarck keinen Krieg beabsichtige, daß aber alles in Bereitschaft gesetzt sei, falls Preußen dazu gedrängt werde. In Paris fanden seine Berichte keinen Glauben. Außerdem aber baute die französische Regierung auf ein Kriegsbündnis mit Österreich und Italien.

Verhandlungen mit Österreich u. Italien

Nach der Annäherung in Salzburg 1867 scheinen 1868 ohne Mitwissen der Minister Verhandlungen zwischen den drei Herrschern von Frankreich, Österreich und Italien stattgefunden zu haben. Im Juni 1869 wurde brieflich für gewisse Fälle ein Bundesverhältnis zwischen ihnen gegen Preußen aufgerichtet. Im Februar 1870 war der Erzherzog Albrecht von Österreich in Paris, und im Juni 1870 erschien ein vertrauter Abgesandter Napoleons, der General Lebrun, in Wien, um die näheren Vereinbarungen zu treffen. Es wurden die Hauptpunkte des Kriegsplanes festgesetzt, der anscheinend erst im Frühjahr 1871 zur Ausführung kommen sollte.

Drei Armeen, eine französische, eine österreichische und eine italienische, je 100 000 Mann stark, sollten in Süddeutschland einbrechen, um einerseits den süddeutschen Regierungen einen vielleicht erwünschten Vorwand zu geben, wenigstens vorerst neutral zu bleiben, anderseits Preußen rasch von jeder Einwirkung auf Süddeutschland abzuschneiden. Preußen sollte in die Lage vor 1866 zurückgezwungen werden, Beust bemühte sich bei Napoleon auch um die Abtretung Roms an Italien. Aber dieses Bündnis hatte eine für Frankreich sehr üble Nebenbestimmung. Österreich und Italien verlangten, sechs Wochen lang nach der Kriegserklärung neutral bleiben zu dürfen, um rüsten zu können. Man rechnete auf die rasche Mobilmachung Frankreichs, die wie ein Glaubenssatz feststand, und war überzeugt, daß Preußen ebenso langsam verfahren werde, wie 1866, ohne dabei zu bedenken, daß die damalige Verzögerung diplomatischer, nicht militärischer Natur gewesen war. Das alles ging im tiefsten Geheimnis vor sich. Die übrige Welt hatte so wenig Ahnung von dem drohenden Kriege, daß der in dem durchaus nicht deutschfreundlichen England auftauchende Gedanke einer allgemeinen Abrüstung zu Ende des Jahres 1869 im norddeutschen Reichstage sogar als Antrag eingebracht werden konnte. Alles freute sich, aus dem Munde Olliviers zu vernehmen, 30. Juni 1870
„daß der Friede noch nie gesicherter gewesen sei als heute"! Man traute diesen Worten um so mehr, als derselbe Mann schon im Jahre 1867 verkündigt hatte, daß er die deutsche Einheit als eine unwiderrufliche, vom Schicksal verhängte Tatsache betrachte, die Frankreich ohne Gefahr hinnehmen könne, daß der Friede ohne alle Hintergedanken die einzige Politik sei, der er sich anschließen könne. Da kam völlig unerwartet die spanische Frage.

§ 256. Spanien von 1848—1865. Die Pariser Februarrevolution machte Isabella II. 1833—1868, gest. 1904
ihre Rückwirkung auch jenseits der Pyrenäen fühlbar, doch nicht so stark, daß die Herrschaft der Moderados gestürzt worden wäre. Weder die vereinzelten Aufstände der Progressisten, welche an England einen geheimen Rückhalt hatten, noch der Versuch des zurückgekehrten Cabrera, für den Herzog von Montemolin (§ 144) die Karlisten des Nordens wieder unter die Waffen zu rufen, waren von Erfolg. Narvaez (§ 144) unterdrückte die Aufstände; und so stark fühlte sich die Re- 1849
gierung, daß sie einige Zeit nachher eine Amnestie erließ, welche den Karlisten Gelegenheit zur Rückkehr bot. Auch mit England versöhnte man sich. Dagegen trat mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Spannung ein, als General Narciso Lopez, welcher die Insel Kuba zum Abfall von Spanien und zum 1851
Anschluß an die Union zu bringen suchte, nach Vereitlung seines Unternehmens in Havanna hingerichtet wurde. — Nach der Errichtung des französischen Kaisertums gelang es der Hofpartei in Madrid, den Minister Narvaez, der sich durch ein neues Wahlgesetz noch verhaßter gemacht hatte, zu stürzen; mit Rom 11. Jan. 1851
wurde ein Konkordat abgeschlossen, welches der Kurie und dem Klerus weitgehende Okt. 1851
Zugeständnisse einräumte. Diese reaktionäre Richtung erhielt neue Stärke, als Königin Isabella von einem, wie es schien, geistesverwirrten Priester, Martin Febr. 1852
Merino, verwundet wurde. Nunmehr wurde die Presse beschränkt, die Cortesversammlung aufgelöst, die Verfassung in absolutistischem Sinn verändert; Karlisten und Klerikale erhielten die einflußreichsten Staatsämter und Militärstellen. Vergebens jedoch suchte die Regierung unter den reaktionären Ministerien Bravo Murillo, Roncali u. a. durch Gewaltmaßregeln die Opposition niederzuschlagen, — die Furcht vor einem Staatsstreiche und der Haß gegen Christine führten der Widerstandspartei stets neue Kräfte zu. Moderados und Progressisten vereinigten sich zur „liberalen Union". Die Erhebung des Generals Leopold O'Donnell,

kriegerische Bewegungen in Katalonien und im Süden, blutige Barrikadenkämpfe in der Hauptstadt selbst, führten endlich zu einem Minister- und Systemwechsel.
1854 Espartero (§ 144) übernahm die Bildung eines neuen Kabinetts, in welchem O'Donnell das Kriegsministerium erhielt. Marie Christine wurde zur Flucht in das Ausland gezwungen. Im November trat eine neugewählte Versammlung als „konstituierende Cortes" zusammen, worin die Progressisten die Mehrheit bildeten. Sie suchten nicht nur durch Eisenbahnen, Telegraphen und Banken die Volkswirtschaft zu heben, sondern erließen auch ein Gesetz über Einschränkung der toten Hand, welches den Verkauf aller sogenannten Nationalgüter, der Kirchen-, Kloster-, Stiftungs-, Gemeinde- und Staatsgüter anordnete. Auch wurde der Bauernstand unabhängiger gestellt und dadurch eine breitere Basis für ein freieres Staatsleben geschaffen.

Allein über der Neuordnung der Verfassungszustände ging die „liberale Union" wieder auseinander. Espartero trat aus dem Ministerium aus; abermals
Juli 1856 erfolgten in Madrid und Barcelona Aufstände, die O'Donnell mit blutiger Strenge unterdrückte. Als er aber die Cortes auflöste und über ganz Spanien den Belagerungszustand verhängte, entließ ihn die Königin. Das neue Kabinett jedoch, in welchem die Moderadopartei unter Narvaez die Oberhand hatte, geriet wieder in eine reaktionäre Strömung, so daß die Glieder der liberalen Union, aus Furcht, die Errungenschaften des Jahres 1854 einzubüßen, ihren früheren Bund
30. Juli 1858 herstellten und dadurch die Königin nötigten, O'Donnell wieder zur Bildung eines neuen Kabinetts zu berufen. Dieser vermochte sich fünf Jahre im Regiment
April 1860 zu behaupten; eine neue Schilderhebung der Karlisten unter General Ortega wurde rasch unterdrückt. Für den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes war das ruhige und gemäßigte Regiment O'Donnells von großem Segen. Auch nach außen hin hatte er Erfolge aufzuweisen; in einem Kriege mit Marokko nötigte er den Feind
4. Febr. 1860 durch die Schlacht bei Tetuan zu einer Gebietsabtretung bei Ceuta. Die Dominikanische Republik auf der vormals spanischen Osthälfte der Insel Haiti (San Domingo) erkannte freiwillig die Herrschaft Spaniens an, freilich nur auf kurze Zeit (§ 229), und der Kriegszug gegen Mexiko wurde von der spanischen Regierung angeregt (§ 224). Aber die Haltung des spanischen Befehlshabers Prim trübte die Beziehungen zu Frankreich und führte eine Mißstimmung herbei, die schließ-
März 1863 lich den Sturz des Kabinetts O'Donnell veranlaßte. Über ein Jahr versuchte nun die gemäßigte Partei, die noch immer unter verschiedenen Ministern am Ruder blieb, sich zwischen den feindlichen Gegensätzen, der reaktionären Hofpartei und den extremen Progressisten, durchzuwinden, fand aber auf keiner Seite Dank oder Billigung; in allen Gesellschaftskreisen trat eine scharfe Opposition hervor. Ver-
1863 gebens suchte Narvaez, in dessen Hand abermals die Leitung der öffentlichen Dinge gelegt wurde, durch Absetzung oppositioneller Beamten und Universitätslehrer, wie des republikanisch gesinnten Professors Emilio Castelar, und durch andere an Terrorismus grenzende Maßregeln die gärenden Geister niederzuhalten, — je mehr
1864 die klerikale Camarilla, welche durch die Rückberufung Marie Christines aus zehnjähriger Verbannung neue Stärke gewann, ihren freiheitgefährdenden Einfluß auf den Gang der Regierung kundgab, desto mehr faßte die Ansicht Wurzel, daß unter der bourbonischen Dynastie in Spanien kein würdiges Staatsleben aufkommen könne.

§ 257. Die spanische Revolution vom Jahre 1868. Portugal. Bei solcher Stimmung konnte nur ein gemäßigtes Ministerium hoffen, das schwankende Staatsschiff zwischen den Klippen der Revolution und der Reaktion hindurchzuführen;
Juni 1865 darum wurde, als Narvaez zurücktrat, die Leitung der Regierung abermals Männern der liberalen Union übergeben, unter denen die Marschälle O'Donnell und Serrano den meisten Einfluß besaßen. Diese suchten die Partei des Fortschritts zu versöhnen, indem sie die unter dem vorhergehenden Regiment ergriffenen Zwangsmaßregeln rückgängig machten und die Königin nötigten, die Häupter der Camarilla, den Pater Claret und die Nonne Patrocinio, vom Hofe zu entfernen

und das Königreich Italien anzuerkennen. Allein, die Progressisten stellten höhere Forderungen, wie allgemeines Stimmrecht, Trennung von Kirche und Staat u. a.; General Prim war ihr Führer. In verschiedenen Provinzen kam es zu Aufständen, die aber scheiterten; Prim ging daher über die portugiesische Grenze und begab sich nach England, um günstigere Zeiten abzuwarten. Nun reifte am Hof, wohin die früher verwiesenen Vertrauten wieder zurückgekehrt waren, der Plan, durch eine vollständige Reaktion dem Treiben der Progressisten ein Ende zu machen: O'Donnell wurde zum dritten Mal entlassen. Das neue Ministerium, worin Narvaez wieder den Vorsitz führte und Gonzalez Bravo das Innere übernahm, ging auf diese Absichten ein und suchte durch ein strenges Militär- und Polizeiregiment das öffentliche Leben lahmzulegen. Die Selbstverwaltung der Gemeinden und Provinzen wurde eingeschränkt, der Volksunterricht in die Hände der Geistlichen gelegt, die Cortesversammlung durch Wahlbeherrschung mit willfährigen Leuten gefüllt; und als 137 Abgeordnete eine Adresse an die Königin gegen das Ministerium unterzeichneten, ließ Narvaez eine Anzahl Deputierter, darunter den Präsidenten der Zweiten Kammer, Rios Rosas, verhaften und deportieren. Dasselbe Los traf auch den Marschall Serrano, den Präsidenten des Senats, weil er der Königin Vorstellungen gegen die harte Maßregel gemacht hatte. O'Donnell und andere hervorragende Mitglieder der liberalen Union flohen ins Ausland. Ein Terrorismus, wie ihn Spanien lange nicht gesehen, lagerte sich nun über das Königreich und hielt das ganze geistige und politische Leben gefesselt. Die Cortesmitglieder, unter dem allgemeinen Druck gewählt, wagten keinen Widerspruch; ja, sie willigten in eine Geschäftsordnung, welche die Opposition als Selbstmord bezeichnete. Das Ministerium Narvaez stand gänzlich unter dem Einfluß der Hofkamarilla; die konstitutionelle Verfassung war nur ein Schattenbild; selbst der Bruder des König-Gemahls, der Infant Heinrich von Bourbon, welcher liberaleren Ansichten huldigte, zog sich, durch ein königliches Dekret seiner Würden beraubt, nach Frankreich zurück. Die Beschützung des Heiligen Stuhles wurde für die vornehmste Pflicht des Landes erklärt; trotz der eigenen Finanznot gingen fortwährend große Summen nach Rom. Schon sprach man von Wiederherstellung der säkularisierten Klöster. Der Papst bezeigte der Königin durch eine geweihte goldene Rose „als Sinnbild aller weiblichen Tugenden" seine Zufriedenheit über ihre kirchliche Gesinnung. Das reaktionäre System erfuhr auch keine Veränderung, als der Marschall Narvaez starb, denn nun trat Gonzalez Bravo an die Spitze des Kabinetts, das, nach seiner Erklärung, „von dem Schatten des Herzogs von Valencia (Narvaez) geleitet werde". Durch einen Staatsstreich ließ er mehrere der angesehensten Generale verhaften und ins Innere oder auf die Inseln bringen, und befahl dem Herzog von Montpensier (§ 144), das Land zu verlassen, da er den Feinden der Regierung als Führer dienen könnte.

1866

11. Juli 1866

Volle Reaktion

Ende Dez. 1866

6. Febr. 1868

April 1868

Dieser Gewaltschritt war der Schlußstein der Reaktion. Schon längst waren weite Kreise der Nation erbittert gegen die despotische Regierung und insbesondere gegen die Königin Isabella, welche durch ein anstößiges Privatleben, dem die kirchliche Devotion als heuchlerische Maske diente — sie hatte nach Serrano (§ 144) die leidenschaftliche Gunst ihrem Kammerherrn Don Carlos Marfori zugewandt —, jede Spur von Achtung verscherzt hatte. Nur die Uneinigkeit unter den Parteien hatte bisher eine allgemeine Erhebung verhindert; jetzt aber, da alle freidenkenden Männer bedroht waren, kam es zu einer Verständigung. Die Häupter der drei Fraktionen, der liberalen Union, der Progressisten und der Demokraten, schlossen ein Kompromiß zum gemeinschaftlichen Vorgehen. Sie traten mit dem in England weilenden General Prim in Verbindung, der jetzt heimlich nach Gibraltar segelte. Während die Königin Isabella in San Sebastian weilte und mit Napoleon in Biarritz über eine Allianz unterhandelte, erscholl plötzlich die Kunde, daß Admiral Topete im Hafen von Cadix die Fahne der Empörung aufgepflanzt und im Verein mit den verbannten Generalen ein Manifest erlassen hatte, worin die Spanier aufgefordert wurden alle Parteiunterschiede zu vergessen

Beginn der Revolution

Sept. 1868

17. Sept.

und zum Sturze der Regierung mitzuwirken. Cadix, Sevilla und andere Städte schlossen sich sofort dem Aufstand an; in einem zweiten Manifeste wurde ausgesprochen, „daß die allgemeine Abstimmung die Grundlage der sozialen und politischen Regeneration bilden solle". Rasch verbreitete sich die Revolution über ganz Spanien. Man machte kein Hehl daraus, daß es auf den Sturz der bourbonischen Dynastie abgesehen sei. Vergebens entließ die Königin das Ministerium Gonzalez Bravo und stellte den General Concha, Marquez de la Habana, an die Spitze des Kabinetts: der von ihm zum Oberbefehlshaber gegen die Insurgenten
28. Sept. ernannte General Novaliches wurde an der Brücke von Alcolea unweit Cordova von Serrano geschlagen; der Sieger konnte im Triumph in Madrid einziehen und in Verbindung mit Prim, Topete und Olozaga eine provi-
30. Sept. sorische Regierung bilden, bis die nach dem allgemeinen Stimmrecht einzuberufenden Cortes sich über die künftige Verfassung Spaniens geeinigt haben würden. Die Häupter der provisorischen Regierung waren monarchisch gesinnt. Vielleicht hätte Serrano noch einmal zugunsten der Gebieterin, der er einst so nahe gestanden hatte, gewirkt, hätte sich diese entschließen können, den unwürdigen Günstling Marfori zu entfernen oder ihrem Sohne Alfons das Zepter zu übergeben, und wäre nicht das reaktionäre, auf Priester und Soldaten gestützte Regiment zu verhaßt gewesen. Isabella überzeugte sich, daß ihre Herrschaft zu Ende sei, verließ mit ihrem schwachen Gemahl, ihrem Günstling Marfori
30. Sept. und ihrem Beichtvater Claret San Sebastian und begab sich nach Paris. Nach der Entfernung des Hofes kamen die alten Parteien wieder zum Vorschein. Während die provisorische Regierung sich nach einem König umsah, gewannen im Süden die Anhänger der föderativen Republik immer mehr Boden, im Norden aber riefen die Karlisten den Enkel des alten Don Carlos als Karl VII. zum König aus. Die von Priestern geleitete karlistische Schilderhebung hatte allerdings keinen Erfolg, dagegen konnte die Regierung nur nach heftigem Kampfe in Cadix und Malaga der Republikaner Herr werden. In Madrid gab sich die neuerrungene Freiheit zunächst in heftigen Angriffen gegen die Priesterherrschaft kund: vor dem Hause des Nuntius wurde das Konkordat verbrannt, der Justizminister Ortiz hob den Jesuitenorden auf, die Schule wurde für frei erklärt, und die Duldung anderer Konfessionen neben der katholischen ausgesprochen; in Madrid und Barcelona wurde der protestantische Gottesdienst zugelassen.

Anfang 1869 Die Corteswahlen fielen zugunsten der Monarchisten aus. Aber wen sollte
Königtum oder Republik? man auf den Thron berufen? Die drei bourbonischen Prätendenten, Prinz Alfons von Asturien, Isabellas Erstgeborener, Don Carlos, der Erkorene der Legitimisten, und der Herzog Philipp Louis von Montpensier, hatten wenig Sympathien in der Nation; König Ludwig I. von Portugal oder sein Vater, Ferdinand von Koburg-Kohary, zeigten keine Lust zur Übernahme der spanischen Krone. Auch in Italien scheiterten die Unterhandlungen: weder Amadeus, Herzog von Aosta, der zweite Sohn des Königs Viktor Emanuel, noch Thomas von Savoyen, Herzog von Genua, der Neffe desselben, konnten für den Thron in Madrid gewonnen werden. In Frankreich hätte man am liebsten gesehen, wenn die Wahl der Cortes auf den Sohn der Isabella gefallen wäre, dem seine Mutter ihre Ansprüche übertrug. Aber der, wenn auch von der Majorität der Cortes
Febr. 1869 zurückgewiesene Antrag Castelars, alle Bourbonen auszuschließen, gab Zeugnis von dem Widerwillen gegen die alte Königsfamilie. So wurde denn die Regierung in republikanischer Weise fortgeführt. Dieser Zustand änderte sich
6. Juni 1869 auch nicht, als die Cortes die neue Verfassungsurkunde, wonach ein erblicher König im Verein mit Senat und Volkshaus den Staat leiten und der Nation alle Grundrechte eines freien Volkes auf politischem, religiösem und sozialem Gebiete garantiert sein sollten, zum Gesetz erhoben. Man mußte zur Errichtung einer Regentschaft schreiten. Marschall Serrano wurde mit dem Titel „Hoheit" zu dieser Würde berufen, während Prim an die Spitze des Ministeriums trat und General Dulce den Oberbefehl in Kuba übernahm, um die aufständische

Insel, welche während der Revolution ihre Unabhängigkeit zu erlangen strebte, wieder zum Gehorsam zurückzuführen. Inmitten eines aufgeregten Parteitreibens wurde jedoch der Versuch, die monarchische Verfassung mittelst einer Königswahl zur Wahrheit zu machen, nicht aufgegeben. Bald versuchte man sein Heil im Auslande, bald gedachte man Espartero oder Serrano als König zu proklamieren. Eine Palastrevolution in Lissabon, durch welche der fast neunzigjährige Herzog von Saldanha den König Ludwig zwang, den bisherigen Minister Loulé zu entlassen und ihn selbst zum Ministerpräsidenten zu ernennen, hatte den Zweck, die Weigerung des Hofes zur Übernahme der spanischen Krone zu brechen und die iberische Idee (Vereinigung Spaniens und Portugals) zur Ausführung zu bringen. 19. Mai 1870

Saldanha hatte an der Spitze der Septembristen (§ 145) sich den Vorsitz im Ministerium erzwungen und eine diktatorische Gewalt, welche er noch in Händen hatte, als Maria da Gloria im blühenden Alter starb. Ihr Nachfolger war ihr Sohn Dom Pedro, mit dem das Haus Koburg-Kohary den portugiesischen Thron bestieg. Da Pedro V. noch minderjährig war, führte sein Vater, „König" Ferdinand, die Regentschaft. Auch unter diesem blieb Marschall Saldanha noch vier Jahre am Ruder. Vor den Schwierigkeiten der Finanzlage und den materiellen Notständen traten die Parteistreitigkeiten immer mehr zurück, und noch besser wurde es, als Saldanhas Nachfolger, der Marquis von Loulé, ein Kabinett bildete, in welchem die verschiedenen Parteien vertreten waren. Ein hartes Geschick verfolgte die Königsfamilie. Nachdem Pedro seine junge Gemahlin Stephanie von Hohenzollern-Sigmaringen nach vierjähriger Ehe verloren hatte, wurde er selbst nebst zweien seiner Brüder von einem hitzigen Fieber dahingerafft. Diese Todesfälle erzeugten in Lissabon große Aufregung, da das Volk nicht an einen natürlichen Verlauf glauben wollte. Nun bestieg Pedros zweiter Bruder Ludwig (Luis) I. den portugiesischen Thron. Er vermählte sich im nächsten Jahre mit der Prinzessin Maria Pia von Italien. Der Marquis (später Herzog) von Loulé blieb im Amt und suchte durch liberale Reformen das Königreich von den Mißständen vergangener Tage zu heilen, doch dauerten die Parteiwirren fort. Die Krone war diesen Faktionen und gelegentlichen Pöbel- und Soldatenaufständen gegenüber machtlos. Durch einen solchen kam Saldanha 1870 wieder ans Ruder, aber einer Vereinigung mit Spanien widerstrebte nicht nur die Königsfamilie, sondern auch das ganze portugiesische Volk.

15. Nov. 1853 — Pedro V. von Portugal 1853—1861 — 1857 — 17. Juli 1859 — 11. Nov. 1861 — Ludwig 1861—1889

§ 258. Die spanische Thronkandidatur und die Vorgänge in Ems.

Leopold von Hohenzollern

Das öffentliche Leben in Spanien zog sich unter den Kämpfen zwischen den Monarchisten und Republikanern unsicher hin, wenn auch manche Reformen, wie die Zivilehe, eingeführt wurden. Endlich knüpfte der Minister Prim Unterhandlungen mit einem deutschen Fürsten, dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern, dem Bruder des Fürsten Karl von Rumänien (§ 208), an. Er war weitläufig mit dem preußischen Königshause verwandt, aber als Sohn des Fürsten Karl Anton und der Prinzessin Josephine von Baden, war er als ein Enkel der Großherzogin Stephanie (Beauharnais), der Stieftochter Napoleons I. (§ 39), und zugleich als Gemahl Antoniens von Portugal, der Schwester des Königs Luis, eher der Familie der Bonaparte zuzurechnen. Anfangs sträubte sich Prinz Leopold, die Kandidatur anzunehmen; erst auf Bismarcks tatkräftiges Betreiben, der in derselben eine Förderung preußisch-deutscher Staatsinteressen sah und seinen Vertrauten, den Geheimen Rat Lothar Bucher und den Major Max von Versen nach Spanien sandte, um die Lage dort zu studieren, zeigte sich der Prinz zur Annahme bereit, sofern die Vertreter der spanischen Nation ihre Zustimmung geben würden, und machte dem König von Preußen, dem Haupte der Familie, der ihm wohl nur einen Rat, aber keinen Befehl erteilen konnte, von seinem Entschlusse Mitteilung. König Wilhelm hielt diesen Standpunkt einer Familienangelegenheit fest; er war nicht für die Annahme und freute sich, als die Sache sich wieder zu zerschlagen schien. Jedoch Bismarck, der wohl wußte, daß Napoleon zum Kriege gedrängt wurde, und der auch die lauernde Haltung der andern Staaten kannte, suchte diese spanische Kandidatur zu

Juni 1870 — Bismarcks Politik — April 1870 — 20. Juni

fördern: er rechnete dabei nicht auf spanische Kriegshilfe, wohl aber darauf, daß Napoleon zur Rückendeckung Truppen an der spanischen Grenze würde lassen müssen. Unter den obwaltenden Umständen war ihm der Krieg nicht unerwünscht. Aber er hielt ihn nicht für so nah, denn der König ging zur Badekur nach Ems, während er selbst, Roon und Moltke sich anschickten, die Sommermonate auf ihren Gütern zu verbringen, und in der Heeresorganisation und Bewaffnung Reformen in Angriff genommen wurden, zu deren Durchführung längere Zeit erforderlich war. Als nun aber Prinz Leopold am 20. Juni dem spanischen Unterhändler wirklich die Zusage gab, und dies, obgleich die Spanier Geheimhaltung versprochen hatten, am 3. Juli bekannt wurde, da faßte man in Paris die Kandidatur als einen neuen Beweis des preußischen Strebens nach Machtvergrößerung auf; die ganze französische Nation brauste auf und verlangte Rache für Sadowa. Am 6. Juli erklärte der Minister des Auswärtigen, Herzog von Gramont, im gesetzgebenden Körper unter allgemeinem Beifall: „Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt und dadurch zu unserem Nachteile das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte Europas stören und die Ehre Frankreichs gefährden dürfte". Und am 8. Juli schrieb der „Moniteur": „Die Frage muß erweitert werden, heute wird der Verzicht des Prinzen auf seine Thronkandidatur nicht mehr genügen; das wenigste, was wir verlangen müssen, und was uns heute befriedigen kann, wäre die Freiheit der süddeutschen Staaten, die Räumung der Festung Mainz, die zum Süden gehört, das Aufgeben jedes militärischen Einflusses südlich vom Main."

Stimmung in Frankreich

6. Juli 1870

In Berlin aber war schon am 4. Juli der französischen Regierung erklärt worden, daß die spanische Frage dem preußischen Staatsministerium völlig fremd und unbekannt sei; dieselbe Antwort wurde auch in Paris gegeben. Am 8. Juli kam dann der französische Botschafter Benedetti nach Ems und verlangte vom König Wilhelm, er möge dem Prinzen Leopold die Annahme der spanischen Krone verbieten. Am 9. Juli antwortete der König in seiner freundlichen Weise, daß er mit der Sache nichts zu tun habe, nur als Haupt der Familie habe er seine Zustimmung gegeben, er wolle aber sofort mit dem Fürsten von Hohenzollern, dem Vater des Prinzen, noch einmal die Sache überlegen. Da erfolgte am 12. Juli die freiwillige Verzichtleistung des Prinzen, die sofort nach Madrid und Paris mitgeteilt wurde. Sie machte in Paris einen solchen Eindruck, daß sogar der Minister Ollivier den Frieden für gesichert hielt. Aber Gramont und die unter dem Einfluß der Klerikalen stehende „Kriegspartei" wollten den Krieg; sie fanden eine neue Wendung, und Napoleon gab ihnen nach: Verzichtleistung sei Nebensache; Frankreich würde nie einen preußischen Prinzen in Spanien geduldet haben; der preußische König müsse nunmehr einen zu veröffentlichenden Brief an Napoleon schreiben mit der Versicherung, daß er die Würde des französischen Volkes nicht habe beleidigen wollen und sich dem Verzicht des Prinzen Leopold anschließe. Wirklich übernahm es der preußische Gesandte in Paris, Baron von Werther, dies dem Könige in Ems vorzulegen. Aber damit sollte es noch nicht genug sein. Benedetti erhielt den Auftrag, vom Könige weiter zu fordern, er solle sein Bedauern darüber ausdrücken, daß er dem Prinzen die Erlaubnis erteilt habe, und versprechen, künftig eine derartige Erlaubnis nicht wieder erteilen zu wollen. Ja, Gramont verlangte auch in London, daß England diese französische

Verzichtleistung Leopolds 12. Juli

Forderung bei dem preußischen Könige befürworten solle. In der Tat wagte England das zu tun; hier jedoch weigerte sich der preußische Gesandte, Graf Bernstorff, entschieden, einen solchen Auftrag auszuführen; Herr von Werther aber erhielt von Bismarck unter starker Mißbilligung seines Verhaltens die Weisung, sofort in Urlaub zu gehen.

Der 13. Juli in Ems

Nun begann das deutsche Gefühl aufzuwallen; bisher hatte man sich völlig ruhig verhalten, auch der Rücktritt des Prinzen Leopold hatte keine größere Aufregung hervorgerufen. Doch bedurfte es nur noch der geringsten Veranlassung, den furor teutonicus zu entfesseln, und diese kam am 13. Juli in Ems. Am Morgen dieses Tages trug auf der Brunnenpromenade der französische Botschafter dem Könige die neuen Forderungen aus Paris vor; der König lehnte sie mit den Worten ab, er bedauere, das „neue und unerwartete Zugeständnis" nicht machen zu können. Eine populäre Umdichtung hat den König den Rücken wenden lassen mit den schroffen Worten: „er wolle nicht mehr mit dem Botschafter reden." Demgegenüber ist zu betonen, daß beide, wie Benedetti selbst bezeugt hat, unter den höflichsten Formen an der Stelle voneinander geschieden sind, die heute ein Denkstein in Ems bezeichnet. Gegen Mittag erhielt der König die genauen Nachrichten aus Paris und aus Sigmaringen die unmittelbare Mitteilung über die Verzichtleistung des Prinzen. Mit dieser schickte er sofort seinen Adjutanten zu Benedetti, um ihm sagen zu lassen: „der König betrachte hiermit die Angelegenheit für erledigt." Eine Bitte Benedettis um eine nochmalige Audienz, wies der König zurück: „die Erörterung über Zusicherung von Bürgschaften für die Zukunft könne er nicht wieder aufnehmen." Zugleich sandte er durch Geheimrat Abeken in richtiger Erkenntnis, daß das deutsche Volk nun den wahren Vorgang erfahren müsse, folgende Depesche an Bismarck nach Berlin:

Emser Depesche

„Se. Majestät der König schreibt mir: ‚Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn, zuletzt etwas ernst, zurück, da man à tout jamais derartige Engagements nicht nehmen dürfe und könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.' Se. Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten (gemeint ist der Vater des Prinzen Leopold) bekommen. Da Se. Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe mit Rücksicht auf die obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag, beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch seinen Adjutanten sagen zu lassen, daß Se. Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti schon aus Paris gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Se. Majestät stellt Ew. Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als der Presse mitgeteilt werden soll."

Bismarck u. die Depesche

Freudig griff Bismarck den Schlußsatz auf, der ihn ermächtigte, die Öffentlichkeit von diesen Vorgängen in Kenntnis zu setzen. Jetzt oder nie mußte gehandelt werden. „Der Haltung Frankreichs gegenüber," so schildert er in den „Gedanken und Erinnerungen" die Lage, „zwang uns das nationale Ehrgefühl zum Kriege, und wenn wir den Forderungen dieses Ehrgefühls nicht gerecht wurden, so verloren wir auf dem Wege zur Vollendung unserer nationalen Entwicklung den ganzen im Jahre 1866 gewonnenen Vorsprung, und das durch unsere militärischen Erfolge gesteigerte deutsche Nationalgefühl südlich des Mains, wie es sich in der Bereitwilligkeit der Südstaaten zu den Bündnissen ausgesprochen hatte, mußte wieder erkalten.

Dies Vertrauen auf die durch Preußen entwickelte germanische Kraft und die Anziehung, welche einer entschlossenen und tapferen Politik innewohnt, wenn sie Erfolg hat und dann sich in vernünftigen und ehrlichen Grenzen bewegt, dieser Nimbus Preußens ging unwiderruflich oder doch auf lange Zeit verloren, wenn in einer nationalen Ehrenfrage die Meinung im Volke Platz griff, daß die französische Insulte: ‚La Prusse cane' (Preußen duckt sich) einen tatsächlichen Hintergrund habe." So schickte Bismarck, da die Depesche in der vorliegenden Form zu milde erschien, und er die Beleidigung zurückgeben wollte, im Einverständnis mit Roon und Moltke die Depesche in folgender, viel schärferen Fassung in die Welt:

„Ems, 13. Juli 1870. Nachdem die Nachricht von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden ist, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Se. Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe."

§ 259. Die Vorgänge in Paris und die Kriegserklärung. Diese Depesche, welche am 14. Juli in Deutschland bekannt wurde, befreite hier die Herzen von einem Alpdruck; in Frankreich dagegen rief sie eine wahre Wut hervor, vor der alle Vernunft verstummte. In dem am 14. Juli früh 9 Uhr in St. Cloud unter dem Vorsitze des kranken Kaisers tagenden Ministerrat sah man zunächst in der Depesche keine Beleidigung Frankreichs, denn man beschloß, die Berufung der Reserven aufzuschieben. Aber unter dem Eindruck der Nachricht von der Rückberufung Werthers und der von Gramont gebrachten Mitteilung einer Depesche aus München, daß die Abfertigung Benedettis allen europäischen Höfen bekannt gegeben sei, beschloß der Ministerrat in einer dritten Sitzung um Mitternacht, die Armee sofort mobil zu machen. Der Vorschlag des Kaisers, einen europäischen Kongreß zu berufen, der jedem Prinzen einer Großmacht verbieten sollte, einen fremden Thron zu besteigen, wurde verworfen. Daß die Kaiserin, von den klerikalen Elementen getrieben, den Umschwung herbeigeführt habe, ist spätere Erfindung. Am 15. Juli fanden dann zwei Sitzungen des Gesetzgebenden Körpers statt. Die erste schloß um 5 ½ Uhr nachmittags, die zweite begann um 9 ½ Uhr abends. Zu dieser Zeit war die „Emser Depesche" allgemein bekannt; ja, Benedetti, der am 15. Juli vormittags in Paris eingetroffen war und der Kammersitzung selbst beiwohnte, hatte die Depesche schon am 14. Juli vormittags, noch in Ems gelesen und sie so zutreffend gefunden, daß er ihre Entstehung unmittelbar dem königlichen Kabinett zuschrieb. In der ersten Kammersitzung, in welcher über die Kriegskredite verhandelt wurde, behauptete nun Gramont, die preußische Regierung habe alle Kabinette Europas benachrichtigt, der König habe sich geweigert, den französischen Botschafter zu empfangen. Da verlangte Thiers unter dem Wutgeheul der Kammermehrheit, die Regierung solle die Depeschen vorlegen, auf die hin sie die Entschließungen gefaßt habe, die einer Kriegserklärung gleichkämen. Aber ein entsprechender Antrag Jules Favres wurde von der Kammermehrheit abgelehnt. In der zweiten Kammersitzung behaupteten Gramont und der Berichterstatter des Ausschusses für die Kriegskredite — dieser Ausschuß hatte zwischen den beiden Kammer-

Beschlüsse des franz. Ministerrats

Sitzungen d. gesetzgebenden Körpers

sitzungen beraten —, die Depesche der preußischen Regierung an alle Kabinette Europas habe dem Ausschuß vorgelegen. Als Gambetta trotzdem noch auf Verlesung der Depeschen drang, wurde er niedergeschrieen. Diese Depeschen bestanden in Wirklichkeit nicht, wie dies durch ein Rundschreiben Bismarcks vom 18. Juli und durch die französische enquête parlamentaire von 1872 festgestellt wurde: Gramont hatte gelogen, die Ausschußmitglieder waren betrogene Betrüger; man wollte den Krieg. Mit „leichtem Herzen" kündigte ihn der französische Minister an, und der Senat, „bebend vor Unwillen und Zorn", stimmte in den Kriegsruf ein. Vergebens erhoben besonnene Männer, wie Thiers, Jules Favres, Arago u. a. die warnende Stimme. Die Rheingrenze müsse man haben; „nach Berlin!" war die Antwort. Die Geldforderungen für Heer und Flotte, sowie die Einziehung der gesamten Mobilgarde wurden mit einer der Einstimmigkeit nahekommenden Mehrheit bewilligt. Am 19. Juli erfolgte die Kriegserklärung, die als das einzige offizielle Aktenstück aus dem ganzen diplomatischen Notenwechsel an das Auswärtige Amt Preußens gelangt ist. Noch niemals seit der Gründung des Kaiserreichs befanden sich die Presse, die öffentliche Meinung so sehr mit der Regierung in Übereinstimmung, als in diesen Tagen. Zum ersten Male erschallte wieder die Marseillaise mit ihrer revolutionären Gewalt. Man hatte die aufregenden Worte und Töne seit dem Staatsstreiche nicht mehr geduldet; jetzt wurde bei einem Feste in St. Cloud von dem Kaiser selbst das berauschende Sturmlied als Losung zum Kampfe freigegeben. Aber diesem Übermut, diesem Selbstvertrauen und dieser Eitelkeit, die in so grellen Zügen hervortraten, daß jeder Zweifel an Frankreichs Überlegenheit als vermessene Anmaßung erschien, entsprach die wirkliche Bereitschaft nicht.

Kriegserklärung

Trotz der Versicherung des Kriegsministers Leboeuf, daß alles vollkommen bereit sei, zeigte sich sofort planlose Hast und Überstürzung, Unfertigkeit infolge verfehlter Organisation des Ersatzwesens: die Leute konnten ihre Regimenter nicht finden, die neuernannten Generale wußten nicht, wo ihre Brigaden und Divisionen standen. Als der Kaiser Napoleon, dem man trotz seiner Krankheit auf den Rat der Kaiserin den Oberbefehl des ganzen Heeres aufzwang, nach Metz kam, fand er die Bahnhöfe mit Kriegsmaterial angefüllt, das die am Notwendigsten Mangel leidenden Truppen nicht erreichen konnte. Die Sanitätswagen für das Heer befanden sich im Invalidenhotel in Paris, aber ohne Geschirr und ohne Pferde, und während ganze Divisionen ohne Lagergeräte waren, fanden sich in Metz 400 000 Zelte vor, aber ohne Zeltstöcke und Schnüre. Als später in den Kämpfen vor Metz die Patronen zu mangeln begannen, fand man zufällig mehrere Millionen auf dem Bahnhof, vermischt mit Zwiebelkisten. Kein Mensch hatte eine Ahnung vom Vorhandensein dieser Munition gehabt. Auch die Ausbildung der Truppen, namentlich der Reiterei, ließ sehr viel zu wünschen übrig; von weiten Erkundigungsritten, vom Sicherheitsdienste verstand sie nichts. Herb war auch die Täuschung in bezug auf die Stimmung des Landes. Wohl Kriegsgeschrei an allen Orten, wohl überall der Ruf: „à Berlin!" aber die 30 000 Freiwilligen, auf die man mindestens rechnen zu können glaubte, blieben aus.

Das französische Heer

Wie anders auf deutscher Seite! Auch hier volle Kriegsbegeisterung, als einmal die Entscheidung gefallen war. Die Rückkehr des Königs von Ems nach Berlin glich einem Triumphzuge; überall dasselbe Bild der Entrüstung über die unwürdigen Auftritte und das Gefühl, daß ein Völkerkampf bevorstehe, in welchem endlich Deutschland sich rächen würde für die jahrhundertlangen Beschimpfungen und Gebietsverluste. So viel Freiwillige stellten sich sofort zu den

Stimmung in Deutschland

Fahnen, daß dieselben nicht alle in das Heer eingereiht werden konnten. Das vor dreißig Jahren (§ 130) von Schneckenburger gedichtete, von Wilhelm in Musik gesetzte Lied: „Die Wacht am Rhein", das mit Blitzesschnelle zum allgemeinen Volksliede wurde, war der Ausdruck der festen Zuversicht im deutschen Heer und Volk; es rief nicht, wie die Marseillaise, die Söhne des Vaterlands zum Angriff auf, es sprach nur den festen Entschluß aus, den deutschen Strom zu schützen. Aber diese zuversichtliche Stimmung war in Deutschland voll berechtigt, weil sie auf ein wohlgeschultes und gut organisiertes Heer bauen konnte. Es zeigte sich ein sicheres, zielbewußtes Vollenden der Kriegsvorbereitungen nach einem bis ins kleinste vorgearbeiteten Mobilmachungsplane; hier fehlte in der Tat nichts bis zum Gamaschenknopf hinab. Auch hier stellte sich der König an die Spitze seines Heeres, aber hier führte ein in seinem hohen Alter jugendfrischer, auf blutigen Schlachtfeldern erprobter, von dem ganzen Volke geliebter Herrscher Alldeutschland zu einem Kampfe, in dem als der schönste Lohn Deutschlands Einheit und Größe zu erringen war.

Der Norden

§ 260. Die Haltung der süddeutschen Staaten und des Auslandes.

Am Tage der Kriegserklärung wurde der norddeutsche Reichstag
19. Juli 1870 eröffnet. „Hat Deutschland," so hieß es in der Thronrede, „die Vergewaltigung seines Rechtes und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Die Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande, die einmütige Erhebung der deutschen Stämme und der deutschen Fürsten hat alle Unterschiede und Gegensätze in sich beschlossen und versöhnt." Die von glühender Vaterlandsliebe durchwehte Antwort auf die Thronrede, die sofortige Bewilligung der zum Kriege erforderlichen Geldmittel gaben Zeugnis, wie sehr alle Gemüter von der Bedeutung des Augenblicks erfüllt waren. Alle nötigen Beschlüsse waren bis zum Abend des 21. Juli fertig. Am 19. Juli, dem Todestage seiner Mutter, der unvergeßlichen Königin Louise, die so schwer unter französischem Übermute gelitten hatte, besuchte König Wilhelm deren Gruft in Charlottenburg und erneuerte den einst an ihrem Geburtstage (§ 65) gestifteten Orden des Eisernen Kreuzes: er sollte das Ehrenzeichen sein für die Heldentaten der deutschen Söhne, die, wie damals in den Freiheitskriegen, nun wiederum bereit waren, ihr Leben in diesem heiligen Kampfe für das
Die süddeutschen Staaten Vaterland dahinzugeben. Es mußte sich nun zeigen, ob gegenüber der Kriegserklärung an Preußen die mit den süddeutschen Staaten geschlossenen Bündnisverträge (§ 248) zur Geltung kämen. Man hatte in Paris gehofft, einen neuen Rheinbund ins Leben rufen, die süddeutschen Regierungen, wenn nicht zum Anschluß an Frankreich, so doch zu einer neutralen Haltung bewegen, die unzufriedenen Elemente des Norddeutschen Bundes zum Abfall bringen zu können, indem man den ganzen Streit nur als einen Konflikt zwischen Frankreich und Preußen, ja eigentlich sogar als eine Art Zweikampf zwischen Napoleon und den Hohenzollern hinstellte. Aber alle diese Versuche, Preußen zu isolieren, blieben erfolglos.

Baden

In Baden, wo die Regierung und der Landtag schon seit Jahren eine nationale Politik innegehalten hatten, bewilligten die Kammern ohne Widerspruch
16. Juli die zum Kriege nötigen Geldmittel, und die Regierung ordnete sofort die Mobilmachung an. Schnell wurde die Rheinbrücke bei Kehl gesprengt, und dann wußte man, von Württembergern unterstützt, durch einzelne Abteilungen, die sich in täglich wechselnden Stellungen am rechten Rheinufer sehen ließen, die Meinung zu erzeugen, das Land sei von einem „Schwarzwaldkorps" gut bewacht. So groß war bei den süddeutschen Vortruppen die Kriegslust, daß eine Rekognos-

zierungspatrouille unter dem württembergischen Generalstabsoffizier Grafen Zeppelin bei Lauterburg die Grenze überschritt und in einem 36stündigen kühnen Ritt fünf Meilen weit das Land durchstreifte. Beim Ausruhen überfallen, wurde der badische Dragonerleutnant Winsloe getötet. Graf Zeppelin dagegen entkam in das Hauptquartier mit der Meldung, daß zwischen Lauterburg und Wörth keine größere Truppenansammlung zu bemerken sei. — Schwieriger war die Lage in Bayern. Das Herz des jugendlichen Königs Ludwig II. war von begeisterter Hingebung für die allgemeine deutsche Sache erfüllt: er gab schon am 16. Juli den Befehl zur Mobilmachung; in der Landesvertretung dagegen hatten die preußenfeindlichen Elemente die Stimmenmehrheit: wie weit auch die Demokraten, Klerikalen und Partikularisten voneinander abweichen mochten, hier gingen sie Hand in Hand. Für sie gab es nur ein bayerisches Vaterland, daher bezeichneten sie sich auch als „patriotische" Partei, ein Name, welcher die Gegner mit einem Makel bedecken sollte. Indes die deutsche Gesinnung des Königs und großer Teile des bayerischen Volkes, besonders der Bürgerschaft von München, trugen den Sieg für die deutsche Sache davon. In der entscheidenden Sitzung des Landtags, in welcher die Geldmittel zur Mobilmachung des Heeres bewilligt werden sollten, beantragte die Kommission, nur eine solche Summe zu genehmigen, welche „zur Aufrechterhaltung bewaffneter Neutralität gegenüber den Kriegsereignissen zwischen Preußen und Frankreich" erforderlich sei; aber die Kammermehrheit verwarf diese Beschränkung und bewilligte den von der Regierung geforderten Kredit. Der Jubel der Hauptstadt über diesen Beschluß und das Dankestelegramm, welches König Wilhelm an den König Ludwig richtete, gaben Zeugnis, wie sehr man die Tragweite dieses Schrittes zu würdigen wußte. Damit war auch der Anschluß von Württemberg, wo im Abgeordnetenhause die Demokraten die Opposition gegen die begeisterte Volksstimmung aufgaben, und Hessen-Darmstadt entschieden und der nationale Charakter des Krieges besiegelt. Die Ernennung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, der sich durch seine ritterliche Erscheinung und sein leutseliges Wesen die Herzen der Süddeutschen im Fluge gewann, zum Oberbefehlshaber über alle süddeutschen Truppen schloß das Band noch fester.

26. Juli — Bayern — 19. Juli — Württemberg — Hessen-Darmstadt

Überaus wichtig für die Entscheidung des Krieges war aber auch die Haltung der europäischen Mächte. Als einst König Heinrich II. von Frankreich zur Eroberung von Metz auszog, verkündete er, daß die Beschützung der deutschen Freiheit gegen die Tyrannei der Habsburger der einzige Zweck des Krieges sei, und daß er keine Vorteile für sich selbst erstrebe. In ähnlichem Sinne war die Proklamation des Kaisers Napoleon gehalten, als er sich, nach Übertragung der Regentschaft an seine Gemahlin Eugenie, mit seinem Sohne Louis zur Armee begab. Auch hier wurde betont, daß Frankreich nur der Eroberungslust Preußens entgegentrete, welche fortwährend zu Mißtrauen Anlaß gegeben, allenthalben übertriebene Rüstungen notwendig gemacht und Europa in ein Heerlager verwandelt habe; Frankreich führe keinen Krieg gegen Deutschland, dessen Unabhängigkeit es achte, und verlange für sich selbst nur einen Stand der Dinge, welcher seine zukünftige Sicherheit verbürge, einen Frieden auf dauernder Grundlage schaffe: „ein großes Volk, welches eine gerechte Sache verteidigt, ist unüberwindlich." Bismarck sorgte durch die aktenmäßige Enthüllung der Politik Napoleons dafür, daß ganz Europa mit Erstaunen von dieser „gerechten Sache" volle Kenntnis erhielt, daß es erfuhr, wie Napoleon die Eroberung Luxemburgs und Belgiens geplant und seit 1866 nicht aufgehört hatte, Preußen durch Anerbietungen auf Kosten Süddeutschlands und Belgiens in Versuchung zu führen.

Die europäischen Mächte — 23. Juli 1870 — 29. Juli

England

Unter diesen Umständen stand England rasch von seinen Vermittlungsversuchen ab, zumal unter dem vernichtenden Eindrucke der „Enthüllungen" die Stimmung des englischen Volkes sich gegen Frankreich wandte. Die englische Regierung proklamierte Neutralität, sah dabei aber ruhig zu, als englische Händler nicht nur Kohlen, sondern auch unmittelbaren Kriegsbedarf, Gewehre und Munition, nach Frankreich verkauften. Bismarck ließ Verwahrung gegen eine solche „Neutralität" einlegen, aber das englische Kabinett wußte sich den Forderungen Bismarcks zu entwinden. Dagegen nützte es Deutschland, indem es in Italien und in Dänemark die dort vorhandene Neigung, Napoleon bewaffneten Beistand zu leisten, bekämpfte und ferner die Erklärung abgab, daß es jede Verletzung der

Rußland

belgischen Neutralität als einen Kriegsfall behandeln würde. Rußland stand Preußen durchaus wohlwollend gegenüber, nicht nur weil Alexander II. in enger Freundschaft mit König Wilhelm, dem Bruder seiner Mutter Charlotte, verbunden war, und Bismarck das traditionelle gute Einvernehmen mit Petersburg zu erhalten verstanden hatte, sondern auch, weil ihm in Hinsicht auf die Stimmung seiner polnischen Untertanen nichts bedenklicher sein mußte, als eine Schwächung Preußens und ein Vordringen des französischen Einflusses

Österreich

nach dem Osten. Rußlands Haltung wirkte aber auf Österreich zurück, das durch die Erklärung des Petersburger Kabinetts, Rußland werde mit seiner ganzen Macht für Preußen eintreten, wenn eine andere Macht gegen Preußen vorgehe, Beusts Pläne einer Revision des Prager Friedens fallen lassen mußte. Auch sah es sich schwer getäuscht in seinen bei dem Abkommen mit Frankreich (§ 255) gehegten Erwartungen über den Anfang des Krieges. Man hatte nicht gedacht, daß die preußische Feldaufstellung sich mit einer so sicheren Schnelligkeit vollziehen könnte, und hatte die Leistungsfähigkrit der Franzosen weit überschätzt, indem man glaubte, daß dieselben schon am 9., spätestens am 16. Tage nach der Kriegserklärung am Rhein und an der Saar gefechtbereit stehen würden. So mußte Öster-

Italien

reich den Degen in der Scheide behalten. Auch Italien verhielt sich ruhig. Drei Jahre später erklärte Viktor Emanuel dem König Wilhelm bei einem Besuche in Berlin, er sei tatsächlich im Begriffe gewesen, mit Frankreich zu gehen, aber der Widerwille seines Volkes und die Schnelligkeit der Siege der deutschen Heere hätten die Ausführung seiner Absicht unmöglich gemacht.

So traten Deutschland und Frankreich allein auf den Kampfplatz. Wenn nach Sedan der Historiker Ranke in einem Gespräch mit Thiers auf seine Frage, mit wem Deutschland eigentlich Krieg führe, die Antwort gegeben hat: „mit Ludwig XIV.", so ist damit der wahre Standpunkt dieses Krieges bezeichnet.

Der Klerikalismus

§ 261. Das Vatikanische Konzil. Die Unfehlbarkeitslehre. Von nicht geringer Bedeutung für den Entschluß Frankreichs zum Kriege war, wie schon angedeutet (§ 255), auch das Erstarken des Klerikalismus, der in der Kaiserin Eugenie eine Stütze fand und in Preußen seinen Hauptfeind sah. Gerade damals schickte sich die Kurie zu dem letzten entscheidenden Schritte an, die volle Herrschaft über die ganze katholische

1854 Welt zu gewinnen. Pius IX. hatte schon das Dogma von der unbefleckten

1864 Empfängnis verkündigt (§ 192) und die Encyklika mit dem Syllabus veröffentlicht (§ 218): er betrachtete sich als den von Gott berufenen Vollender des gewaltigen Gebäudes der römischen Kirche. Deshalb faßte er den Gedanken,

Das Vatikanische Konzil

ein ökumenisches Konzil zu berufen, um endgültig die seit den Zeiten der großen Konzilien des fünfzehnten und sechzehnten Jahrhunderts schwebende Frage zu entscheiden, ob die Unfehlbarkeit in Glaubenssachen, welche die katholische Kirche sich beilegt, ihr Organ in den allgemeinen Kirchenversammlungen oder im Papste zu suchen habe. Die ganze neue, unter dem Einfluß der Jesuiten stehende Entwicklung der Kurialpolitik ging von der letzteren Voraussetzung aus.

29. Juni 1868

Die Berufung des Konzils erfolgte in einer möglichst ökumenischen Form:

13. Sept.

die Einladung erging auch an die Bischofe der orientalischen Kirche und an die Protestanten, die aufgefordert wurden, in den „einigen Schafstall Petri" zurückzukehren; dagegen wurden abweichend von den früheren Konzilien die weltlichen

Fürsten nicht geladen. Eine dogmatische Kommission, in der besonders die Jesuiten Perrona und Schrader hervortraten, bereitete die Aufgaben des Konzils vor, und bald zerstreute das Organ der Kurie, die von Jesuiten redigierte „Civiltà cattolica", die letzten Zweifel an der Absicht, den Papst durch das Konzil für unfehlbar erklären zu lassen. Nun beantragte der bayerische Minister, Fürst Hohenlohe, in einem diplomatischen Rundschreiben Konferenzen der Re- 9. April 1869
gierungen, um zu dieser „weit über das religiöse Gebiet hinausreichenden Frage von hochpolitischer Natur" Stellung zu nehmen. Die Ablehnung dieses Vorschlages durch den österreichischen Reichskanzler Beust ließ diesen Gedanken scheitern; die ultramontane Partei in Bayern bewirkte bald darauf den Sturz Hohenlohes (§ 253), und in Frankreich vereinigte sich die Stimme Olliviers mit den Ultramontanen in der Forderung einer absoluten Neutralität der Staaten. Da auch Preußen in seiner reservierten Haltung in katholisch-kirchlichen Fragen beharrte, so sah man in Rom mit Geringschätzung auf die höhnenden Reden der liberalen Männer und machte sich wenig daraus, daß selbst namhafte katholische Theologen auf deutschen Universitäten, vor allen der Münchener Stiftspropst Döllinger (unter dem Namen „Janus"), das werdende Dogma mit den schärfsten Waffen der Wissenschaft bekämpften, und daß gleichzeitig gelehrte französische Bischöfe, wie Maret und Dupanloup, die Grundsätze des Gallikanismus (II. § 307) erneuerten. Etwas mehr Besorgnis erregten die neunzehn deutschen Bischöfe, welche zu Fulda einen Hirtenbrief veröffentlichten, in welchem 6. Sept. 1869
sie ihre Erwartung aussprachen, „daß das Konzil keine neuen Dogmen einführen und in die bürgerliche Ordnung nicht eingreifen werde", und den Papst in einem Privatschreiben beschworen, von seinem Vorhaben zurückzutreten. Die Antwort war der Erlaß einer Geschäftsordnung, welche die Einbringung von Vorlagen für das Konzil dem Papste vorbehielt und ihm das Recht zusprach, Anträge, die von Bischöfen gestellt werden sollten, selbst gegen den Willen des ganzen Konzils der Diskussion zu entziehen.

So wurde denn das Konzil, welchem stets etwa 700 berufene Teilnehmer beiwohnten, mit allem Glanze eröffnet und tagte im rechten Kreuzarm der Peters- 8. Dez. 1869
kirche, einer akustisch sehr ungünstigen Räumlichkeit. Allmählich zeigte sich, daß der Majorität, bestehend aus Italienern und Spaniern, vor allem aber aus Titularbischöfen (in partibus) und ungefähr 300 Klerikern, deren täglichen Unterhalt der Papst bezahlte („päpstliche Kostgänger"), eine höchstens auf 150 Stimmen zu steigernde Opposition deutscher, französischer und ungarischer Bischöfe entgegenstand, welche die alten Rechte des Bistums zu behaupten und der päpstlichen Monarchie eine aristokratische Begrenzung zu geben willens war. Diese Opposition, deren Führer die österreichischen Kardinäle Schwarzenberg und Rauscher, Erzbischöfe von Prag und Wien, der Bischof Hefele von Rottenburg, der Erzbischof Darboy von Paris, die Bischöfe Dupanloup von Orleans und Maret von Sura und der amerikanische Erzbischof Kenrick von St. Louis waren, sah sich jedoch gehemmt schon durch die der Hauptfrage vorgreifende Geschäftsordnung. Da Petitionen und Proteste hiergegen nichts fruchteten, lebte in Frankreich der Gedanke wieder auf, die Staaten bei dem Konzil vertreten Jan. 1870
zu lassen. Aber diese Versuche verursachten wohl schleppende Verhandlungen, scheiterten jedoch an der Gewandtheit des päpstlichen Staatssekretärs Antonelli, welcher die Staatsmänner mit der Versicherung einzuschläfern verstand, es handle sich nur um untergeordnete, um theologische Gegenstände. Bei der herrschenden Verstimmung mußte jedoch der Plan, die Unfehlbarkeit durch eine Demonstration von überwältigender Wirkung, eine sogenannte Akklamation, durchzusetzen, aufgegeben werden. Man beschäftigte daher das Konzil zunächst durch Vorlage eines weitschichtigen Entwurfes vom katholischen Glauben, bis endlich in der Generalkongregation die Unfehlbarkeit zum ersten Mal offen gefordert wurde. Der 14. Febr.
Einspruch des ungarischen Erzbischofs Heywald wurde von der Majorität mit wüstem Geschrei zurückgewiesen, außerdem wurde nunmehr an die Stelle des bald

nach Eröffnung des Konzils verstorbenen deutschen Erzbischofs von München,
23. Febr. 1870 Reisach, der Kardinal de Angelis zum Präsidenten ernannt und eine neue Geschäftsordnung erlassen, welche dem Präsidenten die Befugnis gab, jede Rede kurzweg abzuschneiden, der Versammlung das Recht verlieh, die Debatte jeden Augenblick zu schließen. Damit war die Mehrheit allmächtig geworden; die Minderheit forderte vergeblich moralische Einhelligkeit als Vorbedingung eines gültigen Lehrausspruches. Dazu kam nun, daß sie selbst bereits in sich gespalten war; es bestand doch ein großer Gegensatz zwischen dem Bischof Ketteler von Mainz, der die neue Lehre nur gerade nicht für „opportun" hielt und jetzt seinem alten Lehrer Döllinger den Fehdehandschuh hinwarf, und dem ritterlich-mutigen Bischof von Djakovar (Sirmium), Strossmayer, welcher es wagte, trotz der Präsidentenschelle und des allgemeine Sturmes der Lippen und Füße gegen einen Satz des Schemas über den Glauben aufzutreten, in welchem alle Gottlosigkeit der Welt auf den Protestantismus zurückgeführt werden sollte. Die Kurie ließ denn auch diesen Satz fallen, aber nicht wegen der Rede des kroatischen Bischofs,
22. März sondern wegen eines Telegrammes Bismarcks, der mit der Zurückziehung des preußischen Gesandten drohte. Bald darauf wurde, während der genannte Bischof sich fernhielt, der übrige Teil des vom Papste vorgelegten Entwurfes über den Glauben, allerdings vielfach verändert, mit Stimmeneinhelligkeit angenommen. Nun wurde dem Konzil mit Nichtachtung der dringlichsten Abmahnungen der Opponenten der Entwurf zu einer dogmatischen Konstitution übergeben, deren drei erste Kapitel den Primat des Papstes in der Weise der isidorischen Fälschung (II. § 91) darlegten, während das vierte ihm förmlich die Unfehlbarkeit (Infallibilität) zusprach. Am 14. Mai begann die allgemeine Debatte hierüber, aber so tapfer auch die hervorragendsten Wortführer der Opposition sprechen mochten, über der Versammlung lastete die Fieberhitze des römischen Sommers: nicht wenige Mitglieder unterlagen, und der Papst war fest entschlossen, das Konzil beisammenzuhalten, bis es seine Mission erfüllt habe.

Unfehlbarkeit

Am 2. Juni wurde die Generaldebatte geschlossen; die Spezialdebatte wurde am 5. Juni eröffnet, aber erst am 1. Juli verzichtete die Minorität, die sich nur noch zu schwachen Protesten hatte aufraffen können, auf die Be-
13. Juli teiligung. So wurde denn an dem Tage, an welchem die Emser Depesche hinausging, der im französischen Ministerrat der Kriegsbeschluß folgte, der Papst für unfehlbar erklärt; von den anwesenden 520 Vätern stimmten 371 mit Ja (Placet), 61 mit bedingtem Ja (Placet iuxta modum), nur 88 mit unbedingtem Nein (Non placet). Von den 81 fehlenden Stimmen wurden nachträglich 80 für Placet, 1 für Placet iuxta modum abgegeben. Ehe es zur feierlichen Verkündigung des neuen Dogmas kam, versuchte die Opposition noch einen letzten Schritt. Sechs Bischöfe erschienen als Deputation im Vatikan; Ketteler von Mainz warf sich zu Boden und flehte den Heiligen Vater an, er möge durch einige Nachgiebigkeit der Kirche den Frieden und der katholischen Welt die schwer gefährdete Einheit zurückgeben. Pius IX. war einen Augenblick erschüttert. Aber noch am selben Abend stimmten der Erzbischof Manning von Westminster und der Bischof Senestrey von Regensburg ihn um. Als die Opposition das erfuhr, verließen ihre Mitglieder Rom, weil ihre „kindliche Pietät und Ehrfurcht" ihnen verbiete, in der öffentlichen Sitzung Nein (Non
18. Juli placet) zu sagen. So haben dieses Wort zur entscheidenden Stunde nur zwei Männer gesprochen, Riccio von Cajazzo und Fitz-Gerald von Little-Rock, während 533 Stimmen Ja (Placet) sagten.

Wegen eines ausgebrochenen Gewitters, welches äußerste Dunkelheit über die Versammlung verbreitete, mußte sich der Papst eine Kerze vorhalten lassen, als er die so beschlossene Konstitution (genannt Pastor aeternus) verkündigte, durch welche er selbst, „wenn

er vom Lehrstuhle aus (ex cathedra) spricht, d. h. wenn er in Ausübung seines Amtes als Hirt und Lehrer aller Christen vermöge seines höchsten apostolischen Ansehens eine von der ganzen Kirche festzuhaltende Lehre über den Glauben oder über die Sitten bestimmt, kraft des im seligen Petrus ihm selbst verheißenen göttlichen Beistandes mit jener Unfehlbarkeit gebietet, mit welcher der göttliche Erlöser seine Kirche bei der Feststellung einer Lehre über Glaube oder Sitten ausgestattet wissen wollte, wobei hinzugefügt war, daß also derartige Bestimmungen des römischen Papstes durch sich selbst, nicht aber durch Zustimmung der Kirche, unabänderlich sind. ‚Wenn aber jemand, was Gott verhüte, dieser unserer Bestimmung zu widersprechen wagen sollte, so sei er verflucht!‘“ Das Konzil wurde dann bis auf den 11. November ausgesetzt; indes wurde es nicht wieder eröffnet, sondern am 20. Oktober „bis auf bessere Zeiten“ vertagt.

B. Beginn des Krieges.

§ 262. Der Aufmarsch der Heere. Weißenburg. Wörth. Spichern. Aufmarsch der Heere

Ende Juli verließ König Wilhelm Berlin, um, wie die Abschiedsworte „An mein Volk“ verkündeten, für Deutschlands Ehre und für die Erhaltung der höchsten Güter der Nation zu kämpfen. Ein Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen sollte das Zeichen sein, daß in diesem schicksalsschweren Momente eine innere Versöhnung in alle Gemüter einkehren möchte. Die französische Feldarmee, in acht Korps gegliedert, rückte in Stärke von 336 500 Mann aus. Man beabsichtigte, unterhalb Straßburgs den Rhein zu überschreiten, um die süddeutschen Streitkräfte von den norddeutschen zu trennen. Die ungenügenden Verkehrsmittel gestatteten jedoch nicht, die Hauptmacht bei Straßburg zu sammeln; fünf von den acht Korps wurden an der Mosel zusammengezogen. Als acht Tage nach der Kriegserklärung Kaiser Napoleon in Metz eintraf, befahl er das Vorrücken der Armee, aber die Generale mußten dies angesichts der durch die mangelhaften Mobilmachungseinrichtungen entstandenen Verwirrung für unmöglich erklären: so wurde der Entschluß, in Süddeutschland einzubrechen, aufgegeben. 28. Juli

Die französische Hauptarmee stand, etwa 200 000 Mann stark, in und um Metz unter dem Marschall Bazaine, der in Mexiko (§ 225) sich einen Namen gemacht hatte, unter Canrobert, der im Krimkrieg hervorgetreten war (§ 201), und unter General Bourbaki, dem Anführer der Kaisergarde. Der Name „Rheinarmee“ deutete auf den Schauplatz hin, wo sie ihre Tätigkeit entfalten sollte. Der Kaiser war begleitet von seinem Sohne, „um ihn frühzeitig in die Heldenlaufbahn einzuweihen“, und von dem Kriegsminister Leboeuf, dem eigentlichen Oberbefehlshaber der gesamten Heeresmacht; Napoleon überließ nämlich in allen wichtigen Operationen die Entscheidung seinen Generalen. Eine Proklamation an die französischen Soldaten verkündete: „Welchen Weg wir auch außerhalb unserer Grenzen einschlagen, wir werden dort die glorreichen Spuren unserer Väter finden. Wir werden uns ihrer würdig zeigen. Von unseren Erfolgen hängt das Schicksal der Freiheit und Zivilisation ab.“ Weiter gen Osten, im nördlichen Elsaß, stand die Südarmee unter Mac Mahon, Herzog von Magenta (§ 214), dem berühmtesten Feldherrn Frankreichs, etwa 100 000 Mann stark, darunter die dunkelfarbigen Krieger aus Afrika (Turkos) und die Zuaven, meistens geborene Franzosen, die „verlornen Söhne“ der großen Städte. In dem stehenden Lager von Châlons war eine dritte Armee, aus Ersatzmannschaften und Mobilgarden zusammengesetzt, noch im Bilden begriffen, während eine gutbemannte Kriegsflotte von Cherbourg durch den Kanal segelte, um die deutschen Häfen zu blockieren und an den Küsten zu landen. Franzosen

Auch die deutsche Kriegsmannschaft, 13 Armeekorps mit 384 000 Mann, die bald darauf 484 000 zählten, war in drei Armeen geteilt, die erste unter General Steinmetz, 61 000 Mann stark, mit 180 Geschützen, auf dem rechten Flügel, die zweite unter Prinz Friedrich Karl, in einer Stärke von 206 000 Mann und 534 Geschützen, in der Mitte, die dritte, aus Preußen und Süddeutschen bestehend und 180 000 Mann und 480 Geschütze zählend, unter dem Kronprinzen von Preußen, auf dem linken Flügel. Bei der mittleren befand sich der König, der Oberfeldherr über die Gesamtmacht, und ihm zur Seite der Große Generalstab unter der Leitung Moltkes. Auch der Bundeskanzler Graf Bismarck und der Kriegsminister Deutsche

v. Roon waren in seiner Umgebung. General Vogel von Falckenstein leitete von Hannover aus die norddeutsche Küstenverteidigung gegen die feindliche Flotte.

Saarbrücken

Während des deutschen Aufmarsches, bei dem alles vortrefflich in einander griff, hütete in Saarbrücken eine kleine preußische Heeresabteilung, nicht über 1500 Mann, die Grenze. Gegen diese rückte ein französisches Armeekorps unter General Frossard von Metz aus ins Feld. Auf die Kunde von dem Anzuge so bedeutender Streitkräfte wollte man preußischerseits die geringe Mannschaft zurückziehen, aber der Befehlshaber, Oberstleutnant v. Pestel, erbat sich die Erlaubnis, den Kampf aufnehmen zu

2. Aug. 1870

dürfen. So kam es zum Gefecht bei Saarbrücken, welches, da sich die Preußen nach einem auf beiden Seiten gleichen Verluste am Abend in guter Ordnung vor der Übermacht zurückzogen, von den französischen Zeitungen als ein glänzender Sieg gefeiert wurde. Der Prinz Louis sollte, wie Napoleon in einem Siegesbericht an seine Gemahlin meldete, mitten im Kugelregen eine seltene Kaltblütigkeit bewiesen und den ersten Schuß aus einer Mitrailleuse mit wunderbarer Wirkung getan haben. Diese verlogenen Siegesberichte wurden rasch durch die in den nächsten Tagen erfolgenden schweren Niederlagen in das wahre Licht gestellt, aber man hörte trotzdem nicht auf, während des ganzen Krieges durch Unwahrheiten das Volk gegen die „nordischen Barbaren" aufzureizen.

Weißenburg

Inzwischen war eine französische Division von der Mac Mahonschen Armee unter General Abel Douay bis an die Grenze von Rheinbayern vorgerückt und hatte das feste Städtchen Weißenburg besetzt, den Mittelpunkt der in der Kriegsgeschichte vielgenannten „Weißenburger Linien", wo schon im spanischen Erbfolgekrieg und dann in den Kämpfen des Jahres 1793 deutsche und französische Heere ihre Kräfte gemessen hatten. Dieser an Erinnerungen reiche Boden sollte wieder der Schauplatz des ersten ernsten Kampfes beider Nationen werden.

Die Armee des Kronprinzen rückte zwischen Weißenburg und Lauterburg südwärts. Da stieß ihr rechter Flügel, aus Bayern unter den Generalen von der Tann und Hartmann und dem Divisionsgeneral Bothmer, aus Schlesiern und Posenern unter General von Kirchbach und aus Hessen-Nassauern und Thüringern unter Generalleutnant v. Bose bestehend, auf den Feind, der teils in Weißenburg selbst, teils auf dem Geisberg, einer steilen

4. Aug.

Anhöhe mit Schloß im Süden der Stadt, aufgestellt war, und erfocht den ersten Sieg. Weißenburg wurde im heißen Straßenkampf erstürmt, und die Franzosen trotz ihres tapferen Widerstandes und der vorteilhaften Stellung vom Geisberg zurückgeworfen. Douay selbst fiel in der Schlacht.

Wörth

Hatte schon die Erstürmung des Geisbergs, wo die preußischen und bayerischen Bataillone, im stärksten Feuer der Chassepot- und Geschützkugeln, die Höhe erklommen, die Welt mit Bewunderung erfüllt, so sollte diese Bewunderung noch steigen, als zwei Tage nachher die Kunde von der Hauptschlacht bei Wörth zu den Völkern Europas drang. Die Feuertaufe zum einträchtigen Zusammengehen, welche bei Weißenburg Bayern, Preußen und norddeutsche Bundestruppen empfangen hatten, wurde bei Wörth auch den Hessen, Württembergern und Badenern unter dem Befehl des preußischen Generals v. Werder zuteil.

Auf die Nachricht von der Niederlage des Generals Douay hatte Mac Mahon seine Heeresabteilungen im Elsaß zusammengezogen und auf dem rechten Ufer des Sauerbachs auf einem hügeligen, zur Verteidigung äußerst günstigen Gelände so aufgestellt, daß sich an das Mitteltreffen bei Fröschweiler der linke Flügel unter General Ducrot, der rechte unter Lartigue und Conseil-Dumenil anschloß. Ihm gegenüber besetzte auf dem linken Ufer des Baches der Kronprinz die Höhenzüge von Wörth bis Gunstett. Bei diesen und den

6. Aug.

umliegenden Orten wurde die blutige Schlacht von Wörth-Reichshofen geliefert. Die

Hauptstellung der Franzosen war durch alle Mittel der Kunst, durch Schützengräben, Verhaue, Schanzen, Drahtbarrieren, verstärkt. Aber wie tapfer auch die Franzosen widerstanden, an der festen Haltung der deutschen Truppen, welche, wie am Geisberg, mit kühnem Todesmute die steilen, von Batterien geschützten Höhen erstiegen, brach der französische „Elan" allmählich zusammen. Alle Kämpfer des Nordens wie des Südens waren von gleichem Mute beseelt, und der Kronprinz selbst bezeugte, daß die Bayern durch eine geschickte Flankenbewegung viel zur günstigen Entscheidung des Tages beigetragen hätten. Die Schlacht endigte nach fünfzehnstündigem Ringen mit einem vollständigen Siege der Deutschen. Die Verluste waren auf beiden Seiten sehr bedeutend. Zwei französische Kürassierregimenter unter den Generalen Nansouty und Michel waren gänzlich vernichtet; kaum 150 Mann sollen von der prächtigen Reiterschar übriggeblieben sein.

Über 6000 Gefangene und eine große Menge Kanonen, Mitrailleusen, zwei Adler und andere Kriegsbeute wurden über den Rhein geschafft. Die Franzosen schrieben ihre Unfälle teils der überlegenen Streitmacht der Feinde, teils dem Umstande zu, daß das fünfte Armeekorps, das unter General de Failly bei Bitsch stand, nicht rechtzeitig auf dem Gefechtsfeld eintreffen konnte. Während die Trümmer der Mac Mahonschen Südarmee einen fluchtähnlichen Rückzug nach Nancy antraten, um sich mit den Truppen in Châlons zu vereinigen, nahm ein Teil der Armee des Kronprinzen Besitz vom Elsaß und schickte sich an, die Festungen auf dem linken Rheinufer, von Straßburg bis Belfort, zu erobern.

Spicheren

An demselben Tage wurde eine nicht minder glänzende und nicht minder blutige Waffentat vollbracht, in der Schlacht bei Saarbrücken und auf den Spicherer Höhen, wo die Franzosen nicht nur, wie bei Weißenburg und Wörth, in höchst günstiger Position standen, sondern auch an Truppenzahl überlegen waren.

Das Armeekorps des Generals Frossard hatte Saarbrücken geräumt und südwärts auf dem Höhenzug von Spicheren und Forbach eine Stellung genommen, die sowohl durch die natürliche Lage auf dem steilen, zum Teil waldbedeckten Bergrücken als durch Ringverschanzungen und aufgeworfene Wälle für uneinnehmbar gelten konnte. Mehrere Stunden lang versuchten die preußischen Vortruppen der ersten Armee unter den Generalen Zastrow, Kameke u. a. die Höhen in der Front und auf den Seiten zu ersteigen; zwei Angriffe wurden zurückgewiesen. Aber neue Zuzüge, welche General Konstantin v. Alvensleben (II) von der zweiten Armee nach dem Gefechtsfelde richtete, woher er den Kanonendonner vernahm, verstärkten die Truppenzahl und die Artillerie, so daß General v. Goeben, der nunmehr das Kommando übernahm, einen neuen Angriff wagte. Stürmend stiegen die heldenmütigen Krieger die steilen Anhöhen empor, bis sie die Hochfläche erreichten. Hier erhob sich ein Kampf von furchtbarer Heftigkeit. Erst als es der Artillerie gelang, mit unglaublichen Anstrengungen zwei Batterien emporzuschaffen, und auch auf beiden Flügeln neue Truppenteile, die der Kanonendonner herbeigeführt hatte, in den Kampf eingriffen, wurde der Feind zum Weichen gebracht. Nur der hereinbrechenden Dunkelheit hatte es das Korps Frossard zu verdanken, daß sein Rückzug nicht in vollständige Flucht ausartete. Wie bei Weißenburg und Wörth wiederholte sich auch bei Spicheren und Forbach die Erscheinung, „daß die einzelnen Armeekorps sich beeilten, dem Kanonendonner entgegenzumarschieren, sich auch ohne besonderen höheren Befehl zum Gefecht aneinanderschlossen und selbständig in dasselbe gewandt und entschieden eingriffen, während auf französischer Seite selbst positiv erteilte Befehle eine gegenseitige Unterstützung in den wichtigsten Momenten nicht herbeizuführen vermochten". Nur dieser umsichtigen Kampfesweise und rechtzeitigen Entschlossenheit waren die Erfolge bei Saarbrücken zu verdanken, da es ursprünglich nicht im Kriegsplane gelegen hatte, mit der I. Armee angriffsweise vorzugehen. Sie sollte nur die Saarlinie festhalten, bis die II. Armee auf gleicher Höhe angelangt sein würde. Wie verschieden war dagegen die Haltung auf französischer Seite! Marschall Bazaine, der nur drei Stunden vom Schlachtfelde entfernt war, griff nicht in den Waffengang ein, sei es, daß Frossard seine Unterstützung anfangs nicht für nötig hielt, oder daß Bazaine seine Stellung nicht aufgeben wollte. Es war ein glänzender Siegestag für die deutsche Waffenehre, aber wieder mit den schwersten Opfern erkauft: unter den Toten befand sich der preußische General von François.

6. Aug.

Französische Maßnahmen

§ 263. Colombey-Nouilly. Mars-la-Tour. Diese Vorgänge bewirkten in Paris allgemeine Bestürzung. Im Gesetzgebenden Körper gab sich eine so scharfe Opposition gegen die Regierung kund, daß das Ministerium „der ehrlichen Leute", Ollivier-Gramont, seine Entlassung einreichte, und die Kaiserin Eugenie den hochbejahrten General Montauban, Grafen

9. Aug.

von Palikao, mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragte, welches seine Hauptaufgabe in der nationalen Verteidigung gegen die feindliche „Invasion" erblicken sollte. Die erste Maßregel des neuen Ministeriums war daher die Vermehrung der Streitkräfte durch Einberufung ausgedienter oder befreiter Soldaten, durch neue Aushebungen, durch Bildung von Mobilgarden; zugleich wurde der Oberbefehl über die gesamte Kriegsmacht dem Marschall Leboeuf entzogen und dem Marschall Bazaine übertragen, ein Schritt, der als eine verhüllte Absetzung des Kaisers vom Oberkommando angesehen wurde. Der neue Generalissimus zog seine Truppen bei Metz zusammen, während Mac Mahon mit den Überresten der Vogesenarmee weiter südwärts sich gen Châlons wandte, wo die dritte Armee (§ 362) in Bildung begriffen war. Bei Bazaine befand sich auch der alte General Changarnier (§ 197), welcher bei Ausbruch des Krieges dem Kaiser seine Dienste angeboten hatte, sowie Canrobert, Bourbaki, Ladmirault, Decaen u. a. Mit Mac Mahon, dessen Heerkörper bereits als die Armee von Paris bezeichnet wurde, vereinigten sich in und um Châlons die Truppen von de Failly, Felix Douay, Ducrot, Lebrun u. a. Auch die Marinesoldaten wurden nun nicht eingeschifft, sondern gleichfalls zur Landesverteidigung verwendet.

Vorrücken der Deutschen

Inzwischen rückten die deutschen Heere in Lothringen ein. Eine Proklamation, welche König Wilhelm beim Betreten des feindlichen Gebietes an das französische Volk richtete, sagte, daß er Krieg führe mit den französischen Soldaten, nicht mit Frankreichs Bürgern. Diese würden deshalb fortfahren, vollständige Sicherheit für ihre Person und ihre Güter so lange zu genießen, als sie nicht selbst durch feindliche Unternehmungen gegen deutsche Truppen den König des Rechts beraubten, ihnen seinen Schutz angedeihen zu lassen. Während der Kronprinz auf Nancy zog, rückte die erste Armee unter Steinmetz von Saarbrücken aus gerade auf Metz los und zwischen beiden die zweite Armee unter Prinz Friedrich Karl gegen Pont-à-Mousson. Um den feindlichen Streitkräften eine größere Macht entgegenwerfen zu können, faßte man im französischen Kriegsrat den Plan, von Metz nach Verdun abzuziehen und sich mit den neuausgerüsteten Truppen Mac Mahons in Châlons zu vereinigen, also die Moselinie mit der Maaslinie zu vertauschen. Nur so viel Mannschaft sollte zurückbleiben, als nötig schien, die dem Oberbefehl des General Coffinières unterstellte, mit allen Bedürfnissen wohlversehene Festung zu verteidigen. In der Champagne, wo einst die erste Invasion der Deutschen gegen die junge Republik zurückgewiesen worden war (§ 15), sollte die Entscheidungsschlacht geliefert werden. Diesen Plan zu vereiteln, die Verbindung der beiden Armeen zu verhindern, war der Zweck der großen Kämpfe um Metz. Es wurde möglich, weil der rechtzeitige Abzug Bazaines infolge politischer, durch die Vorgänge in Paris hervorgerufener Erwägungen verhindert wurde.

Colombey-Nouilly

Da Prinz Friedrich Karl, welcher die Straße von Metz nach Verdun gewinnen sollte, selbst mit den anstrengendsten Märschen von Pont-à-Mousson aus erst am 16. August seine Vortruppen in jene Linie bringen konnte, so kam alles darauf an, den Abzug Bazaines aus Metz möglichst lange zu verzögern. Zu dem Behuf machten zwei Abteilungen des Steinmetzschen Heerkörpers unter von der Goltz und von Zastrow auf der östlichen Seite der Mosel einen Angriff wider die zum Abzuge sich anschickenden feindlichen Divisionen und zwangen in Verbindung mit Manteuffel, Kameke und andern Führern, die allmählich zu ihrer
14. Aug. Unterstützung herbeikamen, die Franzosen zu den Gefechten von Colombey-Nouilly, worin auf beiden Seiten mit gleicher Tapferkeit und mit gleichen Verlusten gekämpft wurde.

Das Treffen endete mit der Festsetzung der Preußen auf dem Schlachtfelde und brachte den Franzosen den Nachteil, daß der Abzug Bazaines um zwei Tage verzögert wurde.

Am folgenden Tag, es war der Napoleonstag, der in den Hofkreisen als der Einzugstag für Berlin in Aussicht genommen war, brachen die Franzosen von Metz auf, um auf zwei Straßen, teils über Rezonville, Vionville und Mars-la-Tour, teils über Doncourt, Jarny und Etain, gegen Verdun zu marschieren. Napoleon befand sich mit seinem Sohne bei dem Zug und übernachtete in Gravelotte, verließ dann aber das Heer und gelangte auf einem Umweg über Etain nach Verdun und von da nach Châlons. Die Vortruppen der zweiten deutschen Armee erreichten, nachdem sie bei Pont-à-Mousson und an andern Punkten die angeschwollene Mosel überschritten hatten, nach einem Gewaltmarsch am Abend bei Tronville und Vionville die auf der südlichen Straße abziehenden Franzosen. Da man deutscherseits entschlossen war, die französische Armee zum Stehen zu zwingen, so mußten diese Vortruppen, trotz der Ermüdung am andern Morgen bei Tagesanbruch angreifen. Ihnen fiel die schwierige Aufgabe zu, die feindliche Übermacht solange aufzuhalten, bis andere Teile der zweiten Armee und diejenigen Korps der ersten, die man nicht zur Bewachung der Ostseite von Metz nötig hatte, herbeikommen konnten. Und diese Aufgabe haben sie (es war hauptsächlich das dritte Armeekorps, Brandenburger unter General v. Alvensleben II, eine Abteilung des zehnten Armeekorps [Voigts-Rhetz] und zwei Kavalleriedivisionen) mit der heldenmütigsten Ausdauer gelöst. Fast sechs Stunden lang standen sie allein dem auf dem Höhenzug von Tronville bis Rezonville aufgestellten übermächtigen Feinde gegenüber, bis Hilfe kam. Es waren blutige Lorbeeren, welche hier unter den Divisionsgeneralen Kraatz, Schwarzkoppen, Stülpnagel, Buddenbrock u. a. errungen wurden. Die letzte Reserve, Halberstädter Kürassiere und Altmärkische Ulanen (Der „Todesritt der Reiterbrigade Bredow") war eingesetzt worden: über ein Drittel der Tapferen kehrte nicht zurück, aber der Zweck war erreicht worden, das französische Zentrum setzte seine Bewegung nicht fort. Es war nachmittags zwischen drei und vier Uhr, als auf dem linken Flügel der Preußen, gegen den die Franzosen von der nördlichen Abzugstraße einschwenkten, bei Mars-la-Tour das Eingreifen der herankommenden Hannoveraner und Westfalen fühlbar wurde. Nach dem furchtbaren Kampfe um Flavigny behaupteten am Abend die Deutschen die Schlachtlinie von Mars-la-Tour bis Gravelotte gegen die an Stärke immer noch weit überlegene französische Kriegsmacht. Die Verluste waren auf beiden Seiten gleich schwer; die Deutschen hatten 17000 Mann an Toten und Verwundeten, die Franzosen etwa 16000 eingebüßt. Als es den Franzosen klar wurde, daß es im Plane der Preußen lag, sie in die Festungswerke zu bannen, stritten sie mit dem Mute der Verzweiflung, um die feindlichen Reihen zu durchbrechen, wobei niemand größere persönliche Tapferkeit entfaltete als Bazaine selbst. Mit Mühe rettete er, als er in das Kavalleriegefecht verwickelt wurde, Freiheit und Leben.

15. Aug.

Mars-la-Tour Vionville

16. Aug.

§ 264. Gravelotte, St. Privat. Bazaine berichtete an die Regierung in Paris, bei Mars-la-Tour sei der Vorteil schließlich auf seiner Seite geblieben, er habe sich nur deshalb näher nach der Festung gezogen, um frische Munition zu fassen und dann den Kampf von neuem zu beginnen. Der 17. August wurde von den Deutschen benutzt, um alle verfügbaren Truppenteile der zweiten und ersten Armee heranzuziehen, von Bazaine, um sich gedeckte Stellungen zu schaffen. Sein Heer 160000—180000 Mann stark, stand dem deutschen an Zahl kaum nach und hatte den Vorteil, daß es vereinigt war, während mehrere deutsche Korps, noch auf dem Marsch begriffen, erst gegen Mittag des 18. August ankommen konnten, und daß es eine Stellung einnahm, die als unüberwindlich gelten konnte. Westlich von Metz erstreckt sich ein Höhenkamm drei Stunden weit von Jussy im Süden bis St. Privat und Roncourt im Norden über die Gehöfte Moscou und Leipzig, über das Dorf Amanvillers, dahinter befindet sich eine fortlaufende Reihe dichter, zum Teil auf steilem Abhange liegender Wälder, und im Süden vor demselben ein Bach, die Mance, in einer tiefen Schlucht. Auf diesem Höhenkamm war die französische Armee mit 500 Geschützen und 150 Mitrailleusen aufgestellt, geschützt durch Schanzen, Verhaue und Gräben. Vor der Hauptstellung waren die Dörfer St. Marie aux Chênes, St. Ail, Habonville und Verneville als erste Linie von Avantgarden stark besetzt.

Stellung Bazaines

Der 18. August

Während das I. Korps der ersten Armee noch auf dem rechten Moselufer vor Metz blieb, stand das zu ihr gehörende VII. Korps südöstlich von Gravelotte, das VIII. bei Rezonville. Sie sollten den linken Flügel der Franzosen bei Gravelotte festhalten und die Bewegungen der zweiten Armee gegen einen etwaigen Angriff von Metz aus decken. Die zweite Armee rückte nämlich in staffelförmiger Ordnung gegen die nördliche Straße von Metz nach Verdun vor, um in die rechte Flanke des französischen Heeres zu kommen. Von dem Gelingen dieser Umgehung hing das Schicksal der Schlacht ab: es marschierten deshalb auf dem linken Flügel des deutschen Aufmarsches das preußische Gardekorps zwischen Mars-la-Tour und Vionville gegen St. Marie-aux-Chênes und St. Privat, das XII. Korps (Sachsen unter Kronprinz Albert) noch weiter links ebenfalls gegen St. Marie-aux-Chênes. In der Mitte richtete das IX. Korps (Manstein) seinen Marsch gegen Amanvillers. Als Reserve standen das III. Korps zwischen dem IX. und Gardekorps und das X. hinter dem XII. Korps; das von Pont-à-Mousson in Anmarsch befindliche II. Armeekorps (Pommern) konnte erst nachmittags eintreffen. Gegen Mittag begann der Kampf. Das IX. Korps griff in dem Glauben, bei Amanvillers schon den rechten Flügel des französischen Heeres gefaßt zu haben, an, geriet aber in schwere Bedrängnis, weil es in der Tat auf das an Zahl und Stellung weit überlegene Zentrum gestoßen war. Nur unter großen Verlusten behauptete es sich in seiner Stellung und verhinderte einen Durchbruch des Feindes. Auch das VIII. (Rheinländer) und VII. (Westfalen) Korps hatten bei Gravelotte schwer zu kämpfen; namentlich erlitt das VII. Korps, das bei dem Versuche, jenseits der tiefen Schlucht der Mance festen Fuß zu fassen, über diese wieder zurückgeworfen wurde, schwere Verluste. Um 2 Uhr war das Gardekorps vor den rechten französischen Flügel gelangt und nahm im heißen Kampfe gegen 4 Uhr das vor St. Privat gelegene Dorf St. Marie-aux-Chênes. Aber um das hochgelegene, stark befestigte St. Privat zu gewinnen, mußte der Kronprinz Albert mit den Sachsen eine weitere, nach Norden, nach Roncourt, ausholende Umgehung versuchen, während die Garden gegen 5 Uhr geradewegs gegen St. Privat anstürmten. Hier entspann sich der furchtbarste Kampf, bis gegen 6½ Uhr endlich die Sachsen von Roncourt her eingreifen und im gemeinsamen Ringen bei Anbruch der Dunkelheit den rechten Flügel Bazaines nach Metz zurückwerfen konnten. Auch Amanvillers wurde nun geräumt. Während hier der Sieg errungen war, stand es bei Gravelotte, wo König Wilhelm selbst befehligte und mit seinem Gefolge in ein heftiges Granatfeuer geriet, recht bedenklich; selbst ein Durchbruch der Franzosen wäre möglich gewesen, wenn nicht nach 16stündigem Marsche die Pommern, das II. Korps, unter Fransecky angelangt wären und die jenseitigen Höhen der Manceschlucht gestürmt hätten. Die Verluste betrugen auf deutscher Seite 899 Offiziere, 19231 Mann, die Franzosen gaben sie auf nicht ganz 13000 Mann an.

Gegen 8½ Uhr endete die Schlacht. An einer Gartenmauer von Rezonville auf einer aufgelegten Leiter sitzend, erhielt König Wilhelm von Moltke die Siegesnachricht und diktierte dem Grafen Bismarck die Depesche, die der Welt diesen ungeheuren Erfolg verkünden sollte. Bazaines „Rheinarmee" war außer Kampf gesetzt und in Metz eingeschlossen.

Neueinteilung d. deutschen Armeen

§ 265. Die Belagerung von Metz. Nun begann die schwierige Aufgabe, Bazaine in Metz festzuhalten, ohne im übrigen die kriegerische Aktion zu unterbrechen. Um dieser zwiefachen Aufgabe zu genügen, zweigte der König von den vereinigten Armeen drei Korps ab, das XII. (sächsische) das Gardekorps und das IV. Korps, um unter Führung des Kronprinzen Albert von Sachsen als Maasarmee auf Paris vorzugehen parallel mit der dritten Armee, der des Kronprinzen von Preußen. Die übrigen Teile der ersten und zweiten Armee wurden zu einer besonderen Belagerungsarmee vereinigt, die zwar immer noch erste und zweite deutsche Armee genannt, aber unter die einheitliche Leitung des Prinzen Friedrich Karl gestellt wurde.

Belagerung

Die Belagerungsarmee zählte nach und nach, durch Reserven und Ersatzmannschaften verstärkt, mindestens 150000 Mann und umschloß Metz auf beiden Seiten der Mosel durch Schanzen, Batterien und Schützengräben, oft in doppelter und dreifacher Linie. „Die ganze Länge der Einschließungslinie betrug gegen sechs Meilen. An allen Höhepunkten waren

Observatorien errichtet, Telegraphen standen mit ihnen und mit sämtlichen Hauptquartieren der Korps in Verbindung, so daß nichts versäumt wurde, um die Einschließung zu einer gegen jede Eventualität gesicherten zu machen." Nur durch eine strenge Blockade konnte die mit unüberwindlichen Festungswerken umgebene Stadt bezwungen werden; die Hauptaufgabe bestand daher für die Deutschen in der sorgfältigsten Überwachung, für die Franzosen in Versuchen, durch Ausfälle die Einschließungslinie zu durchbrechen; dabei hatte Bazaine den Vorteil der „inneren Linien". Kriegsmaterial war in großer Menge aufgehäuft; weniger günstig war es mit den Mundvorräten bestellt, da nicht nur eine Armee von 150 000 Mann, sondern auch die städtischen Einwohner und eine zahlreiche Bevölkerung, die aus den umliegenden Ortschaften in die Stadt geflohen war, unterhalten werden sollten. Die Unordnung und Ratlosigkeit muß in den ersten Tagen furchtbar gewesen sein; und es zeugt von dem Organisationstalent Bazaines, daß er schon am 26. August einen Ausfall vorbereiten konnte, der nur wegen des strömenden Regens verschoben wurde. Als er dann erfuhr, daß das zweite und dritte Korps der Einschließungsarmee abgezogen waren, um die von Mac Mahon bedrohte Maasarmee zu verstärken (§ 266), traf er Anstalten zu einem energischen Ausfall. Er wählte dazu das rechte Moselufer, wo die feindlichen Verteidigungskräfte weniger stark waren und zahlreiche vorgeschobene Forts den Angriff unterstützen konnten. Es gelang ihm auch wirklich, gegen Abend die Deutschen aus ihrer Stellung bei Noisseville und Montoy zu drängen; aber durch einen nächtlichen Angriff unter General Manteuffel warf das erste Armeekorps und die Landwehrdivision Kummer, höchstens 40000 Mann, den weit überlegenen Feind zurück, und da mittlerweile die zwei detachierten Armeekorps wieder zur Einschließungsarmee zurückgekehrt waren, so konnte Bazaine nicht mehr an die Durchführung seines Planes denken. Von der Zeit an galt es im deutschen Lager für ausgemacht, daß das Schicksal der großen Armee von Metz durch ihre Proviantvorräte bedingt sei.

Ausfälle aus Metz

31. Aug.

1. Sept.

Steinmetz, „der Löwe von Nachod" (§ 244), war ein eigenwilliger, starrköpfiger General, der schon bei Spicheren, wo er nicht ganz in den Kriegsplan des Generalstabs eingegangen war (§ 262), den Unwillen der Oberleitung erregt hatte. Dazu kamen nun persönliche Zwistigkeiten mit dem Prinzen Friedrich Karl. Der alte Haudegen konnte sich nicht mehr recht in die Rolle eines Untergebenen hineinfinden. Schließlich verhielt er sich so unehrerbietig gegen den Prinzen, daß der König ihn in einer Kabinettsorder von dem Oberkommando der ersten Armee enthob und zum Generalgouverneur von Posen ernannte. In dieser Order zeigte sich König Wilhelm als König und Mensch gleich groß, indem er nur sagte: „Ich werde Mich künftig nur Ihrer ausgezeichneten früheren Dienste mit Anerkennung erinnern und werde es völlig vergessen, daß Sie jetzt Ihrem Könige nicht Ihren Eigenwillen zu opfern vermochten."

Steinmetz

12. Sept.

C. Die Katastrophe von Sedan und der Sturz des französischen Kaisertums.

§ 266. Die Schlacht bei Sedan. Im Norden von Châlons hatte die kaiserliche Regierung ein Gelände von zwei Meilen im Gevierte in ein großes Kriegslager verwandelt. In diesem Lager hatte Mac Mahon eine Armee („die Armee von Paris") von etwa 125 000 Mann zu Fuß und 12 000 Reitern und behielt, auch nachdem Kaiser Napoleon eingetroffen war, das Kommando. Auf die Nachricht von den Kämpfen um Metz erteilte die Regentschaft in Paris, die von der wahren Sachlage sehr unvoll-

Die „Armee von Paris"

kommen unterrichtet war, dem Marschall den Befehl, zum Entsatz Bazaines vorzugehen. Mac Mahon setzte Zweifel in das Gelingen des gewagten Unternehmens, das nur dann von Erfolg sein konnte, wenn gleichzeitig
17. Aug. ein Durchbruch Bazaines gelang. In einem unter dem Vorsitz des Kaisers gehaltenen Kriegsrat kam man zu der Ansicht, es sei besser, nach Paris zurückzugehen: die Hauptstadt mit ihren Festungswerken sei der geeignetste Mittelpunkt für die ferneren Kriegsoperationen. Als jedoch die Regentschaft, welche bei der herrschenden Aufregung Gefahr für den Kaiser fürchtete, wenn er nach Paris zurückkehre, in bestimmtester Weise den Befehl
18. Aug. wiederholte, gab der Marschall nach, aber beunruhigt von inneren Bedenken. Dieser Zwiespalt seiner Seele lähmte seine Bewegungen und verzögerte den Marsch, der zuerst nordwestwärts gen Reims und dann, nach einiger Rast, nordöstlich über Rethel nach Mouzon an der Maas gerichtet war, so daß die Spitzen seines Heeres erst am 28. August in dem letzten Orte eintrafen. Inzwischen war die dritte Armee unter dem Kronprinzen von Preußen über Bar-le-Duc und Vitry bis in die Nähe von Chalons gelangt, um mit der Maasarmee des Kronprinzen von Sachsen, welche weiter nordwärts an Verdun vorbei gleichfalls nach Westen rückte, auf Paris loszugehen. Als nun der Abmarsch Mac Mahons im Hauptquartier (durch ein Londoner Zeitungstelegramm) bekannt wurde, erfolgte die berühmte, mit bewundernswerter Sicherheit durchgeführte Rechtsschwenkung der beiden deutschen Armeen. Schon in den letzten Tagen des August erreichte die dritte Armee das rechte Ufer der Aisne und kam
29. Aug. bei Buzancy mit dem Feinde ins Gefecht, während die verstärkte vierte Armee nach dem Treffen bei Nouart die Maaslinie von Dun und Stenay
30. Aug. gewann. Als dann das Korps des Generals de Failly bei Beaumont von den Deutschen, besonders Bayern unter General von der Tann und Sachsen unter Kronprinz Albert, unerwartet angegriffen und mit großem Verlust in die Flucht geschlagen wurde, ging Mac Mahon auf Sedan zurück. Es wäre dem Kaiser leicht gewesen, sich nach Mezières in Sicher-
Sedan heit zu bringen, aber er wollte die Armee nicht verlassen. Während nun die vierte Armee auf dem rechten Maasufer vorging und, den Chiers bei Douzy überschreitend, gegen die Ostseite von Sedan heranrückte, näherte sich die dritte Armee auf der linken Stromseite der Festung. Ein Versuch
31. Aug. der Bayern, bei Bazeilles über die Maas zu setzen, wurde anfangs zurückgewiesen, aber in der Nacht bewerkstelligten sie oberhalb Sedans den Übergang, indes das XI. Korps unterhalb der Stadt bei Donchery und die württembergische Division noch weiter abwärts den Fluß überschritten. Die Aufgabe der Armee des Kronprinzen von Sachsen war es nun, die Höhen im Osten und Nordosten der Stadt zu gewinnen, die des XI. und V. Korps (von der Armee des preußischen Kronprinzen), westlich der Stadt nordwärts zu marschieren und die Franzosen von Nordwesten zu fassen: im Norden mußten sich dann beide Armeen die Hand reichen.

Rechtsschwenkung der Deutschen

Der 1. Sept., 10 Uhr vormittags

Den Bayern unter General von der Tann gelang es nach einem mehrstündigen, furchtbaren Kampfe in Straßen, Häusern und Gärten, sich des fast gänzlich niedergebrannten Dorfes Bazeilles zu bemächtigen, wobei Mac Mahon durch einen Granatsplitter so schwer verwundet wurde, daß er das Oberkommando abgeben mußte. An seine Stelle trat zuerst der von ihm selbst zum Nachfolger ernannte Ducrot, dann der kürzlich aus Afrika herübergekommene ältere General Wimpffen. Dieser verwarf die von Ducrot angeordnete Rückzugsbewegung nach Illy, im Norden der Stadt, als entmutigend für die französische Armee, und ging zum Angriff über; als aber die Sachsen und Preußen den östlichen Höhenzug von

Daigny und Givonne nach den heftigsten Anstrengungen in ihre Gewalt brachten und den Bayern, die bei und in Bazeilles mit den von den wutentbrannten Einwohnern unterstützten französischen Marinesoldaten einen Vernichtungskampf führten, die Hand reichten, so daß diese trotz des furchtbaren Geschützfeuers der Franzosen die wichtige Stellung auf den Höhen von La Moncelle und Schloß Monvillers in Besitz nehmen und mit gemeinschaftlicher Anstrengung den Feind aus der festen Stellung von Balan vertreiben konnten, da neigte sich das Schlachtenglück auf die deutsche Seite. Inzwischen erschienen die Truppen der III. Armee im Nordwesten der Stadt, besetzten die Ausgänge von St. Menges und Fleigneux und richteten ein furchtbares Artilleriefeuer auf die gegenüberstehenden französischen Heeresabteilungen. Um Mittag waren die Franzosen schon dergestalt eingeschnürt, daß nur noch zwei schmale Mittags
Auswege nach Süden und nach Norden offen standen, um entweder zwischen Givonne und Fleigneux die belgische Grenze zu erreichen oder von der Vorstadt Torcy aus über Vouziers nach Reims sich durchzuschlagen. Aber General Wimpffen trug Bedenken, hier oder dort einen Durchbruch, der allerdings nur mit den größten Verlusten vielleicht gelingen konnte, zu versuchen. Bald war auch die nördliche Öffnung bei Illy durch das Gardekorps geschlossen, und nun wurde von allen Seiten ein mörderisches Artilleriefeuer gegen die Franzosen gerichtet, so daß sie nach der letzten vergeblichen Anstrengung bei Floing, wo General von Gersdorff vom elften Armeekorps und der französische Reitergeneral Margueritte auf den Tod verwundet wurden, alle Versuche eines Vordringens aufgaben und am Nachmittag den Rückzug nach Sedan antraten.

In dieser kleinen Stadt war am Abend die ganze Armee Mac Mahons Gefangennahme
zusammengedrängt, und es herrschte in ihr eine beispiellose Unordnung und Napoleons
Verwirrung, die noch erhöht wurde, als die deutschen Truppen von den umgebenden Höhen herab die Festung zu beschießen begannen, und an mehreren Orten der Stadt Feuer ausbrach. Um das Elend nicht noch zu vergrößern, erteilte daher Kaiser Napoleon dem General Wimpffen den Befehl, zu kapitulieren. Dieser gehorchte mit innerem Widerstreben, aber durch die Notwendigkeit gezwungen. Schon wehte die Parlamentärflagge am Tore von Sedan, als der Oberst Bronsart von Schellendorff eintraf, um im Namen des Königs von Preußen Armee und Festung zur Übergabe aufzufordern. Bald kehrte er in das Hauptquartier zurück, begleitet von dem französischen General Reille, welcher dem König ein Schreiben Napoleons überreichte 1. Sept.
des Inhalts: „Da ich nicht in der Mitte meiner Armee sterben konnte, so lege ich meinen Degen in die Hände Eurer Majestät.“ König Wilhelm nahm das Anerbieten an mit dem Zusatz, daß Napoleon einen Offizier ernennen möge, um über die Kapitulation der Armee zu unterhandeln. Napoleon ergab sich nur für seine Person, da er den Oberbefehl nicht führe und alles der Regentschaft in Paris anheimgegeben habe. Die Abschließung des Kapitulationsvertrages blieb dem Höchstkommandierenden Wimpffen Kapitulation
überlassen, der sich zu dem Zweck in Begleitung des Generals Castelnau nach Donchery begab, um mit Moltke und Bismarck in Verhandlungen zu treten. Sie dauerten die ganze Nacht hindurch; aber wie sehr auch der französische Feldherr sich bemühte, eine Milderung der bitteren Notwendigkeit zu erlangen, Moltke ging von der Bedingung der Übergabe der ganzen Armee auf Gnade und Ungnade nicht ab; er gewährte eine kurze Bedenkzeit: sei diese erfolglos verflossen, so werde die Beschießung der Stadt von neuem beginnen. Auch Bismarck wies entschieden jede mildere Bestimmung ab, indem er betonte, daß auf die Dankbarkeit eines französischen Herrschers oder des Volkes zu rechnen Wahnsinn sei und ein trügerisches Luftschloß wäre; und in wahrhaft prophetischer Weise sagte er, daß man nicht wissen könne, ob nicht schon in kurzer Zeit eine Regierung auftrete, welche kein Gesetz achte, die Abmachungen nicht anerkenne und sogar die Offiziere zwingen werde, ihr Versprechen nicht zu halten. So wurde um 6 Uhr morgens,

nachdem Wimpffen die französischen Generale zu einem Kriegsrat zusammen-
2. Sept. ½12 Uhr mittags berufen hatte, die Kapitulation unterzeichnet und von dem König im Hauptquartier zu Vendresse bestätigt. „Welch eine Wendung durch Gottes Führung!" schloß die Meldung des gewaltigen Sieges an die Königin in Berlin.

Ergebnis der Schlacht So erlebte denn die Welt das unglaubliche, in der ganzen Kriegsgeschichte einzig dastehende Schauspiel, daß außer den 25000, die während der Schlacht gefangengenommen waren, ein Heer von 83000 Mann, darunter 1 Marschall (Mac Mahon), 40 Generale, 230 Stabsoffiziere, 2600 Offiziere und Militärbeamte, sich dem Sieger ergab, die Waffen und alles Kriegsmaterial, bestehend in 330 Feldgeschützen, 70 Mitrailleusen, 150 Festungsgeschützen und 10000 Pferden, ablieferte und nebst dem Kaiser in Kriegsgefangenschaft wanderte. Den Offizieren, welche auf schriftliches Ehrenwort versicherten, in dem gegenwärtigen Krieg nicht mehr gegen Deutschland zu fechten und in keiner Weise den deutschen Interessen zuwiderzuhandeln, wurde „in Rücksicht auf die tapfere Verteidigung" gestattet, ihre Waffen zu behalten. Auf dem Gelände zwischen Villette und Iges wurde im Angesichte eines bayerischen und eines norddeutschen Armeekorps die Waffenstreckung vollzogen, worauf die Festung Sedan übergeben und die gefangene Mannschaft nach Deutschland abgeführt wurde. Nur ein geringer Teil der Offiziere wollte das verlangte Ehrenwort abgeben; die meisten zogen das Los der Kriegsgefangenschaft vor. Alle Offiziere, die sich verpflichteten, sich am 10. September zu einem Eisenbahnzug in Pont-à-Mousson zu stellen, durften sich selbständig dorthin begeben. Auch General Ducrot erschien dort; als aber die Abführung nicht sofort vor sich gehen konnte, entwich er nach Paris.

2. Sept. morgens Napoleon wurde nach einer Unterredung mit Bismarck bei Donchery und mit dem Könige in dem Schlößchen Bellevue bei Frénois als Gefangener nach Wilhelmshöhe bei Kassel gebracht.

Stimmung in Paris **§ 267. Der revolutionäre Staatsstreich in Paris.** In Paris war die wahre Lage der Dinge lange entstellt oder verheimlicht worden. Während die Regierung die Gemüter durch beruhigende Nachrichten zu beschwichtigen suchte, im Orakelton von einem großen Plan sprach, der nicht verraten werden dürfte, der aber sicher den Sieg an die französischen Fahnen knüpfen würde, ergingen sich die Zeitungen in den tollsten Wutausbrüchen über die barbarischen Horden, die den heiligen Boden Frankreichs zu besudeln wagten, schilderten die Kämpfe um Metz als Siege der französischen Waffen und verkündeten den Tag als nahe bevorstehend, wo man den Feind über den Rhein zurücktreiben würde. Zugleich wurde die Wut der Franzosen gegen die in Frankreich ansässigen Deutschen aufgestachelt, und diese in der inhumansten Weise zur Auswanderung gezwungen. Das Ausland sah diesen Ausbrüchen völkerrechtswidriger Wut teilnahmlos zu; nur einzelne Konsuln schützten die Bedrohten vor der Volksrache.

Erklärung der Republik War schon während des Augusts die ganze Nation und vor allem die Hauptstadt in fieberhafter Aufregung, so erreichte diese den höchsten Grad, als die Kunde von der Katastrophe in Sedan das System der Lüge, durch das man bisher die Gemüter getäuscht hatte, enthüllte und den entsetzlichen Fall des Reiches bloßstellte. Am 4. September versammelte sich der Gesetzgebende Körper zum letzten Male. Eine stürmische Sitzung, gestört durch eindringende Volksmassen, welche die Tribünen und den Saal füllten,
4. Sept. endigte mit der feierlichen Thronentsetzung Louis Napoleons und seiner Familie auf ewige Zeiten, beantragt durch zwei hervorragende Führer der Linken, die Advokaten Jules Favre und Léon Gambetta. Darauf eilten diese, begleitet von den Parteigenossen, nach dem Stadthause, wo unter dem wachsenden Zudrange der städtischen Volksmasse, namentlich der unteren Klassen, die Republik ausgerufen und bis zum Zusammentritt einer neuen konstituierenden Versammlung eine provisorische

Regierung der nationalen Verteidigung eingesetzt wurde. An ihrer Spitze stand der Oberbefehlshaber Trochu, ein tüchtiger General, der trotz seiner glänzenden Teilnahme an der Schlacht bei Solferino bei der kaiserlichen Regierung nicht in Gunst gestanden hatte, weil er in politischen Ansichten zur Opposition neigte, und in einem vielverbreiteten Buche die Mängel der französischen Heeresverfassung dargelegt hatte. Neben und unter ihm leitete Favre das Auswärtige, Gambetta das Innere, Leflô die Kriegsangelegenheiten, Crémieux (§ 155) die Justiz und Jules Simon den Kultus. Mit diesen obersten Staatslenkern sollte Etienne Arago als Maire von Paris nebst seinen Adjunkten Charles Floquet und Henry Brisson und eine weitere Kommission alle zur Nationalverteidigung erforderlichen Geschäfte besorgen. Die erste Handlung dieser neuen revolutionären Regierung war die Auflösung des Gesetzgebenden Körpers, in welchem die Bonapartisten die Mehrheit bildeten, und die Abschaffung des Senats. Die meisten Mitglieder beider Körperschaften verließen Paris. Auch die Kaiserin Eugenie hatte bereits das Tuilerienschloß verlassen und sich nach Belgien geflüchtet, von wo sie dann ein Asyl in England (Chislehurst) suchte. Dort traf auch bald ihr Sohn Louis ein, der vor der Schlacht bei Sedan über die belgische Grenze geschafft worden war. Prinz Jérôme Napoleon hatte sich zu seinem Schwiegervater nach Italien begeben. Regierung der nationalen Verteidigung

Nicht leicht ist eine Regierung so formlos und so ohne alle Rechtsgrundlage ins Leben getreten als die Regierung der nationalen Verteidigung, die man als „Advokatenregiment" bezeichnet hat, da die meisten Mitglieder und weitaus die Mehrzahl der von ihr angestellten Beamten diesem Stande angehörten. Indessen in der Not des Krieges fügte sich Frankreich. Trochu allein war mit gesetzlicher Autorität ausgerüstet und rechtfertigte durch Umsicht und Tatkraft das in ihn gesetzte Vertrauen; mit organisatorischem Geschick setzte er die Stadt in Verteidigungszustand. Gambetta ragte durch seine Energie und südländische Beweglichkeit hervor, Jules Favre hatte im Gesetzgebenden Körper gegen den Krieg gestimmt (§ 259) und legte auf diese Abstimmung stets großes Gewicht. Auch Thiers hatte den Krieg wider Preußen als „unzeitmäßig" verdammt, hielt sich aber zunächst klug zurück, um für künftige Möglichkeiten die Hand freizuhaben.

D. Der Krieg gegen das republikanische Frankreich.

1. Bis zum Falle von Metz.

§ 268. Waffenstillstandsverhandlungen. Das erste Lebenszeichen, welches die neue französische Republik amtlich dem Auslande gab, war ein Rundschreiben Jules Favres an die diplomatischen Vertreter Frankreichs, in welchem er die Lage seines Landes der Beurteilung Europas unterbreitete und betonte, daß nicht Frankreich den Krieg gewollt und herbeigeführt habe. Er berief sich dann auf den König von Preußen, der erklärt habe, daß er nicht mit Frankreich, sondern mit der kaiserlichen Dynastie Krieg führe; und doch hatte der König in seiner Proklamation vom 11. August (§ 263) der Wahrheit gemäß gesagt, er führe Krieg gegen die Soldaten, nicht gegen die Bürger Frankreichs. „Wir treten", so erklärte das Rundschreiben, „keinen Zollbreit ab von unserem Lande, noch einen Stein von unseren Festungen." Um eine Einmischung der neutralen Mächte Das Ausland 6. Sept. 1870

12. Sept. herbeizuführen, wurde Thiers mit einer außerordentlichen Mission an die Höfe von London, Petersburg, Wien und Florenz beauftragt. Bismarck hatte jedoch Fürsorge getroffen, daß der Wunsch des Herrn von Beust nach einem gemeinsamen Vorgehen der Mächte zur Wiederherstellung des Friedens, um, wie er sagte, die Forderungen des Siegers zu mäßigen und die Gefühle des Besiegten zu schonen, vereitelt wurde. Er kennzeichnete die deutsche
16. Sept. Forderungen in einer öffentlichen Erklärung, die sich in erster Linie gegen das Londoner Kabinett richtete, das ihm einen Vermittler in das Lager geschickt und mit seiner sonderbaren Neutralität schon öfter Veranlassung zu Beschwerden gegeben hatte. Er sprach hier im Sinne des ganzen deutschen Volkes, wenn er sagte:

„Die einmütige Stimme der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes verlangt, daß Deutschland gegen die Bedrohungen und Vergewaltigungen, welche von allen französischen Regierungen seit Jahrhunderten gegen uns geübt worden sind, durch bessere Grenzen als bisher geschützt werde. Solange Frankreich im Besitze von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch stärker als unsere Defensive. Straßburg ist im Besitze Frankreichs eine stets offene Ausfallpforte gegen Süddeutschland; in deutschem Besitz dagegen gewinnen Straßburg und Metz einen defensiven Charakter. Wir sind in mehr als 20 Kriegen niemals die Angreifer gegen Frankreich gewesen, und wir haben von diesem nichts zu begehren, als unsere von ihm so oft gefährdete Sicherheit im eigenen Lande. Frankreich dagegen wird jeden jetzt zu schließenden Frieden nur als einen Waffenstillstand ansehen und uns, um Rache für seine jetzigen Niederlagen zu nehmen, ebenso händelsüchtig und ruchlos wie in diesem Jahre wiederum angreifen, sobald es sich durch eigene Kraft oder durch fremde Bündnisse stark genug fühlt. Indem wir Frankreich das Ergreifen der Offensive erschweren, handeln wir zugleich im Interesse des europäischen Friedens. Von Deutschland ist dessen Störung nicht zu befürchten. Nachdem uns der Krieg, dem wir mit Sorgfalt und Überwindung unseres durch Frankreich ohne Unterlaß herausgeforderten nationalen Selbstgefühls vier Jahre lang aus dem Wege gegangen sind, trotz unserer Friedensliebe aufgezwungen worden ist, wollen wir zukünftige Sicherheit als den Preis der gewaltigen Anstrengungen fordern, die wir zu unserer Verteidigung haben machen müssen. Niemand wird uns Mangel an Mäßigung vorwerfen können, wenn wir diese gerechte und billige Forderung festhalten."

Waffenstillstandsverhandlungen
19. Sept. Ebenso fest blieb er dem französischen Unterhändler Jules Favre gegenüber, der ihn in Ferrières aufsuchte, um über die Friedensbedingungen zu verhandeln. Die Pariser Regierung verlangte einen Waffenstillstand von drei Wochen behufs Einberufung einer Nationalversammlung, von der dann der Friedensschluß ausgehen sollte. Bismarck forderte dagegen, daß Straßburg, Pfalzburg und Toul den Deutschen eingeräumt werden sollten, weiterhin forderte er, falls die Versammlung nach dem inzwischen von den Deutschen eingeschlossenen Paris berufen und für die Dauer der Verhandlung eine Verproviantierung gestattet werden sollte, ein militärisches Äquivalent, etwa die Überlassung des Mont Valérien, oder aber, wenn die Versammlung in Tours zusammentrete, wohin drei Mitglieder der Re-
Delegation in Tours gierung als besondere Delegation beordert waren, die Erhaltung des status quo vor Paris. Die Delegation in Tours erklärte darauf in einer
24. Sept. Proklamation an das französische Volk, daß der Krieg fortgeführt werden müsse, weil Preußen Frankreich zu einer Macht zweiten Ranges herabdrücken wolle. Umsonst wies Bismarck in einer diplomatischen Zirkular-
1. Okt. depesche diesen Vorwurf, daß Frankreich durch den Verlust von Elsaß und Lothringen zu einer Macht zweiten Ranges herabgedrückt werde, zurück, indem er sich auf den Erwerb von Savoyen und Nizza und auf die Eroberungen in Algerien berief, welche die verlangten Abtretungen weit übertrafen. So mußte der Krieg „bis aufs Messer", wie die französische Regierung ihn wollte, weitergehen.

§ 269. Die Einnahme von Straßburg. Durch die Gefangennahme des französischen Heeres bei Sedan war das Schicksal der Festungen Straßburg und Metz besiegelt. An demselben 24. September, an welchem die Proklamation von Tours die Bedingungen des Waffenstillstandes für unannehmbar erklärte, fiel bereits eine der verlangten Festungen. Toul, schon längere Zeit von Truppen des Großherzogs von Mecklenburg belagert, sah sich nach scharfem Bombardement zur Kapitulation gezwungen; es war ein wichtiger Erfolg, weil dadurch die Eisenbahnverbindung vom Rhein bis nach Paris ohne Unterbrechung hergestellt wurde. Wenige Tage nachher fiel auch Straßburg, dessen Auslieferung die französischen Staatsmänner als die größte Ehrlosigkeit von sich gewiesen hatten, trotz der heldenmütigen Verteidigung des Generals Uhrich in die Hände der Deutschen.

Belagerung Straßburgs 13. Aug. bis 27. Sept.

Die Bevölkerung Straßburgs war im Laufe von zwei Jahrhunderten französisch geworden; die Vorteile, einem großen Staate anzugehören und von den Jämmerlichkeiten des ohnmächtigen Deutschen Reiches erlöst zu sein, hatten die deutsche Stammverwandtschaft vergessen lassen. So konnte der Kommandant Uhrich, als am 10. August ein deutscher Parlamentär vor den Toren der Festung erschien, ihn mit der Erklärung zurückweisen, daß die Stadt sich bis aufs äußerste verteidigen werde. Schon nach wenigen Tagen war die Stadt, deren Verteidigungsanstalten keineswegs in glänzendem Zustande waren, die auch durch keine detachierten Forts den Feind in der Ferne halten konnte, von badischen Truppen unter General v. Beyer 13. Aug. umschlossen. Diese wurden durch preußische Truppen verstärkt und unter den Oberbefehl des Generals von Werder gestellt, der nun Anstalten zum Bombardement traf. Uhrich lehnte nicht nur die wiederholte Aufforderung zur Übergabe ab, sondern er weigerte sich sogar, das Militärhospital aus der Nähe der Zitadelle zu verlegen und das auf dem Münster eingerichtete Observatorium zu entfernen, wodurch dieses herrliche Denkmal gotischer Baukunst, das der deutsche General schonen wollte, in den Kreis der Beschießung gezogen werden mußte. Leider gingen bei dem Bombardement, das am furchtbarsten am 24. August wütete, auch das Gemäldemuseum, die Neukirche, die Stadtbibliothek mit unschätzbaren Manuskripten und Urkunden zugrunde; ganze Straßen, vor allen die Steinstraße, wurden in Trümmer gelegt. Eine Vermittlung des Bischofs von Straßburg hatte keinen Erfolg, da der Kommandant jedes Zugeständnis verweigerte; er ließ vielmehr die offene Stadt Kehl in Brand schießen. Dem Bombardement folgte die regelmäßige Belagerung; am 2. September war schon die dritte Parallele nahe an die Festung herangeschoben. Auch die Ausfälle der tapferen Garnison blieben ohne Erfolg, aber an eine Ergebung dachte man nicht, besonders da die Bürgerschaft auf die Kunde von den Vorgängen in Paris der Nationalverteidigung der neuen Republik sich nicht versagen wollte. Schließlich aber hatten die Belagerungsgeschütze solche Verheerungen angerichtet, daß ein Gesamtangriff mit der Erstürmung der Festung geendigt haben würde. Um der Stadt dies schwere Schicksal zu ersparen, ließ der Kommandant auf dem Münster die weiße Fahne aufziehen. Die Kapitulation kam ohne weitere Schwierigkeiten auf Grund der im Vertrag von Sedan aufgestellten Bedingungen zustande. Straßburg, die 27. Sept. „wunderschöne Stadt", war dem neuerstehenden Reiche wiedergewonnen. Freilich bewies die fluchtähnliche Auswanderung vieler Elsässer nach der Schweiz und Südfrankreich, daß wenig deutsche Sympathien unter dem entfremdeten Bruderstamme vorhanden waren. Auch der tapfere Kommandant Uhrich nahm die Gastfreundschaft der Schweiz in Anspruch, von den französischen Journalen, die ihn anfangs in den Himmel erhoben hatten, nun als „Verräter" gebrandmarkt (§ 352).

§ 270. Die Einschließung von Paris. General Vinoy war mit einem Armeekorps auf dem Wege von Châlons nach Mézières, um sich mit Mac Mahon zu vereinigen, als er von den Ereignissen in Sedan Kunde erhielt. Er wandte sich nun nach Paris und seine Mannschaften bildeten den Kern des Verteidigungsheeres, mit dem Trochu die Riesenstadt vor dem anrückenden Feinde zu schirmen gedachte; mit allen waffengeübten Leuten, die man aufzubringen vermochte, den Marinetruppen, Mobil- und Nationalgarden u. s. w. mochte sich die Zahl der Bewaffneten wohl auf 400 000 Mann belaufen, die freilich nur zum kleinen Teil wirklich felddiensttüchtig waren. Schon waren auch die beiden deutschen Armeen, welche

bei Sedan gefochten hatten, unter den Kronprinzen von Preußen und Sachsen auf dem Marsch nach der Hauptstadt begriffen. Von welcher Erbitterung die Franzosen bei der Annäherung der Deutschen erfüllt wurden, bewies ein Vorfall in Laon. Nachdem Stadt und Zitadelle von dem Kommandanten, General Theremin d'Hame, vertragsweise dem
Laon 10. Sept. Oberst von Alvensleben übergeben worden war, flog das Pulvermagazin in die Luft, so daß gegen hundert deutsche Soldaten und Offiziere und eine noch größere Zahl französischer Mobilgarden getötet oder verwundet wurden. Theremin selbst, den man anfangs für den Urheber hielt und in Haft setzte, erlag einige Zeit nachher der bei der Explosion erhaltenen Kopfwunde. In der Folge stellte es sich heraus, daß man es mit der verbrecherischen Handlung eines fanatischen Zeugwarts zu tun hatte.

Einschließung von Paris 19. Sept. Nach einigen Gefechten vollzogen die deutschen Truppen allmählich die Einschließung von Paris in der Weise, daß die Armee des Kronprinzen von Sachsen sich am rechten Ufer der Seine und unteren Marne auf der Linie von Argenteuil über Montmagny, Blanc Menil durch den Wald von Bondy bis Gournay aufstellte, während die des Kronprinzen von Preußen das linke Ufer von Gournay an der unteren Marne über Bonneuil, Choisy le Roy, Thiais, Chevilly, Sceaux, Meudon, Sèvres nach Bougival besetzte. In diesem nördlichen und südlichen Halbkreis des eisernen Ringes waren die einzelnen Heeresabteilungen, die durch Nachzüge allmählich die Höhe von 150000 Mann erreichten, so verteilt, daß die preußischen Armeekorps vorzugsweise den Norden und Westen innehatten, während im Süden die Bayern unter Hartmann und v. d. Tann, im Osten die Sachsen unter Prinz Georg, später (§ 274) die Württemberger unter Obernitz mit den Preußen gemeinschaftlich die Festungslinie bewachten. König Wilhelm nahm sein Hauptquartier in Versailles. In denselben Räumen, von wo einst in den Tagen Ludwigs XIV. die Machtsprüche und die Gesetze ausgingen, denen Europa sich in Demut beugte, in denen das moderne Bürgerkönigtum und das zweite Kaiserreich die Großtaten des französischen Ruhms prahlerisch in mächtigen Wandgemälden darstellen ließ, schlug jetzt der greise Heldenkönig sein einfaches Feldbett auf. Trotz der starken Befestigungen von Paris, hoffte man auf einen raschen Erfolg der Belagerung; man zählte besonders auf die unwiderstehliche Macht des Hungers, da man die Verproviantierung einer solchen Riesenstadt auf Monate für eine Unmöglichkeit hielt. Man war daher vor allem beflissen, Paris zu isolieren und jede Zufuhr abzuschneiden; durch fortifikatorische Arbeiten aller Art, Erdwerke, Geschützaufstellungen, Schützengräben, Barrikaden, Blockhäuser, Verhaue, Befestigung von Dörfern und Gehöften, durch Observatorien und Telegraphenverbindungen suchte man die Zernierungslinie undurchdringlich zu machen.

Wie sehr auch Trochu sich anstrengte, durch fortwährendes Feuern aus
20. Sept. den Forts und durch wiederholte Ausfälle (zuerst im Süden gegen L'Hay und Chevilly) die Einschließung zu verhindern, die Schanzwerke zu zerstören: seine Unternehmungen scheiterten an der Wachsamkeit der Deutschen. Aber zum großen Erstaunen Europas zog sich die Belagerung von Woche zu Woche, von Monat zu Monat hin, ohne daß von außen ein namhafter Fortschritt, von innen ein Erlahmen der Widerstandskraft sich bemerkbar machte. Durch die Ausdehnung der Forts war man deutscherseits genötigt, sich in solcher Entfernung zu halten, daß eine Beschießung

der Stadt selbst anfangs untunlich schien; eine Erstürmung der Außenwerke hätte ungeheure Opfer gefordert, die bei der Inanspruchnahme der vor den übrigen Festungen liegenden Truppen nicht zu ersetzen gewesen wären. Es mußten daher erst Geschütze von größerer Tragweite aus Deutschland herbeigeschafft werden; aber bei der Unterbrechung der Eisenbahnlinien (namentlich, seitdem es dem Feinde gelungen war, den langen Tunnel von Nanteuil unfahrbar zu machen, so daß neue Schienen um den Berg herum gelegt werden mußten) und bei der Größe der Belagerungsgeschütze war der Transport mit solchen Schwierigkeiten verbunden, daß darüber viel Zeit verloren ging. So zog sich der Belagerungskrieg in ermüdendem Einerlei des Wachdienstes und der Erdarbeiten hin. Für Bismarck war diese Zeit überaus anstrengend; er hatte die politischen Ziele mit den militärischen Gesichtspunkten in Einklang zu bringen und fand dabei oft den zähesten Widerstand der Generale. Vor allem führte die Frage, ob Paris **bombardiert** werden solle oder nicht, zu Mißhelligkeiten und übte auch Einfluß auf die politischen Verhältnisse aus. Belagerung

Moltke und die Mehrzahl der Generale mit Ausnahme Roons erklärten sich gegen das Bombardement, und zwar aus den angeführten militärischen Gründen; der vielbesprochene Einfluß hoher Frauen ist an der Verzögerung der Beschießung nicht schuld, wenn auch vielleicht die Königin Victoria von England, unterstützt von ihrer Tochter, der Kronprinzessin Viktoria von Preußen, aus humanen Erwägungen für eine Schonung von Paris eingetreten sein mag. Bismarck wünschte die Beschießung; er wußte, daß, je länger der Kampf dauere, desto mehr mit der Möglichkeit gerechnet werden mußte, daß die latente Mißgunst und die schwankenden Sympathien eine der übrigen Mächte in der Beunruhigung über die deutschen Erfolge zu der Initiative für eine diplomatische Einmischung bewegen könnten, und diese dann den Anschluß anderer oder aller andern herbeiführte. Namentlich in Rußland trat eine solche Strömung für eine europäische Intervention zutage. Diese Gefahr wußte Bismarck abzuwenden unter Benutzung der sogenannten Pontusfrage. Rußland hatte nach dem Krimkriege sich dazu verstehen müssen, auf dem Schwarzen Meere nur eine bestimmte kleine Anzahl von Schiffen zu halten (§ 202). Das war für das große Reich, zu dessen Lebensbedingungen die Ausübung der natürlichen Herrschaftsrechte an seinen Küsten gehörte, unerträglich. Auf Bismarcks Initiative beseitigte nun Rußland diese lästige Bestimmung und erklärte den Mächten, daß es sich durch die Verpflichtung des Pariser Vertrages, soweit sie die Souveränitätsrechte im Schwarzen Meere betreffe, nicht mehr für gebunden ansehe. Auf der Londoner Konferenz wurde das Vorgehen Rußlands dann sanktioniert. So gewann Bismarck von neuem Rußlands Dankbarkeit, vereitelte ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Mächte und lenkte die Aufmerksamkeit der englischen Regierung von Paris nach dieser Richtung ab.

Frage des Bombardements

Pontusfrage

31. Okt.

Jan.—März 1871

§ 271. Gambetta in Tours. Die Kämpfe bei Orleans bis Ende Oktober. Wenn man im Hauptquartier zu Versailles damit gerechnet hatte, die Regierung der nationalen Verteidigung werde in Anbetracht des wachsenden Notstandes geneigt sein, eine Nationalversammlung einzuberufen, welche die Bürgschaften eines dauernden Friedens schaffen könne, und die usurpierte Gewalt in ihre Hände zu legen, so täuschte man sich. Die Pariser Regierung hatte vielmehr beschlossen, dieselben Wege zu betreten, welche in den Jahren 1792 und 1793 Frankreich vor der Koalition der europäischen Mächte gerettet hatten. Die revolutionäre Diktatur, wie sie einst der Konvent und der Wohlfahrtsausschuß geübt hatten, und das allgemeine Aufgebot, die unüberwindliche Levée en masse (§ 17), die einst in Carnots starker Hand die Trikolore über die Grenze getragen, sollten wieder ins Leben gerufen werden. Um die zu einer solchen **Volkserhebung** notwendigen Hebel in Bewegung zu setzen, bedurfte es einer jungen heißblütigen Natur. Zu dieser Rolle taugte vorzüglich **Léon Gambetta**. Er verließ mittelst eines Luftballons die Hauptstadt und begab sich zu der Regierungsdelegation in **Tours**.

Volkserhebung geplant

7. Okt.

Die wichtigste Aufgabe war nun die Befreiung der Hauptstadt und die Vertreibung des Feindes vom „heiligen" Boden Frankreichs.

Zunächst freilich war hierzu nur eine Armee in Burgund unter Cambriels und eine Loirearmee unter de la Motterouge vorhanden. Dazu bildeten sich überall zahlreiche Freikorps (Franktireurs), die im Kleinkrieg die Verbindungen der Deutschen stören und Transporte abfangen sollten. Sie wurden oft auch von der Zivilbevölkerung unterstützt, was dann strenge Bestrafung von deutscher Seite zur Folge
13. Okt. haben mußte. Die Ausfälle ferner, die die Pariser nach Süden (Chatillon), nach
21. Okt. Westen (Malmaison), hier von den Geschützen des Mont Valérien unterstützt, und nach Nordosten unternahmen, scheiterten; bei letzterem behaupteten sie sich aller-
28. Okt. dings zwei Tage in Le Bourget, wurden aber dann wieder nach hartnäckiger
31. Okt. Gegenwehr vertrieben. Zugleich wurde von den Deutschen während des Oktobers das Gebiet zwischen Oise und unterer Seine durch Rekognoszierungstruppen unter Prinz Albrecht, Sohn des preußischen Prinzen Albrecht, gesäubert und die südöstliche Gegend von einem Württemberger Detachement geschützt, nach Norden aber zog eine Abteilung der dritten Armee, begleitet von zwei Kavalleriedivisionen. Ein großer Übelstand für die Pariser war die Unterbrechung der Verbindung mit der Außenwelt: indes wurde doch mittelst Brieftauben und Luftballons ein, wenn auch einseitiger und unsicherer Verkehr mit der Provinz unterhalten.

Erster Entsatzversuch

Die zum Entsatz von Paris heranrückende Loirearmee unter de la Motterouge, der in Afrika und Italien seine Schule gemacht hatte, stand zwischen Orleans und Etampes, als der Kronprinz von Preußen, von ihrem Anzug unterrichtet, den General v. d. Tann mit dem ersten bayerischen Armeekorps und einige norddeutsche Divisionen unter General Wittich gegen sie ausschickte. Diese erreichten die schon auf dem Rückzug begriffenen
10. Okt. Franzosen bei Artenay, drängten sie nach einem hitzigen Gefechte in die
11. Okt. „Forsten von Orleans" und besetzten nach einem furchtbaren Straßenkampf Orleans. Bald darauf eroberte Wittich nach heißem Kampfe die durch Barrikaden befestigte und von Mobilgarden und Franktireurs unter dem
18. Okt. Polen Lizomski hartnäckig verteidigte Stadt Chateaudun. Indes das alles waren nur Vorspiele für die eigentlichen großen Entsatzversuche, und für deren Abwehr war es von höchster Bedeutung, daß durch den Fall von Metz die zweite Armee frei wurde.

§ 272. Die Kämpfe im Osten bis Ende Oktober. Sehr große Schwierigkeiten hatte inzwischen das aus verschiedenen Truppenteilen gemischte 14. Armeekorps zu bestehen, mit dem General v. Werder von Straßburg auszog (§ 269), um den oberen Elsaß mit den Festungen Schlettstadt, Neubreisach und Belfort zu erobern und die Gebirgslandschaften der Vogesen und des Jura zu besetzen.

Kämpfe im Elsaß

Nicht nur, daß die Zahl seiner Truppen, unter denen die badische Division unter General v. Beyer eine hervorragende Stellung behauptete, zu gering war gegenüber dem zahlreichen Feinde: nirgends entfaltete sich der Bandenkrieg in so gefahrdrohender Gestalt, als in diesen Berggegenden, wo man an der Festung Langres einen sicheren Rückhalt, an der gegen die Deutschen höchst feindselig gesinnten Bevölkerung Helfer, Hehler und Spürer, und in den Arbeitern von Mühlhausen fanatisch-republikanische Bundesgenossen hatte. Allerdings gelang es den badischen Truppen unter General von Degenfeld, bei St. Dié,
6.—12. Okt. Etival, Rompatelize die überlegenen Feinde zurückzuschlagen, während der preußische
24. Okt. General v. Schmeling die Festung Schlettstadt zur Übergabe zwang und Neubreisach, von wo aus das gegenüberliegende offene Städtchen Altbreisach beschossen und selbst die Bahnzüge von Franktireurs angefallen worden waren, in seine Gewalt brachte; aber die französische Ostarmee, die in der republikanischen Fabrikstadt Lyon unter General Cambriels gebildet wurde, sandte immer neue Züge aus.

Garibaldi November

Hier erschien auch Garibaldi mit italienischen, spanischen und polnischen Freischaren unter seinen Söhnen Menotti und Ricciotti und seinem Schwiegersohn Canzio, sowie

Cluseret, ein französischer Abenteurer aus dem Nordamerikanischen Kriege, Cramer, ein fanatischer Republikaner aus Lothringen, die Polen Losack-Haucke und Dombrowski. Garibaldi, der schon in den italienischen Kriegen bewiesen hatte, daß er wohl ein mutiger Volkskämpfer war, aber für politische Dinge nur ein schwaches Verständnis besaß, zeigte nun wiederum, wie er über seinen idealistischen Träumen den Boden der Wirklichkeit verkannte. Obgleich er es der französischen Nation nie vergeben konnte, daß sie seine Vaterstadt Nizza an sich gerissen hatte, trat er als Kämpfer für dieselbe auf gegen den preußischen Staat, dem Italien die Erwerbung von Venetien und die Vollendung seiner nationalen Einheit (§ 285) verdankte. Gelockt durch die klingenden Laute von Republik und Demokratie, zeigte er sich einig mit den Franzosen in dem Hasse gegen die Deutschen und stellte sich in den Dienst einer Regierung, von der sich gerade damals Nizza wieder befreien wollte.

Kämpfe in Burgund

So entbrannte denn, während General von Treskow sich anschickte die wichtige Bergfestung Belfort zu belagern, in dem alten Burgunderlande, um Vesoul und Montbeliard, um Gray und Dijon ein Kampf, der an Gefahren und Anstrengungen, an Strapazen und Entbehrungen hinter keinem andern zurückstand. Denn hier hatte man nicht bloß einen Kampf mit einem an Zahl weit überlegenen Feind im Felde zu bestehen, sich nicht bloß gegen Geschosse aus dem Hinterhalt, aus Häusern und Kellern, aus Gebüsch und Wald, aus Gräben und von Höhen zu schützen, gegen „ungreifbare Banden" auszuziehen: das ausgehungerte Land gewährte nur spärliche Nahrungsmittel, und die unterbrochenen Eisenbahnen hemmten die Zufuhr und die Verbindung mit der Heimat. Hier war es, wo die badische Division unter General Beyer und nach dessen Erkrankung unter General v. Glümer sich ihren Ehrenplatz erkämpfte. Schon Ende Oktober drangen die Truppen unter steten Kämpfen am Oignon, einem Nebenflusse der Saone zwischen Vesoul und Besançon, bei Rioz, Etuz und Gray, wo Werder sein Hauptquartier nahm, bis nach Dijon vor und nahmen nach heißen Gefechten 31. Okt. Besitz von dieser alten Hauptstadt des ehemaligen Herzogtums Burgund.

Aber auch hier drohten neue, noch schwerere Kämpfe, für deren Bewältigung der Fall von Metz sehr wertvoll war.

Belagerung

§ 273. Die Kapitulation von Metz. Der Belagerungskrieg um Metz hatte den Angreifern wie den Umlagerten die schwersten Anstrengungen und die härtesten Opfer zugemutet. Die deutsche Armee lagerte auf einem Leichenfelde. Die damit verbundene Gefahr wuchs, als vom 6. September an unaufhörliche Regengüsse den Boden aufweichten; die Krankenzahl stieg auf 15 Prozent. Aber auch die Eingeschlossenen litten in den feuchten Kasematten und Festungsräumen, hatten Entbehrung und Not zu überstehen; allmählich begannen die Lebensmittel zu schwinden, so daß auch die Bürger mit ihren Frauen und Kindern in die bitterste Not gerieten. Trotz dieser entsetzlichen Lage fanden keine Exzesse, keine Meuterei statt, ein günstiges Zeugnis für die militärische Leitung des Generals Bazaine, den man nachher wie Ulrich des Landesverrates beschuldigte (§ 353). Aber wenn auch den Belagerten der eine und der andere Handstreich gelang, wie der unter der Mitwirkung der Einwohner des Dorfes Peltre glücklich vollführte 27. Sept. Überfall, wobei fünfzig Ochsen erbeutet wurden — was freilich über Peltre und andere feindlich gesinnte Ortschaften ein schweres Strafgericht herabzog —, so blieb das doch ohne Einfluß auf den Ausgang der Belagerung. Auch die Ausfälle, die der Marschall Anfang Oktober moselabwärts bei 2. Okt. St. Rémy und bei Woippy unternahm, blieben erfolglos; bei dem letzten 7. Okt. machten die Franzosen in neunstündigem Kampfe verzweifelte Anstrengungen, allein die deutschen Heersäulen, deren Kern die Landwehrdivision Kummer bildete, standen wie Mauern und erstritten endlich den Sieg.

Bazaines politische Stellung

Bazaines Stellung war eine ganz eigentümliche und schwierige geworden; durch die Erklärung der Republik, die ihm am 9. September durch einen ausgewechselten Offizier bekannt wurde, mußte er auch eine wichtige politische Rolle übernehmen. Er entschied sich mit seinen Generalen, dem Kaiser treu zu bleiben, und versagte in einem Tages-

befehl vom 16. September der neuen Regierung die Anerkennung: sie war ihm ein Werk der „schlechten Leidenschaften", gegen welche jede Armee die Gesellschaftsordnung zu verteidigen habe und besonders die in Metz, die rechtlich nach wie vor die Armee des französischen Kaisers blieb. Durch einen Abenteurer, namens Régnier, der in angeblichem Auftrage der Kaiserin
23. Sept. erst in Ferrières, dann in Metz gewesen war, veranlaßt, schickte er den General Bourbaki nach Chislehurst; als dieser dort die Täuschung erfuhr, stellte er sich nach seiner Rückkehr der Delegation in Tours zur Verfügung.
11. Okt. Dann verhandelte Bazaine durch seinen Adjutanten, General Boyer, mit dem deutschen Hauptquartier in Versailles, um, ähnlich dem einstigen Plane des Generals Dumouriez (§ 17), ohne Mitwirkung, aber unter Zulassung der deutschen Heere der Retter Frankreichs aus den Händen der revolutionären Regierung zu werden, die kaiserliche Gewalt als Bürgschaft der Ordnung wiederherzustellen und den Frieden mit Deutschland zu ermöglichen. König Wilhelm war bereit unter gewissen Bedingungen die ganze Armee Bazaines nach einer Landschaft Frankreichs abmarschieren zu lassen, die durch eine besondere Übereinkunft abgegrenzt werden sollte. Aber die in diesen Bedingungen enthaltene Forderung der Gebietsabtretungen glaubte Bazaine nicht annehmen zu können. Ebenso konnte sich die Kaiserin Eugenie, zu der
20. Okt. Bazaine den General Boyer abgesandt hatte, zu einer „Verstümmelung" Frankreichs nicht entschließen. So wurden die Verhandlungen abgebrochen weil weder Bazaine noch die Kaiserin die nötigen Bürgschaften für die Wiederherstellung des Kaisertums geben wollten und konnten.

26. Okt. Nun blieb dem Marschall, nachdem der zum letzten Male versammelte Kriegsrat die völlige Erschöpfung der Lebensmittel festgestellt hatte, nichts anderes übrig, als nach dessen einstimmigen Beschlusse den General Jarras zum Prinzen Friedrich Karl zu senden, um die Kapitulation abzuschließen.
Kapitulation Am späten Abend des 27. Oktober wurden auf Schloß Frescaty die Ver-
27. Okt. handlungen beendigt; die Bedingungen waren im wesentlichen die von Sedan: Übergabe der Armee und der Festung, die Armee kriegsgefangen, das Material der Festung als Kriegsbeute; den Offizieren aber wurde in Anbetracht ihrer Tapferkeit der Degen gelassen. Am 29. Oktober erfolgte die Waffenstreckung. Aus der „jungfräulichen" Festung Metz marschierten in unabsehbaren Zügen die waffenlosen Soldaten an den Siegern vorüber in die Gefangenschaft nach Deutschland: 3 Marschälle (Bazaine, Canrobert, Leboeuf), 70 Generale, über 4000 Offiziere, 173000 Mann (20000 Kranke in den Spitälern eingerechnet), 53 Adler, über 600 Feld-, gegen 900 Festungsgeschütze und 300000 Infanteriegewehre wurden den Deutschen überliefert. König Wilhelm feierte den Erfolg
28. Okt. durch Ernennung des Kronprinzen und des Prinzen Friedrich Karl zu Feldmarschällen und durch Erhebung Moltkes in den Grafenstand. Die für den Krieg selbst wichtigste Folge war, daß die zweite Armee für den Kampf gegen die zum Entsatz von Paris bestimmten Heere verwendbar wurde.

2. Bis zum Falle von Paris.

§ 274. Kommunistische Unruhen in Paris. Der Entsatzversuch der Loirearmee. Unmittelbar nach dem Fall von Metz fanden auf Anregung Englands neue Waffenstillstandsverhandlungen behufs Berufung einer Nationalversammlung statt. Nachdem Thiers am 18. Oktober ergebnislos

von seiner Rundreise durch Europa zurückgekehrt war, erschien er in Versailles; aber die Verhandlungen scheiterten, wie früher, an den unerfüllbaren Forderungen der Franzosen, die die deutschen Truppen aller Frucht ihrer bisherigen Anstrengungen beraubt haben würden. 30. Okt.

In Paris aber begann sich die alte extreme Partei zu rühren. Männer wie Flourens, Blanqui, Rochefort, Ledru-Rollin, Felix Pyat, Delescluze u. a. versuchten mit Hilfe der Arbeiterbevölkerung von Belleville die Kommune, das Regiment der Pariser Stadtgemeinde von 1793, wieder ins Leben zu rufen, die sozialistischen Grundsätze von 1848 zur Geltung zu bringen und im Geiste der ehemaligen Bergpartei den Terrorismus der Masse herbeizuführen. An der Spitze bewaffneter Volkshaufen rückten sie vor das Stadthaus, forderten drohend die Einsetzung eines aus freier Volkswahl gebildeten Gemeinderats und verhafteten Trochu, Jules Favre und die übrigen Mitglieder der Nationalverteidigung. Nur der raschen Entschlossenheit Picards, der durch eine Hintertür entkam und eine Abteilung der Pariser Nationalgarde nach dem Stadthause führte, hatte man es zu danken, daß der Aufstand niedergeschlagen und die provisorische Regierung wiederhergestellt wurde. Es war der erste Versuch, durch ein Regiment der Kommune ganz Frankreich zu terrorisieren, die Einberufung einer konstituierenden Versammlung zu verhindern, und dann unter dem roten Banner alle Glieder der internationalen Liga in Europa zu vereinigen, um die monarchischen Staatsgewalten niederzuwerfen. War dieser erste Versuch auch mißlungen, so gaben die sozialistischen Führer die Hoffnung nicht auf, sondern warteten nur eine bessere Gelegenheit ab. Aber auch die Regierung zeigte keine Neigung, ihre Gewalt an eine Nationalvertretung abzugeben. Nachdem sie den Befehl über die Pariser Bürgergarde dem Clément Thomas, einem alten Republikaner aus der Februarrevolution von 1848, übertragen hatte, verkündete sie Vergessenheit des Geschehenen, verwarf die von Thiers in Versailles eingeleiteten Verhandlungen über den Waffenstillstand und ließ die Volksgemeinde über die Frage abstimmen, ob die provisorische Regierung das Vertrauen der Hauptstadt besitze. Zugleich wurde eine Umformung der in Paris befindlichen Streitkräfte zur Erleichterung der Ausfälle vorgenommen. Die Volksabstimmung in Paris ergab eine zehnfache Mehrheit zugunsten der Regierung. Kommunistische Erhebung. 31. Okt. 3. Nov.

In Tours entfaltete nun Gambetta eine fieberhafte Tätigkeit. Mit der Macht eines Kriegsministers in diktatorischer Ausdehnung ausgerüstet, rief er nach den Ideen der Massenerhebung von 1793 die gesamte wehrhafte Mannschaft bis zum vierzigsten Lebensjahr zu den Waffen, um sie nach kurzer Einübung als erstes und zweites Aufgebot ins Feld rücken zu lassen, schrieb Kriegssteuern aus und schreckte die Säumigen durch Strafandrohungen. An die Stelle des Soldatenkrieges sollte nun der Volkskrieg treten. Zu dem Behuf wurde ganz Frankreich, mit Ausnahme von Paris, in vier Generalgouvernements geteilt, deren Oberbefehlshaber für den Norden in Lille (Bourbaki), für den Westen in Le Mans (Fiéreck), für die Mitte in Bourges (Pohlès), für den Osten in Besançon (Cambriels) ihre Hauptquartiere haben sollten. Aus elf Instruktionslagern, die an geeigneten Orten errichtet werden sollten, hatten die vier Oberbefehlshaber die uniformierten Mannschaften an sich zu ziehen. Zwei Armeen sollten von Süden und Norden auf Paris marschieren, um, unterstützt durch große Ausfälle, die Stadt zu entsetzen; zugleich sollte im Osten Gambettas Pläne. 2. Nov.

ein Durchbruch nach Baden versucht werden. Im Süden erhielt an Stelle Mottetouges (§ 271) Aurelles de Paladine den Oberbefehl über die Entsatzarmee, im Norden kommandierte Bourbaki.

Verteilung der Metzer Belagerungsarmee

Es war, wie gesagt, ein Glück, daß die Belagerungsarmee von Metz verfügbar wurde. Ein Teil unter von Zastrow blieb als Besatzung zurück, um zugleich zu weiteren Operationen gegen Diedenhofen verwendet zu werden; ein anderer Teil zog nordwärts, um unter dem Oberbefehl des Generals v. Manteuffel der französischen Nordarmee den Weg nach Paris zu verlegen. Eine dritte Abteilung unter dem Prinzen Friedrich Karl marschierte der Loire zu und sollte zugleich die Verbindung mit dem Werderschen Korps (§ 272) aufrecht erhalten. Eine vierte Abteilung, die Pommern unter Fransecky und die württembergische Division unter v. Obernitz, verstärkte die Zernierungsheere um Paris. Nach und nach wurden auch die im Rücken noch belagerten Festungen Soissons (14. Oktober), Verdun (8. November), Diedenhofen (24. November), Ham (10. Dezember), Pfalzburg (12. Dezember), Montmédy (16. Dezember) und Mézières (2. Januar 1871) eingenommen; nur Bitsch, die uneinnehmbare Felsenburg, hatte den Triumph, bis zum Friedensschluß ausgeharrt zu haben.

Zweiter Entsatzversuch von Süden

Inzwischen begann Paladine seinen Vorstoß gegen die Bayern in Orleans (§ 271), indem er an mehreren Stellen die Loire überschritt. Um nicht auf seinen Flügeln umgangen und von der Hauptarmee vor Paris abgeschnitten zu werden, räumte von der Tann Orleans; auch General Wittich erhielt Befehl zum Rückzug nach Chartres. Obwohl von den Feinden unaufhörlich verfolgt, bewerkstelligte v. d. Tann dennoch nach der blutigen

9. Nov.

Schlacht bei Coulmiers gegen die dreifach überlegene Truppenzahl der Franzosen auf beschwerlichen Märschen einen geordneten Rückzug nach Toury, wo auch General Wittich wieder zu ihm stieß.

Die Bayern hatten sich in der heißen Schlacht, die von sieben Uhr morgens bis fünf Uhr abends dauerte, mit außerordentlicher Tapferkeit geschlagen, so daß der Feind einen Verlust von 2000 Mann hatte, während auf deutscher Seite die Zahl der Toten und Verwundeten sich auf etwa 1100 Mann mit 54 Offizieren belief. Der Rückzug aber, wenngleich unter heldenmütigem Widerstand gegen die feindliche Übermacht ausgeführt, machte doch einen peinlichen Eindruck, zumal da Gambetta die Begebenheit als einen glänzenden Triumph der französischen Waffen hinstellte, dem die Entsetzung von Paris und der endliche Sieg auf dem Fuße nachfolgen werde. Auch unterließ Gambetta nichts, die Streitkräfte zu mehren und die ganze Kraft des Südens und des Westens zu einer gemeinsamen Aktion zu vereinigen. Er rief immer neue Mannschaften herbei, eilte nach der Bretagne in das Lager von Conlie, um die beiden Heerführer Charette und Kératry, die in Hader geraten waren, zu versöhnen, und bemühte sich, die Loirearmee auf eine solche Höhe zu bringen, daß sie unter dem energischen Aurelles de Paladine, einem Mann von „eisernem Arm" und strenger Manneszucht, die Befreiung des Vaterlandes vollbringen könnte.

Abweisung a) Großherzog von Mecklenburg

Allein der Fortgang des Feldzugs entsprach nicht den großen Erwartungen, die man nach dem ersten Erfolge gehegt hatte. Während die jungen Mannschaften sich langsam zu einem größeren Heerkörper vereinigten, rückte der Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin, dem der Oberbefehl über die deutschen Streitkräfte jener

17., 18. Nov.

Gegend übertragen wurde, westwärts, schlug bei Dreux, bei Châteauneuf, bei Digny und im Walde von St. Jean die Mobilgarden, die unter General Fiéreck zur Loirearmee ziehen wollten, und verhinderte nicht nur die beabsichtigte Verbindung, sondern erzeugte auch unter der jungen Mannschaft solche Entmutigung, daß Kératry seinen Oberbefehl niederlegte und Fiéreck entsetzt werden mußte. Sodann erhielt der Großherzog von Mecklenburg

vom Hauptquartier den Befehl, sich mehr ostwärts zu halten und mit der Armee des Prinzen Friedrich Karl, dem der Oberbefehl über die gesamten deutschen Streitkräfte im Süden übergeben wurde, in Verbindung zu treten. b) Prinz Friedrich Karl
Dieser zog nämlich von Troyes heran, wobei er die infolge der Proklamationen Gambettas immer schärfer hervortretende feindliche Gesinnung der Bevölkerung durch Strafandrohungen und Requisitionen nur mühsam niederhielt, und vereitelte, verbunden mit den Bayern und mit dem 10. Armeekorps unter Voigts-Rhetz, durch die blutige Schlacht bei Beaune la Rolande, nordöstlich von dem Forste von Orleans, gegen das wohl dreimal so starke französische Heer den Plan des Feindes, über Fontainebleau nach Paris vorzudringen. 28. Nov.
Auch ein neuer Versuch, weiter westwärts durchzubrechen, wurde durch die tapfere Haltung der Bayern bei Loigny und Château Goury und durch das rechtzeitige Eingreifen zweier preußischer Divisionen unter Wittich und Colomb bei dem Dorfe Poupry zurückgewiesen. 2. Dez. 2. Dez.
In Paris hatte Trochu mit Sicherheit auf Hilfe und Entsatz gerechnet. Die wiederholten Ausfälle, die er um dieselbe Zeit in südlicher und östlicher Richtung anordnete (§ 278), sollten die Entsatzversuche fördern, und die Proklamationen Gambettas zeugten von der Zuversicht, welche er und seine Genossen hegten oder zu hegen vorgaben.

Unterdessen war auch der Großherzog von Mecklenburg südwärts vorgerückt, hatte bei Artenay und in andern Gefechten den Feind zurückgeworfen und reichte nun dem Prinzen Friedrich Karl, der in Pithiviers sein Hauptquartier hatte, die Hand zum gemeinsamen Vorgehen. In diesen Kämpfen am Ufer der Loire und am Rande des dichten Waldes wurde die französische Südarmee überwunden und nach einem letzten Versuch, die Stadt der Jungfrau zu behaupten, zur Flucht gezwungen, worauf die Deutschen wieder als Sieger in Orleans einzogen. 3. Dez. 4. Dez.

Eine große Menge Gefangener und eine beträchtliche Kriegsbeute, darunter vier armierte Dampfschiffe, fielen in ihre Hände; in zersprengten Haufen bewegte sich die Loirearmee stromabwärts gen Blois. Gambetta selbst, der von Tours nach dem Schlachtfeld reisen wollte, wäre beinahe in die Hände der Deutschen gefallen. Aurelles de Paladine, auf den Gambetta die Schuld des Fehlschlagens wälzte, legte das Kommando nieder.

§ 275. Die Zersprengung der Loire- und Westarmee. Neue Pläne Gambettas
Nun faßte der Diktator den Plan, die noch vorhandenen Heerhaufen und die durch ununterbrochene Aushebungen sich mehrenden neuen Truppen in zwei Armeen zu teilen, wovon die eine unter Bourbaki, der das Kommando der Nordarmee an General Faidherbe abtrat, weiter ostwärts operieren, die zweite unter Chanzy von der Loire aus den Feind zurückdrängen sollte. Um in seinen Unternehmungen freiere Hand zu haben, verlegte er zugleich den Sitz der Regierungsdelegation von Tours nach Bordeaux. 10. Dez.
Mit den Schwierigkeiten wuchs der revolutionäre Terrorismus des Diktators; und wie sehr immer die Not und die Kriegslasten auf die Bevölkerung drückten: das erregte Nationalgefühl der Franzosen, die republikanische Begeisterung in den Städten, der Mangel an Arbeit, der Haß gegen die feindlichen Eindringlinge führten stets neue Scharen zu den Fahnen; durch Zwangssteuern und Anleihen kamen auch die nötigen Geldsummen zusammen, und in Requisitionen blieben die französischen Heerführer hinter den deutschen nicht zurück.

Wenn General Chanzy, der mit Linienmilitär und Mobilgarden sich den Truppenteilen des Großherzogs von Mecklenburg bei Meung, Beaugency, Marchenoir entgegenstellte, durch die Überlegenheit seiner Streitkräfte mehrere Tage lang den Feind vom Loirearmee 7., 8. Dez. 9., 10. Dez.

weiteren Vorgehen abhielt, so änderte sich bald die Lage, als Prinz Friedrich Karl von Vierzon aus über La Ferté, St. Aubin, Schloß Chambord auf dem linken Ufer der Loire
16.—20. Dez. gegen Bourbaki vordrang, ihn zum Rückzug nach Bourges nötigte und dem Großherzog die Hand reichte. Chanzy zog sich nun über Vendôme nach Le Mans in das Gebiet der Sarthe, um sich durch die noch immer im Bilden begriffene Westarmee von Conlie zu ver-
27. Dez. stärken, fortwährend verfolgt von den Deutschen, die bei Troo und Montoire am Loir unter Oberst Boltenstern eine der kühnsten Kriegstaten mit glücklichem Erfolg ausführten. Sein Heer wurde durch Kämpfe und Märsche, durch Kälte und Hunger zerrüttet, und Tausende von Mobilgarden gerieten mit und gegen ihren Willen in Gefangenschaft, während gleichzeitig Bourbaki durch Prinz Friedrich Karl südwärts gedrängt und alles Land bis Bourges und Tours vom Feinde gesäubert wurde. Weiter vorzugehen lag nicht im Plane der deutschen Kriegführung. Man wollte nur die Loirearmee von Paris fernhalten, und diese Absicht war nunmehr erreicht. Orleans, Chartres, Beauvais (§ 276) wurden vorerst als Hauptpunkte gegen Süden, Westen und Norden festgehalten. Gegen Weihnachten bezog von der Tann die Winterquartiere in Orleans und gönnte seinen ermüdeten und zusammengeschwundenen Truppen Erholung, der sie so sehr bedurften. Aber die Flucht der Einwohner aus Touraine nach dem Süden gab Zeugnis von dem allgemeinen Schrecken vor den Deutschen. Selbst unter den gepreßten Mobilen zeigte sich ein so widerspenstiger Geist, daß permanente Kriegsgerichte im Rücken der Armeen errichtet wurden und Feldgendarmen die Zögernden vorwärts trieben. Und welche Höhe erreichte das Elend, als am Ende des alten und im Anfang des neuen Jahres eine Winterkälte eintrat, wie sie in jenen Landstrichen nur höchst selten vorkommt! In vielen Gegenden mußten deutsche Militärbehörden die Verpflegung der Einwohner übernehmen, da sie ohne solche Unterstützung dem Hungertode verfallen wären. Aber auch die deutschen Truppen hatten in diesen kalten Tagen und Nächten unsägliche Leiden zu ertragen, als die vereinten Heerkörper des Prinzen Friedrich Karl und des Großherzogs von Mecklenburg, über 70000 Mann, gegen Chanzys Westarmee zogen.

Westarmee
6.—10. Jan. 1871 Nach den Gefechten zwischen Loir und Sarthe, bei Azay und la Chartre, bei Sargé und Nogent le Rotrou, bei Lampron und La Chapelle, nach den beschwerlichen Märschen über das wellenförmige Land, wo die mit Frost, Schnee und Glatteis überdeckten Wege unglaubliche Schwierigkeiten boten und hinter Gebüsch und ummauerten Gehöften der Franktireur lauerte, erzwangen sich die Deutschen schließlich durch einen scharfen Kampf
12. Jan. vor den Toren und Mauern der Stadt Le Mans den Eingang in diese Stadt. Chanzy zog sich nach Laval zurück, wo er die Trümmer seines Heeres zu reorganisieren gedachte; doch war damit der Krieg auf dieser Seite zu Ende.

Die Entsatzversuche von Norden **§ 276. Die Kämpfe im Norden.** Während die Hoffnung der Pariser auf Entsatz vom Süden immer mehr dahinschwand, schaute man sehnsüchtig nach den von Norden erwarteten Heeren aus. Dort waren schon seit Oktober beträchtliche Streitkräfte gesammelt worden, die, auf die Festungen Lille und Amiens gestützt, zuerst unter Bourbaki und dann nach dessen Abzug an die Loire (§ 275) unter Faidherbe den deutschen Heerabteilungen scharf zusetzten. Waren doch noch die festen Orte La Fère, St. Quentin, Péronne u. a. in ihren Händen, wodurch die Vereinigung der deutschen Truppen zu größeren Massen verhindert wurde und leicht ein rascher Zug auf Paris ausgeführt werden konnte. Nur durch die angestrengteste Tätigkeit, Wachsamkeit und Tapferkeit gelang es den Generalen v. Manteuffel (§ 274) und v. Goeben, das Gebiet der Somme allmählich in ihre Gewalt zu bringen, nachdem sie den Feind in mehreren
25. Nov. kleinen Gefechten überwunden und in der Schlacht bei der gewerbreichen Stadt Amiens in die Flucht geschlagen hatten.

Von Amiens aus zogen die Deutschen unter Manteuffel in die Normandie. Nachdem
4. Dez. sie bei Forges und Buchy die feindlichen Truppen zurückgeworfen hatten, mußte Rouen,
6. Dez. die altberühmte Hauptstadt an der Seine, dem deutschen Heere die Tore öffnen, und drei

Tage später fiel die wichtige Seestadt Dieppe in ihre Hände. Damit war die Zufuhr aus England und Irland und die Schiffahrt auf der unteren Seine gehemmt. In ununterbrochener Flucht zog das französische Heer in der strengsten Winterkälte gen Havre de Grace, wo die Soldaten, dürftig gekleidet und beschuht und halb verhungert anlangten und das Truppenkorps des Generals Briand verstärkten. In Havre herrschte die größte Aufregung. Um die Bürgerschaft zu beruhigen und zum Ausharren in der Verteidigung anzuspornen, wurde die Nachricht eines gelungenen Ausfalls der Pariser Besatzung ausgestreut und zugleich von Brest und Cherbourg neue Marinemannschaft abgesandt. Allerdings hatte Trochu um diese Zeit einen neuen Ausfall unter Ducrot und Admiral La Roncière angeordnet, und zwar wiederum nach dem Dorfe Le Bourget, das schon früher einmal (§ 271) der Schauplatz blutiger Ereignisse gewesen war; aber er scheiterte an der Wachsamkeit der Garden (§ 278). Nun stand man in Paris vorerst von neuen Ausfällen ab, so daß die Deutschen ungestört ihre Weihnachtsbäume in ihren kalten Winterquartieren und Herbergen anzünden konnten. Dagegen ging in der Normandie das Jahr blutig zu Ende. Während Manteuffel seine Aufmerksamkeit gegen die Westarmee gerichtet hielt, war es dem Feinde gelungen, sich noch einmal der festen Orte Ham, St. Quentin, La Fère zu bemächtigen. Aber weder die geringfügigen Erfolge in einzelnen Landschaften noch der Lärm des Londoner Straßenvolks, als General Goeben, um den französischen Kanonenbooten die Fahrt aufwärts der Seine zu versperren, sechs englische Kohlenschiffe wegnahm und versenkte, waren auf den Gang des Krieges von irgendeinem Einfluß. In England beruhigte man sich rasch, als Bismarck Schadenersatz versprach, wozu er nach dem Kriegsrecht nicht einmal verpflichtet war.

9. Dez. 21. Dez. 12.—19. Dez.

Um die Nordarmee von jeder Annäherung an Paris fernzuhalten, wandten sich Manteuffel und Goeben von neuem gen Amiens und drängten, unterstützt von General Bentheim, in einer Reihe von Gefechten vor dieser Stadt selbst, an der Hallue, bei Albert und endlich bei Bapaume die Feinde wieder nach Arras und Douai zurück. Diese Gefechte waren von sehr ernster Art. An der Hallue leisteten die Franzosen zwei Tage lang den heftigsten Widerstand, und auch bei Bapaume wurde zwei Tage lang gestritten; noch war die Schlacht zu keinem entscheidenden Ausgang gekommen, als die kämpfenden Heere in guter Ordnung abzogen, die Franzosen nordwärts, die Deutschen nach Süden.

23., 24. Dez. 2., 3. Jan. 1871

Zugleich mußte Rouen im Gehorsam gehalten werden. General Bentheim eroberte das Schloß Robert le Diable und führte glückliche Streifzüge bis Pont Audamer aus. An der Menge von Gefangenen konnte man erkennen, daß die französischen Mobilgarden des Kampfes müde waren. Die Eroberung der kleinen Festung Rocroy durch General Senden und der alten Stadt Péronne, wo einst Ludwig XI. von dem kühnen Karl von Burgund in Haft gehalten worden war (II, § 352), mehrte die Gefangenen und die Kriegsbeute, die in deutsche Hände gerieten.

4. Jan. 5. Jan. 10. Jan.

Der Abgang Manteuffels zu der Ostarmee (§ 277) gab dem unternehmenden General Faidherbe neuen Mut. Von der See aus durch frische Zuzüge von Marinesoldaten und Mobilen verstärkt, rückte er wieder südwärts. Da er aber die Stellung des Feindes zwischen Péronne und Amiens zu stark fand, wich er nach St. Quentin aus. Allein, General Goeben, der nun den Oberbefehl im Norden allein führte, folgte ihm und brachte ihm vor dieser Festung in einer siebenstündigen Schlacht solche Verluste bei, daß die französischen Soldaten in zersprengten Haufen und im erbärmlichsten Zustande sich nach Cambrai zurückzogen. Um ihm wieder frischen Mut einzuhauchen, eilte Gambetta selbst nach Lille. Faidherbe mußte in einem Tagesbefehl die Haltung der Truppen rühmen, und der Diktator selbst pries die Großtaten der Republik und verkündete den bevorstehenden Ruin Deutschlands. Aber von der Nordarmee konnte der Entsatz von Paris, wo um dieselbe Zeit der letzte große Ausfall siegreich zurückgeschlagen wurde (§ 278), nicht mehr erwartet werden. Wenn auch einige republikanische Volkshaufen den großsprecherischen Reden Beifall zujauchzten, die Mobilgarden hatten die Lust zum unnützen Kampfe ver-

Zweiter Vorstoß

19. Jan.

loren. Dennoch ließ Gambetta von dem eingeschlagenen Wege nicht ab. Er kehrte über Calais nach Bordeaux zurück, um noch einen neuen Kriegsplan ins Werk zu setzen. Um dieselbe Zeit, als durch die Eroberung
25. Jan. 1871 der Festung Longwy nach sechstägiger Beschießung unter dem Landwehroberst Krenski die nördlichen Landschaften bis auf wenige Orte in die Hände der Deutschen gefallen waren und das Schicksal der Hauptstadt der Entscheidung entgegenging, wendeten sich die Blicke Europas nach dem Kriegsschauplatz im Osten, wo ein neuer Waffengang in Szene gesetzt wurde.

§ 277. Die Kämpfe im Osten. Längere Zeit hatte General von Werder sein Hauptquartier in Dijon (§ 272), von wo aus er im November und Dezember in vielen kleinen Gefechten den Feind vom Vordringen abhielt. Als dann Garibaldi und der französische General Cremer mit überlegener Heeresmacht heranrückten, um Belfort zu entsetzen,
18. Dez. da wurden sie bei Nuits südlich von Dijon von zwei badischen Brigaden unter General Glümer und Prinz Wilhelm von Baden zu fluchtähnlichem Rückzuge gezwungen.

Plan gegen Süddeutschland

Bald darauf zeigte sich eine neue starke Bewegung bei der französischen Südarmee. Auf Befehl Gambettas hatte Bourbaki die Führung übernommen. Mit jenem Teil der Loirearmee, der sich nach der zweiten Eroberung von Orleans gegen Bourges gezogen hatte (§ 275), sollte er über Nevers ostwärts vorrücken, dort die verschiedenen Kriegshaufen an sich ziehen und mit überlegener Heeresmacht Belfort befreien, dann über den Rhein gehen und den Krieg in das badische Land tragen. Zugleich sollten, wie wir wissen, von Westen und Süden erneute Anstrengungen zum Entsatz von Paris gemacht werden.

Als Bourbaki mit 150000 Mann über Besançon nach Montbéliard zog, um Belfort zu entsetzen, räumte Werder, dessen rückwärtige Verbindungen bedroht waren, mit seinen 28000 Mann Dijon, wo nun Garibaldi einzog. Durch einen anstrengenden dreitägigen Gewaltmarsch nach Gray, Vésoul und Lure gelang es ihm, dem Feinde zuvorzukommen und nach dem scharfen
9. Jan. Gefechte von Villersexel auf den bewaldeten Höhen hinter dem Lisainebach, westlich von Belfort, eine günstige Stellung zu nehmen und bei Héricourt den Marsch Bourbakis aufzuhalten. Hier kam es an drei

An der Lisaine

bitterkalten Januartagen zu einem furchtbaren Kampfe, in dem es galt,
15.—17. Jan. die wichtigen Stellungen gegen die feindliche Übermacht zu halten und dem von Norden heranziehenden Hilfsheer Manteuffels die nötige Zeit zum Nahen zu verschaffen.

Es waren fast übermenschliche Anstrengungen, welche den deutschen Soldaten in diesen drei Tagen zugemutet wurden, aber mit einem Heldenmut ohnegleichen überstanden sie Müdigkeit, Hunger, Durst, Kälte und die fortwährenden Angriffe der Franzosen. Der Ruhm des „Hier kommt niemand durch" wurde teuer erkauft, aber die Gefahr war glänzend abgeschlagen. Ganz Deutschland hatte mit der größten Spannung auf diesen Kriegsschauplatz geschaut, und alles atmete freudig auf, als die frohe Botschaft von dem Rückzug Bourbakis nach Besançon sich verbreitete. Zu diesem war er gezwungen, weil von der Seine her die neue fünfte deutsche Armee unter Manteuffel in Eilmärschen in seinem Rücken die Saône erreicht hatte.

In diesen kalten Tagen des Januar, wo bei Le Mans und Vendôme, bei Amiens und St. Quentin und an der Lisaine die blutigen Kämpfe stattfanden und die Ausfälle der Pariser Truppen den Deutschen schwer zu schaffen machten, wurde durch einen nächtlichen
26. Jan. 1871 Überfall von Franktireurs unter Hilfe der Einwohner die Moselbrücke bei Fontenoy, östlich von Toul, gesprengt und dadurch die Eisenbahnverbindung zehn Tage lang unterbrochen, ein Vorgang, der die Lage der Deutschen natürlich sehr erschwerte.

§ 278. Die Ausfälle und das Bombardement von Paris. Während dieser gewaltigen Kämpfe im Norden, Osten, Süden und Westen Frankreichs hatten die deutschen Truppen um Paris nicht minder schwere Tage zu bestehen gehabt. Als die Loirearmee den Vormarsch nach Norden versuchte (§ 274), wurde in Paris ein Ausfall unternommen, größer und erfolgreicher als alle früheren. Auf der steilen Höhe Mont Avron im Osten der Stadt vor den Forts Nogent und Rosny hatten die Franzosen Batterien mit schwerem Belagerungsgeschütz errichtet, von wo aus sie die von Sachsen und Württembergern besetzten Dörfer mit Granaten beschießen konnten.

Ausfall nach Brie

Diese Gegend wurde von General Ducrot zu einem energischen Ausfall ausersehen, um „den eisernen Ring zu durchbrechen, welcher sie in einem langen und schmerzhaften Todeskampf zu ersticken suche" und die Verbindung mit den vordringenden Brüdern herzustellen. Er selbst, so schwur er, werde entweder als Leiche oder als Sieger nach Paris zurückkehren. Scheinangriffe nach Süden und nach Norden sollten die Aufmerksamkeit des Feindes ablenken, damit die Ausfallenden unbemerkt ihre Hauptmacht vorschieben und mittelst gepanzerter Eisenbahnzüge, mit Kanonen bewehrt, möglichst nahe an die Stellungen der Württemberger und Sachsen heranrücken könnten. Unter dem Schutze eines furchtbaren Granatfeuers, das ohne Unterbrechung von dem Avron und aus den Forts Charenton und Nogent unterhalten wurde, schlugen sie acht Brücken über die Marne und drangen in großer Überzahl in die Dörfer Brie, Champigny, Villiers, Noisy. Einen ganzen Tag lang verteidigten die Deutschen heldenmütig ihre Stellungen gegen den doppelt so starken Feind; aber bei hereinbrechender Dunkelheit mußten sie Brie und Champigny räumen. Der Siegesjubel Gambettas sollte jedoch bald verstummen. Denn nachdem am 1. Dezember das zweite (pommersche) Armeekorps unter General Fransecky zur Verstärkung herangezogen worden war, wurde an den beiden folgenden Tagen der Angriff von deutscher Seite mit größter Anstrengung erneuert und unter dem furchtbarsten Kugelregen des Feindes die verlorenen Stellungen zurückerobert. Den Parisern wurde allerdings der Triumph zuteil, etliche hundert Gefangene durch ihre Straßen geführt zu sehen; aber ihr eigenes Heer hatte durch den Ausfall über 6000 Krieger und mehr als 400 Offiziere eingebüßt. — Gegen Ende des Monats wurde ein Angriff nach Le Bourget zur Verbindung mit der Nordarmee (§ 276) unternommen, scheiterte aber ebenfalls.

30. Nov.

2., 3. Dez.

21. Dez.

Beschießung

Endlich begann nun auch die vom deutschen Volke lang gewünschte Beschießung der gewaltigen Stadt; trotz der Schwierigkeit des Transportes waren nach und nach die nötigen Geschütze herbeigeschafft. Nachdem man während der Weihnachtstage in aller Stille um den Mont Avron, von wo aus die Sachsen und Württemberger so oft belästigt worden waren, zwölf Batterien mit 76 Geschützen errichtet hatte, begann in den letzten Tagen des Jahres die Beschießung der befestigten Anhöhe mit solchem Erfolg, daß schon in der zweiten Nacht die Franzosen die wichtige Stellung, „den Schlüssel von Paris", räumten, die sofort von den Sachsen besetzt wurde.

27. Dez.

29. Dez.

Schrecken und Verwirrung verbreiteten sich in der aufgeregten Stadt, als von dort aus die östlichen Forts Rosny, Nogent, Noisy mit unaufhörlichem Geschützfeuer bedrängt wurden. Umsonst suchte Trochu durch Proklamationen den sinkenden Mut zu beleben, umsonst versicherte er, daß die Regierung sich niemals der Demütigung einer Kapitulation unterziehen werde: sein Ansehen war bereits geschwunden; die Journale fingen schon an, ihn der Unfähigkeit, des Verrats zu beschuldigen und alles Unglück auf die Männer zu werfen, die das Regiment eigenmächtig an sich gerissen hätten und doch nicht imstande seien, die Verteidigung der Hauptstadt und des Landes durchzuführen. Der Oberbefehlshaber mußte es sich gefallen lassen, daß ihm eine Kommission von vier Privatpersonen und vier Generalen zur Seite gesetzt wurde. Nach Neujahr wurde dann auch ein furchtbares Feuer gegen die Südforts Issy, Vanves, Montrouge eröffnet. Man hatte geglaubt, daß eine Beschießung aus solcher Entfernung nicht möglich sei; jetzt als die Geschosse bereits in die Stadt fielen, einige Personen töteten und da und dort Feuersbrünste erzeugten, da erhob sich aufs neue ein Schrei der Entrüstung gegen die Barbaren, welche die heilige Metropole der Zivilisation zu zerstören trachteten. Der in Paris zurückgebliebene Teil des diplomatischen Korps beschwerte sich und verlangte Schonung des fremden Eigentums; es wurde aber erwidert, daß sie längst gewarnt worden wären und Zeit zur Auswanderung gehabt hätten. Jules Favre beklagte sich, daß

5. Jan. 1871

selbst Schulen und Krankenhäuser von Granaten getroffen würden; Moltke gab die Versicherung, daß, wenn man erst nähergekommen sein würde und die Gegenstände genauer unterscheiden könnte, solche Gebäude verschont werden sollten. Trotz Nebel und Schneegestöber wurde die Beschießung regelmäßig fortgesetzt; alle Batterien standen mit Versailles durch geschützte Telegraphendrähte in Verbindung, so daß alles nach einheitlichem Plane vor sich gehen konnte. In Paris suchte man durch großsprecherische Worte die innere Furcht zu verbergen, die Lage der Deutschen als gefahrvoll darzustellen. Man schalt Trochu, daß er bisher nur kleine Ausfälle unternommen, welche keinen Erfolg hätten haben können; jetzt sei der Augenblick gekommen, mit der gesamten bewaffneten Macht vorzugehen, durch einen Riesenausfall den Belagerungsgürtel zu durchbrechen und den Heeren, die Gambetta ins Feld gerufen, die Hand zum gemeinsamen Hauptschlag zu reichen.

Letzter Ausfall

Dem lauten Ruf der Aktionspartei wagte der Oberkommandierende nicht zu widerstreben. Mit Zuziehung der Maires der zwanzig Bezirke von Paris wurde ein Kriegsrat gehalten. Die drohende Hungersnot, die feindlichen Geschosse, die Gärung unter den Anhängern der roten Republik drängten zu einem entscheidenden Schritt. So wurde denn auf den 19. Januar, einen Tag nach der Kaiserproklamation (§ 284), ein großer Ausfall beschlossen und durch eine hochtönende Proklamation die gesamte Wehrmannschaft der Hauptstadt unter die Waffen gerufen.

19. Jan.

Früh am Morgen zogen über 100 000 Mann aller Waffengattungen, die Linientruppen voran, in der Richtung von Meudon, Sèvres, St. Cloud zum Entscheidungskampf aus. Den linken Flügel kommandierte General Vinoy, den rechten Ducrot, während Trochu von der Sternwarte aus die ganze Schlacht leitete. Vinoy gelang es, sich der Schanze Montretout durch die überlegene Truppenzahl zu bemächtigen und sie eine Zeitlang zu behaupten. Da aber Ducrot, durch die Barrikaden in der Stadt aufgehalten, nicht rechtzeitig zur Unterstützung herbeikam, so wurde der Angriff nach siebenstündigem furchtbarem Kampfe von den Belagerungstruppen zurückgeschlagen und die Franzosen zum fluchtähnlichen Rückzug gezwungen.

Verhandlungen

§ 279. Die „Konvention" von Paris. In Paris hatte man sein ganzes Vertrauen auf den großen Ausfall gesetzt. Nun überkam eine dumpfe Verzweiflung die ausgehungerte Stadt, die sich zunächst in Wutausbrüchen gegen Trochu, den „Verräter", Luft machte. Die Kapitulation stand in naher Aussicht; da aber der Oberkommandant geschworen hatte, daß er niemals sich einer solchen Schmach unterziehen werde, so legte er den Befehlshaberstab in die Hände Vinoys. Derselbe Mann, der vor vier Monaten die Parole in die Welt geschleudert: „Kein Fußbreit von unserem Land, kein Stein von unseren Festungen" (§ 268), Jules Favre, mußte nun den ersten Schritt tun, um sein Vaterland vom gänzlichen Ruin zu retten. Es war wohl die schwerste Stunde in dem Leben des wackeren Mannes, als er zu der nachgesuchten Unterredung mit Graf Bismarck durch die deutschen Vorposten nach Versailles geführt wurde. Er brachte

23. Jan.

den Vorschlag zu einer „Konvention", kraft deren es der Besatzung von Paris gestattet sein sollte, mit allen kriegerischen Ehren nach einer noch nicht besetzten Gegend Frankreichs abzuziehen gegen das Versprechen, einige Monate lang den Kampf nicht wieder aufzunehmen. Auf solche Bedingungen ließ man sich im deutschen Hauptquartier aber nicht ein; man forderte eine Übergabe wie bei Sedan und Metz. Niedergeschlagen kehrte der

24. Jan.

Minister nach Paris zurück. In einer zweiten Unterredung am folgenden Tage kam man überein, daß vom 27. nachts 12 Uhr an das Feuer auf beiden Seiten eingestellt werden sollte. Dies war die Einleitung zum

28. Jan.

Abschluß eines dreiwöchigen Waffenstillstandes behufs Einberufung einer Nationalversammlung, mit welcher der Frieden vereinbart werden könnte.

Die Hauptbedingungen der Konvention waren folgende: „Der Waffenstillstand tritt bei Paris sofort ein, im übrigen Frankreich beginnt er in drei Tagen und läuft am 19. Februar mittags ab. Die Demarkationslinie schneidet die Bezirke Calvados und Orne und läßt im deutschen Besitze die Bezirke Sarthe, Indre und Loire, Loire und Cher, Loiret, Yonne und alles davon nordöstlich außer Pas de Calais und Nord. Die Entscheidung über den Beginn des Waffenstillstandes in den Departements Côte d'or, Doubs, Jura und bei Belfort ist vorbehalten; bis dahin nehmen die dortigen Kämpfe, einschließlich der Belagerung von Belfort, ihren Fortgang. Für die Nationalversammlung, die über den Krieg oder die Friedensbedingungen sich zu erklären hat, sollen freie Wahlen stattfinden. Als Versammlungsort wird Bordeaux bestimmt. Sämtliche Forts von Paris werden sofort übergeben: der Stadtwall wird von Verteidigungsmitteln entblößt. Die Linie, Seetruppen und Mobilgarden sind gefangen, außer 12000 Mann für den inneren Sicherheitsdienst; die Kriegsgefangenen bleiben während des Waffenstillstandes innerhalb der Tore der Stadt, ihre Waffen werden ausgeliefert. Nationalgarde und Gendarmerie behalten die Waffen für den Sicherheitsdienst, alle Freischaren sind aufzulösen. Von deutscher Seite wird die Verproviantierung von Paris möglichst erleichtert. Zum Verlassen der Hauptstadt ist die französische und deutsche Erlaubnis nötig. Die Gemeinde Paris zahlt eine Kontribution von 200 Millionen Francs innerhalb 14 Tagen. Die öffentlichen Werte dürfen während der Dauer des Waffenstillstandes nicht entfernt werden. Alle deutschen Kriegsgefangenen sollen sofort gegen die entsprechende Anzahl französischer Gefangenen ausgetauscht werden, desgleichen Schiffskapitäne und andere beiderseitige Gefangene vom Zivil."

Waffenstillstandbedingungen

In Ausführung der Konvention wurden die Forts geräumt und von den Deutschen besetzt, die Vorbereitungen zur Vornahme der Wahlen getroffen; dabei suchte Gambetta die Bürger, die dem Kaisertum gedient hatten, von der Wahlberechtigung auszuschließen; als aber Bismarck gegen diese Verletzung der Übereinkunft Einsprache erhob, begaben sich zwei Mitglieder der Verteidigung, Jules Simon und Etienne Arago, nach Bordeaux, um die pünktliche Ausführung der Konvention ins Werk zu setzen.

In Paris begrüßte man die ankommenden Proviantzüge mit Jubel. Die an Luxus und jeden Lebensgenuß gewöhnte Riesenstadt sah in der Tat auf schwere Leidenstage zurück und man muß gestehen, daß sie dieselben mit einem Heldenmut und einer Standhaftigkeit ertragen hat, die die volle Bewunderung verdienen. Das frische Fleisch verschwand, das Weißbrot, auf das der Pariser so großen Wert legt, wurde durch ein Gebäck von Mehl und Kleie ersetzt, zuletzt mußte man zu den Hunden, Katzen, den Tieren des Zoologischen Gartens selbst zu den Ratten greifen; die letzten Lebensmittel wurden nur noch rationenweise verteilt. Die nächtliche Gasbeleuchtung hörte auf; Brennmaterial war in dem kalten Winter nicht zu schaffen. Zu einer Erkenntnis der wahren Sachlage aber konnte sich diese eitle, auf ihre „sublime Haltung" so stolze Pariser Bevölkerung nicht aufschwingen. Nach ihren Reden war Paris nicht vom stärkeren Feinde besiegt; es war durch die Schwäche und Unfähigkeit der Regierenden, durch den Verrat eigennütziger Seelen geopfert worden. Die Stadt aber sollte bald noch schlimmere Tage als die der feindlichen Belagerung überstehen.

§ 280. Der Krieg zur See. In aller Kürze muß noch der französischen Unternehmungen zur See gedacht werden, von denen das norddeutsche Küstenland so große Gefahren gefürchtet hatte. Auch hier war der günstige Moment versäumt worden. Die preußische Flotte, die über Plymouth auf dem Wege nach Madeira war und von der Gefahr der Lage noch keine Kenntnis hatte, war auf eine Warnung des Botschafters Grafen Bernstorff in London vor einem vernichtenden Überfall durch die französische Seemacht rechtzeitig nach der Elbmündung zurückgegangen. Wäre die Panzerflotte, die in Cherbourg ausgerüstet wurde, zu Anfang des Krieges mit einer kampfestüchtigen Seemannschaft in der Nordsee erschienen, so hätte sie an Holland und Dänemark, wo die preußenfeindliche Partei laut ihre Stimme erhob, wenn nicht Verbündete, so doch Vorschub gefunden, aber als der Vizeadmiral, Graf Bouet Villaumez, in die Nordsee einfuhr, um zunächst den Jahdebusen zu bedrohen, hatte schon das Einrücken der deutschen Landarmeen in Frankreich das kriegerische Feuer in Kopenhagen gedämpft. Der französische Abgesandte, Herzog von Cadore, wurde in der dänischen Haupt-

Die Franzosen in der Nordsee

Ende Juli

stadt mit kühler Zurückhaltung empfangen; und da bald darauf die zum Einschiffen bestimmten Marinetruppen für den Landdienst verwendet werden mußten, so waren die Erfolge der französischen Seemacht ganz unbedeutend.

Durch die trefflichen Verteidigungsanstalten des Generals Vogel von Falckenstein waren die Flußmündungen und die Landungsorte der Nord- und Ostsee sehr gut geschützt, so daß während des ganzen Sommers die französische Kriegsflotte aus Furcht vor den Strandbatterien und Torpedos der Küste nicht nahezukommen wagte und sich nur auf die Blockade der Hafenstädte Kiel, Lübeck, Stralsund und Stettin und auf das Abfangen deutscher Handelsschiffe beschränkte. Das letztere war um so unrühmlicher, als das europäische Völkerrecht den friedlichen Seehandel auch während der Kriegszeiten zu schirmen, Fahrzeug und Ladung gegen die Wegnahme durch Kreuzer sicherzustellen gesucht, und die preußische Regierung den französischen Handelsschiffen eine Frist von sechs Wochen zur ungestörten Rückfahrt festgesetzt hatte. Eine Landung wurde auch durch die Untiefen und Sandbänke, durch den Mangel an seekundigen Lotsen und die Entfernung aller Sicherheitssignale verhindert; dagegen wagten sich einige preußische Kanonenboote sogar mehrmals mit großer Kühnheit in die Nähe der feindlichen Panzerflotte und beschossen sie. Auch die zweite französische Flotte, die unter Fourichon
12. Aug. in die Nordsee segelte, fand an dem „ungastlichen Ufer" keine angreifbaren Punkte. Unverrichteter Dinge kehrte der Befehlshaber nach Cherbourg zurück und wurde dann bei der Regierung in Tours verwendet. In der Ostsee, wohin Bouet im Herbst segelte, erntete die französische Flotte ebensowenig Ruhm. Zweimal beobachtete die pommersche Seestadt Kolberg, die im Jahre 1807 sich so heldenmütig gegen das französische Belagerungsheer verteidigt hatte (§ 47), die feindliche Flotte in der Nähe, aber auch sie entging dem gefürchteten Bombardement, und bald sah sich der erkrankte Oberkommandant durch die baltischen Sturm-
Meteor fluten zum Abzug genötigt. — In den Gewässern von Kuba aber griff das kleine preußische Kanonenboot „Meteor" das französische Schraubenschiff „Bouvet" mit großer Kühnheit an
7. Nov. 1870 und beschädigte es so sehr, daß es nur mit Mühe den Hafen von Havanna erreichte.

So ging auch zur See die Gefahr für Deutschland vorüber, und die norddeutschen Städte, die bei Ausbruch des Krieges mit Sorge in die Zukunft geblickt hatten, atmeten wieder auf. Der Schaden freilich, den Deutschland durch die Störung des Seehandels und durch das Wegkapern preußischer und norddeutscher Kauffahrteischiffe durch die überlegene Flotte Frankreichs erlitt, war nicht unbedeutend.

3. Vom Untergang der Ostarmee bis zum Frieden.

Eingreifen Manteuffels

§ 281. Untergang der Ostarmee. In der Konvention von Paris war der östliche Kampfplatz vom Waffenstillstand ausgeschlossen worden; hier sollte sich nun die letzte Katastrophe vollziehen. Bourbaki konnte seine Absicht, von Besançon südwärts nach Lyon zu ziehen (§ 277), nicht mehr ausführen. Manteuffel war mit zwei Armeekorps, dem pommerschen unter Fransecky und dem westfälischen unter Zastrow, von Paris her quer durch Frankreich im Anmarsch, um ihm in den Rücken zu kommen. Vor Dijon, wo Garibaldi mit 25000 Mann Freischaren stand, wurde General Kettler mit zwei Regimentern zurückgelassen, während die Hauptteile der Armee zwischen die Garibaldianer und Bourbakis Heer sich hineinschoben und über Gray nach Dôle, südlich von Besançon, vordrangen. Während Garibaldi sich auf den Höhen um Dijon, in Talant und Fontaine,
21. u. 23. Jan. mit dem kleinen Heerhaufen Kettlers herumschlug, in der Meinung, die ganze feindliche Armee vor sich zu haben, und in einem hochtönenden Tagesbefehl seine Soldaten, „die jungen Söhne der Freiheit", beglückwünschte, „daß sie eine ruhmreiche Seite in den Jahrbüchern der Republik beschrieben, die kriegerischsten Truppen der Welt besiegt hätten," wurde Bourbaki von Werder, der dem von der Lisaine abziehenden folgte,
21.—23. Jan. von Zastrow und Fransecky in mehrtägigen trefflich organisierten Märschen mit einzelnen Gefechten in einem Halbkreis umstellt, so daß er in eine Lage kam wie Mac Mahon bei Sedan, und ihm nur eine ähnliche Kapitulation oder der Übergang auf das neutrale Gebiet der Schweiz übrigblieb.

Fahne des 61. Rgts. Die Freischaren Garibaldis erlebten während des Kampfes mit den zwei Regimentern Kettlers einen Triumph, wie er während des ganzen Feldzugs den Franzosen nicht zuteil geworden ist — sie erbeuteten eine preußische Fahne. In einem Gefechte bei Dijon wurde

das 2. Bataillon des 8. pommerschen Infanterieregiments Nr. 61 bei einem Sturme auf eine von zwei Bataillonen Garibaldianer unter Ricciotti Garibaldi verteidigte Fabrik so vollständig zusammengeschossen, daß sie die in einer Kiesgrube unter einem Haufen von Leichen liegende Fahne bei der Dunkelheit trotz der heldenmütigsten Anstrengungen nicht mehr zurückbringen konnten. Ricciotti Garibaldi benachrichtigte den General Kettler von diesem Vorgang in einem Schreiben, worin es hieß, daß die Fahne unter einem Hügel von Leichen, mit Blut getränkt, zerschossen und zerbrochen aufgefunden worden sei. Kaiser Wilhelm aber, der strengste Richter über militärische Ehre, verlieh im August 1871 dem Bataillon eine neue Fahne und erklärte dabei: „Die Fahne ist weder durch einen siegreichen Feind erobert noch durch eine entmutigte Truppe aufgegeben worden; ihre Stätte unter den Leichen ihrer tapferen Verteidiger ist auf dem Schlachtfelde noch ein ehrendes Zeugnis gewesen für die Truppe, welcher sie vorangeweht hatte, bis die einbrechende Nacht sie den hütenden Blicken entzog." 23. Jan.

Was um Dijon vorging, waren nur Nebengefechte, absichtlich herbeigeführt, um Garibaldi in Dijon zu fesseln und seine Vereinigung mit Bourbaki zu verhindern; die Entscheidung des Feldzugs wurde kurz nachher an anderer Stelle so durchgreifend getroffen, daß für den alten Scharenführer nichts übrigblieb, als Dijon zu räumen. Er legte den Oberbefehl über die Vogesenarmee nieder, „da er seine Mission als beendigt ansehe", verabschiedete sich von der Nationalversammlung in Bordeaux und kehrte nach seiner Insel Caprera zurück, nicht in der Ferse verwundet, wie bei Aspromonte (§ 218), nicht im Herzen getroffen, wie bei Mentana (§ 249), aber in seiner Ehre und in seinem Namen geschädigt. 31. Jan.

Übertritt nach der Schweiz

Als die Preußen am 1. Februar Dijon nach einem kleinen Gefechte wieder besetzten, hatte sich auch das Schicksal der letzten französischen Armee entschieden. Nach einigen kleineren Kämpfen bei Salins u. a. O. wurden Bourbakis Truppen westlich von Pontarlier bei den Dörfern Sombacourt und Chaffois von den Deutschen mit vereinter Macht angegriffen und an die Schweizer Grenze gedrängt. An den beiden folgenden Tagen wurden die Kämpfe bei Fresne u. a. O. fortgesetzt, mit schweren Verlusten für die immer wilder flüchtenden Franzosen, so daß die Zahl der Gefangenen auf 15000 stieg und die Schneefelder weithin mit Toten und Verwundeten bedeckt waren, die man ohne Hilfe und Pflege liegen ließ. Bourbaki, von Gambetta mit Vorwürfen überhäuft und über das namenlose Elend in Verzweiflung gesetzt, legte Hand an sich selbst; allein, die Kugel verwundete ihn nur leicht am Kopfe. Er wurde nach Lyon gebracht, wo er bald wieder genas. An seine Stelle trat General Clinchant, und diesem blieb, nachdem das Regiment Kolberg die Stadt Pontarlier besetzt und dann nach einem zähen Berg- und Waldgefecht die durch zwei Forts geschützte Talstraße von La Cluse mit Gewalt genommen hatte, nur die traurige Wahl einer Kapitulation oder des Übertritts auf den neutralen Boden der Schweiz. Er zog den letzteren Ausweg vor und schloß mit dem eidgenössischen General Herzog zu Verrières eine Konvention, kraft deren die französischen Soldaten nach Ablieferung der Waffen und des Kriegsmaterials die Grenzen der Schweiz überschreiten durften. 27. Jan. 29. Jan. 30., 31. Jan 1. Febr. 1. Febr.

So rettete sich denn eine Armee von 85000 Mann im elendesten Aufzuge und halb verhungert nach der Schweiz. Das stolze Frankreich mußte den Schutz und die Gastfreundschaft der helvetischen Kantone anflehen. In endlosen Zügen bewegten sich die waffenlosen Truppen durch die Jurapässe, um dann durch die ganze Republik verteilt zu werden. Nur General Crémer vermochte mit einem Teil der Kavallerie Südfrankreich zu erreichen. „Das ist also die vierte französische Armee, die zum Weiterkampf unfähig gemacht ist," telegraphierte König Wilhelm am 1. Februar von Versailles aus. Die Schweizer hatten nun Gelegenheit, die Sympathien, die sie während des ganzen Krieges für Frankreich an den Tag gelegt, durch Werke der Wohltätigkeit zu beweisen.

§ 282. Belfort und der Präliminarfriede von Versailles. Mit der Besetzung der Forts um Paris und mit dem Untergang der Bourbaki-

schen Armee war der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland tatsächlich zu Ende. Denn woher sollten neue Heere genommen werden, die mit einiger Aussicht auf Erfolg den Kampf hätten fortsetzen können! Gambettas Massenaufgebot war gescheitert; die Franzosen entzogen sich der Autorität
6. Febr. des „Organisators der Niederlagen", der nun die Diktatur niederlegte; und der allgemeine Ruf nach Frieden sollte nicht ungehört verhallen. Wie
Nationalversammlung verschiedenartig auch die Nationalversammlung zusammengesetzt war, die, aus freien Wahlen hervorgegangen, am 12. Februar in Bordeaux zusammentrat: weitaus die Mehrzahl der Mitglieder, mochten sie im Herzen Monarchisten oder Republikaner sein, wünschte den Frieden. Die Versammlung konnte als die wahre Vertreterin des gesamten alten Staates gelten, denn Bismarck hatte nicht nur die Wahlfreiheit gegen jede Beschränkung sichergestellt, er hatte auch gestattet, daß Elsaß und Lothringen ihre Repräsentanten nach der Stadt an der Garonne sandten. Als die Versammlung sich konstituiert und den gemäßigten Republikaner Jules Grévy zum Vorsitzenden gewählt hatte, legten Jules Favre und seine Amtsgenossen ihre Gewalt in die Hände der Volksvertreter nieder, die die volle souveräne Macht der Nation in sich vereinigten. Vier Tage nachher wurde eine
17. Febr. provisorische Regierung eingesetzt, indem die Nationalversammlung Adolf Thiers zum Chef der Exekutivgewalt wählte, der sich dann mit einem Ministerium umgab, worin mehrere Glieder der Nationalverteidigung, Favre, Picard, Simon, Leflô von neuem die Leitung der Staatsgeschäfte übernahmen; neben ihnen waren Dufaure, unter den früheren Regierungen als liberaler Abgeordneter viel genannt, und Pouyer-Quertier, ein reicher Finanzmann von schutzzöllnerischen Grundsätzen, die bedeutendsten. Da das Ende des Waffenstillstandes vor der Tür stand, so mußte bis zur Abwicklung des Friedensgeschäftes um eine Verlängerung nachgesucht werden; diese war jedoch nur zu erzielen, wenn Belfort, die nun seit vier Monaten ebenso tapfer verteidigte als standhaft umlagerte Festung, übergeben wurde.

Übergabe von Belfort 8. Febr. 1871 16. Febr.

Noch in der Nacht vom 26. auf den 27. Januar war es dem Kommandanten Denfert gelungen, einen Angriff der Deutschen gegen die beiden Perches erfolgreich zurückzuweisen; seitdem aber diese beiden in den Felsen gebauten Forts erstürmt worden waren und die Niederlage der Bourbakischen Armee jede Aussicht auf Entsatz beseitigte, durfte der Fall der Festung in Bälde erwartet werden. Es war daher eine nicht minder große Wohltat für die Stadt und die Besatzung als für die Belagerer, die durch Kälte und Nässe, durch mangelhafte Nahrung und durch die Geschosse des Feindes unsäglich gelitten hatten, daß der Kommandant von Jules Favre, dem Minister des Auswärtigen, angewiesen wurde, die Festung vertragsweise zu übergeben. In Anbetracht der tapferen Verteidigung wurde der Garnison freier Abzug mit militärischen Ehren bewilligt. So verließ denn das Besatzungsheer, etwa 12000 Mann stark, mit Waffen und Gepäck in guter Ordnung die Festung, worauf Treskow die so hartnäckig verteidigte Stadt besetzte.

Friedensverhandlungen

Nun stand einer Verlängerung des Waffenstillstandes nichts mehr im Wege. Doch wurde nur eine kurze Frist (bis zum 26. Februar) bewilligt, damit, falls der Friede nicht zustande käme, der Krieg sofort wieder aufgenommen werden könnte; und im Hauptquartier in Versailles wurde eine solche Möglichkeit umsichtig ins Auge gefaßt. Denn so sehr auch der Friede ein unabweisbares Bedürfnis für Frankreich war: die leidenschaftliche Verbissenheit Gambettas und der Kriegspartei, wozu nicht nur die Abgeordneten von Paris und die Anhänger der roten Republik, sondern auch die Vertreter von Elsaß-Lothringen gehörten, führte in Bordeaux noch zu heftigen Diskussionen. Selbst General Chanzy war der Meinung, Frank-

reich besitze noch hinlänglich Streitkräfte zur Fortsetzung des Kampfes. Aber die neue Regierung sprach sich für einen „ehrenvollen" Frieden aus, und die Mehrzahl der Versammlung gab ihre Zustimmung. Auf den Antrag Jules Favres wählte die Nationalversammlung eine Kommission 19. Febr.
von 15 Mitgliedern, welche den Chef der Exekutive und die ihm beigeordneten Minister Favre und Picard bei dem Friedensgeschäfte unterstützen sollten, und vertagte dann die Sitzungen bis zum Abschluß der Verhandlungen. Es kamen schwere Tage für die französischen Unterhändler, die nun mit Bismarck in Versailles zusammentraten. Daß Gebiets- 21.–26. Febr.
abtretungen und Kriegskostenentschädigung bewilligt werden müßten, hatte man im Prinzip schon zugegeben; aber über die Ausdehnung der ersteren und die Höhe der letzteren fanden lange und bewegte Erörterungen statt; auch der verlangte Einzug der deutschen Truppen in Paris stieß auf heftigen Widerspruch. Allein Bismarck bestand entschieden auf der Abtretung von Friedensbedingungen
Elsaß und Deutsch-Lothringen mit Einschluß von Metz und Diedenhofen. Vergebens bot Thiers die Schleifung der Grenzfestungen an, vergebens suchte er die Entscheidung vor ein europäisches Schiedsgericht zu bringen: der Reichskanzler beharrte bei der Gebietsabtretung als Bürgschaft gegen künftige Kriegsbedrohungen und als Siegespreis für die schweren und opferreichen Kämpfe; auch der von England und andern Neutralen erhobene Ruf, Großmut und Mäßigung zu üben, der selbst in manchen deutschen Kreisen ein Echo fand, vermochte den gewiegten Staatsmann nicht von seiner Forderung abzubringen. War doch auch das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrzahl mit ihm einverstanden, und war es doch nur altdeutsches Reichsland, was man begehrte. Nur mit Mühe ließ man im deutschen Hauptquartier sich bewegen, als das ganze Friedenswerk zu scheitern drohte, die Festung Belfort von dem übrigen Elsaß zu trennen und im Besitz Frankreichs zu lassen. Hinsichtlich der Kriegskosten einigte man sich auf die Summe von fünf Milliarden Francs, wovon die eine im Jahre 1871, der Rest in einem Zeitraum von drei Jahren getilgt werden sollte. Bis zur gänzlichen Abtragung mußten deutsche Besatzungstruppen in bestimmten Departements von Frankreich unterhalten werden. Auch von dem verlangten Einzug in Paris wurde teilweise Abstand genommen; nur die westliche Seite bis zur Konkordienbrücke sollte von den deutschen Truppen betreten und nach zwei Tagen wieder geräumt werden. Ja, man war im kaiserlichen Hauptquartier bereit, um den Preis von Belfort gänzlich auf den Einmarsch zu verzichten. Allein, diesmal siegte bei den französischen Unterhändlern der Vorteil über die Eitelkeit: Belfort sollte französisch bleiben. Den Bewohnern der annektierten Länder aber sollte es freistehen, binnen einer bestimmten Frist zwischen beiden Nationalitäten zu wählen.

Auf Grund dieser Bedingungen wurde am 26. Februar der Präliminarfriede von Versailles abgeschlossen und zugleich der Waffenstillstand bis zum 6. März verlängert, damit die Genehmigung der Nationalversammlung in Bordeaux eingeholt werden könne. Es war für Thiers eine „schmerzliche Mission", den Vertretern der Nation, die mit lautloser Stille und in der größten Spannung seinen Worten lauschten, den Inhalt des Friedensvertrags mitzuteilen; er vermochte vor innerer Bewegung seinen Vortrag nicht zu Ende zu führen, Barthélemy de St. Hilaire mußte die Verlesung beenden. Aber wie sehr auch die Oppositionspartei, Quinet und Viktor Hugo an der Spitze, nochmals ihr verbrauchtes Rüstzeug wider die Präliminarfriede

„schmachvolle Verstümmelung Frankreichs" ins Feld führte, die Versammlung erkannte in überwiegender Majorität die Notwendigkeit des Friedens, so
1. März 1871 daß mit 546 gegen 107 Stimmen die Präliminarien angenommen wurden. Am 2. März verkündete ein Telegramm Kaiser Wilhelms an seine Gemahlin das wichtige Ereignis in folgenden Worten: „Soeben habe ich den Friedensschluß ratifiziert, nachdem er schon gestern in Bordeaux von der Nationalversammlung angenommen worden. So weit ist also das große Werk vollendet, welches durch siebenmonatliche siegreiche Kämpfe errungen wurde. Dank der Tapferkeit, Hingebung und Ausdauer des unvergleichlichen Heeres in allen seinen Teilen und der Opferfreudigkeit des Vaterlandes. Der Herr der Heerscharen hat überall unsere Unternehmungen sichtlich gesegnet und daher diesen ehrenvollen Frieden in seiner Gnade gelingen lassen; ihm sei die Ehre; der Armee und dem Vaterlande mit tief erregtem Herzen meinen Dank."

Einzug der Deutschen in Paris

Auf die Beschleunigung der Entscheidung der Nationalversammlung in Bordeaux war der Einzug der deutschen Truppen in Paris am 1. März von großem Einfluß gewesen. Man hatte von deutscher Seite zwar nicht auf einer Besetzung der Hauptstadt bestanden, aber dem deutschen Heere war man für seine großen Opfer die Genugtuung schuldig, daß durch eine äußerliche Handlung unzweifelhaft die Überwindung von Paris dargetan werde. So kam man zu dem Ausweg, daß preußische und bayerische Truppen an dem Mont Valérien und dem Triumphbogen vorüber durch die Elysäischen Felder bis zum Eintrachtsplatze ziehen und in dem Stadtteile nördlich der Seine lagern sollten. Bei Longchamps im
1. März Boulogner Wäldchen hielt der neue deutsche Kaiser die Revue ab; dann zogen die Truppen in strammer militärischer Haltung nach den bestimmten Stadtteilen, ohne die einzelnen Zornausbrüche der zahlreich herbeigeströmten Volksmasse einer Beachtung zu würdigen. Schon am 3. März, da mittlerweile die Ratifikation des Friedensvertrages von Bordeaux eingetroffen war, erfolgte der Rückzug.

§ 283. Die Pariser Kommune. Friede von Frankfurt. Am 7. März verließ das deutsche Hauptquartier Versailles, wo es fünf Monate seinen Sitz gehabt hatte. In der Versammlung zu Bordeaux herrschte Zwietracht, die noch stieg, als Kaiser Napoleon kurz vor seiner Abreise von Wilhelmshöhe nach Chiselhurst in einem Manifest gegen die von der Nationalversammlung
6. März 1871 beschlossene Absetzung der napoleonischen Dynastie Einspruch erhob und eine neue Volksabstimmung forderte. In Paris waren einzelne Quartiere,
Aufstand in Paris Montmartre, Belleville, Villette, in wilder Gärung, und die Nationalgarden, zum großen Teil aus den Arbeiterschichten gebildet, zeigten keine Neigung, die Waffen niederzulegen und sich den Geboten der Nationalversammlung zu fügen. Die Aufregung nahm zu, als man in der Nationalversammlung darüber beriet, wo die neue Regierung ihren Sitz aufschlagen sollte, ob in Paris, Versailles oder Fontainebleau. Man entschied
16. März sich für Versailles. Dadurch trieb man die Stadt Paris der Revolution in die Arme. Was im Oktober unter den gewaltigen Eindrücken des äußeren Krieges nicht zur Durchführung gekommen war (§ 274), geschah nun. Die von dem Zentralkomitee der Nationalgarde gewählte sozial-
18. März demokratische „Kommune" von Paris, an ihrer Spitze Blanqui, Pyat, Assy, Cluseret, Grousset u. a., versagte der Regierung und Nationalversammlung zu Versailles den Gehorsam und organisierte, als man sie mit Gewalt zur Unterwerfung zwingen wollte, einen bewaffneten Widerstand. Die Regierung hatte es verabsäumt, sich rechtzeitig der auf dem Montmartre aufgepflanzten Kanonen zu bemächtigen; und als nun die Linientruppen, statt auf die Empörer zu feuern, massenweise zu ihnen über-

gingen, geriet die Herrschaft über Paris in die Hände der wildesten Demagogen. Ein greuelvoller Bürgerkrieg begann.

Kämpfe in Paris 22. März

Die Insurgenten ermordeten die beiden Generale Lecomte und Thomas, sie feuerten am Platz Vendôme auf eine Schar unbewaffneter Bürger, welche als „Freunde der Ordnung" eine Versöhnung mit Versailles versuchen wollten. Die „Kommune" verschaffte sich durch Requisitionen und Zwangsanleihen bei der Bank, bei Eisenbahngesellschaften Geldmittel und erklärte das Vermögen der religiösen Genossenschaften für Staatseigentum. Das Haus von Thiers wurde geplündert und niedergerissen, der Erzbischof Darboy nebst vielen angesehenen Geistlichen und Bürgern als Geiseln in Haft gebracht. Als endlich der Marschall Mac Mahon, den die Versailler Regierung zum Oberfeldherrn ernannte, mit den Linientruppen und den aus Deutschland heimgekehrten Gefangenen nach wochenlangen heftigen Kämpfen an der Brücke von Neuilly und an anderen Orten sich allmählich der Enceinte näherte, und der Fall der durch innere Zwietracht und Parteiwut fieberhaft erregten Hauptstadt unvermeidlich war, da schändete sich die Kommune durch unerhörten Vandalismus und blutige Frevel. Die Vendômesäule, das Symbol des französischen Kriegs- und Siegesruhms, wurde niedergerissen, die stolzesten Gebäude der Stadt, von rasenden Frauen und Männern mit Petroleum getränkt und angezündet, wurden gänzlich oder teilweise zerstört: so die Tuilerien, ein Teil des Louvre, das Luxembourg, das Palais Royal, das Stadthaus, das Elysée, zwei Ministerialgebäude, der Rechnungshof u. a.; mehrere der verhafteten Geiseln, voran der Erzbischof Darboy von Paris und der allgemein geachtete Pfarrer der Magdalenenkirche, Daguerry, wurden erschossen. Solche Greuel reizten die Gegner zu furchtbarer Rache; und als unter dem Schrecken der bewaffneten Gewalt die Kommune zusammenbrach, da begannen die Strafgerichte. Zu Hunderten wurden die Urheber, Führer und Teilnehmer des Aufstandes, die sich nicht durch die Flucht zu retten vermochten, erschossen, in Gefängnisse und Festungen eingeschlossen oder nach überseeischen Verbrecherkolonien deportiert. Über ein Jahr dauerten die Verhaftungen, Untersuchungen, Verurteilungen und Hinrichtungen fort.

3. April

26. Mai

29. Mai

Frankfurter Friede

Die Deutschen hatten keine Veranlassung, sich in den Bürgerkrieg einzumischen, da sowohl die Kommune als die Versailler Regierung die abgeschlossenen Verträge anerkannten und vorsichtig jede Verletzung zu vermeiden suchten. Die Kämpfe vor Paris waren noch nicht zu Ende, als der Präliminarfrieden, über dessen Vollzug in den einzelnen Bestimmungen sich die Bevollmächtigten in Brüssel nicht einigen konnten, durch direkte Unterhandlungen zwischen dem Reichskanzler Fürsten Bismarck und den französischen Ministern Jules Favre und Pouyer-Quertier in der Mainstadt Frankfurt endlich bestätigt und sowohl über die Zahlung der Entschädigungssumme von fünf Milliarden als über die Grenzlinien um Belfort und Diedenhofen eine Vereinbarung getroffen wurde, welche sodann die Zustimmung des deutschen Reiches und der französischen Nationalversammlung erhielt.

10. Mai

E. Die Gründung des deutschen Kaisertums und Vollendung der italienischen Einheit.

Eintritt der Süddeutschen in den Norddeutschen Bund

§ 284. Kaiser und Reich. An dem Tage von Sedan richtete die Regierung Badens an Bismarck ein Schreiben, in dem sie sich für die Vereinigung der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde aussprach. Das deutsche Volk aber wollte mehr; es wollte das deutsche Kaisertum. Die Regierungen kamen der Volksstimme nach; am 25. Oktober 1870 trafen die Bevollmächtigten der süddeutschen Regierungen in Versailles zu Besprechungen mit Bismarck, Delbrück und Roon ein. Mit Baden und Hessen kamen die Verhandlungen rasch zum Abschluß; schon am 15. November unterzeichneten sie den Entwurf der neuen Verfassung,

die in allem Wesentlichen der des Norddeutschen Bundes entsprach. Auch mit
25 Nov. 1870 Württemberg wurde eine Übereinkunft erzielt. Schwieriger waren die Verhandlungen mit Bayern; teils die partikularistischen Neigungen der Münchener Staatsmänner, teils das Drängen des preußischen Kronprinzen, der in seinen Einheitsbestrebungen weiter ging, als Bismarck ratsam erschien, und selbst zum Zwange riet, bereiteten nicht unerhebliche Hemmnisse. Doch gelang es, nachdem Bayern und Württemberg im Militär-, Steuer-, Post- und Telegraphenwesen eine Ausnahmestellung gewährt und einigen „berechtigten Eigentümlichkeiten" Rechnung getragen worden war, am 23.
23. Nov. November die Einigung zu erzielen, und Bismarck durfte am späten Abend dieses Tages freudig aufatmend den Seinen zurufen: „Die deutsche Einheit ist gemacht und der Kaiser auch." Die einzelnen Landtage, der bayerische allerdings erst nach stürmischen Verhandlungen, in denen der bayerische Partikularismus und der der deutschen Einheit feindliche Ultramontanismus das große Wort führten, gaben den Verträgen die
Kaisertitel gesetzliche Gültigkeit, so daß nichts mehr der Annahme des Kaisertitels durch König Wilhelm im Wege zu stehen schien. Indes dieser selbst erhob nun Bedenken; ihm schien von seinem altpreußischen Standpunkte der preußische Königstitel der ehrwürdigste in der Welt zu sein; ihn wollte er nicht opfern oder auch nur hinter einem andern zurücktreten lassen. Da wußte Bismarck den König Ludwig von Bayern zu bewegen, daß er den König Wilhelm zur Annahme der deutschen Kaiserwürde bestimmte.

Ludwigs von Bayern Schreiben 4. Dez. In dem von Bismarck selbst entworfenen Briefe, der weltgeschichtliche Bedeutung erlangt hat, schrieb er ihm: „Nach dem Beitritt Süddeutschlands zu dem norddeutschen Verfassungsbündnis werden die Ew. Majestät übertragenen Präsidialrechte über alle deutschen Staaten sich erstrecken. Ich habe mich zu deren Vereinigung in einer Hand in der Überzeugung bereit erklärt, daß dadurch den Gesamtinteressen des deutschen Vaterlandes und seiner verbündeten Fürsten entsprochen werde, zugleich aber im Vertrauen, daß die dem Bundespräsidium nach der Verfassung zustehenden Rechte durch Wiederherstellung eines deutschen Reiches und der deutschen Kaiserwürde als Rechte bezeichnet werden, die Ew. Majestät im Namen des gesamten deutschen Vaterlandes auf Grund der Einigung seiner Fürsten ausüben. Ich habe mich daher an die deutschen Fürsten mit dem Vorschlage gewendet, gemeinschaftlich mit mir bei Ew. Majestät in Anregung zu bringen, daß die Ausübung der Präsidialrechte des Bundes mit Führung des Titels eines deutschen Kaisers verbunden werde. Sobald mir Ew. Majestät und die verbündeten Fürsten Ihre Willensmeinung kundgegeben haben, würde ich meine Regierung beauftragen, das Weitere zur Erzielung der entsprechenden Vereinbarungen einzuleiten."

Kaiserdeputation Am 18. Dezember erschien dann in Versailles die Kaiserdeputation des norddeutschen Reichstages unter Führung des Präsidenten Simson, desselben, der 1849 König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone angeboten hatte (§ 174). Aber wie verschieden waren die Verhältnisse zwischen damals und jetzt! Im Jahre 1849 reichte eine kleine Mehrheit des Frankfurter Parlaments dem preußischen Könige die Krone dar, die nur durch schwere Kämpfe gegen die widerstrebenden Fürsten und Staaten hätte behauptet werden können, jetzt wurde sie dem König Wilhelm aus freien Stücken vom ganzen deutschen Volke und seinen Fürsten entgegengebracht. Auf dem Schlachtfelde, wie Friedrich Wilhelm IV. prophetisch gesagt hatte, war das Kaisertum errungen worden; es war der Preis nicht parlamentarischer Parteikämpfe, sondern des edelsten und herrlichsten aller Kämpfe, die je ein Volk um seine Einheit und Macht geführt hat! Das Gefühl durchdrang auch den König Wilhelm, als er tiefbewegt in feierlicher Audienz dieser Deputation die Annahme der Kaiserkrone

erklärte. Die feierliche Kaiserproklamation aber erfolgte erst am 18. Januar 1871, an dem Tage, an welchem vor 170 Jahren Friedrich I. sich die preußische Königskrone aufs Haupt gesetzt und damit den ersten Abschnitt im Aufsteigen seines Hauses bezeichnet hatte.

Kaiserproklamation

Es war ein unvergeßlicher Akt, als in dem glänzenden Spiegelsaal des Versailler Schlosses, wo in den Tagen Ludwigs XIV. so viele Pläne zur Erniedrigung Deutschlands gefaßt worden waren und so viele bildliche Darstellungen an die Zeiten der Schmach und der Zerrissenheit der deutschen Nation und an die glorreichen Taten Frankreichs erinnerten, König Wilhelm sich zum Deutschen Kaiser ausrufen ließ. Im Schloßhofe hielt das 7. Königsgrenadierregiment, das beim Sturm auf Weißenburg zuerst den feindlichen Boden betreten hatte, mit seinen von Kugeln durchlöcherten Fahnen die Ehrenwache. Andere preußische und deutsche Fahnen schmückten den herrlichen Marmorsaal, wo in Gegenwart vieler fürstlicher Persönlichkeiten, militärischer Würdenträger, Offiziere aller Grade und auserlesener Mannschaften die Feier vorgenommen wurde. Nach der kirchlichen Einleitung der Feier verlas der Kanzler des neuen Deutschen Reiches, Bismarck, die Proklamation Wilhelms an das deutsche Volk. Dieses denkwürdige Aktenstück lautet: „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, verkünden hiermit: Nachdem die deutschen Fürsten und freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn sechzig Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden Wir hiermit, daß Wir es als Pflicht gegen das gesamte Vaterland betrachten diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und freien Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen. Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger in der Krone Preußens fortan den Kaisertitel in allen Unseren Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen. Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands zu stützen und die Kraft des Volkes zu stärken. Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß es dem deutschen Volke vergönnt sein werde, den Lohn seiner heißen und opferwilligen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherheit gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren werden. Uns aber und Unseren Nachfolgern in der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht in kriegerischen Eroberungen, sondern in den Werken des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung!“ Unter dem Donner der feindlichen Kanonen vom Mont Valérien brachte der Großherzog von Baden dem „Kaiser Wilhelm“ das erste Hoch aus, in welches die Versammlung begeistert einstimmte.

Abzug der Franzosen aus Rom

§ 285. Rom die Hauptstadt Italiens. Auch in Italien wurde durch die deutschen Siege die Einigung des ganzen Landes vollendet. Der Versuch Napoleons, den König Viktor Emanuel zu einem Bündnis gegen Preußen zu gewinnen, war mißlungen. Zwar stimmte der König dem in einem Briefe Napoleons angebotenen Vorschlage zu, auf den Boden des Septembervertrages (§ 218) zurückzutreten, wenn die französischen Truppen Rom verließen; aber der Ministerpräsident Lanza und der Minister des Auswärtigen, Visconti Venosta, willigten nicht ein, um nicht in immer größere Abhängigkeit von Frankreich zu kommen. Auch die Stimmung der italienischen Patrioten unter dem Einfluß Mazzinis, mit dem Bismarck im Anfang des Jahres 1868 Unterhandlungen angeknüpft hatte, war einem solchen Bündnis entschieden entgegen. Als dann ein Telegramm aus Paris am 23. Juli 1870 in gebieterischem Tone für die Räumung Roms die rückhaltlose Anerkennung des Septembervertrages verlangte, erklärte Viktor Emanuel am 24. Juli die Neutralität Italiens, erkannte aber nochmals am 28. Juli die Septemberkonvention an. Darauf räumten die

Franzosen Rom, über dessen Schicksal dann der Gang des Krieges und die Katastrophe von Sedan endgültig entschied.

Besetzung Roms durch die königlichen Truppen

Die Regierung konnte dem aufgeregten Lande gegenüber nun nicht mehr wagen, an der Septemberkonvention festzuhalten: am 7. September teilte Visconti Venosta den Mächten mit, daß die königlichen Truppen Rom besetzen würden. Nachdem dann ein letzter Versuch zu einem friedlichen Abkommen mit Pius IX. schroff zurückgewiesen worden war, rückten die Italiener unter General Cadorna am 11. September in den Kirchenstaat ein, während Bixio, Garibaldis ehemaliger Waffengenosse, Civita Vecchia besetzte. Am 20. September schlugen die Italiener ihr Lager im Osten vor den Toren Roms auf. In der Stadt lagen etliche tausend Mann päpstlicher Truppen, größtenteils Fremde aus allen Ländern; den Kern bildeten die Zuavenbataillone, welche General Kanzler organisiert und unter den Befehl des Obersten Charette aus der Vendée gestellt hatte. Diese leisteten einige Gegenwehr; aber eine dreistündige Kanonade genügte, um Rom zur Kapitulation zu bringen. Vom Volksjubel als Befreier begrüßt, zogen die

20. Sept.

königlichen Truppen durch eine Bresche bei der Porta Pia auf der jetzigen Via Venti Settembre in die ewige Stadt ein. Die päpstliche Armee wurde aufgelöst; die fremden Söldner mußten die Halbinsel verlassen; eine provisorische Regierung besorgte die öffentlichen Geschäfte, bis am 2. Oktober eine Volksabstimmung sich für den Anschluß an das Königreich Italien aussprach: 133 681 Stimmen waren für, nur 1507 gegen denselben. Am 8. Oktober wurde die Einverleibung des Kirchenstaates vollzogen und die Verlegung der Residenz nach Rom beschlossen. Am 21. Dezember nahm Viktor Emanuel die Huldigung seines Volkes entgegen, während der Papst über ihn am 1. November den Bann ausgesprochen hatte.

Siebentes Buch.

Literatur und Wissenschaft Deutschlands im 19. Jahrhundert (außer der romantischen und modernen Literatur).

Erstes Kapitel.

Literatur.

1. Die Literatur unter dem Einflusse der Meinungskämpfe.

§ 286. Aristokratische und liberale Richtungen. Die Literatur und namentlich die Dichtkunst können sich dem Einflusse der zeitbeherrschenden Ideen nicht entziehen; je bestimmter und entschiedener sie diese zum Ausdruck bringen, um so mächtiger werden sie auf die Zeitgenossen wirken. Jede Literatur, insbesondere die lyrische Dichtung, wird daher den Stempel ihrer Zeit tragen und erst aus ihrer geschichtlichen Stellung vollkommen verstanden werden. So bewegte sich die *mittelalterliche* Dichtkunst im *Rittertume* und *Minnedienste*; im *Reformationsjahrhunderte* stand sie, wie die Literatur überhaupt, unter religiösen und kirchlichen Einflüssen, und daß die *klassische Zeit* nicht einen ähnlichen Mittelpunkt aufzuweisen hat, lag hauptsächlich in dem Mangel großer, weltgeschichtlicher Ereignisse und Ideen, einem Mangel, den der deutsche Geist durch großartige und mannigfaltige Schöpfungen auf dem Gebiete der Phantasie und des Denkens auszufüllen bemüht war. Dies änderte sich, als die französische Staatsumwälzung und Napoleons Militärherrschaft die frühere Zeit mit ihrem gemütlichen Stillleben und ihren veralteten Formen niedertraten. Die europäische Menschheit und vor allem das deutsche Volk wurden aus ihrer Ruhe aufgeschüttelt und zur Teilnahme an den weltbewegenden Vorgängen gezwungen. Der *Freiheitsgedanke* und die *Politik* traten in den Vordergrund, und der *Kampf*, der sich anfänglich gegen den äußeren Feind richtete, gestaltete sich nach dem Siege zum Meinungskampf der Parteien im Innern. Die *Heilige Allianz*, die mit dem Frieden auch die alten Zustände in Kirche, Staat und Leben zurückbringen wollte, begründete weder im Staate noch in der Literatur eine Zeit der Einheit, Versöhnung und Zufriedenheit. Vielmehr durchdrang ein vordem unbekanntes Parteiwesen alle Verhältnisse (§ 99). Die Romantiker schlossen mit den oberen Ständen und Regierungen einen Bund, betrachteten die Kunst als Sondereigentum der vornehmen und gebildeten Welt und bekämpften den Geist der Freiheit durch die Wiederbelebung der mittelalterlichen Weltanschauung und Dichtung. Was diese dadurch gewann, verlor sie an Gunst und Wirkung auf das Volk, das sich zum größeren Teile den romantischen Bestrebungen entfremdete und *den* Dichtern zuwandte, die sich an das wirkliche,

handelnde Leben hielten. Freilich sahen sich die Sänger der Freiheit, die des Volkes Sache vertraten und auf Erfüllung der in der Not gegebenen Versprechen bestanden, der Mißachtung, Zurücksetzung und Verfolgung ausgesetzt. Mancher wurde abtrünnig; andere, wie Görres, retteten sich aus dem Entsetzen über die entfesselten Kräfte der Auflehnung in das Lager des Stillstandes, ja des Rückschrittes. Nur wenige hielten stand und störten den dumpfen Frieden durch freiheitliche Mißtöne und Mahnrufe. Unter anderen war Ludwig Uhland (§ 290) eine helle Stimme in trüber Zeit, und Moritz Arndt (§ 83) bewahrte auch unter gerichtlicher Verfolgung und seines Amtes entsetzt den Glauben an Deutschlands Einheit. Ebensowenig verleugnete August Graf von Platen-Hallermünde (§ 292) seine freiheitlichen Anschauungen, und der „Turnvater" Jahn blieb den Träumen seiner Jugend auch unter polizeilicher Obhut treu. Weniger seine etwas krausen Schriften als vielmehr Schillers, Körners und Uhlands Werke waren die Lieblinge des deutschen Volkes, das die Romantik mit ihren sehnsüchtigen Preisliedern auf die ersonnene Herrlichkeit einer untergegangenen Welt ablehnte und auch der geläuterten Kunst höfischer und fürstlicher Sänger mit Gleichgültigkeit begegnete. Unter diesen sind zuerst zu nennen die Könige Ludwig I. von Bayern und Johann von Sachsen.

Ludwig I. von Bayern, 1786—1868

Johann von Sachsen, 1801—1873

Ludwig I. von Bayern, König von 1825 bis 1848, ein für alles Schöne begeisterter Fürst, zugleich ein hochherziger Förderer deutscher Kunst und Wissenschaft, verfaßte vier Bände Gedichte und die in befremdendem, willkürlichem Deutsch geschriebenen Walhallas Genossen, Lebensabrisse der berühmten Männer, deren Büsten er in der Ruhmeshalle deutscher Geistesgrößen, der Walhalla unweit Regensburg, aufstellen ließ. — Johann von Sachsen, König 1854 bis 1873, einer der gebildetsten Fürsten nicht nur seiner Zeit, übersetzte unter dem Namen Philalethes Dantes Göttliche Komödie in Versen. Dieses sein Lebenswerk gibt besonders durch die gelehrten Erläuterungen einen schönen Beweis für die Tiefe und den Umfang seiner Studien. Seine lyrischen Gedichte veröffentlichte im Jahre 1902 König Alberts Witwe Karola. — König Johanns ältere Schwester Amalie hat sich in der literarischen Welt als Amalie Heiter durch eine Reihe von Lustspielen, wie Der Krönungstag, Die Fürstenbraut, Der Verlobungstag, Der Majoratserbe, bekannt gemacht. Der 1854 verstorbene König Friedrich August schrieb mehrfach über Pflanzenkunde. — Dem preußischen Herrscherhause gehört der Dramatiker Prinz Georg, als Dichter Georg Konrad, mit romantischen Stoffen, z. B. Jolantha, Rudel und Melisande, wie mit solchen aus dem Altertume an, u. a. Phädra, Kleopatra, Elektra, Medea. — Eduard von Schenk aus Düsseldorf trat 1817 zum Katholizismus über, wurde geadelt und als bayerischer Minister Urheber des strengen Zensurgesetzes und Bahnbrecher des Ultramontanismus. Seit 1834 gab er das Taschenbuch Charitas heraus, in dem er besonders seine Lyrik niederlegte. Unter seinen Dramen wurde das Trauerspiel Belisar am meisten, aber über Gebühr, gepriesen. Durchaus vornehm gab sich die Muse von Joseph von Münch-Bellinghausen (Friedrich Halm) aus Krakau, erst Hofbibliothekar, dann Generalintendant des Burgtheaters in Wien. Mit dem pessimistisch-romantischen Erstlingswerke Griseldis begründete er seinen Ruf. Gleich bestechend in der Sprache, dabei geschlossener in der Handlung und durchaus bühnengerecht sind die zahlreichen weiteren Stücke, wie Der Sohn der Wildnis, Wildfeuer, Sampiero und Der Fechter von Ravenna, den jedoch der bayerische Lehrer Bacherl als seine Schöpfung in Anspruch nahm. Daneben betätigte sich Halm als Lyriker und Erzähler mit düsteren Novellen in Heinrich von Kleists Art: Das Haus an der Veronabrücke und die Marzipanliese, auch als Bearbeiter von Dramen Shakespeares und Lope de Vegas. — Sein Nachfolger am Burgtheater, der ehemalige Gymnasiallehrer Franz von Dingelstedt, vertauschte die freiheitliche Gesinnung seiner Lieder eines kosmopolitischen Nachtwächters bald mit der Vornehmheit des Hofmanns in württembergischen und weimarischen Diensten. Außer zum Teil tiefempfundenen Gedichten veröffentlichte er Novellen, z. B. Deutsche Nächte in Paris, und Romane, wie Unter der Erde, Die Amazone, und das gerühmte Trauerspiel Das Haus der Barneveldt. — Ebenfalls in Wien wirkte vorübergehend als Professor für Literatur Oskar von Redwitz. In romantisch angewehten Kreisen hatte ihn mit einem Schlage sein weichlich-frömmelndes Trostlied gegen die aufrührerische Bewegung von 1848 Amaranth zum Lieblingsdichter gemacht. Noch zog eine ähnliche Gesinnung durch das Märchen und das christliche Trauerspiel Sieglinde. Später ging ein Wandel mit dem Dichter vor, der auch seinen

von Schenk, 1788—1841

Friedrich Halm, 1806—1871

Dingelstedt, 1814—1881

von Redwitz, 1823—1891

Bühnenstücken, wie Thomas Morus, Der Zunftmeister von Nürnberg und besonders Philippine Welser, wie dem Romane August Stark Kraft und Wahrheit verlieh, bis ihm echte Begeisterung Das Lied vom Deutschen Reiche eingab. — Von Haus aus mannhaft und selbständig, erhebt sich Graf Moritz von Strachwitz aus Schlesien mit den Liedern eines Erwachenden und den Neuen Gedichten weit über den Durchschnitt. Die Jagd nach Gewinn und die Gleichmacherei seiner Zeit widerstrebten der Vornehmheit des Edelmannes, die sich auf dem Gebiete der Kunst als vollendete Form im Sinne Platens (§ 292) äußerte, den freilich selbstbewußter Unabhängigkeitssinn in das entgegengesetzte Lager führte. — Nach dem ganzen Charakter seiner Dichtung, besonders aber durch das romantische Waldfräulein und das ganz österreichisch gehaltene Soldatenbüchlein, gehört Joseph Freiherr von Zedlitz dieser Richtung an. Er nahm am Feldzuge von 1809 teil, wurde aber später Diplomat. Wenig erfolgreich mit Dramen, lebt er fort als Dichter der Nächtlichen Heerschau und der Totenkränze. Er übertrug auch Byrons Childe Harold in geschmackvollen Versen. — Eine seltsam wechselvolle Entwickelung hat Joseph Görres durchgemacht. Einst war er als Schwärmer für die französischen Freiheitsideen bereit, das linke Rheinufer preiszugeben, dann ein romantischer Eiferer für deutsches Wesen und deutsche Kaiserherrlichkeit und verfolgt wegen politischer Schriften, endete er als rückwärts gewandter Verteidiger der Heiligen Allianz und als ultramontaner Mystiker. Aus seiner vielseitigen Schriftstellerei über politische Fragen, Kunstgeschichte, Glauben und naturphilosophische Gegenstände sind hier die Teutschen Volksbücher, Altteutsche Volks- und Meisterlieder und eine Ausgabe des Lohengrin zu erwähnen. — Wie Arndt mußte Friedrich Ludwig Jahn den Leidenskelch, den ihm engherziges Mißtrauen und gehässige Verfolgungsucht seiner vaterlandsvergessenen politischen Gegner gemischt hatten, auskosten. Jahn, der Begründer des nationalen Zwecken dienenden Turnwesens, der erste Freiwillige Deutschlands, eine Zeitlang bei dem Ausschusse für die Bewaffnung angestellt, wurde 1819 verhaftet, nach Freyburg a. d. Unstrut verwiesen und unter Aufsicht gestellt. Erst 1848 trat er als Mitglied der erbkaiserlichen Partei wieder an die Öffentlichkeit. Sein durch und durch deutscher Sinn prägt sich auch, mitunter in etwas absonderlicher Sprache, in seinen ebenso vaterländischen wie freiheitlichen Schriften aus, so in den Merken zum deutschen Volkstume und in den Denknissen eines Deutschen oder Fahrten des Alten im Bart.

von Strachwitz 1822—1847

von Zedlitz 1790—1862

Görres 1776—1848

Ludwig Jahn 1778—1852

§ 287. Das junge Deutschland. Durch den Sieg des Bürgertums in der Julirevolution (§ 120) wurde der Aristokratismus im Staate und in der Literatur aus seiner Ruhe aufgescheucht. Zwar gelang es der Staatskunst noch, im öffentlichen Leben die alten Formen und die gewohnten Zustände zu erhalten, aber in der Literatur blieb der Geist der Freiheit Sieger, gewann täglich an Boden und nahm eine mit dem äußeren Umfange seines Schrifttumes wachsende Kühnheit und Schärfe in seinen Äußerungen an. Bald war die Romantik nur noch geschichtliche Erinnerung. Desto massenhafter und wirksamer traten die Gegner der bestehenden Ordnung und die Wortführer der Volksherrschaft auf, ermutigt durch den Beifall aller über die Beamtenwirtschaft und den Polizeistaat mißmutigen Kreise. Bald sah sich der Liberalismus durch die grundstürzende Partei überflügelt, die mit zerstörender Heftigkeit alles Bestehende in Kirche und Staat bekämpfte und jede gesellschaftliche Ordnung aufzulösen drohte. An ihrer Spitze standen eine Anzahl begabter Männer jüdischer Abkunft, die sich nunmehr für die Verfolgungen, Kränkungen und Rechtsverkürzungen ihres Volkes durch Spott, Satire und kecke Angriffe auf die Gesellschaft und ihre Grundlagen zu rächen suchten. Fremdlinge in dem Lande ihrer Geburt durch eigne und fremde Schuld, wußten sie nichts von Vaterlandsliebe; zur Religion und Kirche fehlten ihnen mit dem Verständnisse für ihre Bedeutung zugleich Ehrfurcht und Liebe; und wie sollten sie gesellschaftliche Einrichtungen und Sitten achten, nach denen sie stets für unebenbürtig galten? In ihrem Herzen, in dem der Hochmut des auserwählten Volkes lebte oder der Glaube der Väter einem kalten Deismus gewichen war, sprach keine Jugenderinnerung zugunsten der bestehenden Verhältnisse. So lag es nahe, daß die jüdischen Schriftsteller, geleitet von dem Instinkte ihres Stammes für das Vorteilhafte und Zeitgemäße, in der zerstörenden Literatur den Vorrang einnahmen. Vornehmlich von Deutschland ging der zersetzende Kosmopolitismus des literarischen Judentums aus.

Börne 1786—1837

Ludwig Börne, vor seiner Taufe 1818 Löb Baruch, erscheint als Tagesschriftsteller mit der Wage und den Zeitschwingen, wie in seinen humoristischen Bildern aus dem Leben, z. B. Die deutsche Postschnecke, und seinen Aufsätzen, so in der aufs feinste gefeilten Denkrede auf Jean Paul, als ein durch Sprachgewandtheit und scharfen Verstand ausgezeichneter Vorkämpfer der Volksherrschaft, der alles nur unter dem Gesichtspunkte der Politik betrachten konnte. Einer Stellung als Polizeiaktuar in seiner Vaterstadt Frankfurt a. M. bald enthoben, wurde er mehr und mehr verbittert und warf sich ganz auf die Schriftstellerei, deren aufrührerischer Charakter ihm Haft zuzog. Nach dem Aufruhre von 1830 nahm er seinen Aufenthalt für immer in Paris. Dort suchte er in seiner Zeitung Balance deutsches und französisches Wesen zu vermitteln. Gekränkte Eitelkeit blickt hier und da aus seinen satirischen Schriften hervor, unter denen Menzel, der Franzosenfresser, seine letzte Schrift, fast gallig genannt werden muß, während die Briefe aus Paris bei aller Vorliebe für Frankreich im Spotte über deutsche Verhältnisse noch das Maß zu wahren suchen. Doch wagte sich sein unbefriedigter Ehrgeiz auch an Größen wie Goethe, Schiller und Hegel mit Ausfällen, die nur ihren Urheber richteten. Immerhin steht Börne durch seinen überzeugten Glauben an die Freiheit und durch den Abscheu vor jeglicher Frivolität hoch über dem Manne, der in der Schmähschrift Über Börne den Gegner noch nach seinem Tode verunglimpfte, Heinrich Heine. Ein hochbegabter Dichter, dessen Lyrik für alle Stimmungen und Zustände des menschlichen Gemüts die wärmsten und schönsten Töne hat, und der wie kein anderer seit Goethe „die Sprache der Natur zum Echo des Menschenherzens" zu machen verstand, begeisterte sich Heine anfangs für die romantischen Ideen, bald aber gefiel er sich darin, die zarten Gebilde seiner eigenen Phantasie mit kaltem Hohne zu bespötteln, alles Hohe zu verneinen und durch zersetzende Ironie geistreich erscheinen zu wollen. Seinem Witze ist nichts heilig; Gefallsucht läßt ihn zu allem greifen, was Erfolg verspricht, und krankhafter Ehrgeiz macht ihn leichtfertig und rachsüchtig. Und die Frivolität seiner Schriften wird um so gefährlicher, als sie sich in ein gefälliges Gewand kleidet, in wahrhaft dichterischer, bilderreicher Sprache mit Empfindsamkeit und Gefühlschwärmerei gemischt erscheint. Das Buch der Lieder, mit einem Schmelze der Sprache und mit einer Innigkeit der Empfindung, wie sie nur dem gebornen Dichter eigen sind, gehört zu den meistgelesenen Werken unserer Literatur, und einzelne Perlen dieser Sammlung werden allezeit gefühlvolle Herzen entzücken, mag auch des Dichters Ruhm mit dem Glauben an die Wahrheit seines Weltschmerzes im Abnehmen begriffen sein. Aus Heines erster Zeit stammen die mit großem Beifalle aufgenommenen Reisebilder. In Paris, wo er sich 1831 niederließ, steigerte sich seine Fruchtbarkeit auf verschiedenen Gebieten der Literatur außerordentlich. Neben dem Salon, den Französischen Zuständen und der Romantischen Schule erschienen Neue Gedichte, der Romanzero, eine Folge von Romanzen mit Anspielungen auf die Gegenwart, Deutschland, ein Wintermärchen, Atta Troll u. a. m. Nichts aber reicht an das gemüt- und poesievolle Buch der Lieder hinan. Von körperlichen Leiden gebrochen, denen er jahrelang heldenhaft standgehalten hat, starb der Dichter, in Frankreich fast schon vergessen, in Deutschland eben damals mehr als je gefeiert.

Heine 1799—1856

Mit Heine und Börne bildeten Gutzkow, Laube, Kühne, Mundt und Wienbarg, denen auch Fürst Pückler und Heller zugezählt werden können, das sogenannte Junge Deutschland. Wie die Romantiker predigten sie eine Umgestaltung des Lebens, nur daß sie im Gegensatze zu jenen rückwärts gewandten Erneuerern eines verschönten Mittelalters ganz in der Gegenwart standen, die Kunst mit der Politik verquickten und allerhand Tagesfragen, nicht nur ästhetisch-literarischer, sondern mit Vorliebe solche staatlicher und kirchlicher Art, in den Bereich ihrer Darstellung einbezogen. Damit hängt es zusammen, daß sie zumeist Inhaber oder Mitarbeiter politischer oder literarischer Zeitungen waren, die auf die öffentliche Meinung und auf das vorschnelle Urteil der oberflächlichen Leserwelt weitreichenden Einfluß geübt haben. Sorgfältigste Darstellung, gewürzt durch prickelnden Sinnenreiz, und vollendete Form gewannen ihren Erzeugnissen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Ihrem Bekenntnisse nach zerstörende Geister, in der Mehrheit an Hegels Dialektik geschult, lasen sie aus des Meisters Lehren heraus, was sie in ihrem Bestreben, die bestehende Weltordnung und Lebensanschauung zu unterwühlen, zu fördern vermochte. In der Politik gaben ihnen die Richtung die siegreichen Ideen des Juliaufstandes in Paris. Glauben und Religion gedachten sie zu verdrängen durch das „neue Evangelium der Wiedereinsetzung des Fleisches", der Emanzipation der Sinne, wie sie es nannten; die künftige Seligkeit im Himmel, der Armen und Bedrängten Hoffnung, wurde als Priestertrug und Aberglaube dargestellt und der Mensch mit seinen Bedürfnissen, Wünschen und Leidenschaften auf die irdische Welt und ihre sinnlichen Genüsse hingewiesen.

Gegen dieses gefährliche Treiben schlug Wolfgang Menzel (vgl. unten) zuerst Lärm, wofür er durch Heine mit der Schmähschrift Über den Denunzianten gezüchtigt wurde. 1835 schritt nun der Bundestag gegen die überlauten Vertreter der „neuen Epoche des Geistes", für die zuerst Laube in der Novelle La jeune Allemagne einen Namen erfand, mit Polizeimaßregeln, Bücherverboten und ähnlichem ein. Die meisten Mitglieder dieser Schule sind später zu geläuterten Ansichten gereift. Anderseits zeigt freilich die jüngste Entwickelung unseres Schrifttumes, wie lebenskräftig die damals ausgestreuten Keime gewesen sind.

Gutzkow 1811—1878

Als Haupt des jungdeutschen Kreises kann Karl Gutzkow gelten, ein beweglicher Geist von ausgebildetem Beobachtungssinne und vielseitiger Anlage. Als Mitarbeiter einiger Zeitschriften machte er durch kritische, satirische und literarische Arbeiten auf sich aufmerksam; folgenschwer wurde dann sein vielbesprochener Roman Wally, die Zweiflerin durch die heftigen Angriffe auf Religion, christliche Sitte und Ehe. Die entrüstete Anzeige seines ehemaligen Freundes Menzel brachte ihn in das Gefängnis. Danach kehrte er zur Tagesschriftstellerei mit den Öffentlichen Charakteren, Den Zeitgenossen, ihren Tendenzen, Schicksalen und Charakteren, Der roten Mütze und der Kapuze u. a. m. zurück, wandte sich aber hauptsächlich der Bühne und dem Schauspiele zu. So erschienen außer zahlreichen Novellen und Romanen, wie Maha Guru, Geschichte eines Gottes, die Dramen Zopf und Schwert, Das Urbild des Tartüffe, Uriel Acosta, Der Königsleutnant. Daneben gaben seine Briefe aus Paris, die großangelegten Zeitromane Die Ritter vom Geiste und Der Zauberer von Rom, seine Wochenschrift Unterhaltungen am häuslichen Herde glänzendes Zeugnis von Gutzkows Geistreichtum, Erfindungsgabe und auf eindringender Beobachtung beruhender Charakteristik. Als Generalsekretär der Schillerstiftung in Weimar tat er einen verzweifelten Schritt, genas jedoch wieder und lebte dann zumeist in Süddeutschland. Sein plötzlicher Tod bei einem Brandunglücke in Sachsenhausen machte in ganz Deutschland den tiefsten Eindruck. — Vornehmlich der Bühne galt die erfolggekrönte Tätigkeit des etwas starrköpfig angelegten Heinrich Laube. Anfänglich Student der Theologie, widmete er sich nach einigen Jahren politischer Verfolgung und Haft wegen aufrührerischer Umtriebe und nach Reisen in Italien wie in Algier der freien Schriftstellerei. Neben zahlreichen Romanen und Novellen, Schilderungen verschiedenen Inhaltes, wie Das junge Europa, Reisenovellen, Französische Königschlösser, vor allem Der deutsche Krieg in 9 Bänden, schrieb er eine lange Reihe von Dramen ernster und heiterer Art, wie Monaldeschi, Struensee, Essex, dann die Karlsschüler und die Lustspiele Rokoko, Gottsched und Gellert, Böse Zungen, überall feinstes Gefühl für das Bühnenwirksame bekundend. Mitglied des Frankfurter Parlaments im Jahre 1848, hat er eine gewandte Schilderung von dieser Versammlung entworfen. 1849 übernahm er die seiner Anlage und Neigung zusagende Leitung des Burgtheaters, 1872 nach einer gleichen Tätigkeit in Leipzig die des Stadttheaters in Wien. Seine Erfahrungen und künstlerischen Absichten legte er nieder in den Werken Das Burgtheater, Das norddeutsche Theater, Das Wiener Stadttheater. Sein Leben erzählen die Erinnerungen. — Theodor Mundt, der schließlich doch auf den Lehrstuhl für Literatur in Breslau und Berlin berufen wurde, machte sich durch Kritiken, Charakterbilder und literarische Aufsätze bekannter als durch seine Novellen, darunter Madonna, Unterhaltungen mit einer Heiligen, die hauptsächlich die gesellschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart behandeln, und durch geschichtliche Romane. Er war der eigentliche Theoretiker der Schule, deren grundsätzliche Vermischung von Politik und Religion mit den Gebilden der Phantasie sowie den Ersatz dichterischer Darstellung durch den „Stil" zu begründen und als vom Geschmacke der Zeit gefordert zu rechtfertigen, Ziel seiner ausgedehnten Schriftstellerei, auch in den Blättern Literarischer Zodiakus, Dioskuren für Kunst und Wissenschaft, Der Freihafen usw., war. Seine Gattin war die als Luise Mühlbach bekannte schreibselige Verfasserin zahlreicher geschichtlicher Romane. Ihre Erstlingswerke, wie Der Zögling der Natur, zeugten von bedenklicher Vorurteilslosigkeit. — Gustav Kühne leitete die Zeitung für die elegante Welt in gemäßigt jungdeutschem Sinne. Durch stilistische Form und feine Beobachtung sind seine Romane und Novellen, lyrischen und epischen Gedichte ausgezeichnet. Geringere Bedeutung kommt seinen Schauspielen zu, in denen die Bewegung des Gedankens die dramatische Straffheit beeinträchtigt. — Weniger durch die Menge seiner Schriften als durch die Schärfe, mit der er seine Ideen vertrat, erregte Ludolf Wienbarg die Aufmerksamkeit, freilich auch den Zorn des Bundestages, der ihn mit seinen Gesinnungsgenossen ächtete. Seine Ästhetischen Feldzüge hat er „dem jungen Deutschland" gewidmet; seitdem wurde dieser Name allgemein. In den Darstellungen aus den schleswig-holsteinischen Feldzügen

Laube 1806—1884

Mundt 1808—1861

Luise Mühlbach 1814—1873

Kühne 1806—1888

Wienbarg 1802—1872

berichtet er aus eigener Anschauung, die er als Freiwilliger gewonnen hatte. Daneben sind das Tagebuch von Helgoland und das Geheimnis des Wortes als Zeugnisse seiner Eigenart zu erwähnen. — Verwandte des jungen Deutschlands sind Fürst Pückler und Robert Heller, der die Richterlaufbahn mit dem freien Berufe des Schriftstellers vertauschte, in seinen zahlreichen Erzählungen, z. B. Der Reichspostreiter von Ludwigsburg, Hohe Freunde aus der Glanzzeit Weimars und das Hamburger Geschichtsbild Posenschrapers Thilde, wie als Zeitungsleiter: viel Beifall ernteten seine Brustbilder aus der Paulskirche. Den Fürsten Pückler-Muskau beherrschten Geistreichelei und die Sucht aufzufallen im Leben wie in seiner literarischen Tätigkeit, die im Grunde nur selbstgefällige Spiegelungen seines hochmütigen Ichs bot, so in den Briefen eines Verstorbenen, in Semilassos vorletztem Weltgange und Semilasso in Afrika. — In den freiheitlichen Anschauungen wie im Kampfe gegen die rückschrittliche Romantik und auch gegen Goethes kühlen Klassizismus fand sich Wolfgang Menzel zuerst mit einzelnen Jungdeutschen zusammen; später hat er in erster Linie, selbst mit bedenklichen Mitteln, deutsche Art und Sitte vor dem neuen Sturme und Drange retten zu müssen geglaubt, bis er zuletzt die Umkehr in Staat und Kirche verteidigte. Seine Dichtungen Streckverse, Märchen wie Narcissus und der Roman aus dem 30jährigen Kriege Furore treten weit zurück hinter die Deutsche Literaturgeschichte. Bis zuletzt hat er dann seinen später gewonnenen politischen Standpunkt, zugleich seinen vaterländischen Sinn bewahrt in der Geschichte Europas in den letzten vierzig Jahren von 1857, im Deutschen Kriege im Jahre 1866 und in der Geschichte des französischen Krieges von 1870. Doch hat er den Höhepunkt seines Einflusses als Herausgeber des „Literaturblattes zum Morgenblatt von Stuttgart“ und dann eines eigenen „Literaturblattes“ erreicht, durch die er sich über 40 Jahre lang als Kunstrichter von Deutschland behauptete.

Heller 1812—1871

Fürst Pückler 1785—1871

Wolfgang Menzel 1798—1873

§ 288. Die Dichtung im Dienste politischer und sozialer Streitfragen. Trotz seiner laut verkündeten Unabhängigkeitsideen hatte das junge Deutschland doch hauptsächlich die höheren Kreise, die „elegante Welt“ im Auge gehabt. Auf die Gesellschaft war seine ängstliche Pflege der Form und Sprache vorzugsweise berechnet. In den dreißiger und vierziger Jahren trat nun eine Anzahl junger Dichter auf, die in Haß und Liebe, in Politik und Kunst ehrlicher und mannhafter waren. Die Bekanntschaft und das Mitleid mit dem Elende der untersten Klassen, der Ingrimm über den erbarmungslosen Mißbrauch der Macht und des Reichtumes gab ihren kraftvollen, leidenschaftlichen Erzeugnissen den Inhalt; die Form bekümmerte sie weniger. Die Zeit ästhetisch-kitzelnden Genusses ging auf die Neige; der Sturm von 1848 kündigte sich an. Es lag viel Aufreizendes und Aufrührerisches in dieser Poesie, die, um dem stumpfen Elende den Geist der Tat einzuhauchen, mit grellen Farben die Leiden der besitzlosen und rechtlosen Stände schilderte und Glauben und Hoffnung auf ein Jenseits als Truggebilde darstellte, ersonnen, um das Unglück über die irdische Freudlosigkeit hinwegzutäuschen. So predigten mit mehr oder minder Klarheit und Offenheit Herwegh, Hoffmann von Fallersleben, Freiligrath und auch Prutz den sozialen Haß. Anklagen, gerichtliche Verfolgung und Amtsentsetzung erhöhten nur ihre Bedeutung und förderten die Verbreitung ihrer Schriften. Franz von Dingelstedt (§ 286) lenkte rechtzeitig ein. Andere, wie Gottschall (§ 292), Giseke und Jordan (§ 292), büßten mannhaft für ihr Jugendungestüm und reiften in gesunder Entwickelung einer reineren Kunst entgegen, und Kinkel wurde nur durch mutige Freunde aus dem Zuchthause gerettet, in das ihn seine tätige Teilnahme am badischen Aufstande geführt hatte. — Den Mittelpunkt der junghegelischen (Bd. III), den Kirchenglauben rücksichtslos zersetzenden Kritik und Philosophie gaben die von Arnold Ruge gegründeten Hallischen Jahrbücher ab. Ihre Einflüsse machen sich in der gleichzeitigen schönen Literatur sehr deutlich bemerkbar. Ganz im verneinenden Sinne waren auch die Erstlingswerke von Bruno Bauer, Das Leben Jesu von David Strauß, der in dem Begründer der „Tübinger Schule“, Ferdinand Christian Baur, einen gemäßigteren Nachfolger fand, endlich die grundstürzenden Schriften des Philosophen Ludwig Feuerbach (§ 309) gehalten, gegen den selbst die Mystik des nach München berufenen Schelling (Bd. III) nichts vermochte.

An Zahl und zündender Kraft vermochten sich mit diesen Sängern des Umsturzes und der Parteileidenschaft die Dichter, die in der Vaterlandsliebe und in der Eintracht zwischen Fürst und Volk das Heil Deutschlands erblickten und auf dem Boden der Kirche blieben, nicht zu vergleichen.

Nikolaus Becker fand in seinem noch heute gesungenen Rheinliede (§ 130) sehr glücklich den Ausdruck der öffentlichen Meinung und erntete damit die Gunst der Fürsten und den Dank seines Volkes, während Emanuel Geibel (§ 292) mit formschönen Liedern in dem inneren Streite die konservative Sache verfocht, wie Redwitz in der christlich gefärbten Dichtung Amaranth (§ 286). Nik. Becker 1809—1845

Georg Herwegh (§ 161, 177) aus Stuttgart studierte erst Theologie, wurde dann Tagesschriftsteller und lebte später als Fahnenflüchtiger in der Schweiz. Hier fristete er sich kümmerlich durch als Mitarbeiter an Wirths „Volkshalle", bis seine Gedichte eines Lebendigen, die siebenmal nacheinander aufgelegt werden mußten, alle Blicke auf ihn lenkten, sodaß seine Reise durch Deutschland im Jahre 1842 sich zu einem wahren Triumphe gestaltete. Selbst König Friedrich Wilhelm IV. bewilligte ihm einen Empfang, doch als ihm Herwegh von Königsberg aus einen unziemlichen Brief schrieb, verfügte er die Ausweisung des Dichters. Durch seine Ehe mit einer reichen Jüdin kam Herwegh in bessere Verhältnisse, die jedoch seiner Muse nicht förderlich gewesen sind. Politische Gehässigkeit suchte ihn wegen seines Abganges aus dem aufständischen Baden zu verunglimpfen. Doch hat die Gegenschrift seiner Frau: Georg Herwegh mit der Sage von seiner Flucht unter dem Spritzleder endgültig aufgeräumt. — Heinrich August Hoffmann, wie er sich nach seinem Geburtsorte nannte, von Fallersleben entwickelte eine reiche Tätigkeit mit wissenschaftlichen Abhandlungen zur deutschen Sprache und Literatur, über die er auch als Professor in Breslau las. Daneben fand er Zeit zu dichterischen Arbeiten, die in mehreren Sammlungen erschienen. Diese durchweg sangbaren Lieder im Volkstone bekundeten wohl ihres Verfassers Freimut und Liberalismus, waren jedoch maßvoll gehalten. 1841 trat darin ein Wandel ein. Mit den Unpolitischen Liedern verscherzte sich Fallersleben sein Amt. Auf der Wanderschaft von Ort zu Ort veröffentlichte er in rascher Folge die ebenfalls politischen Deutschen Gassenlieder und Deutschen Lieder aus der Schweiz. Zuletzt lebte er als Bibliothekar des Fürsten von Ratibor in Corvey, von wo er seine Lebensschicksale der Welt mit behaglicher Breite darlegte. Unvergessen werden seinen Namen zwei Lieder bewahren, „Treue Liebe bis zum Grabe" und das auf Helgoland gedichtete „Deutschland, Deutschland über alles". — „Zu Aßmannshausen in der Kron'" hat Fallersleben den vom Könige Friedrich Wilhelm IV. mit einem Jahresgehalte bedachten Ferdinand Freiligrath auf die Seite der Umstürzler herübergezogen. Als Handlungsgehilfe in Antwerpen und anderen Seestädten hatte Freiligrath beim Anblicke der Schiffe seine lebhafte Phantasie mit farbenprächtigen Bildern aus Ländern, die er nie gesehen hat, erfüllt. Natürliche Sprachgewandtheit förderte ihre poetische Ausgestaltung. So entstand seine in unserem Schrifttume einzig dastehende Wüsten- und Meerdichtung, der er in St. Goar lebte, nachdem er seinen eigentlichen Beruf aufgegeben hatte. Doch beschränkte ihn dichterische Anlage nicht nur auf die eigentümlichen, fesselnden, wohl auch grauenvollen Schilderungen mit überraschenden Wendungen und gesuchten, klangvollen Reimen. Das beweist sein tiefempfundenes Lied „O lieb, solang du lieben kannst", wie die sprachlich vollendeten, verständnisvollen Übersetzungen fremdländischer Lyrik. Nach seiner Bekehrung durch Fallersleben verlieh er der neuen Überzeugung glühenden Ausdruck in dem Glaubensbekenntnisse, Ça ira! und in Politischen und sozialen Gedichten, die wie Feuerbrände die Leidenschaften entzündeten. Als Flüchtling lebte er darauf in London in solcher Armut, daß ihm erst der „Nationaldank" des deutschen Volkes die Heimkehr ins Vaterland ermöglichte, dem er dann im Jahre 1870 mit schwungvoll-prophetischen und innigen Liedern die Wohltat vergalt. — Robert Prutz beteiligte sich als Junghegelianer an den „Hallischen Jahrbüchern". Seinen Ruf als Literaturforscher begründete er durch die wertvolle Göttinger Dichterschule und durch Aufsätze in dem mit anderen herausgegebenen Literarhistorischen Taschenbuche. Als Professor der Literaturgeschichte in Halle legte er dann in der Deutschen Literatur der Gegenwart eine schöne Probe von seinem kritischen Urteile und seinem ästhetischen Geschmacke ab. Als Dichter trat er in den Gedichten mit Romanzen, Balladen und Liedern auf. Schon zwei Jahre später bekannte er sich mit den Neuen Gedichten zu den Freiheitsideen, die auch in dem Trauerspiele Erich der Bauernkönig und in dem satirischen Zeitbilde Die politische Wochenstube widerklingen. Von sonstigen Dramen sind erwähnenswert Karl von Bourbon und Moritz von Sachsen, daneben mehr als seine zahlreichen Romane die ausgereiften Dichtungen Herwegh 1817—1875 Fallersleben 1798—1874 Freiligrath 1810—1876 Prutz 1816—1872

seiner späteren Jahre *Aus der Heimat*, *Aus goldenen Tagen* und *Herbstrosen*.
Kinkel 1815—1882 — Nichts erinnert in Gottfried *Kinkels* Dichtungen an den begeisterten Freiheitschwärmer, den die Teilnahme am Aufstande in das Zuchthaus brachte. Empfindungsvoll in seiner Lyrik, ist er als Epiker, z. B. in *Otto dem Schützen*, reiner Romantiker, dabei von größter Anschaulichkeit und farbenreich in der durchsichtigen Darstellung. Von der Theologie ging Kinkel zur Kunstgeschichte über, zu deren Vertreter an der Universität Bonn er auf Grund seiner gediegenen und geistvollen *Geschichte der bildenden Künste bei den christlichen Völkern* als würdig befunden wurde. Sein der Liebe nicht unzugängliches Herz verwickelte ihn in mehrere zarte Verhältnisse, bis er sich mit der dichterisch und musikalisch hochbegabten Johanna Mockel, der geschiedenen Frau eines Buchhändlers, vermählte, die, katholisch geboren, nun zum Protestantismus übertrat, zugleich aber ihren Gatten für die freireligiöse Richtung gewann. Mit ihr gab er *Erzählungen* heraus, teils märchenhaften Inhaltes, teils Dorfgeschichten aus der Wirklichkeit. Ihr verdankte er neben dem damaligen Studenten, später berühmten Deutschamerikaner Karl Schurz seine Befreiung aus Spandau. In der Verbannung zu London hat sie dann durch ihre musikalischen Gaben — sie schrieb auch *Acht Briefe über Klavierunterricht* — die Sorgen des Flüchtlingslebens wesentlich erleichtert. In *Hans Ibeler* gibt sie eine Schilderung dieser schweren Zeit. Sie starb 1858 an den Folgen eines Sturzes aus dem Fenster. Mehrere Jahre lebte Kinkel nach einem Aufenthalte in Amerika zu London, mit Literatur- und Kunstvorträgen und mit der Herausgabe der Zeitung *Hermann* beschäftigt, bis er 1866 als Professor für Kunstgeschichte an das Polytechnikum in Zürich berufen ward. — Robert
Rob. Giseke 1827—1890 *Giseke* verwirkte durch seine Teilnahme an einer öffentlichen Erklärung gegen die Regierung jegliche Aussicht auf Anstellung und übernahm darum die Leitung der Novellenzeitung in Leipzig, dann das Feuilleton der Konstitutionellen Zeitung in Dresden. Später lebte er in Berlin als Schriftsteller. Als Novellist hatte er Erfolg mit den *Modernen Titanen* und *Pfarr-Röschen*. Auch seine Romane *Ludwig Brook* und *Kätchen* fanden Beifall. Doch richtete sich sein Augenmerk hauptsächlich auf die Bühne, für die er zahlreiche Stücke schrieb, so *Die beiden Cagliostro*, *Kurfürst Moritz von Sachsen*, *Luzifer oder die Demagogen* und viele andere mehr.

2. Gegensätzliche Kunstrichtungen.

§ 289. Romantische Nachzügler. Neben dem letzten Romantiker Joseph von *Eichendorff*
Ernst Schulze 1789—1817 (§ 82) ist hier nachträglich zu gedenken des frühverstorbenen Ernst *Schulze*. Aus einem Nachfolger Wielands in seiner *Psyche* machte den Göttinger Privatdozenten der frühe Tod der Geliebten zum Romantiker, dessen Name vor allem in der vielgefeierten *Bezauberten Rose*
Wilh. Müller 1794—1827 fortlebt. Schulze hatte 1813 die Waffen für das Vaterland ergriffen, wie Wilhelm *Müller*, den Gesinnungsverwandtschaft zum Fürsprech und Herold des christlichen Freiheitskampfes auf der Balkanhalbinsel (§ 113) machte. Die *Lieder der Griechen* übten nachhaltigen Einfluß auf die Teilnahme des deutschen Volkes für diese nationale Erhebung aus. Ganz anderer Art sind seine fröhlichen 77 *Lieder eines reisenden Waldhornisten*, Klänge aus einer idyllischen Welt der Lebensfreude. Ehe Müller Bibliothekar des Herzogs von Anhalt wurde, unternahm er eine Reise nach Italien, deren Frucht *Rom, Römer und Römerinnen* war. — Die allgemeine Schwärmerei für den Pariser Juliaufstand riß auch den biederen
Simrock 1802—1876 Karl Joseph *Simrock* mit fort. Seine *Drei Farben* zogen ihm die Entlassung aus dem preußischen Staatsdienste zu. Nun wandte er seine verdienstvolle Übersetzertätigkeit, die bereits vorher mit dem *Nibelungenliede* und dem *Armen Heinrich* begonnen hatte, in verstärktem Maße den Werken der ersten Blütezeit zu, der Lyrik Walthers von der Vogelweide und der Minnesänger, dem höfischen und Volksepos, auch dem Beowulf wie Brants Narrenschiffe. Unter seinen eigenen Dichtungen, wie *Wieland der Schmied*, *Bertha, die Spinnerin*, sind die *Deutschen Kriegslieder* von 1870 ein schönes Zeugnis seines Vaterlandsgefühles. — Wie er war ein liebevoller Forscher auf dem Felde der mittelalterlichen
Wackernagel 1806—1869 Literatur Karl Wilhelm *Wackernagel* in der *Geschichte der deutschen Literatur bis zum 30jährigen Kriege* und in den *Kleinen Schriften*. Als Romantiker weisen ihn aus die *Gedichte eines fahrenden Schülers*, denen außer *Epigrammen* und *Xenien* im klassischen Stile *Neuere Gedichte* und das köstliche *Weinbüchlein* folgten.
Immermann 1796—1840 — Nur schwer und erst spät hat sich Karl *Immermann* dem Zauber der Romantik entwunden, der die Schöpfungen seines hochstrebenden Geistes doch ihrer Hauptmasse nach angehören. Ein Mitstreiter von 1815, später Oberlandesgerichtsrat in Düsseldorf, begann er als Dichter mit Lust- und Trauerspielen. Der Bühne gehörte auch weiterhin sein lebhaftes Interesse und zwar in solchem Grade, daß er 1835 Urlaub nahm, um sich ganz seiner

selbstgeschaffenen Musterbühne widmen zu können. Unter seinen zahlreichen Trauerspielen steht obenan Andreas Hofer, das Trauerspiel in Tirol, ein Versuch, romantischer Kunst zu entsagen, gegen die sich unmittelbar der Scherz Tulifäntchen richtet. Neben dem Hofer sind Kaiser Friedrich II. und die Trilogie Alexis sowie die gedankentiefe Dichtung Merlin zu nennen. Gegen Immermanns romantische Anwandlungen trat der Graf Platen (§ 292) auf, dessen schonungslosen Angriffen im Romantischen Ödipus und sonst Immermann mit dem Spotte auf „den im Irrgarten der Metrik umhertaumelnden Kavalier" begegnete. Zu dieser häßlichen Fehde kamen später andere Verdrießlichkeiten. Ein längeres Verhältnis zur Gräfin Ahlefeld, der geschiedenen Frau des Freischarenführes von Lützow, wurde schließlich dem Dichter zur unentrinnbaren Fessel, und seine Sonderbühne ging nach dreijährigem Bestehen ein. Da brachte das Jahr 1839 den Wendepunkt für seine Kunst und sein Leben. Im Münchhausen, richtiger in dem eingeschalteten Idyll Der Oberhof, dann in dem unvollendeten Epos Tristan und Isolde entfaltete sich Immermanns dichterische Kraft zu künstlerischer Selbständigkeit und geläuterter, als selbst in seinem früheren Romane Die Epigonen, mit dem er immerhin zuerst wieder den dichterischen Gehalt der Gegenwart erfaßt hatte. — Die Wahl seiner epischen Stoffe wie seine Lyrik, die zum guten Teile in Chamissos „Musenalmanach" erschien, endlich die gefeilte Sprache und gewählte Form lassen Otto Friedrich Gruppe als Verwandten der Romantiker erscheinen. Dafür spricht auch sein laut betätigter Gegensatz gegen die Philosophie Hegels, den er in seinen wissenschaftlichen Schriften wie in dem satirischen Lustspiele Die Winde von Absolutulus von Hegelingen aufs schärfste bekämpfte. Geschmackvolle Behandlung zeichnet auch seine Literaturgeschichte Leben und Werke deutscher Dichter aus. — Alle Schauer der Romantik, aber auch ihre lebhafte Erfassung des Lebens und Webens der Natur wie kraftvolle Ausdrucksfähigkeit tiefer Empfindung, endlich ihre katholisch-feudalen Anflüge kehren bei Annette Freiin von Droste-Hülshoff wieder, doch so, daß ihre Dichtungen, Gedichte und Erzählungen in Versen durchweg eine ganz eigenständige Anlage erkennen lassen. Sie ist die Dichterin der roten Erde, Westfalens, dessen Geschichte, Naturleben, Menschen sie in größter Anschaulichkeit und stimmungsvollen Bildern erklärt. Vielleicht am bekanntesten ist ihre Novelle Die Judenbuche geworden. Jedenfalls tritt die ausgesprochen katholische Dichtung in Annettens Werken in ihrer liebenswürdigsten Gestalt auf. — Verinnerlichte Romantik ohne alle Künstelei spricht endlich aus den Gedichten des Gymnasialdirektors Wilhelm Osterwald. Das gleiche Lob verdient sein Märchen Im Grünen. Als Epiker und Dramatiker lebte er ganz in der Vergangenheit unseres Volkes.

Gruppe 1804—1876

Droste-Hülshoff 1797—1848

Osterwald 1820—1887

§ 290. Die schwäbische Dichterschule. Die schwäbische Dichterschule ist ein Ausläufer der Romantik, die bei den Schwaben allerdings sehr gemildert und herabgestimmt erscheint. Nicht neue, laut verkündete Kunstanschauungen, vielmehr die Anhänglichkeit an die gemeinsame Heimat und der Sinn gerade für das Kleinleben in der Natur- und Menschenwelt bilden das Band, das die Glieder dieser Schule umschlingt. Ihr Begründer Uhland ist mit Schwab und Kerner zugleich ihr Hauptvertreter.

Uhland 1787—1862

Johann Ludwig Uhland aus Tübingen hat ein reichbewegtes Leben gehabt. Schon als Student vertauschte er die Rechtswissenschaft mit der Germanistik. Doch wurde er nach wissenschaftlichen Forschungen in Paris Rechtsanwalt in Stuttgart. Sein Verhältnis zur Romantik hat er dichterisch schön in der Verlorenen Kirche gezeichnet. Auch er hat ihr fernes Läuten vernommen. Aber er weiß, daß niemand dorthin gelangt. Mit vaterländischen Liedern begrüßte er den Freiheitskampf, und auch die folgenden politischen Bewegungen des Jahrhunderts begleitete sein mannhafter, maßvoller Sang von Recht und Freiheit. 1818 trat er zuerst als Bühnendichter mit Herzog Ernst von Schwaben hervor, dem freilich der dramatische Nerv ebenso fehlt wie dem Schauspiele Ludwig der Bayer aus dem folgenden Jahre. Politische Mißhelligkeiten suchte er durch angestrengte wissenschaftliche Arbeit zu verwinden. Vor allem verdankte er dem Buche Walther von der Vogelweide die Professur für Literatur in Tübingen, wo ihm bald eine andächtige Hörerschaft aus ganz Deutschland zu Füßen saß. Als ihm aus seiner Wahl zum Volksvertreter Schwierigkeiten erwuchsen, legte er seine Stelle nieder; ebenso trat er einige Jahre später aus der Kammer aus. Nachdem sich das deutsche Parlament aufgelöst hatte und das Rumpfparlament zersprengt worden war (§ 178), lebte Uhland nur noch seiner Wissenschaft. Die Innigkeit und herzhafte Gesinnung seiner in der Stimmung wunderbar einheitlichen Lieder haben ihnen die Teilnahme des ganzen Volkes gesichert, das sich nach politischem und künstlerischem Unfuge wieder eines schlichten, wahrhaften Dichters erfreuen durfte. Seine gelehrten Forschungen legte er nieder in den Vorlesungen zur Geschichte der alt-

deutschen Poesie und in der Geschichte der deutschen Literatur im 15ten und 16ten Jahrhunderte. — Vielseitig in seiner literarischen Tätigkeit war Gustav Schwab, geboren zu Stuttgart und als Oberkirchenrat ebenda gestorben. Sein Aufenthalt in Berlin hatte ihn mitten in die Romantik hineingeführt, doch zeigen ihn seine Gedichte durchaus als Anhänger Uhlands. Allbekannt sind Das Gewitter und das Studentenlied „Bemooster Bursche zieh' ich aus." Besonders glücklich ist er in der Romanze und den Landschaftsbildern. Für seine Rührigkeit legen Die Wanderungen durch Schwaben, Fünf Bücher deutscher Lieder und Gedichte von Haller bis auf die neueste Zeit, Die schönsten Sagen des klassischen Altertums, Schillers Leben u. a. Zeugnis ab. Dazu war er noch über ein Jahrzehnt Leiter von literarischen Zeitschriften. — Ein Zug der Romantik, die Neigung zu allem Wunderbaren, Rätselhaften und Geheimnisvollen, äußert sich bei Justinus Kerner als unüberwindliche Vorliebe für die Nachtseite des menschlichen Daseins. Das ärztliche Studium hatte ihn nicht gefeit gegen mystische Anwandlungen. Schon die Geschichte zweier Somnambulen zeigte ihn ganz im Banne der Hellseherei; als er aber vollends seine Beobachtungen an einem armen Weibe in der Geschichte der Seherin von Prevorst mit dem Anspruche des wissenschaftlichen Forschers der Öffentlichkeit vortrug, da erntete er selbst im Freundeskreise nur ein Lächeln, anderswo freilich ganz anderes. Schon sein Jugendwerk Reiseschatten war mit drolligen und teilweise fratzenhaften Ausgeburten einer überspannten Phantasie bevölkert; es erscheinen darin z. B. der Verleger mit den gefrorenen Augenbrauen, zwei Totengerippe als Liebende, ein Liebhaber im Blumentopfe, die kämpfenden Wirtshausschilder vom Lamm, Bären, Löwen und Elefanten. Viel erquicklicher ist seine unverkünstelte Empfindungsdichtung, oft rein liedartig, in den Gedichten, dem Letzten Blütenstrauße und den Winterblüten, ebenso seine Romanzen und Balladen, wie „Der reichste Fürst", „Kaiser Rudolfs Ritt zum Grabe" u. a. m. — Bei dem als Oberjustizrat gestorbenen Karl Mayer kommt die sinnige Beobachtung und Teilnahme für das Kleinleben zu seinem anmutigsten und knappsten Ausdrucke. Einzelne seiner Gedichte geben mit wenigen Strichen Naturbilder von größter Anschaulichkeit. — Höheren Flug nehmen die Gedichte von Gustav Pfizer, der Schillers Schwung und Würde nicht nur in der Form nachahmte. Außer Epen verfaßte er auch ein Gedicht Der Welsche und der Deutsche, ein Ertrag seiner Reise nach Italien, wo auch sein Landsmann, der jungverstorbene Wilhelm Waiblinger, neue Anschauungen und Anregungen gesucht hatte. Doch folgten den früheren Erzählungen aus Griechenland und Phaëthon nur noch Blüten der Muse aus Rom, ein Trauerspiel Anna Bullen und der Prosascherz Die Briten in Rom. — Eduard Mörike erinnert durch manchen Zug seiner Lyrik an Uhland. Aber der Reichtum seiner Stimmungen und die Mannigfaltigkeit seiner Gefühle weisen ihm eine selbständige Stellung an. In seinen Liedern erklingt die ganze Tonleiter der Empfindungen von leiser Schwermut bis zum lebenbejahenden Humor, selbst bis zur Satire. Neben seinen noch heute vielbesprochenen Roman Maler Nolten, ein stellenweise schauerliches Sittenbild, das Mörike später wesentlich umgestaltete, treten Idyllen von künstlerischer Vollendung, wie Der alte Turmhahn und die leider etwas ineinandergeschachtelte, lustige Erzählung Fischer Martin und die Glockendiebe, dann Vier Erzählungen und die Novelle Mozart auf der Reise nach Prag, ein Kabinettstück feinster Darstellungskunst. Als Probe seiner Balladendichtung mag Schön Rohtraut und aus seiner Lyrik Das verlassene Mädchen genannt werden.

Schwab 1792—1850

Just. Kerner 1786—1862

Mayer 1786—1870

Pfizer 1807—1890

Waiblinger 1804—1830

Mörike 1804—1875

§ 291. Die Realisten. Roman und Novelle. In den Jahren der politischen Gärung hatten die Freiheitsdichter einen Aufschwung kühn wie Ikarus genommen und jeder in seiner Weise ein Ikarusschicksal gehabt. Die Enttäuschung durch den Verlauf der Bewegung wirkte ebensowohl auf den Geschmack der Leserkreise wie auf die schaffenden Künstler zurück. Wandten sich jene mißmutig und hoffnungslos von dem zerstörten Ideale und seinen Sängern ab, so waren diese beflissen, den Ausweg aus heillosen Zuständen in der Rückkehr zu wirklichkeitsfremder, schönseliger Romantik mit Rückschritt und Gläubigkeit in ihrem Gefolge aufzuzeigen. Das gelang wohl hier und da, aber mit der Mehrheit des deutschen Volkes hatten scharfsichtige und nachdenkende Dichter aus dem Schiffbruche der hochstrebenden Zeitideen die Notwendigkeit erkannt, aus Verstiegenheit und politischen wie ästhetischen Träumereien wieder in der Wirklichkeit heimisch zu werden, ihren dichterischen und Gedankengehalt zu erfassen und ihm einen wahren, ungekünstelten Ausdruck, ohne jede absichtsvolle Einseitigkeit,

zu geben. Ansätze dazu lagen in der Vergangenheit reichlich vor. Jetzt aber schärften sich der Blick für das Leben, wie es ist, und die liebevolle Betrachtung seiner Mannigfaltigkeit auch im kleinen bis zu solchem Grade, daß auch die Darstellung von den bisherigen Formen absehen und neue Mittel zur Wiedergabe der erschauten Wirklichkeit anwenden mußte. Freilich, dem prickelnden Sinnenreize und der geistreichelnden Manier des jungen Deutschlands war dieser Realismus ebenso fern wie der einschläfernden Weltvergessenheit der Nachromantiker und dem schmetternden Freiheitsliebe. Er war nüchterner, schlichter, darum aber wahrer und gesunder, mochte er sein Feld nun in der Gegenwart sehen oder auch die Vergangenheit in seinen Bereich ziehen.

Freytag 1816—1895

Am besten und ansprechendsten prägt sich diese Richtung in Gustav Freytags Lebenswerke aus. Eine wahrhaft ehrliche Arbeit in der Beobachtung und Zeichnung von Menschen und Dingen, nirgends etwas Dämmeriges oder Verschwommenes, warmer Anteil an den Geschöpfen der eigenen Phantasie, sonnige Schlaglichter zurückhaltenden Humors, ein wirkungsvolles Maßwerk von kennzeichnenden Einzelheiten, dazu gewählte, sorgsam gefeilte Sprache: das gibt Freytags Werken ihren besonderen Charakter, macht zugleich das Wesen des dichterischen Realismus aus. Erst Lehrer der Literatur an der Universität Breslau, übernahm Freytag 1848 mit dem Literaturgeschichtschreiber Julian Schmidt (§ 304) die Leitung der „Grenzboten“ in Leipzig, dessen Doppelcharakter als Gelehrten- und Handelstadt ihm wohl vornehmlich die Idee zu den beiden großen Romanen Die verlorene Handschrift und Soll und Haben eingab. Später lebte der Dichter als herzoglich sächsischer Hofrat auf seinem Gute Siebleben bei Gotha in nahen Beziehungen zu Herzog Ernst II. und dem späteren Kaiser Friedrich. Freytag begann mit dem Lustspiel Kunz von Rosen, dem später die Journalisten folgten, neben dem kühnen Schauspiele Die Valentine sein gefeiertstes Bühnenstück. Den Dank des deutschen Volkes erwarb er sich aber mehr noch durch die lebensvollen Bilder aus deutscher Vergangenheit, und die Krone seines Wirkens bildet sein letztes Werk, Die Ahnen, eine Folge von Romanen, in denen die Geschichte eines Geschlechtes von der Völkerwanderung bis zur Gegenwart erzählt wird. Seine Auffassung vom Drama legte Freytag in der Technik des Dramas nieder. — Wie er Theoretiker und Dichter auf dramatischem Gebiete, freilich an Feuer und packender Kraft ihm weit überlegen war der lange verkannte Otto Ludwig. Eine fast düstere Leidenschaft und starre Folgerichtigkeit sichern seinem Erbförster und seinen Makkabäern bleibenden Wert. Sonstige Bühnendichtungen blieben unvollendet. Ludwigs Theorie des Dramas gaben seine Shakespearestudien. Natur und Leben seiner thüringischen Heimat spiegeln sich trefflich in der Erzählung Heiterethei, gegen die das beängstigende Zwischen Himmel und Erde bei aller seelischen Vertiefung absticht. Otto Ludwig hatte sich erst mit Hilfe des Herzogs von Meiningen der Musik zugewandt, doch zwang ihn ein Nervenleiden, dem er frühzeitig erlag, zu einem abgeschiedenen Leben. — Auch die Novellen Eduard Höfers vereinigen Gewalt der Empfindung und Kraft der Darstellung, so Aus alter und neuer Zeit, Schwanwieck und vor allem die Erzählungen eines alten Tambours, denen sich seine Romane, wie Unter der Fremdherrschaft, In der Welt verloren, Altermann Ryke usw. gleichwertig zur Seite stellen. — Der gelehrte Kenner der Staatswissenschaften und der Kulturgeschichte Heinrich Wilhelm Riehl verstand mit seinem Spürsinne aus Natur und Sage, aus Werken und Anlagen von Menschenhand glänzende Steine zu musivischen Arbeiten über das Kulturleben und die Bildungsgeschichte deutscher Stämme und Landschaften auszulesen und mit gewandter Hand zu schillernden Bildern zu vereinigen, vor allem in der Naturgeschichte des deutschen Volkes. In demselben Geiste sind seine Novellen Geschichten aus alter Zeit, Neues Novellenbuch, Aus der Ecke u. a. geschrieben, ohne daß die Handlung durch das zeitgeschichtliche Beiwerk irgendwie beeinträchtigt würde. In den Musikalischen Charakterköpfen verschließt sich Riehl der fortschreitenden Entwickelung vielleicht zu absichtlich. — In dem engen Kreise norddeutscher Menschheit und Natur bewegt sich die kraft- und lebensvolle Erzählerkunst Theodor Storms. Die widerspruchsvolle Eigenart seiner Landsleute hat keinen gleich verständnisinnigen Dolmetscher. Storm sah sich veranlaßt, die Rechtsanwaltschaft in seiner Vaterstadt Husum mit dem preußischen Staatsdienste in Potsdam zu vertauschen, lebte jedoch seit 1864 wieder in der Heimat. Nach lyrischen Anfängen von tiefster und eigenster Empfindung wandte er sich der Novelle mit anerkanntem Erfolge zu, den bereits Immensee hatte und die lange Reihe der Nachfolgerinnen, wie In der Sommermondnacht, Zwei Weihnachtsidyllen, Drei Märchen usw. bis zum Schimmelreiter, nur gefestigt hat. — Weniger vermochte sein Landsmann Wilhelm Jensen das

Otto Ludwig 1813—1865

Höfer 1819—1882

Riehl 1823—1897

Storm 1817—1888

Jensen 1837—1911

Ebenmaß in Kunst und Empfindungen zu wahren. Glanz der Darstellung und genaue Seelenkenntnis verhüllen mitunter kaum das Gesuchte in seinen zahlreichen Novellen, Unter heißerer Sonne, Eddystone u. a. m. Von seiner epischen Anlage geben Die Insel, Holzwegtraum, Aus meines Lebens Mitte u. a. ein schönes Zeugnis. — Ein Meister in der Schilderung sowohl der Einzelbegebenheit als durch große Zeitbilder ist

Fontane 1819—1898

Theodor Fontane. Mit seinen Erstlingswerken traf er den Ton der Ballade, z. B. mit Archibald Douglas, in voller Reinheit. Vaterländische Begeisterung klingt aus den Liedern Männer und Helden. Den literarischen Ertrag einer Reise enthalten die Aufsätze Jenseit des Tweed und Aus England, Briefe über Theater, Kunst und Presse. Daneben erzählte er für das Volk den schleswig-holsteinischen, den deutschen und den deutsch-französischen Krieg. Doch ruht seine Bedeutung hauptsächlich auf seinen Romanen, wie Ellernklipp, Grete Minde, Vor dem Sturm, Stine, Frau Jenny Treibel, Quitt, zuletzt Die Poggenpuhls, Effi Briest und Der Stechlin, der Niederschlag einer abgeklärten Erfahrung und überlegener Lebensbeobachtung. —

Spielhagen geb. 1829

Einen glücklichen Griff tat Friedrich Spielhagen mit den Problematischen Naturen, die, in weltmännischem Tone abgefaßt, mit einer Fülle lebenswahr gezeichneter Gestalten, der Sehkraft des Erzählers ein hervorragendes Zeugnis ausstellten. Ihre Fortsetzung fanden sie im Romane Durch Nacht zum Licht. Nicht zum Vorteile seiner Kunst ergriff Spielhagen dann in den Erzählungen In Reih und Glied, Allzeit voran! Ultimo Partei; ihm selbst lag wohl der Abstieg in die unteren Schichten weit ferner als der Aufstieg in die bevorrechteten Stände; das färbt auch auf seine Volksmänner ab. Dagegen sind Hammer und Ambos, Die Sturmflut, Quisisana, die zahlreichen Novellen und einige Dramen wieder vorzügliche Offenbarungen echt dichterischer Anlage. — Scharf hebt sich

Wilbrandt geb. 1857

unter den literarischen Zeitgenossen die Erscheinung Adolf Wilbrandts ab. Er stammt aus Rostock, doch gehört er nach seinem Wirken als Leiter des Burgtheaters und nach der Blütezeit seines dichterischen Schaffens der österreichischen Kaiserstadt an. Wilbrandt ging von literarischen Forschungen aus. Seinem anerkannten Heinrich von Kleist folgte dann ein Roman Menschen und Geister. Bald aber trat die Bühne in den Vordergrund seiner Lebenstätigkeit. Der Graf von Hammerstein eröffnete die stattliche Reihe seiner Stücke, die bei aller dramatischen Kraft doch die Bühnenwirksamkeit nicht verschmähen, wie die Lustspiele Die Vermählten und Die Maler, das preisgekrönte Trauerspiel Gracchus, der Volkstribun, Arria und Messalina mit ihrem schwülen Dunstkreis, Giordano Bruno u. a. Sein Hairan wurde „mit amtlichem Verbot bedroht". Die Schauspiele Natalie und Die Tochter des Herrn Fabricius lehnen sich an die Gegenwart an, deren dichterischen Gehalt fast ausschließlich und in eigenster Weise die zahlreichen Romane Wilbrandts erschöpfen, so Vater und Sohn, eine Novellensammlung, deren Nebentitel „Dichtung und Wahrheit" zu beachten ist, Die Rothenburger, Der Dornenweg, Hermann Ifinger, Feuerblumen, Vater Robinson, Schleichendes Gift, Die glückliche Frau, Hildegard Mahl-

Schweizer Erzähler

mann usw. Auf gleicher Höhe stehen die Novellen und die Gedichte. — Einen wesentlichen Anteil und den zeitlichen Vorrang in dieser Hinneigung zu getreuer Wiedergabe der Wirklichkeit hat die Schweiz. Zunächst beherbergte sie im Wechsel mit Nord-

Postl 1793—1864

amerika den entronnenen Priester Anton Postl, der unter dem Namen Charles Sealsfield seine Erlebnisse und Erfahrungen in der Neuen Welt mit ungewöhnlicher Bestimmtheit lebendig und farbenreich schilderte. Seine Transatlantischen Reiseskizzen, Lebensbilder aus beiden Hemisphären, Das Kajütenbuch oder nationale Charakteristiken, Der Legitime und der Republikaner, besonders Der Virey und die Aristokraten oder Mexiko im Jahre 1811 sind der Ausgangspunkt für die völkerkundlichen Romane geworden, deren keiner indessen das Vorbild wieder erreicht

Bitzius 1797—1854

hat. — Ganz Heimatschilderer war dagegen der Pfarrer Albert Bitzius, den in seinen sehr gelungenen Erzählungen, wie Elsi, Erdbeer-Mareili, Uli der Knecht, Leiden und Freuden eines Schulmeisters usw. freilich die Naturtreue gelegentlich derb und gute Absicht lehrhaft machen. Als Schriftsteller nannte er sich Jeremias Gotthelf. Sein warmes Herz für sein Volk bekunden vornehmlich seine Volksschriften. — Zwei mit

Keller 1819—1890

Recht gefeierte Meister der Erzählung sind Gottfried Keller und Konrad Ferdinand Meyer. Schon in der Lyrik Kellers tritt die Eigenständigkeit einer Empfindung hervor, deren Reichtum und Tiefe ein Niederschlag selbsterlebter Kämpfe ist, der nichts Menschliches fremd blieb und die seelenvolle Zartheit mit männlichem Ernste verbindet. Unter seinen stimmungsvollen Erzählungen sind zwei vor anderen zu nennen, der später umgestaltete Grüne Heinrich, ein Künstlerroman mit Beziehungen auf Kellers eigenen Entwickelungsgang vom Maler bis zu einem praktischen Berufe — er war Stadtschreiber in seiner Vaterstadt Zürich

— und die durch Ernst wie Scherz köstliche Novellenfolge Die Leute von Seldwyla mit dem geradezu berühmt gewordenen Stücke „Romeo und Julia auf dem Dorfe". — Gleiche Anerkennung verdienten Lyrik und Roman von Konrad Ferdinand Meyer. Stil, Sprache, Gedankentiefe, Phantasiereichtum und die Wahl wirkungsvoller Farben drücken seinen Schöpfungen den Stempel eigentümlicher Kunst auf. Dem in Stimmungsmalerei und Charakteristik vorzüglichen Epos Huttens letzte Tage steht wohl am nächsten die tiefempfundene Novelle Der Heilige. Daran reihen sich die künstlerisch vollendeten Romane Jürg Jenatsch, Die Richterin, Die Hochzeit des Mönchs, Die Versuchung des Pescara u. a., die mit den kleineren Erzählungen, besonders dem Schusse von der Kanzel, durchweg zu den Zierden deutscher Literatur im allgemeinen zählen. K. F. Meyer 1825—1898

§ 292. Anhänger der klassischen Überlieferung. Es braucht nicht besonders bemerkt zu werden, daß das klassische Ideal, rein menschlichen Gehalt in angemessene Form zu fassen, auch in der Zeit der Gärung in Kunst und Politik ernste Hüter und treue Pfleger fand. Ob die Jungen sich mehr an Schiller oder an Goethe anschlossen, hing von der Anlage und dem Charakter des einzelnen ab, war auch dem Ergebnisse nach von minderem Belang. Im bewußten Gegensatze gegen romantische Übertriebenheit, gegen die Abhängigkeit von den Meinungen und Bestrebungen des Tages und gegen die Vorliebe für die Kleinmalerei und die anheimelnden Reize des gewöhnlichen Lebens fanden sich die Fortsetzer der klassischen Kunstübung zusammen, auch darin den Meistern verwandt, daß sich ihr Hauptaugenmerk auf die Bühne richtete. Wo immer sie nun an die mustergültige Überlieferung anknüpften, um selbständig den Faden weiterzuspinnen: immer leitete sie ernstes Streben und der Blick auf die hohen Vorbilder. Begreiflich und unbedenklich war es dabei, daß sie von den Errungenschaften, deren sich die Romantik durch Erweiterung des Stoffgebietes, durch Steigerung der Sprachgewandtheit und durch die Einbürgerung fremdländischer Versgebilde rühmen durfte, ausgedehnten Gebrauch machten; waren sie doch zum guten Teile durch die Schule eben dieser Romantiker gegangen.

Das gilt selbst von dem späteren schärfsten Gegner der ästhetisierenden Verschrobenheit, dem Grafen August von Platen-Hallermünde. Nach der Rückkehr aus Frankreich 1815 trat Platen aus dem Heere und lebte später fast stets in Italien seiner hochstrebenden Kunst. Ihre ideale Auffassung brachte ihn in immer schärferen Gegensatz zur Dichtung seiner Zeit. Auch von den politischen Zuständen wandte sich sein vaterländisch-mannhafter Sinn angewidert ab. Einsam und frei, suchte er so seine strenge Auffassung von Kunst in mustergültigen Schöpfungen zu verwirklichen, die an gewählter Form und Wohllaut der Sprache einzig dastehen. Platen schwelgt förmlich in der Schönheit und der ungestillten Sehnsucht nach ihr und gibt seiner Lyrik zart elegischen und echt dichterischen Ausdruck. Von den Romantikern hatte er die spielende Leichtigkeit in der Verwendung fremdländischer Formen gelernt, wie sie besonders seine Ghaselen und Sonette zeigen. Mit den Oden glaubte er selbst an Klopstock hinanzureichen. Gleich vollendet sind die Balladen, Romanzen und Idyllen. Erst nach den Jugenddramen Der gläserne Pantoffel, Der Schatz des Rampsinit, Berengar usw. kam in den fehdelustigen Stücken Die verhängnisvolle Gabel und Der romantische Ödipus, die beide gegen Ausschreitungen der gleichzeitigen Dramatik gerichtet sind, vor allem in dem Märchenepos die Abbassiden des Dichters eigene Kraft zur schönsten Geltung. — Wenn Platen selbst für seine schönheitstrunkene Begeisterung nie auf das Verständnis und den Beifall der Menge gerechnet hat, so blieb die Teilnahmelosigkeit seines Volkes allzeit ein Stachel im Leben des Grafen Adolf Friedrich von Schack aus Mecklenburg-Schwerin. Nur vorübergehend im Staatsdienste, hat Schack auf ausgedehnten Reisen im südlichen Europa und im Morgenlande Anregungen, Stoffe und vor allem Farben für seine reiche Dichtung gesucht, der mehr seine Geistesbildung, Form- und Sprachgewandtheit und in Freiligraths Art kühne Reimkunst als Gefühlstiefe und Empfindungsgehalt den eigenen Charakter geben. Weder seine zahlreichen literaturgeschichtlichen Schriften über arabische, spanische und persische Kunst noch die Menge seiner Nachdichtungen indischer, spanischer, portugiesischer und anderer Werke lassen sich aufzählen, zumal Schacks eigene Lyrik, wie Gedichte, Episoden usw., seine Erzählungen, darunter der vorzügliche Roman in Versen Durch alle Wetter, seine Lust- und Trauerspiele ebenfalls für des Dichters nimmer ruhenden Schaffensdrang zeugen. Bei seinem 70sten Geburtstage vermochte ihn die Erhebung in den Grafenstand nur wenig darüber zu trösten, daß sein Volk in ihm den Dichter über dem Förderer und Kenner der malenden Kunst ganz

Platen 1796—1835

Schack 1815—1894

vergaß. — Fruchtlos hat auch Lingg um die Gunst seiner Zeit gerungen und Greif fand
Lingg 1820—1905 erst neuerdings die verdiente Beachtung. Der ehemalige Militärarzt Hermann Lingg aus Lindau versuchte wie mit dem Blicke des Sehers die Völkerwanderung in ihrem weltgeschichtlichen Gehalte zu ergründen und den Ringkampf des nicht sterben könnenden Roms mit dem jugendlichen Ansturme der Germanen in ein anschauliches Bild zu fassen. Daß einer solchen Riesenaufgabe gegenüber die Kraft des Dichters besonders im Fortschritte seines Epos etwas erlahmte, ist begreiflich. Doch bestätigen seine übrigen Epen, seine Lyrik und auch manches in seinen Dramen Linggs dichterischen Beruf. — In Friedrich Hebbel erstand unserem
Hebbel 1813—1863 Schrifttume ein Dichter, der durch Selbständigkeit in Empfindung und Gestaltung, durch dramatischen Schwung und vertiefte Auffassung der Tragik alle Mitbewerber um die Meisterkrone weit hinter sich läßt. In größter Dürftigkeit zu Wesselburen aufgewachsen, kam er doch mit Hilfe wohlwollender Menschen zum Studium. Seinen Erstlingswerken Judith und Genoveva verdankte er eine Reiseunterstützung durch den König Christian VIII. von Dänemark. Er ging nun nach Paris, wo das vielumstrittene Trauerspiel Maria Magdalena entstand, später nach Italien, von wo er gereifter und ruhiger zurückkehrte und sich in Wien verheiratete, — ein früheres Verhältnis hatte er mit den ihm daraus erwachsenen Pflichten unrühmlich abgeschüttelt. Die österreichische Hauptstadt blieb fortan die Stätte seines Wirkens und seiner unablässigen Selbstkultur. Hier schuf er Werke geläuterter Kunst, unter denen Michelangelo, Agnes Bernauerin mit ihrer fast antiken Tragik, Gyges und sein Ring, der Idee nach ebenso absonderlich, wie vollendet in der Form, und die Trilogie Die Nibelungen, die mit dem Schillerpreise gekrönt wurde, obenanstehen. Einsam blieb der hochgesinnte Dichter mit seinem Streben und seinen Anschauungen, deren düstere Herbheit aus dem Zwiespalte in seiner Seele stammt. Die Kraft seiner Leidenschaft bricht sich an einer nachdenklichen, grüblerischen Anlage, die ihn allenthalben den Widerspruch, kaum einmal den Ausgleich erblicken läßt. Wo sich aber seine Dichtergabe rein und unbeeinflußt durch verstandesmäßige Betrachtung entfaltet, da treibt sie wunderbare Blüten, wie in den Gedichten, z. B. Nachtlied, Zwei Wanderer, und den lieblichen Bildern aus seiner Heimat Dithmarschen. — Eine durchaus edle, warme
Greif 1839—1911 Dichtung bietet der ehemalige Offizier Heinrich Frey, der unter dem Namen Martin Greif schreibt, in seinen empfindungsreichen Gedichten, Deutschen Gedenkblättern u. a., wie in seinen Dramen, z. B. Marino Falieri, Corfiz Ulfeldt, Francesca von Rimini, die alles Gemachte und Gekünstelte weit von sich weisen. — Eine überraschende Entwickelung von äußerlicher Formglätte zu gehaltvollen, durch Adel der Sprache wie der
Geibel 1815—1884 Gedanken hervorragenden Schöpfungen war der Muse Emanuel Geibels beschieden. Der spöttische Hinweis auf das Entzücken der „höheren Töchter" ist gegenüber den Zwölf Sonetten für Schleswig-Holstein und den Heroldsrufen, der Folge inniger Lieder in Ada, in den Juniusliedern und Neuen Gedichten mit eposartigen Glanzstücken wie Der Mythus vom Dampf, Der Tod des Tiberius u. a. m., endlich den künstlerisch feinen Lustspielen nicht mehr angebracht. Dagegen versuchte sich Geibel erfolglos im Trauerspiele, seine Brunhild blieb vereinzelt. Der Gunst Friedrich Wilhelms IV., König Maximilians II. und Kaiser Wilhelms I. verdankte der Dichter die freie Entfaltung seiner Kräfte, freilich in den Tagen politischer Aufregung auch heftige
Gottschall 1823—1909 persönliche Angriffe. — In seiner Jugend hat Rudolf von Gottschall die Schwankungen in der Literatur seiner Zeit mitgemacht. Mit den Liedern der Gegenwart und den Zensurflüchtlingen stellte er sich in die Reihen der politischen Dichter, in deren Sinne auch mehrere seiner Dramen, u. a. Ulrich von Hutten, Maximilian Robespierre, Die Marseillaise geschrieben sind. Jungdeutsche Einflüsse wirkten besonders in dem „Hohen Liede vom Weibe" Die Göttin. Auf eigener Spur zeigte den Dichter zuerst das Epos Karl Zeno, dem dann in reichem Strome Erzählungen in Versen, Trauer- und Lustspiele, darunter das ewig wirksame Pitt und Fox, später großangelegte, kunstvoll aufgebaute Romane folgten, durchweg in glänzender Sprache, voll Anschaulichkeit und zumeist, wenn nicht dem Stoffe nach, doch durch den Ideengehalt der Gegenwart zugewandt, als deren dichterischer Vertreter von Gottschall gelten darf. Sein kühnes Unternehmen Die deutsche Nationalliteratur der ersten Hälfte des 19ten Jahrhunderts ist ein dankenswertes Denkmal seines Forscherfleißes und wissenschaftlicher Arbeit, die ihre Selbständigkeit auch in dem Buche Poetik, die Dichtkunst und ihre Formen erwies. —
Jordan 1818—1904 Auch Wilhelm Jordan brachte mit der Sammlung Schaum der Gärung vor 1848 seinen Zoll. In diesem Jahre wurde er Mitglied des deutschen Parlaments, bald aber als Marinerat in den Ruhestand versetzt. Damit begann für ihn die Zeit der Klärung. Eine Art Bekenntnis und Rechenschaft legte er mit dem lang ausgesponnenen Demiurgos ab, einer tiefsinnigen Zusammenfassung der ganzen Geistesbewegung jener Tage, für Jordan

zugleich ihr Abschluß und der Beginn einer neuen Entwickelung. Diese zeitigte dann Schau- und Trauerspiele, besonders aber wohlgelungene Lustspiele, wie Die Liebesleugner, Durchs Ohr. Mehr und mehr aber nahm Jordans Schaffenskraft der Plan in Beschlag, die Nibelungensage neuzubeleben. Er wählte für die beiden Teile Siegfriedsage und Hildebrands Heimkehr, die er selbst als fahrender Sänger vortrug, den Stabreim, der seiner Nachdichtung unleugbar Schwung und seltsamen Klang verleiht. Doch meinte er sein Recht zu diesem Rückgriffe durch Das Kunstgesetz Homers und die Rhapsodik und Epischen Vers und Stabreim erweisen zu müssen. In den Romanen Die Sebalds und Zwei Wiegen beeinträchtigt das Hin und Her der Betrachtung die künstlerische Wirkung. — Alles, was glänzende Sprache, üppige Erfindungskraft, warme Sinnlichkeit und glühende Farbenpracht an Reiz zu bieten vermögen, vereint Paul Heyse in seiner unübersehbaren Dichtung. Vom Märchen und Trauerspiele ging er aus. Doch lag dieses seiner Anlage wohl weniger nahe als die Erzählung, zu der er sehr bald vom Märchen aus vorschritt. Wenigstens stehen seine dramatischen Erfolge nicht im Verhältnisse zur Masse seiner ernsten und heiteren, immer vornehmen Bühnendichtungen, noch weniger zu dem erstaunlichen Beifalle seiner gefeierten Novellen und Romane. Die gleichmäßige Vollendung seiner ungezählten Prosageschichten verbietet, diese oder jene herauszugreifen. Auch von seinen Romanen mögen Die Kinder der Welt und Im Paradiese nur darum genannt werden, weil sich in ihnen Heyses fest auf der Erde haftende, allen Hoffnungen und Rücksichten auf ein Jenseits abholde Denkweise am deutlichsten ausspricht, in die freilich eine ziemlich selbstherrliche Gleichgültigkeit gegen die Grundlagen und Satzungen des bürgerlichen Lebens einbegriffen ist. Diesem mit seiner Nüchternheit und Ehrenhaftigkeit, weit mehr aber noch der Dumpfheit und dem Elende des neuerdings so bevorzugten Hinterhauses steht Heyse fast fremd gegenüber. Die Kreise der Bildung, die Ungebundenheit des Künstlertumes, Hofluft, Schönheit und heißblütige Menschlichkeit: sie in stets neuem Lichte und mit leuchtenden Farben zu schildern, ist Heysens Vorliebe und Stärke. Steht er so in Hinsicht auf die Stoffwahl zu Freytags biederer Lebensanschauung im Gegensatze, so nicht minder zur Wirklichkeitstreue der Gegenwart durch künstlerisches Feingefühl und gedämpfte Darstellung des allzu Menschlichen. Auch seine Gedichte sind durchaus formvollendete Eingebungen einer vornehmen, hochstrebenden und lebensfreudigen Natur.

Heyse geb. 1830

3. Österreichs Sänger.

§ 293. Auch Österreich, wo der Freiheitsgedanke und die Vaterlandsliebe unter dem Lebensgenusse und der heiteren Kunst hinsiechten, wo die Schriften des ebenso sinnlich leichtfertigen wie begabten Friedrich von Gentz (1764—1832) aus Breslau für die einzig echte Staatsweisheit ausgegeben und die politischen und geschichtlichen Erzeugnisse eines Karl Ernst Jarcke (1801—1852), des Mitbegründers der Deutschen Burschenschaft, der später katholisch und Metternichs Gehilfe wurde, eines Emanuel von Hurter (1787—1865), dem Abfall und Wandlungsfähigkeit gleichfalls amtliche Stellung und den Adel dazu verschafften, und anderer aus der Fremde eingewanderter Verfechter ultramontaner und selbstherrlicher Grundsätze als Ausdruck der öffentlichen Meinung hingestellt wurden, vermochte sich des politischen Freisinnes in der Dichtung nicht ganz zu entschlagen. Unter der Metternichischen Polizeiherrschaft und Geistesbedrückung wurden einzelne klagende Stimmen laut, die um so ergreifender und wirksamer zu ihrer Zeit sprachen, als sie mit Würde und Haltung einem strengen, jede freie Äußerung beargwöhnenden Regierungsysteme entgegentraten und dem geknechteten Volke Selbstachtung und Gefühl für Menschenwürde einzuflößen suchten.

Der Chorführer dieser freieren Richtung war Anton Alexander Graf von Auersperg aus Laibach. Unter dem Namen Anastasius Grün machte er sich zuerst berühmt durch das romantische Epos Der letzte Ritter, eine Folge von Romanzen im Nibelungenversmaße, deren Held Kaiser Max I. ist. Freimut, Kraft und dichterischer Schwung zeichnen die Spaziergänge eines Wiener Poeten und die zarten, bilderreichen Elegien Schutt aus. Nach längerer Pause erschienen Die Nibelungen im Frack, eine launige Hofgeschichte aus dem 18ten Jahrhunderte, und der Pfaff vom Kahlenberg, eine Volkssage aus Österreichs heiterer Vergangenheit. Bis zu seinem Tode hat der Graf die deutschliberalen Ideen vertreten. — Kampfesfreude und Zukunftshoffnung atmen in den markigen

Anast. Grün 1806—1876

Gilm 1812—1864

vaterländischen Gedichten des Statthaltereisekretärs Hermann von Gilm, dessen Jesuit und Allerseelen allbekannt geworden sind. — Freiheitshoffnung und weltschmerzliche

Lenau 1802—1850

Friedensehnsucht verschwistern sich in der Empfindungsdichtung von Nikolaus Lenau, eigentlich Niembsch Edler von Strehlenau, aus Csatad in Ungarn. Die Verhältnisse des Elternhauses konnten die schwermütige Anlage des Knaben nur entwickeln. Seinen unsteten Charakter spiegelt sein Leben wider. Nirgends recht seßhaft, lebte er nach großen Reisen, auch in Nordamerika, zu Wien, Ischl und Stuttgart, wo er besonders Kerner nahetrat. Kurz vor seiner Verheiratung verfiel er 1844 einer Geisteskrankheit, der er spät im Irrenhause zu Oberdöbling erlag. Unter seinen lyrischen Gedichten bieten wohl die Schilflieder das Vollendetste an Wohllaut, Bilderreichtum und tiefem, ergreifendem Gefühle. Nach kleineren Erzählungen in Versen, wie Heideschenke, Mischka an der Marosch, Anna, erschienen der episch-dramatische Faust, ein farbenglühendes Abbild des Inneren Lenaus, Savonarola und Die Albigenser. In allen dreien ist der Kampf für religiös-sittliche Freiheit der Grundgedanke. Das letzte Werk, die wild-dramatische Dichtung Don Juan, gab Anastasius Grün nach Lenaus Tode heraus. — Sein Freund

A. von Württemberg 1801—1844

und Kunstgenosse war Alexander Graf von Württemberg. Geboren in Kopenhagen, lebte er in Wien und Stuttgart, wo er sich anfänglich der schwäbischen Dichterschule anschloß. Seine Gedichte, Lieder des Sturms, Gegen den Strom usw. sind weniger

Pyrker 1772—1847

Eingebungen politischer Zerrissenheit als stiller Wehmut und Weckrufe an die für höhere Interessen abgestorbene Gegenwart. — Der ungarische Erzbischof Ladislaus Pyrker von Felsö-Eör erntete mit seinen Heldengedichten nach altklassischem Muster Tunisias (Karls V. Zug gegen Tunis) und Rudolfias (Kampf gegen Ottokar von Böhmen) den Ehrentitel des kunstgerechten Epikers. Doch bezeichnet auch mehr als seine Schauspiele die Lyrik, wie Lieder der Sehnsucht nach den Alpen, des Dichters Eigenart und

Egon Ebert 1801—1882

Kunst. — Ein zweiter Epiker, Egon Ebert, lehnte sich mit Wlasta und dem Idyll Das Kloster mehr an romantische Überlieferungen an. Trefflich sind seine Balladen und seine gefühlsinnigen Gedichte. Er lebte als Bibliothekar des Fürsten von Fürstenberg in Donaueschingen und in seiner Heimat Prag. — Die allgemeine Teilnahme für die Bühne und die Unterhaltung suchende Schaulust kamen den dramatischen Dichtern zustatten. Der

Raimund 1790—1836

Liebling des theaterbesuchenden Volkes war Ferdinand Raimund, den heitere Phantasie nicht vor Schwermut zu bewahren vermochte. Aus Furcht, von einem tollen Hunde gebissen zu sein, gab er sich selbst den Tod. Erst Schauspieler, dann Dichter, hatte er mit der Volkspossе, mit lebensvollen Märchendramen wie Alpenkönig und Menschenfeind, Der Diamant des Geisterkönigs, besonders aber mit dem Volkstücke Der Verschwender durch die wundersame Mischung von Humor und Rührung außerordentlichen

Castelli 1781—1862

Erfolg. — Unerschöpflich in launigem, volkstümlichem Kleinwerk, Rätseln, Schwänken, scherzhaften Bildern, aber auch Romanzen und Balladen war Ignaz Castelli, den eine mühsame Beamtenlaufbahn weder des Mutterwitzes noch angeborener Lustigkeit beraubte. Nachdem er sich mit den Patriotischen Kriegsliedern für die österreichische Armee einen Namen gemacht hatte, erlangte er die Stelle des Hoftheaterdichters, die er besonders seiner Schweizerfamilie zu verdanken hatte. Gesunder Sinn bekundete sich im

Grillparzer 1791—1872

Schicksalstrumpfe, durch den er mit Witz und Spott die Verkehrtheit des Schicksalsdramas bekämpfte. — Diesem schien nämlich die Ahnfrau von Franz Grillparzer anzugehören. Seine Lebensverhältnisse konnten dem dichterischen Schaffen kaum förderlich sein. Langsam stieg er zur Stelle des Archivdirektors empor; 1856 trat er in den Ruhestand. Ein Verhältnis mit Katharina Fröhlich, seiner „ewigen Braut," führte nicht zur Ehe. Er selbst berichtet darüber in den Jugenderinnerungen im Grünen. Vollends aber der Mißerfolg seiner Dramatik enttäuschte und verstimmte den hochstrebenden, ernstgerichteten Dichter in solchem Grade, daß er nach der unverständlichen Ablehnung des Lustspieles Weh dem, der lügt 1839 seine weiteren Schöpfungen Die Jüdin von Toledo, Libussa und Ein Bruderzwist in Habsburg der Öffentlichkeit vorenthielt. Das Verhältnis der Ahnfrau zur „Schicksalstragödie" läßt sich hier nicht erörtern. Neben romantischen Einflüssen macht sich bei Grillparzer vor allem das Studium Calderons und Lope de Vegas bemerkbar. Doch blieb ihm das höchste Ideal für sein Schaffen die reine Klassizität Schillers und Goethes. In ihrem Geiste schuf der Dichter Sappho, Des Meeres und der Liebe Wellen, König Ottokars Glück und Ende, dessen Erfolge die Politik bald ein Ziel setzte, und die vor beiden entstandene Trilogie Das goldne Vlies, eine seelisch vertiefte Dramatisierung der alten Sage von wahrhaft tragischer Kraft. Das dramatische Märchen Der Traum ein Leben gibt sich schon im Titel als Gegenstück zu Calderons Das Leben ein Traum. Unverstanden blieb der freilich seltsame Treue Diener seines Herrn, der mit dem Übermaße von unterwürfiger Ergebenheit als Abfall des Dichters von früheren

Überzeugungen mißdeutet wurde. Richtiger läßt sich seine politische Stellung nach einem Teile seiner Lyrik, z. B. aus dem Liede an Feldmarschall Radetzky („In deinem Lager ist Österreich") und aus den Gedichten gegen Slawen und Ungarn beurteilen. Wie die Jugenderinnerungen bietet auch die Novelle Der arme Spielmann wertvolle Züge zu dem Selbstgemälde des Dichters, dem im Jahre vor seinem Tode die allgemeine Feier zu seinem 80sten Geburtstage die Gewißheit der Namensdauer und der endlich errungenen Anerkennung brachte. — Mit Grillparzers seelenkundiger, packender Tragik kann sich das „Künstlerdrama" des stellvertretenden Burgtheaterleiters Franz Deinhardstein nicht messen. Immerhin hat Goethe seinen Hans Sachs eines „Prologes" gewürdigt. Ebenso vergänglich sind seine ansprechenden Lustspiele gewesen, z. B. Das Bild der Danae, Ehestandsqualen. Deinhardstein 1794—1859

4. Frauenliteratur.

§ 294. Die hohe, durch den langen Frieden begünstigte und über alle Stände und Volksklassen ausgebreitete Kultur und die durch den Mangel großer Taten und Begebenheiten erzeugte Wichtigkeit der literarischen Erscheinungen führten viele, die sich unter anderen, natürlicheren Verhältnissen dem handelnden Leben zugewandt hätten, auf das Gebiet der Wissenschaft, Kunst, Literatur und Schriftstellerei. Auch die Frauen nahmen an dieser Entwickelung ihren Anteil, nirgends zwar schöpferisch, vielmehr stets im Fahrwasser der Richtungen des Tages.

Neben Annette von Droste-Hülshoff (§ 289) gehört zunächst Bettina, eigentlich Elisabeth von Arnim, die erregbare, überspannte Schwester des Novellendichters Clemens Brentano und Gattin Achim von Arnims (§ 82), zur Romantik. Geistreich schildernd, reich an dichterischen Gedanken und Bildern ist Goethes Briefwechsel mit einem Kinde, ein freilich stark phantastisches Denkmal ihrer anbetenden Schwärmerei für den Meister. Einen zweiten Briefwechsel bietet die Günderode. — Karoline von Günderode, unter dem Namen Tian Verfasserin von Gedichten und Phantasien u. a. m., eine krankhaft schwärmerische Natur, suchte, von Creuzer verlassen, den Tod im Rheine. — Später nahm sich Bettinens warmes Herz der notleidenden Klassen mit Feuereifer an, besonders mit den sozialen Schriften Dies Buch gehört dem Könige; nur Eingeweihten verständlich sind die geheimnisvollen Gespräche mit Dämonen. Bettina 1785—1859. Günderode 1780—1806

Auch der Kreis der „gebildeten Jüdinnen" in Berlin bewegte sich in der Romantik, deren zersetzende, Sittlichkeit und Pflicht auflösende Keime dort bedenklich ins Kraut schossen. Im Mittelpunkte stand die „schöne Seele" Rahel Levin, auch eine schwärmerische Verehrerin Goethes und in Zeiten der Not eine Wohltäterin der Armen, wie Bettina. Fesselnd, anregend, empfänglich, zog sie alles in ihren Bann. Nach ihrem Übertritte zum Christentume schloß sie ein dauerndes Verhältnis durch die Ehe mit Varnhagen von Ense (§ 304), der nach ihrem Tode Die Galerie von Bildnissen aus Rahels Umgang und unter dem Titel Rahel, ein Buch des Andenkens für ihre Freunde ihre Briefe herausgab, die, durch zugespitzte, geistreiche Bemerkungen, Urteile und Aussprüche mehr ausgezeichnet als durch gediegene, auf Nachdenken und Erfahrung beruhende Lebensanschauung, den Kampf gegen natürliche Verhältnisse nicht selten als Ausdruck einer höheren, ungewöhnlichen Individualität zur Schau stellen. Um Rahel bewegte sich eine Schar bewundernder Männer wie Friedrich von Gentz (§ 293), Prinz Louis Ferdinand von Preußen (§ 47), der Philosoph und Prediger Schleiermacher, Wilhelm von Humboldt (§ 311) und zahlreiche Anhänger der Romantik. Neben ihr behaupteten sich die ebenfalls übergetretene Henriette Herz, geborene de Lemos, verheiratet mit dem Arzte Herz, die in engerer Beziehung zu dem Prinzen Louis stand, dann die Töchter Moses Mendelssohns, Dorothea, die ihren Gatten Veit verließ und später mit Friedrich von Schlegel katholisch wurde, und Henriette, von W. von Humboldt hoch geschätzt. — Ebenfalls in Berlin lebte vorübergehend die unstete Wilhelmine von Chézy. Zweimal geschieden, wandte sie sich der Schriftstellerei zu mit Rittergedichten und romantischen Erzählungen. Bekannter ist sie als Verfasserin des Textbuches zu Webers Euryanthe. Rahel Levin 1771—1833. von Chézy 1783—1856

Der Berliner Kreis der „empfindsamen Seelen" verfolgte mehrfache Ziele. Ihr Wissensdrang erfaßte philosophische, ästhetische und religiöse Fragen mit gleicher Leidenschaft und Vorurteilslosigkeit: daher auch die seltsame Innigkeit mit christlichen Geistlichen. Freilich lief auch ein gut Teil Schöngeisterei mit unter. Ihr Eintreten für die Befreiung des Judentumes von hergebrachtem Drucke ist menschlich begreiflich, lag auch in der Zeit. Doch bald wurde der Freiheitsbegriff auch auf das eigene Ich erstreckt und gegen jede durch Natur

oder Gesetz gegebene Beschränkung der Sinnlichkeit gewendet. So verschmolz diese Schöngeisterei mit den Bestrebungen des jungen Deutschlands, das seine Vertreterinnen in der

Ida Hahn-Hahn 1805—1880

Gräfin Hahn-Hahn und Fanny Lewald fand. Gräfin Ida Hahn-Hahn war mit einem Vetter gleiches Namens vermählt. Doch entsprach er nicht ihrem Ideal, das der Roman Der Rechte zeichnet. Die Scheidung, auch innere Unruhe und Hang zu ungebundenem Leben wurden der Grund zu einer langjährigen Wanderschaft, bis die Weltdame zuletzt im Kloster den inneren Frieden und die Seelenruhe suchte, die ihr bisher fremd geblieben waren. In ihren Reisebeschreibungen und den überreizt-phantastischen Romanen trägt sie eine vornehme Gleichgültigkeit gegen Herkommen und Sitte zur Schau. Nach ihrem Übertritte verdammte sie in dem Romane Von Babylon nach Jerusalem ihr früheres Streben und Schaffen. Was nun noch folgte, diente nur der Verherrlichung des Katholizismus. — Als

Fanny Lewald 1811—1889

ihre Gegnerin trat mit Diogena, Roman von Gräfin Iduna H. H., die durch Romane und Reisebilder bekannte getaufte Jüdin Fanny Lewald auf. Ziemlich frei in ihren Ansichten, war sie doch im Grunde ihres Wesens der phantastischen Unwahrheit und der Eitelkeit der Gräfin Hahn ganz entgegengesetzt. Jung trat sie zum Christentume über und entfaltete dann, auch in ihrer Ehe mit dem vielseitigen Gelehrten Adolf Stahr, eine sehr fruchtbare schriftstellerische Tätigkeit, zumeist im Sinne der Jungdeutschen gegen die von Kirche, Staat und Gesellschaft gesetzten Schranken, in denen sie nur Hemmnisse der individuellen Freiheit, nur Fesseln des menschlichen Geistes erblickt. — Von der in den literarischen und Künstlerkreisen Berlins herrschenden krankhaften Überspannung lieferte

Ch. Stieglitz 1806—1834
H. Stieglitz 1801—1849

Charlotte Stieglitz, die reichbegabte Gattin des Dichters Heinrich Stieglitz, einen erschütternden Beweis. Ein großer Schmerz, so hoffte sie, werde ihres Mannes dichterische Kräfte voll entfalten. Doch hatte ihr freiwilliger Tod beinahe die entgegengesetzte Wirkung. — Die von den Frauen bevorzugte Gattung war schon in dieser Zeit der Roman.

K. Pichler 1769—1843

Karoline Pichler, vortrefflich erzogen durch ihre Mutter, die als Waise von Maria Theresia zur Vorleserin ausgebildet worden war, verteidigte in Agathokles den veredelnden und beglückenden Einfluß des Christentumes gegen Gibbons (Bd. III) freireligiöse Urteile.

J. Schopenhauer 1760—1838

Weniger bedeutend sind ihre übrigen zahlreichen Romane, zumeist mit geschichtlichen Stoffen. — Johanna Schopenhauer, die Mutter des Philosophen (§ 309), machte sich als Kunstkennerin zuerst bekannt durch die Biographie ihres Freundes Fernow. Dann folgten Reiseschriften, Novellen und Romane. Ihre Tochter Adele schrieb Haus-, Wald- und Feldmärchen.

Aug. von Paalzow 1788—1847

Das Leben der höheren Gesellschaft behandelt mit Vorliebe Auguste von Paalzow in

Fanny Tarnow 1779—1862

Godwin Castle, St. Roche u. a. m. — Fanny Tarnow, die Freundin Klingers, entzückte ihre Leserinnen durch Mädchenherz und Mädchenglück u. a. Beliebt waren

Elise Polko 1823—1889

ferner die Musikalischen Märchen von Elise Polko, geborene Vogel. Wie sie schrieb

Wilh. Hanke 1785—1862

Henriette Wilhelmine Hanke gutgemeinte Romane, z. B. Die Freundinnen, Die

O. Wildermuth 1817—1877

Schwiegermutter, noch erfolgreicher war Ottilie Wildermuth mit ihren Bildern aus dem Klein- und Stilleben besonders ihrer schwäbischen Heimat. — Als lyrische Dichterinnen

L. von Ploennies 1803—1872

haben sich bekannt gemacht Luise von Ploennies durch eigene Gedichte und Übersetzungen

Betty Paoli 1814—1894

Englischer Lyriker des 19ten Jahrhunderts und durch den Sonettenkranz Abälard und Heloise, daneben durch die Erzählung in Versen Mariken von Nymwegen, ein weiblicher Faust und Tannhäuser; dann die Österreicherin Betty Paoli, eigentlich Elisabeth Glück, durch stellenweise schwermütige Gedichte und einen Romanzero. — Für das

Birch-Pfeiffer 1800—1868

Drama ist Charlotte Birch-Pfeiffer wegen ihres ungewöhnlichen Geschickes, Stoffe aller Art in bühnengerechte Form umzuarbeiten, wie Hinko der Freiknecht, Der Glöckner von Notre Dame, Die Waise von Lowood, Die Grille u. s. f. zu nennen. Zu natürlicher Anlage gesellte sich reiche Erfahrung, die sie als Mitglied der Hoftheater in München, wo ihr Gatte, Dr. Birch, bei der Intendantur angestellt war, und Berlin und als Leiterin der Züricher Bühne erworben hatte. — Dramatische Leidenschaft atmet dagegen in den jungdeutsch-kraftgenialischen Stücken von Elise Schmidt, wie Judas Ischariot, Der Genius der Gesellschaft, deren Wirkung sehr verschieden war.

5. Die übrige Literatur.

§ 295. Der deutsche Norden. Die Mannigfaltigkeit der neben- und mehr noch der durcheinanderlaufenden Richtungen und Bestrebungen in der Dichtkunst des neunzehnten Jahrhunderts, die Vielseitigkeit der dichterischen Anlage einzelner, der eine Gattung nicht genügte, endlich der Umstand, daß selbständige Naturen unabhängig von leicht unterscheidbaren Schulen abseits ihre Bahnen verfolgten, erschweren die Einfügung auch nur der bedeutenderen Erscheinungen in ein

bequemes Fachwerk. Deshalb mag ein gedrängter Überblick nach landschaftlichen Gesichtspunkten eine Nachlese und Ergänzung zu den §§ 286 bis 294 bringen.

Die Literatur als nationales Band.

In schwerster Zeit war das Schrifttum fast allein Ausdruck und Stütze des deutschen Nationalbewußtseins gewesen. Dieser Aufgabe blieb es auch fernerhin treu. Je tiefer der von den Klassikern dem gesamten Volke eingeimpfte ästhetische Sinn der Literatur nachzufühlen lernte, um so einiger machte diese die Geister. Fast überall gleichmäßig gepflegt, mehr und mehr wahrhaft national, beseitigte sie die örtlichen Schranken politischer und religiöser Parteiansichten, die nunmehr, allgemein verbreitet, das ganze Vaterland bewegten. Daß die Residenzen mit ihren Schaubühnen, Kunstsammlungen und anregenden gesellschaftlichen Verbindungen, die Universitätsstädte mit ihren Büchereien und ihrem wissenschaftlichen Verkehre, die Hauptsitze des Buchhandels, wie Leipzig, Berlin, Stuttgart, Frankfurt a. M., vorzugsweise Sammelplätze der Schriftsteller und Dichter wurden, liegt in den Verhältnissen selbst begründet; ebenso, daß die vorherrschenden Eigentümlichkeiten dieses oder jenes Volksstammes, die geistige Richtung des Landes oder einzelner hervorragender Persönlichkeiten nicht ohne Einfluß auf den Charakter der Literatur blieben. Aber ein geistiger Mittel- und Brennpunkt, von dem aus sich die Strahlen nach allen Richtungen ausgebreitet hätten, wie früher die thüringischen und sächsischen Lande, fehlte gänzlich. Blieben auch **Berlin** vorzugsweise der Sitz der Philosophie, **München** die Pflanzschule der schönen Künste und später das Heim schöngeistiger Lebenstätigkeit, **Leipzig** und **Dresden** die Herde der literarischen Kritik, dramatischen Kunst und Belletristik, so hatten doch auch andere Gegenden ihr selbständiges geistiges Leben und Wirken.

Der Osten.

Das östliche **Preußen**, namentlich das geistig rege **Königsberg**, hat eine alte literarische Überlieferung, die mit Simon **Dach** begann und durch **Herder**, **Kant**, **Hamann** u. a. neu belebt ward. Doch einerseits blieben die von jeher herrschenden geistigen Gegensätze im Grunde unversöhnt, wie der Mystizismus der Frau **von Krüdener** (§ 78) und ihres Kreises im Hause der Frau Barckley, der späteren Gattin von Schenkendorfs, und **Rupps** freie Kirche (§ 132), in der Politik **Jacobys** (§ 165) leidenschaftliches Treiben. Anderseits war das Land größer im Erzeugen als im Erhalten. Wie früher Herder, Hamann u. a., so entfalteten der Novellenschriftsteller Franz **von Gaudy** und Johannes **Falk**, der Sohn eines armen Perückenmachers in Danzig, ihre Tätigkeit in der Fremde. Jener machte sich durch die **Venetianischen Novellen** und die Erzählung **Aus dem Tagebuche eines wandernden Schneidergesellen** bekannt und starb nach langen Reisen in Berlin. Falk gehörte dem Weimarer Musenkreise an, in seinen Schriften voll Satire und Humor, im Leben ein warmherziger Freund verwahrloster Kinder. Ebenso verbrachten zwei andere Danziger, Otto **Gruppe**, der Verfasser des **Alboin**, der **Königin Bertha** und anderer Romanzen aus der kärlingischen Sage, und Robert **Reinick**, der Maler und Dichter heiterer Natur- und Frühlingsbilder, ihr Leben fern von der Heimat. In neuerer Zeit fand ihr Landsmann, der liebenswürdige Humorist Johannes **Trojan**, als Redakteur des Kladderadatsch in Berlin Zeit zu gewinnenden **Gedichten** und **Scherzgedichten** und stimmungsvollen Betrachtungen, wie **Für gewöhnliche Leute**, **Von drinnen und draußen** u. a. m. Aus Ostpreußen stammt ferner der Geschichtschreiber der Stadt Rom Ferdinand **Gregorovius**, dann Alexander **Jung**, ein Anhänger Jungdeutschlands und später Gegner des Darwinismus, endlich die Naturdichterin Johanna **Ambrosius**, verheiratete **Voigt**, deren **Gedichte**, wie die der bayerischen Volksdichterin Katharina **Koch**, von Karl Weiß-Schrattenthal veröffentlicht wurden. Aus den benachbarten baltischen Provinzen ließen sich in Berlin nieder **Pantenius**, der Schriftleiter des Daheim und kulturgeschichtliche Erzähler **Kurländischer Geschichten**, und der Herausgeber des **Türmers**, Jeannot von **Grotthuß**, der gefühlsinnige Sänger von **Gottfuchers Wanderliedern**, der in seinem **Baltischen Dichterbuche** eine ebenso dankenswerte wie wertvolle Geschichte der Literatur seines Heimatlandes geschaffen hat. Aus Taschkend fand sich der russische Hofrat Friedrich **Dukmeyer** nach München zurück, um das Gymnasiallehramt mit der Tätigkeit des Dramatikers zu vertauschen. In Thorn lebte mehrere Jahre der Humorist in Jean Pauls Art Bogumil **Goltz** aus Warschau, bekannt als Vorleser und Stegreifdichter. In Königsberg wirkten der Philosoph und Literaturforscher Karl **Rosenkranz**, einer der namhaftesten Hegelianer, und der Rechtsphilosoph

Gaudy 1800—1840
Falk 1778—1826
Gruppe 1804—1876
Reinick 1805—1852
Trojan geb. 1837
Gregorovius 1821—1891
Alex. Jung 1799—1884
J. Ambrosius geb. 1854
Pantenius geb. 1843
Grotthuß geb. 1865
Goltz 1801—1870
Rosenkranz 1805—1879

Felix Dahn 1834—1912

Felix Dahn, der in Hamburg geboren wurde. Außer Gedichten und Balladen veröffentlichte er eine Folge von vielgelesenen Romanen, die insgesamt die älteste Geschichte der Germanen und mit Vorliebe ihren Kampf mit der römischen Weltmacht in wirkungsvollem Gegensatze behandeln. Sein Mitbürger, der Gerichtsrat Ernst Wichert, dagegen verdankte seine Beliebtheit weniger seinen Prosaerzählungen als Dramen, besonders Lustspielen. Ein Zögling der Königsberger Hochschule war Julian Schmidt (§ 304), der erst nach Leipzig, dann nach Berlin übersiedelte, das überhaupt je länger je stärker die literarischen Kräfte der Provinzen an- und auffog, zumal von der 1810 begründeten Universität bald die kräftigsten Anregungen auf den mannigfachsten Gebieten (§ 308 ff.) ausgingen. Von der romantischen Gemeinde und den „schönen Seelen" in ihrem Gefolge hat § 294 berichtet. — Nach Berlin entsandte Posen den Literaturgeschichtschreiber Otto Roquette, den beliebten Sänger von Waldmeisters Brautfahrt und dem Tage von St. Jakob, dann den frühverstorbenen Ludwig Jacobowski, der eigene Gefühle und philosophische Gedanken formgewandt aussprach, weiter Karl Busse, einen schwungvollen, der Gegenwart zugewandten Lyriker, als Erzähler nicht frei von der Vorliebe für grelle Wirkungen. Sein Bruder Georg Busse-Palma machte sich durch Lieder eines Zigeuners und Zwei Bücher Liebes- und andere Gedichte voll Kraft und Kühnheit bekannt. — In Stettin beschloß der politische Dichter Robert Prutz (§ 288) seine Irrfahrten, während der mehr markige als formvolle Christian Scherenberg in Berlin großangelegte Schlachtenbilder, wie Waterloo, Leuthen, ausführte und der sinnige, dabei farbenreiche Erzähler und empfindungsvolle Dichter Hans Hoffmann ebenfalls zunächst in der Reichshauptstadt einen Wirkungskreis fand. Hier lebten ferner Gustav vom See, eigentlich von Struensee, aus Pommern, Verfasser zahlreicher Romane, und seine Landsleute, der Dichter und Kunstgelehrte Franz Kugler, vorübergehend auch der Bibliothekar auf der Wartburg Richard Voß, den im Romane wie im Drama Glut der Empfindung und Farbenpracht nur zu leicht übermeistern. — Andere kehrten später in ihre Heimat Schlesien zurück, so Karl von Holtei, der Dichter der Vagabunden und des Singspieles Der alte Feldherr, ferner der Dramen Lorbeerbaum und Bettelstab, Ein Trauerspiel in Berlin u. s. f., und ebenfalls erst am Abende seines Lebens ein zweiter Dramatiker und Romanschreiber, Friedrich von Uechtritz, und der talentvolle Verfasser witziger Epigramme und anziehender Märchen, besonders aber des freigeistigen, auf hegelischen Sätzen aufgebauten Laienevangeliums, Friedrich von Sallet, nachdem er, wegen satirischer Verhöhnung des Soldatenstandes durch kriegsgerichtlichen Spruch verurteilt, den Abschied genommen hatte. Willibald Alexis, eigentlich Wilhelm Häring, der Begründer des geschichtlichen Romanes mit Stoffen aus Preußens Vergangenheit und vom Boden der Mark — allbekannt sind Die Hosen des Herrn von Bredow, — dann der Dichter und Maler August Kopisch, der Entdecker der blauen Grotte auf Capri, ferner Ernst Raupach, der seine bescheidenen Anlagen nach anfänglichen Erfolgen durch Vielschreiberei (Hohenstaufentragödien) ganz verdarb, der in Dramen, z. B. Narziß, und Romanen ebenso fruchtbare wie ungleichmäßige Adalbert Emil Brachvogel, endlich der Possendichter und Mitbegründer des Kladderadatsch David Kalisch folgten dem Zuge nach Berlin. Andere Schlesier, führte das Schicksal anderswohin, so Rudolf von Gottschall (§ 292) nach Leipzig den derb realistischen Gesellschaftschilderer und flotten Lustspieldichter Ernst von Wolzogen nach Weimar, schließlich ebenfalls nach Berlin, wo er zuletzt noch durch die Begründung des „Überbrettls" von sich reden gemacht hat, endlich den Lyriker und Wagnergegner Max Kalbeck als Kritiker nach Wien. Auf seinem Stammgute Tscheidt lebte der freisinnige Lyriker und Erzähler Max Waldau, eigentlich Georg Spiller von Hauenschild, in emsigem Bestreben seiner Kunst und wissenschaftlichen Studien, während der Kinderliederdichter Hermann Kletke in Berlin als Tagesschriftsteller und Hauptleiter der Vossischen Zeitung tätig war. — Hier begann auch „der Vater Jahn" (§ 286) aus der Priegnitz seine Pläne für Volkserziehung und Turnwesen zu verwirklichen. Sein Gaugenosse Gustav Heinrich Gans Edler zu Putlitz, dem seine Märchendichtungen, z. B. Was sich der Wald erzählt, und Lustspiele, besonders Das Schwert des Damokles, die Namensdauer sicherer verbürgen als seine Schauspiele und Romane, war Hoftheaterintendant in Schwerin, dann in Karlsruhe. In Freienwalde schrieb Viktor Blüthgen aus der Provinz Sachsen, ein scharfer Beobachter der Zeit, seine Romane. Wiederum mit Berlin dagegen sind aufs engste verknüpft die Magdeburger Spielhagen (§ 291) und Paul Lindau sowie der Märker Theodor Fontane (§ 291). Paul Lindau eröffnete seine vielseitige Tätigkeit durch die Mitarbeit und selbständige Leitung von Zeitschriften und durch eine Kritik, die weniger durch Tiefe als durch geistreichelnde und absprechende Witzelei Aufsehen erregte. Seine Schulung an französischen Mustern verleugnen weder seine zahlreichen

Wichert 1831—1902

Posen.

Roquette 1824—1896

Jacobowski 1868—1900

Karl Busse geb. 1872

Pommern.

Scherenberg 1798—1881

H. Hoffmann 1848—1909

G. vom See 1803—1875

Franz Kugler 1808—1858

Voß geb. 1851

Schlesien.

Holtei 1798—1880

Uechtritz 1800—1875

Sallet 1812—1843

Will. Alexis 1798—1871

Kopisch 1799—1853

Raupach 1784—1852

Brachvogel 1824—1878

Kalisch 1810—1872

von Wolzogen geb. 1855

Waldau 1822(5)—1855

Kletke 1813—1886

Brandenburg und Provinz Sachsen.

Putlitz 1821—1890

Paul Lindau geb. 1839

Bühnenstücke noch seine sittengeschichtlichen Romane, denen spannender Inhalt und gewandte Darstellung großen Erfolg sicherten. — Ernste Auffassung von Kunst und Leben gibt den Erzählungen seines im Gesandtschaftsdienste weit herumgekommenen Bruders Rudolf Lindau ein vornehmes Gepräge. In Auftreten, Lebens- und Bildungsgang, endlich in seiner Dramatik und seinen Erfolgen bildet Oskar Blumenthal ein Seitenstück zu Paul Lindau; mit seinen Lustspielen teilten sich in den Beifall der Zeit die besonders dem Soldatenleben entnommenen Possen, die Gustav von Moser und die Brüder Paul und Franz von Schönthan gemeinsam verfaßten. Wesentlich anderen Charakter tragen die Volkstücke des ebenfalls sehr beliebten Adolf L'Arronge aus Hamburg. — In Berlin geboren sind Michael Beer, Theodor Mügge, Adalbert von Hanstein und Richard Nordhausen, jetzt Herausgeber der „Gegenwart". Michael Beer, der Bruder des Komponisten Meyerbeer, dichtete in München, wo er zumeist lebte, formschöne Trauerspiele von hohem Gedankengehalte, wie Paria, Struensee. Der für Freiheit begeisterte, vielgereiste Theodor Mügge zeichnete gute Geschichts- und Landschaftsbilder. Ein satirischer Zug geht durch die gedankentiefen Menschenlieder, die Epen und Dramen Adalbert von Hansteins; auf dem Gebiete der erzählenden Dichtung erstand ihm ein mindestens ebenbürtiger, mit großen Erwartungen begrüßter Nebenbuhler in Richard Nordhausen. — Hier mag erwähnt werden ein Vertreter der Wissenschaft, der Philosoph Eugen Karl Dühring, der als vollkommen selbständiger Denker in einer langen Reihe von Schriften vornehmlich der Volkswirtschaft neue Wege zu weisen suchte und sich von ihrem Zusammenschlusse mit der exakten Forschung große Erfolge versprach. Unliebsame Zwischenfälle setzten seiner akademischen Lehrtätigkeit frühzeitig ein Ziel. — Der meistgenannte Bühnendichter der Zeit, Ernst von Wildenbruch, erblickte in Beirut das Licht der Welt. So geteilt die Meinungen über seine Kunst sind: eine mächtige Einbildungskraft, glänzender Ausdruck, ausgebildeter Sinn für dramatisch Wirkungsvolles werden heute allgemein als sein eigen anerkannt, mag er auch manches Mal durch äußerliche oder gewaltsame Mittel die Mängel seiner dichterischen Anlage verbergen. Glücklich in der Wahl seiner Stoffe, hat er in der deutschen, namentlich preußischen Geschichte eine besonders ergiebige Fundgrube erkannt. Daß aber die Bedeutung seiner Kaiser- und Hohenzollerndramen nicht ausschließlich warmem Vaterlandsgefühle zuzuschreiben ist, das können die Erzeugnisse von Joseph Lauff, wie Der Burggraf, Eisenzahn, lehren. Aus dem erwähnten Mangel in Wildenbruchs Dichternatur, einer zu hohen Einschätzung dessen, was Wirkung und Erfolg verheißt, erklärt sich vielleicht sein zeitweiliger Übergang ins Lager des Naturalismus, dem er mit der Haubenlerche und mit Meister Balzer huldigte. Wahre Kabinettstücke begegnen unter seinen Erzählungen in Vers und Prosa, und als Lyriker hat er wenigstens einmal die deutsche Volksseele beim Tode Bismarcks in ihren Tiefen bewegt. Otto von Leixner, der Leiter der Romanzeitung und Literaturgeschichtschreiber, gibt sich als ebenso beschaulichen Denker in seinen Gedichten wie kampfgeübten Streiter in dem gegen Nietzsche gerichteten Romane Also sprach Zarathustras Sohn. — Ein Hauch heißer Sinnlichkeit geht durch die Dichtungen Julius Wolffs und Eduard Grisebachs. Dieser, seit seinem Austritte aus dem diplomatischen Dienste in Charlottenburg lebend, sang im Neuen Tannhäuser und im Tannhäuser in Rom üppigem Liebesrausche ein Preislied, während Wolff aus Quedlinburg, jetzt in Berlin, in seinen Epen Der Rattenfänger von Hameln, Tannhäuser usw. und Romanen, wie Der Sülfmeister, Der Raubgraf, die Romantik neuzubeleben schien. Das wahrer Innerlichkeit bare Spiel mit Gefühlen und Stimmungen, die in das Mittelalter erst hineingetragen werden, hat seiner Dichtung den Namen der „Butzenscheibenlyrik" verschafft. Doch beeinträchtigte dieser Hohn auch Wolffs spätere Erfolge nicht. — Eine auffallende Erscheinung im verständigen und nüchternen Norden war der zum Katholizismus neigende protestantische Pfarrer Wilhelm Meinhold, Verfasser religiöser Gedichte, launiger Reisebilder und des wunderlichen Romans Maria Schweidler, die Bernsteinhexe, auch abergläubischer Verfechter der „Lehninschen Weissagung". — Wismar in Mecklenburg ist der Geburtsort Dahlmanns (§ 304), Kritzow der Hans Kösters, der als Dramatiker mit Maria Stuart, Dem Großen Kurfürsten u. a. keinen ungeteilten Erfolg erzielte. Seine echt deutsche Gesinnung bekundet sich auch in der Liederfolge Kaiser und Reich in Gedichten und in seinem Wirken als Mitglied des Reichstages. Sein dichterisches Lebenswerk wurde freilich verdunkelt durch den glänzenden Erfolg, der den Läuschen und Rimels, Ollen Kamellen und sonstigen plattdeutschen Erzählungen Fritz Reuters beschieden war. Diese Werke voll echten Humors und reicher Menschenkenntnis gehören zu den Lieblingsbüchern unseres Volkes; ebendarum dürfen die Lebensschicksale des schwergeprüften Mannes als bekannt vorausgesetzt werden. Ein erquickender Humor verklärt die liebens-

Rud. Lindau geb. 1829
Blumenthal geb. 1852
G. von Moser 1825—1903
Paul von Schönthan 1853—1905
Franz von Schönthan geb 1849
L'Arronge geb. 1838
Mich. Beer 1800—1833
Mügge 1806—1861
von Hanstein geb. 1861
Nordhausen geb. 1868
Dühring geb. 1833
Wildenbruch 1845—1909
Lauff geb. 1855
Leixner 1847—1907
Grisebach 1845—1906
Jul. Wolff 1834—1910
Meinhold 1797—1851
Mecklenburg. Köster geb. 1818
Fritz Reuter 1810—1874

H. Seidel 1842—1906

würdigen Kleinmalereien Heinrich Seidels aus Berlin. Tief sich einfühlend gerade in das Alltägliche und Unscheinbare, voll teilnehmenden Verständnisses auch für menschliche Schrullen und Absonderlichkeiten, adelt er nach dem bekannten Worte oft, was anderen gemein erschien. Seidel lebt jetzt seiner Muse in der Reichshauptstadt, wo er als Ingenieur am Bau des Anhaltischen Bahnhofs beschäftigt gewesen war. — Ein zweiter plattdeutscher

Schleswig-Holstein.

Dichter, Klaus Groth, stammt aus Holstein. Ein Jahr vor Reuters Läuschen und Rimels erschien sein Quickborn, in dem er die Gefühls- und Gedankenwelt seiner dithmarsischen Landsleute mit begeisterter Liebe für die alte Sitte und Sprache treu und anziehend darstellt. Weitere Erzählungen folgten. Groths wissenschaftliche Kampfschriften gegen das Hochdeutsche fanden sehr geteilte Aufnahme. — Eine dichterische Kraft ersten Ranges, die eine wahrhaft keusche Innerlichkeit der Empfindung mit der Gabe anschaulichster Darstellung paart, war Theodor Storm. Seine Gedichte wie seine Märchen und Novellen sind wahre Perlen unserer Literatur. Mit Vorliebe verklärt er Land und Leute seiner Heimat in ihrer Besonderheit zu stimmungsvollen Bildchen, die im engen Rahmen eine bedeutende Kraft einschließen. Überwiegen auch in Storms Lyrik und Epik die Züge weltfremder Innerlichkeit und traumverlorener Sehnsucht, so kommt doch auch seelische Erregung, nur künstlerisch gedämpft, zu entsprechendem Ausdrucke, bis die letzten Novellen selbst die Nachtseite der menschlichen Natur behandeln. Der Einklang, in den Storm die Form und Sprache zum Inhalte zu setzen weiß, macht ihn zu einem Meister des Stiles. — Über seine Landsleute Hebbel und Jensen vgl. § 292 und § 291. — Wie Hebbel stammt aus Wesselburen Adolf Bartels, dessen geschichtliche Romane, Die Dithmarscher u. a., Zeugnisse schöner Heimatkunst und mit den Gedichten und Dramen auch der Vielseitigkeit des Dichters sind, der mit der Deutschen Dichtung der Gegenwart selbst seinen wissenschaftlichen Beruf erwies. — Zwei Erzählerinnen, Eliza Wille aus Itzehoe und Charlotte Niese von der Insel Fehmarn, zeichnen sich, jene durch den Reichtum inneren Lebens in ihren Romanen Felicitas, Stillleben in bewegter Zeit u. a., diese durch ihre kraftvollen Darstellungen Aus dänischer Zeit usw., vor anderen aus. In jüngster Zeit haben die Romane, zuletzt Jörn Uhl, von Gustav Frenssen mit ihren wirklichkeitsgetreu erschauten und wiedergegebenen Kulturbildern aus dem Leben der Dithmarschen berechtigtes Aufsehen erregt, das durch freimütige Äußerungen einer wahrhaften Religiosität nur gesteigert ward. Diese hat auch Frenssen auf sein Predigtamt verzichten und den freien Beruf des Schriftstellers wählen lassen.

Klaus Groth 1819—1899

Th. Storm 1817—1888

Bartels geb. 1862

El. Wille 1849—1893

Charl. Niese geb. 1854

Frenssen geb. 1863

Hansestädte.

Unter den Hansestädten hat Hamburg einige Namen von Bedeutung aufzuweisen, so den Verfasser der Geschichte von England und Forscher auf dem Gebiete des hanseatischen Rechts, Lappenberg, die Tagesschriftsteller Wurm († 1859) und Aegidi, der, 1825 in Tilsit geboren, später Professor in Bonn und 1872 vortragender Rat im auswärtigen Amte ward, Otto Beneke, der die Geschichten und Sagen der Stadt sinnig bearbeitete. Johann Gottwert Müller, der satirische Gegner der Kraftgenies und Verfasser des Romans Siegfried von Lindenberg, ist in Hamburg geboren und gestorben. Lebrecht Dreves, ein liederreicher Romantiker im Geiste Eichendorffs, vertauschte nach seinem Übertritte die protestantische Vaterstadt mit Feldkirch. Namhafte Schulmänner, wie Classen, Richard Lange, Theodor Hofmann, waren getreue Hüter der geistigen Güter in der Stadt des Weltverkehrs. Hier waren der vielerfahrene Schilderer amerikanischer Zustände und Natur Friedrich Gerstäcker und die dichterisch begabte Kennerin Hamburger Lebens Ilse Frapan, eigentlich Ilse Levien, die Verfasserin von Hamburger Novellen u. a. geboren. Ottensen ist der Geburtsort des gewesenen Lehrers und jetzigen Dramatikers Otto Ernst Schmidt, der sich kurz Otto Ernst nennt. Zwei seiner Stücke, Die größte Sünde und Flachsmann als Erzieher, erinnern an seinen früheren Beruf. Gut angelegt und flott geschrieben, vermögen sie doch kaum auf Lebenswahrheit Anspruch zu erheben. Sinnige Beobachtung zeichnet Ernsts Gedichte und Erzählungen aus. — In Bremen wirkte Krummacher, der Verfasser lieblicher Parabeln, als Prediger. Anregenden Einfluß auf das Zeitungswesen übte u. a. der bayerische Ministerresident Joseph Freiherr von Hormayr aus, der wichtige Beiträge zur Geschichte der Freiheitskriege in seinem Vaterlande in Österreich feindlichem Sinne geliefert hat. Die gelehrte Schule Bremens erblühte unter der Leitung des Ästhetikers Wilhelm Ernst Weber (gest. 1850), den sein Berufsgenosse, der Literaturforscher Johann Wilhelm Schäfer, erfolgreich unterstützte. Eine Übersicht der Bremischen Dichter und Schriftsteller der Gegenwart hat Franzikus Hähnel 1893 veröffentlicht. Aus der langen Reihe heben sich neben Willatzen, der sich in den Übertragungen nordischer Gesänge ebenso formgewandt wie anmutig in eigenen Liedern zeigt, besonders fünf Namen ab. Die gefällige Anmut und Schalkhaftigkeit der Römischen Schlendertage und der Gedichte von Hermann Allmers entstammen einem reichen Ge-

Hamburg.

Lappenberg 1794—1865

Gottwert Müller 1743—1828

Dreves 1816—1870

Gerstäcker 1816—1872

J. Frapan geb. 1852

Otto Ernst geb. 1862

Bremen.

Krummacher 1767—1845

Hormayr 1781—1848

Willatzen geb. 1824

H. Allmers 1821—1902

müte. Natürliche Anlage zu dramatischen Einzelwirkungen ist in des Malers Arthur Fitger Bühnendichtungen, z. B. Die Hexe, unverkennbar; straffe Durchführung der tragischen Ideen scheint ihn weniger zu kümmern; Fahrendes Volk und Winternächte bieten eindrucksvolle Lieder, ebenso Heinrich Bulthaupts Lyrik Durch Frost und Gluten. Wie ernst er es mit der Kunst nimmt, das zeigen sowohl seine eigenen Schöpfungen, z. B. Eine neue Welt, Der verlorne Sohn, in Aufbau und bedeutsamer Handlung als auch die gediegenen Dramaturgien der Klassiker und der Oper. Verdienten Beifall erntete Bernhardine Schulze-Smidt, verwitwete Frau Schulze, mit ungekünstelten, ansprechenden Novellen, die sie anfangs unter dem Namen E. Oswald veröffentlichte, neuerdings auch mit Romanen. — Die Wissenschaft vertritt der Schulrat Konstantin Bulle erfolgreich durch die Geschichte der neuesten Zeit sowie des zweiten Kaiserreichs und des Königreichs Italien, auch als Herausgeber des Geschichtskalenders. — Auf anderem Gebiete scheint die Stärke Lübecks zu liegen. Dankte es doch seinem lübischen Rechte die Ehre, nach 1877 als Austrägal (Schieds-)gericht einen Streit Sachsens mit Preußen zu schlichten. Doch darf es, abgesehen von dem aus Sachsen stammenden Kunstforscher Karl Ludwig von Rumohr, der in Lübeck für seine Bücherei und seine Sammlungen ein eignes Haus erwarb, drei Namen nennen, deren Träger in seinen Mauern geboren sind. Der Dichter der allbekannten Lieder: „Ich komme vom Gebirge her“ und „Von allen Ländern in der Welt“ usw., Georg Philipp Schmidt (Schmidt von Lübeck), gleich bewandert in der Heilkunde, der Rechtswissenschaft und dem Bankwesen, sein Zeitgenosse und ebenfalls Sänger volkstümlicher Lieder, Christian Adolf Overbeck, der Vater des berühmten Malers, und Emanuel Geibel (§ 292) sind Söhne der Hansestadt. — Auch Hannover ist nicht ohne Pflege der schönen Literatur und Kunst geblieben. Die altberühmte Universität Göttingen war ja die Geburtstätte des Hainbundes (Bd. III). Aus Celle stammte der elegische Sänger des Heldengedichtes Cäcilie und Der bezauberten Rose, Ernst Schulze (§ 289). In der Landeshauptstadt dichtete Karl Philipp Spitta seine tiefreligiösen Lieder, u. a. Psalter und Harfe. Dort wurden Georg von Ompteda, dessen kraftvolle Anlage im Verlaufe seines fruchtbaren Schaffens zu immer künstlerischerer und geläuterterer Darstellung erstarkte, besonders im Gesellschafts- und Zeitroman, und der § 398 zu besprechende Heinz Tovote geboren. Auch der Schriftsteller Eckermann, Goethes Gesellschafter im Alter, gehört seiner Geburt nach Hannover an. — Oldenburg, die Vaterstadt des Geschichtschreibers und Staatsmannes Karl von Woltmann, verdankte sein gutes Theater der Tätigkeit des Dichters Julius Mosen aus Sachsen, der seinen Ruf durch Epen und Dramen, in weitesten Kreisen aber durch volkstümliche Lieder, wie Andreas Hofer, Der Trompeter an der Katzbach, Die letzten Zehn vom vierten Regiment u. a., begründet hat. Der Schulmann Karl Mayer, auch als Novellist und Romanschreiber bekannt, der Italien bereist und beschrieben hat, wie Greverus Griechenland, war eine Zeitlang in Oldenburg angestellt. Hier wirkte als Konrektor am Gymnasium Adolf Stahr aus Prenzlau. Als Dichter ohne tiefere Anlage, erstreckte er seine vielseitige Schriftstellerei auf Altertum, Kunstkritik und Literaturgeschichte, Lebensbeschreibungen und Denkwürdigkeiten. Weitverbreitet sind seine Reisebilder Ein Jahr in Italien und Ein Winter in Rom. Mit der Oldenburger Theaterschau unterstützte er Mosens Reformpläne. Abgelehnt wurde seine Ehrenrettung des Tiberius in den Bildern aus dem Altertume. Seine zweite Frau war Fanny Lewald (§ 294) aus Königsberg. — In Braunschweig dichtete der geborene Schweizer Robert Griepenkerl seine Revolutionsdramen Robespierre und Die Girondisten, die eine Zeitlang Aufsehen und Beifall erregten, und Karl Köchy, „der letzte Ritter der Romantik“, Verfasser vieler Dramen und anderer Dichtungen, war Dramaturg und Intendant am Hoftheater. Der Braunschweiger Hans Herrig glaubte als Bedürfnis der Zeit eine volkstümliche Bühne und Kunst zu erkennen; einen Grundstein dazu legte sein Festspiel Martin Luther, dem der Columbus folgte. Mehr noch als er im Volksstücke wurde der ganz eigenartige Wilhelm Raabe für die Erzählung vorbildlich. Im Grunde seiner Seele der haftenden Gegenwart abgewandt, müßte Raabe nach seiner Vorliebe für seltsame Menschen, Zustände und Vorgänge der Romantik zugezählt werden, verfügte er nicht über eine außerordentliche Kraft realistischer Darstellung. Mit ihr vereinen sich warm menschliches Gefühl, geschärfter Blick für Tüchtigkeit auch im Unscheinbaren und unter schrullenhafter Hülle, versöhnender Humor als Retter aus trübem Pessimismus, endlich ein fast ahnungsvolles Verständnis fremden Seelenlebens zu Schöpfungen, die, vielleicht einzig in ihrer Art, gerade darum zur Nachahmung reizen und diese durch die Gleichgiltigkeit des Vorbildes gegen geschlossenen Aufbau als erfolgreich erscheinen lassen mußten. Tatsächlich bilden z. B. die Chronik der Sperlingsgasse, Der Hungerpastor, Der Schüdderump u. a. den Ausgangspunkt einer neuen Art der Erzählung. — Das Schaumburger Ländchen ist

Fitger 1840—1909
Bulthaupt 1849—1905
B. Schulze-Smidt geb. 1846
Konst. Bulle 1844—1905
Lübeck.
Rumohr 1785—1843
G. Ph. Schmidt 1766—1849
Overbeck 1755—1821
Hannover.
Spitta 1801—1859
Ompteda geb. 1863
Eckermann 1792—1854
Oldenburg.
Woltmann 1770—1817
Mosen 1803—1867
Karl Mayer geb. 1808
Adolf Stahr 1805—1876
Braunschweig.
Griepenkerl 1810—1868
Herrig 1845—1892
Raabe 1831—1910
Schaumburg.

V. von Strauß 1809—1899

die Heimat des Epikers und Dramatikers Viktor von Strauß, der besonders seine Novellen und Romane zu Trägern rückschrittlicher und strenggläubiger Ideen machte, und

Waldeck.

Korbach in Waldeck die Geburtstadt des Freiherrn Karl Josias von Bunsen, der als

von Bunsen 1791—1860

Niebuhrs Nachfolger in Rom wichtige Verhandlungen mit Geschick erledigte, zugleich der Mittelpunkt der Altertumsforschung war, später als preußischer Gesandter auch in London durch gelehrte Arbeiten über das alte Ägypten und zur Kirchengeschichte die deutsche Wissenschaft im Auslande würdig vertrat. Seine Briefe über die Zeichen der Zeit sind hochherzige Kampfschriften für Duldung, Humanität und Gewissensfreiheit, das unvollendete Bibelwerk für die Gemeinde, eine neue Übersetzung der Heiligen Schrift mit Erklärungen, geschichtlichen Einleitungen und Ausführungen, ein Zeugnis seines allzeit betätigten kirchlichen Sinnes. — Im ehemaligen Kurhessen, wo jahrelang eine volksfeindliche Regierung und ein eigennütziges Herrscherhaus den geistigen Interessen jede Aufmunterung versagten (§ 128, 190), vermochten einige Schulmänner in Fulda und Kassel und einige Professoren der Universität Marburg die literarische und künstlerische Öde nur dürftig zu befruchten. Der gewandte Romanschriftsteller Heinrich König war, seitdem Dingelstedt (§ 286) aus Fulda weggezogen, mit den Klubisten in Mainz, Den Waldensern, König Jeromes Karneval usw. einer der wenigen Pfleger schöner Wissenschaften. August Friedrich Christian Vilmar hat den guten Namen, den ihm seine Geschichte der deutschen Nationalliteratur und seine Sprachforschung erwarben, durch seine spätere rückschrittliche Tätigkeit und die Verschrobenheit seiner kirchlichen Schriftstellerei (§ 190) verunziert. Ernst Koch, der Verfasser von Prinz Rosa Stramin, suchte nach einem Leben voll innerer Zerrissenheit und äußerer Abenteuer Ruhe in der katholischen Kirche. Hessische Kinder waren auch die Gebrüder Grimm (§ 302). — Aus der Universitätstadt Gießen, dem Wohnorte des später nach München übergesiedelten Philosophen Carrière (S. 586), stammte der Sohn des Verfassers der Deutschen Nationalliteratur seit dem Anfange des 18ten Jahrhunderts, Joseph Hillebrands aus Hannover, Karl Hillebrand. Nach dem badischen Aufstande flüchtete er nach Paris, wo er als Lehrer fremder Literaturen lebte. Seit 1870 widmete er sich in Italien ausschließlich der deutschen Literatur, deren geistvollster Essayist er geworden ist. Auch das aus der Geschichte der Burschenschaft (§ 100) bekannte Bruderpaar Follen gehörte der Gießener Hochschule an. Nach der Flucht lebte Adolf Ludwig Follen in Zürich, wo er Ende 1855 starb, und Karl Follen in Nordamerika, bis er im Jahre 1840 auf einem brennenden Dampfschiffe umkam. Pfarrer Oeser († 1859) hat unter dem Namen Glaubrecht eine Reihe hessischer Volks- und Dorfgeschichten von religiös-sittlichem Geiste, wie Fluch und Segen, Die Heimatlosen, Das Wassergericht, erscheinen lassen. Neuerdings hat diese Heimatkunst in Valentin Traudt einen begabten Vertreter gefunden.

Kurhessen.

König 1790—1869

Vilmar 1800—1868

Ernst Koch 1808—1858

Hessen-Darmstadt.

Karl Hillebrand 1829—1884

Thüringen.

Thüringen mit der Wartburg, dem ehemaligen Sammelplatze der Minnesinger, und mit Weimar, dem glänzendsten Musensitze der Neuzeit, hatte an seiner großen Vergangenheit einen starken Anhalt und einen reichen Schatz von Erinnerungen. Weimar erlebte nach der literarischen Blüte eine musikalische Blüte, die vor allem an den Namen Liszts (§ 298) geknüpft ist. Hier wurde 1864 die Deutsche Shakespearegesellschaft gestiftet, die, wie die später begründete Goethegesellschaft, in einem Jahrbuche die Ergebnisse der Forschung sammelt. Mustergültig und maßgebend für den Wortlaut der Werke Goethes ist die nach ihrer hohen Förderin genannte Sophienausgabe. Hierher wurde auch die Deutsche Schillerstiftung, die 1859 in Dresden begründet worden war, 1890 endgültig verlegt, mit Rücksicht auf ihren Sekretär Julius Grosse, der sich als seelenvoller Lyriker, mehr noch durch Epen, wie das Mädchen von Capri, Gundel vom Königssee, Anerkennung erwarb und sogar versuchte, die ereignisvolle Zeit von 1866 und 1870 zu dem Heldengedichte Volkramslied zu gestalten. In Weimar lebte der Altertumsforscher und Kunstgelehrte Adolf Schöll aus Brünn als Direktor der Sammlungen, vorübergehend auch der als Geschichtsforscher, Philosoph, Tagesschriftsteller und besonders durch seine politische Tätigkeit bekannte Karl Biedermann (§ 304) aus Leipzig. Wie er suchte in Gotha Schutz vor Verfolgung Gustav Freytag (§ 291); hier dichtete Eduard Tempeltey aus Berlin sein lyrisches Mariengarn und Dramen. Aus Pommern stammte der vielgenannte Vorleser und Verfasser von Schillers Leben Emil Palleske. Er starb in der Nähe von Eisenach. Albert Lindner aus Sulza, dessen Dramen, namentlich Die Bluthochzeit, Großes versprachen, endete in Irrsinn zu Dalldorf. — Die lebenskräftige Universität Jena blieb ein Hort der freien Forschung, besonders auf theologischem Gebiete. Über Haeckel vgl. § 309, 315. — Einer früheren Zeit gehören an die Romane Ernst Wagners aus Meiningen, besonders Wilibalds Ansichten des Lebens, und Augusts von Tromlitz, wie sich von Witzleben nach seinem Stammgute nannte, sowie die

Grosse 1828—1902

Ad. Schöll 1805—1882

Karl Biedermann 1812—1901

Palleske 1823—1880

Alb. Lindner 1831—1888

Ernst Wagner 1769—1812

von Tromlitz 1773—1839

Dichtungen der Übersetzerin von Tegnérs Frithjofsage, Amalie von Helwig, die als Fräulein von Imhoff durch Goethe bekannt ist, endlich „der Wanderer nach Syrakus", Johann Gottfried Seume, eine der eigentümlichsten Erscheinungen in unserer Literatur, den sein märchenhaft wandelvolles Leben durch fast ganz Europa geführt hat. Besser als durch seine schreibselige Vielseitigkeit machte sich Ludwig Bechstein als Herausgeber des Deutschen Märchenbuches und des Thüringischen Sagenbuches verdient. Köstritz ist der Geburts- und Wirkungsort des Konsistorialrats Julius Sturm, des Verfassers lyrischer Gesänge und frommer Lieder in konservativem und gläubigem Sinne. Sein Sohn August Sturm, Rechtsanwalt in Naumburg, trat mit gedankentiefen Epen, Nachdichtungen alter Sagen und mit Dramen in des Vaters Fußstapfen. Über Otto Ludwig vgl. § 291. Die erzählende Dichtung pflegten Luise von François, besonders in der letzten Reckenburgerin und den Stufenjahren eines Glücklichen, die Marlitt, eigentlich Eugenie John, mit vielgelesenen „Gartenlaubenromanen" und Helene Böhlau, Frau Al Raschid Bey, die sich mit den Ratsmädelgeschichten und dem Rangierbahnhof in der ersten Reihe ihrer Kunstgenossinnen einen Platz errang, auf den freilich ihr Halbtier keinen Anspruch mehr machen kann. Harmlos erquickliche Klänge schlägt Rudolf Baumbach aus Kranichfeld in seiner an Scheffel gemahnenden Lyrik: Thüringer Lieder, Enzian, ein Gaudeamus für Bergsteiger, Spielmannslieder usw. an, mag ihr auch der Makel der „Butzenscheibenlyrik" (S. 577) nicht grundlos angeheftet werden. Wirkliche Eigenart offenbart sich dagegen in Baumbachs Epen, vor allem Zlatorog, in Sommermärchen und Truggold. Mehr als eine getreue Wiedergabe des Lebens und der Sitten seiner Heimat beabsichtigt der tiefblickende Heinrich Schaumberger in den Erzählungen Vater und Sohn, Fritz Reinhardt u. a. — Sachsen, der alte Sitz protestantischer Kultur, behauptete seinen literarischen Ruhm, wenn auch seit dem Übertritte des Herrscherhauses in Dresden die Kunst mehr zur Geltung kam als Wissenschaft und Schrifttum. Um Tiedge (§ 82), der hier den Abend seines Lebens verbrachte, sammelte sich ein Kreis vornehmer Liebhaber der Dichtung, dem u. a. Arthur von Nordstern, wie sich der Minister von Nostitz-Jänckendorf aus der Oberlausitz nannte, der Dichter Geselliger Gesänge und der Sinnbilder der Christen, und der Sänger der Jüngeren Urania, Hohlfeldt, angehörten. Um Tieck als Mittelpunkt bewegten sich Friedrich Kind aus Leipzig, der nur durch die Ballade Georg Neumark und die Gambe und durch den Text zum „Freischütz" nach einer Erzählung im Gespensterbuche des Leipziger Ratsherrn Johann August Apel fortlebt, die Enkelin der Karsch, Helmine von Chézy, die gleichfalls ihren Namen einem Textbuche und zwar dem zu Webers „Euryanthe" dankt, der als Theodor Hell schreibende Hoftheaterdirektor Winkler, der Lyrik und Dramatik gleichmäßig verwässerte, aber eine brauchbare Übersetzung der „Lusiaden" von Camoens gab und als Herausgeber der „Abendzeitung" nicht ohne Einfluß auf den Geschmack seiner Zeit war, endlich sein Mitarbeiter Karl Förster aus Naumburg, der als Übersetzer Dantes und Petrarcas wie durch eigne Gedichte schöne Anlage bekundete. — Mit Tromlitz (S. 580) wetteiferte auf dem Felde des Romanes der unerschöpfliche Friedrich Gustav Schilling, ein sächsischer Offizier, mit dem sich an Erfolg nur Friedrich Laun, eigentlich Schulze, messen konnte. Er war Herausgeber der „Abendzeitung" und mit Apel des Gespensterbuches. Der Dramatiker von Maltitz aus Königsberg, Verfasser von Hans Kohlhas, Oliver Cromwell usw., starb in Dresden. Gutzkow (§ 287) und Otto Ludwig (§ 291) sowie der Maler Robert Reinick aus Danzig, der Dichter herziger Kinderlieder und der launigen Lieder eines Malers, ließen sich in Dresden nieder; hier ist der Novellist und erbauliche Lyriker Julius Hammer geboren und gestorben, Robert Waldmüller, eigentlich Eduard Duboc, schrieb hier seine Idyllen und Romane. Während seiner Haft auf dem Königsteine, später im Zuchthause (§ 175) suchte Otto Heubner in der Dichtkunst durch die Klänge aus der Zelle in die Heimat und in Übertragungen englischer Lyrik Trost und Erhebung. Leider war Sachsen auch das Quellgebiet des Stromes der seichten Almanach- und Blumenlesenliteratur. — Eine besondere Bedeutung und Anziehungskraft behauptete Dresden durch die weltberühmte Gemäldegalerie und zahlreiche Kunstsammlungen, die unter der Obhut des Literaturforschers und Altertumskenners Hermann Hettner (§ 304), neuerdings Karl Wörmanns, des Dichters der Liederfolge Zu zweien im Süden, geschmackvoll und zeitgemäß erweitert wurden, sowie durch seine Theater, für deren Oper einst Karl Maria von Weber (§ 298) und der Liederkomponist Karl Gottlieb Reissiger tätig waren und Richard Wagner (§ 298) als Kapellmeister die ersten seiner großen Musikdramen schuf. Der Lehrer an der technischen Hochschule Adolf Stern, eigentlich Adolf Ernst, selbst Dichter und namhafter Erzähler, förderte die literarische Kenntnis und das ästhetische Urteil weiter Kreise durch die besonnene Kritik seiner mannigfaltigen Arbeiten

A. von Helwig 1776–1831
Seume 1763–1810
Bechstein 1801–1860
Jul. Sturm 1816–1896
L. von François 1817–1893
Marlitt 1825–1887
Hel. Böhlau geb. 1859
Baumbach 1840–1905
Schaumberger 1843–1874
Sachsen.
Dresden.
Tiedge 1752–1841
Friedr. Kind 1768–1843
Apel 1771–1816
von Chézy 1783–1856
Th. Hell 1775–1856
Karl Förster 1784–1841
Schilling 1766–1839
Friedr. Laun 1770–1849
Maltitz 1794–1837
Reinick 1805–1852
Jul. Hammer 1810–1862
Rob. Waldmüller 1822–1910
Heubner 1812–1893
Ad. Stern 1835–1907

Kirchbach 1857—1903

zur Geschichte unseres Schrifttumes. Mit der Elbestadt ist auch der Name Wolfgang Kirchbachs verknüpft, dessen literarisches Schaffen, wie die Romane Salvator Rosa, Der Weltfahrer u. a., die Dramen Die letzten Menschen, Des Sonnenreiches Untergang usw., endlich die philosophischen Schriften Was lehrte Jesus? und Das Buch Jesus durchweg eigentümliche Anlage und hochstrebende Selbständigkeit bekundet.

Avenarius geb. 1856

Unbeirrt vom Lärme des Tages sucht der Herausgeber des Kunstwarts, Ferdinand Avenarius aus Berlin, Erscheinungen und Gedanken der Gegenwart im idealistischen Sinne mit den Mitteln alter guter Kunst darzustellen.

Lausitz.

Doch ist keiner der lebenden Dichter Sachsens zu gleicher Berühmtheit gelangt wie

Polenz 1861—1903

Wilhelm von Polenz aus der Oberlausitz, dessen Büttnerbauer, in fast alle Kultursprachen übersetzt, seinen Weg auch über das Weltmeer fand. In der Reihenfolge seiner Romane spiegelt sich der Entwickelungsgang der Erzählerkunst und der Lebensanschauung ihres Verfassers. Immer geht er vom äußeren oder inneren Selbsterlebnisse aus, dessen Rückschlag auf den sinnenden Betrachter eine neue Stufe in seinem persönlichen oder künstlerischen Werden begründet. Wechselvoll gestaltet sich so der Weg von den Lehrjahren inmitten des neuen Sturmes und Dranges, den einer der letzten Romane, Wurzellocker, schildert, über den vielverketzerten Pfarrer von Breitendorf hinweg zur überwältigenden Tragik des Büttnerbauers, zu den wohlüberdachten Reformplänen im Grabenhäger und zur feinen Seelenmalerei in Thekla Lüdekind. Die Wahrhaftigkeit des Dichters ist eben zu stark, um nicht ungescheut den durch neue Einsicht überwundenen Standpunkt zu verlassen. Nicht an der Oberfläche liegt somit die wesentliche Bedeutung von Polenzens Werken, deren eindrucksvolle Eigenart nicht zuletzt das Ergebnis reicher allgemeiner Kenntnisse, gewissenhaften Studiums auch des Kleinlebens, endlich angeborener Kraft zu realistischer Wiedergabe des scharf Beobachteten ist. Als Dramatiker geht Polenz auf die Wirkungen der großen typischen Kunst aus, besonders in Junker und Fröner.

Wetzel 1779—1819

Ein anderer Oberlausitzer, der Lyriker und Humorist Karl Wetzel, lebte als Arzt in Dresden und seit 1810 als Zeitungsleiter in Bamberg.

Lotze 1817—1881

Wie er ist in Bautzen geboren der Göttinger Professor Rudolf Hermann Lotze, unter dessen philosophischen und medizinischen Werken sein Mikrokosmus obenansteht.

Leop. Schefer 1784—1862

Durch seinen Bildungsgang ist Leopold Schefer mit Bautzen verknüpft. Den Ertrag weiter Reisen legte er in farbensatten, lebensvollen Erzählungen nieder. Bekannter haben ihn jedoch seine lehrhafte Dichtung, vor allem das pantheistisch angehauchte Laienbrevier, wie sein Verkehr mit dem Fürsten

Pückler-Muskau 1785—1871

Pückler-Muskau (§ 287) gemacht, auf dessen Stammsitze, dem durch herrliche Parkanlagen ausgezeichneten Muskau, Schefer ein sorgenloses Unterkommen fand. —

Leipzig.

Eine glänzende Stelle in der neueren Literatur nimmt Leipzig ein, der große Büchermarkt und der Hauptsitz „des jungen Deutschlands“ (§ 287). Universität, Buchhandlungen, Zeitschriften, Theater und Konzerthaus, die Messen, dazu der Einfluß eines ununterbrochenen literarischen Lebens haben der Stadt von jeher das Gepräge von Bildung, Wissenschaftlichkeit und Kunstsinn verliehen, so daß sie vorzugsweise als Musenstadt galt und Schriftsteller, Dichter und Gelehrte anzog. Auch die ernste Tonkunst hat in Leipzig, dem ehemaligen Wirkungsorte des großen Sebastian Bach, besonders durch Felix Mendelssohn-Bartholdy (§ 298), den Thomanerchor und seine Kantoren, in letzter Zeit durch den Bachverein ausgezeichnete Pflege erfahren. Endlich sind neuerdings der Malerei und Bildhauerkunst hervorragende Vertreter erstanden in Klinger, Seffner (398) u. a. m. — Der älteren Zeit gehören an der Kaufmann

Gerhard 178 —1858

Wilhelm Gerhard mit volksliedartigen Gedichten und Verdeutschungen,

Ad. Böttger 1815—1870

wie der Übersetzer Byrons, Adolf Böttger, dessen erzählende Dichtungen, z. B. Die Pilgerfahrt der Blumengeister, von vollendeter Zartheit sind.

Mahlmann 1771—1826

Der aufgeklärte August Mahlmann schrieb außer Gedichten den gegen Kotzebue gerichteten Herodes vor Bethlehem.

Marggraff 1809—1864

Hermann Marggraff, Verfasser humoristischer Romane, war in der Leitung der „Blätter für literarische Unterhaltung“ der Vorgänger

O. Marbach 1810—1890

Rudolf von Gottschalls (§ 292). Neben Übersetzungen gab der unermüdliche Oswald Marbach, Professor der Philosophie, besonders Dramen heraus, worin ihm sein formgewandter Sohn

H. Marbach geb. 1841

Hans Marbach folgte.

J. Minckwitz 1812—1885

Auf Platens Spuren wandelte Johannes Minckwitz mit Liedern und Oden.

Herloßsohn 1804—1849

Auch sein Lehrbuch der deutschen Verskunst stellt die strengsten Forderungen an den Dichter. In Leipzig starb der Verfasser geschichtlicher Romane und der Dichter des Buches der Lieder Karl Herloßsohn aus Prag; dort fand sein

Kuranda 1812—1884

Landsmann Ignaz Kuranda Zuflucht als Leiter der „Grenzboten“, die dann Gustav

Ebers 1837—1898

Freytag (§ 291) und Julian Schmidt (§ 304) zu einer Zeitschrift von maßgebendem Einflusse erhoben. Dort suchte ferner der Kenner des ägyptischen Altertums, Georg Ebers, die Ergebnisse seiner Wissenschaft im „archäologischen Romane“ dichterisch zu verwerten, indem er Menschen und Zustände jener fernen Vergangenheit durch ungeschichtliche Beimengung von Gedanken und Empfindungen der Gegenwart dem Leser verdeutlichen und menschlich

näherbringen wollte. Den außerordentlichen Erfolg seiner lehrhaften Erstlingswerke vermochten sich die späteren, künstlerisch reineren Romane nicht zu wahren. Eine Zeitlang lebte als Herausgeber dichterischer Zeitschriften Ernst Eckstein in Leipzig. Auch er versuchte sich im geschichtlichen Romane; glücklicher war er jedoch in der Behandlung zeitbürtiger Stoffe, wie Camilla, Familie Hartwig, Themis, während Der Besuch im Karzer ihn zum Liebling der Jugend höherer Schulen machte. Über Julius Mosen aus Marienen vgl. S. 579. Ernst Eckstein 1845—1900

§ 296. Die Rheinlande und Süddeutschland. In den regsamen Städten des Rheines, namentlich in Düsseldorf, wo eine der Münchner ebenbürtige Kunstschule blühte, in Bonn mit der berühmten Universität, wo Arndt (§ 83), Dahlmann (§ 162, 304) u. a. wirkten, in dem bewegten Frankfurt mit seinen großen Erinnerungen, seinem Wohlstande und seiner für Kunst, Literatur und jegliche Bildung empfänglichen Bürgerschaft wurden die mannigfachen Gebiete geistigen Lebens mit Eifer und Erfolg bearbeitet. Karl Immermann (§ 289), der Dramendichter Christian Grabbe, ein verwildertes Talent, bei dem die gärende Leidenschaft nie zur Klarheit und Besonnenheit durchzudringen vermochte, der Anhänger der schwäbischen Schule (§ 290) Christoph Joseph Matzerath und der jung verstorbene Adolf Schults, ein Kaufmann in Elberfeld, der die Epen Martin Luther und Ludwig Capet dichtete, der Bearbeiter und Sammler altdeutscher Heldensagen und Volkslieder Karl Simrock, der dichterische Domherr Smets, ein Sohn der Sophie Schröder (Bd. III), der Kritiker und Romanschriftsteller Levin Schücking, dessen Gattin Luise ebenfalls eine treffliche Erzählerin war, der beliebte Verfasser zahlreicher Lustspiele, wie Doktor Wespe, Das bemooste Haupt u. a. m., Roderich Benedix aus Leipzig, Gottfried Kinkel (§ 288), der gelehrte Kunstgeschichtschreiber und Kunstkenner Karl Schnaase aus Danzig u. a. m. lebten an den Ufern des Rheins, dessen Sagen die Dichterin Adelheid von Stolterfoth, Karl Geib, Wolfgang Müller (von Königswinter) gesammelt und bearbeitet haben. Außer Balladen und Romanzen haben besonders das Liederbuch „Mein Herz ist am Rhein“ und das überall beifällig aufgenommene Lustspiel Sie hat ihr Herz entdeckt Müllers Namen bekannt gemacht. Der durch Bildung, Welt- und Menschenkenntnis ausgezeichnete Novellist und Verfasser kunstvoller Romane, wie Scipio Cicala, Die neue Medea u. a., Josef von Rehfues, lebte als Kurator der neuen Universität in Bonn, wo der Dichter des vielgesungenen Rheinliedes vom Jahre 1840: „Sie sollen ihn nicht haben“ usw., Nikolaus Becker (§ 288), geboren ist. Der durch seine Forschungen zu Italiens Geschichte, Landeskunde und Kunstgeschichte bekannte Alfred von Reumont wurde 1808 in Aachen geboren. Aus Westfalen stammten der Sänger von Dreizehnlinden, Friedrich Wilhelm Weber, und der feinsinnige, vaterlandsliebende Dichter Emil Rittershaus. Größte Anschaulichkeit zeichnet die sehr subjektiven, mitunter auch gewagten Erzählungen von Klara Viebig (Frau Cohn) aus Trier aus. Gegenüber ihrer bewußten Richtung auf die Gegenwart und ihre Schattenseiten versenkt sich ein anderer Rheinländer, der gemütvolle Ernst Lenbach, eigentlich Ernst Müllenbach, in seinen Romanen Auf der Sonnenseite, Die Hansebrüder usw. gern in die Eigentümlichkeit der heimatlichen Vergangenheit. Gustav Pfarrius, Gymnasiallehrer in Köln, besang das Nahetal und der schreibfertige Superintendent von Sobernheim, Örtel, der sich nach seinem Geburtsorte W. O. von Horn nannte, verfaßte volkstümliche Erzählungen in christlich-gläubigem Sinne, z. B. Friedel, auch den Volkskalender Die Spinnstube. Kurz vor seinem Tode vollendete er noch das Werk Der Rhein, Geschichte und Sagen seiner Burgen, Abteien, Klöster, Städte. In Mannheim und abwechselnd in anderen Städten lebte Otto Müller, der in biographischen Romanen, wie Bürger, ein deutsches Dichterleben, dann Der Stadtschultheiß von Frankfurt, Talent und achtbare Studien an den Tag legte. In Charlotte Ackermann behandelt er die unselige Liebe dieser gefeierten Hamburger Schauspielerin aus Lessings Zeit zu einem Wüstlinge, einem däniſchen Werbeoffizier. — In Frankfurt ließ sich Jordan aus Ostpreußen (§ 292) nieder. Dort wurde Ludwig Fulda geboren, der, anfänglich der nachklassischen Richtung zugetan, seit seiner Ansiedelung in Berlin mehr und mehr der sogenannten Moderne Gefolgschaft leistete. Unter diesem Einflusse verwandelte sich seine witzige Satire in den Lustspielen Die Aufrichtige, Das Recht der Frau u. a. in stark herausgetriebene Tendenz, besonders in den Dramen Das verlorene Paradies und Die Sklavin. Ein abermaliger Wandel ließ den Dichter zum Märchendrama greifen, zuerst mit dem vielbesprochenen Talisman, bis er sich später sogar im geschichtlichen Trauerspiele versucht hat. Wie in all diesen Stücken zeigt Fulda auch als Übersetzer in den Meisterwerken Molières eine außerordentliche Sprachgewandtheit. — Darmstadt ist die Heimat des verdienstvollen Gervinus (§ 304). In der Nähe waren Georg Christoph Lichtenberg (Bd. III) und Georg Büchner

Grabbe 1801—1836
Matzerath 1815—1876
Simrock 1802—1876
Smets 1796—1848
Lev. Schücking 1814—1883
Benedix 1811—1873
Schnaase 1798—1875
Müller von Königswinter 1816—1873
Rehfues 1779—1843
Nik. Becker 1809—1845
Westfalen.
F. W. Weber 1813—1894
Rittershaus 1834—1897
Klara Viebig geb. 1860
Müllenbach 1862—1901
Pfarrius 1800—1884
Fr. W. Örtel 1798—1867
O. Müller 1816—1894
Frankfurt.
L. Fulda geb. 1862
Darmstadt.

G. Büchner 1813—1837

geboren, dessen Umsturzdrama Dantons Tod große Erwartungen erregte, aber auch neben seinen politischen Umtrieben Anlaß zu seiner Flucht ins Ausland wurde. An der Bergstraße lebte die Dichterin und gewandte Übersetzerin, besonders Englischer Lyriker des 19ten Jahrhunderts, Luise von Ploennies (§ 294). Sie starb in Darmstadt ein Jahr nach dem Tode ihres Sohnes, des Militärschriftstellers Wilhelm von Ploennies, der sich auch durch Gedichte und als Ludwig Siegrist durch einen humoristischen Soldatenroman bekannt gemacht hat. — Heidelberg mit der altehrwürdigen Universität und den geschichtlichen Überlieferungen, die mit Schloß und Stadt verknüpft sind, war jahrzehntelang der Hauptsitz romantischer Bestrebungen. Hier befand sich die weltberühmte Kunstsammlung der Brüder Boisserée, hier bildeten die Studien von Daub und Creuzer (§ 300) den Mittelpunkt dichterisch-philosophischer Forschungen, hier weilte vorübergehend die Günderode (§ 294). Selbst die Angriffe des rüstigen Voß (Bd. III) auf Kreuzers symbolische Erklärung der griechischen Göttersagen, nach der in diesen die Grundideen einer morgenländischen Urreligion verhüllt liegen, waren der Literatur im allgemeinen nur ersprießlich. Auf dem Gebiete des geschichtlichen Romanes hat sich neuerdings der Universitätslehrer Adolf Hausrath unter dem Namen George Taylor mit Antinous, Klytia, Jetta usw. an der Verkörperung weltgeschichtlicher Ideen versucht, während Rudolf Stratz als Erzähler mitten in der Gegenwart steht, deren Licht- und Schattenseiten, kämpfende Gegensätze in Politik und Gesellschaft er mit gleich großer Wirklichkeitstreue schildert wie die Hoheit der Alpenwelt. — In Karlsruhe, wo der Dramaturg Eduard Devrient dem Hoftheater vorstand, lebte Max von Schenkendorf (§ 83) einige Zeit und seit 1791 Peter Hebel, der in seinen Alemannischen Gedichten und Erzählungen den anheimelnden Volkston wie wenige traf. Auch als mundartlicher Dichter steht er in erster Reihe. Sein Schatzkästlein des rheinischen Hausfreundes ist durch die Fülle praktischer Lebensweisheit und harmlosen Witzes wie durch die glückliche Form der Darstellung ein Lieblingsbuch unseres Volkes geworden. Der dramatische Dichter Joseph von Auffenberg, Verfasser von Pizarro, Die Flibustier u. a., und Viktor von Scheffel gehören ebenfalls Baden an. Scheffels vielgerühmter Humor ruht auf dem Grunde eines reichen Gemütes, das ihn die Schönheit und das Leben in der Natur ebenso innig erfassen wie den dichterischen Gehalt ferner Vergangenheit nachempfindend erkennen ließ. In seinen Gestalten und ihrer Zeit lebend und webend vermochte er im Ekkehard ein ebenso anschauliches wie farbensattes Gemälde aus dem Mittelalter zu entwerfen, zu dem ihm eingehende Studien die belebenden Einzelzüge und sein ungezwungener Humor glückliche Lichter lieferten. Annähernd gleichen Beifall fand die Erzählung in Versen Der Trompeter von Säckingen. Der Erfolg beider Werke reizte zur Nachahmung. Doch blieb sowohl der sogenannte archäologische Roman als vollends die „Butzenscheibenlyrik“ (S. 577) weit hinter dem Vorbilde zurück. Auch der „feuchtfröhliche“ Humor der Scheffelschen Studentenlieder in der Sammlung Gaudeamus mit ihrer launigen Verwendung der Ergebnisse vorgeschichtlicher Forschung ist nicht wieder erreicht worden. Im badischen Staatsdienste wirkte der geistreiche Graf Bentzel-Sternau aus Mainz, ein Humorist in Jean Pauls Art, nur weniger idealistisch, so im Goldenen Kalbe, im Steinernen Gaste usw., auch Dramatiker, z. B. im Geiste von Canossa, und vielseitiger Schriftsteller voll sittlichen Ernstes und warmer Begeisterung für menschliche und bürgerliche Freiheit, wie in den Gesprächen im Labyrinthe. In Baden-Baden hielt sich August Lewald aus Königsberg auf, der langjährige Herausgeber der vielgelesenen Zeitschrift Europa. Er verfaßte eine Menge Reisebücher, Novellen u. dgl., nach seinem Übertritte zum Katholizismus auch ultramontane Romane. — Freiburg war Jahrzehnte hindurch eine politische Macht, als die Verfechter des Liberalismus, Rotteck, Welcker (§ 304), Duttlinger u. a., dort lebten und die beiden ersteren das auf die öffentliche Meinung so einflußreiche Staatslexikon gründeten. Gleichzeitig wirkte auf dem Felde der Altertumskunde der geistreiche Verfasser des Vatikanischen Apollo, Anselm Feuerbach. Eine Bewohnerin Freiburgs, Wilhelmine von Hillern, die Tochter der Frau Birch-Pfeiffer (§ 294) auch in der „Kunst zu fabulieren“, hat sich durch Romane, u. a. Ein Arzt der Seele, Die Geier-Wally, einen Namen gemacht. 1877 ließ sich Wilhelm Jensen (§ 291) in Freiburg nieder. — In Konstanz lebte und starb der frühere Bistumsverweser Freiherr von Wessenberg. Ein wahrer Christ und freimütiger Gegner des Ultramontanismus, füllte er seine Muße mit geschichtlichen und philosophischen Forschungen über Die großen Kirchenversammlungen des 15ten und 16ten Jahrhunderts, Gott und die Welt sowie mit epischen und lyrischen Dichtungen würdig aus. Zu Eppishausen, dann zu Meersburg am Bodensee verbrachte Freiherr von Laßberg, ein lebendiges Abbild mittelalterlicher Jäger- und Ritterzeit, unter Studien und Sammlungen aus längst entschwundenen Tagen sein Leben

L. von Ploennies 1809—1872

Heidelberg.

Hausrath 1837—1909

Stratz geb. 1864

Karlsruhe.

Ed. Devrient 1801—1877

P. Hebel 1760—1826

von Auffenberg 1798—1857

Scheffel 1826—1886

Bentzel-Sternau 1767—1849

Aug. Lewald 1792—1871

Freiburg.

Anf. Feuerbach 1798—1851

W. von Hillern geb. 1836

Konstanz.

von Wessenberg 1774—1860

von Laßberg 1770—1855

und vergaß über der Verehrung einer untergegangenen Welt voll Romantik und Feudalität die Gegenwart. Sein Liedersaal enthält im vierten Bande unter anderen altdeutschen Gedichten den ersten Abdruck der hohenemsischen Nibelungenhandschrift (II, § 262). Auf seinem Schlosse starb seine Schwägerin Annette von Droste-Hülshoff (§ 289). — Im Elsaß hielt unter der französischen Herrschaft Daniel Ehrenfried Stöber mit seinen Söhnen August und Adolf deutsche Sprache und deutsches Wesen aufrecht. Der Vater, Verfasser des Neujahrsbüchleins vom Vetter Daniel und von Gedichten in der elsässischen Mundart, lebte in Straßburg, während die Söhne in Mülhausen Anstellung fanden. August Stöber erzählt mit Vorliebe Die Sagen des Elsasses und Aus alten Zeiten, Allerlei über Land und Leute im Elsaß, doch auch vom Dichter Lenz und Friederike Brion, wie vom Aktuar Salzmann, Goethes Freunde. Mit ihm gab Adolf Stöber die Alsabilder heraus, denen er innig empfundene Gedichte folgen ließ. Ludwig Schneegans aus Straßburg schloß sich dem Münchener Dichterkreise an und hat mit seinen Dramen Johann Bockold, Doktor Vorwärts allgemeine Anerkennung, mit dem Wege zum Frieden und Dem Doppelgänger insbesondere König Ludwigs I. Gunst gefunden. Die Wiedervereinigung des alten Reichslandes mit Deutschland ließ auch die nationale Dichtung erstarken. So konnte 1899 eine Volksbühne für mundartliche Stücke und Aufführungen durch Liebhaber, das Elsässische Theater, gegründet werden. Auch die 1872 eingeweihte Universität, an der die Zierden der deutschen Gelehrtenwelt, u. a. Wilhelm Scherer (§ 304), wirkten, sollte ein Hort des Deutschtums und der Mittelpunkt nationalen Geisteslebens werden. — In Bergzabern ist der spätere Schuldirektor in Heidelberg Georg Weber geboren. Außer Einzeldarstellungen des Kalvinismus, der Kirchenreformation u. a. m. behandelte er die Weltgeschichte in dreifacher Fassung. Die zuletzt erschienene Allgemeine Weltgeschichte zählte 15 Bände; ihr waren vorangegangen die Weltgeschichte in übersichtlicher Darstellung und das zweibändige Lehrbuch der Weltgeschichte, dessen Neubearbeitung die vorliegende Ausgabe in vier Bänden bildet. Für den Wert seiner Werke ist ein vollgültiges Zeugnis, daß sie vielfach übersetzt und allenthalben verbreitet wurden; so waren von der Weltgeschichte in finnischer Übersetzung bis 1903 rund 5000 Exemplare verkauft.

Elsaß. Dan. Stöber 1779—1835. Aug. Stöber 1808—1884. Ad. Stöber 1810—1892. Schneegans geb. 1842. Georg Weber 1808—1888.

Schwaben, die Heimat der Lieder und des Gesanges, ist in unserer Literatur durch eine besondere Schule (§ 290) vertreten, deren gefühlsinnige Schlichtheit in Johann Georg von Fischers Gedichten, Neuen Liedern und anderen Sammlungen fortlebte. Besonders Stuttgart war der Mittelpunkt der Sangeskunst und überhaupt des geistigen Lebens. Hier bewegte sich um Cotta († 1863), einen König unter den Buchhändlern, eine vielgeschäftige Schar von Schriftstellern und Zeitungschreibern; hier übte Wolfgang Menzel (§ 287) bis zum Jahre 1873 das Amt des Kritikers und Kunstrichters im Dienste der wissenschaftlichen Umkehr. In Stuttgart waren geboren Wilhelm Hauff, der anmutige Erzähler und Dichter von Lichtenstein, Phantasien im Bremer Ratskeller, Memoiren des Satans usw., auch Leiter des vielgelesenen „Morgenblattes", wie nach ihm sein Bruder Hermann Hauff bis 1865, ferner der Kunstschriftsteller und Sänger frommer Lieder Karl Grüneisen, weiter der Dramatiker und Verfasser der demokratischen Geschichte des Bauernkrieges, der Hohenstaufen usw., Wilhelm Zimmermann, der 1850 seines Lehramtes entsetzt wurde, dann der Lyriker und Erneuerer mittelalterlicher Kunstepik Wilhelm Hertz, später Lehrer der Literaturgeschichte am Polytechnikum in München und Mitglied des dortigen Künstlerkreises, bekannt durch Gedichte voll Lebensfreude und mehr noch durch Bruder Rausch, endlich die treffliche Erzählerin der Florentiner Novellen, Phantasien und Märchen usw., Isolde Kurz. In Stuttgart verfaßte der witzige Lieder- und Epigrammdichter Friedrich Haug die Zweihundert Hyperbeln auf Herrn Wahls ungeheure Nase, entwarf Hackländer seine lebendigen, gesund-realistischen Schilderungen Bilder aus dem Soldatenleben u. a., entfaltete dazu als Romanschriftsteller im Europäischen Sklavenleben und für die Wochenschrift „Über Land und Meer" bis zu seinem Tode eine rege Tätigkeit, zum Teil im Bunde mit Edmund Höfer aus Greifswald, der in seinen leidenschaftdurchglühten Romanen In einer stillen Straße, Das verlassene Haus, Melusine usw. doch künstlerisches Maß zu halten weiß. Auch die Dichter und Übersetzer Hermann Kurz, ein phantasievoller Erzähler, Ludwig Seeger und der Orientalist Ernst Meier († 1866), der Nal und Damajanti sowie Sakuntala verdeutschte, gehörten länger oder kürzer Stuttgart an, ebenso bis zu ihrem Tode der fromme Albert Knapp (Christliche Gedichte) und der Meister der religiösen Lyrik, Karl Gerok. Söhne des Schwabenlandes waren außer dem bereits genannten Hölderlin (Bd. III), David Friedrich Strauß (§ 309) und dem Ästhetiker Vischer (§ 309) der Naturdichter Niklas Müller, von Beruf Buch-

Schwaben. J. G. Fischer 1816—1897. Grüneisen 1802—1878. W. Zimmermann 1807—1878. W. Hertz 1835—1902. Isf. Kurz geb. 1853. Fr. Haug 1761—1829. Hackländer 1816—1877. Höfer 1819—1882. Herm. Kurz 1813—1873. Seeger 1810—1864. Knapp 1798—1864. Gerok 1815—1890. Wilh. Hauff 1802—1827.

Schneckenburger 1819—1849

Auerbach 1812—1882

drucker, der bekannte Sänger der Wacht am Rhein, Max Schneckenburger aus Thalheim, und Berthold Auerbach, der, im Schwarzwalde geboren, die Vorbereitung zum Rabbiner bald aufgab und dann als freier Schriftsteller auf dem Gebiete des Romanes, Spinoza, Auf der Höhe, Ein Landhaus am Rhein, der Erzählung im Volkstone, besonders Schwarzwälder Dorfgeschichten, Barfüßele, Joseph im Schnee u. a., des Trauerspieles, Andree Hofer, auch der Philosophie, z. B. als Übersetzer Spinozas, anregend und unterhaltend tätig war. — Im Hohenlohischen Lande verbrachte Karl Julius

K. J. Weber 1767—1832

Weber sein einförmiges Leben, der Verfasser der satirischen Briefe eines in Deutschland reisenden Deutschen, des Demokritos oder hinterlassene Papiere eines lachenden Philosophen, Sammlungen von Witzen und Späßen, „an einen humoristischen Reflexionsfaden gereiht und mit Lesefrüchten aus verschiedenen Wissenschaften ausgefüllt", und einiger geschichtlich-humoristischer Werke, wie Die Mönche rei, Das Ritterwesen. — In neuerer Zeit traten, außer dem in Stuttgart geborenen Cäsar Flaischlen,

Flaischlen geb. 1864

Karl Weitbrecht 1847—1904

Richard Weitbrecht geb. 1851

zur Megede 1864—1906

der als Anhänger der „Moderne" in Berlin lebt, die Brüder Karl und Richard Weitbrecht in den Vordergrund; besonders Karl, der feinsinnige Verfasser des Deutschen Dramas, hat mit der liebenswürdigen Erzählung Phaläna schnell seinen Ruf begründet. Mit ganz anderen Mitteln als er arbeitet der in Sagan geborene Johannes Richard zur Megede, jetzt Redakteur in Stuttgart. Seine der Wirklichkeit abgelauschten Gesellschafts- und Zeitromane Unter Zigeunern, Quitt, Von zarter Hand können freilich der grellen Farben kaum entbehren.

Bayern.

In Bayern hat das Frankenland eine Reihe berühmter Namen aufzuweisen, wie den Prinzenerzieher von Knebel, der als ernster Lyriker und Übersetzer bekannt, dem Weimarer Kreise angehörte, Friedrich Rückert (§ 83), den Grafen Platen-Hallermünde (§ 292) aus Ansbach, der Heimat auch der beiden Dichter Uz (Bd. III) und Cronegk, des aus Lessing bekannten Verfassers der preisgekrönten Tragödie Codrus. Nürnberg, die Geburtstätte des Meistersanges und im Reformationzeitalter der Mittelpunkt deutscher Kunst, nahm das „Germanische Museum" in seinen Mauerring auf. Hier trieb der alte

Grübel 1736—1809

Volksgesang einen letzten Sproß in Konrad Grübels Gedichten in Nürnberger Mundart. Einen seltsamen Wandel machte der Dichter von Bettina, Hafis, dann

Daumer 1800—1875

Marianischen Legenden, Friedrich Daumer, durch. Aus seinem kirchenfeindlichen Junghegelianismus flüchtete er endlich in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche. Aus Fürth stammt der begabte Verfasser geschichtlicher Romane, wie Hans Georg Portner,

Sperl geb. 1862

Die Fahrt nach der alten Urkunde, August Sperl. In Wunsiedel ist Jean Paul (§ 80) geboren. Eine Sonderstellung und Weltruf erlangte Bayreuth durch Richard Wagner (§ 298) und das von ihm begründete „Festspielhaus", das die Stätte der Musteraufführungen seiner Tonwerke ist und bleiben soll. — Für München wurde die Regierung König Ludwigs I., des Freundes und Förderers aller schönen Künste, von größter Bedeutung. Neben dem bewegten Künstlertreiben mit seinem Witze und Humor, wie er noch heute in den 1845 begründeten „Fliegenden Blättern" blüht, entwickelte sich auch auf einzelnen wissenschaftlichen Gebieten reges Leben. Aber die einseitige Begünstigung des Ultramontanismus trieb manche hervorragende Männer außer Landes. Der Maler Peter Cornelius (§ 399) und der Philosoph Schelling (Bd. III) gingen nach Berlin, der große Naturforscher Oken (§ 311) sowie der gründliche Kenner der neugriechischen und morgenländischen

Fallmerayer 1791—1861

Welt Fallmerayer, nach seinem klassischen Reiseberichte Fragmente aus dem Orient der Fragmentist genannt, mußten, dieser vorübergehend, jener dauernd, in der Schweiz eine Zuflucht vor politischer Verfolgung suchen. Zwar hielten Friedrich Thiersch (§ 300), der geistreiche Kenner des griechischen Altertums in seinen künstlerischen und literarischen Er-

von Schubert 1780—1860

zeugnissen, und Gotthilf Heinrich von Schubert, ein Schüler Schellings und „bibelfester, glaubenstreuer, mystisch-kühner Apostel der Nachtseiten der Natur und einer jenseitigen Geisterwelt", bis zu ihrem Tode in München aus, auch konnten geistreiche und gelehrte Forscher ihre Wissenschaft fördern, wie Steinheil die Physik und Schmeller die alt- und mittelhochdeutsche Sprachkunde, aber lange stand die Universität München im Zeichen des Mystizismus und Ultramontanismus, deren Vertreter Franz Xaver von Baader († 1841), von Lasaulx († 1861), Joseph von Görres (§ 286) und sein Sohn Guido († 1852) in den „Historisch-politischen Blättern" waren. Der Regierungsantritt des Königs

König Max 1848—1864

Max II. brachte für die Wissenschaft, deren Gönner er war, und in der Folge auch für die Literatur einen Umschwung. Jetzt bildete sich die dichterische Tafelrunde der „Krokodile". Von ihren Mitgliedern sind bereits Geibel, Heyse, Lingg, von Schack erwähnt. Franz von

von Löher 1818—1892

Löher gab Reise- und Geschichtsbilder, bewährte sich auch als Epiker im General Sport. Sein Amtsgenosse an der Universität war der Philosoph und Ästhetiker Carrière (§ 309), der

Carrière 1817—1895

Die letzte Nacht der Girondisten besang. Vorübergehend weilte auch der spätere Hof-

theaterleiter in Meiningen, Friedrich von Bodenstedt aus Peine, in München. Erst spät bekannte er sich zur Verfasserschaft seiner mit größtem Beifalle aufgenommenen, schalkhaft-fröhlichen Lieder des Mirza Schaffy, denen er mehrere ähnliche, gleich formgewandte Sammlungen folgen ließ. Auch als Bühnendichter wußte er sich mit Demetrius, Kaiser Paul u. a. vollen Erfolg zu sichern. Die mundartliche Dichtung fand in Franz von Kobell einen begabten Vertreter, dessen Schnadahüpfln und P'älzischen G'schichten, G'spiel usw. Karl Stielers Bergbleameln und andere Sammlungen, wie Weil's mi freut! und Habt's a Schneid, an Frische und Unmittelbarkeit vielleicht noch übertreffen. Ganz auf dem Boden seines Heimatlandes steht der allgemein aus der „Gartenlaube" bekannte Erzähler nnd volkstümliche Dramatiker Hermann von Schmid mit zahlreichen oberbayerisch-tiroler Geschichten, z. B. Der Kanzler von Tirol, Almenrausch und Edelweiß, Die Zuwiderwurzen. Die Erzählungen Franz Trautmanns, des begeisterten Verehrers mittelalterlichen Lebens mit seiner Gläubigkeit, Einfalt und ritterlichen Kraft, z. B. der lustige Eppelein von Gailingen, Abenteuer des Herzogs Christoph und Die Glocken von St. Alban, heimeln durch ihren altertümlichen Ton an. Doch bleiben sie hinter den Kulturgeschichtlichen Novellen, Geschichten aus alter Zeit usw. Heinrich Wilhelm Riehls (§ 291) zurück. — Zu den erwähnten Historisch-politischen Blättern unterhielt anfänglich auch Ignaz Döllinger enge Beziehungen keineswegs duldsamer Art. Doch brachten ihn vertiefte Studien und namentlich die vatikanischen Konzile in scharfen Gegensatz zu Jesuitismus und ultramontanem Treiben (§ 261). Gegen beide nahm er den Kampf auf, ohne indessen zu dem von seinem Mitstreiter Johannes Friedrich begründeten Altkatholizismus überzutreten. Ebenfalls eine mittlere Linie suchte der namhafte Kunstgelehrte Xaver Kraus aus Trier, zuletzt in Freiburg i. Br., innezuhalten, der als „Spektator" durch seine kirchenpolitischen Aufsätze in der Allgemeinen Zeitung weiten Kreisen bekannt wurde. Nach dem Tode dieser Männer nahm der Reformkatholizismus eines Schell in Würzburg, Ehrhardt in Wien u. a. ihre Bestrebungen auf, doch ohne durchgreifenden Erfolg. — Die jetzt in München erscheinende Allgemeine Zeitung, ein Blatt von wissenschaftlicher Bedeutung, machte ihren ursprünglichen Sitz Augsburg lange Zeit hindurch zu einer Hauptstätte der Tagesschriftstellerei und zum Mittelpunkte regen geistigen Lebens. Hier lebte und wirkte der greise, als Kinderschriftsteller weitberühmte Domherr Christoph von Schmid, der Verfasser der Ostereier und vieler anderer Erzählungen. — Auch Regensburg, die alte Römerstadt, in deren Nähe König Ludwig den deutschen Ehrentempel Walhalla erbauen ließ, besaß eine Anzahl ausgezeichneter Geistlicher, wie den Lehrer einer verinnerlichten Religion, Sailer, und Diepenbrock, der 1853 als Bischof von Breslau starb, beide Zierden ihrer Kirche.

Bodenstedt 1819—1892
von Kobell 1803—1882
Stieler 1842—1885
H. von Schmid 1815—1880
Trautmann 1813—1887
Döllinger 1799—1890
X. Kraus 1840—1901
Christ. von Schmid 1768—1854

§ 297. Österreich und die Schweiz. Reich an dichterischen Kräften aller Art war und ist Österreich, wo selbst die Ungunst der Zeiten weder die angeborene Sangeslust noch die literarische Regsamkeit des Volkes zu ersticken vermochte. Aber Grillparzer (§ 293), selbst Wiener Kind, hatte recht, über das „Capua der Geister" bittere Klage zu führen. Gegen seine und anderer hochstrebender Dichter wie Hebbels (§ 292) Muse gleichgültig, jauchzte die genußsüchtige, leichtfertige Großstadt den Travestien eines Blumauer, der Wiener Posse Nestroys, Bäuerles u. a. und den Witzeleien des jüdischen Satirikers Saphir aus Ungarn zu, literarischen Sumpfgewächsen, neben denen nur in Raimunds (§ 293) Volkstücken die Dichtung eine reinere Blüte trieb. Ernstere Geister, wie der freireligiöse Eduard Duller, Lyriker, Romanschreiber und Volkschriftsteller, der formgewandte Herausgeber des „Kursaals in Wiesbaden", Dräxler-Manfred, eigentlich Ferdinand Dräxler, der mehrjährige Leiter der „Grenzboten" Kuranda (S. 582), der politische Schriftsteller Schuselka, der S. 582 erwähnte Herlossohn flüchteten aus dem Banne Metternichischer Polizeiwirtschaft ins Ausland oder sahen sich bevormundet und verfolgt, wie der als Arzt, Universitätslehrer und Dichter („Es ist bestimmt in Gottes Rat") hochgeachtete von Feuchtersleben, der Verfasser der Diätetik der Seele, den der Kummer über seine Zurücksetzung ins Grab stürzte. Auch die Deutschböhmen Moritz Hartmann und Alfred Meißner mieden die Heimat, jener der Dichter von Kelch und Schwert, der Reimchronik des Pfaffen Mauritius, des Idylls Adam und Eva und wirkungsvoller Erzählungen, dieser rasch berühmt durch das Epos Ziska, als Dramatiker ungleich weniger erfolgreich als mit seinen Romanen, wie Sansara, Schwarzgelb u. a., an denen Franz Hedrich als Mit- oder gar Bearbeiter wesentlichen Anteil zu haben behauptete. Die öffentlich ausgetragene Fehde über diesen Anspruch trieb den Dichter in den Tod. Joseph Rank entnahm den Stoff zu Romanen und Novellen, wie Haferkäthchen, Ein Dorfbrutus, dem Volksleben, der spätere Minister Adolf von Tschabuschnigg dagegen spiegelt im

Saphir 1795—1858
Duller 1809—1853
Dräxler-Manfred 1806—1879
Feuchtersleben 1806—1849
M. Hartmann 1821—1872
A. Meißner 1822—1885
Rank 1816—1896
Tschabuschnigg 1809—1877

Modernen Eulenspiegel, in den Industriellen das Leben der Gegenwart ab. Seine Lyrik steht trotz aller Farben- und Bilderpracht an Wärme und Innigkeit der Empfindung hinter den schlichten Dichtungen Gabriel Seidls und Nepomuk Vogls zurück, von deren sangbaren Liedern einzelne Gemeingut unseres Volkes geworden sind. Die Gedichte des österreichischen Militärbeamten Joseph Hilscher streben nach dem Schwunge seines verehrten Vorbildes Byron, den er auch übersetzt hat, während Karl Beck aus Ungarn in Nächten, gepanzerten Liedern, im Fahrenden Poeten, auch in den Liedern vom armen Manne sich an Anastasius Grün (§ 293) anschloß. Sehr gut gelang ihm der Roman Janko, der ungarische Roßhirt. Das Drama pflegten Uffo Horn, namhafter als Novellist, dann der Dichter der Lustspiele Das Versprechen hinterm Herde und Der Freiherr als Wilddieb, Alexander Baumann, und der geistreiche, mit feinem Witze politische Mißstände bekämpfende Eduard von Bauernfeld, der Verfasser zahlreicher beliebter Lustspiele, wie Bürgerlich und romantisch, Der literarische Salon, Großjährig, Der kategorische Imperativ. Sein künstlerisch abrundendes Geschick ging dem Deutschungarn Julius Leopold Klein ab, der seine reiche Anlage weder im Trauerspiele noch in der umfangreichen Geschichte des Dramas zusammenzuhalten verstand. Schwer hat unter der Gleichgültigkeit seiner Zeit Franz Nissel leiden müssen; auch die Krönung seines Trauerspieles Agnes von Meran mit dem Schillerpreise bot ihm keinen Ersatz für die heißersehnte und wohlverdiente öffentliche Anerkennung. Über Laubes Wirken und Werke vgl. § 287. Das Theaterwesen Wiens hat er zweimal maßgebend beeinflußt, 1849 bis 1867 als Leiter der Hofburg und 1872 bis 1880 an der Spitze des Stadttheaters. Das Burgtheater galt ehedem als deutsche Musterbühne und ist bis heute ein Anziehungspunkt für Dichter und Darsteller geblieben, so für Halm (§ 286), Wilbrandt (§ 291), Hebbel (§ 292) u. a. Auch Salomon Hermann Mosenthal aus Kassel suchte die Nähe dieser alten Kunststätte. Unter seinen vielen Dramen stehen Deborah, eine absichtsvolle Schilderung der Rechtlosigkeit des Judentums, Der Sonnenwendhof und Der Schulz von Altenbüren obenan. Von der hervorragenden Bedeutung Österreichs für die Tonkunst war schon in Bd. III die Rede. Es genügt hier, an Haydn, Mozart und Beethoven zu erinnern. Großer Beliebtheit erfreute sich die musikalische Familie Strauß, in der des Vaters Johann Strauß gefälliges Talent fortlebte; sein gleichnamiger Sohn (S. 591) brachte die Wiener Operette zu neuer Blüte, die durch Millöcker u. a. erfolgreich weitergepflegt wurde. — Als Übersetzer morgenländischer Dichtungen wetteiferte der Geschichtschreiber der Osmanen und gründliche Kenner des Ostens Hammer-Purgstall mit Rückert. — Scheue Abkehr vom Tage und seinen Stürmen kennzeichnet die Studien und Bunten Steine Adalbert Stifters, zwei Novellensammlungen von fast idyllischem Charakter, in denen aber das Klein- und Innenleben der Menschen- und Naturwelt mit allem Zauber der Darstellung umwoben wird, so daß der Dichter von vielen Seiten als Begründer einer neuen Erzählerkunst gefeiert wurde. Gleiches Aufsehen erregte die glühende, durch einen philosophischen Anhauch nur wenig gemilderte Sinnlichkeit, die aus der formvollendeten, schönheitstrunkenen Lyrik und Epik Robert Hamerlings, wie Schwanenlied der Romantik, Germanenzug, Ahasver in Rom, Der König von Zion, und aus dem geschichtlichen Romane Aspasia spricht. Auf dem meistangebauten Gebiete der Erzählung behauptet Leopold Kompert mit seinen Schilderungen jüdischen Lebens, wie Geschichten aus dem Ghetto, Böhmische Juden usw., eine Sonderstellung. Nur Emil Franzos aus Podolien nahm anfangs mit den Juden von Barnow u. a. den gleichen Weg, ging aber bald im Kampf ums Recht, in dem Präsidenten und Aus der großen Ebene ganz zum Kultur- und Sittenbilde Aus Halbasien über, wo auch der deutschfeindliche Pole Leopold von Sacher-Masoch Stoffe für die Darstellung ekler Lüsternheit, besonders in Venus im Pelz, suchte und fand. Mehr als spannende Unterhaltung bietet auch die fruchtbare Schriftstellerei von Ossip Schubin, eigentlich Lola Kirschner, nicht bei aller Kenntnis des Lebens, namentlich der höheren Stände. Dagegen hat Marie von Ebner-Eschenbach durch die sittlichernste Lebensauffassung und die Wahrhaftigkeit ihrer Kunst in ihren vielen und mannigfaltigen Erzählungen nach Gebühr allgemeinen Beifall geerntet. Ihren dramatischen Werken war gleicher Erfolg nicht beschieden. Ihre Standes- und Kunstgenossin Bertha von Suttner hat sich namentlich durch ihren wohlgemeinten Roman Die Waffen nieder! bekannt, aber auch zum Ziele billiger Angriffe gemacht. Echte Söhne des Volkes sind Anzengruber und Rosegger. Petri Kettenfeier Rosegger aus Alpl in Steiermark, ein geborener Naturdichter, wuchs fast ohne Schulunterricht auf in der Einsamkeit seiner Heimatberge, deren Natur und Menschen er mit packender Gestaltungskraft, dichterischem Sinne und liebevollem Anteile schildert und verklärt, so in den Schriften des Waldschulmeisters,

Seidl 1804–1875
Vogl 1802–1866
Hilscher 1806–1837
Beck 1817–1879
Uffo Horn 1817–1860
Bauernfeld 1802–1890
Leop. Klein 1810–1876
Nissel 1831–1893
Mosenthal 1821–1877
Joh. Strauß 1804–1849
Joh. Strauß 1825–1899
Millöcker 1842–1899
Hammer-Purgstall 1774–1856
Stifter 1805–1868
Hamerling 1830–1889
Kompert 1822–1886
Franzos 1848–1904
Sacher-Masoch 1836–1895
Ossip Schubin geb. 1854
M. von Ebner-Eschenbach geb. 1830
B. von Suttner geb. 1843
Rosegger geb. 1843

in Dem Gottsucher usw. Von sich selbst erzählt er in der Waldheimat und Aus meinen Handwerkerjahren (als Schneiderlehrling). Mitleid mit seines Volkes geistlicher Not hat ihn schließlich zum Kämpfer für Glaubensfreiheit und verinnerlichtes Christentum gemacht, mit Wort wie mit Tat. Als Mitstreiter stand ihm Ludwig Anzengruber aus Wien zur Seite, der Volksdramatiker neben dem Volkserzähler. Nach manchen Irrgängen fand er die ihm vorbestimmte Lebensbahn mit dem absichtsvollen und wirklichkeitsgetreuen Volkstücke Der Pfarrer von Kirchfeld. Inniges Verständnis für die Anschauungen, die Denk- und Empfindungsweise des Volkes, die Wahl der Stoffe aus dem Leben der Bauern, endlich richtiger Blick für dramatisch Wirksames sichern seinen Stücken, z. B. Der Meineidsbauer, Der Gewissenswurm, Das vierte Gebot, die packendste Wirkung auf menschlich fühlende Herzen. An Rosegger und Anzengruber gemahnen Ludwig Ganghofers Erzählungen aus dem Hochgebirge, z. B. Die Martinsklause und das stimmungsvolle Schweigen im Walde. Großen Anklang haben seine Volkstücke Der Herrgottschnitzer von Ammergau, Der Prozeßhansel u. a. m. gefunden. Als treuer Sohn und genauer Kenner seiner Heimat erscheint Adolf Pichler in Allerlei Geschichten aus Tirol, Letzte Alpenrosen u. s. f. Seine letzten Lieder sammelte er in den Spätfrüchten. Zu den besten Erzählern Österreichs gehört Ferdinand von Saar, zugleich Dramatiker von Schwung und Kraft, dann Stephan Milow, eigentlich von Millenkovics, aus Orsowa (Lebensmächte u. a.), dessen gefühlsinnige Lyrik hin und wieder der Schwermut zuneigt, wie in gesteigertem Maße die Gedichte und Erzählungen von Jakob Julius David, z. B. Am Wege sterben. Gedankenfülle und hochfliegender Idealismus weisen Richard Kralik, dem Dichter der Ostaralieder, der Sprüche und Gesänge, der in der Studie Sokrates eine wahrhaft sittlich-hohe Lebensanschauung bekundet, einen besonderen Platz in Österreichs Literatur an. Philosophische Neigungen offenbart auch der Dramatiker Rudolf Lothar in dem Mysterium Der Wert des Lebens, und Hans Grasbergers Gedichte Licht und Liebe sind ebenso ein Ausfluß reiner Menschlichkeit wie sein Triptychon ein Zoll des Dankes an ihre Quelle, das Altertum. Gegensätze zu solcher Richtung sind die beiden Vertreter der sogenannten „Décadence", Hermann Bahr und Hugo von Hofmannsthal. Der Stilkünstler Bahr hat sich ganz zum Apostel der französischen Modethevrien gemacht, der Dichtung vom Ende des Jahrhunderts (Fin de siècle) und des Symbolismus. Geistreichelnde Absicht beherrscht seine vielseitige Schriftstellerei. Neuheit und Eigenart der Empfindung gelten ihm alles. Und tatsächlich belohnt sich gelegentlich sein Suchen, sein selbstquälerisches Umherspähen im eignen Innern. Aber sein wüster Naturalismus schlägt allem, was Kunst heißt, ungescheut ins Antlitz. Ganz anders gibt sich von Hofmannsthal in seiner fast schattenhaften und wesenlosen, aller Körperlichkeit entkleideten Dichtung Der Tor und der Tod, einem Drama, wie Die Hochzeit der Sobeide und Die Frau am Fenster. Sicherlich ist darin die Form zu einer staunenerregenden Vollendung verfeinert; ja sie ist überfeinert bis zur Kraftlosigkeit, wie anderseits alle Empfindung bei Hofmannsthal bis zur Krankhaftigkeit verzärtelt und verweichlicht erscheint. — Eine gute Übersicht über die neuere Dichtung im deutschen Böhmen gibt Heinrich Teweles im Prager Dichterbuch.

Anzengruber 1839—1889

Ganghofer geb. 1855

Pichler 1819—1900

von Saar 1833—1906

Milow geb. 1836

David geb. 1859

Bahr geb. 1863

Hofmannsthal geb. 1874

In der Schweiz haben sich die § 291 besprochenen Erzähler Gotthelf und Sealsfield (Postl) einen Namen erworben. Bereits erwähnt ist auch der Dramatiker Griepenkerl (S. 579). Weit über die Grenzen ihres Vaterlandes hinaus gelangten zu verdientem Ruhme und Ansehen Gottfried Keller und Konrad Ferdinand Meyer (§ 291). Einer älteren Zeit gehört der Dichter von Fabeln, Erzählungen und geistlichen Liedern Abraham Emanuel Fröhlich an. Am innigsten war von jeher Basel mit Deutschland verwachsen, von wo es einige seiner bedeutendsten literarischen Kräfte, wie den milden, christlich-frommen Anhänger Schleiermachers de Wette, den Dichter und Sprachforscher Wilhelm Wackernagel (§ 302) u. a., an sich zog. Geborene Schweizer waren dagegen der Kirchengeschichtsforscher und Dichter Hagenbach, der Geschichtschreiber und Kunstkenner Burckhardt und der Literaturgeschichtschreiber Gelzer. Aber auch Zürich und Bern haben wenigstens auf dem Felde der Literatur und geistigen Arbeit überhaupt die deutsche Stammverwandtschaft treu bewährt und manchem deutschen Schriftsteller von Ruf dauernd oder auf Zeit Zuflucht und einen angemessenen Wirkungskreis geboten. Der Epiker und Dramatiker Joseph Viktor Widmann aus Mähren lebt als Mitherausgeber der Zeitung „Der Bund" in Bern, in dessen Nähe Ferdinand von Schmid, der sich unter dem Namen Dranmor als epischer und philosophischer Dichter bekannt gemacht hat, geboren ist. Er lebte als österreichischer Generalkonsul und Herausgeber der „Deutschen Zeitung" in Brasilien, dem Geburtslande von Ricarda Huch, jetzt Frau Cecconi, deren Erzählungen, voran der Roman Erinnerungen

Schweiz.

A. E. Fröhlich 1796—1865

Widmann geb. 1842

Dranmor 1823—1888

Ric. Huch geb. 1864

von Ludolf Ursleu dem Jüngeren, sich kühnlich zu den besten Leistungen der Gegenwart auf diesem Gebiete zählen dürfen. Mehr als in ihren Dramen tritt in den Gedichten ihre kraftvolle Eigenart hervor. Sie lebte eine Zeitlang als Bibliothekarin in Zürich, wie

Heer geb. 1859

Johann Christoph Heer aus Winterthur als Mitarbeiter der „Neuen Züricher Zeitung", dann Leiter der „Gartenlaube". Heers Romane, wie An heiligen Wassern, Der König der Bernina, Zeugnisse einer gewaltigen Gestaltungskraft und in ihren farbenprächtigen Hochgebirgsbildern einer glänzenden Phantasie, haben ihren besonderen Reiz in dem romantischen Ineinander von Natur und Menschenleben. Fast vergessen ist der Züricher

Leuthold 1827—1879

Heinrich Leuthold, der Freund Kellers und Heyses, mit dem er aus romanischer Literatur übersetzte. Unstät zog er umher, oft im Kampfe mit der Not; vorübergehend zählte er zu den „Krokodilen" in München. Meister in den kunstvollen Versformen, pflegte er doch auch das einfache Lied mit großem Erfolge. Mit der Liebe zum Schweizervolke, dessen Erwerbsucht ihn gelegentlich anwiderte, wußte er glühende Begeisterung für Deutschland zu vereinen.

Spitteler geb. 1845

Einen philosophischen Anflug zeigen die lebensvollen Dichtungen von Karl Spitteler, der anfänglich unter dem Decknamen Felix Tandem schrieb. Einen fabelhaften Erfolg hatte die populärphilosophische Schriftstellerei des Oberstauditeurs und Staatsrechtslehrers an der

Hilty geb. 1833

Universität Bern Karl Hilty, dessen „Glück" z. B. in 110000 Exemplaren verbreitet ist.

6. Die Tonkunst.

§ 298. Das neunzehnte Jahrhundert darf das Zeitalter der romantischen Musik genannt werden. Der Unterschied zwischen klassischer und romantischer Kunst ist insofern schwer festzulegen, als die Grenzen sehr bewegliche sind und beide oft ineinander verfließen. Im allgemeinen kann man folgendes sagen: die Klassik bemüht sich, möglichst erst den geläuterten Niederschlag jener leidenschaftlichen Gemütswallung, die den Anstoß zur Schöpfung eines Kunstwerks gegeben hat, in Tönen widerzuspiegeln, während die Romantik die seelische Erregung, die Leidenschaft, das unruhvolle Sehnen selbst zum Darstellungsobjekt macht. Damit hängt es zusammen, daß in der Romantik die Individualität des Künstlers viel stärker hervortritt, und daß ihr gerade die subjektiven Momente, welche die Klassik auszuscheiden trachtet, zu einer unerschöpflich fließenden Quelle neuer Formbildungen und feinster musikalischer Reize werden.

L. van Beethoven 1770—1827

An der Schwelle des Jahrhunderts steht in strotzender Kraftfülle Ludwig van Beethoven, in dessen Wesen romantische und klassische Züge zu einer Einheit verschmolzen sind. Der Rheinländer war in Wien heimisch geworden und hatte in verhältnismäßig kurzer Zeit einen großen Kreis von Verehrern um sich gesammelt. Erregte er zuerst Aufsehen durch sein Klavierspiel, besonders durch seine freien Phantasien, so zwang er bald auch durch seine Kompositionen, in denen individuelles Empfinden und Eigenwille stärker hervortreten, als es in der Musik des 18. Jahrhunderts sonst der Brauch war, die Zeitgenossen in den Bann seiner Kunst. Jede seiner neun Sinfonien ist eine Welt für sich: in der neunten, bei der im Schlußsatz Chor und Gesangssolisten herbeigezogen werden, legt Beethoven Zeugnis ab von seiner Weltanschauung, einem durch Leiden geläuterten Optimismus, und in der „Missa solemnis" setzt er sich in ganz persönlicher Art mit Gottesverehrung und kirchlichem Bekenntnis auseinander. Wie in seinen Sinfonien, so erweitert er auch in seinen Kammermusikwerken, namentlich den Klaviersonaten und Streichquartetten, die Ausdrucksmittel und den Ausdruckskreis der Gattung. Seine einzige Oper „Fidelio" (dreimal bearbeitet: 1805, 1806 und 1814) langt mit der Intensität ihres Gefühlsausdrucks weit in die Zukunft hinein.

Bei Beethoven wird der Drang, das intimste Erleben frei auszusprechen, gebändigt durch die Strenge der Formgebung; die poetische Idee findet stets den entsprechenden musikalischen Ausdruck in völliger Reinheit. Schon bei seinen Lebzeiten aber beginnen Bestrebungen, die dahin führten, daß das, was in seiner Persönlichkeit vereinigt war, sich in zwei Richtungen spaltete: auf der einen Seite bildete sich die sogenannte Programmusik aus, bei der die musikalische Entwicklung durch außermusikalische Vorstellungen bestimmt wird, und welche die in historischem Ausbildungsprozeß entstandenen Formen nicht weiterzuentwickeln strebt, sondern sie dem dichterischen Vorwurf zuliebe zerbricht und an Stelle der rein musikalisch-psychologischen Folgerichtigkeit eine mehr äußerlich malende und schildernde Tonsprache setzt; auf der anderen Seite steht eine Gruppe von Musikern, die ihre Einbildungskraft wohl von poetischen Anregungen befruchten lassen, aber im übrigen streng in den durch das Material der Tonkunst bedingten Grenzen bleiben und lieber den Verlauf von Empfindungsreihen als äußere Vorgänge und Phantasiebilder darstellen.

H. Berlioz 1803—1869

Der Vater der modernen Programmusik ist Hektor Berlioz. In seiner „Sinfonie phantastique" (1829) sucht er Ereignisse zu erzählen, die durch Musik niemals auszudrücken sind, aber es gelingt ihm bisweilen ein fester, formaler Zusammenschluß der nicht immer bedeutenden Gedanken, vor allem aber erscheint hier zuerst das Leitmotiv (als „idée fixe" die Symbolisierung einer bestimmten Persönlichkeit) ausgenutzt und durch alle Sätze geführt. In der Fortsetzung der Sinfonie phantastique, „Lelio", einem halbdramatischen Zwitterwesen ohne rechte Heimat, reißen alle Bande künstlerischer Logik, aber in „Romeo

und Julia", zum Teil auch in „Harold in Italien", zeigt sich Berlioz als interessanter Neuerer, während er in seinem Requiem, freilich unter Aufgebot enormer Mittel, bedeutende Wirkungen erzielt. Obwohl Beethoven sein Ideal war, steht er doch Beethovens Wesen als Franzose von ausgeprägtem Nationalcharakter ziemlich fern und sucht dessen natürliche Kraft und Originalität durch grelle Übertreibungen zu erreichen.

Konsequenter in seinem Schaffen ist Franz Liszt, der als französierter Ungar mit der französischen Romantik ebenfalls eng zusammenhängt, und dessen zwölf sinfonische Dichtungen sich so eng an poetische Vorwürfe von Lamartine, Victor Hugo, Schiller und anderen anschließen, daß sie ohne Kenntnis dieser Dichtungen rein musikalisch nicht zu verstehen sind; — und hier liegt der wunde Punkt dieser einsätzigen, aber durch mannigfachen Tempowechsel reich gegliederten Stücke. Mit besonderem Glück hat von den neueren Komponisten Richard Strauß dies Feld bebaut. Seine außerordentliche Beherrschung des Orchesters, sein Sinn für Klangfarben, seine bewegliche Phantasie haben ihn Werke von seltsamer Beredsamkeit der Tonsprache schaffen lassen, z. B. „Tod und Verklärung" (1890), „Till Eulenspiegels lustige Streiche" (1895)

F. Liszt 1811—1886

R. Strauß geb. 1864

Unter den Romantikern, die auf klassischem Boden stehen und das historisch Gewordene organisch weiterzubilden streben, nimmt Franz Schubert die erste Stelle ein. Weicher, weiblicher als Beethoven vermittelt er in seiner Kammermusik, in seinen Sinfonien doch eine überwältigende Fülle neuer Gedanken und ergreift durch ein gewaltiges melodisches Charakterisierungsvermögen. Dies zeigt sich besonders in seinen Liedern, die Gehalt und Stimmung der erwählten Dichtungen genial in Musik umsetzen, und in denen die Singstimme und die ausdrucksvolle Klavierbegleitung in schönstem Gleichgewicht stehen. An Formkultur ist Felix Mendelssohn-Bartholdy Schubert wohl noch überlegen, steht aber an Originalität der Naturgaben ebensoweit hinter ihm zurück. Er hat besonders durch seine Musik zu Shakespeares „Sommernachtstraum" und durch seine musikalischen Stimmungsbilder in Ouvertürenform („Meeresstille und glückliche Fahrt", „Die Hebriden", „Die schöne Melusine") sehr anregend gewirkt, z. B. auch auf Saint-Saëns, und hat in seinem „Paulus" (1836) und „Elias" (1846) das von Haydn geschaffene moderne Oratorium in seiner Weise ausgebaut. Eine höchst verdienstliche Tat war es, daß er 1829 Bachs Matthaeus-Passion zum ersten Male im 19 Jahrhundert aufführte; hieran hat sich eine große Bewegung zur Wiedererweckung Bachs und anderer alter Meister geknüpft, deren Früchte wir heute genießen. Ein Künstler wie Max Reger ist ohne diese Voraussetzung gar nicht zu denken, denn sein nicht immer zielbewußtes und noch ungeklärtes Schaffen basiert ganz auf Bach. Robert Schumanns Bedeutung beruht hauptsächlich auf seinen Liedern und seiner Klaviermusik. In bezug auf Ursprünglichkeit erreicht er Schubert nicht, aber die Durchgeistigung und Verfeinerung des Empfindens und die selbständige Klavierbegleitung sichern den Liedern eine eigene Stellung. Das poetisierende Klavierstück ist Schumanns besondere Domäne. Innere und äußere Erlebnisse gaben den Anstoß zu diesen Charakterbildern, in denen oft ein heiteräugiger Humor flimmert, und die durch eigentümliche Behandlung der Klaviertechnik und Lebendigkeit der Phantasie eine sehr intensive Eindruckskraft gewinnen. In seinen Streichquartetten und Sinfonien erlebt der romantisch gefärbte Klassizismus eine feine Nachblüte. Der bedeutendste Vertreter der Konzert- und Kammermusik in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts ist Johannes Brahms. Gesättigt mit der Kenntnis der alten und neuen Musikliteratur, soweit sie ihm irgend erreichbar, wurde er hierdurch doch nicht zum Eklektiker, sondern kräftigte nur seine eigene, reiche Natur. Bisweilen in seinen tief empfundenen Liedern und Kammermusiken von größter Zartheit, bisweilen von ebenso großer Herbigkeit und Strenge, repräsentiert er in seinen Vorzügen und Fehlern den Typus des eigenwilligen norddeutschen Musikers. Seine vier Symphonien darf man als das Hervorragendste schätzen, was in dieser Form seit Beethoven geschrieben ist, und sein „Deutsches Requiem" steht einsam ragend da. In Österreich war als Sinfoniker Anton Bruckner tätig. Es finden sich bei ihm Züge kindlicher Naivität und wienerischer Behaglichkeit neben Gedanken von ungewöhnlicher Größe und Schönheit; doch fehlt ihm die Fähigkeit, sich zu konzentrieren, so daß die besten Eingebungen oft durch ärgerliche Weitschweifigkeit und Redseligkeit geschädigt werden. Gustav Mahler ist hier nur zu nennen, weil seine Sinfonien, deren maßloser Aufwand an Darstellungsmitteln in schroffem Gegensatz zu ihrem künstlerischen Gehalt steht, eine Entartung der Gattung bedeuten.

F. Mendelssohn 1809—1847

C. Saint-Saëns geb. 1835

M. Reger geb. 1873.

Schumann 1810—1856

J. Brahms 1833—1897

A. Bruckner 1824—1896

G. Mahler 1860—1911

Von besonderer Wichtigkeit wurde im 19. Jahrhundert die Oper. Sie hatte in Frankreich ihren dramatischen Charakter reiner bewahrt als in den übrigen Ländern; und hier erfuhr sie auch eine Erneuerung durch Cherubini („Medea" 1797, „Wasserträger" 1800), Méhul und Spontini („Vestalin" 1807, „Cortez" der 1809), in dem Glanz seines Orchesters und in dem Pathos seiner musikalischen Diktion so recht der Repräsentant des ersten Kaiserreichs ist. Die von diesen Künstlern geschaffene „große" historisch-romantische Oper wurde durch Auber („Stumme von Portici" 1828) und Rossini, der durch die einschmeichelnde Süßigkeit seiner Melodien einen Weltruf erlangt hatte, fortgesetzt („Wilhelm Tell" 1829) und durch Jakob Meyerbeer („Robert der Teufel" 1831, „Hugenotten" 1836, „Prophet" 1849) auf den Gipfel und zugleich auf einen Abweg geführt, da der sehr begabte Komponist sein Talent leider effektsüchtig mißbrauchte. Mit seinen Werken stirbt dieser Zweig der Oper ab.

L. Cherubini 1760—1842
E. Méhul 1763—1817
G. Spontini 1774—1851
F. E. Auber 1782—1871
G. Rossini 1792—1868
J. Meyerbeer 1791—1864

J. A. Hiller 1728–1804
W. A. Mozart 1756–1791
L. Spohr 1784–1859
C. M. v. Weber 1786–1826
H. Marschner 1795–1861
A. Lortzing 1801–1851
O. Nicolai 1810–1849
H. Götz 1840–1876
R. Wagner 1813–1883

Ihr weiteres Wachstum entsprang einer anderen Wurzel: dem von J. A. Hiller in Gemeinschaft mit dem Dichter F. Weiße begründeten deutschen Singspiel. Aus ihm ging schließlich die deutsche romantische Oper mit gesprochenem Dialog hervor. Mozarts „Entführung“ und „Zauberflöte“, Beethovens „Fidelio“ sind die Anfänge. Das romantische Element wurde noch stärker betont durch Spohr („Faust“, „Jessonda“ 1823) und namentlich durch Carl Maria von Weber, dessen „Freischütz“ (1821) am meisten dazu beigetragen hat, dem deutschen Wesen in der Oper gegenüber fremdländischen Einflüssen den Weg zu ebnen. Seine durchkomponierte „Euryanthe“ (1823) scheiterte an dem unzulänglichen Text; in seinem überaus anmutigen „Oberon“ kehrte er wieder zur Dialogoper zurück. Heinrich Marschner besaß kein unbeträchtliches Talent, besonders für das Volkstümliche, hatte aber zu wenig Selbstkritik, so daß von allen seinen Opern nur der „Hans Heiling“ (1832) auf einer höheren Stufe steht und sich lebendig erhalten hat. Bürgerliches Wesen kultivierte Albert Lortzing, dessen komische Opern auf dem Boden eines gesunden Humors stehen, während die früh verstorbenen O. Nicolai und H. Götz das Genre zu größerer Verfeinerung brachten. Weitaus die bedeutendste Erscheinung ist jedoch Richard Wagner, der auf die ganze Produktion seiner Zeit einen Einfluß ausgeübt hat, wie kaum jemals ein anderer Künstler. Er ging von dem Grundsatz aus, daß die Poesie das Primäre sei, und daß nur auf der Grundlage einer vollwertigen dramatischen Dichtung eine gute Oper oder, wie er es nannte, ein Musikdrama erwachsen könne. Damit betonte er ein Prinzip wieder, das einst überhaupt zur Schöpfung der Oper geführt hatte. Er wurde aus Not sein eigener Dichter und griff hauptsächlich in den Sagenschatz der deutschen Vorzeit zurück, befreite seine Stoffe von allem zufällig Historischen und stellte rein menschliches Fühlen, Leiden und Handeln in den Vordergrund. In der musikalischen Gestaltung stützte er sich auf die ganz konsequente Ausnutzung des Leitmotivs. Dadurch, daß der Zuhörer eine Handlungsphase sieht und zugleich ein charakteristisches musikalisches Motiv hört, verbinden sich beide Erscheinungen zu einer Einheit in ihm, und in seinem Bewußtsein taucht beim Wiederhören jenes Motivs durch Ideenassoziation das Handlungsmoment auf, bei dem er es zuerst vernommen. So hat der Komponist ein Mittel gewonnen, in jedem Augenblick auf Vergangenes zurückzudeuten, und das Orchester wird damit zum eigentlichen Träger des dramatischen Ausdrucks und vermag die Bühnenvorgänge zu erläutern und zu vertiefen. Schon im „Fliegenden Holländer“ (1843), „Tannhäuser“ (1845) und „Lohengrin“ (1847) hatte Wagner das Leitmotiv bedeutsam benutzt, im gewaltigen „Ring des Nibelungen“ bedingte es die ganze Form des Werkes, wie nicht minder in den „Meistersingern von Nürnberg“ (1868) und „Tristan und Isolde“ (1859 vollendet). Wagners Riesenerscheinung warf ihren Schatten auf alle, die sich in seinen Bahnen weiterbewegten; als die begabtesten seien erwähnt: R. Strauß, E. Humperdinck, P. Cornelius, E. d'Albert, H. Pfitzner, M. Schillings. Auch in der Liedkomposition machten sich Wagners Einflüsse insofern geltend, als die Begleitung mehr und mehr an Bedeutung gewann und die Singstimme überwucherte. Hugo Wolf hat in dieser Art das Sympathischste geschaffen.

Humperdinck geb. 1854
P. Cornelius 1824–1874
E. d'Albert geb. 1864
H. Pfitzner geb. 1869
M. Schillings geb. 1868
H. Wolf 1860–1903
A. Boieldieu 1775–1835
Ch. Gounod 1818–1893
G. Bizet 1838–1875
G. Verdi 1813–1901
P. Mascagni geb. 1863
Leoncavallo geb. 1858
G. Puccini geb. 1858
Fr. Chopin 1810–1849
F. Smetana 1824–1884
A. Dvorak 1841–1904
M. Glinka 1804–1857
Tschaikowsky 1840–1893
E. Grieg 1843–1907

Frankreich besaß in dem graziösen Boieldieu und dem empfindsameren Gounod bemerkenswerte Talente, und Bizets „Carmen“ wurde eine der meist aufgeführten Opern dieser Zeit überhaupt. In Italien behauptete der geniale Giuseppe Verdi weitaus den Vorrang. Die Entwicklung, die er von seinen Anfängen über „Rigoletto“ und „Traviata“ hinweg bis zur „Aida“, zum „Otello“ und „Falstaff“ durchgemacht hat bezeichnet einen ganz ungeheuren Aufstieg. Gegen Ende des Jahrhunderts tauchten in Italien die sogenannten „Veristen“ auf, die ihre Stoffe aus dem Leben der Gegenwart entnahmen und in starken Leidenschaften schwelgten. P. Mascagni und R. Leoncavallo erregten zuerst die Aufmerksamkeit durch die Glut und Schlagkraft ihrer Musik und den aphoristischen Charakter ihrer Stücke, traten aber bald wieder in den Hintergrund, da ihre späteren Werke nur das abgeschwächt wiederholten, was die ersten gebracht hatten. Mit mehr Glück hat sich der besser durchgebildete Puccini behauptet.

Auch die slawischen und nordischen Länder beteiligen sich mit Erfolg an dem musikalischen Wettbewerb. Polen hat in Fr. Chopin ein wahrhaftes Genie aufzuweisen, das der Klavierkomposition ganz neue Gebiete erschloß. In Böhmen ragen Smetana und Dvořák, in Rußland Glinka und Tschaikowsky hervor, und Norwegen wird durch E. Grieg würdig repräsentiert. Sie alle aber sind der westeuropäischen insonderheit der deutschen Musik tributpflichtig.

Zweites Kapitel.

Die deutsche Wissenschaft.

Charakter und Ziele der Wissenschaften.

§ 299. Allgemeines. Während die Dichtung das Reich des Schönen zu erschließen und das Leben durch die Kunst zu veredeln und zu bereichern bemüht war, suchte die Wissenschaft in die Natur und in die Menschenwelt einzudringen. Die Geschichtschreibung erforschte und stellte Taten und Bestrebungen früherer Geschlechter dar, um die Nachgeborenen über Zustände und Erlebnisse in der Vergangenheit zu unterrichten, den Zusammenhang in der Entwickelung durch alle Jahrhunderte festzuhalten und der Gegenwart wie kommenden Zeitaltern die Arbeit und die Errungenschaften der Vorfahren zu bewahren. Die Rechtswissenschaft erzeugte und beleuchtete die Gesetze und Einrichtungen, unter denen das staatliche und gesellschaftliche Zusammenleben seinen geordneten Lauf vollbringen könnte. Die Naturwissenschaft suchte auf dem Wege der Induktion, mittels Beobachtung und Erfahrung, der Natur ihre Kräfte und Wirkungen abzulauschen, die Erscheinungen und Vorgänge in der physischen und materiellen Welt zu begreifen und zu erklären, die Naturdinge in ihrem Entstehen, Bestehen und Vergehen zu erforschen und das Weltall, seine Ordnung und Gesetze zu ergründen. Die Theologie strebte in die Wahrheiten der Religion, in das Wesen und die Bedeutung der Offenbarung einzudringen und Entstehung und Fortbildung der Glaubenslehre sowie den Gang des kirchlichen Lebens zu erfassen und darzutun. Wenn endlich die Philosophie kein neues, weltbeherrschendes Lehrgebäude aufzurichten vermochte, die wissenschaftliche Arbeit sich vielmehr vorzugsweise der Sichtung und geschichtlichen Behandlung älterer Systeme zuwandte, so erstanden ihr doch Vertreter von weitreichendem Einflusse, wie sie anderseits in schwerem Kampfe ihre Würde als „Weltweisheit" wenigstens zu wahren, neuerdings sogar nachdrücklicher zur Anerkennung zu bringen wußte.

Verbreitung der Wissenschaft.

Als eine wesentliche Förderung wissenschaftlicher Bildung müssen die öffentlichen Vorträge betrachtet werden, in denen die Ergebnisse gelehrter Studien, Forschungen und Untersuchungen, bisher Sondergut kleiner, abgeschlossener Hochschulkreise, in gemeinverständlicher Fassung jedermann zugänglich gemacht werden sollen. Von der mündlichen Rede fand dieses Bemühen bald seinen Weg in die Schrift, so daß volkstümliche Vorträge über alle Zweige der Wissenschaft und Kunst neben den zahlreichen Zeitschriften für die verschiedenen Kulturgebiete zu einer Literaturgattung heranwuchsen. Den letzten Schritt tat diese Fürsorge um die allgemeine Bildung mit den „Hochschulkursen", besonders für Arbeiter.

Wanderversammlungen.

Begünstigt wurde diese Richtung durch das Vereinswesen, durch die Wanderversammlungen und durch die größeren und kleineren Zusammenkünfte und Tage von Fachgenossen. Nicht nur, daß die Gleichgesinnten in Kirche und Staat von Zeit zu Zeit zusammentraten, um ihre Angelegenheiten zu besprechen und gemeinsame Schritte für ihre Zwecke zu beschließen, wie der Protestantenverein, der Kirchentag, die Katholikenversammlungen, wie der Nationalverein und heute alle politischen Parteien, — auch die Philologen, Ärzte und Naturforscher, Juristen, Lehrer halten regelmäßige Zusammenkünfte zur Förderung ihrer gemeinsamen Interessen für ersprießlich. Und wo hierbei die weitere Öffentlichkeit nicht unmittelbar beteiligt ist, da hat die Presse es als dankenswerte Pflicht erkannt, das Fachwissen in weiteste Kreise zu verbreiten.

1. Philologie und Sprachwissenschaft.

§ 300. Klassische Philologie. Durch die Reformation sind die grammatischen Studien Gemeingut des gesamten Abendlandes geworden. Die griechischen und lateinischen Schriftwerke waren die Grundlage der Erziehung zu einer rein

menschlichen (humanistischen) Bildung; die Mittel und Wege zu ihrem Verständnisse und ihrer Auslegung wurden zu einer eigenen Wissenschaft, der klassischen Philologie, zusammengefaßt, die sich die Aufgabe stellte, die alte Kulturwelt in all ihren Lebenserscheinungen zu erforschen und zu durchdringen, in erster Linie aber das wichtigste Hilfsmittel aller Altertumskunde, die Kenntnis der Sprachen, zu fördern. Durch die allgemeine Teilnahme wuchs die Philologie zu einer Wissenschaft von weitestem Umfange, die fortwährend neue Elemente in sich aufnahm, immer mehr Zweige ansetzte und zu Hilfswissenschaften ausbildete: sie wurde zur Vielwisserei, die alles zu umfassen und sich anzueignen suchte, was irgendwie die Erkenntnis des Altertums zu fördern versprach. Eine Sprache um ihrer selbst willen zum Gegenstande des Studiums zu machen, die Beschäftigung mit ihr als Selbstzweck anzusehen, lag dieser Schule ganz fern. Vielmehr mußte sich die Philologie, die ehemalige ancilla theologiae (Magd der Theologie), später der Rhetorik, Kritik und Ästhetik unterordnen.

Heyne 1729—1812

Der eigentliche Begründer der philologischen Wissenschaft wurde Christian Gottlob Heyne, der jedes klassische Werk als ein Ganzes auffaßte, Sach- und Spracherklärung als gleichwertig betrachtete und besonders auf den inneren Zusammenhang in jedem Schriftdenkmale achten lehrte. Zur selbständigen Wissenschaft aber erhob die Philologie erst

Fr. Aug. Wolf 1759—1824

Friedrich August Wolf, zuerst als Professor in Halle, dann als Mitglied der Berliner Akademie, indem er ihre Ziele und Grenzen festsetzte und sowohl der Grammatik als den übrigen Zweigen der „Altertumswissenschaft" ihre Stelle und Geltung zuerteilte. Über seine Prolegomena ad Homerum und die homerische Frage vergl. Bd. I., § 72. Wenn Wolf die Aufgabe der Philologie dahin bestimmte, das gesamte geistige Leben der Griechen

Gottfr. Hermann 1772—1848 Buttmann 1764—1829 Zumpt 1792—1849 Bekker 1785—1871 Jacobs 1764—1847 Böckh 1785—1867 Otfr. Müller 1797—1840 Thiersch 1784—1860 Creuzer 1771—1858 Welcker 1784—1868 Fr. Hermann 1804—1855 Göttling 1793—1869 Lobeck 1781—1860 Ritschl 1806—1876 Ribbeck 1827—1898 von Wilamowitz geb. 1848 Teuffel 1820—1878 Bernhardy 1800—1875 Bergk 1812—1881 E. Curtius 1814—1896 Kirchhoff geb. 1826 Mommsen 1817—1903 Schliemann 1822—1890 Humann 1839—1896

und Römer in all seinen Äußerungen zu erfassen, so ist ihm die Altertumswissenschaft in dieser Auffassung fast allgemein gefolgt, mochte auch unter dem weitreichenden Einflusse des geistesmächtigen Gottfried Hermann in Leipzig der Begriff der reinen Sprachwissenschaft, die formale Seite der Philologie, die Grammatik und Kritik, wiederum auf Zeit zur Herrschaft gelangen. Seine Ansicht teilten Philipp Buttmann, Gottlob Zumpt, Immanuel Bekker, Friedrich Jacobs u. a., während August Böckh, der Rechner und Mathematiker unter den Philologen, die Sachkenntnis voranstellte und andere, wie Otfried Müller, Friedrich Thiersch, Friedrich Creuzer, Friedrich Welcker, Karl Friedrich Hermann, Karl Wilhelm Göttling, mehr die archäologische Seite, die Kultur- und Religionsgeschichte ins Auge faßten. Einen vermittelnden Weg schlugen Chr. August Lobeck in Königsberg und Friedrich Ritschl in Bonn und Leipzig ein, indem sie sowohl der formalen wie realen Seite gerecht zu werden suchten, die weiterhin in Ritschls Schüler und Nachfolger in Leipzig, Otto Ribbeck, in Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff u. a. m. glänzende Vertreter fand. Um die Literaturgeschichte machten sich außer den erwähnten Otfr. Müller und O. Ribbeck vor anderen Wilhelm Teuffel, Gottfried Bernhardy und Theodor Bergk verdient. — Außerordentlich wertvolle Hilfsmittel für die Erkenntnis des klassischen Altertums beschaffte der unermüdliche Sammelfleiß deutscher Gelehrter durch den Abdruck und die Ordnung der Inschriften. Von den zwei Hauptwerken bearbeiteten im Auftrage der Berliner Akademie Boeckh, Johannes Franz, der feinsinnige Geschichtsforscher Ernst Curtius (§ 304) und Adolf Kirchhoff das Corpus inscriptionum Graecarum, von dem von 1828 bis 1859 vier Bände erschienen, während der vielseitige und als Geschichtschreiber ganz eigenständige Theodor Mommsen mit Emil Hübner und Zangemeister, ebenfalls im Auftrage der Akademie, von 1863 bis 1873 das Corpus inscriptionum Latinarum zusammenstellte, zu dem Ritschls musterhafte Priscae latinitatis monumenta epigraphica eine Art Einleitung bilden. Ein drittes großes Sammelwerk ersteht unter dem Schutze und mit Hilfe der Akademien von Berlin, Göttingen, Leipzig, München und Wien. Es ist der Thesaurus linguae Latinae, in dem Eduard Wölfflin und andere den von ihnen mit etwa 250 Mitarbeitern gesammelten und zunächst im Archiv für lateinische Lexikographie und Grammatik seit 1884 behandelten Stoff verarbeiten. — Ungeahnte Schätze wuchsen der Wissenschaft endlich aus dem klassischen Boden selbst zu. Lebensvolle Aufschlüsse bieten die besonders in Ägypten massenhaft gefundenen Papyri mit ihrem kaum zu erschöpfenden Inhalte. Überraschende Erfolge hatten die Nachgrabungen des für Griechenland begeisterten Heinrich Schliemann auf der Stätte des alten Troja 1870 und in Mykenä 1876, dann in Orchomenos und Tiryns, ferner die des Ingenieurs Humann auf dem Boden von Pergamon 1878, endlich die vom deutschen Reiche veranstaltete, von Ernst Curtius unter Beihilfe Adlers und Hirschfelds seit 1875 ausgeführte Bloßlegung

Olympias. Die liebevollen Bemühungen einzelner Forscher, Verlauf, Bauart und Zweck des alten römischen Grenzwalles (Pfahlgrabens) in West- und Süddeutschland festzustellen, wurden seit 1892 unter der „Reichslimeskommission" einheitlich zusammengefaßt und in der Hauptsache zum Abschlusse gebracht.

§ 301. Sprachvergleichung. „Daran hat die klassische Philologie nie gedacht, eine Sprache um ihrer selbst willen zum Gegenstand des Studiums zu machen, den Gesetzen ihrer inneren Entwickelung nachzuspüren und sie als den Ausfluß der psychologischen Organisation eines Volkes zu betrachten." Da lenkte die philosophische Forschung in den letzten Jahrzehnten des achtzehnten Jahrhunderts die Aufmerksamkeit der Gelehrten auf die menschliche Sprache im allgemeinen. Man suchte ihre Entstehung zu ergründen, aus dem Ganzen ihrer Entwickelung die geistige Heranbildung des Menschengeschlechtes zu erschließen, ihre Verzweigungen in bestimmte Klassen und Ordnungen zu bringen, ihren Zusammenhang und ihre Abweichungen aus Naturgesetzen und geschichtlichen Schlußfolgerungen abzuleiten. Doch handelte es sich dabei keineswegs nur um einen Stammbaum der Sprachen und einen Aufriß ihres Baues; das höhere Ziel war, zu untersuchen, „in welcher Weise sich die Verschiedenheit des menschlichen Empfindens und Denkens bei den so mannigfach organisierten Nationen in dem durch die Sprache vermittelten Ausdrucke widerspiegelt." Bereits 1772 errang Herder mit seiner Schrift Vom Ursprunge der Sprache den ausgesetzten Preis. Seitdem beschäftigte die einmal aufgeworfene Frage Philosophen und Sprachforscher unausgesetzt, nur daß diese Untersuchungen mehr der Spekulation angehörten, in die Gebiete der Psychologie und Physiologie einschlugen und die Sprachwissenschaft nur insofern berührten, als diese einen Teil der Menschenkunde bildet. Demgegenüber nahmen andere die Erfahrung zu Hilfe, indem sie aus der Menge der Sprachen und Mundarten, die sie in Wörtersammlungen und Sprachproben zur Vergleichung zusammenstellten, die Gesetze der Sprachbildung nachzuweisen und anzudeuten bemüht waren. So erschien in Petersburg das „Vaterunser" in mehr denn hundert Sprachen und Mundarten. So konnte schon Johann Christoph Adelung (Bd. III) in Dresden kurz vor seinem Tode das Ergebnis langjähriger Forschung und Sammelarbeit in einem von Severin Vater fortgeführten Werke niederlegen, dem er den Namen des sprachkundigen Königes von Pontus vorsetzte: Mithridates oder allgemeine Sprachenkunde. Wie die Naturwissenschaft, suchte diese Sprachforschung zunächst einen festen realen Boden zu schaffen, indem sie möglichst viele Sprachen in den Kreis ihrer Beobachtung zog, sie nach Ähnlichkeit oder Verschiedenheit in Stämme und Familien teilte und auf Grund dieser Beobachtungen und vergleichenden Tätigkeit die Fragen nach den letzten Gründen aller sprachlichen Erscheinungen zu beantworten versuchte. Lange mußte sie sich mit dem Geschäfte des Kärrners begnügen, der Material und Bausteine herbeischafft, bis die Bekanntschaft mit dem Sanskrit den Zusammenhang des großen Sprachkreises erkennen ließ, den man als indogermanischen oder arischen zu bezeichnen pflegt.

Adelung 1732—1806

Englische Gelehrte, wie Hamilton, Jones, Colebrooke, widmeten um 1800 ihre Tätigkeit der Erforschung der indischen Sprache und Literatur. Ihr Tun fand bald in anderen Ländern Nachahmung. In Frankreich waren es vor allen Chézy und Burnouf, in Deutschland Friedrich von Schlegel (§ 82) und, von ihm angeregt, sein Bruder August Wilhelm, die die Aufmerksamkeit der gebildeten Welt auf „die Sprache und Weisheit der Indier" hinlenkten. Was Schlegel nur in Umrissen und Beispielen versuchte, das führte der geistvolle Franz Bopp aus Mainz in größerem Maßstabe und mit umfassenderen Sprachkenntnissen weiter aus. Er ist der Begründer der Sprachvergleichung. Seine bahnbrechende Schrift von 1816, Das Konjugationssystem der Sanskritsprache in Vergleichung mit jenem der griechischen, lateinischen, persischen und germanischen Sprachen, worin dargelegt war, wie sich „vermittelst vergleichender und historischer Untersuchungen die Entstehung der grammatischen Formen in den mit dem Sanskrit verwandten Sprachen erforschen" lasse, gab zum ersten Male einen Begriff von den Gesetzen, nach denen eine bestimmte Sprachform gebaut war und sich entwickelt hatte, und sichere Kennzeichen für die

Chézy 1773—1832
Burnouf 1801—1852
Bopp 1791—1867

Verwandtschaft der einzelnen Sprachen. Diese Schrift regte allenthalben das Studium des Indischen an. Während Bopp selbst auf Grund der Arbeiten von Wilkins, Colebrooke u. a. das Ausführliche Lehrgebäude der Sanskritsprache verfaßte, wurden zugleich in Lassen 1800—1876 Bonn auf Schlegels Anregung von Christian Lassen aus Norwegen die Sanskritstudien wesentlich gefördert und in der umfassenden Indischen Altertumskunde Land und Volk der Hindu nach allen Seiten hin beleuchtet. Bald wurden an allen deutschen Universitäten Lehrstühle für Sanskrit errichtet, und sprachkundige Männer, wie Albrecht Weber in Weber geb. 1825 Berlin, Theodor Benfey in Göttingen, Hermann Brockhaus in Leipzig, Rudolf Roth Benfey 1809—1881 in Tübingen, in England Max Müller in Oxford, gaben der gesamten Sprachforschung Brockhaus 1806—1877 einen mächtigen Anstoß. Nicht nur die klassische Philologie besann sich wieder auf ihre Roth 1821—1895 rein sprachliche Aufgabe — historische Grammatik —, auch die germanistischen Studien M. Müller 1823—1900 wurden neu belebt, das Zend, seitdem Anquetil du Perron die Schriften Zoroasters nach Haug 1827—1876 Europa gebracht hatte, durch Burnouf und Haug in München gründlich erforscht, die slawischen Sprachfamilien und die Überreste des Keltischen, auch das Baskische zur Vergleichung herangezogen und in der skandinavischen Sprache und Literatur die germanischen Bestandteile aufgesucht. Diese weit ausgreifende Tätigkeit zeitigte aber die Gefahr, daß über der Sammelarbeit, über der philologischen Behandlung verschiedenartiger Sprachstämme W. von Humboldt 1767—1835 der höhere, philosophische Gesichtspunkt aus dem Auge gelassen wurde. Da stellte Wilhelm von Humboldt, einer der ersten Geister Deutschlands, der reichste Kenntnis mit philosophischem Scharfsinne vereinigte, das richtige Verhältnis wieder her. „Ein Freund und Geistesgenosse von Goethe, Schiller, Friedrich August Wolf, als Staatsmann und Diplomat in den höheren Lebenskreisen aller Länder heimisch, der wichtigste Berater bei der Gründung der Berliner Universität, unterstützt von den Beobachtungen seines Bruders Alexander, der sich das ganze Reich der Naturwissenschaften unterworfen, hat Wilhelm von Humboldt wie ein König im Reiche des Geistes geherrscht. Seine Arbeiten im Kreise der klassischen sowohl wie der Sanskritphilologie, der Ästhetik, Geschichte und Staatswissenschaft gaben alle Zeugnis von einem tiefen, freisinnigen, philosophisch gebildeten, kenntnisreichen Denker, der die Waffen der Dialektik mit Meisterschaft zu führen verstand." Aber den Kern- und Glanzpunkt seiner vielseitigen Tätigkeit bilden seine sprachwissenschaftlichen Arbeiten, besonders die Einleitung zu seinem Werke Über die Kawisprache auf der Insel Java, betitelt: Über die Verschiedenheit des menschlichen Sprachbaues und ihren Einfluß auf die geistige Entwickelung des Menschengeschlechtes. Indem er die Sprachen der amerikanischen und ozeanischen Völker zur Vergleichung heranzog und die philosophische und geschichtliche Behandlungsweise verband, kam er zu dem Ergebnisse: Die Sprache ist kein totes Mittel, kein Werkzeug, das der menschliche Geist zur Bezeichnung der Dinge verwendet, sondern eine Tätigkeit, die sich ewig wiederholende Arbeit des Geistes, den Laut zum Ausdrucke des Gedankens zu machen; ohne Sprache kein Gedanke, durch die Sprache entsteht erst das menschliche Denken. Die besondere Art, wie sich diese fortlaufende Tätigkeit im einzelnen offenbart, beruht auf der Geisteseigentümlichkeit der einzelnen Völker. Die Einsicht in den Bau der Sprache ist zugleich ein Einblick in das innerste Wesen eines Volkes wie der ganzen Menschheit. Damit waren Aufgabe und Ziel der Sprachforschung dargelegt. Nun versuchte Humboldt eine Gruppierung und Einteilung der Sprachen nach ihrem Baue. Die Betrachtung des Wortes nach Stamm und Beziehungslauten ergab drei Klassen: isolierende, d. h. einsilbige, die Sprachwurzeln einfach nebeneinandersetzende, agglutinierende, d. h. die Wurzeln aneinander- und zusammenfügende, flektierende, also wirklich abwandelnde Sprachen. Weitere Untersuchungen der verwandten Sprachen führten auf die Sprachstämme, deren Äste und Zweige, die Einzelsprachen, auf eine ehemals ungeteilte Grundsprache zurückweisen. Auf den indogermanischen Sprachstamm blieb vorzugsweise die Tätigkeit der Forscher gerichtet. Nicht nur daß Bopp (S. 595) fortfuhr, durch grundlegende Werke, besonders die Vergleichende Grammatik des Sanskrit, Zend, Armenischen, Griechischen, Lateinischen, Litauischen, Altslawischen, Gotischen Pott 1802—1887 und Deutschen, die Sprachkunde zu bereichern, — auch August Friedrich Pott in Halle und Schleicher 1821—1868 der kenntnisreiche August Schleicher förderten ihrerseits, jener mit den Etymologischen Forschungen auf dem Gebiete der indogermanischen Sprachen mit besonderem Bezug auf die Lautumwandlung im Sanskrit, Griechischen, Lateinischen, Litauischen und Gotischen, dieser durch gründliche Untersuchungen, namentlich auch über die slawischen Sprachen und durch das Werk Bedeutung der Sprache für die Naturgeschichte des Menschen, den Ausbau der jungen Wissenschaft der Sprachvergleichung. Mit diesen Fortschritten steigerte sich unverkennbar die Gefahr, daß die Sprachforschung rein Selbstzweck wurde. G. Curtius 1820—1885 Da übernahm es der geistesklare Georg Curtius, der Bruder von Ernst (S. 594), eine hervorragend lautere und vornehme Natur, die klassische Philologie mit der allgemeinen Sprach-

forschung in lebendige Wechselwirkung zu setzen. Zahlreiche weitverbreitete Werke begründeten seinen Einfluß, und eine stattliche Reihe anerkannter Gelehrter sind aus seiner Schule hervorgegangen, wie die Universitätslehrer Karl Brugmann, August Leskien und Ernst Windisch in Leipzig, Gustav Meyer in Graz u. a. m. War nun anfangs das Sanskrit „die große Leuchte" auf dem dunklen Arbeitsfelde der vergleichenden Sprachwissenschaft gewesen, so erwächst ihm jetzt aus den europäischen Zweigen in ihrer ältesten Gestalt eine siegreiche Nebenbuhlerschaft. An Stelle der Sanskritphilologie übernehmen die Indogermanisten die Führung. Damit aber kommt sowohl die allgemeine Sprachwissenschaft als in besonderem Maße die Sprachpsychologie zu ihrem Rechte. — Daneben hatte sich mehr und mehr die Notwendigkeit herausgestellt, zur Erkenntnis des Lautwandels und zur Feststellung bestimmter Lautgesetze die Sprachphysiologie heranzuziehen. Ihre Grundzüge stellte zuerst Eduard Sievers zusammen, während Hermann Osthoff und Karl Brugmann darüber hinaus in den Morphologischen Untersuchungen die psychischen Anlässe des Lautwandels aufwiesen. Das Ergebnis dieser eindringenden Studien, die in den Arbeiten des Sprachpsychologen Heinrich Steinthal, des Kenners der slawischen Sprachen Leskien und des Germanisten Wilhelm Scherer ihre Vorläufer hatten, war die Annahme ausnahmelos gültiger Gesetze des mechanischen Lautwandels und die Anerkennung der Analogiebildung auch in ältester Zeit. Gegen die Starrheit des Lautgesetzes erhoben die Schüler des Sprachforschers Benfey, vor anderen Adalbert Bezzenberger, der Herausgeber der Beiträge zur Kunde der indogermanischen Sprachen, entschiedenen Einspruch, während Hermann Ziemer die Grundsätze dieser „Junggrammatiker" auf die Erforschung der Syntax übertrug. Den gleichen Weg, aber im Sinne älterer Sprachvergleichung, hatte bereits 1852 der gediegene Altertumsforscher Ludwig Lange, seit 1871 Professor in Leipzig, empfohlen und 1872 mit Glück eingeschlagen. — Hatte die vergleichende Sprachwissenschaft die indogermanischen Sprachen zunächst als ein Ganzes und zumeist in ihren Beziehungen zum Sanskrit behandelt, so erhielt doch bald jeder Zweig des arischen Stammes seine eigene Philologie. Die Sonderarbeiten auf dem Gebiete des Griechischen und Lateinischen sind erwähnt. Eine Grammatik der romanischen Sprachen, denen schon Pott eingehende Untersuchungen gewidmet hatte, und ein Etymologisches Wörterbuch schrieb Friedrich Christian Diez, der Vater der romanischen Philologie; August Fuchs betrachtete die romanischen Sprachen in ihrem Verhältnisse zum Latein und schrieb über die unregelmäßigen Zeitwörter. — Über die keltischen Sprachen handelte vom Standpunkte der vergleichenden Sprachforschung der erwähnte Bopp; ihm folgten die Grammatica celtica von Johann Kaspar Zeuß und die von Hermann Ebel, neuerdings der Altkeltische Sprachschatz von Alfred Holder. — Nach Schleichers Formenlehre der kirchenslawischen Sprache erschienen die Lautlehre und die Vergleichende Grammatik der slawischen Sprachen von Franz von Miklosich, dem bedeutendsten Forscher auf diesem Gebiete neben Leskien, dem Verfasser des Handbuches der altbulgarischen Sprache. Eine Geschichte der slawischen Sprache und Literatur schrieb Paul Joseph Schafarik.

Brugmann geb. 1849
Leskien geb. 1840
Windisch geb. 1844
Meyer geb. 1850
Sprachphysiologie.
Sievers geb. 1850
Osthoff geb. 1847
Bezzenberger geb. 1851
L. Lange 1825—1885
Diez 1794—1876
Fuchs 1818—1847
Miklosich 1813—1891
Schafarik 1795—1861

§ 302. Germanistik. Die größten Errungenschaften waren jedoch der germanischen Philologie vorbehalten, mit der sich nur die Jahrhunderte alten klassischen Studien zu messen vermögen. Ihre Anfänge sind bei den Romantikern zu suchen. In weiteren Kreisen erwachten aber gerade in den schwersten und schmachvollsten Tagen der deutschen Geschichte die Liebe und das Interesse für die Denkmale der vaterländischen Vorzeit und führten zu ungeahnten Ergebnissen. Ja die deutsche Sprache und Literatur waren lange Zeit das einzige Band, das die zerrissene und gebrochene Nation noch zusammenhielt.

von der Hagen 1780—1856

Die Romantiker, voran Friedrich von Schlegel, Tieck, Arnim, Joseph Görres (§ 82, 286), hatten zuerst die mittelalterlichen Dichtungen, die Minne- und Volkslieder aus der Vergessenheit hervorgezogen; 1810 führte Friedrich von der Hagen das Nibelungenlied, später die Minnesinger, Gottfried von Straßburg u. a. dem deutschen Volke wieder zu; der geschäftige Docen veröffentlichte aus der Münchener Bibliothek den Titurel und manches andere. Dann brach die Blütezeit der Germanistik an. Was die Brüder Jakob und Wilhelm Grimm begonnen, wurde durch Karl Lachmann, Joseph Andreas Schmeller, Uhland (§ 290), Moritz Haupt, Karl Joseph Simrock und viele andere Mitarbeiter fortgebildet und verbreitet. Daß der Germanistik der Rang einer eigenen Wissenschaft nicht mehr streitig gemacht werden kann, das ist vornehmlich das Werk der Gebrüder Grimm: über das altdeutsche und

Docen 1782—1828
Jakob Grimm 1785—1863
Wilh. Grimm 1786—1859
Lachmann 1793—1851
Schmeller 1785—1852
Haupt 1808—1874
Simrock 1802—1876

das nordische Heldenlied, über Sage und Volksdichtung, über Reinhard Fuchs und vieles andere hat besonders Jakob gleichmäßig neues Licht verbreitet, seine Deutsche Grammatik, seine Weistümer des deutschen Rechts, seine Deutsche Mythologie haben für die Erkenntnis deutschen Lebens und deutscher Sitte in Sprache, Rechtsaltertümern, religiösen Vorstellungen und Gebräuchen die bedeutendsten Wirkungen gehabt, und die Kinder- und Hausmärchen der beiden Brüder sind noch heute ein Lieblingsbuch der großen und kleinen Welt. — Nicht immer blieb der beschwingten Entwickelung der friedliche Charakter gewahrt. So gab der ebenso rührige, wie scharfsinnige Karl Lachmann in Berlin durch seine „Liedertheorie", in der er Wolfs Verfahren bei Homers Gedichten (I. § 72) auf das Nibelungenlied anwandte, Anstoß zu einer mehr und mehr erbitterten Fehde, in die schließlich die namhaftesten Germanisten verwickelt wurden, so Adolf Holtzmann, der sich auch als Orientalist einen Ruf erwarb, Friedrich Zarncke, der Begründer des Literarischen Zentralblattes, Franz Pfeiffer und sein Nachfolger in der Leitung der wissenschaftlichen Zeitschrift Germania Karl Bartsch u. a. m. Die Vielseitigkeit dieser Gelehrten als Herausgeber und Kritiker wie als Altertumsforscher teilten außer anderen Georg Friedrich Benecke, auch als Kenner des Englischen bekannt, Eberhard Graff, dessen Hauptwerk der Althochdeutsche Sprachschatz ist, der Sänger inniger Lieder und vielseitige Schriftsteller Hoffmann von Fallersleben (§ 288), auch der Büchersammler Freiherr von Meusebach, der Geschichtschreiber und Altertumsforscher Franz Joseph Mone, der Dichter und Turner Hans Ferdinand Maßmann, der auf verschiedenen Gebieten tätige Wilhelm Wackernagel, endlich der Kenner deutscher Vorzeit Karl Viktor Müllenhoff. Für die weitverzweigten Forschungen eine Art Mittelpunkt zu bilden, waren 1846 die Germanistentage eingerichtet worden, haben jedoch bald wieder aufgehört. Ein Ehrenmal der germanischen Philologie begründete Jakob Grimm durch das mit seinem Bruder begonnene Deutsche Wörterbuch, ein Unternehmen von solchem Umfange, daß es bis heute der Vollendung harrt. Der weitere glänzende Aufschwung der Germanistik ist an eine Reihe gefeierter Namen geknüpft, wie Wilhelm Braune, Hermann Paul, Sievers, Scherer, Professor der neueren Literaturgeschichte in Berlin, der das Haupt einer weitverbreiteten Schule geworden ist, wie der Philosoph Kuno Fischer in Heidelberg. Über die Literaturgeschichtsforscher vergleiche § 304. Die schönsten Wirkungen sind endlich dem Gedanken beschieden gewesen, die Goethestudien zu fördern und zusammenzufassen in der Goethegesellschaft und ihrem alljährlich erscheinenden Goethejahrbuch.

Holtzmann 1810—1870
Fr. Zarncke 1825—1891
Pfeiffer 1815—1868
Bartsch 1832—1888
Benecke 1762—1844
Graff 1780—1841
Meusebach 1781—1847
Mone 1796—1871
Maßmann 1797—1874
Wackernagel 1806—1869
Müllenhoff 1818—1884
Wilh. Scherer 1841—1886
K. Fischer geb. 1824

Die Geschichte der germanischen Philologie schrieb Rudolf von Raumer.

Rud. von Raumer 1815—1876

§ 303. Semitische Sprachwissenschaft. Neben den indogermanischen Sprachen erfreuten sich namentlich die semitischen eingehender und umfassender Behandlung.

Für das Arabische, das über die reichste Literatur verfügt und vor anderen seine Bedeutung als noch lebende Sprache behauptet, begründete Silvestre de Sacy eine neue Zeit des Studiums, das nun, wie in Frankreich durch Quatremère, Munk, Renan u. a., in Deutschland sorgsamste Pflege fand durch Schaffung neuer Hilfsmittel (Ewald, Freytag), durch zahlreiche Veröffentlichungen arabischer Werke (Fleischer, Wüstenfeld, Flügel) und durch Übersetzungen (Hammer-Purgstall, Weil). Die Kenntnis des Phönizischen erweiterte sich beträchtlich, nachdem Gesenius die richtige Grundlage geschaffen hatte, durch die von Ewald, Levy, Blau entzifferten Inschriften. Auch das Syrische hielt sowohl in Grammatik (Merx) als im Lexikalischen (Bernstein) mit den übrigen Sprachen Schritt, und das Äthiopische fand in Dillmann einen Sachverständigen ersten Ranges. Den Ausgangspunkt für diese lohnenden Streifzüge auf das gesamte Gebiet des Semitismus bildete in der Regel das Hebräische, das in den großen grammatikalischen und lexikalischen Leistungen von Gesenius zuerst den engen Formen einer theologischen Fachdisziplin entwachsen war und durch Heinrich von Ewald, Justus Olshausen, Ferdinand Hitzig, Hermann Hupfeld u. a. eine den Fortschritten der klassischen Philologie ebenbürtige und dabei stets den Zusammenhang mit dem ganzen Sprachgebiete wahrende Ausbildung erfuhr. Ein vollständig neues Feld erschloß sich der semitischen Philologie, als auf den Denkmälern von Persepolis, Babylon und Ninive, aber auch sonst vereinzelt in Kleinasien, Syrien und Mesopotamien die Keilinschriften aufgefunden wurden. Drei Arten Keilschrift sind festgestellt; jede Art entspricht einer Sprache. Die erste Art, deren Entzifferung Grotefend 1802 begann und Beer, Westergaard, Hitzig, Holtzmann, vornehmlich aber Oppert, Lassen, Burnouf und Rawlinson sicherstellten, bietet Inschriften der babylonischen und persischen Könige in einer indogermanischen Sprache, dem mit dem Zend nahe verwandten Altpersischen. Viel gestritten wurde über die Sprache, die in der zweiten Art Keilschrift vorliegt. Unentschieden, wie ihre Zugehörigkeit zum altai-uralischen Sprachstamme, bleiben vorerst, trotz der geistvollen Forschungen der bereits genannten Orien-

Sacy 1758—1838
Hammer-Purgstall 1774—1856
Gesenius 1786—1842
von Ewald 1803—1875
Merx geb. 1838
Dillmann 1823—1894
Grotefend 1775—1858
Ferd. Hitzig 1807—1875
Oppert 1825—1905

talisten, dazu Sayces, Halévys und Schraders, das Wesen der Sprache und der Inhalt der Inschriften. Als Träger der Sprache gelten jetzt die Sumerier oder Akkadier. Erst von diesem uralten Volke sollen die mit den Chaldäern verwandten Assyrer Glauben, Gesittung und Schrift erhalten haben. In dieser assyrischen Schrift ist die dritte Art der Keilinschriften abgefaßt, die in den „Achämenidenurkunden" ebensoviel Licht über die Entwickelung der semitischen Sprache wie über die jüdische Geschichte verbreiten. Bald wuchs der Forschung der Stoff massenhaft zu. Der Franzose Botta grub 1843 in Khorsabad, der Engländer Layard 1845 in Kujundschik, dann 1899 auf dem Boden von Ninive im Auftrage der Deutschen Orientgesellschaft Friedrich Delitzsch und Koldewey. Die folgeschweren Schlüsse, die jener, ein Sohn des Leipziger Orientalisten Franz Delitzsch, 1902 aus seinen Funden gegen den Offenbarungscharakter des Alten Testamentes zog, besonders in der Schrift Babel und Bibel, riefen zahlreiche Gegner auf den Plan, u. a. den Assyriologen Eduard König mit Bibel und Babel. Doch zog auch Hugo Winkler in Abraham als Babylonier, Joseph als Ägypter die Keilinschriften zum Verständnisse der biblischen Überlieferung heran. Diesem dienen namentlich die Ausgrabungen, die die Vorderasiatische Gesellschaft in Palästina vornehmen läßt. — Ebenfalls 1802 gelang die erste Entzifferung der ägyptischen Hieroglyphen, und damit erfuhr die Entwickelung des jüdischen Volkes von anderwärts eine unerwartete Beleuchtung. Für das Studium der Hieroglyphen ist Napoleons Feldzug in Ägypten von großer Bedeutung geworden (§ 28), besonders durch den Fund einer ägyptischen Inschrift mit griechischer Übersetzung, des „Steines von Rosette". Nach de Sacy, dem Schweden Akerblad u. a. legte Champollion-Figeac den Grund zum Verständnisse der Hieroglyphen. Die Richtigkeit seines Entzifferungsverfahrens bestätigte in überzeugender Weise ein zweiter, dreisprachiger Stein, das „Dekret von Kanopus", den Lepsius auffand, ein Schüler Champollions, wie der Italiener Rosellini, der Engländer Birch, der Niederländer Leemans u. a. Jetzt zählen alle Kulturstaaten Ägyptologen von anerkanntem Rufe unter ihren Gelehrten.

Akerblad 1763—1819
Champollion 1778—1867
Rosellini 1800—1843

2. Geschichtschreibung.

§ 304. Unter den großen Zeitereignissen nahm die Geschichtschreibung einen bedeutenden Aufschwung und benutzte die Erfahrungen und Erlebnisse der reichen Gegenwart, um das Völkerleben aller Jahrhunderte in seiner Gesamtheit zu durchdringen.

Barthold Georg Niebuhr hat im preußischen Staatsdienste mit gleichem Erfolge wie als Hochschullehrer in Bonn gewirkt. Im ernsten Geiste der Freiheitskriege, für die er mit aller Kraft tätig war, beleuchtete er mit eindringender Kritik die Römische Geschichte. Nicht zufrieden, die Widersprüche und Irrtümer der landläufigen Überlieferung darzutun, suchte er die mit unendlichem Fleiße zusammengetragenen und wissenschaftlich geprüften Angaben der Quellen zu einem geläuterten Gebilde zu vereinigen und so „die unter der Hülle der Sagendichtung verborgene Wahrheit zu erkennen und ans Licht zu bringen, die ältesten Zustände in ihrer geschichtlichen Wirklichkeit wiederherzustellen." Sein Verfahren wies der Geschichtsforschung neue Bahnen. — Friedrich Christoph Schlosser in Heidelberg faßte in seiner Weltgeschichte mit tiefem Blicke die Lebenstätigkeit der Völker alter und neuer Zeit als einheitliche Erscheinungen auf, indem er die innige Verbindung von Schrifttum, Sitte und Denkweise mit dem öffentlichen Leben nachwies. Seine Geschichte des 18ten und 19ten Jahrhunderts behandelt die jüngste Vergangenheit mit Tiefe, Schärfe und Freimut und mit dem strengen Richtmaße der Sittlichkeit und des Rechtes. — Karl Rodecker von Rotteck (§ 307) aus Freiburg i. Br. war in Wort und Schrift der hervorragendste Vorkämpfer freisinniger Grundsätze, für die er weite Kreise des deutschen Volkes begeistert hat. Seine „Allgemeine Geschichte" erlebte 25 Auflagen! — Vom Liberalismus ging auch Heinrich Leo (§ 307) in Halle aus. Einst eifriger Burschenschafter, war er zuletzt Mitarbeiter der „Kreuzzeitung", mit katholisierendem Anstriche und verbissenster Gegner jeglichen Fortschrittes in Staat und Kirche bereits im Handbuche der Geschichte des Mittelalters, besonders aber im Lehrbuche der Universalgeschichte. Ihm gesinnungsverwandt waren zwei andere Protestanten, die Theologen Friedrich Hurter aus Schaffhausen und August Gfrörer aus Kalw, die sich über ihren kirchengeschichtlichen Arbeiten, jener über Innozenz III., dieser über Gregor VII., Kirchengeschichte, Geschichte der Karolinger, so in den Romanismus einlebten, daß sie schließlich übertraten. — Arnold Hermann Ludwig Heeren in Göttingen erweiterte durch anerkannte Werke, besonders durch die Ideen über Politik, den Verkehr und den Handel

Niebuhr 1776—1831
Schlosser 1776—1861
Rotteck 1775—1840
H. Leo 1799—1878
Hurter 1787—1865
Gfrörer 1803—1861
Heeren 1760—1842

der vornehmsten Völker der alten Welt, das Gebiet der Forschung. Seine Geschichte des europäischen Staatensystems behauptet noch heute ihren Wert. Für die mit Friedrich August Ukert begonnene Geschichte der europäischen Staaten vereinte er eine Reihe namhafter Gelehrter zu gemeinsamer Arbeit. — Ernst Wilhelm Wachsmuth, zuletzt Professor in Leipzig, erstreckte seine gründlichen Forschungen, z. B. in der Hellenischen Altertumskunde, in den Historischen Darstellungen aus der Geschichte der neueren Zeit, in der Geschichte Frankreichs im Revolutionszeitalter und in der Allgemeinen Kulturgeschichte, auf die verschiedenen Völker aller Zeiten, und der namhafte Friedrich Christoph Dahlmann (§ 307), der sich auch in seiner vielseitigen politischen Tätigkeit stets treu blieb, bewahrte seinen Freimut vornehmlich in der vom Standpunkte des Staatsmannes mit lehrhafter Absicht geschriebenen Geschichte der französischen und der englischen Revolution. Seine Geschichte Dänemarks ist eine Zierde des Heeren-Ukertschen Sammelwerks. — Die Schriften Varnhagens von Ense, der an der Politik und den Kriegen seiner Zeit mannigfachen Anteil hatte, gehören größtenteils dem Gebiete der Lebensbeschreibung und der Denkwürdigkeiten an. Ihren eigenen Reiz, den außerordentlich geglätteten Stil, besitzen sie freilich nicht selten auf Kosten charaktervoller, eigentümlicher Darstellung. — Wahrhaft vaterländischer Sinn und männlicher Freimut, warmes Verständnis für die Zeit kennzeichnen die zahlreichen Geschichtswerke von Heinrich Luden, akademischem Lehrer in Jena, so Nemesis, Zeitschrift für Politik und Geschichte, Geschichte des teutschen Volkes, Geschichte der Teutschen, mag auch die Forschung über seine Ansichten weit hinausgegangen sein. — Von ihm angeregt, hat sich Johannes Voigt aus Sachsen-Meiningen der Geschichte zugewandt und als Professor in Königsberg besonders die Geschichte Preußens in seinem so betitelten Hauptwerke wie in vielen Einzeldarstellungen behandelt. — Sein Sohn Georg Voigt, Professor in Leipzig, hat mit Vorliebe die Ausgänge der mittelalterlichen Lebensordnungen zum Gegenstande seiner Studien gemacht, so in der Wiederbelebung des klassischen Altertums, Enea Silvio de' Piccolomini u. a. m. — Gustav Adolf Stenzel, der als Jüngling im Freiheitskampfe gegen Frankreich mitfocht und gegen Ende seines Lebens im Frankfurter Parlamente tätig war, hat als Professor in Breslau mehrere Arbeiten über vaterländische Geschichte verfaßt, so Geschichte Deutschlands unter den fränkischen Kaisern, Geschichte des preußischen Staates, Geschichte Schlesiens usw. — Erst Verwaltungsbeamter, dann Professor der Staatswissenschaften in Berlin, lebte Friedrich von Raumer hauptsächlich der Geschichtsforschung. Sein Hauptwerk ist die mit der Vorliebe des Romantikers für die mittelalterliche Herrlichkeit geschriebene Geschichte der Hohenstaufen und ihrer Zeit. — Der Altmeister der Geschichtswissenschaft und Begründer einer weitverbreiteten Schule, Leopold von Ranke, suchte besonders das bewegte Leben und die verwickelten Zustände der Reformationzeit in Deutschland (Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, Geschichte Wallensteins, Vom Religionsfrieden bis zum 30jährigen Kriege), in Italien (Die römischen Päpste, ihre Kirche und ihr Staat im 16ten und 17ten Jahrhunderte), in Frankreich (Französische Geschichte, vornehmlich im 16ten und 17ten Jahrhunderte) und in England (Englische Geschichte, vornehmlich im 17ten Jahrhunderte) durch neue Forschungen aufzuhellen und durch lichtvolle, gewandte Darstellung anschaulich zu machen. Durch Beherrschung des Stoffes, geistreiche Auffassung und würdevolle Sprache hat Ranke sich eine anerkannte Stellung und für seine Wissenschaft eine Zeit neuer Blüte begründet. Sein Schüler, von Sybel, unterscheidet in dem Entwickelungsgange des Meisters drei Abschnitte. Der erste reicht bis zu seinem dreißigsten Lebensjahre und wird durch die Geschichten der germanischen und romanischen Völker von 1494 bis 1535 gekennzeichnet. Hier herrscht die Lust vor, die mannigfachen Erscheinungen der Geschichte in ihrem bunten Getriebe anschaulich zu schildern. Ranke steht seinen Gestalten durchaus kühl gegenüber. Es kommt ihm nur darauf an, darzutun, wie sich die Begebenheiten zugetragen und die Personen gehandelt haben. Der zweite Abschnitt erhält sein Gepräge durch das Streben, in der Erscheinungen Flucht den Pol, im Leben und Weben des einzelnen wie der Völker das Beherrschende und Ewige zu erkennen, zu erforschen, welches Band die Einzelereignisse zu einem Ganzen verknüpft. Die Freude an der kühl-objektiven Schilderung steht zurück, und die Idee tritt in ihr Recht. Das Walten Gottes in der Geschichte kommt mehr und mehr zur Anschauung. In diese Zeit fällt Rankes fruchtbringende Lehrtätigkeit. Abhold der Sonder- oder Einzelforschung von heute, behandelt er in seinen Vorlesungen stets umfangreiche Abschnitte aus der Geschichte. Es war ihm darum zu tun, allgemeine Anschauungen bei seinen Hörern zu wecken. Die besondere fachmännische Ausbildung Geübterer verblieb

Wachsmuth 1784–1866

Dahlmann 1785–1860

Varnhagen 1785–1858

Luden 1780–1847

Joh. Voigt 1786–1863

Georg Voigt 1827–1891

Stenzel 1792–1854

Raumer 1781–1873

Ranke 1795–1886

den „geschichtlichen Übungen“ und „Gesellschaften“. Im dritten Abschnitte seiner Entwickelung geht Ranke immer eindringlicher den Ideen nach, die einen Zeitraum beherrschen, das Handeln der Lebenden bestimmen und den Ereignissen Form und Richtung geben. Das Vermächtnis des Forschers, in dem er die Ergebnisse seiner Geistesarbeit zusammenfassen wollte, die Weltgeschichte, blieb infolge seines Heimganges unvollendet. — Georg Gottfried Gervinus, Dahlmanns Gesinnungsgenosse und, wie er, einer der Göttinger Sieben (§ 128), unternahm in der Einleitung in die Geschichte des 19ten Jahrhunderts, den Gesetzen des Aristoteles folgend, einen Aufbau der Geschichte im großen, indem er aus ihrem Verlaufe in Altertum und Mittelalter die zukünftige Entwickelung zu erschließen versuchte. Die Geschichte des 19ten Jahrhunderts selbst ist ein Meisterwerk deutscher Wissenschaft, sowohl an gründlicher Forschung wie an edler Darstellung. Die gleiche Gründlichkeit, erstaunliche Belesenheit, freie, großartige Auffassung und vaterländischer Sinn machen seine Geschichte der poetischen Nationalliteratur der Deutschen, später kurz Geschichte der deutschen Dichtung betitelt, zu einer Zierde unseres Schrifttums. Sein Shakespeare ist der Ausdruck seiner Bewunderung für das harmonische Schaffen des großen Briten, dessen Werke einer geschichtlichen und seelenkundlichen Untersuchung unterzogen werden. — Georg Heinrich Pertz, in hannöverischen, dann in preußischen Diensten, schilderte im Leben des Ministers Freiherrn vom Stein und des Feldmarschalls Grafen Neithardt von Gneisenau die große Zeit mit ihren großen Männern und schuf durch die Herausgabe und Leitung der Monumenta Germaniae historica der vaterländischen Geschichtschreibung eine gediegene Grundlage. — Der mit Gervinus auch politisch sehr tätige Ludwig Häusser begann mit der Geschichte der rheinischen Pfalz und den Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution, um dann in der Deutschen Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des Deutschen Bundes den Fall des Reiches und die große Zeit der Freiheitskriege mit vaterländischem Sinne und wahrheitsgetreu vom deutschen Standpunkte aus zu beleuchten. — Sein Nachfolger in Heidelberg wurde Heinrich von Treitschke, als Leiter und regster Mitarbeiter der „Preußischen Jahrbücher“ der feurigste Vorkämpfer des deutschen Einheitsgedankens. Die Wirkung seiner begeisternden und zündenden Beredsamkeit auf seine studentischen Hörer in Leipzig, Freiburg, Heidelberg und Berlin ist unberechenbar. Auch seine Schriftstellerei, besonders die Deutsche Geschichte im 19ten Jahrhunderte, steht durchaus im Dienste seiner politischen Ziele. — Gründliche Forschung verband mit der Gabe fesselnder Darstellung Heinrich von Sybel in Bonn, später als Leiter des Archivwesens nach Berlin berufen. Trotz lebhafter politischer Tätigkeit fand er Zeit zu eingehenden Forschungen, deren Früchte, wie die Geschichte der Revolutionszeit von 1789 bis 1795, die Entstehung des deutschen Königtums u. a., wiederholt Anstoß zu politischen und wissenschaftlichen Fehden gaben. Er begründete die „Historische Zeitschrift“, zu deren tätigsten Mitarbeitern Arnold Schäfer zählte, der mit Demosthenes und seiner Zeit und mit der Geschichte des Siebenjährigen Krieges wertvolle Beiträge zur Erkenntnis des Altertums und der neueren Zeit lieferte. — Georg Waitz (§ 307) vertauschte Göttingen mit Berlin, um die Leitung der Monumenta Germaniae historica zu übernehmen, deren Mitarbeiter er bereits war. In Schleswig-Holsteins Geschichte setzte er seinem Vaterlande, aus dem ihn dänische Verfolgungen vertrieben hatten, ein Denkmal. In Beziehungen dazu steht Lübeck unter Jürgen Wullenweber. Durch seine zahlreichen, ebenso gründlichen wie scharfsinnigen Werke und durch seine Vorlesungen hat er eine eigene Schule begründet, die sich vornehmlich das deutsche Mittelalter als Arbeitsfeld erkor. — Gleiches gelang dem Herausgeber des „Historischen Taschenbuches“ Wilhelm Maurenbrecher, zuletzt Professor in Leipzig, der durch Karl V. und die deutschen Protestanten, England im Reformationzeitalter usw. besonders die Reformationsgeschichte aufzuklären suchte. — Ebenfalls ein Bonner Kind und Professor in Leipzig war Karl von Noorden, der außer anderem in der Europäischen Geschichte im 18ten Jahrhunderte Zeugnisse weiten Blickes, gewandter Darstellung und gewissenhafter Forschung darbot. — Zu dem Berliner Gelehrtenkreise zählte ferner der Übersetzer des Aristophanes, Gustav Droysen, der außer anerkannten Leistungen für die preußische Geschichte, wie Geschichte der preußischen Politik, Leben des Feldmarschalls Grafen York usw., besonders die späteren Schicksale Griechenlands in der Geschichte Alexanders des Großen und der des Hellenismus darstellte, während der Generaldirektor der preußischen Staatsarchive Maximilian Duncker neben Beiträgen zur deutschen Geschichte eine zusammenfassende Geschichte des Altertums verfaßte, ein Unternehmen, bei dem er den als Kunstkenner und Altertumsforscher berühmten Ernst Curtius in der Griechischen Geschichte als Nebenbuhler hatte. Mehr noch als

Gervinus 1805—1871

Pertz 1795—1876

Häusser 1818—1867

Treitschke 1834—1896

Sybel 1817—1895

Schäfer 1819—1883

Waitz 1813—1886

W. Maurenbrecher 1838—1892

Noorden 1833—1883

Droysen 1808—1884

Duncker 1811—1886

E. Curtius 1814—1896

dieser suchte der geistreiche Theodor Mommsen (§ 300) die ferne Vergangenheit aus der Gegenwart zu verstehen und zu erklären; nur daß seine Römische Geschichte, die sicherlich durch einheitlichen Aufbau, umfassende Ausnutzung aller möglichen Denkmäler und die lebhafte Vergegenwärtigung von Personen, Zuständen und Ereignissen ein Meisterwerk der Geschichtschreibung ist, durch die gewaltsame Eigenart ihres Verfassers und zu moderne Farbe in ihrem Werte beeinträchtigt wird. Ähnliches gilt von der Anlage der vielgenannten Geschichte Roms in seinem Übergange von der republikanischen zur monarchischen Verfassung, dem Hauptwerke des eigenständigen Königsberger Forschers Karl Wilhelm Drumann. — Wilhelm von Giesebrecht aus Berlin, Lehrer an der Universität München, behandelt in der Geschichte der deutschen Kaiserzeit die Zustände im Reiche unter den sächsischen und fränkischen Herrschern in gewählter Form und gesättigter Darstellung, 1874 übernahm er die Leitung der Heeren-Ukertschen Europäischen Staatengeschichte. Als gründliche Forscher bewährten sich Karl Wilhelm Nitzsch aus Zerbst, Professor in Kiel, Königsberg und Berlin, durch seine Arbeiten über Polybius und über die Gracchen und ihre nächsten Vorgänger und durch seine die wirtschaftliche Entwickelung stark berücksichtigende Geschichte des Deutschen Volkes, und Wilhelm Wattenbach, ein Holsteiner, später akademischer Lehrer in Heidelberg und Berlin, sowohl durch seine Mitarbeit an den Monumenta als durch das Werk Deutschlands Geschichtsquellen im Mittelalter bis zur Mitte des 13ten Jahrhunderts, das in Ottokar Lorenz, dem Begründer der österreichischen Geschichtschreibung, einen ebenbürtigen Fortsetzer fand. — Wattenbachs Nachfolger in Heidelberg, Eduard Winckelmann, hat in der Geschichte Kaiser Friedrichs II. und seiner Reiche namentlich die Zeit der Hohenstaufer, Treitschkes Nachfolger, Bernhard Erdmannsdörffer, die neue Geschichte Preußens gründlich bearbeitet. Karl Biedermann (§ 295) in Leipzig schilderte in Dreißig Jahren deutscher Geschichte (1840—70) die bewegte Zeit, die er selbst beobachtend und als Politiker wie Schriftsteller mitwirkend durchlebt hatte, und stellte in Deutschland im 18ten Jahrhunderte das Kulturleben unseres Volkes in einem neuen Lichte dar. — Auf den Grundsätzen der Humanität und einer liberalen Weltanschauung hat Georg Weber (S. 585) die Weltgeschichte in dreifacher Behandlung aufgebaut. Auch Kämmels Illustrierte Weltgeschichte mag hier genannt werden.

Drumann 1786—1861
Giesebrecht 1814—1889
Nitzsch 1818—1880
Wattenbach 1819—1897
Ott. Lorenz 1832—1904
Erdmannsdörffer 1833—1901
Kämmel geb. 1843

Heute steht die Geschichtschreibung, dank ihrer aufs feinste und strengste ausgebildeten Forschungsweise, ihrer Beherrschung des fast unübersehbaren Stoffes und dem unermüdlichen Sammeleifer ihrer Vertreter, hinter keiner der Geisteswissenschaften zurück. Und kraft der Fülle neuer Ideen, die in ihr um Geltung ringen, darf sie sich auch neben den in das Ungemessene fortschreitenden Erfahrungswissenschaften behaupten. Meinungskämpfe, sachliche Gegensätze sind ihrem Aufschwunge nur förderlich gewesen. Ein Gesamtbild der in ihr wirksamen Strömungen und Gegenströmungen zu geben, erscheint hier ebenso unmöglich, wie die namhaftesten Forscher auch nur annähernd vollständig zu nennen. In erster Linie wäre da zu sprechen von Karl Lamprecht, der in seiner Deutschen Geschichte die politische Geschichte als Folgeerscheinung der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Geistesentwicklung (der Kulturgeschichte) ansieht und dadurch wie als Gegner alles „Heroentums", ebensoviel Aufsehen wie Widerspruch erregte. Die alte Geschichte blieb Gegenstand sorglicher Pflege, so Griechenland in den Werken von Georg Busolt und Adolf Holm; Müller-Strübing gab in Aristophanes polemische Studien zur Geschichte Athens, Julius Beloch behandelte die Attische Politik und Pöhlmann den Antiken Kommunismus. Römische Geschichte schrieb Haltaus, Gardthausen ein Charakterbild des Augustus, Friedländer die Sittengeschichte und A. von Reumont wie Gregorovius eine Geschichte der Stadt Rom. Die Anfänge unseres Volkes erkundeten Karl Müllenhoff (§ 302) in der Deutschen Altertumskunde, Arnold in Deutscher Urzeit. Eine Deutsche Geschichte verfaßte Georg Kaufmann. Einzelne Abschnitte behandeln unter vielen andern das Ostfränkische Reich von Dümmler, die Gegenreformation von Moritz Ritter, die Reformationsgeschichte von Fr. W. Bezold, die Geschichte von der Auflösung des alten bis zur Begründung des neuen Kaiserreiches von H. von Zwiedineck-Südenhorst. Th. von Inama-Sternegg verfaßte eine Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Aus der großen Zahl von Lebensbildern seien erwähnt Reinhold Kosers Friedrich der Große, Max Lehmanns Scharnhorst und Kaiser Wilhelm I. von Erich Marcks. Ein ebenso großangelegtes verdienstvolles Unternehmen ist die von der Münchener Akademie der Wissenschaften veranstaltete Allgemeine Deutsche Biographie, sowie Wilhelm Onckens Allgemeine Geschichte in Einzeldarstellungen. Auch Forscher von anerkannter Bedeutung und vielseitiger Tätigkeit, wie Ferdinand Justi, Georg Reinhold Pauli, von Pflugk-

Lamprecht geb. 1856

Hartung, Hermann Baumgarten, Martin Philippson usw., muß es genügen genannt zu haben.

Unter den Literaturgeschichtschreibern sind neben Gervinus (S. 601) hervorzuheben Julian Schmidt (S. 582), der sich in den Werken Geschichte der deutschen Literatur seit Lessings Tode und des geistigen Lebens in Deutschland von Leibniz bis auf Lessings Tod als geistvoller, aber mitunter einseitiger Kritiker zeigte, Hermann Hettner, der feinfühlige Verfasser der Literaturgeschichte des 18ten Jahrhunderts in England, Frankreich und Deutschland, August Friedrich Christian Vilmar (S. 580), dem ein theologisch beengter Standpunkt in der weitverbreiteten, für die ältere Zeit vortrefflichen Geschichte der deutschen Nationalliteratur eine gerechte Würdigung neuerer Dichter, namentlich Goethes, unmöglich machte, dann sein Fortsetzer, der Dichter und Literaturprofessor Adolf Stern (S. 581), dann Heinrich Kurz, dessen Hauptwerk, Geschichte der deutschen Literatur, durch die beigegebenen Probestücke und Abbildungen eine Neuerung einführte, der verdienstvolle, rein wissenschaftliche Koberstein mit dem Grundrisse der Geschichte der deutschen Nationalliteratur und wegen eines gleichnamigen, trefflichen Werkes Karl Goedeke, Professor in Göttingen, endlich nach dem bereits erwähnten Rudolf von Gottschall (S. 570) der ehrliche, aber bis zur Manier eigenbrötlerische Johannes Scherr, dessen erschöpfende Geschichte der Weltliteratur die Grundsätze der „Wahrheit, Freiheit, Schönheit" freilich in einem sehr fortgeschrittenen Sinne zu Ehren bringen will. Außerordentlichen Einfluß auf die Entwickelung der Literaturforschung gewann Wilhelm Scherer (S. 598), Professor der Literaturgeschichte in Wien, dann in Berlin, wo er zahlreiche Schüler in seinem Geiste heranbildete. Als sein Hauptwerk darf die Geschichte der deutschen Literatur gelten. Neben Scherer sind in der Gegenwart die meistgenannten Forscher Erich Schmidt und Suphan, auch als Goethephilologen bekannt, Friedrich Vogt, Max Koch und der in Urteil wie Auffassung verblüffend selbständige Richard M. Meyer, der auch in dem preisgekrönten Werke Goethe ein Bild unseres großen Dichters und seines Wirkens zeichnete, wie Karl Heinemann im Goethe und A. Bielschowsky in Goethes Leben.

Literaturgeschichte. Jul. Schmidt 1818—1886

Hettner 1821—1882

Kurz 1805—1873

Koberstein 1797—1870

Goedeke 1814—1887

Scherr 1817—1886

3. Rechtswissenschaft.

§ 305. Romanisten und Germanisten. Gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts hatten Aufklärung und Philosophie auch das Rechtsleben in den Bereich ihrer Wirksamkeit gezogen. Ihre Verbesserungs- und Umgestaltungsversuche hatten wenigstens die eine bedeutsame Folge, daß in Bayern, Preußen, Österreich und anderwärts die gemeingültigen Landrechte zusammengestellt und zu Gesetzbüchern zusammengefaßt wurden, ein Verfahren, das dann im code Napoléon seinen Abschluß und schärfsten Ausdruck fand. Demgegenüber trat im Beginne des neunzehnten Jahrhunderts der Einfluß der Romantik, der Restauration und der Legitimität in der Ehrfurcht für das geschichtlich Gewordene, für die Einrichtungen der Vergangenheit zutage (§ 99). Wenn also von jener Seite „der Staatsgewalt als der zum Herrschen bestimmten Vernunft der Gesamtheit" die Macht zuerkannt wurde, an der Hand der Philosophie den Organismus des gesamten öffentlichen Lebens fest und genau zu bestimmen, damit aber das Naturrecht oder die Rechtsphilosophie als Urgrund und Hauptquelle der Staats- und Rechtswissenschaft angesehen ward, so suchten die Gegner an der Hand der Rechtsgeschichte aus römischen, kanonischen und germanischen Rechtsquellen alle lebensfähigen Bestandteile, alle bewährten Sätze, Vorschriften und Einrichtungen zu sammeln und, mit neuen Errungenschaften vermehrt, zu Nutz und Frommen der Mitwelt zu verwerten. Wie die Neuerungsucht der letzten Jahrzehnte des achtzehnten Jahrhunderts überhaupt nur als notwendiger Kampf der Vernunft gegen verjährte, unhaltbare Mißstände aufgefaßt werden muß, so erhoben Vernunft und Philosophie ihre scharfen, einschneidenden Waffen gegen eine in hohlem Formenkrame, in kleinlicher Geist- und Geschmacklosigkeit, in unfruchtbarer Verehrung des ehemals Maßgebenden verknöcherte Rechtswissenschaft für das Recht, das mit uns geboren ist.

Die philosophische Rechtsanschauung.

War nun auch die neugestaltende Tätigkeit ein Fortschritt, so konnte sie doch in ihrer Einseitigkeit nur als Übergangstufe gelten. Selbst Männer wie

Neue Wege

Hugo 1764—1844 Thibaut 1772—1840

Gustav Hugo in Göttingen, Heise in Jena, Thibaut in Heidelberg, die von anderen Gebieten Ergebnisse und Verfahren entlehnten, um das Rechtstudium zu vertiefen und seine Behandlung geschmackvoller zu gestalten, „standen noch wesentlich auf dem Boden des alten Rationalismus, und wenn sie auch den Wert der Rechtsgeschichte besser als ihre Vorgänger würdigten, so erblickten sie doch die Aufgabe der Wissenschaft wesentlich in einer philosophierenden Methode." Erst die romantische Schule, die neben manchem Krankhaften und Verkehrten viele hohe Bestrebungen ins Leben rief, fügte zu dem kritisch-philosophischen Geiste die tiefere geschichtliche Forschung, ging mit empfänglichem Sinne und Verständnisse sich in die Natur und Eigentümlichkeit der Völker und Zeiten versenkend der geistigen Arbeit früherer Geschlechter nach und stellte Begriffe und Anschauungen im rechten Lichte dar.

Die historische Rechtschule. Savigny 1779—1861

Unter den von ihrem Geiste berührten Rechtsgelehrten ist Friedrich von Savigny, der Sprößling eines nach Deutschland übergesiedelten lothringischen Rittergeschlechtes, das „Haupt der historischen Rechtschule" geworden. Geboren in Frankfurt am Main, wirkte er in Marburg, Landshut und Berlin als gefeierter Hochschullehrer, zuletzt als Staatsmann und Minister. In der geistvollen Schrift Das Recht des Besitzes hat er zuerst das Muster einer echt juristischen Methode aufgestellt, dann in den beiden Hauptwerken Geschichte des römischen Rechts im Mittelalter und System des heutigen römischen Rechts den festen Grund für die geschichtliche und dogmatische Behandlung dieses Hauptzweiges der Wissenschaft gelegt. Eine Auseinandersetzung mit seinem Gegenfüßler Thibaut im Sommer 1814, der in der berühmten Flugschrift Über die Notwendigkeit eines allgemeinen bürgerlichen Rechts für Deutschland „aus der vollen Wärme seines Herzens" ein gemeinsames deutsches Gesetzbuch des bürgerlichen Rechts dringend forderte, während Savigny in seiner Gegenschrift Über den Beruf unserer Zeit zur Gesetzgebung und Rechtswissenschaft nachdrücklich davon abmahnte, ließ immer noch die Wurzeln und Keime der alten Doppelrichtung erkennen. Doch bahnte sich ein Ausgleich an. Höchster Ausdruck des nationalen Rechts, damit wahres Ziel und Gegenstand der Rechtswissenschaft kann weder allein die Summe des in Volkssitte, Gewohnheitsrecht, Überlieferung und überkommenen Einrichtungen der Nation lebenden Rechtsbewußtseins noch das Ergebnis einer durch das Zusammenwirken von Wissenschaft und Staatsgewalt mit allen Mitteln der Vernunft, Erfahrung und Einsicht unterstützten Gesetzgebung sein. Es hat vielmehr die Geschichte mit ihren Hilfswissenschaften, Kritik, Auslegung, Sprach- und Altertumskunde, den Stoff zu beschaffen, zu ordnen und zu klären, und führt dann ein gesundes wissenschaftliches Forschungsverfahren zu zuverlässigen Ergebnissen, so bleibt der Vernunft und Philosophie die große Aufgabe, die Ausbeute geistiger Arbeit für das Leben zu verwerten. Verschiedener Ansicht über den Beruf ihrer Zeit zur Gesetzgebung, begegneten sich Thibaut und Savigny in dem Bestreben, das römische Recht zu erklären, an seinem Werden den Gang aller Rechtsbildung darzutun und an den einzelnen Bestimmungen der Pandekten ein juristisches Urteil über alle Beziehungen des Privatrechts zu schaffen. Einen edlen Mitbewerber hatten die Häupter der Romanisten an dem § 304 erwähnten Geschichtsforscher Niebuhr, dessen Forschung über die innere Entwickelung der römischen Zustände überraschendes Licht verbreitete, besonders aber durch ihre Methode im In- und Auslande die fruchtbarsten Wirkungen hervorbrachte. In die Fußstapfen der Meister traten zahlreiche Jünger, den errungenen Schatz wahrend und mehrend, indem sie die Geschichte des römischen Rechts durch die Jahrhunderte hindurch verfolgten und den im Corpus iuris enthaltenen Rechtstoff nach eigner Auffassung ordneten und beleuchteten oder einzelne Lehren und Rechtsfragen in besonderen Abhandlungen erläuterten. So wirkte in Heidelberg Karl von Bangerow als Thibauts Nachfolger auf dem Lehrstuhle für römisches Recht, ein bis zu seinem Tode (1870) in ganz Deutschland hochgefeierter Romanist; so förderten in Bonn Eduard Böcking und Ferdinand Walter (§ 308), in Leipzig Karl Georg von Wächter (§ 306), einer der berühmtesten Pandektisten, die römische Rechtskunde im Geiste Savignys und Niebuhrs; so bereicherten in Berlin Georg Friedrich Puchta, Friedrich Ludwig Keller (vom Steinbock) und Moritz August von Bethmann-Hollweg, in Gießen, Wien und Göttingen Ihering, in München und später in Heidelberg und Leipzig Windscheid, an anderen Orten andere Professoren das juristische Wissen durch geistreiche Arbeiten über Geschichte und Dogmatik und verbreiteten Licht und Leben über das ganze weite Gebiet des römischen Rechts.

Das römische Recht.

Puchta 1798—1846 Keller 1799—1860 Bethmann 1795—1877 Ihering 1818—1892 Windscheid 1817—1892

Das germanische Recht.

Auch das Studium des germanischen Rechts nahm einen mächtigen Aufschwung und gewann durch eine wissenschaftliche Behandlung an Umfang und Tiefe. Schon im 18ten Jahrhundert hatte man das deutsche Recht vom römischen abgelöst und zu einem selbständigen Fache

erhoben. Den ersten Versuch, ein gemeines deutsches Privatrecht aufzustellen, hatte der gelehrte Pütter gemacht. Aber erst das durch die Romantik geweckte Interesse für die geschichtliche Vergangenheit und für das Geistesleben im Mittelalter führte zu genauerer Erforschung auch der deutschen Rechtseinrichtungen. Nachdem zuerst Biener ein durch Genauigkeit und Quellenstudium ausgezeichnetes Werk über die Geschichte des deutschen Rechts begonnen, aber nicht vollendet hatte, begründeten Eichhorn (§ 308), der mit Savigny und Göschen die Zeitschrift für geschichtliche Rechtswissenschaft leitete, durch seine umfassende Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte und Jakob Grimm (§ 302), gleichfalls ein Freund und Schüler Savignys, durch die Deutschen Rechtsaltertümer eine neue Auffassung und Behandlung des deutschen Rechts. Während Grimm in die Tiefe des deutschen Volkslebens hinabstieg, um alles zu sammeln und zu verwerten, worin das Rechtsleben mit Sitte, Sprache und Gemütsleben zusammenhängt, hat Eichhorn mit der Schulung des Rechtsgelehrten den reichen Stoff wissenschaftlich gegliedert und in geordnetem Zusammenhange dargestellt, die Forschung auf die geschichtliche Begründung der vorhandenen Einrichtungen und des jetzt gültigen Rechts hingelenkt und durch Beispiel und Anregung dem Studium des deutschen Rechts einen nachhaltigen Antrieb gegeben. Dieses erfreute sich seitdem eifriger Pflege; warmer vaterländischer Anteil kam hinzu. Beide bekundeten sich in der mit viel Sorgfalt und kritischer Schärfe veranstalteten Herausgabe der Quellschriften, in der Bearbeitung der Rechtsgeschichte sowohl des gesamten Reiches als einzelner Gebiete, in der Abfassung von Lehrbüchern des deutschen Privatrechts, wie von Mittermaier (§ 306), Maurenbrecher, von Gerber u. a., in gründlichen und eingehenden Einzeluntersuchungen. Weitere Förderungen brachten die geschichtlichen Forschungen und Sammelwerke von Waitz, Pertz, Wattenbach, Giesebrecht (§ 304) usw. Vor allem hat Waitz einen glücklichen Weg eingeschlagen, indem er die älteste Zeit nicht aus sich selbst zu erklären suchte, sondern jedes einzelne Verhältnis mit beständiger Rücksicht auf die spätere Entwickelung feststellte. Auf solche Ergebnisse stützten sich dann die rechtsgeschichtlichen Arbeiten.

Pütter 1725—1807

Biener 1748—1828

Eichhorn 1781—1854

Von segensreichen Folgen für das deutsche Rechtswesen und Rechtsleben wurde die Gründung des Deutschen Reiches. Ein erster Schritt zur Rechtseinheit war 1848 durch die Deutsche Wechselordnung geschehen, der 1861 das Allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch folgte. Freilich besaßen beide keine für ganz Deutschland rechtsverbindliche Kraft, vielmehr hing ihre Gültigkeit von der Genehmigung der Einzelstaaten ab. Erst 1869 errichtete der Norddeutsche Bund das Bundesoberhandelsgericht mit dem Sitze in Leipzig. Seit 1870 wurde es Reichsoberhandelsgericht, das dann im Reichsgerichte aufgegangen ist. In entsprechender Weise wurde das Allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch 1897 zum Deutschen Handelsgesetzbuche umgearbeitet und erweitert. Das Jahr 1879 brachte drei große Gesetze, nämlich außer der Strafprozeßordnung das Gerichtsverfassungsgesetz und die Zivilprozeßordnung, an der insbesondere Wach und Fitting mitgearbeitet haben. Endlich trat am 1. Januar 1900 das Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft, das zwar einzelne wenige Gebiete der Landesgesetzgebung vorbehält, aber die Einheitlichkeit auch für die freiwillige Gerichtsbarkeit begründet.

Deutsche Rechtseinheit.

§ 306. Strafrecht und Strafverfahren. Die rationalistisch-philosophische Behandlung des Strafrechts und Strafprozesses, die noch im Anfange des neunzehnten Jahrhunderts die Herrschaft behauptete, war bemüht gewesen, durch neue Strafrechtslehren im Geiste der Humanität und Aufklärung die Härten früherer Zeiten zu mildern, das Veraltete und Überlebte zu beseitigen oder umzuändern. Die geschichtliche Schule suchte dagegen brauchbare Einrichtungen der Vergangenheit ins Leben zurückzuführen, die Teilnahme von Laien als geschworenen Beisitzern bei den Gerichtsverhandlungen und ihre Mitwirkung bei der Rechtsfindung allgemeiner zu machen und aus der Rechtspflege anderer Völker Nutzen zu ziehen. So trat durch den Bund geschichtlicher Erfahrung mit der sinnenden Vernunft und unter dem Einflusse der Humanität, auch der fortschreitenden Gesamtbildung, ein Gerichts- und Strafverfahren ins Leben, das einerseits die Forderungen der Gerechtigkeit erfüllen und das gesellschaftliche Zusammenleben sichern wollte, anderseits den Geboten der Menschlichkeit

und des gesteigerten Kulturlebens wie der Freiheit des einzelnen Rechnung zu tragen beflissen war. Alle Mittel und Wege, die zur vollen und wahren Erkenntnis des Falles, zur Feststellung der Schuld oder Unschuld des Angeklagten ohne Zwang und Überredungskunst führen können, wurden freigegeben; bei der Verteidigung dürfen alle aus den äußeren Verhältnissen oder dem Seelenleben genommenen Gründe zur Rechtfertigung des Angeklagten oder zur Minderung seiner Schuld in Anwendung kommen; bei dem Zeugenbeweise und dem ganzen Rechtsverfahren wurden Öffentlichkeit, Mündlichkeit und Mitwirkung von Geschworenen und Schöffen fast allgemein eingeführt. Weiter gingen die Bemühungen dahin, neue Rechtsbücher zu beschaffen und einer Strafart Eingang zu sichern, die weniger die alte Vergeltungs- oder Abschreckungslehre ins Auge faßte, als die Reue und Besserung der Verurteilten, und die der Sicherheit der Gesellschaft mehr mit der Heilung, als mit dem gewaltsamen Ausreißen eines ungesunden Gliedes zu dienen meinte. Die Besserungsanstalten mit Einzelhaft, mit nützlicher Beschäftigung, mit Unterricht und religiöser Belehrung, die Schwurgerichte, die Vervollkommnung der Anwendung der Gesetze durch scharfbegrenzte Begriffsentwickelung, der in manchen Staaten siegreiche Kampf gegen die Todesstrafe: diese und andere Errungenschaften zeugen von der heilsamen Wirkung des verbesserten peinlichen Gerichtsverfahrens und von dem wohltätigen Einflusse einer zugleich nach Gerechtigkeit und Menschlichkeit strebenden Strafrechtswissenschaft. Auf allen deutschen Hochschulen wirkten namhafte Rechtslehrer in diesem Sinne. Waren sie auch über manche Grundsätze verschiedener Ansicht, mochten auch über das Verfahren oder die Anwendbarkeit dieser oder jener Neuerung ihre Meinungen auseinandergehen: die großen Errungenschaften der Kultur und Humanität, die Fortschritte in den Anschauungen von Menschenwürde und Menschenrecht, die Achtung vor jedem Einzelleben ließen sich auch vor dem Richterstuhle, in Strafrecht und Gesetzgebung nicht verleugnen, noch unterdrücken.

Unter den zahlreichen Männern, die in Rede und Schrift für Ausbildung und Veredelung des Prozeß- und Strafrechts ihre ganze Kraft und Geistestätigkeit einsetzten, stehen

Feuerbach 1775—1833

Feuerbach, Grolmann und Mittermaier in erster Linie. Paul Johann Anselm von Feuerbach hat als Hochschullehrer in Jena, Kiel und Landshut, durch Vorträge und Lehrbücher, als praktischer Jurist im bayerischen Staatsdienste bei der Abfassung des Strafgesetzbuches wie in hohen richterlichen Stellungen trotz aller juristischen Strenge in seiner Auffassung vom Strafrechte durchweg philosophischen Geist und Scharfsinn, Achtung vor der Freiheit des einzelnen und allseitige Bildung bewährt. Ebenbürtig war ihm an Scharfsinn, Gelehrsamkeit und Vielseitigkeit, wenn auch in Ansichten und über Grund-

Grolmann 1775—1829

sätze vielfach anderen Sinnes, Karl Ludwig Wilhelm von Grolmann, der gleichfalls die juristische Lehrkanzel in Gießen mit dem Staatsdienste vertauschte. Er starb als hessen-darmstädtischer Minister, nachdem er die Rechtsliteratur mit namhaften Werken über den code Napoléon und verschiedene Gebiete des Rechtslebens bereichert hatte. Karl Anton

Mittermaier 1787—1867

Mittermaier, gestorben als langjähriges Mitglied der Juristenfakultät in Heidelberg, mehrmals Vorsitzender der zweiten Kammer in Baden, 1848 auch des Vorparlaments, entfaltete eine erfolggekrönte Tätigkeit für humane und fortschrittliche Entwickelung des Rechts und seiner Einrichtungen. Seine umfassende Gelehrsamkeit und reiche Erfahrung, die Frucht weiter Reisen im Auslande, wußte er trefflich zum Wohle des Vaterlandes und

Wächter 1797—1880

zum Nutzen der Menschheit zu verwerten. Auch Karl Georg von Wächter aus Marbach entwickelte als Rechtslehrer in Tübingen und Leipzig wie als Vorsitzender des Oberappellationsgerichts in Lübeck, in Ständeversammlungen und auf Reichstagen eine hervorragende, allgemein anerkannte Wirksamkeit auf verschiedenen Gebieten der Rechtskunde. — Nicht namentlich lassen sich die zahlreichen und bedeutenden Rechtsgelehrten aus neuerer Zeit anführen, aus deren Zusammenwirken im wesentlichen die deutsche Strafprozeßordnung vom Jahre 1879 hervorgegangen ist. Es ist in der Schwierigkeit der hier einschlägigen Fragen und der daraus sich ergebenden Meinungsverschiedenheit begründet, daß fortwährend Verbesserungen angestrebt werden. Auch die Reichsregierung konnte sich der Einsicht, daß ein weiterer Ausbau nötig sei, nicht verschließen. Ihre Vorlagen fanden indessen keinen Anklang. So bearbeitet jetzt eine „Kommission" den Stoff aufs neue. Ihr gehören unter dem Vorsitz Kaufmanns u. a. Oppermann und Rintelen, aus Bayern

Behringer und Tauchert, aus Sachsen Wach und Baumbach, aus Württemberg von Hecker, aus Baden Baumstark an. Auch die Internationale kriminalistische Vereinigung wirkt im Sinne einer Weiterbildung des Strafrechts und Strafprozesses, um beide möglichst mit dem Zeitbewußtsein und mit den Ergebnissen auch anderer Wissenschaften, wie vor allem der Psychiatrie, in Einklang zu setzen. Hier sind außer Liszt noch Mittelstädt, von Mayr, Geßler, Heimberger u. a. zu nennen. — Dem deutschen Strafgesetzbuche vom Jahre 1870 folgten 1872 das Militärstrafgesetzbuch und ein Menschenalter später die Militärstrafprozeßordnung.

§ 307. Staatsrecht und Politik. Auch für das Staatsrecht ergab der Gegensatz der Rechtsschulen eine doppelte Richtung. Die philosophisch-politische Behandlung der Staatswissenschaft „hatte die von Frankreich überkommene Theorie des Staatsvertrages zum Ausgangspunkte", die historisch-positive Schule knüpfte „an die noch auf dem Feudalismus ruhende Verfassung des Deutschen Reiches" an. Das Staatsrecht ist zunächst an die bestehenden öffentlichen Verhältnisse gewiesen und steht darum am meisten unter dem Einflusse der Zeitideen. Mit der Auflösung des Reiches war daher der von Pütter (S. 605) und seiner Schule befolgten Behandlungsweise die Grundlage, eben das alte Reichsstaatsrecht, entzogen. Dafür gewannen jetzt die französische Staatsumwälzung und die in ihr wirksamen Gedanken Einfluß und Geltung auch in der Lehre vom Staate und Staatsrechte. Nachdem zunächst die Philosophie, besonders der Idealismus Fichtes (Bd. III), nach Rousseaus (Bd. III) Vorgange die Begriffe vom Staate und gesellschaftlichen Zusammenleben theoretisch festzustellen gesucht hatte und ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit zu Ergebnissen gelangt war, die gleich dem französischen Politiker einen angeblichen Staatsvertrag als das rechtliche Band aller staatlichen Gemeinschaft hinstellten, zugleich aber dem Staatsorganismus eine Macht beilegten, die die Keime des Absolutismus in sich trug, gingen unter dem Einflusse der zeitgeschichtlichen Ereignisse und der historisch-romantischen Rückschrittsidee die politischen und staatsrechtlichen Anschauungen und Systeme weit auseinander. Von republikanischen, auf dem Grundsatze der Volkssouveränität und des Gesamtwillens beruhenden Staatsgrundsätzen schreckten die Vorgänge in Frankreich ab: seit Burke und Gentz (§ 293) galt das Beharren und Festhalten am Bestehenden als Seele der Staatsweisheit, wozu sich im Laufe der Zeit die Lehre von der geheiligten Macht der Legitimität gesellte. In der Rheinbundzeit entwickelte sich die Staatsidee philosophisch und praktisch im Sinne eines gesteigerten Monarchismus; „die Omnipotenz des Staates oder des Souveräns galt als Dogma." Nach dem Wiener Kongresse und insbesondere seit der Julirevolution wurde die gemischte oder Repräsentativverfassung, die, auf Englands Boden erwachsen und ausgebildet, als Konstitutionalismus oder Parlamentarismus allmählich in allen germanischen Staaten Eingang fand, die vorherrschende Staatsform, für oder gegen die die bedeutendsten Staatsrechtslehrer die geistigen Waffen führten.

Es lassen sich etwa drei Richtungen unterscheiden, so sehr auch die einzelnen Theorien ineinander überspielen. Klüber, „der Taufzeuge des Deutschen Bundes", aus Pütters Schule hervorgegangen, hielt im Lehrbuche des deutschen Staatsrechts den geschichtlichen Standpunkt ein, ließ dabei aber auch den Theorien des Jahrhunderts ihre Geltung. Karl von Rotteck (§ 304) und Karl Theodor Welcker wirkten in Reden und Schriften für Ausdehnung der Volksrechte und der Freiheit des einzelnen gegenüber der Staatsgewalt, jener mehr im Geiste Kants, das Vernunft- und Naturrecht verkündend und mehr für Rousseaus Idealdemokratie als die konstitutionelle Monarchie begeistert, dieser mehr auf philosophisch-historischem Wege einen auf Vernunft, Willensfreiheit und Geschichte begründeten Rechtstaat anstrebend, dessen Zweck er „in der möglichsten Erreichung der Tugend und Humanität und durch sie der Glückseligkeit aller" erblickt. Im Gegensatze zu beiden Vorkämpfern des Liberalismus verfocht Karl Salomo Zachariä die Ansicht, die Machtvollkommenheit (Souveränität) stehe dem Staatsherrscher, nicht dem Volke zu, und wurde, wenn auch nicht geradezu dem Absolutismus huldigend, doch ein Fürsprecher der allerdings von strengen Rechtsformen umgebenen monarchischen Machtfülle und ein Gegner demokratischer Volksregierung. Neben Thibaut, Vangerow, Mittermaier u. a. war Zachariä

Klüber 1762—1837

K. Th. Welcker 1790—1869

Zachariä 1769—1843

Mohl 1799—1875

eine Säule der Heidelberger Juristenschule. Sein Nachfolger, Robert von Mohl, suchte zunächst die in der vorhandenen Literatur niedergelegten Ideen und Lehren von den politischen Wissenschaften zu ergründen, um so einen Ausgleich der philosophischen mit der geschichtlichen Auffassung vom Staate anzubahnen. Seine Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften „ist ein unentbehrliches Hilfsmittel zur Orientierung in den verirrlichen Anlagen und Pflanzungen der Staatswissenschaften". Eine so reiche Bücherkenntnis, eine so vielseitige Belesenheit auf dem Gebiete der Staatswissenschaften ist wohl noch nie dagewesen. Nach seinem Übertritte in den Staatsdienst erhielt seine Lehrkanzel

Bluntschli 1808—1881

einen würdigen Nachfolger in Johann Kaspar Bluntschli aus Zürich, dem Verfasser des Allgemeinen Staatsrechts und der Politik und dem Mitherausgeber des Staatswörterbuches. Erst in seiner Heimat politisch und wissenschaftlich tätig, widmete er später in München, dann in Heidelberg seine männliche Kraft der Entwickelung des deutschen Volkes in religiösen wie in staatsrechtlichen Dingen. Zuletzt bildete das Völkerrecht sein eigentliches Arbeitsfeld.

In den Tagen des Rückschrittes und der Heiligen Allianz stellte eine Anzahl französischer und deutscher Staatsrechtlehrer ihre Feder in den Dienst des monarchisch-aristokratischen Regierungssystems mit hierarchisch-feudaler Grundlage, das sie von „Gottes Gnaden" herleiteten. Die Führer dieser krankhaften Restaurationsbewegung, Bonald und de Maistre, sind S. 166 genannt. Ebenda war von den deutschen Vorkämpfern der Rückschrittspolitik, dem Schweizer Ludwig von Haller und dem Berliner Adam Müller, die Rede. Der Romantik in ihren äußersten, verschrobenen Folgerungen angehörig, erblickten sie den ersten Abfall zur Sünde in der Reformation, wie sie denn auch, gleich ihren Gesinnungsverwandten auf anderen Gebieten, in den Schoß der katholischen Kirche flüchteten. Derselbe leidenschaftliche Haß gegen alle freiheitliche Entwickelung beseelte den hallischen Geschichtschreiber Heinrich Leo (§ 304), nur daß dieser die Folgerungen aus seinen Lehren minder grell hervorkehrte und zu dem rechtgläubigen Eifer die Waffen der Wissenschaft hinzufügte. Ihm war der Staat „ein Kunstwerk göttlichen Ursprunges". Am entschiedensten aber vertrat diese theologisierende Rechts- und Staatsphilosophie Friedrich Julius Stahl, ein getaufter Israelit, erst in Bayern, dann in Berlin Hochschullehrer und von weitestreichendem Einflusse. Geistvoll, scharfsinnig und ein streitbarer Kämpe, wurde er der Begründer einer Rechts- und Staatslehre auf der Grundlage christlicher Weltanschauung, der Vater des Konservatismus. Als Gegner der auf die hochmütige Vernunft gestützten neueren Philosophie forderte er Umkehr der Wissenschaft und Einheit von Theologie und Philosophie, wie sie sich in Thomas von Aquino dargestellt hatte. — Auch der katholische Professor Ferdinand Walter in Bonn wählte in Naturrecht und Politik den christlichen Standpunkt für die Staatsrechtslehre, vermied aber den Übereifer der Ultramontanen wie Stahls aufregende Schärfe.

Stahl 1802—1861

Walter 1794—1879

Demgegenüber sah eine edlere, humanere Auffassung im Staate einen lebensvollen Organismus, in dem alle menschlichen Kräfte zur Tätigkeit kommen und durch ihr Zusammenwirken und Ineinandergreifen die rechte Eintracht und wohltätige Bewegung begründen, die das Menschengeschlecht in seiner fortschreitenden Entwickelung zu fördern vermöchten. Obenan stehen hier Wilhelm von Humboldt und Dahlmann (§ 304). Humboldt, ein Gesinnungsgenosse und Mitarbeiter Steins, im Umgange mit Schiller und Goethe auf der Höhe der Bildung und Gesellschaft sich bewegend, erkannte die Möglichkeit einer ersprießlichen Neugestaltung nur im Anschlusse an vorhandene Einrichtungen. Darum wollte er die alte ständische Verfassung als Unterbau einer neuen Verfassung wiederherstellen, um so „die liberalen Ideen mit den konservativen Interessen zu versöhnen". Der Rückschritt hat dann seine Gedanken schon im Keime ertötet. Praktische Tätigkeit, wie wissenschaftliche Studien hatten Dahlmann dahin geführt, nur „in der Geschichte die Begründung des Rechts zu erkennen". Seine Politik, auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt, von der nur der erste Band erschienen ist, fand sowohl wegen der geschichtlichen Methode als durch den Adel seiner Grundgedanken und durch den sittlichen Ernst, mit dem sie die ehrwürdigen Formen des Rechts mit den Bedürfnissen und Regungen der Volksfreiheit in Einklang setzt, allgemeine Anerkennung. Er wie sein Nachfolger, Georg Waitz (§ 304), stehen auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie, als deren Vorbild beiden die Parlamentsverfassung Englands gilt. Das Wesen, die Entstehung und Entwickelung dieser Verfassung nach allen Seiten geschichtlich beleuchtet zu haben, ist das Hauptverdienst des auch philosophisch durchgebildeten Professors und Parlamentsredners in Berlin, Rudolf von Gneist in dem umfassenden Werke Über das heutige englische Verfassungs- und Verwaltungsrecht. Andere hervorragende Staatsrechtslehrer waren Ludwig von Rönne und Hermann Schulze, die beide über

W. von Humboldt 1767—1835

Gneist 1816—1895

Rönne 1804—1891

preußisches Staatsrecht schrieben, sowie der schon mehrfach erwähnte sächsische Minister von Gerber. — Das Staatsrecht des Deutschen Reiches fand in den gleichnamigen Werken des genannten von Rönne und von Labands eine gründliche Darstellung. Die von Hirth begründeten Annalen des Norddeutschen Bundes werden weitergeführt als Annalen des Deutschen Reiches.

Kirchenrecht.

§ 308. Kirchen- und Völkerrecht. Das Interesse für geschichtliches Rechtstudium kam auch dem Kirchenrechte zustatten. Nur erlitt dieses im Gange der politischen Entwickelung beträchtliche Einbuße an seinem Machtbereiche. Schon durch die Reformation verlor der größte Teil des kanonischen Rechtsbuches seine Geltung für die protestantischen Länder. Je mehr dann der Staat alle sittlichen Kräfte, alle menschlichen Beziehungen in seinen Bereich zog, desto mehr sah sich die kirchliche Gerichtsbarkeit eingeengt und beschränkt und kam wesentlich nur noch als eigentliches kirchliches Recht in Betracht. Die kirchlichen und religiösen Angelegenheiten wurden in den einzelnen Staaten durch besondere Bestimmungen auf dem Wege der Landesgesetzgebung und Verordnung oder durch Konkordate und Konventionen mit dem päpstlichen Stuhle geregelt. Die Arbeiten über das Kirchenrecht, wie das Lehrbuch des Katholiken Ferdinand Walter (S. 608) in Bonn und die Werke der Protestanten Eichhorn und Ämilius Richter, haben daher mehr wissenschaftliche als praktische Bedeutung. Alle wichtigen Fragen und Gebiete, wie Ehe, Schule, freie Religionsübung usw., sind entweder dem Landesstaatsrechte unterstellt, oder es bestehen für sie besondere Abkommen mit dem päpstlichen Stuhle, für die von diesem der Charakter völkerrechtlicher Verträge in Anspruch genommen wird. Auf die Kämpfe des Staates mit der Kirche z. B. in Württemberg, Baden und auf den Kulturkampf in Preußen mit der Maigesetzgebung von 1873 und 1874 kann hier nur hingewiesen werden (§ 322 ff.).

Eichhorn 1781—1854
Äm. Richter 1808—1864

Fr. von Schulte geb. 1827
Hinschius 1835—1898
Friedberg geb. 1837
Sohm geb. 1841

Zu den bedeutendsten Kennern des Kirchenrechts in der jüngsten Zeit zählen außer dem Altkatholiken Johann Friedrich von Schulte und dem Mitarbeiter des Ministers Falck bei der preußischen Kirchengesetzgebung, Hinschius, die Hochschullehrer Emil Albert Friedberg und Rudolf Sohm.

Völkerrecht.

Das Völkerrecht bildet gleichfalls einen Zweig der Rechtswissenschaft, ist aber zunächst das Ergebnis solcher Formen und Zugeständnisse, die der Fortschritt der Gesittung, der gesteigerte Verkehr zwischen den einzelnen Staaten und Nationen, endlich die Anerkennung allgemeiner Menschenrechte bei Freund und Feind geschaffen und geheiligt haben. So werden Gesandtschaften und Konsulate errichtet, gemeingültige Rechtsgrundsätze aufgestellt, um die Angehörigen fremder Staaten gegen Gewalt und Unrecht sicherzustellen, Industrie und Handel zu schützen und den verderblichen Wirkungen des Krieges Schranken zu setzen. Freilich fehlt selbst den theoretisch allgemein anerkannten Sätzen des Völkerrechts noch viel zur Machtstellung eines völkerverbindenden Staatsrechts, das doch sowohl durch die christliche Sittenlehre, wie durch die europäische Kultur und das Gesamtgefühl und Gesamtbedürfnis aller gesitteten Völker geboten erscheint. So blieb bis heute eine Aufzeichnung des Völkerrechts unmöglich; doch ist für seine wissenschaftliche Behandlung der gediegene Grund gelegt in Bluntschlis (S. 608) Werk Das moderne Völkerrecht der zivilisierten Staaten, als Rechtsbuch dargestellt. Den vorläufig noch etwas jugendlich-schwärmerischen Bestrebungen der „Friedensfreunde“ ist zur Zeit ein erkennbarer Erfolg so wenig beschieden gewesen wie der internationalen Vereinigung zur Förderung des Völkerrechts. Dagegen darf man ohne Überschwang einen Schritt zum Ziele darin erblicken, daß wiederholt völkerrechtliche Schwierigkeiten vor Schiedsgerichten zum Austrage gebracht worden sind und 1900 auf Antrag Rußlands das Haager Schiedsgericht für internationale Angelegenheiten in Wirksamkeit trat. Freilich bieten insbesondere die Neutralität in Seekriegen und die Frage der Kriegskontrebande große Schwierigkeiten.

4. Philosophie und Erziehungswesen.

Hegels Schule.

§ 309. Philosophie. Hegels Philosophie (Bd. III) behauptete auch nach des Meisters Tode nach Zahl ihrer Bekenner wie durch ihre maßgebenden Einwirkungen auf alle Zweige der Wissenschaft die Vorherrschaft vor allen übrigen Systemen. Das, was ihr die weiteste Verbreitung und die ausgedehnteste Anhängerschaft sicherte, war der Begriff der Entwickelung und die allenthalben anwendbare und fruchtbringende dialektische Methode. Als Hegel 1831 starb und mit ihm der Einheitspunkt der Schule schwand, strebte diese auch nach dem Entwickelungsgesetze in verschiedene Richtungen auseinander, die nun, wie in einem Bruderkriege, das dialektische Verfahren gegeneinander wandten. Zunächst löste sich unter Führung

Neuhegelianer.

von Christian Hermann Weiße die neuhegelische Schule ab, deren Vertreter, der jüngere Fichte, der jüngere Reinhold, Braniß, Carriere, Ulrici u. a., mit Hilfe Schellingischer Sätze (daher auch neuschellingische Schule)

Althegelianer.

einen reinen Theismus begründeten. Aber auch den Althegelianern drohte eine Spaltung, indem Göschel, Billroth, Erdmann, Gabler, Hegels Nachfolger in Berlin, mehr und mehr der kirchlichen Rechtgläubigkeit zusteuerten. Doch überwog die Zahl der Männer, die, eingeschworen auf des Meisters Wort, wenn auch einer Vermittelung nicht unzugänglich, die einzelnen Fächer fortbildeten, so vor allem Rosenkranz neben Daub und Michelet die Psychologie und mit Kapp, Hermann u. a. die Geschichtsphilosophie, die Logik

Kuno Fischer 1824—1907

Scheller, Kuno Fischer, Hinrichs, die Naturphilosophie außer anderen Ernst Kopp und Bayrhoffer, die Theologie neben Rosenkranz besonders Marheinecke, die Sittenlehre Daub und Michelet, die Rechtsphilosophie vor allem Gans, Hinrichs, Besser u. a., endlich die Ästhetik Hotho,

Junghegelianer.

Carriere usw. Die schließliche Sprengung der Schule ist das Werk des Junghegelianismus, der, in Staat, Glauben und Wirtschaftslehre bis zum Umsturze folgerichtig, sich zuletzt selbst zersetzt hat. Zum Theismus der Hegelischen Rechten und dem Pantheismus der Linken trat jetzt der Atheismus, bald auch der Materialismus bei der sogenannten äußersten Linken.

David Strauß 1808—1874

Ihr erster Vertreter auf theologischem Gebiete war David Strauß mit dem Leben Jesu und der nicht minder zerstörenden Christlichen Glaubenslehre in ihrer geschichtlichen Entwickelung. Beide Bücher entfesselten einen wahren Sturm in der

Bruno Bauer 1809—1882

Literatur. Hier ist zu erwähnen Bruno Bauer, der sich gegen die mystische Auffassung

L. A. Feuerbach 1804—1872

von Strauß in der „Glaubenslehre" wendete, ohne freilich Inhalt und Quellen des christlichen Glaubens in Schutz zu nehmen. Ludwig Andreas Feuerbach endlich erklärt die religiösen Vorstellungen für bloße Gebilde der menschlichen Wünsche und Bedürfnisse. Von den Hegelianern, die sich durchweg im kritischen Sinne an der öffentlichen Erörterung beteiligten, stand Wilhelm Vatke Strauß am nächsten, zu dem sich auch Köstlin und

Vischer 1807—1887

Friedrich Theodor von Vischer, der größte Ästhetiker Hegelischer Richtung, öffentlich be-

F. Chr. Baur 1792—1860

kannten. Ferdinand Christian Baur wurde durch seine Forschungen zur Geschichte der Evangelien der Stifter der Tübinger Schule, zu der Schwegler, Zeller, Hilgenfeld u. a. zählen; ganz im fortschrittlichen Sinne leiteten ferner Ruge und Echtermeyer die vielgenannten Hallischen Jahrbücher. — Der Materialismus, dem Feuerbach trotz seines Einspruches zugerechnet ward, fand seine Anhänger Haeckel, Moleschott, Vogt, Büchner u. a. außerhalb des Hegelischen Lagers, von dem aus er vielmehr heftige Anfeindungen erfuhr. — Dagegen sind unleugbar aus Hegels Schule die Begründer der

Lassalle 1825—1864

Sozialdemokratie hervorgegangen, Ferdinand Lassalle und Karl Marx, beide jüdischer

Marx 1818—1883

Abkunft, jener der Erfinder des „ehernen Lohngesetzes", vaterländisch gesinnt, vom Staate Hilfe erwartend für die Arbeiterklasse und Vorkämpfer des allgemeinen Stimmrechts, dieser der Verfasser des sozialistischen Grundwerkes Das Kapital, der Vater der „Internationale"

Kantianer.

und rückhaltloser Fürsprecher des gewaltsamen Umsturzes (§ 331). — Weniger traten in der Zeit der Hegelischen Vorherrschaft hervor die Anhänger Kants, dessen Lehre Wilhelm Krug

Fries 1773—1843

durch gemeinverständliche Darlegung zu verbreiten suchte, während Fries den kantischen Kritizismus weiterbildete und unbedenklich eine Stütze an der Philosophie Friedrich Heinrich Jacobis suchte, der sich zu Kant in scharfen Gegensatz gestellt hatte, wie in einzelnen Fragen Gottlob Ernst Schulze. An Fries knüpften dann weiterhin an der Naturforscher Schleiden (§ 315), der wegen seines Trostbriefes an die Mutter Sands (§ 100) entsetzte Theologie-

professor de Wette und vor allem der Mathematiker und Metaphysiker Ernst Friedrich Apelt. Seit dem Niedergange der Hegelischen Schule hat sich die Forschung mit größtem Nachdrucke wiederum dem Denker von Königsberg zugewandt; führt doch ihre gegenwärtige Hauptaufgabe, die Theorie der Erkenntnis, notwendig auf Kant zurück. Hier sind vor allen Kuno Fischer, Zeller, Albert Lange, Otto Liebmann, Cohen, Paulsen, Hölder, Heinze, Vaihinger zu erwähnen. — Unter Fichtes Schülern, z. B. Niethammer, Forberg, nimmt der Theolog Schleiermacher (§ 310) eine besondere Stelle ein, der für seine religiös-philosophischen Anschauungen, nach denen die Religion als die Aufnahme des Absoluten in das Wesen des persönlichen Ichs erscheint, so daß das Ich sich nur in Abhängigkeit von einem Höheren betätigen kann, zahlreiche Anhänger gefunden hat. — Schellings Naturphilosophie begegnete bei einer Anzahl namhafter Naturforscher begeisterter Aufnahme, während die Offenbarungsphilosophie mehr und mehr zurücktrat, aber doch noch der Ausgangspunkt für den Menschenfreund Karl Friedrich Krause geworden ist, dessen Panentheismus (Alles-in-Gott-Lehre) der Gegensatz zu Schellings und Hegels Pantheismus, durch seine Schüler Ahrens, Leonhardi u. a. besonders im Westen Europas zur Anerkennung gebracht wurde. — Unter Hegels Gegnern blieb Beneke (§ 310), der die Erfahrung zur Grundlage seines Systems machte und in dem Ich nur die abstrakte Gesamtheit der einzelnen Vorstellungen, Gefühle und Entschlüsse sah, vereinzelt. — Dagegen schien Herbart (§ 310) den durch Hegels Tod leergewordenen Herrscherstz einnehmen zu sollen, und Schopenhauer gab dem philosophischen Denken eine ganz neue Richtung. Das umfassende Lehrgebäude Herbarts erwies sich besonders in der Logik und Psychologie von so praktischem Werte, daß weite Kreise, zumal in der Lehrerwelt, freudig die dargebotene Hilfe ergriffen, während selbständige Denker, wie Hartenstein, Drobisch, Strümpell u. a., des Meisters Lehren wissenschaftlich weiterbildeten. — Arthur Schopenhauer betrachtete sich als den eigentlichen Fortsetzer des Kantischen Kritizismus. Tatsächlich ist seine Lehre erkenntnistheoretischer Idealismus. Die Sinnenwelt ist bloße Vorstellung des Ichs, Erscheinung ohne wesenhaften Untergrund, eine nur eingebildete Welt. Doch gibt es ein Etwas, das in allen Dingen waltet. Nur wird seine Erkenntnis nicht durch den Intellekt vermittelt, sondern ist unmittelbar. Dieses wahrhaft Wirkliche ist der Wille (zu leben). Er durchschaut den Unwert des Lebens nicht, ist also blind und dazu dumm, weil erst auf der obersten Stufe der Daseinsformen, in der Tätigkeit des menschlichen Gehirns, also im Intellekte, er sich selbst ein Licht angezündet hat. Dieser Intellekt (das Bewußtsein) vermag aber zu sühnen, was der Wille verfehlt hat. Denn die Einsicht, daß alles Leid nur aus dem Willen zu leben stammt, treibt den Intellekt (die Vorstellung) zur Verneinung des Willens. — Frauenstädt hat am meisten und zähesten für die Verbreitung der Lehre Schopenhauers, für den Pessimismus gearbeitet, der dann verschiedene Formen annahm, wie bei dem ernstgesinnten Dichter Heinrich Landmann (Hieronymus Lorm), Richard Wagner und seinem Anhänger von Wolzogen, ferner in der „Erlösungsphilosophie" von Mainländer oder im „Allgeist" von Venetianer. Doch hat keiner seiner Vertreter gleiche Bedeutung und gleichen Einfluß wie Eduard von Hartmann erlangt, der Philosoph des „Unbewußten", dessen einst alles überstrahlender Stern erst in neuerer Zeit zu erbleichen begann. Denn dem Zuge der Zeit, dem einzelnen die Bahn zu fesselloser, unbeschränkter Entwickelung zu eröffnen, ihn zu entbinden von der Pflicht und der Rücksicht auf die Gesamtheit und ihm das Recht zuzuerkennen, sich ausschließlich seinem eigenen Wesen gemäß „auszuleben", diesem Zuge kam die Philosophie Friedrich Nietzsches bei weitem mehr als der düstere Pessimismus entgegen. Ihre Wirkungen waren um so gewaltiger, als Nietzsche Gedanken von einer seltsam neuen Eigenart in bestrickend schöner Sprache vortrug. Die Darstellung seiner Lehre auch in knappster Form verbietet hier der Raum; erschwert wird sie insbesondere durch den Wandel in ihres Urhebers Ansichten. Einzelne Bemerkungen müssen genügen. Angewidert von allem Gewöhnlichen oder gar Niederen, erklärte es Nietzsche als Ziel aller Kulturarbeit, aus den Herdenmenschen eine höhere Menschenart oder ein höherwertiges, kraftvolleres Wesen, den Übermenschen, zu züchten; solche Adelsmenschen seien geborene Herrscher, berechtigt zu schonungsloser Ausnutzung der willensschwachen und kraftlosen Durchschnittsmasse. Somit dürfen unsere landläufigen Sittlichkeitsbegriffe von gut und schlecht usw. nicht länger gelten. Ihre Umwertung erfolgt in dem Sinne, daß der Mächtige, Überlegene und Starke gut handelt und recht hat, sofern er nur seiner Herrschernatur getreu bleibt. Auf dem Willen zur Macht beruht alle Sittlichkeit. „Schlecht" ist gleichbedeutend mit Schwächlichkeit, Philisterei, Pöbel, selbst mit Kränklichkeit und Siechtum. — Diese Offenbarung in erster Linie wirkte geradezu betäubend und verheerend, zumal unter der schriftstellernden Jugend, die sich selbst durch Widersprüche Nietzsches und seine schwer kontrollierbare aphoristische Art in gläubiger

de Wette 1789—1849
Apelt 1812—1859
Fichtes Schule.
Schleiermacher 1768—1834
Schellings Schule.
Krause 1781—1832
Beneke 1798—1854
Herbart 1776—1841
Schopenhauer 1788—1860
Der Pessimismus. Frauenstädt 1813—1879
E. von Hartmann 1842—1906
Nietzsche 1844—1900

Nachfolge nicht beirren ließ. Eine dritte Lehre predigte die trostlose „Wiederkehr des Gleichen", die alte Palingenesis, durch die der Mensch immer wieder in dieser Welt des Jammers und des Leides geboren werden soll. Aus mehrjähriger geistiger Umnachtung erlöste ein früher Tod diesen Feuergeist, der mehr als irgendeiner der Zeitgenossen jung und alt, gebildet und ungebildet in seinen Bann gezwungen hatte. — Gegen den S. 610 Materialismus. erwähnten, geräuschvoll auftretenden Materialismus Moleschotts, Vogts, Büchners u. a., den dann Wiener und Radenhausen wissenschaftlich zu begründen versuchten, erhoben Lotze 1817—1881 zunächst der an Leibniz anknüpfende Lotze und Fechner, der in der Allbeseelung der Fechner 1801—1884 Natur eine „Tagesansicht" gegen die materialistische „Nachtansicht" gefunden zu haben Schaller 1810—1868 meinte, ihre Stimme; nüchterner, aber überzeugender vertraten Schaller, Fortlage, Fortlage 1806—1881 Frohschammer, Albert Lange und ihre zahlreichen Gesinnungsgenossen den Idealismus. Frohschammer 1821—1893 A. Lange 1828—1875

Erfreulicherweise gewinnt die philosophische Forschung der Gegenwart ein gut Teil ihrer ehemaligen und gebührenden Bedeutung zurück. Mehr und mehr scheint der Wille Ausgangs- und Mittelpunkt der Untersuchung zu werden, so daß die Welt als „die Gesamtheit der Willenstätigkeiten" erscheint. Zu dieser Richtung lassen sich der erwähnte Kuno Fischer und Paulsen rechnen, auch Wundt, der die Psychologie mit Erfolg auf Beobachtung und Experiment gründete und mit den namhaftesten Naturforschern, wie von Helmholtz und Rokitansky, das Verdienst teilt, die Erkenntnistheorie und die Physiologie der Sinne um ein Bedeutendes gefördert zu haben.

§ 310. Erziehungswesen. Seit Pestalozzi die Volksschule auf eine neue Grundlage gestellt und dem Lehrerstande einen eigentlichen Standesgeist eingehaucht hat, stehen die Fragen der Erziehung im Mittelpunkte der geistigen Bestrebungen und Interessen der Nation, wie nie zuvor. Selbst mit der Aufgabe, politische und soziale Schäden zu heilen, hat man die Schule befassen wollen. Den wichtigsten Anstoß hat diese Bewegung auf dem Gebiete des Unterrichts- und Erziehungswesens durch die Philosophie erhalten.

Kants Schule. Wie Kant eine Zeitlang für Basedow, so war Fichte für Pestalozzi begeistert. Jener baute den Grundsätzen seines Systems zufolge alles auf die sittliche Erziehung, die den Kindern die richtigen Gründe für ihr Handeln begreiflich machen und sie lehren solle, das Gute um seiner selbst willen zu tun. Ihm folgten die zusammenfassenden Darstellungen der Erziehungskunst von Niemeyer, Schwarz, Stephani u. a. — Fast noch strenger Fichtes Schule. forderte Fichte eine Erziehung, die an Stelle der selbstsüchtigen Antriebe die unbedingte Liebe zum Guten setzt und den Zögling gewöhnt, sich als ein dem Ganzen verpflichtetes Glied in der Kette vernünftiger Wesen zu wissen. In den Reden an die deutsche Nation trat der politische Gedanke hinzu, daß nur eine stramme Volkserziehung nach antikem Vorbilde „die Menschheit auf eigene Füße zu stellen" vermöge. Seiner mannhaften Schelling-Hegelische Schule. Auffassung schlossen sich an Ritter, Sauer, Johannsen usw. Schelling hat sich zwar nicht unmittelbar mit der Aufgabe der Erziehung auseinandergesetzt, doch bedeutende Anregungen gegeben, wie Johann Jakob Wagner, Blasche und namentlich Grafer bezeugen. Eingehender hat sich dagegen Hegel mit diesen Fragen beschäftigt. Ihm ist der Mensch, was er ist, nur durch Erziehung und Bildung, die ihm seine Zufälligkeiten und Besonderheiten abstreifen und ihn zum Wissen und Wollen des Allgemeinen bringen sollen. In diesem Sinne wurde die ganze Erziehungskunst durch Rosenkranz und der höhere Unterricht für sich von Deinhardt, Kapp, Thaulow bearbeitet, während Emil Schleier- macher Anhalt eine Theorie des Volksschulwesens gab. Neben Hegel hat Schleiermacher (§ 309) besonders auf die Ansichten über Strafen und durch seine unbedingte Ablehnung der körperlichen Züchtigung Einfluß geübt. Ließ er sich übrigens noch ganz von philosophischen Grundsätzen leiten, so haben andere Theologen, wie der protestantische Palmer und der katholische Dursch, die Erziehung auf Voraussetzungen dogmatischer Natur gegründet. — Ein bedeutsamer Wandel in Auffassung und Ziel der Erziehung geht auf Herbart und Herbart Beneke zurück. Für Herbart (§ 309) ist die Seele ein schlechthin einfaches Wesen, das auf äußere Eindrücke mit Vorstellungen antwortet. Aus den ursprünglichen Tatsachen der inneren Erfahrung müssen die Erscheinungen des geistigen Lebens begriffen werden; Zweck der Erziehung ist sittliche Charakterbildung und die „gleichschwebende Vielseitigkeit geistiger Interessen". Während vor ihm das Ziel der Erziehung mehr in das Gemeinsame gesetzt wurde, fassen er und seine Schule den Menschen zu allererst als Einzelwesen und verlegen nie den Zweck der Erziehung außerhalb des Zöglings. Die werbende Kraft seiner Ideen wurde noch verstärkt durch die weiterbildende Geistesarbeit seiner Anhänger Mayer, Miguel, Kern, Nothert, besonders Ziller, Allihn, Theodor Waitz und Stoy. — Beneke Sein Gegenfüßler Beneke (§ 309) verwarf die Grundlage von der Einfachheit und Unveränder-

lichkeit der Seele gänzlich; ursprünglich sei nur die Fähigkeit sinnlicher Empfindung und Anschauung, deren Spuren in der Seele zu bewahren, nach Ähnlichkeit oder Verschiedenheit zu verbinden oder zu trennen und die unter ihrem Einflusse entstandenen Anlagen auszubilden Aufgabe der Erziehung sei. Das führte freilich mehr auf Verstandesschulung als Charakterbildung. Doch fand Benekes Lehre überzeugte Vertreter in Dreßler und Überweg; ja, die „Gothaische Pädagogik" der vielgenannten Dittes, Kehr, Karl Schmidt u. a. geht in ihren Wurzeln auf Beneke zurück. — Bei zwei anderen Philosophen wiederholte sich der bereits erwähnte Gegensatz. Immanuel Hermann Fichte, der Sohn des großen Fichte, ließ nur eine Erziehung für die Allgemeinheit gelten, Krause (§ 309) dagegen suchte wiederum den Zweck der Erziehung ausschließlich im Zöglinge.

J. H. Fichte 1797—1879

Was unsere Dichter, vor allem Goethe und Schiller, durch die Aufstellung und Verfeinerung des allgemeinen Bildungsideales wie durch unmittelbare Teilnahme an den Arbeiten der theoretischen Erziehungskunst für diese getan, kann hier nur angedeutet werden. Eine besondere Erwähnung verdient Jean Pauls (S. 148) Schrift Levana, das Zeugnis einer erhabenen Auffassung der erzieherischen Tätigkeit, zugleich der Ausdruck einer hingebenden Liebe zur Kinderwelt, wodurch er mehrfach an Fichte und Rousseau gemahnt. Jean Pauls Gedanken griff Curtmann auf, der das Menschheitsideal mit dem Christentume in Verbindung brachte.

Goethe, Schiller

Jean Paul

Der eigentliche „Psycholog des Kindheitslebens" wurde Pestalozzis Schüler Friedrich Fröbel. Genial und verständnisvoll hat er sich in die Kindesanfänge zurückversetzt; unfähig, in der ursprünglichen Menschennatur etwas Falsches oder Irreleitendes zu setzen, will er dieses Ursprüngliche nur stufenweise und ebenmäßig entwickeln. Die bekannteste Frucht seiner überaus anregenden und erfolgreichen Wirksamkeit sind die „Kindergärten", die trotz des vom preußischen Kultusministerium, das ihren Urheber mit Julius Fröbel (§ 169) verwechselte, gegen sie ausgesprochenen Bannes bald überall, auch jenseits der deutschen Grenzen, aufgeblüht sind. Das war namentlich das Werk begeisterter Anhänger Fröbels, unter denen Mittendorff, Barop, Wichard Lange und mit Bertha von Marenholtz-Bülow Henriette Goldschmidt zu nennen sind.

Fröbel 1782—1852

Kindergärten.

Fort und fort erfreute sich die Volksschule, der vielbeneidete Schatz des deutschen Volkes, vielseitiger, auf Lehrplan, Lehrweise und Lehrmittel gerichteter Pflege. Einer der ersten Vertreter der Lautiermethode war Stephani, der auch zuerst die Idee von der Schule als Staatsanstalt verfocht; als Meister der „sokratischen" Frageweise und dialektischen Unterweisung gilt Dinter, neben dem von Mosheim und der bremische Bürgerschuldirektor Gräfe zu erwähnen sind. Den Ertrag der auf Basedow und Pestalozzi zurückgehenden Fortschritte wußte Denzel mit klugem Maße der deutschen Volksschule, zunächst in Nassau und Württemberg, anzupassen, schrieb auch brauchbare Lehrgänge. In ähnlicher Richtung wirkte in Norddeutschland Zerrenner. Johann Baptist Graser, ein philosophisch durchgebildeter Kopf, ging dem Schwanken erfahrungsmäßiger Behandlung gegenüber beim Unterrichte von der Idee des Menschenwesens aus; unter anderem hat er zuerst den erfolgreichen Gedanken von der Verknüpfung des Lese- und Schreibunterrichts ausgesprochen.

Volksschule.

Stephani 1761—1850

Dinter 1760—1831

Gräfe 1802—1868

Denzel 1773—1838

Zerrenner 1780—1852

Graser 1766—1841

Eine Spaltung rief in der Lehrerwelt die Frage nach der Stellung zu Religion und Kirche hervor. Während nämlich Diesterweg, der Herausgeber der „Rheinischen Blätter" und Seminardirektor in Berlin, der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Volksschule, die ihr Ziel in der Ausbildung des rein Menschlichen hat, das Wort redete und allen kirchlichen Einfluß zeitlebens und auf das kräftigste bekämpfte, verband sich eine andere, durch ausgezeichnete Theoretiker und Schulmänner, wie Ramsauer, Stern, Karl von Raumer und vor allem Harnisch, vertretene Richtung aufs engste mit dem kirchlichen Rückschritte und gab einer reichen, halb theologisch, halb pädagogisch gefärbten Literatur Dasein, die schließlich 1840 in den „Preußischen Schulregulativen" von Stiehl einen gesetzgeberischen Ausdruck und Abschluß gewann. Zwar ist 1872 auf diesem Gebiete Wandel geschaffen (§ 324), doch sind die Forderungen des Lehrerstandes, die besonders auf den deutschen Lehrerversammlungen immer aufs neue erhoben werden, keineswegs allenthalben und bei weitem noch nicht im vollen Umfange erfüllt. Eine arge Erschwernis der Lösung dieser Fragen liegt in ihrer Verquickung mit wirtschaftlichen Angelegenheiten, zum Teil auch in dem Gegensatze der Bekenntnisse. So vermag sich die Simultanschule nur noch schwer gegen den Ansturm zu behaupten. Aber auch die Fortbildungsschule begegnet weitgehender Verständnislosigkeit oder gar ausgesprochener Abneigung. Dagegen steht das Fachschulwesen in reicher Blüte, mag auch hier und da berechnender Eigennutz sein bester Förderer gewesen sein. — Zu den erfolgreichsten Gehilfen der Lehrer in ihrem Kampfe für die Hebung des Standes und die Verbesserung ihrer äußeren Lage zählt der noch nicht behobene Lehrermangel. Seine nächste Folge war durchweg eine beträchtliche Erhöhung der Gehälter. Dazu gesellten sich andere

Diesterweg 1790—1866

Harnisch 1787—1864

Beweise der Anerkennung, so unter gewissen Voraussetzungen die Vergünstigung, eine Hochschule zu besuchen, und das Recht des einjährig-freiwilligen Heeresdienstes mit den daran geknüpften Anwartschaften.

Weibliche Erziehung.

Ausgedehnter Fürsorge erfreut sich die weibliche Erziehung, für die gleichwie für die männliche Jugend eine stattliche Reihe Fortbildungsanstalten fachlicher Art neben zahlreichen Lehrerinnenseminaren geschaffen worden ist, ja selbst das Gymnasium sich einzurichten beginnt.

Das Gymnasium.

Das Gymnasium war bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts die einzige höhere Schule, seiner Herkunft nach eng mit der Kirche verbunden. Gegen diesen Bund hatten sich schon die Begründer der neueren humanistischen Bildung (§ 300), Friedrich August Wolf, Gottfried Hermann, Böckh, Thiersch usw., gewendet; lebhafter noch wurde der Widerspruch, seit sich ein besonderer Gymnasiallehrerstand entwickelt hatte. Allmählich räumte auch die geistliche Oberaufsicht den Fachmännern den Platz. Diese Bewegung wurde gekreuzt durch eine andere, zu der die Fortschritte der Naturforschung und Technik den Anstoß gaben. Zwar hatte das Gymnasium bereits so viele realistische Fächer in seinen Lehrplan aufgenommen, daß Thiersch eine Überbürdung der Anstalt und der Schüler feststellen konnte, aber dem Zuge der Zeit genügte dieses Zugeständnis keineswegs. Inzwischen mehrten sich die Klagen über die gefahrvolle Vielheit der Unterrichtsgegenstände. Abhilfe suchte 1848 Hermann Köchly zu schaffen auf Kosten der humanistischen Fächer, für die das Deutsche fortan in den Mittelpunkt eintreten sollte. Brandt wollte durch Herstellung realistischer Parallelklassen den Streit beilegen, während Klopp neue und alte Sprachen zugleich in einem Lehrplane zusammenfassen zu können meinte, was dann Hauschild im „Modernen Gesamtgymnasium" zu Leipzig zur Wirklichkeit machte. Der Weg erschien nicht gangbar. Vielmehr erwuchs aus den erwähnten, besonders in Süddeutschland beliebten Parallelklassen und den ihre Ziele höherschraubenden Bürgerschulen die Realschule, die zuerst in Preußen staatlich geordnet wurde, als Vermittlerin einer praktischen Vorbereitung auf das Leben. Unterdessen hatten die Neuhumanisten rührig am Ausbaue der Gymnasialpädagogik weitergearbeitet, allen voran ihr Begründer, Friedrich Thiersch, dann Nägelsbach, Flatt, Karl von Raumer, Karl Ludwig Roth, Gustav Schwab, Landfermann u. a. Da entbrannte der Kampf um vieles heftiger, zunächst um das „Gymnasialmonopol", im Grunde gegen die humanistische Bildung überhaupt. Aus der Realschule hatten sich nämlich das Realgymnasium und die lateinlose Oberrealschule entwickelt, die sich nun gegen das Vorrecht des Gymnasiums auflehnten und ihren Schülern vorerst wenigstens den Zugang zum Studium der Medizin erschließen wollten. Mit ihnen verbanden sich die Ärzte und Naturforscher, die in der Gymnasialbildung keine genügende Vorbereitung für ihre Wissenschaft anerkennen mochten — ganz anders freilich Rudolf Virchow und Dubois-Reymond —, zugleich aber diese Schulgattung der Überbürdung ihrer Zöglinge bezichtigten. Später stritten dieselben Mediziner in erster Linie gegen die Zulassung der Realgymnasiasten zum ärztlichen Studium. Von anderer Seite wurde die Erziehung auf dem Gymnasium als nicht national gescholten, als ob 1813 und noch 1870 die Mitkämpfer aus gelehrten Kreisen nicht insgesamt durch das Gymnasium gegangen wären. Veraltet aber mußte das Gymnasium vor allem der neuen Richtung in Kunst und Literatur erscheinen, während schließlich zugegeben werden muß, daß die in ungeahntem Maße vorgeschrittene Naturwissenschaft nicht länger stiefmütterlich behandelt werden durfte. Es hagelte förmlich Verbesserungsvorschläge, von denen wenigstens einer in dem lateinlosen Unterbaue der Reformschule humanistischer und realistischer Art greifbare Gestalt gewonnen hat. — Um Licht in die Verworrenheit zu bringen, an Stelle der Zerfahrenheit feste Verhältnisse zu schaffen und vor allem die Schüler zu entlasten, trat auf Anregung des Kaisers Wilhelms II. 1890 eine Schulkonferenz in Berlin zusammen. Ihr Ergebnis, ein Übereinkommen, das keine Partei befriedigte, fand seinen Ausdruck in den Lehrplänen von 1892, denen mit leidlicher Sicherheit eine längere Lebensdauer abgesprochen werden konnte. Auch das verdient Erwähnung, daß die Schulgattung, über die dort förmlich der Stab gebrochen wurde, nämlich das Realgymnasium, sich seitdem zweifellos aufs kräftigste vermehrt hat. Wieder waren es kurz vor Ablauf des Jahrhunderts die Naturforscher und die Techniker, die den Ansturm eröffneten zunächst auf das alte „scholastische" Gymnasium, nicht minder heftig freilich gegen die realistischen Anstalten, schließlich, wie der Rektor einer technischen Hochschule, Riedler, auf die Universitäten selbst. Da sprach 1900 eine neue Schulkonferenz in Berlin sich gegen eine weitere Schmälerung des griechischen Unterrichts, dessen Beginn in Untersekunda sogar von Wilamowitz-Moellendorff (§ 300) für zulässig erklärt hatte, entschieden aus; den Realgymnasiasten und Oberrealschülern aber wurde in Preußen (noch nicht in allen übrigen Staaten) unter Anerkennung der Gleichwertigkeit der drei neunklassigen Schulen das Recht zugesprochen, unter gewissen Voraussetzungen jedes Studium zu er-

Köchly 1815—1876

Realschule.

Realgymnasium.

Reformschule.

greifen. Als Rufer im Streite für das Gymnasium sind zu nennen Cauer, Uhlig, Oskar Jäger, Eduard Zeller, Kropatscheck, Theodor Mommsen; eine etwas abweichende Stellung nehmen Hermann Schiller und der Philosoph Paulsen ein, der Verfasser der Geschichte des gelehrten Unterrichts vom Ausgange des Mittelalters bis zur Gegenwart (1885). Aus der großen Zahl der Neueren hat sich der Direktor des Goethegymnasiums in Frankfurt a. M., Reinhardt, am bekanntesten gemacht. Seine Anstalt gilt als eine Art Muster des Gymnasiums mit lateinlosem Unterbaue überhaupt. Zur Zeit besteht eine Art Waffenstillstand. Doch bleibt die Stellung des Griechischen als Pflichtfach vor anderen gefährdet. Und ob sich auf die Dauer fünf Arten der höheren Schule: humanistisches und Realgymnasium mit oder ohne Latein in den Unterklassen, endlich Oberrealschule, nebeneinander zu behaupten vermögen, muß die Zeit lehren.

Paulsen 1846—1908

Unbeirrt vom Meinungsstreite des Tages schafft deutscher Gelehrtenfleiß an dem großen Urkundenwerke einer Geschichte des vaterländischen Erziehungswesens, Monumenta Germaniae paedagogica, das auf Anregung und unter der Leitung Kehrbachs entstand.

Kehrbach 1846—1905

5. Mathematik und Naturwissenschaften.

Induktive Forschung.

§ 311. Bedeutung und Pflege der Naturwissenschaften. Ohne Hoffnung, die Befriedigung des Wissensdranges in religiösen und philosophischen Spekulationen zu finden, getäuscht durch die vielen Versuche, aus den allgemeinen Voraussetzungen des menschlichen Geistes das Rätsel des Daseins auf deduktivem Wege zu erklären, flüchtete sich das Denkbedürfnis des neunzehnten Jahrhunderts auf den Boden der Erfahrung und der strengen logischen und mathematischen Induktion als die allein sichere und unangreifbare Grundlage alles Erkennens. Damit begann der ungeahnte Aufschwung der Naturwissenschaften, der Deutschland auf diesem Arbeitsfelde erst neben, heute über die anderen Völker gestellt hat. Von Schellings Naturphilosophie nachweislich befruchtet und durch Hegel mit dem Begriffe der Entwickelung ausgerüstet, gefördert durch die großartigen Fortschritte der Technik, schuf sich die junge Wissenschaft bald eine eigene Methode in der induktiven Forschung, die nun auf die gesamte geistige Tätigkeit der Völker zurückwirkte, so auf Politik, Volkswirtschaft, Geschichtsforschung und selbst Philosophie. Mochten auch Versuche, wie der Henry Thomas Buckles, alles geschichtliche Geschehen als Wirkung von Naturgesetzen zu erklären, oder der John Stuart Mills, die Erfahrung als einzige Quelle unserer Grundbegriffe und Grunderkenntnisse hinzustellen, den Stempel der Einseitigkeit an sich tragen und tieferes philosophisches Bedürfnis nicht befriedigen, so haben sie doch an ihrem Teile zur Klärung der Anschauungen beigetragen und der überwuchernden Spekulation Einhalt geboten. Tatsächlich hat erst der Niedergang der Philosophie für die Naturwissenschaft das Feld freigemacht, auf dem sich allein Hegels Lehre kraft ihrer unbegrenzten Verwendbarkeit, freilich auch nur durch mannigfache Wandlungen, längere Zeit zu behaupten vermochte.

Buckle 1821—1862
Mill 1806—1873

Zweierlei begünstigte die überraschende Entwickelung der Naturwissenschaften auf das erfolgreichste, einmal der Umstand, daß sich ihre Ergebnisse vor allem für Gewerbe und Landwirtschaft unmittelbar verwerten ließen, sodann das früh einsetzende Bestreben, die Errungenschaften der strengen Forschung durch Wort und Schrift zum Gemeingute des Volkes zu machen. Die schönste Leistung dieser Art ist der Kosmos, in dem Alexander von Humboldt die Summe des damaligen Wissens vom Weltall zu einem einheitlichen Ganzen, zu einem künstlerisch abgerundeten Bilde verarbeitete.

A. von Humboldt 1769—1859

Ausgerüstet mit einer seltenen Fülle und Vielseitigkeit der Kenntnisse, denen fast kein Gebiet menschlichen Wissens fremd blieb, durch jahrelange Reisen vertraut mit der Natur dreier Weltteile, war Humboldt wie kein anderer geeignet, die Naturwissenschaften sowohl in ihrer Gesamtheit als in ihren Beziehungen zum Leben der Völker und der einzelnen zu erfassen, hat er im Kosmos und in den Ansichten der Natur dem deutschen Volke zwei mustergültige Werke hinterlassen, die für alle Zeiten ein glänzendes Zeugnis ablegen von deutschem Fleiße und deutscher Wissenschaft. Sein Streben, die Ergebnisse der Naturforschung allen Gebildeten zugänglich zu machen, hat bei allen gesitteten Völkern ausgedehnte Nach-

Arago 1786—1853

folge gefunden; aber selbst der gefeierte Franzose François Arago, ein Mann der Freiheit auf dem Gebiete des Geistes wie der Politik, erreichte das deutsche Vorbild an Tiefe der Gedanken und an Schönheit der Darstellung nicht.

Erdkunde.

§ 312. Erdkunde. Geologie. Mineralogie. Die Wissenschaft, die durch Humboldt am meisten gefördert wurde, ist die Erdkunde. Durch die vergleichende Zusammenstellung der reichen Erfahrungen, die er auf seinen Reisen gesammelt hatte, wurde er der Schöpfer mancher neuer Zweige der physikalischen Erdbeschreibung, die seitdem bestrebt war, die natürlichen Vorgänge und Verhältnisse auf der Erdoberfläche in ihrer Gesamtheit zu erfassen und in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit zu begreifen.

Ritter 1779—1859
Petermann 1822—1878

Unvergessen bleiben Karl Ritters und Petermanns Verdienste um die Erdkunde, zu deren hervorragendsten Vertretern von Richthofen († 1905) zählt. Beständig erweitern kühne Reisende unsere Kenntnis von der Erdoberfläche (§ 368, 369). Männer wie Barth, Vogel,

Entdeckungsfahrten.

Livingstone, Mohr und Hübner, Bastian, Rohlfs, Nachtigall haben zum Teil ihr Leben daran gesetzt, um Innerafrika der Wissenschaft zu erschließen. Hedin litt im Herzen Asiens Unsägliches. Den Polarländern galten die nicht minder gefahrvollen Nordlandsfahrten von Franklin, Back, Roß, Nordenskiöld, Hansen, Payer und Weyprecht, Fridtjof Nansen und seinem Steuermanne Sverdrup. Noch etwas höher als Nansen mit seinem Schiffe Fram gelangte Cagni. Noch unterwegs ist Anschütz-Kämpfe. Die Südpolarforschung wurde seit Cook namentlich durch Bellingshausen und Roß, weiter durch die Entdeckungsfahrten der Engländer auf dem Schiffe Challenger und in letzter Zeit durch deutsche Gelehrte auf dem Schiffe Gauß gefördert. Welche Opfer bei diesen Unternehmungen dem Wissensdrange gebracht wurden, das lehrt eindringlich die Tatsache, daß allein im abgelaufenen Jahrhunderte gegen 200 Schiffe aus den nordischen

Geologie.

Gewässern nicht zurückgekehrt sind. — Nur wenig weit reicht in die Vergangenheit die Geologie nach Entstehung und Ausbildung zurück. Derjenige, der die Erforschung der Urgeschichte unserer Erde zuerst auf wissenschaftlichen Boden stellte, indem er sie phantastischen Träumereien entrückte und die sorgfältige Beobachtung und erfahrungsmäßige Erklärung des bestehenden Zustandes der Erdoberfläche als die einzigen Schlüssel zur Lösung der Rätsel

Werner 1750—1817

einer fernen Vergangenheit erkannte, war Abraham Gottlob Werner, der als Lehrer an der Bergakademie in Freiberg, wiewohl er nie über die Grenzen seines Vaterlandes Sachsen hinauskam, ein System der Geologie schuf, das in ganz Europa laute Anerkennung fand. Nach seiner Ansicht ist das Wasser die eigentliche bildende und gestaltende Kraft im Mineralreiche, neben der ein erhöhter Hitzegrad, wie er sich bei vulkanischen Erscheinungen zeigt, nur

Neptunisten.

untergeordnete und örtliche Bedeutung hat. Da diese neptunistische Schule auf einen engen Kreis von Tatsachen beschränkt und darum mit Einseitigkeiten und Schwächen behaftet

Plutonisten.

war, trat ihr bald die plutonistische Lehre schroff entgegen, die den Wirkungen der inneren Erdwärme den größten Einfluß auf die Bildung der Erdoberfläche zusprach. Zu diesem Plutonismus bekannten sich außer anderen selbständigen Forschern Alexander von Hum-

L. von Buch 1774—1853

boldt und selbst Werners bedeutendster Schüler, der geistvolle Leopold von Buch, der auf ausgedehnten Reisen die geologischen Verhältnisse anders kennen und würdigen gelernt hatte und in kurzem die Mehrzahl der Forscher für seine Anschauungen gewann. Durch seine und Humboldts Arbeiten gefördert, brach sich die plutonistische Ansicht nun auch außerhalb Deutschlands Bahn, allerdings gestützt und angeregt durch die aus Werners Schule überkommene exakte Forschungsmethode. In Frankreich, wo schon Gratet de Dolomieu eine

Dolomieu 1750—1801

der Wernerschen Ansicht entgegengesetzte Lehre aufgestellt hatte, entschied vor allem ein persönlicher Schüler Werners, d'Aubuisson de Voisins, besonders durch den Traité de géognosie

Beaumont 1798—1874

(1819), den Sieg des Plutonismus, der dann in Elie de Beaumont einen überkühnen, von den deutschen Gelehrten Bronn und Cotta ebenso nachdrücklich bekämpften, wie von Karl

Hutton 1726—1797

Vogt (§ 309, 315) gefeierten Vertreter fand. — In England hatte 1795 zuerst Hutton auf die Wirkung feuerflüssiger Massen aufmerksam gemacht und mit Hall plutonistischen Anschauungen Eingang verschafft, während ihre Landsleute, der auf anderem Gebiete bekanntere Darwin (S. 617), de la Bèche und besonders Sir Charles Lyell, sich insofern

Bèche 1796—1855
Lyell 1797—1875

Werners Ansichten näherten, als sie den Nachweis versuchten, daß die Veränderungen auf der Erdoberfläche das Ergebnis Jahrtausende währender Einwirkungen derselben Ursachen und Kräfte seien, deren Tätigkeit wir noch heute wahrnähmen, und daß selbst die Entstehung der Gebirge nicht auf Ausbrüche des feurig-flüssigen Erdkerns zurückzuführen sei.

Petrefaktenkunde und Paläontologie.

Früher nur eine untergeordnete Hilfswissenschaft der Geologie, hat neuerdings die Petrefaktenkunde hohes, selbständiges Interesse gewonnen. Ja sie ist, indem man die in den Gesteinen erhaltenen Überreste urweltlicher Tiere und Pflanzen benutzte, ein Bild der

organischen Lebens auf der Erde in ferner Vergangenheit zu gewinnen, zur Paläontologie herangereift. Ihre Begründer, der geborene Württemberger von Cuvier und der Franzose de Lamarck, gingen in der wissenschaftlichen Auffassung stark auseinander. Gegen Cuviers schroff behaupteten Satz von der Unveränderlichkeit der Arten setzte Lamarck den Begriff einer fortschreitenden Entwickelung, darin ein Vorläufer Darwins. Im Vordergrunde des Interesses stand und steht begreiflicherweise der Mensch. Den Rassenunterschieden ging die Anthropologie nach; die Ethnographie befaßte sich mit der engeren Völkerkunde. Beide Gebiete fanden hingebende Pflege vor anderen durch die Väter dieser Wissenschaft, Rudolf Virchow und Karl von Baer, dann Gobineau, Bastian, Peschel und Ratzel. Für die Urgeschichte boten anfänglich die Pfahlbauten und glückliche Funde in Höhlen und im Torfmoore nur spärlichen Anhalt; inzwischen haben sie sich aber so gemehrt, daß gewisse Übertreibungen, wie die vielberufene Lehre vom Affenmenschen, abgetan und begründete, wenn auch nicht einstimmig angenommene Sätze von Art, Zeit und Umwelt des Urmenschen aufgestellt werden konnten. Ehe es so weit kam, tobte der Meinungskampf um so leidenschaftlicher, als der nackte und herausfordernd zur Schau getragene Materialismus, zu dem sich auch nicht-fachwissenschaftliche Denker, wie David Friedrich Strauß (§ 309) mit dem vielbesprochenen Alten und neuen Glauben, bekannten, die philosophischen und theologischen Gegner Mann für Mann auf den Plan rief. Das Ziel ihrer Angriffe war vorzugsweise der Engländer Charles Darwin, in dem die mechanische Naturerklärung ihren Höhepunkt und vorläufigen Abschluß erreichte. Die Klippe hatte für den Materialismus der Zweck gebildet. Darwin erkannte in der Zweckmäßigkeit das Walten von Naturgesetzen: der Vererbung und der unbegrenzten Veränderlichkeit der Naturgebilde, so daß sich durch den Kampf ums Dasein, durch Zuchtwahl und natürliche Auslese die unendliche Mannigfaltigkeit der Tier- und auch Pflanzenformen aus wenigen Urtypen allmählich und auf völlig naturgemäßem, notwendigem Wege herausgebildet habe. Diese Deszendenzlehre wirkte mit der Wucht der endgültigen Wahrheit und behauptete vorerst die Führung auf dem Felde des Naturerkennens, zumal ihr Begründer vorsichtig genug war, Schlüsse auf andere Forschungsgebiete abzulehnen. Heute darf indessen gesagt werden, daß zwar der Entwickelungsbegriff allgemein anerkannt ist, dagegen Vererbung und Anpassung nicht mehr als ausreichende Erklärungsgründe erachtet werden. Auch die Naturforschung ist zur Erkenntnis ihrer Schranken gelangt und kommt mehr und mehr von Übergriffen in das Reich der Philosophie zurück.

Cuvier 1769—1832
Lamarck 1744—1829
Anthropologie und Ethnographie.
Baer 1792—1876
Gobineau 1816—1882
Bastian geb. 1826
Peschel 1826—1875
Ratzel 1844—1904
Darwin 1809—1882

Die Fortschritte der Geologie in Verbindung mit dem immer wissenschaftlicher betriebenen Bergbaue brachten auch der Mineralogie eine Zeit der Blüte. Den Kristallformen wurde besondere Beachtung geschenkt, seitdem Weiß der Kristallographie einen wissenschaftlichen Boden gegeben hatte und durch Mitscherlich die merkwürdigen Beziehungen der Kristallformen zu der chemischen Zusammensetzung der Mineralien aufgedeckt worden waren. Eine Einteilung der Gesteine gab Naumann; gewisse Mängel seines Systems wußten erfolgreich zu vermeiden Rose, Rammelsberg und Groth; andere namhafte Mineralogen sind Kenngott, Quenstedt, Weisbach, der auch als Dichter bekannte von Kobell (§ 296), Hornstein u. a. m.

Mineralogie.
Weiß 1780—1856
Mitscherlich 1794—1863

§ 313. Mathematik. Himmelskunde. Der Entwickelungsgang eines großen Teiles der Naturwissenschaften, der Astronomie, der Physik, der Physiologie, ist aufs engste mit den Fortschritten der Mathematik verknüpft. Seit der Erfindung der Infinitesimalrechnung durch Leibniz und Newton (Bd. III), die für die mathematische Wissenschaft einen gewaltigen Umschwung bedeutete, hat diese sich bis heute einer erfolgreichen Pflege und Weiterbildung erfreuen dürfen.

Mathematik.

Was im 18ten Jahrhunderte Leonhard Euler, Lagrange, Laplace, Legendre rühmlichst begonnen hatten, das setzten in würdiger Weise Cauchy, Gauß, Jacobi, der früh dahingegangene geniale Abel u. a. im 19ten Jahrhunderte fort. Gauß war einer der größten Mathematiker aller Zeiten, nicht minder hervorragend durch seine Leistungen in der Astronomie und Physik als in der reinen Mathematik. Hier beschäftigten ihn hauptsächlich die Zahlentheorie und die Geometrie, während er für Astronomie und beobachtende Physik in der sogenannten Methode der kleinsten Quadrate ein Verfahren schuf, die, wenn auch kleinen, doch immerhin bemerklichen Beobachtungsfehler möglichst unschädlich zu machen und so Ergebnisse von früher nicht geahnter Sicherheit zu erzielen. Im Vereine mit dem Physiker Wilhelm Weber in Göttingen schuf Gauß neue Grundlagen und Hilfsmittel für die Untersuchung des Erdmagnetismus. Diese Forschungen wurden durch die Gründung des magnetischen Vereins bald planvoll über ganz Europa ausgedehnt und haben mit zur Erfindung des elektrischen Telegraphen geführt. Auch in der Darstellung, für die Gauß großenteils die lateinische Sprache wählte, war er mustergültig. Seine zahlreichen, zumeist ver-

Gauß 1777—1855
W. Weber 1804—1891

griffenen Werke, wie seinen handschriftlichen Nachlaß hat die Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften in einer prachtvollen Ausgabe neu veröffentlicht. Auf den von Gauß angebahnten Wegen sind mit hervorragendem Erfolge besonders zwei Forscher weitergeschritten, die beide frühzeitig starben, Lejeune-Dirichlet und Riemann. Durch zahlreiche Schriften gleichmäßig um fast alle Zweige der Mathematik verdient, hat Jacobi in Königsberg doch am bedeutsamsten durch seine Lehrtätigkeit gewirkt, bei der ihm Bessel und Neumann würdig zur Seite standen. Das mathematisch-physikalische Seminar in Königsberg, das Jacobi mit Neumann leitete, wurde die Wiege einer eigenen mathematischen Schule, aus der eine ganze Reihe namhafter Mathematiker hervorgegangen ist, wie Hesse, Borchardt, Aronhold, Clebsch u. a. Bei Jacobis Weggange nach Berlin setzte sein trefflicher Schüler Richelot des Meisters Lehrtätigkeit in Vorlesungen fort. Durch seine Arbeiten zur Gruppentheorie, zu Differenzialgleichungen usw. begründete Sophus Lie seinen Weltruf. — Nächst Göttingen und Königsberg wurde Berlin eine hervorragende Pflanzstätte der mathematischen Wissenschaft. Wahrte die Akademie ihren alten Ruhm aus Friedrichs II. Tagen mit Zähigkeit, so hatte die noch junge Universität wahre Zierden der Wissenschaft aufzuweisen, wie Kummer, Weierstraß, denen zahlreiche Lehrer der Mathematik an den übrigen deutschen Hochschulen ebenbürtig zur Seite stehen.

Dirichlet 1805–1859
Riemann 1826–1866
Jacobi 1804–1851
Bessel 1784–1846
Neumann 1798–1895
Richelot 1808–1875
Lie geb. 1812
Kummer 1810–1893
Weierstraß 1815–1897

Himmelskunde.

Die Fortschritte der Mathematik kamen der Himmelskunde in hohem Maße zugute. Zugleich erwuchs ihr aus der Verbesserung der Hilfsmittel für die Beobachtung eine Fülle neuer Aufgaben, deren Lösung das Zusammenwirken des Astronomen und des Mathematikers voraussetzt.

Die von der vervollkommneten Technik aufs sorgfältigste und genaueste hergestellten Fernrohre, unter denen sich die von Joseph von Fraunhofer, dem Mechaniker Repsold und seinen Söhnen, dann Steinheil und Fritsch, besonders aber Zeiß in Jena auszeichnen, haben uns eine große Zahl neuer Weltkörper und neuer Vorgänge am Himmelsraume kennen gelehrt. 1802 entdeckte Olbers die von Gauß vorausgesagte, von Piazzi bereits 1801 beobachtete Ceres. Die Zahl der bekannten kleinen Planeten stieg außerordentlich und beträgt heute über vierundeinhalbhundert. Zur Bestimmung ihrer Bahnen wurde in Berlin ein eigenes Institut begründet. Immer dringender wurde das Bedürfnis nach Sternkarten zur Ortsbestimmung der Fixsterne, zu der die Arbeiten des großen Mathematikers Bessel in Königsberg den Grund gelegt hatten. Seit 1830 ließ die Berliner Akademie die Gestirne der Äquatorialzone aufzeichnen; es folgten die Karten des nördlichen Sternhimmels mit mehr denn 300000 Einträgen von Argelander in Bonn und die des südlichen von Schönfeld. Eine nachprüfende Durchsicht unternahm die 1863 auf der Astronomenversammlung in Heidelberg gegründete Astronomische Gesellschaft, die, aus dem Bedürfnisse der Arbeitsteilung hervorgegangen, sich in kurzem weit über Deutschland hinaus verbreitet hat. Eine glänzende Errungenschaft war die Auffindung des Neptun im Jahre 1846. Bestätigte sie doch den zuerst von Bessel gezogenen Schluß aus den Wirkungen (Störungen der Bewegung des Uranus) auf die Ursache (Einfluß eines noch unbekannten Planeten) unwiderleglich. Gestützt auf die Nachforschungen des Engländers Adams, hatte sein Landsmann Challis tatsächlich den Neptun zu beobachten vermocht. Unabhängig von beiden bestimmte der Franzose Leverrier den Ort des gesuchten Himmelskörpers, den dann Galle in Berlin wirklich auffand. Das neue Verfahren, Abstände der Fixsterne von der Erde mit Hilfe der sogenannten Parallaxe zu messen, geht gleichfalls auf Bessel zurück, der auch die Gradmessung durch scharfsinnige Beobachtungen vervollkommnete. An dieser auch für das bürgerliche Leben überaus wichtigen Messung ist jetzt ganz Europa beteiligt, während sie vom Deutschen Reiche und England gemeinsam auf Afrika erstreckt wird. Im Zusammenhange damit steht die internationale Erdmessung, an der von deutschen Gelehrten Oertel, Seeliger, von Orff, Hammer u. a. mitwirken. — Bessels Verwendung der Parallaxe diente besonders deutschen Astronomen unter Führung von Auwers bei Beobachtung der Venusdurchgänge in den Jahren 1874 und 1882. Die damals mit minderem Erfolge benutzte Photographie ist seitdem zu einem wichtigen Hilfsmittel der Himmelskunde weiterentwickelt worden, so daß zurzeit eine photographische Himmelskarte im Werke ist, die ungeahnte Aufschlüsse verheißt, wie sie durch die photographischen Mondatlanten bereits geboten werden. Dies schmälert jedoch keineswegs den Wert der älteren, auf Messung beruhenden Mondkarten von Lohrmann, Mädler, Bär und Schmidt in Athen. Die Bewegung des Mondes unterzogen Hansen in Gotha, Delaunay in Paris und später Newcomb in Washington scharfen Berechnungen, deren Unterschiede auszugleichen der Zukunft vorbehalten bleibt. Außerordentlich fruchtbar wurde die von Gustav Robert Kirchhoff und Robert von Bunsen entdeckte Spektralanalyse. Läßt sie doch die Beschaffenheit, stoffliche Zusammensetzung und

Fraunhofer 1787–1826
Repsold 1771–1830
Steinheil 1801–1870
Fritsch 1812–1879
Zeiß 1816–1888
Olbers 1758–1840
Piazzi 1746–1822
Bessel 1784–1846
Adams 1819–1892
Challis 1803–1882
Leverrier 1811–1877
Mädler 1794–1874
Hansen 1795–1874
Kirchhoff 1824–1887
Bunsen 1811–1899

die Wärme der Sonne wie der entferntesten Fixsterne, ja selbst ihre wahre Bewegung aus den Eigenschaften des Lichts, das sie aussenden, sicher erkennen. Weiter haben über die merkwürdige Erscheinung der Sternschnuppen und Meteorsteine namentlich die Untersuchungen von Schiaparelli in Mailand, Leverrier, Weiß u. a. neue Aufschlüsse gebracht und ihren Zusammenhang mit gewissen Kometen glaubhaft gemacht.

§ 314. Physik. Chemie. Auf dem Gebiete der Physik hat der Einfluß der Schellingischen Naturphilosophie eine Zeitlang als Hemmschuh wissenschaftlich begründeter Erkenntnis gewirkt. Dem späteren Hand-in-Hand der wissenschaftlichen Theorie und der technischen Praxis aber waren Erfolge von solcher Wichtigkeit und in solcher Fülle beschieden, daß es unmöglich ist, hier ins einzelne zu gehen und knappe Andeutungen genügen müssen.

Optik. In der Optik zunächst brachten der Franzose Fresnel und der Engländer Young die in den Grundgedanken schon von Huyghens (Bd. III) ausgesprochene Wellentheorie zum Siege über die verbreitete Ansicht Newtons, der eine besondere Lichtmaterie angenommen hatte. Im Zusammenhange damit steht die Polarisation und anderes derart. Auf der neuen Grundlage baute neben dem Engländer Hamilton besonders Fraunhofer (§ 313) weiter. — Die Erfindung der Photographie ist an die Namen Nicéphore Niepce und François Niepce de Saint-Victor, Daguerre und Talbot geknüpft. Neuerdings haben die Versuche der Farbenphotographie mit Hilfe der Photochemie gute Fortschritte gemacht. — Das Stereoskop Wheatstones vervollkommnete Brewster, und neben anderen Errungenschaften verdankt die Welt dem Scharfsinne Helmholtzens den Augenspiegel. Über die Spektralanalyse vgl. § 313. Maßgebend für die Akustik ist desselben Forschers Lehre von den Tonempfindungen. Der eigentliche Vater der Wissenschaft vom Schalle war Chladni. Zusammenfassende Theorien vom Schalle gab Wilhelm Weber (§ 313). — Für die Wärme wurde eine neue, die mechanische Theorie aufgestellt, die von tiefstgreifenden Folgen für die ganze Physik geworden ist. Nach dieser Lehre geht nirgends in der Natur Bewegung ganz verloren; es gilt nun, die bei vielen Vorgängen verschwindende sichtbare Bewegung in der Form von Wärme als unsichtbare Bewegung wiederzufinden. Ein Arzt in Heilbronn, Robert Mayer, lehrte zuerst den Umsatz der Bewegung in Wärme und dieser in jene. Seine Berechnung des mechanischen Äquivalents der Wärme führte ihn zur Einsicht, daß die Summe der im Weltall tätigen Kraft unveränderlich sei. Doch blieb dieses „Gesetz von der Erhaltung der Energie" so unbeachtet, daß es erst als Entdeckung der von Mayer unabhängigen Forscher, des Engländers Joule, des Dänen Colding und unseres Helmholtz, zur Geltung gelangte. Eine Erweiterung erfuhr es durch Clausius, der mit Krönig auch für die Gase eine ältere mechanische Theorie weiterentwickelte. — Noch folgenschwerer wurden die Fortschritte in der Lehre vom Magnetismus und von der Elektrizität. Durch die Entdeckung des Galvanismus im Jahre 1795 durch Galvani und durch die darauf gerichteten Forschungen Voltas hatte die Elektrizitätslehre an Allgemeinheit und Reichtum der ihr zufallenden Tatsachen ungemein gewonnen. Nun wies Oersted 1820 durch seine Beobachtung einen bis dahin unbekannten Zusammenhang zwischen Elektrizität und Magnetismus auf, der für die Wissenschaft überaus fruchtbar werden sollte. Es muß hier genügen ein Hinweis auf die Thermoelektrizität (Seebeck 1821), die Elektrodynamik (Ampère 1826) und die Induktion (Faraday 1831), das Ohmsche Gesetz für elektrische Ströme (1827), weiter auf die Verwendung der Elektrizität bei dem Telegraphen (zuerst durch Gauß und Wilhelm Weber 1833 in Göttingen, weitergebildet durch Morse 1835 zum Schreibtelegraphen, neuerdings vervollkommnet bis zur Wiedergabe von Bildern), bei dem Telephon durch Reis und Edison, als Lichtquelle (Siemens und von Hefner-Alteneck, die Geißlerschen Röhren 1860) und als bewegende Kraft bei allerhand Maschinen, Bahnen, auch Uhren usw. Trotz aller Wichtigkeit dieser Errungenschaften wie auch der Galvanoplastik, Elektrotherapie und der noch zu besprechenden Elektrolyse steht doch für die Gegenwart im Vordergrunde des Interesses die von Heinrich Hertz († 1894) vorbereitete in den beiden deutschen Systemen von Siemens-Braun und Slaby-Arco entwickelte und von dem Italiener Marconi in eigener Weise gestaltete drahtlose Telegraphie. — Auf die Benutzung der Dampfkraft endlich bei allerhand Maschinen irgendwie näher einzugehen, verbietet sich sowohl in Rücksicht auf ihre Geschichte, wie auf die Mannigfaltigkeit ihrer Verwendung und auf ihre unermeßlichen Folgen, die tatsächlich zu einer Umgestaltung fast aller menschlichen Verhältnisse geführt haben. Die von James Watt zuerst 1768 erbaute und in den folgenden Jahren immer mehr vervollkommnete, zum wirklichen Gebrauche allein geeignete Dampfmaschine wurde nach vergeblichen Versuchen von Franzosen und Amerikanern zuerst durch Robert Fulton 1807 der Seeschiffahrt dienstbar gemacht. Um

Fresnel 1788—1827
Hamilton 1805—1865
N. Niepce 1765—1833
Fr. Niepce 1805—1870
Daguerre 1789—1851
Wheatstone 1802—1875
Brewster 1781—1868
Akustik.
Chladni 1756—1827
Wärmelehre.
Rob. Mayer 1814—1878
Joule 1818—1889
Clausius 1822—1888
Magnetismus und Elektrizität.
Volta 1745—1827
Phil. Reis 1834—1874
Dampfkraft.
Watt 1736—1819

1802 ersannen die Engländer Trevithik und Vivian die erste brauchbare Lokomotive, die indessen durch Stephensons Erfindung des Röhrenkessels 1829 ganz verdrängt wurde. Die erste Eisenbahn für den öffentlichen Verkehr auch von Personen wurde 1825 in England zwischen Stocktal und Darlington erbaut. 1835 folgten Belgien mit der Linie Brüssel—Mecheln und Deutschland mit der Nahbahn Nürnberg—Fürth. Schon vorher hatten sich die Kohlengruben des Rheinlandes und Böhmens das neue Beförderungsmittel zu eigen gemacht.

Chemie. Solchen Erfolgen vermag nur die Chemie ebenbürtige Leistungen zur Seite zu stellen. Vergleichsweise spät hat sie sich von tiefeingewurzelten mittelalterlichen Anschauungen und scholastischen Vorurteilen zu befreien gewußt. Auch auf sie hat die Naturphilosophie Schellings mehr verwirrend als förderlich gewirkt. So schuldet sie ihren staunenswerten Aufschwung und die Erhebung zu einer selbständigen Wissenschaft dem Bunde mit der Mathematik und Physik. Und wenn das abgelaufene Jahrhundert in seinem Beginne die chemischen Studien in Deutschland noch vollständig abhängig vom Auslande sah, so ist heute die führende Stellung deutscher Forschung auf diesem Gebiete unbestritten.

Liebig 1803—1873 Wöhler 1800—1882 Das ist das Verdienst vor allem zweier Gelehrter, Justus von Liebigs und Friedrich Wöhlers. Liebigs Chemische Briefe kündigten die neue Zeit an. Die Untersuchung der organischen Verbindungen, die, zwar zumeist aus einer geringen Anzahl einfacher Stoffe gebildet, doch eine große Mannigfaltigkeit bieten, lenkte seine Forschung besonders auf die Vorgänge während des Lebens von Tier und Pflanze, namentlich auf den Ernährungsprozeß. So wurde er der Begründer der Agrikulturchemie. — Befreiend und erleuchtend wirkte 1828 Wöhlers erfolggekrönter Versuch, den Harnstoff künstlich herzustellen. Damit war zum ersten Male die Kluft zwischen organisch und unorganisch beseitigt und zugleich die „Lebenskraft", die man bisher angenommen hatte. Wöhler war, wie Christian Gottlob Gmelin, Schüler des Schweden Berzelius, der die von Gay-Lussac begründete Volumtheorie der Gase weiterbildete, durch seine Untersuchungen der Kieselverbindungen der analytischen Chemie neue Antriebe gab, vor allem aber durch die Lehre von den Atomen der Forschung eine heute noch fruchtbringende Unterlage schuf und den Grund zur Elektrochemie legte. Eng mit ihm verbunden durch gemeinsame Studien, fand Mitscherlich wichtige Gesetze der Kristallbildung und mineralischer Verbindungen, während Leopold Gmelin im Handbuche der Chemie und Ostwald im Lehrbuche der allgemeinen Chemie die Ergebnisse dieser Wissenschaft mit größter Genauigkeit zusammenfaßten und buchten. Die merkwürdigen Beziehungen der Elektrizität zur Chemie wurden Gegenstand der ersprießlichsten Untersuchung. Die grundlegenden Arbeiten von Humphrey Davy, Faraday und von Bunsen führten mehr und mehr dazu, in jenen Beziehungen nicht vereinzelte Erscheinungen, sondern den Ausfluß allgemeiner Gesetze zu sehen. Doch kann hier weder auf die bedeutsame Elektrolyse, noch auf die mit ihr zusammenhängende Jonentheorie des näheren eingegangen werden. Die bereits erwähnte Forschung nach den chemischen Grundstoffen, der in der Spektralanalyse (§ 313) die wirksamste Helferin erstand, legte die Annahme des sogenannten „periodischen Systems" nahe, das auf eine mutmaßliche Wesensverwandtschaft aller Elemente hindeutet und damit auf eine Materie anderer Art, als sie heute vorgestellt wird. Eine glänzende Bestätigung dieses Systems hat man jedenfalls darin zu sehen, daß mehrere nach ihm vorausgesagte und vorausbestimmte Elemente wirklich aufgefunden worden sind. — In der Atomenlehre geschah ein weiterer Schritt durch die Erkenntnis, daß nicht das Zahlenverhältnis der Atome allein maßgebend sei, sondern auch ihre Gruppierung oder Lagerung in Betracht gezogen werden müsse, — eine Erkenntnis, die erst Licht über die isomerischen, d. h. bei gleicher Zusammensetzung doch verschiedenen Körper verbreitet. — Was endlich die neugefundenen Elemente mit eigener Strahlung, wie Polonium, Radium usw., die Becquerel- und Röntgenstrahlen anlangt, so bleibt es eine Aufgabe der Zukunft, die zur Zeit unabsehbaren Wirkungen und Folgerungen aus diesen grundstürzenden Erscheinungen erschöpfend zu würdigen. — Bei dieser erdrückenden Häufung von Fragen, die keineswegs nur für den Fachmann Bedeutung haben, vielmehr an die letzten Rätsel des menschlichen Denkens überhaupt rühren, ist es erfreulich, daß die Chemie geneigt scheint, die hilfreiche Hand der Philosophie nicht länger zurückzuweisen. Sie mag diese um so beruhigter ergreifen, als sie selbst bisher vielen Wissenschaften zur mitteilsamen und fördernden Spenderin geworden ist. Die Rechtsprechung und die Heilkunde, die Landwirtschaft und die Technik, Botanik und Geologie, der Kampf gegen Fälschungen aller Art sind angewiesen auf den Beistand der Chemie.

Chr. Gottl. Gmelin 1792—1860 Berzelius 1779—1848 Gay-Lussac 1778—1850 Mitscherlich 1764—1863 Leop. Gmelin 1788—1853

Davy 1778—1829 Faraday 1791—1867 Bunsen 1811—1899

Physiologie.

Die Fortschritte der Physik und Chemie wirkten auch auf die verwandte Wissenschaft der Physiologie. Ihre Aufgabe ist, die Gesetze des Lebens zu ergründen. Diese für die lebenden Organismen nachzuweisen, bot erst ihre Erkenntnis in den einfacheren Vorgängen der unbelebten Natur eine Möglichkeit, die freilich kaum weiter reicht, als sich die Tätigkeit notwendig wirkender Naturkräfte verfolgen läßt, die von den die sogenannte tote Natur beherrschenden Kräften dem Wesen nach nicht verschieden sind. Auch der Physiologie hat die vollendete Experimentierkunst ergänzend zur Seite gestanden und den heutigen Hochstand dieser Wissenschaft wesentlich mitbedingt.

Joh. Müller 1801—1858

Mancherlei Errungenschaften der Physiologie mußten in anderem Zusammenhange vorweggenommen werden. Als Begründer der neueren Physiologie kann Johannes Müller in Bonn angesehen werden, der sie zuerst auf den festen Grund physikalischer und chemischer Gesetze stellte. Hervorragend auch als Anatom und Zoolog, förderte er durch seine Forschungen zur vergleichenden Anatomie rückwirkend die Physiologie, indem er die allgemeinen Gesetze des Lebens in den verschiedenen Formen nachwies. — Sein Schüler und Nachfolger Du Bois-Reymond beobachtete besonders die physikalischen Vorgänge im tierischen Leben. Durch eigene Forschungen ergänzte und erweiterte er die früheren Entdeckungen des elektrischen Verhaltens der Muskeln und Nerven und stellte so diese bedeutsamen Erscheinungen durch systematische Behandlung erst in das rechte Licht. — Den Höhepunkt der physiologischen Wissenschaft bezeichnet Hermann von Helmholtz, der, gleich groß als Mathematiker wie als Physiker, durch Schärfe der Beobachtung wie durch die Kunst des Versuches, vor allem kraft seiner philosophischen Anlage, die Ergebnisse der exakten Methode außerordentlich nutzbar machte. Er hat die so dunkeln Vorgänge der Sinneswahrnehmung auf dem Wege des Versuches, der physikalischen, mathematischen und anatomischen Forschung ergründet und erklärt, die feinen physikalischen Vorgänge im Ohre und in den Nerven bis an das letzte Ende verfolgt und die Ursachen der angenehmen Empfindung von Tönen und des daraus entspringenden Kunstgenusses in der Natur der Schallwellen und dem Baue des Ohres aufgedeckt, damit aber den Grund zu einer wissenschaftlichen Theorie der Musik gelegt. Mit gleichem Scharfsinne und Erfolge erforschte er die Vorgänge beim Sehen und das Zustandekommen der Geisteswahrnehmungen. Von seinem Anteile an der Entdeckung des Gesetzes von der Erhaltung der Energie war bereits die Rede (§ 314). Eine andere wichtige Untersuchung, die den Ausgangspunkt der Mikrobiologie (Lehre von den Kleinlebewesen) bildete, betraf die Vorgänge bei der Gärung und Fäulnis und fand wirkungsvolle Unterstützung durch Schwann, der in der Zellentheorie ein einheitliches Gesetz für alle organische Bildung aufstellte. In seiner Weiterentwickelung durch Max Schultze wurde dieses Gesetz eine Stütze des Darwinismus. — Eine fast alle Gebiete der Physiologie umfassende Forschertätigkeit weist dem Anatomen und Physiker Karl Ludwig, zuletzt Professor in Leipzig, einen Ehrenplatz unter den Fachgelehrten an. Außer den Drüsen, der Abhängigkeit der Zellen von den Nerven, unterzog er besonders die Blutgefäße eingehender Untersuchung. Ähnliche Ziele verfolgte Heidenhain, der auch dem Hypnotismus seine Beachtung schenkte. Wie Ludwig den Stoffwechsel in den Muskeln, so erforschte Alfred Wilhelm Volkmann ihre Bewegung. In der Beobachtung des Blutkreislaufes endlich gesellte sich zu beiden Gelehrten von Vierordt.

Du Bois-Reymond 1818—1896

Helmholtz 1821—1894

Schwann 1810—1882

Schultze 1825—1874

Ludwig 1816—1895

Heidenhain 1834—1897

Volkmann 1801—1877

Vierordt 1818—1884

Diese Namen müssen genügen. Denn schier unabsehbar ist die Zahl namhafter und wahrhaft gediegener Vertreter der Physiologie, besonders dadurch, daß Naturforscher, Ärzte und Philosophen mit gleichem Eifer und in gleicher Zahl an den Riesenfortschritten dieser Wissenschaft beteiligt sind. Was ihr der Versuch am lebenden Tiere bedeutet, braucht nicht mehr erörtert zu werden. Darum bleiben die auf ein vollständiges Verbot der „Vivisektion" abzielenden Versuche nicht recht verständlich, mögen auch einzelne Übertreibungen gewisse Schranken und gesetzliche Vorschriften für dieses Verfahren als notwendig erscheinen lassen.

Botanik.

§ 315. Botanik und Zoologie. Die neue Richtung in der Physiologie wurde besonders für die Entwickelung der Botanik und Zoologie von bestimmendem Einflusse.

Oken 1779—1851

Reichenbach 1763—1879

Schleiden 1804—1881

Nägeli 1817—1891

Bis fast in die Mitte des 19ten Jahrhunderts verleitete die Naturgeschichte selbst so hervorragende Forscher wie Lorenz Oken, der wegen seiner freien und neuen Ideen in der Schweiz eine Zuflucht nehmen mußte, und Ludwig Reichenbach zu Irrwegen. Und in der botanischen Morphologie haben erst Schleiden und Nägeli einer entwickelungsgeschichtlichen Betrachtung zum Siege über die verwirrenden Weiterbildungen der Goethischen Metamorphose verholfen. Um dieselbe Zeit war das natürliche System in seinen Grund-

zügen durch die einander ergänzenden und berichtigenden Arbeiten des lange Zeit nicht beachteten de Jussieu, de Candolles, der erwähnten Gelehrten Oken und Reichenbach, dann Bartlings und Endlichers abgeschlossen. Daneben bauten an Linnés Lebenswerke zahlreiche Naturkenner, wie Sprengel, David Dietrich, weiter. Durch Charles Darwin gelangte der Begriff der Entwickelung auch für die Botanik zur Herrschaft. Wie jetzt die Systematik (Pflanzenbeschreibung) von der äußeren Vergleichung zur Pflanzenanatomie überging, so die Morphologie zur Pflanzenbiologie, zur Erforschung der Vorgänge bei der Befruchtung, des Zweckes der Pflanzenglieder usw. Aus der großen Zahl Forscher mögen herausgehoben werden Radlkofer, der Direktor des botanischen Instituts auf Java, Treub, Mohl und Franz Unger, die namhaftesten Förderer der Pflanzenanatomie durch die Zellentheorie, auf der Nägeli die Zellenbildungstheorie aufbaute, dann besonders als Kenner der Kryptogamen Pringsheim, Leitgerb und Pfitzer, denen sich Schwendener mit dem schönen Ergebnisse seiner Untersuchung der Flechten würdig anreiht. Die Wichtigkeit des Protoplasmas erkannte zuerst Straßburger und gab damit den Anstoß zur physiologischen Pflanzenanatomie. Um die Pflanzenphysiologie machte sich der mehrerwähnte de Candolle mit Hofmeister, Sachs u. a. verdient. In neuester Zeit scheint sich auch auf diesem vielleicht meistangebauten Gebiete ein Wandel in der Auffassung und Erklärung all der Fragen zu vollziehen, die mit dem Leben der Pflanzen verknüpft sind. — Die von Alexander von Humboldt begründete Pflanzengeographie endlich hat ihre Vertreter in de Candolle, Meyen und Grisebach. — Die große Bedeutung der angewandten Botanik für Heil- und Heilmittelkunde, für Landwirtschaft, Forstwesen und namentlich für die Technik braucht nicht weiter dargelegt zu werden.

de Jussieu 1748—1836
de Candolle 1778—1841

Zoologie. Die Geschichte der Zoologie ist aufs engste mit den Fortschritten der Botanik verknüpft, mit der sie den Gang der Entwickelung und die namhaftesten Forscher gemein hat. Über Linnés verdienstvolle Einteilung schritten Lamarck, der zuerst den Gegensatz zwischen Wirbellosen und Wirbeltieren für den „Typus" fruchtbar machte, und weiter noch Cuvier hinaus. Er hat an der Hand der vergleichenden Anatomie den Grund zum natürlichen Systeme gelegt. In seinem Sinne erforschte und bewies ferner Bichat die einheitliche Organisation der Tierwelt, zu der sich auch der erwähnte Naturphilosoph Oken mit seinem Meister Schelling und bekanntlich Goethe durch ihre Betrachtung und ihre Studien geführt sahen. Die vereinte Arbeit der vergleichenden Anatomen, wie Blumenbach, Burdach, Carus, Ernst Heinrich Weber, Rudolphi, sicherte und vervollkommnete die Lehre von den Typen. Von größter Bedeutung wurde die Zellentheorie von Schwann (S. 621). Andere wichtige Entdeckungen, wie die des Generationwechsels durch Steenstrup, des Polymorphismus durch Leuckart, verbreiteten immer helleres Licht über das Tierleben, und Karl von Baers fein unterscheidendes Verfahren lehrte die entwickelungsgeschichtlichen Aufgaben noch tiefer fassen. Ein Bahnbrecher auf dem Gebiete der Morphologie ist Johannes Müller (§ 314), neben dem Owen und in neuester Zeit Gegenbaur vor anderen zu nennen sind. Alle diese Forschungen wurden auf das wirksamste unterstützt, ja eigentlich erst möglich gemacht durch das Mikroskop, besonders unter Hinzunahme des Scheide- und Färbeverfahrens. — Eine Art Abschluß brachte auch der Zoologie der Darwinismus (§ 312), der die Entwickelung der Lebensformen wissenschaftlich erklärte, freilich auch eine Fülle von neuen Fragen, vor allem die philosophisch wichtigste nach dem Ursprunge der nachgewiesenen Zweckmäßigkeit. Am weitesten in der rein materialistischen, von Darwin zweifellos, wenn auch nicht absichtlich, geförderten Naturauffassung ging Karl Vogt, der auch im politischen Leben den weitestvorgeschrittenen Ideen zugetan war. Zu seinem materialistisch-atheistischen Systeme bekannten sich u. a. Moleschott, Büchner, denen der begeistertste Prophet Darwins in Deutschland, Ernst Haeckel, in der Verneinung am nächsten steht (§ 309). Aber auch die heute fast allgemeine, auf der Deszendenzlehre fußende Naturerklärung auf mechanistischer Grundlage darf manchen Anzeichen nach neuerdings als schwer erschüttert gelten. — Als einer ergiebigen Quelle unserer Kenntnis vom Meere und seiner Tier- wie Pflanzenwelt muß noch der Tiefseeforschung gedacht werden.

Lamarck 1744—1829
Cuvier 1769—1832
Blumenbach 1752—1840
Burdach 1776—1847
E. H. Weber 1795—1878
Haeckel geb. 1834

Einen beachtlichen Vorschub leisten der Tierkunde die wissenschaftlichen zoologischen Gärten und Versuchstationen, die ebenso zahlreich wie mannigfaltig in allen Erdteilen entstanden sind. Einen Sammelpunkt für Forscher bildet das von Dohrn begründete, durch Zuschüsse vieler Staaten, besonders aber des Deutschen Reiches, unterstützte Aquarium in Neapel.

§ 316. Medizin. Am spätesten hat die Heilkunde, genauer gesagt die Pathologie, ihren Eintritt in den Kreis der erfahrungsmäßigen Forschung vollzogen. Es bedurfte dazu des Beistandes der Naturwissenschaften in ihrem

ganzen Umfange, mit denen ja auch heute noch die Medizin im engsten Bunde steht. Zäher und gebieterischer als anderswo behauptete die Naturphilosophie ihre Machtstellung auf dem Gebiete der Heilwissenschaft, ohne indessen allenthalben bloß als Hindernis des Fortschrittes gewirkt zu haben.

Besonders die Physiologie wurde durch Schellings Ideen befruchtet und wies in Burdachs (§ 315) Leistungen, wie die Anatomie in Bichats (§ 315) Arbeiten, beachtenswerte Ergebnisse auf. Freilich die mannigfachen Theorien der Krankheiten und die „nosologischen Systeme" erwiesen schon durch ihre schnelle Folge und ihre Kurzlebigkeit ihren Unwert. Einen gewaltigen Schritt vorwärts machte die ärztliche Kunst durch Schönlein, den Begründer der naturhistorischen Schule, der zuerst alle Hilfsmittel der exakten Beobachtung auf die pathologische Forschung anwandte, die unendliche Mannigfaltigkeit der Krankheitsformen studierte und in Klassen ordnete, um von dieser erfahrungsmäßigen Grundlage aus Anhaltspunkte für das Heilverfahren zu gewinnen. Nach längerer wissenschaftlicher wie praktischer Tätigkeit in Würzburg und Zürich erhielt er in Berlin, wo sich schon vor ihm Hufeland als Arzt und Schriftsteller eines europäischen Rufes erfreut hatte, einen seiner Bedeutung entsprechenden Wirkungskreis. — Ganz abweichende Bahnen ging Samuel Hahnemann, der Begründer der Homöopathie, deren Grundsatz similia similibus dann noch überboten wurde durch die Forderung der Isopathie: aequalia aequalibus. Den hitzigen Streit über die Wissenschaftlichkeit des Verfahrens Hahnemanns auszutragen, ist Sache der Ärzte. Jedenfalls hat er zahlreiche und überzeugte Jünger gefunden, während es auch anderen Theoretikern nicht an scharfen Gegnern fehlte. Immerhin hat die Homöopathie noch hart um Anerkennung zu ringen. Wurde ihr doch jüngst noch ein Lehrstuhl in Tübingen verweigert. — Schönlein hatte sich bereits auf eine Reihe folgenschwerer Erfindungen stützen können, wie die chemische Analyse, das Mikroskop und die aus Frankreich überkommene Auskultation und Perkussion, die Skoda in Wien handhabte und schulmäßig lehrte. Anderes wirkte mit zum Aufbaue der rationellen Medizin in der zweiten Hälfte des 19ten Jahrhunderts. Mehr und mehr traten dabei auf Kosten der Therapie, der Heilkunst im engeren Sinne, in den Vordergrund die Pathologie und Anatomie. Vor anderem wurde die Zellentheorie Schwanns (§ 314) und Schleidens (§ 315) fruchtbar und schließlich der Anstoß für den Übergang der durch Rokitansky aufs höchste vervollkommneten pathologischen Anatomie in die Zellularpathologie von Rudolf Virchow. Dieser vielseitige Gelehrte, als Naturforscher, Anatom, Pathолog und Anthropolog eine wahre Leuchte der Wissenschaft und von schöpferischer Kraft, als Politiker lange Zeit tätig und charaktervoller Vertreter seiner Überzeugung, erwarb sich den unvergänglichen Ruhmestitel, die neuere Heilswissenschaft begründet zu haben. Sein reiches Wirken auf den verschiedenen Gebieten seiner Forschung läßt sich hier auch nicht einmal in Umrissen schildern. Es war natürlich, daß auch die Bakteriologie und die Hygiene in fördernster Weise von Virchow beeinflußt wurden. Jene Lehre von den Kleinlebewesen und damit von den Infektionskrankheiten machte besonders unter Kochs und Behrings Behandlung überraschende Fortschritte, wenn auch weder Tuberkulin noch Diphtherieserum alle Hoffnungen geängsteter Menschen bisher zu erfüllen vermochten. Der Vater der ganzen Impftheorie ist der Franzose Pasteur, den vor allem das Verfahren gegen Ansteckungen durch tollwütige Hunde bekannt gemacht hat. — An und für sich tritt die Therapie in den Hintergrund. Schon die Vielheit der Theorien läßt auf Unsicherheit schließen. Hochgepriesene Mittel, wie Resorzin, Salizyl u. a., büßten bald den Glanz ihrer vielheilenden Wirkung ein. Von mancher Seite werden Hypnotismus und Suggestion dem schönen Zwecke der Wissenschaft dienstbar gemacht. Große Erwartungen knüpften sich an die Elektrotherapie. Auch die Wasserkuren, wie sie durch die Prießnitzumschläge allbekannt sind, kamen zu Ehren, so bedenklich sie der Fachmann in den Händen von Laien, wie dem Pfarrer Kneipp, finden muß. Einen großen Fortschritt bezeichnet die Arbeitsteilung auf den Gebieten der Nerven-, Augen-, Ohren-, Hals-, Zahn- und sonstigen Leiden, deren genauere Kenntnis und zweckmäßige Behandlung zum Teile erst durch geistvolle Erfindungen, wie den Augenspiegel von Helmholtz, den Kehlkopfspiegel von Czermak u. a. m., möglich geworden sind. Gleich rastlos und gründlich arbeitet die Seelenheilkunde, mögen auch die Ansichten von Wesen und Ursache geistiger Störungen noch auffällig auseinandergehen. Wenn nun auch die Therapie der einzige Zweig der Medizin ist, auf dem sich Kurpfuschertum und laienhafte Quacksalberei mit dem Scheine der Sicherheit zu wiegen vermögen, so ist doch ihre gegenwärtige Verfassung nicht ganz ohne Schuld, daß die Naturheilkunde, magnetische und Sympathiekuren, vollends der spukhafte Unfug des Gesundbetens Beifall finden. — Die handgreiflichsten Erfolge hat die anscheinend vor keinem Wagnisse mehr zurückschreckende Chirurgie aufzuzeigen. Wagt sich doch das Messer des Chirurgen an Herz und

Schönlein 1793—1864
Hufeland 1762—1836
Hahnemann 1755—1843
Skoda 1805—1881
Rokitansky 1804—1878
Virchow 1821—1902
Pasteur 1822—1895

Gehirn; mit gleichem Erfolge wie der Magen wird der Kehlkopf entfernt, für den zuerst Gussenbauer 1842—1903 Gussenbauer in Wien einen künstlichen Ersatz schuf. Bahnbrechend für diese heilsamen Billroth 1829—1894 Eingriffe war Billroth in Wien. Unentbehrlichen Beistand leisteten dabei die Narkose und die Antisepse von Lister, die, einst freudig begrüßt, sich jetzt, wie es scheint, starke Einschränkungen gefallen lassen muß. Auch für die Operationskunst wurden die Röntgenstrahlen von größter Bedeutung.

Je vorsichtiger die Medizin über die heilende Kraft der Arzneien denken lernte, um so umsichtiger suchte sie der Entstehung von Krankheiten vorzubeugen. Hierin ist unendlich Pettenkofer 1818—1901 viel durch die Hygiene geschehen, auf die zuerst Pettenkofer in München die öffentliche Aufmerksamkeit lenkte. Licht, Luft, Wasser! diese Dreiheit gewährt mit verhältnismäßig größter Sicherheit die Abwehr von Leiden. So werden das Turnen, Schwimmen und Bewegungsspiele aller Art gefördert, Volks-, Schwimm-, Luft- und Sonnenbäder eingerichtet, wird das Ziehkinderwesen überwacht und für gesunde Wohnungen gesorgt. Krankenkassen gewähren auch dem Armen die Wohltat ärztlicher Behandlung. Das Samaritertum unterweist über den Schutz der Gesundheit und über die erste Hilfe für Verunglückte. Heilstätten bieten sich der Bedürftigkeit, der teure Luftkurorte verschlossen bleiben. Einzelnen Gefahren, wie der ansteckenden Lustseuche, suchen freilich oft phantastische Vorschläge zu begegnen. Kanalisation und Desinfektion haben über alle erhobenen Bedenken obgesiegt. Gegen das „asiatische Gespenst" ist ganz Europa erfolgreich auf der Wacht. Mit sittlichem Ernste bekämpft man ein Hauptübel unserer Zeit: den Alkoholismus; die Erkenntnis seiner verheerenden Folgen gewinnt immer weitere Kreise für gänzliche Enthaltsamkeit (Abstinenzler) oder wenigstens für Mäßigkeit (Temperenzler).

Mit diesen echt menschlichen Bestrebungen und erhebenden Erfolgen kommt die Darstellung zum Schlusse. Sie hat gezeigt, wie die verschiedenen Teile der Naturwissenschaft gleich den Rädern einer Maschine fördernd und stützend ineinandergreifen, wie überall das Streben nach echter und wahrer Wissenschaft in der edelsten Bedeutung des Wortes, nach unumstößlicher Erkenntnis der Wahrheit auf sicheren und unwandelbaren Grundpfeilern zutage tritt, wie dieses Streben nach allen Seiten hin unübersehbare und schier märchenhafte Erfolge gehabt hat, und wie infolgedessen die Gesamtheit der Naturwissenschaften in wenig Menschenaltern mehr gefördert wurde, als früher in Jahrhunderten. So darf es nicht vermessen genannt werden, wenn sich trotz des warnenden Ignorabimus Du Bois-Reymonds das philosophische Denken anschickt, die Ergebnisse der exakten Forschung für seine Zwecke nutzbar zu machen zu einer neuen Weltanschauung und im Bunde mit der Naturwissenschaft zunächst den Schleier, der das Geheimnis der Materie verhüllt, zu lüften. Ob das Ziel erreicht wird oder ob der Menschheit mit Lessing auch in fernster Zukunft das Streben nach Wahrheit den Vollbesitz der Wahrheit ersetzen muß: jedenfalls hat die Gegenwart das Recht, einzustimmen in das Jubellied des altgriechischen Sängers: „Nichts Gewaltigeres lebt als der Mensch."

Achtes Buch.

Europa unter dem Einfluß der Friedenspolitik Kaiser Wilhelms I. und Bismarcks.

---

§ 317. Überschau und Vorblick. Die Gründung des deutschen und italienischen Reiches veränderte das seit dem Ausgang des Mittelalters entstandene Machtverhältnis der europäischen Staaten durchgreifend: das seit lange schwache Zentrum Europas war wieder erstarkt. Deutschland und Italien hatten endlich erreicht, wonach sich ihre Patrioten so lange gesehnt hatten; sie waren in dieser Hinsicht „saturierte Staaten". Befriedigte Staaten

Um so unzufriedener war Frankreich. Es hatte nicht nur eine schwere Niederlage erlitten und zwei Provinzen verloren; es war auch die Lage beseitigt, auf der seit Jahrhunderten sein Vorrang in Europa beruht hatte. Darüber hatte Napoleon, indem er dem Grundprinzipe der eignen Erhebung, der Selbstbestimmung der Völker, in Deutschland entgegentrat, seine Krone eingebüßt; aber wenn auch die Republik zu ihrer Festigung im Gegensatz zu den monarchischen Plänen den Frieden brauchte, so blieb doch der leidenschaftliche Wunsch der Franzosen, die Scharten des letzten Krieges auszuwetzen: die Revancheidee war von gewaltiger Kraft, und die tiefgedemütigte Nation wartete gespannt auf die Möglichkeit, die Ergebnisse des letzten Krieges rückgängig zu machen. Revanche

Demgegenüber handelte Deutschland als befriedigter Staat. Wenn bisher die aufsteigenden Kontinentalmächte Europas (Spanien unter Karl V. und Philipp II., Frankreich unter Richelieu, Mazarin und Ludwig XIV. und dann wieder unter Napoleon I.) der Versuchung, über ihre nationalen Grenzen ausgreifend eine Vormacht in Europa zu schaffen und den alten imperialistischen Gedanken wieder aufzunehmen, nicht hatten widerstehen können, so stand das Deutsche Reich solchen Zielen ganz fern. Das ist um so bemerkenswerter, als jene Weltherrschaftsgedanken immer in gewissem Sinne an das römische und mittelalterliche Kaisertum angeknüpft hatten und das neue deutsche Kaiserreich vielfach als dessen Erneuerung angesehen wurde. Aber das war eben ein Irrtum: das alte Kaisertum war seinem Wesen nach die Verneinung der nationalen Idee (II, § 116), das neue gerade deren Bejahung. Weil das neue Reich daran festhielt und nicht darüber hinausgriff, also innerlich grundverschieden Deutschlands Friedenspolitik

blieb von dem alten, lenkte es nicht ein in eine Eroberungspolitik, sondern wurde zu einem Hort des europäischen Friedens.

Dreikaiserbündnis

Die deutsche Friedenspolitik sah ihre Aufgabe in der Verteidigung des Errungenen und mußte das tun, da eben das Errungene von Frankreich her stets bedroht war. Dies Ziel suchten Wilhelm I. und Bismarck zu erreichen einmal durch Mehrung der eigenen inneren Kraft des Reiches, sodann durch günstige Gruppierung der anderen Großstaaten. Dazu diente zuerst das Dreikaiserbündnis. Rußland hatte seit 1813 mit Preußen freundschaftliche Beziehungen unterhalten und ihm 1870 eine wertvolle Rückendeckung gewährt; jetzt verband es sich mit dem neuen Deutschland zur Aufrechterhaltung des Friedens, und dem trat Österreich bei, indem es die Ergebnisse von 1866 anerkannte. Es wirkte dabei mit, daß Österreich seit dem Ausscheiden aus Deutschland den Schwerpunkt seiner Politik nach dem Osten verlegen mußte, und Rußland für seine orientalischen und asiatischen Ziele Ruhe vor den Westmächten brauchte.

Ultramontanismus

So nach außen gesichert, konnte das Deutsche Reich unter hervorragender Mitarbeit der nationalliberalen Partei sich innerlich ausbauen und mußte dabei den Kampf gegen die andere, wie Frankreich, der jüngsten Entwicklung feindlich gegenüber stehende Macht aufnehmen, gegen den Ultramontanismus. Dieser empfand die Aufhebung des Kirchenstaates als einen schweren Schlag und nahm auch das Kaisertum einer protestantischen Dynastie nur ungern hin, vor allem aber erklärte er sich durchaus gegen die gesamte moderne Bildung. Im Reiche und in Preußen galt es, wie auch in anderen Ländern, die Rechte des Staates der Kirche gegenüber zu regeln und die moderne Geistesentwicklung zu schützen. In Italien kam es darauf an, trotz des päpstlichen Protestes gegen das neue Königreich dem Oberhaupte der katholischen Kirche eine gesicherte und würdige Stellung zu geben. Das geschah, aber es gelang doch nicht, das Papsttum mit dem italienischen Nationalstaat zu versöhnen.

Orientalische Frage

Inzwischen wirkte der nationale Gedanke auch an anderen Stellen. In Österreich regten sich die Slawen und Magyaren immer lebhafter, der Panslawismus gewann auch in Rußland an Kraft, und in der Balkanhalbinsel verband sich bei den unter türkischer Herrschaft stehenden Stämmen die nationale mit der religiösen Opposition. Bei der inneren Schwäche des Osmanischen Reiches kam es zu Erhebungen, und damit gewann Rußland die erwünschte Gelegenheit, als Schutzherr der Balkanslawen und griechischen Christen die alten Ziele auf Konstantinopel wieder aufzunehmen. Der russisch-türkische Krieg endete mit einem für Rußland sehr günstigen Frieden, aber seiner Ausführung widersetzte sich England, und der unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck abgehaltene Berliner Kongreß schränkte die russischen Erfolge wesentlich ein und griff wieder zu dem schon öfter im Orient angewandten Auskunftsmittel, in Bosnien, Bulgarien und Ostrumelien halbfertige Zustände zu schaffen, bei denen die Rechtsform und die Tatsachen nicht übereinstimmten.

In der orientalischen Frage hatte sich so recht deutlich die Rivalität zwischen Rußland und Österreich, mehr noch zwischen Rußland und England gezeigt. Sie hing auch zusammen mit den Fortschritten Rußlands in Zentralasien und denen Englands in Afghanistan, sowie den durch die Eröffnung des Suezkanals geschaffenen Problemen. Es war für die englische Herrschaft über Indien von höchster Bedeutung, diesen

nächsten Weg nach Indien nicht in fremde Hände fallen zu lassen. Schon hatte es dem Khedive dessen Aktien abgekauft, jetzt sicherte es sich kurz vor dem Zusammentritt des Kongresses Cypern, und bald gelang es ihm, als in Ägypten eine nationale Erhebung gegen den europäischen Einfluß entstand, dieses Land zu besetzen: das war ein großer Gewinn, obgleich ein mohammedanischer Gegenschlag erfolgte, indem der Mahdi die vor kurzem begründete ägyptische Herrschaft im Sudan wieder beseitigte. Der seit der ägyptischen Expedition Napoleons I. eröffnete Streit über die Vorherrschaft am Nil und die Straße nach Indien war zugunsten Englands entschieden; eine gewisse Entschädigung dafür brachte den Franzosen die Erwerbung von Tunis. All dies aber, die Schöpfungen des Berliner Kongresses wie die Vorgänge in Ägypten und Tunis waren im Sinne der europäisch-asiatischen Beziehungen, nach denen man auch die Weltgeschichte gliedern könnte (II, § 1), nur Etappen der seit 1683 begonnenen *Zurückdrängung Asiens nach dem Osten*.

Neugruppierung der Kaisermächte

Indes die orientalischen Vorgänge wirkten auch zurück auf die bisherige Gruppierung der drei Kaisermächte. Seit dem Vordringen der deutschen Kultur nach Osten hatte es in allen Oststaaten Europas eine deutschfeindliche Nationalpartei gegeben (II, § 370); in Rußland hatte besonders seit den Zeiten Peters des Großen diese *altrussische Partei* gegen den preußischen und deutschen Einfluß gerungen: jetzt war sie durch die panslawistischen Ideen verstärkt. Sie war schon lange eine Feindin der engen Beziehungen zu Preußen-Deutschland; nun gab der Berliner Kongreß den willkommenen Anlaß, die Haltung Deutschlands zu verdächtigen. Obgleich Bismarck nur als „ehrlicher Makler" aufgetreten war und gehandelt hatte, als ob er russischer Bevollmächtigter gewesen wäre, machte man ihn doch an erster Stelle dafür verantwortlich, daß Rußland einen Teil des mit den Waffen Errungenen wieder preisgeben mußte. Diese panslawistische Hetze gegen Deutschland drohte um so gefährlicher zu werden, weil sie der russischen Regierung gegenüber eine Stärkung erfuhr durch den Nihilismus. Seitdem vermochte Bismarck die Verteidigung des Deutschen Reiches gegen die französische Revanche nicht mehr mit unbedingter Sicherheit auf die russische Freundschaft zu gründen. Und da nun auch die österreichischen Orientinteressen durch Rußland gefährdet erschienen und die Erweiterung der französischen Macht in Nordafrika die italienischen Interessen bedrohte, so setzte er an die Stelle des Dreikaiserbündnisses den neuen *Dreibund zwischen Deutschland, Österreich und Italien*. Er schloß damit in allerdings ganz veränderter Fassung die Lande des alten römisch-deutschen Kaiserreichs wieder zusammen. Obgleich er daneben mit Erfolg bemüht war, die alte Freundschaft mit Rußland zu erhalten, ergab sich doch von selbst eine *Annäherung zwischen Rußland und Frankreich*: beide Staaten waren eben unbefriedigt, der eine durch den Frankfurter Frieden, der andere durch den Berliner Kongreß.

Umschwung im Inneren des Deutschen Reiches

Mit dieser Änderung der auswärtigen Bündnisse des Deutschen Reiches fiel zeitlich ungefähr zusammen ein *Umschwung der inneren Politik*. Die Nationalliberalen versagten ihre Mithilfe für die neue Steuer- und Zollgesetzgebung, die das Reich finanziell unabhängig machen und der deutschen Arbeit den deutschen Markt erhalten sollte. Da suchte Bismarck die Unterstützung des Zentrums zu gewinnen, und bald folgten Zugeständnisse auf

kirchlichem Gebiet. Seitdem rechnete die Regierung mit der Möglichkeit einer doppelten Mehrheit, einer konservativ-nationalliberalen und einer konservativ-klerikalen. Dabei wird man zugeben müssen, daß in der Zeit des Kampfes gegen den Ultramontanismus manche Imponderabilien nicht genügend gewürdigt waren, daß man unnötig Märtyrer geschaffen und nicht genügend beachtet hatte, daß von jeher die Kirche die kirchliche Nichtversorgung der Gemeinden länger ertragen hat als der Staat. In allen großen nationalen Fragen freilich blieb die konservativ-nationalliberale Mehrheit, wie sie im Kartell zustande kam, die einzig feste Stütze des Reiches.

Soziale Frage

Neben der kirchlichen Frage gewann die soziale immer größere Bedeutung. Die durch den modernen Großbetrieb entstandenen Arbeitermassen, der vierte Stand, schlossen sich zu einer festgefügten Partei zusammen und verlangten nicht nur bessere Lebensbedingungen, sondern stellten die Grundlagen der gesamten Staats- und Gesellschaftsordnung in Frage. Früher oder später erhob diese Partei der Tiefe in allen europäischen Kulturstaaten mächtig ihr Haupt, ihr Hauptkampfmittel waren das allgemeine Wahlrecht und die Streiks, aber der entzündete Haß zeigte sich auch in Attentaten. Die Staatsgewalten mußten den Kampf aufnehmen, aber es war doch auch klar geworden, daß überall auf sozialem Gebiete schwere Mißstände bestanden. Am entschiedensten sprach es die Botschaft Kaiser Wilhelms vom Jahre 1881 aus, daß „die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Unterdrückung sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde". So begann die sozialpolitische Gesetzgebung, mit der Deutschland an der Spitze der Kulturstaaten einherschritt.

Kolonialpolitik

Endlich traten das geeinte und wirtschaftlich erstarkte Deutschland sowie Italien auch ein in die Reihe der Kolonialmächte. Während Rußland, England und Frankreich in Asien ihre Machtgebiete erweiterten, England und Frankreich große Gebiete Afrikas sich aneigneten, England die Südsee als seine Domäne ansah, erschien Deutschland, dessen Handel überall eine hervorragende Stellung gewonnen hatte, nun auch als Mitbewerber bei der Aufteilung Afrikas und der australischen Inseln, gewann Italien eine Kolonie am Roten Meere, setzte die Kongokonferenz unter Führung Deutschlands die Grundsätze solcher Besitzergreifungen fest. Immer mehr lenkte sich die Aufmerksamkeit von den vergleichsweise engen Gegensätzen Europas auf die weiten Gebiete der Welt: die entstehende Weltwirtschaft fand ihren entsprechenden Ausdruck in der Weltpolitik.

Erstes Kapitel.

Deutschland.

A. Deutschland und das Ausland.

Dreikaiserbündnis

§ 318. Die Zeit des Dreikaiserbündnisses. „Das neue Deutschland", verhieß Kaiser Wilhelm I. in seiner ersten Thronrede vom 21. März 1871, „wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein." Damit war

der Weg vorgeschrieben, den der Kaiser und sein Kanzler in den Beziehungen Deutschlands zu dem Auslande zu gehen entschlossen waren. Am schwierigsten war diese Absicht Frankreich gegenüber durchzuführen, das seine einstige Macht- und Weltstellung so bald als möglich wiederzuerlangen trachtete. Während man in Berlin bemüht war, der Versailler Regierung die große Aufgabe der Herstellung des zerrütteten Staatswesens auf alle Weise zu erleichtern, sah man doch nicht gleichgültig zu, wie Frankreich alle seine Kräfte anspannte, um seine Armee in erhöhter Stärke wiederherzustellen, und gleich dem Deutschen Reiche die gesamte Nation zur Wehrpflicht heranzog. Bei der Gereiztheit des französischen Volks, das durch den geringsten Anlaß zum Rachekriege getrieben werden konnte, das auch nach dem Friedensschluß eine systematische Deutschenhetze fortsetzte, mußte man Gegenanstalten treffen. Zu dem Ende wurden in Straßburg und Metz neue Festungswerke geschaffen, in allen deutschen Bundesländern die Landwehr nach preußischem Muster eingerichtet und das gesamte Kriegswesen in guten Stand gesetzt. Da Frankreich ohne Bündnisse mit anderen europäischen Mächten schwerlich zum Angriff schreiten würde, mußte die deutsche Politik versuchen, es zu isolieren, d. h. vor allem die östlichen Großmächte zu einer freundschaftlichen Haltung zu bewegen. In Rußland entsprach das der bisherigen Lage, nicht ganz leicht aber war es, ein gutes Verhältnis mit Österreich herzustellen. Das Jahr 1866 war hier noch nicht vergessen; allerdings fühlte sich auch die deutsche Bevölkerung Österreichs von den Siegen Deutschlands gehoben und verfolgte den Aufschwung des stammverwandten Reiches mit Sympathie, aber in der Aristokratie, bei den Ultramontanen und bei den nichtdeutschen Stämmen wurzelten die Gefühle des Hasses und Argwohnes sehr tief. Dennoch gelang es Bismarcks versöhnlicher Politik, der schon mit der Anzeige der Neugestaltung Deutschlands in Wien den Wunsch eines freundschaftlichen Verhältnisses ausgedrückt hatte, die beiden Kaiser zu einer Zusammenkunft in Ischl und Salzburg zu bewegen und dann auch die Verständigung zwischen Österreich und Rußland herbeizuführen. Im September 1872 trafen die drei Kaiser in Berlin zusammen, Alexander II. von dem Reichskanzler Fürst Gortschakow, Franz Joseph von dem Grafen Andrassy begleitet. Sie einigten sich im Dreikaiserbündnis, die auf Grund des Prager und Frankfurter Friedens geschaffene neue Ordnung der Dinge in Europa als faktisch und rechtlich bestehend anzuerkennen, somit den Rachegelüsten Frankreichs von keiner Seite Nahrung zu geben. Dieses „herzliche Einverständnis" der Ostmächte war eine Garantie des Weltfriedens. Schon vorher war durch den Besuch des Kronprinzen Humbert und der Kronprinzessin Margarete von Italien in Berlin angedeutet worden, daß auch Italien sich dem Frieden nicht versage, ein Zeugnis, das im nächsten Jahre durch die Reise Viktor Emanuels II. nach Berlin noch bekräftigt wurde. Auch in den skandinavischen Reichen besserte sich die Stimmung Deutschland gegenüber, als nach dem Tode Karls XV. sein Bruder Oskar II. den Thron bestieg und der Kronprinz des deutschen Reichs dem neuen Könige einen Besuch abstattete. Die Rückreise nahm er über Kopenhagen und wußte auch am dänischen Hofe freundlichere Gesinnung zu erzeugen.

14. Dez. 1870

Aug. 1871

6.—11. Sept. 1872

Stellung Deutschlands zu Italien

Ende Mai 1872

Sept. 1873

Schweden

18. Sept. 1872

Bei dieser Lage wurde der europäische Friede durch einige kleine Zwischenfälle nicht gefährdet, bei denen Deutschland an Frankreich ernste Warnungen richten mußte, einmal wegen des Paßzwanges an der

Kleine Konflikte

Grenze, dann, weil Frankreich die ultramontanen Interessen zu den seinigen machte und gegen die deutsche Regierung schürte (§ 353). Auch die wegen des
1873 von dem Minister Lamarmora veröffentlichten Buches „Etwas mehr Licht", in welchem gefälschte, Preußen verdächtigende Depeschen des Generals Govone (§ 242) mitgeteilt waren, mit Italien eingetretene Spannung wich bald wieder, ebenso ging rasch ein Zwiespalt mit Belgien vorüber, wo einige Bischöfe zugunsten deutscher, mit der Regierung im Kampf stehender Bischöfe Kundgebungen erlassen hatten. Längere Zeit brauchte es, mit Spanien, wo ein Berichterstatter für deutsche Zeitungen, ein Hauptmann
30. Juli 1874 Schmidt, von den Karlisten gefangen und erschossen worden war (§ 360), zur Verständigung zu gelangen; diese erfolgte erst im Januar 1875 mit
Kriegsgefahr der neuen Regierung Alfons' XII. Dagegen drohte eine ernstere Kriegsgefahr 1875 von Frankreich. Das Dreikaiserbündnis vom September 1872 war in den Augen der Franzosen eine Erneuerung der heiligen Allianz, der man durch Vermehrung der militärischen Streitkräfte begegnen zu müssen glaubte. Wie sehr die Berliner Regierung sich auch Mühe gab, jeden Verdacht kriegerischer Absichten zu zerstreuen, die bedeutenden
12. März 1875 Pferdeaufkäufe Frankreichs, das französische „Kadresgesetz", welches die Gesamtkriegsmacht um 144 000 Mann erhöhte, und eine Vorkehrung, wodurch die Mobilmachung rascher als bisher ins Werk gesetzt werden konnte, waren bedenkliche Symptome (§ 353). In zwei deutschen Zeitungen, der „Kölnischen Zeitung" und der „Post", wurde, wie es schien, von offiziöser Seite die Frage erörtert: „Ist der Krieg in Sicht?" Und in der Tat trug sich Moltke und der deutsche Generalstab mit dem Gedanken, den seiner Ansicht nach doch unvermeidlichen Krieg im Interesse Deutschlands zu beginnen, ehe der Gegner seine Rüstungen vollendet habe. Doch Bismarck wies entschieden jeden Versuch, Frankreich zu überfallen, zurück, zeigte aber durch das Verbot der Pferdeausfuhr, daß Deutschland auf der Hut sei. So begannen die drohenden
10.—13. März 1875 Wolken sich zu verziehen. Dazu mag auch der Besuch des russischen Kaisers und seines Ministers Gortschakow in Berlin beigetragen haben: vor dem Zusammenhalten der beiden großen Reiche verstummte das diplomatische Intriguenspiel, das auf eine katholische Liga zwischen Österreich, Italien und Frankreich hinzuarbeiten schien, bei dem Graf Beust, seit 1871 österreichischer Botschafter in London und Gegner des leitenden österreichischen Ministers Andrassy, die Hand im Spiel haben sollte. Auch England hätte gern ein Zerfallen des Dreikaiserbündnisses gesehen. Die Bildung der Liga gewann größere Wahrscheinlichkeit durch eine Begegnung des Kaisers Franz Joseph
5., 6. April 1875 und Viktor Emanuels in Venedig, aber alle Gefahren verschwanden, als Kaiser Wilhelm zum Besuch des italienischen Königs in Mailand erschien.
18.—28. Okt. Die begeisterte Aufnahme des „Kaisers Weißbart" durch das italienische Volk zeigte, daß die Freundschaft der beiden gemeinsam nach so gewaltigen Schicksalsschlägen zur politischen Einheit gelangten Nationen nicht so leicht zu erschüttern sei. Das Dreikaiserbündnis stand fest, und eine Konferenz
11. Mai 1876 der drei Kanzler, Bismarck, Andrassy und Gortschakow, in Berlin sicherte auch das Einvernehmen der drei Mächte in der orientalischen Frage. In Frankreich aber erkannte man aus dem Prozeß „Arnim", daß seine republikanische Staatsverfassung keine bessere Stütze finden könne als bei Bismarck.

Prozeß Arnim Graf Harry von Arnim hatte während des vatikanischen Konzils den Norddeutschen Bund beim päpstlichen Stuhle vertreten und war nach dem Kriege Botschafter des Deutschen Reiches in Paris. Hier suchte er, entgegen den bestimmten Weisungen des deutschen Reichskanzlers,

zugunsten der Wiederherstellung der Monarchie zu wirken, so daß er, da er sein Wohlwollen für die Monarchisten ganz offen zur Schau trug, 1874 von Paris abberufen und, da seine Beteiligung an unberechtigten Veröffentlichungen wichtiger Aktenstücke zweifellos erschien, zur Disposition gestellt wurde. Als dann sein Nachfolger in Paris, der Fürst Chlodwig zu Hohenlohe, dort wichtige Aktenstücke vermißte, und Arnim diese, die er für sein Eigentum erklärte, nicht herausgeben wollte, wurde er unter Anklage gestellt und zu dreimonatiger Gefängnisstrafe verurteilt. Er entzog sich der Strafe durch die Flucht ins Ausland und richtete von hier 1874
aus heftige Angriffe gegen Bismarck in der von ihm unterstützten Zeitung „Reichsglocke“ und in einer besonderen Broschüre „Pro nihilo“. Darauf erfolgte gegen den Grafen eine neue Anklage wegen Landesverrates, Majestätsbeleidigung und Verleumdung des Reichskanzlers; er wurde in allen Punkten für schuldig erklärt und unter Aberkennung der Ehrenrechte zu 5. Okt. 1875
fünfjährigem Zuchthaus verurteilt. †19. Mai 1881

§ 319. Die Zeit des mitteleuropäischen Dreibundes. Die weise, Berliner Kongreß
zurückhaltende Politik Deutschlands dem Auslande gegenüber bekundete sich, als durch die orientalische Frage (§ 334 ff.) ein allgemeiner europäischer Krieg zu entbrennen drohte. In dem russisch-türkischen Kriege lehnte die deutsche Regierung jede aktive Beteiligung zugunsten Rußlands ab, erklärte aber zugleich, sie werde es nicht gestatten, daß die Stellung einer der europäischen Großmächte gefährdet werde. Bismarck versicherte im Reichstage: „Ich werde 5. Dez. 1876
zu irgendwelcher aktiven Beteiligung Deutschlands an diesen Dingen nicht raten, solange ich in dem Ganzen für Deutschland kein Interesse sehe, welches auch nur die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre.“ Als dann die Bestimmungen des Friedens von San Stefano (§ 338) in England und Österreich lebhafte Besorgnisse hervorriefen und ein Zusammenstoß Englands und Rußlands drohte, der zu unabsehbaren Folgen für den europäischen Frieden führen mußte, da gelang es Bismarck, durch eine geschickt gewendete, mit England und Rußland vereinbarte Formel die europäischen Mächte zu einem Friedenskongreß in Berlin zu- 13. Juni bis 13. Juli 1878
sammenzuberufen. Hier führte Bismarck den Vorsitz. Schon vorher hatte er im deutschen Reichstage seine Stellung klargelegt. „Die Vermittlung 19. Febr. 1878
des Friedens denke ich mir nicht so, daß wir nun bei divergierenden Ansichten den Schiedsrichter spielen und sagen: so soll es sein, und dahinter steht die Macht des Deutschen Reiches, sondern ich denke sie mir bescheidener, mehr als die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zustande bringen will.“ Obwohl aber Bismarck diese Rolle eines ehrlichen Maklers wirklich durchführte und ihm am Schlusse der Verhandlungen der Graf Andrassy für seine Weisheit und unermüdliche Tatkraft den wärmsten Dank aller Teilnehmer aussprach, blieb doch eine sichtbare Spannung Verstimmung mit Rußland
zwischen Bismarck und dem russischen Kanzler Gortschakow zurück, da Rußland von den der wehrlosen Türkei diktierten Bedingungen einige wichtige Stücke hatte aufgeben müssen. Das freundliche Verhältnis zwischen den beiden Staatsmännern hatte sich schon bei der Anwesenheit des Kaisers Alexander in Berlin 1875 (§ 318) gelockert, da die wenig taktvolle Art, wie der russische Staatskanzler die friedebringenden Dienste des Zarenreiches kundgab, Verstimmung erregte. In Rußland wie in Deutschland begann seit 1879 ein heftiger Preßkrieg über die Frage, ob Rußland von Deutschland auf dem Kongresse übervorteilt worden sei; und in Rußland fing man an, längs der preußischen Grenze größere Truppenmassen zusammenzuziehen. Weder eine Reise E. v. Manteuffels nach Warschau zur Begrüßung des Zaren, Aug. 1879
noch die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Alexandrowo bewirkten ein 3., 4. Sept.
besseres Einvernehmen; vielmehr gab ein Wort Gortschakows in Baden-Baden die offenbare Neigung zu einem russisch-französischen Bündnisse kund;

außerdem setzten die russischen Zeitungen ihre Angriffe gegen Österreich fort. Unter diesen Umständen hielt Bismarck einen engeren Anschluß an Österreich für geraten. Schon 1878 hatte ein Vertrag, der den Artikel 5 des Prager Friedens von 1866, betreffend die Abstimmung der nördlichen Distrikte Schleswigs über ihre Zugehörigkeit (§ 248), auf den sich die protestierenden Nordschleswiger Abgeordneten in Preußen beriefen, aufhob, dem guten Verhältnisse der beiden Staaten Ausdruck gegeben. Aus den Verhandlungen mit dem Grafen Andrassy in Gastein und dann in Wien ging dann, nachdem erst mit großer Mühe das Einverständnis des Kaisers Wilhelm, dessen ritterlichem Gefühle ein solcher Vertrag als Ausdruck des Mißtrauens gegen seinen Freund und Neffen Alexander erschien, errungen war, das

Deutsch-österreichisches Bündnis

7. Okt. 1879

Bündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn

hervor, das einen Merkstein in der neuesten Geschichte bezeichnet. Zunächst geheimgehalten und erst am 3. Februar 1888 veröffentlicht (siehe unten), bestimmte es, daß beide Mächte bei einem Angriffe Rußlands einander Hilfe leisten, bei dem Angriff einer anderen Macht eine wohlwollende neutrale Haltung beobachten, bei einer Unterstützung der angreifenden Macht seitens Rußlands sofort mit aller Heeresmacht helfen, den Vertrag geheimhalten und nur, falls die Rüstungen Rußlands sich als bedrohlich erwiesen, dem Zaren davon Mitteilung machen sollten.

Stimmung in Rußland und Frankreich

13. März 1881

Die feindselige Stimmung in Rußland änderte sich zunächst nicht, wenn auch die Hoffnungen der Gegner Deutschlands, die sie nach der Ermordung Kaiser Alexanders II. (§ 344) auf den als deutschfeindlich geltenden Alexander III. gesetzt hatten, sich nicht erfüllten. Die

9. Sept. 1881

Zusammenkunft

desselben mit Kaiser Wilhelm in **Danzig** beugte dem Bruche vor. Aber die Gesinnungen der leitenden Persönlichkeiten, Gortschakows und **Ignatiews**, und der hohen Militärkreise kamen doch zum vollen Ausdruck in dem hetzenden, kriegsdrohenden Trinkspruch des Generals **Skobelew** in Paris, der mit der Andeutung eines russisch-französischen Bündnisses in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregte. In Frankreich wurde dadurch dem Hasse gegen Deutschland neue Nahrung gegeben, obgleich durch den Rücktritt Gortschakows und die Ernennung des deutschfreundlicheren und besonneren von

Febr. 1882

April 1882

Juni 1882

Giers zum Minister des Äußern und die Entlassung des Grafen Ignatiew die Kriegsaussichten weniger günstig wurden. Die Stimmung der Franzosen zeigte sich in der Beleidigung des Königs Alfons XII. von Spanien, der auf der Rückkehr von einem Besuche in Berlin auf das roheste in Paris verhöhnt wurde (§ 361). Demgegenüber wurde das Bündnis mit Österreich erweitert und verstärkt durch den

Dreibund

Anfang 1883

Zutritt Italiens und durch diesen „**Dreibund**" der Friede Europas gesichert. Auch das Einvernehmen der Ostmächte wurde noch einmal in einer persönlichen

15.—17. Sept. 1884

Zusammenkunft der drei Kaiser mit ihren leitenden Ministern in **Skierniewice** hergestellt, wo eine Verständigung über die brennenden Fragen der orientalischen Politik erzielt wurde. Dagegen begann das Verhältnis Deutschlands zu **England** zu erkalten, wo man in den kolonialen Bestrebungen Deutschlands (§ 330) eine Gefährdung der englischen Interessen zu erblicken glaubte.

Kriegsgefahr 1886/88

Den Vorgängen auf der Balkanhalbinsel, wo **Fürst Alexander von Bulgarien** am 21. August 1886 durch eine Militärverschwörung

Bulgarien

seiner Krone beraubt und vertrieben wurde (§ 339), stand Deutschland völlig neutral gegenüber. So laut auch die Sympathien in Deutschland für den ritterlichen Fürsten sich äußerten, Bismarck ließ sich nicht beirren: er hielt

daran fest, daß der vorwiegende Einfluß in Bulgarien den Russen gebühre, und daß eine loyale deutsche Politik sich nur an die Bestimmungen des Berliner Vertrages zu halten habe. Dadurch gewann Deutschland das volle Vertrauen der europäischen Mächte, das es um so notwendiger brauchte, als das Verhältnis zu Frankreich gefährlicher wurde, seitdem General Boulanger 1886 französischer Kriegsminister geworden war und durch eine Entfesselung der nationalen Leidenschaften und steten Hinweis auf den Revanchekrieg sich den Weg zur Herrschaft zu bahnen suchte (§ 358). Anfang 1887 wurden gefahrdrohende kriegerische Maßregeln an der französischen Ostgrenze getroffen, die deutsche Regierung beantwortete sie mit einem Pferdeausfuhrverbot. Dazu kam dann der „Fall Schnäbele". Ein französischer Grenzkommissar in Pagny, der als Leiter der französischen Spionage im Elsaß bekannt war, hatte deutschen Boden in der Nähe der Grenze betreten und war von deutschen Gendarmen festgenommen worden. In Frankreich, wo man der Lüge Boulangers von der wider Völkerrecht erfolgten Ergreifung Schnäbeles auf französischem Boden glaubte, entstand eine ungeheure Aufregung. Ohne der Ehre des deutschen Volkes etwas zu vergeben, suchte Bismarck durch die rasche Entlassung Schnäbeles die Gemüter zu beruhigen. Dies gelang auch, zumal Boulanger seit Mai 1887 nicht mehr Kriegsminister war; aber die Gefahr eines russisch-französischen Bündnisses, das die öffentliche Meinung beider Nationen wünschte, wuchs immer mehr, besonders da der russische Hof sich über den Besuch des italienischen Ministerpräsidenten Crispi bei Bismarck, durch den der Dreibund gefestigt wurde, und durch falsche Ansichten über die deutsche Orientpolitik verstimmt zeigte. Diese Verstimmung blieb auch, obwohl Bismarck in einer persönlichen Unterredung mit dem russischen Kaiser in Berlin nachwies, daß dieser durch gefälschte Briefe aus orleanistischen Kreisen über Deutschlands Stellung zur bulgarischen Frage — in Bulgarien hatte Prinz Ferdinand von Koburg-Kohary ohne Zustimmung der Mächte den Thron bestiegen (§ 339) — in unerhörter Weise hintergangen worden war. Trotz allem aber gelang es Bismarck mit Rußland 1887 einen geheimen Neutralitätsvertrag für den Fall eines französischen Angriffs auf Deutschland und eines österreichischen Angriffs auf Rußland — eine Art Rückversicherung mit Rußland, wie er ihn später nannte — auf drei Jahre abzuschließen, der erst im Oktober 1896 bekannt wurde, ohne daß dadurch die guten Beziehungen zu Österreich gestört worden wären. So konnte denn Bismarck, als Anfang 1888 immer neue Gerüchte über das russisch-französische Bündnis auftauchten und man den Ausbruch eines Weltkrieges fürchtete, im deutschen Reichstage in einer weltberühmt gewordenen Rede über die Geschichte der letzten Jahrzehnte feststellen, daß in den fortwährenden Kriegsgefahren Deutschland der feste Hort des Friedens gewesen sei, und daß es sich von diesem Verhalten nicht abdrängen lassen werde.

Frankreich

3. April 1887

29. April

Okt. 1887

Rußland

18. Nov. 1887

Rückversicherungsvertrag

6. Febr. 1888

„Aber", so schloß er unter dem brausenden Beifall des Reichstages, der dann durch ganz Deutschland widerhallte, „es ist nicht die Furcht, die uns friedfertig stimmt, sondern gerade das Bewußtsein unserer Stärke, das Bewußtsein, auch dann, wenn wir in einem minder günstigen Augenblicke angegriffen werden, stark genug zu sein zur Abwehr und doch die Möglichkeit zu haben, der göttlichen Vorsehung es zu überlassen, ob sie nicht in der Zwischenzeit doch noch die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen wird .... Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht bestochen werden — vielleicht zu leicht —, aber durch Drohungen ganz gewiß nicht. Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt. Und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen

läßt. Wer ihn aber trotzdem bricht, der wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die gesamte Bevölkerung des damals schwachen, kleinen und ausgesogenen Preußens unter die Fahnen rief, heutzutage ein Gemeingut der gesamten deutschen Nation ist, und daß derjenige, welcher die Nation irgendwie angreift, sie einheitlich gewappnet finden wird und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein!"

B. Deutschlands inneres Leben.

1. Ausbau des Reiches.

§ 320. Die inneren Neuordnungen. Wir haben gesehen, wie das neue Deutsche Reich die hohe Aufgabe, seine durch so viele Opfer errungene Stellung zu behaupten und den Weltfrieden zu erhalten, erfüllte. Zugleich aber lag ihm das andere, nicht minder schwierige Werk ob, im Innern die noch widerstrebenden Elemente zu überwinden oder zu versöhnen und so zur wahren nationalen Einheit zu gelangen.

Dieses zweite Ziel deutete die Thronrede, mit welcher Kaiser Wilhelm I. den
21. März 1871 ersten deutschen Reichstag eröffnete, in den Worten an: „Möge die Wiederherstellung des Deutschen Reichs für die deutsche Nation auch nach Innen das Wahrzeichen neuer Größe sein! Möge dem deutschen Reichskriege, den wir so ruhmvoll geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfriede folgen!" Diese warmen Worte fanden bei der Mehrheit des Reichstags einen starken Widerhall, und ihnen entsprach die Adresse, mit welcher die Thronrede beantwortet werden sollte. Aber gleich bei deren Beratung zeigte sich die größte, den vollen inneren Frieden bedrohende Schwierigkeit. Die klerikale Partei, die bei ihrem ersten Erscheinen im Herbst 1852 sich „katholische Fraktion" genannt hatte und sich jetzt
Zentrum unter dem Namen „Fraktion des Zentrums" neu bildete, versuchte, mit der Herstellung des Reiches auch die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papsttums zu verbinden und das Deutsche Reich zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Italiens zu bewegen; als öffentliches Organ diente ihr die am 1. Januar 1871 gegründete Zeitung „Germania". Schon im November 1870 war der Erzbischof von Posen und Gnesen, der Graf Ledochowski, in Versailles gewesen und hatte, offenbar im Einvernehmen mit dem Papste, eine solche Einmischung zugunsten des Kirchenstaates zu bewirken gesucht. Die Verhandlungen waren vergeblich gewesen. Dann hatten vor den Reichstagswahlen
18. Febr. 1871 mehrere klerikale preußische Landtagsabgeordnete an den König in Versailles eine Adresse gerichtet, in der sie ihn wiederum baten, sich der bedrängten Lage des Heiligen Vaters in Rom und der katholischen Kirche anzunehmen. Die Wortführer der klerikalen Zentrums- oder, wie man sie treffend bezeichnete, ultramontanen Partei, wie Mallinckrodt, Reichensperger, Windthorst, gehörten dem nördlichen Deutschland an, während der meistens katholische Süden größtenteils reichsfreundliche, liberale Vertreter gewählt hatte, freilich auch manche Ultramontane, wie den streitbaren Bischof Ketteler von Mainz. An diese Partei schlossen sich nach und nach alle an, welche der deutschen Einheit entgegenzuwirken suchten, Polen, Welfen, Partikularisten, Sozialdemokraten usw. Und wie sie aus der Antwortsadresse auf die Thronrede einen Satz herauszubringen versuchten, der die Möglichkeit eines Eingreifens Deutschlands zugunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes verhindern wollte, so wünschten sie auch in die Reichsverfassung einige „Grundrechte" aufgenommen zu wissen, nach welchen die katholische Kirche ihre Angelegenheiten selbständig ordnen könnte unter Beseitigung des staatlichen Aufsichtsrechtes. Mit dieser „Magna charta des Religionsfriedens", wie der Bischof Ketteler den Antrag seiner Partei bezeichnete, wäre der katholischen Kirchengewalt eine unumschränkte Freiheit gegeben worden, die mit der Staatshoheit unvereinbar war. So wurden die verlangten Grundrechte mit großer

Mehrheit abgelehnt. Am 14. April wurde dann in dritter Lesung mit allen gegen 7 Stimmen die neue deutsche Reichsverfassung, die eine Weiterbildung der norddeutschen Bundesverfassung (§ 251) ist, angenommen.

Reichsverfassung

An der Spitze des 25 verbündete Staaten umfassenden Bundesstaates steht als erbliches Oberhaupt der jeweilige König von Preußen mit dem Titel „Deutscher Kaiser"; er hat das Reich dem Auslande gegenüber völkerrechtlich zu vertreten, den Oberbefehl über die gesamte Kriegsmacht zu führen, im Namen des Reiches Krieg zu erklären und Bündnisse und Frieden zu schließen. Zur Seite steht ihm als höchster Reichsbeamter der Reichskanzler. Von den Organen des Reiches stellt der aus allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen hervorgehende Reichstag am meisten den Gedanken der Einheit dar, da jeder der 397 Abgeordneten als Vertreter des ganzen Volkes (nicht seines Wahlkreises) gilt. Der Bundesrat besteht aus den Vertretern der 25 Bundesregierungen und gibt dem bundesstaatlichen Charakter Ausdruck. In ihm stimmt jeder Bundesstaat einheitlich, und zwar hat Preußen 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig je 2, die übrigen je 1 Stimme (zusammen 58 Stimmen). Die Befugnisse des Bundesrats sind zugleich gesetzgebende und verwaltende; er beschließt über die dem Reichstage zu machenden Vorlagen und die von demselben gefaßten Beschlüsse. Durch Bundesrat und Reichstag gemeinsam wird die Reichsgesetzgebung ausgeübt; dem Kaiser als solchem steht nur die Ausfertigung und Verkündigung der Reichsgesetze und die Überwachung der Ausführung zu.

Am Tage der Eröffnung des ersten Reichstages war Graf Bismarck, der erste Reichskanzler, in den erblichen Fürstenstand erhoben worden; 21. März unmittelbar auf den Schluß des ersten Reichstages folgte das großartige 15. Juni Siegesfest in Berlin, der Einzug des greisen Heldenkaisers an der 16. Juni Spitze der Garden und anderer Heeresteile auf der herrlich geschmückten Triumphstraße. Auch das Siegesfest in München bot ein erhebendes 16. Juli Schauspiel; der Händedruck des Königs von Bayern und des Kronprinzen des Deutschen Reiches war der symbolische Ausdruck, daß fortan der Süden und der Norden verbunden sein und die Regierungen in allen großen Fragen der Nation gleiche Wege wandeln wollten. Dem großen Werke, Ausbau des Reiches den Ausbau des deutschen Bundesstaates durch gesetzgeberische Arbeiten zu fördern, widmete sich Fürst Bismarck auch ferner mit allen Kräften, indem er zugleich das Gewicht, das er als Präsident des preußischen Staatsministeriums besaß, einsetzen konnte, die Idee eines Gesamtstaates, in dem die Bundesglieder mit bestimmten Rechten und selbsttätigem Staatsleben sich dem Ganzen organisch einfügen sollten, ihrer Verwirklichung mehr und mehr entgegenzuführen. Eine treffliche Stütze fand er in dem Präsidenten des Reichskanzleramtes, Rudolf Delbrück, einem überaus arbeitsamen und kenntnisreichen Manne von gemäßigt liberalen Grundsätzen.

Eine der ersten einigenden Taten war die Münzreform mit Goldwährung. Gesetz vom 4. Dez. 1871 Nach dem ursprünglichen Plane sollten die Goldmünzen auf der einen Seite das Wappen des deutschen Reiches, auf der andern das Bild des Kaisers zeigen. Doch gab der Reichstag den Wünschen Bayerns und Württembergs nach, und so wurden die neuen Goldmünzen neben dem Wappen des Reiches mit dem Bilde der Landesherren versehen. Auf Grund der Goldwährung folgte dann durch das Münzgesetz von 1873 die Einführung der Markrechnung; die Ersetzung des bisherigen Papiergeldes durch Reichskassenscheine wirkte neben der Tätigkeit der Reichsbank, die an geeigneten Orten Zweigstellen errichtete, un- 1. Jan. 1876 gemein wohltätig. Das Post- und Telegraphenwesen wurde einheitlich organisiert. Es umfaßt das Reich mit Ausnahme von Bayern und Württemberg, die auf Grund des Artikels § 2 der Reichsverfassung getrennte Verwaltungen desselben behielten. Die Gesetze über einheitliches Maß und Gewicht nach dem metrischen System, über Freizügigkeit und Gewerbefreiheit wurden vom Norddeutschen Bunde in das Reich herübergenommen; auch das preußische Gesetz über

25. Jan. 1875 die bürgerliche Eheschließung wurde 1875 auf das gesamte Reichsgebiet ausgedehnt. Seitdem sind über die Eheschließung, die nur gültig war, wenn sie vor einem Standesbeamten geschlossen wurde, wie über die Geburts- und Todesakte durch das ganze Reich die gleichen Vorschriften geltend. Die Kompetenz des Reiches zum Erlaß von Gesetzen wurde 1873 durch Ausdehnung auf das Gebiet des gesamten bürgerlichen Straf- und Prozeßrechts erweitert. Auch die sogenannte „Itio in partes", wonach bei gewissen Abstimmungen im Reichstage die Vertreter derjenigen Bundesstaaten, die kraft ihrer „Reservatrechte" (§ 284) von den zu fassenden Beschlüssen nicht berührt werden, sich der Stimme zu enthalten hätten, fiel 1873 der Einheit der Nation zum Opfer. Das Jahr 1879 führte dann eine der wertvollsten nationalen Reformen ins Leben. Am 1. Oktober trat die einheitliche deutsche Gerichtsverfassung in Kraft: die Justizgesetze beseitigten die Privat- und Patrimonialgerichtsbarkeit, entzogen der geistlichen Gerichtsbarkeit die bürgerliche Wirksamkeit und führten die Trennung der bürgerlichen und Strafrechtspflege von der Verwaltung durch. Es wurde
1. Okt. 1879 das Reichsgericht in Leipzig eröffnet, dessen erster Präsident (bis 1891) Eduard Simson (§ 284) war, so daß zu dem langerstrebten Ziel der deutschen Rechtseinheit nur noch die Herstellung eines gemeinsamen bürgerlichen Rechtes fehlte. Auch zur Ausarbeitung eines Entwurfes hierfür war bereits durch Bundesratsbeschluß vom 22. Juni 1874 eine Kommission berufen worden, die Ende Dezember 1887 den Entwurf in erster Lesung feststellte. Eine Kernfrage der deutschen Einheit war die Gestaltung des deutschen Reichskanzleramts. Wohl räumte Bismarck den übrigen Regierungen für die Vorberatungen der an den Reichstag zu bringenden Vorlagen den gebührenden Einfluß ein, aber der Forderung, die Reichskanzlerschaft durch ein kollegialisches Ministerium zu ersetzen, trat er entschieden entgegen. Wohl wünschte er für die verschiedenen Gebiete der Reichsverwaltung, für das Auswärtige Amt, das Heerwesen, die Marine, Eisenbahn, Post und Telegraphie, besondere Minister (Staatssekretäre), aber die Verantwortlichkeit müsse dem Reichskanzler bleiben, nicht auf ein Kollegium übergehen, weil das die Reichsexekutive in sich spalte und lähme.

Elsaß-Lothringen In dem ersten deutschen Reichstage wurde auch die schwierige Frage beraten, was mit den von Frankreich zurückerworbenen Ländern Elsaß und Lothringen geschehen solle, ob sie einen selbständigen Grenzstaat bilden oder an einzelne deutsche Staaten verteilt oder Preußen einverleibt
3. Juni 1871 werden sollten. Man kam zu dem Ergebnis, daß das von allen Deutschen für alle Deutschen gewonnene Land „deutsches Reichsland" werden und dem deutschen Kaiser als dem Vertreter der deutschen Gesamtheit unterstehen solle. Zunächst wurde ein Provisorium unter der Diktatur des Kaisers und des Bundesrates geschaffen, bis die deutsche Reichsverfassung eingeführt werden würde; als Zeitpunkt hierfür wurde der 1. Januar 1874 festgesetzt. Vorerst wurde das Reichsland nach dem Muster einer preußischen Provinz
6. Sept. 1871 organisiert und von Möller zum Oberpräsidenten mit dem Sitz in Straßburg ernannt.

Denjenigen Elsaß-Lothringern, welche ihr französisches Bürgerrecht zu behalten wünschten, blieb die Option für Frankreich bis zum 1. Oktober 1873 gewahrt, doch sollten sie ihren Wohnsitz nach Frankreich verlegen. Ungefähr 50 000 Optanten wanderten aus; eine bei weitem größere Zahl blieb im Lande und bildete den Kern für eine elsässische Protestpartei. Im übrigen wurden die seitherigen Rechte und Gewohnheiten so weit wie möglich geschont; eingeführt aber wurde die allgemeine Schulpflicht und die deutsche Sprache als obligatorische Schulsprache bestimmt, freilich unter dem heftigen Widerspruch der ultramontanen Partei. Ein bedeutsames Geschenk wurde dem Reichslande mit der Gründung der Universität Straßburg gemacht, die am 1. März 1872 feierlich er-

öffnet wurde. 1874 erschienen nach dem Ablauf der provisorischen Verwaltung die ersten Abgeordneten des Reichslandes im deutschen Reichstage und erhoben hier Protest gegen die Annexion; sie muteten dem deutschen Volke zu, das zurückeroberte, einst deutsche Land wieder herauszugeben. Der Antrag wurde fast ohne Diskussion vom Reichstage verworfen. Darauf nahmen diese Reichsboten an den Verhandlungen nur geringen Anteil; manche kehrten in die Heimat zurück, um nicht durch ihre Anwesenheit den Schein auf sich zu laden, als ob sie die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reiche anerkennten; die Zurückbleibenden schlossen sich der Zentrumsfraktion an. Mit schlagender Schärfe beleuchtete der Reichskanzler die Haltung der Elsässer im Spiegel der geschichtlichen Vergangenheit und gab ihnen die Versicherung: „Wenn die Herren erst zweihundert Jahre zu Deutschland gehört haben, dann empfehle ich einen vergleichenden Rückblick, und ich bin überzeugt, daß sie dann bei uns angenehm gelebt haben werden; jedenfalls bin ich überzeugt, daß sie dann an der ursprünglichen Stammesgemeinschaft der Deutschen mit ebenso großer Wärme und Energie hängen werden, wie jetzt die Anhänglichkeit ist, die die Herren in einem so vortrefflich geläufigen Deutsch hier für Frankreich zu Tage legen."

Allmählich bildete sich im Reichslande eine Autonomistenpartei heraus, deren Ziel die Regierung des Landes durch das Land war, und am 4. Juli 1879 genehmigte der Reichstag die Bildung einer selbständigen Landesregierung mit einem Statthalter, einem Ministerium und einem Landesausschuß. Zum Statthalter wurde am 1. Oktober 1879 der Feldmarschall v. Manteuffel ernannt.

Er gab die zwar bureaukratische, aber konsequente und gerechte Regierungsweise Möllers auf und suchte durch übertriebene Schonung, ja Bevorzugung der einheimischen Bevölkerung gegenüber den deutschen Beamten, die Widerstrebenden zu gewinnen. Allein er erweckte dadurch nur den Verdacht der Schwäche: man deutete seine Milde als ein Zeichen, daß Deutschland seines Besitzes sich nicht mehr sicher fühle. So wuchs der Terrorismus der Franzosenfreunde, die Autonomistenpartei wurde völlig verdrängt und die offenen Agitationen der Protestler nötigten den Statthalter zu schärferen Maßregeln. Als Manteuffel starb, hatte das Werk der Verschmelzung des Reichslandes mit Deutschland Rück- 17. Juni 1885
schritte gemacht. Da die Agitationen der Protestler auch unter dem neuen Statthalter, Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe, fortdauerten, so wurde 1887 eine strenge Paßordnung für die Westgrenze erlassen, um die französischen Agitatoren fernzuhalten. Das erregte zwar vielfach Mißstimmung, trug aber schließlich doch wesentlich zur Beruhigung bei.

§ 321. Heer und Marine. Der Krieg von 1870 hatte glänzend bewiesen, wie richtig die Grundsätze waren, nach denen in harten Kämpfen zwischen Regierung und Volksvertretung in Preußen das Heer organisiert worden war. So beschloß man denn in Berlin, diese Organisation in den wesentlichsten Zügen über das ganze Reich auszudehnen.

Zu dem Ende wurde, bis die dazu erforderlichen Vorarbeiten beendet wären, Provisorium
auf dem ersten Reichstage ein Provisorium eingeführt, das, nachträglich bis zu Ende des Jahres 1874 verlängert, ein Reichsheer schuf, welches, auf ein Prozent der Bevölkerung berechnet, eine Friedenspräsenzstärke von 401659 Mann umfassen sollte, und zu dessen Unterhalt ein Pauschquantum von 675 Mark für den Kopf festsetzte. Da diese Summe nicht ausreichte, so traf man die Auskunft, daß in den Verpflegungslisten die volle Zahl aufgeführt wurde, tatsächlich aber eine Verringerung durch Beurlaubung stattfand. Als die Zeit des Pauschquantums sich ihrem Ende näherte, legte die Regierung den Entwurf eines Reichs- 5. Febr. 1874
militärgesetzes vor, das eine dauernde Organisation schaffen sollte. Bayern,

Sachsen und Württemberg aber behielten eine selbständige Heeresverwaltung und so ihr eigenes Kriegsministerium.

Reichsmilitärgesetz

Das Schwergewicht lag in den Paragraphen, welche die Höhe der Friedenspräsenzstärke und die Zahl der Cadres (Bataillone, Eskadrons, Batterien) feststellten. Die Präsenzziffer war nicht über ein Prozent der Zählung von 1867 (401 659 Mann) erhöht, aber diese Zahl sollte jetzt gesetzlich feststehen, so daß sie für alle Zukunft ohne Zustimmung der Regierungen nicht vermindert werden könnte. Es lag auf der Hand, daß dadurch das Budgetrecht des Reichstages, soweit es das Heer betraf, in enge Grenzen, auf außerordentliche Ausgaben, neue Einrichtungen und dergleichen, eingeschränkt wurde, und darum fand die Vorlage heftigen Widerspruch. Vergebens betonte Moltke, daß die Armee für die Erziehung der Nation nicht zu entbehren sei, und daß sie in der vorgeschlagenen Höhe zur Erhaltung des Reiches in seiner errungenen Stellung wie zur Sicherung des europäischen Friedens notwendig sei, daß man den lebenskräftigen Fortbestand des Heeres in seiner bewährten Organisation nicht alle Jahre den Schwankungen der Budgetdebatten aussetzen dürfe; die Opposition war eine so weitgehende, daß wenig Aussicht zur Durchführung des Entwurfes sich öffnete. Die Frage war noch unentschieden, als der Reichstag über die Ostern Ferien machte. Diese gaben den Abgeordneten Gelegenheit, sich über die Volksstimmung Aufklärung zu verschaffen. Und da konnten sie denn wahrnehmen, daß die öffentliche Meinung der Wiederholung eines Konflikts durchaus abgeneigt war: das nationale und liberale Bürgertum nahm entschieden Partei für die Armee. Diese Wahrnehmung brachte manchen Reichsboten zu dem Entschluß, das Prinzip der jährlichen Budgetbewilligung im Militärwesen nicht auf die Spitze zu treiben, „da jetzt die Zeit nicht sei, wo der neue deutsche Staat einen Konflikt zwischen seiner Regierung und dem Reichstage auf dem Gebiete der Heeresverfassung vertragen könne".

Septennat

Dieser Stimmung gab der Führer der nationalliberalen Partei, Rudolf von Bennigsen, Ausdruck, indem er einen Kompromißantrag einbrachte, wonach die Festsetzung des Friedenspräsenzstandes der Armee durch ein Gesetz, verbunden mit der jährlich zu bestimmenden Ausgabesumme des Kriegsetats im Budget, angenommen werden solle, aber nur für einen Zeitraum von sieben Jahren. Da der Bundesratsbevollmächtigte, Kriegsminister von Kameke, namens der verbündeten Regierungen die Erklärung abgab, daß man auf diesen Antrag einzugehen bereit sei, so wurde schließlich das sogenannte „Septennat" mit großer Mehrheit angenommen.

20. April 1874

Dieses Militärgesetz, zu dem noch in der Herbstsession des Reichstages ein Landsturmgesetz als Vollendung der deutschen Gesamtwehrverfassung hinzukam, gab dem Reiche ein starkes Rüstzeug gegen seine äußeren Feinde. Das Septennat wurde 1880 wieder erneuert, dabei aber die Friedenspräsenzstärke auf 427 274 Mann erhöht; aber es zeigte sich ein Wachsen der Opposition gegen die Militärverwaltung. In der Reichstagssession von 1882/83 wiesen die oppositionellen Redner auf manche Mißstände im Heerwesen hin, auf Bevorzugung des Adels, Soldatenmißhandlungen, Beförderung des militärischen Kastengeistes u. dgl.

Drittes Septennat Nov. 1886

Der volle Sturm aber brach los, als im Jahre 1886 die Regierung vor Ablauf des zweiten Septennats abermals für einen siebenjährigen Zeitraum eine weitere, der Vermehrung der Bevölkerung entsprechende Erhöhung der Heeresstärke vorschlug, 468 404 Mann, d. h. ein Prozent nach der letzten Volkszählung.

Die Wirren, die kurz zuvor auf der Balkanhalbinsel stattgefunden hatten (§ 339, 340), die immer schärfer hervortretenden Revanchegelüste in Frankreich (§ 358), die Hetzereien der panslawistischen Partei in Rußland (§ 344), die wachsenden Kriegsrüstungen in diesen beiden Ländern, die steigende Überlegenheit ihrer Streitkräfte im Vergleich zu den deutschen und die Bestrebungen Frankreichs, sich mit Rußland zu einem Kriegsbund zu vereinigen, der dem Deutschen Reiche einen Feldzug mit zwei Fronten auferlegen würde, zeigten den hohen Ernst der Situation. Wenn auch im Reichstage die Gefahren der Weltlage von keiner Seite verkannt wurden, so gingen doch die Ansichten über die Größe der Kriegsgefahr und über das Maß der Rücksicht, welches neben der Sorge für die militärische Sicherheit auch die Steuerkraft des Volkes verdiene, weit auseinander. Das Zentrum und die Deutschfreisinnigen, die einstige Fortschrittspartei, wollten die verlangte Präsenzziffer herabsetzen, eine Verminderung der tatsächlichen Dienstzeit erzwingen und die Bewilligung nur für drei Jahre, bei einem Teil der neuen Formationen sogar nur für ein Jahr aussprechen. Zu der vollen Bewilligung der geforderten Truppenzahl hätten sich die Oppositionsparteien schließlich verstanden; aber

an der nur dreijährigen Bewilligung hielten sie fest. Die Regierung, unterstützt von den Konservativen und Nationalliberalen, glaubte aber in diesem Punkte nicht nachgeben zu können.

Als mit einer Mehrheit von 183 gegen 154 Stimmen die geforderte Mannschaftszahl, aber mit der Beschränkung auf drei Jahre, bewilligt wurde, verlas 14. Jan. 1887
der Reichskanzler eine kaiserliche Botschaft, welche den Reichstag auflöste. In der tiefen Bewegung der Nation zeigte es sich alsbald, daß die Opposition die Zeichen der Zeit verkannt hatte, daß das deutsche Volk die Armee in dieser gefahrdrohenden Zeit nicht zum Gegenstand parlamentarischer Machtgelüste gemacht, in das junge Reich nicht einen zerstörenden Verfassungsstreit hineingetragen sehen wollte. Die neuen Wahlen fielen zu Ungunsten der Septennats- 21. Febr. 1887
gegner aus. Die Deutschfreisinnigen, Demokraten und Sozialdemokraten verloren die Hälfte ihrer Mitglieder, und den Gewinn hatten die Nationalliberalen. Der neue Reichstag nahm die Militärvorlage mit 223 gegen 48 Stimmen an. Gesetz vom 11. März 1887
Die Deutschfreisinnigen widersprachen auch jetzt; das Zentrum enthielt sich der Abstimmung. Die Partei war in eine eigentümliche Verlegenheit geraten, als der Papst im Hinblick auf die kirchenpolitische Situation (§ 326) den Führern den Wunsch ausgesprochen hatte, sie möchten für das Gesetz stimmen, was sie doch mit ihrem früheren Votum in den grellsten Widerspruch gesetzt haben würde. Am 9. Dezember desselben Jahres legte dann die Regierung dem Reichstage den Entwurf eines neuen Gesetzes vor, welches die bestehende Wehrverfassung dahin abänderte, daß die Dienstpflicht bis zum 39. Jahre verlängert wurde: sechs bisher dem Landsturm angehörige Jahrgänge sollten künftig zur Landwehr gezogen werden, so daß die sofort verfügbare Kriegsstärke eine bedeutende Steigerung erfuhr. Eine ungeheure Aufregung ergriff die Welt wegen dieser gewaltigen Vermehrung der deutschen Wehrkraft. Es war die Zeit, wo der deutsch-österreichische Bündnisvertrag veröffentlicht wurde und man einen Krieg befürchtete. Da gelang es Bismarck in seiner Rede vom 6. Februar 1888 (§ 319), die Welt von der Friedfertigkeit des deutschen Volkes zu überzeugen, zugleich aber bewies der Reichstag durch die rasche, fast einstimmige Annahme des Wehr- 10. Febr.
gesetzes, daß er jedem Friedensbruche mit der vollen deutschen Heereskraft zu begegnen gewillt sei.

Zur Ergänzung der Wehrkraft zu Lande wurde auch eine Kriegs- Marine
marine, die nach dem Artikel 53 der Verfassung eine einheitliche unter dem Oberbefehl des Kaisers sein sollte, geschaffen.

Anfang 1872 legte der neue „Chef der Admiralität", von Stosch, einen Flottengründungsplan vor, indem er dabei erklärte, daß der Schwerpunkt der deutschen Macht in dem Landheere liege und die Aufgabe der Flotte nicht sei, große Schlachten zu schlagen, sondern nur die deutschen Küsten zu verteidigen. Der Reichstag genehmigte den Flottenetat, mit dem Vorbehalte, daß mit dem Marineetat für 1874 ein Plan über die als notwendig anerkannten Abänderungen des ursprünglichen Flottengründungsplanes, berechnet auf weitere fünf Jahre, vorgelegt werden solle. Am 17. Mai 1872 wurde die Marineakademie in Kiel gegründet. 1873 legte Stosch den neuen Flottenplan vor, nach dem die Marine bis 1882 auf 8 Panzerfregatten, 6 Panzerkorvetten, 7 Monitors, 20 Korvetten, 6 Avisos, 18 Kanonenboote, 2 Artillerieschiffe, 3 Segelbriggs und 28 Torpedoboote gebracht werden sollte. Der Reichstag genehmigte diese Forderungen. Nach Ausführung dieses Planes wurde, in Rücksicht auf die inzwischen erfolgte bedeutsame Entwicklung des Torpedowesens, 1884 die allmähliche Schaffung einer Flottille von 150 Torpedobooten begonnen, zu denen später die Divisionsboote hinzukamen. Die Leitung dieser Arbeiten hatte General von Caprivi, der 1883 an Stelle Stoschs getreten war. 1888 machten dann die erweiterten politischen Beziehungen des Reiches auch eine Vermehrung der Flotte notwendig. Leider blieben der Flotte schwere Verluste nicht erspart: am 31. Mai 1878 ging, nahe der englischen Küste bei

Folkestone, die Panzerfregatte „Großer Kurfürst“ unter, wobei etwa 250 Matrosen und Seesoldaten den Tod in den Wellen fanden; und Ende Mai
1885 oder Anfang Juni verschwand die Kreuzerkorvette „Augusta“ bei einem furchtbaren Taifun im Golfe von Aden.

2. Die kirchlichen Verhältnisse.

§ 322. Das Deutsche Reich und die katholische Kirche. Wir haben gesehen (§ 320), wie gleich in dem ersten Reichstage die Zentrumspartei eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Italiens behufs Wiederherstellung des Kirchenstaates und die das Aufsichtsrecht der Einzelstaaten über die katholische Kirche beseitigenden Grundrechte forderte. Es ergab sich damit die Frage, wie sich das Deutsche Reich zu den Beschlüssen des vatikanischen Konzils (§ 261) verhalten würde, die, wie
22. März 1871 Döllinger in einem offenen Sendschreiben an den Erzbischof von München-Freising ausführte, unvereinbar seien mit der Heiligen Schrift, den romanischen Ursprung an der Stirne trügen und, falls sie bei dem katholischen Teile der deutschen Nation herrschend werden sollten, den Keim des unheilbaren Siechtums, an dem das alte Reich zugrunde gegangen sei, auch in das eben erbaute neue Reich verpflanzen würden. Durch die aus dem Norddeutschen Bunde in die Reichsverfassung herübergenommene Bestimmung, welche die kirchlichen Verhältnisse den Einzelstaaten überließ und nur den allgemeinen Grundsatz feststellte, daß aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses keinerlei Einschränkung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte erwachsen dürfe, während das Deutsche Strafgesetzbuch einerseits Gotteslästerung und Beschimpfung von Religionsgesellschaften, anderseits aber auch den Mißbrauch des geistlichen Amtes zur Störung der öffentlichen Ordnung unter Strafe stellte, war der Schwerpunkt der kirchlichen Fragen in die Einzelstaaten verlegt worden. Dennoch wurde auch der Reichstag genötigt, in einigen sehr bedeutsamen Punkten sich schlüssig zu machen.

Kanzelparagraph

Da der kirchliche Kampf in Bayern einen sehr hohen Grad der Erbitterung annahm und die Geistlichen auf der Kanzel Agitation trieben (§ 323), beantragte der Minister Lutz, gestützt auf den Artikel des Strafgesetzbuches über den Mißbrauch des geistlichen Amtes, beim Bundesrat entsprechende Gegen-
16. Dez. 1871 maßregeln, und so wurde ein Reichsgesetz erlassen, das mit Gefängnis oder Festungsstrafe bis zu zwei Jahren einen Geistlichen oder anderen Religionsdiener bedrohte, „welcher in Ausübung seines Berufes Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise erörtert“. Natürlich trübte dieser sogenannte „Kanzelparagraph“ das Verhältnis zwischen dem Reiche und der Kurie, das noch unfreundlicher wurde, als in Preußen das Schulaufsichtsgesetz (§ 323) erlassen wurde und der von der deutschen Regierung zum deutschen
1872 Botschafter beim päpstlichen Stuhle vorgeschlagene Kardinal Fürst Adolf zu Hohenlohe, der Bruder des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten, von der Kurie abgelehnt wurde. Bei den erregten Debatten im Reichstage über
14. Mai diesen Fall sprach Bismarck das bekannte Wort: „Seien Sie außer Sorge, nach Kanossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig.“ Und nun ging aus dem Reichstage selbst der Antrag auf Verbot des Jesuitenordens in Deutschland hervor; nach heftigen Verhandlungen wurde er am 19. Juni 1872 in dritter Lesung angenommen und am 5. Juli als Gesetz verkündet.

Jesuitengesetz 1872

Es untersagte die Errichtung von Niederlassungen der Gesellschaft Jesu und der verwandten Orden im ganzen Gebiete des Deutschen Reiches und löste die bestehenden Niederlassungen auf. Ein zweiter Paragraph bestimmte, daß die einzelnen Mitglieder dieser Orden,

wenn sie Ausländer sind, ausgewiesen werden können, und daß ihnen, wenn sie Inländer sind, der Aufenthalt in bestimmten Bezirken und Orten untersagt oder angewiesen werden kann. Im Mai 1873 wurde dann vom Bundesrat entschieden, daß als den Jesuiten verwandt zu betrachten und nach dem gleichen Gesetz zu behandeln seien der Orden vom heiligen Geist und vom Herzen Jesu, die Redemptoristen und Lazaristen.

Die Ausführung des Jesuitengesetzes vollzog sich, trotz der überaus leidenschaftlichen Agitation der ultramontanen Presse und Vereine, mit Ausnahme weniger Orte, wo die Polizei einschreiten mußte, ruhig. Auch auf katholischer Seite waren manche gar nicht so unzufrieden mit diesem Gesetze. In Rom aber war man auf das tiefste empört; in einer Ansprache des Papstes an eine Abordnung des Deutschen Lesevereins in Rom zeigten die Worte: „Wer weiß, ob sich nicht bald das Steinchen von der Höhe loslöst, welches den Fuß des Kolosses zertrümmert," welche Stimmung hier gegen Deutschland herrschte. Als der Papst dann im Konsistorium der Kardinäle in einer „Allokution" seiner 22. Dez. 1872
feindlichen Gesinnung gegen Italien, gegen die Schweiz und Deutschland von neuem Ausdruck gab, da antwortete das deutsche Reich mit dem Verbot der Veröffentlichung derselben und mit der Abberufung seines Vertreters in Rom. Im 30. Dez.
Februar 1874 kam dann im Reichstage das Gesetz, „betreffend die Verhinderung unbefugter Ausübung von Kirchenämtern" zustande, welches den Einzelstaaten die Handhabe bieten sollte, unbotmäßigen Geistlichen entgegentreten zu können, und am 6. Februar 1875 wurde das „Zivilehegesetz" (§ 320) vom Kaiser unterzeichnet, das schon bei der Beratung des Jesuitengesetzes von dem bayerischen Abgeordneten Völk gefordert worden war.

§ 323. Der Beginn des Kulturkampfes in Preußen. Der Schwerpunkt der kirchlichen Frage lag aber, wie gesagt, in den Einzelstaaten, und hier kam es vor allem auf die Entwicklung in Preußen an. Gewiß suchte auch in andern Ländern, in Frankreich (§ 353) und in Spanien (§ 359), der Ultramontanismus damals Boden zu gewinnen und die Staatsgewalten in seinem Sinne zu leiten; am wichtigsten aber mußte ihm die Haltung des in Deutschland, dem Mittelpunkte des gleichartigen mittelalterlichen Kampfes, führenden und vorwiegend protestantischen Staates sein. Die Unfehlbarkeitslehre war zunächst eine innere kirchliche Angelegenheit, aber der Staat wurde in Mitleidenschaft gezogen, als die katholische Kirche gegen die dieser Lehre nicht folgenden Mitglieder, die zugleich auch in staatlichem Dienste standen, strafend vorging.

Altkatholizismus
Wenn auch die deutschen Bischöfe, mit Ausnahme des Bischofs Hefele von Rottenburg, trotz ihrer Erklärung vom September 1869 (§ 261) im August 1870 bei der Zusammenkunft in Fulda ihre Gemeinden ermahnten, sich den Beschlüssen des Konzils zu unterwerfen, wenn sie wirklich Glieder der katholischen Kirche bleiben wollten, so fand doch die scharfe gegen das Dogma der Unfehlbarkeit gerichtete Erklärung Döllingers (§ 322) lauten Widerhall unter den deutschen Katholiken. Es war ein bedeutsames Zeichen, daß gerade in München eine Versammlung wissenschaftlich hervorragender Männer katholischer 23., 24. Sept. 1871
Konfession stattfand, welche Protest erhoben gegen den „päpstlichen Staatsstreich" im vatikanischen Konzil und zur Bildung „altkatholischer" Gemeinden aufforderten! Das Ministerium Hegnenberg-Lutz enthielt sich jeder Parteinahme, sagte aber allen Staatsangehörigen den gleichen Schutz der Gesetze zu und erklärte, daß es Gemeinden, die sich aus Anhängern der alten katholischen Lehre bilden würden, als vollberechtigte Glieder der katholischen Kirche ansehe. Auch der unerwartet rasche Tod des Ministerpräsidenten Grafen Hegnenberg führte keinen 2. Juni 1872
Systemwechsel herbei; vielmehr veranlaßte die Regierung zu ihrer Unterstützung gegen die ultramontanen Agitationen den Kanzelparagraphen (§ 322).

Bedeutsamer aber wurde nun der in Preußen entbrennende Kulturkampf, wie man nach einem Worte des Abgeordneten Virchow diese

Fortsetzung des seit Jahrhunderten zwischen Staat und Kirche über die Grenzen ihrer Macht geführten Streites zu nennen pflegt.

Ende 1870 Der Erzbischof Melchers in Köln verlangte von den Professoren geistlichen Standes der Bonner Universität einen Revers über die Annahme der Unfehlbarkeitslehre, entband diejenigen, welche ihn verweigerten, der Ausübung priesterlicher Handlungen und untersagte den Studenten der katholischen Theologie den Besuch ihrer Vorlesungen. Der preußische Kultusminister v. Mühler gab dem darüber
30. Dez. 1870 Beschwerde führenden Senate der Universität Recht und erklärte, daß die Staatsregierung die rechtliche Stellung der Professoren der katholischen Theologie in den vom Staate ihnen anvertrauten Lehrämtern lediglich nach den vom Staate selbst erlassenen Bestimmungen zu ermessen habe. Diesen Standpunkt hielt die Re-
19. Jan. 1871 gierung auch fest, als der Fürstbischof Heinrich Förster von Breslau verlangte, daß sie eine Anzahl Lehrer am dortigen katholischen Gymnasium, die sich gegen das neue Dogma erklärten, zum Widerruf zwingen oder versetzen solle, und als
18. März aus demselben Grunde der Bischof Krementz von Ermeland über einen renitenten Lehrer in Braunsberg, Dr. Wollmann, die Exkommunikation verhängte. Wollmann blieb trotzdem Religionslehrer an dem Gymnasium; dem im Widerstand beharrenden Bischofe wurden die Temporalien (d. h. die mit der Verwaltung eines kirchlichen Amtes verbundenen Einkünfte) einbehalten und diese Maßregel von den Gerichten bestätigt.

Den ersten über diese Einzelfrage hinausgehenden Schritt tat die
8. Juli 1871 Regierung, indem sie die 1841 unter Friedrich Wilhelm IV. eingerichtete katholische Abteilung im Kultusministerium aufhob, da diese durch ihre Nachsicht im Laufe der Jahre zu einer Art kirchlicher Behörde geworden war, und ihr Wirken nicht immer mit dem staatlichen Interesse
27. Nov. 1871 übereinstimmte. Dann kündigte die Thronrede bei der Eröffnung des Landtages ein besonderes Gesetz über die Beaufsichtigung der Schulen an. Zugleich sollte durch Errichtung von Simultanschulen der einseitige Konfessionalismus der Volksschule beseitigt werden.

Schulaufsichtsgesetz Da das Gesetz, welches die Aufsicht über alle öffentlichen und privaten Unterrichts- und Erziehungsanstalten dem Staate zuwies, durch den reaktionären Kultusminister von Mühler nur eine schwache Vertretung fand, so wurde dieser
2. Jan. 1872 auf Bismarcks Betreiben zum Rücktritt bestimmt und Adalbert Falk mit dem
Falk Kultusminister 1872–1879 Kultusministerium betraut. Diesem energisch vorgehenden Staatsmann gelang es, trotz des heftigsten Widerstandes des Zentrums und vieler Konservativen,
13. Febr. das Schulaufsichtsgesetz im Abgeordnetenhause zur Annahme zu bringen; es beseitigte die bisherige Abhängigkeit der Volksschule von der Kirche, nahm dabei jedoch deren Mitwirkung für den Religionsunterricht und für die ganze sittliche Erziehung der Jugend in Anspruch. Bei dieser Reformtätigkeit erfuhr die preußi-
Haltung der Polen sche Regierung heftigen Widerspruch auch von seiten der polnischen Bevölkerung des Königreiches. Obwohl der preußische Teil des ehemaligen Polen sich in günstigerer Lage als die beiden anderen befand, beharrten doch die Polen unter dem übermäßigen Einfluß ihrer Geistlichkeit und aus Haß gegen die Deutschen in der Gegnerschaft zum preußischen Staate, obwohl sie ihm diese günstigere Lage vorzugsweise zu verdanken haben. So wurde gegen das Schulaufsichtsgesetz ein nachhaltiger Widerstand organisiert: die Schule sollte unter der Aufsicht der Kirche bleiben, damit durch den klerikalen Einfluß das Volk der deutschen Sprache und Bildung ferngehalten würde. Auch im Herrenhause stieß die Gesetzesvorlage auf den geschlossenen Widerstand der Ultramontanen, denen feudale Junker und orthodoxe Hochkirchliche zur Seite standen. Es bedurfte der ganzen persönlichen Tatkraft
8. März Bismarcks und Falks, um auch hier das Schulaufsichtsgesetz zur Annahme zu bringen.

Haltung der Bischöfe Bald darauf hielten die preußischen Bischöfe in Fulda am Grabe des heiligen Bonifatius eine der Versammlungen ab, auf denen sie die Richt-

schnur für die Gesamthaltung des Episkopats festzustellen pflegen. Wider Erwarten faßten sie den Beschluß, sich dem neuen Gesetze zu fügen „und auch zugunsten der im Prinzipe von der Kirche losgerissenen Volksschule ihre Pflichten treu zu erfüllen". Hatte man aber in Berlin geglaubt, bei dieser scheinbar versöhnlichen Stimmung durch unmittelbare Verständigung mit der Kurie selbst zu einem Ausgleich kommen zu können, so wurde man rasch durch die Ablehnung des Kardinals Hohenlohe als Vertreters des deutschen Reiches in Rom eines anderen belehrt (§ 322). Das Jesuitengesetz (§ 322) verschärfte den Gegensatz noch mehr; das zeigte sich in der Ernennung des von nationalem und religiösem Haß gegen Preußen erfüllten Erzbischofs Ledochowski von Posen-Gnesen zum „Primas von Polen": im römischen Kalender wurde er unter den regierenden Fürsten als Stellvertreter der polnischen Könige aufgeführt. Haltung der Kurie

§ 324. Die Maigesetze. So ging man denn auch in Berlin weiter vor. Auf Grund einer von dem Kultusminister veranstalteten Konferenz von Kirchenrechtslehrern und anderen Fachmännern wurden von der Regierung Gesetzesvorlagen in Angriff genommen, welche das Grenzgebiet zwischen Staat und Kirche genauer bestimmen sollten. Sie betrafen den gesetzlichen Austritt aus der Kirche, die kirchlichen Straf- und Zuchtmittel, 22. Nov. 1872
die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen und die Einsetzung 9. Jan. 1873
eines obersten Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten. Außerdem wurde die Einführung der obligatorischen Zivilehe sowie die Bildung von katholischen Kirchengemeinden mit bestimmten Rechten bezüglich der Verwaltung des Kirchenvermögens ins Auge gefaßt. Maigesetze

Das Hauptgewicht lag auf dem dritten Entwurf, welcher die Erziehung der künftigen Kleriker in geistlichen Seminarien verhindern und sie zum Besuche allgemeiner staatlicher Lehranstalten anhalten sollte. Alle kirchlichen Anstalten, welche zur Vorbildung der Geistlichen dienten, sollten nach Hausordnung und Lehrplan unter Aufsicht des Staates stehen. Knabenseminare und Knabenkonvikte sollten nicht mehr errichtet und in den bestehenden keine neuen Zöglinge mehr aufgenommen werden. Jede Pfarrstelle sollte innerhalb eines Jahres besetzt und der vom Bischof Ernannte der Staatsbehörde zuvor angezeigt werden.

Die meisten der in den Vorlagen enthaltenen Bestimmungen waren in manchen anderen Staaten von jeher in Geltung, ohne daß die Geistlichkeit daran Anstoß genommen hatte. Im preußischen Abgeordnetenhause aber setzte das Zentrum der Vorlage einen erbitterten Widerstand entgegen; dennoch erlangte sie eine bedeutende Mehrheit. Im Herrenhause mußte wiederum Bismarck selbst seine ganze Persönlichkeit einsetzen, um die klerikalen und feudalen Gegner zu überwältigen. Das führte auch zu einem Bruche des Fürsten Bismarck mit der konservativen Partei. Am 15. Mai 1873 wurden die vier Maigesetze im 15. Mai 1873
„Staatsanzeiger" veröffentlicht.

Nun aber entbrannte ein leidenschaftlicher Kampf der katholischen Geistlichkeit gegen diese Maigesetze. Als die Regierung eine Prüfung der geistlichen Lehranstalten anordnete, verweigerten die geistlichen Vorsteher den Inspektoren der Regierung die Einsicht in die Lehrpläne und in den inneren Organismus des Unterrichtes; nur in die äußeren Räumlichkeiten wollten sie den Einblick gestatten. Die Folge war, daß diesen Seminarien die Staatsmittel entzogen, manche derselben auch geschlossen wurden. Als dann die Bischöfe fortfuhren, erledigte Pfarrstellen ohne vorherige Mitteilung an die Regierungsbehörden zu besetzen, untersagten diese den so Ernannten die Ausübung gottesdienstlicher Handlungen und entzogen ihren pfarramtlichen Verrichtungen jede bürgerliche Gültigkeit. Kampf gegen ihre Ausführung

Die Folgen dieser Maßregelungen zeigten sich bald; die Pfarreien verwaisten, die Gemeinden blieben ohne Gottesdienst, die Sterbenden ohne die Tröstungen der Religion; Amtshandlungen von Geistlichen in fremden Gemeinden führten zu Haftstrafen und Verbannungen.

Das alles mußte den konfessionellen Frieden schwer schädigen. Das Schicksal, wegen unberechtigter kirchlicher Handlungen bestraft zu werden, traf aber nicht nur die niedere Geistlichkeit, sondern auch mehrere der ersten Prälaten, den Erzbischof von Gnesen-Posen, den Grafen Ledochowski, den Erzbischof Melchers von Köln, die Bischöfe von Paderborn, Trier und Münster. Ihre Verhaftungen vollzogen sich zwar ohne Störungen durch Volksunruhen, gaben aber doch der Erbitterung der Massen immer neue Nahrung. Da indes die Verhaftung den Gesetzen gemäß nur von kurzer Dauer sein konnte, so machte die Regierung von der Macht Gebrauch, die ihr durch die Errichtung des obersten königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheit gegeben war, nämlich von der Befugnis, gegen geistliche Würdenträger, welche den Staatsgesetzen beharrlichen Widerstand leisteten, die Amtsentsetzung
15. April 1874 aussprechen zu lassen; dieses höchste Strafurteil wurde über den Erzbischof von Gnesen-Posen verhängt: er wurde wegen fortgesetzter Gesetzesverletzung seines bischöflichen Amtes verlustig erklärt und von demselben enthoben. Für die Verwaltung des kirchlichen Vermögens wurde, da die Domherren sich nicht binnen zehn Tagen zur Wahl eines Kapitelverwesers entschlossen, durch Aufstellung weltlicher Beamten gesorgt. Künftige Bischöfe sollten von der Regierung nur anerkannt und in ihre Gehaltsbezüge eingesetzt werden, wenn sie zuvor einen Huldigungseid geschworen hätten, daß sie die Gesetze des Staates gewissenhaft beobachten und ihre Geistlichen und Gemeinden anhalten wollten, die Gesinnungen der Ehrfurcht und Treue gegen den König, die Liebe zum Vaterland und den Gehorsam gegen die Gesetze zu
7. Okt. hegen und zu pflegen. Der erste, der diesen neuen Eid der Treue in die Hände des Kultusministers ablegte, war Joseph Hubert Reinkens, Professor der Theologie in Breslau, der
11. Aug. 1873 von den Altkatholiken des Deutschen Reiches zum Bischof gewählt worden war. Er erhielt in Rotterdam durch den jansenistischen Bischof Hermann Heykamp von Deventer die Weihen und fand in Preußen, Baden und Hessen die staatliche Anerkennung, nicht aber in Bayern.

Die ultramontane Partei versuchte den Glauben zu verbreiten, daß Kaiser Wilhelm mit der Haltung seiner Regierung nicht einverstanden sei.
7. Aug. 1873 Dieser Ansicht gab auch der Papst Pius IX. in einem Briefe an den Kaiser einen eigenartigen Ausdruck.

Schreiben Pius IX. Er sei überzeugt, schrieb er, daß Se. Majestät die von der Regierung ergriffenen rigorosen Maßregeln, welche auf die Vernichtung des Katholizismus abzielten, nicht billige; wenn dem aber doch so sei, so möge er bedenken, daß diese Maßregeln keine anderen Wirkungen haben könnten, als den eigenen Thron zu untergraben. „Ich rede mit Freimut", hieß es weiter, „denn mein Panier ist Wahrheit, und ich rede, um eine meiner Pflichten zu erfüllen, nämlich die, allen die Wahrheit zu sagen, auch denen, die nicht Katholiken sind. Denn jeder, welcher die Taufe empfangen hat, gehört in irgendeiner Beziehung oder auf irgendeine Weise

Schreiben Kaiser Wilhelms dem Papste an." Auf diesen Brief antwortete Wilhelm I.: Der heil. Vater sei über deutsche Verhältnisse falsch berichtet, wenn er der Vermutung Raum gebe, daß die Regierung Bahnen
3. Sept. 1873 einschlüge, welche der Kaiser nicht billige. Nach der Verfassung könne ein solcher Fall gar nicht eintreten, da alle Gesetze und Regierungsmaßregeln der landesherrlichen Zustimmung bedürften. Zu seinem tiefen Schmerze habe seit zwei Jahren ein Teil der katholischen Untertanen Preußens eine politische Partei organisiert, welche den seit Jahrhunderten bestehenden konfessionellen Frieden durch staatsfeindliche Umtriebe zu stören suche. Diese Bewegung hätten katholische Geistliche nicht nur gebilligt, sondern sie hätten sich ihr bis zur offenen Auflehnung gegen die Landesgesetze angeschlossen. Sr. Heiligkeit werde nicht entgangen sein, daß ähnliche Erscheinungen sich gegenwärtig in der Mehrzahl der europäischen und in einigen überseeischen Staaten wiederholten. Die Aufgabe des Kaisers sei es, in den Staaten, deren Regierung ihm von Gott anvertraut sei, den inneren Frieden zu schützen und das Ansehen der Gesetze zu wahren. „Ich gebe mich gern der Hoffnung hin, daß Eure Heiligkeit, wenn von der wahren Lage der Dinge unterrichtet, Ihre Autorität werden anwenden wollen, um der unter bedauerlicher Entstellung der Wahrheit und unter Mißbrauch des priesterlichen Ansehens betriebenen Agitation ein Ende zu machen. Die Religion Jesu Christi hat, wie ich Eurer Heiligkeit vor Gott bezeuge, mit diesen Umtrieben nichts zu tun, auch nicht die Wahrheit, zu deren von Eurer Heiligkeit angerufenen Panier ich mich rückhaltlos bekenne. Noch eine Äußerung in dem Schreiben Eurer Heiligkeit kann ich nicht ohne Widerspruch übergehen, nämlich daß jeder, der die Taufe empfangen hat, dem Papste angehöre. Der evangelische Glaube, zu dem Ich Mich, wie Eurer Heiligkeit bekannt sein muß, gleich Meinen Vorfahren und der Mehrheit Meiner Untertanen bekenne, gestattet uns nicht, in dem Verhältnis zu Gott einen andern Vermittler als unsern Herrn Jesum Christum anzunehmen".

Diese ruhige, würdige Antwort des Kaisers erregte in ganz Europa ein ungeheures Aufsehen. Dann wurde, wie wir schon gesehen haben, das

Zivilehegesetz vom preußischen Landtage und vom Reichstage angenommen (§ 322), und trotz aller Anstrengungen konnte das Zentrum auch in den übrigen deutschen Staaten der Politik Bismarcks keinen Abbruch tun.

Die Mittelstaaten

In Baden, Hessen, Württemberg und Sachsen, wo nach dem Tode des bejahrten Königs Johann der Kronprinz Albert, der siegreiche Mitkämpfer von St. Privat und Sedan, den Thron bestieg, stimmten Volksvertretung und Regierung mit dem Vorgehen Preußens überein. Selbst in Bayern, das die Ultramontanen als ihre eigentliche Domäne ansahen, wahrte die Regierung fest die Rechte des Staates gegen die Anläufe der ultramontanen und partikularistischen „Patrioten" der altbayerischen Lande. Der unerwartete Studienausflug des jungen Königs Ludwig II. nach Paris hatte ebensowenig politische Bedeutung, wie der im Oktober erfolgte Übertritt der Königin-Mutter Maria, einer Tochter des Prinzen Wilhelm von Preußen, zur katholischen Kirche.

23. Okt. 1873

Aug. 1874

Die Gegensätze der Parteien verschärften sich allerdings immer mehr, so daß der Mordversuch, welchen ein verkommener Tischlergeselle aus Magdeburg, Kullmann, auf den im Bad Kissingen weilenden Fürsten Bismarck unternahm, der Einwirkung des unversöhnlichen Hasses der ultramontanen Partei zugeschrieben wurde. Damals rief Bismarck im Reichstage unter dem stürmischen Beifall der Mehrheit dem Zentrum zu: „Mögen Sie sich auch noch so sehr von dem Mörder lossagen, er hängt sich doch an Ihre Rockschöße!"

Attentat Kullmanns

13. Juli 1874

4. Dez.

Antipäpstliche Unionsversuche

Um die Unfehlbarkeitslehre aber auch auf wissenschaftlichem und religiösem Gebiete erfolgreicher zu bekämpfen, suchte man alle dem Dogma abgeneigten Kräfte zu sammeln. Auf einer unter Döllingers Vorsitz in Bonn abgehaltenen Unionskonferenz wurde die Idee angeregt, alle „altkatholischen" Episkopalkirchen, wie die griechische, anglikanische, deutschniederländische, die den römischen Supremat nicht anerkennen, zu einem gemeinsamen Verhalten gegen das Papsttum zu vereinigen. Auf einer Generalsynode der deutschen Altkatholiken in Freiburg unter der Leitung des Bischof Reinkens wurde der Fortbau der von Rom abgewandten Religionsgemeinden auf den Grundlagen der altkirchlichen Lehren und Ordnungen beraten und ins Werk gesetzt.

14. Sept. 1874

6. Sept. 1874

Enzyklika des Papstes

§ 325. Höhepunkt des Kulturkampfes. Den Höhepunkt erreichte der Kulturkampf, als der Papst in einer Enzyklika an die Erzbischöfe und Bischöfe in Preußen die Maigesetze in der schroffsten Weise verwarf und erklärte, daß alle diejenigen Geistlichen, welche sich denselben fügen würden, der größeren Exkommunikation verfallen seien, worauf mit ihnen jeder Verkehr gemieden werden müsse.

5. Febr. 1875

Sperrgesetz

Die Antwort der preußischen Regierung hierauf war ein Gesetzentwurf, kraft dessen alle bisherigen Zahlungen und Leistungen des Staats an die römisch-katholischen Bischöfe und Geistlichen so lange eingestellt werden sollten, bis der im Amte befindliche Bischof oder Bischofsverweser oder Geistliche durch eine schriftliche Erklärung sich zur Befolgung der Staatsgesetze verpflichtet haben würde. Dagegen richteten die preußischen Bischöfe, nach einer gemeinsamen Beratung in Fulda, eine Eingabe an den Kaiser, mit der Bitte, dem beantragten Gesetz die Genehmigung zu versagen, da die darin verlangte „unbedingte Befolgung der Staatsgesetze unvereinbar sei mit dem Gewissen eines Christen". Das Staatsministerium wies diese Behauptung als unwahr zurück; dieselben Gesetze, die man als eine Verleugnung des christlichen Glaubens erkläre, seien in andern deutschen und fremden Ländern zu allen Zeiten in Gültigkeit gewesen, und die Unterzeichner hätten selbst die Beschlüsse des vatikanischen Konzils, die Hauptquelle der Wirren, bekämpft. Nach heftigen Debatten, die mehrere Wochen lang in beiden Häusern geführt wurden, erhielt das „Sperr- oder Brotkorbgesetz", wie man es im Landtage und im Volksmunde kurzweg bezeichnete, eine

4. März 1875

2. April

16. März bis 16. April 1875

22. April 1875 überwiegende Stimmenmehrheit und durch die Unterschrift des Königs Gesetzeskraft. Während der Verhandlungen hatte sich das Zentrum auf die Artikel 15, Verfassungsänderung 16 und 18 der preußischen Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 berufen, worin der Kirche die selbständige Ordnung und Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten zugesichert und das Ernennungsrecht der Geistlichen durch die Staatsbehörden unter gewissen gesetzlichen Vorbehalten aufgehoben war. Die Maigesetze von 1873 hatten diese Paragraphen nicht ganz beseitigt, sondern nur beschränkt, so daß sie von der klerikalen Partei stets zu ihrem Schutze herangezogen werden konnten. Um nun die Verfassung mit der neuen Kirchengesetz-
16. April gebung mehr in Einklang zu bringen, legte die Regierung dem Abgeordnetenhause einen Entwurf vor, nach dem diese Artikel durch den Satz ersetzt werden sollten: „Die Rechtsordnung der evangelischen und katholischen Kirche sowie der anderen Religionsgesellschaften im Staate regelt sich nach den Gesetzen des Staates." Auch diese Gesetzesvorlage wurde in beiden Häusern mit großer Stimmenmehrheit
18. Juni angenommen und vom Landesherrn genehmigt. Um dieselbe Zeit wurde auch
Aufhebung der Orden die „Aufhebung der geistlichen Orden und ordensähnlichen Kongre-
31. Mai gationen der katholischen Kirche" vorgeschlagen und zum Gesetz erhoben. Nur solche klösterlichen Niederlassungen, die sich dem Unterricht und der Krankenpflege widmeten, sollten unter Aufsicht des Staates noch so lange fortbestehen dürfen, bis man anderweitigen Ersatz geschaffen habe. Das eingezogene Vermögen sollte für den Unterhalt der Klosterbrüder und Klosterschwestern, die nicht auswandern oder in den Dienst des Staates treten würden, verwendet werden. Bei der amtlichen Erhebung ergab sich, daß im preußischen Staate der Gesamtstand der Ordensmitglieder sich auf 8795 in 914 Niederlassungen belief, nämlich 1032 männliche in 78 und 7763 weibliche in 836 Anstalten. Damit aber war die Zahl der neuen „Maigesetze" noch nicht geschlossen. Es wurde noch eine Regierungs-
Vermögensverwaltung vorlage, welche die Vermögensverwaltung der katholischen Kirchengemeinden
20. Juli in die Hände gewählter Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter aus dem Laienstande unter Aufsicht des Oberpräsidenten und des Bischofs legte, von beiden Häusern angenommen, und ferner kam noch das Gesetz, betreffend die Rechte der
21. Juli „altkatholischen Kirchengemeinschaften" an dem kirchlichen Vermögen, zustande, welches den Altkatholiken da, wo sie einen erheblichen Bruchteil der Bevölkerung bildeten, einen verhältnismäßigen Anteil an dem Besitzstand der katholischen Kirche sicherte. Der Protest der Bischöfe gegen die neue „Säkularisation" der geistlichen Güter, wie sie das Gesetz nannten, vermochte die Beschlüsse der Gesetzgebung nicht aufzuhalten. Da aber die Gefahr drohte, daß durch Nichtbeteiligung der Zentrumsanhänger an den Wahlen die Verwaltung des Vermögens in die Hände der kirchlichen Gegner in der Gemeinde fallen könnte, so gaben die Bischöfe nachträglich die Erklärung ab, daß sie bei Ausführung des Gesetzes, so sehr dasselbe auch die Rechte der katholischen Kirche beeinträchtige, mitzuwirken bereit seien.

Die Regierung und die liberalen Parteien glaubten in diesen kirchenpolitischen Gesetzen eine genügend starke Rüstung geschaffen zu haben, um den weltgeschichtlichen, seit Jahrhunderten geführten Kampf zwischen Staat und Kirche zugunsten des ersteren zum Abschluß bringen zu können. Sie hatten sich darin getäuscht; sie unterschätzten die Macht der Geistlichkeit auf die Massen und die Zähigkeit der Kirche.

Kampf der Kirche gegen die Gesetze Die Bischöfe ließen sich von ihrem Widerstande auch nicht durch die Strafe der Enthebung von ihren Stellen abschrecken. In Preußen waren 1877 nur noch die Bischofsitze von Kulm, Ermeland, Hildesheim und Osnabrück besetzt. Erledigt durch Absetzung oder durch den Tod und Nichtwiederbesetzung waren Posen, Breslau, Köln, Paderborn, Münster, Trier, Limburg und Fulda. Dazu kamen in Bayern die Sitze von Würzburg, Speyer und München, in Baden
13. Juli 1877 Freiburg, in Hessen seit dem Tode Kettelers, der für die katholische Kirche einen

schweren Verlust bedeutete, auch Mainz. Die abgesetzten deutschen Bischöfe gingen ins Ausland, Ledochowski nach Rom, wo ihn der Papst zum Kardinal ernannte. In den Augen des katholischen Volkes erschienen diese Kirchenfürsten, wie die über tausend Geistlichen, welche nicht als „Staatspfarrer" gelten wollten und von dem Sperrgesetz getroffen wurden, als Märtyrer. Die ultramontane Presse wie die Abgeordneten des Zentrums im Reichstage und in den Landtagen verfehlten nicht, diese Stimmung zu nähren und in der Schaffung unzähliger Vereine die katholischen Massen immer enger zusammenzuschließen. Dabei kam ihnen vor allen anderen Parteien zustatten, daß sie in jedem Augenblick eine politische Frage zu einer kirchlichen und eine kirchliche zu einer politischen machen konnten. Am schlimmsten gestaltete sich so die Lage in Posen, wo der in Rom weilende Ledochowski gleichsam eine geistliche Nebenregierung gründete, indem er durch einen geheimen Delegierten die katholische polnische Bevölkerung zum Widerstand gegen die Staatsgesetze aufreizte.

Welche Mittel benutzt wurden, um auf die Menge einzuwirken, das zeigten die Wallfahrt, die eine Anzahl deutscher Katholiken unter Führung des Grafen Stolberg zu der Madonna von Lourdes, der Schutzheiligen der französischen Revanche, unternahm, und die schwindelhaften Wundererscheinungen zu Marpingen, welche man zur Gründung eines deutschen Lourdes zu benutzen versuchte. Ja, selbst im Auslande wurde der Fanatismus gegen Deutschland erregt. Führte doch das Anerbieten eines Belgiers, Namens Duchesne, an den Erzbischof von Paris, Bismarck gegen eine Geldsumme zu ermorden, zu einem diplomatischen Notenaustausch mit der Brüsseler Regierung, die erst nach einigem Zögern erklärte, daß sie den Mangel eines Strafgesetzes gegen einen derartigen Fall beseitigen werde. Sept. 1875 — Febr. u. April 1875

Die Regierung hatte auch die Macht des Altkatholizismus überschätzt und versäumt, die in den ersten Jahren gewaltig aufflammende Bewegung durch genügende äußere Mittel zu unterstützen. Dazu kam, daß die hochgebildeten Führer der Altkatholiken geringes praktisches Geschick zeigten und mit einer zu großen Zaghaftigkeit vorgingen. Ferner waren ja einige der bedeutsamsten Gesetze, wie die Schulaufsichtsgesetze und das Ehegesetz, nur unter dem heftigsten Widerstande der konservativen Partei zur Annahme gelangt. Selbst dem Kaiser war es schwer geworden, seine Zustimmung zu beiden Gesetzen zu geben, die ja auch die evangelische Kirche und, wie er meinte, die allgemeine Stellung der Religion berührten. Mit Besorgnis sah man von diesen Seiten auf die wachsende Zuchtlosigkeit und religiöse Verwüstung. Und eine im stillen wirkende, aber einflußreiche Unterstützung fanden die Gegner des Kultusministers Falk, dessen Reise nach dem Rheinland und Westfalen durch das liberale Bürgertum zu einem wahren Triumphzug geworden war, in der Kaiserin Augusta und ihrer Umgebung. Altkatholizismus — Konservative Partei — Juni, Juli 1875

§ 326. Abbruch der Maigesetze. Solange allerdings Pius IX. lebte, auf den nach dem Tode seines langjährigen Kardinal-Staatssekretärs Antonelli dessen Nachfolger, Kardinal Simeoni, bisher Nuntius in Madrid und entschiedenes Mitglied der Gesellschaft Jesu, einwirkte, war eine Wendung zum Nachgeben und zum Frieden nicht zu erwarten. Da starb Pius IX., sein Nachfolger wurde der Kardinal Pecci, der den Namen Leo XIII. annahm und als ein Mann von versöhnlichem Charakter angesehen wurde. Er zeigte dem deutschen Kaiser in einem eigenhändigen Schreiben seine Thronbesteigung an und sprach dabei den Wunsch nach einer Ausgleichung der kirchlichen Streitigkeiten aus; bald knüpfte er auch mit dem Fürsten Bismarck Unterhandlungen an. Und auch der deutsche Kronprinz sprach als Stellvertreter seines Vaters (§ 332) in einem Schreiben an den Papst, in dem er allerdings mit aller Entschiedenheit die volle Unabhängigkeit des Staates und seiner Gesetzgebung gegen jede außerhalb desselben stehende Macht hervorhob, den Wunsch und die Hoffnung aus, „daß da, wo eine grundsätzliche Verständigung nicht erreichbar sei, doch die ver- 6. Nov. 1876 — Leo XIII. 1878—1903

föhnliche Gesinnung beider Teile auch für Preußen einen Weg zum Frieden eröffnen werde, der anderen Staaten niemals verschlossen war".

Minister Puttkamer 1879—1881

Schon 1877 hatte das Zentrum einen Antrag auf „Revision der Maigesetze" gestellt, war aber damals noch von dem Kultusminister mit der Erklärung abgewiesen worden, daß zuvor die Beschwerdeführenden die Autorität der Staatsgesetze anerkennen müßten. Seitdem war durch andere innerpolitische Verhältnisse die Stellung Falks erschüttert worden. Die Annäherung der konservativen und ultramontanen Partei, die Änderung der Wirtschaftspolitik Bismarcks (§ 329), der Bundesgenossen für dieselbe brauchte und sie bei den in sich uneinigen

30. Juni 1879 liberalen Parteien nicht finden konnte, nötigten den Kultusminister zum Rück-

29. Juli bis 16. Aug. 1878 tritt; an seine Stelle trat der Oberpräsident von Pommern, von Puttkamer. Schon vorher hatte eine Verhandlung Bismarcks mit dem Nuntius am Münchener

1. Aug. 1878 Hofe, Erzbischof Masella, in Kissingen stattgefunden, die jedoch, da der gemäßigte Staatssekretär des Papstes, Franchi, plötzlich starb und der neue Staatssekretär, Kardinal Nina, den Jesuiten näherstand, ohne Erfolg blieb. Auch die Verhandlungen zwischen Bismarck und dem päpstlichen Nuntius in

Sept. 1879 Wien, Erzbischof Jacobini, in Gastein hatten dasselbe Ergebnis. Dennoch aber war die Verständigung angebahnt, und der Kultusminister v. Puttkamer begann einen wesentlich anderen Weg einzuschlagen als sein Vorgänger. Die Schulreformen wurden gehemmt, wenn auch nicht rückgängig gemacht, die Errichtung von Simultanschulen erschwert, die Reorganisation des Volksschulwesens zum Stillstand gebracht und ein von Falk vorbereiteter Unterrichtsgesetzentwurf zurückgeschoben. Und als im Mai 1880 eine Gesetzesvorlage eingebracht wurde, kraft

Diskretionäre Vollmachten deren es in die Gewalt der Regierung gestellt sein sollte, eine Reihe von Artikeln in den Maigesetzen in Anwendung zu bringen oder unausgeführt zu lassen, da konnte kein Zweifel mehr an den friedlichen Absichten der Regierung obwalten. Bei den Beratungen über diese Gesetzesvorlage strengten die Liberalen nun alle Kräfte an, um von den maigesetzlichen Bestimmungen wenigstens die wichtigsten zu retten, und es gelang ihnen durch ein von Bennigsen mit den Konservativen vereinbartes Kompromiß. Die Hauptpunkte, wie die Rückberufung der von dem kirchlichen Gerichtshof abgesetzten und flüchtigen Bischöfe, die diskretionäre Anwendung oder Sistierung der strafrechtlichen Bestimmungen der Maigesetze u. a. m., wurden ausgeschieden, der Rechtsschutz gegen Mißbrauch

28. Juni 1880 der kirchlichen Gewalt aufrechterhalten: in dieser Abschwächung wurde das erste Friedensgesetz gegen die Stimmen des mehr fordernden Zentrums angenommen. Die Folgen zeigten sich rasch.

In vielen erledigten Pfarreien konnte die Seelsorge und in den durch den Tod ihrer Inhaber erledigten Bistümern durch Einsetzung neuer Oberhirten eine regelmäßige Diözesanverwaltung wiederhergestellt, die Gehaltssperre aufgehoben werden. Jetzt wurde auch die Vertretung Preußens beim Vatikan wiederhergestellt und Herr v. Schlözer, der bisherige

4. April 1882 Gesandte in Washington, mit der schwierigen Mission betraut, die Beziehungen zur Kurie zu pflegen und weitere Unterhandlungen zu führen. Ein Teil der Bestimmungen des Kirchengesetzes von 1880 besaß nur bis Ende des Jahres 1881 Gültigkeit; sie waren gewissermaßen probeweise erlassen. Zu Anfang des Jahres 1882 legte daher der Kultusminister

Goßler, 17. Juni 1881 v. Goßler, der Nachfolger des zum Minister des Innern ernannten Herrn von Puttkamer, dem Landtage ein anderes Gesetz vor, welches die abgelaufenen Bestimmungen erneuern und in verschiedener Richtung erweitern wollte. Dabei waren auch jetzt die „diskretionären Vollmachten" beibehalten, eine „organische Revision" der Maigesetze abgelehnt, und auch dies Gesetz sollte in wesentlichen Bestimmungen nur für einen kurzen Zeitraum Gültigkeit haben. Wie das Gesetz von 1880 durch Konservative und Nationalliberale, so kam das

31. Mai 1882 von 1882 durch Konservative und Zentrum nach langen parlamentarischen Kämpfen zustande. Die erloschenen „diskretionären Vollmachten" des letzten Junigesetzes wurden danach erneuert, der Bischofsparagraph in der Fassung angenommen, daß ein durch gerichtliches Urteil beseitigter, vom König begnadigter Bischof, „wieder als staatlich anerkannter Bischof seiner Diözese" gelte, das sogenannte Kulturexamen (wissenschaftliche Staatsprüfung) modifiziert, das Institut der „Staatspfarrer" beseitigt. Über eine anderweite Regelung des Einspruchsrechtes und der Anzeigepflicht bei geistlichen Ernennungen dauerten die Verhandlungen mit

der Kurie noch fort. Bald waren alle preußischen Bistümer wieder besetzt; auch einige der gerichtlich abgesetzten Bischöfe wurden wieder zugelassen. Auf den erzbischöflichen Stuhl von Posen, dessen Wiederbesetzung die größten Schwierigkeiten bereitete, wurde der deutsche Propst Dinder aus Königsberg erhoben. Zwar erregte das Auftreten des neuen Fürstbischofs 26. März 1886
Herzog von Breslau, der die aus einer nicht in katholischer Trauung vollzogenen Mischehe Aug. 1882
entsprossenen Kinder kirchlich als unehelich erklärte, peinliches Aufsehen, gleichwohl schritt die Regierung auf der Bahn der Versöhnung fort. Ein neuer, in freundlichem Ton gehaltener Briefwechsel zwischen Kaiser und Papst zeugte von der zunehmenden Besserung des Dez. 1882
Verhältnisses. Ein merkwürdiges Zeichen der Umwandlung der Stimmung war auch der Antrag des Reichskanzlers, in dem wegen des Besitzes der Karolineninseln mit Spanien ausgebrochenen Streit (§ 330) den Papst als Vermittler anzurufen. Fast jedes Jahr brachte nun eine neue kirchenpolitische Vorlage, welche wieder ein Stück von den „Maigesetzen" abbröckelte. Im Jahr 1883 wurde das staatliche Einspruchsrecht auf solche geistliche Ämter beschränkt, welche stiftungsmäßig dauernd zu besetzen sind. Eine weitere kirchenpolitische Novelle hob das sogenannte Kulturexamen, den geistlichen Gerichtshof und das Verbot der 25. Juni 1883
Errichtung neuer Knabenseminarien und Knabenkonvikte endgültig auf, schränkte die Berufung an den Staat gegen Entscheidungen der kirchlichen Behörden wesentlich ein, erweiterte die Zulassung und Wirksamkeit der krankenpflegenden Orden. Gegen die Verpflichtung zu einer weiteren Revision verstand sich jetzt die Kurie zur Anerkennung der Anzeigepflicht bei neuzubesetzenden Pfarreien. Um den Fortgang des Friedenswerks erwarb sich der Bischof Dr. Kopp von Fulda, der 1887 zum Fürstbischof von Breslau ernannt wurde und als Mitglied des Herrenhauses erfolgreich in die parlamentarischen Verhandlungen eingriff, große Verdienste. Die in Aussicht gestellte weitere Revision wurde in einem fünften Kirchengesetz vorgenommen. 29. April 1887
Dasselbe beschränkte den staatlichen Einspruch gegen die Anstellung von Geistlichen auf den Fall, daß der Anzustellende aus einem dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiet angehörigen Grunde für die Stelle nicht geeignet sei, hob den staatlichen Zwang zur dauernden Besetzung der Pfarrämter und das Gesetz über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel auf, sofern diese Zuchtmittel sich auf das rein religiöse Gebiet beschränkten, und setzte fest, daß durch Beschluß des Staatsministeriums diejenigen Orden, welche sich der Aushilfe in der Seelsorge, der Übung der christlichen Nächstenliebe oder einem beschaulichen Leben widmen, wieder zugelassen und die weiblichen Orden auch wieder mit der Leitung höherer Töchterschulen betraut werden konnten. Namentlich die Wiederzulassung der Orden, sogar zum Unterricht, erregte in liberalen Kreisen schwere Bedenken; indessen wurde durch Konservative und Zentrum auch dieses Gesetz angenommen.

Ergebnis des Kulturkampfes

Damit war der langjährige Kampf beendet, wenn auch die Wirkungen desselben noch in unseren Zeiten zu spüren sind. Trotzdem die Falksche Gesetzgebung durchlöchert war, und der Staat den Kanossagang wirklich angetreten zu haben schien, wurden doch sehr wesentliche Rechte, die er in diesem erbitterten Streite wieder errungen hatte, gewahrt. Die katholische Abteilung im Kultusministerium wurde nicht mehr eingerichtet. Die 1875 aufgehobenen Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung mit ihrer abstrakten Forderung der Selbständigkeit der Kirche wurden nicht wiederhergestellt; der Staat hielt das Recht fest, die Grenzen seiner Befugnis selbst zu bestimmen. Erhalten blieben ferner der Kanzelparagraph, ein Rest des Ordensgesetzes und der Anzeigepflicht, das Jesuitengesetz und vor allem die Schulaufsicht und die Zivilehe, nebst der weltlichen Regelung des Personenstandes.

Abwehr des Polentums

Während die preußische Regierung so mit der katholischen Kirche Frieden schloß, sah sie sich gleichzeitig genötigt, gegen die Bundesgenossen der Ultramontanen, die Polen, energische Mittel der Abwehr zu gebrauchen, da das stete Vordringen des Polentums in den östlichen Provinzen besorgniserregend war. Dieses war veranlaßt worden durch die schwankende Politik der preußischen Regierung, den seit 1878 allmählich eingetretenen Rückgang des deutschen Privatbesitzes und die Zunahme der slawischen Bevölkerung infolge der starken Zuwanderung polnisch-russischer Arbeiter, die den Großgrundbesitzern bequemer waren als die anspruchsvolleren Deutschen. Auch reizte das Beispiel Galiziens, das fast ganz polonisiert war, die preußischen Polen zur Nachahmung.

April 1885 Zunächst suchte man durch Ausweisung von Ausländern polnischer Nationalität der Überflutung der östlichen Grenzlandschaften durch polnische Zuzügler zu wehren. Es mochten im einzelnen dabei Mißgriffe vorgekommen sein, im ganzen aber konnte man der Maßregel im nationalen Interesse die Berechtigung nicht absprechen. Dennoch wurde im Reichstage das Vorgehen von den Polen mit Unterstützung der Ultramontanen und Deutschfreisinnigen zu einem heftigen Angriff gegen die Regierung benutzt, obschon die in den Grenzen der landeshoheitlichen Zuständigkeit Preußens erlassene Maßregel keineswegs zur Kompetenz des Reiches gehörte, wie eine kaiserliche Botschaft mahnend hervorhob. Trotzdem ließ sich die klerikal-fortschrittlich-sozialdemokratisch-polnische Mehrheit zu einer Mißbilligung
16. Jan. 1886 der Maßregel hinreißen, und der elsässische Protestler Simonis begrüßte diesen Tag als den schönsten, den er seit zwölf Jahren im Reichstag erlebt habe. Das preußische Abgeordnetenhaus aber mit seiner konservativ-nationalliberalen Mehrheit erkannte die Maßregel als durch das Interesse des Deutschtums gerechtfertigt an und erklärte sich bereit, die in der Thronrede angekündigten positiven Schritte zur Sicherung des Bestandes und der Entwicklung der deutschen Bevölkerung und deutschen Kultur in den östlichen Grenzprovinzen zu unterstützen.
April 1886 Das sollte geschehen durch eine Gesetzgebung, welche die Beförderung deutscher Ansiedlungen vermittelst Ankaufs polnischer Güter und verschiedener Bestimmungen auf dem Gebiete der Schule, der besseren Pflege der deutschen Sprache und der Abwehr polnischer Agitation bezweckte.

§ 327. Die evangelisch-protestantische Kirchengesetzgebung. Man hätte denken sollen, daß in dem Kampfe der preußischen Regierung mit dem Ultramontanismus die protestantischen Konfessionsverwandten sich aufrichtig an jene angeschlossen haben würden. Denn es handelte sich bei dem Kampfe der Regierung gegen Rom zugleich um so unzweifelhafte Interessen der gesamten evangelischen Kirche, daß alle untergeordneten Bedenken gegenüber der Pflicht, die Regierung auf dem schwierigen Wege zu stützen, hätten zurücktreten müssen. Aber dem stand zunächst der reaktionäre Einfluß v. Mühlers und dann die hochkirchliche Orthodoxie entgegen.

Sydow Eine Nachwirkung des Mühlerschen Geistes war die Einleitung einer Untersuchung gegen den Berliner Prediger Sydow, der, nachdem er in einer langen Reihe von Jahren mit rüstiger Kraft für die Union und für die freie Entwicklung im Geiste Schleiermachers gewirkt hatte, im Jahre 1872 durch einen im Unionsverein gehaltenen Vortrag „über die wunderbare Geburt Jesu" den Zorn der Orthodoxen erregte. Darüber von dem Brandenburger Konsistorium zur Rechenschaft gezogen, sollte er mit Entsetzung bestraft werden. Er legte Berufung an den Oberkirchenrat ein, in den zu Anfang des Jahres 1873 Dr. Herrmann, bisher Professor des Kirchenrechts in Heidelberg, als Präsident eingetreten war, ein Mann, der mit der Achtung vor der geschichtlichen Entwicklung des protestantischen Christentums eine weitherzigere Auffassung und ein klares Verständnis für die Ideen der Zeit und die Bedürfnisse der Gegenwart verband. Es konnte als günstiges Zeichen der toleranteren Anschauungen der obersten Kirchenbehörde gelten, daß sie den Urteilsspruch zuerst milderte, dann aufhob und statt der Amtsentsetzung einen geschärften Verweis über Sydow verhängte.

Gemeinde- und Synodalordnung Dieser Geist der Versöhnung und der Ausgleichung der konfessionellen Spaltungen innerhalb der evangelisch-protestantischen Kirche gab sich auch in der großen Aufgabe kund, die sich der neue Präsident in Übereinstimmung mit dem neuen Kultusminister Falk stellte, die vorhandenen kirchlichen Gestaltungen zunächst in den sechs älteren Provinzen je nach ihrer historischen Entwicklung zu einem verfassungsmäßigen Ausbau zu bringen, d. h. den früher (§ 131) gescheiterten Versuch, durch Einführung einer allgemeinen Kirchengemeinde- und Synodalordnung das kirchliche Leben zu fördern, mit zeitgemäßen Veränderungen zu erneuern. Der Hauptzweck dieser Gemeinde- und Synodalordnung war, durch eine von der Vertretung der Einzelgemeinde zur Kreissynode, von der Kreissynode zur Provinzialsynode aufsteigende Reihe von Vertretungskörpern (bestehend zu einem Drittel aus geistlichen, zu zwei Dritteln aus den von der Gemeinde gewählten,

von den Fakultäten der Universitäten entsandten und von dem König ernannten Mitgliedern), die evangelische Kirche Preußens zu größerer Selbstverwaltung und eigener Lebensbetätigung zu befähigen, als es bisher der Fall gewesen war. Am 24. November 1875 wurde die durch die Provinzialsynoden vorbereitete Generalsynode der acht alten Provinzen Preußens durch den Präsidenten Herrmann eröffnet, und nach eingehenden Beratungen wurde eine Synodalordnung vereinbart, welche der evangelischen Landeskirche die auf dem Grundsatze der Selbstbestimmung aufgebaute Repräsentativverfassung verlieh; sie wurde 1876 durch die beiden Häuser des Landtags und den König bestätigt. Diese Neuordnung, verbunden mit dem neuen Gesetz über die Zivilehe, die Führung der Standesbücher durch weltliche Beamte, die Strafverfügungen gegen die Vilmarianischen (§ 190) Geistlichen in Hessen, welche das von der preußischen Regierung eingesetzte Gesamtkonsistorium nicht anerkennen wollten, gaben Zeugnis von dem festen Entschluß der Regierung, auf allen Lebensgebieten die sittlichen Aufgaben des modernen Staates zu erfüllen und die Autorität der Gesetze zu fördern.

Haltung der Orthodoxen

Aber die Orthodoxen, als deren Haupt der Präsident des Brandenburger Konsistoriums, Emanuel Hegel, der zweite Sohn des Philosophen, angesehen werden konnte, wollten sich mit dem liberalen Geiste nicht befreunden; sie klagten über „Entchristlichung des Volkes" durch die bürgerliche Standesführung, über das Übergewicht der Laien in den Synoden, über die Simultanschulen und suchten, unterstützt von der konservativen Partei, die freiere Richtung von dem Pfarramt und von den Lehrstühlen fernzuhalten. Die Gegensätze schärften sich so, daß ein Zusammenwirken des Präsidenten des Oberkirchenrates Herrmann und des Brandenburger Konsistoriums unter Hegel nicht länger möglich schien. Mehrere Vorfälle, besonders die Wahl des von den Orthodoxen als unkirchlich angesehenen Predigers Hoßbach zum Hauptpastor der Jakobigemeinde in Berlin, bewogen Herrmann und Hegel, ein Entlassungsgesuch einzureichen. Obgleich der Kaiser beide Männer im Amte zu erhalten wünschte, gewann die orthodoxe Strömung in den hohen Kreisen immer mehr Boden, so daß der Kaiser endlich in das mehrfach von Herrmann eingereichte Entlassungsgesuch in ehrenvoller Anerkennung seiner Verdienste ein- 1878
willigen mußte. Sein großes Werk aber, die Synodalordnung, blieb unverändert in Geltung, auch als der Oberkirchenrat durch zwei Glieder aus dem Kreise der Hofgeistlichkeit verstärkt wurde.

Evangelischer Bund

Da die orthodoxen Elemente in dem Streite des Staates mit der katholischen Kirche sich bei dem Abbruch der Maigesetzgebung mehr und mehr auf Seite des Zentrums stellten, so traten 1886 evangelische Männer verschiedenster Richtung, unter ihnen die Professoren Beyschlag aus Halle und Nippold aus Jena, zu einer Vereinigung zusammen, die auf der konstituierenden Generalversammlung in Frankfurt a. M. den Namen „Evangelischer Bund" 15.—17. Aug. 1886
erhielt, um in gemeinsamer Arbeit die ultramontanen Übergriffe abzuwehren, zugleich aber auch die lähmenden Parteigegensätze innerhalb der evangelischen Kirche Deutschlands zu überwinden. Dies Ziel suchte der Bund durch öffentliche Versammlungen und vor allem durch die „Kirchliche Korrespondenz für die deutsche Tagespresse" zu erreichen.

3. Wirtschafts- und Kolonialpolik.

§ 328. Wirtschaftsentwicklung bis 1879. Zu den politischen Fragen traten mit gleicher Bedeutung die wirtschaftlichen Fragen. Durch die überraschend schnelle Abzahlung der Kriegskosten Frankreichs, — statt 1874 (§ 282) wurde schon September 1873 die fünfte Milliarde bezahlt — ergoß sich eine wahre Goldflut über Deutschland und rief verbunden mit dem allgemeinen industriellen und wirtschaftlichen Aufschwung eine vollständige wirtschaftliche Umwälzung hervor.

Verwendung der Kriegskosten-Entschädigung

Ungefähr die Hälfte der von Frankreich gezahlten Kriegskosten wurde für gemeinschaftliche Rechnung der deutschen Staaten verwandt; der zweite, größere Teil wurde den einzelnen Staaten überwiesen. Über die erstere Summe verfügten der Reichstag und Bundesrat durch eine Reihe von Gesetzen. So wurde

23. Mai 1873

der Reichsinvalidenfonds zur Unterstützung von Militärpersonen des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine, sowie der Hinterbliebenen derselben mit einem Kapital von 560 Millionen Mark gegründet, unter der Annahme, daß er sich mit den Zinsen in etwa 50 Jahren aufzehren werde. Für Reichseisenbahnen (in den Reichslanden), Festungsbauten und die Marine wurden ebenfalls große Summen angewiesen; und damit in kritischen Zeiten der Regierung sofort bares Geld zur Verfügung stünde, wurde der Reichskriegsschatz mit 120 Millionen Mark angelegt, die im Juliusturme in Spandau als eiserner Bestand aufbewahrt werden. Die Einzelregierungen aber erteilten große Aufträge, durch die auch der Eisenbahnbau sehr gefördert wurde, und kündigten Staatsanleihen.

Wirtschaftlicher Aufschwung

Bei der wirtschaftlichen Einheit, die Deutschland durch die preußische Zollpolitik lange vor der politischen erworben hatte, konnte diese Flut von Geld sich überaus rasch nach allen Seiten hin verbreiten. Sie rief sofort einen mächtigen Aufschwung jeder Unternehmungslust hervor und damit eine Fülle von Arbeit und eine schnelle und bedeutende Steigerung der Arbeitslöhne und Preise aller Lebensbedürfnisse. Überall zeigte sich ein hocherfreuliches Regen und Leben auf wirtschaftlichem Gebiete; der Friede war gesichert, und das Bewußtsein, nunmehr in einem starken, einigen und nach außen geachteten Reiche zu wohnen, erhob das ganze deutsche Volk zu neuem, frischem Schaffen. Dazu kam der Aufschwung der Naturwissenschaft, die Verwertung der Dampfkraft und anderer Erfindungen. Aber leider zeigten sich auch ebenso rasch die Schattenseiten dieses schönen Bildes deutschen Fleißes und Wagemutes. Man glaubte nur so in den Tag hinein neue Güter hervorbringen zu können, ohne zu bedenken, daß Deutschland noch recht fern von der vollen Teilnahme an dem Weltmarkte war, und daß diese Unmasse der Erzeugnisse der Industrie auf die Dauer in Deutschland allein nicht abgesetzt werden konnte. Alles zog nach den Städten, um rasch reich zu werden, die Landwirtschaft, der die Arbeitskräfte genommen wurden, begann zu leiden, und sehr bald zeigte sich in den unteren Schichten des Volkes eine besorgniserregende Entsittlichung; in den oberen Klassen aber trat das Gründerunwesen hervor und mit ihm eine Schwindelperiode der schlimmsten Art. Wie von einem Goldfieber ergriffen, suchte jeder so bald wie möglich ohne Arbeit reich zu werden, gelockt durch den scheinbar ungeheuren Erfolg weniger, die die Sache verstanden und sich beizeiten sicherstellten. Familien- und Privatgelder wanderten in deren Kassen, um nie wieder herauszukommen. Bald erhoben sich warnende Stimmen.

14. Jan. 1873

Der Abgeordnete Lasker übte im Anfang des Jahres 1873 auf dem preußischen Landtage eine scharfe Kritik an diesen wirtschaftlichen Erscheinungen und besonders an den Vorgängen bei neueren Eisenbahnbauten; er erhob die Klage, daß der Staat ohne genügende Prüfung Konzessionen zu Privateisenbahnen erteile, wodurch oft die Unternehmer auf Kosten der Aktienkäufer sich unbillige Vorteile zuwendeten. Das Handelsministerium wurde beschuldigt, bei solchen Konzessionserteilungen nach Gunst und Ungunst zu verfahren. Man nannte vornehme Namen, die daraus Gewinn gezogen hätten, besonders mit dem Namen des Bankier Strousberg wurden schlimme Vorgänge verbunden. Darauf wurde von der Regierung eine Untersuchung eingeleitet; und im Handelsministerium trat Achenbach an Stelle des Grafen Itzenplitz.

Der Krach 5. Mai 1873

Ein allgemeines Mißtrauen begann sich nun einzustellen, und bald brach der „große Krach“ los, der, in Wien während der Weltausstellung anfangend, seine verheerenden Wirkungen über die ganze Welt erstreckte und in Deutschland die schwersten Opfer forderte. Der Zusammensturz von Banken in den großen Städten zog das Hinterland in Mitleidenschaft, und überall zeigten sich in den Prozessen ein wahrhaft erschreckender Leichtsinn der Geschädigten und eine kaum glaubliche Betrügerei der Kassierer, Buchhalter und Geschäftsinhaber. Aber in

dem deutschen Volke selbst lag doch ein so gesunder Kern, daß es nach verhältnismäßig kurzer Zeit sich aus dem Verderben herausarbeitete, während Österreich, Ungarn, Italien, die Schweiz, Nordamerika, England, Skandinavien, Rußland, Serbien, Rumänien, Südamerika und zuletzt auch Frankreich erst 1879 zu besseren Verhältnissen gelangten. Es wurde in der ganzen Welt bewundert, daß inmitten der allgemeinen Not die Preußische Bank das schlimmste Jahr 1873 mit einem Reingewinn von 7 741 783 Taler abschloß und 20 Prozent Dividende verteilen konnte. Und ganz außerordentlich wurde das wirtschaftliche Vertrauen wieder dadurch gehoben, daß die oft angerufene Staatshilfe für diesen selbstverschuldeten Zusammenbruch nicht eintrat, wie sie es mit vollem Rechte während des Krieges durch die Einrichtung der staatlichen Vorschußkassen dem schuldlos erwachsenen allgemeinen Bedürfnisse gegenüber getan hatte. Der einzige Versuch der preußischen Regierung, 1874 für die von dem Fürsten Putbus „gegründete" Berliner Nordbahn einzutreten, wurde von der Volksvertretung abgelehnt.

Reichseisenbahnprojekt

Durch diese Verhandlungen wurde nun aber die überaus wichtige Frage in Fluß gebracht, ob das Eisenbahnwesen, das bisher hauptsächlich durch private Unternehmungen gefördert war, vom Staate übernommen werden sollte, und weiter, ob Reichseisenbahnen geschaffen werden oder die Einzelstaaten dieses bedeutungsvolle Verkehrsgebiet ordnen sollten. Schon 1873 war Lasker für ein Staatseisenbahnsystem eingetreten, und der neue preußische Handelsminister Achenbach brachte 1874 im Abgeordnetenhause eine Vorlage ein „über die periodische Aufstellung eines Landes-Eisenbahnplanes und die Errichtung eines Eisenbahnrates". Schon 1873 war das Reichseisenbahnamt geschaffen worden; die geringen Erfolge desselben führten nun zu dem Plane, alle Bahnen in Reichseisenbahnen umzuwandeln. So unterbreitete 1876 Bismarck der Volksvertretung eine Vorlage, die die Übertragung der preußischen Staatsbahnen auf das Reich zur Grundlage hatte.

27. April 1876

Bismarck selbst befürwortete das Gesetz mit folgenden Worten: „Ich habe darauf gerechnet, daß die Regierungen die Verpflichtung, welche sie in der Reichsverfassung übernommen haben: ‚die deutschen Eisenbahnen im Interesse eines einheitlichen Verkehrs verwalten zu lassen', ernster nehmen würden. Ich habe mich darin vollständig getäuscht. Ich hatte dann geglaubt, daß die Herstellung des Reichseisenbahnamtes dem Mangel abhelfen könne . . . Das Reichseisenbahnamt ist eine begutachtende, beratende, bittende Behörde geworden, die sehr viel schreibt und tut, ohne daß ihr jemand Folge leistet . . . Wir haben im Reiche 63 Eisenbahnterritorien, in Preußen 40. Jede dieser territorialen Herrschaften ist nun mit den mittelalterlichen Gerechtsamen des Regalrechts, des Zoll- und Geleitwesens und der Auflagen auf den Verkehr nach Willkür, zugunsten ihres Privatsäckels, vollständig ausgerüstet, selbst mit Fehderecht. Diese Zustände entsprechen nicht dem Ideal, das die Reichsverfassung aufstellt."

Die beiden preußischen Kammern nahmen trotz scharfer Gegnerschaft die Vorlage an, aber die anderen deutschen Staaten verhielten sich vollständig ablehnend. Sie fürchteten einen Eingriff in ihre Hoheitsrechte und eine Einbuße der finanziellen Erträge ihrer Bahnen. So mußte Bismarck diesen großartigen Plan einer Reichseisenbahn fallen lassen, aber mit aller Entschiedenheit führte er dann den Staatsbahngedanken in Preußen durch. Alle bedeutenden Privatbahnen wurden nach und nach vom Staate erworben, und eine einheitliche preußische Eisenbahnpolitik war das Ergebnis. Auch in den anderen Staaten verschwanden allmählich die Privatbahnen und machten den Staatsbahnen Platz.

Staatsbahnen

Wenn so das Reichseisenbahnsystem nicht durchgeführt werden konnte, so war für den internationalen Verkehr von höchster Wichtigkeit der Abschluß des Weltpostvereins durch den deutschen Generalpostmeister Dr. Stephan. Dieser Verein schloß 33 348 000 Quadratkilometer und 331 893 000 Menschen in allen Erdteilen gleichsam zu einem einheitlichen Postgebiet zusammen, indem er für die Beförderung von Postsendungen auf diesen ungeheuren Entfernungen einheitliche Tarife und Grundsätze aufstellte. Allmählich sind fast alle Staaten der Welt (1900 63, darunter alle Staaten Europas mit Ausnahme Kretas)

Weltpostverein Nov. 1874

dieser großartigen Schöpfung beigetreten, so daß 1899 der Flächeninhalt 104 613 000 Quadratkilometer und die Anzahl der Bewohner 1 083 765 000 betrug. 1904 gehörten dem Weltpostverein 77 Länder an; noch nicht beigetreten waren: Abessinien, Afghanistan, Arabien, Belutschistan, von den britischen Besitzungen in Afrika Zentralafrika, Nigeria, Rhodesia, in Australien die Salomon-, Tonga-, Banks-, Gilbert- nnd Ellice-Inseln, Neue Hebriden und St. Kruz-Inseln, China, Ladakh (Tibet), Marokko. Doch befinden sich in Arabien, Belutschistan, China und Marokko einzelne Vereinspostanstalten.

Freihandel

§ 329. Schutzzollpolitik. Neue Parteigruppierung. Seit 1861 stand die deutsche Zoll- und Handelspolitik unter dem Gedanken des Freihandels. Allmählich aber hatten sich die Nachbarländer Österreich und Rußland mit starken Zollschranken umgeben. Frankreich strebte nach demselben Ziel, und die englische Spekulation verstand es vortrefflich, die deutsche Zollfreiheit für ihre wirtschaftlichen Interessen auszubeuten. Bismarck hatte die Handelspolitik im wesentlichen dem um den Ausbau des Reiches hochverdienten Präsidenten des Reichskanzleramtes, Rudolf Delbrück (§ 320),

1. Juni 1876 überlassen, der die freihändlerische Richtung vertrat. Seit dessen Rücktritt lenkte er allmählich in andere Bahnen ein, da, wie er sagt, die Freihandelspolitik „zum Auszehrungs- und Schwindsuchtssystem werde, das nur durch den Blutzufluß der Milliardenzahlung einige Zeit aufgehalten worden sei". Außer den wirtschaftlichen Rücksichten bestimmte ihn der Wunsch, dem Reiche größere eigene Einnahmen zu verschaffen.

Übergang zum Schutzzoll

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten traten in der Eisenindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft hervor. Trotz der eifrigsten Bemühungen der Eisenindustriellen waren am 1. Januar 1877 die noch bestehenden Eisenzölle aufgehoben worden. Die Folge war, daß die ungeheuren Vorräte englischen Eisens, die dort durch eine schwindelhafte Überproduktion geschaffen worden waren und nun von dem allgemeinen europäischen Krach (§ 328) erreicht wurden, sowie die französischen Eisenwaren hereinströmten. Die deutsche Eisenindustrie konnte einen solchen Wettbewerb nicht aushalten; eine bedeutende Zahl von Hochöfen mußte ausgeblasen werden, Tausende von Arbeitern wurden brotlos, und immer größere Kreise durchdrang die Überzeugung, daß dieses Freihandelssystem beseitigt werden müsse. Das bedeutungsvollste Anzeichen der veränderten handelspolitischen

23. März 1878 Ansichten waren der Rücktritt des Finanzministers v. Camphausen und die Bil-

17. Okt. 1878 dung der „Volkswirtschaftlichen Vereinigung" durch 204 Abgeordnete des im Juni neugewählten Reichstages, die für eine Reform des deutschen Zolltarifs eintreten wollten. Im April 1879 legte dann die Regierung dem Reichstage den „Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Zolltarif des deutschen Zollgebietes" vor. In demselben waren durchgängig die bestehenden Eingangszölle ansehnlich erhöht, nur unentbehrliche, in Deutschland gar nicht oder ungenügend erzeugte Rohstoffe freigelassen, eine Reihe bestehender Finanzzölle, namentlich auf Kaffee, Tee, Wein, wesentlich gesteigert und eine Anzahl neuer Zölle auf Eisen, Holz, Getreide, Vieh eingeführt. Zugleich wurde ein Gesetzentwurf über eine ansehnliche Erhöhung der Tabaksteuer vorgelegt. Es war das Bestreben der Regierung, die Zollfragen nicht nach den Geboten von Lehrmeinungen, sondern nach den wirklichen Bedürfnissen des Volkes zu behandeln.

Erhöhung der Reichseinnahmen

Neben der durch diese volkswirtschaftlichen Ziele gebotenen Rückkehr zu den während der ersten Jahrzehnte nach Begründung des preußischen Zollvereins befolgten Grundsätzen eines mäßigen Schutzes des einheimischen Gewerbfleißes gegen den ausländischen Wettbewerb war, wie gesagt, von gleicher Wichtigkeit die finanzielle Absicht, Gegenstände allgemeineren Verbrauchs neu oder in erhöhtem Maße zur Verzollung heranzuziehen, um dem Reiche die Mittel zur Deckung eines beträchtlichen Teiles seines steigenden Finanzbedarfes bereitzustellen und

dadurch die Einzelstaaten von der Notwendigkeit stärkerer Anspannung der direkten Steuerkraft der Bevölkerung zu befreien. Nach der Reichsverfassung bildeten außer den Zöllen und einzelnen Reichsabgaben die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten die Einnahmen des Reiches. Diese Beiträge der einzelnen Bundesstaaten, die nach dem Verhältnis der Kopfzahl der Wahlbevölkerung aufgebracht werden mußten, trafen die kleineren Staaten mit durchschnittlich minder wohlhabender Bevölkerung verhältnismäßig härter, als die größeren und machten das Reich, wie Bismarck es drastisch ausdrückte, zu einem „lästigen Kostgänger und mahnenden Gläubiger" derselben. Er wollte es vielmehr zu einem „freigebigen Versorger" machen. — Nach scharfen Kämpfen im Reichstage, die besonders durch den lebhaften Widerstand gegen die Zölle auf unentbehrliche Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände hervorgerufen wurden, der u. a. auch auf dem Berliner Städtetag einen mächtigen Ausdruck fand, wurde der neue Zolltarif am 15. Januar 1879 angenommen, aber mit einer von dem Vizepräsidenten des Reichs- 15. Jan. 1879
tags, Freiherrn v. Franckenstein, der dem Zentrum angehörte, aufgestellten, nach ihm genannten Klausel, daß derjenige Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, der die Summe von 130 Millionen Mark in einem Jahr übersteige, den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung, mit der sie zu den Matrikularbeiträgen herangezogen werden, überwiesen werden müsse.

Demnach erheben also die Einzelstaaten die Zölle und Abgaben und führen sie nach Abzug der Erhebungsgebühren in die Reichskasse ab. Das Reich nimmt dann, ähnlich wie im früheren Zollverein, die Verteilung vor: 130 Millionen behält es selbst; der Überschuß geht an die Einzelstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerungsziffer zurück. Die Wirkung zeigte sich rasch. Während die Matrikularbeiträge 1879/80 noch 64 054 504 Mark betrugen, sanken sie 1880/81 auf 25 903 608 Mark, 1881/82 auf 17 108 310, 1882/83 auf 1 371 204; dann erhielten die Einzelstaaten, anstatt einen Zuschuß zu den Reichsausgaben zu leisten, Überschüsse vom Reiche ausbezahlt, und zwar 1883/84 11 547 951 Mark, 1884/85 40 987 110 und 1885/86 13 014 441. Die nächstfolgenden Jahre brachten einen weiteren Ausbau des Schutzzollsystems, und nach umfangreichen Abänderungen wurden Tarifgesetz und Tarif am 24. Mai 1885 in neuer Fassung veröffentlicht.

Die Umwandlung der Freihandelspolitik in die Schutzzollpolitik rief zugleich eine folgenschwere Änderung der parteipolitischen Verhältnisse im deutschen Reiche hervor.

Neben den aus den Kreisen der Eisen- und Stahlindustriellen hervor- Neue Parteigruppierung
gegangenen Schutzzöllnern begann von 1876 an sich auch eine Partei der Agrarier zu bilden. Diese standen allerdings damals noch auf freihändlerischem Boden, stellten aber für die von ihnen gewünschte „Steuer- und Wirtschaftsreform" Forderungen, die der liberalen Gesetzgebung widersprachen; so verlangten sie Änderung des Freizügigkeits- und Aktiengesetzes, der Gewerbeordnung, höhere Besteuerung des Kapitalrenteneinkommens, Börsensteuer, Beseitigung aller Schutzzölle und Eisenbahndifferenzialtarife usw. Auch näherten sie sich den agrarischen Freunden im Zentrum und wünschten wie diese die Beendigung des Kulturkampfes, der „von dem Liberalismus als Kampf gegen das Christentum ausgebeutet werde". Aus ihnen entstand die neue deutsch-konservative Partei. Bismarck trat ihr von Anfang an freundlich gegenüber; dazu kam, daß von den Mitgliedern der Volkswirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages 87 dem Zentrum, 39 der freikonservativen, 36 der deutschkonservativen und nur 27 der nationalliberalen Partei angehörten. Als nun nach vergeblichen Verhandlungen mit dem Führer der bisher ausschlaggebenden nationalliberalen Partei, v. Bennigsen, der seinen Eintritt in das Ministerium von der gleichzeitigen Berufung zweier Febr. 1878
anderer bedeutender Männer seiner Partei, v. Forckenbeck und v. Stauffenberg, abhängig machte, Bismarck hier nicht mehr die nötige Unterstützung fand, und in dem unter dem Eindrucke der Attentate auf Kaiser Wilhelm (§ 332) gewählten neuen Reichstage die nationalliberale Partei aus ihrer herrschenden Stellung verdrängt und in sich uneinig war, da berief Bismarck, in der Erkenntnis, daß

er seine wirtschaftlichen Reformen mit dieser nicht durchführen könne und daß
31. März 1879 sie ohne das Zentrum aussichtslos seien, den Führer desselben, Windthorst, zu einer Unterredung, die zu einer Verständigung über die Hauptpunkte führte. Während nun bei den Verhandlungen über die Wirtschaftsreform die liberalen Parteien konstitutionelle Garantien für den etwaigen Wegfall der Matrikularbeiträge forderten, begnügte sich das Zentrum mit den „föderativen Garantien" der Franckensteinschen Klausel. Auf dieser Grundlage wurde der Bund zwischen Konservativen und Zentrum abgeschlossen, und durch diese Mehrheit das neue Zollgesetz zustande gebracht. An Stelle der konservativ-nationalliberalen Mehrheit des Reichstages, von der bisher alle großen Schöpfungen der Reichsgesetzgebung getragen waren, trat zum erstenmal die konservativ-ultramontane Mehrheit; es war das ein für die gesamte politische Lage folgenschweres Ereignis, dessen weitere Wirkung sich in der Beilegung des Kulturkampfes (§ 326) zeigte.

Zollanschluß von Hamburg und Bremen

Heftigen Widerstand bei den Liberalen fand Bismarck dann auch in seinem Bestreben, Hamburg und Bremen in das nationale Wirtschaftsgebiet hineinzuziehen. Da Hamburg noch 1879 den Beitritt zum Zollverein verweigerte, so
19. April 1880 beantragte Preußen beim Bundesrat, das preußische Altona und einen Teil von St. Pauli, einer Vorstadt Hamburgs, in den Zollverein aufzunehmen. Das wurde von den Liberalen als eine Vergewaltigung der freien Hansestadt bekämpft; als aber der Bundesrat die Zollgrenze an der Elbe, die bisher oberhalb Hamburgs, bei Bergedorf, lag, infolge der im März 1880 in Wien unterzeichneten revidierten Elbschiffahrtsakte, die die Zollpflichtigkeit aller Elbfrachten festsetzte, sobald das Schiff von Böhmen oder von der See her die Linie des Zollgebietes überschritt, nach Kuxhaven an der Elbmündung zu verlegen versprach, wodurch Hamburg zu einer vollen Enklave des deutschen Zollgebietes geworden wäre, da stimmte der größte Teil der nationalliberalen Partei diesem Plane Bismarcks zu, der am 16. September selbst das Handelsministerium übernahm. Die prinzipiellen Freihändler unter Lasker, Forckenbeck, Bamberger, Stauffenberg, Rickert, denen die freihändlerischen Ideen höher standen, als die wirtschaftliche Nationaleinheit, schieden als „Sezessionisten" aus der Partei aus. Auch in Hamburg siegten die Freunde des Zollanschlusses. Am 28. Mai 1881 wurde der Vertrag unterzeichnet, in welchem Hamburg, dem der unentbehrliche große Freihafen gelassen wurde, nach dem 1. Oktober 1888 an einem von dem Bundesrat zu
15. Okt. 1888 bestimmenden Tage den Anschluß an den Zollverein vollzog. Unter ähnlichen Bedingungen schloß sich an demselben Tage auch Bremen an. Damit war der Zollverein vollendet, die wirtschaftliche Einheit des Reiches gesichert.

Die Deutschen im Ausland

§ 330. Kolonialpolitik. Und nun trat das Reich auch als Kolonialmacht auf. Die Deutschen, die im Mittelalter das erste Kolonialvolk der Welt gewesen waren, waren von den seefahrenden Westmächten Europas von der Teilung der Welt ausgeschlossen worden. Freilich gab es deutsche Schiffahrt und deutschen Handel, und die rasche Zunahme der Bevölkerung, die daheim nicht immer Nahrung und Erwerb fand, trieb viele Tausende deutscher Auswanderer jahraus jahrein in die Fremde. Aber diese zahllosen Scharen der Auswanderer gingen meist bald ihrer Heimat und ihrem Volkstum verloren; die politischen und nationalen, die Handels- und Industrieinteressen Deutschlands empfanden es bitter, daß keine Weltmacht ihnen schützend zur Seite stand. Schwer und schmerzlich hatte es der Deutsche draußen zu empfinden, daß er keines mächtigen Rückhaltes sicher war. Nun war das neue Reich errichtet, und mit der Schaffensfreudigkeit im Innern erwachten auch die Wünsche immer lebhafter, unter dem Schutze des starken deutschen Adlers draußen den Kolonialmächten gleichwertig an die Seite zu treten, es erwachten mit größerer Stärke die Erinnerungen an die vom Großen Kurfürsten in Afrika versuchten Kolo-

nialunternehmungen. Überhaupt durchzog eine mächtige Bewegung nach Erforschung der noch unbekannten Teile der Erde (§ 368, 369), nach Eröffnung bis dahin abgeschlossener Länder, nach Schaffung neuer Bahnen für den Weltverkehr die Gemüter; Deutsche gingen dabei mit kühnem Wagemut voran; und den deutschen Forschern in den fremden Weltteilen und Meeren folgte der deutsche Kaufmann.

Südsee

Im Vertrauen auf den Schutz des neuen deutschen Reiches setzten sich seit 1870 deutsche Firmen mit Handelsniederlassungen auf Inseln im Stillen Ozean fest. Die Regierung gewann die Überzeugung, daß deren Bedeutung nicht gering anzuschlagen sei, und daß diese Unternehmungen dauernd und wirksam zu schützen seien. So begann das Reich den noch nicht unter der anerkannten Souveränität europäischer Staaten stehenden Inselgruppen der Südsee durch Abschluß von Freundschaftsverträgen einen Rückhalt gegen die Annexionsbestrebungen von anderer Seite zu gewähren und den Angehörigen des deutschen Reiches die volle Gleichberechtigung mit anderen Nationen in diesen neutralen Inselgebieten zu sichern.

Samoa

Solche Verträge wurden 1876 und 1878 mit den Tonga- und den Samoainseln abgeschlossen, durch welche auch das Recht zur Anlegung von Kohlenstationen für die kaiserliche Marine erworben wurde. Als dann 1879 das Handlungshaus Godeffroy in Hamburg, das die größten Niederlassungen in der Südsee und besonders auf den Samoainseln besaß, zusammenbrach und dadurch die deutschen Handelsinteressen dort gefährdet wurden, wurde eine Deutsche Seehandelsgesellschaft errichtet, welche diese Besitzungen unter Zinsgarantie des Deutschen Reiches übernehmen sollte. Aber die von Bismarck am 22. April 1880 dem Deutschen Reichstage unterbreitete Samoavorlage, die die Unterstützung dieser Gesellschaft bezweckte, wurde abgelehnt.

Kolonialgesellschaften

Der Unmut darüber erweckte nun auch in weiteren Kreisen des deutschen Volkes das noch schlummernde Interesse für überseeische Unternehmungen. Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg stellte sich an die Spitze dieser Bewegung, aus welcher der Deutsche Kolonialverein hervorging, der sich die Aufgabe stellte, das Verständnis dafür, daß die nationale Arbeit der Kolonisation notwendig sei, in immer weitere Kreise zu tragen. 1884 wurde dann, um praktische Kolonisation zu treiben, die Gesellschaft für deutsche Kolonisation in Berlin gegründet, und diese beiden Gesellschaften vereinigten sich 1887 zur Deutschen Kolonialgesellschaft, die in vielen Abteilungen sich über ganz Deutschland verbreitete.

6. Dez. 1882

Südwestafrika

Eine greifbare Gestaltung nahm aber die Frage der deutschen Kolonisation an durch die Vorgänge in Südwestafrika. Hier erwarb der Bremer Kaufmann Lüderitz 1883 Angra Pequena, und die deutsche Regierung zeigte sich entschlossen, dieser Unternehmung Schutz gegen Eingriffe anderer Mächte angedeihen zu lassen. Das führte zu Auseinandersetzungen mit England, welches die Walfischbai besaß und den deutschen Handel aus diesen Gebieten fernzuhalten bestrebt war. Da England aber keine rechtlichen Ansprüche auf die ganze südwestafrikanische Küstenzone vorlegen konnte, so tat Bismarck nunmehr den entscheidenden Schritt, indem er die Lüderitzschen Erwerbungen unter den Schutz des Reiches stellte. England gab nach und erkannte die deutsche Schutzherrschaft an; die deutsche Flagge wurde in Lüderitzland gehißt und das Gebiet vom Oranjefluß bis zum 26. Grad s. Br. unter deutschen Schutz gestellt.

Lüderitzland 24. April 1884

7. Aug.

Westafrika

Mit derselben Entschlossenheit ging Deutschland in Westafrika, am Golfe von Guinea, vor.

1883 entsandte die Regierung den Afrikaforscher Dr. Nachtigal (§ 368) als Generalkonsul nach Westafrika und ließ mit Erlaubnis Spaniens eine Kohlenstation auf Fernando Po anlegen; außerdem erteilte sie ihm den Auftrag, zum Schutze des deutschen Handels Freundschafts-, Handels- und Schutzverträge mit den Eingebornen zu schließen bei rücksichts-

voller Schonung der französischen Interessen und Ansprüche. Es war die Zeit des guten Einvernehmens Deutschlands und Frankreichs unter dem Ministerium Ferry (§ 357). Nachtigal
5. 14. Juli 1884 erwarb nun durch Hissen der Flagge das Togoland und Kamerun, obwohl England die größten Hindernisse in den Weg legte. Auch die Versuche Englands durch einen Vertrag mit Portugal das Gebiet der Kongogesellschaft vom Meere auszuschließen und dem Namen nach Portugal, in Wirklichkeit England in den Besitz der Kongomündung zu bringen, wurde durch die Kongokonferenz (§ 368) in Berlin vereitelt.

Ostafrika

Nicht minder tatkräftig handelte Bismarck in Ostafrika. Am 3. März 1885 wurde der Gesellschaft für deutsche Kolonisation ein kaiserlicher Schutzbrief verliehen, der die von Dr. Karl Peters in Ostafrika erworbenen Gebiete unter die Oberhoheit des deutschen Reiches stellte. Als nun unter dem Drucke Englands der Sultan Said Bargasch von Sansibar gegen diese Oberhoheit Protest einlegte und mit bewaffneter Hand gegen die Ostafrikanische Gesellschaft vorzugehen drohte, wurde er durch ein Geschwader
14. Aug. 1885 von fünf deutschen Panzerschiffen rasch zur Anerkennung der deutschen An-
29. Okt. 1886 sprüche gezwungen. Sodann wurde der englisch-deutsche Vertrag abgeschlossen, der dem Sultan von Sansibar die Küste zuwies und im Hinterlande die Interessensphären der beiden europäischen Mächte abgrenzte. Die südliche Grenze des deutschen Gebietes wurde durch einen Vertrag mit Portugal festgesetzt. Endlich gelang es auch, durch ein neues Abkommen
28. April 1888 mit dem Sultan von Sansibar den freien Zugang zu der See zu erhalten.

Südsee

Folgenreiche Verwicklungen riefen auch die kolonialen Besitzergreifungen Deutschlands in der Südsee hervor. Als 1885 die deutsche Regierung die Palau- und Karolineninseln unter ihren Schutz zu stellen beschloß, erhob sich der heftigste Widerstand in Spanien. Da schlug Bismarck vor, die Streitfrage dem Schiedsgerichte des Papstes Leo XIII. zu
17. Dez. unterbreiten, und daraus entstand der römische Vertrag, in dem die Oberhoheit Spaniens über die Inseln anerkannt wurde, das Deutsche Reich aber Handels-, Schiffahrts- und Fischereifreiheit und das Recht, Kohlenstationen und Plantagen anzulegen, erhielt; auf das Recht, Stationen anzulegen, verzichtetete Deutschland später. Schon vorher war die deutsche
17. Dez. 1884 Flagge auf dem Neubritannia-Archipel und auf der Nordküste von Neuguinea gehißt worden, und obwohl England auch hier alles mögliche versuchte, die deutschen Besitzergreifungen zu stören, ließ sich Deutschland in seinem Vorgehen nicht beirren. Kaiser Wilhelm fertigte den kaiserlichen
17. Mai 1885 Schutzbrief für die deutsche Neuguineagesellschaft aus, in dem zugleich bestimmt wurde, daß der deutsche Teil von Neuguinea den Namen Kaiser-Wilhelms-Land und die davorliegenden Inseln des Neubritannia-Archipels den Namen Bismarck-Archipel erhalten sollten. Weiterhin
15. Okt. 1885 wurden die Marschallinseln unter deutschen Schutz gestellt, sodann
6. April 1886 erfolgte der Abschluß des „deutsch-englischen Abkommens über die Abgrenzung der beiderseitigen Machtsphären im westlichen Stillen Ozean"
10. April und eine „Erklärung über die gegenseitige Handels- und Verkehrsfreiheit in den deutschen und englischen Besitzungen und Schutzgebieten im westlichen Stillen Ozean". — Nicht ganz so erfolgreich war der Schutz der deutschen Niederlassungen auf Samoa. Wegen seiner deutschfeindlichen
Sept. 1887 Haltung wurde der König Malietoa auf einem deutschen Kriegsschiffe nach Neuguinea gebracht und Tamasese an seine Stelle gesetzt; als sich gegen diesen der von den Amerikanern unterstützte Mataafa erhob und endlich
Dez. 1888 deutsche Kriegsschiffe eingriffen, wurde ein Landungskorps mit starken Verlusten zurückgeschlagen. Nun lud Bismarck, da diese Kämpfe durch die

Taktlosigkeit des deutschen Konsuls verursacht waren, England und Amerika zu einer Samoa-Konferenz nach Berlin ein; diese erklärte die Inseln für unabhängig und neutral und stellte sie unter den gemeinsamen Schutz der Vertragsmächte. Man hoffte, daß durch eine unparteiische Rechtsprechung Friede und Ordnung erhalten werden würde; doch wurde die innere Ruhe nicht hergestellt. Leider vernichtete damals ein Orkan zwei auf der Reede von Apia liegende deutsche Schiffe, „Eber" und „Adler". 14. Juni 1889 — 15 März 1889

Alle diese Erwerbungen in fremden Erdteilen konnten aber erst recht Frucht bringen, wenn sie in stete und sichere Verbindung mit dem Mutterlande gesetzt wurden. Das erste, 1884 dem Reichstage vorgelegte Gesetz über die Einrichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampferverbindungen zwischen Deutschland, Ostasien und Australien blieb unerledigt; aber schon im November desselben Jahres brachte Bismarck in dem neugewählten Reichstag eine zweite Dampfervorlage ein, die nun auch eine afrikanische Linie beantragte; sie wurde angenommen, wenn auch ohne die afrikanische Linie. Zugleich wurde mit dem Norddeutschen Lloyd in Bremen ein Vertrag abgeschlossen, in welchem die Fahrten, die Fahrzeit, Einrichtung, Verpflegung, Güter- und Personalbeförderungspreise festgestellt wurden; auch wurde bestimmt, daß alle Schiffe, welche in diesem deutschen Seedienst fahren, auf deutschen Werften erbaut sein sollten. Der große Aufschwung, den nun der deutsche Handel nahm, der durch diese Dampferlinien erst konkurrenzfähig mit dem der anderen Länder wurde, bewog den Reichstag, auch die Postdampferverbindung mit Ostafrika zu bewilligen. Hand in Hand mit dieser wirtschaftlichen Förderung der deutschen Kolonialpolitik ging die Unterstützung der wissenschaftlichen Forschungen, für die hohe Geldsummen bewilligt wurden, auch wurden durch Reichsgesetze von 1886, 1887 und 1888 die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten fest geordnet: nach diesen übt der Kaiser die Schutzgewalt im Namen des Reiches aus. Dampfervorlage — 23. März 1885 — Winter 1889/1890 — Rechtsordnung

4. Sozialpolitik.

§ 331. Die Sozialdemokratie. Während die Arbeiterbewegung in England schon im Anfange des 19. Jahrhunderts die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zog und praktischen Zielen zustrebte (§ 115), verlor sich dieselbe in Deutschland in den dreißiger Jahren, — erst in dieser Zeit beginnt sich hier die großgewerbliche Arbeiterbevölkerung überhaupt zu bilden — in Verschwörungen und Geheimbündeleien. Anfang der vierziger Jahre gewannen dann die kommunistischen Ideen, deren Zusammenbruch in England schon am Ende der zwanziger Jahre erfolgte (§ 116), die Oberhand, nachdem 1847 Marx und Engels dem sogenannten „Bunde der Gerechten" beigetreten waren. Dieser wurde zum Bunde der Kommunisten umgewandelt und es begann die Herrschaft des Wahlspruches: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Anfang der Arbeiterbewegung

Karl Marx wurde 1818 in Trier geboren, studierte zuerst Rechtswissenschaft, dann Philosophie. Von Bonn aus, wo er sich als Dozent niederzulassen beabsichtigte, betätigte er sich an der in Köln gegründeten scharf oppositionellen „Rheinischen Zeitung", deren Oberleitung er 1842 übernahm; er siedelte auch nach Köln über. Als dann diese Zeitung 1843 von der Regierung verboten wurde, wandte sich Marx nach Paris und dann nach Brüssel. Während dieser Zeit vollzog sich sein Übergang zum Sozialismus, und im Januar 1847 arbeitete er mit Friedrich Engels das „Manifest der kommunistischen Partei" aus, im Auftrage der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten, einer geheimen Propagandagesellschaft. Dieses Manifest enthielt die Grundzüge des Programms der künftigen Sozialdemokratie und predigte den Haß gegen die „Bourgeoisieklasse" und gegen den ganzen modernen Staat, den „gewaltsamen Umsturz" aller bisherigen Gesellschaftsordnung; es legte dar, daß, sobald einmal die überwältigende Mehrheit moralisch zersetzt, erbittert und mit der bestehenden Ordnung genügend zerfallen sei, die Gewalt allein als „Geburtshelferin" Marx 1818—1883

der neuen Weltordnung eintreten müsse. Das Manifest schloß mit den Worten: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Bei der Februarrevolution 1848 von Belgien ausgewiesen, ging Marx zuerst wieder nach Paris, dann nach Köln zurück, wo unter seiner Leitung die „Neue Rheinische Zeitung" erschien. 1849 wurde er wegen revolutionärer Umtriebe vor Gericht gestellt, aber freigesprochen, und nun nahm er seinen ständigen Aufenthalt in London, mit der Abfassung zahlreicher Schriften beschäftigt, unter denen „Das Kapital" die bedeutendste ist, und unablässig in der Arbeiterbewegung tätig. Am 14. März 1883 starb er in London.

Engels 1820—1895

Friedrich Engels, geboren am 28. November 1820, war der Sohn eines Barmer Fabrikanten. Er hatte in England unter dem Eindruck der Chartistenbewegung (§ 148) Studien über die Lage der Arbeiter gemacht und wurde durch ein 1845 darüber verfaßtes Buch mit einem Male ein berühmter Mann. Bis zu seinem Tode am 5. August 1895 zählte er zu den bedeutendsten Führern der Sozialdemokratie.

Die Bestrebungen, in der Revolutionszeit 1848 und 1849 den Wohlfahrtsinteressen der deutschen Arbeiterschaft zu dienen, verloren sich in den demokratischen Strömungen. In der Reaktionszeit der fünfziger Jahre erstarb auch jede weitere oppositionelle Regung in der Arbeiterwelt, bis Hermann Schulze aus Delitzsch das bedeutsame Werk der genossenschaftlichen Selbsthilfe mit der Gründung der Kreditkassen begann, die in den fünfziger Jahren allmählich ihr Netz über ganz Deutschland ausspannten. Aber Schulze zog seinen Kreis zu weit, indem er Gewerbetreibende und Arbeiter zusammenschließen wollte, und so gelang es Lassalle, in dem in Leipzig gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" den Mittelpunkt zu schaffen, von dem aus eine alles umfassende Arbeiterbewegung in die Wege geleitet werden konnte.

Schulze-Delitzsch 1808—1883

1850

28. Mai 1863

Lassalle 1825—1864

Ferdinand Lassalle wurde am 11. April 1825 in Breslau geboren. Er entstammte einer jüdischen Kaufmannsfamilie, studierte zuerst Philologie, dann Philosophie, ging 1844 längere Zeit auf Reisen und kam nach seiner Rückkehr 1846 mit der Gräfin Sophie von Hatzfeld in Düsseldorf in nähere Berührung, unterstützte sie auch in ihrem Aufsehen erregenden Ehescheidungsprozesse mit seinem Rate. 1848 schloß er sich in Düsseldorf der demokratischen Partei an und arbeitete an der von Marx herausgegebenen „Neuen Rheinischen Zeitung" mit. Er wurde wie dieser vor Gericht gezogen und ebenfalls freigesprochen, später aber noch einmal angeklagt und nun zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. 1854 siedelte er nach Berlin über, wo er in der Konfliktzeit (§ 219) mit Vorträgen über die Verfassungsfrage und auch über den Arbeiterstand hervortrat. 1863 von dem Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses in Leipzig aufgefordert, ein politisch-soziales Programm zu entwerfen, veröffentlichte er das „Offene Antwortschreiben", in dem er seine Grundsätze darlegte. Nun beschäftigte er sich fast ausschließlich mit der Agitation für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Nach einer solchen Agitationsreise im Rheinlande begab er sich im Sommer 1864 in die Schweiz und starb in Genf am 31. Juli 1864 an einer Wunde, die er wegen eines Liebeshandels im Duell von dem Rumänen v. Rakowitz erhalten hatte.

Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein

In dem „Offenen Antwortschreiben", das die Grundlage des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bildete, entwickelte Lassalle ausführlich das sogenannte „eherne Lohngesetz", das jahrelang einen der Hauptpunkte der sozialdemokratischen Theorie bildete. Dieses Gesetz behauptete, daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt beschränkt bleibe, der zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich sei. Obwohl das Programm Lassalles die politischen und sozialistischen Ziele geschickt zusammenlegte — das allgemeine Wahlrecht und staatlich unterstützte Produktionsgenossenschaften —, so hat doch seine Persönlichkeit vielleicht noch mehr zu den ersten Erfolgen des Vereins beigetragen. Unter seinen Nachfolgern, Becker und Block, begann die Bewegung zu stocken; erst durch die Wahl des Frankfurter Patriziers J. B. v. Schweitzer zum Präsidenten kam neues Leben in den Verein, dessen Wirken nicht wenig durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in der norddeutschen Bundesverfassung gefördert wurde. Im Jahre 1868 noch betrieb Schweitzer den Zusammenschluß der Arbeiter in Gewerkschaften, während Max Hirsch und Gustav Duncker den Grundstein zu der Gewerkvereinsgründung nach dem Muster der englischen Trade unions legte.

1864

1869

So schien die deutsche Arbeiterbewegung in praktische Bahnen einzulenken, da begann die internationale sozialistische Strömung sich mehr bemerkbar zu machen und den bisher immerhin noch festgehaltenen Charakter einer staatsfreundlichen, monarchischen und deutschen Arbeiterbewegung zu vernichten. Mit den in den Reichstag gewählten Arbeitervertretern Wilhelm Liebknecht, dem vertrautesten Genossen von Marx während seiner Verbannung in London, und August Bebel, der bis zu seiner Bekanntschaft mit Liebknecht 1865 ein bescheidener, schlichter Drechsler und ein gut deutsch gesinnter Mann gewesen, aber durch Liebknechts Einfluß widerstandslos den kommunistischen Plänen gewonnen worden war, wurde die Umwandlung zur Sozialdemokratie vollzogen. Marx, Liebknecht, Bebel und ihre Anhänger veranstalteten 1868 einen Arbeiterkongreß in Nürnberg, der einen großen Teil der Arbeiter der Internationalen Verbindung zuführte, und im August 1869 versammelten sich die „Genossen" in Eisenach, um die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" zu gründen und zugleich in die Schweitzerschen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften den Keim der Zersetzung zu tragen, indem als eine dritte Spielart die „Internationalen Gewerksgenossenschaften" gegründet wurden, die auch bis 1874 bestanden haben. Das Eisenacher Parteiprogramm forderte den „freien Volksstaat", genossenschaftliche Produktion, allgemeines direktes Wahlrecht vom 20. Jahre für alle Vertretungskörper, direkte Gesetzgebung durch das Volk, Volkswehr statt der stehenden Heere, unentgeltlichen Unterricht in der Volksschule, Abschaffung aller indirekten Steuern, progressive Einkommen- und Erbschaftssteuern. Die innere Verschiedenheit zwischen Schweitzer und den „Eisenachern", die sich selbst gern „die Ehrlichen" nannten, trat klar zutage, als im norddeutschen Reichstag Schweitzer für die Kriegsanleihe, Liebknecht und Bebel gegen dieselbe stimmten. Das Jahr 1870 mit seiner gewaltigen nationalen Begeisterung zwang diese internationalen Agitatoren allerdings, eine kurze Zeit von der politischen Bühne Deutschlands abzutreten, aber sehr bald wagten sie sich wieder hervor; und als nun Schweitzer 1871 nicht wiedergewählt wurde, von der Leitung des Vereins und überhaupt vom politischen Leben zurücktrat, um sich ganz der Bühnendichtung zu widmen (er starb 1874), da gewann nach anfänglichem Widerstreben der „Lassalleaner" die radikale Partei der Eisenacher die Herrschaft. Dazu kamen der industrielle Aufschwung, das durch die Schwindelperiode und den Krach des Jahres 1873 (§ 328) unter den Arbeitern hervorgerufene Elend und das schärfere Vorgehen der Gerichte gegen die sozialdemokratischen Ausschreitungen, so daß schon 1874 bei den Reichstagswahlen die sozialdemokratische Partei neun Sitze und fast 340 000 Stimmen gewann. Im Mai 1875 traten Eisenacher und Lassalleaner in Gotha zu einer „Sozialistischen Arbeiterpartei" zusammen, in der die ersteren unter der Führung eines Liebknecht, Bebel, Auer, Grillenberger, Geib, Wahlteich, Bernstein usw. das entschiedene Übergewicht erhielten. Und nicht nur in der Leitung, sondern auch in der Lehre errang in dem „Gothaer Programm" der internationale, revolutionäre und kommunistische Gedanke so sehr die Alleinherrschaft, daß von den Ideen Lassalles und Schweitzers nichts mehr übrigblieb. In den nächsten Jahren wuchs die sozialdemokratische Partei gewaltig an, so daß sie von den am 10. Januar 1877 abgegebenen Stimmen zum Reichstage beinahe den zehnten Teil, fast eine halbe Million, erhielt.

Internationale Strömung

Liebknecht 1826—1900

Bebel 1840—1913

Eisenacher Programm 1869

Juli 1870

Gothaer Programm 1875

§ 332. Die Sozialistengesetze. Aber von den in den Reichstag gewählten 12 sozialdemokratischen Abgeordneten erwarteten die Arbeiter vergeblich eine positive Mitarbeit zur Linderung der in der Tat reichlich vorhandenen Übelstände und zur Besserung der damaligen schweren Wirtschaftskrise (§ 328). Zwar brachten sie ein „Arbeiterschutzgesetz" ein, aber dies enthielt so unausführbare Forderungen, daß es nicht ernst genommen werden konnte. Dagegen wurde von der sozialdemokratischen Agitation alles mögliche zur Verhetzung der ganzen Arbeiterklasse geleistet, so daß die verbündeten Regierungen diesen Ausschreitungen

gegenüber, die auch die staatsfreundlichen Arbeiter in ihrer Freiheit bedrohten
1875 und die öffentliche Sicherheit gefährdeten, beim Reichstage ein Gesetz beantragten, welches den bedenklichsten Wirkungen der Bewegung mit schärferen Mitteln des Strafrechts entgegentreten sollte. Aber dieses Gesetz wurde abgelehnt, weil man fürchtete, daß die verschärften Strafparagraphen in ihrer weiten Dehnbarkeit — man nannte sie spottweise die „Kautschukparagraphen" — gelegentlich auch auf andere Parteien angewendet werden könnten. Da erfolgte inmitten der getrübten politischen und wirtschaftlichen Lage des Jahres 1878 (§ 319, 329) am 11. Mai in

Attentat Hödels

Berlin das Attentat Hödels auf den 81jährigen Kaiser Wilhelm. Als der
11. Mai 1878 Kaiser am Nachmittage dieses Tages mit seiner Tochter, der Großherzogin Luise von Baden, eine Ausfahrt machte, wurden von Max Hödel, einem noch im jugendlichen Alter stehenden Klempnergesellen aus Leipzig, der in einem zuchtlosen Leben verkommen war, in der Straße „Unter den Linden" zwei Schüsse nach seinem Wagen abgefeuert, glücklicherweise ohne zu treffen. Sofort ließ Fürst Bismarck, der damals in Friedrichsruh weilte, den Entwurf eines Ausnahmegesetzes zur Stärkung der Regierungen gegen revolutionäre Vereine und Agitatoren ausarbeiten und nach Zustimmung des Bundesrats dem Reichstage vorlegen. Indes der allzu eilig zusammengestellte Entwurf enthielt wiederum so dehnbare Be-
24. Mai 1878 stimmungen, daß ihn der Reichstag mit großer Mehrheit ablehnte. Aber kaum war der Reichstag geschlossen, da erschütterte eine neue Schreckenskunde das

Attentat Nobiling

deutsche Volk. Ein Dr. Nobiling, der den gebildeten Ständen angehörte
2. Juni 1878 und nicht eigentlich zu der sozialdemokratischen Partei zu rechnen war, schoß gleichfalls „Unter den Linden" auf den Kaiser und verwundete ihn schwer am Kopfe und an den Armen durch eine große Zahl Schrotkörner. Dem Kronprinzen wurde die Stellvertretung in der Regierung übertragen und die sofortige Auflösung des Reichstages beschlossen. Die Neuwahlen vollzogen sich unter einer gewaltigen Erregung; sie ergaben eine konservativ-klerikale Mehrheit (§ 326, 329) und eine starke Verminderung der Mittelparteien, vor allem der Nationalliberalen. Dem neuen Reichstag wurde sofort wieder ein Sozialistengesetz vorgelegt.

Sozialistengesetz

In oft fieberhaft erregten Sitzungen beriet der Reichstag das neue Gesetz, das nicht mehr gegen das Verfolgen sozialdemokratischer Ziele, sondern nur gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen dieser Partei die verstärkten Vollmachten verlangte. Der Reichstag nahm wesentliche Veränderungen dieses Entwurfes vor; so wurde als oberste Beschwerdeinstanz anstatt des Bundesrats eine aus 5 Richtern und 4 vom Bundesrate gewählten Mitgliedern bestehende Behörde vorgesehen und durch die Bestimmung, daß das Gesetz alle zwei Jahre erneuert werden mußte, der Einfluß des Reichstages auf seine An-
18. Okt. 1878 wendung genügend gesichert. In dieser Form nahm der Reichstag das Gesetz an, und die Regierung willigte in dasselbe ein. Bei Ablauf der „Probezeit" wurde 1880 die Dauer des Sozialistengesetzes verlängert; bis 1890 (§ 380) blieb es in Kraft.

Fortgang der Bewegung

Wie sehr in Deutschland der wilde Haß gegen die bestehende Ordnung viele Gemüter ergriffen hatte, trat in der Folge noch mehrmals in schreckenerregenden Ereignissen zutage, so in dem Anschlage des Schriftsetzers Reinsdorf, den Kaiser und die Festversammlung, welche der feierlichen Einweihung des
28. Sept. 1883 Niederwalddenkmals beiwohnten, durch Dynamit in die Luft zu sprengen. Der Plan mißlang glücklicherweise. Auch die Ermordung des Polizeirats Rumpf
18. Jan. 1885 in Frankfurt a. M. und andere Vorgänge ähnlicher Art zeugten von der schlimmen Verwilderung der Gemüter. Die Wirkung des Sozialistengesetzes war in den ersten Jahren für die Sozialdemokratie scheinbar vernichtend. Die gesamte sozialistische Organisation und Agitation verschwand aus der Öffentlichkeit, setzte aber allerdings nun in der Stille und im geheimen ihre wühlerische Arbeit weiter fort. Auf den Kongressen, die 1880 auf Schloß Wyden in der Schweiz, 1883 in Kopenhagen und 1887 in St. Gallen abgehalten wurden, wurde diese geheime Agitation unterstützt; es wurde beschlossen, die Ziele des Kommunismus mit „allen Mitteln" zu erreichen, nicht nur, wie bisher, mit allen „gesetzlichen". Die „Sozialreform" (§ 333) wurde als „taktisches Mittel gekennzeichnet, um den Arbeiter vom wahren Wege abzulenken".

§ 333. Die soziale Gesetzgebung. Der deutschen Regierung war es klar geworden, daß durch die Sozialistengesetze allein die Gefahr der Sozialdemokratie nicht beseitigt werden könne; sie konnte sich der Wahrnehmung nicht verschließen, daß von den Wünschen der Arbeiter doch manche wohl berechtigt seien.

Verein für Sozialpolitik 1872

Bisher war aber von seiten des Staates noch sehr wenig geschehen, um eine wirkliche Sozialreform einzuleiten. Auch das Bürgertum stand in seiner überwiegend individualistischen Anschauung, wonach der Staat nur die Aufgabe habe, Leben und Eigentum des einzelnen zu schützen, sonst aber alle Kräfte im wirtschaftlichen Leben sich frei entwickeln zu lassen, der Fürsorge für den Arbeiterstand noch fern. Erst als 1872 sich durch hervorragende Männer der Wissenschaft, wie Lujo Brentano, Gustav Schmoller, Adolf Wagner u. a., in Eisenach ein „Verein für Sozialpolitik" bildete, begannen sich andere Gesichtspunkte geltendzumachen, als allein die der Technik und Wirtschaftlichkeit, neben denen der im Wirtschaftsleben tätige Mensch zwar nicht ganz vernachlässigt, aber nur nebenbei berücksichtigt worden war. Trotz des Spottes gegen diese „Kathedersozialisten" neigte man allmählich mehr und mehr einer maßvollen Sozialreform zu und stellte dem Staat die Aufgabe, nicht als „Klassenstaat", sondern als Kulturstaat alle Kräfte des Volkes sich entwickeln zu lassen, allen Gesellschaftsklassen, besonders aber den Arbeitern, möglichst gleichmäßig gerecht zu werden und für die wirtschaftlich Schwachen zu sorgen. Übrigens hatte schon das Auftreten Lassalles (§ 331) die Aufmerksamkeit Bismarcks auf die Arbeiterbewegung gelenkt; er hatte den König bewogen, Geld zur Errichtung einer Arbeitergenossenschaft beizusteuern, und hatte auch die Begründung von Altersversorgungskassen geplant, so wie ihn auch die Fragen des Koalitionsrechts, der Einschränkung der Kinderarbeit usw. beschäftigten. Damals hatte er die für die zukünftige Politik der Regierung bedeutungsvollen Worte gesprochen: „Die Könige von Preußen sind niemals Könige der Reichen gewesen. Schon Friedrich der Große sagte als Kronprinz: „Quand je serai roi, je serai un vrai roi des gueux." (Wenn ich König bin, werde ich ein wahrer König der Bettler sein.) Er nahm sich den Schutz der Armut vor, und dieser Grundsatz ist von unseren Königen auch in der Folgezeit betätigt worden. An ihrem Throne hat dasjenige Leiden stets Zuflucht und Gehör gefunden, welches entstand in Lagen, wo das geschriebene Gesetz in Widerspruch geriet mit dem natürlichen Menschenrechte." Aber bei dem Widerstande der Bureaukratie, namentlich des Handelsministers v. Itzenplitz, wurden zunächst keine besonderen Schritte getan.

Bismarck und Lassalle

15. Febr. 1865

Gewerbeordnung von 1869

Erst im Norddeutschen Bunde begann mit der Gewerbeordnung des Jahres 1869 ein wichtiger Fortschritt der sozialen Gesetzgebung. Die Gewerbefreiheit wurde zur Regel gemacht, gegen ihren Mißbrauch aber wurden Vorkehrungen getroffen: für alle junge Leute wurde die Nacht- und Sonntagsarbeit untersagt, die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren in Fabriken verboten, den Lehrlingen weitgehender Schutz für Gesundheit und Sittlichkeit gewährt und bestimmt, daß Kinder zwischen 12 und 14 Jahren höchstens sechs Stunden in Fabriken arbeiten sollten; die Löhne mußten in barem Gelde ausgezahlt werden, das Kreditieren von Waren wurde verboten. Durch ein anderes Gesetz desselben Jahres wurde auch verboten, daß der Arbeitslohn beschlagnahmt werden dürfe, noch ehe er verdient war. Aber diese Bestimmungen galten noch nicht für das Handwerk, auch war den Frauen noch kein Schutz gewährt. Der erste deutsche Reichstag erließ dann das Haftpflichtgesetz gegen die besonderen Gefahren des Fabrikbetriebes und Verkehrs. Aber die dem Verunglückten oder dessen Hinterbliebenen auferlegte schwierige Beweislast machte die Wohltaten des Gesetzes in sehr vielen Fällen illusorisch; die Beschränkung der gesetzlichen Fürsorge auf die Fälle des Verschuldens der Betriebsbeamten usw. ließ die zahlreichen, durch Zufall oder Schuld der Mitarbeiter und anderer hervorgerufenen

Haftpflichtgesetz 7. Juni 1871

Unfälle unberücksichtigt; Zahlungsunfähigkeit des Ersatzpflichtigen vereitelte häufig den praktischen Erfolg des Entschädigungsanspruchs, wenn dessen Durchführung gelungen war. Längere Jahre ruhte nun die soziale Gesetzgebung, bis das bedrohliche Anwachsen der Sozialdemokratie und die Attentate auf Kaiser Wilhelm (§ 332) zu einer tatkräftigen Wiederaufnahme derselben führten.

Kaiserliche Botschaft 17. Nov. 1881

An den Reichstag erging nun eine kaiserliche Botschaft, durch welche die neue soziale Gesetzgebung eingeleitet wurde.

„Schon im Februar dieses Jahres," so lautete dieselbe, „haben Wir unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und Wir würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstages ohne Unterschied der Parteistellungen. . . . . Für die Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben eines jeden Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Fürsorge werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde."

Durch diese Botschaft wurde für die Lösung der sozialpolitischen Aufgaben, deren öffentlich-rechtliche Natur mit besonderer Betonung hervorgehoben wurde, ein neues Fundament geschaffen, nämlich die Errichtung öffentlicher korporativer Verbände. Das erste Gesetz, das nach langen und eingehenden Beratungen zustande kam, war das Arbeiter-Krankenversicherungsgesetz, vom Jahre 1883. Es bestimmte die Einrichtung von Fabrik-, Bau-, Gemeinde-, Orts- und freien Krankenkassen, aus denen die Krankheitskosten (für Arzt und Arznei) und vom dritten Tage an längstens 13 Wochen hindurch Krankengelder (Hälfte des Tagelohnes) gezahlt werden. Bei längerer Dauer tritt die Unfallversicherung ein. In die Kassen sind in der Regel 2 Prozent des Tagelohnes abzuliefern, und zwar $^2/_3$ vom Arbeitnehmer, $^1/_3$ vom Arbeitgeber. Das Gesetz erstreckt sich auf Personen, die gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind in Bergwerken, Salinen, Gruben und Brüchen, Fabriken und Hüttenwerken, beim Eisenbahn- und Binnenschiffahrtsbetriebe, auf Werften und bei Bauten, im Handwerk und in sonstigen Betrieben; es wurde 1886 auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ausgedehnt. 1884 nahm der Reichstag das Arbeiter-Unfallversicherungsgesetz an: nach diesem erhält der Geschädigte von der 14. Woche an die Kosten des Heilverfahrens und eine Rente für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit. Ist diese eine völlige, so wird ihm 66 $^2/_3$ Prozent des Arbeitsverdienstes, bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit ein Bruchteil der Rente gezahlt, der nach dem Maße der verbliebenen Erwerbsfähigkeit bemessen wird. Im Falle der Tötung werden mindestens 30 Mark als Ersatz der Beerdigungskosten sowie eine Rente an die Hinterbliebenen gegeben. Die Versicherungsbeiträge haben nur die zu Berufsgenossenschaften vereinigten Betriebsunternehmer zu zahlen. Das Unfallversicherungsgesetz erstreckt sich auf alle Lohnarbeiter (Handel und einige Kleinbetriebe ausgenommen) mit weniger

Krankenversicherung 31. Mai 1883

Unfallversicherung 27. Juni 1884

als 2000 Mk. Einkommen; 1888 umfaßte das Gesetz, nachdem das letzte der Ergänzungsgesetze auch die bei Bauten beschäftigten Personen der Versicherung unterstellt hatte, schon über 10 Millionen Arbeiter. Den Schlußstein dieser großartigen Gesetzgebung bildete das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz, das nach langen Beratungen 1889 angenommen wurde. Nach diesem Gesetze erhalten die Versicherten eine Invalidenrente und mit Beginn des 71. Lebensjahres eine Altersrente, beide nach 4 Lohnklassen abgestuft (1. Klasse bis 350 Mark, 4. über 850 Mark jährlichen Verdienstes; Versicherungsbeitrag in der 1. Klasse jährlich 6,58 Mark, in der 4. 14,10 Mark). Die Invalidenrente, auf die 96 Prozent der Beiträge entfallen, schwankt zwischen 114,70 und 415,50 Mark (ein Arbeiter in der 4. Klasse erhält nach 40jähriger Versicherung jährlich 380 Mark, für die er im ganzen 312 Mark beigetragen hat); die Altersrente in der 4. Klasse beträgt jährlich 191,40 Mark, in der ersten Klasse 106,80 Mark. Die Versicherungspflicht beginnt mit vollendetem 16. Jahre. Die Versicherungsanstalten sind territorial abgegrenzt; Arbeitgeber und Versicherte zahlen je die Hälfte der Versicherung; das Reich leistet zu jeder Rente einen Zuschuß. Am 1. Januar 1901 trat das Gesetz in Kraft.

Invaliditäts- und Altersversicherung 24. Mai 1889

Die Partei aber, welche sich als die alleinige und sicherste Vertreterin der Arbeiter ausgab, die sozialdemokratische, verhielt sich schroff ablehnend gegen diese bedeutsamen sozialpolitischen Gesetze, die allerdings als etwas völlig Neues in der Geschichte der Völker der Verbesserung gar sehr fähig und bedürftig waren. Doch allmählich verminderte sich die Zahl der Spötter über die „Bettelpfennige" und „Bettelrenten", und selbst ein Liebknecht mußte eingestehen, daß „der Arbeiterschutz eine Etappe zur Lösung der sozialen Frage sei".

Haltung der Sozialdemokratie

Mit vollem Recht hatte schon bei der ersten Beratung des Gesetzes der Staatssekretär von Marschall gesagt: „Die Tatsache, daß das Deutsche Reich es ist, welches unter der Ägide seines ersten großen Kaisers dies Werk vollendet, wie es keinen Vorgang in der Gesetzgebung irgendeines andern Landes hat, diese Tatsache bekundet die Macht und die Kraft des Reichsgedankens nach außen und innen in so auffälliger Weise, daß die Frage der Organisation dagegen vollständig in den Hintergrund tritt. Der Dank der deutschen Arbeiter für diese Gesetze wird dem Deutschen Reiche gehören, und er wird das Band der Einheit fester knüpfen, welches alle Stämme Deutschlands und alle Klassen seiner Bevölkerung umschließt."

10. Dez. 1888

Zweites Kapitel.

Die orientalische Frage.

1. Der russisch-türkische Krieg.

§ 334. Insurrektionen. Andrassysche Note. Berliner Memorandum. Das Dreikaiserbündnis (§ 318) war im Hinblick auf Frankreich, aber auch mit Rücksicht auf die wachsende Zerrüttung der Türkei geschlossen worden. Auch hier sollte sein Zweck die Erhaltung des Friedens sein, aber unter dieser Decke lagen hier doch noch Nebenabsichten verborgen. Österreich und Deutschland hofften den russischen Kaiser zu binden, daß er den panslawistischen Tendenzen, die in Übereinstimmung mit der altmoskowitischen traditionellen Politik die verwandten Volksstämme an der unteren Donau in das russische Weltreich einzufügen trachteten, widerstrebe, während man in Petersburg die stille Ansicht hegte, die beiden Großmächte würden der

Das Dreikaiserbündnis und die orientalische Frage

geheimen Ausdehnungspolitik des Zarenreiches Nachdruck verleihen. So begann ein diplomatisches Versteckspiel, das schon im Jahre 1875 zugleich mit den Volksaufständen in Bosnien und der Herzogowina seinen Anfang nahm, bis der kleine Funken in dem „bißchen Herzogowina", wie sich einst Bismarck ausdrückte, sich zu einer Feuersbrunst entzündete, die die ganze europäische Türkei in Flammen setzte.

Rußland und die Türkei

Die Unfähigkeit der Pforte, die seit dem Pariser Frieden geplanten Reformen durchzuführen (§ 208), insbesondere die infolge der unsinnigen Verschwendung des Sultans und der Mißwirtschaft in den Provinzen zunehmende wirtschaftliche Zerrüttung, wurde von Rußland benutzt, den trennenden Keil immer weiter in die im türkischen Reiche vereinten Völker einzutreiben; die tiefe Kluft zwischen den mohammedanischen Gutsherren und der christlichen Bevölkerung, die in einem Verhältnis der Dienstbarkeit mit hohem Pachtzins kümmerlich dahinlebte, bot dabei eine bequeme Handhabe zu agitatorischer Aufstachelung. Bald wurden die religiösen Leidenschaften angefacht, bald der Rassenhaß geschürt und das Bewußtsein der slawischen Blutsverwandtschaft geschärft. Es geschah das auch deshalb, weil es dem russischen Nationalstolz unerträglich war, daß in den fünfziger Jahren die aggressive Politik des Zarenreiches durch die Westmächte zurückgewiesen worden war (§ 198 ff.). Schon während des deutsch-französischen Krieges hatte die Petersburger Regierung die gute Gelegenheit benutzt und den russischen Kriegsschiffen das Schwarze Meer wieder geöffnet (§ 270). Nun boten innere Aufstände neuen Anstoß zu Einmischungen.

Aufstände in der Herzegowina und Bosnien

Juli 1875

Die Finanznot in Konstantinopel zwang die türkischen Statthalter und Beamten, die zum Staatshaushalt nötigen Gelder durch Druck und Erpressung aufzubringen; zudem führte das System der Steuerverpachtung zur willkürlichsten Übervorteilung der Bevölkerung. So kam es zuerst in der Herzegowina und dann in Bosnien zu bewaffneten Volksaufständen. Die Frauen, Kinder und Greise flüchteten mit ihrem Vieh und ihren Habseligkeiten auf österreichisches und montenegrinisches Gebiet, während die Männer und Jünglinge aus den Wäldern heraus gegen die türkischen Truppen unter Mukhtar Pascha, einem natürlichen Sohne des Sultans Abdul Aziz, einen Bandenkrieg eröffneten. Die Türken versäumten in ihrer Trägheit, durch rasches Einschreiten den Aufstand im Keime zu ersticken; und die Insurgentenscharen wurden bald durch Freiwillige aus Serbien und Montenegro verstärkt.

Note Andrassys

Österreich kam durch diesen Aufstand in eine schwierige Lage. Die Ungarn waren türkenfreundlich, die Polen russenfeindlich, die Tschechen und Südslawen panslawistisch, nur die Deutschen unbedingt friedlich. So beobachtete der leitende Minister Graf Andrassy eine vorsichtige Zurückhaltung und versuchte zunächst durch Vermittlung der europäischen Mächte den Frieden herzustellen. Österreich, Rußland und Deutschland kamen

31. Dez. 1875

überein, der ottomanischen Regierung einen von Andrassy ausgearbeiteten Entwurf zu unterbreiten mit Vorschlägen, wie den Mißständen abzuhelfen und die Lage der christlichen Untertanen der Türkei zu bessern sei. Dieser Andrassyschen Note gaben auch Frankreich und Italien ihre Zustimmung, nur England verhielt sich zunächst zuwartend. In London fürchtete man, daß Rußland als Schutzmacht der slawischen Christen die Gelegenheit suche, die Türken aus Europa zu werfen und Konstantinopel zu besetzen. Endlich stimmte auch England zu, so daß die Andrassysche

31. Jan. 1876

Note durch den österreichischen Botschafter Grafen Zichy dem Minister des Auswärtigen, Raschid Pascha, übergeben werden konnte. Wie wider-

willig auch die Pforte die fremde Einmischung aufnahm, die Forderungen ganz Europas konnten nicht abgelehnt werden. Und so erklärte der Großwesier Mahmud Pascha, daß man die Reformvorschläge in betreff der Gleichberechtigung der christlichen Bevölkerung mit den Mohammedanern, der Abschaffung der Steuerverpachtung, der Besserung der wirtschaftlichen Lage der Landbevölkerung u. a. m. annehme.

Es wurde ein Manifest (Irade) erlassen, welches den Aufständischen Amnestie, den Ausgewanderten straflose Rückkehr, Nachlaß des Zehnten auf ein Jahr und Befreiung von andern Steuern auf zwei Jahre verhieß. Die Insurgenten jedoch wollten weder zurückkehren noch die Waffen niederlegen, wenn nicht die Ausführung der Zugeständnisse von den Mächten gewährleistet würde. Wie sollten aber die europäischen Regierungen, die so verschiedene Interessen hatten und einander so wenig trauten, die Gewähr übernehmen, welche die Türkei unter eine gemeinsame Vormundschaft gestellt hätte! So blieb die Andrassysche Note ohne Wirkung. Die Feindseligkeiten begannen von neuem und nahmen einen immer schlimmeren Charakter an, weil sich mittlerweile die Gärung auch über Bulgarien verbreitet hatte und auch Fürst Milan in Belgrad Miene machte, einzugreifen, in der Hoffnung, sich zum souveränen Herrn von Serbien und Bosnien aufzuschwingen. Dazu kam die agitatorische Tätigkeit der Omladina („Jugend"), einer zur Förderung der Einigung und Unabhängigkeit der serbischen Nation gegründeten serbischen Geheimverbindung. Dabei richteten sich die Blicke der Aufständischen nach Rußland, und hier bestand auch die Neigung, die alte Politik der Befreiung der Donaustaaten, d. h. der Oberherrschaft des Zaren über sie, wieder aufzunehmen.

Reformirade 23. Febr. 1876

Ausbreitung des Aufstandes

Da glaubten die drei Kaisermächte der Andrassyschen Note größeren Nachdruck geben zu müssen. In Berlin kamen die drei Reichskanzler, Bismarck, Gortschakow und Andrassy, zusammen und vereinbarten ein „Memorandum", das mit dem Hinweis schloß, daß, wenn ein zweimonatiger Waffenstillstand ohne Ergebnis verstreichen sollte, „die drei kaiserlichen Höfe nach gemeinsamer Verständigung ihrem diplomatischen Vorgehen wirksamere Maßregeln hinzufügen würden, wie sie im Interesse des allgemeinen Friedens und zur Vermeidung des Weitergreifens der Empörung geboten erscheinen könnten". Diese versteckte Kriegsdrohung erschien aber der englischen Regierung zu bedenklich, als daß sie dem Memorandum ihre Zustimmung hätte geben können. Denn dadurch wäre Rußland, dem die Ausführung dieser „wirksameren Maßregeln" in erster Linie zufallen mußte, als Vollstrecker des Gesamtwillens der europäischen Mächte zum weiteren Vorgehen geradezu aufgefordert worden. Zugleich traten aber in der Türkei selbst Ereignisse ein, welche die Lage noch mehr verwirrten.

Memorandum

10.—13. Mai 1876

§ 335. Die bulgarischen Greuel und der serbisch-türkische Krieg. Der Aufstand in den Donauprovinzen entfesselte den religiösen und nationalen Fanatismus der Türken. Noch vor der Berliner Zusammenkunft wurden in Salonichi infolge von Streitigkeiten, die der Übertritt eines bulgarischen Mädchens zum Islam verursacht hatte, der deutsche und französische Konsul Abbot und Moulin von dem türkischen Pöbel ermordet, und bald wandte sich diese Wut gegen den Sultan Abdul-Aziz selbst, der als der Urheber aller Unfälle, die die türkische Nation getroffen hatten, angesehen wurde. Die Softas oder Theologiestudierenden verlangten die Absetzung des Großwesiers Mahmud Pascha, der für einen Anhänger Rußlands galt, und des Scheich-ul-Islam (des geistlichen Oberhauptes der Moham-

6. Mai 1876

medaner). Der erschrockene Sultan gewährte die Forderung. Als er aber aus Argwohn, daß die Bewegung von seinem Neffen und seinen Brüdern ausgehe, diese gefangennehmen ließ, da beschloß sein eigener Ministerrat unter Zustimmung des neuen Scheich-ul-Islam seine Absetzung und erklärte den rechtmäßigen Thronfolger Murad V. zum Herrscher der Gläubigen. Auf die Kunde davon gab, wie die öffentlichen Berichte meldeten, Abdul-Aziz sich selbst den Tod, indem er sich in einem Anfall von Irrsinn mit einer Schere die Pulsadern öffnete. Unter dem neuen Sultan, dessen Gemütsleiden einige Zeit verborgen gehalten wurde, versuchten nun die drei Minister Ruschdi, Hussein Avni und Midhat durch Reformen nach Art des europäischen Parlamentarismus, unabhängig von äußeren Einflüssen, eine Regeneration des Osmanischen Reiches durchzuführen. Als Vorbedingung dazu sahen sie die Unterdrückung des Aufstandes in den Donauprovinzen an. In der Tat wurde der gegen den Willen der omladinistischen Agitatoren zu früh ausgebrochene Aufstand in Bulgarien durch Tscherkessen und Freischaren (Baschi-Bozuks) niedergeworfen, wobei es zu Greuelszenen kam, die in ganz Europa einen Schrei des Entsetzens hervorriefen.

Murad V. 30. Mai—31. Aug. 1876, † 1904

Serbisch-türkischer Krieg

Inzwischen hatten aber Fürst Milan von Serbien und Nikita von Montenegro mit den Aufständischen in Bosnien und der Herzegowina gemeinsame Sache gemacht, in der Absicht, diese Landschaften unter ihre Herrschaft zu bringen; sie rechneten auf die Hilfe Rußlands und die Sympathien der panslawistischen Partei in Moskau. Milan rückte mit seinem Heere, bei dem der russische General Tschernajew den Oberbefehl führte und viele russische Freiwillige Dienste genommen hatten, über die Grenze. Indes zeigten sich diese Truppen den türkischen Soldaten, in denen der alte kriegerische Geist noch lebte, und die mit fatalistischem Gleichmut alle Strapazen ertrugen, wenig gewachsen. In Konstantinopel zählte man um so sicherer auf einen erfolgreichen Ausgang, als die Haltung der europäischen Mächte schwankend geworden war. Die englische Regierung entsandte ein Geschwader in die Besika-Bai, nahe den Dardanellen, um im Fall eines russischen Angriffs die Türkei zu schützen. Wie sehr immer der Führer der Whigpartei, Gladstone, die antirussische Politik bekämpfte und in Volksversammlungen und Flugschriften die „bulgarischen Greuel" als Agitationsmittel gegen das Torykabinett d'Israeli-Derby (§ 346) zu verwenden suchte, man beharrte in London auf dem Wege der einstigen Krimpolitik. Unter solchen Umständen konnte die Berliner Drohnote bei der Pforte nicht abgegeben werden. In Konstantinopel aber suchte man zudem die Welt durch die Verheißung durchgreifender Reformen zu beschwichtigen und zugleich den Gönnern in England Scheingründe für ihre türkenfreundliche Politik zu liefern. Unterdessen nahm der Krieg seinen Fortgang, während in Konstantinopel die russische und die englische Diplomatie einander den Rang abzugewinnen bestrebt waren. Die Absetzung des entnervten, an Geistesschwäche leidenden Sultans Murad V. und die Übertragung der Herrschaft an seinen Bruder Abdul Hamid II. hatte keine Änderung der politischen Lage zur Folge. Der Krieg gestaltete sich für die osmanischen Waffen günstiger als für die Gegner, und hochmütig wies man alle Vermittlungsvorschläge der Mächte zurück. Man wollte weder von einer autonomen Stellung der aufständischen Provinzen noch von einer Gewährleistung für die Durchführung der Reformen etwas

Ende Juni 1876

Haltung Englands

Abdul Hamid II. seit 31. Aug. 1876—1909

hören. Bei der Eifersucht Englands auf die „Expansivpolitik" des Zarenreiches schien die Türkei gegen eine bewaffnete Einmischung der Mächte gesichert. Vergebens machte Kaiser Alexander den Vorschlag, durch eine gemeinsame österreichisch-russische Besetzung der Balkanländer und eine gleichzeitige englische Flottendemonstration vor Konstantinopel den Friedensbestrebungen Nachdruck zu geben: weder Andrassy noch Lord Beaconsfield (d'Israeli) wollten über eine diplomatische Intervention hinausgehen.

Rußlands Haltung

§ 336. Rußlands Ultimatum und die Botschafterkonferenzen. Aber Alexander war nicht gewillt, den an ihn aus den Donauländern ergehenden Hilferuf unbeachtet zu lassen. Er war mit Kaiser Franz Joseph zu 8. Juli 1876
Reichstadt in Böhmen zusammengekommen und war Österreichs Bundestreue gewiß; er hatte auch aus Berlin die Zusage erhalten, daß Deutschland am Dreikaiserbündnis festhalten und die Rolle des Friedensvermittlers nicht aufgeben werde. Von Frankreich und Italien brauchte er keine Einsprache zu fürchten: jenes buhlte um Rußlands Freundschaft für den Fall eines Rachekrieges gegen Deutschland; dieses hoffte im Trentino oder in Dalmatien seinen Beuteanteil zu erlangen. Dazu kamen die fortwährenden Zuzüge von Freiwilligen aus Rußland nach Serbien und die Tätigkeit der Hilfskomitees in Moskau, durch die in dem Kaiser die Überzeugung befestigt wurde, daß das russische Volk den leidenschaftlichen Wunsch hege, die slawischen Brüder aus unwürdigen Sklavenbanden zu erretten. So erging denn an die Pforte ein Ultimatum, das der- 31. Okt. 1876
selben die Wahl ließ zwischen Krieg mit Rußland oder Einstellung der Feindseligkeiten auf zwei Monate. Die kriegerischen Anstalten in Rußland und die Verträge mit Rumänien, das man als Durchgangsland nicht entbehren konnte, ließen den Ernst der Drohung erkennen. Doch noch gelang es der englischen Regierung, die durch die Versicherung des Zaren, daß er an keine Eroberungen denke, wenn er auch zu einer „vorläufigen" Besetzung Bulgariens genötigt sein möchte, beruhigt und durch die agitatorischen Entrüstungsversammlungen des englischen Volkes über die „bulgarischen Greuel" gehemmt wurde, den russisch-türkischen Krieg hinauszuschieben. Durch die Botschafterkonferenz in Konstantinopel, zu der England als zweiten Vertreter den Marquis von Salisbury gesandt hatte, wurde Midhat Pascha, der seit dem Thronwechsel Großwesier geworden war, bestimmt, in den von dem Zaren verlangten Waffenstillstand einzuwilligen und in 12. Dez. 1876
Verhandlungen über Bedingungen eines dauernden Friedens einzutreten. Aber das Vertrauen in das Zustandekommen eines solchen Friedens war überall nur sehr gering. In Rußland begann man trotzdem sechs Armeekorps mobil zu machen, und der zum Oberbefehlshaber ernannte Bruder des Kaisers, Großfürst Nikolaus, nahm sein Hauptquartier in Kischinew, nahe der rumänisch-türkischen Grenze.

Vorkonferenzen 12.—20. Dez. 1876

Unter solchem „Krieg in Sicht" wurden in Konstantinopel die „Vorkonferenzen" der europäischen Botschafter ohne Teilnahme eines türkischen Bevollmächtigten abgehalten. Sie einigten sich über eine Reihe von Reformen zur Verbesserung des Loses der Christen, welche die Pforte unter der Aufsicht einer europäischen Sicherheitswache von 6000 Mann in Bosnien, der Herzegowina und in Bulgarien einführen sollte. Nahm die türkische Regierung diese Beschlüsse an, dann war es um ihre Selbständigkeit geschehen; lieber wollte man zum Schwert greifen. Um aber nicht durch eine unbedingte Zurückweisung der Forderungen den Schein eines

herausfordernden Vorgehens auf sich zu laden, ließ die türkische Regierung
Türkische Verfassung
plötzlich den schon erwähnten Verfassungsentwurf, der allen Provinzen und Einwohnern ohne Rücksicht auf Religion und Abstammung gleiches Recht gewähren und ein gesetzgebendes Parlament aus Abgeordneten
23. Dez. 1876
aller Reichsländer ins Leben rufen sollte, feierlich verkünden und der Konferenz erklären, daß nunmehr keiner Provinz eine Ausnahmestellung gewährt oder Zugeständnisse von so eingreifender Bedeutung ohne Mitwirkung der Nationalvertretung, deren Einberufung bevorstehe, verliehen werden könnten. Damit war die Wirksamkeit der Konferenz lahmgelegt.

Vorbereitung zum Kriege
Die europäischen Mächte mußten nun Stellung zu dem bevorstehenden russisch-türkischen Kriege nehmen. England, das zu seiner Bestürzung wahrnahm, daß es die Pläne Rußlands mehr gefördert hatte, als in seiner Absicht lag, wurde jetzt vorsichtiger: es wollte weder den Russen die Unterwerfung der Balkanländer erleichtern noch als Schutzmacht den Türken zur Seite stehen; sollte die Türkei fallen, dann wollte es seinen Beuteanteil sich sichern, auf keinen Fall aber zugeben, daß Rußland sich Konstantinopels und der Dardanellen bemächtige. Deutschland hielt an der Politik der Vermittlung fest; Bismarck war entschlossen, das junge deutsche Reich nicht in unsichere Abenteuer zu verwickeln, „nicht für solche Deutschland fernliegenden Zwecke die Knochen auch nur eines pommerschen Grenadiers zerschießen zu lassen" (§ 319). Frankreich hatte mit sich selbst genug zu tun, auch Italien hatte kein Interesse sich in den Streit zu mischen, solange er den Charakter des Zweikampfes zwischen Rußland und der Türkei trug. In schwierigerer Lage war Österreich, um dessen Bundeshand man in Petersburg wie in London zu werben suchte. Andrassy bewahrte seine vorsichtige Haltung und ließ sich weder durch die türkenfreundlichen Demonstrationen der Magyaren noch durch die Sympathien, die man in Prag, in Agram und anderen Slawenstädten für die Russen aussprach, in seiner Politik bestimmen. Er erlangte von Rußland
15. Jan. 1877
für das Versprechen der Neutralität das Zugeständnis, nach dem Kriege Bosnien und die Herzegowina besetzen zu dürfen; seit 1875 war es der eigenste Gedanke Franz Josephs, durch Gewinn an Gebiet im Südosten die im Westen erlittenen Verluste zu ersetzen. Zunächst wurden dabei trotz der zwecklos gewordenen Forderungen der Konferenz die Verhandlungen fortgesetzt und der Waffenstillstand auf zwei Monate verlängert. Erst als der Sultan die in dem Ultimatum der Konferenzdiplomaten aufgestellten Hauptpunkte, Beteiligung der „christlichen Mächte" bei Ernennung der Provinzstatthalter und einen „internationalen Überwachungsausschuß",
20. Jan. 1877
zurückwies, wurde die Konferenz durch Salisbury für aufgelöst erklärt. Sämtliche Botschafter verließen Konstantinopel; nur die Geschäftsträger blieben zurück.

Nun wurde die Lage immer kriegerischer. Mochte auch zwischen der
28. Febr.
Türkei und Serbien Friede geschlossen werden: in den Schwarzen Bergen und in den aufständischen Provinzen dauerten die Kämpfe fort, und Rußland zog immer mehr Truppen in seinen Südprovinzen zusammen. Zugleich trat in Konstantinopel ein Ministerwechsel ein, der wenig Aussicht zu einer Verständigung eröffnete. Midhat Pascha, die Seele der Reform-
5. Febr.
partei, wurde gestürzt und Edhem Pascha an seine Stelle erhoben. Den Zaren aber drängte die öffentliche Stimmung in Rußland weiter; der anderen Mächte sicher, suchten die russischen Diplomaten Ignatiew,

der lange Zeit Botschafter in Konstantinopel gewesen war, und Schuwalow England zu gewinnen. Die englische Regierung wagte es wegen der öffentlichen Meinung des englischen Volkes zwar nicht, mit der Türkei ein Bündnis zu schließen, ließ aber ihre Schiffe in der Nähe der türkischen Küste kreuzen und gab der Pforte eine moralische Stütze, indem sie die Möglichkeit einer Hilfsleistung in Aussicht stellte. So konnte die russische Diplomatie nur ein von den Garantiemächten unterzeichnetes, vages Pro- 31. März 1877
tokoll erlangen, in dem von der Pforte die wirkliche Durchführung aller von ihr zugesicherten Reformen verlangt wurde. In Konstantinopel lehnte man dieses schwache „Ultimatum" ab. Als darauf Rußland sich anschickte, 9. April
im Namen der europäischen Mächte die Beschlüsse mit den Waffen durchzuführen, legte die Londoner Regierung Verwahrung ein gegen ein so gewaltsames Vorgehen.

§ 337. Der russisch-türkische Krieg. Nun beschloß Kaiser Alexander Kriegsbeschluß
offen vorzugehen. Am 23. April 1877 verließ er seine Hauptstadt und traf bei dem Heere in Kischinew ein. Am folgenden Tage verkündete er, daß er ausziehe, „um für seine leidenden Glaubensgenossen auf türkischem Boden mit Waffengewalt diejenigen Bürgschaften zu erlangen, die für die Sicherung ihrer künftigen Wohlfahrt unumgänglich notwendig seien". In der Nacht erfolgte der Übergang größerer Heeresmassen über den Pruth, 23./24. April 1877
um kraft einer mit Rumänien abgeschlossenen Durchgangskonvention auf die Donau loszurücken. In Moskau verkündeten die Zeitungen „die Wiedergeburt der slawischen Welt" und „die Morgenröte des großen slawischen Tages"; in ganz Rußland, sogar in den Kreisen der Radikalen, erwartete man, daß der siegreich geführte äußere Krieg auch im Innern zu zeitgemäßen Reformen führen werde. Fürst Karl von Rumänien erklärte sich mit Zustimmung seiner Kammern für unabhängig. 22. Mai

Die türkische Donauflottille wurde durch Strandbatterien und Torpedos gehemmt; Russische Siege
zwei Panzerschiffe wurden in die Luft gesprengt. Dann konnten die Russen infolge der Saumseligkeit des türkischen Oberbefehlshabers Abdul Kerim bei Galatz und Braila die 22. Juni
Donau überschreiten, worauf die Türken sich nach der Linie Czernawoda-Kustendsche am Trajanswall zurückzogen. Ein neuer Versuch Schuwalows, das Londoner Kabinett auf Grund eines Programms über die in den Donau- und Balkanländern durchzuführenden Reformen zur Mitwirkung oder doch zur Zusicherung der Neutralität zu gewinnen, hatte so wenig Erfolg wie die früheren Verhandlungen. Der englische Botschafter in Konstantinopel, Layard, der Entdecker der Ruinen und Bildwerke von Ninive, hatte eine Anfrage des Ministers des Auswärtigen Derby mit der Versicherung beantwortet, die Pforte würde 18. Juni
nimmermehr ein Programm annehmen, das Bulgarien in eine autonome Vasallenprovinz zu verwandeln, Rumänien und Serbien unabhängig zu machen und Montenegro zu vergrößern vorschlage. So ging denn Rußland allein weiter. In den ersten Tagen des Juli waren die Russen im Besitze alles Landes von Sistowa bis Gabrowa am Fuße des über den 12. Juli
Balkan führenden Schipka-Passes, so daß Fürst Tscherkaßky, das Haupt der Panslawistenpartei in Moskau, die Neuordnung der Verwaltung Bulgariens vornehmen konnte. Vier Tage nachher wurde auch die wichtige Donaufestung Nikopoli zur Ergebung gezwungen; 16. Juli
und als die Generale Gurko und Mirski nach scharfen Kämpfen mit den Truppen Redif Paschas den Schipka-Paß und den Hankiö-Paß nahmen, als im Süden des Balkans 19. Juli
ihre Reiterscharen bis nach Hermanly zwischen Adrianopel und Philippopel vordrangen und im Tale der Maritza lagerten, da schien der Fall Konstantinopels gewiß zu sein. Die bulgarischen Christen benutzten den Siegeszug der russischen Glaubensgenossen zu Gewalttätigkeiten gegen ihre mohammedanischen Peiniger; die Türken drohten mit Vergeltung. Um neue revolutionäre Softaauftritte zu verhüten, wurde Konstantinopel in Belagerungszustand erklärt. In England gerieten die Tories in Bestürzung; die Regierung verstärkte das Geschwader in der Besika-Bai und bot der Pforte an, englische Kriegsschiffe in den Bosporus zu senden oder in der Stadt Gallipoli feste Stellung zu nehmen. Aber die Türken wollten

nur unter der Bedingung eines wirklichen Bündnisses auf den Antrag eingehen, dazu aber konnte man sich in London nicht entschließen. Auch die Verhandlungen Englands mit Österreich waren vergeblich, da Andrassy, der Mitte September 1877 mit Bismarck eine Zusammenkunft hatte, die österreichischen Interessen durch das Dreikaiserbündnis am sichersten gewahrt glaubte.

Türkische Erfolge

Die bisherigen Niederlagen der Türken waren aber nicht durch Untüchtigkeit der Truppen herbeigeführt worden, sondern durch die Schlaffheit, mit der man in Konstantinopel die Dinge behandelt hatte. Das änderte sich sofort, als der Oberbefehlshaber Abdul Kerim und der Kriegsminister Redif Pascha verbannt wurden, tatkräftige Männer die Regierung übernahmen und der neue Scheich-ul-Islam, Kara Galil Effendi, die Glaubensfahne des Propheten zu entfalten befahl. Mehemed Ali Pascha, der Abkömmling einer einst nach Magdeburg ausgewanderten Hugenottenfamilie Detroit, erhielt den Oberbefehl über die Donauarmee, Osman Pascha,
27. Juli 1877 der bisherige Befehlshaber von Widdin, besetzte Plewna und machte die von Hügeln umgebene Stadt durch Schanzwerke zu einem festen Standort. Vergebens versuchte General Krüdener, Plewna zu nehmen; nach
30. Juli einer mörderischen Schlacht mußte er sich zurückziehen. Die Nachricht von dieser Niederlage machte in Rußland einen schlimmen Eindruck, man begann an der strategischen Befähigung des Großfürsten Nikolaus zu zweifeln. Zum Glück für die Russen machte Osman Pascha keinen Versuch, nach der Donau vorzurücken; er zog es vor, Plewna durch einen Ring von Verschanzungen zu einer uneinnehmbaren Verteidigungsstellung umzuschaffen. So konnten die Russen neue Armeekorps herbeiziehen. In diesem Augenblicke des Stillstandes der Kriegführung erstand den Russen ein wertvoller Bundesgenosse in der Armee König Karls von Rumänien, der gemäß der Übereinkunft vom 22. Mai seine Regimenter mit den Russen vereinigte, um zunächst Plewna den Türken zu entreißen. Aber trotz der
11.-12. Sept. Gefechte bei der Grivitza-Redoute und der von General Skobelew und den Rumänen bewiesenen Tapferkeit konnte Plewna lange nicht erobert werden.

Umschwung

Der zweite und entscheidende Teil des Krieges begann in Asien. Hier
30. April hatten die Russen bei Beginn des Krieges Bajasid ohne Schwertstreich
17. Mai genommen und Ardachan erstürmt, dann aber waren die Türken im Vorteile. Sie verteidigten nicht nur Kars und Batum glücklich, sondern zwangen auch den General Tergukassow, Bajasid wieder zu räumen und sich nach den Grenzlanden zurückzuziehen. Als jedoch im Herbst Verstärkungen anlangten, drang die kaukasische Armee unter dem Großfürsten
8.—15. Okt. Michael wieder vor, vernichtete in einer Reihe blutiger Gefechte bei Aladscha-Dagh, südöstlich von Kars, nahezu Mukhtars ganze Feldarmee,
17./18. Nov. erstürmte die Festung Kars, wobei 17 000 Mann, darunter zwei Paschas und 800 Offiziere, nebst 300 Kanonen und 20 Fahnen in die Hände der Sieger fielen. Wie hier, folgten auch in Montenegro, wo Mehemed Ali und Suleiman Pascha den Fürsten Nikita von drei Seiten angriffen und den Aufstand rasch niederzuwerfen hofften, nach einigen Erfolgen bald empfindliche Rückschläge. Der streitbare Fürst zwang die
8. Sept. Festung Nikšitsch zur Übergabe, nahm die Dugaforts ein und bemächtigte sich des Hafenortes Spizza und der Vorwerke von Antivari. Während so die Lage hier und in Asien für Rußland günstig war, gelang es den Türken, die Russen im Süden des Balkan zurückzudrängen: vor dem aus

Montenegro herbeigekommenen Suleiman Pascha nahm der General Gurko erst im Schipka-Paß eine feste Stellung.

In wildem Fanatismus griffen die Türken diese an, da deren Durchbrechung vielleicht ein glückliches Ende des Krieges gebracht haben würde. Das berühmtgewordene Korps „der Geweihten" wurde gebildet, und die Aussicht, durch den Tod auf dem Schlachtfelde die Freuden des Paradieses zu erlangen, trieb die Türken die Höhen hinauf. Aber die Russen waren entschlossen, bis zum letzten Mann auszuharren; neben ihnen standen die bulgarischen Freiwilligendruschinen (Miliztruppen), die sich der erlangten Freiheit würdig erzeigten. Nach wochenlangem blutigen Ringen, in dem die Türken bis auf wenige Schritte an die Verschanzungen der Russen herangekommen waren, erschöpfte sich die Kraft der Angreifer. Die Russen blieben im Besitz der Anhöhen bis zu Ende des Jahres. Kämpfe am Schipka-Passe 21.—26. Aug. 9.—17. Sept.

Auch im nördlichen Bulgarien wurde gleichzeitig mit abwechselndem Glücke gefochten. Mehemed Ali schlug die Russen in mehreren Gefechten; da er sie aber nicht über die Donau zurückzuwerfen vermochte, wurde er durch Suleiman Pascha ersetzt. Indes auch dieser richtete nicht viel aus. Die Russen behaupteten sich am Tom und an der Janka. In einem dieser Gefechte fiel Prinz Sergius von Leuchtenberg, der Neffe des Kaisers. Bald darauf wurde Suleiman der Befehl über die Truppen in Orkhanje übertragen, die die Verbindung zwischen Plewna und Sofia bildeten, durch welche Osman Pascha stets Verstärkungen und Kriegsbedarf an sich ziehen konnte. Nach dem Plane des aus dem Krimkriege bekannten russischen Generals Totleben (§ 202) sollte ihm dieser Zuzug abgeschnitten und dadurch die Einschließung Osman Paschas in Plewna vollständig gemacht werden. Dieser Plan kam in den letzten Oktobertagen zur Ausführung. General Gurko trieb die türkische Verbindungsarmee bei Gornji-Dubnik aus ihren Verschanzungen heraus, ohne daß Osman Pascha, durch gleichzeitige Angriffe in Plewna festgehalten, dem Mitfeldherrn zu Hilfe kommen konnte. Der geschlagene Suleiman Pascha zog sich nun von Orkhanje nach Sofia zurück, den „Etropol-Paß" des Balkan einer schwachen Besatzung zur Verteidigung überlassend. Die in Plewna eingeschlossene türkische Armee kam aber in eine entsetzliche Lage, namentlich seitdem General Skobelew im Süden der Stadt den „Grünen Hügel" besetzt und den Belagerungsring immer fester gezogen hatte. Als dann die Lebensmittel und die Munition völlig erschöpft waren, Hunger und Krankheit die Reihen der Soldaten täglich mehr und mehr lichteten, da beschloß Osman Pascha den Durchbruch zu versuchen. Aber nach einem furchtbaren Kampfe am Widfluß nach Plewna zurückgeworfen, blieb dem heldenmütigen Feldherrn, der am linken Oberschenkel verwundet worden war, nichts übrig, als sich und sein tapferes Heer mit noch mehr als 2000 Offizieren und über 30000 Soldaten auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Fast sechs Monate hatte er die offene, von ihm in eine Festung umgewandelte Stadt gegen die feindliche Übermacht verteidigt und den Belagerungskrieg von Plewna zu einer glänzenden Kriegstat erhoben. Dies erkannte auch Kaiser Alexander an, indem er dem „Löwen von Plewna" den Degen zurückgab. Kämpfe in Bulgarien Ende Sept. 1877 24. Okt. 21.—23. Okt. Plewna 10. Dez.

Mit dem Falle von Plewna war der Ausgang des russisch-türkischen Krieges entschieden, wenn auch die Waffen noch nicht zur Ruhe kamen. In den Weihnachtstagen traten die Truppen Gurkos über den von Schnee und Eis starrenden Etropol-Paß den Marsch nach Sofia an. Die Garden Skobelews, mit den Truppen des Generals Radezkij vereinigt, zwangen die am Fuße des Schipka-Passes aufgestellten 32000 Türken nach neunstündigem Kampfe zur Ergebung. Am 19. Januar wurde Adrianopel besetzt: der Weg nach Konstantinopel lag offen. Auch die Serben traten wieder in Tätigkeit und wendeten sich gegen Nisch (Nissa), die Rumänen nahmen Widdin, und die Montenegriner bedrohten Skutari. Die griechische Regierung erklärte am 2. Februar den Krieg an die Türkei und machte Anstalt, die thessalische Grenze zu überschreiten, angeblich, um die Verheerungen der türkischen Soldaten zu verhindern, die die Pforte nicht mehr im Zaume halten konnte, in der Tat, um sich ihren Beuteanteil zu sichern. Doch wurde sie von den Großmächten genötigt, den Einmarsch aufzugeben. Aber die nun in Thessalien, Epirus und auf Kreta ausbrechenden Aufstände, deren die Türken nicht Herr werden konnten, die drohende Nähe der Russen vor Konstantinopel bewogen die Türkei, die Vermittlung der Großmächte Niederlage der Türken 9. Jan. 1878

anzurufen: Sultan Hamid richtete eine Zuschrift an die Königin Viktoria, die darauf in einem Telegramm dem russischen Kaiser die Abschließung eines Waffenstillstandes empfahl. Zugleich traf man in England kriegerische Vorbereitungen. Lord Beaconsfield ließ sich vom Parlament einen Kredit bewilligen zum Schutze der „englischen Interessen" am Bosporus und gab dem Admiral Hornby die Weisung, in die Dardanellen einzufahren. Doch kam es zu keinen Feindseligkeiten, da Schuwalow beruhigende Zusagen gab
31. Jan. 1878 und zwischen Ignatiew und den türkischen Abgeordneten in Adrianopel ein Waffenstillstand abgeschlossen wurde, um Zeit für die Friedensverhandlungen zu gewinnen.

Friede von S. Stefano

§ 338. Der Friede von San Stefano und der Berliner Kongreß.

Auf Grund der in Adrianopel vereinbarten „Friedensbasen" wurde einige
3. März Wochen nachher der Präliminarfriede von San Stefano (südwestlich von Konstantinopel am Marmarameere) zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossen, nach welchem die Fürstentümer Serbien, Rumänien und Montenegro für unabhängig erklärt werden und Gebietserweiterungen erhalten sollten, Bulgarien in denjenigen Grenzen, die sich aus der Mehrheit der bulgarischen Bevölkerung ergäben, zu einem tributpflichtigen, sonst aber selbständigen Fürstentum erhoben werden sollte mit einer nationalen christlichen Regierung und einer aus Eingeborenen bestehenden Miliz, die Türkei eine Kriegsentschädigung von 1410 Millionen Rubel zahlen sollte, wovon 1000 Millionen durch Gebietsabtretungen in Asien entrichtet werden könnten. Für Bosnien und die Herzegowina sollten unter Garantie der Mächte die vereinbarten und noch zu vereinbarenden Reformen durchgeführt werden. Während so Rußland keinen oder doch nur sehr geringen Gebietszuwachs von der Türkei verlangte, setzte es durch, daß ihm Rumänien das im Jahre 1856 gewonnene Bessarabien (§ 202) abträte und dafür im Süden der Donau mit der Dobrudscha entschädigt würde, ein Tausch, gegen den Fürst Karl mit seinem Volke vergebens Einspruch erhob.

Haltung Englands

Mit Begeisterung wurde dieser von Ignatiew ganz im Sinne des Panslawismus abgefaßte Vertrag von dem russischen Volke begrüßt. In England aber war man höchst unzufrieden. Das Toryministerium, in dem an Derbys Stelle Lord Salisbury das Auswärtige Amt übernommen hatte, verlangte, unterstützt von Österreich, daß der Gesamtvertrag einem europäischen Kongreß zur Beschlußfassung vorgelegt werde. Als aber Rußland nur „die Fragen, welche das europäische Interesse berührten", demselben unterbreiten wollte, nahmen die diplomatischen Verhandlungen
Ende März 1878 einen schärferen Ton an. Zugleich machte England neue Rüstungen. Mehr als je gewann es den Anschein, daß der „lokalisierte" Krieg sich doch noch zu einem Weltkriege gestalten werde. Die Türkei schöpfte neue Hoffnungen, aber weder Rußland noch England zeigten großes Verlangen, einen neuen Krieg zu beginnen. Lord Beaconsfield zog es vor, sich mit Rußland zu verständigen, gleichzeitig aber auch in einem geheimen Vertrage von der
4. Juni Türkei unter der Zusicherung, ein weiteres Vordringen der Russen zu verhindern, die Verwaltung der Insel Cypern zu erlangen: damit war die maritime Machtstellung Englands im Südosten des Mittelmeeres vollkommen gesichert. Schließlich ließ sich die Petersburger Regierung, da auch Deutschland versprochen hatte, russische Vorschläge auf einem Kongreß zu unterstützen, wenn Österreich und England zustimmten,

und Österreich ebenfalls keine Einwendungen machte, bereit finden, den Friedensvertrag von San Stefano einem europäischen Kongresse vorzulegen. Als Sitz der Versammlung wurde Berlin, zu ihrem Vorsitzenden Fürst Bismarck gewählt, ein Zeichen, welche hohe Anerkennung die Politik des deutschen Reichskanzlers gefunden hatte. Außer den beiden Reichskanzlern Gortschakow und Andrassy waren Lord Beaconsfield für England, Waddington für Frankreich, Corti für Italien, Karatheodory und Mehemed Ali für die Türkei zugegen, begleitet von andern Diplomaten, und neben ihnen die Agenten, welche die kleineren Orientstaaten sandten. Die Hauptaufgabe dieses Berliner Kongresses war, den Vertrag von San Stefano der für die Türkei allzu drückenden Bestimmungen zu entkleiden. Berliner Kongreß 13. Juni—13. Juli 1878

Und so kam man denn nach schwierigen Verhandlungen dahin überein, daß die den Fürsten von Serbien und Montenegro zugedachte Gebietserweiterung beschränkt, der Austausch Bessarabiens gegen die Dobrudscha für Rumänien dagegen anerkannt wurde. Die Bestimmung der Gleichberechtigung aller Glaubensbekenntnisse in dem unabhängigen Fürstentum Rumänien rief in betreff der Juden eine große Aufregung hervor, da ein großer Teil der adligen Grundbesitzer den Juden verschuldet war; die Regierung suchte daher das Land zu beruhigen und gewährte nur „einigen näher bezeichneten Klassen ansässiger Juden, nicht aber der Gesamtheit die nationalen Rechte". Der Landzuwachs, der Rußland in Asien zugestanden war, wurde nicht unerheblich beschnitten; doch blieb ihm außer der Festung Kars die wichtige Seestadt Batum erhalten. Die größte Umgestaltung erlitt der Vertrag von San Stefano in betreff Bulgariens. Das neue Fürstentum Bulgarien sollte sich nicht bis an das Ägäische Meer erstrecken, sondern nur bis zum Balkan reichen. Dieses Nordbulgarien sollte einen von einer Notabelnversammlung zu wählenden und von den Großmächten zu bestätigenden Fürsten erhalten, die türkischen Festungen an der Donau sollten geschleift und die volle Freiheit der Donauschiffahrt sollte bis zur Mündung garantiert werden. Südbulgarien, von nun an Ostrumelien genannt, verblieb zwar der Türkei, aber ein christlicher Statthalter, der auf je zehn Jahre vom Sultan ernannt und von den Mächten bestätigt wurde, sollte die Verwaltung führen.

Der diesen Kongreßbeschlüssen entsprechende Friede zwischen Rußland und der Türkei setzte noch die innerhalb sieben Jahren zahlbare Kriegsentschädigung fest. Die unabhängig gewordenen Fürsten Karl von Rumänien und Milan von Serbien nahmen nach einigen Jahren unter Zustimmung der Mächte den Königstitel an. 8. Febr. 1879 — 26. März 1881 — 6. März 1882

Über Bosnien und die Herzegowina, wo der Aufstand ausgebrochen war, enthielt der Vertrag von San Stefano keine genauen Bestimmungen. Rußland hatte die Frage geflissentlich vermieden, um nicht das gute Verhältnis mit Österreich zu stören. Denn dies hatte hauptsächlich seinen Grund in dem Einvernehmen beider Regierungen, an der österreichischen Grenze keine neuen oder wesentlich umgestalteten Staatsbildungen zuzulassen, die eine beunruhigende Rückwirkung auf das Nationalitätengewirr des dualistischen Kaiserstaats ausüben könnten. Der Kredit von 60 Millionen Gulden, um den Andrassy die Reichsstände für ungenannte Zwecke des Auswärtigen Amtes anging, ließ erwarten, daß er diese Landstriche an Österreich zu bringen suche, sei es dauernd oder nur vorübergehend in Form einer Okkupation, bis die Flüchtlinge zurückgeführt und eine neue Verwaltung unter Garantie der Mächte geschaffen sein würde. Der Kongreß stimmte diesem Plane zu und ermächtigte Österreich, die Herzegowina und Bosnien zu besetzen, wenn es nötig erscheine, selbst mit Einschluß des Sandschaks von Novibazar. Die Pforte wagte das nicht zu verhindern, begünstigte aber, indem sie mit ihrer Zustimmung zurückhielt und ihr volles Besitzrecht wahrte, die Aufstände der unzufriedenen Volkselemente, die, auch von den Serben insgeheim aufgereizt und unter- Bosnien Herzegowina — März 1878

Aug. u. Sept. 1878 stützt, dem Einmarsch des österreichischen Generals Philippovich einen starken Widerstand entgegensetzten. Nur unter heftigen Kämpfen konnten die beiden Landschaften besetzt, in der erstürmten Hauptstadt Serajewo eine österreichische Landesregierung eingesetzt und die Organisationsarbeiten begonnen werden. Als sich unter den Albanesen eine Liga bildete, um die Besitznahme von Novibazar und die Gebietsabtretungen an Montenegro zu verhindern, sandte die Pforte den von Berlin zurückgekehrten Mehemed Ali, um die Aufständischen zu beruhigen. Diese aber überfielen ihn und
6. Sept. 1878 ermordeten ihn mit seinem Gefolge. Im nächsten Jahre erfolgte auch
21. April 1879 nach einem Übereinkommen zwischen Österreich und der Pforte die Besetzung von Novibazar, doch wurde ausdrücklich die Erklärung hinzugefügt, „daß durch die Okkupation die Souveränitätsrechte des Sultans, (die sich jedoch tatsächlich auf die Wahrung einiger Ehrenrechte beschränkten), nicht beeinträchtigt werden sollten." Das Vordringen Österreichs in die südlichen Donauländer warf der panslawistischen Expansivpolitik einen Damm in den Weg. Mit Verdruß vernahm man in Petersburg, daß der bis-
Sept. 1879 herige zuverlässigste Parteigänger, der Fürst Nikita I. von Montenegro, eine Reise nach Wien unternahm. In Bosnien und der Herzegowina kam die österreichische Herrschaft mehr und mehr zur Anerkennung; ein Schritt zur
Okt. 1881 dauernden Einverleibung war die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für Christen und Mohammedaner. Ein deshalb ausbrechender Aufstand
1881/1882 der halbwilden Bocchesen in Süddalmatien wurde mit Gewalt niedergeworfen.

2. Weitere Konflikte.

§ 339. Bulgarien. Die Bestimmungen des Friedens über Bulgarien auszuführen, wurde die Aufgabe des schon vor dem Kongresse eingesetzten russischen Generalgouverneurs von Bulgarien, Dondukow-Korsakow.
Ostrumelien Aber das Organisationswerk stieß auf große Schwierigkeiten, da die christlichen Bulgaren Ostrumeliens, an der Idee eines „großbulgarischen" Reiches festhaltend, nicht wieder unter die Herrschaft der Osmanen zurücktreten wollten. Indes sie mußten sich fügen. Während nun in Ost-
28. Mai 1879 rumelien der vom Sultan ernannte Generalgouverneur Aleko Pascha, ein Fanariot (§ 112), die Verwaltung übernahm, gab sich das neugeschaffene Fürstentum Bulgarien eine Verfassung mit Volksvertretung (So-
29. April 1879 branje) und wählte Alexander von Battenberg, einen hessischen
Alexander v. Bulgarien 1879–1886 Prinzen und Neffen des Zaren, zum erblichen Fürsten. Dieser empfing in Konstantinopel den Investiturferman des Sultans und hielt nach Beschwörung der Verfassung seinen Einzug in Sofia, der neuen Hauptstadt
13. Juli 1879 Bulgariens. Allein das neue Staatsgebilde hatte bald Ministerkrisen, parlamentarische Stürme und innere Wirren aller Art zu bestehen, die seine ruhige Entwicklung gefährdeten und dem ritterlichen, wohlmeinenden Fürsten das Amt erschwerten. Die bulgarische Zweiteilung erwies sich als ein unhaltbares Werk: nordwärts wie südwärts des Balkan verlangte man die Vereinigung. Die großbulgarischen Bestrebungen und die rücksichtslosen Einmischungen der Russen ließen das Land nicht zur Ruhe kommen. Die Aufnahme russischer Generale in das Ministerium, die Besetzung der besten Stellen im Zivil- und Militärdienst durch Russen, reizte den nationalen Stolz gegen „die Fremdherrschaft". Von der Nationalversammlung, in der sich die drei Parteien der Konservativen unter

Grakow, der Liberalen unter Karawelow, der Radikalen unter Zankow in diesem Sinne vereinigten, bekämpft, vom Fürsten nicht geschützt, legten die russischen Minister schließlich ihr Amt nieder und verließen das Land. Eine tiefe Mißstimmung zwischen Sofia und Petersburg, wo der Zar erzürnt war über die Eigenmächtigkeit seines „Vasallen", die Abberufung aller russischen Offiziere aus dem bulgarischen Dienste und die Streichung des Fürsten Alexander aus der russischen Armee waren die Folge. Zwei Jahre später führte ein von der großbulgarischen Agitation in Philippopel verursachter Aufstand den vollen Bruch herbei. Der Generalgouverneur Ostrumeliens, Aleko Pascha, wurde gefangen genommen, eine provisorische Regierung unter dem Arzt Stranski eingesetzt, die Vereinigung beider Bulgarien verkündet und Fürst Alexander aufgefordert, auch in Philippopel die Regierung zu übernehmen. Der Fürst leistete dem Ruf Folge und erklärte sich zum „Fürsten beider Bulgarien".

19. Sept. 1885
18. Sept. 1885
Vereinigung mit Ostrumelien
20. Sept.

Es war ein offenbarer Bruch des Berliner Vertrags, aber die Großmächte wie die Pforte schwankten, wie sie sich dazu verhalten sollten. Es überwog die Scheu, einen neuen Kriegsbrand im Orient zu entfachen; und so ließ man einstweilen die Entscheidung in der Schwebe. Da kam ein unerwarteter Zwischenfall von Serbien. In diesem Lande, wo bald die panslawistisch-russenfreundlichen Bestrebungen eines Ristitsch vorherrschten, bald ein enger Anschluß an Österreich, wie ihn Garaschanin befürwortete, gewünscht wurde, wo die Parteikämpfe und das Trachten nach einem Großserbien die Pflege der wirtschaftlichen Interessen und die Gesundung der zerrütteten Finanzen hinderten, hatte das Ministerium Garaschanin einen schwierigen Stand. Nun rief die Vergrößerung Bulgariens die Eifersucht der Serben wach, und die serbische Regierung erklärte, nach dem bulgarischen Altserbien lüstern, den Krieg. Auch die Griechen regten sich, wurden aber durch die Großmächte gezwungen, das Schwert in der Scheide zu halten (§ 340). Die Serben überschritten unter König Milan die Grenze, wurden jedoch von dem rasch herbeieilenden Fürsten Alexander in den Kämpfen bei Siwnitza geschlagen, und nun konnten die Bulgaren selbst über die Grenze gehen. Bei Pirot erfochten sie einen neuen Sieg und erstürmten die Stadt; aber einem weiteren Vordringen nach der Hauptstadt stellte sich Österreich entgegen, das durch den österreichischen Gesandten in Belgrad, Graf Khevenhüller, sofortige Waffenruhe verlangte: sonst „würde der Fürst auf dem Vormarsche der österreichischen Armee begegnen". So kam es zu einem Waffenstillstand, dem der Friede von Bukarest folgte. Gebietsveränderungen hatte der Krieg nicht zur Folge. Durch einen Vertrag mit der Pforte war dem Fürsten Alexander auch das Generalgouvernement über Ostrumelien auf fünf Jahre übertragen worden. Wenn auch formell das bisherige Verhältnis zur Pforte dadurch nicht verändert wurde, so war doch tatsächlich die Vereinigung der beiden Bulgarien vollzogen, die eine gleichmäßige Verwaltung und Vertretung in der Sobranje erhielten.

Serbisch-bulgarischer Krieg
13. Nov. 1885
14. Nov.
17.—19. Nov.
27. Nov.
28. Nov.
22. Dez.
3. März 1886
2. Febr. 1886

Aber trotz dieser Erfolge stand das Regiment des Fürsten Alexander auf schwachen Füßen. In Sofia brach, von Rußland angestiftet, eine Verschwörung aus, deren Häupter der panslawistische Parteiführer Zankow, der Major Grujew und der Metropolit von Tirnowa, Klement, waren. Der Fürst wurde in seinem Konak (Palast) von Soldaten überfallen, erst zu Wagen zur Donau, dann auf einem Schiff die Donau hinab fortgeführt und bei Reni auf russischem Gebiet ans Land gesetzt. Gegen die Ver-

Sturz Alexanders
21. Aug. 1886

schwörer aber wandten sich Volk und Heer: am 24. August schon wurde die provisorische Regierung gestürzt, Fürst Alexander wurde von der neuen Regentschaft unter dem Präsidenten der Sobranje Stambulow und dem
29. Aug. 1886 bisherigen Minister Karawelow zurückgerufen und von dem Volke mit Begeisterung empfangen. Aber ein demütiges Schreiben an den Zaren — „da Rußland mir meine Krone gegeben hat, so ist es sein Herrscher, in dessen Hände ich bereit bin sie zurückzulegen" — erhielt eine so ungnädige Antwort, daß er die Hoffnung aufgab, mit Rußland in ein befriedigendes
7. Sept. Verhältnis zu kommen, und freiwillig den Thron und das Land verließ. Der Vertreter Rußlands, General Kaulbars, suchte nun Bulgarien wieder völlig in Rußlands Hand zu bringen; er setzte auch eine Reihe von Forderungen, wie Freilassung der verhafteten Verschwörer, durch, aber einen Aufschub der Wahlen zur Sobranje, die eine gesetzmäßige Ordnung herstellen sollte, vermochte er nicht zu erreichen, und diese führten zu einer
20. Nov. vollständigen Niederlage der russischen Partei. Kaulbars wurde mit allen russischen Beamten abberufen. Nachdem der zum Fürsten gewählte Prinz Waldemar von Dänemark abgelehnt hatte, fand die Sobranje endlich in
7. Juli 1887 dem Prinzen Ferdinand von Koburg-Kohary einen neuen Fürsten.
Ferdinand v. Bulgarien seit 1887 Dieser hielt am 22. August 1887 seinen Einzug in Sofia, fand aber die Anerkennung der Mächte nicht. Die bulgarischen Verhältnisse riefen sogar eine sehr ernste Spannung zwischen den drei Kaiserreichen hervor. Dennoch wußte die neue Regierung unter dem klugen und kraftvollen Stambulow die Achtung Europas zu gewinnen.

Griechenland **§ 340. Griechenland und Montenegro.** Griechenland, welches anfangs nur mit Mühe von dem Eingreifen in den russisch-türkischen Krieg abgehalten werden konnte, dann aber seine Truppen in Thessalien einrücken ließ, ohne etwas auszurichten (§ 337), erhielt von dem Berliner Kongreß eine Erweiterung seiner Nordgrenze zugesagt. Da aber die Verhandlungen über deren Festsetzung zwischen Griechenland und der Türkei sich immer schwieriger gestalteten und sogar zu einem neuen Krieg zu führen drohten, so trat in Berlin 1880 wiederum eine Konferenz der Mächte zusammen,
24. Mai 1881 die Griechenland fast ganz Thessalien und das südliche Albanien zusprach. Obwohl die Pforte sich zuerst weigerte, diesen Beschluß anzunehmen, gab sie doch schließlich den Westmächten nach, und so erhielt Griechenland Thessalien südlich vom Salambria-Fluß (Peneios) und Epirus bis zum Meerbusen von Prevesa. Doch war man in Griechenland mit diesem Ergebnis nicht zufrieden. Als 1885 in den Donaustaaten neue Verwicklungen entstanden (§ 339), hoffte das Ministerium Delyannis neue Erwerbungen machen zu können und begann zu rüsten, ließ sich auch nicht davon abbringen, als im Norden die Ruhe wiederhergestellt wurde. Aber nun schritten die europäischen Mächte, außer Frankreich, ein; sie entsendeten eine Kriegsflotte nach dem Ägäischen Meere und verhängten, als Delyannis
Mai 1886 sich nicht fügen wollte, die Blockade über alle griechischen Häfen. Da dankte der Minister ab, sein Nachfolger Trikupis ließ abrüsten und widmete sich, nachdem die Blockade aufgehoben war, der Regelung der in arge Verwirrung geratenen Finanzen.

Montenegro Montenegro erhielt im Berliner Vertrage vollständige Unabhängigkeit und einen so erheblichen Zuwachs an Land, daß es sein Gebiet mehr als verdoppelte. Aber es hatte lange Zeit zu kämpfen, um in den Besitz desselben zu gelangen. Als die Pforte sich weigerte, die Festung

Dulcigno abzutreten, veranstalteten die Großmächte auf Betreiben Englands eine Flottendemonstration. Aber erst dem Einflusse Deutschlands auf die Türkei gelang es, die Pforte zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Die Nov. 1880
übrigen Grenzstreitigkeiten wurden im Januar 1881 erledigt, und nun gestalteten sich die Beziehungen zur Türkei so friedlich, daß der Fürst dem 1883
Sultan sogar in Konstantinopel einen Besuch abstattete.

Drittes Kapitel.

Österreich-Ungarn.

Die Deutschen und ihre Gegner

§ 341. Ministerium Hohenwart und Auersperg. Nach dem Kriege von 1870/71 hoffte die deutsche Bevölkerung Österreichs, daß der nationale Aufschwung im Nachbarreiche auch ihr in dem harten Kampfe mit den anderen Nationalitäten des Kaiserstaates Stärke verleihen werde. Auf der andern Seite betonten gerade deshalb die slawischen Völkerschaften ihre Sonderwünsche immer stärker, vor allem begannen die Tschechen nach derselben vorherrschenden Stellung in Böhmen zu streben, wie sie die Magyaren in Ungarn erreicht hatten. Sie trachteten danach, das deutsche Wesen, die deutsche Bildung zu unterdrücken und anstatt des deutschen Liberalismus eine klerikal-slawisch-feudale Vereinigung im österreichischen Reichsrat ausschlaggebend zu machen; und diese Bestrebungen schienen wenigstens vorübergehend Erfolg zu haben.

Autonomistische Bestrebungen

Vergebens setzte Graf Beust dem Kaiser in einer Denkschrift die Nachteile einer solchen Umwandlung für den Gesamtstaat auseinander; im Februar 1871 trat ein Ministerium an die Spitze der Regierung, dessen Hauptmitglieder, der klerikale Hohenwart, der schwäbische Partikularist Schäffle, der Tscheche Habietinek, dem neuen deutschen Reiche entschieden feindlich gesinnt waren. Es trat bald mit Vorlagen hervor, die im Widerspruch mit der Dezemberverfassung von 1867 und dem ungarischen Ausgleich (§ 254) die Autonomie der einzelnen Länder Cisleithaniens auf Kosten der Reichseinheit erweitern, insbesondere einen dem Staatsvertrag mit dem ungarischen Transleithanien sich annähernden „Ausgleich mit den Tschechen" und eine größere Selbständigkeit der Polen in Galizien anbahnen sollten. Das Übergewicht des deutschen Elementes in der westlichen Reichshälfte sollte verdrängt werden durch einen Föderalismus, in welchem den slawischen Volksstämmen unter dem Schilde der „Gleichberechtigung" das entscheidende Wort zufallen mußte. Vergebens richtete die Verfassungspartei eine Adresse an den Kaiser, vergebens wurde im Abgeordnetenhaus der Antrag auf Verweigerung des Budgets gestellt: er erlangte, weil er vielen zu revolutionär erschien, nicht die Mehrheit. Dadurch ermutigt, ging das Ministerium weiter: die einheitliche Reichsverfassung sollte zu einem Schattenbild herabgesetzt und der Schwerpunkt in die Provinziallandtage gelegt werden. Zu derselben Zeit, als die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Ischl (§ 318) und der beiden Reichskanzler in Gastein die Hoffnung auf eine Annäherung an Deutschland weckte, erfolgte die Auflösung des Abgeordnetenhauses 11. April 1871
und der deutschen Landtage. Damit war dem deutschen, verfassungstreuen Österreich das Zeichen zum Kampfe auf Leben und Tod gegeben. Fielen die Wahlen ungünstig aus, so kam das Regiment in der cisleithanischen Reichshälfte an die Klerikalen, Feudalen, Tschechen und Slovenen. Trotz aller Anstrengungen der verfassungstreuen Partei siegte der Einfluß, den die Regierung, die Feudalklerikalen, der Großgrundbesitz, der engherzige Partikularismus hatten: sie sank im Abgeord- 7. Sept.
netenhause zu einer ohnmächtigen Minderheit herab und beschloß, sich vom Reichsrat

Böhmen fernzuhalten. Bald wurde auf dem Prager Landtage ein neues Natio-
16. Sept. 1871 nalitätengesetz beraten, welches die „historisch-politische Individualität" des Tschechentums begründen sollte: auch hier schieden die deutschen Abgeordneten aus, um nicht an dem unheilvollen Werke teilnehmen zu müssen. Dadurch aber bekamen die Tschechen freie Hand: sie entwarfen eine Landesordnung, nach
7. Okt. welcher Böhmen in allen wichtigen Angelegenheiten auf sich selbst gestellt, die Verbindung mit Österreich und dem Wiener Reichsrat auf einen internationalen Vertrag beschränkt war. Diese neue Staatsverfassung sollte auf einem neu zu wählenden „Krönungslandtag" bestätigt und von dem Kaiser in einem „Majestätsbriefe" dem böhmischen Volke verkündet werden. Hätte der Kaiser die „Fundamentalartikel" dieser böhmischen „Magna charta" angenommen, so durften die anderen Nationalitäten dieselben Rechte in Anspruch nehmen: die Reichseinheit war dann nur ein leeres Wort, die gemeinsame Monarchie ging in die „Vereinigten Staaten von Österreich" über, die, von zentrifugalen Kräften bewegt, bald nach allen Seiten hin auseinanderstreben mußten. Deshalb erhoben sich im
Sieg der Verfassungstreuen Reichsministerium Bedenken; vor allem legte der ungarische Ministerpräsident Andrassy nachdrückliche Verwahrung ein, da er eine Rückwirkung auf die in Ungarn lebenden Slawen fürchtete. Der Kaiser entschied,
21. Okt. daß die bestehende Verfassung samt dem Reichsrat der gemeinsame Rechtsboden sei, und daß alle Abänderungsvorschläge auf diesem Reichsgrundgesetz beruhen müßten; die böhmischen Fundamentalartikel seien daher zur Vorlage im Reichsrate nicht geeignet. Darauf nahm
6. Nov. das Ministerium Hohenwart seine Entlassung. Aber auch Beust wurde seines Amtes enthoben und als Botschafter nach London gesandt. Die reaktionäre partikularistische Hofpartei konnte diesem Manne, der „kein geborener Österreicher, sogar Protestant, nicht vom hohen Adel und doch Reichskanzler war, der das Konkordat aufgehoben und gute Beziehungen mit dem Deutschen Reiche angeknüpft hatte" nicht verzeihen, daß auch er Anteil an der Wendung der Verfassungsfrage hatte. An seine Stelle trat Graf Andrassy, während in Pest Graf Lonyay die Leitung des Ministeriums übernahm und in Wien Fürst
25. Nov. Adolf Auersperg, der Bruder des Dichters (§ 293), an die Spitze der Staatsregierung trat. Die im Sommer neugewählten Landtage wurden aufgelöst und bei den Neuwahlen eine verfassungstreue Mehrheit des Abgeordneten-
März 1873 hauses errungen. Durch ein neues Wahlgesetz wurde die direkte Wahl der Reichsratsabgeordneten festgesetzt und dadurch der Reichsrat von den Sonderlandtagen unabhängig gemacht.

Wirtschaftliches In diese Verfassungsstreitigkeiten fiel die schwere wirtschaftliche Krisis, die damals die ganze Welt erschütterte (§ 328). Schon das Ministerium Belcredi (§ 241) hatte den Übergang vom Schutzzoll zum Freihandel angebahnt; es war 1866 ein französischer, deutscher und englischer Handelsvertrag und 1869 eine Nachtragskonvention abgeschlossen worden. Dadurch aber wurde eine maßlose
Mai—Nov. 1873 Spekulation begünstigt: kurz nach der Eröffnung der Weltindustrieausstellung in Wien, die an Großartigkeit alles übertraf, was in dieser Richtung vorher in London und Paris geleistet worden war, erfolgte nun der „große Krach". Dieser allgemeine Zusammenbruch hatte eine schleichende Krisis
1879 zur Folge, bis auch in Österreich wie in Deutschland (§ 329) der Bruch mit dem System des Freihandels und der freien Wirtschaft eintrat.

Kirchengesetze Es ist erklärlich, daß die kirchenpolitischen Vorgänge im Deutschen Reiche nicht ohne Nachwirkung auf Österreich bleiben konnten. Auch in Wien erkannte man die Notwendigkeit, die Grenzen zwischen der weltlichen und geistlichen Gewalt nicht mehr durch Unterhandlungen mit Rom, sondern aus eigener Machtvollkommenheit festzusetzen. Demgemäß wurden zunächst die Universitäten ihres spezifisch katholischen Charakters entkleidet und der Ausbreitung der Jesuitenniederlassungen Schranken gesetzt; dann wurden von dem Kultusminister Stremayr die „Kirchengesetze" vorbereitet, welche die Wahrung der Staatshoheit gegenüber den kirchlichen Organen bezweckten. Das erste hob

das Konkordat (§ 192) auch formell auf, das zweite ordnete die Rechtsverhältnisse der klösterlichen Genossenschaften, das dritte die Beiträge aus den Pfründen zum Religionsfonds behufs Deckung der Bedürfnisse des katholischen Kultus, das vierte brachte Bestimmungen über die Anerkennung der noch nicht gesetzlich anerkannten Religionsgenossenschaften. Nach scharfen Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Klerikalfeudalen wurden die Gesetze im Reichsrat angenommen und vom Kaiser bestätigt. Der Papst erklärte dieselben für eine Knechtung der Kirche, und die österreichischen Bischöfe erhoben Klagen, aber keinen Gesamtprotest; da indes die Regierung die Gesetze möglichst mild anwendete und auch die obligatorische Zivilehe im Herrenhaus liegen geblieben war, so kam es zu keinem Konflikte. Trotzdem aber erschütterten die Einseitigkeit, mit welcher die Mehrheit der deutschen Verfassungspartei die Durchführung ihrer freisinnigen Grundsätze verfolgte, die mehrmalige Ablehnung der Forderungen für die Verstärkung der Wehrkraft, die Verwicklung vieler ihrer Mitglieder in die Gründerprozesse, der hartnäckige Widerstand gegen Erneuerung des finanziellen Ausgleichs mit Ungarn, mit welcher eine Erhöhung mehrerer Konsumtionszölle und die Teilung der Nationalbank verbunden waren (der Ausgleichungsvertrag kam erst 1878 zustande) die Stellung des verfassungstreuen Ministeriums.

März—Mai 1874

Haltung der Verfassungstreuen

§ 342. Ministerium Taaffe. Nach *außen* blieb nach dem russisch-türkischen Kriege das gute Einvernehmen Österreichs mit den andern europäischen Mächten, vor allem mit *Deutschland*, bestehen. In den wirtschaftlichen Beziehungen freilich wurde das Verhältnis beider Reiche weniger erfreulich. Der Handelsvertrag wurde im Jahre 1877 gekündigt und konnte nur durch einen provisorischen Vertrag ersetzt werden, mit der Zusicherung, sich auf dem Fuß der meistbegünstigten Nation zu behandeln. Da aber beide Mächte in der Abwehr der panslawistischen Politik Rußlands dieselben Interessen hatten, so wurde der Zusammenschluß immer enger und führte zu dem Bündnis des Jahres 1879, das dann 1883 zum Dreibund erweitert wurde (§ 319). Auch nach dem Rücktritt Andrassys blieb diese Freundschaft bestehen. Die neuen Leiter der auswärtigen Politik, Baron *Haymerle*, und nach dessen Tode Graf *Kalnoky*, gingen denselben Weg wie Andrassy.

Österreich u. Deutschland

8. Okt. 1879

Okt. 1881

In der *inneren Politik* Österreichs dauerten indes die Kämpfe fort. Die großen Opfer und Kosten der Besetzung Bosniens und der Herzegowina (§ 338) riefen sowohl in Österreich wie in Ungarn große Unzufriedenheit hervor. Während die Magyaren, dem Rate Tiszas folgend, ihre Mißstimmung unterdrückten und die Gelder dafür bewilligten, um sich die Gunst des Kaisers und seine Zustimmung zu ihrer nationalen Organisation zu sichern, griffen die Führer der Verfassungspartei, Herbst und Giskra, die Regierung wegen der Orientpolitik heftig an und forderten sogar die Verwerfung des Berliner Vertrages. Aber die eigene Partei ließ sie im Stich, und ihr Verhalten hatte die Folge, daß das Ministerium Auersperg seine Entlassung nahm und Graf *Taaffe* an die Spitze eines Kabinetts trat, das sich als „Versöhnungsministerium" ausgab und verfassungstreue wie feudal-slawische Mitglieder zählte, bald aber sich zu immer weiteren Zugeständnissen an die föderalistisch-klerikale Partei drängen ließ. Um die Tschechen von der „Abstinenzpolitik", die sie, wie vorher die Deutschen (§ 341) getrieben hatten, abzubringen, zeigte sich Taaffe, der den Böhmen Prazek ins Ministerium zog, zu *Zugeständnissen* im Sinne des Nationalitätsprinzipes bereit. Die Spaltung zwischen den schroff ablehnenden *Alttschechen* und den einem Kompromiß zuneigenden *Jungtschechen* kam ihm dabei zustatten. Die Böhmen ließen sich willig finden, wieder Abgeordnete in den Reichsrat zu wählen, wogegen ihnen der Ministerpräsident die Zulassung der slawischen Sprache in Schulen und Ämtern in Aussicht stellte. Die Verfassungspartei aber, die

Niederlage der Verfassungstreuen

12. Aug. 1879

Deutsche und Tschechen

Febr. 1880

am 1. Juni 1879 ihren Führer Dr. K. Giskra verlor, beging den Fehler, die Verlängerung des Wehrgesetzes abzulehnen und die provisorische Steuererhebung für 1879 nur auf einen Monat zu bewilligen. Die immer weitergehenden Zugeständnisse an die föderalistisch-slawische und klerikal-konservative Vereinigung, die wachsende Entfremdung von der deutsch-liberalen Sache bewogen die Mit-
Juni 1880 glieder der Verfassungspartei, aus dem Kabinett auszutreten, in das der Pole Dunajewski einzog. Im Abgeordnetenhause wählte die feudal-slawisch-klerikale Mehrheit den Polen Smolka zum Vorsitzenden; das verfassungstreue Herrenhaus wurde durch einen föderalistisch-klerikalen Pairsschub gefügig gemacht; ein neues Wahlgesetz sollte allen diesen Elementen das Übergewicht über das liberale deutsche Bürgertum sichern und gegen dasselbe durch die Herabsetzung des Wahlzensus die sozialistische Arbeiterwelt aufbieten. Die reaktionär-föderalistische Ära Hohenwart war nahezu wiederhergestellt. Zugleich wurde auf dem Gebiete des Unterrichtswesens an der allgemeinen Schulpflicht und dem staatlichen Charakter der Schule gerüttelt. Ein neues Schulgesetz verschaffte dem kirchlichen Einfluß auf die Volksschule freien Raum und gewährte den Gemeinden das Recht, die Dauer der Schulpflichtigkeit herabzusetzen. Die Folge war ein immer anspruchsvolleres Hervortreten der Slawen und Magyaren. Am 19. April 1880 erschien
9. April 1880 eine neue Sprachenordnung für Böhmen und Mähren, die der deutschen Sprache den Charakter der Amtssprache entzog und jede Nationalität nur verpflichtete, in ihrer Sprache abgefaßte Schriftstücke anzunehmen. Die deutsche Universität Prag wurde 1882 in zwei Universitäten geteilt, in deren einer die deutsche, in der anderen die tschechische Sprache als Unterrichtssprache galt. Der Fanatismus des Tschechentums gegen die Deutschen wurde immer stärker. Demgegenüber gaben endlich die Deutsch-Österreicher ihre Fraktionsunterschiede auf und verschmolzen sich im November 1881 zur sogenannten „Vereinigten Linken". Schon ein Jahr vorher, 1880, hatte sich der Österreichische Schulverein gebildet, der durch Gründung von Schulen und Schulbibliotheken den Rückgang des Deutschtums und das Fortschreiten des Slawismus aufzuhalten bestrebt war. Er verbreitete sich bald über die ganze Monarchie. Die Wahlen vom Jahre 1885 verstärkten jedoch die föderalistische Mehrheit im Reichsrat, nicht ohne Zutun der Regierung, die durch Auflösung der böhmischen Handelskammern und Einführung einer den Tschechen günstigen Wahlordnung diesen Bestrebungen Vorschub leistete. Das parlamentarische Leben in Österreich ging zum großen Teil in dem Kampfe der deutsch-liberalen Minderheit gegen die Taaffesche „Versöhnungspolitik" auf. Und doch vermochte dem anspruchsvollen Tschechentum selbst diese Regierung nicht Genüge zu tun; über
Herbst 1887 einen Erlaß, der einige tschechische Mittelschulen aufhob, wurde der Kultusminister Gautsch von Frankenthurn auf das heftigste angegriffen. — Die Ver-
Deutsche und Magyaren gewaltigung des Deutschtums in Böhmen wurde wo möglich noch überboten von dem nationalen Fanatismus der Magyaren in Ungarn. Unter dem Ministerpräsidenten Tisza und dem Kultusminister Trefort wurde alles getan, um die Deutschen zu Magyaren zu machen. Am meisten litten die Deutschen (die Sachsen) in Siebenbürgen. Im amtlichen Verkehr und in den Schulen wurde die deutsche Sprache verboten und in dem Gesetze über „die Regelung des Königs-
1876 bodens", d. i. des südlichen Siebenbürgen mit der Hauptstadt Hermannstadt, die altverbriefte (II, § 375) Selbstverwaltung des Sachsenlandes vernichtet.

Viertes Kapitel.

Rußland und die nordischen Staaten.

Alexander II. 1855—1881 **§ 343. Rußland bis 1878. Asiatische Politik.** Bei dem freundschaftlichen Verhältnisse Rußlands zu Deutschland und Österreich nach dem deutsch-französischen Kriege (§ 318) konnte Kaiser Alexander II. seine

Haupttätigkeit den inneren Reformen und der Ausbreitung des Reiches in Asien zuwenden.

Während die Befreiung der Leibeigenen (§ 203) ihren Fortgang hatte, wurde zugleich eine durchgehende Militärreform in Angriff genommen, die die allgemeine Wehrpflicht mit fünfzehnjähriger Dienstzeit und die Aufhebung der Stellvertretung in einer für Rußland passenden Form und Ausdehnung begründen und die Bildung in dem Heere erhöhen sollte. Außerdem wurden die Eisenbahnen zu wirtschaftlichen und militärischen Zwecken vermehrt, das Steuerwesen umgestaltet, um die Steuerfreiheit der Privilegierten aufzuheben und eine größere Ausgleichung unter den Ständen zu bewirken; der Verbesserung des Gerichtswesens, der Hebung des Handels, der Industrie, der Volksaufklärung und dem gesamten Unterrichtswesen wurde große Sorgfalt zugewendet. Von Kaiser Alexander II. ging auch die philanthropische Idee aus, die zerstörenden Wirkungen des Krieges zu vermindern, zu welchem Zwecke ein Kongreß von Staatsmännern und Militärbevollmächtigten in Brüssel die Grundlinien eines europäischen Völkerrechts in Kriegsfällen festzusetzen bestrebt war, ein Werk der Humanität, das manche segensreiche Früchte trug. Reformen Jan. 1874 Aug./Sept. 1874

Während aber Rußland nach Westen hin eine friedliche Politik verfolgte, hielt es zugleich unverwandt den Blick auf den Orient gerichtet. Das gute Verhältnis mit der Pforte blieb noch 1870 zunächst bestehen, wie denn in der „bulgarischen Kirchenfrage" beide Regierungen dieselbe Politik verfolgten. Als nämlich der Sultan sich entschloß, trotz des Widerstandes des Patriarchen von Konstantinopel die von den Bulgaren gewünschte selbständige Kirchenverfassung unter einem eigenen Exarchen zu gewähren, entschied sich Rußland ebenfalls dafür, obwohl es dadurch die Sympathien des griechischen Patriarchats und der griechisch-katholischen Bevölkerung im Orient abschwächte. Orient

Wichtige Vergrößerungen aber erlangte Rußland in Asien; zuerst durch die Eroberung des Chanats von Chiwa, der letzten noch unabhängigen Macht von Turkestan. Asien

Die verweigerte Herausgabe einiger bei einem Grenzgefecht gefangengenommenen Soldaten erklärte Rußland für einen Kriegsfall. Da aber vielleicht Englands Einmischung zu besorgen war, das das Vorschieben der russischen Herrschaft nach Ostindien mit Mißtrauen erfüllen mußte, so suchte Graf Schuwalow, der russische Botschafter in London, die englische Regierung zu beruhigen: man habe es nicht auf Eroberung abgesehen, sondern wolle nur den räuberischen Grenzfehden steuern. Obwohl nun England keinen Einspruch erhob, nicht weil es diesen Friedensversicherungen traute, sondern weil es in ähnlicher Weise mit den eingeborenen Fürsten verfuhr, ohne bei anderen Mächten anzufragen, schloß es doch zugleich mit dem Emir von Afghanistan ein Bündnis und setzte ihn durch Jahrgelder in die Lage, zur Sicherheit seines Landes gegen etwaige Angriffe Verteidigungsanstalten zu treffen. Nachdem noch eine Grenzlinie betreffs des Kriegsschauplatzes festgestellt worden war, begann der Feldzug gegen Chiwa unter dem Oberbefehl des Generals Kaufmann. Unter furchtbaren Anstrengungen in dem weiten Wüstenlande, in einer Hitze bis zu 40 Grad R., gelangten die Russen nach der Hauptstadt Chiwa; nach längerer Belagerung mußte die von 20000 Turkmenen verteidigte Stadt sich dem General Kaufmann ergeben. Der Chan hatte sich geflüchtet, kehrte aber bald zurück und nahm die Friedensbedingungen an, die ihm eine Kriegskontribution auferlegten, alles Land auf dem rechten Ufer des Amu-Darja (Oxus) dem russischen Reiche einverleibten und für das übrige Gebiet von Chiwa den Herrscher in ein Verhältnis zu dem Kaiser setzten, dem zur Vasallität nur der Name fehlte. Dieser Erfolg kam übrigens auch der Erdkunde zugute durch die mühevollen Erforschungen des Wüstenlandes und des Oxusbettes, die der Stabsrittmeister, der spätere General Skobelew, ausführte. Chiwa 1873 10. Juni

Diese bedeutende Vergrößerung der Machtstellung Rußlands in Mittelasien konnte der englischen Regierung nicht angenehm sein, und beide

Staaten waren nun bemüht, die noch unabhängigen Völkerschaften zwischen den beiden Machtsphären in ihr Interesse und ihre Freundschaft zu ziehen.

Febr./März 1876 In den nächsten Jahren erhielt der russische Einfluß in Mittelasien eine wesentliche Verstärkung, als kaiserliche Truppen siegreich in Chokand eindrangen und ein Ukas Alexanders II. die Einverleibung des ganzen Chanats in das russische Reich unter dem Namen Ferghanistan verkündete. Noch weiter wurde die russische Herrschaft in Asien ausgedehnt, als General Skobelew die Tekke-Turkmenen unterwarf und den Weg 1880/1881 nach Merw öffnete, das man in England als „das Schlüsselhaus zu dem Wege nach Indien" zu bezeichnen pflegte. Trotz aller Besorgnis konnten die Engländer nicht hindern, 1884 daß die Russen auch diese Wüstenstadt ihrem Reiche einverleibten. Die Verwicklungen in Afghanistan werden wir später (§ 349) kennen lernen.

Panslawismus **§ 344. Rußland nach dem russisch-türkischen Kriege.** Die panslawistische Partei in Rußland war mit dem Ergebnisse des türkischen Krieges und des Berliner Kongresses in keiner Weise zufrieden; der Friede erschien ihr gegenüber den großen Opfern als feiges Zurückweichen, als Verrat an der Sache des Reiches und des Slawentums. Es war auch kein Geheimnis, daß in diesen wichtigen Fragen eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Thronfolger Alexander und dem Kaiser obwaltete. Der Zarewitsch sowie Gortschakow und Ignatiew wünschten den Drohungen der Westmächte standzuhalten und der kriegerischen Volksstimmung zu folgen. Dieser Stimmung hatte die russische Regierung durch Hinziehen der Ausführung der Kongreßbeschlüsse einige Rechnung zu tragen versucht, hatte aber schließlich denselben doch nachkommen müssen. Wir haben auch gesehen, wie das freundschaftliche Verhältnis zu Deutschland sich änderte, dem man in Rußland die größte Schuld an der Zurücksetzung des Reiches zuschrieb, und wie dadurch eine völlig veränderte Stellung der europäischen Mächte herbeigeführt wurde (§ 319).

Nihilismus Zu dieser Unzufriedenheit mit den Ergebnissen des Krieges gesellten sich die Anzeichen schwerer innerer Gärung. In der Halbkultur der höheren russischen Gesellschaft, in dem unvermittelten Gegensatz zwischen einem äußerlichen leichten Zivilisationsfirnis und der asiatischen Barbarei, bei dem leicht empfänglichen Sinn des gebildeten Russen für phantastische Weltverbesserungspläne, bei dem Fehlen eines maßvollen und vermittelnden Liberalismus, bei der tiefen Korruption der Staatsverwaltung und der höheren Gesellschaftskreise, bei den vielen unverkennbaren Mißständen im öffentlichen Leben entwickelten sich Bestrebungen, die von dem revolutionären Eingreifen der Anarchisten eine Wiedergeburt erhofften. So bildete sich allmählich die revolutionär-terroristische Partei der Nihilisten (von nihil = nichts), deren Name aus dem Turgenjewschen Roman „Väter und Söhne" (§ 84) stammt. Sie wollten den Umsturz aller von Sitte, Kultur und Politik hergestellten Ordnungen und eine Neugestaltung der Verhältnisse auf sozialistischer Grundlage. Am meisten Anhang fanden diese Grundsätze bei der studierenden männlichen und weiblichen Jugend; sie verbreiteten sich aber allmählich auch durch alle Schichten des russischen Volkes, selbst in die Adels- und Offizierskreise, ja, in die Organe der geheimen Polizei. Als die Regierung mit Verurteilungen und Verbannungen nach Sibirien gegen die Nihilisten vorging, beschlossen diese, durch Mord und Brandstiftungen einen allgemeinen Schrecken in der Gesellschaft hervorzurufen und die Werkzeuge der Regierung einzuschüchtern.

Der erste Schritt auf dieser terroristischen Bahn war der Mordanfall der Vjera 5. Febr. 1878 Sassulitsch gegen den Peterburger Stadthauptmann General Trepow, den sie durch einen Revolverschuß schwer verwundete. Die allgemeine Verbitterung gab sich in dem freisprechenden Urteil der Geschworenen und dem Jubel kund, mit dem dies Erkenntnis bis in die höchsten Schichten der Gesellschaft verherrlicht wurde. Das konnte die Nihilisten nur zu weiteren Taten und zu einer festeren Organisation ermutigen; es wurde ein Exekutivkomitee

eingesetzt, das seine Netze über ganz Rußland ausbreitete, Todesurteile gegen mißliebige Beamte fällte, jeden Verrat mit dem Tode bestrafte und in geheimen Druckereien Flugschriften anfertigen ließ. Unter den von den Nihilisten Verurteilten befand sich in erster Linie der Chef der Geheimpolizei, der verhaßten dritten Abteilung der kaiserlichen Kabinettskanzlei, General Mesenzew, der durch harte Behandlung von politischen Verbrechern den Groll der Anarchisten ganz besonders hervorgerufen hatte. Er wurde auf offener Straße erdolcht, 16. Aug. 1878
ohne daß die Täter entdeckt worden wären. Obwohl nun die Regierung die Aburteilung politischer Verbrecher den Geschworenen entzog und sie den Militärgerichten überwies, mehrten sich die Angriffe auf hochgestellte Personen. So wurde der wegen seiner Strenge gegen verhaftete Nihilisten gehaßte Gouverneur von Charkow, Fürst Krapotkin, im Wagen er- 8. Febr. 1879
schossen, als „Werkzeug der Tyrannei und des Despotismus", wie das Exekutivkomitee in einer Proklamation verkündete; auch in diesem Falle wurde der Täter nicht entdeckt. Der nächste Mordanfall traf den Nachfolger Mesenzews in der „dritten Abteilung", General 25. März 1879
von Drentelen, auf den in den Straßen von Petersburg zwei Schüsse abgefeuert wurden, allerdings ohne zu treffen. Auch zur Brandfackel griff man; die Städte Irkutsk, Irbit, Orenburg, Korlow und Uralsk wurden durch Brandlegungen schwer heimgesucht. Endlich wagte sich der Meuchelmord an den Kaiser selbst. Ein von dem Revolutionskomitee an „Herrn Alexander Nikolajewitsch" gerichtetes Schreiben bedrohte ihn mit dem Tode, und ein in den verschiedensten Lebensstellungen umhergeworfener Mann, Solowjew, feuerte auf 14. April 1879
den Kaiser, als er seinen Morgenspaziergang in der Nähe des Winterpalais machte, Revolverschüsse ab, die glücklicherweise nur seinen Mantel durchlöcherten. Der Verbrecher büßte seine Tat am Galgen, ohne über die Organisation der Verschwörungen irgendeine Auskunft gegeben zu haben. Gegen diese entsetzlichen Vorgänge wurden nun außerordentliche Maßregeln ergriffen: in Petersburg und anderen großen Städten wurden provisorische Generalgouverneure mit den weitesten Ausnahmevollmachten eingesetzt. Aber trotz zahlloser Verhaftungen und Verurteilungen, trotz der strengsten Vorsichtsmaßregeln gelang es doch nicht, dem nihilistischen Unwesen ein Ende zu machen; in der Abneigung gegen das herrschende Regierungssystem fand es immer Vorschub. Nur durch einen Zufall entging der Kaiser einem neuen Anschlag: bei der Einfahrt in Moskau sollte der von ihm benutzte Eisenbahnzug durch einen von einem benachbarten Hause unter die Schienen gelegten Minengang in die Luft gesprengt werden. 1. Dez. 1879
Der Hauptschuldige, Hartmann, entkam nach Frankreich, wo er auf das Verlangen des russischen Botschafters im Februar 1880 verhaftet, dann aber von der durch die Radikalen beeinflußten Regierung freigelassen und nach England abgeschoben wurde, ein Verfahren, das die guten Beziehungen Frankreichs und Rußlands eine Zeitlang störte. Die Häupter dieser Verschwörung aber gingen so weit, dem Kaiser durch eine Proklamation zu drohen, daß er doch sterben müsse, wenn er nicht alle seine Rechte einer Nationalversammlung übergäbe, und zwar werde er in die Luft gesprengt werden. Eine Dynamitexplosion, durch die im kaiserlichen Winterpalais die Zimmerdecken zweier Stockwerke zertrümmert oder erschüttert 17. Febr. 1880
wurden, mehrere Menschen ihr Leben einbüßten oder verwundet wurden, gab bald danach den Beweis, daß die Drohung ernst gemeint war. Der Kaiser selbst blieb auch diesmal bewahrt.

Verfassungsreform

In allen Schichten des Volkes aber machte sich der Wunsch nach einer durchgreifenden Umgestaltung des absolutistischen Staates geltend. Selbst in der Nähe der Krone, bei dem Thronfolger und seiner Umgebung, bei einem Teile der hohen Staatsbeamten, fand der Ruf nach einer Verfassungsreform Anklang. Zunächst aber wurden nur die verhaßte „dritte Abteilung" und das Petersburger Generalgouvernement aufgehoben und Graf Loris Melikow mit einer fast diktatorischen Gewalt als der Leiter einer höchsten Administrativ- Febr. 1880
kommission eingesetzt. Wenn auch der Amtsantritt des klugen Armeniers durch einen Anschlag auf seine eigene Person beunruhigt wurde, so gelang es ihm doch, einen bis dahin in Petersburg ungewohnten Zustand der Ruhe und Sicherheit zu schaffen, so daß die Jubelfeier des 25jährigen Regierungsantritts des 2. März 1880
Kaisers sich zu einem Nationalfest gestaltete. Auch die Kaiserin Maria Alexandrowna war von Cannes, wo sie schwer krank geweilt hatte, zur Festfeier nach Petersburg gekommen, doch erlag sie am 3. Juli der Krankheit. Der Kaiser ließ sich bald darauf in aller Stille mit der Fürstin Dolgoruki trauen, sollte indes nicht 31. Juli 1880
lange sein Glück genießen.

Nachdem er soeben auf den Rat Melikows in die Einführung eines verfassungsmäßigen Regiments durch die Einberufung einer teils aus Er-

Alexander II. † 13. März 1881

wählten, teils aus Ernannten bestehenden Versammlung gewilligt hatte, wurde sein Wagen von einer Sprengbombe getroffen; als er darauf aus dem Wagen stieg, wurde ein zweites Sprenggeschoß gegen ihn geschleudert, das ihm die Beine zerschmetterte, den Unterleib aufriß und das Gesicht verletzte. Eine Stunde später, um vier Uhr, starb er im Winterpalais. Russakow und die andern Urheber des Verbrechens wurden gehängt.

Alexander III. 1881—1894

Den russischen Thron bestieg der älteste Sohn, Alexander III., der unter den Drohungen einer neuen nihilistischen Proklamation seinem Bruder Wladimir das höchste Militärkommando übertrug und ihn für den Fall seines Todes und der Minderjährigkeit seines Sohnes Nikolaus (geb. 1868) zum Regenten, die Kaiserin Maria Feodorowna (Dagmar von Dänemark § 384) zur Vormünderin ernannte. Er selbst verlegte seine Residenz nach dem Jagdschlosse Gatschina, das von Polizei und Militär ängstlich bewacht wurde.

Rückkehr zur Autokratie

Obwohl nun Alexander III. sich früher für innere Reformen ausgesprochen hatte und ihm auch von seinem Großoheim, dem Deutschen Kaiser, um dessen Rat er bat, dringend empfohlen wurde, zeitgemäße, aber vorsichtige Reformen vorzunehmen, entschied er sich doch für die Beibehaltung des alten Systems.

11. Mai 1880

Am 11. Mai erschien eine Kundgebung an das russische Volk, worin er „auf Befehl der Stimme Gottes" sich entschlossen erklärte, „die selbstherrscherliche Gewalt zu befestigen und zu bewahren" und alle Untertanen aufrief „zur Ausrottung der nichtswürdigen, aufrührerischen Bestrebungen, welche die russische Erde mit Schande bedecken". Boris Melikow nahm infolgedessen seine Entlassung, an seine Stelle wurde Graf Ignatiew zum Minister des Innern ernannt, und Männer wie der streng orthodoxe Oberprocureur des heiligen Synod, Pobjedonoszew, und der Journalist Katkow, das Haupt der panslawistischen, deutschfeindlichen Bewegung, gewannen wachsenden Einfluß beim Kaiser. Aber obwohl Ignatiew 1882 entlassen und Graf Dimitri Tolstoi Minister des Innern wurde, dauerte die nihilistische Bewegung fort und äußerte sich in weiteren Mordtaten gegen die Leiter des Polizeiwesens und in Anschlägen gegen das Leben des neuen Zaren, so daß die Krönungsfeier erst nach zweijähriger Verzögerung in Moskau

22. Mai—9. Juni 1883

ohne Störung begangen werden konnte. Dazu erhielten Ausbrüche des Deutschenhasses und schlimme Judenverfolgungen, Feuersbrünste und Bauernunruhen das Land in steter Aufregung. Gegen die Judenverfolgungen schritt die Regierung endlich ein, beschränkte aber die Bewegungs- und Verkehrsfreiheit der Juden so sehr, daß viele Tausende auswanderten, was wegen des Einflusses der jüdischen Finanzwelt auf den russischen Staatskredit nachteilig einwirkte.

Ostseeprovinzen

In den Ostseeprovinzen wurde ein systematischer Kampf gegen die deutsche Schule und Sprache, sowie gegen die lutherische Kirche eröffnet; besonders unter der Verwaltung des Senators Manassein ging man schonungslos mit der Russifizierung vor. Ähnliche Maßregeln zum Sprachen- und Religionszwang

Polen

kamen auch in Polen zur Anwendung. Das Verbot der Erwerbung von Grundeigentum in allen westlichen Gouvernements für Ausländer, die fortgesetzten Feindseligkeiten gegen die fremde Industrie auf zollpolitischem Gebiete waren ebenfalls Ausflüsse des Deutschenhasses.

Auswärtige Politik

In der auswärtigen Politik versprach Alexander III. den Frieden zu erhalten. Allerdings machten die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Finanzen die Aufrechterhaltung desselben im eigensten Interesse Rußlands sehr wünschenswert. Handel und Gewerbe hatten durch den türkischen Krieg sehr gelitten, die Landwirtschaft lag so danieder, daß die Besitzverhältnisse zwischen den Grundherren und den befreiten Bauern noch immer nicht überall geregelt werden konnten. Daher beschränkte sich Rußland auf die Ausdehnung seiner Grenzen in Mittelasien (§ 343), während es mit seinen westlichen Nachbarn in gutem Einvernehmen blieb, was be-

sonders durch die Einsetzung des Herrn von Giers zum Minister des Auswärtigen an Stelle Gortschakows und des Grafen Tolstoi zum Minister des Innern an Stelle Ignatiews bewirkt wurde. Eine Wendung trat erst durch die bulgarischen Ereignisse ein (§ 339), nach denen der Zar immer weiter den Werbungen Frankreichs entgegenkam. April 1882

§ 345. Dänemark. Schweden-Norwegen. Die nordischen Reiche führten in dem Zeitraume seit 1870 ein in die große europäische Politik wenig eingreifendes, im Innern aber lebhaft bewegtes Dasein.

In Dänemark stritten seit Anfang der siebziger Jahre unter Christian IX. wechselnde konservative Regierungen mit der liberalen und zum Teil sehr radikalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses (Folkething) über Fragen der Militärreform und des Budgetrechts. Über die geplanten Befestigungen Kopenhagens kam es zu einem heftigen Verfassungskonflikt, doch wurden dieselben trotz des energischsten Widerstandes der Opposition auf der Seeseite vollendet, bis schließlich nach weiteren parlamentarischen Kämpfen Kopenhagen mit Hilfe freiwilliger Beiträge völlig befestigt werden konnte. Trotz der bedeutenden Ausgaben für die Landesverteidigung und das Eisenbahnwesen befanden sich die Finanzen in dem gut geleiteten Staate in trefflichem Zustande. Auch in kultureller Beziehung, in der Sorge für den Unterricht in den höheren und niederen Schulen, für Kunst und Wissenschaft, im Betrieb des Ackerbaus und Handels nahm der kleine Staat, nachdem er seinen Rückerwerbungsplänen Schleswigs durch die 1878 zwischen Deutschland und Österreich vereinbarte Aufhebung des Artikels 5 des Prager Friedens (§ 319) hatte entsagen müssen, einen hohen Aufschwung. Dänemark Christian IX 1863—1906

In Schweden, wo im Jahre 1872 auf König Karl XV. sein Bruder Oskar II. folgte, ein hochgebildeter, wissenschaftlich und dichterisch tätiger, Deutschland freundlich gesinnter Fürst, drehte sich das politisch-parlamentarische Leben vornehmlich um Fragen der Steuerreform, der Organisation des Heeres und der Marine; die ablehnende Haltung des sparsamen Reichstages wurde ertragen, ohne daß erhebliche innere Bewegungen entstanden. Die herzlichen Beziehungen der Königsfamilie zu dem deutschen Kaiserhause wurden noch inniger durch die Vermählung des Kronprinzen Gustav mit der badischen Prinzessin Viktoria, der Enkelin des Kaisers. — Das abgeschlossene See- und Gebirgsland Norwegen, das in Personalunion mit Schweden vereinigt ist, aber fast völlige Selbständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung genießt, bewahrte seinen uralten Gegensatz zu Schweden und seinen zur republikanischen Unabhängigkeit neigenden Sinn. Das gab sich in dem norwegischen Storthing (Reichstage) in heftigen Verfassungskonflikten kund, die aus der Frage über die Teilnahme der Minister an den Kammerverhandlungen und die Grenzen des königlichen Vetos, sowie der Heeresorganisation entsprangen und sich 1883 bis zur Anklage gegen die Minister wegen Verfassungsbruchs und zur Drohung mit der Lösung der Union steigerten. In einem langwierigen Prozeß wurden die Minister zu Amtsentsetzung und Geldstrafen verurteilt, worauf der radikale Storthingpräsident Sverdrup an die Spitze der Regierung trat. Erst 1889 machte dieser, wegen eines Kirchengesetzes heftig bekämpft, dem Führer der Konservativen, E. Stang, Platz. Schweden Oskar II. 1872—1907 Sept. 1881 Norwegen April 1884

Fünftes Kapitel.

England.

§ 346. Inneres Staatsleben Großbritanniens. Vergebens hatte, wie wir gesehen haben (§ 210), die englische Regierung in Irland einen konfessionellen Friedenszustand zu schaffen gesucht, als sie die Entstaatlichung der englischen Erstes Ministerium Gladstone 1868—1874

Hochkirche durchsetzte. Je mehr aber der Ultramontanismus, besonders gefördert durch Erzbischof Manning (§ 261), auch in England Boden gewann, um so stärker regte sich in den bürgerlichen Kreisen der altnationale Widerwille gegen den Papismus. Die kirchlichen Vorgänge in Deutschland fanden die lebhafteste Teilnahme bei dem englischen Volke. Unter solchen Verhältnissen und Stimmungen war die vermittelnde Politik Gladstones nicht mehr zeitgemäß; dazu schädigten finanzielle Schwierigkeiten und die Mißerfolge in der auswärtigen Politik, im deutsch-französischen Kriege und in der Pontusfrage (§ 270), das Ansehen der liberalen Regierung, so daß die Tories, die zwar für die Fortschritte des wirtschaftlichen Lebens, für die Interessen der Arbeiterbevölkerung und für die sozialen Fragen wenig Sinn zeigten, aber an den durch die Reformation geschaffenen religiösen Anschauungen festhielten, immer mehr Boden in der öffentlichen Meinung gewannen. Obwohl Gladstone durch eine Auflösung des Parlamentes vor dem gesetzlichen Schlusse dem Sturme vorzubeugen suchte, fielen doch die Neuwahlen
Febr. 1874 zugunsten seiner Gegner aus, und so nahm er seine Entlassung; er zog sich in das Privatleben zurück und widmete seine Muße dem Studium der kirchlichen und religiösen Dinge. Das neue Ministerium der „konservativen Reaktion" übernahm das Haupt der Tories, Benjamin d'Israeli, der 1876 zum Lord
Ministerium Beaconsfield 1874—1880 Beaconsfield erhoben wurde. Seine innere Politik ließ die Dinge möglichst unverändert; in Irland wurde die äußere Ruhe zunächst aufrecht erhalten. Damals begann hier, seitdem Parnell die Führung der „Homeruler" (§ 210) übernommen hatte, eine neue gefährliche Bewegung, denn die von Parnell gegründete
1879 „Landliga" forderte immer offener eine völlige Umwälzung der Besitzverhältnisse. Dazu kam die schlimme Finanzlage des Staates. Unter den Folgen der allgemeinen Geschäftskrisis (§ 328) litten Ackerbau, Handel und Industrie, große Arbeitseinstellungen traten ein und die agrarischen Verbrechen in Irland konnten trotz aller Anstrengungen der Polizei nicht unterdrückt werden. Die Folge war eine scharfe Opposition gegen Regierung und Parlament in der Presse. Beacons-
März 1880 field löste das Unterhaus auf und legte, da die Neuwahlen den Liberalen die Mehrheit brachten, sein Amt in die Hände der Königin nieder, die nun wieder
April 1881 Gladstone mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraute. Beaconsfield
19. April 1881 widmete sich wieder dem Dienst der Musen, starb aber bald.

Zweites Ministerium Gladstone 1881—1885 Die wichtigste Aufgabe für die neue Regierung war die Ordnung der irischen Verhältnisse. Die Agitationen der Landliga wurden immer verderblicher; ein wahres Schreckenssystem der gesellschaftlichen Ächtung, das „Boykottieren", wurde gegen ihre Gegner verhängt. Die Leistung der Pachtzahlung wurde mit
Irland dem Tode bedroht und häufig genug durch Mord bestraft. Die Täter blieben meist unentdeckt. Die Regierung suchte teils durch Repressiv-, teils durch Reform-
1881 maßregeln diesen anarchistischen Zuständen abzuhelfen. Ein Zwangsgesetz gab dem Vizekönig Befugnisse zur Verhaftung und Gefangenhaltung von solchen, die des Hochverrats oder des Vergehens gegen die Ordnung des Landes verdächtig seien; ein anderes Gesetz schränkte das Tragen von Waffen in Irland ein. Andererseits sollte die irische Landbill ein gutes Verhältnis zwischen Pächtern und Grundbesitzern herstellen, die Höhe und Dauer der Pachtsummen festsetzen, auch Regierungszuschüsse zum Ankauf von Gütern gewähren. Die Bill wurde von der Landliga für durchaus ungenügend erklärt; die Gewalttaten ließen nicht nach. Allgemeines Entsetzen verbreitete die Ermordung des Staatssekretärs Lord
7. Mai 1882 Cavendish und des Unterstaatssekretärs Burke im Phönixpark von Dublin. Die gerichtliche Untersuchung leitete auf eine weitverzweigte Mordverschwörung, gleichzeitig zeugten fortgesetzte Dynamitexplosionen in den englischen Handelsstädten von der unheimlichen Tätigkeit der Fenier (§ 210). Die Regierung verlangte nun ein neues irisches Zwangsgesetz, aber auch eine Bill, die den Hauptgegenstand des Streites, die allmähliche Tilgung der Pachtrückstände, beseitigen sollte. Beide Gesetze wurden angenommen. Um aber für die Weiterführung der Reformen eine starke liberale Mehrheit zur Verfügung zu haben, brachte Gladstone ein neues

Wahlreformgesetz ein: das Stimmrecht aller „Haushalter" in den städtischen Wahlbezirken wurde auf die ländliche Bevölkerung ausgedehnt, die Zahl der Wähler dadurch um 2½ Millionen vermehrt. Wurde so diese Ungleichheit des Landes gegenüber den Städten beseitigt, so wurde doch damit eine neue Einteilung der Wahlkreise verbunden, welche das platte Land in der Zahl der Vertreter gegenüber den Städten verkürzte und dadurch die konservative Partei zu schädigen drohte. Die Lords im Oberhause leisteten denn auch der Bill, in der sie eine fortschreitende Demokratisierung der englischen Verfassung erblickten, den heftigsten Widerstand. Aber der immer lauter werdende Ruf nach Abschaffung oder Umgestaltung des Oberhauses bewog sie, nachdem die Regierung sich mit ihnen über die Hauptgrundzüge der Wahlkreiseinteilung verständigt hatte, nachzugeben, so daß die ganze Wahlreformgesetzgebung am 23. Juni 1885 zum Abschluß kam. Kurz vorher hatte Gladstone, wegen seiner immer demokratischer werdenden Politik selbst von einem Teil der Liberalen verlassen und wegen der Mißerfolge nach außen (§ 348) angegriffen, seine Entlassung genommen, als er in der Frage einer Steuer auf geistige Getränke durch eine Verbindung der Konservativen und Iren eine Niederlage erlitt.

Wahlreform

Dez. 1884

8. Juni 1885

Lord Salisbury übernahm die Bildung eines Torykabinetts, dessen Seele Lord Churchill war, der hauptsächlich das Zusammengehen mit den Parnelliten zum Sturz Gladstones betrieben hatte. Allein vermochten die Konservativen, obschon sie auch bei den neuen Wahlen die Unterstützung der „Homerulers" fanden, eine Mehrheit doch nicht zu erlangen; nur wenn die Iren mit ihnen stimmten, waren sie den Liberalen gerade gewachsen. Das Torykabinett war also von dem guten Willen Parnells, des „ungekrönten Königs von Irland", abhängig. Das alte Verhältnis, daß sich nur die beiden großen Parteien der Konservativen und Liberalen gegenüberstanden, war längst überwunden: die Iren gaben den Ausschlag und waren für denjenigen zu haben, der den Forderungen nach „Homerule" am weitesten nachkam. Als daher die Thronrede diese Forderungen ablehnte, war das Schicksal des Ministeriums entschieden. Bei der Beratung der Adresse auf die Thronrede gaben Liberale und Parnelliten der Regierung ein Mißtrauensvotum, worauf das Ministerium Salisbury zurücktrat und Gladstone aufs neue die Zügel der Regierung ergriff. Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm Lord Rosebery. Gladstone war geneigt, „Homerule" in einem so weitgehenden Sinne zuzugestehen, daß die Gegner davon eine völlige Auflösung des staatlichen Bandes zwischen Irland und England fürchteten. Er wollte den Iren ein besonderes Parlament für ihre ausschließlichen Angelegenheiten und ein eigenes Ministerium gewähren, der Krone nur ein Vetorecht vorbehalten; die Wirksamkeit des Gesamtstaates sollte auf Heer, Flotte, auswärtige Politik, Zölle usw. eingeschränkt werden, ein Verhältnis etwa, wie es zwischen Österreich und Ungarn bestand. So wurden zwei Gesetzentwürfe vorgelegt: die Homerulebill, welche die Errichtung eines irischen Parlaments und einer irischen Regierung in Dublin anordnete, und die Landankaufsbill, welche 50 Millionen Pfund zum Ankauf von irischen Landgütern forderte, die in Staatspächtereien für irische Farmer umgewandelt werden und in den Besitz der Pächter übergehen sollten. Aber gegen diese irische Politik Gladstones erklärte sich der größte Teil des englischen Volkes. Die Gesetze wurden im Unterhause abgelehnt, und als dasselbe aufgelöst wurde und Gladstone die irische Frage an das Volk brachte, erlitt er eine entscheidende Niederlage gegen die Konservativen und „liberalen Unionisten". Er reichte seine Entlassung ein, und Lord Salisbury bildete abermals ein Kabinett, das aber freilich wieder keine konservative Parlamentsmehrheit hinter sich hatte, sondern wie früher von den Parnelliten, so jetzt von den Liberalen abhängig war, die sich in der irischen Frage von Gladstone losgesagt hatten. Dadurch wurden die Konservativen gezwungen, den Weg der Reform weiterzugehen. So wurde die Provinzialverwaltung durch ein Gesetz umgestaltet, das England in 122 neue Grafschaften einteilte und die Verwaltung Grafschaftsräten

Ministerium Salisbury 1885—1886

Macht der Parnelliten

Jan. 1886

3. Febr. 1886

Drittes Ministerium Gladstone 1886

7. Juni 1886

Juli

Ministerium Salisbury 1886—1892

1888

übertrug, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehen sollten. Der bisherige Einfluß der Aristokratie wurde dadurch beseitigt, ein weiterer Schritt zur Demokratisierung der englischen Zustände. Daneben gelang es der Regierung, in Irland nicht nur durch neue Zwangsgesetze den Verbrechen zu steuern, sondern auch durch eine maßvolle wirtschaftliche Gesetzgebung, wie durch gerichtliche Festsetzung der Pachtbeträge und Übernahme und Ankauf von Pachtgütern durch den Staat, bessere Verhältnisse herzustellen.

§ 347. Englands Erfolge außerhalb Europas. a. West- und Südafrika. In der äußeren Politik hielt sich England seit dem Krimkriege von einer aktiven Einmischung in die europäischen Verhältnisse fern, suchte dieselben aber so weit wie möglich zu seinem Vorteile auszubeuten. Zu dieser Enthaltsamkeit wurde es besonders durch die Erkenntnis bewogen, daß das englische Heerwesen den Streitmächten der Festlandstaaten in keiner Weise gewachsen war. Die ganze Sorge Englands war auf die Steigerung seiner Machtstellung zur See, auf Mehrung seiner Kolonien, auf Verstärkung seiner Marine gerichtet; um sich in der freien Bewegung zur See nicht hindern zu lassen, nahm es in der von Kaiser Alexander II. nach Brüssel zur Aufrichtung eines internationalen Kriegsvölkerrechts berufenen Konferenz (§ 343) eine sehr zurückhaltende Stellung ein und lehnte nach deren Beendigung die weitere Beteiligung ab.

Westafrika

Zunächst hatte England an der Westküste von Afrika sein oberherrliches Ansehen geltendzumachen. Hier gelangte, als Holland seine dortigen Besitzungen der englischen Regierung abtrat, wogegen diese ihrem Protektorat in Sumatra entsagte, die ganze Goldküste in englischen Besitz.

7. Juli 1871

Aschanti

Dadurch geriet England in feindliche Berührung mit den Aschanti, die auf ein den Holländern früher gehörendes Fort Elmina Anspruch machten und den unter englischer Schutzherrschaft stehenden Stamm der Fanti bekriegten. Beträchtliche Streitkräfte unter

Juni 1873

Sir Garnet Wolseley wurden nach Afrika abgesandt, und die Aschanti nach ihrem Königssitz Kumasi zurückgedrängt. Als Wolseley sich dieser Stadt näherte, wurde sie von

Jan. 1874

den Einwohnern niedergebrannt; König Koffi Kalkalli hatte sich geflüchtet. Da er die Unmöglichkeit der Fortsetzung des Krieges, in dem alle Nachbarstämme auf seiten der Eng-

19. Febr. 1874

länder standen, einsah, schloß er mit dem in Kumasi zurückgebliebenen General Glover einen Friedensvertrag ab, worin er allen Ansprüchen auf das britische Protektoratsgebiet entsagte.

Ostafrika

In Ostafrika, wo von Sansibar aus ein schwunghafter Sklavenhandel getrieben wurde, zwang die englische Regierung den Sultan durch die Absendung einiger Kriegsschiffe, den Sklavenmarkt zu schließen. In

Südafrika

Südafrika plante Gladstone eine Konföderation aller Kolonien, auch der Burenstaaten.

Die Buren

Als 1815 die Engländer die Kapkolonie erhielten (§ 71), saßen in ihr außer Hottentotten und Buschmännern, Weiße, meist holländischen Ursprungs (Buren). Ein englischer Gouverneur verwaltete die neue Kolonie. Bis 1826 herrschte ein gutes Verhältnis zwischen Engländern und Buren; aber als in diesem Jahre die holländischen Gerichte unterdrückt und das Englische als alleinige Gerichtssprache bestimmt wurde, und als dann später die Sklaverei

1. Dez. 1835

gegen ungenügende Entschädigung aufgehoben wurde, da wanderten 1835 10000 Buren (erstes Voorttrekken) nach Nordosten aus und gründeten 1837 in Natal einen unabhängigen Staat mit einem Volksraad. Aber der englische Gouverneur von Kapland ließ ihre Hauptstadt

12. Mai 1844

Pietermaritzburg besetzen, löste den Volksraad auf und vereinigte Natal mit dem Kaplande. Ein Teil der Buren suchte nun eine neue Heimat südlich und nördlich des Vaalflusses. Als sie aber auch hier wieder als britische Untertanen gelten sollten, und 1847 eine englische Besatzung in ihren Hauptort Bloemfontein gelegt wurde, kam es zum Kampfe, in dem die Buren unter Führung von Pretorius zwar Bloemfontein nahmen, aber bei Boomplatz

28. Aug. 1848

vollständig geschlagen wurden. Nun wurde die Bestimmung der Zugehörigkeit zum britischen Reiche auch auf die Ansiedlungen jenseit des Vaal bis zum 25.° s. B. ausgedehnt, wo seit 1848 sich drei Republiken, Potschafftrom, Zoutpansberg und Lydenburg, gebildet hatten. Da aber die Engländer in einem Kampfe mit den Basutos eine schwere Niederlage erlitten,

mußten sie doch in der Sandriverkonvention die Unabhängigkeit dieser Republiken anerkennen, die 1854 auch dem Oranjeflußfreistaat zuteil wurde. Die drei Republiken jenseit des Vaal vereinigten sich unter dem jüngeren Pretorius zur Transvaal-Republik mit der Hauptstadt Pretoria und gaben sich 1858 eine Verfassung. 17. Jan. 1853

Als nun die Tansvaalrepublik (1859 Südafrikanische Republik genannt) den Beitritt zu der geplanten Konföderation verweigerte, wurde sie unter britische Oberhoheit gestellt. Bald darauf aber gerieten die Engländer in einen Kampf mit dem Sulukönig Cetewayo, mit dem der Gouverneur Sir Bartle Frere einen Streit angezettelt hatte. April 1877 Sulukrieg

Die mangelhafte Führung brachte den Engländern anfangs empfindliche Verluste; eine Heeresabteilung wurde bei Isandula am Tugelafluß in einen Hinterhalt gelockt und fast gänzlich aufgerieben; eine andere Heersäule unter Oberst Pearson wurde im Lager bei Ekove hart bedrängt. Erst als beträchtliche Verstärkungen aus England und Italien unter dem Befehl Wolseleys, des Besiegers der Aschanti, abgesandt wurden, gelang es, dem Kriege eine günstigere Wendung zu geben; dem neuen Vormarsch schloß sich Prinz Louis Napoleon, Napoleons III. Sohn, als Freiwilliger an, in der Hoffnung durch Waffentaten seinen Namen in Frankreich lebendig zu erhalten; aber er fiel bei einer Rekognoszierung in einen Hinterhalt und fand in ungleichem Kampfe seinen Tod. Die Sulus erlitten dann bei Ulundi eine vollständige Niederlage; Cetewayo selbst mußte sich ergeben. Er wurde als Gefangener nach der Kapstadt gebracht; den Häuptlingen, unter welche sein Land verteilt war, wurden nun „Residenten" an die Seite gestellt, welche auf die Verwaltung einen starken Einfluß ausübten. 22. Jan. 1879 April 1879 1. Juni 1879 4. Juli 30. Aug.

Den Sulukrieg benutzten die Transvaalburen, um ihre Unabhängigkeit wiederherzustellen. Sie brachten den Engländern bei Laings Nek, am Ingogo und am Majubaberg so empfindliche Niederlagen bei, daß sie durch den Vertrag von Pretoria die Unabhängigkeit in betreff des inneren Staatswesens zurückerlangten, wogegen England die Republik in allen auswärtigen Angelegenheiten vertreten sollte. Allen Versuchen der Buren, ihre Selbständigkeit weiter auszudehnen, trat England entschieden entgegen. Es nötigte sie 1884 zu einem neuen Vertrage, wonach Abmachungen, die die Republik mit auswärtigen Mächten oder Eingeborenen, ausgenommen mit dem Oranje-Freistaat, treffen wollte, der englischen Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden sollten. Ebenso verhinderten die Engländer 1884 die Gründung der Nieuwe Republik, durch welche die Buren einen Zugang zum Indischen Ozean gewinnen wollten. Stellung der Südafr. Rep. 24. Jan., 8. Febr. 1881 27. Febr. 3. Aug.

§ 348. b. Ägypten. Wie im Süden Afrikas so drang England auch im Norden vor, von der Absicht geleitet, sich den nach der Eröffnung des Suezkanals entstandenen neuen Seeweg nach Indien zu sichern.

In Ägypten gelang es dem Khedive (Vizekönig) Ismail Pascha, dem geldbedürftigen Sultan immer neue Zugeständnisse abzulocken und durch den Ferman vom 8. Juni 1873 tatsächlich fast die volle Unabhängigkeit nebst Anerkennung der direkten Erbfolge nach der Erstgeburt zu erlangen; in einem jährlichen Tribut und einigen Ehrenbezeigungen bestand schließlich fast allein noch das Untertänigkeitsverhältnis. Seit 1860 war auch das weite Gebiet des Sudan, wo einst schon Mehemed Ali vorgedrungen war (§ 146), erobert worden; zuerst Sannaar am Blauen Nil, dann das Land der Schillukneger am Weißen Nil, endlich Kordofan und 1874 Darfur. 1876 nahmen die Ägypter das ganze Land am Oberlaufe des Weißen Nil bis zum Albertsee in Besitz und besetzten Massaua. Aber kriegerische Verwicklungen mit Darfur und Abessynien, Verschwendung und Mißwirtschaft brachten Ägypten in immer ärgere finanzielle Zerrüttung, und dies gab den europäischen Mächten, besonders denen des Westens, die im Nillande wichtige Handels- und Kapitalinteressen zu schützen hatten, stets neuen Anlaß, sich in die ägyptischen Angelegenheiten einzumischen. Diese Finanzverlegenheit des Khedive benutzte England, ihm seine Aktien des Suezkanals abzukaufen; es sicherte sich dadurch den entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung des wichtigsten Seeweges nach Indien und tat einen Schritt vorwärts auf dem Wege, der das Nilland völlig unter englische Oberhoheit bringen sollte. Außerdem mußte der Khedive sich eine englisch-französische Kontrolle der Finanzverwaltung gefallen lassen Ismail Pascha 1863—1879 1876

Aug. 1878 und den Engländer Wilson und den Franzosen de Blignières in das Ministerium aufnehmen, in welchem Nubar Pascha den Vorsitz führte. Diese Abhängigkeit von den fremden Mächten, die Willkürlichkeiten der europäischen Beamten erregten bald den allgemeinen Unwillen; aber der Versuch, durch einen Soldatenaufstand in Kairo und einen Staatsstreich sich der Fremden zu entledigen, hatte nur für einen Augenblick Erfolg. Auf Veranlassung der Mächte sprach Febr. 1879 der Sultan die Absetzung Ismails aus, der sich nach Italien begab, während sein schwacher 26. Juni 1879 Tewfik Sohn Tewfik Pascha die Regierung übernahm und die Finanzkontrolle der Westmächte Pascha 1879 in etwas andern Formen wiederherstellte.

Nationale Erhebung

Das aber gab der nationalen Partei, die nach voller Unabhängigkeit Ägyptens von dem europäischen Einfluß strebte, die Anregung zum Aufstande. Ihr Führer war der Oberst Arabi Pascha, der durch eine Sept. 1881 Soldatenrevolte vom Khedive die Entlassung des Ministeriums und eine Verfassung mit einer parlamentarischen Notabelnversammlung erzwang und als Kriegsminister in die Regierung eintrat. Den Westmächten waren diese nationalen Unabhängigkeitsregungen höchst unbequem; durch diplomatische Noten, durch Drohung mit einer bewaffneten Intervention, endlich durch Entsendung eines Geschwaders suchten sie dieselben niederzuhalten, steigerten aber nur die Aufregung im Volke sowie das Mißtrauen der Pforte und der Ostmächte. Der Khedive stand zwar noch unter dem englisch-französischen Einfluß, war aber nicht mehr Herr der Lage, so daß Arabi Pascha die Abschaffung der europäischen Finanzkontrolle und die Beseitigung aller europäischen Beamten forderte. Während die Mächte noch unter sich und mit der Pforte über die Art des Einschreitens verhandelten und in Konstantinopel eine Konferenz zu- 11. Juli 1882 sammentrat, reizte er den Pöbel, daß es in Alexandria zu blutigen Ausschreitungen kam: der englische Konsul wurde verwundet, viele Europäer ermordet. Da die Übeltäter nicht bestraft wurden, ließ der englische Ad- 12. Juli miral Seymour die Forts von Alexandria bombardieren. Als dabei auch ein Teil der Stadt zerstört wurde, richteten die Einwohner und Soldaten ein furchtbares Blutbad unter den Europäern an, deren Häuser meist in Brand gesteckt wurden. Arabi zog sich nach Kairo zurück, und die Engländer besetzten das halb eingeäscherte Alexandria. Nun wurde Arabi von dem Khedive abgesetzt; allein, an der Spitze des Heeres war er zunächst noch Herr des Landes. Doch zeigte er sich so wenig fähig, daß der englische Oberfeldherr, General Sir Wolseley, die Schanzen von Tel-el-Kebir fast ohne Kampf nahm. Der ägyptische „Nationalheld" überlieferte sich freiwillig den englischen Reitern und wurde nach Ceylon in 13. Sept. die Verbannung geschickt; Abukir, Damiette, Kairo ergaben sich ohne Schwertstreich. Die Verwaltung wurde so geordnet, daß jedem Minister ein englischer Staatssekretär (Musteschar) beigegeben wurde; das ägyptische Heer wurde von englischen Offizieren reorganisiert und einige englische Regimenter blieben in Ägypten.

Erhebung des Mahdi

Diese Wirren benutzten die ägyptischen Sudanprovinzen, Darfur und Kordofan, zum Abfall. Ein verwegener Parteigänger, der sich für den verheißenen Propheten, den Mahdi, ausgab und den mohamedanischen Fanatismus gegen die Fremden erregte, zog gegen die ägyptisch-englischen 3. Nov. 1883 Heere ins Feld, eroberte El Obeid und erfocht bei Kaschgil einen vollständigen Sieg über den Oberst Hicks, während die Araber an der Küste 4. Febr. 1884 des Roten Meeres unter Osman Digma beim Brunnen El-Teb den General Baker schlugen. Der englische General Gordon, der als Generalgouverneur im Sudan walten sollte, wurde in Chartum fest eingeschlossen.

Ehe die unter Wolseley entsandten Verstärkungen ankamen, wurde Chartum von dem Mahdi erobert, wobei die Besatzung und Gordon den Tod fanden. 26. Jan. 1885
Die englische Regierung setzte nach diesen Mißerfolgen den beschwerlichen Feldzug, der im Parlamente heftigen Tadel erfuhr, nur noch matt fort. Auch nach dem Tode des Mahdi ging der Aufstand nicht zu Ende, Wadi Halfa blieb die südliche Grenzstation des ägyptischen Reiches. Juni 1885

Um so fester aber legte die englische Regierung die Hand auf Ägypten. Okkupation
Bei der Finanzkontrolle und der Herstellung der staatlichen Ordnung sprach sie das entscheidende Wort und traf keine Anstalten, ihre Truppen aus dem Lande zurückzuziehen. Die Okkupation unterschied sich nicht viel von der alleinigen britischen Herrschaft, die auch die mit ihren inneren Verhältnissen und vor allem mit dem Rachekrieg gegen Deutschland beschäftigten Franzosen fast völlig aus dieser wichtigen Mittelmeerstellung verdrängte. Mit Mühe konnte Frankreich ein Abkommen mit England erzielen, welches 13. Juni 1885
die Neutralisierung des Suezkanals verbürgte.

§ 349. c. Asien. In dem seit 1876 zum Kaiserreiche erklärten Indien (§ 223), wo die englische Regierung bestrebt war, die einheimische Industrie und Kultur zu fördern, blieb der Friede erhalten. Das große hinterindische Reich Birma, dessen einer Teil seit 1852 unter englischer Hoheit stand, wurde 1886 völlig dem britischen Weltreiche einverleibt.

Der dort seit 1878 herrschende König Thibau, der durch Handelsbelästigungen und Grenzstreitigkeiten den Anlaß zum Eingreifen gab, wurde mit leichter Mühe durch den General Prendergast überwältigt und nach Indien gebracht, die Hauptadt Mandale eingenommen. Ein Volksaufstand im folgenden Jahre, wobei Mandale in Flammen aufging, wurde unterdrückt. Birma 1886

Größere Sorgen dagegen bereiteten der englischen Regierung die Verhältnisse in Afghanistan, wo englische und russische Interessen zusammenzustoßen drohten. Afghanistan

Seit den Kämpfen der vierziger Jahre (§ 150) hatte ein friedlicheres Verhältnis zwischen Dost Mohammed und England geherrscht. Trotzdem zögerte die englische Regierung nach seinem Tode, dessen Sohn Schir-Ali Chan als Thronfolger anzuerkennen. Infolgedessen machten ihm seine Brüder und Verwandten die Herrschaft streitig. Ganz Afghanistan wurde von einem mehrjährigen wechselvollen Kriege erfüllt. Schir-Ali siegte endlich und sein kräftigster Gegner, sein Neffe Abd ur Rhamân, wurde zur Flucht nach Turkestan gezwungen. Nun erst wurde Schir-Ali von England anerkannt; er versuchte dann, die Lehnsverbände zu lockern, die Vasallen und Verbündeten zu Untertanen zu machen und zur Heeresfolge zu zwingen. Dadurch reizte er die Anhänger der altnationalen Einrichtungen zum Widerstand; selbst sein Sohn Jakub schloß sich den Gegnern an, wurde aber gefangengenommen. Aus Mißtrauen gegen die Engländer näherte sich Schir-Ali Rußland und empfing den General Stoljetow mit einer zahlreichen russischen Gesandtschaft mit auffallendem Entgegenkommen in seiner Hauptstadt Kabul. Als England darauf an den Emir die Forderung stellte, auch einen britischen Gesandten mit großem bewaffnetem Gefolge in Kabul aufzunehmen und residieren zu lassen, lehnte Schir-Ali ab und untersagte dem Gesandten, Lord Chamberlain, an der Grenze seines Landes die Weiterreise. Da erklärte England an den Emir den Krieg und ließ ein Heer unter General Roberts in Afghanistan einrücken. Schir-Ali flüchtete auf russisches Gebiet und übertrug seinem bisher gefangengehaltenen Sohne Jakub die Regentschaft. Er selbst wandte sich an den General Kaufmann in Taschkend (§ 343), und dieser ließ eine Heeresabteilung in der Richtung von Merw vorgehen. Aber die Petersburger Regierung, die soeben dem Berliner Kongreß zugestimmt hatte, wollte die Dinge nicht auf die Spitze treiben; sie überließ den flüchtigen Emir seinem Schicksal — er starb 1879 in der Verbannung — und meldete nach London, daß sie ihre Gesandtschaft zurückgezogen habe. Obwohl im englischen Parlament die „Kaiserpolitik" des Toryministers Beaconsfield den scharfen Widerspruch Gladstones fand, beharrte derselbe doch auf seinem Vorhaben, England den vorwiegenden Einfluß in Afghanistan zu verschaffen. Das Glück begünstigte diese zugreifende Politik. Der Nachfolger Schir-Alis, Jakub Chan, hatte so viel Feinde, daß er nur mit Hilfe der Engländer Meister des anarchischen Zustandes zu

9. Juni 1863 Schir Ali 1863—1879
1869
1875
1878
Dez. 1878
Jakub 1879

werden hoffen konnte. Er begab sich daher nach Gandamak und schloß hier mit dem britischen
26. Mai 1879 Bevollmächtigten, Major Cavagnari, einen Friedensvertrag ab, nach welchem die drei nach dem afghanischen Bergland führenden Hochstraßen in dem Besitz der Engländer blieben, in Kabul ein britischer Gesandter mit hinreichendem Gefolge residieren und die Vertretung in allen äußern Angelegenheiten der britischen Regierung übertragen werden sollte; dafür wurde ihm eine jährliche Subsidie von 60000 Pfd. St. gewährleistet. Darauf hielt Cavagnari
24. Juli als englischer Resident seinen Einzug in Kabul, wurde aber schon am 3. September von meuterischen Soldaten überfallen und mit seinen 67 Begleitern ermordet. Der Emir selbst flüchtete in das englische Lager, erklärte abdanken zu wollen, und wurde nach Indien gebracht.
12. Okt. Darauf rückte General Roberts gegen Kabul vor, besetzte die Zitadelle Balahissar und hielt ein grausames Strafgericht. Aber dies Schreckensregiment rief eine neue Empörung
15. Dez. hervor, vor der Roberts Kabul räumen und alle Truppen in dem verschanzten Lager von Schirgur sammeln mußte. Als unter General Gough Verstärkungen kamen, drang er wieder vor und besetzte Kabul zum zweiten Male. Schon glaubten die Engländer die Herren des
Abd ur Rahmân Landes zu sein, da Abd ur Rahmân, den sie als Emir einsetzten, nur ein Geschöpf der
1879—1901 englischen Regierung war, aber schon 1880 brachen überall Aufstände aus; Ejub Chan,
27. Juli 1880 der Bruder des abgesetzten Jakub, brachte ihnen bei Kandahar eine volle Niederlage bei.
Okt. 1881 Schließlich aber wurde auch dieser von Roberts geschlagen; er mußte seine Hauptstadt Herat aufgeben und nach Persien fliehen. So wurde Abd ur Rahmân durch englische Hilfe Herrscher von ganz Afghanistan.

Sechstes Kapitel.

Belgien und die Niederlande.

Leopold I. 1831—1865
Leopold II. 1865—1909

§ 350. Belgien. In Belgien, wo Leopold II. 1865 seinem Vater Leopold I. (§ 121) folgte, wurde das politische Leben durch einen ganz besonders scharfen Kampf zwischen Liberalen und Ultramontanen bestimmt.

Liberale und Ultramontane

Leopold I. hatte nach dem Grundsatze, keiner der Parteien ein Übergewicht über den Gegner zu gestatten, die Ministerien aus beiden genommen; erst 1847 berief Leopold I. ein liberales Ministerium unter Karl Rogier, und von da an begann der Kampf der Parteien bei den Wahlen zum Senat, zur Kammer und zu den Provinzial- und Gemeinderäten. Besonders die Schulfrage rief die Erbitterung der Ultramontanen hervor, die allmählich Zugeständnisse zu erlangen wußten und 1855 bis 1857 die Mehrheit in der Regierung erlangten. Aber bei der Frage der freien Kloster- und Schulengründung kamen die Liberalen
1857 wieder in den Besitz der Regierung, in dem sie sich unter Rogier und Frère-Orban 13 Jahre lang behaupteten. Die innere Einheit der Liberalen war jedoch geschwunden, einig waren sie nur im Kampfe gegen die Ultramontanen; die Behandlung der Unterrichtsfrage, der vlämischen Sprache und der Wahlreform trennte sie in eine gemäßigte (doktrinäre) und eine radikale Partei (Progressisten oder die Jungen).
1878 So wurde 1870 das liberale Kabinett gestürzt. Erst im Jahre 1878 gelang es den Liberalen wieder, eine kleine Mehrheit im Senate und Abgeordnetenhaus zu erringen, worauf das Ministerium Malou zurücktrat und Frère-Orban aufs neue an die Spitze der Regierung gelangte. Ein freisinniges Schulgesetz, welches die Volksschulen der geistlichen Herrschaft entzog und der staatlichen Leitung und Aufsicht zurückgab, war eine der ersten Taten der liberalen Regierung und erregte den höchsten Zorn der Klerikalen; mit der Kurie wurden darüber die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Aber die finanzielle Bedrängnis, die allerdings durch das hohe Budget der Staatsschulen vermehrt wurde, die Uneinigkeit der Liberalen, unter denen die radikale Fraktion, unter Führung des Brüsseler Deputierten Janson, die Einführung des allgemeinen Stimmrechts für die Kammerwahlen verlangte, und die mit äußerstem Hochdruck betriebene ultramontane Agitation bewirkten bei den Wahlen 1884 einen solchen Umschwung, daß Frère-Orban zurücktrat und Malou ein neues Ministerium bildete, in das er zwei der schroffsten Ultramontanen, Jacobs und Woeste, aufnahm. Die

diplomatischen Beziehungen zur Kurie wurden sofort wiederhergestellt und eine vollständige kirchliche Reaktion begonnen. Obwohl nun vor der allgemeinen Aufregung im Lande Malou seine Entlassung nahm und ein gemäßigteres Ministerium unter Beernart und Thonissen an seine Stelle trat, so setzte doch auch dieses 26. Okt. 1884
so rasch wie möglich die Abschaffung des verhaßten Schulgesetzes von 1879 und die Annahme eines neuen durch, das die Staatsschulen völlig vernichten mußte. Es gestattete den Gemeinden, die Staatsschulen auf Antrag einer gewissen Anzahl von Gemeindemitgliedern durch Schulen zu ersetzen, die von der Kirche errichtet und geleitet wurden, und legte den an diesen beschäftigten Lehrern nur eine oberflächliche Prüfung auf. So waren denn Ende 1885 von den 1933 Staatsvolksschulen schon 877 beseitigt, dagegen 1465 geistliche Schulen als öffentliche anerkannt. Neue Unruhen wurden in das aufgeregte Land durch wiederholte Arbeiteraufstände getragen. Die gedrückte Lage der Arbeiter in den großen Arbeiterbewegung
Mittelpunkten der Industrie und des Kohlenbergbaues in Lüttich, Charleroi u. a. O. bereitete der sozialistischen Agitation einen günstigen Boden und führte im Frühjahr 1886 zu Arbeitseinstellungen und Tumulten, die nur mit Waffengewalt unterdrückt werden konnten und zeitweise nahe an den offenen Bürgerkrieg streiften. Der herrschenden klerikalen Partei kam die günstige Entwicklung des Kongostaates (§ 368) zugute, als dessen Souverän Leopold II. auch von den belgischen Kammern 1885 anerkannt wurde. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wurde abgelehnt und nur die Anlage neuer Befestigungen an der Maas beschlossen, 1886
die indes ohne Vermehrung des Heeres für den Kriegsfall nur eine nutzlose Ausgabe war. Dagegen erwarb sich die klerikale Partei ein Verdienst durch ihre Bestrebungen, dem vlämischen Volkstum die Gleichberechtigung neben dem wallonischen zu verschaffen.

§ 351. Die Niederlande. England hatte für die Abtretung Guineas seine Schutzrechte auf Sumatra an Holland übertragen (§ 347). Dieser Ver- 1871
trag, der der holländischen Regierung freie Hand über Sumatra gab, führte zu einem Kriege gegen den Sultan Panglima Polim von Atschin, März 1873
der den See- und Menschenraub nicht aufgeben wollte.

Da der Krieg einen religiösen Anstrich nahm, weil die holländische Regierung den Atschin
Wallfahrten der Eingeborenen nach Mekka Hindernisse in den Weg legte, und auch eine Einmischung der Vereinigten Staaten Nordamerikas, an die sich der Sultan um Hilfe wandte, zu befürchten war, so wünschten die Holländer eine schnelle Entscheidung. Aber der mit ungenügenden Streitkräften unternommene Angriff auf die befestigte Moschee, den „Missigit", die der Hauptfestung, dem „Kraton" oder „Cotta-Radja", als Vorwerk diente, wurde abgeschlagen: erst nachdem namhafte Verstärkungen unter General van Swieten 25. Dez. 1873
angelangt waren, nahm der Krieg eine andere Wendung. Der Missigit wurde erobert und 24. Jan. 1874
der Kraton nach scharfer Belagerung besetzt, nachdem der Sultan mit seinen Truppen in das Innere des Landes abgezogen war. Die Küstenstädte wurden nun rasch genommen, die Flotte eroberte Pedir, den mächtigsten Vasallenstaat Atschins, die übrigen Häuptlinge unterwarfen sich und gelobten, dem Seeraub und Sklavenhandel zu entsagen. Obgleich der Sultan in seinem Widerstande beharrte, konnte van Swieten nach Holland zurückkehren; Oberst Pal übernahm nun den Oberbefehl über die Besatzungstruppen, die noch lange mit den Atschinesen zu kämpfen hatten, ohne daß die völlige Unterwerfung erreicht wurde.

Im inneren Staatsleben Hollands bestand unter Wilhelm I. (§ 121), Wilhelm I. 1815—1840 † 1843
der 1840 die Regierung niederlegte, und Wilhelm II. bis 1848 eine starke Wilhelm II. 1840—1849
Königsgewalt; erst unter dem Eindruck der Revolutionen in Frankreich und Deutschland ließ sich der König zu einer freisinnigen Verfassungsrevision bewegen. Die nach dem neuen Grundgesetz vollzogenen Wahlen gaben indes den Liberalen Jan. 1849
die Mehrheit, ihr Führer Thorbecke wurde der erste verantwortliche Minister. Er schuf unter Wilhelm III. eine liberale Verwaltung der Provinzen und Gemeinden Wilhelm III. 1849—1890
auf Grund der Selbstverwaltung, aber unter voller Wahrung des Aufsichtsrechtes der Regierung. Als er sich aber den Anforderungen der Kurie gegenüber zu nachgiebig erwies, mußte er vor dem Entrüstungssturm der kalvinistischen

1853 Bevölkerung einem gemäßigt-liberalen Ministerium Platz machen. Seitdem wechselten liberale und konservative Ministerien miteinander ab; Fragen der Schule und des Wahlrechts bildeten die hervorragendsten Gegenstände der Gesetzgebung. Durch die Verfassungsrevision vom Jahre 1887 wurde das Wahlrecht erheblich erweitert, die Kammermandate vermehrt, das Oberhaus reformiert und eine neue Heeresordnung erlassen. Das Anwachsen der Sozialdemokratie gab sich namentlich 1886 in bedrohlichen Unruhen kund, die in Amsterdam und anderen Orten mit Gewalt unterdrückt werden mußten. Vor allem aber beschäftigte die Thronfolge die öffentliche Meinung. Die beiden Söhne des alten
† 1879 Königs, Prinz Wilhelm, der in Paris ein zügelloses Leben führte, und der
† 1884 körperlich und geistig schwache Prinz Alexander, ebenso der Bruder des Königs,
† 1879 Prinz Heinrich, Statthalter von Luxemburg, der kurz vor seinem Tode sich mit Marie, der Tochter des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, vermählt hatte, waren gestorben. Der oranische Mannesstamm mußte also mit dem Tode des Königs erlöschen, der aus seiner zweiten Ehe mit der Prinzessin Emma von Waldeck nur eine Tochter Wilhelmine (geb. 1880) hatte; sie war nach der niederländischen Verfassung in Holland, nicht aber in Luxemburg thronberechtigt.

Siebentes Kapitel.

Frankreich.

Thiers, Chef der Exekutive 17. Febr. 1871

§ 352. Die Republik unter Thiers. Die französische Nationalversammlung in Versailles, die den 74jährigen, aber geistig frischen Adolf Thiers als „Chef der Exekutive" an die Spitze der Regierung stellte, bot auch nach der Bewältigung der Kommune (§ 283) ein Bild der Zerfahrenheit dar, in welche das Land durch Sedan gestürzt war.

Die Parteien Legitimisten, Bonapartisten, Orleanisten und Republikaner verschiedener Färbung standen sich feindlich gegenüber und warteten nur auf den geeigneten Augenblick, um zum Königtum, zum Empire mit seinen „Legenden" oder zum Konvent von 1793 zurückzukehren; man fügte sich zunächst nur, weil noch die deutschen Heere auf französischem Boden standen und Thiers der unentbehrliche Mann der Gegenwart war. Mit geschmeidiger Klugheit wußte er sich zwischen den Parteien durchzuwinden. Als Gambetta eine „Liga der republikanischen Städte" gründen wollte, wurde das Vorhaben als ungesetzlich untersagt, und als das Ver-
8. Juni bannungsdekret gegen die Bourbons und Orleans aufgehoben wurde, und die letzteren nach Frankreich zurückkehrten, wußte Thiers den Eintritt der zu Deputierten gewählten Orleaniden, des Herzogs von Aumale und des Prinzen von Joinville, in die Nationalversammlung wenigstens bis zum Ende des Jahres hinauszu-
Okt. 1871 schieben. Auch als Aumale später von dem Generalrate der Oise zum Präsidenten gewählt wurde, eine einflußreiche Stellung, seitdem diese Körperschaft von den Präfekten unabhängig gestellt war, wurde Thiers Stellung nicht geschädigt, da
2. Juli 1871 sein Ansehen durch die Nachwahlen zur Versailler Versammlung und durch den glänzenden Erfolg des Nationalanlehens befestigt war. Durch die hohen Angebote, die mit der mehrfachen Überzeichnung des geforderten Anlehens von dem
27. Juni 1871 unerschöpflichen Reichtum und dem ungeschwächten Kredit Frankreichs im Auslande Zeugnis gaben, wurde es Thiers möglich, die Abzahlung der Kriegsentschädigung und damit die Räumung des Landes von der Besatzungsarmee zu beschleunigen (§ 328) und den zerrütteten Staatshaushalt wieder in Ordnung zu bringen. Selbst seine Gegner trugen durch ihre Maßlosigkeiten zur Mehrung seiner Machtstellung bei, indem Graf Chambord erklärte, daß er nur mit der
5. Juli 1871 weißen Fahne, d. h. mit der vollen Reaktion, zurückkehren werde, und die Bischöfe
12. Juli eine Petition einreichten, daß Frankreich im Einvernehmen mit anderen Mächten

dem Papst die Souveränität zurückgeben möge, „der Stirne einer räuberischen und meineidigen Regierung ein unauslöschliches Brandmal aufdrückend".

So wirkten Freund und Feind zusammen, daß Thiers zum „Präsidenten der französischen Republik" ausgerufen wurde. Thiers Präsident 31. Aug. 1871 —24. Mai 1873

Neben der Befreiung der besetzten Provinzen betrieb er nun vor allem die Reorganisation des französischen Heerwesens. Die allgemeine Wehrpflicht wurde eingeführt, freilich unter solchen Beschränkungen, 14. Aug. 1872 daß sich die reicheren und gebildeteren Klassen doch vom Dienste befreien konnten. Die Landmacht wurde in eine aktive Armee und eine Territorialarmee geteilt. Während aber in betreff der Vermehrung des Heeres zu dem künftigen Rachekriege alle Parteien einig waren, fand die Regierung sofort den heftigsten Widerstand der Klerikalen, als der Unterrichtsminister Jules Simon ein Schulgesetz auf 15. Dez. 1871 liberaler Grundlage in Vorschlag brachte. Der Bischof Dupanloup (§ 261) bekämpfte dasselbe derart, daß die Regierung ihr Vorhaben aufgeben mußte. Auch gegen die von Thiers zur Erhöhung der Staatseinnahmen vorgeschlagene Besteuerung der Rohstoffe, in der eine Rückkehr zum Schutzzollsystem lag, erhob sich eine solche Opposition, daß das ganze Ministerium seine Demission einreichte. Nur dadurch, daß ihm eine Vertrauenskundgebung erteilt, die Steuervorlage mit gewissen Modifikationen zum Gesetz erhoben und die Kündigung der bestehenden 2. Febr. 1872 Handelsverträge genehmigt wurde, wurde der Konflikt beseitigt. Alle Versuche jedoch, die republikanische Verfassung endgültig zu befestigen, hintertrieben die monarchischen Elemente, und auch die Linke, wo Gambetta, den man den „Dauphin der Republik" nannte, das Wort führte, war mit der „konservativen Republik" Thiers durchaus nicht zufrieden: er verlangte eine Selbstauflösung der Nationalversammlung, da sie nur zur Herstellung des Friedens berufen und nach Erledigung dieser Aufgabe verpflichtet sei, der Nation das Mandat zurückzugeben. Die Haltung der Regierung wurde immer schwankender, die zum dritten Male angebotene Amtsniederlegung des Präsidenten hatte keine Wirkung. Auch ein neugewählter „Dreißigerausschuß", der „konstitutionelle 29. Nov. 1872 Reformen" beraten sollte, blieb ohne Erfolg und erwarb sich nur den Spottnamen der „dreißig Chinesen". Dabei gewann die royalistische Partei immer mehr Boden und suchte im Bunde mit den Klerikalen und durch Entfachung des nationalen Hasses ihre Gegner zu Fall zu bringen. Gegen die Radikalen und Liberalen reizte man den religiösen Fanatismus auf, gegen die Bonapartisten bediente man sich der Kriegsgerichte. Die Franzosen konnten sich nicht in den Gedanken finden, daß ihre Niederlagen durch die Überlegenheit der deutschen Heerführung bewirkt worden waren; sie suchten den Grund in dem Verrate oder in der Unfähigkeit ihrer Führer. Diesem nationalen Vorurteil kam die Regierung entgegen. So wurden die Kommandanten, die die französischen Festungen dem Feinde übergeben hatten, vor ein Kriegsgericht unter dem Vorsitze des Marschalls Baragnay d'Hilliers gestellt und in ihrer Mehrzahl bestraft. Auch Uhrich, der tapfere Befehlshaber Straßburgs (§ 269), mit dessen Namen man eine Pariser Straße bezeichnet hatte, wurde von dem kriegsgerichtlichen Rügespruch getroffen. Die Hauptaktion aber wurde gegen den Marschall Bazaine, den Oberbefehlshaber von Metz, in Szene gesetzt, dessen „Verrat" Okt. 1872— Dez. 1873 das ganze Unglück Frankreichs verschuldet haben sollte (§ 273). Monatelang wurde er in Gewahrsam gehalten, während man die Vorbereitungen zu dem Prozesse traf, der im folgenden Jahre unter Leitung des Herzogs von Aumale begonnen wurde.

Gegner der Regierung

Kriegsgerichte

§ 353. Die Republik unter Mac Mahon. a. Der Kampf zwischen Monarchie und Republik. Aber ehe dieser Prozeß, auf den die Augen von ganz Europa gerichtet waren, zur Entscheidung kam, erfüllte sich das Schicksal des Präsidenten Thiers. Seitdem Kaiser Napoleon III. in seinem englischen Verbannungsort Chiflehurst infolge einer Operation gestorben war, entwickelten die Monarchisten 9. Jan. 1873 eine größere Tätigkeit; ob sie auch als Anhänger des Grafen von Chambord oder als Orleanisten oder als Freunde des jungen Napoleon in ihren Endzielen aus-

Monarchisten und Klerikale

einanderstrebten, in der Verwerfung der Republik waren sie einig. Zu den politischen Streitigkeiten gesellten sich die kirchlichen. Je höher die Wogen des Kulturkampfes in Deutschland gingen (§ 324), um so eifriger wurden auch in Frankreich die tonangebenden Kreise des politisch-klerikalen Katholizismus. Man begünstigte Wallfahrten, man unterstützte kräftig den Wunderglauben, die altkatholischen Regungen wurden im Keime erstickt, und gegen die Protestanten wurde wie in den Tagen Ludwigs XIV. vorgegangen. Da Jules Grévy, der mehrjährige Präsident der Nationalversammlung, einer der zuverlässigsten Stützen Thiers, sich auch in der Kammer diesem Treiben gegenüber ohnmächtig sah, legte er seinen Vorsitz nieder, worauf die monarchisch-klerikale Mehrheit den
4. April 1873 Abgeordneten Josef Buffet zum Präsidenten wählte. Die Radikalen dagegen bewirkten, daß bei einer Ergänzungswahl in Paris der von den Klerikalen wegen der Beseitigung des klerikalen Schulwesens abgesetzte Maire von Lyon, Larandet, in die Nationalversammlung gewählt wurde. Dies Hervortreten der Demokratie führte alle monarchistischen Elemente einander näher, und Thiers selbst verstärkte die Reihen der Gegner, indem er bei einem Wechsel im Ministerium den gemäßigten Republikaner Casimir Périer in das Kabinett berief. Als nun von der Versammlung ein Tadelsvotum über diese Ministerwahl ausgesprochen
24. Mai 1873 wurde, erklärten Thiers und das Ministerium ihren Rücktritt.

Mac Mahon 24. Mai 1873 —30. Jan. 1879

Nun wurde der Marschall Mac Mahon zum Präsidenten der Republik gewählt. Der Herzog von Broglie, der die Intrige gegen Thiers geleitet hatte, bildete ein neues Ministerium, in dem die Monarchisten die Oberhand hatten. Die Republikaner waren einstweilen nicht imstande, gegen den „Marschallpräsidenten", der die Armee zur Verfügung hatte, und die vereinten Gruppen der Monarchisten vorzugehen. Am meisten gewannen die Bonapartisten, ihre 30 Stimmen hatten unter der Führung Eugène Rouhers wesentlich zum Sturze Thiers beigetragen. Indes Napoleon (IV.), der am 16. März 1874 die Feier seiner Großjährigkeit beging, weilte mit seiner Mutter Eugenie in der Verbannung, während die Orleaniden, seit der Rückerstattung ihrer Familiengüter im Besitze unermeßlicher Reichtümer, in Paris und Versailles eine ehrenvolle Stellung einnahmen, und der letzte Bourbon, Heinrich, der Enkel Karls X. (§ 119), ab und zu in seinem Schloß Chambord, unweit Blois, Aufenthalt nahm, von den

Klerikalismus

Legitimisten und Klerikalen im Herzen als künftiger „Roy" ausersehen. Die neue Regierung stützte sich auf diese klerikalen Elemente; im äußeren Leben wurde die kirchliche Werkheiligkeit mit bewußter Ostentation betrieben; Pilgerfahrten zu wundertätigen Orten wurden als nationale Festfahrten veranstaltet; an dem Wallfahrtsorte Paray-le-Monial wurde von legitimistischen Deputierten unter Teilnahme des Bischofs von Autun in der einer verzückten Heiligen aus dem 17. Jahrhundert, Maria Alacoque, errichteten Kapelle Frankreich dem heiligen Herzen Jesu geweiht; himmlische Visionen und Wundererscheinungen mit den dazugehörigen Wallfahrten verbreiteten sich über ganz Frankreich; der Bau einer neuen Kirche auf dem Montmartre, „Zum heiligen Herzen Jesu", wurde in der Nationalversammlung beantragt. Die frömmelnde Gemahlin des Präsidenten gab zu diesem Treiben den Ton an, mit dem sich zugleich die Rachegedanken gegen Deutschland wohl vereinten. Auf den Wallfahrtsfesten betete man: „Rette Frankreich und Rom und hilf uns Elsaß und Lothringen wieder befreien."

Fusion der Legitimisten und Orleanisten

Jedoch einen Krieg wünschte auch die neue Regierung noch nicht; sie wollte zunächst die Monarchie zurückführen, und dazu schien ihr das beste Mittel die „Fusion", die Vereinigung der beiden Zweige der bourbonischen Dynastie, zu sein. So reiste denn der Graf Philipp von Paris nach Frohsdorf (südlich
5. Aug. 1873 von Wien), um im Namen der Familie Orleans dem Grafen von Chambord als dem Chef des Hauses zu huldigen. Unter ihm als „Heinrich V." hoffte man dem „Gefangenen im Vatikan" die weltliche Herrschaft wiederzugeben, die Karlisten in Spanien, die Papisten in Großbritannien und Irland, die Ultramontanen in Deutschland unter der Führung des klerikalen Frankreich zu ver-

einen, Österreich zu der alten katholisch-konservativen Politik zurückzubringen und dann Deutschland und Italien wieder zu kleinen, ohnmächtigen Staaten zu zertrümmern. Aber dazu mußte die „Fusion", die in der Dynastie sich vollzogen zu haben schien, auch unter den beiden Parteien in der Nationalversammlung begründet werden. Indes bei diesen Besprechungen trat die prinzipielle Verschiedenheit beider klar hervor. Nach der Auffassung der Legitimisten sollte der Enkel Karls X. als der einzig berechtigte Inhaber der Krone von der Nationalversammlung einfach zurückberufen und alles weitere ihm vertrauensvoll überlassen werden; denn jede ihm auferlegte Bedingung würde sein göttliches Recht auf eine Linie mit der Revolution setzen: als „Ritter der Legitimität" wollte der Graf von Chambord dies höchste Gut nicht antasten lassen. Die Orleanisten bestanden wohl auch nicht gerade auf einen förmlichen Vertrag, forderten aber, daß Chambord nicht zur absoluten Monarchie zurückgreife und sich zu der Einführung einer konstitutionellen Herrschaft unter der dreifarbigen Fahne verpflichte.

Haltung Heinrichs von Chambord

Nach langen Unterhandlungen vereinigten sich die beiden Parteien endlich zu einem Programm, in dem das Prinzip der erblichen Monarchie anerkannt, aber zugleich alle wesentlichen Rechte eines Verfassungsstaates nebst Beibehaltung der Trikolore bedungen waren. Dieses Programm sollte von dem Grafen angenommen und dann die Rückberufung von der Nationalversammlung ausgesprochen werden. Aber die von dem Grafen den Abgesandten in Salzburg 13. Aug. 1873
gegebene, von ganz Europa mit Spannung erwartete Antwort war so geschraubt, daß man den eigentlichen Sinn nicht sogleich verstand, und dann erklärte der Graf in einem Briefe an einen seiner Getreuen: es sei ein Mißverständnis, daß 27. Okt.
er seine Zustimmung zu der Trikolore gegeben habe; er müsse bei der weißen Fahne beharren und wolle nicht „der legitime König der Revolution" sein. Nach diesem Schreiben war der Plan der Wiederherstellung des bourbonischen Thrones als gescheitert anzusehen. Selbst die eifrigsten Anhänger des legitimen Königtums sahen ein, daß mit solchen Ansichten das französische Volk sich nie mehr befreunden würde. Um aber der Rückkehr der Thiersschen Republik den Weg zu verbauen, setzte Broglie durch, daß das „Septennat" angenommen, Septennat 19. Nov. 1873
d. h. dem Marschall Mac Mahon die Präsidentenwürde auf die Dauer von sieben Jahren übertragen wurde.

Prozeß Bazaine

In dieser Zeit wurde in Trianon über zwei Monate lang der Prozeß Bazaine verhandelt. Die von den Generalen Rivière und Pourcet zusammengestellten Schriftstücke zur Anklage füllten 382 Seiten; hunderte von Zeugen wurden vernommen. Der angeklagte Marschall mochte vielleicht bei der Verteidigung von Metz nicht die ganze Tatkraft gezeigt haben (§ 273), aber Verrat konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Jedoch die verletzte Nationalehre forderte ein Opfer; ein Schreiben des Prinzen Friedrich Karl zugunsten Bazaines vermehrte noch den Haß des Volkes; so wurde er für schuldig befunden und zum Tode nach voraufgegangener Degradation verurteilt. Aber die Richter selbst reichten ein 10. Dez. 1873
Begnadigungsgesuch ein, worauf Mac Mahon die Todesstrafe in eine zwanzigjährige Haft umwandelte, dem ehemaligen Kriegsgefährten die beschimpfenden Formalitäten der militärischen Degradation erließ, ohne deren Wirkungen aufzuheben, und ihm als Gefängnis das auf der Insel Sainte Marguerite gegenüber Cannes gelegene und durch die „Eiserne Maske" (Band III) bekannte Fort bestimmt. Mit Hilfe seiner mexikanischen Gemahlin und ihres Bruders gelang es Bazaine, auf einem genuesischen Schiffe nach Holland zu entfliehen; von dort begab 10. Aug. 1874
er sich nach Spanien[1] und ist in Madrid gestorben. 28. Sept. 1888

Cadresgesetz 13. März 1875

Im Zusammenhang mit dieser Erregung stand das Cadresgesetz, durch welches die Regimenter von 3 auf 4 Bataillone erhöht und damit das Heer um 144 800 Mann vermehrt, zugleich aber auch neue Reserven geschaffen wurden, um große Massen in diese neue militärische Organisation einzufügen. Als aber die Klerikalen in ihrer Agitation gegen Deutschland sich zu laut hervorwagten, goß Bismarck einen „kalten Wasserstrahl" auf die erhitzten Köpfe (§ 318). Die klerikalen Leidenschaften traten seitdem weniger offen hervor, da die allgemeine Aufmerksamkeit durch die Verfassungsfrage in Anspruch genommen wurde. Verfassungsfrage Mai 1874
Als ein Gesetzentwurf zur Errichtung eines „hohen Rates" oder Senates nicht an-

genommen wurde, sah sich Broglie zum Rücktritt genötigt und ein Kabinett
Juni 1873 Cissey-Decazes übernahm die Geschäfte. Da jedoch das Verlangen, aus dem provisorischen Zustande zu einer festen Ordnung zu kommen, immer stärker
Verfassung 24. Febr. 1875 hervortrat, kam endlich die französische Verfassung vom Jahre 1875 zustande. Danach sollte die gesetzgebende Macht von zwei Versammlungen geübt werden, der Deputiertenkammer, die aus allgemeinen Volkswahlen hervorgeht, und einem Senat von 300 Mitgliedern, die mindestens vierzig Jahre alt sein, und von welchen 75 durch die Nationalversammlung, die übrigen durch besondere Wahlkollegien in den Departements gewählt werden sollten. Beide Körperschaften vereinigt wählen mit Stimmenmehrheit den Präsidenten und zwar auf 7 Jahre, mit der Möglichkeit einer Wiederwahl. Der Präsident verfügt über die bewaffnete Macht, besetzt alle Ämter, veröffentlicht die von beiden Kammern beschlossenen Gesetze und umgibt sich mit einem Ministerrat, der dem Senate und der Deputiertenkammer verantwortlich ist, sowohl solidarisch in Gesamtheit für die allgemeine Politik wie jeder einzelne für seine persönlichen Handlungen. Die Initiative zu Gesetzesvorschlägen steht dem Präsidenten wie den Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaft in beiden Kammern zu.

Erfolge der Klerikalen

§ 354. b. Klerikale und Republikaner. Trotz der Annahme der Verfassung behielt die Regierung der Republik einen antirepublikanischen Charakter. Das neue Ministerium Buffet, in dem nur der Justizminister Dufaure und der Finanzminister Léon Say freisinnigen Grundsätzen huldigten, verfolgte „konservative" Tendenzen. Der Belagerungszustand wurde in Paris, Lyon und Marseille zur Überwachung der Presse und Vereine aufrechterhalten. Die Geistlichkeit fuhr fort, den gesamten Unterricht in ihre Hände zu bringen; bereits standen die Volks- und Mittelschulen unter kirchlichem Einfluß; nun versuchte der Bischof Dupanloup, durch einen Antrag auf „Freiheit" des höheren Unterrichts auch
12. Juli 1875 das Universitätswesen zu erobern. Und wirklich ging ein Gesetz durch, das der Kirche nicht nur gestattete, ganze Universitäten oder einzelne Fakultäten in ihrem Sinne zu errichten, sondern ihr wenigstens teilweise das Recht zugestand, die sogenannten akademischen Grade zu erteilen, welche in Frankreich die Stelle der juristischen und medizinischen Staatsprüfungen vertreten. So entstand in Paris eine Universität mit sämtlichen Fakultäten, in sechs anderen Städten wurden einzelne Fakultäten errichtet; sie wurden unter die Autorität des Papstes gestellt, von dessen Bestätigung die Ernennung der Rektoren abhing; die Professoren wurden zu unbedingtem Gehorsam gegenüber der Kirche eidlich verpflichtet. Aber der Ausfall der Neuwahlen zur Nationalversammlung dämpfte die Triumphe; das nächste Abgeordnetenhaus entzog den klerikalen Anstalten wieder das Recht der Erteilung der akademischen Grade. Der Kern der Nation zeigte sich doch so republikanisch, daß Buffet sein Amt niederlegte und der gemäßigt republikanische
30. Jan. 1876 Dufaure zum Ministerpräsidenten ernannt wurde. Thiers trat in das Abgeordnetenhaus ein, wo Grévy den Vorsitz übernahm, und im Ministerium erhielten durch die Berufung von Ricard und nach seinem baldigen Tode von
März 1876 Marcère für das Innere, von Waddington für das Unterrichtswesen, von Léon Say für die Finanzen die Liberalen die Oberhand. Als aber dieses Ministerium daran ging, das Beamtentum von den feindlichen Elementen zu reinigen und Waddington das Unterrichtswesen dem klerikalen Einfluß wieder entziehen wollte, da kam es zu schweren Kämpfen, die noch schärfer wurden, als
Dez. 1876 an Stelle Dufaures der entschiedene Republikaner Jules Simon zum Minister ernannt wurde. In Hirtenbriefen, Adressen, Versammlungen klagten die Bischöfe und die Klerikalen über die Gefangenschaft des Papstes und betonten die Pflicht Frankreichs, für seine Befreiung einzutreten. Der Minister Simon erklärte dagegen in der Kammer, „die sogenannte Gefangenschaft des Papstes sei eine Fabel angesichts der italienischen Garantiegesetze, die ihm seine volle geistliche Unabhängigkeit sicherten." Diese Auslassungen, die der Kurie Veranlassung zu einer Beschwerde bei dem Präsidenten gaben, wurden von der klerikal-aristokratischen

Partei als der rechte Moment zum Vorgehen ausersehen. Sie erreichten ihren Zweck; der Marschallpräsident richtete ein Schreiben an Jules Simon mit Vorwürfen über seine Haltung. Das Ministerium trat zurück und wurde ersetzt durch ein klerikal-konservatives Kabinett unter dem Vorsitze von Broglie. Dieser Herausforderung gegenüber erklärte die Kammermehrheit auf Gambettas Antrag, „daß sie nur Vertrauen haben könne zu einem Kabinett, das frei sei in seinem Handeln und entschlossen, nach den republikanischen Grundsätzen zu regieren, die allein die Ruhe im Innern und den Frieden nach außen zu erhalten vermöchten." Dies gab der „geheimen Nebenregierung" im Elysée, wo außer dem Herzog von Broglie die Marschallin und ihr Ratgeber, der Bischof Dupanloup, das entscheidende Wort führten, die Gelegenheit, die Krisis zu einem Staatsstreich zu steigern. Man wollte die Wiederwahl Mac Mahons nach Ablauf des Septennats im Jahre 1880 sichern: eine Botschaft desselben vertagte die Kammer auf einen Monat. Diese von den Konservativen als „spontaner Willensakt" des Staatsoberhauptes gefeierte „rettende Tat" sollte nur das Vorspiel zu einer Auflösung sein, für die man den Senat zu gewinnen hoffte. Beim Wiederzusammentritt der Kammern verlangte Mac Mahon die Zustimmung des Senates zur Auflösung des Abgeordnetenhauses, und als diese ausgesprochen war, schien der Sieg der Reaktion gekommen zu sein.

16. Mai 1877

18. Mai

19. Mai

22. Juni 1877

Nunmehr begannen in ganz Frankreich die aufgeregtesten Parteikämpfe. Der Marschall hielt Rundreisen und Ansprachen; die Beamten und der Klerus bearbeiteten das Volk mit allen Mitteln. Selbst Gambetta wurde, als er in Lille das Schlagwort aussprach: „Der Präsident wird sich dem Willen der souveränen Nation unterwerfen oder zurücktreten" (se soumettre ou se démettre), wegen Beleidigung des Staatsoberhauptes mit einer Geld- und Gefängnisstrafe belegt; doch wagte man nicht, die Verhaftung zu vollziehen. Das Leichenbegängnis Thiers, der nach kurzer Krankheit in St. Germain starb, das ein nationales Trauerfest hätte sein sollen, wurde zu Parteidemonstrationen benutzt. Aber trotz aller Anstrengungen und Wahlbeeinflussungen erhielten die Republikaner die Mehrheit über die Kandidaten „des Nuntius", wie man spottweise die konservativen Bewerber nannte. Die Deputiertenkammer bestand darauf, daß der Marschallpräsident entweder dem Grundsatze der parlamentarischen Regierung sich unterwerfe oder seiner Stelle entsage. Im Elysée sträubte man sich lange gegen diese Alternative. Es fanden sehr erregte Beratungen statt, auch von einem Staatsstreiche wurde gesprochen. Aber da man zu keiner Einigung kam, das Budget vor dem Ablauf des Jahres bewilligt werden mußte und es in der Handels- und Finanzwelt unruhig zu werden anfing, gab endlich Mac Mahon nach und entschloß sich zu einem parlamentarischen Regimente. Er ernannte ein Ministerium, in dem unter dem Vorsitze Dufaures nur republikanische Männer sitzen sollten, wie Marcère für das Innere, Waddington für die auswärtigen Angelegenheiten, Léon Say für die Finanzen, Bardoux für den Unterricht. Eine Botschaft des Präsidenten kündigte an, daß die Regierung die republikanischen Einrichtungen, zu deren Gunsten sich die Mehrheit des Volkes durch die Wahlen ausgesprochen habe, aufrichtig beobachten werde. Mit den Präfekten und anderen hohen Beamten der klerikal-reaktionären Richtung wurde gründlich aufgeräumt. Das französische Volk bekundete durch mehrere Feste, wie die Voltaire- und Bastillefeier, seine Anhänglichkeit an die republikanische Freiheit und lieferte in der großen, von vielen Millionen Menschen besuchten Weltausstellung den Beweis, daß es die Kriegsunfälle überwunden und auch in wirtschaftlicher Hinsicht einen neuen Aufschwung genommen habe. Deutschland versagte die Beteiligung an der Ausstellung; doch gestattete der Kaiser nachträglich, als die französische Regierung durch Abberufung des klerikal gesinnten Botschafters Gontaut-Biron und die Ersetzung desselben durch den Grafen von Saint-Vallier ihre versöhnliche Gesinnung kundgab, die Ausstellung deutscher Kunstwerke.

3. Sept. 1877

Okt. 1877

Sieg der Republikaner

13. Dez. 1877

14. Dez. 1877

30. Mai, 14. Juli 1878

1. Mai—10. Nov. 1878

§ 355. Die Republik unter Grevy bis 1881. Gegenüber der republikanischen Mehrheit, wie sie seit dem 5. Januar 1879 auch im Senate bestand, war die Stellung Mac Mahons auf die Dauer nicht haltbar; er hatte sich mit den
11. Okt. 1878 Klerikalen, die übrigens durch den Tod des Bischofs Dupanloup einen ihrer ge-
30. Jan. 1879 wandtesten Führer verloren, zu tief eingelassen. So legte er sein Amt vor dem Ablauf des Septennats nieder. An seine Stelle wählten die beiden Parlamentshäuser den bisherigen Vorsitzenden der Deputiertenkammer, Jules
Jules Grévy 30. Jan. 1879 —1. Dez 1887 Grévy, zum Präsidenten der Republik. Diese Vorgänge, wie die damit verbundenen Veränderungen, die Wahl Gambettas zum Kammerpräsidenten, Léon Says zum Vorsitzenden des Senats, der Rücktritt des mehr als achtzigjährigen
8. Febr. Dufaure aus dem Kabinett und seine Ersetzung durch Waddington, vollzogen sich in aller Ruhe. Die Wahl Grévys bezeichnete die Rückkehr zu dem System Thiers, nur daß der neue Präsident weniger kräftig und erfolgreich dem Andrängen des linken Flügels widerstehen konnte. Doch hielt das neue Regiment die Linie des gemäßigten Fortschritts ein, eifrig beflissen, durch das Gleichgewicht der konstitutionellen Gewalten dem Staate die Ruhe im Innern und das Vertrauen des Auslandes zu erhalten. Man wollte die alten Wunden vernarben lassen. Darum wurde ein Antrag, das Ministerium Broglie-Buffet wegen Verrats an der Verfassung in den Anklagezustand zu versetzen, abgelehnt; man begnügte sich, eine Anzahl der als antirepublikanisch bekannten hohen Beamten von ihren Stellen
15. Juni zu entfernen. Andererseits wurde die Verlegung der gesetzgebenden Häuser von Versailles nach Paris für den 1. November beschlossen, und die Amnestiefrage, die seit Jahren von den Radikalen agitatorisch ausgebeutet war, in versöhnlicher Weise gelöst. Zwar waren schon viele, denen nur eine geringe Schuld an dem Kommuneaufstand (§ 283) nachgewiesen werden konnte, begnadigt worden, aber
9. Juli das genügte nicht; und so wurde nun die volle Amnestie verkündet. Die zurückkehrenden Kommunarden aber, die wie Märtyrer gefeiert wurden, eröffneten sofort den Kampf gegen die „Bourgeoisie"; Rochefort griff in seinem „Intransigeant" Gambetta und „die Opportunisten" auf das heftigste an, und die wahnwitzigen Reden einer Louise Michel von Revolution und Meuchelmord fanden begeisterten
Kulturkampf Beifall. Neben der Amnestiefrage erweckte der Gesetzentwurf des Ministers Ferry über die Einrichtung des höheren Unterrichts und die Stellung der Geistlichkeit zu dem öffentlichen Schulwesen das allgemeine Interesse. Um dem unter dem Aushängeschild der Freiheit seit 1875 (§ 354) geförderten ultramontanen
März 1879 Geiste einen Damm entgegenzusetzen, verlangte Ferry die Einsetzung eines obersten Unterrichts- und Prüfungsrates, von dem alle kirchlichen und nichtstaatlichen Mitglieder ausgeschlossen sein sollten; das Recht der Verleihung akademischer Grade sollte wieder ausschließlich dem Staate zustehen; allen nichtautorisierten Kongregationen sollte die Befugnis, als Lehrer zu wirken, entzogen werden. Dieser letzte Vorschlag, der vielbesprochene Artikel 7 des Gesetzentwurfes, war besonders gegen den Jesuitenorden gerichtet, der 27 Unterrichtsanstalten mit 843 Mitgliedern in Frankreich zählte. Trotz des zähen Widerstandes der klerikalen und konservativen Vereinigung wurde der Gesetzentwurf Ferrys in
10. Juli 1879 der Deputiertenkammer mit überwiegender Mehrheit angenommen. Aber im Senat erhob sich ein heftiger Widerstand, dessen Führer Jules Simon war, der bisher unter den Liberalen einen hervorragenden Rang behauptet hatte und sich nun aus liberalem Doktrinarismus gegen den Entwurf Ferrys aussprach. Die Herbstferien und ein Wechsel im Kabinett, wo an Stelle Waddingtons der
21. Dez. 1879 Gambettist Freycinet trat, schoben die Entscheidung hinaus. Indes die Regierung des „verhüllten Ministeriums Gambetta" ging entschieden vor. Als der Artikel 7 im Senate zu Falle gebracht wurde, befahl sie auf Grund alter,
30. März 1880 formell noch in Kraft stehender Gesetze aus der Zeit der Revolution und des ersten Kaiserreichs, daß die Gesellschaft Jesu sich auflösen und ihre Anstalten räumen solle, und daß alle anderen staatlich nicht anerkannten Kongregationen binnen drei Monaten bei der Regierung um Genehmigung ihrer Satzungen und

Anerkennung ihrer Anstalten einkommen sollten. Die Kongregationen weigerten sich, die Satzungen vorzulegen, und die Bischöfe erließen Proteste gegen die Märzgesetze. Die Regierung aber ließ die Ordenshäuser und Lehranstalten der Jesuiten schließen, die Ordensangehörigen ausweisen; gegen die anderen Kongregationen wurde rücksichtsvoller vorgegangen. Dies schonende Verfahren veranlaßte den Kammerpräsidenten Gambetta, das Kabinett Freycinet zum Rücktritt zu nötigen. Sept. 1880
Die Bildung des neuen übernahm Ferry unter Beibehaltung des Unterrichtsministeriums. Nun folgte rasch die Schließung der Ordenshäuser aller nichtautorisierten Kongregationen.

Bonapartisten

In allen diesen Wirren und Kämpfen erhielt sich die republikanische Staatsform in Frankreich, weil die dynastischen Prätendenten keinen großen Anhang im Volke besaßen. Die legitimistisch-klerikale Gruppe war nicht zahlreich und nicht befähigt zu gefährlichen und ungewissen Unternehmungen, und der Bonapartismus erlitt durch den Tod des kaiserlichen Prinzen in Südafrika 1. Juni 1879 einen schweren Verlust (§ 347). An seine Stelle trat als Haupt der bonapartistischen Partei nach dem Familienrechte Prinz Jérome, obwohl der Verstorbene vor seiner Abreise aus England seine Ansprüche auf dessen Sohn Viktor übertragen haben sollte. Jérome jedoch hatte weder in den Augen der Bonapartisten noch in der Nation viel Geltung.

Tunis

Die Mißerfolge Frankreichs in den Orientwirren (§ 357) und in der ägyptischen Politik (§ 348) suchte die Regierung durch ihren Eingriff in Tunis, das noch in loser Abhängigkeit von der Türkei stand, wieder gutzumachen. Italien, in dessen Händen Handel und Schiffahrt von Tunis tatsächlich lagen, hatte nicht den Mut, selbst vorzugehen, und so benutzte die französische Regierung den Einfall eines räuberischen Grenzstammes, der Krumir, in Algier, um ein französisches Heer in Tunis einrücken zu lassen. Der wehrlose Bei Mohammed es Sadok wurde in seiner Residenz Bardo zu einem Vertrag gezwungen, der die 12. Mai 1881 festen Plätze und die Verwaltung des Landes den Franzosen und ihrem Generalkonsul Roustan überlieferte. Alle Einsprüche der Pforte und vor allem Italiens, das seinen Gesandten aus Paris abrief nnd diese Zurückdrängung aus seiner Machtstellung im Mittelmeer mit einer bitteren Feindschaft gegen Frankreich vergalt (§ 319), auch die Mißstimmung in England änderten nichts an dem Protektorat Frankreichs über Tunis, das einer völligen Einverleibung sehr nahe kam. Doch bedurfte es noch anstrengender und verlustreicher Kämpfe mit den Eingeborenen, der Beschießung der Festung Sfaks und der Einnahme der heiligen Stadt Kairuan, 26. Okt. 1881 ehe das Land sich beruhigte und der Besitz für gesichert gelten konnte. Gleichzeitig hatten die Franzosen im südlichen Algier und in der Provinz Oran zu kämpfen, wo der General Saussier nur mit Mühe den Aufstand des Scheik Bu-Amema niederwerfen konnte.

Wahlreform

§ 356. Ministerium Gambetta und Ferry bis 1885. Im inneren Parteitreiben wurde das französische Volk in Aufregung erhalten durch die Volksschulgesetze Ferrys und die Wahlreform Gambettas. Gambettas Wahlreform bezweckte die Abschaffung der Arrondissementswahlen und Einführung des Listenskrutiniums, d. h. es sollte nicht mehr jeder einzelne Wahlbezirk seinen Abgeordneten, sondern ein ganzes Departement nach einer aufgestellten Liste zusammen eine Anzahl von Deputierten wählen; auf diese Weise glaubte Gambetta günstigere Wahlergebnisse für die Republikaner zu schaffen. Die Deputiertenkammer nahm auch den Antrag auf Listenwahl an, der Senat aber lehnte Juni 1881 ihn ab. Indessen ergaben die Neuwahlen zum Abgeordnetenhause eine entschiedene Aug. 1881 Verstärkung der gambettistischen Partei, und so gab der große „Volkstribun" endlich seine unverantwortliche Stellung auf und übernahm an Stelle Ferrys Gambetta Minister als Präsident und Minister des Auswärtigen die Regierung. Aber das „große 14. Nov. 1881 Ministerium" erfüllte die seit Jahren auf die Regierung Gambettas gesetzte —26. Jan. 1882 Hoffnung nicht. Obwohl die nächsten Senatorenwahlen günstig für ihn ausfielen, wurde doch die Listenwahl teils abgeändert, teils abgelehnt, und so trat

26. Jan. 1882 schon nach zwei Monaten Gambetta wieder von der Regierung zurück. In dem neuen Ministerium übernahm Freycinet das Präsidium und das Auswärtige, Léon Say die Finanzen, Ferry den Unterricht. Die Frage der Verfassungsrevision wurde vertagt. Ferry verlangte Unentgeltlichkeit des Unterrichts in den Volksschulen, Erteilung desselben durch staatlich geprüfte und angestellte Lehrer weltlichen Standes, also Ausschluß der kirchlichen Schulbrüder und Schulschwestern, allgemeine Schulpflicht und Beseitigung der Religion aus dem Schulplane. Die Unentgeltlichkeit und die allgemeine Schulpflicht nahm auch der Senat an, aber gegen die Erteilung des Religionsunterrichts außerhalb der Schule, an dessen Stelle in derselben eine Unterweisung in „Moral und Bürgerpflichten" treten sollte, erhob sich im Senate ein leidenschaftlicher Widerstand; erst als hier die Demokraten bei den Wahlen von 1882 eine erhebliche Verstärkung erlangten, 23. März 1882 wurden die Volksschulgesetze auch mit dieser Bestimmung angenommen. Über die Forderung eines Kredites für Beteiligung an der englischen Expedition nach Ägypten (§ 357), von der die Kammer nichts wissen wollte, kam das Ministerium 29. Juli 1882 Freycinet zu Falle. Das neue, möglichst farblose „Geschäftsministerium" unter Duclerc hatte besonders mit Agitationen der „Patriotenliga" unter der Führung des Dichters Déroulède zu kämpfen und verzichtete auf eine große aktive Politik, besonders auf die Einmischung in die ägyptischen Angelegenheiten. Es hielt sich eine Zeit lang durch die Unmöglichkeit, besseren Ersatz zu finden, und durch die Scheu aller hervorragenden Männer, die Regierung zu übernehmen.

Deutschland gesetze

Gambetta †31. Dez. 1882

Unter diesen Umständen war für die innere Politik Frankreichs der Tod Gambettas von tief eingreifenden Folgen. Er hatte seit mehr als einem Jahrzehnt den entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Dinge ausgeübt und war trotz des Mißerfolges seines „großen Ministeriums" noch immer der Mittelpunkt des politisch-parlamentarischen Lebens, und der Mann, den man für den Leiter der Rache gegen Deutschland hielt. Er starb in der Neujahrsnacht 26. Nov. an den Folgen einer Wunde, die ihm fünf Wochen vorher eine frühere Geliebte, Léonie Léon, in seinem Landhause Ville d'Avray durch einen Revolverschuß zu- 4. Jan. 1883 gefügt hatte. Wenige Tage darauf starb auch General Chanzy (§ 275), der für den fähigsten Heerführer Frankreichs in dem künftigen Rachefeldzuge galt. Nach dem Hingang des großen Republikaners schienen die Aussichten für eine Wiederherstellung der Monarchie günstiger. Die ersten, die sich regten, 16. Jan. waren die Bonapartisten. Der alte Prinz Jérome Napoleon (Plon-Plon) erließ ein Manifest, worin er sich der französischen Nation als Prätendent wieder in Erinnerung brachte und ein Plebiszit verlangte. Auch legitimistische und orleanistische Demonstrationen fanden statt. In der Kammer wurde deshalb ein Gesetzentwurf beantragt, wonach die Mitglieder früherer Herrscherhäuser ausgewiesen werden sollten, oder nach einem milderen Antrag, verbannt werden konnten, wenn sie die Sicherheit des Staates gefährdeten. Darüber kam es zu heftigen Zerwürfnissen zwischen Senat und Deputiertenkammer und zu der üblichen Jan., Febr. 1883 Ministerkrise. Das Kabinett Duclerc und das folgende, von Fallières gebildete, traten im Laufe weniger Wochen zurück. Es wurde allmählich schwer, in Frankreich Minister zu finden; man mußte immer wieder auf die alten Männer in etwas veränderter Kombination zurückgreifen. An der Spitze des neuen Ministerium Ferry 22. Febr. 1883 —30. März 1885 Kabinetts stand wieder Ferry, zugleich mit der Unterrichtsverwaltung betraut; das Kriegsressort behielt General Thibaudin, der einst als deutscher Kriegsgefangener entflohen war und unter Bruch des Ehrenwortes sich wieder am Feldzuge beteiligt hatte. Dieses im wesentlichen gambettistische Ministerium, dem aber die Seele nicht mehr innewohnte, sollte doch eine mehr als zweijährige Dauer haben. Das Prätendentengesetz wurde, da eine Verständigung zwischen den beiden Kammern nicht zu erzielen war, vorläufig fallen gelassen, dafür aber auf Grund eines alten Gesetzes die Inaktivität der im Heere dienenden Prinzen von Orleans verfügt, auf die es vorzugsweise abgesehen gewesen war. Auf finanziellem Gebiete beschloß die Regierung eine Zinsenreduktion der Staatsrente, welche für die

Staatsfinanzen günstig war, unter den kleinen Rentenbesitzern aber viel böses Blut erregte. Diese Mißstimmung suchten die „Patrioten" unter Déroulède auf die Deutschen abzulenken und veranlaßten eine öffentliche Verhöhnung des jungen Königs von Spanien, Alfons XII., der von Deutschland, wo er den Kaisermanövern in der Uniform des ihm verliehenen elsässischen Ulanenregimentes beigewohnt hatte, nach Paris kam. Die Behörden schritten zunächst nicht ein, doch wurde endlich Ferry zu tatkräftigerem Handeln gegen die Patrioten bestimmt und der widerstrebende Kriegsminister Thibaudin entlassen. Ein wichtiges Ereignis für das französische Parteiwesen bildete auch der Tod des alten Grafen Chambord, des letzten Sprossen der Bourbons, in Frohsdorf. Der Graf Ludwig Philipp von Paris, das Haupt der Orleans, war nun auch in den Augen der Legitimisten der berechtigte Thronfolger. 29. Sept. 1883 — 5. Okt. — 24. Aug. 1883

§ 357. Frankreich in Afrika und Asien. Die Einbuße an politischem Einfluß in Europa, die Zurückdrängung aus Ägypten (§ 348) reizten die französische Regierung, den in Tunis (§ 355) errungenen kolonialen Erfolg in Afrika und Asien zu erweitern. In Afrika hatte seit 1880 der Schiffsleutnant de Brazza ein großes Gebiet am unteren Kongo erworben. Durch Vertrag mit der belgischen Kongogesellschaft (§ 350) erhielt Frankreich ein Vorzugsrecht, wenn diese ihren Besitz veräußern würde; auch die Grenzfrage wurde geordnet. Seitdem drang de Brazza nordwärts vor nach den Hauptländern des Hochsudans, so daß die Gründung eines großen französischen Kolonialreiches von Senegambien und Algier bis zum Niger und Kongo und die Anlegung von Eisenbahnen über die Oasen der Sahara in den Bereich der Möglichkeit gerückt wurden. Am Roten Meere wurde der schon 1862 erworbene Hafen Obok mit der Tadschura-Bai besetzt, und auch in Madagaskar versuchten die Franzosen immer festeren Fuß zu fassen. Franz.-Kongo — 1884 — 1885

Seit den Tagen Ludwigs XIV. befanden sich hier französische Niederlassungen, und von Zeit zu Zeit wurden gewisse Herrschaftsansprüche geltendgemacht, ohne doch durchgeführt werden zu können. In dem größten Teil der wenig bekannten, von verschiedenen Völkerarten bewohnten Insel hatte das von König Radama I. gegründete Reich der Howas, eines kriegerischen, sich äußerlich zum Christentum bekennenden Volksstammes, eine gewisse Kultur angenommen. Die Zurückweisung der Forderung, die Erwerbung von Grundbesitz durch Fremde zu gestatten, und Klagen französischer Untertanen über angebliche Bedrückungen gaben Frankreich Anlaß, ein Geschwader nach der Insel zu schicken, das mit den wilden, zur Empörung gegen die Howas geneigten Sakalava-Stämmen Verbindungen anknüpfte. Eine madagassische Gesandtschaft in Paris hatte keinen Erfolg, da Frankreich die Oberhoheit über die Ostküste verlangte. Dagegen schloß die Gesandtschaft in London einen Vertrag ab, durch den die Engländer alle Rechte der meistbegünstigten Nation und die Erlaubnis, Land zu pachten, erlangten. Auf Madagaskar selbst ließ der französische Admiral Pierre mehrere Hafenplätze beschießen und die Stadt Tamatawe besetzen, aber im Innern der Insel, wo die Hauptstadt Antananarivo liegt, konnten die Franzosen keine Erfolge erringen. Da die durch die Expedition herbeigeführte Störung des Handels mehr den Europäern als den Eingeborenen schadete und der kleine Krieg und das Sumpffieber viele Kosten und Opfer forderten, so war die französische Regierung endlich froh, einen Frieden zu schließen, in dem sie sich mit einer Kriegskostenentschädigung und dem Schein einer Schutzherrschaft zufriedengab. Madagaskar — 1810—1828 — Sommer 1882 — Juni 1882 — Dez. 1883

Etwas erfolgreicher war die Unternehmung nach Tongking. Um den französischen Einfluß in Ostasien auszubreiten, hatte schon Kaiser Napoleon III. die Christenverfolgungen in Anam zum Anlaß genommen, um im Bunde mit Spanien eine Expedition auszurüsten, die nach mehrjährigem Kriege zur Erwerbung von Kotschinchina und Kambodscha geführt hatte. Tongking — 1858 — 1862

Der Wunsch, sich des Roten Flusses und des Zuganges zu dem Innern Chinas zu versichern, trieb die Franzosen nun zu weiteren Erwerbungen in diesen hinterindischen Land-

schaften. Im Jahr 1873 bemächtigten sie sich der Hauptstadt Tongkings, Hanoi, und gerieten darüber in Krieg mit dem Herrn des Landes, dem Kaiser Tüdüc von Anam, der die „Schwarzen Flaggen" in Sold nahm, die Reste der aufständischen Taiping (§ 376), die sich als Seeräuber im Delta des Roten Flusses niedergelassen hatten und ein selbständiges
15. März 1874 Staatswesen bildeten. In einem Vertrage wurde die Herrschaft des Kaisers von Anam über Tongking anerkannt, den Franzosen aber freie Schiffahrt auf dem Roten Flusse, Öffnung der Häfen für ihren Handel, militärische Schutzwachen für ihre Konsularbeamten und Zulassung von Missionen zugestanden. Die chinesische Regierung, die gewisse Oberhoheitsrechte über Anam zu besitzen behauptete, erhob Einspruch gegen diesen Vertrag. Die Belästigung des französischen Handels durch chinesische Seeräuber, gegen die die anamitische
Frühjahr 1882 Regierung keinen Schutz gewährte, führte zur Erneuerung der Feindseligkeiten. Von Kotschinchina aus rückten französische Marinetruppen in Tongking vor, worauf der Kaiser von Anam die Hilfe Chinas anrief. Einem von dem Gesandten in Peking, Bourrée, abgeschlossenen Vertrage, wonach China zwar die Oberhoheit über Anam behalten, seine Hoheitsrechte über das Delta des Roten Flusses aber an Frankreich abtreten und dem französischen Handel die Provinz Jün-nan öffnen sollte, verweigerte die Pariser Regierung die Bestätigung. Die
2. April 1883 Franzosen besetzten unter Kapitän Rivière Hanoi, erlitten darauf durch die Schwarzflaggen
19. April eine empfindliche Niederlage; eroberten aber dann, unterstützt durch einen Thronwechsel in Anam, durch den der franzosenfreundliche Hieghoe Kaiser wurde, unter Admiral Courbet in blutigen Gefechten mit Anamiten und Chinesen die Landschaften am Huefluß und zwangen
25. Aug. 1883 den Kaiser von Anam zu einem Vertrage, wonach die Kolonie Kotschinchina erweitert und den Franzosen das Recht eingeräumt wurde, die strategischen Punkte besetzt zu halten und die Steuern und Zölle in Tongking gegen Gewährung einer Zivilliste zu erheben, überhaupt die ganze Verwaltung dort zu leiten. Der Kaiser von Anam trat selbst in eine Art Klientelverhältnis zu Frankreich, indem er sich verpflichtete, nur durch Vermittlung des französischen Gesandten mit der chinesischen Regierung zu verkehren. Dann brachen die
Dez. 1883 Franzosen gegen die „Schwarzen Flaggen" auf; die festen Städte Son-tai und Bak-mich
März 1884 wurden erstürmt, das ganze Delta des Roten Flusses unterworfen. Ein Präliminarvertrag
11. Mai 1884 zu Tientsin, in dem der chinesische Vizekönig Li-Hung-Tschang das französische Protektorat über Anam und Tongking anerkannte, wurde in Peking nicht bestätigt. Nun
23. Aug. 1884 begann der Krieg gegen China. Admiral Courbet bombardierte den Kriegshafen Fu-Tschau und besetzte nach längeren Kämpfen die Insel Formosa.

China

Unterdessen hatten durch Vermittlung des englischen Generaldirektors der chinesischen Hafenzölle, Hart, in Paris Friedensverhandlungen begonnen, in denen China den Frieden von Tientsin annahm. Aber während der-
Jan. 1885 selben erlitt der französische General Négrier bei Langson eine schwere Niederlage. In Paris riefen die Nachrichten von diesem Vorfall sowie die fortwährenden Truppensendungen und Kreditbewilligungen große Erregung hervor. Ferry, „der Tongkinese", wurde, als er einen neuen Kredit von 200 Millionen forderte, wegen seiner „Abenteurerpolitik" auf das heftigste in der Kammer angegriffen und mußte, da er auch bezichtigt wurde, „Ver-
30. März trauter Bismarcks" zu sein, seine Entlassung nehmen. Ehe das neue Ministerium gebildet wurde, kam aus Peking die Nachricht von dem
9. Juni 1885 Friedensabschluß, der dann von dem Minister Brisson endgültig festgesetzt wurde und das französische Protektorat über ganz Anam und Tongking anerkannte. Mit den „Schwarzen Flaggen" dauerten die Kämpfe noch fort, so daß die Behauptung des neuen Besitzes weitere Opfer forderte.

Verfassungsrevision

§ 358. Verfassungsrevision. Präsidentenkrisis. Boulanger. Noch während das Ministerium Ferry am Ruder war, kam unter heftigen parlamentarischen Kämpfen endlich die lange geforderte Verfassungsrevision zustande, die sich indessen nur auf wenige Punkte beschränkte und die Radikalen keineswegs befriedigte.

4. Aug. 1884 Der aus beiden Kammern bestehende „Kongreß" beschloß, die republikanische Staatsform als die endgültige zu bezeichnen, Mitglieder der ehemaligen Regentenhäuser von der Wahl zu Präsidenten der Republik auszuschließen und die Reform des Senatswahlgesetzes einem besonderen Gesetze vorzubehalten. Auch dies kam

schließlich in der Form zustande, daß fortan sämtliche 300 Mitglieder des Senats nach dem gleichen Wahlmodus von den Departements und den Kolonien gewählt werden, und daß die Zahl der Delegierten der Gemeinden für die Senatswahlen mit der Zahl der Gemeindeeinwohner steigen sollte. Die Lebenslänglichkeit der 75 Senatoren und ihre Wahl durch den Senat waren damit abgeschafft, und das neue Gesetz erwies sich den Republikanern gegenüber den Monarchisten sehr günstig. Auch das Gesetz über die Einführung der Listenwahl wurde nun angenommen, wirkte aber bei seiner ersten Anwendung wider Erwarten zugunsten der Monarchisten und Radikalen und zum Nachteil der gemäßigten Republikaner. 10. Dez. 8. Juni 1885 Okt. 1885

Das inzwischen von Brisson gebildete neue Kabinett scheiterte an der Verbindung der von Clémenceau geführten äußersten Linken und der Rechten, sowie an der Tongkingfrage. Zwar wurde der für Kolonialzwecke geforderte Kredit nochmals bewilligt, aber mit so geringer Mehrheit, daß Brisson zurücktrat. In diesen Tagen wurde Grévy vom „Kongreß" aufs neue für sieben Jahre zum Präsidenten der Republik gewählt. Die Bildung eines neuen, aus Opportunisten und Radikalen bestehenden Kabinetts übernahm Freycinet, der bisherige Minister des Auswärtigen; Kriegsminister wurde General Boulanger. 6. April 24. Dez. 1885 28. Dez. Jan. 1886

Dieser wurde bald als der Führer in dem künftigen Kriege gegen Deutschland angesehen, als die Verkörperung des Rachegedankens; und wirklich erweckten die Reorganisation und Vermehrung der Armee durch ein neues Militärgesetz, die Annahme eines Spionagegesetzes mit äußerst harten Strafbestimmungen, die Probemobilmachung eines Armeekorps und Rüstungen an der deutschen Grenze allenthalben die Besorgnis, daß der Weltfriede ernstlich bedroht sei. Es bedurfte der entschlossenen und staatsklugen Haltung des deutschen Reichskanzlers, wie er sie in dem Falle „Schnäbele" bekundete, um den Frieden zu erhalten (§ 319). Kriegsgefahr

Die Verstärkung der Monarchisten in den Wahlen von 1885 drängte die „Prinzenfrage" wieder in den Vordergrund. Es wurde durch ein Gesetz den Häuptern der ehemaligen Regentenfamilien und deren nächsten Erben der Aufenthalt in Frankreich untersagt und die Regierung ermächtigt, durch Dekret auch die übrigen Mitglieder dieser Familien zu verbannen. Als Freycinet wegen einer untergeordneten Finanzfrage zurücktrat, blieb doch Boulanger in dem neuen, durch Goblet gebildeten Ministerium Kriegsminister, wurde aber, als auch dieses nach wenigen Monaten durch Rouvier abgelöst wurde, durch den General Ferron ersetzt und zum Kommandanten eines Armeekorps in der Auvergne ernannt. Zunächst wandte sich der Zorn der Anhänger des „verbannten" Generals gegen den Präsidenten Grévy, der zugleich in den Prozeß seines Schwiegersohnes, des Abgeordneten Wilson, verwickelt wurde. Es handelte sich um einen Ordensschacher, um Ausbeutung von Anstellungen und Militärlieferungen. Als die Kammer eine parlamentarische Untersuchung dieser Mißbräuche beschloß, trat das Ministerium zurück, obwohl die Spitze des Beschlusses gegen Grévy gerichtet war, der sich von seinem schwerbelasteten Schwiegersohne nicht rechtzeitig loszusagen vermochte. Juni 1886 Dez. 1886 17. Mai 1887 17. Nov.

Schließlich legte Grévy doch sein Amt nieder, und nun wurde von dem Kongreß, nachdem Ferry und Freycinet von der Bewerbung zurückgetreten waren, Sadi Carnot zum Präsidenten gewählt, der Enkel des berühmten „Organisators des Sieges" der ersten Republik (§ 17), ein Mann von makellosem Ruf. Die Parteikämpfe aber dauerten fort und wurden erbitterter, als das neue Ministerium Tirard sich gezwungen sah, gegen die Umtriebe des Generals Boulanger scharf vorzugehen und ihn erst mit Arrest, dann mit Stellung zur Disposition, endlich durch ein Kriegsgericht mit Entlassung zu bestrafen. Diese Strenge brachte Tirard zu Fall, und nun übernahm der radikale Präsident der Kammer, Floquet, die Bildung des neuen Ministeriums, in das als Kriegsminister nicht ein General, sondern der Zivilist Freycinet eintrat. Aber alsbald feierte die Menge, be- 1. Dez. Carnot Präsident 3. Dez. 27. März 1888 8. April

Boulangismus

sonders im radikalen Norden und in Paris, den General Boulanger als Frankreichs Helden, Retter und Rächer, und er selbst, im Norddepartement mit großer Mehrheit gewählt, forderte die Auflösung der Kammer und die Verfassungsrevision. Eine wüste, über ganz Frankreich sich erstreckende Agitation begann, bei der alle Gegner der Republik, die Radikalen und die Monarchisten, vor allem die Patriotenliga unter Déroulède sich beteiligten. Der General arbeitete immer offener auf ein Plebiszit hin und wurde in dem Kampfe gegen „die Advokaten und Journalisten" unterstützt durch die Unzufriedenheit, die bei dem Zusammen-

Zahlungsunfähigkeit 26. Jan. 1889

bruch der von Lesseps gegründeten Panamagesellschaft immer weitere Kreise ergriff. So wurde Boulanger bei einer Ersatzwahl im Januar 1889 zum Abgeordneten von Paris gewählt, und nun flossen ihm als dem „künftigen Herrscher Frankreichs" die reichsten Geldmittel zu. Demgegenüber vereitelte Floquet die Absicht Boulangers, sich bei den allgemeinen Wahlen im Herbst in vielen Departements wählen zu lassen und so für sich ein wahres Plebiszit zu erlangen, durch Abschaffung der Listenwahl und durch das Verbot der mehrfachen Kandidatur. Und als Floquet über der Frage der Verfassungsrevision

3 Febr. 1889

zurücktrat, setzte das neue Ministerium Tirard-Constans den Kampf fort, indem es die Patriotenliga auflöste und dann den General und seine nächsten Freunde vor dem Senate wegen Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates

März 1889

und wegen Unterschlagung öffentlicher Gelder anklagte. Boulanger war zu feige, sich dem Gerichte zu stellen oder zur offenen Empörung zu schreiten; er floh nach

2. April

Brüssel und, von hier ausgewiesen, nach London. Damit und mit seiner Verurteilung in contumaciam war seine politische Rolle ausgespielt; auch seine Partei schwand trotz einiger Erfolge bei den nächsten Wahlen rasch dahin. Er selbst

10. Sept. 1891

siedelte Anfang 1891 wieder nach Brüssel über und erschoß sich hier in ruhmlosem Ende auf dem Grabe seiner Geliebten in Ixelles.

Achtes Kapitel.

Spanien.

Amadeus von Aosta 1870–1873

§ 359. Das republikanische Spanien. Als die deutschen Heere vor Paris standen, war man in Spanien mit der Königswahl, die den Anstoß zu dem großen Kriege gegeben hatte (§ 258), zu dem ersehnten Ziele gekommen. Viktor Emanuel erteilte seinem zweiten Sohne, Amadeus von

2. Nov. 1870

Aosta, der an Stelle des Hohenzollern von den Cortes gewählt worden war, die anfangs versagte Einwilligung zur Übernahme der spanischen Krone. Aber ehe der Prinz noch seinen Einzug in sein neues Königreich hielt,

27. Dez. 1870

empfing der „Königsmacher" General Prim von den Kugeln einiger Ver-

30. Dez.

schworenen eine Wunde, der er bald erlag; die Täter blieben unentdeckt. Auch Amadeus war nicht imstande, das aufgeregte, von Parteien zerrissene Land zur Ruhe zu bringen; nach zweieinhalbjährigem Ringen mit den wider-

10. Febr. 1873

strebenden Elementen im Reichstage und im Heere gab er den Cortes die Staatsgewalt wieder und schiffte sich in Lissabon nach Italien ein. Nach seiner freiwilligen Thronentsagung befand sich Spanien in einem ähnlichen Zustande wie Frankreich nach dem Tage von Sedan. Die Not führte zur

Republik 12. Febr.

republikanischen Staatsform; Figueras, Castelar, Pi y Margall und Salmeron wurden die Häupter der von den Cortes eingesetzten Regierung.

Eine neue, durch Volkswahlen einberufene konstituierende Versammlung sollte die Verfassung feststellen; bis zu deren Zusammentritt aber sollte ein von den Cortes aus ihrer Mitte gewählter permanenter Ausschuß als Vertreter der Nation

der Regierung zur Seite stehen. Damit begann ein Streit der doktrinären Richtung unter Castelar, die eine Republik im Sinne der Vereinigten Staaten Nordamerikas anstrebte, und der praktische Politik verfolgenden Partei unter dem Marschall Serrano, die die konservative Republik Thiers' zum Vorbild nahm und ohne doktrinäre Voreingenommenheit zu geordneten Verhältnissen zu kommen versuchte. Die Parteien standen sich bald in der Hauptstadt bewaffnet gegenüber; doch zog sich die Bürgerwehr, die für die Permanenzkommission eintrat, vor den aus Freiwilligen gebildeten Regierungstruppen zurück. Das benutzte Figueras zu einem Staatsstreich, indem er die „Permanenzkommission", die von den Cortes am 21. März mit dem Recht betraut worden war, jedesmal, wenn besondere Umstände es verlangten, die Cortes zusammenzuberufen, für aufgelöst erklärte; Serrano und seine Anhänger flüchteten über die Grenze. Nun fielen die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung unter dem Druck der Demokraten, Radikalen und Föderalisten ganz im Sinne der Regierung aus. Es sollte eine Föderativrepublik mit 13 Bundesstaaten im Sinne populärer Selbstverwaltung geschaffen werden; die einzelnen Provinzen sollten eigene Landtage, die Städte und Gemeinden weitgehende autonome Rechte besitzen; die Zentralregierung und die gemeinschaftliche Cortesversammlung sollten auf ein engbegrenztes Gebiet mit der Hauptstadt Madrid beschränkt bleiben, wie der amerikanische Kongreß auf Washington.

Föderative Pläne

24. April 1873

In der Tat trieb aber Spanien einer vollen Anarchie entgegen. Die Regierung, die die Konskription abgeschafft und eine freiwillige Volkswehr eingerichtet hatte, war ohne hinlängliche Verteidigungsmittel, und nun kündigte der Prätendent Don Carlos, der unter den Augen der französischen Behörden Geld und Truppen sammelte, als König Karl VII. durch eine Proklamation seinen Regierungsantritt an.

3. Juli 1873

Bald zählte er in Navarra, Biskaya, Aragon, Katalonien ein Heer von 12000 Mann, an seiner Spitze berüchtigte Bandenführer wie Dorregaray, Elio, den papistischen Haudegen Saballs und den fanatischen Priester Santa Cruz. Unterstützt von der verwilderten baskischen Bevölkerung der Pyrenäen, von ultramontanen Parteigängern in England und durch die Begünstigung oder geflissentliche Duldung der französischen Regierung mit Waffen und Vorräten versehen, begannen die Karlisten einen grauenvollen Bürgerkrieg. Nicht minder stark war der Widerstand, den die Regierung im Süden und in den volkreichen Küstenstädten fand, wo die unteren Volksklassen in der föderativen Regierung den Anfang eines goldenen Zeitalters mit Gütergemeinschaft und Verteilung des Grundbesitzes gekommen wähnten: gereizt von den „Internationalen", bemächtigten sie sich in Cadiz, in Malaga, Cartagena und Barcelona des Regiments, nicht ohne Gewaltätigkeiten gegen Leben und Eigentum. Das Ministerium Pi y Margall stand diesen Vorgängen teils aus Sympathie mit den republikanischen Grundsätzen, teils aus Furcht, die Popularität einzubüßen, ohnmächtig gegenüber. Als aber im Norden die Karlisten immer mehr Boden gewannen, in den Städten des Südens die rote Republik mit Wohlfahrtsausschuß und dem ganzen kommunistischen Terrorismus immer stärker hervortrat, da vereinigten sich die gemäßigten und konservativen Elemente in der Nationalversammlung mit der Regierung; nicht nur die Einführung der föderalistisch-republikanischen Bundesverfassung unterblieb einstweilen, und der spanische Einheitsstaat wurde festgehalten, sondern das Ministerium wurde auch ermächtigt, in den aufständischen Provinzen und Städten die konstitutionellen Garantien bis zur Herstellung der Ordnung zu suspendieren, d. h. den Kriegszustand zu verhängen. Durch tatkräftige militärische Maßregeln mit Hilfe der gemäßigten und konservativen Elemente wurden in den meisten Städten die republikanischen Erhebungen niedergeworfen. Nur in Cartagena, wo sich alle „Intransigentes" oder Unversöhnlichen, die Föderalisten und Sozialisten, sammelten, wurde die Fahne der Föderativrepublik hochgehalten und unter der Führung Contreras, des Hauptes des Wohlfahrtsausschusses, der Widerstand bis zum Bürgerkrieg organisiert. Der von hier betriebenen revolutionären Propaganda versuchten zwei in jenen Gewässern kreuzende Schiffe, ein deutsches unter dem Kapitän Werner und ein englisches, Einhalt zu tun; die deutsche Regierung rief Werner ab, weil er durch Einmischung in fremde Angelegenheiten — er hatte ein Schiff der Aufständischen abgefaßt und nach Gibraltar gebracht — seine Vollmachten überschritten habe. Doch gelang es den Anstrengungen Castelars, der von den Cortes mit fast diktatorischen Vollmachten ausgerüstet wurde, durch ein Bombardement

Karlisten u. Demagogen

21. Sept. 1873

Sept. 1873

Cartagenas die Ausdehnung der Insurrektion zu verhindern. Castelar stellte, nur die Rettung des Vaterlandes im Auge behaltend, einstweilen seine föderalistisch-republikanischen Ideen zurück, und so erlangten denn die „Zentralisten" nach und nach die Oberhand. Aber noch lange hielten die „Intransigenten", die „rote Demagogie", den Süden der Halbinsel in Gärung, während im Norden die Karlisten, die „weiße Demagogie", unter heimlicher Begünstigung der Monarchisten Frankreichs immer mehr Boden gewannen.

Kuba 1873 u. 1874

Die Verlegenheit der Madrider Regierung vermehrte sich noch, als sich auch die Kubaner empörten, die durch das von den Cortes beschlossene Gesetz über die Freilassung der Sklaven sich in ihrem Wohlstand gefährdet glaubten: sie wollten die „Perle der Antillen", den letzten Rest des einst so großen transatlantischen Kolonialgebietes von Spanien trennen. Von den Vereinigten Staaten Nordamerikas, deren Regierung sich zwar jeder offenen Einmischung enthielt, aber Privatunternehmungen keine Hindernisse in den Weg legte, erhielten die Aufständischen unter der Hand Hilfe, da der Anschluß an Nordamerika die notwendige Folge der Losreißung Kubas von Spanien sein mußte.

Obwohl nun Castelar mutig und mit festem Willen durch dieses Meer von Schwierigkeiten das Staatsschiff hindurch steuerte und sich auch die Achtung der konservativen Männer errang, glaubten doch besonders die, von denen die Revolution von 1868 (§ 257) ausgegangen war, und die man nun von der Leitung der Staatsgeschäfte fernhielt, die Serrano, Topete, Sagasta, nicht an den Bestand der Dinge. Sie bildeten im stillen ein Aktionskomitee, um einer Wiederholung jeder föderalistischen und anarchistischen Schilderhebung durch einen militärischen Staatsstreich entgegenzutreten. Denn bei der Armee, die bisher in allen entscheidenden Krisen den Ausschlag gab, hatte der Name des Marschalls Serrano einen guten Klang.

§ 360. Diktatur und Herstellung der Monarchie. Als Castelar bei der tiefgehenden politischen Meinungsverschiedenheit mit dem Präsi-

3. Jan. 1874

denten der Cortes, Salmeron, seine Entlassung einreichte und ein demokratisches Ministerium unter Pi y Margall, mit den Aufständischen in Cartagena und Sevilla sympathisierend, neue Verwirrung zu bringen drohte, da schritt die Armee mit einem Pronunciamiento ein, zu dem das Aktionskomitee unter Serrano den Antrieb gab. Ein junger General, Pavia, drang mit einigen Bewaffneten in den Sitzungssaal der Cortes, zwang die Abgeordneten trotz aller Proteste, denselben zu räumen, und forderte die Parteihäupter auf, eine neue Regierung zu bilden. Da Castelar sich weigerte, mit den Männern des Staatsstreiches gemeinsame Sache zu machen, und sein Amt niederlegte, die Zeit zur Zurückführung der Monarchie unter dem jungen Alfonso aber noch nicht reif war, so kam man überein, den Marschall Serrano, Herzog de la Torre, zum Chef der vollziehenden

Serrano 4. Jan. 1874

Gewalt und Sagasta zum Präsidenten des Ministerrats zu ernennen, in Spanien also wie in Frankreich die öffentliche Macht (§ 353) in die Hand eines erprobten Kriegsmannes zu legen. Während des Jahres 1874 bestand so auf beiden Seiten der Pyrenäen ein republikanisches Staatswesen mit einem gewählten militärischen Oberhaupte, in Frankreich allerdings auf eine Reihe von Jahren gesetzlich gesichert, in Spanien als eine Art Diktatur ohne rechtliche Grundlage. Die nächste Folge dieses Staatsstreiches, den der Minister des Innern, Garcia Ruiz, als den Sieg der einheitlichen Republik

6. Jan.

über die Föderativrepublik erklärte, war die Übergabe von Cartagena. Auch sonst wurde die neue Ordnung ohne besondere Schwierigkeiten durch-

25. Jan.

geführt, und Sagasta konnte in einem Rundschreiben an die ausländischen Höfe berichten, daß in Spanien eine auf Gesetz und Autorität gegründete

Ordnung gesichert sei. Aber diese Ordnung war doch nur so lange wirklich sicher, als die Armee dem „Präsidenten der Republik" zur Seite stand.

Karlisten

Die größte Schwierigkeit bestand in der Niederwerfung der Karlisten. Gegen diese mußte Serrano alle Kräfte aufbieten und konnte daher zur Heilung der inneren Schäden nur wenig beitragen. Trotz aller Beschwerden der Madrider Regierung über die völkerrechtswidrige Begünstigung des in Pau weilenden Prätendenten wurden die Karlisten von Frankreich her unterstützt und dadurch immer verwegener. Erst im April und Mai errangen die Republikaner unter dem Marschall Concha und dem General Laserna einige Vorteile, so daß Serrano und Topete als Sieger in Portugalete und das vielumstrittene Bilbao einziehen konnten. Bei diesen Kämpfen fiel ein deutscher Berichterstatter, der ehemalige preußische Hauptmann Schmidt, in die Hände der Karlisten und wurde, obwohl er keine Waffen mit sich führte, auf ausdrücklichen Befehl des Don Carlos erschossen. Da der deutsche Reichskanzler nicht eine unmittelbare Genugtuung nehmen konnte, auch die beiden zur Verhinderung der Zufuhr in den spanischen Gewässern kreuzenden deutschen Kanonenboote „Nautilus" und „Albatros" nicht viel ausrichteten — den Aufständischen standen ja die Landwege nach Frankreich offen —, so suchte er die Regierung in Madrid durch einen moralischen Beistand zu heben, indem er die öffentliche Anerkennung Serranos aussprach. Da außer Rußland alle europäischen Staaten dem Beispiele Deutschlands folgten, so sah sich auch der französische Minister Decazes genötigt, der bisherigen Unterstützung der Karlisten engere Grenzen zu ziehen.

30. Juni 1874

30. Juli

In Spanien jedoch waren die Zustände nicht derart, daß der republikanischen Regierung durch moralische Mittel von außen aufzuhelfen gewesen wäre. Mehr und mehr gewann bei der Armee der Gedanke einer bourbonischen Restauration Raum. Und auch dieser Staatsstreich vollzog sich ohne revolutionäre Bewegung, vielleicht mit geheimer Zustimmung Serranos. Am 30. Dezember erhob General Martinez Campos in Murviedo, der alten Römerstadt Sagunt, die monarchische Fahne und rief Alfons XII., der damals bei seiner Mutter Isabella in Paris weilte, zum König aus. Dem Pronunciamiento der Armee im Osten trat sofort Stadt und Provinz Valencia bei; bald folgten das Heer in der Mitte des Landes unter Jovellar und die Besatzungstruppen von Madrid unter Primo de Rivera. Die Minister legten unter öffentlichem Proteste gegen den Staatsstreich ihr Amt nieder, eine neue Regierung wurde gebildet unter dem Vorsitze Cánovas del Castillo, und während Serrano sich nach Frankreich begab, landete der junge König in Valencia und hielt dann seinen Einzug in Madrid.

30. Dez. 1874

14. Jan. 1875

Alfons XII. 1874—1885

§ 361. Das konstitutionelle Königtum. Die wichtigste Aufgabe des neuen Königs war die Beendigung des Karlistenkrieges. Denn solange Don Carlos, der außer Biskaya und Navarra einen großen Teil der Landschaften im Norden des Ebro mit der Bergfestung Sao de Urgel in seiner Gewalt hatte, seine agitatorischen Wühlereien fortsetzte und, von den Papisten und Reaktionären aller Länder unterstützt, vom biskayischen Golf bis in die Nähe des Mittelmeeres beträchtliche Streitkräfte zu unterhalten vermochte, war die Aufrichtung eines in gesetzlichen Formen sich bewegenden Staatslebens nicht möglich.

Karlisten

Der Krieg nahm denn auch bald einen guten Fortgang. Katalonien und Valencia wurden von den Insurgenten gesäubert, die Festungen Sao de Urgel und Vittoria mußten sich ergeben, Pampelona wurde entsetzt, und endlich wurde auch die Festung Estelle, der starke Stützpunkt der Karlisten, durch General Primo de Rivera zur Ergebung auf Gnade und Ungnade gezwungen und damit der ganzen Insurrektion ein Ende bereitet. Don Carlos überschritt mit dem Reste seiner Anhänger die französische Grenze, wo man sie entwaffnete und internierte. Der Prätendent begab sich nach England; sein Bruder Alfonso nahm seinen Aufenthalt in Graz in Steiermark. Der vierjährige Bürgerkrieg aber hinterließ als traurige Erbschaft eine zerrüttete Finanzlage und Kreditlosigkeit,

26. Aug. 1875

24. Nov. 1875

19. Febr. 1876

28. Febr. 1876

die den Staat dem Bankerott nahebrachten, und eine von Parteien zerrissene und sittlich verwilderte Nation.

Verfassung 30. Juni 1876 Nach der Beendigung des Krieges gelang es endlich, die neue Verfassung zustande zu bringen: ein Repräsentativsystem mit einer in Senat und Abgeordnetenhaus geteilten Volksvertretung wurden ins Leben gerufen. Trotz aller Proteste der Kurie, deren Ansprüchen der König so weit als möglich entgegenkam, um den Karlisten ihre Unterstützung zu entziehen, beharrte die Mehrheit der Cortes auch bei dem Grundsatze der Glaubens- und Kultusfreiheit, gab aber die Zivilehe und die Lehrfreiheit preis. Aber der Toleranzartikel war doch nur ein Schein, mit dem man die öffentliche Meinung in Europa beschwichtigen wollte. Die Regierung schritt nicht ein, wenn die Bischöfe, unterstützt von dem Fanatismus des Volkes, den Protestanten alle möglichen Hindernisse in den Weg legten.

Indessen befestigte sich allmählich die monarchische Ordnung in Spanien, so daß selbst die beiden ehemaligen Königinnen Christine und Isabella aus der Verbannung zurückzukehren wagten. Im Januar 1878 feierte König Alfonso 23. Jan. 1878 seine Vermählung mit der Infantin Maria Mercedes von Orleans, der 26. Juni Tochter des Herzogs von Montpensier. Aber schon im Juni wurde die junge Königin durch einen schnellen Tod unerwartet dahingerafft, einige Wochen nachher starb die 22. Aug. ehemalige Königin Christine. Trotz der Bewältigung der Karlistenbanden und der Herstellung der konstitutionellen Monarchie brachen freilich immer wieder föderalistisch-republikanische und kommunistische Aufstände, namentlich in Andalusien, aus, die nur mit Militärgewalt unterdrückt werden konnten. Auch wurde 25. Okt. 1878 auf den König in Madrid von einem Katalonen, Juan Oliva y Moncasi, ein 9. Jan. 1879 Mordversuch gemacht. Anfang 1879 starb dann Espartero, Herzog von Vittoria, der aus einer Handwerkerfamilie zu den höchsten Ehren emporgestiegen war und in die Geschicke seines Vaterlandes mehrmals entscheidend eingegriffen hatte (§ 256 ff.).

Kuba Die Verhältnisse auf Kuba, wo der Aufstand allmählich erlosch, führten einen Ministerwechsel herbei. Martinez Campos, der „Pazifikator von Kuba", der im März 1879 an die Spitze des Ministeriums getreten war, reichte Dez. 1879 seine Entlassung ein, weil er bei den Cortes seine Kolonialpolitik nicht durchsetzen konnte, die auf sofortige Abschaffung der Sklaverei, auf Änderung des für den Inselstaat nachteiligen Zollsystems und auf Anerkennung der kubanischen Schuld durch das Mutterland hinauslief. An seine Stelle trat wieder Canovas Klerikale u. Liberale del Castillo, was als ein Einlenken in klerikale Bahnen aufgefaßt wurde. Castelar hatte schon früher ein demokratisches Manifest erlassen, worin er die rückhaltlose Umkehr zu der Verfassung von 1868, zu der Freiheit des Glaubensbekenntnisses, der Presse, des Unterrichts, der Vereine und Versammlungen verlangte. Jetzt wurden diese Forderungen in kräftigeren Worten wiederholt, mehrere Generale reichten ihre Entlassung ein, um ihre Sympathien für Campos 30. Dez. 1879 zu beweisen. Ein neues Attentat auf den König und seine zweite Gemahlin, die Erzherzogin Marie Christine von Österreich (vermählt am 29. Nov. 1879), in Madrid, das wie das erste ohne Folgen blieb, zeigte, wie wenig erfreulich noch die staatlichen Verhältnisse in Spanien waren. Der König wandte sich jedoch allmählich von dem klerikalen Ministerium Canovas ab und den Liberalen zu, Febr. 1881 aus deren Reihen das Ministerium Sagasta hervorging. Doch trat Canovas Jan. 1884 bald wieder an die Spitze eines konservativen Kabinetts. Zu einer vorübergehenden Spannung kam es 1885 mit Deutschland über die Karolinenfrage, die, wie wir gesehen haben (§ 330), durch den Schiedsspruch des Papstes Leo XIII. entschieden wurde.

Ein schwerer Schlag aber traf Spanien durch den Tod des Königs 25. Nov. 1885 Alfons XII. Der junge Monarch starb an der Schwindsucht, erst 28 Jahre alt, und hinterließ zwei Töchter im zartesten Lebensalter. Erst

nach seinem Tode gebar die Königin Marie Christine, die die Regentschaft übernahm, noch einen Sohn, der als Alfons XIII. der Erbe der spanischen Krone wurde. 17. Mai 1886

Neuntes Kapitel.

Die Schweiz.

§ 362. Revision der Bundesverfassung. Klerikale Händel. Eine Revision der Bundesverfassung von 1848 (§ 125), die dem Partikularismus der einzelnen Kantone noch sehr weit nachgab, war längst als Notwendigkeit anerkannt worden. Es galt, dem Bunde die Leitung des Militärwesens, die Aufsicht über die Volksschule, die Abwehr kirchlicher Übergriffe, besonders die Ausschließung der Jesuiten aus der Schweiz, die Kontrolle des Eisenbahnwesens, das Recht zu einheitlicher wirtschaftlicher und rechtlicher Gesetzgebung u. dgl. einzuräumen und zu erweitern. Aber bei der ersten Volksabstimmung scheiterte ein auf Stärkung der Zentralregierung gerichteter Entwurf an dem Widerstand der Partikularisten und Ultramontanen. Erst bei einer späteren Abstimmung drang die bessere Einsicht durch, und die Verfassungsrevision wurde zum Gesetz erhoben. Damit war der Übergang zum Bundesstaat vollzogen. Den Kantonen wurden die Staatshoheit und Gesetzgebung nur so weit überlassen, als nicht allgemeine Zwecke der Eidgenossenschaft eine einheitliche Gewalt und Ordnung wünschenswert erscheinen ließen. Die Vertretung und Verteidigung nach außen, die Sicherung der Ordnung im Innern, das Heerwesen, allgemeine Wohlfahrts- und wirtschaftliche Einrichtungen wurden für Bundessache erklärt, allgemeine Niederlassungs-, Glaubens- und Gewissens-, Preß- und Vereinsfreiheit gewährleistet, der Jesuitenorden und die Errichtung neuer Klöster verboten, die Zivilehe eingeführt. Die oberste Bundesgewalt wird durch die Bundesverwaltung ausgeübt, die aus dem Nationalrat und dem Ständerat besteht, ersterer durch das schweizerische Volk in direkter Wahl gebildet, letzterer eine Vertretung der Kantone. Bundesgesetze sollen dem Volke zur unmittelbaren Abstimmung, dem Referendum, vorgelegt werden, wenn es von 50 000 schweizerischen Bürgern oder von fünf Kantonen verlangt wird. Die oberste vollziehende Behörde ist der Bundesrat. Das Schweizer Heer sollte statt aus Auszug, Reserve und Landwehr nur aus Auszug und Landwehr bestehen, die Hauptsache der militärischen Erziehung in die Volksschule und die folgenden Jahre bis zum Beginn des militärpflichtigen Alters verlegt und durch eine angemessene turnerische Ausbildung erreicht werden. Anarchistische Flüchtlinge, die dem Asylrecht zuwider offen zu Aufruhr und Fürstenmord aufforderten, wurden 1879 und 1881 ausgewiesen.

Verfassungsrevision

1872

19. April 1874

Während so im großen und ganzen die politischen Verhältnisse in der Schweiz sich ruhig und stetig entwickelten, hatte sie doch auch schwer mit ultramontanen Übergriffen zu kämpfen. In Genf gelang es den Umtrieben des Demagogen James Fazy, durch das allgemeine Wahlrecht und die unteren Klassen unterstützt, mehrere Jahre wie ein Diktator zu herrschen. Da er sich jedoch zu sehr mit Napoleon III. und den Ultramontanen einließ, wurde er gestürzt, trotzdem versuchten die Klerikalen, da viele angesehene kalvinische Familien ausgewandert waren, den Kanton und die Stadt der katholischen Kirche zurückzugewinnen. Obgleich es seit der Reformation in Genf keinen Bischof mehr gab und die katholische Kirche unter dem Bischof von Freyburg stand, ernannte doch nach einer Weisung von Rom dieser Bischof den Genfer Pfarrer Abbé Mermillod zuerst zu seinem Generalvikar, und der Papst erhob ihn 1872 zum apostolischen Vikar und Bischof von Genf. Dagegen erklärte der Bundesrat, daß er Mermillod nur als Pfarrer von Genf, nicht aber als Bischof anerkenne. Als trotzdem Mermillod fortfuhr, bischöfliche Funktionen auszuüben, erklärte der Bundesrat, an den sich die Regierung von Genf wandte, das Vor-

Ultramontanismus

Genf seit 1855

1863

gehen der Kurie und des Genfer Klerus für ungesetzlich und ließ Mermillod
Febr. 1873 ausweisen. Er nahm seinen Aufenthalt in dem nahen Fernay, dem einstigen Wohnsitze Voltaires, auf französischem Gebiete, und setzte unter Begünstigung der französischen Behörden sein agitatorisches Treiben fort. Der Große Rat ordnete nun die Verhältnisse der katholischen Gemeinden auf eigne Hand. Die Geistlichen wurden von den Gemeindegliedern gewählt und mußten vor ihrem Amtsantritt einen Eid leisten, daß sie den Gesetzen und der Obrigkeit des Landes gehorchen wollten. Bald darauf gründete dann der französische Pater Hyacinth (Loyson) in Genf eine altkatholische Gemeinde; auch in anderen Orten entstanden solche Gemeinden.

Basel und Solothurn

Eine ähnliche ultramontane Bewegung machte sich auch in Basel und Solothurn bemerkbar, wo der Bischof Lachat von Basel die Geistlichen, die das Unfehlbarkeitsdogma nicht annehmen wollten, absetzte. Doch ging die Regierung energisch vor. In dem fast ganz katholischen Kanton Solothurn wurden nicht nur die exkommunizierten Geistlichen in ihren bisherigen Rechten erhalten,
22. Dez. 1872 sondern es ging auch ein Gesetz durch, das die Geistlichen wie alle anderen Staatsbeamten einer periodischen Wiederwahl unterwarf. Die Diözesanstände, d. h. die
Jan. 1873 am Bistum Basel beteiligten Kantone, mit Ausnahme von Luzern und Zug, traten zu einer Konferenz zusammen und faßten den Beschluß, das Unfehlbarkeitsdogma nicht anzunehmen. Als Lachat bei seinen Kirchenstrafen verharrte, wurde von der
21. Dez. 1874 Konferenz der Bischofssitz in Basel für erledigt erklärt. Unter Protest siedelte Lachat nach Luzern über; das Bistum blieb längere Zeit unbesetzt. In den katholischen Gegenden des Jura legte nun fast die gesamte Geistlichkeit unter der Einwirkung des benachbarten Frankreich bei der Berner Regierung Verwahrung gegen die Amtsentsetzung des Bischofs ein. Als sie diese nicht zurücknehmen wollten, verhängte die Regierung von Bern über die 69 Widerstrebenden Suspension und erhob Klage bei dem obersten Gerichtshof des Kantons auf Abberufung derselben, und das Gericht sprach die Absetzung aus. Ruhestörungen in einzelnen Gemeinden wurden durch militärische Besetzungen niedergehalten und die abgesetzten Pfarrer aus dem Lande verwiesen. Sie gingen meistens nach Frankreich und setzten von dort aus ihre Agitationen weiter fort. In Bern aber gab die Regierung durch Errichtung einer altkatholischen Fakultät an der
29. Juli 1874 Universität und Stiftung eines altkatholischen Bistums ihren festen Entschluß kund, der freieren Richtung den Weg zu bahnen. Das Ausweisungsdekret mußte die Berner Regierung allerdings auf Beschluß des Bundesrats zurücknehmen, da
1874, 1875 eine solche Ausweisung Schweizer Bürger mit der Bundesverfassung im Widerspruch stand, aber ein freisinniges Kirchengesetz und ein Kultuspolizeigesetz traten weiteren Übergriffen entgegen. Da der Papst gegen alle diese Maßregeln protestierte,
Sept. 1875 verließ der päpstliche Nuntius auf Aufforderung des Bundesrats die Schweiz.
Tessin Dagegen erlangten im Kanton Tessin die Klerikalen die Oberhand und bedrückten ihre Gegner in schlimmster Weise, so daß Tumulte und Mordanfälle die öffentliche Sicherheit gefährdeten. Allmählich aber wurden auch in der Schweiz die kirchenpolitischen Gegensätze milder; dem verbannten Mermillod
1883 wurde die Rückkehr gestattet, und auch anderwärts suchte man zu einem Ausgleich zu gelangen.

Gotthardbahn

Statt des Kulturkampfes traten die wirtschaftlichen Fragen mehr in den Vordergrund. Für den Verkehr mit Deutschland und Italien und für die Handelsinteressen der drei Länder wurde die Eröffnung des direkten Schienenweges durch den St. Gotthard von der größten Bedeutung. Das großartige Unternehmen des Durchbruchs, das 1872 begann, wurde von einer Aktiengesellschaft unter finanzieller Beteiligung der Regierungen von Deutschland, Italien und der Schweiz am 29. Februar 1880 vollendet und unter glänzenden Feierlichkeiten als völkerverbindendes Friedenswerk im Mai 1882 dem Verkehr übergeben.

Zehntes Kapitel.

Italien.

§ 363. Italien, der Vatikan und die Großmächte. Während der Papst sich dem neuen Italien schroff widersetzte (§ 285), gab ihm das von der italienischen Regierung mit Zustimmung der Deputiertenkammer und des Senates erlassene Garantiegesetz in mancher Beziehung eine vorteilhaftere Stellung als die frühere weltliche Herrschaft. Victor Emanuel II. (1849) 1861—1878. 2. Mai 1871.

Das Gesetz erklärte die Person des Papstes für heilig und unverletzlich, verlieh ihm den Rang und die Ehrenstellung eines Souveräns mit einem Jahreseinkommen von 3 225 000 Lire und machte den Vatikan und Lateran und überhaupt jeden Aufenthalt des Papstes in Italien immun bezw. exterritorial. Der Papst war nun aller aus dem weltlichen Besitz hervorgehenden Verwicklungen ledig und hätte sich mit ganzer Kraft seinen geistlichen Aufgaben widmen können, aber er verließ den Vatikan nicht und wies die vom König ausgesetzte Zivilliste zurück. Seine angebliche Gefangenschaft wurde als wirksames Agitationsmittel in dem Kulturkampfe in Deutschland und in den politischen Wirren Frankreichs benutzt. Garantiegesetz

Indessen bemühte sich die Regierung, das junge Reich nach außen und innen zu festigen und zu heben. Bald nach der Besitznahme Roms war der Durchbruch des Mont Cenis-Tunnels vollendet und dem Völkerverkehr ein neuer wichtiger Weg geschaffen worden. Von der in dem deutsch-französischen Kriege gegen Frankreich bewiesenen Zuneigung kam man bald zurück, da die französische ultramontane Partei die Wiedereinsetzung des Papstes in seine weltliche Herrschaft verlangte (§ 352) und selbst Thiers, nach dessen Ansicht die Gründung des italienischen Einheitsstaates der größte Fehler der Bonaparteschen Politik war, dieser Forderung nicht entschieden entgegentrat, wenn er auch vorderhand jedes kriegerische Vorgehen zurückwies. So kam die italienische Regierung zu der Erkenntnis, daß das Königreich nur im Bunde mit Deutschland einer gesicherten Zukunft entgegengehen könne; die Besuche der Herrscherfamilien (§ 318) bewiesen, daß man im Deutschen Reiche nicht daran dachte, die Politik der Römerzüge des Mittelalters wieder aufzunehmen. Dann legte die italienische Regierung tatkräftig Hand an die Wehrhaftmachung des Landes durch Verstärkung des Heeres und Anschaffung von Kriegsmaterial. Auch der von der öffentlichen Meinung verlangten Einziehung der Klöster gab das Ministerium Lanza-Sella nach und legte einen Gesetzentwurf vor, nach dem die Klöster in Rom und im ehemaligen päpstlichen Gebiete ebenso wie im übrigen Italien aufgehoben werden sollten. Nur die Generalate der Orden wurden mit Rücksicht auf das Ausland von dieser Maßregel ausgenommen und zu ihrer Unterhaltung aus dem Ertrage der Klostergüter dem Papste die jährliche Summe von 400 000 Francs zugewiesen. Trotz alles Eiferns der Papisten gegen dieses Klostergesetz wurde es von dem Abgeordnetenhause fast einstimmig, von dem Senate mit überwältigender Mehrheit angenommen und sofort ausgeführt. Der Widerspruch erhob sich nicht gegen die Anträge, sondern gegen die Ausnahme der Ordensgeneralate. Die drohende Haltung Frankreichs, wo damals die Wiederkehr der Monarchie unter dem dem Klerikalismus völlig ergebenen Grafen von Chambord möglich schien (§ 353), änderte sich auch nicht durch den Wechsel in der italienischen Regierung. Infolge von Steuervorlagen nahm das Ministerium Lanza-Sella seine Entlassung, und ein aus der Rechten gebildetes Ministerium unter Minghettis Vorsitz trat an seine Stelle. Die schon erwähnte Reise Viktor Emanuels nach Berlin (§ 318) war für die Versailler Royalisten ein deutlicher Fingerzeig, wo Italien sich Hilfe gegen einen klerikalen Feldzug holen würde. Eine weitere Bürgschaft für die freundlichen Beziehungen Deutschlands und Italiens war die Ernennung Ausbau des Reiches. 26. Dez. 1870. 17. Sept. 1871 eröffnet. 20. Nov. 1872. Mai 1873. 10. Juli 1873.

1873 des Legationsrates v. Keudell, eines mit der Politik Bismarcks vertrauten Staatsmannes, zum Botschafter in Rom. Die Schrift „Ein wenig mehr Licht", die der ehemalige Minister Lamarmora (§ 319) über die Vorgeschichte des
1873 Krieges von 1866 veröffentlichte, um den französischen Staatsmännern zuliebe Preußen zu verunglimpfen und das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Italien zu zerstören, verfehlte ihren Zweck. Als bei der inneren Spaltung der Mittelpartei, auf die Minghetti sich stützte, der Minister in einer Steuerfrage durch die Vereinigung der gegnerischen Parteien eine Niederlage erlitt und seine Ent-
18. März 1876 lassung nahm, bildete der König ein neues Kabinett unter Depretis und Nicotera, den bisherigen Führern der Linken. Die Kammer wurde aufgelöst. In dem neugewählten Abgeordnetenhaus war die große Mehrheit dem fortschrittlichen Ministerium zugetan. Seitdem waren mehrere Jahre lang wechselnde liberale Ministerien von verschiedener Färbung, Depretis, Nicotera, Cairoli, am Ruder, alle aber arbeiteten daran, den Einfluß der Hierarchie zu brechen. Ein Gesetz über „die Mißbräuche der Geistlichen in Ausübung ihres Amtes"
7. Mai 1877 wurde zwar durch die Anhänger der Doktrin von der „freien Kirche im freien Staate" zu Falle gebracht; um so eifriger aber schritt man in dem Bestreben fort, den Schulunterricht zu verbessern und der kirchlichen Leitung zu entziehen, und zu dem Zweck einen Teil des Vermögens der Pfarreien und Bruderschaften dem Staate und den Gemeinden zuzuweisen. Der obligatorische Volksschulunterricht wurde eingeführt und die Erteilung des Religionsunterrichts von besonderem Verlangen der Eltern abhängig gemacht. In all diesen Parteikämpfen aber blieb die Treue und Hingebung des Volkes an den Rè galantuomo, den Schöpfer und Vollender des einheitlichen Königreichs Italien, sich immer gleich.
9. Jan. 1878 Das zeigte sich besonders, als Viktor Emanuel nach kurzer, heftiger Krankheit starb; sein Leichenbegängnis gestaltete sich zu einem nationalen Trauerfest.

7. Febr. 1878 Bald darauf folgte ihm Papst Pius IX. ins Grab nach. Bei der Beisetzung seines Leichnams in der Kirche von St. Lorenzo, die erst in der Nacht vom 12. Juli 1881 erfolgte, fanden Ruhestörungen und Beschimpfungen durch die Radikalen statt, aus deren Reihen sogar der Ruf: „Werft ihn in den
Leo XIII. 1878—1903 Tiber!" sich hören ließ. Der neue Papst, Leo XIII. hielt an dem Prinzip seines Vorgängers fest. Er sprach seinen Unwillen über die Errichtung protestantischer Schulen in Rom aus und empfahl in einer Encyklika die Philosophie des
11. Aug. 1879 heiligen Thomas von Aquino als Grundlage der wissenschaftlich-theologischen Studien. Doch zeigte er bald ein kluges und versöhnliches Auftreten in den kirchenpolitischen Vorgängen des Auslandes, besonders Deutschlands (§ 326); den italienischen Katholiken verwehrte er jedoch nach wie vor die Beteiligung an den Wahlen (§ 371).

Humbert I. 1878—1900 Unter dem neuen König, Humbert I., kam zu den bisherigen Schwierigkeiten ein stärkeres Hervortreten der Sozialdemokratie; bei seinem Ein-
17. Nov. 1878 zuge in Neapel suchte ein Neapolitaner, Passanante, ihn zu töten, doch traf er ihn nur leicht, während der Minister Cairoli schwer verwundet wurde. Dazu gesellten sich die Bestrebungen nach Rückeroberung der „Italia irredenta", des unerlösten Italiens, des noch unter fremder Herrschaft lebenden italienischen Volkes in Triest und im Trentino. Im Parlamente lagen zudem die Parteien fortwährend im Streite; Ministerwechsel, oft mit Kammerauflösungen im Gefolge, waren nichts Ungewöhnliches. Eine wichtige Reform, die der italienische Liberalismus
Febr. 1882 endlich durchsetzte, war die Änderung des Wahlgesetzes; es verfügte zwar nicht das allgemeine Stimmrecht, wohl aber eine Herabsetzung des wahlfähigen Alters auf 21 Jahre und eine bedeutende Vermehrung der Zahl der Wahlberechtigten durch Verminderung des Zensus und durch Ausschluß nur der des Lesens und Schreibens Unkundigen, ferner die Anwendung des Listenskrutiniums, wie es in Frankreich eingeführt war (§ 356). Die durch die Wühlereien der Irredentisten getrübten Beziehungen zu Österreich verstand König Humbert durch einen
1881 Besuch in Wien besser zu gestalten, zumal auch das Verhalten Frankreichs in

der tunesischen Frage (§ 355) die größte Erbitterung in Italien hervorrief. Auch der Tod Garibaldis, unter dessen Führung die „demokratische Liga" 2. Juni 1882
stand, und der in den letzten Jahren der Regierung nur Verlegenheiten bereitet hatte, befreite Italien von manchen Schwierigkeiten. Endlich führten alle diese Verhältnisse und die Erkenntnis, in den beiden Kaiserstaaten der Mitte Europas die sichersten Bundesgenossen zu besitzen, zu dem Dreibunde mit Deutschland und Österreich (§ 319). Ein Zeichen von der wirtschaftlichen Erstarkung des jungen Königreichs war die Wiederaufnahme der Barzahlungen. Aber auch April 1883
nationale Unglücksfälle, wie das furchtbare Erdbeben von Ischia, das mehr 28. Juli 1883
als 2000 Menschen das Leben kostete, und die wiederholt mit großer Heftigkeit auftretende Cholera, blieben dem Lande nicht erspart. Depretis, der in den steten Ministerkrisen nicht weniger als achtmal mit der Bildung des Kabinetts beauftragt wurde, starb im Sommer 1887, worauf Franzesco Crispi, ein alter 29. Juni 1887
Garibaldianer (§ 217) und Politiker von mehr radikaler Richtung, als Minister- 8. Aug. 1887
präsident und Leiter des Auswärtigen an die Spitze der Regierung trat.

§ 364. Kolonialpolitik. Auch auf kolonialem Gebiete war Italien bestrebt, in den Wettbewerb der Nationen einzutreten. Die Besetzung von Tunis durch die Franzosen (§ 355) trieb die italienische Regierung an, ihre Stellung im Orient und Mittelmeer zu verstärken.

Zur Wahrung ihrer Handelsinteressen im Orient erwarb sie die Kolonie Assab am 1882
Roten Meere, und als England sich anschickte, den Sudan wieder zu unterwerfen (§ 348), schickte sie im Einvernehmen mit demselben ein Heer aus, das die Hafenstadt Massaua Anfang 1885
besetzte. Da aber England auf den Sudan verzichtete und der Negus (König) Johannes von Abessynien, der ebenfalls den Besitz von Massaua, dem natürlichen Hafen seines Reiches am Roten Meere, erstrebte, Widerstand erhob, so brach ein Krieg aus, in dem der abessynische General Ras Allula einige Erfolge über die Italiener errang. Der Feldzug, der viel Geld und infolge der glühenden Hitze und des Wassermangels viel Menschenleben erforderte, erregte in Italien wachsende Mißstimmung, zumal ein greifbarer Nutzen von dem Unternehmen nicht einzusehen war, und brachte den Minister des Äußern, Mancini, zu Fall. Indessen schien nun einmal die nationale Ehre Italiens verpfändet zu sein, so daß der Rückzug schwer zu finden war. Dazu kam noch, daß die Mitglieder einer wissenschaftlichen Expedition, die das Sultanat Harar erforschen wollte, ermordet wurden, ohne daß Italien hierfür April 1886
Genugtuung oder Rache erlangen konnte, und daß der Überfall von Dogali, der einigen 20. Jan. 1887
hundert italienischen Soldaten das Leben kostete, die italienische Regierung nötigte, bedeutende Verstärkungen an das Rote Meer zu senden und die Bildung einer besonderen Kolonialtruppe anzuordnen. Erst 1889 besserte sich die Lage der italienischen Truppen, der Negus Johannes fiel in einem Kampfe mit den Derwischen und sein von jeher mit Italien befreundeter März 1889
Nachfolger, Menelik von Schoa, schloß mit Italien ein Bündnis ab und verstand sich im Vertrage von Utschali zur Anerkennung der italienischen Schutzherrschaft. Nun 2. Mai 1889
konnten die hochgelegenen Landstriche westlich von Massaua besetzt werden und die Organisation der afrikanischen Niederlassung, die die amtliche Bezeichnung Colonia Eritrea erhielt, erfolgen. 2. Jan. 1890

Neuntes Buch.

Die Zeit der neuen Weltpolitik und Weltwirtschaft.

Dreibund und Zweibund

§ 365. Überschau und Vorblick. Der Tod Kaiser Wilhelms I. und der Rücktritt Bismarcks haben die Gruppierung der europäischen Staaten nicht wesentlich beeinflußt. Der mitteleuropäische Dreibund blieb bestehen, und der Zweibund zwischen Frankreich und Rußland lag doch längst in der Luft; er war nur die vertragsmäßige Festlegung einer Verbindung, die im Ernstfall auch vorher schon eingetreten wäre. Die Wirkung des Zweibundes aber war eine durchaus friedliche, da Rußland den Revanchegelüsten seines Verbündeten einen Dämpfer aufsetzte. So trat zu dem Dreibunde als dem einen Hort des europäischen Friedens der Zweibund, auch wenn er von Frankreich mit andern Hoffnungen geschlossen war, tatsächlich als zweiter Friedensbund hinzu. Dies um so mehr, als die von Bismarck gepflegten und im Rückversicherungsvertrage ausgesprochenen guten Beziehungen Deutschlands zu Rußland doch nur vorübergehend getrübt wurden und sich allmählich wieder festigten, daneben aber Österreich und Rußland zu einer Verständigung in der orientalischen Frage gelangten. So kamen die kontinentalen europäischen Gegensätze zu einer gewissen Ruhe. Es zeigte sich das am besten darin, daß die unruhigen Elemente der Balkanhalbinsel zwar einen türkisch-griechischen Krieg, aber keinen europäischen Konflikt zu erregen vermochten; es zeigte sich das auch in dem Zusammentritt des Haager Friedenskongresses. In alledem war Rußland in gewissem Sinne die führende Macht, da seine Haltung vorwiegend auf diese Beruhigung in Frankreich und im Orient hinwirkte. Eigentlich sucht nur England die schlummernden europäischen Konflikte zu schüren, weil ihre Beruhigung seiner Vorherrschaft in der Welt schädlich ist.

Beruhigung der kontinentalen Gegensätze

Weltwirtschaft und Weltpolitik

Diese Beruhigung der alten europäischen Gegensätze hängt nämlich sehr wesentlich zusammen mit der Entwicklung der Weltwirtschaft und Weltpolitik. Während der großen Kriege zu Beginn des 19ten Jahrhunderts gewann England die unbedingte Vorherrschaft zur See; da es dann an den weiteren schweren Konflikten und Kriegen des Kontinents so gut wie unbeteiligt war, vermochte es diese Seeherrschaft weiter auszugestalten und seinen Kolonialbesitz zu mehren. Es kam hinzu, oder es war vielmehr Vorbedingung dafür, daß es die neuen Formen der Groß-

Englands Weltherrschaft

industrie zuerst entwickelte, aus seinen Fabriken die Welt versorgte und sich die größte Handelsflotte schuf. Als Vermittler des Welthandels kam es England zustatten, daß durch die Entwicklung des Eisenbahn- und Dampfschiffverkehrs die wirtschaftliche Lage aller Kulturländer je länger je mehr weltwirtschaftlich bedingt wurde, daß der Wert der einheimischen Produkte überall abhing von der Weltproduktion: die Theorie des Freihandels förderte dabei die wirtschaftliche Macht des diesen Handel durch sein Geld, seine Dampfer und Kabel beherrschenden Landes. England brauchte sich nicht abzuschließen, weil niemand ihm gefährlich wurde; das war die Blütezeit des englischen Liberalismus.

Entstehung von Konkurrenten

Dieser englischen Vorherrschaft auf dem Weltmarkt und im Welthandel erstanden nun Konkurrenten, seitdem die Kräfte der europäischen Staaten nicht mehr ausschließlich durch deren politische Gegensätze in Anspruch genommen waren und die eigne wirtschaftliche Entwicklung sie gebieterisch zwang oder ihr wachsendes Machtgefühl sie reizte, Ausweitung zu suchen und großräumig zu werden.

a) Frankreich

Frankreich, das schon im Mittelalter Hauptgegner Englands gewesen war (II, § 274), hatte bereits im 17ten und 18ten Jahrhundert Anteil an der noch unverteilten Welt haben wollen, war aber zur Zeit des Siebenjährigen Krieges den Engländern in Nordamerika unterlegen; dann hatte es zur Zeit Napoleons einen erfolglosen Wirtschaftskrieg gegen England geführt; jetzt nahm es seinen Mitbewerb in Asien und Afrika wieder auf, doch entsprach seinen Ansprüchen weder die Vermehrung seiner Bevölkerung noch deren wirtschaftlicher Unternehmungsgeist: Frankreich ist wirtschaftlich den Engländern deshalb nicht sehr gefährlich; es ist reich, weil sein Kapital verhältnismäßig schneller wächst als die Bevölkerung, und das kommt der Neigung der Franzosen, als Rentenempfänger zu leben, sehr entgegen.

b) Rußland

Rußlands Vordringen nach der Balkanhalbinsel war zwar durch die europäischen Staaten eingedämmt worden, aber es hatte sich zu derselben Zeit, in der England seine Seeherrschaft festigte, gewissermaßen in aller Ruhe nach Zentral- und Ostasien vorgeschoben und bedrohte damit die englische Machtsphäre in Indien; es kam der englischen Weltmacht gegenüber in erster Stelle als politischer Machtfaktor in Betracht; als wirtschaftlicher auch in Asien, wo es kulturell zurückgebliebenen Nationen gegenüber als Träger der höheren europäischen Kultur erschien.

c) Deutschland

Unmittelbar empfindlicher aber, als die von Rußland in Asien drohende Gefahr, mußte für England die wirtschaftliche Emanzipation der beiden germanischen Staaten, Deutschlands und Nordamerikas, werden. Als Deutschland endlich seine politische Neuordnung erreicht hatte, begann es, unterstützt von seiner hohen geistigen Bildung, dem Erbteil seiner staatlosen Zeit, in der sein Volk das Volk der „Denker und Dichter" gewesen war, und von seiner stark wachsenden Bevölkerung, eine überraschend große wirtschaftliche Kraft zu entfalten. Es zeigte sich, daß die Kraft, die im Mittelalter Italien unterworfen, die große ostdeutsche Kolonisation vollbracht und die Vorherrschaft im Norden und Osten (II § 245, 301, 302) erreicht hatte, doch noch ungebrochen war. Es schuf sich schnell eine gewaltige Industrie und eine große Handelsflotte, unterstützte seine Industrie mit den einst im Zeitalter des Merkantilismus angewandten Mitteln eines mäßigen Schutzzolls, ohne den Handel dadurch

zu lähmen, schützte seinen Handel durch die neue Kriegsflotte und begann Anteil zu fordern bei der letzten Aufteilung der Welt.

d) Nordamerika

Den Vereinigten Staaten von Nordamerika aber kam vor allem folgendes zu statten. Die Erwerbstätigkeit ihrer Bewohner wurde nicht eingeengt durch historische Rücksichten auf Geburt und Stand; eine starke Einwanderung führte ihnen zahlreiche Europäer zu, unter denen manche gescheiterte Existenzen und zweifelhafte Elemente sein mochten, die aber alle tatkräftig und unternehmungslustig waren; dazu gewährte das unermeßliche Hinterland genügenden Ellbogenraum zur Entfaltung der wirtschaftlichen Kraft, und die weite Ausdehnung des Landes billige Rohprodukte verschiedenster Zonen. Die wachsende Industrie verlangte auch hier Emanzipation von Europa durch Schutzzölle. Naturgemäß traten dem die Farmer, denen an einer Erhöhung der Preise für Industrieprodukte nichts gelegen war, und denen etwaige Gegenmaßregeln Europas empfindlichen Schaden bringen konnten, entgegen; in den Präsidentenwahlen setzten sich die Gegensätze des Sezessionskrieges fort, aber die Schutzzollpolitik siegte um so leichter, als Europa die amerikanischen Rohprodukte nicht entbehren konnte. So konnte Nordamerika, in schneller Entwicklung aufsteigend, bald als gefährlicher Konkurrent Europas auftreten.

Imperialismus

Unter den Persönlichkeiten, die die aus diesen veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, aus diesem weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Zusammenstoß rivalisierender Staaten für ihre Völker erwachsenden Aufgaben besonders klar erkannten, sind vielleicht an erster Stelle zu nennen Kaiser Wilhelm II., Mac-Kinley, Roosevelt und Chamberlain. Dabei besteht allerdings zwischen Deutschland einer-, England und Nordamerika andererseits insofern ein wesentlicher Unterschied, als es sich für Deutschland fast nur um Sicherung seiner Absatzgebiete auf der ganzen Erde, für England und Nordamerika darüber hinaus um politische Machterweiterung, um Schaffung eines Welt-„reiches" handelt. Für die in diesen beiden Staaten aufkommenden Tendenzen hat man den Ausdruck Imperialismus (aus der Welthandelsherrschaft soll ein Weltreich werden) geprägt, anknüpfend an die allerdings grundverschiedenen Weltherrschaftsideen des römischen und mittelalterlichen Kaisertums.

Amerika

In Nordamerika entstand so in Weiterbildung der Monroe-Doktrin der panamerikanische Gedanke. Seine Erfüllung, d. h. die politische und wirtschaftliche Herrschaft der Union über ganz Amerika, liegt freilich noch in weiter Ferne; aber zunächst gelang es den Vereinigten Staaten doch Spanien, die älteste europäische Kolonialmacht, aus Amerika zu verdrängen und sich den Panamakanal zu sichern. Damit nicht genug, dehnte die Union ihre Macht nach Australien und Asien aus und überschritt damit schon die panamerikanische Idee.

Afrika

Bei seiner kolonialen Ausbreitung empfand England den Wettbewerb anderer Nationen zuerst am empfindlichsten in Afrika. Von diesem schwer zugänglichen Erdteile waren lange Zeit eigentlich nur die Nordküste und die Südspitze ernsthafter beachtet worden. Seitdem aber Deutschland als jüngste Kolonialmacht in Afrika Fuß faßte, begann ein Wettlauf um die noch „herrenlosen" Gebiete. Englands Plan, den Erdteil von der Nilmündung bis zum Kap der guten Hoffnung englisch zu machen, scheiterte an der Gründung des Kongostaates und der Festsetzung Deutschlands in Ostafrika; Frankreich dehnte seine Machtsphäre von Algier zum Busen

von Guinea aus, mußte aber den Gedanken, ostwärts bis zum Roten Meere vorzudringen, wegen des englischen Widerspruchs bei Faschoda aufgeben; Italiens Versuch, Abessynien unter seine Herrschaft zu bringen, endete mit einer schweren Niederlage. Dagegen gelang es England, das Reich des Mahdi zu stürzen und seine Macht bis zu den Nilquellen auszudehnen, wohin es auch von Osten her vordrang. Damit war die nordostafrikanische Machtsphäre Englands bis zur deutschen Grenze ein abgeschlossenes Ganzes. Für die Geschlossenheit seines südafrikanischen Besitzes bildeten die Burenrepubliken ein Hindernis; da diese außerdem wegen ihres Goldreichtums sehr wertvoll waren, eröffnete England den Krieg gegen sie, der denn auch schließlich zu ihrer Einverleibung führte.

Handelsherrschaft und Staatsgewalt

Dieser Krieg kann aber auch noch aus einem anderen Gesichtspunkte betrachtet werden. Die englische Handelsherrschaft hatte, wie jede Handelsherrschaft (II, § 301) in ihren Anfängen, die vergleichsweise wirtschaftliche Rückständigkeit anderer Länder, d. h. in diesem Falle der ganzen Welt, zur Voraussetzung. Solange diese Voraussetzung zutraf, konnte England den Freihandel proklamieren, brauchte seine Handelsherrschaft keine Stütze durch staatliche Macht, hatte es Gewaltmaßregeln im eigentlichen Sinne nicht nötig; traf diese Voraussetzung nicht mehr zu erstarkten jene Staaten so, daß sie sich gegen englische Produkte abschlossen oder als Konkurrenten auftraten, stieß es auf rivalisierende Mächte: dann mußte auch England die staatliche Macht einsetzen, dann war jene Handelsherrschaft nur durch Gewalt zu behaupten. Nun hätte solche Gewalt sich zwar eigentlich gegen Deutschland oder Nordamerika, die gefährlichsten Rivalen, kehren müssen, aber dazu war die Gesamtlage nicht geeignet. Da sollte der Burenkrieg wenigstens beweisen, daß man eventuell Gewalt anwenden wollte. Trotz des endlichen Sieges hat er aber wegen seines ganzen für England kläglichen Verlaufes den hier angedeuteten Zweck nicht erreicht, und darin lag zunächst ein Verlust an Ansehen, der schwerer wog als die Vergrößerung des englischen Kolonialbesitzes.

Ostasien

Bedeutungsvoller noch als in Afrika stießen die wirtschaftlichen Weltmächte in Ostasien zusammen. Hier handelte es sich um die Hineinziehung von großen Reichen mit uralten Kulturen in die europäische Machtsphäre. Den Anfang hatte England seit der Festsetzung in Hongkong gemacht, Rußland war im Norden bis an den Ozean gelangt, und Frankreich rückte von Süden gegen China vor, Deutschland gewann wesentlichen Anteil am chinesischen Handel. In diese Rivalitäten hinein fiel dann aber die bedeutsame Tatsache, daß Japan, wie schon früher einmal (II, § 395), durch die Aufnahme einer fremden Kultur (damals der chinesischen, jetzt der europäischen) schnell zu einer hohen politischen und wirtschaftlichen Macht aufstieg. Es schickte sich an, die Regeneration und Führung der gelben Rasse zu übernehmen. Dazu mußte zunächst entschieden werden, ob das alte China, das nach der Tradition die erste Macht Ostasiens war, sich aus dieser Stellung würde verdrängen lassen. Diese Frage beantwortete der japanisch-chinesische Krieg zugunsten Japans. Als aber Japan seinen Siegespreis einziehen wollte, fiel ihm Rußland, unterstützt von Deutschland und Frankreich, in den Arm. In Europa brach hierbei die Erkenntnis durch, daß in dem aufsteigenden Japan ein gefährlicher Rivale entstehen könnte. Deshalb rettete man das altersschwache China; dann aber nahmen sich Rußland, Deutschland und England

Aufsteigen Japans

von dem geschwächten China feste Stützpunkte, und gemeinsam warfen alle Kulturstaaten eine fremdenfeindliche Erhebung nieder. Obgleich Japan hierbei Seite an Seite mit den Europäern gekämpft hatte, blieb doch seine Gegnerschaft ihnen gegenüber bestehen. Und als Rußland durch die sibirische Bahn immer energischer auf China und Korea drückte, da kam der russisch-japanische Krieg zum Ausbruch. In England ist man ja geneigt, Japan als Verbündeten gegen die europäischen Rivalen anzusehen, aber im Hintergrunde dieses Krieges schlummert doch die Frage, ob Japan als Schutzherr Chinas die Wiedergeburt der gelben Rasse bewirken und dann etwa eine ostasiatische Monroe-Doktrin aufstellen kann.

Rückwirkung auf die europäische Lage

Wenn auch, wie gesagt, im Hinblick auf die neuen Aufgaben der Weltwirtschaft und Weltpolitik das Bestreben unverkennbar ist, die alten europäischen Konflikte in ruhigere Bahnen zu leiten, ein Bestreben, von dem aus z. B. auch der Haager Friedenskongreß mitbeurteilt werden muß, ebenso die Schiedsgerichtsverträge, so sind doch die alten europäischen Reibungsflächen natürlich nicht geschwunden. Dabei ist der Verlauf des russisch-japanischen Krieges England sehr zustatten gekommen. Rußland hat dadurch seine in gewissem Sinne führende Stellung eingebüßt, und England hat es verstanden, daraus für sein Verhältnis zu Frankreich und Japan Nutzen zu ziehen; ebenso aus gewissen Schwierigkeiten, die sich aus handelspolitischen Fragen für den Dreibund ergaben: England hat damit die moralische Niederlage des Burenkrieges wieder ausgeglichen.

Die Folge der alten und neuen Rivalitäten ist eine immer gesteigerte Rüstung der großen Staaten, nicht nur zu Lande, sondern auch zur See, und eine gewisse Nervosität in den internationalen Beziehungen. Der Blick der Staatsmänner muß jetzt eben viel weitere Gebiete umfassen, da man nie wissen kann, ob nicht ein Vorgang in einem noch so abgelegenen Erdenwinkel eine entscheidende Rückwirkung für den eigenen Staat haben kann.

Wirtschaftliche Lage

Eine gleiche Nervosität macht sich auf wirtschaftlichem Gebiet geltend: an Stelle der Volkswirtschaft ist eben die Weltwirtschaft getreten. Fast noch mehr als auf politischem Gebiete ist hier das Wohl jedes Landes von den Vorgängen in allen andern bedingt. Es zeigt sich das in der gegenseitigen Abhängigkeit der großen Börsen, aber auch weit darüber hinaus wird überall der Wert der Arbeitserträgnisse vom Weltmarkt bestimmt. Um so höhere Bedeutung gewinnen die Handelsbeziehungen der Staaten untereinander, wie sie durch die Zollgesetzgebung und die Handelsverträge geordnet werden. Es ist erklärlich, daß sich an diese veränderten Verhältnisse Handel und Industrie leichter angepaßt haben und anpassen können, als die Landwirtschaft. Das war auch bei der großen mit der Eröffnung des orientalischen und nordischen Handels verbundenen wirtschaftlichen Revolution des 13ten bis 15ten Jahrhunderts der Fall gewesen, und wie damals (II, § 298) macht sich auch heute ein scharfer Gegensatz der agrarischen Kreise gegen die weltwirtschaftliche Entwicklung geltend: sie verlangen die Abschließung des heimischen Marktes.

Beschränkung des wirtschaftlichen Individualismus

Damit nehmen sie Stellung gegen den wirtschaftlichen Individualismus, aus dem die ganze Entwicklung geboren ist. Aber auch die Industrie nimmt bereits in gewissem Sinne dagegen Stellung. Es geschieht das einmal in der Bildung der großen Produktionsverbände, die die Warenerzeugung dem Warenverbrauch anpassen und zur Sicherung

eines angemessenen Preises den zügellosen Wettbewerb einschränken wollen. Es geschieht das ferner in dem ganz neuen Streben nach großen, womöglich über mehrere Zonen reichenden und die verschiedenartigsten Produkte umfassenden *Wirtschaftsgebieten*, die in sich ein einheitliches Zollgebiet bilden, aber gegen die übrige Welt Zollschranken aufrichten sollen: solche Gebiete würden etwa sein können das gewaltige russische Reich, England mit seinen Kolonien und ein mitteleuropäischer Wirtschaftsverein einschließlich der holländischen und deutschen Kolonien.

Und noch von anderer Seite wird dem schrankenlosen wirtschaftlichen Individualismus ein Halt zugerufen, von dem vierten Stande, der sich zusammenschließt und emanzipiert, und von der zu seinen Gunsten begonnenen Sozialgesetzgebung. Auch die *soziale Frage* hat einen internationalen Charakter und verlangt schließlich eine internationale Lösung.

Geistiger Individualismus u. seine Gegner

Der wirtschaftliche *Individualismus* muß natürlich als eine Folge oder besondere Form des *geistigen* angesehen werden. Auch dieser hat in der Entwicklung der Wissenschaften und der gesamten modernen Bildung weitere Fortschritte gemacht, aber auch gegen ihn ist eine mächtige Gegenströmung immer stärker geworden. Es ist das der *Ultramontanismus*, der in dem Unfehlbarkeitsdogma den schärfsten Ausdruck für den dem Individualismus entgegengesetzten Autoritätsglauben gefunden hat. Die Macht dieser klerikalen Strömung ist in den Massen nicht geringer, sondern eher größer geworden. Dazu hat auch beigetragen die Aufhebung des Kirchenstaates. Diese gab die Möglichkeit, durch das Gerede von der Gefangenschaft des Papstes diesen zum Märtyrer zu machen; aber auch davon abgesehen hat die Beschränkung des Papstes auf das geistliche Gebiet sein Ansehen durchaus nicht gemindert, sondern erhöht. Die vom Altkatholizismus ausgehende freiere Richtung in der katholischen Theologie versucht den Katholizismus mit der modernen Bildung zu versöhnen, hat aber der geschlossenen Organisation der Kirche gegenüber bisher noch keinen nennenswerten Erfolg erzielt. Ein ähnlicher Gegensatz besteht innerhalb des Protestantismus zwischen der Orthodoxie und der wissenschaftlichen Theologie: auch hier sucht man nach einer Aussöhnung zwischen moderner Wissenschaft und religiösem Bedürfnis. So gibt es neben der vom Mittelalter überkommenen *kirchlichen Frage*, in der es sich um die Rechte von Staat und Kirche, vorwiegend der katholischen Kirche, handelt, eine *religiöse* Frage, bei der es gilt, den unzweifelhaft vorhandenen Riß zwischen moderner Bildung und religiösem Empfinden zu schließen.

Erstes Kapitel.

Die internationalen Fragen.

A. Wirtschaftsentwicklung.

1. Verkehr und Handel.

§ 366. Verkehrswesen. Die wirtschaftliche Entwicklung des 19. Jahrhunderts steht unter dem Zeichen der *praktischen Verwertung der Naturwissenschaften* (§ 311 ff.) auf allen Gebieten der menschlichen Arbeit, von Jacquards Webstuhl bis zu den kunstvollsten und feinsten

Maschinen der Gegenwart, von der Entdeckung der Dampfkraft bis zu dem elektrischen Motor. Hand in Hand mit dieser wunderbaren Entwicklung der Technik geht die Teilung der Arbeit und das Streben, für die Produktion die jeweilig günstigsten Bedingungen auf der ganzen Erde zu verwerten. Die so bis ins höchste gesteigerte Produktionskraft führt zu massenhafter Gütererzeugung und verlangt deren Absatz. Die Entwicklung der Verkehrsmittel fördert den Güteraustausch mit der ganzen Welt, und so hängt jedes Land von jedem andern wirtschaftlich ab; damit beginnt die Weltwirtschaft.

Dampfkraft

Die Erfindung von Cartwrights Kraftstuhl (1785) und James Watts doppelt wirkender Dampfmaschine (1782) fielen zeitlich fast zusammen und bewirkten in der Textilindustrie eine vollständige Umwälzung, die dann auch auf die anderen Industriezweige, besonders auf die Eisenindustrie und die Gewinnung der Steinkohle, übergriff. Durch die Erfindung des vom Orte unabhängigen

Eisenbahn

Motors, der Lokomotive, wurde es bald auch möglich, die Rohstoffe und die Erzeugnisse der Industrie in großen Massen auszutauschen.

Stephenson 1781—1848

George Stephenson, geb. am 8. Juni 1781 in Wylam bei Newcastle, gebührt der Ruhm, durch seine Lokomotive die Zeit der Eisenbahnen eingeleitet zu haben. Schon 1814 vermittelte eine von ihm gebaute Lokomotive den Transport der Grubenerzeugnisse Lord Ravensworths; sie zog eine Last von 30 Tonnen mit einer Geschwindigkeit von 4 englischen Meilen in der Stunde eine Steigung von 10—12 Fuß pro Meile hinauf. Am 27. September 1825 konnte Stephenson die erste Lokomotive auf einer Bahn, die für den Kohlentransport nach der Nordsee bestimmt war, laufen lassen, und trotz aller Schwierigkeiten, die besonders in den kaum zu besiegenden Vorurteilen nicht nur der großen Masse, sondern auch hervorragender Männer des englischen Parlaments bestanden, setzte Stephenson den Bau der ersten Eisenbahn von Liverpool nach Manchester im Jahre 1828 durch, die am 15. September 1830 dem Betrieb übergeben wurde. Mit seiner Lokomotive „Racket" erreichte er zum Erstaunen der Welt eine Geschwindigkeit von 25—30 engl. Meilen in der Stunde, wobei sie noch einen Wagen mit 30 Personen zog. Damit war die Zukunft der Eisenbahnen entschieden: die Begeisterung, die das englische Volk erfaßte, teilte sich ganz Europa mit, und überall begann man mit dem Bau der Schienenwege.

Ausbreitung der Eisenbahnen

In Deutschland wurde am 7. Dezember 1835 die Nürnberg-Fürther Ludwigsbahn eröffnet, am 30. Oktober 1838 die Berlin-Potsdamer und am 7. April 1839 die Leipzig-Dresdener Bahn. Es waren das noch Privatbahnen; die Bureaukratie stand der Neuerung teils gleichgültig, teils feindlich gegenüber. Der preußische Generalpostmeister v. Nagler wollte in den Eisenbahnen neben der Post nur ein „höchst beschränktes und untergeordnetes Kommunikationsmittel" sehen und hielt den Bau einer Bahn von Berlin nach Breslau für überflüssig, „da sich ja die Postkutsche kaum rentiere". Das bayerische Obermedizinalkollegium meinte gar, „der Dampfbetrieb werde bei den Reisenden und bei den Zuschauern unfehlbar schwere Gehirnerkrankungen erzeugen, und damit die Zuschauer Schutz fänden, möge der Bahnkörper mit einem hohen Bretterzaun umgeben werden". Doch auch die Regierungen konnten sich bald der Verkehrsentwicklung nicht mehr verschließen, und so wurde die erste deutsche Staatsbahn von Braunschweig nach Wolfenbüttel am 1. Dezember 1838 eröffnet; dann folgten Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden usw., Preußen erst seit 1849. Die Verstaatlichung der Privatbahnen erfolgte erst spät und konnte für das neue Deutsche Reich nicht durchgeführt werden (§ 328). Die anderen Staaten der Welt folgten mehr oder minder rasch mit dem Bau der Eisenbahnen, und mit der Vervollkommnung der technischen Mittel erweiterte sich der Eisenbahnbetrieb zu einem die ganze Welt umspannenden Netze. Dadurch aber wurde in hohem Grade nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das politische und geistige Leben der Völker beeinflußt. Nicht nur der Warenaustausch ist gesteigert, der Marktverkehr gehoben, die Preisbildung umgewandelt, nicht nur erscheinen lokale Hungersnöte, wie sie früher manche vom Verkehr abgeschlossene Gegenden schwer heimsuchten, fast ausgeschlossen: die Schienenwege sind auch politische und militärische Machtmittel geworden und haben die einzelnen Nationen einander näher gebracht und den geistigen Austausch gefördert. Von der Entwicklung des Eisenbahnwesens mag folgende Aufstellung eine Anschauung geben. Es betrug die Eisenbahnlänge in Kilometern am Ende der Jahre:

	1830	1840	1850	1860	1870	1902	1906
Deutschland . . .	—	469	5 856	11 088	18 450	52 982	57 376
Österreich-Ungarn .	121	475	2 240	5 160	9 761	40 510 (1901)	41 227
Rußland	—	26	601	1 589	11 213	48 617	56 670
Großbritannien . .	92	1 349	10 660	16 797	24 383	35 523 (1901)	37 107
Frankreich	32	427	2 996	9 439	17 462	43 888 (1901)	47 147
Europa überhaupt .	245	3 103	24 083	51 919	103 013	290 093	316 093
Vereinigte Staaten .	87	5 344	13 826	49 255	85 288	319 847	361 579
Zusammen a. d. Erde	332	8 641	38 443	107 935	207 923	825 989	933 850

Im Jahre 1906 wies dabei Spanien an Eisenbahnlängen in Kilometern auf 14 649, Portugal 2655, Belgien 7495, Holland 3566, Luxemburg 479, Dänemark 3434, Norwegen 2550, Schweden 13 165, Serbien 615, Rumänien 3210, Europäische Türkei, Rumelien 3142, Griechenland 1241, Italien 16 420, Schweiz 4542.

Eine weitere bedeutsame Entwicklung des Verkehrs ist dann in der neuesten Zeit durch die Anwendung der elektrischen Kraft erfolgt, und die elektrisch betriebenen Bahnen gewinnen, vorerst im Nahverkehr, immer mehr Ausdehnung.

Für den Weltverkehr wird das Eisenbahnnetz ergänzt durch die Schiffahrt. Dampfschiffahrt
Hier hat das 19. Jahrhundert, wenn auch verhältnismäßig erst spät — noch 1875 war das Segelschiff ein ebenbürtiger Konkurrent — durch die Entwicklung der Dampfschiffahrt, die den Schiffer von Wind und Wetter soweit wie möglich unabhängig machte, eine ungeahnte Verkehrssteigerung hervorgerufen. Mit Robert Fultons (geboren 1775 zu Little Britain in der Grafschaft Lancaster in Pennsylvanien) Dampfboot „Clermont", das am 7. Oktober 1807 die erste Fahrt auf dem Hudsonflusse zwischen New-York und Albany machte, begann die moderne Dampfschiffahrt; 1819 durchkreuzte Fultons „Savannah" als erster Dampfer den Ozean von New-York nach Liverpool. Von da begann der Dampfschiffahrtsverkehr stetig zu steigen, zuerst auf dem Atlantischen Ozean; die Eröffnung des Suezkanals 1862 förderte dann den Verkehr Europas nach Indien und Ostasien; der Panamakanal soll für Nordamerika und Europa den Umweg um Südamerika ersparen, ist aber noch nicht zustande gekommen (§ 358, 391). Mit der Bildung der großen Dampfschiffahrtsgesellschaften in allen Kulturländern nahm dieser Verkehr einen gewaltigen Aufschwung. Fulton 1765–1815

So entstanden in Deutschland außer dem Norddeutschen Lloyd, der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft Hansa in Bremen, der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft, der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft Kosmos in Hamburg, der Afrikanischen Dampfschiffs-Aktiengesellschaft (Woermann-Linie) in Hamburg, der Deutschen Dampfschiffsreederei in Hamburg, der Deutschen Ostafrika-Linie in Hamburg, der Oldenburg-Portugiesischen Dampfschiffsreederei Aktiengesellschaft in Oldenburg noch 9 andere Reedereien. Am 1. Januar 1908 besaß der Norddeutsche Lloyd 134 Ozeandampfer mit zusammen 646 765 Tonnen; die Hamburg-Amerika-Linie am 1. März 1906 160 Ozeandampfer mit zusammen 824 009 Tonnen Raumgehalt. (Die 9 größten deutschen Reedereien 1907: 2 476 867 Tonnen.) In Österreich-Ungarn entstand der Österreichische Lloyd und die Adria; in Großbritannien bestehen 1907 145 große Reedereien (am 31. Dezember 1907 114 000 englische Dampfer mit 16 501 427 Bruttotonnen), in Frankreich 10, in Spanien 5, in Portugal 1, in Italien 3, in Belgien 1, in den Niederlanden 5, in Rußland 2, in Schweden 1, in Dänemark 2, in der Türkei 1, in den Vereinigten Staaten Amerikas 23, in Chile 1, in Japan 2, in China 1, in Australien 3. Welche einschneidende Umwandlung in dem nordwesteuropäischen Überseeverkehr in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts sich vollzogen hat, mögen folgende statistische Angaben zeigen. Vermittelt wird dieser Verkehr im wesentlichen durch die großen Häfen London, Liverpool, Hamburg, Bremen, Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam und Havre. Im Jahre 1870 besaßen Liverpool und London mit einem Fernverkehr in Ein- und Ausfahrt von 13,9 Millionen Nettoregistertonnen ein Übergewicht über die anderen sechs Häfen, die nur einen Verkehr von insgesamt 11,4 Millionen Tonnen aufzuweisen hatten. Seitdem ist das Übergewicht geschwunden, da sie 1900 nur einen Fernverkehr von 28,4 Millionen Tonnen erreicht hatten, während der Verkehr der anderen Häfen auf 53,6 Millionen Tonnen angewachsen war. Diese Wandlung wurde herbeigeführt durch den Aufschwung von Hamburg, Antwerpen und Rotterdam, die ihren Verkehr mehr als verfünffachten, während London und Liverpool

1857 1881. 1847 1871. 1872 1885 1871. 1890 1888

nur eine mäßige Zunahme hatten. Erstaunlich ist die Schnelligkeit, welche die heutigen Dampfschiffe haben. Die „Savannah" brauchte 1819 von New-York nach Liverpool 25 Tage. In den fünfziger Jahren dauerte diese Reise noch 14—16 Tage. Die großen Lloyddampfer machen die Reise heute in 5—6 Tagen, sie fahren bis zu 40 Kilometer in der Stunde. Der deutsche Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große" erreichte Ende 1899 sogar die Geschwindigkeit von 41 3/4 Kilometer und der Dampfer „Deutschland" der Hamburg-Amerika-Linie mit 34000 Pferdekräften (gegen 60—80 der ersten Dampfer), legt jetzt 45 Kilometer in der Stunde zurück.

Chausseen

Auch alle sonstigen Verkehrsmittel sind im 19. Jahrhundert bedeutend verbessert. Erst im Jahre 1820 verbreitete sich in Europa die Mac Adamsche Methode des Chausseebaues, die den größeren Frachtverkehr mit schweren Lastwagen anstatt mit leichten Karren gestattet. Die Haupttätigkeit im Chausseebau fällt in die Jahre von 1844 bis 1861.

Post

Die Entwicklung des Postwesens hat sich nur langsam vollzogen. Erst 1867 gelang Preußen die Beseitigung der Thurn und Taxisschen Post; in Deutschland wurden Schnellposten für den Briefverkehr erst durch den preußischen

1821

Generalpostmeister v. Nagler eingeführt. Seinen Gipfelpunkt erreichte der Postverkehr in der Schaffung des Weltpostvereins (§ 328) und in der Durch-

Telegraphie

führung der Telegraphie über und unter der Erde und der Kabelleitungen unter dem Wasser durch die Weltmeere hindurch, sowie in den

Telephon

Fernsprecheinrichtungen. England hatte schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts vierzehn große ozeanische Kabel in Tätigkeit, von denen ihm neun allein gehörten. Es umspannte mit seinen Kabelnetzen Indien, Afrika und Amerika; jetzt aber hat es das Riesenwerk eines die ganze Erde umspannenden Kabels vollendet. Das Deutsche Reich hat erst am Schluß des 19. Jahrhunderts einen bescheidenen Anfang mit eigenen Kabelanlagen gemacht.

Auch hier mögen einige statistische Angaben die Bedeutung dieser Verkehrsmittel veranschaulichen.

Der Postverkehr gestaltete sich in den Hauptländern der Welt Ende 1905

	Postanstalten	Personal	Millionen Briefsendungen
Deutschland	48 159	279 598	5 230
Frankreich	12 259	85 282	3 095
Großbritannien	23 488	195 432	4 584
Italien	8 991	34 003	1 035
Österreich	9 012	62 984	1 444
Ungarn	5 309	27 968	475
Rußland	13 647	71 747	1 026
Vereinigte Staaten	69 628	238 366	10 624
Britisch-Indien	16 908	80 100	702
Japan	6 654	64 553	1 240

Telegraphie 1905:

	Anstalten*)	Linien km	Leitungen km	beförderte Telegramme in Millionen
Deutschland	32 312	143 792	533 573	51
Frankreich	16 496	164 468	610 921	56
Großbritannien und Irland	13 018	60 789	583 161	93
Italien	6 705	46 952	193 810	11
Österreich	6 305	41 867	209 090	18
Ungarn	3 813	23 719	128 316	10
Rußland	7 153	183 767	631 793	26
Japan	2 737	37 426	160 897	24

*) In Amerika ist außer der Company Western Union Telegraph und Telephon in Händen der Privatgesellschaften.

Der Kabelbesitz der einzelnen Länder im Jahre 1905:

	im Regierungsbesitz	im Besitz von Privatgesellschaften		im Regierungsbesitz	im Besitz von Privatgesellschaften
Deutschland	5442	24301	Italien	1988	—
Großbritannien	4268	231438	Nordamerika	377	54054
Frankreich	19247	51026	Japan	3988	—
Dänemark	568	17202	Britisch-Indien	3795	—
Spanien	3229	—	Niederländisch-Indien	3492	—
Niederlande	452	—	Verschiedene Länder	—	271

Kabelnetz der Welt: Im Regierungsbesitz 46846 km; im Privatbesitz 378292 km.

Auch die Übersicht über den Stand der Welthandelsflotte im August 1907 weist eine bedeutsame Entwicklung auf:

	Dampfer in 1000 Netto-Registertonnen	vom Hundert		Dampfer in 1000 Netto-Registertonnen	vom Hundert
Großbritannien u. Irland	10183,4	50,9	Rußland	505,8	2,5
Deutschland	2267,9	11,3	Italien	518,1	2,0
Verein. Staaten v. Amerika	1263,5	6,3	Schweden	459,1	2,3
Norwegen	775,4	3,9	Niederlande	510,3	2,6
Frankreich	736,9	3,7	Spanien	422,6	2,1
Japan	666,1	3,3	Die übrigen Länder	1705,6	8,5

Gesamtflotte: 20014,7 Registertonnen. 100,0 vom Hundert.

Seeverkehr 1906 in 1000 Registertonnen:

London	34124	Hamburg	21752	
Liverpool	22242	Bremen (einschl. Bremerhaven)	6211	
	56366	Antwerpen	21676	nur Auslandsverkehr
		Rotterdam	16907	nur Auslandsverkehr
		Amsterdam	3416	nur Auslandsverkehr
		Havre	8602	
			78564	

§ 367. Handelspolitik. Diese großen Umwandlungen der Verkehrsmittel, die Massenproduktion von Gütern und das Anwachsen des internationalen Handels wirkten auch entscheidend auf die Handelspolitik der einzelnen Staaten ein. Die Staaten der ganzen Welt wurden in immer engere wirtschaftliche Beziehungen gebracht, und nach dem Vorgange des den Welthandel beherrschenden England wirkten seit dem zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts Gesetzgebung und Handelsverträge auf das System des Freihandels hin. Die Handelsverträge machten durch die Klausel der Meistbegünstigung, d. h. die Bestimmung, daß jede einem anderen, dritten Lande eingeräumte Vergünstigung sofort und ohne Gegenleistung allen meistbegünstigten Ländern zufallen soll, über den Kreis der jeweilig Vertragschließenden hinaus die Erleichterung des Verkehrs allen in Vertragsbeziehungen stehenden Völkern zugänglich. Vor allem schien der 1860 abgeschlossene französisch-englische Vertrag für das Freihandelssystem vorbildlich zu sein, doch kam es nirgends zur völligen Beseitigung der Schutzzölle. In den eigenen Kolonien Englands entwickelte sich vielmehr der Schutzzoll neu, und der bedingungslose Glaube an den Freihandel schwand auch in Europa. Die Vereinigten Staaten und Rußland führten die Reaktion gegen den Freihandel am stärksten aus, und andere Staaten Europas, besonders Deutschland und Frankreich, begannen seit der Mitte der siebziger Jahre teils unter dem Einfluß der damaligen großen Wirtschaftskrisis (§ 328), teils durch die nach Schutz gegen die überseeische Konkurrenz verlangende Landwirtschaft gedrängt, zum Schutzzoll zurückzukehren. Freihandel und Schutzzoll

In Deutschland wurde die Handelspolitik des Fürsten Bismarck ebensosehr von politischen als wirtschaftlichen Ursachen bestimmt (§ 328, 329). Durch einen mäßigen Schutzzoll wurde der deutschen Produktion der bedrohte innere Markt gesichert und der Aufschwung der großen Hauptindustrien vorbereitet. Bismarck lenkte dann seit 1885 immer mehr in die Bahnen der Kampfpolitik des alten Merkantilismus ein und erbitterte dadurch die Nach- Deutschland.

barn Deutschlands, die zu der Zeit, als er aus seinem Amte schied, die Handelsverträge kündigten und ihre Tarife erhöhten. Da entschlossen sich Kaiser Wilhelm II. und der neue Reichskanzler Caprivi, an die Spitze eines europäischen Handelsvertragssystems zu treten. Das rief, wie wir sehen werden (§ 379), einen schweren Kampf im deutschen Reichstage hervor, doch siegte schließlich die Regierung; auch nach dem Ablauf dieser Verträge ist im Jahre 1904/05 an dem Vertragssystem, jedoch unter größerem Schutz der Landwirtschaft, festgehalten worden.

England

In England nahm die Handelspolitik in dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts einen eigenartigen Verlauf. Die Ära des Liberalismus und seiner Freihandelspolitik ging wegen der wachsenden industriellen Entwicklung der übrigen Länder zur Neige. Schon das 1870 erschienene Buch Charles Dilkes „Greater Britain" prägte das Wort von dem „größeren Britannien"; Mitte der achtziger Jahre verlangten Froudes „Oceana" und Seelys „Ausbreitung Englands" den engeren Zusammenschluß des Mutterlandes mit den Kolonien und diese kolonialpolitische Richtung des beginnenden englischen Imperialismus fand schon ihren symbolischen Ausdruck, als die Königin Viktoria Kaiserin von Indien wurde (§ 223). Es wurde dann die Imperial Federation League gegründet, die neben dem politisch-militärischen auch einen handelspolitischen Charakter trug. Man wollte einerseits einen Reichswehrverband: die Kolonien sollten an den Lasten der Reichsverteidigung mittragen helfen und dafür einen Einfluß auf die auswärtige Reichspolitik erhalten, andererseits erstrebte man einen Zollverein aller Teile des britischen Reiches. Hier mündet nun eine andere handelspolitische Strömung ein, die Fair Trade-Bewegung, die einen mäßigen Schutzzoll erstrebte. Die National Fair Trade League, die im Jahre 1881 gegründet wurde, verwarf alle Handelsverträge, die eine gegenseitige Vorzugsbehandlung zwischen England und den Kolonien ausschließen, sie verlangte freie Einfuhr von Nahrungsmitteln aus den Kolonien, aber einen mäßigen Zoll auf Nahrungsmittel aus fremden Ländern. Dies Programm nahm dann, nachdem die Imperial Federation League sich aufgelöst hatte, im Jahre 1895 in dem neuen Kabinett Salisbury (§ 385) der Kolonialminister Josef Chamberlain wieder auf. Von nun an trat der Imperialismus (§ 365) in den Vordergrund des allgemeinen Interesses. „Er will die Ausdehnung und maritime Stärkung der britischen Herrschaft, so daß sie Rußland sowohl wie den Vereinigten Staaten gewachsen ist, daß sie alle kleinen Staaten bedrohen, einschüchtern kann, er will aber auch die militärische und handelspolitische Zusammenfassung seiner weit auseinanderliegenden Teile, welche bei aller Verschiedenheit der Rassen, der Interessen, der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse und Zustände doch in der führenden Aristokratie der englischen Rasse eine Einheit haben, welche durch die englische Herrschaft ihren heutigen Wohlstand, ihre Kultur garantiert sehen."

Frankreich

Frankreich bildete in seiner Handelspolitik das System der Autonomie weiter aus. Da 1890 alle Handelsverträge abliefen, wurde 1892 der „autonome Tarif" eingeführt, bei dem Frankreich und jeder andere Staat das Recht hat, nach Belieben seinen Tarif zu ändern, so daß der Handel nicht sicher auf feste Verhältnisse rechnen kann. Unter dem Ministerium Méline (§ 387) wurde dann ein Doppeltarif eingeführt, der Maximaltarif für alle Artikel, die nicht durch Sonderverträge festgelegt sind, der Minimaltarif für alle festgelegten Einfuhrartikel. Der aus dem Maximaltarif hervorgehende Zollkrieg führte schließlich die Bewilligung des Minimaltarifes für die meisten Länder herbei. Mit Deutschland besteht seit dem Frankfurter Frieden unkündbar die Meistbegünstigungsklausel.

Rußland

In Rußland steigerte der türkische Krieg (§ 337, 338) die Finanznot und führte in eine schlimme Papiergeldwirtschaft hinein. Die Zolleinnahmen schienen zu gering, um völlig zu helfen. Dazu kam die Verstimmung gegen Deutschland; die Panslawisten wollten Rußland von Europa und vor allem von Deutschland loslösen. So begann die Einführung von Schutzzöllen für alle möglichen industriellen Erzeugnisse, bis endlich der Tarif vom 11. Juni 1891 alle Erhöhungen von 1881 an zusammenfaßte und bei Sätzen von 60—150, ja von 200 Prozent des Wertes, bei einem vollen Hochschutzzollsystem ankam. „Verminderung der Einfuhr, Steigerung der Ausfuhr um jeden Preis, zugleich Vollendung der russischen Eisenbahnen, Vermehrung der russischen Ausfuhr nach dem Osten, nach Persien, China, Zentralasien, Rückkehr zu einem sehr beengenden Fremdenrecht in sämtlichen Westgouvernements durch das Gesetz vom März 1887, das den Fremden den Erwerb von Grundeigentum verbietet und die zahlreichen Unternehmungen in westeuropäischen, hauptsächlich deutschen Händen russifizieren will, — das waren die Ziele der russischen Finanz- und Wirtschaftspolitik, besonders des Finanzministers Witte (1893—1903), die bis heute mit aller Energie festgehalten wurden." Indes suchte man auch durch Handelsverträge möglichst gute Einnahmequellen für das große Reich zu eröffnen.

Vereinigte Staaten

Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts war die kulturelle Herrschaft, die wirtschaftliche Überlegenheit und auch die politische Vormachtstellung der europäischen Welt unumstritten gewesen. Nun drohte von Amerika aus eine Gefahr, die nicht mehr unter-

schätzt werden konnte. Im Laufe des 19. Jahrhunderts zogen ungefähr 20 Millionen Europäer nach Amerika und fanden dort nicht nur unermeßliche Bodenschätze, nicht nur weiten Spielraum, sondern auch völlige Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung. So entstand aus dem tatkräftigen Zusammenarbeiten dieser Einwanderer verschiedener Abstammung ein neues Weltreich mit einer eigenartigen Bevölkerung auf Grundlage der alten europäischen Errungenschaften, aber mit einer neuen Kultur. Und diese zeitigte im wirtschaftlichen Leben große Erfolge. Dabei war die Handelspolitik der Vereinigten Staaten von den Grundsätzen beherrscht, daß die Zölle die Haupteinnahme bildeten, daß die Landwirtschaft die Grundlage des wirtschaftlichen Lebens und die Rohproduktenausfuhr der Hauptfaktor im auswärtigen Handel sei. Als dann die Industrie sich hob, verlangten deren Vertreter Schutzzölle gegen die europäische Einfuhr, und zugleich trat der Gedanke hervor, die wirtschaftliche Herrschaft in ganz Amerika zu gewinnen. Den Hochschutzzöllen widersprachen die Getreideproduzenten, und so entbrannte der Kampf zwischen den Demokraten für mäßigen und den Republikanern für hohen Zoll. Die Republikaner hinderten 1887 die Tarifreform des demokratischen Präsidenten Cleveland und siegten 1889 beim Präsidentenwechsel durch die Wahl ihres Parteigenossen Benjamin Harrison. Dieser berief im Oktober 1889 einen panamerikanischen Kongreß nach Washington, um ganz Amerika durch einen Zollverein zu verbinden, der das wirtschaftliche und politische Übergewicht der Union in dem ganzen Erdteil begründet haben würde. Allein dieser Plan scheiterte an den Sonderinteressen der anderen amerikanischen Länder. Doch gelang es 1890, dem extremen Hochschutzzoll in der Mac Kinley-Bill, die die europäische Industrie vom amerikanischen Markte auszuschließen drohte, den Sieg zu verschaffen. Obwohl dann die Demokraten bei der 1893 eingetretenen schweren wirtschaftlichen Krisis wieder siegten, so konnten sie doch nur eine mäßige Milderung des Tarifes durchsetzen, sie mußten 1896 wieder den Republikanern weichen, die im Dingleytarif zu dem Hochschutzzollsystem von 1890 zurückkehrten. Hand in Hand mit diesem wirtschaftlichen Kampfe mit dem Ausland ging eine große imperialistische Kolonial- und Eroberungspolitik. Die Vereinigten Staaten versuchten das übrige Amerika in direkte oder indirekte Abhängigkeit zu bringen, die Europäer aus dem ganzen Erdteil zu verdrängen und den Stillen Ozean zu beherrschen. Kuba wurde den Spaniern genommen (§ 388), die Hawaiinseln, Portorico und die Philippinen wurden annektiert (§ 388, 391), und der künftige Panamakanal kam in volle und alleinige Abhängigkeit von der Union (§ 391). Das 20. Jahrhundert wird von den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Europa und Amerika erfüllt werden, aus denen sich gewiß auch neue politische und wirtschaftliche Beziehungen der europäischen Staaten zueinander ergeben müssen.

Gesamtaußenhandel

Der Außenhandel der wichtigeren Länder der Erde gestaltete sich seit dem Jahre 1884 folgendermaßen und zwar Einfuhr und Ausfuhr im Gesamthandel in Millionen Mark:

		1884	1890	1895	1900	1907	
Deutsches Zollgebiet	G.-E.	3447,8	4518,0	4433,0	6128,7	9559,7	
	G.-A.	3418,6	3677,2	3662,3	4960,1	7447,0	
Frankreich	G.-E.	4243,6	4416,4	3984,9	4790,9	5672,3	
	G.-A.	3416,9	3920,6	3717,3	4417,3	5462,5	
Großbritannien	G.-E.	7968,1	8594,7	8513,0	10670,7	13176,4	
	G.-A.	6046,6	6706,2	5839,5	7229,2	10570,8	
Italien	G.-E.	1118,3	1104,4	1013,8	1474,5	1689,8	1905
	G.-A.	919,3	765,4	893,1	1184,9	1442,9	
Österreich-Ungarn	G.-E	—	—	1235,9	1486,6	2049,6	1906
	G.-A.	—	—	1387,6	1752,4	2208,3	
Rußland	G.-E.	1108,2	977,8	1184,7	1353,0	1503,9	
	G.-A.	1215,2	1657,0	1516,0	1547,5	2142,7	
Vereinigte Staaten von Amerika	G.-E.	2804,3	3129,6	3074,3	3569,8	6024,6	
	G.-A.	3110,2	3118,2	3391,7	5856,8	7899,6	
China	G.-E.	379,8	681,1	601,0	701,9	1439,1	1906
	G.-A.	351,1	469,8	506,1	537,4	855,0	
Japan	G.-E.	110,4	250,0	275,3	603,3	1038,4	
	G.-A.	126,0	173,8	289,9	429,3	908,1	

Ausstellungen

Eine nicht unwichtige Erscheinung in dem wirtschaftlichen Leben der neuen Zeit bilden auch die Ausstellungen. Durch die großen Weltausstellungen wurden in Industrie und Gewerbe bedeutende Umwandlungen herbeigeführt, neue Aus- und Einfuhrgebiete erschlossen, neue Handelswege und Handelsbeziehungen eröffnet.

Die erste namhafte Ausstellung fand in Paris im Jahre 1796 während der Revolution statt, wo der Marquis d'Aveze in St. Cloud eine Ausstellung der Porzellan- und Teppichfabriken veranstaltete. Von da an reihten sich in Frankreich die Ausstellungen rasch aneinander. Auch in Deutschland folgte man. 1817 war eine Ausstellung in Kassel, 1827 die erste preußische Gewerbeausstellung in Berlin, 1839 trat Wien mit einer gleichen Ausstellung hervor. Doch blieben alle diese Ausstellungen bis in die Mitte des Jahrhunderts auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis beschränkt, wenn sie auch anregend und befruchtend auf weite Gebiete der Industrie und des Gewerbes einwirkten. Erst im Jahre 1851 erweiterte sich in London die Landesausstellung zur Weltausstellung, für die ein eigenes Gebäude, der Kristallpalast, errichtet wurde; nun folgte 1855 Paris mit dem steinernen Palast in den Elyseischen Feldern und 1862 wiederum London. Die nächsten Weltausstellungen waren die Pariser vom Jahre 1867 und die Wiener 1873, die durch den Ausbruch der Cholera, aber noch viel mehr durch den ganz Europa in Mitleidenschaft ziehenden wirtschaftlichen Krach (§ 328) jäh gestört wurde. 1876 begann Amerika mit der Ausstellung in Philadelphia; dann folgte Australien 1879 und 1881 mit den Ausstellungen in Sydney und Melbourne; 1889 veranstaltete Paris seine vierte Weltausstellung, deren Schaustück der 300 Meter hohe Eiffelturm, das höchste Bauwerk der Welt, war. 1893 entstand für die Ausstellung in Chicago die weiße Marmorstadt am Michigansee, und 1900 schloß Paris das 19. Jahrhundert mit einer so gewaltigen Weltausstellung ab, daß eine Steigerung kaum noch möglich schien. Die überaus großen Schwierigkeiten der Veranstaltung dieser ins ungeheure gewachsenen Weltausstellungen und die verhältnismäßig geringen Erfolge brachten dann die Landesausstellungen und Fachausstellungen wieder mehr zur Geltung, durch die man mehr für die heimische Industrie zu erreichen wußte, wie die Düsseldorfer Ausstellung im Jahre 1902 es bewiesen hat; indes hat das Jahr 1904 eine neue Weltausstellung in St. Louis gesehen.

2. Forschungsreisen und Kolonisationen.

Bedeutung der Forschungsreisen

§ 368. Erforschung Afrikas. Soweit wir in die Geschichte der Menschen zurückschauen können, sehen wir das Bestreben, über die Grenzen des eigenen Gebietes hinauszudringen, neue Gegenden zu erforschen, um das Wissen zu bereichern, zugleich aber auch, um sie zu beherrschen. Die Forschungsreisen dienten auch der politischen und wirtschaftlichen Machterweiterung der kolonisierenden Staaten. Mit der erweiterten Kenntnis der Erdteile öffneten sich nicht nur dem Handel neue Wege, auch die Kultur der gebildeten Völker und ihre Herrschaft wurden in alle Welt hinausgetragen; der Naturforscher, der Kaufmann, der Missionar und der Soldat gingen dabei Hand in Hand.

Afrika

Am meisten reizte Afrika, der „schwarze" Erdteil, der noch so viele Rätsel barg, zur Erforschung an; sie empfing am Ende des 18. Jahrhunderts im Jahre 1788 einen starken Anstoß durch die Gründung der Afrikanischen Gesellschaft in London. Ähnliche Gesellschaften in anderen Hauptstädten folgten.

Barth 1821—1865

Viele begeisterte Forscher suchten in den dunklen Erdteil einzudringen. Erfolgreich waren die Reisen des Hamburgers Heinrich Barth und seiner Begleiter Richardson und Overweg. Über die Sahara, den Tsadsee, die Landschaften am Benue und Niger, die

1849—1855

geheimnisvolle Wüstenstadt Timbuktu, das Reich der Mitte Wadai, Ägypten und Kleinasien, brachte Barth die wertvollsten Kenntnisse nach Europa. Zu seiner Unterstützung wurde von

Vogel 1829—1856 1853—1856

der englischen Regierung Eduard Vogel, Sohn eines Leipziger Schuldirektors, ausgesandt, der Erforscher von Bornu und den Benueländern. Vogel war lange Jahre verschollen, bis später bekannt wurde, daß er in der Hauptstadt von Wadai ermordet worden war. Gleich-

Livingstone 1813—1873

zeitig trat von Süden her der schottische Missionar David Livingstone seine erfolgreichen

1840—1873

Reisen an, indem er von Loanda an der Westküste quer durch den ganzen Erdteil nach der Mündung des Zambesi wanderte. Bei seinen späteren Zügen wählte er das Hinterland von Mozambique und Sansibar, die Gegenden des Tanganjika-, Bangweolo- und Nyassasees, die Länder des Nilursprungs und den oberen Lauf des Kongo zum Ziel. Dort starb er am Fieber, nachdem er jahrelang in Europa verschollen gewesen war. Der englische Leutnant Cameron, der ihn aufsuchen wollte, fand ihn bereits tot und reiste dann von

1872—1875

Sansibar über den Tanganjikasee nach Benguela und Loanda, quer durch den Erdteil. Auch

Stanley geb. 1843

der erfolgreichste der neueren Afrikaforscher, Henry Stanley, ein amerikanischer Zeitungs-

korrespondent, wurde von dem Verleger seines Blattes, Gordon Bennett, ausgesandt, um den Spuren des verschollenen Livingstone nachzugehen. Er traf wirklich mit ihm zu Ujidschi am Tanganjika zusammen, und unternahm darauf einen hochbedeutsamen Zug, auf dem er den Viktoria-Nyanzasee und das Reich Uganda erforschte, dann auf einer abenteuerlichen Stromfahrt über Katarakte und Flußschnellen, häufig im Kampfe mit den Eingeborenen, den ganzen Kongo hinabfuhr, die Identität dieses mittelafrikanischen Riesenstromes mit dem schon früher bekannten Lualaba feststellte und eine große schiffbare Wasserstraße in das Herz Afrikas nachwies. 1887 übernahm Stanley die Führung einer, mit Unterstützung der ägyptischen Regierung von englischen Kapitalisten ausgerüsteten Expedition zum Entsatz von Emin Pascha; nach schweren Verlusten und großen Leiden seiner Mannschaft traf er mit Emin (siehe unten) zusammen, vermochte aber denselben erst 1889 zur Rückkehr zu bewegen. In das geheimnisvolle Reich des Muata Jamwo drang von Loanda an der Westküste aus der Mecklenburger Paul Pogge vor. Die Durchkreuzung des Erdteils von Loanda und der Kongomündung nach Sansibar, welche Pogge und der Leutnant Wißmann ausführte, gehörten zu den kühnsten Taten der Afrikaforschung. Wißmanns Verdienst war die Erforschung der mächtigen Wasserstraße des Kassai, eines Nebenflusses des Kongo. Die Kenntnis der Loangoküste wurde durch die deutsche Unternehmung von Güßfeldt, Pechuël-Lösche, Bastian u. a. erweitert. Später unternahm Güßfeldt auch eine erfolgreiche Erforschungsreise nach den südamerikanischen Anden. Auch der Ethnograph Bastian hat die ganze Welt, Afrika, Ostasien, Südamerika wissenschaftlich durchforscht. Der französische Marineoffizier de Brazza bereiste die Landschaften am Ogowe und am rechten Kongoufer und gewann für Frankreich ein Kolonialreich am Äquator (§ 357). Die Länder am Niger und Benue erforschte Eduard Flegel aus Wilna; seine Absicht, diese Gebiete für Deutschland zu erwerben, konnte er aber nicht ausführen, da ihm inzwischen die Engländer zuvorgekommen waren.

1875—1889 April 1888 1875 Pogge 1838—1884 Wißmann 1853—1908 1884—1885 1882/1883 Bastian 1825—1905 seit 1875 seit 1879

Der natürlichste und leichteste Weg in das Innere Afrikas ist das Niltal. Für die geographische Forschung in jenen Landschaften war der ägyptische Feldzug Napoleons I. (§ 28) von fruchtbarer Anregung. Das Problem der Nilquellen, mit dessen Lösung sich schon das Altertum beschäftigt hatte, wurde durch die Reisen der Engländer Burton, Speke, Grant und Baker gelöst. Die Küsten des Roten Meeres, Abessynien, Sudan, Kordofan, erforschten schon 1822—1827 und 1830—1834 Eduard Rüppell, Theodor von Heuglin und der Schweizer Werner Munzinger, der im Kampf gegen die Abessynier fiel. Der Botaniker Dr. Schweinfurth beschrieb die Flora des Nilgebietes und Äthiopiens, untersuchte die Wüstenlandschaften am Roten Meer, bereiste die unbekannten Gebiete der Njam-Njam, Monbutti, des Zwergvolkes der Akka und entdeckte den Uellestrom. Seinen Spuren folgte der Deutschrusse Wilhelm Junker auf kühnen und abenteuerlichen Reisen, die ihn auch mit Emin Pascha (Eduard Schnitzler aus Schlesien) zusammenführten. Emin Pascha hat die ägyptische Äquatorialprovinz (§ 348), zu deren Gouverneur er eingesetzt wurde und in der er eine treffliche Verwaltung einführte, nebst den benachbarten unbekannten Ländern in zahlreichen Zügen durchwandert. Durch den Aufstand des Mahdi (§ 348) im Sudan wurde er von allem Verkehr nach Norden und durch die feindselige Haltung des Königs von Uganda auch nach Süden hin abgeschnitten. Erst Stanley (siehe oben) gelang es, ihn zum Südufer des Viktoriasees und von da über Tabora nach Mwapwa, der ersten Station auf deutschem Gebiet, zu bringen, von wo eine vom Reichskommissar Major v. Wißmann abgesandte Truppe ihn nach Bagamoyo geleitete. Hier hatte Emin Pascha das Unglück, sich durch einen Sturz schwere innere Verletzungen zuzuziehen. Nach seiner Wiederherstellung trat er im März 1891 in deutsche Dienste, um im April mit einem Zuge nach dem Viktoriasee aufzubrechen. Er gelangte bis zum Ituri, wurde aber durch Verrat eines Arabers in der Nähe von Kibonge am Lualaba ermordet. Auch Karl Peters (§ 330) hat sich große Verdienste um die Erforschung Ostafrikas erworben; er unternahm von 1887—1890 bedeutende Forschungsreisen in Ostafrika. Den Jubafluß und die Schneeregionen des Kilimandscharo erforschte der Baron v. d. Decken, der aber mit dem größten Teil seiner Mannschaft bei Berbera in einem Überfall der Somali den Tod fand. Den Stromlauf des Zambesi und die Länder zwischen diesem Fluß und dem Kapland bereiste 1872—1880 der böhmische Arzt Dr. Holub. Auf einer Reise durch die Reiche Bornu und Wadai fiel M. von Baurmann durch Meuchelmord der Eingeborenen. Marokko und das Atlasgebirge, die Sahara und die lybische Wüste, die Oase Kufra, der Tsadsee, Bornu und Sokoto, die Niger- und Benueländer, die Cyrenaika u. a. waren von 1865—1885 das Forschungsgebiet des Bremers Gerhard Rohlfs. Seinen Spuren folgte Gustav Nachtigal aus Stendal, der 1869 von Tripolis aus über Tibesti durch die Wüste nach Kuka, der Hauptstadt von Bornu, zog. Dann wanderte er nach Wadai, Darfur, Kordofan und dem Sudan. Im Jahre 1884 wurde er als kaiserlicher Kommissar nach Westafrika gesandt (§ 330). Auf der Rückfahrt nach Deutschland erlag er einem Tropenfieber.

1892 Peters geb. 1856 v. d. Decken 1833—1865 Holub 1847—1902 Baurmann 1835—1863 Rohlfs 1831—1896 Nachtigal 1834—1885

Aufteilung Afrikas

Die Küsten Afrikas sind jetzt zum größten Teil Kolonien oder Schutzherrschaften der europäischen Mächte. Die mohammedanischen Reiche am Nordrand (Ägypten, Tripolis, Tunis, Algier, Marokko) sind ganz oder halb von europäischen Staaten abhängig und haben zum Teil noch eine sehr unklare Untertanenstellung zur Pforte. An der Westküste breiten sich französische, englische, portugiesische, deutsche Besitzungen und die Negerrepublik Liberia, aus. Der Süden (Kapland) ist im Besitze der Engländer, die 1902 im Kriege mit den Buren (§ 385) auch den Oranjefreistaat und die Südafrikanische Republik gewonnen haben. Sie verfolgen die Absicht, diese Herrschaftsgebiete des Südens mit Ägypten zu verbinden, eine Eisenbahn vom Kap bis zum Nil zu bauen und vom Oberlauf des Flusses einen neuen Weg zum Indischen Ozean zu eröffnen. Die Ver-
1896 wandlung des Besitzes der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft in ein Kronprotektorat dehnte die unmittelbare Herrschaft Englands von der Ostküste
1896 bis an den obersten Teil des Nillaufes aus. Das zwischen diesem und dem ägyptischen „Okkupationsgebiet" gelegene Land wurde durch den Krieg gegen den Mahdi (§ 385) hinzugefügt und dem Vordringen der Franzosen zum oberen Nil durch den Vertrag vom 21. März 1899 (§ 387) eine Grenze gesetzt, so daß vom Kap bis zum Nil England die Herrschaft führt, unterbrochen allerdings durch deutsche, portugiesische und italienische Schutz-
1. Juli 1890 herrschaften. Dazu sichert ein mit Deutschland abgeschlossener Vertrag den Engländern die Schutzherrschaft in Sansibar. Die weiten Landschaften im Innern gehören mohammedanischen Sultanen oder heidnischen Negerhäuptlingen. Nur das Herz von Zentralafrika bildet eine eigenartige, neue Schöpfung, der Kongostaat. Dieses Reich wurde von der „Internationalen afrikanischen Gesellschaft" ins Leben gerufen, die unter dem Schutze des Königs Leopold II. von Belgien steht und ihren Sitz in Brüssel hat. Eine auf Anregung Bismarcks von Deutschland und Frank-
Kongo-Konferenz reich berufene und in Berlin abgehaltene „Kongokonferenz", an der
15. Nov. 1884 —26. Febr. 1885 Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, die Vereinigten Staaten von Amerika, England, Italien, Holland, Portugal, Rußland, Schweden-Norwegen und die Türkei teilnahmen, setzte die Neutralität und Abgrenzung des der Souveränetät des belgischen Königs unterstehenden Kongostaates (§ 386), die Errichtung eines weiten Freihandelsgebietes in Äquatorialafrika, die freie Schiffahrt auf dem Kongo wie auf dem Niger und die Unterdrückung des Sklavenhandels fest.

Australien 1642

§ 369. Erforschung Australiens, Amerikas, Asiens und der Polargegenden. Der eigentliche Entdecker Australiens war der Holländer Abel Tasman, der im Auftrage des indischen Generalstatthalters van Diemen einen großen Teil des Küstenlandes umsegelte. Dann ruhte aber die Erforschung Australiens über ein Jahrhundert fast ganz, bis von
1769 einer englischen wissenschaftlichen Gesellschaft zur Beobachtung des Vorüberganges der Venus
Cook 1728—1779 vor der Sonne der Kapitän James Cook ausgesandt wurde. Dieser Weltumsegler erforschte die ganze, Neu-Holland oder Neu-Südwales genannte Ostküste des australischen Festlandes, ein Gebiet, welches man in England zu kolonisieren und zunächst mit deportierten Ver-
1772—1779 brechern zu besiedeln beschloß. Cook, der auch die Polargegenden Amerikas durchforschte, endigte auf den Sandwich-Inseln durch Meuchelmord der Eingeborenen. Bald wurden auch in das Innere Australiens Entdeckungsfahrten unternommen; man fand meist ein sandiges oder steiniges, wasserarmes, mit Gras und Strauchwerk bedecktes, hochgelegenes Tafelland von geringer Fruchtbarkeit, vielfach auch wüste Einöden. Erst später entdeckte man den Reichtum an Metallen, namentlich Kupfer und Gold. In den grasreichen Ebenen aber gedieh bald die Viehzucht, namentlich die Schafzucht, welche einen großen Teil des europäischen Bedarfs an Wolle liefert. Unter den zahlreichen Entdeckungsfahrten in das Innere gebührt
1848 den Unternehmungen des deutschen Forschers Dr. Leichhardt ein hervorragender Platz.

Bei dem letzten Versuch, den australischen Kontinent zu durchkreuzen, ist er verschollen und trotz aller Bemühungen seines Landsmannes Ferdinand von Müller, der um die wirtschaftliche und wissenschaftliche Erschließung Australiens sich große Verdienste erworben hat, nicht wieder aufgefunden worden. 1870—1872 wurde der Überlandtelegraph in Australien hergestellt, dessen Linie für fernere Untersuchungen die sicherste Operationsbasis bot. So konnte Warburton von der Telegraphenstation Alice Springs aus die ganze unbekannte Westhälfte durchwandern, und Giles durchzog den ganzen Erdteil in entgegengesetzter Richtung. 1873 1874

Bei der Erforschung der Inselflur des Stillen Ozeans kam es besonders auf die Erschließung der größeren Landmassen des melanesischen Inselgürtels an. Im Jahre 1871 war auf Neu-Guinea der Russe Miklucho Maklay tätig; 1876 drang der Italiener d'Albertis auf dem Flyfluß tief in das Innere der Insel vor. Neu-Guinea

In Südamerika handelte es sich bei der Erforschung der Kordilleren besonders um geologische, orographische und archäologische Studien, während die Aufhellung der Stromsysteme des La Plata und des Amazonas hauptsächlich die Fragen des Großverkehrs lösen sollte. In den Kordilleren arbeiteten die Deutschen Reiß und Stübel, in den Urwäldern Guayanas, im Orinokogebiete der Franzose Cravaux. Die Erforschung des unbekannten Innern Zentralbrasiliens ist durchaus von den Deutschen vorgenommen, unter denen der Name von den Steinen hervorglänzt. Südamerika seit 1868 1877—1887

In Nordamerika haben die wirtschaftlichen Arbeiten der Vereinigten Staaten, der Bau von Eisenbahnen, Wasserstraßen, Telegraphenlinien usw. zur Aufschließung des Geisergebietes am oberen Yellowstoneflusse und der Cañons geführt. Das erstere bildet mit seiner inmitten einer großartigen Gebirgsnatur gelegenen Menge von heißen Quellen, Schlammvulkanen und Solfataren, den farbenreichen Sinterbecken, den Tropfsteingebilden usw. ein wahres geologisches Wunderland; seit 1874 wurde es, um es zu erhalten, für Nationaleigentum erklärt. Die Cañons sind Hunderte, Tausende von Metern tiefe Schluchten, deren Wände fast senkrecht zu den brausenden Flüssen herabstürzen. Nordamerika

In Asien verdankt der Norden besonders den Russen seine Erforschung. Der hervorragendste der neueren Forscher Asiens Przewalski, begann seine Forschungen am Ussuri und dehnte sie in fast zwei Jahrzehnte umfassenden Reisen im Süden bis nach Lhassa, dem Sitz des sagenumwobenen Dalai Lama, im Westen bis zum Tian-schan aus. Sewerzow bereiste das Gebiet des Amu-Darja und das Ostufer des Aralsees, vor allem aber brachte er genauere Kenntnis von dem Pamir, dem „Dach der Welt". Potanin drang in die nordwestliche und nördliche Mongolei ein und durchforschte auch den Süden bis über die Wüste Gobi hinaus, während Grombschewski Ostturkestan bis zum Pamir als das Ziel seiner Reisen nahm. Von großer Bedeutung wurden dann für die Erschließung Asiens nächst den zu Kriegszwecken ausgeführten Aufklärungen die Vorarbeiten für die russischen Bahnlinien, die transkaspische und die sibirische. Im Süden Asiens wirkten ferner die Engländer Shaw, Forsyth, Cavay und Younghusband; auch hier wurden durch die Feldzüge gegen Afghanistan (§ 349), durch die Grenzregulierungen und die Herstellung der Verkehrswege die geographische Kenntnis vermehrt. Die großartigste Entdeckungsreise aber machte Bonvalot mit dem Prinzen Heinrich von Orléans von Turkestan aus über den Lop-nor und Altyn-tag quer durch Tibet bis Lhassa, dann durch das ganze östliche Tibet und das wilde Gebirgsland von Yün-nan bis zum Golf von Tongking. Um die Aufdeckung Zentralasiens machte sich ferner der Schwede Sven Hedin hochverdient. Nicht minder wurde China besonders durch Ferdinand v. Richthofen erschlossen; auch die Kenntnisse über Japan erfuhren durch Forscher, wie J. J. Rein, vor allem aber durch die 1873 in Yokohama gegründete „Deutsche Gesellschaft für Natur- und Volkskunde Ostasiens" die wertvollste Bereicherung. In den letzten beiden Jahrzehnten haben die Japaner selbst die Durchforschung ihres Landes tatkräftig in die Hand genommen. Asien 1839—1888 1867—1885 1874 1876 1884 1885 1878—1898 1889/1890 1894—1897

Obgleich die Polarforschung politisch keine Bedeutung hat, mag sie hier anhangsweise erwähnt werden. Südpolarexpeditionen sind, abgesehen von einzelnen seit 1873 beginnenden Forschungsreisen (der Fahrt der englischen Korvette Challanger 1872—1876 und des deutschen Schiffes Gazelle 1874—1876) an der Schwelle des 20. Jahrhunderts abgesandt worden: eine deutsche unter v. Drygalski, eine schwedische unter O. v. Nordenskjöld und eine französische. Nach dem Norden aber fanden schon das ganze Mittelalter hindurch Fahrten statt; dann unternahmen Davis, Hudson, Bering und Cook Nordpolfahrten, deren Andenken in den geographischen Namen jener Gegenden bewahrt ist. Im 19. Jahrhundert durchforschten diese Gebiete John und James Roß und Parry, vor allem aber der Engländer John Franklin, der das Problem einer für die Schiffahrt freilich unbrauchbaren nordwestlichen Durchfahrt löste. Dann versuchte der deutsche Geograph Petermann, durch fleißiges Sammeln und Vergleichen des vorhandenen Materials die Wege vorzuzeichnen, die Polarforschung 1898—1899 seit 1585 seit 1607 seit 1725 seit 1818 Franklin 1786—1847 Petermann 1812—1878

am sichersten einen Erfolg in diesen Gegenden erhoffen ließen. Von ihm ging die Anregung zu einer größeren Zahl neuer Unternehmungen aus, die bald, wie die deutsche Expedition der
1868—1871 „Germania" unter Kapitän Koldewey und die amerikanische der „Polaris" unter Hall,
1872—1874 von Grönland, bald, wie die österreichische von Julius Payer und H. Weyprecht, von Nowaja-Semlja auszogen. Sehr bedeutsam wurden dann die Polarfahrten des Finnländers Erik von Nordenskjöld, namentlich die Umschiffung der Nordküste Sibiriens auf dem Dampfer „Vega" bis zur Beringstraße und die Befahrung der
1878—1879 nordöstlichen Durchfahrt. Zehn Monate lang saß das Schiff im Eise fest, und es wurden mehrere andere Expeditionen zur Aufsuchung ausgesandt, von denen die amerikanische, der „Jeannette", ein böses Schicksal hatte. Das Schiff sank und von der Besatzung retteten sich nur wenige nach entsetzlichen Leiden. Die Einsetzung einer internationalen Polarkommission, die Errichtung einer Anzahl fester Beobachtungsstationen in den arktischen Gegenden, die Unterstützung der Polarforschung durch das Deutsche Reich gaben
Nansen geb. 10. Okt. 1861 diesen Bestrebungen neue Förderung. So begann der Norweger Frithjof Nansen, der schon 1888 das Inlandeis Grönlands unter dem 64. Grad nördlicher Breite auf Schneeschuhen durchquert hatte, auf dem „Fram" am 23. Juni 1893 mit dreizehn Gefährten
1893—1896 von Christiania aus seine Entdeckungsfahrt nach den Neusibirischen Inseln. Schon am 22. September wurde der „Fram" vom Eise fest umschlossen und von der stetigen Strömung des Polareises achtzehn Monate hindurch in nordwestlicher Richtung vom Pol ab nach Spitzbergen getrieben. Nansen verließ mit dem Leutnant Johnson am 14. März 1895 unter dem 84. Grad nördlicher Breite das Schiff, das unter Kapitän Sverdrups Befehl zurückblieb. Mit drei Schlitten, zwei Kajaks (Eskimobooten) und 28 Hunden ging die kühne Fahrt bis zu 86 Grad 14 Min., dem höchsten bisher erreichten Punkte. Hier aber mußten sie am 8. April umkehren und gelangten unter den größten Gefahren am 26. August auf Franz Josefsland an, wo sie überwinterten und am 19. Mai 1896 die Reise nach Süden fortsetzten. Da trafen sie schon am 18. Juni unerwartet den Dampfer „Windward", der sie am 13. August in Vardö landete. Am 20. August 1896 lief auch der „Fram", ohne einen einzigen Mann in diesen drei Jahren verloren zu haben, in Christiania wieder ein.
Andrée 1897 Einen neuen Versuch, auf einem Luftballon zu dem Nordpol zu gelangen, unternahm der Schwede André. Nachdem seine auf das Jahr 1896 in Aussicht genommene Auffahrt durch widrigen Wind vereitelt worden war, stieg er, begleitet von Strindberg und Fränkel, in Spitzbergen am 11. Juli 1897 auf. Eine sichere Kunde von dem Ausgange der kühnen Fahrt ist bisher nicht gekommen.

Die Kolonialmächte Von der Polarforschung abgesehen, ist durch die Forschungsreisen auch die koloniale Ausbreitung der Weltmächte gefördert worden; überblickt man nun deren koloniale Machtstellung am Ende des 19. Jahrhunderts, so ergibt sich, daß England seine Überlegenheit behauptet hat: es besitzt Indien, Australien, Kanada, sehr große Gebiete Afrikas und Stützpunkte auf der ganzen Erde. Frankreich hat sich vorwiegend in Ostasien und Afrika festgesetzt, Rußland in Mittel- und Ostasien; die Niederlande haben die hinterindischen Inseln behauptet; Deutschland hat in Afrika, Polynesien und Ostasien Fuß gefaßt, während Portugal von seinem großen Kolonialbesitz nur wenig, Spanien nichts gerettet hat; Nordamerika greift nach Ostasien aus. So sind die wichtigsten Reibungsflächen der kolonialen Weltmächte Zentralasien, Ostasien und Afrika geworden.

B. Die religiösen und kirchlichen Fragen.

§ 370. Die evangelische Kirche. Gegen den Subjektivismus der modernen Bildung und gegen die sogenannte materialistische Weltanschauung, die in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts um sich griff, erhob sich eine machtvolle Gegenströmung. Sie zeigte sich besonders auch im religiösen und kirchlichen Leben. Der Protestantismus mit seiner individuellen Überzeugungsfreiheit wurde von diesen Strömungen nicht minder beeinflußt als der Katholizismus mit seiner strengen Dogmengebundenheit.

Auf evangelischem Boden ringen in Deutschland miteinander die Ortho-
Deutschland doxen (Strenggläubigen) und die Liberalen. Zwischen ihnen stehen einzelne

Gruppen, die aber bei den unter sich oft weit auseinandergehenden Meinungen keinen großen Einfluß gewonnen haben. Auch die Liberalen, die, meistens der Ritschlschen Schule angehörend, die wichtigsten theologischen Lehrstühle auf den Universitäten innehatten, spalteten sich wieder, so daß es den Orthodoxen, die die Kirchenbehörden beherrschten und bei ihrem regeren kirchlichen Eifer die Kirchenversammlungen und die kirchlichen Selbstverwaltungsämter unter ihren Einfluß brachten, vielfach gelang, die Liberalen zurückzudrängen, dadurch aber auch die gebildeten Elemente in der protestantischen Kirche dem kirchlichen Leben immer mehr entfremdeten. Nur eines vermochte besonders die freieren Richtungen zu gemeinsamem Vorgehen immer zu vereinigen: der Kampf gegen die Macht des Ultramontanismus. Ritschl 1822—1889

Hier sind besonders der evangelische Bund (§ 327) und nach außen hin der Gustav Adolf-Verein (§ 132) tätig. Der Kampf um die Aufhebung des Jesuitengesetzes (§ 322) hat das evangelische Bewußtsein gekräftigt, da nun einmal im Volksempfinden die Jesuiten als die schlimmsten Feinde des protestantischen Geistes angesehen werden. Gegen die päpstliche Enzyklika vom Jahre 1897, in der bei Gelegenheit der 300jährigen Gedächtnisfeier des Pater Canisius, des Begründers der Jesuitenniederlassungen in Deutschland, die Reformation „als ein unheilvolles Gift" bezeichnet und die Person Luthers heftig angegriffen wurde, erließen die Kirchenbehörden und Synoden eine energische Erklärung.

In der Schweiz, in Frankreich und Holland wurde ebenfalls durch den Kampf gegen den Ultramontanismus der Protestantismus gestärkt, aber hier wurden auch zugleich die strenggläubigen Elemente zurückgedrängt. In England, wo sich nur in den Dissidentenkirchen ein regeres Leben zeigte, erwuchsen der Hochkirche, die an der Verfassung der anglikanischen Kirche und dem allgemeinen Gebetbuch festhält (High-Church) und ihren katholisierenden Bestrebungen in der Niederkirche (Low-Church), die den Wert auf ein tätiges Christentum in innerer und äußerer Mission legt, und in der Weiten Kirche (Broad-Church) in der eine freiere, in deutscher Wissenschaft angeregte Theologie sich geltend macht, nicht zu unterschätzende Gegner. In Italien veranlaßte das Fortschreiten des Protestantismus den Papst zur Einsetzung einer Kommission von vier Kardinälen, um „das Vorgehen bei dem Werke der Erhaltung des Glaubens gegenüber der protestantischen Propaganda in Rom zu leiten." In Österreich aber begann unter dem Rufe: „Los von Rom" ein bedeutsames Vorwärtsdringen des Protestantismus. Die übrigen Länder — Dez. 1902 — Ende 1898

Nach den letzten Volkszählungen des 19. Jahrhunderts wuchsen in Österreich alle nichtkatholischen Konfessionen in ihrem Prozentsatze zur Bevölkerung an; dazu wirkt mit eine starke Gleichgültigkeit unter den Katholiken, selbst den religiösen Fragen gegenüber, vor allem aber die politische Haltung der katholischen Priesterschaft, die, größtenteils aus Slawen bestehend, in den nationalen Kämpfen sich auf Seite der deutschfeindlichen Parteien stellte. Die „Los von Rom-Bewegung" nahm einen unerwartet starken Fortgang, so daß schon im Jahre 1900 über 10000 Übertritte, unter diesen in Böhmen 5519, in Niederösterreich 2134 und in Steiermark 1398 gezählt werden konnten, die bis zum Jahre 1902 auf 25—30000 stiegen. Es war natürlich, daß diese protestantische Bewegung in Deutschland die größte Aufmerksamkeit erregte, und daß von dort aus die in Österreich entstehenden lutherischen Gemeinden unterstützt und vielfach mit reichsdeutschen Geistlichen versehen wurden. Los von Rom

Abgesehen von diesen Fortschritten in Österreich, der weiteren Ausbildung der inneren Mission, der Gründung von kirchlich geleiteten Arbeiter- und Jünglingsvereinen und der Ausbreitung der Heidenmission hat aber die evangelische Kirche im großen und ganzen nur ihren bisherigen Einfluß und ihren Besitzstand gewahrt.

§ 371. Die katholische Kirche. Weit größere Erfolge weist die katholische Kirche auf. Die Beseitigung der weltlichen Herrschaft des Papstes und der überall entbrennende Kulturkampf hat die Gewalt der Kirche über die Geister nicht gebrochen, sondern gesteigert: seit den Zeiten der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges ist der Katholizismus in Deutschland nicht so mächtig gewesen wie in der Gegenwart. Macht des Katholizismus

Deutschland

Papst Leo XIII. hielt zwar an den ultramontanen Ansprüchen fest, trat aber klüger und entgegenkommender auf als Pius IX. Dies förderte in Preußen und Deutschland die Beilegung des Kulturkampfes, zu der die Regierung, die die Stimmen des Zentrums für andere Zwecke brauchte, die Hand bot (§ 326); so
3. Febr. 1903 verkündete schließlich der Reichskanzler v. Bülow auch die Aufhebung des § 2 (§ 322) des Jesuitengesetzes: bei dem letzten Besuche des deutschen Kaisers im
Mai 1903 Vatikan konnte Leo XIII. mit aufrichtiger Befriedigung erklären, nirgends in der Welt sei die Lage der katholischen Kirche so glücklich wie in den Staaten des protestantischen Hohenzollernhauses.

Frankreich

Vor einem Bruche mit Frankreich, wo die antiklerikale Partei der Aufhebung des Konkordats zustrebte (§ 353), und die Klerikalen mit den Monarchisten gingen, hütete sich Leo XIII. Kardinal Lavigerie, Erzbischof von
Nov. 1890 Algier, sprach sich in einem Rundschreiben an seine Geistlichkeit offen für die bestehende Republik aus, unterstützt durch ein Schreiben des päpstlichen Staatssekretärs Rampolla, das den Grundsatz aufstellte, die römische Kirche vertrage sich mit jeder Staatsform, weil jede, gut geführt, gute Früchte bringen könne. Seitdem traten Anzeichen hervor, daß die Kurie in dem großen europäischen Gegensatz des Dreibundes und Zweibundes (§ 373) sich auf die französisch-russische Seite stellen werde. Die diplomatischen Beziehungen der Kurie mit Rußland wurden 1892 wiederhergestellt, und am 16. Februar 1894 richtete der Papst ein Rundschreiben an alle französischen Katholiken, sodann am 6. Mai an alle französischen Kardinäle, in dem er sie aufforderte, „ohne Hintergedanken und mit vollkommenster Ehrlichkeit der Republik als der von Gott verordneten Staatsform untertan zu sein". Trotzdem sollte der Papst gerade an Frankreich, „der ältesten Tochter der Kirche," wenig Freude erleben. Der Dreyfusprozeß (§ 387) klärte die öffentliche Meinung über die den Bestand der Republik gefährdenden Einflüsse der geistlichen Orden im Heere auf und zeigte, daß sich die Hälfte des Unterrichtswesens in ihren Händen befand. Der Assumptionistenprozeß über politische Agitation brachte dann einen weiteren Beweis von der starken politischen Organisation der Orden in ganz Frankreich und dem erschreckenden Anwachsen der „toten Hand". So entstand eine mächtige antiklerikale Strömung, die von Waldeck-Rousseau (§ 387) gelenkt, zu gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die nichtermächtigten Orden
1899 führte. Zuerst erging ein Gesetz, das für die Güter der „toten Hand" die sogenannte Anfallsteuer schuf, d. h. einen Ausgleich gegenüber den Besitzwechselabgaben darstellte, welche die bürgerlichen Güter treffen. Dann wurde den Bischöfen
5. April 1900 die Verwendung von Geistlichen eines nicht genehmigten Ordens zu Predigten und Missionen untersagt, und schließlich brachte Waldeck-Rousseau das Vereinsgesetz (§ 387) durch, das, an die Gesetzgebung von 1789—90 (§ 9, 10) und an die sogenannten organischen Artikel des Konkordates von 1802 (§ 38) anknüpfend, jede religiöse Genossenschaftsbildung der Staatsaufsicht unterwarf. Die tatkräftige Ausführung dieses Vereinsgesetzes durch den Nachfolger
1903/04 Waldeck-Rousseaus, Combes, führte zur freiwilligen oder zwangsweisen Auflösung der großen Mehrzahl der Orden und Schließung der Ordensschulen. Beides rief den heftigsten Widerstand der klerikalen Partei hervor, der insbesondere auf dem Lande, so vor allem in der Bretagne, zu blutigen Zusammenstößen des Militärs und der von der Geistlichkeit aufgereizten Bevölkerung führte. Trotz alledem tat Leo XIII. keine entscheidenden Schritte gegen diese „religiöse Verfolgung"; dafür erhob sich eine starke regierungsfeindliche Bewegung unter den Bischöfen, die in Verbindung mit einem Streit zwischen der Kurie und dem französischen Kultusminister über den Umfang des staatlichen Anteils an der Ernennung der Bischöfe dahin führte, daß der Ministerpräsident
März 1903 im Senat offen mit der Kündigung des Konkordates drohte. Doch erst nach dem Tode Leos XIII. kam es unter dem neuen Papste Pius X. zum wirk-
Mai 1904 lichen Bruche, als dieser den Besuch des Präsidenten der Republik, Loubet, nicht annahm, weil derselbe auch dem König von Italien einen Besuch abstattete. Und

als der Vatikan in einer Streitsache der Bischöfe von Laval und Dijon eine dem Geiste wie dem Wortlaut des Konkordats widersprechende Jurisdiktion beanspruchte, wurden die offiziellen Beziehungen Frankreichs zum Vatikan abgebrochen. Zu gleicher Zeit wurde die katholische Kirche durch eine religiöse Reformbewegung im Schoße der französischen Geistlichkeit bedroht (Abbé Loisy), die dem starren, klerikalen Herrschaftssystem völlig entgegenläuft. Juli 1904

Auch in Österreich (§ 382), Spanien (§ 388), Holland und Belgien (§ 386) zeigten sich scharfe Gegensätze gegen das ultramontane System, doch wurden gerade in den beiden letzten Ländern auf dem Gebiete des Schulwesens und der kirchlichen Genossenschaften die kühnsten Hoffnungen des Papsttums erfüllt. In Italien hielt Leo XIII. den schroffen Protest gegen das unter dem Hause Savoyen geeinte Reich aufrecht. Er verbot streng den „Katholiken" Italiens jede Teilnahme an den politischen Wahlen, auch als die durch seine eigenen sozialpolitischen Enzykliken ins Leben gerufene Christliche Demokratie unter der Führung eines jungen rührigen Klerus auf die Aufhebung des Verbots hinzuwirken begann. Das hatte dann doch den Erfolg, daß bei den Wahlen des Jahres 1904 die „Katholiken" unter einer gewissen Duldung des neuen Papstes Pius X. sich recht rege an den Wahlen beteiligten und die Bildung eines italienischen Zentrums nach dem Muster des deutschen in Aussicht steht. In Großbritannien mißbilligte zwar die Kurie offen das Verhalten der katholischen Irländer (§ 385), belobte aber zugleich deren Bischöfe für die Verteidigung der gar nicht bedrohten Rechte der Kirche. Der Versuch, mit Gladstones Unterstützung einen offiziellen Vertreter beim Vatikan zu beglaubigen und die Union der englischen mit der römischen Kirche einzuleiten, mißlang zwar, weil das Breve des Papstes „Apostolicae curae" die anglikanische Priesterweihe für ungültig erklärte und Gladstone starb, aber die Kurie konnte zufrieden sein mit dem Wachstum der Kirche und besonders mit der Stellung, die der Erzbischof von Westminster, Kardinal Manning (§ 261), namentlich durch sein Eingreifen in die Arbeiterbewegung (§ 385), sich zu erwerben wußte. Auch die Krisis, die der Ritualismus in der englischen Staatskirche hervorrief (§ 370), wußte die Kurie zu geschickten Kundgebungen über die Wiedervereinigung der englischen mit der römischen Kirche zu benutzen.

Österreich
Spanien
Belgien
Holland

Italien

Großbritannien

1895

Nicht minder war der Papst bestrebt, eine Annäherung der orientalischen Kirchen an die römische und damit eine Wiedervereinigung beider vorzubereiten. In einem großen Sendschreiben rief er die Slawen, Griechen und Orientalen zur Vereinigung mit Rom auf, und die in Rom abgehaltenen Konferenzen bewiesen nicht nur den Ernst dieses Versuches, sondern zeigten auch, daß in der Zukunft eine solche Wiedervereinigung nicht ganz zu den Unmöglichkeiten mehr gehören dürfte. Die Kurie konnte es deshalb und aus Rücksicht auf Frankreich nur mit Widerstreben zulassen, daß der deutsche Kaiser das Protektorat über die deutschen Katholiken im Orient in Anspruch nahm (§ 380).

Orientalische Kirche

20. Juni 1894

Nov. 1894

1898

In den Vereinigten Staaten Nordamerikas hatten die demokratischen Neigungen auch die Katholiken ergriffen, und manche Bischöfe gaben durch ihr freies Auftreten der strengen Richtung im Vatikan Anlaß zu Klagen; auch der Vorsprung, den die Deutschen dort in der katholischen Kirche gewannen, erweckte Mißbehagen. Deshalb setzte der Papst einen offiziösen Vertreter der Kurie nach Washington, mit dessen Zustimmung mehrere freier denkende deutsche Geistliche durch irische Bischöfe aus einflußreichen Stellungen verdrängt wurden; zugleich wurden Schriften, die, wie ähnliche in der Alten Welt, von freier Auffassung der katholischen Lehre zeugten, verurteilt. In Süd- und Mittelamerika dagegen büßte die katholische Kirche an Einfluß ein, vor allem in Mexiko und Brasilien (§ 392). Die ultramontanen Parteien erlagen fast überall; aber die Kurie hütete sich, diesen „katholischen" Ländern gegenüber zu verfahren, wie sie es in Preußen getan hatte.

Vereinigte Staaten Nordamerikas

Süd- und Mittelamerika

Missionen

In Afrika, Asien und den Südseeländern endlich war die Missionstätigkeit der katholischen Kirche erfolgreich.

Neue Orden, wie die der Assumptionisten und Salesianer, wurden hierfür gegründet. Nach der Erwerbung Madagaskars durch Frankreich (§ 387) entstanden dort zwei neue apostolische Vikariate. In Ostindien wurde eine neue Kirchenorganisation mit acht Kirchenprovinzen geschaffen; Indochina bildet eine Diözese und dreizehn apostolische Vikariate mit über 700 000 Katholiken. In China führte die Missionstätigkeit öfter zu blutigen Zusammenstößen und schließlich zum Kriege. In Japan konnten bei der dort herrschenden Religionsfreiheit drei Suffraganbistümer unter dem Metropoliten von Tokio errichtet werden. In Australien begünstigte die vollständige Trennung von Kirche und Staat die kirchliche Organisation außerordentlich; im Jahre 1900 gab es dort sechs Kirchenprovinzen mit 21 Bistümern und dem Primate von Sydney.

1896. 1898 Dez. 1886

Inneres Leben der katholischen Kirche

Mit dieser äußeren Ausbreitung ging Hand in Hand das Bestreben, das seit Pius IX. wieder mächtiger gewordene ultramontane System auf dem innerkirchlichen, wissenschaftlichen und sozialen Gebiete vollständig durchzuführen. In einer Reihe von Enzykliken stellte der Papst als das wichtigste Erfordernis der Gegenwart die Forderung auf, daß die Religion das Staatsleben sowie die Wissenschaft durchdringen müsse. Zwar erkannte Leo XIII. den hohen Wert der historischen Wissenschaft an und machte das vatikanische Archiv und die vatikanische Bibliothek den Gelehrten in höherem Maße zugänglich als bisher, aber er verlangte auch als Grundbedingung der wissenschaftlichen Forschungen die Anerkennung der Philosophie des Thomas von Aquino als der einzig richtigen. Aus diesem Gedankenkreise, der die ganze moderne Weltanschauung als verkehrt darzustellen suchte, flossen die Enzyklika „Immortale Dei", die die christliche Lehre vom Staate behandelt, das Rundschreiben über die Pflichten des Christen und über die menschliche Freiheit, sowie über die Pflichten des Bürgers. Der evangelischen Lehre trat die Canisius-Enzyklika (§ 370) scharf entgegen. Die staatliche Ehegesetzgebung und insbesondere die gemischten Ehen hatte schon ein früheres Rundschreiben verurteilt. Leo XIII. verstand es, die von seinem Vorgänger ausgesprochene päpstliche Allgewalt zur Grundlage der kirchlichen Verwaltung zu machen; so ließ er in einem Schreiben an den Nuntius in Madrid erklären, daß der Papst stets und bei jeder Gelegenheit in alle Angelegenheiten jeder Diözese autoritativ eingreifen könne, und bekundete dadurch rückhaltlos, daß die Bischöfe eigentlich gar keine selbständige Autorität mehr besitzen. Wie Leo XIII. den „Neuerern" in Nordamerika entgegentrat, welche den modernen Fortschritt und die individuelle Freiheit in Einklang mit den Lehren der katholischen Kirche bringen wollten, ebenso scharf wurden auch alle ähnlichen Versuche in anderen Ländern, vor allem in Deutschland und Frankreich, zurückgewiesen. Das Auftreten des Professors Schell in Würzburg, des Professors Franz Xaver Kraus in Freiburg u. a., des Abbé Loisy in Frankreich, welche freisinnige, mit der Kulturentwicklung vereinbare Reformen erstrebten, wurde entschieden verurteilt. Jede freie Weiterbildung des Christentums wurde verhindert, und die starre hierarchische Formenwelt behielt die volle Herrschaft. Der sozialen Frage wandte die Kurie eine immer stärkere Aufmerksamkeit zu. Sie bot sich nicht nur allen Regierungen, besonders der deutschen, als die beste Helferin an, Leo XIII. suchte auch in zahlreichen Enzykliken den richtigsten Weg zum Heile zu weisen. Unter diesen ist die Enzyklika Rerum novarum die bedeutendste. Sie will den Sozialismus durch eine christliche, gerechte und vernunftgemäße Behandlung der Arbeiterfrage bekämpfen, den Streit zwischen Kapital und Arbeit schlichten und die Versöhnung zwischen arm und reich sichern. Als Mittel zu diesem Zwecke werden das christliche Sittengesetz, die Arbeiter- und Handwerkervereine, ausnahmsweise Staatshilfe, ja internationale Abmachungen, empfohlen.

1885 1888 1890 1897 1880 13. Aug. 1885 15. Mai 1891

Vereinswesen

Um die Macht der katholischen Kirche im Sinne des Ultramontanismus aber noch mehr zu stärken, wurden überall katholische Vereine gegründet. Das ganze Leben des Katholiken von dem jüngsten Alter an bis zum Tode soll sich in

diesen konfessionell streng von der Mitwelt abgeschlossenen Vereinen vollziehen. Zu den eigentlich religiösen Vereinen, den kirchlichen Brüderschaften, marianischen Kongregationen, Meßbrüdervereinen, Missionsvereinen, Verein vom heiligen Lande, Canisiusverein usw., traten die charitativen Vereine, vor allem der am weitesten verbreitete St. Vinzenzverein, der St. Raphaelsverein zum Schutze katholischer deutscher Auswanderer, der Bonifatiusverein zur Unterstützung der in der Diaspora lebenden Katholiken, dann die zahlreichen Standes- und Berufsvereine, unter ihnen hervorragend die Arbeiter- und Lehrlingsvereine, die kaufmännischen Vereinigungen. Die mächtige ultramontane Presse findet treffliche Unterstützung in dem Augustinusverein, dem Verband katholischer Schriftsteller und Schriftstellerinnen; dem Zweck der Beherrschung der Schule und Wissenschaft dienen die Lehrervereine, die Görresgesellschaft, die Leogesellschaft in Österreich, die Borromäusvereine u. a. m. Die politische Schulung sollen in Deutschland der Volksverein für das katholische Deutschland und die Windthorstbünde fördern. So kann die katholische Kirche mit voller Befriedigung auf ihre äußere Entwicklung in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zurückschauen.

C. Die internationalen politischen Fragen.

1. Dreibund und Zweibund.

§ 372. Kaiser Wilhelms II. Friedenspolitik. Am 9. März 1888 starb Kaiser Wilhelm I. Noch am 3. März war er ausgefahren; dann aber traten beängstigende Krankheitserscheinungen ein. Tausende standen in diesen bangen Tagen vor dem schlichten Kaiserpalais und schauten in Sorgen nach dem historischen Eckfenster, von dem der Monarch den Aufzug der Wache zu beobachten pflegte, bis am Vormittag des 9. März 8 Uhr 30 Minuten die Kaiserflagge sich senkte und der Welt den Hingang des ersten deutschen Kaisers kundgab. Die Kaiserin Augusta überlebte ihren Gemahl nur zwei Jahre; sie starb am 7. Januar 1890. Wilhelm I. † 9. März 1888

Im Reichstage verkündete Bismarck die Trauernachricht und schloß seine Rede mit den Worten: „Die heldenmütige Tapferkeit, das nationale, hochgespannte Ehrgefühl und vor allen Dingen die treue, arbeitsame Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterlande, die in unserem dahingeschiedenen Herrn verkörpert war, mögen sie ein unzerstörbares Erbteil unserer Nation sein, das der aus unserer Mitte geschiedene Kaiser uns hinterlassen hat. Das hoffe ich zu Gott, daß dieses Erbteil von uns allen, die wir an den Geschäften des Vaterlandes mitzuwirken haben, in Hingebung, Arbeitsamkeit und Pflichttreue treu bewahrt wird!“ Und nach dem großen Leichenbegängnisse konnte Bismarck 16. März vor dem Reichstage aussprechen: „Etwas in der Geschichte schwerlich Dagewesenes ist die Teilnahme an dem Todesfalle eines Monarchen in dieser Ausdehnung. Es sind ja große 19. März Männer vorher gestorben, und wenn Napoleon I., wenn Peter der Große, wenn Ludwig XIV. aus diesem Leben schieden, so hat das gewiß in weiten Kreisen einen Wellenschlag gemacht, daß aber von den Antipoden und von den benachbarten Völkern Kränze und Palmen auf das Grab des verstorbenen Monarchen gebracht worden sind, das ist eine in der Geschichte noch nicht dagewesene Tatsache. So hochgefürstet ist kein Monarch gewesen, daß alle Völker der Erde, ohne Ausnahme, ihm beim Hintritt ihre Trauer am Sarge zu erkennen gegeben haben.“ Die letzten Zeiten des alten Kaisers, der noch auf dem Sterbebette seiner Tochter, der Großherzogin Luise von Baden, die ihn bat, sich zu schonen, erwiderte: „Ich habe jetzt keine Zeit müde zu sein!“ waren von schlimmer Trübsal erfüllt gewesen. Am 22. Februar mußte er den Tod seines Enkels, des Prinzen Ludwig Wilhelm von Baden, betrauern, und sein Sohn und Nachfolger, der Kronprinz Friedrich Wilhelm, weilte todkrank jenseits der Alpen, in San Remo. Eine tückische Kehlkopfkrankheit hatte den ritterlichen Helden, den Liebling und Stolz des deutschen Volkes befallen, und weder die Behandlung der englischen Ärzte Sir Morell Mackenzie und Hovell, noch der Aufenthalt in England, Schottland, Tirol und endlich in San Remo an der Riviera brachten die gewünschte Genesung. Als dann nach einer erneuten Untersuchung der deutschen Ärzte Krankheit des Kronprinzen

sich das Übel als ein krebsartiges herausstellte, der Kronprinz aber die ihm geratene Entfernung des Kehlkopfes ablehnte, mußte doch, als der Kranke an Erstickungsanfällen zu leiden begann, von dem deutschen Arzt Dr. Bramann, den der Berliner Professor v. Berg-
9. Febr. 1888 mann für diesen Fall nach San Remo geschickt hatte, der Luftröhrenschnitt vorgenommen werden. Der Kronprinz konnte nun wohl wieder atmen, aber nicht mehr sprechen. Auch diese Qualen ertrug er mit der gewohnten Seelenstärke, Ruhe und Milde.

Friedrich III. 9. März bis 15. Juni 1888

Sofort auf die Nachricht vom Tode des Vaters trat der Kronprinz, der den Namen Friedrich III. annahm, die Reise nach Berlin an. In
10. März Genua sprach ihm König Humbert im Namen Italiens das Beileid aus, in
11. März Leipzig erwartete ihn Fürst Bismarck mit sämtlichen Ministern. Am 12. März erschienen eine Proklamation „An mein Volk" und ein Erlaß an den Fürsten Bismarck, „den treuen und mutvollen Ratgeber, der den Zielen der Politik Kaiser Wilhelms die Form gegeben und deren erfolgreiche Durchführung gesichert" habe. Der Erlaß enthielt die Gesichtspunkte, die für die Haltung seiner Regierung maßgebend sein sollten: Befestigung und gewissenhafte Beobachtung der Verfassungs- und Rechtsordnungen des Reiches und Preußens, die ungeschwächte Erhaltung der Wehrkraft, volle religiöse Duldung aller Bekenntnisse, wirtschaftliche Förderung aller Klassen, soziale Fürsorge, Sparsamkeit, Pflege von Wissenschaft und

Verhältnis zu Bismarck

Kunst. Das Verhältnis zu Bismarck blieb gut, obwohl anfangs bei dem Widerstande des Reichskanzlers gegen die von der Kaiserin Viktoria gern gesehene Verlobung ihrer Tochter Viktoria mit dem Prinzen Alexander von Battenberg, dem früheren Fürsten von Bulgarien (§ 339), die Bismarck aus Rücksicht auf Rußland widerriet, in einer Kanzlerkrisis ein Zerwürfnis zu drohen schien. (Die Prinzessin Viktoria vermählte sich 1890 mit dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe; Prinz Alexander aber heiratete 1891 die Kammersängerin Loisinger, trat als Oberst in die österreichische
21. Mai 1888 Armee ein und starb schon 1893 in Graz.) Kurz vor seinem Tode konnte Kaiser Friedrich noch der Vermählung seines zweiten Sohnes, des
15. Juni 1888 Prinzen Heinrich, mit der Prinzessin Irene von Hessen-Darmstadt beiwohnen, dann ging der „königliche Dulder" nach 99 tägiger Regierung zur ewigen Ruhe ein.

Wilhelm II. seit 15. Juni 1888

Im folgte sein ältester Sohn als Kaiser Wilhelm II., seit 1881 mit der Tochter des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein, Auguste Viktoria, in glücklicher, schon mit vier Knaben gesegneten Ehe vermählt. Mit großer Spannung sah die ganze Welt dem erst 29 Jahre alten Kaiser entgegen, von dem man wußte, daß er, ein echter Hohenzoller, dem Heerwesen das lebhafteste Interesse entgegenbrachte, daß er, von strengem Pflicht- und Ehrgefühl durchdrungen, von unbeugsamer Festigkeit des Willens, zu raschen, unvorhergesehenen Entschlüssen geneigt war, und von dem man nun unerwartete, den Weltfrieden störende Schritte besorgte. Aber ebenso wie er streng an der Verfassung festhielt und das politische Testament Friedrich Wilhelms IV. (§ 195) verbrennen ließ, — „es war ihm, als ob er ein Pulverfaß im Hause hätte, und ließ ihm keine Ruhe, als bis es vernichtet war" — ebenso trat er allen Kriegsbefürchtungen sofort bei der Eröffnung des Reichstages, wobei ihm

Thronrede 25. Juni.

zweiundzwanzig deutsche Bundesfürsten zur Seite standen, in seiner Thronrede entgegen, in der er versprach, soviel an ihm läge, den Frieden zu bewahren und dieselben Bahnen einzuschlagen, auf denen sein Großvater sich die Liebe des deutschen Volkes, das Vertrauen der Bundesgenossen und die Anerkennung des Auslandes erworben habe, und daß er entschlossen sei, Frieden zu halten mit jedermann, wenn der Krieg nicht eine durch den

Angriff auf das Reich und dessen Verbündete, Österreich und Italien, aufgedrängte Notwendigkeit sei.

Reisen des Kaisers

Um diese Friedensliebe durch die Tat zu beweisen, stattete der Kaiser schon vier Wochen nach der Thronbesteigung, an der Spitze eines stattlichen Kriegsgeschwaders und begleitet von seinem Bruder Heinrich, zuerst dem Kaiser von Rußland in Kronstadt und Petersburg einen Besuch ab. Auf dem Rückwege besuchte er die beiden anderen nordischen Reiche, Schweden und Dänemark; im Herbste setzte er die Reise zu den süddeutschen Höfen fort nach Wien, Rom, wo er auch mit dem Papste eine längere Unterredung hatte, und Neapel. Im folgenden Jahre suchte er durch seine Besuche in England, Athen und Konstantinopel die freundschaftlichen Beziehungen mit diesen Mächten fester zu gestalten.

Beziehung zu Frankreich

Wenn auch der von der öffentlichen Meinung in Deutschland sehr verschieden beurteilte Besuch in Petersburg keine Änderung in dem Verhalten Rußlands und des immer mehr mit diesem in engere Beziehungen tretenden Frankreichs (§ 373) zu Deutschland herbeiführte, so traten doch die Kriegsbefürchtungen Europas allmählich zurück. Den Versuchen der Franzosen, die noch immer wenig deutschfreundliche Stimmung in den Reichslanden für ihre Rachepolitik zu benutzen, trat eine elsaß-lothringische Paßverordnung entgegen, die das Überschreiten der Grenze für alle Ausländer an umständliche Formalitäten und Bedingungen knüpfte. Der Friede blieb gewahrt, wenn auch bei der Machtstellung des Deutschen Reiches und seinen Bestrebungen, dieselbe in den außereuropäischen Erdteilen zur Geltung zu bringen (§ 380), gelegentliche Reibungen nicht ganz vermieden werden konnten.

1887

§ 373. Dreibund und Zweibund. Zur Erhaltung des allgemeinen Friedens trug nicht wenig der Dreibund Deutschlands, Österreichs und Italiens bei, der im Jahre 1891 und 1902 auf den alten Grundlagen (§ 319) erneuert wurde, und dessen Wirkung auch nicht durch den zwischen Rußland und Frankreich abgeschlossenen Zweibund abgeschwächt werden konnte. Frankreich hatte in seiner Vereinsamung nach dem Kriege mit Deutschland schon lange sehnsüchtig nach einem Bündnis mit Rußland ausgeschaut und dessen seit 1878 veränderte Stellung zu Deutschland (§ 319) für sich auszunutzen versucht. Doch erst 1889 nahm dieser Plan eine festere Gestalt an, als zum ersten Male die Entsendung eines russischen Geschwaders nach Frankreich in Aussicht stand. Die besonders von dem russischen Botschafter in Paris, v. Mohrenheim, betriebenen Verhandlungen zogen sich jedoch bis zum Jahre 1891 hin: in diesem erfolgte der Besuch einer französischen Flotte unter Admiral Gervais in Kronstadt. Im Schloß Peterhof ertönte damals die bis dahin in ganz Rußland streng verbotene Marseillaise, und der absolute Selbstherrscher aller Reußen hörte stehend die Revolutionshymne an. Von der Festtafel drückte Alexander III. dem Präsidenten Carnot seine Freude über den Besuch aus und bezeichnete die Anwesenheit der französischen Flotte als „ein neues Zeichen der tiefen Sympathien, die Frankreich und Rußland vereinen", Carnot aber erklärte sich glücklich, den Empfang als ein „beredtes Zeugnis ebenderselben Sympathien" ansehen zu dürfen. In Moskau aber rief General Tschernajew dem Admiral Gervais zu: „Ruft man bei Ihnen: Bürger, zu den Waffen! so geschieht es auch bei uns. Wir werden unsere Bataillone von der Weichsel bis zur Kamtschatka formieren!" Im Anschluß an diesen Besuch wurde in Petersburg das erste schriftliche Abkommen zwischen Rußland und Frankreich vereinbart, das aber mehr den Charakter eines politischen Programms als

Dreibund

Zweibund

Juli 1891

22. Aug. 1891

eines förmlichen Vertrages trug. Der Vorgang war um so wichtiger, als der deutsche Reichskanzler Caprivi den sogenannten Rückversicherungsvertrag Bismarcks, der 1890 ablief (§ 319), nicht erneuert hatte; indes trotz aller weiteren Freundschaftsbezeigungen und Besuche zögerte Rußland mit dem Abschluß eines vollen Bündnisses. Erst 1896 erfolgte eine neue Wendung. Kaiser Nikolaus II. erschien selbst in Paris, von dem französischen Volke begeistert empfangen, und sprach bei der großen Truppen-
9. Okt. 1896 parade in Châlons von Waffenbrüderschaft der beiden Völker. Rußland verstand sich jedoch nicht zu der von den Franzosen erhofften Einmischung in die deutschen Angelegenheiten. Im Jahre 1897 stattete dann der französische Präsident Felix Faure dem Zaren einen Besuch in Petersburg ab, und hier fiel bei dem Abschiede der beiden Herrscher an Bord des französischen
26. Aug. 1897 Panzers „Pothuau" aus dem Munde Faures das Wort von den beiden befreundeten und verbündeten Nationen; der Kaiser Nikolaus fügte hinzu: „die gleichmäßig entschlossen sind, mit ihrer ganzen Macht zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens im Geiste von Recht und Billigkeit beizutragen". Als jedoch die Volksstimmung diese Worte des Kaisers als das Zugeständnis der Wiedererwerbung Elsaß-Lothringens umdeuten wollte, erfolgte von Rußland sehr rasch eine offiziöse Abdämpfung. Der Weltfriede in Europa blieb gewahrt, und auch der letzte Besuch des Kaisers im Jahre 1901 in Compiègne in Frankreich änderte daran nichts.

England, Frankreich, Deutschland

Das Jahr 1904 brachte nun in die Kombination von Zwei- und Dreibund eine bedeutsame Wandlung. Durch den russisch-japanischen Krieg (§ 395) sah sich Frankreich weiter als je von einer Hilfe Rußlands in dem erhofften Revanchekriege gegen Deutschland entfernt, England aber benutzte gern jede Gelegenheit, Rußlands Machtstellung zu schwächen. So näherten sich England und Frankreich, mehr und mehr trat England aus seiner „glänzenden Isolierung" heraus. Ein Besuch König Eduards VII. in Paris, die Höflichkeiten englischer und französischer Parlamentarier gegeneinander, der am Schlusse des Jahres 1904 geschlossene Vertrag über alle Streitpunkte in New-Foundland, Ägypten, Marokko, Siam, Zentralafrika legten die Vermutung einer näheren Verbindung der beiden Westmächte nahe. Das ist um so bedeutsamer, als sich zugleich in England eine zunehmende Erregung über die wirtschaftlichen Erfolge Deutschlands zeigte.

Friedenskongreß

Eine eigenartige Erscheinung in den Bestrebungen aller Staaten, den Frieden zu erhalten, war die Ende August 1898 von dem Zaren Nikolaus II. an alle zivilisierten Staaten gerichtete Aufforderung zur Beschickung einer Konferenz, auf der über eine allgemeine Abrüstung
18. Mai–29. Juli 1899 Rat gehalten werden sollte. Dieser Friedenskongreß, zu dem der Papst mit Rücksicht auf das Königreich Italien nicht hinzugezogen wurde, tagte in der Hauptstadt der Niederlande, im Haag. Aber man kam nicht weiter, als daß man eine solche Abrüstung als erstrebenswert hinstellte; außerdem wurden einige Bestimmungen über die Anwendung der Genfer Konvention im Seekriege getroffen, und eine Konvention zur friedlichen Schlichtung internationaler Streitigkeiten empfohlen.

Schiedsgerichtsverträge

Im Zusammenhange hiermit stehen die Schiedsgerichtsverträge, die im Jahre 1904 die Vereinigten Staaten mit England und Frankreich, Deutschland mit England und den Vereinigten Staaten, England mit Spanien

und der Schweiz, Frankreich mit der Schweiz und Spanien, Spanien mit Portugal abgeschlossen haben. Trotz aller Friedensbestrebungen sind indes Konflikte ausgebrochen, aber sie sind dadurch doch lokalisiert.

2. Die orientalische Frage.

§ 374. Armenien und Kreta. Zu einem Einschreiten der Großmächte führten die Vorgänge in Armenien. Armenien

In dem Berliner Vertrage vom Jahre 1878 (§ 338) hatte sich die türkische Regierung verpflichtet, die christlichen Armenier gegen Tscherkessen und Kurden zu schützen und von Zeit zu Zeit die hier getroffenen Schutzmaßregeln zur Kenntnis der Mächte bringen. Es geschah aber nichts; und so brachen wiederholt Aufstände der Armenier aus, die 1894 eine bedenkliche Wendung nahmen, als in einem Kampfe zwischen christlichen Armeniern und muselmännischen Kurden die türkischen Behörden für die Kurden Partei ergriffen. Als entsetzliche Grausamkeiten gemeldet wurden, mischte sich England ein und verlangte, zusammen mit 11. Mai 1895
Rußland und Frankreich, die beide an der Lösung der orientalischen Frage am meisten interessiert sind, von der Pforte Reformen. Ehe aber diese Verhandlungen abgeschlossen waren, kam es durch den Fanatismus der Mohammedaner in Konstantinopel zu einem furchtbaren Gemetzel unter den dort lebenden Armeniern; 30. Sept. 1895
auch in Trapezunt, Erzerum, Siwas, Biblis und in anderen Orten wurden die verhaßten Armenier blutig verfolgt. Nun schloß sich den drei Mächten auch der europäische Dreibund an; man einigte sich, gemeinsam vorzugehen, und gab 6. Okt.
den Forderungen durch Ansammlung von Geschwadern in den türkischen Gewässern den nötigen Nachdruck. Doch da die Pforte nur sehr zögernd und zum Schein Reformen vornahm, unternahmen die Armenier, um die Mächte zu weiterem Vorgehen anzuspornen, einen Handstreich auf die Ottomanische Bank in Konstantinopel, der zu einer entsetzlichen Metzelei führte. Als darauf die 26. Aug. 1896
Mächte die Schiffe vor Konstantinopel verstärkten, gab die Pforte endlich nach und bewilligte neue Reformen, so u. a. den Erlaß einer allgemeinen Amnestie, eine Febr. 1897
schärfere Überwachung des türkischen Pöbels, die Absetzung der schuldigen Beamten, doch konnte die Ruhe nicht dauernd hergestellt werden.

Außer den armenischen Unruhen beschäftigten die kretischen Verhältnisse unausgesetzt die europäischen Mächte. Kreta

In dem Frieden zu Berlin hatte sich die Türkei auch in betreff Kretas zur Durchführung geeigneter Reformen verpflichtet, und durch das Übereinkommen von Halepa waren die Ernennung eines von den Großmächten bestätigten christ- 30. Sept. 1878
lichen Gouverneurs, die Beschränkung der türkischen Besatzungen auf die festen Plätze und Reformen in der Verwaltung festgesetzt worden. Aber die Durchführung derselben gelang nicht, und so kam es im Frühjahr 1889 zu neuen Unruhen, die mit Waffengewalt niedergeschlagen, zu einer Verkürzung dieser Zugeständnisse führten. Deshalb erhoben sich im Mai 1896 die Griechen im Innern der Insel von neuem und bedrohten unter Mord und Plünderung die Mohammedaner sogar in den Hafenstädten. Die Macht der Kriegsschiffe Anfang Febr. 1897
Englands, Frankreichs, Rußlands, Österreichs, Italiens und Deutschlands reichte nicht aus, um den Aufstand zu dämpfen. Auch konnten sie die von Griechenland ausgehende Unterstützung der Rebellen nicht hindern. Hier brannte nämlich das Volk vor Verlangen, Kreta von der Türkei loszureißen und mit Griechenland zu vereinigen; in Kreta selbst war von den Aufständischen diese Vereinigung schon am 9. Februar 1897 verkündet worden.

König Georg von Griechenland konnte diesem Drängen seines Volkes Griechenland
nicht widerstehen und ließ trotz der Warnungen der Großmächte den Oberst Vassos in Kreta landen und die Insel in seinem Namen in Besitz nehmen. 25. Febr. 1897
Dieser Schritt drohte einen allgemeinen Krieg auf der Balkanhalbinsel zu

entzünden. Aber sämtliche Großmächte des Festlandes waren einig, einen solchen zu verhindern; nur England glaubte diese Gelegenheit benutzen zu können, um Rußland Schwierigkeiten zu bereiten und es von seinem Vordringen in Asien (§ 394) abzuhalten. So wies es den von der deutschen Regierung ausgehenden Vorschlag ab, durch eine Blockade der griechischen Häfen die griechischen Einmischungen lahmzulegen. Diese Uneinigkeit der Mächte ermutigte die Griechen zu weiterem Vorgehen. Sie verwarfen die von denselben getroffene und von dem Sultan an-
18. März 1897 genommene Vereinbarung, daß Kreta allerdings nicht mit Griechenland vereinigt werden, aber unter der Vorbedingung der Abberufung der griechischen Truppen eine autonome Stellung unter der Suzeränität des Sultans erhalten sollte, und trafen Anstalten zu einem Kriege mit der Pforte, indem sie sofort ihre Streitkräfte unter dem Befehl des Kronprinzen Konstantin nach Larissa, wenige Meilen von der türkischen Grenze, vorschoben. Als dann die Griechen trotz aller Warnungen der Mächte
18. April die Grenze überschritten, erfolgte die **Kriegserklärung der Türkei.**

Griechisch-türkischer Krieg

Anstatt aber alle Kräfte in Thessalien zu sammeln und durch ihre den Türken weit überlegene Flotte Saloniki zu nehmen, die Verbindungslinie der türkischen Armee zu zerreißen und den Aufstand nach Mazedonien zu verpflanzen, schwächten die Griechen die Hauptarmee durch Entsendungen nach Epirus und zersplitterten die Flotte in unnützen Angriffen auf einzelne Küstenbefestigungen. So wurden sie trotz tapferer Gegenwehr von
18. April–17. Mai dem türkischen Feldherrn Edhem Pascha in mehreren Gefechten, zuletzt bei Gribowo und Domokos, gezwungen, Thessalien zu räumen. Den Türken stand der Marsch nach Athen offen.

Nun lenkte der König trotz der Volksproteste ein; er rief Vassos aus Kreta zurück, stellte Griechenland bedingungslos unter den Schutz der Großmächte und versprach, alle von den Mächten zu treffenden Bestimmungen
18. Mai anzuerkennen. So wurde ein Waffenstillstand abgeschlossen, dann die
18. Sept. Friedenspräliminarien und der **Friede zu Konstantinopel** unter den
4. Dez. Bedingungen unterzeichnet, daß Kreta autonom sein, Griechenland eine Kriegsentschädigung zahlen sollte, und an der thessalischen Nordgrenze Grenzberichtigungen zugunsten Griechenlands vorgenommen werden sollten. In Athen wurde eine europäische Kommission zur Überwachung der durch den Krieg vollends zerrütteten griechischen Finanzen gebildet, um die Interessen der fremden Gläubiger zu sichern. Die griechischen Truppen verließen **Kreta**; aber auch die türkischen Truppen mußten nach der Er-
Kreta autonom
4. Okt. 1898 klärung der **Autonomie** auf die energische Forderung der vier Großmächte Rußland, England, Frankreich und Italien die Insel räumen; Deutschland und Österreich hatten schon im Frühjahr 1898 ihre Streitkräfte abberufen, da sie dem Sultan den neuen Gouverneur nicht aufdrängen wollten. Am 4. November wurde dann die neue Verfassung bekannt gemacht und gegen den Einspruch des Sultans der **Prinz Georg von Griechenland** zum Oberkommissar von Kreta ernannt, der am 21. Dezember 1898 das Amt übernahm. Damit war schließlich doch eine Verbindung mit Griechenland hergestellt, die den Wunsch der Einverleibung eher gestärkt als geschwächt hat.

3. Der ferne Osten.

§ 375. China. Je ruhiger verhältnismäßig die orientalische Frage behandelt wurde, um so mehr trat die **ostasiatische** in den Vordergrund. Wir haben gesehen, wie durch die Kämpfe mit England und Frankreich (§ 150, 357) den europäischen Völkern allmählich der Eingang

in China erschlossen wurde; indes setzte dem die Mehrzahl der Chinesen nach wie vor einen zähen Widerstand entgegen.

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts war die Macht der Mandschu- oder Tsing-Dynastie im Abnehmen begriffen. Unter den Kaisern Kiakhing, Taokuang und Hien-Fong wurde das Reich von schweren inneren Bewegungen erschüttert, die einzelne seiner Teile abzureißen drohten. Während des Taipingaufstandes, in dem durch Hung-Siutsum, der als Gründer einer neuen Dynastie Taiping („Großer Friede") ausgerufen wurde, die Mandschu-Dynastie auf das ernsteste bedroht wurde, erhoben sich in der südwestlichen Grenzprovinz Yünnan die mohammedanischen Einwohner —, nahmen unter Führung eines Schriftgelehrten, Tuwensiu, Ta-li-fu und machten diese Stadt zu ihrer Hauptstadt, worin Tuwensiu als König Suleiman das Reich Panthai, einen Staat von vier Millionen Einwohnern, regierte. Erst 1872 wurde Ta-li-fu von den Chinesen zurückerobert und bis 1875 der ganze Aufstand niedergeschlagen.

Kiakhing 1796—1829
Taokuang 1820—1850
Hien-Fong 1850—1861
1851—1861

Nach dem Tode des Kaisers Hien-Fong übernahmen unter der Leitung des Prinzen Kong die Kaiserin des Ostens, Tse-ngan, die Witwe Hienfongs, und die Kaiserin des Westens, Tse-hi, die Mutter des jungen Kaisers, die Regentschaft für den unmündigen Tung-tschi. Während derselben brach im äußersten Nordwesten ein Aufstand der Dunganen, der mohammedanischen Bewohner der an die Mongolei grenzenden Provinzen Kansu und Schansi, aus, der sich auf das Thianschangebirge und Ostturkestan ausdehnte. In diesen Kampf mischte sich Jakub Bey von Khokand ein, eroberte 1864 Kaschgar, 1864/65 Jarkand, drängte die Dunganen wieder über den Thienschan zurück und nahm ganz Ostturkestan in Besitz. Erst als 1871 China den Dunganen ein größeres Heer entgegenstellen konnte, gelang es, sie bis 1876 vollständig zu unterwerfen. Auch Ostturkestan wurde nach der Ermordung Jakub Beys und nach dem Sturze seines Sohnes zurückgewonnen, während Khokand 1876 russisch wurde (§ 343). Durch einen Vertrag mit Rußland, mit dem ein Zusammenstoß gedroht hatte, erhielt China sogar Kuldscha zurück.

22. Aug. 1851
Tung-tschi 1861—1875
1861
31. Mai 1877
1878
1881

In diesen Kämpfen war die ganze Erbärmlichkeit des chinesischen Kriegswesens an den Tag getreten. Prinz Kong versuchte daher durch französische und englische Offiziere die chinesischen Truppen und die Flotte neu ausbilden zu lassen. Dies konnte aber nur gelingen, wenn die fast selbständigen Provinzialbehörden diese Reformen unterstützten. Das geschah auch in Fu-kien, wo der Vizekönig im Jahre 1867 das Arsenal von Fu-tschau anlegte, in dem alle für die Marine und die Flotte nötige Ausrüstung geschaffen werden sollte. Dann wurde mit fast allen Seemächten ein vertragsmäßig geregelter diplomatischer und handelspolitischer Verkehr begonnen; auch wurde der Tsung-li-Yamen, ein Ministerrat, errichtet, der 1869 zehn Mitglieder zählte. Prinz Kong gestattete die Erforschung des Yangtse durch die Engländer und die Errichtung von englischen Konsulaten in mehreren Städten an diesem Flusse. Im November 1860 wurde im Vertrage von Peking das Gebiet zwischen Ussuri und dem Stillen Ozean den Russen überlassen, 1862 und 1869 wurden ihnen neue Zugeständnisse für den Handel über Land gemacht. Preußen schloß im Namen des Deutschen Zollvereines 1863 zu Tientsin einen Handelsvertrag ab, Holland 1863, Dänemark 1864, Belgien 1865, Spanien 1867, Italien 1867, Österreich 1871.

Der Kaiser Tung-tschi starb am 13. Januar 1875, ohne einen Sohn zu hinterlassen. Durch das Los wurde ein Neffe des Verstorbenen, der erst vier Jahr alte Thait-sien, dessen Regierung Kwang-Sü („Glänzender Erfolg") genannt wird, Kaiser. Die Regentschaft übernahmen wieder die beiden Kaiserinnenwitwen Tse-ngan und Tse-hi. 1881 starb die erstere,

Kwang-Sü 1875—1908

und Tse-hi, die Tante Kwang-Süs, wurde die Seele der Regierung. Sie war europäischen Reformen nicht abgeneigt, aber eine entschiedene Gegnerin jeder Herrschaft der Europäer in China. Unter den Männern, die in diesem Sinne mit ihr zusammen arbeiteten, waren die bedeutendsten Prinz Tschun, der Vater des Kaisers, der Marquis Tseng und vor allen Li-Hung-tschang, der „Bismarck Chinas".

Li-Hung-tschang

Dieser gehörte nicht zur Herrscherrasse der Mandschu, er entstammte einer chinesischen Literatenfamilie der Provinz Anhui, wo er im Jahre 1823 geboren wurde. Auf der demokratischen Leiter des Mandarinentums, die jedem, der die Prüfungen besteht, die höchsten Beamtenstellen im Staate zugänglich macht, stieg er von Stufe zu Stufe, erwarb sich in den Rebellenkämpfen als Feldherr einen ruhmvollen Namen und erhielt dann den begehrtesten Posten im Reiche, die Verwaltung der Provinz Tschili, mit der das Kommando über alle in dieser hauptstädtischen Provinz stehenden Truppen und das Generalinspektorat der Festungen und Arsenale verbunden ist. Hier blieb Li-Hung-Tschang in seinem einfachen Yamen in Tientsin, bis 1895, stets im Verkehr mit den Europäern, nach deren Muster er sein Heer und seine Flotte schulte und mit modernen Waffen und Rüstungen versah. Durch sein tatkräftiges Eingreifen regelte er im Jahre 1875 die Regentschaft zugunsten der Kaiserin Tse-hi. Dies gute Verhältnis blieb bis zum Kriege mit Japan bestehen.

1873 Die Beziehungen zu den europäischen Mächten gestalteten sich inzwischen immer befriedigender. Als bei einem Zuge, den die Engländer unter dem Oberst Horace Browne unternahmen, um die Verbindungswege zwischen Birma und Yünnan zu erforschen, der Dolmetscher Magary ermordet wurde, bewilligte die chinesische Regierung in einer Abmachung mit Li-Hung-tschang in Tschi-fu nicht nur die geforderten Entschädigungen, sondern regelte auch den diplomatischen und Konsularverkehr. Sie öffnete den Engländern die Häfen Tschang und Wu-hu, Wan-tschau und Pak-hoi und erlaubte ihnen eine Erforschungsexpedition von Peking nach Tibet und Indien entweder durch Sa-tschuan oder durch Kan-su und den Kuku-nor. Infolge des Vertrages von Tschi-fu kamen chinesische Gesandte nach
1876 Europa, und zwar zuerst nach London und Paris (der zweite dieser Gesandten war der Marquis Tseng), dann nach Berlin, Petersburg, Washington, außerdem nach Birma und Japan. Ein Erlaß vom 30. Juni 1875 hatte bereits verboten, sich im Verkehr mit Fremden des Wortes I, d. h. Barbaren, zu bedienen. Dann suchte China endlich auch, durch eine allgemein gültige Strandordnung dem allen Verkehr so gefährlichen See- und Strandräuberunwesen kräftig zu steuern. Das Deutsche Reich hatte im November 1875 Beschwerden deswegen erhoben und, als man in Peking nicht auf dieselben eingehen zu wollen schien, eine Flotille von 6 Schiffen entsandt. Da auch die Vertragsmächte England, Rußland und Nordamerika sich zur Unterstützung bereit erklärten, gab die chinesische Regierung nach. Die Verwicklungen mit Rußland (siehe oben) und Frankreich (§ 357) sind schon erwähnt worden.

Chinesische Auswanderung

Während so die Chinesen dem Eindringen der fremden Kultur den Weg öffneten, begannen sie zugleich selbst über ihre Grenzen hinauszugehen und den Überschuß ihrer Einwohnerschaft nach dem Westen Nordamerikas, den Sundainseln und Australien zu entsenden. Ihre Einwanderung aber wurde in diesen Ländern durch die strenge Abgeschlossenheit der Chinesen von der anderen Bevölkerung, durch ihre außerordentliche Tätigkeit und billige Arbeit zu einer wirtschaftlichen Gefahr, so daß man besonders in Kalifornien und Australien die Ausweisung der Chinesen und Maßregeln gegen weitere Einwanderungen verlangte. Der Kongreß der Vereinigten Staaten nahm denn auch im Jahre 1882 ein Gesetz an, das für zwanzig Jahre die chinesische Einwanderung verbot, doch wurde dasselbe nicht vollzogen, da der Präsident eine Repressivmaßregel der

Chinesen gegen die nordamerikanischen Bürger in China fürchtete; erst 1884 wurde das Verbot auf zehn Jahre erlassen und 1892 verschärft.

Beziehungen zu den Fremden

§ 376. Japan. Inzwischen erhob sich Japan zu unerwarteter Bedeutung. Bis zum Jahre 1853 war es den Fremden verschlossen; nur Holländer und Chinesen durften in Daschima wohnen und Handel treiben. Das Staatswesen war dem Lehensstaate des europäischen Mittelalters ähnlich (II § 395). Indes hatte sich die Kultur des japanischen Volkes in eigenartiger Weise entwickelt, und es bedurfte bei der außerordentlichen Bildungsfähigkeit nur noch der fremden Anregung, um Volk und Land rasch aufblühen zu lassen. Dieser Einfluß begann sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts geltendzumachen. Zwischen Amerika und China fand schon ein reger Verkehr statt, aber an Japan mußten die amerikanischen Schiffe vorbeifahren. Da landete während der Regierung des Shogun Iyeyoshi im Auftrage des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Fillmore, der Commodore Mathew C. Perry in Japan und erzwang nach dem Tode 1853
des Shogun von dessen Sohn und Nachfolger Iyesada einen Handels- 31. März 1854
vertrag, der den Amerikanern die Häfen Shimoda und Hakodate erschloß. Rußland, England, Frankreich und Preußen erhielten kurz darauf die gleichen Vergünstigungen. Bald setzten die Amerikaner die Erschließung 1858
von Kanagawa und andern Städten durch; auch wurden diplomatische Vertreter in Yeddo sowie Konsuln in den geöffneten Häfen zugelassen und die fremden Untertanen der Gerichtsbarkeit ihrer Konsuln unterstellt. Damit begann das Eindringen der fremden Kultur. Schon 1858 wurde die erste Telegraphenlinie gelegt, und dann der Versuch gemacht, das Heerwesen und die Flotte nach holländischem Beispiel umzuformen.

Aber diese Vorgänge riefen in dem japanischen Volke eine tiefgehende Erregung hervor. Der Minister Ji Kamon wurde ermordet, die englische 1860
Gesandtschaft tätlich beleidigt, eine auf einer Lustpartie begriffene eng- Juli 1861
lische Gesellschaft angegriffen und einer der Teilnehmer getötet. Die Antwort Sept. 1862
der Fremden war die Zerstörung der Forts von Shimonoseki. Die Schuld 1863
an dieser Verletzung der nationalen Ehre wälzte man auf die herrschende Tokugawa-Familie, der man es auch sehr übelgenommen hatte, daß sie das Eindringen der Russen auf Sachalin geduldet hatte.

Wiederherstellung der Mikadoherrschaft

So brach im Süden des Reiches (Vgl. II, § 395) gegen den Shogun Hitotsubashi, den Daimio von Mito, der Aufstand aus, an dessen Spitze die den Samurai (Kriegerkaste) angehörenden Kido und Okubo standen. Der Mikado Mutsuhito zog nach längeren Kämpfen in Yeddo ein, das nun zur Hauptstadt erhoben und im Gegensatz zur „großen Residenzstadt" (Kyo oder Kioto) die östliche Hauptstadt" (To-kio) genannt wurde. 1869 wurden die letzten Anhänger des Shoguns auf Hokkeido zur Waffenstreckung gezwungen. Hierbei zeichneten sich die später so bedeutend hervortretenden Generale Yamagata, Oyama, Saigo und Katsura aus. Japan stand wieder unter seiner alten Dynastie. Doch dachten die übrigen Daimios und die Samurai bei der Jugend des in Regierungsgeschäften unerfahrenen Mikado nicht daran, ihre Macht aufzugeben. Sie bildeten eine neue Regierung mit einem Premierminister und zwei beratenden Körperschaften, deren eine auf vier Jahre gewählt wurde, die andere aus den Abgeordneten der Daimios bestand. In dem engeren, den Mikado umgebenden Rat waren die beiden Samurai Okubo und Kido, die Hofadeligen Iwakura und Senjo und die der untersten Stufe der Samuraikaste angehörenden Ito und Inuya die tonangebenden Männer. Die Verträge mit den fremden Mächten blieben bestehen, und am 13. Februar 1869 empfing der Mikado ihre Gesandten zum erstenmal in öffentlicher Audienz. Es be-

Mutsuhito geb. 3. Nov. 1850

1868—1912

gann für Japan eine neue Ära seiner Geschichte, die „ruhmreiche" Meiji-Periode. Als aber in dem Ministerium nur persönliche Streitigkeiten der Angehörigen der einzelnen Klans ausgefochten wurden, griff der Mikado ein. Er verfügte die
29. Aug. 1871 Aufhebung der Klans und die Verwandlung ihrer Gebiete in kaiserliche Provinzen. Die bisherigen Bezüge der Samurai sollten abgelöst werden. An die Spitze des Reiches trat ein Staatsrat (Sai-in) mit einer beratenden Versammlung, deren Mitglieder der Kaiser ernannte. Aber die Bevölkerung war mit diesen Umänderungen nicht zufrieden; auch die Daimios wollten nichts davon wissen. So brach schon 1874 ein Aufstand aus, wurde jedoch unterdrückt; um aber der aufgeregten Menge eine Ableitung zu geben, wurde eine Flotte nach der Insel Formosa gesandt, wo einige Japaner von den Eingeborenen getötet worden waren, und China zu einer Entschädigung gezwungen. Im Oktober 1876 folgte eine neue Empörung der Samurai auf Kiushiu, und im Januar 1877 in Satsuma unter dem allbeliebten Feldmarschall Saigo Takamori. Erst nach siebenmonatigem Kampfe unter großen Verlusten und Geldopfern wurde der Aufstand niedergeschlagen. Mit den 500 Überlebenden flüchtete Saigo nach Kagoshima; hier wurde das Häuflein am Hügel Shiroyama aufgerieben; ihn selbst fand man nicht mehr: eine kopflose Leiche in Bauern-
20. März 1877 kleidung nahm man als die seine. Wahrscheinlich machte er Harakiri (Selbstentleibung durch Bauchaufschneiden); sein Vasall schlug ihm den Kopf ab, zog ihm die Bauernkleider an und tötete sich dann selbst. Das Volk wollte an seinen Tod nicht glauben, sondern nahm an, er sei nach Sibirien entkommen. Die
14. Mai 1878 Ermordung des Staatsrats Okubo, eines der heftigsten Gegner Saigos, zeigte, daß die Aufregung noch nicht geschwunden war.

Verfassung von 1889 Daher verhieß der Mikado im Oktober 1881 eine Verfassung; der Marquis Ito, der schon 1871 auf einer Sendung nach Nordamerika und Europa die staatlichen Einrichtungen daselbst kennen gelernt hatte, erhielt von neuem den Auftrag,
1882/83 auf einer solchen Rundreise das Material zu sammeln. Am 11. Februar 1889 wurde die neue Verfassung verkündet, die der preußischen nachgebildet ist. Ein Herrenhaus, das aus den kaiserlichen Prinzen und den Mitgliedern oder den Vertretern des Adels gebildet wird, und ein Abgeordnetenhaus, zu dem 300 Mitglieder durch direkte Abstimmung, aber nach einem niedrigen Zensus, gewählt werden, nehmen mit dem Kaiser die Staatsinteressen wahr. Der Kaiser behielt die Verfügung über Heer und Flotte, Einrichtung der Verwaltung und Gehälter der Beamten. Die Einwirkung des Parlaments auf die jährliche Feststellung des Staatshaushalts ist beschränkt.

Reformen Eine Reihe bedeutender Reformen nach europäischem Vorbilde wurde inzwischen durchgeführt: seit 1870 entstanden große Eisenbahnlinien, von Tokio nach Yokohama, von Kobe nach Osaka und von Osaka nach Kioto, die sich wieder in zahlreiche Seitenlinien verzweigen; einer Münzreform wurde 1871 der mexikanische Dollar (Yen), der in 100 Sen geteilt wurde, zugrunde gelegt; 1872 wurde das Heer nach deutschem Muster organisiert mit allgemeiner Wehrpflicht bis zum vierzigsten Lebensjahre und dreijähriger Dienstzeit; ebenso wurde die allgemeine Schulpflicht zum Gesetz erhoben. Deutsche Gelehrte gestalteten den Unterricht an den Universitäten und höheren Schulen um; im Volksschulwesen wurden vom Kindergarten bis zur Mittelschule gute Einrichtungen getroffen. Vom 1. Januar 1873 an trat der gregorianische Kalender in Geltung. Die Impfung wurde gesetzlich festgelegt und alle Fürsorge für die Hygiene getroffen, selbst ein besonderes Hygieneministerium ge-
1868 schaffen. Die Niederlassung der Fremden regelte der Vertrag von Kobe, der hauptsächlich durch den australischen Staatsmann Sir Henry Parkes zustande gebracht war, und 1876 wurden die Beschränkungen, die bisher der Ausbreitung des Christentums im Wege standen, aufgehoben. Wie schwer aber der japanische Volksgeist sich in alle diese so rasch erfolgenden Neuerungen finden konnte, zeigte die Ermordung des Unterrichtsministers Mori Arinori am Tage der Veröffentlichung der

Verfassung: er hatte mit seinem Stocke den Schleier eines Götterbildes gelüftet. 11. Febr. 1889
Auch die Konsulargerichtsbarkeit wurde schließlich aufgehoben; damit gewann Japan 1894
das Recht, ohne Beschränkung im Innern seine Verwaltung selbst zu leiten.

§ 377. Japanisch-chinesischer Krieg. Es konnte nicht ausbleiben, Korea
daß dieses aufblühende und eine überschüssige Volksmenge aufweisende Reich auch über seine Grenzen hinaus seine Macht ausbreiten und dadurch mit der anderen, bisher ersten, Macht des fernen Ostens, China, feindlich zusammenstoßen mußte. Die zwischen beiden Reichen gelegene und für ihre politischen wie wirtschaftlichen Interessen gleich wichtige Halbinsel Korea, die seit langen Jahren ein Tributärstaat Chinas war, gab dazu die erste Veranlassung. Zwei Parteien standen sich hier gegenüber, eine konservative, die zu China neigte, und eine den modernen Ideen huldigende, die den Anschluß an Japan wünschte. Nun brach auf Korea ein Auf- 1894
stand zur Vertreibung der Fremden aus. Die koreanische Regierung konnte die Beraubung japanischer Kaufleute nicht hindern und wandte sich an China um Hilfe. Dieses sandte eine Truppenabteilung, nachdem es zuvor die japanische Regierung davon verständigt hatte. Da aber fast der gesamte koreanische Handel in den Händen japanischer Kaufleute war, schickte Japan ebenfalls Truppen und besetzte die Hauptstadt Söul. Als dann nach Niederwerfung des Aufstandes China den Rückzug der Japaner forderte, verlangten diese vorher den Abmarsch der Chinesen, für sich günstige Reformen und die Unabhängigkeitserklärung Koreas. Da die Chinesen hierein nicht willigten, kam es zum Kriege. Der japanische Japanisch-chinesischer Krieg
Marschall Yamagata schlug die Chinesen bei Ping-jang, nördlich von 14. Sept. 1894
Söul; die japanische Flotte unter Admiral Ito beherrschte das Gelbe Meer und den Golf von Petschili und nahm vier chinesische Schiffe. Dann gingen die Japaner zum Angriff auf China selbst vor. Sie überschritten den Yalufluß, während eine zweite Armee unter General Oyama an der 26. Okt.
Südspitze der Halbinsel Liau-tung bei Talienwan landete und den Kriegshafen Port Arthur belagerte. Am 5. November fiel Talienwan, am 10. Port Arthur. Im Januar 1895 zwangen die Japaner die Insel Lin kung tao zur Übergabe, am 4. März eroberten sie Niutschwang und griffen dann, da das rauhe Wetter das Vordringen nach Peking verhinderte, die Pescadores (Fischerinseln, zwischen Formosa und dem Festlande) an. Damit war die Kraft der Chinesen gebrochen. Ihr Bevollmächtigter Li-Hung-tschang knüpfte Unterhandlungen an, die zu dem Frieden von Shimonoseki führten. Die Unabhängigkeit Koreas wurde 17. April 1895
anerkannt; die Halbinsel Liautung, die Insel Formosa und die Pescadores fielen an Japan; außerdem bezahlte China eine Kriegsentschädigung von 200 Millionen Taels (zu 6 Mark) in Silber in sieben jährlichen Raten und ließ bis zu deren Erledigung Wei-hai-wei in den Händen der Japaner; auch wurden drei weitere chinesische Häfen dem Verkehr geöffnet.

Nun aber schritten die europäischen Mächte ein. Mit dem Besitze Einschreiten Europas
der Halbinsel Liautung beherrschte Japan auch Korea und den Eingang nach Peking. Deshalb erhoben Rußland, Frankreich, Deutschland und Spanien Einspruch gegen diese Bestimmung des Friedens. Während Frankreich, den russischen Interessen im fernen Osten dienend, zugleich die Bundesgenossenschaft für seine europäischen Pläne fester zu knüpfen gedachte, glaubte Deutschland durch seinen Beitritt zu dem Einspruch eine Übermacht dieses russisch-französischen Einflusses in China verhindern zu können: Eng-

land aber, das anfangs den Japanern nicht freundlich gesinnt war, wandte sich ihnen nunmehr zu, um sich in ihnen für später einen Bundesgenossen gegen Russen, Franzosen und Deutsche zu gewinnen. Japan mußte dem „freundlichen Rat" der Interventionsmächte Folge leisten und auf Liautung
8. Nov. 1895 verzichten, wofür ihm die Kriegsentschädigung um 30 Millionen Taels erhöht wurde. — Einen auf Formosa ausbrechenden Aufstand warfen dann die Japaner kräftig nieder und brachten die bis dahin noch unkultivierte Insel bald zu hoher Entwicklung; schon im Jahre 1901 zählte man dort 33 000 Japaner, während 1895 sich noch kein einziger Japaner auf der Insel befunden hatte.

Vorgehen der fremden Mächte gegen China

Die fremden Mächte benutzten die Niederlage Chinas und ihre Hilfeleistung, um weitere Erwerbungen und immer größere wirtschaftliche Zugeständnisse zu erringen. Frankreich erhielt Erleichterungen für den
1895 hinterindischen Handel nach Südchina und die Erlaubnis zu Eisenbahnbauten und Anlegung von Bergwerken. Zwischen Rußland und England ging der stille Kampf um den vorherrschenden Einfluß in Korea und China weiter. Zunächst gewann das erstere einen großen Vorsprung da-
1896, 1897 durch, daß es in mehreren Verträgen mit Japan gemeinsam die Vormund-
1896 schaft über Korea übernahm, von China die Erlaubnis zur Fortsetzung der sibirischen Eisenbahn durch die Mandschurei bis Port Arthur erlangte,
Sept. 1897 dort ein Geschwader stationierte und durch einen Pachtvertrag zur dauernden
März 1898 Besetzung Port Arthurs und Talienwans gelangte und damit nicht nur die erwünschten eisfreien Plätze, sondern auch eine bedeutsame Stellung zwischen China und Japan erhielt. Aber auch England ruhte nicht;
1898 nach einem Pachtvertrage mit China besetzte es Wei-hai-wei gegenüber Port Arthur und erhielt außerdem ein Stück der Festlandküste gegenüber Hong-kong. Deutschland, das sich zunächst nur mit einigen wirtschaftlichen Zugeständnissen begnügt hatte, erhielt dann durch die Ermordung
1897 katholischer deutscher Missionare einen willkommenen Anlaß zum Ein-
14. Nov. schreiten. Ein Geschwader besetzte die Stadt Kiau-Tschau, und Prinz
Dezember Heinrich, der Bruder Kaiser Wilhelms II., segelte nach China ab, um die Regelung der dortigen Verhältnisse zu übernehmen. Mit China
6. März 1898 wurde ein Pachtvertrag über die Bucht von Kiau-Tschau abgeschlossen, der dem deutschen Handel einen festen Stützpunkt verlieh.

Boxer

§ 378. Der Boxeraufstand. Der Haß der Chinesen gegen die Fremden wurde durch die Niederlage Chinas im Kriege gegen Japan, die Verdrängung aus Korea, die Abtretung Formosas, die wirtschaftliche Ausbeutung der Mandschurei durch Rußland, die Zugeständnisse an Frankreich, England und Deutschland immer mehr genährt und führte zur Organisation eines weitverzweigten „patriotischen Wehrbundes" oder „Faustbundes", den die Engländer in das Wort „Boxer" übersetzten. Unter den Gewalttätigkeiten derselben hatten besonders die französischen Missionare in Paotingfu zu leiden.

Wohl erwirkten die Gesandtschaften der europäischen Mächte ein gegen diese Boxer ge-
22. Mai 1900 richtetes kaiserliches Dekret, aber der gegen sie gesandte chinesische General Yang-futung konnte nichts ausrichten, da seine Truppen zu den Boxern übergingen. Den fremden Gesandten gelang es noch, von der internationalen Flotte, die sich vor Taku versammelte, wo auch die deutschen Kriegsschiffe „Kaiserin Augusta", „Iltis" und „Irene" vor Anker lagen, Schutzwachen in der Stärke von 18 Offizieren und 389 Mann nach Peking heranzuziehen. Dann aber wurde die Bahnverbindung mit der Küste unterbrochen; trotzdem kam noch der
28. Mai deutsche Offizier Freiherr v. Soden mit 50 Mann nach Peking hinein. Hier gewann nun die

fremdenfeindliche Partei unter dem Prinzen Tuan und dem General der Leibgarde, Tungfuhsiang, die Oberhand über die vom Prinzen Tsching vertretene Friedenspartei; der belgische Gesandtschaftssekretär wurde angefallen, der Kanzler der japanischen Gesandtschaft ermordet, und alle Fremden in Peking flüchteten in die Gesandtschaften, denen jede Verbindung mit der Außenwelt abgeschnitten wurde. 10. Juni 12. Juni

Deshalb begann, obwohl eine eigentliche Kriegserklärung nicht erfolgte, der Krieg der europäischen Großmächte im Verein mit den Vereinigten Staaten Nordamerikas und mit Japan gegen China. Eine zur Befreiung der Gesandten ausgeschickte internationale Expedition unter dem englischen General Seymour, bei der sich auch 22 deutsche Offiziere und 486 Mann unter dem Kapitän zur See von Usedom befanden, scheiterte. Der Rückzug mußte, als Proviant und Munition auf die Neige gingen, unter schweren Angriffen der Boxer Schritt für Schritt erkämpft werden. Dabei zeichneten sich die Deutschen als Avantgarde besonders aus. Sie erstürmten am 23. Juni ein chinesisches Arsenal nördlich von Tientsin. Hier konnte sich dann die Expedition erholen, bis zwei Tage später eine Entsatzkolonne eintraf. — Inzwischen hatten nämlich die Chinesen, um Seymour den Rückzug abzuschneiden, Tientsin selbst angegriffen; die schwache Besetzung konnte nur das Fremdenviertel schützen; auch sperrten die Chinesen in Taku den Peiho durch Minen, um weitere Truppensendungen der Fremden zu verhindern. Als dann die Forts von Taku die Beschießung der im Peiho liegenden Flotte begannen, nahm diese den Kampf auf, wobei sich der deutsche „Iltis" unter Korvettenkapitän Lans auszeichnete; die Forts wurden am 18. Juni gestürmt, und unter dem Befehl des russischen Generals Stössel marschierten nun die Truppen nach Tientsin. Auch hier gelang es unter schweren Verlusten, die Chinesenstadt zu nehmen und die Fremdenniederlassung endgültig zu entsetzen. — Am 4. August konnte endlich die Rettungsexpedition nach Peking abgehen; sie trieb nach einigen Gefechten chinesische Truppen und Boxer vor sich her, entsetzte trotz der Beschwerden der Regenzeit nach zehntägigem Marsche Peking und befreite die dort eingeschlossenen Gesandten und Ausländer. — Es war wie ein Wunder, daß diese trotz ihrer geringen Zahl sich zwei Monate lang gegen das kaiserlich-chinesische Heer und die Boxer erfolgreich hatten verteidigen können. Die Gesandten hatten die Aufforderung der chinesischen Regierung, unter ihrem Schutze die Stadt zu verlassen, abgelehnt, da nach dem offenen Übertritt des Prinzen Tuan zu den Boxern die Regierung ihre Zusage nicht halten konnte. Wie gerechtfertigt dieses Mißtrauen war, zeigte die Ermordung des deutschen Gesandten Freiherrn v. Ketteler. Er wurde auf dem Wege zum Tsungliyamen von einem Soldaten der Leibgarde Tungfuhsiangs erschossen; sein Dolmetscher Cordes wurde schwer verwundet. Dann wurden die anderen Gesandtschaften bestürmt, die österreichische und italienische gingen in Flammen auf; die übrigen konnten sich bis zum Eintreffen der Entsatztruppen halten. — Nebenher ging der Kampf, den Rußland zur Sicherung seiner mandschurischen Bahn in der Mandschurei führte, wohin die Boxer ebenfalls gedrungen waren. Nach blutigen Kämpfen gelang es den russischen Truppen Mukden, die Hauptstadt der Mandschurei, zu nehmen.

Erster Entsatzversuch — Tientsin 17. Juni — 17. Juni — 14. Juli Entsatz 14. Aug. — Kampf in Peking — 18. Juni — Mandschurei — 1. Okt.

Die Ermordung Kettelers führte Deutschland wider seinen Willen an die erste Stelle der an dem Kriege beteiligten Mächte, und die Absendung eines Expeditionskorps von 22000 Mann bewies, daß die deutsche Regierung nicht willens war, sich diesen ihr durch die Ereignisse zugefallenen Pflichten zu entziehen. Die übrigen Mächte, die ebenfalls größere Truppenaufgebote schickten, erkannten den Vorrang Deutschlands dadurch an, daß sie der Übertragung des Oberbefehls über die verbündeten internationalen Truppen in Petschili an den Generalfeldmarschall Grafen v. Waldersee zustimmten. Da Peking schon genommen und der Kaiserhof bereits am 7. August nach Hsinganfu in Schansi entflohen war, waren große kriegerische Erfolge für Waldersee, der am 17. Oktober in Peking eintraf, nicht mehr zu erringen; nur die Orte wurden noch bestraft, die den Boxern in der Provinz Tschili als Stützpunkte gedient hatten. Die Truppen der Mächte unternahmen solche Züge nach Paotingfu, Paitang, Schanhaikwan und Kalgan. Diese Kämpfe setzten sich bis in den April 1901 fort, wo die Deutschen an der Großen Mauer siegten. Viel schwieriger aber war es, die verschiedenartigen Interessen der einzelnen Mächte auszugleichen und die im Anfange der chinesischen Wirren gefürchtete Gefahr internationaler

Internationale Truppenmacht — 23. April 1901

Verwicklungen zu zerstreuen. Hier lag das Hauptverdienst des Grafen Waldersee. Die Friedensverhandlungen begannen durch den Prinzen Tsching
30. Sept. 1900 und Li-Hung-tschang. Der Kaiser erließ ein Entschuldigungsdekret, welches das Bedauern über die Ermordung des deutschen Gesandten aussprach, die Abhaltung von Trauergottesdiensten für ihn anordnete und die Bestrafung der Schuldigen, des Prinzen Tuan, der Boxerführer Tschwang usw., verkündete. Der Gouverneur Yuhsien von Schansi, der fünfzig Missionare in seinen Palast gelockt und ermordet hatte, wurde seines Postens entsetzt. Das konnte aber den Mächten nicht genügen. Der deutsche Reichskanzler,
2. Okt. Graf v. Bülow, richtete eine Note an die Mächte, in der er als Vorbedingung der Friedensverhandlungen die Auslieferung der Rädelsführer
23. Dez. zur Bestrafung verlangte, und die Vertreter der Mächte stellten Forderungen, die den Charakter einer „décision irrévocable“ (unwiderruflichen Entscheidung) trugen. Diese waren:

Friedensbedingungen Sühnegesandtschaft nach Berlin, Errichtung eines Denkmals an der Mordstelle in Peking, schwerste Bestrafung der Schuldigen, Genugtuung für die Ermordung des japanischen Botschaftskanzlers, Sühnedenkmäler auf den entweihten Kirchhöfen, Verbot der Waffeneinfuhr, Zahlung von Kriegskosten, Bildung eines befestigten und von fremden Truppen zu bewachenden Gesandtschaftsviertels in Peking, Schleifung der Takuforts, Besetzung gewisser Plätze zwischen dem Meere und Peking, Erlaß kaiserlicher Edikte gegen alle fremdenfeindlichen Verbindungen, Verpflichtung zu Verhandlungen über Zusätze zu den Handels- und Schiffahrtsverträgen, Reformen des Tsungliyamen.

30. Dez. Die chinesische Regierung nahm dieselben an; die Rädelsführer wurden hingerichtet oder töteten sich selbst; Tuan, Tschwang und Tungfuhsiang gelang es, zu entfliehen. Weiter erklärte sich China zur Zahlung von 450 Millionen Taels bereit. So konnten am 29. Mai 1901 die deutschen Truppen ihren Abmarsch beginnen; die anderen Kontingente
Waldersee † 1904 folgten; am 2. Juni verließ Graf Waldersee Peking und legte am 4. Juni seine Funktionen in Tientsin nieder. Am 7. September wurde das Schlußprotokoll der Friedensverhandlungen unterzeichnet, nachdem Prinz Tschun, der als Sondergesandter nach Deutschland geschickt war, in Potsdam das
4. Sept. 1901 Bedauern Chinas über die Ermordung des Frhrn. v. Ketteler ausgesprochen hatte.

Japan hatte bei diesen Vorgängen mit den Europäern zusammen gekämpft; die Frage der Zukunft war, ob es deren Fortschritte in Ostasien dauernd hinnehmen würde: die erste Antwort darauf erteilte der russisch-japanische Krieg (§ 395).

Zweites Kapitel.

Die Einzelländer.

1. Europa.

Wilhelm II. seit 1888 **§ 379. Deutschland. a. Inneres Staatsleben.** Der feste Zusammenhalt des Deutschen Reiches zeigte sich in glänzender Weise bei der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II., als ihn bei der Eröffnung des Reichstages sämtliche deutsche Fürsten umgaben (§ 372). Er zeigte sich auch, als bald nach dem Beginne seiner Regierung das Reich von einer schweren Krisis erschüttert wurde: das anfangs gute Verhältnis des jungen Kaisers zu dem Fürsten Bismarck begann sich zu trüben und führte schließlich zur Entlassung des Kanzlers.

Wilhelm II. und Bismarck

Zwei so starke Individualitäten wie der Kaiser, von dem Bismarck scharfblickend vorausgesagt hatte, daß er einmal sein eigener Kanzler sein werde, und Otto von Bismarck konnten nicht lange nebeneinander wirken. Zwar schienen die erbitterten Angriffe, welche die konservative Partei gegen Bismarck richtete, ohne irgendwelchen Einfluß bei dem Kaiser zu sein; der von inniger Anerkennung seiner Verdienste erfüllte Neujahrsgruß für 1890 sprach vielmehr den Wunsch 30. Dez. 1889 aus, daß dem Kaiser der treue und erprobte Rat Bismarcks noch viele Jahre erhalten bleiben möchte. Dennoch vergingen nur wenige Wochen, bis das Zerwürfnis der beiden Männer offenbar wurde. Der Ausgangspunkt war die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit über die Behandlung der sozialpolitischen Fragen, wobei der Reichskanzler von keinen Milderungen des am 30. September 1890 ablaufenden Sozialistengesetzes (§ 332) wissen wollte, während der Kaiser, dem die Arbeiterfrage mehr Herzenssache als politische Angelegenheit war, zunächst eine Vereinbarung zwischen allen mitteleuropäischen Industriestaaten über einen größeren Schutz der Arbeiter herbeiführen wollte. So legte Bismarck die 31. Jan. 1890 Leitung des Handelsministeriums nieder, die v. Berlepsch übertragen wurde, zeichnete zwei Erlasse des Kaisers über den Arbeiterschutz nicht mehr und nahm 5. Febr. auch kaum mehr teil an den Beratungen im Staatsrat und der vom Kaiser persönlich eröffneten internationalen Arbeiterkonferenz (siehe unten). Als Arbeiterkonferenz inzwischen bei seiner längeren Abwesenheit in Varzin und Friedrichsruh sein Stell- 15.—29. März vertreter, der Minister v. Boetticher, der den Arbeiterschutzfragen sympathisch gegenüberstand, das Ohr des Kaisers zu gewinnen schien, da erinnerte Bismarck an eine seit vielen Jahren tatsächlich nicht mehr beobachtete Kabinettsorder von 1852, wonach kein Minister ohne Vorwissen des Ministerpräsidenten dem Könige Vortrag halten dürfe, und erregte dadurch den Unwillen des Kaisers, der von einer solchen Schranke nichts wissen wollte und die Immediatberichte der Minister ohne Bismarcks Kontrolle als sein königliches Recht forderte. Als dann der Kaiser von einer Unterredung Bismarcks mit dem Zentrumsführer Windthorst erfuhr und, eine parlamentarische Aktion gegen sein sozialpolitisches Programm vermutend, deren Inhalt zu erfahren wünschte, Bismarck aber sich weigerte, seinen Verkehr mit Abgeordneten einschränken oder beaufsichtigen zu lassen, da war der Bruch unvermeidlich. Aber der Kanzler war nicht gewillt, die Entlassung, die der Kaiser nun erwartete und forderte, seinerseits zu beantragen. Am 17. März teilte er dem Staatsministerium das Vorgefallene mit; ein Vermittlungsversuch desselben beim Kaiser war vergeblich. Nunmehr zweimal durch die Chefs des Militär- und Zivilkabinetts gemahnt, reichte Bismarck endlich das Entlassungsgesuch ein, 18. März das nach ausführlicher Darlegung der Verhältnisse mit den Worten schloß: „Ich würde die Bitte um Entlassung aus meinen Ämtern schon vor Jahr und Tag Eurer Majestät unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß es Eurer Majestät erwünscht wäre, die Erfahrungen und Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benutzen. Nachdem ich sicher bin, daß Eure Majestät derselben nicht bedürfen, darf ich aus dem politischen Leben zurücktreten, ohne zu befürchten, daß mein Entschluß von der öffentlichen Meinung als unzeitig verurteilt wird." Am 20. März verkündete der „Reichs- Entlassung Bismarcks anzeiger" die Enthebung des Fürsten von seinen Ämtern und die 20. März Ernennung des Generals und früheren Chefs der Admiralität (1883 bis 1888) v. Caprivi zum Reichskanzler. In zwei Erlassen teilte der Caprivi Reichskanzler Kaiser dem Fürsten mit, daß er zum Zeichen seines und des Vaterlandes un- 1890—1894 auslöschlichen Dankes Bismarck die Würde eines Herzogs von Lauenburg verleihe und ihm sein lebensgroßes Bild zugehen lasse, und ferner, daß er, in inniger Dankbarkeit für seine unauslöschlichen Verdienste um die Armee, ihn zum Generaloberſten der Kavallerie mit dem Range eines Generalfeldmarschalls ernenne. Von der Stimmung des Kaisers aber gab ein Telegramm, das er am 22. März, am Geburtstage Wilhelms I., an den Großherzog von Weimar richtete,

Kunde: „Mir ist so weh, als hätte Ich noch einmal Meinen Großvater verloren, aber von Gott Bestimmtes ist zu tragen, auch wenn man darüber zugrunde gehen sollte. Das Amt des wachhabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist Mir zugefallen; der Kurs bleibt der alte. Volldampf voran!"

Nach einem ergreifenden Abschiede aus Berlin suchte Fürst Bismarck in Friedrichsruh unter den Bäumen des Sachsenwaldes Ruhe nach den Anstrengungen langer Jahre, aber neben dem Groll gegen die augenblicklichen Machthaber glühte noch immer der Drang zur Betätigung. Direkt und indirekt in der Presse übte er in der inneren und äußeren Politik eine so scharfe Kritik, daß allmählich die gegenseitige Gereiztheit in Friedrichsruh wie in Berlin Formen annahm, die nur schädlich für das Ansehen des Deutschen Reiches im Auslande sein konnten und allen vaterlandsliebenden Männern die Freude an der so schwer gewonnenen Einheit störten. Daher wurde es im ganzen Volke mit dem größten Jubel
19. Sept. 1893 begrüßt, als der Kaiser bei einer Erkrankung Bismarcks den ersten Schritt zu einem besseren Verhältnis tat und Vergessenheit über die böse Vergangenheit zu breiten suchte, freilich ohne nachhaltigen Erfolg. Die letzten Lebensjahre des Fürsten wurden ihm aber besonders versüßt durch die Pilgerfahrten, die aus allen Gegenden des Reiches zu dem „getreuen Eckart seines Volkes" angetreten wurden. Die Ansprachen an seine Gäste und die Reden bei einer zum Triumph-
Juni 1892 zug gewordenen Reise nach Wien gaben Anlaß zu manchem bedeutsamen Rückblick auf die glänzende Geschichte seiner Zeit, zu manchem treffenden Wort, das wie ein Blitz Licht warf auf frühere und damalige politische Lagen. Am
Bismarck †30. Juli 1898 27. November 1894 starb in Varzin seine von ihm heißgeliebte Gemahlin Johanna, geb. von Puttkamer, und in der Nacht des 30. Juli 1898 entschlief er selbst sanft und ruhig in Friedrichsruh. Seine letzten Worte waren: „Lieber Herr, ich glaube; hilf meinem Unglauben und nimm mich auf in dein himmlisches Reich!" Auf der schlichten Gruftkapelle, in der er im Beisein des Kaisers am 16. März 1899 mit seiner Gemahlin beigesetzt wurde, stehen die von ihm selbst bestimmten Worte: „Er war in Wahrheit der treue deutsche Diener Kaiser Wilhelms I. Zu ihm, seinem alten Herrn, zog er himmelan zur Ewigkeit."

Weiterer Ausbau des Reiches

So schmerzlich diese Krisis auch war, und so peinvoll der durch sie geweckte Widerstreit der Empfindungen wirkte: es war doch ein gutes Zeichen für die innere Festigkeit des 1870 Errungenen, daß der Ausbau der Reichseinheit weitergeführt werden konnte.

Eisenbahnen

Allerdings konnte dieselbe auf dem Gebiete der Eisenbahnen noch nicht vollendet werden, wenn auch ein Fortschritt dadurch geschah, daß technische Vereinbarungen über den Bau und die Betriebseinrichtungen der Haupt- und Nebeneisenbahnen getroffen wurden, und seit 1897 ein „Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen" besteht. Zwischen Preußen und Hessen wurde eine
10. Juni 1902 Betriebsgemeinschaft geschlossen, und wie einst der preußisch-hessische Vertrag der erste Schritt zum Zollverein war (§ 106), so steht auch in der oder jener Form
Post ein weiterer Zusammenschluß der deutschen Eisenbahnen zu erwarten. — In betreff
Nov. 1901 der Postwertzeichen wurde zwischen der Reichs-Postverwaltung und der württembergischen Regierung eine Einigung dahin erreicht, daß vom 1. April 1902 ab einheitliche Postwertzeichen für das Gesamtgebiet der beiden Verwaltungen traten. Nur Bayern hat noch seine eigenen Marken.

Militärstrafprozeß 1898

Auf dem vielumstrittenen Gebiete der Militär-Strafprozeßordnung wurde eine Einigung herbeigeführt, indem man den besonderen Wünschen Bayerns darin entgegenkam, daß beim obersten Militärgerichtshofe ein bayerischer Senat errichtet wurde. Das Militärgerichtsverfahren ist nun dem bürgerlichen angeglichen. Das größte und bedeutungsvollste Werk des deutschen Einheitsgedankens aber war die Fertigstellung des seit lange (§ 320) geplanten einheitlichen bürgerlichen Rechtes durch das Bürgerliche Gesetzbuch.

Bürgerliches Gesetzbuch

Am 3. Dezember 1895 verkündete die Thronrede, daß, durchdrungen von der Bedeutung, welche der endlichen Beseitigung der großen Verschiedenheiten auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts für das Ansehen des Reichs und für die wirtschaftliche Entwicklung des

Volkes beiwohne, die verbündeten Regierungen bei Prüfung des nach mühevoller Arbeit vollendeten Entwurfs bereitwillig Opfer ihrer Wünsche und ihrer Ansichten gebracht hätten und sich der Hoffnung hingäben, daß der Reichstag in gleichem Geiste an die Beratung herantreten und daß es so gelingen werde, zum Segen des Vaterlandes das große Werk zum Abschluß zu bringen. Das Riesenwerk von 2268 Paragraphen wurde im vollen Vertrauen auf die beiden Kommissionen, die es geschaffen hatten (zu ihren hervorragendsten Mitgliedern gehörten u. a. der badische Ministerialrat Gebhard, der württembergische Obertribunalsdirektor v. Kübel, der preußische Obertribunalsrat Johow, der preußische Appellationsgerichtsrat Planck, der bayerische Ministerialrat v. Schmitt und der Präsident des Reichsoberhandelsgerichts Pape), einer Reichstagskommission mit der Ermächtigung überwiesen, einzelne Teile ohne vorherige Beratung durch Mehrheitsbeschlüsse unverändert anzunehmen. Ohne von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen, unterzog die Kommission unter dem Vorsitze des Abgeordneten Spahn die Entwürfe in 53 Sitzungen zwei Lesungen; über die streitigen Punkte, insbesondere das Vereinsrecht und das persönliche Eherecht, wurde eine Verständigung mit den verbündeten Regierungen erreicht, und am 1. Juli entschieden sich von 288 Abgeordneten 222 mit Ja, 48 mit Nein, während der Rest sich der Abstimmung enthielt. Mit dem 1. Januar 1900 trat das Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft, ein wahrhaft nationales und die Reichseinheit noch fester gestaltendes Werk. 1. Juli 1896

Es war selbstverständlich, daß Kaiser Wilhelm II. dem Heerwesen seine besondere Aufmerksamkeit zuwandte, um der gemeinsamen Macht der beiden sich immer mehr befreundenden (§ 373) Nachbarreiche, Rußland und Frankreich, gewachsen zu sein. So wurde die Friedenspräsenzstärke des Reichsheeres zuerst um 18574 Mann erhöht; darauf ging dem Reichstage eine neue Militärvorlage zu, die den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht streng durchführen sollte, deshalb für die Fußtruppen die in der Konfliktszeit so stürmisch geforderte (§ 219 ff.) zweijährige Dienstzeit zuließ und die Präsenzstärke auf 492068 Mann erhöhen wollte. Heerwesen 28. Juni 1890 23. Nov. 1892

Da der Reichstag am 6. Mai 1893 diese Vorlage ablehnte, wurde er aufgelöst; die Neuwahlen ergaben aber eine derselben freundliche Mehrheit, die sie nun mit einer von dem Abgeordneten v. Huene vorgeschlagenen Änderung annahm, wonach die Friedenspräsenzstärke vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 als Jahresdurchschnitt auf 479229 Mann festgestellt wurde, die Gesamthöhe demnach — einschließlich der Unteroffiziere — anstatt 570877 nur 557093 Mann betrug. 15. Juli 1892

Im Jahre 1899 hatte sich der Reichstag mit einer neuen, von der Regierung geforderten Vermehrung des Reichsheeres von etwa 27000 Mann zu befassen. Dafür bewilligte die Regierung das so oft von der Volksvertretung geforderte Recht der jährlichen Festsetzung der Friedenspräsenzstärke, allerdings mit der Einschränkung, daß die geforderte Erhöhung bis 1903 durchgeführt sein müsse. Trotzdem strich der Reichstag, in dem das Zentrum die ausschlaggebende Partei geworden war, 7000 Mann Infanterie, erklärte sich aber zu weiteren Bewilligungen bereit, wenn sich in den nächsten Jahren die Präsenzstärke als nicht genügend erweise. In dieser Fassung wurde die Vorlage angenommen. 16. März 1899

Am 15. April 1905 wurde durch ein neues Gesetz bestimmt, daß im Laufe des Rechnungsjahres 1909 die Zahl von 504665 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten erreicht und im Laufe des Rechnungsjahres 1910 auf 505839 erhöht wird. Zugleich wurde die Zahl der Formationen festgesetzt, bei der Infanterie auf 633 Bataillone, bei der Kavallerie auf 510 Eskadrons, bei der Feldartillerie auf 574 Batterien (darunter 2 reitende Batterien), bei den Pionieren auf 29 Bataillone, bei den Verkehrstruppen auf 12 Bataillone, bei dem Train auf 23 Bataillone. Die Stärke der Reserve und Landwehr erhöht sich dementsprechend, und dazu kommen noch die Ersatzreserve und im Notfalle der Landsturm. 15. April 1905

Durch die Aufstellung dieses gewaltigen Landheeres erwies sich Deutschland als der Hort des Friedens in Europa: es dachte in keinem Augenblicke daran, etwa später drohenden Gefahren durch einen raschen Schwertstreich zuvorzukommen, es ließ aber auch keinen Zweifel, daß ein Angriff auf seine Grenzen ein Unternehmen sei, das Verderben bringen würde. Dahinter stand freilich der Schutz, den das Deutsche Reich seinem Weltverkehr, seinen Kolonien, seiner Stellung in der Reihe der Seemächte durch seine Flotte geben konnte, weit zurück. Kaiser Wilhelm II. gebührt das Ver- Flotte

dienst, daß er das deutsche Volk auf diesen Mangel hinwies und mit unermüdlichem Streben für die Schaffung einer großen Flotte eintrat.

Die Ermordung deutscher Missionare in China, die orientalischen Wirren (§ 374), bei denen Deutschland vor Kreta sich schwächer als jede andere Nation zur See zeigen mußte, das stete Wachsen des deutschen Handels bewogen die März 1897 Regierung, eine Vermehrung der Kriegsflotte zu beantragen, aber der Reichstag bewilligte nur die allerdringendsten Forderungen und strich eine große Reihe der geplanten Schiffsbauten. Nun aber begann im deutschen Volke eine starke Bewegung zugunsten der Vermehrung der Flotte, und der Kaiser empfahl sie dem 30. März 1897 Reichstage in der Thronrede mit eindringlichen Worten, indem er zugleich die Ansicht zurückwies, als wolle Deutschland den Seemächten ersten Ranges gleichkommen. Die Schwäche der Flotte zeigte sich auch, als bei einem Konflikt mit Dez. 1897 der Negerrepublik Haiti nur die „schwimmenden Gymnasien", die Schulschiffe „Stein" und „Charlotte", eingreifen konnten.

Die besonders von dem im Juni 1897 zum Chef des Reichs-Marineamts ernannten Konteradmiral Tirpitz vertretene Vorlage wurde denn 28. März 1898 auch mit großer Mehrheit angenommen. Allein, was hier bewilligt wurde, konnte für die Zukunft nicht genügen. Die Bewegung im Volke wurde weitergetragen durch die Gründung eines Flottenvereins, der unter 30. April 1898 dem Vorsitze des Fürsten Wilhelm zu Wied stand und unter Fernhaltung jeder Parteipolitik das Verständnis für die Aufgaben der Flotte zu verbreiten suchte. Einen mächtigen Anstoß gab dann der vom Kaiser beim 18. Okt. 1899 Stapellauf des Linienschiffes „Kaiser Karl der Große" in Hamburg ausgebrachte Trinkspruch:

„Mit tiefer Besorgnis habe Ich beobachten müssen, wie langsame Fortschritte das Interesse und politische Verständnis für große, weltbewegende Fragen unter den Deutschen gemacht hat. Blicken wir um uns her: wie hat seit einigen Jahren die Welt ihr Antlitz verändert. Alte Weltreiche vergehen und neue sind im Entstehen begriffen. Nationen sind plötzlich im Gesichtskreis der Völker erschienen und treten in ihren Wettbewerb mit ein, von denen kurz zuvor der Laie noch wenig bemerkt hatte. Ereignisse, welche umwälzend wirken auf dem Gebiete internationaler Beziehungen sowohl wie auf dem Gebiete des nationalökonomischen Lebens der Völker und die in alten Zeiten Jahrhunderte zum Reifen brauchten, vollziehen sich in wenig Monden. Dadurch sind die Aufgaben für unser deutsches Reich und Volk in mächtigem Umfange gewachsen und erheischen für Mich und Meine Regierung ungewöhnliche und schwere Anstrengungen, die nur dann von Erfolg gekrönt sein können, wenn einheitlich und fest, den Parteiungen entsagend, die Deutschen hinter uns stehen. Es muß dazu aber unser Volk sich entschließen, Opfer zu bringen."

Hier waren die neuen Aufgaben (§ 365) gekennzeichnet; dazu kamen die Ereignisse des spanisch-amerikanischen Krieges (§ 388), der englisch-französische Faschoda-Zwischenfall (§ 385), die Wirren auf Samoa (§ 380), die die weitesten Kreise des Volkes über die Bedeutung der Seemacht Deutschlands aufklärten und von der Wahrheit überzeugten, daß jede Verzögerung unserer Rüstung zur See eine unwiederbringlich verlorene Gelegenheit bedeute. Die während des Jan. 1900 Burenkrieges erfolgte Beschlagnahme der deutschen Postdampfer der Ostafrikalinie und anderer Schiffe durch englische Kriegsschiffe (§ 385) machte einen tiefen Eindruck im Lande: so gelangte denn die Novelle zum Flottengesetz an den Reichstag, und dieser nahm sie nach erregten Verhandlungen, in denen die Kostenfrage die Hauptrolle spielte und die geforderten Auslandsschiffe abgestrichen 12. Juni 1900 wurden, mit 201 gegen 103 Stimmen an.

Nach diesem Gesetze soll im Jahre 1917 bestehen: die Schlachtflotte aus 2 Flottenflaggschiffen (Linienschiffen), 4 Geschwadern zu je 8 Linienschiffen, 8 großen und 24 kleinen Kreuzern als Aufklärungsschiffen; die Auslandsflotte aus 3 großen und 10 kleinen Kreuzern; die Materialreserve aus 4 Linienschiffen, 3 großen und 4 kleinen Kreuzern. So wurde dem Auslande der Beweis einer starken, nationalen Politik gegeben, im Innern die Einigkeit der Nation in ihren Lebensfragen dargetan und die Reichsmarine auf feste gesetzliche Grundlage, unabhängig von der politischen Konstellation, gestellt, ohne doch dem

Reichstage das verfassungsmäßige Budgetrecht zu nehmen. Des Kaisers Wort, „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser," stellte aus politischen, wirtschaftlichen, bevölkerungspolitischen und sozialen Gründen als das Ziel hin: die Erhaltung des Wohlstandes, der Macht, der Geltung der deutschen Nationalität in der ganzen Welt.

Wirtschaftliche Entwicklung

Auf dem wirtschaftlichen Gebiete zeigte sich bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein bedeutsames Wachsen des allgemeinen Wohlstandes. Auch als dann nach den „fetten Jahren" ein Rückschlag kam, manche Erwerbszweige wieder schwer zu leiden begannen, trat dennoch im allgemeinen kein wirklicher Rückschritt ein.

Von nicht geringer Bedeutung für die ganze wirtschaftliche Entwicklung war die Erkenntnis, daß es möglich sein müsse, in der starken Auswanderung der Deutschen in andere Erdteile dem Mutterlande die günstigsten Quellen neuen Erwerbs zu erschließen und auch die weltgeschichtliche Stellung der deutschen Nation zu erhöhen. Um das Auswanderungswesen in solche Bahnen zu leiten, wurde von Reichs wegen eine Auskunftstelle in Berlin eröffnet. Dem Welthandel des Reiches suchten weiterhin die mit Österreich, Italien, Belgien, der Schweiz, Rumänien, Serbien, Spanien, zuletzt auch mit Rußland und den Vereinigten Staaten, 1891—1894 unter der Leitung des Reichskanzlers Caprivi abgeschlossenen Handelsverträge Rechnung zu tragen, indem sie die bisherige der Landwirtschaft dienende Schutzzollpolitik einschränkten und der deutschen Industrie bessere Absatzbedingungen sichern wollten (§ 367). Aber diese Handelsverträge riefen eine starke Bewegung unter den Agrariern des Ostens hervor, die sich durch die hochaufblühende Industrie des westlichen Deutschlands geschädigt glaubten und in der Tat durch die stärkere Einfuhr osteuropäischen Getreides und amerikanischen Fleisches eine Herabminderung der Preise ihrer Produktion erfuhren, außerdem unter der „Leutenot", d. h. unter dem Abnehmen der ländlichen Arbeiterschaft, die massenweise in die Industrieorte strömte, schwer litten. Diese Verhältnisse führten zur Gründung des Bundes der Landwirte. Der Gegensatz zwischen diesem und der Industrie und dem Handel wurde immer schärfer und veranlaßte, als vor der Erneuerung der Handelsverträge ein neuer die Landwirtschaft schützender Zolltarif, der ihre Grundlage bilden sollte, dem Reichstage vorgelegt wurde, heftige Zusammenstöße zwischen der Regierung, den Agrariern, den Sozialdemokraten und den Deutschfreisinnigen. Nur durch ein festes Zusammenhalten der Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums konnte die Annahme des Zolltarifs mit Minimalzöllen für die wichtigsten Getreidesorten durchgesetzt werden. Neue Handelsverträge auf dieser Grundlage sind seitdem zum Abschluß gekommen und vom Reichstage angenommen.

1. April 1902

Handelsverträge

Agrarier

1893

Neuer Zolltarif

1902

1904/1905

An der 1894 von den Agrariern (Antrag Graf Kanitz) erhobenen Forderung der Umwandlung des Getreidehandels in ein Staatsmonopol scheiterte die von der Regierung geplante Reichssteuerreform.

Reichssteuerreform

Als die Regierung den Agrariern nicht willfahrte, begann gegen Caprivi eine sehr scharfe konservative und agrarische Opposition, die sich mit dem Namen Bismarcks deckte. Die Stellung des Reichskanzlers wurde erschüttert durch die schweren Parteikämpfe, die eine noch nicht dagewesene Zerfahrenheit und Gehässigkeit des Fraktionstreibens kundgaben, und als vollends die Zedlitzsche Schulvorlage (s. unten) auch die bis dahin zusammenhaltenden alten Kartellparteien der Konservativen und Nationalliberalen verfeindete und die Konservativen auf reaktionäre Wege trieb, da wurde die Lage des Reichskanzlers immer unhaltbarer, zumal er das Ministerpräsidium in Preußen abgegeben hatte und der neue Ministerpräsident, Graf Botho v. Eulenburg, immer weiter von ihm abrückte. Es gelang Caprivi noch, ein von Eulenburg beabsichtigtes Sozialistengesetz zu verhindern, aber das Vertrauen des Kaisers besaß er nicht mehr; er erhielt seine Entlassung und starb auf seinem Gute Skyren bei Crossen.

Caprivi und die Agrarier

1892

26. Okt. 1894
6. Febr. 1899

Sein Nachfolger wurde Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, der früher bayerischer Ministerpräsident (§ 248),

Hohenlohe Reichskanzler 1894—1900

dann Botschafter in Paris und Statthalter in den Reichslanden (§ 320) gewesen war. Der im 76. Lebensjahre stehende Staatsmann verstand es, in seiner selbstlosen, ruhigen, besonnenen Weise seiner schweren Aufgabe besonders in den kritischen Vorgängen der auswärtigen Politik (England, Afrika, orientaliche Frage, China) gerecht zu werden, während er die Führung der preußischen Regierung dem Finanzminister v. Miquel (s. u.) überließ, der 1892 an Stelle v. Bötticher stellvertretender Ministerpräsident geworden war. In den inneren deutschen Fragen suchte er zu vermitteln; vor allem sind das große Werk des Bürgerlichen Gesetzbuches und die Reform des Militärstrafprozesses mit seinem Namen verknüpft. Bis zum 17. Oktober 1900 führte er sein Amt; dann reichte er, alters-
6. Juli 1901 müde, seine Entlassung ein und starb in Ragaz in der Schweiz.

Bülow Reichskanzler 1900—1909

An seine Stelle trat Graf Bernhard v. Bülow, bisher Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Mittellandkanal

Die größten Schwierigkeiten ergaben sich immer wieder aus den wirtschaftspolitischen Gegensätzen zwischen den Agrariern und der Regierung. Sie lähmten
1895 auch den weiteren Ausbau des deutschen Kanalsystems; zwar wurde der Kaiser
Aug. 1899 Wilhelm-Kanal feierlich eröffnet (§ 372), der Dortmund-Emskanal, der Elbe-
Juni 1900 Travekanal angelegt, aber die so überaus wichtige Kanalverbindung des Rheins und der Elbe, der sogenannte Mittellandkanal, kam nicht zustande, weil die Agrarier davon eine Schädigung der agrarischen Interessen des Ostens fürchteten. In dem neuen Zolltarif von 1902 kam dann die Regierung den
1905 Agrariern entgegen, beschränkte darauf den Mittellandkanal auf die Strecke vom Rhein bis Hannover: so wurde er angenommen.

Soziale Gesetzgebung

Wie die wirtschaftlichen Gegensätze verschärften sich auch die sozialen. In der Arbeiterschutzgesetzgebung schritt Kaiser Wilhelm II. den von seinem Großvater betretenen Weg(§ 333) weiter. Nachdem er aus Anlaß eines großen Arbeiterausstandes in dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier 1889 mit den Führern desselben persönlich verhandelt und sehr arbeiterfreundliche Gesinnungen
4. Febr. 1890 kundgetan hatte, veröffentlichte er in einem Erlaß an Bismarck seinen Entschluß, zur Verbesserung der Lage der Arbeiter beizutragen und eine „internationale Arbeiterschutzkonferenz" zu berufen, behufs Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zutage getreten seien.
März 1890 Die Erwartung Bismarcks, daß diese in Berlin tagende Konferenz die weitgehenden Pläne des Kaisers in ruhigere Bahnen leiten würde, erfüllte sich nicht; noch während derselben mußte er seine Entlassung einreichen (siehe oben). Die Beschlüsse der Konferenz, die sich wesentlich auf den Schutz junger Arbeiter vor Überlastung, Beschränkung der Sonntagsarbeit, Verhütung von Kinderarbeit und von Beschäftigung der Arbeiterinnen zur Nachtzeit richteten, wurden jedoch nur
1. Juli 1891 in Deutschland, und auch hier nur teilweise, durch das Arbeiterschutzgesetz durchgeführt. In den folgenden Jahren wurden noch zahlreiche verbessernde Vorschriften zu diesem Gesetze erlassen. Auch die Seemannsordnung, die
1902 die Arbeitnehmer im Schiffahrtsgewerbe schützen und sich den Bedürfnissen der modernen Schiffahrt anpassen sollte, war ein erheblicher Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes. Ebenso wurden auch die drei großen Versicherungsgesetze (§ 333) weiter ausgebaut.

1899 wurde die Invaliditäts- und Altersversicherung, 1900 die Unfallversicherung einer durchgreifenden Verbesserung unterzogen, so daß 1901 in der Krankenversicherung über 10 Millionen Personen 180 Millionen Mark, in der Unfallversicherung 1903 ca. 17 ½ Millionen Personen 117 Millionen Mark, in der Invalidenversicherung 1903 ca. 13 ½ Millionen Personen 127 Millionen Mark erhielten. 1903 wurde auch das Krankenwesen-Gesetz revidiert. So bilden in der Tat diese Versicherungsgesetze einen integrierenden Teil des Kulturfortschritts der Menschheit.

Sozialdemokratie

Doch trotz dieser großartigen für die Arbeiter sorgenden Gesetzgebung des Deutschen Reiches wuchs die Sozialdemokratie, die mit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes am 30. September 1890 (§ 332) die volle Freiheit ihrer Agitation zurückerhalten hatte, stetig an; sie gewann in den einzelnen Landtagen eine Reihe von Sitzen, drang auch in die Gemeindeverwaltungen ein und erhielt in den Reichstagswahlen von 1893 48, in denen von 1898 58 und 1903 sogar 82 Mandate; 1898 wurden bei der Reichstagswahl 2107076 Stimmen, 1903 3010771 für die Sozialdemokratie abgegeben. Die Versuche der unter der Leitung des früheren Hofpredigers in Berlin, Adolf Stöcker, stehenden Partei der Christlichsozialen und der 1896 aus diesen hervorgegangenen Nationalsozialen unter Pfarrer Friedrich Naumann, die Arbeiter den Sozialdemokraten zu entziehen und zu einer auf monarchischem und christlichem Boden stehenden Partei zusammenzuscharen, blieben erfolglos. Schon 1903 löste sich die Partei der Nationalsozialen wieder auf. Ebensowenig vermochte die katholische Kirche und die ultramontane Partei dem Ansturm der Sozialdemokraten einen völlig festen Damm entgegenzusetzen. Die katholische Kirche hatte schon frühzeitig der sozialen Frage Aufmerksamkeit zugewandt; 1864 veröffentlichte Bischof Ketteler von Mainz eine Schrift, „Arbeiterfrage und Christentum", 1873 wurde in Aachen ein katholischer Arbeiterkongreß gehalten und 1877 ein vollständiges sozialpolitisches Programm aufgestellt. Der Domvikar Kolping in Köln, der selbst wandernder Geselle gewesen war, wurde der Begründer der weitverbreiteten katholischen Gesellenvereine; 1891, in dem Sterbejahre Windthorsts (14. März), wurde der bedeutsame Volksverein für das katholische Deutschland geschaffen. 1893 stellte das Zentrum ein „katholisch-soziales" Programm auf und trat ein für Arbeiterschutz, Genossenschaften und berufliche Organisationsfreiheit. Katholische Arbeitervereine bildeten sich neben den evangelischen und interkonfessionellen, aber auf christlicher Grundlage stehenden Gewerkschaften gegenüber den sogenannten freien Gewerkschaften, die tatsächlich vollständig in der Hand der Sozialdemokraten sind. Dagegen begannen sich in der sozialdemokratischen Partei selbst Sonderregungen geltendzumachen. Wenn auch die alten Führer Bebel und Liebknecht noch das Heft in der Hand hielten und auf dem unversöhnlichen und alles verneinenden Standpunkte verharrten, so zeigten sich doch mehr und mehr die deutlichen Spuren einer „Mauserung". Die revolutionären Grundsätze hatten einen harten Stand gegenüber den evolutionistischen Ansichten, die Radikalen gegenüber den Reformern, unter denen besonders Eduard Bernstein hervortrat.

Liebknecht †7. Aug. 1900

Hinter den großen, das ganze Reich bewegenden Fragen traten selbstverständlich die Interessen der Einzelstaaten zurück, obwohl besonders die Vorgänge in den größten Ländern, Preußen und Bayern, nicht ohne Rückwirkung auf das ganze Reich bleiben konnten.

Zentrum in Preußen

In beiden zeigte sich wie im Reichstage eine entschiedene Vorherrschaft des Zentrums, das zusammen mit den konservativen Elementen seine Macht fühlbar zu machen wußte, vor allem auf dem Gebiete der Volksschule. Im Jahre 1892 brachte der preußische Kultusminister v. Zedlitz ein Volksschulgesetz vor den preußischen Landtag, das in streng kirchlichem Sinne gehalten war und einen allgemeinen Sturm des Widerstandes bei den liberalen Parteien entfesselte. Der Kaiser selbst griff ein, und der Kultusminister mußte seine Entlassung nehmen. 17. März 1892 Erst nach zwölf Jahren, 1904, versuchte die preußische Regierung, um den immer schlimmer sich fühlbar machenden Schäden in der Volksschulunterhaltung abzuhelfen, in einer neuen Vorlage der Volksschulfrage nahezutreten. — Auch auf dem Gebiete des höheren Schulwesens vollzogen sich bedeutsame Änderungen im Anschluß an die von Kaiser Wilhelm berufenen Schulkonferenzen von 1890 und 1900 (§ 310). Die klassischen Sprachen wurden etwas eingeschränkt und unter Mitwirkung des Kultusministers Dr. Studt, des Ministerialdirektors Althoff

Höhere Schulen

und des Geheimrates Matthias der Grundsatz der Gleichwertigkeit des Gymnasiums,
1900 des Realgymnasiums und der Oberrealschule, festgesetzt und so jeder derselben unter wesentlich gleichen Bedingungen der Wettkampf mit den anderen um die Anerkennung ihrer Leistungen freigegeben.

Polnische Frage

Von hoher Bedeutung auch für das Reich wurde die polnische Frage. Das Polentum drang mit großer Zähigkeit vor und hielt fest an der Idee der Wiederherstellung des einstigen polnischen Reiches; selbst in den rheinischen und westfälischen Industriebezirken entstand durch die Einwanderung polnischer Arbeiter eine polnische Frage.

Während nun die Regierung, unterstützt durch die Parteien der Konser-
1886 vativen und Nationalliberalen, durch ein Ansiedlungsgesetz, durch die Förderung der Kenntnis der deutschen Sprache unter den Polen und durch die
1903 Schaffung einer deutschen Akademie in Posen diese Gefahr zu beseitigen suchte, stand das Zentrum fast durchweg auf seiten der Polen.

Steuerreform

Dem Finanzminister v. Miquel gelang es, eine hochwichtige Steuerreform in Preußen durchzuführen, die die Selbsteinschätzung festsetzte und vom 1. April 1895 ab in Kraft trat. Im Jahre 1896 wurde die Landgemeindeordnung für

Landgemeindeordnung

die sieben östlichen Provinzen Preußens angenommen, wodurch die von Stein im Jahre 1807 (§ 64) begonnenen Reformen gewissermaßen zum Abschluß gebracht wurden. Aus Anlaß des Kanalkonflikts nahm Miquel 1900 seinen Abschied; er starb am 7. September 1901.

Das Zentrum in Bayern

Ähnlich wie in Preußen versuchte auch in den anderen deutschen Staaten, in Bayern, Württemberg und Baden, die ultramontane Partei die herrschende Stellung zu erobern. In Bayern gelang es ihr mit Unterstützung der Sozial-
18. Febr. 1903 demokraten den ihr mißliebigen Ministerpräsidenten, Grafen v. Crailsheim, zu stürzen; in Baden und Württemberg drehte sich der Kampf um die Zulassung von Klöstern und um die Volksschule.

Ostafrika

§ 380. b. Deutsche Kolonialpolitik. Die Hoffnungen auf die rasche Entwicklung der deutschen Kolonien in Ostafrika, die man auf den zwischen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft und dem Sultan von Sansibar getätigten Vertrag (§ 330) gesetzt hatte, erfüllten sich nicht.

Buschiri

Die in ihrem Gewerbe bedrohten Sklavenhändler erregten unter der Führung Buschiris
1888 einem allgemeinen Aufstand. Die deutsche Regierung mußte sich entschließen, vom Reiche aus einzugreifen; sie fand die Unterstützung des Reichstages, in dem nun auch das Zentrum, das die Missionstätigkeit gefährdet sah, sich zur Bereitstellung der für die Unterdrückung des Sklavenhandels erforderlichen Mittel erklärte. England verpflichtete sich in einem Vertrage mit Deutschland dazu mitzuwirken, Italien und Portugal traten dem Vertrage bei, Frankreich sagte wenigstens mittelbare Unterstützung zu. Der Afrikaforscher Wißmann (§ 368) wurde nach Ostafrika geschickt, nahm an der Spitze einer aus deutschen Offizieren, Unteroffizieren und Negermannschaften zusammengesetzten Truppe nach manchen Gefechten
1889 Buschiri gefangen und ließ ihn als Rebell aufhängen. — Nach Bismarcks Rücktritt kamen dann allerdings Jahre, in denen der deutsche Kolonialbesitz in Frage gestellt zu sein schien, als Caprivi sagen konnte, es könne ihm nichts Schlimmeres passieren, als daß ihm ganz Afrika geschenkt würde.

Deutschland schloß damals mit England einen Vertrag über die
17. Juni 1890 Besitzverhältnisse und Interessensphären in Ostafrika ab, in dem es Witu, Uganda und Sansibar preisgab, aber die unmittelbare Herrschaft über das Festland bis zu den Seen und die Insel Helgoland erhielt. Gegen eine Entschädigung von vier Millionen Mark trat dann der Sultan von
1890 Sansibar die Souveränität über das deutsch-ostafrikanische Gebiet an den Kaiser ab, worauf das bisher unter der Deutsch-Ostafrikanischen Gesell-
1890 schaft stehende Land in eine Kronkolonie verwandelt wurde. Weitere
1894 kriegerische Unternehmungen in Kamerun, wo ein Aufstand bald gedämpft
1894 wurde, und in Südostafrika, wo Gouverneur v. Scheele die Wahehes

erfolgreich bekämpfte, gefährdeten wohl auf eine kurze Zeit die Sicherheit dieser Kolonialgebiete, konnten aber nicht hindern, daß dieselben aufzublühen begannen, und daß auch das deutsche Kapital sich an den landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmungen mehr und mehr beteiligte.

Südwestafrika

Gefährlich war der Aufstand in Südwestafrika. Zuerst empörten sich im Bezirk Warmbad die Bondelzwarts, wurden aber durch den Oberst Leutwein wieder unterworfen. Dieser Aufstand erwies sich aber als das Vorspiel einer nahezu allgemeinen Erhebung der Eingeborenen, besonders der Hereros, die aus bisher noch nicht völlig aufgeklärten Ursachen entstand, den Gouverneur Leutwein wie die Kolonialverwaltung völlig überraschte und einer großen Zahl von Ansiedlern das Leben kostete.

1903

1904

1904

Der Aufstand griff schnell um sich, so daß Truppen auf Truppen hinübergeschickt werden mußten, leider zu Anfang nicht in genügender Zahl. Im Oberkommando trat eine Änderung ein; General v. Trotha übernahm das Oberkommando, und Leutwein ging nach Deutschland zurück. Aber auch Trotha konnte anfangs nichts ausrichten. Die Hereros entzogen sich seinen Umzingelungen, und der mit schweren Opfern erkaufte Sieg bei Hamakari am Waterberg erwies sich nur als ein halber Erfolg. Erst durch ein allgemeines Kesseltreiben, das eine Aushungerung der Hereros herbeiführte, wurde deren Widerstandskraft gebrochen. Eine wirkliche Unterwerfung aber konnte bis zum Ende des Jahres 1904 noch nicht herbeigeführt werden, zumal der alte Hottentottenhäuptling Hendrik Witboi den Krieg erklärte. Ein Teil der deutschen Truppen mußte deshalb von dem Herero-Kriegsschauplatz gegen ihn nach dem Süden abgesandt werden. Es gelang diesen, den Häuptling in mehreren blutigen Gefechten zu besiegen.

11. Juni 1904

11., 12. Aug.

Nov.

Mitte Okt.

Samoa

Auch auf Samoa brachen bald nach der Samoakonferenz (§ 330) neue Unruhen aus, da die gemeinsame Kontrolle Deutschlands, Englands und der Vereinigten Staaten sich nicht wirksam genug erwies.

Einem Versuch Englands, Deutschland zur Verzichtleistung auf Samoa zu bewegen, trat die öffentliche Meinung in Deutschland scharf entgegen. 1894 brach ein neuer Aufstand aus, der nach dem Eingreifen deutscher und englischer Schiffe mit der Unterwerfung des Häuptlings Tamasese endigte. Als aber nach dem Tode Malietoas Mataafa nach Samoa zurückgeführt wurde, widersetzte sich seiner Thronfolge eine Gegenpartei, die Tanu, den unmündigen Sohn Malietoas, als Thronkandidaten aufstellte. In dem auf Apia ausbrechenden Kampfe siegte die Mataafapartei; es zeigte sich aber durch das Auftreten des amerikanischen Oberrichters Chambers zugunsten Tanus, daß zwischen den Großmächten eine „reinliche Scheidung" dringend notwendig war, wenn wirklich Ruhe eintreten sollte.

1898

Deshalb wurde von den drei Mächten in Washington ein Abkommen unterzeichnet, in dem das Deutsche Reich die Inseln Upolu und Sawaii erhielt, die Vereinigten Staaten die Insel Tutuila. Dem Handel der drei Mächte blieben auf allen Inseln die gleichen Vorrechte gewahrt, die die souveräne Macht in allen den Häfen genießt, die dem Handel einer dieser Mächte offen stehen. In demselben Jahre erwarb das Deutsche Reich von Spanien die Karolinen, Palau- und Marianen-Inseln.

2. Dez. 1899

22. Juni

Orient

Die Erlaubnis des türkischen Sultans, daß die Deutsche anatolische Eisenbahngesellschaft die kleinasiatische Bahn über Bagdad bis zum Persischen Golf führen dürfe, stärkte nicht wenig den wirtschaftlichen und politischen Einfluß Deutschlands in Kleinasien. Auch die von dem Kaiser Wilhelm mit seiner Gemahlin unternommene Orientreise diente dazu, das Ansehen Deutschlands zu mehren. Er weihte dabei in Jerusalem die evangelische Erlöserkirche ein und schenkte der römisch-katholischen Gemeinde die sogenannte Dormitio Sanctae Mariae zur Errichtung einer Kirche. Diese Schenkung hatte die politische Bedeutung, daß das früher bestehende, aber seit Jahren nicht mehr ausgeübte Protektorat Frankreichs über alle römisch-katholischen Einwohner des Orients, das von der fran-

1899

1898

zösischen Regierung und der Kurie in Rom ausdrücklich wieder bestätigt wurde, zurückgewiesen und die katholischen Untertanen des Deutschen Reiches von nun an unter den Schutz des Deutschen Kaisers gestellt wurden.

§ 381. c. Verhältnis zu den Großmächten. Die friedliche Grundstimmung, die in den meisten Fällen der internationalen Politik (§ 372 ff.) zutage trat, zeigte sich auch in dem engeren Verkehr des Deutschen Reiches mit den einzelnen Mächten; so waren bei der feierlichen Einweihung des
1895 Kaiser-Wilhelms-Kanals (Nord-Ostsee-Kanal) durch Kaiser Wilhelm II. Kriegsschiffe fast aller Marinen, auch der französischen, im Kieler Hafen
Frankreich anwesend. Mit Frankreich bahnte sich allmählich durch das bei vielen Gelegenheiten bewiesene Entgegenkommen des deutschen Kaisers ein besseres Verhältnis an, das in der glänzenden Beteiligung Deutschlands
1900 an der Pariser Weltausstellung und durch die Aufhebung des Diktatur-
9. Mai 1902 paragraphen (§ 320) seinen Ausdruck fand.

Deutschland konnte um so mehr auf den allerdings 1871 zur Aufrechterhaltung der Ruhe noch nötigen Diktaturparagraphen verzichten, als das Elsaß, wie auch zum großen Teil Lothringen, im großen und ganzen dem Deutschtum wiedergewonnen ist; im Elsaß sind auch die niederen Volksschichten der alten deutschen Kultur zurückgeführt; in Lothringen ist Metz zum guten Teil deutsch geworden und in den nördlichen Teilen hat die gewaltig aufblühende Industrie eine rasch einströmende deutsche Einwanderung herbeigeführt.

England Dagegen wurde die Stimmung des deutschen und des englischen Volkes eine unerfreulich gespannte während der Ereignisse in Südwestafrika (§ 385). Wie Deutschland den Übergriffen Englands im Kongostaat (§ 368) entgegentrat und auch sonst mit ihm Reibungen auf kolonialem Gebiete hatte, so erhob es bei dem völkerrechtswidrigen Ein-
1895 falle Jamesons in Transvaal Einspruch: auf die Nachricht vom Siege der Buren bei Krügersdorp wünschte Kaiser Wilhelm dem Präsidenten
3. Jan. 1896 Krüger in einem Telegramme Glück, daß er die Friedensstörer zurückgewiesen und die Unabhängigkeit seines Landes gewahrt habe. Während des Burenkrieges belegten die Engländer einige deutsche Postdampfer mit Beschlag unter der Beschuldigung, Konterbande für Transvaal zu führen, und gaben sie erst nach dem tatkräftigen Einschreiten der deutschen Regierung wieder frei. Obwohl die deutsche Regierung trotz der in Deutschland, wie überall, burenfreundlichen Stimmung strenge Neutralität bewahrte und der Kaiser durch mehrfache freundschaftliche Besuche in England die Mißstimmung zu bannen suchte, blieb diese bestehen, hauptsächlich genährt durch den wirtschaftlichen Aufschwung des deutschen Volkes, der den bisherigen Vorrang der Engländer in der Weltwirtschaft und auf dem Weltmarkt zu gefährden drohte.

Nordamerika Freundlicher dagegen wurde das Verhältnis Deutschlands zu den Vereinigten Staaten Nordamerikas, das sich durch die amerikanische Schutzzollpolitik (§ 367) getrübt hatte; und als der Bruder des deutschen Kaisers,
1902 Prinz Heinrich, dem Präsidenten Roosevelt bei Gelegenheit der Taufe eines in Amerika gebauten deutschen Schiffes einen Besuch abstattete, wurde er von den Amerikanern mit großer Begeisterung empfangen. So wenig solche Vorgänge auch die eigentlich politischen Fragen beeinflussen, so erhielt das amerikanische Deutschtum selbst, dessen Bestrebungen auf die Gründung deutscher Schulen, Förderung deutschen Turnwesens, deutscher Fortbildung und deutscher Kultur hinzielen und in dem 1901 zu Phila-

delphia gegründeten deutsch-amerikanischen Nationalbunde zusammengefaßt werden, durch diesen Besuch eine bedeutsame Stärkung.

Mit Österreich und Italien blieb das Bündnis bestehen, mit Rußland gestalteten sich die Beziehungen wieder freundschaftlicher, zumal während des Krieges mit Japan; zur Türkei besteht seit der Orientreise des Kaisers ein sehr gutes Verhältnis. Die übrigen Mächte

§ 382. Österreich-Ungarn. In dem buntsprachigen Kaiserreiche an der Donau wurde der Widerstreit der nationalen Elemente immer wilder und schärfer. Ein schwerer Schlag traf das Reich auch durch den Tod des Kronprinzen Rudolf. Franz Josef seit 1848 — 30. Jan. 1889

Er war seit 1882 mit der Prinzessin Stephanie von Belgien vermählt und starb auf dem Jagdschlosse Meyerling bei Baden, wie man annahm, durch Selbstmord. Das Thronrecht ging, da die Ehe ohne männliche Erben geblieben war, auf den Bruder des Kaisers, den Erzherzog Karl Ludwig, über. Dieser aber starb am 9. Mai 1896; sein ältester Sohn, Franz Ferdinand von Este, schloß im Jahre 1900 eine morganatische, nicht ebenbürtige Ehe mit der Gräfin Sophie Chotek und verzichtetete für seine Nachkommen auf die Thronfolge. Deshalb wird dieselbe einst an seinen Bruder, den Erzherzog Otto, fallen, der mit der Prinzessin Josepha von Sachsen vermählt ist.

Das schon durch den Tod des Kronprinzen in schwere Trauer versetzte Kaiserhaus wurde noch härter getroffen durch das Hinscheiden der Kaiserin Elisabeth; sie wurde am 10. September 1898 in Genf ermordet durch den italienischen Anarchisten Lucheni, in dem Jahre, in welchem Österreich sich zu der Feier der 50jährigen Regierung seines Kaisers anschickte. 10. Sept. 1898

Die Zerrissenheit des Reiches infolge der religiösen, nationalen und wirtschaftlichen Gegensätze war so groß, daß eine in bestimmter Richtung fortgesetzte Regierung von einer längeren Dauer unmöglich war. Nur durch Kompromisse konnte man etwas erreichen. Das hatte Graf Taaffe (§ 342) vortrefflich verstanden. Es gelang ihm dabei auch, auf dem Gebiete der materiellen Interessen einen bedeutenden Erfolg zu erringen. Die Finanzminister Dunajewski und Steinbach stellten das Gleichgewicht im Budget wieder her, und der letztere setzte trotz aller Schwierigkeiten die Einführung der Goldwährung durch. Im Jahre 1892 wurde eine neue Münze im Werte von 85 deutschen Reichspfennigen geschaffen, die „Krone", die in 100 Heller eingeteilt wurde; zwei Kronen hatten den Wert des alten Gulden. In der Eisenbahnpolitik erstrebte die Regierung, ähnlich wie in Deutschland, die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Die Arlbergbahn eröffnete dem ungarischen Getreide ein neues, großes Absatzgebiet nach Westen. Als aber nun die Jungtschechen ein unabhängiges Böhmen, Gleichstellung Prags mit Wien, Dezentralisation der Eisenbahnen, allgemeines Stimmrecht, Gleichstellung der Arbeiterklasse und Heeresverminderung forderten, und Taaffe ein neues Wahlgesetz einbrachte, das jedem, der halbjährigen Wohnsitz, Lesen und Schreiben nachweisen konnte und seiner Militärpflicht genügt hatte, das Stimmrecht gab, da mußte er sein vierzehnjähriges Regiment aufgeben. Taaffe 1869—1893 — 1889 — 20. Sept. 1884 — 18. Okt. 1893

Ein deutsch-polnisch-liberal-klerikales Koalitionsministerium unter dem Präsidium des Fürsten Windischgrätz trat an seine Stelle. Aber diese Koalition hielt sich nicht lange. Bei der Frage der Errichtung eines slowenischen Gymnasiums in Cilli traten die Liberalen aus derselben aus, und nun folgte ein Ministerium unter dem Grafen Badeni, einem polnischen Magnaten, der früher Statthalter von Galizien gewesen war. Er führte zunächst eine Erweiterung des Wahlrechtes zum Abgeordnetenhause herbei. Badeni Sept. 1895—1897 — 27. Mai 1896

5½ Millionen Wähler wählten nun 72 Abgeordnete; den 5402 Großgrundbesitzern gehörten aber von den bisherigen 353 Mandaten 85, den 583 Mitgliedern der Handelskammern 21; auf die 383500 Wähler der Städte entfielen 118, auf die 1378572 Urwähler in den Landgemeinden 129 Sitze. Bei den Neuwahlen eroberten die Sozialdemokraten von den Deutschen 14 Sitze. Die Mehrheit wurde eine slawisch-klerikale, aber erreichte nicht die zu Verfassungsänderungen notwendigen zwei Drittel.

Sprachenverordnung

April 1897

Um nun den Widerstand der Jungtschechen gegen den so wichtigen Ausgleich mit Ungarn (siehe unten) zu beseitigen, erließ Badeni eine Sprachenverordnung, die in rein deutschen Gegenden die tschechische Amtssprache vorschrieb, sobald ein Tscheche sie verlangte. Das erregte natürlich die Erbitterung der Deutschen, und als Badeni ihnen in verschiedenen Städten mit slawischer Polizei- und Militärgewalt gewaltsam entgegentrat, da begann im Reichstag eine „Obstruktion", die zu den wüstesten Lärmszenen Veranlassung gab. Selbst die christlich-soziale Partei, die unter der Führung des von Badeni zum Wiener Bürgermeister bestätigten Lueger eine bedeutende Rolle zu spielen begonnen und anfangs Badeni günstig gegenübergestanden hatte, wandte sich von dieser antideutschen Politik ab, schließlich taten das sogar die Klerikalen. So wurde

28. Nov. 1897

der Kaiser genötigt, Badeni zu entlassen. Auch die folgenden Ministerien unter Freiherrn v. Gautsch, dem Grafen Thun (seit 7. März 1898), Clary-Aldringen (seit 2. Oktober 1899) und Körber (seit 18. Januar 1900), hatten unter den

17. Okt. 1899

Folgen der Sprachenverordnungen zu leiden. Zwar wurden dieselben durch Clary wieder aufgehoben, und Körber brachte ein Sprachengesetz für Böhmen ein, nach dem das Königreich in rein deutsche, rein tschechische und gemischtsprachige Bezirke zerfallen sollte, also die tschechische Forderung auf Gleichberechtigung der beiden Sprachen im ganzen Lande abgewiesen wurde, aber weder Deutsche noch Tschechen waren damit zufrieden. Es kam zu neuen stürmischen Szenen im Reichsrat, so

8. Juni 1900

daß derselbe aufgelöst werden mußte. Der neue Reichsrat wandte sich endlich, in der Überzeugung, daß unter den unfruchtbaren nationalen Kämpfen Österreich wirtschaftlich leiden und schließlich auseinanderfallen müsse, friedlicheren Arbeiten zu, der Erweiterung der Wasserstraßen und Eisenbahnen. So begannen sich bessere Verhältnisse anzubahnen, wenn auch die antisemitisch-christlich-soziale Agitation unter Lueger und die „Los-von-Rom-Bewegung" (§ 371) die bürgerliche und staatliche Ruhe recht empfindlich störten.

Auswärtige Politik

In der auswärtigen Politik, unter Graf Kalnoky von November 1881 bis Mai 1895, dann unter dem polnischen Grafen Goluchowsky, hielt Österreich am Dreibund fest, daneben blieben in der Balkanpolitik die guten Beziehungen mit allen Balkanstaaten bestehen. Das zeigte sich durch einen Besuch des Kaisers in Bukarest im Jahre 1896 und in dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Bulgarien; auch mit Rußland kam es 1897 zu einer Verständigung. Nach einem Besuche Franz Josephs in Petersburg erging eine gemeinsame österreichisch-russische Note an die Balkanstaaten, in der betont wurde, daß beide Mächte entschlossen seien, den allgemeinen Frieden, das Prinzip der Ordnung und den status quo aufrechtzuerhalten. Auch in den im Jahre 1903 eintretenden Verwicklungen zwischen der Türkei und Macedonien gingen die beiden Mächte einig vor (§ 390). Eine nicht geringe Zunahme des Einflusses Österreichs in den Balkanländern erfolgte durch die Vollendung des Eisernen-Thor-Kanals, der im Beisein

27. Sept. 1896

des österreichischen Kaisers und der Könige von Rumänien und Serbien eröffnet wurde und dem österreichischen Handel einen neuen Zugang zu den östlichen Weltmärkten verschaffte.

Ungarn

In Ungarn ging das Bestreben der Magyaren, die nationalen Minderheiten durch Einführung der magyarischen Sprache in Verwaltung und Gericht, in den öffentlichen Schulen und im Eisenbahnwesen zu unterdrücken, weiter und rief namentlich in Siebenbürgen manchen Sturm hervor. Dazu weckte das Wehrgesetz,

1888

das in Österreich ohne Schwierigkeiten erledigt wurde, den schärfsten Widerstand der Magyaren. Sie sahen in der Bestimmung, daß die Offiziersprüfung in deutscher Sprache abgelegt werden solle, weil die Kenntnis derselben in dem vielsprachigen Kaisertum ein unentbehrliches Mittel für die gemeinsame Armeeorganisation sei, eine vaterlandsverräterische Unterordnung unter das Deutschtum, und die Regierung

mußte sich zu einigen Konzessionen verstehen: ausnahmsweise sollte die Ablegung des Examens in magyarischer Sprache gestattet sein, und das Recht des Parlaments inbetreff der Bewilligung des Rekrutenkontingents sollte voll gewährt werden. Dagegen gelang es dem Minister v. Wekerle, das finanzielle Gleichgewicht herzustellen und durch die Einführung des Zonentarifes und die Verstaatlichung der Eisenbahnen einen bedeutsamen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen. Nach längeren Kämpfen konnte Graf Banffy, der im Januar 1895 Ministerpräsident geworden war, das Zivilehegesetz durchsetzen, das an der 21. Okt. 1895
katholischen Kirche scharfen Widerstand erfuhr und auch dem Könige nicht angenehm war. Der Gegensatz zwischen dem Magyarentum und den unterdrückten Nationen verschärfte sich so, daß sie sich an der im Jahre 1896 stattfindenden tausendjährigen Jubelfeier des Reiches nicht beteiligten. Die schwierigste Frage aber war die des zu erneuernden Ausgleiches (§ 254). Im Jahre 1897 mußte Ausgleich zwischen Österreich-Ungarn
derselbe nach den geltenden Bestimmungen auf weitere zehn Jahre erneuert werden. Banffy erlangte die Verlängerung auf ein Jahr durch das Versprechen, wenn bis zum 1. Mai 1898 eine neue Vereinbarung nicht möglich geworden sei, der Kammer den Plan einer selbständigen ungarischen Finanzwirtschaft vorzulegen. Da in Österreich der Ausgleich bei der scharfen Obstruktion gegen Badenis Sprachenverordnungen (siehe oben) keine parlamentarische Erledigung fand, so machte der Kaiser selbst einen Vermittelungsversuch, nach welchem Aug. 1898
mit dem österreichischen Reichsrat noch ein letzter Versuch gemacht und, wenn er mißlänge, die endgültige Vereinbarung auf Grund des § 14 der Verfassung durch kaiserliche Verordnung herbeigeführt werden sollte. Obwohl das nach der ungarischen Verfassung unzulässig war, ließ sich doch Banffy dafür gewinnen, weil die Vereinbarung materiell für Ungarn günstig war. Darüber kam es im österreichischen Reichsrat wie im ungarischen Parlament zu den heftigsten Szenen; Banffy mußte seine Entlassung einreichen und an seine Stelle 26. Febr. 1899
trat Koloman v. Szell. Dieser vermochte die ungarische Opposition am 26. Juni 1899 dazu zu bringen, daß die Wirtschaftsgesetze bis zum 31. Dezember 1907 bewilligt wurden, während die Handelsverträge mit Deutschland und Rußland, sowie mit Rumänien 1903 von Ungarn gekündigt werden konnten; in Österreich wurde auf Grund des Notparagraphen ebendasselbe am 20. Juli durch kaiserliche Verordnung verfügt. Seitdem verliefen die parlamentarischen Kämpfe in Ungarn ruhiger, und die inneren Verhältnisse änderten sich nicht wesentlich, bis das Jahr 1903 einen neuen schweren Konflikt herbeiführte. — Die verschiedenen Nationen hatten dabei in der ganzen Zeit weiterzukämpfen für die Beachtung ihrer durch die magyarische Verwaltungspraxis gefährdeten gesetzlichen Rechte.

§ 383. Rußland. Rußlands Stellung in der auswärtigen Politik Alexander III. 1881—1894
wurde nach 1888 in gewissem Sinne eine ausschlaggebende, weil von ihr der Weltfrieden wesentlich abhing (§ 365). Das slawische Wohltätigkeitskomitee fuhr zwar in seiner Wühlarbeit fort, um die slawischen Völker Österreichs und der Balkanhalbinsel immer enger mit Rußland zu verbinden; und in Frankreich fand Rußland einen willigen Bundesgenossen. Es dämpfte jedoch die orientalischen Wirren ebenso wie die französische Revanche und wandte seine Macht nach Asien. Hier erweiterte es die Eisenbahnlinien in Tur- Asien
kestan und im Kaukasus und setzte die Bestrebungen, Persien von sich abhängig zu machen, beharrlich fort (§ 394). Am 31. Mai 1891 geschah durch den Thronfolger, den Großfürsten Nikolaus, der erste Spatenstich zu der Ussuri-Strecke der sibirischen Eisenbahn, die 9360 km lang die Ostküsten Asiens in 22 bis 23 Tagen in enge Verbindung mit Rußland bringen sollte; schon 1895 war mehr als ein Dritteil derselben fertiggestellt, und 1903 wurde sie dem Verkehr übergeben. Längs dieser Eisenbahn schob sich langsam, aber stetig die russische Kolonisation vorwärts

und unterstützte die Machtentfaltung Rußlands im fernen Osten. Zugleich sorgte Rußland unermüdlich für die Schlagfertigkeit seines Heeres und seiner Flotte. Neben Kronstadt wurde Libau ein Kriegshafen ersten Ranges, am Schwarzen Meere entstand außer Sewastopol ein zweiter Hafen in Batum.

Inneres

Im Innern blieb der Zar Alexander III., unterstützt von dem Vorsitzenden des Heiligen Synods Pobjedonoszew und dem Minister des Innern, Grafen Dimitri Alexandrojewitsch Tolstoi, der Träger der moskowitischen Ideen; alles sollte national und kirchlich russifiziert werden. Aber den inneren Frieden erzielte er nicht. Vielmehr zeigte ein ruchloses Attentat, wie sehr der Boden in Rußland unterwühlt war; der Zug, auf dem der Kaiser mit seiner Familie nach dem
29. Okt. 1888 Kaukasus fuhr, wurde bei Borki zur Entgleisung gebracht, wobei viele Personen getötet und verstümmelt wurden, die kaiserliche Familie aber mit leichten Ver-
3. Mai 1889 letzungen davonkam. Bald darauf starb Tolstoi, doch wurde seine sogenannte Verwaltungsreform in einer Anzahl von Gouvernements durchgeführt; sie war dem Wesen nach eine Rückkehr von den Grundsätzen der europäischen Selbstverwaltung und des Rechtsstaates zu der altrussischen patriarchalischen Autokratie.

Alexander III. †1. Nov. 1894

Daran änderte auch nichts der Tod Alexanders III. Sein Nach-

Nikolaus II. seit 1894

folger Nikolaus II. zeigte durch die Pobjedonoszew weiter erwiesene Gunst und durch eine im Januar 1895 abgegebene Erklärung, daß er dieses autokratische Regiment beibehalten wollte. Dagegen neigte der

Giers † 26. Jan. 1896

Zar, als nach dem Tode des Ministers von Giers der Fürst Lobanow-Rostowski Minister des Auswärtigen wurde, in den äußeren Fragen

26. Nov. 1894

mehr der Politik Alexanders II. zu. Er vermählte sich auch mit der deutschen Prinzessin Alix von Hessen (als Kaiserin Alexandra Feodorowna genannt). Die besseren Beziehungen zu Deutschland und Österreich blieben auch unter

Lobanow † 31. Aug. 1896

dem Nachfolger Lobanows, dem Grafen Murawjew, bestehen, ebenso

Murawjew † 21. Juni 1900

unter dem Grafen Lamsdorff. In Asien hielt der Zar an der bisherigen Ausbreitungspolitik fest. Durch einen Vertrag mit China gelang es (§ 377) der russischen Regierung, den Anschluß der sibirischen Bahn an die beiden wichtigen Häfen Port Arthur und Talienwan durchzusetzen, die im Ver-

27. März 1898

trage von Peking Rußland auf 25 Jahre zur Nutznießung überlassen wurden. Die eigenartige, von Nikolaus II. ausgehende Idee eines Weltfriedens, die auf dem Haager Kongreß verwirklicht werden sollte (§ 373) hinderte nicht, daß die Wehrkraft des Zarenreiches unausgesetzt verstärkt wurde. Wegen Tibet entstand eine bedenkliche Spannung mit England und 1904 brach ein verhängnisvoller Krieg mit Japan aus (§ 395). Sein Verlauf hat Rußlands führende Stellung stark beeinträchtigt.

Ostseeprovinzen

Schwer hatten die Deutschen in den baltischen Provinzen zu leiden. Der Senator Manassein, der als Kommissar dorthin gesandt wurde, untersagte den „fremden Konfessionen", d. h. jeder nicht griechisch-orthodoxen, den Neubau von Kirchen, erklärte die Kinder aus Mischehen für griechisch-katholisch, verschickte viele lutherische Prediger, die den Bekehrungen entgegentraten, nach Sibirien und russifizierte vollständig die altdeutsche Universität Dorpat, die den Namen Jurjew

1893

bekam. Auch die Juden wurden durch wiederholte Verfolgungen schwer heimgesucht. Dagegen verfuhr man schonender mit den Polen, wie auch mehrfache Versuche angestellt wurden, mit dem Papsttum einen modus vivendi herzustellen.

Finnland

Rücksichtslos aber ging man gegen Finnland vor. Seit 1890 begann die Russifizierung. Im Jahre 1899 wurde dann dem finnischen Landtage ein Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem das Land jährlich 7000 Mann stellen mußte, die nunmehr, entgegen dem bisherigen Recht, auch zu Angriffskriegen verwendet und in russische Regimenter verteilt werden sollten. Als der Landtag diesen

Gesetzentwurf verwarf, erklärte ein Ukas des Zaren, daß ihm das Recht zu- 15. Febr. 1899
stehe, in allen Rußland und Finnland gemeinsamen Fragen allein Gesetze zu geben; doch sollten finnländische Senatoren beim Erlaß neuer Gesetze zum russischen Reichsrat zugezogen werden. Eine mit mehr als einer halben Million Unterschriften bedeckte Bittschrift um Aufhebung dieser Bestimmungen nahm der Zar gar nicht an. Die Folge dieser Bedrückungen war eine starke Auswanderung der Finnländer nach Schweden.

Wirtschafts-entwicklung

Die Volkswirtschaft Rußlands hob sich nur sehr langsam. Die Bauern zeigten sich für die 1864 gewährte Selbstverwaltung (Semstwo § 203) so wenig reif, daß wieder kaiserliche „Bezirkshauptleute" aus dem Adel die Leitung übernahmen und die Wucherer, die „Kulaki", in der schlimmsten Weise zur Macht gelangten. Dazu kamen schwere Hungersnöte und das Wüten der Cholera, die im Jahre 1892 von Turkestan aus das ganze europäische Rußland durchzog. Die gegen sie getroffenen Maßregeln der Regierung stießen vielfach auf gewaltsamen Widerstand der abergläubischen Volksmassen, die, in viele religiöse Sekten geteilt, jeder Aufklärung unzugänglich blieben. Trotzdem begannen die Finanzen unter dem Finanzminister Wyschnegradski sich allmählich aus dem langjährigen Defizit herauszuarbeiten und behielten die steigende Tendenz, als 1895 der energische Finanzminister Witte die Leitung übernahm. 1899

Neue Stürme

Das System des Absolutismus erfuhr aber eine schwere Erschütterung, als man am Ziele zu sein glaubte. Die Entlassung des Finanzministers Witte schien, obgleich er Vorsitzender des Ministerrats blieb, den Sieg der bureaukratisch-autokratischen Bestrebungen des Ministers des Innern, v. Plehwe, zu bedeuten, da erfolgte die Ermordung des Statthalters von Finnland, Bobrikow, und Plehwes selbst. Dazu kam die durch den Krieg mit Japan (§ 395) hervorgerufene Aufregung des ganzen Volkes. Der Ruf nach einer Umbildung des politischen Lebens im liberalen Sinne wurde immer lauter, und so wurde Fürst Swjätopolk-Mirski zum Minister des Innern ernannt. Doch erfüllte der Erlaß des Zaren zur „Vervollkommnung der Staatsordnung" die Erwartungen nicht, da er „die unabänderliche Wahrung, die Unerschütterlichkeit der Reichsgrundgesetze" allem anderen voranstellte. Dieser Erlaß enthielt das Versprechen der Heranziehung der örtlichen Körperschaften zur Verwaltung, sowie die Zusicherung der Ordnung der Rechtspflege und stellte Gesetze im Interesse der Arbeiter in Aussicht. Aber für eine solche Reform war es zu spät; das Volk verlangte bereits mehr. — Ein Freudenereignis für den Zaren und für Rußland war die mitten in die Kriegswirren fallende Geburt des längst ersehnten Thronfolgers Alexis. 29. Aug. 1903 — 16. Juni 1904 — 28. Juli — 8. Sept. — 26. Dez. 1904 — 17. Febr. 1905

§ 384. Dänemark, Schweden-Norwegen. Fern von der großen Weltpolitik mit der Sorge für das eigene Land vollauf erfüllt, spielte sich das Leben der nordischen Staaten Dänemark, Norwegen und Schweden ab. 12. Aug. 1904 — 12. Aug. 1904

Dänemark

In Dänemark brachte das Jahr 1894 endlich die Beseitigung des unfruchtbaren Verfassungskampfes (§ 345), der das Land so lange in zwei feindliche Teile getrennt hatte. Mit der Vollendung des Festungsbaues von Kopenhagen fiel der eigentliche Streitpunkt fort; die Linke zeigte sich bereit, Indemnität für die finanziellen Maßregeln der Konfliktszeit zu gewähren, forderte aber den Rücktritt des Finanzministers Estrup. Das wies die Rechte zurück; als sie aber inbetreff der Herabsetzung des Heeresetats einwilligte, kam der Ausgleich doch zustande, und Estrup nahm bald darauf seine Entlassung. Aber der Streit zwischen der Regierung und der Volksvertretung begann von neuem, da für die Befestigung von Kopenhagen mehr aufgewandt worden war, als der Folkething bewilligt hatte. Als dann die Opposition bei den Wahlen siegte, erfolgte durch Ernennung des Professors Deuntzer zum Ministerpräsidenten ein Ministerwechsel im Sinne der Linken, so daß die Regierung seit langen Jahren zum 1894 — 3. Aug. 1894 — 1898 — 23. Juli 1901

ersten Male eine Mehrheit in der Volksvertretung besaß. In starke Mitleidenschaft gezogen wurde das dänische Reich durch die sozialistische Bewegung.

April 1899 Im Kopenhagener Zimmergewerbe brach ein Streik aus, der schließlich zu einer Kraftprobe zwischen den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und den ebenfalls organisierten Arbeitgebern wurde; die Einigung fiel in allen wesentlichen Punkten zugunsten der letzteren aus. Aber die sozialdemokratische Bewegung machte außerordentliche Fortschritte, so daß am Ende des Jahres 1900 schon 556 Vertreter dieser Partei in den Gemeindeverwaltungen, in der Stadtverwaltung von Kopenhagen allein 17, gezählt wurden.

Am 8. April 1898 feierte der König Christian IX. seinen achtzigsten Geburtstag; er hatte in schweren Zeiten (§ 238) die Regierung übernommen, aber dann durch seine ruhige Besonnenheit dem Lande in den langen Friedensjahren einen ungeahnten Aufschwung in Landwirtschaft, Handel, Verkehr, Schiffahrt, Kunst und Literatur gegeben. Zu den bedeutendsten kulturellen Arbeiten gehört die Urbarmachung der endlosen Heidestrecken Westjütlands.

Mit dem Auslande trat der König in glänzende Familienverbindungen;
10. März 1863 seine älteste Tochter Alexandra wurde dem Prinzen von Wales vermählt,
6. Juni 1863 sein Sohn Wilhelm wurde als Georg I. König von Griechenland (§ 209),
9. Nov. 1866 seine zweite Tochter Dagmar vermählte sich mit dem späteren Kaiser Alexander III. und die Verbindung des Kronprinzen Friedrich mit der Prinzessin Luise von Schweden knüpfte ein Band zwischen den skandinavi-
21. Dez. 1881 schen Dynastien. Die dritte Tochter Thyra heiratete den hannöverschen Prätendenten Ernst August von Cumberland. Die Fürstenzusammenkünfte im Weißen Schloß zu Fredensborg erregten oftmals die Aufmerksamkeit Europas; man war eine Zeitlang geneigt, ihnen eine politische Bedeutung beizulegen.

Schweden-Norwegen Oskar II. seit 1872 Die seit Bernadottes Thronbesteigung (§ 51) zwischen Schweden und Norwegen entstandenen, zum Teil recht schweren Streitigkeiten wurden auch in dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts weiter fortgesetzt.

An Sverdrups (§ 345) Stelle trat 1889 in Norwegen ein gemäßigt
1890 konservatives Ministerium unter Stang. Dieses brachte ein neues Zollabkommen mit Schweden zustande, was nicht leicht durchzusetzen war, da Schweden im Interesse seiner Landwirtschaft und Industrie zu Schutzzöllen übergehen, Norwegen aber am Freihandel festhalten wollte. Dann wechselten rasch konservative und radikale Ministerien miteinander ab. Die bedeutsamste Tat war
21. April 1898 die Ausdehnung des Wahlrechtes zum Storthing auf alle Männer über 25 Jahre. Im Vordergrund aber standen die Frage der norwegischen Flagge und die Forderung nach eigenen Konsulaten und einem eigenen Außenreichsminister für Norwegen. Anfänglich hatte Norwegen keine eigene Flagge, sondern mußte die schwedische benutzen, bis Oskar I. den Norwegern eine besondere
20. Juni 1844 Flagge gab und bestimmte, daß sowohl diese wie die schwedische das Unionszeichen tragen sollten. Letzteres aber wollten die norwegischen Radikalen wieder
1895 beseitigt wissen. Nachdem eine Kommission, die hier einen Ausgleich finden sollte, ergebnislos auseinandergegangen war, beschloß der Storthing die reine
17. Nov. 1898 norwegische Flagge ohne Unionsabzeichen zu führen. Obwohl dieser Beschluß zum dritten Male gefaßt war und deshalb Gesetz werden mußte, konnte der König sich doch nicht entschließen, ihn zu sanktionieren. So zog sich der Streit in das neue Jahrhundert hinein, ohne bisher beendet zu werden. Nicht anders erging es mit der Frage des Konsulatswesens und des Außenreichsministeriums; auch hier erzielte die Kommission des Jahres 1895 keine Einigung. So mangelhaft nun aber auch die Union zwischen Norwegen und Schweden sein mag, die unumstößliche Tatsache trat doch klar zutage, daß sie für beide Länder eine ununterbrochene Friedenszeit bildete, in der es ihnen möglich war, sich ausschließlich der inneren Entwicklung zu widmen und auf dem Gebiete des Geisteslebens (§ 86, 87) wie der Volkswirtschaft große Fortschritte zu machen.

§ 385. Großbritannien. In England wurde der Kampf zwischen den Liberalen unter der Führung Gladstones, der Homerulepartei (§ 346) und der konservativen Partei unter Salisbury immer heftiger.

Die Konservativen fanden Unterstützung an den Unionisten, einer liberalen Gruppe, die die Einheit der Nation erhalten wissen wollte und sich gegen Gladstones immer radikaler werdendes Streben, die „Massen" gegen die „Klassen", d. h. die höheren Klassen, aufzubieten, wendete. In Irland ging die Regierung scharf gegen die Agitatoren vor, doch mußte sie eine gegen Parnell erhobene Beschuldigung, daß er die Ermordung des Lord Cavendish und Burkes (§ 346) gebilligt und unterstützt habe, als eine Erfindung fallen lassen. Zwar erlangte Parnell durch diesen Ausfall des Prozesses eine sehr einflußreiche Stellung, 1890
aber ein gegen ihn erhobener Ehebruchsprozeß stürzte ihn; bald darauf starb 9. Okt. 1891
er. Eine für die Iren günstige Wendung schien nun der Kampf zu nehmen, als das Kabinett Salisbury zurücktrat und Gladstone wieder die Leitung der 4. Ministerium Gladstone
Regierung übernahm. Die Homerule-Bill wurde vom Unterhause an- 15. Aug. 1892—8. März 1894
genommen, erwies sich aber als unausführbar. Nach ihr sollten die Iren als
vollberechtigte Mitglieder in das Parlament eintreten. Dann aber wären sie be- 1. Sept. 1893
rechtigt gewesen, in jeder Weise in England mitzuregieren, die Engländer aber in Irland in erheblichen Beziehungen nicht. Sofort begannnen die Konservativen den Kampf gegen Gladstone: das Oberhaus brachte die Bill zu Falle; und als dann der große Greis — the Grand Old Man, mit drei großen Anfangsbuchstaben, nannten ihn Freund und Gegner seit langen Jahren — zurücktrat 3. März 1894 †19. Mai 1898
da wurden auch die irischen Homeruleexperimente beendigt. Mehr und mehr begann die Gegenströmung gegen diese die Einheit des Reiches lösenden Bestrebungen; sie erhielt eine mächtige Unterstützung, als auch Lord Rosebery, der Nach- Rosebery 3. März 1894 bis 24. Juni 1895
folger Gladstones, einem neuen Ministerium Salisbury weichen mußte. Aus Salisbury
der Mitte der Unionisten traten Harlington, Herzog von Devonshire, als Präsident 24. Juni 1895 bis 12. Juli 1902
des Geheimen Rates und Josef Chamberlain als Kolonienminister in das † 22. Aug. 1903
neue Kabinett ein. Unter diesem wurden die sozial-wirtschaftliche Bewegung und die Kämpfe um die Volksschulen wieder schärfer.

Auf sozialem Gebiete hatten die großen Gewerkvereine, die Tradeunions, doch Soziale Frage
nicht das erreichen können, was in Deutschland durch die Arbeiterschutzgesetzgebung geschaffen war (§ 333, 379); ihre Hauptleistung blieb die Regelung des Lohnes und der Arbeitsbedingungen. Aber auch hier versagte ihre Kraft, wie der Dockarbeiterstreik im Jahre 1889 bewies. Durch ihn wurden Schäden offenbar, die man in der englischen Arbeiterwelt nicht vermutet hatte. Die öffentliche Meinung erklärte sich für die Arbeiter, die infolge der besonders von dem Kardinal Manning (§ 371) angestellten Vermittlungsversuche im großen und ganzen ihre Forderungen durchsetzten, während ein Streik der Gasarbeiter in demselben Jahr mit deren Niederlage endete, weil es sich bei diesem um eine Machtfrage, nicht um reine wirtschaftliche Interessen handelte. Im Jahre 1893 brach in Hull ein neuer gewaltiger Streik der Dockarbeiter und vor allem der Bergleute aus, der vom 28. Juli bis 18. November dauerte, 280000 Arbeiter außer Arbeit setzte und unsägliches Elend verursachte. Erst durch das Eingreifen der Regierung wurde eine Vereinbarung erzielt. Im Jahre 1897 kam es zu einem Streik der Maschinenbauer, die den Achtstundentag, das Ideal der Sozialdemokratie, verlangten, sowie die Mitwirkung der Gewerkvereine bei der Verteilung der Arbeit u. a. m. Die Arbeitgeber wiesen diese Forderungen als unvereinbar mit dem ganzen Arbeitsbetriebe ihrer Unternehmungen zurück und behielten trotz der gewaltigen Anstrengungen der Gewerkvereine den Sieg. Aber diese Bewegungen hatten doch das Ergebnis, daß im Jahre 1898 die Haftpflicht der Arbeitgeber erheblich verschärft wurde.

Auf dem Gebiete des Volksschulwesens errangen die Konfessionsschulen einen Volksschule
großen Erfolg. Das Volksschulwesen war 1870 durch die Bill Forster geregelt worden, die neben den streng konfessionellen, meist hochkirchlich eingerichteten Privatschulen, auch interkonfessionelle Schulen, board schools, zuließ, deren Erhaltung der Staat übernahm. Gegen diese Boardschulen kämpften mehrere Jahre hindurch die Privatschulen, vor allem die an ihnen am meisten interessierten anglikanischen Geistlichen, und verlangten Erhöhung der staatlichen Zuschüsse. Im Jahre 1902 kam die Entscheidung: trotz des Widerstandes der Nonkonformisten und der liberalen Unionisten brachte die Regierung, die auch nach dem

Rücktritt Salisburys am 12. Juli 1902 ihren politischen Charakter unter seinem Nachfolger
Ministerium Balfour 1902—1908 James Arthur Balfour nicht änderte, ein Gesetz durch, das die staatlichen Zuschüsse für die konfessionellen Privatschulen bedeutend erhöhte, ohne aber die Leitung derselben zu verstaatlichen. Nur einen Teil an der Schulaufsicht behielt sich die Regierung vor, die nun eine gemeinsame Oberbehörde für die Boardschulen und Privatschulen einsetzte. Dadurch war die Herrschaft der Anglikaner über mehr als die Hälfte der Volksschulen festgestellt.

Ostafrika Nach außen hin nahm Chamberlain die imperialistische Politik (§ 365) energisch auf. Die unter Disraeli von 1874 an in Südafrika, Cypern, Ägypten, Birma begonnene Eroberungspolitik wurde in den Jahren 1890—1894 mit den großen ostafrikanischen Erwerbungen von Sansibar, Witu, Uganda fortgesetzt. Ein mit dem
12. März 1894 Kongostaate (§ 368) getroffenes Abkommen über die „Pachtung" eines Landstriches am Tanganjikasee mußte England wegen des Widerspruches Deutschlands und Frankreichs allerdings wieder aufgeben, aber der deutsch-englische Vertrag vom Jahre 1890 (§ 380) sicherte ihm mit Sansibar und Witu die wichtige Stellung am Indischen Ozean, und die Verwandlung des britisch-ostafrikanischen Gesellschaftsbesitzes in ein Kronprotektorat im Jahre 1896 gab der englischen Reichsregierung die unmittelbare Herrschaft bis nach Uganda am oberen Nillauf. Im Jahre 1896 wurde auch
Mahdi der Krieg gegen das Reich des Mahdi Abdullahi (§ 348) wieder eröffnet. Vor den mit starker Truppenmacht von Suakin vordringenden Engländern schwand seine Macht mehr und mehr dahin, bis er endlich in der Schlacht
3. Sept. 1898 bei Omdurman, seiner Hauptstadt, dem von Slatin Pascha beratenen General Horatio Kitchener erlag, dessen zweiter Vorstoß Abdullahi
Nov. 1899 selbst und der Mehrzahl seiner Großen den Tod brachte. Den Absichten Frankreichs, vom inneren Afrika aus die Herrschaft über Ägypten wiederzugewinnen, trat England sofort energisch entgegen. Der bis Faschoda am Weißen Nil vorgedrungene französische Hauptmann Marchand mußte
1898 wieder umkehren und Frankreich gab in zwei Verträgen das Gazellen-
14. Juni 1898 / 21. Mai 1899 flußgebiet auf; die Grenze wurde im Osten die Wasserscheide zwischen Kongo und Nil, so daß Kordofan in die britische, Darfur in die französische Sphäre fiel.

Südafrika Hatten sich, abgesehen von der Zeit Gladstones 1892—1895, die englischen Staatsmänner nicht gescheut, durch alle Mittel, aber möglichst ohne große Kriege den Zweck der Vergrößerung zu erreichen, so ging Chamberlain nun schärfer vor und führte in einem alle Kräfte des großen britischen Reiches anspannenden Kampfe die Unterwerfung der Buren in Südafrika herbei. Durch sie wurde die Herrschaft Englands vom Kap bis zum Nildelta, unterbrochen nur durch Deutsch-Ostafrika, vollendet.

Transvaal Nach dem zwischen England und den Buren im Jahre 1884 geschlossenen Vertrage (§ 347) kam für Transvaal zunächst eine ruhigere Zeit. Aber die immer stärker werdende Ausbeutung der Goldfelder zog große Scharen von Fremden in das Land, die binnen kurzem die rückständige burische Bevölkerung zu überholen drohten. Die Goldstadt Johannesburg
Krüger Präsident 1883—1900 wurde eine englische Stadt. Paul Krüger sorgte als Präsident, so gut er konnte, für die Regelung von Fragen, an die bisher niemand gedacht hatte. Die Bergwerksgesetze gewährten den Grubenbetrieben ein weit höheres Maß des Gewinnes als in irgend einem anderen Lande, aber die „Uitlanders", d. h. die Engländer in Johannesburg, verlangten dazu weitgehende politische Rechte. Da ihnen die Buren diese nicht bewilligen wollten, so bildeten sie 1895 ein „Reformkomitee", um das Wahlrecht für sich zu erzwingen, und bewaffneten sich. Sie rechneten dabei auf die Unterstützung der unter Cecil Rhodes, der zugleich im Kaplande Minister war, stehenden Britisch-Afrikanischen Gesellschaft, die, 1889 im Swasilande gegründet und mit einem königlichen Freibrief ausgestattet (Chartered Company), der englischen Vergrößerungssucht schon wertvolle Dienste geleistet hatte. Der Kommissar der
Dez. 1895. Chartered Company, Dr. Jameson, überschritt mit 800 Reitern und sechs Geschützen die

Grenze. Aber der Präsident Krüger und General Joubert verlegten ihnen den Weg bei 1. Jan. 1896
Krügersdorp und zwangen sie, die Waffen zu strecken. Der Freibeuterzug rief in der ganzen 2. Jan.
Welt eine gewaltige Entrüstung hervor, der namentlich der deutsche Kaiser Wilhelm in einem
Telegramme an Krüger beredten Ausdruck gab (§ 381). Der Präsident zeigte sich nun einer-
seits als geschickter Diplomat, indem er durch Milde gegen die zum Tode verurteilten Leiter
des „Reformkomitees" das englische Unrecht um so schärfer erkennen ließ; anderseits aber
traf er alle Vorbereitungen zu dem nach aller Voraussicht unvermeidlich gewordenen Krieg
mit England; der Zug Jamesons fand nämlich in England nicht die entsprechende Sühne,
vielmehr wurde es wahrscheinlich, daß Chamberlain mit Cecil Rhodes in Verbindung ge-
standen hatte. Den letzteren zwangen die Afrikander der Kapkolonie, die Stammverwandten
der Buren, zum Rücktritt von seinem Ministerposten und gaben sich im Ministerium Schreiner 1897
eine Leitung, die zwischen Engländern und Holländern möglichst zu vermitteln suchte. Krüger
schloß ein Bündnis mit dem Oranjestaat und ließ reichlich Waffen und Kriegsvorrat in
das Burenland einführen. Als nun England in den Verhandlungen um die Gewährung
des Wahlrechtes an die Uitlanders immer neue Forderungen stellte, die darauf berechnet
waren, die Buren zum äußersten zu treiben, da erfolgte das Ultimatum der Buren: Einsetzung 10. Okt. 1899
eines Schiedsgerichts, Zurückziehung der englischen Truppen und Einstellung der englischen
Truppensendungen. Chamberlain verweigerte jede Verhandlung über solche Forderungen,
und so überschritten die Burenkommandos, die durch das eine Wort Krügers „Oorlog"
(Krieg) den Marschbefehl erhielten, die Grenze von Natal. 12. Okt. 1899

Ihre Streitkräfte betrugen nach Angabe der Engländer bei Beginn des Krieges 54800 Burenkrieg
Mann, denen diese kaum 30000 entgegenstellen konnten. Nach den Mitteilungen der Buren
hat die Gesamtzahl ihrer Krieger niemals 36000 überschritten. Sie schnitten Kimberley und
Mafeking von der Verbindung mit Kapstadt ab und besetzten die nach Natal hineinführenden
Gebirgspässe. Der englische General White konnte den 20000 Mann des burischen Ober-
feldherrn, Generals Joubert, nur 13000 gegenüberstellen. Sein Untergeneral Symons
wurde von den Buren bei Glancoe geschlagen; die Trümmer des englischen Heeres flüchteten 19. Okt.
nach Ladysmith. Trotz eines Erfolges der Engländer bei Elandslaagte, bei dem das deutsche 21. Okt.
Burenhilfskorps vernichtet und sein Oberst Schiel gefangengenommen wurde, konnte General
White die Einschließung von Ladysmith durch Joubert nicht hindern. Während dieser
auch Natal bis zum Tugela besetzte, drangen weitere Burenkommandos in die Kapkolonie
ein, wo zahlreiche waffenfähige Mannschaften sich mit ihnen vereinigten. Am 31. Oktober
landete der englische Oberbefehlshaber Sir Redvers Buller in Kapstadt. Um ihn nach
Natal zu ziehen, unternahm Joubert einen Vorstoß auf Pietermaritzburg. Buller überließ
in der Tat dem General Methuen den Entsatz von Kimberley, während General Hatacre
den Norden der Kapkolonie vom Feinde freimachen sollte. Methuen errang nun zwar 23., 25. Nov.
bei Belmont und Graspau scheinbare Erfolge, wurde aber am Modderfluß und bei 28. Nov.
Maggersfontein von General Cronje so entscheidend geschlagen, daß der englische 11. Dez.
Angriff ins Stocken geriet. Fast gleichzeitig erlitt General Hatacre bei den Stormbergen, 10. Dez.
im Nordosten der Kapkolonie, eine schwere Niederlage, während fünf Tage später Bullers
Versuch, Ladysmith zu entsetzen, bei Colenso am Tugela vereitelt wurde. 15. Dez.

Diese Lage bewog nun die englische Regierung, die beiden bedeutendsten englischen
Generale nach Südafrika zu schicken: Lord Roberts (§ 349) und Kitchener (siehe oben). Diese
trafen am 10. Januar 1900 in Kapstadt ein, konnten aber mit den durch die Niederlagen
entmutigten Truppen nichts beginnen, solange die unterwegs befindlichen 150000 Mann
Verstärkungen, zu denen auch Kanada und Australien Mannschaften stellten, noch nicht
eingetroffen waren. Indessen bewachten englische Kriegsschiffe die portugiesische Delagoabai,
die einzige neutrale Verbindung Transvaals mit dem Meere, und vergriffen sich hier an
deutschen Reichspostdampfern, die sie rücksichtslos nach Kriegskonterbande untersuchten
(§ 381). Ein nochmaliger Versuch Bullers, Ladysmith zu entsetzen, brachte ihm die blutigste
Niederlage des Krieges am Spionkop und eine zweite am Vaalkrantz ein, während die 24. Jan. 1900
Buren auch bei Colesberg und Rensburg kleinere Erfolge errangen. Nun übernahm Lord 8. Febr.
Roberts den Befehl und begann, statt der oft gescheiterten Frontangriffe, eine andere Art der 12., 15. Febr.
Kriegführung. Er umging mit fünfzehnfacher Übermacht die Stellung der Buren bei 18. Febr.
Jakobsdal: Cronje mußte sich nach dreitägigem Kampfe, dem Jahrestage von Majubahill 27. Febr.
(§ 347) mit 4300 Mann am Paardeberg ergeben. Kimberley war befreit. Die nächste
Folge war auch das Aufgeben der Belagerung von Ladysmith. Lord Roberts besetzte
Bloemfontein, ohne Widerstand zu finden. Friedensverhandlungen beider Republiken, die 18. März
von Holland unterstützt wurden, lehnte England schroff ab. An Stelle des inzwischen
verstorbenen Joubert (27. März) trat Louis Botha, dem die Generale Dewet und Delarey
zur Seite standen. Große Erfolge im offenen Felde waren den Buren nun nicht mehr

möglich; ihre Zahl sank auf 15000 Mann, denen die Engländer rund 250000 gegenüberstellen konnten. Dennoch hielten sich die Buren im Kleinkriege durch ihre Beweglichkeit und
18. Mai Selbstaufopferung. Aber sie konnten nicht hindern, daß Mafeking entsetzt wurde, Roberts
27. Mai den Vaal überschritt, und daß am 28. Mai die Einverleibung des Freistaates ausgesprochen, am 31. Johannesburg, am 5. Juni Pretoria besetzt wurde. Präsident Krüger zog sich nach dem Osten zurück. Kleinere Erfolge der Buren vermochten dem Kriege keine günstige Wendung mehr zu geben.

31. Juli So verließ Krüger, nachdem General Prinsloo mit 3000 Mann sich bei Fourierburg
23., 26. Aug. den Engländern ergeben hatte und das letzte größere Burenkommando geschlagen war, das
20. Okt. Land und reiste nach Europa ab, indem er Schalk Burger als seinen Vertreter zurückließ. Seine Versuche, die Hilfe europäischer Staaten zu erhalten, erwiesen sich indes als fruchtlos. Kaiser Wilhelm z. B. lehnte es ab, ihn, als er überraschend in Köln erschien, in Berlin zu empfangen. Krüger lebte dann in den Niederlanden und später in der Schweiz; hier starb der eigentümliche Mann, der so recht der Typus des echten, alten Buren war, in Clarens im Kanton Waadt am 14. Juli 1904; seine Leiche wurde nach Pretoria übergeführt. Auch
11. Dez. Roberts, der seine Aufgabe als erfüllt ansah, verließ Afrika und übergab den Oberbefehl an Kitchener. Die Buren spielten den Krieg in die Kapkolonie hinüber, so daß die Engländer sogar die Kapstadt in Verteidigungszustand setzen mußten. Auch im Norden erlitten sie schwere Verluste. Trotzdem wurde eine von Holland erneut vorgeschlagene Vermittlung zurückgewiesen. Als nun aber Kitcheners Versuche, Dewets habhaft zu werden und Delarey zu schlagen, mißlangen, da begann endlich auch England die Sehnsucht nach Frieden zu zeigen, zumal die Verluste entsetzlich waren und England vor allem in seiner
26. Febr. 1901 Politik in Asien (§ 394) völlig gelähmt wurde. Als dann die Königin Viktoria starb, die persönlich schwer unter diesem Kriege gelitten hatte, da ließ ihr Nachfolger, Eduard VII.,
22. März 1902 die ersten Verhandlungen mit den Burenführern in Pretoria beginnen, die zum Frieden
31. Mai 1902 führten. Die Buren erkannten Eduard VII. als ihren Souverän an, es wurden ihnen Schutz des persönlichen Eigentums, Wahrung ihrer Nationalität und Selbstverwaltung versprochen. Die Kaprebellen erhielten die verlangte Amnestie nicht; nur die allgemeine Zusage gab die englische Regierung, milde gegen sie zu verfahren und in keinem Falle die Todesstrafe zu verhängen. Die Zukunft muß nun zeigen, ob es den Engländern gelingen wird, das Land wieder in die Höhe zu bringen und die erbitterten Buren mit ihrem Regimente auszusöhnen. Den Zweck, durch die schnelle Vergewaltigung der Buren den Beweis zu erbringen, daß man fähig sei, die Handelsvorherrschaft mit Gewalt zu bewahren (§ 365), hatte England nicht erreicht und auch sonst durch den Krieg einen schweren Verlust an Ansehen erlitten.

Eduard VII. 1901—1910

Sehr zustatten ist England dann der russisch-japanische Krieg (§ 395) gekommen, durch den sein Ansehen in Europa, das, wie gesagt, durch die
2.—7. u. 27. bis 29. April 1903 schlechten Leistungen im Burenkriege gemindert war, wieder gefestigt wurde. Auch die geschickte Politik Eduards VII. trug viel hierzu bei. Er machte
März 1903 Besuche in Lissabon, Rom, Paris und Wien und verstand es vor allem mit
31. Aug. bis 8. Sept. Frankreich ein freundschaftliches Verhältnis anzubahnen, das seinen Ausdruck in einem Vertrage über Marokko (§ 373) fand.

Kolonialer Imperialismus

Die Drangsale des Burenkrieges waren ein Prüfstein für die imperialistische Gesinnung der Kolonien; sie bestanden dieselbe trefflich indem sie über 30000 Mann nach Afrika sandten. Und nun wurden auch die Ergebnisse des Krieges für die imperialistische Politik gezogen. 1902 trat eine Kolonialkonferenz in London zusammen und faßte bedeutsame Beschlüsse über Handelsbegünstigungen zwischen England und den Kolonien sowie über die Fragen des Freihandelssystems und der besonders vom Chamberlain geförderten Schutzzollpolitik. Da der Minister für seine Ideen auf eigene Hand agitierte, kam es zu einer Spaltung des
15. Sept. 1903 Ministeriums. Einige Freihändler legten ihr Amt nieder, aber auch Chamberlain erklärte seinen Rücktritt. Seine politischen und wirtschaftlichen Ideen sind damit aber nicht geschwunden.

§ 386. Belgien und die Niederlande. Soziale Fragen, Volksschulwesen, Wahlrecht und Heeresreform sowie Kolonialfragen erfüllten hauptsächlich die jüngste Geschichte Belgiens und der Niederlande.

In Belgien setzte die Arbeiterpartei, die das allgemeine Stimmrecht Belgien
forderte, im Jahre 1892 die Vorlage einer Verfassungsrevision durch. Als aber
die zu diesem Zwecke neugewählte Kammer das allgemeine Stimmrecht verwarf, 1893
begannen die Arbeiter in den großen Industriezentren den Streik: Brüssel,
Antwerpen, Mons hallten wider von bösartigen Tumulten, und die gesamte
Bürgerwehr mußte aufgeboten werden, um das königliche Palais, das Parlament
und die Ministerien zu schützen. Endlich wurde in dem neuen Wahlgesetz das
allgemeine Wahlrecht in der Form des Pluralsystems angenommen. 6. Juni 1894

Wahlberechtigt sind alle 25jährigen Bürger, aber eine Anzahl von ihnen, wie Hausväter, Besitzer eines Grundstückes oder eines Sparkassenbuches von 2000 Franken, Besitzer eines Zeugnisses einer Mittelschule usw. haben 2 bis 3 Stimmen. Der Senat soll teilweise durch direktes Stimmrecht (30 Jahre und 1200 Franken Steuern), teilweise durch indirekte Wahl der Provinzialräte ernannt werden. Auch das Gemeindewahlsystem wurde nach diesem Mehrstimmenrecht neu geregelt.

Das Ergebnis war ein so überaus starkes Anwachsen der klerikalen und sozialdemokratischen Partei, daß 1898 die Liberalen nur noch 12 Sitze in der Kammer innehatten. Doch erwuchs den Klerikalen in ihren eigenen Reihen ein nicht ungefährlicher Gegner. Der Führer der sogenannten christlichen Demokraten in den flämischen Bauernschaften, Abbé Daens, wiegelte diese, trotz des entschiedenen Verbotes der Kurie, gegen die Bischöfe auf. 1899 wurde nach schweren Kämpfen das ultramontane Ministerium Vanderpeereboom gestürzt, und
das neue Ministerium de Stanger setzte ein neues Wahlgesetz durch, das die 11. Aug. 1899
Proportionalwahl, d. h. eine Vertretung der Minderheiten, einführte. Bei der Neuwahl wurde zwar die klerikale Mehrheit auf ein Viertel ihres alten Bestandes gebracht, aber ihre Herrschaft blieb bei der Uneinigkeit der Liberalen bestehen. Die Macht der ultramontanen Partei beruhte und zeigte sich nicht zum wenigsten in der Herrschaft über das Schulwesen.

Durch ein neues Schulgesetz vom 16. August 1895 wurde in allen öffentlichen Schulen der Religionsunterricht unter geistlicher Aufsicht eingeführt und den klerikalen Privatschulen derselbe Staatszuschuß wie den staatlichen zugesichert. Die Folgen zeigten sich darin, daß im Jahre 1903 in Brüssel von 22000 schulpflichtigen Kindern 3000 die Schule nicht besuchten und die Zahl der Analphabeten bei den Rekrutenaushebungen über mehrere Tausend anwuchs. Dabei vermehrte sich das Kirchenvermögen im Jahre 1900 auf 800 Millionen Franks, während in den niederen Volkskreisen die Armut immer schlimmer wurde.

Ein heftiger Kampf entbrannte auch um die Heeresreform. Da aber nicht nur die ultramontane Partei der Einführung der allgemeinen und persönlichen Wehrpflicht entschiedenen Widerstand entgegensetzte, sondern auch die anderen Parteien dieselbe ablehnten, so wurde 1897 nur die Bildung einer Bürgerwehr beschlossen, die im Frieden die Ruhe aufrechterhalten und im Kriege das stehende Heer unterstützen soll. — Die flämische Bewegung (§ 350) gewann an Kraft durch das feindselige Verhalten Frankreichs in seiner Zollpolitik und in dem Verhältnisse zu dem Kongostaate. Am 15. April 1898 wurde durch ein Gesetz die flämische Sprache der französischen gleichgestellt.

In den äußeren Angelegenheiten rief die Frage des Kongostaates Kongostaat
(§ 368) eine tiefgehende Aufregung hervor. Finanziell wurde die afrikanische Kolonie dadurch gesichert, daß ihr von Staats wegen ein Kredit von 1890
25 Millionen Franken eröffnet wurde, wofür König Leopold testamentarisch sein persönliches Souveränitätsrecht dem Staate Belgien vermachte. Die Einverleibung des Arabergebietes am Oberkongo machte den Weg nach dem Tanganjika- 1893
see frei, und die Gebiete zwischen dem Ubangi und Nil wurden unterworfen; aber hier trat Frankreich einer weiteren Ausdehnung entgegen. Die durch diese Züge hervorgerufenen finanziellen Schwierigkeiten legten nun die Frage nahe,

ob der Kongostaat Belgien einverleibt werden solle. Die Einverleibung wurde
1895 abgelehnt, weil man Verwicklungen mit England und Deutschland fürchtete. Der
1901 König blieb Souverän des unabhängigen Kongostaates, und Belgien verzichtete auf die Rückzahlung der 1890 geliehenen Summen.

Die Niederlande 1896 In den Niederlanden nahm, wie in Belgien, die sozialistische Partei bedeutend zu und gewann durch das neue Wahlgesetz des Ministers van Houten auch in der Kammer Sitze. Dieses Gesetz brachte zwar nicht das allgemeine Stimmrecht, erhöhte aber die Zahl der Wähler von 280 000 auf 6—700 000. Es sollte der bisherigen Herrschaft der Liberalen ein Ende machen. Bei der Kammerwahl im Juni 1901 unterlagen sie den protestantischen und katholischen Antiliberalen, und aus dieser Koalition wurde das neue Ministerium Kuyper gebildet und dadurch die Möglichkeit gegeben, die partikularen-klerikalen Schulen von seiten des Staates zu unterstützen, für die nach langen parla-
10. März 1900 mentarischen Kämpfen der obligatorische Besuch festgesetzt worden war. Auch in der Frage der Heeresreform stießen die Liberalen, die die allgemeine Wehrpflicht beantragten, und ihre Gegner, die Katholiken, Konservativen und
1898 Sozialdemokraten, zusammen; die Liberalen drangen zwar nicht durch, doch erreichten sie, daß die persönliche Dienstpflicht an Stelle der Konskription mit dem Recht der Stellvertretung eingeführt wurde.

Neben diesen Fragen wurde das niederländische Volk besonders durch die Frage der Thronfolge (§ 351) in Erregung gehalten. Als König
23. Nov. 1890 Wilhelm III. starb, wurde das bisher mit den Niederlanden durch Personalunion verbundene Großherzogtum Luxemburg, wo nach der Verfassung nur männliche Erbfolge galt, unter Adolf von Nassau von den Niederlanden getrennt. In den Niederlanden folgte des Königs
Wilhelmine seit 1890 Tochter Wilhelmine, für die bis zu ihrer Großjährigkeit (31. Aug. 1898) ihre Mutter Emma die Regentschaft führte. Wilhelmine vermählte sich
7. Febr. 1901 mit dem Prinzen Heinrich von Mecklenburg.

Nach außen hin wurde das Interesse der Niederlande durch den Burenkrieg in Anspruch angenommen, in dem sie sich vergebens für das stammverwandte Volk zu verwenden suchten (§ 385). Die von Rußland berufene Friedenskonferenz wurde im Haag abgehalten (§ 383). — In den
Juni 1894 Kolonien mußten die Holländer einen schweren Aufstand der Balinesen auf der Insel Lombok niederwerfen; auf Sumatra fiel ihr Bundesgenosse
1896 Tuku Umar in Atjeh ab und konnte erst durch energisches Vorgehen wieder zum Gehorsam gebracht werden.

§ 387. **Frankreich.** Die innere Entwicklung der dritten Republik zerfällt in drei Abschnitte. Der erste erstreckt sich von 1870 bis zu den Wahlen des Jahres 1877, in dem eine in ihrer Mehrheit monarchische Volksvertretung im Grunde nur die Fiktion einer Republik am Leben erhielt, weil sie unter sich uneins war (§ 352—354). In dem zweiten Abschnitte, 1877 bis etwa 1892, führte eine republikanische Mehrheit die Republik aus dieser Fiktion in die Wirklichkeit über, stürzte aber durch den Kampf ihrer radikalen und konservativen Gruppen und durch ihre moralischen Mängel den Staat in die doppelte Krisis des Boulangismus und des Panamaskandals (§ 354—358). Der dritte Abschnitt brachte die Überwindung des Boulangismus und die entscheidende Niederlage der Monarchisten zugleich eine Schwenkung der Kurie zugunsten der Republik, der aber durch den Dreyfushandel und das Vorgehen der Radikalen gegen die Ordensgesellschaften der Bruch folgte (§ 371). Das Bündnis mit Rußland (§ 373) wirkte nicht nur auf die politische Stellung Frankreichs nach außen ein,

sondern erweckte das Bedürfnis, durch Ruhe im Innern die Bündnisfähigkeit nach außen zu erweisen.

Panamaskandal 1892

Der Zusammenbruch der Panamagesellschaft (§ 358) deckte schwere moralische Mängel auf. Bei der erst nach heftigen Kämpfen beschlossenen gerichtlichen Untersuchung ergab sich die Mitschuld des Parlaments, das zu einer beispiellosen Vergeudung öffentlicher Gelder die Hand geboten, die Mitschuld der Presse, die Millionen an Schweigegeldern eingesteckt, und die Mitschuld der Regierung, die das alles geduldet hatte. Zwar wurden der geniale, aber zu vertrauensselige Unternehmer Ferdinand v. Lesseps und einige andere zu ein paar Jahren Gefängnis verurteilt, aber die eigentlich Verantwortlichen wurden nicht zur Strafe gezogen und doch waren $1^1/_2$ Milliarden Nationaleigentum vergeudet worden.

13. Jan. 1893

Da in diesen Skandalprozeß sehr viele der leitenden Personen verwickelt worden waren, so Freycinet, der seine Entlassung als Kriegsminister nehmen mußte, Clemenceau, Floquet u. a., traten neue Männer die Regierung an. Dupuy

4. April 1894

bildete ein Konzentrationsministerium, in welchem die gemäßigten Elemente die Mehrheit hatten; aber die Radikalen und Sozialisten errangen bei den Wahlen eine nicht unbedeutende Zahl von Abgeordneten. All das ermutigte die Anarchisten zur „Propaganda der Tat". Präsident Carnot

24. Juni 1894

wurde von einem italienischen Anarchisten Caserio in Lyon ermordet. An seiner Stelle wurde Casimir Périer gewählt, der aber bald sein Amt wieder niederlegte. Ihm folgte Felix Faure, der Vertreter der tatsächlich regierenden großbürgerlichen Kreise. Aber erst nachdem die radikale Richtung mit dem Kabinett Léon Bourgeois beseitigt war, das durch einen Konflikt des Senates mit der Deputiertenkammer und die dadurch hervorgerufene Scheidung der Republikaner in eine sozial-konservative Rechte und eine radikal-soziale Reformpartei zu Fall kam, konnte es dessen Nachfolger Méline versuchen, im Sinne des Präsidenten die nationalen Interessen mit der durch das russische Bündnis und die neue Politik der Kurie geschaffenen neuen Lage auf dem Boden einer konservativen Republik zu verwirklichen.

Casimir Périer Präsident 27. Juni 1894–15. Jan. 1895

Felix Faure Präsident 17. Jan. 1895 —16. Febr. 1899

29. April 1896

Haltung der Klerikalen

Die Haltung des Vatikans (§ 371) sprengte die royalistische Partei: ein Teil derselben unterwarf sich den Befehlen des Papstes und bildete eine konservativ-republikanische Gruppe, die „Ralliierten"; andere, wie der Marquis de Bréteuil, zogen sich aus dem politischen Leben zurück; der Rest erklärte, an seinen politischen Idealen festzuhalten. Obgleich die auf den Grundsätzen der Revolution von 1789 beruhende Republik und die seit dem vatikanischen Konzil bestehende Kirche grundverschiedene Weltanschauungen vertraten, hatte die Kurie mit der Anerkennung der Republik versucht, den vollen Einfluß wiederzugewinnen. Die Geschichte der Republik von 1890 bis 1899 zeigt denn auch die ultramontane Arbeit in der zunehmenden Eroberung der Jugend durch den Unterricht, in der Gewinnung der Frauen, in der Klerikalisierung des Heeres, in dem Sturze des radikalen Kabinetts Bourgeois und seinem Ersatz durch das konservative Kabinett Méline und seine auf die klerikale Rechte sich stützende Politik, schließlich in dem Plane Felix Faures, eine dauernde konservative Republik zu begründen. Die Stellung zu Rußland, der Besuch des Zaren in Paris und die Erwiderung desselben (§ 373) drängten indes diese Vorgänge in den Hintergrund. Als Méline zurücktreten mußte, bildete Brisson ein radikales Ministerium. Da aber enthüllte der Dreyfushandel die geheimen Fäden der klerikalen Aktion im Heere und in der Beamtenschaft. Die Ultramontanen, Ralliierten und Monarchisten bildeten mit den antirepublikanischen Umstürzlern aller Art wieder nur ein Ganzes und zwangen die Republikaner zum Kampfe um ihre Existenz.

1896 1897

14. Juni 1898 28. Juni

Dreyfushandel 22. Dez. 1894

Der Generalstabshauptmann Alfred Dreyfus war wegen vermeintlichen Verrates militärischer Geheimnisse an eine fremde Macht vom Kriegsgerichte zur Kassation und lebenslänglichen Deportation auf die Teufelsinsel bei Cayenne verurteilt worden. Seine Verhaftung hatte zugleich eine heftige Preßfehde gegen die fremden Militärbevollmächtigten, besonders den deutschen und italienischen, von Schwartzkoppen und Panizardi, hervorgerufen, die

man in Deutschland auf den Kriegsminister Mercier zurückführte. Die Verwandten und Freunde
1897 des Verurteilten, vor allem der Senator Scheurer-Kestner, verlangten dringend eine Revision des Prozesses, konnten aber gegen den Widerstand der eng mit dem Offizierskorps verbündeten klerikalen Partei, der man die Verurteilung des jüdischen Hauptmanns schuldgab, sowie der Antisemiten und der gegen Deutschland hetzenden Chauvinisten nichts ausrichten.
13. Jan. 1898 Da erschien ein offener Brief des berühmten Schriftstellers Emil Zola (§ 90), der gegen die im Dreyfusprozesse beteiligten Offiziere, vor allem gegen den Kriegsminister Mercier und die Generale Boisdeffre und Gonse, die Anklage erhob, wissentlich den wahrhaft Schuldigen freigesprochen zu haben. Aber wenn er auch selbst keinen Erfolg hatte, — er wurde zu einer
29. Okt. 1898 längeren Gefängnisstrafe verurteilt und verließ Frankreich —, so beschloß der Kassationshof
31. Okt. doch eine ergänzende Untersuchung, und das Kabinett Dupuy, das an Stelle Brissons getreten war, sah sich unter dem Drucke der öffentlichen Meinung genötigt, diese zuzulassen und ihm sämtliche Aktenstücke des Prozesses zu einer neuen Revision vorzulegen. Dreyfus wurde von
7. Aug. 1899 der Teufelsinsel zurückgeholt und vor das Kriegsgericht in Rennes gestellt, aber, trotz der glänzenden Verteidigung des Rechtsanwalts Labori, nach oft stürmischen, das Interesse der
9. Sept. 1899 ganzen Welt erregenden Verhandlungen wegen „Machenschaften mit einer fremden Macht" unter Annahme mildernder Umstände zu 10jähriger Haft verurteilt. Schon am 21. September begnadigte ihn die Regierung, da er diese Strafe in der Deportation längst abgebüßt habe; von der Gerechtigkeit des Spruches waren wohl nur noch wenige überzeugt.

Der Dreyfushandel wirkte auf fast alle Vorgänge des öffentlichen Lebens ein, vor allem gab er Elementen wie Déroulède, dem Haupt der ehemaligen
16. Febr. 1899 Patriotenliga, Gelegenheit zu Umsturzbewegungen. Als Felix Faure plötzlich starb
Loubet 18. Febr. und Emil Loubet zum Präsidenten der Republik gewählt wurde, versuchte
1899—1906 Déroulède, die von der Begräbnisfeier Faures zurückmarschierende Heeresabteilung zu einem Staatsstreich zu bewegen. Das Unternehmen scheiterte kläglich. Dennoch kam darüber das Kabinett Dupuy zu Fall. Nun wurde ein Ministerium
22. Juni aus Gemäßigten und Radikalen gebildet, in dem Waldeck-Rousseau den Vorsitz und das Innere, Delcassé das Äußere leiteten und zum erstenmal auch ein Sozialdemokrat, Millerand saß, der das Portefeuille des Handels übernahm. Die Hoffnung des Ultramontanismus auf die Begründung einer konservativen, d. h. klerikalen Republik, die zugleich ein Faktor seiner Weltpolitik hätte werden können, war gescheitert; er nahm den Kampf gegen die liberale Republik wieder auf, der in schärfster Weise um die Ordensgesellschaften und die Schule
1902—1905 entbrannte und unter Combes, dem Nachfolger Waldecks, schließlich im Jahre 1904 zum völligen Bruch mit Rom führte (§ 371). Trennung von Staat und Kirche war die Losung.

Heerwesen

Während in diesen innerpolitischen Fragen die einzelnen Parteien sich scharf gegenüberstanden, waren sie einig, wenn es sich um die Förderung der Wehrkraft Frankreichs handelte. Am 15. Juli 1889 wurde ein Wehrgesetz angenommen, das die Gesamtdienstpflicht von 20 auf 25 Jahre verlängerte, das Recht zum einjährigen Dienste auf die Studierenden der freien Wissenschaften und die Zöglinge einiger höherer Schulen beschränkte, alle Untauglichen und alle, die weniger als drei Jahre dienten, mit einer Wehrsteuer belegte und die Gesamtsumme der jährlich Einstellbaren auf etwa 220 000 berechnete. Zugleich wurden 58 Millionen Franken für den Bau neuer Kriegsschiffe bewilligt. Gegen die Ungleichmäßigkeit der Dienstdauer, besonders gegen die einjährige Dienstzeit, richteten sich später die Angriffe der Radikalen, die die Dienstpflicht für alle Waffengattungen auf zwei Jahre festsetzen wollen. Aber der dadurch nötig werdenden Verstärkung der Cadres und der Vermehrung der Rekruten steht die Tatsache der kleinen Bevölkerungszunahme entgegen, die nach der Zählung vom 24. März 1901 seit 1896 nur einen Zuwachs von etwa 330 000 ergab, der höchstwahrscheinlich auch nur der Fremdeneinwanderung zu verdanken war. Auch innerlich litt das Heer unter den politischen Kämpfen, wie denn während des Dreyfushandels und bei der Durchführung des antiklerikalen Vereinsgesetzes schwere disziplinarische Vergehungen der Offiziere geahndet werden mußten.

Soziale Frage

Auf sozialem Gebiete blieb Frankreich hinter der Arbeiterschutzgesetzgebung Deutschlands zurück. Erst nach 17jährigen parlamentarischen Kämpfen kam ein Unfallgesetz zustande, das den seit alten Zeiten bestehenden privaten 1. April 1898
Hilfskassen, sociétés de secours mutuels, eine freiere Ausdehnung ihrer Zwecke und die Bildung von Unionen gestattete. Der größte Teil des französischen Kleinbürgerstandes zieht auch gegenwärtig der Versicherung oder gar dem staatlichen Versicherungszwange die Sparkasse oder den Erwerb eines Ackerstückchens vor. Die sozialistische Partei erlangte auch nicht die Bedeutung wie die Sozialdemokratie Deutschlands. Betreff der Teilnahme an den politischen Wahlen bestanden zwei Parteien; die eine, von Guesde geführt, verlangte Wahlenthaltung, die andere, „Possibilisten", von Brousse geleitet, gestattete die Verbindung mit anderen politischen Parteien, um Reformen zu erlangen. Von diesen schied sich eine sozial-revolutionäre Arbeiterpartei, die den Generalstreik als ihre beste Waffe betrachtete und ihn in dem großen Bergarbeiterausstand in Carmaux 1892
durchzuführen suchte. Einfluß gewannen diese Gruppen aber lediglich auf die Wahlen in Paris. Erst 1893 vereinigten sie sich sämtlich zum Zweck der Herbeiführung der sozialen Republik, 1899 zog Millerand (siehe oben) als erster Sozialist in das Ministerium ein, und 1903 wählte die Kammer den Sozialisten 13. Jan. 1903
Jaurès zum Vizepräsidenten. Die wirtschaftliche Lage Frankreichs blieb dauernd gut; die beiden Weltausstellungen 1889 und 1900 (§ 367) zeigten am besten, über welche starken Kräfte Frankreich gebieten kann.

Kolonien

Dazu kam die weitere Ausdehnung der kolonialen Erwerbungen.

Im westlichen Teile des Mittelländischen Meeres wurde die Machtstellung Frankreichs durch den Bau des großen Kriegshafens Bizerta in Tunesien befestigt; in Westafrika kam es zu Kämpfen mit dem König von Dahomey, die zu dessen Besiegung führten. 1894 1892
besetzte Oberst Bonnier Timbuktu, und Frankreich beabsichtigt seinen Besitzstand von Algier und Tunis bis zum Senegal und zur Guineaküste zu einem nordwestafrikanischen Kolonialreich zusammenzuschließen. 1895 wurde auf Madagaskar eine Erhebung der Howas niedergeschlagen, die Königin Ranavalo unterworfen und die Insel dem französischen Kolonialreich einverleibt. Dagegen mußte Frankreich vor dem entschiedenen Widerstand Englands zurückweichen, als Oberst Marchand 1898 bis Faschoda am Weißen Nil vordrang (§ 385).
In Asien wurde das linke Mekongufer erobert und damit ein weiterer Schritt getan zur 1893
Gründung eines hinterindischen Reiches, das dem englischen Indien gegenüber eine kaum geringere Bedeutung beanspruchen wird, als das auf der anderen Seite angrenzende russische Gebiet. Dagegen gelang es Frankreich nicht, in Ostarabien den Hafen von Bender Jissey, den 1891 der Sultan von Maskat abtrat, als Kohlenstation in seinen Besitz zu bekommen; England zwang den Sultan durch die Drohung des Bombardements, den Vertrag für nichtig zu erklären.

Verhältnis zu den Großmächten

Diese kolonialen Unternehmungen beeinflußten auch die Stellung Frankreichs zu den anderen Weltmächten. Mit England entstand nach dem Faschodafall ein recht unfreundliches Verhältnis, das in den kolonialen Fragen sogar zu einem Zusammengehen mit Deutschland führte. Aber 1904 trat eine Wendung ein; freundschaftliche Besuche des Königs Eduard in Paris (§ 385) und des Präsidenten Loubet in London, sowie ein französisch-englisches Abkommen (§ 373) beseitigten den kolonialen Zündstoff zwischen den beiden Mächten. Frankreich verzichtete darauf, die ägyptische Frage wieder aufzurollen und erhielt dafür freie Hand in Marokko. Auch mit Italien, wo die französische Mittelmeerpolitik (§ 363) und die mannigfachen Bedrückungen italienischer Arbeiter in Frankreich starke Erregung hervorgerufen hatten, bahnte sich ein besseres Verhältnis an, wie es sich in dem abgeschlossenen Handelsvertrag und in dem Besuche Loubets in Rom 21. Nov. 1898 1904
zeigte. Im übrigen blieb die auswärtige Politik Frankreichs durch das Bündnis mit Rußland und durch den noch immer nicht aufgegebenen Revanchegedanken gegen Deutschland bestimmt.

§ 388. Die Pyrenäenhalbinsel. Nur passiv berührt von den großen Fragen der Weltpolitik und Weltwirtschaft, erschöpfte sich das Leben Spaniens und Portugals in inneren Kämpfen und wirtschaftlichen Nöten. Spanien geriet bei dem Versuche, Aufstände auf Kuba und den Philippinen zu unterdrücken, in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten Nordamerikas, in dem der Rest seiner ehemals so gewaltigen Kolonialmacht völlig zusammenbrach.

Alfons XIII. seit 1886

In Spanien leitete Sagasta (§ 361) die Geschäfte bis 1890, wo er die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes durchsetzte. Dann wich er einem Kabinett Cánovas, wurde aber Ende 1892 von neuem Ministerpräsident. Seine sparsame Steuerpolitik führte zu einer großen fueristisch-partikularistischen Bewegung, die im Norden einen sehr ernsten Charakter annahm und in Barcelona und Santander zu furchtbaren Attentaten gegen Martinez Campos führte, der mit kräftiger Hand den Aufstand niederschlagen wollte. Dazu kamen Schwierig-

2. Okt. 1893 keiten in Marokko, wo ein Streit zwischen den Rifioten, d. h. den Bewohnern des Rif, des nördlichen Gebirgslandes Marokkos am Mittelländischen Meere, und der spanischen Besatzung von Melilla ausbrach. Doch Sagasta widerstand dem Wunsche der öffentlichen Meinung, einen Krieg mit Marokko zu beginnen. Auch

Febr. 1895 den kubanischen Aufstand hoffte er durch geeignete Reformen zu beruhigen, als er durch die Ausschreitungen jüngerer Offiziere gegen einige liberale Blätter zum Rücktritt genötigt wurde; an seine Stelle trat wieder ein Ministerium Cánovas, das aber nicht mehr imstande war, den Abfall und den Verlust Kubas und der Philippinen zu verhindern.

Kuba Februar 1895

Gegen die Mißwirtschaft der spanischen Regierung brach auf der Insel Kuba ein Aufstand aus, und Marschall Martinez Campos, der die letzten Reformen durchgesetzt und den früheren Aufstand 1876 (§ 361) beendet hatte, konnte keine Erfolge erringen. Er erkannte, daß Spanien nur noch durch große Zugeständnisse die Insel behaupten könne. Da ein solcher Ausgleich aber nicht in der Absicht der konservativen Regierung lag und ihn auch die spanischen Parteien auf Kuba angesichts seiner mit der für richtig gehaltenen Versöhnungspolitik im Einklang stehenden Kriegführung im Stich ließen, so kehrte er un-

Febr. 1896 † 23. Sept. 1900 verrichteter Dinge, den Verlust Kubas voraussehend, nach Spanien zurück. An seine Stelle trat General Weyler, der den Krieg mit der größten Rücksichtslosigkeit zu führen begann. Doch auch er konnte die Aufständischen nicht bewältigen, die von Nordamerika aus durch Waffen und Geld unterstützt wurden. Dort drängte nämlich die Jingopartei (Kriegspartei) zu der Erwerbung Kubas. Solange Cleveland Präsident war, hinderte er eine offene Teilnahme der Vereinigten Staaten an dem kubanischen Kriege; als aber Mac Kinley Präsident geworden war (§ 391), änderte sich diese Politik. Er richtete einen scharfen Protest nach

23. Sept. 1897 Madrid gegen die Kriegführung Weylers und forderte im industriellen und kommerziellen Interesse der Vereinigten Staaten die schleunige Beendigung des Krieges. Zwar erklärte Sagasta, der nach der Ermordung Cánovas (8. Aug. 1897) durch einen Anarchisten und nach

Sept. 1897 dem Zusammensturz der konservativen Partei wieder ans Ruder gekommen war, daß Spanien nie eine Einmischung der Vereinigten Staaten in seine Kolonialangelegenheiten dulden werde,

8. Okt. 1897 aber er gab dann doch nach. Weyler wurde abberufen und sein Nachfolger, General Blanco, erhielt den Auftrag, auf Kuba Reformen durchzuführen, die der Insel Selbstverwaltung unter einem eigenen Ministerium und das Recht, Delegierte zu den Cortes nach Spanien zu schicken, geben sollten.

Krieg mit Nordamerika

Damit schien eine weitere Einmischung der Vereinigten Staaten beseitigt zu sein. Da

15. Febr. 1898 aber wurde das Unionspanzerschiff „Maine" im Hafen von Havanna durch eine nicht aufgeklärte Explosion in die Luft gesprengt. In Nordamerika schob man allgemein die Schuld den Spaniern zu und verlangte den Krieg. Vermittlungsversuche der europäischen

19. April 1898 Mächte und des Papstes blieben erfolglos; der Kongreß beschloß den Krieg. Sofort zeigte sich die ganze militärische Schwäche der Spanier. Der amerikanische Admiral Dewey ver-

1. Mai 1898 nichtete vor Cavite auf der Insel Luzon das ganze ostasiatische Geschwader der Spanier. Die Philippinos unter dem Tagalen Aguinaldo, (die Tagalen sind Angehörige der malaiischen Bevölkerung, die sich schon 1886, wie es heißt, gegen die religiöse Tyrannei der zahlreichen Mönche erhoben hatten), machten gemeinsame Sache mit der Union. Trotz der

13. Aug. tapferen Gegenwehr der festen Plätze mußten sich diese, zuletzt auch die Hauptstadt Manila,

ergeben. Schwieriger gestaltete sich für die Amerikaner die Kriegführung auf Kuba. Die reguläre Landmacht reichte zur Eroberung der Insel nicht aus, — es mußten erst Freiwilligenscharen gebildet werden, — und vor der amerikanischen, die Häfen von Kuba blockierenden Flotte entkam der spanische Admiral Cervera nach Santiago an der Ostküste der Insel. Hier 19. Mai
mußte die Entscheidung fallen, denn gelang es den amerikanischen Admiralen Sampson und Schley, die spanischen Schiffe zu nehmen oder zu zerstören, dann war General Blanco von Spanien abgeschnitten; Cervera versuchte den Durchbruch, aber die ganze spanische Flotte wurde von der weit überlegenen amerikanischen vernichtet. Auch die Festung Santiago konnte 3. Juli
sich nun nicht mehr halten; unter ehrenvollen Bedingungen ergab sich ihr Kommandant 15. Juli
Torrel. Da die Amerikaner auch Portorico nahmen, und sich zum Angriff auf Spanien anschickten, bot die spanische Regierung unter französischer Vermittlung den Frieden an.
Er wurde in Paris abgeschlossen. Spanien verzichtete auf die amerikanischen Besitzungen 10. Dez. 1898
sowie auf die Ladroneninsel Guam und erhielt für die Philippinen eine Entschädigung von 20 Millionen Dollars. Es hatte aufgehört, als Kolonialmacht zu existieren, nachdem es auch noch den Rest seines ehemaligen Reichtums, die Marianeninseln und Karolinen an das Deutsche Reich verkauft hatte (§ 380).

Der amerikanische Krieg wirkte auch auf die inneren Verhältnisse zurück. Die Finanzen waren zerrüttet; dazu kamen neue karlistische Bewegungen in den baskischen Provinzen. In Katalonien drohten wieder separatistische Versuche, und unter den höheren Offizieren traten Neigungen zu Staatsstreichen hervor. Das liberale Kabinett unter Sagasta mußte infolge eines durch die Abtretung der Philippinen veranlaßten Tadelsvotums abtreten; auch als Sagasta wieder 1. März 1899
Ministerpräsident wurde, vermochte er nicht, die drückende Last des Kultusbudgets Frühjahr 1901
durch Verhandlungen mit der Kurie zu erleichtern; sein Vorgehen gegen das Überwuchern der Klöster war nicht ernsthaft, und die Reformen in der Verwaltung, die er angekündigt hatte, führte er nicht durch. Am 17. Mai 1902 übernahm König Alfons XIII. selbst die Regierung, und am 6. Dezember mußte Sagasta sein Amt wieder niederlegen, weil er sich zu der von den Radikalen verlangten entschiedenen antiklerikalen Politik nicht entschließen konnte. Ein konservatives Kabinett unter Silvela wirtschaftete dann in dem alten Geleise weiter.

Nicht weniger unerfreulich als in Spanien gestalteten sich die Verhältnisse in Karl I. von Portugal 1889—1908
Portugal. Am 19. Oktober 1889 starb König Ludwig (Luiz I.); es folgte ihm sein Sohn Don Carlos, der aber, ebenso wie sein Vater, trotz seiner guten Eigenschaften bei den im Parlament herrschenden Parteikämpfen und dem häufigen Ministerwechsel nichts ausrichten konnte. Die öffentlichen Schulden gingen ins ungemessene; 1892 konnte der Staat die Zinsen nur zu einem Drittel bezahlen; erst 1902 wurde ein Abkommen mit den Staatsgläubigern aus England, Deutschland und Frankreich getroffen, wonach in die Verwaltung der Staatseinkünfte drei Vertreter der Gläubiger aufgenommen werden sollten. Zu den inneren Nöten kam der Druck Englands, das den Portugiesen durch einen Gewaltstreich in Afrika das Gebiet südlich vom Njassa und am oberen Schire fortnahm. Der Einspruch der portugiesischen Kammer, sowie ein Aufstand 1890
in Oporto konnten daran nichts ändern. Im Burenkriege (§ 385) wurde Portugal von England gezwungen, seine Neutralität zu brechen; indes bei der finanziellen Abhängigkeit von England mußte man wieder freundliche Beziehungen anknüpfen, wie es 1900 durch einen englischen Flottenbesuch in Lissabon und 1903 durch einen Besuch des Königs Eduard geschah.

§ 389. Die Schweiz und Italien. Von den großen weltbewegenden Ereignissen blieb die neutrale Schweiz, abgesehen von der Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung, unberührt.

Auf wirtschaftlichem Gebiete rief die Konkurrenz in den Eisenbahnen so ungesunde Zustände hervor, daß deren Verstaatlichung beschlossen und die 28. Febr. 1898
Bildung des eidgenössischen Eisenbahnnetzes bis 1903 schon so weit gefördert wurde, daß von den großen Linien nur noch die Gotthardbahn zu erwerben übrig blieb. Behufs einer allgemeinen Regelung der Arbeiterschutzgesetzgebung

1890 lud die Schweiz die Sachverständigen aller Länder zu einer Konferenz nach Bern ein; da aber inzwischen Deutschland hier die Führung übernahm (§ 379), wurde das
Nov. 1890 Vorhaben aufgegeben. Man beschloß nun für die Schweiz eine obligatorische Unfall- und Krankenversicherung. Trotzdem aber vergrößerte sich die Macht der Sozial-
April 1890 demokratie. In Olten kam eine Vereinigung der sozialistischen Vereine (Grütlibund, Arbeiterliga und Piusverein) zustande, und ein Arbeitersekretariat wurde gegründet. Die Arbeiter verlangten das obligatorische Referendum (§ 362), unmittelbare Volkswahl für den Bundesrat, Zwangsarbeitersyndikate, Verstaatlichung der Verkehrsmittel usw. Aber ihr erster praktischer Antrag, jedem Schweizer das Recht auf ausreichende lohnende Arbeit zu gewährleisten, wurde in der Volksabstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt. Trotz der Neutralität sorgte die Schweiz für die Wehrhafthaltung des Landes: 1889 wurden erhebliche Summen zur Anlage von Befestigungen auf dem Gotthard bewilligt.

Italien

In Italien leitete Crispi (§ 363) von 1887 bis 1896 (mit einer Unterbrechung) die innere und äußere Politik mit fester Hand.

1889 Ein neues gutes Strafgesetzbuch wurde gegeben und die schwierige Finanzlage durch die Beseitigung des Zollkrieges mit Frankreich zu bessern versucht. Obwohl die Kammerwahlen 1890 Crispi eine ansehnliche Mehrheit verschafft
31. Jan. 1891 hatten, mußte er doch wegen einer Auseinandersetzung über die Politik des letzten Kabinetts einem Ministerium Rudini weichen. Da dessen Politik des
Mai 1892 Sammelns und des Sparens niemand gefiel, überließ er Giolitti die Führung. Dieser wurde 1893 in den Skandalprozeß gegen die Banca Romana verwickelt, die 65 Millionen Lire ungedecktes Papiergeld ungesetzlich ausgegeben hatte. Da
24. Nov. 1893 er sich moralisch nicht als unanfechtbar bewies, wurde er gestürzt, und Crispi übernahm wiederum das Ministerium. Er schlug zuerst einen gefährlichen Aufstand nieder, der 1893 in Sizilien infolge der agrarischen Mißstände ausgebrochen war; dann nahm er die Regelung der Finanzen in die Hand und erreichte, daß schon 1895 das Gleichgewicht im Budget wiederhergestellt wurde. Rücksichtslos ging er gegen die vielen sozialistischen und anarchistischen Vereine vor; am 8. März 1894 hatte eine Bombenexplosion vor der Kammer stattgefunden und am 16. Juni war auf Crispi selbst von den Anarchisten ein Attentat versucht worden. Da zwang ihn der unglückliche Ausgang des Feldzuges gegen
5. März 1896 Abessinien, sein Amt niederzulegen. Ein Kabinett Rudini folgte ihm. Crispi starb am 11. August 1901 in Neapel. Seine Volkstümlichkeit bewahrte er bis zum Tode; sie konnte auch nicht durch die 1898 gegen ihn erhobene Anklage wegen angeblicher Durchstecherei mit dem Bankdirektor Favilla erschüttert werden.

Abessynien

In Abessynien hatte Italien 1894 seinen Machtbezirk (§ 364) im Westen bis nach Kassala und Januar 1895 im Südwesten bis nach Adua ausgedehnt. Da griff Ras Mangascha von Tigre, der bisher für einen
Jan. 1895 Freund Italiens gehalten worden war, die Italiener in Erythräa an.
Herbst 1895 Er wurde besiegt, aber nun zog König Menelik selbst heran, und sein Vasall Ras Mangascha schloß sich ihm an; sie besiegten eine italienische
7. Dez. Heeresabteilung bei Amba-Aladschi, und dann wurde General Baratieri bei
1. März 1896 Adua vollständig geschlagen. Nachdem der neue italienische Oberbefehlshaber Baldissera in Erythräa wieder einige Erfolge errungen hatte, konnte
26. Okt. 1896 Rudini mit Menelik den Frieden abschließen. Italien gab die Schutzherrschaft über Abessynien und die Provinz Tigre auf und erkannte als Grenze die Linie Mareb-Belesa-Muna an.

Der Krieg mit Abessynien hatte die Finanzen Italiens wieder in bedenklicher Weise angegriffen, doch gelang es Rudini, am Ende 1897 einen Überschuß von 16 Millionen aufzuweisen. Auch die noch immer unerfreulichen Verhältnisse in Sizilien suchte er zu bessern, aber die wirtschaftliche Notlage, besonders eine

Verteuerung des Brotes, rief an verschiedenen Orten Revolten hervor; in 1898
Mailand kamen sozialdemokratische und klerikale Treibereien hinzu, so daß hier ein Aufstand ausbrach. Barrikaden wurden errichtet, die unter großem Blutvergießen von den Soldaten erstürmt werden mußten. Auch bei den Unruhen in Toscana und Neapel griff die Regierung tatkräftig durch. Aber die Frage, wie man derartigen Vorgängen vorbeugen solle, führte zum Rücktritt des Ministeriums, und General Pelloux bildete am 29. Juni 1898 das neue Kabinett, das mit dem Vorschlage einer internationalen Bekämpfung der Anarchisten seine Tätigkeit begann. Bei einem Versuche, ein königliches Dekret zum Schutze der öffentlichen Sicherheit in ein Gesetz umzuwandeln, erlag Pelloux der Obstruktionspartei und dankte am 18. Juni 1899 ab. An seine Stelle trat der 82jährige Senatspräsident Saracco.

Im nächsten Jahre traf Italien ein furchtbarer Schlag: König Humbert wurde in Monza von einem Anarchisten Angelo Bresci ermordet. Der König, 29. Juli 1900
dessen Herzensgüte, „il cuore del Rè", in Italien sprichwörtlich geworden war, hatte sich als ein gewissenhafter konstitutioneller Herrscher bewiesen. Doch auf den Gebieten, wo seine eigene gründliche Vorbildung und seine königlichen Rechte ihm eine selbständigere Tätigkeit gestatteten, hat er nie unterlassen, auf dem zu bestehen, was er im Interesse seines Volkes für notwendig hielt. Daher wurde trotz der so oft unsicheren Finanzlage die Wehrkraft des Landes vermehrt, die Flotte in überraschender Weise weiterentwickelt und das Heer zu einer hohen Schule der Nation und zu einem zuverlässigen Element der staatlichen Ordnung gemacht.

An der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibund hatte er Stellung zu den Großmächten
unverbrüchlich festgehalten. Die Stetigkeit der italienischen Politik wurde während seiner Regierung mehr als einmal auf die Probe gestellt, besonders zu der Zeit, als viele Italiener in ihm die Ursache der schweren Militärausgaben zu erblicken glaubten. Die freundschaftlichen Beziehungen zu Berlin und Wien wurden mit treuem Eifer gepflegt, besonders durch gegenseitige Besuche mit dem deutschen Kaiser (§ 372). Der Gegensatz zu Frankreich milderte sich durch den Handelsvertrag vom Jahre 1899. In der orientalischen Frage (§ 374) hielt die Regierung an der Politik der anderen europäischen Mächte fest, obwohl es in Italien viele Sympathien für Griechenland gab und mehrere hundert Freiwillige dorthin zum Kampfe gegen die Türken geeilt waren. Auch an dem Vorgehen der Großstaaten, in China feste Stellungen zu erwerben, suchte Italien sich zu beteiligen, aber der Plan der Ministers Canevaro, einen Hafen an der chinesischen Küste zu erlangen, wurde von dem Parlament nicht ge- 1899
nehmigt, da England, auf dessen Beistand man rechnete, die Forderung in Peking nicht unterstützte. Das Verhältnis zur Kurie blieb auch unter Leo XIII. dasselbe, wie es unter Pius IX. gewesen war (§ 363), doch bahnte sich eine Art modus vivendi zwischen Quirinal und Vatikan an. Das Königtum beobachtete streng das Garantiegesetz und schützte in Rom jede kirchliche Veranstaltung, so die großen Festlichkeiten des „Jubeljahres" 1900 (Bd. II § 304). Die Erwartungen, daß unter dem Nachfolger Leos, dem Papste Pius X. (§ 371), und dem Sohne Humberts, dem Könige Viktor Emanuel III. seit 1900
Viktor Emanuel III., die Verhältnisse sich wesentlich besser gestalten würden, haben sich bisher nicht erfüllt; sonst aber befindet sich Italien nach innen und außen in glücklicher Entwicklung.

§ 390. Die Balkanhalbinsel. Das Osmanische Reich, dem so oft der Untergang geweissagt worden war, hielt sich trotz aller Stürme, die es auch außer der armenischen und kretischen Frage (§ 374) gefährdeten.

Türkei

Soweit die Türkei ohne willkürliche fremde Einmischung sich der Friedensarbeit widmen konnte, schritt sie vorwärts, und der Sultan Abdul Hamid II.
31. Aug. 1901 durfte bei der Feier seines 25jährigen Regierungsjubiläums auf eine erfolgreiche Zeit zurückschauen. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit der ganzen mohammedanischen Welt, eines Panislamismus, ist sehr gestärkt. Als Khalif schuf der Sultan den Gläubigen, welche ihre Pilgerfahrt nach Mekka ausführen wollen, eine schnellere Verbindung durch Erleichterung der Reisen; aus dem Herzen Afrikas, aus Mittelasien und von den Inseln des Malaiischen Archipels kommen sie nach Konstantinopel, um den Khalifen zu schauen, und kehren als eifrige Mitarbeiter an dem Werke des Panislamismus in ihre Heimat zurück. Das immer weiter sich ausdehnende Zeitungswesen unterstützt diese Ideen; dafür sorgen auch die Tausende von Schulen, die unter Abdul Hamid entstanden und die Kenntnis von Lesen und Schreiben in immer weitere Kreise trugen. Auch für die höhere Schulbildung geschah viel; in den Provinzen erhoben sich viele neue, meist mit Internaten verbundene Anstalten, deren ganze Gestaltung den modernen Anforderungen wohl entspricht; sie bereiten für die Fachschulen in Konstantinopel vor. Ganz außerordentlich hob sich die Wehrkraft des türkischen Reiches: das Heer ist auf eine Kriegsstärke von ungefähr $1\frac{1}{2}$ Millionen Mann gebracht worden; der Wert der Redif-(Landwehr-)Organisation zeigte sich bei den vielen Mobilmachungen der letzten Jahre. Nur die Flotte blieb hinter den Anforderungen zurück. Es fehlten hier auch die Mittel, denn zu einer geordneten Finanzwirtschaft brachte es die Türkei noch nicht, da, abgesehen von der Armut des Landes selbst und dem Mißtrauen der europäischen Börsen gegen türkische Finanzgeschäfte, die Verderbtheit des Beamtentums, das in dem Amt nur das Mittel zur Bereicherung sah, bisher jede Besserung aufhielt. Indes gewann doch das Eisenbahnwesen unter besonderer Fürsorge des Sultans an Ausdehnung. In der europäischen Türkei gab es 1876 im ganzen 1180 Kilometer Eisenbahn, 1902 2043, in Asien 512, 1902 2245 Kilometer, und das mit deutschem Gelde gebaute anatolische Eisenbahnnetz mit der geplanten Bagdadbahn (§ 380) eröffnet dem Weltverkehr neue Gebiete und sichert die türkische Herrschaft in Gegenden, die ihr bisher fern lagen. Überhaupt gestalteten sich die Beziehungen der Türkei zu Deutschland besonders durch die Besuche Kaiser Wilhelm II. in Konstantinopel immer freundschaftlicher. Ein Zwist mit Frankreich, der entstand, weil
1901 die türkische Regierung einer französischen Gesellschaft das von dieser gekaufte Recht, die Hafenquais in Konstantinopel auszubeuten, vorenthielt und von einer zwei Franzosen zu zahlenden Schuld nur einen kleinen Teil anerkennen wollte, wurde rasch beigelegt, nachdem der französische Botschafter die Hauptstadt verlassen hatte und ein französisches Geschwader im Ägäischen Meer erschienen war.
31. Okt.

Mazedonien

Der wundeste Punkt für die Türkei, wie für die Ruhe auf der Balkanhalbinsel überhaupt blieb Mazedonien, dessen Bewohner von der türkischen Herrschaft sich befreien wollen und stets heimliche und offene Unterstützungen von Bulgarien aus erhielten. 1902 erforderte der in Mazedonien wieder ausgebrochene Aufstand die Aufbietung einer stärkeren türkischen Truppenmacht. Die hier einig handelnden europäischen Großmächte hatten alles zu tun, um durch Unterdrückung der bulgarischen Kriegslust und durch Reformen in Mazedonien den Gefahren einer weiteren Ausdehnung des Streites vorzubeugen. Nachdem schon im Februar 1903 identische Noten Österreichs und Rußlands über die nötigen Reformen nach Konstantinopel ergangen waren, kamen die Kaiser dieser beiden
30. Sept. bis Staaten in Mürzsteg zusammen und vereinbarten noch einmal in besonders
8. Okt. 1903 feierlicher Form ein Reformprogramm, das am 5. Oktober an die Türkei abgesandt wurde: sie verlangten vor allem, daß österreichisch-ungarische und russische Agenten die Durchführung der Reformen überwachen sollten, und daß europäische Offiziere an die Spitze der Gendarmerie gestellt würden. Wohl gelang es den beiden Großmächten, die Türkei zur Annahme des Programms von Mürzsteg zu bewegen, aber die Aufnahme war hier wie bei den kleinen Balkan-

staaten keine günstige. Die mazedonischen Verwicklungen waren auch im Jahre 1904 noch nicht gelöst.

Griechenland

Unter den christlichen Balkanstaaten erregte Griechenland, abgesehen von den durch den Krieg auf Kreta veranlaßten internationalen Verwicklungen (§ 374), das Interesse der europäischen Welt nur durch seine schlechte Finanzlage. 1893 kam es zu einem regulären Staatsbankerott, der die Regierung abhielt, sich in die mazedonischen Wirren einzumischen.

Rumänien

Auch in Rumänien handelte es sich bei den inneren Angelegenheiten nicht um größere Fragen. Durch die feierliche Proklamierung des Prinzen Ferdinand von Hohenzollern, des Neffen König Karls I., zum Thronerben und die Geburt 1. April 1889
eines Sohnes desselben, Karl, wurde die Dynastie befestigt. Wenn auch das 15. Okt. 1893
Land in trefflicher Weise voranschritt — besonders hob sich das Verkehrswesen: die großartige Donaubrücke bei Galacz wurde gebaut und in Constanze ein Hafen angelegt —, so krankte der Staat doch an der schlimmen finanziellen Lage. Das wurde erst besser, als 1900 das altkonservative Ministerium Kantakuzene abdankte und Demetri Sturdza, der 1899 zurückgetreten war, wieder ein liberales Ministerium bildete. Sturdza reduzierte mit unbeugsamer Energie das Febr. 1901
Budget, hob eine Anzahl überflüssiger Beamtenstellen auf, gestaltete den gesamten Staatshaushalt neu und konnte schon nach zwei Jahren, indem er allerdings an die Kraft der ganzen Nation die höchsten Anforderungen stellte, wieder große Überschüsse verzeichnen. In der äußeren Politik neigte Rumänien seit 1891 dem Dreibund zu; 1901 schloß es mit Österreich ein Verteidigungsbündnis, das der übergreifenden Politik Rußlands in Bulgarien und Serbien entgegentreten soll.

Alexander I. 1889—1903

In Serbien dankte König Milan am 6. März 1889 zugunsten seines erst 13jährigen Sohnes Alexander I. ab, nachdem er durch eine Änderung der Verfassung in demokratischen Sinne vergebens die Volksstimmung für sich zu 3. Jan. 1889
gewinnen versucht hatte, und zog sich nach Paris zurück, obwohl alles aufgeboten worden war, ihn von diesem Schritte abzuhalten. Selbst der Deutsche Kaiser und der Kaiser von Österreich hatten ihn an seine Königspflicht erinnert. Aus dem Verhalten der Königin Natalie, die sich an die Spitze der Anschluß an Rußland suchenden radikalen panslawistischen Partei stellte, fürchtete man nämlich eine große Gefahr. Der König hatte in dem Anschluß an Österreich das Heil für Serbien erblickt; Jowan Ristitsch, der Russenfreund, (§ 339) wurde nun das Haupt der Regentschaft, hielt aber die zur Regierung gelangte radikale Partei von unüberlegten Schritten zurück, wenn auch die serbische Politik ganz in das russische Fahrwasser einlenkte. Die radikalen Machthaber zitterten im stillen vor Milan und waren froh, eine Verständigung 12. Febr. 1892
mit ihm zu schließen, in der er auf Rangstellung und Staatsangehörigkeit verzichtete und dafür zwei Millionen und die Ausweisung der Königin erlangte. Aber als sich die Radikalen bei dem Tode Protitsch's, eines Mitgliedes der Regentschaft, auch hier der Macht zu versichern suchten und, als dies nicht gelang, Ränke mit der Prätendentenfamilie Karageorgewitsch (§ 208) zu spinnen begannen, erfuhr Milan rechtzeitig davon, söhnte sich mit der Königin, die wegen ihrer Intriguen am 19. Mai 1891 außer Land geschafft worden war, aus (sie kehrte aber erst 1895 nach Serbien zurück) und veranlaßte seinen Sohn, durch einen Staatsstreich die Regentschaft zu stürzen, sich großjährig zu erklären, aber 14. April 1893
nun selbst nach der radikalen Seite einzulenken. Ristitsch, dem Milan bei mehr als einer Gelegenheit die Krone verdankt hatte, wurde mit Bajonetten beiseitegeschoben und später mit Anklagen und Staatsprozessen verfolgt, bis er am 4. September 1899 starb. Die Einigung mit den Radikalen dauerte jedoch nicht lange. Den Eltern des Königs wurde durch königliche Verordnung ge- 29. April 1894
stattet, wieder im Lande zu wohnen. Kaum einen Monat später wurde die 21. Mai 1894
neue Verfassung aufgehoben und die alte von 1869 (§ 208) eingeführt. 1895 verließ Milan-Serbien wieder, und Natalie kehrte zurück. Als aber ein Ministerium Nowakowitsch mit den Radikalen wegen einer neuen Verfassung Fühlung suchte,

Okt. 1897 da erschien Milan wieder und brachte das Ministerium zu Fall. Er wurde zum Oberbefehlshaber des Heeres ernannt und war wieder die eigentlich leitende Persönlichkeit im Lande. Aber die großes Aufsehen erregende Vermählung seines
5. Aug. 1900 Sohnes mit einer viel älteren Frau, Draga Maschin, einer ehemaligen Hofdame seiner Mutter, führte ein ernstes Zerwürfnis herbei. Beide Eltern wurden
10. Febr. 1901 aus Serbien ausgeschlossen; König Milan ging nach Österreich und starb in
19. April 1901 Wien. Eine neue Verfassung befestigte die Herrschaft der Radikalen. Indes, die königliche Familie verlor immer mehr Boden im Lande. Als verlautete, daß Alexander einen Bruder seiner Gemahlin zum Thronerben ernennen wolle, kam
11. Juni 1903 es zu einer furchtbaren Revolution der Belgrader Garnison. Verschworene Offiziere drangen nachts in den Konak (Palast) ein und ermordeten das Königspaar. Auch die Brüder der Königin, zwei Minister und mehrere Offiziere wurden erschossen. Die Skupschtina stellte die Verfassung von 1888 wieder her, gewährte allen Teilnehmern an der Revolution Straflosigkeit und
15. Juni wählte den in Genf lebenden Peter Karageorgewitsch einstimmig zum
Peter I. seit 1903 König. Derselbe nahm die Wahl an und hielt am 24. Juni seinen Einzug in Belgrad. Österreich, Deutschland, Rußland, England und die Türkei aber ließen die Regierung wissen, daß sie ihre Gesandten abberufen und nicht eher nach Belgrad zurückkehren lassen würden, bis die Königsmörder aus ihren Stellungen bei Hof und im Heere entfernt seien. Nur der französische Gesandte blieb in Belgrad zurück. Doch ist während des Jahres 1904 Peter I. tatsächlich anerkannt worden.

Bulgarien Ferdinand seit 1887 In Bulgarien führte unter dem Fürsten Ferdinand (§ 339) der Minister Stambulow mit fester Hand die Regierung. Die Versuche der Russen, den Fürsten zu beseitigen, wurden vereitelt; ein gegen den Minister
27. März 1891 gerichtetes Attentat schlug fehl, doch wurde der Finanzminister Beltschew ermordet. Das Land hob sich; das Schulwesen, die Polizei, die Finanzen, die Verkehrswege waren in gutem Zustande; Sofia wurde in kurzer Zeit eine moderne Stadt. An Österreich fand Stambulow eine starke Stütze; auch mit der Türkei wußte er sich gut zu stellen. Im Interesse des Fürsten setzte er auch eine den Bulgaren nicht angenehme Verfassungsänderung durch, wonach des Fürsten Kinder aus dessen Ehe mit Marie Luise von Parma katholisch werden durften. Die Geburt des Thron-
30. Jan. 1894 erben Boris sicherte den Bestand des Fürstenhauses, der 1896 zur Versöhnung mit Rußland nach dem Ritus der orthodoxen Kirche getauft wurde. Trotz seiner
29. Mai 1894 Verdienste wurde Stambulow entlassen: sein strenges und parteiisches Regiment hatte ihn verhaßt gemacht, und der Fürst stand vor der Wahl, ihn aufzugeben oder sich ihm völlig unterzuordnen. Ein Kabinett aus der gemäßigten Opposition wurde gebildet, das wohl eine Verständigung mit Rußland herbeiführen, aber in keiner Weise die bulgarische Selbständigkeit aufgeben oder gar die koburgische Herrschaft opfern wollte. Auf Stambulow wurde dann auf offener Straße in
15. Juli 1895 Sofia ein grauenhaftes Attentat verübt; er erlag nach drei Tagen den Wunden, die der Jatagan (d. i. eine zweischneidige, schwertartige orientalische Waffe) der Verschworenen ihm beibrachte. Die Mörder ließ man unter geschickten Veranstaltungen entkommen. In dem Prozeß gegen dieselben wurden die Anstifter nicht entdeckt, obwohl ein Brief Stambulows, den er kurze Zeit vor seinem Tode geschrieben hatte, einige Personen nannte, die ihm nach dem Leben trachteten. Nun erfolgte die Versöhnung mit Rußland. Der Fürst ließ den Erb-
Febr. 1896 prinzen Boris, trotz des Widerspruches des Papstes, orthodox taufen, der Zar Nikolaus II. selbst war Taufpate, und die wegen Entführung des Fürsten Alexander (§ 339) nach Rußland geflohenen Offiziere wurden begnadigt. Nun
14. März 1896 wurde Ferdinand von der Türkei bestätigt, zum Generalgouverneur von Ostrumelien ernannt und von den Mächten anerkannt. Die Finanzen Bulgariens litten unter diesen Wirren und konnten in einen besseren Zustand nicht gebracht werden. Dazu kamen die aus nationalen und religiösen Gründen hervorgehenden Bestrebungen des bulgarischen Volkes, Mazedonien von der Türkei loszureißen und sich einzuverleiben. Es bildeten sich bulgarisch-mazedonische

Gesellschaften, deren Zentralleitung zwar aufgelöst wurde, deren vornehmster Führer aber, Boris Sarafow, nach Mazedonien entkam und dort den Aufstand organisierte. Bulgarische Offiziere fochten in den Reihen der Mazedonier. Ein Dynamitattentat in Saloniki zeigte die verhängnisvolle Zunahme der Bewegung, gegen die nun 1903 die Großmächte einzuschreiten begannen (siehe oben).

Das kleine Montenegro bewahrte die alten freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland und trat durch die Vermählung des italienischen Thronerben, des jetzigen Königs Viktor Emanuel III., mit Helene, der Tochter des Fürsten Nikita, in ein näheres Verhältnis zu Italien. Montenegro Nikita seit 1860

2. Amerika.

§ 391. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas. Der republikanische Präsident James Garfield als Nachfolger Hayes' (§ 235) übte sein Amt nicht lange aus. Er wurde von Guiteau, der mit der Bewerbung um einen Konsulatsposten abgewiesen worden war, durch Revolverschüsse tödlich verletzt und starb nach monatelangem Todeskampfe. Der bisherige Vizepräsident Arthur, ein Führer der republikanischen Extremen (Stalwarts [die Starken, Mutigen]), übernahm der Verfassung gemäß das Präsidium. Die wachsende Zerklüftung innerhalb der republikanischen Partei, die Korruption in der Verwaltung, die Ämterjagd, zahlreiche andere Mißbräuche leisteten jedoch den Demokraten, die bereits im Kongreß das Übergewicht besaßen, mehr und mehr Vorschub. Bei der neuen Präsidentenwahl wirkten selbst die „unabhängigen Republikaner" unter Karl Schurz (§ 235), gegen den republikanischen Kandidaten Blaine, und es wurde zum erstenmal seit 24 Jahren wieder ein Demokrat, Grover Cleveland, auf den Präsidentenstuhl erhoben. Er trat sein Amt am 4. März 1885 an und war eifrig bemüht, eine unparteiische Regierung zu führen und der Verschwendung der durch die Schutzzölle reich gefüllten Staatskasse zu steuern. Die wirtschaftlichen Fragen des Schutzzolles oder Freihandels (§ 367), der Gold- oder Silberwährung bestimmten vorwiegend die Politik der Vereinigten Staaten. Auf Cleveland folgte 1889 als Präsident der von den Republikanern gewählte Benjamin Harrison bis 1893; dann wurde Cleveland wieder gewählt und eine Ermäßigung des Mac Kinley-Tarifes (§ 367) durchgesetzt. Aber in dem um die Währungsfrage entbrennenden Wahlkampfe siegte Mac Kinley, der Kandidat der „reinen Währung", über Bryan, den Kandidaten der „Silberwährung". Mac Kinley wurde auch 1900 wieder gewählt, starb aber schon am 14. September 1901 in Buffalo an den Wunden, die ihm am 6. September der Anarchist Czolgosc aus Detroit mit dem Revolver beigebracht hatte. An seine Stelle trat der bisherige Vizepräsident Roosevelt.

Garfield vom 4. März bis 19. Sept. 1881
2. Juli 1881
† 19. Sept.
Arthur 1881—1885
Cleveland 1885—1889
Harrison 1889—1893
Cleveland 1893—1897
Mac Kinley 1897—1901
Roosevelt 1901—1908

Hand in Hand mit dem wirtschaftlichen Fortschritt ging in dieser Zeit eine große imperialistische Kolonial- und Eroberungspolitik. Bis in das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts waren die territorialen Errungenschaften der Vereinigten Staaten mehr nach Art eines privaten Handelsgeschäftes zustande gekommen (§ 233), als durch eine konsequente, zielbewußte auswärtige Politik. Das änderte sich mit dem Jahre 1895, wo Cleveland gelegentlich einer Streitfrage mit Venezuela (§ 392) die Monroedoktrin (§ 110) in der schärfsten Form erneuerte. Er bezeichnete sie als wichtig für die Sicherheit der Nation, als wesentlich für die Erhaltung ihrer freien Einrichtungen; sie müsse auch da angewendet

17. Dez. 1895

werden, wo eine europäische Macht durch eine Grenzausdehnung von einem Gebiete Besitz zu ergreifen suche, das einer Republik auf dem amerikanischen Festlande gehöre. Aber während hier noch wenigstens nur „Amerika für die Amerikaner" gefordert wurde, ging Mac Kinley zur reinen Eroberungspolitik über: nicht nur der Golf von Mexiko, sondern auch der Stille Ozean sollten amerikanische Meere werden. Kuba (es wurde 1902 Republik) und Portorico wurden 1898 den Spaniern genommen, auch die Philippinen wurden annektiert (§ 388). Da die Eingebornen dieser Inseln sich weigerten, die amerikanische Herrschaft anzuerkennen, sahen sich die Amerikaner genötigt, einen an Geld und Menschenleben außerordentlich verlustreichen Krieg zu führen, der erst als beendigt angesehen
Juli 1901 werden konnte, nachdem Aguinaldo in einem Manifest seine Landsleute zur Unterwerfung aufgefordert hatte. Schon Präsident Harrison
15. Febr. 1898 hatte in einer Botschaft an den Senat „im Interesse der Sicherheit der Vereinigten Staaten und des Weltfriedens" die Einverleibung der Hawaiischen Inseln, wo durch eine Revolution die Monarchie der Königin Lilinokalani beseitigt worden war, verkündet. Zwar hatte Cleve-
11. März 1893 land diese Botschaft wieder zurückgezogen, aber es war als Vorbereitung für die Einverleibung eine Republik eingerichtet worden, und nun wurde auf
12. Aug. 1898 Honolulu die amerikanische Flagge gehißt. Seit dem 14. Juni 1900 bilden die Inseln ein Territorium der Vereinigten Staaten.

Imperialismus Diese Einverleibungen bedeuteten, wie gesagt, ein völliges Aufgeben der früheren Politik. Bisher waren nur Gebiete des nordamerikanischen Hinterlandes erworben worden unter der Voraussetzung, daß sie integrierende Bestandteile der Vereinigten Staaten wurden, daß ihre Bürger Vollbürger der Union seien und später durch die Bildung eines Unionsstaates das nur durch die Gesamtverfassung beschränkte Selbstbestimmungsrecht ausüben sollten. Dieser Grundsatz wurde vor allem durch die Erwerbung der Philippinen durchbrochen, die, fern von dem bisherigen politischen und wirtschaftlichen Machtbereich der Vereinigten Staaten, nur wie die Kolonien der anderen Weltmächte behandelt werden können. Die Mittel, durch welche ein solcher expansiver Imperialismus erreicht werden könne, gab die
Dez. 1901 Botschaft, mit der Präsident Roosevelt den Kongreß eröffnete, unverhohlen an: sie verlangte Stärkung der Kriegsmittel des Staates, Förderung der Handelsmarine, energische Schutzzollpolitik nach dem Grundsatze der Reziprozität und Beschränkung der Einwanderung. Und nun griffen die Vereinigten Staaten auch nach Art der europäischen Großmächte in die großen Fragen ein. Sie beteiligten sich an dem europäischen Kriege gegen China (§ 378), trennten sich dann aber nach der Befreiung der Gesandtschaften von den europäischen Mächten. Später schlossen sie mit China einen Handelsvertrag und nahmen eine antirussische Haltung ein, sie suchen auch auf dem Stillen Ozean die ausschlaggebende Stellung zu gewinnen. Diesem Ziele diente neben der Erwerbung der Hawai-Inseln, der Philippinen und Tutuila (§ 380) ihr Vorgehen am Panamakanal, dessen Bau seit dem Zusammenbruch der Panamagesellschaft stockte
22. Jan. 1903 (§ 387); sie schlossen mit der Republik Kolumbien einen Vertrag ab, durch welchen ihnen der Bau des Kanals übertragen wurde. Unter dem Druck einer Gegenbewegung, verwarf jedoch der kolumbische Senat, der für die Selbständigkeit des Staates fürchtete, diesen Vertrag. Nun sagte sich der Distrikt Panama in Besorgnis, daß die Union ganz auf diesen Kanalbau

verzichten und auf den alten Plan eines Nicaraguakanals zurückkommen könnte, von Kolumbien los und bildete eine eigne Republik. Die Union 6. Nov. 1903
erkannte sie sofort an, verhinderte durch ihre Kriegsschiffe den Versuch Kolumbiens, Panama mit Gewalt zurückzugewinnen, und schloß mit der neuen Republik einen neuen Vertrag ab, der ihr militärisch den aus- 18. Nov.
schließlichen Besitz des Kanals sicherte. Nach seiner Vollendung wird der Kanal für die Vereinigten Staaten eine, wirtschaftlich und politisch gleich wertvolle, rasche Verbindung mit den neuen Besitzungen im Stillen Ozean und mit den Ländern Asiens herstellen. Die erfolgte Wiederwahl Roose- 1904
velts zum Präsidenten ist ein wichtiger Faktor in den politischen Berechnungen aller anderen Großstaaten. Sie bedeutet die Billigung der auf der erweiterten Monroedoktrin ruhenden imperialistischen Politik, die sich auch in der Absicht äußert, eine Art politischer Polizei über die mittel- und südamerikanischen Republiken auszuüben.

In Kanada (§ 150) betraute England nach heftigen inneren Kämpfen der französisch-katholischen und englisch-protestantischen Einwohner einen Rat von 22 Mitgliedern mit der 12. Febr. 1838
Verwaltung, von denen die Hälfte Kanadier waren, und gewährte auch ein Parlament. 23. Juli 1840
Der amerikanische Bürgerkrieg veranlaßte dann die englischen Kolonien im Norden Amerikas 1867
sich zu einem Bunde (Dominion of Canada) zusammenzuschließen mit gemeinsamem Parlament, Ministerium und Generalgouverneur, der ein Engländer sein mußte; doch behielten die Einzelstaaten wie in den Vereinigten Staaten ihre Selbstverwaltung. Durch die wirtschaftlichen Fragen, insbesondere durch die infolge der Mac Kinley-Bill (§ 367) drohende Ausschließung von dem Markte der Vereinigten Staaten, wurde das Verhältnis zu England schwieriger, da die zahlreichen Freunde einer Angliederung an die Vereinigten Staaten dadurch neue Kraft erhielten. Es kam anfangs der neunziger Jahre zu ernsten Auseinander- April 1892
setzungen, weil die englische Regierung eine Adresse Kanadas, die die Bestimmung über die meistbegünstigte Nation in dem englisch-deutschen und englisch-belgischen Handelsvertrag als für Kanada schädlich abzuschaffen empfahl, ablehnte Indes erwies sich auch Kanada später dem Mutterlande in dem Burenkriege als eine treffliche Stütze.

§ 392. Mittel- und Südamerika. Die Staaten Mittel- und Südamerikas boten Mexiko
mit Ausnahme von Mexiko, das zu dauernder Ruhe gelangte, dasselbe Schauspiel innerer Kämpfe dar, wie früher (§ 227 ff.). In Mexiko erfolgte 1871 die Trennung von Staat und Kirche, 1873 wurden die Jesuiten und bald darauf auch die übrigen Orden ausgewiesen. Zugleich kam es nach Juarez (§ 226) Tode zu neuen Bürgerkämpfen zwischen dem 1872
zum Präsidenten gewählten Verdo de Tejada und Porfirio Diaz. Diaz blieb Sieger, wurde förmlich zum Präsidenten gewählt und nun mit einer Unterbrechung von vier 1877
Jahren (1880 bis 1884 war Manuel Gonzalez Präsident) immer wieder zum Präsidenten erhoben, zuletzt im Jahre 1903 auf weitere sechs Jahre. Unter ihm erfreute sich Mexiko der vollen Friedensruhe und entwickelte sich zu einem gutverwalteten und kräftig emporblühenden Staate. Ein weit ausgedehntes Eisenbahnnetz hob nicht nur den sehr wichtigen Bergbau, sondern entwickelte auch die Industrie. Die Finanzen besserten sich trotz des Rückgangs des Silberpreises, und damit stieg der Kredit des Landes sehr: man denkt sogar an Einführung der Goldwährung. Für die geistige Bildung wurde durch zahlreiche Schulen gesorgt, die seit Juli 1896 sämtlich verstaatlicht wurden. — Die anderen Republiken Mittelamerikas Das übrige Mittelamerika
wurden von Zeit zu Zeit durch innere Aufstände erschüttert. San Salvador, Honduras und Nicaragua schlossen ein Übereinkommen, um einen mittelamerikanischen Staatenbund 29. Aug. 1898
zu bilden, doch scheiterte der Versuch nach kurzer Zeit an der inneren Unsicherheit in den einzelnen Staaten. Mit dem Abfall der Distrikts Panama von Kolumbien und der Anerkennung der neuen Republik durch die Vereinigten Staaten (§ 391) trat für die mittelamerikanischen Staaten die Gefahr der wirtschaftlichen Umklammerung durch die Union und dann wohl auch der politischen Abhängigkeit näher.

In Südamerika wurde Brasilien, die einzige amerikanische Monarchie, in eine Brasilien
Bundesrepublik umgewandelt. Die Tochter Dom Pedros II., die wegen ihrer streng klerikalen Gesinnung wenig beliebte Kronprinzessin Isabel, welcher der kränkliche und vielfach in Europa abwesende Kaiser 1887 die Regentschaft übertragen hatte, ließ den Kammern ein Gesetz vorlegen, welches die Sklaverei (§ 228) ohne jede Entschädigung so- 8. Mai 1888
fort abschaffte. Es wurde angenommen, aber die in ihren Interessen empfindlich verletzte Pflanzerpartei verband sich nun mit den Republikanern gegen das Kaisertum. Ihnen

schlossen sich viele Offiziere an, die wegen der Vernachlässigung der brasilianischen Streitmacht seit dem Kriege mit Paraguay (§ 232) gegen die Regierung erbittert waren, und so
15. Nov. 1889 kam es zu einer Militärrevolte, die, von dem Führer der Konservativen, General Deodoro da Fonseca, geleitet, den Sturz des Kaiserreichs zur Folge hatte. Dom Pedro wich
17. Nov. der Gewalt und schiffte sich nach Europa ein; er starb schon am 4. Dezember 1891 in Paris. Der Marschall Fonseca übernahm die republikanische Regierung und verkündete die Bildung der Vereinigten Staaten von Brasilien. Das Wahlrecht wurde erweitert und die
7. Jan. 1890 Trennung der Kirche vom Staat sowie die Gleichberechtigung aller Konfessionen ausgesprochen. Da der Kaiser nicht freiwillig abdanken wollte, so wurde er und seine Familie aus Brasilien verbannt. Am 25. Februar 1891 wurde die neue Verfassung dieser Föderativrepublik verkündet. Nach derselben liegt die Exekutive in der Hand eines auf vier Jahre gewählten Präsidenten; die gesetzgebende Gewalt wird ausgeübt durch einen Senat und eine Kammer der Abgeordneten. Die monarchischen Staaten Europas erkannten rasch die neue Republik an. Bald jedoch entstanden Streitigkeiten zwischen dem Präsidenten Fonseca und dem Nationalkongreß (Senat und Kammer); und als er diesen eigenmächtig auflöste, kam es zu Militäraufständen, welche die Abdankung Fonsecas herbeiführten. An
24. Nov. 1892 seine Stelle trat der bisherige Vizepräsident Peixoto. Gegen diese Militärdiktatur aber erhob sich bald energischer Widerstand; es kam zum Bürgerkriege, in dem Peixoto trotz seines Sieges über die aufständische Flotte zugunsten des am 1. März 1894 zum Präsidenten gewählten Advokaten Prudente de Moraes die Regierung niederlegte. Dennoch dauerte der Bürgerkrieg in dem Staate Rio Grande do Sul fort, der das Land furchtbar verwüstete
1895 und namentlich die deutschen Ansiedler schwer schädigte, bis nach einem Friedensschluß mit den Aufständischen die Ruhe wenigstens äußerlich wiederhergestellt wurde. 1897 brach ein neuer Bürgerkrieg aus, der durch den „Propheten" Antonio Conseilhero veranlaßt wurde. Dieser wollte in der Provinz Bahia ein theokratisch-kommunistisches Reich gründen; er wurde
Okt. 1895 geschlagen und gefangengenommen. Am 15. November 1898 übernahm der neue Präsident Campos Salles die Regierung, dessen ganzes Bestreben darauf ging, die Finanzen wieder zu ordnen und die Republik zu erhalten. 1902 wurde Dr. Franz Rodriguez zum Präsidenten gewählt, unter dem es 1904 zu neuen Parteikämpfen kam. Von großer Wichtigkeit wurde bei dem Mangel an Arbeitskräften in dem dünnbevölkerten Lande die Einwanderung; Deutsche ließen sich besonders in den südlichen Provinzen nieder, wo sie ungefähr den vierten Teil der gesamten Bevölkerung ausmachen.

Argentinien In der Republik Argentinien folgten auf Sarmiento (§ 232) als Präsident
1874 Avellana da Rocas, unter dem Buenos-Aires zur Hauptstadt gemacht und föderalisiert, d. h.
1880 unmittelbar unter die Verwaltung der Nationalregierung gestellt wurde, und 1886 Celmen. Gegen diesen brach wegen seiner allzugroßen Schwäche gegen die Unredlichkeit der Beamten
1890 ein Aufstand aus, der einen allgemeinen wirtschaftlichen Krach herbeiführte, die große englische Bankfirma Baring zum Sturz brachte und den ganzen europäischen Markt stark beeinflußte. Eine europäische Finanzkommission mußte die Leitung der Finanzen übernehmen. Die inneren Kämpfe dauerten bis 1895 fort. Von da an begannen sich die finanziellen Ver-
Kolumbien Ecuador hältnisse zu bessern. — In wenig besserer Lage befanden sich Kolumbien und Ecuador,
Venezuela wo Kämpfe zwischen den Liberalen und Klerikalen bald die eine, bald die andere Partei zur Herrschaft brachten. Von Kolumbien trennte sich der Distrikt Panama ab. — Venezuela rief sogar ernste internationale Verwicklungen hervor. England geriet 1894 mit der Republik in Streitigkeiten wegen reicher Goldfelder im Grenzgebiete von Guyana und besetzte, unbekümmert um den venezolanischen Einspruch, das umstrittene Gelände. Der schwache Staat konnte nichts ausrichten, aber die Union nahm sich seiner an und setzte es, die Monroe-Doktrin scharf betonend (§ 391) durch, daß England sich zu einem Schiedsgericht verstand, das nach vier Jahren das streitige Gebiet zwischen beiden ungefähr teilte. 1899 wurde der verhaßte Präsident Andrade gestürzt; General Castro übernahm die Regierung und behauptete sich trotz des nun entstehenden Bürgerkrieges. Mißhandlungen europäischer Untertanen während dieses Krieges führten zu einem Streite mit Deutschland und England; auch wollte die venezolanische Regierung weder ihre vertragsmäßigen Verpflichtungen gegen die deutschen und englischen Geschäftsleute erfüllen, noch für die Verluste, die diese in den Bürgerkriegen erlitten hatten, Entschädigungen zahlen. Dieselben Beschwerden erhoben Italien,
1902 Holland und Belgien. Deshalb schritten England und Deutschland zur Blokade, die venezolanische Flotte wurde genommen, und durch den deutschen Kreuzer „Vineta" und den englischen „Charybdis" ein Fort bei Puerto Cabello eingeschossen, zugleich aber erklärten die Mächte keine Annexionen in Venezuela vornehmen zu wollen und kamen damit der Monroe-
1903 Doktrin entgegen. Die Sache wurde durch das Haager Schiedsgericht beigelegt: Venezuela

erkannte die Forderungen der Mächte als grundsätzlich gerechtfertigt an und verpflichtete sich, einen Teil davon gleich bar oder in Wechseln auf kurze Zeit zu bezahlen.

Chile

Die nach dem Salpeterkriege (§ 231) in Chile eingetretene Ruhe blieb nicht lange erhalten. Zwar waren die ersten Jahre der Verwaltung des 1886 erwählten Präsidenten Balmaceda gute; als er aber die ihm zu Neubauten von Eisenbahnen, Küstenbefestigungen, Kriegsschiffen, Schulen usw. erteilten Vollmachten zu Ausgaben mißbrauchte, die mit den finanziellen Mitteln des Landes in Mißverhältnis standen, und schließlich den ihm unbequemen Kongreß nach Hause schickte, die nicht gefügigen Beamten in unerhörter Weise maßregelte, das Landheer durch willkürlich erhöhten Sold sich zu gewinnen suchte, den angesammelten Silberstock des Staatsschatzes angriff und eine nicht autorisierte Ausgabe von 12 Millionen Staatspapiergeld vornahm, da begann die Kongreßpartei, zu welcher die Flotte neigte, den Bürgerkrieg. Es gelang zwar Balmaceda, den Staatssilberschatz, dessen Verkauf der von ihm ungesetzlich berufene und nur aus den Kreaturen des Diktators bestehende neue Kongreß genehmigt hatte, nach London zu bringen, aber die Vertreter des alten Kongresses, der in Iquique seßhaften Junta, ließen denselben durch die Engländer mit Beschlag belegen. Gegen die von Balmaceda verkündete völkerrechtswidrige Schließung der Häfen nördlich von Caldera legten Deutschland, England und Frankreich Verwahrung ein, so daß sie wieder aufgehoben werden mußte. Der Versuch Brasiliens, der Vereinigten Staaten von Nordamerika und Frankreichs den Frieden zu vermitteln, scheiterte an den zu hoch gespannten Forderungen der Kongreßpartei. Endlich kam es am 26., 27. und 28. August bei Viña del Mar, fast vor den Toren Valparaisos, zu einer dreitägigen Schlacht, in der die von einem Deutschen, dem seither zum General ernannten Obersten Körner, eingeübten kongressistischen Truppen den Sieg errangen; am Tage nach der Schlacht kapitulierte Santiago, und am 18. November wurde von dem neuen Kongreß der bisherige Führer der Junta, Jorge Montt, zum Präsidenten gewählt. Balmaceda, der sich längere Zeit verborgen hatte, aber entdeckt worden war, endete durch Selbstmord. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas erkannten die neue Ordnung an, obwohl sie zu Balmaceda geneigt hatten. Montt war nun bestrebt, den inneren Frieden herzustellen. Der lange mit Argentinien schwebende Streit über die Grenze in der Andenkette wurde 1896 vorläufig geschlichtet; die endgültige Entscheidung erfolgte 1902 durch einen Schiedsspruch des Königs von England, der Chile 50000 und Argentinien 40000 Quadratkilometer des umstrittenen Gebietes zuwies. Aber zwischen den Liberalen und Klerikalen kam es bald zu neuen Konflikten, die Finanzverwaltung wurde nach dem Rücktritt Montts wieder unvorsichtig, und der Kongreß wurde von den Parteihäuptern und den großen Kapitalisten beherrscht, so daß die Lage Chiles am Ende des 19. Jahrhunderts sich sehr zum Schlimmern verändert hatte. Seit 1901 ist Germain Riasco Präsident.

1891

26., 27., 28. Aug. 1891

3. Afrika, der Stille Ozean und Australien.

Afrika

§ 393. Nach der Aufteilung Afrikas unter die europäischen Mächte blieben nur der Kongostaat, Liberia, Marokko und Abessynien (§ 368) als unabhängige Staaten bestehen.

Marokko

Von diesen erregte besonders Marokko am Schlusse des 19. Jahrhunderts das allgemeine Interesse. Obwohl es vor den Toren Europas liegt, ist es doch in einzelnen Teilen noch so unbekannt geblieben, wie die dunkelsten Stellen des dunklen Erdteils. Die Römer waren die einzige europäische Nation, die das Land unterworfen und besiedelt hatten; gewaltige Städtetrümmer geben noch heute davon Kunde, und Mauretanien war eine der ergiebigsten Kornkammern Roms. Die kolonisatorischen Versuche der Portugiesen und Spanier scheiterten; den Arabern gelang es, Marokko zu erobern und bis zur Gegenwart festzuhalten. Die Regierungsform ist die orientalische Despotie. Der Sultan (Sherif) ist Herr über Leben und Tod und über das gesamte Eigentum seiner Untertanen. Nach langen Thronstreitigkeiten in der Dynastie der Aliden (Bd. II § 380), die sich bis gegen das Ende des 18. Jahrhunderts hinzogen, folgten ruhigere Jahre unter Muley Soliman, der die Christensklaven abschaffte, gegen die Seeräuberei der Rifioten (§ 388) einschritt und mit den europäischen Mächten, besonders mit Frankreich, in diplomatischen Verkehr trat. Unter seinen Nachfolgern aber kam es zu Kämpfen mit den Franzosen, die durch die Besitznahme Algiers Nachbarn Marokkos geworden waren (§ 138). Diese Kämpfe wurden nach der Besiegung der Marokkaner durch die Vermittlung Englands in dem Frieden von Tanger beigelegt. Doch erneuerten sich die Zusammenstöße auch mit anderen europäischen Mächten immer wieder, da die marokkanische Regierung ihre Untertanen von Räubereien nicht zurückhalten konnte.

Muley 1794—1822

10. Sept. 1894

Im Innern ging der Verfall Marokkos weiter; seine Existenz wurde nur durch die Eifersucht der europäischen Hauptmächte geschützt, die sich über die Aufteilung nicht einigen konnten. Unter Muley Hassan, der durch Gesandtschaften freundschaftliche Beziehungen mit denselben anzuknüpfen suchte und durch den Vertrag von Madrid im Juli 1880 das sogenannte Schutzrecht der Großmächte feststellte, kam es zu wiederholten Unruhen, die nach seinem Tode zu einem bedenklichen inneren Kriege führten. Es gelangte nämlich nicht sein ältester Sohn, Muley Mohammed, sondern ein jüngerer Sohn, Abd-ul-Aziz, durch eine Intrigue des Großkämmerers zur Herrschaft. Muley Mohammed stellte sich nun an die Spitze einer aufständischen Bewegung; er wurde indessen besiegt und in den Kerker von Mekines geworfen. Die Ähnlichkeit mit Muley Mohammed benutzte dann 1902 ein Mann von niederer Herkunft, Omar Zarhuni, um als Prätendent aufzutreten, zugleich gab er sich als Prophet aus. So brach ein sehr gefährlicher Aufstand gegen den Sultan aus; dieser mußte sich nach schweren Niederlagen nach Fez zurückziehen. Ob die europäischen Mächte gezwungen werden, in diese Wirren einzugreifen, wird die Zukunft lehren müssen; zunächst haben Frankreich und England einen Vertrag abgeschlossen (§ 373), der den Franzosen weitgehende Rechte auf Marokko zu bieten scheint.

Muley Hassan 1873—1894
7. Juli 1894
Abd-ul-Aziz 1894—1908
1904

Der Stille Ozean

Noch bis in das zweite Drittel des 19. Jahrhunderts erweckte der Stille Ozean vorwiegend aus Handelsrücksichten das Weltinteresse. Das wurde anders, als die Konkurrenz zwischen Deutschland, England und den Vereinigten Staaten um die Samoainseln begann, Deutschland auf Guinea und den Karolinen festen Fuß faßte (§ 380) und die Vereinigten Staaten die Hawaiinseln besetzten und die Philippinen nahmen (§ 391). Dazu kam die steigende Bedeutung Chinas und Japans. Welche Weltstellung einmal der Stille Ozean einnehmen wird, läßt sich noch nicht sagen, doch können die Vereinigten Staaten, die schon durch die geographische Lage vor den europäischen Mächten einen Vorrang haben, bei dem dort zur Herrschaft gelangten Imperialismus vielleicht die Vorherrschaft erlangen. Schon wurde im Senat zu Washington das Wort gesprochen: „Der Stille Ozean ist unser Meer."

Australien

Als Mitbewerber um diese Vorherrschaft tritt auf das 1900 gegründete Commonwealth of Australia, der Australische Bundesstaat.

Unter den englischen Kolonien war, allerdings erst nach langen Kämpfen, dem Dominion of Canada die Selbstverwaltung (§ 391) eingeräumt worden, doch fürchtete man in England, daß deren Übertragung auf Australien die Loslösung von dem Mutterlande herbeiführen könnte. Auch in Australien selbst fand anfangs der Gedanke, die unabhängig voneinander entstandenen und unter recht verschiedenen Verhältnissen emporgekommenen Teile zu einem Staatswesen zu vereinigen, keinen Anklang, wenn auch wichtige, wirtschaftliche Gesichtspunkte diesen Plan anrieten. Erst durch den Premierminister der Kolonie Neu-Südwales, Mr. Reid, und durch die australische Geistlichkeit wurde ein Umschwung in diesen Verhältnissen herbeigeführt und bei einer Volksabstimmung über die Frage einer Bundesverfassung sprach sich 1899 die Mehrheit für dieselbe aus. So suchten denn Neu-Südwales, Viktoria, Süd-Australien, Tasmanien und Queensland bei dem englischen Parlament um Genehmigung ihres Bundes nach, dem sich auch Westaustralien anschloß. Neu-Seeland blieb für sich allein, wie Neu-Fundland Kanada gegenüber. Chamberlain setzte die Anerkennung des Bundes durch, und am 9. Juli 1900 wurde das betreffende Gesetz von der Königin vollzogen. Die Kolonien bilden nun einen geeinten Staat; Englands Macht wird repräsentiert durch einen Generalgouverneur. Die eigentliche Regierung und Gesetzgebung aber liegt in den Händen des aus Senat und Repräsentantenhaus gebildeten Bundesparlaments. Ersterer wird aus Abgeordneten gebildet, die direkt vom Volke gewählt werden. Jeder Bundesstaat soll wenigstens fünf entsenden; den Maßstab für die Zahl bildet im übrigen die Bevölkerungsziffer. Im Repräsentantenhaus ist jeder Staat durch doppelt so viel Abgeordnete, als er Senatoren stellt, vertreten. Doch machte der junge Staatenbund bald schwere Zeiten durch, da sich zahlreiche Stimmen gegen denselben erhoben. Indes verstummten diese, als das Mutterland in dem Burenkriege die Hilfe Australiens in Anspruch nehmen mußte (§ 385). In der Regierung aber gewannen die sozialistischen Ideen die Oberhand und die Neigung, den Einfluß anderer Mächte in der Südsee zu beschränken.

4. Asien.

§ 394. Der Gegensatz zwischen Rußland, England und Frankreich. Persien. Wie in Afrika so vollzieht sich in Asien das politische und wirtschaftliche Leben der Staaten und Völker unter dem Einflusse der Weltmächte, deren Interessensphären sich bald hier, bald dort berühren oder kreuzen. Zu den alten Kolonialmächten Holland, England, Rußland und Frankreich gesellten sich Deutschland (§ 377) und die Vereinigten Staaten (§ 391), während der Versuch Italiens, sich ebenfalls im fernen Osten festzusetzen, scheiterte (§ 389). Das große britisch-indische Reich wurde mehr und mehr von Rußland und Frankreich in die Mitte genommen. Frankreich gegenüber, das 1893 seinen Besitz in Hinterindien bis zum Mekong ausdehnte (§ 387), hielten die Engländer es für das vernünftigste, den noch übrigen Teil, die Schanstaaten am oberen Mekong, zu teilen. Dadurch stießen die beiderseitigen Grenzen unmittelbar zusammen, aber die neueste Freundschaft mit Frankreich sicherte beiden ihre Stellung in Hinterindien. Daneben befestigten die Briten ihre Herrschaft auf Borneo, wo sie ihren Besitz durch Verträge mit Deutschland und Spanien 1885 abrundeten und 1891 bedeutend erweiterten. Hinterindien

In Hinderindien ist jetzt nur noch das Mittelreich Siam (Bd. II. § 392) selbständig Es wurde seit dem 16. Jahrhundert von Revolutionen erschüttert; nirgends war die Thronfolge so ungeregelt als in diesem Lande; bald führte die Herrschaft ein Europäer, wie von 1627 bis 1689 der Grieche Konstantin Phaulkon, bald (von 1769 bis 1782) ein Chinese, Phyatak, dann wieder ein Einheimischer, wie der General Chakri von 1782 an, der der Begründer der heute herrschenden Dynastie wurde. Im 19. Jahrhundert kam es zwischen Siam und Anam zu einem Kriege über die Teilung Kambodschas, der erst 1846 beendet wurde und Siam den vollen Einfluß auf dies Land sicherte. Mit den europäischen Großmächten wurden dann Handelsverträge abgeschlossen, so mit England, den Vereinigten Staaten und Frankreich, Dänemark und dem deutschen Zollverein. Als 1860 in Kambodscha ein Thronwechsel eintrat, entstanden Streitigkeiten mit Frankreich, die durch eine in Paris erscheinende Gesandtschaft beigelegt wurden; das französische Protektorat über Kambodscha wurde anerkannt, dafür aber die Provinzen Battambang und Angkor Siam belassen. 1893 brach ein neuer Konflikt mit Frankreich aus; französische Kriegsschiffe unter Admiral Human fuhren den Menam hinauf und bedrohten Bangkok. Aber erst nach längeren Verhandlungen wurde der Frieden geschlossen, in dem Siam auf alle Ansprüche an die Lande des linken Mekong-Ufers und sämtliche Flußläufe verzichtete und auch sonst Verpflichtungen einging, die Frankreichs Stellung in Hinterindien sicherten. Siam 1856. 1857 1859. 1869 Juli 1867 13. Juli 1893 2. Okt. 1893

Der von Rußland an der West- und Nordwestgrenze Indiens drohenden Gefahr begegnete England in Afghanistan, Persien und Tibet. In der vielumstrittenen Pamirfrage einigten sich England und Rußland, indem sie zwischen ihren Einflußgebieten eine neutrale Zone festsetzten. Im Juni 1897 brach eine gegen die Engländer gerichtete Empörung in der Präsidentschaft Madras aus, die sich auf die Bergstämme von Tschitral ausdehnte und auch den Emir von Afghanistan in Unruhe versetzte, weil er wegen der Grenzoperationen der Engländer gegen den Anstifter des Aufrufes, den Mullah von Hadda, ihr Eindringen in sein Land besorgte. 1898 wurde der Aufstand niedergeschlagen. In Afghanistan blieb die Ruhe gewahrt. Als der Emir Abdurrhaman I. (§ 349) starb, folgte ihm ohne Störungen sein Sohn Habib Ullah. Dann gab der russisch-japanische Krieg den Engländern die Möglichkeit, auch in die Verhältnisse Tibets einzugreifen (§ 395). Pamir Nov. 1894 Afghanistan 3. Okt. 1901

Persien war neben Afghanistan ein wichtiges Gebiet des wirtschaftlichen und politischen Wettbewerbes Englands und Rußlands.

Persien

Persien hatte, nachdem es zuerst seit der Beseitigung der Safiden (Bd. II, § 390) 1736—1747 innere Unruhen hatte überwinden müssen, unter Nadir Schah seine Grenzen bis nach 1747—1779 Indien ausgedehnt; nach dessen Ermordung regierte Kerim Chan als ein weiser Herrscher; er gestattete den Engländern eine Niederlassung in Buschir und den Handel im Persischen Golf. Nach seinem Tode erfolgte eine böse Zeit innerer, durch die in den orientalischen Staaten gewöhnlichen Thronstreitigkeiten hervorgerufenen Wirren, bis 1794 Aga Mohammed 1794—1797 Chan den Thron bestieg: mit ihm begann die noch heute herrschende Dynastie der Kadscharen. Unter ihm brach der Kampf mit den Russen um den Besitz Georgiens aus, der 1797—1834 auch nach der Ermordung des Schahs unter Feth-Ali-Chan fortgeführt wurde. Persien schloß sogar mit Napoleon gegen Rußland und England ein Bündnis in dem Vertrag von 4. Mai 1807 Finkenstein; es erschien eine französische Gesandtschaft in Teheran, aber als nach dem 24. Dez. 1807 Frieden von Tilsit (§ 48) Rußland die Hände wieder frei bekam, wurde das persische Heer 16. Febr. 1809 von den Russen geschlagen, der französische Gesandte mußte Persien verlassen, und nach 1814 24. Okt. 1813 längeren Kämpfen mußte Persien in dem Frieden von Gulistan den größten Teil seiner kaukasischen Besitzungen an Rußland abtreten, ein Offensiv- und Defensivbündnis und freie Schiffahrt auf dem Kaspischen See zugestehen. Den Engländern gelang es erst nach längeren Verhandlungen mit dem Schah einen Vertrag abzuschließen, in dem er sein Land jedem fremden Heere verschloß, Hilfe gegen Afghanistan bei einem Einfall in Indien versprach, während die Engländer Hilfe bei dem Angriffe einer europäischen Macht auf Persien und Vermittelung zwischen Persien und Afghanistan bei einem Kriege zusagten. Ein Versuch, die verlorenen Besitzungen zurückzugewinnen, endete mit einer neuen Niederlage; im Frieden 23. Febr. 1828 von Turkmantschai wurde Eriwan und Nachitschewan an Rußland abgetreten, auch mußte Persien auf eine Kriegsflotte auf dem Kaspischen Meere verzichten. Seitdem stritten Eng- 1834—1848 land und Rußland um den Einfluß in Persien. Nach Mehmed Schah bestieg Nassr 1848—1896 Eddin den Thron, der nach einem unglücklichen Kriege mit England, der durch die Be- 1856 setzung Herats entstanden war, mit dem durch Napoleon III. vermittelten Frieden von 4. März 1857 Paris endete, in dem der Schah Herat herausgeben und sich verpflichten mußte, sich weder in Afghanistan noch in Herat einzumischen, das einen eigenen Fürsten erhalten sollte. Die mit der Türkei entstandenen Grenzstreitigkeiten wurden in dem Berliner Frieden (§ 338) geregelt, Persien erhielt den Bezirk von Chatur. Die inneren Verhältnisse Persiens gestalteten sich bei der schlechten Verwaltung immer ungünstiger; die Hoffnungen auf Besserung, 1873. 1878 die man an die Rundreisen Nassr Eddins an die europäischen Höfe geknüpft hatte, erfüllten 1. Mai 1896 sich nicht. Nach seiner Ermordung bestieg Musaffer-ed-Din-Mirza den Thron.

Trotz der Niederwerfung des Großwesiers Aspha Chon, der wegen seines Vorgehens gegen die sinnlose Verschleuderung des Staatsschatzes in Ungnaden entlassen worden war, konnte der finanziellen Not nicht abgeholfen werden. Die persische Regierung mußte eine 1900 Anleihe bei Rußland aufnehmen, durch die das Land ganz in dessen Vormundschaft geriet. Es mußte sich auch verpflichten, während der nächsten 75 Jahre keine weitere Schuld einzugehen oder mit einer anderen Macht als Rußland in finanzielle Verhandlungen zu treten. Vorher hatte es sich schon durch einen Vertrag verpflichtet, bis 1904 ohne russische Zustimmung keine Eisenbahn- oder Straßenkonzession zu vergeben. Im Innern des persischen Staatswesens vollzog sich 1901 ein wichtiger Fortschritt. Am 13. April erließ die Regierung ein Gesetz, wonach sämtliche Zölle und Wegegelder im Innern abgeschafft und einheitliche Ein- und Ausfuhrzölle erhoben werden sollten. Auch sonst zeigte Persien sich zu Reformen geneigt, wie zur Verstaatlichung des Postwesens und zur Besserung der Verwaltung in den einzelnen Provinzen. Eine Reise des Schahs durch die europäischen Staaten konnte in dieser Beziehung nur nützen. Doch auch England ließ in seinen Bemühungen, Einfluß in Persien Jan. 1902 zu erlangen, nicht locker; es erlangte das Recht zur Anlage einer neuen Telegraphenlinie 9. Febr. 1903 über Jesd, Kerman, Bampur nach der Grenze von Beludschistan und schloß einen Handelsvertrag ab; es tat auch alles, um den Persischen Golf allmählich in eine britische See zu verwandeln.

§ 395. Der russisch-japanische Krieg. Tibet. Auf die weitere Entwicklung der Rivalität Englands und Rußlands wird der Ausgang des 1904 begonnenen russisch-japanischen Krieges von Einfluß sein. Zugleich knüpft sich an ihn die wichtige Frage, ob Japan die führende Macht Ostasiens werden und die Regeneration der gelben Rasse versuchen wird.

Die Siegesfrüchte des japanisch-chinesischen Krieges von 1894 wurden Japan durch das Eingreifen Rußlands, Frankreichs und Deutschlands geschmälert (§ 377). Diese Lage hätten

sie vielleicht ertragen, wenn nicht allmählich Rußland in die von ihnen aufgegebenen Stellungen eingedrungen wäre (§ 383). Auch die Teilnahme am Kampfe gegen die Boxer (§ 378) besserte ihre Lage nicht. Rußland heimste die besten Erfolge ein: die mandschurische Bahn entstand, Port Arthur wurde russisch, und Rußland wich, trotz seines Versprechens, nicht aus der Mandschurei. An der Wurzel Koreas, am Yalufluß, standen russische Truppen und Ansiedler, um Wälder und Minen auszubeuten. Rußland mußte nun den russischen Schiffen die Ausfahrt in das Gelbe Meer und in den Stillen Ozean sichern. Weder die Straße von Petschili noch die von Korea durften für Rußland neue Dardanellen (§ 147) werden. Daraus entsprang die Notwendigkeit, auf Korea selbst Fuß zu fassen. Genau entgegengesetzt waren die Interessen der Japaner, die Korea, wo sich schon viele Japaner niedergelassen hatten, durchaus als ihr Macht- und Handelsgebiet ansahen. Die russische Stellung in der Mandschurei und die Vollendung der sibirischen Bahn riefen lebhafte Beunruhigung in Tokio hervor; das Vorrücken an den Yalufluß und die ununterbrochene Verstärkung der russischen Kriegsflotte in Wladiwostok und Port Arthur wurden als eine unmittelbare Bedrohung angesehen. Rußlands Fortschritte

So wurde Anfang des Jahres 1902 die Lage sehr kritisch. Marquis Ito (§ 376) reiste nach Petersburg, um einen Ausgleich der japanisch-russischen Interessen herbeizuführen. Da ihm das nicht gelang, wandte er sich an England, und am 12. Februar 1902 wurde der englisch-japanische Vertrag veröffentlicht, durch den beide Mächte sich auf fünf Jahre, also bis 1907, zu Schutz und Trutz verbanden, wenn eine von ihnen von einigen anderen Mächten angegriffen werden sollte. Rußland antwortete am 16. März 1902 mit der amtlichen Kundgebung, daß es sein Bündnis mit Frankreich (§ 373) auch auf Ostasien ausgedehnt habe. Gleich darauf, am 8. April 1902, vollzog Rußland mit China einen Vertrag, durch den es sich verpflichtete, bis zum 8. Oktober 1903 die Mandschurei zu räumen, wogegen China versprach, ebenfalls bis spätestens zu demselben Termine die Ordnung und die Sicherheit des Verkehrs in der Mandschurei herzustellen. Sollte es durch das Verhalten anderer Mächte verhindert sein, seine Verpflichtungen einzuhalten, dann sollte auch Rußland nicht mehr an den Vertrag gebunden sein. Die Sache war zu durchsichtig, als daß Japan sich dabei hätte beruhigen können. Verhandlungen — Engl.-japan. Vertrag 30. Jan. 1902

Japan stellte die weiteren Verhandlungen ein und rief seinen Gesandten aus Petersburg ab. Kurz darauf erfolgte ein Angriff japanischer Torpedoboote auf die russische Flotte im Hafen von Port Arthur, wobei mehrere auf den Kampf nicht vorbereitete russische Panzerschiffe zerstört wurden. Und nun folgte Schlag auf Schlag; Japan hatte mit erstaunlicher Tatkraft seine Rüstungen vollendet, während in Rußland alles unfertig war. Bald war die russische Flotte in Port Arthur außer Tätigkeit gesetzt, die nicht zerstörten Schiffe wurden im Hafen eingeschlossen, und auch die im Hafen Wladiwostok liegende Flotte konnte dem überlegenen Gegner nur geringe Verluste zufügen. Ein Ausfall der russischen Schiffe aus Port Arthur wurde zurückgeschlagen; dabei fanden auf dem zerstörten Panzerschiff „Petropawlowsk" der Admiral Makarow und der berühmte Maler Wereschtschagin (§ 399) den Tod. Zu Lande drangen die Japaner durch Korea in die Mandschurei ein, schlugen in der fast eine Woche dauernden Schlacht am Yalu die Russen, erstürmten Kintschou und besetzten Dalny. Dann schlossen sie Port Arthur auch von der Landseite ein und begannen unter General Nogi die mit bewundernswerter Tapferkeit, unter furchtbaren Opfern an Toten und Verwundeten geführte Belagerung dieser überaus starken Festung, die von den Russen unter General Stössel (§ 378) mit der gleichen Zähigkeit und Tapferkeit verteidigt wurde. Eine zum Entsatz der Festung unter General Stackelberg heranrückende russische Heeresabteilung wurde von den Japanern bei Wafangou zurückgeschlagen. Dann erlitten die Russen in der mörderischen, tagelang dauernden Schlacht bei Liaujang eine schwere Niederlage; der am Schaho entbrannte, ebenfalls lange Kampf brachte keine Entscheidung, so daß am Ende des Jahres 1904 die Russen unter General Kuropatkin, die Japaner unter Feldmarschall Oyama sich hier abwartend gegenüberstanden. Inzwischen hätte die russische baltische Flotte, unter Admiral Rosheſtwenski, die aus der Ostsee ausgelaufen war, um Port Arthur zu entsetzen, durch eine Beschießung englischer Fischerboote bei Hull, unter denen sie japanische Torpedo- Der Krieg — 6. Febr. 1904 Nacht vom 8./9. Febr. — 13. April — Anfang Mai — 26., 30. Mai — 14. Juni — 29. Aug. bis 3. Sept. — 12.—18. Okt. — Doggerbank 22. Okt.

boote vermutete, beinahe einen sehr ernsten Zwiespalt mit England hervorgerufen, doch wurde die Entscheidung über den eigenartigen Vorfall einem Schiedsgericht in Paris zugewiesen. Das allgemeine Interesse aber wandte sich den Kämpfen von Port Arthur zu; ein erneuter
10. Aug. Ausfall der russischen Flotte wurde wieder vereitelt, nur einigen Schiffen gelang es, zu entfliehen, die später in Schanghai und Tsingtau entwaffnet wurden. Dagegen trieb Stössel
26., 27. Nov. die Angreifer in blutigen Gefechten aus den in der Nordfront genommenen Stellungen
30. Nov. zurück. Als aber die Japaner den 203 Meter-Hügel eroberten, den Hohen Berg er-
6. Dez. stürmten, die im Hafen liegenden Schiffe zerstörten und mit der Einnahme der Forts
28., 31. Dez. Erlungschan und Sungschuschan jede Hoffnung auf Rettung schwand, da entschloß
2. Jan. 1905 sich Stössel zur Kapitulation, die von Nogi unter ehrenvollen Bedingungen den Verteidigern gewährt wurde. Auch die weiteren, von beiden Seiten mit der äußersten Hartnäckigkeit und Erbitterung geführten Kämpfe brachten den Russen keinen Sieg; sie mußten immer mehr zurückgehen und wurden Anfang März in der überaus blutigen, fünfzehn Tage
24. Febr.— dauernden Schlacht bei Mukden so gewaltig geschlagen, daß dadurch die entscheidende
10. März Wendung des Krieges herbeigeführt wurde.

Tibet

Mit diesen Schwierigkeiten Rußlands in dem Krieg gegen Japan stand in mittelbarem Zusammenhang das Vorgehen Englands in Tibet.

In das geheimnisvolle Hochland von Innerasien waren bisher nur wenige Forscher eingedrungen (§ 369), doch wurde es der Schauplatz für den versteckten Kampf der beiden europäischen Rivalen. Es bildete, wie Kitchener sich einmal ausdrückte, das Glacis jenseits der Festung Indien; England wünsche nicht, es zu besitzen, könne aber auch nicht zugeben, daß es von einem Feinde besetzt werde. Seitdem die Abhängigkeit Tibets von China im 18. Jahrhundert durch die Einsetzung eines chinesischen Statthalters endgültig geworden war (II, § 394), versuchte der erste englische Generalgouverneur von Indien, Warren Hastings (§ 150), 1774 zwischen den beiden Ländern einen Handelsvertrag zu schaffen. Eine Gesandtschaft unter Boyle gelangte bis zur Residenz Lhassa, ohne allerdings Zutritt in dieselbe zu erlangen. Eine andere, 1783 abgeschickte Gesandtschaft fand ebenfalls günstige Aufnahme, aber mit der Beseitigung der Selbständigkeit der Ostindischen Kompanie durch Pitts India Bill und dem Rücktritt Hastings 1785 änderte sich dies gute Verhältnis. Als 1792 die Ghorkhas, die Eroberer von Nepal, in Tibet eingebrochen und von den Chinesen in mehreren blutigen Schlachten zurückgetrieben waren, nahmen sie die englische Vermittlung in Anspruch. Diese aber wurde von dem chinesischen Oberbefehlshaber zurückgewiesen und jeder Verkehr mit Indien aufs strengste untersagt. Dieser Zustand der Absperrung Tibets blieb im ganzen bestehen; alle Versuche Englands, besonders nach der teilweisen Einverleibung von Sikkim 1861, mit Tibet wieder Fühlung zu gewinnen, scheiterten an dem offenen und versteckten Widerstande Chinas und der lamaistischen Hierarchie. Verhandlungen, die mit der Regierung in Peking seit 1876 gepflogen wurden, zu Handelszwecken einer englischen Expedition nach Tibet Unterstützung zu gewähren, zogen sich bis 1888 hin. Als dann die Tibeter sogar die indische Seite der Himalajaabhänge, die ehemals zu Sikkim gehörten, nun aber im englischen Besitz waren, besetzten, gingen die Engländer mit Gewalt vor, vertrieben die tibetischen Truppen
17. März 1890 und verfolgten sie bis in den Distrikt von Chumli. Die Folge war ein in Kalkutta unterzeichneter Vertrag, der das englische Protektorat über Sikkim anerkannte, die Frage des indisch-tibetischen Handels aber einer später zu ernennenden Kommission zur Erörterung überwies.

Nov. 1903

Zu Verhandlungen einer solchen Kommission kam es bis zum Jahre 1903 nicht, wo die Engländer die Besiegung Rußlands benutzten und den Oberst Younghusband mit starker militärischer Begleitung nach Tibet schickten.

7. Aug. 1904 Er langte 1904 vor Lhassa an, nachdem er nur einmal, bei Gyangtse, auf nachdrücklichen Widerstand gestoßen war. Der Dalai Lama hatte aber Lhassa verlassen, um allen Verhandlungen aus dem Wege zu gehen. Anfang September wurde indes ein Vertrag mit den Vertretern der tibetischen Regierung unterzeichnet, in dem wirtschaftlich wie politisch England wichtige Zugeständnisse gemacht wurden. Jatung, Gyangtse und Kotako (Gartok) sollen zum unbeschränkten Handel zwischen englischen und tibetischen Kaufleuten eröffnet werden und damit nur den Engländern die „Tür“ offen stehen; die Tibeter sollten in drei Jahresraten eine Schadenersatzzahlung leisten und zur Durchführung aller Bestimmungen und Sicherstellung der Zahlung von 10 Millionen Mark sollten englische Truppen drei Jahre lang das Chumlital besetzt halten. Außerdem behielt sich England die Kontrolle über Tibet vor, indem ohne seine Einwilligung kein tibetisches Gebiet an eine fremde Macht verkauft, verpachtet oder verpfändet werden sollte. Ob aber der Dalai Lama, der in der Mongolei weilt und hier unter russischem Einflusse steht, diese Abmachungen halten wird, muß die Zukunft zeigen.

England würde sich zu dieser Expedition wohl nicht entschlossen haben, wenn nicht der russische Einfluß sich in Tibet gefahrdrohend geltendgemacht hätte. Schon seit 1892 sandte die Lhassaer Regierung, empört über den Vertrag von 1890, nach Peking nicht mehr die pflichtmäßigen Geschenke und begann sich Rußland zu nähern. Ein Gesandter des Dalai Lama wurde von dem Kaiser Nikolaus in Livadia empfangen, und eine zweite Gesandtschaft, 30. Sept. 1900
an deren Spitze ein Lama stand, traf in Odessa ein, ging nach Petersburg und wurde hier 25. Juni 1901
von dem Kaiser, der Kaiserin, dem Grafen Lamsdorf und dem Finanzminister Witte 6. Juli
empfangen. Die von London nach der Bedeutung dieses Besuches gestellte Anfrage wurde mit der mehr als ironischen Mitteilung beantwortet, daß das Haupt der Gesandtschaft, der Lama Dorofhigov, Mitglied der russischen geographischen Gesellschaft sei. Das rief in England eine starke Mißstimmung hervor, die sich noch steigerte, als die Nachricht eintraf, daß Aug. 1902
zwischen Rußland und China ein Geheimvertrag abgeschlossen worden sei, nach welchem die chinesische Regierung ihre gesamten Interessen in Tibet mit allen Privilegien und Vorteilen an Rußland überlasse, das dagegen seine Hilfe und Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Integrität des chinesischen Reiches biete. Diese Nachricht wurde aus Peking dementiert. Auch hier muß die Zukunft zeigen, in wieweit das richtig ist und welche Folgen eine solche Stellung Rußlands in den Fragen des fernen Ostens haben wird.

Drittes Kapitel.

Die Moderne (Literatur Deutschlands, Kunst Europas).

A. Die jüngstdeutsche Literatur.

Zeitverhältnisse

§ 396. Mit dem nationalen Aufschwunge seit dem großen Jahre 1870 hat die deutsche Dichtung nicht Schritt gehalten. Wohl umrankte sie die weltgeschichtlichen Ereignisse mit einem farbenreichen Kranze vaterländischer Lieder. Aber die erhoffte und ersehnte Wiedergeburt der Kunst in deutschnationalem Sinne blieb aus. Zunächst waren die äußeren Verhältnisse nicht danach angetan, einen literarischen Lenz zu zeitigen. Auf die Tat, auf Leben und Wirklichkeit war das erwachte Selbstbewußtsein gerichtet. Die Politik stand im Vordergrunde. Anderseits erhob der Erfolg überraschend schnell entwickelter Erwerbtätigkeit die wirtschaftlichen Interessen zu einer nahezu alles beherrschenden Macht (§ 328). Diese hastende, aufgeregte Zeit hatte keinen Sinn für reine Kunst. Was sie begehrte: mühelose, von des Tages Geschäften abziehende Unterhaltung, Anreiz der mißbrauchten Nerven und abgestumpften Sinne, das boten französische Romane und Bühnenstücke zur Genüge. In deutschem Schrifttume dagegen hatte echter Beruf noch um die erst später, dafür aber in vollem Maße errungene Anerkennung zu kämpfen. Daneben hütete ein vornehmes Priestertum der Schönheit die Überlieferung aus klassischer Zeit, opferte wohl auch der vollendeten Form den menschlich bedeutsamen Inhalt und verlernte die Sprache, die zur Gesamtheit des Volkes spricht. Wieder andere Dichter verstummten, wie überrascht vom Wandel der Dinge, und räumten den bevorzugten Lieblingen der Menge, dem sentimentalen Romane und der altertümelnden Erzählung in Versen, den Platz.

Der Pessimismus

Da kamen mit dem wirtschaftlichen Niedergange (§ 328) die allgemeine Unzufriedenheit und Verdrossenheit, die Förderer des Pessimismus. Schopenhauer schlug die Geister in seinen Bann. Auch hatte das übermütige Treiben in den Gründerjahren in erschreckender Weise den Gegensatz zwischen reich und arm deutlich fühlbar gemacht, für den bereits einige menschlich empfindende Dichter des Auslandes (§ 89, 90, 93), ihrem Volke die Augen geöffnet hatten. Von der sozialen Frage wurde die heranwachsende Jugend um so tiefer ergriffen, als sie zum guten Teile gerade in ihren dichterisch beanlagten Mitgliedern das Elend der „Enterbten“ an sich selbst erfuhr. Trotz pessimistischer Anwandlungen voll stolzen Kraftbewußtseins und in ihrem Hochgefühl nicht angekränkelt von der

Die soziale Frage

späteren Entmutigung der Zeit, stellte sie ein neues Ideal von Kunst und Leben auf. Für jene verlangte sie volle Unabhängigkeit von allem Herkommen und schulmäßigem Regelwerke, unbedingte Wahrheit und die Einkehr in die stürmisch bewegte Gegenwart. Für ihre politische Unklarheit ist es bezeichnend, daß anfänglich selbst Dichter wie Bleibtreu und Henckell neben Arno Holz, Arent u. a. rein vaterländische Töne anschlugen. Nicht klarbestimmte Ziele oder positive Grundsätze führten diese Neuerer zusammen, sondern der gemeinsame Gegensatz zunächst zur bestehenden Kunst. Einiges Licht über diese Bestrebungen brachten im Jahre 1884 die Modernen Dichtercharaktere von Arent, zu denen Henckell die Idee und eine Einleitung, Conradi das Vorwort „Credo" und eine Reihe gleichgesinnter Dichter ihre Lebensläufe gaben.

Die Moderne

Damit war die Einheit der Moderne, wie sich der Dichterkreis im Gegensatz zur Antike bezeichnete, wenigstens nach außen begründet. Im übrigen blieb jedem Anhänger die Freiheit in seinem Schaffen vorbehalten. Nur folgerichtig war es, daß auch die anderen Künste, namentlich die Musik, in die Bewegung einbezogen werden sollten. Darauf mußte zwar das zuerst 1893 erschienene Sammelbuch der jüngsten Dichtung, der Moderne Musenalmanach von Otto Bierbaum, verzichten, doch war im Pan, einem anderen als Prachtwerk gedachten Jahrbuche der modernen Kunst, der Plan teilweise verwirklicht, ist aber in der seit 1899 bestehenden Monatsschrift Die Insel, gemäß ihrem besonderen Charakter, wieder fallen gelassen.

Entschlossen hatte die Jugend ihre Absage an die Alten gerichtet. Aber der Bruch mit dem geschichtlich Gewordenen wurde hier wie überall gefährlich, und der bloße Wunsch und Wille wurden nicht Vater einer neuen Kunst. Losgelöst vom heimischen Nährboden, dabei ohne schöpferisches Vermögen, geriet die Moderne bald in alle Zeitströmungen und schrullenhaften Absonderlichkeiten des In- und Auslandes. Schopenhauer (§ 309), Nietzsche (§ 309), Darwin (§ 312), die Franzosen, voran Zola (§ 90), Nordländer wie Ibsen (§ 86), auch Strindberg (§ 87), weniger noch Björnson (§ 86), und Russen (§ 84) wie Tolstoi und Dostojewski haben die Entwicklung der Jüngstdeutschen bestimmt. Aus nationalen Anfängen erwuchs ein internationaler Mischmasch, und was am Vorbilde den Nachahmern unerreichbar blieb, das suchten sie durch Maßlosigkeit und Übertreibung zu ersetzen. Treueste und ausschließliche Wiedergabe der Wirklichkeit, — das wurde oberster Grundsatz. Mit der Wahrheitstreue hatten schon die älteren Realisten (§ 291) Ernst gemacht. Jetzt brach aber der schrankenlose Naturalismus herein. Höchstes und letztes Ziel der Kunst sollte sein, wieder Natur zu werden. Das konnte sie nur durch erschöpfende Sachlichkeit und Gegenständlichkeit ohne irgendwelche Zutat des beobachtenden Dichters. Seine Aufgabe war lediglich, alles, was dem Stoffe Sinnfälliges anhaftete, was unmittelbar in die Erscheinung trat, kurz, alle äußeren Eindrücke, auch die unwesentlichen und bedeutungslosen, vollzählig zu sammeln und zu einem Gesamtbilde des Zustandes und der Umwelt (Milieu) seiner Personen zu vereinen. Dieses Milieu sollte nun auf die Bildung und Betätigung der Charaktere mit der Unerbittlichkeit eines Naturgesetzes wirken; es verdolmetschte gewissermaßen menschliches Empfinden und Handeln und war das Mittel, eine beabsichtigte Stimmung zu erzeugen. Daß es dazu befähigt ist, beweist eine ganze Reihe von Stücken. Aber mehr vermochte der Naturalismus nicht. Den Stoff im Sinne der alten Schule zu erhöhen und zu vergeistigen, lag nicht in seiner Macht, auch nicht in seiner Absicht. Der Photograph trat an die Stelle des freischaffenden Künstlers, das Mosaik ersetzte das abgerundete Bild. Die Augenblicksaufnahme verdrängte die fein abwägende, Licht und Schatten zielbewußt verteilende Arbeit des Malers. Weiter aber mußte die peinlich gewissenhafte Abschrift der Natur selbst in belanglosen Einzelheiten zerstreuen und ermüden, auch einem Gesamteindrucke hinderlich sein. Und wenn endlich dem Naturalismus das Augenblicksbild der zuständlichen Wirklichkeit vielfach vorzüglich gelang: eine lückenlose Entwickelung und regelrecht fort-

Naturalismus

schreitende Handlung zu schildern, blieb ihm trotz Aufwandes all seiner Mittel versagt. Auch anderes schien sich mit der Wirklichkeitsmalerei nicht zu vertragen: der Monolog wurde verpönt, der Reim über Bord geworfen, dagegen die Mundart als wirksamstes Verdeutlichungsmittel bevorzugt. In metrischen Dingen herrschte subjektivste Willkür, während die ungebundene Rede durch eine zur Schau getragene Gleichgültigkeit gegen die Gesetze des Aufbaues und der Sprachrichtigkeit aufzufallen suchte.

Individualismus

Mit gleicher Leidenschaft richtete sich der neue Sturm und Drang gegen das Herkommen in Leben und Sitte. Die Grundfesten menschlicher Gemeinschaft wurden verneint, die freie Liebe und die Lehren des Sozialismus als der Weisheit letzter Schluß geräuschvoll verkündet. Es konnte den Streit nur verschärfen, daß dieses „Gründeutschland" im Grunde wirklicher Erfahrung und einigermaßen umfassender Lebenskenntnis bar war. Man hat mit Recht gesagt, es habe das Weib nur in der Kellnerin oder Dirne gesehen. Verhängnisvoll wurde ferner eine aufdringliche Kraftmeierei, die für den Mangel des eigenen Erlebnisses und dichterischer Kraft einen Ersatz in beispielloser Derbheit, ja Roheit zu finden meinte. Zur kleinkrämerisch-knifflichen Umwelt- und Zustandschilderei gesellte sich so die Vorliebe für Häßliches, Krankhaftes und Gemeines; nur daß dieses in absichtsvoller Deutlichkeit als Folge der bestehenden Verhältnisse, des „Kapitalismus" usw., ausschließlich den oberen Schichten der Gesellschaft zur Last gelegt, also das „Hinterhaus" gegen das „Vorderhaus" ausgespielt wurde. Einen weiteren Schritt machte die Entwickelung unter dem Einflusse des Individualismus. Er schien ja jedwedem Dutzendmenschen das Recht zuzuerkennen, sich voll auszuleben, ganz nur er zu sein, sofern er nur den Mut besaß, unbekümmert um Sitte und Gesetz sich selber treu zu sein, also jeder beliebigen eigenen Laune und Anwandlung als Offenbarungen seines Ichs zu folgen. Solche Denkweise war die Vorfrucht des Anarchismus, zu dem sich denn auch wenigstens John Henry Mackay ungescheut bekannt hat. Zugleich aber war damit die Sturmflut auf ihrem Höhepunkte angelangt. Die Bewegung wurde rückläufig. Bereits etwa 1890 hatte der durch die Schule der Franzosen gegangene Hermann Bahr den Naturalismus totgesagt und die Pariser Tageskünste des Fin de siècle, der Decadence und des Symbolismus (§ 90) bei uns einzubürgern gesucht. Das bedeutete für die Literatur unverkennbar einen Zuwachs glänzender Mittel des sprachlichen Ausdruckes, brachte ihr auch eine Fülle von Stimmungen und verfeinerten Sinneswirkungen, steigerte endlich die Empfindungsfähigkeit zu virtuosenhafter Vollkommenheit. Aber alles das erstickte in dem Sumpfe naturalistischer Unsittlichkeit. Immerhin hat Bahr den zeitlichen Vorrang in der Erkenntnis, daß der bloße Abklatsch der Wirklichkeit mit einigen unschönen Zutaten von Roheit kein neues Zeitalter echter Kunst zu begründen vermöge, mochte er selbst auch, blind folgsam der Forderung L'art pour l'art, in der künstlerischen Behandlung alles, im Stoffe, seinem Wesen und seiner Bedeutung dagegen etwas ganz Nebensächliches sehen. So begann die letzte Wandlung der Jüngstdeutschen, der Übergang zum Symbolismus und seinen Begleiterscheinungen, der Mystik und Phantastik.

Symbolismus

Nicht alle Dichter, die der Moderne angehören, haben diesen Entwickelungsgang gleichmäßig mit durchlaufen. Ziemlich genau und vollständig spiegelt ihn das literarische Schaffen Michael Georg Conrads wieder. Er hatte Zolas Naturalismus an der Quelle studiert und ist mit Erzählungen aus Paris: Parisiana, Madame Lutetia, Lutetias Töchter, wie mit den Münchner Gesellschaftsbildern Was die Isar rauscht, Die klugen Jungfrauen u. a. sein eifrigster und unter den Jüngsten hochangesehener Vertreter geworden, bis er sich mit dem Roman In purpurner Finsternis zum Symbolismus bekehrte. In München schuf er das eigentliche Fachblatt der Moderne Die Gesellschaft. — Groß war die Zahl der Mitläufer, denen die künstlerische Ungebundenheit müheloſe Lorbeeren zu verbürgen schien. Ihre Spuren sind bis auf die Namen verwischt. Andere Dichter machten nur vorübergehend die Mode mit, so von Wildenbruch, Fulda usw. Kräftigeren Naturen, wie von Polenz (§ 295) und Bölsche, wies ihre unbeirrbare gesunde

Conrad geb. 1846

Bölsche geb. 1861

Anlage bald eigene Wege. Wilhelm Bölsche, in der Mittagsgöttin ein scharfsichtiger Beobachter und Meister der Stimmungsmalerei, machte sich einen Namen als Theoretiker der Schule, indem er mit den Naturwissenschaftlichen Grundlagen der Poesie die Gültigkeit der Naturgesetze auch für die Dichtkunst erweisen und verwerten wollte. Ein früher Tod endete das lärmende und herausfordernde Wirken Hermann Conradis, der, unfähig, den Zwiespalt in seinem Innern auszugleichen, mit den Liedern eines Sünders, mehr noch in Brutalitäten und Adam Mensch eine nur von wenigen wieder erreichte Derbheit zur Schau trug. — Einige der lautesten Verfechter der neuen Kunstlehre traten bald mehr und mehr in den Schatten. Karl Bleibtreu hatte zuerst mit der Flugschrift Revolution der Literatur die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Als Herausgeber des Magazins für die Literatur des In- und Auslandes vertrat er die Grundsätze der Moderne mit einer bis zur Pietätlosigkeit gesteigerten Einseitigkeit und Schärfe, die auch später noch seine eindringende Kritik in der „Gesellschaft" beeinträchtigte. Seine Anlage zu anschaulicher Schilderung zeigen die Schlachtengemälde, wie Sedan, Gravelotte usw., besser als die stark aufgetragenen Zeitbilder Größenwahn und Propaganda der Tat. Im bewundernden Aufblicke zu den „Erhöhungen der kläglichen Durchschnittsexistenz" verherrlicht er dramatisch Lord Byron, dessen Wesen auch seine Abhandlung Byron der Übermensch zu erfassen sucht, und Den Imperator Napoleon. Auf andere Werke des fieberhaft tätigen Schriftstellers, wie die Geschichte der englischen Literatur, Entscheidungsschlachten des europäischen Krieges, Geschichte der europäischen Kriege unter Friedrich dem Großen und Napoleon, Zur Philosophie der Zukunft, Letzte Wahrheiten u. a. m., kann nur hingewiesen werden. — Ebensowenig vermochte der gleich rührige Wilhelm Arent auf die Dauer die Beachtung wachzuhalten, die seine erwähnten Modernen Dichtercharaktere gefunden hatten. Sein scherzhafter Einfall, eigene Lieder als literarische Hinterlassenschaft von Reinhold Lenz (Bd. III) auszugeben, begegnete in der Öffentlichkeit keinem Verständnisse. — Sein Los teilt Konrad Alberti, eigentlich Sittenfeld, nicht unverdientermaßen. Hat er doch, wie kaum ein anderer, Anhänger seiner und der klassischen Richtung mit hochfahrender, beleidigender Schärfe angegriffen, ohne durch eigene Leistungen sein Recht dazu auszuweisen. Das Schicksal der Revolutionäre ereilte endlich auch die Gebrüder Hart, die einst Schulter an Schulter, besonders durch die Kritischen Waffengänge und das Kritische Jahrbuch erfolgreich und dabei in gemäßigtem Sinne das überlebte Alte bekämpft und einer Wiedergeburt der Kunst vorgearbeitet hatten. Heinrich Hart fand in Weltpfingsten für die erhabenen Ideen reiner Menschlichkeit einen würdigen, schwungvollen Ausdruck. Von seinem großangelegten, auf 24 Gesänge berechneten Liede der Menschheit, deren ganze Entwickelung im natürlichen und Gefühlsleben, wie sie der sinnende Dichter erschaut hatte, episch dargestellt werden sollte, erschienen nur drei Teile. Sein ihm gesinnungsverwandter Bruder Julius Hart, in seiner bilder- und farbenreichen Lyrik: Sansara, Homo sum usw., mehr noch in seinen Dramen ein Dichter von überschäumender Leidenschaft, zugleich ein kraftvoller, auch humoristischer Erzähler, wandte sich zuletzt mit Dem neuen Gotte gleich seinem Bruder religionsphilosophischen Fragen zu. — Daß Hans Land einen Roman mit gleichem Titel veröffentlichte, war kein Zufall, deutete vielmehr auf die sozialistischen Ursprünge und Ziele dieses neuen Glaubens hin. Außer Novellen, Stiefkinder der Gesellschaft, Die am Wege sterben u. a. m., schrieb Land Die heilige Ehe zusammen mit Holländer, ein Drama, dessen Wirkung unter der grellen Absichtlichkeit zu kurz kommt. Sie haftet auch Felix Holländers Werken, besonders dem Romane Sturmwind im Westen, an. Holländer, der unbarmherzige Schilderer der verdorbenen Großstadtwelt, stellte im Roman Jesus und Judas den Abfall von der Sozialdemokratie, der sich der Held aus Überzeugung angeschlossen, dem Verrate des Judas gleich; Der Weg des Thomas Truck faßt vollends die Aufgabe der Gegenwart als einen allgemeinen Freiheitskampf gegen Knechtschaft aller Art. Seine übrigen Werke sind fein abgerundete Seelengemälde.

Conradi 1862—1890

Bleibtreu geb. 1859

Arent geb. 1864

Alberti geb. 1862

Heinr. Hart 1855—1906

Julius Hart geb. 1859

Land geb. 1861

Holländer geb. 1867

Gegenüber diesem Streben nach Verinnerlichung und Vertiefung hielt die Masse der Jüngstdeutschen unbekehrt, allerdings vorerst auch erfolgreicher, an den Gesetzen der bloßen Wirklichkeitstreue fest, bis mit dem Siege des Symbolismus auch ihr Stündlein schlug. Zwar gehört Gustav Falke nur nach der naturalistischen Art seiner Romane, Aus dem Durchschnitt, Landen und Stranden usw., der neuen Richtung an, während er in seinen Gedichten, wie Tanz und Andacht, Zwischen zwei Nächten, eigner Eingebung und Anlage, wie der alten Kunstübung folgt. Und auch Detlev von Liliencron nimmt eine Sonderstellung ein, die durch die Ursprünglichkeit seiner Lyrik, ihre Frische und ihren Empfindungsgehalt zu gefestigt erscheint, als daß gesuchte Absonderlichkeiten und absichtsvolle Schrullen sie in Frage stellen könnten. Gegen die unverfälschten Offenbarungen

Falke geb. 1853

v. Liliencron 1844—1909

seiner dichterischen Eigenart, namentlich die Adjutantenritte gehalten, macht Poggfred, ein kunterbuntes Epos von 12 Kantussen, den Eindruck der Manier und, trotz der Fülle an Gedanken, der Formlosigkeit, da jeglicher Zusammenhang mangelt. Für das Drama eignete sich Liliencrons ausgesprochen lyrische Anlage nicht; gerade ihr verdanken aber seine Erzählungen, wie der Roman Breide Hummelsbüttel, und kleinere Geschichten, z. B. Eine Sommerschlacht, Unter flatternden Fahnen usw., den Zauber echtdichterischer Stimmung. — Von diesen beiden also abgesehen sind an erster Stelle die „Väter des konsequenten Realismus", Arno Holz und Johannes Schlaf, zu nennen. Was sich aus ihrer Theorie insbesondere für das Bühnenstück ergibt, liegt auf der Hand. Über eine Folge von Einzelbildern kamen denn auch Holz und Schlaf in ihrem Musterdrama Familie Selicke nicht hinaus, und mit den meisten ihrer Anhänger hat auch ihr getreuester Schüler Hauptmann gelegentlich die allzu beengenden Fesseln abgestreift. Das Gepräge des Erstlingsdramas tragen auch die weiteren gemeinsamen Erzeugnisse des Dichterpaares sowie die ältere Novellensammlung Papa Hamlet. Mit Jerschke verfaßte Holz das erfolgreiche Drama Traumulus. Als Lyriker gab er sich auffällig ungebärdig, ja einfach maßlos. Doch fand er ergreifende Töne des Mitleides mit den „Enterbten", und die Lauterkeit seiner Empörung, getragen vom Wohllaute der Sprache, wirkt versöhnlich. Leider entäußerte sich Holz später dieses Vorzuges, indem er Rhythmus und Reim einer eigensinnigen Theorie opferte, die als „Telegrammstil" (wegen der abgerissenen Sätze und Kurzzeilen) ihm selbst wie zahlreichen Nachtretern unheilvoll wurde. — Allein schrieb Schlaf das Schauspiel Meister Oelze noch nach den Regeln des reinen Naturalismus, doch zeigen seine späteren Erzählungen und Bühnendichtungen Ansätze zu einer freieren und verinnerlichten Kunst. — Neben ihnen bilden den naturalistischen Heerbann der ehemalige Arbeiter Max Kretzer, dessen von keiner Rücksicht beengte Wirklichkeitstreue durch die gelegentliche Formlosigkeit und die Sprachfehler seiner Romane nur unerquicklicher wird, aber in den Romanen Meister Timpe und Das Gesicht Christi doch über schablonenmäßige Darstellung hinausging, dann wenigstens seinen Anfängen nach Karl Henckell, wiewohl die aufrührerischen Töne seiner Amselrufe und Trutznachtigall fast verklungen sind vor seiner späteren, an klassische Muster erinnernden Lyrik, ferner der nervös-bewegliche Schilderer der großstädtischen Fäulnis Heinz Tovote, dann der zu Greenock geborene Schotte John Henry Mackay, der Verfasser des Romans Die Anarchisten, der aus seinen äußerst vorgeschrittenen Ansichten weder im Leben noch auf dem Gebiete der Kunst mit dem Drama Anne Hermsdorf und mit der Gedichtsammlung Arma parata fero ein Hehl macht, der Freigeist und Sozialdemokrat Bruno Wille, ehemals Theolog, dann Mitbegründer der Freien Volksbühne in Berlin und tiefsinniger Dichter von Einsiedler und Genosse und Einsiedelkunst aus der Kiefernheide. — Als Stilist war Otto Erich Hartleben ein Reiter in allen Sätteln gerecht. Seine Erzählergabe hatte er zu hoher Fertigkeit ausgebildet, so daß er eigentlich Unsagbares mit französisierender Leichtigkeit auszusprechen vermochte. Doch hat weder seine Prosa, wie die Geschichte vom abgerissenen Knopf, Vom gastfreien Pastor usw., noch seine Dramatik reine Wirkungen. Eine zur Schau getragene Ironie, deren sittlicher Ernst durch frivole Beigaben nicht eben erhärtet wird, durchzieht Hartlebens ganze Dichtung. Ja, Menschen und Zustände müssen sich wohl, wie in Hanna Jagert, in der Erziehung zur Ehe, in dem Lustspiel Ein wahrhaft guter Mensch eine berechnet zugestutzte Darstellung gefallen lassen, um Hartlebens kaltem Spotte eine schwache Seite zu bieten. Wesentlich höher steht Ein Ehrenwort mit seinem wohlerwiesenen und befreienden Ergebnisse und, wenn der Erfolg einige Beweiskraft hat, das mit dem Grillparzerpreise gekrönte Trauerspiel aus dem Offiziersleben Rosenmontag. Daß aber die erwähnten Eigenschaften Hartlebens seine dichterische Sonderart nicht erschöpfen, darauf lassen sein Goethebrevier, eine Frucht bewundernder Verehrung für den Meister, und die Auswahl von Spruchversen des Angelus Silesius (Bd. III) schließen. — Lodernde Sinnlichkeit erhebt Richard Dehmels Gedichtbücher, wie Erlösungen, Weib und Welt, vor allem Aber die Liebe, doch beträchtlich über den Durchschnitt gleichgerichteter Erzeugnisse der Moderne. Ihre Maßlosigkeit bleibt freilich abstoßend, auch wenn Dehmel ihr in erklügelter Theorie ein ästhetisches Mäntelchen umhängen will, auch wenn sie grübelnder Berechnung entstammt und nicht als unmittelbarer Ausdruck individueller Anlage betrachtet werden darf. Daß der Dichter jedoch auch diese besitzt, beweisen einzelne schwungvolle, tiefempfundene Lieder; aber ihrer überwiegenden Mehrheit nach zeugen seine Gedichte, ebenso wie die unerquicklichen Künsteleien in der Behandlung des Verses und in einer unverständlich-symbolistischen Lautmalerei, für die Übermacht einer verschrobenen Reflexion. — Neben dem Polen Stanislaus Przybyszewski, in dessen Hand unsere Sprache zum willigen Werkzeuge bei der Wiedergabe feinster Abtönungen und Schattierungen, freilich auch gezwungenster Einfälle wird, z. B. in der Toten-

Holz geb. 1863
Schlaf geb. 1862
Kretzer geb. 1854
Henckell geb. 1864
Tovote geb. 1861
Mackay geb. 1864
Wille geb. 1860
Hartleben 1864—1905
Dehmel geb. 1863
Przybyszewski geb. 1868

Scheerbart geb. 1863

messe, mag als einer für viele Paul Scheerbart, eigentlich Bruno Küfer, erwähnt werden. Lehrt doch sein jüngstes Werk Immer mutig! Ein phantastischer Nilpferdroman mit 83 merkwürdigen Geschichten, schon durch den Titel und den Zusatz: „Zehn Exemplare auf gegerbter Menschenhaut gedruckt zum Preise von 50000 R.-M." mit widerlicher Deutlichkeit, was für Auswüchse die abgewirtschaftete Neuerungsucht am letzten Ende treibt. — Mitschuld

Bierbaum 1865—1910

daran trägt nachweislich Otto Julius Bierbaum, der übrigens Farben in reicher Auswahl auf seiner Palette hat. Ein geradezu verletzender Naturalismus waltet in seinen Studentenbeichten und dem Romane aus den unteren Künstlerschichten Stilpe mit wirklichkeitstreuen Bildern zeitgenössischer Dichter; dagegen ist in dem einen Teile seiner Lyrik gerade die lose Form der Stimmung förderlich, während das Liederbuch Nemt, Frouwe, disen Kranz sowie die Singspiele Lobetanz und Gugeline mittelalterliche und volkstümliche Klänge anschlagen. Neben dem humoristischen Roman Die Freiersfahrten und Freiersmeinungen des weiberfeindlichen Herrn Pankrazius Graunzer tritt die Phantastik des chinesischen Märchens Das schöne Mädchen von Pao. Endlich vermittelte er als Leiter des Pan und der Insel auch weiteren Kreisen die Bekanntschaft mit der neuen Richtung. — Eine Idee von ihm verwirk-

v. Wolzogen geb. 1855

lichte Ernst von Wolzogen mit dem Überbrettl, das dem Variététheater einen modernkünstlerischen Anstrich geben sollte. Die kurze Geschichte der vielerorten begründeten Bühnen der Art hat freilich die Hoffnungen ihrer Urheber Lügen gestraft. Um die Form nicht eben ängstlich besorgt, weiß von Wolzogen die Wirklichkeit in lebensvollen Bildern festzuhalten, so in dem von ausgelassenem Humor durchwehten Lustspiele aus dem literarischen Zigeunertum Berlins Das Lumpengesindel und unter zahlreichen Romanen am besten in den Entgleisten. — Bei aller Naturtreue meidet Wolzogen Anstößiges und Häßliches, darin feinfühliger als zwei moderne Dichterinnen, Maria Madeleine, eigentlich Maria von

von Kahlenberg geb. 1870

Puttkamer, und Hans von Kahlenberg, eigentlich Helene von Monbart, die gleich Anna Croissant-Rust über den grundsätzlichen Naturalismus nicht hinauskommen. — Von

Croissant-Rust geb. 1860

österreichischen Dramatikern haben Philipp Langmann mit Bartel Turaser und mehr noch Arthur Schnitzler Beifall geerntet. Auch schlüpfrigen Stoffen, wie in Anatol,

Langmann geb. 1862

Liebelei und Freiwild, weiß dieser durch feine Behandlung und einen Anhauch von Gefühlsschwärmerei eine künstlerische Wirkung zu sichern. — Darin bleiben seine Landsmänninnen

Schnitzler geb. 1862

Maria Janitschek und Eugenie delle Grazie um ein Beträchtliches hinter ihm zurück.

Janitschek geb. 1859

Ihre Domäne ist die Schilderung unverhüllter Sinnlichkeit; ja, im Epos Robespierre hat

delle Grazie geb. 1864

delle Grazie ihre unverkennbare Gestaltungskraft zu phantasiebefleckenden Abscheulichkeiten herabgewürdigt. — Sonst hat in der Ostmark Bahrs Symbolismus Schule gemacht, der

Schaukal geb. 1874

schon in Richard Schaukals Dichtungen, Meine Gärten u. a., alles, was Kraft und vollblütiges Leben heißt, zu bloßer Stimmung verflüchtigt, vollends aber die Neurotika

Dörmann geb. 1870

und Sensationen von Felix Dörmann nur für geistesverwandte Feinschmecker genießbar macht. — Auch die heimischen Symbolisten, neben Dauthendey und Alfred Mombert besonders der Dichter des Jahres der Seele, des Teppichs des Lebens und der

St. George geb. 1865

Lieder von Traum und Tod, Stephan George aus Bingen, und Christian Morgen-

Morgenstern geb. 1871

stern mit Ich und die Welt, In Phantas Schloß u. a. m. verzichten auf Gemeinverständlichkeit und sind mit allen erdenklichen Mittelchen nur auf neue Nervenreize und Stimmungen für eine eingeweihte Künstlergemeinde bedacht.

Trotz seines geräuschvollen Auftretens wäre indessen der Naturalismus unserem Volke fremd geblieben, hätte er nicht die Bühne erobert. Denn all die Romane, Novellen und Gedichte, selbst die gewissermaßen von der Schule beglaubigten Sammelbücher ließen die weite Öffentlichkeit unberührt. Das lehrt schon ihre Kurzlebigkeit, hat sich aber auch mit leichter Mühe erfahrungsmäßig feststellen lassen. Erst von der Bühne aus wurde die Kenntnis der jüngstdeutschen Bestrebungen in die höchsten wie niedersten Schichten getragen und ein leidenschaftlicher Streit für oder wider entfacht. Zwei Männer traten bald in den Mittelpunkt der allgemeinen Beachtung und haben sich bis heute darin behauptet, Hermann

Sudermann geb. 1857

Sudermann und Gerhart Hauptmann. Sudermanns dramatische Eigenart wie ursprüngliche Anlage sind heute allgemein bekannt und auch anerkannt. Mit aufmerksamem Blicke beobachtet er die Wirklichkeit, in hohem Grade empfänglich für die Eindrücke, die seine Wahrnehmung erhält und treu zu bewahren versteht; daher die Unmittelbarkeit seiner ausführlichen, bis in die kleinsten Einzelheiten durchgeführten Zustandschilderung, in der er Meister ist, und die anschauliche, wirklichkeitstreue Wiedergabe des Milieu, die lebendige Vergegenwärtigung von Umständen und Verhältnissen, endlich die Glaubwürdigkeit und Wahrheit der meisten seiner Gestalten. Dazu kommt ein sehr feines Gefühl für alles, was auf der Bühne wirksam ist, vor allem für die Kraft des Gegensatzes, und eine wuchtige Absichtlichkeit, die verrottete und unwahre Verhältnisse nicht schonen will, freilich auch in

ihrem Eifer allzu leicht nur die Schattenseiten des Menschenlebens hervorkehrt. So wird Sudermanns Drama zumeist sozial, wie die Ehre mit dem wohlberechneten Gegensatze zwischen Vorder- und Hinterhaus, Sodoms Ende, die in fast alle Kultursprachen übersetzte Heimat, endlich Es lebe das Leben. Aber leidenschaftliche Parteinahme macht den Dichter nicht nur einseitig, sie bannt auch seinen Blick auf die bloße Erscheinung und läßt ihn nicht unter die Oberfläche hinab in das Wesen der Dinge eindringen. Dies sowie sein Behagen an äußerlichen Wirkungen tun der psychologischen Gründlichkeit seiner Kunst und der inneren Notwendigkeit im Ablaufe der Ereignisse öfters Abbruch. Aus dem Kreise seiner eignen Strebensgenossen erfuhr Sudermann den Vorwurf, in naturalismuswidriger Weise Anleihen bei der alten Kunst zu machen. Auch das bleibt bestehen, daß er gelegentlich zu bloßen Notbehelfen greift, wie wenn Graf Trast in der Ehre oder Professor Riemann in Sodoms Ende das Sprachrohr und den Dolmetsch für des Dichters Ansichten abgeben müssen. Weit schwerer wiegt indessen der Mangel eines kunstgerechten und wirklichen Abschlusses in seinen Dramen. Tatsächlich fehlt ihnen in der Mehrzahl die überzeugende Lösung der aufgeworfenen Frage, der mit innerer Notwendigkeit sich ergebende Schluß. Gewaltsam macht der Dichter der Handlung ein Ende, das nicht befriedigt noch erhebt, wie u. a. im Glücke im Winkel. Es scheint, Sudermann hatte sich zu hohe Aufgaben gestellt, die zu lösen ihm keine genügend gefestigte Weltanschauung zur Seite stand. Erst mit Morituri beginnt darin ein Wandel; er bekundet sich weiterhin in dem trotz vielem Widerspruche großangelegten Johannes und führt zu einer reinen Gedankendichtung in den freilich mehr grüblerisch-unklaren als märchenhaften Drei Reiherfedern mit symbolischen Zügen, wie sie auch Johannisfeuer aufzeigt. In ungebrochener Eigentümlichkeit gibt sich Sudermanns dichterische Persönlichkeit in den Erstlingen seines Schaffens, den Erzählungen, unter denen Frau Sorge zeitlich und ästhetisch obenan und höher als Der Katzensteg, Die Geschwister, Im Zwielicht und Es war steht. —

Gerh. Hauptmann geb. 1862

Der zweite Hauptvertreter des naturalistischen Dramas, Gerhart Hauptmann, wurde ebenso lärmend als Vater einer neuen Kunst gepriesen, wie er von anderer Seite leidenschaftliche Ablehnung und die heftigsten Angriffe erfuhr. Freilich, des Widerwärtigen und Abstoßenden bieten seine Bühnendichtungen übergenug, so gleich sein erstes, von Gleichgesinnten stürmisch bejubeltes Stück Vor Sonnenaufgang, ein Nachtgemälde, in dem selbst die lichte Gestalt des reinen Mädchens verblaßt. Hier geht die Naturtreue in ihrer einseitigen Richtung auf Häßliches und Grauenvolles bis an die äußersten Grenzen. Und der trostlose Ausgang zwingt zu der Frage: Wozu die Wiedergabe solcher Wirklichkeit? Erst die Reihe der folgenden Dramen lehrte, daß der Dichter keineswegs nur als kühler Beobachter seinen Stoffen gegenübersteht, daß ihn vielmehr tiefes Mitleid mit Elend und Not treibt, der Menschheit Jammer unverblümt und mit rücksichtsloser Offenheit zu schildern, um zu erschüttern. Bei allem, was durch oder ohne eigene Schuld unter unseligen Verhältnissen leidet, ist sein Herz, so im Friedensfeste, in den Einsamen Menschen, den Webern, Hannele, Florian Geyer, Fuhrmann Henschel. Es genügt ihm, die beengenden und erstickenden Zustände dargelegt zu haben und die Menschen in unentrinnbarer Abhängigkeit von jenen zu zeigen. Hat so die Zustandschilderung ihre erschütternde Sprache geredet, dann sieht der Dichter seine Aufgabe als erfüllt an. Dramatische Entwickelung kommt erst in zweiter Linie oder fehlt ganz und mit ihr der befreiende, mit Notwendigkeit aus der Handlung sich ergebende Schluß. Die naturalistische Technik hat Hauptmann streng gehandhabt und rein ausgebildet, wie kaum ein anderer Dichter dieser Schule. Aber auch bei ihm verrät sich die Unzulänglichkeit ihrer Kunstmittel in den szenischen Anweisungen, die schon in ihrer trockenen Peinlichkeit den Charakter des Notbehelfes nicht verleugnen. Nur das Milieu soll wirken in einer vorgezeichneten Richtung, und alles sinnlich Wahrnehmbare stellt der Dichter in den Dienst seiner Absicht, Stimmung zu erzeugen und gebieterisch den Zuschauer in diese hineinzuzwingen. Auf alles dagegen, was in der alten Schule Idee hieß, verzichtet er, damit freilich zugleich auf Vertiefung seines Stoffes und auf die Lösung des Problems. Wie der Zustandsmalerei kommt die Mosaikkunst mit ihrer Fülle von Einzelzügen und kleinen Strichen auch der Lebenswahrheit der Charaktere zustatten; die Diebeskomödie Der Biberpelz und die sich anschließende Tragikomödie Der rote Hahn mit ihren gelungenen Gestalten sind hierfür beweiskräftig. Mit einem Versuche im höheren Stile, dem geschichtlichen Drama Florian Geyer, scheiterte Hauptmann ganz, vielleicht weniger wegen einzelner Schwächen seines mit hingebender Sorgfalt gearbeiteten Stückes als an der Verständnislosigkeit der Öffentlichkeit, die den Absichten des Dichters nicht zu folgen vermochte. Ähnliches Schicksal hatten Der arme Heinrich und die phantastisch-reizvolle Versunkene Glocke, die trotz ihres hohen Ideengehaltes nur geteilter Aufnahme begegneten. Die Glocke erstand unter dem Einflusse des Symbolis-

mus, zu dem Hauptmann zuerst mit der Traumdichtung Hannele den überraschenden Übergang gefunden hatte. — Auch in der Kunst ist mit Hauptmann aufs engste verwandt sein Bruder

Carl Hauptmann geb. 1858

Carl Hauptmann, der ebenfalls mit wirklichkeitstreuen Bildern aus seiner schlesischen Heimat, wie Waldleute und Ephraims Breite, am glücklichsten war. Für seine ernste Lebensrichtung wie für die Wahrheit seiner Empfindung gibt die Gedichtsammlung Aus meinem Tagebuche ein schönes Zeugnis. — Ein anderer Anhänger Hauptmanns, Max

Dreyer geb. 1862

Dreyer, erhob sich von naturalistischen Anfängen in den Dramen Drei und Winterschlaf, sowie in den ausgelassenen Lustspielen In Behandlung und Großmama zuerst mit Hans zur künstlerischen Selbständigkeit. Am bekanntesten machten ihn Der Probekandidat und Das Tal des Lebens, beide nicht ohne Grund viel angefochten. — Max

Halbe geb. 1865

Halbe hat vor anderen Anspruch auf einen Platz neben beiden Führern auf dem Gebiete des naturalistischen Dramas. Ihren Werken ist sein Eisgang ebenbürtig und der Erfolg seiner Trauerspiele Mutter Erde, Die Jugend und Der Strom stellt ihn unmittelbar neben Hauptmann und Sudermann. Mit ihnen gemein hat er die kräftige Wahrheitstreue, freilich auch die unkünstlerische Art, die dramatische Handlung unvermittelt abzubrechen, endlich das Schicksal, gleichviel Anerkennung wie Widerspruch zu finden, welch letzterer bei der Jugend trotz alles gegnerischen Lärmes doch begreiflich ist. Von seinen übrigen zahlreichen Stücken zeigen das Lustspiel Lebenswende sowie die Dramen Die Heimatlosen, ein sehr gut erschautes Bild aus dem Berliner Leben, und Hans Rosenhagen mit seiner bewegten Handlung am besten Halbes dichterische Eigenart.

Das 18te Jahrhundert hatte mit der endgültigen Entthronung des vordem für ganz Europa vorbildlichen französischen Klassizismus (§ 79) geschlossen, dessen Erbe zunächst die deutsche Literatur (Bd. III) in ihrem Heimatlande, weniger außerhalb seiner Grenzen antrat. Die eigentliche Nachfolgerin der einst alleingebietenden Regelrichtigkeit in der Herrschaft über Europa wurde die Romantik (§ 80, 81, 82), deren berückende Ideengewalt dem geistigen Leben, der Kunst in ihrem ganzen Umfange und der Wissenschaft auf all ihren Einzelgebieten, einen vorher kaum gekannten Schwung verlieh. Aber in der herrlichen Blüte barg sich der lebentötende Wurm. Wie einst der holde Minnesang, so zersetzte die Romantik sich selbst.

Erst das letzte Viertel des 19ten Jahrhunderts brachte mit der politischen Umwälzung auch einen Umsturz in der Literatur. Der Naturalismus tritt seinen Siegeszug durch die alte und die neue Welt an. Aber seine Mißachtung der Idee, des Übersinnlichen und Innerlichen, des Rechtes der Phantasie treibt, wie früher der Rationalismus den Pietismus und die Mystik, so gegensätzliche Richtungen hervor, die ebensoviele Einsprüche gegen die Veräußerlichung der Dichtkunst bedeuten. Diese Gegenfüßler nüchterner Wirklichkeitsmalerei, der Symbolismus, Mystizismus, Impressionismus, könnten als Zwischenstufen und Durchgangspunkte in der Entwickelung zu einer neuen Blüte betrachtet werden. Sie wird aber, darf man den Zeichen der Zeit trauen, nicht der klassischen Kunst beschieden sein, sondern einer neuen Romantik.

B. Kunst.

Eklektizismus

§ 397. Architektur. Die machtvolle Entwicklung der Kunstwissenschaft, die den einzelnen Stilarten und Kunstepochen die richtige Bedeutung angedeihen ließ und über ihren inneren Zusammenhang Klarheit schaffte, bahnte um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts eine Befreiung von einseitigem Klassizismus und reaktionärer Romantik an und bewirkte seit 1870 ein neues Aufleben vergangener Stile, namentlich der italienischen Hoch- und Spätrenaissance, sowie weiterhin die Wiederaufnahme der deutschen Renaissance. Die Stile des Mittelalters kamen hauptsächlich bei Kirchenbauten zu einer freieren Anwendung. Ähnlich lösten sich Barock und Rokoko, Zopf und Empire in der Beherrschung des Kunstgewerbes ab. Architektur und Plastik treten auch in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, gegenüber dem Wandel in der Malerei, erheblich zurück.

Realismus

Am Ende des Jahrhunderts erwachte — wie vorher schon in den Schwesterkünsten — auch in der Architektur der Drang nach Natur und Wahrheit, nach Unabhängigkeit vom Zwange des Stilechten. Die Folge war eine Umformung oder gegenseitige Verschmelzung der alten gegebenen Formen. Andrerseits suchte man auf Grund der Eigenschaften des Baustoffes, der Technik und des Zweckes, dem der Bau dienen sollte, zu neuen Gestalten von konstruktiver Schönheit zu gelangen; auch die Anpassung an die Umgebung, an das Milieu, sollte mitsprechen. Die ausgedehnte und kühne Anwendung des Eisens als Baumaterial brachte naturgemäß mannigfaltige Abänderungen in Formen und Verhältnissen mit sich; ja, in einzelnen Fällen gestaltete sich, ähnlich wie in den Bogenlinien der Renaissancekuppeln, der Umriß des Kunstwerkes zu einer Kurve von ungesuchter mechanischer Schönheit. Schwerlich aber dürften die Hoffnungen derer in Erfüllung gehen, die in der Verwendung des Eisens den Keim zu einem wirklich neuen Stile erblicken wollen. Zu einer solchen Neuschöpfung sind materielle und technische Gründe nicht allein hinreichend und ausschlaggebend.

Deutschland

Neurenaissance (1850 bis 1870) und Realismus (Einfluß des Zweckes und Materials) gelangten namentlich in den Werken Gottfried Sempers zum Durchbruch; er erblickte im Stile der römischen Kaiserzeit und in der damit verwandten Hochrenaissance die Gewähr für eine kosmopolitische Zukunftsarchitektur. Seine Bauten: das Hoftheater, das 1869 abgebrannte und das neue, die Gemäldegalerie und das Palais Oppenheim in Dresden, das Polytechnikum und die Sternwarte in Zürich, das Rathaus in Winterthur und das Hofburgtheater in Wien geben seinem Bestreben greifbaren Ausdruck. Er schrieb „Die vier Elemente der Baukunst“ und „Der Stil in den technischen und tektonischen Künsten“. —

Semper 1803—1879

Der Hellenismus wurde in Wien erst durch den Dänen Teofilus Edward Hansen in den sechziger Jahren ins Dasein gerufen (Reichsratsgebäude). Die Gotik vertreten hier Heinrich v. Ferstel (Votivkirche, Universität, Österreichisches Museum) und Friedrich v. Schmidt (Rathaus), der nach Sempers Tode die Hofmuseen, das Burgtheater und den Ausbau der Hofburg selbständig durchführte. Die Idee König Maximilians II., durch Verschmelzung der konstruktiven gotischen Bauweise mit antiken und mit Renaissanceformen einen neuen, lebensfähigen Stil zu schaffen, wird im Bau der Maximilianstraße in München zu verwirklichen gesucht (Pläne von Friedrich Bürklein). In Stuttgart entstehen der Königsbau von Christian Friedrich Leins, im Auftrage des Königs in streng griechischen Formen, und die gotische Johanniskirche.

Hansen 1813—1891
v. Ferstel 1828—1883
v. Schmidt 1825—1891
Bürklein 1813—1872
Leins 1814—1892

In Berlin wirkt der Geist Schinkels fort, zu neuem Leben angefacht durch Karl Böttichers „Tektonik der Hellenen“, dessen archäologische und ästhetische Irrtümer zu spät aufgedeckt werden. Friedrich August Stüler ist der Schöpfer des Neuen Museums und der Nationalgalerie, die von Johann Heinrich Strack, dem Erbauer der Siegessäule, vollendet wurde. Strack schrieb Untersuchungen über das altgriechische Theatergebäude. Eduard Knoblauch baut elegante Privathäuser und das Palais der russischen Gesandtschaft in edlem antikem und Renaissancestil: die Synagoge (maurisch), von Stüler vollendet, ist sein Hauptwerk. Friedrich Hitzig errichtet Börse (Renaissance) und Reichsbank (Sandsteinbau mit Backsteinverblendung). Der Berliner Richard Lucae baute das Opernhaus in Frankfurt a. M. und die Villa Borsig, Martin Gropius das Berliner Kunstgewerbemuseum und das neue Konzerthaus in Leipzig, und Ludwig Persius führte zugleich mit Stüler den Bau der Friedenskirche in Potsdam nach dem Vorbilde der römischen Basilika S. Clemente aus. August Orth erbaute die Zionskirche, die Dankeskirche und die Emmauskirche (Rundbogenstil), Konrad Wilhelm Hase, der Restaurator von St. Godehard und St. Michael in Hildesheim, das Museum für Kunst und Wissenschaft (Rundbogenstil, organische Verbindung von Back- und Sandstein), die Christuskirche in Hannover und Schloß Marienburg bei Nordstemmen.

Böttticher 1806—1889
Stüler 1800—1865
Strack 1805—1880
Knoblauch 1801—1865
Hitzig 1811—1881
Lucae 1829—1877
Gropius 1824—1880
Persius 1804—1845
Orth geb. 1826
Hase 1818—1902

Das Wiederaufleben der älteren Stilarten von der Renaissance bis zum Barock beginnt in München mit dem Bau der Villa des Grafen Schack, die von dem Architekten und Bildhauer Lorenz Gedon in deutschem Renaissancestil aufgeführt wird. Gabriel Seidl baut die Villa Franz v. Lenbachs, das bayerische Nationalmuseum und das Künstlerhaus, Georg Hauberrisser, Schüler Friedrich v. Schmidts, das Münchener Rathaus (gotischer Backsteinrohbau) und das Rathaus in Wiesbaden (deutsche Renaissance), Friedrich v. Thiersch den Justizpalast. J. Hoffmann und G. v. Dollmann führen die Schlösser Linderhof und Herrenchiemsee in französischem Barock aus.

Gedon 1843—1883
Seidl geb. 1848
Hauberrisser geb. 1841
v. Thiersch geb. 1852
J. Hoffmann geb. 1840
v. Dollmann 1830—1895

Raschdorff geb. 1823
Schwechten geb. 1841
Steinbrecht geb. 1849
Wallot 1842—1912
Licht geb. 1841
L. Hoffmann geb. 1852
Dybwad geb. 1859

In Köln errichtet Julius Raschdorff mit Felten den Bau des Wallraf-Richartz-Museums und des Stadttheaters und in Berlin den Dom (italienische Hochrenaissance). Franz Xaver Schwechten baute die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, K. Steinbrecht die Marienburg, Paul Wallot, Schüler von Hitzig, Lucae und Gropius, das Reichstagsgebäude in Berlin. In Leipzig errichtet Hugo Licht das Grassimuseum, die Markthalle, das Schlachthaus, das Polizeigebäude und das neue Rathaus; Ludwig Hoffmann erbaut mit Peter Dybwad das Reichsgericht.

Frankreich
Viollet-le-Duc 1814—1879
Gau 1790—1853
Ballu 1817—1885
Garnier 1825—1898
Abadie 1812—1884
Davioud 1824—1881
Bourdais geb. 1835
Eiffel geb. 1832

Unter Napoleon III. erfährt Paris durch den Seinepräfekten Haußmann eine ausgedehnte Erweiterung mit neuem, glänzendem Bauschmuck. Der hochbegabte und rastlos tätige Viollet-le-Duc, der Verfasser der Dictionnaires raisonnés de l'Architecture française et du Mobilier français, restauriert Notre Dame und Ste. Chapelle. Der Kölner Franz Christian Gau baut Ste. Clotilde (gotisch), vollendet von Théodore Ballu, dem Erbauer von Ste. Trinité (Renaissance); Charles Garnier errichtet das neue Pariser Opernhaus (Weiterbildung der Renaissance, polychrom, von griechischen und orientalischen Motiven durchsetzt), und Paul Abadie entwirft den Plan zu Sacré-Coeur auf dem Montmartre (mit Verwendung romanischen Kuppelbaues). Unter der Republik bauen Gabriel Davioud und Jules Désiré Bourdais den imposanten Backsteinbau des Trocadéro (Stilgemisch). Eisenkonstruktionen wurden schon vorher bei Markthallenbauten angewendet, gelangten aber erst im Eiffelturm (1889, von Alexandre Gustave Eiffel) und in gewaltigen Viadukten zu reinster Durchbildung.

Belgien u. Holland
Poelaert 1817—1879
Suys 1824—1887
van de Velde geb. 1863
Cuypers geb. 1827

Auch in Belgien nimmt die Architektur unter französischem Einfluß ihren Weg von Klassizismus und Gotik über die Renaissance zu heimischen Stilarten. Joseph Poelaert modernisiert in dem gigantischen Justizpalast in Brüssel — seine Basis übertrifft die der Peterskirche — griechische und assyrische Bauweise; Léon Suys d. j. erbaut ebenda die Börse (Renaissance). G. Serrurier-Bovy stützt seine Regeln der dekorativen Kunst für Innenräume und Mobiliar bereits auf Zweck und Material, ein vernunftgemäßes System der Ornamentik schafft aber erst Henry van de Velde. In Holland baut Pieter Cuypers das Rijksmuseum und den Zentralbahnhof in Amsterdam, beide in altholländischer Renaissance.

Italien
Poletti 1792—1869
de Fabris 1808—1883
Mengoni 1829—1877
Sacconi geb. 1855
Basile 1825—1891

In Italien treten um die Jahrhundertmitte Frührenaissance und Gotik dem Klassizismus zur Seite. Luigi Poletti erneuert die 1823 abgebrannte Basilica S. Paolo fuori le mura bei Rom, Emilio de Fabris entwirft die Fassade zu S. Maria del Fiore in Florenz, und in der Mailänder Galleria Vittorio Emanuele von Giuseppe Mengoni lebt die Hochrenaissance wieder auf. In Rom errichtet Giuseppe Sacconi das gewaltige Denkmal Vittorio Emanueles auf dem Kapitol am Ende des Corso, nördlich von S. M. in Aracoeli, ein Reiterstandbild, zu dem Treppenanlagen emporführen, deren klassische Säulenarchitektur mit Mosaiken und Malereien geschmückt wird. In Palermo bauen Giambattista Basile und sein Sohn das Teatro Massimo.

England
Scott 1811—1878

Die englischen Kirchenbauten gehen seit 1850, nicht ohne französischen Einfluß, auf alte gotische Vorbilder zurück. Sir Gilbert Scott, der Vertreter der streng puristischen Richtung, baut die Universität Glasgow, das Albert Memorial im Hydepark und die Nikolaikirche in Hamburg, Fowke 1861 das Edinburger Museum für Kunst und Wissenschaft in venetianisch-gotischem Stil; Alfred Waterhouse verwertet romanische und gotische Formen in seinen Bauten: in Owens College, dem Gerichtshof und dem neuen Rathaus (gotisch) in Manchester, dem Bahnhof Tithe Barn in Liverpool, dem naturwissenschaftlichen Museum und dem New University Club (gotisch) in London (Kensington);

Waterhouse 1830—1905
Sedding 1837—1892
Pearson 1816—1897
Street 1824—1881

John David Sedding (Trinity Church in Chelsea und andere Kirchenbauten) vereinigt kühn und doch ungezwungen andere Stilformen mit der Gotik. J. L. Pearson schafft in Trinity Church in Westminster, in St. Augustin in Kilburn und in der Kathedrale von Truro Meisterwerke des Kirchenbaues. George Edmund Street, Schüler von Scott, errichtet Law Courts, das große Gerichtsgebäude in London (Fleetstreet), in dem das Malerische die mächtige Wirkung des Ganzen beeinträchtigt; vorher erbaut er das theologische Kolleg in Cuddesden, Garden Street (Westminster), St. Philipp und Johann in Oxford, St. Margarete in Liverpool. Er schrieb u. a.: The brick and marble architecture of North Italy in the middle ages und Some account of gothic architecture in Spain.

Shaw geb. 1831

Norman Shaw (Polizeigebäude in London) u. a. bahnen einen neuen malerischen Stil für Familienhäuser und Villen an (Backstein- und Terrakottabauten, Queen Anne-Stil), der auch auf dem Kontinente Nachahmung findet.

Amerika
Richardson 1826—1886

In Amerika ist Henry Hobson Richardson der bedeutendste Vertreter des Eklektizismus; seine Stilform, das Modern Romanesque, ist eine Nachwirkung seines Aufenthaltes in Frankreich; sie zeigt sich in seiner Trinity Church in Boston im besten Lichte.

In Rußland versucht man den alten heimischen Kirchenbaustil in profanen Gebäuden zur Anwendung zu bringen (historisches Museum in Moskau u. a.). Rußland

§ 398. Plastik. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts verdrängt die realistische Ausdrucksweise auch in der deutschen Bildhauerkunst nach und nach die klassizistischen Regungen, betont aber allzusehr das Malerische und wirkt dadurch unplastisch. Reinhold Begas bringt in seinen Berliner Brunnengestalten das Barock wieder zu Ehren; 1864 entsteht sein naturalistisches Schillerdenkmal; diesem folgen anmutige Frauengestalten Susanne, Badende), ferner Pan und Faun, Merkur und Psyche, Kentaurengruppe, Raub der Sabinerinnen, die Büsten Menzels und Moltkes das Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm und das Bismarckdenkmal vor dem Reichstagsgebäude. Sein Schüler Adolf Brütt tritt mit der Gruppe „Gerettet" hervor und wird durch die Denkmäler für Kaiser Wilhelm in Kiel, für Bismarck in Altona und für die Kaiserin Friedrich in Bremen bekannt. Joseph Uphues, ebenfalls Begas' Schüler, geht nach Ausführung der Gruppe „Sabiner, seine Schwester verteidigend" zur Denkmalsplastik über (Kaiser Wilhelm, Bismarck und Moltke in Düren, Kaiser Friedrich in Homburg, Joh. Müller in Koblenz, Schiller in Wiesbaden). Fritz Schaper ist der Schöpfer meisterhafter Porträtstatuen Bismarcks (Köln), Blüchers (Caub), Luthers (Erfurt), Goethes (Berlin) und Gauß' (Braunschweig). Aus Rudolf Siemerings Hand, der schon 1863 mit R. Begas für das Schillerdenkmal in Berlin konkurrierte, gingen das Denkmal Friedrichs des Großen in Marienburg mit den vier Hochmeistern am Sockel, das Siegesdenkmal in Leipzig (Moltke), die Lutherstatue in Eisleben, die Reiterstatue Washingtons in Philadelphia und das Denkmal für Gräfe (Charité in Berlin) hervor. Sein Schüler Emil Hundrieser schuf eine Reihe dekorativer Skulpturen (am Gerichtsgebäude in Posen, am Kyffhäuserdenkmal, am Palais Borsig in Berlin), eine Statue Friedrich Wilhelms III. und zahlreiche Porträtbüsten in Marmor und Bronze. Max Kruse entwickelt sich zum hervorragenden Bildniskünstler (Max Liebermanns Büste aus Holz; der Läufer von Marathon). Otto Lessing ist der Schöpfer des Lessingdenkmals in Berlin, Wolfgang Müllers in Königswinter und des Shakespearemonuments im Weimarer Park. Georg Eberlein sucht Fühlung mit dem Rokoko (Goethestatue für Rom). Robert Diez in Dresden, Schüler Schillings, bringt in seinem „Gänsedieb" und dem Monumentalbrunnen des Albertplatzes den Realismus zur Geltung. Karl Seffner in Leipzig schafft eine stattliche Anzahl lebensvoller Porträtbüsten (Springer, Thiersch, König Albert, Königin Carola, König Georg, Denkmal des Studenten Goethe in Leipzig), Johannes Hartmann das Denkmal für Robert Schumann in Zwickau, Georg Wrba Bildnisbüsten, eine silberne Diana, plastischen Schmuck für das Leipziger Rathaus und den Krieger-Denkmalsbrunnen in Nördlingen. Kurt Stoeving (Erzreliefs von Stephan George und Nietzsche) bereichert die Plakettenkunst.

Deutschland

R. Begas 1831—1911

A. Brütt geb. 1855

Uphues 1850—1911

Schaper geb. 1841

Siemering 1835—1905

Hundrieser 1846—1911

Kruse geb. 1854

O. Lessing 1843—1912

Eberlein geb. 1847

R. Diez geb. 1844

Seffner geb. 1861

Hartmann geb. 1869

Stoeving geb. 1863

In München modelliert Rudolf Maison Figuren von polychromer und bronzierter Stuckmasse (Neger, Augur, Philosoph), bildet Rittergestalten für das Reichstagsgebäude, errichtet kühn aufgebaute Monumentalbrunnen für Fürth und Bremen und formt das Denkmal Kaiser Friedrichs für Berlin. Den Erzeugnissen des ausgesprochenen Realismus, der nur eine Abschrift der Natur zutage fördert, stellen sich die idealen, herberen Werke Adolf Hildebrands (Verfassers des „Problems der Form") und anderer Marées-Schüler (S. 819) gegenüber: Jünglingsfigur, der Wittelsbacher Brunnen in München, der Rheinbrunnen in Straßburg, Gedenktafel für Konrad Fiedler, Relief von Werner Siemens, Hans v. Bülow, Bismarck, trinkender Knabe, Kugelspieler, Kugelwerfer, Wasserträger, Flötenbläser, Marsyas, Dionysos, Luna, Leda, Büsten Pettenkofers, Böcklins (Berlin, Nationalgalerie), Joseph Joachims, Herzog Theodors, Bodes, Brahmsdenkmal in Meiningen; ferner Arthur Volkmanns Campagnareiter, Silen, Mutter und Kind, Amor und Psyche (Leipzig), Amazone, Georgsbrunnen (Dresden) und Porträtbüsten, Louis Tuaillons Amazone (Berlin), Sieger zu Pferd, Rosselenker (Bremen), Bronzestatuetten „Phryne" und „Sandalenbinderin". Wilhelm von Rümann entwickelt eine reiche Denkmalsplastik: die Standbilder Robert Mayers in Heilbronn, Friedrich Rückerts in Schweinfurt, des Prinzregenten Luitpold in Nürnberg, die Bildnisreliefs Karls von Hegel und Pettenkofers; Statue eines sitzenden Mädchens. Auf einsamer Höhe moderner Idealkunst steht Max Klinger; er zwingt den Stein, in neuen ausdrucksvollen Formen zu reden; sowohl in glänzend weißen als in zart abgetönten und farbigen Marmorgebilden, in den polylithen Statuen der Salome (1892) und Kassandra, in den Gestalten der Badenden, der Kauernden, der Leda, der Tänzerinnen und der Nymphe, wie in seinen der Vollendung entgegenreifenden, dramatisch belebten Gruppen paart sich intensivstes Leben mit energischer Empfindung. In der Vergeistigung von Bildnissen (Liszt, Nietzsche, Brandes, Elsa Asenijeff) und in der Verkörperung weltbewegender Prinzipien (Beethovenmonument) wird er von keinem andern deutschen Meister erreicht. In seiner Schrift „Malerei und

Maison 1854—1904

A. Hildebrand geb. 1847

A. Volkmann geb. 1851

Tuaillon geb. 1862

v. Rümann 1850—1906

M. Klinger geb. 1857

Zeichnung" erhält auch die Raumkunst ihre Stelle zugewiesen. Zu den Meistern der Kleinplastik zählen Franz Stuck (der Athlet mit der Kugel, der Kentaur, die Amazone, die antike Tänzerin, die Reliefs der Serpentintänzerinnen, Adam und Eva, Beethoven) und der Radierer Ernst Moritz Geyger (Zierspiegel im Wiener Hofmuseum, Campagnastier im Nationalmuseum in Berlin, Bogenschütze). August Gaul ist ein hervorragender Bildner der Tierwelt, (Löwin, Löwen am Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm). Der Norweger Stephan Sinding gewinnt durch die keuschen Gruppen „Der Kuß", „Gefangene Mutter" u. a. den Beifall der Menge und betätigt sich später auch in der Denkmalsplastik (Reiterstandbild General Shermans vor dem Weißen Hause in Washington). Sein impressionistischer Landsmann Gustav Vigeland schließt sich an Rodin (S. 807) an (die Hölle, der Tanz, Mann und Frau).

Stuck geb. 1863
Geyger geb. 1861
Gaul geb. 1869
Sinding geb. 1840

Österreich

In Österreich ragen noch aus der klassizistischen Sphäre herüber: Anton Dominikus Fernkorn, Schüler Schwanthalers (S. 216), (St. Georg, Reiterstatuen Erzherzog Karls und Prinz Eugens, Kaiserstandbilder im Dom von Speyer, Denkmäler Joseph Ressels in Wien, des Banus Jellachich in Agram, Herzog Karl Wilhelm Ferdinands in Braunschweig und eine Reihe Porträtbüsten) und die Gebrüder Joseph und Emanuel Max in Prag; von jenem rühren das eherne Reiterstandbild Kaiser Franz Josephs I. und die kriegerischen Nebenfiguren des Radetzkydenkmals in Prag her, von diesem die Marmorstatuen der böhmischen Apostel Cyrillus und Methodius in der Teynkirche, das Grabmal der heiligen Ludmilla im Dom zu St. Veit und das Standbild Radetzkys in Prag. In den Werken Kaspar Zumbuschs (Bronzedenkmal König Max' II., Statue des Grafen Rumford in München, Denkmal Beethovens und Maria Theresias in Wien), Karl Kundmanns (Denkmal Schuberts im Wiener Stadtpark, Rudolfs v. Habsburg in der Ruhmeshalle, Tegethoffs in Pola, Anastasius' Grün in Laibach, Hamerlings in Graz), Viktor Tilgners, des bedeutendsten Wiener Porträtbildners, in dessen Denkmälern Barock und Rokoko wieder auferstehen (Denkmal Mozarts in Wien, Liszts in Ödenburg, Büsten Kaiser Franz Josephs, Führichs, Laubes, Werndls in Steyr, Friederike Kronaus, Charlotte Wolters in Wien, Bürgermeister Petersens in Hamburg), Rudolf Weyrs (dekorative Plastik, Denkmäler für Grillparzer, Brahms und Canon), Edmund Hellmers (Denkmal Goethes in Wien), Franz Vogels (Raimunddenkmal vor dem Wiener Volkstheater) und Arthur Straßers, der, wie vor ihm schon Tilgner, den Marmor farbig abtönt (Triumphwagen des Marcus Antonius in Wien; Kleinplastik: Japanerin, Araber, Wasserträgerin, Gänsemädchen) gibt sich ein gesunder und zumeist erfreulicher Realismus kund. Richard Luksch ist der Schöpfer des Wanderers (Gruppen aus Eichenholz). Als Medailleure zeichnen sich aus: Karl Radnitzky d. ä., Joseph Tautenhayn (Schild mit dem Kampf der Lapithen und Kentauren), Anton Scharf und Rudolf Marschall.

Fernkorn 1813—1878
J. Max 1804—1855
E. Max geb. 1810
Zumbusch geb. 1830
Kundmann geb. 1838
Tilgner 1844—1896
Weyr geb. 1847
Hellmer geb. 1850
F. Vogel geb. 1861
Straßer geb. 1854
geb. 1813
Radnitzky geb. 1818
Tautenhayn geb. 1837
Scharf geb. 1845
Marschall geb. 1873

Frankreich

In Frankreich gelangt die Plastik unter Napoleon III. zu glänzender Entfaltung Ein Pfad in realistischer Richtung führt von Houdon über François Grégoire Giraud (Hund im Louvre, Grabmal einer jungen Mutter) und Rude (S. 217) zu Jean Baptiste Carpeaux, dessen Werke (der Tanz an der Großen Oper in Paris, die Flora in den Tuilerien, die vier Weltteile am Luxembourgbrunnen, Fontäne des Observatoire, Büste von Gérôme, Prinzessin Mathilde und Madame Lefèvre) die ganze kokette Realistik der Kunst des zweiten Kaiserreiches, sprühendes Leben und verfeinerte, berauschende Sinnlichkeit in anmutigen Formen widerspiegeln. Gegen ihn treten ältere und jüngere Rivalen in den Hintergrund: Francisque Josephe Duret (Tarantellatänzer im Louvre, Improvisator), François Jouffroy (Mädchen vor der Venussäule), E. L. Lequesne (tanzender Faun im Luxembourggarten), Ottin (Acis und Galathea, ebenda), Aimé Millet (Grabmal für Henri Murger auf dem Montmartre, für George Sand in La Châtre und für Denis Papin in Blois), Ernest Cristophe (Jüngling und Sphinx im Luxembourg), Carrier-Belleuse (schlafende Hebe, Angelika), Amédée Doublemard (Denkmal für den Marschall Moncey auf der Place Clichy und das Standbild Bérangers am Temple in Paris). Die folgenden drei Jahrzehnte der Republik bilden eine neue Epoche kräftigen Aufschwungs der französischen Plastik. Die Bildhauer Alexandre Falguière (Standbild des Royalistenführers Larochejaquelin, des Märtyrers Tarcinus, Kain und Abel, die Schweiz empfängt die Armee Bourbakis, die Tänzerin Cléo de Mérode, Diana), Gustave Doré, der bekannte Zeichner (Denkmal für Alexandre Dumas), Paul Dubois (Jeanne d'Arc in Reims und Paris, die im In- und Auslande Nachahmer fand, Mutterglück, der Florentiner Mandolinenspieler im Luxembourg, Grabmal des Generals de la Moricière in der Kathedrale von Nantes, Reiterstandbild des Connetable von Montmorency vor dem Schlosse von Chantilly), Antonin Mercié, Schüler Falguières (Delila, David, „Quand même" und „Gloria Victis", Revanchegruppen in Belfort und Paris, Statuen Aragos in Perpignan, Thiers' in St. Germain, Tells in Lausanne), Henri Chapu (weibliche Figur, Huldigung der Jugend, am Denkmal des

Giraud 1783—1836
Carpeaux 1827—1875
Duret 1804—1865
Carrier-Belleuse 1824—1887
Doublemard geb. 1826
Falguière 1831—1900
Doré 1833—1883
Dubois geb. 1829
Mercié geb. 1845
Chapu 1833—1891

Malers Regnault in der Ecole des Beaux-Arts in Paris, Jeanne d'Arc im Luxembourg) sind tüchtige Künstler, die durch ihre Werke, meist graziöse und volkstümliche, jugendschöne Gestalten, schnell zu Ruhm und Anerkennung gelangen. Außerhalb dieses Kreises steht der kraftvoll strenge Eugène Guillaume, der noch ganz der Antike huldigt und diese auch in seinen Bildnisstatuen zur Führerin nimmt, (die beiden Gracchen, römisches Ehepaar, Arakreon, im Luxembourg, Standbild des Komponisten Rameau in Dijon, des Physiologen Claude Bernard vor dem Collège de France, Thiers' in Versailles). Emanuel Frémiet tritt besonders durch seine lebensvollen Tiergruppen hervor (Gorilla ein Weib raubend, Elefant, Knabe und Bärchen, Menschen und Tiere der Steinzeit, irrender Ritter, Reiterstandbild Ludwigs von Orleans im Schlosse von Pierrefonds, die mädchenhaft zarte Gestalt der Jeanne d'Arc hoch zu Roß auf der Place de Rivoli in Paris und in Nancy, Velazquez, ebenfalls zu Pferd, vor dem Louvre, Statuen der Maler Raffet und Meissonier in Paris und von Lesseps in Suez). Auguste Cain und Pierre Jules Mène (Jäger und Meute) kommen ihrem Rivalen A. L. Barye (Bronzegruppen der öffentlichen Gärten von Paris) nur nahe, nicht gleich. Sie alle überragt um Haupteslänge Carpeaux' großer Schüler Jules Dalou. Nach rastlosem, künstlerischem Studium in der Akademie und bei einem Ausstopfer, bei dem er mehr von der plastischen Anatomie lernte als in der Ecole des Beaux-Arts, nach aufopferungsvollem Arbeiten in der Werkstatt eines Bronzegießers — die dem Achtundzwanzigjährigen die ersehnte Vereinigung mit der Frau ermöglichen sollten, die er in vielen seiner Werke verherrlicht hat — schuf er neben einer großen Anzahl von Statuetten (Amor und Psyche, Stickerin, Junge Frau) das Denkmal für Eugène Delacroix im Park Luxembourg und für Alphand, den Direktor der öffentlichen Arbeiten in Paris (am Sockel u. a. die lebensgroßen Porträtgestalten Dalous und des Malers Roll), auf der Avenue du Bois de Boulogne, das Grabmal Blanquis auf dem Père Lachaise, den trunkenen Silen im Luxembourggarten, das Bacchanal (Relief am Brunnen in den Pariser Blumentreibhäusern), die Büsten Rocheforts und Therriets und das pompöse Bronzedenkmal der Republik auf der Place de la Nation, dessen Einzelgestalten mit verlorener Form (en cire perdue) gegossen sind. Sein gewaltiges Monument für die Arbeiter, eine Säule, an der in sechzehn Nischen ebensoviel Arbeiterfiguren Aufstellung finden sollten, ist unvollendet geblieben. Wegen seiner tätigen Anteilnahme an der Kommune flüchtete er nach England, wo er als Professor der Skulptur durch fünf Jahre im College of Art die heranwachsende Künstlerschaft mit seinen Ideen nachhaltig befruchtete. — Aus der Menge der lebenden französischen Bildhauer leuchten vor allem zwei Namen auf, deren Träger durch ihre schöpferische Kraft in der Darstellung menschlichen Empfindens das künstlerische Interesse der Mitwelt auf das lebhafteste erregen: Auguste Rodin, der „Gotiker" — er nannte die Skulptur die Kunst der Wölbungen und der Öffnungen — Schüler von Barye und Carrier-Belleuse, ein ausgesprochener Impressionist, in dessen Werken der Prozeß des Werdens sichtbar bleibt, kein Virtuos der Kontur und des Dekorativen, wohl aber Meister in der Schilderung des seelischen Lebens und der glühenden Leidenschaft. Höchstes Können offenbart er auch in seinen Porträtbüsten (Dalou in der Nationalgalerie in Berlin, J. P. Laurens, Victor Hugo, Antonin Proust, Henri Rochefort, Puvis de Chavannes). Trotzdem er oft nur das Wesentliche aus der Gesteinsmasse hervorlockt, durchglüht seine Gestalten meist eine packende Lebensfülle (das Balzacmonument, die große Tür für das Pantheon, die Höllenpforte, das eherne Zeitalter, die Bürgen von Calais, der Mensch der Urzeit, Johannes der Täufer, Mond und Erde, die Danaide, Faun und Nymphe, Verzweiflung, der Kuß, Francesca da Rimini, die Versuchung des heiligen Antonius, die Statuen von Bastien Lepage in Damvilliers, von Claude Lorrain in Nancy und das Victor Hugo-Monument im Pantheon). Gehaltener, aber ebenfalls von mächtigem Ausdruck und ergreifender Stimmung sind die Werke Albert Bartholomés, der als Maler begann und sich erst seit 1887 der Skulptur widmet; an seinem Meisterwerke, dem großen Totenmale „Aux morts", auf dem Père Lachaise, das alle ähnlichen Versuche früherer Zeit an Gedankentiefe und Formenadel weit hinter sich läßt, arbeitete er zwölf Jahre; außerdem schuf er „die ersten Menschen" („das Geheimnis" oder „das Nest"), die Badende, das Grabmal Meilhacs und Bildnisbüsten. Ein äußerst vielseitiger, aber in seinem Schaffen ungleicher Künstler ist Ernest Louis Barrias (Bestattung Abels, der Knabe Mozart die Geige stimmend, Standbild des Keramikers Bernard de Palissy in Sèvres, Denkmal für Victor Hugo in Paris, Schwur des Spartakus, im Tuileriengarten). Jean Paul Aubé ist der Schöpfer der Dantestatue in Paris und vortrefflicher Porträtbüsten. Von Friedrich August Bartholdis Hand stammen die Denkmäler für Martin Schongauer, für General Rapp und Admiral Ruat, der Löwe von Belfort und die Statue der Freiheit für den New Yorker Hafen. Aristide Maillol greift in seinen Holzstatuetten auf die sanfte Kunst der Pharaonen zurück. Paul Roger-Bloches

Guillaume 1822—1905

Frémiet geb. 1824

Cain 1822—1891

Barye 1796—1875

Dalou 1838—1902

Rodin geb. 1840

Bartholomé geb. 1848

Barrias 1841—1905

Bartholdi 1834—1904

Maillol geb. 1861

Gestalten (Mutter und Säugling, die Frierenden) bergen tiefe Innerlichkeit. Gleiches gilt von Hippolyte Lefèbvre (Niobe und ihre Kinder, Mignon, Marmorgruppe der blinden Mädchen). François Rupert Carabin leistet, wie mancher andre dieser Gruppe, Hervorragendes im Kunsthandwerk, namentlich in der virtuosen Darstellung bewegter Gestalten (Statuen aus Birnenholz, Bronzestatuetten bretonischer Tänzer und Tänzerinnen). Zu den Künstlern, die entweder mit Zuhilfenahme farbiger Behandlung des Materials oder gleichzeitiger Verwendung verschiedener Stoffe (Stein, Metall, Elfenbein) ihre künstlerische Absicht zu erreichen suchen, gehört eine Anzahl trefflicher Tier- und Kleinplastiker, wie George Gardet mit seiner Löwin aus Lithographenstein, den kämpfenden Panthern aus gelecktem und getöntem, der dänischen Dogge aus gelbem Marmor und dem Kakadu aus Onyx, Louis Riché mit seinem Wolf, der die Fährte im Schnee verfolgt, Charles Valton mit Katzen aus Bronze, Wachs und Lithographenstein, Théodore Rivière (Salammbô bei Mathô) mit allzu zierlichen Figürchen aus allerlei kostbarem Material, sowie Jean Dampt (Ritter und Dame), Jean Carrièz (Bronze- und dekorative Terrakottabüsten, keramische Arbeiten mit japanischen Anklängen), der akademische Maler Jean Léon Gérôme (Marmorstatue Tanagra, Ballspielerin, Reiterstatuetten Tamerlans, Napoleons und Friedrichs d. Gr.) und Maurice Ferrary (Salammbô). Medaillen- und Plakettenkunst, in der sich schon David d'Angers, Rude, Barye und Carpeaux geübt hatten, bringen der Bildhauer Eugène André Oudiné (von ihm die Statue der Königin Berta im Luxembourggarten) und dessen Schüler Daniel Dupuis, Jules Clément Chaplain, Oscar Roty und der vielseitige Alexandre Charpentier (Büsten, „die Bäcker", Relief in farbigem Steinzeug, Denkmal für Emile Zola im Verein mit Meunier) zu hoher Vollendung; die französische Kunst wird hierin vorbildlich für die anderen Nationen.

Carabin geb. 1862
Garbet geb. 1863
Valton geb. 1851
Rivière geb. 1857
J. Dampt geb. 1858
Carrièz 1856—1894
Gérôme 1824—1904
Oudiné 1810—1887
Dupuis 1849—1899
Chaplain 1839—1909
Roty 1846—1911
Charpentier 1856—1909

Belgien

Auch die belgische Bildhauerkunst gelangt zu bedeutender Entwicklung und steht der französischen kaum nach. Klassizistische und romantische Neigungen leben noch fort in den Gebrüdern Willem und Joseph Geefs; von dem älteren rühren die Standbilder des Komponisten Grétry in Lüttich, Rubens' in Antwerpen, Verhaegens in der Brüsseler Universität und die Kolossalstatue Leopolds I. auf der Kongreßsäule, ferner eine heilige Genoveva und die Marmorgruppe des verliebten Löwen her; Joseph schuf außer Idealgestalten (Hygieia, der gefallene Engel, Tod Abels) und allegorischen Figuren für die Kongreßsäule die eherne Reiterstatue Leopolds I. in Antwerpen und die Statue des Anatomen Vesalius in Brüssel. Eugène Simonis schafft das bewegte Reiterstandbild Gottfrieds von Bouillon auf der Place Royale in Brüssel. Die Werke von Charles Auguste Fraikin, Schüler Kessels' (S. 217), weisen bereits in ausdrucksvollen Zügen auf das kommende pulsierende Leben realistischer Kunst hin (Bronzedenkmal Egmonts und Hoorns in Brüssel, Grabmal der Königin der Belgier in Ostende, Wiege des Bacchus, Amor und Venus, der gefangene Amor im Brüsseler Museum). An Energie und Größe der Darstellung übertrifft die zeitgenössischen Künstler sein Schüler, der Bildhauer und Maler Constantin Meunier, der noch als Fünfziger wieder zur Plastik zurückgreift und in dieser seine größten Triumphe feiert. Die Sehnsucht Dalous wird in Meuniers Werken zur Erfüllung, wenn auch in anderer Gestalt: die Summe seiner Werke türmt sich zu einer Apotheose der Titanen und Heroen der Arbeit (Monument der Arbeit in der Allee nach Tervueren bei Brüssel, Puddler, Ausfahrt der Bergleute, Arbeiter am Meer, Lastträger, Schnitter, Holzhauer, Pflüger, das Leiden, Mutter und Kind, Grubenpferd, an der Tränke; Gemälde in Brüssel und Coutrai). Italienischen und französischen Einfluß bekunden die dekorativen Arbeiten von Paul de Vigne (Denkmal Breydels und de Conincks in Brügge). Die muskulösen Gestalten Joseph Lambeaux' erinnern an Rubens' kraftstrotzende Leiber (die menschlichen Leidenschaften, die Ringer im Brüsseler Museum, der Riese Brabo vor dem Rathaus in Antwerpen). Pierre Charles van der Stappen, der Schöpfer zahlreicher Monumentalgruppen (St. Michael, David, Unterweisung in der Kunst), Porträtstatuen und Büsten, verwendet zu seinen phantasievollen, dem Barock sich nähernden Gebilden nicht nur Marmor und Bronze, sondern auch Silber und Elfenbein (Sphinx). Jules Lagae (die Sühne, Johannes der Täufer) und Pierre Braecke (die Verzeihung) vereinigen tiefe Empfindung mit sorgsamem Naturstudium. George Minne wendet sich vom Impressionismus ab und den alten, linienschönen Gestalten zu, die die nordfranzösischen Domportale schmücken (Statuetten, die drei heiligen Frauen, „Petit Blessé", Reliquienträger, Redner, im Folkwangmuseum in Hagen i. W., Brunnen im Osthausmuseum in Hagen); in seinen früheren Arbeiten schildert er die „Pracht des Elends", ohne dem Fehler der Sentimentalität zu verfallen (Mensch und Hund, die Mutter mit den Kindern); außerdem ist er der Schöpfer mehrerer Denkmäler (für den Dichter Rodenbach in Gent, für Volders, unausgeführt). Fernand Khnopff ist wie in seinen Zeichnungen, im Anschluß an die „Dekadenten" (Maeterlinck), auch als Bild-

W. Geefs 1806—1883
J. Geefs 1808—1860
Simonis 1810—1882
Fraikin 1819—1893
Meunier 1831—1905
de Vigne 1843—1901
Lambeaux geb. 1852
van der Stappen 1843—1910
Lagae geb. 1862
Braecke geb. 1859
Minne geb. 1867
Khnopff geb. 1858

hauer Symbolist und Mystiker und offenbart in der Skulptur seine ungewöhnliche Gestaltungskraft (Sibylle, Masken, polychrome Skulpturen in Elfenbein, Bronze und Emaille).

Italien

Während Pio Fedi den klassizistischen Realismus vertritt (Standbild des Niccolo Pisano in den Uffizien, Raub der Polyxena in der Loggia dei Lanzi), durchbricht Giovanni Dupré die Fesseln der akademischen Tradition (in seinem Abel und Kain, beide im Palazzo Pitti in Florenz) und sichert mit der sterbenden Sappho, der Pietà auf dem Cimetero von Siena, namentlich aber durch das Denkmal Cavours in Turin seinen künstlerischen Ruhm. Seine Tochter, Amalia Dupré, bildete außer Porträtbüsten eine Statue des jugendlichen Giotto. In den Werken der Späteren gewinnt der Verismus die Oberhand. Vincenzo Vela schafft zahlreiche Denkmäler (Donizetti) und Standbilder (Tells in Lugano, Manins, Correggios), die Statue des Frühlings und des sterbenden Napoleon im historischen Museum in Versailles, Achille d' Orsi die Parasiten, zwei verkommene Subjekte aus der römischen Kaiserzeit, und „Proximus tuus", in denen sich bereits eine unerfreuliche Überschreitung des Naturalismus, ein Zerflattern der Gestalten bemerklich macht. Medardo Rosso wurde trotz seiner noch hilflos tastenden Versuche der Vorläufer Rodins. Von den Jüngsten sind Trentacoste, der Form und Ausdruck in gleicher Weise beherrscht, der unerbittliche Verist Cifariello und der Symbolist Bistolfi die bedeutenderen.

Fedi 1816—1892
G. Dupré 1817—1882
A. Dupré geb. 1845
Vela 1822—1890
d'Orsi 1845—1899

Spanien

Unter den spanischen Bildhauern ragt Mariano Benlliure (Statue des seligen Juan de Rivera) hervor. Neben ihm sind noch Augustin Querol (der heilige Franziskus, Relief) und Aniceto Marinas (Standbild des Malers Velazquez in Madrid), ferner Llimona y Bruguera (Kommunikantinnen) und José Reynes (Andalusierin zu Roß) zu nennen.

Querol † 1909

England

England ist arm an Plastikern, und ihren besten kam die Anregung von außen. Die in den siebziger Jahren durch Jules Dalou angebahnte modern-realistische Richtung findet ihren Hauptvertreter in Harry Bates, der seinen Ruhm namentlich dem Relief verdankt. Vor ihm schafft der Wiener J. E. Böhm (Marmorbüste John Ruskins in der Ruskin Drawing School in Oxford, Statuen, Grabmal). Hamon Thornycroft hält sich, außer einigen schwächeren Versuchen auf realistischem Gebiete (Säemann, Schnitter), in seinen besten Werken (Artemis, Medea) wieder an die großen Meister der Antike. James Swan tut sich als Tierbildner hervor. Onslow Ford huldigt im Anfang der Frührenaissance, neigt aber später mehr der dekorativen Plastik zu (Denkmäler für Gladstone, für den Maharadscha von Mysore, Gordon auf dem Kamel). Für das Kunstgewerbe sind noch Josiah Wedgewood (Keramik), Alfred Gilbert (Gold- und Elfenbeinarbeiten) und George Frampton von Bedeutung. Die Kleinplastiker mit Wells an der Spitze lehnen sich an die französischen Impressionisten an.

Bates 1850—1899
Böhm 1834—1890
Thornycroft geb. 1850
Swan geb. 1847
Ford 1852—1902
Wedgewood 1730—1795
A. Gilbert geb. 1854
Wells geb. 1860

Amerika

In Nordamerika gibt die siegreiche Beendigung des Bürgerkrieges Anlaß zur Errichtung zahlreicher Denkmäler (H. K. Browns Standbild Washingtons in New York). Während die moderne Malerei Amerikas noch ganz und gar die verwandtschaftlichen Züge der Kunst der alten Welt trägt, tauchen in der Skulptur nach und nach selbständige Regungen auf, die dem heimischen Boden entstammen; Antike und Renaissance treten in den Hintergrund und machen realistischen Strömungen Platz. Der hervorragendste Vertreter der Neuerer ist Augustus Saint-Gaudens, ein Meister der Technik, dessen Vielseitigkeit sich in der langen Reihe seiner Werke offenbart (Denkmäler Lincolns in Chicago, Farraguts in New-York, Bildnisreliefs des Schriftstellers Louis Stevenson, der Kinder des Bankiers Schiff, Shawmonument in Boston). Ihm nahe steht Ch. H. Niehaus (Denkmal für Drake, den Entdecker der Petroleumquellen in Pennsylvanien, für Hahnemann, mit vier Basreliefs, „der Arbeiter"). Hamon Atkins Mac Neil führt — ohne Idealisierungsversuche — Indianertypen in die plastische Kunst („Sonnengelübde," „Schlangentanz") und zeigt in seinem „Despotismus", einer von Schlangen durchwundenen, stark bewegten Gruppe von Jünglingen, daß er nicht nur den Aufgaben des Genres gewachsen ist. Von Herbert Adams stammt das gewaltige Welch-Memorial in Auburn. Von hoher Anmut, ohne im geringsten weichlich zu erscheinen, sind die Denkmalsgruppen von Daniel Chester French (Memorial für den irischen Dichter John Boyle O'Reilly in Boston, für Milmore ebenda [der Todesengel nimmt dem an einer Sphinx arbeitenden Bildhauer den Meißel aus der Hand], für den Architekten Hunt in New York und für Washington in Paris). W. O. Partridge ist der bedeutendste amerikanische Porträtplastiker, dessen Büsten eminente Lebenswahrheit bekunden (Lincoln, Reiterstandbild General Grants in Brooklyn). Den Dewey-Triumphbogen in New York krönt ein heftig bewegtes Viergespann von Joh. O. Ward, Niehaus lieferte die Gruppe „Heimkehr der Sieger", French den „Frieden", Partridge den „Farragut" und Adams die „Siegesgöttinnen". Durchaus unabhängig von jeder Tradition bildete George G. Barnard seine Gruppen „Zwei Naturen", die guten und die bösen Instinkte in

H. K. Brown geb. 1814
Saint-Gaudens 1848—1907
Mac Neil geb. 1866
French geb. 1850
Barnard geb. 1868

unserer Brust, und „die großen Gewässer unter den Indianern und den Weißen“ für Buffalo. A. Phimister Proctor (Panther) und H. M. Shrady (Reiterloses Pferd) sind vorzügliche Tierbildner, und Bessie O. Potter ist eine treffliche Vertreterin anmutiger Kleinplastik (Tänzerin).

Rußland
Antokolsky 1842—1902
Troubetzkoy geb. 1866

In Rußland verschafft Markus Antokolsky (Tod des Sokrates, Iwan der Schreckliche, Christus an der Säule) der realistischen Richtung schnelle und nachdrückliche Geltung. Unter den Modernsten verdienen vor allem die Arbeiten des Fürsten Paul Troubetzkoy hohe Anerkennung. Obwohl Sohn eines moskowitischen Edelmanns, ist er doch in Italien (Intra) geboren und erzogen und hat stets in der Lombardei gelebt, so daß ihn die Italiener zu den ihrigen zählen. Er beherrscht mit gleicher Meisterschaft die Darstellung der Tiergestalt wie die Schilderung des seelischen Ausdrucks im Menschenantlitz. Durch eine eigentümliche Behandlung der Oberfläche des weichen Tones, die im Bronzeguß getreu wiedererscheint, erreicht er eine geradezu verblüffende Wiedergabe der Wirklichkeit (graziöse Mädchengestalten in moderner Kleidung, Fräulein Erba, Gruppen junger Mütter, Kind und Hund, Droschke im Schnee, Indianer, Büste Segantinis, Entwürfe von Denkmälern).

Deutschland

§ 399. Malerei. Die Reaktion gegen den farblosen Kartonstil der Corneliusschule (§ 98) blieb nicht aus. Sie wurde vorbereitet durch die gärende Unzufriedenheit, die durch die unerquicklichen politischen Zustände und reaktionären Tendenzen jener Tage im beständigen Wachsen begriffen war. Heines Pariser Salonberichte fachten das Feuer in Künstlerkreisen an und lenkten die Blicke der Jüngeren nach der Seine, und als im Herbst des Jahres 1843 die Bilder zweier Belgier, Gallaits Abdankung Karls des Fünften und Biefves Kompromiß der niederländischen Edlen (S. 224), auf deutschen Kunstausstellungen die Runde machten, kam die Sehnsucht nach Licht und Farbe zu vollem Durchbruch. Die glänzende Technik und das leuchtende Kolorit der beiden Repräsentationsstücke weckten die Begeisterung für die französisch-belgische Kunst und lockten die deutschen Künstler nach Paris und Antwerpen, um sie wieder malen zu lehren. Die deutsche Kunst aber hatte mit dem Idealismus und der Gelehrsamkeit der Verfallzeit unwiderruflich gebrochen und lenkte mehr und mehr in realistische Bahnen. Freilich wurzelte das Neue nicht, wie in Literatur und Musik, auf heimischem, nationalem Boden; auf dem Felde der Malerei blieb Frankreich fortan die führende Macht (S. 222 f.). Der erwachende Realismus — Wirklichkeitssinn — beschäftigte sich zunächst mit der Form, nicht mit der Farbe. Das Kolorit blieb bis ans Ende der achtziger Jahre im Banne der Vergangenheit. Die alten Italiener, namentlich die Venezianer, ebenso die Flamen und Holländer dienten als Lehrmeister; ihre Werke wurden eifrig kopiert und konservierten den dunklen Galerieton auf der neuen Palette. Nur wenige, Menzel, Pettenkofen und einige Vertreter der Landschaft, wie Schleich und Hildebrandt, ließen sich auch hierin von der Natur leiten.

Realismus

Feuerbach 1829—1880

An Tiefe, Ernst und Selbständigkeit überragt die gleichstrebenden Genossen Anselm Feuerbach aus Speyer, Sohn des Archäologen Anselm Feuerbach (der vatikanische Apoll, Geschichte der griechischen Plastik), der Vorläufer unserer modernen Idealisten. 1850 studierte er zu Antwerpen, 1851 in Paris bei Couture (S. 223). 1852 entsteht das Gemälde Hafis in der Schenke, 1853 der Tod des Pietro Aretino; 1855 geht er mit Viktor Scheffel nach Venedig, später nach Florenz und Rom (Dante in Ravenna, 1857, Musizierende Kinder, 1865, Idylle von Tivoli, 1869, Gastmahl des Platon, 1869, Iphigenie 1861, Medea, Titanenkampf 1873—76, Selbstporträt, 1873, das Konzert). Er schrieb „Ein Vermächtnis“, das nach seinem in Venedig erfolgten Tode von seiner Stiefmutter, Henriette F., ergänzt und umgestaltet worden ist.

V. Müller 1829—1871

Auch Viktor Müller aus Frankfurt a. M. vertauschte die Antwerpner Akademie mit dem Atelier Coutures und wurde in Paris während seines neunjährigen Aufenthaltes zum Bewunderer von Delacroix (Waldnymphe, Faust mit Wagner, Hamlet, Ophelia, Romeo und Julia).

Henneberg 1825—1876

Rudolf Henneberg malt 1851 bei Couture, 1861 in Rom, dann in Neapel und Florenz, behandelt aber deutsch-romantische Stoffe (der wilde Jäger, der Verbrecher aus verlorener Ehre, 1860, die Jagd nach dem Glück, 1868, Wandgemälde in der Warschauerschen Villa in Charlottenburg, 1872).

G. Richter 1823—1884

Gustav Richter wird 1844 Schüler von Cogniet (S. 223), geht 1847 nach Rom, 1861 nach Ägypten und 1873 nach der Krim (Jairi Töchterlein, 1856, Nationalgalerie in Berlin, Odaliske, Fischerknabe, Zigeunerin; Bildnisse: Fürstin von Korolath-Beuthen, 1892, Königin Luise, 1879, eigentlich Idealbildnis der

Baronin Ziegler, Museum in Köln). Julius Schrader bereist Belgien, Frankreich und Italien; in dem Gemälde Friedrich der Große nach der Schlacht bei Kollin (1849, Museum in Leipzig) ist ähnlich wie in den Bildern Menzels die Gestalt des Helden typisch für den alten Fritz geworden. In den übrigen Historienbildern (Übergabe von Calais, 1847, Abschied Karls des Ersten von seinen Kindern, 1855, Esther vor Ahasveros, 1856) verfällt er meist dem theatralischen Pathos der belgisch-französischen Schule. Karl Steffeck arbeitet anfänglich bei Krüger (S. 220) und Karl Begas, 1839 in Paris bei Delaroche (S. 222) und später in Italien (1840—42). Vom Tierbilde geht er allmählich zum Genre- und Historienbilde über (Markgraf Achilles, 1848, Nationalgalerie, König Wilhelm in der Schlacht bei Königgrätz, 1867, Reiterbildnisse Kaiser Wilhelms, Wettrennen, Pferdebildnisse; Lithographien und Radierungen). Karl Becker, der „Kostüm-Becker", bildet sich unter Heß (S. 219) in der Freskomalerei aus, und geht nach Paris, Rom und Venedig. Der fremde Einfluß zeigt sich zuerst in seinen kleinen Genrebildern (Kapuzinerpredigt, der Geiger, die Kartenlegerin); am bekanntesten wird er durch seine venetianischen Bilder (Sebastiano del Piombo bei Tizian, der Bravo, der Karneval, Balkonszene, Karl V. bei Tizian, Dürer in Venedig, Othello). Wilhelm Karl Gentz arbeitet in Antwerpen und Paris bei Gleyre und Couture, dehnt seine Studienreisen über Spanien, Marokko, Ägypten, Nubien, Kleinasien und die Türkei aus und malt eine große Anzahl orientalischer Sittenbilder von leuchtendem Kolorit (Sklaventransport, Mekkakarawane, Ägyptischer Märchenerzähler, Dorfschule in Oberägypten, Schlangenbeschwörer, Einzug des Kronprinzen Friedrich in Jerusalem 1876, in der Nationalgalerie). Der Architekturmaler Karl Werner, Schüler von H. V. Schnorr v. Carolsfeld, lebt durch zwei Jahrzehnte in Italien (Aquarellbilder aus Venedig und der Campagna) und bereist Griechenland und Ägypten (Nilbilder). Eduard Hildebrandt sammelt auf mehreren Weltreisen die Studien zu seinen Öl- und Aquarellgemälden, von denen viele durch lithographische Farbendrucke vervielfältigt wurden. Der Landschaftsmaler Karl Scherres unternimmt Studienreisen nach der Schweiz und Oberitalien (Vierwaldstätter See), schildert indes später mit Vorliebe seine deutsche Heimat (Gegend von Danzig, Überschwemmung in Ostpreußen).

Schrader 1815—1900

Steffeck 1818—1890

K. Becker 1820—1900

Gentz 1822—1890

K. Werner 1808—1894

E. Hildebrandt 1818—1868

Scherres geb. 1833

Karl von Piloty verdankt seinen Ruhm, den ihm die Mitwelt spendete, der glänzenden Technik des Stofflichen, die er sich in Antwerpen und Paris angeeignet hatte und die das theatralische Pathos der gestellten Figuren, die gespreizte Betonung des Nebensächlichen in vielen seiner Gemälde für kurze Zeit vergessen ließ (die Amme, 1853, Wallenstein auf dem Wege nach Eger, Seni vor Wallensteins Leiche, 1855, Nero nach dem Brande Roms, 1861, Cäsars letzte Augenblicke, Thusnelda im Triumphzug des Germanicus, Heinrich der Achte und Anna Boleyn, der letzte Gang der Girondisten). Gleich ihm zog es Wilhelm Lindenschmit (Fischer und Meerweib, Luther und Frau Cotta, Stiftung des Jesuitenordens in Rom, 1868, Ulrich von Hutten im Kampfe mit französischen Adligen, 1869, im Museum in Leipzig, Ermordung Wilhelms von Oranien, 1872) nach den Zentren des koloristischen Umschwungs, während sich Arthur von Ramberg, Schüler Julius Hübners, zum entschiedenen Gegner der Pilotyschule entwickelte (Genrebilder, Illustrationen zu Schiller, Goethes Hermann und Dorothea, und Voß' Luise, Historienbild: Hofhaltung Friedrichs II. in Palermo, für das Maximilianeum in München). Ähnlich erging es Wilhelm von Diez, der sich nach kurzer Lehrzeit bei Piloty dem Studium der Zeit des Dreißigjährigen Krieges zuwendet und daraus eine Fülle von Motiven für zahlreiche, trefflich komponierte Kriegsbilder schöpft (Illustrationen zu Schillers Dreißigjährigem Kriege, für Hesekiels Buch vom Grafen Bismarck, zu „Unser Vaterland"; Genrebilder: die Marodeure, der Hinterhalt, 1873, Reisegesellschaft im siebzehnten Jahrhundert, 1874, Bei der Marketenderin, Reiter vor der Schenke, 1879, „Aus dem sechzehnten Jahrhundert"). Sein Schüler Ludwig von Löfftz findet zuerst durch sein Gemälde „Geiz und Liebe" Anklang (Pietà in der Münchner Pinakothek, Himmelfahrt Mariä im Dom von Freising). Der begabte Landschaftsmaler Eduard Schleich d. ä., der sich auf ausgedehnten Studienreisen bildet, entnimmt seine Stoffe meist der bayerischen Hochebene und den südlicheren Voralpen; seine Stimmungslandschaften werden vorbildlich für die Münchener Künstler: Adolf Lier, 1855, Schüler Richard Zimmermanns in München, schließt sich 1864 an Jules Dupré in Paris an und überträgt den Paysage intime (s. S. 825) der Schule von Fontainebleau auf deutschen Boden; weitere Studien in England, Schottland und Oberitalien vollenden sein künstlerisches Können (Herbstmorgen, Umgebung von Dachau, Abend an der Isar, in der Berliner Nationalgalerie, Strand bei Etretat in der Normandie, Mondschein an der Oise, in der Dresdener Galerie.) Ludwig Willroider lernt bei Schleich und Lier und bereist Holland, Südtirol und Italien, denen er die Motive zu seinen großzügigen Landschaften entnimmt. Joseph Wenglein, Schüler

v. Piloty 1826—1886

Lindenschmit 1829—1895

v. Ramberg 1819—1875

W. v. Diez 1839—1907

Löfftz 1845—1910

Schleich 1812—1874

Lier 1827—1882

Willroider geb. 1845

Wenglein geb. 1845

Liers, schildert die Stimmungen der bayerischen Hochebene (Bergrücken mit Ruine, 1875, Hochmoor 1880). Aus den Bildern der Genremaler Heinrich Bürkel (römisches Volksleben und zahlreiche Szenen aus dem bayerischen Dorf- und Gebirgsleben) und Karl von Enhuber (Versäumte Essenszeit, das unterbrochene Kartenspiel, 1859, der Gerichtstag, 1860, Illustrationen zu Melchior Meyrs Erzählungen aus dem Ries) spricht noch durchaus eigenes koloristisches Können, während sich Ludwig Knaus, ein Hauptvertreter der jüngeren Düsseldorfer Schule, in achtjährigem Aufenthalte in Paris die Meisterschaft über die Farbe erwirbt, die er in seinen Schilderungen aus dem hessischen und Schwarzwälder Bauernleben bis zuletzt betätigt (die falschen Spieler, 1851, in der Düsseldorfer Galerie und im Leipziger Museum, Goldene Hochzeit, 1858, Taufe, 1859, der Taschenspieler, Wie die Alten sungen, so zwitschern die Jungen, 1869, in der Nationalgalerie in Berlin, Auf schlechten Wegen, das widerspenstige Modell, 1877, Salomonische Weisheit, 1878, Hinter den Kulissen, 1880). Ihm nahe steht Benjamin Vautier, wenn er ihn auch im Kolorit nicht erreicht (Auktion 1861, Kartenspielende Bauern, 1862, im Museum in Leipzig, der Leichenschmaus, Museum in Köln, die erste Tanzstunde, 1868, Nationalgalerie in Berlin, die Tanzpause, Museum in Dresden, Besuch der Neuvermählten, 1880, Illustrationen zu Immermanns „Oberhof“ und Auerbachs „Barfüßele“). Lebensvolle Charakteristik bei eminenter Technik besitzen die Gemälde Wilhelm Sohns: Verschiedene Lebenswege (1860), die Gewissensfrage, 1864, in der Kunsthalle in Karlsruhe, Konsultation bei einem Advokaten (1866), im Leipziger Museum. Als Landschafter, später mehr oder weniger von französischen Vorbildern beeinflußt, ragen hervor: Andreas Achenbach, der Maler des bewegten Meeres: Seesturm an der schwedischen Küste, 1836, Neue Pinakothek in München, Untergang des Dampfschiffs „Präsident“, 1842, Museum in Karlsruhe, der Hardanger Fjord, 1843, Düsseldorfer Galerie; nach seiner Reise (1843) durch Italien: Sturm an der Küste von Sizilien, Straße am Hafen von Ostende, 1866, Düne von Scheveningen, 1869, Nationalgalerie in Berlin, San Carlo in Rom; Aquarelle, Lithographien und Radierungen. Sein Bruder und Schüler Oswald Achenbach wählt ausschließlich italienische Szenerien für seine in Licht und Farbe wirkungsvollen Bilder (Motive aus Ariccia, 1851, sogenannte Galerie von Albano, 1853 im Besitze des Königs von England, Nächtlicher Leichenzug in Palestrina, Messe in der Campagna, 1863, Neapel und seine Umgebung, Vesuv und Golf, Torre del Greco Torre bell' Annunziata in einer großen Anzahl größerer und kleinerer Gemälde, Kastell von Ischia). Der „Calame des Nordens“, Frederik Gude aus Christiania, Schüler von A. Achenbach und Schirmer, wirkt als Lehrer an den Akademien Düsseldorf, Stuttgart, Berlin, gibt sich in seinen korrekten Landschafts- und Marinebildern als trefflicher Zeichner und hervorragender Kolorist (norwegische Seeküste, in vielen Galerien Deutschlands). Albert Flamm, anfangs Architekt, wird Schüler von Andreas Achenbach und durchwandert mit dem befreundeten Oswald Achenbach die italienische Landschaft (Herannahendes Gewitter in der Campagna, Ischia, Castel Gandolfo, An der Via Appia, Golf von Neapel). Der Frankfurter Anton Burger malt Dorflandschaften, Jagd- und Wirtshausszenen in Öl und Aquarell (der Fleischerladen, Aufbruch zur Treibjagd, 1869). Der Tiermaler Adolf Schreyer studiert auf Reisen mit dem Prinzen von Thurn und Taxis nach Ungarn, Südrußland, Syrien, Ägypten und Algerien das Volksleben und namentlich die Rasseneigentümlichkeiten und das Leben der Pferde (Kosakenpferde, Walachische Post, Pferde in der Pußta, Araber auf dem Rückzug, Artillerieangriff bei Traktir in der Krim). Vier Vertreter der religiösen Historie, Ernst Deger, Franz Ittenbach und die Brüder Andreas und Karl Müller, führen nach eingehenden Studien der Präraffaeliten die Fresken der Apollinariskirche in Remagen aus.

Bürkel 1802—1869
Enhuber 1811—1867
Knaus 1829—1910
Vautier 1829—1898
W. Sohn 1829—1899
A. Achenbach 1815—1910
O. Achenbach 1827—1905
Gude geb. 1825
Flamm geb. 1823
Burger 1825—1905
Schreyer 1828—1899
Deger 1809—1885
Ittenbach 1813—1879
A. Müller geb. 1811
K. Müller 1818—1893

Ganz auf sich selbst gestellt schafft Adolf Menzel in Berlin unbeirrt Meisterwerke objektivster Naturdarstellung. Im Anfang Schüler der Akademie, dann Lithograph, zeigt er schon 1833 in seinem Erstlingswerk, den Federzeichnungen „Künstlers Erdenwallen“, die geniale Begabung; 1834 erlernt er autodidaktisch das Ölmalen. Seitdem verherrlicht er vor allem die preußischen Kriegstaten (Denkwürdigkeiten aus der brandenburgischen Geschichte, 1836, Illustrationen zu Kuglers Geschichte Friedrichs des Großen, 1839—42, zu E. Langes Soldaten Friedrichs des Großen, 1850—52, Lithographien zur Armee Friedrichs des Großen, 1851—57, Aus König Friedrichs Zeit, 1856, Illustrationen zu Kleists „Zerbrochenem Krug“, 1877, Bilder in Aquarell und Gouache, Fest der weißen Rose, Adressen und Diplome, Ballsouper, 1870, Sammlung Thiem in Berlin, Sonntag in Paris). Rastloses Studium, sprühende Energie und zähes Festhalten an erstarkter Eigenart begleiten den genialen Meister bis ins höchste Alter und erheben ihn fast zum Schöpfer einer unabhängigen deutschen Kunst, deren Bestes (Tafelrunde Friedrichs des Großen, 1850, Flötenkonzert in Sanssouci, 1852, das Eisenwalzwerk, 1875, große Sammlung von Zeichnungen

K. Müller 1818—1893
Menzel 1815—1905

und Aquarellen u. a.) die Berliner Nationalgalerie besitzt. Im königlichen Schlosse: Schlacht bei Hochkirch, 1850–56; Krönung zu Königsberg, 1861–65; Abreise König Wilhelms zur Armee, 1870; in der Sammlung Schön in Worms: Cercle, 1879. Außerdem: Piazza dell' Erbe in Verona, 1884, Im Eisenbahncoupé, 1893. Radierungen (Italienischsprechen u. a).

v. Werner geb. 1843

Anton von Werner, Schüler Lessings in Karlsruhe, malt dekorative Repräsentationsgemälde (Kaiserproklamation in Versailles, im Berliner Schloß, der Berliner Kongreß, 1878, Rathausbilder zu Saarbrücken, 1876–80, Monumentalgemälde um den Hallenkern der Siegessäule, in Glasmosaik von Salviati ausgeführt, und Gemälde am Fries des Pringsheimschen Hauses) und illustriert Scheffelsche Poesien, W. Hertz' Hugdietrichs Brautfahrt (1869), Herders Cid und Schillersche Dramen. Der Genre- und Tiermaler Paul Meyerheim bereist Tirol, die Schweiz, Belgien und Holland, vervollkommnet in Paris sein Kolorit und studiert die Tiere der zoologischen Gärten (Schafschur, Schlangenbändiger in der Menagerie, 1864, die Bremer Stadtmusikanten, 1870; Gerichtssitzung der Affen, Affenakademie, 1879; Geschichte der Lokomotive, sieben Bilder in der Villa Borsig in Moabit; Kohlenmeiler im bayerischen Gebirge, Porträt seines Vaters, im Danziger Museum, 1877).

Meyerheim geb. 1842

Karl Gussow, ein gesuchter Lehrer, zeigt sich in seinen Genrebildern (Kätzchen, Blumenfreund, Verlorenes Glück, Willkommen, Venuswäscherin, die beiden Alten) wie in seinen Bildnissen als vorzüglicher Kolorist und entschiedener Realist. Der Schlachtenmaler Karl Röchling aus Saarbrücken war Augenzeuge der ersten Kämpfe des siebziger Krieges, wurde Schüler von A. v. Werner und schuf nach eifrigem Studium des militärischen Lebens seine trefflichen Kriegsbilder (Sedan, Panorama in Berlin, im Verein mit Werner und Pracht, Am Geisberg bei Weißenburg, Spichern, St. Privat, Sedan, Le Bourget, Leuthen, Hohenfriedberg, St. Marie aux Chênes u. a.). Der Monumentalmaler Friedrich Geselschap, Schüler von Mintrop und Bendemann (§ 98), betätigt in den Malereien der Kuppel und der Bogenfelder des Berliner Zeughauses und in anderen Wandbildern (Schloß Klee, Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, Friedenskirche in Potsdam) sein oft verwertetes Wort: nur in der richtigen Unterordnung der Skulptur und Malerei innerhalb des Rahmens einer bedeutsamen Architektur wird ein großes Ziel erreicht. Otto Werner von Kameke, anfangs Offizier, widmet sich erst seit 1860 der Malerei, studiert in Rom und bildet sich später unter Böcklin und Kalckreuth aus. Besonders gelingen ihm die felsigen Hochgebirgsszenerien (Königssee, Vierwaldstätter See, Oberse, Wetterhorn, Wengernalp, Glacier de Bois, Berninapaß, Gardasee, Roseggletscher, Gotthardstraße, in der Nationalgalerie). Fast die gleichen Gegenden und Motive verwendet Karl Ludwig, der die Bildhauerkunst mit der Malerei vertauscht und eine Zeit lang Pilotys Schüler wird; in seinen Alpenlandschaften von meisterhafter Technik tritt ähnlich wie bei Lessing der Sinn für das Romantische und Naturgewaltige zutage (1864 Herbstlandschaft, 1868 Parktor im Winter, Harzlandschaft mit Brocken, Schmugglerpfad im Hochgebirge, Olivenhain am Gardasee, Gotthardpaß, in der Nationalgalerie, Straße über den Albula, im Dresdner Museum, die Marienburg, im Reichstagsgebäude). Max Koner weiß in seinen Bildnissen den Mangel an seelischer Vertiefung durch die Lebendigkeit des Ausdruckes geschickt zu verdecken. — Franz von Lenbach verläßt die polytechnische Schule in Augsburg, um Maler zu werden, und arbeitet nach kurzem Besuch der Münchner Akademie im Atelier Pilotys, mit dem er 1858 nach Rom geht; hier entsteht das Bild des Farmers, das mehr noch als sein Hirtenknabe und die Bauernfamilie beim Gewitter einen ausgesprochenen Sinn für Naturalismus bekundet. Nach kurzer Tätigkeit an der Weimarer Kunstschule kehrt er, durch den Grafen von Schack unterstützt, nach Rom zurück und widmet sich dort wie später in Madrid dem Studium der alten Meister. Nach seiner Rückkehr beginnt seine Glanzzeit, in der er die Bildnisse berühmter Persönlichkeiten, von Fürsten, vor allem Bismarck, und schöne Frauen malt; eine volle Durcharbeitung erfährt dabei nur der Kopf, in dem er die ganze Persönlichkeit mit ihren geistigen und seelischen Eigenschaften ungeschminkt wiedergibt (Paul Heyse, Graf von Schack, Lachner, Bismarck, Moltke, Döllinger, Leo der Dreizehnte, Björnson, Richard Wagner, Helmholtz, Liszt, König Ludwig der Zweite, Königin Margarete von Italien, die Duse). Der Genre- und Bildnismaler Fritz August v. Kaulbach, Großneffe von Wilhelms v. Kaulbach, nähert sich Holbein und namentlich den Engländern (Gainsborough): Mutterfreude, Geigenspielerin, Lautenspielerin, Hebe, Maitag (Dresdner Galerie), Grablegung (Münchner Pinakothek); eine große Anzahl von Bildnissen, namentlich von Frauen und Kindern (Bildnisse seiner Frau, die Tochter Ganghofers, im Leipziger Museum, die Tochter des Herzogs von Koburg, Kaiserin Auguste Viktoria und Prinzessin Luise). In seinen Gedichten und Karikaturen offenbart er Witz und Satire. Ihm und Lenbach nahe steht Franz Pernat (Bildnisse des Königs und des Kronprinzen von Rumänien, des Prinzregenten Luitpold von Bayern, des Herzogs von Sachsen-Altenburg, des Freiherrn von Bressensdorf, des Cellisten Klengel, des Bildhauers

Gussow 1843–1907

Röchling geb. 1855

Geselschap 1835–1898

v. Kameke 1829–1899

Ludwig 1839–1901

Koner 1854–1900

v. Lenbach 1836–1904

F. A. v. Kaulbach geb. 1850

Pernat 1853–1911

Samberger geb. 1861

Rümann; Büste Lenbachs). Leo Samberger, Schüler Lindenschmits, erreicht durch kühne, manchmal fast brutal-energische Pinselführung einen machtvollen Gesamteindruck (Fürst Öttingen, Graf Arco, Georg Hirth, Stuck, Uhde, Selbstbildnis, A. v. Keller, F. A. v. Kaulbach; außerdem eine Anzahl religiöser Bilder: Christus, die Madonna, Propheten und

v. Defregger geb. 1835

Sibyllen). Franz v. Defregger, Schüler Pilotys (1864), ist der Maler des Tiroler Volkes und seiner Kämpfe gegen die Napoleonischen Heere: Joseph Speckbacher (im Ferdinandeum in Innsbruck), Ringkampf, die beiden Brüder, Altarbild für sein Heimatsdorf Dölsach im Pustertal, Schuhplatt'ln, Rückkehr vom Münchner Oktoberfest (1873), das letzte Aufgebot (1874, im Wiener Hofmuseum), die Rückkehr der Sieger (1876, Nationalgalerie in Berlin), Todesgang Andreas Hofers (Museum in Königsberg), die Holzknechte,

Gabl geb. 1845

der Liebesbrief. Seinen Spuren folgt Aloys Gabl, Schüler Pilotys (Haspinger den Aufruhr predigend, Rekrutenaushebung in Tirol, Hochwürden als Schiedsrichter, Verbotene

Schmid geb. 1835

Tanzmusik, Nähmaschinenprobe, Spinnunterricht). Mathias Schmid wird ebenfalls Pilotyschüler (1869), nachdem er in seiner Jugend Heiligenbilder und später unter Schraudolph religiöse Historienbilder gemalt hat (1858 Ruth nach Betlehem ziehend, 1859 die drei Marien, auf dem Friedhof zu Innsbruck, stereochromisch); auch er wird zum Schilderer des Tiroler Volkes, wobei er mit Vorliebe die Beschwerden des Bauernlebens und die Schwächen des Klerus vor Augen führt: Herrgottshändler, Bettelmönche, Beichtzettelsammlung, der Sittenrichter, Auszug der protestantischen Zillertaler (1837), Karrenzieher, Schmuggler, das Verlöbnis, Namensfest der Pfarrersköchin, Stillvergnügt; treffliche Zeichnungen zu H. von

Grützner geb. 1846

Schmids „Unser Vaterland in Wort und Bild". Eduard Grützner, anfangs für den geistlichen Stand bestimmt, besucht die Münchener Akademie und wird 1864 Schüler Pilotys. Mit Szenen aus Shakespeare (Falstaff in der Kneipe der Frau Hurtig, Rekrutenmusterung) betritt er das humoristische Genre (Schauspieler in der Garderobe, Mephisto), in dem er sich hauptsächlich der jovialen Seite des Mönchs- und Jägerlebens zuwendet (Weinprobe,

Holmberg 1851—1911

Klosterbräustübchen, Klosterschneider, Lustige Lektüre, Jägerlatein, Sonntagsjäger). August Holmberg malt Kardinäle und Mönche, lichterfüllte Innenräume, Landschaften und

A. Adam 1786—1862

treffliche Bildnisse. Der „deutsche Landseer" Albrecht Adam und dessen Söhne Benno, Franz

F. Adam 1815—1886

und Eugen sind vortreffliche Schilderer der Tierwelt. Der bedeutendste ist Franz Adam, der sich als Schilderer des ungarischen Volkslebens und als Schlachtenmaler Ruf erworben hat (Schiffsfähre an der Theiß, Kroatenquartier in Villa Mestre, Reiterbildnisse Kaiser Franz Josephs und Radetzkys; im österreichischen Hauptquartier 1859: Kampfszenen zwischen Solferino und Valeggio (1867), Rückzug aus Rußland 1812, Kampf um Floing in der Schlacht bei Sedan (1874), das erste bayerische Armeekorps bei der Einnahme von Orléans,

E. Adam geb. 1848

Gefangenentransport nach der Schlacht bei Sedan). Emil Adam, Sohn Benno Adams,

J. Adam geb. 1851

Schüler Franz Adams und Portaels in Brüssel, zeichnet sich in Reiterbildnissen aus (Lippspringer Jagdbild, im Besitz des Herzogs von Nassau). Julius Adam arbeitet nach einer Studienreise in Brasilien von 1876—84 bei Wilhelm Diez, ist als Landschaftszeichner, Genre- und Bildnismaler tätig und entwickelt sich später zum virtuosen „Katzenraffael".

Braith 1836—1905

Der Tiermaler Anton Braith schildert mit Vorliebe Jungvieh auf der Weide. Louis

Braun geb. 1836

Braun macht sich um die Hebung des Panoramenbildes verdient: Schlachtengemälde von

G. Max geb. 1840

Mars la Tour). — Der Prager Gabriel Max, Sohn des Bildhauers Joseph Max (s. S. 806), Schüler der Akademien Prag, Wien und München, fesselte namentlich durch den tragischen und visionären Inhalt sowie durch die sanfte Harmonie seiner Farbentöne (St. Julia, Adagio, Frühlingsmärchen, Nonne im Klostergarten, Waisenkind, Affengruppen, der Anatom, das geblendete Christenmädchen am Eingange der Katakomben, die Märtyrerin im Zirkus, Christus bei Jairi Töchterlein, Herbstreigen, die Kindesmörderin, der Vivisektor, Ahasver, der Wirtin Töchterlein, Julia Capulet, Geistergruß, Dolorosa,

Leibl 1844—1900

Zeichnungen zu Beethovens Sonaten). — Wie Menzel sucht sich Wilhelm Leibl (erst Schlosser, dann Schüler Pilotys und Rambergs, ein Jahr in Paris) von der malerischen Tradition zu befreien; an die Stelle der altmeisterlichen, bräunlichen Galerietöne treten breitflächig aufgetragene, sorgfältig abgestimmte Farben und schwärzliche Schatten. Statt romantischer und historischer Vorwürfe verwertet er einfache Typen des bayerischen Landvolks, das er nach schlichter Wirklichkeit ohne jede Tendenz schildert: die Dorfpolitiker,

Kl. Meyer geb. 1856

1882, Römerinnen in der Kirche (Sammlung Schön in Worms), Rauchende Bäuerin. Klaus Meyer studiert in Nürnberg bei Jäger und Raupp, in München bei A. Wagner und Löfftz, seit 1895 in Düsseldorf; in der Schilderung des Milieus lehnt er sich an die Niederländer an: die Würfler (Berlin, Nationalgalerie) und das humorvolle „Drei alte und drei junge Katzen" in der Dresdner Galerie; Wandgemälde im Rittersaale auf Schloß Burg an der Wupper.

Harburger 1846—1906

Edmund Harburger (Ölbilder in der Münchner Pinakothek) zählt zu den besten

Zeichnern der „Fliegenden Blätter". Wilhelm Busch, genialer Humorist in Wort und Bild, war Schüler der Akademien Düsseldorf, Antwerpen und München (Max und Moritz, Hans Huckebein, der heilige Antonius, die fromme Helene, die Partikularisten). Busch 1832—1908

Adolf Oberländer bildete sich auf der Münchner Akademie unter Piloty, widmet sich aber bald lediglich der Karikaturzeichnung, meist im Dienste der „Fliegenden Blätter" (Oberländer-Album); Ölgemälde und Aquarelle: Humor und Schwermut (Museum zu Magdeburg), Siesta (Dresdner Galerie), Noahs Weinschenke (Verein für historische Kunst in Berlin), Resignation (Ölgemälde in der Münchner Pinakothek). — Ferdinand Keller aus Karlsruhe, der „deutsche Makart", besucht die Akademie seiner Vaterstadt, reist nach Brasilien und Rom, wo Feuerbach auf ihn einwirkte. Kompositionstalent und ausgebildeter Farbensinn befähigen ihn zu größeren dekorativen Arbeiten (Fresken im Sammlungsbau zu Karlsruhe, in der Landesgewerbehalle zu Stuttgart, in der Aula der Heidelberger Universität, Vorhang im Dresdner Hoftheater, Apotheosen Kaiser Wilhelms des Ersten und Kaiser Friedrichs in der Berliner Nationalgalerie). Oberländer geb. 1845. Keller geb. 1845

Die Kriege Preußen-Deutschlands (1864, 1866 und 1870) und ihre Heerführer finden in drei Schlachtenmalern eifrige Verherrlicher ihres Ruhmes. Wilhelm Camphausen, den noch Rethel (S. 220) und dann Karl Sohn unterrichtet, entnimmt die Stoffe zu seinen Erstlingsarbeiten dem Soldatenleben des Dreißigjährigen Krieges und den Zeiten Cromwells, später dem friederizianischen und den Freiheitskriegen. Reiterbildnisse von Seydlitz und Ziethen, des Feldmarschalls Keith (bei Hochkirch), Schwerins (bei Prag), des alten Dessauers und Friedrichs des Großen, Gefangennahme des jungen Blücher, Friedrich der Große an der Leiche Schwerins, Choral der Preußen nach der Schlacht bei Leuthen, Blüchers Rheinübergang bei Caub, Erstürmung der Düppler Schanzen, Übergang nach Alsen (1866, Kunsthalle in Bremen), Düppel nach dem Sturm (1867, Nationalgalerie), Prinz Karl bei Chlum, König Wilhelm bei Königgrätz. Aus dem letzten Kriege stammen die Reiterbildnisse Kaiser Wilhelms und seiner Paladine, Bismarcks und Moltkes (1872, Kölner Museum). Für den Düsseldorfer „Malkasten" zeichnete er zahlreiche humoristische Illustrationen, dichtete Festspiele und schrieb eine Chronik des Vereines, außerdem ein Tagebuch aus dem schleswig-holsteinischen Feldzug „Der Maler auf dem Kriegsfelde". Emil Hünten, Sohn des Komponisten Franz Hünten, in Paris geboren, arbeitet dort unter Flandrin und in der Ecole des Beaux-Arts unter Vernet, später bei Dyckmans in Antwerpen und wird nach eingehenden Tierstudien Schüler Camphausens. Den Bildern Preußische Kürassiere aus dem Siebenjährigen Kriege (1852), Schlacht bei Zorndorf und Patrouille Seydlitzscher Kürassiere folgt der Ertrag des dänischen Feldzugs: General von Noſtitz bei Øversee, der österreichische Parlamentär am 5. Februar 1864 und der Sturm auf die Düppler Schanzen; 1866 bringt den Rekognoszierungsritt des Majors v. Ungar bei Sadowa; seine glänzendsten und umfassendsten Arbeiten aber zeitigt der siebziger Krieg: Reitergefecht bei Elsaßhausen (Nationalgalerie), Gardedragoner bei Mars la Tour, St. Privat, Chasseurs d'Afrique bei Sedan. Georg Bleibtreu verdankt seine Lorbeeren dem ausdauerndem Fleiße, der ihn nach fünfjährigem vergeblichem Ringen auf der Akademie das richtige Stoffgebiet finden ließ, die Schilderung geschlossener Kampfszenen: Großbeeren, An der Katzbach, der Sturm auf das Grimmaische Tor in Leipzig, Aspern, Episode aus der Schlacht von Waterloo, Übergang nach Alsen, Königgrätz (Bleibtreu war damals der Armee des Prinzen Friedrich Karl zugeteilt), die Bayern vor Paris, Schlußepisode bei Wörth, Sturm der Württemberger auf Fröschweiler. Camphausen 1818—1885. Hünten 1827—1902. Bleibtreu 1828—1892

Der Geschichts- und Monumentalmaler Peter Janssen, Schüler Sohns und Bendemanns, verrät in seinen Gemälden, aus denen ein gesunder Realismus spricht, eine erstaunliche Kenntnis der Kostümkunde und ein hervorragendes Geschick in der Schilderung bewegter Volksszenen (1871—73 Fresken aus der Geschichte Hermanns des Cheruskers, im Crefelder Rathaus, 1872 Kolonisation der Ostseeprovinzen, Wachsmalereien in der Börse zu Bremen, Mythus des Prometheus, Bilder in Wachsfarbe im zweiten Cornelius-saal der Nationalgalerie, drei Schlachtenbilder im Berliner Zeughaus-Zyklus, das menschliche Leben darstellend, in der Aula der Düsseldorfer Akademie, 1877—81, Fresken für das Rathaus in Erfurt). Der Aachner Albert Baur, Schüler Sohns und Schwinds, durchzieht auf seinen Studienreisen fast ganz Europa; seinen meist lebendig komponierten, sonst aber ungleichwertigen Gemälden mangelt es an innerem Feuer (Überführung der Leiche Otto des Dritten über die Alpen nach Deutschland, 1864, das jüngste Gericht, Ölbild im Schwurgerichtssaale in Elberfeld; Christliche Märtyrer, von ihren Verwandten aus der Arena getragen, in der Düsseldorfer Galerie; Paulus predigt den Juden in Rom; 1879 Versiegelung des Grabes Christi, Wandgemälde in Crefeld und Aachen; Illustrationen). Fritz Röber, Privatschüler von Bendemann, schmückt den Gürzenich zu Köln (Tod Johannes des Zwölften, Kaiser Heinrich der Vierte in Köln), die Berliner Janssen 1844—1908. Baur 1835—1906. Röber geb. 1851

Ruhmeshalle und die Aula der Akademie in München mit Wandmalereien. In dem Esthen
v. Gebhardt geb. 1838 Eduard von Gebhardt, Schüler der Petersburger Akademie und später Wilhelm Sohns, erhält die protestantische Kunst ihren ausgezeichnetsten Vertreter unter den Realisten dieser Periode. Seine Gemälde schildern die biblischen Begebenheiten in mittelalterlicher Gewandung; trotz der Anlehnung an altdeutsche und holländische Meister bewahrt er in der schlichten Gruppierung sowie in der Größe der Auffassung und der Tiefe persönlichen Empfindens seine volle Selbständigkeit (1864 Jairi Töchterlein, 1866 Christus am Kreuz, im Dom von Reval, 1870 das Abendmahl, in der Nationalgalerie in Berlin, der Reformator, 1880 Himmelfahrt Mariä, die Pflege des heiligen Leichnams, in der Dresdner Galerie, 1884—91 Wandgemälde im Kloster Loccum).

Bokelmann 1844—1894 Unter den Düsseldorfer Genremalern zeichnen sich Louis Bokelmann, Schüler Sohns (Im Trauerhaus, Im Leihhaus, 1878 Zusammenbruch einer Volksbank, Testamentseröffnung, die letzten Augenblicke eines Wahlkampfs, Bildnis Klaus Groths), Ferdinand
F. Brütt geb. 1849 Brütt, Schüler von Pauwels und A. Baur (Heimkehrende Wallfahrer, Audienz auf der Treppe, Atelierbesuch, die Macht der Töne, Im Schwurgerichtssaal, der
v. Bochmann geb. 1850 Wucherer) und der Esthe Gregor von Bochmann (Volksszenen auf esthnischem Boden, Esthnischer Dorfkrug, in der Dresdner Galerie) durch scharfe psychologische Beobachtungsgabe und technische Bravour aus. Carl Gehrts, der Gnomenmaler, Schüler Gussows
C. Gehrts 1853—1898 und A. Baurs, schmückt das Treppenhaus der Düsseldorfer Kunsthalle mit farbenfrohen Fresken und liefert Illustrationen zu Goethes Reinecke Fuchs, Julius Wolffs Tannhäuser und zu deutschen Märchen. Ludwig Munthe schilderte den deutschen Wald (Berliner
L. Munthe 1843—1896 Nationalgalerie), während der Livländer Eugen Dücker dem ruhigen Meer und sandigen Küsten
Dücker geb. 1841 die Motive zu seinen luftdurchtränkten Bildern entnimmt (Abenddämmerung bei Mönchgut auf Rügen, in der Nationalgalerie).

Impressionismus Pleinair Die achtziger Jahre brachten eine vollständige Umwälzung in der deutschen Malerei hervor: Der Impressionismus und die Freilichtmalerei hielten ihren Einzug. Der Ruf nach Licht, nach Unabhängigkeit von den Traditionen der alten Meister, der in Frankreich schon in den sechziger Jahren, namentlich durch die japanische Kunst, geweckt worden (S. 825) und von da in alle Lande gedrungen war, fand endlich auch in Deutschland Widerhall. Wohl hatten sich hie und da bereits Menzel (in seinem Eisenwalzwerk) und auch Leibl, allein der Natur folgend, auf eigene Füße gestellt, aber die scharf umrissene Zeichnung, die bis ins einzelne genaue Wiedergabe der Dinge, so, wie sie dem Auge bei eingehender Betrachtung, nicht aber beim Blick auf den ganzen, der Natur entnommenen Ausschnitt erscheinen, waren geblieben. Bisher wurden die Dinge gemalt, wie sie der Verstand durch den Gesichtseindruck erfaßte; jetzt schwinden allmählich die scharfen Konturen, die Körper werden in Licht und Luft getaucht und werfen farbige Schatten. Spielte sich die Szene unter freiem Himmel ab, so gingen die Studien zu den darzustellenden Figuren doch im Atelier vor sich: in Thomas trefflichem Selbstbildnis in Dresden sieht man die Fensterbilder in den Augen, trotzdem der Künstler dort im Garten sitzt. Von nun an wird auch das Modell in Freilicht und Sonne gemalt, und die Maler des Lebens entdecken nicht nur schattiges Dunkel, sondern auch helles Licht, das die Formen verschleiern und die intimen, feineren Einzelheiten verschwinden macht. Am Ende des Jahrhunderts wird der Bruch mit der Vergangenheit auch äußerlich durch die Gründung der
Muther 1860—1909 Sezessionen gekennzeichnet. 1893 erscheint Richard Muthers „Kunst des 19. Jahrhunderts". Indes, nicht lautes Frohlocken, sondern ein Sturm der Entrüstung über den Naturalismus, den Kultus des Häßlichen, empfing das Neue, und erst nach langen Kämpfen wurde ihm der verdiente Triumph zuteil; und doch war es berufen, die Augen zu öffnen und das Wesen des Kunstschönen aufzuhellen, zu zeigen, daß Kunst Fühlen und Finden, nicht Zusammenstellen und Herausquälen sei.

M. Liebermann geb. 1847 Der erste und hervorragendste deutsche Impressionist und Pleinairist ist Max Liebermann, Schüler Steffecks und der Weimarer Kunstschule. Ein sechsjähriger Aufenthalt in Paris führte ihn zu Munkácsy (S. 823) und zu den Landschaftern von Barbizon und Marlotte (S. 823); später bilden Hollands Land und Volk sein Studienfeld, und Israels (S. 833) Einfluß macht sich geltend. Werke: 1872 Gänserupferinnen, Arbeiter in einem Rübenfeld, Schusterwerkstätte, Alte Frau am Fenster, 1878 der zwölfjährige Christus im Tempel

Frau mit Ziegen (Münchener Pinakothek), Netzeflickerinnen (Hamburger Kunsthalle) 1887, Flachsspinnerinnen (Nationalgalerie in Berlin), Münchener Bierkonzert, Amsterdamer Hof des Waisenhauses, Altmännerhaus, Schäferin, Holländische Dorfstraße, Schreitender Bauer (Königsberg), Badende Jungen, In den Dünen (Leipzig); Bildnisse: Virchow, Meunier, Corinth, Gerhart Hauptmann, Fontane; Radierungen: Hirtenmädchen in der Düne. Zu den entschiedensten Vorkämpfern der modernen Richtung zählen Skarbina, Herrmann und Leistikow. Franz Skarbina malt Pariser und Berliner Straßenszenen und Volkstypen in Öl, Pastell und Aquarell: Spitzenklöpplerinnen in Brügge (Nationalgalerie in Berlin). Hugo Vogel studierte bei E. v. Gebhardt, W. Sohn in Düsseldorf und Lefebvre in Paris (Historienbilder in den Museen von Hamburg und Hannover, im Berliner Rathaus und im Ständehaus in Merseburg, Bildnisse, Freilichtstudien). Hans Herrmann, Schüler Gussows (S. 813) und Dückers (S. 816), ist ein Meister der Luftperspektive (Alte holländische Stadt, Dresdner Galerie). Walter Leistikow, Schüler Gudes in Berlin, malt großzügige, frische Landschaftsbilder, in denen Form und Farbe größte Schlichtheit und Klarheit vereinigen und die deshalb wie stilisiert erscheinen (Grunewaldbilder, dekorative Entwürfe für kunstgewerbliche Zwecke). Hans Baluschek entwickelte sich zum Maler des großstädtischen Proletariats. Reinhold Lepsius, Schüler von Löfftz und Lenbach, malt Bildnisse von feingestimmtem Kolorit: Ernst Curtius, Rudolf v. Gneist (Berlin, Nationalgalerie). Unter den Marinemalern treten hervor: Karl Saltzmann, der ständige Begleiter des deutschen Kaisers auf dessen Meerfahrten (Einfahrt in den Hafen von Kolberg, im Besitz des Kaisers; eine Manöverfahrt, Breslauer Museum; In der Magelhansstraße, „Prinz Adalbert" im Taifun, Gefunden, Im stillen Ozean) und Hans Bohrdt, der nach ausgedehnten Studienreisen (1877—1886) durch Europa, nach den westafrikanischen Inseln, durch ganz Amerika und nach den Südseeinseln eine große Anzahl von Seestücken produzierte. Der Leipziger Hermann Prell, Schüler von Grosse und Gussow, schafft dekorative Monumentalbilder: Fresken im Architektenhause in Berlin, in den Rathäusern zu Worms, Hildesheim, Danzig, im Breslauer Museum, im Thronsaal des Palazzo Caffarelli in Rom und im Albertinum in Dresden; Ölgemälde: Judas Ischarioth (Dresdner Galerie), Ruhe auf der Flucht (Breslauer Museum); Skulpturen: Venus, Prometheus.

Skarbina 1849—1910

H. Vogel geb. 1855

Herrmann geb. 1858

Leistikow 1865—1908

Baluschek geb. 1870

Lepsius geb. 1857

Saltzmann geb. 1847

Bohrdt geb. 1857

Prell geb. 1854

Bruno Piglhein, Schüler von Pauwels und Diez, darf als Vorläufer der Münchner Impressionisten angesehen werden. Nach einer Reise nach Palästina malt er das (später verbrannte) kühne Panorama der Kreuzigung, die Grablegung Christi in der Münchner Pinakothek, das Kreuzigungsbild Moritur in Deo, (in der Berliner Nationalgalerie), die Blinde, Dina; ferner treffliche Bildnisse (Familie Krupp), pikante Pastelle (Douze Pastels): Pierrette, Pschütt, Danseuse, Idylle vom Mädchen mit dem Hunde. Der Sachse Fritz v. Uhde betrat, nach kurzem künstlerischem Studium in Dresden, die militärische Laufbahn, nahm als Offizier am siebziger Kriege teil und widmete sich von 1877 wieder der Malerei, in der er sich in Paris, unter Munkácsy, und in Holland (1882) weiter ausbildete. Seine früheren Bilder (Familienkonzert, davon Radierung Krauskopfs, 1881 Gelehrte Hunde, 1880 die Chanteuse, 1883 der Leierkastenmann, Trommlerübung) erscheinen noch genrehaft gefällig. Später aber wendet er sich ganz zur Natur und gibt in seinen bahnbrechenden Hauptwerken biblische Darstellungen und Familienszenen voll herber Innigkeit: 1884 Lasset die Kindlein zu mir kommen (Leipzig, Museum), die Jünger von Emmaus, 1885 Komm, Herr Jesu, sei unser Gast (Berlin, Nationalgalerie), 1886 Abendmahl, Bergpredigt, Heilige Nacht (Dresden), Verkündung bei den Hirten, Flucht nach Ägypten, Noli me tangere, die heiligen drei Könige, die drei Weisen, 1895 Um Christi Rock, Grablegung, Predigt am See, Abschied des Tobias (Wien), Kinderprozession; Bildnisse: Max Liebermann, Selbstporträt. Walter Firle, vortrefflich geschult unter Gabl und Löfftz, ist eine künstlerische Proteusnatur von glücklichem Anpassungsvermögen: Morgenandacht in einem holländischen Waisenhause (Berlin, Nationalgalerie), Genesung (Magdeburg, Museum), der Glaube (Triptychon, Leipziger Museum). Paul Höcker arbeitete unter Diez und erwarb sich in Holland und Italien die koloristische Meisterschaft, durch die sich seine auch inhaltlich interessierenden Gemälde auszeichnen (Ave Maria, in der Münchener Pinakothek, die Nonne, die Wundmale). Hugo v. Bartels schildert das Leben der Fischer und das stürmische Meer sowohl in Ölgemälden, als in vorzüglichen Aquarellen (Schlepper im Sturm). Heinrich Zügel, der sich in Paris, Holland und Belgien vervollkommnete, malt Rinder und Schafe, Acker und Luft mit erstaunlicher Wahrheit (Zur Herbstzeit, 1892). Viktor Weishaupt schildert mit satten und warmen Farben Tiere in kraftvoller Bewegung. Auch die Geschichtsmaler im Gefolge Peter Janssens (S. 815) gehen zu den Pleinairisten über; an der Spitze steht Arthur Kampf, Schüler E. v. Gebhardts, jetzt Professor an der Berliner Akademie: Der Choral von Leuthen, das Kosakenopfer, Rede Friedrichs des Großen an seine Generale, Professor Steffens begeistert zur Volkserhebung, Volksopfer 1813, Kaiser Wilhelm der Erste

Piglhein 1848—1894

v. Uhde 1848—1911

Firle geb. 1859

Höcker 1854—1909

v. Bartels geb. 1856

Zügel geb. 1850

Weishaupt 1848—1905

A. Kampf geb. 1864

auf dem Paradebett, Vor dem Theater, Vor dem Gnadenbilde in Kevelaer, Wandgemälde im Kreishaus zu Aachen, der Schützenkönig, Im Café; Bildnisse: W. v. Öttingen. Der Schlachtenmaler Theodor Rocholl, Schüler von Piloty und K. Sohn, erzählt mit energischen Strichen und außerordentlicher Lebenswahrheit Episoden aus dem deutsch-französischen und dem türkisch-griechischen Feldzuge in Thessalien: Vorpostengefecht, König Wilhelms Ritt am Tage von Sedan, Episode aus der Schlacht bei Vionville, Schlacht von Domokos (im Besitz des Sultans), Tscherkessenritt. Olof Jernberg schildert mit Vorliebe Wald, Feld, Flußufer, Wassergräben und bewegten Wolkenhimmel: In den Feldern (München, Pinakothek), Zur Erntezeit (Nationalgalerie), Goldener Herbst (Magdeburger Galerie). Eugen Kampf entlehnt die Motive zu seinen luftigen, stimmungsvollen Landschaften Flandern und dem Niederrhein. In Frankfurt a. M. schafft der Heidelberger Wilhelm Trübner, Schüler von Diaz, Canon und Leibl, ein echt deutscher Künstler von eminentem, vielseitigem Können, eisernem Fleiße und erstaunlicher Fruchtbarkeit, dessen Werke (Christus im Grabe, Kampf der Lapithen und Kentauren; Bildnis: Martin Greif; Genre und Landschaft: Kulturbeleckt, Am Badeplatz) den feinen Beobachter der Luft- und Lichtwirkungen und den geistreichen Koloristen verraten. Er schrieb: „Kunstverständnis von heute“ (1892) und „Die Verwirrung der Kunstbegriffe“. Graf Leopold v. Kalckreuth aus Düsseldorf, Schüler von Struys und Benczur, jetzt in Stuttgart, schildert das Menschendasein herb und wuchtig in Bauernbildern großen Stils: Seemann am Strande, Sommerzeit, Auf dem Heimweg, Drei Lebensalter, Triptychon, Alter (Dresden, Galerie); ausdrucksvolle Bildnisse; Landschaften. Hermann Baisch, der Rousseau und Lier auf sich wirken läßt, schildert in seinen Landschaften meist die oberbayerische Hochebene. Gustav Schönleber unternimmt Studienreisen nach Italien, Holland und England; seine Gemälde geben die sonnebeglänzte wie die sturmdurchtobte Landschaft gleich ausdrucksvoll wieder: Punta della Madonnetta (München Pinakothek), Herbststürme in Rapallo (Berlin, Nationalgalerie), Mondnacht (Karlsruhe, Galerie). Der virtuose Maler Friedrich Kallmorgen, Schüler von Baisch und Schönleber, fühlt sich besonders heimisch auf holländischem Boden, in der nebel- und rauchgeschwärzten Luft des Hamburger Hafens und an den Abhängen des badischen Hügellandes. Ihm ähnlich wirkt Carlos Grethe aus Montevideo, jetzt an der Stuttgarter Kunstschule, der die Meeresstimmung und das Seemannstreiben im Hamburger Hafen und auf einer Reise nach Mexiko an Bord eines Segelschiffes beobachtete. Otto Reiniger, Schüler Wengleins, malt lichtgesättigte Landschaften (die Eisack bei Bozen, Stuttgart, Staatsgalerie). Robert Haug malt Szenen aus dem Soldaten- und Kriegsleben von 1813 und vereint historische Treue mit pleinairistischer Wiedergabe des Milieus: Abschied des Offiziers (München, Pinakothek), Reiterfeldwache in der Morgendämmerung (Dresden, Galerie). Heinz Heim in Darmstadt schildert mit feinem Verständnis das Bauernleben seiner hessischen Heimat. Theodor Hagen, 1863—1868 Schüler O. Achenbachs, wählt die Alpen, die ruinenbesetzten Rhein- und Eifelgegenden, die Lahn, die Ilm und Scheveningen zu Vorwürfen für seine mit trefflicher Luftperspektive versehenen Landschaften (Alte Stadt, Dresdener Galerie, Alpenlandschaften, in Breslau und Hannover). Seine Schüler sind Ludwig v. Gleichen-Rußwurm, der stimmungsvolle, naturalistische Landschaften malt (Hafendamm bei Bregenz, Sommermittag, Buchenwald) und Hans P. Feddersen, auch Schüler von O. Achenbach, der sich durch Studienreisen in Polen, Österreich und Italien bildet (Pferde in der Steppe, Römischer Ghetto). Der Holsteiner Johannes Wilhelm Olde, Schüler von Löffz, läßt besonders die Reize seines Heimatlandes auf sich wirken, dessen Wälder, Küsten und Tiere er mit bewundernswerter Treue schildert; außerdem malt er Bildnisse im Freilicht: Klaus Groth, Friedrich Nietzsche. Gotthard Kuehl aus Lübeck, einer der frühesten und hervorragendsten deutschen Impressionisten, bildete sich in Dresden, München und Paris aus und brachte zwölf Jahre in Frankreich zu; jetzt ist er Professor an der Dresdner Akademie. Er ist vor allem Meister des Interieurs, dessen Lichterspiel er vollendet wiedergibt: holländische Motive, Waisenhaus in Lübeck, Johanniskirche in München, Dresdner Barockarchitektur. An seiner Seite wirkt der Hesse Karl Ludwig Bantzer, Schüler von Thumann, Knille, Gussow und (1881) Pohle; nach wiederholtem Aufenthalt in Paris erlangte er eine glänzende malerische Technik, wie sie in seinen trefflichen Landschaften, Bildnissen und namentlich in der kraftvoll realistischen Schilderung des hessischen Landvolks zutage tritt: Abendmahlsfeier in einer hessischen Dorfkirche (Berlin, Nationalgalerie), Dorftanz. Ludwig Dill, der Führer der Dachauer Schule, ist anfangs der Maler Venedigs und seiner Umgebung, bevor ihn die landschaftlichen Reize im Dachauer Moos festhalten.

Rocholl geb. 1854
Jernberg geb. 1855
E. Kampf geb. 1861
Trübner geb. 1851
v. Kalckreuth geb. 1855
Baisch 1846—1894
Schönleber geb. 1851
Kallmorgen geb. 1856
Grethe 1864—1913
Reiniger 1863—1909
Haug geb. 1857
Heim 1859—1895
Hagen geb. 1842
v. Gleichen-Rußwurm 1836—1901
Feddersen geb. 1848
Olde geb. 1855
Kuehl geb. 1850
Bantzer geb. 1857
Dill geb. 1846
Die Worpsweder 1889
Mackensen geb. 1866
Modersohn geb. 1865

Die Malervereinigung in Worpswede (Dorf 17 km nordöstlich von Bremen) wurde im Herbst 1889 von Fritz Mackensen (Trauernde Familie, Gottesdienst im Freien, die Scholle, der Holzschuhmacher, Frühlingssonne) im Verein mit Otto Modersohn (Winter-

landschaft am Weyerberg, Herbstlandschaft aus dem Teufelsmoor) und Hans am Ende (Moorlandschaft, Erster Schnee) gegründet; später traten hinzu: Fritz Overbeck (Eichenhof, Vorfrühling, Mondnacht, Sommerwolken), Karl Vinnen (Im jungen Holz) und der „Fabulist" Heinrich Vogeler (Bilder voll Märchenduft und Frühlingszauber: Heimkehr, Mädchen). Sie alle vereint ein gemeinsames Streben: mit einfachsten Mitteln großzügige, tiefempfundene Stimmungslandschaften zu schaffen, die sie vor der Natur, an die sie engsten Anschluß suchen, beginnen und zu Ende führen, wie es einst schon John Constable getan hatte (S. 225). Modersohn, Overbeck und Vogeler sind 1899 aus der Vereinigung ausgeschieden.

H. am Ende geb. 1864
F. Overbeck 1867–1909
Vinnen geb. 1863
Vogeler geb. 1872

Die „Elbier", die jüngste der deutschen Künstlergruppen (1902), meist ehemalige Schüler Gotthard Kuehls (S. 818), bekunden in ihren Werken neben einer gesunden Realistik, die keiner kecken Ausschreitung zuneigt, auch romantische Neigungen, vor allem aber einen besonderen Hang zur heimatlichen Scholle. Der reifste und vielseitigste der Gruppe, Georg Müller-Breslau, hat sich durch seine Stimmungslandschaften (der alte Kran von Danzig, Weichsellandschaft), durch seine Kompositionsbilder (Glasbilder, Christus in der Einsamkeit, im schlesischen Museum in Breslau, der Riese), sowie durch treffliche Lithographien einen Namen geschaffen. Walter Friederici besitzt eine ausgesprochene Vorliebe für das Rokoko Dresdens und seiner Umgebung (Dame im Park). August Wilckens schildert Land und Leute seiner Holsteiner Heimat (Wochenstubenbesuch, die Steuermannstochter, Anna Kathrein, Gottesdienst in der Dorfkirche). Anton Pepino ist ein ausgezeichneter Landschafter und Bildnismaler (Mutter und Kind). Ferdinand Dorsch liebt die Poesie der kleinen Städte und der Biedermeierzeit (Über sonniger Au, die Schumannsche Träumerei). Zu den Elbiern gehören auch der Plakatmaler Joseph Goller, der Radierer Georg Erler und der Bildhauer Walter Sintenis, dessen Togo-Neger mit Maisons farbigen Plastiken wetteifert.

Die Elbier 1902
Müller-Breslau 1856—1911
Sintenis 1866—1911

Während die realistischen Impressionisten ihr Stoffgebiet der gesamten Außenwelt entnahmen, setzten andere ihre ganze Persönlichkeit ein, das Innenleben zur Darstellung zu bringen, ihre Gefühls- und Ideenwelt dem Auge zu versinnlichen, und zwar ebenfalls unabhängig von den alten Traditionen, durch eigene, persönliche Gestaltungskraft, jedoch ohne die Errungenschaften des Realismus aufzugeben. Die Wandlungen der bildenden Kunst gingen hierin parallel mit verwandten Regungen auf dem Gebiete der Musik, der Lyrik und des Dramas (§ 396). Da zur Darstellung von seelischen Zuständen, von Gestalten aus dem Reiche der Poesie und Mystik Stift und Griffel ein beweglicheres Material liefern als der Pinsel, so gelangte Lithographie und Radierung zu neuer Blüte. Dagegen ist der psychologische Impressionismus, der den vollen farbigen Lichteindruck eines Naturausschnittes wiederzugeben versucht, seit Mitte der neunziger Jahre im Verschwinden begriffen. Man erkannte, daß sich die malerischen Hilfsmittel, trotz ihrer wissenschaftlichen Verwertung, für die Wiedergabe der uns umgebenden Wirklichkeit, namentlich der zarten Abstufungen zwischen Nähe und Ferne und des strahlenden Farbenglanzes, als unzulänglich erwiesen. In dem Bestreben aber, dem Ziele möglichst nahezukommen, gelangte man zu einem falsch verstandenen Impressionismus, der von der Natur mehr und mehr ablenkte. Man malte nur noch beleuchtete Luft und sah sich deshalb gezwungen, auf reizvolle Besonderheiten gänzlich zu verzichten; die Gestalten wurden nebelhaft verschwommen, die Bildnisse verloren ihr individuelles Leben und konnten nur noch dekorativen Wert beanspruchen. Anderseits versuchte man sich mit übertriebenen Gegensätzen zu helfen, oder man wählte dämmernde Beleuchtungen, die die Farben- und Helligkeitskontraste mildern. Die bessere Einsicht kam diesmal von den Deutschen, die Dürer und Menzel genießen lernten. Liebermann, Exter, Corinth u. a. gehen neuerdings mit gutem Beispiel voran und nähern sich wieder dem physiologischen Impressionismus, der die Gestalten körperlich erscheinen läßt und den Details wieder zu ihrem Rechte verhilft; die Farben werden gesättigter und vereinigen sich hie und da zu berauschenden Akkorden.

Neuromantik
Symbolismus
Neuidealismus

Mehrere namhafte Vertreter der deutschen Idealkunst gehen unmittelbar auf Hans v. Marées zurück (aus Elberfeld, seit 1864 in Rom, Fresken in der zoologischen Station in Neapel, Ischianer Fischergestalten, die drei Lebensalter, St. Martinus, St. Georg; Bildnis Lenbachs, Nachlaß in der Galerie zu Schleißheim bei München). Sein plastisches Gefühl, seine Naturauffassung und Raumempfindung wurden vorbildlich für Karl v. Pidoll (Reiterzug, Fischer, Melancholie, Hafen von Mentone; Bildnisse in von ihm selbst ausgebildeter

v. Marées 1837—1887
v. Pidoll 1847—1901

A. Volkmann geb. 1851

Temperatechnik), später Schüler von Hans Thoma, und für Arthur Volkmann (Campagnareiter, Jagdszenen; Sammlung von Zeichnungen (S. 805).

Böcklin 1827—1901

Das Haupt der neuen Romantiker ist der geniale Baseler Arnold Böcklin (1845 Landschaftsschüler Schirmers in Düsseldorf, 1848 in Brüssel, Paris, 1850 in Rom, 1853 Verheiratung mit Angela Pascucci, 1856 in München, 1860 Professor an der Weimarer Kunstschule, 1862 in Rom, 1866 in Basel, 1871 in München, 1875 in Florenz, 1885 n Zürich, 1894 in San Domenico bei Florenz). Er wandelt abseits seine eigenen Wege, nicht nur im Reiche seiner Phantasien, dessen Gefilde er mit nie geschauten Fabelwesen (Personifikationen des geheimnisvollen Naturlebens, Quellen und Felsen, Wolken und Wellen) bevölkert, sondern auch auf dem Gebiete der Maltechnik. Er schuf Werke von lebensprühender Schönheit, in denen er die antike Fabelwelt schöpferisch umgestaltete und der Landschaft den Sonnenglanz und die Farbenpracht des Südens verlieh: 1857 Pan im Schilfe (München); 1858 Jagd der Diana (Basel), Wandbilder für Konsul Wedekind (Hannover); 1860 Bildnisse seiner Frau, Lenbachs, Fanny Janauscheks, Amor und Venus (Frankfurt a. M.); 1863 Der spanische Schrecken, Anachoret, Gang nach Emmaus; 1864 Villa am Meer; 1866 Klage des Hirten (Daphnis und Amaryllis) in München, Schackgalerie; 1868 Fresken im Treppenhause des Baseler Museums, Trauer der Magdalena (Basel); 1869 Frühlingsreigen (Dresden), Geburt der Venus (Worms, Sammlung Heyl); 1870 Mörder und Furien, Drachenschlucht, Frühlingslandschaft; 1871 Ritt des Todes (Schack), Sappho, Melancholie; 1872 Selbstbildnis mit dem Tod; 1873 Kentaurenkampf (Basel), Triton und Nereide (Schack), Venus Anadyomene (Darmstadt, Sammlung Heyl); 1874 Seetingeltangel, Faune belauschen eine Nymphe; 1875 Blumenstreuende Flora, Lautenspielerin; 1876 Flora die Blumen weckend; 1877 Meeresbrandung, Kreuzabnahme, 1878 Gefilde der Seligen (Berlin, Nationalgalerie); Kentaurenkampf, Kleopatra; 1879 Pietà (Berlin, Nationalgalerie), Ruggiero und Angelica, Meeresbrandung (Berlin, Nationalgalerie), Frühlingsabend, Am Quell, Sturm am Meer, Selbstbildnis, 1880 Tritonenfamilie (Magdeburg), Odysseus bei Kalypso; 1881 Sommertag (Dresden), Dichtung und Malerei, der heilige Hain (Basel); 1882 Prometheus (Sammlung Heyl), die Toteninsel (in fünf Versionen: bei Simrock, Graf Oriola, Frau Schön-Ring, Frankfurt a. M., Leipzig); 1883 Im Spiel der Wellen (München), Ruine am Meer, Eremit (Berlin, Nationalgalerie); 1884 Adam (Barmen), Selbstbildnis mit dem Weinglas (Basel), Heiligtum des Herakles; 1885 Schweigen im Walde (Berlin, Galerie Wesendonk); 1886 Spiel der Najaden (Basel), Kentaur in der Schmiede; 1887 Meeresstille (Bern); 1888 Vita somnium breve (Basel), Heimkehr (Sammlung, Heyl), Susanna im Bade (Basel); 1890 Gang zum Bacchustempel; 1891 die Alten in der Laube (Zürich); 1892 St. Franziskus predigt den Fischen (Berlin); 1893 Francesca und Paolo, die Tochter der Herodias; 1895 Venus Genetrix; 1896 der Krieg, die Pest (Basel), Polyphem. Auch der Plastik ist er nicht gänzlich ferngeblieben: für die Gartenfassade der Baseler Kunsthalle hat er 1871 sechs Sandsteinmasken modelliert, in denen er das philiströse Kritikertum geißelt, und 1886 führte er zusammen mit seinem Schwiegersohn, Peter Bruckmann, die Brunnenherme mit dem Froschkönig aus, die er eigenhändig bemalte.

Thoma geb. 1839

Auch Hans Thoma war Schüler von Schirmer und studierte in Paris; erst die Kollektivausstellung in München 1890 von achtzig seiner Werke, die von unverfälschter deutscher Kunst zeugen, hat ihm den wohlverdienten Ruhm eingebracht: 1871 der Geiger, 1880 Selbstbildnis (Dresden), Großmutter und Enkel; Flötender Hirt; 1892 Adam und Eva, Hüter des Tales, Schwarzwaldlandschaften; 1895 Quellnymphe; 1899 Gralsburg; 1903 Bogenschütze; Bildnisse;

Steinhausen geb. 1846

Lithographien. Ihm und Ludwig Richter verwandt ist Wilhelm Steinhausen: Petri Befreiung aus dem Gefängnis, Geburt Christi, Wandgemälde für das Missionshaus St. Theobaldi in Wernigerode, Fresken der sieben Barmherzigkeitswerke in St. Veit bei Wien, Wandgemälde im Kaiser Friedrich-Gymnasium in Frankfurt a. M., Sgraffito im Ravensteinschen Hause daselbst; Illustrationen meist religiösen Inhalts.

Haider 1846—1912

Der Schlierseer Bauern- und Landschaftsmaler Karl Haider (Herbstlandschaft, Abend; Bildnisse) steht zwischen Leibl und Thoma; jenem nähert er sich in seinen Gestalten, diesem in der Landschaft.

M. Klinger geb. 1857

Max Klinger aus Leipzig, das Haupt der deutschen Gedankenmaler, der Meister auf allen Gebieten darstellender Kunst, studierte bei Gussow in Berlin, ging später nach München (1880), Brüssel, Paris (1883—86), Berlin (1886—89), Rom (1889—93) und Leipzig. Er nahm als einer der ersten die Malerradierung wieder auf und führte sie zu hoher Vollendung. In seinen Blättern zeigt sich der weltüberlegene Denker, der den tiefsten seelischen Vorgängen zu ergreifendem Ausdruck verhilft: 1878 Vom Thema Christus; 1881 Paraphrase über den Fund eines Handschuhs, op. VI.; 1877—79 Radierte Skizzen, op. I.; 1879 Rettungen ovidischer Opfer, op. II.; 1879—87 Eine Liebe; 1880 Eva und die Zukunft, op. III.; 1881 Intermezzi, op. IV., Amor und Phyche, op. V.; 1881—83

Dramen; Vier Landschaften, op. VII.; 1881—84 Ein Leben, op. X.; 1881—89 Vom Tode I. op. XI.; 1885 Vom Tode II., unvollendet; 1894 Brahms-Phantasie, op. XII.; Radierungen nach Gemälden Böcklins (Burg am Meer, Toteninsel, Frühlingstag, Flora); Ehrenurkunden: 1902 Gedenkblatt an Felix Königs (Schabkunstblatt); Ex libris. 1884 Menzelfestblatt. Aus Klingers Gemälden (1885 Wandschmuck für eine Villa in Steglitz; 1877 An der Mauer; 1886 die blaue Stunde; 1886—87 Urteil des Paris, in Wien; 1890 Pietà, in Dresden, Sirene, Am Strande, Mädchen in der Campagna; 1891 Kreuzigung; 1897 Christus im Olymp, in Wien; Bildnisse) spricht neben der Tiefe der Empfindung und Größe der Auffassung zugleich die Lust an schwierigen malerischen Problemen, in deren Bewältigung er mit den französischen modernen Koloristen wetteifert. Klingers Skulpturen s. § 398. Als Maler, Radierer und Stecher, namentlich meisterhaft im Bildnis (Gustav Freytag, Berlin, Nationalgalerie), tut sich Karl Stauffer-Bern hervor (28 Radierungen, darunter die Bildnisse von P. Halm, Menzel, G. Freytag und K. F. Meyer). Der Bildhauer Ernst Moritz Geyger radiert „Darwinistische Disputation" (Zeichnungen im Dresdner Kupferstichkabinett). Otto Greiner führt die Lithographie zu ungeahnter Höhe; seine köstlichen Steinzeichnungen (Urteil des Paris, Herkules am Scheidewege, Bacchanal, Hexenkünste, Kreuzigung, An Klinger, Schießdiplom; Bildnisse) wirken wie Radierungen. Von seinen Gemälden sind sein Odysseus und die Sirenen (1898—1903, in Leipzig) und die „Modellszene" die bedeutendsten. Sascha Schneider ist der Schöpfer von Zyklen monumentaler Wandgemälde (Triumph des Kreuzes, in der Kirche zu Cölln bei Meißen, im Gutenbergsaal des Buchgewerbemuseums in Leipzig), allegorischer Darstellungen (Ölgemälde: Ungleiche Waffen, Um die Wahrheit, Zum Kampf, Hohes Sinnen) und gedankentiefer Kartonzeichnungen (Gefühl der Abhängigkeit, Judas). Die Radierungen und Steinzeichnungen von Käthe Kollwitz, geb. Schmidt (Bauernkrieg, Zug der Aufständischen, Revolte, die Weber, die Zertretenen, Tanz um die Guillotine) schildern, frei von Sentimentalität, das Ringen und Leiden verdüsterter Seelen. Marianne Müller, Malerin und Lithographin, steht unter Herterichs und Greiners Einfluß (Bildnisse; landschaftliche und architektonische Ansichten, die Marienburg; ihre besten Blätter befinden sich im Dresdner Kupferstichkabinett). Bernhard Mannfeld radiert Architekturen und Städtebilder.

Stauffer-Bern 1857—1891
Geyger geb. 1861
Greiner geb. 1869
S. Schneider geb. 1870
K. Kollwitz geb. 1867
M. Müller 1864—1904
Mannfeld geb. 1848

Der Darmstädter Ludwig v. Hofmann ist der Maler arkadischer Lebenslust; seine Freude an schwirrendem, magischem Farbenglanz, der aus seinen phantasie- und empfindungsvollen Bildern und Zeichnungen leuchtet, hat er wohl mit aus dem Süden heimgebracht (Frühling, Versuchung, Frühlingssturm, das verlorene Paradies, Frauen am Meer, Idyll, Frühlingserwachen, Reiter, Frauen am Wasser, Hirten, An die Freude, Blumenpflückende Frauen, die Küste, Notturno, Blütenphantasie, Tal des Schreckens, Paradies, die Quelle, Aprillandschaften, Porto d' Anzio, Improvisationen). Der Schweizer Eugen Bracht, Schüler Schirmers und Gudes, wendet sich von der modern-heroischen Landschaft (Hannibals Grab, Gestade der Vergessenheit) der Schilderung der Natur in Motiven aus der Lüneburger Heide, von Rügen und aus Palästina (Abenddämmerung am Toten Meer, Berlin, Nationalgalerie). Sein Schüler Ludwig Dettmann, anfangs Illustrator und Aquarellist, zieht nach und nach die Landschaft, das Genre, die Historien- und die Ideenmalerei in sein Bereich: Fischerhochzeit, Heilige Nacht, die Arbeit, der verlorene Sohn, das Volkslied; Wandgemälde im Rathaus zu Altona. Lovis Corinth, der unter Löfftz in München und unter Bouguereau in Paris arbeitete, ist ausgesprochener Naturalist in Form und Farbe, was ihn aber nicht hindert, auch religiöse Stoffe mit packender Wucht zu schildern (Kreuzigung, Salome, Selbstbildnis mit dem Skelett, Lebensalter). Joseph Sattler geht in seinen kraftvollen Holzschnitten auf Dürersche Vorbilder zurück (Die Quelle, Bauernkrieg, Totentanz, Wiedertäufer, Meine Harmonie, Rheinische Städtekultur, Exlibris, Illustrationen).

L. v. Hofmann geb. 1861
Bracht geb. 1842
Dettmann geb. 1865
Corinth geb. 1858
Sattler geb. 1867

Franz Stuck, einst Schüler Lindenschmits, jetzt Führer der Sezession, legt seine Erstlingsarbeiten in den Fliegenden Blättern, in den „Allegorien und Emblemen", in Titeln und Vignetten nieder; sein erstes größeres Gemälde, der Wächter des Paradieses, brachte die erste Sezessionsausstellung 1889. Ihm folgten weitere phantastische Werke, Landschaften mit Kentauren und Faunen, Allegorien und biblische Darstellungen: Luzifer, Ödipus, die Sünde, das böse Gewissen, Versuchung, Mörder und Furien, der Krieg, Kreuzigung, Medusa, Mariens Trauer an der Leiche Christi, das verlorene Paradies, die Schaukel, der junge Bacchus, Danzarina, die Sphinx, Spielende Faune, der Tanz, Bacchantenzug, Nixenraub, die Sinnlichkeit, Carmen; Bildnisse: Prinzregent Luitpold, Mary Stuck, Selbstbildnis, Saharet. Albert v. Keller, Schüler Lenbachs und Rambergs, liebt besonders das Visionäre (Hexenschlaf, Auferstehung, Auferweckung von Jairis Töchterlein, ein Buch, Trio, Diner) und leistet Hervorragendes in Bildnissen schöner Frauen (Frau von Lesuire). Hugo v. Habermann, Schüler Pilotys, anfangs dem Genre (Ein Sorgenkind) zugewandt, schildert fast ausschließlich das Weib der Décadence, aber in origineller

Stuck geb. 1863
A. v. Keller geb. 1845
v. Habermann geb. 1849

Herterich geb. 1856

Malweise („Korkzieherstil"). Ludwig Herterich, Schüler von Diez, geht von der eigentlichen Historienmalerei (Johanna Stegen, die Heldin von Lüneburg) zum geschichtlichen Stimmungsbilde über: Der heilige Georg (München, Pinakothek), Ophelia, Am Spinnrocken. Wilhelm Volz, Schüler Ferdinand Kellers, studiert bei Lefèbvre und Bouguereau in Paris und wendet sich später allegorischen und dichterischen Stoffen zu: Musenreigen, Traum der heiligen Cäcilie, Madonna im Grünen, Frau Musika, Tanzlegendchen (zu G. Kellers Dichtung), Grablegung, Singspiel Mopsus. Julius Exter tut es in der Farbe den kühnsten französischen Impressionisten gleich (Adam und Eva, Karfreitag, Kreuzigung, Welle). Max Slevogt, Schüler von Diez, zeigt sich als Phantast der Farbe in den Gemälden: Blumenstrauß, Totentanz, der verlorene Sohn, Scheherazade; Reiterbildnisse. Raffael Schuster-Woldan widmet seine Kunst vor allem der weiblichen Anmut, die er in der Verbildlichung von Devisen (Memento vivere, Odi profanum vulgus et arceo), in novellistisch gefärbten Darstellungen (Auf freier Höhe, An den Pforten der Dämmerung) und in Bildnissen verkörpert.

Volz 1855—1901

Exter geb. 1863

Slevogt geb. 1868

Schuster-Woldan geb. 1870

Keller-Reutlingen geb. 1854

B. Becker geb. 1860

H. v. Volkmann geb. 1860

Kampmann geb. 1859

Wilhelm Keller-Reutlingen stimmt seine Farben nach der fein abgestuften Belichtung der Flachlandschaft unter leuchtendem, weitem Himmel. Benno Becker schildert toskanische Landschaften und italienische Mondnächte, während Hans v. Volkmann seine Motive der deutschen Heimat, Hessen und dem Eifelgebiet, entlehnt und in farbenfrohen Gemälden, in Radierungen und Lithographien verwertet. Gustav Kampmann, Schüler von Schönleber und Baisch, ist von der Liebe zum deutschen Walde erfüllt, den er namentlich in Steinzeichnungen verherrlicht.

Österreich

Rahl 1812—1865

In Wien blüht um die Mitte des Jahrhunderts das heroische Historienbild. Hier erstand in Karl Rahl ein Monumentalmaler ersten Ranges, der in seinen weithinwirkenden Fresken römische Form mit venetianischer Farbe vereinigen wollte: die Parismythe im Palais Todesco, Gemälde am Heinrichshof, im Palais Sina, im Künstlerhaus (erbaut von R. v. Stache). Der Orpheusvorhang für das Opernhaus wurde nach des Meisters Tode von dessen Schülern Eduard Bitterlich und Christian Griepenkerl ausgeführt.

Bitterlich 1834—1872

Griepenkerl geb. 1839

Makart 1840—1884

Rahls schwermonumentale und Feuerbachs (S. 810) ernste Kunst wurde durch die Farbenorgien Hans Makarts verdunkelt, dessen glänzende dekorative Begabung sich in Gemälden, Festzügen (silberne Hochzeit des Kaiserpaares, 1879) und in der Einrichtung seines Ateliers (gemalt von Rudolf Alt, Eduard Charlemont, Pepino u. a.) kundgab (1868, Moderne Amoretten, Romeo und Julia, Sieg des Lichtes über die Finsternis, in Wien; die sieben Todsünden, bei Horace Landau in Florenz; Caterina Cornaro, in Berlin; Einzug Karls des Fünften in Antwerpen, in Hamburg; Abundantia-Bilder, Pinakothek; Bacchus und Ariadne, in Wien; Bildnisse: Charlotte Wolter als Messalina, Graf Zichy, Gräfin Duchatel). Hans Canons (Joh. Straschiripka) Bilder (Fischermädchen) erinnern anfangs an Amerling, später an die Niederländer Rubens und Jordaens (Rüdenmeister, Loge Johannis, kaiserliche Gemäldegalerie in Wien; Kreislauf des Lebens, Deckengemälde im Treppenhause des naturhistorischen Hofmuseums; Bildnisse).

Canon 1829—1885

L. K. Müller 1835—1892

Makarts Einfluß zeigte sich besonders bei den „Orientalisten", die um des Lichtes und der Farbe willen nach Ägypten pilgerten. Leopold Karl Müller war schon acht Jahre lang Karikaturenzeichner des Figaro gewesen, ehe ihn Pettenkofer auf den richtigen Weg wies; außer seinen Gemälden (Kamelmarkt, Nefusa, in Wien, Lagernde Karawane, Abend in Kairo), in denen er Werner und Gentz weit übertrifft, hinterließ er auch noch eine große Anzahl Illustrationen (zu Ebers Werken).

v. Pettenkofen 1822—1889

August v. Pettenkofen, eigentlich Pettenkoffer, war anfangs Kadett; und wie Horace Vernet (S. 220) den Typus des französischen Soldaten festhielt, so tat er das gleiche mit dem kaiserlich-königlich österreichischen Militär, das er auf dem Zuge nach dem aufständischen Ungarn begleitete. Hier ging ihm die Poesie des Landes und des Volkes auf und ließ ihn nicht müde werden, Marktszenen und „Zigeunertreiben zu schildern (Rendezvous, Wien, Markt in Szolnok). Er und der „Ägypter" Leopold Müller ruhen in gemeinsamer Gruft, über der sich ein Mal von Tilgners Hand erhebt. Aus den Deckengemälden der Treppenhäuser des Hofburgtheaters und in den Zwickelbildern für die Treppenhalle des Kunstmuseums von den Brüdern Gustav und Ernst Klimt und von Franz Matsch leuchtet noch Makartscher Farbenglanz nach. Matsch, der zum Brillanten und Süßen neigte, malte auch im Achilleion auf Korfu und im Jagdschloß in Lainz (wieder mit den Brüdern Klimt) Wandbilder von blendender Farbenpracht. Auch in Plastik und Kunstgewerbe (Speisesaal im Hause des Kunstfreundes Nikolaus Dumba) hat sich seine Phantasie mit Glück betätigt. In ähnlicher, dekorativer Richtung wirken Adalbert Hynais und Karl Karger. Eduard Kurzbauer ist der Vertreter der bürgerlichen Sittenbilder; sein Gemälde der ereilten Flüchtlinge hat ihn in weiten Kreisen bekannt gemacht. Heinrich v. Angeli (Jugendliebe,

G. Klimt geb. 1862

E. Klimt 1864—1892

Matsch geb. 1861

Hynais geb. 1854

Karger geb. 1848

Kurzbauer 1840—1879

v. Angeli geb. 1840

der Rächer seiner Ehre) geht zum Bildnis über und wird der Porträtmaler der Fürsten. Ludwig Passini, Schüler von Führich und Kupelwieser, entwickelt sich neben Pettenkofen zum bedeutenden Genremaler; er sucht sich seine Motive auf venetianischem Boden: Kürbisverkäufer in Chioggia, Domherren im Chor, Messe in Chioggia, Badende Jungen in Venedig, Parisurteil. Unter den Radierern nimmt William Unger den ersten Rang ein.

L. Passini 1832—1903

W. Unger geb. 1837

Der fruchtbare Porträtlithograph Joseph Kriehuber hat die Tagesgrößen des Adels, der Armee und der Geistlichkeit, der Gelehrten und Künstler in einem Bildniswerk von 5000 Blättern der Nachwelt überliefert (Matinée bei Liszt, Ferdinand Raimund, Grillparzer, Bauernfeld). Die Wiener Landschaft wurde zuerst durch Albert Zimmermann aus dem Banne des Handwerksmäßigen gehoben (Sturm im Hochgebirge, Wien) und durch seinen Schüler Emil Jakob Schindler bis zur Stimmungslandschaft im Sinne der französischen Impressionisten gefördert (Pappelallee, Kartoffelernte, Pax, nach einem Dalmatiner Motiv bei S. Michele auf Lapad). Vor der Natur malte Theodor v. Hörmann, in jungen Jahren gleichzeitig Zeichenlehrer und Fechtmeister, sein „Znaim im Winter" und die „Meeresbrandungen". Otto v. Thoren, von Hause aus Offizier, entwickelte sich in Brüssel und Paris zum vorzüglichen Tier- und Landschaftsmaler (die Trennung). Die Poesie der Feldblumen verstehen Tina Blau (die Witwe des Münchner Schlachten- und Pferdemalers Heinrich Lang) und Olga Wisinger-Florian mit Geschick zu verkörpern. Die Karikatur ist durch Franz und Gustav Gaul (Theaterleute) und Hans Schließmann vertreten, der die Wiener Typen in origineller schattenloser Technik en masse auf seinen Blättern vereinigt.

Kriehuber 1801—1876

A. Zimmermann 1808—1888

Schindler 1842—1892

v. Hörmann 1840—1895

v. Thoren 1828—1889

T. Blau geb. 1847

Lang 1838—1891

O. Wisinger-Florian geb. 1844

Schließmann 1836—1888

Der Führer der Wiener Sezessionisten ist Gustav Klimt (s. d. S.), der sich, von Stuck, Beardsley (S. 832) und Khnopff (S. 808) berührt, in phantastischen Gebilden und Farbensymphonien gefällt, die oft weniger sagen als empfinden lassen (Judith und Holofernes, Goldfische, Fresken im Saale der Klinger-Beethoven-Ausstellung, die Sehnsucht der Menschheit nach Glück darstellend). Neben ihm schafft in kecker Technik Joseph Engelhart Bilder aus dem Wiener Volksleben: „Die Banda kommt", den „Pülcher", den Ball auf der Hängstatt, den Oberonzyklus im Taussigschen Hause in der Schönbrunner Straße) und nach seinem Pariser und Sizilianer Aufenthalt pikante Chantantszenen und Sonnenstudien. Karl Moll, Schüler Schindlers, dem er ein Denkmal im Stadtpark errichtete, ist rastlos bemüht um die Vervollkommnung der Landschafts- und Genremalerei, die er mit den sonnigsten Vorbildern bereichert (Naschmarkt, In der Kirche, Ruine in Schönbrunn, Wien). Hans Schwaiger ist ein origineller Illustrator, der lange vor Sattler (S. 821), Zeitgenossen Dürers, Wiedertäufer und allerlei verschollene Gestalten der Sagen- und Märchenwelt in seinem Holzhause in den mährischen Vorkarpaten wieder ans Licht förderte. Emil Orlik, ferm in allen graphischen Künsten, vom Kupferstich bis zum japanischen Farbenholzschnitt, dessen Herstellung er im Lande der aufgehenden Sonne selbst gelernt hat, überrascht besonders durch seine farbigen Lithographien und Studien in Genre, Landschaft und Bildnis (Kleinstädter, Edinburger Ansichten), in Pastell, Gouache und Aquarell. Karl Mediz (die Eismänner) und Emilie Mediz-Pelikan (Terrassen mit Bäumen und Durchblick aufs Meer), jetzt in Dresden, malen treffliche, bis ins Kleinste durchgeführte Bildnisse und Landschaften. Heinrich Lefler und Joseph Urban schaffen gemeinsam Wandgemälde und farbenprächtige Illustrationen (zu Musäus' Büchern der Chronika der drei Schwestern).

Engelhart geb. 1864

Moll geb. 1861

Schwaiger 1854—1912

Orlik geb. 1870

K. Mediz geb. 1868

E. Mediz-Pelikan 1861—1908

Lefler geb. 1863

J. Urban geb. 1872

Aus Ungarn stammt der Pilotyschüler Julius Benczur, Freund und Schwager von Gabriel Max, der namentlich Aufträge für König Ludwig den Zweiten ausführt (Familie Ludwigs des Sechzehnten, Ladislaus Hunyadis Abschied, Taufe Stephans des Ersten, im Nationalmuseum in Pest). Auch Michaly v. Munkácsy (eigentlich Lieb) aus Munkácz in Mähren ist ein Jünger Pilotys, aber feiner und tiefer; er bildete sich unter Franz Adam (S. 814) aus, ging, durch Knaus' Taschenspieler angeregt, zum Genre über, studierte in Paris (Courbet) und mündete schließlich im religiösen Historienbilde (die letzten Tage eines Verurteilten, die Nachtschwärmer, Eingefangene Strolche, Abschied des Rekruten, der Dorfheld, des Vaters Namenstag, Besuch bei der Wöchnerin, die beiden Familien, die Amme, Im Park, Doppelbildnis, der sterbende Mozart sein Requiem dirigierend, Milton und seine Töchter, Besitzergreifung Ungarns durch Apad, für das Parlamentsgebäude in Budapest, Christus vor Pilatus, Golgatha, Ecce homo). Der Tscheche Vaclav Brožik, Schwiegersohn des Großkunsthändlers Charles Sedelmayr in Paris, malt bäuerliche Szenen aus Nordfrankreich in der Manier von Bastien-Lepage (S. 826), daneben auch das Leben an den Höfen des achtzehnten Jahrhunderts in minutiösester Ausführung: Böhmische Gesandtschaft zur Brautwerbung am Hofe Karls des Vierten von Frankreich, Tu felix Austria nube, Huß vor dem Konzil in Konstanz. Außer ihm kommt noch Jaroslav Czermak in Betracht, dessen Bilder die belgische Schule Gallaits (S. 224) verraten: Lomnicky auf der Prager Brücke, Volksszenen aus den südslawischen Ländern und Montenegro, wo er Gast des Fürsten Danilo

1844—1890

Brožik 1851—1899

J. Czermak 1831—1878

Grottger 1837–1867

war. Der Pole Arthur Grottger, der begeisterte Verehrer Schwinds, schildert in romantisch-sentimentalen Bildern (Warschau, Polonia, Lituania, der Krieg, im Besitz des

Matejko 1838–1893

Kaiser Franz Joseph) die Leiden seines Heimatlandes. Der Krakauer Jan Matejko, leidenschaftlich und streitbar, bringt seine glühende Vaterlandsliebe in figurenreichen und farbensatten Gemälden zum Ausdruck: Die Lubliner Union, Russische Gesandte vor Stefan Báthory, die Schlacht bei Tannenberg, Huldigung Herzog Albrechts von Preußen vor König Sigismund von Polen, Entsatz Wiens durch Sobiesky, jetzt im Vorsaal der Stanzen Raffaels im Vatikan, Fünfzig polnische Königsbildnisse, die Jungfrau von Orleans, Wandbilder in der Marienkirche seiner Vaterstadt; Selbstbildnis. Von ihnen

Segantini 1858–1899

allen scheidet sich der Südtiroler Giovanni Segantini (eigentlich Segatini), ein Pfadfinder der neuen Kunst, der bald an Millet (S. 825), bald an Watts (S. 831) gemahnt. Seit 1891 malte er auf dem Schafberg in der Alpenwelt des Engadin mit zerlegten Farben in starken, pastosen Strichen, zwischen die er die entsprechende Komplementärfarbe setzte: Heuernte, die beiden Mütter, Im Stall, Liebespaar, die Liebe an der Lebensquelle, die Trilogie: Natur, Leben, Tod.

Frankreich

Während in Frankreich die klassisch-akademische Kunst unter dem zweiten Kaiserreich noch eine Nachblüte erlebte, die sich an Ingres (§ 98) anschloß, diesen aber in Technik und Farbe übertraf, entwickelten sich in und um Paris die ersten starken Triebe eines kraftstrotzenden Realismus. Frankreich bleibt wie vordem die führende Macht auf dem gesamten Gebiete der bildenden Kunst.

Regnault 1843–1871

Henri Regnaults General Prim auf zurückstemmendem Rappen geht noch auf Géraults Reiterbilder zurück, während Alexandre Cabanel, Professor an der Ecole des

Cabanel 1823–1889

Beaux-Arts, ein trefflicher Zeichner, die Schule Ingres' nie verleugnet (Tod Moses, Delilah, die Sulamitin, Hero, Desdemona, Fiametta, Francesca da Rimini). Auch William

Bouguereau geb. 1825

Bouguereaus geleckte und süßliche Malerei (Engelliebe, Bacchantin, Amor und Psyche,

Lefèbvre 1836–1911

Geburt der Venus), Jules Lefèbvre, Schüler Cogniets (die Wahrheit, Wallfahrt zum

Laurens geb. 1838

Sacro Speco bei Subiaco, die überraschte Diana; die Femmes couchées, in denen er sich der Natur beträchtlich näherte; Bildnis des kaiserlichen Prinzen), sowie Jean Paul Laurens, der bedeutendste Historienmaler der dritten Republik (die Inquisitoren, Bannfluch, das Verhör, der österreichische Generalstab vor der Leiche Marceaus), der fleißige Léon

Gérôme 1824–1904

Gérôme in seinen Orient- und Hellasbildern (Hahnenkampf), Ernest Héberts italienische

Hébert 1817–1908

Volksszenen (das Malariaboot, Brunnen von Cervara), Nymphen und Bildnissen schöner

Henner 1829–1905

Frauen), Jacques Henners Najaden, deren weiße, schimmernde Gestalten sich am Waldessaume hinstrecken, seine Femmes couchées und seine Bildnisse, Elie Delaunays Pest in

Delaunay 1828–1891

Rom (Luxembourg) und Madame Toulmouche, die Bildnisse Léon Bonnats (Thiers', Loubets),

Bonnat geb. 1833

die Gemälde des Bildhauers Claude Gaillard, der zugleich ausgezeichneter Radierer

Gaillard 1834–1887

klassischer Kunstwerke ist (von G. Bellini, Donatello, van Eyck, Michelangelo), endlich auch

Constant 1845–1902

Paul Dubois (S. 806), stehen noch im Banne der Tradition. Selbst Benjamin Constant, der im Beginne seiner Laufbahn hellstes Licht und leuchtende Farben liebte, kehrte wieder zur Ateliermalerei zurück (Frauen aus dem Harem, Marokkanische Gefangene, die Favoritin des Emirs, Einzug Mohammeds des Zweiten in Konstantinopel, im Toulouser Museum; Bild-

Rochegrosse geb. 1859

nisse). Georges Rochegrosse bringt umfangreiche Historienbilder (der Fall Babels, Parsival

Baudry 1828–1886

und die Blumenmädchen) zu Markte. Paul Baudry hielt sich in seinen Ölgemälden (Perle und Woge) und dekorativen Malereien (in der Großen Oper in Paris, für das Deckengemälde im Kassationshof, in den Privatpalästen Galliera, Paiva und Fould) an Raffael, Correggio, Tizian und Veronese und erfüllte die Formen der Hochrenaissance mit der verführerischen Grazie der galanten Seinestadt.

Doré 1833–1883

Der Straßburger Gustave Doré, der sich auch als Plastiker einen Namen erworben hat (S. 806), bewies seine Erfindungskraft vor allem in der Illustrationskunst, in der er sich besonders der Wiedergabe des malerischen Elementes im Holzschnitt zuwendete, dabei jedoch oft ins Manierierte verfiel. Er illustrierte Eugène Sues Ewigen Juden, Rabelais' Gargantua und Pantagruel, Perraults Märchen, den Don Quijote, die Bibel und Dantes Göttliche Komödie. In seinen Gemälden, Jephthas Tochter, Tobias mit dem Engel, der bethlehemitische Kindermord, Ecce homo, Himmelfahrt Christi, Moses vor Pharao, Tod des Orpheus, die bald den Geist der Antike, bald des Orients widerspiegeln, zeigt er indes eine gewisse Großzügigkeit und kühne Technik.

Meissonier 1815–1891

Ernst Meissonier, dessen oft nur handgroße Gemälde, (der Lautenspieler, der Raucher, la rixe [Zweikampf], der Sonntag, der Hufschmied, Reiter vor der Schenke, Rückzug Napoleons), durch die vortreffliche Zeichnung künstlerischen Wert erhalten, ist der

Detaille geb. 1848

offizielle Schlachtenmaler des Kaiserreichs, dessen Schüler Edouard Detaille (Begrüßung

der Verwundeten) und Alphonse de Neuville (die letzten Patronen, der Kirchhof von Le Bourget) in denselben Bahnen wandeln, aber das Format vergrößern. de Neuville 1836—1885

Der erste erfolgreiche Schritt auf dem Wege nach gesundem Naturalismus erfolgte auf landschaftlichem Gebiete.

Während Henri Valenciennes und sein treuester Schüler, Etna Michallon, sich noch ganz in den Spuren Claude Lorrains bewegen, erschienen bereits die ersten Vorläufer, die sich dem Banne der heroischen Landschaft zu entziehen versuchten: Louis de Marne und Georges Michel, in deren Sinne Paul Huet (in seinen Stürmen, Überschwemmungen und Gewittern) den Paysage intime weiterpflegte. Einen anderen Anstoß in dieser Richtung gaben die englischen Landschaften Constables (S. 225) und des in Paris lebenden Engländers Richard Parkes Bonington, eines Schülers von Gros, in Verbindung mit dem Studium der holländischen alten Meister, die in de la Berge, der den Sonnenuntergang (im Louvre) unmittelbar der Natur ablauschte, und in Camille Roqueplan, der holländische Ebenen und die Umgebung von Paris malte, gelehrige Jünger fanden. Sie alle überragt an künstlerischem Empfinden und Erfassen des Naturschönen wie an technischem Können Camille Corot, der anfangs in Italien Rom und dessen Umgebung, Frascati und Tivoli, die Campagna und den Nemisee malte und später in dämmernder Waldeinsamkeit bei Fontainebleau und Ville d'Avray ganz im Paysage intime aufging (berühmter Brief an Jules Dupré). Die duftigen Gestalten, Elfen und Dryaden, mit denen er seine silbergrauen Stimmungslandschaften (im Louvre, Luxembourg, in Avignon und Marseille) bevölkert, kennzeichnen ihn als Schüler Michallons (S. 824) und weisen auf Poussin und Claude Gelée zurück. Unter der Führung Corots und Théodore Rousseaus, der von Ruysdael und Hobbema ausging, siedelte sich in Barbizon, Arbonne und Marlotte, fern der Welt am Waldessaume eine Künstlerkolonie an (1840—80), deren Schaffen zwar erst nach 1850 Anerkennung fand, deren Ruhm aber seit 1870 in beständigem Wachsen begriffen ist. Zur „Schule von Fontainebleau" gehören außer Millet noch Jules Dupré (Stille nach dem Sturm, Abendröte, Morgengrauen), Narziß Diaz de la Peña (Waldesdunkel), Constantin Troyon, der sich später, von Roqueplan auf Cuyp und Potter hingewiesen, zum Tiermaler entwickelte (Ochsenbild im Louvre), Charles François Daubigny (Flußbilder, Waldesraine, Weiher und Moräste), Jules Breton, der nicht ganz unbefangen der Natur gegenübersteht und in der Heimkehr vom Felde seine Bäuerinnen stark idealisiert, Antone Chintreuil, Schüler Corots, der sich mit gleicher Innigkeit wie der Meister in die Natur versenkt und ihre Reize schildert, aber von jeder poetischen Zutat absieht, Emile Jacque, der Maler der Schafställe und der Bauernhöfe mit allerlei Geflügel, und die Tiermalerin Rosa Bonheur (Pflügende Ochsen). J. C. Cazin, der hervorragendste moderne Landschaftsmaler der Franzosen, versteht es wie die englischen Aquarellisten, den unscheinbarsten Motiven verborgene Reize abzugewinnen (Dorfstraße, Hagar und Ismael, Judiths Abschied). Den Übergang zu den Impressionisten bilden Eugen Boudin, der bedeutendste Strand- und Marinemaler Frankreichs, der anfangs für manches Bild von Troyon den Himmel malte, und Stanislaus Lépine, der Maler der französischen Seebäder und des Pariser Straßenlebens.

Valenciennes 1750—1819
Michallon 1796—1822
Michel 1763—1843
Huet 1804—1869
Bonington 1801—1828
de la Berge 1807—1842
Roqueplan 1800—1855
Corot 1796—1875
Rousseau 1812—1867
Die Schule von Fontainebleau
Dupré 1812—1889
Diaz 1807—1876
Troyon 1810—1865
Daubigny 1817—1878
Breton 1827—1906
Chintreuil 1816—1873
Jacque 1813—1894
R. Bonheur 1822—1899
Cazin 1841—1900
Boudin 1824—1898
Lépine 1835—1892

In den achtziger Jahren locken die felsigen Küsten der Bretagne, ihre Heiden und Märkte, Fischer und Landleute die französischen Künstler, und Barbizon verödet. Während Breton seinen Dörflern noch Haltung und Gewandung für seine Bilder zuschneidet, malt der Bauernsohn Jean François Millet nach seinem Grundsatze „Alles ist schön, sofern es wahr ist", den Bauer wie er wirklich ist. Seine Bauern sind Gestalten, die eigenstes persönliches Empfinden, eine ehrfürchtige Liebe zu Acker und Wiese, zu Hirt und Bauer widerspiegeln, Figuren, die monumental und feierlich in den Himmel großzügiger Landschaften ragen. Seine Bilder (1859 Angelus, das Abendläuten, Schäferin, die Ährenleserinnen, im Louvre) sind Verklärungen der Alltagsarbeit; noch mächtiger fast wirken seine Kohle- und Pastellzeichnungen (der heimreitende Bauer). Millet lebte von 1848 bis zu seinem Tode in Barbizon. Gustave Courbet, eine schroffe Natur, entschiedener Realist, der von Ribera, Caravaggio und den Bolognesen kommt, verlangt vom Künstler „vérité vraie", ungeänderte Wiedergabe der Dinge ohne jede individuelle Zutat, trotzdem er in seinen Gemälden (1851 die Casseurs de pierres, im Dresdner Museum, das Begräbnis in Ornans, Bon jour, Mr. Courbet, Ruhelager am Bach von Pierre-Fontaine) der Luftperspektive den Zutritt verwehrt und die im Atelier gemalten Gestalten, Meisterwerke des Naturalismus, in die unmittelbar der Natur entnommene Landschaft hineinstellt, in derselben Zeit, als Edouard Manet die beleuchtete Luft zu malen anfing.

Millet 1814—1875
Courbet 1819—1877

In den sechziger Jahren bereitete sich ein gewaltiger Umschwung in der französischen Malerei vor. Der dunkle Galerieton, die Gold- und Silbertöne

Französischer Impressionismus

der Ateliermalerei begannen zu verschwinden und mit ihnen der Einfluß der Venetianer, der Ribera und Caravaggio, der Velazquez, Tiepolo und Frans Hals. Lehrmeisterin ward allein die Natur. Man stellte sich die Aufgabe, die Dinge nicht zu malen, wie sie sich uns nach prüfender Betrachtung zeigen, sondern wie wir sie sehen auf einen Blick. In diesem Ausschnitt der Natur (coin de la nature vu à travers un tempérament) kommt nur der Gesamteindruck zur Geltung; der scharfe Umriß und die Detailzeichnung weichen hellen und dunklen farbigen Flächen, den großen Tonwerten und der Wiedergabe der Luftwirkung der farbigen Schatten, kurz, neuen Farbenakkorden, die im Anfang den an Dunkelmalerei, zentrales, einseitiges Atelierlicht gewöhnten Augen wehtaten. Der Name für die neue, breite Malweise entstammt dem Kataloge einer Ausstellung (1871) bei Nadar in Paris: impression de mon pot au feu, impression d'un chat qui se promène usw., und der Kritiker Claretie spricht bereits von einem Salon der Impressionisten. Wohl hat Eduard Manet, der Vater des Impressionismus und der Freilichtmalerei, schon von den Japanern gelernt, deren Kunst 1867 in Paris ihren Einzug hielt, aber erst im Jahre 1870 gelang es ihm, die lichten Farben in volle Harmonie zu bringen: Mit dem in voller Sonne gemalten Bilde der Familie Nittis im Garten beginnt die Herrschaft des Pleinair.

Manet 1832—1883

Bis 1880 stand Manet noch auf den Schultern von Goya und Velazquez, nachdem er vorher bei Brouwer und den Bolognesen in die Schule gegangen war: 1859 das Kind mit den Kirschen, 1861 Bildnis seiner Eltern, 1862 die überraschte Nymphe, der flötenspielende Knabe, 1873 Bon Bock (Bildnis des Kupferstechers Belot), Guitarero, Die Engel am Grabe Christi, 1863 Déjeuner sur l'herbe, 1865 Olympia (im Luxembourg), 1882 Bar aux Folies-Bergère, Im Boot, Nana. Die kühnen Augenblicksbilder des Kreolen Edgar Degas, der früher spartanische Jünglinge und Semiramis nach akademischen Rezepten malte, sind mit japanischen Darstellungen ganz direkt verwandt (Pastellzeichnungen sitzender, hockender, kniender Frauen, Chanteuse, Balletszenen, Straßenbilder). Ihm nahe stehen die virtuosen Zeichner J. L. Forain, der Satiriker der Gesellschaft (im Foyer und in den Kulissen der großen Oper, Plakate) und Henri de Toulouse-Lautrec, der letzte mißgestaltete Sproß der Grafen von Toulouse, der Schilderer der maisons closes der Butte im Malerviertel von Montmartre (Moulin rouge, Eros vanné).

Degas geb. 1834

de Toulouse-Lautrec 1864—1901

Besnard geb. 1849

Bastien-Lepage 1848—1884

Paul Albert Besnard ist zwar ausgesprochener Luminist, der Beleuchtungen bei verschiedenfarbigem Lichte malt, bedient sich aber nicht der impressionistischen Mittel (Pferdemarkt). Jules Bastien-Lepage, der Schüler Cabanels, gab dem Neuen weitere Verbreitung, indem er die „Eindrücke" milderte und seine Gemälde in den offiziellen Salon einführte (1875 Verkündigung, die Heuernte, Jeanne d'Arc, der Bettler, Père Jacques, das Blumenmädchen, l'amour au village, Landschaft bei Damvillers, seinem Geburtsort). Die ersten großen Erfolge verdankte er seinen Bildnissen (1873 Bildnis seines Großvaters, Mme. Drouet, die Freundin Viktor Hugos, Sarah Bernhardt, Kunstkritiker Albert Wolff). Von seiner jungen Freundin Maria Baschkirtseff befindet sich im Luxembourg ein reifes Bild: ein Meeting (Schulknaben); außer diesem ist noch ihr Gemälde der Akademie Julian in Paris bekannt geworden. L'hermitte ist in seinen Bauernbildern (Schnitter, Heuernte, der Tod und der Holzhacker) nüchterner als Bastien-Lepage und trockner in der Farbe. Alfred Roll, Schüler von Gérôme und Bonnat, tritt später ganz in die Fußstapfen Manets (Maler Thaulow und Frau, Pleinair, der Streik, Kuhmelkerin, Mädchen und Stier). Der melancholische Jean François Raffaelli, Maler, Bildhauer und Graphiker, Schüler von Gérôme, schildert die kleinen Leute und die Vertreter der niederen Volksklassen: Feierabend, Im Weichbild von Paris, der Großvater, die Rekonvaleszenten (im Luxembourg), die Invalidenesplanade in Paris; Bildnis seiner Tochter. Henri Gervex' Gemälde, Dr. Péan in der Salpetrière, ist das erste in der langen Reihe der Krankenhausbilder. Ernste Duez malt nach seinem Triptychon des heiligen Cutberth (im Luxembourg) Landschaften, Tiere, Strandbilder und Damenbildnisse. Edouard Dantan bevorzugt Ateliermotive, die durch korrekte Zeichnung und helle Farben auffallen, ohne impressionistische Manieren. Paul Mathey (Bildnis des Radierers Félicien Rops) und Jacques Blanche (Bildnisse des Plakatmalers Jules Chéret, des Malers Zuloaga, des Schriftstellers Gauthier de Villars) sind dagegen virtuose Pleinairisten. Ferdinand Heilbuth, geborener Hamburger, aber naturalisierter Franzose, schildert die jungen Pariserinnen in idyllischer Umgebung, auf Rasen, Schloßplätzen und am Flußufer (Hauptwerke im Luxembourg und in Hamburg). Mit gleicher Anmut und Frische malt Albert Aublet, Schüler Gérômes,

M. Baschkirtseff 1860—1884

L'hermitte geb. 1844

Roll geb. 1847

Raffaelli geb. 1850

Gervex geb. 1852

Duez 1843—1896

Dantan 1848—1898

Heilbuth 1830—1889

Aublet geb. 1850

die junge elegante Damenwelt, nachdem er zuvor der Historie gehuldigt hatte (Herzog Heinrich von Guise bei Heinrich dem Dritten in Blois, Nero).

Monet geb. 1840

Ähnliche Ziele verfolgten Claude Monet und seine Genossen und Nachfolger, die „Schule von Batignolles" (Paris). Die Pastelltechnik führte sie auf den Gedanken, auch die Ölfarben, ohne sie vorher auf der Palette zu mischen, in Punkten und Strichen nebeneinander auf die Leinwand zu setzen. Bei geeigneter Entfernung des Beschauers übernimmt alsdann das Auge selbst die Mischung der aufgetragenen Grundfarben, wodurch die Leuchtkraft der Farben, unbeschadet der beabsichtigten harmonischen Wirkung, beträchtlich erhöht wird: eine einfache Folge physikalisch-physiologischer Grundgesetze. Schon Ruskin (S. 830) hatte sich in diesem Sinne ausgesprochen. Später griffen Signac, G. Seurat und Theo van Ryssselberghe den Gedanken wieder auf und erweiterten die Methode einer naturwissenschaftlich denkenden Zeit zum Neoimpressionismus (Pointillage), indem sie aus dem virgule der Impressionisten eine touche, einen gleichförmigen Tupfen machten. Während sich bei Manet Haut, Blumen und Stoffe noch eingehend charakterisiert finden, treten schon bei Monet die Besonderheiten der äußeren Struktur des Materials mehr und mehr zurück, und die Neoimpressionisten kennen nur einen Stoff: die Farbe, die alles irdische ja, auch das flimmernde Sonnenlicht dem Auge bietet. Übrigens hat fast jeder der Pointillisten seine besondere Technik und Manier, bei denen es nicht ohne Ausschreitungen abgeht, und manche sind, wie Camille Pissarro, dem Pointillé untreu geworden. Aber auch dem Impressionismus war seine Zeit gesetzt; seit 1902 beginnt man wieder dort anzufangen, wo Courbet (S. 825) aufhörte und Manet anhub: Das Auge des Künstlers verweilt wieder liebevoll auf den Konturen; Licht und Luft gelangen zu ihrem Rechte, ohne durch übersättigte Leuchtkraft zu blenden.

Neo-impressionismus (Die Schule von Batignolles)

Signac geb. 1863
Seurat 1859—1891
v. Ryssselberghe geb. 1862

Pissarro 1831—1903

Schon Adolf Felix Cals setzte in seinen Gemälden voll stiller Poesie (Fischer, Spinnerinnen) helle und dunkle Farbenflecke nebeneinander. Claude Monet gibt in seinen lichtdurchtränkten Bildern oft ganze Zyklen, Variationen über dasselbe Thema (Heuschober auf einem Felde, die Kathedrale von Rouen) in allen Stimmungen der Tages- und Jahreszeiten, wie einst Hókusai (S. 226) nicht müde wurde, den Fuji zu malen. Auguste Renoir sucht in seinen Bildnissen (die Loge, die Terrasse) nach wirkungsvoller Beleuchtung und glänzenden Toiletten. Alfred Sisley ist der Maler des leuchtenden Lenzes. P. Cézanne malt außer Bauern und Arbeitern Stilleben mit den buntesten Dingen im grellsten Lichte.

Cals 1810—1880
Monet geb. 1840

Renoir geb. 1841

Sisley 1840—1899
Cézanne 1840—1906

Auch der Neuidealismus hat auf französischem Boden hervorragende Vertreter in seine Reihen eingestellt. Der gemütvolle Elsässer Eugène Carrière ist der Maler der verklärenden Mutterliebe, der seine Gestalten in Dämmer- und Abendlicht stellt; in seinen Bildnissen offenbart er sich als tiefblickender Seelenmaler (Rochefort, Daudet, Rodin, Verlaine, Selbstbildnis). Henri Fantin-Latour, 1863 Schüler Courbets, bringt Szenen Wagnerscher Opern auf die Leinwand und gibt dem dernier thème de Schumann und der Huldigung für Berlioz und Brahms allgorische Gestaltung; in seinen Bildnissen (Das Atelier von Batignolles, mit Manet, Monet, Renoir, Zola u. a.) geht er den koloristischen Vorzügen der Venetianer nach. Gustave Moreau verlegt die mythischen, religiösen und geschichtlichen Vorgänge (Salome, Odysseus und die Freier, Ödipus und Sphinx, Orpheus, Galatea, Kampf Jakobs mit dem Engel, Moses, der Samariter, Grablegung) in feen- und märchenhaft ausgestattete Räume. Edmond Aman-Jean, ehemals wie Martin dem mystischen Salon der Rosenkreuzer angehörend, jetzt eines der hervorragendsten Glieder der Société nationale des Beaux-Arts (Salon des Marsfeldes), meidet in seinen poetisch-seltsamen Landschaften, Parks und Zaubergärten, in denen schlanke, sensitive Frauengestalten ein traumhaftes Dasein führen, alles Grelle und erreicht durch seine gedämpften Farben eine harmonische Gesamtwirkung, ähnlich wie die Japaner (Bildnis im Luxembourg, der Fächer, Mlle. Suzanne Poncet). René Josephe Ménard bannt das ahnungsvolle Schweigen der Natur, im Tal und am See, der Dämmerung und der Abendstunde in seine Landschaften, die er mit still träumenden Menschen bevölkert (Homer). Der große Monumentalmaler Pierre Puvis de Chavannes holt sich seine Illusionen aus den Fresken des Pisaner Camposanto, deren klare Linien und sanfte Farbentöne für ihn vorbildlich wurden. Seine Gestalten zeichnet er wiederholt nach dem Modell mit allen Besonderheiten; dann paust er sie durch, beseitigt das Unwichtige und wiederholt das Verfahren, bis dem Streben nach

E. Carrière geb. 1849

Fantin-Latour 1836—1904

Moreau 1826—1898

R. J. Ménard geb. 1827

Puvis de Chavannes 1824—1898

poetischer Einfachheit und Größe Genüge geschehen ist; ähnliche Sorgfalt verwandte er auf die Gruppierung der Figuren, um die nur der Zug der Linien und die Harmonie der Farben das einigende Band schlingt (Genoveva-Zyklus a fresco, im Pantheon, Hémicycle für die Sorbonne, 1861 Krieg und Frieden, 1863 Arbeit und Ruhe, im Museum der Picardie zu Amiens, 1865 Ave Picardia nutrix, 1879 Ludus pro patria, 1880 Wandgemälde Doux Pays für die Wohnung des Malers Bonnat (Meeresgestade, von Frauen- und Kindergestalten belebt, 1890 Inter artes et naturam, im Museum von Rouen). Tafelbilder: Enthauptung Johannis des Täufers, der arme Fischer, im Luxembourg, die Ernte, Frauen am Meeresstrande). An Ideengehalt stehen den Bildern Puvis' die Wandmalereien Henri Martins nicht allzu fern; meist sind es jungfräuliche Wesen einer anderen Welt, die durch Waldeslichtungen schweben; aber in der Technik ist er entschiedener Pointillist, der nach warmen, leuchtenden Tönen strebt (Die Schimären, Melancholie, Sérénité, Dante und Virgil, Vers l'abîme, Beauté, l'inspiration, im Luxembourg, Clemence Isaure bei den Troubadours; Wandgemälde im Pariser Rathause, in Tours und in Toulouse).

H. Martin geb 1860

Die Bretonen

Im letzten Viertel des verflossenen Jahrhunderts pilgerten die akademiefeindlichen Künstler in Scharen nach der Bretagne, deren Landschaft und Menschenschlag ihnen neue Motive bot: in den bretonischen Städten, Dörfern und Inseln, in Hennebont und Concarneau, in Roscoffe und Pont-Aven, auf Bréhat und Belle Ile entstanden zahlreiche Künstlerkolonien, deren Insassen die Einöde und Felsenküste, Hütten und Boote, Bretonen und Bretoninnen, Hochzeiten, Taufen und Prozessionen mit demselben Enthusiasmus malten wie einst die Leute von Barbizon die Bauern und Wälder der Umgebung von Fontainebleau. Die bekanntesten unter den „Bretonen" sind folgende: Pascal Dagnan-Bouveret (Bittgang, Prozession, Abendmahl, Bildnisse) ist ein trefflicher Zeichner von sorgfältigem, glattem Kolorit, der den zartesten Lichtern nachspürt. Kräftiger in der Wirkung ist Charles Cottet, der anfangs farbenprächtige Landschaften und Volkstypen in Venedig und Ägypten malt; er ist der Millet der bretonischen Fischer geworden (Dreibild im Luxembourg). Weniger poetisch beanlagt, sucht sich Lucien Simon auch in Kneipen und im Zirkus die Motive zu seinen Bildern, in denen er Bauern und Landstreicher meisterhaft charakterisiert. Ihnen schließen sich Emile Wery (Schiffer im Kanal) und Henri Royer (Heimkehrender Fischer in der Kapelle des Schutzpatrons) an.

Dagnan-Bouveret geb. 1852

Cottet 1863—1898

Plakatkunst

Die dekorative Kunst des Plakates wird namentlich durch die Maler und Zeichner Jules Chéret, Toulouse-Lautrec, Steinlen, J. Billon, Eugène Grasset, Mucha und den Humoristen C. Léandre gefördert. Félicien Rops, in seinen Diaboliques, Sataniques geistreich wie Goya, malt, radiert und lithographiert Darstellungen aus dem Gesellschaftsleben mit vollendeter Technik. Unter den Illustratoren stehen neben Forain in erster Reihe: der liebenswürdige Adolphe Willette, der Watteau von Montmartre (L'âge d'or, Pierrot und Kolombine), der geschmackvolle Paul Renouard (Tänzerinnen, Opernszenen) und Daniel Vierge-Urrabieta, geborener Spanier (Zeichnungen zum Monde Illustré und zur Illustration, Bilder von der Belagerung von Paris, Stierkämpfe, Bilder zu Werken Victor Hugos und zum Don Quijote). Auch der Kreole Paul Gauguin, der Freund von Degas, lernte von den Japanern, ging aber in Linie und Farbe noch einen Schritt weiter; in Tahiti gelingt ihm die Darstellung der Grazie der Wilden, der er neue Reize für seine Pastellbilder entlockt.

Chéret geb. 1836

Rops 1833—1898

Willette geb. 1857

Renouard geb. 1845

Vierge 1847—1904

Schweiz

Der Schweizer A. Stäbli schließt sich in seinen Landschaften (Partie an der Lemmat, Aus dem Kanton Tessin, der Frühling), deren ernste Poesie durch großzügige Komposition gesteigert wird, noch den Holländern des siebzehnten Jahrhunderts an. Der fruchtbare Historien- und Genremaler Johann Melchior Stückelberg arbeitet unter Dyckmans und Wappers in Antwerpen, studiert im Louvre und verbringt zehn Jahre in Italien (Marientag im Latinergebirge, in Basel, 1867 Kindergottesdienst, Jugendliebe, Wahrsagerin, Marionettenspieler, Sappho, Dido, Myrtis und Korinna beim Töpfer Agathon, Romeo und Julie auf dem Dorfe, Pilger in den Abbruzzen; Fresken in der Tellskapelle). An Böcklin (S. 819) schließt sich Hans Sandreuter an, der in Neapel bei Casillo, in München bei Barth und 1874—77 in Florenz bei Böcklin studierte (Dekorationen im Zunftsaal der Schmiede in Basel, Mosaiken am Züricher Landesmuseum; Gemälde: Himmelspforte, im Berner Museum, der Jungbrunnen, im Baseler Museum). Harte, energische Formen und ungemein kräftige Farben kennzeichnen die schlichten, empfindungsvollen Bilder Ferdinand Hodlers (Frühling, Erste Liebe, der Tag). Der Pleinairist Eugène Burnand schildert die Erhabenheit der Alpenwelt, die dünne, klare Luft der Berge mit derselben Hingebung wie Segantini (Bauersmann, Heimkehrende Herden, Ruhende Hirten, Alpenstier, die weiße Kuh), und wie diesen zieht ihn religiöses Empfinden in eine ideale Welt, die er in biblischen Bildern verkörpert: Christus durch die Lande eilend, der verlorene Sohn, der

Schweiz Stäbli 1842—1901

Stückelberg 1831—1903

Sandreuter 1850—1901

Hodler geb. 1853

Burnand geb. 1850

Mann der Schmerzen, Petrus und Johannes eilen zum Grabe des Herrn, Einladung zum Fest (Ev. Matth. 22); außerdem: Die letzten Jahre Ludwigs des Vierzehnten, Flucht Karls des Kühnen nach der Schlacht bei Murten; Bildnisse.

Belgien

Der Einfluß des französischen Realismus zeigt sich in den Werken des Belgiers Charles de Groux, der mit unerbittlicher Wahrheitsliebe das Elend und Unglück der Dachstuben, Keller und Kneipen malte (Am Totenbett, Tischgebet), und in den unerquicklichen religiösen Malereien von Charles Verlat. Alfred Stevens, der anfangs die Hefe der Gesellschaft schilderte, geht in Paris zur Salonmalerei über, ohne indes den Flamländer ganz zu verleugnen. Emile Wauters, der mit trefflichen Historien- und Orientbildern beginnt (Maria von Burgund, Irrsinn des Malers Hugo van der Goes, Kairo und die Ufer des Nils) erzielt später im Bildnis (Mme. Somzée, Generalleutnant Goffinet) seine größten Erfolge. Der Landschafter Edmond de Schampheleer malt die belgische Ebene mit ihren Feldern und Wiesen, Kanälen und Windmühlen unter grauem Regenhimmel; François Lamorinière liebt die Wälder, die er gefällig, aber mit allzu kleinlicher Sorgfalt schildert. In Tervueren bei Brüssel, wie Corot in Barbizon, malt Hippolyte Boulenger duftige, harmonisch gestimmte Wald- und Heidebilder und geht dabei unermüdlich dem Geheimnis der Licht- und Luftwirkung nach (Ansicht von Bastière). Auf seine Anregung bildete sich 1868 eine Künstlervereinigung (Société libre des Beaux-Arts), der die besten Talente sich anschlossen, und unter deren Ehrenmitgliedern sich Corot, Millet und Courbet befanden. François Courtens schildert auf großen Leinwandflächen in kühner, impressionistischer Malweise die Herbstlandschaft und die mondbeglänzte See, die Heide und das Hyazinthenfeld (Pinakothek). Der Hellmaler Frans v. Leemputten schildert das Landleben seiner Heimat mit eminenter Schärfe der Beobachtung (Palmsonntag, Museum in Brüssel). Alfred Verwee malt grasende Ochsen (1863) und schwer im Joch gehende Rinder, Marie Collaert weidende Kühe in heiterer Landschaft. Struys geht in der Armeleute-Malerei auf, und der Plastiker Meunier (S. 808) schildert das Leben der Grubenarbeiter mit überzeugender Schlichtheit. Aelbert de Vriendt schafft ernst und ruhig stilisierte Historienbilder und schmückt die Rathäuser von Furnes und Brügge sowie die Antwerpener Christuskirche mit monumentalen Wandbildern. Über Fernand Khnopff S. 808.

Belgien de Groux 1825—1876 · Verlat 1824—1890 · A. Stevens 1828—1906 · Wauters geb. 1846 · de Schampheleer 1824—1899 · Lamorinière 1828—1911 · Boulenger 1838—1874 · Courtens geb. 1853 · v. Leemputten geb. 1850 · Verwee geb. 1838 · Collaert geb. 1842 · Struys geb. 1852 · Meunier 1831—1905 · de Vriendt 1843—1900

Italien

Mit Domenico Morelli (Soliero), einem heißblütigen Neapolitaner, beginnt die italienische Malerei mit der Tradition zu brechen; in seinen licht- und farbenfreudigen Gemälden spiegelt sich das Temperament des Südländers: 1855 die Ikonoklasten, 1857 Tasso, 1858 Saul und David, die Madonna, Verspottung Christi, Himmelfahrt, Kreuzabnahme, die Marien am Grabe, Jairi Töchterlein, Salve Regina, Magdalena dem Auferstandenen begegnend, Versuchung des heiligen Antonius. Noch weiter, bis zur schillernden Buntheit, geht der spanische Maler und Radierer Mariano Fortuny y Carbo, meist in Rom, auf den Goya und Meissonier wirken, in seinen farbensprühenden, prickelnden Orientbildern: Hochzeit in der Vicaria in Madrid, Schlangenbeschwörer, Prüfung des Modells, Theaterprobe. Blendendes Licht und üppige Farbenpracht durchfluten die Gemälde seines talentvollen Schülers Paolo Michetti: Corpus domini-Prozession in Chieti, Frühling und Amoretten, Fest der Kinder in Neapel, Kirchgang. Das ernste, heitere und komische Genre zeigt sich in tausend bunten Landschaften und Volksszenen. Antonio Rottas venezianische Flickschuster und Netzeflicker, des Veroneser Angelo dall' Oca Bianca graziöse Osterienbilder, Ettore Titos Wäscherinnen, Luigi Nonos Refugium peccatorum, des Mailänders Adolfo Ferraguti Arbeiter auf dem Rübenfeld, sowie seine Zeichnungen zu De Amicis' Cuore, die Bilder der Florentiner Federigo Andreotti, Tito Contis und Francesco Vineas galante Kavaliere und zierliche Edeldamen, Augusto Corellis hübsche Mädchenköpfe liefern Typen, die auch in Druck und Photographie überall gekannt sind. Fast alle gehen mehr oder weniger auf Gérôme, Meissonier und Fortuny zurück, bleiben aber weit hinter ihren Vorbildern; nur einer kommt ihm nahe, der Venetianer Giacomo Favretto, dessen geistreiche, farbenglühende Bilder die Zeiten Goldonis wieder heraufbeschwören: Auf der Piazzetta, eine Begegnung, Susanna, Banco lotto, Gemüsehändler, Markt auf dem Rialto, Fähre bei S. Margherita. Der Historienmaler Cesare Maccari aus Siena malt die Fresken in der königlichen Kapelle del Sudario und den Triumph der Grazien, im Quirinal, ebenfalls a fresco; später wendet er sich dem Realismus Fortunys zu. Als Porträtmaler steht der geistvolle und pikante Giovanni Boldini, der in allen Maltechniken zu Hause ist, obenan (Bildnis von Verdi). Der Impressionist Giuseppe de Nittis aus Barletta, Schüler von Gérôme und Meissonier, variierte das Thema; statt des Bauers und Proletariers schildert er die elegante Welt bei Pariser Rennen und auf der Place de la Concorde in zitternder, grauer Atmosphäre. Über Giovanni Segantini s. S. 823.

Italien D. Morelli 1826—1901 · Fortuny 1838—1874 · Michetti geb. 1852 · Rotta geb. 1828 · dall' Oca Bianca geb. 1858 · Tito geb. 1859 · Ferraguti geb. 1850 · Andreotti geb. 1847 · Conti geb. 1847 · Vinea geb. 1846 · Corelli geb. 1855 · Favretto 1849—1887 · Maccari geb. 1840 · Boldini geb. 1844 · de Nittis geb. 1846

Spanien

Die spanische Malerei steht unter dem Scepter des Koloristen Fortuny. Ihm folgen

J. Benlliure y Gil geb. 1855 Villegas geb. 1838 Zamacois 1842—1871 R. de Madrazo geb. 1841 Pradilla geb. 1847 Casado 1832—1886

José Benlliure y Gil, der seit 1878 meist in Rom lebt (Vision im Kolosseum, die Liebesinsel, der Dorfschulmeister, der Zeitvertreib des jungen Königs, der Nachen des Charon), José Villegas (Taufe, Tod des Matadors), Edoardo Zamacois, Raimondo de Madrazo, Fortunys Schwager (Volksszenen, Landschaften und Seestücke) und andere. Francisco Pradilla bedeckt gewaltige Flächen mit gut komponierten Geschichtsbildern von trefflicher Zeichnung, in denen das dunkle Asphaltbraun früherer Zeiten helleren, lichtgrauen Tönen gewichen ist (1878 Johanna die Wahnsinnige, die Mutter Karls des Fünften, die den Sarg ihres Gatten, Philipps des Schönen, begleitet). Casado del Alisal malt das blutgetränkte Gemälde: Die Glocken von Huesca; der Direktor des Pradomuseums, Luis Alvarez y Catala, den Traum der Calpurnia, Isabella die Katholische in der Kathedrale von Burgos (im Prado), den Sessel Philipps des Zweiten (in der Berliner Nationalgalerie).

Zuloaga geb. 1870

Darstellungen aus dem römischen Leben. Ignacio Zuloaga gibt sich als moderner Realist von breitflächigem Farbenauftrag (die Familie des Stierkämpfers, Gallito, Tänzerinnen, die Straße der Leidenschaften, Meine drei Cousinen, Bildnis der Schauspielerin Consuelo). Neben Francisco Pradilla und José Benlliure y Gil dürften auch die Luministen Joaquin Sorolla y Bastida (Segovianisches Interieur, Im Laboratorium), José Garnelo y Alda (die neue Tochter, die heilige Franziskus von Assisi), Luis Menendez-Pidal (Salus infirmorum), Onofré Gari Torrent (Katalonische Fischer), Mariano Fortuny d. j. (Bildnisse), Luis Jimenez (Zwei Glückliche, In Gedanken) und José Jimenez y Aranda (der Namenstag) mit Ehren ihren Platz behaupten.

England Realismus und Neuidealismus

Nach dem Tode der vier großen Künstler nationalen Gepräges, Reynolds, Gainsborough, Turner und Constable (S. 225), verfiel die englische Malerei mehr und mehr der Phrase und Manier. Die Geschichtsmalerei der Horsley, Herbert und Eastlake stand auf einer Stufe mit den theatralischen Schilderungen der Delaroche, Gallait und Piloty, und die Genremalerei wurde zum Tummelplatz anekdotischer Scherze. Antrieb und Wandel zum besseren kam von verschiedenen Seiten. Das Verlangen nach Befreiung von dem akademischen Joche, die Sehnsucht nach innerer Wahrheit und schlichtem Naturempfinden fanden in einer gleichlaufenden Strömung, in den Dichtungen von Wordsworth und Coleridge, verstärkenden Widerhall, und in seinen Modern painters (1843) stellt der Kunstschriftsteller John Ruskin die Natur als die einzige Quelle aller wahren Kunst hin.

Ruskin 1809—1900

Dyce 1806—1864

Den ersten Vorstoß von seiten der Künstler selbst tat der Schotte William Dyce, der (1826 in Rom) von Overbeck auf Perugino und den jungen Raffael hingewiesen wurde und von da an sein Heil bei den Quattrocentisten, den Vorläufern Raffaels, suchte.

Präraffaeliten

Auf seinen Gemälden erscheinen wieder markige Heldengestalten und Frauen von natürlicher, reizvoller Anmut: Freskenzyklus aus der Legende des Königs Arthur im Westminsterpalais in London; Gemälde: Bacchus und die Nymphen, die Samariterin, Christus in Gethsemane, Sankt Johannes, Jakob und Rahel (Hamburger Kunsthalle).

Von weittragender Bedeutung für die englische Kunst wurde (1848) die Gründung des Preraphaelitic Brotherhood (P. R. B.), des Bundes der Präraffaeliten, die, in Opposition gegen die geistlose Unterrichtsmethode der Royal Academy, das Streben nach Wahrheit, das Studium der unverfälschten, nicht durch die Nachahmung der Alten getrübten Natur auf ihre Fahne schrieben: Beauty is truth, truth is beauty. Kupferstiche nach den Wandbildern von Benozzo Gozzoli im Pisaner Camposanto in Pisa führten drei junge Akademiker, Dante Rossetti, Holman Hunt und John Everett Millais, auf die neue Bahn; sie wollten es den Quattrocentisten nachtun, deren starkes, ursprüngliches Empfinden bereits in Raffael, der rundliche Formen und abgewogene Gruppierung der Antike entlehnte, geschwunden war; Gedankentiefe und Naturwahrheit sollen im Realismus Hand in Hand gehen. Im Kampfe gegen die Angriffe der Akademiker werden ihre Theorien von Ruskin, in seiner Schrift Preraphaelitism, its principles, and Turner, kräftig unterstützt.

H. Hunt geb. 1827

Holman Hunt ist Pietist und zugleich der energischste der Bündler, dessen Bilder von kräftigstem Realismus durchdrungen sind, aber an kleinlicher Wiedergabe des Einzelnen leiden (1848 Flucht Magdalenas, der Dichtung „Eve of St. Agnes“ von Keats entnommen, Lears Fluch, Romeo und Julie; 1849 Rienzi an der Leiche seines Bruders; 1854 Christus als Licht der Welt, der Sündenbock); die Frucht seines mehrjährigen Aufenthaltes

in Palästina sind die tiefreligiösen Bilder: Paulus' Tod, der Schatten des Todes, das Erwachen des Gewissens, Triumph der unschuldigen Kindlein. John Everett Millais, der mit elf Jahren die Akademie bezog und als Siebzehnjähriger eine Gefangennahme des Inka durch Pizarro ausstellte, war ein gewandter und klardenkender Künstler, der später auch im Genre und Bildnis die Augen der Zeitgenossen bestach (1849 Lorenz und Isabella, in der Walker Art Gallery in Liverpool, nach der Keatsschen Bearbeitung Pot of Basil, einer Novelle Boccaccios, mit den Bildnissen Rossettis und F. G. Stephens'; Christus im Hause seiner Eltern, nach Zach. XIII, 6; des Holzfällers Tochter, nach einem Gedicht von Patmore; Ophelia, der Hugenott, der Entlassungsbefehl, der geächtete Royalist, Sir Isumbras an der Furt, the Vale of Rest, Vorabend von St. Agnes nach Keats Gedicht, Letzte Rose, die Nordwestpassage, Jeanne d'Arc; Bildnisse: Gladstone, Mme. Bischoffsheim, Selbstporträt). Millais 1829—1896

Dante Gabriel Rossetti, geborener Italiener, war Maler und Danteforscher, Dichter und Phantast in einer Person, und wandelte sich aus einem Realisten mehr und mehr zum Neuidealisten um, dessen blendende ätherisch-sinnliche Frauengestalten, zuweilen auf Goldgrund in leuchtenden Farben gemalt, die Züge seiner Gattin Elisabeth Siddal tragen: Ecce Ancilla Domini, Beata Beatrix, Rosa Triplex, Dantes Traum, Beatrice, Sancta Lilias, La Pia, Sibylle, la bella mano, der Liebesbecher, Astarte Syriaca, Silence, Sphinx, la donna della finestra nach Dantes Vita nuova, Giotto und Dante. An diese drei schließen sich später noch der Genremaler James Collinson, der Maler und Kritiker F. G. Stephens und Rossettis Bruder William Rossetti. Als Rossetti im Jahre 1856 in Oxford die Bilder der Artussage für die Union Society malte, wurde er bald der Mittelpunkt eines neuen Künstlerkreises, der den Realismus der älteren Gemeinde in eine mystisch-archaische Richtung drängte. Der bedeutendste unter ihnen, Edward Burne-Jones, von Dante Rossetti angezogen, entnimmt die Stoffe zu seinen Bildern, deren schlanke, blutleere Gestalten an Botticelli und Perugino erinnern, der Bibel, den alten Legenden: Die Tage der Schöpfung, Verkündigung', Pygmalion, Circe, die Verzauberung Merlins, die goldene Treppe, der Venusspiegel. J. R. Strudwick, der von Burne-Jones geleitet, ebenfalls empfindsamer Mystik anheimfällt, rückt dem Urtypus der Präraffaeliten wieder näher: A Love Song, Marsyas und Apoll, Erinnerungen, Elaine, die zehn Jungfrauen, die Pforte des Himmels. Walter Crane ist nicht nur ein phantasievoller Maler und Illustrator, sondern auch nächst Morris der bedeutendste Förderer des englischen Kunstgewerbes. Von stärkerem Temperament als die vorgenannten geht er auf vollere griechische Formen zurück, ohne je das englische Gepräge zu verleugnen: The Lady of Chalott, die Rosse des Neptun, die eilenden Stunden; Illustrationen zu Kinderbüchern: Pan Pipes, The story of the rose and the lily, The fairy chif, King Luckiboy und das Album The Baby's opera (1879). Der geniale Maler und Plastiker George Frederick Watts schließt sich mehr an die Spätrenaissance an und liebt weiche, helle Farben und monumentale, geschwungene Linien: Orpheus und Eurydike, Artemis und Endymion, der Tod und die Liebe, Hoffnung, Liebe und Leben, Fata Morgana; vierzig Bildnisse in der National Portrait Gallery, in der koloristischen Haltung des späteren Tizian, darunter Tennyson, Swinburne, Morris, Carlyle, Stuart Mill, Motley, Salisbury, Kardinal Manning, Rossetti, Millais, Leighton, Burne-Jones, Calderon, Guizot, Thiers und der Geiger Joachim. Watts, Morris, Burne-Jones und Crane wurden die hervorragendsten Vertreter des modernen Neupräraffaelitentums. Rossetti 1828—1882 Burne-Jones 1833—1898 Strudwick geb. 1849 Crane geb. 1845 Watts 1820—1904

Die akademische Richtung leitet in eine vornehme klassizistische Ideal- und Genremalerei über, die auf edle Form und Haltung, auf korrekte Wiedergabe der antiken Kostüme und Geräte ausgeht, sonst aber an der Oberfläche bleibt. Ihr talentvollster Vertreter, der Präsident der Londoner Akademie, Sir Frederick Leighton, Schüler von Steinle (S. 219) und Ary Scheffer (S. 223): Andromache am Brunnen, Phryne, Sappho und Anakreon, Cimabue und Giotto, der Triumph der Madonna des Cimabue, der Stern von Bethlehem, Orpheus und Eurydike, das Gebet der Witwe; Wandgemälde im South Kensington-Museum: Die Künste des Friedens, mit Wachs, Harz, Lavendelöl und Kopal gemalt; Skulpturen: Kampf eines Athleten mit dem Drachen Python. Seine Jünger Sir Edward Poynter, Schüler von Gleyre (Besuch bei Äskulap, Proserpina, das goldene Zeitalter) und Valentine Prinsep (Bacchus und Ariadne, Kleopatra, BiancaCapello, Mirjam und Moses(waren auch literarisch tätig. Poynter schrieb Ten Lectures on art (1879), Prinsep Imperial India. William Richmond, ursprünglich dem Oxforder Kreise angehörig (Klage der Ariadne, Triumphzug des Bacchus, die Schutzengel), wurde später ebenfalls Schüler Leightons (die Allegorie Amor vincit omnia, Venus und Anchises). Der Holländer Lourens Alma-Tadema, Schüler von Wappers, Dyckman und Leys, rekonstruiert, von dem Archäologen de Tayne beeinflußt, Tempel und Theater, Straßen und Wohnhäuser, Läden und Werkstätten des alten Pompeji und bevölkert sie mit anmutigen Gestalten in historisch getreuen Gewändern, die den Kennerblick des Archäologen Leighton 1830—1896 Poynter geb. 1836 Prinsep geb. 1836 Richmond 1842—1899 A.-Tadema 1836—1912

nicht zu scheuen brauchen (1863, Wie man sich vor 3000 Jahren unterhielt; Ein Frage, zu G. Ebers' Novelle; Altrömisches Bad). Albert Moore, der ebenfalls edle und anmutsvolle Jungfrauen in antike Gewandung hüllt (die Vorlesung, Gänseblumen), ist malerischer im Vortrag und zeigt schon unverkennbar japanischen Einfluß (Am Ufer, Sommer). Briton Rivière, Verehrer der alten Klassiker, ging durch die Akademie und die Schule der Präraffaeliten und bildete sich zum vortrefflichen Tiermaler aus: Kirke und die Gefährten des Odysseus, Daniel in der Löwengrube, In den Ruinen von Persepolis, St. Georg, der Urweltswanderer, Nimrod, Minerva und die Hunde des Schweinehirten, His only Friend, Sympathie. George Mason (Erntemonat, Feierabend, the May of Life), George Reid, der Präsident der Edinburger Akademie (die beiden Großväter), der sentimentale Frank Holl (Keine Nachricht von der See, Abschied von der Heimat), der Maler und Radierer Alphonse Legros, seit 1866 in London (Ex voto, Mönche im Gebet, Pilgerfahrt, in der Galerie in Liverpool, die Taufe, der Kesselflicker), vor allem aber Frederick Walker (the old Gate, Badende Knaben, the Harbour of Refuge) sind gern gesehene Genremaler, die einem gemäßigten Realismus huldigen.

A. Moore 1841—1893
Rivière geb. 1840
Mason 1820—1872
Holl 1845—1888
Legros 1837—1911
Walker 1840—1875

Einen weiteren Fortschritt auf dieser Bahn macht der vielseitige Hubert Herkomer, der Sohn eines bayerischen Herrgottschnitzers, der sich in London durch Zeichnungen für den „Graphic" durchschlägt und 1873 sein erstes Bild (Nach des Tages Mühen, in Walkers Art) verkauft. Die größten Erfolge verdankt er seinen Bildnissen: Richard Wagner, Tennyson, sein Vater, Ruskin, Stanley, Dame in Weiß, Dame in Schwarz; sein starkes realistisches Können zeigen am deutlichsten „die letzte Musterung" und die Gruppenbilder: die Versammlung der Kuratoren des Charterhouse und die Magistratssitzung von Landsberg; in seinen Radierungen wandte er ein von ihm selbst erfundenes Verfahren an. Walter William Ouleß, Schüler von Millais, ist ein trefflicher Porträtmaler von breiter, sicherer Technik, der sich nicht darauf einläßt, die Menschen zu stellen (Chemiker Pochin, Kardinal Manning). Unter den Jüngeren tut sich besonders J. Solomon hervor (Bildhauer Frampton). Von großer koloristischer Feinheit, an die Venetianer und Holländer erinnernd, sind die Historien- und Genrebilder von John Pettie: Eduard der Sechste unterzeichnet ein Todesurteil (Hamburger Kunsthalle), die Leichenwache (South Kensington-Museum), und andere Gemälde mit Kostümen vergangener Jahrhunderte. William Orchardsons in zarten Farben leuchtende Gemälde schildern mit Vorliebe das Milieu des Directoire und Empire: Der erste Tanz, Hard Hit, Salon der Mme. Récamier, Voltaire beim Herzog von Sully, Napoleon auf dem Bellerophon (South Kensington-Museum). Unter den schottischen Landschaftern malt Peter Graham die nordbritannischen Klippen und Küstenbrandungen, die Seen und Stromufer des schottischen Hochlands. Robert Macbeth, der erst in Walkers Spuren wandelte, ist zur Radierung übergegangen, in der er Vortreffliches leistet. Mac Whirter malt anfangs Hochlandslandschaften von Turnerscher Leuchtkraft, später schwächere italienische Veduten: Titusbogen, Kolosseum, die Häfen von Genua und Florenz, die Tempel von Girgenti. Henry Moore, der Bruder Albert Moores, der anfangs die Felsen Cumberlands und die Täler der Schweiz zum Vorwurf nahm, schildert seit 1858 die Stimmungen der See in vollendeter Wiedergabe. Kraftvoll und tieftönig sind die Bilder von Mac Collum und John Brett, die die Landschaft von Cornwallis vor Augen führen, und aus Birat Coles Gemälden spricht hin und wieder starkes Naturempfinden wie bei Constable. William Willie ist der Maler der Themseufer, deren rauch- und nebelerfüllte Atmosphäre, deren Schiffe, Docks und Matrosen er bis ins kleinste studiert hat. Endlich sind Luke Fildes, Walter Logsdail und Henry Woods gewandte Darsteller des Straßenlebens von Venedig. — Unter den Zeichnern haben sich Randolph Caldecott und Kate Greenaway durch Märchen- und Kinderbilder einen Namen gemacht, während der jungverstorbene Aubrey Beardsley als raffinierter Darsteller des Mystisch-Erotischen ein erstaunliches Schaffensvermögen bekundete, worin er selbst Rops und Fernand Khnopff überbietet.

Ouleß geb. 1848
Pettie 1839—1893
Orchardson 1835—1910
Graham geb. 1836
Macbeth geb. 1848
Whirter 1835—1911
H. Moore 1831—1895
Fildes geb. 1844
Woods geb. 1846
Caldecott 1846—1886
K. Greenaway 1846—1901
Beardsley 1871—1897

Der geistreiche Führer der englischen Impressionisten, der Amerikaner James Mac Neil Whistler, ist ebensogut in Paris wie in London zu Hause; in Paris studierte er zwei Jahre unter Gleyre und schloß sich später an Degas und Fantin-Latour an. Das Studium der Japaner und des Velazquez bildet den Ausgang zu seiner eigenen Kunst, deren Eigenart in der Farbenstimmung beruht, die er mehr und mehr zu Harmonien verfeinert und in Symphonien ausspinnt; sie dient ihm sogar häufig zur Nomenklatur seiner Bilder: Green and Violet, Grey and Gold, „Nocturne, Blue and Gold, Valparaiso", Arrangement in Gelb und Weiß, Harmonie in Braun und Gold; in the piano, the black robe, la femme blanche (1860) hebt sich Weiß vom weißen Grunde. Mit dekorativen Malereien schmückte er (1877) das Haus Leyland (Pfauenzimmer, la princesse des pays de la Porcelaine), sein eigenes Heim und das Musikzimmer seines Freundes Sarasate. Bekannt sind seine

Whistler 1834—1903

Gemälde: Die Japanerinnen auf der Terrasse, der goldene Wandschirm, des Künstlers Atelier; indes verdankt er die ersten größeren Erfolge seinen Radierungen, meistens Straßenszenen und Veduten, in denen er die Kunst des Andeutens (oder Auslassens, wie er es selbst nannte) mit einem Minimum von Strichen bemeistert: the Riva, the Piazzetta, San Giorgio. Seine Bildnisse zeugen von einer eminenten Durchdringung der Persönlichkeit (Carlyle, Sarasate und des Künstlers Mutter, im Luxembourg).

Die Glasgow-Boys

In Glasgow führte 1886 eine Ausstellung von Bildern Millets, Corots, Diaz' u. a. zur Gründung der Vereinigung der Boys of Glasgow, deren Programm die Verschmelzung der Hellmalerei mit den Prinzipien der Schule von Fontainebleau bildete. Unter den emsigschaffenden Händen dieser jungen Koloristen erstand zunächst eine verkörperte Naturpoesie von überraschend reichen Farbenklängen, wenn auch nicht frei von Übertreibungen. Später bemeisterten sie sich mit großem Erfolge der Legendendarstellungen, der Landschaft (Aquarelle) und des Porträts. Arthur Melville, der „King Arthur" der Glasgow-Boys, Schüler von Meissonier und Jérôme, verwertet besonders das Aquarell, um ganze Volksmassen in freier, impressionistischer Manier wirkungsvoll zu schildern oder ungewöhnliche Experimente mit ungebrochenen Farben anzustellen (Andrew mit ihren Ziegen). John Lavery schließt sich an Whistler an (Tennispark, Ariadne, Pastell in Lebensgröße) und bemeistert in gleicher Weise Historienbilder (Königin Maria von Schottland nach der Schlacht von Langside), Repräsentationsstücke und Porträts. Der vielseitige Alexander Roche (der gute König Wenzeslaus, Tête-à-tête) ist ebenso ausgezeichnet als Landschafter wie als Bildnismaler. Der Landschaftsmaler William York Macgregor, A. R. S. A. (Associate of the Royal Scottish Academy), bevorzugt im Anfang von der südlichen Sonne durchglühte afrikanische und spanische Landschaften (A Street of Bloemfontein, the Basque village) als Früchte seiner Studienreisen, später die Motive seiner schottischen Heimat (A Rocky Solitude), in denen er vorbildlich auf die ganze Schule einwirkte. James Paterson, A. R. S. A., auch im Ausland wohlbekannt, ist Meister in der Wiedergabe licht- und luftdurchtränkter, in weite Ferne sich verlierender Landschaften (Morton Castle).

A. Melville gest. 1904

Lavery geb. 1856

Roche geb. 1863

Macgregor geb. 1855

Paterson geb. 1854

Unter den modernen amerikanischen Künstlern hat sich neben Whistler auch John Singer Sargent durch seine Frauenbildnisse (Carmencita, im Luxembourg) einen Namen gemacht. Gari Melchers, der sich in Paris zum bedeutenden Koloristen ausbildete, verleiht seinen Bildern harmonische Gliederung und wohltuende Innerlichkeit: Die Familie (Berlin, Nationalgalerie), der Schiffszimmermann (Dresden), Mutter und Kind (Luxembourg). Schon früher erwarb sich William Morris Hunt, Mitglied der 1878 gegründeten Society of American Artists, die sich Millet, Corot und Rousseau zum Vorbilde erkoren hatte, durch seine Tier- und Landschaftsbilder hohe Anerkennung. An poetischem Stimmungsgehalt übertraf ihn der mit Millet befreundete George Innes, der Winter und Sommer, Sonnenaufgang (München, Pinakothek), Sonnenuntergang und jagende Wolkenmassen mit überzeugender Wahrheitstreue zu schildern verstand. Homer Martin steht ihm in seinen einfachen und doch bedeutenden landschaftlichen Szenen ebenbürtig zur Seite. Sie alle sind noch mehr oder weniger französischem Einfluß unterworfen, und erst Winslow Homer durchbricht die Schranken in seinen lichtumspielten Gestalten von Farmern, Cowboys, Fischern und Negern.

Amerika

Sargent geb. 1856

Melchers geb. 1863

W. Hunt 1824—1879

Innes 1825—1894

Homer Martin 1836—1897

Homer geb. 1836

Die holländischen Maler: Andreas Schelfhout, der das heimatliche Flachland, die Dünen und die Landschaft im Winterkleide malte, dessen Schüler Barend Cornelis Koekkoek, dem der Niederrhein und die Ardennen die Motive zu feingestimmten, idyllischen Gemälden boten, der Schlachtenmaler Karl Rochussen, der Genremaler Hermann Frederik Carel ten Kate (der Überfall, die Wachtstube, Holländische Fischer), Jan Bosboom (Kircheninterieurs), der Marine-, See- und Landschaftsmaler und Radierer Joh. Barthold Jongkind, Schüler von Isabey in Paris, befinden sich noch im Banne der alten Überlieferung, der erst von Christoph Bisschop (der Wiegenmaler, Winter in Friesland) durchbrochen wird. Der Maler und Radierer Jozef Israels ist in seinen Historienbildern noch ganz im alten Stile befangen; erst eingehendes Naturstudium führte ihn in die Bahnen des Impressionismus und der Freilichtmalerei, sowie zu einer energischen Betonung des seelischen Elements im Genrebilde: Allein auf der Welt (Amsterstam, Reichsmuseum), Fischerbilder aus Zandvoort, Familienszene (Glasgow, Corp.-Gall.). Jakob Maris schließt sich in seinen Landschaften der Schule von Barbizon an, übertrifft sie aber in der Farbengebung: Am Kanal (Berlin, Nationalgalerie), Stadtansicht (Amsterdam). Sein Bruder Willem Maris ist der Schöpfer trefflicher Tierstücke. Der bedeutendste moderne Marinemaler Hollands, Hendrik Willem Mesdag, Schüler Alma Tademas, schildert Himmel und Meer und ihre Stimmungen: Schifferboote bei Scheveningen, Strand im Winter (Pavillon in Haarlem). Der Tiermaler und Radierer Joh. de Haas malt Pferde, Esel und Kühe in allen Stellungen: Pferde bei Regenwetter, Esel in den Dünen, Vieh am Flußufer. Ähnlich, aber zarter ist Anton Mauve:

Holland

Schelfhout 1787—1870

Koekkoek 1803—1862

Rochussen 1814—1894

ten Kate geb. 1822

Bosboom 1817—1891

Jongkind 1822—1891

Bisschop geb. 1828

Israels 1824—1911

J. Maris 1837—1910

W. Maris 1844—1910

Mesdag geb. 1831

de Haas 1832—1903

Mauve 1838—1888

Th. Schwartze geb. 1851

Kühe auf der Wiese (Amsterdam, Reichsmuseum). Die Malerin Thereſe Schwartze, in München Schülerin von Piloty und Lenbach, in Paris von Henner und Bonnat, verbindet in ihren Bildniſſen und Sittenbildern (Selbſtporträt, Bildnis ihrer Mutter, Im Waiſenhaus von Amſterdam) energiſche Darſtellung, ſichere Zeichnung und kraftvolle Farbengebung.

Storm van's Gravesande geb. 1841

Der Radierer und Lithograph Karl Storm van's Gravesande gewinnt namentlich der See die Motive zu ſeinen Stimmungsbildern ab.

Toorop geb. 1860

Der Symboliſt Jan Toorop, auf Java geboren, verſucht myſtiſche Seelenvorgänge in Geſtalten zu bannen.

Dänemark

Auch die däniſche Kunſt ging in Paris in die Schule; das Genie des in allen Sätteln gerechten Führers, Peter Severin Kröyers, verhütete aber, daß das nationale Gepräge in dem übernommenen techniſchen Können unterging: Akademieſitzung, das Komitee für die franzöſiſche Ausſtellung in Kopenhagen 1887 (Kopenhagen, Ny-Carlsberg-Glyptothek), Bildniſſe von Björnſon, Dachmann und Schandorph, Fiſcher- und Strandbilder.

Kroyer 1851—1909

Neben ihm traten noch Julius Paulſen (mit Bildniſſen, Innenräumen und Dünenlandſchaften),

Paulsen geb. 1860

Lauritz Ring (Dorfmädchen),

Ring geb. 1854

Michael Ancher (Seebilder)

Ancher geb. 1849

und Georg Achen, Schüler

Achen geb. 1860

Kröyers, mit Landſchaften, Bildniſſen und dem Figurenbilde „En ruſſiſk Bond“ hervor.

Schweden

In Schweden wird Graf Georg v. Roſen, ein Hiſtorien- und Bildnismaler von echtem Charakteriſierungsvermögen, Schüler, aber nicht Nachahmer Pilotys (Erik XIV., der verlorene Sohn; Bildniſſe Nordenſkjölds und Pontus Wikners);

v. Rosen geb. 1843

Baron Guſtav v. Cederſtröm (Trauergeleite Karls XII., Stockholm, im Nationalmuſeum),

v. Cederström geb. 1845

Nils Forsberg (Tod eines Helden, Guſtav Adolf vor der Schlacht bei Lützen)

Forsberg geb. 1842

und Karl Guſtav Hellqviſt (Peder Sunnanväders Einzug in Stockholm) ſind die Vorläufer zu neuen realiſtiſchen Zielen.

Hellqvist 1851—1890

Das Neue aber leuchtet zuerſt aus den Gemälden von Hugo Salmſon (Runkelrübenernte, Verhaftung, der Zaun von Dalby, im Luxembourg),

Salmson 1843—1894

die ſich weniger durch ſcharfe Charakteriſtik, als durch vortreffliche Naturbeobachtung auszeichnen.

Josephson geb. 1851

Die ſtärkſten Wandlungen erfährt das Talent des größten und phantaſievollſten Koloriſten dieſer Gruppe, Ernſt Joſephſons, der zwiſchen alter und neuer Malweiſe willkürlich wechſelt: Der Nix, Spaniſche Schmiede (Chriſtiania, Nationalgalerie). — Die unvermittelten, ſchroffen Gegenſätze der ſchwediſchen Landſchaft führten die heimiſchen Künſtler in ihrem Naturſtudium nicht wie die anderen (Franzoſen, Schotten und Worpsweder) zu Freilicht und zu neuen Tonwerten, ſondern zu leuchtender, klarer Farbengebung und kräftig ausgeprägter Schilderung, woraus ſich eine mehr ſtiliſtiſche Richtung entwickelte, deren Vorkämpfer

R. Bergh geb. 1858

Richard Bergh (die Alten am Strande, Kopenhagen),

Nordström geb. 1855

Karl Nordſtröm (Landſchaften)

Kreuger geb. 1858

und Nils Kreuger (Pferde am Strande) ſind. An ſie reiht ſich

Prinz Eugen geb. 1865

Prinz Eugen in ſeinen dekorativen, lyriſchen und idylliſchen Gemälden (das alte Schloß, die beiden Pappeln, Sommernacht, das ſtille Waſſer, in Stockholm, Nationalmuſeum) und

Jansson geb. 1862

Eugen Janſſon: Herbſtabend (Stockholm, Nationalmuſeum). Vielſeitig und beweglich wie Kröyer iſt

Zorn geb. 1860

Anders Zorn, der als Maler und Radierer die ſchwierigſten Beleuchtungsprobleme ſpielend löſt: Johannisnacht in Dalekarlien, Im Freien, Am Klavier, Maja (Berlin, Nationalgalerie); Bildniſſe; hier wie in ſeinen Skulpturen (Denkmal Guſtav Waſas in Mora; Bildnisbüſten) macht er der Tradition keinerlei Zugeſtändnis.

Larsson geb. 1853

Karl Larſſon begann als Illuſtrator, malte Aquarelle aus Grèz, einem Malerdorf in der Nähe von Fontainebleau, und ſpäter Gruppen und Motive aus ſonnenbeglänzten Gärten mit blauen Schatten: Guſtav III. empfängt die in Italien erworbenen Antiken (Fresko im Nationalmuſeum in Stockholm), Bildniſſe. Beſondere Eigenart in Naturbetrachtung und Wiedergabe bekundet

Liljefors geb. 1860

Bruno Liljefors, Künſtler und Nimrod in einer Perſon: Fuchsfamile (Stockholm, Nationalmuſeum),

Björck geb. 1860

H. Pauli geb. 1864

Raſtende Wildgänſe (Kopenhagen, Kunſtmuſeum). Bildniſſe von klarer Charakteriſtik malen Oskar Björck (Prinz Eugen) und Hanna Pauli (Ellen Key).

Norwegen

Die Norweger Fritz Thaulow (in Paris) und Gerhard Munthe malten vortreffliche Landſchaften, Chriſtian Krogh Bilder aus dem Seemannsleben (Auf Deck),

Thaulow 1847—1906

G. Munthe geb. 1849

Krogh geb. 1852

und Eduard Munch, aller Naturtreue abhold, bizarre Linien und Farbenkomplexe, die beſtimmte Affekte ausdrücken ſollen.

Werenskiöld geb. 1855

Erik Werenſkiöld, der vielſeitigſte und bedeutendſte norwegiſche Maler und Zeichner, iſt zugleich der jüngſte (Illuſtrationen zu norwegiſchen Sagen, Bildniſſe von Ibſen und Björnſon, Chriſtiania, Nationalgalerie).

Edelfelt geb. 1854

Der Finnländer Albert Edelfelt hat ſich ganz der franzöſiſchen Technik bemeiſtert, in der er Landſchaften (Sonne über dem Archipel), Sittenbilder (Gottesdienſt am Strande, die alten Frauen von Ruokolaks), Figurenbilder (Chriſtus und Magdalena, die Sorge) und gefällige Bildniſſe malt (Erbprinzeſſin von Sachſen-Meiningen, Frau Langen, Profeſſor Krohn und die Sängerin Ackté).

Rußland

In Rußland folgte der Geſchichtsmalerei das Genre- und das ſoziale Tendenzbild:

Perow 1823—1882

Waſſilij Perow, einer der erſten ruſſiſchen Naturaliſten, ſchilderte tragiſche Volksſzenen (Ankunft der Polizeibeamten zur Unterſuchung);

Wereschtschagin 1842—1904

Waſſilij Wereſchtſchagin (§ 395) ſtellte den Krieg mit ſeinen Greueln als Auswuchs der Ziviliſation an den Pranger (Bilder aus dem

türkisch-russischen Kriege, Napoleon in Rußland). Als feinsinniger Landschafter tut sich Iwan Schischkin, als Tiermaler Swertschkow hervor. In den siebziger Jahren begann die Opposition gegen die Akademie und damit zugleich die Periode des unbedingten Realismus, der sich unter Pariser Einfluß Geltung verschaffte. Sein Hauptvertreter, von echtem russisch-nationalem Empfinden, ist Ilia Rjepin: Hiob und seine Freunde, Schiffszieher an der Wolga, Tod des Zarewitsch Iwan, die Saporoger Kosaken; Bildnisse von Tolstoi und Rubinstein. W. E. Makowskij malt Bilder aus dem Moskauer Straßenleben mit Menzelscher Realistik. Valentin Serow hat sich durch seine Bildnisse einen Namen gemacht.

Schischkin 1831—1898

Rjepin geb. 1814

In der polnischen Kunst tritt das historische Tendenzbild in den Vordergrund. Über Arthur Grottger und Jan Matejko s. S. 823. Joseph v. Brant, Schüler von F. Adam, Piloty und Cogniet, schildert altpolnische Kriegsszenen und das Leben der Steppenvölker: Tartarenschlacht (Berlin, Nationalgalerie). Die modernen polnischen Künstler Mehoffer, Wyspianski, Wyczolkowski, Szymanowski und Stachiewicz sind nervös verfeinerte Naturen, die von Manet, Whistler und den Schotten gelernt haben.

Polen

v. Brand geb. 1841

Anschließend muß hier noch der Kunst Japans gedacht werden. Wenn auch die alte stilisierende japanische Kunst (S. 226) immer mehr vor dem unaufhaltsam von Europa her eindringenden Realismus zurückweicht, so hat sie doch ihren Einfluß auf Kunst und Kunsthandwerk des Westens nicht verloren.

Japan

In Dzushi, dem japanischen Barbizon, einem idyllischen Fischerdorfe an der Bucht von Kamakura, studieren die jungen japanischen Künstler ganz im Geiste Millets und Rousseaus. In Tokio gründete 1894 Seiki Kouroda, Schüler von Raphael Cogniet in Paris, die japanische Sezession, die „Hakuba-Kwai" (d. i. Weißes Roß, Name eines billigen Volksgetränkes). Außerdem sind in Tokio, Kyoto und Nara Museen errichtet worden, in denen die Ergebnisse ausländischer Kunst und Wissenschaft zu künstlerischem Studium und zur Volkserziehung ausgestellt werden. Das japanische Kunsthandwerk steht fast ganz unter dem Einfluß der Künstler; die japanische Sprache besitzt kein Wort für den Begriff Kunstgewerbe. Zu den Lackarbeiten von unerreichter Schönheit haben sich neue Formen der Kleinkunst gesellt: Nippsachen (Okimono), Töpfer- und Netzukearbeiten (Schnitzwerke aus Holz oder Elfenbein, die zur Befestigung der Schnur dienen, an der das Tabakbesteck oder ein Lackbüchschen, Inro, am Gürtel oder in der Hand getragen wird).

Unter dem lähmenden Einflusse des neuen Klassizismus hatte die Kunst des 18. Jahrhunderts eine Art Scheindasein gefristet, das sie im Zeichen der Romantik bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts still weiterspann. Das Bestreben der Architekten, neue Stilformen zu finden, die Wiederbelebung der italienischen Renaissance und das Erwachen realistischer Neigungen bereiteten der Herrschaft des Hellenismus ein langsames Ende; die gleichzeitig auftretende neo-mittelalterliche Bewegung, vor allem Englands Neugotik, leitete zur modernen Baukunst über, die die Konstruktion in vereinfachter Form zum Prinzip erhebt. Die Bildhauerkunst blieb auch nach der Überwindung des Klassizismus noch malerisch und unplastisch; eine glänzende Entwicklung erfuhr sie allein in Frankreich unter dem Seconde Empire. In der Malerei wirkte Millets monumentaler Realismus als befreiendes Element, und nach dem Einzuge der japanischen Kunst übernahmen Impressionismus und Pleinair die Herrschaft, die ihnen Präraffaeliten und Neuidealisten zeitweilig streitig machten. Daß diese Strömungen, nachdem sich die Wogen geglättet hatten, im Symbolismus mündeten, war naturgemäß; jede Kunst ist in ihrem innersten Wesen Symbolik, vom großzügigen Entwurfe bis zum letzten sitzenden Striche. Mannigfache Neuschöpfungen zeugen auch im Deutschen Reiche von kraftvollem, wetteiferndem Ringen auf allen Kunstgebieten; die Schöpfung des Deutschen Künstlerbundes, von einsichtigen, kunstfreundlichen Fürsten unterstützt, sichert künftig den wirklich Kunstschaffenden gerechtere Vertretung: es ist kein Grund zu schwächlichen Befürchtungen vorhanden, da sich allenthalben Geister regen, der Aufgaben gewärtig, die die Zukunft stellen wird. Wer, ohne Pessimist zu sein, gern Zeichen deutet, sieht in der Architektur die bildende Kunst des 20. Jahrhunderts; in ihren Hallen werden Skulptur und Malerei die rechte Heimstätte finden.

Rückblick und Ausblick.

§ 400. Wir stehen am Ende unserer Darstellung und wollen zum Schluß versuchen, uns nochmals die Ergebnisse der weltgeschichtlichen Entwicklung in ihren Grundzügen ganz kurz zu vergegenwärtigen.

Bedeutung Europas

Da springt vor allem die Tatsache in die Augen, daß der kleinste Erdteil, der eigentlich nur eine Halbinsel am asiatischen Kontinent bildet, die Führung im Leben der Menschheit gewonnen hat, daß die ganze Erde in das Machtgebiet oder die Kultursphäre der europäischen Völker hineingezogen worden ist oder noch wird. Und das ist geschehen, obgleich die Wiege der Menschheitskultur nicht in Europa gestanden hat.

Kulturkreise

Die ältesten Stätten menschlicher Kultur sind in der Alten Welt die Flußebenen des Nils, des Euphrats und Tigris, des Indus und Ganges, des Hoangho und Yangsekiang; in der Neuen Welt gab es auch eigenständige, aber viel jüngere, Kulturen in Peru und Mittelamerika, doch sind diese für die Entwicklung der Menschheit einflußlos geblieben. Für die Weltgeschichte von Bedeutung waren der indisch-chinesische und weit mehr der vorderasiatisch-ägyptische Kulturkreis. Von letzterem beeinflußt, entwickelte sich auf europäischem Boden die griechische Kultur, die in ihrer hellenistischen Weiterbildung ganz Vorderasien und Ägypten umfaßte und anderseits, von den Römern übernommen, die Gebiete des westlichen Mittelmeers sowie Gallien und Britannien ergriff. Diese griechisch-römische Kultur wurde in ihrem Wesen stark verändert durch das Christentum; indes ist dadurch die Kultureinheit der Mittelmeerländer noch nicht gestört, weil das Christentum vom römischen Staate aufgenommen wurde. In die römisch-christliche Kultur traten auch die Germanen ein, ohne jedoch in ihr unterzugehen und ihre Eigenart einzubüßen. Deshalb haben sie mitgewirkt zur Trennung der bisher einheitlichen Mittelmeerkultur in eine romanisch-germanisch-christliche und eine griechisch-christliche. Aufgehoben aber wurde die Kultureinheit des Mittelmeeres erst durch das Aufkommen des Islams, durch den ein Westasien und Nordafrika umfassender arabisch-persisch-mohammedanischer Kulturkreis entstand.

Während so die auf der vorderasiatisch-ägyptischen ruhende griechisch-römische Kultur durch den Eintritt der Germanen ein erweitertes Gebiet erhielt und eine Umbildung erfuhr, geschah dasselbe für den anderen

ältesten Kulturkreis, den indisch-chinesischen, durch die Übernahme der chinesischen Kultur durch Japan.

Wechselbeziehungen zwischen Europa und Ostasien

In den Machtbeziehungen der vorderasiatisch-europäischen Kulturen und Völker, deren Abwandlung man auch als Einteilungsprinzip der Weltgeschichte benutzen könnte, zeigt der Anfang der Geschichte ein kulturelles und politisches Übergewicht Vorderasiens. Das ist selbstverständlich, denn dies ist das ältere Kulturland. Auf zwei Wegen drang Asien gegen Europa vor, über Nordafrika nach Sizilien und Spanien, und über Kleinasien nach Griechenland. Diese Bewegung fand ihr Ende auf den Schlachtfeldern von Salamis-Platää und Himera. Seitdem beginnt die zweite Periode jener Wechselbeziehungen, das Vordringen Europas gegen Asien: die Träger dieser Erfolge sind auf dem einen der beiden Wege die Griechen, auf dem anderen die Römer. Dort liegt der Höhepunkt im Alexanderzuge, hier in der Vernichtung Karthagos. Indem die Römer dann auch die Führung der griechischen Welt übernahmen, behaupteten sie das Übergewicht Europas, allerdings mit der Einschränkung, die das Parther- und Neuperserreich mit sich brachte. Diese Einschränkung ist aber weltgeschichtlich nicht von Bedeutung; der wirkliche Gegenschlag Asiens erfolgt erst durch die Gründung des Islams. Damit beginnt die dritte Periode europäisch-vorderasiatischer Geschichte. Wie früher drang nun Asien wieder auf zwei Wegen gegen Europa vor: über Nordafrika nach Spanien und Sizilien, über Kleinasien nach der Balkanhalbinsel. Dort endete der Siegeszug in der Schlacht bei Tours und Poitiers 732, hier erst 1683 vor Wien. — Während in Fortsetzung des Sieges von Poitiers die Araber während des 11. Jahrhunderts aus Spanien und Süditalien zurückgedrängt wurden, vermochte das byzantinische Reich Kleinasien gegen die Seldschuken nicht mehr zu halten. Sein Hilfsgesuch gab den Anstoß zu den Kreuzzügen, deren Verlauf und Ergebnis freilich diesem Ausgangspunkte nicht entsprachen. Die Eroberung des heiligen Landes und die Begründung der syrischen Christenstaaten berührte den Islam sehr wenig und war nur ein vorübergehender Erfolg; die dauernde politische Wirkung der Kreuzzüge aber bestand in der Schwächung des byzantinischen Reiches, zu dessen Unterstützung sie begonnen waren, ihre kulturelle in der Ausschaltung der Griechen als Vermittler zwischen dem abendländischen und mohammedanischen Kulturkreis und in der Befruchtung und Hebung der abendländischen Kultur durch die höhere des griechischen und mohammedanischen Ostens. Das geschwächte byzantinische Reich vermochte dem osmanischen Reiche, das Westasien und Nordafrika zusammenschloß, nicht zu widerstehen; zugleich aber reifte das vom Orient befruchtete Abendland kulturell so weit heran, daß es in der Renaissance die geistige Erbschaft Griechenlands antreten konnte und kulturell dem Orient um so mehr überlegen war, als die Seldschucken und Osmanen die hohe arabisch-persische Kultur nicht erhielten, sondern zerstörten. Während dieser Abwandlungen, deren Zentrum das alte Kulturgebiet des Mittelmeeres war, hatte die abendländische, speziell die deutsche Kultur Skandinavien und die Westslawenlande ergriffen, war die griechische nach Rußland gedrungen.

Ausbreitung der europäischen Kultur

Um dieselbe Zeit nun, wo mit dem endgültigen Zusammenbruch des byzantinischen Reiches die europäische Kultur im Südosten Europas eine schwere Einbuße erlitt, begann sie Asien gewissermaßen im Rücken zu fassen, begann sie ihren Siegeszug über die ganze Welt. Nachdem

in den Kreuzzügen die Vermittelung der Griechen aus den Beziehungen zwischen Abendland und Asien ausgeschaltet war, suchte das Abendland in den Entdeckungen nunmehr die Vermittelung des mohammedanischen Kulturkreises auszuschalten aus seinem Verkehr mit dem indisch-chinesischen. Zugleich zog es eine neue, bisher unbekannte Welt in seine Machtsphäre hinein. Dieser Prozeß ist seitdem bis heute fortgegangen; er erstreckt sich auf Amerika, Australien, Afrika, Indien und Ostasien; seit 1683 findet er seine Ergänzung in dem Zurückdrängen des osmanischen Reiches aus Europa und Nordafrika, wodurch zugleich die vierte Periode europäisch-vorderasiatischer Geschichte gekennzeichnet wird.

Möglichkeit der Gegenströmung

Beide Entwicklungen, die wir als orientalische und als ostasiatische Frage bezeichnen, sind noch nicht abgeschlossen; bei beiden erhebt sich die Zukunftsfrage, ob etwa noch einmal eine siegreiche Gegenströmung von der mohammedanischen und ostasiatischen Kultur erfolgen wird. Dazu würde an beiden Stellen ein gewaltiger geistiger Impuls nötig sein. In der mohammedanischen Welt liegt ein Anzeichen für einen solchen, der der orientalischen Frage eine neue Wendung geben könnte, nicht vor, denn die Erhebung des Mahdi, die man dahin rechnen könnte, hat sich als kraftlos erwiesen. Für Ostasien hängt in dieser Hinsicht alles von der Entwicklung Japans und Chinas ab. Das äußerst bildungsfähige japanische Volk hat unter dem Einfluß der europäischen Kultur einen ungeahnten Aufschwung genommen. Es wird nun darauf ankommen, ob das auf seine alte Kultur stolze China, durch die Revolution zu neuem Leben erweckt, imstande sein wird, wie Japan durch die Aufnahme europäischer Kultur die Emanzipation der gelben Rasse von der europäischen Bevormundung herbeizuführen; wenn auch ein mongolischer Angriff auf Europa nicht zu befürchten stände, wäre damit doch Ostasien der europäischen Herrschaft entzogen und die weltgeschichtliche Monopolstellung der europäischen Völker erschüttert.

Lassen wir diese Zukunftsfrage auf sich beruhen, so wird man als eines der wichtigsten Ergebnisse der Weltgeschichte festzustellen haben, daß allmählich immer weitere Gebiete der Erde in die Machtsphäre der europäischen Kultur, zum Teil auch in das Machtgebiet der europäischen Staaten gezogen worden sind und noch werden. Daß sich dabei Amerika politisch von Europa emanzipiert hat, hat die Zahl der Weltgroßmächte um eine vermehrt, ändert aber an dem Siege der europäischen Kultur nichts, denn die amerikanische Kultur ruht nicht auf der der Mayavölker und Inkas, sondern auf der europäischen. Für eine Darstellung der Weltgeschichte, die mehr sein will als ein Nebeneinander von Völkergeschichten, folgt daraus nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht, diese europäische Kultur und also das europäische Staatensystem in die Mitte der Betrachtung zu rücken, wie wir es getan haben. Das darf nicht so geschehen, daß darüber die selbständige Bedeutung der übrigen Kulturen schwindet, wohl aber muß daraus das richtige Augenmaß für deren universalgeschichtliche Wertung gewonnen werden.

Imperialismus a) politisch

Überblickt man nun die Stellung der europäischen Staaten zueinander, so ist auszugehen von den vorderasiatischen Großreichen. In ihnen kam zuerst der Gedanke despotischer Allmacht eines Monarchen über rechtlose Untertanen unter Verneinung des Rechtes der Persönlichkeit zur Geltung, sowie der Gedanke einer Ausbreitung

dieser Macht über alle Nachbarstaaten, d. h. der Gedanke einer Art Weltherrschaft in dem Sinne, in dem das Wort „Welt" hier zu verstehen ist: im Perserreich erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt. Dem stellte Griechenland das Recht der Persönlichkeit und den kleinstaatlichen Gedanken entgegen, der den Staatsangehörigen eine große Selbständigkeit zugestand, auch ihre geistige Ausbildung förderte, nach außen eine wirtschaftliche und kulturelle Betätigung, aber keine große politische Macht zuließ. Erst im makedonischen Reiche kam der Gedanke eines gesamtgriechischen, also nationalen, Staates schwach zur Geltung; indes schon Alexander verließ ihn wieder zugunsten einer mit der geistigen Weltherrschaft verbundenen staatlichen Weltherrschaft, lenkte also in die orientalischen Bahnen ein. Dieser Gedanke (Imperialismus) wurde dann aufgenommen vom römischen Kaiserreich, das den Nationalstaat negierte und die Rechtsform wurde für die gesamte bisher errungene Kultur. Durch das Christentum, das im Gegensatz zu den bisherigen Nationalreligionen von vornherein mit dem Anspruch auftrat, die Weltreligion zu sein, erhielt nun die römische Weltherrschaftsidee eine Stärkung, aber erfuhr auch eine Änderung ihres Charakters. Da schien der Eintritt der Germanen in die Geschichte den nationalen Gedanken zum Siege zu führen, aber mit der Übernahme der römisch-christlichen Kultur übernahmen sie auch den imperialistischen Staatsgedanken in seiner kirchlichen Färbung. Das Heilige Römische Reich deutscher Nation war nicht nur das vornehmste Reich, sondern eigentlich das einzige souveräne, dem gegenüber die übrigen der Theorie nach nur Vasallenstaaten waren. Aber neben dem Kaiser erschien nun, eben wegen der durch das Christentum gegebenen Umwandlung des Grundgedankens dieses Reiches, der Papst als Träger der Weltherrschaftsidee: daraus vorwiegend ergab sich der im Altertum unbekannte Gegensatz zwischen Staat und Kirche.

b) Kirchlich

Die Kämpfe zwischen beiden Gewalten erschütterten beide aufs tiefste, und nun erhob sich im Gegensatz zu ihnen der nationale Gedanke. Er richtete sich gegen das Papsttum und führte in Westeuropa zu starken Nationalstaaten, während Zentraleuropa, der alte Sitz der kaiserlichen und päpstlichen Macht, der Zersplitterung in Kleinstaaten verfiel. Aber der Weltherrschaftsgedanke ging deshalb nicht zugrunde. Spanien, der stärkste der westeuropäischen Nationalstaaten, nahm ihn auf, und zwar, charakteristisch genug, in seiner alten Verbindung mit der katholischen Kirche. Den Kampf dagegen führten die anderen westeuropäischen Nationalstaaten und das durch die Reformation gestärkte deutsche Fürstentum. Die habsburgisch-spanische Weltherrschaft erlag; ebenso brach die dann entstehende französische Vorherrschaft zusammen, und es triumphierte am Anfang des 18. Jahrhunderts der Gedanke des europäischen Gleichgewichts, d. h. eines Zustandes, in dem keiner der europäischen Staaten der Selbständigkeit des andern gefährlich werden könnte. Zugleich traten in den Kreis dieser Staaten Rußland und Preußen ein. Dieses Gleichgewicht wurde dann nochmals gestört, als Frankreich, gehoben durch die neuen Ideen der Revolution, unter Napoleon I. das kontinentale West- und Mitteleuropa sich unterwarf; aber die elementare Kraft der Nationen schüttelte dies Joch wieder ab: die alten Mächte wurden wiederhergestellt, und nach manchen Kämpfen gewann der nationale Gedanke auch in Deutsch-

Staatlicher Individualismus

land und Italien den Sieg. Gewiß hat im Laufe des 19. Jahrhunderts bald die eine, bald die andere Großmacht einen stärkeren Einfluß auf den geschichtlichen Gang geübt, aber eine Vormachtstellung im alten Sinne, die die übrigen gewissermaßen zu Vasallen machte, erscheint ausgeschlossen: das Nebeneinander selbständiger Nationalstaaten als staatliche Grundlage der europäischen Kultur scheint endgültig an die Stelle des vom römischen Reiche überkommenen imperialistischen Staatsgedankens getreten zu sein, und die Bündnisse dieser Staaten, wie der Dreibund und der sich im 20. Jahrhundert geschaffene Dreiverband, dienen tatsächlich diesem System.

Wirtschaftsentwicklung

Aber der imperialistische Gedanke ist deshalb nicht zugrunde gegangen; er hat jedoch eine andere Färbung angenommen: er ist auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen. Die Stadtwirtschaft der griechischen Kleinstaaten hatte sich in der Kolonialwirtschaft der Griechen und ihrer phönikischen Rivalen zu einer Art Weltwirtschaft im Sinne der damaligen Zeit, die die Welt auf das Mittelmeer beschränkte, erweitert und war vom römischen Reiche fortgesetzt worden. Die Erben dieser Weltwirtschaft waren die Araber und Griechen, während sie im Abendlande seit der Völkerwanderung der rein agrarischen Wirtschaft erlag, deren Stufen der bäuerliche Klein- und der feudale Großbetrieb waren. Seit den Kreuzzügen entstand dann unter städtischer Führung eine neue Weltwirtschaft mit dem Mittelpunkte Deutschland, das der Vermittler zwischen dem südlichen und dem nördlichen europäischen Mittelmeere wurde. Die Entdeckungen verlegten den europäischen Ausgangspunkt des Weltverkehrs an die atlantische Küste, zudem erstarkten die westeuropäischen Staaten durch den Sieg der nationalen Monarchie über den Feudalismus, während das Zentrum sich in Kleinstaaten auflöste und durch die religiösen Wirren weiter geschwächt wurde: so übernahmen Spanien-Portugal, die Niederlande, Frankreich und England die Führung im Weltverkehr. Die Zeit der napoleonischen Kriege besiegelte die wirtschaftliche Vorherrschaft Englands, bis ihm dann in den Vereinigten Staaten Nordamerikas, in Rußland, Deutschland und Frankreich Rivalen erwuchsen. Seitdem ist der imperialistische Gedanke in der Form wieder aufgetaucht, daß es gilt, große wirtschaftliche Machtgebiete herzustellen mit Ländern, die möglichst verschiedenartige Produkte hervorbringen. Es wirken dabei mit der nationale Machtinstinkt (besonders im Zusammenschluß der britischen Kolonien mit dem Mutterlande als Zusammenschluß der britischen Rasse) und der schon im Zeitalter des Merkantilismus geltende, dann im 19. Jahrhundert zurückgedrängte Gedanke staatlicher Allmacht auf wirtschaftlichem Gebiete, d. h. der Gedanke, daß der Staat auch die Wirtschaft seiner Untertanen durch Zölle, Handelsverträge usw., mithin durch seine Machtbetätigung regelt. Es handelt sich also um eine starke Erhöhung der Staatsmacht, und in gewissem Sinne kann man diesen Imperialismus auch als eine Erweiterung der im 19. Jahrhundert wirksamen nationalen Idee ansehen. Wie weit aber die wirtschaftlichen Machtgebiete auch politische werden, hängt von dem Charakter der wirtschaftlich vereinigten Gebiete ab; jedenfalls würden solche umfassende politische Machtgebiete nicht mehr in Europa liegen können, sondern nur in außereuropäischen Landen: der Schwerpunkt der Machtfragen verschiebt sich von dem Kontinent auf das Meer. Als solche Machtgebiete kämen in Frage das größere

c) Wirtschaftlicher Imperialismus

Britannien, d. h. Großbritannien mit all seinen Kolonien, Rußland von der Ostsee und dem Mittelmeer bis Ostasien, ganz Amerika unter Führung der Union; wie weit dann das kontinentale Europa sich wirtschaftlich zu einer Einheit zusammenschließen würde, und ob Japan-China ein solches ebenbürtiges Machtgebiet werden würde, das wären die weiteren Zukunftsfragen. Schon jetzt kommen für die große Politik eigentlich nur die Staaten in Frage, die sich irgendwie an dieser Weltpolitik energisch beteiligen; das sind England, Rußland, Frankreich, Deutschland, Nordamerika und dazu Japan; in zweite Linie gerückt sind Italien und Österreich, die übrigen sind fast ausgeschieden.

Soziale Entwicklung

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung hängt aber aufs engste zusammen die soziale Frage. Sowohl der Kleinbetrieb der Griechen wie noch mehr der Großbetrieb der Römer ruhte auf der Arbeitsleistung von Sklaven. Ohne solche Unterschichten, die im Dienste der oberen die niedere Arbeit des Lebens leisten, ist ja eine höhere Lebensführung der oberen Bevölkerungskreise nicht denkbar; gewonnen wurden und werden solche Arbeitskräfte vielfach aus fremden, kulturell rückständigen Nationen, aber eben deren Einströmen ist dann doch eine der Ursachen, daß auch weite Schichten des eignen Volkes in Not und wirtschaftliche Abhängigkeit geraten. Die älteste Wirtschaft der Germanen kannte ja auch schon Sklaven, ruhte aber doch in der Hauptsache auf der sozialen Gleichheit der Volksgenossen. Die Entwicklung des Lehnswesens, das Entstehen einer Aristokratie mit höherer Lebensführung hob diese Gleichheit auf; es entstand ein politisch und sozial abhängiger Bauernstand neben den führenden Ständen des Klerus und Adels. Seit dem 12. Jahrhundert erhob sich daneben in den Städten ein freier Bürgerstand, aber die aristokratische Ausgestaltung des Handwerks in den Zünften schuf auch hier wieder eine durchaus abhängige Unterschicht. Seit der französischen Revolution erfolgte eine in erster Linie politische Emanzipation dieses bäuerlichen und bürgerlichen dritten Standes, aber bald entstand mit dem Aufkommen der Industrie ein vierter Stand. Je gewaltiger sich Industrie und Welthandel unter Verwertung der Ergebnisse der Naturwissenschaft entwickelten, je umfangreicher der Großbetrieb mit Maschinen wurde, um so größer wurden diese Arbeiterscharen. Gebieterisch verlangten sie immer größeren Anteil an den Ergebnissen ihrer Arbeit und schlossen sich, um diesen vom Kapital zu erzwingen, in straffen Organisationen zusammen. Daraus entsprang die soziale Frage in ihrer modernen Gestalt, und die große Aufgabe besteht nun darin, diese Wünsche, soweit sie berechtigt sind, zu befriedigen, ohne die Existenz der vom Weltmarkt abhängigen Industrie zu gefährden. Eng damit zusammen hängt auch die Frage der fremden Arbeitskräfte, die, Völkern mit niedriger Lebenshaltung entnommen, billiger als die heimischen sind und deren Existenz gefährden; solche Arbeitskräfte sind z. B. in Deutschland die slawischen, in Amerika und sonstwo die chinesischen. Weiterhin kommt hierbei in Betracht, ob eine neue, in der Weltwirtschaft aufstrebende Nation mit wesentlich billigeren Arbeitskräften und Naturprodukten rechnen kann als die bisher weltwirtschaftlich herrschenden Völker: das würde eventuell in Japan-China der Fall sein, und darin liegt das, was wir die gelbe Gefahr nennen.

Verfassungsentwicklung

In engem Zusammenhange mit der sozialen Entwicklung steht die Entwicklung der Staatsformen. Der Kernpunkt ist dabei die Frage

des Rechtsverhältnisses zwischen Regierung und Regierten. Die despotischen Großreiche des Orients kannten neben dem Könige keine diesen beschränkenden staatlichen Gewalten. Demgegenüber entwickelte sich in Griechenland und Rom aus dem patriarchalischen Königtum eine aristokratische und dann demokratische Republik, aus der im römischen Kaisertum die Militär- und Beamtenmonarchie wurde. Das germanische Königtum ruhte auf dem Erbrecht des Geschlechts und seiner Anerkennung durch das Volk; es erstarkte zunächst, wurde aber dann im Lehnsstaate durch eine Aristokratie gelähmt. Wo es dem Königtum gelang, als Vertreter der Interessen des Gesamtvolkes die feudalen Mächte zurückzudrängen, gewann es eine unbeschränkte Gewalt. Daneben blieb aber der Gedanke, daß das Volk irgendwie Teilnahme an der Regierung haben solle, unverloren, und daraus erwuchs dann der moderne Verfassungsstaat. Die Scheidung von ausübender und gesetzgebender Gewalt und ihre Verteilung auf Regierung und Volksvertretung scheint am besten die Frage des Nebeneinander von Regierungsautorität und Mitwirkung des Volks bei ebendieser Regierung zu lösen. Natürlich bleibt dabei noch Spielraum genug für sehr verschiedene Anschauungen über die Abgrenzung der Rechte beider Gewalten, über Zusammensetzung des Parlaments usw.; dabei wird sich immer wieder die alte Wahrheit bewähren, daß das Königtum sich mit den breiteren Volkskreisen verbinden muß gegen Aristokratien, welcher Art diese Aristokratien auch sein mögen.

Geistesentwicklung

Schließlich aber wird man die jeweilige Verfassungsform, die jeweilige Wirtschaftsform u. a. in Verbindung zu bringen haben mit der jeweiligen geistigen Gesamthaltung. Diese aber wird sehr wesentlich bestimmt von dem Verhältnis der individuellen Überzeugung zu den geltenden Autoritäten, von der Schätzung der Persönlichkeit. In den orientalischen Großreichen wirkten nur die Massen; für die freie Entwicklung der Persönlichkeit war hier kein Raum. Um so freier konnte sie sich bei den Griechen entfalten und dadurch jene Höhe geistiger Kultur gewinnen, wie sie in der griechischen Kunst und Wissenschaft zum unvergänglichen Ausdruck gekommen ist. Dieser griechische Individualismus hat dann auch die vornehmsten Geister der Römer erfaßt, während sonst hier wieder eine stärkere Gebundenheit der Person Platz griff. Eine solche Gebundenheit kennzeichnet auch das Mittelalter und findet hier ihren stärksten Ausdruck auf religiösem Gebiete, wo der unbedingte Autoritätsglaube galt. Natürlich gab es immer eine freiere Unterströmung, aber sie siegte erst in der Renaissance und der Reformation. Es ist bezeichnend, daß der Individualismus hier an das geistesverwandte Griechentum anknüpfte und in dem Recht der selbständigen religiösen Überzeugung gipfelte. Ihm widersetzten sich die Kräfte der mittelalterlichen Kirche, und zu diesen gesellte sich die protestantische Orthodoxie. Die Aufklärung nahm dann den Kampf gegen beide auf; in der französischen Revolution siegte sie auf staatlichem Gebiete, und in den Erfolgen der historischen und naturwissenschaftlichen Forschung fand der Individualismus seine stärkste Stütze, äußerte sich auch im Verfassungsstaat und in der freien Kraftentfaltung des wirtschaftlichen Lebens. Ihm gegenüber steht der katholische Autoritätsglaube in der ultramontanen Ausgestaltung der Kirche, gestützt auf die religiösen Bedürfnisse der Massen. Eine Lösung dieses Gegensatzes ist noch nicht abzusehen; erschwert erscheint

er auch dadurch, daß für die religiösen Bedürfnisse der gebildeten Kreise neue Formen gefunden werden müssen (§ 365).

Aufgaben der Zukunft

So ergeben sich als die großen Aufgaben der Zukunft, neben denen überall kleinere hergehen, die religiöse, die damit zusammenhängende, aber nicht mit ihr identische kirchliche und die soziale Frage; ferner kommt zu den alten Machtgegensätzen der europäischen Staaten und der alten westasiatischen (orientalischen) Frage der Verdrängung der Türkei aus Europa die große Frage der politischen und wirtschaftlichen Beherrschung der Welt, wobei zu den europäischen Großmächten als neuer Rivale Nordamerika hinzugetreten ist und mit der Weiterentwicklung der ostasiatischen Frage wohl zweifellos Japan hinzutreten wird.

Anhang.

Die Jahre 1905—1913.

A. Die internationalen Fragen.

I. § 401. Die allgemeine Weltlage. Die Jahre 1905—1913 werden in der Weltgeschichte als sehr bedeutsam einzuschätzen sein: sie brachten den Eintritt Japans in die Reihe der Weltmächte, die Revolutionen in Rußland, in Portugal, in der Türkei, in Mexiko, Persien und China. Aus der Schwächung Rußlands zog besonders England Vorteil; dieses trat in nahe Beziehungen zu Japan und Frankreich und leitete dadurch eine neue Gruppierung der Mächte ein. Die ständigen orientalischen Wirren, die schließlich zu einem Kriege der zum Balkanbunde zusammengeschlossenen Balkanstaaten mit der Türkei und deren fast völliger Verdrängung von dem Boden Europas, dann aber zum Kriege der Balkanstaaten untereinander führten, die Aufrollung der marokkanischen Frage, der durch die Besetzung von Tripolis hervorgerufene italienisch-türkische Krieg drohten mehr wie einmal die Kriegsflamme zwischen den Großmächten in Europa aufschlagen zu lassen. Nicht wenig trug zu dieser Gefahr der sich immer mehr zuspitzende Gegensatz zwischen England und Frankreich einerseits und Deutschland anderseits bei, sowie der Versuch, den Dreibund zu sprengen und Deutschland zu vereinsamen und „einzukreisen". Trotzdem wurde der Friede erhalten. So sehr Europa auch politisch getrennt blieb, und die nationalen Leistungen der slawischen Staaten im Balkankriege dem Allslawentum einen starken Antrieb gaben, der die französische nationalistische Strömung bedenklich gegen Deutschland anschwellen ließ, so hat sich doch durch die Tatsachen gezeigt, daß der wirtschaftliche Zusammenhang der modernen Wirtschaftsländer entschieden die Politik beeinflußt. Durch die alle überraschenden Entwicklungen des Balkankrieges hindurch bewährte sich ein europäischer Gesamtwille, der diesen Krieg nicht zu einer gesamteuropäischen Katastrophe werden lassen wollte.

II. Europa.

§ 402. 1. Der Dreibund. Der Dreibund Deutschlands, Österreichs und Italiens (§§ 319, 373, 401) erhielt sich, obwohl er schwere Proben seines Zusammenhaltens zu bestehen hatte. Denn durch die Aufrollung der Marokkofrage und den Ausgang der Konferenz von Algeciras (§ 415) schien die Meinung aufzukommen, daß Italien wieder bessere Beziehungen mit Frankreich anknüpfen wolle, da ihm durch die französische Regierung genügende Sicherheit für eine Besetzung von Tripolis gegeben worden war. Auch zwischen Österreich-Ungarn und Italien kam es zu mannigfachen Zwistigkeiten, die herbeigeführt wurden einerseits durch die zwischen italienischen und österreichischen Studenten ausbrechenden nationalen Streitigkeiten, die sogar einen stürmischen Zusammenstoß in Wien veranlaßten, und andererseits durch die von Deutschland unterstützte Politik Österreichs auf der Balkanhalbinsel, die Italien nötigte, sich

Dreibund

23. Nov. 1908

nach der Hilfe Frankreichs und Englands für seine dortigen Interessen umzusehen, ja sich sogar Rußland anzunähern. Im Jahre 1909 fand eine Zusammenkunft des russischen Kaisers und des italienischen Königs in Racconigi, südlich von Turin, statt, bei der allerdings die Erhaltung des Statusquo auf der Balkanhalbinsel vereinbart wurde. Aber seitdem ging die Politik Italiens in allen den nahen Orient betreffenden Fragen mehr mit England, Frankreich und Rußland als mit Deutschland und Österreich Hand in Hand. Dennoch verblieben die leitenden Minister Italiens im Dreibunde. Eine Zusammenkunft des Grafen Goluchowski mit dem italienischen Minister des Auswärtigen, Tittoni, in Venedig und später des letzteren mit dem deutschen Reichskanzler in Baden-Baden stellte die Einmütigkeit der drei Mächte fest. Ein Besuch des deutschen Kaiserpaares auf einer Mittelmeerreise bei dem italienischen Königspaar in Neapel, sowie die freudige Hilfeleistung der deutschen Bürgerschaft bei den furchtbaren Erdbebenunglücken in Kalabrien, und 1908, wobei Messina und Reggio mit der nächsten Umgebung vollständig zerstört wurden, bekundeten die guten Beziehungen der beiden Länder zueinander. Auch die 1911 durch den tripolitanischen Krieg (§ 418) zwischen der Presse Deutschlands, Österreich-Ungarns einerseits und Italiens andererseits hervorgerufenen, oft recht starken Reibungen, sowie der unliebsam empfundene kurzfristige Besuch des deutschen Kronprinzen zur Feier des 50jährigen Bestehens des vereinigten Italiens, an dessen Stelle man den Kaiser selbst erwartet hatte, vermochten doch nicht Italien vom Dreibund zurückzutreten.

Zusammenkunft des russ. Kaisers und italien. Königs in Racconigi 24. Okt. 1909

29. Apr. 1905

28. Sept.

6. April

8. Sept.

28./29. Dez. 1908

Deutscher Kronprinz in Rom 5. April 1911

Dagegen wurde das Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich ein immer festeres und innigeres. Die treuen Dienste, welche Österreich dem Deutschen Reiche in Algeciras leistete, vergalt dieses in reichem Maße in der Balkanpolitik (§ 406), bei der es Schulter an Schulter mit Österreich stand, besonders in der Zeit, als ein vollständig internationales Kesseltreiben von England, Frankreich und Rußland gegen Österreich ins Werk gesetzt zu werden schien. In der Marokkokrisis (§ 417) stand dann Österreich wiederum ruhig abwartend Deutschland zur Seite, und in einem Trinkspruche am Geburtstage des österreichischen Kaisers am 18. August 1913 konnte der deutsche Kaiser mit freudigem Herzen sagen: „Das alterprobte Bündnis, welches Deutschland mit Österreich-Ungarn verknüpft, wird auch fernerhin zum Segen der Welt seine Macht und Wirkung bewähren." Der Balkankrieg (§ 406) führte auch ein innigeres Verhältnis zwischen Österreich und Italien herbei, deren Interessen besonders wegen Albaniens hier Hand in Hand gingen. So schloß sich der Dreibund immer fester zusammen und wurde vor dem normalen Termin am 7. Dezember 1912 erneuert.

Dreiverband

§ 403. 2. Der Dreiverband. Der Zweibund Rußlands und Frankreichs (§ 373) blieb bestehen trotz der gewaltigen Erschütterung, die Rußland durch den Ausgang des Krieges mit Japan (§ 410) und den Ausbruch der Revolution (§ 429) erfuhr. Entscheidender aber für den Gang der Politik wurde die Entente, das enge Einvernehmen zwischen England und Frankreich (§ 373), aus dem insbesondere für Deutschland Gefahren und Schwierigkeiten erwuchsen. England kam den Bestrebungen Frankreichs, Spanien ganz auf seine Seite zu ziehen, in jeder Weise entgegen; König Eduard wußte durch eine Zusammenkunft mit dem König von Spanien diesen zur Unterstützung der französischen Politik in Marokko (§ 416—418) und zu einem Abkommen zwischen England, Frankreich und Spanien über die Aufrechterhaltung des geltenden Zustandes im Mittelmeer zu bewegen. In Rußland gewann England eine freundschaftliche Stellung durch eine Konvention über die Abgrenzung ihrer Interessensphären in Asien (§ 414). Auch die Zusammenkunft der beiden von ihren Ministern Iswolski und Sir Harding begleiteten Herrscher in Reval sollte dazu dienen, die guten Beziehungen der beiden Mächte zu kräftigen und

Zusammenkunft des engl. u. span. Königs 8. April 1907

Russisch-englische Konvention 8.—10. Juni 1908

Reval 9./10. Juni 1908

zu befestigen. So bildete sich dem Dreibund gegenüber der Dreiverband Englands, Frankreichs und Rußlands. Aber mit dem Verschwinden des russisch-japanischen Gegensatzes im Jahre 1910 (§ 411) verlor für die russische Regierung diese Freundschaft mit England einen ihrer Hauptzwecke, auf den englischen Bundesgenossen Japan in versöhnlichem Sinne einzuwirken. Durch den Tod König Eduards wurde das Verhältnis ein noch kühleres, besonders als nach Iswolskis Rücktritt der von englischen Sympathien freie Minister Sjassonow die Leitung der russischen auswärtigen Politik übernahm. Das wirkte zurück auf das Einvernehmen der beiden Mächte in Persien. Das eigenmächtige Vorgehen Englands im Jahre 1909 (§ 411) bewog den Kaiser von Rußland zu einer Zusammenkunft mit dem deutschen Kaiser in Potsdam, bei welcher durch die Vereinbarungen über die Anerkennung der russischen Einflußsphäre in Nordpersien durch Deutschland und den zukünftigen Anschluß der Bagdadbahn an das russische Bahnnetz (§ 427) Rußland sich von der gegen Deutschland gerichteten Politik einer Triple-Entente lossagte. Diese Abmachungen kamen am 19. August 1911 zur abschließenden Unterzeichnung. Dagegen gelang es England, Frankreich völlig in das Kielwasser seiner Politik hineinzuziehen, ohne jedoch das von den Franzosen sehnlichst erwünschte Wort eines vollen Bündnisses auszusprechen. Der Empfang des neuen Präsidenten Frankreichs Poincaré in London am 24. Juni 1913 war zwar ein sehr warmer und glänzender, aber der König Georg betonte in seiner Begrüßungsrede doch mit besonderem Ausdruck, daß das Ziel, das die beiden Regierungen beständig im Auge behalten haben, die Sache des Friedens sei, und das Wesentlichste ihrer gemeinsamen Interessen in einem geschlossenen Zusammenarbeiten für diesen gesegneten Zweck liege. England war durchaus nicht gewillt, für die Wiedererwerbung Elsaß-Lothringens durch Frankreich mit seiner Heeresmacht einzutreten und den Weltkrieg heraufzubeschwören. Und da die englische Politik auf eine Beschränkung des Balkankrieges (§ 407) auf die Balkanhalbinsel und seine baldige Beendigung bedacht war, so suchte und fand sie Anlehnung in Berlin. Die Spannung zwischen den beiden großen Reichen wurde geringer. Dazu trugen die Kundgebungen der deutschen Regierung über die Ziele des Flottenbaues bei (§ 423); und der Besuch des Königs Georg in Berlin zur Feier der Vermählung der Tochter Wilhelms II., Viktoria Luise, mit dem Sohne des Herzogs von Cumberland, Prinz Ernst August, am 24. Mai 1913 (§ 425) knüpfte ein weiteres freundschaftliches Band zwischen den beiden germanischen Völkern und nützte dem Weltfrieden. Allerdings erhielt der Dreiverband durch den förmlichen Hinzutritt Spaniens eine für die Zukunft bedeutungsvolle Verstärkung. Bei einem Besuche des französischen Präsidenten Poincaré bei dem Könige von Spanien am 11. Oktober 1913 in Cartagena wurde das Abkommen vom Jahre 1907 über Marokko (s. oben) dahin erweitert, daß die in Afrika und Europa befolgte, immer enger verknüpfte und nach den Grundlagen der Verträge von 1904, 1907 und 1912 von beiden Ländern entwickelte Politik sich immer mehr den Gefühlen des Einverständnisses und der herzlichen Freundschaft nähere, die ebensosehr den Interessen wie dem Trachten und den Erfordernissen beider Völker entspräche. Diese Prinzipien würden genaue Anwendung ebenso in der allgemeinen Politik der Kabinette von Paris und Madrid wie in der besonders mit Marokko verknüpften Fragen finden. Damit wurde das Wirkungsfeld Spaniens im Dreiverband festgelegt, und damit auch die scharfe Spitze gegen den Dreibund gegeben.

† Eduard VII 7. Mai 1910

Sfassonow ruff. Minister des Äußern 24. Sept. 1910

Potsdamer Zusammenkunft des deutschen u. russischen Kaisers 3.—5. Nov. 1910

Französisch-Spanisches Abkommen von Cartagena 11. Okt. 1913

§ 404. 3. Die Balkanfrage. a) Die Revolution in der Türkei und der Balkankrieg bargen ebenfalls in den Jahren 1905—1913 ernste Gefahren für den Weltfrieden in sich. Die Wirren in der Türkei, die zur Revolution führten, der Aufstand in Kreta, wobei die Vereinigung der Insel mit Griechenland verkündigt wurde, aber infolge des Eingreifens der Großmächte weitere internationale Entwicklungen verhindert wurden, die

Aufstand in Kreta 26. März 1905

27. Nov. 1905 Verschleppung der Durchführung der im Mürzsteger Programm vorgesehenen Reformen (§ 390), die eine internationale Flottenkundgebung vor Mytilene veranlaßten, die Ausrufung Bulgariens zum unabhängigen Zartum, die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in die österreichisch-ungarische Monarchie (§ 405), die Zusammenkunft des russischen Kaisers und italienischen Königs in Racconigi 24. Okt. 1909 (§ 402), der türkisch-italienische Krieg (§ 418), die Gründung des Balkanbundes und der Balkankrieg versetzten Europa in die größte Aufregung; doch blieb der europäische Friede gewahrt.

Bulgarien Zartum 5. Okt. 1908

Die Lage auf der Balkanhalbinsel wurde in den Jahren 1906—1907 nach wie vor durch die mazedonische Frage bestimmt. Die Bandenkämpfe in Mazedonien dauerten fort, ohne daß die Vorstellungen Österreich-Ungarns und Rußlands in Griechenland, Bulgarien und Serbien und die Forderung eines Verbotes, die Banden zu unterstützen, nennenswerten Erfolg gehabt hätten. Da brachte das Jahr 1908 eine volle Umwälzung der Verhältnisse. Im Anfang dieses Jahres trat Österreich mit dem Plane des Baues einer Bahn durch das Sandschak Novibasar nach Mitrowitza hervor, der um so größeres Aufsehen erregte, als man darin den Anfang einer aktiveren Orientpolitik sehen wollte, die sich gegen slawische Ansprüche und Ziele richte. Sowohl in Rußland wie in den Balkanstaaten wurden die heftigsten Angriffe gegen Österreich erhoben, die auch in der englischen und französischen Presse Widerhall fanden und zugleich Deutschland beschuldigten, Österreich zu solchem Vorgehen gedrängt zu haben. In Wirklichkeit war Deutschland bestrebt, jeden Plan zu unterstützen, der die wirtschaftliche Hebung der Türkei förderte, da darin die beste Verbürgung des Friedens lag. Wien und Berlin stellten sich daher auch freundlich zu dem besonders von Rußland begünstigten Gedanken einer Donau-Adria-Bahn, die eine unmittelbare Verbindung des Schwarzen mit dem Adriatischen Meere herstellen sollte.

27. Jan. 1908

Aber alle diese Fragen traten in den Hintergrund, als am 24. Juli 1908 die Jungtürken die Verfassung von 1876 proklamierten und der Sultan Abdul Hamid die Berufung eines türkischen Parlamentes anordnete. Die am 23. Dezember 1876 von Abdul Hamid selbst verliehene Verfassung (§ 336) war nur wenige Monate in Kraft geblieben, und die Türken, die auf ihre Wiederherstellung drangen, die Jungtürken, wurden ununterbrochen und rücksichtslos verfolgt. Diese jungtürkische Partei, die fast ausschließlich aus europäisch gebildeten, im Auslande lebenden Türken bestand, hatte ihren Mittelpunkt in Paris und war eine durchaus nationale, nicht antidynastische Reformpartei. Zu ihr hielten besonders die Offiziere und Beamten, die zu ihrem Schmerze ihr Vaterland immer mehr die Beute fremder Mächte werden sahen und gerade in dem Eingreifen derselben in die mazedonischen Wirren die schärfsten Anzeichen dafür erblicken mußten. Aus ihnen bildete sich ein über das ganze Reich verbreiteter Geheimbund, in welchem die gegen den Bandenkrieg in Mazedonien organisierten Jägerbataillone eine besondere Stellung einnahmen. Da dieser Geheimbund in einer Zusammenkunft des russischen Kaisers mit dem englischen König in Reval (§ 403) neue Gefahren für den Besitzstand der Türkei fürchtete, so schlug das „Komitee für Einheit und Fortschritt" los, nachdem es sich mit den Griechen und Bulgaren in Mazedonien ins Einvernehmen gesetzt hatte, ebenso wie die Jungtürken mit den Armeniern. Am 3. Juli 1908 gab der Major Niasi Bei am See von Ochrida das Zeichen zur Erhebung. Der Versuch des Sultans, die Bewegung durch den wegen seiner Tatkraft bekannten General Schamsi Pascha mit Truppen aus Mitrowitza niederzuwerfen, scheiterte, da Schamsi Pascha im Auftrag des Komitees in Monastir erschossen wurde. Das III. Korps wie das II. in Adrianopel traten auf die Seite des Komitees, und so faßte der Sultan, bevor er

Proklamierung der türkischen Verfassung von 1876 und Berufung eines türkischen Parlaments 24. Juli 1908

Erhebung Niasi Beis 3. Juli 1908

dazu gezwungen wurde, den Entschluß, auf die Verfassung vom 23. Dezember 1876 zurückzugreifen und sich damit gleichsam selbst an die Spitze der Bewegung zu stellen. Außerdem gewährte er nach dem Wunsche der Jungtürken eine allgemeine Amnestie und die Aufhebung der geheimen Polizei. An Stelle Ferid Paschas wurde der alte Said Pascha zum Großwesir ernannt. So brach in wenigen Tagen das alte Regierungssystem zusammen. Ein Versuch, wenigstens die Ernennung des Großwesirs, des Scheich-ül-Islam (II, § 385), sowie des Kriegs- und Marineministers dem Sultan vorzubehalten, führte zum Wechsel des Kabinetts, und Kiamil Pascha trat an seine Spitze. Obwohl die großen Gegensätze zwischen den einzelnen Rassen und Bekenntnissen sich bald wieder zu regen begannen, wie es sich bei den Wahlen für das Parlament zeigte, das am 17. Dezember von dem Sultan persönlich eröffnet wurde, so besaß doch das Komitee eine Mehrheit, und der allgemeine Wahlspruch: „Das ottomanische Reich den Ottomanen" fand immer größere Zustimmung in der ganzen Türkei.

25. Juli

2. August 1908

Eröffnung des türkischen Parlamentes 17. Dez.

Die neue Verfassung ist das Bild einer konstitutionellen Staatsordnung mit zwei Kammersystemen und den Gewährleistungen der persönlichen Freiheit und Rechtssicherheit. Dem Sultan aber verblieben folgende Rechte: Er ist als oberster Kalifa Schutzherr der muselmännischen Religion. Er ist Souverän und Padischah aller Osmanen. Er ist unverantwortlich, seine Person ist geheiligt. Zu den souveränen Rechten des Sultans gehört: Ernennung und Entlassung der Minister; er verleiht Würden, Ämter und die Insignien seiner Orden; er investiert die Oberhäupter der privilegierten Provinzen in den Formen, die ihnen durch ihre Privilegien verbürgt sind; er läßt die Münzen schlagen; sein Name wird in den Moscheen während der öffentlichen Gebete genannt; er schließt Verträge mit den Mächten und erklärt Krieg und schließt Frieden; er befehligt die Landtruppen und die Kriegsflotte und ordnet die Bewegungen der Truppen an; er läßt die Verordnungen des Scheriat (des heiligen Gesetzes) ausführen; er verfaßt die Vorschriften für die öffentliche Verwaltung; er erläßt oder lindert die von den Kriminalgerichten verhängten Strafen; er beruft und vertagt das Parlament (l'Assemblée Générale), löst, wenn er es für nötig hält, die Kammer der Abgeordneten auf und läßt danach zur Neuwahl schreiten.

§ 405. b) Bulgarien, Serbien, Bosnien und die Herzegowina; türkischer Thronwechsel, fortdauernde innere Kämpfe. Der für die Türkei so notwendige Friede wurde beinahe durch neue unerwartete Ereignisse jäh vernichtet. Eine diplomatische Etikettenfrage führte zu einer Spannung mit Bulgarien, dessen Fürst gerade mit besonderen Ehren in Budapest von dem österreichischen Kaiser empfangen wurde, als die bulgarische Regierung einen Ausstand auf den Orientalischen Bahnen benutzte, um die von einer Gesellschaft gepachteten, rechtlich der Pforte gehörenden Strecken in Ostrumelien zu besetzen. Diese Gewalttat fand auch in ganz Europa eine allgemeine Verurteilung. Noch höher aber stieg in der Türkei die Entrüstung, als Bulgarien sich als unabhängiges Zartum proklamierte und diese Unabhängigkeit auch auf Ostrumelien ausdehnte. Zufällig fiel diese Losreißung von der Türkei mit der Mitteilung Österreich-Ungarns an die Signatarmächte des Berliner Vertrages (§ 338) zusammen, daß es die bisher besetzten Provinzen Bosnien und die Herzegowina sich einverleiben und seine Garnisonen aus dem Sandschak zurückziehen werde. Auch Kreta kündigte in denselben Tagen seine Vereinigung mit Griechenland an, die aber von diesem am 9. Oktober abgelehnt wurde. Diese Vereinigungsversuche wurden auch 1911 und 1912 wiederholt. Aber der besonnenen Politik des leitenden Ministers Weniselos gelang es, diese Kretafrage trotz aller von den ungeduldigen Inselbewohnern ausgehenden Versuchungen sich selbst und den Schutzmächten zu überlassen. Der kretische Regierungschef Weniselos hatte im August 1910 ein Mandat zur griechischen Nationalversammlung angenommen, hatte hier rasch eine führende Stellung gewonnen und war am 18. Oktober zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Unter seiner straffen und zielbewußten Leitung kam auch die Verfassungsreform zustande. Die Pforte erhob Einspruch gegen die Losreißung Bulgariens und die Angliederung der Provinzen an Österreich und verlangte

24. Sept. 1908

Proklamierung Bulgariens als unabhängiges Zartum 5. Okt. 1908

Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in Österreich-Ungarn 5. Okt. 1908

Ministerium Veniselos in Griechenland 18. Okt. 1910

eine Regelung der Angelegenheit durch eine Konferenz der Signatarmächte des Berliner Vertrages, denen Rußland schon vorher die Entscheidung der Bahnfrage hatte übertragen wollen. Der russische Minister Iswolski verhandelte in Paris und London über das Programm für eine solche Konferenz und regte höchstwahrscheinlich, aber vergeblich, die Aufhebung der Sperrung der Meerengen an, worauf England nicht eingehen wollte. Zugleich setzte in Serbien eine äußerst kriegerische Stimmung ein, die sich gegen Österreich-Ungarn richtete und Landentschädigungen für die Eindämmung der großserbischen Pläne verlangte. Auch Montenegro stellte Forderungen, und beide Staaten sandten
Nov. 1908 Minister und Generale durch Europa, Serbien sogar den Kronprinzen Georg nach Petersburg, um ihre Wünsche darzulegen.

Die Balkanstaaten und Österreich, das sich einer allgemeinen Konferenz nicht abgeneigt zeigte, aber eine Erörterung über die Rechtmäßigkeit seines Vorgehens unbedingt ablehnte, begannen zum Kriege zu rüsten, und in der Türkei wurde von dem Komitee eine Sperre gegen österreichisch-ungarische Waren veranstaltet, die mit steigender Schärfe durchgeführt wurde und in der Donaumonarchie sehr böses Blut machte. Rußland aber und vor allem England suchten Europa nicht nur gegen Österreich, sondern auch gegen Deutschland aufzuhetzen, das man mit großem Unrechte beschuldigte, es habe Österreich zu der Einverleibung der Provinzen veranlaßt oder wenigstens darum gewußt. Frankreich dagegen nahm eine zuwartende und Deutschland gegenüber nicht unfreundliche Stellung ein. Der österreichische Minister v. Aehrenthal sowie der deutsche Reichskanzler Fürst v. Bülow ließen keinen Zweifel über die Haltung der beiden Staaten aufkommen. Fürst Bülow versicherte mehr wie
Reichstagsreden Bülows einmal, so besonders in verschiedenen Reichstagsreden, unter der Zustimmung des ganzen deutschen Volkes, daß er in jeder Weise für den Frieden eintreten,
7. Dez. 1908, 29. März 1909 aber unter allen Umständen treu an dem Bündnis mit Österreich-Ungarn festhalten werde. Diese feste Haltung der beiden engverbündeten Staaten führte denn auch im Anfang des Jahres 1909 einen vollen Umschwung zum Frieden herbei. Die Sonderverhandlungen zwischen Österreich und dem an Stelle Kiamil Paschas getretenen Großwesir Hussein Hilmi Pascha, dessen Kabinett sich vorwiegend aus Jungtürken bildete, bewirkten die Verständigung der beiden
Verständigung der Pforte mit Österr.-Ungarn Mächte. Österreich verzichtete auf alle Rechte im Sandschak Novibasar. Das Abkommen vom 21. April 1879 (§ 338), ebenso der Einspruch
21. Febr. 1909 der Pforte gegen die Entschließung der österreichisch-ungarischen Regierung über Bosnien und die Herzegowina, ferner alle andern dieser Entschließung widersprechenden Verfügungen und Abmachungen der beiden vertragschließenden Teile wurden aufgehoben und festgestellt, daß jede Meinungsverschiedenheit bezüglich der beiden Provinzen beseitigt ist, und daß die türkische Regierung ausdrücklich den neuen Zustand anerkennt. Dies Ab-
25. März 1909 kommen wurde von den europäischen Großmächten anerkannt und vor allem von Rußland ohne jeden Vorbehalt angenommen. Die türkische Abgeordneten-
5. April kammer genehmigte es in einer geheimen Sitzung am 5. April.

Damit war auch die friedliche Beilegung der bulgarischen und serbischen Fragen ermöglicht worden. Die türkisch-bulgarischen Verhandlungen brachten Anfang April 1909 fast in allen Punkten eine Verständigung. Die Proklamation Bulgariens zu einem Zartum wurde als vollendete Tatsache angenommen und von den Großmächten Ende April bestätigt; auch die Geldentschädigung wurde festgesetzt. Die Frage der Eisenbahn aber sollte einer späteren Regelung vorbehalten bleiben. Serbien, dessen Kriegsstimmung im Vertrauen auf Rußlands und Englands Unterstützung bis zum Siedepunkt gestiegen war, und das unter dem Einfluß des Kronprinzen Georg die bosnisch-herzegowinische Frage unbedingt nicht als eine Sonderangelegenheit der Türkei und Österreichs, sondern als eine europäische und nur durch die Großmächte zu entscheidende angesehen wissen wollte, wurde von diesen gezwungen, seine

Rüstungen einzustellen und Frieden zu halten. Der Kronprinz Georg verzichtete auf seine Thronfolgerechte zugunsten seines Bruders Alexander, und in einem Kronrat nahm der König Peter diesen Verzicht an. Ebenso wurden zum Frieden führende Verhandlungen zwischen Österreich und Montenegro eingeleitet. Verzicht des serbischen Kronprinzen auf d. Thron 27. März 1909

Mit der Erledigung dieser Fragen schien das wichtige Balkanproblem ausgeschaltet, das geeignet war, einen Weltbrand zu entzünden. Die kretische Frage und die mazedonischen Reformfragen blieben wohl noch übrig, aber sie boten keinen Anlaß zu schwereren Verwicklungen, besonders in Mazedonien, da die Mazedonier jetzt im türkischen Parlamente vertreten waren und für die Besserung ihrer Lage wirken konnten.

Da flammte im Jahre 1909 der Zündstoff von neuem auf. Die Ermordung Hassan Fehmis, des Chefredakteurs des liberalen Blattes „Serbusti", ermutigte die Gegner des jungtürkischen Komitees zu einem Gegenschlage; sie veranlaßten die Truppen zu meutern und die Regierung wie den Kammerpräsidenten Achmed Riza abzudanken. Der Justizminister Nazim Pascha wurde ermordet. Ein Irade des Sultans sicherte den aufrührerischen Soldaten völlige Straflosigkeit zu. Die reaktionären Elemente schienen die Oberhand zu gewinnen, besonders da die Geistlichkeit gegen die Jungtürken aufhetzte, die beschuldigt wurden, den Scheriat (§ 404) und die alttürkischen Sitten und Gebräuche vernichten zu wollen. Aber diese gingen nun, ihre Fehler einsehend, mit einer staunenswerten Ruhe, Umsicht und Tatkraft vor. Schon am 15. April begann unter der Führung Mahmud Schefket Paschas der Anmarsch der jungtürkischen Truppen gegen Konstantinopel; Tausende von Freiwilligen aller mazedonischen Nationen schlossen sich ihnen an, und schon am 17. trafen die Spitzen derselben in Tschataldscha ein. Der Sultan suchte sie vergebens zur Rückkehr zu bewegen; in Konstantinopel herrschte die größte Verwirrung, während in San Stefano das Parlament unter dem Präsidium Achmed Rizas als Nationalversammlung zusammentrat. Am 24. April zogen nach einem wohldurchdachten Plane die jungtürkischen Truppen in Konstantinopel ein und eroberten nach blutigen Kämpfen mit den in den Kasernen oder im Jildis-Kiosk verschanzten Sultanstruppen, die sich am 25. ergaben, die Stadt, über welche der Belagerungszustand verhängt wurde. Am 27. April sprach dann das Parlament die Absetzung Abdul Hamids aus und proklamierte seinen Bruder Mohammed Reschad unter dem Namen Mohammed V. zum Padischah; er ernannte Hüssein Hilmi Pascha zum Großwesir. Abdul Hamid wurde nach Saloniki gebracht und dort in strengem Gewahrsam gehalten. Die Großmächte erkannten Mohammed V. als Sultan an.

Aufstand gegen die jungtürkische Herrschaft 13. Apr. 1909

Vormarsch der Jungtürken gegen Konstantinopel 15. April

22. April

Konstantinopel von den Jungtürken erobert 24. u. 25. Apr.

Absetzung Abdul Hamids Mohammed V. Sultan 27. April 1909

Aber die Türkei hatte doch noch schwere Zeiten zu überstehen. Vier gefährliche Aufstände forderten große Opfer und spannten in den Jahren 1910 bis 1913 die Finanzen wie die militärische Kraft auf das äußerste an. Davon konnte nur der im Libanon niedergeschlagen werden. In Albanien mußte eine Amnestie erlassen und allerlei Zugeständnisse gemacht werden, wobei auch im Jahre 1911 nur durch das Eingreifen der Großmächte ein kriegerischer Zusammenstoß mit Montenegro, dessen Fürst im Jahre 1910 durch Genehmigung des einstimmigen Beschlusses der Skupschtina den Titel Nikolaus I. König von Montenegro angenommen hatte, verhütet werden konnte. Im arabischen Jemen brachte das wirkliche Ende des Aufstandes erst der Ausbruch des tripolitanischen Krieges (§ 418), der das mohammedanische Gemeingefühl aufregte, das auch schon von Bedeutung war bei einem tripolitanisch-tunesischen Grenzstreite im Jahre 1910. Die französische Botschaft in Konstantinopel hatte bei einer Grenzfrage über ein zwischen Tunis und Tripolis strittiges Gebiet die Zurückziehung der türkischen Truppen aus diesem gefordert. Die Türkei wollte nicht darauf eingehen, weil sie immer noch an der Auffassung festhielt, daß Tunis türkische Provinz sei. Der Streit wurde dadurch beigelegt, daß Frankreich versprach, nur tunesische Beamte und Offiziere zu entsenden, die mit den türkischen Delegierten verhandeln sollten. Dadurch wurde der Schein gewahrt, als sei

Montenegro Königreich 29. Aug. 1910

7. Jan. 1910

14. Februar

Tunis noch türkischer Vasallenstaat unter französischem Protektorat. Als dann
2. Sept. 1910 die französische Regierung den Versuch einer türkischen Anleihe in Paris
scheitern ließ, weil die Türkei die daran geknüpften politischen Bedingungen, die
den französischen Vertretern im Finanzamt und bei der „Banque ottomane eine
Kontrolle über das türkische Budget verschafft" haben würden, nicht annehmen
22. Sept. wollte und auch England aus Rücksicht auf die französische Politik sich gegen
diese Anleihe erklärte, halfen deutsche und österreichische Banken der Türkei aus
9. November der Verlegenheit, was in der Türkei einen vortrefflichen Eindruck machte. Aber
diese Sympathien für Deutschland erlitten im Jahre 1911 eine bedenkliche
Schwächung durch das Verhalten der deutschen Regierung in dem tripolitanischen
Kriege (§ 418) und in den persischen Verwicklungen (§ 414). Das Jahr 1911
war auch in betreff der inneren türkischen Verhältnisse unerfreulich. In ihren
einzelnen Verkettungen dauernd undurchsichtig, erschwerten Intrigen innerhalb
des jungtürkischen Komitees, seiner Kammerpartei und der Opposition der Regierung
das Leben und Wirken fast ohne Unterbrechung. Der Ausbruch des Krieges
25. Sept. 1911 mit Italien stürzte das Kabinett Hakki Pascha, und Said Pascha wurde zum
Großwesir ernannt.

Aber die innere Zerrüttung nahm in erschreckendem Maße zu. In der
Kammer erhielt der abgeänderte Artikel 35 der Verfassung, nach dem der Sultan
das Recht hatte, die Kammer auch ohne Zustimmung des Senates aufzulösen und zu
vertagen, nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Sie wurde mit Genehmigung
Auflösung der Kammer 15. Jan. 1912 des Senates am 15. Januar 1912 aufgelöst. In der neuen Kammer wurde
allerdings der Artikel angenommen, aber der Übereifer der Komiteepartei rief
eine stärkere Strömung der liberalen Partei und anderer Gegner hervor, die die
Albanischer Aufstand Mai 1912 im Mai in Albanien wieder ausgebrochene Bewegung gegen die Regierung für
sich ausnutzten. Die nach Albanien gesandten Truppen, Nisam (stehendes Heer)
und Redifs (Landwehrleute), zeigten Unlust gegen mohammedanische Brüder zu
kämpfen, und am 22. Juni zog ein Hauptmann Tajar mit 82 Mann und einigen
Offizieren in die Berge am Ochridasee, indem er erklärte, daß er eine Pflicht
erfülle, wenn er dieser Regierung den Gehorsam kündige; denn die Regierung
und die Komiteepartei führten das Land ins Verderben. Er fand Anhänger,
und die Regierung wagte keine ernste Verfolgung. Nun entstanden mehrere
Offiziersbünde, die ebenfalls die Beseitigung der Regierung verlangten, damit
das Land unter verständiger Leitung dem ruhigen Fortschritt leben und das
Heer sich der Einmischung in die Politik enthalten könne. Vor ihrem Drohen
Rücktritt Mahmud Schefkets 9. Juli trat am 9. Juli der Kriegsminister Mahmud Schefket zurück, nachdem er noch
kurz vorher am 3. Juli ein Gesetz in der Kammer durchgebracht hatte, das den
Offizieren die Teilnahme an der Politik unter Androhung strenger Strafen verbot.
Es war viel zu spät für dieses Gesetz und für die schwache Regierung der un-
geeignetste Augenblick, den Offizieren das zu untersagen, wozu sie der Eid auf
die Verfassung verpflichtete. Während nun zwischen den albanischen Aufständischen
und den Truppen sich eine Annäherung vollzog, schlugen die Wellen über dem
Rücktritt des Großwesirs Said 15. Juli 1912 Kabinett zusammen. Am 15. Juli trat der Großwesir Said zurück und am
23. Juli bildete der 80jährige General Ghasi (der Siegreiche) Achmed
Achmed Mukthar Großwesir 23. Juli Mukthar, der 1877 und 1878 in Armenien die Russen geschlagen hatte, eine
neue Regierung. Sie schloß ein Bündnis mit der Offiziersliga ab, die die Unter-
drückung politischer Umtriebe in der Armee versprach. Aber dadurch erreichte
der Streit zwischen der Regierung und der Kammer den Höhepunkt. Die Kammer
erklärte sich in Permanenz und forderte Rechenschaft über die Vorgänge im
Heere. Da stellte die Regierung die Feindseligkeiten in Albanien ein, wo am
26. Juli Prisiina von 10000 Arnauten genommen worden war, machte weit-
Auflösung der Kammer 5. August gehende Zugeständnisse nnd ging schärfer gegen die Kammer vor. Die für den
5. August bestimmte zweite Auflösung wurde zwar von der Kammermehrheit
durch schleunige Vertagung ihrer Bedeutung entkleidet, aber die Neuwahlen
wurden doch für den 15. Oktober festgesetzt. Doch ehe sie erfolgten, war ein

neuer verhängnisvoller Krieg der Balkanvölker gegen die Türken ausgebrochen.

§ 406. c) Der Balkanbund und seine Vorgeschichte. Die zu dem Balkanbunde vereinigten Staaten Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro hatten im Anfange des Oktober 1912 die Waffen gegen die Türkei erhoben. Die ersten Anregungen zu diesem bis dahin geheimgehaltenen und nun die ganze Welt überraschenden Bunde der vier Staaten wurzelten, wie der beste Beurteiler der Balkanverhältnisse, der Vertreter der Londoner „Times", darlegt, in der Enttäuschung, die nach dem russisch-türkischen Kriege von 1877/78 und dem Berliner Kongreß (§§ 337 und 338) in allen Balkanländern die Gemüter erfaßt hatte. In Serbien tauchte zuerst der Gedanke daran auf, auch Bulgarien war ihm nicht abgeneigt. Aber durch den Anschluß Ostrumeliens an Bulgarien, durch den serbisch-bulgarischen Krieg, dann durch die Thronentsagung des Battenbergers und die ersten stürmischen Jahre unter seinem Nachfolger Ferdinand wurde der Plan lange aufgeschoben. Erst 1891 wurde er in Griechenland wieder aufgenommen, aber die von dem Minister Trikupis in Belgrad und Sofia gemachten Vorschläge eines Krieges gegen die Türkei und der Aufteilung ihrer europäischen Besitzungen wurden wegen der Zeitverhältnisse nicht angenommen. So schlummerte der Plan volle zwanzig Jahre. Bulgarien wünschte sehnlichst die Herstellung des Mazedoniens vor den Bestimmungen von San Stefano als selbstherrlichen Staatswesens unter türkischer Souveränität. Rußland bemühte sich, die slawischen Balkanstaaten unter seiner Führung zusammenzubringen, während Österreich-Ungarn sie auseinanderzuhalten suchte. Der Ausbruch des griechisch-türkischen Krieges brachte die beiden Großmächte zusammen, um Serbien und Bulgarien zu verhindern, ebenfalls gegen die Türkei vorzugehen. Dann ebneten die türkischen Wirren, die Nöte Mazedoniens, die kurzsichtige Politik im Verkehr mit Bulgarien und Griechenland, der langdauernde Boykott des griechischen Geschäfts in der Türkei dem von unten kommenden Einigungsdrang zwischen beiden Völkern auch in Bulgarien und Griechenland den Pfad. Was noch fehlte, tat die den Jungtürken zuliebe in Kreta gemachte Schwenkung der Schutzmächte, die in Athen zur Umwälzung des Militärbundes führte und Weniselos, den eigentlichen Gründer des Balkanbundes, nach Athen brachte. Obwohl die Pforte durch Österreich-Ungarn wiederholt wegen des Zusammenrückens der slawischen Balkanstaaten und der Verbindung zwischen Bulgarien und Griechenland gewarnt wurde, blieben die Jungtürken taub und setzten die Verfolgung der christlichen Elemente in Mazedonien und die „Beseitigung" von bulgarischen und griechischen Notabeln fort. So erhielten die vollständig geheimgeführten Verhandlungen zwischen Athen und Sofia immer festere Gestaltung. Dann begannen auch die serbisch-bulgarischen Vorbesprechungen.

Ende September 1911 gab der Ausbruch des italienisch-türkischen Krieges (§ 418) sämtlichen Balkanstaaten Veranlassung, den bis dahin unbestimmten Einigungsplänen näherzutreten. Zuerst kam trotz der vielen Reibungspunkte zwischen Bulgarien und Serbien, besonders durch das Eingreifen des tatkräftigen russischen Gesandten von Hartwig, der im Oktober 1909 nach Belgrad gekommen war, am 13. März 1912 der Bündnisvertrag zwischen diesen beiden Staaten zustande. In ihm wurde das Bündnis als reiner Verteidigungsbund bezeichnet, und die Verbündeten einigten sich, sich jeden Angriffs gegen die Türkei zu enthalten, aber einander zu unterstützen, um für ihre Nationalitäten im türkischen Reiche die politischen und verfassungsmäßigen Rechte zu erlangen, auf die sie Anspruch besäßen. Auch über die für den Fall eines erfolgreichen Ausganges eines Krieges mit der Türkei geplante Gebietsteilung wurden Abmachungen in dem Vertrage getroffen, während die militärischen Vereinbarungen in einem besonderen Übereinkommen niedergelegt wurden.

Bündnisvertrag zwischen Bulgarien und Serbien 13. März 1912

Am 29. Mai 1912 wurde nach den Verhandlungen des bulgarischen Ministers Geschow und des griechischen Gesandten Panas in Sofia der förmliche

Bündnisvertrag zwischen Bulgarien u. Griechenland 29. Mai 1912

Bündnisvertrag zwischen Bulgarien und Griechenland abgeschlossen; er erhielt eine erhöhte Feierlichkeit dadurch, daß die beiden Könige ihn unterzeichneten. In den allgemeinen Zügen war er dem bulgarisch-serbischen ähnlich.

Im September 1911 während des italienisch-türkischen Krieges hatte auch der König von Montenegro, Nikolaus, der stets für eine Verbindung der christlichen Balkanstaaten gegen die Türkei eingetreten war, Serbien, Bulgarien und Griechenland Vorschläge zu gemeinsamem militärischen Vorgehen gemacht. Serbien lehnte zuerst ab, aber nachdem Griechenland und Bulgarien auf den Vorschlag eingegangen waren, änderte auch dieser Staat seine Anschauung, und nach einem Besuche des Kronprinzen Danilo in Sofia im Jahre 1912 bestand bereits eine mehr oder weniger bestimmte Rücksprache zwischen Montenegro und den übrigen drei Staaten. Mit Bulgarien nahm sie im April 1912 eine festere Gestalt an. Kurz nachher wurde mit Griechenland ein Einvernehmen auf Grund des Zusammenwirkens für die christlichen Nationalitäten der Türkei abgeschlossen. Schriftliche Abmachungen wurden nicht getroffen. Dagegen wurde im September ein förmlicher Bündnisvertrag mit Serbien abgeschlossen, unter dessen Bestimmungen die besonders bemerkenswert war, die gesondertes militärisches Vorgehen verfügte. Keine türkische Stadt oder sonstige Ortschaft sollte von serbischen oder montenegrinischen Truppen gemeinsam besetzt werden. Im Kriege selbst ist es dann auch nur zu wenigen Reibungen zwischen den beiden Heeren gekommen. So kann also von einem Balkan-Bündnisvertrag, durch den sich die vier Staaten vor Ausbruch des Krieges zu einer gemeinsamen Aktion gegen die Türkei verpflichteten, keine Rede sein. Dann nahmen auch die Ereignisse, die zum Kriege führten, eine so rasche Entwicklung, daß es nicht möglich war, einen Bündnisplan aufzustellen, der für die militärischen Operationen feste Anordnungen vereinbarte und Grundsätze über eine Teilung des eroberten Gebietes vorsah.

§ 407. d) Der Balkankrieg. 1. Der Krieg des Balkanbundes mit der Türkei. Noch dauerte der türkisch-italienische Krieg (§ 418) fort, noch wollte sich eine Lösung der inneren Krisis (§ 405) nicht finden lassen, da begann es in den Balkanstaaten zu wetterleuchten und den schweren Gewittersturm, der vernichtend über die Türkei dahingehen sollte, anzukündigen. In Koschana explodierten am 2. August 1912 ein paar wahrscheinlich von bulgarischer Seite geworfene Bomben, wobei eine Anzahl Bulgaren und Mohammedaner ums Leben kamen. Die Folge war in Koschana ein von der mohammedanischen Bevölkerung unter den Bulgaren angerichtetes Blutbad und in Sofia der Ruf der Volksmenge nach Krieg. Am 3. August fand ein blutiger Zusammenstoß zwischen türkischen und montenegrinischen Soldaten an der Grenze statt, doch wurde der Konflikt wieder beigelegt. Auch in Albanien wurde die Lage schwieriger. Obwohl von Belgrad wie von Sofia jede feindliche Absicht gegen die Türkei geleugnet wurde, so wurden die Anzeichen des Zusammengehens der Balkanstaaten doch immer deutlicher, so daß die Türkei im September unauffällige militärische Maßregeln vornahm, die dann in Belgrad, Sofia, Athen und Cettinje zu Beschwerden und am 30. September zur Mobilmachung der gesamten Truppen führte. Nun machte auch die Türkei am 1. Oktober mobil; sie hatte inzwischen, um die Hände frei zu bekommen, Verhandlungen mit Italien begonnen, die am 18. Oktober den Frieden brachten (§ 418).

Bombenattentat in Koschana 2. Aug. 1912

Mobilmachung der Balkanstaaten 30. Sept.

Mobilmachung der Türkei 1. Oktober

Da versuchten die Großmächte, denen alles daran lag, den Frieden zu erhalten, um nicht einen allgemeinen europäischen Krieg zu entzünden, durch eine gemeinsame Note, die am 8. Oktober durch Rußland und Österreich den Balkanstaaten und der Türkei übergeben wurde, den Krieg zu verhindern.

Kollektivnote der Großmächte 8. Oktober

Sie erklärten: „1. Daß die Mächte jede Maßregel, die geeignet wäre, eine Störung des Friedens herbeizuführen, energisch mißbilligen; 2. daß sie, gestützt auf den Artikel 23 des Berliner Vertrages (§ 338), die Verwirklichung der Reformen in der Verwaltung der

europäischen Türkei im Interesse der Bevölkerung in die Hand nehmen werden, wobei es sich verstehe, daß die Reformen keine Verletzung der Souveränität des Sultans und der territorialen Integrität des Ottomanischen Kaiserreichs mit sich bringen. Diese Erklärung behält übrigens den Mächten die Freiheit zu einer gemeinschaftlichen weiteren Prüfung der Reformfrage vor; 3. sollte trotzdem der Krieg zwischen den Balkanstaaten und dem Türkischen Reich ausbrechen, so werden die Mächte beim Ausgang des Kampfes keine Änderung des territorialen Statusquo der europäischen Türkei zulassen. Die Mächte werden bei der Pforte gemeinsame Schritte im Sinne der vorstehenden Erklärung unternehmen."

Kaum jemals in der Weltgeschichte hat die Diplomatie in voller Verkennung der maßgebenden Verhältnisse eine so schwere Enttäuschung und eine so empfindliche Beschämung ihrer Tätigkeit erlitten, als wie mit der Erklärung der Aufrechterhaltung des territorialen Statusquo der Türkei. Die aus jahrhundertelangem, sehnsüchtigem Erwarten der Befreiung von der mohammedanischen Herrschaft aufgerührten Leidenschaften der christlichen Balkanvölker gingen, wie sich bald zeigte, ohne Zögern über die Erklärung der Großmächte hinweg. Sie kam auch schon zu spät. Zwar gab die Pforte zu gleicher Zeit ihren Willen kund, die 1880 beschlossenen Reformen nun durchzuführen, aber kaum zwei Stunden vor der Überreichung der Erklärung kündigte Montenegro der Pforte den Krieg an und eröffnete sofort die Feindseligkeiten. Die Türken räumten ihre Stellungen, am 14. Oktober nahmen die Montenegriner den Ort Tuzi, und am 17. Oktober erklärten Bulgarien, Serbien und Griechenland den Krieg. Und nun brach mit einer völlig unerwarteten Schnelligkeit die Macht der Türkei zusammen, deren Soldaten in den früheren Kriegen durch ihre oft fast unglaubliche Widerstandsfähigkeit die allgemeine Bewunderung erregt hatten. Es war daran schuld nicht die Feigheit der Truppen, die sich vortrefflich schlugen, nicht die schlechte Beschaffenheit der Kruppschen Kanonen oder die ungenügende Ausbildung durch die wenigen deutschen Offiziere im türkischen Heere, wie die Franzosen mit schadenfrohem Höhnen auf Deutschland behaupteten, sondern die völlige Nichtachtung jeder Kriegsvorbereitung durch das türkische Kriegsministerium, der Mangel an Lebensmitteln, der Gegensatz zwischen christlichen und mohammedanischen Soldaten, die entsetzlich in den Reihen der Türken wirkende Cholera und schließlich die inneren Wirren, die die Politik in die Armee hineingetragen hatten. Die Gegner hatten aber seit Jahren alles vortrefflich und zielbewußt zu dem Kriege vorbereitet und waren so vornherein als Angreifer im Vorteil. Der Krieg brachte beiden Teilen ungeheure Verluste an Menschen, Material und Geld, deren Höhe erst später festgestellt werden kann; er wurde dabei, wenn auch die Berichte beider Teile wenig glaubhaft waren, mit einer entsetzlichen Grausamkeit geführt, über die ebenfalls erst später die Wahrheit sich wird ermitteln lassen.

Montenegros Kriegserklärung 8. Oktober

Tuzi von den Montenegrinern genommen 14. Oktober

Kriegserklärung Bulgariens, Serbiens, Griechenlands 17. Oktober

Am wenigsten Erfolg hatten die Montenegriner, die Stadt Skutari wehrte sich lange Zeit hindurch. Den sie deckenden Berg Tarabosch vermochten die Montenegriner trotz mehrfacher verlustreicher Gefechte nicht zu nehmen, erst am 22. April 1913 konnten sie, unterstützt von einzelnen serbischen Truppen, trotz des entschiedenen Verbotes der Großmächte in Skutari einziehen.

Skutari von den Montenegrinern genommen 22. Apr. 1913

Die Bulgaren dagegen schlugen mit ihrem Hauptheer am 22. und 23. Oktober bei Kirk-Kilisse die Türken und umschlossen mit dem zweiten Heere das wichtige Adrianopel.

Sieg der Bulgaren bei Kirk-Kilisse 22. u. 23. Okt.

Mit dem dritten Heere drangen sie in Mazedonien ein, um dort den Serben und Griechen die Hand zu reichen. Der Versuch der Türken, die Bulgaren von Adrianopel wieder zurückzudrängen, wurde durch die fünftägige Schlacht bei Lüleh Burgas vom 29. Oktober bis 2. November vereitelt; sie gingen auf Tschorlu und dann auf die letzte Schutzwehr Konstantinopels, auf die stark befestigten und zum Teil durch Sümpfe gedeckten Linien von Tschataldscha zurück, nachdem sie noch auf diesem Rückzuge am 4. bis 5. November eine zweite Niederlage zwischen Sarai und Tschorlu erlitten hatten. Ein Friedensgesuch der Türken wurde von den Bulgaren, die von ihrem völligen Siege überzeugt waren, nicht beachtet; aber in der viertägigen Schlacht vom 17. bis 20. November konnten sie die Türken nicht besiegen, die Verstärkungen aus Kleinasien herangezogen hatten. Die Verluste der

Sieg der Bulgaren bei Lüleh Burgas 29. Okt. bis 2. Nov.

Sieg der Bulgaren bei Tschorlu 4./5. Nov.

Schlacht an der Tschataldschalinie 17.—20. Nov

Bulgaren bis zum 20. November wurden auf 60 bis 70000 Mann berechnet. Doch erst am 11. Februar 1913, nachdem schon die Friedensverhandlungen begonnen hatten und ein Waffenstillstand (vom 3. Dezember 1912 bis 3. Februar 1913) geschlossen war (s. unten), gingen die Bulgaren wieder vor. Sie nahmen am 3. Februar die Beschießung von Adrianopel auf und drängten am 4. Februar auf der Halbinsel Gallipoli die Türken auf die Linie von Bulair zurück. Türkische Landungsversuche vom 5. bis 7. Februar bei Rodosto auf Gallipoli und bei Midia blieben erfolglos, ebenso mißlang am 8. Februar ein türkischer Vorstoß auf Gallipoli und weitere Landungsversuche bei Scherköj. Dann zogen sich die Bulgaren von der Tschataldschalinie etwa sechs Kilometer zurück und nahmen neue Stellungen ein. Am 25. März begannen sie den allgemeinen Sturm auf Adrianopel, das sie am 26. mit etwa 50000 Mann, unter ihnen auch der Kommandant Schükri Pascha, eroberten.

Adrianopel von den Bulgaren erobert 26. März 1913

Die Serben besetzten am 22. Oktober Prischtina, am 23. Novibazar, wo auch eine montenegrinische Abteilung erschien, schlugen am 24. die Türken vollständig bei Kumanowo und nahmen auch an demselben Tage Sienitza im Sandschak. Es zeigte sich durch die Besetzung des Sandschak klar, wie verfehlt der Verzicht Österreichs (§ 405) auf dieses wichtige Gebiet gewesen war. Der Weg nach dem Adriatischen Meere stand den Serben offen, wo am 29. November Durazzo von ihnen besetzt wurde. Am 26. Oktober rückten die Serben in ihre alte Zarenstadt Üsküb ein, am 28. in Mitrowitza und am 31. in Prizrend. Am 2. November hielt König Peter in Üsküb einen glanzvollen Einzug. Am 5. November wurden die Türken aus Prilep und Ipek herausgeschlagen, am 18. aus Monastir, wo sie mehrere tausend Mann und 66 Kanonen verloren. Zu bedeutenderen Kämpfen zwischen den Türken und Serben kam es nicht weiter.

Sieg der Serben bei Kumanowo 24. Oktober

Einzug König Peters in Üsküb 2. Nov. 1912

Monastir von den Serben genommen 18. Nov.

Noch bevor die Griechen den Krieg eröffneten, sprach schon am 14. Oktober Kreta die so lang ersehnte Vereinigung mit Griechenland aus, und die kretischen Abgeordneten traten mit großem Beifall begrüßt in die griechische Kammer ein. Am 19. Oktober begannen die Griechen dann den Kampf mit der Blockade von Prevesa und der anschließenden türkischen Küste, dem Angriff auf Tenedos und der Besetzung von Elassona durch das Landheer unter dem Kronprinzen Konstantin. Am 21. Oktober landeten griechische Truppen auf Lemnos und in Diskate. Am 23. Oktober schlugen sie die Türken bei Serfidje, besetzten am 1. November die Insel Samothrake, am 2. Jenidze und zogen am 8. November in Saloniki ein. Von hier war schon am 31. Oktober der Exsultan Abdul Hamid, der seit 1909 im dortigen Landhaus Allatini gefangen gehalten wurde (§ 405), auf dem deutschen Stationskreuzer „Loreley" nach Konstantinopel geführt und im Palast Beyler Bei an der asiatischen Seite des Bosporus untergebracht worden. Der König Georg verlegte seinen Hofhalt nach Saloniki, das auch zum Teil von bulgarischen Truppen besetzt wurde. Der Führer Theodoroff erließ sogar am 2. Dezember eine geharnischte Erklärung, daß nicht die Griechen, sondern die Bulgaren die eigentlichen Eroberer von Saloniki seien. Am 18. Dezember erschien König Ferdinand selbst in der Stadt, um den König Georg zu besuchen, reiste aber schon am 20. mit seinen beiden Söhnen Boris und Kyrill wieder ab. Die Eifersucht und Zwietracht zwischen den beiden Verbündeten führte dann später zur Vertreibung der Bulgaren (§ 409). König Georg wurde am 18. März 1913 von einem Griechen, Alexander Séhinas, auf einem Spaziergang meuchlings erschossen. Ihm folgte sein Sohn Konstantin. Am 21. November besetzten die Griechen Mytilene, ohne Widerstand zu finden. Dem von den andern Mächten mit den Türken am 3. Dezember abgeschlossenen Waffenstillstand (s. unten) traten sie nicht bei, sondern führten den Krieg fort, weil sie sonst den Türken das Meer zur Beförderung frischer Truppen aus Asien nach Europa hätten freigeben müssen, während sie so auf eine einzige kleinasiatische Eisenbahn beschränkt blieben. Sie beschossen am 4. Dezember Valona, errangen aber in Albanien und Epirus keine weiteren Erfolge. Auch die Seegefechte vor den Dardanellen am 16. Dezember entschieden nichts. Am 15. Januar konnten die Türken einen kleinen Erfolg aufweisen; ihr Kreuzer „Medjidie" durchbrach die griechische Flotte und beschoß Syra, und am 18. Januar 1913 konnten sie nach einem allerdings für die Griechen glücklichen Seegefecht bei Tenedos doch wieder in die Dardanellen zurückkehren. Am 31. Januar vernichtete der türkische Kreuzer „Hamidije", der auf der Heimfahrt vom Suezkanal wundersame Irrfahrten unternahm, bei Astropalia drei griechische Truppenschiffe, am 6. März versenkte er vor der Bucht von Hagion Oros drei weitere griechische Schiffe und beschoß am 12. März Durazzo und San Giovanni di Medua. Dagegen errangen die Griechen am 6. März 1913 einen entscheidenden Sieg bei Janina, so daß Essad Pascha die Stadt übergeben mußte. Am 15. März besetzten sie die Insel Samos, am 17. drangen sie in Südalbanien bis gegen Valona und Berat vor. Am 14. Mai ergriff dann Griechenland formell von Kreta Besitz, indem es auf einer kleinen Insel vor Kanea, an der Stelle, wo früher die türkische Flagge wehte, die griechische hißte.

Besetzung von Elassona durch die Griechen 19. Oktober

Die Griechen nehmen Saloniki 8. Nov.

† König Georg 18. März 1913

Konstantin König

Einnahme von Janina durch die Griechen 6. März 1913

§ 408. 2. Der erste Friedensschluß und die inneren Bedrängnisse der Türkei. Der Ausbruch des Krieges, der rasche Zusammenbruch der Türkei und die nunmehr unvermeidliche Neuordnung der staatlichen Verhältnisse der Balkanhalbinsel wirkten bedeutsam auf die Politik der Großmächte ein, die vor die furchtbare Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges gestellt wurden. Die Aufrechterhaltung des status quo ante mußten sie, wie schon gesagt, rasch aufgeben. Der wohl nur auf die Zerstörung des Dreibundes und Stärkung des Dreiverbandes berechnete Vorschlag des französischen Ministers Poincaré, alle Großmächte sollten ihr „désintéressement absolu" an den Balkanvorgängen erklären, wurde sofort von Österreich und Italien zurückgewiesen, die vielmehr das höchste Interesse daran hatten, die Küste des Adriatischen Meeres sich zu sichern. Österreich und Rußland machten an ihren Grenzen mobil, um für den Fall eines allgemeinen Krieges vorbereitet zu sein. Sämtliche Mächte aber waren nicht gesonnen, den Bulgaren Konstantinopel in die Hände fallen zu lassen. Daher ließen sie am 18. November 1912 mit Zustimmung der Pforte 2000 Seesoldaten mit einigen Maschinengewehren in Konstantinopel landen, die nicht nur die Europäer vor dem aufgeregten Pöbel schützen, sondern auch den Bulgaren die Unantastbarkeit der Hauptstadt begreiflich machen sollten. Als dann am 30. Oktober der Großwesir Ghazi Achmed Mukhtar zurücktrat und Kiamil Pascha ihn ersetzte und am 4. November die Großmächte um Vermittlung zwecks Einstellung der Feindseligkeiten und Einleitung von Friedensverhandlungen bat, da kam es nach längeren Verhandlungen am 3. Dezember zu einem Waffenstillstand auf vierzehn Tage. Die Bedingungen waren: „Das türkische Heer und die Truppen der Verbündeten verbleiben in den gegenwärtigen Stellungen; keine der beiden Parteien darf in den Befestigungsarbeiten fortfahren oder Truppen- und Munitionstransporte vornehmen; die belagerten Plätze Adrianopel und Skutari werden während der vierzehn Tage von Tag zu Tag mit den nötigen Lebensmitteln versorgt. Griechenland setzt den Krieg fort. Friedensverhandlungen sollen am 13. Dezember in London beginnen."

Kiamil Pascha Großwesir 30. Oktober

14tägiger Waffenstillstand zwischen der Türkei und den Verbündeten 3. Dez.

Diese unter dem Vorsitze des englischen Ministers des Auswärtigen Sir Edward Grey in London am 16. Dezember eröffnete Friedenskonferenz, neben der unabhängig von den Friedensverhandlungen noch eine besondere „Reunion" der Botschafter der sechs Großmächte tagte, kam erst am 30. Mai 1913 zum Abschluß und Unterzeichnung der Friedenspräliminarien.

Friedenskonferenz in London 16. Dez. 1912 bis 30. Mai 1913

Der Vertrag zum Abschluß des Präliminarfriedens hatte folgenden Wortlaut:

„Art. I. Von der Auswechslung der Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages an wird Friede und Freundschaft sein zwischen Sr. Majestät dem türkischen Sultan einerseits und Ihren Majestäten der verbündeten Souveränen andererseits, sowie zwischen ihren Erben und Nachfolgern, ihren Staaten und Bevölkerungen auf ewige Zeiten.

Art. II. Se. Kaiserliche Majestät der Sultan überläßt Ihren Majestäten den verbündeten Souveränen alle Landschaften seines Reiches auf dem europäischen Festlande im Westen von einer Linie, die von Enos am Ägäischen Meere bis Midia am Schwarzen Meere geht, mit Ausnahme von Albanien. Die genauere Grenze von Enos bis Midia wird durch eine besondere Kommission festgestellt werden.

Art. III. Se. Kaiserliche Majestät der Sultan und Ihre Majestäten die verbündeten Souveräne erklären, daß sie Sr. Majestät dem deutschen Kaiser, Sr. Majestät dem Kaiser von Österreich, König von Ungarn, dem Herrn Präsidenten der französischen Republik, Sr. Majestät dem König von Großbritannien und Irland, Kaiser von Indien, Sr. Majestät dem König von Italien und Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland die Aufgabe überlassen, die Grenzen Albaniens zu bestimmen und alle anderen, Albanien betreffenden Fragen zu regeln.

Art. IV. Se. Kaiserliche Majestät der Sultan erklärt, daß er Ihren Majestäten den verbündeten Souveränen die Insel Kreta überlasse und zu ihren Gunsten auf alle Rechte, die er auf dieser Insel besaß, verzichte.

Art. V. Se. Kaiserliche Majestät der Sultan und Ihre Majestäten die verbündeten Souveräne erklären, daß sie Sr. Majestät dem deutschen Kaiser, Sr. Majestät dem Kaiser

von Österreich, König von Ungarn, dem Herrn Präsidenten der französischen Republik, Sr. Majestät dem König von Großbritannien und Irland, Kaiser von Indien, Sr. Majestät dem König von Italien und Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland die Sorge anvertrauen, über das Schicksal aller ottomanischen Inseln im Ägäischen Meere, Kreta ausgenommen, sowie der Halbinsel vom Berg Athos Bestimmungen zu treffen.

Art. VI. Se. Kaiserliche Majestät der Sultan und Ihre Majestäten die verbündeten Souveräne erklären, daß sie die Sorge, alle Fragen finanzieller Natur zu regeln, die aus dem jetzt beendeten Kriege sowie aus der Überlassung der vorhin erwähnten Gebiete entstehen, der internationalen Kommission überlassen, die nach Paris berufen ist und zu der sie ihre Bevollmächtigten ernannt haben.

Art. VII. Die Fragen, betreffend die Kriegsgefangenen, die Rechtsprechung, die Nationalität und den Handel werden besonderen Übereinkünften vorbehalten."

Dieser Friedensschluß bedurfte der mühevollsten Überwindung der schwierigen Fragen und der weit über das Maß hinausgehenden Einzelforderungen der Balkanstaaten und schließlich der scharfen und nachdrücklichen Mahnung Englands an diese. Besonders hartnäckig erwies sich das kleine Montenegro in betreff Albaniens. Dort hatte sich am 6. Dezember unter Ismail Kemal Bei eine provisorische Regierung gebildet, um einen besonderen Staat zu schaffen, ohne jedoch etwas gegen die Montenegriner und Serben ausrichten zu können. Diese kehrten sich auch nicht an die Einsprüche der Großmächte, die sogar am 1. April 1913 eine Flottenkundgebung Österreichs, Deutschlands (Kreuzer „Breslau") Englands und Frankreichs an der montenegrinischen Küste ausführten und am 10. April eine friedliche Blockade der montenegrinischen und albanischen Küste von Antivari bis zur Drinmündung begannen. Nach dem Einzug der Montenegriner in Skutari erklärte König Nikita am 24. April die Stadt für montenegrinisch, worauf die internationale Blockade bis Durrazzo ausgedehnt wurde. Als dann die Mehrheit der Mächte einem militärischen Vorgehen sich abgeneigt zeigte und Rußland sich in bestimmter Form von einem solchen ausschloß, da erklärte Österreich am 29. April im vollen Einverständnis mit Italien, sich freie Hand vorzubehalten. Trotzdem verkündete am 1. Mai der Erbprinz Danilo von Montenegro in Skutari die Angliederung an Montenegro und die Erhebung Skutaris zur Hauptstadt und ließ das albanische Gebiet bis zum Drin besetzen, während der türkische General Essad Pascha, der Skutari übergeben hatte, die Autonomie Albaniens unter türkischem Protektorate erklärte. Endlich gab am 4. Mai König Nikita nach, und auch Essad Pascha fand sich bereit, seine Truppen zu entlassen und sich mit der provisorischen Regierung von Albanien abzufinden. Nun wurde Skutari am 14. Mai den internationalen Truppen unter dem Kommando des englischen Admirals Burney übergeben und die Blockade aufgehoben.

Provisorische Regierung Albaniens 6. Dez. 1912

Flottenkundgebung der Großmächte gegen Montenegro 1. April 1913

Blockade der montenegr. u. alb. Küste 10. April

Skutari an die internationalen Truppen übergeben 14. Mai 1913

Der Gang der Londoner Friedensverhandlungen wurde aber besonders erschwert durch die inneren Bedrängnisse der Türkei. Die bedeutsame Entscheidung, vor welche nach dem Zusammenbruch der Heeresmacht das Kabinett Kiamil gestellt war, den Frieden mit der Preisgabe des Anfang des Jahres 1913 noch unbezwungenen Adrianopels zu erkaufen, bewog die jungtürkischen Kreise, die auf den Entschluß der besten Kräfte des Heeres, lieber mit Ehren unterzugehen als sich dem Drängen der Mächte zu fügen, bauten, zu einer neuen Revolution. Vor einer Massenkundgebung, an deren Spitze der eben erst aus Tripolitanien zurückgekehrte Enver Bei (§ 418) und der ehemalige junktürkische Minister Talaat standen, wich Kiamil Pascha sofort zurück. Der dabei erfolgte Tod des Kriegsministers Nasim Pascha scheint durch unvorhergesehene Zwischenfälle herbeigeführt zu sein. Es wurde ein jungtürkisches Kabinett Mahmud Schefket Pascha (§ 405) gebildet, in dem Prinz Said Halim zum Minister des Äußeren ernannt wurde. Aber auch die Jungtürken konnten Adrianopel nicht retten. Am 1. März wurde in Konstantinopel eine Verschwörung entdeckt, die die Absetzung des Sultans, die Ausrufung des zweitnächsten Thronwärters Prinzen Wahid Eddin und die

Jungtürkische Revolution 23. Jan. 1913

Kabinett Mahmud Schefket 24. Jan. 1913

Verschwörung zur Absetzung des Sultans 1. März 1913

Beseitigung der jungtürkischen Herrschaft bezweckte, und am 16. März überreichte eine Gruppe von Offizieren dem Großwesir Mahmud Schefket eine Denkschrift, die ihn zum letzten Male aufforderte, sich zurückzuziehen und das Schicksal des Landes einer vertrauungswürdigen Regierung zu überlassen. Die jungtürkische Revolution und der Regierungswechsel habe nichts genutzt, sondern nur die Wiederaufnahme der Kämpfe und schlimmere Friedensbedingungen zur Folge gehabt. Obwohl dann am 11. Juni Mahmud Schefket in Konstantinopel von Anhängern der Offizierliga ermordet wurde, bildete sich doch unter dem neuen Großwesir Prinz Said Halim wieder ein Kabinett mit ausgesprochenem jungtürkischen Charakter.

Ermordung Mahmud Schefkets 11. Juni 1913

Kabinett Said Halim 12. Juni

§ 409. 3. Der Krieg der Balkanstaaten unter sich. Für den Ausbruch des Balkankrieges schienen höhere Gesichtspunkte maßgebend gewesen zu sein: „Der Balkan den Balkanvölkern!" Die seit einem halben Jahrtausend unterdrückten und oft grausam behandelten christlichen Völker wollten wieder nehmen, was ihnen durch die Mohammedaner geraubt worden war. König Ferdinand suchte sogar dem Kriege den Namen und Wert eines neuen „Kreuzzuges" zu geben. Aber als nach den überraschend schnellen Erfolge die Hoffnung sich auf größeren Landgewinn erhob, galt der Grundsatz: „Der Balkan den Balkanvölkern" nicht mehr. Jeder der Verbündeten glaubte aus kirchlichen, geschichtlichen und ethnographischen Gründen solche Teile der Beute, besonders in Mazedonien, fordern zu dürfen, die auch die anderen für sich verlangten. Seit den Befreiungskriegen der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts (§ 112—114) betrachteten sich die Griechen als die rechtmäßigen Erben der osmanischen Herrschaft und fanden keinen Widerspruch. Christ und Grieche galten für ebenso gleichbedeutend wie Mohammedaner und Türke. Da versetzte die Anerkennung eines unabhängigen bulgarischen Exarchats durch den Sultan Abdul Asis am 16. März 1870, das seine Bischofsitze weit nach Mazedonien vorschieben durfte, dem Griechentum und der ökumenischen Kirche einen furchtbaren Schlag. Seitdem erlosch der Kampf zwischen den Griechen und Bulgaren nicht mehr, und seine Werkzeuge waren nicht nur Bibel und Fibel, sondern Revolver und Dolch. Mazedonien begann „bulgarisch" zu werden und weit nach Süden in die hellenische Welt hineinzugreifen. Mit der ganzen Zähigkeit der Bulgaren wurde eine Schule, eine Kirche nach der anderen den Griechen entrissen, und die „Komitatschi", die bulgarischen geheimen Revolutionsbanden förderten kräftig die Propaganda der Tat. So mußten griechische und bulgarische Ansprüche auf Mazedonien unvereinbar werden.

Die Serben träumten von der Wiedererrichtung des weiten Staates der Nemaniden, des von Stephan Duschan dem „Großen" und „Gewaltigen" gegründeten Reiches, das in seiner Glanzzeit von der Drau bis hinab nach dem Peleponnes, vom Adriatischen Meere bis zum Iskr und nach Kawala reichte (II § 379). Ausdrücklich hatte er sich 1346 zum Zaren der Serben, Griechen, Bulgaren und Albanen krönen lassen. In Serbien blieb es unvergessen, daß das Volk sich ursprünglich als erstes gegen die türkische Herrschaft erhoben und noch vor den Griechen die Freiheit errungen hatte. Es griff auch 1876 vor den anderen zu den Waffen und begann, mit den Montenegrinern vereint, den großen Befreiungskampf, dessen Früchte dann vornehmlich die Bulgaren ernteten (§ 339). Bulgarien wurde der Zufluchtsort der christlichen Auswanderer aus Mazedonien, die nun den Gedanken an die Befreiung der Glaubens- und Rassegenossen im ganzen Volke verbreiteten. Außer Bulgaren, Serben und Griechen machen aber in Mazedonien auch die Kutzowalachen einen namhaften Volksteil aus. Es sind Stammesgenossen der Rumänen, so daß auch Rumänien ein wesentliches Interesse an der Zukunft Mazedoniens haben mußte. Das ehemalige patriarchalische türkische Regiment behandelte alle diese schwierigen kirchlichen und ethnographischen Fragen dilatorisch und schuf einen leidlichen, wenn auch nur äußerlichen Friedenszustand zwischen den verschiedenen Nationalitäten, die sich untereinander weit mehr haßten als jede

eine von ihnen die Türken. Nun, wo dies Regiment verschwand, mußten die Gegensätze mit voller Macht aufeinanderplatzen.

In Bulgarien war nach den großartigen Erfolgen des Krieges alles von dem einen Gedanken durchdrungen, nunmehr das Ideal, die Versammlung aller Bulgaren zu einem Reiche zu vereinigen, zu verwirklichen. Die wenigen klugen Männer, die zur Mäßigung rieten, fanden kein Gehör. Das Ministerium Geschow trat zurück, und die Regierung übernahm am 11. Juni Dr. Danew, der in den Londoner Friedensverhandlungen eine wichtige Rolle gespielt hatte. Und nun begannen schwere politische, diplomatische und militärische Fehler. Das Verlangen Serbiens und Griechenlands, den Londoner Friedensbestimmungen nachzukommen, wurde nicht beachtet, und der von dem russischen Kaiser am 8. Juni angebotene Schiedsspruch wurde zurückgewiesen. Bulgarien habe, so hieß es in der Antwort König Ferdinands, nicht nur Rechte auf Mazedonien, sondern auch unausweichliche Pflichten gegen die Bevölkerung, die stets bulgarisch gewesen sei und es um jeden Preis bleiben wolle. Man glaubte nicht, daß ein Feldzug gegen Serbien und Griechenland nur bei guter Rückendeckung gegen die Türkei und Rumänien möglich war, und bewirkte durch schroffe Ablehnung der nur geringe Opfer fordernden Vorschläge Rumäniens, daß dieses mit seiner starken Kriegsmacht sich auf die Seite der Gegner stellte und seine Truppen am 11. Juli in Bulgarien einrücken ließ. Das gab auch den Türken den Mut, wieder vorzugehen. Dazu kam dann der Personenwechsel in der Regierung, der die bisherige Einheit und Einigkeit der leitenden Männer zerstörte. Befehle und Gegenbefehle wurden gegeben, die höchsten Offiziere ihrer rein militärischen Aufgabe entfremdet. Verbitterung und Unsicherheit waren die Folge. Der bisherige Generalstabschef Fitschew zog sich verärgert und leidend zurück. In diese Zeit der Wirren fiel nun der Aufmarsch des bulgarischen Heeres an der Westgrenze, wobei der noch von Fitschew vorgesehene gute Plan nicht ausgeführt wurde. So konnte trotz der wieder bewiesenen großen Tapferkeit der bulgarischen Soldaten die rasche und völlige Niederlage der Bulgaren nicht ausbleiben. Am 30. Juni kam es zu blutigen Zusammenstößen der Bulgaren mit Serben und Griechen in Mazedonien. Am 1. Juli wurden die bulgarischen Truppen in Saloniki (§ 407) von den Griechen in den Quartieren umzingelt und entwaffnet, um 2. Juli erstürmten die Serben Istip und nahmen Kotschana, am 7. Juli fiel Kriwolak, am 10. besetzten die Griechen Kawala und das Strumitzatal. Am 12. Juli verließen die Bulgaren die Tschataldschalinien, und ihre Schiffe suchten vor etwaigen Angriffen der Rumänen Schutz in Sebastopol, wo sie entwaffnet wurden. Am 14. räumten sie ihre Stellung jenseits der Linie Enos-Midia, in die nun die Türken einrückten. Da blieb Danew nichts anderes übrig, als am 16. Juli seine Entlassung einzureichen — er wurde am 5. August in Sofia verhaftet —, um einem Ministerium Radoslawow Platz zu machen. Auch in Serbien hatte Pasitsch sein Amt niedergelegt, weil er der von Rußland geforderten bedingungslosen Annahme des Schiedsspruches nicht zustimmen wollte, nahm es aber am 24. Juni wieder auf.

Unterdessen erreichten auch die türkischen Truppen Adrianopel, besetzten Kirk-Kilisse, erklärten den Londoner Frieden für verfallen und beanspruchten die alte Grenze gegen Bulgarien mit Adrianopel. So überall geschlagen und vor der Gefahr stehend, daß die Rumänen in Sofia einzögen, wandte sich König Ferdinand persönlich an den König Karl von Rumänien mit der dringenden Bitte, den Frieden zu vermitteln. Diesem gelang es, die Gegner zu einer Friedenskonferenz zu bestimmen, und am 30. Juli traten die Bevollmächtigten der fünf Balkanstaaten in Bukarest zu den Verhandlungen unter dem Vorsitz des russischen Ministerpräsidenten Majorescu zusammen. Es wurde ein fünftägiger Waffenstillstand vereinbart, der um drei Tage verlängert wurde. Unter der geschickten Leitung Majorescus wurde dann am 6. August der Friede in Bukarest geschlossen und am 10. unter Geschützdonner und Glockengeläut der Stadt in einem feierlichen Akte unterzeichnet.

Bulgarisches Kabinett Danew 11. Juni 1913

Einrücken der Rumänen in Bulgarien 11. Juli

Bulgaren in Saloniki entwaffnet 1. Juli

Istip und Kotschana durch die Serben genommen 2. Juli

Kriwolak in serbischen Händen 7. Juni

Griechen besetzen Kawala und Strumitzatal 10. Juli

Die Türken rücken in die Linie Enos-Midia ein 14. Juli

Bulgarisches Kabinett Radoslawow 18. Juli

Die Türken in Adrianopel und Kirk-Kilisse 24. Juli

Neues serbisches Kabinett Pasitsch 24. Juni

König Ferdinand bittet den König Karl von Rumänien um Friedensvermittlung 21. Juli

Friedensverhandlungen in Bukarest, 5tägiger Waffenstillstand 30. Juli

Friede von Bukarest 10. August

Es wurde bestimmt, daß die Grenze zwischen Rumänien und Bulgarien von der Donau oberhalb von Turtukhas ausgehen und am Schwarzen Meer südlich von Ekrine endigen sollte. Die Grenze zwischen Serbien und Bulgarien soll vom Patariva-Berge an der alten Grenze ausgehen, der alten türkisch-bulgarischen Grenze und der Wasserscheide zwischen dem Wardar und der Struma folgen, mit Ausnahme des obern Strumitza-Passes, der bei Serbien bleiben wird, und beim Beleschgebirge endigen, wo sie sich an die bulgarisch-türkische Grenze anschließen wird. Die Grenze zwischen Griechenland und Bulgarien soll an der neuen serbisch-bulgarischen Grenze ausgehen, auf dem Kamm des Beleschgebirges verlaufen und an der Mündung des Mestaflusses in das Ägäische Meer endigen. Bulgarien leistet auf jeden Anspruch an die Insel Kreta Verzicht.

Der Friede war geschlossen. Serbien und Griechenland hatten mehr erreicht, als sie jemals träumten (Serbien gewann 35 500 qkm mit 1 290 000 Einwohnern, also jetzt 90 000 qkm, 3 600 000 Einwohner, Griechenland 56 000 qkm mit 1 900 000 Einwohnern, jetzt 110 000 qkm, 4 000 000 Einwohner), Rumänien hatte mühelos und ohne Opfer sich weiter ausgedehnt (7500 qkm mit 180 000 Einwohnern, jetzt 138 000 qkm, 6 260 000 Einwohner), Bulgarien aber war mit schweren Verlusten aus dem Kampfe hervorgegangen (es gewann 32 700 qkm mit 670 000 Einwohnern und verlor wieder 7500 qkm mit 180 000 Einwohnern, jetzt 134 000 qkm, 4 600 000 Einwohner). Es wurde aus Mazedonien so gut wie ausgeschaltet und ebenso nahezu von der Nähe des Ägäischen Meeres. Aber in dieser Demütigung Bulgariens lag auch wieder der Keim eines neuen Krieges. Der Tagesbefehl des Königs Ferdinand am 11. August sprach mit deutlichen Worten die ingrimmige Feindschaft gegen die Gegner und verglich die Zukunftshoffnung eines wiedererstarkten Bulgariens aus. Von einer durch die Großmächte vorzunehmenden Überprüfung des Friedens war bald keine Rede mehr, und die Regelung der neuen türkisch-bulgarischen Grenze wurde den beiden Staaten allein überlassen. Die Verhandlungen zogen sich längere Zeit hin, da Enver Bei, auf die Kräfte des wieder völlig organisierten türkischen Heeres bauend, übertriebene Forderungen an Bulgarien stellte. Die Bulgaren aber mußten nachgeben und am 29. September den Friedensvertrag über die endgültige Grenzfestsetzung unterzeichnen. Danach beginnt die Grenze an der Mündung der Maritza und endigt an der Reswemündung, nördlich von Jniada. Dimotika, Adrianopel und Kirk-Kilisse verblieben der Türkei, Malko-Tirnowo, Mustafa Pascha und Ortakti fallen Bulgarien zu. Europa atmete auf. Die Türkei hat in Europa demnach nur einen Landbesitz von etwa 19 000 qkm mit 1 600 000 Einwohnern. Der Weltkrieg war vermieden, wenn auch die Balkanvölker unter sich noch immer nicht zur Ruhe kommen konnten. Die Verständigung der beiden an der orientalischen Frage am nächsten interessierten Reiche, Österreich und Rußland, hatte die Gefahr des Zusammenstoßes des Dreibundes und Dreiverbandes beseitigt. Auch das englisch-deutsche Einvernehmen hatte im Sinne der Erhaltung des europäischen Friedens hervorragend mitgewirkt. Die zukünftige Lage für Österreich gestaltete sich günstiger, als es anfangs schien. Allerdings wurde das unversöhnliche Serbien sehr verstärkt, und Rumänien wendete sich der Politik der freien Hand zu, die sich auch einmal gegen Österreich richten kann; aber der Zuwachs Serbiens besteht vorwiegend aus schwer zu beherrschenden albanischem und mazedonischem Gebiet, und Serbien muß mit dem Haß des verstümmelten Albaniens und des tödlich verletzten Bulgariens rechnen und außerdem noch mit den nach den siegreichen Erfolgen sich immer steigernden Ansprüchen Griechenlands. Wenn je, so hat das geflügelte Wort „Ironie der Weltgeschichte" bei diesem Ausgange der Balkanwirren seine Berechtigung erhalten. Die bisherigen erbittertsten Feinde der Türkei, Griechenland und Bulgarien, bemühen sich durch möglichstes Entgegenkommen, um die Türken auf ihre Seite zu ziehen, um sie nur nicht in die Arme des ehemaligen Verbündeten, jetzt schlimmsten Feindes sinken zu sehen. Die Gründung eines autonomen Albaniens hat ferner die Errichtung einer russisch-französischen Satrapie am Adriatischen Meere verhindert, und die für Österreich-Ungarn bedenkliche Parole:

Grenzfestsetzung zwischen Türkei und Bulgarien 29. Sept. 1913

„Hie slawisches, hie germanisches Interesse" ist durch den slawischen Bruderkrieg aus der Welt geschafft worden. Die slawischen Völker Österreich-Ungarns, deren Sympathie während des Kriegs auf seiten der Balkanbrüder standen, müssen wieder lernen, realpolitisch-österreichisch zu denken. Und was das wichtigste ist: Der Dreibund ist geschlossener und erfolgreicher aus den Balkanwirren hervorgegangen als der Dreiverband, was auch der geschickten deutschen Diplomatie zu danken war.

III. Asien.

§ 410. 1. Russisch-japanischer Krieg. Das blutige Ringen Rußlands und Japans (§ 395) endete trotz der vollen Besiegung der Russen mit einem durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas, Roosevelt, der am 4. März seine zweite Präsidentschaftsperiode angetreten hatte, vermittelten, für Rußland nicht ungünstigen Frieden.

Letzte Kriegsereignisse

Nach der furchtbaren Schlacht bei Mukden (§ 395) drangen die Japaner bei der Verfolgung der Russen in Tieling ein; Kuropatkin wurde seiner Stellung
15. März 1905 als Oberkommandierender der mandschurischen Armee enthoben und durch General
22. März Lenewitsch ersetzt, aber nun zum Befehlshaber der zweiten mandschurischen Armee ernannt. Während dann die Kriegführenden ihre Truppen und Vorräte ergänzten und neue Schläge vorbereiteten, die Japaner auch kleinere Vor-
15. April stöße unternahmen und eine am Hunho gebliebene russische Abteilung siegreich auf Haihung zurückwarfen, war das baltische Geschwader unter Admiral Rosheſtwenski (§ 395) auf der Fahrt nach den ostasiatischen Gewässern.
18. März Am 18. März verließ es Rossi Ba auf Madagaskar und lief durch die Malakkastraße in die chinesischen Gewässer ein. Die englischen Häfen vermeidend, wo ihm die Kohlenlieferung versagt werden mußte und sein Verbleib auch den Gegnern gemeldet worden wäre, fand es bundesfreundliche Aufnahme in den
12. April bis 8. Mai französischen Häfen. Durch das Ankern bei den Anambaininseln in der Kamrah- und Honkohebucht wurde die Lage der Japaner sehr bedenklich; alle bisher errungenen Erfolge standen auf dem Spiel, wenn es Rosheſtwenski gelang, seine Flotte, die sich mit dem zweiten Geschwader unter Nebogatow bei Saigon vereinigt hatte, nach Wladiwostok zu bringen und dieses zu entsetzen. So erhoben sie Klage bei der französischen Regierung wegen Überschreitung der Neutralität (§ 432), und der russische Admiral mußte nun seine Fahrt fortsetzen, ohne daß er die mindeste Ahnung hatte, wo sich die japanische Flotte befand, während die Japaner vortrefflich den Kurs der russischen Schiffe ausgekundschaftet hatten.
Seeschlacht v. Tsushima 28. u. 29. Mai So kam es zu der zweitägigen Seeschlacht in der Straße von Tsushima, in der das russische Geschwader von dem Admiral Togo eine furchtbare Niederlage erlitt. Zehn russische Schiffe, darunter die Linienschiffe „Borodino" und „Imperator Alexander III." gingen unter, vier wurden von den Japanern genommen, Rosheſtwenski wurde schwer verwundet, Admiral Nebogatow und etwa 3000 russische Seeleute gerieten in japanische Gefangenschaft. Das war der letzte große Schlag in dem furchtbaren Kriege. Zwar holten Lenewitsch und Oyama noch einmal zu neuen Kämpfen aus und behaupteten beide, vollständig bereit zu sein, auch Wladiwostok wurde verstärkt; da kam endlich die von aller Welt
1. Juni ersehnte Nachricht, daß eine Friedensvermittlung von dem Präsidenten Roosevelt angeboten und von Japan freundlich aufgenommen worden sei.

Kaiser Nikolaus zögerte noch; für Rußlands Eigenliebe war der Friede
19. Juni 1905 ein schweres Opfer, bedenklich auch wegen der Revolution im Lande selbst (§ 429).
8. Juli Aber eine neue Niederlage des Generals Mischtschenko bei Liaujanwoyin, die Landung der Japaner in Sachalin, die völlige Aussichtslosigkeit, baldige Erfolge zu erringen und die immer lauter werdenden Friedensforderungen der russischen Bevölkerung, sowie die mehr und mehr zutage tretende moralische Auflösung

der russischen Armee bewogen den Zaren schließlich, in die Friedensverhandlungen einzuwilligen. Auch der deutsche Kaiser, mit dem er eine Zusammenkunft bei der Insel Björkö im Finnischen Meerbusen hatte, gab ihm den dringenden Rat, 24. Juli
Frieden zu schließen und Reformen im Innern durchzuführen. So wurde denn der Minister von Witte als Friedensgesandter nach Amerika geschickt, während Friede von Portsmouth 8. August bis 5. Sept.
Japan durch den Minister Baron Komura vertreten wurde. Die in Portsmouth (New-Hampshire) gepflogenen mehrwöchentlichen Verhandlungen führten zuerst zu einem Waffenstillstande und dann zu dem Friedensschlusse, 1. Sept.
durch den das Vorwiegen der japanischen Interessen in Korea anerkannt wurde (etwas später wurde in Söul ein ergänzender Vertrag zwischen Japan und 20. Nov.
Korea abgeschlossen, nach dem sowohl die inneren wie die auswärtigen Angelegenheiten Koreas unter japanische Verwaltung gestellt wurden). Durch den Frieden wurde weiter die beiderseitige Räumung der Mandschurei angeordnet und Japan in die Rechte Rußlands auf Port Arthur nebst Dalny sowie in den Besitz der südlichen Hälfte Sachalins eingesetzt. Dagegen blieb Rußland die Demütigung einer Kriegsentschädigung erspart.

§ 411. 2. Japan. Japan war Großmacht geworden, und das zwischen ihm und England geschlossene Bündnis, das ihre erste Allianz vom Bündnis Englands und Japans 12. Aug. 1905
30. Januar 1902 (§ 395) dahin erweiterte, daß fortan die beiden Mächte in allen asiatischen Angelegenheiten gemeinsam vorgehen wollten und jede Macht der andern im Falle eines Angriffs zu Hilfe kommen sollte, schien dem asiatischen Reiche den größten Vorteil zu bringen. So legte sich denn 17. Oktober
auch rasch die große Erregung, die die amtliche Veröffentlichung des Friedensvertrages in Japan hervorgerufen hatte, als man den Abschluß dieses Bündnisses erfuhr. Man hatte die ungeheuren Opfer des Krieges nicht für genügend entschädigt gehalten, man glaubte nur wenig mehr erreicht zu haben, als im Februar 1904 in dem Ultimatum gefordert war.

Doch dies gute Einvernehmen zwischen den beiden Verbündeten hielt nicht lange an.

Japan setzte trotz der schweren Verluste im russisch-japanischen Kriege die, Gefallene, Verwundete oder Kranke zusammengenommen, sich auf 457 035 Mann bezifferten, und trotz der gewaltigen Kriegskosten seine Rüstungen zu Lande und zu Wasser eifrig fort und strebte auch nach weiterer Ausdehnung seiner Macht auf dem asiatischen Festlande. Sein durch die Kriegserfolge mächtig gesteigertes Selbstgefühl zeigte sich in einer scharfen Erörterung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses über das englische Bündnis und das eng- 31. Jan. 1906
lische Heer, wobei die Forderung, daß die englische Regierung ihre Heeresorganisation reformieren solle, lebhaftes Befremden in dem verbündeten Staate erregte, dessen Presse auch im August 1906 über die Benachteiligung des europäischen Handels durch Japan in Ostasien, besonders in der Mandschurei, klagte. Auch die Stellung Japans zu den Indern mußte in England gerechtes Mißtrauen erwecken. Im November 1907 erklärte Graf Okuma, der frühere Ministerpräsident und nunmehrige Führer der Fortschrittspartei, in einer Versammlung der Handelskammer zu Kobe: die 300 Millionen Inder, die von den Europäern unterdrückt würden, schauten nach dem Schutze Japans aus, und Japan werde, wenn es diesen Schutz nicht gewähre, einst schwer dafür büßen. Die Wirkung dieser Worte auf die Asiaten war nicht zu unterschätzen, zumal da deren Phantasie durch die Erfolge der Japaner mit Träumen genährt wurde, die sich zu dem Schlagworte zusammenballten: Asien für die Asiaten. In England begann daher die Liebe zu dem japanischen Bündnis mehr und mehr zu erkalten, besonders nach dem Abschluß des englisch-russischen Vertrages vom 31. August 1907 (§ 429), und die englische Regierung schenkte den antijapanischen Strömungen in Kanada und namentlich in Australien größere Beachtung. Auch

dieser russisch-englische Vertrag mußte als ein Zeichen aufgefaßt werden, daß die britische Politik Japan mit großer Festigkeit entgegenzutreten beabsichtige. Eigenartige Aussichten in die Zukunft dieser internationalen Frage eröffnete ferner

Französisch-japanisches Abkommen 10. Juni 1907

ein Abkommen Frankreichs und Japans am 10. Juni 1907, in welchem die Garantie des gegenseitigen Besitzstandes in Asien im weitesten Sinne des Wortes ausgesprochen wurde, durch die auch bedingt wurde, daß Frankreich den Japanern ausdrücklich die von ihnen gemachten russischen Eroberungen, besonders Port Arthur, gewährleistete.

Die Stellung Japans in Korea wurde ebenfalls durch dieses Abkommen gefestigt, aber zugleich auch der Gegensatz gegen die Vereinigten Staaten Nordamerikas verstärkt. Beim Ausbruch des japanisch-russischen Krieges hatte der Kaiser von Korea sich am 23. Februar 1904 zu einem Vertrage verstehen müssen, der ihm zwar den Bestand seines Landes und die Unabhängigkeit seiner Regierung gewährleistete, aber tatsächlich Japan zum Herrn der inneren und äußeren Politik machte. Diese Stellung Japans wurde von Rußland am 23. August, von England am 27. September 1905 anerkannt und von Frankreich 1907 bestätigt. Von den übrigen Staaten nahm nur Amerika noch eine besondere Stellung ein. Die Vereinigten Staaten hatten in einem Vertrage von 1882 ihre „guten Dienste" für den Fall versprochen, daß irgendeine andere Macht Korea in ungerechter Weise bedrängen solle. Als dann im Frühjahr 1905 der Kaiser von Korea diese guten Dienste in Anspruch nehmen wollte, wurde er von dem japanischen Marquis Ito zu einem Vertrage genötigt, der endgültig die auswärtigen Beziehungen Koreas in japanische Hände legte. Seitdem war der Kaiser ein Gefangener in seinem Palaste. Am Ende des Jahres 1906 wurde er genötigt, sich mit Ministern zu umgeben, die ausschließlich aus Japanern bestanden. Die Entsendung eines Prinzen seines Hauses in den Haag (§ 420) war der letzte Versuch, sich zu befreien. Er kostete ihm den Thron. Am 19. Juli 1907 mußte er zugunsten seines Sohnes abdanken. Ein im koreanischen Volke und Heere erhobener Aufstand wurde rasch von den Japanern niedergeschlagen und in einem neuen Vertrage die volle Abhängigkeit Koreas von Japan festgestellt, das durch einen Generalresidenten die ganze Verwaltung in seine Hände nahm. Die koreanische Armee wurde aufgehoben. Fürst Ito vermochte dann durch seine versöhnliche Politik die Gemüter zu beruhigen, aber der Gegensatz in der Kriegspartei zwang ihn, sein Amt zugunsten des Vertreters der schärferen Politik, Vicomte Arazuke Sone, niederzulegen. Vorher war noch das koreanische Kriegsministerium abgeschafft und die Rechtspflege einer Justizabteilung der Generalresidentur übertragen worden, so daß Koreaner und Japaner einer einheitlichen Rechtsprechung unterworfen wurden. Aber die Ermordung des Fürsten Ito und zahlreiche Attentatsversuche gegen hohe japanische Beamte mahnten die Japaner zur Vorsicht. Daher traf der Kriegsminister Terautschi, der an Stelle des wegen Meinungsverschiedenheiten über die in Korea zu verfolgende Politik im April 1910 von seinem Amte zurückgetretene Vicomte Sone im Mai die Generalresidentur im Nebenamt übernahm, vorher die nötigen militärischen Sicherungen gegen einen etwaigen Aufstand. Die volle Einverleibung Koreas erfolgte am 22. August. Dem Kaiser wurde eine japanische Rente in der Höhe seiner bisherigen Zivilliste zugesichert. Die führenden Namen des koreanischen Adels wurden in die japanische Adelsliste eingetragen und erhielten Vermögensvorteile. Am 30. September wurde dann Korea zur Kolonie Tschosen erklärt, Terautschi wurde Generalgouverneur. Das war möglich geworden durch den zwischen Japan und Rußland im Juli abgeschlossenen Bündnisvertrag. In diesem wurde den Japanern Korea zur beliebigen Behandlung überlassen, während Japan das russische Vorgehen in anderen Teilen Nordchinas nicht zu stören versprach. Dieses Zusammenwirken wurde noch fester durch die chinesischen Wirren (§ 412—413). Am 21. Juli 1912 traf der japanische Staatsmann Fürst Katsura (s. unten), ein ausgesprochener

Japanisch-koreanischer Vertrag 23. Febr. 1904

Abdankung des Kaisers von Korea 19. Juli 1907

† Ito 25. Okt. 1909

15. April 1910

28. Mai Einverleibg. Koreas in Japan 22. Aug. 1910

Korea Kolonie Tschosen 1910

Bündnisvertrag Japans und Rußlands 3. Juli

Katsura in Petersburg. Geheimvertrag Rußlands und Japans 21. Juli 1912

Parteigänger Rußlands, ein Feind Chinas und ein Mann der Aktion in Petersburg ein. Hier fand ein sehr wichtiger Meinungsaustausch statt, der die Abmachungen von 1907 und 1910 ergänzte. Die geheim gehaltenen Abmachungen sollen die Verpflichtung Rußlands und Japans zur gemeinsamen Verteidigung in der Mandschurei und Mongolei enthalten haben, falls eine der beiden Mächte angegriffen würde. Der Tod des japanischen Kaisers (s. unten) rief Katsura rasch zurück.

Diese Vorgänge wirkten auf das Verhältnis Japans zu den Vereinigten Staaten Nordamerikas zurück, denen die Machtausdehnung der neuen Großmacht in dem Stillen Ozean mit der Zeit sehr unbequem werden mußte. Wegen einer kalifornischen Schulfrage, die in engem Zusammenhange stand mit dem leidenschaftlichen Widerstande der Bevölkerung des Westens gegen die übermäßige japanische Einwanderung auf amerikanischen Boden, brach ein Zwist aus, der sogar zum Kriege zu führen drohte. Im Oktober 1906 hatte der Schulrat in San Franzisko japanische Kinder von den öffentlichen Schulen ausgeschlossen und Spezialschulen für Asiaten eingerichtet. Das wurde in Japan sehr übel aufgenommen; ein Notenwechsel begann, der zu schweren Besorgnissen Anlaß geben konnte, die aber durch die staatsmännische Klugheit des Präsidenten Roosevelt beseitigt wurden. Nicht wenig trug dazu auch die Entsendung der Flotte der Union in den Stillen Ozean bei, die am 16. Dezember 1907 von Norfolk aus in See stach und im März 1908 im Stillen Ozean erschien. Das wirkte so vernichtend auf die japanische Kriegslust, daß nunmehr eine freundliche Einladung zu einem Besuche in Yokohama erfolgte. Das Erscheinen der gewaltigen Flotte der Union machte dort großen Eindruck; andererseits legte aber auch die Erkenntnis, daß Japan unter allen Umständen ein sehr gefährlicher Feind sei, den Vereinigten Staaten den Gedanken nahe, nicht nur die augenblicklichen Gegensätze, sondern auch die Keime zukünftiger Schwierigkeiten durch ein Abkommen zu beseitigen. Dies wurde am 28. November 1908 mit der Bestimmung getroffen, daß beide Mächte sich verpflichteten, ihre gegenseitigen Besitzungen zu achten und die Integrität Chinas zu verteidigen. Es gewährte ferner allen Staaten in China gleiche Vorteile für Handel und Industrie, und für den Fall, daß Verwicklungen den Statusquo bedrohen würden, sollten Japan und Amerika in Verhandlungen eintreten, was gemeinsam zu tun sei.

Japanischer Protest in der kalifornisch. Schulfrage 26. Okt. 1906

Fahrt der nordamerik. Flotte nach dem Stillen Ozean 16. Dez. 1907

Amerikan.-japanisches Abkommen 28. Nov. 1908

Trotzdem blieb das Verhältnis zwischen den beiden Mächten ein unsicheres. Es wurde es noch mehr, als im Jahre 1910 der Staatssekretär Knox den Antrag stellte, die mandschurischen Eisenbahnen durch die Vertragsmächte neutralisieren zu lassen, um die Politik der offenen Tür zu fördern und der chinesischen Regierung ihre politischen Rechte in der Mandschurei zu sichern. Dieser Versuch, die von Knox schon am 31. Juli 1909 angekündigte Handelspolitik („systematische Förderung des amerikanischen Handels, namentlich mit China und Südamerika") zu einer allgemeinen Angelegenheit der Industriestaaten zu machen, wurde von Rußland und Japan schon am 21. Januar 1910 entschieden zurückgewiesen. Die weitere Folge war das oben erwähnte Abkommen Rußlands und Japans vom 3. Juli. Port Arthur wurde allerdings dem Handel aller Nationen geöffnet. In Tschinhai in Südkorea aber begannen im März 1910 die Japaner zum Ersatz für Port Arthur den Ausbau eines befestigten Kriegshafens. Im Sommer 1911 errang der Präsident Taft Japan gegenüber einen gewissen Vorteil. Durch Verhandlungen mit England über einen lückenlosen Schiedsgerichtsvertrag (§ 435) ließ sich die englische Regierung bestimmen, ihren Bündnisvertrag mit Japan dahin zu ändern, daß England im Falle eines japanisch-amerikanischen Krieges neutral bleiben darf.

Vorstoß des Staatssekretärs Knox gegen Japan 6. Jan. 1910

Ablehnung des Vorschlages Knox 21. Jan.

Änderung des englisch-japanischen Bündnisses 5. Juli 1911

Ein neues Moment der Beunruhigung für die Vereinigten Staaten durch vermeintliche Ausdehnungsgelüste Japans in Nordamerika entsprang aus der Anfang des Jahres 1912 vollzogenen Erwerbung von Fischereirechten zwischen Tapic und Oaxaca in Mexiko, aber Japan ließ am 5. April 1912 erklären,

das Unternehmen sei ein rein geschäftliches und habe keine politische Bedeutung, von Verhandlungen mit Mexiko wegen Errichtung einer Flottenstation in der Magdalenenbai könne keine Rede sein. Im Juli des Jahres 1913 wurde die Erregung in Washington noch stärker, als verlautete, daß die mexikanische Regierung einer japanischen Kolonie Land in Mexiko überlassen wollte und sogar von einem Schutz- und Trutzbündnis zwischen Japan und Mexiko die Rede war (§ 432). Auch in Kalifornien spitzte sich der Gegensatz zu, als am 19. Mai 1913 der Gouverneur von Kalifornien eine gegen die japanische Einwanderung gerichtete Landerwerbsbill unterzeichnete.

Die innere Lage Japans gestaltete sich unerfreulich. Die Staatsschulden erreichen eine bedenkliche Höhe, die Steuern lasten schwer auf dem Volke und die sozialen Verhältnisse sind von alten und neuen Verderbnissen zerfressen. Auch das giftige Unkraut der anarchistischen „Propaganda der Tat" ist bereits eingeschleppt. Im Jahre 1910 und 1911 wurden Attentate auf den Kaiser verübt, die glücklicherweise ohne Erfolg waren. Durch den Tod des Kaisers Mutsuhito am 29. Juli 1912 wurde die ruhmreiche Periode Meiji beendet, der neue Kaiser Yoshihito wählte für seine Regierungszeit die Bezeichnung „Taisho" (große Rechtlichkeit). Am Tage der Beerdigung, am 13. September begingen General Nogi, der Eroberer von Port Arthur (§ 395), und seine Gemahlin nach der Zeremonie in ihrem Hause in Nachahmung altnationaler Sitte Selbstmord. Ein Streit im Ministerium über eine Truppenvermehrung in Korea führte am 7. Dezember den Rücktritt Saionjis herbei; an seiner Stelle wurde am 17. Dezember Fürst Katsura (s. oben) zum Ministerpräsidenten ernannt. Doch auch er konnte keine Ruhe schaffen. Ein glücklicherweise fehlgeschlagenes Attentat auf den Fürsten Yamagata zeigte die tiefe Erregung im japanischen Volke. Am 5. Februar 1913 wurde im Reichstage infolge eines Konfliktes zwischen Katsura und dem Führer der Seiyukwai, der Partei Saionjis, ein Mißtrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten angenommen. In Tokio kam es zu heftigen Straßenkämpfen, Katsura trat von seinem Amte zurück (er starb schon am 10. Oktober 1913), und Admiral Yamamoto übernahm die Bildung des neuen Kabinetts am 12. Februar. Es gelang ihm, eine Verständigung mit der Seiyukwaipartei herbeizuführen, da er eine Reform des Steuersystems zur Entlastung der Steuerzahler als eine dringende Notwendigkeit erklärte.

† der Kaiser Mutsuhito; Kaiser Yoshihito 29. Juli 1912
† General Nogi 13. Sept.
Rücktritt des Kabinetts Saionji 7. Dezember
Kabinett Katsura 17. Dez.
Attentat auf Yamagata 24. Dez. 1912
† Katsura 10. Okt. 1913
Kabinett Yamamoto 12. Febr. 1913

§ 412. 3. China. a) Die Erneuerung und Wiedergeburt Chinas, zu der die europäischen Nationen den Anstoß gaben, begann sich nur langsam und allmählich zu vollziehen. Sie wurde aber wieder in Frage gestellt durch den Thronwechsel im Jahre 1908, durch die Schwäche der Zentralregierung und die 1911 ausbrechende Revolution, die nicht nur das Bestehen der Monarchie in Frage stellte, sondern auch die Gefahr einer Aufteilung Chinas unter die Großmächte nahe rückte.

Scheinbar fast teilnahmslos verharrte China gegenüber dem furchtbaren Ringen Rußlands und Japans in der Mandschurei, immer nur aufschreckend, wenn ein in einen chinesischen Hafen flüchtendes russisches Schiff ihm die Pflichten der Neutralität in Erinnerung brachte. Von besonderer Bedeutung war die von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas, Roosevelt, hervorgerufene Uneigennützigkeitserklärung aller Mächte in betreff Chinas und die Anerkennung des Grundsatzes der offenen Tür. Doch hinter dieser äußeren Ruhe begann sich, da der Druck, den Rußlands vermeintliche Übermacht und Unbesiegbarkeit auf den Hof in Peking ausgeübt hatte, gewichen war, die mit dem Streben nach Beseitigung der fremden Bevormundung verbundene Reformbewegung kräftiger zu entwickeln; eine Anzahl höherer Beamter wurde zum Studium der wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen nach Europa gesandt, die Armee im modernen Sinne besser ausgebildet und ausgerüstet. Das erstarkende nationale Selbstbewußtsein machte sich auch in dem

14. Februar 1904

Verhältnis zwischen China und den Vereinigten Staaten Nordamerikas geltend, indem die chinesischen Kaufleute einem von Amerika ausgegangenen scharfen Verbot der Einwanderung von Chinesen mit einem sehr wirksamen Boykott amerikanischer Waren begegneten. Auch in der tibetanischen Frage (§ 395) suchten die Chinesen ihre Stellung zu bewahren. Sie weigerten sich beharrlich, den englisch-tibetanischen Vertrag zu unterzeichnen und betonten nachdrücklich ihre Oberhoheit über Tibet. Auch erklärten sie die Absicht, das Land nach denselben Grundsätzen regieren zu wollen wie die Mandschurei vor dem Kriege. England gab im Jahre 1905 nach und erklärte den von Younghusband vollzogenen Vertrag für nichtig.

Aufhebung der litterarischen Konkurrenzexamina in China 2. Sept. 1905

Auch in den drei folgenden Jahren 1906—1908 machte die Erneuerung Chinas weitere Fortschritte. Die Aufhebung der alten literarischen Konkurrenzexamina bedeutete eine Befreiung der Chinesen von tausendjährigen Fesseln. Die Erschließung des Landes durch Eisenbahnen und neue Straßen, die Öffnung der Häfen, so am 13. September 1906 von Antung und Taungau — am 2. August 1907 wurden dem internationalen Handel in der Mandschurei sieben neue Städte freigegeben —, die Neuformierung und Bewaffnung der Armee, der rege Wechselverkehr mit Japan, der Versuch, den Zolldienst in eigene Hand zu nehmen, das am 20. September erlassene Dekret, das den Opiumhandel nach zehn Jahren völlig beseitigen sollte — alles das waren Symptome einer neuen Zeit. Dazu kam im Anfang September 1906 ein Edikt des Kaisers über eine neue Verfassung. Die Verkündigung wurde am 24. Dezember 1907 wiederholt und auch die schleunige Ausarbeitung von Preßgesetzen versprochen; aber die Regierung behielt sich vor, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die Verfassung zur Wirklichkeit werden sollte. Der Tze Cheng Jonan, d. h. der Staatsrat in Peking, und die Tze Si Chu, die Provinziallandtage, sollten dem künftigen Parlamente als Grundlage dienen, und umsichtige Anträge dieser Landtage sollten von den Gouverneuren dem Staatsrat zur Bestätigung vorgelegt werden dürfen. Zugleich aber wuchs wieder die fremdenfeindliche Bewegung, die öfter zu blutigen Zusammenstößen mit den Christen führte.

Dekret gegen den Opiumhandel 20. Sept. 1906

Verkündig. einer neuen Verfassung 25. Dez. 1907

Die ganze Entwicklung Chinas aber und der Friede mit den Großmächten der Welt wurde in Frage gestellt durch den Thronwechsel im Jahre 1908. Am 14. November 1908 wurde der Tod des Kaisers Kwang-Sü und der Kaiserinwitwe Tse-Hsi (§ 375) offiziell von der chinesischen Regierung gemeldet; über die letzten Tage der beiden, ob sie, wie ein Gerücht umlief, vergiftet worden oder eines natürlichen Todes gestorben waren, wurde nichts Genaues bekannt. Die Kaiserinwitwe, mit der eine große historische Persönlichkeit dahinschwand, die mit festem, männlichem Willen, mit hohem Mut und scharfem Verstand das gewaltige Reich gelenkt hatte, war am 1. November schwer erkrankt und wurde, als sie von dem bedenklichen Zustande des Kaisers erfuhr, am 12. November von einem Schlaganfall getroffen. Dem in der Nacht des 14. November zusammenberufenen Großen Rate legte sie die Edikte vor, die den Prinzen Pu-Ji, der noch ein Kind war, zum Nachfolger und den Prinzen Tschun, den Sühneprinzen (§ 378), zum Regenten ernannten. Die Regentschaft aber dieses den auswärtigen Nationen feindlich gesinnten Prinzen weckte bei den fremden Mächten große Besorgnisse für die bisherigen guten Beziehungen zu dem chinesischen Reiche, die noch gesteigert wurden, als am Anfang des Jahres 1909 der Vizekönig Yuanschikai plötzlich seiner Ämter und Würden entsetzt und in seine Heimat verbannt wurde. Ein großer Teil des Vertrauens, das von den fremden Mächten der ruhigen und gedeihlichen Entwicklung Chinas entgegengebracht wurde, beruhte auf Yuanschikais Persönlichkeit, der, obwohl Chinese und Führer der chinesischen Reformpartei, loyal zur herrschenden Mandschudynastie hielt und Mandschu und Chinesen friedlich miteinander zu verschmelzen suchte. Seinem tatkräftigen und umsichtigen Verhalten war es zu danken, daß der Thronwechsel in vollständiger Ruhe erfolgte und das chinesische

Tod des Kaisers und der Kaiserin von China Nov. 1908

Entlassung Yuanschikais Anfang 1909

Reich vor schweren Wirren bewahrt blieb. Gerade auch in Rücksicht auf den Vizekönig hatten sich die Mächte entschlossen, ihre noch in China stehenden Truppen zurückzuziehen und damit einem oft von chinesischer Seite geäußerten Wunsche entgegenzukommen. Die Entlassung Yuanschikais, derentwegen der englische und amerikanische Gesandte bald darauf in Peking Vorstellungen erhoben, stellte die Aufrechterhaltung der Entschließung der Mächte wieder in Frage.

Trotzdem schienen die inneren Verhältnisse sich fester zu gestalten. Die
9. Febr. 1910 10. März Trennung der Justiz von der Verwaltung, die Aufhebung der Sklaverei, der Verkauf wie der Kauf von Menschen wurde bei strenger Strafe verboten, die Begründung einer Kolonisationsgesellschaft, die noch im Jahre 1910 210000 Familien von Reservesoldaten in Gebieten an der russischen Grenze ansiedeln sollte, die Fortführung des Kampfes gegen den Opiumgenuß waren gute Anzeichen dafür. Aber die Weiterführung der Verfassungsfrage begann 1910 zu stocken, und die Vorboten schwerer Stürme zeigten sich immer deutlicher. Ein
30. Jan. 1910 kaiserlicher Erlaß schlug die Bitte der Provinziallandtage, das Parlament vor der festgesetzten Frist zu berufen, mit der Begründung ab, daß die Bevölkerung noch nicht genügend vorbereitet sei, und betonte noch einmal am 27. Juni, daß vor dem Jahre 1917 kein Parlament einberufen würde, obwohl am 9. Mai
Eröffnung des Vorparlaments 3. Oktober eine aus 90 Mitgliedern bestehende Notabelnversammlung zur Vorberatung für die Ausgestaltung des späteren Parlaments berufen worden war. Am 3. Oktober wurde dann das Vorparlament (Tsucheng Yuan) durch den Prinz-
4. November regenten eröffnet, das es durchsetzte, daß ein Kaiserlicher Erlaß die Eröffnung des Parlaments, das aus zwei Kammern bestehen soll, schon innerhalb dreier Jahre zusagte, und am 25. Dezember wurde befohlen, daß ein konstitutionelles Programm einschließlich der Bildung eines verantwortlichen Kabinetts schleunigst ausgearbeitet und dem Throne vorgelegt werden sollte. Aber die von dem Vorparlament am 15. Dezember an den Thron gerichtete Bitte um Ablegung des Zopfes und Annahme europäischer Uniform für Beamte wurde am 31. Dezember energisch abgewiesen.

§ 413. b) Die Revolution. Zu diesen inneren Wirren kam Anfang
Russisches Ultimatum an China 16. Februar 1911 des Jahres 1911 noch die Gefahr eines Krieges mit Rußland. Die russische Regierung richtete an China ein Ultimatum wegen fortgesetzter Verletzung des russisch-chinesischen Vertrages (Fli-Vertrages) vom Jahre 1881 (§ 375). Vorsichtiges Lavieren und Nachgiebigkeit — am 28. März wurden die russischen Forderungen bewilligt — verhüteten den Krieg, dem China bei den damaligen inneren Verhältnissen nicht gewachsen gewesen wäre. Die innere Umbildung machte zunächst friedliche Fortschritte. Im Mai wurde die bisherige Regierung
Ministerium Ching 9. Mai in ein verantwortliches Ministerium unter dem Vorsitz des Prinzen Ching umgewandelt und die Eröffnung des Vorparlaments auf den 23. Oktober angesetzt.

Aber im Oktober brach ein zunächst örtlich beschränkter und auch nur ört-
12. Okt. 1911 lich bedingter Aufstand in der Provinz Szetschwan aus. Die Regierung entsandte zwei Armeekorps unter dem Oberbefehl des Kriegsministers Jintschang nach Wutschang. Aber diese Entblößung der zentralen Jangtseprovinzen wurde das Zeichen zu einem Aufstande, der nun, wenn auch nicht in lückenlosem Zusammenhang, fast das ganze Riesenreich ergriff. Zunächst eine Massenbewegung der Chinesen gegen die herrschende Mandschudynastie wurde er bald unter dem europäischen und amerikanischen Einfluß replublikanischen Jungchinesentums geschickt und energisch in eine Revolution zur radikalen Umwälzung der Staats-
Erste chinesische Nationalversammlung 22. Okt. form umgewandelt. Die Regierung eröffnete unter dem Drucke der Nordarmee am 22. Oktober die erste chinesische Nationalversammlung, und in der Thronrede wurde der Wunsch ausgesprochen, eine konstitutionelle Regierung durchzuführen. Am 27. Oktober wurde Jintschang des Oberbefehls enthoben und zu seinem Nachfolger der Chef des Generalstabs, General Fengkuotschuang,
Rückberufung Yuanschikais 27. Oktober ernannt; zugleich wurde Yuanschikai aus seiner Verbannung (§ 412) zurückberufen und ihm unter dem Titel „Allerhöchst Bevollmächtigter" die Befugnis erteilt, alle ihm geeignet erscheinenden Maßregeln zur Unterdrückung des Auf-

standes nach eigenem Ermessen zu ergreifen. Am 2. November wurde er zum Ministerpräsidenten ernannt; am 13. November traf er, von den Soldaten und der Bevölkerung freudig begrüßt, in Peking ein. Eine Weile schien es, als ob militärische Erfolge bei Hankau — die Stadt wurde am 28. Oktober von den Regierungstruppen wiedererobert — die Bewegung zum Stillstand bringen könnten. Aber Shanghai und Nanking fielen, in Schansi, Kanton und sogar im Stammlande der Dynastie, in der Mandschurei, faßte der Aufstand festen Fuß, und Schritt für Schritt mußte Yuanschikai zurückweichen. Auch daß der Prinzregent im Ahnentempel der Tschingdynastie zu Peking den feierlichen Eid auf die Verfassung leistete, genügte ihnen nicht. Während er noch mit der Shanghaier Versammlung von Delegierten der aufständischen Provinzen über die Aufrechterhaltung des monarchischen Prinzips verhandelte, rief eine ähnliche Versammlung in Nanking den Agitator Dr. Sunjatsen schon zum Präsidenten der Republik aus. Am 14. Januar 1912 willigte die Kaiserinwitwe in die Abdankung der Mandschudynastie ein, und am 5. Februar befahl ein Kaiserlicher Erlaß Yuanschikai, mit Hilfe der Republikaner des Südens eine Republik zu bilden. Am 12. Februar erschien nach weiteren Verhandlungen mit den Aufständischen ein neuer Erlaß, der die Anerkennung der Republik aussprach.

Wiedereroberung Hankaus 28. Oktober

27. Nov.

Dr. Sunjatsen zum Präsidenten der Republik ausgerufen 29. Dez.

China Republik 12. Febr. 1912

In dem Erlaß heißt es: Die überwältigende Mehrheit des Volkes ist für die Republik. Es ist unmöglich, sich den Wünschen von Millionen zu widersetzen für den Ruhm einer einzigen Familie. Darum übertragen die Kaiserin-Witwe und der Kaiser die Souveränität auf das Volk und beauftragen Yuanschikai, eine vorläufige republikanische Regierung zu bilden und mit den Republikanern wegen der Gründung einer Union zu verhandeln, die den Frieden des Reiches sichern soll, und zwar in Gestalt einer großen Republik, die Mandschu, Chinesen, Mongolen, Mohammedaner und Tibetaner vereinigt. Das Edikt besagt ferner, daß das Volk die Verantwortung dafür übernehme, daß die Opfer vor den kaiserlichen Ahnentempeln und Mausoleen immer dargebracht werden würden, und daß der Kaiser nur auf seine politische Macht verzichtet, während der kaiserliche Titel nicht abgeschafft wird. Das Edikt erklärt auch, daß die kaiserlichen Verwandten, Mandschus, Mohammedaner und Tibetaner sich bemühen würden, sich mit den Chinesen zu verschmelzen, um so alle Rassenunterschiede und Rassenvorurteile zu beseitigen. Die Mehrzahl der Republikaner stimmte folgenden Bedingungen zu. Der Kaiser behält seinen Titel und erhält eine Jahresapanage von vier Millionen Taels, die nach Einführung der Währungsreform vier Millionen Dollars betragen soll. Das Palastpersonal bleibt, doch sollen die Eunuchen nicht mehr ergänzt werden. Die Mandschus erhalten Pension, bis Mittel für ihren Lebensunterhalt gefunden sind. Die Religionsfreiheit wird gewährleistet. Der Hof bleibt gegenwärtig in der Verbotenen Stadt; in der Folge wird er im Sommerpalast in der Nähe von Peking residieren.

Sunjatsen verzichtete nun auf die Präsidentschaft, und Yuanschikai wurde von der Nationalversammlung zum „vorläufigen Präsidenten der Republik" gewählt. Er trat am 10. März sein Amt in Peking an und brachte das unmöglich Scheinende fertig. Er entließ die aufrührerischen Soldaten, unterdrückte die Aufstandsversuche der Kaiserlichen, verschaffte seinen Anordnungen auch in den auseinanderstrebenden Provinzen Geltung und vereinigte alle Gewalt in seiner Hand. Es gelang ihm auch, die in Sprache, Temperament, Anschauungen und Gewohnheiten völlig verschiedenen Gebiete Nord- und Südchinas zusammenzubringen. Seine beiden Hauptgegner aus dem Süden, Sunjatsen und General Hwanghsing, zog er zu sich herüber und verhinderte, daß als Regierungssitz Nanking an Stelle der alten Hauptstadt Peking trat.

Yuanschikai „vorläufiger Präsident" 10. März 1912

Nur die wichtigste Aufgabe, auf deren Lösung die Fortsetzung seiner Politik und die Einigkeit der Republik beruhte, konnte er nicht bewältigen: die finanzielle Gesundung Chinas. Für die Anleihe von 60 Millionen Pfund Sterling, welche China bei einem Bankensyndikat erheben wollte, beanspruchten zuerst England, Frankreich, Deutschland und die Vereinigten Staaten ihren Einfluß auf die neue Regierung dadurch aufrechtzuerhalten, daß sie sich an dieser Anleihe einen bestimmten Anteil für ihre Staatsangehörigen vorbehielten. Da aber auch nun Japan und Rußland ihren Einfluß geltend machen wollten, so bildete sich ein Sechs-Mächtebankkonsortium. Dabei

aber behielten sich Rußland und Japan die Wahrung ihrer besonderen Interessen in der Mongolei und Mandschurei vor. Die gemeinsamen Bedingungen der Sechs-Mächtegruppe wurden von der beratenden Versammlung in Peking am 16. Oktober 1912 in folgender Fassung angenommen: „1. Als Bürgschaft für die Zinsenzahlung dienen die Erträge des Salzzolles. 2. Die mit der Anleihe beauftragte Bankgemeinschaft bildet einen Finanzrat auf fünf Jahre, der der chinesischen Regierung ‚Ratschläge' (im Sinne der Mächte gleich Befehle) über Zölle und Steuern erteilt. 3. Ein fremder Sachverständiger vertritt die chinesische Regierung bei der Bankgemeinschaft. 4. Neue Anleihen darf China binnen fünf Jahren nicht aufnehmen." Die Unterzeichnung der Anleihe durch die Sechs-Mächtegruppe wurde aber im Februar 1913 durch den französischen Gesandten verhindert, der gegen die Nationalität der drei ausländischen Ratgeber, die in Verbindung mit der Anleihe ernannt werden sollten, Einwendungen machte, die sich speziell gegen den Deutschen Rump richteten, der zum Berater der Rechnungskammer bestimmt worden war. Bald nach der Übernahme der Präsidentschaft der Vereinigten Staaten Nordamerikas durch Wilson (§ 435) traten diese aus der Sechs-Mächtegruppe aus, erkannten aber die chinesische Republik formell an. Die nunmehrige Fünf-Mächtegruppe zahlte dann der Regierung am 13. Mai 1913 einen ersten Vorschuß. Doch auch der genügte nicht, die dringend nötigen Reformen durchzuführen, und so kam es sehr bald zu einer neuen Revolution des Südens gegen den Norden im Juli 1913.

Annahme der Bedingungen der Sechs-Mächtegruppe 16. Okt. 1912

Kampf des Südens Chinas gegen den Norden Juli 1912

Die Yuanschikai drohende Gefahr wurde vergrößert durch die auf die Aufteilung des Reiches spähenden auswärtigen Mächte. Von Tonkin her begehrten die Franzosen Jünnan und Kwangsi, das blühende Tal des Huntschuikiang bedeutet ihnen die Grenze ihrer Kolonien. Von Tibet her drohten die Engländer (s. unten). Noch schlimmere Feinde sind die Mongolen und Russen. Der Hutuchtu in Kolon-Urga, das unter dem buddhistischen Dalai Lama stehende geistliche Haupt der Mongolen, riß sich im Januar 1912 von China unter offener Begünstigung Rußlands los. Am 11. Oktober erschien der russische Gesandte, Kostoruwcz, in der Mongolei, um die Schutzherrschaft Rußlands dort auszuüben, und am 9. November erklärte der Hutuchtu die Außenmongolei für unabhängig und sich zum weltlichen Herrscher. Rußland sagte ihm Hilfe zu in einem Vertrage, der es kaufmännisch, industriell und militärisch zum Herrn des Landes machte. Yuanschikai verhandelte mit dem Hutuchtu, aber seine Expeditionstruppen wurden von den Mongolen geschlagen oder gingen über. Diesen Gegnern Chinas schloß sich auch Japan an, das nur auf den günstigen Augenblick wartete, um seine Beute in China zu holen. Japanische Offiziere wirkten im Lager der Rebellen des Südens mit. So mußte China auf die schlimmsten Ereignisse vorbereitet sein. Doch mehr und mehr gelang es Yuanschikai Boden zu gewinnen. Sunjatsen und Hwanghsing entwichen nach Japan, wo sie polizeilich überwacht wurden, und am 1. September 1913 ergab sich Nanking den Regierungstruppen. Als bei ihrem Eindringen einige Japaner getötet wurden, entstand in Tokio eine heftige Volksbewegung, und die japanische Regierung forderte Entschuldigung, Bestrafung der Schuldigen und Zahlung einer Entschädigungssumme. Da China einer Weigerung der Krieg mit Japan drohte, so gab es nach, um den Frieden zu erhalten. Am 6. Oktober wurde dann Yuanschikai auf fünf Jahre zum Präsidenten der chinesischen Republik gewählt, und die Republik wurde nun von den Großmächten anerkannt.

Unabhängigkeitserklärung der Mongolei 9. Nov. 1913

Nanking von den Regierungstruppen genommen 1. Sept. 1913

Yuanschikai Präsident 6. Okt. 1913

Die Tibetanische Frage (§ 395) war 1906 zugunsten Englands entschieden worden. Am 27. April wurde ein Vertrag abgeschlossen, in welchem England sich allerdings verpflichtete, kein Territorium in Besitz zu nehmen und sich auch nicht in die Verwaltung Tibets einzumischen, China sich aber dazu verstand, keine andere fremde (d. h. vornehmlich russische) Einmischung zu erlauben und dem englischen Handel den Weg nach Lhassa endgültig zu sichern und damit dem vollen Einfluß Englands den Weg zu öffnen. Am 4. November

Tibetanischer Vertrag Englands und Chinas 27. April 1906

1908 konnte der Dalai Lama aus China nach Tibet zurückkehren. Im Jahre 1910 erhoben sich für China neue Schwierigkeiten in Tibet, doch machte es seine Oberheit geltend. Ein chinesisches Besatzungsheer rückte im Februar 1910 nach Lhassa vor. Der Dalai Lama entfloh nach Indien. Er wurde für abgesetzt erklärt und die Wahl eines Nachfolgers empfohlen. Doch Mitte Juni 1912 kehrte er zurück und wurde am 29. Oktober feierlich wieder eingesetzt. Die gegen ihn geschickten chinesischen Truppen wurden geschlagen, und im Dezember 1912 schloß Tibet einen Vertrag mit der Mongolei ab, durch den die beiden Länder sich gegenseitig als unabhängig anerkannten und sich Hilfe in allen Schwierigkeiten sowie unbeschränkte Handelsfreiheit versicherten.

Wiedereinsetzung des Dalai Lama 29. Okt. 1912

§ 414. 4. Persien. In einem Vertrage zwischen England und Rußland, der Afghanistan (§ 394) ganz an England überließ, wurde auch über Persien entschieden: es wurde in drei Zonen geteilt. Die größte und wichtigste nördliche Zone blieb dem Einflusse Rußlands überlassen; die an Afghanistan und Beludschistan grenzenden südpersischen Gebiete wurden den englischen Interessen vorbehalten, Südpersien für neutral erklärt. Trotzdem dauerte der Streit Rußlands und Englands über ihre Interessenpolitik in Persien fort, genährt durch die dort entstandenen inneren Wirren. Infolge von Kundgebungen gegen die Regierung hatte der Schah Musaffer-ed-Din-Mirza (§ 394) am 22. Januar 1906 beschlossen, ein „Haus der Gerechtigkeit" zu berufen, in dem Vertreter der Geistlichkeit, der Kaufmannschaft und der Grundbesitzer eine administrative und gesetzgebende Tätigkeit ausüben sollten. Am 10. August 1906 wurde wirklich eine Verfassung erlassen und das erste persische Parlament am 7. Oktober eröffnet, das aus 162 Mitgliedern bestand. Der Schah wurde begeistert gefeiert. Aber als er am 8. Januar 1907 starb, begann der Nachfolger, sein Sohn Mehmed Ali, den Kampf gegen dieses Parlament, das nach europäischem Muster ein regelrechtes Budget einrichten, dem Schah eine bestimmte Zivilliste — $2^1/_2$ Mill. Franken — anweisen und seine bisherige Gewohnheit, nach Belieben den Staatsschatz anzugreifen, unmöglich machen wollte. Da der Schah die Anerkennung dieser Bestimmungen verweigerte, kam es im November und Dezember 1907 zu ernsten Unruhen in Nord- und Westpersien und zu Straßentumulten in Teheran, durch die der Schah zur Nachgiebigkeit und zum Schwur auf den Koran gezwungen wurde, nie wieder etwas gegen das Parlament zu unternehmen. Aber die Unruhen dauerten fort, englische und russische Intrigen mischten sich ein. Während der Schah von den Russen abhängig erschien, wurde sein Onkel Sill-es-Sultaneh als ein Werkzeug der Engländer und als Kronprätendant angesehen. Am 28. Februar 1908 entging der Schah nur durch einen glücklichen Zufall einem Bombenattentat. Dann wirkte der russisch-englische Vertrag auf die Stimmung des persischen Volkes ein, das nicht nur aus nationalen, sondern auch aus religiösen Gründen Rußland wie England gegenüber sehr mißtrauisch geworden war. Anfang Juni verließ der Schah Teheran und hielt sich außerhalb der Stadt in Laagschah auf, das er durch starke Truppenabteilungen besetzen ließ. Von dort aus sandte er auf ein Ultimatum der Volksvertretung Abteilungen der Truppen in die Stadt und ließ das Parlament bombardieren. Da auch in Täbris die blutigen Kämpfe zwischen den Anhängern des Schahs und Mitgliedern der Opposition fortdauerten, verhängte er am 27. Juni über ganz Persien den Kriegszustand bei Todesstrafe und verbot die Abhaltung von Versammlungen und das Waffentragen. Trotzdem hörten die Kämpfe nicht auf, im Norden herrschten geradezu anarchische Zustände. Zu einer Einberufung des Parlamentes, die auch von England und Rußland gewünscht wurde, wollte sich der Schah aber keineswegs verstehen; er bestimmte vielmehr eine größere Anzahl seiner Vertrauensmänner, regelmäßig im Laagschahgarten Beratungen in parlamentarischer Form zu halten. Demgegenüber erklärten am 15. Dezember England und Rußland, daß durch die Einsetzung eines solchen Staatsrats das feierliche

Englisch-russischer Vertrag über die Abgrenzung der Interessensphären in Asien 31. Aug. 1907

Persisches Haus der Gerechtigkeit 22. Jan. 1906

Persische Verfassung 10. August

Eröffnung des persischen Parlamentes 7. Oktober

Mehmed Ali Schah von Persien 8. Jan. 1907

Der Schah beschwört die Verfassung 23. Dez. 1907

Bombenattentat auf den Schah 28. Februar 1908

Kriegszustand über Persien verhängt 27. Juni 1908

Bewaffnetes Eingreifen Englands und Rußlands in Persien 11. und 12. April 1908

Wiederherstellung der Verfassung 5. Mai

13.—16. Juli

Abdankung Mehmeds 16. Juli

Achmed Mirza Sultan 17. Juli

Der Schah verläßt Persien 9. Sept.

Eröffnung des Parlaments 5. November

7. März 1910

Intervention Englands 17. Oktober

Rückkehr des Ex-Schah 19. Juli 1911

Russisches Ultimatum 16. und 30. Nov. 1911

Auflösung des Parlaments 25. Dez. 1911

Versprechen des Schahs, ein Parlament einzuberufen, nicht erfüllt sei. So wurden die Wirren, zu denen noch bedenkliche Grenzstreitigkeiten mit den Türken kamen, immer schlimmer und zwangen schließlich die Engländer und Russen, am 11. und 12. April 1909 zum Schutz der Ausländer ihre Truppen in Persien einrücken zu lassen. Unter dem Drucke dieser Verhältnisse stellte der Schah von neuem am 5. Mai 1909 in einer Proklamation an sein Volk die Verfassung wieder her und ordnete die Abgeordnetenwahlen an.

Aber es war bereits zu spät. Die Nationalisten und aufständischen Stämme besetzten nach dreitägigen Straßenkämpfen Teheran. Der Sultan verlor in seinem Lager Sutanetabad plötzlich den Mut und flüchtete in die russische Gesandtschaft. Er verzichtete auf Thron und Reich und stellte sich unter den Schutz von England und Rußland. Eine neue Regierung unter Sipachdar wurde eingerichtet, die am 17. Juli den elfjährigen Kronprinzen Achmed Mirza als „Sultan" proklamierte. Der Titel Schah war damit abgeschafft. Die Regentschaft führte der Prinz Sill-es-Sultaneh. Mit englisch-russischer Hilfe wurde dann der Ex-Schah bewogen, gegen eine Pension Persien zu verlassen und in Odessa in Rußland Aufenthalt zu nehmen. Am 5. November wurde das Parlament eröffnet. In der Thronrede wurde die Anwesenheit fremder Truppen in Persien als der einzige unbefriedigende Zug in den Beziehungen mit den Mächten bezeichnet und die Hoffnung auf eine Zurückziehung der Truppen ausgesprochen.

Diese Hoffnung wurde nicht erfüllt, die englisch-russische Verbindung wurde nur fester, da die Anarchie durch die Regierung und das Parlament nicht beseitigt werden konnte. Aber eine englisch-russische Vorschußanleihe, die Persien aufgezwungen werden sollte, lehnte der Ministerrat ab, weil die beiden Mächte die Kontrolle über alle persischen Anleihen forderten; auch Deutschland erhob dagegen Einspruch. Dann aber begann das Verhältnis Rußlands und Englands zu erkalten. Infolge des Vertrages mit Japan (§ 411) glaubte Rußland weniger Rücksicht auf England nehmen zu müssen. Da nun das Parlament am 9. September 1910 beschloß, für das Ministerium des Innern französische und für das Finanzministerium amerikanische Ratgeber anzustellen, so unternahm am 17. Oktober England auf eigene Hand einen Vorstoß, der ihm durch die Beherrschung der Straßen und zu bauenden Eisenbahnen und der in früher als neutral bezeichneten Zone das Übergewicht sichern sollte. Am 27. Oktober landeten 160 Mann mit 4 Geschützen in Lingeh am Persischen Golf, angeblich, weil von den rebellischen Stämmen im Innern den Europäern Gefahr drohte. Mehr aber als der ohnmächtige persische Einspruch veranlaßte die Engländer, diese Truppen am 9. November wieder zurückzuziehen: die Zusammenkunft des deutschen und russischen Kaisers in Potsdam (§ 403). Der Uneinigkeit der beiden „Schutzmächte" verdankte Persien auch weiter die Fortführung seines Daseins. Die inneren Wirren wurden wieder schlimmer, als am 19. Juli 1911 der Ex-Schah Mehmed auf persischem Boden landete, und von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt, am 22. Juli in Astrabad einzog. Die nun beginnenden wechselreichen Kämpfe mit den Regierungstruppen endeten schließlich mit der Flucht des Ex-Schah, der am 12. August bei Firuskuh nach heftigem Kampfe geschlagen worden war. Aber gegen die Großmächte konnte die Regierung sich nur in passivem Widerstand behaupten. Als Rußland am 16. November ein Ultimatum an Persien richtete, dem am 30. November ein zweites folgte, das die Absetzung des Amerikaners Shusters, des Leiters der persischen Finanzen, verlangte, und der Medschliß, das Parlament, sie ablehnte, da rückten russische Truppen in Persien ein. Eine am 5. Dezember an die europäischen Mächte gerichtete Bitte um Zurückweisung des russischen Vorgehens blieb erfolglos, und so löste am 25. Dezember der Regent das Parlament auf, nahm das Ultimatum an und entließ am folgenden Tage den amerikanischen Finanzdirektor. An seine Stelle trat am 8. Januar 1912 ein fünfköpfiger Ausschuß, dessen Vorsitz

der belgische Zolldirektor Mornard erhielt. Die Lage wurde noch schwieriger, als der Parteigänger und Bruder des Ex-Schah, Salar-ed-Dauleh, im Anfang des Jahres 1912 zum Angriff gegen die Regierung schritt und zur Abwehr das Geld fehlte. Endlich nahm nach langen Verhandlungen die Regierung das Abkommen der Russen und Engländer über ihre persischen Einflußsphären von 1907 (s. oben) an und erhielt am 28. März von beiden Mächten 4 Millionen Mark geliehen. Aber Ruhe trat trotzdem nicht ein. Im September schien es sogar nach einigen Erfolgen Salar-ed-Daulehs zur Wiedereinsetzung des Ex-Schahs kommen zu sollen. Auch im Jahre 1913 dauerten die inneren Wirren fort. Doch wurde im Oktober zwischen Salar-ed-Dauleh und der Regierung des Schahs ein Übereinkommen getroffen, in welchem dem Prinzen eine jährliche Pension bewilligt wurde, wofür er versprach, seinen Aufenthalt in der Schweiz zu nehmen.

IV. Afrika.

§ 415. 1. Die marokkanische Frage; a) bis 1909. Zu einer bedeutsamen internationalen Verwicklung führten die marokkanischen Verhältnisse. Zwar wurde durch eine im März 1906 erfolgte Verständigung der Weltmächte der Weltfriede gewahrt, aber die Spannung zwischen Frankreich und Deutschland wurde durch neue innere Verwicklungen in Marokko immer gefahrdrohender. Auch das im Anfang des Jahres 1909 getroffene deutsch-französische Abkommen vermochte die Gegensätze nicht zu beruhigen. Durch die Einmischung Englands spitzten sie sich vielmehr so zu, daß im Sommer 1911 der Krieg zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und England andererseits vor der Tür stand. Mit Mühe nur gelang es, auch hier noch einmal den Weltfrieden zu erhalten.

Durch den Vertrag von Madrid vom 3. Juli 1880 (§ 393) war die Ausübung des sogenannten Schutzrechtes der europäischen Großmächte geregelt worden; an diesem Vertrage waren zu gleichen Teilen beteiligt Spanien, sämtliche Großmächte Europas, ausgenommen Rußland, die Vereinigten Staaten Nordamerikas, Portugal, die skandinavischen Staaten, Belgien und Holland; alle diese Staaten einigten sich über die Stellung der Fremden im marokkanischen Staatsgebiet und gegenüber der marokkanischen Staats- und Rechtsordnung. Wie dieser Vertrag von den Mächten auf Grund der Anerkennung Marokkos als eines völlig souveränen Staates abgeschlossen worden war, so war Deutschland einen Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Marokko eingegangen. Da begann Frankreich, das mit seinem nordwestafrikanischen Kolonialreich Marokko ganz einschließt, sich mehr und mehr in die trostlosen Staatszustände desselben einzumischen, um schließlich zu einer Einverleibung des ganzen Marokko zu gelangen. Zu dem Zwecke näherte es sich England und schloß mit diesem einen Sondervertrag, durch welchen den Engländern die volle Herrschaft in Ägypten zugestanden wurde, während Frankreich freie Hand erhalten sollte, Marokko in derselben Weise wie Tunesien in seine Interessensphäre hineinzuziehen (§ 373). Im Oktober 1904 verständigten sich auch Frankreich und Spanien über die Abgrenzung ihrer Rechte und Interessen in Marokko und ergänzten ihr Einvernehmen im Sommer 1905 durch ein weiteres geheimes Abkommen. Schließlich hatte Frankreich auch mit Italien einen bisher ebenfalls noch geheim gehaltenen Vertrag abgeschlossen.

Deutsch-marokkan. Handelsvertrag 1. Juli 1890

Französisch-englischer Sondervertrag 8. April 1904

Der französische Minister des Auswärtigen, Delcassé, hatte nun, gestützt auf England, diese Verträge zum Ausgangspunkt seiner geheimen Umtriebe gegen Deutschland ausersehen, um das französische und deutsche Volk vor eine unwiderruflich vollendete Tatsache zu stellen. Eine amtliche Eröffnung über sein Vorgehen in Marokko vermied er Deutschland gegenüber. Der Vertreter seiner Politik, St. René-Taillandier, schlug indes dem Sultan Reformen vor, die besonders durch polizeiliche Einrichtungen und durch Gründung einer Staatsbank

Delcassés Vorgehen

für die Anleihen, die Steuereinnahme und die Ausführung von öffentlichen Arbeiten eine französische Monopolwirtschaft herstellen sollten. Das aber widersprach völkerrechtlich dem Madrider Vertrage und schädigte die im deutsch-marokkanischen Handelsvertrage gewahrten deutschen Interessen. Da tat der deutsche Kaiser den entscheidenden Gegenzug. Auf einer Mittelmeerfahrt besuchte

Kaiser Wilhelm in Tanger 31. März 1904

er Tanger und erklärte den Abgesandten des Sultans, daß er ein großes Interesse habe für den Bestand und das Gedeihen des marokkanischen Reiches, und daß er wünsche, daß die handeltreibenden Nationen in Marokko nach wie vor die gleichen Rechte genössen, ohne daß eine vor der andern einen Vorzug erhielte. An demselben Tage beantwortete Delcassé eine im Senate über Marokko gestellte Frage ausweichend. Der Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich spitzte sich immer mehr zu, und der Ausbruch eines Krieges war zu befürchten.

19. April

Erst später kam es in der Deputiertenkammer zu einer eingehenderen Erörterung der Marokkofrage, wobei besonders der Führer der Sozialistenpartei, Jaurès, scharf gegen den Minister vorging; indes aus innerpolitischen Gründen (§ 432) ließ das Kabinett denselben vorläufig nicht fallen. Aber als er willens war, die von Deutschland gestellte Forderung, alle Signatarmächte des Madrider Vertrages vom Jahre 1880 zu einer neuen Versammlung und zu einer gemeinsamen Regelung der in Marokko nötigen Reformen zu berufen, abzulehnen, da erkannte der Ministerpräsident Rouvier die Gefahr: in einer erregten Kabinettsitzung warf er Delcassé vor, eine rein persönliche Politik getrieben zu haben,

Entlassung Delcassés 6. Juni

die den Krieg mit Deutschland zur Folge haben könnte, und zwang ihn, aus dem Ministerium auszuscheiden. Rouvier übernahm selbst die auswärtigen Angelegenheiten und willigte nach langwierigen Verhandlungen in die Einberufung

Konferenz von Algeciras 16. Jan. bis 7. April 1906

einer Konferenz der Signatarmächte ein, die Mitte Januar 1906 in Algeciras in Spanien unter dem Vorsitze des spanischen Herzogs von Almodovar eröffnet wurde. Damit waren die Aussichten auf eine friedliche Schlichtung dieser so bedeutsam gewordenen internationalen Frage gegeben. Nach langen Unterhandlungen wurde Ende März in den beiden verwickeltsten Fragen, der Polizei- und Bankfrage, eine Verständigung erzielt. Dazu trug neben der weitgehenden Nachgiebigkeit Deutschlands und der in allen Staaten sich gegen einen Weltkrieg erklärenden Volksstimmung namentlich bei das uneigennützige nnd unermüdliche Wirken Österreich-Ungarns und seines Vertreters, des Grafen Welsersheimb. Deutschland erreichte, treu unterstützt von Österreich, „dem brillanten Sekundanten", sein Ziel, die unbehinderte Entwicklung seiner wirtschaftlichen Interessen zu sichern. Durch die einzuführenden Verbesserungen im Zoll-, Steuer- und Polizeiwesen sowie durch die beabsichtigte Errichtung einer Staatsbank wurden der marokkanischen Regierung, unter Wahrung der Souveränität des Sultans, die Mittel gegeben, den Angehörigen aller Nationen zur wirtschaftlichen Erschließung des Landes den nötigen staatlichen Schutz und Vorschub zu gewähren. Der Gefahr, daß die durch Europäer zu organisierende Polizei in irgendwelchem einseitigen Interesse wirken könne, sollte dadurch vorgebeugt werden, daß eine auf internationaler Grundlage (die Schweiz stellt den Vorsteher des Generalinspektorats) beruhende Aufsicht geschaffen wurde.

Aber Thronstreitigkeiten ließen Marokko nicht zur Ruhe kommen. Gegen Abd-ul-Aziz (§ 393) erhob sich im Februar 1906 ein Prätendent, Bu Hamara, der von den Franzosen unterstützt wurde; doch wurden seine Truppen Ende Juli völlig geschlagen und lösten sich auf. Dagegen nahm im Oktober der Rebell Raisuli Argila und bedrohte Tanger, und unter den Riffkabylen bei Melilla brachen Unruhen aus, die im Dezember 1906 Frankreich und Spanien zur

9. Dez. 1906

Absendung einer Expedition bewogen. Als ihre Schiffe vor Tanger erschienen,

6. Jan. 1907

verkündete Raisuli den heiligen Krieg; doch mußte er sich vor dem marokkanischen Kriegsminister Gebbas, der am 27. Dezember in Tanger eingezogen war, zurück-

24. Januar

ziehen. Seine Zufluchtsstätte Zinat wurde genommen und er am 24. Januar von neuem geschlagen. Die Durchführung der Beschlüsse der Algeciraskonferenz,

die vom Sultan im Juli 1906 unterzeichnet worden waren, rief neue Unruhen hervor. In Fez wurde ein französischer Arzt durch Steinwürfe verletzt und in Marrakesch am 19. März 1907 ein anderer französischer Arzt, Mauchamp, von einer aufgeregten Volksmenge ermordet. Das benutzte die französische Regierung, um die Stadt Udschda an der algerischen Grenze zu besetzen. Als dann im Juni Mulay Hafid, der sechzehn Jahre ältere Bruder von Abd-ul-Aziz, von den Stämmen des Südens zum Sultan ausgerufen wurde, begann ein Thronkrieg. Auch erschien Raisuli wieder und nahm den Kaid Sir Harry Maclean, einen geborenen Engländer, gefangen und drohte ihn zu töten, wenn der Sultan oder England gegen ihn Repressalien ergriffen. Maclean wurde erst am 7. Februar 1908 von Raisuli wieder freigegeben. 19. März 1907

Durch die ziemlich offene Parteinahme Frankreichs für Abd-ul-Aziz wurde die Mehrzahl der Marokkaner zur Fahne seines Bruders getrieben; die Macht des Sultans wurde auf Fez und Umgebung beschränkt, nnd als er sich auch dort nicht zu halten vermochte, ging er nach Rabat, um sich im Notfalle unter europäischen Schutz flüchten zu können. Frankreich aber benutzte Gewalttaten der mohammedanischen Bevölkerung in der Hafenstadt Casablanca, um seine Pläne zur Unterwerfung Marokkos auf Umwegen wieder aufzunehmen und durchzuführen. Die Berichte über die Vorgänge in Casablanca waren widersprechend und konnten nicht aufgeklärt werden; jedenfalls rief die Landung eine ernstliche Bedrohung sämtlicher Europäer hervor, die in ihre Konsulate fliehen oder ihre Habe der Plünderung preisgeben mußten. Ein Bombardement französischer und spanischer Kriegsschiffe auf die Stadt tat der wüsten Szene keinen Einhalt; erst durch eine weitere Landung der Franzosen und Spanier und einen blutigen Kampf, bei dem über tausend Marokkaner, unter ihnen viele Frauen und Kinder, umkamen, konnte in Casablanca und der nächsten Umgebung die Ordnung aufrechterhalten werden. Ein Versuch Frankreichs, unter dem Scheine der in der Algecirasakte vorgesehenen Einrichtung von Polizeitruppen die Häfen in französischen Besitz zu bringen, scheiterte an der Weigerung Spaniens, sich daran zu beteiligen, und an der Erklärung Deutschlands, daß die Errichtung solcher spanisch-französischen Polizeikorps nur provisorischen Charakter tragen dürfe. Aber die Franzosen blieben unter dem General Drude mit ungefähr 10000 Mann in Casablanca und begannen von dort aus weiter vorzudringen. Am 11. September unternahm Drude einen erfolgreichen Vorstoß nach Taddert, und mehrere Stämme bei Casablanca unterwarfen sich ihm; auch die Beni Snassen wurden November und Anfang Dezember mehrfach von den Franzosen besiegt. 21. September 1907 — 31. Juli — 5. August — 18. und 21. August — 11. Sept

Aber obwohl der französische Gesandte Regnault in Rabat dem Sultan Abd-ul-Aziz das Großkreuz der Ehrenlegion überreichte, ihn zum Bundesgenossen zu gewinnen und dadurch die Stellung Frankreichs zu stärken suchte, blieb der Prätendent Mulay Hafid, der am 4. Januar 1908 in Fez zum Sultan proklamiert wurde, im Lande selbst überall Sieger, und die neutralen Großmächte neigten seiner förmlichen Anerkennung zu. Der an Stelle Drudes zum Oberbefehlshaber von Casablanca ernannte General d'Amade besetzte Settat, worauf Mulay Hafid den heiligen Krieg gegen Frankreich erklärte. Es folgten dann Kämpfe d'Amades mit den Schauja, die mit wechselnden Erfolgen fast das ganze Jahr 1908 ausfüllten, als ob das Gebiet derselben noch immer nicht befriedet wäre, während schon längst Mulay Hafid, der tatsächliche Gebieter, um Frieden gebeten hatte. d'Amade hatte auch schon begonnen, in der Schauja eine gemischte französisch-marokkanische Verwaltung einzusetzen, in ähnlicher Weise, wie einst die Schutzherrschaft in Tunesien eingeleitet wurde. Auch war mit Abd-ul-Aziz ein förmlicher Vertrag über die Einrichtung einer französischen Finanz- und Militärkontrolle abgeschlossen worden. Unter diesen Umständen mußte Deutschland, dessen bedeutende Handelsbeziehungen zu Marokko dadurch geschädigt wurden, besonders auch, nachdem deutsche Postboten mißhandelt, einer sogar getötet worden war, in diese Wirren eingreifen. Und als am 25. September in Proklamation Mulay Hafids zum Sultan 4. Jan. 1908 — 15. Januar — 25. September 1908

Casablanca deutsche und französische Staatsorgane wegen einiger desertierten Legionäre in Streit gerieten, drohte es nun zu ernstlichem Zerwürfnis zwischen Deutschland und Frankreich zu kommen. Doch wurde dasselbe dadurch verhütet,
10. Novemb. daß die Angelegenheit am 10. November dem Schiedsgericht zu Haag zur Entscheidung übergeben wurde, das am 22. Mai 1909 ein Urteil abgab, das Schuld und Nichtschuld auf beide Seiten in gleicher Weise verteilte (§ 420). Inzwischen
10. Juni war Mulay Hafid in Fez eingezogen und hatte Abd-ul-Aziz endgültig geschlagen. Darauf beantragte Deutschland bei den Großmächten die Anerkennung Mulay
Mitte August Hafids, und als dieser dem diplomatischen Korps in Tanger die Mitteilung
Anfang September machte, daß er die Akte von Algeciras anerkenne, stimmte auch Frankreich dem Antrage Deutschlands zu. Sämtliche Signatarmächte der Akte von Algeciras gaben davon am 5. Januar 1909 Mulay Hafid Kenntnis. Dennoch blieb das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich sehr gespannt, da Deutschland dafür sorgen mußte, daß die überscharfen Bedingungen Frankreichs, die wieder eine Bedrohung der Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit Marokkos bedeutet hätten, ermäßigt wurden. Endlich kam es nach längeren Verhandlungen zu einer
Deutsch-französisches Abkommen über Marokko 9. Febr. 1909 vollen Verständigung zwischen den beiden Mächten, wie man damals glaubte. Sie bestätigten nochmals die in den Akten von Algeciras getroffenen Bestimmungen und erklärten, daß 1. Deutschland den politischen Interessen Frankreichs in Marokko nicht entgegentreten, 2. Frankreich der wirtschaftlichen Betätigung Deutschlands in Marokko keinerlei Hindernisse in den Weg legen werde, und daß 3. beide Regierungen es sich wollen angelegen sein lassen, ihren Landesangehörigen die Möglichkeit zu bieten, sich gemeinsam an der wirtschaftlichen Aufschließung Marokkos zu beteiligen.

§ 416. b) bis 1910. Dem Sultan Mulay Hafid verschaffte die Anerkennung durch die europäischen Mächte keine genügende Autorität, weil es ihm nicht gelang, die französischen und spanischen Besitzergreifungen zurückzuschieben. Die grausamen Strafen gegen die Aufständischen — so wurde der am 23. August gefangene Roghi in einem Käfig nach Fez gebracht — riefen am 2. September den Einspruch der Konsuln der Mächte hervor. Und trotz der wiederholten Versicherungen Frankreichs, der wirtschaftlichen Betätigung Deutschlands in Marokko keine Hindernisse in den Weg zu legen, wurden in der deutschen Presse und im Reichstag Zweifel über die wirtschaftliche Freiheit laut, die durch Beschwerden der Gebrüder Mannesmann entstanden waren. Die Handelskammer Solingen richtete am 15. Dezember und der Verein Hamburger Reeder am 20. Dezember eine Eingabe an den deutschen Reichskanzler mit der Forderung, daß die Bergwerksrechte dieser Gebrüder von der deutschen Regierung sichergestellt
Anleiheabkommen zwischen Frankreich u. Marokko 21. März 1910 und vor Eingriffen Dritter geschützt werden möchten. Im März schloß Frankreich mit dem Sultan einen Vertrag, in dem die Übernahme der von Marokko dem Auslande geschuldeten Summe auf eine französische Anleihe von 90 Millionen sowie die Räumung der Schauja und der Provinz Udscha nach Bildung einer unter französischen Offizieren und Unteroffizieren stehenden marokkanischen Truppenmacht in diesen Gebieten bzw. nach Abzahlung der französischen Expeditionskosten im Betrag von 75 Millionen vereinbart wurden. Dieses Zurückdrängen der deutschen Handelsinteressen durch die Franzosen ließ auch im Jahre 1910 die Marokkofrage nicht zur Ruhe kommen, sie begann sich sogar
Besetzung von Agadir durch die Franzosen 3. Dez. 1910 gegen Ende des Jahres noch mehr zu verwickeln, als am 3. Dezember der Hafen Agadir in Südmarokko von den Franzosen besetzt wurde, wofür allerdings die französische Regierung die beruhigende Erklärung abgab, daß das französische Kriegsschiff nur in der vertragsgemäßen Ausübung der Seepolizei in den Hafen eingelaufen sei.

§ 417. c) bis 1913. Hochbedeutsam aber wurde die Marokkofrage im Jahre 1911. Der Zusammenstoß Deutschlands und Frankreichs, die Einmischung Englands und die Streitigkeiten Frankreichs

und Spaniens führten nahe an dem Ausbruch eines furchtbaren europäischen Krieges vorbei. Frankreich nahm mit Anfang des Jahres 1911 vollends die Maske ab und führte sich durchaus als Herr des Landes auf. Es benutzte einerseits die Fortdauer der Anarchie in Marokko, um seine Truppen nach allen Richtungen hin zu entsenden, andererseits erfüllte es die Voraussetzung des Abkommens von 1909, die Förderung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Deutschen, in keiner Weise.

Überfall einer Mahalla unter französischer Führung 14. Jan. 1911

Am 14. Januar wurde eine unter französischer Führung stehende Mahalla (Truppe auf dem Kriegszug) des Sultans überfallen. Am 16. Januar erklärte dann die französische Regierung, daß eine Räumung der Schauja erst erfolgen könne, wenn ausreichende Polizeitruppen vorhanden und die Okkupationskosten bezahlt seien (§ 416). Dann mehrten sich im Laufe des Februar die Gerüchte von Aufständen, deren Mulay Hafid nicht Herr werden könnte. Und als Anfang März sich die Stämme der Ben Mtir, Ben Assen und die Scherarda gegen den Sultan erhoben, wurden weitere übertriebene Nachrichten über Gefährdung von Europäern durch die französische Presse verbreitet. Darauf hin beschloß am 10. März der französische Ministerrat eine Sühnexpedition wegen des Überfalls im Januar nach Marokko zu entsenden. Die deutsche Regierung aber wurde am 14. März benachrichtigt, daß die Verstärkungen der französischen Truppen in der Schauja nur zum Schutze der französischen Posten dienen sollten. Als nun Anfang April neue Meldungen in Paris eintrafen, daß Fez in Gefahr sei, ordnete am 17. April der französische Ministerrat eine weitere Truppenverstärkung an und beschloß den konzentrischen Vormarsch auf Fez. Am 21. Mai rückte nach verschiedenen Gefechten General Moinier dort ein.

Französische Sühneexpedition 10. März 1911

General Moinier in Fez 21. Mai

Von der deutschen Regierung war Frankreich in freundschaftlicher, aber entschiedener Weise auf die Folgen dieses Zuges aufmerksam gemacht worden, die Franzosen aber erklärten, daß es sich nur um vorübergehende Operationen handle, und daß sie ihre Truppen nach Beendigung ihrer Aufgabe wieder an die Grenze zurückziehen würden. Aber als nun die Franzosen sich vielmehr als Herren in Fez betrachteten und sich immer mehr auf die Fiktion versteiften, daß sie hierzu kraft eines europäischen Mandats berechtigt seien, da erblickte man in Deutschland darin eine offenbare Verletzung des Vertrags von Algeciras (§ 415), die bei dem Wettbewerb des deutschen und französischen Kapitals in Marokko ein noch unerfreulicheres Aussehen gewann. Da Frankreich einsah, daß, wenn die Marokkofrage ganz von vorn aufgerollt würde, alle seine bisherigen Erfolge gefährdet werden könnten, so erklärte es sich zu Verhandlungen bereit; als diese aber wieder zu stocken begannen, da schickte die deutsche Regierung das Kanonenboot „Panther" nach Agadir, nachdem tags zuvor die Mächte von diesem Schritte zum Schutze der gefährdeten deutschen Interessen benachrichtigt worden waren. Der „Panther" wurde am 4. Juli durch den kleinen Kreuzer „Berlin" abgelöst, dem später das Kanonenboot „Eber" beigegeben wurde. Es war eine scharfe Betonung des deutschen Standpunktes und die genaue Unterstreichung des Grundsatzes, daß man in Marokko nichts einseitig unternehmen könne, ohne Deutschland dabei heranzuziehen und zu berücksichtigen. Das Erscheinen des „Panther" vor Agadir machte in der ganzen Welt ungeheures Aufsehen. Es wurde aber überall, auch in Deutschland, falsch ausgelegt. Die deutsche Regierung hatte niemals Anspruch auf marokkanisches Gebiet erhoben und wollte auch jetzt nur, indem sie keine Truppen landete und keine Flagge hißte, durch die Aktion des „Panther" klarmachen, daß sie entschlossen sei, ihre wirtschaftlichen Interessen nachdrücklichst zu wahren, dabei allerdings auch die Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland zu beschleunigen. Die Mahnung half. Am 9. Juli fand die erste Unterredung zwischen dem französischen Botschafter am Berliner Hofe, Cambon, und dem Staatssekretär von Kiderlen-Waechter statt. Aber die Verhandlungen zogen sich immer

Der „Panther" vor Agadir 1. Juli 1911

Erste Unterredung zwischen Cambon und Kiderlen-Waechter 9. Juli 1911

Wiederaufnahme der Verhandlungen 5. Sept.

länger hin, und die Geduld der Völker wurde auf eine harte Probe gestellt. Erst am 5. September wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und am 4. November abgeschlossen. Am 28. November verließ die „Berlin" Agadir und trat die Heimreise an, am 5. Dezember nahm der deutsche Reichstag

Abschluß des Marokkoabkommens 4. November

das Abkommen an, und am 20. Dezember wurde es nach stürmischen Verhandlungen von der französischen Deputiertenkammer mit 393 gegen 36 Stimmen

Annahme des Abkommens durch den Deutschen Reichstag 5. Dez., von der franz. Kammer 20. Dez., vom Senat 10. Febr. 1912

angenommen und am 10. Februar 1912 von dem Senate mit 212 gegen 42 Stimmen bei 38 Enthaltungen. Durch dieses Abkommen sollten die bisherigen Reibungen zwischen Deutschland und Frankreich in Marokko ausgeschaltet werden durch eine Ausdehnung und klarere, eingehendere Fassung des Abkommens von 1909. Frankreich wurde es überlassen, die Ordnung in Marokko herzustellen und die in der Algecirasakte vorgesehenen Reformen durchzuführen. Zu diesem Zwecke wurde ihm deutscherseits volle Bewegungsfreiheit auf politischem Gebiete zugestanden, zugleich aber auch die Verantwortung für geordnete Zustände im Scherifenreich übertragen. Andererseits wurden durch zahlreiche Einzelbestimmungen Kautelen für Freiheit und Handel und Wandel und für die Gleichberechtigung aller Nationen auf dem Gebiete der Warenein- und -ausfuhr, der Lieferungen der Industrie für die öffentlichen Arbeiten, des Bergbaues, des Grunderwerbs und der persönlichen Sicherheit geschaffen. Zugleich wurde in Anschluß und als Ergänzung des Marokkoabkommens und als Kompensation für die Frankreich zuerkannten Schutzrechte ein Abkommen über einen Gebietsaustausch der deutschen und französischen Besitzungen in Äquatorial-Afrika getroffen:

Abkommen über Äquatorial-Afrika 4. Nov. 1911

Die beiden ersten Paragraphen bestimmten: § 1. Frankreich tritt an Deutschland die Gebiete ab, deren Grenze wie folgt festgestellt wird: Die Grenze geht vom Atlantischen Ozean aus. Sie setzt an am östlichen Ufer der Bai von Monda an einer noch zu bestimmenden Stelle, geht weiter nach der Mündung des Massolie zu und biegt, nordöstlich verlaufend, nach dem südöstlichen Winkel von Spanisch-Guinea um. Sie schneidet den Ivindofluß bei seiner Vereinigung mit dem Dschua, folgt diesem Fluß bis Madschingo (das französisch bleibt) und verläuft von hier ab östlich, bis sie den Vereinigungspunkt des Ngoko und des Sanga im Norden von Uesso trifft. Die Grenze verläßt dann den Sangafluß an einer Stelle, die südlich der Stadt Uesso (die französisch bleibt) je nach der geographischen Gestaltung der Örtlichkeit mindestens 6 und höchstens 12 km von dieser Ortschaft entfernt liegen soll. Sie biegt von hier nach Südwesten ab und folgt dem Tal des Kandeko bis zu seiner Vereinigung mit dem Bokiba. Sie verläuft den Bokiba und den Likuala abwärts bis zum rechten Ufer des Kongostroms und folgt diesem bis zur Mündung des Sanga auf einer Strecke von 6—12 km, die nach Maßgabe der geographischen Verhältnisse festgelegt werden wird. Die Grenze geht die Sanga aufwärts bis zu dem Likuala-aux-Herbes (Kräuter-Likuala), dem sie bis Hotungo folgt. Sie erstreckt sich danach von Süden nach Norden in ungefähr gerader Richtung bis nach Bera-Ndjoko, biegt von dort in der Richtung auf die Vereinigung des Bodinge und des Lobaj um und gehe den Lobaj talab bis zum Ubangi nördlich von Mongumba. Auf dem rechten Ufer des Ubangi wird das deutsche Gebiet je nach der geographischen Gestaltung der Örtlichkeit so bestimmt sein, daß es sich auf eine Strecke von mindestens 6 und höchstens 12 km ausdehnt; die Grenze steigt danach schräg nach Nordwesten an, so daß sie den Pamafluß in einem noch zu bestimmenden Punkte westlich von seiner Vereinigung mit dem Mbi erreicht, geht das Tal des Pama aufwärts und trifft den Ost-Logone ungefähr da, wo dieser Fluß den achten Parallelkreis erreicht in der Höhe von Gore. Sie folgt endlich dem Lauf des Logone nach Norden bis zu seiner Vereinigung mit dem Schari.

§ 2. Deutschland tritt an Frankreich die Gebiete ab, die nördlich der jetzigen Grenze der französischen Besitzungen im Tschadgebiet zwischen dem Schari im Osten und dem Logone im Westen gelegen sind.

Die übrigen Paragraphen enthalten die näheren Ausführungsbestimmungen.

Drohten mehr wie einmal die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich zum Kriege zu führen, so wurde die Lage noch kritischer durch den Versuch Englands, sich einzumischen. Nach der Entsendung des „Panther" nach Agadir erklärte im englischen Unterhause der Premierminister Asquith, daß in Marokko eine neue Lage geschaffen sei, durch die möglicherweise britische

Asquith im englischen Unterhause 6. Juli 1911

Interessen in Zukunft berührt werden könnten, und der Schatzkanzler Lloyd George hielt bei einem Bankett im Mansion House eine Rede, die eine Drohung gegen Deutschland darstellte. Der Versuch der englischen Einmischung wurde von Deutschland scharf zurückgewiesen. Am 24. Juli beschwerte sich die deutsche Regierung durch ihren Botschafter Grafen Wolff-Metternich über die Rede des englischen Schatzkanzlers und die daran geknüpften Ausfälle der englischen Presse gegen Deutschland, und so erfolgte am 27. Juli eine Erklärung Englands, daß es an eine Einmischung in die Verhandlungen nicht denke. Aber England wurde von Frankreich über diese stets auf dem Laufenden gehalten und konnte so mittelbar seinen Zweck erreichen, nämlich zu verhindern, daß zwischen Deutschland und Frankreich etwas ausgemacht wurde, was seinen wirklichen oder vermeintlichen Interessen zuwiderlief. Das deutsche Volk wurde dadurch immer erregter und von der bittersten Stimmung gegen England erfüllt (§ 427).

Lloyd George im Mansion House 21. Juli

Beschwerde der deutschen Regierung 24. Juli

Friedliche Erklärung Englands 27. Juli

Die Marokkofrage wurde aber noch verwickelter durch das Eingreifen Spaniens. Durch den Geheimvertrag von 1904 (§ 415) hatte ja Frankreich den Spaniern den Norden Marokkos versprochen. Als nun die Franzosen nach Fez gingen, beeilten sich die Spanier, Anfang Juli die ihnen zugesagten Städte, darunter Larrasch und El Ksar, zu besetzen.

Besetzung in Larrasch und El Ksar durch Spanier Anfang Juli

Am 18. Juli legten die Franzosen gegen diese Besetzung Verwahrung ein, es kam zu verschiedenen Zwischenfällen, die jedoch beseitigt wurden. Dann folgten Verhandlungen, die dadurch erschwert wurden, daß die Franzosen nicht auf das Protektorat über ganz Marokko verzichten und es nicht mit Spanien teilen, die Spanier auf ihren Schein bestanden und sich aus ihrem Besitze nicht vertreiben lassen wollten. Der Ausgleich wurde um so schwieriger, da hinter Spanien wieder England steckte, dem zwar die durch Deutschland bewirkte offene Tür des Protektorats sehr genehm war, das aber die Nordküste und besonders Tanger nicht in französischen Besitz übergehen lassen wollte.

Protest Frankreichs 18. Juli

Am 1. April 1912 unterzeichnete dann der Sultan den Protektoratsvertrag mit Frankreich, der am 1. Juli von der Abgeordnetenkammer in Paris angenommen wurde.

Protektoratsvertrag mit Frankreich 1. April 1912

In Marokko wurde eine neue Regierung eingerichtet für die Verwaltung, Rechtspflege, den Unterricht, die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und das Heerwesen, sowie für die sonstigen von der französischen als nützlich befundenen Einrichtungen. Der Sultan läßt alle militärischen Besetzungen zu, die Frankreich als notwendig erachtet; er und seine Nachfolger werden gegen jede Gefahr geschützt, die seine Person und den Thron bedrohen und die Ruhe seiner Staaten gefährden sollte. Der Islam wird unangetastet bleiben. Die französische Regierung wird beim Sultan durch den Generalresidenten vertreten, der alle Machtbefugnisse der Republik in Marokko in seiner Hand hat und über die Ausführungen des abgeschlossenen Vertrages wacht. Er wird der einzige Vermittler des Sultans bei fremden Vertretern sein in allen Beziehungen, welche die Vertreter mit der marokkanischen Regierung unterhalten. Der Sultan verpflichtet sich, keinen Vertrag internationalen Charakters ohne die vorherige Zustimmung Frankreichs abzuschließen.

Ein gegen diesen Vertrag entstandener großer Aufruhr wurde zwar durch den französischen Gesandten Regnault und den General Moinier niedergeschlagen, aber der am 27. April 1912 zum Generalresidenten ernannte General Lyautey konnte erst nach Sendung von 43000 Mann Verstärkungen aus Frankreich unter schweren Kämpfen Ruhe schaffen. Der Sultan dankte trotz aller Bemühungen Lyauteys am 11. August in Rabat ab, wohin er sich schon am 6. Juni begeben hatte. Am 13. August wurde dann nach dem Willen Lyauteys der leibliche Bruder Hafids, Mulay Jussuf, von den Ulemas in Fez als Sultan ausgerufen. Die Franzosen hatten aber unter großen Opfern immer wieder mit Aufständen im Innern Marokkos zu kämpfen. So eroberte ein Thronprätendent, El Hiba, am 5. August Marrakesch, und erst am 7. September konnte sein Heer von der Kolonne Mangin zersprengt werden.

General Lyautey Generalresident 27. April 1912

Abdankung Mulay Hafids 11. August

Mulay Jussuf Sultan 13. August

Im Jahre 1912 wurde auch der Ausgleich der widerstreitenden Ansprüche Frankreichs und Spaniens an das marokkanische Gebiet gefunden. Die formelle

Marokkovertrag Frankreichs und Spaniens 27. Nov. 1912

Unterzeichnung des Vertrages erfolgte am 27. November, und die zweite Kammer Spaniens nahm ihn am 18. Dezember mit 216 gegen 22 Stimmen an.

Spanien behielt nur das Gebiet von Ifni; das Land nördlich von Wadi Dra kam an Frankreich. Im Norden bekam Spanien das Land vom linken Ufer des Maluja bis zum Sebu; es trat aber das linke Ufer des Nirga, eines Nebenflusses des Sebu, ab, so daß Frankreich über die von Norden her nach Fez führenden Wege verfügt. Spanien verpflichtete sich, den Sultan, der in seinem Gebiete durch einen Kalifen (Stellvertreter) sich betätigt, bei Reformen zu unterstützen; der Kalif kann aber seine Gewalt nur durch Vermittelung des spanischen Generalkommissärs ausüben, ebenso wie der Sultan in dem französischen Teil nur durch den Generalresidenten. Beide „Einflußzonen" sind selbständig; Spanien kann Zölle nach seinem Belieben auflegen, muß aber, als die geographisch besser gelegene Macht, dem Sultan jährlich 500000 Pesetas vom Ertrag abliefern. Auf den Durchgangsverkehr dürfen diese Zölle nicht gelegt werden. Die Rechte Dritter in der spanischen Zone werden sichergestellt. Die Stadt Tanger erhält eine besondere Verwaltung. Der Bau der Eisenbahn von Tanger nach Fez wird einer Gesellschaft übertragen, der Frankreich 56% des Kapitals liefert, Spanien 36%, „eine dritte Macht" 8%. Der Verwalter der Bahn ist ein Franzose; der Bau wird zur öffentlichen Bewerbung ausgeschrieben.

Kämpfe der Spanier mit den Rif-Leuten Juni 1913

Ebenso wie die Franzosen konnten die Spanier nicht ungestört sich ihres Besitzes erfreuen. Im Juni 1913 kam es zu blutigen Kämpfen mit den Rif-Leuten und zu heftigen, verlustreichen Gefechten um Tetuan. Das Verhältnis zwischen Frankreich und Spanien gestaltete sich im Oktober des Jahres durch das in Cartagena getroffene Abkommen (§ 403) immer besser und fester.

§ 418. 2. Der italienisch-türkische Krieg. Seit den Tagen von Algeciras (§ 415) ging das Bestreben Italiens dahin, als Belohnung für seine den Engländern und Franzosen bewiesene freundliche Haltung Tripolis und die Cyrenaika zu erhalten. Aus den Ende des Jahres 1911 veröffentlichten Papieren Crispis geht hervor, daß es schon vor 20 Jahren beabsichtigte, Tripolis zu besetzen, und nur durch seinen Sturz (§ 389) in der Ausführung seines Planes verhindert wurde.

Nunmehr wagten die Italiener Ende September 1911, allen Mächten unerwartet, den Streich angeblich aus Besorgnis, eine andere Macht möchte ihnen zuvorkommen. Die ganze innere Politik Italiens war auf dieses Ziel gerichtet. Es gelang der schlauen Regierung Giolittis, alle gegnerischen Parteien bis zu den Sozialisten zu zersetzen, das Geld der katholischen Kreise für kommerzielle Unternehmungen in Tripolis heranzuziehen, das Heer zu organisieren und die Flotte mächtig zu vergrößern. Unter Berufung auf gelegentliche und meist längst gesühnte oder verjährte Verletzungen der Rechte italienischer Untertanen durch türkische Behörden schickte Italien seine Flotte nach Tripolis und forderte vom Sultan, daß er die Besetzung dieses Teils seines Reichs ohne Widerspruch hinnehme. Als die Hohe Pforte sich der schroffen Forderung nicht ohne weiteres fügte und zunächst wenigstens Verhandlungen vorschlug, erfolgte am 29. September die Kriegserklärung. Die internationalen Gefahren, die insbesondere durch Erhebung der Balkanstaaten entstehen konnten, wurden glücklicherweise beseitigt. Die Italiener hatten zwar nicht übel Lust, den Krieg auch an die Küsten Albaniens und durch die Dardanellen nach Konstantinopel zu tragen, aber in Albanien trat ihnen der Widerspruch Österreichs, an den Dardanellen der Widerstand aller Mächte entgegen. Deutschland übernahm den Schutz der Italiener in der Türkei und den der Türken in Italien. So wurde der Krieg auf Tripolitanien lokalisiert. Einige Konflikte mit Frankreich, die durch die Beschlagnahme französischer Schiffe durch die Italiener entstanden, wurden gütlich beigelegt. Auch die Befürchtungen, daß die Drohungen mit der Kündigung des Dreibundes, mit denen die für den Krieg überaus begeisterten Italiener in dem ersten Ärger die aus Deutschland und Österreich kommenden scharfen Urteile beantworteten, legten sich, und es mehrten sich die Stimmen, die es für selbstverständlich hielten, daß Italien im Dreibunde verbleibe. Der

Italienisches Ultimatum an die Türkei 26. September 1911

Kriegserklärung Italiens 29. Sept. 1911

Krieg selbst wurde nach wechselnden Erfolgen und Niederlagen auf beiden Seiten am 18. Oktober 1912 durch Frieden von Lausanne beendigt. Friede von Lausanne 18. Okt. 1912

Der Krieg begann am 30. September mit der Beunruhigung der epirotischen Küste durch die italienische Flotte. Unter dem Kommando des Herzogs der Abruzzen wurden am 1. Oktober mehrere türkische Torpedoboote bei Prevesa vernichtet. Am 2. Oktober blockierten die Italiener Tripolis und begannen tags darauf die Beschießung, die am 5. zur Übergabe führte. Am 10. ergab sich die Stadt Mersa Tobruk, unweit der ägyptischen Grenze, nach kurzem Kampfe. Am gleichen Tage landete der erste italienische Truppentransport und am 12. ein zweiter in Tripolis. Die Türken und die mit ihnen verbündeten Araber zogen sich in eine Stellung hart südlich von Tripolis zurück. Obwohl Enver Bei (§ 409) das Kommando der Türken bei Benghasi übernahm, fiel es doch am 20. Oktober den Italienern in die Hände; aber hier, wie auch in Derna und Homs, gelang ihnen ein weiteres Vordringen in das Innere der Cyrenaika nicht. Auch erlitten sie am 23. große Verluste bei Tripolis. Die Araber in der Stadt empörten sich und griffen die Italiener im Rücken an, und durch einen erneuten Kampf der Türken sahen sie sich gezwungen, ihre nach Süden vorgeschobene Stellung aufzugeben und sich auf die inneren Forts zurückzuziehen. Auch dort wurden sie fortwährend durch nächtliche Angriffe beunruhigt. Am 5. November verfügte der König von Italien die endgültige und unwiderrufliche Besitzergreifung von Tripolis und der Cyrenaika und setzte die Mächte davon in Kenntnis. In den ersten Novembertagen hatten die Italiener wieder größere Erfolge. Sie gewannen am 7. das im Osten ihrer halbkreisförmigen Stellung gelegene Fort Hamidie und Scharaschat zurück. Dann trat infolge starken Regens und Überschwemmungen eine Ruhepause ein, durch die aber auch die Italiener gezwungen wurden, am 17. November die Stellung bei den Wasserwerken von Bumaliana zu räumen. Am 25. November errangen dann die Italiener einen Sieg bei Sidi Meßri im Südosten von Tripolis, und ebenso gelang ihnen am 4. Dezember der Sturm auf die Oase Ain Zara, 8 km südlich von Tripolis. Dagegen gestaltete sich die Lage der Türken bei Benghasi günstiger. Am 20. Dezember kam es auf der Oase Birtobras bei Tripolis zu einem ernsten Gefechte. Eine italienische Kolonne, die die Oase besetzen wollte, entging mit großer Mühe der Umzingelung und mußte sich unter schweren Verlusten auf Ain Zara zurückziehen.

Kampf bei Prevesa 1. Oktober
Blockade und Beschießung von Tripolis 2. u. 3. Okt.
Übergabe 5. Oktober
Benghasi erobert 20. Okt.
Offizielle Besitzergreifung von Tripolis u. der Cyrenaika 5. Nov.
Italienischer Sieg bei Sidi Meßri 25. Nov.
Ain Zara erstürmt 4. Dezember
Gefecht bei Birtobras 20. Dezember

Als am 16. Januar 1912 der französische Postdampfer „Carthage" auf der Fahrt von Marseille nach Tunis von italienischen Torpedobooten festgehalten und nach Cagliari gebracht wurde, weil er Flugzeuge an Bord hatte, und am 19. Januar der französische Postdampfer „Manouba" dasselbe Schicksal erlitt, weil er angeblich 29 türkische Offiziere an Bord hatte, die sich für Krankenpfleger ausgaben, entspann sich ein bedenklicher Zwist zwischen Frankreich und Italien, der aber, nachdem die Schiffe und die Offiziere wieder herausgegeben waren, dem Haager Schiedsgericht (§ 420) unterbreitet und geschlichtet wurde. Da die Italiener in Afrika nur sehr langsam vorankamen, so suchten sie die Türken in ihren europäischen und asiatischen Gebieten zum Nachgeben zu zwingen. Im Roten Meere zerstörten sie am 14. Januar 1912 bei den Farsaninseln 7 türkische Kanonenboote, am 24. Februar beschossen sie das offene Beirut. Am 18. April bombardierten italienische Schiffe die Dardanellenforts bei Kum Kaleh, konnten die türkische Flotte aber nicht herauslocken, wogegen nun die Türken die Meerenge durch Minen bis zum 18. Mai auch für die neutralen Handelsschiffe sperrten. Dann besetzten die Italiener einige Inseln im Ägäischen Meere, um die Zusendung türkischer Waffen und Mannschaften nach Afrika auf dem Seewege zu verhindern, und durchschnitten die von Konstantinopel nach Afrika führenden Kabel. Am 23. April nahmen sie Astropalia und machten es zum Stützpunkt ihrer Flotte. Am 4. Mai landeten sie auf Rhodos unter dem Befehl des Generals Ameglio, am 16. Mai ergaben sich die türkischen Truppen. Schließlich wurde durch die Wegnahme noch anderer Inseln, wie Kos, Karpathos, Episkopi u. a., ein förmlicher Querriegel durch das Ägäische Meer gezogen. Am 19. Juli versuchte der Admiral Viale in tollkühner Fahrt mit 8 Torpedobooten in die Dardanellen einzulaufen, mußte aber, nachdem er 40 km weit bis zur engsten Stelle zwischen Sestos und Abydos fast ohne Beschädigung gekommen war, umkehren, weil er sonst sämtliche Fahrzeuge umsonst geopfert haben würde. Auf dem Kriegsschauplatz in Tripolis eroberten die Italiener anfangs Margheb bei Homs, am 11. April die Feste Duchamez an der tunesischen Grenze, wodurch den Türken die Zufuhr zur See von Tunis sehr erschwert wurde. Auch die Ernennung des tapferen türkischen Majors Enver Bei, der nachher im Balkankriege noch eine bedeutende Rolle spielte (§ 409), zum Gouverneur von Benghasi am 9. April konnte den Sieg der Italiener nicht verhindern. Am 2. Mai fiel Lebda bei Homs in ihre Hände, das aber am 12. Juni nur mit Mühe gegen einen neuen Angriff der Türken gehalten werden konnte.

Beschlagnahme zweier französischer Postdampfer 16. und 19. Jan. 1912
7 türkische Kanonenboote zerstört 14. Januar 1912
Beschießung von Beirut 24. Februar
Beschießung von Kum Kaleh 18. April
Astropalia genommen 23. April
4. Mai die Italiener auf Rhodos, am 16. Mai Übergabe
Admiral Viale in den Dardanellen 19. Juli
Duchamez in Tripolis von den Italienern genommen 11. April
Enver Bei zum Gouverneur von Benghasi ernannt 9. April

Am 8. Juni wurden die Höhen von Sidi Abd-el-Gili genommen und dadurch die Türken zur Räumung der Oase Sanfur gezwungen. Am 5. Auguſt fiel Meſurata in die Hände der Italiener, ſo daß gegen Ende Auguſt faſt alle Küſtenplätze genommen waren. Aber weiter als 10 bis 15 km vom Meer konnten ſie nicht vordringen, auch waren die Araber durchaus nicht gewillt, Frieden zu machen. Da wirkten entſcheidend die Ereigniſſe auf dem Balkan ein (§ 406 ff.). Die ſchon am 9. März und dann am 16. April gemachten vergeblichen Verſuche der Großmächte, den Frieden zu vermitteln, fanden nun bei der Türkei Gehör. In Ouchy, dem Hafen von Lauſanne in der Schweiz, wurden die Verhandlungen eingeleitet, die dann, als die Bedrängnis der Türkei in Europa immer ſchlimmer wurde, am 18. Oktober zum Frieden von Lauſanne führten. Er erſparte durch eine glückliche Formulierung dem Sultan die Beſchämung einer förmlichen Abtretung Afrikas. Der Sultan erklärte ſich durch eine an dieſe Provinzen gerichtete Anſprache am 17. Oktober außerſtande, ſie weiter zu verteidigen, und verlieh ihnen deshalb die volle Autonomie. Sie ſollten künftig nach einem neuen Geſetz regiert werden, das unter ihrer eigenen Mitwirkung zuſtande kommen und ihren Bedürfniſſen und Gewohnheiten entſprechen werde. Zu ſeinem Vertreter ernannte er Schams-ed-din-Bey unter dem Titel Naib-ül-Sultan auf fünf Jahre; er ſollte die osmaniſchen Intereſſen dort wahrnehmen. An demſelben Tage erließ König Viktor Emanuel eine Amneſtie und ſicherte Religionsfreiheit zu und erkannte die Erklärung des Sultans an. Eine ſpäter für den Balkankrieg wichtige Entſcheidung wurde in betreff der Räumung von Afrika durch die Türken und der griechiſchen Inſeln durch die Italiener getroffen. Da dieſe in die Hände der Griechen gefallen wären, willigte die Pforte ein, daß ſie vorerſt noch von den Italienern beſetzt bleiben ſollten. Italien verpflichtete ſich auch, der Kaſſe der öffentlichen Schuld (Dette Publique) als Erſatz für ihre Bezüge aus den beiden Landſchaften Afrikas der Türkei jährlich eine Summe zu zahlen, die aus einem dreijährigen Durchſchnitt dieſer Bezüge ermittelt werden, mindeſtens aber 2 Millionen Lire jährlich betragen ſollte. Die Summe ſollte auch zu 4% kapitaliſiert werden dürfen, wenn einer der beiden Teile es wünſchte.

Friede von Lauſanne 18. Okt. 1912

V. Amerika.

§ 419. Venezuela. Der Panamakanal. Auch in Amerika kam es in den Jahren 1906—1913 zu internationalen Verwicklungen, die wieder durch Venezuela (§ 392) veranlaßt wurden. Das hochfahrende und rechtswidrige Verfahren de Caſtros wurde immer ſchärfer und richtete ſich gegen Frankreich, deſſen Geſandter im Anfang des Jahres 1906 zur Abreiſe gezwungen wurde, gegen die Vereinigten Staaten, deren Geſchäftsträger am 24. Juni 1908 Venezuela verließ, und gegen Holland, mit dem es am 28. Juli 1908 zum Bruche kam. In den beiden erſten Fällen konnte allerdings Caſtro nachweiſen, daß franzöſiſche und nordamerikaniſche Geſellſchaften die Pläne ſeiner Gegner unmittelbar und mittelbar gefördert hatten, ſo daß die beiden Staaten ein ernſtes Einſchreiten unterließen. Holland aber ging mit Waffengewalt vor. Durch einen Vertrauensbruch war eine abfällige Äußerung des niederländiſchen Geſandten über Caſtro zu deſſen Ohren gekommen. Kurzerhand wies ihn Caſtro aus und benahm ſich gegen die Niederlande in ſeiner gewohnten rückſichtsloſen Weiſe, indem er das Umladen der nach venezolaniſchen Häfen beſtimmten holländiſchen Güter in Willemſtadt verbot. Nach längerem Warten verhängten ſchließlich die Holländer am 18. Dezember 1908 den Belagerungszuſtand über Venezuela. Das führte endlich zum Sturze Caſtros. Da er einſah, daß er bei der täglich zunehmenden Unzufriedenheit im Lande ſich nicht länger halten könne und ſein eiſerner Trotz durch ein Nierenleiden geſchwächt war, nahm er die Krankheit zum Vorwande, um am 19. Dezember ſich nach Europa einzuſchiffen, wo er in Berlin Heilung fand. An eine Rückkehr dachte er damals wohl nicht mehr; aber er oder ſeine Verwandten machten einen Verſuch, den Vizepräſidenten Gomez durch eine Verſchwörung beiſeite zu

Bruch Venezuelas mit Frankreich, Nordamerika und Holland 1906

Verhängung des Belagerungszuſtandes über Venezuela 18. Dez. 1908

Caſtro verläßt Venezuela 19. Dez.

schaffen. Doch der Mordanschlag wurde vereitelt, und am 22. Dezember entließ Gomez Castros Kabinett und übernahm selbst die Präsidentschaft. Dadurch wurde eine friedliche Beilegung der internationalen Streitigkeiten ermöglicht. Spätere, im April 1909 unternommene Versuche Castros, Venezuela zurückzugewinnen, wurden vereitelt, ebensowenig gelang ein im Juli 1913 von ihm hervorgerufener Aufstand.

Gomez Präsident 22. Dez.

Der Panamakanal war 1903 militärisch in den Besitz der Vereinigten Staaten Nordamerikas gekommen (§ 391). Die Arbeiten wurden seitdem so gefördert, daß für das Jahr 1915 die Eröffnung vorgesehen werden konnte. Um aber den Kanal möglichst den amerikanischen Zwecken zu sichern, verlangten die Vereinigten Staaten für ihre Schiffe seine gebührenfreie Benutzung oder Rückvergütung der Kanalzölle. Da diese Forderung gegen den Artikel 3, eines sogenannten Hay-Pauncefote-Vertrages vom Jahre 1901 verstieß, nach dem alle Nationen gleichberechtigt sein sollten, so erhob England am 18. Juli 1912 Einspruch. Trotzdem beschloß der amerikanische Senat am 10. August, daß die Bestimmung des Artikel 3: „Der Kanal soll frei und offen sein für Handels- und Kriegsschiffe aller Nationen, ohne einen Unterschied betreffs Verkehrsbedingungen und Verkehrsabgaben", dahin zu verstehen sei: aller anderen Nationen; die Vereinigten Staaten dürften als Erbauer des Kanals ihre Schiffe bevorzugen. Ein gemeinsamer Ausschuß beider Häuser milderte allerdings diesen Beschluß insoweit, als Küstenschiffe der Vereinigten Staaten, nicht aber Ozeanschiffe bevorzugt werden sollten. Aber auch diese wurden schließlich unter der leicht erfüllbaren Bedingung befreit, daß sie sich für den Kriegsfall der Regierung zur Verfügung stellten. Dagegen richtete nun die englische Regierung am 3. September an die Vereinigten Staaten die formelle Forderung, den Streit einem Schiedsgerichte zu übertragen, und am 4. Januar 1913 willigten diese ein, daß das Schiedsgericht im Haag dazu bestimmt würde. Diese Panamafrage wirkte erkältend ein auf das bisherige freundschaftliche Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und England, das auch mit der Haltung der Vereinigten Staaten in der mexikanischen Frage nicht einverstanden war, und die Einladung zu der Panamaausstellung im Jahre 1915 ablehnte. Die Kanalgebührfrage fand selbstverständlich auch bei den übrigen Weltmächten keine freundliche Aufnahme.

Einspruchsnote Englands wegen zollfreier Benutzung des Panamakanals durch Schiffe der Vereinigten Staaten 18. Juli 1912

VI. Die Haager Friedenskongresse.

§ 420. Alle diese internationalen Verwicklungen haben, wie schon gesagt, zu keinem Kriege geführt, nicht, weil nicht in allen bedeutenden, über die Macht der einzelnen Völker entscheidenden Fragen der Krieg immer wieder der schließliche Schiedsrichter sein wird, sondern weil die wirtschaftlichen Interessen der ganzen Welt so eng miteinander verflochten sind, daß jedes Volk sich fürchtet, einen Krieg heraufzubeschwören, der ihm selbst auch bei einem vollen Siege den schwersten Schaden bringen muß (§ 408—409). So haben denn auch die Haager Friedenskongresse, die der Idee des russischen Kaisers Nikolaus II. entsprangen (§ 373, 383), mehr als einige genauere Bestimmungen über die Kriegsgebräuche zu Lande und zur See nicht treffen und nur für weniger bedeutsame Streitfälle zwischen Staaten ein schiedsgerichtliches Verfahren festsetzen können. Schon 1904 hatte Präsident Roosevelt eine neue Konferenz vorgeschlagen; aber da der russisch-japanische Krieg sie unmöglich machte, so fand der zweite Haager Friedenskongreß erst vom 15. Juni bis 18. Oktober 1907 statt, dessen Vorsitz der russische Bevollmächtigte, Botschafter Nelidow, übernahm. Die von England, Nordamerika und Spanien vorgeschlagene Herabsetzung der Kriegsrüstungen, für die besonders der englische Premierminister Campbell-Bannermann eintrat, fanden weder bei Deutschland noch bei Frankreich Zustimmung und mußten aufgegeben werden. In der Frage der Schiedsgerichte kam es nur zu einem

2. Haager Friedenskongreß 15. Juni bis 18. Okt. 1907

Kompromiß, worin der Grundsatz der obligatorischen Schiedssprechung anerkannt und erklärt wurde, daß gewisse Streitfälle geeignet seien, schiedsgerichtlicher Rechtsprechung ohne weiteres unterworfen zu werden. Ein förmlicher Vertrag wurde jedoch nicht abgeschlossen. Ein solches Schiedsgericht tagte vom 1. bis 22. Mai 1909, um ein Urteil über die Streitigkeiten Deutschlands und Frankreichs in Casablanca (§ 416) zu fällen, und im September 1910, um über die neufundländische Fischerei zwischen England und den Vereinigten Staaten zu entscheiden. Danach hat England das Recht, ohne die Vereinigten Staaten zu fragen, gesetzliche Bestimmungen über die Fischerei zu treffen; die Amerikaner dürfen nur in einer Entfernung von 6 Meilen vom Lande fischen.

Schiedsgericht über die Streitigkeiten in Casablanca 1.—22. Mai 1909, über Neufundland Sept. 1910

Am 11. November 1912 erkannte das Haager Schiedsgericht in Sachen der russisch-türkischen Streitfrage ob die ottomanische Regierung gehalten sei, an Rußland für die Nichtbezahlung der nach dem Vertrage von 1879 zu entrichtenden Kriegsentschädigung Verzugszinsen zu zahlen habe, die Rußland für die erst 1912 vollständig abbezahlte Entschädigungssumme an seine durch den Krieg geschädigten Untertanen fordern zu können glaubte, auf Abweisung dieser Forderung.

Schiedsgericht über russisch-türkische und italienisch-französische Streitfragen 11. Nov. 1912 und 7. Mai 1913

Am 7. Mai 1912 fällte das Schiedsgericht das Urteil in den Streitigkeiten zwischen Frankreich und Italien wegen der von einem italienischen Kriegsboot während des tripolitanischen Krieges beschlagnahmten französischen Postdampfer „Carthage" und „Manouba" (§ 418). Frankreichs Forderungen wurden anerkannt, allerdings in verringertem Maße. Der Schiedshof erwog, daß, wenn eine Macht gegenüber einer anderen einer allgemeinen und besondern Verpflichtung nachzukommen versäume, schon die Feststellung dieser Tatsache in einem Schiedsspruch eine ernstliche Strafe bilde, die gegebenenfalls noch verstärkt werde durch die Auflegung von Schadenersatz für sachliche Verluste. Außer, wenn ganz besondere Umstände vorlägen, erschienen auch solche Feststellungen als ausreichend und wäre die Anwendung weiterer geldlicher Sühnen überflüssig, um das Ziel der internationalen Rechtsprechung zu erreichen. Mithin wurden diese Forderungen abgewiesen. In beiden Erkenntnissen wurde noch festgestellt, daß Italien die Zahlungen binnen drei Monaten zu leisten hätte. Am 28. August 1913 wurde das großartige Gebäude des Friedenspalastes im Haag feierlich in Anwesenheit seines Stifters, des amerikanischen Milliardärs Andrew Carnegie, eingeweiht.

Einweihung des Friedenspalastes 28. Aug. 1913

B. Die Einzelländer.

I. Deutschland.

Inneres

§ 421. 1. Das innere Staatsleben Deutschlands wurde in den Jahren 1905—1913 stärker als in den vorhergehenden Jahren durch radikale Strömungen beeinflußt; sie führten zu erbitterten Klassenkämpfen und verschärften die wirtschaftlichen Gegensätze, die dann auch auf das politische Gebiet übergriffen. Der schwere wirtschaftliche Niedergang hob sich allmählich wieder, und so konnte die große soziale Gesetzgebung vollendet und die Bereithaltung der Wehrkraft zu Lande und zur See tatkräftig gefördert werden. Zwar gelang es Anfang des Jahres 1907 die Zentrumspartei aus ihrer ausschlaggebenden Stellung auszuschalten und einen konservativ-liberalen „Block" zu bilden, aber die Frage der Stellung des Kaisers zur äußeren und inneren Politik sowie das Scheitern des Versuches, die von der Regierung vorgeschlagene Finanzreform des Reiches völlig in ihrem Sinne durchzuführen, verursachte den Sturz des Fürsten Bülow, die Bildung einer konservativ-klerikalen Vereinigung,

des „Schwarz-Blauen Blocks". Die übermütige Haltung dieses Blocks rief dann eine solche Erbitterung in der liberalen Bürgerschaft hervor, daß die Reichstagswahlen Anfang des Jahres 1912 allerdings die Macht des Blocks zerstörten, aber auch zugleich ein gewaltiges Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen zur Folge hatten. Dazu kam noch der Gegensatz zwischen katholisch-liberaler und kirchlicher Weltanschauung, der in der scharfen Befehdung der Modernisten durch die Kurie entschiedenen Ausdruck fand, die auch mehrmals durch ihre Enzykliken und Motu proprios bedeutsame Auseinandersetzungen mit dem Staate und dem Reichstage wie dem Landtage veranlaßte.

Einen Glanzpunkt in der Geschichte des deutschen Volkes bildete das Jahr 1913 mit seinen Erinnerungsfeiern an die große Zeit der Befreiungskriege vor 100 Jahren (§§ 64—78) und dem Jubiläumsfeste der 25jährigen Regierung Kaiser Wilhelms II., am 16. Juni, an dem außer dem leidenden Herzog von Sachsen-Meiningen sämtliche deutsche Bundesfürsten und die regierenden Bürgermeister der Freien Städte in Berlin teilnahmen. Mit vollem Recht konnte der Prinzregent Ludwig von Bayern in seiner Ansprache an den Kaiser sagen, daß er dem einst von seinem Großvater ausgesprochenen Ziele: „Allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung" (§ 282) all die Jahre seiner Regierung unbeirrt treu geblieben sei. Unter den Erinnerungsfeiern nahm eine hervorragende Stellung ein der Fürstentag in der Ruhmeshalle in Kelheim am 25. August 1913, der unwillkürlich zu einem Vergleich mit dem Fürstentag im Jahre 1863 in Frankfurt a. M. (§ 221) aufforderte. In Frankfurt die uneinige Schar der deutschen Fürsten ohne den König von Preußen, in Kelheim die deutschen Fürsten mit dem preußischen König als deutschen Kaiser an der Spitze, eine lebendige Darstellung der Einigung und der Einheit Deutschlands. Ihre Krönung fanden diese vaterländischen Feiern durch die Einweihung des großen Völkerschlachtdenkmals bei Leipzig am 18. Oktober 1913, an der auch der Kaiser mit den Bundesfürsten, der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand, der Großfürst Cyrill von Rußland und Prinz Wilhelm von Schweden teilnahmen, und der König von Sachsen auf die Festrede antwortete. An demselben Tage fanden auch im ganzen Deutschen Reiche, in Österreich, Rußland und Schweden glänzende Erinnerungsfeiern statt.

25jähriges Regierungsjubiläum Kaiser Wilhelms II. 16. Juni 1913

Deutscher Fürstentag in Kelheim 25. Aug. 1913

Erinnerungsfeier an die Schlacht bei Leipzig 18. Okt. 1913

§ 422. a) Die soziale Frage. Das Jahr 1905 begann mit einem großen Ausstand der Bergleute im Ruhrbezirk. Die Grubenbesitzer lehnten es im Bewußtsein ihres Rechtes ab, mit kontraktbrüchigen Arbeitern zu verhandeln; sie verscherzten aber die Teilnahme der öffentlichen Meinung und zogen sie auf die Seite der Streikenden dadurch, daß sie auf der Ablehnung auch bestanden, als die Regierung ihre Vermittlung anbot, um den Riesenausstand, der Millionenverluste herbeiführte, so rasch wie möglich zu beendigen. Aber die Kraft des Streikes wurde durch das Eingreifen der Regierung und durch die mehr und mehr hervortretende Zwietracht der Bergleute doch gebrochen, und so erklärte am 9. Februar deren Delegiertenkonferenz die Beendigung des Generalstreiks. Die von der preußischen Regierung veröffentlichte Novelle zum Berggesetz, die den Bergleuten etwas entgegenkam, führte zu heftigen politischen Kämpfen, die aber mit der Annahme derselben endeten. Ebenso erlitten die Arbeiter in dem großen Ausstande der Arbeiter der Elektrizitätswerke in Berlin, dem die Arbeitgeber die Massenaussperrung entgegensetzten, eine völlige Niederlage. Auch in anderen Teilen des Deutschen Reiches erfolgten bedenkliche, von der Sozialdemokratie unterstützte Arbeiterbewegungen, die durch die gegen Ende des Jahres sich sehr

Bergarbeiterstreik 14. Jan. 1905

Novelle zum Berggesetz 18. Februar

22. Sept. bis 14. Oktober

Straßenexzesse in Sachsen 17. Dez.

fühlbar machende Fleischverteuerung und das Aufrollen der Wahlrechtsfrage in den einzelnen Staaten hervorgerufen wurden, so daß es in Dresden und Chemnitz zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam. Der in Jena zusammengetretene Parteitag der Sozialdemokratie hatte schon mit aller Deutlichkeit die Bereitschaft zur Revolution angekündigt.

Sozialdemokratischer Parteitag 17. Sept.

Diese Tendenz wurde auch in den folgenden Jahren festgehalten. Das zeigte sich deutlich darin, daß die Sozialdemokratie das „Recht der Straße" forderte, wie im Jahre 1908 durch die am 12. Januar in Berlin für das allgemeine Wahlrecht in Preußen veranstalteten Straßendemonstrationen und die am 17. Oktober in Berlin und anderen großen deutschen Städten abgehaltenen Entrüstungsversammlungen wegen der Hinrichtung Ferrers in Spanien (§ 433). Daran änderte auch nichts das Bestreben der Revisionisten, durch Bewilligung des Budgets und durch „Hofgängerei" — d. h. die Beteiligung sozialdemokratischer Abgeordneter an repräsentativen Handlungen der Parlamente gegenüber den Landesfürsten, wie sie in Baden, Hessen und Württemberg vorgekommen war — ihre Tendenz zu verschleiern. In den bayerischen, württembergischen und badischen Kammern hatten die Sozialdemokraten im Jahre 1909 das Budget des „Klassenstaates" bewilligt und dadurch den Budgetstreit hervorgerufen, der auf dem Nürnberger Parteitag 1908 heftige Auseinandersetzungen zur Folge hatte. Trotz der entschiedenen Verwerfung des Bewilligungsrechts verfuhr 1910 die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Baden wieder ebenso, so daß der Magdeburger Parteitag noch einmal seine allerschärfste Mißbilligung aussprach. Auf diesem Parteitag wurde auch jede Hofgängerei entschieden verworfen. Das wurde von Bedeutung, als 1912 im deutschen Reichstag ein Sozialdemokrat zum ersten Vizepräsidenten gewählt wurde. Der Kaiser lehnte den Empfang eines Präsidiums ab, das nur zum Teil bereit sei, sich ihm vorzustellen, wie es Brauch und Herkommen des monarchischen Staates fordere. Ein Zeichen beginnender praktisch-positiver Mitarbeit an den politischen Gesetzen und Vorlagen anstatt des bisherigen Neinsagens war die Mitwirkung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei Schaffung der elsaß-lothringischen Verfassung (§ 424). Sie nahm mit dem Liberalismus und dem Zentrum das Gesetz gegen die Konservativen an. Wenn auch die Sozialdemokraten die große Wehrvorlage im Jahre 1913 im ganzen ablehnten (§ 423), so zeigten sie sich doch in einzelnen Fragen entgegenkommend. Ob nun die revisionistische Richtung den Sieg erringen wird und ob hierzu der am 13. August 1913 in Passugg (Graubünden in der Schweiz) erfolgte Tod Bebels, des schärfsten Vertreters des Radikalismus, von Einfluß sein dürfte, wird die Zukunft zeigen müssen. Die Einäscherung der Leiche Bebels wurde in Zürich unter außerordentlicher Teilnahme der Sozialdemokratie aus fast allen europäischen Ländern in feierlichster Weise vollzogen.

Straßendemonstrationen in Berlin 12. Jan. 1908

Sozialdemokratischer Parteitag in Nürnberg 14. bis 20. Sept. 1908

Magdeburger Parteitag 18. bis 24. September 1910

Kaiser Wilhelm lehnt den Empfang des Reichstagspräsidiums ab Jan. 1912

† Bebel 13. Aug. 1913

Wenn auch langsam, so doch unaufhaltsam schritt der Gesundungsprozeß in der deutschen Arbeiterschaft weiter. Die freien Gewerkschaften wiesen im Jahre 1912 keine besonderen Fortschritte in ihrer Entwicklung auf, zählten aber doch noch 2 530 390 Mitglieder. Besonders stark war die Zunahme der weiblichen Mitglieder, die am Ende 1912 216 462 zählten. Der Hamburger Gewerkschaftstag im Juni 1908 zeigte, daß die organisierte Arbeiterschaft (§ 379) nicht mehr gewillt war, durch dick und dünn mit der politischen sozialdemokratischen Partei zu gehen. Die christlichen Gewerkschaften (am 31. Dezember 1912 350 930 Mitglieder, s. auch § 426) wie auch die einzelnen konfessionellen Arbeitervereine gewannen an Mitgliederzahl, und außerdem machte sich in den letzten Jahren eine wirtschafts-friedliche nationale Arbeiterbewegung geltend, die sogenannten „Gelben Werkvereine".

Der Name stammt von den in Frankreich mit gleicher Tendenz gegründeten Werkorganisationen, die bei einem Streik im Jahre 1899 die zertrümmerten Fenster ihres Syndikatslokals mit gelbem Papier überklebt hatten. Diese Werkvereine, die mit Unter-

stützung der Betriebsleitungen gegründet wurden, haben den Zweck, den nationalen Gedanken zu fördern, ihre Mitglieder in geistiger, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu heben und das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu pflegen, und bilden so eine Kampforganisation gegen die freien Gewerkschaften. Trotzdem verwerfen sie den Streik grundsätzlich nicht. Sie sind nicht in bestimmten Branchen zusammengefaßt, sondern sind der Form nach Betriebsorganisationen, d. h. sie fassen die jeweils in einem Betrieb beschäftigten Personen zusammen. Sie waren am Ende des Jahres 1912 schon auf 207 Vereine mit 111 931 Mitgliedern herangewachsen. Besonders wurde die Aufmerksamkeit des Staates und der nichtsozialdemokratischen Bevölkerung auf die sozialdemokratische Jugendbewegung gelenkt, die einen erstaunlichen und bedrohlichen Umfang angenommen hat, deren Ziel ein durchaus politischer ist und die „Schule zur Heranbildung von Sozialdemokraten sein soll". Diese Bewegung hat erst 1903 in Süddeutschland begonnen — der Verband jugendlicher Arbeiter wurde von Dr. Frank in Mannheim gegründet — und hat bald nach dem Norden übergegriffen. Die „Arbeiterjugend" mit 29000 Lesern im ersten Jahre und 89409 im Jahre 1912, bis August 1913 95000 ist das geistige Organ dieser Bewegung. In ganz Deutschland bestehen bis Ende 1912 in 655 Orten sozialdemokratische Jugendausschüsse, die in 291 Orten Heime haben, 171 mit Büchereien. Insgesamt verfügt die Jugendbewegung jetzt über 274 Jugendbibliotheken mit 84771 Bänden. Für die Pflege des wirtschaftlichen Jugendschutzes sind in 49 Orten besondere Jugendschutzkommissionen eingerichtet. Zu diesen Ausschüssen kommen noch die Jugendabteilungen der Freien Gewerkschaften. Dieser Gefahr gegenüber hat deshalb endlich das Bürgertum und der Staat begonnen, ebenfalls systematisch die Jugend durch Vereinigungen, wie die der „Wandervögel", der „Pfadfinder", des „Jung-Deutschland" usw., sowie durch staatsbürgerliche Erziehung und Belehrung in den Volks- und Fortbildungsschulen sich zu erhalten. Diese nationale Bewegung gewann in kurzer Zeit eine große Kraft. Auch auf dem von Jahr zu Jahr bedeutsamer werdenden Gebiete der Frauenbewegung, die besonders die sozialdemokratische Partei sich zu Nutzen machte (1913 zählte sie 141115 weibliche Mitglieder), traten ihr die bürgerlichen Parteien erfolgreich entgegen. Das Zentrum verstand es in seinem katholischen Frauenbunde die Frauen zur politischen Arbeit zu gewinnen; auch die liberalen Parteien gründeten politische Frauenvereine und schlossen sie in ihre Organisationen ein, schließlich folgten auch die am längsten der Selbständigmachung der Frauen widerstrebenden Konservativen.

Auch die weiter fortgeführte und in gewisser Hinsicht vollendete großzügige Sozialpolitik trug dazu bei, den Arbeitern die wahren Freunde und Förderer ihres Wohles deutlich und klar zu zeigen.

Sozialpolitische Gesetzgebung

Im Jahre 1911 wurde im Reichstage eine Reichsversicherungsordnung angenommen, die zwar nur eine gesetzgeberische Zusammenfassung der verschiedenen Versicherungszweige in einer Gesetzordnung, nicht die sachliche Vereinigung der verschiedenen Versicherungsarten (§ 379) erreichte, aber doch den Personenkreis der Versicherungspflichtigen und -berechtigten wesentlich ausdehnte. Die Invaliditätsversicherung erhielt die lange gewünschte inhaltliche Erweiterung durch die Anfügung der Hinterbliebenenversicherung. Von ganz besonderer Bedeutung aber war die im Dezember 1911 von dem Reichstag angenommene Privatbeamtenversicherung, die schon 1903 in Angriff genommen worden war. Es wurde der Grundsatz der bisherigen Versicherungspolitik verlassen, daß ihr Gegenstand nur der industrielle Lohnarbeiter sein könne. Eine höher stehende Schicht, die Privatangestellten, wurden nun in ihren Bereich gezogen. Von 1892—1907 war ihre Zahl von 307268 auf 1290728 gewachsen und betrug am 1. Januar 1913 rund 2 Millionen. Diese Privatbeamtenversicherung wurde aber nicht als Ausbau an die Invalidenversicherung angeschlossen, sondern als eine besondere staatliche Versicherung eingerichtet. Über die Bedeutung der sozialpolitischen Gesetzgebung mögen die folgenden Zahlen Kunde geben:

Reichsversicherungsordnung 30. Mai 1911

Privatbeamtenversicherung 30. Mai 1911

Seit Bestehen der Krankenversicherung (1885), der Unfallversicherung (1885) und der Invalidenversicherung (1891) wurden bis einschließlich 1911 insgesamt 12,64 Milliarden Mark vereinnahmt. Von dieser Summe werden nachgewiesen 5,69 Milliarden als Beiträge der Arbeitgeber, 5,03 Milliarden Mark als Beiträge der Versicherten, 1,23 Milliarden Zinsen und sonstige Einnahmen und 6,03 Millionen Zuschuß des Reiches. Die Gesamtsumme der an die Versicherten gezahlten Entschädigungen beziffern sich auf 9,16 Milliarden Mark. Den Versicherten wurden demnach 4,13 Milliarden Mark mehr an Unterstützungen gezahlt, als sie zu den Versicherungen beigetragen haben. Die Kosten der Gesamtverwaltung beliefen sich auf 916,52 Millionen. Im Jahre 1911 stellte sich die Gesamtsumme der Entschädigungsbeiträge auf 767,53 (718,04) Millionen, mithin 1911 mehr 49,49 Millionen. Auf die Krankenversicherungen (einschließlich Knappschaftskassen) entfallen hiervon 307,05 (i. V. 356,79) Millionen, auf die Unfallversicherungen 166,61 (164,42), auf die Invalidenversiche-

rungen 203,86 (196,82) Millionen. Diese gewaltigen Leistungen der Arbeiterversicherungen sind um so höher zu bewerten, als seit Bestehen der verschiedenen Versicherungen eine wesentliche Steigerung der Arbeiterlöhne eingetreten ist. Vergleicht man beispielsweise die Löhne der Bergarbeiter von 1886 (eine zuverlässige Lohnstatistik besteht erst seit 1886) und 1911, so ergibt sich für den Oberbergamtsbezirk Dortmund eine Steigerung des durchschnittlichen Schichtlohnes von 2,58 M. auf 4,69 M., für Oberschlesien von 1,81 M. auf 3,48 M., für den Saarbezirk von 2,85 M. auf 4,06 M. Das Jahreseinkommen eines Bergarbeiters ist im angegebenen Zeitraum im Bezirk Dortmund von 772 M. auf 1446 M., in Oberschlesien von 490 M. auf 980 M., im Saarbezirk von 908 M. auf 1168 M. gestiegen. Man braucht den sozialdemokratischen Agitatoren nur die vorstehenden Zahlen entgegenzuhalten, um ihre Behauptungen von einer Verelendung der Massen klar zu widerlegen.

§ 423. b) Die deutsche Wehrkraft. Um aber alle diese großen Aufgaben im Reiche durchzuführen, war es vor allem nötig, die Mittel dazu aufzubringen, und das konnte nur geschehen, wenn der Friede bewahrt wurde. Das war aber wiederum nur möglich durch die Erhaltung und Verstärkung der deutschen Wehrkraft zu Lande und zur See, wozu noch die Indienststellung der Luftschiffahrt und Flieger kam. Hierbei haben alle staatserhaltenden Parteien, auch die früher mehr abseits stehende Fortschrittliche Volkspartei (s. unten), selbstlos mitgewirkt. Namentlich galt es gegenüber der unerfreulichen Haltung Englands (§ 427, 431), die deutsche Flotte so wehrfähig zu machen, daß sie nicht nur die deutschen Küsten, sondern auch den so hoch angewachsenen wirtschaftlichen Betrieb des deutschen Volkes im Auslande und seine Kolonien wirklich schützen konnte.

Bestand der Flotten der Weltmächte

1899 stand die deutsche Flotte an sechster Stelle unter den Seemächten. England besaß 69 Linienschiffe mit 796 000 Tonnen, Frankreich 39 mit 370 000 Tonnen, Rußland 24 mit 263 000 Tonnen, Italien 15 mit 191 000 Tonnen, die Vereinigten Staaten 17 mit 136 000 Tonnen und Deutschland 14 mit 130 000 Tonnen. Seit 1911 hält die deutsche Flotte den zweiten Platz.

Die Lehren des russisch-japanischen Krieges (§ 410) und die Marokkokrisis von 1905 (§§ 415—417), die Deutschland aufs neue seine maritime Schwäche vor Augen führte, blieben nicht ungenützt. Durch eine dritte Marinevorlage (§ 379) wurde 1906 die Vermehrung der Auslandsschiffe um 6 Panzerkreuzer und der Übergang zum Großkampfschifftyp beschlossen. 1908 setzte eine vierte Vorlage das Lebensalter der Panzerschiffe von 25 Jahren auf 20 Jahre herab und sorgte für schnelleren Ersatz der veralteten Küstenpanzerschiffe. Die fünfte Vorlage von 1912, die als unmittelbare Folge der zweiten Marokkokrisis (§ 412) fast widerspruchslose Annahme fand, erweiterte noch einmal den Gesamtumfang der Flotte durch drei Linienschiffe und zwei kleine Kreuzer und erhöhte ihre Bereitschaft durch Aktivierung eines dritten Geschwaders. Auf Grund der letzten Vorlage soll die Flotte bestehen aus fünf Geschwadern von insgesamt 41 Linienschiffen, davon drei Geschwader im aktiven Dienst: aus 20 Panzerkreuzern und 40 kleinen Kreuzern. Hierzu kommen noch 144 Hochseetorpedoboote und 72 Unterseeboote. Der zahlenmäßige Umfang der Flotte ist gegenüber dem ersten Flottengesetz mehr als verdoppelt bei gleichzeitigem Übergang vom älteren Panzerschiffstyp mit rund 13 000 Tonnen Deplacement zu dem Großkampfschiffstyp mit rund 25 000 Tonnen Deplacement. Nebenher machte sich der vollständige Umbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals, die Erweiterung von Wilhelmshaven, die Anlage eines Kriegshafens auf Helgoland und der Ausbau der Befestigungen und Landanlagen an der Nord- und Ostsee nötig. Das Marinepersonal mußte beträchtlich vermehrt werden. Die Kosten der Schiffe und Mannschaftsvermehrung, die bis 1920 zusammen 1620 Mann und 75 Offiziere, Maschineningenieure, Zahlmeister und Ärzte betragen wird, beliefen sich 1912 auf 15 Millionen Mark, 1913 auf 28 Millionen Mark.

Dritte Marinevorlage 1906

Vierte Marinevorlage 1908

Fünfte Marinevorlage angenommen 14. Mai 1912

An Schiffen, die nicht älter als 20 Jahre und entweder fertig oder im Bau, d. h. bis Sommer 1915 fertig sind, besitzt jetzt Deutschland:

37 Linienschiffe, davon 17 Großkampfschiffe,
15 Panzerkreuzer, „ 6 Schlachtkreuzer.

Bis 1915 werden ferner vorhanden sein: 37 kleine Kreuzer, 144 Hochseetorpedoboote und ca. 36 Unterseeboote. Leistungsfähige Marineluftschiffe und Flugzeuge werden in Kürze hinzutreten. 1915 ist das Flottengesetz nahezu erfüllt. Schon im Herbst 1914 lassen sich mit den fertigen Schiffen vier Linienschiffgeschwader mit den erforderlichen Panzerkreuzern und sonstigen Schiffen formieren.

Infolge der Flottengesetze konnte eine organische Entwicklung der Kriegsschiffbauindustrie erfolgen. Nicht weniger als neun Werften sind für den Bau von großen Panzer-

schiffen eingerichtet. Ebenso war es möglich, für die Bereitstellung und Ausbildung des erforderlichen Personals zu sorgen. Der Geist der Offensive, durch den schon der Flottengründungsplan von 1867 bestimmt wurde, erfüllt Offiziere und Mannschaften. In hartem Dienst, durch kriegerische Übungen und geistige Vertiefung bereitet sich die Marine auf ihren eigentlichen ernsten Zweck vor. Wie schnell auch relativ die deutsche Flotte gewachsen ist, mögen noch folgende Zahlen lehren. 1899 hatte England etwa neunmal so viel gepanzerte Schiffe als Deutschland. 1915 besitzt es 111 gegen 52 deutsche, also etwas mehr als zweimal so viel. An Großkampfschiffen aber, denen mehr und mehr entscheidende Bedeutung zukommt, besitzt England 36 gegen 23 deutsche. Das Verhältnis der Großkampfschiffe allein ist etwa 16 : 10. Von den Dreadnoughts hat England 11 dienstbereit und 11 im Bau, die Vereinigten Staaten haben je 6, Frankreich besitzt nur 6 Halbdreadnoughts und baut 4 Dreadnoughts, während Italien, Österreich und Rußland noch keines dieser modernen Schlachtschiffe unter Flagge und Wimpel haben. Noch nie sah die Geschichte den ähnlichen Aufschwung einer Seemacht in so kurzer Zeit. Aber er war bedingt durch das ebenso rasche Wachstum der deutschen überseeischen Interessen. Die Gesamteinfuhr betrug 159 525 820 Doppelzentner im Werte von 2620,0 Millionen Mark, während die Ausfuhr 180 878 535 Doppelzentner im Werte von 2443,0 Millionen Mark betrug. Vergleicht man dieses Ergebnis mit demselben Zeitraum seit dem Jahre 1910, so ergibt sich folgendes Bild:

Bestand des deutschen Handels Anfang 1912

	in Doppelzentnern:	Wert in Millionen Mark:
	Einfuhr:	
1913	159 525 820	2629.0
1912	157 253 161	2635,9
1911	140 780 420	2282,1
1910	124 010 484	2190,6
	Ausfuhr:	
1913	180 878 515	2443,9
1912	153 169 670	2066,3
1911	139 797 704	1965,8
1910	116 604 723	1788,2

Besonders bemerkenswert an diesen Ziffern ist die starke Steigerung der Ausfuhr im Quartal 1913 gegenüber den früheren Jahren, und die Abnahme der Einfuhrwerte gegen das Vorjahr um 6 Millionen Mark.

An dieser Mehrausfuhr sind folgende Produktionszweige beteiligt: Die Ausfuhr von Agrarprodukten steigerte sich von 375,51 Millionen Mark im Jahre 1911 auf 442,91 im Jahre 1913, mineralische Rohstoffe und Öle von 148,36 auf 214,52, Chemikalien von 190,77 auf 238,13, Spinnstoffe und Waren daraus von 353,61 auf 361,58, Leder und Lederwaren von 95,26 auf 126,06, unedle Metalle und Waren daraus von 349,61 auf 474,68, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge von 213,33 auf 263,53 Millionen Mark. Dagegen war für die Textilindustrie ein Stillstand oder Rückgang festzustellen. Die Baumwollwaren sanken von 130,8 auf 122,8, die Wollwaren von 105,6 auf 103, die Seidenwaren von 66,8 auf 58,6 Millionen Mark. Besonders starke Ausfuhrsteigerungen weist die Eisenindustrie und die Kohlenindustrie auf. Eisen und Eisenlegierungen stiegen um 56,5 Millionen Mark, Kupfer und Kupferlegierungen um 17,9 Millionen Mark, Maschinen um 20,6 Millionen Mark, Kohle um 36 Millionen Mark. Außerdem stiegen die Papierwaren von 55 auf 65,9 Millionen Mark, elektrotechnische Erzeugnisse von 49,9 auf 62,3, Fahrzeuge von 34,3 auf 43,1 Millionen Mark.

Nation	Linienschiffe Panzerschiffe über 5000 t Zahl	Panzerkreuzer Zahl	Geschützte Kreuzer Zahl	Torpedofahrzeuge über 200 t Zahl	Unterseeboote Zahl
Deutschland . . .	25 [12]	10 [4]	33 [7]	117 [14]	12
England	50 [12]	38 [6]	66 [20]	223 [51]	63 [19]
Frankreich	22 [4]	22	10	71 [13]	62 [19]
Italien	8 [4]	10	4 [3]	55 [14]	7 [13]
Japan	13 [3]	13 [4]	12 [3]	59 [2]	12 [1]
Österreich-Ungarn .	11 [5]	3	4 [3]	18 [6]	7
Rußland	10 [12]	6	8	97 [15]	30 [8]
Vereinigte Staaten von Amerika . .	30 [7]	14	16	40 [14]	19 [20]

Die vorstehende Tabelle, in der die Angaben über das Gesamtdeplacement, über die Küstenpanzer die Panzerkanonenboote, die Torpedofahrzeuge unter 200 Tonnen fortgelassen sind,

möge ein Bild des Flottenstandes der Weltmächte geben. Die eingeklammerten Zahlen bezeichnen die im Bau befindlichen Schiffe einschließlich der bewilligten und der gegenwärtigen, noch nicht begonnenen Neubauten, die Zahlen darüber die im Mai 1911 fertig gewordenen Schiffe.

Noch mehr als die Verstärkung der Flotte erforderten die internationalen Verwicklungen in den Jahren 1912 und 1913, vor allem die wachsende Feindseligkeit Frankreichs und seine gewaltigen Anstrengungen, sein Heer zu vermehren, auch die völlige Kampfbereitstellung der deutschen Landtruppen. Die im Jahre 1905 beschlossene Verstärkung des Reichsheeres (§ 379) genügte nicht mehr. So wurde am 22. März 1912 dem Reichstage zugleich mit den Forderungen für die Flotte (s. oben) auch eine Wehrvorlage für das Landheer angekündigt. Es wurden jährlich mehr 29000 Mann verlangt, und im ganzen sollte alles, was nach dem Quinquennatsgesetz von 1911 erst bis 1915 verwirklicht werden sollte, sofort auf den 1. Oktober 1912 durchgeführt werden. Die Kosten wurden für 1912 auf 82, für 1913 auf 99 Millionen Mark angeschlagen. Nachdem die schwierige Frage der Kostendeckung durch einen Ausgleich der antionalliberalen Partei und des Zentrums (Antrag Bassermanns, des Führers der Nationalliberalen und des Zentrumsabgeordneten Erzbergers [§ 424]) gelöst worden war, wurde die Wehrvorlage am 21. Mai von dem Reichstage mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die der Sozialdemokraten angenommen.

Wehrvorlage 22. März 1912

Annahme der Wehrvorlage 21. Mai 1912

Aber die Ereignisse am Ende des Jahres 1912 und Anfang 1913 zwangen zu einer weiteren Vermehrung. Der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht sollte verwirklicht werden. Seit dem Januar 1913 wurden von der Reichsregierung die Vorarbeiten für eine neue Wehrvorlage in Angriff genommen, und am 29. März wurden die Forderungen für die Friedenspräsenzstärke und die Kostendeckung bekannt gemacht. Eine ungeheure Aufregung ging durch das ganze deutsche Volk. Alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten waren einig, daß diese neue Wehrvorlage, die frühestens am 1. Oktober 1913 durchgeführt werden sollte, angenommen werden müsse, und eine Opferwilligkeit ohnegleichen zeigte sich in dem Willen, die einmaligen Kosten, die auf rund 1050 Millionen Mark angegeben wurden, durch einen einmaligen außerordentlichen „Wehrbeitrag" aufzubringen. Am 7. April begannen die Verhandlungen im Reichstage, und schon am 30. Juni wurde die Wehrvorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Elsässer angenommen. In den Verhandlungen trat die volle Friedensliebe des deutschen Volkes, aber auch die unbedingte Bereitwilligkeit zu jedem Opfer an Leben und Gut für die Erhaltung der Macht des Deutschen Reiches in den Reden des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg (§ 424) wie der bürgerlichen Parteien, unter denen besonders der Führer der ausschlaggebenden nationalliberalen Partei, Bassermann, eine bedeutende Rolle spielte, klar zutage.

Veröffentlichung einer neuen Wehrvorlage 29. März 1913

Annahme der Wehrvorlage 30. Juni 1913

Die neue Wehrordnung setzte die Friedenspräsenzstärke fest auf 661176 Mann (also ein Mehr von 116965). An ihr sind beteiligt: Preußen einschließlich der unter preußischer Militärverwaltung stehenden Kontingente mit 513068 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten, Bayern mit 73168, Sachsen mit 49472, Württemberg mit 25468. Die Zahl der Infanteriebataillone vermehrt sich von 651 auf 669, der Kavallerieeskadrone von 516 auf 550 (die von dem Zentrum in den beiden ersten Lesungen verweigerten drei Kavallerieregimenter wurden mit seiner Einwilligung in der dritten Lesung angenommen), der Bataillone der Fußartillerie von 48 auf 55, der Pioniere von 33 auf 44, der Verkehrstruppen von 18 auf 31, des Trains von 25 auf 26. Die Deckung der Kosten wurde erzielt durch einen einmaligen Wehrbeitrag von 990 bis 1000 Millionen Mark; der dauernde Bedarf betrug an: 1. Vermögenszuwachssteuer 95, 2. Stempelsteuer 50, 3. Erhöhung der Erbschaftssteuer 10, 4. Plus an laufenden Einnahmen 16, 5. Zuckersteuer 40 Millionen Mark, zusammen 211 Millionen Mark. Die größten Schwierigkeiten machte bei den Verhandlungen über die dauernden Steuern die Vermögenszuwachssteuer. Die liberalen Parteien verzichteten auf die Wiedereinbringung der Erbanfallsteuer. Sie hielten es für eine vater-

ländische Pflicht, bei der großen nationalen Aufgabe der Heeresverstärkung zu versuchen, den Parteistreit auszuschalten. Deshalb schlugen sie auch aus finanziellen Gründen eine Reichsvermögenssteuer vor. Da aber die Widerstände der Regierung nicht überwunden werden konnten, stimmten sie trotz der großen Bedenken doch für das Gesetz, weil die Reichsvermögenszuwachssteuer doch ein Teil des Kompromisses der ganzen Deckung war. Mit ihnen stimmten die Sozialdemokraten und ein großer Teil des Zentrums. Die Konservativen aber erklärten, daß das Gesetz eine Zusammensetzung von Erbschaftssteuer auf das Kindeserbe, Reichsvermögens- und Reichseinkommensteuer sei, und stimmten gegen dasselbe.

Eine ebenso von bewundernswerter nationaler Begeisterung getragene Übereinstimmung zeigte das deutsche Volk bei dem ersten verunglückten Versuche des Grafen Zeppelin, dessen Luftschiff auf der Rückfahrt von Mainz nach Friedrichshafen durch eine Wetterkatastrophe am 5. August 1908 vernichtet wurde. In der vollen Erkenntnis der hohen Bedeutung dieser Fahrt, die die Lösung des großen Problems der lenkbaren Luftschiffahrt brachte und dem Namen des Grafen Zeppelin die Unsterblichkeit sicherte, steuerte das deutsche Volk so reiche Beigaben (die Volksspende betrug 6 096 555 Mk.) zu dem Bau neuer Luftschiffe bei, daß schon im April 1909 Graf Zeppelin eine Fahrt vom Bodensee nach München unternehmen konnte, die von dem größten Erfolge gekrönt war. Durch diese Fahrten aber wurde der entscheidende Anstoß zu dem Bau von Militärballons gegeben, deren Ausführung in Erfindung und Technik ein trefflicher Beweis von der unermüdlichen Tätigkeit und dem wissenschaftlichen Streben der deutschen Offiziere, wie Parseval, Groß u. a., war. Seitdem hat die Aviatik in der ganzen Welt ungeheure Fortschritte gemacht. Von ganz besonderer Bedeutung wurde sie für das Heerwesen, wie die Erfolge im türkisch-italienischen und im Balkankriege (§ 418, 407) es klar erwiesen.

Vernichtung des Luftschiffes des Grafen Zeppelin 5. Aug. 1908

Anläßlich einer Luftfahrzeugausstellung kündigte der Bruder des Kaisers, Prinz Heinrich, eine Nationalspende für das deutsche Flugzeugwesen an und begründete eine „Wissenschaftliche Gesellschaft für Flugtechnik". Diese mit der gleichen Begeisterung wie im Jahre 1909 aufgenommene Volksspende brachte ein Ergebnis von 7 234 506 Mark. Ein deutscher Luftfahrerverband bildete sich, dem am Ende des Jahres 1912 89 Vereine mit 79 828 Mitgliedern angehörten. Er verfügte über 138 Freiballons mit 926 Führern, 24 lenkbaren Luftschiffen und 27 Luftschiffhallen, auf denen 45 Fliegerschulen Schüler ausbilden, 30 offenen Landungsplätzen mit Verankerungsvorrichtnngen und 62 Flugplätzen. Auch von der Reichsregierung wurde für Heereszwecke eine große Zahl von Luftschiffen und Flugzeugen in den Dienst gestellt. Denn immer deutlicher zeigte sich der außerordentliche Wert der Luftschiffahrt und besonders der Flugzeuge für Aufklärung und Erkundigung sowie als Kampfmittel, um aus der Höhe Geschosse auf die Gegner zu werfen. Vor allem wurden die Flugzeuge auch für die Marine verwendet. Es gibt 1913 12 Militärluftschiffe und jedes Armeekorps soll am Ende des Jahres 1913 einen aktiven und einen Reservebestand von je 6 Flugzeugen haben, und das Heer verfügt über einen Stamm von 200 geschulten Offiziersfliegern. Militärflugplätze gibt es 9. Auch in den anderen Weltreichen, besonders in Frankreich, trug man dieselbe Sorge für die Luftschiffahrt wie in Deutschland.

Nichts veranschaulicht den ungewöhnlich raschen Fortschritt des Flugwesens besser als die Gegenüberstellung einzelner anerkannter Höchstleistungen der kurzen Entwicklungszeit. 1908 hielt Wilbur Wright den Höhenweltrekord mit ganzen 90 m, eine Leistung, die im Jahre 1908 sehr bestaunt wurde; 1913 erreichte Perreyon eine Höhe von 5900 m. Auch den Weltrekkord im Dauerflug stellte 1908 Wilbur Whright mit der sehr anerkennenswerten Leistung von 2 St. 20 Min. 23 Sek. auf, er erreichte in dieser Zeit 124,7 km. 1913 steht der Dauerweltrekord auf 13 St. 17 Min. 57 Sek., in dieser Zeit legte Fourney 1010 km zurück. Die größte Geschwindigkeit erreichte 1908 Curtiß mit etwa 80 km Stundengeschwindigkeit, Bedrines erreichte 174 km, und in den letzten

Das Wachsen der Flugleistungen

Tagen hat der Franzose Guillaux von Savigny nach Paris gar die fabelhafte Geschwindigkeit von 123 Stunden-Kilometern erreicht. Brindejonc de Moulinais legte auf seinem großen Flug von Paris nach Warschau, Anfang Juni 1913, die — nach der Luftlinie — 450 km betragende Strecke Wanne—Berlin mit einer Reisegeschwindigkeit von 225 km in zwei Stunden zurück. Der erste Überlandflug führte Henri Farman 1908 über die 27 km lange Strecke Bouy—Reims. Brindejonc und Guillaux flogen 1913 annähernd 1400 km über Land, sie wurden aber noch weit von dem Deutschen Stöffler übertroffen, der in 24 Stunden annähernd 2200 km zurücklegte. Über See traute sich ein Flugzeug zum ersten Male 1909, als Louis Blériot seinen berühmten Flug über den Kanal, eine Überseestrecke von etwa 38 km, machte. Fast genau elfmal so lang ist die Überseestrecke, die Brindejonc auf seinem Flug von Petersburg nach Stockholm über der Ostsee durchflog, nämlich 420 km; eine ähnliche Leistung vollbrachte auch Hawkes beim Rundflug um die britischen Inseln. Selbst die in 2010 m Höhe durchgeführte Alpenüberquerung des tollkühnen Chilenen Chavez im Jahre 1910, der die Bezwingung des Simplons mit dem Tod bezahlte, verblaßt vor der diesjährigen Leistung des Schweizers Bider, der den 4168 m hohen Jungfraugipfel überflog.

§ 424. c) Die Parteikämpfe. Blockbildungen. Von hervorragender Bedeutung für die Zukunft des Deutschen Reiches wurde die Auseinandersetzung zwischen dem Kaiser und dem Reichstage über die Verteilung ihrer Gewalten und Machtmittel, über die Frage, welchen Einfluß der Reichstag selbst auf die Führung der politischen Geschäfte ausübe, wie weit der Wille des Kaisers bestimmend und ob die zwischen Krone und Volk notwendige Übereinstimmung noch vorhanden sei. Die vielfachen Reisen und Reden des Kaisers wurden bei der durch die orientalischen und marokkanischen Wirren (§§ 404, 409, 415—417) hervorgerufenen Aufregung und unter dem wirtschaftlichen Druck einer scharfen Beurteilung unterzogen. Diese Aufregung wurde noch durch einen von 1906 ab bis zur Gegenwart sich hinziehenden Prozeß vermehrt, der durch eine Artikelserie in der von dem Schriftsteller Harden herausgegebenen Zeitschrift „Zukunft" herbeigeführt worden war. Diese Artikel richteten ihre Spitze gegen den Fürsten Eulenburg, der einer der einflußreichsten Männer am kaiserlichen Hofe war, und gegen eine angeblich von diesem geleitete Kamarilla. Der Prozeß, der ein sehr bedenkliches Bild auf das Leben der adligen Kreise warf, wurde durch eine schwere Erkrankung des Fürsten Eulenburg, der schließlich wegen Meineids angeklagt wurde, unterbrochen und ist bis 1913 noch nicht beendigt worden. Da führte eine Veröffentlichung der Kaisergespräche über die Stellung Deutschlands zu England in einem englischen Blatte, dem „Daily Telegraph", eine schwere Krisis herbei. Der Reichskanzler hatte gegen die Veröffentlichung der Aufzeichnungen, ohne sie selbst zu lesen, im Vertrauen auf das Urteil eines ihm unterstehenden Beamten nichts einzuwenden gehabt. Er machte allerdings kein Hehl aus der Mißbilligung der Veröffentlichung, nahm aber die volle Verantwortung für den geschehenen Mißgriff auf sich und bat um Entlassung. Dieses Gesuch wurde am 1. November von dem Kaiser abgelehnt. Am 10. und 11. November kam es im Reichstage zu Interpellationen über diese Veröffentlichung, die von dem Reichskanzler beantwortet wurden, und bei denen in voller Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke von den Rednern aller Parteien der Wunsch geäußert wurde, daß der Kaiser in Zukunft in seinen Privatgesprächen größere Zurückhaltung beobachten möge. Am 17. November hielt dann Fürst Bülow im Neuen Palais zu Potsdam dem Kaiser Vortrag über die innere Lage. In hochherziger Selbstbescheidung gab der Kaiser zu den Wünschen des Reichstages seine Zustimmung, die allerdings nicht zu Papier gebracht wurde und keine gesetzliche Anerkennung gefunden hat, aber deren Bedeutung in der Erkenntnis bestand, daß das Reich nur gedeihen kann, wenn Kaiser und Volk in engster Überein-

Veröffentlichung des sog. Daily-Telegraph-Interview 28. Okt. 1908

Interpellation über das Kaiser-Interviews 10./11. Nov. 1908

stimmung handeln, die sich auf gegenseitiges Vertrauen stützt. Der zukünftigen Entscheidung blieb noch die von einer Mehrheit des Reichstages unterstützte Forderung vorbehalten, den Reichskanzler nicht nur formell, sondern auch gesetzlich für seine Handlungen verantwortlich zu machen.

Seit dem Jahre 1905 wuchs die Macht der Zentrumspartei immer mehr und machte sich im Verlaufe des Jahres 1906 besonders in den Erörterungen des Reichstages über die deutschen Kolonialfragen geltend. Gegen die von dieser Partei in den letzten Jahren der Regierung bewilligten Forderungen für Heer, Flotte und auswärtige Politik war eine starke Strömung innerhalb der Partei vorhanden, die ihren kräftigsten Ausdruck in dem Abgeordneten Erzberger (§ 423) fand. Er machte sich durch ein eifriges Aufspüren wirklicher oder vermeintlicher Übelstände im Kolonialwesen bemerkbar, ohne dabei stets die Richtigkeit seiner Klagen zu prüfen, die sich vornehmlich gegen die Beeinträchtigung der Missionare, Mißhandlung der Eingeborenen, Unsittlichkeit der Beamten und Verschwendung der Verwaltung richteten. Ihm zur Seite trat der Reichstagsabgeordnete Roeren, (§ 426) der seinen bedeutsamen Einfluß mehr im stillen in persönlichen Verhandlungen mit dem Chef der Kolonialverwaltung geltend zu machen verstand. So lehnte das Zentrum eine Bahn Kubub—Keetmannshoop ab, die zur Führung des Kriegs in Südwestafrika (§ 427) und zur Erschließung des Schutzgebietes notwendig war, und ebenso die Errichtung eines selbständigen Kolonialsekretariats, unmittelbar vor der Vertagung des Reichstages. Diese Abstimmung und die weiter fortgesetzten Angriffe des Zentrums führten einen Wechsel in der Leitung des Kolonialamts herbei: an Stelle des Erbprinzen zu Hohenlohe-Langenburg trat der Direktor der Darmstädter Bank Bernhard Dernburg, der, als der Reichstag am 13. November wieder zusammenkam, in der schärfsten Weise dem Zentrum entgegentrat, zugleich aber auch eine Änderung in der Behandlung der Kolonialpolitik versprach. Das führte zu einem folgenreichen Zusammenstoß des Zentrums mit der Regierung. Um seine Macht zu zeigen, strich das Zentrum, unterstützt von den Sozialdemokraten und Polen, von den für den südwestafrikanischen Krieg geforderten 26 Millionen Mark 9 Millionen und verlangte außerdem unter Berufung auf die besser gewordene Kriegslage, daß vom 1. April 1907 ab die Schutztruppe auf 2500 Mann verringert werde. Da das Zentrum sich nicht nachgiebig erweisen wollte, wurde der Reichstag am 13. Dezember aufgelöst. Unter ungeheurer Aufregung des ganzen deutschen Volkes vollzogen sich die Neuwahlen am 25. Januar 1907, wobei die Konservativen und die liberalen Gruppen, unter denen die Freisinnigen nach dem Tode ihres Führers Eugen Richter ihren bisherigen Widerstand gegen militärische und weltpolitischen Forderungen aufgaben, gegen Zentrum und Sozialdemokratie zusammengingen. Ihr Ergebnis war allerdings nicht eine Schwächung des Zentrums, wohl aber der Sozialdemokratie, die von 79 Mitgliedern des Reichstags auf 45 herabgemindert wurde. So erhielten die anderen Parteien, für die sich der Name „Block" einbürgerte, im Reichstage die Mehrheit. Das von seiner ausschlaggebenden Stellung verdrängte Zentrum zog sich in den Schmollwinkel zurück und versuchte zuerst vergebens, den von ihm nun scharf angefeindeten Reichskanzler Bülow zu stürzen und den Block aufzulösen, der mehreremal eine schwere Probe seines Zusammenhaltes bestehen mußte. So wurden nun durch die Blockparteien in dem neuen Reichstage die kolonialen Forderungen, der Neubau von Eisenbahnen und die Entschädigung für die südwestafrikanischen Ansiedler und der Posten des Staatssekretärs in den Verhandlungen vom 6. März bis 6. Mai 1907 bewilligt; am 17. Mai wurde Dernburg zum Staatssekretär ernannt.

Ablehnung d. Bahn nach Keetmannshoop u. des Kolonialsekretariats 26. Mai 1906

Dernburg Leiter des Kolonialamtes 10. Sept. 1906

Auflösung des Reichstags 13. Dez. 1906

Reichstagsneuwahlen 25. Jan. 1907

Eugen Richter † 10. März 1906

Dernburg Staatssekretär 17. Mai 1907

Die Blockmehrheit führte die im Jahre 1907 begonnene Reform des Reichsvereinsgesetzes, das im liberalen Sinne ausgestaltet wurde, und der wesentliche Verbesserungen bringenden Börsengesetznovelle im Jahre

Reichsvereinsgesetz 15. Mai 1908

Börsengesetznovelle 1. Juni

1908 durch, wobei nur durch wechselseitiges Entgegenkommen die mannigfachen Schwierigkeiten, die im Vereinsgesetze die gegen die Polen gerichteten Sprachenparagraphen und im Börsengesetze der den Agrariern widerstrebende Handel in Wertpapieren zeigten, überwunden werden konnten.

Die schwerste Probe aber wurde dem Block durch die immer brennender werdende Reichsfinanzreform auferlegt. Schon im Jahre 1905 hatte der Staatssekretär Freiherr v. Stengel Vorschläge zu der dringend nötig gewordenen Reform der Reichsfinanzen gemacht, deren Stand trotz der Aufhebung der Franckensteinschen Klausel (§ 329) ein sehr besorgniserregender geworden war. Aber von den von ihm geforderten Steuern auf Bier, Tabak, Zigarren, Frachturkunden, Personenfahrkarten, Automobile, Quittungen und Erbschaften wurde im Jahre 1906 die Tabaksteuer beseitigt, die Biersteuer auf die Hälfte reduziert, die Frachturkundensteuer herabgesetzt, die Quittungssteuer fiel; dagegen wurden die Personenfahrkartensteuer und die Erbschaftssteuer und das Ortsporto erhöht. Aber das Defizit wurde größer. 1907 betrugen die Schulden mit den Schatzanweisungen zusammen 3803,5 Millionen Mark. Nicht genug, daß die wachsenden Ausgaben des Reiches, besonders für die Wehrkraft und die Sozialpolitik, stets neue Mittel erforderten, die aus den bisher erschlossenen Quellen nicht zu entnehmen waren, wurde namentlich seit 1898 der Reichskredit so in Anspruch genommen, daß er nicht nur im Inlande empfindliche Einbußen hatte, sondern daß auch das Ansehen des Deutschen Reiches im Auslande schwer zu leiden begann. Die Folge dieser Schuldenwirtschaft war neben dem schlechten Stand des Kurses der Anleihen ein steigender Zinsendienst, der im Jahre 1908 allein 155 Millionen verschlang. Die dringend nötige Neuordnung der Finanzen mußte daher ein dreifaches Ziel verfolgen: ein völliges Brechen mit der bisherigen Schuldenwirtschaft unter gleichzeitiger planmäßiger Schuldentilgung, eine Herstellung des Gleichgewichts zwischen Bedarf und Deckung und eine klare Regelung der Beziehungen zwischen dem Reich und den Bundesstaaten. Dieser dreifachen Forderung sollte der Reformtarif des neuen Staatssekretärs Sydow entsprechen, der bisher Unterstaatssekretär im Postamt gewesen und am 20. Februar 1908 an Stelle v. Stengels getreten war. Aber er fand bei keiner Partei ungeteilte günstige Aufnahme, weil er weder dem Ideal der Parteien der Linken, der Deckung der Schulden durch direkte Reichssteuern, noch dem der Konservativen, durch Vermehrung der indirekten Steuern, entsprach. So erhob sich ein unerquicklicher Parteikampf, der bis in das Jahr 1909 hinein dauerte und sich schließlich hauptsächlich um eine Nachlaßsteuer oder eine auf die unmittelbaren Erben ausgedehnte Erbschaftssteuer drehte. Das Zentrum suchte diese oft sehr schroff werdenden Auseinandersetzungen zwischen den Blockparteien in geschickter Weise zur Sprengung des Blocks und zum Sturze des Reichskanzlers zu benutzen. Es gelang ihm in der Tat, dies Ziel zu erreichen: im Verein mit den Konservativen, die dem Fürsten Bülow wegen des Versprechens der Änderung des preußischen Wahlrechts grollten (s. unten), und den Polen wurde die Erbanfallsteuer abgelehnt, dagegen wurden Steuern auf das mobile Kapital von diesem neuen Block angenommen, die die Regierung für unannehmbar erklärte. So entstand eine schwere, für die Zukunft des Deutschen Reiches verhängnisvolle Krisis. Trotz ihrer Erklärung nahm dennoch die Regierung die von dem neuen Block beschlossene, von den liberalen Parteien und den Sozialdemokraten einmütig abgelehnten Steuern am 10. Juli an. Darauf dankte Fürst Bülow, der schon vorher seinen unwiderruflichen Entschluß, nach der Erledigung der Reform aus dem Amte zu scheiden, kundgegeben hatte, und dessen Rücktritt wohl auch schon durch den Ausgang der Novembertage 1906 (s. oben) geboten war, ab. An seiner Stelle ernannte der Kaiser am 14. Juli den Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg, der den am 24. Juni 1907 aus dem Amte geschiedenen Grafen Posadowsky ersetzt hatte, zum Reichskanzler.

Sydow Reichsschatzsekretär 20. Febr. 1908

Ablehnung der Erbanfallsteuer 24. Juni 1909

Verabschiedung der Reichsfinanzreform 10. Juli

Abdankung Bülows, v. Bethmann-Hollweg Reichskanzler 14. Juli

Fürst Bülow ging nach Rom und hielt sich in den folgenden Jahren von der Politik völlig fern. Zunächst machte sich die veränderte Lage am deutlichsten bei der Präsidentenwahl des Reichstages geltend; Präsident wurde der konservative Graf Stolberg, erster Vizepräsident der Zentrumsabgeordnete Dr. Spahn und, da der Nationalliberale Dr. Paasche die Wahl ablehnte, der Hospitant der deutschen Reichspartei Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg zweiter Vizepräsident. Es wurde also ein reines Präsidium aus der „schwarz-blauen" Blockmehrheit gebildet. In den liberalen Teilen des deutschen Volkes aber wuchs eine immer stärker werdende Erbitterung gegen diese Finanzreform und gegen den Schwarz-Blauen Block heran, und gegen die Machtgelüste des Bundes der Landwirte vereinigten sich Industrie, Handel und Gewerbe zu einem ihre Interessen schützenden „Hansabund", und ebenso wurde ein „Deutscher Bauernbund" gegründet.

Präsidentenwahl 1. Dez. 1909

Hansaband 12. Juni 1909

Deutscher Bauernbund 6. Juli

Diese Stimmung hielt auch in den folgenden Jahren an und wurde noch genährt durch die im Jahre 1910 gebrachte Vorlage der in der Thronrede 1908 angekündigten Änderung des preußischen Wahlrechtes (s. unten), die den liberalen Parteien nicht genügte. Unter diesen hatten sich die drei freisinnigen Parteien: Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Süddeutsche Volkspartei im Frühjahr 1910 zur „Fortschrittlichen Volkspartei" zusammengeschlossen und dadurch die bürgerliche Linke gestärkt. Es wurden allerdings wichtige politische, finanzielle, soziale und juristische Gesetze im Jahre 1910 dem Reichstage vorgelegt und teilweise 1911 angenommen: so die Reichsversicherungsordnung und das Versicherungsgesetz für die Privatbeamten (§ 422). Gleich im Beginne des Jahres 1911 wurde das Reichswertzuwachssteuergesetz fertiggestellt. Die Verabschiedung des Schiffahrtsabgabengesetzes drückte den Siegel auf eine Aktion, die noch von den Kämpfen um die preußische Kanalvorlage her datierte (§ 379). In die Reihe der sozialpolitischen Gesetze gehörte auch noch das Heimarbeitsgesetz. Von ganz besonderer Bedeutung aber war das reichsländische Verfassungsgesetz, das unter der Mitwirkung der Sozialdemokraten zustande kam (§ 422).

Fortschrittliche Volkspartei 6. März 1910

Reichsländisches Verfassungsgesetz 26. Mai 1911

Elsaß-Lothringen ist nunmehr in seinen eigenen Angelegenheiten (abgesehen von den strategischen Eisenbahnen u. dgl.) sein eigener Herr. Das Mitwirkungs- und Einspruchsrecht des Reichstages ist ausgeschaltet. Es kommt ein Landesgesetz zustande bei Übereinstimmung folgender drei gesetzgeberischen Faktoren: 1. des Kaisers, 2. der Ersten Kammer, deren Mitglieder zur Hälfte gewählt, zur Hälfte aber vom Kaiser ernannt werden, und 3. der Zweiten Kammer, die nach einem besonderen Wahlgesetz aus allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen, nur durch eine Wohnsitzklausel eingeschränkten Wahlen hervorgeht. Diese Einführung des deutschen Reichstagswahlrechts gab dem Gesetze eine politische Bedeutung weit über die Grenzen des Reichslandes hinaus und fand deshalb ebenso wie die Vertretung im Bundesrat den unversöhnlichen Widerstand der Deutsch-Konservativen Partei. Diese Vertretung wurde so geordnet: Die drei Bundesratsstimmen des Reichslandes (welche vom Statthalter, den der Kaiser ernennt, und der jederzeit abberufen werden kann, instruiert werden) dürfen nicht zur Anrechnung kommen, wenn die Präsidialstimme nur mit ihrer Hinzurechnung die Mehrheit erreichen würde. Dieser Modus schien auf den ersten Blick dem Ansehen Preußens wenig zuträglich; aber die übrigen Parteien stimmten zu, weil man erkannte, daß diese Bestimmung nur in außerordentlich seltenen Fällen praktisch wirksam werden kann.

Wie bei diesem Gesetze, so kam es auch bei anderen Gelegenheiten, wie bei den Verhandlungen über das Marokkoabkommen zu heftigen Zusammenstößen zwischen dem Reichskanzler und dem Führer der Konservativen v. Heydebrand und der Lasa. Es gelang dem Reichskanzler auch nicht, durch Hinausschiebung der neuen Reichstagswahlen bis zum 12. Januar 1912 eine Sammlung der Parteien gegen die Sozialdemokraten durchzusetzen. Vielmehr ergaben die Wahlen das gefürchtete Anschwellen der Sozialdemokratie. Es wurden für sie über 4 Millionen Stimmen abgegeben, und die Zahl ihrer Abgeordneten stieg

Reichstagswahlen 12. Jan. 1912

in der Stichwahl auf 110 und durch eine Nachwahl 1913 auf 111; so wurde sie die stärkste Fraktion des Reichstags, während die übrigen Fraktionen an
14. April 1910 Mitgliederzahl einbüßten. Die früheren Nachwahlen von Oletzko-Lyck und
2. Dez. 1910 Labiau-Wehlau waren ein Menetekel für die Konservativen, und die von Lindau-
7. März 27. Sept. 1911 Immenstadt, Düsseldorf und Konstanz für das Zentrum gewesen. Mit diesem
27. Oktober durch den Groll der liberalen Wähler gegen die Finanzreform erklärbaren Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen schien der Höhepunkt ihrer Entwicklung erreicht zu sein. Wohl gab es bisher einen häufigen Wechsel in der Mandatszahl der Sozialdemokratie, der durch die wechselnden Wahlparolen hervorgerufen wurde, aber die Organisation wuchs stetig heran. Zum erstenmal redete nun der Parteibericht für den Sozialistentag im Jahre 1913 von ernsten Besorgnissen. Die Zunahme an Mitgliedern betrug nur 13 % gegen 15,9 im Jahre 1912, dabei war der größte Teil der Hinzutretenden Frauen. Die Abonnentenzahl der Parteiblätter fiel um 13000.

7. März 29. Sept. 1911 27. Oktober Die in den Jahren 1910, 1912 und 1913 erfolgte überraschende Besetzung einiger der wichtigsten Staatsämter im Reich und in Preußen mit neuen Männern riefen keinen Wechsel in der Politik des Reichskanzlers, der über den Parteien stehen wollte, hervor. Am 18. Juni 1910 erhielten der Landwirtschaftsminister
Frhr. v. Schorlemer u. v. Dallwitz pr. Minister 18. Juni 1910 v. Arnim und der Minister des Innern v. Moltke ihre Entlassung. An ihre Stelle wurde der Oberpräsident der Rheinprovinz Freiherr v. Schorlemer und der Oberpräsident von Schlesien v. Dallwitz zu preußischen Ministern ernannt.
Dr. Lentze pr. Finanzminister und v. Kiderlen-Waechter Staatssekretär des Auswärtigen 28. Juni 1910 Am 28. Juni nahm der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben seine Entlassung und wurde Oberpräsident der Rheinprovinz, sein Nachfolger wurde der Oberbürgermeister von Magdeburg Dr. Lentze, und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Schoen wurde durch den Gesandten in Bukarest v. Kiderlen-Waechter (§ 417) ersetzt. Dieser starb aber schon am 30. Dezember 1912, und
† Kiderlen-Waechter 30. Dez. 1912 an seine Stelle trat am 14. Januar 1913 der deutsche Botschafter in Rom
v. Jagow Staatssekretär des Äußeren 14. Jan. 1913 Gottlieb v. Jagow. Am 24. September 1912 starb auch der deutsche
† Marschall v. Bieberstein 24. Sept. 1912 Botschafter in London Freiherr Marschall v. Bieberstein und wurde am
Fürst v. Lichnowsky Botschafter in London 16. Oktober 16. Oktober durch den Fürst v. Lichnowsky ersetzt. Der Tod dieser beiden hochbedeutenden Staatsmänner war für Deutschland bei ihrer hervorragenden Kenntnis, besonders der orientalischen Verhältnisse, gerade in der Zeit des Balkankrieges ein schwerer Verlust. Auch der Rücktritt Dernburgs und seine Ersetzung durch den bisherigen Unterstaatssekretär v. Lindequist bedeuteten keinen Systemwechsel. Lindequist blieb aber nur bis zum 3. November 1911, weil er mit dem Marokkoabkommen (§ 417) nicht einverstanden war. Dr. Solf übernahm die Leitung des Amtes. Infolge von Streitigkeiten über die Aufbringung der für die Durchführung der Wehrvorlage im Jahre 1912 (§ 423) erforderlichen Mittel gab der Schatzsekretär Wermuth, der ein Rückgleiten in die Pumpwirtschaft fürchtete, seine Entlassung ein — die Stadt Berlin wählte ihn nach dem Tode des Oberbürgermeisters Kirschner am 15. Mai zu seinem Nachfolger —, und an seine Stelle trat sein bisheriger Unterstaatssekretär Kühn. Ihm gelang es, daß der Reichstag die für die Wehrordnung des Jahres 1913 nötigen neuen Steuern bewilligte (§ 423).

Solf Staatssekretär des Reichskolonialamts 20. Dez. 1911

§ 425. d) Die Bundesstaaten. Die politische Lage im Deutschen Reiche
Neues Wahlgesetz in Bayern 1906 wirkte auch wieder auf die einzelnen Bundesstaaten zurück. In Bayern wurde im Jahre 1906 ein neues Wahlgesetz abgeschlossen, nach dem auf Grund des allgemeinen, geheimen und direkten Stimmrechts gewählt wird. Bei den Wahlen entscheidet die relative Mehrheit, falls ein Kandidat mehr als ein Drittel der abgegebenen Stimmen erhalten hat; im anderen Fall findet ein neuer Wahlgang statt, in dem die relative Mehrheit entscheidet. Dadurch erlangte die Zentrumspartei die ausschlaggebende Mehrheit. Die Erbitterung aber über den von ihr ausgeübten Druck führte im November des Jahres 1911, als sie sich zu einer Art von Verfassungsbruch hinreißen ließ, zu einem Konflikte mit der sonst ihr gefügigen Regierung und zur Auflösung der Kammer der Ab-

geordneten. Es bildete sich ein Großblock der Liberalen und Sozialdemokraten — die letzteren waren 1906 mit dem Zentrum verbündet gewesen —, und bei den Wahlen am 5. Februar 1912 verlor das Zentrum elf Sitze an den Großblock, behielt aber doch die Mehrheit. Das veranlaßte den Rücktritt des bisherigen Ministeriums Podewils; Ministerpräsident wurde der Zentrumsabgeordnete Freiherr v. Hertling. Seine völlig im Geiste des Zentrums geführte Regierung rief den erbitterten Widerstand des Großblocks hervor, und sein übereiltes Vorgehen in der Jesuitenfrage führte zu einem empfindlichen Mißerfolg im Reiche.

Auflösung der bayr. Kammer 14. Nov. 1911

Bayrische Landtagswahl 5. Febr. 1912

Am 11. März 1912 hatte er einen Erlaß veröffentlicht, nach dem der Begriff der Ordenstätigkeit, welche das Reichsgesetz von 1872 den Jesuiten untersagte (§ 322), dahin bestimmt werden sollte, daß zwar Missionen, d. h. Volkspredigten vor den Massen, nicht aber die sogenannten Konferenzen, d. h. Vorträge mit apologetischen und sozialen Zwecken, verboten sein sollten, selbst wenn sie in Kirchen abgehalten würden und mit Spendung der Sakramente verbunden seien. Gegen diesen Erlaß, der den Jesuiten nicht nur eine fast volle freie Tätigkeit gewährte, sondern vor allem ein Reichsgesetz in Bayern als nichtig erklärte, erhob sich in ganz Deutschland eine starke Bewegung. Da ein solcher Zustand unhaltbar war, wie auch der Reichskanzler am 26. April im Reichstage ausführte, so überwies die bayrische Regierung die Frage dem Bundesrat zur Entscheidung. Dieser beschloß am 28. November, daß im Sinne seiner Verordnung vom 5. Juli 1872 den Jesuiten jede persönliche oder seelsorgerische Tätigkeit Dritten gegenüber untersagt sei; nur stille Messen, Primizmessen im Rahmen einer Familienfeier und Spenden der Sterbesakramente sei ihnen gestattet, ebenso wissenschaftliche Vorträge nicht religiöser Natur und schriftstellerische Tätigkeit. Eine Bestimmung des Ortes, wo die erlaubten Vorträge gehalten werden dürften, gab der Bundesrat nicht, so daß sie auch in Kirchen verlegt werden konnten. Dieser Beschluß befriedigte nirgendwo. Allerdings zog die bayrische Regierung den Ministerialerlaß zurück, aber die Gegner der Jesuiten sahen in ihm eine Milderung des bisher geltenden Gesetzes; das Zentrum reizte seine Volksmassen auf und verlangte in flammenden Reden, so vor allem auf dem Katholikentage im August 1913 in Metz, die Aufhebung des Jesuitengesetzes, und im Reichstage ließ es am 4. Dezember 1912 durch seinen Führer Spahn erklären: „Wir können zum Reichskanzler und zum Bundesrat nicht das Vertrauen haben, daß die Bedürfnisse der Katholiken bei ihnen eine gerechte Behandlung finden. Wir werden unser Verhalten demgemäß einrichten."

Jesuitenerlaß der bayrischen Regierung 11. März 1912

Beschluß des Bundesrates über die Jesuitenfrage 28. Nov.

Auch die im Dezember 1912 erfolgte Gründung einer besonderen „Bayrischen Staatszeitung" durch die Regierung machte in Bayern böses Blut, da man das Vorherrschen persönlicher Einflüsse argwöhnte. Am 12. Dezember 1912 starb der greise Prinzregent Luitpold. Der Tod des kerndeutschen und um das Wohl Bayerns und des ganzen deutschen Volkes hochverdienten Fürsten wurde im ganzen Reiche tief betrauert. Ihm folgte sein ältester Sohn Ludwig als Prinzregent. Der von der bayrischen Presse aller Parteien ausgesprochene Wunsch, daß er den Königstitel annehmen möge, wurde von ihm abgelehnt, wegen der Ungeschicklichkeit, mit der Freiherr v. Hertling angeschnitten hatte. Als dann aber der einzig gangbare Weg der Verfassungsänderung betreten wurde und die bayerische Erste und Zweite Kammer für die Vorlage der Regierung stimmten, da nahm auch der Prinzregent die Königswürde als Ludwig III. am 4. November 1913 an.

† Prinzregent Luitpold Ludwig Prinzregent 12. Dez. 1912

Annahme der Königswürde durch den Prinzregenten von Bayern 4. Nov. 1913 als Ludwig III.

In Baden ergaben die Landtagswahlen am Ende Oktober 1913 zwar nicht die vom Zentrum erhoffte „Schwarz-blaue Mehrheit" und eine völlige Niederlage des Großblocks, aber es war auch keine sichere Mehrheit auf beiden Seiten mehr vorhanden. Ein Ruck nach rechts zeigte sich unzweifelhaft.

Badische Landtagswahlen Okt. 1913

In Württemberg wurde im Jahre 1906 die Verfassungsrevision beendet. Die bisher dem Abgeordnetenhause angehörenden Vertreter von Ritterschaft, Schule und Kirche wurden aus ihm entfernt und in die Erste Kammer versetzt. Die Abgeordneten werden auf Grund des Reichstagswahlrechts gewählt; aber zum Unterschiede von diesem findet keine Stichwahl statt, sondern ein freier zweiter Wahlgang, bei dem die relative Mehrheit entscheidet. Die Veränderungen des Wahlrechts in Hamburg und Bremen im Jahre 1906 erweiterten nicht, sondern schmälerten die Rechte der Massen. In Mecklenburg kam es trotz

Wahlrechtsveränderungen in Hamburg und Bremen 1906

der Versuche der Regierung zu keiner Verfassung. In Sachsen wurden erbitterte Erörterungen über das Wahlrecht zwischen Konservativen und Liberalen geführt, die erst im Anfang des Jahres 1909 durch ein die Liberalen nicht befriedigendes Kompromiß beendigt wurden. Aber in den folgenden Jahren wurde der Streit zwischen den beiden Parteien wieder ein erbitterter.

Verlobung der Tochter Kaiser Wilhelms mit Prinz Ernst August von Cumberland 20. Febr. 1913

Durch den Tod des Prinzen Georg Wilhelm von Cumberland am 20. Mai 1912 und die dabei bewiesene herzliche Teilnahme Kaiser Wilhelms bahnte sich eine Versöhnung zwischen den Hohenzollern und Welfen an, die auch für das Herzogtum Braunschweig von Bedeutung werden sollte. Am 10. Februar 1913 verlobte sich der nunmehr einzige Sohn des Herzogs von Cumberland, Prinz Ernst August, mit der Tochter Kaiser Wilhelms, Prinzessin Viktoria Luise, in Karlsruhe und leistete am 14. Februar in Gegenwart des Kaisers in Berlin den Fahneneid als preußischer Offizier. Am 20. April richtete er an den Reichskanzler folgendes Schreiben:

Schreiben des Prinzen Ernst August an den Reichskanzler 20. April

Eure Exzellenz beehre ich mich davon in Kenntnis zu setzen, daß mein Herr Vater, Seine Königliche Hoheit der Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, den Entschluß gefaßt hat, in der Voraussicht der Aufhebung der Beschlüsse des Bundesrats vom 2. Juli 1885 und 28. Februar 1907, seine Rechte auf die Regierung in dem Herzogtume Braunschweig auf mich zu übertragen. Der Übernahme der Regierung in Braunschweig durch ein Mitglied unseres Hauses standen bisher die vorbezeichneten Beschlüsse des Bundesrats entgegen. Die bekannten, meine Person betreffenden jüngsten Ereignisse, insonderheit meine Verlobung mit Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen, haben die den Beschlüssen des Bundesrats zugrunde liegende Sach- und Rechtslage geändert.

Mit Zustimmung meines Herrn Vaters habe ich meine Anstellung als Offizier im königliche preußischen Heere nachgesucht und Seiner Majestät dem Kaiser und König Treue und Gehorsam eidlich gelobt.

Darin liegt das Versprechen, daß ich nichts tun und nichts unterstützen werde, was darauf gerichtet ist, den derzeitigen Besitzstand Preußens zu verändern.

Diese Sach- und Rechtslage wird in Verbindung mit dem Verzicht meines Herrn Vaters auf den braunschweigischen Thron nach meiner Überzeugung die Aufhebung der früheren Beschlüsse des Bundesrats rechtfertigen.

Ich darf mir vorbehalten, eine Verzichterklärung meines Herrn Vaters auf den braunschweigischen Thron seinerzeit zu überreichen.

Hochzeit des Prinzen Ernst August mit der Tochter des Kaisers 24. Mai

Damit verzichtete der Prinz, der am 24. Mai die Hochzeit mit der Tochter des Kaisers in Berlin feierte, auf die Ansprüche auf Hannover, und dem Bundesrat blieb nun die Entscheidung über die Besetzung des braunschweigischen Herzogthrones durch den Prinzen Ernst August überlassen. Trotz des Verzichts des Prinzen aber gab die Welfenpartei in Hannover ihre Bestrebungen, die Provinz wieder an das Welfenhaus zurückzubringen, nicht auf. Als dann in der Plenarsitzung des Bundesrates am 27. Oktober der braunschweigische Minister v. Hartwig unter Vorlegung der Urkunde davon Mitteilung machte, daß der Herzog von Cumberland auf den Thron Braunschweigs verzichte, beschloß der Bundesrat einstimmig, dem Antrage Preußens wegen der Thronfolge des Prinzen Ernst August in Braunschweig zuzustimmen. Und so erfolgte am 3. November der feierliche Einzug des neuen Herzogpaares und die Übernahme der Regierung.

Der Bundesrat erklärt einstimmig die Berechtigung des Prinzen von Cumberland auf den Thron Braunschweig 27. Okt. 1913

Die ersten Sozialdemokraten in den preuß. Landtag gewählt 17. Juni 1908

In Preußen standen die Neuwahlen zum Abgeordnetenhause am 17. Juni 1908, bei denen zum erstenmal auch Sozialdemokraten gewählt wurden, unter dem Zeichen der schon seit langen Jahren von den sämtlichen Parteien, mit Ausnahme der Konservativen, geforderten Umänderung des Dreiklassenwahlrechts. Die in der Thronrede vom 20. Oktober 1908 angekündigte Wahlrechtsvorlage erschien am 3. Februar 1910. Der Entwurf behielt die alte seit 50 Jahren (§ 166) nur unwesentlich geänderte Wahlkreiseinteilung, das Dreiklassensystem und die öffentliche Abstimmung bei den Urwahlen bei, ermäßigte also den plutokratischen Charakter durch die „Maximierung" und eine Erhöhung der Stellung

Preußische Wahlrechtsvorlage 3. Febr. 1910

gewisser „Kulturträger" in der Wählerliste. Die indirekte Wahl wurde fallen gelassen. Die Vorlage fand bei keiner Partei Beifall, ja die Erregung über sie führte in vielen Städten Preußens und der Bundesstaaten zu Demonstrationen, bei denen besonders die Sozialdemokratie ihrem Zorn über diese „brutale und höhnische Kriegserklärung" Luft machten (§ 422). Die stürmischen Kammerverhandlungen hatten das Ergebnis, daß die Regierung am 27. Mai die Vorlage zurückzog, und so alles beim alten blieb. Dagegen blieb die Regierung fest in der lange Jahre hindurch erörterten Frage der Feuerbestattung und setzte deren Zulassung mit einer allerdings kleinen Mehrheit im Abgeordnetenhause am 20. Mai 1911 durch, wobei es jedoch dem Zentrum gelang, die Einschränkung einzufügen, daß eine Zweidrittelmehrheit in den Gemeindeverwaltungen zur Einführung der Feuerbestattung nötig sei. Zu besonders erregten Szenen führte am 9. Mai 1912 im Abgeordnetenhause der Widerstand zweier Sozialdemokraten, Borchardt und Leinert, gegen die Ordnungsrufe des Präsidenten v. Erffa, so daß dieser sich genötigt sah, sie durch die Polizei aus dem Saale schaffen zu lassen. Die gegen ihre durch das Gericht wegen Hausfriedensbruchs erfolgte Verurteilung zu einer Geldstrafe eingelegte Berufung wurde von der höheren Instanz abgewiesen. Bei den am 3. Juni 1913 erfolgten Neuwahlen zum preußischen Landtage erhielten die Sozialdemokraten vier Mandate mehr, so daß sie nun zehn zählten, die Konservativen verloren vierzehn, die Liberalen gewannen zwölf, das Zentrum blieb auf seiner bisherigen Zahl, so daß sich eine kleine Verstärkung der Parteien der Linken ergab. Außer der Wahlrechtsfrage wurde Preußen im Jahre 1906 mit dem Volksschulunterhaltungsgesetz beschäftigt, durch welches wiederum die Konfessionsschule begünstigt, die geistliche Schulaufsicht beibehalten und die Rechte der Gemeinden nicht richtig bemessen wurden. Die Besoldung der Lehrer wurde einem besonderen Gesetze vorbehalten, das endlich im Jahre 1908 zustande kam, aber erst im Mai des Jahres 1909 bestätigt wurde. Diese Schulfragen veranlaßten auch den Rücktritt des Kultusministers v. Studt am 24. Juni 1907, an dessen Stelle der Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Holle trat. Unter ihm wehte zwar kein liberaler Geist; aber er hatte doch das große Verdienst, die so dringliche Reform der höheren Mädchenschule durchzuführen, die mit dem 1. April 1909 in Kraft trat. Nach ihr können sich Mädchen auf einer Studienanstalt oder Frauenschule auf die ihnen nun geöffnete Universität oder auf ihren häuslichen Beruf in einer dem Stande unserer Kultur würdigen und dem Staate nützlichen Weise vorbereiten. Im Oktober 1908 trat Holle wegen Krankheit einen Urlaub an, der bis zum 14. Juli 1909 verlängert wurde. Kultusminister wurde der bisherige Oberpräsident der Provinz Brandenburg v. Trott zu Solz. Holle starb am 12. Dezember. Am 20. Oktober 1908 war auch Friedrich Althoff (§ 379), der langjährige hochverdiente Leiter des höheren Schulwesens in Preußen gestorben. Er hatte schon im Jahre 1907 den Abschied genommen.

Zurückziehung der Wahlrechtsvorlage 27. Mai

Feuerbestattungsgesetz 20. Mai 1911

Holle preuß. Kultusminister 24. Juli 1907

v. Trott zu Solz Kultusminister 14. Juli 1909

Die immer heftiger werdende polnische Agitation (§ 379) führte im Jahre 1906 in Posen und Westpreußen zu einem Schulstreik, bei dem etwa 6000 Schulkinder den deutschen Religionsunterricht dadurch zu vereiteln suchten, daß sie die Antwort verweigerten. Der Streik konnte erst im Jahre 1907 beendet werden. Gegen Mitte desselben Jahres unterbreitete die Regierung dem Landtage eine im Staatsinteresse notwendige Enteignungsvorlage, die aber erst nach aufreibenden Kämpfen mit den Parteien und in abgeschwächter Form, durch die der seßhafte Grund- und der Familienbesitz von der Enteignungsmöglichkeit ausgenommen wurden, im Jahre 1908 Gesetz werden konnte. Es wurde aber erst im Oktober 1912 in Angriff genommen.

Polnischer Schulstreik 1906

Enteignungsgesetz 1908

§ 426. e) Staat und Kirche. Neben dem regen politischen und wirtschaftlichen Leben gewann die in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts begonnene religiöse Bewegung (§ 370) immer größeren Umfang. Die

Erörterung religiöser Fragen, namentlich in der katholischen Kirche, nahm allmählich einen breiteren Raum im öffentlichen Leben ein. Aber gerade die berufenen Führer und Förderer des religiösen Gedankens traten diesem Regen und Ringen nach neuen Wegen entschieden entgegen; sie hielten das Laienelement, das zu der Lösung religiöser Fragen herangezogen zu werden wünschte, nieder und wußten die sich vorwagenden, dem Modernismus huldigenden Theologen mit Acht und Bann zum Schweigen oder zum Widerruf zu zwingen. Als ein Komitee dem verstorbenen hochverdienten Würzburger katholischen Theologen Schell ein Denkmal errichten wollte, erhob der Wiener Theologe Dr. Commer heftigen Einspruch dagegen, weil einige Bücher Schells auf den Index gesetzt seien. Der Papst sandte ihm dafür am 14. Juni 1907 ein Lobesschreiben, das nun die deutsche Laienwelt in Aufregung brachte, die eine Art Kulturbund schaffen und eine Petition um Reform des Index an den Papst richten wollte. Dagegen wandte sich mit aller Schärfe am 4. Juli die Kongregation des heiligen Offiziums in einem neuen Syllabus; der Papst aber veröffentlichte am 8. September die Enzyklika „Pascendi dominici gregis" die den Modernismus durchaus verurteilte und ein Überwachungssystem über zuwiderhandelnde Geistliche und Laien einrichtete. Diese Anordnungen wurden noch ergänzt durch ein „Motu proprio" des Papstes über Bibelstudium und Modernisten am 18. November 1907 und eine nach einem Konsistorium am 16. Dezember gehaltene Ansprache über Kirchenverfolgung und Modernisten. Damit stand im Zusammenhang das Vorgehen des Kardinalerzbischofs Fischer von Köln, der im Oktober 1907 den katholischen Studenten den Besuch bestimmter Vorlesungen des Professors Schroer in Bonn verbot. Erst nach einem scharfen Protest des Senats der Universität konnte er durch das preußische Kultusministerium bewogen werden, sein Verbot wieder aufzuheben. Auch in Bayern untersagten Anfang Februar 1908 die Bischöfe den Studenten der katholischen Theologie, die Vorlesungen des Professors Schnitzer in München wegen dessen dogmatischen Anschauungen zu hören, worauf dieser die Vorlesungen einstweilen einstellte; doch lenkte dann die Kurie ein. Dagegen gelang es ihr durchzusetzen, daß Ende 1908 die ihr sehr unbequeme modernistische Münchner Wochenschrift „Das XX. Jahrhundert" aus Mangel an Mitarbeitern und Abonnenten ihr Erscheinen einstellen mußte.

Enzyklika „Pascendi" 8. Sept. 1907

„Motu proprio" des Papstes über Bibelstudien und Modernisten 18. Nov. 1907

Einen gewaltigen Sturm der Entrüstung rief die Enzyklika zu Ehren des heiligen Borromäus (III, § 115) hervor, die eine scharfe Kritik an der protestantischen Reformation, den Völkern und Fürsten, die sich ihr angeschlossen hatten, ausübte.

Borromäus-Enzyklika 26. Mai 1910

Inmitten dieser Verhältnisse, so hieß es in derselben, erstanden hochmütige und aufrührerische Menschen, Feinde des Kreuzes Christi, die nach irdischen Dingen trachten, deren Gott der Bauch ist. Diese warfen, da sie nicht die Sitten zu bessern, sondern die Hauptstücke des Glaubens zu leugnen bedacht waren, alles durcheinander, bahnten für sich und andere einen breiten Weg zügelloser Willkür oder suchten doch offenbar, indem sie der Autorität und Leitung der Kirche entflohen, den Wünschen aller verderbtesten Fürsten und Völker entgegenkommend, die Lehre, Verfassung und Disziplin der Kirche, wie wenn sie ein auferlegtes Joch wäre, zu vernichten. Sodann die Weise der Bösen nachahmend, denen die Drohung gilt: „Wehe euch, die ihr das Böse gut und das Gute böse nennt," nannten sie den rebellischen Aufruhr und jene Vernichtung des Glaubens und der guten Sitten „Erneuerung" und sich selbst „Wiederhersteller der alten Disziplin". In Wahrheit aber treten sie als Verderber auf, weil sie, nachdem sich die Kräfte Europas durch Kämpfe und Kriege erschöpft hatten, den mannigfaltigen Abfall und die Spaltungen des gegenwärtigen Zeitalters gezeitigt haben. In diesem Abfall sind die früher getrennten drei Arten des Kampfes, aus welchem die Kirche stets unbesiegt und unversehrt hervorgegangen ist, gleichsam zu einem Angriff erneut und verbunden worden, nämlich die blutigen Kämpfe des ersten Zeitalters, sodann die unkirchliche Pest der Irrtümer, endlich — unter dem Schein, die heilige Freiheit zu verteidigen — jene Seuche der Laster und Zerstörung der Zucht, zu welcher vielleicht nicht einmal das Mittelalter gekommen war.

Borromäus-Enzyklika im pr. Abgeordnetenhaus 9. Juni, in der bayr. Kammer 15. Juni 1910

Die Enzyklika fand im preußischen Abgeordnetenhause, in der bayrischen

Abgeordnetenkammer und anderen Bundesstaaten, abgesehen von den Abgeordneten des Zentrums, eine einmütige Verurteilung. Sie wurde auch abgewehrt durch das Eingreifen der preußischen Regierung sowie durch ein Handschreiben des Königs von Sachsen an den Papst, so daß die Kurie ihr Bedauern über den ganzen Vorgang aussprechen mußte. Sie gab die wiederholte Versicherung ab, daß sie das deutsche Volk oder seine Protestanten nicht beleidigen und verletzen wollte, wobei indessen die im „Osservatore Romano" enthaltene Erklärung, daß die Auslegung, die eine Beseitigung annahm, nur auf Irrtum oder Mißverständnis beruhte, fortgelassen wurde. Die Bischöfe ganz Deutschlands wurden vom Papste angewiesen, die Enzyklika nicht bekannt zu machen, sei es von der Kanzel, sei es durch Niederschreiben, und zuletzt erklärte die Kurie ihre Ermächtigung zur amtlichen Bekanntmachung dieses Notenwechsels. Die durch diese Enzyklika erwachsene Erregung wurde noch gesteigert durch ein scharfes Motu proprio des Papstes gegen die modernistische Bewegung, die einen bedenklichen Eingriff in das Grenzgebiet von Staat und Kirche bedeutete, und ein weiteres Motu proprio, mit den Worten „Quantavis diligentiae" beginnend, in welchem der Papst verfügte, daß in Zukunft jeder Katholik, sei er weltlich oder geistlich, Mann oder Weib, ohne weiteres der speziell dem Papste vorbehaltenen Exkommunikation latae sententiae verfällt, der kirchliche Personen in Kriminal- oder Zivilsachen ohne Erlaubnis der kirchlichen Behörde vor ein Laiengericht ruft und sie öffentlich daselbst zu erscheinen nötigt. Durch dieses Motu proprio griff der Papst auf das empfindlichste in die Rechtshoheit des Staates ein und suchte seine Unterordnung unter die Kirche im strengsten Sinne des Mittelalters wiederherzustellen. Das „Privilegium fori", d. h. der Schutz des Klerus vor dem Arm der weltlichen Gerichtsbarkeit, das die Kirche in kluger Berücksichtigung der veränderten Zeitumstände in allen zivilisierten Staaten allmählich hatte einschlafen lassen, sollte in aller Form zu neuem Leben erweckt werden. Durch den Entrüstungssturm, der sich besonders in Deutschland gegen dieses Motu proprio erhob, bewogen, erließ die Kurie zuerst unklare Erläuterungen, und die deutsche Regierung gab sich mit einer mündlichen Erklärung, daß der Geltungsbereich des Motu proprio sich nicht auf Deutschland erstrecke, zufrieden; aber in den Parlamenten der Bundesstaaten, so vor allem in Preußen am 9. Februar 1912, verlangte man eine unumwundene Äußerung der Kurie über ihre Absichten, die dann auch durch einzelne Bischöfe in ihren Diözesen im Sinne der mündlichen Erklärung gegeben wurde.

Erklärung der Kurie 14. Juni

Antimodernisteneid 8. Sept. 1910

Motu proprio „Quantavis diligentiae" 9. Okt. 1911

Das scharfe Vorgehen der Kurie gegen die Modernisten hatte auch eine große Bedeutung für den Streit, der sich in der deutschen Zentrumspartei zwischen der sogenannten Berliner Richtung einerseits und der München-Gladbacher Zentrale des Volksvereins für das katholische Deutschland (§ 371) und der „Kölnischen Volkszeitung" („der Kölner Richtung") andrerseits erhoben hatte. Die Berliner Richtung beschuldigte ihre Gegner mannigfacher Verirrungen auf sozialem und kirchenpolitischem Gebiete, besonders wies sie auf bedenkliche Erscheinungen im Lager der christlichen Gewerkschaften hin. Diese schon lange in der Stille erhobenen Anklagen kamen durch die sogenannte Osterdienstag-Konferenz in Köln, die von den Zentrumsabgeordneten Roeren (§ 424) und Bitter berufen war, in die Öffentlichkeit und veranlaßte dann auch die Kurie, dazu Stellung zu nehmen, die namentlich im Jahre 1911 in verschiedenen immer deutlicher werdenden Kundgebungen in ihrer Presse die Zentrumspartei vor die Entscheidung stellte, sich offen als eine katholische, auch in politischen Fragen den Befehlen und Anordnungen des Papstes sich unterordnende Partei zu erklären und die bisherige Behauptung, eine rein politische Partei zu sein, zu deren Programm selbstverständlich auch der Schutz der katholischen Kirche gehöre, fallen zu lassen. Der Streit spitzte sich in den folgenden Jahren immer mehr zu, Roeren wurde nicht wiedergewählt, und ein bis dahin hochangesehener

Osterdienstag-Konferenz 13. April 1909

Zentrumsabgeordneter, Graf Oppersdorf aus Schlesien, aus der Zentrumspartei ausgeschlossen. Dazu goß eine weitere Enzyklika des Papstes: „Singulari quadam caritate“ vom 24. September 1912 in der Gewerkschaftsfrage, neues Öl in die hell lodernden Kampfesflammen. Der Papst lobte und empfahl in der Enzyklika an erster Stelle die auf Grundlage der katholischen Religion aufgebauten Arbeitervereinigungen, andrerseits wollte er nicht das Recht der katholischen Arbeiter leugnen, unter gewissen Voraussetzungen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage mit Nichtkatholiken zusammenzuarbeiten. Obwohl er aber für dieses Zusammenarbeiten die Form des Kartells vorgezogen hätte, gab er doch auf die Bitte von „nicht wenigen“ deutschen Bischöfen und mit Rücksicht auf die besondere Lage der katholischen Sache in Deutschland die Erlaubnis, daß auch der Beitritt katholischer Arbeiter zu den christlichen Gewerkschaften unter bestimmten Vorsichtsmaßregeln geduldet und gestattet (tolerari et permitti) werde. Die christlichen Gewerkschaften erklärten nun in einer außerordentlichen Versammlung in Essen am 24. November, daß sie auch fernerhin als wirtschaftlich selbständige Gewerkschaften zusammenbleiben und mit den 70000 evangelischen Arbeitern weiterarbeiten könnten wie bisher. Die Berliner Richtung dagegen schrieb sich den Sieg zu, weil das nur unter bestimmten Vorsichtsmaßregeln der kirchlichen Behörden geschehen dürfe, die darüber zu wachen hätten, daß das Seelenheil der katholischen Arbeiter in diesen interkonfessionellen Gewerkschaften nicht gefährdet werde, und daß die katholischen Arbeiter nur dann in ihnen bleiben dürften, wenn sie auch einem rein katholischen Verein anderer Art angehörten. Damit wurden übrigens auch die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in gewissem Sinne unter römisch-katholische kirchliche Oberaufsicht gestellt. Der Metzer Katholikentag im August des Jahres 1913 brachte den Frieden nicht, der Streit ging weiter. Die „Berliner“ rechneten dabei auch auf die Unterstützung des neuen Kölner Erzbischofs Felix v. Hartmann, des bisherigen Bischofs von Münster, der an Stelle des am 30. Juli 1912 gestorbenen Kardinals Fischer zum Erzbischof von Köln gewählt und am 9. April 1913 inthronisiert worden war. Er galt als ein entschiedener Gegner der Modernisten.

Enzyklika „Singulari quadam caritate“ 24. Sept. 1912

Außerordentliche Versammlung der christl. Gewerkschaften in Essen 24. Nov. 1912

Katholikentag in Metz 17.—20. Aug. 1913

† Kardinal Fischer in Köln 30. Juli 1912

Inthronisation des Erzbischofs v. Hartmann in Köln 9. April 1913

In der evangelischen Kirche entwickelte sich der Gegensatz der Orthodoxen zu den Liberalen (§ 370) zu einem vollen Kampfe. In vielen Gemeinden, namentlich in den westlichen Provinzen, schlossen sich die Liberalen fester zusammen und errangen daselbst die Mehrheit in den kirchlichen Repräsentationen. Ein Verein „der Freunde evangelischer Freiheit“ unterstützte kräftig diese Bestrebungen. Das rief aber nun den nicht minder starken Widerstand der Orthodoxen hervor, und ihnen gelang es im Jahre 1909, ein landeskirchliches Spruchkollegium des evangelischen Oberkirchenrats für die evangelische Kirche Preußens ins Leben zu rufen, das in kirchlichen Lehrangelegenheiten entscheiden und etwaige Irrlehrer aus der Kirche entfernen sollte. Dieses Spruchkollegium trat zum erstenmal in Tätigkeit gegen den Pfarrer Jatho in Köln, der in begeisternder Amts- und Lehrausübung eine hochbedeutende Zahl bis dahin der Kirche fernstehender Männer und Frauen zu der regsten Anteilnahme an dem kirchlichen Leben wieder herangezogen, aber durch seine überaus freimütige Auffassung der vorgeschriebenen kirchlichen Lehren, besonders der Lehre von Christus, den vollen Ingrimm der „Positiven“, Geistlichen und Laien, gegen sich entfacht hatte. Er wurde im Juni 1911 von dem Spruchkollegium wegen Unvereinbarkeit seines religiösen Bekenntnisses mit den Glaubenslehren der evangelischen Kirche zur Amtsentsetzung verurteilt. Aber die Kölner Gemeinde hielt in ihrer Mehrheit treu zu ihm, und sein Wirken erstreckte sich nun über ganz Deutschland; überall wurde er mit der größten Begeisterung empfangen. Doch starb er schon am 11. März 1913 nach einer schweren Krankheit, die er sich durch eine bei einem geringfügigen Unglücksfall erhaltene Blutvergiftung zugezogen hatte.

Evangelische Kirche

Landeskirchliches Spruchkollegium 6. Sept. 1909

Verurteilung Jathos 24. Juni 1911

† Jatho 11. März 1912

Ebenso wurde der Pfarrer Traub in Dortmund im Jahre 1911 in Anklagezustand versetzt und am 15. März 1912 von dem Breslauer Konsistorium strafversetzt, denn, nachdem beide Teile Berufung beim Oberkirchenrat eingelegt hatten, von diesem am 5. Juli seines Amtes enthoben. Doch wurde dieses Urteil geheim gehalten und erst am 27. August dem auf der Reise befindlichen Traub zugestellt. Trotzdem griff die liberale Bewegung immer mehr um sich.

Amtsentsetzung Traubs 5. Juli 1912

§ 427. 2. Die auswärtige Politik Deutschlands stand in den Jahren 1905—1913 unter dem Eindruck der marokkanischen und orientalischen Fragen. Obwohl der Ausbruch eines Krieges mit Frankreich und mit England (§ 417) in drohende Nähe gerückt wurde, blieb der Friede doch erhalten. Dagegen hatte Deutschland in Südwestafrika wie in Ostafrika schwere Kämpfe zu bestehen.

Die Beziehungen zu Frankreich, die durch die marokkanische Frage (§§ 415—417) in den Jahren 1905 bis 1909 unbefriedigend und zeitweilig beunruhigend waren, schienen sich durch das Abkommen vom 9. Februar 1909 zu bessern. Besonders hoch rechnete man in Frankreich die Hilfe an, die bei dem großen Grubenunglück in Courrières am 10. März 1909 (§ 432) westfälische Bergleute den Verschütteten brachten. Aber die Marokkofrage ward im Jahre 1910 wieder ernster und drohte 1911 mit dem Kriege zu enden, besonders da England sich in die Verhandlungen einmischte. Wenn auch der Frieden gewahrt blieb, so steigerte doch die Nachricht im Jahre 1912, daß das Bündnis Frankreichs mit Rußland auch auf das Zusammenwirken der beiderseitigen Flotten ausgedehnt wurde, eine auf Wiedererwerb von Elsaß und Lothringen hindeutende Bemerkung der Gemahlin des Großfürsten Nikolaus von Rußland bei einem Besuche in Frankreich, und der Zusammenbruch des türkischen Heeres im Balkankriege (§ 407), den man fast als deutsche Niederlagen ansah, weil dadurch auch die deutschen Instrukteure und die Kruppschen Kanonen unterlegen seien, den Chauvinismus aufs äußerste. Das zeigte sich in der unerfreulichen Behandlung der Mannschaften eines deutschen Militärluftschiffes, das durch eine zufällige Beschädigung zur Landung in Luneville am 3. April 1913 genötigt wurde, und von deutschen Angehörigen in Nancy am 18. April und 31. Juli. Auch die gewaltigen neuen Rüstungen Frankreichs im Jahre 1912 und die Annahme der Regierungsvorlage über die dreijährige Dienstzeit (§ 432) wiesen deutlich genug auf die von Frankreich drohende Gefahr hin. Denn Deutschland ist in den Herzen der Franzosen, wie der Ministerpräsident Barthou im Juli 1913 auf der Tribüne der Kammer erklärte, „Frankreichs Gegner, war und wird es sein". Um so beruhigender war für das deutsche Volk die einmütige Annahme der deutschen Heeresverstärkung und auch das sich bessernde Verhältnis zu England.

Frankreich

Hilfe westfälischer Bergleute in Courrières 10. März 1906

Die offiziellen Beziehungen Deutschlands zu England waren im Jahre 1905 korrekt gewesen — eine in die Öffentlichkeit gelangte Zusage des Londoner Kabinetts der Hilfeleistung an Frankreich gegen Deutschland wurde entschieden in Abrede gestellt —, aber die durch die wirtschaftliche Konkurrenz erzeugte Gereiztheit der beiden Völker, genährt durch die gewissenlosen Treibereien der deutschfeindlichen Presse erreichte eine sehr bedenkliche Höhe, bis gegen Ende des Jahres durch die Bemühungen Sir Thomas Barclays und das Entgegenkommen der deutschen Städte sowie durch den Sturz des Ministeriums Balfour (§ 431) eine ruhigere Stimmung sich geltend machte. Aber über den Ausbau der deutschen Flotte kam es zwischen Deutschland und England zu Auseinandersetzungen, die besonders scharf im Anfang des Jahres 1909 in der Debatte des englischen Unterhauses zutage traten und sich zu einer für ein sonst ruhig und nüchtern denkendes Volk wie das englische fast unerklärbaren Furcht vor einer Überflügelung der englischen Flotte und einer deutschen Landung auf englischem Boden steigerte. Daran änderten auch nichts die verschiedenen Beschwichtigungsmittel: die Monarchenbesuche am 15. und 16. August 1906 in Cronberg

England

am Taunus, am 14. August 1907 in Wilhelmshöhe und am 9. November 1907 die Reise des deutschen Kaiserpaares nach England, vor allem der Besuch des englischen Königspaares in Berlin am 9. Februar 1909, der mit dem deutsch-französischen Abkommen über Marokko zusammentraf und so eine weitere Bürgschaft für den Weltfrieden bedeutete. Auch die Reisen und die gastfreundliche Aufnahme mehrerer deutschen Gruppen in England, wie die der süddeutschen Bürgermeister und der deutschen Geistlichen, und andrerseits der Besuch englischer Arbeiter als Gäste der Gewerkschaften in Berlin konnten doch nur erst als vorbereitend auf eine allmählich sich anbahnende ruhige und gesunde Auffassung der deutsch-englischen Beziehungen angesehen werden. Ebensowenig half die Gegenwart des deutschen Kaiserpaares bei der Enthüllung des Denkmals für die Königin Viktoria am 16. Mai 1911. Das alles wurde aber auf das bedenklichste im Jahre 1911 gestört durch die deutschfeindliche Einmischung Englands in die Marokkoangelegenheit. Inwieweit die Nachrichten, daß England bereit war, im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich dieses nicht nur mit seiner großen Flotte zu unterstützen, sondern auch noch sechs Divisionen gegen Deutschland ins Feld zu stellen, und in hinterhaltiger Weise die deutsche Flotte zu überfallen, auf Wahrheit beruhten, muß dahingestellt bleiben, da die englischen Friedensfreunde sie durch zahlreiche Kundgebungen in den letzten Wochen des Jahres 1911 aus der Welt zu schaffen suchten. Die verletzende Art, in der der englische Schatzkanzler am Ende des Jahres über das Marinebudget sprach, eröffnete keine guten Aussichten für das kommende Jahr, die jedoch einer bessern Hoffnung wichen, als im Februar 1912 der englische Kriegsminister Viscount Haldane bei einem Besuche in Berlin die Gelegenheit zu wichtigen Annäherungsversuchen der beiden Staaten benutzte. Auch die Erklärung des deutschen Staatssekretärs v. Tirpitz im Reichstage am 7. Februar 1913, daß ein Verhältnis von 10 : 16 zwischen der deutschen und der englischen Schlachtflotte für die nächsten Jahre annehmbar sei, machte in England einen guten Eindruck, da sie nach der „Times", offenbar von einem freundschaftlichen, England gegenüber billigen Geist erfüllt sei, und nach dem „Daily Chronicle" zum erstenmal eine gewisse Grundlage für eine Verständigung gebe. Erfreulich war es, daß im Mai 1913 die Frage der Bagdadbahn (§ 403 u. f. unten) einem Abschluß nahe gebracht wurde. England schloß mit der Türkei einen Vertrag dahin, daß die Bahn nicht über Basra hinausgehen solle, ohne daß ein dahingehendes Abkommen mit England getroffen worden sei, und der Staatssekretär Grey erklärte am 28. Mai, daß es nun nicht länger im Interesse Englands läge, sich dem Bau der Bagdadbahn zu widersetzen. Damit war auch die Verständigung zwischen England und Deutschland über die mit der Bahn zusammenhängenden wirtschaftlichen Fragen gegeben und ein schweres Hindernis für die Vollendung dieses, besonders auch die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands betreffende Kulturwerk gegeben. Dazu kam die Versöhnung des Hohenzollernhauses mit den Welfen durch die Vermählung des Sohnes des Königs von Cumberland mit der Tochter des deutschen Kaisers (§ 425) und die Teilnahme des englischen Königspaares an dem Hochzeitsfeste in Berlin. Ein für Deutschland erfreuliches Ergebnis aber hat die Haltung Englands und Frankreichs gehabt: die einmütige Entschlossenheit des ganzen deutschen Volks, seine Stellung in der Welt um jeden Preis zu wahren, seine nationale Ehre zu schützen und sich durch keine Drohungen vor dem weitern Ausbau seiner Wehrkraft zu Lande und zur See abhalten zu lassen, wie überhaupt in seinen Angelegenheiten keinerlei Vormundschaft eines anderen Staates ertragen zu wollen und zu können.

Rußland

Mit Rußland blieben die amtlichen Verhältnisse gut, wenn auch die deutschfeindliche Stimmung des größten Teils des russischen Volkes nicht gehoben

werden konnte. Die am 19. April 1911 in Potsdam zum Abschluß gekommenen Abmachungen über Persien und die Bagdadbahn (§ 403) und der in dem Abkommen nicht erwähnte Untergrund, die gegenseitige Verpflichtung, sich nicht zu einer agressiven Politik gegen den anderen gebrauchen zu lassen, hat sich vielleicht schon in der russischen Haltung in dem Marokkohandel und in dem Balkankriege als wertvoll erwiesen. Die Zusammenkunft Kaiser Wilhelms und des Zaren Nikolaus am 4. und 5. Juli 1912 zu Baltisch-Port (westlich von Reval) die von ihren Ministern Bethmann-Hollweg, Sassanow und Kokowzow begleitet waren, gaben der Welt ein neues Zeugnis von dem guten amtlichen Verhältnisse. Die deutsche halbamtliche Bekanntmachung erklärte, daß die Zusammenkunft auf beiden Seiten den Willen befestigt habe, dauernde Fühlung zwischen Rußland und Deutschland in den großen Tagesfragen zur Wahrung des europäischen Friedens zu unterhalten. Die russische Bekanntmachung sprach sogar von der festen und dauernden Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland.

Zusammenkunft des deutschen und russischen Kaisers in Baltisch-Port 4. und 5. Juli 1912

Deutschlands Stellung im Dreibunde (§ 402) haben wir kennen gelernt, auch zu den *außereuropäischen Ländern*, besonders zu den Vereinigten Staaten war sie eine durchaus freundliche, wenn auch hin und wieder die wirtschaftlichen Verhältnisse zu Auseinandersetzungen führten.

Unerfreulich gestalteten sich die Vorgänge in den *afrikanischen Kolonien*. Zu dem allgemeinen Aufstand in *Deutsch-Südwestafrika* (§ 380) kam eine Reihe von einzelnen gleichzeitigen Erhebungen in *Ostafrika*.

Die Kolonien

In Südwestafrika gelang es im Jahre 1905, den Hererokrieg in der Hauptsache zu beendigen. Im Norden wurde die Arbeit wieder aufgenommen und die Otawibahn weitergeführt, aber die tapfern deutschen Truppen hatten doch noch manche harte Kämpfe mit den zahlreichen verzweifelten Banden zu bestehen. Der Führer einer derselben, Morenga, wurde mit Hendrik Witboi über die englische Grenze getrieben und entwaffnet. Doch erschienen sie wieder, bis Morenga am 27. Juni geschlagen wurde. Im Namalande brach der Major Meister durch ein siegreiches Gefecht bei Heruches den Widerstand der Witboi: am 20. November fand Hendrik Witboi den Tod; am 7. Dezember fiel ein anderer Bandenführer, Manasse. Nur im äußersten Süden, in der Gegend der Karsberge, hielt sich Morenga und machte den deutschen Truppen schwer zu schaffen. Dabei gab das Verhalten der Behörden der Kapkolonie, die die Eingeborenen als kriegführende Partei ansahen und deshalb die Zufuhr für die deutschen Truppen nicht fördern wollten, mehrfach Anlaß zu gerechten Beschwerden; schließlich aber wurde Morenga doch von der Kappolizei gefangen genommen.

Südwestafrika

24. Mai 1905

27. Juni

15. Sept.

15. Mai 1906

Für die kritische Lage wurde der Umschwung in der Kolonialpolitik Deutschlands (§ 424) von der größten Bedeutung. Schon am 31. März 1907 konnte eine kaiserliche Verordnung den Kriegszustand aufheben, die wirtschaftlichen Verhältnisse begannen wieder zu erstarken, besonders die Viehzucht machte Fortschritte, die Ausbeutung der Kupferminen in Otavi hatte günstige Ergebnisse, und die am Ende des Jahres 1908 gemachten Diamantenfunde eröffneten weitere gute Aussichten. Der von Morenga am 13. August 1907 aufs neue erhobene Aufstand wurde mit Hilfe der englischen Kappolizei rasch niedergeschlagen und Morenga am 21. September von einer englischen Abteilung bei Witpan in der Kalahari getötet.

Aufhebung des Kriegszustandes in Südwestafrika 31. März 1907

† Morenga 21. Sept. 1907

In *Ostafrika* brach im Jahre 1905 ein Aufstand mit der Ermordung des Bischofs Cassian Spieß und zweier Missionsbrüder aus. Er gewann bald größere Ausdehnung, wurde aber dann durch Entsendung deutscher Truppen gehemmt und im folgenden Jahre völlig niedergeworfen.

Ostafrika

Die neue Abgrenzung von Ostafrika gegen die belgische Kongokolonie und Britisch-Uganda wurde Ende März 1912 abgeschlossen, wobei die Linie des 360. Grades genau bestimmt wurde. Ein Stück nördlich von Kagora fiel an England, Deutschland erhielt einen Anteil am Vulkan Sabinjo und fast ganz Ruanda. Wie in Südwest- und Ostafrika wirkte auch auf die Entwicklung

Abgrenzung von Ostafrika gegen Belgisch-Kongo und Britisch-Uganda März 1912

der anderen deutschen Kolonien die seit 1907 veränderte Kolonialpolitik entscheidend ein.

Noch mehr als das anhaltende Wachstum der weißen und farbigen Bevölkerung in den deutschen Kolonien zeigte die Entwicklung des Verkehrswesens den großen Aufschwung in den letzten Jahren. Ein Überblick möge ihn veranschaulichen.

Entwicklung des Verkehrs nach den Kolonien

Abgesehen von Kiautschou gab es 1900 in der deutschen Südsee keinen Schienenweg, in Deutsch-Ostafrika rund 60 km (Tanga—Muansa) und in Deutsch-Südwestafrika rund 300 km (Swakopmund—Windhoek, 1902 ganz eröffnet). Für Togo und Kamerun waren lediglich Eisenbahnen geplant. Auch das Netz der Landstraßen war 1900 kaum begonnen. Dagegen waren Ende 1910 in den vier afrikanischen Kolonien 2526 km Eisenbahnen in Betrieb, das bedeutet gegen 1900 eine Zunahme von 700 Prozent. Im Bau waren Ende 1910 nicht weniger als 1468 km. Von diesen rund 4000 km sind Vollbahnen (Kapspur) 1073 km, sämtlich in Südwestafrika; 2062 km haben Meterspur und der Rest Feldspur (60 cm). In Ostafrika fuhr am 25. Februar 1912 die erste Lokomotive in das vom Meere 848 km entfernte Tabora ein; am 1. Juli wurde die Mittellandlinie bis dahin von der ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft übernommen. In Südwestafrika wurde am 17. März 1912 die 507 km lange Bahn von Windhoek nach Keetmannshoop dem Verkehr übergeben. Ohne Zweifel hat der Bahnbau die Entwicklung von Handel und Verkehr in den Kolonien Afrikas sehr gehoben. 1900 betrug die Gesamteinfuhr der afrikanischen Kolonien fast 37 Millionen Mark, der Südseegebiete 4,4 Millionen Mark, zusammen rund 41 Millionen Mark; dagegen 1909 in Afrika 97,6 Millionen Mark, in der Südsee 9,8 Millionen Mark, zusammen 107,4 Millionen Mark. Die Einfuhr hat sich also in den afrikanischen Gebieten fast verdreifacht, in der Südsee mehr als verdoppelt. Ähnliche Steigerung zeigt die Ausfuhr, wenn sie auch in den einzelnen Jahren schwankt. Sie betrug 1900 für Afrika 14,1 Millionen Mark, für die Südsee 2,8 Millionen Mark, zusammen 16,9 Millionen Mark; dagegen 1909 für Afrika 58,2 Millionen Mark, für die Südsee 11,4 Millionen Mark, zusammen 69,6 Millionen Mark. Die Ausfuhr hat sich also in den neun Jahren mehr als vervierfacht. Während 1900 das Verhältnis von Ausfuhr zur Einfuhr sich verhielt wie 1:3,44, betrug dieses Verhältnis 1909 1:2,54. Dieser Aufschwung von Handel und Verkehr kommt endlich in der günstigen Entwicklung der Finanzen zum Ausdruck. 1901 betrugen die gesamten Eigeneinnahmen (Steuern, Zölle) 7,523 Millionen Mark; dagegen 1911 (Etat) 38,809 Millionen Mark, sie haben sich also mehr als verfünffacht. Der Reichszuschuß betrug 1901 rund 18 Millionen Mark, stieg 1906 (Aufstandsjahr) auf 140 Millionen Mark und beträgt in diesem Jahr wieder 18 Millionen Mark. Auch das sind im ganzen erfreuliche Zahlen, sie zeigen, daß die Finanzen mehr und mehr sich auf die Einnahmen der Kolonien stützen.

Auch die Zahl der weißen Einwohner hob sich. Sie betrug am 1. Januar 1911 in Südwestafrika 13962, wovon 2072 Soldaten waren, 11140 Deutsche und 15921 Buren, in Ostafrika gab es 4227 Weiße. Gegen den Reichstagsbeschluß vom 2. Mai 1912, der Mischehen Farbiger mit Weißen als rechtlich gültig anerkannte, erhoben der Staatssekretär Solf und fast alle Afrikaner entschiedenen Einspruch, weil sie eine Bastardisierung der weißen Rasse fürchteten.

Deutsche Seekabel

Am 20. Januar 1913 wurde das Seekabel Monrovia—Lomo (Togo)—Duala (Kamerun) eröffnet und damit ein weiterer wichtiger Schritt der Selbständigmachung des deutschen Telegrammverkehrs mit den Kolonien und den übrigen überseeischen Handelsplätzen erreicht.

Auch hier möge eine tabellarische Übersicht die wichtigsten Etappen in der Entwicklung der deutschen Seekabel klar machen (§ 366):

1. September 1900: Eröffnung des ersten deutsch-atlantischen Kabels Emden—Newyork der Deutsch-Atlantischen Telegraphen-Gesellschaft;

1. Juni 1904: Eröffnung des zweiten deutsch-atlantischen Kabels Emden—Newyork derselben Gesellschaft;

3. April 1905: Eröffnung des deutsch-niederländischen Kabels Yap-Guam und Yap-Menado (Celebes) der Deutsch-Niederländischen Telegraphen-Gesellschaft.

20. Juli 1905: Eröffnung des Schwarzen-Meer-Kabels Küstendsche—Konstantinopel der Osteuropäischen Telegraphen-Gesellschaft;

1. November 1905: Eröffnung des Kabels Yap—Schanghai der Deutsch-Niederländischen Telegraphen-Gesellschaft;

1. Januar 1906: Übergang des 1896 in Betrieb genommenen Kabels Emden—Vigo (Spanien) an die Deutsch-Atlantische Telegraphen-Gesellschaft. (Die Übernahme dieses Kabels erfolgte, weil es für eine Weiterführung nach Afrika und Südamerika dienen sollte, doch scheiterte dieser Plan, weil Spanien sich weigerte, die Genehmigung zur Verlegung eines deutschen Kabels Vigo—Teneriffa zu erteilen.);

26. August 1909: Eröffnung des Kabels Emden—Sta. Cruz (Teneriffa) der Deutsch-Südamerikanischen Telegraphen-Gesellschaft;

21. März 1910: Eröffnung des Kabels Teneriffa—Monrovia (Liberia) derselben Gesellschaft;

29. März 1911: Eröffnung des Kabels Monrovia (Liberia)—Pernambuco;

20. Januar 1913: Eröffnung des Kabels Monrovia—Lome (Togo)—Duala (Kamerun).

Mit dem Kabel Monrovia—Pernambuco 1911 wurde die Heranführung eines deutschen Kabels an die für den Export Deutschlands so wichtige südamerikanische Ostküste erreicht. Das Kabel wird aber seine volle Bedeutung erst erhalten durch die Verlängerung nach Rio de Janeiro und Buenos Aires, ebenso wie die Verlängerung des Kabels von Kamerun nach Südwestafrika. Dann wird der in Zeiten politischer Verwicklung bedenkliche Zustand, wonach die deutschen Kolonien mit dem Mutterlande nur über englische Kabel verkehren können, endlich aufhören.

II. § 428. Österreich-Ungarn. Die Gegensätze zwischen der österreichischen und ungarischen Reichshälfte verursachten schwere Kämpfe und legten die Befürchtung einer völligen Trennung nahe, die von den beiden Unabhängigkeitsparteien der Kossuth- und Justhpartei betrieben wurde. Wenn auch seit dem Jahre 1908 durch die auswärtigen Fragen (§ 405) die Aufmerksamkeit auf höhere Ziele abgelenkt wurde, mußte sie sich immer diesen inneren Wirren zuwenden.

Unabhängigkeitsbestrebungen Ungarns

Das Programm der Unabhängigkeitspartei in Ungarn forderte die Einführung der ungarischen Armeesprache, finanzielle Trennung von Österreich, Schutz gegen die österreichische Industrie und als Endziel höchstens Personalunion. Diese mächtige Partei machte es im Anfang des Jahres 1905 trotz des wiederholten persönlichen Eingreifens des Kaisers unmöglich, ein Ministerium zu bilden. Dann suchte der zum Ministerpräsidenten ernannte frühere Kriegsminister Baron Fejervary dadurch Boden zu gewinnen, daß er dem ungarischen Reichstage die Einführung des allgemeinen geheimen Wahlrechts vorlegen wollte; jedoch lehnte der Kaiser Franz Josef diesen Vorschlag ab, so daß der Minister seinen Abschied nehmen mußte. Da jedoch kein parlamentarisches Kabinett zu bilden war, mußte der Kaiser nachgeben, Fejervary wieder zum Ministerpräsidenten ernennen und ihm gestatten, ein Programm vorzulegen, das außer dem allgemeinen Wahlrecht noch eine Reihe sozialer Reformen enthielt, aber die magyarische Kommandosprache nicht zugestand. Doch erst im April des folgenden Jahres gelang es, einen Ausgleich herbeizuführen. An Stelle Fejervarys trat Alexander v. Wekerle (§ 382); die Opposition verzichtete auf jedes Zugeständnis in der Armeesprache und verpflichtete sich, das bisher bekämpfte allgemeine Wahlrecht durchzuführen. Aber der Konflikt ging weiter, die Ungarn strebten einen eigenen autonomen Zolltarif zu erhalten. Während durch die Nachgiebigkeit des Kaisers der Ministerpräsident Hohenlohe zur Niederlegung seines Amtes veranlaßt wurde (s. unten), trat sein Nachfolger Beck sehr entschieden dagegen auf. Dazu kam ein harter Kampf um die Selbständigkeit der Nationalitätenschulen, denen die Magyaren zum mindesten einen weitgehenden Unterricht in ihrer Sprache aufzwingen wollten. Auch in Kroatien rief die Sprachenfrage im Jahre 1907 Unruhen hervor. Unter solchen Wirren gelang es nicht, die Wahlreform zustande zu bringen; dagegen kam es am 8. Oktober 1907 zu einem Ausgleich über die Handelsverkehrsbeziehungen und damit auch über bedeutsame Fragen staatsfinanzieller Natur. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit erhielt Ungarn nicht, wenn auch die Zollgemeinschaft durch einen Handelsvertrag ersetzt wurde.

Ministerium Fejervary

12. Sept. 1905

14. Sept.

18. Oktober

6. April 1906

Österreich-ungarischer Ausgleich über die Handelsfragen 8. Okt. 1907

Bankfrage

Einen neuen Kampf rief im Jahre 1910 die Bankfrage hervor. Zu den Forderungen Ungarns gehört die Errichtung einer selbständigen ungarischen Notenbank in Budapest an Stelle der jetzigen gemeinsamen österreichisch-ungarischen Bank, weil gesetzlich die wirtschaftliche Unabhängigkeit Ungarns festgesetzt sei. Das Privileg der Bank als ausschließliche Notenbank für beide Hälften lief Ende 1910 ab; es gelang aber der kaiserlichen Regierung, das Privileg bis 1917 zu verlängern. Anfang des Jahres 1910 war ein neues Ministerium unter dem Grafen Khuen-Hedervary an Stelle Wekerles berufen worden, das sich trotz aller Anfeindung der Kossuth- und Justhparteien auch im Jahre 1911 noch halten konnte — die letztere, radikalere Partei hatte sich von der Kossuthpartei getrennt —, unterstützt von einer unter der Führung des Ministers Grafen Tisza und des Grafen Csaky gebildeten neuen „nationalen Arbeitspartei". Ihr Programm ging davon aus, daß die Forderungen der Unabhängigkeitsparteien undurchführbar seien, weil die Krone eine besondere Kommandosprache für die ungarische Armee niemals zugeben werde, und weil eine für sich bestehende ungarische Bank nicht den genügenden Kredit in der Welt habe. Der Kampf um die Wehrvorlage zog sich bis in das Jahr 1912 hinein. Da Graf Khuen-Hedervary seine Forderungen nicht durchsetzen konnte, erbat er am 7. März 1912 seine Entlassung, übernahm sein Amt noch einmal am 20. März, legte es aber, da auch diesmal seine Bemühungen vergeblich waren, endgültig am 16. April wieder nieder. An seine Stelle trat am 25. April der frühere Finanzminister Lukacs. Gegen seine Wahlreform, nach der nur ein Teil der Abgeordneten durch das allgemeine Wahlrecht, ein anderer durch das beschränkte gewählt und die Hausordnung des Abgeordnetenhauses umgestaltet werden sollte, um die Opposition zu erschweren, erhob sich scharfer Widerstand. Dieser artete zu ungeheuren Tumulten aus, als der entschiedene Gegner der Linken, Graf Stephan Tisza, zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt wurde. Am 23. Mai kam es in Pest, wo die Arbeiter einen Generalstreik zur Erzwingung des allgemeinen Wahlrechts ankündigten, zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei und dem Militär. Dann ließ Tisza die Abstimmung über die Wehrvorlage vornehmen und erklärte sie am 4. Juni unter gewaltigen Sturmszenen, wobei 21 Abgeordnete der Opposition durch 60 Polizisten aus dem Saal gewaltsam entfernt werden mußten, in zweiter und dritter Lesung als angenommen. Das hatte zur Folge, daß am 7. Juni der Abgeordnete Kovacz im Sitzungssaal einen Mordversuch auf Tisza machte, ohne ihn zu treffen. Doch Tisza griff durch. Er ließ am 8. Juni wieder 69 Abgeordnete wegen Widerstands gegen ihn aus dem Saal schaffen; am 11. Juni wurde die neu verschärfte Hausordnung genehmigt und die Tagung geschlossen. Am 15. Juni nahm das Magnatenhaus die Wehrvorlage mit großer Mehrheit an. Auch als beim Zusammentritt des Parlamentes am 17. September zum Zweck der Delegationswahlen die Opposition durch furchtbaren Lärm die Verhandlungen zu verhindern suchte, gebrauchte Tisza Gewalt und schloß 50 Abgeordnete für 30, 10 für 15 Tage aus. Es gelang auch Tisza trotz der Opposition, am 7. März 1913 die Wahlreform durchzubringen, die am 14. März vom Magnatenhause genehmigt wurde. Danach wurden fünf Klassen von Wählern geschaffen, die je nach Lebensalter, Schulbildung und Erwerb abgestuft waren. Für alle Gruppen aber gilt die Bestimmung, daß der Wähler seit fünf Jahren ungarischer Staatsbürger ist und ein Jahr in demselben Orte gewohnt haben muß. Die Wut der Opposition richtete sich auch gegen den Ministerpräsidenten Lukacs, der von dem Reichstagsabgeordneten Désy beschuldigt wurde, Staatsgelder für Wahlzwecke unterschlagen zu haben. Der erste Prozeß endete am 18. Februar 1913 mit der Verurteilung Désys; aber das Urteil wurde vom ungarischen Kassationshof, der königlichen Tafel in Pest, als nichtig erklärt und am 3. Juni Désy von der Anklage der Beleidigung des Ministerpräsidenten freigesprochen. Obwohl der Staatsanwalt die Nichtigkeitsbeschwerde gegen dieses Urteil ankündigte, trat doch unter dem

Ministerium Khuen-Hedervary 18. Jan. 1910

Nationale Arbeitspartei 19. Febr. 1910

Ministerium Lukacs 29. April 1912

Stephan Tisza Präsident des Abgeordnetenhauses 22. Mai

Generalstreik der Arbeiter und Straßenkampf 23. Mai

Annahme der Wehrvorlage 4. Juni

Mordversuch auf Tisza 7. Juni

Annahme der Wahlreform 7. März 1913

Eindruck der Freisprechung das Ministerium an demselben Abend zurück. Im Abgeordnetenhause wurden Lukacs von der Opposition die gröbsten Schimpfworte zugerufen; ebenso wurde Tisza in der ärgsten Weise angegriffen, aber vom Kaiser mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt. Der bisherige Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Paul Beöthy trat dort an seine Stelle. Die drei Gruppen der Unabhängigkeitspartei (s. oben) beschlossen nun, sich wieder zu vereinigen auf der Grundlage des alten Programms, das selbständige wirtschaftliche Einrichtungen, Revision des Wahlgesetzes, Einführung des progressiven Steuersystems, demokratische Besitzpolitik und Aufhebung der unter Tisza und Lukacs getroffenen Verfügungen des Parlaments verlangt. Graf Julius Andrassy trat der neuen Partei nicht bei und scharte seine Gesinnungsgenossen in einer neuen von ihm am 14. September gegründeten „Landesverfassungspartei" um sich. Sie besteht zwar grundsätzlich auf dem selbständigen ungarischen Zollgebiet, will aber aus wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitsgründen den augenblicklichen Zustand nicht bekämpfen. Sie wünscht ein umfassenderes Wahlrecht, Vermehrung der Wähler auf 2,4 Millionen, die Altersgrenze von 24 Jahren und teilweises geheimes Wahlrecht, die Verwaltungsreform soll fortgesetzt werden, die Machtbefugnisse des Abgeordnetenhaus-Präsidenten sollen eingeschränkt und genau festgesetzt werden. In der äußeren Politik erstrebt sie freundschaftliche Beziehungen zu den Balkanstaaten, Aufrechterhaltung des Dreibundes und die Sicherung der Schlagfertigkeit der Armee.

Ministerium Tisza 9. Juni

Vereinigte Unabhängigkeitspartei 14. Juni

Landesverfassungspartei 14. Sept. 1913

Österreich-Cisleithanien litt in den Jahren 1905 bis 1913 weiter an dem Nationalitätenhader. Das von dem Minister Gautsch für Cisleithanien im Jahre 1906 eingebrachte Gesetz über das allgemeine Wahlrecht wurde abgelehnt; an Gautschs Stelle trat Ende April Prinz Hohenlohe. Doch ehe er seine Absichten durchführen konnte, wurde er durch die Verwicklungen mit Ungarn am 28. Mai 1906 zum Rücktritt gezwungen, sein Nachfolger wurde Freiherr v. Beck, dem es erst nach monatelangen Verhandlungen gelang, die Wahlreform durchzubringen. Sie wurde am 1. Dezember vom Abgeordnetenhause und Ende des Monats auch vom Herrenhause angenommen. Für die Verstärkung des demokratischen Gedankens durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts erhielt das Herrenhaus eine Art Entschädigung dadurch, daß für seine Mitgliederzahl eine Höchstzahl von 170 und eine Mindestzahl von 150 festgesetzt wurde. Dem Kaiser wurde dadurch die Möglichkeit genommen, durch einen Pairschub das Herrenhaus zu beeinflussen, während dieses an Widerstandskraft gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses gewann. Die Neuwahlen vom 14. bis 25. Mai 1907 brachten eine völlige Neugestaltung der Parteien; den Haupterfolg trugen die unter der Führung des Wiener Oberbürgermeisters Lueger (§ 382) stehenden klerikalen Christlich-Sozialen und die Sozialdemokraten davon und bewahrten auch ihre feste Stellung bis zum Jahre 1911. Aber nach dem Tode Luegers erlitten sie bei den Wahlen im Juni 1911 eine schwere Niederlage, von der sie nun langsam sich erheben konnten. Zum Bürgermeister von Wien wurde Dr. Neymayer gewählt, der aber schon am 19. Dezember 1912 sein Amt niederlegte, weil er in dem Bürgerklub, der christlich-sozialen Rathauspartei, heftig angegriffen und von sozialdemokratischer Seite erotischer Verfehlungen bezichtigt wurde. Sein Nachfolger wurde der frühere Handelsminister Dr. Weiskirchner. Das Ministerium Beck kam im Jahre 1908 durch den immer erbitterter werdenden Kampf der Deutschen und Tschechen in Böhmen zu Falle. Der Unmut darüber, daß die Vergewaltigung der Deutschen im böhmischen Landtage mißlang, trieb im Oktober und November die Tschechen zu schweren Exzessen gegen die Deutschen in Prag, besonders gegen die farbentragenden deutschen Studenten. Die tschechische Polizei tat nichts dagegen; erst die Verkündigung des Standrechtes machte diesen Ausschreitungen ein Ende, die aber nach Aufhebung desselben wiederzukehren drohten. Diese Maßregel war von dem neuen Minister Freiherrn v. Bienerth getroffen worden, der am 14. November an Stelle Becks getreten war. Diese

Cisleithanien

Ministerium Beck 3. Juni 1906

Annahme der Wahlreform 1. Dez. 1906

† Lueger 10. März 1910

Niederlage der christl.-soz. Partei Juni 1911

Verkündigung des Standrechts über Prag 2. Dez. 1908

Ministerium Bienerth 14. Nov. 1908

Vorgänge in Böhmen trübten doch einigermaßen die überall sonst in der österreichisch-ungarischen Monarchie durch die Feier des sechzigjährigen Regierungsjubiläums Kaiser Franz Josefs (§ 169) hervorgerufene freudige Begeisterung.

Sprachenordnung 2. Nov. 1909

Im Jahre 1909 gelang es den vier rein deutschen Kronländern Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg, trotz des Widerstandes der tschechischen Minister die gesetzliche Einführung des Deutschen als alleinige Landessprache zu erhalten. Als 1910 die Nationalitätsstreitigkeiten wieder heftiger wurden, reichte Bienerth seine Entlassung ein, wurde aber am letzten Tage des Jahres wieder mit der Bildung eines Ministeriums betraut. Um sein Programm durchführen zu können, löste er das Abgeordnetenhaus auf. Aber die Neuwahlen ergaben kein besseres Haus. Zwar wurden die Sozialdemokraten geschwächt, und der demagogische Wiener Flügel der Christlich-Sozialen erlitt eine vernichtende Niederlage (s. oben), aber das ergab keine genügende Mehrheit. Darum ging Bienerth. Der ihm folgende Gautsch wurde der Schwierigkeiten ebensowenig Herr, und nun versuchte es Graf Stürgkh mit einem Beamtenkabinett, in dem vier Tschechen sitzen. Mit Mühe kam ein Budgetprovisorium zustande. In Böhmen verschärften sich die nationalen Gegensätze so sehr, daß der Kaiser sich gezwungen sah, am 26. Juli 1913 den böhmischen Landtag aufzulösen, die Autonomie einstweilen aufzuheben und eine aus Beamten bestehende Landesverwaltungskommission einzusetzen.

Entlassung Bienerths 12. Dez. Wiederberufung 31. Dez. 1910 Reichstagswahlen Januar 1911 Ministerium Gautsch 26. Juni 1911 Ministerium Stürgkh 31. Okt. 1911 Aufhebung der Autonomie Böhmens 26. Juli 1913

Von ganz besonderer Bedeutung wurden im Jahre 1912 wie für Ungarn so auch für Cisleithanien der tripolitanische und der Balkankrieg (§ 418, 407). Das Wehrgesetz mußte erledigt werden, um Österreich es zu ermöglichen seine Machtstellung gegebenenfalls auch mit den Waffen behaupten zu können. Das Abgeordnetenhaus nahm dann auch am 25. Juni die Erhöhung der Rekrutenziffer von 103 000 auf 159 000 für zwölf Jahre, die zweijährige Dienstzeit für die Infanterie, die dreijährige für die berittenen Truppen, die vierjährige für die Kriegsmarine an. Das Herrenhaus stimmte am 28. Juni zu. Das Herrenhaus nahm auch das vom Abgeordnetenhause verabschiedete Gesetz über die Kriegsleistungen, das durch den Balkankrieg nötig geworden war, am 21. Dezember an. Die auswärtige Politik wurde seit dem Tode des Grafen v. Ährenthal am 17. Februar 1912 von dem ungarischen Grafen Berchtold geleitet.

Das Wehrgesetz von beiden Häusern angenommen 25. und 28. Juni 1912 Gesetz über die Kriegsleistungen von beiden Häusern angenommen 21. Dez. † Graf Ährenthal, Graf Berchtold Minister des Auswärtigen 17. Febr. 1912

III. § 429. Rußland. Der Reformerlaß vom Weihnachtstage 1904 (§ 383) hatte die Leidenschaften aufgeregt. Es vollzog sich eine Wandlung, die im Zusammenhange mit dem unglücklichen Ausgange des russisch-japanischen Krieges (§ 410) das gewaltige Reich in seinen innersten Fugen erschütterte und Vorgänge herbeiführte, wie sie kaum in der französischen Revolution erlebt worden waren. Nur allmählich gelang es der Klugheit und mehr noch der Tatkraft Stolypins, das Reich wieder in die Bahnen verhältnismäßig normaler Entwicklung zurückzuführen. Diese inneren Verhältnisse wirkten natürlich auch schädigend auf die auswärtige Politik ein, namentlich in der Balkanfrage (§ 404 f.). Aber die Wiederkehr des nationalen Selbstgefühls in der Ära Stolypin ließ auch Rußland wieder kräftiger in die Auslandpolitik eingreifen, wie in China (§ 412 f.) und in Persien (§ 414).

Fürst Swjätopolk-Mirski (§ 383) hatte nicht Macht genug, um die absolutistisch gesinnten höheren Beamten zu meistern, und zu wenig Einfluß auf seine Freunde, die keine Mäßigung mehr kannten. Es bedurfte nur eines einzelnen Anlasses, um die Revolution zu entfesseln. Diesen gab ein Kartätschenschuß, der in Petersburg bei dem Fest der Wasserweihe auf das Winterpalais abgefeuert wurde und nur durch einen glücklichen Zufall kein Unheil anrichtete.

Attentat auf den Kaiser 19. Jan. 1905

Darauf kam es zu lärmenden Kundgebungen streikender Arbeiter auf den Straßen von Petersburg: am 22. Januar zogen Tausende von Arbeitern unter der Führung eines Geistlichen, Gapon, vor das Winterpalais, um dem Kaiser, der jedoch schon seit zwei Tagen in Zarskoje-Selo weilte, ein Reformprogramm zu überreichen; das führte zu blutigen Zusammenstößen mit dem Militär. Diese Straßenkämpfe wiederholten sich in den nächsten Tagen in den einzelnen Provinzen. Fürst Swjätopolk-Mirski trat von seinem Amte zurück, doch die revolutionäre Bewegung legte sich nicht, sondern wurde durch die in ganz Rußland tagenden Versammlungen des Adels, der Studenten, der Ärzte, der wissenschaftlichen Vereine, der Rechtsanwälte, der Semstwos, der Stadtvertretungen, ja selbst der Geistlichkeit immer mächtiger, ohne daß die administrative Willkür aufhörte. Als ein furchtbares Symptom dieses allgemeinen Zersetzungsprozesses des ganzen russischen Staatslebens erwies sich die grauenvolle Ermordung des Großfürsten Sergius, eines Oheims des Zaren, in Moskau, der als der schärfste Vertreter der „Reaktion" galt. Dazu kam ein allgemeiner Ausstand der Eisenbahnbeamten, der fast allen Verkehr aufhob, eine Emeute im Kaukasus und die ganz unsichere Haltung der Polen. Da entschloß sich der Kaiser in einem Manifeste, das russische Volk zur Mitwirkung an der Überwindung des äußeren Feindes, zur Ausrottung des Aufruhrs im Lande und zur Befestigung des Systems der Selbstherrschaft aufzurufen. Aber dieser Erlaß rief allgemeine Verstimmung und Sorge hervor, weil er sich noch nicht von dem Gedanken der Erhaltung der absoluten Gewalt befreien konnte; auch war der neue Minister des Innern, Bulygin, nicht der Mann, um die nötigen Reformen tatkräftig durchzuführen. Da er nur eine Adelsduma schaffen sollte, wuchs die Erbitterung. Die Morde hoher Staats- und niederer Verwaltungsbeamten nahmen zu, und der Klassenkampf wurde immer schlimmer; die blutigen Kämpfe zwischen dem Volke und den Truppen in den Provinzen, namentlich in Polen und den Ostseeprovinzen dauerten fort; mit ihnen waren heftige Judenverfolgungen verbunden.

Arbeiterkundgebung 22. Januar

1. Februar

Ermordung des Großfürsten Sergius 17. Febr. 1905

Kaiserliches Manifest 3. März

Ein vom Kaiser im April erlassenes Toleranzedikt, das den Übertritt (der Ukas nennt es Abfall) von dem russisch-orthodoxen Glauben zu einem anderen christlichen Bekenntnis ohne jede Beschränkung freigab, war ein überaus wichtiger Fortschritt in der großen Bewegung, denn es bedeutete nichts anderes als das Aufgeben der alten russischen Überlieferungen, die von Freiheit der Gewissen in Glaubensfragen nichts wissen wollten; doch sollten die Juden aus dem künftigen Parlamente noch ausgeschlossen bleiben. Trotzdem war noch keine Aussicht auf Wiederherstellung des innern Friedens vorhanden. Von Petersburg schien die Führung der Bewegung nach Moskau überzugehen, wo neben den liberalen und radikalen Parteien, die in der Versammlung der Semstwovertreter ihr konstituierendes Organ sich selbst schufen, eine reaktionäre Gruppe sich bildete, die für die Dauer des Krieges von Reformen nichts wissen wollte und nach dem Friedensschlusse auf die Wiederherstellung der absoluten Gewalt des Zaren hinstrebte. Es trat ein Zustand der vollen Anarchie ein, indem neben der Revolution der Gebildeten eine Revolution der Arbeiter, der Bauern, der Juden und der Reaktionäre einherlief.

Toleranzedikt 16. April

Wie tief der moralische Verfall ging, zeigte die Meuterei auf dem zur Flotte des Schwarzen Meeres gehörigen Panzerschiffe „Knjäs Potemkin" in Odessa, bei der die Offiziere von der Mannschaft ermordet wurden; auch in Libau und Kronstadt meuterten die Marinetruppen. Der „Knjäs Potemkin" konnte nicht wieder genommen werden; er lief schließlich die rumänische Küste an, und die Mannschaft ergab sich gegen Zusicherung der Freiheit der Behörde in Constanza. Auf den Aufruhr in Odessa folgten blutige Tage in Lodz, die Beschießung von Baku, Meutereien der Landtruppen und sehr bedenkliche Störungen des Verkehrswesens. Endlich erschien im August ein Manifest des Kaisers, das die Einführung einer Verfassung, der sogenannten Bulyginschen Ver-

Meuterei des Knjäs Potemkin 29. Juni

8. Juli

Ende Juni bis Ende Juli

Bulyginsche Verfassung 19. August

fassung, verkündete: Rußland sollte ein Parlament erhalten, dessen Volkshaus, die auf fünf Jahre gewählte „Reichsduma", aus geheimen und indirekten Wahlen hervorgehen, und einen Reichsrat als Oberhaus, das unter dem Vorsitz des Kaisers oder seines Stellvertreters aus sämtlichen Ministern und aus den vom Kaiser zu Mitgliedern ernannten höchsten aktiven und inaktiven Staatsbeamten aller Ressorts bestehen sollte. Das hatte die Folge, daß der erste Ausstand der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbeamten aufhörte.

Neue Ausstände

Da aber die unteren Klassen kein Wahlrecht für die Dauer erhalten hatten und diesen auch nur eine beratende Stimme zuerkannt war, kam es im Oktober zu neuen Ausständen, die den Verkehr mit dem Auslande völlig unterbrachen — selbst Ärzte und Apotheker schlossen sich den Streikenden an —, zu einem Generalausstand in Warschau und zu blutigen Straßenkämpfen in Odessa; sehr schlimm standen die Dinge in den Ostseeprovinzen, wo sich die Bewegung auch gegen die Deutschen richtete, und in Finnland. Große Hoffnung setzte man dann auf den früheren Finanzminister Witte (§ 383), der den Friedensschluß zwischen Rußland und Japan herbeigeführt hatte (§ 411) und dafür von dem Zaren in den Grafenstand erhoben worden war. Anfang November wurde er zum Ministerpräsidenten ernannt, nachdem kurz zuvor ein neues Manifest des Kaisers, das die Umbildung der Bulyginschen Reichsduma in eine gesetzgebende Versammlung und die Umwandlung des Reichsrats in ein zum Teil durch Wahlen zu besetzendes Oberhaus versprach, erschienen war. Außerdem wurde angekündigt, daß die von dem Anteil an den Wahlen ausgeschlossenen Klassen, die Arbeiter und ein Teil der Beamtenwelt, zur Teilnahme an der Reichsduma berechtigt sein sollten; das „Habeas corpus" und die so heiß ersehnten Grundrechte wurden gewährt. In Finnland ordnete ein anderes Manifest des Kaisers die Einberufung eines außerordentlichen Landtages an, um die Grundlagen des Wahlrechts zu revidieren. Das Manifest von 1899 (§ 383) über die gemeinsame Gesetzgebung und alle nach 1899 erlassenen Gesetze wurden aufgehoben.

Witte Ministerpräsident

Manifest v. 17./30. Okt. 1905

6. Nov. 1905

Trotz des für russische Verhältnisse weitgehenden Maßes von Rechten, trotzdem die Männer der Reaktion, vor allem der gehaßte Oberprukorator des Heiligen Synods, Pobjedonoszew (§ 383), ihre Entlassung nahmen und die Preßfreiheit eingeführt wurde, kam jedoch die Ruhe nicht. Die Semstwos schwiegen, und der städtische Pöbel begann eine Zeit der furchtbarsten Greueltaten in Odessa, im Gouvernement Tschernijew, in Moskau, Kiew, usw. Die Ausstände mehrten sich wieder auch in der Post und Telegraphie. Da Witte dem Verlangen der Berufung einer verfassunggebenden Versammlung nicht nachkam, sondern dies unendlich schwierige Kunstwerk selbst schaffen wollte, so wandten sich die Revolutionäre gegen ihn. In den Weihnachtstagen wurde tagelang in den Straßen Moskaus mit Barrikaden und Geschützen gekämpft: Kosaken, Dragoner und Artillerie stellten endlich unter schwerem Blutvergießen die Ruhe wieder her. In den baltischen Provinzen kam der Klassen- und Rassenkampf noch nicht zu Ende, der deutsche Adel wurde furchtbar mitgenommen, und die deutschen Reichsbürger mußten auf deutschen Handelsschiffen von Reichs wegen in Sicherheit gebracht werden. Da erschien endlich ein Ukas über die Wahlen zur Reichsduma, der eine ziemlich verwickelte und verklausulierte Art von Zensuswahlrecht mit Klassenunterscheidung brachte; in den oberen Schichten schien die Reaktion wieder die Gewalt gewonnen zu haben. Zum Abschluß gelangte die Einrichtung des russischen Parlamentes erst am 5. März 1906 durch den Erlaß des Kaisers, der die schon am 30. Oktober 1905 angekündigte Umgestaltung des Reichsrats durchführte, ihn in der Zusammensetzung auch zur Hälfte ernannten und zur Hälfte gewählten Mitgliedern zu einer Art Ersten Kammer machte, indem er ihm und der Reichsduma gleiche gesetzgeberische Befugnisse zuerkannte, aber nichts von den Grundrechten enthielt. Die Regierung suchte dabei im Grunde die Selbstherrschaft aufrechtzuerhalten, auch schloß sie, um nicht die Reichsduma bei den Finanzfragen mitreden zu lassen, noch vor dem

1. Nov.

Barrikadenkampf in Moskau 20. Dez. bis 2. Jan. 1906

Wahlgesetz 26. Dez.

Erlaß vom 5. März 1906

Zusammentritt derselben eine große Anleihe ab, die zum Teil für die Deckung des Zinsendienstes der früheren Anleihen, im übrigen aber für unabweisbare Bedürfnisse des Reiches bestimmt war. Die Wahlen zur Duma zogen sich monatelang hin; das Ergebnis war trotz aller Wahlbeeinflussungen, und obwohl sich die revolutionären Parteien meistens der Wahl enthielten, ein voller Sieg der Opposition aus dem bürgerlichen Lager, der sogenannten „Konstitutionellen Demokraten", die nach den Anfangsbuchstaben ihrer Parteibezeichnung auch „Kadetten" genannt werden. Im Zusammenhang damit nahm Witte, der gegen ihn gerichteten Intrigen überdrüssig und auch körperlich leidend, seinen Abschied; an seine Stelle trat Iwan Loginowitsch Goremykin. Am 10. Mai wurde dann in feierlichster Weise vom Kaiser selbst im Taurischen Palast zu Petersburg die erste russische Volksvertretung, die „Gossudarstwennaja Duma", eröffnet.

Wahlen

8. Mai 1906

Eröffnung der Reichsduma 10. Mai

Sie verlangte eine ganz neue Verfassung mit verantwortlichen Ministern, Abschaffung des Reichsrates und Amnestie für alle politischen, religiösen und agrarischen Verbrechen der letzten Jahre. Die Kadetten forderten ferner, daß zur Hebung des Bauernstandes eine umfangreiche Zwangsenteignung vorgenommen werden sollte. Der durch diese Forderungen hervorgerufene scharfe Konflikt mit der Regierung endete mit der Auflösung am 21. Juli 1906. Eine neue Duma sollte zum 5. März 1907 einberufen werden. Zugleich wurde der Ministerpräsident Goremykin entlassen und durch den Minister des Innern Stolypin ersetzt. Obwohl die Regierung der Not des Bauernstandes durch Verteilung von vier Millionen Hektar Staatsland und durch die Aufhebung der Sonderstellung der Bauern zu steuern suchte, auch die Judenfrage im liberalen Sinne zu lösen versprach, trat doch keine merkliche Beruhigung des Landes ein. Auch in der neugewählten Duma, in der die Kadetten in verringerter Zahl erschienen, kam es wieder in der Frage der Zwangsenteignung zugunsten der Bauern zu scharfen Auseinandersetzungen. Schließlich nahm die Regierung die Entdeckung einer Verschwörung gegen den Zaren und den Thronfolger, an der sozialistische Dumaabgeordnete beteiligt gewesen sein sollten, zum Anlaß ihres Eingreifens. Da die Mehrheit nicht rasch genug der von der Regierung geforderten Auslieferung dieser Männer zustimmte, wurde die Duma am 16. Juni 1907 wieder aufgelöst und zugleich durch kaiserlichen Machtspruch eine Abänderung des Wahlgesetzes verfügt und damit der Duma das ihr im Oktober 1905 verliehene Recht der gesetzgebenden Gewalt genommen. Das neue Wahlgesetz begünstigte den Großgrundbesitz und das Kapital, beschränkte die Bauern, die Arbeiter und die Nichtrussen; diese sollten mit nur 22 Vertretern 420 Russen gegenüberstehen. Die Regierung erwies sich stark genug, auch gegenüber gelegentlichen Meutereien und Straßentumulten ihre Stellung zu wahren, und die am 14. November 1907 zusammentretende Duma, die zu ihrem Präsidenten Chomjakow, einen Oktobristen, wählte — so nannte man die Anhänger des Oktobermanifestes vom Jahre 1905 —, enthielt eine bedeutend vermehrte Zahl der gemäßigten Partei der Rechten. So ging die Duma auch im Jahre 1908 im allgemeinen Hand in Hand mit der Regierung, lehnte aber aus Mangel an Vertrauen in die Leitung der Marine, die im japanischen Kriege sich als besonders verrottet gezeigt hatte, die Kredite für Erbauung von Linienschiffen ab. Eine bessere Stimmung herrschte dagegen für die Vorlagen zur Umgestaltung des Heeres. Die Erinnerung an die schwersten Zeiten desselben im japanischen Kriege wurde wieder wachgerufen durch den Prozeß gegen den Oberbefehlshaber in Port Arthur, General Stössel (§ 395), und andere höhere Offiziere, der eine Masse von Schmutz aufdeckte. Stössel wurde zum Tode verurteilt, aber begnadigt. In der Agrarreform gelang es der Duma, einen entscheidenden Schritt zu tun, indem sie ein Gesetz annahm, das den Übergang vom Gemeinbesitz der Bauern zum Einzelbesitz einführte. Damit war der Weg für eine Besserung der überaus schlimmen Zustände auf dem flachen Lande eröffnet. In der inneren Kolonisation wurden gute

Auflösung der Duma 21. Juli 1906

Ministerium Stolypin 21. Juli

Zusammentritt der neuen Duma 5. März 1907

Verschwörung gegen den Zaren Mai 1907

Auflösung der Duma 16. Juni

Zusammentritt der neuen Duma 14. Nov.

20. Febr. 1908

18. Dez.

Bahnen eingeschlagen. Eisenbahnumbauten und Neubauten in Sibirien und am Amu folgten in den nächsten Jahren, und mit der Verpflanzung von Arbeitern und Ansiedlern nach Asien erleichterte sich auch die Agrarfrage. Um mit der alten Mißwirtschaft aufzuräumen, erfolgten im Jahre 1910 in den verschiedenen Gouvernements die „Revisionen" durch Senatoren und Generale. Die Berichte ergaben ein erschreckendes Bild von Bestechung und Amtsmißbrauch und führten viele Beamte ins Gefängnis. Durch ein von der Duma und dem Reichsrat gebilligtes, vom Zaren genehmigtes Gesetz erfolgte im Jahre 1911 die Aufhebung der finnischen Selbständigkeit. Der Einspruch Finnlands wurde zurückgewiesen, und auch der Nachfolger Stolypins, Kokowzow (s. unten), hielt an dem Gesetze fest, ebenso wie an dem extremen Nationalismus Stolypins, der der russischen Nationalität im Westen des Reiches die Vorherrschaft in der Lokalverwaltung sichern wollte. Da traf im Jahre 1911 Rußland ein schwerer Schlag durch den Tod Stolypins. Nur wenige Wochen, nachdem er im Juli 1906 die Geschäfte übernommen hatte, war ein Attentat auf ihn verübt worden, bei dem er wie durch ein Wunder unverletzt blieb. Den Angriffen gegen seine Politik hatte er mannhaft standgehalten, aber schon im März 1911, als der Reichsrat seine Vorlage über die Verwaltung in den westlichen Provinzen ablehnte, schien sein Sturz sicher zu sein. Doch hielt ihn der Zar, der keinen Ersatz für den tatkräftigen entschlossenen Mann finden konnte, der es ihm auch möglich gemacht hatte, sich wieder in der Öffentlichkeit zu zeigen. Da traf ihn in Kiew, wohin er den Zar begleitet hatte, die Mörderkugel eines Rechtsanwaltsgehilfen aus Kiew, Bagrow. Nach standhaft ertragenen Schmerzen starb er am 18. September. Sein Nachfolger wurde der bisherige Finanzminister Kokowzow, der mit allen Fragen der innern wie der auswärtigen Politik, verbunden für die großen ihn erwartenden Aufgaben, mehr als jeder andere vorbereitet war. Obwohl er für einen Gegner des extremen Nationalismus galt, hielt er doch an der Politik Stolypins fest. Die vom Minister des Äußeren Ssasonow (§ 403) geleitete äußere Politik machte durch die Verhältnisse in Asien (§ 412—414) und den Balkankrieg (§ 407) wie bei den anderen Großmächten so auch in Rußland die Verstärkung der bewaffneten Macht nötig. Am 19. Juni 1912 bewilligte demnach die Duma zunächst 431 Millionen für das Flottengesetz, durch das drei Flotten geschaffen werden sollen: eine baltische von 16 Linienschiffen, 8 Panzerkreuzern, 16 geschützten Kreuzern, 36 Hochseetorpedobooten, 12 Unterseebooten; im Schwarzen Meer von 8 Linienschiffen, 4 Panzerkreuzern, 24 Hochseetorpedobooten, 6 Unterseebooten; und eine sibirische Flotte von 2 Kreuzern, 18 Torpedo- und 12 Unterseeboten und 3 Minenlegern. Als Kriegshäfen wurden Libau und Reval in der Ostsee, Sebastopol und Nikolajew im Schwarzen Meer, und Wladiwostok in Ostasien in Aussicht genommen. Der ganze Plan soll zur „Sicherung der Interessen und der Würde des Reiches" bis 1930 ausgeführt sein. Ebenso wurde ein neues Heeresgesetz zuerst von der Duma am 23. März 1912 und dann vom Reichsrat am 29. Juni angenommen.

Aufhebung der finnischen Selbständigkeit 30. Juli 1910

Attentat auf Stolypin 14. Sept. 1911 † 18. Sept.

Kokowzow Ministerpräsident 22. Sept.

Flottengesetz 19. Juni 1912

Heeresgesetz 29. Juni 1912

IV. § 430. Schweden, Norwegen, Dänemark. Während Rußland durch die Revolution in furchtbarster Weise erschüttert wurde, vollzog sich im Jahre 1905 in fast voller Ruhe die Auflösung der Union zwischen Schweden und Norwegen, die ihre Ursache in der früheren langen Trennung der beiden Länder hatte und, wie die Trennung Belgiens von den Niederlanden im Jahre 1830 (§ 121), mit herbeigeführt wurde durch eine gewisse Überhebung des einen Landes über das andere. Die äußere Veranlassung war die Wiederaufrollung der Frage des Konsulatswesens (§ 384).

König Oskar glaubte das von dem norwegischen Storthing geforderte Gesetz über die Schaffung eines eigenen Konsulatwesens nicht vollziehen zu können, fand aber kein Ministerium, das seine Weigerung vertreten wollte. So kam es zum Staatsstreich in Norwegen. Der Storthing erklärte einstimmig

Norwegischer Staatsstreich 7. Juni 1905

die Vereinigung Norwegens mit Schweden für aufgelöst und ermächtigte bis auf weiteres die Mitglieder des bisherigen Staatsrats, die dem Könige zustehende Macht auszuüben. Indem er zugleich dem König Oskar versicherte, daß weder gegen ihn noch gegen sein Haus Mißstimmung herrsche, bat er ihn um seine Mitwirkung, daß ein jüngerer Prinz des Hauses Bernadotte den Thron von Norwegen besteigen könne. Die schwedische Regierung erkannte aber das neue norwegische Regiment nicht an; doch sprach sich König Oskar, der eine Zeitlang dem Kronprinzen die Regierung übertrug, selbst für die Trennung der beiden Reiche aus und forderte eine Abstimmung des norwegischen Volkes darüber. Dieses erklärte sich mit erdrückender Mehrheit für die Auflösung der Union. Darauf traten die norwegischen und schwedischen Deputierten in Karlstad zu weiteren Verhandlungen zusammen und gelangten zu einer friedlichen Einigung über die wichtigsten Streitpunkte. Die Errichtung einer Republik wurde von dem norwegischen Volke verworfen. Da nun aber König Oskar sich nicht entschließen konnte, einen Prinzen seines Hauses zur Übernahme des neuen norwegischen Thrones zu bestimmen, so wurde der Prinz Karl von Dänemark zum König gewählt, der in glücklicher Anknüpfung an alte geschichtliche Überlieferungen (II § 367) den Namen Haakon VII. annahm und am 25. November unter dem Jubel des Volkes seinen feierlichen Einzug in Christiania hielt. In Dänemark starb am 14. Mai 1912 König Friedrich VIII. in Hamburg und ihm folgte sein Sohn Christian X.

Norwegische Volksabstimmung 13. August 31. August 23. Sept.

Haakon VII. 18. Nov. 1905

† Friedrich VIII. von Dänemark. König Christian X. 14. Mai 1912

In Schweden, wo nach dem Tode König Oscars am 8. Dezember 1907 König Gustav V. folgte, wurde das von der Regierung vorgeschlagene und von der zweiten Kammer am 19. Mai 1912 angenommene Gesetz über das politische Wahlrecht der Frauen von der ersten Kammer abgelehnt. In Norwegen aber wurde am 11. Juni 1913 den Frauen das allgemeine aktive und passive Wahlrecht zum Storthing gegeben und damit die Wählerschaft um fast eine viertel Million vermehrt. An demselben Tage wurde auch von dem Storthing das Vetorecht des Königs abgeschafft, so daß nunmehr eine vom Storthing beschlossene Verfassungsbestimmung nur vom Präsidenten und dem Sekretär unterzeichnet zu werden braucht, um in Kraft zu treten. Der König muß sie dann veröffentlichen. Ein Ruhmesblatt in der Geschichte Norwegens bildete die Erreichung des Südpols durch den Norweger Roald Amundsen.

† Oscar von Schweden Gustav V. 8. Dez. 1907

Frauenstimmrecht in Schweden abgelehnt 19. Mai 1912

Frauenstimmrecht in Norwegen 11. Juni 1913

Abschaffung des Vetorechts des norwegischen Königs 11. Juni 1913

Amundsen erreicht den Südpol 14. Dez. 1911

Am 9. August 1910 hatte Amundsen auf der „Fram" Norwegen verlassen, war am 14. Januar 1911 an der Roß-Barriere, 14000 Seemeilen von der Heimat entfernt, gelandet und von da unter großen Schwierigkeiten nach Süden vorgedrungen. Am 13. Dezember erreichte er den 89. Grad 37 Minuten, und am nächsten Tage war er am Ziel. Dort hißte er auf „König Haakon VII. Plateau" die Flagge seines Vaterlandes, am 17. Dezember trat er die Rückreise an, die ihn glücklich wieder nach Norwegen brachte.

Zwischen Schweden, Norwegen und Rußland kam es am 13. Mai 1912 zu einem Abkommen, durch welches Spitzbergen als neutrales und den wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bestrebungen aller Völker gleichmäßig offen stehendes Gebiet erklärt wurde. Am 23. Dezember 1912 setzten Schweden, Norwegen und Dänemark in einer gemeinsamen Erklärung einheitliche, mit den Haager Bestimmungen übereinstimmende Neutralitätsregeln fest, die nur nach vorherigem Meinungsaustausch, nicht einseitig, abgeändert werden dürften. Damit war der erste Schritt der drei nordischen Mächte zu einem Zusammengehen gegen ihnen insgesamt drohende Gefahren getan.

Abkommen über Neutralität Spitzbergens zwischen Schweden, Norwegen, Rußland 13. Mai 1912

Einheitliche Neutralitätsregeln der drei nordischen Mächte 23. Dez. 1912

V. § 431. Großbritannien. Die auswärtige Politik wurde besonders durch den russisch-japanischen und Balkankrieg, dann durch das Verhältnis zu Deutschland bestimmt, das eine Verständigung mit Rußland und ein Bündnis mit Frankreich herbeiführte und die beiden Völker im Jahre 1911 beinahe in einen furchtbaren Krieg hineintrieb, doch trat im Jahre 1913 eine Besserung ein (§ 427). Das innere Staatsleben wurde beeinflußt durch den Kampf der Konservativen und liberalen Parteien,

dessen Ausgang im Jahre 1911 einen Merkstein in der Geschichte Englands bilden wird, weil er mit der Annahme der Vetobill, der Beschränkung der Rechte des Oberhauses und des allgemeinen Stimmrechts, das Fundament zu einer weiteren Demokratisierung der englischen Verfassung legte.

Auch die Annahme der Home-Rule-Bill im Jahre 1913 und die Frauenrechtlerinnenbewegung wirkten stark auf die inneren Verhältnisse ein. Von großer Bedeutung wurde die Reise des neuen Königspaares nach Indien und nach Berlin.

Die auswärtige Politik

Die Ereignisse des Jahres 1911 bis 1913 führten eine Klärung der feindlichen Haltung Englands Deutschland gegenüber herbei. Sie beruhte auf der falschen Befürchtung, daß das seit 1900 seiner Vollendung entgegengehende deutsche Flottenbauprogramm die englische Flotte überflügeln nnd eine Landung deutscher Truppen auf englischem Boden, wie sie im Jahre 1908 geplant sein sollte, erfolgen könnte. Die Erklärung des deutschen Staatssekretärs v. Tirpitz (§ 423) beruhigte aber in England, und das Verhältnis begann ein besseres zu werden. Die feindliche Haltung Englands kam aber auch von der berechtigten Erkenntnis her, daß in dem mächtig emporblühenden deutschen Wirtschaftsleben der gefährlichste Rival des englischen Volkes auf dem Gebiete des Weltverkehrs und der Seegeltung entstanden sei. Denn der deutsche Export verfolgte ein um das Doppolte so schnelles Entwicklungstempo wie der Export Englands. 1891 betrug Deutschlands Export 62 Prozent des englischen, 1911 bereits 87 Prozent, so daß, wenn dieses Tempo anhält, Deutschland in nicht zu langer Zeit seinen Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkte überholt hat.

Das innere Staatsleben

Trotz mehrerer entschiedener Nachwahlsiege der liberalen Partei behauptete sich im Jahre 1905 das Ministerium Balfour, entschlossen, nur im Falle einer parlamentarischen Niederlage Neuwahlen anzuordnen. Mit dem Bestreben, die offenbar schwindende Gunst der öffentlichen Meinung wiederzugewinnen, vereinte sich die starke deutsch-feindliche Politik und das Zusammengehen mit Frankreich in der Marokkofrage, wobei die Besuche König Eduards VII. in Frankreich nicht ohne Einfluß waren. Auch die für Balfour sehr unbequeme Untersuchung der während des Burenkrieges in der englischen Intendantur und im Kriegsministerium stattgefundenen Unterschleife wie die von neuem erörterte Frage der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht konnte das Ministerium nicht stürzen.

1. Aug. 1905 Im August wurde das Parlament vertagt und damit dem Ministerium eine neue Existenzfrist bereitet. Da aber Balfour es für seine Politik auf die Entscheidung eines neuen Parlamentes nicht ankommen lassen wollte, weil er die Aussicht, durch Neuwahlen eine starke Mehrheit zu erlangen, nicht mehr hatte,

Liberales Ministerium Bannermann 10. Dez.

so reichte er endlich am 4. Dezember seine Entlassung ein, und nach zehnjährigem Walten des unionistischen Ministeriums trat Sir Henry Campbell-Bannermann, der Führer der Liberalen, das Amt an. Die am Anfang des Jahres

4. Jan. 1906 1906 nach Auflösung des Parlaments erfolgten Neuwahlen endeten mit einer zerschmetternden Niederlage der Unionisten.

Die liberale Mehrheit konnte nun eine tatkräftigere Sozialpolitik durchführen, als sie bisher in England möglich gewesen war. Es gelang ihr im Jahre 1907 durch ein Gesetz den kleinen Landbesitz durch Zerschlagung des Großgrundbesitzes auszudehnen und im Jahre 1908 ein Gesetz über staatliche Altersversorgung Unbemittelter durchzubringen, das aber, anders als wie in Deutschland, den Charakter einer Armenunterstützung hat, da nur der Staat die Kosten der Unterstützung allein trägt. Schwere Sorgen bereiteten der liberalen

Bergarbeiterstreik 1. März 1912

Regierung zwei gewaltige Arbeiterausstände im Jahre 1912. Am 1. März legten über eine Million Bergarbeiter die Arbeit nieder, weil ihnen der von ihnen für das ganze Land geforderte Mindestlohn, ohne daß ihm eine Mindestleistung gegenüberstehen sollte, nicht bewilligt wurde. Die Regierung konnte sich nicht anders helfen, als durch ein Staatsgesetz einen Mindestlohn, allerdings nur bezirksweise, nicht für das ganze Land, nach den jeweiligen Verhältnissen festzusetzen. Und so nahmen die Bergarbeiter, die grundsätzlich gesiegt hatten,

am 8. April die Arbeit wieder auf. Am 23. Mai brach ein nicht minder bedenklicher Ausstand der Transportarbeiter aus, der London in die Gefahr der Hungersnot gebracht haben würde, wenn sich nicht 11000 Arbeitswillige in die Lücke gestellt hätten, und die Mittel der Streikenden erschöpft worden wären. Am 29. Juli wurde der Streik für beendet erklärt. In der so überaus wichtigen Schulgesetzgebung (§ 385) erlitt die liberale Regierung aber eine schwere Niederlage. Die im Jahre 1902 den Privatschulen, die meist streng konfessionell waren, zugebilligte staatliche Unterstützung sollte nunmehr vom Jahre 1906 an nur denen zuteil werden, die sich der staatlichen Kontrolle unterwarfen. Dem setzte die anglikanische Geistlichkeit den schärfsten Widerstand entgegen, und die Vorlage wurde im Oberhause abgelehnt. Und als im Jahre 1908 die Regierung, deren Führung nach dem Rücktritt des greisen, schwererkrankten und bald darauf gestorbenen Campbell-Bannermann der Schatzkanzler Asquith übernahm, von neuem beantragte, daß die Leitung der Volksschulen ausschließlich dem Staate unterstellt und die Religion als Prüfungsgegenstand für die Lehrer ausgeschaltet werden sollte, da wurde sie durch den Widerstand des Oberhauses genötigt, auch diese Vorlage wieder zurückzuziehen. Infolgedessen drohte Asquith die schon im Jahre 1906 geplante Reform des Oberhauses nunmehr auszuführen, die besonders sich auf das Vetorecht des Oberhauses in Finanz- und Gesetzgebungsfragen bezog. Der Kampf um die Reform wurde ein äußerst erbitterter. Anfang Januar 1910 fanden Neuwahlen statt, bei denen es die Unionisten auf genau ebenso viele Mandate brachten wie die herrschende liberale Partei, diese aber wurde, indem sie um mehr als sechzig Mandate hinter der Mehrheit zurückblieb, vollständig von dem guten Willen der Iren und der Arbeiterpartei abhängig. Die Schwierigkeiten zeigten sich bald. Diese Hilfsparteien, besonders die Iren, wurden so übermütig, daß schon wenige Wochen nach den Wahlen der Rücktritt des Ministeriums oder die Auflösung des Parlaments unausbleiblich erschien. Mühsame Verhandlungen hielten das noch auf, aber die Regierung wurde immer mehr in das radikale Lager gedrängt, während die Unionisten eine zuverlässige Stütze an dem Oberhause hatten. Dazu kam im Mai der Tod König Eduards VII., auf dessen vermittelndes Eingreifen die Lords gerechnet hatten. Nach Erledigung der Gesetzvorlagen über die Zivilliste für seinen Sohn und Nachfolger Georg V. und nach der Abänderung der den Katholiken anstößigen Worte im Krönungseid versuchte man durch eine aus Mitgliedern beider Parteien bestehende Konferenz zum Ausgleich über die Vetobill zu kommen, die aber am 10. November ergebnislos sich auflösen mußte. Die Regierung glaubte durch die Ende November bewirkte neue Auflösung des Parlaments aus allen Schwierigkeiten herauszukommen, besonders da sie in dem Schlagworte „Nieder mit den Vorrechten des Oberhauses" eine zugkräftige Wahlparole gefunden zu haben meinte. Die Wahlen aber bewiesen nichts anderes, als daß die Regierung keinen Fuß breit des im Januar verlorenen Bodens zurückgewonnen hatte. So nahm denn im Mai 1911 das Unterhaus die Vetobill mit 362 gegen 241 Stimmen an, und das Oberhaus am 10. August mit 131 gegen 114 Stimmen. Es werden nunmehr Gesetze, die das Unterhaus dreimal annimmt, von selbst Gesetz, falls zwei Jahre zwischen dem ersten Einbringen eines Gesetzes und der letzten Abstimmung liegen.

Ausstand der Transportarbeiter 23. Mai 1912

10. Dez. 1906 † Campbell-Bannermann 22. April 1908

Ministerium Asquith 6. April 1908

Parlamentswahlen 14. Jan. bis 10. Febr. 1910

† Eduard VII. 7. Mai 1910, Georg V. König

Konferenz über die Vetobill 17. Juli bis 10. Nov.

Auflösung des Parlaments 28. Nov.

Parlamentswahlergebnis 20. Dez. 1910

Vetobill durch das Unterhaus angenommen 15. Mai, durch das Oberhaus 20. Aug. 1911

Bei diesen Kämpfen um die Vetobill traten auch wieder die Home-Rule-Fragen (§ 385) in den Vordergrund. Im Jahre 1907 suchte die liberale Mehrheit dem Ziele der Selbstverwaltung Irlands durch eine Gesetzesvorlage näher zu kommen, wonach 82 gewählte und 29 von der Regierung ernannte Räte die Hauptverwaltung führen sollten, aber ohne gesetzgebende Kraft. Da die irische Nationalistenpartei aber darauf nicht eingehen wollte und auf ihrem schroffen Standpunkte der unbedingten Home-Rule stehen blieb, so zog die Regierung die Vorlage zurück. Zu diesen durch die irische Frage der liberalen

Home-Rule

Regierung bereiteten Schwierigkeiten kam eine neue. Im Jahre 1908 erhob sich eine schottische Home-Rule-Bewegung. Am 26. Mai wurde im Unterhause ein Antrag eingebracht, ein eigenes schottisches Parlament zu bilden und ihm die Gesetzgebung in allen besonderen schottischen Angelegenheiten zu überlassen. So empfahl am 20. November 1910 Sir Edward Grey in einem Wahlaufruf Home-Rule nach dem Muster des kanadischen Systems (§ 391). Der Antrag war ein nicht zu unterschätzendes Zeichen der zentrifugalen Bestrebungen, die durch das ganze britische Reich gehen, wenn sie auch nicht immer deutlich zu erkennen sind. Am 11. April 1912 brachte dann das liberale Ministerium eine neue „Government of Ireland Bill" ein.

Antrag auf Bildung eines schottischen Parlaments 26. Mai 1908

Neue Home-Rule-Bill für Irland 11. April 1912

Diese Bill enthielt folgende Bestimmungen: 1. Irland erhält einen Senat von 40 Mitgliedern, der zunächst von der Reichsregierung, dann von der irischen ernannt wird. 2. Es erhält ein Abgeordnetenhaus von 164 Mitgliedern, die nach dem englischen Wahlrecht gewählt werden. 3. Bei Meinungsverschiedenheit beider Häuser wird durchgezählt, wodurch das Abgeordnetenhaus die Entscheidung erhält. 4. Das irische Parlament darf kein Gesetz erlassen, welches ein religiöses Bekenntnis einführt oder seine Ausübung hindert oder es schützt, oder die Gültigkeit der Ehen von einem religiösen Bekenntnis abhängig macht. 5. Es hat über auswärtige Politik, Heer und Flotte, Posten, Telegraphen und Handel nichts zu sagen. 6. Es kann bloß solche Artikel besteuern, welche in Großbritannien besteuert werden, und darf höchstens 10 prozentige Zuschläge auferlegen. 7. Es ist zuständig für alle innern Angelegenheiten der Insel. 8. Der Lordleutnant oder Königliche Statthalter kann gegen jedes Gesetz auf Anweisung der Reichsregierung ein Veto einlegen oder eine Anwendung hinausschieben. 9. Ins Reichsparlament entsendet Irland statt wie bisher 105 nur noch 42 Vertreter.

Als die Bill in erster Lesung am 11. April die Mehrheit erhielt, kündigte Asquith auch für Schottland und Wales die Übertragung ähnlicher Bestimmungen an. Das bewog die beiden Parteien der Unionisten, die die Einheit des Reichs ungeschmälert erhalten wollten, die Tories unter Donar Law und die liberalen Unionisten unter Chamberlain, sich am 10. Mai 1912 zu einer einzigen Partei zusammenzuschließen. Trotzdem gelang es ihnen nicht, die Bill im Unterhaus zu Fall zu bringen. Am 16. Januar 1913 wurde sie dort in dritter Lesung mit 368 gegen 258 Stimmen angenommen, aber vom Oberhause am 30. Januar abgelehnt. Am 7. Juli 1913 nahm das Unterhaus zum zweiten Male in dritter Lesung mit 352 gegen 243 Stimmen an, aber sie wurde am 15. Juli wiederum vom Oberhause verworfen. Wenn auch in der Bill Bestimmungen getroffen waren, die die evangelischen Bewohner Irlands beruhigen sollten, so erregte sie doch in Ulster die größte Erbitterung. Und als am 19. Juni 1912 ein Antrag der Tories, die evangelischen Teile von Ulster davon auszunehmen, nicht angenommen war, drohte der Bürgerkrieg auszubrechen. Am 15. August 1913 kam es zwischen den fanatischen Orangemen (den Protestanten) und den katholischen Nationalisten in Londonderry zu blutigen Zusammenstößen, die einen trüben Ausblick in die weitere Entwicklung von Irland eröffneten. Die liberale Regierung nahm auch am 7. Juli 1912 die Einführung des allgemeinen Wahlrechts vor, nach welchem alle 21 Jahre alten Engländer nach sechsmonatlichem Aufenthalt an einem Ort, an diesem (früher an zwei Orten) wahlberechtigt sein sollten; jede andere Beschränkung als die durch Alter und Wohnsitz sollte aufgehoben werden. Damit wurden $2\frac{1}{2}$ Millionen neue Wähler geschaffen, etwa 2 Millionen aber, welche die zweite Bedingung nicht erfüllen, blieben vom Wahlrecht ausgeschlossen. Am 12. Juli wurde die Wahlreform vom Unterhause in zweiter Lesung mit großer Mehrheit angenommen, so daß die endgültige Annahme kaum zweifelhaft geworden ist.

Vereinigung der Unionisten in einer Partei 10. Mai 1912

Annahme der Home-Rule-Bill im Unterhaus 16. Jan. 1913

Ablehnung im Oberhaus 20. Januar

Annahme der Home-Rule-Bill im Unterhause 7. Juli 1913

Vom Oberhause abgelehnt 15. Juli

Vorlage des allgemeinen Wahlrechts 17. Juli 1912

Annahme der Wahlreform durch das Unterhaus in 2. Lesung 12. Juli 1912

Bei den verschiedenen Wahlen traten auch die „Suffragets", die Frauenstimmrechtlerinnen, hervor, die durch Straßendemonstrationen Stimmung für das Frauenstimmrecht zu machen suchten, so im Jahre 1909, wo sie vor der Amtswohnung des Premierministers Asquith lärmten und fast sämtlich mit Gefängnis bestraft wurden, auch am 22. November 1910, wo sie den Minister auf der

Suffragets-Demonstration 19. und 22. Nov. 1910

Straße tätlich angriffen. Das wurde noch schlimmer, als Asquith im Jahre 1912 mit der Wahlreform auch das Frauenstimmrecht zum Vorschlag brachte, und das dann mit der Home-Rule-Bill verquickt wurde. Durch die „Konziliations-Bill", die am 28. März 1912 eingebracht wurde, sollten die Frauen, die einen eigenen Haushalt besitzen, das Wahlrecht erhalten. Das Unterhaus lehnte aber das Frauenstimmrecht ab und wiederholte das am 6. Mai 1913. Alles das stachelte die Suffragets zu einer wahren Raserei an, die sich in nichtswürdigen Zerstörungen öffentlichen Eigentums und in Mordversuchen auf die leitenden Männer, besonders auf Asquith, zeigten. Selbst die Verurteilung zu schweren Gefängnisstrafen nutzte nichts, da die festgesetzten Frauen durch Verweigerung der Nahrung eine zeitweise Entlassung aus dem Gefängnis erzwangen und die Geschworenen eine unzeitige Milde gegen sie anwendeten. So mußte z. B. am 3. April 1913 die Führerin der Suffragets, eine Frau Pankhurst, wegen Anstiftung zu einem Bombenattentat auf das Haus des Schatzkanzlers Lord Grey (§ 408) zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt werden; die Geschworenen empfahlen aber ihre Begnadigung. Die liberale Regierung befaßte sich auch mit der wichtigen Frage der Trennung der Kirche vom Staat in Wales, aber obwohl das Unterhaus am 8. Juli 1913 zum zweitenmal in dritter Lesung dafür stimmte, wurde sie doch vom Oberhaus ebenfalls zum zweitenmal am 22. Juli verworfen.

Konziliations-Bill der Frauenstimmrechtsvereine 28. März 1912

Ablehnung des Frauenstimmrechts 6. Mai 1913

Gesetz über Trennung von Staat und Kirche in Wales vom Unterhaus angenommen 8. Juli 1913

Vom Oberhaus abgelehnt 22. Juli

Die Dezentralisierung des Reiches, wie sie mit Kanada (§ 391) begann, in Australien zum fast selbständigen Bundesstaat führte (§ 393), setzte sich weiter fort. Am 31. März 1910 wurde der „Südafrikanische Bund" proklamiert. Die bisherigen Kolonien Kapland, Natal, Transvaal und Oranje traten zu diesem Bunde zusammen mit der Aussicht auf eine spätere Vereinigung mit Rhodesien, das noch unter der Verwaltung der britischen Südafrika-Gesellschaft fortbestehen blieb, bis diese, das Reich und der neue Bund, die Zeit für gekommen erachtet, den ganzen Erdraum vom Kap der guten Hoffnung bis zum Sambesi und zum Tanganjika zu einem einheitlichen Staatswesen zusammenzufassen. Ein großes Ereignis in der Weltpolitik, besonders wegen der dadurch feierlich bekundeten Aussöhnung der beiden Rassen, die erst nach blutigem Ringen (§ 385) dem Kampf um die Vorherrschaft ein Ende machten; dann aber auch ein glänzendes Zeugnis für das kolonialpolitische Verständnis des englischen Volkes.

Südafrikanischer Bund 31. Mai 1910

Von hervorragender Bedeutung aber für die Stärkung und Befestigung der englischen Macht in Indien war am Ende des Jahres 1911 die Reise des Königs und der Königin nach Indien und die dabei auf dem Krönungsdurbar verkündete Verlegung der Regierung von Kalkutta nach Delhi. Delhi ist die natürliche Hauptstadt des Landes; wer Delhi hat, hat Indien (I §§ 6, 12) sagen die Eingeborenen; ja schon der Name bedeutet nichts anders als „Schwelle", d. h. Schwelle zum Reiche Indien. So war auch der gefährliche Aufstand 1857 (§ 223) zugunsten der Engländer entschieden, als sie Delhi den Händen der Aufrührer entrissen hatten. Deshalb wird nun Delhi als Sitz der Regierung vielmehr auf die Eingeborenen wirken als Kalkutta. Der Schwerpunkt des Reiches ist auch stärker nach dem Westen verlegt worden, wo die internationalen Ereignisse in Persien (§ 414) dazu führen können, daß Rußland der unmittelbare Nachbar Indiens wird.

Verlegung der Regierung Indiens nach Delhi 12. Dez. 1911

VI. § 432. Frankreich. Die äußere Politik Frankreichs wurde wie bei den andern Großmächten durch die Marokko- und Balkanfragen wie durch den türkisch-italienischen Krieg bestimmt. Die Marokkofrage führte beinahe zum Kriege mit Deutschland, während sie das Verhältnis zu England inniger gestaltete. Das innere Leben des französischen Volkes wurde hauptsächlich durch kirchliche und soziale Kämpfe bewegt.

Inneres

Der am Anfang des Jahres 1905 durch die Aufdeckung eines schmählichen Delationswesens in der Armee notwendig gewordene Sturz des Ministeriums

Ministerium Rouvier 17. Jan. 1905 3. Juli

Combes (§ 387) und seine Ersetzung durch Rouvier brachte keine Änderung in der sozialistischen Färbung des Kabinetts, bewirkte aber, daß die Arbeit über das Problem der Trennung von Staat und Kirche in weniger schroffer Weise und mit größerer Billigkeit weitergeführt wurde. Nach stürmischen Verhandlungen nahm die Kammer das Gesetz über diese Trennung mit großer Mehrheit an; damit gab es für die Regierung kein Rückwärts mehr, und so wurde denn im Senat, wo noch einmal die Klerikalen vergeblich gegen das Gesetz Sturm liefen, 6. Dez. die parlamentarische Behandlung dieser für Frankreich so bedeutsamen Frage im Dezember endgültig abgeschlossen.

Trennung der Kirche vom Staat

Die leitenden Gesichtspunkte des Trennungsgesetzes sind folgende: Die Republik sichert die Gewissensfreiheit und gewährleistet die freie Ausübung der Kulte unter Einschränkungen, die lediglich die öffentliche Ordnung wahren sollen. Sie erkennt keinen Kultus an und besoldet und unterstützt keinen. Es gibt kein Kultusbudget mehr im Staat, aber in den Departements und Gemeinden dürfen in Anstalten, deren Insassen keinen freien Verkehr nach außen haben, Kultusdiener für ihre Dienstleistungen besoldet werden. Die bestehenden kirchlichen Anstalten mit ihrem öffentlich-rechtlichen Charakter gehen ein, ihr Vermögensstand wird durch die zuständigen Behörden aufgenommen, und es wird dann eine Teilung in der Weise vollzogen, daß der Staat die ihm gehörigen, den Kirchen überlassenen Güter wieder an sich nimmt und die mit Auflagen für mildtätige Zwecke bestimmten Vermögensteile kirchlicher Anstalten den zuständigen bürgerlichen Anstalten überweist: im übrigen treten die neuen freien Kirchenvereine (associations cultuelles) die Nachfolge an. Diese werden nach gemeinem Rechte gebildet und erhalten nur besondere Normen vorgezeichnet, die ihrer Wirksamkeit und ihrem Zwecke entsprechen. Die Fähigkeit, Vermögen anzusammeln, ist streng auf das Maß beschränkt, das zur Erreichung ihres besonderen Zweckes nötig erscheint.

Inventaraufnahme

Die damit notwendig gewordene Aufnahme des Inventars der Kirchen führte zu sehr erregten, ja blutigen Vorgängen in einzelnen Gemeinden, obwohl der Papst, der sich sonst entschieden gegen die Trennung aussprach, dies Vorgehen der Gemeindeglieder scharf rügte. Rouvier konnte das Trennungsgesetz 9. März 1906 nicht mehr durchführen; wegen seiner schwankenden Haltung bei der Inventar-Kabinett Sarrien aufnahme erteilte ihm die Kammer ein Mißtrauensvotum; die Neubildung des Kabinetts wurde dem Senator Sarrien übertragen.

Fallières Präsident 18. Febr. 1906

Mit dem 18. Februar 1906 lief auch die Amtszeit des Präsidenten Loubet ab, der auf eine Wiederwahl verzichtete. An seine Stelle wurde Armand Fallières gewählt.

Enzyklika gegen das Trennungsgesetz 10. Aug. 1906 Ministerium Clemenceau 23. Okt. 1906

Durch die Trennung von Staat und Kirche wurde die Kurie genötigt, sich zu entscheiden, ob sie die Bildung von Kultvereinen vornehmen wolle. Ein Teil der französischen Bischöfe war dazu bereit, aber der Papst verbot es am 10. August 1906 durch eine besondere Enzyklika. Eine Verständigung wurde dann unmöglich, als an Stelle Sarriens der völlig kirchenfeindliche Clemenceau trat. Als die für die Bildung der Kultvereine festgesetzte Frist am 11. Dezember unbenutzt ablief, wies die Regierung den Sekretär des früheren Nuntius aus, nahm seine Papiere in Beschlag, zwang die Bischöfe und Seminarien, die in ihrem Besitz befindlichen staatlichen Gebäude zu verlassen, und wies durch ein Gesetz das Kirchengut dem Staate und den Gemeinden zu. Im Jahre 1907 wurden dann die kirchenpolitischen Gesetze durch die Regelung der Kirchenbenutzung abschlossen, wodurch die Gemeinden die Vollmacht erhielten, Verträge über Kirchenbenutzung mit der Geistlichkeit auf längere Zeit zu vereinbaren. Die Kurie aber lehnte unbedingt die Bestimmung über die Pfarrerstellung ab. Auch im Jahre 1908 verschärfte sich das Verhältnis des Staates zur Kirche noch weiter. Volk und Regierung aber blieben fest in der Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität gegenüber den Kirchen.

Nicht minder wie die kirchlichen nahmen die sozialen Fragen die Aufmerksamkeit des französischen Volkes in Anspruch. Das Grubenunglück in Courrières am 10. März 1906 (§ 427), für dessen Ursache und Ausdehnung man die Bergwerksgesellschaften verantwortlich machte, rief einen großen Bergarbeiterstreik hervor; auch die Pariser Briefträger stellten die Arbeit ein. Das

bewog Clemenceau, nachdem er diese Streiks niedergeschlagen hatte, ein eignes Arbeitsministerium für Sozialpolitik zu bilden und Gesetze über Sonntagsruhe und Arbeiterversicherung einzubringen. Trotzdem hörten die Arbeiterunruhen nicht auf und führten im Jahre 1909 zu einer sehr bedenklichen Arbeitsniederlegung der Pariser Post- und Telegraphenbeamten. Sie richtete sich gegen den Unterstaatssekretär Simyan, veranlaßte schwere Ausschreitungen, störte die Verbindungen mit dem Auslande und übertrug sich auch auf die Provinzialstädte. Da aber die französische Deputiertenkammer der Regierung ihr volles Vertrauen aussprach, beschlossen die Beamten am 23. März, die Arbeit wieder aufzunehmen. Doch kam es schon am 28. April zwischen Simyan und einer Deputation der Beamten zu einem neuen heftigen Zusammenstoß, so daß ein noch größerer Streik derselben auszubrechen drohte, da die Regierung in ihrem Entschlusse fest blieb.

Arbeitsministerium 8. Nov. 1906

Streik der Pariser Post- und Telegraphenbeamten März 1909

Da wurde die Regierung am 20. Juli gestürzt. Clemenceau hatte in der Kammer in einer Entgegnung gegen Delcassé die Wendung gebraucht: „Ich habe Frankreich nicht gedemütigt wie Sie", die seinen Antrag, der Regierung das Vertrauen der Kammer auszusprechen, in der Minderheit ließ. Das neue Ministerium Briand bedeutete keine Änderung des Regierungsprogramms. Auch das Jahr 1910 war ein sozialistisch bewegtes. Ein lang sich hinziehender Streik der eingeschriebenen Seeleute, der in Marseille zu Straßenkämpfen zwischen Arbeitern und Soldaten führte, scheiterte. Am 10. Oktober brach ein Streik der Angestellten der Nordbahn aus, der sich am 12. Oktober auf die dem Staate gehörige Westbahn, die Ostbahn, die Mittelmeerbahn und die Orléansbahn ausdehnte, so daß in ganz Frankreich der Verkehr stillstand. Auch dabei kam es in Paris am 14. Oktober zu Straßenkämpfen zwischen den Demonstranten und der Munizipalgarde. Am bedenklichsten war die Sabotage der Streikenden (die Zerstörung und Unbrauchbarmachung des Arbeitsmaterials), der Maschinen, Telegraphen usw. Diese Verwilderung der Arbeiter dauerte auch das folgende Jahr hindurch. Briand wurde gezwungen, ein neues Ministerium zu bilden ohne den sozialistischen Millerand, der für das Streikrecht der Staatsbeamten eingetreten war. Erst gegen Ende des Jahres konnte der Streik beigelegt werden, ohne daß die Regierung in ihren Gesetzvorlagen zu einem energischen Entschluß gegen künftige ähnliche Ausschreitungen kommen konnte. Schon am 27. Februar 1911 mußte Briand sein Amt niederlegen, nicht wegen einer parlamentarischen Niederlage, sondern nach einem mit geringer Mehrheit errungenen Vertrauensvotum in einer Kongregationsdebatte, bei dem ein großer Teil der Radikal-Sozialisten sich auf die Seite der Gegner des Ministeriums schlug. An seine Stelle trat das Kabinett Monis, in ihm als Minister des Auswärtigen Cruppi und als Marineminister Delcassé (§ 415). Das Kabinett war von Anfang an schwach; den Winzerrevolten in der Champagne und an der Aube, die schon im April ausbrachen, stand es ratlos gegenüber. Den Widerstand des Arbeiterverbandes gegen die Altersversicherung konnte es nur dadurch beseitigen, daß es das Inkrafttreten derselben hinausschob; die Eisenbahngesellschaften wollte es durch ein Ausnahmegesetz zwingen, vor den entlassenen Streikern zu kapitulieren. Als dann ein Unglück auf dem Flugplatz von Issy-les-Moulineaux den Kriegsminister Berteaux hinwegraffte, Monis selbst schwer verwundet wurde und er vom Krankenbett die Regierung zu führen suchte, da brachte eine Zufallsabstimmung seinen Sturz und das Kabinett Caillaux ans Ruder, das einen sehr schweren Stand durch die Marokkoverhandlungen (§ 417) wie durch die noch immer unerledigten sozialen Fragen erhielt. Ein böses Unglück erlitt die französische Marine durch die Explosion der Pulverkammern und den dadurch herbeigeführten Untergang des Linienschiffes „Liberté" und der schweren Beschädigung der „Republique", wobei mindestens 300 Mann mit den Offizieren ums Leben kamen.

Kabinett Briand 24. Juli 1909

Streik in Marseille 19. April 1910

Eisenbahnerstreik 10. Okt.

Neues Kabinett Briand 3. Nov.

Sturz Briands 27. Febr. 1911

Kabinett Monis 1. März

Winzerunruhen 12. April

† Berteaux. Monis verwundet auf dem Flugplatz 21. Mai

Kabinett Caillaux 28. Juni

Explosion der Liberté 25. Sept.

Am 10. Januar löste sich das Kabinett Caillaux auf, weil während der

Kammerverhandlungen über das Marokkoabkommen dem Minister des Auswärtigen de Sevres schlechte Führung der Geschäfte vorgeworfen wurde, und

Kabinett Poincaré 14. Jan. 1912

Poincaré bildete am 14. Januar das neue Ministerium. In ihm widmeten der Marineminister Delcassé (§ 416) und der Kriegsminister Millerand ihre ganze Sorgfalt der Flotte und dem Heere. Besonders gepflegt wurde das Militärflugwesen und die Belebung des militärischen Sinnes der Jugend. Von ganz besonderer Bedeutung wurde die Heeresorganisation, die den Zweck hatte, die französische Heeresstärke der deutschen (§ 423) gleich zu halten. Sie beschäftigte in verschiedenen Gesetzesvorlagen das französische Parlament

Wahl Poincarés zum Präsidenten 17. Jan. 1913

das Jahr 1912 hindurch und wurde im Jahre 1913 durch die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit unter schwierigen Verhältnissen unter dem neuen Präsidenten der Republik und einem andern Kabinett durchgeführt. Am 17. Januar

Kabinett Briand 21. Jan. 1913

1913 wurde Poincaré zum Präsidenten gewählt; er trat sein Amt am 18. Februar an. Die durch seine Wahl erledigte Führung des Kabinetts übernahm

Kabinett Barthou 22. März 1913

Briand am 21. Januar, er wurde aber, wegen einer in der Wahlreformvorlage erlittenen Niederlage schon am 22. März durch Barthou ersetzt.

Annahme der dreijährigen Dienstzeit 19. Juli 1913

Am 6. März 1913 brachte der Kriegsminister Etienne den Gesetzentwurf für die dreijährige Dienstzeit ein, der nach viermonatigem Redekampfe am 19. Juli mit 358 gegen 204 Stimmen von der Kammer angenommen wurde. Es wurde die Gleichheit des Dienstes für alle wehrfähigen Franzosen festgesetzt. Sie gehören dem aktiven Heere drei, der Reserve des aktiven Heeres elf, der Landwehr sieben und der Reserve der Landwehr (Landsturm) sieben Jahre an. Die Einstellung erfolgt mit 20 Jahren. Um vorsichtig zu sein und keine minderwertigen Leute in der Front zu haben, hat das Gesetz Vorschriften für die Aushebungskommission aufgenommen, daß junge Leute von schwächlicher Gesundheit so lange zurückgestellt werden können, bis sie zur Reserve überführt werden. Alle Zurückgestellten haben viermal vor der Aushebungskommission zu erscheinen. Werden sie das letzte Mal für tauglich befunden, müssen sie noch ein Jahr aktiv dienen.

Große Hoffnungen setzt die Heeresverwaltung auf die Anmeldungen zum freiwilligen Dienst und auf die Kapitulanten. Die erhöhten Prämien für letztere und die Vergünstigungen für die Freiwilligen, daß sie sich die Waffengattung und den Truppenteil selbst aussuchen dürfen, werden als wirksame Mittel angesehen. Länger dienende Leute, Unteroffiziere, Gefreite und Gemeine, dürfen sich auf fünf, zehn und fünfzehn Jahre verpflichten, je nach den Sonderbestimmungen, die bezüglich der Kapitulationen von verschiedener Dauer erlassen sind.

Eine der zweifellos wichtigsten Bestimmungen des neuen Gesetzes behandelt die Friedensstärke des Heeres. Es setzt bei den Hauptwaffen die Stärke der Infanteriekompagnien der Deckungstruppen auf 200 Mann, im Inneren des Landes auf 140 Mann, aller Kavallerieregimenter gleichmäßig auf 740 Mann, der fahrenden Batterien bei den Deckungstruppen auf 140 Mann, im Inneren des Landes auf 110 Mann, der reitenden Batterien durchweg auf 165 Mann, der Gebirgsbatterien überall auf 140 Mann, der Fußartilleriebatterien bei den Deckungstruppen auf 160 Mann, im Inneren des Landes auf 120 Mann fest. Dadurch soll die Mindeststärke der ganzen Armee im Frieden auf 674292 Mann und mit einem Zuschlag von 8 Prozent für den Ausfall an Kranken usw. auf 727067 Mann gebracht werden. In diesen Zahlen sind aber noch nicht 31000 Offiziere und Gleichgestellte, noch 28000 Mann Kolonialtruppen, noch 25000 Mann kriegsmäßig organisierte Gendamerie einbegriffen.

Heftige Kämpfe rief die Frage über die Rückwirkung des Gesetzes hervor, schließlich wurde ausdrücklich bestimmt, daß das Gesetz ohne Rückwirkung bleibe auf die unter der Fahne stehenden Jahrgänge 1910, 1911 und 1912, die nur zwei Jahre aktiv zu dienen haben. Daraus folgt, daß das Gesetz tatsächlich erst im Herbst 1916 in Kraft tritt. Aber auch von diesem Zeitpunkte an wird es keine Armee geben, die im Sinne der Gesetzgeber aus Soldaten mit voller dreijähriger Dienstzeit zusammengesetzt sein wird. Denn die Deputiertenkammer hat jedem Soldaten einen Anspruch auf einen Urlaub von 120 Tagen während seiner Dienstzeit zugebilligt. So steht jeder Wehrpflichtige nicht 36 Monate, sondern in Wirklichkeit nur 32 Monate unter der Fahne. Auch darf man wohl darauf gespannt sein, wie sich in der Praxis dieses Zugeständnis der Beurlaubungen aller Leute aus dem Sonderzusatz bewähren und durchführen lassen wird, daß dabei die aus den landwirtschaftlichen Berufen stammenden Leute zur Erntezeit in erster Linie zu berücksichtigen seien. Dabei aber dürfen diese Beurlaubungen zu keiner Zeit über 20 Prozent der Sollstärke jeder Einheit hinausgehen, im Gegenteil, das Normale ist nur 10 Prozent.

Die überaus schwer wiegenden Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Rückwirkung des Gesetzes riefen bei dem empfindlichen Mangel Frankreichs an Arbeitskräften und seiner sinkenden Geburtszahl bedenkliche antimilitaristische Wühlereien im Volke und selbst im Heere hervor, die nur mit Gewalt unterdrückt werden konnten. In Toul, Belfort, Paris, Nancy, Orleans, Rodez, Charleville, Narbonne und zahlreichen anderen Orten kam es zu erheblichen Unruhen unter den Soldaten, bei denen der „Allgemeine Arbeiterbund" seine Hand im Spiele hatte. Gegen die Ausreißer, die sich der Einziehung entzogen, und die Fahnenflüchtigen, deren Zahl im Jahre 1912 auf 9666 und 2496 gestiegen war, mußten besondere Strafbestimmungen und Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Dennoch übertraf das Ergebnis der Gestellung der Zwanzigjährigen im September 1912 alle Erwartungen. Denn man schätzt, daß das Gesamtkontingent dieser Jahresklasse, die bald unter die Fahnen tritt, mindestens 185 000 Mann betragen werde. Besondere politische Kämpfe verbanden sich mit der Einbringung einer Wahlreform, die am 10. Juli 1912 angenommen wurde.

Antimilitaristische Kundgebungen 18. bis 25. Mai 1913

Wahlgesetz 10. Juli 1912

Danach bildet jedes Departement einen Wahlkreis. Die Zahl der einem Wahlkreise zuzuteilenden Sitze wird nach der Zahl der Einwohner französischer Nationalität berechnet. Jeder Wahlkreis wählt einen Deputierten auf 70 000 Einwohner und auf einen über 20 000 hinausgehenden Bruchteil. Auf je 22 500 Wähler entfällt ein Abgeordneter, so daß die übergroße Zahl der Abgeordneten auf 77 vermindert wurde. Niemand kann in mehr als einem Wahlkreis Kandidat sein; damit sollte etwaigen cäsaristischen Plänen vorgebeugt werden. Es findet Listenwahl statt. Die Listen werden für jeden Wahlkreis durch Kandidatengruppen gebildet, die gleichzeitig von 200 im Wahlkreise eingeschriebenen Wählern aufgestellt werden. Diese Kandidaten haben in einer von ihnen unterzeichneten und gesetzlich anerkannten Erklärung die Kandidatur anzunehmen. Die Listen können nicht mehr Kandidaten enthalten, als Abgeordnete in dem Wahlkreise vorhanden sind. Jede einzelne Kandidatur wird in Rechnung gestellt, als ob sie für sich allein eine Liste bilde.

Endlich wurde der Dreyfus-Prozeß (§ 381), der das Land so lange Jahre in Aufregung erhalten hatte, abgeschlossen. Der Kassationshof hob nach neuen, eingehenden Verhandlungen am 11. Juli 1906 das im Jahre 1899 in Rennes über Dreyfus gefällte Urteil auf, ohne es an eine andere Instanz zu verweisen. Die Deputiertenkammer und der Senat genehmigten die Wiederherstellung von Dreyfus und auch die des Generals Picquart; am 21. Juli 1906 erhielt Dreyfus sogar das Kreuz der Ehrenlegion. Picquart aber trat am 23. Oktober als Marineminister in das Kabinett Clemenceaus ein. Ein politisches Nachspiel hatte der Dreyfus-Handel noch im Jahre 1913. Der Kriegsminister Millerand verfügte die Wiederaufnahme des Oberstleutnants Du Paty de Clam, der damals mit die schlimmste Rolle gespielt hatte, in die Liste der inaktiven Offiziere. Die radikale Partei erhob einmütig Einspruch dagegen und so gab Millerand, um eine allgemeine Ministerkrisis zu vermeiden, am 12. Januar seine Entlassung. An seine Stelle trat der bisherige Kolonialminister Lebrun.

Aufhebung der Verurteilung Dreyfus' 11. Juli 1906

Lebrun Kriegsminister 12. Jan. 1913

VII. § 433. Die Pyrenäenhalbinsel. 1. Spanien (§ 388) hat in dem letzten Jahrzehnt vor inneren Kämpfen nicht zur Ruhe kommen können, und die Marokkofrage zog es in den Kreis der internationalen Politik. Ebenso litt Portugal schwer unter den inneren Wirren, die schließlich zur Vertreibung des Königs und zur Erklärung der Republick führten.

1. In Spanien herrschte seit dem Januar 1907, wo das Kabinett Maura die Regierung übernommen hatte, der Klerikalismus, gegen den sich Liberale, Demokraten und Republikaner zu einer Koalition vereinigten. Die Regierung versuchte durch einen Zug gegen die Rifkabylen an der Nordküste Afrikas die Aufmerksamkeit von der innern Lage abzulenken, aber Widersetzlichkeiten der Truppen bei der Einschiffung in Barcelona führten zu offener Empörung und der Schreckenswoche vom 26. bis 31. Juli, in der Klosterzerstörungen und Hinschlachtungen von Priestern und Nonnen die furchtbaren Zustände Spaniens aufdeckten. Maura suchte durch Aufhebung der Verfassung und Ausnahmegesetze seine Gegner zu unterdrücken, aber die Hinrichtung des Leiters der „Modernen

Schreckenswoche in Barcelona 26.—31. Juli 1909

Hinrichtung Ferrers 13. Okt. Schule" Ferrer, die in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregte, brachte
Kabinett Moret 21. Okt. seinen Sturz und ein liberales Ministerium Moret, das die Verfassungsrechte
Kabinett Canaleja 9. Febr. 1910 wiederherstellte. Moret machte aber schon Anfang des Jahres 1910 dem Kabinett Canaleja Platz, das durch seine entschiedene Politik in der Marokkofrage und vor allem gegenüber dem Vatikan und dem Klerus die immer wiederkehrenden republikanischen und sozialistisch-anarchistischen Regungen, allerdings unter Aufhebung der Verfassungsbürgschaften, unterdrücken konnte. Seine Stellung erschien aber erschüttert am Ende des Jahres 1911, wo Alfons XIII. das Motu proprio über die Gerichtsbarkeit des Klerus (§ 426) durch seine Unterschrift für Spanien
Canaleja ermordet 12. Nov. 1912 als gültig anerkannte. Für diesen Umschwung der Dinge bildete die marokkanische Aktion eine willkommene Kulisse. Am 12. November 1912 wurde Canaleja
Kabinett Romanones 16. Nov. 1912 durch einen Anarchisten Serrato in Madrid erschossen, sein Nachfolger wurde der liberale Kammerpräsident Graf Romanones. Da legten Maura und mit ihm auch etwa 40 Abgeordnete und viele Senatoren ihre Mandate am 1. Januar 1913 nieder, nahmen ihren Verzicht aber wieder am 10. Januar zurück. Der tiefgehende Gegensatz zu den Konservation veranlaßte Romanones
Neues Kabinett Romanones 14. Juni 1913 am 30. Mai seinem Amt zu entsagen, doch nahmen er und das Ministerium mit geringen Veränderungen auf Bitten des Königs es wieder auf. Aber schon am 26. Oktober mußte er einem konservativen Kabinett Dato weichen.
Kabinett Dato 26. Okt.

§ 434. 2. In Portugal (§ 388) wechselten unablässig die Ministerien, so daß die nötigen Reformen nicht vorgenommen werden konnten. Als Ende Januar 1906 von der Regierung, um die republikanischen Bewegungen zu beseitigen, die verfassungsmäßigen Freiheiten unterdrückt wurden, kam es zu wiederholten
Ermordung des Königs Manuel II. König 1. Febr. 1908 Straßentumulten in Lissabon, und am 1. Februar wurden der König Carlos I. und der Kronprinz Dom Louis Philipp bei einer Fahrt durch Karabinerschüsse ermordet, der Prinz Manuel leicht verwundet. Manuel II. übernahm die Regierung. Auch unter ihm kehrte die Ruhe nicht zurück, die Ministerien wechselten in kurzen Zeitabständen. Dazu kamen die Umtriebe des klerikalen Einflusses am Hofe und die betrügerischen Handlungen der Beamten, die die Gärung immer heftiger werden ließen. Heimliche Verschwörungen wurden im Anfange des Jahres
Dom Alfonso Kronprinz 18. März 1910 1910 gemeldet. Um die Regierung zu stärken, legte Dom Alfonso, Herzog von Oporto, der Onkel des Königs, den Eid auf die Verfassung ab, wodurch er offiziell
Auflösung der Kammer 27. Juni als Kronprinz anerkannt wurde. Er mußte, um die Opposition zu brechen, die Kammern auflösen. Die Wahlvorbereitungen und die Umtriebe der Klerikalen, welche
Neuwahlen 28. August die Neuwahlen verhindern wollten, vergrößerten die Unzufriedenheit. Trotzdem vollzogen sie sich in großer Ruhe. Aber die Ermordung eines Irrenarztes, des antiklerikalen Abgeordneten Professor Bombarda, veranlaßten den vorzeitigen Ausbruch
Revolution in Portugal 4.—6. Okt. einer in der Marine und in einem Teile des Landheeres für den 20. November vorbereiteten Revolution. Der König und die Königin-Mutter Marie Amalie flüchteten nach dem nahen Cintra und von dort an die Küste nach Mafra. Der Herzog von Oporto wurde nach tapferer Gegenwehr an der Spitze der königstreuen Gebirgsartillerie zum Rückzuge gezwungen. Die siegreichen Meuterer riefen die Republik aus und setzten eine provisorische Regierung ein unter dem Prä-
11. Okt. 1910 sidenten Theophilo Braga. Die königliche Familie war von Mafra nach Gibraltar gefahren und begab sich von dort auf einem englischen Schiffe nach England. Der König hatte noch am 5. Oktober von der Jacht „Amalie" eine Kundgebung an das portugiesische Volk erlassen, die aber der Ministerpräsident Teixeira in der Tasche behielt und die erst viel später bekannt wurde. Sie lautete:

Durch die Verhältnisse gezwungen, fühle ich mich genötigt, mich an Bord der königlichen Jacht „Amalia" einzuschiffen.

Ich bin Portugiese und werde es immer bleiben.

Ich habe die Überzeugung, meine Pflicht als König stets getan und mein Herz und mein Leben in den Dienst meines Landes gestellt zu haben.

Ich hoffe, daß das Land, hiervon überzeugt, meine Rechte und meine Ergebenheit anerkennen wird.

Es lebe Portugal!

Veröffentlichen Sie dies, soweit Ihnen dies möglich ist. Manuel.

Der vertriebene König heiratete am 4. September 1913 die Prinzessin Auguste Viktoria von Hohenzollern-Sigmaringen. Die offizielle Feier der Gründung der Republik unter der grünroten Flagge fand am 9. Oktober statt. Durch Dekrete der provisorischen Regierung wurde der Adel und die Erste Kammer für abgeschafft erklärt. Die Dynastie Braganza wurde verbannt und für die kirchlichen Wohltätigkeitsanstalten die Verweltlichung verfügt. In dieser Verfügung zeigte sich klar der antiklerikale Charakter der Revolution. Schon am 7. Oktober war die Auflösung aller katholischen Kongregationen verkündet worden, deren Mitglieder das Land binnen 24 Stunden verlassen sollten; am 9. Oktober wurden mehrere Klöster gestürmt, Mönche und Nonnen vertrieben. Der römische Nuntius verließ Portugal am 21. Oktober, die Prälaten schlossen sich aber sämtlich der Republik an. Die Botschaft bei der Kurie wurde in eine Gesandtschaft umgewandelt und ein weit über das deutsche und französische Recht hinausgehendes Ehescheidungsgesetz erlassen. Am 21. April 1911 wurde dann das Gesetz über die Trennung von Staat und Kirche veröffentlicht und, da der zum größten Teil monarchistisch gesinnte Klerus es nicht anerkannte, mit äußerster Strenge verfahren. Nachdem die Ende Mai gewählte Nationalversammlung im August die Verfassung genehmigt hatte, erkannten die Mächte die Republik an. Wider Erwarten blieben nicht die Männer der provisorischen Regierung am Staatsruder, sondern der Generalstaatsanwalt Manuel d'Arriaga wurde Präsident. Der gekränkte Ehrgeiz der Nichtgewählten ließ alsbald den alten Parteihader in den Cortes wieder aufleben. Die Einfälle der Royalisten unter ihrem Führer Conceiro wurden von der Regierung nur mit großer Mühe zurückgeschlagen, so daß es am Ende des Jahres 1911 fraglich wurde, wie lange die Republikaner sich halten würden, die zudem die mächtige Geistlichkeit und damit auch die Frauen zu Gegnern hatten. Dennoch blieb die Republik bestehen. Auch ein zweiter Versuch Conceiros am 7. und 8. Juli 1912 in Portugal einzufallen, blieb wegen der Feigheit der Royalisten im Lande selbst erfolglos. Die monarchische Gefahr verschwand, dagegen entstand eine nicht geringere in den Aufruhrversuchen der Gewerkvereinler im Jahre 1913, die von der Republik den Anbruch des goldenen Zeitalters erwartet hatten und nun schwer enttäuscht waren. Am 27. April wurde von ihnen in Lissabon ein Handstreich versucht, der aber rasch bewältigt wurde, und ebenso ging es am 20. Juli. Der Bruch mit Rom blieb bestehen, und am 30. Mai 1913 wurde auch die Gesandtschaft beim Vatikan aufgehoben. Die Presse blieb geknebelt, und die Freiheit der Rede wie auch des Gedankens wurde in die ärgsten Schranken gezwängt. Das Land befand sich in den traurigsten Verhältnissen.

Heirat des Königs Manuel mit Auguste Viktoria von Hohenzollern 4. Sept. 1913
Portugal Republik 9. Oktober
17. Oktober
Verbannung aller Kongregationen 7. Oktober
Trennung von Staat und Kirche 21. April 1911
Nationalversammlung 28. Mai
Verfassung 18. August
Manuel d'Arriaga Präsident 24. August
Einfall der Royalisten 3. Oktober
Einfall Conceiros 7. u. 8. Juli 1912
Aufhebung der Gesandtschaft beim Vatikan 30. Mai 1913

VIII. § 435. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der äußeren Politik der Vereinigten Staaten drückte ebenso wie der inneren bis zum Jahre 1909 die Präsidentschaft Roosevelts (§ 391) den Stempel auf. In der äußeren Politik förderte er die Ideen des Imperialismus weiter, verstand es aber, durch seine umsichtige Mäßigung den mehr als einmal drohenden Krieg mit Japan zu verhindern; in der inneren Politik gewann er auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete wichtige Erfolge, wenn er auch seine Absichten nicht völlig durchführen konnte.

Die Präsidentschaft seines Nachfolgers Taft stand im Zeichen einer energischen Wirtschaftspolitik. Die Einmischung in die ostasiatischen Angelegenheiten (§§ 410—413), das Liebeswerben um Südamerika, das Angebot zollpolitischer Gegenseitigkeit an Kanada, das alles waren Maßregeln, die die Ausdehnung des amerikanischen Marktes bezweckten und zum großen Teile erreichten. Vor eine äußerst wichtige Frage aber wurden die Vereinigten Staaten durch die Revolution in Mexiko gestellt, die auch dem

neuen Präsidenten Woodrow Wilson, welcher von der seit 1897 zum erstenmal wieder siegreichen demokratischen Partei gewählt worden war, noch schwere Sorgen bereitete.

Um für die in Zukunft auf dem Großen Ozean wohl unvermeidbare Entscheidung mit den asiatischen Mächten, vornehmlich mit Japan, sofort die Flotte der Vereinigten Staaten zur Hand zu haben, setzte Roosevelt seine ganze Tatkraft an den Ausbau des Panamakanals, der am 21. Juni 1906 endgültig als Schleusenkanal beschlossen wurde. Das Bestreben der Vereinigten Staaten, den Kanal möglichst für sich auszubauen, führte, wie wir gesehen haben, zu internationalen Verwicklungen (§ 419). Ebenso war er bemüht, für die Vermehrung der Flotte Sorge zu tragen. Die hohen Forderungen stießen aber auf starken Widerspruch im Kongreß, obwohl der gewaltige Reichtum des amerikanischen Volkes, der sich am deutlichsten bei dem raschen Aufbau des durch ein

Erdbeben in San Francisco 18. April 1906

furchtbares Erdbeben völlig zerstörten San Francisco zeigte, diese Kosten leicht überwinden konnte. Gegen die eigensüchtige und wirtschaftlich oft sehr ungesunde und gefährliche Ausnutzung der durch diesen Reichtum angehäuften Riesenvermögen, die vor allem in verschiedenen Trusts zu den bedenklichsten Machenschaften führte, wandte Roosevelt sich mit aller Macht. Die im Juli des Jahres über die schlimmen Zustände in den Chicagoer Schlachthäusern gemachten Enthüllungen riefen den allgemeinen Unwillen hervor und halfen dem Präsidenten trotz des scharfen Widerstandes der Repräsentantenkammer ein

Fleischbeschaugesetz 29. Juni 1906

Gesetz über die Fleischbeschau durchbringen, das eine Inspektion der Schlachthäuser auf Kosten der Regierung bestimmte. Allerdings wußte es der Fleischtrust zu verhindern, daß ihm die Kosten dieser Fleischbeschau übertragen wurden. Den großen Eisenbahngesellschaften wurde verboten, die zu transportierenden Waren selbst herzustellen und sich durch Ausnahmetarife ein Monopol

Verurteilung des Öltrusts August 1907

zu schaffen; sie mußten sich auf den Transport selbst beschränken. Der Öltrust wurde im Jahre 1907 durch das Gericht in Chicago wegen ungesetzlicher Tarifabkommen mit den Eisenbahnen zu einer Strafe von fast 30 Millionen Dollar verurteilt. Aber die für das Jahr 1908 bevorstehende Präsidentenwahl wirkte lähmend auf dieses Vorgehen gegen die Trusts ein. — Auch für eine gesunde Sozialpolitik trat Roosevelt entschieden ein. Noch in einer seiner letzten Botschaften vom 8. Dezember 1908 suchte er zu erwirken, daß ein größerer Anteil der Lohnarbeiter an dem Eigentum an Eisenbahn, Fabrik und Geschäften herbeigeführt, die Kinderarbeit verboten, die Frauenarbeit vermindert und die Arbeitszeit aller Handwerker herabgesetzt würde. So gelang es ihm im Jahre 1907, nach einem großen Eisenbahnarbeiterstreik zur Verhinderung der Eisenbahnunfälle die Arbeitszeit der Eisenbahner auf den Bahnen, die mehrere Staaten berühren, zu verkürzen. Trotz allen Versuchungen, die an Roosevelt herantraten, lehnte er eine Wiederwahl zum Präsidenten ab, obwohl sie zweifellos gewesen wäre. So wurde denn am 3. November 1908 der Kandidat der Republikaner

Taft Präsident 3. Nov. 1908

William Howard Taft, dessen Persönlichkeit eine Bürgschaft für die Fortsetzung der kraftvollen Politik Roosevelts bot, während von dem Gegenkandidaten Bryan das Gegenteil zu erwarten war, mit 302 gegen 181 Wahlstimmen gewählt. Am 4. März 1909 trat er sein Amt an.

Im Mittelpunkt der von ihm angekündigten Handelspolitik stand die Reform des Zolltarifs, der von dem Antragsteller Payne seinen Namen erhielt. Dieser

Payne-Tarif 5. Aug. 1909

Payne-Tarif wurde als Doppeltarif angelegt. Der Mindesttarif ist demnach der Generaltarif, den alle Länder erhalten, die Amerika nicht unterschiedlich behandeln; der Höchsttarif stellt die Strafe für unterschiedliche Behandlung dar und besteht in einem Zollanschlag von 25 Prozent des Wertes der betreffenden Ware. Mit diesem Höchsttarif als Drohmittel brachte Taft nahezu alle Länder

Spaltung der Republikanischen Partei Anfang 1910

außer dem freihändlerischen England dazu, Amerika zollpolitische Zugeständnisse zu machen. Die Auswüchse des Trustwesens veranlaßten Anfang des Jahres 1910 eine Spaltung der Republikaner. Es trennte sich von ihnen die

Gruppe der „Insurgenten", die sich selbst „Progressisten" nannten und Gegner der übertriebenen Schutzzollpolitik wurden, die andere Gruppe, die mit der Parteileitung zufrieden war, legte sich den Namen der „Korrekten" bei. Durch scharfes, gerichtliches Vorgehen gegen das Trustwesen gelang Taft eine Versöhnung der Insurgenten. Auch die Demokraten schieden sich in eine rechte und linke Hälfte, auch unter ihnen gab es Anhänger und Gegner der Trusts. Diese parteipolitischen Wandlungen fanden nun bei den Kongreßwahlen im November einen überraschenden Ausdruck; die Herrschaft der hochschutzzöllnerischen Republikaner wurde gebrochen, und die Demokraten errangen im Repräsentantenhause seit 16 Jahren zum erstenmal die Mehrheit. Die Expansionspolitik des Staatssekretärs Knox zeigte sich in der Angliederung Spitzbergens, der Bevormundung der Republik Liberia, wo die Amerikaner durch eine Sonderbotschaft des Präsidenten als Garantie für eine Anleihe die Kontrolle über die liberischen Zölle, Mitwirkung bei der Regelung der Finanzverhältnisse usw. verlangten. Die Bestrebung des Staatssekretärs im Jahre 1910, gegen das Übergewicht Rußlands und Japans in der Mandschurei eine Vereinigung aller Mächte, die mit China im Vertragsverhältnis stehen, zu schaffen, um die mandschurischen Eisenbahnen unter ihre gemeinsame Verwaltung zu stellen, mißlangen, sie erzielten nur den engeren Zusammenschluß Rußlands und Japans (§ 411), und mit Japan drohten ernste Verwicklungen, die auch im Laufe des Jahres 1913 noch nicht erledigt waren. Seine Wiederwahl zum Präsidenten im Jahre 1912 hoffte Taft durch zwei große Erfolge seiner Politik zu erreichen. Doch beide schlugen fehl. Der erste Erfolg sollte das Zollgegenseitigkeitsabkommen mit Kanada sein. Die beiden Regierungen wurden handelseinig, und auch die Durchbringung des Abkommens in beiden Häusern des Kongresses gelang. Aber die vielleicht beabsichtigten unvorsichtigen Bemerkungen demokratischer Freunde des Abkommens über eine baldige auch politische Verschmelzung der Union verdarben den Sieg; sie gaben den imperialistischen Gegnern des Abkommens in Kanada die Mehrheit gegen das Kabinett Laurier, das in den Parlamentswahlen zu Fall gebracht wurde. Man fürchtete in Kanada den Verlust der politischen Selbständigkeit, auch die Furcht vor der harten Faust, die die Union den Südamerikanern zu spüren gab, wirkte dabei mit. Den zweiten Erfolg glaubte Taft zu erringen durch den Vorschlag eines lückenlosen Schiedsgerichtsvertrages mit England. Auch hierbei wurden die Regierungen einig. Obwohl der Vertrag nur im geringen Maße den Erwartungen der Friedensfreunde aller Länder entsprach, wollten auch Frankreich, Japan und endlich auch Deutschland auf seiner Grundlage mit der Union solche Verträge eingehen oder erwägen. Aber der amerikanische Senat änderte den Entwurf so wesentlich um, daß er für andere Mächte unannehmbar wurde. So zog ihn Taft zurück. Einen allerdings bedeutenden Vorteil erlangte Taft aus diesem Versuche, indem die Hoffnung auf den Vertrag England bestimmte, seinen Bündnisvertrag mit Japan abzuändern (§ 411). Die Bemühungen Tafts für eine Wiederwahl als Präsident blieben erfolglos. Als Mitbewerber gegen ihn trat Roosevelt auf, und als der republikanische Parteikonvent in Chicago am 23. Juni mit großer Mehrheit sich für Taft erklärte, trennten sich die Anhänger Roosevelts von der Partei, bildeten eine neue „Fortschrittspartei" und stellten ihn als Kandidaten auf. Die demokratische Partei aber ließ Bryan nunmehr fallen und erklärte sich für den Professor und Gouverneur von New Jersey Woodrow Wilson. Während des überaus erbittert geführten Wahlkampfes wurde auf Taft am 29. August in Kolumbus in Ohio durch eine geisteskranke Frau ein Mordversuch gemacht, der glücklicherweise verhindert werden konnte, und am 15. Oktober wurde Roosevelt in Milwaukee auf dem Wege zu einer Wählerversammlung durch einen Schuß eines irrsinnigen Arbeiters an der Brust leicht verletzt; er genas bald wieder. Die Wahl am 4. November ergab den

Versöhnung der Insurgenten 15. Sept. 1910

Kongreßwahlen, Sieg der Demokraten 8. November

Angliederung Spitzbergens 21. Jan. 1910

Gegenseitigkeitsvertrag mit Kanada 19. Jan. 1911

Republikanischer Parteitonvent in Chicago 23. Juni 1912

Mordversuch auf Taft 29. Aug. 1912

Mordversuch auf Roosevelt 15. Okt.

Wilson zum Präsident gewählt 4. November

Sieg Wilsons. Für ihn stimmten 442 Wahlmänner, für Roosevelt 77, für Taft 12.

Am 4. März 1913 trat er sein Amt an. Ihn und die demokratische Partei erwarteten harte und schwierige Aufgaben, die die äußere Politik mit den mexikanischen Wirren, den zentralamerikanischen Revolutionen und der englischen Zollfrage stellte, und die innere mit der Beuteverteilung an die Parteigenossen, der Entscheidung in den Tariffragen zwischen den Schutzzöllnern und reinen Finanzzöllnern. Vor allem wünschte das amerikanische Volk statt der bisherigen Reden Taten zu sehen. Die von Wilson und Bryan, der sein Staatssekretär geworden war, verkündete „Selbstbeschränkung", die Verurteilung der „Dollarpolitik", der „Pacifismus" die wirtschaftlichen Versöhnung mit dem Auslande, die „Nichteinmischung" in die Angelegenheit fremder Staaten erwiesen sich bald als leere Versprechungen. Die wirtschaftliche Versöhnung kennzeichnete die Frage des Panamakanals (§ 419), und die Nichteinmischung in die Angelegenheit fremder Staaten trat nicht minder klar hervor in der im Juli 1913 angekündigten Schutzherrschaft über Nicaragua, die von demokratischer Seite selbst als eine Kubanisierung ganz Mittelamerikas und als eine Verleugnung demokratischer Grundsätze aufgefaßt, aber trotzdem als notwendig zur Sicherung des Panamakanals und als Warnung an die Außenwelt, die Hände vom amerikanischen Boden zu lassen, angesehen wurde. Auch der Farquahr-Trust, der nach seinem Gründer genannte große nordamerikanische Trust, der alle Verkehrsmittel und alle noch freien Ländereien von ganz Südamerika in seiner Hand vereinigen will, rief namentlich in Brasilien, wo er schon insgesamt $5\frac{1}{2}$ Millionen Hektar Landflächen besitzt, große Besorgnis hervor. Am bedenklichsten aber wurde die „Dollarpolitik" in der Behandlung Mexikos.

IX. § 436. Mexiko. Das größte Aufsehen erregte im Jahre 1911 die durch Taft angeordnete Mobilisierung eines großen Teiles des amerikanischen Heeres in Texas zur Einwirkung auf die in Mexiko ausgebrochene Revolution. Der Präsident Mexikos, Porfirio Diaz (§ 392), unter dessen straffem, ununterbrochenem Regiment seit 1884 sich die Republik in der trefflichsten Weise entwickelt hatte, glaubte in der Berufung Ramon Corrals im Jahre 1904 zum Vizepräsident für eine stetige Weiterentwicklung seiner großen Schöpfungen am besten gesorgt zu haben. Aber er verstärkte dadurch nur die Gegnerschaft im Lande. Die so lange ausgeschlossenen Gegner verlangten je länger, desto stürmischer nach der Staatskrippe. Das leicht erregbare Freiheitsgefühl der amerikanischen Republikaner ertrug nicht die Herrschaft eines einzelnen Mannes, mochte er auch noch so bedeutend sein. Allerdings wurden Diaz und Corral mit großer Mehrheit im Jahre 1910 wiedergewählt, aber die schon vor der Wahl entstandenen Unruhen wurden immer stärker, und Ende November brach der Aufstand unter der Führung Francisco Maderos aus, der sich über einen großen Teil Mexikos verbreitete. Es gelang zunächst dem tatkräftigen Zugreifen der Regierung, den Aufstand zu unterdrücken, aber im folgenden Jahre flammte er um so mächtiger empor. Diaz sah sich genötigt, öffentlich bekannt zu machen, daß er beabsichtige, sein Amt niederzulegen, sobald der Friede wiederhergestellt sei. Als dann die Aufständischen in dreitägigem Kampfe Juarez besetzten, es zur Hauptstadt erklärten und eine provisorische Regierung einrichteten, da legte Diaz offiziell die Präsidentschaft nieder. Bis zu den Neuwahlen sollte der Minister des Äußeren de la Barra die Präsidentschaft führen. Diaz hatte sich zu diesem Schritte erst entschlossen, nachdem es in der Stadt Mexiko zu blutigen Straßenkämpfen gekommen war. Als er sich nun nach Veracruz zur Abreise nach Europa begab, wurde der Eisenbahnzug von Aufständischen überfallen. Bei dem sich entspinnenden Kampfe, den der greise Diaz unerschrocken noch selbst leitete, wurden sieben Personen getötet. Diaz blieb unverletzt. Nach seinem Rücktritt kam es in Mexiko zu einem blutigen Bürgerkrieg. Madero wurde zum Präsidenten gewählt, aber die Ruhe kehrte nicht in das Land

Wiederwahl Diaz' 26. Juni 1910

Aufstand Maderos 21. Nov. 1910

Erklärung Diaz 7. Mai 1911

Juarez besetzt 11. Mai

Diaz legt die Präsidentschaft nieder 25. Mai

Madero von den Revolutionären gefangen

zurück. Denn Madero erwies sich völlig unfähig, Ordnung zu schaffen, besonders da er die den Aufständischen gegebenen Versprechungen, die reichen Landräuber ihrer ungerecht erworbenen Besitzungen zu entkleiden und sie unter den Peonen, den kleinen Leibeigenen, aufzuteilen, nicht einlösen konnte. Auch die Bevorzugung seiner Familie bei Besetzung der Ämter sowie die rasche Vergeudung des Staatsschatzes machten böses Blut. So konnte der Bandenhäuptling „General" Zapata ungestraft sein Wesen treiben, und Anfang des Jahres 1912 brachen neue Unruhen aus, die eine Lossagung der Nordstaaten und eine Selbständigkeitserklärung unter einem eigenen Präsidenten befürchten ließen.

Am 5. Mai 1912 proklamierten in Juarez die Aufständischen den General Emilio Vasquez Gomez zum provisorischen Präsidenten. Ein Neffe des Expräsidenten, General Felix Diaz, besetzte am 16. Oktober Veracruz, wurde aber schon am 23. Oktober von den Bundestruppen gefangen genommen und zum Tode verurteilt. Aber es gelang ihm im Februar 1913 freizukommen und in der Hauptstadt Mexiko durch eine Armeerevolution, nach mehrtägigen Kämpfen am 18. Februar den Präsidenten Madero gefangen zu nehmen und ihn zum Rücktritt zu zwingen. Madero und der Vizepräsident Suazer wurden einige Tage später, am 23. Februar, bei einem „Befreiungsversuche", wie man sagte, erschossen. Sein Nachfolger wurde Huerta. Doch auch dieser konnte dem Lande den Frieden nicht bringen. In den immer wieder ausbrechenden Unruhen — am 14. Juli 1913 wurde eine Verschwörung zur Ermordung Huertas und Felix Diaz' entdeckt — spielte nun seit dem Sturze des alten Diaz die Washingtoner Politik ihre eigenartige Rolle.

Madero von den Revolutionären gefangen 18. Febr. 1913
Madero erschossen 23. Febr.
Huerta Präsident

Taft hatte am 8. März 1911 ein Drittel der amerikanischen Truppen an der Nordgrenze Mexikos in Kriegsbereitschaft stellen lassen, um nach seiner offiziellen Erklärung der Neutralität der Vereinigten Staaten den Respekt zu sichern, die Bildung einer unabhängigen Regierung im nördlichen Mexiko zu verhindern und die Ausländer und ihr Eigentum zu schützen. Zu einer Einmischung in die mexikanischen Angelegenheiten aber kam es bis zum Jahre 1913 nicht. Doch unterstützten die Nordamerikaner die gegen die straffe Regierung Huertas mehr und mehr sich im Nachteil befindenden Rebellen mit Geld, Waffen, Munition und Freiwilligen und weigerten sich entschieden, Huerta als Präsidenten anzuerkennen, was sämtliche europäische, lateinisch-amerikanische und asiatische Staaten getan hatten. Als nun im Juli und August Huerta ganz bedeutende Fortschritte im Kampfe gegen die Rebellen machte, außerdem das Eintreffen eines japanischen Sondergesandten in Mexiko ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen Japan und Mexiko gegen die Vereinigten Staaten fürchten ließ und Huerta sich weigerte, den neuen amerikanischen Sondergesandten John Lind, der am 9. August in Veracruz eintraf, zu empfangen und die amerikanischen Ansprüche scharf zurückwies, schienen ernste Verwicklungen bevorzustehen. Aber Wilson scheute doch vor einem Kriege zurück, der nach allgemeiner Überzeugung der Amerikaner langwierig, blutig und kostspielig sein würde und bei seiner dereinstigen Beendigung noch die Auseinandersetzung mit Japan herbeizuführen drohte. So empfahl er denn in einer Sonderbotschaft über Mexiko am 27. August 1913 Geduld. „Ungeduld unsererseits," so sagte er in ihr, „wäre kindisch, wir müssen in Geduld und Nachsicht bis zum Äußersten gehen. Ein nachhaltiger moralischer Druck wird binnen wenigen Tagen das Bollwerk des Stolzes und Vorurteils niederbrechen. Wir werden als Freunde Mexikos eher triumphieren denn als seine Feinde." Die Antwort Mexikos lautete dagegen wiederum schroff, und so bleiben die Befürchtungen der Entscheidung durch die Waffen bestehen, besonders, da am 30. Oktober unter dem Druck der mexikanischen Regierung Huerta zum Präsidenten und der Kriegsminister Blanquet zum Vizepräsidenten gewählt wurden.

Mobilmachung der amerikanischen Truppen 8. März 1911

Sonderbotschaft über Mexiko 27. Aug. 1913

Huerta Präsident 30. Oktober

Register.

(Anhang. Bd. IV, §§ 401—436.)

A.

Abd-ul-Aziz, marokk. Sultan IV, 393, 409, 415.
Abdul Hamid, türk. Sultan IV, 401; Absetzung (1909) IV, 405, 407.
Achmed Mirza, pers. Kronprinz IV, 414.
— Riza, türk. Kammerpräsident IV, 405.
Adelsduma, russ. IV, 429.
Adrianopel (Belagerung) IV, 409.
Aehrenthal, v., österr. Minister IV, 405, 428.
Agadir, Besetzung durch die Franzosen (1910) IV, 415, 417.
Ain Zara, Oase in Tripolis IV, 418.
Albanien IV, 405.
Alexander, Prinz von Serbien IV, 405.
Alfonso, Herzog von Oporto IV, 434.
Algeciras, Konferenz von (1906) IV, 402, 415.
Althoff, Friedrich, preuß. Ministerialdirektor IV, 379, 425.
Almodovar, span. Herzog, Vorsitzender der Konferenz von Algeciras IV, 415.
d'Amade, franz. General IV, 415.
Amerika, Abkommen mit Japan (1908) IV, 411; Spaltung der Republikaner (1912) IV, 435.
Amundsen, Roald, Entdecker des Südpols 1911 IV, 430.
Andrassy, Julius, Graf IV, 428.
Antimodernisteneid (1910) IV, 426.
Antung, chines. Hafen IV, 412.
Aquatorial-Afrika, Abkommen über IV, 417.
Arazuke Sone, japan. Politiker IV, 411.
Arbeiterjugend, deutsche IV, 413.
Arbeiterausstände in England IV, 431.
Arbeitsministerium (1906), franz. IV, 432.
Arnim, v., preuß. Landwirtschaftsminister IV, 424.
Arriaga, Manuel de, Präs. von Portugal IV, 434.
Asquith, engl. Premierminister IV, 417, 431.
Außenhandel, deutscher u. engl. IV, 423.

B.

Baden, Landtagswahl 1913 IV, 425.
Bagdadbahn IV, 403, 427.
Baku, Beschießung von IV, 429.
Balfour, engl. Minister IV, 431.
Balkanfrage IV, 404—409, 429, 432.
Baltische Provinzen IV, 429.
Baltisch Port, Zusammenkunft des deutschen u. russ. Kaisers (1912) IV, 427.
Bankfrage, österr.-ung. (1910) IV, 428.
Barcelona, Schreckenswoche in (1909) IV, 433.
Barcley, engl. Politiker IV, 427.
Barra, de la, mex. Minister des Äußern IV, 436.
Barthou, franz. Ministerpräsident (1913) IV, 427.
Bassermann, Ernst, nationalliberaler Führer IV, 423.
Bauernbund, deutscher IV, 424.
Bayern, Wahlgesetz (1906), Auflösung der Kammern (1911) IV, 425.
Bebel, sozialdem. Führer († 1913) IV, 422.
Beck, Freiherr v., österr. Ministerpräs. IV, 428.
Benghasi, Eroberung durch die Italiener IV, 418.
Berchthold, Graf, österr. Minister des Äußern IV, 428.
Bergarbeiterstreik, dtsch. (1905), IV, 422.
Berggesetz, dtsch. IV, 422.
Berlin, Straßendemonstrationen in IV, 422.
Berliner Richtung der Arbeiterbewegung IV, 426.
Berteaux, franz. Kriegsminister IV, 432.
Bethmann-Hollweg, v., dtsch. Reichskanzler IV, 424, 427.
Bienerth, österr. Minister IV, 428.
Birtobras, Gefecht bei (1911) IV, 418.
Bitter, Zentrumsabgeordneter IV, 426.
Block, konservativ-liberaler IV, 427, 424; schwarz-blauer IV, 424.
Bombarda, port. antikler. Abgeordneter IV, 434.
Borromäus-Enzyklika III, 115, IV, 426.
Börsengesetznovelle, dtsch. IV, 424.
Bosnien u. Herzegowina einverleibt (1908) IV, 405.
Braga, portug. Präsident IV, 434.
Briand, franz. Ministerium (1909) IV, 432.
Bryan, amerik. Präsidentschaftskandidat IV, 435.
Buchamez (Tripolis) IV, 418.
Bukarest, Friede (1913) IV, 409.
Bu Hamara, marokk. Prätendent IV, 415.
Bulair (Balkankrieg) IV, 407.
Bulgarien, unabhängiges Zartum (1908) IV, 405.
Bülow, Fürst v., dtsch. Reichskanzler IV, 405, 421, 424.
Bulygin, russ. Minister des Innern IV, 429.
Burnay, engl. Admiral IV, 409.

C.

Caillaux, franz. Kabinett IV, 432.
Cambon, franz. Botschafter IV, 417.
Campbell-Bannermann, engl. Premierminister IV, 420, 431.
Canaleja, span. Kabinett (1910) IV, 433.
Carlos I., König von Portugal († 1908) IV, 434.
Carnegie, Andrew, amerik. Milliardär IV, 420.
Cartagena, span.-franz. Abkommen (1913) IV, 403.
Casablanca, marokk. Hafenstadt IV, 415, 420.
Castro, de, Präsid. von Venezuela IV, 419.
China, Wiedergeburt von IV, 412; Verfassung (1907) IV, 412; Republik (1912) IV, 413.
Ching, Prinz von China IV, 413.
Chomjakow, Präsid. der russ. Duma IV, 421.
Christian X., König von Dänemark (seit 1912) IV, 430.
Clemenceau, franz. Staatsmann IV, 432.
Combes, franz. Ministerium IV, 387, 432.
Commer, Wiener Theolog IV, 426.
Conceiro, Führer der port. Royalisten IV, 434.
Corral, mexikan. Vizepräsident IV, 436.
Courrières, Grubenunglück IV, 427, 432.
Cruppi, franz. Min. des Ausw. IV, 432.
Csaky, ungar. Graf. IV, 428.
Cyrenaika IV, 418.

D.

Daily-Telegraph Interviews, Veröffentl. (1908) IV, 424.
Dalai Lama, tibet. Hoherpriester IV, 413.
Dallwitz, v., preuß. Minister IV, 424.
Dalny, Stadt in der Mandschurei IV, 410.
Danew, bulgar. Minister IV, 409.
Danilo, Kronprinz von Montenegro IV, 406.
Dardanellen, Gefecht IV, 407, 408.
Dato, span. Kabinett (1913) IV, 433.
Desy, ungar. Abgeordneter IV, 428.
Delhi, Verlegung der indischen Regierung nach IV, 431.
Derna in Tripolis IV, 418.
Dernburg, Leiter des dtsch. Kolonialamts IV, 424.
Deutsch-Südwestafrika IV, 380, 427.
Diaz, Porfirio, Präsid. von Mexiko IV, 392, 436.
Dreibund IV, 402.
Dreiverband IV, 403.
Dreiklassensystem (preuß. Wahlrecht) IV, 425.
Drude, franz. General IV, 415.
Durazzo IV, 407.

E.

Eduard VII., König von England (1900 bis 1910) IV, 403, 431.
Eisenbahnerstreik in Frankreich (1910) IV, 432.
Elassona IV, 407, 408.
El Hiba, marokk. Prätendent IV 417.
Elsaß-Lothringen, Verfassung (1911) IV, 424.
England, Bündnis mit Japan (1911) IV, 411; Einmischung in die franz.-span. Streitigkeiten (1911) IV, 417.
Enteignungsvorlage, poln. IV, 424.
Enver Bey, türk. Heerführer IV, 409, 418.
Erbschaftssteuer, deutsche IV, 424.
Ernst August, Herzog von Braunschweig IV, 403, 425.
Erzberger, Zentrumsabgeordneter IV, 424.
Essed Pascha, türk. General IV, 407, 408.
Eulenburg, Fürst v. IV, 424.

F.

Fallières, franz. Präsident IV, 432.
Fejervary, österr. Kriegsminister IV, 428.
Ferid Pascha, türk. Großwesir IV, 404.
Ferdinand, König von Bulgarien IV, 409.
Ferrer, Hinrichtung von (1909) IV, 433.
Feuerbestattung in Deutschland IV, 425.
Fez, Besetzung von (1911) IV, 417.
Finanzwesen des Deutschen Reiches IV, 421.
Finnland IV, 429.
Firuskuh, Kampf bei (1911) IV, 414.
Fischer, Kardinalerzbischof von Köln IV, 426.
Fitschew, bulg. General IV, 409.
Flotte, deutsche IV, 423.
Frank, soz.-dem. Abgeordneter IV, 422.
Frankreich, Abkommen mit Deutschland (1909) IV, 415, 427; u. Japan (1907) IV, 411; u. Spanien (1909) IV, 403, 415; Trennung von Staat und Kirche IV, 432.
Franz Josef, österr. Kaiser, 60jähr. Reg.-Jubiläum IV, 169, 428.
Friedrich VIII., König v. Dänemark († 1912) IV, 430.
Frauenbewegung, deutsche IV, 422.

G.

Gapon, russ. Geistlicher IV, 429.
Gentsch, v., österr. Minister IV, 428.
Gebbas, marokk. Kriegsminister IV, 415.
Gelbe Gewerkschaften IV, 422, 426.
Georg V., König v. England (seit 1910) IV, 403, 431.
Georg, Kronprinz v. Serbien, in Petersburg (1908) IV, 405.
Geschow, bulg. Minister IV, 406.
Ghasi Achmed Mukthar, Großwesir (1912) IV, 405.
Giolitti, ital. Politiker IV, 418.
Goluchowsky, österr. Minister (1905) IV, 402.
Gomez, Präsident v. Venezuela IV, 419.
Goremykin, russ. Finanzminister IV, 429.
Grey, Edward, engl. Politiker IV, 406, 427.
Groß, deutscher Techniker IV, 425.
Großblock d. Liberalen u. Sozialdemokraten in Baden IV, 425.
Gustav V., König von Schweden (seit 1907) IV, 430.

H.

Haager Friedenskongresse IV, 411, 420.
Haakon VII., König von Norwegen (seit 1905) IV, 430.
Hakki Pascha, türk. Großwesir IV, 405.
Haldane, engl. Kriegsminister IV, 427.
Hamburg und Bremen, Wahlrecht IV, 425.
Hamidije, türk. Kreuzer IV, 407.
Hankau, Eroberung von (1911) IV, 413.
Hansabund IV, 424.
Harden, deutscher Schriftsteller IV, 424.
Harding, engl. Minister IV, 403, 406.
Hartmann, Felix v., Erzbischof von Köln (seit 1913) IV, 426.

Hartwig, v., russ. General IV, 406.
Hassan Fehmis, liberaler türk. Journalist (1909) IV, 405.
Heimarbeitsgesetz, deutsches IV, 424.
Heeresorganisation, deutsche IV, 423; franz. IV, 432.
Hererokrieg IV, 427.
Hertling, v., bayr. Ministerpräsident IV, 425.
Heruches, Gefecht bei (1905) IV, 427.
Herzegowina s. Bosnien.
Heydebrand, v., konserv. Politiker IV, 424.
Hinterbliebenenversicherung, deutsche IV, 422.
Hohenlohe, österr. Ministerpräs. IV, 428.
Hohenlohe-Langenburg, Erbprinz, Vizepräs. des d. Reichstags IV, 424.
Holle, preuß. Kultusminister IV, 426.
Home Rule IV, 385, 431.
Huerta, mexikan. Rebellenführer u. Präsident (1913) IV, 436.
Hutuchtu, mongol. Fürst IV, 413.

J.

Jagow, v., deutscher Botschafter IV, 424.
Jahrhundert, Das 20. (Zeitung) IV, 426.
Janina IV, 407.
Japan u. die Vereinigten Staaten IV, 411, 435. Bündnis m. England IV, 411, 431.
Jatho, Pfarrer in Köln IV, 426.
Jaurès, Führer d. franz. Sozialisten IV, 415.
Jesuitenfrage, in Deutschland IV, 425.
Jüntschang, chin. Kriegsminister IV, 413.
Invaliditätsversicherung, deutsche IV, 422.
Ismail Kemal Bei (Albanien) IV, 408.
Iswolski, russ. Minister IV, 403, 405.
Istip, Einnahme von IV, 409.
Jugendbewegung, in Deutschland IV, 422.
Jungtürken, die IV, 404.
Justhpartei, ungar. IV, 428.

K.

Kabel, deutsche IV, 427.
Kadetten, russ. Partei IV, 429.
Kanada, Gegenseitigkeitsvertrag mit (1911) IV, 435.
Karl, König von Rumänien IV, 409.
Karl, Prinz von Dänemark IV, 430.
Katsura, japan. Staatsmann IV, 402, 405, 407, 408, 411.
Kelheim, deutscher Fürstentag (1913) IV, 421.
Khuen-Hedervary, österr. Kriegsminister IV, 428.
Kiamil Pascha, türk. Großwesir IV, 404.
Kiderlen-Waechter, v., deutscher Staatssekretär IV, 417, 424.
Kirche, evangel., in Deutschland IV, 426; in England IV, 431.
Kirk-kilisse, Schlacht bei (1912) IV, 407.
Knjäs Potemkin, russ. Panzerschiff IV, 429.
Knox, Staatssekretär von Nordamerika IV, 411, 435.
Kobe, Versammlung zu IV, 411.
Kokowzow, russ. Minister IV, 427, 429.
Kolonien, deutsche IV, 424, 427.
Komitatschi (Revolutionsbanden im Balkankriege) IV, 409.
Komura, japan. Minister IV, 411.
Kongregationen aus Portugal verbannt (1910) IV, 434.
Konstantin, griech. Kronprinz, König (seit 1913) IV, 407.
Korea, Abdankung des Kaisers von (1907) IV, 411; in Japan einverleibt (1910) IV, 411.
Korrekten, die IV, 435.
Kossuthpartei, ungar. IV, 428.
Kotschana, Einnahme von IV, 407, 409.
Kovacz, ungar. Abgeordneter IV, 428.
Kreta, Aufstand in (1905) IV, 404; griechisch (1908) IV, 405, 407.
Kubub-Keetmannshoop, Bahn von IV, 424.
Kum-Kaleh, Beschießung von IV, 418.
Kumanowo, Schlacht bei (1912) IV, 407.
Kutzowalachen IV, 409.
Kwang-Sü, Kaiser von China IV, 412.

L.

Landesverfassungspartei, ungar. (1913) IV, 428.
Lasa, von der, s. Heydebrand.
Lausanne, Frieden von IV, 418.
Lebda, Tripolis IV, 418.
Leipzig, Einweihung des Völkerschlachtdenkmals (1913) IV, 421.
Lenewitsch, russ. General IV, 410.
Lentze, Dr., preuß. Minister IV, 424.
Liaujanwoyin, Niederlage bei (1905) IV, 410.
Libanon IV, 405.
Liberia, Republik IV, 435.
Lichnowsky, Fürst v., deutscher Botschafter in London IV, 424.
Lindequist, v., deutscher Staatssekretär IV, 424.
Lloyd George, engl. Schatzkanzler IV, 417.
Lodz, blutige Tage von IV, 429.
London, Friedenskonferenz (1912) IV, 408.
Ludwig, Prinzregent von Bayern IV, 421; als König Ludwig III. (1913) IV, 425.
Lueger, Bürgermeister von Wien IV, 382, 428.
Luftschiffahrt IV, 423.
Luis Philipp, Kronprinz von Portugal IV, 434.
Luitpold, Prinzregent von Bayern († 1913) IV, 425.
Lukacz, ungar. Minister IV, 428.
Lüleh-Burgas, Schlacht bei (1912) IV, 407.
Lyautey, franz. General IV, 412.

M.

Maclean, Harry, von Marokkanern gefangen (1907) IV, 415.
Mädchenschule, Reform der höhern IV, 425.
Madero, Franzisco, mexik. Präsident IV, 436.
Mahmud Schefket Pascha, türk. General IV, 405, 408.
Majorescu, rumän. Minister IV, 409.
Manasse, afrikan. Bandenführer IV, 427.
Mannesmann, Gebrüder IV, 415.
Manuel II., König von Portugal (1908 bis 1910) IV, 434.
Marie-Amalie, Königin-Mutter von Portugal IV, 434.
Marokkanische Frage IV, 415—417.
Marschall v. Bieberstein, deutscher Botschafter IV, 424.
Maura, span. Kabinett IV, 433.
Mazedonische Frage IV, 404, 409.
Mecklenburg, Verfassungsfrage IV, 425.

Medjidie, türkischer Kreuzer IV, 407.
Mehmet Ali, Schah von Persien (1907) IV, 413.
Meister, deutscher Major IV, 427.
Mersa Tobruk (Tripolis) IV, 418.
Mesurata (Tripolis) IV, 418.
Metz, Katholikentag (1913) IV, 426.
Mexiko IV, 435, 436.
Millerand, franz. Minister IV, 432.
Mischtschenko, russ. General IV, 410.
Mitrowitza IV, 404.
Modernismus IV, 426.
Mohammed V., türk. Sultan IV, 405.
Moinier, franz. General IV, 417.
Moltke, v., preuß. Minister IV, 424.
Monastir IV, 403, 407.
Montenegro IV, 405—409.
Morenga, Hererohäuptling IV, 427.
Moret, franz. lib. Ministerium IV, 432.
Mornard, belgischer Zolldirektor in Persien (1912) IV, 414.
Moskau, Barrikadenkampf (1906) IV, 429.
Motu proprio IV, 426, 433.
Mukden, Schlacht bei (1905) IV, 395, 410.
Mulay Hafid, marokkan. Sultan IV, 415, 416, 417.
Mulay Jussuf, marokkan. Sultan IV, 417.
Münzsteger Programm (1905) IV, 404.
Musaffer-ed-Din-Mirza, Schah von Persien (1896—1907) IV, 414.
Mutsuhito, japan. Kaiser († 1912) IV, 411.
Mytilene, Flottenkundgebung von IV, 404.

N.

Nationalversammlung, erste chines. IV, 413.
Nazim Pascha, türk. Minister IV, 405, 408.
Nebogatow, russ. Admiral IV, 410.
Neufundland, Schiedsgericht über (1910) IV, 420.
Niasi Bei, türk. Major (1908) IV, 404.
Nikolaus I., König von Montenegro (1910) IV, 405, 406, 408.
Nikolaus II., russ. Zar IV, 410.
Nordamerika, Ver. Staaten von IV, 435; Flotte IV, 411.
Norwegen, Frauenstimmrecht IV, 430.

O.

Okuma, japan. Graf IV, 411.
Öltrust, amerikan. (1907) IV, 435.
Opiumhandel beseitigt (1906) IV, 412.
Oscar, König von Schweden († 1907) IV, 430.
Ostafrika IV, 427.
Osterdienstag-Konferenz in Köln (1909) IV, 426.
Österreich-ungar. Ausgleich IV, 428.
Ostrumelien IV, 405.
Otawibahn IV, 427.
Oyama, japan. General IV, 406.

P.

Paasche, Dr., nat.-lib. Abgeordneter IV, 421.
Panamakanal IV, 419, 435.
Panas, griech. Gesandter IV, 406.
Panther, deutsches Kanonenboot IV, 417.
Parseval, Major, deutscher Flugtechniker IV, 423.
Pascendi dominici, päpstl. Enzyklika IV, 426.
Pasitsch, serbischer Minister IV, 409.
Paynetarif, amerikan. Zolltarif IV, 435.
Persien IV, 414.
Peter, König von Serbien (seit 1904) IV, 405, 407.
Picquart, franz. General IV, 432.
Pobjedonoszew, Oberprokurator des heiligen Synod IV, 383, 429.
Poincaré, franz. Präsident IV, 403, 408, 432.
Polen, Agitation in IV, 379, 424.
Port Arthur IV, 410, 411.
Portsmouth, Friede von (1905) IV, 410.
Portugal IV, 388, 434.
Posadowsky, Graf, deutscher Staatssekretär IV, 424.
Potsdam, Zusammenkunft in (1910) IV, 403, 413.
Prevesa, Gefecht bei IV, 418.
Prischtina (Albanien) IV, 405, 407.
Privatbeamtenversicherung (1911) IV, 422.
Progressisten, nordamerikan. Partei IV, 435.
Pu-Ji, chines. Prinz IV, 412.

Q.

Quantavis diligentiae, päpstl. Motu proprio IV, 426.

R.

Racconigi, Zusammenkunft in (1909) IV, 402, 404.
Radoslawow, bulgar. Minister IV, 409.
Raisuli, marokkan. Rebell IV, 415.
Reformbewegung, chines. IV, 413.
Regnault, franz. Gesandter IV, 415.
Reichsduma, russ. IV, 429.
Reichsfinanzreform, deutsche IV, 424.
Reichstag, deutscher IV, 424.
Reichsvereinsgesetz, deutsches IV, 424.
Reichsversicherungsordnung, deutsche (1911) IV, 412, 424.
Reichswertzuwachssteuer, deutsche IV, 424.
Reval, Zusammenkunft in (1908) IV, 403, 413.
Rheinbaben, Frhr. v., preuß. Minister IV, 424.
Richter, Eugen, Führer der Freisinnigen IV, 424.
Rifkabylen IV, 415.
Roeren, deutscher Reichstagsabgeordneter IV, 424, 426.
Romanones, span. Kammerpräsident IV, 433.
Roosevelt, Präsident der Vereinigten Staaten IV, 410, 412, 435.
Rosheſtwenski, russ. Admiral IV, 395, 410.
Rouvier, franz. Ministerpräsident IV, 425, 432.
Rußland IV, 427, 429.

S.

Sabotage IV, 432.
Sachsen IV, 425.
Said Halim, türkischer Minister IV, 408.
Said Pascha, türk. Großwesir IV, 404, 405.
Salar-ed-Dauleh, pers. Prätendent IV, 414.
Saloniki IV, 407, 409.
San Giovanni di Medua IV, 407.
Sandschak Novibasar, Verzicht Österreichs auf (1908) IV, 404; (1909) IV, 405, 407.
San Francisco, Erdbeben (1906) IV, 435.
Sanfur, Oase IV, 418.
San Stefano, Parlament in (1909) IV, 405, 406.
Sarrien, frz. Senator IV, 432.
Schamsi Pascha, türk. General IV, 404.

Schell, kath. Theologe IV, 426.
Schiedsgerichtsvertrag zwischen England und den Ver. Staaten (1911) IV, 435.
Schiffahrtsabgabengesetz, deutsches IV, 424.
Schnitzer-München, Professor IV, 426.
Schoen, deutscher Staatssekr. d. Ausw. Amts IV, 424.
Schorlemer, Freiherr von IV, 424.
Schroer-Bonn, Professor IV, 426.
Schükri Pascha, türkischer General IV, 407.
Schulgesetzgebung, engl. IV, 385, 431.
Schulstreit, poln. IV, 426.
Schweden-Norwegen, Auflösung der Union zwischen (1905) IV, 430.
Schweden, Norwegen, Dänemark, Neutralitätsvertrag (1912) IV, 430.
Semstwo, russ. Verwaltungskörper, IV, 429.
Serbien und Bulgarien IV, 405, 409.
Sergius, russ. Großfürst IV, 429.
Shuster, Leiter der persischen Finanzen IV, 414.
Sidi Meßri, ital. Sieg bei IV, 415.
Sienitza IV, 407.
Sill-es-Sultaneh, pers. Prinz, IV, 414.
Simyan, frz. Unterstaatssekretär IV, 432.
Singulari quadam, päpstl. Enzyklika IV, 426.
Sipachdar, Regent von Persien IV, 414.
Skutari IV, 407, 408.
Solf, Dr., deutscher Unterstaatssekretär IV, 427.
Sozialdemokratie, Parteitag in Jena (1905), Nürnberg (1908), Magdeburg (1910) IV, 423, 424.
— im preuß. Landtag IV, 425.
Sozialpolitik, deutsche IV, 422; in Frankreich IV, 432.
Spahn, Dr., Zentrumsabgeordneter IV, 424.
Spanien und Marokko IV, 417, 433.
Spieß, Bischof in Ostafrika IV, 427.
Spitzbergen, Angliederung an Nordamerika (1910) IV, 435.
Sprachenordnung, österr. (1909) IV, 428.
Spruchkollegium, preuß. landeskirchliches IV, 425.
Ssassonow, russischer Minister IV, 403, 427, 429.
Stengel, von, deutscher Staatsschatzsekretär IV, 424.
Stolberg, Graf v., Präs. d. d. Reichstags IV, 424.
Stolypin, russ. Minister d. Innern IV, 429.
Stössel, russ. Oberbefehlshaber in Port Arthur IV, 427.
St. René-Taillandier, frz. Politiker IV, 415.
Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter IV, 422; in Marseille (1910) IV, 432, der frz. Post- und Telegraphenbeamten IV, 432, der russ. Eisenbahnbeamten IV, 429.
Studt, v., preuß. Kultusminister IV, 425.
Stürgkh, Graf, österr. Minister IV, 428.
Südafrikanischer Bund IV, 431.
Suffragetten, engl. Frauenrechtlerinnen IV, 431.
Sunjatsen, Dr., Präsident der Republik China IV, 413.
Swjätopolk-Mirski, russ. Fürst IV, 383, 429.
Sydow, deutscher Reichsschatzsekretär IV, 424.
Szetschwan, Aufstand in IV, 412.

T.

Taft, Präsident d. Ver. Staaten (1908—1912) IV, 435, 436.
Talaat, türkischer Minister IV, 409.
Tanger IV, 415.
Taraboſch, Kampf am IV, 407.
Taungau, chinesischer Hafen IV, 412.
Terautschi, jap. Kriegsminister IV, 411.
Tibet, Frage von IV, 395, 413; Vertrag über T. zwischen England und China IV, 413.
Tisza, ungar. Graf und Politiker IV, 428.
Tittoni, ital. Minister (1905) IV, 402.
Tirpitz, v., deutscher Staatssekretär IV, 427, 431.
Toleranzedikt, russ. IV, 429.
Traub, ev. Pfarrer in Dortmund IV, 426.
Tripolis, Besetzung von (1911) IV, 402; Blockade IV, 418.
Trott, v., zu Solz, preuß. Kultusminister IV, 425.
Trustwesen IV, 435.
Trikupis, griech. Minister IV, 406.
Togo, japan. Admiral IV, 410.
Tschataldscha, Kämpfe bei IV, 405, 407.
Tschechen IV, 428.
Tschinhai, in Südkorea IV, 411.
Tschorlu, Kämpfe bei IV, 407.
Tschun, chinesischer Prinz IV, 378, 412.
Tse-Hsi, chinesische Kaiserswitwe († 1908) IV, 412.
Tsushima, Seeschlacht von (1905) IV, 410.
Türkei IV, 427; Parlament IV, 404; Aufstände IV, 405; Anleihe IV, 405.

U.

Udscha, marokk. Provinz IV, 416.
Ultimatum, russisches IV, 413.
Unfallversicherung, deutsche IV, 422.

V.

Venezuela IV, 392, 419; Belagerungszustand IV, 419.
Vetobill, engl. IV, 431.
Viktoria, Königin von England, Denkmalsenthüllung IV, 427.
Viktoria Luise, pr. Prinzessin, Vermählung mit Ernst August, Herzog v. Braunschweig IV, 403, 425.
Volkspartei, fortschrittliche IV, 424.
Volksschulunterhaltungsgesetz, deutsches IV, 425.
Volksspende für Zeppelin IV, 425.
Volkszeitung, Kölner IV, 426.
Vorparlament, chin. IV, 412.

W.

Wahlrechtsstreit zwischen Kons. u. Lib. IV, 425.
Wahlrechtsvorlage, preuß. (3. Februar 1910) IV, 425.
Wahlreform, österr. IV, 428.
Wandervogel IV, 422.
Weiskirchner, Bürgermeister v. Wien IV, 426.
Wehrkraft, deutsche u. Wehrvorlage (1913) IV, 423.
Wekerle, v., ungar. Kriegsminister IV, 428.
Welfenfrage, in Deutschland IV, 425.

Welsersheimb, v., Vertreter Österreich-Ungarns IV, 415.
Weniselos, kretischer, später griech. Minister IV, 405, 410.
Wilhelm, deutscher Kronprinz, in Rom (1911) IV, 402.
Wilhelm II. in Tanger (1904) IV, 415; 25jähr. Regierungsjubiläum IV, 421.
Wilson, Woodrow, Präsident der Ver. Staaten (1913) IV, 435, 436.
Winzerunruhen, frz. IV, 432.
Witboi, Hendrik IV, 427.
Witte, russ. Ministerpräsident IV, 383, 410, 429.
Wolff-Metternich, Graf, deutscher Botschafter in London IV, 417.

Y.

Yamamoto, japan. Admiral IV, 411.
Yamogata, japan. Fürst IV, 411.
Yoshihito, japan. Kaiser (seit 1912) IV, 411.
Yuanschikai, chin. Vizekönig IV, 412; Präsident IV, 413.

Z.

Zapata, mexik. Bandenhäuptling IV, 436.
Zentrumspartei, deutsche IV, 424.
Zeppelin, v., Graf IV, 423.
Zweibund, der (Rußland und Frankreich) IV, 373, 403.

Berichtigung.

Seite 860, Zeile 5 von unten, lies: rumänischen (statt russischen).

LIBRARY
MAR
10
1981
UNIVERSITY
OF TORONTO

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY